Klaus-Dietmar Henke

Geheime Dienste

Die politische Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer

BAND 14

UNABHAENGIGE HISTORIKERKOMMISSION
ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE
DES BUNDESNACHRICHTENDIENSTES 1945–1968

Ch. Links Verlag

Klaus-Dietmar Henke
Geheime Dienste

Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968

Herausgegeben von Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke, Wolfgang Krieger und Rolf-Dieter Müller

BAND 14.1 und 14.2

Klaus-Dietmar Henke

Geheime Dienste

Die politische Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer

Ch.Links VERLAG

Editorischer Hinweis:
Stellen, an denen einzelne Informationen durch den Bundesnachrichtendienst nicht freigegeben wurden, sind durch Schwärzungen kenntlich gemacht.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

1. Auflage, Mai 2022
© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2022
entspricht der 1. Druckauflage von 2022
christoph-links-verlag.de
Prinzenstraße 85, 10969 Berlin
Reihenentwurf: Stephanie Raubach, Berlin
Lektorat: Dr. Katja Klee, Weyarn/Nahring

ISBN 978-3-96289-157-2
eISBN 978-3-86284-527-9

Inhalt

Vorbemerkung

Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968

Die Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968 (UHK) wurde im Frühjahr 2011 berufen und sechs Jahre mit insgesamt 2,4 Millionen Euro aus Bundesmitteln finanziert. Die Kommission sowie ihre zeitweilig zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen zuallererst gedankt sei, hatten im Bundeskanzleramt und im Bundesnachrichtendienst freien Zugang zu allen derzeit noch klassifizierten und bisher bekannt gewordenen Akten des Untersuchungszeitraums. Nach vorbereitenden »Studien« (www.uhk-bnd.de) legt sie ihre Forschungsergebnisse in 15 Monografien vor. Die UHK hatte sich verpflichtet, die Manuskripte durch eine Überprüfung seitens des BND auf heute noch relevante Sicherheitsbelange freigeben zu lassen. Dabei ist sie bei keiner historisch bedeutsamen Information einen unvertretbaren Kompromiss eingegangen.

Das Forschungsprojekt zur Geschichte des BND unterscheidet sich von ähnlichen Vorhaben insofern, als es sich nicht auf die Analyse der personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit beschränkt, sondern eine breit gefächerte Geschichte des geheimen Nachrichtendienstes aus unterschiedlichen Perspektiven bietet. Eine Bedingung der Vereinbarung mit dem BND war es gewesen, dass die UHK den Rahmen und die Schwerpunkte ihrer Forschung selbst festlegt. Gleichwohl waren auf einigen Feldern Einschränkungen hinzunehmen, namentlich bei den Partnerbeziehungen und den Auslandsoperationen des Dienstes.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, vertreten durch die Herren Ministerialdirigenten Hans Vorbeck und Carsten Maas, war ausgezeichnet. Bei den BND-Präsidenten Ernst Uhrlau, der das Projekt durchsetzte, Gerhard Schindler, der es förderte, und Bruno Kahl, in dessen Amtszeit es 2022 endete, stieß die Arbeit der Kommission auf Verständnis und Entgegenkommen.

Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke (Sprecher),
Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller

Zwischenbemerkung

Zwischen dem ersten Kapitel meines ersten Bandes mit dem Titel »Geheime Dienste« (Band 10 dieser Reihe), »›Dr. Schneiders‹ Erzählungen und das amerikanische Kalkül«, das 1945 einsetzt, und dem letzten Kapitel im vorliegenden Band, das mit »Liaisons mit Unionspolitikern: Dienstvergehen und Geheimnisverrat in Permanenz« überschrieben ist, liegt ein halbes Jahrhundert. Unsere Geschichte der innenpolitischen Präsenz des BND in der nachnationalsozialistischen Bundesrepublik reicht bis in die ersten Tage der rot-grünen Bundesregierung 1998 und führt über ihren Kernbereich, die Ära Adenauer, hinaus. Sie geht auch noch dem Fortwirken der demokratiegefährdenden Traditionen nach, die den von Reinhard Gehlen geformten Apparat lange dominiert haben.

Der 2018 erschienene erste Band hat dem Leser nur einen ersten Eindruck von dieser bis in unser Jahrhundert hinein im Dunkeln liegenden Geschichte geben können. Im zweiten Band werden wir der vollen Entfaltung einer Oberen Bundesbehörde ansichtig, die sich als eine Institution sui generis verstand und dies gewiss auch gewesen ist. Über zwei Jahrzehnte hinweg völlig unkontrolliert, blieben die meisten Mitarbeiter des frühen BND unter der Käseglocke des Hochgeheimen länger als die Beamten anderer Ämter und Behörden der antipluralistisch-obrigkeitsstaatlichen Denkungsart verhaftet, die sie aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitgebracht hatten. Dass sie von dem nach und nach einsetzenden Wandel in Politik, Gesellschaft und Kultur schwerer erreichbar waren als andere, haben wir im ersten Band angedeutet und vertiefen es im Folgenden weiter.

In dem bis 1953 reichenden ersten Band ging es um die Instrumente der politischen Inlandsspionage; um die ausgedehnte Kontaktpolitik des frühen BND zu konservativen Parteien, zu reaktionären Zirkeln und Milieus; ebenso um eine Gegnerbekämpfung, die Verleumdungen bis hin zum Rufmord zu ihren selbstverständlichen Methoden zählte. Außerdem haben wir die Anfänge der systematischen Beobachtung von FDP und SPD für die

Zwecke des Bundeskanzleramts vor Augen geführt. In diesem zweiten Band kristallisieren sich nun die drei eng miteinander verwobenen innenpolitischen Handlungsfelder des frühen BND deutlicher heraus: die Sicherung des eigenen Organisationsinteresses um fast jeden Preis, sodann die mit größter Energie und Geheimhaltung betriebene Ausspähung der Sozialdemokratie wie der Freien Demokraten und schließlich seine bis in die neunziger Jahre reichende Verquickung mit führenden Politikern und Parlamentariern der Unionsparteien.

Auf diesen Betätigungsfeldern gedieh unter anderem die in Kapitel V beschriebene, von Gehlen mit dem später als KGB-Agent enttarnten Heinz Felfe blindlings betriebene Unternehmung, mit der er Bundeskanzler Konrad Adenauer und Kanzleramtschef Hans Globke suggerierte, dass allein Pullach in der Lage sei, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu garantieren. Es war die Konstruktion einer staatsgefährdenden Bedrohung, die beträchtlich zum Abbau des Machtgefälles zwischen dem Bundeskanzleramt und dem BND beitrug. Die nachrichtendienstliche Imagepolitik des Gehlen-Dienstes durch Medienbeeinflussung, die in Kapitel VI betrachtet wird, gehört ebenso zu den hier analysierten Unternehmungen wie seine Operationen der »Vergangenheitsabwehr nach außen und innen« (Kapitel VIII), einschließlich der Ausspähung des Verteidigers von Adolf Eichmann in Jerusalem.

Noch stärker als im ersten Band tritt nun das Züge einer Symbiose tragende Zusammenwirken zwischen Gehlen und Globke hervor. Der Staatssekretär war zwar dessen unmittelbarer Vorgesetzter, häufiger jedoch sein Partner bei den heute kaum noch glaublichen Machenschaften des Auslandsnachrichtendienstes in der Innenpolitik. Diese geheimen Dienste kamen Globke – wegen seiner Mitwirkung an der justiziellen Bemäntelung der Judenverfolgung in permanenter Rundumverteidigung – unmittelbar persönlich zugute. Hauptnutznießer der geheimen Dienste des BND war jedoch der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende selbst: Mit der systematischen Ausforschung der SPD-Spitze, die in Kapitel VII minutiös rekonstruiert ist, gab er Adenauer eine starke innen- und parteipolitische Waffe an die Hand. Wäre dieses westdeutsche »Watergate« seinerzeit aufgeflogen, hätte sich vor den Zeitgenossen in der noch ungefestigten Republik ein Abgrund von Machtmissbrauch aufgetan.

Vor seinem Abtreten, unter dem Eindruck der Felfe/*Spiegel*-Krise 1961/62, erklärte der Gründungskanzler den Gründungspräsidenten, der ihm in seiner vor 1945 erworbenen Überzeugung, der Zweck heilige die Mittel, über ein Jahrzehnt lang treulich zugearbeitet hatte, für limitiert und überfordert. Diese späte Distanzierung ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Präsenz des BND in der Innenpolitik für Bundeskanzler Adenauer in den fünfziger Jahren viel größere Bedeutung hatte als eine Auslandsaufklärung, die nur bescheidene Ergebnisse zu offerieren vermochte.

Aus Umfangsgründen musste der vorliegende zweite Band der »Geheimen Dienste« geteilt werden.

I. Auftakt zur Ära Adenauer 1953

1. Regierungsbildung, Manöverkritik bei FDP, SPD, DP

Am 7. September 1953 begann die eigentliche Ära Adenauer. Die Westdeutschen wachten an diesem Montag in einer anderen Republik auf: Bei den Wahlen zum 2. Deutschen Bundestag hatten die Unionsparteien, kaum glaublich, nur einen Sitz weniger als die absolute Mehrheit der Mandate erreicht,[1] ein Novum der deutschen Parlamentsgeschichte. Nach Jahren erbitterter Auseinandersetzung über die Grundlagen und Ziele der jungen Demokratie, von der es manchmal schien, als werde sie an der nationalsozialistischen Hinterlassenschaft ersticken, etablierte sich gleichsam über Nacht eine bürgerlich-konservative Hegemonie.

Entsprechend vehement griffen die Kommentatoren in die Tasten: »Dies ist Konrad Adenauers Sieg«, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. »Er wusste und weiß, welche Politik er betreiben will. Er hat es verstanden, sie dem Volk begreiflich zu machen. Das Volk hat ihm gestern zugestimmt.« Es sei ein »Triumph der Klarheit« gewesen, so weiter: »Niemand kann den durchschlagenden persönlichen Erfolg des Kanzlers bestreiten. Auch seine Gegner kommen daran nicht vorbei.«[2] In der Tat. Rudolf Augstein, der an Adenauers Politik nichts hatte gut finden können, prophezeite im *Spiegel* einigermaßen apokalyptisch, die CDU sei nun zur »Staatspartei« geworden: »Noch ein solcher Sieg und die deutsche Demokratie ist verloren.«[3] Auch die Auslandspresse reagierte verblüfft. Die *New York Times* verkündete in seltener Emphase, Adenauers Wahlsieg bedeute, »dass die Schlacht um die deutsche Seele entschieden ist und dass der Kreml sie verloren hat«. Die *Neue Zürcher Zeitung* sah in dem Wahlergebnis ebenfalls ein Plebiszit für die Westbindung. Der liberale *Manchester Guardian* fühlte sich durch diesen Erdrutsch gar an den alten Slogan »Ein Volk, ein Reich, ein Führer« erinnert, setzte jedoch beruhigend hinzu: »Dr. Adenauer aber – dessen sind wir sicher – hat nicht die leiseste Absicht, in die Fußstapfen des Führers zu treten.« In allen Betrachtungen war die Erleichterung über die plötzliche Entradikalisierung der Bundesrepublik zu spüren.

Für die Organisation Gehlen bedeutete der Triumph des Bundeskanzlers eine Zukunftsgarantie. Zweifellos würde er nun seinen schon länger gefassten und mit den Westmächten abgestimmten Beschluss umsetzen, den

Pullacher CIA-Apparat zum frühestmöglichen Zeitpunkt in die Bundesverwaltung zu überführen.[4] Konrad Adenauer und der »unentbehrliche Hans Globke«[5] (der jetzt zum Staatssekretär und Chef des Kanzleramts aufstieg) schätzten die geheimen Dienste, die Reinhard Gehlen ihnen mit seiner ausgedehnten politischen Inlandsspionage leistete, zu sehr, als dass sie auf den Gedanken verfallen konnten, den bei den Amerikanern nicht sonderlich angesehenen »Dr. Schneider« etwa zur Disposition zu stellen. Ein Wechsel an der Spitze des künftigen Bundesnachrichtendienstes hätte sich in den Augen des alten und neuen Kanzlers wie eine grobe politische Dummheit ausgenommen, würde man damit doch den reichen innenpolitischen Informationsstrom aus Pullach selbst zum Stillstand bringen.

Reinhard Gehlen wusste, dass er sich in Bonn unentbehrlich gemacht hatte. Nach der grandiosen Bestätigung der Unionsparteien durch den Wähler sah er erst recht keine Veranlassung, die politische Inlandsspionage etwa in Frage zu stellen und seine Symbiose mit dem frischgebackenen Staatssekretär während der »uneingeschränkten Ära Globke«[6] zu lockern, die im Bundeskanzleramt nun ihren Anfang nahm. Die Stimmzettel waren kaum ausgezählt, da ließ sich der BND-Chef in spe von seiner Abteilung Spionageabwehr schon über die Bildung des zweiten Kabinetts Adenauer unterrichten. Nicht zuletzt wegen der anstehenden Wehrgesetze, für die eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt wurde, stellte Adenauer die Weichen sogleich in Richtung eines breiten bürgerlich-konservativen Bündnisses mit der Freien Demokratischen Partei (FDP), dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und der Deutschen Partei (DP). Entsprechend kompliziert gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen. Gehlens Zuträger machten denn auch alle Anstrengungen, um ihn über die schwere Geburt auf dem Laufenden zu halten. Sie erreichten dabei zwar nur selten die Tiefe der laufenden Presseberichterstattung, doch der eine oder andere Hinweis war sicherlich nützlich. Sehr viel wichtiger war jetzt allerdings etwas anderes, nämlich die Demonstration, dass die geheimen Dienste der Organisation Gehlen selbstverständlich auch in der zweiten Legislaturperiode erbracht werden würden.

Der erste aus einer Reihe für Gehlen persönlich bestimmter Berichte des Referats 40/P[7] der Abteilung Spionageabwehr ging auf einen langjährigen Informanten in der FDP[8] zurück und bezog sich auf die politische Lage vier

Tage nach der Wahl.[9] Der Kanzler habe sich gegen die Befürworter einer »Einparteienregierung« durchgesetzt, hieß es darin; entsprechend »großes Kopfzerbrechen« bereite die Regierungsbildung nun. Es stehe aber bereits fest, dass die Union keines der Schlüsselministerien aus der Hand geben werde, und da »Franz Josef Strauß am 10.9.53 seine Ansprüche auf das Verteidigungsministerium aufgegeben« habe, sei die Berufung von Theodor Blank an die Spitze dieses Ressorts zu gegebener Zeit gesichert. Das waren freilich keine Neuigkeiten für Hans Globke.

Mehr Aufmerksamkeit fanden die Informationen aus der FDP, die »Dr. Schneider« an »Globus« telefonisch bzw. bei einer ihrer drei Begegnungen zwischen Mitte September und Mitte Oktober in Bonn weitergab. Bei den von Richtungskämpfen zerrissenen Liberalen kämpften mehrere Prätendenten um ein Ministeramt, und da war es für den Kanzleramtschef interessant zu erfahren, dass die FDP-Spitze nicht mehr den bisherigen Vizekanzler Franz Blücher, sondern den Fraktionsvorsitzenden Hermann Schäfer als Adenauer-Stellvertreter (als »Stellvertreter des Führers«) favorisiere. Daraus wurde allerdings nichts, denn obwohl Blücher, wie der Informant zu berichten wusste, von seinen eigenen und von den christdemokratischen Parteifreunden »erwiesene Nichteignung« bescheinigt wurde, behielt er seine herausgehobene Stellung. Elektrisierend muss auf Gehlen hingegen die Tatsache gewirkt haben, dass der zum nationalliberalen Flügel zählende Victor-Emanuel Preusker als neuer Wohnungsbauminister im Gespräch war – einer der wichtigsten innenpolitischen Informanten seines Dienstes überhaupt; seit in Bonn Politik gemacht wurde, verriet er ungebremst und ungeniert alle möglichen Interna.[10] V-Mann 7932, Preusker, wurde tatsächlich Minister. Adenauer und Globke ahnten nichts von der Nebentätigkeit des neuen Kabinettskollegen.

In demselben Bericht kam die Sprache auch auf Justizminister Thomas Dehler, dem Adenauer bereits seine Wiederberufung signalisiert habe. Das entsprach dem Wissensstand der Insider. Tatsächlich entledigte sich der Kanzler jedoch dieses eigenwilligen Ministers und legte damit selbst einen Keim zu den dramatischen Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition 1955/56.[11] Seines Portefeuilles beraubt, versteifte sich der verbitterte Dehler als Vorsitzender der Bundestagsfraktion und bald auch der FDP auf eine »Strategie der Opposition innerhalb der Koalition«.[12]

Als der Eklat seiner Nichtberufung ruchbar wurde, sah die Hauptstadt-Presse voraus, dass von dem gern aufbrausenden Manne künftig »gepfefferte Sachen«[13] zu erwarten waren.

Von den zahlreichen Hinweisen recht banalen Charakters hebt sich ein Bericht für Gehlen persönlich ab, in dem eine Tour d’Horizon des umstrittenen FDP-Vizes Friedrich Middelhauve[14] wiedergegeben wurde.[15] Diesmal war es V-Mann 2697, der den Nachrichtendienst belieferte. Er ist uns ebenfalls bereits begegnet: August Hoppe, leitender Mitarbeiter des NWDR bzw. WDR und einer der eifrigsten Zuträger Pullachs.[16] Drei Tage nach den Bundestagswahlen, so wusste er zu berichten, habe der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen Liberalen folgendes Fazit gezogen: »Die Wahlniederlage sei auf die Führungskrise und die inneren Auseinandersetzungen in der Partei, auf die mangelnde Abgrenzung gegenüber der CDU und auf den allgemeinen ›Sog‹ zugunsten der CDU (Person Dr. Adenauer) zurückzuführen.« Der Vorsitzende befürchte, seine Partei werde in einer erneuten Koalition mit den Unionsparteien weiter an Profil verlieren »und zu einem ›Wurmfortsatz der CDU‹ degradiert« werden. Das könne die »völlige politische Auslöschung« der FDP bei den nächsten Bundestagswahlen bedeuten. Als diese Information, nach der Middelhauve sich für eine deutliche Absetzung von der Adenauer-CDU stark mache, in Pullach eintraf, war sie von der Entwicklung zwar bereits überholt, doch illustrierte sie noch einmal die Divergenzen im liberalen Lager.

Ende September, der Kanzler hatte sich auf die Bühler Höhe zurückgezogen und enthielt sich jeglicher Andeutung über seine Absichten, häuften sich die Hinweise zum Gang der Regierungsbildung. Es waren die Tage der beiden Quellen V-2697 (Hoppe) und V-7904, Preuskers Sekretär Rudolf Finke; für den Leser ist er ebenfalls ein alter Bekannter.[17] Binnen einer Woche setzten die beiden Zuträger eine solche Fülle innenpolitischer Informationen ab, dass die Spionageabwehr das anfallende Material zweier Tage zu vier umfänglichen Berichten für Gehlen verarbeiten konnte. Zum Teil unterscheiden sie sich nicht wesentlich von der dichten Presseberichterstattung dieser Tage, doch brachten sie auch Interna, die nicht in der Zeitung standen. Einer Notiz war beispielsweise zu entnehmen, »Bischof Dibelius habe gegenüber dem Bundeskanzler den Wunsch des ›protestantischen Deutschland‹ zum Ausdruck gebracht, die Betrauung

[Robert] Tillmanns mit dem Innenministerium einer Berufung Dr. Gerhard Schröders vorzuziehen«. Das schlug nicht durch. Schröder bekam das Innenressort, Tillmanns eines der vier Bundesministerien für besondere Aufgaben als politischen Trostpreis. Dann wieder Neuigkeiten zum Vizekanzler: »In führenden FDP-Kreisen werde weiterhin die Forderung nach einem Rücktritt Blüchers vertreten. Seiner mangelnden Energie werde weitgehend die Schuld am Versagen der FDP bei den Wahlen zugesprochen. Es sei aber zu vermuten, dass der Kanzler Blücher als ›bequemen Vizekanzler‹ halten werde – trotz der gemeinsamen Bemühungen Schäffers und Dr. Erhards, Blücher ›abzuschießen‹«;[18] wie erwähnt, war dieser Initiative des Finanzministers und des Wirtschaftsministers kein Erfolg beschieden.

Parallel dazu kam von dem Preusker-Sekretär der Hinweis, »sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände seien der Ansicht, dass Schäffer keine Chance mehr habe, Vizekanzler zu werden«. Adenauer sei mit Blick auf die hartnäckige Ambition des einflussreichen CSU-Mannes gegenüber dem Generaldirektor der AEG mit den Worten zu vernehmen gewesen: »Machen Sie sich nur keine Sorgen, ich mache die CSU schon nicht zu stark.« Hier war Pullach der Presse voraus, die noch immer mit dem Finanzminister als möglichem Stellvertreter Adenauers rechnete. Da der Wahlsieger sich strikt weigerte, irgendwelche Verlautbarungen zu seinem künftigen Kabinett zu machen, bevor ihn der Bundespräsident dem Parlament zur Wiederwahl vorgeschlagen hatte, schossen die Spekulationen ins Kraut. Einen umfassenden Beitrag dazu lieferte die Spionageabwehr unter der Überschrift »Erwägungen um die neue Regierungsbildung in der Bundesrepublik«.[19] Er ging auf vertrauliche Gespräche zurück, die »ein führender FDP-Politiker« – der designierte Minister Victor-Emanuel Preusker – in letzter Zeit mit maßgeblichen Politikern geführt hatte, und deren wesentlichen Inhalt sein Sekretär weitergab. Noch immer, teilte er mit, gebe es in den Unionsparteien neben den gesetzten Ludwig Erhard, Jakob Kaiser, Fritz Schäffer, Gerhard Schröder und Anton Storch eine Handvoll Aspiranten auf ein Ministeramt, darunter Theodor Blank, der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano und Franz Josef Strauß. Bei der FDP zähle man nicht weniger als elf »Bewerber um einen Ministerposten«. Von der DP, wo die Stimmung »sehr niedergedrückt« sei,

nannte V-Mann 7904 Heinrich Hellwege und Hans Christoph Seebohm, beim BHE seien die Namen Waldemar Kraft und Theodor Oberländer im Spiel. Damit lag er richtig, denn sie wurden bzw. blieben für Angelegenheiten des Bundesrates, für Verkehr, für besondere Aufgaben bzw. für Vertriebene zuständig.

Die Wiederwahl Konrad Adenauers am 9. Oktober 1953 brachte die Gerüchteküche, der bis zuletzt abwegige Mutmaßungen entstiegen, nicht zur Abkühlung. Es gab immer noch offene Fragen und Kontroversen, zum Beispiel über die Aufblähung des Kabinetts; sogar die Regierungserklärung des Kanzlers musste deswegen um einige Tage verschoben werden. »Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung?«, fragte die *FAZ*,[20] doch am 20. Oktober waren die Wochen der Ungewissheit vorüber. Die neue Bundesregierung, auf 18 Minister angewachsen, traf sich zu ihrer ersten Kabinettssitzung. Der Bundeskanzler dankte den ausgeschiedenen Ministern, betonte, dass er Theodor Blank wegen der außenpolitischen Gegebenheiten noch nicht zum Verteidigungsminister habe machen können, sprach sodann vom Ernst der Weltlage und »führte aus, dass die Bundesrepublik, deren Regierung sich auf eine feste Koalition stütze, als ein starker und geachteter Staat dastehe.«[21]

Neben der Regierungsbildung interessierte sich Pullach für die Manöverkritik, die nach den Wahlen abgehalten wurde, zuallererst in der schockierten SPD, deren Stimmenanteil gegenüber 1949 sogar noch zurückgegangen war. Dem persönlichen Referenten des künftigen Wohnungsbauministers Preusker gelang dabei mit der Beschaffung interner und streng vertraulicher Materialien, die er »von einem Mitglied des DGB-Bundesvorstandes« erhalten hatte, ein besonderer Coup. Die Papiere stammten alle aus den ersten Tagen nach der Wahlniederlage, darunter ein »Gedächtnisprotokoll über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD vom 8. und 9.9.53«, eine »Niederschrift über den Verlauf der ›Kleinen Parteikonferenz‹ der SPD am 17.9.53« und ein »Bericht über den Verlauf der Vorstandssitzung des DGB am 18.9.53«.[22] Die Schriftstücke gingen direkt an Gehlen und veranlassten seine Auswerter zu der Bemerkung, sie seien »unbedingt lesenswert. Sie zeigen die Unstimmigkeiten in der SPD-Führung in einer Schärfe auf, wie sie – auch nach den verschiedenen diesbezüglichen Andeutungen der Presse – nicht erwartet werden konnten. Es darf gebeten werden, die Berichte – im Hinblick auf den dringend

gebotenen Quellenschutz – nur zur persönlichen Orientierung bei 30 [Gehlen] zu verwenden.«[23]

Bald darauf erhielt der »Doktor« von der Spionageabwehr, die sich auf einem Terrain tummelte, auf dem sie rein nichts zu suchen hatte, umfassenden Einblick in eine Sitzung des Parteivorstands der SPD Anfang Oktober 1953.[24] Wir haben bereits gesehen, dass Reinhard Gehlen in der Sozialdemokratie eine »klare Gefahr«[25] für Deutschland sah, die scharf im Auge zu behalten war.[26] Nun interessierten vor allem die innerparteilichen Richtungskämpfe und Reformdebatten, die nach der Wahlniederlage Fahrt aufnahmen. Einer, der dabei besonders hervortrat, war Ernst Reuter, der Regierende Bürgermeister von Berlin. Man dürfe nicht »immer nur anbellen gegen Tatsachen, die stärker sind als wir«, schrieb er der Parteiführung bei der Kleinen Parteikonferenz Mitte September (über die der Nachrichtendienst die erwähnte Niederschrift beschafft hatte) hinter die Ohren.[27] Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer verschloss sich dieser Kritik nicht und räumte ein: »Wir haben unseren eigenen Standort in der neuen Situation noch nicht gefunden.« Als die Parteiführung am 7. Oktober in Bonn zusammentrat, war Reuter soeben verstorben. Sein politisches Vermächtnis stand im Mittelpunkt der Zusammenkunft, wie Gehlen dem beschafften »Gedächtnisprotokoll« entnehmen konnte.

Zunächst sei von den Beisitzern scharfe Kritik am Parteivorstand geübt worden, heißt es in dem Schriftstück, »insbesondere wegen seiner negativen Grundhaltung, seiner Abkapselung von den politischen Tagesfragen, wegen seinen selbstsüchtigen Beweggründen (sic!) zum Wahlausgang und der Sterilität seiner politischen Arbeit«. Danach mahnte der bayerische SPD-Chef Waldemar von Knoeringen, angesichts des schweren Verlusts, den die Partei durch den plötzlichen Tod Ernst Reuters erlitten habe, müsse man alles Trennende zurückstellen und sich dessen Ideen widmen, »wie die SPD wieder auf den rechten Weg gebracht werden könne«. Carlo Schmid erläuterte einen »10-Punkte-Plan«, der im politischen Nachlass des Verstorbenen gefunden worden war. Er fügte sich in die nun einsetzende lebhafte »Ortsbestimmung einer reformistischen Volkspartei«[28] und las sich wie ein Fanal zur Erneuerung der Sozialdemokratie: »Reformation der SPD an Haupt und Gliedern«; »Überbrückung und Beseitigung der Entfremdung zwischen den intellektuellen Persönlichkeiten der Partei, die sich unter verschiedenartigen geistigen Vorbehalten (der Partei) dem Sozialismus

verschrieben haben, und den Funktionären der SPD, für die der Sozialismus immer noch eine Klassenangelegenheit ist«; Entwicklung der SPD zu einer »liberalen Linkspartei«; »Pflege des Mutes, um auch den Massen in öffentlichen Kundgebungen diese Wandlung des Sozialismus verständlich zu machen«; »Aufgabe alter Parolen und Symbole und die Ausmerzung unsinniger Schlagworte«; »Aufgabe des Klassenkampfes sowie althergebrachter engherziger Dogmen«; Trennung des Parteiapparates von den Parlamentsfraktionen und »Befreiung aus den Netzen der Ideologien«; Annäherung an die »auf sozialen Ausgleich gerichteten liberalen Linkswähler«; mehr Konzentration auf die Innen- als auf die Außenpolitik. Das waren Tendenzen, die den CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer interessieren mussten, den Globke über sämtliche BND-Informationen von Belang auf dem Laufenden hielt.

Von weiteren erstaunlichen Tönen aus der Sozialdemokratie war zu hören. So habe etwa Carlo Schmid der »Notwendigkeit eines außenpolitischen Kurswechsels der SPD« das Wort geredet. Werde die Erwartung einer Verständigung der Westmächte mit der Sowjetunion enttäuscht, »dann sei für die Sozialdemokratie der Zeitpunkt gekommen, sich dem Faktum der Geschichte zu fügen und die bisherige Europa- und Wiederbewaffnungspolitik zu revidieren. Es ließe sich nicht mehr leugnen, dass es dem Kreml gelungen sei, der sozialdemokratischen Propaganda, welche die Wiedervereinigung als in nächster Zukunft möglich darstellte, das Rückgrat zu brechen. Die SPD müsste ihre Politik auch deswegen revidieren, um die Entwicklung, die sie nicht verhindern konnte, wenigstens zu einem Teil in ihrem Sinne zu beeinflussen«. Hier wie in anderen Politikfeldern gebe es »Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit von SPD und FDP«. In Pullach wie in Bonn war sonnenklar, dass eine modernisierte Sozialdemokratie den Regierungsparteien und namentlich der Union viel gefährlichere Konkurrenz machen würde als eine SPD, die in eingefahrenen Traditionen und Strukturen verharrte – vom Gespenst einer sozialliberalen Koalition ganz zu schweigen. Der Gehlen-Dienst verstärkte seine Beobachtung der Oppositionspartei daher von Jahr zu Jahr.

Nach der Befassung mit dem Vermächtnis Ernst Reuters und den Visionen Carlo Schmids diskutierte der Parteivorstand Gedankengänge, mit denen der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn hervorgetreten war. Der habe sich, wie der Bericht der Spionageabwehr vermerkte, schon

seit langem mit den Konzeptionen der »sogenannten Bürgermeister-Gilde verbunden gefühlt und schon mehrmals im Parteivorstand zum Ausdruck gebracht, dass die praktischen Erfolge von Reuter, [dem Hamburger Bürgermeister Max] Brauer und [dem Bremer Bürgermeister Wilhelm] Kaisen so sichtbar seien, dass man an der Richtigkeit dieser politischen Linien nicht mehr zweifeln könnte. Er sei entschlossen, diese Politik auch in Hessen zu realisieren.« Zinns Gedanken seien vom überwiegenden Teil des Parteivorstands geradezu als »Richtschnur für die Aufgaben der sozialdemokratischen Opposition im Bundestag« aufgenommen worden, war zu lesen. Eine Wandlung der Sozialdemokratie im Sinne Ernst Reuters heiße für den Ministerpräsidenten nämlich: »Entwicklung von der negativen bisherigen Grundhaltung zur verhandlungsbereiten Oppositionspartei auf breitester Grundlage und Befreiung der Parlamentspolitik von der Gängelung durch den Parteiapparat.« Es sollte noch viel Zeit verstreichen, bis die SPD tatsächlich den Weg in Richtung einer zeitgemäßen linken Volkspartei fand – immer begleitet vom lebhaften Interesse Pullachs.[29]

Abschließend gab das Gedächtnisprotokoll einige interne Einschätzungen über Spitzenfunktionäre wie Fritz Heine, Wilhelm Mellies und Alfred Nau wieder, nicht ohne dabei den SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Erwin Schöttle, herauszustellen, »dessen maßvolle, einer Art liberalen Linkspartei nicht abgeneigte Haltung, die dem schwäbischen Wesen entspreche, schon häufiger unter Beweis gestellt wurde«. Im Vorstand wie in der Fraktion wirke er immer in einem ausgleichenden Sinne, »so unscheinbar er in seinem äußeren Wesen auch sei, so sicher und zuverlässig wäre sein politischer Instinkt«, ja er gelte als eine Art »Kronprinz«. In einer internen Bemerkung für Gehlen wurde eigens darauf hingewiesen, dass Schöttle »sich in der Partei in den Vordergrund zu spielen scheint«.

Schließlich die DP, über deren Wundenlecken nach der Wahl, die ihr 3,3 % der Stimmen beschert hatte, der Gehlen-Dienst schönste Interna und bunteste Details in Erfahrung brachte.[30] Die wichtige Sonderverbindung Gert Ohlendorf (S-1951),[31] der guten Kontakt zum rechten Rand des politischen Spektrums und über diesen hinaus pflegte, hatte sie von einer seiner Unterquellen besorgen lassen. Eingangs der Sitzung des Bundesdirektoriums habe der langjährige Parteivorsitzende, Bundesminister

Heinrich Hellwege, betont, der Wähler habe sich »nicht partei-, sondern staatspolitisch entschieden; insofern sei die Wahlparole der Deutschen Partei richtig gewesen, doch habe sie dabei als Partei verloren. Die DP will keine nationale Opposition, sondern nationale Verantwortung.« Allerdings sei die Parole »Macht den rechten Flügel stark« nicht zugkräftig gewesen. Einschließlich der FDP sei der rechte Flügel im Bundestag heute kleiner als zuvor; »Flaggen und Marschmusik ziehen nicht«. Die Partei habe überdies nur beschränkte Mittel einsetzen können und viele neue Mitglieder seien gar nicht in der Lage, das konservative Gedankengut angemessen zu vertreten. Auch die Kandidaten seien »großenteils nicht einwandfrei« gewesen. Eine Parteigenossin steuerte die Beobachtung bei, »die DP-Vertreter seien einmal als Deutschnationale, einmal als Demokraten, einmal als Neofaschisten aufgetreten«.

Besonderes Gewicht kamen den Ausführungen von Hans-Joachim von Merkatz zu, seit 1949 Bundestagsabgeordneter und nun Fraktionsvorsitzender der Partei: »Das Volk habe einen starken Führer und eine starke Regierung gewählt; das sei deutsche Tradition.« Die Frontgeneration habe sich zu Wort gemeldet: »Sie fordere eine konkrete, sachliche Politik und lehne jeden Radikalismus ab; sie verfolge so etwas wie ein quietistisches Ideal der Ruhe und Sicherheit. Der Frontsoldat wolle nicht mehr kämpfen für ein Ideal, wohl aber arbeiten. Im Vordergrund stehe die Einigung Europas. Das kaiserliche wie das nationalsozialistische Deutschland seien begraben. Die Deutsche Partei benötige ein Planungsgremium, das das konservative Gedankengut anhand des aktuellen Geschehens leicht fasslich darstelle.«

Ein Bremer Vertreter hielt dagegen, jetzt müssten die Wähler der verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) gewonnen werden; in Bremen hätten sich »die 131er und die HIAG« für die DP entschieden. Man solle, entgegen den Ausführungen Hellweges, eine »nationale Opposition schaffen«. Bundesverkehrsminister Hans Christoph Seebohm zog einen breiteren Horizont auf: »Die SPD sei nicht geschlagen«, befand er, »sie liege prozentual ebenso hoch wie in den letzten 20 Jahren. Wenn sie so schlecht abgeschnitten habe, liege es daran, dass sie den Wahlkampf nur gegen Adenauer, nicht aber gegen Erhard und Schäffer geführt habe. Außerdem habe sie nur mit außenpolitischen Fragen gearbeitet. *Dies sei der*

Rat des Abgeordneten Wehner gewesen, der der sowjetische Exponent in der westdeutschen Politik sei.«

Danach ging es im Bundesdirektorium um die Regierungsbildung, von dem manches bereits überholt war, als es in Pullach einlangte, was jedoch recht gut auf die Denkungsart des Spitzenpersonals schließen ließ. Hellwege sprach sich beispielsweise gegen eine Koalition mit dem BHE aus, der »eine sterbende Partei« sei: »Wenn der BHE mitmache, würden die Industriemittel auch an ihn gehen und damit die Gelder der Deutschen Partei weiter schmälern. Adenauer habe sich in diesem Punkt noch nicht entschieden, da er mit der CSU Schwierigkeiten habe.« Gehe die Partei nicht in die Regierung, so der Vorsitzende weiter, verlören die Wirtschaft und die Medien das Interesse an ihr. Merkatz fügte an, die DP sei nicht ganz ohne Gewicht, denn an der verfassungsändernden Mehrheit fehlten dem Kanzler vier Stimmen. Das Referat 40/P stufte den Informationswert dieses Dokuments als »interessante Selbstkritik der DP« ein. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Gehlen die aussagekräftigsten Passagen aus diesen streng vertraulichen Berichten dem Bundeskanzleramt nicht zugänglich gemacht hat.

2. Ausbau der politischen Inlandsspionage

Es wurde schon erwähnt, dass Pullach nach dem erfreulichen Ausgang der Bundestagswahlen und der Bildung des zweiten Kabinetts Adenauer organisatorische Veränderungen bei der politischen Inlandsspionage vornahm, sich an der Praxis der Ausspähung jedoch nichts änderte.[32] Mit den vorwiegend kosmetischen Korrekturen sollte vor allem dem immer wieder erhobenen Vorwurf begegnet werden, der Gehlen-Dienst missbrauche seine Macht im Interesse des Kanzleramts und unterhalte dafür spezielle Apparate. Um den bevorstehenden Übergang aus der amerikanischen in die westdeutsche Verantwortung einigermaßen konsensuell gestalten zu helfen und der verbreiteten Skepsis gegenüber einer Umformung der Organisation Gehlen in einen Bundesnachrichtendienst Wind aus den Segeln zu nehmen, erschien es ratsam, den Eindruck zu erwecken, man mache nun mit alten, sozusagen den Wirrnissen der Anfangsjahre geschuldeten bedenklichen Praktiken Schluss. James H. Critchfield, CIA-Verantwortlicher in Pullach, sprach in seiner Jahresbilanz für 1953 von einer Umorientierung »from internal West German security targets« hin zu den Zielen der klassischen Gegenspionage.[33] Genau das aber geschah nicht.

Die in Wahrheit immer weiter ausgebaute politische Inlandsspionage in der Ära Adenauer ging durchweg mit gegenteiligen Beteuerungen Gehlens einher. Gegenüber der Handvoll Bundestagsabgeordneter, die bald bei der Mittelbewilligung für den Dienst mitzureden haben würden, verstand sich eine entsprechende Argumentation von selbst, doch auch in den internen Papieren und Ausarbeitungen für das Kanzleramt fand die breite innenpolitische Ausforschung niemals Erwähnung. Sie war und blieb – abgeschirmt, illegitim, illegal, aber bürokratisch formalisiert – das politisch ebenso nützliche wie ressourcenverschlingende Anliegen der Pullacher Führungsspitze, die sich der Unterstützung des Kanzleramtschefs sicher sein konnte. Bei seiner Anhörung im Bundestagsausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit am 11. Dezember 1953 unterstrich Gehlen, Ziel seiner Tätigkeit sei die »Aufklärung des gegnerischen Potentials«, eine »innenpolitische Aufklärung« gehöre nicht zu den Aufgaben seines Dienstes.[34] Der Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund nahm

das für bare Münze und berichtete nach München, Pullachs geheime Informationstätigkeit »richte sich lediglich gegen den Osten und erstreckt sich nicht auf das Bundesgebiet«.[35]

Eine umfangreiche interne Denkschrift von 1954 zur »Spionageabwehr« – unter dieser Flagge segelte die politische Inlandsspionage wie erinnerlich schon immer – machte sich bald darauf über alles Mögliche Gedanken, auch zur Verfassung des westdeutschen Bürgers: »In den ungewöhnlichen Nachkriegsverhältnissen«, lautete der Befund, »ist der deutsche Mensch in seinem politischen, sittlichen und ideellen Denken, insbesondere im Hinblick auf die neue geteilte deutsche Staatlichkeit, weitgehend *labil* geworden, und die vaterländische Bindung zu dem Staat Bundesrepublik ist allgemein noch sehr gering.« Als erfahrener Angehöriger der ehemaligen Abwehr benannte der Autor sodann die Aufgaben der Spionageabwehr, nämlich den Schutz von Staat, Regierung, Militär, Wirtschaft, Verkehr, Forschung sowie »der politischen und staatsbürgerlichen Moral« gegen »Spionage, Ausspähung, Sabotage, Zersetzung soweit sie von *fremden* Mächten, Organisationen und Einrichtungen ausgehen«.[36] Die breite innenpolitische Ausspähung fand keine Erwähnung. Das war auch in Gehlens grundlegender Stellungnahme über den »Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes« so, die er dem Bundeskanzleramt im Zuge der Übernahmevorbereitungen vorlegte: Bei der Tätigkeit seines Dienstes, schrieb er, handele es sich um eine »mit allen Mitteln der Technik und des Geisteslebens arbeitende Wissenschaft, für die die Besten unseres Volkes gerade gut genug sind«. Irgendwelche Hinweise auf die politische Inlandsspionage gab er selbstverständlich nicht, verurteilte jedoch die immer wieder erhobene Behauptung, »dass der Nachrichtendienst einen politischen Machtfaktor im Staate darstellt«; die Unsinnigkeit solcher Unterstellungen sei doch schon am Schicksal des Admirals Canaris abzulesen.[37] Die offizielle Unterrichtung der obersten Bundesbehörden und der Regierungschefs der Länder über die Existenz eines neuen westdeutschen Auslandsnachrichtendienstes durch Staatssekretär Hans Globke Ende 1956 hielt dann in einem einzigen kargen Satz fest: »Auf innenpolitischem Gebiet wird der Bundesnachrichtendienst nicht tätig.«[38] Diese Formel zog sich viele Jahre lang durch die Regierungsdokumente zum BND.

Die erwähnte Umorganisation der politischen Inlandsspionage vollzog sich während des ersten Halbjahrs 1954 in mehreren Schritten.[39] Betroffen waren vor allem der Bereich Spionageabwehr[40] und die bisher von der aufgelösten Abteilung 35[41] koordinierte Arbeit mit den sogenannten Sonderverbindungen. Kurt Weiß (»Winterstein«), der erst zwei Jahre zuvor zum Gehlen-Dienst gestoßen war und sich in kürzester Zeit zu einem der wichtigsten Akteure der innenpolitischen Ausforschung entwickelte, stieg zum Leiter der Abteilung 133 auf, die außenpolitische Informationen über den Ostblock zu beschaffen hatte. Weiß beschränkte sich allerdings nicht auf diese anspruchsvolle Aufgabe. In einer internen Chronik heißt es dazu lapidar: »1.5.54 – Die ›Politische Aufklärung‹ unter Herrn Winterstein wird als Dienststelle 133 selbständig und untersteht 121, dem ›Führungsbeauftragten für Nachrichtendienste‹ (Herrn Kühne) unmittelbar.«[42] Der 1961 enttarnte KGB-Doppelagent[43] Heinz Felfe beschrieb den Aktionsradius seines umtriebigen Kollegen, der so rasch in die engste Entourage Gehlens eingerückt war, rückblickend recht präzise: »Es gab seit 1952 keine innenpolitische Aktion des BND, an der ›Winterstein‹ nicht beteiligt wurde.«[44]

Sofort nach seiner Ernennung schaltete sich Kurt Weiß in die Neuordnung des Bereichs Sonderverbindungen ein. Das zeigen seine Hinweise für Henning Wilcke (»Wilden«), der seit langem zum Dienst gehörte, in der Abteilung Spionageabwehr die innenpolitische Berichterstattung besorgt hatte und nun ebenfalls der Dienststelle 121 unterstand.[45] »Winterstein« informierte darin, dass er auf Geheiß Gehlens hinfort »Sonderverbindungen zu a) einzelnen politischen Persönlichkeiten, b) einigen führenden Journalisten« unterhalte. »In allen anderen Presse-Verbindungen sind Mitarbeiter der Zentrale oder der Außenstellen als unmittelbare Kontaktorgane eingeschaltet. Diese Verbindungen sind bei 133 registriert, sodass hier ein Gesamtüberblick über alle Presse-Kontakte der Org besteht.«[46] In einer persönlichen Besprechung hatte Gehlen zu Wilcke außerdem gesagt, dass ihm sämtliche von den Sonderverbindungen eingehende Informationen zur Kenntnis zu geben seien. Ihm komme es nun darauf an, »den Kreis der Sonderverbindungen zu begrenzen, die verbleibenden Verbindungen aber auch für eine ND-mäßige Berichterstattung heranzuziehen«. Darüber hinaus erwarte er »von Zeit zu Zeit Vortrag« über die Entwicklung auf diesem Feld. »Auch bei besonderen

Anlässen und bemerkenswerten Meldungen, die durch Sonderverbindungen eingehen, ist 88 [Gehlen] Vortrag zu halten.« Dem Vorschlag Wilckes, »besonders diffizile Quellen«, etwa V-Leute aus dem Bereich des DGB und der SPD, künftig besser als Sonderverbindungen zu führen, stimmte der künftige BND-Präsident zu.[47]

Den Abschluss fand die Umgruppierung bei den Sonderverbindungen im Bereich der politischen Inlandsspionage mit einer Bestandsaufnahme Mitte des Jahres, wobei die Rückläufe aus den verschiedenen Diensteinheiten nicht immer klar zwischen Quellen und Sonderverbindungen unterschieden. Das Bonner Verbindungsbüro listete denn auch unterschiedslos seine sämtlichen Kontakte auf, aufgegliedert in »Regierung«, »Parteien«, »Länderregierungen« und »Ausländer«. In der ersten Rubrik finden sich beim Unterpunkt »Kanzleramt«, beginnend mit »Staatssekretär Dr. Globke« und endend mit »unbedeutenderen Amtsangehörigen«, 17 Namen. Einige davon sind uns schon begegnet: Ministerialdirektor Karl Gumbel, Regierungsdirektor Günter Bachmann, Oberregierungsrat Josef Selbach; vom Amt Blank sodann Heusinger, Kielmansegg, Kirsch oder Oster. Alte Bekannte aus dem Innenministerium bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz waren in dieser Auflistung auch dabei: Egidi, Radke, Gerken; aus dem Auswärtigen Amt Otto Bräutigam; aus dem Wohnungsbauministerium natürlich Bundesminister und Top-Informant Victor-Emanuel Preusker. Bei den Parteien und Länderregierungen fielen die Namen Erich Ollenhauer, Annemarie Renger, Thomas Dehler, Erich Mende, Ministerpräsident Zinn oder Staatssekretär Hermann J. Bach. Es ist offensichtlich, dass der umtriebige Leiter der Bonner Verbindungsstelle, Werner Repenning, hier, wo eigentlich nur nach den Sonderverbindungen gefragt war, ein wenig über das Ziel hinausschoss und zu prunken versuchte.[48]

Die politische Inlandsspionage erfuhr während der organisatorischen Veränderungen keinerlei Störung. Gleich zu Beginn des Jahres etwa kamen aus dem Innenministerium wieder einmal Neuigkeiten, die Ministerialdirektor Egidi seinem Schwager im Gehlen-Dienst, Hasso Viebig (der uns ebenfalls bereits geläufig ist), gesteckt hatte.[49] Bei manch einem in Bonn bestehe der Eindruck, »dass Dr. Schneider bezüglich seiner letzten Absichten undurchsichtig sei«, verriet er. Außerdem kam der Hinweis, dass das Ministerium »sehr viele Nachrichten wesentlich schneller auf einem

inoffiziellen direkten Wege über gewisse Herren unserer Zentrale erhalte, als auf dem langsamen offiziellen«. Herr von Lossow, Gehlens Famulus in Politicis, werde »nach wie vor als Verbindungsmann nicht recht ernst genommen«; Repenning habe ebenfalls keine besonders guten Karten. Überhaupt liege manches im Argen: »Zwischen Dr. Schneider und dem Innenminister besteht praktisch kein Kontakt. Der Innenminister habe den Eindruck, Dr. Schneider erstrebe eine Machtstellung. Ein solches Streben Dr. Schneiders werde aber genauso auf allgemeine Ablehnung stoßen wie seinerzeit der Ruf des Bundeskanzlers nach einem Sicherheitsministerium. Dr. Globke sei nicht nur bei den meisten Parteien denkbar unbeliebt; er sei jetzt auch beim Bundeskanzler in Ungnade gefallen. Seine Karte allein auf Globke zu setzen, sei gefährlich.«[50] Politklatsch mischte sich mit Wissenswertem.

Hinweise zur Innenpolitik, selbst wenn sie Pullach nicht im Entferntesten berührten, wurden, wenn nötig, von der Organisation Gehlen unter »Eigensicherung« abgebucht, ein Euphemismus für ihre geheimen Dienste, die sie dem Kanzleramt mit ihrem steten Strom innenpolitischer Hinweise leistete. Dass sich die Regierungszentrale dabei keineswegs nur rezeptiv verhielt, versteht sich, ganz zu schweigen davon, dass sie dem Gehlen-Dienst bei diesen Machenschaften in den Arm gefallen wäre. Das illustriert ein Auftrag wie der, den der frischgebackene Staatssekretär und sein enger Mitarbeiter Karl Gumbel dem »Doktor« bereits ein halbes Jahr nach der Bildung der neuen Bundesregierung erteilten. In eingespielter Routine gaben sie dem künftigen Chef des Auslandsnachrichtendienstes den Auftrag: »Haltung des Leiters der Hauptabteilung ›Jugend‹ im Deutschen Gewerkschaftsbund, Willi Ginhold, zur Wehrfrage. Weitere Hinweise sind erwünscht. Vorsichtige Behandlung, nur an Gumbel oder Globke.«[51]

Solche innen- und parteipolitischen Dienstleistungen eines angeblich nur gegen das feindliche Ausland tätigen Apparats kontrastierten nach wie vor stark mit den schwachen Leistungen auf seinem ureigenen Gebiet. Das bekam der Chef des Bundeskanzleramts in einer Besprechung mit Otto Bräutigam recht ungeschminkt zu hören, der aus seiner Stellung als Verantwortlicher der politischen Auswertung unter Adolf Heusinger in Pullach in die Leitung der Ostabteilung ins Auswärtige Amt gewechselt war. Er habe jüngst festgestellt, hielt der Diplomat fest, dass »einige Meldungen falsch seien, die meisten auch in der Presse gestanden hätten

und andere Meldungen wieder recht ungenau und vage gewesen seien.« Bräutigam führte das darauf zurück, wie es in seiner Notiz heißt, »dass – wie mir bekannt sei – die Organisation ihr Material in erster Linie der Presse entnehme, während Nachrichten von zuverlässigen und mit Weitblick ausgestatteten Personen sehr selten seien.« Er habe »Herrn Gehlen daher schon früher gelegentlich geraten, Vertrauensleute an solche Stellen ins Ausland zu setzen, wo Informationen aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang in erster Linie anfielen.«[52] Mochte dieses Unvermögen noch hingehen, da sich der Gehlen-Dienst eben erst auf neue Felder vorzutasten begann, so traten in deren angeblicher Paradedisziplin, der Beobachtung der sowjetischen Truppen in der DDR, beunruhigende Schwächen in Erscheinung. Zwischen 1952 und 1954 nahm der jährliche Eingang nämlich von 4329 auf 2687 Meldungen ab – nach internem Pullacher Urteil ein bedenklicher »Abstieg«.[53] Die Aussicht auf eine baldige Übernahme in den Bundesdienst vermochte das freilich nicht zu trüben. Der Kanzler und sein Staatssekretär waren entschlossen, die Organisation Gehlen zum BND zu machen.

1 Peter Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Baden-Baden 1999, Bd. 1, S. 156. Wegen eines Fraktionswechsels verfügten die Unionsparteien bei Konstituierung des Parlaments am 6.10.1953 mit 244 von 487 Sitzen über die absolute Mehrheit der Mandate.
2 FAZ, 8.9.1953 (»Der Sieg des Staatsmannes«).
3 Der Spiegel, 16.9.1953 (»Gott schütze Sie, mein Kanzler«); die folgenden Stimmen der Auslandspresse zit. nach dieser Ausgabe.
4 Im Einzelnen dazu Thomas Wolf: Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle, Berlin 2018, S. 273 ff.
5 Hans-Peter Schwarz, Anmerkungen zu Adenauer, München 2004, S. 200.
6 Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 120.
7 Siehe Klaus-Dietmar Henke: Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage der Organisation Gehlen 1946–1953, Berlin 2018, S. 278 ff.
8 Ebd., S. 665 ff.
9 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Situation vor der Regierungsbildung, 17.9.1953 (Zeitpunkt der Feststellung: 10./11.9.1953.), in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1828 ff. 40/P wurde Anfang 1954 in 122/U umbenannt. Beim Nachweis der zitierten Dokumente werden neben der in Klammern gesetzten numerischen Kennung der jeweiligen Dienststelle in der Regel auch deren verantwortliche Leiter genannt. Bei den Untergliederungen ist das nicht durchweg möglich.
10 Henke, Geheime Dienste, I, S. 666 ff.
11 Siehe unten, S. 320 ff.
12 Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Band 2: Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart 1983, S. 200.
13 FAZ, 17.10.1953 (»Dehler«).
14 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 678 ff.
15 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Erklärung Dr. Middelhauves zur Situation der FDP nach den Wahlen, 24.9.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1905 ff.
16 Henke, Geheime Dienste, I, S. 474 ff. und 482 ff.
17 Ebd., S. 667 ff. und 675 ff.
18 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Auswirkungen der Bundestagswahl vom 6.9.53, 29.9.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1941 ff.
19 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), 29.9.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1949 ff.
20 FAZ, 13.10.1953 (»Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung?«).
21 1. Kabinettssitzung am Dienstag, dem 20.Oktober 1953, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 6: 1953, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard 1989, S. 459.
22 Siehe den vertraulichen Informationsbrief von Ende Oktober mit Informationen über die SPD, den 40/P (Wilcke) am 10.11.1953 an Gehlen sandte, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 109 ff., und die Niederschrift über die »Sitzung PV, PA, KK, Bezirkssekretäre, Bundestagsfraktion und Länderminister am 17.9.1953 in Bonn«, in: AdsD, PV-Protokolle 1953.
23 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Haltung der SPD nach den Bundestagswahlen, 30.9.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1979 f.
24 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Sitzung des PV der SPD vom 7./8.10.1953, 26.10.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 2144 ff.
25 So Gehlen in seiner Denkschrift »Die Erhaltung des amerikanischen politischen Einflusses in Europa« vom 16. Mai 1949, in: BND-Archiv, 1112, Bl. 27 ff., hier Bl. 34.
26 Henke, Geheime Dienste, I, S. 716 ff., sowie unten, S. 545 ff.

27 Zit. nach Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1996, S. 289; das nachfolgende Zitat ebd., S. 290.
28 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 299.
29 Siehe unten, S. 545 ff.
30 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Sitzung des Bundesdirektoriums der Deutschen Partei am 18.9.53 in Bonn, 13.10.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 2074 ff. Hervorhebung im Original.
31 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 703 ff.
32 Ebd., S. 765 ff.
33 Critchfield (25) an Gehlen (30), Year-end Review of Organization activities and Recommendations for Future Cooperation, 1.1.1954, in: BND-Archiv, 1190, Bl. 361 ff., hier Bl. 366.
34 O. V. [Gehlen], Grundsätze des geheimen Nachrichtendienstes, 9.12.1953, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (59), Bl. 172 ff., hier Bl. 173.
35 Der Bayerische Bevollmächtigte beim Bund an das Bayerische Staatsministerium des Innern und die Bayerische Staatskanzlei, Vorgänge um die Organisation Gehlen, 15.12.1953, in: BND-Archiv, 24854, Bl. 48 ff., hier Bl. 49.
36 Schmalschläger (91), Gedanken zum Aufbau der Spionage-Abwehr in der Bundesrepublik, o. D. [1954], in: BND-Archiv, 122733, Bl. 2426 ff., hier Bl. 2429. Hervorhebungen im Original.
37 Gehlen, Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes, 31.5.1954, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 483 ff., hier Bl. 484.
38 Rundschreiben des Staatssekretärs des Bundeskanzleramts, 23.11.1954, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 2, Bl. 130.
39 Siehe auch Wolf, Entstehung, S. 188 ff. und 200 ff.
40 Siehe namentlich Gehlens Anordnung vom 17. Februar 1954 »Ausbau und Erweiterung des III-Dienstes«, in: BND-Archiv, 1172, Bl. 204 f.
41 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 765 ff.; zu Weiß ebd., S. 298 ff. Vgl. vor allem unten, S. 373 ff.
42 Chronologie, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15102 (107), Bl. 34.
43 Ungeachtet verschiedener Bezeichnungen belasse ich es bei Nennung der sowjetischen Geheimpolizei durchgehend bei dem Kürzel KGB.
44 Bodo V. Hechelhammer: Spion ohne Grenzen: Heinz Felfe – Agent in sieben Geheimdiensten, München 2019, S. 252.
45 Dieckmann (512) an Gehlen (30), Org.-Änderungen in der Zentrale, 30.4.1954, in: BND-Archiv, 104290, o. Bl.
46 Zu den Presse-Sonderverbindungen siehe unten, S. 449 ff.
47 Wilcke (119/A), Aktennotiz über Besprechung mit 88 [seit Anfang 1954 die Ziffer für Gehlen] am 18.5.54, Sonderverbindungen, 19.5.1954, in: BND-Archiv, 104290, o. Bl.
48 Repenning (552) an Gehlen (88), Absicherung, 25.6.1954, in: BND-Archiv, 104363, o. Bl.
49 Henke, Geheime Dienste, I, S. 174 ff.
50 Alfred Kretschmer (»Körnig«) an Gehlen, 2.2.1954, in: BND-Archiv, 4318, o. Bl.
51 Gehlen, Aktennotiz, Besprechung mit Gumbel und Globke, 22./23.4.1954, in: BND-Archiv, 1110, o. Bl.
52 Otto Bräutigam, Aufzeichnung, 230-08 III 757/53g, 22.12.1953, in: PA AA, B 130/4888, o. Bl.
53 Krusche (124/H 4) an Kühlein (121), Entwicklung der Heeresaufklärung SBZD, 16.9.1954, in: BND-Archiv, 120017/1, Bl. 434 ff., hier Bl. 434. Siehe auch Krusche (124/H 4) an Kühlein (121) mit Weiterleitung an Gehlen (88), 13.8.1954, in: BND-Archiv, 120017/1, Bl. 1125.

II. Unendliche Konfliktgeschichte: BND gegen Verfassungsschutz

1. Rivalität von Anfang an

Nach dem von Hans Globke und Reinhard Gehlen gemeinsam gestarteten Versuch, die Zuständigkeiten für die äußere und innere Sicherheit in einem »Bundesministerium für das Sicherheitswesen« zusammenzuführen – er wurde vom Bundeskanzler gestoppt[1] –, entspann sich mit dem Amtsantritt von Otto John als Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), wie dargelegt, eine verbissene persönliche Auseinandersetzung zwischen Gehlen und ihm.[2] Darüber hinaus begann sich eine Konfliktgeschichte zwischen BND und BfV zu entfalten, bei der es im Kern darum ging, wie die Zuständigkeiten bei der Spionageabwehr und der Gegenspionage verteilt sein sollten. Ohne dass es zu einer befriedigenden Lösung gekommen wäre, wogte dieser Streit bis zum Ausscheiden Gehlens im Frühjahr 1968 hin und her. Wir haben es hier jedoch nicht nur mit einem gewöhnlichen Kompetenzstreit zu tun, wie er zwischen Behörden auf benachbarten Feldern eher die Regel als die Ausnahme ist. Vielmehr war es dem BND die gesamte Gehlen-Zeit über darum zu tun, sich möglichst lange auf dem Feld der Spionageabwehr zu behaupten, weil sie ihm als Deckmantel seiner politischen Inlandsspionage diente. Schließlich verlieh seine innenpolitische Zuarbeit für das Kanzleramt dem Dienst ein institutionelles Gewicht, das ihn weit über eine gewöhnliche Bundesoberbehörde hinaushob.

Es ging in diesem Streit außerdem immer auch um den Primat in Sicherheitsfragen. Bis zur »Legalisierung« der Organisation Gehlen als Bundesnachrichtendienst im Frühjahr 1956 war dieses Tauziehen insofern besonders delikat, als sich der Apparat einer fremden Macht in Pullach mit Rückendeckung des Kanzleramts in unmittelbare Konkurrenz zu der 1950 geschaffenen neuen Bundesoberbehörde in Köln begab. Diese Auseinandersetzung wurde sofort akut, da das Verfassungsschutzamt seine Fähigkeiten bei der Spionageabwehr »schneller als erwartet«[3] zum Tragen bringen konnte. Das Tauziehen schien jedoch entschieden, als Otto John Mitte Juli 1954 plötzlich in Ost-Berlin auftauchte und das BfV in eine Existenzkrise stürzte. Sogleich versuchte die Organisation Gehlen die Katastrophe der Kölner Rivalen für sich zu nutzen, um endlich und

endgültig die Oberhoheit zu gewinnen. Das markierte den Beginn der zweiten Etappe dieser unendlichen Konfliktgeschichte.

Das anfängliche Bestreben, den Verfassungsschutz aus dem Gehlen-Dienst heraus zu entwickeln, war mit dem vergeblichen Versuch des Bundeskanzlers gescheitert, der Alliierten Hohen Kommission Reinhard Gehlen als Präsidenten des neuen Amtes schmackhaft zu machen.[4] Das bedeutete allerdings keineswegs das Ende der Bestrebungen von Globke und Gehlen, Inlands- und Auslandsnachrichtendienst nach Möglichkeit zu fusionieren, mindestens aber die Zuständigkeit der Organisation Gehlen bzw. des BND auch für die Spionageabwehr zu sichern, der Bekämpfung gegnerischer Geheimdienste im eigenen Land (III-C), die an sich Sache des Verfassungsschutzes war. Die Gegenspionage, das Eindringen in fremde Dienste (III-F), galt ohnehin als ureigene Domäne des Auslandsnachrichtendienstes. Während des Aufbaus des BfV hatte das Kanzleramt die Org explizit darum gebeten, sie möge vorübergehend bei der Aufklärungsarbeit gegen den Kommunismus aushelfen. Die erbetene Unterstützung für eine Übergangszeit legitimierte allerdings (wie gelegentlich behauptet) in keiner Weise den umfassenden Dominanzanspruch des Gehlen-Dienstes bei der Spionageabwehr/Gegenspionage, dem »III-Gebiet«. Das Bestreben Gehlens, auch bei der Spionageabwehr eine führende Rolle einzunehmen, mochte bis zu einem gewissen Grad aus deren typischer Verschränkung mit der Gegenspionage begründbar erscheinen. Mehr noch stand dahinter jedoch sein Wille, die massive Inlandsspionage fortzuführen und auszubauen, die seit 1946 ja unter der Flagge der »Spionageabwehr« betrieben wurde.

Ende 1950, der zunächst kommissarisch bestallte neue BfV-Präsident war erst wenige Tage im Amt, erteilte Gehlen die Weisung: »Alles über John sammeln«.[5] Umgehend liefen die ersten Meldungen ein, und Kurt Kohler, Leiter der Spionageabwehr, beschrieb Gehlen sorgenvoll »unsere Situation im Hinblick auf das Erstarken des Bundesamtes für Verfassungsschutz«.[6] Die eigene Spionageabwehr/Gegenspionage sei noch nicht gut entwickelt, hielt er fest, wohingegen das Amt bereits mit einer Tätigkeit hervortrete, »die geeignet ist, die Arbeit der eigenen Organisation in vielen Punkten zu überschneiden und zu überflügeln«. In Einzelfällen gehe das BfV sogar schon von der Spionageabwehr zur Gegenspionage über. Die Kölner

drohten zum »gefährlichsten Konkurrenten« zu werden, »dem die eigene Organisation je gegenübergestanden« habe, vor allem bei der »gesamten innenpolitischen Berichterstattung«, die in der Tat der politische Trumpf Pullachs war. Bei der Spionageabwehr könne der Verfassungsschutz als offizielle Bundeseinrichtung »viel schneller, besser und rationeller« arbeiten als man selbst, hieß es zutreffend weiter; an vielen Informationen der Org zeige Köln schon gar kein Interesse mehr, da er besser im Bilde sei. Kohler stellte daher die naheliegende Frage, ob man auf den innenpolitischen Gebieten überhaupt noch tätig bleiben solle, »auf denen das BfV kraft seiner Autorität, seiner Möglichkeiten und seiner Rentabilität zu wesentlich besseren Ergebnissen kommen muss«, oder ob es nicht die klügere Option sei, stattdessen bei der Gegenspionage eine »Monopolstellung« zu erlangen. Dieser Vorschlag zur Selbstbescheidung stieß bei »Dr. Schneider« auf taube Ohren, hätte er den Dienst damit doch selbst eines tragenden Pfeilers beraubt.

Im Sommer 1951 hatten Globke und Gehlen ihre Versuche noch nicht aufgegeben, die endgültige Bestätigung von Otto John als Verfassungsschutzpräsident durch das Kabinett zu hintertreiben.[7] Das schlug jedoch ebenso fehl wie der Versuch, die Stellung des »Doktors« durch einen organisatorischen Schachzug zu stärken. Das Memorandum über die wünschenswerte nachrichtendienstliche Spitzengliederung, das Globke bei Gehlen bestellt hatte, plädierte nämlich dafür, den Leiter der Org zum nachrichtendienstlichen Berater des Kanzlers zu machen. Damit würde er in Pullach zwar formell ausscheiden, den Zugriff auf seinen Apparat aber faktisch behalten – ein neuerlicher Anlauf, die »institutionelle Bündelung der Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiet der äußeren und inneren Sicherheit« zu erreichen.[8]

Daraus konnte allerdings schon deswegen nichts werden, weil eine Verschmelzung von Inlands- und Auslandsnachrichtendienst für die drei Besatzungsmächte nicht in Frage kam. Nolens volens trafen sich Reinhard Gehlen und Otto John daher Mitte September 1951 und legten einige grobe Richtlinien ihrer Zusammenarbeit fest.[9] Danach sollten sämtliche Informationen über die Wirtschaftslage und die Nachrichtendienste des Ostblocks sowie über die KPD ausgetauscht werden. Der Verfassungsschutz versprach, eigene Ausarbeitungen »über westliche politische Gruppen, Organisationen usw.« zur Kenntnis zu geben. Außerdem waren

Begegnungen vorgesehen, bei denen sich die Mitarbeiter beschnuppern und gegenseitige Vorurteile abbauen sollten. Einiger praktischer Wert kam für Pullach der Absprache zu, dass sich die eigenen Mitarbeiter bei einer etwaigen Verhaftung gegenüber der Polizei als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ausgeben durften, um die Dinge anschließend in Ruhe bereinigen zu können. Das waren nützliche Absprachen, doch regelten sie weder das Verhältnis von Gehlen-Dienst und Verfassungsschutz zueinander noch den eigentlichen akuten Streitpunkt, wer welche Befugnisse auf dem »III-Gebiet« beanspruchen konnte.

Sechs Wochen nach diesem Agreement starteten Gehlen und Globke einen neuerlichen, einstweilen letzten Versuch, sich den Zugriff auf die reguläre Inlandsaufklärung offenzuhalten. Der vom starken Mann im Kanzleramt angeforderte »Vorschlag für Gliederung und Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes«[10] von Anfang November argumentierte geschickter als das obsolete Plädoyer eines nachrichtendienstlichen Beraters des Bundeskanzlers. Auf den ersten Blick sprach sich das Memorandum auch für eine Trennung von Inlands- und Auslandsnachrichtendienst aus, suchte aber dennoch nach einer Möglichkeit, die umkämpfte, in die Kompetenz des BfV fallende Spionageabwehr im künftigen Bundesnachrichtendienst anzusiedeln. Semantisch geschah das mit dem Begriff der »Gegenaufklärung«. In dem Abschnitt über die Aufgaben der Abteilung Gegenspionage schrieb Gehlen nämlich, diese sei »das Führungsorgan des BND für die gesamte Gegenaufklärung und die Gegenspionage«. Mit dem neuen Begriff »Gegenaufklärung« umschiffte er es, ausdrücklich von Spionageabwehr zu sprechen. Angesichts der unnachgiebigen amerikanischen Haltung musste er sich zunächst mit dieser Sophistik begnügen. Bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten hatten ihm CIA-Chef Bedell Smith und sein Stellvertreter Allen Dulles kurz zuvor deutlich gemacht, dass sie für einen integrierten Inlands- und Auslandsnachrichtendienst nicht zu haben waren.

Die praktische Zusammenarbeit zwischen der Organisation Gehlen und dem BfV blieb begrenzt und von wachsender Rivalität geprägt. Eine Aufstellung der Abteilung Spionageabwehr von Februar 1952 etwa beklagte, dass viel mehr III-Angelegenheiten nach Köln gingen als von dort nach Pullach, von denen die meisten inhaltlich obendrein »ohne besondere Bedeutung« seien.[11] Nützliche Hinweise für Ansatzpunkte der eigenen

Gegenspionage: Fehlanzeige. Stattdessen kämen immer wieder Fragen zu Dienststellen des MfS, der doch als Sache der Gegenspionage zu gelten habe, also nichts, was »dem BfV zukäme«; gehe das so weiter, werde das Kölner Amt bald über das gesamte Wissen zum Staatssicherheitsdienst der DDR verfügen, das man sich mühsam habe erarbeiten müssen. Es stelle sich die Frage, »was BfV überhaupt macht«, klagte Kohler, »wenn alle diese Erkenntnisse durch uns beigebracht werden müssen, wir aber umgekehrt nichts erhalten.« Dasselbe gelte für die anderen östlichen Geheimdienste. Werde das eigene Material dazu übermittelt, würde der Verfassungsschutz in Kürze »über die gleichen Unterlagen verfügen wie wir nach sechsjähriger Arbeit. Außerdem sind diese Nachrichtendienste als im Ausland befindliche Organisationen reine III-F Ziele.« Das war eine etwas unsachliche Sichtweise, denn die gründliche Kenntnis der Ostblock-Dienste war bei der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes natürlich unabdingbar. Sechs Wochen später fiel der Befund nicht viel besser aus. »Wirklich wertvolles Basismaterial« für die Spionageabwehr/Gegenspionage habe man in keinem einzigen Fall erhalten, hieß es.[12] Die persönlichen Beziehungen zum stellvertretenden Leiter des BfV, dem ehemaligen Kollegen Albert Radke (»Riedinger«), seien zwar gut, trotzdem bearbeite Köln »entgegen den Vereinbarungen eindeutig selbst III-F Fälle, ohne die Org davon auch nur zu benachrichtigen oder ihr Ergebnisse mitzuteilen«. Otto John habe die Landesämter sogar aufgefordert, aktive Gegenspionage zu betreiben.

Die Dinge spitzten sich zu, und auch der CIA blieb das nicht verborgen. Deutschland-Chef Gordon M. Stewart berichtete nach Washington, auch wenn sich Gehlen und John über die Kompetenzabgrenzung im Hinblick auf die Gegenspionage (Pullach) und die Spionageabwehr (Köln und die Landesämter) angeblich einig seien, heiße es bei der Org hinter vorgehaltener Hand, dass die Lage lamentabel sei: »Cooperation is almost non-existent.«[13] Der Dienst und das Amt seien mehr Konkurrenten als Partner. Hans Globke vom Bundeskanzleramt vertrete übrigens die Ansicht, dass man wegen der besonderen Situation im geteilten Deutschland von der klassischen Trennung zwischen Spionageabwehr und Gegenspionage durchaus abweichen könne. Die Amerikaner machten sich also darauf gefasst, dass eine Klärung hier nicht so bald erfolgen würde. Zur selben Zeit, im April 1952, bekräftigte Kohler neuerlich, dass »die

Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz nicht funktioniert«.[14] Sobald es gegen einen gemeinsam bekämpften Konkurrenten wie den »Bundesnachrichtendienst« von Friedrich Wilhelm Heinz ging, klappte die Kooperation allerdings bestens.[15]

So schlecht die gegenseitige Abstimmung auf dem »III-Gebiet« war, so gut funktionierte die Ausforschung des Bundesamts für Verfassungsschutz durch den Gehlen-Dienst. Nicht weniger als fünf verschiedene Informanten lieferten hier zu.[16] Zunächst ging es um den sehr rührigen Abwehr-Veteranen Richard Gerken,[17] der in Köln eben die Abteilung Beschaffung übernommen hatte. Er habe den Ruf, »fachlich und auch menschlich besser qualifiziert zu sein als die übrigen Abteilungsleiter und Referenten«, hieß es zu ihm. Der Leiter des Referats Fremde Nachrichtendienste etwa sei »unqualifiziert, hohl und überheblich«, ein »Blender«, ein »Musterbeispiel für Unfähigkeit in der Menschenführung« usw. Kohlers Abteilung 40 hielt diese harsche Qualifizierung zwar für »einseitig und von persönlichen Aversionen beeinflusst«, doch sei der Genannte »zweifellos zu jung, um mit Untergebenen und anderen und mit anderen Dienststellen menschlich zweckmäßig zu verhandeln«. Seine Einstellung Pullach gegenüber müsse »vorläufig noch mit einigem Vorbehalt gesehen werden«.

Ein weiteres Objekt der Beobachtung war »Dr. Noellau« – gemeint war der Leiter der Auswertung, Günther Nollau, ein Mann der ersten Stunde, der Jahre später zum Verfassungsschutzpräsidenten aufstieg. Zu ihm berichteten die Zuträger, er werde zwar als fleißig bezeichnet, verfüge aber über wenig nachrichtendienstliche Erfahrung, sei »kleinlich und lasse andere Ansichten nicht gelten«. Es folgte eine Skizze, die zunächst mitteilte, der Mann spreche mit dem Leiter einer anderen Behörde nicht, weil dieser »kein Akademiker sei«. Nollau, »der heute der SPD angehört«, sei bis Kriegsende Anwalt in Dresden gewesen und 1950 nach West-Berlin geflüchtet. »Angeblich ist er seit dieser Zeit wegen Mordes an einem ostzonalen Volkspolizisten im ostzonalen Fahndungsbuch ausgeschrieben. (Dem äußeren Eindruck nach – klein, schwächlich – ist Dr. Noellau eine solche Tat kaum zuzutrauen). Angeblich hat sich Dr. Noellau nach seiner Flucht nach West-Berlin um Einstellung beim Sender RIAS bemüht, was jedoch fehlschlug, weil er bei einer geselligen Zusammenkunft mit US-Offizieren im betrunkenen Zustand ›geschwatzt‹ habe«. Zum Zeitpunkt

dieses Berichts war die falsche Mord-Anschuldigung schon beinahe ein Jahr lang widerlegt.

Reibereien kamen hinzu. So beschwerte sich Gerken, Werbungsversuche des Gehlen-Dienstes hätten »unliebsames Aufsehen« erregt. »Dabei sei teilweise mit recht unerfreulichen Methoden gearbeitet worden, wie hohen Geldversprechungen und Hinweisen, dass bei einer Neuwahl die Regierung und damit das BfV verschwinden würden, es daher zweckmäßig sei, sich eine Stelle bei der Org zu sichern.« Er fügte noch an, »er sei über die Werbungen besonders deshalb erstaunt, weil sie eigentlich außerhalb des künftigen Rahmens der Org lägen«. In diesem Zusammenhang sei auch ein Mitarbeiter namens Heinz Felfe aufgefallen, der Anwerbungsversuche für Quellen in Behörden mache und sich dabei als Mitarbeiter einer Dienststelle ausgebe, bei der »sehr viele ehemalige Angehörige der Kripo und der Stapo tätig seien«. Vizepräsident Radke deutete an, er ziehe Felfes »politische Zuverlässigkeit« in Zweifel, und meinte, dieser Kollege könne »eine Belastung für die Org bedeuten«.[18]

Ende 1952 war klar, dass es auch anderswo hakte: Zu den Kölner Personenanfragen war Pullach nämlich zu etwa 98 Prozent nicht auskunftsfähig,[19] mit anderen Worten, es wurde ein enormer Arbeitsaufwand mit minimalem Ertrag betrieben. Das änderte sich auch in den folgenden Jahren nicht wesentlich. Der Meldungsaustausch bot aus der Sicht des Dienstes dasselbe trübe Bild. Bei den 250 ausgetauschten Informationen, die in einer Stichprobe untersucht worden waren, handelte es sich bei Meldungen des Verfassungsschutzes zur Spionageabwehr/Gegenspionage »fast ausschließlich um Vernehmungsmeldungen« zum Staatssicherheitsdienst der DDR, also nichts, womit die »III-Arbeit« zu beflügeln war.[20] Das lag auch daran, dass die Spionageabwehr des BfV noch nicht recht auf die Beine gekommen war. Den »mit einer überhaupt nicht abschätzbaren Unzahl von Agenten aller Art« in die Bundesrepublik eindringenden Spionageorganisationen des Ostblocks hatten die Kölner – Otto John selbst schrieb das – ganze zwei Referenten und eine Schreibkraft entgegenzustellen.[21]

Anfang 1953 provozierte das BfV den Gehlen-Dienst mit der Auffassung, dass es »III-Fälle des Ostens, die gegen das Amt Blank gerichtet sind, so lange noch selbst führen muss, bis die Org anerkannt ist« – dicke Fragezeichen der Führungsspitze auf der entsprechenden

Aktennotiz und erhebliche Aufregung.[22] Bei diesem Affront, der an sich nur die staatsrechtlichen Realitäten beschrieb, stellte sich die CIA sofort auf die Seite Pullachs. Critchfield sagte in einer Besprechung mit Gehlen und Langkau: »Verstärkte III-F Arbeit der Org notwendig um die Konkurrenz des [BfV] schlagen zu können«. Im Einvernehmen mit den beiden legte er fest, dass die bei den Amerikanern bearbeiteten Gegenspionage-Fälle, »soweit sie Deutschen übergeben werden sollen, *nur der Org* überwiesen werden«. Das war eine bemerkenswerte Entscheidung, die auch von dem Misstrauen der CIA gegenüber dem als »britisch« geltenden Verfassungsschutz herrührte.[23] Das Verhältnis zwischen Gehlen und John, gegen den der »Doktor« unermüdlich hetzte, war zu dieser Zeit längst irreparabel zerrüttet.[24]

Während die Routinekontakte weiterliefen, verschärfte sich der Streit über die Zuständigkeit auf dem III-Gebiet. So hatte eine Quelle erfahren, auf einer Dienstbesprechung des BfV, an der sämtliche Leiter der Verfassungsschutzämter teilgenommen hätten, habe es kürzlich geheißen, »im Verlaufe der nächsten Monate sollen allen Landesämtern je zwei III-F-[Gegenspionage]Sachbearbeiter zugeteilt werden, die dem BfV direkt unterstellt sind«. Gehlens Abteilung Spionageabwehr bemerkte dazu, falls diese Information zutreffe, werde sich die Konkurrenz zwischen dem Verfassungsschutz und dem Dienst »weiter steigern«.[25] Es war, nebenbei bemerkt, derselbe Tag, an dem Günther Nollau Ministerialdirektor Globke mit außerordentlich kompromittierenden Unterlagen über Friedrich Wilhelm Heinz versah.[26]

In dieser angespannten Situation, in der beide Seiten versuchten, Geländegewinne zu erzielen, kam es erneut zu einer persönlichen Aussprache zwischen Reinhard Gehlen und Otto John, an der auch Leiter von Verfassungsschutzämtern der britischen Zone teilnahmen. Das Treffen, das in der Privatwohnung des BfV-Präsidenten stattfand, stand unter keinem guten Stern. Aus einer von Gehlen persönlich verfassten Notiz[27] geht hervor, dass Globke im Vorfeld versucht hatte, mit Einschaltung des eng mit Pullach verbundenen Abteilungsleiters im Innenministerium, Ministerialdirektor Hans Egidi,[28] »quasi als Vorsitzenden des Zusammentreffens der Besprechung den richtigen äußeren Akzent zu geben«. Das hatte John mit dem Hinweis abgelehnt, dass es sich »um eine reine Tee-Einladung mit dem Zweck, ganz inoffiziell eine persönliche

Fühlungnahme zwischen Leitern der Landesämter und mir herzustellen, handele«. Ein weiterer Umstand war auch nicht geeignet, die Gesprächsatmosphäre zu entkrampfen: »Besprechung wurde anscheinend durch ein Mikrophon im Flügel auf Band aufgenommen, dessen Deckel einige Zentimeter offenstand«, notierte Gehlen.

Zum Verlauf der Besprechung hielt er Folgendes fest: »Trotz der zur Schau getragenen besonderen Liebenswürdigkeit beider Seiten zunächst Zurückhaltung. Dr. John eröffnete die Besprechung mit dem Hinweis, dass er die Leiter der Landesämter und mich habe zusammenbringen wollen, um einen Weg zu finden, Reibungen in Zukunft zu vermeiden. Er schlug vor, dass die Herren der Reihe nach die Klagen, die sie hätten, vorbringen sollten. Regiemäßig bestand der Eindruck, dass eine Besprechung vorangegangen war, welche das Verfahren unter den Vertretern des Bundesamtes und der Landesämter kurz festgelegt hatte.« Gehlen blockte Johns Vorschlag ab und gab erst einmal einen halbstündigen Überblick über Geschichte und Aufgaben seines Dienstes, danach spielte er nach bestem Vermögen Theater: »Im Hinblick auf die vermutete Bandaufnahme habe ich dabei mich auf der einen Seite sehr vorsichtig und gleichzeitig positiv, wenn auch nur kurz, über unser Verhältnis zum Engländer ausgedrückt und besonders hervorgehoben die Vorbildlichkeit dieses Nachrichtendienstes in seiner Grundauffassung für uns Deutsche. Bezüglich unserer amerikanischen Partner habe ich eine ganze Reihe kritischer Bemerkungen eingestreut im Hinblick darauf, dass [es] eine der wichtigsten, von gewisser Seite immer wieder deutschen Stellen gegenüber benutzten Tendenzen ist, uns als ›Ami-Laden‹ zu bezeichnen.«

Es gab dann allerlei Klagen und Vorhaltungen von Seiten der Landesämter darüber, dass die Zusammenarbeit nicht recht funktioniere und sich wohl auch nicht so rasch verbessern werde. Gehlen schreibt, er habe dem entgegnet, dass »Vertrauen eine doppelseitige Angelegenheit sei, die sich auf *beiden* Seiten nicht von heute auf morgen erzielen ließe, dass aber der heutige Kontakt wohl einen guten Ausgangspunkt gebracht habe.« Vertrauen in den Verfassungsschutz und namentlich in seinen Präsidenten, den Widerstandskämpfer Otto John, war exakt das, was Reinhard Gehlen nie besaß noch gar aufzubauen gedachte, im Gegenteil, er versäumte keine Gelegenheit, seine Ablehnung des BfV-Präsidenten offen zu zeigen. Immerhin verließ er diese Zusammenkunft mit dem Gefühl, bei den »im

Grunde gutwilligen« Landeschefs zumindest eine entspannte Atmosphäre geschaffen zu haben. »Bei sorgfältiger Handhabung der Dinge und einiger Geschicklichkeit« werde wohl eine Unterstützung Pullachs zu erreichen sein. Doch bis zu dem spektakulären Übertritt Otto Johns nach Ost-Berlin eineinhalb Jahre später kam Gehlen dem Ziel, das er in Wirklichkeit gar nicht verfolgte, keinen Zentimeter näher.

Seit der Unterzeichnung der Deutschland-Verträge im Frühjahr 1952 rückte auf oberster politischer Ebene die Frage in den Vordergrund, welche Befugnisse ein künftiger Bundesnachrichtendienst haben und wie sich seine Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten gestalten solle. Im Sommer begannen die praktischen Vorbereitungen für die zum 1. April 1953 geplante Übernahme, in die Gehlen vom Kanzleramt eng eingebunden wurde.[29] Die »Legalisierung« verzögerte sich wegen des Scheiterns der EVG dann zwar um drei Jahre, doch verstärkte sich auf allen Seiten das Nachdenken darüber, wie die Befugnisse von BND und BfV voneinander abzugrenzen und wie insbesondere die Zuständigkeiten bei der Spionageabwehr und der Gegenspionage zu regeln seien. Das umso mehr, als die Reibereien zwischen der deutschen Oberbehörde in Köln und dem amerikanischen Apparat in Pullach weiter zunahmen.

Im Frühjahr 1953 kam die Abteilung 40 nicht umhin, Gehlen davon zu unterrichten, dass der Verfassungsschutz seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Gegenspionage immer mehr ausweite und keinerlei Einblick gewähre, obwohl er anscheinend bereits über hundert Fälle in Bearbeitung habe.[30] Außerdem verweigere das BfV die Abgabe von Vorgängen mit dem immer gleichen provozierenden Argument, »dass der augenblickliche Status der Org eine solche Abgabe noch nicht gestatte«; den Pullachern wurde zu gern unter die Nase gerieben, dass ihr Apparat weder deutsch noch bundesgesetzlich legitimiert sei. Dann wurde das Papier grundsätzlich: »Während von Seiten des BfV immer wieder Vorwürfe gegen die Org erhoben werden, dass diese die Abmachungen nicht einhalte und sich weiter mit Gebieten befasse, die eine Domäne des Verfassungsschutzes seien, ist das BfV eindeutig bemüht, seine Tätigkeit auf dem III-F-Sektor auszubauen.« Habe der Konkurrent auf diesem Felde erst einmal »entsprechende Erfahrung gesammelt sowie seinen Apparat ausgebaut«, werde es schwer werden, fuhr Kohler fort, »das Vorrecht der Org als künftiger ›Deutscher ND‹ zur allgemeinen Führung der III-F-Verbindungen

zu erkämpfen«. Auf lange Sicht werde man immer mehr ins Hintertreffen geraten, da der Verfassungsschutz »eine größere Breitenwirkung erzielen und die Exekutive einspannen kann«. Da ein Dualismus auf diesem Gebiet, das habe die Rivalität zwischen der Abwehr und dem Reichssicherheitshauptamt doch gelehrt, »grundsätzlich vom Übel« sei, komme einer Klärung »große Wichtigkeit« zu. Gehlens Stellvertreter Mellenthin notierte auf dem Memorandum: »Es geht hier um das Grundsätzliche. Globus [Globke] sollte es wissen. Ob Verhandlungen mit John zum Ziel führen, erscheint zweifelhaft.«

In einem eigenen Schriftsatz arbeitete Mellenthin die unterschiedlichen Interessen heraus, die für das Amt und den Dienst bei der Gegenspionage im Vordergrund standen.[31] Es bestehe ein »grundsätzlicher Unterschied der Ziele und Auffassungen«, schrieb er: »Es betreibt zum Beispiel das BfV III-F-Dienst mit dem Ziel, Polizeiaktionen gegen Feindkreise in der Bundesrepublik auszulösen. Die Org ihrerseits hat das Ziel, für den III-F-Dienst vorerst dauerhafte Quellen im Feindgebiet zu gewinnen. Vorzeitige Aktionen oder Polizeiaktionen, über die die Org als vorerst nicht amtlich ununterrichtet bleibt, können einer planmäßigen Auslandsarbeit der Org erheblichen Schaden zufügen.« Die Ansätze der Gegenspionage auf dem Gebiet der Bundesrepublik bedürften also einer grundsätzlichen Klärung und Koordinierung.

Im Zuge der Meinungsbildung über ihr künftiges Verhältnis zu einem regulären Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland machte sich die Spitze der CIA ebenfalls Gedanken. Das geschah im Rahmen von Briefings für Allen W. Dulles, der inzwischen die Nachfolge von Bedell Smith als Direktor des Auslandsnachrichtendienstes angetreten hatte. General Lucian K. Truscott, eine Art Chefkontrolleur der CIA in Westdeutschland, und der aus Pullach angereiste Critchfield nahmen ebenfalls an den Beratungen teil. Die vorbereitenden Instruktionspapiere, die als übergeordnetes Ziel der USA den Anspruch formulierten, vom künftigen BND eine Vorzugsposition (»favored position«) eingeräumt zu bekommen, hielten fest, der für Spionageabwehr/Gegenspionage verantwortliche Stab der Organisation Gehlen gelte zwar als kompetent, die III-F-Praxis sei jedoch ausgesprochen dürftig. Es gebe bislang noch keinerlei Festlegung dafür, welche Befugnisse der BND in diesem Bereich haben werde.[32]

Ein weiteres Memorandum[33] wurde konkreter: »A conflict appears to be shaping up within the West German Government in CI-CE field between the growing facilities of the BfV and the LfVs, and the Zipper [Org] CE show«, heißt es darin. »We believe it would be an error to facilitate absorption of the CE sections of these federal institutions by Zipper.« Es sei nicht anzunehmen, dass die deutschen Sozialdemokraten, die damit rechneten, nach den bevorstehenden Bundestagswahlen oder später Regierungspartei zu sein, dem kampflos zustimmen würden. Dazu säßen die Weimarer Erfahrungen bei ihnen zu tief: »They know from their own experiences and from that of their Socialist friends in many other European countries that they cannot expect to have effective power in the State without control over the internal security services.« Verwischte diese Argumentation auch den Unterschied zwischen Spionageabwehr und Gegenspionage, so wurde die taktische Marschroute der CIA in dieser Empfehlung dennoch deutlich: »We doubt whether it would be to the U. S. interest to vest the complete intelligence-internal security power in the group headed by Gehlen.«

Eine Zähmung des seit langem bekannten Ehrgeizes von »Utility«, Gehlen, sei angesichts seiner Differenzen mit dem Verfassungsschutz vermutlich zu erreichen, fuhr die Analyse fort: »A need for balance is indicated in which, by reserving to ourselves the ability to play one group against another, we can exercise a minimum of influence and control. The basic antagonism between the political orientation of the leaders of the BfV and the leaders of Zipper gives us such a handle. If the two are permitted to establish a healthy rivalry, they will each let us know about the other's misdeeds. If Gehlen is permitted to assume complete control, he becomes one of the most powerful political figures in Germany – and the question exists in the back of the minds of many observers whether that had not been the man's ambition for the past several years.« Ihre bisherigen Erfahrungen mit Reinhard Gehlen ließen es den Amerikanern im entscheidenden Moment, als es um die Befugnisse des künftigen BND ging, angeraten erscheinen, in dem von ihnen nicht sonderlich ästimierten Verfassungsschutz ein willkommenes Gegengewicht zu sehen.

Der ein wenig hemdsärmelige Vorschlag zur Umsetzung dieser Strategie ging dahin, dass die CIA das BfV dazu ermuntern solle, politisch akzeptable III-Spezialisten von der Org abzuwerben. Der verbleibende Rest

der Counter Espionage-Strukturen (mit Ausnahme der für Operationen außerhalb Westdeutschlands notwendigen Kräfte) könne getrost »sterben«. Die »Arbeitsteilung« sähe dann so aus: »Zipper CE operations involving West Germans concerned with East German security targets, or East German security personnel operating in West Germany should become a BfV responsibility«. Amerikanisches Geld dürfe, so die Empfehlung, nicht dafür eingesetzt werden, um die Konkurrenzposition der Organisation Gehlen gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu stärken. Auch wenn sich die Übernahme der Org in die Bundesverwaltung verzögerte und die Abgrenzung bei der Spionageabwehr/Gegenspionage in der Schwebe blieb – die CIA war trotz mancherlei freundlicher Worte entschlossen, die Bäume ihres Ziehkindes nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Doch während sich die Rivalität der Konkurrenten stetig steigerte und sich beide Seiten genauso wie die Amerikaner Gedanken darüber machten, ob, wo und wie genau der Verfassungsschutz und der kommende Bundesnachrichtendienst die Oberhoheit auf dem Gebiet der Spionageabwehr und der Gegenspionage behaupten wollten, katapultierten zwei böse »Pannen« den Konflikt auf eine neue Stufe: Beide Streithähne gerieten in schweres Wasser, das BfV im Frühjahr, die Org im Herbst 1953.

Den Anfang machte das Kölner Amt mit der »Vulkan«-Affäre.[34] Das BfV hatte bei der Gegenspionage bereits erste Erfolge vorweisen können, als seiner Beschaffungsabteilung unter dem erwähnten Richard Gerken im Verein mit der Bundesanwaltschaft, dem Bundeskriminalamt und der hohen Politik der Fall eines übergelaufenen Abteilungsleiters des Ministeriums für Staatssicherheit (der allerdings für die CIA gearbeitet hatte) aus dem Ruder lief. Im Bestreben, diesen vermeintlichen Coup weidlich auszukosten, wurden die dabei gewonnenen Informationen sogleich in mehr als 40 Haftbefehle umgesetzt. Otto John und Hans Egidi vom BMI trugen im Kabinett vor. Die Erklärung der Bundesregierung sprach danach davon, bei dem zerschlagenen Spionagering handele es sich um die größte sowjetische Geheimorganisation, die nach 1945 im Westen jemals unschädlich gemacht worden sei. Damit nicht genug, machte Vizekanzler Blücher – der Kanzler weilte in den USA – auch noch drei Dutzend Namen von Verhafteten öffentlich, eine Vorverurteilung, von ihm obendrein in lockerer Rede vorgetragen. Das junge Bundesamt für Verfassungsschutz habe seine Bewährungsprobe bestanden, fügte der Vizekanzler noch stolz hinzu. Der

BfV-Präsident sonnte sich im Glanz der Belobigungen, die Presse hingegen schrie auf und erinnerte an die Praktiken des NS-Staats. Otto John warf sich ins Mittel, doch schon wenige Wochen später musste die Bundesanwaltschaft beinahe die Hälfte ihrer Ermittlungen einstellen. Von dem ganzen »Spionagering« blieb ein einziger Delinquent übrig. Das politische Nachbeben zog sich Monate hin, der Widerstandskämpfer Otto John und seine Behörde sahen sich »in die Nähe von Unrechtsregimes gerückt«.

Die Organisation Gehlen, wo keine rechte Bestürzung über die Schwierigkeiten ihrer Kölner Kollegen aufkam, traf es kurz darauf allerdings noch härter. Beginnend mit dem 29. Oktober 1953 und bestrebt, das eigene Versagen beim Volksaufstand des 17. Juni vergessen zu machen, versetzte der Staatssicherheitsdienst der DDR dem Gehlen-Apparat eine Reihe »konzentrierter Schläge«,[35] denen nicht nur Aberdutzende V-Leute zum Opfer fielen, sondern die im Vorfeld der Berliner Außenministerkonferenz auch noch bestes Unterfutter für eine Propagandakampagne gegen die friedensgefährdenden Machenschaften der imperialistischen Geheimdienste lieferten – oder wie derlei Formeln mehr lauteten.[36]

Pullachs eilig vorbereitete propagandistische Gegenschläge zeichneten sich durch erstaunliche Substanzlosigkeit und nachrichtendienstliche Verantwortungslosigkeit aus. Da war zunächst die mit Hilfe der Presse orchestrierte »Brutus«-Kampagne. Sie suggerierte die Existenz einer von ihr so genannten »Wollweber-Organisation« (nach dem einstigen kommunistischen Sabotage-Spezialisten und seit Kurzem amtierenden Staatssicherheitschef), bei der es sich angeblich um einen gefährlichen, sowjetisch angeleiteten Spionage- und Terrorapparat handele. Es war der in Pullach aufsteigende Stern Kurt Weiß, »Winterstein«, der diese Kampagne im Auftrag Gehlens und mit der Billigung Globkes über die Bedenken der Abteilung Spionageabwehr hinweg lenkte, die in all den Mutmaßungen und Behauptungen mit guten Gründen keine rechte Substanz zu erkennen vermochte; die CIA auch nicht.

Eine weitere Aktion im Rahmen dieser Gegenpropaganda, die »Weißbuchkampagne«,[37] wuchs sich zu einer noch größeren Pleite aus. Sie offenbarte die Inkompetenz und das übersteigerte Selbstbewusstsein der Organisation Gehlen auf dem Felde der Spionageabwehr und

Gegenspionage vollends. Ausgangspunkt waren Informationen, wonach die sowjetische Seite auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz die Aktivitäten westlicher Geheimdienste in Westdeutschland zur Sprache bringe wolle. Gehlen schlug dem Kanzleramt daraufhin vor, die Attacke mit einer Studie über die auf die Bundesrepublik zielenden östlichen Bürgerkriegsvorbereitungen zu kontern. Anfang Januar 1954 gab Hans Globke in einer Unterredung mit ihm grünes Licht dafür: »Reaktion auf mögliche russische Denkschrift. Organisation soll so schnell wie möglich Denkschrift in dem bereits von mir angeordneten Sinn vorlegen«, hielt Gehlen aus dem Gespräch fest; auch die »Brutus«-Kampagne solle »wie geplant anlaufen«.[38] In der internen Anweisung hieß es, die Denkschrift für die Bundesregierung mit dem Arbeitstitel »Die konspirative Tätigkeit der Sowjets und der Regierung der Sowjetzone gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland« solle schnellstens erstellt werden und sich in drei Abschnitte gliedern: »Westinfiltration in groben Zügen; Ausbildung in der SBZ auf vormilitärischem Gebiet; Vorbereitungen für die Übernahme öffentlicher Ämter in der Bundesrepublik Deutschland«.[39]

Die Pullacher Initiative war von dem Kalkül mitbestimmt, mit einer derart gewichtigen Studie der Bundesregierung und dem Verfassungsschutz die eigenen Fähigkeiten einmal deutlich vor Augen zu führen. Wieder lag die inhaltliche Federführung nicht bei den Fachleuten der Spionageabwehr (sie durften lediglich Material zuliefern), sondern bei dem ebenso fleißigen wie profilierungssüchtigen und bedenkenlosen Kurt Weiß.[40] Der Verfassungsschutz war zwar arbeitsteilig einzubeziehen gewesen, Weiß dachte jedoch lediglich an eine Mitzeichnung der Ergebnisse durch das BfV, leitete seinen Text den Kölnern zu und stellte sich auf die mehr oder weniger problemlose Verabschiedung in der gemeinsamen Besprechung Ende Januar ein. Tatsächlich geriet das Unternehmen zu einem vollendeten Desaster. Das Bundesamt für Verfassungsschutz versagte sich nicht den Genuss, endlich einmal seine nachrichtendienstliche Überlegenheit zu demonstrieren.

Albert Radke, Günther Nollau und einige weitere Kölner Herren zerrissen das vorgelegte Papier mit dem Titel mitleidlos. Noch in seinen Memoiren ging Nollau (der in dem »Doktor« nie etwas anderes als einen Scharlatan und Dilettanten sah) auf dieses denkwürdige Treffen ein, auf dem die »Tatarennachrichten, die Gehlen verbreiten ließ«, gekippt wurden

und so eine gewaltige Blamage des Rivalen verhindert worden sei: »Der Bericht war aus einem Sammelsurium von Ungereimtheiten und Unwahrscheinlichkeiten zusammengesetzt und durfte meiner Ansicht nach keinesfalls den Außenministern der vier Mächte vorgelegt werden«, erinnerte sich Nollau. »Deren Experten wären – gleich, ob Amerikaner oder Russen – beim Lesen des Elaborats in Hohngelächter ausgebrochen.«[41]

Im Ergebnisprotokoll, das Weiß über die turbulente Besprechung verfasste,[42] lasen sich die »etwa wörtlich« wiedergegebenen Einwände von Radke und Nollau so: »Die Ausarbeitung der Org geht von ganz anderen Voraussetzungen aus, als sie das BfV in Abstimmung mit den Informationen der alliierten Nachrichtendienste zu erkennen glaubt. Vom BfV sind bisher keinerlei Bürgerkriegsvorbereitungen durch Schulungen in der SBZ erkannt worden; nach der Überzeugung des BfV sind keine geschulten Saboteure für einen Einsatz in der Bundesrepublik vorhanden. Zahlreiche Quellen des BfV bestätigen, dass weder auf SED-, noch auf FDJ-, noch auf Staatssicherheits-Schulen planmäßige Sabotageausbildung betrieben wird. Die nach der Org-Studie an der Spitze aller Vorbereitungen der KPdSU und SED stehenden, eindeutig auf Aggression ausgerichteten Ausbildungsprogramme sind zwar in einzelnen Meldungen festgestellt worden. Diese Meldungen können jedoch nicht als zuverlässige Informationen angesehen werden. Es kann als gesichert gelten, dass die KPD als Partei und ihre Schleusertätigkeit (der sogenannte ›Grenzapparat‹) sich nicht mit nachrichtendienstlichen Aufgaben befassen. Es mag eindrucksvoll erscheinen, den vielberufenen Wollweber und seine während des Krieges wirksam gewordene Sabotage-Organisation auch in diesem Zusammenhang zu zitieren, bestätigte Angaben über ein Weiterbestehen einer Wollweber-Organisation nach 1945 liegen jedoch nicht vor. Insgesamt ist die der Org-Studie vorangestellte *Ausgangslage für das BfV nicht akzeptabel*.« Das war nicht das erste und nicht das letzte Mal, dass sich der Gehlen-Dienst mit seinen Produkten blamierte.

»Winterstein« versuchte nach Kräften dagegenzuhalten, stand wegen der ungleich triftigeren Aufklärungsergebnisse des Verfassungsschutzes aber auf verlorenem Posten. Mehrere seiner Behauptungen über den Zentralrat der FDJ seien falsch, bekam er zu hören; drei genannte Standorte von FDJ-Schulen existierten überhaupt nicht; Bestätigungen für die angeführten »Wollweber-Spezialschulen liegen nicht vor«; »unrichtig ist, dass auf der

Insel Goldburg im Schweriner See eine Internatsschule existiert oder existierte. Nach dem glaubwürdigen Bericht mehrerer Quellen ist diese Insel unbewohnbar«; Meldungen über angebliche »Terrorunternehmungen gegen West-Berlin sind zwar in der Presse erschienen, sie haben jedoch bisher keine Bestätigung durch verlässliche nachrichtendienstliche Berichte gefunden« – eine Ohrfeige nach der anderen also. Die Besprechung mit dem BfV kam nach der Aufzeichnung von Kurt Weiß zu dem Ergebnis, dass »eine Einigung zumindest kurzfristig nicht erzielt werden« könne, dass dennoch eine Lösung gefunden werden müsse und man Bonn keinesfalls zwei Studien mit gegensätzlichen Einschätzungen vorlegen dürfe, da so »die Entscheidung über Wert oder Unwert *beider Studien* dem Bundeskanzleramt zugeschoben und vermutlich ein längerer Papierkrieg ausgelöst« werden würde. Also einigte man sich auf die Abfassung einer gemeinsamen Denkschrift.

Obwohl Gehlen und Weiß intern bzw. gegenüber dem Kanzleramt einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuchten,[43] bequemte sich Pullach bei der Neufassung der Expertise den profunderen Informationen und Bewertungen des Bundesamts weitgehend an. Neben anderen aus der Luft gegriffenen Hinweisen tauchte die zentrale Behauptung einer sowjetisch-ostdeutschen Bürgerkriegsvorbereitung nicht mehr auf. Das BfV hatte seine Trümpfe höheren Orts nicht ausgespielt, die Organisation Gehlen ihre Haut gerettet. In Bonn wurde diese »Annäherung der zunächst stark divergierenden Ansichten« begrüßt. Die Peinlichkeiten blieben intern. Die umgeschriebene Studie wurde bei der Außenministerkonferenz nicht vorgelegt. Der unerfahrene, aber schon ziemlich selbstbewusste Kurt Weiß hielt nach dieser Lektion in nachrichtendienstlicher Präzision für Gehlen fest: »Es wäre sicher gut, wenn sich abzeichnende Möglichkeiten zur engeren Zusammenarbeit mit dem BfV – verbunden mit vermehrter ›Abschöpfung‹ – voll und sofort genutzt würden«;[44] mit anderen Worten: Aushorchen des professionelleren Konkurrenten auf dem »III-Gebiet«.

Die interne Nachbereitung des Desasters durch die Abteilung Spionageabwehr fiel um einiges deutlicher aus.[45] Der Meinungsaustausch mit dem BfV habe gezeigt, lautete die Erkenntnis, dass das Amt »auf dem Gebiet der politischen Aufklärung im gesamten deutschen Raum (einschließlich SBZ) der Org offenbar voraus« sei: »Es hat anscheinend mehr und bessere Quellen und Verbindungen. Das BfV verfügt zur

Bearbeitung allein dieses Sektors über 35 Referenten. Es sieht die politische Aufklärung in West- und Ostdeutschland als seine Domäne an. Die Org kann auf diesem Gebiet mit dem BfV nur schwer konkurrieren und muss zwangsläufig alles versuchen, das verlorene Gelände zurückzugewinnen.« Gleichwohl müsse man weiter politische Aufklärung betreiben, allein schon zu Gehlens Unterrichtung. Auf dem Gebiet der östlichen Nachrichtendienste werde der Verfassungsschutz ebenfalls versuchen, Pullach zu »überspielen«. Daher sei dieser Bereich auszubauen; »aus naheliegenden taktischen Gründen wäre die Verstärkung vor Legalisierung der Org vorzunehmen«.

Auch nach der unsanften Berührung mit dem harten Boden der Tatsachen setzte die Organisation Gehlen ihre Routinesitzungen mit dem Verfassungsschutz wie gehabt fort, tauschte Materialien aus, stellte und beantwortete Personenanfragen. Die gegenseitige Kompetenzabgrenzung blieb jedoch so ungeklärt wie je. Auf der politischen Ebene ließ Reinhard Gehlen ungeachtet der notdürftig camouflierten Pleite mit der Bürgerkriegs-Denkschrift nicht locker. In einer Vortragsnotiz für das Kanzleramt mit grundsätzlichen Überlegungen zum »Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes« kam er in ungetrübtem Selbstbewusstsein auf die Zusammenarbeit mit und die Abgrenzung gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz zurück: »Auf dem Gebiet der Gegenaufklärung« – hier wieder die verhüllende, die Spionageabwehr einschließende begriffliche Neuschöpfung – »ist die Zusammenarbeit noch nicht ausreichend«, schrieb er. Seine Empfehlung zur Abhilfe war eindeutig: »Die Eigenart der Technik der Gegenaufklärung (Aufklärung feindlicher Nachrichtendienste) macht eine fachlich zentrale Führung notwendig. Es muss von der Bundesregierung entschieden werden, ob – da über die Grenze hinausgehend – der Bundesnachrichtendienst allein oder der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz nebeneinander Gegenaufklärung betreiben. Im letzten Fall wäre die technisch einheitliche Leitung auf diesem Gebiet zweckmäßigerweise dem Bundesnachrichtendienst zuzuteilen. Dies erscheint vor allem notwendig für die einheitliche Bearbeitung des Lagebildes der feindlichen Nachrichtendienste und für die Genehmigung von Spielmaterial, insbesondere soweit hierbei die Interessen der künftigen Verbündeten der Bundesrepublik berührt werden.«[46]

Das waren im Lichte der dürftigen Leistungsfähigkeit des Gehlen-Dienstes starke Worte. Wenn die Entschlossenheit des Bundeskanzlers nicht so verfestigt gewesen wäre, diesen als Ganzes zu übernehmen, wenn Adenauer ihm als ein Element bei der Rückgewinnung der Souveränität nicht einen so großen politischen Stellenwert beigelegt hätte und wenn ihm die politische Inlandsspionage Gehlens nicht so nützlich gewesen wäre, dann hätte das Bundeskanzleramt einige hochnotpeinliche Fragen an den Pullacher Apparat stellen müssen. Vielleicht wären sie sogar gestellt worden, wenn dem »Doktor« nicht plötzlich ein Deus ex Machina in Gestalt seines Rivalen Otto John beigesprungen wäre. Das zitierte Memorandum war nämlich kaum in der Welt, da meldete sich, wie erwähnt, der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz in Ost-Berlin: Eine größere nachrichtendienstliche Katastrophe war kaum vorstellbar. Nun, im Sommer 1954, schienen die unausgesetzten Warnungen Gehlens vor seinem Widersacher endlich unwiderleglich bestätigt zu sein. Wer wollte sich jetzt noch den Forderungen nach einer Oberhoheit Pullachs über die westdeutsche »Gegenaufklärung« in den Weg stellen?

2. Primatsbestrebungen, Abgrenzungskämpfe

Reinhard Gehlen machte sich sofort daran, das Fiasko des Verfassungsschutzes für eine Offensive zu nutzen, um seine Ambitionen doch noch durchzusetzen: die Zusammenfassung von Inlands- und Auslandsnachrichtendienst in seiner Hand. Die Spionageabwehr unter Kurt Kohler legte augenblicklich mehrere Memoranden vor, in denen unter dem Schlüsselbegriff »Gegenaufklärung« dafür geworben wurde. Jetzt schien sich sogar die Chance zu eröffnen, durch eine Eingliederung des Verfassungsschutzes in die Polizeistrukturen das Trennungsgebot der Alliierten von 1949 zu überwinden und zu der vertrauten Organisationsform aus der Zeit vor 1945 zurückzukehren; der eilends ernannte kommissarische Präsident des BfV dachte jedenfalls in solchen Bahnen.[47]

Eine amerikanische Analyse, die sich in den Unterlagen des Counter Intelligence Corps findet, beschreibt Gehlens Kalkül recht zutreffend.[48] Unumwunden wird zunächst festgestellt, der Pullacher Apparat betreibe innenpolitische Aufklärung für Staatssekretär Globke. Dabei gehe es nur in zweiter Linie um das Aufspüren von Kommunisten. Im Mittelpunkt stehe die Überwachung von Persönlichkeiten, an denen die Regierung besonders interessiert sei. Das habe zu Reibungen und Rivalitäten mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz führen müssen. Der Kanzleramtschef habe dessen Informationen nie recht vertraut, sondern sie immer erst durch die Org verifizieren lassen. Nach dem spektakulären Abgang seines Rivalen John habe Gehlen Globke sogleich vorgeschlagen, die Verantwortung für die gesamte nachrichtendienstliche Tätigkeit – nach Gewinnung der staatlichen Souveränität – weitgehend unter die Verantwortung des Kanzleramts zu stellen. Von dort aus könnten dann die Spionageabwehr/Gegenspionage und andere Überwachungsaufgaben gesteuert werden. Im Unterschied zum massiv aufgewerteten Gehlen-Dienst verlöre das BfV damit seine Existenzberechtigung: »This would be a first class concentration of power«, befand das Papier, doch sei die Entscheidung darüber noch offen. »The question now is who will be successful? Gehlen, the expert in counter espionage plays a dangerous political game. Or, to say it better, political personalities play a dangerous game with the expert in counter espionage, Gehlen. The victor has not been found yet. The fight about the power has

only started. Who will fall by the wayside we will know in a few months. We might hope it is not the democracy.«[49]

Die verheerende Wirkung der John-Katastrophe war jedoch kein Nullsummenspiel für Pullach. Da das BfV als »britisch«, die Org als »amerikanisch« galt, entspann sich nun sogar eine Diskussion darüber, ob nicht beide Nachrichtendienste durch ihre Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten diskreditiert seien. Es war der amerikanische Außenminister John Foster Dulles, der Bruder des CIA-Direktors, der dieses Problem zehn Tage nach dem Verschwinden des BfV-Präsidenten in einem Schreiben an den Amerikanischen Hochkommissar zur Sprache brachte. Zunächst ging er auf die möglichen Auswirkungen der Affäre auf die breite Bevölkerung ein, die in ihrer überwiegenden Mehrheit bis zum Ende loyal zum NS-Regime gestanden habe und wenig Verständnis für die »Verräter« des Widerstands zeige. Die Vita und die Haltung Johns, der zunächst gegen Hitler, sodann mit den Briten gearbeitet und sich nun augenscheinlich mit den Kommunisten eingelassen habe, werde dem moralischen Kredit der NS-Gegner vermutlich schweren Schaden zufügen und denen Oberwasser verschaffen, die loyal zur Staatsführung des Dritten Reiches geblieben seien. Das werde womöglich das Urteil über die Hitler-Jahre relativieren, befürchtete der Außenminister, und – dies vor allem – Adenauers Politik der Anlehnung an die Westmächte diskreditieren, gerade auch seine stark umstrittene Sicherheitspolitik, zu der auch die Neuordnung der Nachrichtendienste gehörte: »Focus will be on alleged chameleon-like character of men. Politically this reaction may lead to pronounced self-justification of ex-Nazi elements and all elements in opposition to Adenauer from left to right. May lead to exaggerated reaction against all forms of security or intelligence agencies, especially those maintaining contacts with foreign powers, and demands for parliamentary investigation and disclosures. This could seriously jeopardize security of Federal Republic, where particular vigilance necessary, and badly hamper vital activities of US and Allied agencies in security field.«

Die John-Affäre verhalf der Debatte über eine parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste und namentlich des künftigen Bundesnachrichtendienstes tatsächlich zu einem merklichen, aber, wie sich zeigen sollte, nur vorübergehenden Aufschwung. Der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt sagte in seiner Fraktion, der

Vorfall dürfe nicht zu einem Propaganda-Vorteil für die Organisation Gehlen werden und deren Leiter keinesfalls den Inlandsnachrichtendienst übernehmen.[50] Die mit guten Beziehungen nach Pullach gesegnete FDP setzte sich zwar weiterhin für eine baldige Übernahme der Org ein, pochte nun aber stärker auf eine wirkungsvolle Kontrolle der Nachrichtendienste. Erich Mende, stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, wollte durch die Einrichtung eines Kontrollgremiums vor allem der Dominanz von Adenauers Staatssekretär begegnen. »Wir müssen unbedingt den Staatsschutz aus der gegenwärtigen alleinigen Kompetenz des Herrn Globke herausnehmen«, schrieb er an einen Parteifreund: »Geschieht dies nicht, wird weiter der Staatsschutz ein innerpolitisches Machtinstrument des Bundeskanzleramtes sein, wie dies bisher geschehen ist. Der ›Geheime Kabinettsrat‹ und der parlamentarische Sicherheitsausschuss müssen daher baldigst kommen, damit diese Dinge nicht nur bei einem Mann liegen, bei dem Herr Gehlen wie Herr John seit Jahr und Tag ein und ausgegangen sind oder noch gehen.«[51] Ein Geheimer Kabinettsrat wurde nicht eingerichtet, doch kam die Bundesregierung Ende 1954 immerhin zu dem Beschluss, wonach das Tätigkeitsfeld des künftigen Auslandsnachrichtendienstes »grundsätzlich außerhalb, das des BfV grundsätzlich innerhalb des Bundesgebietes« liege.[52] So eindeutig sich diese Festlegung ausnahm, so kompliziert gestaltete sich in den folgenden Jahren ihre Umsetzung.

Reinhard Gehlen setzte nach dem John-Skandal alle Hebel in Bewegung, um seinen Anspruch auf die führende Rolle in der »Gegenaufklärung« durchzusetzen.[53] Akut wurden die Dinge im Vorfeld der Sitzung des Bundeskabinetts am 11. Juli 1955, in der die Errichtung des BND per Organisationserlass beschlossen wurde.[54] Zu den praktischen Vorbereitungen dafür gehörte das Bemühen, die Arbeitsschwerpunkte von BfV und BND im Sinne des strikten Trennungs-Grundsatzes voneinander abzugrenzen. Das geschah auf verschiedenen Ebenen. Bereits im Frühjahr traf Gehlen den Vizepräsidenten des Bundesamts, um mit ihm über das Zusammenwirken bei der Gegenspionage zu sprechen. Gegenüber Albert Radke vertrat er seine alte Auffassung, es sei die »zentrale Steuerung« durch eine einzige Stelle erforderlich. Im Prinzip stimmte sein ehemaliger Mitarbeiter zwar zu, »dass diese zentrale Stelle der BND ist«, widersprach jedoch insofern, als die Führung der einzelnen III-F-Operationen dort liegen

müsse, »wo die Fälle aufkommen«,[55] also durchaus auch beim Verfassungsschutz. Eine Regelung im Sinne Pullachs war das nicht.

Noch am selben Tag traf der »Doktor« dann Ritter von Lex, den für das Verfassungsschutzamt zuständigen Staatssekretär des Innenministeriums, mit dem ihn bereits eine mehrjährige Zusammenarbeit verband. Der versuchte, die Abgrenzungsregelung möglichst verbindlich festzuklopfen. »Lex bittet um die Bestätigung der Richtigkeit seiner gegenüber Globke vertretenen Ansicht, dass das BfV sich allein auf innerpolitische Betätigungen beschränkt und andererseits der BND keinerlei Tätigkeiten in innerpolitischer Hinsicht vornimmt«, notierte der Verbindungsmann Pullachs in einem Vermerk. »[Gehlen] bestätigt Richtigkeit, weist nur unter Hinweis auf die Absprache mit Radke auf Überschneidungen auf dem III-F-Gebiet hin.« Von Lex stellte daraufhin fest, dass »passive Abwehr (IIIc)« nicht »zu den Aufgaben des BND« gehören könne.[56] Doch auch das blieb nur ein Formelkompromiss. Gehlen taktierte weiter hinhaltend und ließ nichts unversucht, um eine vorzeitige Festlegung zu verhindern. Dafür suchte er auch Wilhelm Mellies auf, den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, der bald darauf Mitglied des Parlamentarischen Vertrauensmännergremiums wurde. Er bat ihn, die Frage der Abgrenzung bei der Spionageabwehr »nicht erneut aufzurollen, zumindest nicht vor Herbst«. Mellies sagte zu.[57] Karl Gumbel, als Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt ein maßgeblicher Akteur bei der Überführung der Organisation Gehlen in den Bundesdienst, schlug seinem Staatssekretär angesichts der unbestimmten »Einigung« zwischen Pullach und Köln vor, einen der nächsten Besuche Gehlens in Bonn dafür zu nutzen, um »die ganze Frage noch einmal mit dem Bundeskanzler durchzusprechen«.[58] Bei all dem war von dem Elefanten im Raum, der ausgedehnten Inlandsspionage des Gehlen-Dienstes, natürlich nie die Rede.

Mittlerweile wurde das Unbehagen der Parlamentarier gegenüber der Art und Weise, wie das Bundeskanzleramt die Übernahme der Organisation Gehlen zu managen gedachte, und das Unverständnis gegenüber den spärlichen Informationen dazu immer deutlicher fühlbar. Sogar in den Unionsparteien grummelte es. Der CDU-Abgeordnete Ferdinand Friedensburg etwa, ehemals stellvertretender Oberbürgermeister von West-Berlin, meinte in einer Sitzung des Ausschusses für europäische Sicherheit: »Das Problem der Organisation Gehlen sei so wichtig, dass wenigstens die

Ausschussmitglieder informiert sein müssten, die vor dem Parlament und der Bevölkerung die Verantwortung trügen.« Außerdem sagte er: »Eine zu große Geheimniskrämerei sei dem Staatsinteresse abträglicher als wenn hier vernünftig, mutig und offen darüber gesprochen werde, selbst wenn man dabei ein gewisses Risiko hinsichtlich der Vertraulichkeit laufe.«[59] Auf Initiative der Bundestagsfraktionen sollte das weiterhin ungelöste Problem der Kompetenzabgrenzung Ende September 1955 in einer gemeinsamen Sitzung dieses Gremiums und des Verfassungs-Ausschusses erörtert werden, zu der auch Gehlen und BfV-Vizepräsident Radke geladen wurden. Weil Pullach die Regierungszentrale mit seiner spektakulären Operation »Lena« gerade sehr beeindruckte,[60] war es nicht ausgeschlossen, jetzt vielleicht doch noch in die Vorhand zu kommen. Der Bonner Verbindungsmann meldete in einem Fernschreiben jedenfalls stolz: »Die von der Org dem Bundeskanzleramt in letzter Zeit mitgeteilten Erkenntnisse aus dem Fall ›Rotstift‹ [»Lena«] haben der Org beim Bundeskanzleramt einen sehr hohen Kredit eingebracht, sodass allein aufgrund dieses Falles das Bundeskanzleramt nunmehr von sich aus auf eine beschleunigte Legalisierung drängt und alles tun wird, um das Gebiet der Gegenspionage der Org zuzusprechen.«[61]

In Vorbereitung der anberaumten Sitzung hatte Gehlen bei Kohler eine Denkschrift angefordert, in der die weitreichenden Forderungen zur »Gegenaufklärung« dargelegt waren.[62] In allen Farben war darin zunächst ausgemalt, über welch gigantische Mittel und Apparate die Sowjetunion und die von ihr dominierten Satellitenregime bei den geheimen Nachrichtendiensten verfügten, um ihr ehernes Ziel zu erreichen, »Herbeiführung der Weltrevolution und damit Erreichung der sowjetischen Weltherrschaft«. Untermauert wurde diese These mit einem Lenin-Zitat und dem Verweis auf die beobachtete geheimdienstliche Operationsführung. Das genügte als »hinreichender Beweis« für den Befund: »Der geheime Nachrichtendienst ist also in sowjetischer Sicht das bedeutsamste Instrument zur Führung des Kampfes in der Vorkriegsphase, also im ›Kalten Krieg‹.« Er schaffe »die Vorentscheidung für kommende kriegerische Auseinandersetzungen bzw. er hat die Aufgabe, solche gegebenenfalls einzuleiten«. Im Dienst des Klassenkampfes habe er seine Hand beispielsweise sogar bei der Entnazifizierung im Spiel, lautete eine weitere kühne These – »schon aus der Erkenntnis heraus, dass politisch

Entrechtete, gesellschaftlich Benachteiligte in den Zielländern einen erwünschten ›klassenkämpferischen‹ Faktor darstellen«.

Es folgte die Darstellung der mannigfachen Aktivitäten und Ansatzpunkte des Gegners, die in den Hinweis mündete, »hervorstechend« sei die zentrale Steuerung sämtlicher nachrichtendienstlicher Operationen, die sorgfältig geplant, in großer Breite und »von reichlichen Mitteln genährt« gegen den Westen vorgetragen würden. Die Schlussfolgerung aus dieser Diagnose drängte sich auf: »Die Abwehr dieses östlichen Angriffs erfordert die straffe Zusammenfassung der zahlen- und mittelmäßig ohnehin unvergleichlich schwächeren Kräfte in der Bundesrepublik. Jede Zersplitterung der Abwehr schwächt die eigene Position. Es ist daher unbedingt nötig, dass die Steuerung der Gegenaufklärung als eines der wichtigsten Instrumente in diesem Abwehrkampf *in einer Hand* liegen muss.« Diese war der springende Punkt, denn »Gegenaufklärung« umfasste in Pullacher Sicht ja nicht nur Gegenspionage, sondern eben auch Spionageabwehr. Darauf kam es dem Dienst an.

Es folgten Ausführungen zur unterschiedlichen Organisation der Gegenspionage in den USA, Großbritannien und Frankreich, die neuerlich in das Ceterum censeo mündeten: »Die Lage Deutschlands als geteiltes Land im Herzen Europas mit einer direkten Grenze zum Osten ist eine völlig andere als die der drei Westländer; hier kann die Gegenaufklärung nur von einer Stelle gesteuert werden«. Die Gegenaufklärung habe eine »Schutzfunktion«, die dem BND und »darüber hinaus dem eigenen Volk und Staat und allen seinen Einrichtungen dient«. Dazu müsse sie nicht nur »im eigenen *und* feindlichen Machtbereich geführt«, sondern auch »in enger Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsorganen« durchgeführt werden. Diese Schilderung der vielfältigen Methoden der Gegenaufklärung lief erneut und zum dritten Mal auf die Schlussfolgerung hinaus, sie könne nur von einer einzigen Stelle aus zentral geführt werden. Doch nicht nur das, auch jegliche geografische »Teilung« dieser Aufgabe »jenseits und diesseits der Grenze« sei zu verwerfen, denn sie werde dazu führen, dass in der Bundesrepublik dann keiner »eine Gesamtschau über den Gegner« habe und daher »eine geschlossene Abwehr nicht möglich wäre«. Der gegenwärtige Zustand, bei dem sich mehrere deutsche und ausländische Organe mit der Abwehr von Spionage und Sabotage befassten, sei außerordentlich unbefriedigend, fuhr Kohler fort. Nunmehr sei eine

»einheitliche Richtlinie« unbedingt erforderlich, denn wegen der fehlenden Kompetenzabgrenzung zwischen BfV und BND komme es immer wieder – er untermauerte das mit Beispielen – zu gefährlichen Unzuträglichkeiten und Pannen.

Auf Seite 22 der Denkschrift setzte dann das Crescendo ein. Zu einer einheitlichen Steuerung der Gegenaufklärung, hieß es, sei nur eine Institution in der Lage, die über das nötige Fachpersonal verfüge und obendrein »genügend Klärungsmöglichkeiten im Ausland« habe, um die Angriffsplanungen des Gegners bereits in ihrem Ursprung zu erkennen. Der Theorie nach war das sicherlich richtig, doch entsprachen die tatsächlichen Fähigkeiten der Organisation Gehlen dem breit ausgemalten Idealbild in gar keiner Weise.[63] Das ausladende Memorandum beschrieb ungeachtet seiner selbstsicheren Diktion keineswegs die Wirklichkeit, sondern lediglich jene Strukturen und Fähigkeiten, die der Dienst eines Tages zu erlangen hoffte. Doch jetzt schien der Moment gekommen, um die politischen Weichen für eine nachrichtendienstliche Zukunft zu stellen, die den BND in die führende Stellung auf dem gesamten Feld des »III-Dienstes« bringen sollte. »Gegenaufklärung ist Aufgabe des Auslandsnachrichtendienstes«, verlangte die Denkschrift daher: »Die Steuerung der Abwehrtätigkeit wird zweckmäßig dem Bundesnachrichtendienst übertragen werden müssen«, da er damit bereits im Ausland ansetzen könne. »Ein Dienst, der nur oder vorwiegend im Inland arbeitet, kann kaum beurteilen, welche Bedeutung ein Fall hat«, weil er zwar einige Agenten, aber eben »nicht die Planung des Gegners im Ausland« klären könne: Erst eine parallel vorzunehmende Beobachtung im Inland und im Ausland zugleich befähigten zu einem validen Urteil über die Absichten des Gegners. Der Auslandsnachrichtendienst würde durch einen »Entzug der Ausgangsbasis im Inland der hier gewonnenen Erkenntnisse und Ansatzpunkte in seiner Auslandsarbeit dauernd beeinträchtigt«. Das waren gewaltige Luftschlösser.

Nach solchen Überlegungen traktierte Kohler die Gretchenfrage, wie die Kompetenzabgrenzung gegenüber dem Verfassungsschutz in die Praxis umzusetzen sei. Er erörterte sie wie selbstverständlich unter der Prämisse einer »Einsetzung des Bundesnachrichtendienstes als verantwortliches Organ zur Durchführung der Gegenaufklärung«. Zwei Prinzipien seien bei einer solchen Abgrenzung denkbar, nämlich das geografische und das sachliche Prinzip. Wolle man Ersterem folgen, so zerstöre man die »Einheit

der Gegenaufklärung«, denn in der praktischen Durchführung wäre dann »die Verantwortung für die Sicherheit der Bundesrepublik hinsichtlich der Klärung von Landesverratsfällen zwischen Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst geteilt.« Kohler plädierte daher für eine »sachliche Kompetenzteilung«, nämlich die Beschränkung des Verfassungsschutzes »auf den Schutz der Verfassung, d. h. auf die Abwehr aller Hochverratsbestrebungen«, auch wenn das Nachteile mit sich bringe, da Hoch- und Landesverratsfälle oftmals nicht klar voneinander zu trennen seien. Das sei jedoch in Kauf zu nehmen, zumal dem Verfassungsschutz durchaus »Gegenverbindungen« überlassen werden könnten, die sich aus Hochverratsfällen entwickelten: »Eine Zustimmung des Bundesnachrichtendienstes ist jedoch unbedingt vor Anlaufen der Gegenverbindung einzuholen, damit durch den Bundesnachrichtendienst koordinierend geholfen oder eingegriffen werden kann.«

Das »Schlusswort« der Kohler’schen Denkschrift machte in drastischen Worten klar, welche Verantwortung die politische Führung auf sich laden würde, sollte sie sich bei dem Streit zwischen dem BND und dem BfV auf die falsche Seite stellen: »Der ungeheure Apparat des östlichen Gegners, seine skrupellosen Methoden und die straffe Zentralisierung der östlichen Dienste stellen die Sicherheits- und Abwehrbehörden der Bundesrepublik vor eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Nur ein Höchstmaß an Einsatzfreude und fachlichem Können, eine reibungslose und enge Zusammenarbeit unter Eliminierung aller Kompetenzstreitigkeiten durch klare Aufgabentrennung können die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik befähigen, dem übermächtigen Gegner entgegenzutreten. Die einheitliche Steuerung der Gegenaufklärung gegen jede landesverräterische Tätigkeit im Inland und gegen die Auftraggeber im Ausland im Rahmen des Bundesnachrichtendienstes muss das Herzstück aller Abwehrmaßnahmen der Bundesrepublik sein.« Mit der Organisation von Spionageabwehr und Gegenspionage im Sinne des BND stand und fiel in dieser Lesart also die Sicherheit des Staates.

Reinhard Gehlens rechte Hand, der spätere BND-Präsident Eberhard Blum, dem Kohler seine Studie übersandt hatte, sah die Dinge genauso.[64] Auch für ihn litt es keinen Zweifel, dass die »Bekämpfung eines so gefährlichen und weit verzweigten Gegners, der auf allen Fronten seine Angriffe vorträgt«, nur erfolgreich sein könne, wenn sie »durch eine

zentrale Stelle gesteuert« würde. Er hielt es ebenfalls für »zwingend, dass das Gebiet der Gegenaufklärung in den Bereich dieses Auslandsnachrichtendienstes« gehöre. Die mit Abstand anspruchsvollste Aufgabe von Spionageabwehr und Gegenspionage liege nun einmal »in der Aufklärung des gegnerischen Dienstes im Feindgebiet, also *außerhalb* der Bundesrepublik«, schrieb Blum. Das sei Aufgabe des BND, weil sie »niemals in ähnlich wirkungsvoller Weise durch den Verfassungsschutz wahrgenommen werden« könne. Es sei daher nur »vernünftig, den Auslandsnachrichtendienst mit dem Gesamtkomplex der Gegenaufklärung zu betrauen, wobei unter anderem auch die Organe des Verfassungsschutzes unter entsprechender Steuerung mit herangezogen werden können.« Das war die stehende Argumentation in der Organisation Gehlen im Vorfeld ihrer Übernahme in den Bundesdienst – eine Maximalposition, die durchgesetzt sein wollte.

Zur selben Zeit verfertigte Kohler allerdings auch eine interne Bestandsaufnahme. Gegenüber seinem weit zielenden Wurf geriet sie, da sie Einblick in die tatsächlichen Fähigkeiten des Gehlen-Dienstes auf dem »III-Gebiet« gewährte, zu einer veritablen Kontrastschrift aus gleicher Feder.[65] Kohler schlug zunächst vor, die Gegenaufklärung einmal zum Gegenstand einer »grundlegenden Aussprache« in der Pullacher Spitze zu machen, und offenbarte, dass in einem Bereich, für den man die Allzuständigkeit beanspruchte, noch immer fast alles ungeklärt war. Die Abteilung 122 formulierte nämlich eine Fülle einfachster Fragen, etwa die, wie das Lagebild zu den Strukturen, Aufträgen und Methoden der östlichen Nachrichtendienste denn erstellt werden solle; wie dieses Informationsaufkommen »in das allgemeine politische, militärische und wirtschaftliche Lagebild« einzufügen sei; in welcher Weise die Mitarbeiter der gegnerischen Geheimdienste in Botschaften und andere Missionen eingebaut seien oder wie der Funkkontakt zwischen den östlichen Dienststellen und ihren Agenten funktioniere. Im Bereich der »III-Führung« zerbrach sich Kohler in dem Papier über ähnlich basale Dinge der »Gegenaufklärung« den Kopf. Unter anderem fragte er: Seien III-F-Verbindungen besser zentral oder dezentral zu führen? Wer erarbeite Spielmaterial und wer gebe es frei? Wie solle sich die Verbindung zwischen V-Mann und V-Mann-Führer gestalten? Werde die Zentrale der Org Material über generische Dienste auch an ihre Außenstellen geben oder

besser nicht? Wie genau war das Ermittlungswesen zu organisieren? »Wie kann der Rundfunk zur Führung oder Warnung von V-Leuten eingesetzt werden?« Wie sei die Forschung zur Anbahnung von Kontakten zu künftigen Informanten am besten zu gestalten? Wie war das Karteiwesen unter »Einsatz technischer Hilfsmittel (z. B. Hollorithverfahren [sic!])« anzulegen, welche Eingänge seien zu archivieren, welche zu kassieren? So ging es in einer nicht enden wollenden Aufstellung von insgesamt 56 Einzelpunkten weiter. Personal: Einsatz von Psychologen? Beschwerdeweg? Rekrutierung? Dann zehn Fragen zur Sicherheit bis hinab zu dem Problem, ob und wie eine Überprüfung eigener Mitarbeiter nach deren Werbung erfolge, also »laufend, stichprobenartig, gar nicht?« Gänzlich ungeklärt war die Zusammenarbeit mit den Abteilungen des eigenen Dienstes und anderen in- und ausländischen Behörden. Tatsächlich gab es bei der Gegenspionage in den zwei Jahrzehnten der Gehlen-Zeit nicht einmal eine interne Koordinierung.[66] Man wird die tatsächliche Organisation der »Gegenaufklärung« zu dem Zeitpunkt, als Pullach von Bonn plein pouvoir für sich forderte, nur als katastrophal bezeichnen können, doch passte dieses Auftreten perfekt zu der von Reinhard Gehlen mit Vorliebe betriebenen Politik der Potemkin’schen Dörfer.

Selbstverständlich hatte das Bundeskanzleramt, auf das der massive Eigenlobbyismus zielte, keinen Einblick in die tatsächliche Verfassung der »Gegenaufklärung«. Daher konnte man in Bonn durchaus annehmen, die »III-Arbeit« sei die wahre Domäne Gehlens. Der designierte BND-Präsident hatte Staatssekretär Globke und den Bundeskanzler bereits im Frühjahr 1954 von einer Operation der Gegenspionage unterrichtet, der er allergrößte Bedeutung beilegte.[67] Der »Doktor« strich dabei heraus, dass allein seine Organisation in der Lage sei, das komplizierte Doppelspiel dieses neuen Agenten zu lenken und die Staatsführung so vor einem Angriff des KGB zu schützen; »ein besonderer Erfolg«, so später, »wie er auf dem Gebiete der Gegenaufklärung nur ganz selten erzielt werden« könne.[68] Hans Globke, dem die operativen Details nicht geläufig waren, vermochte einem solchen Urteil kaum zu widersprechen. Das Pullacher Verbindungsbüro in Bonn schrieb in den Tagen, als die Wogen in dem Abgrenzungsstreit über die »Gegenaufklärung« besonders hoch gingen, jedenfalls an die Zentrale: »Die von der Org dem Bundeskanzleramt in letzter Zeit mitgeteilten Erkenntnisse aus dem Fall ›Rotstift‹ [Operation Lena] haben der Org beim

Bundeskanzleramt einen sehr hohen Kredit eingebracht, sodass allein aufgrund dieses Falles das Bundeskanzleramt nunmehr von sich aus auf eine beschleunigte Legalisierung drängt und auch alles tun wird, um das Gebiet der Gegenspionage der Org zuzusprechen.«[69] Von der »Operation Lena« ist später ausführlich die Rede.[70]

Es kann nicht überraschen, dass der Bundeskanzler angesichts der aufrüttelnden Eröffnungen, die Reinhard Gehlen ihm fortlaufend über die Angriffe des KGB und seine eigenen Abwehrmaßnahmen machte, alle damit zusammenhängenden Fragen und Entscheidungen möglichst diskret behandelt und jeglichem parlamentarischen Kontrollanspruch entzogen wissen wollte; eine Einbeziehung des Bundesamts für Verfassungsschutz bei dieser Operation kam erst recht nicht in Frage. Zwei Tage vor der erwähnten gemeinsamen Sitzung des Verfassungs-Ausschusses und des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit Ende September 1955, auf der namentlich die Aufgabenabgrenzung zwischen dem BND und dem BfV besprochen werden sollte, wandte Adenauer sich an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen. Zum einen bat er sie, je einen Abgeordneten in das neu zu schaffende Parlamentarische Vertrauensmännergremium zu entsenden,[71] zum anderen drängte sie der Kanzler, ihren Parlamentskollegen in den beiden Ausschüssen zu empfehlen, das Thema Zuständigkeitsabgrenzung BND/BfV auf der bevorstehenden Sitzung nicht zu behandeln.[72] So geschah es.

Inzwischen verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Diensten weiter. Am 25. Oktober 1955 legte Pullachs Lieblingsfeind, Günther Nollau, ebenfalls ein Papier zum Thema vor.[73] Er zog darin eine scharfe Grenze zwischen nachrichtendienstlicher Tätigkeit im Ausland und im Inland. Hier sei allein der Verfassungsschutz »für den nachrichtendienstlichen Teil der Abwehr von Spionage, Sabotage und Verrat« zuständig. Unter Gegenspionage wollte Nollau ausschließlich das Eindringen in feindliche Nachrichtenzentralen *im Ausland* verstanden wissen. »Die Bekämpfung der gegnerischen nachrichtendienstlichen Tätigkeit innerhalb der Bundesrepublik, wozu auch das Eindringen in auf dem Boden der Bundesrepublik arbeitende gegnerische Netze gehört«, sei Sache des Verfassungsschutzes. Bei der Gegenspionage konzedierte Nollau dem BND einige eng umgrenzte Tätigkeitsfelder, nämlich die Rekrutierung von Agenten im Ausland zum Zwecke des Eindringens in den gegnerischen

Geheimdienst; die Entsendung von angeworbenen Personen ins Ausland für gleiche Zwecke; die Benutzung von Personen, die im Bundesgebiet feindliche Aufträge ausführen sollten »und dies gemeldet haben«; schließlich die »Behandlung der Fälle, die sich gegen den Auslandsnachrichtendienst selbst richten.« Alle anderen Varianten gegnerischer nachrichtendienstlicher Tätigkeit in Westdeutschland sollten in die Zuständigkeit des BfV fallen.

Selbstbewusst und im Wissen, eine dem Innenministerium zugeordnete Bundesoberbehörde zu sein, formulierte Nollau auch gleich Regeln für die Zusammenarbeit. Danach würde das BfV den BND über alle für dessen Aufgaben relevante Erkenntnisse auf dem Feld der Gegenspionage informieren. Pullach dagegen habe Köln zu unterrichten über, erstens, »alle Hinweise, die sich im Hinblick auf die Tätigkeit des gegnerischen Nachrichtendienstes im Bundesgebiet ergeben«, zweitens zu »allen Anhaltspunkten über Organisation, Einrichtung, Personal und Arbeitsmethoden der gegnerischen Nachrichtendienste, soweit sie zur Arbeit gegen die innere Sicherheit der Bundesrepublik verwendet werden«. Eine neu zu schaffende Koordinierungsstelle solle den Materialaustausch sicherstellen, Besprechungen über die »gemeinsame Behandlung operativer Fälle« durchführen sowie den Umgang mit Spielmaterial regeln. Für ein politisch gebeuteltes Verfassungsschutzamt war das ein recht selbstsicherer Standpunkt

Entsprechend munter fiel die Reaktion auf den Nollau-Vorstoß aus. In der gemeinsamen Besprechung der leitenden Herren beider Dienste, an der auch Reinhard Gehlen und der neue BfV-Präsident Hubert Schrübbers teilnahmen, zeigte sie sich zunächst noch relativ moderat.[74] Auf die Frage, wie er sich die Kompetenzverteilung vorstelle, antwortete der Chef der Org, es führten da »mehrere Wege nach Rom«, außerdem gebe es hier sehr unterschiedliche Auffassungen. Das werde letztlich politisch entschieden werden müssen, sagte er, »fachlich sei jedoch wohl klar, dass die Bekämpfung der generischen Nachrichtendienste vor allem auf dem III/F-Gebiet unbedingt in einer Hand liegen müsse, gleich ob beim Bundesnachrichtendienst oder beim Verfassungsschutz«, wie er sich freundlich anzufügen bemühte; in den westlichen Ländern seien dafür normalerweise allerdings die Auslandsnachrichtendienste zuständig.

Die Vertreter der Verfassungsschutzämter waren in der Abgrenzungsfrage uneins. Einige neigten Gehlens Auffassung zu, andere widersprachen, allen voran Vizepräsident Radke. Auch der Verfassungsschutz müsse die Möglichkeit haben, erkannte Agenten umzudrehen und »östliche Führungsstellen jenseits der Grenze zu klären versuchen«, sagte er. Kohler dagegen hieb in dieselbe Kerbe wie sein Chef und unterstrich ganz im Sinne seiner internen Argumentation »die Einheitlichkeit in der Bekämpfung östlicher Nachrichtendienste«. Mehrere Vertreter der Landesämter teilten seine Auffassung. Der angesehene Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes Fritz Tejessy und der BfV-Vize gerieten dabei derart aneinander, dass Tejessy sich weigerte weiterzureden, da »Radke über seine Worte lache«. Die Dinge blieben in der Schwebe. Der BfV-Präsident Schrübbers, der keine »Vorkenntnisse im Bereich Nachrichtendienste« vorweisen konnte,[75] meinte abschließend ein wenig blauäugig, »die Besprechung habe ihren Zweck erfüllt. Die Haltung und Einstellung von Gehlen zu den Problemen sei völlig klar. Fachleute verständen sich immer, dagegen sei das bei Politikern eine schwierige Frage«. Sein Kollege aus Pullach verwies ebenfalls auf die Politik und sagte, er habe lediglich seine Privatmeinung vertreten, da er zu einer offiziellen Äußerung nicht autorisiert sei. Die Besprechungsteilnehmer werden jedoch geahnt oder befürchtet haben, dass diese Privatmeinung der Privatmeinung des Kanzleramtschefs ziemlich ähnlich war.

Anschließend machte sich die Empörung über die Hartleibigkeit des Verfassungsschutzes in mehreren internen Stellungnahmen Luft. Dabei meldeten sich so ziemlich alle zu Wort, die in der »Gegenaufklärung« Rang und Namen hatten, darunter neben Kurt Kohler der Leiter der Beschaffung Gegenspionage Ost, Wolf von Rothkirch und Panthen, der Leiter der Auswertung Gegenspionage, Ulrich Bauer, ferner Oskar Reile,[76] eine Zentralfigur der »Gegenaufklärung«, und Heinz Felfe. Man war sich einig: Günther Nollau und das ganze BfV seien »überhaupt nicht in der Lage, die praktische Durchführung der Gegenaufklärung und ihrer Möglichkeiten zu beurteilen«. Ihre Einlassungen belegten diese Ignoranz »eindeutig« und seien »›in toto‹« abzulehnen.[77]

Von Rothkirch ging sogar so weit zu vermuten, »dass die Verfasser der Ausarbeitung nichts von Gegenaufklärung verstehen oder nicht in der Lage sind, sachlich zu prüfen und zu urteilen. Wenn dies nicht der Fall sein sollte,

müsste ich vorsätzliche Sabotage erfolgversprechender Aufklärungsarbeit vermuten.« Die vorgeschlagene Zerreißung von Gegenspionage und Spionageabwehr habe bereits zu Zeiten der Abwehr und des Reichssicherheitshauptamts in die Irre geführt. Da seien wohl noch der »alte Geist« und »keine schöpferischen, das Gesamtwohl der Nation im Auge habenden Kräfte am Werke«. Die vorgeschlagene Abgrenzung sei »undurchführbar«, die Gegenaufklärung »unteilbar«. In tausend Varianten wurde wiederholt und begründet, dass hier nur ein Dienst – der BND – die Führung innehaben könne. Außerdem sprach sich das Papier strikt gegen den vermuteten Versuch des BfV aus, »das Territorium der DDR seinem Zuständigkeitsbereich einzuverleiben«. Die beste Diskussionsgrundlage sei und bleibe die Denkschrift Kohlers von September. Ulrich Bauer hieb in dieselbe Kerbe.[78]

Unbedingt zitierenswert ist die Stellungnahme von Heinz Felfe, der zu dieser Zeit bereits eine wichtige Figur der Gegenspionage und, vor allem wegen der zentralen Hofé-Operation, mit dem besonderen Vertrauen Gehlens gesegnet war.[79] Der Agent des KGB war am allerwenigsten daran interessiert, sich von irgendwelchen Kölner Kollegen über die Schulter sehen zu lassen: »Die vorgelegte Ausarbeitung des BfV«, hob er an, »ist bemerkenswert unsachlich und zeugt von einem beachtlichen Mangel an Sachverstand. Demzufolge ist eine sachliche Stellungnahme zu diesem unsachlichen Elaborat nicht einfach. Insgesamt gesehen könnte man sagen: Wenn es so kommt wie Herr N[ollau] es vorschlägt, gibt es nur einen, dem es nützt: dem sowjetischen Gegner. Fast fällt es schwer, nur an Ignoranz und Unverstand des Herrn N[ollau] zu glauben.« Der Verfassungsschutz wisse nicht, wie der Bundesnachrichtendienst – »*nicht:* Auslandsnachrichtendienst« – arbeite, der »über« das Ausland und nicht nur *im* Ausland Informationen zu gewinnen habe. Indem der Verfassungsschutz sich für die nachrichtendienstliche Abwehr von Spionage für zuständig erkläre, maße er sich »Kompetenzen an durch die Schaffung einer Fiktion«. Offenbar wolle er den BND auf »Handlangerdienste« beschränken.

Felfes Schlussbemerkung ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen: »In der vorliegenden Ausarbeitung wird weder auf die Erfahrungen der Vergangenheit bis Kriegsende noch auf die praktischen Möglichkeiten der Gegenwart Rücksicht genommen. Da uns ein Gegner mit unerhörter

Entschlossenheit, kontinuierlicher Erfahrung und unerschöpflichen Mitteln gegenübersteht, muss unsere Abwehr durch Arbeitsweise und innere Organisation ein Optimum an Wirkung erreichen.« Der Kenner sowjetischer Gepflogenheiten schloss mit der Sottise: »Der Vorschlag des Herrn N[ollau] führt aber zum ganzen Gegenteil. Man sollte ihm den sowjetischen Verdienstorden vom Roten Stern verleihen!«

Mittlerweile hatte der Streit die politische Arena erreicht, denn in einem Schreiben an Adenauer legte Innenminister Gerhard Schröder nun seinen Standpunkt dar. Natürlich verteidigte er darin die Befugnisse des ihm unterstellten Bundesamts gegenüber dem Newcomer BND: »Sie haben sich, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, die Entscheidung darüber vorbehalten, ob die Spionagebekämpfung dem zukünftigen Bundesnachrichtendienst übertragen oder weiterhin Angelegenheit des Verfassungsschutzes sein soll«, rief er dem Regierungschef ins Gedächtnis.[80] Seiner Auffassung nach sprächen gewichtige Gründe dafür, die Spionagebekämpfung den Verfassungsschutzbehörden *»zu belassen«*. Mit anderen Worten: Trotz der bevorstehenden Schaffung eines Auslandsnachrichtendienstes solle sich an der bewährten fünfjährigen Praxis nichts ändern.

Schröder nahm keine Differenzierung zwischen Spionageabwehr und Gegenspionage vor, die in den internen Auseinandersetzungen eine so bedeutsame Rolle spielte, sondern führte seinerseits eine eigene Begrifflichkeit ein – »Spionagebekämpfung« eben. In dieser Prägung steckte mehr als begriffliche Innovationsfreude. »Bekämpfung« war ein stärkerer Terminus als »Abwehr«. Er brachte unmittelbar zum Ausdruck, dass sich das Bundesamt und die Landesämter keineswegs nur defensiv zu verhalten gedachten, sondern, wo nötig, auch in die Offensive gehen wollten. Die »methodische und personelle Verzahnung von östlichen Nachrichtendiensten und östlich gelenkten verfassungsfeindlichen Bestrebungen«, fuhr der Innenminister fort, »legt den Gedanken an ein Abwehrsystem nahe, welches die Zusammenarbeit der beiden gegnerischen Bereiche überblickt und aus deren einheitlicher Kenntnis die geeigneten Abwehrmaßnahmen ableitet. Ein solches System wäre nach meiner Auffassung am ehesten durch die Zusammenfassung aller Abwehrmaßnahmen im Rahmen einer einzigen Organisation, nämlich des Verfassungsschutzes gewährleistet.«

Schröder erinnerte den Kanzler sodann an die reiche Erfahrung, welche die Verfassungsschutzämter mittlerweile bei der Spionagebekämpfung – dort »II/G-Fälle« genannt – gesammelt hätten, und wurde deutlich: »Ich darf mich unter diesen Umständen dafür einsetzen, dass sowohl die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen wie die Bekämpfung gegnerischer Nachrichtendienste, die unter den gegebenen Umständen im Grunde als eine einheitliche und daher nur von einer einzigen Stelle wahrzunehmende Aufgabe angesehen werden sollte, den Verfassungsschutzbehörden überlassen bleibt.« Man werde dem BND selbstverständlich eigene Erkenntnisse zur Verfügung stellen und »in Einzelfällen« auch ein Vorgehen vereinbaren, das »sich nicht an eine starre Zuständigkeitsabgrenzung hielte. Hierüber besteht mit der Organisation Gehlen völliges Einvernehmen.« (Diesen beschwichtigenden Hinweis und das Plädoyer für eine generelle Zuständigkeit des Verfassungsschutzes markierte der Bundeskanzler mit einem kräftigen Strich am Rande.) Die Innenminister der Länder, schloss Schröder sein Schreiben, hätten jüngst eindringlich darum gebeten, »die Frage der Spionagebekämpfung so rasch wie möglich einer Entscheidung zuzuführen«. Adenauers Parteifreund hatte also die exakt gegenteilige Auffassung über die Aufgabenabgrenzung von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst wie dessen designierter Chef. Die Frage war, wie sich das Kanzleramt in dem Streit positionieren würde.

Staatssekretär Globke, der ungeachtet seiner engen Zusammenarbeit mit Gehlen auf die Balance in der Bundesregierung zu achten hatte, versah den Brief mit dem lapidaren handschriftlichen Kommentar, »organisatorisch ist die Spionagebekämpfung bei den Verfassungsschutzämtern richtig untergebracht«. Adenauer bestätigte ihm in einer Notiz eigens, dass Schröders Vorschläge ihm ebenfalls »richtig« schienen.[81] Mitte Dezember beantwortete der Bundeskanzler das Schreiben seines Innenministers: »Ich bin damit einverstanden, dass die Verfassungsschutzbehörden neben der Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen auch die Spionagebekämpfung besorgen. Mir ist allerdings sehr daran gelegen, dass die Abwehr östlicher Angriffe im Einzelfalle nicht durch Zuständigkeitszweifel behindert wird. Daher begrüße ich es, dass eine enge Zusammenarbeit mit dem künftigen Bundesnachrichtendienst in Aussicht genommen ist.«[82] Doch auch diese Festlegung von höchster Stelle

vermochte den Streit nicht zu entschärfen. Was genau der Begriff der »Spionagebekämpfung« beinhaltete, blieb weiterhin dem Tauziehen der rivalisierenden Dienste überlassen. Dass der designierte BND-Präsident seine weitreichenden Ambitionen würde durchsetzen können, war nun allerdings nicht mehr sehr wahrscheinlich. Womöglich war er jetzt sogar gezwungen, auch noch das ureigene Feld der Gegenspionage gegen die Begehrlichkeiten des Innenministers und seiner Oberbehörde zu verteidigen.

Ende Dezember 1955 tagte auf Einladung des Kanzleramts erstmals das Parlamentarische Vertrauensmännergremium für die Nachrichtendienste. Wichtigster Tagesordnungspunkt: »Übernahme der Organisation Gehlen«.[83] Dazu erläuterte der Bundeskanzler: »Voraussetzung für die Bestimmung der Richtlinien der Politik ist die Information. Die […] geheimen Auslandsnachrichten soll künftig der BND beschaffen. Kein Staat von einiger Bedeutung kann im Zeitalter des Kalten Krieges auf einen geheimen Auslandsnachrichtendienst verzichten. Für den Aufbau des BND soll die seit Ende 1945 bestehende Organisation Gehlen herangezogen werden, die bis jetzt von den USA finanziert worden ist, aber von Anfang an die sogenannte ›deutsche Konzeption‹ im Einverständnis mit den Amerikanern verfolgt hat.« Dann sagte Adenauer im Sinne seiner eben erst erfolgten Meinungsbildung, der Auslandsnachrichtendienst »müsste wohl auch die Gegenspionage (sog. III F-Tätigkeit) betreiben, die den Gegner in seinen Ausgangspunkten aufsucht. Die eigentliche Spionageabwehr, d. h. der Schutz der eigenen Staatsgeheimnisse in der Bundesrepublik, ist Sache des BfV, das außerdem Nachrichten über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sammeln hat. Bei Spionageabwehr und Gegenspionage können sich Überschneidungen zwischen BfV und BND ergeben. Entsprechende Probleme sind aber bisher schon zwischen dem BfV und der Org im besten Einvernehmen geregelt worden.«[84] Das war die üblich gewordene Floskel, die in etwa das Gegenteil der tatsächlichen Verhältnisse umschrieb. Beide Behörden, die »alte« Bundesoberbehörde in Köln und die »junge« Behörde in Pullach, welche sich ihrer realen Existenz seit beinahe zehn Jahren und damit vermeintlich älterer Rechte sehr bewusst war, befanden sich keineswegs in bestem Einvernehmen, wie der Kanzler gesagt hatte, sondern nach wie vor in einer erbitterten »Primatdiskussion«,[85] in der keine Seite einen Fußbreit zu weichen gedachte.

Zu Beginn des Jahres 1956 – in sechs Wochen sollte aus der Organisation Gehlen der BND werden – wandte sich Gehlen an Globke und meldete wegen des von Innenminister Schröder in die Debatte eingeführten Begriffes der »Spionagebekämpfung« Klärungsbedarf an.[86] Seine Besprechung mit Innenstaatssekretär Ritter von Lex habe nämlich ergeben, »dass durch die Anwendung des Begriffes Spionagebekämpfung anstelle von Spionageabwehr unter einer entsprechend erweiterten Auslegung dieses Begriffes in Richtung auf eine III/F-mäßige Tätigkeit hin gewisse Unklarheiten entstanden sind, die der Bereinigung bedürfen«. Auch Gehlen war selbstverständlich bewusst, dass es nicht um Scholastik, sondern um eine Machtfrage ging. »Offenbar ist den Landesämtern gegenüber die Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers, dass die Spionageabwehr im Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes *bleibt*, mehr oder weniger dahingehend interpretiert worden, dass diese Entscheidung auch die Gegenspionage mit umfasse, die ja von diesseitigen Fällen aus in den Bereich des Gegners hineinarbeiten muss.« Er, Gehlen, sei daher mit dem Innenstaatssekretär übereingekommen, demnächst »die beiderseitigen Auffassungen zu einer übereinstimmenden Abgrenzung zu führen«. Der »Doktor« war in die Defensive geraten, also schloss er seine Notiz für den Chef des Bundeskanzleramts mit einem kleinen Appell: »Ich erlaube mir, auf die Wichtigkeit des Verbleibs des III/F-Dienstes im Auslandsnachrichtendienst hinsichtlich seiner Aufgaben und der Empfindlichkeit dieses Dienstzweiges im Hinblick auf die äußere Sicherheit der Bundesrepublik hinzuweisen«; ein Wink mit dem hochbrisanten, Globke durchaus präsenten Fall »Lena«.

Die in Aussicht genommene Besprechung zur endgültigen Klärung des Kompetenzstreits fand Ende Februar statt, kurz bevor der BND offiziell ins Leben trat. Auf Seiten des BfV waren Präsident Hubert Schrübbers und Vizepräsident Albert Radke zugegen, für Pullach Reinhard Gehlen und Kurt Kohler; für das BMI Walter Bargatzky und Rudolf Toyka.[87] Zunächst kam man auf die Begrifflichkeiten zu sprechen, mit denen beide Seiten versucht hatten, Politik zu machen: »Das Bundesministerium des Innern hat aus Gründen des früheren Sprachgebrauchs (›Spionageabwehr‹ als militärische Definition gebräuchlich) die Bezeichnung ›Spionageabwehr‹ durch die Bezeichnung ›Spionagebekämpfung‹ ersetzt, ohne das Inhaltliche dieses Begriffs zu ändern«, vermerkt die Gesprächsnotiz und hält fest: »Es

herrscht entsprechend der früheren Erörterungen volle Einigkeit darüber, dass die Spionagebekämpfung Aufgabe des BfV, die Gegenspionage (Gegenaufklärung) Aufgabe des BND ist.« Das war ein erster Geländezurückgewinn.

Als Nächstes wurde die Frage aufgeworfen, ob man mit denselben Begriffen auch dasselbe meine: »Eine absolut scharfe und eindeutige Abgrenzung dafür, wann ein Spionagebekämpfungsfall in einen Gegenspionagefall übergeht, lässt sich nur begrenzt geben«, hielt die Aufzeichnung fest und formulierte noch einmal den Minimalkonsens: »Im Allgemeinen ist das Kennzeichen von Gegenspionagefällen das Umdrehen von Agenten und die Verwendung von Spielmaterial mit dem Ziel, den gegnerischen Dienst aufzuklären und in ihn einzudringen und fällt als solches in das Aufgabengebiet des BND. Kennzeichen der Spionagebekämpfungsfälle ist in erster Linie die Wahrung der Sicherheit der deutschen Einrichtungen gegen den Angriff der gegnerischen Spionage.« Spionagefälle, die sich nicht als Ansatz der Gegenspionage eigneten, wolle der BND künftig an das BfV abgeben, das BfV an den BND solche, die sich in Gegenspionagefälle umwandeln ließen; mit dem Einverständnis Pullachs sollte Köln diese aber auch weiterhin betreuen können – allerdings »unter Federführung durch den BND«. Zwei weitere Prärogativen kamen hinzu: Entsendungen von V-Leuten »ins Feindgebiet«, die im Rahmen der Spionageabwehr durch den Verfassungsschutz erfolgen sollten, wollte der BND von seiner ausdrücklichen Zustimmung abhängig gemacht sehen, ebenso die Verwendung von Spielmaterial.

Nachdem man sich die gegenseitige Überlassung von Erkenntnissen über die gegnerischen Dienste versprochen hatte, folgte ein salvatorischer Appell, der schon oft ergangen war. »Es herrscht Übereinstimmung darüber«, schließt die Aufzeichnung, »dass bei den engen Berührungspunkten der beiderseitigen Arbeit des BfV und des BND eine engste Zusammenarbeit auf den Grenzgebieten notwendig ist, für die die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit eine Garantie darstellt.« Diese Floskel war mittlerweile zu einem zwischenbehördlichen Sprachbaustein geworden, dessen sich, wie gesehen, sogar der Bundeskanzler gegenüber den Parlamentariern im Vertrauensmännergremium bediente. Immerhin hatte das Spitzengespräch zwischen Org und BfV gezeigt, dass mit der Neuschöpfung von Begriffen allein kein Terrain zu gewinnen war.

Am 25. April 1956 fand die langwierige Abgrenzungsdebatte in Form einer zwei Jahre lang geltenden »Zuständigkeitsabgrenzung« ihr vorläufiges Ende. Unterzeichnet war sie von BND-Präsident Reinhard Gehlen, BfV-Vize Albert Radke und dem Abteilungsleiter VI (Öffentliche Sicherheit) im Bundesministerium des Innern, Walter Bargatzky.[88] Da die Federführung in diesen Gesprächen beim Innenministerium gelegen hatte, blieb es bei der von Gerhard Schröder eingeführten Unterscheidung zwischen »Spionagebekämpfung« und »Gegenspionage«. Unter Ersterer – Sache des Verfassungsschutzes – sei »die Abwehr gegnerischer Nachrichtendienste innerhalb der Bundesrepublik« zu verstehen. Die Gegenspionage dagegen – Sache des Bundesnachrichtendienstes – habe das Ziel, »in die Zentralen und Einrichtungen der gegnerischen Nachrichtendienste außerhalb der Bundesrepublik systematisch einzudringen«. Wichtigster Ausgangspunkt dafür sei »die Verwendung von Beauftragten der gegnerischen Nachrichtendienste, die im Bundesgebiet ›umgedreht‹ worden sind«. Der Verfassungsschutz hatte alle Personen, die in Westdeutschland von fremden Diensten angegangen oder dorthin entsandt wurden, aber noch nicht tätig geworden waren, dem BND »zur Verfügung« zu stellen, wenn sich daraus eine Chance zu ergeben schien, in gegnerische Dienste einzudringen. Waren die Agenten bereits tätig geworden, so sollten sie von Köln ebenfalls abgegeben werden, »soweit nicht von einer Abgabe dieser Personen im Hinblick auf die möglicherweise entstehende zu starke Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik abgesehen werden muss« oder ein Straftatbestand den Einsatz eines umgedrehten Spions verbiete.

Das waren Richtlinien, die vom Verfassungsschutz eng oder weit ausgelegt werden konnten, weshalb auch dieses Verständigungspapier im Hinblick auf den Informationsaustausch und die »Abgabe von Fällen« neuerlich und wie üblich eine enge, vertrauensvolle Kooperation beschwor. Kehrten vom BfV verwendete feindliche Agenten ins Ausland zurück, so war das mit dem BND abzustimmen, hatten sie sich »in die Sowjetzone zu begeben, so wird das BfV dem Bundesnachrichtendienst die Anlaufstellen, angelaufene Personen, Telefonnummern usw. mitteilen«. Bei der Behandlung von Spielmaterial war Pullach federführend, der Verfassungsschutz sollte es bei »grundsätzlicher Bedeutung dem Bundesnachrichtendienst vor Zuleitung an den Gegner zur Freigabe übermitteln«. Die Schlusspassage kündigte an, dass die endlich erreichte

Übereinkunft im Lichte künftiger Erfahrungen angepasst werden solle. Doch erst einmal war der Kraftakt vollbracht, das Weitere würde die Praxis zeigen.

Anfang Mai tagte das Parlamentarische Vertrauensmännergremium (das in diesen Jahren bedeutungslos blieb[89]) unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers. Sowohl Walter Bargatzky vom Innenministerium als auch Günter Bachmann, der im Palais Schaumburg für den BND zuständig war, sprachen sich dafür aus, das Verständigungspapier im »Verfassungsschutz-Ausschuss« nicht »in aller Breite« und daher auch in der bevorstehenden Sitzung nur in seinen »allgemeinen Grundlinien« zu erörtern.[90] So geschah es. Reinhard Gehlen referierte über die getroffene Zuständigkeitsabgrenzung. Der Abgeordnete Wilhelm Mellies von der SPD unkte nicht von ungefähr, dass »mit der getroffenen Vereinbarung noch nicht alle Schwierigkeiten behoben seien«. Adenauer sah das ähnlich und betonte, »dass ja in der Vereinbarung selbst gesagt sei, dass sie nach den Erfordernissen der Praxis evtl. noch umgearbeitet werden müsste. Grundlage der Zusammenarbeit müsse beiderseitiges Vertrauen sein.«[91]

3. Hoher Anspruch, niedriges Niveau

Es muss daran erinnert werden, dass die Organisation Gehlen in den gut fünf Jahren, seit sie im Konkurrenzkampf mit dem Verfassungsschutz lag und dabei durchweg darauf sah, dass ihr Rivale seine Kompetenzen nicht einen Millimeter ausdehnte, als Apparat einer fremden Macht unter der Flagge der Spionageabwehr breite politische Inlandsspionage betrieb. Mit erheblichem ideologischem, personellem und finanziellem Aufwand war Pullach seit Mitte 1949 dabei, der »Roten Kapelle« nachzujagen, dem sowjetischen Spionagering, der das Kriegsende und die NS-Verfolgung in den Augen des Gehlen-Dienstes unversehrt überstanden hatte und seine zersetzenden Angriffe gegen den Westen weiter fortsetze. Die von Gerhard Sälter im Detail rekonstruierte Jagd auf ein Phantom – nach gängiger Definition »Spionageabwehr«, auch wenn sie im Selbstverständnis als »Gegenspionage galt« – wurde erst abgeblasen, als die Übernahme des Gehlen-Dienstes in die Verantwortung des Bundes spruchreif wurde.[92] Diese geheime Operation größten Kalibers hinderte den »Doktor« nicht daran, die Wurzeln der unendlichen Konfliktgeschichte mit dem Verfassungsschutz allein bei diesem zu suchen.

Als der frischgebackene BND-Präsident im Frühjahr 1957 seine »Antrittsreise«[93] in die USA machte und von der CIA-Spitze entsprechend hofiert wurde, scheute er sich nicht, in alter Gewohnheit Staatsgeheimnisse preiszugeben. Gegenüber Allen Dulles beklagte er nämlich seine Schwierigkeiten mit dem Verfassungsschutz. Gehlen sagte, er halte einen guten Inlandsgeheimdienst durchaus für notwendig, habe gegenüber dem real existierenden jedoch »certain misgivings«. Inzwischen gebe es zwar eine Abgrenzungsvereinbarung, sagte er, »unfortunately, however, he had to state that he found the BfV was not living up to the agreed-upon provisions of the charter with respect to Gamma's [BND] prerogatives«. Er wolle jedoch nicht Alarm schlagen, sondern glaube, die Probleme würden sich beheben lassen. Dann übergab er noch eine Studie über Adenauers Wahlchancen und erging sich des Längeren über das ehrgeizige Bestreben des neuen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, wesentliche Teile des deutschen Nachrichtendienstes in die Hand zu bekommen; mit geschickter

Argumentation habe er, Reinhard Gehlen, den Minister jedoch nachdenklich stimmen können.[94]

Zur selben Zeit ergriff das Bundesministerium des Innern durch Anstoß der Innenministerkonferenz die Initiative, um die Zuständigkeiten im Sicherheitsbereich festzuschreiben und dazu Richtlinien für die Zusammenarbeit von Polizei, Militärischem Abschirmdienst, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zu formulieren.[95] Das wurde schon deswegen notwendig, weil es mit dem BND jetzt einen neuen Pfeiler der Sicherheitsarchitektur gab. Vor dieser Abgrenzungsdiskussion verfasste die Spionageabwehr für Gehlen eine erste interne Bilanz der Zusammenarbeit von BND und BfV, die sich explizit auf die vereinbarte »Zuständigkeitsabgrenzung« bezog.[96] Laut dieser Analyse war die Kooperation auf dem Felde der Gegenspionage im ersten Jahr geradezu armselig gewesen. Das Bundesamt hatte zwei Hinweise auf möglicherweise aussichtsreiche Fälle gegeben, die Landesämter vier. »Hierzu muss festgestellt werden«, erläuterte das Papier, »dass sämtliche aufgeführten Gegenspionage-Möglichkeiten durch Zufall dem BND überhaupt zur Kenntnis kamen. Sie wurden erst nach mehrfachen Interventionen abgegeben.« Zugleich sei es zweifelsfrei so, dass entgegen der gemeinsamen Vereinbarung viele Gegenspionage-Ansätze vom Verfassungsschutz »in eigener Regie geführt werden, ohne dass der BND auch nur unterrichtet wurde«. Beim Thema »Spielmaterial«, das an sich vom BND freizugeben war, lag ebenfalls alles im Argen. Der Dienst hatte beobachtet, wie die Kollegen vom Verfassungsschutz sogenannte »Gegenspiele« in eigener Regie durchführten, Pullach jedoch »in keinem Falle Spielmaterial zur Begutachtung und Freigabe« zuleiteten. Entsprechend finster fiel die Gesamtbilanz aus: Es sei erwiesen, dass die gemeinsam erarbeitete Zuständigkeitsabgrenzung »nicht mehr als ein Stück Papier ist. Das BfV hält sich nicht an diese Abmachung. Für den BND ist dieser Zustand nicht nur aus Prestigegründen untragbar, sondern er verliert damit einen sehr wichtigen Teil der Basis für seinen Auftrag ›Gegenspionage‹«. Der Leiter der Beschaffungsabteilung beim Verfassungsschutz habe immerhin eingeräumt, dass beim Spielmaterial einiges »verabsäumt« worden sei und hier nun Remedur geschaffen würde. Es war wie immer: Beide Dienste verfolgten ihre eigenen Interessen, das BfV führte Operationen der Gegenspionage durch, der BND baute seine

Spionageabwehr aus, die ihm wie seit den ersten Schritten 1946 nicht zuletzt als Abschirmung seiner politischen Inlandsspionage diente.

BND-Vizepräsident Hans-Heinrich Worgitzky nahm sich auf Anweisung Gehlens ebenfalls der Schwierigkeiten mit dem BfV an – eine Bilanz knapp zwei Jahre nach der formellen Abgrenzungsvereinbarung.[97] Eingangs ironisierte der politisch versierte Worgitzky die Tatsache, dass der Verfassungsschutz »angeblich aus psychologischen Gründen« statt von Spionageabwehr von »Spionagebekämpfung« sprach. Desgleichen amüsierte er sich darüber, wie das BfV aus semantischen Gründen nicht von »Gegenspielen«, sondern lediglich von »Spielen« sprach, um jeden Anklang an den Begriff der »Gegenspionage« zu vermeiden; er könne darin »nur einen dolus sehen«, schrieb er. In den zurückliegenden 21 Monaten habe Köln nur ganze 16 Fälle an Pullach abgegeben, hielt Gehlens Stellvertreter fest. Zur selben Zeit sei man aber auf eine ganze Reihe von Operationen gestoßen, »die seitens des BfV unberechtigterweise geführt« würden; es folgten sieben Beispiele. »Für diese Fälle ist selbstverständlich auch nicht die Freigabe des benötigten Spielmaterials beantragt worden; sich daraus etwa ergebende Folgen sind noch nicht zu übersehen.« Die Landesämter dagegen verhielten sich insgesamt korrekt.

Dann folgten Ausführungen, die für die Beurteilung des Beharrungswillens des Bundesamts über die Deckung durch das Innenministerium hinaus von Interesse sind: »Durch entsprechende Nachrichtendienst-Verbindungen wurde ein Abkommen zwischen Engländern und Amerikanern bekannt, das zum Ziele hat, diesen beiden Mächten entscheidenden Einfluss auf die Gegenspionage in Mitteleuropa zu sichern«, schrieb Worgitzky. »Die daraus resultierenden Vereinbarungen gehen an sich auf die Zeit Johns zurück; der britische Einfluss im Bundesamt ist aber zugegebenermaßen noch heute sehr stark, sowohl in operativer wie in auswertungsmäßiger Hinsicht. Beide Mächte schalten sich in die IIIF-Tätigkeit des Bundesamtes in erheblichem Umfange ein, obwohl ihnen die hinsichtlich der Gegenspionage getroffene Abgrenzung bekanntgegeben wurde. Die Gründe dafür liegen darin, dass eine Einflussnahme auf die Operationen des BND nicht möglich ist. Aus zuverlässiger ND-Verbindung ([Bewertung] B 2) wurde bekannt, dass der vom CIA eingeladene Präsident des BfV dort bei Besprechungen den Standpunkt vertreten hat, dass die Gegenspionage Aufgabe des BfV sei.

Soeben ging ein anderer wichtiger Hinweis dafür ein, dass Engländer und Amerikaner die Gegenspionage unter allen Umständen weiter unter ihrer Kontrolle halten wollen.«

Ob es sich nun so verhielt wie der Vizepräsident behauptete oder nicht, er machte sich bei Gehlen jedenfalls dafür stark, dass sich das BfV beim »Umdrehen einzelner Agenten« strikt auf bloße »Sicherheitsfälle« beschränken solle. Das bisherige Übernahmeverfahren habe sich »nicht bewährt«, stellte er fest, und ventilierte auch gleich den Gedanken, aussichtsreiche Fälle künftig vielleicht direkt von den besser kooperierenden Landesämtern zu übernehmen. Das hatte allerdings keine Perspektive, da das BfV die Führung der Gegenspionage zunehmend in Köln zentralisierte, erst recht nicht die nur die überholte Gefechtslage repetierende Forderung Worgitzkys, das »deutsche Interesse« fordere »gebieterisch die Zusammenfassung aller Gegenspionageoperationen beim BND sowie innere Sicherung gegen Einblicknahme und Beeinflussung durch andere Mächte«. Besonders gegen den Strich ging ihm, dass der Verfassungsschutz auch Auslandsverbindungen unterhielt und politische Aufklärung in der DDR betrieb.[98] Beides müsse »alleinige Aufgabe« des BND sein.

Konzentrierte sich der Vizepräsident auf die Schwierigkeiten mit dem Verfassungsschutz, so befasste sich der Leiter der Abteilung Spionageabwehr, der ebenfalls nicht mit Beschuldigungen gegen den Rivalen sparte, in seiner internen Bilanz für das Jahr 1957 vor allem mit den eigenen Schwächen.[99] In diesem Memorandum zeichnet sich das Desaster der BND-Gegenspionage in der Gehlen-Zeit schon deutlich ab, einer Gegenspionage, die der Dienst in seinen Auseinandersetzungen mit dem BfV wie seine heilige Kuh behandelte und als ureigenes Feld auslandsnachrichtendienstlicher Kompetenz für sich beanspruchte, aber seinem eigenen Anspruch nie gerecht werden konnte. Behutsam erinnerte Kurt Kohler daran, in der Gegenspionage seien die üblichen Aufträge in der Regel »Rahmenaufträge mit teilweise sehr hoch gespannten Erwartungen, deren vollkommene Lösung wohl nur nach jahrelangen Anstrengungen mit bestem Personal in ausreichender Anzahl und mit etwas Glück möglich sein dürfte. Es war also von vornherein kaum zu erwarten, dass es bei dem augenblicklichen Entwicklungsstand der Gegenspionage des BND und der Überlastung des Personals mit Tagesaufträgen möglich sein sollte, auf

breiter Basis in die Zentralen der gegnerischen Dienste einzudringen.« Es gebe allerdings auch hoffnungsvolle Anzeichen für eine Besserung der Lage. Abgesehen vom Fall »Lena«[100] sei man bis jetzt über das Stadium der Forschung für etwaige personelle Anknüpfungspunkte leider noch nicht hinausgekommen. Gemessen an dem forschen Auftreten des BND gegenüber dem Kanzleramt und einigen Parlamentariern war das eine Bankrotterklärung.

Die Schlüsse, die Kohler in seiner Bilanz zog, waren ernüchternd. »Die Weiterentwicklung der III-Arbeit ist für den BND eine Lebensnotwendigkeit«, schrieb er. »Die Notwendigkeit eines Ausbaus der Gegenspionage ist vielleicht nicht für jedermann so klar ersichtlich, da auf diesem Gebiet echte Erfolge schwerer zu erringen sind als auf anderen ND-Gebieten. Wenn der BND jedoch Wert auf den Untertitel ›Auslands‹-ND legt, muss er die Gegenspionage und damit verbunden die III-Auswertung ausbauen, nicht nur um sein Gesamtlagebild zu verbessern, sondern auch, um echter Gesprächspartner zu bleiben. Die Nichteinhaltung des Abkommens über die Gegenspionage seitens des BfV sowie das amerikanische Einschwenken auf die Linie des BfV waren Alarmzeichen dafür, dass der Gegenspionage des BND zahlreiche Möglichkeiten vorenthalten wurden und werden, dass also Bestrebungen im Gange sind, die Gewichtsverteilung auf dem Gegenspionage-Gebiet zu verlagern.« Allergrößte Anstrengungen zur Verbesserung der Personallage müssten »unbedingt in kürzester Zeit« unternommen werden. »Die Konkurrenz zum BfV kann jetzt durch entsprechende Schritte der Führung zurückgedämmt werden, endgültig ausgeschaltet wird sie nur durch verbesserte eigene Leistungen der Gegenspionage des BND werden können.« Ein Ausgleich mit dem Verfassungsschutz werde 1958 eine »Kardinalfrage« sein.

Wie schauerlich schlecht es um die Gegenspionage des BND stand, drang natürlich nicht über die Mauern der ehemaligen Rudolf-Heß-Siedlung, erst recht nicht, dass die Misere die gesamte Amtszeit von Reinhard Gehlen über anhielt: In den gut zwei Jahrzehnten, die er an der Spitze des Nachrichtendienstes stand, konnte keine einzige Operation der Gegenspionage zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Das offenbarte auch die Analyse von Eberhard Blum (später selbst Chef des Bundesnachrichtendienstes) für den neuen BND-Präsidenten Gerhard Wessel Ende Juli 1968: »Gegenspionage: Das Hochziel des Eindringens in

gegnerische Dienste gehört sicher zum Aufgabenbereich des BND. Es ist bislang nicht erreicht worden.«[101] James H. Critchfield, an sich ein wohlwollender Förderer Gehlens, vermochte seinen Zorn noch ein halbes Jahrhundert später nicht zu unterdrücken, als er seinen einstigen Schützlingen in seinen Erinnerungen bescheinigte, dass ihre »Leistungen bei der Spionageabwehr erbärmlich waren«.[102]

Während man in Pullach intern wieder und wieder die Schwierigkeiten mit dem Verfassungsschutz und die Probleme beklagte, die einer halbwegs vorzeigbaren Gegenspionage entgegenstanden, nahmen die Verhandlungen zwischen dem Kanzleramt und dem Innenministerium bzw. zwischen BND und BfV über eine neue Richtlinie zur Abgrenzung der Zuständigkeiten Fahrt auf. Aus der Einladung des BMI zu einer Besprechung für Mitte November 1957 konnte der Dienst entnehmen, dass das Innenministerium zu § 1 einen Vorschlag machte, »der völlig von der bisher vorgesehenen Fassung abweicht«, die Neufassung überhaupt in krassem Widerspruch zu der Kompetenzverteilung stehe, auf die man sich in der Richtlinie von April 1956 geeinigt hatte.[103] Gehlen bemühte sich bei Globke sogleich um eine Verschiebung des Treffens, allerdings vergeblich.[104]

Der »berichtigte«, die Belange Pullachs stärker berücksichtigende Entwurf der neuen Regelung sah in § 1 unter anderem vor, dass die Tätigkeit des BfV in der DDR »eines besonderen Abkommens« mit dem BND bedürfe. § 2 hielt fest, dass zu seinen Aufgaben »die Gegenspionage, d. h. das Eindringen in die Zentralen und Einrichtungen der gegnerischen Nachrichtendienste außerhalb der Bundesrepublik« gehöre, insbesondere »die Gewinnung von Personen im Ausland zum Zwecke des Eindringens in fremde Nachrichtendienste, die Entsendung von Personen, die in der Bundesrepublik angeworben wurden, ins Ausland« sowie »die Verwendung von Personen, die in der Bundesrepublik von fremden Nachrichtendiensten angegangen oder in deren Auftrag in das Bundesgebiet entsandt worden waren, zum Zwecke der Entwicklung von Gegenspionage-Operationen nach dem Ausland«. Selbstverständlich wurde auch der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse »zum frühestmöglichen Zeitpunkt« festgelegt. Die operative Behandlung von Fällen, die den Zuständigkeitsbereich des jeweils anderen berührten, war »im beiderseitigen Einvernehmen« zu regeln. Mindestens halbjährlich sollten Routinebesprechungen stattfinden. Spielmaterialien waren, das verlangte

namentlich das Bundeskanzleramt,[105] »grundsätzlich dem Bundesnachrichtendienst vor Zuleitung an den Gegner zur Freigabe« zu übermitteln.[106]

Da die Innenminister der Länder keine Einwände gegen diese Neufassung der Richtlinien hatten, war in absehbarer Zeit mit ihrem Erlass zu rechnen. Gehlen war aber nicht zufrieden und intervenierte neuerlich beim Bundeskanzleramt. Seiner die politischen Gegebenheiten ignorierenden Ansicht nach sollten die Verfassungsschutzbehörden »sich jeder Gegenspionage enthalten«.[107] Es nützte nichts. Daher startete er nun einen sehr energischen Versuch, dem BND die Dominanz auf dem Sicherheitssektor zu verschaffen und ihn in eine Position zu bringen, die das lästige Tauziehen mit dem Verfassungsschutz erledigen würde. In einer Unterredung mit Staatssekretär Globke kam er neuerlich auf die endlose Konfliktgeschichte mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu sprechen.[108] Er beschwerte sich über die »Illoyalität des BfV« und klagte weit ausholend sein Leid darüber, dass bei Gründung des Nachrichtendienstes zwar »der sehr elegante Weg einer Angliederung an das Bundeskanzleramt gewählt worden sei. Aufgrund der Schwierigkeiten, die das Finanzministerium gemacht habe, sei ein Einbau jedoch nicht erfolgt. Auf der anderen Seite könne der BND keine Oberbehörde« sein wie das BfV. Er sehe die Gefahr, »dass der BND, wenn auch nicht de jure, so de facto in die Ebene der Oberbehörde *herabgleiten* könne, obwohl er juristisch als eine Behörde sui generis bezeichnet worden sei. Dieses werde die Lösung vieler noch anstehender Probleme für den Nachrichtendienst erschweren – wenn nicht unmöglich machen.«

Hans Globke, der den anklingenden Ambitionen Gehlens bei aller Verbundenheit unmöglich folgen konnte, entgegnete, man habe den Status des Dienstes damals doch »absichtlich im Unklaren gelassen«, um »bei der Lösung aller Probleme möglichst elastisch verfahren zu können. Außerdem sei bei der Gründung des BND die Unterstützung des Innenministeriums dadurch gesichert worden, dass man ihm die Zusicherung gegeben habe, den BND nicht wesentlich anders als das BfV zu behandeln.« Mit diesen historischen Reminiszenzen war Gehlen jedoch nicht zufrieden und machte eine Reihe von Gründen geltend, die »für einen Einbau des BND in die ministerielle Eben sprechen, vor allem, dass kein anderer westlicher Dienst vorhanden ist, der nicht in die ministerielle Ebene eingebaut ist«. Der

belagerte Chef des Bundeskanzleramts erwiderte, dann solle er seine Gedanken dazu doch einmal zu Papier bringen.

Reinhard Gehlens provisorisches, handschriftliches Grundsatzpapier »Angliederung BND an BKA« umfasste acht Punkte und war eine Mischung aus Beschreibungen und Forderungen. Gleich eingangs hieß es in charakteristischer Selbsteinschätzung: »Aufgabe des BND liegt auf oberster Ebene. Er schafft Beiträge für die Entschlussfassung des Kanzlers, der die Richtlinien der Politik bestimmt. Daneben auch Aufgaben minderer Bedeutung, ein Zustand, der auch bei anderen obersten Bundesbehörden besteht.« Der Verkehr mit anderen Dienststellen namentlich in Angelegenheiten von politischer Bedeutung sei nun einmal Sache der obersten Ebene. Dann und aktuell besonders wichtig das Anliegen: »Koordinierung der ND-Interessen der Ministerien«. Eine Ministerialqualifikation sei beim größten Teil seiner Referenten gegeben, behauptete er kühn, weshalb künftige Personalrekrutierungen schwierig werden würden, wenn die Spitze des Hauses nicht auf der entsprechenden Ebene angesiedelt wäre. Eine Realisierung dieser weitreichenden Vorstellungen hätte die Rivalitäten des BND mit dem BfV weitgehend erledigt. Der Präsident fühlte sich sicherlich auch deswegen ermutigt, derart kühne Vorschläge zu machen, weil der BND mit seiner Operation »Lena« und der Ausforschung des SPD-Parteivorstands[109] in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre starken Eindruck auf den Chef des Bundeskanzleramts machte.

Nach weiteren vier Wochen fasste Gehlen die Gründe, die seiner Ansicht nach dafür sprachen, den BND auf Ministerialebene anzusiedeln, in ein ausführliches Schreiben an den Staatssekretär.[110] Zunächst schilderte er des Langen und Breiten, dass dies in den anderen westlichen Ländern auch so sei, und es daher »kaum« im Interesse der Bundesrepublik sein könne, anders zu verfahren. Die Aufgabe des Bundeskanzleramts liege »eindeutig auf ministerieller Ebene«, als Bundesoberbehörde würde dem BND »die Unmittelbarkeit der Mitwirkung« an dessen Tätigkeit fehlen. Und da Globke ihn daran erinnert habe, die Stellung des Dienstes gehe unter anderem auf Zusagen an das Bundesinnenministerium zurück, wolle er zum Verfassungsschutz gerne Folgendes ausführen: Der sei im Grunde genommen ein Sicherheitsorgan, seine Mitarbeiter bedürften zumeist lediglich der Qualifikation des leitenden Kriminaldienstes, »nicht aber der

Befähigung, die auf der Ebene der ministeriellen Tätigkeit oder des Generalstabs liegt«. Der Verfassungsschutz solle seine Tätigkeit auf die inneren Gegner beschränken, er solle nicht etwa sämtliche in der Bundesrepublik wirkenden politischen Kräfte zum Gegenstand seiner Nachforschungen machen. Der BND dagegen erstrecke seine Tätigkeit auf sämtliche Staaten, an deren Verhältnissen die Bundesrepublik interessiert sei. Würde er sich dabei »ähnlich den Sicherheitsorganen verhalten, so müsste er seinen Gesichtskreis sachwidrig einschränken«. Es handele sich bei den beiden staatlichen Institutionen »um zwei in jeder Hinsicht inkomparable Größen«. Die selbstbewusste (soll man sagen: selbstherrliche?) Epistel betonte dann noch einmal, »die Erwägung, ob der Bundesnachrichtendienst etwa auf die Stufe einer Bundesoberbehörde zu setzen sei«, habe denn doch überrascht. Er könne in dieser – denn darauf lief es für ihn hinaus – Herabstufung keinerlei »sachlichen Vorteil« erkennen. Die Gründe für seine nachdrückliche Bitte, den BND auf ministerieller Ebene einzustufen, seien »so schwerwiegend, dass, sollten sie unberücksichtigt bleiben, die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes als eines zentralen und aus diesem Grunde zivilen Nachrichtendienstes nicht gegeben erscheinen würden«. Gehlen schloss sein anmaßendes Petitum mit dem Ausdruck der Überzeugung, dass in dieser wichtigen Sache zwischen ihm und dem Kanzleramtschef sicherlich Übereinstimmung bestehe.

Das war nicht der Fall, wie er trotz seines engen Einvernehmens mit dem Kanzleramtschef hätte wissen können. Wie manch früherer Vorstoß zur Statusfrage fiel auch dieser auf keinen fruchtbaren Boden. Der BND-Präsident musste erkennen, dass er in seinen Bemühungen, die Statik der Sicherheitsarchitektur zu seinen Gunsten zu verschieben, keine politische Unterstützung erwarten konnte – nicht einmal bei Hans Globke. Stattdessen fand Gehlen sich in seinem Kampf mit dem Verfassungsschutz schon bald wieder in den Mühen der Ebene gefangen, zumal inzwischen sogar der Präsident des Bundesrechnungshofs auf die Spannungen zwischen den beiden Diensten aufmerksam geworden war. In seiner »Prüfungsniederschrift« hielt er nämlich fest, »dass sich trotz der bestehenden Vereinbarungen zwischen BND und BfV noch Schwierigkeiten in der Durchführung ergeben und dadurch Doppelarbeit und vermeidbarer unwirtschaftlicher Einsatz von Bundesmitteln entstehen«.[111] Hinterlassen

solche Vermerke in Bundesbehörden oftmals keinen tiefen Eindruck, so war die Aussicht, dass die Innenministerkonferenz demnächst ihre Entscheidung über die Zuständigkeitsverteilung im Sicherheitsbereich treffen würde, um einiges beunruhigender. Also begab sich Reinhard Gehlen neuerlich in die Offensive und richtete ein weiteres Schreiben an Globke.[112]

Inzwischen, beklagte der BND-Präsident, seien gute Regelungen für das Zusammenwirken seiner Behörde mit den Kriminalämtern und den Landesämtern für Verfassungsschutz gefunden worden, doch »konnte eine klare Aufgabenabgrenzung zum Bundesamt für Verfassungsschutz in der Praxis nicht erreicht werden«. Bei gutem Willen auf beiden Seiten hätte die seit zwei Jahren bestehende Regelung eine ausreichende Grundlage der Kooperation sein können – damals hatte sie ihm gar nicht gefallen –, meinte er, jedoch zeige sich »in letzter Zeit, dass das BfV in zunehmendem Maße in der SBZ, abgesehen von sogenannten Gegenspielen im Rahmen der Spionagebekämpfung, auch Gegenspionage und politische Aufklärung gegen MfS, SED und FDGB betreibt«; auch bei anderen Informationen und Meldungen werde Pullach übergangen. Deswegen müsse nun darauf hingewirkt werden, dass die damals »geschlossene Zuständigkeitsabgrenzung zwischen BfV und Bundesnachrichtendienst strikt eingehalten wird«. Zunehmend verzweifelt versuchte der Präsident gegen die weit gediehenen Verhandlungen des Innenministeriums jetzt auf einem Status quo zu beharren, mit dem er doch erklärtermaßen unzufrieden war. Und schon stand eine Sitzung des Vertrauensmänner-Ausschusses an, der sich der schwelenden Abgrenzungsprobleme der beiden Dienste annehmen wollte.[113]

Wie sehr der BND sich auch sträubte, der Zug zum Erlass neuer Kooperationsrichtlinien war abgefahren, zumal sich das Innenministerium mit den Ländern bereits auf die Neufassung geeinigt hatte. Das Kanzleramt befand, bei den vorgesehenen Routinebesprechungen sei es »besser, wenn die Federführung bei einem ständigen Sekretariat bleibt […] Die Reibungen zwischen dem BND und dem BfV bezüglich der Zuständigkeiten in Fragen der Gegenspionage würden durch die vom BND gewünschte Federführung der Routinebesprechungen – soweit sie Gegenspionagefälle betreffen – auch nicht ausgeschlossen«. Ohnehin müsse das Kanzleramt entscheiden, wenn beide Behörden sich nicht einigen könnten. Im Übrigen verlange das Innenministerium dringlich die Zustimmung des Staatssekretärs zu den

getroffenen Regelungen, »damit die Herausgabe der Richtlinien nicht abermals auf unabsehbare Zeit verzögert werde«.[114] Dem Bundeskanzler wurde die vorgesehene Abgrenzung in einer internen Vorlage für die Sitzung des Vertrauensmänner-Gremiums Mitte Juni erläutert. Es blieb bei dem mühsam genug erreichten Verhandlungsergebnis. Nach der Unterzeichnung durch den Bund und die Länder traten die »Richtlinien für die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Bundenachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Polizei« am 19. September 1958 in Kraft.[115] Sie erlaubten dem BND das Betreiben von »Gegenspionage« und »Spionagebekämpfung« in Fällen, »die sich ausschließlich gegen den Bundesnachrichtendienst richten«. Die mindestens halbjährlich vorgeschriebenen Routinebesprechungen mussten »unter Federführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz« stattfinden. Bei der Freigabe von Spielmaterial behielt der BND seine Alleinzuständigkeit. Gemessen an den Pullacher Ambitionen war dieses Ergebnis eine Niederlage.

Reinhard Gehlen fand sich mit der Regelung wohl oder übel ab, mit dem Verhalten des Verfassungsschutzes aber nicht. Neuerlich wandte er sich an Globke,[116] der ihn jedoch an den zuständigen Unterabteilungsleiter im Kanzleramt verwies. Gegenüber Mercker führte der »Doktor« aus, dass das BfV trotz der beschlossenen Abgrenzung in »ständig zunehmendem Maße in die Belange des BND eingegriffen habe«. Zankapfel war vor allem die DDR. Gehlen wies daraufhin, »dass die Aufklärung in der SBZ ausschließlich Aufgabe des BND sei. Die SBZ sei in nachrichtendienstlicher Hinsicht als ›Ausland‹ anzusehen. Die gegenteilige Auffassung des BfV treffe nicht zu.« Präsident Schrübbers habe das zwar zugestanden, er nehme aber für sich in Anspruch, »in die SBZ hineinzuarbeiten, wenn es darum ginge, ein in der BRD ›festgestelltes Netz‹ zu klären. Dabei komme es auch vor, dass ein Agent des MfS umgedreht werden müsse.« Er, Gehlen, habe nichts dagegen eingewandt, doch »eine weitergehende Tätigkeit des BfV müsse er schon im Interesse der Sache und nicht zuletzt zur Vermeidung unnötiger Ausgaben ablehnen«. Er bestehe auf der Abgabe von Fällen, die in den gegnerischen Bereich hineinreichten, »dabei käme es weniger auf die Quantität als auf die Qualität an. Bedauerlicherweise habe das BfV insoweit wenig Loyalität gezeigt.« Das gelte auch für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Ausland. Der BND-Präsident zählte einige Fälle auf, und Mercker pflichtete

ihm bei – jedenfalls nach Aufzeichnung des BND –, »dass es sich um ganz krasse Verstöße gegen die Abgrenzungsregelung handele«.[117]

Es half alles nichts. Eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem Verfassungsschutz wollte nicht zustande kommen. Als Günther Nollau, starker Mann im BfV und gefürchteter Widersacher des BND, Pullach Anfang 1960 mit kleiner Delegation einen Besuch abstattete, bescheinigte man sich gegenseitig, die Zusammenarbeit sei dringend verbesserungswürdig.[118] Diese allgemeine Feststellung konnte nicht verdecken, dass die Verfassungsschutzbehörden den Bundesnachrichtendienst bei der DDR-Aufklärung längst überflügelt und bei der Spionageabwehr inzwischen ebenfalls erhebliche Erfolge vorzuweisen hatten,[119] wogegen Pullach bei der Gegenspionage noch immer mit leeren Händen dastand. Gleichwohl forderte Gehlen vom Bundeskanzleramt unverdrossen »die Koordination der gesamten nachrichtendienstlichen Verbindungen« für sich – »einschließlich BfV«.[120] Kurz darauf wurde mit der Enttarnung des Doppelagenten Heinz Felfe jedoch das ganze Desaster der »Gegenaufklärung« offenbar, der angeblichen Königsdisziplin des BND. Das BfV nutzte diese Gelegenheit, um mit besonderem Genuss Salz in die Wunden der Pullacher Behörde zu streuen, von der es sich seit Jahren bedrängt sah.

Ein Höhepunkt der unendlichen Konfliktgeschichte zwischen Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst war sicherlich erreicht, als der bereits hellhörig gewordene Günter Bachmann im Frühjahr 1962 von Ministerialdirigent Toyka erfuhr, er habe von Nollau »bestimmte kritische Äußerungen« gegen den Bundesnachrichtendienst gehört.[121] Also forderte das Kanzleramt das Innenministerium auf, »die Vorwürfe schriftlich näher zu substantiieren«.[122] Das 13-seitige Dossier des BfV-Präsidenten Schrübbers fiel schlichtweg vernichtend aus und war bestens geeignet, das Vertrauen des Kanzleramts in den BND weiter zu erschüttern.[123] Allerdings hatte sich das Gewicht des Dienstes im Palais Schaumburg gegen Ende der Ära Adenauer ohnehin verringert. Die Operation »Lena« war diskreditiert und beendet. Eine Ausforschung des SPD-Parteivorstands gab es nicht mehr, und die ehemals starke Unterstützung durch das Kanzleramt und Hans Globke persönlich während des Jerusalemer Gerichtsverfahrens gegen Adolf Eichmann konnte inzwischen auch nicht mehr in die Waagschale geworfen werden.[124]

Die ätzende Ausarbeitung des Verfassungsschutzamts, die genüsslich zehn grundfalsche Meldungen des Bundesnachrichtendienstes unter die Lupe nahm, stand in kritischer Kontinuität zu einer Intervention, mit der die Pullacher DDR-Berichterstattung zehn Jahre zuvor schon einmal aufs Korn genommen worden war.[125] Man habe die Routinemeldungen außer Acht gelassen, hieß es eingangs des Memorandums großzügig, und nur solche Meldungen des BND ausgewählt, »die nach Form und Inhalt besonders bedenklich erscheinen oder eine gewisse Bedeutung für die Beurteilung der Sicherheitslage und der subversiven kommunistischen Tätigkeit haben«. Beispiel Nr. 1 handelte von Kartenmaterial, das der BND unter »Geheim« übersandt hatte, das jedoch aus einer zwei Jahre zuvor erschienenen Veröffentlichung stammte, die in jeder Buchhandlung zu haben war. Dasselbe traf auf eine ohne Quellenangabe übermittelte Skizze zum Organisationsaufbau der SED zu. Sie stammte aus dem fünf Jahre alten »Jahrbuch der DDR«, einer Eigendarstellung, welche die Partei so zeige, »wie sie sich selbst gesehen wissen will«.

Eine weitere eklatante Fehlleistung stammte aus dem Jahr 1957, bei der es um einen außerordentlichen Parteitag der verbotenen KPD im Haus der Einheit in Ost-Berlin ging. Hier war nicht nur die Angabe von Ort und Datum falsch, der BND hatte als Teilnehmer auch lediglich den ehemaligen Vorsitzenden Max Reimann ermitteln können, während die Verfassungsschutzämter die Namen von 68 Teilnehmern gemeldet hatten. Sodann ging es um angebliche Kontakte der KP Italiens zu kommunistischen Untergrundgruppen und der DFU in der Bundesrepublik, die ein Redakteur des KPI-Zentralorgans hergestellt habe; diese Meldung war dem Kanzleramt und einigen Ministerien zugegangen. Kommentar: »Dem BfV ist aus Dutzenden geheimen Quellen bekannt, dass kommunistische Untergrundgruppen in der Bundesrepublik keine Kontakte zu ausländischen Journalisten unterhalten. Überdies sollte jedem bekannt sein, dass eine politische Partei wie die DFU, auch wenn sie unter kommunistischem Einfluss steht, nicht die Aufgabe hat, Sabotageakte durchzuführen.« Auf Nachfragen hätten die Kollegen nicht geantwortet: »Es erscheint nicht vertretbar, dass der BND eine solche offenbar unzutreffende Meldung, die erhebliche Bedeutung für die innere Sicherheit hat, unüberprüft einem größeren Empfängerkreise zuleitet.«

Die nächste Falschmeldung betraf die Art der Finanzierung westeuropäischer kommunistischer Parteien, wozu der BND vermeintliche Transaktionswege im österreichischen Raum mittels der »sowjetischen Donauflotte« unzutreffend beschrieben hatte. Dem BfV seien viele Geldkuriere und Zahlungsempfänger namentlich bekannt, schrieb die Behörde, dieser Hinweis jedoch gehe fehl. Auch der österreichische Sicherheitsdienst habe, um Bestätigung gebeten, Fehlanzeige signalisiert. Offenkundig unzutreffend war auch die BND-Information über einen angeblichen »Aufbau neuer illegaler KP-Organisationen in der Bundesrepublik«, wie der Verfassungsschutz Punkt für Punkt darlegte. Falsch war auch die Information, Erich Honecker habe auf der Leipziger Messe eine »Zusammenkunft von 635 Funktionären« der illegalen westdeutschen KPD organisiert. Es folgte ein kleines politikwissenschaftliches Kolleg: Honecker sei im »Politbüro der SED für militärische und Sicherheitsfragen zuständig. Er hat mit der KPD, auch mit ihrer Anleitung, nichts zu tun. Die Meldung, es seien 1500 KPD-Funktionäre aus der Bundesrepublik eingeladen worden, hat keine Grundlage in den Tatsachen. Dass diese Meldung unrichtig ist, ergibt sich schon aus der Behauptung, alle Eingeladenen seien mit einem Spesenvorschuss versehen gewesen. Dem BfV ist aus Hunderten von geheimen Quellenmeldungen der letzten Jahre bekannt, dass Spesenvorschüsse zu Reisen in die SBZ nicht gezahlt werden. 1500 Funktionäre der illegalen KPD in der SBZ zu sammeln, würde sowohl den konspirativen Regeln als auch den Gewohnheiten der kommunistischen Führer widersprechen.« An einer Parteidelegiertenkonferenz im Frühjahr 1960 beispielsweise hätten nur 258 Delegierte teilgenommen.

Dann ging es um die Redaktion der Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* in Prag. Der BND halte diese für eine Nachfolgeorganisation der Kominform, dem bis zur Auflösung 16 Parteien angehört hätten, tatsächlich seien es nur neun gewesen. Es gebe auch keinen »Kominform-Apparat«, dem sämtliche 97 kommunistische Parteien der Welt angehörten (tatsächlich gebe es nur 87), er existiere auch nicht »in Asien« weiter, weil gar keine asiatische Partei dem Kominform angehört habe. Desgleichen könne auch keine Rede davon sein, dass die KPdSU ihre Auslandsabteilung nach Prag verlegen wolle. »Eine solche wahrhaft sensationelle Absicht würde auch dem seit 1957 klar erkennbaren Bestreben

der KPdSU zuwiderlaufen, die Einheit der kommunistischen Weltbewegung durch bessere Verbindungen mit Moskau zu festigen.« Hier wurde Schrübbers deutlich: »Wenn vom BfV im Nato-Spezialkomitee die offensichtlich falschen Behauptungen des BND wiederholt worden wären, würde das durch die bisherige fundierte Berichterstattung erworbene Ansehen der deutschen Delegation beeinträchtigt worden sein.« Der BfV-Präsident war sich der Brisanz seines Dossiers durchaus bewusst und bat daher darum, »im Interesse der guten Zusammenarbeit beider Dienste davon abzusehen, den Herrn Präsidenten des BND davon in Kenntnis zu setzen. Dagegen könnten für die Zukunft Folgerungen daraus hergeleitet werden – die im Einzelnen noch mündlich zu erörtern wären –, dass zum Beispiel die beim BND anfallenden Meldungen, die die innere Sicherheit der Bundesrepublik und damit den Zuständigkeitsbereich des BfV berühren, vor Weitergabe mit diesem abgestimmt werden.« Das blieb ein frommer Wunsch.

Bekanntlich platzte Konrad Adenauer kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt der Kragen. Er leitete nicht nur eine Untersuchung gegen den BND ein, zu dem er nach der Felfe- und Spiegel-Affäre das Vertrauen völlig verloren hatte, sondern führte auch einen Kabinettsbeschluss herbei, wonach der Dienst dem Bundeskanzleramt nicht länger lediglich »angegliedert« sei, sondern diesem nun »unterstellt« wurde.[126] Auch »mit der Praxis von informellen Absprachen unterhalb des Staatssekretärsausschusses räumte Adenauer in seinen letzten Tagen auf«.[127] Anfang Oktober 1963 beschloss das Bundeskabinett die Bildung eines »Kabinettsausschusses für Fragen des Geheimen Nachrichtenwesens«. Die Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beiden Diensten, die »Primatdiskussion«, verlagerten sich nun in die vom Kabinettsausschuss gebildete »Arbeitsgruppe für das Geheime Nachrichtenwesen«, in der neben dem Innen- und Verteidigungsministerium die drei Dienste vertreten waren. Jost Dülffer kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis: »Diese neue Koordinierung der Nachrichtendienste in der AG Nachrichten war bereits in den Anfängen gescheitert und konnte aufgrund der Unvereinbarkeit der Ansprüche von BND und BfV nicht gelöst werden.«

Es spielte freilich nicht nur diese Unvereinbarkeit und die tatsächliche Schwierigkeit, eine eindeutige Abgrenzung zwischen Spionageabwehr und Gegenspionage zu definieren, eine Rolle. Genauso standen die oftmals sehr

schwachen Leistungen des BND, namentlich seiner DDR-Spionage,[128] hinter seiner über beinahe zwei Jahrzehnte hinweg geübten Blockadehaltung: Der Bundesnachrichtendienst verweigerte eine enge Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz nicht nur wegen der Geheimhaltung seiner politischen Inlandsspionage für das Kanzleramt, sondern auch deswegen, weil er die fachlich fundierte Qualitätskontrolle und eine daraus erwachsende Prestigeeinbuße beim Kanzleramt fürchtete. Das war bereits im Kampf mit dem Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst zu Beginn der fünfziger Jahre der Fall gewesen.[129]

Vizepräsident Hans-Heinrich Worgitzky bemühte gegenüber dem Innenministerium einmal sogar höhere Nachrichtendienst-Philosophie, als es um gemeinsame Auswertungsbesprechungen mit dem BfV ging, die Gehlen jedoch verboten hatte: »Wir empfänden die Kritik an Einzelmeldungen, wie Nollau sie übe, als unsachlich«, notierte er sich. »Natürlich kämen in diesen Meldungen Fehler vor […] Nollaus Verfahren zeige, dass ein Nachrichtendienst und ein Sicherheitsdienst inkommensurable Größen seien.«[130]

Mehrere Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Kommissionen und Gutachter forderten in den sechziger Jahren bessere Kommunikation und Kooperation der Dienste statt Abgrenzung und Konkurrenz. Es fruchtete nichts. Erst nach dem Ausscheiden des ersten BND-Präsidenten wurde der Weg zu einem professionelleren Miteinander frei. In Vorbereitung einer Sitzung der AG Nachrichten hieß es Anfang 1969 in einem Schreiben von Kanzleramtschef Karl Carstens, eine Verbesserung und Anpassung der Richtlinien für die Abwehrdienste untereinander »erscheint dringend nötig. Die entsprechenden Bemühungen kamen Ende 1966 zum Erliegen. Sie sollten sofort und mit Nachdruck wieder aufgenommen werden«.[131]

Es dauerte bis zum Herbst 1970, die sozialliberale Regierung war seit einem Jahr im Amt, Horst Ehmke Chef des Kanzleramts, ehe neuen Bestimmungen zur Zusammenarbeit verabschiedet werden konnten.[132] Diese Richtlinien lauteten ganz anders, als Gehlen es immer hatte erzwingen wollen. Ihr § 2 sah nämlich vor, »Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland von fremden Nachrichtendiensten angeworben oder in deren Auftrag in die Bundesrepublik entsandt worden sind, können vom *Bundesnachrichtendienst nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz* beauftragt werden«. Vertrauensvolle Zusammenarbeit

wurde verpflichtend gemacht, der BND hatte das BfV »unverzüglich« über Erkenntnisse zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen in Kenntnis zu setzen; auch in Zweifelsfällen war »stets zu unterrichten«. Die operative Behandlung von Fällen war grundsätzlich in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

Bereits die sachlich und selbstkritisch gehaltene Bestandsaufnahme von Eberhard Blum, die Mitte 1968 unter anderem vermerkte, dass dem BND bislang keine einzige erfolgreiche Gegenspionage-Operation gelungen sei,[133] hatte den neuen BND-Präsidenten Gerhard Wessel darauf aufmerksam gemacht, dass die an sich noch gültige Regelung, wonach dem BND das gesamte Spielmaterial zur Freigabe zuzuleiten sei, »vom Verfassungsschutz und MAD seit geraumer Zeit nicht mehr eingehalten« werde. Blum räumte sogar ein: »Tatsächlich dürfte die Freigabe von Staatsgeheimnissen und anderen schutzbedürftigen Informationen usw. auch nicht in den Zuständigkeitsbereich des Auslandsnachrichtendienstes, sondern in den der nationalen Sicherheitsbehörde fallen.« Der spätere BND-Chef machte einmal sogar einen Versuch, die jahrelange Konfliktgeschichte von BND und BfV, in der Pullach sich immer mehr bescheiden musste, für Gerhard Wessel aus der Historie der beiden Behörden herzuleiten: »Ein Teil der vorhandenen Schwierigkeiten ist nur historisch zu verstehen«, schrieb er. »Der Überführung der Organisation Gehlen in den Bundesdienst sind harte Konkurrenzkämpfe vorausgegangen. Der ›alten‹ durch Gesetz geschaffenen Bundesoberbehörde BfV trat der ›nur‹ durch Kabinettsbeschluss ins Leben gerufene Bundesnachrichtendienst gegenüber. Ressentiments auf beiden Seiten waren die Folge. Ihr Fortwirken zeigte sich unter anderem in der zum Teil unsachlichen Reaktion des BfV auf den Fall Felfe.«[134]

Der *Spiegel*-Verlagsleiter Hans Detlev Becker, in Geheimdienstdingen immer vorzüglich informiert und nach einer anfänglich privilegierten Partnerschaft ein mitleidloser Verächter des »Doktors«, machte ein gutes halbes Jahr nach Gehlens Ausscheiden den Versuch, in die tieferen Schichten der Rivalität zwischen den Pullachern und den Kölnern einzudringen. Wiewohl überspitzt und süffisant, förderte er dabei mehr als ein Körnchen Wahrheit zutage: »Will man in formelhafter Verkürzung ausdrücken«, meinte er in einem Rundfunkkommentar, »was ein Mann vom Bundesnachrichtendienst und ein Mann vom Verfassungsschutz

übereinander denken, dann lässt es sich vielleicht so sagen: Der Mann vom Bundesnachrichtendienst betrachtet den Mann vom Verfassungsschutz als einen Sicherheitsbeamten polizeilichen Zuschnitts, der sich infolge Selbsttäuschung für einen Geheimnachrichtendienstler hält. Der Mann vom Verfassungsschutz bemerkt an dem Mann vom Bundesnachrichtendienst ein überzüchtetes geheimdienstliches Ritual als Ersatz für nennenswerten nachrichtendienstlichen Inhalt seiner Tätigkeit.«[135]

1 Siehe Wolf, Entstehung, S. 206 ff.
2 Henke, Geheime Dienste, I, S. 433 ff.
3 Wolf, Entstehung, S. 200.
4 Henke, Geheime Dienste, I, S. 162 ff.
5 Bentzinger (Leiter GV L) an Kohler (40), John, Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 14.12.1950, in: BND-Archiv, 102293, Bl. 84; hds. Anweisung für Mellenthin.
6 Kohler (40) an Gehlen (30), Memorandum, Unsere Situation im Hinblick auf das Erstarken des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), 30.3.1951, in: BND-Archiv, 122733, Bl. 2185 ff.
7 Henke, Geheime Dienste, I, S. 445 f., sowie Langkau (30c), Besprechung bei Globke (J-1873) am 5.7.1951, 6.7.1951, in: BND-Archiv, 1131, Bd. 2, Bl. 14 f.
8 Wolf, Entstehung, S. 281.
9 O. V., Vortragsnotiz über Besprechung Leiter 30 – Leiter BfV am 13. September 1951 in Köln, o. D., in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15102 (107), Beiheft 1, Bl. 35 ff.
10 Unfirmiert [Gehlen], Vorschlag für Gliederung und Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes, 1.11.1951, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 1, Bl. 20 ff.; ebenfalls in: BND-Archiv, 1110, Bd. 1, Bl. 238 ff. Im Einzelnen und zum Folgenden siehe Wolf, Entstehung, S. 288 ff.
11 Kohler (40) an Gehlen (30), Zusammenarbeit mit dem BfV, 15.2.1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 67 ff.
12 Kohler (40) an Gehlen (30), Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz, 1.4.1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 76 ff.
13 Stewart an Helms, Definitions in the CI field, 14.4.1952, in: Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND, 1949–1956, hrsg. von Kevin C. Ruffner, Bd. 2, Washington 2006, S. 649 ff., hier S. 651.
14 Kohler (40) an Herre (30a), Budgetvorschlag 1952/52, 16.4.1952, in: BND-Archiv, 122733, Bl. 2229 ff., hier Bl. 2230.
15 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 336 f.
16 Metz (40/A) an Mellenthin (30,0), weitergeleitet an Gehlen, Bundesamt für Verfassungsschutz, 21.7.1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 100 ff.
17 Im Einzelnen siehe Constantin Goschler, Michael Wala: »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015, S. 61 ff.
18 Merz (40/A) an Langkau (30c), weitergeleitet an Gehlen, Besprechung beim BfV am 15. September 1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 100 ff.
19 O. D., o. V., Statistische Aufstellung der Abteilung 40, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 144.
20 Kohler (40) an Mellenthin (30,0), weitergeleitet an Langkau und Gehlen, Meldungsaustausch mit BfV, 6.11.1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 146.
21 »Zweiter Tätigkeitsbericht zum Aufbau des Bundesamtes für Verfassungsschutz (nach dem Stand vom 10. November 1952)«, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 160 ff., hier Bl. 161.
22 Merz (40/A), Vortragsnotiz, Besprechung bei BfV am 12.1.1953, weitergeleitet an Mellenthin, Langkau und Gehlen, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 191 ff., hier Bl. 196.
23 Langkau (30c), Besprechung Gehlen, Critchfield, Langkau am 10.2.1953, in: BND-Archiv, 4317, o. Bl. Hervorhebung von mir.
24 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 437 ff.
25 Merz (40/A) an Mellenthin (30,0), Zuteilung von III-F-Mitarbeitern an die Landesverfassungsschutzämter, 24.2.1953, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 182.
26 Nollau an Globke, Lieferung des Herrn Friedrich Wilhelm Heinz an einen fremden Dienst, 24.2.1953, in: BND-Archiv, 123063/5, Bl. 42 ff. Im Einzelnen dazu Henke, Geheime Dienste,

I, S. 399 f.

27 Gehlen, Aktennotiz über eine Besprechung »mit Leitern der LfV« am 26.2.1953, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 224 ff. Hervorhebung im Original.

28 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 173 ff.

29 Im Einzelnen und umfassend dazu Wolf, Entstehung, S. 291 ff.

30 Merz (40/A) an Mellenthin (30,0), Weiterleitung an Gehlen, III-F-Tätigkeit der Dienststellen für Verfassungsschutz, 10.4.1953, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 203 ff.

31 Mellenthin (30,0), Tätigkeit auf dem III-F-Gebiet (Entwurf), 11.5.1953, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 208 f.

32 EE/FIG/Zipper and FI/Plans, U. S./German Federal Republic Agreement on Zipper, 4.5.1953, Anlage: Zipper CI/CE Operations, in: Forging an Intelligence Partnership, 1949–1956, Bd. 2, S. 431 und 443 f.

33 EE/FI/G – Zipper, Suggestions Regarding CIA Position on Zipper, 11.5.1953, in: ebd., S. 455 ff., hier S. 459 f.

34 Siehe Goschler/Wala, Verfassungsschutz, S. 103 ff.; das Zitat ebd., S. 107.

35 Karl Wilhelm Fricke, Roger Engelmann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998.

36 Zum Folgenden vor allem Ronny Heidenreich, Daniela Münkel, Elke Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, Berlin 2016.

37 Siehe Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 372 ff.

38 Gehlen, Vortragsnotiz, Besprechung mit Globke am 7.1.1954, in: BND-Archiv, 4318, o. Bl.

39 O. D. [Erste Hälfte Januar 1954], Gehlen (30) an Langkau (30d) und Kohler (40), Denkschrift für die Bundesregierung, in: BND-Archiv, 4318, o. Bl.

40 Zu Weiß siehe unten, S. 373 ff.

41 Günther Nollau: Das Amt. 50 Jahre Zeuge der Geschichte, München 1978, S. 197.

42 Weiß (122/U 15) an Gehlen (88), Besprechung beim BfV am 28.1.54, 29.1.1954, Anlage 2 »Stellungnahme des BfV zur Studie ›Die Bedrohung der Bundesrepublik durch östliche Infiltration und Diversion‹«, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 250 ff. bzw. Bl. 258 ff. Hervorhebung im Original.

43 Siehe Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 382.

44 Weiß (122/U 15) an Gehlen (88), Besprechung beim BfV am 4.2.54, 10.2.1954, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 272 ff., hier Bl. 273 und 276.

45 122/M 3 an Kohler (122), Vorschlag für personelle Verstärkung und Neugliederung des Referats 122/M 3, 12.2.1954; am 25.3. Gehlen vorgetragen, in: BND-Archiv, 122733, Bl. 2378 ff.

46 O. V. [Gehlen], Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes, 31.5.1954, Anlage 2 »Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz«, in: BND-Archiv, 1131, Bd. 1, Bl. 49 f.

47 Im Einzelnen hierzu und zu den internen Überlegungen Wolf, Entstehung, S. 203 ff. Die folgenden Passagen nach Wolf, Entstehung, S. 319 ff. Dort auch die Fundstellen der drei zitierten Quellen: Secretary of State to the Office of US High Commissioner, 1.8.1954, in: Foreign Relations of the United States (FRUS), 1952–54. Vol. VII: Germany and Austria, Part 1, Washington 1986, Bl. 587 ff., hier Bl. 588.

48 Wahrscheinlich entstand die Analyse im Rahmen der CIC-Operation »Campus«; siehe dazu unten, S. 87 ff.

49 O. D., o. V., Fragment ohne Titel, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 2-2, part 2, Bl. 3 ff.

50 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1949–1957, Zweiter Halbband: 1953–1957, bearbeitet von Petra Weber, Düsseldorf 1993, S. 68.
51 Erich Mende an Robert Margulies, 11.8.1954, in: AdL, NL Mende, Bd. A31-9, o. Bl.
52 Bundesminister der Finanzen, Victor v. Schmiedebach, Betr.: Übernahme der Organisation Gehlen in die Bundesverwaltung, Bezug: Besprechung im Bundesfinanzministerium vom 10.12.1954, 30.12.1954, in: BArch, B 136/50255, Bl. 7 ff., hier Bl. 8.
53 Dazu bot auch der beim Parteivorstand der SPD für Sicherheits- und Personalfragen zuständige Siegfried Ortloff seine Mitwirkung an, der dort als Informant des BND jahrelang politische Inlandsspionage betrieb. Vgl. etwa Weiß (133) an Gehlen (88), Besprechung mit Dr. Kaiser, 21.5.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 225 ff. Zur Ausforschung der SPD-Führung durch den Gehlen-Dienst siehe unten, S. 545 ff.
54 Minutiös dazu Wolf, Entstehung, S. 304 ff.
55 Repenning (552) an Blum (88a), Besprechung Leiter 88 [Gehlen] am 26.–28.4.55 in Bonn, 29.4.1955, in: BND-Archiv, 1419, Bl. 265 ff., hier Bl. 266.
56 Ebd., Bl. 266 f.
57 Hds. Notiz Gehlens in seinem »Besprechungstagebuch«, 11.5.1955, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 516.
58 Gumbel, Vermerk für Globke, 26.5.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 1, Bl. 150 f.
59 49. Sitzung, 29.5.1955, in: Dorothee Hochstetter, Dieter K. Kollmer (Hrsg.): Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit / Ausschuss für Verteidigung. Juli 1955 bis Januar 1956, Düsseldorf 2017, S. 337.
60 Siehe unten, S. 215 ff.
61 Repenning (552), Fernschreiben, 5.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 203 f.
62 Die Stellung der Gegenaufklärung im Nachrichtendienst, in: BND-Archiv, 122391, Bl. 2 ff. Hervorhebung von mir. Anschreiben Kohlers (122) an Gehlen (88), Studie über die Kompetenzabgrenzung auf dem Gebiet der Gegenaufklärung, Mündliche Weisung 88, 5.9.1955, in: BND-Archiv, 122391, Bl. 88. Siehe auch die Kurzfassungen »Die Spionageabwehr« und »Die Stellung der Gegenaufklärung im Geheimen Nachrichtendienst«, in: BND-Archiv, 122391, Bl. 65 ff.
63 Vgl. etwa Ronny Heidenreich: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau, Berlin 2019, und Andreas Hilger: Blick durch den Eisernen Vorhang. Der westdeutsche Nachrichtendienst und der »Sowjet-Kommunismus«, 1946–1968, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke. Hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding, Berlin 2021, S. 47–262.
64 Blum (88a) an Kohler (122), III/F-Studie, 12.9.1955, in: BND-Archiv, 122391, Bl. 62 ff. Hervorhebung im Original.
65 Kohler (122), o. T., 16.8.1955, in: BND-Archiv, 122390, Bl. 2460 ff.
66 Siehe etwa Blum (48) an den Stab Gehlens (106/G), Zusammenarbeit BND-BfV, 18.6.1968, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 271 f.
67 Gehlen, Aktennotiz über eine Besprechung mit Globke am 9.4.1954, Verbindung zum sowjetischen Nachrichtendienst, 7.4.1954, in: BND-Archiv, 1207, Teil 1, Bl. 474. Die folgende Textpassage in Anlehnung an Heidenreich, DDR-Spionage, S. 406 ff.
68 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena (gegenüber BKA als Fall Rotstift bezeichnet), 20.5.1955, in: BND-Archiv, 122444, Bl. 71 f.; Felfe (127,7) an Kühlein (121), Einschätzung der Org-Arbeit beim Gegner, 9.2.1955, in: BND-Archiv, 122746, Bl. 267.
69 Abschrift aus Fernschreiben Repenning (552) vom 5.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 203 f.
70 Siehe unten, S. 215 ff.

71 Ausführlich dazu Wolf, Entstehung, S. 349 f.
72 Adenauer an Heinrich Krone (CDU/CSU), Erich Ollenhauer (SPD), Thomas Dehler (FDP), Karl Mocker (GB/BHE), Ernst-Christoph Brühler (DP), 27.9.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15205 (1), Bd. 1, Bl. 21 f.
73 Günther Nollau, Abgrenzung und Zusammenarbeit zwischen Auslandsnachrichtendienst und Verfassungsschutz, 25.10.1955, in: BND-Archiv, 1131, Bd. 1, Bl. 76 ff.
74 Merz (122/A), Aktennotiz über den »Besuch der leitenden Herren des Verfassungsschutzes« am 25. Oktober 1955, 27.10.1955, in: BND-Archiv, 1131, Bd. 1, Bl. 71 ff.
75 Goschler/Wala, Verfassungsschutz, S. 170.
76 Zu Reile ausführlich Gerhard Sälter: Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«, Berlin 2016, S. 87 ff.
77 Wolff von Rothkirch und Panthen (127), Stellungnahme zu der Ausarbeitung des BfV über »Abgrenzung und Zusammenarbeit zwischen Auslandsnachrichtendienst und Verfassungsschutz«, 18.11.1955, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 4, Bl. 8 ff.
78 Ulrich Bauer (128) an Merz (122/A), Bemerkungen zum BfV-Abgrenzungsvorschlag, 21.11.1955, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 4, Bl. 14 ff.
79 Felfe (127,7), Stellungnahme zu der Ausarbeitung des BfV über »Abgrenzung und Zusammenarbeit zwischen Auslandsnachrichtendienst und Verfassungsschutz«, 21.11.1955; in: BND-Archiv, 1219, Bd. 4, Bl. 17 ff. Hervorhebung von mir.
80 Schreiben des Bundesministers des Innern an den Bundeskanzler, 18.11.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 1 ff. Hervorhebung von mir.
81 Notiz des Kanzlers für Globke, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 5.
82 Schreiben des Kanzlers an Schröder, 15.12.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 6.
83 Vgl. den Entwurf der Einladung: Staatssekretär des Bundeskanzleramts an Krone, Stücklen, Mellies, Mende, Gille, Schneider, 10.12.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15205 (1), Bd. 1, Bl. 39.
84 Referat 5 (Bachmann), Vorlage für den Herrn Bundeskanzler, Aufbau eines Bundesnachrichtendienstes (BND) unter Heranziehung der Organisation Gehlen, 20.12.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 2, Bl. 77 ff., hier Bl. 77.
85 So Jost Dülffer: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er-Jahren, Berlin 2018, S. 371.
86 Gehlen, Aktennotiz für Herrn Staatssekretär Dr. Globke: Abgrenzung der Aufgaben zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, 10.2.1956, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 4, Bl. 39 f. Hervorhebung von mir.
87 O. V., Notiz über die Besprechung am 23.2.1956: Abgrenzung der Aufgaben des BfV und des BND auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung und der Gegenspionage, o. D., in: BND-Archiv, 1219, Bd. 2, Bl. 101.
88 Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung und der Gegenspionage, 29.3.1956, verabschiedet am 25.4.1956, Anlage zum Vermerk Bargatzkys, Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, vom selben Tag, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 6.
89 Siehe Dülffer, Krise, S. 246 ff. Von 1956 bis 1963 fanden lediglich zwei Sitzungen statt, die hier erwähnte am 8.5.1956 und eine weitere am 8.4.1957.
90 Bachmann an Globke, Vertrauensmänner-Gremium, 4.5.1956, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 16.

91 Bachmann, Vermerk über die Sitzung des Vertrauensmännergremiums für den Bundesnachrichtendienst am 8.5.1956, 11.5.1956, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15205 (1), Bd. 1, Bl. 88 f.

92 Sälter, Rote Kapelle, S. 461 ff.

93 Rolf-Dieter Müller: Reinhard Gehlen. Geheimdienstchef im Hintergrund der Bonner Republik. Die Biografie. Teil 2: 1950–1979, Berlin 2017, S. 933.

94 O. V. [Critchfield?], 50 [Gehlen] Meetings with the Director, 18.3.1957, in: BND-Archiv, 1193, Bd. 1, o. Bl.

95 BMI an das Kanzleramt, das BfV und die Innenminister von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer einheitlichen Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Verfassungsschutz, Militärischem Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst und Polizei, 13.3.1957, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 44. Siehe auch die Notiz Bachmanns vom 21.3.1957, in: ebd., Bl. 45.

96 Merz (122/A) an Gehlen (50), Zusammenarbeit mit dem BfV auf dem Gebiet der »Gegenspionage«, 17.5.1957, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 2, Bl. 183 f.

97 Hds. Memorandum Worgitzkys für den »hochverehrten Herrn Doktor«, Abgrenzung zwischen BfV und BND hinsichtlich Spionageabwehr und Gegenspionage, 5.1.1958, in: BND-Archiv, 1131, Bd. 1, Bl. 55 ff.

98 Für den Dienst war die Reklamierung der DDR-Zuständigkeit argumentativ immer etwas schwierig. Anfang 1954 etwa sagte Critchfield zu Gehlen, Otto John streiche immer heraus, »als guter Deutscher« die SBZ als zu Deutschland gehörig zu betrachten, »während die Org sie als Satellitenstaat sehe«; Notiz über die Besprechung am 1.4.1954, in: BND-Archiv, 1190, o. Bl.

99 Kohler (122), Tätigkeitsbericht über das Jahr 1957, 22.1.1958, in: BND-Archiv, 122734, Bl. 286 ff.

100 Siehe unten, S. 215 ff.

101 Blum (48), Vermerk über die Zusammenarbeit und Zuständigkeitsabgrenzung zwischen BND und BfV, 24.7.1968, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 273 ff.; Zitat ebd., Bl. 291.

102 James H. Critchfield: Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948–1956, Hamburg 2005, S. 198.

103 Wendland (70 D), Aktenvermerk, Richtlinien für die Abgrenzung der Zuständigkeiten von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Polizei, 8.11.1957, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 41 f.

104 O. V. [Gehlen], Vermerk, Bonnreise – BKA, 11.11.1957, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 21.

105 Vermerk Bachmann, Referat 5 des BK an Unterabteilungsleiter Mercker, 21.11.1957, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bl. 111.

106 Aktenvermerk Wendland (70 D), Richtlinien für die Abgrenzung der Zuständigkeiten von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Polizei, 18.11.1957, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 43 f. Siehe auch das Schreiben von Staatssekretär Ritter von Lex an die Teilnehmer der Sitzung am 14.11.1957, die Innenminister von Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, Richtlinien für die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Polizei, 14.12.1957, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 55 ff.

107 Vermerk von Oberregierungsrat Kulzer für Globke, Richtlinien für die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Polizei, 22.1.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bl. 132.

108 Gehlen, Aktennotiz über die Besprechung mit Staatssekretär Dr. Globke am 26.2.1958, mit hds. Anlage, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 39 ff. Hervorhebung von mir. Siehe auch die weitere Notiz vom selben Tage, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 35 ff.
109 Siehe unten, S. 545 ff.
110 Gehlen an Globke, Stellung des Bundesnachrichtendienstes im Behördenaufbau, 24.3.1958, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 50 ff.
111 Wiedergegeben in einem Vermerk Bachmanns vom 11.4.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bl. 134.
112 Gehlen an Globke, 18.4.1958, in: BND-Archiv, 1224, Bl. 212 ff.
113 Kulzer, BK, Notiz, Mögliche Tagesordnungspunkte für den Vertrauensmänner-Ausschuss, 9.5.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15205 (1), Bd. 1, Bl. 180.
114 Kulzer, Vermerk, Richtlinien für die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Polizei, 27.5.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 155.
115 Richtlinien für die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst und Polizei, 7.8./19.9.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10200 (8), Bd. 1, Bl. 167 ff.
116 Gehlen, Vermerk, Vordringlichste Punkte, die noch einer Regelung bedürfen, 28.11.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 2, Bl. 148 ff.
117 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), Notiz über Besprechung bei Merkur [Mercker] am 1.12.1958, 5.12.1958, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 191 ff.
118 Notiz von Kurt Weiß vom 11.3.1960, in: BND-Archiv, NL 10/7, Bd. 1, Bl. 113 f.
119 Siehe etwa den umfassenden Bericht des BfV über »Die Lage der Verfassungsschutzbehörden auf dem Arbeitsgebiet Spionagebekämpfung« vom 26.10.1959, in: BArch, B 443/773, Bl. 38 ff.
120 Besprechung Gehlens mit Mercker am 4.1.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, 15102 (107), Beiheft 1, Chronologie, o. Bl.
121 Vermerk Bachmanns vom 4.4.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (136), Bl. 1.
122 Schreiben des Bundeskanzleramts an Toyka, 11.5.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (136), Bl. 2.
123 Schreiben des BfV an das Bundesministerium des Innern, Unzutreffende Meldungen des Bundesnachrichtendienstes, 3.7.1962, an das Kanzleramt weitergeleitet am 12.7.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (136), Bl. 4 ff.
124 Siehe unten, S. 1049 ff.
125 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 446 f.
126 Siehe hierzu Dülffer, Krise, S. 37 ff.
127 Dülffer, Krise, S. 367. Zum Folgenden ebd., S. 366 ff. Die folgenden Zitate ebd., S. 371.
128 Umfassend dazu Heidenreich, DDR-Spionage.
129 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 336 ff.
130 Tagebuch Worgitzky, o. D. [Juni 1964], zit. nach Dülffer, Krise, S. 371.
131 Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts, Karl Carstens, an die Bundesministerien des Innern, der Verteidigung und der Justiz sowie den BND, den Verfassungsschutz und das Amt für Sicherheit der Bundeswehr, Arbeitsgruppe für das geheime Nachrichtenwesen, 14.2.1969, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 527 ff.; Zitat ebd., Bl. 530.
132 Richtlinien für die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden, des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Militärischen Abschirmdienstes, der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden in Staatsschutzangelegenheiten (= Zusammenarbeitsrichtlinien) vom 18. September 1970, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (138), Bl. 32 ff.; in der Fassung vom 23. Juli 1973, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 6 ff. Hervorhebung von mir.

133 Siehe oben, S. 73.
134 Blum (48), Vermerk über die Zusammenarbeit und Zuständigkeitsabgrenzung zwischen BND und BfV, 24.7.1968, in: BND-Archiv, 42068, Bl. 273 ff.; Zitate Bl. 292 und 289.
135 Rundfunkkommentar im NDR, 5.12.1968, zit. nach Dülffer, Krise, S. 374 f.

III. Schwierige Freunde und nützliche Gegner: Washington, Moskau, Bonn, Ost-Berlin, Pullach

1. CIC vs. Org: SS-Hauptsturmführer »Lohengrin«, SS-Untersturmführer »Lehmann«, Kriminalkommissar »Arthur«

Während des Kampfes mit dem Verfassungsschutz, bei dem Reinhard Gehlen seine weitreichenden Vorstellungen zwar nicht durchsetzen, eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen beiden Nachrichtendiensten jedoch über beinahe zwei Jahrzehnte hinweg erfolgreich vereiteln konnte, musste der »Doktor« als designierter Kandidat für das Spitzenamt des BND die erschreckende Entdeckung machen, dass die gesichert scheinende Zukunft seiner Organisation ausgerechnet von der U. S. Army bedroht wurde, der sie ihre Existenz verdankte. Hatte die Central Intelligence Agency sich längst dafür entschieden, ihren deutschen Spionageapparat auf dem Weg in die Obhut der Bundesverwaltung nicht zu behindern, so unternahm das Counter Intelligence Corps (CIC) der Armee bald nach Gründung der Bundesrepublik erhebliche Anstrengungen, um ebendies zu verhindern. Das gipfelte im Herbst 1955 in einer spektakulären politischen Demarche: Der Chef der Generalstabsabteilung G-2 im Pentagon (Military Intelligence), General Arthur Trudeau, intervenierte bei Bundeskanzler Konrad Adenauer persönlich gegen die bevorstehende Übernahme der Organisation Gehlen. Er befürchtete, dass deren verheerende Sicherheitsstandards östlicher Infiltration Tür und Tor öffnen und schlimmstenfalls sogar den Kampf der westlichen Geheimdienste gegen den Ostblock insgesamt beeinträchtigen könnten. Die CIA erfuhr von den Machenschaften des Armeegeheimdienstes gegen ihre Schützlinge erst, als diese im Sommer 1955 aufflogen. Der Öffentlichkeit wurde die hochgeheime »Operation Campus« des CIC erst Jahrzehnte später bekannt.[1]

Wäre dies in einer Untersuchung zur politischen Inlandsspionage Gehlens und Globkes schon für sich genommen ein berichtenswerter Vorgang, so ist er es umso mehr, als das innenpolitische Screening des CIC enorme Verästelungen aufwies. Seine Ausforschungen bezogen sich nämlich nicht nur auf den künftigen BND, sondern auch auf viele andere Institutionen und Personen in der Bundesrepublik. Diese heimlichen Überprüfungen standen zwar in der CIC-Tradition, NS-Verbrecher und demokratiegefährliche Elemente aufzuspüren, sie zielten inzwischen aber zunehmend darauf ab, kommunistische Infiltrationsversuche und

antiamerikanische Tendenzen aufzudecken. Im Sommer 1955, just zu dem Zeitpunkt, als das Bundeskabinett beschloss, den Pullacher Apparat in einen Bundesnachrichtendienst umzuwandeln, fand die »Operation Campus« ihr dramatisches Finale: Einer der profiliertesten Mitarbeiter des Gehlen-Dienstes, Ludwig Albert (V-2600), und zugleich eine Schlüsselfigur der CIC-Operation wurde auf Geheiß des Bundeskriminalamts verhaftet und erhängte sich wenige Tage später in seiner Zelle – ein Todesfall, der für Reinhard Gehlen und den sowjetischen Geheimdienst gleichermaßen erfreulich war. Die CIC-Operation war mehr als ein Paradestück des Kalten Krieges, die einen John le Carré hätte inspirieren können. Ihre Rekonstruktion legt darüber hinaus nämlich offen, dass wir es bei »Campus« auch mit einer Quelle der politischen Inlandsspionage Pullachs zu tun haben: Paradoxerweise bescherte diese ja auch gegen die Org gerichtete CIC-Operation dem BND-Präsidenten in spe eine Fülle wichtiger, in Bonn gut verwendbarer innenpolitischer Informationen. Nebenher verhilft uns die Analyse dieser überaus verwickelten Vorgänge auch zu Einblicken in Vernetzungen des Pullacher Apparats mit dem rechtsnationalistischen und neonationalsozialistischen Milieu der frühen fünfziger Jahre.

Die deutsche Schlüsselfigur in diesem geheimdienstlichen Sonderstück war Heinrich Schmitz. 1907 geboren, trat er mit 24 Jahren in den Polizeidienst ein und wurde bald darauf Kriminalkommissar in Berlin. Danach machte das Mitglied von NSDAP und SS, 1939 bis 1945 formell Angehöriger der Stapoleitstelle Trier,[2] eine vielgestaltige Gestapo-Karriere, zunächst als Spezialist für Spionageabwehr/Gegenspionage und die Bekämpfung der Homosexualität, während des Krieges hauptsächlich im Stab des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD im litauischen Kowno/Kaunas. Nach 1945 lebte Schmitz in der Befürchtung, für seine Tätigkeit im nationalsozialistischen Terrorapparat zur Rechenschaft gezogen zu werden, mehrere Jahre unter dem falschen Namen »Heinrich Franzen«. Im Sommer 1950 warb ihn das CIC als hauptamtlichen Mitarbeiter an. Sogleich nach dem Ende der »Operation Campus« kam er als V-7883 im Gehlen-Dienst unter. Gut zwei Jahre danach wurde Schmitz wegen des Verdachts, an zehntausendfachem Judenmord beteiligt gewesen zu sein, in Untersuchungshaft genommen und erst im Dezember 1962 unter

Auflagen freigelassen. Kurz darauf verstarb der langjährige Agent in den Diensten von SD, CIC, Org und BND.

»Henner« Schmitz war ausweislich Hunderter Informationen, die er dem CIC und der Organisation Gehlen bzw. dem BND lieferte, ein fleißiger und artikulierter Mann mit einem umfassenden, teilweise drei Jahrzehnte zurückreichenden Netz von Kontakten hauptsächlich zu alten Kameraden in Polizei und Partei, die inzwischen in neuen beruflichen Stellungen Fuß gefasst hatten. Sehr nützlich war dabei sicherlich »seine bekannte tiefreligiöse Einstellung«[3] und seine Verankerung im katholischen Milieu, die ihm einen unkomplizierten Zugang zu den Ämtern und Behörden der frühen Adenauer-Zeit eröffnete.

Sogar bischöfliche Hilfestellung hatte Heinrich Schmitz mobilisieren können. Einen fulminanten Persilschein stellte ihm nämlich P. Karl Fulst von der Societas Jesu aus, der als Lehrer am Jesuitengymnasium und Theologie-Professor an der Universität Kaunas sowie als Verbindungsmann des Litauischen Episkopats sowohl zum Vatikan als auch zu den deutschen Besatzungsbehörden mit dem leitenden Mitarbeiter des Kommandeurs der Sicherheitsseitpolizei und des SD »gut bekannt« geworden war.[4] Immer wieder habe sich Schmitz mit großem eigenem Risiko zugunsten gefährdeter Würdenträger eingeschaltet und es dem Episkopat ermöglicht, »die katholische Kirche in Litauen auch in den aufgeregtesten Zeiten zu führen«, bezeugte Fulst. Als Dank für diese »unschätzbaren Verdienste« sei er, Fulst, vom Erzbischof Anfang 1944 beauftragt worden, ein Dankschreiben aufzusetzen, »das er dann als Handschreiben Herrn Schmitz überreichen ließ«. Alle kirchlichen Stellen Litauens hätten dessen gefahrvolles Bemühen dankbar anerkannt, »in der Nationalitäten- und Judenpolitik der deutschen Besatzungsbehörden klug zu vermitteln und Härten zu mildern«. Überhaupt könne er bezeugen, dass der SS-Hauptsturmführer »trotz seiner offiziellen Stellung stets die Bereitschaft zeigte, auch gegen die Weisung der Machthaber humanitären und vernünftigen, ja christlichen Überlegungen Raum zu verschaffen«. Als der bereits in BND-Diensten stehende Schmitz Jahre später wegen des Verdachts der Beteiligung am Judenmord in Untersuchungshaft saß, war es kein Geringerer als sein Jugend- und Studienfreund Wilhelm Kempf, inzwischen Bischof von Limburg, der sogleich den Rechtsanwalt des

Beschuldigten aufsuchte, um sich für eine »Aussage über dessen Person und Einstellung zur Verfügung« zu stellen.[5]

Das ist in etwa das, was sich über Heinrich Schmitz aus den Unterlagen im BND-Archiv ergibt. Inzwischen sind wir über ihn aber besser im Bilde. Gerhard Sälter schreibt in seiner grundlegenden Studie über die personellen Kontinuitäten in Gehlens Dienst, Schmitz sei einer von vier BND-Mitarbeitern gewesen, die ab Oktober 1941 dem besonders berüchtigten, von SS-Standartenführer Karl Jäger befehligten Einsatzkommando 3 der Einsatzgruppe A angehört hatten, aus dem später die Behörde des Kommandeurs Sipo/SD hervorging. Bis Jahresende fielen den systematischen Mordaktionen des Kommandos 136 421 jüdische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer. Schmitz avancierte zum stellvertretenden Kommandoführer und Chef der Gestapo in Litauen, im Sommer 1943 dort gar Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. Damit wurde er auch für das jüdische Ghetto in Kaunas zuständig, in dem bald Massenexekutionen stattfanden. Bei der Deportation von mehr als tausend Kindern und älteren Menschen aus dem dortigen KZ nach Auschwitz und Majdanek ließ die SS laute Musik spielen, um die Verzweiflungsschreie der Eltern zu übertönen. Nach späteren Erkenntnissen des Landgerichts Wiesbaden hatte Heinrich Schmitz mehrere Selektionen und Massenerschießungen persönlich vorbereitet und geleitet.[6]

Im Februar 1949, als Schmitz sein Geld noch als Bauhilfsarbeiter verdiente, erfuhr er von seinem inzwischen in Frankfurt lehrenden alten Bekannten P. Karl Fulst, dass ein deutscher CIC-Informant, Mitglied der katholischen Studentenverbindung CV und ehemals Leiter des Senders Ostland in Litauen, »einen auf dem Gebiet Kommunismus-Bolschewismus erfahrenen Mann«[7] suche. Schmitz wurde einem Offizier der Offenbacher CIC-Dienststelle zugeführt. Es folgten die üblichen Überprüfungen, und obgleich die Amerikaner schnell feststellten, dass der ehemalige SS-Offizier »nie im Sachgebiet Kommunismus gearbeitet hatte«,[8] stellten sie ihn im Sommer als hauptamtlichen Mitarbeiter ein. Herbert K. Berchthold, ein deutscher Emigrant aus der Pfalz, wurde sein erster Führungsoffizier. Heinrich Schmitz begann mit einem monatlichen Gehalt von 300 DM plus 10 DM Reisetagegeld. Gegen Ende seiner Tätigkeit für das CIC fünf Jahre später lag er einschließlich Spesen bei gut 1000 DM.[9]

Der frischgebackene CIC-Agent erhielt neben einem Deckausweis als Angestellter einer Hochheimer Sektkellerei (sein Bruder war Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Sektkellereien) einen US-Presseausweis auf den falschen Namen »Franzen«, zusätzlich einen deutschen Presseausweis. Später komplettierte er seine Identitätensammlung mit einem Bestätigungsschreiben, das ihn als Mitarbeiter der Phantasiefirma »North American Procurement Agency, Inc., New York – Frankfurt« vorstellte; das entsprach der Aufschrift auf dem Messingschild an der Dienstvilla des Army-Dienstes.[10] Heinrich Schmitz blieb bis zum Sommer 1955 in den Diensten des 66th CIC Detachment, nicht ohne sich zu Beginn seiner Tätigkeit für die Amerikaner auch gleich Hermann Pünders deutscher Sektion des »Internationalen Komitees zur Verteidigung der christlichen Kultur« für eine Mitarbeit zur Verfügung gestellt zu haben.[11]

Die Nachkriegskarriere des Heinrich Schmitz, der vom CIC als Agent X-899 geführt wurde, konnte beginnen.[12] Ausgerechnet »Lohengrin« lautete der ehrgeizigste der verschiedenen Tarnnamen eines Agenten, dessen Hauptbestimmung das Fragen, Antworten, Nachfragen und Abstreiten war. Die Amerikaner wussten, dass Schmitz der mittleren Funktionselite des Terrorapparats des Dritten Reiches angehört hatte, aber eben nicht einer jener Ewiggestrigen und Rechtsradikalen war, die sich mit den neuen Gegebenheiten nicht abfinden wollten. Augenscheinlich fühlte er sich als bekennender Katholik zum nun dominierenden politischen Katholizismus Adenauer’scher Prägung zugehörig, sah die Lage der Bundesrepublik zwischen den Blöcken illusionslos und ließ sich durch nichts die Gewissheit trüben, dass es die Amerikaner waren, die den westdeutschen und westeuropäischen Kurs bestimmten. Das hieß freilich nicht, dass er mit vielen anderen Leuten seines Schlages und seiner Vergangenheit nicht die Skepsis gegen jeden Versuch einer »Umerziehung« und die Verachtung für Emigranten und Widerstandskämpfer geteilt oder gar die gewohnten antisemitischen Stereotypien schon abgelegt hätte.

»Lohengrin« beackerte ein weites Feld und entwickelte sich rasch zu einer Spitzenkraft. Die »Generalidee« seines Auftrags skizzierten die Amerikaner Schmitz nach dessen späterer Aussage so: »Die Folgen der Niederlage, die Spaltung Deutschlands und der schnelle Aufbau der Bundesrepublik haben eine derart unübersichtliche Lage geschaffen, dass es

dem östlichen Gegner möglich gewesen ist, Erfahrungsquellen in alle bedeutenden Institutionen der Bundesrepublik einzubauen […] Im Besonderen ist damit zu rechnen, dass der Gegner, die mit der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik befassten Stellen unterwandert hat […] Ein guter Installateur wartet nicht, bis eine Leitung schadhaft geworden sei, sondern prüfe grundsätzlich immer wieder systematisch vom Anfang bis zum Ende, wodurch er in der Lage sei, größeren Schäden vorzubeugen. ›Undichte Stellen‹ war der Begriff, den alle Amerikaner immer wieder als Hauptziel aller Bemühungen nannten.«[13]

Um dem Agenten X-899 die Aufgabe schmackhaft zu machen, kommunistische Unterwanderung aufzudecken und östliche Agenten aufzuspüren, bedurfte es keiner Überredungskunst, es wurde ihm aber auch sofort klargemacht, dass das amerikanische Interesse weiter reichte: Es zielte ganz allgemein auf die Personalverhältnisse in westdeutschen Behörden, aber eben auch, wie ihm sein Führungsoffizier sagte, »auf antiwestliche Kontakte unter Einbeziehung ehemaliger nationalsozialistischer Persönlichkeiten, die wieder nach offizieller politischer Betätigung oder nach staatlichen Führungsstellen drängen«,[14] Aufdeckung »anti-amerikanischer Einstellung« inbegriffen.[15] Das CIC gestand Schmitz jedoch zu, nicht über ehemalige Kollegen berichten zu müssen, denen aus ihrer NS-Vergangenheit ein Strick gedreht werden konnte; »Lohengrins« eigene SS-Karriere interessierte explizit nicht. »Ich habe es in Verbindung mit den Amerikanern stets als Voraussetzung angesehen, dass ich nicht nach ehemaligen Kameraden gefragt wurde, auch wenn diese als sogenannte Kriegsverbrecher galten«, gab Schmitz später zu Protokoll. »Es ist auch nie ein derartiges Ansinnen an mich gestellt worden.«[16]

Jahre nach seiner Anwerbung durch die Amerikaner, kurz vor dem Eintritt in den BND, erläuterte Heinrich Schmitz seinem neuen Arbeitgeber, dass seine Tätigkeit für das CIC aus der Bereitschaft erfolgt sei, »in einer besonderen Zeit auf diese besondere Weise am Aufbau und der Sicherung der Bundesrepublik mitzuwirken. Deshalb hatte ich auch keine Bedenken, unter diesen Umständen Funktionäre der Bundesrepublik zu einer konspirativen Tätigkeit bei zwangsgemäß gleichlaufenden US- und deutschen Interessen für die Bundesrepublik zu werben.« Bedauerlich und typisch deutsch sei es allerdings, dass eine solche Tätigkeit unmittelbar

nach dem Krieg für alle Demokraten »eine besondere Ehre« gewesen sei, sie inzwischen, 1955, jedoch genau in dem Augenblick als »Kollaboration« angesehen werde, da »die Amerikaner als Freunde und Verbündete auftreten«. Seine Motivation sei freilich auch dadurch mitbestimmt gewesen, dass er seinerzeit »durch Hunger und schwere Arbeit weit heruntergekommen« gewesen sei und das CIC versprochen habe, ihm bei der Regelung seiner »Beamtenangelegenheit« zu helfen.[17]

Heinrich Schmitz, wie gesagt, war ein intelligenter Mann mit viel praktischer Erfahrung auf dem während der NS-Zeit uferlosen und nun wieder recht umfänglichen Terrain der »Sicherheit« – entsprechend zugeschnitten war sein Auftrag. Anfangs ging es überwiegend um personenbezogene Einzelermittlungen, um »politische Einstellung, Umgang, Freundschaft, Verwandtschaft«, um Kontakte in die DDR oder andere Ostblockländer. Auf »Lohengrins« Zielliste standen unter anderem das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG, »Kaiser-Ministerium«), die Dienststelle des militärischen Kanzlerberaters Graf von Schwerin und das Amt Blank, sodann die Landesämter für Verfassungsschutz, dort namentlich so prominente Figuren wie Fritz Tejessy in Nordrhein-Westfalen oder in Bayern die hochkarätige Sonderverbindung Gehlens, Martin Riedmayr.[18] Bald kamen Einzelaufträge im Wirtschafts- und das Finanzministerium hinzu. Beim BfV waren »intensive Feststellungen« zum Spitzenpersonal erwünscht, zum Zwecke der »Aufklärung« des BMI stellten die Amerikaner X-899 eigens eine Aufstellung zur Verfügung, die vom Staatssekretär bis zum Hilfsreferenten reichte; besonders interessierte der mit Sicherheitsfragen befasste Ministerialrat Karl Sauer. »Auf dieser Liste befand sich auch der Staatssekretär Dr. Globke, der damals als Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt arbeitete.« Im Amt Blank stand ebenfalls die Spitzengarnitur im Fokus. Noch vor seiner endgültigen Verpflichtung hatte sich ein Probeauftrag für Schmitz bereits auf Friedrich Wilhelm Heinz bezogen, der dort einen »Bundesnachrichtendienst« aufzog und den Reinhard Gehlen als seinen gefährlichsten Rivalen, man möchte sagen, mit Feuer und Schwert bekämpfte.[19]

»Lohengrin« war natürlich nicht der einzige Informant, den der Leiter der »Operation Campus«, Oberst Thomas Dale,[20] für die Durchleuchtung

bundesdeutscher Behörden und Beamter einspannte. »Der lange Mr. Thomas«, wie er wegen seiner Körpergröße in den Akten figuriert, war auch keineswegs der einzige Offizier des Counter Intelligence Corps, der sich mit der neuen deutschen Verwaltung befasste. Allein das Informantennetz von Dale (das vom BND Ende der sechziger Jahre rekonstruiert wurde) versammelte Zuträger in der Stärke dreier Fußballmannschaften. Sie saßen zum Teil in verantwortlicher Position in Bundesministerien, im Verfassungsschutz, in Polizeibehörden, in Redaktionen, Verbänden, in der Industrie oder im BND selbst.[21] Schmitz seinerseits verfügte über einen Pool von ungefähr 60 Informanten und Kontaktpersonen. Er bestand aus ehemaligen Kameraden, neu angebahnten Kontakten und gesprächigen Mitarbeitern aller möglichen Stellen in Frankfurt, Bonn und anderswo.[22] Man kann die Durchsetzung Westdeutschlands allein mit Informanten des CIC erahnen, wenn man die konservative Schätzung aufmacht, lediglich die Hälfte der Dale zuarbeitenden Informanten sei ergiebig gewesen und jeder von diesen habe sich seinerseits lediglich auf halb so viele Zuträger stützen können wie »Lohengrin«. Das ergäbe allein für »Mr. Thomas« ungefähr 500 brauchbare Informationsquellen in der jungen Bundesrepublik.

Die 45 Quellen von Heinrich Schmitz (er unterschied zwischen »Geheimen Mitarbeitern« und »Informanten«), die allein von Oberbundesanwalt Güde ermittelt wurden,[23] waren zu mehr als der Hälfte in Ministerien oder nachgeordneten Ämtern tätig, gehäuft in Polizeidienststellen, die Mehrzahl von ihnen waren »Lohengrins« Freunde, Kameraden oder Bekannte aus der Zeit von vor 1945. Man hatte sich meist kurz aus den Augen verloren, doch jetzt suchte Schmitz sie wieder auf, wobei ihm sein ausgedehnter Bekanntenkreis im katholischen Vereinswesen und in burschenschaftlichen Verbindungen sehr dienlich war. Die übrigen, teilweise mit Decknamen versehenen Informanten – »Bürger«, »Curtius«, »Usinger«, »Tom« –, warb er in Verbänden (namentlich der Industrie), in Pressediensten und unter Bonner Journalisten an. Der Wert der einzelnen Quellen war natürlich höchst unterschiedlich, ebenso die materiellen oder immateriellen Gegenleistungen, die sie erhielten. Gegenüber den meisten seiner Zuträger ließ Schmitz durchblicken, dass er für die Amerikaner arbeite, auch weil dadurch Hoffnungen auf besondere Hilfestellungen in jeweils eigener Sache geweckt werden konnten, die von deutscher Seite

nicht zu erwarten waren. Der CIC-Mann legte seine Tätigkeit während seiner besten Monate 1953/54 in internen Papieren und Besprechungen natürlich offenherziger dar als im Jahr darauf, als er dem Bundesanwalt in einem von keiner Seite recht ernst genommenen Ermittlungsverfahren über seine Spionagetätigkeit für eine fremde Macht Auskunft erteilen musste.

Regelmäßige Geldzahlungen für die Informanten von Schmitz waren die Ausnahme. Ab und an gab es 50 DM oder 100 DM monatlich, manchmal 200 DM – offenbar die höchste Pauschale. Dieser Betrag ging beispielsweise an eine Sekretärin im Bundeskanzleramt oder etwa an einen Mitarbeiter der Sicherungsgruppe Bonn. Meist zeigte sich »Lohengrin« mit alkoholischen und anderen Aufmerksamkeiten erkenntlich: »Über meinen Bruder 6 halbe Flaschen Sekt«, »ab und an eine Flasche Cognac«, »dreimal zum Essen eingeladen«, »eine Büchse Tabak für den passionierten Pfeifenraucher«, zu Weinachten »ein Zigarettenpräsent« usw. Einige Kontakte, unter denen häufig Querverbindungen bestanden, hatten über die gesamten fünf Jahre Bestand, manche schliefen nach zwei, drei Treffs ein.

Wie vielfältig die Beziehungen waren, welcher Finesse es zu ihrer Aufrechterhaltung bedurfte, wie schnell sie platzen konnten und welche Frustrationstoleranz der fleißige Schmitz zeigen musste, illustrieren einige beliebig herausgegriffene Beispiele. So war ihm von einem Redakteur des *Spiegels* Anfang 1951 ein adeliger ehemaliger Regimentskommandeur genannt worden, der in einem großen Soldatenverband Personalsachen bearbeitete und daher im Vorfeld der Wiederbewaffnung besonders interessant war. Da der Oberst a. D. »in bedrängter wirtschaftlicher Situation lebte«, ging er auf das Angebot einer bezahlten Tätigkeit ein und wurde »für die Bearbeitung von Militärpersonal anhand der vorhandenen Ranglisten zuständig«. Er bekam die Namen ehemaliger Militärs genannt, rekonstruierte deren Werdegang und fügte »kurze Beurteilungen« bei.[24] Ende 1953, der Aufbau der Bundeswehr wurde spruchreif, untersagte das CIC abrupt jeden weiteren Kontakt zu ihm. Schmitz geriet dadurch in eine peinliche Lage, ignorierte die Kontaktsperre und hielt seinen Konfidenten noch einige Zeit lang für halbes Salär über Wasser. Eine andere Annäherung ging völlig schief. »Lohengrin« nahm über Umwege Kontakt zu einem vielversprechenden, mit einem »Dr. h. c.«-Titel geschmückten Informanten auf, weil er Näheres über den mit Adenauer im Streit liegenden ehemaligen niedersächsischen Innen- bzw. Landwirtschaftsminister Günther Gereke in

Erfahrung bringen wollte. Doch, so stellte er schnell fest, seine Zielperson »liebt es nicht, mit derartigen Dingen belästigt zu werden«.

Über einen Bundesbruder, der beim Verband der deutschen Arbeitgeberverbände eine leitende Stellung einnahm, hatte Schmitz Zugang zu verschiedenen Persönlichkeiten aus der Industrie bekommen, mühte sich redlich mit ihnen ab, holte manche Personenauskunft ein und meldete ihnen auch seinerseits ab und an »etwas aus der SPD und dem DGB«. Das Milieu hat ihm offenbar zugesagt, jedenfalls bemühte er sich darum, eine Anstellung bei der Beratungsstelle für Betriebsschutz[25] zu bekommen. »Asphaltmüde«, wie er inzwischen geworden war, winkte ihm dort eine Beschäftigung im inneren Dienst, ein fürstliches Anfangsgehalt von 800 DM inklusive weiterer Zuwendungen. Doch das CIC spielte nicht mit. Schmitz musste bei seinen Leisten bleiben. Er habe, klagte er später, die Beziehungen »aus finanziellen Gründen einfach nicht aufrechterhalten können, weil ich von meiner Dienststelle für den Umgang mit solchen Leuten einfach zu knapp gehalten wurde«.

Stattdessen gab es viel Schwarzbrot zu kauen. Einen beinamputierten Mitarbeiter im Pressearchiv des Bundestags, der ihm einmal ein kleines Dossier über General Speidel geliefert hatte (er wohnte in dem Ort, wo der kommende Spitzenoffizier der Bundeswehr Urlaub machte), dann aber abgeschaltet werden musste, bat er privatim um Mitteilung, was er im Hohen Hause denn »über die Frage des Verteidigungsministeriums in den Wandelgängen höre«. Ein andermal führte ihn ein Marburger Bundesbruder in das Hinterzimmer eines Lokals in Essen-Bredeney, weil CIC-Schmitz (wie er in den BND-Unterlagen mitunter genannt wird) sich für einen »Kreis bestimmter Intellektueller« interessierte. Sein Bekannter war dann so freundlich, ihm »einige Leute zu zeigen, welche mir bisher nur vom Papier bekannt waren«.

So aufreibend und trist der Alltag des CIC-Agenten sich auch gestaltete, Heinrich Schmitz war dank seiner vielfältigen Beziehungen, wegen seiner jahrzehntelangen Erfahrung als Ermittler und seiner wachen Intelligenz ein wertvoller Mitarbeiter des Army-Dienstes. Zu Beginn der Zusammenarbeit mit ihm richtete sich das amerikanische Hauptinteresse vor allem auf das Amt Blank, hauptsächliche Zielperson war, wie gesagt, Friedrich Wilhelm Heinz. Bereits 1950 versuchte Schmitz daher von dem mit diesem über Jahre in erbittertem Streit liegenden Wiesbadener Rechtsanwalt Hellmut

Kelch[26] belastendes Material zu bekommen, anfangs mit wenig Erfolg.[27] Doch »Lohengrin« ließ nicht locker und konnte mit seinen Nachforschungen in den folgenden Jahren dann doch noch einige Munition für den Kampf Gehlens und Globkes gegen Heinz beisteuern.[28] Bereits 1951 gelang die Verpflichtung des ehemaligen Regimentskommandeurs Oberst a. D. Leodegard Freyberg (»Bürger«), der unter Graf Schwerin mit der Bearbeitung von Offizierspersonalien befasst gewesen war und nach seinem Ausscheiden aus dem Bundesdienst dem CIC als Funktionär im Verband deutscher Soldaten (VdS) weiter mit der Beurteilung höherer Militärs zu Diensten war.[29]

Besonders interessierte sich der Abschirmdienst der U. S. Army naturgemäß für die im Aufbau befindlichen nachrichtendienstlichen Strukturen Westdeutschlands und insbesondere für die von Adenauer und Globke favorisierte Organisation Gehlen. Ihre Sicherheitsmängel ließen sie mehr und mehr ins Blickfeld des CIC geraten. Und Heinrich Schmitz gelang es Anfang 1952, dafür eine wirklich bedeutende »Innenquelle« zu gewinnen: Ludwig Albert – die zweite Schlüsselfigur der »Operation Campus«.

Ludwig Andreas Albert, am 2. Juli 1900 in Frankfurt am Main geboren, katholisch, hatte Volkswirtschaft studiert, jedoch nicht abgeschlossen, und begann seine Karriere 1931 als Kriminalkommissar-Anwärter, 1943 wurde er zum Kriminalrat ernannt.[30] Während des Krieges tat Albert bei der Geheimen Feldpolizei in Polen, Frankreich, Griechenland und Russland Dienst. Ob er dabei an NS-Verbrechen beteiligt war, lässt sich nicht mehr klären. Nach kurzer Internierung durch die Amerikaner schlug er sich zunächst mit Holzfällen und anderen Arbeiten durch. Aus der Entnazifizierung ging er als »Mitläufer« hervor. 1947 traf Albert seinen Kriegskameraden Max Noeth wieder, der inzwischen bei der Organisation Gehlen angeheuert und am Beginn einer erfreulichen Karriere im bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz stand.[31] Er warb Albert im selben Jahr unter dem Dienstnamen »Arthur« und mit einem beträchtlichen Anfangsgehalt für die Org an (»V-2600«). Als Leiter besonders effektiver Bezirksverwaltungen stieg Albert rasch zu einem zentralen Mitarbeiter der Karlsruher Generalvertretung L von Alfred Bentzinger auf, mit dem ihn eine enge Freundschaft verband. Bald wurde er sein Stellvertreter und Sicherheitsbeauftragter. Auf einem Personalblatt heißt es über Albert, er sei

ein versierter Kriminalbeamter »mit sehr guter Abwehrerfahrung zu Spezialvernehmungen, auch in schwierigsten Fällen hervorragend geeignet. Vorbildlich in Menschenführung, ebenso als ND-Führer besonders wertvoll«.[32] Die CIA hielt sogar fest, Ludwig Albert gelte als einer der fähigsten Kriminalisten in Deutschland.[33] Gehlens Spitzenkraft wusste in der Org bestens Bescheid und verfügte außerdem über ausgedehnte Beziehungen in der westdeutschen Behördenlandschaft. Unter anderem führte er den Präsidenten des hessischen Landesamts für Verfassungsschutz, Karl Pforr, als V-Mann, einen alten Kameraden, der wegen seines allzu engen Kontakts nach Pullach dann allerdings seinen Dienst quittieren musste.[34]

Ludwig Albert und Heinrich Schmitz waren alte Bekannte. Sie hatten sich Anfang der dreißiger Jahre auf einem Polizeilehrgang in Berlin-Charlottenburg kennengelernt. Im Frühjahr 1952 suchte »Lohengrin« den »Arthur« in seinem neuen Haus in Neu-Isenburg auf, und schnell war es beiden Profis kein Geheimnis mehr, wer für welchen Geheimdienst arbeitete. Sie vereinbarten die »gegenseitige Unterstützung von Fall zu Fall auf kameradschaftlicher Basis«.[35] Albert war für Schmitz auch noch deswegen von Interesse, weil er ihm eines Tages vielleicht zu einer Anstellung beim künftigen Auslandsnachrichtendienst verhelfen würde. Von Anfang an floss der Strom der Informationen in beide Richtungen. Als Informant von Albert erledigte »Lohengrin« für 100 DM im Monat kleinere Aufträge, immer mit dem Ziel vor Augen, sich das »unbedingte Vertrauen« der Organisation Gehlen zu erwerben. Die Erträge aus diesem Nebenjob – denn eigentlich war *er* es ja, der seinen Kameraden führte – quittierte er mit »Leander«. Eines Tages hat Albert ihm gar »den besonderen Dank des Generals übermittelt, worauf ich«, so Schmitz, »stolz war«. Reinhard Gehlen hatte den stellvertretenden Leiter der GV L persönlich angewiesen, dass diese delikate Verbindung in Anbetracht der Bedeutung der damit gewonnenen Erkenntnisse »unter strengster Geheimhaltung« ausschließlich von diesem selbst gehalten werden müsse.[36]

Neben Heinrich Schmitz ist bei der CIC-Operation »Campus« noch ein dritter Akteur zu nennen: der 1910 in Litauen geborene Richard Schweizer, ein gelernter Weber, seit 1936 Mitarbeiter der Abteilung VI im Reichssicherheitshauptamt.[37] Die beiden kannten sich aus ihrer Zeit beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kowno, wo SS-

Untersturmführer Schweizer, ebenfalls Angehöriger des Einsatzkommandos 3, Untergebener von Schmitz gewesen war. Bis zu seiner Flucht vor der Roten Armee war er dann Mitarbeiter des SD. Eine Überlebende des Ghettos in Wilna erinnerte sich später, dass er dort häufig am Tor gewartet habe, um passierende Juden zu drangsalieren, und dass er auch an Erschießungen teilgenommen hatte.[38] 1945 interniert und mit seiner mutmaßlichen Beteiligung an NS-Verbrechen erpresst, arbeitete Schweizer zunächst für einen westlichen Geheimdienst und wechselte im Frühjahr 1951 dann zum CIC. »Lohengrin« führte seinen Kriegskameraden Schweizer direkt. Ihm fiel die Aufgabe zu, »Persönlichkeiten der Bundesregierung und der Länderregierungen«[39] auszuforschen, doch bald musste er bei der Ausspähung des Gehlen-Dienstes helfen. Auch Schweizer fand nach dem Ende der CIC-Operation Unterschlupf in Pullach (V-7880; »Lehmann«, »Manat«, »Schiller«, »Schreiber«, »Raabe«, »Ric«).

Richard Schweizer, Bundesbruder von Ministerialrat Karl Sauer, der im Innenministerium für Sicherheitsfragen zuständig war, konnte für das CIC mancherlei Wissenswertes aus Ämtern und Behörden beisteuern. Flüchtig hingeworfen, ungeordnet und äußerst subjektiv, geben seine Notate gleichwohl einen Einblick in seine Erträge.[40] Da war beispielsweise sein erster Auftrag, der ihn »unbewusst in die Sphäre des BfV führte«. Er sollte eine Sekretärin aus Estland ausfindig machen (was ihm gelang), die, wie er notierte, »trotz ihres verheerenden Charakters« als »Querulantin und Intrigantin« das Vertrauen von Otto John erworben habe. Ein leitender Mitarbeiter, so eine andere Information, sei im Auftrag von John »zur Beschattung von Deutschen nach Ägypten« gereist und habe zur Tarnung seine Ehefrau dorthin mitgenommen. Dessen Sekretärin sei eine »recht attraktiv aussehende Person, schlank, blond. Sie wurde von ihrem Mann schuldig geschieden«, da sie die »Konkubine eines italienischen Politikers« gewesen sei. Deren Schwester wiederum habe als Sekretärin bei einem Major im OKW gedient. Diese attraktive Blonde, »Typ à la Marlene Dietrich« und noch immer in der Lage, »Männerherzen zu betören«, sei im BfV ein »kurzes Liebesintermezzo« mit einem der leitenden Herren im Verfassungsschutz eingegangen, der seinerseits wegen Unregelmäßigkeiten zum Statistischen Bundesamt versetzt worden sei. Ihm sei vorgeworfen worden, »sich eine größere Anzahl dienstlicher Flaschen Weines übereignet

zu haben«. In diesem Denunzianten-Stil ging es unter Nennung einer Unzahl von Namen weiter.

Auch das »Mysterium« Günther Nollau mit dessen »variablen« Angaben über seine Flucht aus der DDR (die Sekretärin sei übrigens aus Oberschlesien, der Bruder »Kommunist«) bekam sein Fett ab. Es sei unklar, ob Nollau wusste, dass John wusste, dass seine eigene Ehefrau »intime Bindungen« zu Jakob Kaiser hatte, fragte sich Schweizer, der Spezialist für schmutzige Wäsche. Der Stellvertreter des Präsidenten, Radke, sei »ein Hauptinformator der Dienststelle Gehlen«, berichtete er weiter, seine Frau in erster Ehe bekanntlich mit dem Bruder des früheren Berliner Polizei[vize]präsidenten »Isidor Weiß« – in Wirklichkeit Bernhard Weiß (dem prominenten Opfer der antisemitischen Agitation von Joseph Goebbels) – verheiratet gewesen. Dann immer wieder dieses und jenes über John, der mit dem Geld nur so um sich geworfen habe. Noch schlimmer sei es mit Johns Freunden gegangen. »So wurden seinerzeit an den ehemaligen Staatssekretär Lenz DM 10 000 zur Auszahlung gebracht. Eine Rückerstattung dieses Betrages ist nicht erfolgt.« Die 1000 DM, die John sich für seine Amerikareise hatte geben lassen, habe er dagegen »zurückerstattet«. Mehr Substanz mag Schweizers Aufstellung über »Frühere Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes beim BfV« gehabt haben, an der das CIC mehr interessiert gewesen sein dürfte als an dem sonstigen Quatsch, Klatsch und Tratsch des SS-Mordgesellen.

Der Abschirmdienst der Army hatte die neu entstehende Behördenlandschaft seit 1945 genau im Blick. Mit Unterzeichnung der Deutschlandverträge und der Konsolidierung Westdeutschlands schien in den Ministerien und Ämtern der Bundesrepublik allmählich eine gewisse Stabilität einzukehren. Sorgen machten dem CIC allerdings die Ansammlung von ehemaligen Generalstabsoffizieren, Abwehrleuten und Mitgliedern der nationalsozialistischen Terrorapparate in der Pullacher Hilfstruppe der CIA. Anfangs war der Gehlen-Dienst nur eines von mehreren Beobachtungsobjekten der Army gewesen. Doch die sogenannten Pannen häuften sich, seine innere Desorganisation wurde immer greifbarer. Inzwischen, nach einer Serie schwerer Einbrüche des DDR-Staatssicherheitsdienstes seit Herbst 1953,[41] drohten die miserablen Sicherheitsstandards des künftigen Bundesnachrichtendienstes für die

Westmächte selbst zu einem Risiko zu werden. Also wandte sich das CIC jetzt intensiv dem Gehlen-Apparat zu.

2. Bonner Einblicke 1954/55

Um diese Zeit, vier Wochen vor den »Adenauer-Wahlen« 1953 und nach drei Jahren in Diensten des CIC, hatte sich Heinrich Schmitz, »Lohengrin«, in der politischen Aufklärung der Army bereits gut bewährt. In einem zweitägigen Gedankenaustausch bilanzierten der deutsche Spitzeninformant und sein amerikanischer Führungsoffizier ihre bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse bei der Beobachtung der bundesdeutschen Behörden. Die Ergebnisse dieser »Erörterung der Arbeitslage« hielt Schmitz in einer Art Protokoll fest.[42]

Agent X-899 und sein Führungsoffizier stiegen ganz oben ein: »Die Beamten und Angestellten des Bundeskanzleramts – innere Angelegenheiten – unter Staatssekretär Otto Lenz sind listenmäßig erfasst und größtenteils überprüft«, stellten sie fest. Das war vor allem dank einer Sekretärin gelungen, die für das CIC arbeitete und von der wir noch hören werden.[43] Außer diesen Personalia interessierten die »laufende Berichterstattung des BfV« für die Regierungsspitze sowie die »Verhandlungen der Herren Gehlen und von Lossow mit dem Bundeskanzleramt und Zuwendungen des Bundeskanzleramts an diese Herren«. Mittelbarer Kontakt zu dem für Auswärtiges zuständigen Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn bestand laut Schmitz über einen Mitarbeiter des CDU-Pressedienstes und den Journalisten Arthur Ruppert aus Gelsenkirchen, einem CDU-Vorstandsmitglied der ersten Stunde in Nordrhein-Westfalen und ehemaligen Mitarbeiter der Org, der uns bereits begegnet ist (V-7626, »Dr. Rudolf«).[44] Auf diesem Wege könne der eng mit dem Kanzler zusammenarbeitende Blankenhorn »immer wieder angesprochen werden«.

Danach berichtete »Lohengrin« seinem Auftraggeber über das Bundesamt für Verfassungsschutz. »Das Instrument befindet sich nicht in der Hand der Bundesregierung«, warnte er. »Ursächlich dafür ist die Haltung des Präsidenten Dr. John: ehrgeiziger Streber im 3. Reich mit bedeutenden Erfolgen, Renegat, ganz auf der britischen Linie. Da den Briten – ganz gleich ob ›Labour‹ oder ›Konservativ‹ – für die Bundesrepublik das Rezept am probatesten erscheint, welches der deutschen Wirtschaft das größte Handicap gibt, bleibt eine SPD-regierte

Bundesrepublik Ziel ihrer Wünsche. Diesen Gedanken verfolgt Dr. John mehr durch Zurückhaltung und Unterlassen als durch Handlungen.« Diese Strategie lasse sich auch am Agieren seiner leitenden Mitarbeiter ablesen. Vizepräsident Albert Radke sei zwar »regierungstreu«, habe aber nur eine Minderheit des Hauses hinter sich. Eine andere Spitzenkraft, der Verwaltungsleiter des BfV, sei im Polizeipräsidium Bochum schon vor 1933 »durch Faulheit berühmt« gewesen. »Einen günstigeren Beleger eines wichtigen CDU-Platzes in seinem Amt konnte Dr. John nicht finden.« Die Ermittlungsabteilung sei unzureichend besetzt, in der Auswertungsabteilung höre man »seit längerer Zeit als erste Flöte den bisher noch sehr undurchsichtigen Dr. Nollau«; Berichte über ihn lägen vor. Bisher sei der Kontakt dorthin über »Bellachini« gelaufen, einem Vertrauten des ehemaligen Leiters der Beschaffungsabteilung Dr. Gallen (V-1101, »Dr. Gallwitz«),[45] mit dem jener mittlerweile zur Organisation Gehlen gewechselt sei. Hinter dem operettenhaften Tarnnamen »Bellachini« verbarg sich Dr. Wilhelm Schmitz (»V-13910«, »Dr. Prater«, »Heinz Fröhlich«), Jurist und ehemaliger Gestapobeamter, Leiter der Geheimen Feldpolizei bei der Legion Condor, danach persönlicher Referent von SS-Brigadeführer Walter Schellenberg, dem Chef des Auslandsnachrichtendienstes im Reichssicherheitshauptamt.[46] Er wurde von »Lohengrin« mit einer monatlichen Pauschale in Höhe von »150 bis 200 DM« versorgt.[47]

Zum Bundesministerium des Innern teilte Schmitz dem CIC mit, er habe das »gesamte Personal dieses Amtes erfasst, über die leitenden Funktionäre sind Ermittlungsberichte niedergelegt«; der Kontakt zu Karl Sauer sei über Ruppert von der CDU gelaufen. »Es verdient vielleicht noch bemerkt zu werden«, fährt die Aufzeichnung fort, »dass der stur konservative Personalmann, Herr von P., Ostpreusse, der sich gern den ›letzten Pruszen‹ nennen hört, seines Amtes mit Praktiken waltet, welche dem Grundgesetz der jungen deutschen Demokratie nicht entsprechen. Nach hier vorliegender Meldung aus bekannter Quelle hat Herr von P. besonders hinsichtlich der Konfession von Bewerbern Intoleranz an den Tag gelegt, indem er einmal befahl, solche Bewerbungen, deren Einsender sich nicht zu einer christlichen Religionsgemeinschaft bekennen, überhaupt nicht zu bearbeiten.«

Das besondere Interesse der Amerikaner galt Theodor Blank, zu dem »Lohengrin« aber nur dürr mitteilen konnte: »Bei aller Anerkennung seines guten Willens ist der sehr ehrenwerte Th. Blank für sein Amt nicht geeignet.« Man könne die Entscheidung des Kanzlers, welcher der Opposition und den Gewerkschaften habe Rechnung tragen müssen, freilich verstehen. »Der böse Geist« des Amtes zur Vorbereitung der Wiederbewaffnung war nach der entschiedenen Ansicht des CIC-Informanten der Leiter der Zentralabteilung, Ministerialdirigent Ernst Wirmer, ein Bruder des nach dem 20. Juli in Plötzensee ermordeten Widerstandskämpfers, ein Freund und Sozietätskollege von Staatssekretär Otto Lenz aus gemeinsamer Berliner Zeit: »Im Grunde ›Anti-Militär‹ und bar jeder militärischen Einsicht.«

Dann kamen die anderen Mitarbeiter Blanks an die Reihe: »Als Vertreter der reformistischen, ›zivilen‹, Konzeption im Amt gelten die Herren Kielmansegg, Baudissin, Oster«, legte Schmitz dar. Oberst a. D. Bogislaw von Bonin hingegen trete für die »altpreußische« Linie ein. »Sache des Generals Heusinger wäre es, die so auseinanderstrebenden Kräfte zu vereinigen, allein er scheint einer solchen Operation nicht mächtig.« In Offizierskreisen werde bei voller Anerkennung seiner Qualitäten immer wieder gesagt, er sei ohne Frontverwendung innerhalb von sieben Jahren vom Major zum Generalleutnant befördert worden, »daher truppenfremd. Außerordentlich klug und fleißig, aber weich im Auftreten«. Überhaupt würden sich im künftigen Verteidigungsministerium zu viele junge Generalstäbler breitmachen, während erfahrene Troupiers fehlten; das habe bereits zu »erheblicher Verstimmung« geführt. Immerhin, so konnte er melden, habe er inzwischen das gesamte Personal des Amtes einschließlich seiner Gutachter erfasst und »in den wichtigsten Positionen auch überprüft«.

Ein anderer Baustein der künftigen Sicherheitsarchitektur war das Bundeskriminalamt. Auch hier verteilte »Lohengrin« Kopfnoten. Der bereits 66 Jahre alte BKA-Präsident Hanns Jess sei »ein farbloser Mann ohne besondere Initiative«, erläuterte Schmitz, starken Einfluss habe dessen Stellvertreter Paul Dickkopf. Bisher habe er sich in seinen Nachforschungen jedoch hauptsächlich um die Sicherungsgruppe Bonn gekümmert. Näheres werde er mündlich erläutern. »Mit Herrn Saevecke, der in letzter Zeit alle Dinge von besonderer und überörtlicher Bedeutung

bearbeitet«, fuhr Schmitz fort, »unterhalte ich seit einem Jahr persönlichen und familiären Kontakt. Saevecke ist bereit und imstande, unsere die Sicherungsgruppe betreffenden Wünsche voll zu befriedigen, vorausgesetzt, dass ihm ein ausreichender legaler Titel von unserer Seite vorgelegt werden kann. Als alter Nationalsozialist – mit einwandfreier Vergangenheit – muss Saevecke besonders vorsichtig sein.« Er war 1929 in die NSDAP eingetreten und arbeitete zur Zeit der Bilanz von Schmitz bereits mehrere Jahre als Agent bzw. Kontaktmann für die CIA. Bald hatte Saevecke tatsächlich mit seiner Vergangenheit zu kämpfen, doch dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer, der in Einsatzkommandos, im Reichssicherheitshauptamt und beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Norditalien an zahllosen Untaten beteiligt war, gelang es immer wieder, sich der Strafverfolgung zu entziehen und bis Anfang der sechziger Jahre im Amt zu bleiben.[48]

Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme weitete »Lohengrin« seine Arbeit für das Counter Intelligence Corps beträchtlich aus. In engstem Zusammenspiel mit »Arthur« erreichte sie 1954/55 ihren Höhepunkt. Das Ungewöhnliche daran war – um es noch einmal zu sagen –, dass Schmitz und Albert wesentliche Teile ihrer Berichterstattung an das CIC auch an den Gehlen-Dienst gaben, der sie so bei seiner politischen Inlandsspionage verwerten konnte. Die Amerikaner hatten gegen diese Doppelgleisigkeit der Arbeit von Schmitz keine Einwände. »Lohengrin« gab später umfassende Auskunft dazu: »Da meine Dienststelle immer und ohne Ausnahme bestrebt war, die Unkosten der Nachrichtenbeschaffung so niedrig wie möglich zu gestalten«, erläuterte er, »musste ich an verschiedenen Stellen meine Erkenntnisse anstatt mit Geld oder mit sonstigem Aufwand mit eigener ND-Tätigkeit für die Quelle bezahlen. Das traf besonders im Falle Albert zu. Ich habe – wie auch in anderen Fällen – das wiederholt meinen amerikanischen Vorgesetzten gesagt, und sie waren damit einverstanden.« Dem CIC sei es gleichgültig gewesen, ob sich seine Informationen für Albert auf militärische oder zivile Gegenstände bezogen, fuhr Schmitz fort: »Ich bin der festen Überzeugung, dass meine Dienststelle insbesondere keine Einwendung gegen die Überlassung politischer Berichte an die Org über Albert gemacht haben würde. Ich kannte die Tendenzen meiner Dienststelle und hatte guten Grund, die Weitergabe derartiger Berichte an die Org sogar als erwünscht anzusehen.«[49]

So ergoss sich genau zu der Zeit, als Reinhard Gehlen alles daransetzte, um seinen Dienst in die Hoheit des Bundes zu führen, ein steter Strom von Informationen auf seinen Schreibtisch. Für den »Doktor« wurde der CIC-Agent, wie Ludwig Albert später wohl ein wenig überzeichnend zu Protokoll gab, zur »wichtigsten und interessantesten Verbindung, und es bestand eine besondere Weisung des Doktors, diese Verbindung zu pflegen«.[50] Die oftmals mit Originalmaterialien angereicherten Informationen aus der Verbindung »Lohengrin« schlugen sich in mindestens 150 Berichten von wenigstens 350 Blatt Gesamtumfang nieder. Die Rohmeldungen von Schmitz (die zum Teil überliefert sind) wurden von Ludwig Albert oftmals wörtlich übernommen, in Form gebracht und dann von seinem Freund Alfred Bentzinger, dem Leiter der GV L (bzw. der nachmaligen Dienststelle 142),[51] an die Abteilung Spionageabwehr in Pullach geschickt. Häufig gingen die Berichte an Gehlen persönlich. An manchen Tagen meldete sich Karlsruhe mehrfach. Zwar enthielten diese Berichte auch Gerüchte, Spekulationen und irgendwelchen Tratsch, sodass Gehlen gelegentlich ein handschriftliches »Blödsinn!« darauf anbrachte,[52] doch diese innenpolitischen Neuigkeiten waren für ihn bis in die Tage des Kabinettsbeschlusses zur Übernahme der Org am 11. Juli 1955 hinein bedeutsam genug, um die »Lohengrin-Berichte« aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen. Als die »Operation Campus« im Sommer 1955 abrupt endete, weihte Bentzinger den Leiter der »Beschaffung Gesamtdienst«, Dingler, und den Leiter der Spionageabwehr, Kohler, näher in diesen Komplex ein. »Lohengrin« sei, wie in Pullach bekannt, eine seiner Sonderverbindungen gewesen, und er setzte hinzu: »In Anbetracht der Wichtigkeit der Lohengrin-Erkenntnisse ordnete Leiter 88 [Gehlen] seinerzeit an, dass diese Verbindung unter strengster Geheimhaltung ausschließlich von V-2600 [Albert] gepflogen werden darf. Dieser Grundsatz wurde bis zum heutigen Tage in jeder Weise befolgt.«[53]

Informationen von innenpolitischem Belang beschaffte Heinrich Schmitz vor allem aus dem Bundesministerium des Innern, aus dem »Kaiser-Ministerium« und aus dem rechtslastigen »Volksbund für Frieden und Freiheit«. Hinzu kamen Mitteilungen zu Politikern, Beamten und verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens, die von Ludwig Albert für bedeutsam genug gehalten wurden, um an die Zentrale weitergeleitet zu werden; die Frankfurter Lebedame Rosemarie Nitribitt beispielsweise

gehörte schon mehr als zwei Jahre vor ihrer spektakulären Ermordung dazu. Viel größere Relevanz kam jedoch den Hinweisen auf undichte Stellen im Bundeskanzleramt oder das Vorgehen des CIC zu, das sich auf die Organisation Gehlen einzuschießen begann – nicht zuletzt im Hinblick auf den undurchsichtigen Heinz Felfe, der im Herbst 1953 von Karlsruhe nach Pullach gewechselt war und sich »Dr. Schneiders« wachsender Wertschätzung erfreute.[54]

So unermüdlich der vor allem im Polizeimilieu verankerte Heinrich Schmitz Fäden zog und Netze flocht, auf der Ebene der hohen Politik blieb sein Ertrag bescheiden. Aus der SPD, über die Gehlen sich aus anderen Quellen genauestens unterrichtete,[55] wusste er in diesen Jahren nicht viel mehr zu berichten, als dass der Bundestagsabgeordnete Franz Josef Strauß vor den zweiten Bundestagswahlen wohl bei den Sozialdemokraten wegen etwaiger Koalitionsmöglichkeiten vorgefühlt habe (ihn treibe »vielleicht persönlicher Ehrgeiz«)[56] und dass die Partei sich nun stärker für die personelle Zusammensetzung des kommenden BND zu interessieren beabsichtige, insbesondere für »die Leute nazistischer Herkunft oder mit SD- oder Gestapotätigkeit«. Bisher habe sie sich damit zurückgehalten, wolle das jetzt aber thematisieren.[57] Als sich die Zweifel verdichteten, ob die West- und Deutschlandverträge je würden ratifiziert werden können, meldete »Lohengrin«, zwischen den Amerikanern und einer Delegation des Amtes Blank unter dem ehemaligen Oberst i. G. Kurt Fett, dem Leiter der Planungsgruppe, habe es unter strengster Geheimhaltung »für den Fall eines Nichtzustandekommens der EVG« ein erstes Treffen gegeben.[58] In dieser kritischen Phase der Bündnispolitik war das ein stark beachteter Hinweis, wie die Anstreichungen auf dem Bericht zeigen.

Kurz darauf, als es zwischen der Bundesregierung und der neuen französischen Regierung unter Pierre Mendès-France kriselte,[59] konnte Schmitz das hochpolitische Thema weiter vertiefen. Dem Amt Blank »soll eine eindeutige Anweisung des Bundeskanzlers zugegangen sein«, meldete der CIC-Zuträger an Albert, »nach der jede Alternativerwägung oder -planung strikt untersagt wird […] Zusammenfassend sieht es so aus, dass der Bundeskanzler es wünscht, nach wie vor die EVG als einzige Lösung der Wiederbewaffnung zu betrachten. Jede Alternativerörterung ist verpönt. Das geschieht nur mit Rücksicht auf Frankreich, um dort nach Meinung des Bundeskanzlers die Ratifizierung zu erleichtern. Es wird aber auch die

Ansicht vertreten, dass Adenauer mit der Forderung nach Souveränität und der Inkraftsetzung des Generalvertrags den Franzosen eine gewisse Unabhängigkeit bei der Auswahl und der Verwirklichung der Alternativen ermöglichen will.«[60]

Auch zu den Auseinandersetzungen in der CDU/CSU und der hohen Beamtenschaft über den Nachfolger Adenauers als Außenministers hatte der »Doppelagent« von Org und CIC dies und das aufgeschnappt. Wie viele andere rechnete auch er damit, dass der favorisierte Eugen Gerstenmaier das Rennen machen werde, da ihm die Stimmen der evangelischen Abgeordneten und derjenigen katholischen Parlamentarier sicher seien, »die den von Adenauer als Außenminister bereitgehaltenen CDU-Fraktionsvorsitzenden von Brentano unter anderem wegen seiner arroganten Art ablehnen«.[61] Doch die Sache zog sich hin. Ein Vierteljahr später musste sich Schmitz korrigieren: »Die Wahl Gerstenmaiers zum Bundestagspräsidenten ist ein Schachzug Adenauers. Gerstenmaier sitzt auf dem Stuhl des Präsidenten fest und ist zur gegebenen Zeit kein Konkurrent mehr bei der Besetzung des Außenministerpostens.« Der Weg für Heinrich von Brentano ins Auswärtige Amt sei frei. Diese Prophezeiung und die Nachbemerkung, wonach der Kanzler mit den Gegnern dieser Lösung schon »in seiner Art« fertig werden würde, gingen über Zeitungswissen freilich nicht hinaus.[62]

Überhaupt legte Schmitz in seinen Berichten eine solide Kanzlertreue an den Tag. Das klingt in der Schilderung und Kommentierung eines Auftritts des früheren Senatspräsidenten der Freien Stadt Danzig und späteren Hitler-Kritikers Hermann Rauschning Anfang 1955 in Köln durch. Der Emigrant und amerikanische Staatsbürger wetterte in seinem ausführlich wiedergegebenen Vortrag vor großem Publikum gegen die Adenauer'sche Politik der Wiederbewaffnung, welche »unabsehbare Gefahren« heraufbeschwöre; man müsse doch wenigstens einen Versuch machen, mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen. Diese Auffassung, die Art des Vortrags und auch Rauschnings Emigration gefielen »Lohengrin« gar nicht. Er schrieb an Ludwig Albert: »Obwohl der Name Adenauer nicht fiel, war das Referat ein einziger Angriff auf die Politik des Kanzlers und die amtliche Deutschlandpolitik der USA, die scheinbar ihre Erfahrungen mit der Dankbarkeit eingebürgerter Gäste aus Deutschland immerfort zu bereichern Gelegenheit haben.« Den Schaden, den die vor 1938

ausgewanderten Emigranten anrichteten, hätten sich die Alliierten selbst zuzuschreiben, bemerkte der Agent. Der Kanzler dagegen sei aus ganz anderem Holz geschnitzt: »Obwohl im Besitz der nötigen Mittel und Verbindungen und bei hinreichendem Anlass wählte Herr Adenauer den schweren Weg, denn niemand kann behaupten, dass er während der 12 Jahre auch nur einen Tag seines Lebens ganz sicher gewesen sei. Er hat die Verantwortung übernommen, um heute von einer Meute eingebürgerter und nichteingebürgerter, nicht verantwortlicher Emigranten attackiert zu werden. Man löste sich aus der Veranstaltung mit einem bitteren Geschmack.«[63] Bentzinger streifte das Problem Rauschning in seinem Bericht für Gehlen ebenfalls kurz. Auf seiner Vortragsreise doziere der in »offenen und geschlossenen Gesellschaften, wobei er sich in seinen Ausführungen auf die USA beruft und Zitate ihres Präsidenten aus dem Zusammenhang reißt, wenn er für Gespräche mit den Sowjets agitiert, um Vertrauen zu den Sowjets wirbt und sich gegen eine Remilitarisierung ausspricht«.[64] Anfang September traf der Kanzler zu Gesprächen in Moskau ein.

Zu dieser Zeit machte in Frankfurt am Main, wo Schmitz geboren war und immer noch wohnte, eine junge Frau von sich reden, deren Schicksal die Wohlanständigkeit der jungen Bundesrepublik bald grell in Frage stellen sollte und die man sofort nach ihrer mysteriösen Ermordung im November 1957 mit manch einem Höhergestellten in Politik und Wirtschaft in Verbindung brachte: »Das Mädchen Rosemarie« (so der Titel des Films von Rolf Thiele über die Frankfurter Lebedame Rosemarie Nitribitt). Weshalb diese Frau bereits mehr als zwei Jahre vor ihrem gewaltsamen Tod im »Lohengrin«-Zusammenhang auftaucht, ist nicht ganz klar. Offenbar hatte sie ein nicht überlieferter Bezugsbericht als Agentin bezeichnet. Die ausführliche Mitteilung von Albert stellte daher eingangs sogleich klar: »Die Nitribitt verdient als Hure ihr Geld.« Vom »Typ einer geschulten Agentin«, wie einige glaubten, könne keine Rede sein, da es einen solchen Typus überhaupt nicht gebe. Wolle man diese Kategorie gelten lassen, so müsse festgestellt werden, dass die Nitribitt dies gerade nicht sei. Ganz im Gegenteil, die junge Frau, 22 Jahre alt, sei »nicht intelligent«, geradezu »primitiv«, weshalb sie versuche, Dame zu spielen »mit Angeben, mit Verwenden von Gesprächsfetzen, die sie irgendwo mitbekommen hat, die sie jedoch nicht richtig zu verstehen vermag, und mit Prahlereien im

Zusammenhang mit Freunden, mit Reisen, mit Ereignissen aller Art«. So eine könne man, wenn nötig, schon zur Agentin »dressieren«, dürfe dann aber wirklich nur »beschränkte Ansprüche« an sie stellen.

Polizeilich war die Nitribitt noch nicht aufgefallen, heißt es in dem Bericht. »Es ist jedoch festgestellt worden, dass CIC-Organe in Frankfurt wiederholt hinter ihr her waren, weil sie nach Dirnenart amerikanische Soldaten geschröpft hat«; man könne noch manches amüsante Detail bringen, »aber das würde hier zu weit führen«. Dann ging es um Nitribitts Autos, jedoch nur um einen »mit allen möglichen Schikanen ausgestatteten« Opel Kapitän und noch nicht um ihren ikonischen Cabrio-Sportwagen vom Typ Mercedes-Benz 190 SL mit seinen roten Ledersitzen, in dem sie ein Jahr später herumfuhr. Alles deute darauf hin, dass der auf die Continental-Gummiwerke zugelassene Opel von einem Gönner stamme, der dort von Einfluss sei: »Dass Geld und Unmoral so nahe beieinander sind, ist eine Regel, und dass irgendwelche Knacker«, entrüstete sich der Ehre und Anstand hochhaltende ehemalige Geheime Feldpolizist, »meist auch noch um sich in Perversitäten auszutoben, eine Dirne aushalten, ist nicht so selten als mancher glaubt.« Es sei Zeit, dass sich das Sittenkommissariat der Kriminalpolizei einmal eingehend mit der Nitribitt befasse.[65]

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Volksbund für Frieden und Freiheit

Ihre Ausflüge ins Rotlichtmilieu haben die Wachsamkeit von Albert und Schmitz in Bonn nicht beeinträchtigt. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) war schon deswegen ein innenpolitisches Zielobjekt, weil an seiner Spitze der ehemalige Vorsitzende der Ost-CDU Jakob Kaiser stand, dessen Vorstellungen in der Deutschland- und Sozialpolitik stark von denen seines »siegreichen Rivalen«[66] Konrad Adenauer abwichen. Das BMG interessierte das CIC auch, weil es eine Fülle von »Apparaten des Kalten Krieges« an der Hand hatte, »Vereine und Verbände, die es im Sinne einer ›grauen Verwaltung‹ an sich band, finanziell förderte oder als verdeckte, privatrechtlich quasi nachgeordnete Ministerialabteilungen führte«,[67] in denen sich propagandistisch und nachrichtendienstlich versierte Funktionäre des NS-Staates tummelten. Diesem Personal sowie den üblichen ministeriellen Rivalitäten und Einflusskämpfen galt das Augenmerk.

Auch »Lohengrin« hatte selbstverständlich die allgemein bekannten Spannungen zwischen Kaiser und seinem Staatssekretär Franz Thedieck, der »grauen Eminenz«[68], mitbekommen, welcher, wie er den Amerikanern berichtete, vordem »mit seinem Minister gegen den Bundeskanzler intrigierte«, mittlerweile jedoch als Vertrauensmann Adenauers gelte. Das traf in etwa zu, denn in der Tat hatte sich Thedieck, der schon seit zwei Jahrzehnten enge Beziehungen zu Hans Globke pflegte, recht abrupt von Kaisers deutschlandpolitischem »Brückenkonzept« abgewandt und auf die Linie des Bundeskanzlers begeben. Den größten Einfluss auf den Minister übte nach Schmitz' Erkundigungen der Publizist Wilhelm Wolfgang Schütz aus.[69] Es folgten einige Hinweise zu »W. W.«, denen zufolge der Emigrant (und nachmalige Vorsitzende des »Kuratoriums Unteilbares Deutschland«) eine einigermaßen fragwürdige Vergangenheit gehabt zu haben schien.[70] Man müsse es doch als Kuriosum bezeichnen, schrieb er, »dass von Seiten des Kaiser-Ministeriums der Kampf gegen die Politik des Bundeskanzlers mit erheblichen Mitteln des Bundes geführt wird«, unter anderem über die eine oder andere Gesellschaft, die auf Adenauer-kritischer Linie liege. »Hauptakteur ist der derzeitige Mentor des Ministers Kaiser, W. W. Schütz,

in dessen Lebenslauf man gut die Zeit beachten muss, in der er bei der kommunistischen Zeitung des Münzenberg in Paris arbeitete. Im Übrigen ist Schütz wie manche anderen Sozialdemokraten, die in England Emigranten waren, Bevanist.« Mit dem SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine verbinde ihn enge Freundschaft.

Wilhelm Wolfgang Schütz (der Thedieck tatsächlich ein Dorn im Auge war[71]) könne mit seinen »illoyalen Tendenzen gegen die Kanzlerpolitik« zwar nicht überall landen, erfuhren CIC und Org ferner, im vornehmen Rhein-Ruhr-Klub aber offenbar schon. Der Einflüsterer des Bundesministers habe nämlich keine Bedenken, dort »mit allen Mitteln gegen den Kanzler zu agitieren, wobei er sich der besonderen Zustimmung des ehemaligen Bundesinnenministers Heinemann erfreut« – überhaupt: Wer in dem Klub »Kanzlerpolitik in klarer Form« vertrete, werde »ausgebootet, d. h. zumindest nicht mehr eingeladen«. Es sei unübersehbar, dass in diesem einflussreichen Forum »wilder Nationalismus, Tauroggen-Komplexe und schwankendes Krämertum« zusammenwirkten. Schmitz identifizierte dort auch den Rechtsanwalt Ernst Achenbach, eine Schlüsselfigur des FDP-Naumann-Skandals.[72] »Neben ihm sitzt derjenige, der hinter seinem Namen wirkt: Dr. [Werner] Best, der ehemalige Vertreter Heydrichs. Der HJ-Führer [Siegried] Zoglmann aus dem Sudetenland befindet sich auch in dieser Gruppe.« Ab und an lasse sich auch der berüchtigte Eberhard Taubert[73] im Rhein-Ruhr-Klub sehen, früher Ministerialrat im Goebbels-Ministerium und jetzt Vorstandsmitglied des antikommunistischen »Volksbundes für Frieden und Freiheit«. Fazit: »Alle zusammen machen Politik und sind sich hierbei einig als Gegner der Kanzlerpolitik.«[74]

Einige Wochen später kam der ehemalige SS-Hauptsturmführer Schmitz noch einmal auf den früheren SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best zu sprechen, der für das CIC natürlich von besonderem Interesse war, der ihn aber auch deswegen beschäftigte, weil dieser, wie ihm ein Bekannter mitgeteilt habe, »Beamte für das neue Kriminalamt des Bundes einstellt«. Schmitz legte Wert auf die Feststellung, in keinerlei Kontakt zu Best zu stehen, und versicherte, sein Informant müsse sich täuschen und habe sicherlich nur sagen wollen, die einstige SS-Größe könne »als routinierter Beamtenrechtsspezialist viel ausrichten«. Best sei seit Jahr und Tag »›der Advokat‹ ehemaliger Karrieristen des RSHA« und »die große Hoffnung der

›Enterbten des Jahres 1945‹, und nicht der Besten«. Es folgte eine bemerkenswerte Charakterisierung: »Herr Best ist und war schon vor 1933 ein Meister des Arrangements ohne eigene Verantwortung. Die Ausgabe unklarer Befehle ohne eigene Verantwortung unter Berufung auf den ohnehin bekannten Willen des Führers unter geschickter Einschüchterung solcher, die sich dumm stellten und es genau wissen wollten, die Vermeidung jeder schriftlichen Befehlserteilung bei ungesetzlichen Zumutungen, das waren unter anderen die Techniken des Dr. Best. Nur so konnten ungesetzliche Befehlsempfänger nach 1945 gehängt und erschossen werden, während der Chef, ohne besonders aufzufallen, seit Jahr und Tag bemüht war, keine nachweisbaren juristischen Tatbestände zu setzen.«[75]

Ludwig Albert nahm die kritische Sicht »Lohengrins« auf und berichtete nach Pullach, »Mr. Thomas« vom CIC registriere genau, wie intensiv Werner Best sich um die Durchsetzung »vermeintlicher Ansprüche« alter Kameraden kümmere, und meine, nun komme es darauf an »zu klären, in welchen Institutionen und Stellen diese Leute jetzt tätig sind und welcher Wert dem beizumessen« sei. Bei ihren Rehabilitierungsbemühungen für Anspruchsberechtigte nach dem 131er-Gesetz lasse die »Seite des Best einschüchternd einfließen, dass Best zur gegebenen Zeit bei einer Zusammenfassung von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst wieder eine wichtige Rolle spielen werde. Best und sein Kreis können also nicht aufmerksam genug beobachtet werden.«[76] Der Bericht fiel exakt in jene Phase nach dem John-Skandal, als Gehlen den energischen Versuch unternahm, doch noch eine Verschmelzung des politisch stark geschwächten Inlandsnachrichtendienstes mit seinem eigenen Dienst zu erreichen.[77]

Waren »Lohengrins« Einblicke in das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen nicht sehr tief, so konnte er wesentlich interessantere Informationen aus jenem Rayon von Bünden und Vereinigungen beibringen, in denen sich Funktionseliten des NS-Staats zusammengefunden hatten, um als Instrumente verdeckter Regierungspropaganda den propagandistischen und quasi-geheimdienstlichen Kampf gegen den »Weltbolschewismus« weiterzuführen. Der Abschirmdienst der Army war, wie gesagt, keineswegs nur an der Aufspürung sowjetischer Agenten und kommunistischer

Sympathisanten in deutschen Behörden, sondern eben auch an den alt- und neonationalsozialistischen Kräften interessiert, von denen manche wieder in Positionen von Gewicht saßen. Konzeption und Argumentation dieser nach außen hin privaten Vereine unterschieden sich häufig nur dadurch von der einstigen nationalsozialistischen Agitation, dass sie diesen Kreuzzug jetzt ohne antisemitische Hetze propagierten. Maßgebliche Finanziers dieser regierungsnahen Sondereinsatztruppen waren neben der Industrie und der amerikanischen Hohen Kommission das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, das Bundeskanzleramt, das Bundespresse- und Informationsamt, auch das Bundesministerium des Innern. Das CIC wusste natürlich, dass neben dem Hochkommissariat auch verschiedene andere amerikanische Stellen (nicht zuletzt die CIA) das riesige, von Bern Stöver eingehend beschriebene institutionelle Netzwerk zur »Befreiung vom Kommunismus« in Westdeutschland und Westeuropa unterstützten.[78]

Die von den Vereinigten Staaten initiierte Strategie des »Rollback« und der »Liberation«, die bald nach dem Krieg formuliert worden war, nach Beginn des Korea-Krieges forciert und auch während der Präsidentschaft Dwight D. Eisenhowers unter Außenminister John Foster Dulles verfolgt wurde, bildete den Orientierungsrahmen, in dem die bundesdeutschen Stellen handelten und dabei selbst fragwürdigste Personen und Institutionen förderten. Diese »antikommunistischen Propagandaagenturen privater Provenienz« waren wesentliche Kombattanten des Kalten Krieges und »Agenturen politischer Feindbild-Prägung«.[79] Es war eine Sache, in der Hochzeit der Blockkonfrontation konservative, liberale, linksliberale und sozialdemokratisch orientierte Kräfte verdeckt zu finanzieren und zum Einsatz zu bringen, eine andere jedoch, Spitzenagitatoren des Dritten Reiches mit Geldmitteln zu versehen, um neuerlich gegen den »Bolschewismus« anzutreten, Adenauers Politik der Westbindung zu flankieren und deren Gegner nicht nur zu Traumtänzern und Handlangern der Sowjets, sondern in bewährter Tradition obendrein zu »Verrätern« und »Volksfeinden« zu stempeln. Hier bestanden zwischen der Organisation Gehlen und den halbstaatlichen Kampfgruppen Geistesverwandtschaft und eine vielfältige kameradschaftliche Kontaktpflege. Auffallend ist jedenfalls, dass wesentliche Akteure in diesem Hintergrundgeflecht der Organisation Gehlen als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter verpflichtet waren. Gewiss keine »Agentur« rechtsradikaler Verschwörung, erlaubten es diese

Verbindungen Pullach aber durchaus, Informationen zu bündeln und nach Bedarf auch Impulse zu geben.

Eine der einflussreichsten dieser politisch-konspirativen Vereinigungen war der im August 1950 in Hamburg gegründete »Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF)«, dem die hohe Bürokratie in Bonn, vor allem das Gesamtdeutsche Ministerium, die ganze Ära Adenauer hindurch eng verbunden war. Zudem war der Volksbund ein bedeutendes »Bindeglied zwischen US-Repräsentanten der Befreiungspolitik und der Bundesrepublik«.[80] Die acht Gründungsmitglieder des eingetragenen Vereins, der bald das Prädikat der Gemeinnützigkeit erhielt, waren »allesamt ehemalige Geheimdienst- oder Propagandaaktivisten des Dritten Reiches gewesen«,[81] darunter die vier tonangebenden Persönlichkeiten Fritz Cramer, Alfred Gielen, Arthur Ruppert und Eberhard Taubert. Cramer, Gielen und Ruppert waren Pullach engstens verbunden, über Taubert geben die erhalten gebliebenen BND-Unterlagen keine Auskunft. Der zur CDU-Prominenz der zweiten Reihe zählende Publizist Ruppert, Jahrgang 1893, als Major d. R. Leiter des Pressestabs der Wehrmacht in Finnland, hatte schon vor Gründung der Bundesrepublik mit der Organisation Gehlen zusammengearbeitet; als V-7626 (»Dr. Rudolf«, »Robert Anton«, »Bergmann«) kennen wir ihn schon.[82] Der NS-Gegner kam wie viele wichtige Konfidenten aus dem »Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen« (CV), verfügte dadurch über weitverzweigte Verbindungen und fungierte anfangs als 2. Vorsitzender des VFF. Danach wechselte der Mitbegründer der CDU in Hamburg zum »Internationalen Komitee zur Verteidigung der christlichen Kultur«. Er schied zugleich als Mitarbeiter der Org aus, hielt jedoch weiterhin Kontakt zu V-7611, Alfred Gielen (»Peter-Leif Andersen«, »Alfons Bechstein«), der, wie gesehen, über einen guten Draht in das Bundesministerium des Innern verfügte und sich intensiv in den Aufbau des Bundesamts für Verfassungsschutz eingeschaltet hatte.[83]

Gielen, bei Gründung des VFF Anfang der Fünfzig, war ein Mann mit Vergangenheit. Angehöriger der SS, Mitglied von Pro Deo und vor allem der 1935 von Taubert gegründeten scheinprivaten Vereinigung »Antikomintern«, avancierte er im Krieg zum stellvertretenden Leiter der Abteilung für die Ost-Propaganda im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Auch Gielen arbeitete von 1948 bis 1951

für die Organisation Gehlen, gehörte ebenfalls zu den Gründern des Volksbundes und war bis zu dessen Auflösung Ende der sechziger Jahre für ihn tätig, zuletzt als Geschäftsführer. Seine Hauptaufgabe bestand in »Finanzierungsgesprächen mit der Industrie« und in der Beziehungspflege zu ausländischen antikommunistischen Verbänden. Beim »Comité international d’information et d’action sociale« (CIAS), vormals das Europäische Komitee »Paix et Liberté«, brachte er es zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied. In den Unterlagen des BND ist wiederholt von Gielens »hohem geistigen Niveau« die Rede.

Der VFF-Vorsitzende Fritz Cramer, in späteren Jahren als CIAS-Präsident ebenfalls eine herausgehobene Persönlichkeit in den »abendländisch« orientierten antikommunistischen Verbänden Europas,[84] war nach einem Zwischenspiel beim britischen Nachrichtendienst seit 1948 beinahe 20 Jahre lang Gehlen-Mitarbeiter mit der V-Nummer 12670 (»Frederik Ciro«, »Friedrich Graf«).[85] Cramer war ein bunter Hund, wie der *Spiegel* früh bemerkte: »Cramer, Offizier des ersten Weltkrieges, dann Gastronom in den USA, schließlich Berater indischer Maharadschas und Direktor des Berliner Hotels Adlon, bis er 1941 für Canaris nach Portugal ging, ist ein vitaler Graf-Luckner-Typ, für den die Amerikaner ein Faible haben.«[86] Der schillernde Lebemann war im letzten Jahr des 19. Jahrhunderts zur Welt gekommen und im Ersten Weltkrieg Soldat gewesen. Sein (in einem Lebenslauf für den BND präsentiertes) Heldenstück während der Berliner Spartakus-Kämpfe 1919 habe mit der Verabschiedung als Leutnant geendet, »da ich mit einer meiner 15 cm Haubitzen ohne Genehmigung meiner vorgesetzten Dienststelle den Rathausturm in Spandau umlegte, in dem sich ein kommunistisches MG-Nest befand«. 1938 folgte Cramer einem Ruf des NSDAP-Gauleiters Koch nach Königsberg, wo er die Leitung eines zur »Erich-Koch-Stiftung« gehörenden Hotels übernahm. Als Hauptmann der Reserve begegnete der Hotelier 1940 Admiral Canaris, der ihn für die Abwehr zunächst ins Baltikum und dann nach Lissabon schickte, wo er die Spionageabwehr Portugal und Tanger leitete. Nach dem Krieg versuchte Cramer sich in Hamburg zunächst im Gastgewerbe, stieg jedoch schon 1951 zum hauptamtlich tätigen 1. Vorsitzenden des »Volksbundes« auf.

Cramer scheint zunächst ein anderer Kurs des VFF vorgeschwebt zu haben. Jedenfalls wandte er sich, als deutlich wurde, dass der nominelle

Vorsitzende, der nicht ganz trinkfeste Militärschriftsteller Jürgen Hahn-Butry, keine glückliche Wahl war, an den Leiter der Generalvertretung G der Org, Oberst i. G. a. D. Hans Lutz, einer Säule des Gehlen-Dienstes. Nachdem er Lutz angeboten hatte, Pullach alles beim VFF anfallende nachrichtendienstliche Material zur Verfügung zu stellen, verriet ihm der erfahrene Anti-Spartakus-Kämpfer noch, neben den propagandistischen Zielsetzungen des Bundes sei »die Aufstellung einer Bürgerwehr (Selbstschutz) beabsichtigt, die im Falle eines Bürgerkrieges antikommunistisch eingesetzt werden kann«. Damit nicht genug. »Ciro« trug dem renommierten GV G-Chef sogar die Präsidentschaft des VFF an.[87] Doch der winkte ab, der Weg für Cramer war frei. Die BND-Charakterisierung Cramers als »extrem antikommunistisch« traf es genau. Gehlen, der gut über »Ciro« informiert war, ordnete noch Anfang der sechziger Jahre an, den bewährten Mann mit seinem stattlichen nachrichtendienstlichen Nebenverdienst von 1500 DM im Monat unbedingt als Mitarbeiter des BND zu halten, zum einen wegen seiner perspektivreichen Auslandsverbindungen, zum anderen wegen seines guten Kontakts zu den Christdemokraten. Er gehöre zum »engsten Propagandastab der CDU/CSU für den Bundestagswahlkampf«, hatte Kurt Weiß im Frühjahr 1957 in einer Mitteilung an Gehlen hervorgehoben. »Die CDU/CSU will Ciros Mitwirkung allerdings besonders sorgfältig abschirmen, um keine Angriffe gegen den VFF zu provozieren.«[88] Noch 1964 forderte Alt-Bundeskanzler Adenauer über seinen langjährigen Vertrauten und Büroleiter Josef Selbach eine politische Ausarbeitung Cramers an, die sich mit der Morgenluft witternden Sozialdemokratie befasste.[89] Der empfahl: »Die SPD muss unentwegt beschuldigt werden, dass sie ›sozialisieren‹, ›nationalisieren‹, ›vergesellschaften‹, ›verstaatlichen‹ will […] Die SPD muss beschuldigt werden, dass sie eine ›Annäherung an die kommunistischen Länder durch Angleichung‹ anstrebt, d. h. durch ›Sozialisierungen‹, die die Wirtschaft ruinieren […] Die Wandlung der Marxisten muss unentwegt als unglaubwürdig hingestellt werden« – das jahrzehntealte Muster des Kampfes gegen »links«, wonach die »marxistischen« Parteien KPD und SPD sich im Grunde kaum voneinander unterschieden. Doch dieses Rezept, dessen sich auch Hitler mit Vorliebe bedient hatte, verblasste allmählich.

Eberhard Taubert schließlich, der intellektuelle Kopf und Motor des »Volksbundes« während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, gehörte neben Joseph Goebbels zu den wüstesten Agitatoren des Dritten Reichs.[90] Taubert, der die VFF-Gründungsurkunde noch mit falschem Namen unterschrieben hatte, hielt es nach Kriegsende ähnlich wie Heinrich Schmitz einige Jahre für ratsam, sich hinter wechselnden Identitäten zu verbergen. Mitglied von SA und NSDAP, seit 1932 Antibolschewismus-Experte in Goebbels' Berliner Gauleitung, konnte er als Referent für Gegnerbekämpfung seinen Verein »Antikomintern« mit in das neue Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hineinnehmen. Ein internes Rundschreiben des Ministers informierte, die Vereinigung, die »aus Tarngründen nach außen als privater Verein« auftrete, die »in Wirklichkeit aber eine Dienststelle meines Ministeriums ist«, habe die Aufgabe, »als offiziöse antibolschewistische Organisation […] eine anti-bolschewistische Weltbewegung unter deutscher Führung zu organisieren«.

Taubert, ein Organisator und Agitator von Graden, machte mit seinem wachsenden Reich von Verlagen, Autoren und sonstigen Zuarbeitern als geistiger Brandstifter so fulminant von sich reden, dass Goebbels in seinem Tagebuch frohlockte: »Taubert ist ein sympathischer Fanatiker.« Tatsächlich entwickelte sich der so Gepriesene, dem der erwähnte Alfred Gielen zur Seite stand, zu einem Star antijüdischer und antikommunistischer Indoktrination. In der antisowjetischen Propaganda während des Krieges exzellierte der »Generalreferent für Fragen des osteuropäischen Raums« derart, dass der Minister wieder nur notieren konnte: »Taubert großartig«. 1942 hatte er als Ministerialrat die Stufe zum Abteilungsleiter Ost mit einem Jahresetat von 35 Millionen Reichsmark erklommen und gebot nun über einen riesenhaften Apparat mit Tausenden von Mitarbeitern und Zulieferern.

Es versteht sich, dass dieser Experte, für den Bolschewismus und Judentum ein und dasselbe und in ihrer angeblichen Verschränkung das Weltübel Nr. 1 waren, die Klaviatur giftiger Hetze perfekt beherrschte. Noch Ende 1944, als andere bereits zurückhaltend wurden, hielt Taubert, der an dem Hetzstreifen »Der Ewige Jude« mitgearbeitet und es zum Beisitzer am Volksgerichtshof gebracht hatte, in einem Arbeitsbericht beispielsweise fest: »Der Bolschewismus wird vom Judentum gelenkt«, die »Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus auf Leben und Tod ist also

unvermeidlich«. Auch wenn er sich nach 1945 vom Judentum als Kern des weltrevolutionären Kommunismus nolens volens zu verabschieden hatte, konnte er seine vor 1945 entwickelten Merksätze für den VFF mit Steuergeldern unverändert unter die Leute bringen. Mathias Friedel hat diese funktionalen Parallelitäten herausgearbeitet: »Die zeitlichen Rahmenbedingungen der Antikomintern und des Volksbundes waren grundverschieden«, schreibt er. »Dennoch ist die Funktion der Feindbildkonstruktion in politischer wie innergesellschaftlicher Hinsicht ganz ähnlich geblieben. Für beide Agenturen ist eines der charakteristischen Grundmerkmale der permanente Druck auf die Rezipienten zur Generierung innerer Kohäsion, indem man ihnen drohte, sie sozusagen aus der Gemeinschaft auszustoßen. Die Konzeption der Gegneridentifizierung, indem man sowohl bei Antikomintern als auch beim VFF Andersgesinnte als national nichtzugehörig, als Verräter, als Handlanger, als Naive anging, diente letztlich zur Durchsetzung von Regierungsinteressen. War es im Falle der Antikomintern die Funktion, von dem spezifischen Problem der Rechtfertigung des nationalsozialistischen Terrors im Innern nach außen ablenken zu wollen, erfüllte das Vorgehen des VFF etwa gegen Neutralisten doch ganz ähnliche Zwecke. Indem man dem Kurs der Westbindung entgegenlaufende Strömungen als Infiltrationstrick per se, als Teil der kommunistischen Bedrohung indiskutabel machte, konnte eine sachliche bzw. politische Auseinandersetzung mit deren Vorstellungen vermieden werden.«

Der »Volksbund für Frieden und Freiheit«, der über seine acht Gründungsmitglieder hinaus aus konspirativen Gründen niemanden mehr aufnahm, gebot über ein weit gespanntes Einflussnetz. Mitte der Fünfziger beschäftigte das »freikorpsähnliche Gebilde«, das in der Bundesrepublik und in Europa eine antikommunistische Einheitsfront anstrebte, einschließlich seiner Landes-, Kreis- und Ortsbeauftragten an die 10 000 Mitarbeiter, die sich zum Teil hinter Decknamen verbargen. Der VFF verstand sich aber nicht nur als Sammlungsbewegung und verdecktes Propagandaorgan für die Regierungspolitik, er übte auch eine quasistaatliche und geheimdienstähnliche Tätigkeit aus. Das eine Mal wurde er für den Personenschutz bei Kanzler-Auftritten eingesetzt, das andere Mal überwachte er privat diesen oder jenen CDU-Abgeordneten, ein drittes Mal trat er – wie bei dem Besuch einer Delegation der DDR-

Volkskammer in Bonn im September 1952 – als Tomaten werfender Volksprotest auf; dem Innenministerium war das fünf D-Mark pro eigens dafür gekauften Studenten wert.

Tauberts nunmehr demokratisch drapierte Argumentation hatte sich gegenüber seiner großen Zeit kaum geändert, wenn man davon absieht, dass offene Judenhetze inzwischen nicht mehr gesellschaftsfein war. Die kommunistische Einkreisung von außen und innen bestehe unverändert, befand er, ebenso das unveränderte Ziel des imperialistischen Bolschewismus: die Weltrevolution. In verinnerlichter Diktion und Anlehnung an die bekannte Wortwahl Hitlers malte der VFF die Konsequenzen dieser Bedrohung aus, nämlich »das Ende der nationalen und individuellen Freiheit und die Vernichtung von Religion und Kultur auf diesem Planeten für alle Zukunft.« Sogar die allerübelsten biologistischen Muster der NS-Propaganda kamen wieder zu Ehren. Die überall wühlenden »Zersetzer« glichen »Insekten«, die man »zertreten« müsse, hieß es; SED-Funktionäre seien »Parasiten«. Auf einer VFF-Klebemarke sah man den Kommunisten als Ratte mit Hammer und Sichel auf dem Rücken: »Rattenbekämpfung ist nationale Pflicht.«

Wie vordem trugen staatliche Stellen – neuerlich darauf bedacht, nicht ohne weiteres mit dem »Volksbund« identifiziert werden zu können – die Kosten dieser Art Unterstützung der Wahlkämpfe und des Regierungshandelns der Adenauer-CDU. Bereits Ende 1950 war die VFF-Finanzierung wie die anderer privater Vorfeldorganisationen von den Amerikanern auf das Gesamtdeutsche Ministerium, das Innenministerium und das Bundeskanzleramt (bzw. das Bundespresse- und Informationsamt) übergegangen. Der 1952 nach Bonn übergesiedelte Bund hat allein in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre um die drei Millionen DM erhalten. Ansprechpartner des VVF im Gesamtdeutschen Ministerium, dem Hauptfinanzier, war der »baltendeutsche Antikommunist« Ewert von Dellingshausen.[91] Allen Eingeweihten, welche die Bemühungen um die »soziale Isolierung bzw. Disziplinierung der Gegner des Adenauer-Kurses« behördlich unterstützten, war die Karriere des Eberhard Taubert bekannt, doch die einzige Schlussfolgerung daraus bestand in der freundlichen Aufforderung an den Goebbels-Mann, umsichtig zu sein und sich mit öffentlichen Auftritten zurückzuhalten. Adenauer selbst war über das Wirken Tauberts und des »Volksbundes« informiert und fand dessen

Bestrebungen »anerkennenswert«.[92] Da es dem agilen 2. Vorsitzenden des VFF jedoch zunehmend schwerfiel, sich im Hintergrund zu halten, und seine Vergangenheit deswegen immer häufiger zu einem öffentlichen Thema wurde, war er schließlich nicht mehr zu halten.

War der Intimus des Reichspropagandaministers für das CIC ein eindeutiger Fall, für die Organisation Gehlen bald ebenfalls ein offenes Buch, so wusste man lange nicht recht, wie man diesen Fritz Cramer einordnen sollte. Noch ehe »Lohengrin« seine vertiefte Recherche dazu aufnahm, hatte der Leiter der Generalvertretung G, Oberst i. G. a. D. Hans Lutz (»Roth«), bei der Cramer angebunden war, Gehlen bereits ausführlich über eine Personalanfrage des persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, Hans Kilb, berichtet, den er aus Vorkriegszeiten kannte. »Fragen über persönliche Zuverlässigkeit, häusliche Verhältnisse wurden eindeutig positiv und in prowestlichem Sinne beantwortet«, schrieb er: »Fragen über das Vorhandensein etwaiger Bindungen nach dem Osten wurden mit Bestimmtheit verneinend beantwortet. Fragen über etwaige weitere Ambitionen des V-12670 wurden dahingehend beantwortet, dass die gegenwärtige Stellung des V-12670 als für diesen wie nach Maß gearbeitet erscheine und außer vielleicht dem Wunsche nach einer späteren Verwendung als selbständiger Konsul im Auslande keine weitergehenden Ambitionen vermutet würden.«

Kilb, dessen Familie mit den Cramers freundschaftlich verkehre, sei dann aber etwas deutlicher geworden. »Die nach Auffassung des Leiters G entscheidende Frage lautete«, so Lutz, »ob man sich seitens der Bundesregierung auf V-12670 für Propaganda- und Versammlungsschutz-Aufgaben verlassen könne, d. h. ob V-12670 eindeutig auf der Linie der CSU [CDU] stehe.« Hans Lutz, der Bonner Anfragen dieser Art gewohnt war, hielt sich bedeckt. Er habe mit Cramer nie über die Programme der Parteien gesprochen, betonte er und stellte klar, »dass er zu einer offiziellen Auskunft nicht ermächtigt sei«, Fragen aus der Zeit seiner eigenen Bekanntschaft mit Cramer aber doch beantworten wolle. »Eine offizielle Stellungnahme stehe nach seiner Auffassung ausschließlich dem General G[ehlen] zu, der diese wohl in einigen Tagen dem Ministerialdirektor Globke unmittelbar zukommen lassen werde.« Seiner Auffassung nach habe der VFF-Vorsitzende sich »ohne Zweifel eine Stellung geschaffen, die nun zu der Frage führt, wie weit man in Zukunft tatsächlich mit ihm

rechnen kann; ist sehr gut über Bonner Interna unterrichtet«. Abschließend sortierte Lutz auch gleich noch Adenauers Persönlichen Referenten Kilb ein, der »äußerst gewandt und sehr modulationsfähig in Richtung auf den Partner« sei.[93]

In diesem Herbst 1952 strebte die innenpolitische Auseinandersetzung um die Wehr- und Deutschlandverträge ihrem Höhepunkt zu. Jeder Informant, der auf dem Gebiet der offenen oder verdeckten Regierungspropaganda gegen Neutrale, Skeptiker, »Rückversicherer«, »Handlager« und »Defätisten« bewandert war, konnte jetzt gebraucht werden. Solcher Fachkräftebedarf hätte Eberhard Taubert beinahe zum Sprung in das Palais Schaumburg verholfen. Kurz nach der Recherche zu Cramer bat Kilb nämlich Lutz um seine Einschätzung von Taubert. Offenbar bestehe die Absicht, Goebbels' ehemaligen Abteilungsleiter, »wahrscheinlich aufgrund seiner propagandistischen Vorbildung«, in das Bundeskanzleramt zu übernehmen, hielt man in Pullach fest: »Cramer, der mit Kilb befreundet ist, äußerte, dass es sich um eine Anfrage des Bundeskanzlers handle, wobei Kilb durchaus klar sei, dass bei der Beurteilung des Dr. Taubert die Organisation mitwirken würde.« Auch hier solle das Prüfergebnis des Dienstes nach Auffassung des Leiters der GV G Globke direkt zugeleitet werden. Damit werde auch der Gefahr begegnet, dass Cramer sich »in die Rolle eines Verbindungsmannes zwischen Organisation und Regierung hineindränge«.[94] Man weiß nicht, wie sich Gehlen, der diese Dinge in Bonn thematisierte, zu Taubert geäußert hat, der Karriereschritt ins Kanzleramt blieb dem Goebbels-Mitarbeiter jedenfalls verwehrt.

Als »Lohengrin« seine Aufklärungsmission im Auftrag des CIC begann, wurde ihm rasch klar, dass Hans Lutz der Verbindungsmann des Generalsekretärs des VFF zur Pullacher Spitze war. Man kannte sich. Die Sekretärin von Lutz hatte in Lissaboner Tagen für den Abwehr-Mann Cramer gearbeitet. Sie duzten sich, er nannte sie seine »große Schwester«.[95] Schmitz brachte über seine Unterquelle Rudolf Ruppert von der CDU außerdem in Erfahrung, dass der Vorsitzende des »Volksbundes« inzwischen »offiziell nach außen« aus der Organisation Gehlen ausgeschieden sei und eine Wiederbeschäftigung im Auswärtigen Dienst anstrebe.[96] Immer wieder wurden auch die Kontakte Heinz Felfes zum »Volksbund« erwähnt.[97] Der im Herbst 1961 verhaftete KGB-Agent

figuriert in einem Bericht sogar als einer von Cramers Vertrauensleuten im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen. Der VFF-Vorsitzende »unterhält eine Art Meldekopf in der Bundeshauptstadt«, schrieb Schmitz an Albrecht. »Seine Aufgabe ist, in allen Bundesministerien und Bundesämtern Vertrauensleute zu halten und von Fall zu Fall neue zu werben. Dies geschieht sowohl mit Geld als auf gesellschaftlicher Basis.« Der in Bad Godesberg wohnhafte Fritz Cramer selbst widme sich in erster Linie »Spitzenverbindungen«. Das funktioniere auch deswegen recht gut, weil er es verstanden habe, sich Kilb, den Persönlichen Referenten des Kanzlers, »verbindlich zu machen«. Sehr viel Sympathie für den »Volksbund« klang allerdings nicht aus »Lohengrins« Worten, wenn er schrieb, »als im Sommer 1952 der Bundeskanzler zur Erholung auf dem Bürgenstock weilte, folgte ihm Cramer mit einer Schar von Parasiten, deren Sprecher er war […] Cramer erschien damals in Begleitung des Godesberger Oberbürgermeisters und eines Fabrikanten [Jakob] Kindt-Kiefer aus Andernach.« Es folgten einige abfällige Bemerkungen über den Bimsstein-Tycoon Kindt-Kiefer, dem Adenauer aus der Gründerzeit der CDU einiges verdankte und der von ihm bei dem einen oder anderen »Hintertreppenmanöver«[98] herangezogen wurde.[99]

Mitte 1954 war Heinrich Schmitz dann in der Lage, seinen amerikanischen Auftraggebern, seinem Freund Ludwig Albert und damit auch Gehlen ein breiteres Bild des »Volksbundes für Frieden und Freiheit« zu zeichnen. Dabei ging es zum einen um die Finanzierung des VFF, zum anderen um dessen Verhältnis zur Opposition. Hauptquelle war neuerlich Dr. Ruppert von der CDU. Die merkwürdige Zurückhaltung der SPD gegenüber dem Bund und namentlich gegenüber »Promi-Taubert«, dessen skandalöse Vergangenheit der *Spiegel* längst thematisiert hatte (»Goebbels' ehemaliger Antikomintern-Spezialist«[100]), sei, so Schmitz, anfangs der großen »Beweglichkeit« Tauberts zugeschrieben worden, »der bei jeder sich bietenden Gelegenheit sich der Opposition, selbst im Parteihaus in der Friedrich-Ebert-Allee, ›dienstbeflissen‹ zeigte«. Wahrscheinlich lägen die Gründe dafür aber tiefer. Herbert Wehner und Taubert seien sich nach 1945 nämlich in Hamburg über den Weg gelaufen, wo dieser »unter 7 Namen und 7 Lebensmittelkarten« gewohnt und sich mit Schwarzhandel bzw. »Schriftstellerei« über Wasser gehalten habe. Es sei niemand anderes als der zur Sozialdemokratie konvertierte frühere KPD-Funktionär gewesen,

der Taubert zur Gründung des antikommunistischen Bundes bewogen habe; Ruppert würde Wehner ohne den kleinsten Beleg sogar als den »wahren Vater des VFF« bezeichnen. Das war ziemlich sicher frei erfunden, denn der SPD-Abgeordnete hatte den VFF bald nach seiner Gründung im Deutschen Bundestag zu jenen zwielichtigen Organisationen gerechnet, welche die Demokratie zersetzten, indem sie deren legitime Organe und Organisationen diskreditierten.[101]

Um einiges substanzieller waren »Lohengrins« Ermittlungen zur Finanzierung des Bundes. Sie werde von vier hauptsächlichen Wohltätern bestritten, legte er dem CIC für das Jahr 1953 dar: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – 600 000 DM; die Amerikanische Hohe Kommission – 500 000 DM; die Industrie – 200 000 DM, die Abteilung VI des Bundesministeriums des Innern – 42 000 DM. Für »Großaktionen« bewillige Dellingshausen (im BMG für »antikommunistische Abwehrarbeit« zuständig sowie »einer der wichtigsten Verbindungsmänner zu den westdeutschen Sicherheitsorganen«[102] und zum VFF) immer wieder hohe Beträge außer der Reihe. Taubert beziehe ein monatliches Gehalt in Höhe von 1300 DM brutto plus einer Aufwandsentschädigung von 500 DM, Cramer 1200 DM zuzüglich 75 DM. Es folgten detaillierte Hinweise über die Kontakte zum Gesamtdeutschen Ministerium und die Entstehung der VFF-Veröffentlichungen; wahrscheinlich ließen die leitenden Herren, hieß es, »beträchtliche Beträge zur persönlichen Bereicherung« in die eigenen Taschen fließen.[103]

Da der »Volksbund für Frieden und Freiheit« nach außen hin wie eine unabhängige Bürgerinitiative auftrat und sich in ein Bettelgewand hüllte, waren das interessante Hinweise. In der tausendfach verbreiteten Broschüre »Wie finanziert sich der Volksbund?« machte die mit Steuergeldern gefütterte Agitationsinstanz dem Leser beispielsweise weis: »Hunderte von Millionen werden von den Kommunisten jährlich für die Unterwanderung und Zersetzung der Bundesrepublik aufgewandt. Der VFF ist bei der Durchsetzung seiner Aufgaben, die dem ersten Lebensinteresse des Mitbürgers dienen, auf die Hilfe der Mitbürger angewiesen.« Solche Scheinselbständigkeit war bei Tauberts »Antikomintern« – man erinnert sich – schon Goebbels als pfiffiges Mittel der Wahl erschienen, um eine Volkssolidarität mit dem Regierungskurs vorzutäuschen.

In der Folgezeit fahndete Heinrich Schmitz mit Vorliebe nach dunklen Punkten in Cramers Vergangenheit als Adlon-Chef, als Offizier der Abwehr, in seinen Beziehungen zu Otto John, zu dem Publizisten Sefton Delmer und den Briten,[104] doch gelangte er zu keinem durchschlagenden Erfolg. Kritisch wie er Cramer und dessen nachrichtendienstliche Eskapaden sah, regte »Lohengrin« im Sommer 1954 beim CIC immerhin an, »die laufenden US-Zuwendungen an den VFF sofort zu stoppen«. Seiner Ansicht nach könnten mit einem Viertel der bisherigen Gelder »in anderer Regie bei völlig klarer Rechnungslegung wirkliche Erfolge erzielt werden«.[105] Ohne zu wissen, dass er mit einem V-Mann des Gehlen-Dienstes sprach, äußerte sich Schmitz einmal sehr ungünstig über den Spitzenfunktionär des VFF. In seiner amerikanischen Dienststelle »werde Cramer nur noch ›Geschäfte-Cramer‹ genannt«, verriet er. Seinerseits erfuhr er, die Arbeitgeberverbände planten bereits eine Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Bund: »Man habe von mehreren Seiten Unvorteilhaftes über die leitenden Männer des ›Volksbundes‹, Cramer und Dr. Taubert, gehört«. Alfred Gielen sei »seinen Amerikanern« ebenfalls ein Dorn im Auge, fügte »Lohengrin« noch an, da dieser als Mitarbeiter der Org wie des VFF eng mit Heinz Felfe und anderen teilweise recht prominenten früheren Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes verbunden sei.[106]

Fritz Cramer spürte, wie im Bonner Unterholz der Druck gegen ihn zunahm. Sogar der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Innenministerium, Egidi, hielt ihm inzwischen ähnliche Berichte mit Anschuldigungen gegen ihn unter die Nase. Sie bezogen sich überwiegend auf seine Vergangenheit und seine Kontakte zu so verdächtigen Briten und Briten-Freunden wie dem Publizisten Sefton Delmer und dem eben in Ost-Berlin aufgetauchten Otto John. In einem Gespräch mit dem Leiter der GV G erklärte der irritierte Cramer, er wisse auch nicht, wer gegen ihn schieße und weshalb; vielleicht stecke die Industrie dahinter, die etwas gegen die von ihm geplante »Aufstellung von Betriebsgruppen der VFF« habe.[107] In einer Stellungnahme für die Organisation Gehlen in eigener Sache verwies Cramer dann darauf, Sefton Delmer vor dem Krieg in Berlin allenfalls flüchtig, John jedoch nie persönlich begegnet zu sein. Erst nach 1945 sei er drei oder vier Mal dienstlich mit ihm zusammengetroffen; er sei es auch nicht gewesen, welcher die Vorzimmerdame von Canaris an den

desertierten BfV-Präsidenten vermittelt habe; allerdings sei er tatsächlich nicht 1933, sondern bereits im Jahr davor in die NSDAP eingetreten; im Übrigen werde der *Spiegel* seine Falschbehauptung über ihn berichtigen.[108] Jeder, der in dem Bonner Sumpf verdeckter Nachreden, Nachforschungen und Nachstellungen steckte, hatte damals zäh zu kämpfen, um sich zu behaupten. Eine Rückendeckung durch die Gehlen-Organisation, besser noch durch das CIC oder die CIA, konnte gegen die Verdachtschöpfer in der Bundeshauptstadt hilfreich sein, vorausgesetzt, die Dienste waren nicht selbst Quelle des Zwielichts.

»Lohengrin« machte dem CIC sogleich klar, dass Cramers Einlassungen falsch, seine Stellungnahmen im *Spiegel* »dumm« gewesen seien. Als Vorsitzender des VFF werde er sich kaum halten können. »Die CDU-Fraktion lässt hier nicht locker«.[109] Wie Cramer sich auch publizistisch und juristisch wehren mochte, der Verdacht, eine zu große Nähe zu dem, wie viele sagten, doppelten Vaterlandsverräter Otto John gehabt zu haben, klebte wie Pech an ihm, ein Rechtsstreit mit den Jungen Demokraten kam hinzu. Schmitz berichtete nicht nur darüber, er beteiligte sich auch selbst daran, immer neue bunte Kronzeugen ausfindig zu machen; so etwa die Tochter eines früheren Adlon-Kellners, die Cramer angeblich als Agentin nach Portugal geholt hatte, der er die Ehe versprochen, sie nach seiner Vermählung mit einer anderen aber in eine Irrenanstalt abgeschoben habe; eine Ärztin aus seiner früheren Lissaboner Dienststelle; außerdem noch einen Korvettenkapitän, mit dem Cramer sich die Wohnung in Portugal geteilt hatte. Als Zeugen für die zunächst bestrittene NSDAP-Mitgliedschaft präsentierte der CIC-Agent gleich sechs Namen.[110] Die Unkultur der Denunziation und üblen Nachrede, die im Geheimen besonders gut gedeiht und in den NS-Jahren eine Blütezeit erlebt hatte, wirkte bei den Informanten und Zwischenträgern nach 1945 wie eine zweite Natur weiter – ob sie nun für amerikanische Dienste oder für den frühen BND arbeiteten.

Jedoch, Fritz Cramer überlebte als Vorsitzender des »Volksbundes«. Das lag daran, dass sich ihm nicht genügend Abträgliches anhängen ließ, vor allem aber daran, dass er sich neben dem 2. Vorsitzenden Taubert wie eine Lichtgestalt ausnahm. Um ihn hatte sich »Lohengrin«, wie gesagt, wenig gekümmert, weil dessen üble Vergangenheit über alle Zweifel erhaben war, schlicht nicht schön oder schlecht geredet werden konnte. Einem

Gesprächspartner habe »Promi-Taubert« um die Jahreswende 1954/55 versichert, »der VFF gehöre zur treuesten Gefolgschaft des Bundeskanzlers«, so Schmitz. Dass man seine Freunde und ihn selbst als »Rückversicherer« verleumde, liege daran, dass »sie ›2 Linien‹ im Kaiser-Ministerium Rechnung tragen müssten, Herrn Thedieck und dem Minister. Eine gewisse Verbindung zur Opposition – u. a. [Fritz] Heine – müsse gehalten werden, um dem Minister zu gefallen.« Leider habe auch solche Beweglichkeit nichts geholfen, da Jakob Kaiser sich weigere, die Herren des »Volksbundes« zu empfangen, »so sehr sich Herr von Dellingshausen darum bemühte«.[111] Zu diesem Zeitpunkt waren Tauberts Felle allerdings bereits endgültig fortgeschwommen.

Der Druck auf den VFF und seinen schwer belasteten 2. Vorsitzenden ging nicht allein auf die DDR-Propaganda (»Faschistenorganisation«) und eine kritischer werdende westdeutsche Öffentlichkeit zurück, sondern er kam jetzt, gefährlicher noch, aus eben der Politik und der Ministerialbürokratie, die ihn seit Jahren alimentierte. Es war der Unterabteilungsleiter Walter Bargatzky im Bundesinnenministerium – er hatte während des Krieges dem militärischen Widerstand in Paris nahegestanden –, der Ende 1954 intern mahnte: »Ich halte es für sehr gefährlich, einer Vereinigung Geld zuzuwenden, die völlig von früheren Nationalsozialisten beherrscht wird, auch wenn diese in der Bekämpfung des Kommunismus über eine gewisse Sachkenntnis verfügen mögen. Es bahnt sich hier eine Entwicklung an, die in der Öffentlichkeit eines Tages mit Recht Empörung auslösen kann.« Kurz darauf erklärte er seinem Abteilungsleiter Egidi knapp und klar, es sei untragbar, dass sich das Innenministerium »mit früher einflussreichen Nationalsozialisten amtlich einlasse«, obwohl es in der Bundesrepublik genügend Personen gebe, die »nach ihrer Vergangenheit eine echte Legitimation haben, im Rahmen der Demokratie zu sprechen«.[112]

Die Existenz des VFF war nun unmittelbar bedroht, auch wenn das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen erklärten, man werde an der Organisation und Arbeitsweise des erfolgreich tätigen »Volksbundes« nichts ändern. Doch dann wurde der öffentliche Druck zu groß, nachdem Staatssekretär Thedieck im Umgang mit dem Herausgeber der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* einfach zu frech und primitiv agiert hatte. Als danach die gesamte Presse in

den Fall einstieg, wurde sogar der Bundeskanzler über die »Affäre Taubert« auf dem Laufenden gehalten. Sie nahm ihren absehbaren Lauf, als Herbert Wehner öffentlich damit drohte, dem VFF die Mittel zu entziehen, und der »Volksbund« sich nun ebenfalls öffentlich von seinem 2. Vorsitzenden distanzierte. Das war das Aus für »Promi-Taubert«. Nach seinem Rauswurf arbeitete er für Regierungen und Nachrichtendienste im Nahen Osten, zu Zeiten der Regierung Kohl/Genscher – kaum zu glauben – als Berater für »Psychologische Kampfführung« bei der Bundeswehr. Fritz Cramer blieb unbehelligt und amtierte weiter. Mit der neuen Ostpolitik und der sozialliberalen Koalition kam 1969/70 dann aber doch das Ende des »Volksbundes für Frieden und Freiheit«.

Im Sommer 1955, nach dem Auffliegen der »Operation Campus«, gab sich Hauptinformant Heinrich Schmitz alle Mühe, Nachfragen des Gehlen-Dienstes erschöpfend zu beantworten und seine Berichterstattung über den VFF in ein günstiges Licht zu rücken. Er habe seine Informationen in starkem Maße vom geschäftsführenden Vorsitzenden des »Internationalen Comités zur Verteidigung der christlichen Kultur« (IC), Major a. D. Georg Jäschke, bezogen, der einen guten Draht ins Innenministerium habe. Es sei ihm ebenfalls spanisch vorgekommen, dass »die Person des Herrn Cramer im Laufe der Zeit – Hotel Adlon in Berlin, Erich-Koch-Stiftung Königsberg, Abwehr, Verbindung mit John, Tätigkeit in Hamburg usw. – so viele Wandlungen erfahren« habe. Eberhard Taubert habe ihn nicht wegen seiner früheren Tätigkeit im Propagandaministerium interessiert, »sondern wegen seiner Beziehung zu dem SPD-Bundestagsabgeordneten Wehner«.[113] Im Übrigen habe er den prominenten IC-Mann Jäschke, den Cramer aus dem »Volksbund« herausgeekelt habe, seinerseits nach Kräften unterstützt: »Werbeaktionen für das Internationale Comité, die [Ab]gabe von Adressen von Vertretern der Wirtschaft an das IC, Ausarbeitung eines Entwurfes für die Sicherung des Bundeskanzlers anlässlich seines Auftretens in Berlin, Bearbeitung eines Entwurfs zu einer Kritik des Kirst-Romans 08/15 zur Veröffentlichung, Versuch über Herrn Dr. Kleeberg von der BDA Köln, eine finanzielle Unterstützung des Comités zu bewirken, und schließlich der Versuch, bei der Ford Foundation das Gleiche zu erreichen.« Dafür habe er, wie »Lohengrin« entschuldigend hinzufügte, in seinen Berichten an das CIC zugegebenermaßen ein bisschen dick auftragen müssen. Es sei nach wie vor fraglich, meinte Schmitz, »ob der VFF, sozusagen als Organ des

positiven Verfassungsschutzes, in der gleichen uneingeschränkten Form für die Regierungspolitik eintritt wie das IC.«

Noch ehe Heinrich Schmitz seine Dienste für das CIC und Ludwig Albert einstellen musste, hatte er darüber berichtet, wie aktiv sich das »Internationale Comité« für die Bundesregierung und den Bundeskanzler persönlich einsetze. Im Vorfeld einer Veranstaltung Adenauers im Berliner Sportpalast Ende 1954 war neben der Polizei das als »zuverlässig« bekannte Komitee vom Bundesministerium des Innern mit einigen wichtigen Aufgaben betraut worden und habe 4000 DM zur Verfügung gestellt bekommen. Das IC habe dafür folgende Maßnahmen ergriffen: »a. Schachbrettartige Besetzung des Sportpalastes mit eigenen Leuten, b. Einsatz der einzelnen Gruppen unter einem jeweils bekannten Führer«, c. Sicherung der Rednertribüne »durch 300 ausgesuchte Oberschüler, d. Die Übertragungsleitungen werden ebenso wie die Lichtquellen ohne Rücksicht auf polizeiliche Sicherung in Zusammenarbeit mit der Polizei abgeschirmt, e. Zur Ausführung stehen vorerst 1000 Mann aus KAB (Kolping), CVJM, BVN, KG der Freien Universität Berlin und der Schulen zur Verfügung«. Der VFF mit dem kompromittierten Taubert, auf diese Bevorzugung eifersüchtig, sei nicht zum Zuge gekommen, da er »für Maßnahmen, wie sie das IC übernommen hat, nicht mehr für geeignet« gehalten wurde.[114]

Es bestanden einige – auch von »Lohengrin« und dem CIC besorgt beobachtete – Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zwischen der Organisation Gehlen und dem »Volksbund für Frieden und Freiheit«, dessen Personalbestand größer war als beim Pullacher Dienst. Bei beiden gaben frühere Funktionseliten des NS-Staats den Ton an. Beide verstanden sich als treue Stützen der deutschlandpolitischen Linie des Bundeskanzlers und erfreuten sich des finanziellen und politischen Wohlwollens in Bonn. Beide standen in der ideologischen Tradition eines autoritär-antiliberalen Antikommunismus. Beide bedienten sich der bereits vor 1945 erprobten verdeckten Techniken einer Simulation des angeblichen Volkswillens. Und sogar gegenüber Mitarbeitern, die selbst bei großzügiger Betrachtung ausweislich ihrer Rolle im NS-Staat als stark kompromittiert zu gelten hatten, herrschte eine schwer zu erschütternde kameradschaftliche Zurückhaltung – solange diese zurückhaltend agierten und nicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zogen.

In dieser Praxis und Geistesverwandtschaft bestärkten sich der amerikanisch-deutsche Zwitter in Pullach und die zahlreichen halbprivat-quasistaatlichen, pseudo-überparteilichen Vereinigungen im konservativen bis rechtsautoritären Milieu der frühen Bundesrepublik gegenseitig. Der Einfluss Gehlens ist nicht zu unterschätzen, da die Führungsgremien der Bünde und Verbände von der Art des VFF recht breit mit inoffiziellen Mitarbeitern des »Dr. Schneider« durchwirkt waren. Man wird Pullach nicht die Rolle einer Steuerungsinstanz im Spektrum rechts der Mitte zuschreiben wollen, aber eben doch eine zwischen Abgleich und Koordinierung schwankende Rolle. Diese Art Einflussnahme wird meist nur dann fassbar, wenn sie in einzelnen Aktivitäten wie den hier geschilderten zutage tritt. Welches historische Gewicht diese, freundlich gesprochen, demokratieskeptische Geistesverwandtschaft und personelle Verflechtung, um nicht zu sagen: Verfilzungen, erlangt hätten, wenn die Bundesrepublik nicht schon wenige Jahre nach ihrer Gründung den Weg ins Freie gefunden hätte und von ähnlichen Verwerfungen wie nach 1918 verschont geblieben wäre, bleibt offen. Einer der bedeutsamsten Unterschiede zur ersten deutschen Nachkriegsepoche im 20. Jahrhundert bestand 1945 darin, dass die Besatzungsmächte ganz gewiss kompromisslos eingeschritten wären, wenn rückwärtsgewandte Bestrebungen in Westdeutschland demokratiegefährdende Kraft gewonnen hätten. Deren Früherkennung gehörte explizit zu den Zielsetzungen der CIC-Operation »Campus«.

Das Bundesministerium des Innern nach dem John-Skandal

Da die Zuständigkeit für die öffentliche Sicherheit bei der Abteilung VI des Bundesministeriums des Innern lag, erregte sie die besondere Aufmerksamkeit des Counter Intelligence Corps und ihrer Agenten Schmitz und Schweizer. Schon Mitte 1953 hatte »Lohengrin« im Zuge der Tour d'Horizon mit seinem Führungsoffizier Thomas Dale[115] einiges über diese Oberste Bundesbehörde und das nachgeordnete Bundesamt für Verfassungsschutz mitteilen können. Den Zugang zu dem im BMI für den Verfassungsschutz zuständigen Referenten Karl Sauer habe ihm der bekannte CDU-Mann Arthur Ruppert eröffnet, verriet er. Nach dem aufsehenerregenden Übertritt von Otto John nach Ost-Berlin konzentrierten sich die Ermittlungen von Heinrich Schmitz darauf, welche Auswirkung dieses Desaster auf die Verantwortlichen hatte, allen voran Staatssekretär Ritter von Lex und Abteilungsleiter Egidi, und welche Konsequenzen Innenminister Gerhard Schröder wohl daraus ziehen würde. Ein mögliches Revirement drohte auch die Organisation Gehlen zu tangieren, die mit dem Verfassungsschutz im Dauerkonflikt lag und jetzt im Hinblick auf ihr Ziel, beide Geheimdienste miteinander zu verschmelzen, noch einmal Morgenluft witterte.[116] Die laufende Unterrichtung durch Alfred Bentzinger, der sich auf Albert und Schmitz stützte, eröffnete dem »Doktor« tiefe Einblicke in ein innenpolitisches Feld besonderen Interesses.

Dr. Karl Sauer, Mitglied der katholischen Studentenschaft und aus gemeinsamer Zeit im Preußischen Ministerium des Innern gut mit Staatssekretär Globke bekannt, gewann in den Lohengrin-Berichten eine Statur, die sich in der John-Affäre von den Machenschaften Globkes, Ritter von Lex' und des Abteilungsleiters Egidi deutlich abhob: Sauer hatte der Berufung von Otto John seinerzeit nämlich seine Zustimmung verweigert, und Heinrich Schmitz scheint seine Aufklärungsbemühungen auch als eine Art persönliches Sponsoring dieses mittlerweile aus dem BMI versetzten Beamten[117] verstanden zu haben. Schon kurz nach dem Verschwinden des Verfassungsschutzpräsidenten lag in Pullach ein ausführlicher Bericht Bentzingers über die Verwerfungen im BMI vor. Er informierte darüber, dass der bisherige Unterabteilungsleiter für Fragen des Verfassungsschutzes in der Egidi-Abteilung, Ewald Mosheim, inzwischen durch Walter

Bargatzky ersetzt worden sei. »Mosheim wurde mit Recht abgelöst wegen grober Pflichtverletzung«, hieß es. »Nach Ansicht der anständigen Berufsbeamten« hätte Mosheim wegen Vernachlässigung seiner Dienstpflichten sogar bestraft werden müssen. »In Ausübung dieser Dienstaufsicht kam Mosheim jeden Mittwoch nach Köln ins BfV. Dabei hat Mosheim mit John nur ›gesoffen‹ und sich dabei von John noch ziemlich regelmäßig einladen lassen.« Der Mann sei nur deshalb ungeschoren geblieben, weil die »Bundesregierung mit ihrer Personalpolitik in letzter Zeit am laufenden Band Pannen erlebt« habe. Solche »Deckungsmethoden« brächten klarsichtige Beamte zusehends auf die Palme. Nun denke man an eine Berufung Bargatzkys, »um der Opposition zunächst den Mund zu stopfen«.

Ministerialrat Sauer, inzwischen beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin gelandet, habe seinerzeit die Abzeichnung der Bestallungsurkunde verweigert, weil er von der Unzuverlässigkeit Johns überzeugt gewesen sei. Da er weiterhin Ermittlungen gegen den Präsidenten anstellen ließ, seien beide schließlich zu Staatssekretär Ritter von Lex bestellt worden, wo sich kurz vor Weihnachten 1951 dann Turbulentes abgespielt habe. Sauer (der in dieser Sache offenbar sein Informant war) habe John nämlich auf den Kopf zugesagt: »›Sie sind ein Lump, und wenn Ihnen der Ausdruck nicht gefällt, bitte ich Sie gegen mich ein Verfahren einzuleiten.‹ John unternahm nichts, Lex auch nichts.« Doch schon Tage später sei der unbequeme Beamte von Innenminister Lehr als Vertreter des BMI an das Bundesverwaltungsgericht versetzt worden. Der neue Innenminister Gerhard Schröder habe es sich dann nicht nehmen lassen, Sauer nur eine Woche nach der Flucht Johns zu einer vertraulichen Besprechung nach Bonn einzuladen, bei der auch Egidi zugegen gewesen sei. In deren Verlauf habe Schröder dem versetzten Ministerialrat wahlweise das Amt der BfV-Präsidenten oder die Leitung der Abteilung I seines Hauses angeboten. Sauer habe sich Bedenkzeit ausgebeten; er werde sicherlich besondere Vollmachten verlangen, sich »von den Bonner Stellen nicht den Mund verschließen lassen«. Der Umworbene, unterstrich Schmitz als persönliche Empfehlung, sei »ein Mann, der im BfV oder sonst in einem Amt Ordnung machen würde; man sollte ihn auch von amerikanischer Seite fördern«. Inzwischen wurde der seinerzeitige Widerspruch Sauers gegen John zur Beunruhigung des Innenstaatssekretärs in der Presse ruchbar. »Gewiss«, so endete Schmitz’

erster großer Bericht in der delikaten Angelegenheit, »das schlechte Gewissen des Lex regt sich. Dass man ihn jetzt bei seinen Untersuchungen in ›eigener Sache‹ nicht selbst maßregelt, lässt erkennen, wie notwendig ein Reinigungsprozess in der Bundesregierung und in ihrer Ministerialbürokratie ist.«[118]

Kurz darauf wusste »Lohengrin« zu berichten, dass sich in der CDU-Fraktion Unmut über Lex und Egidi breitmache, weil sie die Warnungen Sauers nicht nur nicht beachtet, sondern diesem mit seiner Versetzung nach Berlin auch noch Schwierigkeiten bereitet hätten. Außerdem würden sie versuchen, sich nun mit verwaschenen Angaben aus der Affäre zu ziehen: »Man ist entschlossen, zumindest Egidi fallen zu lassen.«[119] Die John-Pleite begann im BMI gefährliche Wellen zu schlagen. Nun schien es mit Ritter von Lex sogar einem alten Verbündeten Gehlens an den Kragen zu gehen, wie Schmitz herausfand. Es hatte nämlich eine weitere Besprechung des Ministers mit Sauer stattgefunden, nach der es so aussah, als werde Egidi sich halten können, doch »durch Zutun von Schröder wird der Staatssekretär von Lex seinen Posten verlassen müssen, weil er in der Sache John am meisten Unheil angerichtet hätte. Lex klebt allerdings an seinem Posten, außerdem hat er starke Verbindungen, die er einschalten kann. Schröder will dem Lex das Abschieben dadurch schmackhaft machen, dass ihm in Bayern ein Ministerposten, wahrscheinlich nach den Wahlen, angeboten werden soll. Sauer wäre mit seiner Berufung einverstanden, wenn Lex geht.« Der Kandidat habe bereits bekundet, er werde im Bundesamt »gründlich aufräumen«.[120] Es gab Weniges, was Gehlen in diesen Tagen mehr interessierte als dieses Tauziehen um den Verfassungsschutz und den Innenstaatssekretär.

Karl Sauer pokerte hoch, trat sehr selbstbewusst auf und brachte den Bundesinnenminister mit seiner Forderung in Verlegenheit, Lex und Egidi in die Wüste zu schicken. »Er denke nicht daran, nur um in Bonn eine wichtige Position zu beziehen, dem Fortgang der alten Schlamperei auf dem Sicherheitsgebiet zuzusehen«, berichtete Schmitz von seinem Favoriten. Er sei gegenüber Schröder sogar noch weiter gegangen, als er gesagt habe, er sehe »nur noch einen Weg zur zufriedenstellenden Klärung der Lage: eine amerikanische oder britische Persönlichkeit müsse Gelegenheit finden, dem Bundeskanzler gegenüber dieses Thema in geeigneter Form zu berühren. Wenn bei einer solchen Gelegenheit der Name des Dr. Sauer berührt werde,

sei es so gut wie sicher, dass sich der Bundeskanzler für eine Regelung der Dinge im Sinne der gemachten Vorschläge einsetzen werde. Nur der Autorität des Kanzlers sei es möglich, hier ohne Rücksicht auf die notorischen Versager im BMI (von Lex und Egidi) eine klare Situation zu schaffen. Es sei aber nicht zu erwarten, dass sich der Kanzler ohne Anstoß von außen zu einer Initiative in dieser Richtung entschließen werde. Dabei sei zu bedenken, dass der Bundeskanzler bei aller Selbständigkeit für amerikanische oder britische Anregungen, auch hinsichtlich der Linie im Innern, besonders zugänglich sei.«[121]

Das war ziemlich weit gegriffen. Minister Schröder, erfuhren CIC und Org, halte bei seiner Fahndung nach einem neuen BfV-Präsidenten und dem Versuch, den Sicherheitsbereich in seinem Hause neu zu ordnen, Dr. Sauer zwar nach wie vor für den geeignetsten Kandidaten, »Lex und Egidi bereiten aber dem Schröder größte Schwierigkeiten bei seinem Vorhaben, Sauer zu berufen«. Beide müssten ja gehen, damit Sauer komme, doch dafür sei der Minister politisch »nicht stark genug. Schröder sucht deshalb zur Zeit nach amerikanischem Rückenwind, d. h. er sucht Hilfe bei amerikanischen Stellen, die Sauer auch für den geeignetsten Mann für das BfV halten«; womöglich würden diese sich direkt an den Bundeskanzler wenden.[122] Wieder einen Monat später stand fest, dass es erst einmal Egidi treffen würde, der unauffällig in den nahen Ruhestand wechseln sollte. Nachfolger werde Sauer, der in einer Ausnahmeregelung nicht Ritter von Lex unterstellt werde. »Diese Entscheidung des Bundesinnenministers im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler ist außer den unmittelbar Beteiligten niemandem bekannt.« Damit werde in der Abteilung VI und dem BfV »sehr empfindsam ein neuer Wind wehen. Sauer ist ein tüchtiger und in jeder Hinsicht sauberer Berufsbeamter.« Sein im Preußischen Innenministerium als Leiter der Polizeiabteilung und dann im Reichverkehrsministerium tätiger Freund Erich Klausener, ein herausragender Vertreter des politischen Katholizismus, war auf Befehl Heydrichs im Zuge des »Röhm-Putsches« 1934 von den Nationalsozialisten ermordet worden: »Dieses Geschehen und eigene Erlebnisse in der NS-Zeit bestimmen seine Einstellung gegen die Kreise von damals«, er bekämpfe »die Garnituren, zu denen John gehört«, jedoch ebenso konsequent.[123]

Es ist klar, dass weder Ritter von Lex noch Globke Gefallen an dieser Entwicklung fanden. Sauer war nämlich noch in anderer Weise unbequem,

wie »Lohengrin« berichtete. Der Kandidat für die Position des Ministerialdirektors bezeichne nämlich zum Groll des Innenstaatssekretärs, der sich hier besonders ins Zeug gelegt hatte, den Antrag, die KPD als verfassungswidrig zu erklären, »als einen der markantesten Fehler der Bundesregierung. Es sei ein großer Unterschied, ob man eine SRP oder eine KPD verbiete. Die KPD ersehne den Zustand des Verbotes und wisse diesen unter genialer Anleitung zu nutzen. Wegen dieser deutlichen Sprache ist jetzt nochmals versucht worden, das Kommen des Sauer zu verhindern. Auch Ritter von Lex soll hier am Werke gewesen sein. Aber Sauer ist bereits so stark, dass ihm die Intrigen der Ministerialbürokratie nichts mehr anhaben können.«[124] Doch hier irrte »Lohengrin«, der das Gras im Innenministerium wachsen hörte und die Halme einzeln zählte. Gegen die Phalanx Globke-Lex war nichts auszurichten. Beide Spitzenbeamte hatten guten Grund, sich gegen die geplante Besetzung der wichtigen Abteilung zu wenden, Gehlen ebenso.

Das CIC und ihre Quelle X-899, Heinrich Schmitz, registrierten jede Wendung dieses Entscheidungsprozesses und spürten daher auch, wie die Aktien von Sauer zu fallen begannen. Egidi war gegen den anfänglichen Widerstand des Kanzlers zum Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts gewählt worden,[125] doch Ritter von Lex wurde man nicht los. »Von Lex sollte ursprünglich als Minister nach Bayern abgeschoben werden«, rekapitulierte Schmitz: »Dieser Plan fiel aber infolge der Regierungsbildung ohne die CSU ins Wasser.«[126] Außerdem habe es der Staatssekretär unter Zuhilfenahme des Bekenntnisproporzes verstanden, seinen Minister zu verunsichern: Sauer könne nicht Abteilungsleiter werden, weil er katholisch sei.[127]

Zu Jahresbeginn 1955 fasste Ludwig Albert für Pullach einen Bericht von Schmitz[128] mit dem Bemerken zusammen, das Revirement im Innenministerium vollziehe sich »langsam, so unauffällig wie möglich, wie sich eben etwas vollziehen muss, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat«. Lex und Egidi gehe es vor allem darum, dass die John-Krise »ohne besonderes Aufsehen beendet wird. Beide wollen verhindern, dass durch Aufrollung der Missstände noch einmal ihr Verschulden zur Sprache kommt. Dabei nehmen sie auch in Kauf, dass sich in Zukunft im BfV nichts wesentlich verändert. Dieses Verhalten wird von Experten für schwerwiegender erachtet als das bisherige Versagen dieser Herren.« Zwei

Neuernennungen seien vor allem deswegen bemerkenswert, weil die eine Person »ein Vertrauensmann des Lex im Intrigenspiel gegen Bundesinnenminister Schröder« sei, die andere »ein Vertrauensmann Schröders in der Abschirmung gegen Lex«. Ersterer, der im Reichsinnenministerium unter Lex gedient habe, »hat nach 1945 willig über gut einstudierte Heldentaten berichtet, die Lex angeblich ›bei seinem Kampf gegen die Nazis‹ vollbracht hat«; Letzterer, bei dem der Innenminister einst als Referendar gearbeitet habe, »war nachsichtig bei den schlechten juristischen Leistungen des Schröder«. Die graue Eminenz des Ministeriums, Ritter von Lex, »müsste ob der Vielzahl ihrer Intrigen bald einmal das Schicksal ereilen«. Im Übrigen habe der bisherige BfV-Vizepräsident Albert Radke seine Beförderung zum Präsidenten abgelehnt, weil ihn das in noch größere Divergenzen mit Pullach führen würde. »Radke weiß«, schließt der Bericht für Gehlen, »dass er die in ihn gesetzten Erwartungen der Organisation Gehlen nicht erfüllt hat. Was er bisher als Entschuldigung für seine Haltung vorbrachte, könnte nicht mehr stichhaltig sein, wenn er Präsident ist. Er will wirklicher Verantwortung gegenüber der Organisation Gehlen aus dem Wege gehen«. Diese Sätze, die den Eindruck bestätigen, dass Radke (»Riedinger«) keine lammfromme Sonderverbindung Pullachs war und sein wollte, sind auf dem Dokument mit Bleistiftstrichen markiert, von Dingler oder dem »Doktor« persönlich.[129] Zum Unmut Gehlens war Radkes Loyalität von Pullach nach Köln gewandert.

Für Reinhard Gehlen war es von immenser Bedeutung, über die politischen Dynamiken und personellen Konstellationen im Innenministerium stets bestens informiert und namentlich darüber orientiert zu bleiben, wie gefestigt die Stellung seines langjährigen Mentors Hans Ritter von Lex war. Davon hing nicht nur die weitere Entwicklung beim Verfassungsschutz ab, sondern auch die Stabilität der mächtigen Achse, die der Innenstaatssekretär mit dem Chef des Bundeskanzleramts bildete. Der CIC-Agent »Lohengrin« hielt Gehlen via Albert und Bentzinger beständig auf dem Laufenden und versorgte ihn noch mit den kühnsten Spekulationen und unwahrscheinlichsten Gerüchten. Ende Februar 1955 meldete er, im BMI zeichneten sich neue Fronten ab, vor dem Abschluss des Karlsruher KPD-Prozesses seien jedoch keine Veränderungen von Bedeutung zu erwarten. Wie immer das Verfahren ausgehe, Lex, »der eigentliche

Veranlasser dieser ungeschickten Affäre«, werde sich nicht halten können: »Damit hat er seine Tüchtigkeit unter Beweis stellen wollen, ein ohnehin vergebliches Bemühen.« Er werde auch ohne den Trostpreis eines Ministeriums in Bayern als Staatssekretär ausscheiden müssen. »Schröder muss gegen Lex mitziehen, anders kann er sich nicht mehr halten.« Was das BfV angehe, so gebe es das Gerücht, Kurt Kohler, Leiter der Gegenspionage der Organisation Gehlen, sei als Teil eines von dieser »geplanten, weiter ausholenden Revirements« als Präsident ins Gespräch gebracht worden, sei nach genauerem Hinsehen aber abgelehnt worden.[130]

Die Peripetie in dem von »Lohengrin« als Staatsdrama angelegten Stücks kam mit der Sitzung des John-Untersuchungsausschusses des Bundestags am 10./11. März 1955. Dazu gab er einen langen Bericht an das CIC und an Ludwig Albert. Im Mittelpunkt stand die Empörung über Hans Globke, dem es vor den Abgeordneten mit einer spitzfindigen Argumentation gelungen sei, einen Teil der Schuld an der Berufung Johns auf Karl Sauer, den Favoriten von Heinrich Schmitz, abzuwälzen. Sauer hatte, da Egidi und Lex den Vorschlag zur Berufung Johns zum BfV-Präsidenten seinerzeit bereits abgezeichnet hatten, das entsprechende Dokument zunächst ebenfalls paraphiert, seine Unterschrift anschließend jedoch demonstrativ wieder zurückgezogen. Globke hatte es in offenbar brillanter juristischer Scholastik verstanden, daraus eine Mitverantwortung Sauers an der Berufung Johns zu konstruieren bzw. dessen Trumpf zu schwächen, der einzige Gegner der John-Bestellung gewesen zu sein. Da Schmitz sehr ausführlich darüber berichtete, fiel der informatorische Beifang in seinem Bericht noch üppiger aus als gewöhnlich.

Sauer sei von dem Angriff Globkes völlig überrascht und überrannt worden, berichtete Schmitz. Er habe einfach nicht die »Härte« gezeigt, die nötig gewesen wäre, um dem Staatssekretär argumentativ die Stirn zu bieten: »Sauer hatte nicht berechnet, dass Globke schon lange Zeit auf der Lauer liegt, um ihm eins auszuwischen, und zwar deshalb, weil Sauer seinerzeit Wesentliches dazu zu sagen hatte, dass Globke als Katholik unter keinen Umständen den Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen hätte schreiben dürfen. Möglicherweise ist der Sieg des Globke vor dem John-Ausschuss nur so etwas wie ein Pyrrhus-Sieg. Sauer und Globke sind als CVer Cartellbrüder. Die Auseinandersetzungen Sauer – Globke sind nun ein beachtlicher Diskussionsstoff unter den Cartellbrüdern geworden, wobei

Globke schlecht im Rennen liegt, weil durch seine eiskalte Art, durch seine Eigennützigkeit, durch sein Über-Leichen-Gehen der Hass gegen ihn immer mehr steigt. Gewisse Cartellbrüder stellen häufiger eine Art Nebenregierung zu der unter der derzeitigen politischen Konstellation in Bonn amtlich operierenden Regierung – und man kann nicht sagen, welche Auflagen unter Umständen die Nebenregierung in der Angelegenheit Globke der Bonner Regierung eines Tages machen könnte, vielleicht die, dass ihm sein Staatssekretärsstuhl wegzuziehen ist.«[131]

In seinem Originalbericht an Albert war Schmitz noch weiter gegangen, doch hatte Bentzinger, der die enge Verbindung Gehlens mit Globke kannte, darauf verzichtet, diese Passage nach Pullach weiterzugeben. »Lohengrin« machte gegenüber dem CIC nämlich seinem Unmut darüber Luft, dass das für die Berufung Johns verantwortliche Kartell Globke/Lex/Egidi nicht daran interessiert sei, die erforderlichen Veränderungen im Verfassungsschutz herbeizuführen; das verhindere jeglichen Neuanfang. Dann machte Schmitz neuerlich den Versuch, hinter den Kulissen selbst Politik zu machen. In seinem Fazit schrieb er: »Unter diesen Umständen ist die Sicherheit der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik nicht voll gewährleistet, und es wird eine unmittelbare Einflussnahme angeregt, zumal alle informierten Personen unabhängig voneinander und übereinstimmend erklären, dass *ohne einen Anstoß von außen* eine Veränderung des untragbaren Zustandes nicht möglich sei. Es ist ferner bekannt, dass der Bundeskanzler durch außenpolitische Probleme und die unfairen Intrigen der deutschen Opposition derart gebunden ist, dass von ihm eine spontane Aufmerksamkeit gegenüber den hier in Frage stehenden Tatsachen nicht zu erwarten ist.«[132]

So oder so ähnlich ging es bei dem Hin und Her um John, den Verfassungsschutz und die Revirements im Innenministerium noch bis in die Sommermonate 1955 weiter. Die politische Relevanz für die Amerikaner und für die deutsche Seite verlor sich angesichts der gleichzeitigen hochpolitischen Entscheidungen – die Ratifizierung der Pariser Verträge, der Beitritt der Bundesrepublik zur Nato – allerdings rasch. Die letzten Stellungnahmen »Lohengrins« zu dem vordem so brisanten Gegenstand erschöpften sich im Nachkarten. So berichtete Schmitz weiter gewissenhaft über Personalangelegenheiten im BMI, giftete sich über das Comeback von Ewald Mosheim, der sich mit John die Zeit

doch immer nur »mit Schnäpsen in der Zimmerbar« vertrieben habe. Er schüttelte den Kopf über den Aufstieg von Walter Bargatzky »mit seiner eigenartigen Verquickung mit der SPD« zum Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit.[133] Der letzte Bericht zum Thema, Tage bevor die »Operation Campus« aufflog, berührte noch einmal Dollpunkte, auf denen Heinrich Schmitz seit geraumer Zeit herumritt. Der Innenminister habe sich überraschend bei Karl Sauer in Berlin angesagt, schrieb er: »Aus dieser Tatsache wird geschlossen, dass Schröder irgendein besonderes Anliegen hat. Es könnte sich handeln a. um Erörterung der Nachfolge von John im BfV und b. weil Sauer wiederholt scharf gegen Globke Stellung genommen hat, um einen Versuch der Vermittlung.« Es werde nämlich immer wieder gesagt, »wie heute noch der Bundeskanzler der eigentliche Außenminister, so sei Globke de facto der Innenminister der Bundesrepublik«.[134] Der neue Verfassungsschutzpräsident hieß dann Hubert Schrübbers, es begann eine gründliche Durchleuchtung des BfV-Personals.[135] Hans Globke war stark wie nie und einer der Väter der BND-Werdung der Organisation Gehlen: Am 11. Juli 1955 beschloss das Kabinett denn auch die Übernahme der Org als Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland.[136]

»Anzapfereien« im Bundeskanzleramt

Das besondere Interesse der Amerikaner, des CIC wie der CIA, galt natürlich der westdeutschen Regierungszentrale. In den freigegebenen Akten finden sich dazu bis heute allenfalls verstreute Hinweise, die wohl nur ein ganz kleiner Teil des angefallenen Materials sind. Immerhin, in den Unterlagen des CIC hat sich ein Bericht aus dem Spätsommer 1952 erhalten, der, ohne dass die Quelle – vermutlich die Sekretärin Elisabeth Weiss[137] – sicher zu bestimmen wäre, gute Einblicke gab. In Karl Gumbels Büro, hieß es darin, habe kürzlich eine Besprechung stattgefunden, an der neben Reinhard Gehlen und seinen engen Mitarbeitern Hans von Lossow, Horst Wendland und Werner Repenning auch Vertreter des Finanzministeriums teilgenommen hätten; Staatssekretär Globke sei ebenfalls kurz dazugestoßen. Thema der Unterredung sei die Finanzierung eines künftigen »Bundesnachrichtendienstes« gewesen, allerdings nur ganz vorläufig und ohne dass Protokoll geführt worden sei.[138]

Auch Heinrich Schmitz hatte neben der Beobachtung des Gesamtdeutschen Ministeriums und des Innenministeriums für das CIC bereits früh einiges aus dem Bundeskanzleramt besorgt. So lieferte er beispielsweise ein Verzeichnis von 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – Heizer, Kraftfahrer, Sekretärinnen, Regierungsräte und sonstige Angestellte –, von denen, wie er mitteilte, die Amerikaner glaubten, »sie genauer klären zu müssen«. Im Übrigen liege im Palais Schaumburg vieles im Argen: »Bei aller sonstigen Hochachtung vor ihm hält die Dienststelle [CIC] den Bundeskanzler in seiner Personalpolitik für kurzsichtig, ungeschickt, hilflos und schlecht beraten.«[139]

Acht Wochen später erfuhr Gehlen, dass Schmitz den Amerikanern sogar besonders sorgfältig gehütete Interna des eigenen Apparats zutrug. Bentzinger hielt für ihn fest: »Lohengrin hat Informationen, dass die Organisation Gehlen Zuwendungen aus dem schwarzen Fonds des Bundeskanzleramts erhielte. Der Chef der Organisation habe die Beträge schon in Empfang genommen, meist aber hole sie von Lossow. Von Lossow pflege erst anzurufen und zu fragen, ob er kommen könne, um das Geld abzuholen. Es würde zwar nicht so deutlich gesprochen, aber immerhin für den Eingeweihten verständlich. Von Lossow sei beliebt, weil er bei diesen

Besuchen im Bundeskanzleramt meist nette kleine Geschenke mitbringe. Bei Lohengrin [CIC] hat man gegen diese Zahlungen an die Organisation Gehlen nichts einzuwenden; man tut wenigstens so; man sagt, bei Gehlen sei das gut angebracht, aber, so meint man, das müsste man geschickter machen, denn es gebe in diesen Ämtern gar viele Strömungen und Gegner.«[140] Die Sekretärin von Ministerialdirigent Karl Gumbel bestätigte das später: »Aufgrund von Telefongesprächen, die ich im Anschluss an den Besuch von den Herren Gehlen und von Lossow, beauftragt durch Herrn Gumbel, führen musste, konnte ich schließen, dass sich deren Verhandlungen um Zuwendungen seitens des Bundeskanzleramtes an die Organisation Gehlen drehten.«[141]

Noch weitere Nachrichten aus dem Nähkästchen kamen herein. So habe Schmitz beispielsweise mitgeteilt, dass der »Doktor« kürzlich »eine ziemlich heftige Auseinandersetzung mit Vertretern des Bundeskanzleramtes in der Angelegenheit Heinz« gehabt und »sehr bestimmt« gefordert habe, sein Rivale müsse jetzt in die Schranken gewiesen werden; Ministerialrat Karl Gumbel habe das zugesagt – »ausgerechnet Herr Gumbel, sagt Lohengrin, der wohl ein getreuer Adenauer-Mann ist, ein guter Katholik, bei dem man aber immer wieder Falschheit entdeckt und der auch Gehlen gegenüber nicht ehrlich sei«.[142] Ein paar Wochen später traf in Pullach die erwähnte abträgliche Charakterisierung von Hans Globke ein: eiskalter Rechner, großes Geschäft mit dem Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen, Machthunger. Gehlen ließ sie sofort vernichten.[143]

Die Alliierten waren über die führenden Persönlichkeiten und die Verhältnisse in der Regierungszentrale immer vorzüglich informiert, doch waren ihren Diensten natürlich auch kleinste und scheinbar nebensächlichste Informationen über das Bundeskanzleramt willkommen. »Lohengrin« trug im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu bei. 1954/55 waren das vor allem Hinweise auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen und Bemerkungen über Persönlichkeiten wie Globke und Gumbel. So übermittelte Bentzinger beispielsweise einmal Kopien eines streng geheimen Berichts nach Pullach, »um zu zeigen, welche undichte Stellen im Bundeskanzleramt – und nicht nur dort – vorhanden sind«. Wie er Dingler bereits gesagt habe, hole »der bekannte lange Thomas«, Oberst Thomas Dale, »durch von ihm persönlich geführte Verbindungen die ihm

zweckdienlichen Erkenntnisse, so auch den vorliegenden Bericht, aus dem Bundeskanzleramt heraus«. Der Quellenschutz gebiete es allerdings dringend, von »dem Wissen über das Eindringen des Thomas in das Bundeskanzleramt vorläufig keinen Gebrauch zu machen«. Man werde sich bemühen, weitere »Beweise für die Anzapftätigkeit des Thomas« vorzulegen.[144] Das Besondere war hier nur, dass »Lohengrin« selbst ein führender »Anzapfer« des CIC war.

Als Volkmar Hopf, Ministerialdirigent im BMI, kurzzeitig als einer der Kandidaten für die BfV-Präsidentschaft gehandelt wurde, ließ Schmitz es sich nicht nehmen, wieder einmal auf die Vergangenheit von Staatssekretär Globke einzugehen. Im Rahmen »seiner dunklen Machenschaften« fördere er den zurückhaltenden Hopf sehr, teilte er mit. Dieser sei durch seinen Freund Hans Kettner, früher persönlicher Referent von Staatssekretär Stuckart im Reichsinnenministerium, »sehr gut über die NS-Anbiederungen des Globke« informiert. Beide wüssten, dass Adenauers mächtiger Adlatus »keinesfalls der Widerstandskämpfer gegen das NS-System war, der er heute sein möchte«.[145] Und über Karl Gumbel, der wie viele maßgebliche Persönlichkeiten in Bonn aus der katholischen Studentenbewegung kam: »Der Ministerialdirigent«, schrieb Schmitz, habe »in privaten Bonner Kreisen wiederholt bekundet, dass er die zum Bund überzuführende Organisation Gehlen ganz in seine Hand bekommen werde. Die führenden Köpfe in der Regierung seien stets Verwaltungsjuristen, was den sogenannten Fachleuten immer wieder beigebracht werden müsse, auch den Experten des Nachrichtendienstes« – dicke Anstreichung in Pullach. »Weil diese Äußerungen großtuerisch und herausfordernd waren«, fuhr die Mitteilung fort, »wurde dem Gumbel von einem Herrn entgegnet, was er da sage, entspreche der Nazi-, insbesondere der Gestapopraxis. Dort hätten auch die Juristen die oberen Führungsstellen besetzt und geglaubt, alles besser wissen zu müssen als die gewachsenen Fachleute. Am Ende hätten sich die Katastrophen gehäuft, von denen viele vermieden worden wären, wenn man die Fachleute gehört hätte. Gumbel wurde weiter erklärt, er sei doch mit Hilfe des CV sehr jung Ministerialdirigent geworden, man sollte doch nicht schon wieder mit Hilfe der Organisation Gehlen Sprünge machen wollen.«[146]

Auch wenn im Bundeskanzleramt nichts geschah, was für das CIC nicht von Interesse gewesen wäre, die kollegialen Bosheiten und Intrigen wie die

Gerüchte des behördlichen »Flurfunks« mit ihren kurzen Halbwertszeiten – übermäßig bereichert scheint Heinrich Schmitz die »Anzapfereien« der Regierungszentrale durch den Abschirmdienst der U. S. Army nicht zu haben. Die zugänglichen Unterlagen legen es jedenfalls nahe, dass seine Bemühungen nicht über die niedrigeren Dienstränge hinausgekommen sein dürften, gleichwohl waren Heinrich Schmitz (X-899) und Richard Schweizer (X-933) Quellen, die das CIC so intensiv wie möglich nutzte. Darüber, »dass die Franzosen Quellen im Bundeskanzleramt haben«[147] und die Briten ihnen vermutlich kaum nachstanden, drang einiges über »Lohengrin« auch nach Pullach. Politisch bedeutete das nicht viel für Gehlen, denn außerhalb des inneren Kreises der Bundesregierung gab es nur wenige, die sich eines ähnlich direkten und verlässlichen Zugangs zum Zentrum der Macht rühmen konnten wie er.

Eine besonders dankbare Auskunftsperson des CIC im Rahmen der »Operation Campus« war die Regierungsobersekretärin Elisabeth Weiss.[148] 1909 in Polen gebürtig, hatte die beim Kreishauptmann Warschau-Land beschäftigte Stenotypistin nach der Kapitulation in Bayern Zuflucht gesucht. Sie bekam bald eine Anstellung in der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt und wechselte Ende Oktober 1949 als Sekretärin des gleichaltrigen Karl Gumbel ins Bundeskanzleramt. In seinem Büro erledigte sie alle anfallenden Arbeiten »und hatte auch Zugang zu Geheimsachen«.[149] Hauptsächlich deswegen und weil jeder von dem unbedingten Vertrauen wusste, das sich Gumbel bei Globke erworben hatte, kam zunächst Weiss in das Visier des CIC. Die Anwerbung der 43-jährigen Quelle, die eine gescheiterte Ehe hinter sich hatte, erfolgte Anfang 1952 nach bekanntem, aber wenig kavaliersmäßigem Muster. Es war Richard Schweizer, der sie aufsuchte und ihr über Heinrich Schmitz allerlei Haushaltsgeräte zu günstigen Preisen vermittelte. Auf Schweizer ließ Weiss sich ein, da ihr dieser von Dr. Wilhelm Heinrich Schmitz ans Herz gelegt worden war, welcher ihren Chef, Ministerialdirigenten Gumbel, »häufig« aufzusuchen pflegte. »Lohengrins« Namensvetter, der hauptamtliche Gehlen-Mitarbeiter V-13910 (»Dr. Prater«, »Heinz Fröhlich«), war im Reichssicherheitshauptamt auf Leitungsebene tätig gewesen und kannte als umtriebiger Netzwerker der Nachkriegszeit die beiden deutschen CIC-Agenten.

Auch wenn Elisabeth Weiss (»Seidel«), die in einem Vermerk der Organisation Gehlen als »elegante, sehr gepflegte Erscheinung, trotzdem nicht attraktiv, maskuliner Typ« einsortiert wurde,[150] es in späteren Einlassungen abstritt, waren sie (CIC-Unterquelle C-48) und Schweizer (CIC-Quelle X-933) eine nachrichtendienstliche Romeo-und-Julia-Verbindung klassischer Natur. Was der Oberbundesanwalt später als intime Freundschaft bezeichnete,[151] beschrieb Heinrich Schmitz, der den Romeo-Part seinem Kollegen Schweizer überlassen hatte, etwas deutlicher. Ihm und seinen amerikanischen Auftraggebern sei bald bekannt geworden, dass die Weiss »auf sexuellem Gebiet leicht ansprechbar« sei. Sie sehne sich »nach einem Mann, möglichst mit akademischem Grad«, den sie »heiraten könnte«. Daraufhin sei der arme Schweizer vom CIC in das Abenteuer geschickt worden, das er nur »widerwillig« auf sich genommen habe: »Dieser Mitarbeiter« (die Namensnennung Schweizers wurde ihm in seiner späteren Vernehmung erlassen) »hat mir häufiger erzählt«, schilderte Schmitz das Dilemma, »dass es ihn anekele und er sich Mut antrinken müsse, um die Durchführung seines Auftrages, mit [Elisabeth Weiss] näher zusammenzukommen, zu ermöglichen […] Dieser Mitarbeiter führt eine glückliche Ehe und hat tatsächlich die sexuellen Beziehungen zu [Elisabeth Weiss] widerwillig und einem dienstlichen Befehl folgend unterhalten.«[152]

Die CIC-Informantin im Palais Schaumburg war mehrere Jahre lang aktiv. Sie berichtete über ihre Erfahrungen im dem täglichen Dienstbetrieb, von der Personalentwicklung, über die Berichterstattung des Verfassungsschutzes ans Kanzleramt und darüber, wer im Kanzleramt ein und aus ging, darunter Reinhard Gehlen, sein spezieller Emissär von Lossow und andere Pullacher Mitarbeiter. Strafrechtlich relevanter Verrat von Dienstgeheimnissen vermochte die Bundesanwaltschaft Weiss nicht nachzuweisen. Die wenigen Original-Unterlagen des CIC, in denen auf sie Bezug genommen ist, zeigen immerhin, dass die Regierungsobersekretärin durchaus in der Lage war, wertvolle Hinweise zu geben. Schon im Sommer 1952 erfuhren die Amerikaner über Richard Schweizer von der Sekretärin Weiss, in Gumbels Büro hätten sich Vertreter des Bundeskanzleramts und des Finanzministeriums sowie die Spitze der Organisation Gehlen zu Gesprächen wegen deren möglicher Übernahme als »Bundesnachrichtendienst« getroffen. Ein schwer leserliches, im selben Faszikel abgelegtes Dokument beschreibt den Weg von »Dr. Schneiders«

Informationsgebung recht präzise: »Gehlen continues to supply the Federal Chancellery with information which arrives through Lossow in sealed enveloppes delivered into the hands of Gumbel«. Der Ministerialdirigent reiche diese Papiere dann an Staatssekretär Lenz und Ministerialdirektor Globke weiter, »and on occasion selected items are forwarded to the attention of Dr. Adenauer«.[153] Einige Monate später hielt das CIC intern fest, die Hinweise, die Ludwig Albert auf ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Gehlen über den Verfassungsschutzpräsidenten gegeben habe, seien inzwischen von einer Angestellten des Kanzleramts bestätigt worden. Diese habe auch gemeldet, dass Otto John während der Abwesenheit Adenauers von Globke zu einem langen Gespräch empfangen worden sei.[154]

Da Pullach via Ludwig Albert und »Lohengrin« ebenfalls von der Quelle Weiss profitiert hatte, war nach dem Auffliegen der CIC-Operation Vorsicht geboten. Gehlen, der über die polizeiliche und juristische Aufarbeitung von »Campus« durch das Bundeskriminalamt und den Oberbundesanwalt minutiös unterrichtet wurde, befahl daher (wie die CIA herausfand), der Dienst habe sich bei diesem delikaten Fall ganz aus den Untersuchungen herauszuhalten.[155] Im Zuge dieser Nachforschungen trat auch ein Mitarbeiter des bald zum BND mutierenden amerikanischen Hilfsapparats in den Vordergrund, der die für Pullach überragend wichtige »Operation Lena« leitete[156] und »Dr. Schneiders« besonderes Vertrauen genoss: Heinz Felfe. Der sechs Jahre später enttarnte KGB-Agent unterrichtete seinen Chef darüber, der sowjetische Geheimdienst habe versucht, Weiss »zu klären, als sie noch im Vorzimmer von Gumbel tätig war«. Felfe wusste aber noch mehr über sie. Der erwähnte Wilhelm Heinrich Schmitz (V-13910, auch: »Bellachini«), der ein Bundesbruder von Gumbel sei, habe einem Kollegen gesagt, er traue dessen Sekretärin nicht, die er bei seinen häufigen Besuchen im Kanzleramt oft gesehen habe. Er wisse, dass die stark »aufgemachte« Witwe »in puncto sexus recht empfänglich«, und sie womöglich »zu irgendeinem westlichen Nachrichtendienst« in Beziehung stehe. Ein anderer Org-Mitarbeiter, zeitweise Untermieter der Weiss, berichtete ebenfalls von dem »Liebesbedürfnis« der Regierungsobersekretärin; sie sei jedoch »keinesfalls auch nur annähernd nymphoman zu nennen«.[157]

Die Arbeit für Schweizer bzw. für Schmitz hatte für Elisabeth Weiss, die mit einem bescheidenen Angestelltengehalt auskommen musste, neben der emotionalen auch eine finanzielle Komponente. »Lohengrin« gab an, Gumbels Sekretärin habe eine Monatspauschale von 200 DM erhalten,[158] was plausibel klingt, da eine vergleichbare Quelle denselben Betrag bekam. Die Bundesanwaltschaft war sich nicht sicher und sprach von ungefähr 50 DM, allerdings habe die Weiss geldwerte Vorteile angenommen: »Einen Kühlschrank, einen Staubsauger, verschiedene Küchengeräte, Textilien und sonstige Geschenke wie Spirituosen, Blumen und Konfekt«; ihrem Sohn habe Schweizer »einen Plattenspieler, eine Blockflöte, drei Paar Socken und zu einer Ferienreise einmal 50 DM geschenkt«.[159] Natürlich widersprach Weiss, die sich vor ihrer Vernehmung durch das Bundeskriminalamt mit ihrem ehemaligen Führungsoffizier Schweizer abgesprochen hatte, diesen Vorhaltungen.[160]

Die Mitarbeiterin von Ministerialdirigent Gumbel war wohl die ergiebigste, aber nicht die einzige Informationsquelle von Schweizer und Schmitz in oder in unmittelbarer Nähe der Regierungszentrale. Aktenkundig wurde auch noch der Fall des Kriminalobersekretärs Paul Lerchhoff (»Vogel«) von der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts, zeitweise Angehöriger des Bundeskanzler-Begleitkommandos. Schmitz und Schweizer kannten ihn aus ihrer Zeit beim SD in Kowno, trafen ihn 1952 in Bonn wieder und forderten ihn auf, sie bei ihrer Arbeit für einen amerikanischen Nachrichtendienst zu unterstützen. Schweizer wurde sein Führungsoffizier und entlohnte seine mehrjährige Kooperationsbereitschaft mit monatlichen Zuwendungen zwischen 100 DM und 200 DM.[161] Lerchhoff hat »für Schweizer im wesentlichen Personenklärungsaufträge erledigt durch Einholen von Auskünften bei Einwohnermeldeämtern im Raum Bonn«, hielt der Oberbundesanwalt später fest; »Mitteilungen über dienstliche Vorgänge hat er bis August 1954 nicht gemacht«. Doch dann wechselte der Mann zur Fernsprechstelle der Sicherungsgruppe, wovon sich das CIC mehr versprach. Tatsächlich versorgte er Schweizer mit Informationen von dort, die wichtigste vielleicht jene, die Heinrich Schmitz dann in eine brisante Mitteilung umsetzte: Das Bundeskriminalamt werde in wenigen Tagen eine Verhaftungswelle auslösen, von der auch Mitarbeiter der Organisation Gehlen betroffen seien: »Am 17.6. – Feiertag – sei General Gehlen mit zwei Herren zu einer

Besprechung bei Herrn Dr. Brückner«, dem Chef der Sicherungsgruppe, in Bonn gewesen.[162] Die Ankündigung dieser unmittelbar bevorstehenden »Aktion Weimar«[163] war aller Aufregung wert, stand doch der Kabinettsbeschluss zur Übernahme des Pullacher Apparats in die Obhut des Bundes unmittelbar bevor.

3. Pullach im Visier des CIC

Je näher die Übernahme der Organisation Gehlen durch die Bundesregierung heranrückte, desto stärker interessierte sich die U. S. Army für sie. Die CIC-Agenten X-899, Heinrich Schmitz, und X-933, Richard Schweizer, erhielten daher auch dieses Zielobjekt zugewiesen; anfangs eher als Nebenaufgabe. Auf amerikanisches Geheiß war Schmitz, wie gesagt, zwar schon Anfang 1952 auf Ludwig Albert zugegangen, zunächst hatte der Abschirmdienst aber »kein grundsätzliches Interesse an der Org gezeigt«. Das änderte sich, als sich 1953 schwere östliche Einbrüche in den Dienst zu häufen und zu einem ernsten Sicherheitsproblem auszuwachsen begannen. Nun wies Thomas Dale seinen Agenten Schmitz an, die Kontakte zu Ludwig Albert enger zu gestalten. Man müsse der Org »des gemeinsamen Interesses« wegen Unterstützung bei der Ermittlung der Ursachen geben, die zu den schweren »Pannen« der letzten Zeit geführt hätten.[164]

Heinrich Schmitz gab später zu Protokoll, Oberst Dale habe ihm auf einer Autofahrt »ganz beiläufig« gesagt, man müsse sich bald einmal über die Organisation Gehlen unterhalten. Diese sei zwar ein Nachrichtendienst, den man durchaus ernst nehme, »in ihrer Personalauswahl sei aber manches faul. Ich solle diese Bemerkung nicht falsch verstehen. Die Prosperität der Org liege den amerikanischen Stellen sehr am Herzen. An gewissen Pannen trage der General keine Schuld. Der habe ja in einer viel zu kurzen Frist die Org ›aus der Erde stampfen‹ müssen. Es werde Eile geboten sein, um der Org noch vor Übernahme in den Bundesdienst die nötigen Hilfen geben zu können […] Ich solle mit allen Mitteln versuchen«, so der für den Gehlen-Dienst eklatant unzuständige CIC-Offizier weiter, »etwas über die Fehlerquellen in Bezug auf die bekannten Schlappen, welche die Org erlitten habe, herauszufinden«.[165] Die Verstärkung des Kontakts zu Albert habe das Ziel, »die bei der Org G. bestehenden undichten Stellen zu ermitteln […] Es sei nun in Zukunft meine vordringliche Aufgabe, mich mit diesem Problem zu beschäftigen. Ich sollte Albert ausrichten, dass er, wenn er bei der Klarstellung der undichten Stellen Hilfe leiste, nicht gegen, sondern im Interesse seiner Organisation arbeite und außerdem den Schutz der Amerikaner genieße.«[166] Dale verband das mit dem Wunsch, X-899

möge sich – was »Lohengrin«, wie gesehen, ignorierte – ganz auf die personelle Erkundung des Gehlen-Dienstes konzentrieren. Ludwig Albert zögerte nicht, als Schmitz mit diesem Anliegen an ihn herantrat, »und erklärte sich bereit, an der gemeinsamen Klärung mitzuwirken«.[167]

Es hat sich eine handschriftliche Notiz erhalten, in der Albert die neue Lage für sich zu ordnen versuchte: »Wenn die Org Gehlen überprüft wird, hat das mit der Person Gehlens nichts zu tun«, schrieb er wohl auch, um sein ein wenig pochendes Gewissen zu besänftigen. »Die Amerikaner werden immer hinter Gehlen stehen […] und möchten nur Erkenntnisse, die sie haben, durch ihre deutschen Kräfte überprüfen lassen.« Die Org sei zurzeit in der Tat »fachlich besonders schlecht ausgerichtet«. Als einen der wichtigsten Gründe für die notwendige Überprüfung hätten die Amerikaner darauf hingewiesen, dass nach ihren Ermittlungen in Pullach eine Gruppe am Werk sei, die bereits im Amt Canaris für den Osten gearbeitet habe und das »jetzt wieder« tue. Gehlen wisse davon nichts, und da der General a. D. kein Abwehrmann im eigentlichen Sinne sei, könne er die Wühlarbeit dieser Gruppe auch nicht erkennen. Es gebe aber »ordentliche und gut arbeitende Leute« bei ihm, die von dieser Gruppe wüssten, »aber nichts zu sagen wagen«, hielt Albert fest. »Diese Leute werden sprechen, wenn man ihr Vertrauen gewinnt«; man müsse jetzt nur »die Netze auswerfen, die Ruhe bewahren«.[168]

Was immer es mit der Canaris-Story auf sich gehabt haben mag, ein mit allen Wassern gewaschener Profi wie Albert wusste, worauf er sich jetzt einließ. Er benötigte auch keine Bedenkzeit, denn die verheerenden Sicherheitsmängel des Gehlen-Dienstes trieben ihn seit langem mindestens so sehr um wie die Amerikaner. Abhilfe würde in dieser desolaten Lage wohl wirklich nur von außen kommen können. Ludwig Albert (»Arthur«) habe »den General Gehlen für eine unantastbare Persönlichkeit« gehalten, gab Schmitz später zu Protokoll, »war aber der Auffassung, dass in seiner Umgebung nicht ausschließlich die richtigen Leute saßen, insbesondere, dass der General etwas zu weich sei, um sich immer durchzusetzen«.[169] Die mitunter sehr heiklen Informationen über die Mängel bei der Organisation Gehlen, die in der Zusammenarbeit von Schmitz und Albert anfielen, eigneten sich natürlich nur ganz selten zur ungefilterten Weitergabe an Pullach. Während Ludwig Albert die innenpolitische Berichterstattung von Schmitz also mehr oder weniger ungeschmälert an die Zentrale weiterleitete

(und ihr auch Kenntnis davon gab, dass diese Informationen ihren Ursprung bei einem CIC-Mitarbeiter hatten), war er bei den Pullach unmittelbar betreffenden Informationen sehr viel vorsichtiger. Den Aufklärungseifer Alberts schmälerte das aber nicht.[170] In Sicherheitsdingen war »Arthur«, der »Lohengrin« mit Interna seines Dienstes belieferte, ein Überzeugungstäter.

Auch wenn der »Doktor« nicht alle Details der CIC-Operation gegen seinen Dienst erfuhr, erfolgte sie doch nicht hinter seinem Rücken. Im Gegenteil, Bentzinger, der Leiter der aus der Generalvertretung L entstandenen Dienststelle 142, unterrichtete Gehlen umgehend über die Stoßrichtung der Army. Thomas Dale habe den Auftrag erteilt zu ermitteln, »nach welchen Überprüfungsmethoden die Organisation Gehlen in ihren eigenen Reihen verfährt«, schrieb er seinem Chef. »Gewisse Persönlichkeiten dieser Organisation bedürften einer ›weitreichenden‹ Überprüfung. Thomas betonte aber ausdrücklich, dass ihn zunächst nur die Überprüfungsmethoden interessieren würden und er gerne vielfältige Beispiele haben möchte. Thomas, darauf aufmerksam gemacht, dass dies sehr schwer sei und diese Arbeit bei der Organisation Gehlen Fachleute machen würden, die sich doch keinesfalls von einem Fremden ausfragen ließen, sagte: ›Das muss ja nicht gleich heute oder morgen sein, aber in der nächsten Zukunft ist es wichtig, dieses Wissen zu haben.‹«[171]

Die nächste Zukunft brach allerdings rasch an, denn im Herbst 1954 verschärfte Dale seine Gangart und eröffnete Schmitz, dass mit Alberts bisherigen Auskünften über Org-Mitarbeiter nicht recht weiterzukommen sei, und dass es jetzt »an der Zeit sei, systematisch vorzugehen«.[172] Reinhard Gehlen, der nach einer späteren Einschätzung der CIA Ludwig Albert wie einen »Doppelagenten« gegen das CIC führte,[173] wusste es zu schätzen, dass Bentzinger und Albert ihn über die Maßnahmen des CIC auf dem Laufenden hielten, doch konnte er nicht abschätzen, welche Weiterungen womöglich gar politischer Natur sich daraus ergeben mochten. Deshalb begrenzte der »Doktor« die Mitwisserschaft bei dieser überaus delikaten Operation auf ganz wenige Personen in der Zentrale. Nicht einmal dem Leiter des Referats Gegenspionage in Kohlers Abteilung, Wolf Freiherr von Rothkirch und Panthen, durfte sie zur Kenntnis gegeben werden, da sonst, wie es in einem internen Schreiben hieß, der von Gehlen »zugesagte besondere Schutz der Quelle ›Lohengrin‹ nicht gewährleistet« sei.[174]

Ludwig Albert zog bei der Verschärfung der Beobachtung Pullachs durch das CIC, das in seiner »Überwachung der Regierungsorgane – auch der Organisation Gehlen« sogar Telefonate abhörte,[175] bereitwillig mit. In einem Gespräch mit Schmitz machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube, wie dieser den Amerikanern sogleich meldete. Sein Partner »Arthur« sei über die schlechte Sicherheitslage des Gehlen-Dienstes mehr und mehr frustriert, schrieb er: »Albert declared at that time that all of his efforts and the efforts of others interested in cleaning up some obviously weak situations within the Organization would never be effected under the present circumstances.« Die Leitung in Pullach versuche gegenwärtig, jeglichem Skandal unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen. Angesichts solcher Zustände sei Albert bereit, ihm unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit einschlägige Hinweise zu geben, berichtete »Lohengrin« weiter: »Albert specified to X-899-Hq [Schmitz] that he was furnishing this material not from a point of view of betraying his organization, but solely in the hope that X-899-Hq would be able to place this information into outside channels capable of using the information in an attempt to pressure the top of the Gehlen Organization into making some sorely needed changes in the setup and security policies.«[176] Sogleich wurden Nägel mit Köpfen gemacht: Eine CIC-Liste mit den Namen von zehn Gehlen-Mitarbeitern wurde von Albert binnen zweier Tage mit Kommentaren versehen und sogar noch erweitert.

In einer Aufstellung der besonders interessierenden Gehlen-Mitarbeiter von Ende 1954 hielt das CIC fest, Ludwig Albert habe die Informationen über seine Kollegen nach Konsultationen mit einem langjährigen Freund in der Org geliefert, der seine negative Einschätzung der Sicherheitsstandards teile. Außerdem sei er überzeugt: »Under the present circumstances, pressure from the outside (and specifically from the side of the Americans) is the only hope of cleaning up what is rapidly becoming a hopeless mess in personal security within the Gehlen Organization.« Deren Führung buhle derart massiv um politische Unterstützung von allen Seiten für ihre Übernahme in den Bundesdienst, dass sie die unmöglichsten Sicherheitsstandards akzeptiere – nur um eine zweite »John-Affäre« unbedingt zu vermeiden. Albert sei fest davon überzeugt, dass es auf der oberen Ebene des Dienstes mindestens ein »leak to the Communists« gebe; Kollegen sähen das genauso. Nach seiner Überzeugung seien die meisten,

wenn nicht alle in Rede stehenden Gehlen-Mitarbeiter aus sicherheitlichen wie moralischen Gründen untragbar: »He sees in the possibility of American pressure on General Gehlen directly the only chance to save his organisation from becoming an impossible quagmire.«[177]

Das CIC interessierte sich für insgesamt etwa 20 Gehlen-Mitarbeiter in der Zentrale und in den Außenstellen, wobei die Auswahlkriterien nicht recht klar sind; manche sind wohl nur deshalb auf der Liste gelandet, weil Albert und Schmitz gerne über sie Auskunft geben wollten. Bemerkenswert ist, dass einer der wichtigsten Mitarbeiter Gehlens, Heinz-Danko Herre, der spätere BND-Resident in Washington, im Zuge der Nachforschungen überhaupt nicht auftauchte, wenigstens nicht in den überlieferten Akten – vielleicht, weil er über jeden Zweifel erhaben schien, wahrscheinlicher, weil er seit jeher auskunftsfreudige Beziehungen zu den Vertretern der Besatzungsmacht unterhielt. Der Fall des Generals a. D. Horst von Mellenthin, in den Anfangsjahren neben Adolf Heusinger die stärkste Autorität in Pullach und seit 1956 Vertreter des BND in Washington, war gleichfalls rasch abgehandelt; er erfuhr von Albert schlicht eine »gute Beurteilung«.[178]

Einer der engsten Vertrauten Gehlens, Hans-Ludwig von Lossow (»Lersner«), der unter seinen Kollegen keinen guten Ruf genoss,[179] schnitt auch beim CIC-Screening schlecht ab. Der Pullacher Verbindungsmann zur Bonner hohen Politik war nach Alberts Meinung (»loudmouthed braggert of the first water«[180]) zwar harmlos, rede jedoch zu viel, sei inzwischen aber »durch einen noch größeren Quatschkopf« ersetzt worden; möglicherweise war von Werner Repenning (»Reiner«) die Rede.[181] Auf die Existenz des als »Studiengesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten« getarnten Büros Repennings in Bad Godesberg war das CIC bereits aufmerksam geworden, Albert lieferte Adresse, Telefonnummer und Namen nach. »Reiner« warf er vor allem vor, durch »überflüssiges Reden« die Enttarnung des Leiters des hessischen Verfassungsschutzamtes, Karl Pforr,[182] eine von Alberts Hauptquellen, verschuldet zu haben.[183]

Dann kamen vier Schwergewichte auf die Waage: General a. D. Helmut Kleikamp (»Kleiber«), der abgelöste Vertreter der Org in Berlin; Oberst i. G. a. D. Hans-Heinrich Worgitzky (»Wagner«), Leiter der Generalvertretung B in Bremen und später Vizepräsident des BND; der ehemalige Abwehr-Mann Kurt Kohler (»Klausner«), Leiter der Abteilung

Spionageabwehr/Gegenspionage, sowie Oberst i. G. a. D. Hans Lutz (»Roth«), Leiter der Münchener Generalvertretung G. »Kleiber«, über dessen militärische Karriere sich Schmitz bei seinem Gewährsmann Oberst a. D. Freyberg[184] kundig gemacht hatte. Er wurde von Albert mit folgender Charakteristik versehen: »Intelligent, in Bezug auf Arbeit völlig zuverlässig, dagegen schwere charakterliche Defekte, unmöglich im Umgang mit Frauen, muss beim General einen großen Stein im Brett haben, andernfalls wäre er aufgrund von Exzessen längst abgelöst.«[185] In den CIC-Files fiel das Porträt noch ein wenig detaillierter aus: »He has been known to make passes at the wives of his own colleagues and agents (i. e. sources) while drunk«; Beispiele folgten. Gehlen sei in Personaldingen extrem weich und nachsichtig, wie sich beim Fall Kleikamp wieder einmal zeige. Er habe dem Mann, der als eine ausgesprochene Bedrohung für die Org angesehen werden müsse, gegen den Willen und die Überzeugung aller leitenden Mitarbeiter die Stange gehalten.[186]

Sodann die Erkundungen zu Worgitzky, für den sich das CIC obendrein deswegen interessierte, weil er sich angeblich »abfällig über US-Abwehrorgane geäußert« habe. Heraus kam dabei nichts, weil »Wagner« diese Anschuldigung entschieden zurückwies. Was sich ergab, waren Informationen zu seinem militärischen Werdegang, zu seiner Tätigkeit in der Org, zu seiner Adresse in Bremen sowie das Bemerken Ludwig Alberts, Worgitzky, ehemals Ic der Heeresgruppe Mitte, sei »Generalstäbler, auf seine eigenen Fähigkeiten sehr eingebildet«.[187] Schmitz hatte noch etwas mehr zugeliefert: »Tüchtiger Soldat, von Abwehr keinen Schimmer, derzeitige Verwendung ganz unverständlich. Vermutlich durch persönliche Beziehungen zu Gehlen in die Org gelangt.« Es folgten einige Erläuterungen über den »grundsätzlichen Irrtum, dass man die Ic-Tätigkeit im Kriege mit der Abwehr-Tätigkeit« mehr oder weniger in eins setze. Dass man »jeden ehemaligen Ic als qualifizierten Abwehr-Mann ansehe, sei eine der Hauptursachen für die Pannen der Org«.[188] Albert ergänzte das, indem er berichtete, Oberst Dale habe gesagt, ihm lägen Informationen vor, dass der 44-Jährige »ein strebsamer Generalstäbler« gewesen sei, der »die Hitlerzeit zu nutzen verstanden habe. Eine wirkliche Lebensreife und tiefgehende Kenntnis in der eigenen Abwehrarbeit würden ihm fehlen«. Er frage sich, ob Worgitzkys abfällige Äußerungen »nur auf dessen Arroganz zurückzuführen seien oder sonstige Motive mitspielen würden«.[189] Das CIC

hielt fest: »He is an unpleasant, arrogant officer-type who is conspicuous in conduct and throws money around indiscriminately.«[190] Man sieht, wie hellhörig die Besatzungsmacht werden konnte, wenn auch nur der Anschein aufkam, im künftigen Bundesnachrichtendienst denke irgendjemand antiamerikanisch.

Zur wichtigen Personalie Kohler[191] erfuhr der Abschirmdienst der Army, der »Lohengrin« einen langen Fragenkatalog zugeleitet hatte, ebenfalls Wissenswertes. Bei ihm ging es nicht nur um eine Zuverlässigkeitsprüfung, die Personenrecherche sollte »neben allen Personaldaten Angaben enthalten über Umgang, Verwandtschaft, Freundschaft, politische Vergangenheit, jetzige Einstellung«. Schmitz berichtete dazu später, Albert habe »laufend in dem Sinne berichtet, dass Kohler, Oberleutnant der Reserve, nur ungenügend abwehrmäßig ausgebildet, zum mindesten seinem Amt als Spitze der III-Arbeit nicht gewachsen sei. Man wisse nicht, ob man Kohler vertrauen könne, zumal seine Vergangenheit nicht ganz klar sei.« In der Tat war der Abteilungsleiter ein früher und aktiver Nationalsozialist gewesen, der sich nach eigenem Bekenntnis auch nach 1945 nicht so bald von seinen Überzeugungen lösen konnte. »Wenn nichts Schlimmeres vorliege, so sei Kohler wenigstens unfähig, die ihm gestellten Aufgaben zu meistern.« Darin war sich Albert mit Hans-Jürgen Dingler einig. Im Übrigen habe sich Kohlers Abteilung allzu sehr mit politischen Dingen befasst und dabei ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigt.[192] Das traf den Sachverhalt genau, denn sie war in der Tat ein Hauptakteur der politischen Inlandsspionage.

Heinrich Schmitz hatte auch über eine angebliche – Gehlen verneinte das[193] – Bewerbung Kohlers auf ein Spitzenamt im Bundesamt für Verfassungsschutz berichtet, was ihn ebenfalls in kein besonders günstiges Licht rückte. Es habe ein Pullacher Empfehlungsschreiben für den Chef der Spionageabwehr vorgelegen, schrieb er, über das der BfV-Vize und frühere Gehlen-Mitarbeiter Radke wegen der darin enthaltenen »Lobhudelei« habe lachen müssen; es sei mit dem bloßen Auge erkennbar gewesen, dass damit jemand weggelobt werden sollte. Für ihn, Radke, sei klar, »dass Kohler weder nach Ausbildung noch Erfahrung geeignet sei. Auch bei der Org habe Kohler nach dem, was bekannt, versagt«. Daraufhin habe die Spitze des Innenministeriums von seiner Berufung zum Verfassungsschutz Abstand genommen, schloss Schmitz seinen Bericht an Albert.[194] Bentzinger beschrieb das etwas ausführlicher und mit noch mehr Genuss:

»Radke äußerte sinngemäß, dass Kohler nicht der Fachmann sei als der er angepriesen würde. Kohler habe im Einzelfall mal einen guten Gedanken und verstehe es, mit einem solchen immer wieder für einige Zeit seine vielen Schwächen zu überblenden. Als Organisator versage er vollkommen, er müsse als solcher schon deshalb versagen, weil ihm Menschenkenntnis fehle und er in Menschenführung und Behandlung chaotische Auswirkungen herbeiführe.«[195] Die CIC-Unterlagen gaben den »final comment«Alberts zu Kohler wieder: »I just hope, he is not the double-dealing type of Austrian.«[196]

Die Personalauskünfte über Hans Lutz dürften für das CIC von besonderem Interesse gewesen sei, da sie Einblicke in die Verquickung der Organisation Gehlen mit dem »Volksbund für Frieden und Freiheit«[197] gewährten. Lutz war ein angesehener Mann. Er stammte aus einer bekannten Offiziersfamilie, sein Vater war ein mit dem noch immer einflussreichen ehemaligen Generalstabschef Franz Halder befreundeter General der Panzertruppen, er selbst zuletzt Oberst im Generalstabsdienst. Über ihn waren mehrere Generalstabsoffiziere in die Org und später in leitende Positionen gelangt.[198] Der Insider Ludwig Albert schilderte ihn als »tüchtigen Mann«, der unbeirrt seine Auffassungen vertrete. Eine andere Quelle (frühes Mitglied des VFF) nannte Lutz einen »einflussreichen Mann in der Org, wird für sehr befähigt gehalten«. Vor allem verwies Schmitz darauf, dass Lutz der Verbindungsmann des Volksbundes zu Gehlen sei. Ermittlungen für ihn betreibe dort ein ehemaliger Regierungsrat aus dem Reichssicherheitshauptamt. Es folgten Angaben über weitere, bis ins Ausland reichende Verflechtungen von VFF und Org.[199]

Die Durchleuchtung der wichtigsten Mitarbeiter der Organisation Gehlen bezog sich nicht allein auf deren Herkunft, Einstellung und Befähigung, sondern auch darauf, welche Funktionen sie während der NS-Zeit gehabt hatten und wie sie sich zur amerikanischen Besatzungsmacht stellten. Es sei wiederholt, dass Schmitz und Albert nicht etwa die einzigen Quellen gewesen sind, aus denen das CIC in Deutschland schöpfen konnte, ganz gewiss haben sie aber dazu beigetragen, das Bild der Army von der Org zu vertiefen. Betont sei auch, dass die beiden Zuträger Informationen zu hauptamtlichen Mitarbeitern, jedoch nicht zu Quellen weitergaben, die natürlich allen Milieus entstammten; gerade auch mit NS-Verbrechen Belastete fanden sich darunter. Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern

Gehlens wog die aktive Beteiligung an nationalsozialistischem Mord und Terror allerdings ungleich schwerer als bei den Zuträgern. So richteten die Amerikaner, die sich der erbeuteten NS-Unterlagen zur Verifizierung bedienen konnten, ihr Hauptaugenmerk ganz auf die Hauptamtlichen, auf das »Sicherheitsrisiko NS-Belastung«.[200]

Auch dabei wirkten Heinrich Schmitz, Richard Schweizer und Ludwig Albert engagiert mit. Es waren vor allem Emil Augsburg, Oskar Reile, Carl Theodor Schütz, Hans Clemens und – er vor allen anderen – Heinz Felfe, die aufs Korn genommen wurden.[201] Am magersten gerieten die Auskünfte zu SS-Sturmbannführer Augsburg, einem prominenten Kopf der »Ostforschung« des SD, der sich bei Mordeinsätzen in der Sowjetunion hervorgetan hatte und dann im Reichssicherheitshauptamt in der Auslandsabteilung arbeitete. 1948 war er in die Org eingetreten (V-2907, »Alberti«, »Althaus«). Albert wusste lediglich: »Beeidigter Gerichtsdolmetscher für polnische Sprache, Promotion, Angestellter im Wannsee-Institut für Ostforschung, Kommandierung während des polnischen und russischen Feldzuges, Verwundung, Rückkehr zum Wannsee-Institut, zuletzt dort stellvertretender Leiter oder Abteilungsleiter, private Anschrift, Verhältnis mit Sekretärin«.[202] Die Auskünfte von »Lohengrin« über den Abwehr-Mann Oskar Reile (V-2603, »Rischke«, »Rehm«) waren ebenfalls nicht sonderlich substanziell. Er habe mit dem Leiter der Abwehr-Stelle beim Generalkommando XII in Wiesbaden seinerzeit wiederholt dienstlich zu tun gehabt, teilte er mit;[203] aus der Zeit vor seinem Eintritt in die Wehrmacht gebe es »erhebliche nazistische Belastungen«.[204] Mag sein, dass Bentzinger und Albert ihren Kollegen, der 1949 zur Org kam und anfangs in ihrer eigenen Dienststelle für die Gegenspionage verantwortlich war, nicht über Gebühr angeschwärzt sehen wollten. Vielleicht glaubten sie auch, das CIC wisse über Reile ohnehin mehr als sie selbst, namentlich dass er als Chef der Abteilung III der Abwehrleitstelle in Paris für die Bekämpfung des Widerstands in Frankreich, Belgien und Holland zuständig gewesen war und der Résistance schwere Verluste beigebracht hatte. Inzwischen saß »Alberti« in der Kohler-Abteilung und leitete dort ebenso wie Heinz Felfe und Karl-Eberhard Henke ein Referat. Noch Ende der sechziger Jahre kam Gehlens Vertraute und langjährige Geliebte Annelore Krüger auf die »rechtsradikalen

Neigungen« des inzwischen ausgeschiedenen Kollegen zu sprechen, die »nachteilige Auswirkungen auf seine dienstliche Tätigkeit« gehabt hätten.[205]

Carl Schütz war ein anderes Kaliber. Selbst im Lichte der nachsichtigen Beurteilungskriterien, die in den fünfziger Jahren auf Belastete Anwendung fanden, ist er das gewesen, was man einen schweren Jungen nennen darf.[206] Schütz (V-2978, »Schuster«, »Scherhag«) kam 1952 zur Organisation Gehlen und leitete eine Untervertretung in Düsseldorf, später in Stuttgart. Es ist wohl ein Gespräch mit Augsburg, Clemens und Felfe gewesen, das bei seiner Anwerbung den Ausschlag gab. Bald wurde die Einstellung von Schütz so negativ bewertet, dass sich Gehlen gezwungen war, Hans Globke einen umfassenden Bericht vorzulegen, in dem er sämtliche Anschuldigungen abstritt. Schütz, hieß es, beschäftige in seiner Dienststelle nicht überproportional viele NS-Belastete, politische Inlandsspionage betreibe er auch nicht.[207] Hinzu kam, dass er innerhalb der Generalvertretung L mit Clemens und Felfe eine Fronde bildete, um deren Leiter Bentzinger zu stürzen,[208] weil der vermutete, Schütz arbeite für einen östlichen Nachrichtendienst. Doch erst 1964, als man wusste, dass Felfe und Clemens KGB-Agenten waren und immer mehr Licht in die NS-Vergangenheit des V-2978 kam, musste er den BND verlassen.

Carl Schütz war »Alter Kämpfer« der NSDAP, Mitglied der Allgemeinen SS und ein Gewalttäter. Wie eine Reihe weiterer Org-Mitarbeiter kam er von der Gestapo Trier.[209] Im besetzten Polen beteiligte er sich als Mitglied einer Einsatzgruppe höchstwahrscheinlich an Mordtaten. Nach einem neuerlichen Zwischenspiel in der Moselstadt wechselte er ins Reichssicherheitshauptamt, Abteilung Ausland. Worin sein anschließender »Osteinsatz« bestand, ist nicht genau geklärt, seine Vorgesetzten bestätigten jedenfalls, er sei dabei »erfolgreich tätig« gewesen. Seine große Zeit kam 1944 als Leiter der Gestapo Rom, wo ihm der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Italien eine »effiziente Bekämpfung des italienischen Widerstands« bescheinigte. Ganz besonders tat sich Schütz bei dem Massaker in den Fosse Ardeatine hervor, bei dem er andere SS-Offiziere mit den Worten bedrohte: »Wer nicht mitschießt, der kann sich danebenstellen, den erschieße ich selbst.« 1945 floh der SS-Hauptsturmführer mit gefälschten Papieren nach Deutschland und lebte einige Jahre unter falschem Namen.

Es ist klar, dass Carl Schütz von Ludwig Albert wenig Nachsicht zu erwarten hatte. Letzterer lieferte dem CIC via »Lohengrin« alle Personaldaten, die greifbar waren. Außerdem verdächtigte er Schütz, für den Osten zu arbeiten. Albert machte sich sogar an den Fahrer von Schütz heran, um mehr über »Schuster« zu erfahren. »Lohengrin« selbst, der auch diese Zielperson aus seiner Zeit bei der Gestapo Trier kannte, schickte sich sogar an, Schütz persönlich aufzusuchen. »Das teilte ich gelegentlich einer Unterredung Albert mit, der mich warnte und beschwor, auf keinen Fall mit Schütz Kontakt zu suchen. Schütz brauche nichts Näheres über meine Stellung bei den Amerikanern erfahren.«[210] Der CIC-Mann versuchte dennoch, mehr über ihn herauszufinden. Im Frühjahr 1954 berichtete er Albert: »Schütz ist alter Kämpfer« und habe sich »stets seiner besonderen Leistungen gegen politische Gegner« gerühmt. Er »liebte es, während seiner Tätigkeit in Trier und Saarbrücken als ›Ultranationalsozialist‹ zu gelten. 1943 kam Schütz zur Sipo nach Italien. Aus Rom schrieb er blutrünstige Briefe an Kameraden, in denen es im Wesentlichen um Sprengstoffanschläge, Partisanen und seine verdienstvolle Tapferkeit ging […] Es lebt noch eine hinreichende Anzahl von ehemaligen Verwaltungsbeamten der Geheimen Staatspolizei, an die herangetreten werden kann, falls genaue Daten über den Werdegang von Schütz benötigt werden.«[211]

Bald brachte Heinrich Schmitz Genaueres in Erfahrung. Schützens »Raufhändel« 1933, bei denen ein Mensch getötet worden war, kamen jetzt ebenso zur Sprache wie seine Zeit bei der Gestapo. Auch vom Italieneinsatz war wieder die Rede; seine Behauptung, er sei bei der Abwehr gewesen, könne nicht stimmen. Es sei erklärlich, dass Schütz seine Zeit in Rom und die dortigen Repressalien, für die »Herr Kappler den Kopf hingehalten hat«, am liebsten übergangen wüsste.[212] Eine weitere Beschreibung hielt fest: »Parteifanatiker mit gutem Konnex zum SD, fachlich sehr mäßig qualifiziert, lückenhafte Kenntnisse der gesetzlichen [Grundlagen?], Gegner der Legalität, kompromisslos auf Parteilinie, Renommist, unkameradschaftlich.«[213] Man sollte meinen, solche Befunde, die der Organisation Gehlen spätestens nach dem Ende der »Operation Campus« bekannt wurden, hätten ausreichen sollen, um Skepsis gegenüber einem leitenden Mitarbeiter zu wecken. Das war nicht der Fall. Vielmehr hatten die geschilderten Nachforschungen ein Nachspiel wegen ungebührlicher

Bespitzelung eines Kollegen; Bentzingers negative Beurteilungen wurden korrigiert.[214] Erst zehn Jahre später fand der BND zu besserer Einsicht. Im Zuge der Personalüberprüfungen durch die Dienststelle 85 wurde ihm wegen »politischer Belastung« fristlos gekündigt. Doch da Schütz ein Arbeitsgerichtsverfahren anstrebte, einigte man sich Ende 1966 schließlich auf einen Vergleich. Der NS-Verbrecher V-2978 erhielt eine Abfindung in Höhe von 70 000 DM.[215]

Noch ein weiterer SS-Mann kam bei »Lohengrins« Nachforschungen zur Sprache: Hans Clemens, der seit 1951 in untergeordneter Funktion bei der Organisation Gehlen arbeitete. 1944 war er zusammen mit Schütz maßgeblich an dem Massaker in den Fosse Ardeatine beteiligt gewesen, 1961 wurde er gemeinsam mit seinem alten Kameraden Heinz Felfe als KGB-Mann enttarnt. Die beiden kannten sich von der Gestapo Dresden. Der ehemalige sächsische SS-Oberführer Wilhelm Krichbaum, Leiter der Geheimen Feldpolizei, stellvertretender Gestapo-Chef und seit frühesten Tagen ebenfalls Mitarbeiter in Bentzingers GV L, hatte die beiden für den Gehlen-Dienst gewonnen. Viel war es freilich nicht, was Heinrich Schmitz von Albert über Clemens erfuhr, lediglich einige Personalangaben und die Mitteilung, er stamme aus dem »SD Dresden, Ende des Krieges in Italien, radikaler Nationalsozialist, bekannt als Christenverfolger«.[216]

Schließlich Heinz Felfe: Keiner aus der »Dresden-Connection«,[217] aus dem Gestapo-Klüngel, der Abwehr oder dem Generalstab, der sich in der Organisation Gehlen eingenistet hatte und auf der Zielliste des CIC stand, erlangte in den Fahndungen von Schmitz und Albert auch nur annähernd die Prominenz wie der ehemalige SS-Obersturmführer. Dem Gehlen-Intimus bei der »Operation Lena«,[218] welche die Position des »Doktors« bei Adenauer und Globke nachhaltig festigen half und auf die wir ausführlich zurückkommen, galt mit Abstand die größte Aufmerksamkeit der Amerikaner – nicht weil auch er ein Mitglied der nationalsozialistischen Mord- und Terrorelite gewesen war, auch nicht weil er kaum als Freund der Amerikaner gelten konnte, sondern weil er bereits früh dringend verdächtig war, für den Feind zu arbeiten.

Dank Albert und Schmitz hatte das CIC das Curriculum Vitae des Heinz Felfe ziemlich lückenlos rekonstruiert. 1918 geboren, als Feinmechaniker ausgebildet und später in mehreren Anläufen immer wieder auch Jura-Student, brachte es Felfe im Krieg schließlich zum Kriminalkommissar.

Förderlich für seine Karriere war gewiss, dass er »überzeugter Nationalsozialist« war.[219] Mit zwölf Jahren war er bereits in den NS-Schülerbund gegangen, als HJ-Scharführer trat er 1936 der NSDAP, bald der Allgemeinen SS bei. Nach kurzem Wehrdienst wurde der überaus ehrgeizige und fähige Felfe zunächst V-Mann, ab Anfang 1942 hauptamtlicher Mitarbeiter des SD, wo er es nach einem kurzen Einsatz in Holland im Reichssicherheitshauptamt schließlich bis zum SS-Obersturmführer brachte. Der »Agent in sieben Geheimdiensten«, der nach den Worten seines Biografen Bodo Hechelhammer letztlich »immer für sich selbst« arbeitete,[220] ließ sich nach dem Krieg für einige Jahre vom britischen Geheimdienst als Agent Provokateur gegen kommunistische Studenten und die KPD einsetzen, arbeitete danach im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, scheiterte wegen des sehr negativen Urteils der Briten über ihn mit einer Bewerbung beim Bundesamt für Verfassungsschutz und verdingte sich schließlich dem KGB für die Rolle seines Lebens. Zehn Jahre spionierte er für den sowjetischen Geheimdienst und strich dafür mindestens 140 000 DM ein: »Heinz Felfe wurde ein Maulwurf Moskaus mangels beruflicher Perspektiven, aus Angst vor Aktionen der KPD gegen ihn, aber auch aus Verbitterung, weil ihn die deutschen Sicherheitsbehörden abgewiesen hatten.« Zehn Wochen nach seiner Anwerbung in Berlin-Karlshorst, am 15. November 1951, trat Heinz Felfe in die Dienste der Karlsruher GV L. Schon zwei Jahre später wurde der auffallend fähige Mitarbeiter in die Abteilung Spionageabwehr/Gegenspionage der Zentrale in Pullach versetzt, wo er als Hilfsreferent bei der Gegenspionage UdSSR anfing. Obgleich die Unterlagen im Berlin Document Center seine starke NS-Belastung belegten, spielte sie für seine Vorgesetzten keine Rolle, weil der SD-Offizier bei der Entnazifizierung mit dezenter Hilfe der Briten als entlastet eingestuft worden war.

Der Verratsverdacht gegen seinen Mitarbeiter Felfe ging unmittelbar auf Ludwig Albert zurück, der das Team von Colonel Dale mit immer neuen Mutmaßungen und Hinweisen bombardierte. Alberts Feldzug gegen seinen Kollegen in der GV L begann früh. Die SED hatte nach den durchschlagenden Erfolgen ihres Staatssicherheitsdienstes gegen den Gehlen-Apparat Ende 1953 eine beispiellose Propaganda- und Schauprozesskampagne gegen die SS- und Gestapo-verseuchte

»amerikanische 5. Kolonne« gestartet.[221] Dieses Desaster war es vor allem gewesen, weshalb das CIC damit begann, die westdeutschen Freunde verschärft unter Beobachtung zu nehmen.

Die Belastung Felfes durch Albert und Schmitz gründete sich ebenso auf sein Verhalten wie auf Indizien unterschiedlicher Plausibilität. Die zugänglichen Akten des CIC belegen, dass sich sein Felfe-Bild so gut wie ganz aus den Hinweisen von »Lohengrin« und »Arthur« speiste. Schmitz berichtete im Januar 1954 erstmals von den zunächst noch recht bescheidenen Ergebnissen seiner Nachforschungen an Albert.[222] Nach und nach fand »Lohengrin« heraus, dass Felfe im Kaiser-Ministerium gearbeitet und dort im Zusammenspiel mit dem Referatsleiter Wilhelm Bodens, einem Bekannten aus seiner Zeit bei der Gestapo in Holland, und dem »Volksbund für Frieden und Freiheit« Agenten im Saarland geführt hatte; alles im Einverständnis mit Ewert Freiherr von Dellingshausen, dem »konspirativen Netzwerker im Umfeld antikommunistischer Befreiungsorganisationen«.[223] In der hochpolitisch gewordenen Saar-Frage hätten sich diese ebenso wie Bundesminister Jakob Kaiser selbst »keineswegs an die außenpolitische Linie des Bundeskanzlers und Außenministers« gehalten.[224] Auch Alfred Gielen (V-7611), vor 1945 Stellvertreter von »Promi-Taubert«,[225] tauchte in diesem Zusammenhang wieder auf, und zwar als derjenige in der Organisation Gehlen und dem »Volksbund«, der auf diesem Feld am engsten mit Felfe zusammenarbeitete.[226]

Noch bedeutsamer als solche Hinweise waren für Ludwig Albert und den kontinuierlich von ihm belieferten Chef Alfred Bentzinger die Indizien für einen möglichen Verrat Felfes. Ein Verdachtsmoment ergab sich aus der Prüfung der Namen von Org-Mitarbeitern, die im Zuge der SED-Kampagne als Gehlen-Agenten bloßgestellt worden waren. Bentzinger wandte sich an die Zentrale und machte dringlich darauf aufmerksam, dass in den DDR-Medien einer seiner eigenen Mitarbeiter, Hagemann, mit Klarnamen benannt wurde, den die nun in der Hand der Staatssicherheit befindlichen Hauptamtlichen des Gehlen-Dienstes keinesfalls kennen konnten: »Also muss Hagemann von einer anderen Person den sowjetzonalen Stellen genannt worden sein«; darin seien sich alle mit der Aufarbeitung der schweren Einbrüche in die Org Befassten einig. Seine Motivforschung zu diesem speziellen Verrat, »eine Gemeinheit für sich«, führte Bentzinger/»Leidl« zu der Überzeugung, hier müsse »potenzierte

Rachsucht« im Spiel sein, um sodann auf das »besonders ausgeprägte Rachebedürfnis« seines ehemaligen Mitarbeiters Heinz Felfe, mit dem er seit langem über Kreuz lag, hinzuweisen. Auffallend sei obendrein, dass ausgerechnet dieser Kollege trotz seiner erheblichen NS-Belastung in der SED-Propaganda nicht vorkam.

Um seine Theorie zu untermauern, schilderte Bentzinger der Zentrale zwei Vorkommnisse, bei denen Felfe sich »in seiner ihm eigenen verschlagenen und zersetzenden Art« dem Hagemann genähert hatte. Dem sei das so an die Nieren gegangen, dass er sich schließlich ihm als seinem Chef anvertraut habe. Daraufhin habe er, Bentzinger, sich Felfe in einer Weise vorgeknöpft, »dass ihm nun doch – zunächst wenigstens – diese Zersetzungsmanöver vergingen. Im intriganten Wesen des Felfe steigerte sich nach diesen Zurechtweisungen nunmehr die ihm eigene Rachsucht, die gegenüber Leiter L [Bentzinger] auch anderweitig genährt worden ist, und gegenüber Hagemann, weil er diese zünftigen Rügen herbeigeführt hatte. Mit der Namensnennung und der Verleumdung in den Veröffentlichungen sollte nun heimgezahlt werden. Es gibt keine andere Möglichkeit, aus der heraus Hagemann dem Feind preisgegeben werden konnte, als nur die von Felfe inszenierte.« Das waren schlagende Anschuldigungen. Der Empfänger des Berichts, Hans-Jürgen Dingler, der vom Leiter der Gegenspionage Conrad Kühlein (»Kühne«) mit der Untersuchung der Karlsruher Ungereimtheiten beauftragt worden war, stufte Bentzingers Vorwürfe gegen Felfe, der zu seinem Untersuchungsteam gehörte, allerdings als »unbewiesene Behauptung« ein.[227] Vielleicht ging es ja doch nur um persönliche Animositäten. Heinz Felfe jedenfalls nannte Albert einen »Lump«.[228]

Man mag die Skepsis Dinglers nachvollziehen können, doch die Rachsucht-These Bentzingers blieb nicht das einzige Argument gegen den »verworfenen« Felfe, das von seinen Jägern Albert und Schmitz ins Feld geführt wurde. Keine einzige Stelle des Dienstes, mit der Felfe arbeite, sei in der Ostpresse genannt worden, argumentierten sie. Außerdem habe Albert ihn »einmal in einer Münchener Dienststelle der Org angetroffen, als er den bestehenden Vorschriften entgegen die Runde von Zimmer zu Zimmer gemacht habe. Er habe darauf dienstliche Meldung erstattet«. Felfe sei darüber hinaus »bemüht gewesen, durch allerlei Manipulationen seine Identität zu tarnen«, außerdem treibe er in seiner Münchener Wohnung

»einen Luxus, der in keinem Verhältnis zu seinem Einkommen steht«.[229] Durchschlagende Beweise für eine feindliche Agententätigkeit waren das freilich nicht, selbst in ihrer Häufung nicht. Im Frühjahr 1954 meldete Pullach der CIA daher, man habe nichts finden können.[230]

Das CIC nahm die Hinweise von Ludwig Albert und Heinrich Schmitz im Laufe des Jahres jedoch zunehmend alarmiert auf. Im Sommer war sich der Abschirmdienst bereits recht sicher, das Zentrum des Verrats ausgemacht zu haben – eine Gruppe ehemaliger SD-Leute. Felfe wurde als möglicher Sowjet-Agent benannt. Im Herbst kam CIC zu dem Schluss, die Enthüllungen der DDR-Presse über die Organisation Gehlen könnten nicht allein auf dem Wissen der verhafteten oder gekidnappten Mitarbeiter beruhen: »Rather, the conclusion was reached that the Soviets could have culled their knowledge only through the treason of someone within the Subject organization [Org]. Kohler still stubbornly clings to his opinion against this conclusion. He doubts the possibility of treason, without, however, offering any valid reason for an opinion which no one in the GD [General Direction, Zentrale] shares.« Überhaupt Kohler: Er vor allem sei für die jüngsten Katastrophen verantwortlich, da es ihm, um das Mindeste zu sagen, an professioneller Qualifikation fehle: »He enjoys a privileged position only because he was in Subject organization from its infancy.« Dann listete das CIC sämtliche Verdachtsmomente gegen Felfe auf, die Schmitz und Albert ihm präsentiert hatten, zuzüglich einiger weiterer Indizien, und hielt fest: »The suspicion that Heinz Felfe and the SD (Sicherheitsdienst – Nazi Security Service) clique which followed him into the organization are ›enemies‹ has been growing steadily.«[231] Oberst Dale legte deswegen »allergrößten Wert auf beschleunigte Ermittlungen«, wie Schmitz später aussagte.[232]

»Lohengrin« kam nach seiner Agenten-Tätigkeit für das CIC noch einmal auf Ludwig Albert zu sprechen, der inzwischen im Selbstmord geendet hatte. Schmitz nutzte das und bemühte sich gegenüber der Org, seinen ehemaligen Komplicen als alleinigen Verantwortlichen für die Jagd auf Heinz Felfe hinzustellen. »Arthur« habe diesen geradezu fanatisch als den Fall bezeichnet, »durch den nach seiner Meinung alle Pannen in der Vergangenheit zu erklären« seien, gab Schmitz zu Protokoll.[233] Er habe seinen früheren Kollegen wirklich »aufs Schwerste« verdächtigt[234] und für sämtliche Pannen verantwortlich gemacht: »Mit der Klärung Felfes wird die

Org wieder ›dicht‹ sein«, habe er immer wieder gesagt.[235] Im Nachhinein, als der sowjetische Meisterspion aufgeflogen war, mussten die Beteiligten feststellen, dass Ludwig Albert von Anfang an auf der richtigen Fährte gewesen war. Genauso richtig ist allerdings auch, dass die zusammengetragenen Indizien nicht hinreichten, um die Spionagetätigkeit Felfes zweifelsfrei nachzuweisen. Sie waren nicht einmal plausibel genug, um ihn in Pullach dezent kaltzustellen oder wenigstens von allem fernzuhalten, was die östlichen Dienste unter keinen Umständen erfahren durften. Die Bedeutung, die Heinz Felfe inzwischen für das politische Gewicht des Gehlen-Dienstes in Bonn gewonnen hatte, legte es – paradox – nahe, nicht allzu hartnäckig nachzubohren.

Obwohl Albert, Bentzinger und Schmitz alles darangesetzt hatten, ihren massiven Verdacht nur einem ganz kleinen Kreis in der Zentrale mitzuteilen, war Felfe bekannt geworden, »dass die Lohengrin-Berichte ein sehr negatives Bild über ihn ergaben«[236] – nicht verwunderlich, da er mit zu Dinglers Untersuchungsmannschaft gehörte. Die Tatsache, dass Heinz Felfe aus nächster Nähe verfolgen konnte, wie sich der Verdacht gegen ihn immer gefährlicher zusammenbraute, hatte gravierende Folgen: Moskau leitete umgehend eine massive Aktion ein, um die drohende Kaltstellung oder gar Enttarnung seines Spitzenagenten abzuwenden. Diese Operation des KGB glückte so fulminant, dass Felfe seinen verheerenden Verrat weitere sechs Jahre fortsetzen konnte.

4. Der KGB greift ein

Die Rettungsaktion des KGB für seinen Top-Spion Heinz Felfe, der durch die »Operation Campus« des CIC und speziell durch den dringenden Verdacht seines Kollegen Ludwig Albert in Bedrängnis geraten war, zielte darauf ab, diesen Hauptbelastungszeugen auszuschalten, seinen Ruf zu ruinieren und ihn am besten selbst glaubhaft als feindlichen Agenten hinzustellen. Das Vorhaben war überaus kompliziert, hatte eine lange Vorgeschichte und erreichte im Sommer 1955 seinen dramatischen Höhepunkt. In Washington fand das Drama, das mit jedem Kalten-Kriegs-Thriller konkurrieren kann, ein Nachspiel auf höchster Ebene: als nämlich der für die Feindaufklärung der U. S. Army verantwortliche Pentagon-General Arthur Trudeau den Versuch machte, die Ausforschungen des CIC zu nutzen, um den deutschen Bundeskanzler in letzter Minute davon abzuhalten, die Organisation Gehlen zum Bundesnachrichtendienst zu machen. Alles begann drei Jahre zuvor in Ost-Berlin.

Vorarbeit des Staatssicherheitsdienstes der DDR

Herbert Weinmann, eine weitere Schlüsselfigur in dieser Auseinandersetzung zwischen schwierigen Freunden und nützlichen Gegnern, wurde am 17. Oktober 1921 im pfälzischen Eisenberg geboren. Seine zweite Identität lautete auf »Herbert Burkhardt«, geboren am 17. Oktober 1920 in Posen. Nach der Schule machte Weinmann in dem Städtchen Frankenthal eine Ausbildung zum Dreher, schulte aber zum Kaufmann um. Bei Kriegsbeginn meldete er sich als Freiwilliger zur Fallschirmjägertruppe, kam zum Regiment »Hermann Göring«, aber nicht zum Einsatz, sondern zum Wetterdienst nach Berlin-Tempelhof. 1943 nahm er nach der Landung der Alliierten in Sizilien an den vergeblichen deutschen Abwehrversuchen teil, wurde verwundet und erlebte, nebenher HJ-Führer, das Kriegsende in Berlin beim Wetterdienst, der ihn neuerlich angefordert hatte.

Sogleich stieg Weinmann ins »Lebensmittelgeschäft« ein, besser gesagt: Er wurde ein erfolgreicher Schwarzmarkthändler. Die Leute seien vor seinem Geschäft in Berlin-Mitte manchmal über Hunderte von Metern angestanden, prahlte er einmal. Ende 1945 wurde er jedoch wegen seiner dunklen Geschäfte verhaftet und wegen Wirtschaftsverbrechens zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Ende 1947 gegen eine hohe Kaution freigekommen, setzte er sich nach Westdeutschland ab. An der Grenze, ohne Papiere, gab er sich als Herbert Burkhardt aus, kehrte nach West-Berlin zurück, heiratete unter falschem Namen ein zweites Mal und stieg in den Zigarettenhandel ein. Anfang 1949 ließ sich Weinmann/Burkhardt dann in Düsseldorf nieder, bekam in Neuß am Rhein eine Anstellung als Geschäftsführer und reiste mit einem Interzonenpass häufig in die Ostzone. Geschäftlich wie privat lief es für ihn ziemlich schlecht. Die neue Ehe kriselte wegen seiner Eskapaden, man kehrte nach Berlin zurück.[237] Das war im Frühjahr 1952, zugleich der Beginn seiner Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR.

Ähnliche, aber sehr viel kargere Angaben machte Weinmann dem MfS in seinem handschriftlichen Lebenslauf, wo er es bei seiner zweiten Identität »Burkhardt« beließ.[238] Seine Verpflichtung als Zuträger des MfS erfolgte unter dem Decknamen »Brille« am 27. August 1952.[239] Der sowjetische

»Genosse Instrukteur« erhielt Mitteilung von dieser Neuerwerbung. Als angeblicher Beauftragter der Nationalen Front in Berlin-Wilmersdorf hatte Weinmann/»Burkhardt«einen Bekannten wegen der Verteilung von Flugblättern angesprochen – auch der war »Gesellschaftlicher Mitarbeiter« des MfS – und ihm außerdem erzählt, er habe seinen ersten Wohnsitz in Neuß am Rhein und kenne dort interessante Leute, zum Beispiel den Sohn von Feldmarschall Rundstedt und einen Ministerialrat im Amt Blank. Er wolle das alles aber ungern der Nationalen Front, sondern lieber einer Stelle darlegen, wo es wirklich vertraulich behandelt würde. Sogleich schaltete sich ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit ein, um diesen Fisch an Land zu ziehen. Ihm eröffnete »Burkhardt«, dass er vor allem im innerdeutschen Handel tätig sei und mit Billigung der DDR-Stellen illegal westdeutsche Maschinen in die DDR bringen lasse. Obgleich allerlei Ungereimtheiten erkennbar waren, biss die Stasi an und sicherte ihm sogleich die Erstattung seiner Auslagen für eine Reise ins Rheinland zu.

Anfang 1953 kam es allerdings zu einer Vertrauenskrise. Weinmann legte die Karten auf den Tisch: Er könne »es nicht weiter verantworten, Sie zu belügen, und gebe Ihnen beiliegend meinen Lebenslauf«, erklärte er seinem Führungsoffizier zerknirscht. Er habe einen schweren Weg hinter sich, habe sich »oft« das Leben nehmen wollen, erzählte er, »und erst durch Sie bin ich zufrieden geworden und habe zu mir selbst zurückgefunden«. All sein Streben, beteuerte der Geschäfts- und Lebemann, ziele auf die »totale Vernichtung des Kapitalismus. Die Menschen sollen vor dieser Gesellschaft verschont bleiben«. Nach dieser »Offenbarung der vollen Wahrheit«[240] erhielt die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit, die nun auch seinen richtigen Namen und etwas mehr über seine tatsächlichen Lebensverhältnisse erfuhr, eine neue Grundlage. Mit dem Plazet Erich Mielkes öffnete die Staatssicherheit »Brille« nun Tür und Tor im Interzonenhandel.[241]

Gleich nach seinem melodramatischen Geständnis begann Herbert Weinmann mit der Aufklärungsarbeit in der Bundesrepublik. Sie richtete sich gegen verschiedene Personen, sollte deren NS-Vergangenheit klären, Lebensverhältnisse und Funktionen auskundschaften, auch ihren »moralischen Lebenswandel« oder ihre »Einstellung zur DDR und zur Adenauerpolitik«. In Frankfurt am Main hatte »Brille« militärische Objekte auszuspionieren. Dann, am 7. April 1953, erhielt Weinmann den von

Staatssekretär Erich Mielke abgezeichneten Auftrag, nach Neu-Isenburg zu fahren und Ermittlungen zu Ludwig Albert anzustellen. Dem Wortlaut des Auftrags nach scheint man bis dahin kaum etwas über ihn gewusst zu haben.[242] Die Ausspähung Alberts erfolgte nach Weinmanns eigenen Angaben am 14./15. April – ein Datum, das in Sachen Albert gut zwei Jahre später eine entscheidende Rolle spielen sollte. Denn an diesem Tag, erklärte der inzwischen verhaftete Weinmann später gegenüber der Sicherungsgruppe Bonn, der Bundesanwaltschaft und dem Gehlen-Dienst, habe der konspirative Treff seines MfS-Führungsoffiziers mit ebendiesem Ludwig Albert von der Organisation Gehlen stattgefunden. Er selbst habe diese delikate Begegnung nicht nur vorbereitet, sondern auch mit eigenen Augen beobachtet – einschließlich der Übergabe von geheimen Unterlagen.[243] Ganz klar also: Ludwig Albert war ein Agent des Staatssicherheitsdienstes!

In dem MfS-Bericht über die Observation Alberts findet sich allerdings kein Hinweis auf den angeblichen Treff mit leitenden Mitarbeitern der Organisation Gehlen, auch keiner, dass »Brille« von einem Mitarbeiter der Staatssicherheit begleitet worden wäre.[244] Er enthält aber ausführliche und zutreffende Informationen zu Alberts Lebenslauf, Wohn-, Lebens-, Vermögens- und Verwandtschaftsverhältnissen – jedoch nichts über seine Zugehörigkeit zum Gehlen-Dienst –, die Weinmann in Gesprächen mit Nachbarn abgeschöpft hatte: »Von weiteren Bewohnern der heutigen sowie der früheren Nachbarschaften konnte ich nicht das Geringste erfahren, da Albert sehr zurückhaltend ist.« Acht Wochen später wurde der Agent Weinmann dann auf Einrichtungen des Gehlen-Dienstes in Pullach, Berchtesgaden und am Starnberger See angesetzt; dort befinde sich im Schloss Weidenkam die »Agentenschule der Agentur Gehlen«.[245] Diese Aufträge wurden gut erfüllt, auch wenn die mit einigen Außenfotos untermauerten Erkenntnisse über das »Camping-Pullach« in der ehemaligen Rudolf-Hess-Siedlung die Kenntnisse des Staatssicherheitsdienstes über die Organisation Gehlen kaum revolutioniert haben dürften.[246]

Herbert Weinmann trat gegenüber der durch das Versagen am 17. Juni schwer in Mitleidenschaft gezogenen und zum Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) zurückgestuften Geheimpolizei der SED nun immer kecker auf. Die Stasi müsse seine »Existenzfrage schnellstens lösen«, verlangte der Inoffizielle Mitarbeiter. Sein Plan sei nämlich, unter seinem

richtigen Namen nach Westdeutschland zu gehen und dort eine Firma zu gründen: »Sollte das SfS auf meinen Vorschlag eingehen, dann verpflichte ich mich, innerhalb von 6 Monaten eine leitende Funktion in der Organisation Gehlen zu bekleiden und somit eine Aufgabe übernommen zu haben, die uns einen Schritt weiter, zur Einheit Deutschlands bringt.« Auch wenn das ein bisschen wahnsinnig klinge, so möge man doch nicht vergessen, dass er seine Beziehungen noch längst nicht ausgereizt habe und es ihm ein Leichtes sein werde, über Freunde seiner Frau »an Gehlen direkt heranzukommen. Ich werde als Russlandfeind schnell Karriere machen, und wenn mir das Geld zur Verfügung steht, baldigst Erfolge haben.« Dann unterbreitete er seine finanziellen Forderungen, klagte das SfS an, sein geschäftliches Fußfassen in der Bundesrepublik verkorkst zu haben, und beschwerte sich, dass man ihm bei der Reparatur seines Autos, mit dem er inzwischen 50 000 Kilometer dienstlich abgespult habe, nicht unter die Arme greife. Die Zusammenarbeit laufe einfach nicht richtig, beinahe glaube er, dass in den Reihen des SfS Männer säßen, »die gar nicht wollen, dass wir GM-Männer Erfolge bringen. Man quält einen, wo man nur kann.« Er müsse jetzt sogar seinen Fotoapparat verkaufen; gut, dann mache er eben keine Fotos mehr für die Geheimpolizei.[247]

Die Abteilung Gegenspionage des Staatssicherheitsdienstes warf das Großmaul erstaunlicherweise nicht sofort hinaus, sondern hielt Weinmann, im Gegenteil, für derart perspektivreich, dass sie sich für ihren auftrumpfenden Geheimen Informator »Brille« sogleich gewaltig ins Mittel legte. Sogar der Abteilungsleiter nahm sich nach dessen Philippika sofort Zeit für ihn, kam ihm bei seinen Geldforderungen entgegen, versprach die amtliche Namensänderung einzuleiten und sich auch um eine Bereinigung der Strafakten Weinmanns aus dem seinerzeitigen Gerichtsverfahren zu kümmern.[248] Gebauchpinselt und vermutlich sehr zufrieden nahm »Brille« seine Erkundungen in Westdeutschland Ende des Jahres wieder auf.[249] Zugleich einigte man sich auf alle die Schritte, die nun für eine Übersiedlung ins Bundesgebiet zu bedenken und umzusetzen waren, darunter die Betreuung seiner Strafakten (die Stasi zog sie ein) und die Fingierung seines Lebenslaufs.[250]

Weinmanns Selbstbewusstsein war nun voluminös genug, um sich im Frühjahr 1954 brieflich an den »werten Kollegen Wollweber«, den Chef des Staatssicherheitsdienstes, zu wenden.[251] »Infolge meines großen Interesses

an unserer gemeinsamen Arbeit glaube ich«, hob er an, »dass meine erledigten Aufträge bereits des Öfteren zum Wohle der DDR waren und ein Stück zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen haben.« Allerdings funktioniere die Zusammenarbeit mit den Offizieren, mit denen er es zu tun habe, einfach nicht richtig. Inzwischen habe er sogar die Befürchtung, »von westdeutschen und amerikanischen Dienststellen beobachtet zu werden«. Das habe er auch dem Kollegen »Berger« mitgeteilt – ein Name, auf den sich Weinmann im westdeutschen Gewahrsam dann später wiederholt bezog und den er als seinen Führungsoffizier identifizierte: Dieser habe Albert bei dem angeblichen Treff im April 1953 Geheimunterlagen übergeben. Er bitte Wollweber als seinen »obersten Chef«, sich seiner Beschwerde eventuell in einem persönlichen Gespräch anzunehmen.

Es bleibe dahingestellt, ob die Unterredung stattgefunden hat, sicher ist, dass der Geheime Informator »Brille« neuerlich aufgewertet wurde. Die Hauptabteilung II (Spionageabwehr) erstellte einen Operativplan, in dem die einzelnen Schritte für die Übersiedlung Weinmanns in das Bundesgebiet festgelegt wurden und der den Aufbau einer »Existenz als selbständiger Handelsvertreter für Maschinen« vorsah.[252] Dafür waren allerlei Papiere zu beschaffen und verschiedene Legenden zu stricken, unter anderem die, dass er die Brücken zur DDR »offiziell« abbreche. Zunächst werde er bei seinen Eltern in Frankenthal wohnen und, je nachdem wie sich die Dinge entwickelten, verschlüsselte Nachricht geben. Am 10. August 1954, gut zwei Wochen vor Weinmanns Verhaftung in Westdeutschland, bestätigte Erich Mielke den Auftrag des SfS, wonach der Agent nach Frankenthal überzusideln und sich dort eine Existenzgrundlage zu schaffen habe.[253]

Wenige Wochen vor »Brilles« Verhaftung legte die Hauptabteilung II/4 eine umfangreiche »Charakteristik« zu ihrem Geheimen Mitarbeiter vor.[254] Der sicher und gewandt auftretende Mann habe sich sehr bewährt, hieß es darin. Man habe ihn in letzter Zeit vor allem zur Aufklärung des Bundesamts für Verfassungsschutz und der »Agentur Gehlen« eingesetzt, »er konnte auch einige offizielle Mitarbeiter dieser Dienststellen aufklären«. Eine größere Operation zur Aufklärung von hauptamtlichen Mitarbeitern des Gehlen-Dienstes habe sich leider nur »zu einem Bruchteil« umsetzen lassen, da dem GM »das Rückgrat einer gesicherten Existenzgrundlage fehlte«. Dem habe man inzwischen mit 6600 DM zur Finanzierung eines »Häuschens in Westberlin« abgeholfen. Gegenwärtig,

man schrieb den 11. Juni 1954, sei man dabei, dem Inoffiziellen Mitarbeiter unter seinem richtigen Namen eine Existenzgrundlage aufzubauen, von der aus er »an der Aufklärung der Objekte und Personen der Agentur Gehlen arbeiten« könne. Man habe Weinmann wiederholt überprüft, seine Angaben entsprächen stets der Wahrheit, seine Aufträge führe er geschickt, selbständig und »bisher stets zur Zufriedenheit durch, und er ging dabei oft unbewusst aufs Ganze«. Weinmann sei bestrebt, so weiter, sich dem entgegengebrachten Vertrauen würdig zu erwiesen. Sein voller Einsatz in Westdeutschland sei gewährleistet. Darben musste »Brille« während seiner zwei Jahre im Dienst des ostdeutschen Geheimdienstes tatsächlich nicht. Einschließlich des »Häuschens« erhielt er von der Staatssicherheit den fürstlichen Betrag von insgesamt 40 717 DM.[255]

Spätestens im Vorfeld der vom Staatssicherheitsdienst der DDR vorbereiteten Übersiedlung Weinmanns nach Westdeutschland hat der KGB seinen »Freunden« offenbar das Heft aus der Hand genommen, um seine Spitzenkraft Heinz Felfe in Pullach zu retten. Kurz zuvor war ein erster sowjetischer Versuch zum Schutz Felfes und zur Diskreditierung der Organisation Gehlen, namentlich der GV L und speziell ihrer leitenden Mitarbeiter Bentzinger und Albert, dilettantisch gescheitert.[256] Es ist gewiss kein Zufall, dass in den Stasi-Unterlagen in den entscheidenden Monaten zwischen Sommer 1954 und Sommer 1955 eine Lücke klafft. Es liegt nur ein Bericht der Hauptabteilung II/4 vor, die mindestens auf ihren unteren Ebenen kaum eingeweiht gewesen sein dürfte, in dem es heißt, man habe am 24. August 1954 erfahren, ihr Mitarbeiter »Burkhardt« sei in der Bundesrepublik verhaftet und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden; es habe überdies Schwierigkeiten wegen der von der Hauptabteilung VII »stümperhaft« gefälschten Papiere gegeben.[257] Immerhin: Ein Dokument auf der nun wieder einsetzenden Aktenüberlieferung zum Fall »Brille« mit mehreren Marginalien in kyrillischer Handschrift zeigt, wie intensiv die sowjetischen Freunde ihre diesmal überaus erfolgreiche Operation nachbereitet haben.[258]

Ein Drama mit Todesfolge

Man schrieb also den 24. August 1954, als Herbert Weinmann, der zwei Wochen zuvor im Auftrag der Staatssicherheit der DDR in seinen früheren Heimatort zurückgekehrt war, in Frankenthal in der Pfalz verhaftet wurde. Die Behörden hatten entdeckt, dass er wegen der seinerzeitigen Verurteilung in Ost-Berlin im Fahndungsbuch ausgeschrieben war. Weinmann wurde in die Straf- und Sicherungsanstalt Hameln verbracht, wo er, beim Angehen von Spitzenpolitikern nie verlegen, sich Anfang Dezember hinsetzte und einen Brief an den Bundesminister des Innern verfasste. Er wende sich an ihn, weil er »keinen anderen Ausweg kenne, um mein Recht zu erhalten«, schrieb er. Dann schilderte er, wie er nach seiner Verurteilung zu einer wegen Schwarzmarktgeschäften in Verbindung mit Beamtenbestechung (die Presse hatte ausgiebig darüber berichtet) Ende 1945 eine mehrjährige Haftstrafe in Ost-Berlin angetreten habe, während seiner Freilassung im Zuge eines Revisionsverfahrens 1948 dann nach West-Berlin gegangen sei und dort ab Herbst, nach der Teilung der Stadt, seine Reststrafe verbüßt habe. Dann seien aber Schwierigkeiten aufgetreten, weil man im Westen der Ost-Berliner Version gefolgt sei, seine Verurteilung habe auch einen politischen Hintergrund gehabt.[259] Ihm sei unklar, weshalb er mit der Begründung festgehalten werde, er müsse seine Reststrafe vollständig absitzen. Wie dem auch sei, jedenfalls könne er, da er in Ost-Berlin Umgang mit dem Sohn von Wilhelm Pieck gehabt habe, einiges Interessante über den Staatssicherheitsdienst mitteilen; Weinmann spickte diesen Köder mit zwei konkreten Hinweisen. Er erwarte also, dass der Herr Minister seine Sache bearbeiten lasse und ihm »baldigst« antworte.[260]

Die Rechnung ging auf, Frechheit siegte auch diesmal wieder. Mitte Januar 1955 suchte ein Beamter der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts im Auftrag des Oberbundesanwalts Weinmann im Gefängnis auf. Der Inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, der beteuerte, frühere Avancen der Geheimpolizei immer zurückgewiesen zu haben,[261] kam sogleich zur Sache, »erklärte, dass er teilweise aussagebereit sei, unter keinen Umständen aber unter seinem richtigen Namen Angaben machen würde«. Der vernehmende Kommissar ging darauf ein und akzeptierte, dass sich Weinmann den Tarnnamen »Adam«

gab. Profi, der er war, fügte der Häftling allerdings sogleich an, er werde vorerst nur ein paar Hinweise geben, aus denen die bundesdeutschen Behörden entnehmen könnten, dass er über ostdeutsche nachrichtendienstliche Sachverhalte »bestens orientiert« sei. Wolle man mehr erfahren, dann müsse man ihm in seiner Strafsache helfen: »Nur unter dieser Bedingung«, hielt der Vernehmer der Sicherungsgruppe fest, sei der Häftling bereit, »weitere Angaben über umfangreichere Komplexe zu machen.« [262]

In den folgenden Tagen verstand Weinmann es, bei seinem Vernehmer lebhaftes Interesse zu wecken. Eingehend legte er dar, zu welch wichtigen Personen in der DDR er direkten oder indirekten Kontakt habe. Es war ein regelrechtes Name-Dropping, vom Ost-Berliner Oberbürgermeister, dem Beauftragten für den innerdeutschen Handel über einen gewissen »Erich Honecker« bis zum DDR-Innenminister Karl Maron. Sogar den am Übertritt des Verfassungsschutzpräsidenten John beteiligten Arzt Wolfgang Wohlgemuth kannte er (»Hat unter anderem auch mein Kind in der Charité behandelt«). Der Vater seiner Braut sei übrigens »ein höherer Beamter im Staatssekretariat im Staatssicherheitsdienst in Berlin-Lichtenberg in der Normannenstraße«. Ebenso elektrisierend mag der Hinweis auf einen Freund, einen hohen Offizier der Geheimpolizei, gewirkt haben. Dieser »Ostmitarbeiter« sei inzwischen auf Schloss Weidenkam am Tegernsee, der Schule der Organisation Gehlen (sie lag am Starnberger See und war bereits geschlossen), als »Russlandstratege« tätig.[263] Diesen Aussagen schenkte die Sicherungsgruppe, die jetzt die Spionageabwehr in Pullach einweihte,[264] sofort die gebührende Aufmerksamkeit. »Adam« allerdings verweigerte weitere Aussagen, bis ihm geholfen würde.

In der Organisation Gehlen erhoben sich sogleich skeptische Stimmen, als man sich mit Weinmanns Hinweisen zu befassen begann. Oberst i. G. a. D. Hans Lutz (»Roth«), einer der renommiertesten Leitungspersönlichkeiten, erklärte, er und seine Kollegen seien der Auffassung, »dass es sich bei den Auslassungen des Weinmann um ein gegnerisches Spiel zur Irreführung der Org handelt oder aber um Hochstapelei«. Dann listete er mehrere Punkte auf, die dafür sprächen, dass »die gesamte Geschichte vom Gegner gesteuert ist«.[265] Also schickte die Spionageabwehr eine Stellungnahme mit folgendem Fazit an den Leiter der Sicherungsgruppe Bonn, Ernst Brückner (»Bruno«): »Hiesige Dienststelle

ist der Auffassung, dass es sich bei den Auslassungen des Adam (Deckname) um ein gegnerisches Spiel zur Irreführung der Org handelt (Provokation). Trotzdem ist es auch aus Sicherheitsgründen notwendig, mit allen nur möglichen Mitteln den Vorgang einer Klärung zuzuführen.« Dann wurden Indizien dafür genannt, dass die teilweise zutreffenden Aussagen »vom Gegner gesteuert« sein könnten. Die Sicherungsgruppe willigte ein, Weinmann anhand eines von Pullach ausgearbeiteten Fragebogens noch einmal zu vernehmen. Brückner sagte außerdem zu, dass ein Mitarbeiter des Dienstes »im Nebenzimmer der Vernehmung beiwohnen kann«.[266] So geschah es, die Aussagefreudigkeit »Adams« blieb jedoch verhalten.[267] Parallel dazu leitete die Spionageabwehr umfangreiche eigene Nachforschungen ein.

Da Weinmann in dosierten Häppchen immer wieder kleinere Neuigkeiten preisgab, gewann die Angelegenheit jedoch immer mehr Gewicht. Sogar der Name von Ludwig Albert fand Erwähnung.[268] Gegenüber der Bundesanwaltschaft betonte der Verhörte, dass er niemanden belügen wolle oder gar ein »Doppelspiel« treibe, um freizukommen. Einmal zog er sogar eine Fotografie hervor, die ihn auf der Genfer Außenministerkonferenz zeigte: »Ich gehörte zur Delegation der UdSSR.«[269] Einerseits waren die Angaben Weinmanns erkennbar aufschneiderisch, andererseits enthielten sie Details über die Staatssicherheit, die nicht einfach ignoriert werden konnten. Der ursprünglich argwöhnische Hans-Jürgen Dingler suchte daher den Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, Fischer, auf und erklärte »das lebenswichtige Interesse der Org an einer schnellen und einwandfreien Klärung des Gesamtvorganges«. Er drängte auf die rasche Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens, da in den »unverbindlichen Gesprächen« der Sicherungsgruppe mit dem Verhafteten (der inzwischen seinen IM-Decknamen »Burkhardt« eingeführt und plausibilisiert hatte) nicht weiterzukommen sei; man könne »aus Sicherheitsgründen nicht zu lange warten«.

Das über Günther Nollau mittlerweile ebenfalls eingeschaltete Bundesamt für Verfassungsschutz hielt die Angaben Weinmanns für »unrichtig«.[270] Zwar war auch Nollau davon »überzeugt, dass bei den Aussagen von Weinmann ein realer Hintergrund vorhanden ist und dieser einwandfrei im Dienste des sowjetischen Nachrichtendienstes oder des Staatssicherheitsdienstes gestanden haben muss«, doch sein Spezialist für

den ostdeutschen Gegner sprach weiterhin von »Lügen und Unrichtigkeiten«.[271] Gleichviel, Oberstaatsanwalt Fischer suchte nach der Intervention Dinglers, der inzwischen Heinz Felfe in dieser Sache befragt hatte,[272] Weinmann im Gefängnis auf und machte Nägel mit Köpfen. Nach seinen Aufzeichnungen erklärte »Adam« ihm, er habe »umfangreiche Erkenntnisse von der Tätigkeit von Agenten des sowjetzonalen und sowjetrussischen Nachrichtendienstes in der Bundesrepublik und West-Berlin« und sei bereit, sie der Bundesanwaltschaft zu offenbaren. Er verlangte die Haftentlassung und die Sicherstellung einer »Existenzmöglichkeit« im Westen – eine Wohnung und ein Arbeitsverhältnis mit einem Monatsverdienst von 800 DM –, außerdem die Freistellung von möglichen Strafverfahren. Der Bundesanwalt versprach darauf einzugehen, falls sich seine Angaben »durch eine schnellstmögliche Nachprüfung als zutreffend erweisen« würden. Weinmann wurde außerdem eröffnet, »dass seine eingehende Vernehmung bereits morgen – 18.5.1955 – beginnen wird«.[273] An diesem Tag begann der ins Gefängnis Königswinter bei Bonn verlegte IM der Staatssicherheit seine Schleusen in aller Breite zu öffnen.

Weinmann machte zunächst umfassende Aussagen zu seiner Person und zu seiner Arbeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR und »für den sowjetrussischen Nachrichtendienst«, zu der man ihn unter Androhung von Repressalien gezwungen habe.[274] In einer gemeinsamen Besprechung Dinglers mit Oberstaatsanwalt Fischer und der Sicherungsgruppe, die durch ihren Leiter Brückner vertreten war, kamen die Beteiligten danach zu dem Urteil, Weinmann habe zu sich selbst überprüfbar richtige und widerspruchsfreie Angaben gemacht. Man dürfe daher annehmen, er werde »auch in den anderen vorläufig nicht überprüfbaren Punkten die Wahrheit« sagen. Doch nun ergab sich eine Schwierigkeit. Da Weinmann sich mit Aussagen zu seiner früheren Agententätigkeit strafrechtlich zu belasten begann, wollte Brückner die weitere Vernehmung zu rein nachrichtendienstlichen Zwecken der Org und dem BfV überlassen; nur so könne er die pflichtgemäße Unterrichtung der Bundesanwaltschaft unterlassen, deren Zusagen »Burkhardt« ja erst zu seiner umfassenden Aussage gebracht hatten. Ob ein polizeilicher Zugriff erfolge, müsse später entschieden werden. Dingler blieb jetzt in Bonn, um die »Steuerung des Falles in der Hand zu haben«. Er holte Weimann mit einem Vernehmer der

Sicherungsgruppe sogar persönlich vom Gefängnis zu den »informatorischen Befragungen«[275] ab (wie das nun hieß), klärte ihn über den strafrechtlichen Sachverhalt auf, sagte, er sitze nun zwei Personen gegenüber, die weder zur Polizei noch zur Justiz gehörten, und ermahnte ihn, »völlig wahre Angaben« zu machen und sein »gesamtes Wissen« zu offenbaren; andernfalls könne die Zusicherung einer Straffreiheit nicht eingehalten werden. Natürlich, er werde in allen Punkten die Wahrheit sagen, beteuerte die Schlüsselfigur der sowjetischen Operation, es sei ihm doch klar, dass die westlichen Nachrichtendienste zahlreiche Möglichkeiten hätten, seine Einlassungen zu überprüfen.[276] Pullach war nun sicher, es mit einem wirklichen Überläufer aus dem Osten zu tun zu haben.

Herbert Weinmanns Mitteilungen sprudelten jetzt so heftig, als habe man eine Druckleitung angebohrt. Alles war so detailreich, als hätte die Staatssicherheit den westlichen Kollegen ihre Unterlagen per Einschreiben zugeschickt. Die »informatorische Befragung« im Untersuchungsgefängnis Königswinter durch zwei Pullacher Mitarbeiter begann am 21. Mai 1955, endete fünf Tage später und umfasste 145 Einzelpunkte.[277] Nach der Schilderung, wie die Staatssicherheit ihn unter dem Decknamen »Burkhardt« bzw. »Brille« zur Mitarbeit gepresst hatte, kam Weinmann auf die Aufträge zu sprechen, die er in der Bundesrepublik durchgeführt habe. Bei Punkt 58 kam er in aller Ausführlichkeit auf den »Fall Albert« zu sprechen.[278] Aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ergibt sich zweifelsfrei, dass es die sowjetischen »Freunde« gewesen waren, die ihm den stellvertretenden Leiter der GV L Ludwig Albert ans Herz gelegt hatten. Kurz bevor der KGB die Sache in die Hände nahm, hieß es im Abschlussbericht einer Operativen Personenkontrolle: »Durch den Genossen Instrukteur wurde uns im Betreff genannte Person [Albert] bekannt, sowie dass diese eine feindliche Tätigkeit gegen die DDR in der Agentur Gehlen ausübt. Die von GM ›Brille‹ getätigte Aufklärung erbrachte Anhaltspunkte, die auf eine solche angegebene Tätigkeit schließen lassen.«[279]

Der einsitzende Weinmann schilderte seinen Vernehmern mit Hilfe von Lageskizzen dann in allen Einzelheiten, wie er zusammen mit seinem Führungsoffizier zu Alberts neu gebautem Haus nach Neu-Isenburg, Rheinstraße 28, gefahren sei, wo es dann zu einem Treff zwischen dem Stasi-Offizier »Berger« und dem leitenden Mitarbeiter des Gehlen-Dienstes

gekommen sei – er habe das mit seinen eigenen Augen beobachtet. Mit dieser phantasievoll ausgemalten Story erreichte »Brilles« Auftritt vor den westdeutschen Sicherheitsbehörden den Höhepunkt: Sein Führungsoffizier, sagte Weinmann, sei von diesem Albert-Treff »mit einem großen Pappkarton« zurückgekehrt. Seine Vernehmer notierten, Weinmann sei über den Sicherheitschef der GV L außerordentlich gut informiert gewesen; Alberts Personalakte beim Staatssicherheitsdienst (die mit einem russischen Dokument beginne) habe er nach eigener Aussage deshalb so gründlich studiert, weil er Albert später einmal selbst als Agenten habe führen sollen. Die Akten hätten offenbart, dass der Gehlen-Mann ein »sehr teurer Mann« sei. Das habe auch die Reise nach Neu-Isenburg bestätigt, bei der sein Führungsoffizier »Berger« 12 000 DM in bar mitgeführt habe; 7200 DM davon seien allein bei dem Treff mit Ludwig Albert ausgegeben worden. Die Vernehmer kamen nach dieser Ladung Seemannsgarn tatsächlich zu der Ansicht: »Die Schilderung Weinmanns war so überzeugend, dass er diesen Vorgang selbst erlebt haben muss.«

Das war allerdings eine überaus leichtfertige Schlussfolgerung. Zum einen, weil die Vernehmer Weinmann im Laufe der Befragung selbst vorgehalten hatten, dass seine bisherigen Ausführungen zu Albert »nicht sehr glaubhaft« seien,[280] zum anderen, weil seine Schilderungen doch sehr abenteuerlich waren, wie sich bald zeigte. Denn danach wäre ein so bedeutsamer Treff wie der mit einem so hochrangigen Informanten wie Ludwig Albert – hätte er denn stattgefunden – von der Staatssicherheit mit einem aller Beschreibung spottenden Dilettantismus vorbereitet worden. Weinmann gab sich in seinem fröhlichen Redefluss nämlich die Blöße zu behaupten, nicht eher als am Abend vor dem angeblich gründlich vorbereiteten Treff habe er versucht, die Wohnadresse des Albert ausfindig zu machen! Erst unmittelbar vor dem Zusammentreffen des Stasi-Offiziers mit dem Gehlen-Mann habe er in einem gegenüberliegenden Haus erfahren, dass in der Rheinstraße 28 »ein Unbekannter wohne« – Albert eben! Ganz kurz vor der vereinbarten Treffzeit sei der dann da herausgekommen und »25 m« von ihm entfernt vorbeigegangen – noch ohne Paket unter dem Arm; er habe es wohl in seinem Auto versteckt gehabt. Die anschließende Übergabe dieses ominösen Pakets an Stasi-Offizier »Berger« konnte Weinmann ebenfalls genauestens beschreiben. Er selbst sei nämlich seitab in seinem Auto gesessen und konnte, so sagte er seinem Vernehmer, »durch

den Rückspiegel zweifelsfrei erkennen, dass der Paketübergebende der von ihm vorher gesehene Albert war. Das Paket war etwa 15–20 cm dick, in braunem Packpapier mit Schnur, Größe DIN A 4. Da Berger es im Wagen öffnete, konnte er den Inhalt sehen. Das Paket enthielt Verordnungen, regelrecht geheftete Sachen und schreibmaschinen- und handgeschriebene Blätter. Der Treff mit Albert war etwa im Mai 1954 [tatsächlich am 13./14.4.1953], und zwar etwa 8 Wochen vor der John-Affäre«; ein um mehr als ein Jahr nachdatiertes Datum, wohl um die ganze Räuberpistole näher an die Aura dieses Skandals zu rücken. Die Schilderung des angeblichen Albert-Treffs beunruhigte die Vernehmer des Gehlen-Dienste schon ein bisschen, denn sie fragten sich, wieso die Staatssicherheit die Adresse von Ludwig Albert, der doch bereits seit zwei Jahren dort wohnte, bis wenige Minuten vor dem Treff nicht gekannt habe? Tja, vielleicht hing das mit einem Wechsel der Führungsoffiziere des Albert zusammen, oder so irgendwie. Und wenn die SED-Geheimpolizei die Adresse und Lebensgewohnheiten ihrer Zielperson schon lange vorher ausgeforscht hatte und die abenteuerliche Geschichte mit dem Treff, für den es keine Zeugen gab, schlicht erfunden war? Ungereimtheiten wie diese störten jetzt, fielen in der Hitze des Gefechts nicht mehr ins Gewicht.

Weinmann, der bei der Ausmalung des Albert-Falls zur Genugtuung und Verblüffung seiner beiden Gegenüber »ungehemmt«« weiterredete,[281] hatte noch mehr zu bieten: Er konnte weitere Mitarbeiter des Gehlen-Dienstes beschreiben oder benennen, die, wie sich einige Wochen später herausstellte, tatsächlich für den Osten arbeiteten – acht insgesamt,[282] kleinere Fische zumeist: Sie mussten jetzt über die Klinge springen, um die Glaubwürdigkeit Weinmanns im Albert-Fall zu belegen. Denn auf niemand anderen als auf diesen für ihren Top-Spion so gefährlich gewordenen Gehlen-Mann hatte es der KGB abgesehen. Albert musste ausgeschaltet werden. Er war dem sowjetischen Spitzenagenten in Pullach inzwischen zu dicht auf den Fersen. Zweifellos eine kühne, für die »Freunde« von der Staatssicherheit verlustreiche Operation, doch es half nichts: Der einstige SS-Offizier, ehemalige britische Agent und nun in den Diensten von Gehlen und der CIA arbeitende Heinz Felfe war zu wertvoll für Moskau, um ihn noch länger dem Aufklärungsfuror von Ludwig Albert und dem CIC auszusetzen.

Die anfängliche Skepsis einiger Org-Mitarbeiter gegenüber den Erzählungen Weinmanns ging mit auf einen ähnlich konzipierten gegnerischen Angriff gegen die Dienststelle Bentzingers und Alberts vor Jahresfrist zurück.[283] Da hatte der KGB mit drei Agenten den Versuch unternommen, die vormalige GV L und jetzige Dienststelle 142 dadurch zu diskreditieren, dass er Geheimmaterialien in einem vorgeblich toten Briefkasten zu Füßen einer Laterne (unter »Lili Marleen« lief der Vorgang in Pullach) ablegen und es kurz danach gezielt zu einer Verhaftung durch die örtliche Polizei kommen ließ. Die beschlagnahmten Dokumente gaben einen so detaillierten Einblick in den Dienst und namentlich die GV L, dass sie nur von einem Insider stammen konnten. Tatsächlich gerieten Bentzinger und Albert in Verratsverdacht; glücklicherweise ließ sich die Angelegenheit rasch als eine sowjetische Operation aufklären. Ludwig Albert war sich jedoch da schon sicher, dass es ein unerkannter Agent sein musste, auf den die lancierten Informationen zurückgingen: Heinz Felfe, der mittlerweile in der Zentrale in der Abteilung Gegenspionage arbeitete, dort für die Sowjetunion zuständig war. In einer »Gegenmaßnahme« gegen den Verdacht wurde er erstmals Ende August 1954 in der DDR-Presse von Erich Mielke persönlich als Gehlen-Mann bezeichnet. Albert sah in der Attacke Weinmanns gegen ihn ganz richtig eine »Fortsetzung« des ersten KGB-Angriffs.[284]

Nun, anders als bei der ersten, recht dilettantischen sowjetischen Operation schien diesmal kein Zweifel daran möglich, dass die Aussagen des Überläufers Weinmann tatsächlich zu der Enttarnung feindlicher Agenten führten. Als Bundesanwaltschaft, Sicherungsgruppe, Verfassungsschutz und Gehlen-Dienst in der zweiten Juni-Hälfte 1955 Bilanz zogen, besaßen sie immerhin nicht weniger als 40 Hinweise auf Personen und Objekte, von denen sie ein gutes Drittel als »exekutivreif« ansahen. Diese Tranche sollte in einem ersten Zugriff angegangen werden; Verhaftungstermin war Anfang Juli. 14 weitere Personen waren für den »zweiten Zugriff« vorgesehen: unter Buchstabe b) »Albert«. Weinmann würde auf dem Gnadenweg eine Strafaussetzung erhalten, wie Oberstaatsanwalt Fischer ihm bedeutete, zu einem späteren Zeitpunkt werde zwar noch ein Verfahren gegen ihn eingeleitet, doch die Bundesanwaltschaft werde es »wohlwollend betreiben«. Armin Eck, Leiter der operativen Sicherheit in der Gegenspionage (später Chef des

Militärischen Abschirmdienstes), der die Mitteilungen Weinmanns inzwischen als »zum Teil sehr schwer wiegendes Belastungsmaterial« einstufte,[285] sicherte zu, der Dienst werde den Kronzeugen in einem »org.-eigenen Haus« unterbringen.[286] Bei diesem Fahrplan der Behörden blieb es.

Man wird wird sagen dürfen, dass dieser Fahrplan in erster Linie deswegen so konsequent abgearbeitet wurde, weil der Nachrichtendienst einer fremden Macht – die Organisation Gehlen – erheblichen Druck auf den Bundesgerichtshof und das Bundeskriminalamt ausgeübt hatte. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das bis zum Schluss darauf beharrte, »dass Weinmann bezüglich seiner Aussagen über das SfS [Staatssekretariat für Staatssicherheit] angezweifelt wird«, wurde dabei marginalisiert. Mit dem lapidaren Bemerken, eine »lebhafte Diskussion« dieses Punktes habe kein klärendes Ergebnis bringen können, schloss der Beauftragte Gehlens für den Fall Weinmann seinen Besprechungsvermerk dazu.[287] Die Kölner Einwände konnten wohl auch deshalb vom Tisch gewischt werden, weil der Leiter der BfV-Auswertungsabteilung, Günther Nollau, beim Dienst in »Ostverdacht« stand[288] und weil – paradox – die Organisation Gehlen nur sehr schüttere eigene Kenntnisse über die Geheimpolizei der SED hatte.[289] Selbstbewusst war übrigens der CIA mitgeteilt worden, die Hinweise Weinmanns berührten »die Sicherheit von amerikanischen Einrichtungen«. Man bat, von irgendwelchen Schritten abzusehen, da eine voreilige Verhaftung »den Gegner warnen und damit ein weiteres Zugreifen unmöglich machen« würde.[290]

Inzwischen sickerte zu den beiden Protagonisten der Operation »Campus«, Heinrich Schmitz und Ludwig Albert, durch, dass die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt eine »große Sache« mit vielen Verhaftungen starten wollten (»Aktion ›Weimar‹«), wovon auch die Org betroffen sein werde. Die beiden und das CIC erfuhren das von einem ihrer Informanten in der Sicherungsgruppe, der obendrein mitteilen konnte, Gehlen persönlich sei kürzlich mit seinem Chef Ernst Brückner zu einer längeren Besprechung zusammengetroffen. Ludwig Albert, dem der »Doktor« inzwischen jeden Kontakt zu Schmitz untersagt hatte, »zeigte nicht die geringste Spur von Erregung«, als er von der bevorstehenden Aktion erfuhr, gab »Lohengrin« später zu Protokoll.[291] Bentzinger wurde von Albert sogar noch am Tag vor seiner Verhaftung telefonisch von der bevorstehenden Großaktion unterrichtet. Wie er später aussagte, habe sein

Freund dabei explizit gewünscht, »der ›richtige Gauner‹ würde hierbei erwischt werden. Albert machte während dieses Gespräches einen ausgesprochen erfreuten Eindruck.«[292]

Der Zugriff des Bundeskriminalamts auf mehr als ein Dutzend Personen erfolgte am 2. Juli 1955. Zwei Tage später traf es Ludwig Albert, den vermeintlichen Großspion des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Als der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof ihm den Haftbefehl verkündete, entgegnete er diesem, die verlesenen Angaben zu seiner Person träfen zu, die ihm zur Last gelegte Tat – Landesverrat – müsse er jedoch bestreiten.[293] Dieser Schlag gegen die eigene Organisation, über den der »Doktor« und der engste Kreis der Spionageabwehr lange vorher informiert waren, verursachte im Gehlen-Dienst gewaltiges Aufsehen und große Unruhe. Für Alfred Bentzinger, den engen Freund Alberts, war das Vorgehen der Bundesanwaltschaft gegen seinen Stellvertreter und Sicherheitschef besonders schockierend. Entsprechend hoch gingen die Wogen, wie sich in den Telefonaten und Disputen zwischen Bentzinger in Karlsruhe und Dingler in Pullach nach Alberts Festnahme zeigte.[294] Laut Wortprotokoll teilte der Beauftragte Gehlens Bentzinger telefonisch mit: »Die Gründe der Verhaftung sind sehr stichhaltig.« Bentzinger: »Ja, also, Herr Dingler, schließen Sie sich diesen Argumenten an?« Dingler: »Das sind sehr stichhaltige Gründe.« Bentzinger: »Da bin ich sehr erschüttert. Ja, was kann ich Frau Albert sagen?« Dingler: »Nichts.« Es folgten Terminverabredungen. Bentzinger neuerlich: »Also, Herr Dingler, Sie schließen sich diesen Argumenten an?« Dingler: »Es bleibt mir nichts anderes übrig als dies zu glauben.« Bentzinger: »Da bin ich sehr erschüttert. Ja, also gut, ich muss dies zur Kenntnis nehmen, bin nur nicht gewillt, mich dieser Ansicht anzuschließen […] Ich bin nicht bereit, sofort den Stab über Herrn Albert zu brechen, man kennt letzten Endes seine Leute.« Dingler dann: »Bei Ihnen, Herr Bentzinger, und Ihren anderen Mitarbeitern zeigen sich keinerlei Momente in dieser Hinsicht.« Das war keine Vertrauensbezeigung, eher der kaum verhohlene Hinweis, auf welch dünnem Eis sich seine Dienststelle plötzlich wiederfand.

Schon anderntags traf man sich in München. Zunächst wurde (nach der Aufzeichnung Bentzingers) die Entwicklung des Falles seit Februar rekapituliert; die Aussagen des Weinmann seien mittlerweile auf ein Kompendium von 180 Seiten angewachsen, darin auch die detaillierte

Schilderung des Treffs des Staatssicherheitsdienstes mit Ludwig Albert im April 1953. Gehlen habe dem Bundeskriminalamt erklärt, »dass es sich bei Herrn Albert um einen alten, bewährten Mitarbeiter der Org handele, gegen den bisher nie Verdachtsmomente vorlagen«. Da sich beim ersten Zugriff der Bundesanwaltschaft aber ergeben habe, dass die Angaben Weinmanns zutreffend waren, sei auch gegen Albert Haftbefehl erlassen worden. Die Org sei vor einigen Wochen über die Untersuchungen unterrichtet, jedoch zu absoluter Verschwiegenheit verpflichtet worden. »Dr. Schneider hat sehr lange mit sich gerungen, ob Herr Bentzinger nicht doch unterrichtet werden sollte«, fährt die Aufzeichnung des Gesprächs fort, »doch war ihm klar, dass er damit Herrn Bentzinger in furchtbare Gewissenskonflikte bringen würde.« Deswegen habe er das unterlassen.

Das Verlaufsprotokoll geht an dieser Stelle in ein Wortprotokoll über. Bentzinger wiederholte, was er am Vortag bereits am Telefon gesagt hatte: »Ich traue das Albert nicht zu!« Dingler überließ die weitere Gesprächsführung seinem Kollegen Eck: Er hoffe sehr, Albert werde sich »rehabilitieren« können, leichtfertig sei die Anklage jedenfalls nicht, und was die Org betreffe, so sei sie nur »rahmenartig unterrichtet« gewesen, Beeinflussungs- oder Eingriffsmöglichkeiten habe es für Pullach nicht gegeben. Das traf zwar genau nicht zu, aber Bentzinger mochte es vielleicht ein wenig beruhigen. Der berichtete, dass Albert vergebens versucht habe ihn anzurufen, er über Umwege jedoch von seiner Frau erfahren habe, die Haussuchung bei Alberts habe den ganzen Vormittag gedauert, die Beamten hätten »gehaust wie die Horden«. Zuerst einmal müsse Frau Albert eine »Beruhigungspille« verabreicht werden: »Weitere Fragen, meine Herren: Was macht die Org jetzt?« Man werde sich nur einschalten, wenn Belange des Dienstes berührt würden, war die Antwort, auf keinen Fall dürfe irgendetwas über die Angelegenheit an die Öffentlichkeit dringen. Bentzinger verlangte, sofort einen Anwalt einzuschalten, vielleicht könne sein Freund ja umgehend wieder freigelassen werden: »Ich möchte mich vorsichtig ausdrücken und sagen, dass Albert einem Irrtum zum Opfer gefallen ist.« Er habe sich noch drei Tage vor der Festnahme mit Albert getroffen. Noch am Abend vor der Aktion der Bundesanwaltschaft habe sein Freund ihn angerufen und gesagt, die Sache geht jetzt los, »halte die Daumen, vielleicht ist der Kerl drunter, den wir suchen. Aus dem

Vorgesagten«, setzte Bentzinger hinzu, »kann ich mir unmöglich vorstellen, dass Albert sich seiner Schuld bewusst sei«.

Vielleich ist hier der Ort, ein kleines Porträt von Alfred Bentzinger, dem Leiter der Dienststelle 142, einzuschalten, der dem Beschuldigten Ludwig Albert so unbeirrt die Stange hielt. Es stammt von Hans-Henning Crome, einem befähigten Mann aus der jüngeren Riege des BND, der, zusammen mit Hermann Foertsch und Karl-Eberhard Henke Anfang der sechziger Jahre von Gehlen mit Vorliebe bei delikaten internen Untersuchungen eingesetzt wurde.[295] Albert müsse »als ein ›Überhang‹ aus der in vielfachem Sinne schwierigen Frühzeit des Dienstes betrachtet werden«, meinte Crome nach einem langen Gespräch mit Bentzinger, den er beinahe zehn Jahre später aufsuchte. »Seine Lebens- und Umgangsformen, insbesondere seine rohe und gewalttätige Ausdrucksweise sind für Menschen aus einer von der seinen verschiedenen sozialen und Bildungssphäre schwer erträglich.« Auch ohne die zahlreichen »Pannen«, von denen die GV L in den Jahren zwischen 1953 und 1955 heimgesucht worden sei, wäre diese Dienststelle wohl früher oder später an den »Spannungen innerhalb der Mitarbeiterschaft« zerbrochen. »Das von Leidls [Alberts] zweifellos starker Persönlichkeit bestimmte seltsame Milieu, in dem sich kleinbürgerliche, landsknechthafte und ausgesprochen zwielichtige Züge mit nachrichtendienstlichen der Gegenspionage mischten, mag in den ersten Nachkriegsjahren schwer vermeidbar und von einem – wohl aber begrenzten – Nutzen gewesen sein.« Aber eben nur da. Die Auflösung von Bentzingers Dienststelle im Gefolge der Albert-Krise sei zweifellos richtig gewesen, wenn sie auch, wie Crome 1964 einräumte, »unter unzutreffenden Voraussetzungen« vorgenommen worden sei – unzutreffend, weil sich der Verrats-Vorwurf gegen Ludwig Albert inzwischen als falsch herausgestellt hatte.[296]

In der Aufregung der Verhaftungsaktion rückte Bentzinger zunehmend in den Mittelpunkt. Von Dingler erhielt er den Auftrag, Alberts Ehefrau zu beruhigen und herauszufinden, welche dienstlichen Unterlagen sein Stellvertreter zu Hause aufbewahrt habe. Das war eine delikate Mission, bei der gewiss irgendeine Verletzung der Vorschriften ans Licht kommen würde, denn in jenen Jahren wäre ein Org-Mitarbeiter, der Verschlusssachenanweisungen wirklich beachtet hätte, ein weißer Rabe gewesen. Ob Herr Albert für Bentzinger denn »über seine Besprechungen,

Reisen oder Treffs Reiseberichte erstellt habe«, fragte Dingler. »Nein. Ich habe mir jeweils in Form einer mündlichen Aussprache berichten lassen, da persönliche Aussprache nutzbringender ist und unnötige Zeitvergeudung vermieden wird.« Das war schon richtig und entsprach ganz den Gepflogenheiten der erfahrenen, oftmals seit vielen Jahren miteinander bekannten oder befreundeten leitenden Persönlichkeiten des Gehlen-Dienstes. Vorschriftsgerecht war es trotzdem nicht. Bentzinger geriet in die Defensive. Er solle jetzt nur nichts auf eigene Faust unternehmen, schärfte Dingler ihm ein: »Sie müssen Vertrauen haben, dass die Org etwas tut.« Als »Leidl« betonte, er »stehe nach wie vor zu Herrn Albert und ich bin der Überzeugung, dass er es schaffen wird«, fragte Dingler ihn: »Wie taxieren sie Herrn Albert ein, seine Mentalität und seine weitere Verbindung zur Org?« Bentzinger: »Es muss ein sofortiges Gespräch zuwege gebracht werden, an dem unter allen Umständen Dr. Schneider dabei sein muss.« Dingler: Könne Albert denn den Zugriff der Exekutive nachvollziehen? Bentzinger: Er dürfte sich wohl fragen, »kann da die Org denn nichts mehr unternehmen?« Nein, nein, warf ein weiterer Gesprächsteilnehmer entschieden ein, »die Justizmaschine kann nicht angehalten werden, auch bei Widerlegung des Tatbestandes ist ein Anhalten nicht möglich«. Es war das offensichtliche Interesse aller Beteiligten in Pullach, den Dingen ihren gefährlichen Lauf zu lassen.

Dann kam man auf die Lebensverhältnisse von Ludwig Albert zu sprechen. Wäre er tatsächlich ein Agent, dann habe er sicherlich größere Geldbeträge erhalten. Lebe er denn über seine Verhältnisse? »Nein, im Gegenteil, er ist äußerst sparsam«, erwiderte Bentzinger, »man kann beinahe sagen, geizig«; die neuen Möbel im neuen Haus habe die Familie fast alle von den Verwandten der Ehefrau geschenkt bekommen. Er sei von seiner Tätigkeit vor 1945 her auch nicht vom Osten erpressbar, er sei schlicht ein »Kriminalbeamter mit Herz« und einem hervorragenden Ruf. Albert habe sich selbstverständlich auch an den Befehl Gehlens gehalten, den Kontakt zum CIC-Mann »Lohengrin« abzubrechen. Dann ging es noch um die von der Staatsanwaltschaft bei Albert beschlagnahmten Akten, die möglichst bald wieder in die Obhut der Org gelangen müssten.

Alfred Bentzinger dürfte allmählich das Gefühl beschlichen haben, eigentlich müsse sich der Dienst allmählich etwas energischer für seinen verhafteten Freund einsetzen. Deswegen wurde er gegen Ende der

zweieinhalbstündigen Besprechung noch einmal grundsätzlich: »Ich habe nach wie vor Vertrauen zu Albert und lasse mich erst überzeugen, wenn wirkliche Tatsachen gegen ihn stehen«, sagte er, ohne (im Unterschied zu seinen Gesprächspartnern) zu wissen, dass es genau mit diesen Tatsachen höchst dürftig bestellt war. Lothar Metz von der Abteilung Spionageabwehr, der noch eine stattliche Karriere im BND machen sollte,[297] räumte ein, es sei »ganz klar, auch die Möglichkeit einer Provokation ist gegeben«. Bentzinger: »Ich freue mich, dass Sie diese Frage anschneiden, ich selbst wollte sie heute nicht stellen. Es wird sich herausstellen, dass Albert diese Verbindung nicht gehabt hat.« Antwort: »Ich glaube auch nicht daran, es ist aber wichtig, dass man sagen kann, die Aussagen des Inhaftierten [Weinmann] stimmen nicht und kann dies auch beweisen […] Unsere Aufgabe ist es, im Interesse von Herrn Albert Klarheit zu schaffen. Bei Albert ist die Möglichkeit gegeben, sich vollkommen rein zu waschen. Es ist ein harter, aber klarer Fall.«

Alfred Bentzinger konnte also einigermaßen beruhigt nach Karlsruhe zurückfahren, so schien es jedenfalls. Dingler gab ihm mit auf den Weg, nun erst einmal Frau Albert zu beruhigen, sich um die beschlagnahmten Akten zu kümmern und im Übrigen alle Mitwisser zu strengster Verschwiegenheit zu ermahnen. Und wenn Albert ihn sprechen wolle, fragte Bentzinger? Dingler vergatterte ihn dazu, sich vollkommen neutral zu verhalten: »Vielleicht können Sie ihm sagen, Du bist in eine Dummheit geraten, sei jetzt offen und ehrlich zu mir und sage mir alles. Aber bitte nicht zu ihm sagen, bleib’ bei der Stange. Die Org hat schon Einfluss sich einzuschalten und zu helfen. Falls aber die angegebenen Gründe sich bestätigen sollten, ist eine Hilfe sehr schwierig.« Beim Hinausgehen nahm ein Begleiter Bentzingers Armin Eck auf die Seite und sagte ihm, »dass er Albert bereits seit Beginn seiner Tätigkeit kenne und es für ihn feststehe, dass Albert mit der Sache nichts zu tun hat. Herr Eck sagte, glauben Sie mir, einen solchen Tag möchte ich nicht mehr erleben.«

Die parallel dazu gefertigte Aufzeichnung der Zentrale über dieses Krisengespräch setzte zum Teil abweichende Akzente. Man habe es nicht für möglich gehalten, »dass Albert nicht in Ordnung sei«, heißt es in der Pullacher Niederschrift. Schuld oder Unschuld stehe für die Zentrale nicht zur Debatte. Der begründete Verdacht müsse als Faktum gewertet werden. Er basiere auf zahlreichen Nachprüfungen der Aussagen von Weimann und

auf den Ergebnissen des Zugriffs. Bentzinger entgegnete, er könne nicht glauben, dass der Verdacht gegen Albert gerechtfertigt sei. Dingler erteilte ihm sodann die Anweisung, »nicht auf dem Wege der verschiedenen persönlichen und dienstlichen Verbindungen der Dienststelle Nachforschungen nach dem Ablauf der Aktion gegen Albert und nach den Ergebnissen der Vernehmungen anzustellen«. Auf seine Frage, wie sich Albert wohl verhalten werde, »wenn sich die Verdachtsmomente als unbegründet herausstellen sollten«, sagte Bentzinger, das werde davon abhängen, wie sich die Org dem Beschuldigten gegenüber verhalten werde. Eck unterstrich gegen Ende der Besprechung ausdrücklich, so das Gesprächsprotokoll, dass man die Möglichkeit einer Provokation eingehend geprüft habe, »jedoch hätten sich keinerlei Anhaltspunkte in dieser Richtung ergeben«. Das war angesichts der durchsichtigen, ja windigen Einlassungen des Ostagenten Weinmann denn doch eine mindestens blauäugige Behauptung. Der Protokollant fügte noch die Bemerkung an, die Besprechung sei ohne Schärfe verlaufen. Man habe den Eindruck, Bentzinger »habe sich überzeugen lassen, dass die Zentrale den Dingen völlig neutral und sine ira et studio gegenüberstehe«.[298] Offenbar hielt man diesen Zusatz für erforderlich.

In der folgenden Woche spitzte sich das Drama zu. Die Haussuchung am Tag seiner Verhaftung und eine weitere in kurzer Folge schienen darauf hinzudeuten, dass Albert vielleicht wirklich ein Agent des Staatssicherheitsdienstes war. Man fand stapelweise dienstliche Akten, Durchschläge der Lohengrin-Berichte, Perserteppiche, mehr als ein Dutzend teure Anzüge, Filmmaterial, ein in der DDR hergestelltes Lesegerät für Mikrofilme und, in seinem Schreibtisch versteckt, mehrere Bündel Geldscheine im Wert von insgesamt 9000 DM.[299] Es kamen auch Stempel zum Vorschein, die »in 52 Fällen zur Fälschung von Treffkostenbelegen« benutzt worden waren.[300] Beweise für eine Agententätigkeit waren das nicht, doch im Lichte der Weinmann-Erzählungen konnte man darin gewichtige Indizien sehen, wenn man es darauf anlegte. Die CIA wurde über den Fall auf dem Laufenden gehalten. »Edinger« sandte den Amerikanern einen recht selbstbewussten Bericht über die Entwicklung der Dinge, schilderte den bisherigen Verlauf und ging dann auf die Behauptung Weinmanns ein, den Treff seines Führungsoffiziers mit dem Org-Mitarbeiter beobachtet zu haben. Er gebe

»eine genaue Personenbeschreibung von Albert und kann« – als ob das ein Beweis für Agententätigkeit war – »auch seinen Wagen und seine Wohnung genau beschreiben«. Die Sicherungsgruppe Bonn und der Dienst hätten die Aussagen überprüft. Dabei hätten sich keine Hinweise auf eine landesverräterische Tätigkeit Alberts ergeben, »wohl aber sind Tatsachen bekannt, dass bei der entsprechenden ND-Führungsstelle sich eine undichte Stelle befindet. Möglichkeit, dass es sich hierbei um Albert handelt, besteht.« Der langjährige Mitarbeiter leugne »hartnäckig, jemals in landesverräterischen Beziehungen zu einem östlichen Nachrichtendienst gestanden zu haben«, auch die Haussuchungen hätten kein zweifelsfreies Belastungsmaterial zutage gefördert, aber vielleicht ergäben sich »für Schuld oder Nicht-Schuld durch eingehende Vernehmung anhand des vorgefundenen Materials noch Hinweise oder Anhaltspunkte«.[301] Mehr konnte Eck den amerikanischen Freunden nicht bieten. Ludwig Albert saß mittlerweile den zehnten Tag in Haft, ohne dass der Dienst seinem langjährigen Mitarbeiter irgendein Zeichen gegeben, geschweige denn ihn jemand im Gefängnis besucht hätte.

Die CIA, die sich nicht allein auf Auskünfte der Org verlassen musste, hielt in einem Vermerk fest, sie sei drei Tage nach der Verhaftung Alberts vom Chef der Sicherungsgruppe Bonn über die ganze Aktion ins Bild gesetzt worden. Brückner habe gesagt, es bestehe kein Zweifel daran, dass Albert Kontakt zum Staatssicherheitsdienst gehabt habe, denn Weinmann habe ja den seinerzeitigen Treff einschließlich der Geldübergabe beobachtet.[302] Sogar CIA-Direktor Allen Dulles wurde über die Verhaftungswelle in Westdeutschland ins Bild gesetzt; nach Auffassung des Gehlen-Dienstes gebe es überzeugende Verdachtsmomente gegen Albert.[303] In einer späteren internen Stellungnahme für Critchfield war die Rolle des Beschuldigten schon keine offene Frage mehr. Alle Anzeichen würden darauf hinweisen, hieß es, dass er einige Zeit lang ein östlicher Agent gewesen sei.[304] Die Spitze des Dienstes hatte sich aus Opportunitätsgründen dafür entschieden, einem Weinmann mehr zu glauben als einem Mann wie Albert.

Am Tag nach der zweiten Haussuchung kam es im Gefängnis Pforzheim zu einer Vernehmung Alberts durch die Sicherungsgruppe Bonn.[305] Er beteuerte dabei wiederholt, »dass er niemals landesverräterische Beziehungen aufgenommen oder unterhalten habe, und drang darauf, ihm

endlich Vorhalte darüber zu machen, in welcher Form er sich in dieser Beziehung betätigt haben solle«. Ein heikler Punkt waren freilich die bei den Durchsuchungen gefundenen vermeintlichen Indizien für den Verrat, vor allem der hohe Bargeldbetrag. »Das hat mit der Agentengeschichte nichts zu tun«, sagte Albert, das hänge mit »vermögensrechtlichen Dingen zusammen«. Der Vernehmer hielt fest, der Beschuldigte mache »einen auffallend nervösen und niedergeschlagenen Eindruck und schien einem Zusammenbruch nahe zu sein«, er wolle demnächst zu allen Punkten aussagen. Dazu kam es nicht. Ludwig Albert hatte sich dafür entschieden, aus dem Leben zu gehen.

Am frühen Morgen des 15. Juli 1955 fand man in der Zelle von Albert, der sich erhängt hatte, mehrere handschriftliche Abschiedsbriefe,[306] einer an seinen Freund Bentzinger, ein zweiter an seine Frau Emma. Das Testament datierte vom 8. Juli. Zwei Tage später schrieb Albert seinem Chef Alfred Bentzinger, dem »lieben Fred«. Er bat ihn, seiner Witwe zu helfen, und sagte, seine Hoffnung sei, dass sein Freund keinen Augenblick daran zweifle, dass die Vorwürfe gegen ihn aus der Luft gegriffen seien – von der anderen Seite »wieder einmal toll gespielt«; ähnlich den früheren Angriffen auf ihre Dienststelle. Dieser Aspekt sei von der Zentrale offenbar überhaupt nicht berücksichtigt worden. Er und Bentzinger hätten ja zwei Wochen vorher gewusst, dass Verhaftungen von Gehlen-Leuten bevorstünden, doch er, ein angeblicher Agent, habe keinerlei Anstalten gemacht, sich abzusetzen! »Ja und sonst? Ich verliere selbst in dieser Stunde, in der ich bereits in mein Grab blicke, Dir gegenüber kein weiteres Wort mehr zu meiner Rechtfertigung.« Der Vorwurf gegen ihn sei »das Schlimmste, was mich je treffen konnte […] Habe Verständnis, mein lieber Fred, für meinen Gang in den Tod. Sieh’, von der Org werde ich verstoßen […] Ich muss Dir in dieser Stunde Dank sagen. Du warst immer korrekt, Du warst ein guter Kamerad.« Er fürchte, fuhr er fort, es seien Verräter in den eigenen Reihen, »und das, was hier gegen mich – vielmehr gegen uns – aufgetischt worden ist, wird nicht nur ein Werk derer da drüben sein! […] Mein lieber Fred, trotz allem, was da ist und sein soll, sende in dieser Stunde auch Grüße an den obersten Chef und seine Mitarbeiter und verbinde damit die Bitte, anzuerkennen, dass ich mein Leben als Sühne gebe. Was den Vorwurf angeht, ich sei Ostagent gewesen, gehe ich unschuldig ins Grab. Hier hat die Feindseite ein frevelhaftes Spiel getrieben. Möge man aus meinem Fall

wenigstens die Lehre ziehen, dass unsere Kenntnisse noch lange nicht hinreichen, diesen Gegner in seinen satanischen Winkelzügen wirklich erkennen zu können.« Zwei Tage vor seinem Selbstmord ließ Albert der Angriff auf ihn noch immer keine Ruhe. Ob »irgendwo dicke Luft für wirkliche Verräter« sei und man »eine Ablenkung« brauchte, fragte er sich und Bentzinger. Bis zur letzten Zeile erging er sich in Mutmaßungen und Spekulation. »Man wird da nicht fertig. Man bricht aber den Stab über mich. Was soll ich tun? Man sinkt doch bei einem solchen Schicksal zusammen und sieht dann nur noch den Tod als Ausweg. Leb' wohl, mein Lieber Fred!«

Der Abschied von seiner Frau füllte zwanzig Seiten. Sieben Mal, Tag für Tag, fügte er einen weiteren Absatz hinzu: »Wie bitter, wie furchtbar ist dieses Schicksal! Ich muss Abschied von Dir nehmen! Es mögen Vorwürfe berechtigt sein, dass ich diesen Schritt unternommen habe, aber ich kann mit dem, was mich betroffen hat, nicht leben. Welcher Mensch macht keinen Fehler? Alle, der eine mehr, der andere weniger. Aber niemals hätte ich einen Fehler begangen wie den, der mir vorgeworfen worden ist. Die Schmach, die man mir antut ist zu groß, als dass ich sie überwinden könnte. Ich, ein Agent derer da drüben!! Ich starre auf diesen Satz. Ich frage mich, ist denn die Welt verrückt geworden? Jeder, der mich kennt, der muss doch aufstehen und sagen: Was geht da vor? Was ist da eingefädelt? Es ist nicht wahr, was hier gesagt wird. Dieser Mann hat dieses System da drüben auf's Bitterste gehasst und konsequent bekämpft. Was ich sage? Was ich sage, das gilt nicht! Irgendwer soll von drüben gekommen sein und bekundet haben, dass ich für das östliche System gearbeitet habe. Ich weiß nicht, was das für ein Mann ist. Ob er bewusst oder unbewusst Unrecht tut. Vielleicht ist der Mann vom Osten zu dieser Tat gedrängt worden.«

Er frage sich, fuhr Albert fort, weshalb man gerade mit ihm, der in der Ostpresse immer als Gehlen-Agent beschimpft worden sei, nun »von drüben so ein Spiel treibt«. Ihm sei schon klar, dass man seiner Dienststelle den Garaus machen wolle, und er nun dafür herhalten solle. Er habe ja lange vorher gewusst, dass eine Verhaftungsaktion geplant sei, und hätte bei einem schlechten Gewissen rechtzeitig das Weite suchen können. »Ich habe Sorge, dass die Org nicht die Haltung einnimmt, zu der sie verpflichtet ist.« Gehlen habe ja auf die Lohengrin-Meldungen großen Wert gelegt und sie »in Kurzschaltung« auch erhalten. Bentzinger, mit dem er seit 1947

zusammenarbeite, sei in die Sache eingeweiht gewesen und habe nie den geringsten Grund gehabt, an seiner aufrechten Gesinnung zu zweifeln. Er müsse nun alles zu seiner Rehabilitierung unternehmen. Dann sprach er seine Frau direkt an und sagte, Emma werde nun die Konsequenzen seines Schrittes zu spüren bekommen: »Ist es nicht feige, in den Tod zu gehen und Dich allein weiterkämpfen zu lassen, frage ich mich. Ich fürchte, wenn ich mich entschlösse, das Leben zu behalten, ich finde die Kraft nicht, nach diesem Sturz mich nochmals zu behaupten.« Wie es auch komme, man werde ihn wegstoßen. In wärmsten Wendungen folgte das Bekenntnis seiner Liebe. »Über mich und meine Entscheidung möge keiner richten. Er möge sich zuvor mit dem Satz befassen: Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet!«

Am nächsten Tag fügte Ludwig Albert seinem letzten Brief an: »Ich versichere angesichts des Todes nochmals, dass ich zu keiner Stunde einer Feindseite irgendwie einen Dienst erwiesen habe, dass ich mit dem Hass sterbe, den ich gegen sowjetische und sowjethörige Machthaber und ihre Funktionäre immer gehabt habe.« Keinen einzigen Kontakt habe er dorthin gehabt, der Org immer die Treue gehalten. »Wenn Schuld anderer Art auf mir lastet, habe ich sie ganz allein zu verantworten« – Unregelmäßigkeiten, die er sich in dienstlichen und geldlichen Dingen erlaubt hatte. Er bitte den »obersten Chef der Org«, nicht zuletzt Bentzinger, um Verzeihung. »Mögen sie doch bei ihren Urteilen über mich dessen eingedenk sein, dass ich mit dem Tod gesühnt habe.« In einem weiteren Zusatz setzte er hinzu: »Allmählich sehe ich ein, dass ich ein Fantast bin, wenn ich darauf warte, dass man mir wenigstens die Ehre wiedergibt und von mir den schändlichen Vorwurf nimmt, ich sei ein Ostagent. Diese Wahrheit hätte man inzwischen finden können. Da ich nicht einmal mit einem I-Pünktchen gewissermaßen belastet bin, muss das, was von irgendwem gesagt worden ist, in dieser Zeit überprüft sein und auch widerlegt werden können. Will man nicht? Braucht man einen Fall? Fälle? Opfer?« Man hätte inzwischen doch sämtliche fraglichen Punkte mit ihm besprechen können, er habe das wiederholt gesagt, und niemand sei darauf eingegangen: »Weil man nicht einräumen will, dass man wieder einmal danebengegriffen hat und von denen da drüben sich an der Nase herumführen lässt. Man will also diese Belastung, dass ich ein Agent sei, möglichst lange bestehen lassen« – um dann nach Klärung der Dinge sagen zu können, der Albert sei ja wegen Verdachts des

Landesverrats so und so lange in Haft gewesen; »dann wird schon etwas sein«.

Ludwig Albert kam auch auf den angeblichen Treff mit dem Feindagenten in der Nähe seines Hauses in Neu-Isenburg zu sprechen. Er habe dazu nur gesagt: »Das ist nicht wahr, es ist eine Erfindung.« Die lächerlichen angeblichen Beweise, Hausnummer, Personenbeschreibung, seien keine, doch mehr habe man ihm bis jetzt nicht gesagt. »Morgen werde ich meinen Entschluss nun verwirklichen«, schrieb Albert am 13. Juli »Jeder weitere Tag wäre für mich eine Qual, die ich nicht ertragen kann. Noch immer lässt man auf mir den Stempel des Ostagenten. Es ist ein … Ich kann nur beteuern, dass es ein Wahnsinn ist, mir so etwas zur Last zu legen und sage: Haltet mir endlich Beweise vor, ich will sehen und hören, was da erfunden und erlogen worden ist.« Er werde das Punkt für Punkt widerlegen. Seine finanziellen Angelegenheiten hätten nichts mit Verrat zu tun, man wolle ihm daraus einen Strick drehen, ihn damit als unglaubwürdig hinstellen, um so den lügnerischen Ostagenten »glaubwürdiger zu machen, ihm Auftrieb zu geben. Ich kann nicht anders sagen: Man macht Ostagenten …« In seinen letzten Zeilen kündigt er an, »in den Morgenstunden des 15.7. möchte ich aushauchen. Ich bete um Kraft für euch. Behaltet in Erinnerung, was gut an mir war […] Gott soll euch behüten und segnen. Lebt wohl!« Kein Schuldeingeständnis des Ludwig Albert, mochte es scheinen, hätte überzeugender sein können als sein Schritt in den Tod.

Für den Pullacher Hausgebrauch mochte diese Tat hinreichen, um die Anschuldigungen plausibel erscheinen zu lassen, doch konnte auch dieser Freitod die von Anbeginn schwelenden Zweifel an der Weinmann-Version nicht zum Verstummen bringen. Als ob Gehlen und seine engsten Mitarbeiter, die von der politischen Inlandsspionage des Tandems »Lohengrin«/»Arthur« stark profitiert hatten, es sich unbedingt selbst beweisen wollten, dass ihre langjährige Spitzenkraft trotz der windigen Hinweise eines Inoffiziellen Mitarbeiters des Staatssicherheitsdienstes und der so viel schwerer wiegenden gegenteiligen Beteuerung von Ludwig Albert noch vor seinem Tod, die in der Zentrale vorlagen, tatsächlich ein Spion gewesen war, wurde nun das Unterste zuoberst gekehrt. Der Fall mit diesem tragischen Ausgang musste genau untersucht werden, selbstverständlich, doch das, was nun von der durch die Stasi immer wieder

gedemütigten Organisation Gehlen veranstaltet wurde, erinnert an den Eifer von Exorzisten, die endlich des Teufels habhaft werden möchten.

Da war zunächst die intensive Befragung und Betreuung der Witwe Emma Albert. In seinen Abschiedsbriefen hatte ihr Mann bereits angedeutet, dass er sich finanzieller Unregelmäßigkeiten – mithin eines Dienstvergehens – schuldig gemacht hatte. Das wurde in den Aussagen Frau Alberts, in deren Beschattung nun auch »Lohengrin«, ein Freund der Familie, eingeschaltet wurde, sogleich deutlich. Bentzinger hatte die Ehefrau seines Freundes sofort nach dessen Verhaftung aufgesucht und sie zunächst auftragsgemäß auch »beruhigen« können.[307] Am Tag vor dem Tod ihres Mannes wandte sich Frau Albert an die Bundesanwaltschaft und beschwerte sich, es sei ihr »befremdender Weise bis zum heutigen Tag noch keinerlei Nachricht über den Verbleib meines Mannes zugegangen«.[308] Zwei Tage später wandte sie sich an Reinhard Gehlen direkt: »Da mir seit der Verhaftung meines Mannes am 4.7. weder von einem Beauftragten der Org noch von dem Gericht, welches meinen Mann verhaften ließ, ein klarer Bescheid gegeben wurde und die hier Haussuchung haltenden Beamten sagten, dass auch die Org meinen Mann als Landesverräter betrachtet, sehe ich keine andere Möglichkeit, als mich persönlich an Sie, Herr General, zu wenden.« Er kenne ihren Mann seit fast zehn Jahren persönlich und möge doch bitte bei der Bundesanwaltschaft intervenieren, auch »über die wirklichen Gründe der Verhaftung« erbitte sie Auskunft. Gehlen möge alles tun, dass ihr Mann »von diesem schrecklichen Verdacht freikommt«.[309] Als sie das schrieb, war Albert schon tot.

Der »Doktor« zog es vor, konsequent zu schweigen; sehr ungewöhnlich bei einer womöglich ungerechtfertigten Festnahme. Stattdessen wurde Alfred Bentzinger nicht weniger als vier Mal zu der Witwe ausgeschickt, der mittlerweile die Habseligkeiten des Toten ausgehändigt worden waren (»Beutel mit Rasiersachen«, »Ehering«, »Schreibpapier«, »Unterhosen«, »Knieschoner«, usw.).[310] Beim ersten Besuch überbrachte Bentzinger ihr das restliche Juligehalt. Sie sei »über die Höhe des Gehalts erschüttert« gewesen und aus allen Wolken gefallen, berichtete er nach Pullach: »Jetzt sei ihr auch klar, woher das Geld aus dem Schreibtisch ihres Mannes stamme.« Am nächsten Tag kam Bentzinger wieder und erfuhr, dass Frau Albert energische Schritte unternehmen werde, um ihren Mann zu rehabilitieren. Dem Pfarrer, der ihn beerdigt hatte, habe sie unter dem

Siegel der Verschwiegenheit verraten, dass er bei der Organisation Gehlen gewesen sei. Der habe ihr nur geantwortet, als ehemaliger Kriegsgefangener kenne er die russischen Methoden, »ihr Mann sei wohl das Opfer der Sowjets geworden«. Auch der Arzt ihres Mannes, ebenfalls früherer Kriegsgefangener, »habe die Ansicht vertreten, dass ihr Mann ein Opfer der Sowjets geworden sei«. Im Übrigen sei die Witwe »ziemlich erschüttert« darüber, dass niemand aus Pullach bei der Beerdigung zugegen gewesen sei. Beim nächsten Besuch wurde ihr die Mitteilung gemacht, »dass Dr. Schneider im Augenblick nicht in der Lage sei, Frau Albert persönlich aufzusuchen, da er erst das Ergebnis der Untersuchung abwarten müsse«; danach werde er sie umfassend informieren und sie auch in Versorgungsdingen unterstützen.

Bentzinger kam bei seinem Besuch auf den Selbstmord zu sprechen. Er könne den Schritt ihres Mannes nicht verstehen, bekannte er, als Fachmann hätte er doch wissen müssen, dass »es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Schritt nicht zu tun, da er damit ja seine Familie und auch die Dienststelle in Unglück bzw. Misskredit gebracht habe«. Frau Albert solle einstweilen Ruhe bewahren und den Wunsch Gehlens beherzigen, keinesfalls einen Rechtsanwalt einzuschalten. Das sagte sie zu. Doch Emma Albert wollte sich damit nicht nur nicht beruhigen lassen, sie kam beim nächsten Besuch nochmals auf das Pullacher Verhalten zu sprechen. Gleich zu Beginn las sie Bentzinger aus dem Abschiedsbrief ihres Gatten vor und »betonte ausdrücklich, dass sie daraus ersehe, dass ihr Mann auf eine Hilfe der Org gewartet hat und immer wieder darauf zu sprechen kommt, dass von Seiten der Org nichts getan werde. Sie sieht darin einen Missgriff der obersten Org-Führung und meinte, dass man doch einen so verdienten Mann, der sich Tag und Nacht für die Org einsetzte, nicht einfach so beiseiteschieben könne.« Sie werde jetzt doch einen Rechtsanwalt mit der Klärung beauftragen, »sie lasse sich nicht einfach abspeisen und wenn ihr ganzes Geld und das Haus verkauft werden müsse, sie ruhe erst wieder, wenn die Ehre ihres Mannes wiederhergestellt ist«. Der Abschiedsbrief spreche eine eindeutige Sprache, von der Org habe sie nichts erfahren, sie habe erst wieder Ruhe, »wenn sie durch ihr Vorgehen den Namen ihres Mannes wieder vollkommen von dem Verdacht des Landesverrats befreit« habe.[311]

Vier Wochen später wurden zwei V-Leute ausgeschickt, um der Gattin von Ludwig Albert das von der Zentrale bewilligte Sterbe- und Witwengeld

in Höhe von 4000 DM zu überbringen, Über den Hintergrund der Affäre erfuhr sie noch immer nichts. Dafür verriet sie der Org, ihr Mann gehöre seit zwei Jahren der SPD an, »jedoch sei er immer sehr vorsichtig gewesen und habe nie den Kassier selbst empfangen«.[312] So oder so ähnlich ging es weiter. Dann wurde »Lohengrin«, der inzwischen unter das Dach der Org geschlüpft war,[313] genauestens instruiert und ebenfalls mit einem Besuch in Neu-Isenburg beauftragt. Mitte November bekam er von Frau Albert, die sich inzwischen über die »Veruntreuungen« ihres Mannes im Klaren war, zu hören, sie sei immer mehr davon überzeugt, dass er das Opfer seiner Bemühungen geworden sei, Missstände in hohen Stellen der Bundesrepublik aufzudecken (»hineinleuchtete«[314]). Diesbezügliche Berichte habe er ihr oft vorgelesen. Sie sagte auch, ihr Mann habe »leider die Dummheit mit dem Geld gemacht«.[315] Für jeden, der sich mit dem Fall Albert befasste, war mittlerweile mit Händen zu greifen, dass die Spionage-Story windig und Gehlen an einer Aufklärung merkwürdig uninteressiert war.

Anfang 1956 lieferte Heinrich Schmitz neuerlich vier eng beschriebene Seiten ab. »Frau Albert ist der Ansicht, dass ihr Mann nur deshalb Selbstmord begangen hat, weil er gewisse finanzielle Verfehlungen nicht in Abrede stellen konnte«, habe sie zu ihm gesagt. »Seine übergroße Empfindlichkeit hat ihn das nicht überleben lassen […] Insbesondere glaubt Frau Albert, dass ihr Mann in seinem letzten Schreiben angesichts des Todes nur die Wahrheit gesagt hat.« Inzwischen hatte Emma Albert ebenfalls von den »Lohengrin«-Berichten erfahren, glaubte, wie »Lohengrin« nach Pullach berichtete, aber nicht daran, dass etwa diese Operation der Hauptgrund für die Verhaftung ihres Mannes gewesen sei. Vielmehr sei sie von »dunklen Intrigen überzeugt«. Sie glaube, »dass ihr Mann als besonders unliebsamer Gegner vom Osten her im Wege einer Provokation erledigt wurde. Dennoch lässt sie die Möglichkeit nicht außer Betracht, dass Ludwig Albert sich durch kritische Berichte mächtige Feinde in einer Bundesverwaltung und in der Org zugezogen hat.«[316]

So weit die naheliegenden Mutmaßungen einer einfachen Hausfrau, die sich auf wenig mehr als ihr Gefühl und ihre Kombinationsgabe stützen konnte. Inzwischen kannte sie auch den Namen des »Belastungszeugen« Weinmann, den Bentzinger ihr verraten hatte; den habe ihr Mann mit Sicherheit nicht gekannt. Nach diesem Fehlschlag wurde »Lohengrin«

angewiesen, nur noch losen Kontakt zu Emma Albert zu pflegen.[317] In einer Handreichung für Heinrich Schmitz betonte Pullach nach wie vor, aufgrund der Aussagen Weinmanns sei man davon überzeugt, dass dieser nicht nur ein Bekannter der Familie Albert gewesen sei, sondern dort auch »ein und aus ging«. Auch der angebliche Treff am 13./14. April 1953 wurde als Tatsache behandelt, es war gar von einem »hintergründigen Treiben« und der »Überführung des Ludwig Albert« die Rede.[318]

Um diese angebliche Überführung des Landesverrats zu erhärten, scheute der Gehlen-Dienst keine Anstrengung, zugleich aber auch keine, um die Nutznießerschaft des »Doktors« an der Ausforschung der Bundesbehörden durch Schmitz und Albert im Auftrag des Counter Intelligence Corps unbedingt unter der Decke zu halten. Drei Wochen nach Ludwig Alberts Tod kam es zu einer Besprechung zwischen Dingler und Bentzinger, der sich hinterher – eine ungewöhnliche Maßnahme – samt seiner drei Begleiter unterschriftlich dazu verpflichten musste, niemandem von dieser Unterredung Kenntnis zu geben.[319] Es ging um die Frage, wie weit der Einblick von Ludwig Albert gereicht habe, den er im Rahmen seiner regulären Tätigkeit, aber auch durch seine Einbindung in die CIC-Operation »Campus« in die Beziehungen der Organisation Gehlen zu den wichtigsten Ministerien und Behörden der Bundesrepublik gewonnen hatte. Binnen einer Woche erhielt die Zentrale von Bentzinger 19 Schreiben,[320] alles und jedes war darin peinlichst genau aufgelistet.[321]

Die Aufstellung begann mit dem Bundeskanzleramt, führte dann acht Bundesministerien, die Innenministerien von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern auf, erwähnte, dass der bayerische Ministerpräsident Ehard »der Org wohlwollend gegenüberstand«,[322] und erwähnte dann das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundesverfassungsgericht, das Bundeskriminalamt, die Sicherungsgruppe Bonn sowie einige Berliner Stellen – jeweils mit ganz unterschiedlichen Einblicken. Außerdem habe Albert angenommen, dass Pullach »zu den Parteien der Koalition und der Opposition Verbindung und Gedankenaustausch hatte«. Doch selbst der eingeweihte Bentzinger war selbstverständlich nicht in der Lage, das Kontaktnetz Alberts wirklich erschöpfend zu rekonstruieren. Alles wurde unter die Lupe gelegt, zum Beispiel, welche Mitarbeiter »Arthur« im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit mit Klar- oder Decknamen oder mit beidem, namentlich oder persönlich gekannt hatte; 263 waren es

insgesamt.[323] Bentzinger legte Pullach auch endlose Aufstellungen etwa dazu vor, zu welchen Schreiben der Einstufung »Geheim« (etwa 180) und »Streng Geheim« (31) Ludwig Albert in den Monaten zwischen Herbst 1954 und Sommer 1955 Zugang gehabt hatte, an welchen Personenüberprüfungsaufträgen er beteiligt war (ungefähr 250), über welche Verbindungen und über welche Schlüssel er verfügte, usw., usf.[324]

Der mitgenommene Alfred Bentzinger, der sich nach dieser Materialschlacht ins Krankenhaus Bad Gastein verabschiedete, um sich dort einer Operation zu unterziehen, schrieb an Gehlen und sprach darin die Versicherung aus, dass »er alles Menschenmögliche getan habe, um durch so klar als mögliche Beantwortung alle die Fragen zu klären, welche an mich im Zusammenhang mit Albert gerichtet waren. Dass ich auch in meinem Urlaub bemüht bleiben werde, weitere Hinweise zu finden, die uns der Aufklärung des erschütternden Falls ›Franken‹ näherbringen, brauche ich wohl nicht besonders zu versichern. Niemand wäre glücklicher als ich, wenn uns ein so verwerflicher Schlag nicht beschert worden wäre.« Diese Formulierung war mindestens zweideutig. Dass er nicht an den Verrat seines Freundes Albert glaubte, gestand er seinem Chef wohlweislich nicht.[325]

Bentzinger hatte am selben Tag auch an den Leiter der Abteilung 123, Armin Eck, geschrieben, er hoffe, dass der angebliche Verrat, an den in seiner Dienststelle »bei dem besondere Vertrauen, das Albert nicht nur hier, sondern auch bei der Zentrale und vielen leitenden Herren der Außenstellen genoss, und bei dem allseits bekannten Hass des Albert gegenüber dem bolschewistischen System genoss«, niemand glauben wolle, wenigstens so weit aufgeklärt werden könne, dass sich diese Anschuldigung nicht bewahrheite: »Die Motive, welche Albert zu einem solchen verwerflichen Kontakt mit dem Gegner veranlasst haben könnten, können bei dem jetzigen Wissen über den Fall ›Franken‹ nicht erkannt werden.«[326]

Die anfangs so selbstsicher zur Schau getragene Überzeugung vom Verrat Alberts schmolz rasch dahin. Ein Jahr nach dessen Ableben distanzierte sich der BND gegenüber der Bundesanwaltschaft selbst von seinen früheren Annahmen. Ein Schreiben an Karlsruhe formulierte die »Hypothese: Weinmann wurde vom Gegner mit dem Auftrag in die Bundesrepublik geschickt, Albert zum Übertritt in den Osten zu zwingen oder ihn den westdeutschen Exekutivbehörden auszuliefern […] Die

Angaben weiterer zutreffender Erkenntnisse über Feindpersonen durch Weinmann diente der Tarnung seines Hauptauftrages.« Dass dessen Vorgesetzter »Berger« angeblich mit zu dem angeblichen Treff in der Nähe von Alberts Haus in Neu-Isenburg gereist sei, widerspreche »allen sonstigen Gepflogenheiten des Gegners«; übrigens auch, dass er »entgegen sonstigen Erfahrungen bei Deserteuren des Staatssicherheitsdienstes von diesem in Ruhe gelassen wird«.[327] Die Dienststelle Ecks, die den Fall Albert wesentlich vorangetrieben hatte, teilte ihre zwischenzeitlich gewonnene Auffassung, es bei ihrem einzigen Belastungszeugen mit einem Schwindler zu tun gehabt zu haben, bald sogar recht freimütig mit. Als sich nämlich die Hugo Stinnes GmbH in Pullach nach Weinmann erkundigte, brachte sie einen Antwortentwurf zu Papier, in dem eingeräumt war, dieser habe der Org »im Jahre 1955 interessant erscheinende Angaben« gemacht, der Kontakt zu ihm sei aber nach kurzer Zeit abgebrochen worden, da er »unseriös ist […] Wir können Ihnen Weinmann deshalb leider nicht empfehlen.«[328]

Die über die »Operation Campus« des CIC nachhaltig verärgerte CIA, von jedem Verrat in der Organisation Gehlen potenziell immer auch selbst betroffen, versuchte im Fall Ludwig Albert, bei dem ihr das Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes auffallend anders als bei anderen Operationen erschien,[329] ebenfalls zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Als sich Critchfield eine Woche nach dem Selbstmord Alberts mit Kohler zu einem fünfstündigen Gespräch traf, war die Verratsversion noch nicht von Zweifeln angekränkelt gewesen.[330] Sein Dienst habe bei diesem Fall ein starkes eigenes Sicherheitsinteresse, betonte der Amerikaner: »I added that we were particularly worried that now of all times, just before legalization, there was a flap which could seriously upset this if it developed into a political scandal.« Die Org habe ja gut mit der Sicherungsgruppe zusammengearbeitet, er hoffe nur, das Ganze könne unter der Decke gehalten werden. Die CIA werde in dieser »ungeheuer wichtigen Sache« jede Hilfestellung geben. Der Chef der Gegenspionage schilderte, wie gut beim Fall Albert die Zusammenarbeit innerhalb des Dienstes gewesen sei; Heinz Felfe, der von Mitarbeitern seiner alten Diensteinheit wegen seiner Gestapo-Vergangenheit denunziert worden sei, habe auch mitgewirkt und die »142« mit anderen sorgsam durchkämmt. In Pullach sei man im Gegensatz zum misstrauischen Verfassungsschutz von Anfang an davon

überzeugt gewesen, dass Weinmanns Einlassungen ganz der Wahrheit entsprächen. Die Dinge, die man in Alberts Wohnung gefunden habe, redeten eine deutliche Sprache. Seine Ehefrau habe angesichts der Geldfunde während der Haussuchung gesagt, wenn ihr Mann das nicht plausibel erklären könne, »kann er sich aufhängen«. Mit seinen Hinweisen habe dieser »tolle Bursche« – Weinmann – die Organisation Gehlen auf dem Gebiet der Spionageabwehr mit einem Schlag um zwei Jahre nach vorne gebracht, so Kohler. Man könne das Ganze durchaus als eine Schlappe der Staatssicherheit interpretieren. Als Critchfield auf den voraufgegangenen Fall »Lili Marleen« zu sprechen kam, wich der Leiter der Gegenspionage aus. Der CIA-Chef in Pullach gab sich zufrieden: »I could not help feeling that he spoke fairly frankly and probably meant most of what he said.«

Vier Monate später lasen sich die Dinge anders. Jetzt sagte Kurt Kohler zu seinem Pendant von der CIA, der »Albert-Burkhardt-Leidl Case« sei doch ein ziemliches »Fiasko« und weder von der Sicherungsgruppe Bonn noch von der Zentrale besonders gut gehandhabt worden. Herbert Weinmann habe zwar viele zutreffende Informationen geliefert, aber in letzter Zeit spiele er, auf freien Fuß gesetzt, die Sicherungsgruppe und Pullach immer wieder gegeneinander aus, habe beide übrigens wiederholt belogen und scheine sogar wieder Kontakt in die Ostzone aufgenommen zu haben.[331] Alle bekamen allmählich kalte Füße, den nicht zuletzt dank Weinmann unentdeckt gebliebenen KGB-Mann Heinz Felfe plagte noch eine spezielle Sorge. Drei Tage bevor die Organisation Gehlen als Bundesnachrichtendienst ins Leben trat, traf Felfe mit einem für die Gegenspionage zuständigen Mitarbeiter Critchfields zusammen und kam dabei auch auf die große »Operation Campus« des CIC sowie auf die über ihn kolportierten Verdachtsmomente zu sprechen. Er wisse zwar, dass die Ausforschung von Ludwig Albert und Heinrich Schmitz letztlich nichts Abträgliches gegen ihn erbracht habe, hielt er fest, doch die Sache treibe ihn noch immer um – auch wenn General Gehlen ihm inzwischen persönlich sein Vertrauen ausgesprochen habe. »The whole thing worried him«, notierte sein amerikanischer Kollege, »because he did not want to have a black mark against him in some classified American files.« Der CIA-Mann beeilte sich zu versichern, dass sein Dienst nichts mit der Angelegenheit zu tun gehabt habe und daher nur über begrenzten Einblick

verfüge; wahrscheinlich sei die Initiative, ihm, Felfe, hinterherzuspüren, gar nicht vom CIC, sondern von Ludwig Albert persönlich ausgegangen. Die beiden ließen »Albert's vendetta« dann noch einmal Revue passieren: »In the end, I stated that I knew of no derogatory information concerning Friesen [Felfe]. I said I would be willing to ask the Army for traces on him, if he so desired, but I did not think that our service would work as closely with him as we were doing if we did not consider him completely reliable.« Er nehme eigentlich nicht an, wurde Felfe von seinem Gegenüber versichert, dass es das CIC nach seiner Pleite mit der »Operation Campus« verabsäumen werde, die CIA zu informieren, wenn irgendetwas Abträgliches über ihn vorliege. Nein, nein, bat Felfe seinen amerikanischen Kollegen, er solle da nicht eigens nachbohren, man könne das ja vielleicht später noch einmal besprechen. Später, als Felfe aufgeflogen war, fanden Gesprächsvermerke wie diese natürlich größte Beachtung: So nah war man dem Top-Spion gewesen – allen voran Ludwig Albert.

Reinhard Gehlen konnte, wie alle anderen Beteiligten, die verwickelten Zusammenhänge der »Operation Campus« Mitte der fünfziger Jahre selbstverständlich nicht überblicken. So ist es eine makabre Ironie der Geschichte: Gehlen konnte über den sowjetischen Befreiungsschlag, der ihm seinen in Bonn so wertvoll gewordenen Mitarbeiter rettete, ebenso erleichtert sein wie Moskau; Heinz Felfe war inzwischen zu einer Trumpfkarte Pullachs im Bundeskanzleramt geworden.[332] Manches in der Geschichte des BND wäre wohl anders verlaufen, hätten Thomas Dale, Heinrich Schmitz, Ludwig Albert und Alfred Bentzinger damals die Oberhand behalten. Dem war aber nicht so. Noch ehe der Feldzug des CIC im Sommer 1955 ruchbar wurde und die CIA in ungläubiges Staunen versetzte, hatte die amerikanische Armee-Führung wegen der Operation »Campus« bereits vorzubauen begonnen. Sie gab die Sprachregelung an das CIC heraus, etwaigen Nachfragen von anderen Stellen sei zu entgegnen, bei den gegen die Organisation Gehlen gerichteten Nachforschungen handele es sich um »peripheral coverage«.[333] An dieser gezielten Verharmlosung hielt man auch in den folgenden Jahren fest. Sie lag meilenweit neben der Realität, wie die Abteilung G-2 des amerikanischen Oberkommandos in Europa selbstverständlich genau wusste.

Die beiden amerikanischen Dienste hatten in den folgenden Monaten und Jahren dann noch einiges miteinander aufzuarbeiten, die Wellen schlugen

bis hinauf nach Washington.[334] Vor allem als Heinz Felfe im Herbst 1961 gefasst wurde und sich herausstellte, dass Ludwig Albert mit seinem Verdacht völlig richtig gelegen hatte, entstand Erklärungsbedarf. Nicht Albert, sondern Felfe war in Wirklichkeit das Loch im Gehlen-Dienst gewesen, die »nahezu tödliche Bombe«, wie Critchfield in seinen Erinnerungen schreibt.[335] Als die Sicherungsgruppe Bonn dann den mit Felfe verhafteten KGB-Agenten Hans Clemens befragte, sagte dieser aus, er habe sich einmal bei seinem sowjetischen Führungsoffizier »Alfred« erkundigt, ob Ludwig Albert für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet habe. Nein, habe der ihm geantwortet, Albert sei weder für den KGB noch für die Staatssicherheit der DDR tätig gewesen; vielleicht für den polnischen, aber darüber wisse er nichts – eine Hypothese, die bis dato noch von niemandem aufgestellt worden war.

Felfe selbst blieb in den Verhören vage.[336] Im Zuge der intensiven Aufarbeitung seines desaströsen Wirkens im Gehlen-Dienst ergaben sich von selbst immer drängendere Zweifel am angeblichen Verrat Alberts. Hans-Henning Crome etwa kam nach einer Sichtung der Unterlagen, die bei den Haussuchungen in Neu-Isenburg gefunden worden waren, zu dem Schluss, dieses Material sei »nicht von der Art, das ein Agent des sowjetischen Nachrichtendienstes sammelt! Albert muss in unseren [?] Angelegenheiten Felfe in die Quere gekommen sein.«[337] Einige Wochen später befragten Crome und sein Kollege Karl-Eberhard Henke Hans Clemens. Der sagte ihnen, wenn er sich noch einmal alles überlege, dann komme er zu der Überzeugung, dass »die ganze Angelegenheit Albert ein Spiel der Sowjetunion und Albert in Wirklichkeit nie ein Agent eines östlichen Dienstes gewesen ist«.[338] Einundeinhalb Jahrzehnte später legte die CIA ein Memorandum zum Fall Albert an, in dem stand, »leider« sei bei dem seinerzeitigen Versuch, Licht in die Angelegenheit zu bringen, der KGB-Mann Heinz Felfe mit von der Partie gewesen. In Alberts Haus sei damals jedenfalls keinerlei Beleg einer Tätigkeit für die Sowjetunion gefunden worden.[339]

1977 legte die CIA eine umfassende Analyse, »KGB Exploitation of Heinz Felfe« vor, die 2005 zugänglich wurde.[340] Darin ging der Nachrichtendienst unter Heranziehung aller erreichbaren Informationen auch auf die gegnerischen Operationen gegen Ludwig Albert und seine Dienststelle ein. Man legte sich nicht fest, ob er nicht vielleicht doch ein

Ostagent gewesen sein könnte, evident war für die Amerikaner jedoch der unmittelbare Zusammenhang der Operation »Lili Marleen« mit dem nachfolgenden Angriff auf Albert. Der KGB habe von dessen hartnäckigem Verdacht gegen seinen Top-Agenten Heinz Felfe gewusst und die ganze Aktion hauptsächlich deswegen unternommen, um den Verdacht von ihm abzulenken und ihn so zu schützen. Ganz sicher sei Weinmann ein Agent der Staatssicherheit gewesen, es bestehe jedoch der Verdacht, »that his ›confession‹ and denunciation of Albert was KGB inspired«. Auch wenn manches am sowjetischen Vorgehen nach wie vor unklar sei: »The net effect of the Albert case was to solidify, rather than weaken, Felfe's position.« Danach sei nicht nur seine Reputation gewachsen, sondern auch das Vertrauen von Reinhard Gehlen zu ihm, der ihn zunehmend mit sensiblen Sondermissionen beauftragt habe. Die Amerikaner mochten sich eines späten Stoßseufzers nicht enthalten: Sie bescheinigten ihren deutschen Freunden, die feindlichen Operationen hätten damals überhaupt nur wegen der massiven Defizite im Gehlen-Dienst gelingen können: »Because of the naiveté of many BND officers and the rigid compartmentation within the BND, which in this case was a disadvantage as it prevented pieces of the puzzle from coming together in one place.«

1992 schließlich verfasste der profilierte ehemalige BND-Mitarbeiter Karl Johann Bäuml eine mehrere hundert Seiten starke Studie zu diversen Verratsfällen, Verdachtsfällen und Penetrationsversuchen gegnerischer Nachrichtendienste. Er unterzog dabei auch die Weinmann-Attacke gegen Ludwig Albert näherer Betrachtung.[341] Da der KGB erfahren habe, dass Albert auch nach »Lili Marleen«[342] nicht von seinem Feindverdacht gegen Felfe abließ, schrieb Bäuml, habe »der Gegner zur Rettung seiner Agenten Felfe und Clemens und der anderen bei der Organisation Gehlen noch im Verborgenen wirkenden Verräter eine neue Operation durchgeführt«. Erst »die Aufdeckung der Verräter-Rolle« dieser beiden Mitarbeiter habe Klarheit in den ominösen Fall gebracht: »Vor allem Clemens' Aussagen über die würgende Furcht, die Felfe und er 1953 und 1954 empfanden, als sie sich bewusst waren, dass sie jederzeit entdeckt werden konnten, weil Bentzinger und Albert ihre Namen bereits offiziell genannt hatten, lassen erkennen, dass der sowjetische Geheimdienst 1954 im Fall ›Lili Marleen‹ und dann wieder 1955 im Fall Weinmann zwei planmäßige und erfolgreiche

Operationen zum Schutz seiner Spitzenquelle Felfe und dessen Gehilfen Clemens durchgeführt hatte.«

Bedauerlicherweise habe Ludwig Albert durch seinen Selbstmord mit zu diesem Erfolg beigetragen: »Nach allem, was sich aus den damaligen Untersuchungen erkennen lässt, hatte er Grund zu der Annahme, dass die Entdeckung seiner Unterschlagung von Dienstgeldern und seiner Tätigkeit für die Amerikaner über den CIC-Schmitz ihn jeder Glaubwürdigkeit berauben und es ihm unmöglich machen würde, sich erfolgreich gegen den Vorwurf zu verteidigen, ein gegnerischer Agent zu sein. Er hat deshalb vermutlich keinen anderen Ausweg als den Selbstmord gesehen. Gerade dadurch aber hat er die Position des Verräters Felfe entsprechend den Zielen der Rettungsoperationen des sowjetischen Geheimdienstes entscheidend verbessert und gefestigt.«

Außer für Ludwig Albert blieb die CIC-Operation »Campus« für die übrigen deutschen Beteiligten ohne sonderliche Konsequenzen. Für Heinrich Schmitz und Richard Schweizer gab es wegen ihrer Spionagetätigkeit für die Amerikaner nur ein kleines Nachspiel, und zwar wegen Bestechung von Quellen in bundesdeutschen Behörden. Es ging jedoch glimpflich ab, zum einen, weil die Tätigkeit für einen westalliierten Nachrichtendienst während der Besatzungsjahre laut Gesetz Nr. 62 der Alliierten Hohen Kommission nicht belangt werden durfte, zum anderen, weil alle Beteiligten, Staatsanwaltschaft, Gerichte und die Organisation Gehlen, darin nichts Verwerfliches erblicken konnten. Ein Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof bewertete den Fall mit Nachsicht, wenn er feststellte, selbst wenn man die gesetzliche Möglichkeit für eine Verurteilung gehabt hätte, würde sicherlich von einer Strafe abgesehen worden sein. Heinrich Schmitz habe schließlich »im besten, anzuerkennenden Glauben gehandelt, seine Arbeit diene der Sicherheit und dem Wohle der Bundesrepublik«. Zwar sei »die nachrichtendienstliche Tätigkeit, die V-7873 damals für die Amerikaner geleistet habe, zwangsläufig mit Sachen verbunden gewesen, die man juristisch als Bestechung auffassen müsse. Zu einer solchen nachrichtendienstlichen Arbeit gehöre es nun mal, seine Quellen durch Geschenke oder Ähnliches an der Stange zu halten.«[343]

Keiner der Betroffenen musste hinter Gitter. Für Schmitz und Schweizer waren die Strafbefehle des Amtsgerichts Bonn Ende 1957 über drei Monate

Gefängnis auf dreijährige Bewährung und 200 DM Buße aber trotzdem keine Bagatelle. Pullach befand, für die Beteiligten und den BND sei diese Form der Beilegung des Falles sicherlich der eleganteste Weg – Revision werde nicht eingelegt –, doch würden die beiden Ex-Agenten des CIC durch die Geldstrafe schon in einige Verlegenheit gesetzt. »V-7873 ist durch einen schweren Unfall seines Sohnes und eigene schon mehrere Wochen währende schwere Erkrankung finanziell ebenso stark belastet wie V-7880, dessen Ehefrau noch heute unter den Folgen eines im Frühjahr 1957 unternommenen Selbstmordversuches zu leiden hat. Die Bußzahlungen treffen somit beide *Mitarbeiter* in einer ausgesprochenen finanziellen Notlage.« Das Personalreferat entschied daher, sich um eine Beihilfe zu bemühen.[344] Die zahlreichen Quellen von Heinrich Schmitz konnten mit noch mehr Nachsicht rechnen. Der Untersuchungsrichter beim Bundesgerichtshof ersuchte den BND-Chef in spe nämlich schon kurz nach Aufplatzen der Affäre, auf die entsprechenden Bundesbehörden einzuwirken, damit den von »Lohengrin« im Auftrag der Amerikaner geführten Quellen »keine Weiterungen« entstünden.[345]

»Mitarbeiter« also – tatsächlich hatte Pullach die beiden Zuträger Schmitz und Schweitzer sofort nach ihrem Ausscheiden aus amerikanischen Diensten unter seine Fittiche genommen. Für »Lohengrin«, der den Gehlen-Dienst von seiner Tätigkeit für das CIC ja loyal unterrichtet hatte und ihn über Albert und Bentzinger an seiner politischen Inlandsspionage ausgiebig hatte teilhaben lassen, setzte sich der »Doktor« höchstpersönlich ein. Auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin kam Heinrich Schmitz schon wenige Wochen nach dem Auffliegen der »Operation Campus« und seiner Vernehmung durch das Bundeskriminalamt bei ihm unter. Die Übernahme erfolgte »unter Berücksichtigung seiner guten Dienste«, vermerkt eine spätere Aufzeichnung, und aufgrund seiner charakterlich sauberen Haltung, die er während des Krieges gezeigt habe.[346] Bei Schmitz' Übernahme mussten allerdings einige Augen zugedrückt werden. Ein routinemäßig angefordertes graphologisches Gutachten gelangte immerhin zu dem Fazit: »Die Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit ist infrage zu stellen. Verantwortungs- und Pflichtgefühl kann nicht zugesprochen werden. Von Geradlinigkeit und Linientreue ist nicht die Rede, da die ganze labile Art und die fehlende ethische Blickrichtung diese Dinge unbedingt infrage stellen. Schreiber ist undurchsichtig, grundsatzlos und sehr labil.«[347]

Nun ist die Graphologie nicht zu den exakten Wissenschaften zu rechnen, weswegen das Gutachten, das mit dem Votum Gehlens kontrastierte, in diesem Falle leicht vom Tisch gewischt werden konnte. Dasselbe Schicksal wurde allerdings auch noch einem anderen Dokument zuteil, das mehr Aufmerksamkeit verdient gehabt hätte. Gleich zwei Mitarbeiter des Dienstes, die Schmitz von früher her kannten, bezeugten nämlich, er »war und ist in Kreisen seiner früheren Kollegen als ›Cognac‹-Schmitz bekannt. Seine Vorliebe für alkoholische Getränke ging so weit, dass er sich während des Dienstes in ein Lokal setzte und seine Untergebenen ihn dort des Öfteren holen mussten. Als V-7873 noch als Kriminalrat in Tilsit tätig war, waren die von ihm veranstalteten Trinkgelage berühmt-berüchtigt. Im betrunkenen Zustand verliert V-7873 häufig die Kontrolle über sich selbst. Es sind Fälle bekannt, dass er Einrichtungsgegenstände in Lokalen zertrümmerte, Frauen belästigte und sich selbst in Ärgernis erregender Art aufführte.«[348] Doch das war schon o. k., der verdiente Mann wurde eingestellt. Bereits ein knappes Jahr später stieg Schmitz zum stellvertretenden Leiter einer BND-Ermittlungsstelle auf.

Wirklich auf die Beine kam »Lohengrin« trotzdem nicht mehr. Bald nach Gründung der Ludwigsburger Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen holte ihn die Vergangenheit ein. Im Oktober 1959 kam Heinrich Schmitz (schon Monate zuvor von »zuverlässiger Quelle« gewarnt[349]) für mehr als drei Jahre in Untersuchungshaft. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Wiesbaden legte ihm, der als »Kopf der Dienststelle« des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Kowno gegolten habe, aktive Teilnahme an der Deportation und Ermordung der litauischen Juden zur Last. In einem vierseitigen Schreiben an Gehlen waren sämtliche Entsetzlichkeiten aufgeführt.[350] Das Verfahren kam zu keinem Abschluss mehr, denn der vom BND beurlaubte Heinrich Schmitz verstarb im Sommer 1963 im Alter von 56 Jahren. Einige Monate zuvor war ihm, einem »alten und verbrauchten«[351] und »des Lebens überdrüssigen« Mann,[352] Haftverschonung gewährt worden. Er erhielt nun auch wieder Bezüge, und zwar zusätzlich zum Gehalt seiner beim BND als Schreibkraft tätigen Ehefrau, mit dem der Dienst – »offensichtlich pro forma zwecks finanzieller Unterstützung«[353] – die beiden über Wasser gehalten hatte.

Richard Schweizer lebte beinahe zwei Jahrzehnte länger als »Lohengrin«. Doch auch er fand nach dem Ende seines Engagements beim CIC nicht mehr in ruhigeres Fahrwasser zurück. Seine Belastung aus der NS-Zeit war noch schwerer als die von Schmitz. Er hatte in Litauen zum Eisatzkommando 3 der berüchtigten Einsatzgruppe A unter SS-Brigadeführer Walter Stahlecker gehört, die bereits Ende 1941 die Ermordung von beinahe einer Viertelmillion Juden melden konnte, und leitete als SS-Untersturmführer noch 1945 Agentenausbildungslager.[354] Auf persönliche Anordnung Gehlens[355] war ihm sofort nach dem Ende der CIC-Operation Unterschlupf im sogenannten »y-Personal«[356] des BND gewährt worden. Anfang 1960 wurde Schweizer wegen des Verdachts der Beteiligung am Judenmord in Litauen in Haft genommen, Ende 1962 kam er frei. Nach seiner Haftentlassung gegen Kaution und seinem Versuch, einen Belastungszeugen zu bestechen, musste er nach der endgültigen Aufhebung des Haftbefehls aufgrund einer BND-internen Untersuchung den Dienst 1964 »als objektives Sicherheitsrisiko«[357] mit einer »Eingliederungshilfe« in Höhe von 7100 DM verlassen. Im Dezember 1971 wurde Schweizer ebenso wie andere Beschuldigte dieses Verfahrens mit seiner »desaströsen Bilanz«[358] vom Landgericht Wiesbaden wegen Mangels an Beweisen außer Verfolgung gesetzt. Das Gericht hielt dem Angeschuldigten gemäß der gängigen Rechtsprechung zugute, dass er die von seinen Vorgesetzten befohlenen Mordtaten als »Gehilfe« nicht aus eigenem freiem Entschluss unterstützt hatte. Vor allem sei ihm nicht zweifelsfrei nachzuweisen, dass er tatsächlich an den Verbrechen des Einsatzkommandos mitgewirkt habe. Auch die lediglich in allgemeiner Form vorgetragene Behauptung, Schweizer habe sich bei der Auflösung des Ghettos in Kowno an Gewaltakten beteiligt, war »nach Ansicht der Kammer für eine Überführung nicht ausreichend«.[359]

Der vorbestrafte Schwarzhändler Herbert Weinmann schließlich, der das Bundeskriminalamt, die Bundesanwaltschaft sowie den Gehlen-Dienst in die Irre geleitet und dabei den Tod von Ludwig Albert verschuldet hatte, tanzte dem BND und dem MfS nach seinem erfolgreichen Coup für den KGB noch eine Weile auf der Nase herum, um sodann, großspurig, zynisch, feixend wie es seine Art war, eine erfolgreiche Karriere im bundesdeutschen Kapitalismus hinzulegen. Da die sowjetisch gesteuerte Aktion mit »Brille« erheblichen Kollateralschaden angerichtet hatte, war

die Staatssicherheit ab Herbst 1955 erst einmal damit beschäftigt, die dabei gerissenen Löcher in den eigenen Reihen zu stopfen. Zugleich begann sie nach dem vom BND mittlerweile an einen sicheren Ort gebrachten Weinmann zu fahnden, um seiner habhaft zu werden. So jedenfalls die Planung, in die auch der Hauptabteilungsleiter und stellvertretende Minister für Staatssicherheit Bruno Beater eingeschaltet war.[360] Es ist nicht geklärt, bis zu welcher Hierarchieebene die ostdeutsche Geheimpolizei darüber informiert war, dass Weinmann in den entscheidenden Monaten 1954/55 von den Russen gesteuert wurde.[361] Dass diese aber bei allem, was nun folgte, ebenfalls die Hand im Spiel hatten, ist evident.

Der Staatssicherheitsdienst, der in Erfahrung gebracht hatte, dass »Brille« nicht mehr in Haft saß, fing einige seiner Briefe ab, die ihrer Ansicht nach von der Organisation Gehlen diktiert waren. Zugleich gewann die Geheimpolizei den Eindruck, Weinmann versuche sich aus dieser Bindung zu lösen. Daher brachte man in Ost-Berlin ein Bündel von Maßnahmen zu seiner »Befreiung« aus westlichen Händen auf den Weg.[362] Dann verdichteten sich Hinweise, ihr alter Agent wolle wieder an die früheren Beziehungen zur Hauptabteilung II anknüpfen. Daher schaltete sich Anfang 1956 der KGB ein, wie ein aus dem Russischen übersetztes Schriftstück in den Unterlagen des MfS zeigt.[363] »Es wird empfohlen«, begann der Ukas, der die nächsten Schritte der deutschen Freunde zur Wiedergewinnung Weinmanns vorschrieb. Ein Agent, der vorher nicht mit ihm zu tun gehabt habe, solle Kontakt zu »Brille« herstellen, lautete die »Empfehlung«. Der solle dann ausführlich Auskunft über die westdeutschen Organe geben, mit denen er in Berührung gekommen war, vor allem aber: »Seine weiteren Pläne für die Aufklärung einiger Mitarbeiter des gegnerischen Geheimdienstes: Wen konkret, was über diese Personen bekannt ist und wie er sie zur Zusammenarbeit mit dem MfS heranziehen will«. Dafür komme der Führungsoffizier »Berger« in Betracht, den Herbert Weinmann in seinen Vernehmungen so herausgestellt hatte und der sich nun zum Schein von Pullach anwerben lassen könne, »wobei im Weiteren die Lieferung von Desinformationen zwecks Kompromittierung einzelner Mitarbeiter des Geheimdienstes Gehlens, Blanks und des BfV vorzusehen ist«. Die Witwe Ludwig Alberts beispielsweise sei gut über die Org informiert. Am besten, man werbe sie an oder bringe sie in die DDR. Im Laufe eines Gesprächs solle ihr der dafür

vorgesehene Agent eröffnen, »dass ihr Mann mit den Organen des MfS der DDR zusammengearbeitet hat und ihnen wichtiges Material über den Geheimdienst Gehlens geliefert hat«. Wenn diese Anwerbung fehlschlage und Frau Albert sich Pullach anvertraue, so sei dieser Versuch trotzdem sinnvoll, weil sie damit »noch einmal die ›Glaubwürdigkeit‹ der Aussagen von ›Brille‹« bestätige. Das MfS richtete sich genau nach der sogenannten Empfehlung. Der sofort erstellte Operativplan für ein Eindringen in den BND und dessen Desinformation wies unter anderem darauf hin, dass Herbert Weinmann in seinen seinerzeitigen Aussagen Ludwig Albert als einen Mann belastet habe, der »mit dem MfS zusammenarbeitete und wichtige Unterlagen übergab«. Es folgte die knappe Feststellung: »Dies trifft nicht zu.«[364] Die Hauptabteilung II kam zu dem Schluss, Weinmann habe in der westdeutschen Haft »über das MfS zu 70 % unwahre und zu 30 % der Wahrheit entsprechende Angaben gemacht«.[365]

Inzwischen zeigte sich der vom MfS kontaktierte Informant Brille/Burkhardt/Weinmann zu einer Erneuerung der Zusammenarbeit und zu einem Wechsel in die DDR bereit – allerdings nur dann, wenn ihm Straffreiheit garantiert werde und er einen Ersatz für seine Wohnung in Höhe von 25 000 DM nebst 1500 DM monatlichem Honorar erhalte. Die Staatssicherheit war zunächst geneigt, darauf einzugehen,[366] entschied Mitte 1956 aber anders: »Nach den bisher durchgeführten Versuchen, mit GM ›Brille‹ auf ehrlicher Basis zu arbeiten, kann heute der Schlussstrich gezogen werden«, rang sich die Hauptabteilung II/4 durch. Weinmann habe die neuerliche Verbindung zur Staatssicherheit im Auftrag der Organisation Gehlen aufgenommen: »Alle seine Forderungen waren auf Provokation und Geschäfte abgestimmt«, er habe sogar versucht, das MfS mit der Drohung einer *Spiegel*-Veröffentlichung zu erpressen. Das Beste werde sein, wenn man nun selbst unter der Überschrift »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« einen Artikel über Weinmann lanciere, in dem auch erwähnt werden solle, dass Ludwig Albert Opfer eines solchen Verbrechens geworden sei.[367] Im November 1957 schaltete der Staatssicherheitsdienst ihren einstigen Agenten Herbert Weinmann ab.

Jahre später – um zum Satyrspiel zu kommen –, in der bestens situierten Bundesrepublik von 1973, bat der wegen seiner seinerzeitigen Aktivitäten durch ein Ermittlungsverfahren bedrohte Weimann um den Besuch eines BND-Mitarbeiters bei ihm zu Hause. Dabei erklärte er, dass seine früheren

Aussagen »zu einem erheblichen Teil nicht den Tatsachen entsprachen. Von sich aus nannte er einen Fall Albrecht oder Albert, den er mit erfundenen Angaben ausgeschmückt und seinen Vernehmenden aufgetischt habe und bei denen die Ermittlungen dann zufällig auf die Spur eines Albrecht/Albert geführt hätten, der nach seiner Festnahme Selbstmord verübt habe. Ähnlich hätte er es mit zahlreichen anderen Verdachtshinweisen gemacht, weil er zur damaligen Zeit es nötig gehabt habe, so zu verfahren. Heute sei es jedoch nicht mehr der Fall.«[368]

In den Folgejahren machte Weinmann sich wiederholt das Vergnügen, Hohn und Spott über die Tschekisten auszugießen, 1979 etwa, als er das Innenministerium der DDR um eine Bestätigung seiner ehemaligen Tätigkeit für das MfS bat; er hatte sich der ungarischen Botschaft als Agent angeboten. Das Schreiben landete bei der Hauptabteilung II, die warnte, es sei damit zu rechnen, dass »jegliche Handlungen des W. auch gegenwärtig unter Kontrolle des Geheimdienstes der BRD stehen«.[369] Zwei Jahre später ließ der einstige IM »Brille« eine süffisante Epistel in die Normannenstraße 10–22 in Berlin-Lichtenberg, DDR, los und fügte auch gleich eine autobiografische Suada an. Seine früheren Kontakt-Offiziere werden den imposanten Briefkopf kaum übersehen haben: Hotel Weinmann Burgkeller, Besitzer H. Weinmann, Marktplatz 3, Bad Wimpfen.

Der 60-Jährige sprach seine alten Bekannten fröhlich an und brachte sich mit den Worten in Erinnerung: »Heute jährt sich zum dreißigsten Mal ein wunderschöner Tag, den wir gemeinsam in Berlin verbrachten. Ihr Drei habt damals den Grundstein gelegt für mein heutiges Leben.« Er malte seinen »Reichtum« aus und sagte, er wolle ihnen mit einem Exposé über sein Leben eine Freude bereiten. Er werde es (einschließlich der geheimdienstlichen Geheimnisse) über die »gemeinsame Freundin aus Budapest« in Ungarn und Polen anbieten, aber vielleicht sei es »auch für die DDR interessant« – das ebenso platte wie protzige Selbstporträt (»Kleiner Mann ganz groß«) eines ebenso ruchlosen wie gerissenen Lebemannes und Tausendsassas, ungefähr so: Führt ein Leben in Saus und Braus; lässt sogar seine Unterhosen maßschneidern; überall seine Schwarzmarkthändler postiert; maßgeblich am Aufbau der Stasi beteiligt; ganz großer Auftritt bei der Organisation Gehlen mit anschließender Straffreiheit (»Lex Weinmann«); Lügendetektor überlistet; zwei Entführungsversuche des Ostens; Schwäbin geheiratet; macht sich von

seinen nachrichtendienstlichen Verpflichtungen frei; »er zieht einen Getränkegroßhandel auf, wird wieder Millionär und lebt heute als angesehener Bürger und Hotelbesitzer mit seiner Familie in einer schwäbischen Kleinstadt«.[370] 1982 legt Weinmann, auf mitgeschicktem Foto braungebrannt und grinsend, ein letztes Mal nach: »Lieber Carsten«, spricht er den Stasi-Offizier von damals an, »leider meldest Du Dich so selten. Bist Du krank?« Er treibe sich gerade ein Vierteljahr in Paraguay und Santo Domingo herum, habe Kontakt zu Konsul Weyer und Alfredo Stroessner. Seine Lebensgeschichte sei für eine »sechsstellige Dollarzahl« eingekauft worden, die Dreharbeiten für eine 36-teilige Fernsehserie liefen bereits: »Man müsste nochmal vierzig sein, die Verbindungen haben wie heute, ein Fuchs sein wie heute – und Dich kennen.«[371]

5. Eklat in Washington

Wäre es dem Gehlen-Dienst nicht geglückt, die Verhaftung und den Selbstmord eines so profilierten Mitarbeiters wie Ludwig Albert unter der Decke zu halten, hätte diese neuerliche »Panne« in einer Serie von Pleiten und Affären erhebliche politische und publizistische Weiterungen nach sich ziehen müssen. Der Staatssicherheitsdienst brachte der Org seit zwei Jahren eine Schlappe nach der anderen bei. Die Propagandamaschinerie der SED überschlug sich in ihren (widersprüchlichen) Kampagnen, Pullach einerseits als Gefahr für den Frieden, andererseits als einen ihren Agenten weit offen stehenden CIA-Ableger mit SS-Dominanz hinzustellen, kurz: als innen- und außenpolitisches Sicherheitsrisiko.[372]

Unmittelbar mit der CIC-Operation »Campus« verknüpfte politische Turbulenzen auf höchster Ebene entstanden 1954/55 trotzdem, denn die U. S. Army, die Mutter der Organisation Gehlen, hatte an ihrem unter CIA-Kuratel stehenden Ziehkind mittlerweile gar keinen Gefallen mehr. Das Pentagon war sich durchaus darüber im Klaren, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer sich längst festgelegt und die Schaffung eines »Bundesnachrichtendienstes« sich nur deswegen verzögert hatte, weil die 1952 abgeschlossenen Wehr- und Deutschlandverträge noch immer nicht in Kraft waren. Man wusste auch, dass die Entscheidung über das Schicksal des Gehlen-Dienstes spätestens dann fallen würde, wenn die Bundesrepublik ihre Souveränität wiedererlangt haben und dem westlichen Bündnissystem beigetreten sein würde. Im Mai 1955 war es bekanntlich so weit.

Da Gehlens Konzeption eines einheitlichen, sämtliche Bereiche der Aufklärung – einschließlich des militärischen – umfassenden Auslandsnachrichtendienstes durchaus umstritten war, verwundert es nicht, dass die U. S. Army sich kurz vor Toresschluss noch einmal dafür stark machte, die deutsche Militäraufklärung, die ja in die Nato-Strukturen einzupassen war, nicht in den BND, sondern ähnlich wie in anderen Ländern als Army Intelligence (G-2) in das Verteidigungsministerium einzugliedern. Das Pentagon aktivierte daher den einfluss- und kenntnisreichen Oberst a. D. Truman Smith, der in den Hitler-Jahren Militärattaché in Berlin gewesen war, das Weiße Haus beriet und beste

Kontakte zu den amerikanischen Spitzenpolitikern hatte.[373] Zugleich wurde der Chef des G-2 Stabes, Generalmajor Arthur G. Trudeau, in Marsch gesetzt, ein Kommunistenfresser, der während der Besatzungsjahre ein Kommando in Deutschland innegehabt und sich im Korea-Krieg ausgezeichnet hatte. Da ihm das CIC unterstand, verfügte er über tiefe Einblicke in die miserable Sicherheitslage der Organisation Gehlen. Das barg nach seiner keineswegs exotischen Auffassung Risiken für die Nachrichtendienste des westlichen Bündnisses, die sich bald eng mit dem BND austauschen würden. Aus diesen beiden Initiativen ergab sich eine gefährliche Bedrohung für Reinhard Gehlens Ambitionen.

In einem hochgeheimen Brief, den er nach Lektüre zu verbrennen bat, wandte sich Smith also Mitte November 1954 an Hans Speidel, mit dem er von früher her befreundet war und der zusammen mit Adolf Heusinger überragenden Einfluss in westdeutschen Militärdingen hatte. In gestochenem Deutsch erläuterte er dem »lieben Hans«, dessen Ansehen in Washington einzig von dem Adenauers übertroffen werde, seine Anliegen und Gedankengänge.[374] Er komme eben aus Washington, schrieb er, wo er die Army zwei Tage beraten und festgestellt habe, dass dort, »vom Präsidenten angefangen«, alle die geplanten zwölf deutschen Divisionen wünschten. Auf der Stufe der »Oberkommandos« werde sich zwischen Deutschen und Amerikanern sicherlich schnell gegenseitiges Vertrauen entwickeln; vielleicht könne Speidel ihm die ins Auge genommenen Kandidaten für Spitzenpositionen der Bundeswehr schon einmal vertraulich nennen; alles auf bestem Wege also.

Doch dann: »Etwas beunruhigt Washington: Das Verhältnis zwischen den zahlreichen Nachrichtenorganisationen, die gegenwärtig in Deutschland arbeiten. Diesen Zustand kann man nur als chaotisch bezeichnen. Er kann, wenn man nichts dagegen unternimmt, unangenehme Folgen haben. Der Fall ›John‹ zeigt die Gefahren, denen wir ausgesetzt sind. Meiner Auffassung nach kann er sich durchaus wiederholen.« Dann setzte Smith trotz der Ost-Enthüllungen im Zuge der Skandal-Serie vorsichtig hinzu: »Ob die Organisation Gehlen auch infiziert ist, kann ich nicht beurteilen. Ich habe den Eindruck, dass dies durchaus möglich ist.« Speidels alter Kamerad deutete das Sicherheitsproblem nur an, um dann auf sein politisch-organisatorisches Hauptanliegen zu sprechen zu kommen: Bundeskanzler Adenauer werde nach Wiedererlangung der deutschen

Hoheitsrechte »diese Unzahl von Nachrichtenorganisationen – wie z. B. die Organisation Gehlen« gewiss nicht fortbestehen lassen.

Dann kam der umtriebige Oberst zum Kern der Dinge. Die Nato-Streitkräfte auf deutschem Boden würden »einen militärischen Nachrichtendienst benötigen«, schrieb er, »und zwar einen sehr starken«. Seiner Auffassung nach (mit der er in Washington keineswegs alleinstehe) könne »das Problem in der Weise gelöst werden, dass der Nachrichtendienst militärischen Stellen zugewiesen wird. Wenn die deutsche Armee ihren eigenen Nachrichtendienst betreibt und die amerikanische, die französische und die britische das Gleiche tun, so kann dieses Nachrichtenwesen koordiniert und wesentliche Nachrichten können allen zugänglich gemacht werden«. Jede andere Organisation sei kontraproduktiv und hätte »keinen großen Wert«; Nachrichtenwesen gehöre nun einmal zum »Kriegsministerium (War)«. Er glaube, »dass das Verhältnis unseres G-2 zu der entsprechenden Organisation (Fremde Heere?), die die neue deutsche Armee sicherlich schaffen wird, von höchster Wichtigkeit ist«. Die U. S. Army werde einen vorzüglichen G-2 in der Bundesrepublik einsetzen und Bonn sicherlich auch einen »Soldaten mit diplomatischen Fähigkeiten« finden. Er und seine Freunde in Washington interessierten sich sehr dafür, wer zum Chef des militärischen Nachrichtendienstes berufen werde. Er lege Speidel dies alles dringend ans Herz, und wenn er ihm bereits einen Namen nennen könne, werde das die bevorstehende Entscheidung des Pentagon für ihren G-2 in Deutschland und Europa erleichtern. »Wir wollen doch die Stellen mit ehrenhaften und fähigen Soldaten besetzen, und nicht mit Männern, die nur Nachrichtenfachleute sind.« Das war ein gefährliches Schrapnell. Smith’ herzliche Einladung nach Amerika, wo er Speidel unter anderen dem ehemaligen Präsidenten Herbert Hoover und General MacArthur vorstellen wolle, dämpfte die Sprengkraft des Schreibens nicht, das der »liebe Hans« natürlich nicht verbrannte, sondern sofort nach Pullach weiterreichte.

Gerhard Wessel, seit längerem im Amt Blank und nun Mitglied von Speidels Verhandlungsdelegation bei der Nato in Paris, bemerkte, das Schreiben von Truman Smith habe Speidel und ihn »etwas erschüttert«, weil darin ein »klarer negativer Unterton wohl unverkennbar sei«.[375] Um den Ideen des Pentagon augenblicklich die Spitze abzubrechen, bedurfte es einer wohlüberlegten Antwort. Sie erfolgte Mitte Dezember von Paris aus

und ist ein schönes Zeugnis der harten Gewandtheit von Hans Speidel, des späteren Oberbefehlshabers der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa.[376] Ohne längere Präliminarien beschied er dem »lieben Truman«, unter den Nachrichtendiensten in Westdeutschland nehme »die Gehlen-Organisation durch die Integrität ihrer Führung und ihre Arbeitsergebnisse verdientermaßen den ersten Platz« ein. Da die Position des Bundeskanzlers bekannt war, brauchte er seinem Lobbyismus keine Zügel anlegen: »Aufklärungs- und Auswertungsergebnisse der Gehlen-Organisation vermitteln seit Jahren ein nahezu lückenloses Bild über die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands, so ausreichende Unterlagen über die Satellitenstaaten und die Sowjetunion selbst, dass für eine künftige militärische Führung gute Grundlagen vorliegen.« Die geforderte Schaffung eines militärischen Nachrichtendienstes sei durch die Zusammenarbeit mit dem Amt Blank bereits erfolgt. Der besonders befähigte Gehlen, den er seit den Vorkriegsjahren kenne, sei »ein charakterlich nobler Generalstabsoffizier bester Prägung«, keineswegs »einseitiger Nachrichtenmann«; dasselbe gelte für seine engeren Mitarbeiter – Heusinger selbst habe in Pullach die Auswertungsabteilung geleitet. Der Anregung, »ehrenhafte und fähige Soldaten« für den kommenden westdeutschen Nachrichtendienst vorzusehen, sei also »schon immer Rechnung getragen worden«.

Einer Infizierung aus dem Osten, schrieb Speidel weiter, sei jeder Nachrichtendienst ausgesetzt. Es komme lediglich darauf an, entsprechende Sicherheitsmaßnahmen vorzusehen: »Diese Vorsorgen scheinen mir bei der Gehlen-Organisation getroffen zu sein.« Natürlich sei diese, was Wunder, auch in- und ausländischer Kritik ausgesetzt, doch »nach dem Urteil maßgeblicher Regierungsstellen der Bundesrepublik ist die Gehlen-Organisation die einzige, die für die Übernahme des Nachrichtendienstes in der Bundesrepublik, sowohl von der leistungsmäßigen Seite wie hinsichtlich der Leitung, der personellen Zusammensetzung und Integrität ihrer Mitarbeiter gesehen, in Frage kommt. Der unentwegte Kampf des Ostens gegen die Organisation Gehlen scheint mir der beste Beweis für die Bedeutung dieses Dienstes nicht nur für West-Deutschland, sondern überhaupt für ›den Westen‹ zu sein.« Speidel locutus, causa finita. Adenauer will den Gehlen-Dienst unbeschnitten übernehmen und er will Gehlen, hieß das. Wer das jetzt noch kippen wolle – gleichviel, was die

Army mit seinem CIC über die innere Verfassung der Organisation Gehlen herausgefunden haben mochte oder nicht –, der würde sich schon mit dem Bundeskanzler anlegen müssen, hätte der Klartext gelautet. Tatsächlich erfolgte das bald auch, jedoch in der kurios unbedachten Form eines einsamen Stoßtruppunternehmens des G-2 des amerikanischen Heeres persönlich.

Generalmajor Arthur G. Trudeau trieben ebenfalls Sicherheitsbedenken gegen den Gehlen-Dienst um, die damals für jeden Kundigen offen zutage lagen. Als Verantwortlicher für das CIC war Trudeau ein besonders Kundiger. Er traf Speidel in Paris, als dieser seine Antwort eben an Smith abgeschickt hatte. Offizieller Anlass war die Frage der Entsendung eines deutschen Militärattachés nach Washington, das Gespräch wandte sich jedoch rasch der Intervention des ehemaligen Attachés in Berlin zu. Speidel, Gehlens Sonderverbindung »Hauff«, war großzügig genug, dem General aus dem Pentagon seine Antwort auszugsweise übersetzen zu lassen. Trudeau wusste nun, woran er war, und er scheint seine Gedanken für sich behalten zu haben. Wessel notierte in dem Gesprächsprotokoll jedenfalls: »General Trudeau, der General Gehlen im Januar 1954 getroffen hat, schien davon überzeugt zu sein, dass Gehlen und seine Organisation die einzige in Frage kommende Organisation in der Bundesrepublik sei.«[377] Tatsächlich war das Gegenteil der Fall. Er selbst war es nämlich gewesen, der Truman Smith zu sich bestellt und ihn zu dem Schreiben an Speidel veranlasst hatte. Für Critchfield stellte sich das Ganze im Nachhinein als eine »Verschwörung zur Zerschlagung« der Organisation Gehlen dar, und als Smith im Mai 1955 nach Deutschland kam, verstanden es Heusinger und Speidel auch, ihn mehr oder weniger zu neutralisieren.[378]

Im Monat darauf, Mitte Juni, reiste der Bundeskanzler in die USA, um die Ehrendoktorwürde der Harvard-Universität in Empfang zu nehmen.[379] Dabei hielt er sich wiederholt bei Botschafter Heinz Krekeler in der deutschen Vertretung in Washington auf und führte eine Reihe hochrangiger Gespräche, mit Präsident Dwight D. Eisenhower etwa, mit Außenminister John Foster Dulles oder dessen Bruder, CIA-Direktor Allen Dulles. Dieser zeigte sich zufrieden darüber, dass der Kanzler »bei seinem Vorhaben, die ›Organisation Gehlen‹ zu übernehmen und in den deutschen Nachrichtendienst umzuwandeln, Fortschritte machte«.

General Trudeau hatte neben seiner Smith-Aktion mittlerweile allerdings eine zweite Initiative gestartet. Ohne irgendjemandem im State Department oder bei der CIA (bei der hinter den Kulissen immerhin die Federführung beim Transfer des Gehlen-Dienstes in die Bundesverwaltung lag) ein Wort gesagt zu haben, hatte er sich bereits lange vor dem Kanzlerbesuch an den deutschen Botschafter gewandt und gebeten, ihm ein Gespräch mit einem Vertreter der neuen deutschen Streitkräfte über Geheimdienst-Belange zu vermitteln.[380] Die Gelegenheit kam schneller als erwartet und dann noch in einer Form, die den Acting Chief of Staff der Army Intelligence einigermaßen verdatterte. Es war niemand anderes als der Bundeskanzler selbst, der ihm am Rande eines Empfangs im Garten der Botschaft zur Verfügung stand. Adenauer kannte den Wunsch des Generals, und die beiden ungleichen Gesprächspartner plauderten eine Weile miteinander.[381] Generalmajor Trudeau war gut vorbereitet, hatte die Kernpunkte seines Anliegens auf mehreren Karteikärtchen notiert und kramte diese wie bei der Einweisung einer Kompanie denn auch hervor. Der Kanzler hörte zu, verlangte dann überraschend aber die Aushändigung der kleinen Gedächtnishilfen. Der konsternierte General konnte das schlecht verweigern und gehorchte. Adenauer übergab seine Beute dann Globke, der die Karteikarten mit der Bitte um eine Erklärung an die CIA in Bonn und an Gehlen weiterleitete.

Die Bedenken des G-2 des amerikanischen Heeres gegen die Übernahme der Organisation Gehlen durch die Bundesregierung gingen wesentlich auf die ausführlich beschriebenen Nachforschungen des Counter Intelligence Corps im Zuge der »Operation Campus« zurück.[382] Ihre Aufklärungsergebnisse entstammten keineswegs abträglichen Mutmaßungen oder übler Nachrede, wie wir sie zur Genüge und geradezu als ein Markenzeichen des Gehlen-Dienstes kennengelernt haben. Vielmehr kamen die Ergebnisse der CIC-Analyse den Pullacher Realitäten in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre insgesamt sehr nahe.[383]

Nun also die Karteikärtchen des Chefs des amerikanischen Armee-Nachrichtendienstes: »There is considerable evidence available of the lack of coordination between the various West German Intelligence agencies which has developed into an intensive rivalry between Gehlen and other agencies […] Gehlen's operational inefficiency has, in many instances, been illustrated by his organization's lack of ability to create operational

cover […] In late 1953 and early 1954, poor operational cover on the part of the Gehlen Organization resulted in the compromise of eighty (80) out of seven hundred (700) Gehlen agents in East Germany. This compromise inspired an extensive East German propaganda campaign and resulted in tightening security, which effected intelligence collection by all Western powers in East Germany and Poland. Incidents like this understandably shake my confidence in Gehlen's capability to operate […] I feel that the importance of West German Government as a target for Soviet espionage poses a great threat to both U. S. and West German security and requires that West Germany develop an effective secure intelligence and counterintelligence mechanism […] The Gehlen Organization is known to be conducting investigations of a counterintelligence nature within West Germany, although they are supposedly interested exclusively in foreign espionage. The unwillingness on the part of the Gehlen Organization to coordinate counterintelligence, as well as foreign espionage activity with U. S. military efforts, is a major cause of my lack of confidence in this organization. Reliable sources of U. S. Intelligence with good connections in East Germany have reported that the lack of internal operational and personnel security has enabled the Communist intelligence services to penetrate the Gehlen Organization in many instance.«

Genau so lagen die Dinge. Doch der Zug war abgefahren. Die amerikanische hohe Politik, Bundeskanzler Adenauer und die CIA, die ihren deutschen Hilfsapparat zu gut kannte, um Trudeau in der Sache widersprechen zu können, waren schon seit drei, vier Jahren fest entschlossen, den Bundesnachrichtendienst aus der Organisation Gehlen zu formen. Vier Wochen vor dem deutschen Kabinettsbeschluss einen Kurswechsel vorzunehmen, nur weil ein Zwei-Sterne-General den Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland überfallartig mit seinen Besorgnissen behelligt hatte, war natürlich für jeden, dem politisch-diplomatische Prozesse vertraut waren, ein absurder Gedanke. Einen größeren Gefallen hätte man Moskau und Ost-Berlin inmitten des Kalten Krieges kaum tun können. Hatte nicht Allen Dulles selbst gesagt, alles sei in bester Ordnung? Die Fehler, die zu den eklatanten Schwächen des Gehlen-Dienstes geführt hatten, waren immerhin zu einer Zeit gemacht worden, als die U. S. Army die Verantwortung für ihn gehabt hatte und als

weder Adenauer noch Eisenhower schon ahnten, dass sie an die politische Spitze ihrer Länder gelangen würden.

Entsprechend kurz war der Prozess, der jetzt mit Major General Arthur G. Trudeau gemacht wurde. Weißes Haus und Pentagon regelten das binnen weniger Tage. Die besorgte Intervention von Reinhard Gehlen bei Hans Globke zeigt immerhin, dass der »Doktor« nervös war, verständlicherweise, denn zur selben Zeit lief bereits alles auf die Verhaftung von Ludwig Albert als Landesverräter zu.[384] Gehlen informierte den Staatssekretär, unter der Hand habe er erfahren, es gebe »zwischen CIA und der Army schon seit längerer Zeit erhebliche Spannungen wegen der Frage eines künftigen deutschen Nachrichtendienstes, wobei die Army daran interessiert ist, dass im Rahmen des künftigen Verteidigungsministeriums ein Instrument besteht, zu dem sie eine gute Verbindung hat. Zum Teil sind diese Dinge, ebenso wie der Schritt des Generals Trudeau gelegentlich der Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers in den Staaten, auf die höchst eigenartige Persönlichkeit dieses Generals, den ich persönlich nicht kenne, zurückzuführen« – eine auch in der deutschen Politik höchst umstrittene Sachfrage wurde also als Grille eines schrägen amerikanischen Militärs hingestellt.

Der um die umfassende Zuständigkeit des künftigen BND besorgte Gehlen warnte den Chef des Bundeskanzleramts dann noch. Wie er zuverlässig erfahren habe, arbeite das amerikanische Oberkommando in Heidelberg an einem »Vorschlag für einen Sicherheitsdienst des deutschen Verteidigungsministeriums«, der weit über die tatsächlichen Bedürfnisse hinausgehe, dem BND, im Klartext, also die militärische Komponente der Auslandsaufklärung wegnehmen wolle. Solche »Mammutbehörden« seien jedoch immer vom Übel, da das nur den Verlust von Leistungsfähigkeit nach sich ziehe. Die amerikanische Seite habe ihm die Informationen über diese bedrohliche Entwicklung zukommen lassen, schloss der »Doktor«, weshalb er den Staatssekretär, den persönlich zu unterrichten er sich verpflichtet fühle, darum bitte, das Mitgeteilte »ganz vertraulich« zu behandeln.[385]

In Washington war das Feuer schnell ausgetreten. Allen Dulles, der durch die Eigenmächtigkeit Trudeaus seine Autorität als Direktor der CIA herausgefordert und sich in der hochpolitischen Angelegenheit der deutschen Sicherheitsarchitektur brüskiert fühlte, legte an höchster Stelle

Beschwerde ein. Generalstabschef Maxwell Taylor knöpfte sich seinen Kameraden vor, und ehe der Sommer ins Land ging, war Arthur G. Trudeau seines Postens enthoben. Der G-2 des amerikanischen Heeres musste das Pentagon verlassen und trat eine neue Verwendung in Ostasien an, wo er wenige Jahre zuvor Ruhm auf dem Schlachtfeld erworben hatte. Die Affäre wurde ruchbar, und die Presse berichtete breit darüber, wie Botschafter Krekeler dem Auswärtigen Amt meldete.[386] Die plötzliche Abberufung Trudeaus gehe auf eine Kontroverse mit dem CIA-Direktor zurück, heiße es in den Zeitungen: »Dulles soll Trudeau vorgeworfen haben, dieser habe anlässlich des Kanzlerbesuchs versucht, Adenauer gegen Gehlen einzunehmen und so US-Interessen geschädigt.« Das Ganze werde womöglich zu Weiterungen führen, da die Ablösung des Generals »vom Pentagon und auch von Militärausschüssen des Kongresses als unerlaubte Einmischung von CIA in den Bereich des militärischen Nachrichtendienstes betrachtet werde«.

Die Wogen glätteten sich jedoch schnell. Die politische Spitze und die Führung des Pentagons standen hinter der Ablösung Trudeaus, die nicht nur von Allen, sondern auch von seinem Bruder John Foster Dulles, dem Adenauer zugeneigten Außenminister, verlangt worden war. Der Generalmajor selbst, der einen scharfen Karriereknick zu verwinden hatte, kam später, als er längst pensioniert war, in einem Interview auf den Eklat zurück.[387] Plötzlich habe er dem Bundeskanzler gegenübergestanden, erzählte er: »Well, this was quite a surprise to me. But wanting to be specific about some of the questions I had in mind […] I had with me perhaps eight or possibly ten 3-by-5 cards on which I marked down questions and problems that I was seeking answers to; my staff had contributed to those questions. There seemed nothing sensible to do but to go ahead and discuss them with Chancellor Adenauer. I suppose it was a case of *lese majeste* [Majestätsbeleidigung] which is certainly the way the State Department interpreted it, but this was the circumstance.« Er habe dann mit dem Kanzler über sein Anliegen gesprochen, beschreibt Trudeau die Szene weiter, und der habe gesagt, das seien wichtige Fragen, die er sorgfältig erwägen wolle, aber dazu brauche er die Notizen des Generals: »I couldn’t refuse. I said: ›Yes‹, and I handed him the cards.«

Nach der Begebenheit mit dem deutschen Kanzler wurde Trudeau zum Generalstabschef befohlen, der ihn zum Armeeminister führte. Der hielt

ihm vor, der CIA-Direktor habe dem Verteidigungsminister mitgeteilt, dass er wegen der Annäherung an Adenauer das Vertrauen in ihn verloren habe. Nun waren Berichte zu schreiben. O. k., malte der pensionierte General die Szenerie gewiss nicht zu seinem Nachteil aus, wenn Dulles sage, er habe kein Vertrauen mehr in ihn, er habe in den CIA-Direktor und seine Mitarbeiter auch keins mehr, usw.: »They wanted me out of the country fast.« Immerhin, müsse man sich bei Betrachtung seiner seinerzeitigen Intervention vor Augen halten, habe die U. S. Army in manchen Gegenden der Welt – und ganz gewiss im besetzten Deutschland – eine viel größere geheimdienstliche Durchdringung gehabt als andere amerikanische Agenturen. Im Nachhinein könne man klar erkennen, dass er seinerzeit Recht gehabt habe, meinte Trudeau nicht zu Unrecht: »I have no apologies to make at all. What has happened in the way of penetration of the West German Government and the loss of highly classified war plans and intelligence is, to me, still an indication that I was absolutely right in what I tried to prevent in 1955. Read the books about Gehlen's organization. I'm not apologizing to anybody. Nor do I regret that I expended as much effort as I did, even though I put a real crimp in my Army career.«

Die »Operation Campus« war keine Willküraktion einer außer Kontrolle geratenen Einheit des Counter Intelligence Corps, wie es manchem scheinen mochte. Auch wenn sich die nicht eingeweihte CIA später noch so sehr beklagte, hatte die Army guten Grund, das Personal der jungen bundesdeutschen Behörden im Auge zu behalten. Das galt in besonderem Maße für die Mitarbeiter des künftigen BND. Da Pullach jedoch einen Teil der anfallenden Informationen abschöpfen konnte, kamen die Ergebnisse der CIC-Operation paradoxerweise auch der politischen Inlandsspionage des Gehlen-Dienstes für das Kanzleramt zugute. Es ist nicht verwunderlich, dass die als Einmischung der Militärs in die hohe Diplomatie abgetane, tatsächlich aber gut begründete Kritik Trudeaus an Pullachs Defiziten gegenüber Adenauer die »Legalisierung« nicht mehr verhindern konnte. Die Erhebung der Organisation zum westdeutschen Auslandsnachrichtendienst war zwischen Bonn und Washington beschlossene Sache. Der Kanzler pflegte die Schaffung eines eigenen Nachrichtendienstes in den laufenden Verhandlungen mit den Besatzungsmächten durchaus auch als eine »Insignie der außenpolitischen

Souveränität«[388] ins Feld zu führen, außerdem profitierte er zunehmend von dessen innenpolitischen Fingerzeigen.

Die Untersuchungen des CIC verpufften nicht nur, sie schlugen sogar in einen Vorteil für Pullach um: Die beiden für die Army arbeitenden deutschen V-Leute und der profilierte Org-Mitarbeiter Ludwig Albert, die dem erst Jahre später enttarnten Heinz Felfe frühzeitig auf die Spur gekommen waren, konnten ihre Jagd auf den KGB-Spion jetzt nicht mehr fortsetzen. Das fügte sich ausgezeichnet in das Konzept von Reinhard Gehlen, als Felfe in der für beider Standing hochbedeutsamen »Operation Lena«[389] zu einer Schlüsselfigur geworden war, die er keinesfalls verlieren durfte: Mit der Ruinierung Alberts wurde auch die Entdeckungsgefahr für den KGB-Agenten gebannt. Wie wir gesehen haben, zeigte sich bei dem Vorgehen gegen Ludwig Albert neuerlich der notorische Dilettantismus der Pullacher Spionageabwehr, die auf eine Erzählung des sowjetischen Dienstes hereinfiel, die sogar einem Laien völlig unwahrscheinlich vorkommen musste. Der vermeintliche Jahrhundertspion Reinhard Gehlen und sein Stab durchschauten dieses schwache Konstrukt jedoch nicht oder sie stellten sich gezielt blind und taub. Es findet sich in den überlieferten schriftlichen Unterlagen des BND kein eindeutiger Hinweis darauf, dass die Spitzen der Organisation Gehlen die Operation des feindlichen Nachrichtendienstes womöglich ganz gern für plausibel hielten, das Geschehen durchschauten und es ablaufen ließen, wie es ablief. Über die Leiche seines bewährten Mitarbeiters Ludwig Albert zu gehen, war aus der Interessenlage Gehlens jedenfalls die bessere Lösung, als sich auf die Seite eines langjährigen profilierten Mitarbeiters zu stellen, der als Spion des Staatssicherheitsdienstes der DDR verleumdet wurde. Die Führung in Pullach zog keines der zahlreichen Indizien in Betracht, die *für* den Delinquenten sprachen. Sie rührte nach seiner Verhaftung und vor seinem Selbstmord keinen Finger für ihn. Seiner Witwe trat sie ausgesucht desinteressiert und kaltblütig gegenüber (wo man sich gewöhnlich an Fürsorglichkeit zu überschlagen pflegte), um bald zu dem konsequenzlosen Befund zu gelangen, dass die eigene Spionageabwehr in eine primitive Falle gegangen war.

1 Siehe Christoph Franceschini, Thomas Wegener Friis, Erich Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017, S. 278 ff., Mary Ellen Reese: Die Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992, S. 198 ff., sowie Critchfield, Pullach, S. 190 ff.
2 Hds. Lebenslauf von Schmitz, 18.8.1956, in: BND-Archiv, P133/III, o. Bl.
3 Dietsche (318) an Kopper (83/F), Sterbefall V-7873, 30.8.1963, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
4 Eidesstattliche Erklärung vom 16.6.1954, in: BND-Archiv, P133/II, o. Bl.
5 Mittelland (AG/40) an Buttlar (507), 26.1.1960, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
6 Siehe insbesondere Gerhard Sälter: NS-Kontinuitäten im BND. Rekrutierung, Diskurse, Vernetzung, Berlin 2022 (im Erscheinen).
7 Undatierte Übersicht zum »Fall ›Nero‹«, S. 2, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
8 Undatierte Ausarbeitung (»Frühjahr 1950«) zum »Fall ›Nero‹« von Hans-Henning Crome, in: BND-Archiv, 220641, o. Bl. Eine ausführliche Schilderung seiner Anwerbung gab Schmitz in einer Befragung durch den V-Mann 2653 der Org (»Rolf Bredow«), 18.–21.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 833 ff.
9 Siehe »Conversation with Brückner, 22 July 1955«, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0025.
10 Schreiben der NAPA, 11.3.1953, in: BND-Archiv, P133/I, o. Bl.
11 Schreiben des Komitees zur Vorlage bei Behörden, 28.1.1955, in: BND-Archiv, P133/I, o. Bl.
12 Siehe etwa die CIC-Berichte »The Gehlen Group« bzw. »The Gehlen Organization«, 30.4.1953 bzw. 1.4.1953, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 2-1, Bl. 22 bzw. 26.
13 Befragung durch den V-Mann 2653 der Org vom 18.–21.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 848 ff.; auch zum Folgenden.
14 Bentzinger an Gehlen, Eigene Organisation, 22.9.1953, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1820.
15 So die Mutmaßung in dem ungezeichneten internen Org-Bericht »Angebliche US-ND-Stelle zur Aufklärung von Spitzenbehörden usw. der Bundesrepublik« vom 7.7.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1585.
16 Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen, 10.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 585.
17 Befragung von Schmitz durch den V-Mann 2653 der Org vom 18.–21.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 825 sowie 842 f.
18 Siehe hierzu Henke, Geheime Dienste, I, S. 91 f.
19 Siehe ebd., S. 336 ff.
20 Siehe Reese, Organisation Gehlen, S. 198 ff.
21 Siehe die Aufstellung zum »Netz Dale«, 27.2.1968, in: BND-Archiv, 220640, o. Bl.
22 Notiz von Heinrich Schmitz für Thomas Dale, Erörterung der Arbeitslage gemäß Besprechung in Frankfurt a. M. vom 7./8.VIII.1953, 12.8.1953, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 892 ff. (sowie ebd., 220632, o. Bl.); Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen, 8.–17.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 548 ff.; Undatierte Ausarbeitung zum »Fall ›Nero‹« von Hans-Henning Crome, o. D., in: BND-Archiv, 220641, o. Bl.; Liste der Informanten von Ludwig Albert, X-899 und X-933, o. D., in: NA, RG 263, Entry ZZ-18, CIA Name Files, 2nd Release, Box 1, Albert, Ludwig.
23 Siehe den Vermerk von Oberbundesanwalt Güde vom 18. Dezember 1956, in: BND-Archiv, P133/III.
24 Siehe die handschriftliche Tabelle zu den Militärkarrieren der Mitarbeiter im Amt Blank, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.
25 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 629 ff.
26 Siehe ebd., S. 388 ff.

27 Undatierte Ausarbeitung (»Frühjahr 1950«) zum »Fall ›Nero‹« von Hans-Henning Crome, in: BND-Archiv, 220641, o. Bl. Siehe auch EUCOM, Intelligence Division, an 66th CIC Detachment, West German Intelligence Agencies, 13.2.1952, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 1-1, Bl. 4 f.
28 Eine Fülle von Unterlagen aus dem Jahr 1953 hierzu in: BND-Archiv, 220632, o. Bl., darunter die 12-seitige »Niederschrift über eine Unterredung mit Rechtsanwalt Kelch am 29.5.1953«, übermittelt durch Metz (40/A) an Mellenthin (30,0), Fall Heinz – Amt Blank u. a., 5.6.1953.
29 Befragung durch den V-Mann 2653 der Org vom 18.–21.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 850 ff., sowie Undatierte Ausarbeitung (»Frühjahr 1950«) zum »Fall ›Nero‹« von Hans-Henning Crome, in: BND-Archiv, 220641, o. Bl. Vgl. auch die Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen, 9.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 558 ff.
30 Siehe Sälter, Rote Kapelle, S. 276 ff., sowie: Vernehmung Alberts durch die Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts, 5.7.1955, in: BND-Archiv, 120949, Bl. 15 ff.; Befragung von Schmitz durch V-2653 zu »einer Reihe noch offenstehender Fragen«, 29.8.–2.9.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 809 ff.
31 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 124 ff.
32 Undatiertes Personalblatt, in: BND-Archiv, V-2600.
33 CIA, ERR, Albert, Ludwig_0009, 29.6.1949. Minutiös zu Karriere und Tätigkeit Alberts in der Org ebd., 0027, 2.8.1955.
34 Siehe Sälter, Rote Kapelle, S. 278.
35 Befragung von Schmitz durch V-2653 zu »einer Reihe noch offenstehender Fragen«, 29.8.–2.9.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 811; ebd., Bl. 812, auch die Andeutung Alberts, als »alter Marschierer« bei der Org werde er, laut Schmitz, »schon einmal etwas für mich tun können«. Die folgenden Zitate im selben Dokument.
36 Bentzinger (142) an Dingler (119), Lohengrin und V-2841, 7.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, o. Bl. V-2841 ist identisch mit »Leander« bzw. Albert.
37 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, VASI-7880, sowie Sabrina Nowack: Sicherheitsrisiko NS-Belastung. Personalüberprüfungen im Bundesnachrichtendienst in den 1960er-Jahren, Berlin 2016, S. 477 f.
38 Vgl. Sälter, NS-Kontinuitäten (im Erscheinen, noch ohne Seitenangabe).
39 Krüger (106/II), Vermerk, 19.5.1967, in: BND-Archiv, 220640, o. Bl.
40 »Reminiszenzen aus der Mottenkiste über das BfV, aufgezeichnet durch V-7880«, übersandt von Dietzsche (318) an Buttlar (84), 20.9.1963, in: BND-Archiv, 220640, o. Bl.
41 Grundlegend hierzu Roger Engelmann: Zur »Westarbeit« der Staatssicherheit in den fünfziger Jahren, in: Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs, Bremen 2003, S. 143–152.
42 »Erörterung der Arbeitslage gemäß Besprechung in Frankfurt am Main vom 7./8. VIII. 1953«, 12.8.1953, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 892 ff.
43 Siehe unten, S. 135 ff.
44 Zu Ruppert siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 465 ff.
45 Zu Gallen siehe ebd., S. 436 f.
46 Siehe Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 476.
47 Karteikarte zu V-13910 in: BND-Archiv, 220270, o. Bl.
48 Imanuel Baumann, Herbert Reinke, Andrej Stephan, Patrick Wagner: Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründergeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011, S. 219 ff.

49 Befragung von Schmitz durch V-2653 zu »einer Reihe noch offenstehender Fragen«, 29.8.–2.9.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 709 ff., hier Bl. 718 f.
50 Vermerk der Sicherungsgruppe Bonn vom 15.7.1955, in: BND-Archiv, 120958, Bl. 5 ff.
51 Vgl. Wolf, Entstehung, S. 166.
52 Metz (40/A) an Gehlen (30), Bundeswirtschaftsministerium – KP-Tarnzeitung »Deutsche Woche«, 17.8.1953, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.
53 Bentzinger (142) an Dingler (119), weitergeleitet an Kohler (122), Lohengrin und V-2841, 7.7.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.
54 Detailliert Hechelhammer, Felfe, S. 107 ff.
55 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 716 ff., und unten, S. 545 ff.
56 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Verhandlungen des Bundestagsabgeordneten Strauß (CSU) mit der SPD, 22.7.1953, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.
57 Bentzinger (150) an Gehlen (88), John – eigene Organisation, 28.3.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.; Bentzingers Dienststelle firmierte kurzzeitig als »150«.
58 Bentzinger (142) an Gehlen (88), EVG – Amt Blank, 25.5.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.
59 Siehe Schwarz, Adenauer, II, S. 136 f.
60 Originalbericht Schmitz an Albert, o. D. [wohl 10.7.1954], in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
61 Bentzinger (142) an Dingler (119), Auswärtiges Amt, 23.8.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
62 Bentzinger (142) an Dingler (119), Bundespolitik, 18.11.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
63 Originalbericht Schmitz an Albert, 17.1.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
64 Bentzinger (142) an Gehlen (88), »Rheinisch-Westfälische Nachrichten« Düsseldorf, 22.2.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
65 O. V. [jedoch an handschriftlicher Einfügung identifizierbar], o. D. [der BND nahm später eine Entstehung im Sommer 1955 an], ohne Titel, 5 Seiten, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.
66 Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Band 1: Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981, S. 35.
67 Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969, Düsseldorf 2008, S. 141.
68 Creuzberger, Kampf, S. 65.
69 Originalbericht Schmitz an Albert, 14.11.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
70 Bentzinger (142) an Dingler (119), Kaiser-Ministerium, 18.11.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
71 Vgl. Creuzberger, Kampf, S. 76 f.
72 Henke, Geheime Dienste, I, S. 683 ff.
73 Siehe unten, S. 109 ff.
74 Bentzinger (142) an Dingler (119), Kaiser-Ministerium, Rhein-Ruhr-Klub, Saar, 2.12.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl. Aneurin Bevan war ein prominenter Politiker auf dem linken Flügel der Labour Party und Minister in der Nachkriegsregierung von Clement Attlee.
75 Originalbericht Schmitz an Albert, Dr. Werner Best, Sozius des Rechtsanwalts Dr. Achenbach-Essen, FDP, 17.12.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
76 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen (88), Dr. Werner Best, 11.1.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
77 Siehe oben, S. 31 ff.
78 Siehe Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln 2002, S. 217 ff.

79 Mathias Friedel: Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus, St. Augustin 2001, S. 7. Siehe auch Stöver, Befreiung, S. 364 ff.

80 Stöver, Befreiung, S. 364.

81 Friedel, VFF, S. 44; siehe auch die Unterlagen in: BArch, B 138/1765.

82 Henke, Geheime Dienste, I, S. 465, 467 f. und 628. Siehe auch die Unterlagen zu Ruppert in: BND-Archiv, V-7626; dort auch die Zitate.

83 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 177 ff., sowie die Unterlagen zu Gielen, in: BND-Archiv, V-7611.

84 Creuzberger, Kampf, S. 166. Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 533 ff. Siehe auch Cramers Briefwechsel mit dem Bundeskanzleramt, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10220 (2).

85 Siehe die Unterlagen zu Cramer, in: BND-Archiv, V-12670; dort auch die Zitate.

86 Der Spiegel, 3.10.1951 (»Bitte auf das Ohr«).

87 Notiz Lutz, Besprechung Leiter GV G mit V-12670, 7.6.1951, in: BND-Archiv, V-12670, o. Bl.

88 Weiß an Gehlen, Vortragsnotiz 67/57, 24.4.1957, in: BND-Archiv, 12670, o. Bl.

89 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Besprechungsnotiz zu den Wahlaussichten der Parteien in der BRD, 3.11.1964, in: BND-Archiv, V-12670, o. Bl.

90 Das Folgende nach Friedel, VFF. Zitate S. 15, 19, 39, 162, 63, 96, 103 f., 55.

91 Stefan Creuzberger: Ewert von Dellingshausen (1909–1996). Ein baltendeutscher Antikommunist im Dienste der »Psychologischen Kriegsführung«, in: Spione und Nachrichtenhändler. Geheimdienst-Karrieren in Deutschland 1939–1989. Hrsg. von Helmut Müller-Enbergs und Armin Wagner, Berlin 2016, S. 208–228; Zitat S. 208.

92 So Globke Mitte 1954 an einen katholischen Geistlichen; zit. nach Stöver, Befreiung, S. 364.

93 Lutz (Leiter GV G) an Gehlen (30), Kurzer Bericht über das Gespräch zwischen Oberregierungsrat Kilb und Leiter GV G am 26.9. in Bonn, 28.9.1952, in: BND-Archiv, 104275, o. Bl.

94 Vermerk Blum (30d), Besprechung mit Leiter GV G am 13.10.1953, 14.10.1953, in: BND-Archiv, 104275, o. Bl.

95 Originalbericht Schmitz an Albert, Verbindungsmann zu General Gehlen, o. D. [wohl 4.2.1954], in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.

96 Originalbericht Schmitz an Albert, Fritz Cramer, 27.2.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.

97 Siehe etwa den Originalbericht Schmitz an Albert, Felfe und andere, 28.3.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.

98 Schwarz, Adenauer, II, S. 229.

99 Originalbericht Schmitz an Albert, Fritz Cramer, 29.3.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.

100 Der Spiegel, 3.10.1951 (»Bitte auf das Ohr«).

101 Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Sitzung am 5.4.1951, Stenographische Protokolle, S. 4977.

102 Vgl. Creuzberger, Kampf, S. 208 und 217.

103 Originalbericht Schmitz an Albert, Cramer, 9.4.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl. Dort auch der darauf basierende Bericht von Albert (142) an Gehlen (88), Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF), 13.4.1954.

104 Siehe unter anderen Bentzinger (142) an Dingler (119), Cramer und andere, 5.8.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl. Siehe auch Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Berlin 1999, S. 246 ff.

105 Originalbericht Schmitz an Albert, Fritz Cramer/VFF, 11.8.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.

106 Rohleder (GV G/III) an Gehlen (50), Vortragsnotiz über Kriminalrat a. D. Heinrich Schmitz, Wiesbaden, und seine Verbindung zu 4190, 18.8.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl. Siehe auch Lutz (12) an Kohler (122), Heinrich Schmitz, 18.12.1954, in: BND-Archiv, 220271, Bl. 419 ff.
107 Siehe den Leserbrief, in: Der Spiegel, 18.8.1954, S. 34.
108 Lutz (Leiter GV G), Vermerk, Besuch »Ciro« bei LdG am 8.9.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
109 Originalbericht Schmitz an Albert, Fritz Cramer, 21.9.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
110 Originalbericht Schmitz an Albert, Fritz Cramer, 11.10.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
111 Originalbericht Schmitz an Albert, Fritz Cramer, 14.1.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
112 Vermerke Bargatzkys vom 13.11.1954 und 20.1.1955; zit. nach Friedel, VFF, S. 144. Zum Folgenden ebd., S. 144 ff.
113 Befragung durch den V-Mann 2653 der Org vom 18.–21.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 615 ff.
114 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen (88), Auftreten des Bundeskanzlers in Berlin, 26.11.1954, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1670 f.
115 Siehe oben, S. 87 ff.
116 Siehe oben, S. 31 ff.
117 Der Spiegel, 31.12.1953 (»Konfessionen. Wer an wessen Stelle«).
118 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, BMdI-Fall John, 13.8.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
119 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, John, laufende Berichterstattung, 10.9.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
120 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Bundesinnenministerium-Auswirkungen des Falles John, 30.9.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
121 Originalbericht Schmitz an Albert, Verhandlungen im BMI betr. Verfassungsschutz, 30.10.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
122 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Bundesamt für Verfassungsschutz, 28.10.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
123 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Bundesinnenministerium, 29.11.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
124 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Bundesinnenministerium, 7.12.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
125 Vgl. den kritischen Bericht im Spiegel, 20.4.1955 (»John-Folgen. Abstellgleis in Berlin«).
126 Originalbericht Schmitz an Albert, Veränderungen im BMI und BfV, 17.12.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
127 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Bundesministerium des Innern; BfV, 31.12.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
128 Originalbericht Schmitz an Albert, Lage BMI, 14.1.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
129 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Bundesinnenministerium und Bundesamt für Verfassungsschutz, 17.1.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl. Siehe auch den Originalbericht Schmitz an Albert, Veränderungen im BMI, 23.1.1955, in: ebd.
130 Bentzinger (142) an Gehlen (88), Bundesinnenministerium, 22.2.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
131 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, John-Ausschuss; BfV; Globke, 18.4.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.
132 Originalbericht Schmitz an Albert, Felfe und andere – Lebenslauf Carl Schütz, 11.4.1907, 14.7.1954, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1541 f.; BMdI, »Öffentliche Sicherheit«, John-

Ausschuss des Bundestages, BfV usw., 21.3.1955, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl., Hervorhebung im Original.

133 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, BMdI-BfV, 23.5.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.

134 Originalbericht Schmitz an Albert, Kurzmeldungen, 27.6.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.

135 Vgl. Goschler/Wala, Verfassungsschutz, S. 170 ff.

136 Vgl. Wolf, Entstehung, S. 333 ff.

137 Name geändert; siehe unten, S. 139 ff.

138 CIC, Vermerk, o. V., Bundesnachrichtendienst, 12.9.1952, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 2-1, Bl. 47.

139 Metz (40/A) an Mellenthin (30,0), Bundeskanzleramt, 30.4.1953, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.

140 Bentzinger (142) an Gehlen (88), Schutz eigener Organisation. Hier: Bundeskanzleramt – eigene Organisation, 26.6.1953, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.

141 Angabe der Sekretärin Weiss in der Vernehmung durch das Bundeskriminalamt am 2.11.1955, in: BND-Archiv, 220638, o. Bl.

142 Bentzinger (142) an Kohler (40), Heinz – Eigene Organisation, 25.6.1953, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.

143 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 220.

144 Bentzinger (142) an Dingler (119), Oster und andere – Bundeskanzleramt, 3.8.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.

145 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Globke und andere, 2.5.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.

146 Bentzinger (142) an Dingler (119), Eigene Organisation, hier: Ministerialdirigent Gumbel, 13.5.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.

147 Metz (40/A) an Mellenthin (30,0), weiter an Gehlen, Bundeskanzleramt, 30.4.1953, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.

148 Name geändert.

149 Angabe der Sekretärin Weiss in der Vernehmung durch das Bundeskriminalamt am 2.11.1955, in: BND-Archiv, 220638, o. Bl. Dort auch die Schilderung ihrer Anwerbung.

150 Kretschmer (161) an Kohler (122), Fall »Nero«, Vernehmung [Elisabeth Weiss], 4.11.1955, in: BND-Archiv, 220638, o. Bl.

151 Vermerk des Oberbundesanwalts Güde beim Bundesgerichtshof vom 18. Dezember 1956, in: BND-Archiv P133/III.

152 Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen am 12.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 605 ff.

153 O. V., Meldung des CIC, Bundesnachrichtendienst, 12.9.1952, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 2-1, Bl. 46 ff. Der zitierte Bericht stammt von August 1952.

154 O. V., Meldung des CIC, The Gehlen Group, 30.4.1953, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 2-1, Bl. 22 ff. Zum Zusammenspiel Globke-John gegen Friedrich Wilhelm Heinz siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 386 ff.

155 O. V., CIA, Memorandum for the Record, The Albert-Burckhardt-Leidl Case, 25.11.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0034.

156 Siehe dazu ausführlich unten, S. 215 ff.

157 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Regierungsoberinspektorin [Elisabeth Weiss], frühere Sekretärin von Ministerialdirigent Gumbel, 19.12.1955, in: BND-Archiv, 220638, o. Bl. Siehe auch Felfes unspezifizierte Andeutungen in seinem Erinnerungsbuch »Im Dienst des Gegners«, S. 191 f.

158 Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen am 12.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 606.
159 Vermerk des Oberbundesanwalts Güde beim Bundesgerichtshof vom 18. Dezember 1956, in: BND-Archiv, P133/III.
160 Siehe die Vernehmung der Sekretärin Weiss durch das Bundeskriminalamt am 2.11.1955, in: BND-Archiv, 220638, o. Bl.
161 Siehe auch CIA, o. V., Conversation with Brückner 22 July 1955, sowie Chief of Station, Germany, to Chief, Eastern Europa, Herbert Burckhardt Case, 25.7.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0025 bzw. 0031.
162 Vermerk des Oberbundesanwalts Güde beim Bundesgerichtshof vom 18. Dezember 1956, in: BND-Archiv, P133/III. Siehe auch die Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen am 12.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 607 ff. Vgl. zum Fall Lerchhoff auch die Unterlagen im BArch, B 106/202278.
163 Siehe unten, S. 175 ff.
164 Übersicht, o. V., Fall »Nero«, 31.1.1956, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1398.
165 Befragung durch den V-Mann 2653 der Org vom 18.–21.8.1955, S. 19 f. der Aufzeichnung, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 851 f.
166 Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen, 9.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 565.
167 O. D., o. V., Notiz zum Fall »Nero«, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
168 Hds. Notiz Alberts, 12.12.1953, in: BND-Archiv, 120949, Bl. 1437 ff.
169 Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes beim Landgericht Essen, 9.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 555 ff., hier Bl. 565.
170 Vgl. Chief of Base, Pullach, to Chief, EE, Ludwig Albert Case, 29.6.1957, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0044.
171 Bentzinger (142) an Gehlen (88), Eigene Organisation, 22.9.1953, in: BND-Archiv, 220632, o. Bl.
172 Übersicht, o. V., Fall »Nero«, 31.1.1956, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1398 f.
173 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe. Successful KGB Penetration of a Western Intelligence Service, 13.4.1977, S. 42. https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/FELFE%2C (Zugriff 12.1.2019). Künftig zit. als CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe.
174 Bentzinger (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, 29.10.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
175 Siehe Bentzinger (142) an Gehlen (88), Überwachung von Ferngesprächen, 9.6.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.
176 CIC (Ira K. Ewalt), Gehlen Organization, 29.10.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-1, Bl. 43 f.
177 Region III, 66th CIC Group, Gehlen Organization, 22.11.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-1, Bl. 4 ff. Siehe auch die Empfehlungen des CIC zur Klärung der fraglichen Personen, bei der nach Auffassung des Abschirmdienstes auch die beschlagnahmten, in Verwahrung der Army befindlichen deutschen Akten ausgewertet werden müssten, in: Region III, 66th CIC Group (Ira K. Ewalt), Gehlen Organization, 22.11.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 4-3, Bl. 39 f. Hier kam ein Agent X-1080-III ins Spiel.
178 Zur nachträglichen Untersuchung der CIC-Personalüberprüfungen durch die Org siehe das mit umfangreichen Anlagen versehene Dossier »Fall ›Nero‹, hier: eigene Mitarbeiter«, 31.1.1956, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1398 ff. Im Folgenden zitiert als »Dossier«. Ein erster Hinweis auf das Interesse des CIC an Mellenthin findet sich in einem internen CIC-Vermerk vom 23.3.1953, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 2-1, Bl. 31 f.

179 Siehe beispielsweise Henke, Geheime Dienste, I, S. 239.
180 Region III, 66th CIC Group, Gehlen Organization, 22.11.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-1, Bl. 8.
181 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1472.
182 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 463.
183 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1448 ff.
184 Siehe oben, S. 96 f.
185 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1484 ff.
186 Region III, 66th CIC Group, Gehlen Organization, 22.11.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-1, Bl. 4 f.
187 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1474 f.
188 Originalbericht Schmitz an Albert, Überprüfung, 25.9.1954, in: BND-Archiv, 220635, o. Bl.
189 Bentzinger (142) an Dingler (119), Eigene Organisation, 8.12.1954, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1668.
190 Region III, 66th CIC Group, Gehlen Organization, 22.11.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-1, Bl. 8.
191 Zu Kohler siehe Sälter, Rote Kapelle, S. 57 ff.
192 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1442 ff.
193 Hds. Notiz Gehlens auf dem Bericht Bentzingers (142) an Dingler (119), weiter an Gehlen, Eigene Organisation, 13.5.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.
194 Originalbericht Schmitz an Albert, Kohler, 12.5.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.
195 Bentzinger (142) an Dingler (119), Eigene Organisation, 13.5.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.
196 Region III, 66th CIC Group, Gehlen Organization, 22.11.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-1, Bl. 7 f.
197 Siehe oben, S. 109 f.
198 Siehe Wolf, Entstehung, S. 54 f.
199 Dossier, in: BND-Archiv, Bl. 1476 ff.
200 So Nowack, Sicherheitsrisiko.
201 Zu deren Tätigkeit vor und nach 1945 existiert mittlerweile ein ausgedehntes Schrifttum. Verwiesen sei daher nur auf Sälter, Rote Kapelle; dort weiterführende Quellen- und Literaturangaben.
202 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1446 f.
203 Ebd., Bl. 1445.
204 Bentzinger (142) an Dingler (119), Schütz-Reile, 22.7.1954, in: BND-Archiv, 220091, Bl. 28 ff.
205 Krüger (106/II) an Buttlar (84), Fall »Bonzo«, 9.4.1968, in: BND-Archiv, 220123, Bl. 106 ff. Siehe die eingehende Befassung mit Reile bei Sälter, Rote Kapelle, S. 87 ff.
206 Im Einzelnen Sälter, Rote Kapelle, S. 304 ff. Dort auch die Zitate.
207 Das CIC erfuhr im Spätsommer 1952, Globke habe von Gehlen sämtliche Personalunterlagen zu Schütz angefordert, da sich der Kanzler persönlich für ihn interessiere. Siehe: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 2-1, Bl. 47.
208 Siehe dazu auch die Aussage von Theodor Saevecke, Leiter des Ermittlungsdienstes der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts, gegenüber einem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs beim Landgericht Essen, 19.7.1955, in: BND-Archiv, 220636, o. Bl.
209 Ausführlich zu dieser Seilschaft Sälter, NS-Kontinuitäten.
210 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1506.
211 Originalbericht Schmitz an Albert, Vermerk zu Angaben Schütz, 16.4.1954, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1540.

212 Originalbericht Schmitz an Albert, Felfe und andere – Lebenslauf Carl Schütz, 11.4.1907, 14.7.1954, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1541 f.
213 Originalbericht Schmitz an Albert, 27.8.1954, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1541 f.
214 Kretschmer (161/III) an Kohler (122), V-2978, 16.12.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1509 ff.
215 Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 370 ff.
216 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1517. Eingehend zu Clemens, seiner Herkunft und seiner Rolle im Gehlen-Dienst Hechelhammer, Felfe.
217 Bodo V. Hechelhammer und Susanne Meinl: Geheimobjekt Pullach. Von der NS-Mustersiedlung zur Zentrale des BND, Berlin 2014, S. 125.
218 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 511 ff., sowie unten, S. 215 ff.
219 Hechelhammer, Felfe, S. 50. Siehe auch die ausführlichen Angaben zu seinem Lebensweg bis 1945 ebd., S. 11 ff.
220 Hechelhammer, Felfe, S. 10; alle Angaben hieraus. Das folgende Zitat ebd., S. 104.
221 Detailliert dazu Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 266 ff.; Zitat S. 271.
222 Hds. Brief von Schmitz an Albert, 22.1.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl.
223 Siehe Creuzberger, Dellingshausen, S. 220.
224 Befragung von Schmitz durch den V-Mann 2653 der Org am 21.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 862.
225 Im Einzelnen oben, S. 115 ff.
226 Siehe unter anderem den Originalbericht von Schmitz an Albert, Felfe und andere, 28.3.1954, in: BND-Archiv, 220633, o. Bl., sowie den Originalbericht von Schmitz an Albert, Felfe und andere, 30.4.1954, in: ebd.
227 Bentzinger (142) an Dingler (119), Verrat durch Veröffentlichungen über die Org in der Feindpresse, 30.9.1954, in: BND-Archiv, 220634, o. Bl.
228 Ergebnis der »Chile«-Untersuchung des Felfe-Verrats zu V-2600, 15.10.1964, in: BArch, B 206/1977, Bl. 386 f.
229 Schmitz in seiner Befragung durch V-2653 am 29.8.1955, Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1458 f.
230 Hechelhammer, Felfe, S. 126.
231 Region III, 66th CIC Group, Gehlen Organization, 29.10.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-1, Bl. 45 ff. Siehe auch mehrere weitere Berichte der Region III, 66th CIC Group (Sam W. Boon), Felfe, Heinz, 23.6.1954, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 3-3, Bl. 16 ff.
232 Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1457.
233 Befragung durch V-2653 am 21.8.1955, Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1454.
234 Kommentar von Schmitz zu seinem Bericht vom 30.4.1954, Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1457.
235 Befragung durch V-2653 am 29.8.1955, Dossier, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1458.
236 Crome (84/VAT), Ergebnis der Chile-Untersuchung zu V-7873 (AbMa), 1.3.1965, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
237 Die Angaben zu Weinmanns Lebenslauf aus seiner Vernehmung durch die Sicherungsgruppe Bonn am 18.5.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 388 ff., sowie in dem auf seinen Angaben beruhenden Bericht des MfS, 20.1.1953, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil P), Band 1, Bl. 45 ff.
238 Hds. Lebenslauf, 18.10.1952, in: ebd., Bl. 31 f.

239 Verpflichtungserklärung von Herbert Burkhardt, 27.8.1952, in: ebd., Bl. 20. Die Mitteilung an die sowjetische Seite, o. D., in: ebd., Bl. 35. Die Einlassung Weinmanns in: ebd., Bl. 42.
240 Bericht von Referat IV der Abteilung II zu »Brille«, 21.1.1953, in: ebd., Bl. 42.
241 Abteilung II an Abteilung III, Burkhardt, Herbert, 31.8.1953, mit hds. Paraphe Mielkes, in: ebd., Bl. 76.
242 Abteilung II, Referat IV, Auftrag für den Geheimen Informator »Brille« in Westdeutschland, 7.4.1953, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 3, Bl. 7 ff.
243 Siehe unten, S. 172 ff.
244 Abteilung II, Referat IV, Bericht, Quelle: »Brille«, 17.4.1953, in: BStU, MfS AIM 6958/57 (Teil A), Band 3, Bl. 21 ff.
245 Abteilung II, Referat IV, Auftrag für den Geheimen Informator »Brille« in Westdeutschland, 10.6.1953, in: ebd., Bl. 195 ff.
246 Abteilung II, Referat IV, Bericht über den Ermittlungsauftrag des Geheimen Informators »Brille«, 24.6.1953, in: ebd., Bl. 271 ff.
247 Abteilung II, Referat IV, Bericht, 17.11.1953, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 5, Bl. 218 ff.
248 Abteilung II, Referat IV, Treffbericht, 23.11.1953, in: ebd., Bl. 253 ff.
249 Abteilung II/4, Referat A, Bericht, 21.12.1953, in: ebd., Bl. 303 ff.
250 Abteilung II/4, Referat A, Plan zur Arbeit, 24.12.1953, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 6, Bl. 105 ff.
251 Schreiben Weinmanns an Wollweber, 4.4.1954, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 7, Bl. 157 f.
252 Hauptabteilung II/4, Operativplan, GM »Brille« – sein Absetzen nach Westdeutschland und Aufbau einer Existenz, 27.4.1954, in: ebd., Bl. 177 ff.
253 O. V., Auftrag für den GM »Brille« in Westdeutschland, 29.7.1954, bestätigt am 10.8.1954, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 8, Bl. 121 ff.
254 Hauptabteilung II/4, Charakteristik über den GM »Brille«, 11.6.1954, in: BStU, MfS AIM 6958/57 (Teil P), Band 1, Bl. 95 ff.
255 Ebd., Bl. 7 und 159 ff.
256 Siehe unten, S. 173 f.
257 Hauptabteilung II/4/A, Bericht, GM »Brille«, 26.10.1954, in: BStU, MfS AIM 6958/57 (Teil A), Band 8, Bl. 157 ff.
258 Hauptabteilung II/4, Bericht über Personen und Agenturen, die dem GM »Brille« bekannt sind, in: BStU, MfS AIM 6958/57 (Teil A), Band 9, Bl. 24 f.
259 Einzelheiten in dem Beschluss des 1. Strafsenats des Kammergerichts Berlin zu Weinmanns Haftprüfungsbeschwerde vom 7.2.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 364 ff.
260 Schreiben Weinmanns an Innenminister Schröder, 6.12.1954, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 335 f.
261 Sachverhaltsvermerk Weinmanns, 13.1.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 353 ff.
262 Aufzeichnung des Vernehmers, 12.1.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 341.
263 Aufzeichnungen der Vernehmungen am 12. und 13.1.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 342 ff.
264 Repenning (552) an Kohler (122), Herrn Roderich, 17.1.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 361.
265 Lutz (12) an Eck (123), Angebliche Mitarbeit eines Org-Mitarbeiters mit Staatssicherheitsdienst, 3.2.1955, in: BND-Archiv, 120950, Bl. 1233 ff. Siehe auch die Aktennotiz Oskar Reiles (123,1) über eine Dienstbesprechung am 18.2.1955, die festhielt, es müsse »angenommen werden, dass wir es hier mit den Sowjets zu tun haben«, auch wenn

Weinmann immer von seinen Staatssicherheit-Bekannten spreche; BND-Archiv, 120951, Bl. 279 f.

266 Eck (123) an Repenning (552), Angebliche Mitarbeit eines Mitarbeiters der Org mit Staatssicherheitsdienst, 10.2.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 657 ff.

267 Siehe die »Aufzeichnung ›Fall Adam‹« über die Vernehmung am 15./16.2.1955 im Gefängnis Hameln, o. V., o. O., in: BND-Archiv, 120951, Bl. 287 ff.

268 Eck (123) an Repenning (552), 27.4.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 677 ff.

269 Schreiben Weinmanns an die Bundesanwaltschaft, 30.3.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 381 f.

270 Notiz [vermutlich Dinglers] über eine Besprechung mit OStA Fischer am 21.4.1955, Vorgang »Eva«, 25.4.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 764 ff.

271 Notiz Dinglers über eine Besprechung mit Nollau am 6.5.1955, Vorgang »Eva«, 9.5.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 754 ff.

272 Notiz Dinglers, Vorgang »Eva«, 5.5.1955, in: BND-Archiv, 120950, Bl. 547.

273 Vermerk Oberstaatsanwalt Fischers über die Unterredung mit Weinmann im Gefängnis in Hameln, 17.5.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 385 ff. Siehe auch den »Vorermittlungsbericht« der Sicherungsgruppe, in: BND-Archiv, 120950, Bl. 274 ff.

274 Vermerk der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts über die Vernehmung Weinmanns am 18.5.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 388 ff.

275 Vermerk Dinglers über eine Besprechung beim Bundesgerichtshof am 21.6.1955, Fall »Eva«, 24.6.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 832 ff.

276 Vermerk Dinglers über die Besprechung mit der Sicherungsgruppe Bonn und der Bundesanwaltschaft am 20.5.1955, 23.5.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 783 ff.

277 Siehe die umfangreiche Aufzeichnung der Vernehmer Peschel und Warnecke, o. D., in: BND-Archiv, 120951, Bl. 186 ff.

278 Ebd., Bl. 224 ff.; Zitate Bl. 224, 225, 226, 227 und 228. In einem anderen Aktenstück, einer »Zusammenstellung der wahrscheinlich exekutivreifen Punkte«, o. V., o. D. [16.6.1955], ist der angebliche Treff zwischen »Berger« und Albert auf den 13./14.4.*1953* datiert, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 816 sowie 797. Dieses Datum wird auch in dem Bericht der Sicherungsgruppe vom 26.6.1955 über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen Ludwig Albert genannt; in: BND-Archiv, 120953, Bl. 2 ff.

279 Hauptabteilung II/4-A, Abschlussbericht, Albert, Ludwig, 11.6.1954, in: BStU, MfS, AOP 141/54, Bl. 12 f.

280 Aufzeichnung der Vernehmer Peschel und Warnecke, o. D., in: BND-Archiv, 120951, Bl. 212.

281 Ebd.

282 Siehe die Unterrichtung Ecks (123) für Critchfield (801), Vorgang »Eva«, 13.7.1955, in: BND-Archiv, 120950, Bl. 1626 ff.

283 Dazu Hechelhammer, Felfe, S. 128 f. Siehe auch: Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393; Zitat Bl. 216.

284 Albert an Bentzinger, 10.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 344.

285 Vermerk Ecks, 14.6.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 693.

286 Das erfolgte anfangs im Gasthaus »Gute Hoffnung« in Pforzheim. Siehe das Schreiben Walrab von Buttlars an die Sicherungsgruppe Bonn, 5.8.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 738.

287 Vermerk Dinglers über eine Besprechung beim Bundesgerichtshof am 21.6.1955, Fall »Eva«, 24.6.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 832 ff.

288 Vgl. Sälter, Rote Kapelle, S. 453.
289 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 390 ff.
290 Eck (123) an CIA, Pullach, Aussagen des Herbert Burkhardt (Vorgang »Eva«), 16.6.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 700. Siehe auch die nachträgliche Notiz der CIA (o. V., o. D.), die Ende Juni erfuhr, dass die Sicherheitsgruppe in Kürze eine »large action« plane und der Chef der Sicherungsgruppe Bonn, Brückner, keinen Zweifel daran habe, dass Albert Kontakt zum Staatssicherheitsdienst gehabt habe, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0020.
291 Vernehmung von Schmitz durch den Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof beim Landgericht Essen, 12.8.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 609 f.
292 Vermerk der Sicherungsgruppe Bonn vom 15.7.1955, in: BND-Archiv, 120958, Bl. 5 ff.
293 Niederschrift des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof, 5.7.1955, in: BND-Archiv, 120953, Bl. 14.
294 »Aktennotiz über das Telefongespräch zwischen Leiter 142 und Herrn Dillberg«, 4.7.1955; »Zusammenstellung der am 4.7.55 zum Vorgang Franken geführten Telefongespräche«; »Aktennotiz über die Besprechung im Stadthaus München am 5.7.1955« [Aufzeichnungen der Dienststelle 142], in: BND-Archiv, 104223, o. Bl.
295 Siehe etwa Hechelhammer, Felfe, S. 193 f. und 213 ff., sowie Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 99 ff.
296 Crome (106/II) an Buntrock (48), Mitarbeiter »Leidl«, 24.7.1964, in: BArch, B 206/1977, Bl. 391 ff.
297 Sälter, Rote Kapelle, S. 66 ff.
298 Merz (122/A), Aktennotiz, Besprechung mit L 142 [Bentzinger] am 5.7.55, 11.7.1955, in: BND-Archiv, 120950, Bl. 1509 ff.
299 Interner Bericht der CIA Pullach an Critchfield (801), Albert, Ludwig, 2.8.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0027; o. V. [Bentzinger], Aktennotiz über die Besprechung mit Frau Albert über die zweite Haussuchung am 7.7.55, 8.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 392 ff.
300 Auszug aus Unterlagen zu V-2600, o. D., in: BArch, B 206/1977, Bl. 58.
301 Eck (123) an CIA Pullach, Vorgang »Eva«, 13.7.1955, in: BND-Archiv, 120950, Bl. 1626 ff.
302 O. D., o. V. [nach dem 14.7.1955], Vermerk der CIA, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0020.
303 Chief, Eastern European Division, to Director of Intelligence, Penetration of Zipper by East German Security Services (SfS), 14.7.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0023.
304 833 to Critchfield (801), Albert, Ludwig, 2.8.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0027. Siehe auch CIA, Deputy Chief of Operations, Eastern European Division, an Allen Dulles, Penetration of Zipper by the East German Security Service (SfS), 15.7.1955, in: ebd., 0024.
305 Siehe die Vermerke vom 9.7. und 13.7.1955, in: BND-Archiv, 120958, Bl. 1 ff.
306 Hds. Schreiben mit Eintragungen vom 8.–14.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 343 ff.
307 Bentzinger, Aktennotiz über die Besprechung mit Frau Arthur über die Haussuchung am 4.7.1955, 6.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 392 ff.
308 Schreiben von Emma Albert an Oberbundesanwalt Wagner, 14.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 326.
309 Schreiben von Emma Albert an Reinhard Gehlen, 16.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 324 f.
310 Übergabeprotokoll vom 16.7.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 321.
311 Aktennotizen Bentzingers über seine Besuche bei Emma Albert am 20., 21., 25.7. und 2.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 313 ff.
312 V-3036, V-3037, Aktennotiz über den Besuch bei Emma Albert am 23.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 139 f.
313 Siehe unten, S. 197 f.

314 Fragebogen für die Vernehmung von Frau Albert, 19.1.1956, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1313 ff.
315 Kretschmer (161/III/F) an Kohler (122), Fall Nero, hier: Frau Arthur, 9.12.1955, in: BND-Archiv, 120623, Bl. 1348 ff.
316 V-7873, Unterredung mit Frau Albert am 9.1.1956, 10.1.1956, in: BND-Archiv, 220639, o. Bl. Siehe auch den Bericht 24/III/F an Kohler, Fall Nero, hier: Arthur, 16.1.1956, in: BND-Archiv, 220639, o. Bl.
317 Hds. Notiz auf dem Bericht von V-7873, Unterredung mit Frau Albert, 17.2.1956, in: BND-Archiv, 220639, o. Bl.
318 O. V., Fragebogen für die Vernehmung von Frau Albert, 19.1.1956, in: BND-Archiv, 220639, o. Bl.
319 Protokoll, 9.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 35.
320 Bentzinger (142) an Eck (123), Fall »Franken«, Gesamtschau, 17.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 17.8.1955.
321 Bentzinger (142) an Eck (123), Fall »Franken«, hier: Beantwortung der anlässlich der Besprechung vom 9.8.1955 übergebenen Fragen, 16.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 241 ff.
322 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 87 ff.
323 Bentzinger (142) an Eck (123), Mitarbeiter der Dienststelle 142 und Vorgängerdienststellen, 17.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 220 ff.
324 Bentzinger (142) an Eck (123), Fall »Franken«, 9.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 39 ff.
325 Bentzinger an Gehlen, 17.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 133 f.
326 Bentzinger (142) an Eck (123), Fall »Franken«, hier: Gesamtschau, 17.8.1955, in: BND-Archiv, 104223, Bl. 212 ff.
327 BND (Peters) an Oberstaatsanwalt Fischer, Weinmann, 25.6.1956, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 500 ff.
328 Eck (123) an Kühlein (50b), Weinmann, 23.1.1957, in: BND-Archiv, 120949, Bl. 1356.
329 Internes CIA-Memorandum, o. V., o. D., in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0004.
330 Critchfield an Stewart, Conversation with Zipper’s Counter Intelligence Chief, Dr. Klausner, on 21 July 1955 regarding the Albert/Burkhardt Flap, 3.8.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0028. Siehe auch den Bericht Chief of Station, Germany, an die CIA, Washington, Chief Eastern Europe, Herbert Burkhardt Case, 18.8.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0031.
331 CIA, Memorandum for the Record, The Albert-Burkhardt-Leidl-Case, 25.11.1955, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0034.
332 Siehe unten, S. 215 ff.
333 USAREUR, G-2, an 66th CIC Group Bad Cannstatt, 23.2.1955, in: NA, RG 331, Entry 134A, Box 140A, vol. 4-4, Bl. 4.
334 Siehe auch Critchfield an Chief, EE, Washington, Ludwig Albert Case, 25.7.1955; Critchfield an Chief, ULS, Ludwig Albert Case, 1.8.1957; Critchfield an Chief, EE, Washington, Ludwig Albert, 29.10.1957, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0044, 0045, 0047.
335 Critchfield, Pullach, S. 224.
336 Auszug aus den Befragungen von Clemens und Felfe Ende 1961, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0055.
337 Crome (106/II), hds. Notiz, 5.9.1963, in: BND-Archiv, 220640, o. Bl.
338 Crome (106/II), hds. Aktenvermerk, Fall Weinmann, hier: Aussagen Hans Clemens vom 15.–17.10.1963, in: BND-Archiv, 220640, o. Bl.

339 CIA, Memorandum for the Record, Ludwig Albert, 17.8.1976, in: CIA, ERR, Albert, Ludwig_0064.
340 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe. Successful KGB Penetration of a Western Intelligence Service, 13.4.1977, in: https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/FELFE%2C (Zugriff 12.1.2019).
341 Karl Bäumer (DN), Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990, in: BND-Archiv, 5393; Zitate Bl. 217 f.
342 Siehe S. 174, 244 und 297.
343 Buttlar (507/II) an Kühlein (108), V-7873, 11.12.1958, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
344 Busolt (24/Si) an Eck (123), Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn gegen V-7873 und V-7880, 17.12.1957, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl. Hervorhebung von mir.
345 Eck (123) an Gehlen (88), Fall Heinrich Schmitz, 19.8.1955, in: BND-Archiv, 120951, Bl. 744.
346 Busolt (24) an Kopper (105), V-7873 und V-7880, 10.8.1959, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
347 O. V., Gutachten Nr. 424, 27.8.1955, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
348 Kretschmer (161/III) an Kohler (122), V-7873, 15.11.1955, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
349 Revisor/III/C an Buchungsstelle/III, V-7873, Möglichkeit der Eröffnung eines Strafverfahrens, 18.3.1959, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
350 Schreiben des Untersuchungsrichters an Gehlen, adressiert an das Bundeskanzleramt, 9.7.1962, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl. Siehe auch das Schreiben von Oberstaatsanwalt Schüle an Gehlen, 31.10.1958, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
351 So im Beschluss des Landgerichts Wiesbaden zur Haftverschonung von Heinrich Schmitz, 14.12.1962, in: BND-Archiv 220630, o. Bl.
352 Dietsche (318) an Kopper (83/F), Sterbefall V-7873, 30.8.1963, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
353 Vermerk Kopper (83/F) zu V-7873, 11.6.1963, in: BND-Archiv, 220630, o. Bl.
354 Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 477 f.
355 Foertsch (85), Protokoll über die Besprechung am 15.4.1964 betreffend V-7880, 16.4.1964, in: BND-Archiv, VASI-7880, Bl. 331.
356 Vgl. Wolf, Entstehung, S. 499 ff.
357 Blum (734/I), Vermerk, 15.6.1964, in: BND-Archiv, VASI-7880, Bl. 77, und ebd., Bl. 362.
358 Kim Christian Priemel: Im Sande verlaufen? Das Ludwigsburger Ermittlungsverfahren gegen das Einsatzkommando 3 und die justizielle Täterforschung nach 1945, in: Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse. Hrsg. von Jan Erik Schulte und Michael Wildt, Göttingen 2018, S. 119–144, hier S. 142.
359 Beschluss der 2. Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden vom 6.12.1971, in: BArch, Zweigstelle Ludwigsburg, B 162/2554.
360 Hauptabteilung II/4, Maßnahmenplan, 17.9.1955, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 9, Bl. 26 ff.
361 Erich Mielke, 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, scheint nicht über den weiteren Fortgang des Vorgangs Weinmann/Burkhardt/Brille orientiert gewesen zu sein, wie aus seiner hds. formulierten Anfrage bei Bruno Beater vom 14.1.1956 hervorgeht. Siehe das Schreiben von dessen Büro an Mielke vom 10.1.1956, in: ebd., Bl. 151.
362 Hauptabteilung II/4, Maßnahmen zur Befreiung des GM »Brille« aus den Händen der Organisation Gehlen, 11.12.1955, in: ebd., Bl. 61 ff.
363 O. V., »Übersetzung aus dem Russischen«, 18.1.1956, in: ebd., Bl. 145 f.

364 Hauptabteilung II/4, Operativplan, Weitere Arbeit mit dem GM »Brille«, 24.1.1956, in: ebd., Bl. 147 ff.
365 Hauptabteilung II/4-a, Maßnahmeplan, GM »Brille«, 6.6.1956, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 10, Bl. 162 ff.
366 Hauptabteilung II/4-a, Maßnahmeplan, GM »Brille«, 6.6.1956, in: ebd., Bl. 162 ff.
367 Hauptabteilung II/4, Bericht, GM »Brille«, 28.6.1956, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 12, Bl. 85 ff.
368 Schreiben des BND, IV D/IV D 3, an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, 15.5.1974, in: BArch, B 206/1977, Bl. 400 f. Der Besuch bei Weinmann fand am 19.10.1973 statt.
369 Hauptabteilung II/21, Auskunft zur Person Weinmann, Herbert, 27.7.1981, in: BStU, MfS, AIM 6958/57 (Teil A), Band 12, Bl. 4 ff.
370 Brief Weinmanns vom 16.5.1981, in: BStU, MfS, HA II, 13127, Bl. 27 ff.
371 Brief Weinmanns vom 22.11.1982, in: ebd., Bl. 85 f.
372 Siehe Fricke/Engelmann, Konzentrierte Schläge, sowie Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg.
373 Siehe auch Müller, Gehlen, II, S. 865 ff. Critchfield, Pullach, schildert auf S. 190 ff. die hier behandelten Vorgänge aus seiner Sicht.
374 Smith an Speidel, 14.11.1954, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 6, Bl. 139 ff.
375 Wieland an Repenning (552), 27.11.1954, wiedergegeben in Repenning an Blum (88a), 3.12.1954, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 6, Bl. 136 ff.
376 Speidel an Smith, 14.12.1954, in: ebd., Bl. 153 f.
377 Aufzeichnung Wessels über ein »Gespräch mit dem G-2 von General Ridgway [Stabschef der U. S. Army], Major General A. G. Trudeau, am 17.12.1954, 11 Uhr«, 17.12.1954, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 6, Bl. 155 f.
378 Critchfield, Pullach, S. 213 f.; Zitat S. 204; das folgende ebd., S. 214.
379 Der inoffizielle Besuch fand vom 13. bis 18. Juni 1955 statt. Siehe das von Botschafter Krekeler dem Auswärtigen Amt am 6.6. mitgeteilte Besuchsprogramm, in: PA AA, B 11, Bd. 1280, Bl. 99 f.
380 Reese, Organisation Gehlen, S. 208.
381 Es gibt mehrere Schilderungen des Vorfalls. Siehe etwa Critchfield, Pullach, S. 216, Müller, Gehlen, II, S. 876 ff., sowie Trudeaus eigene Version in einer späteren Befragung: »Engineer Memoirs. Lieutenant General Arthur G. Trudeau«, Februar 1986, Interview von Anfang 1971, in: https://web.archive.org/web/20070823024449/http://www.usace.army.mil/publications/eng-pamphlets/ep870-1-26/interviewer.pdf (Zugriff: 1.2.2019), S. 262 ff.
382 Siehe oben, S. 143 ff.
383 O. D., o. V. [Trudeau], in: BND-Archiv, 1173, Bl. 143 f. Deutsche Übersetzung bei Critchfield, Pullach, S. 214 f.
384 Siehe oben, S. 176.
385 Gehlen an Globke, 23.6.1955, in: BND-Archiv, 1110, Teil 1, Bl. 433.
386 Fernschreiben Botschafter Krekelers an das Auswärtige Amt, 2.9.1955, in: PA AA, B 14, Bd. 9, Bl. 401 ff.
387 Engineer Memoirs, S. 262 ff. Hervorhebung im Original.
388 Wolf, Entstehung, S. 513.
389 Siehe das nachfolgende Kapitel.

IV. Abbau des Machtgefälles zwischen Pullach und Bonn

Dem Versuch des amerikanischen Armeegeheimdienstes CIC, die Übernahme der als Sicherheitsrisiko betrachteten Organisation Gehlen durch die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern, entsprachen die Anstrengungen des KGB und des Staatssicherheitsdienstes, den künftigen westdeutschen Auslandsnachrichtendienst als feindlich penetriert hinzustellen und ihn in den Augen der Öffentlichkeit wie der maßgeblichen Politiker zu diskreditieren – allen voran Adenauer, Globke und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen. Bereits die »konzentrierten Schläge«,[1] die dem Gehlen-Apparat zwischen 1953 und 1955 von der Geheimpolizei der DDR versetzt worden waren, offenbarten die Risiken, die Bonn mit der Heraufstufung der CIA-Organisation zum BND eingehen würde. Die Gefährdung durch feindliche Agenten im eigenen Haus, mit der jeder Geheimdienst rechnen muss, wurde bei der Organisation Gehlen noch durch jene Mitarbeiter gesteigert, die aus den nationalsozialistischen Überwachungs-, Terror- und Mordapparaten stammten; Dutzende von ihnen waren lupenreine NS-Verbrecher oder politisch schwer belastet.[2] Diese bedenkliche Tatsache war von der Opposition und der Presse früh thematisiert, von Reinhard Gehlen gegenüber dem Kanzleramt und dem Parlament jedoch systematisch bagatellisiert worden.

Den Geheimdiensten des Ostens, wo das deutsche Besatzungspersonal noch wenige Jahre zuvor gewütet hatte, eröffnete die kompromittierende Vergangenheit belasteter Gehlen-Mitarbeiter einladende Ansatzpunkte für den Versuch, ehemalige Angehörige von Gestapo, SD, der Besatzungsverwaltung oder etwa der Geheimen Feldpolizei für sich zu gewinnen, notfalls mit erpresserischer Drohung. Es dauerte bis zu dem aufsehenerregenden Landesverratsprozess gegen den früheren SS-Obersturmbannführer Heinz Felfe alias »Friesen« im Sommer 1963, ehe sich Pullach dem »Sicherheitsrisiko NS-Belastung«[3] zu stellen begann. Das

Erschrecken war groß, als herauskam, dass es der KGB-Agent im BND früh zu einer Vertrauensstellung bei seinem Präsidenten und zu erheblicher Handlungsfreiheit in der Gegenspionage gebracht hatte.

Im vorigen Kapitel haben wir gesehen, welchen immensen Aufwand der sowjetische Geheimdienst betrieb, um seinen Spitzenagenten in der Gehlen-Zentrale zu schützen, und wie es dem KGB unter Inkaufnahme erheblichen Kollateralschadens für seine ostdeutschen »Freunde« gelang, den Verdacht der Feindtätigkeit von Felfe weg auf den bewährten Gehlen-Mitarbeiter Ludwig Albert hin zu lenken, welcher der Zentrale in Pullach mit seinem Verdacht gegen »Friesen« so hartnäckig auf die Nerven gefallen war. Alberts Selbstmord, eine direkte Folge der Zerstörung seiner Reputation, sah man nur zu bereitwillig als Schuldeingeständnis dafür an, dass es tatsächlich Albert gewesen war, der für den Osten gearbeitet und mit dessen Ausschaltung man endlich die »undichte Stelle« im Dienst beseitigt hatte.

Der scheinbare Erfolg der eigenen Spionageabwehr im Fall Albert und das Scheitern des Chefs der U. S. Army Intelligence, General Arthur Trudeau, den Bundeskanzler auf unkonventionellem Wege davon zu überzeugen, dass ein zum BND aufgewerteter Gehlen-Dienst für das westliche Bündnis ein Sicherheitsrisiko darstellen würde, untermauerten die starke Position noch, welche die Org im Bundeskanzleramt schon lange vor ihrer »Legalisierung« im Frühjahr 1956 gewonnen hatte. Wie gesagt, die erkennbaren Schwächen des Gehlen-Apparats und die politischen Bedenken gegen ihn hätten viel massiver und virulenter sein müssen, um den seit langem feststehenden Entschluss zur Übernahme umzustoßen. Auch Washington war in der delikaten Großwetterlage der Jahre 1954/55, als die EVG scheiterte und die Bundesrepublik Nato-Mitglied werden sollte, durch nichts dazu zu bewegen, die Entscheidung zur Übergabe der Organisation Gehlen an den westdeutschen Verbündeten in Frage zu stellen. Da die Amerikaner sich in den zehn Jahren seit Kriegsende eine intime Kenntnis ihres Ziehkindes erworben hatten, bestand bei ihnen schon wegen ihres tiefen Einblicks in sein Innenleben nicht das geringste Interesse an einem Kontinuitätsbruch.

Zu dieser soliden politischen Position des Dienstes bereits vor seiner Umwandlung in den Bundesnachrichtendienst trug noch etwas anderes, bedeutsameres bei: Reinhard Gehlen galt – in Bonn wie in Washington ahnte das so gut wie niemand – Bundeskanzler Konrad Adenauer und

seinem Staatssekretär Hans Globke inzwischen geradezu als Garant der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Der »Doktor« hatte ihnen nämlich mit großem Ernst vor Augen geführt, dass einzig er in der Lage sei, den Regierungsapparat, namentlich das Kanzleramt selbst, wirksam vor den Angriffen des Geheimdienstes der UdSSR zu schützen. Man wird nicht sagen können, dass sich die Regierungsspitze Gehlen angesichts dieser Bedrohungslage ausgeliefert hat. Im Lichte dieser beunruhigenden Perspektive gelang es ihm von 1954 an über mehrere Jahre hinweg jedoch sehr erfolgreich, sein nachrichtendienstliches Arkanwissen zu instrumentalisieren und so das Machtgefälle zwischen ihm und dem Chef des Kanzleramts abzubauen. Es war niemand anderes als Heinz Felfe, der Gehlen diesen innenpolitischen Trumpf in die Hände gab und sich damit bei ihm eine lange nicht zu erschütternde Vertrauensstellung erwarb. Auch deshalb kommt der im vorigen Kapitel geschilderten Operation gegen Ludwig Albert, mit der Felfe aus der Schusslinie des Verdachts gezogen wurde, eine so eminente Bedeutung zu – für den KGB ebenso wie für Pullach.

Moskau nahm die politische Stabilisierung Gehlens nolens volens in Kauf, zu der man mit den Felfe-Operationen und der Billigung der SED-Propagandakampagnen selbst wesentlich beitrug. Nachdem eine nachhaltige Diskreditierung der Organisation Gehlen nicht hatte erreicht und eine Übernahme durch die Bundesregierung nicht hatte verhindert werden können, verfügte man mit Heinz Felfe immerhin über einen Spitzenagenten, der nicht nur die Spionageabwehr gegen den KGB neutralisieren konnte, der nicht nur tiefen Einblick in den Personalbestand, die Organisation und die Operationen des BND hatte, der nicht nur über eine profunde Kenntnis der deutschen Behörden einschließlich ihrer justiziellen und polizeilichen Sicherheitsapparate verfügte, sondern der auch über die CIA in Deutschland exzellent Bescheid wusste.

Nach Felfes Verhaftung am 6. November 1961 ist sein monströser Verrat von den Experten der deutschen und amerikanischen Dienste auf Tausenden Blatt Akten skrupulös rekonstruiert worden; inzwischen ist er auch gut erforscht.[4] Unser Interesse gilt im Folgenden daher allein der innenpolitischen Bedeutung dieser Cause célèbre. Sie ist engstens mit der »Operation Lena«, dem Fall des Günter Hofé, verknüpft, einem Spitzenagenten, der zugleich für den Gehlen-Dienst und für den KGB

arbeitete. Während der BND davon überzeugt war, Hofé sei nicht nur sein bedeutendster DDR-Spion, sondern auch sein erfolgreichster – und einziger – Agent der Gegenspionage gegen die Sowjetunion, war er unter der Regie von Heinz Felfe in Wahrheit der Mann Moskaus; ein dreifacher Spitzenagent, wenn man so will.[5]

1. Ein dreifacher Spitzenagent: Günter Hofé – »Lena«

Günter Hofé,[6] 1914 in Berlin geboren, absolvierte nach dem Abitur eine Lehre im Bankfach, kurz auch in England, arbeitete vor Kriegsbeginn als Assistent in der Berliner Direktion der Deutschen Bank, war Mitglied von NSDAP und SA, leistete Wehrdienst und nahm an den Feldzügen gegen Polen, Frankreich, Jugoslawien und Russland teil, zuletzt im Dienstgrad eines gut dekorierten Majors der Artillerie; gelegentlich trat er mit kleineren Beiträgen in Wehrmachtspublikationen hervor. Nach vierwöchiger amerikanischer Kriegsgefangenschaft verdingte sich der diplomierte Dolmetscher (der auch das Französische beherrschte) an Volkshochschulen in Ost-Berlin als Englischlehrer und trat in den »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« ein, wo er bald im Präsidialrat saß. Er wurde Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und fand in deren »Verlag der Nation« bald eine Anstellung als Redakteur. Dank seiner kaufmännischen Fähigkeiten und seiner literarischen Begabung stieg Hofé schon 1950 zum Verlagsdirektor auf, wurde zwei Jahre später Mitglied des Hauptausschusses der NDPD sowie Stellvertretender Vorsteher des Leipziger Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, im Jahr darauf Mitglied des PEN-Zentrums Ost und West. 1954 legte er an der Potsdamer Akademie für Staat und Recht das Examen als Verwaltungsjurist ab. Nach kleineren literarischen Arbeiten trat der mittlerweile zu einer gewissen Prominenz gelangte Intellektuelle Anfang der sechziger Jahre mit dem ersten Band seiner Weltkriegs-Trilogie »Roter Schnee« hervor, in dem er in kritischer Distanz zur verbrecherischen deutschen Kriegsführung die Wende an der Ostfront beschreibt. Günter Hofé verstarb ein Jahr vor dem Umbruch in der DDR. Sah das alles nach einem antisozialistischen Verräter aus? Eher nein. Nach einem Kämpfer gegen den Imperialismus an der unsichtbaren Front? Eher ja.

Die Charakteristiken Hofés in den Unterlagen lauten alle ähnlich überschwänglich. Die zu Hans-Heinrich Worgitzkys Bremer Generalvertretung B gehörende Dienststelle 11, die ihn für die Organisation Gehlen anwarb, beschrieb die neue Quelle im Frühjahr 1954 so, wie sich ein Geheimdienstchef einen Spitzenagenten backen möchte: »Intelligent, ausgezeichnetes Gedächtnis, technisch begabt, redegewandt – z. B. in die

Rednerkategorie I der DDR eingestuft – literarisch sehr bewandert, sauberer Charakter, ist natürlich energisch und kann sich mit allen notwendigen Mitteln durchsetzen, sehr offen, kann jedoch äußerst verschwiegen sein, sachlich und nüchtern, gesunder Menschenverstand, reales Einschätzungsvermögen, war aktiver Rudersportler in der Schulzeit, furchtlos draufgängerisch, jedoch durchaus klarer Blick für Einschätzung einer Gefahr, bis zum Letzten einsatzbereit, nimmt notfalls keine Rücksicht auf die eigene Person. Das entspricht dem ihm eigenen Pflichtbewusstsein und einem ohne Zweifel vorhandenen Ehrgeiz.«[7] Insgesamt erhielt Günter Hofé für seine Bemühungen in den acht Jahren seit 1953 vom BND einschließlich Prämien insgesamt ein Honorar von gut 100 000 DM.

Die Hinweise auf die Agentenkarriere dieses Supermannes, eines »Selbstanbieters«, reichen in die frühesten Nachkriegsjahre zurück. Auch wenn Akten allein die Geschehnisse nie erschöpfend entschlüsseln können, erst recht nicht in der klandestinen Welt der Nachrichtendienste, so zeigt die Überlieferung doch eindeutig, dass sich diese Idealbesetzung für die Rolle eines Großspions unter dem Decknamen »Horaz« in Berlin zunächst vom französischen Auslandsnachrichtendienst anwerben ließ. Während es in einigen Aufzeichnungen heißt, ein enger Freund, »seit Kindheit bekannt«,[8] habe ihn im Frühjahr 1949 an den »Service de Documentation Extérieur et de Contre-Espionage (SDECE)« vermittelt,[9] mag das auch schon früher geschehen sein.[10] Dieser Jugendfreund hatte als Offizier der Luftwaffe mit der »Legion Condor« am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen und war bei Kriegsende als Major letzter Kommodore des »Jagdgeschwaders Mölders« gewesen. Da er sich sogleich in den Dienst der Franzosen gestellt hatte, verwundert es nicht, dass die Zusammenkünfte zwischen dem frisch rekrutierten Hofé und seinen französischen Agentenführern »nahezu ausschließlich« in der West-Berliner Wohnung des ehemaligen Jagdfliegers stattfanden. Als Günter Hofé dann zur Organisation Gehlen gewechselt war, stellte der Spanienkämpfer – seit der Verpflichtung seines Freundes selbst Mitarbeiter der Org (V-13889, »Lohmann«, »Falk«, »Faber«) – seine vier Wände bis 1961 für 450 DM im Monat als »einzigen Treffort« zur Verfügung. Insgesamt fanden dort ungefähr 400 nachrichtendienstliche Zusammenkünfte statt. »Lena« pflegte seine Informationen dabei meist auf Band zu sprechen.[11] Als der BND den mittlerweile zum Abteilungsleiter bei den Berliner Elektrizitätsbetrieben aufgestiegenen V-13889, »wichtige

Schlüsselfigur im ›Lena‹-Fall«,[12] zwei Jahre später »abschaltete«, bescheinigte er seinem Agenten, die übertragenen Aufgaben zur vollen Zufriedenheit ausgeführt zu haben.[13]

Die Anwerbung Hofés für die Organisation Gehlen erfolgte genauso sorglos wie seine Verpflichtung durch die Franzosen. Es begann damit, dass dem Kampfflieger »Lohmann« von einem Staffelkamerad, dem er im Februar 1953 angeblich rein zufällig begegnete, ebenso freimütig wie vorschriftswidrig erzählt wurde, dass er inzwischen für einen unter amerikanischer Regie stehenden deutschen Dienst arbeite, der in Westberlin immer Leute brauchen könne. »Lohmann« biss sofort an, wurde an die Bremer GV B vermittelt und, wie gesehen, dort sogleich an Bord genommen. Hier berichtete er dann von seinem Jugendfreund Günter Hofé, der zusammen mit ihm die Franzosen seit längerem mit hochkarätigen Informationen über das politische und kulturelle Leben in der DDR beliefere. Man wolle nun aber lieber für eine »seriöse deutsche Stelle tätig werden«.[14] Zum Beweis seiner Entschlossenheit ließ V-13889 die Org ohne Wissen Hofés »mithören«,[15] d. h. er überließ den Bremern Duplikate der Berichte an den SDECE. Das war zwar nicht kameradschaftlich, aber durchschlagend erfolgreich.

Die Spitze der Pullacher Außendienststelle an der Nordsee unter dem späteren BND-Vizepräsidenten – Worgitzky sprach vom »Fall meines Lebens«[16] – witterte einen ganz dicken Fisch und plädierte mit Nachdruck dafür, den Ost-Berliner Kultur- und NDPD-Funktionär unbedingt zu rekrutieren. Eine Personenanfrage bei der Zentrale erbrachte die Auskunft, bei Hofé handele es sich um einen »fanatischen Gegner des Sowjetsystems«.[17] Das war eine ziemlich leichtfertige Feststellung, denn eine Überprüfung des Kandidaten hatte gar nicht stattgefunden. Obgleich ein früher Hinweis des (inzwischen bei der Org untergekommenen) Gegenspionage-Chefs der ehemaligen Abwehr vorlag, wonach der hoch gehandelte Kandidat »wahrscheinlich Ostagent« sei, wischten die Verantwortlichen alles beiseite und setzten ganz auf die Tatsache, dass Hofé ja seit Jahren für die Franzosen spionierte. Der BND wollte es viel später, als der Verratsfall Felfe höchste Wellen schlug, dann nicht ausschließen, dass »Lena« und sein Freund »Lohmann« bereits während ihrer gemeinsamen Franzosenzeit für den KGB gearbeitet haben könnten: Angesichts einer derart sorglosen Einstellungspraxis sei es »nicht

verwunderlich«, räumte er ein, »dass es dem sowjetischen Geheimdienst ausgesprochen leichtfiel, auf dem Umweg über westliche Nachrichtendienste seine eigenen Agenten in der Organisation Gehlen zu lancieren«.[18]

Die Verantwortlichen für die politische Nachrichtenbeschaffung in der Zentrale waren von Günter Hofés Bedeutung genauso überzeugt wie die Bremer. Rasch schoss die Erwartung ins Kraut, es hier mit einer Quelle im Feind, mit einem Zuträger zu tun zu haben, der »wahrscheinlich sogar eine Spitzenquelle auf dem politischen Gebiet« werden würde.[19] Die Amerikaner kamen zu einer anderen Bewertung und trübten die Vorfreude ein wenig. Pullach hatte ihnen eine anonymisierte Ausarbeitung Hofés zur Prüfung geschickt, und die eingeschalteten Kommunismus-Experten der CIA zögerten nicht, Wasser in den jungen Wein zu schütten: »This study is a biased collection of overt and semiovert knowledge of the NDPD, missing several essential points pertaining to the organization, purpose and utilization of the Party by the Soviets in Eastern Germany.« Warnend fügten sie hinzu: »The extensive use of NDPD members by the Soviet intelligence for missions in West Germany is not mentioned.«[20] Das war natürlich auch den Gehlen-Leuten geläufig, doch löste dieser Schönheitsfehler bei ihnen keine erhöhte Vorsicht aus.

Die Weichen für eine Verpflichtung Günter Hofés durch die GV B waren schon gestellt, als es Anfang August 1953 in München zu einer Begegnung kam, die sich von dem üblichen Verfahren bei Quellenwerbungen unterschied. Die leitenden Herren der Organisation Gehlen wollten den künftigen Superspion gerne selbst in Augenschein nehmen. Das konnte unauffällig vonstatten gehen, weil sich der ostdeutsche Verlagsdirektor ohnehin auf Westreise befand. Ein schöneres Ergebnis hätte die Unterredung gar nicht haben können, wie der Unterabteilungsleiter Sicherheit, Walrab von Buttlar, später festhielt: »Hofé gab sich als ehemaliger aktiver Offizier (Artillerie-Offizier) zu erkennen« – zweifellos ein Pluspunkt bei dem Artilleristen Gehlen –, »der aus innerer Überzeugung Gegner des Kommunismus und des SED-Regimes sei, jedoch einer Flucht aus der ›DDR‹ das Ausharren, scheinbares Mitmachen und eine zwar risikoreiche, aber erfolgversprechende Arbeit ›von innen heraus‹ gegen die Zonenmachthaber vorziehe. Seine Angaben zum militärischen und sonstigen Lebenslauf waren überprüfbar zutreffend, der Eindruck, den er

hinterließ, denkbar günstig.«[21] Nach kurzer Bedenkzeit unterschrieb Hofé am 21. August in Berlin dann die Verpflichtungserklärung, die ihm sein künftiger V-Mann-Führer (VMF), V-1401, vorlegte.[22] Kurz darauf erhielt der frischgebackene V-Mann 18268 bereits eine erste Einweisung in den Gebrauch von Geheimtinte.[23]

VMF 1401, mit dem Hofé neben »Lohmann« nun über Jahre hinweg zusammenarbeitete, gehörte seit Herbst 1946 zur Organisation Gehlen.[24] Dieser Erich Schmidt (»Bertram«, »Schulz«, »Freimann«, »Marker«, »Berthold«) gehörte ebenfalls zu der besagten Dienststelle 11 in Bremen. Er hatte einen Lehrgang des Amtes Ausland/Abwehr besucht und war, 26-jährig, im letzten Kriegsjahr als Leutnant bei den Frontaufklärern von Hermann Baun an der Ostfront[25] gewesen. Bevor er »Lena« übernahm, hatte der versierte Nachrichtenmann keinen Geringeren als den uns wohlbekannten Heinrich Schmitz alias »Lohengrin« aus der CIC-Operation »Campus«[26] betreut. Die Führung der in den kommenden zehn Jahren bedeutendsten Spionage- und Gegenspionage-Quelle Pullachs war seine einzige Beschäftigung. Ebenso wie V-13889 traf Schmidt ungezählte Male mit »Lena« zusammen; genauso natürlich mit Heinz Felfe, von dem er seine Instruktionen für Hofé in Empfang nahm. Felfe und Hofé trafen sich nach Ansicht der CIA, wenn überhaupt, nur zwei oder drei Mal persönlich.[27] Die Beziehungen zwischen »Lena« und V-1401 gestalteten sich über die Jahre naturgemäß so eng, dass Schmidt bei den internen Untersuchungen nach der Enttarnung »Friesens« mehrfach falsche oder entlastende Angaben machte, und den BND bald nach dem Felfe-Prozess mit einer stattlichen Abfindung verließ.

Günter Hofé war über ein Jahrzehnt hinweg die mit Abstand bedeutendste Quelle der politischen Berichterstattung des BND über die DDR. Er ging seiner Spionagetätigkeit mit einer kaum glaublichen Intensität nach. Auf dem sogenannten I-Gebiet, der Informationsbeschaffung, lieferte er unter der Deckbezeichnung »Intarsia« Meldungen und Analysen über die allgemeine Lage jenseits der Elbe, zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion bzw. der SED sowie zu deren Propagandakampagnen gegen angeblich oder tatsächlich NS-belastete Persönlichkeiten in der Bundesrepublik.[28] Politik und Interna der NDPD ebenso wie der Kultursektor, namentlich die kleine Welt der Literatur und Verlage in der DDR, erfuhren eine beinahe erschöpfende Behandlung. Das

müssen wir leider links liegen lassen, da hier die andere Seite des zweigleisig verwendeten Hofé interessiert: seine herausragende Rolle auf dem sogenannten III-Gebiet der Gegenspionage, welche die Wertschätzung Gehlens bei Adenauer und Globke so eminent festigen half. Da Hofés DDR-Spionage seit dem Frühjahr 1954 engstens mit seinem Gegenspionageeinsatz verknüpft war, sei hier gleichwohl ein Seitenblick auf seine politische Berichterstattung getan.

Hofés geheime Nachrichten aus Ost-Berlin umfassen mehrere Zehntausend Blatt in dem lesenswerten Deutsch des renommierten Verlegers und Schriftstellers. Oftmals liegen seinen Meldungen und weitläufigen Analysen kopierte Schriftstücke aus Verbänden, Vereinen und Verlagshäusern, aus Betrieben oder aus den Führungsgremien seiner Nationaldemokratischen Partei bei. Dank seiner Unterquellen,[29] die vom BND niemals unter die Lupe genommen wurden, konnte Hofé auch Informationen und Dokumente aus dem Außenministerium oder Personendossiers zu allen möglichen Funktionären in Partei, Wirtschaft und Staat beibringen. Im Sommer 1954 etwa, um ein beliebiges Beispiel zu nehmen, ging von ihm eine siebenseitige Analyse der Machtkämpfe innerhalb der NDPD ein,[30] im März 1956 ein Bericht über die »Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU«,[31] im Herbst 1957 die Kopie des Briefwechsels zwischen Grotewohl und Tito über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Jugoslawien und der DDR.[32] Im Frühjahr 1959 lieferte er Nachrichten über Veränderungen im Ost-Berliner Außenministerium.[33] Anfang 1961 konnte Gehlen Staatssekretär Globke gar über den Inhalt der Gespräche informieren, die eine Delegation unter der Leitung von Bruno Leuschner (Mitglied des SED-Politbüros und stellvertretender Vorsitzender des DDR-Ministerrats) in Moskau mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow über die mutmaßliche Politik des neuen Präsidenten Kennedy geführt hatte. Es handele sich dabei um die wörtliche Abschrift eines Originalberichts, betonte der BND-Präsident, den er außer dem Kanzleramt nur noch Außenminister Brentano zugeleitet habe: »Es wird gebeten, den Bericht nur zur Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers zu verwenden, da andernfalls die Vermeidung einer Gefährdung der höchst wertvollen Quelle nicht unter allen Umständen sichergestellt erscheint«.[34] Die politischen Spitzenmeldungen aus der DDR kamen da allerdings nicht mehr von Hofé,

sondern von einem als ebenso hochkarätig eingestuften V-Mann, der ihn 1958 als angebliche Spitzenquelle abgelöst hatte; er stand ebenfalls im Dienste des Gegners.[35]

Bereits ein gutes Jahr nach der Verpflichtung von Günter Hofé stellte Heinz Felfe in einem Vermerk für Gehlen, den dieser sogleich bei der Unterrichtung des Kanzleramts verwandte, die überaus effiziente politische Berichterstattung des Informanten heraus: »Quelle Lena wird als absolut zuverlässig eingeschätzt. Eine Vielzahl politischer Meldungen wurde verwendet; eine Reihe von Unterrichtungen der Bundesregierung geht auf die Informationen Lenas zurück. Im Verlaufe der vergangenen 14 Monate gingen 170 umfangreiche politische Meldungen ein: allein von den letzten 32 seit dem 1.9.54 wurden 14 zur Unterrichtung der Bundesregierung verwandt. Der Rest ist wertvolles Basismaterial und dient der laufenden politischen Unterrichtung der Bundesregierung.«[36] Drei Jahre später strich Heinz Felfe gegenüber dem »Doktor« noch einmal heraus, dass man die Steuerung des Falles »Lena« bewusst so angelegt habe, dass man neben dessen überragender Bedeutung bei der Gegenspionage immer »auch politische Erkenntnisse« erlange. Kurt Weiß, Leiter der Abteilung Außenpolitische Aufklärung, sei von der Qualität der Informationen ebenfalls angetan. Mittlerweile bestehe sogar eine Fernschreibverbindung zu Hofés V-Mann-Führer, die eine schnelle Unterrichtung der Bundesregierung über die »zahlreichen Unternehmungen der DDR« ermögliche. »Die Krönung der politischen Aufklärungsarbeit dürfte unzweifelhaft die soeben erfolgte Vorlage eines ›Geheimabkommens zwischen Polen und der DDR‹« anlässlich des kürzlich stattgehabten polnischen Staatsbesuches gewesen sein.[37] Der BND informierte auch die CIA darüber, bei der politischen Berichterstattung über eine herausragende DDR-Quelle zu verfügen. Der amerikanische Auslandsnachrichtendienst nutzte das Angebot gerne und formulierte mehrfach umfängliche »Political Requirements for Lena«.[38] Nicht nur Kurt Weiß, »Winterstein«,[39] bewertete dieses Aufkommen vom ersten Tage an als im höchsten Maße wertvoll, auch die Amerikaner waren angetan.[40]

Gemessen an den übrigen DDR-Quellen lieferte Hofé auf dem I-Gebiet der politischen Berichterstattung klar überdurchschnittliche Informationen. Sie waren allerdings komplett vom KGB gesteuert und so dosiert, dass der Sowjetunion (wo der BND keine Innenquellen besaß[41]) und auch der DDR

dadurch kein ernster Schaden entstehen konnte – eher waren sie ein Instrument der Irreführung. Darüber hinaus kamen von »Lena« keine Informationen aus den Spitzengremien der SED oder dem engsten Zirkel der DDR-Regierung, sondern sie stammten aus der Führungsebene der nationaldemokratischen Blockpartei, aus dem Außenministerium und in einem nachgerade überbordenden Strom aus dem Verlagssektor. Einblicke in weichenstellende politische Entscheidungen boten sie nicht.

Dennoch war die politische Berichterstattung Hofés herausragend wichtig, weil erst sie den Mechanismus der gegenseitigen Stützung und internen Aufwertung ermöglichte, von dem Heinz Felfe und Kurt Weiß über Jahre hinweg profitierten. »Winterstein« selbst beschrieb das später so: »Felfe legte besonderen Wert darauf, die Leitung der außenpolitischen Nachrichtenbeschaffung und Sichtung an der *gesamten* (also auch der Gegenspionage-) Berichterstattung zu beteiligen. Diese Mitkenntnis gab immer wieder gute Einblicke in die technische Abwicklung des Falles; sie trug dazu bei, die Glaubwürdigkeit und damit den Wert der politischen Berichterstattung zu verstärken […] Es liegt auf der Hand, dass diese ›Zweigleisigkeit‹ mit ihren zwangsläufigen Folgeerscheinungen Felfe sehr gute Möglichkeiten bieten musste, die echten Bedürfnisse und Anliegen ebenso wie die kritischen Äußerungen der einen Seite oder der anderen gegeneinander auszuspielen. Felfe hat diese Entwicklung so geschickt genutzt, dass der Eindruck des ›ehrlichen Maklers‹ immer wieder bestätigt wurde.«[42] Kurt Weiß verdankte Heinz Felfe nicht weniger interne Stützung wie dieser ihm.

So sehr »Friesen« und »Winterstein« mit dem enormen DDR-Informationsaufkommen bei Gehlen und dieser seinerseits im Bundeskanzleramt Staat machen konnten, so wenig war die BND-Spitze bis zuletzt in der Lage zu erkennen, dass die politische Berichterstattung ihres Meisterspions lediglich Beiwerk in dem Bestreben war, den KGB-Agenten Felfe in Pullach und Bonn hochzuspielen. Das galt in besonderem Maße für Hofés außenpolitische Berichte. »Lena« errang nämlich vor allem dadurch »herausragende Bedeutung«,[43] weil seine sowjetischen Führungsoffiziere mit ihm scheinbar in allergrößter Offenherzigkeit über an sich hochgeheime politische und operative Fragen zu plaudern pflegten. Der CIA erschien das sogleich als »unprofessional in the extreme«.[44] Der BND-Führung kam dieses Verhalten jedoch nicht spanisch vor. Sie meinte allen Ernstes, aus

Hofés Gesprächsberichten »Erkenntnisse über die sowjetische Außen-, vor allem aber Deutschlandpolitik ableiten zu können«! Das umso mehr, als der ostdeutsche Verleger die einzige Pullacher Quelle war, der sich ein unmittelbarer Zugang zu sowjetischen Stellen zuschreiben ließ.[45] Es war vor allem der umtriebige, nachrichtendienstlich jedoch unerfahrene Kurt Weiß, der Günter Hofé mit dem ihm eigenen Elan, mit seiner von Karriereambitionen getriebenen Leichtfertigkeit und Bedenkenlosigkeit Tür und Tor öffnete. Reinhard Gehlen selbst war der größte Förderer des alerten Spiegelfechters »Winterstein«, der seiner Ost-Berliner Spitzenquelle auch dann noch unbeirrt die Stange hielt, als erfahrenere BND-Mitarbeiter längst Zweifel anmeldeten.

Dass dem KGB-Mann Heinz Felfe nichts wichtiger gewesen ist, als »Lena« immer, überall und gegenüber jedermann auf das Energischste zu verteidigen, muss nicht eigens erwähnt werden. Dafür begab er sich einmal sogar in einen graphologischen Disput. Wie in der Organisation Gehlen seinerzeit gang und gäbe, wurde auch für den Schriftsteller Hofé ein entsprechendes Schriftgutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis gefiel »Friesen« so wenig, dass er sofort einen Aktenvermerk dazu anlegte. Die Lektüre der Expertise Nr. 227, schrieb er, könne »bei einem unbeteiligten Betrachter den Eindruck erwecken, als ob Quelle charakterlich nicht einwandfrei sei«. Dort heiße es nämlich: »Charakterlich ziemlich labil, sinnenhaft affizierbar, welt- und menschenbezogen, diplomatische Anlagen und Neigungen, nicht ohne berechnende Züge, ehrgeizig und materiell.« Das sei, im Lichte seiner eigenen Erfahrungen mit »Lena«, ein ganz krasses Fehlurteil, empörte sich der KGB-Mann. Der Informant habe bisher »eine hoch anzuerkennende Einsatzbereitschaft und außergewöhnliches Geschick« bewiesen: »Es ist der Quelle gelungen, großes Vertrauen bei den Sowjets zu erwerben und durch eine geschickte Gesprächsführung oder Provokation Erkenntnisse zu gewinnen, die in einer Vielzahl anderer Fälle bisher nicht gewonnen werden konnten. Weiter hat eine Reihe von Bestätigungen aus anderen laufenden Angelegenheiten den Beweis erbracht, dass Quelle ehrlich und zuverlässig für die Org arbeitet.« Wie geschickt und phantasievoll Heinz Felfe sein konnte, illustriert einmal mehr seine Argumentation zur Verteidigung Hofés: »Es ist nur natürlich, dass eine Quelle, die ehrlich für den Westen arbeitet und den östlichen Auftraggeber täuschen muss, in einem Schriftgutachten die Bewertung

erfährt: unmittelbare Aufrichtigkeit bedingt, undurchsichtig.« Nach seiner Ansicht bestehe jedoch überhaupt kein Grund, »Bedenken geltend zu machen«.[46]

2. Die Konstruktion einer staatsgefährdenden Bedrohung

Das große Spiel beginnt

Die DDR-Berichterstattung Günter Hofés verhalf dem BND zwar zu einer Steigerung seines Ansehens in Bonn, doch die überragende innenpolitische Bedeutung erlangte der Informant für den Dienst nur, weil Reinhard Gehlen »Lena« dem Bundeskanzler und Staatssekretär Globke als Werkzeug seiner eigenen genialen Operation präsentierte, mit der er nichts weniger als die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland garantiere. Auf dem Höhepunkt der Blockkonfrontation, der innerdeutschen Systemkonkurrenz und des Geheimdienstkriegs in Deutschland war ein glaubhaft begründeter Anspruch dieses Kalibers in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein schwer überbietbarer politischer Trumpf. Er stärkte die Position Pullachs während des Entscheidungsprozesses zur Umwandlung des CIA-Hilfsapparates in den westdeutschen Auslandsnachrichtendienst genauso wie bei der Auseinandersetzung mit dem BfV über die Zuständigkeit für die Gegenspionage.[47] So wurde die »Operation Lena« zu einem zentralen Element von Reinhard Gehlens großem innenpolitischen Spiel. Wenig trug so sehr zu seinem Kredit im Bundeskanzleramt bei wie dieser Fall. Es führte bei Adenauer aber auch nichts zu einem so dramatischen Vertrauenseinbruch gegenüber seinem Spionagechef wie die Erkenntnis, dass der BND bei seinem großen Spiel in Wahrheit einem Meisterstück der Sowjets aufgesessen war. Wäre der Kanzler nicht kurz darauf aus dem Amt geschieden, Reinhard Gehlens Tage als BND-Präsident wären wohl gezählt gewesen.

Wie gesehen, war die Verpflichtung Günter Hofés als geheimer *politischer Informant* im Laufe der ersten Jahreshälfte 1953 mit erstaunlicher Sorglosigkeit erfolgt. Seine Gewinnung als *Spitzenagent der Gegenspionage* zeichnete sich durch dieselbe abenteuerliche Leichtfertigkeit aus. Da »Lena« sich ohne Umschweife bereit zeigte, sich auf die außerordentlich herausfordernde und gefährliche Doppelrolle einzulassen, neben seiner politischen Berichterstattung auch noch gegen den sowjetischen Geheimdienst zu arbeiten, brach sich die Begeisterung in der Zentrale so vehement Bahn, dass mahnende Stimmen – hätte es sie denn gegeben – unmöglich hätten durchdringen können. Bei der Handvoll Eingeweihter um Reinhard Gehlen bestand schlicht keine Bereitschaft, an

diesem gewaltigen Erfolg herumdeuteln zu lassen. Kassandra-Rufe, die sich im Laufe der Jahre immer vernehmbarer machten, fanden bis zur Enttarnung des KGB-Agenten kein Gehör.

Hofés Karriere als Top-Agent der BND-Gegenspionage begann Ende Januar 1954. Da kündigte nämlich der stellvertretende NDPD-Vorsitzende seinem Parteifreund Hofé für den 30. des Monats den Besuch eines Vertreters der Sowjetischen Hohen Kommission an, der ihn um »politische Auskünfte« über die gerade in Berlin tagende Außenministerkonferenz bitten wolle.[48] Tatsächlich erschienen zwei Herren im Verlag der Nation, einer von ihnen sein späterer KGB-Führungsoffizier, der Mittdreißiger »Eugeni Konstantinowitsch Volkin« (dann zumeist »Wolgin«).[49] V-18268 berichtete darüber sofort nach Pullach und hielt die Zentrale über seine weiteren Kontakte zum KGB ebenfalls verlässlich auf dem Laufenden. In den ersten Märztagen ließ er sich in Berlin-Karlshorst, dem Sitz der Besatzungsmacht und der größten KGB-Dienststelle außerhalb der UdSSR, unter dem Decknamen »Katzmann« zu geheimer Mitarbeit verpflichten.[50] Da er beruflich häufig in die Bundesrepublik zu reisen hatte, so sagte man ihm angeblich, solle er dort demnächst noch näher zu spezifizierende Aufklärungsaufträge erledigen. Davon und von seinen häufigen Treffen mit Wolgin unterrichtete Hofé seine westdeutschen Auftraggeber beinahe zeitgleich.[51] Es war Kurt Weiß, der nach einer Besprechung mit Worgitzky sogleich festhielt, hier zeichne sich eine »großrahmige III-F-Möglichkeit« ab.[52]

Die Anwerbung der eigenen Spitzenquelle »Lena« durch den sowjetischen Nachrichtendienst schon wenige Monate nach ihrer Verpflichtung durch die Org und deren verblüffende Loyalität zum Gehlen-Dienst, mit der sich ein DDR-Bürger in herausgehobener Stellung einem so gefährlichen persönlichen Risiko aussetzte, führte in Pullach nicht etwa zu gesteigerter Nachdenklichkeit, vielmehr zu schwungvollsten Entscheidungen. Wunderte man sich nicht darüber, dass sich dieser hochkarätige V-Mann so entblößte, wo doch just in diesen Monaten die Presse voll war von anschaulichen Schilderungen, wie miserabel die Sicherheitsstandards der Organisation Gehlen waren und wie leicht es die östlichen Dienste hatten, dort einzudringen? Bereits einen Tag, nachdem Hofé Pullach seine Werbung durch den KGB verraten hatte, wurde Gehlen vom Chef der Gegenspionage über die brisante Entwicklung unterrichtet.[53]

Die Spitzenquelle aus dem NDPD-Vorstand habe auf Wunsch seiner Parteiführung Verbindung zur sowjetischen Hochkommission aufnehmen müssen, schrieb Kurt Kohler. Kurz darauf sei sie in Karlshorst vom KGB zur Mitarbeit aufgefordert worden. Die Verpflichtung sei von dem sowjetischen Agenten mit den feierlichen Worten »Ich begrüße Sie als Genossen« gewürdigt worden, als Aufklärungsziel sei ihm das westdeutsche Außenministerium zugeteilt worden.

Der Leiter der Abteilung Gegenspionage vertrat gegenüber Gehlen die keineswegs zwingende Auffassung, »dass sich Quelle der Mitarbeit beim sowjetischen Geheimdienst nicht mehr entziehen kann, ohne sich dadurch selbst in Gefahr zu bringen«. Er sei mit der Dienststelle Worgitzkys, die Hofé führte, einer Meinung, dass es sich »um eine echte und ernsthafte Werbung seitens der Sowjets« handele: »Quelle ist dem Sowjet-ND als politischer Kopf mit guten Verbindungen nach Westdeutschland bekannt.« Er beabsichtige nun, »mit Quelle in ein III-F-Spiel einzutreten«. Voraussetzung dafür sei aber wohl die Genehmigung »entsprechender deutscher Stellen«. Reinhard Gehlen ließ sich von dieser großartigen Perspektive sofort überzeugen, änderte Kohlers Textpassage über die Stoßrichtung der geplanten Operation eigenhändig in die noch großartigere Formulierung einer Aufklärung »der Ziele und Absichten des sowjetischen Nachrichtendienstes gegen Westdeutschland« ab und legte das Papier mit unwesentlichen Kürzungen umgehend dem Chef des Bundeskanzleramts vor.[54]

Zwei Tage später war das von Gehlen vorgeschlagene Vorgehen beschlossene Sache. Aus seinem Gespräch mit Staatssekretär Globke hielt der »Doktor« fest: »Mit Operation einverstanden, Vorschlag wurde angenommen, Angelegenheit mit den Amerikanern abzusprechen, nötigenfalls auch mit den Engländern, um dann den Fall in engem Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt zu spielen.«[55] Das Schreiben, mit dem auch der Oberbundesanwalt einzuweihen und von einem etwaigen untunlichen Einschreiten gegen den Doppelagenten abzuhalten war, erbat sich der Staatssekretär zu vorheriger Vorlage.

Die Bremer, die Hofé aus der bisherigen Zusammenarbeit am besten kannten, waren sich ihrer Sache ebenfalls völlig sicher – schließlich verbürge sich sein Schulfreund, V-13889, uneingeschränkt für den entschiedenen »Gegner des Bolschewismus«. Abgesehen davon, fuhr die

Einschätzung fort, »dass sich diese politische Einstellung nicht ändern dürfte, schließt die bisherige ND-Tätigkeit aus, dass V-18268 eines Tages umfallen und ins feindliche Lager wechseln könnte. 18268 arbeitet seit Jahren für einen befreundeten Nachrichtendienst und seit Sommer 1953 für die Org. Er hat dem Gegner so viel Schaden zugefügt, dass es kein Zurück mehr gibt. Das weiß 18268 genau.«[56] Logisch war das nicht. Denn durch einen Wechsel ins feindliche Lager hätte der V-Mann seinen früheren Verrat durchaus vergessen machen können, und wenn er immer schon zur Gegenseite gehört hatte, dann würde er jetzt, wo die Dinge unverhofft an Dynamik gewannen, gewiss nicht »umfallen« wollen oder können.

Die Ruhigstellung der Justiz bei dem Zusammenspiel der Organisation Gehlen mit dem KGB-Agenten »Lena« übernahm der nachrichtendienstlich versierte Oskar Reile. Er übersandte dem Oberbundesanwalt im Auftrag Gehlens einen geschlossenen Umschlag mit den Daten eines Mannes, »der in unserem Auftrag tätig ist«. Für den Fall, dass bei den Behörden Spionageverdacht gegen diesen aufkomme, übersende er schon jetzt entsprechende Unterlagen, auf die man aber erst dann zurückkommen werde, »wenn tatsächlich durch den Eingriff westdeutscher Behörden eine Störung der in diesem Fall in Gang befindlichen Aufklärungsarbeit erfolgen sollte«. Reile schloss mit den Worten: »Die Angelegenheit ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Leiter meines Dienstes hat den Staatssekretär Dr. Globke bereits unterrichtet.« Die in den Umschlag eingelegte Information bescheinigte dem »seit langem« – in Wirklichkeit noch kein Jahr – für den Dienst tätigen Günter H. »sehr wertvolle Aufklärungsarbeit«; nun habe er im Einvernehmen mit dem Dienst gegnerische Aufträge angenommen.[57]

Der Fall »Lena« beschleunigte in Pullach einige wesentliche Weichenstellungen. Die bislang in der Abteilung von Kurt Kohler verankerte Unterabteilung »Politische Nachrichtenbeschaffung und Sichtung« (40/P) wurde ausgegliedert und zu der Abteilung 133 aufgewertet, deren für die DDR-Aufklärung zuständiges Personal nach den Forschungen von Ronny Heidenreich allerdings mitleiderregend unterqualifiziert war und schon unter Sicherheitsaspekten niemals hätte eingestellt werden dürfen.[58] Kohler, der bisher wenig erfolgreiche und wegen der Einbrüche der Staatssicherheit stark kritisierte Leiter der Gegenspionage musste zusehen, wie die Leitung der neuen Abteilung dem

Newcomer Kurt Weiß übertragen wurde, der durch seine Geschicklichkeit bei der Vernebelung von Tatsachen bereits hinlänglich auf sich aufmerksam gemacht hatte.[59] Vor allem aber war Weiß seit einigen Monaten mit Günter Hofé befasst, dessen politische Berichte ja bei ihm einliefen. In der verkleinerten, weiterhin von Kohler geleiteten Gegenspionage-Abteilung wurden die Operationen gegen die Sowjetunion, deren Speerspitze nun »Lena« sein würde, von der Diensteinheit 127 geführt. Sie kam unter die Leitung von Oskar Reile (127,3);[60] die CIA sah in ihm, ähnlich wie viel später auch einige Gehlen-Mitarbeiter, »almost certainly another KGB penetration of the BND«.[61] Reiles wichtigster Mann war niemand anderes als Heinz Felfe (127,7), der erst wenige Monate zuvor von der Karlsruher GV L in die Zentrale gewechselt war.

Heinz Felfe wurde von Gehlen nicht nur die Zuständigkeit für den Gegenspionage-Fall »Lena«, sondern auch die alleinige Fallführung dieser Spitzenoperation übertragen. Später stärkte der »Doktor« ihn noch weiter, als er anordnete, sämtliche internen Anfragen zu Günter Hofé »ohne Auskunftserteilung an 127,7 zu verweisen«.[62] Da Heinz Felfe nun rasch zu dem nur noch Gehlen persönlich verantwortlichen Herrn der mit Abstand wichtigsten Operation Pullachs aufstieg, konnte er es sich bis zu seiner Verhaftung gegen jede Dienstvorschrift sogar erlauben, sämtliche einschlägigen Unterlagen dazu unter persönlichem Verschluss zu halten.[63] Trotzdem bildete er ein bestens funktionierendes Tandem mit »Winterstein«, der seine Aufträge zur politischen Berichterstattung an Hofé über Felfe zu leiten hatte und welcher ihm seinerseits »Lenas« DDR-Meldungen zur Kenntnis gab.[64] Etwa fünf Jahre lang lebte das leitende Duo dieser Operation, deren Spionage- und Gegenspionage-Aspekte tatsächlich nicht säuberlich voneinander zu scheiden waren, prächtig von diesem Arrangement. Beide verfügten auf diese Weise entgegen den Regeln des Dienstes über einen tiefen Einblick in die Tätigkeit des anderen und nutzten ihr Sonderverhältnis überdies regelmäßig dazu, um das Wirken ihres V-18628 wechselweise gegen interne Kritik abzuschirmen.

Vom Vertrauen des Leiters der Org getragen, begann Heinz Felfe sein großes Spiel sogleich in kurzem Takt zu entfalten. Zunächst elektrisierte er Gehlen mit den Perspektiven, die sich jetzt eröffneten. Gleich darauf ließ sich das Bundeskanzleramt in den Bann eines Unternehmens schlagen, das nicht nur von gewaltiger nachrichtendienstlicher Bedeutung zu sein schien,

sondern der Bundesrepublik Deutschland auch erheblichen außenpolitischen Geländegewinn gegenüber der Sowjetunion zu bringen versprach. Kanzleramtschef Globke, der sich mit dem prominenten Fall zu befassen hatte, vermochte Seriosität und Validität der »Operation Lena« selbstverständlich nicht aus eigenem Urteil einzuschätzen, sondern musste darauf bauen, dass der Gehlen-Dienst diese Unternehmung mit der entsprechenden Sorgfalt handhaben würde. Obwohl seit den Einbrüchen der DDR-Staatssicherheit erhebliche Zweifel an den Fähigkeiten Pullachs laut geworden waren, schenkte der Staatssekretär dem designierten BND-Präsidenten sein Vertrauen, der ihm auch anderweitig so nützliche geheime Dienste zu leisten pflegte. Die im Kanzleramt eingehenden Mitteilungen erschienen einfach zu überzeugend, die Zukunftsperspektiven zu vielversprechend, um sie etwaigen Sicherheitsbedenken unterzuordnen. Wenige Monate in der zweiten Jahreshälfte 1954 genügten, um die Regierungsspitze für Pullachs Grand Strategy einzunehmen.[65]

Das große Spiel begann am 14. Juli – 165. Jahrestag des Sturms auf die Bastille – mit dem Vermerk Felfes für Gehlen »Fall Lena (bisher: Cicero), hier: politische Feindaufträge«.[66] Das Schriftstück von aufwühlender Brisanz hielt fest: »Am 2. Juli erteilte der sowjetische VM-Führer der Quelle die in der Anlage aufgeführten Aufträge und bemerkte, dass die unter Ziffer 1) aufgeführten von *allen* sowjetischen Diensten mit Vorrang vor allen sonstigen politischen Aufträgen erledigt werden müssen«. Die Anlage aus Felfes Feder von nur dreizehn Zeilen Umfang ging in unveränderter Form an Globke und ließ ihm den Atem womöglich ein wenig stocken: »Aus zuverlässiger Quelle wurde bekannt, dass seit Anfang Juli des Jahres der sowjetische Nachrichtendienst an seine in Deutschland tätigen Zweige den Auftrag erteilt hat, 1) mit Vorrang schnellstens kompromittierendes Material politischen oder privaten Charakters über den Herrn Bundeskanzler und Herrn Staatssekretär Hallstein zu beschaffen.« Außerdem werde der KGB während der bevorstehenden Wahl des Bundespräsidenten in Berlin bei Parlamentariern Gesprächserkundigungen darüber durchführen, welche Kreise, »insbesondere Finanzkreise«, hinter dem Abgeordneten Pfleiderer von der FDP stünden, der Adenauer mit seinen ost- und deutschlandpolitischen Ideen in die Parade zu fahren pflegte. Die Tataren-Meldung aus Pullach war mit allen wünschenswerten Ingredienzien gewürzt: Der Bundeskanzler selbst stand jetzt im Visier der

Sowjets, und zwar sämtlicher deutscher KGB-Einheiten, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts ebenfalls – und das alles in den Tagen, als das Ringen um die EVG-Verträge und damit die Entscheidung über die Westbindung der Bundesrepublik in die entscheidende Runde ging. Ein Paukenschlag.

Parallel fütterte Felfe seine Vorgesetzten mit weiteren spektakulären Hinweisen. Bei einem konspirativen Treff habe Günter Hofé beispielsweise berichtet, sein Führungsoffizier Wolgin habe ihm vier Tage nach dem sensationellen Abtauchen des BfV-Präsidenten gesagt, Otto John sei, ganz im Gegensatz zur offiziellen westlichen Version, »freiwillig zum Osten übergetreten«. Verhaftungen habe es nicht gegeben, überhaupt errege der Fall in der Bevölkerung keine große Aufmerksamkeit.[67] Zur selben Zeit erstellte »Friesen« bereits einen längeren Vermerk, wonach sich der »Auftrag der Sowjets« an den Ost-Berliner Verlagsleiter »eindeutig gegen die Bundesregierung und damit gegen die Sicherheit der Bundesrepublik« richte.[68] Wohl um zu zeigen, dass er natürlich nicht jede Information für bare Münze nahm, sei sie auch noch so brisant, unterrichtete er Gehlen mit skeptischem Unterton von einer über Hofé an den Dienst gelangten Behauptung eines Journalisten, er verfüge über Hinweise, wonach »ein zweites 20.-Juli-Komplott« – so bezeichnet nach dem Datum von Johns Verschwinden – »im Entstehen gewesen sei. Ziel sei die Beseitigung des Kabinetts Dr. Adenauer gewesen.« Treibende Kräfte dieses Komplotts seien »bürgerliche und marxistische Opponenten des gegenwärtigen politischen Kurses des Bundeskanzlers sowie frühere Militärs in Verbindung mit John«; es fielen die Namen des Widerstandskämpfers General Alexander von Falkenhausen und von Louis Ferdinand Prinz von Preußen.[69]

Am selben Tag kam Felfe gegenüber Gehlen auf den Auftrag des KGB zurück, kompromittierendes Material gegen den Bundeskanzler zu besorgen. Er berichtete, inzwischen sei dieser auf Herbert Blankenhorn, Adenauers engem Vertrauten in außenpolitischen Fragen, sowie den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion ausgeweitet worden. Der Operateur schloss die abschwächende Vermutung an, der vorangegangene Beschaffungsauftrag gegen Hallstein und den Kanzler habe »in Zusammenhang mit dem (damals geplanten) Fall John« gestanden.[70] Schon bald konnte »Friesen« den »Doktor« umfassend darüber unterrichten, welche politischen Aufträge der sowjetische Nachrichtendienst »Lena« nur

wenige Wochen nach dessen Verpflichtung erteilt hatte. Es war eine zweiseitige, namentlich für »Winterstein« interessante Aufstellung mit zwölf Einzelpunkten,[71] allerdings derart umfangreich und weitreichend, dass sie von einem Verlagsdirektor auf einer zweiwöchigen Westreise und selbst von einem Bataillon Spitzeninformanten niemals würde befriedigend bedient werden können;[72] wohl ein gezielter Hinweis auf die Bedeutung Hofés und, ganz nebenbei, den informationshungrigen Dilettantismus der Russen.

»Welche konkreten Maßnahmen führt die Bonner Regierung durch, um den Aufbau der Remilitarisierung in Westdeutschland voll durchführen zu können?«, lautete die erste Frage des langen Katalogs. Welche Maßnahmen werde die Bundesregierung einleiten, wenn die EVG scheitere und die Amerikaner »dementsprechend negativ« reagierten? »Welche Pläne haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika über eine evtl. unmittelbare Einbeziehung Bonns in den Nordatlantikpakt«? Warum sei der Kanzler wirklich nach Griechenland und in die Türkei gereist? Die Saarfrage? Die Wiedervereinigung? Anstalten zu einem erneuten Anschluss Österreichs? »Welche Vorbereitungen trifft die Bonner Regierung für die Genfer Verhandlungen?« Welche Position werde sie auf der Konferenz vertreten? Und schließlich: »Welche politischen Oppositionsgruppen befinden sich in westdeutschen Parteien? Es ist bekannt, dass sich in der CDU eine außerordentlich starke Oppositionsgruppe befindet. Wie stark ist sie tatsächlich? Welches ist ihr Programm?«

Gut zwei Wochen später wurde es dann aber ernst: Heinz Felfe konnte Gehlen die erste sowjetische Attacke auf die Bundesregierung melden und stellte den Angriff sogleich in einen größeren Kontext.[73] Er hielt fest: »Der Fall Lena zeigt die Absichten und Pläne einer sowjetischen ND-Stelle, die sich mit der deutschen Außenpolitik beschäftigt. Offensichtlich ist der Fall Lena nur ein Teil der Bemühungen dieser gegnerischen ND-Stelle, das Auswärtige Amt in Bonn zu klären und zu penetrieren.« Hofé habe soeben den Auftrag dazu erhalten. Zielperson war der vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt Adolf Paschke, dessen Wohnung er ausfindig machte und durch einen Telefonanruf verifizierte. Paschke sei nicht irgendwer, sondern eine überaus interessante Person, wie Felfe darlegte. Zunächst war zu berichten, dass Paschke schon seit dem Ersten Weltkrieg als Entschlüsselungsspezialist arbeitete und bis 1945 im Dechiffrierbüro des

Auswärtigen Amtes tätig gewesen sei. Bis zum neuerlichen Eintritt ins Außenministerium war er als Meister seines Fachs bei der Organisation Gehlen in seinem angestammten Metier untergekommen; sein neuer Dienstherr wusste das. Erschwerend kam hinzu, dass die Zielperson der Sowjets, die inzwischen das Schlüsselbüro des Außenamts leitete, auch Spezialaufträge für die Org ausführte und weiterhin an Besprechungen in einer ihrer Bonner Liegenschaften teilnahm: »Weiß, wo 88 [Gehlen] bei Aufenthalt wohnt.« Es sei kein Wunder, dass sich die Russen auf diese Schlüsselkraft kaprizierten, meinte Heinz Felfe, doch bestehe »beim derzeitigen Stand kein Anlass, an der Zuverlässigkeit des P. zu zweifeln«.

127,7 entfaltete gleichwohl ein düsteres Szenario. Werde Paschke künftig vom KGB überwacht oder beschattet, überlegte er, würden dessen Agenten »zwangsläufig auf Verbindungen zur Org stoßen, die selbst im Org-Bereich äußerst geheim gehalten werden. Der Gegner würde Bonner Stellen der Org kennenlernen und somit 88 in Bonn einsehen resp. überwachen können. Derartige Erkenntnisse des Gegners – insbesondere die Verbindungen von 88 resp. der Org zu Regierungsstellen – könnten bei entsprechender Veröffentlichung in der generischen Presse o. ä. erhebliche innerpolitische und org-politische Schwierigkeiten hervorrufen.« Wiederum hatte Felfe nicht nur gefährliche Bedrohungen und politische Risiken ausfindig gemacht, sondern er zeigte sich auch gleich souverän in der Lage, Vorsichts- und Gegenmaßnahmen ins Feld zu führen. Paschke dürfe zu weiteren Besprechungen jetzt nur noch unter Beachtung konspirativer Methoden hinzugezogen werden, der Parteiverkehr in dem Objekt sei hinfort »abwehrmäßig« einzuschränken. Außerdem erscheine es angebracht, dass Gehlen künftig in einem Haus absteige, das der Legationsrat nicht kenne. Der »Lena«-Kontakt entpuppte sich also als Frühwarnstelle gegen innen- und außenpolitische Gefährdungen des Staates und Schutzschild für den »Doktor«.

Vier Tage später konnte das alles noch vertieft werden. Felfe meldete, dass die Zuverlässigkeit des immer für vertrauenswürdig gehaltenen Paschke durch einen »Ausspruch des sowjetischen VM-Führers untermauert« worden sei. Der mitteilungsbedürftige Führungsoffizier Wolgin, der ganz offenbar keine Hemmung verspürte, gegenüber Günter Hofé, den er erst wenige Monate kannte, aus dem Nähkästchen zu plaudern, habe nämlich zu »Lena« gesagt: »Wir haben in Westdeutschland keine

Hände in Bezug auf das Auswärtige Amt, die unmittelbaren Wege in das Auswärtige Amt sind mit Nachdruck zu aktivieren.« Eine Beruhigung war das nicht, denn Hofé habe den Auftrag erhalten, Paschke und noch zwei andere Angestellte im Auswärtigen Amt »zu forschen und *persönlich anzusprechen*«.[74] Felfe steigerte das Crescendo noch: »Mit diesen Aufträgen ist der Fall Lena in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Absichten des Gegners verraten eine Planung auf lange Sicht und sollen eine auf das Auswärtige Amt beschränkte neue Rote Kapelle entstehen lassen.« Rote Kapelle! Ein noch grelleres Alarmsignal konnte in Reminiszenz an die Kriegszeit und mit Blick auf die aktuelle Jagd nach diesem Phantom[75] kaum gegeben werden. Nun war, wie es schien, ernste Gefahr im Verzuge. Ihr musste mit Maßnahmen begegnet werden, welche allerhöchste politische Billigung hatten. Bevor Felfe seine Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen abgab, skizzierte er die Chancen, die sich aus dieser Zuspitzung gleichwohl ergaben: Erstens, das im Aufbau befindliche Agentennetz könne nicht nur kontrolliert und gesteuert werden, es gebe nun auch die Chance, ein »bedeutsames Gegenspionage-Spiel« in Gang zu setzen; zweitens habe man die Möglichkeit, den Gegner mit Spielmaterial zu füttern. Damit – neuerliche Fanfare! – »können die außenpolitischen Absichten des Bundeskanzlers in noch nicht absehbarem Umfang unterstützt werden«. Last but not least sei eine »Preisgabe sowjetischer Erkenntnisse in Bezug auf das Auswärtige Amt und die auswärtige Politik zu erwarten«.

Seine Schlussfolgerung formulierte Heinz Felfe mit einer Bestimmtheit, die Zweifel an seiner Könnerschaft und dem Schwergewicht seiner Spitzenquelle nicht mehr zuließen: »Wegen der weittragenden Bedeutung des III-Falles Lena und der dringend erforderlich erscheinenden Unterrichtung des Bundeskanzlers wird um Terminbestimmung für Vortrag gebeten«, schrieb er, und fügte an: »Abschließend sei vermerkt, dass die Quelle Lena hier volles Vertrauen genießt. Die Leistungen des Lena sind außergewöhnlich; allein die Randergebnisse zum Fall Lena bringen wichtige Erkenntnisse.« Eine Liste mit 21 Hinweisen legte Felfe bei, wohl wissend, dass sein geschätzter Partner Kurt Weiß vielleicht nicht ganz glücklich damit war, darauf eine Reihe von Informationen aus seinem I-Gebiet als »Randergebnisse« aufgeführt zu sehen.

Das Trommelfeuer des Mitarbeiters 127,7 zeitigte in Pullach und Bonn durchschlagende Wirkung. Der Artillerist Gehlen war überwältigt. Allerdings hatte er nicht die geringste Gegenwehr mobilisiert, sondern sich von diesem Feuerwerk bereitwillig in den Bann schlagen, keineswegs etwa nur blenden lassen. In den Unterlagen findet sich kein einziges Anzeichen dafür, dass dem »Doktor« bei diesem größten Fall seiner Nachkriegskarriere zu irgendeinem Zeitpunkt Zweifel gekommen wären oder er skrupulös gezögert hätte. Heinz Felfe diktierte das Tempo, sein Chef versuchte Schritt zu halten. Auch Gehlens engste Mitarbeiter, soweit sie eingeweiht waren, folgten ihrem Kollegen, der ihnen nun wie ein mit magischen Kräften begabter Operateur voranschritt. Bereits am 2. November 1954 fand sich die Crème der Organisation Gehlen zusammen und lauschte einem Vortrag Heinz Felfes zur Lage, Reinhard Gehlen natürlich, der spätere BND-Präsident Eberhard Blum, Hans-Jürgen Dingler, Wolfgang Langkau, Kurt Kohler und der Leiter der Gegenspionage Sowjetunion Oskar Reile.

Der KGB-Mann in Pullach fasste acht Monate nach der Anwerbung des angeblich absolut zuverlässigen DDR-Spions Günter Hofé durch den sowjetischen Nachrichtendienst und seinem vermeintlich problemlosen Einsatz gegen ebendiesen den Stand der Dinge im kleinen Kreis militärisch knapp zusammen: »I. Vorgang; II. Stellungnahme 127,7«.[76] Eine Dienststelle des sowjetischen Nachrichtendienstes, hob Felfe an, sei »damit beschäftigt, die Absichten und Ziele der deutschen Außenpolitik im Planungs- und Vorbereitungsstadium zu erkunden, um dann durch geeignete Gegenmaßnahmen eine den sowjetischen Interessen dienende Entwicklung zu erzielen«. Dafür wolle der Gegner eine Agentengruppe aufbauen – die »Gruppe Schriftsteller« –, die »auf verschiedenen Ebenen (Bundesbehörden, Journalistenkreise, Diplomatie, Bonner Gesellschaft) tätig werden und Informationsquellen im Auswärtigen Amt erschließen soll«. Felfe nannte drei in Aussicht genommene, eng mit Hofés Verlag der Nation verbundene Personen und ließ auch schon den Namen eines Mannes fallen, der bereits für einen östlichen Dienst tätig sei (und später denn auch geopfert wurde). Darüber hinaus plane der KGB die Schaffung eines »Diplomatischen Bulletins« als eine Art Stützpunkt in Bonn, nach außen hin »absolut regierungsfreundlich«, in Wirklichkeit aber sowjetisch finanziert. Mit großem Raffinement machte der neue Star in Pullach dabei

auch schon auf einen Mitarbeiter des Bundespresse- und Informationsamts aufmerksam, Günther Tonn, der sich später tatsächlich anwerben ließ. Dieser habe sich dem Osten dadurch in die Hand gegeben, »dass er ein gegen die Bonner Zustände gerichtetes Romanmanuskript ›Das Dschungelbuch‹ Ostberliner Stellen zum Kauf angeboten hat. Lena muss auf Weisung des sowjetischen Nachrichtendienstes noch im November mit Tonn in Bonn wegen des Druckes verhandeln und wird ihn dabei forschen.«

Nach dieser kenntnisreichen Verknüpfung großer Linien und kleinster Details trug Heinz Felfe seine persönliche Auffassung über diese Erstaunlichkeiten vor. Er wählte eine Diktion, wie man sie von einem Feldherrn oder wenigstens einem CIA-Direktor erwarten würde: »Der Fall Lena dürfte einer der bedeutendsten und interessantesten III-F-Fälle sein. Ein erfolgreiches Weiterspielen liegt im Interesse der Org, besonders da hier der Schutz rein deutscher Interessen möglich ist.« Es müsse jetzt eine Unterrichtung der deutschen Behörden erfolgen. Wie bereits einige Wochen zuvor skizzierte »Friesen« vor diesem Kreis ebenfalls das enorme Potenzial, das dem Fall innewohne, griff dabei aber noch ein wenig höher, indem er sagte, durch Spielmaterial aus dem Auswärtigen Amt werde die Außenpolitik des Kanzlers »unterstützt und erleichtert, indem die Sowjets falsch unterrichtet werden und ihre Maßnahmen ins Leere stoßen, usw.« Das lapidare »Und-so-weiter« mag bei den Zuhörern die Phantasie noch stärker angeregt und noch weiterreichende Perspektiven angedeutet haben als das Gesagte. Sehr präsent war den Zuhörern gewiss ein Aspekt, den Felfe nicht zu erwähnen vergaß: »Nicht zuletzt würde das Ansehen der Org bei einer erfolgreichen Führung des Falles in den zuständigen Kreisen gehoben.« Darüber, wer den Fall »Lena« in der Hand zu behalten hatte, konnte es jetzt keinen Zweifel mehr geben. Es müsse nun nur noch eine maßgebende Persönlichkeit ihr Einverständnis zu der Operation geben, vor allem zur »Freigabe entsprechenden Spielmaterials im Bedarfsfalle«. Werde diese Zustimmung erteilt, könne »mit einem ungestörten Fortgang des Falles gerechnet werden«; eine Einschaltung der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts (mit der man seit langem und bald auch im »Lena«-Fall[77] eng kooperierte) sei wünschenswert.

An dieser Stelle, ein Vierteljahr nach dem John-Skandal, leistete sich Heinz Felfe einen leicht provokativen Schlenker. Unterstütze die Bundesregierung Gehlen nicht in dem nötigen Maße, dann könne man das

Gegenspiel theoretisch ja an andere Dienste abtreten, an das BfV, die CIA oder die Franzosen zum Beispiel. Eine Abgabe an das BfV sei allerdings »von vornherein aus fachlichen Gründen indiskutabel«, untunlich in Wahrheit natürlich auch die Überlassung an die beiden befreundeten Dienste, »da es sich um den Schutz rein deutscher Interessen handelt, für den in Kürze nur noch deutsche Stellen zuständig sein dürften«. Der KGB-Mann krönte seinen Vortrag mit einer Vision des »anzustrebenden Idealfalls«: Unterrichtung von Adenauer oder Globke, deren Genehmigung zur Weiterführung der Operation und die Zusicherung einer Freigabe von Spielmaterial; Zusammenarbeit mit der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts; die Franzosen würden von Kurt Weiß grob von der I-Tätigkeit des »Cicero«/»Lena« informiert, keinesfalls aber über die Gegenspionage-Operation. Gehlen müsse obendrein entscheiden, ob die CIA weiterhin umfangreich oder lediglich durch »zusammengefasste Erkenntnisse« bzw. mündlich auf dem Stand gehalten werden solle.

Das war Heinz Felfes Blaupause für das große Spiel der Organisation Gehlen. Sie wurde Punkt für Punkt umgesetzt. Eigentliches Ziel des KGB war natürlich nicht das Anhäufen und Abheften von Spielmaterial, sondern die zum Greifen nahe Chance, seinem westdeutschen Spitzenagenten immer breiteren Zugang zu möglichst vielen Dienststellen und Personen innerhalb und außerhalb des Gehlen-Dienstes zu verschaffen, namentlich in der Bundeshauptstadt: Das war die dann auch tatsächlich realisierte Vision einer beständig sprudelnden westdeutschen Innenquelle allererster Kategorie. Am Tag nach seinem großen Auftritt fasste »Friesen« alles noch einmal für Gehlen zusammen. Als Anlage ging seinem Chef ein Memorandum zu, das zur Verwendung im Kanzleramt bestimmt war.[78] Die Darlegung des Sachverhalts für Staatssekretär Hans Globke umfasste fünf Schreibmaschinenseiten und entsprach ziemlich genau dem, was Felfe den Spitzen des Dienstes in Pullach zu Gehör gebracht hatte.[79] Es fehlten natürlich die in seinem Vortrag genannten Erwartungen an das Kanzleramt, die besser mündlich vorzubringen waren. Neu und dem Zweck des Schriftstücks entsprechend enthielt der Text die abschließende Passage: »Quelle Lena wird als *absolut* zuverlässig eingeschätzt. Eine Vielzahl politischer Meldungen wurde verwertet; eine Reihe von Unterrichtungen der Bundesregierung geht auf die Informationen Lenas zurück.«

Der Chef des Bundeskanzleramts entschied zwei Tage später in einer Besprechung mit Reinhard Gehlen exakt so, wie dieser es ihm und wie Felfe es dem »Doktor« vorgeschlagen hatte. Die Aktennotiz über seinen Bonn-Besuch hält fest: »Fall ›Lena‹: Einverständnis, dass Fall mit Sicherungsgruppe und Oberbundesanwalt im Einvernehmen geführt wird, d. h. dass Sicherungsgruppe und Oberbundesanwalt vorausschauend soweit orientiert werden, als dies nötig ist. Spielmaterial muss Bundeskanzleramt gutheißen, soweit es sich nicht um kleinere Dinge handelt.«[80] Damit war die allerhöchste Genehmigung zur Implementierung der »Lena«-Strategie erteilt. Heinz Felfe tat das seinem direkten Vorgesetzten Reile und dem Leiter der Gegenspionage Kohler sogleich kund.[81] »Friesen« fand sich in bislang unbekannte Höhen katapultiert. Wiederholt begleitete er Gehlen nun in das Bundeskanzleramt, wenn dort über die Spitzenoperation zu berichten war.[82]

Mitte November gab Pullach dem Oberbundesanwalt Max Güde schriftlich einen Überblick über den Fall. Von dem Agenten Hofé wusste man durch das Schreiben Reiles bereits.[83] Jetzt wurden die Dimension und Einzelheiten des Vorhabens skizziert. Die Unterrichtung orientierte sich ganz an dem »Framing« (würde man heute sagen), das Felfe aufgespannt hatte. Das Ziel von »Lenas« sowjetischen Auftraggebern sei »nach deren eigenen Worten« höchst umfassender Natur, hieß es: »Aufklärung der Auswärtigen Politik der Bundesrepublik im Entstehungs- und Vorbereitungsstadium, um der sowjetischen Diplomatie Gegenmaßnahmen zu ermöglichen, sowie Erforschung innerpolitischer und parteilicher Vorgänge usw., um daraus politische und propagandistische Konsequenzen zu ziehen.« Kanzleramtschef Globke habe der Operation zugestimmt. Felfe fügte noch an: »Ein Weiterspielen dieses Falles ist allein deswegen notwendig, weil der Gegner durch Abbruch oder exekutive Maßnahmen im jetzigen Stadium nur *vorübergehend* behindert werden könnte und sein Ziel dann auf anderen, nicht kontrollierten Wegen zu erreichen suchen wird. In diesem Falle könnte größerer Schaden nicht verhütet werden.«[84]

Eine Unterredung von Oskar Reile, Kohlers Stellvertreter Lothar Metz, Heinz Felfe mit dem Oberbundesanwalt kam sofort zustande. Laut Felfes Gesprächsvermerk zeigte sich Güde »interessiert und sagte Unterstützung im Bedarfsfalle zu«.[85] Bei dem inzwischen erreichten Stand der Dinge wäre alles andere auch eine Überraschung gewesen. Wirklich sensationelle

Bedeutung gewann ein anderer Gesprächsgegenstand, nämlich die juristische Doktorfrage, was eigentlich als ein »Staatsgeheimnis« anzusehen sei. Sie wurde bei der Erörterung des Charakters von Spielmaterialien vertieft. Selbstverständlich würde Staatssekretär Globke künftig nicht über die Freigabe jedes einzelnen Blattes persönlich entscheiden können, vielmehr würde sich mit der Zeit eine gewisse Routine herausbilden, die juristisch hieb- und stichfest sein müsse. Hier nun entfaltete der Oberbundesanwalt vor seinen Besuchern eine erstaunliche Lehrmeinung – wenigstens wurde sie Gehlen von »Friesen« so dargelegt.

Max Güde, der bereits eingangs betont habe, es werde »der Begriff ›Staatsgeheimnis‹ im Allgemeinen viel zu weitreichend ausgelegt«, entwickelte vor seinen Gästen laut Vermerk angeblich die folgende Auffassung: »a) Dinge oder Tatsachen, die jedermann zugänglich sind, sind *keine* Staatsgeheimnisse […] b) Ein zur Kenntnis des Gegners gelangtes Staatsgeheimnis ist *kein Geheimnis* mehr.« Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass Güde sich wirklich so geäußert hat (zu klären ist das nicht mehr[86]), denn wer könnte je verlässlich sagen, was einem fremden Dienst bekannt ist oder nicht? Niemand außer diesem selbst. Felfe verpackte die mitgeteilte Äußerung im Weiteren sehr geschickt, wenn er zunächst sagte, »für besonders wichtig hält Bundesanwalt Güde die gewissenhafte Prüfung freigegebenen Materials«, um danach fortzufahren: »Wenn die Zentrale zu der Überzeugung gelangt, dass es sich nicht um eine geheime Tatsache etc. handelt« (Felfes »usw.« und »etc.« signalisieren meist, dass er dabei war, zentral Wichtiges sprachlich zu Lappalien oder Routinen herunterzustufen) »bzw. nur um ein *früheres* Geheimnis und den unterstellten V-Mann in diesem Sinne unterrichtet, könne niemals der Vorwurf des vorsätzlichen Landesverrats erhoben werden, was in strafprozessualer Hinsicht bedeutsam sei. Praktisch sei dann keine Verurteilung möglich oder zu erwarten.« Die Beachtung von Güdes Ansicht sei »bei der III F-Arbeit von Bedeutung«, betonte Felfe. Die Auffassung der Bundesanwaltschaft, die sich allerdings nicht mit der Ansicht der Amerikaner decke, solle in der Gegenspionage künftig Anwendung finden, »jedoch unterstellten Stellen nicht zur Kenntnis gegeben werden«.

Was hier wie eine Vorsichtsmaßnahme zum juristischen Schutz der eigenen Agenten erscheint, war in Wahrheit ein Freibrief für den Agentenführer, und zwar nicht in strafrechtlicher, sondern in operativer

Hinsicht. Erklärte dieser einen Sachverhalt nämlich als dem Gegner bereits bekannt, so war der Weg für die Überlassung entsprechenden Spielmaterials frei. Woher aber wusste der Fallführer, was im feindlichen Lager bekannt war? Ganz einfach: Der Doppelagent, der seine Informationen vom feindlichen Dienst bekam, sagte es ihm einfach. Wenn der KGB »Lena« – angeblich – in diesem Sinne unterrichtete, dann würde es sich gewiss auch so verhalten. Konstruiert man einen Extremfall, so hätte »Lena« Felfe beispielsweise übermitteln können, die Urlaubsplanung des Kanzleramts sei den Russen bekannt, dann hätte diese bedenkenlos als Spielmaterial freigeben dürfen. Das schlichte Patentrezept lautete also: Erlange Unbekanntes durch die dreiste, aber unbeweisbare Behauptung, der Feind kenne es ohnehin schon.

Heinz Felfe berichtete Gehlen noch mehr von dieser denkwürdigen Unterredung. Man sei sich allgemein einig gewesen, dass, »wie beim BfV offenbar geschehen«, einem V-Mann Geheim-Dokumente niemals ohne die Zustimmung der Behördenleitung freigegeben werden dürften; bei Materialien des Auswärtigen Amtes für »Lena« wären das allein der Außenminister oder sein Staatssekretär. Der Bundesanwalt sei über das von der Organisation Gehlen gepflogene Verfahren bei der Spielmaterialfreigabe genauestens unterrichtet worden, fuhr Felfe fort: »Güde war sichtbar beeindruckt und erklärte, dass er diese Praxis für sehr gut halte und sehe, dass hier korrekt und verantwortungsbewusst gearbeitet werde.« Dieser freundliche Satz war von einem Leser unterstrichen und mit der Randnotiz »gut!« versehen worden. »Er – Güde – sei für scharfe Anweisungen nach unten; im Übrigen jedoch solle die Zentrale großzügig sein, denn ›sonst komme bei diesem Geschäft nichts heraus, was doch letztlich Sinn einer Gegenspionage sei‹.«

Mundgerechter war ein Verrat großen Stils juristisch und politisch nicht vorzubereiten. Es bleibt ein Rätsel, weshalb niemand diese bei näherem Besehen doch einigermaßen abenteuerliche Theorie des »früheren Geheimnisses« auf ihren juristischen Gehalt und ihre Konsequenzen für den Dienst und das Land abgeklopft hat. Reinhard Gehlen hätte das in einem Telefonat oder bei einer Begegnung mit dem Oberbundesanwalt leicht tun können. Für sein großes »Lena«-Spiel hätte das allerdings eine unerfreuliche Erschwernis gebracht. Vielleicht unterblieb eine Nachfrage schlicht deshalb, weil das angebliche Güde-Theorem die angelaufene

Operation stark erleichterte und vereinfachte. Womöglich hat tatsächlich niemand die Tragweite überschaut, die in dem Vermerk Felfes steckte. Je mehr sich die von Heinz Felfe diktierte Praxis einschliff, desto schwieriger wurde es, das Vorgehen des Meisterspions in Frage zu stellen und damit eine Operation von so enormem politischem und nachrichtendienstlichem Gewicht zu stören.

Hinterher ist man klüger. Das trifft in nachrichtendienstlichen Dingen in besonderem Maße zu. Post festum sieht man mit einigem Unglauben und innerem Kopfschütteln dabei zu, wie die Getäuschten euphorisiert in die aufgestellten Fallen liefen. Der KGB und ihr westdeutscher Spitzenmann haben die »Operation Lena« zweifellos geschickt angelegt. Sie hätte auch noch nach der »Legalisierung« der Organisation Gehlen aber nicht so reibungslos vonstatten gehen können, wenn deren Führung und Gehlen persönlich mehr nachrichtendienstliche Professionalität gezeigt hätten. Nicht allein die auf Schritt und Tritt zu beobachtenden Leichtfertigkeiten in der tagtäglichen Praxis wären zu nennen, in Pullach hob auch niemand den Kopf, um den vermeintlichen Coup mit dem Spion/Gegenspion Günter Hofé in Zusammenhänge zu rücken, die keineswegs fernlagen. Es wäre dann vielleicht erkennbar geworden, dass sich dieser Coup bestens in die Attacken einfügte, die der sowjetische Geheimdienst zur selben Zeit zunächst mit »Lili Marleen«[87] und dann mit seinem vernichtenden Angriff auf Ludwig Albert[88] durchführte. Ebenso wie diese beiden Operationen dem Ziel dienten, den intern von einigen Mitarbeitern bereits beargwöhnten Felfe aus der Schusslinie zu ziehen, so hatte »Lena« den Zweck, seine Stellung nicht nur zu festigen, sondern ihn in der Zentrale zu einer Schlüsselfigur hochzuspielen.

Hinweise und eine intern immer wieder formulierte Skepsis, dass in diesen Fällen doch reichlich Merkwürdigkeiten aufträten, gab es zur Genüge. Auffällig waren namentlich die Parallelität des sowjetischen Vorgehens gegen Albert und der Einsatz von Hofé. Mitte 1954, genau zu der Zeit, als der KGB den Inoffiziellen Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit Herbert Weinmann in eigene Regie nahm,[89] lancierte Felfe die Sensationsmeldung, nach der die Sowjets auf breiter Front dabei seien, kompromittierende Materialien über keine Geringeren als Adenauer, Blankenhorn, von Brentano und Hallstein zu sammeln. Kurz nach seiner wenig später erfolgten Warnung, der Feind nehme nun den Leiter der

Dechiffrierabteilung des Auswärtigen Amts aufs Korn, begann der in der Bundesrepublik verhaftete, ebenfalls vom KGB gesteuerte Weinmann seine abenteuerliche Lügengeschichte über den angeblichen MfS-Informanten Albert auszupacken. Im Dienst und beim Verfassungsschutz wurden auch hier wieder kritische Stimmen laut, doch wieder reagierte niemand.

In der Spitze des Gehlen-Dienstes ließ sich auch dann noch niemand von Zweifeln ankränkeln, als im Sommer 1955 der Albert-Fall dramatisch eskalierte und die »Operation Lena« sich zeitgleich zu einer Frage des Staatswohls der Bundesrepublik Deutschland auswuchs. Im Gegenteil, der »Doktor« und seine engsten Mitarbeiter folgten immer entschiedener dem Tempo und dem Takt, den Heinz Felfe vorgab. Zu sehr waren Gehlen, Langkau, Kohler und Weiß von der Aussicht auf die politische Dividende in Atem gehalten, die ihnen genau in dem Jahr winkte, wo die Entscheidung der Bundesregierung über die Verwandlung des CIA-Apparates in den Bundesnachrichtendienst fallen musste. Gehlen erkannte genau, dass mit der »Operation Lena« eine erhebliche innenpolitische Aufwertung für seinen Dienst und für ihn persönlich verbunden sein würde. Eine Institution, welche die Sicherheit des Staates auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges bei einer derart akuten Bedrohung so souverän garantierte, mochte nominell nur eine Bundesoberbehörde sein, real war sie viel mehr als das: ein Schutzschild der Bundesregierung. Anders als gewöhnliche Behörden brauchte der BND seine Karten nicht einmal auf den Tisch zu legen. Das Vertrauen von Bundeskanzler Adenauer und Hans Globke genügte. Reinhard Gehlen hatte dieses Vertrauen bereits in den zurückliegenden Jahren mit seinen geheimen Diensten zu festigen verstanden. Auch jetzt vermochte er sein nachrichtendienstliches Arkanwissen innenpolitisch zu instrumentalisieren. Ausnahmsweise gibt es keinen Grund anzuzweifeln, was der »Doktor« nach seinem Ausscheiden als BND-Präsident zu Protokoll gab: »Es war nichts Besonderes, dass ich allein bei Adenauer war. Wenn Globke nicht da war, war ich immer allein beim Bundeskanzler.«[90]

Reinhard Gehlen als Sicherheitsgarant der Bundesrepublik Deutschland

Hoher Kredit in Bonn

Mit Beginn des Jahres 1955 schwoll der Nachrichtenstrom aus den Quellen Günter Hofés an und gewann weiter an Brisanz. Immer häufiger unterrichtete Heinz Felfe unter Ignorierung der Hierarchieebenen Gehlen direkt. Der ließ »Frieden« nicht nur gewähren, sondern zog daraus erheblichen Nutzen beim Ausbau seiner Machtposition. Drei Tage vor dem Jahreswechsel 1954/55 lagen dem »Doktor« beispielsweise zehn Schreibmaschinenseiten über den Baron Wolfgang Gans zu Puttlitz auf dem Schreibtisch, der zum Widerstand gegen Hitler gehört und sich kürzlich in der DDR niedergelassen hatte. »Lena«, der Verlagschef, kam mit ihm in Kontakt, um dessen mutmaßlich brisante Lebenserinnerungen zu begutachten, die dann auch in seinem Verlag der Nation erschienen. Es dürfe vermutet werden, meinte Felfe, dass der ehemalige britische Agent von Puttlitz (der während des Krieges mit dem verhassten Sefton Delmer gearbeitet hatte, als Kommunist galt und engen Kontakt zur SED-Führung unterhielt) von den Sowjets an Hofé herangespielt worden sei, um diesen zu kontrollieren; mit Führungsoffizier Wolgin habe der Verlagsdirektor diesen Besuch jedenfalls erörtert. Der mitgeteilte Gesprächsinhalt, in dem es vor Bezügen zu historischen Persönlichkeiten der letzten Jahrzehnte nur so wimmelte, dürfe wegen Quellengefährdung »*nur* der eigenen Information dienen«, mahnte Felfe Gehlen.[91]

An Silvester schickte »Friesen« seinem Chef eine Vortragsnotiz über die jüngste Entwicklung seines Paradefalls. Sie behandelte »den Aufbau der gegnerischen Agentengruppe in Westdeutschland bzw. die vom Gegner hierfür getroffenen Maßnahmen«. Dieselbe Analyse trug Felfe vier Wochen später in Gegenwart Gehlens im Bundeskanzleramt Abteilungsleiter Karl Gumbel vor.[92] Entsprechend dem Wunsch von Staatssekretär Globke wurden die groben Umrisse des Falles in der »von Gehlen festgelegten Sprachregelung« sodann der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts (unter dem Tarnnamen »Rotstift«), dem Sicherheitsbeauftragten des Auswärtigen Amts und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (unter dem Tarnnamen »Anna«) dargelegt.[93]

Der Angriff des KGB gewann Ende April 1955 eine neue Dimension: Jetzt zielte er angeblich direkt auf das Bundeskanzleramt! Hier liegt der Kern der »Operation Lena« und – soweit es die Innenpolitik betrifft – ihre

besondere historische Bedeutung. Den Auftakt gab natürlich Heinz Felfe, der dazu ein umfängliches Memorandum für Gehlen vorbereitete, das dieser bei seinem Besuch in Bonn Globke übergeben wollte. Da der Staatssekretär erkrankt war, erfolgte es schriftlich.[94] Wort für Wort entsprach es dem Entwurf Felfes. Eine weitere umfängliche Ausarbeitung legte er vier Wochen später vor.[95] Im Unterschied zu früheren Schriftstücken seien »diesmal Einzelheiten über den von den Sowjets geführten Angriff auf die Sicherheit der Bundesrepublik aufgeführt«, unterstrich Gehlens Gegenspionage-As. Diese Transparenz erscheine »erforderlich, um dem Bundeskanzleramt die *Breite* des Angriffs der Sowjets deutlich zu machen«. Inzwischen sei der Fall nämlich »in einem Maße ausgeufert, wie dies anfangs nicht vorherzusehen war. Dass hierbei nicht nur das einzelne Ereignis für sich betrachtet wird, sondern Zusammenhänge und Hintergründe erkannt werden können, ist ein besonderer Erfolg, wie er auf dem Gebiete der Gegenaufklärung nur ganz selten erzielt werden kann.« Im selben Atemzug trieben der vor Selbstbewusstsein strotzende Felfe und Reile die Monopolisierung der Operation bei sich voran. Deren Steuerung sei künftig zwingend in einer Hand zusammenzufassen, wenn sie von Erfolg gekrönt sein solle, meinten sie: »Da nach hiesiger Auffassung weder das BfV noch der Sicherheitsbeauftragte des Auswärtigen Amtes in der Lage [sind], diesen vielfach verzahnten Fall ordnungsgemäß zu bearbeiten, wird es als selbstverständlich angesehen, dass die zu fordernde Koordinierung bzw. Federführung aus sachlichen Gründen bei der Org liegen müsste.« Damit rannten sie bei ihrem Chef, der genauso dachte, offene Türen ein.

Wie stellte sich im Frühjahr 1955 die Sicherheitslage der Bundesregierung Deutschland aus der Sicht des Gehlen-Dienstes nun dar? Der KGB baue sein Agentennetz weiter aus, hielt Felfe fest, und ziele weiterhin auf das Auswärtige Amt, namentlich auf dessen Chiffrierabteilung. Da er bei dessen Leiter abgeblitzt sei, suche er nach anderen Anknüpfungspunkten, »was ihm jedoch nicht zufriedenstellend gelang«. Inzwischen befänden sich bereits weitere Bedienstete anderer Behörden, etwa des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundespresseamts, auf der Zielliste. Der Versuch, ein nach außen hin konservatives, in Wirklichkeit sowjetisch finanziertes »Diplomatisches Bulletin« in Bonn aufzuziehen, sei zwar gescheitert, Überlegungen in dieser

Richtung bestünden aber fort. Felfe schien die Absichten des KGB wie aus einem offenen Buch herauszubuchstabieren.

Diese Hinweise waren allerdings nur der Auftakt zu einem Paukenschlag: »Die vorgesetzte Dienststelle des sowjetischen Nachrichtendienstes in Moskau hat nach neuester Erkenntnis die in den vergangenen zwölf Monaten durch die Karlshorster Stelle geleistete Arbeit kritisch geprüft und ist mit deren Ergebnis (bzw. Fehlschlägen) unzufrieden.« Das war denn doch ein sehr tiefer Einblick in das Innere des KGB. War es eigentlich wahrscheinlich, hätte man sich in Pullach fragen können, dass einem deutschen Informanten von seinem sowjetischen Führungsoffizier derart detailliert von einer Kopfwäsche erzählt wurde, die ihm und seinen Karlshorster Kollegen von der Zentrale verabreicht worden war?

Solche Interna aufzufahren, erschien »Friesen« wohl geboten, um seine Schreckensmeldung noch glaubhafter erscheinen zu lassen: »Aus diesem Grund wurde die Verbreiterung der ›Forschungs- und Ausgangsbasis‹ und eine Durchführung der ›Angriffe auf breiter Front‹ angeordnet«, legte er dar. »Als ›Durchdringungsobjekt‹ wurde ab 1. April des Jahres in die vorstehend geschilderte Operation des sowjetischen Nachrichtendienstes nunmehr auch das *Bundeskanzleramt* einbezogen. Die Entsendung eines ›Spezialisten‹ aus Moskau zur Verstärkung der vorgeschobenen Führungsstelle in Karlshorst ›zwecks Befassung mit dem Apparat Globke‹ ist inzwischen erfolgt. Damit wird die nunmehr gegen das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt gerichtete Spionage *direkt von Moskau* aus geführt und nicht mehr, wie bislang, in eigenverantwortlicher Zuständigkeit von Karlshorst. Die erwartete Steigerung der sowjetischen Aktivität wurde bereits beobachtet.« Das war das schwerste Geschütz, um die Organisation Gehlen als Sicherheitsgarant der Bundesrepublik hinzustellen. Angesichts dieses Schreckensszenarios und der bedrohlichen Formulierung »direkt von Moskau aus« mag für Hans Globke wenig Raum für die kritische Nachfrage geblieben sein, weshalb die sowjetische Geheimpolizei gegenüber »Lena« denn plötzlich und ganz überflüssiger Weise ihre geänderten inneren Zuständigkeiten offenlege.

Um seine verblüffende Kenntnis des sowjetischen Vorgehens weiter zu untermauern, benannte Felfe die vier Personen im Auswärtigen Dienst und im Presseamt, an die sich der KGB bereits herangemacht habe. Drei von ihnen hätten den westdeutschen Sicherheitsbehörden nach ihrer Rückkehr

aus der DDR (wo sie zum Teil unter Druck angeworben worden seien) bereits Meldung erstattet. Der im Bundespresseamt beschäftigte Journalist Günther Tonn sei Mitte April während eines Besuches in Ost-Berlin mit sowjetischen Agenten zusammengebracht worden, »die zwar noch keine Anwerbung versuchten, jedoch alles taten, um ihn langsam, aber umso sicherer fest in die Hand zu bekommen«. Tatsächlich war Tonn dann der einzige Bundesbedienstete, den der gegnerische Dienst wenig später verpflichten konnte. Wiederum hätte ein Experte an dieser Stelle stutzen müssen, hätte er gelesen, wie freimütig »Lenas« Führungsoffizier seinen Agenten in Dinge einweihte, die ihn nichts angingen und die er nicht wissen musste. Inzwischen habe man den BfV-Vizepräsidenten Albert Radke (der einige Jahre zuvor von Pullach nach Köln gewechselt war und mit dem enger Kontakt gepflegt wurde[96]) unterrichtet, der diese Information jedoch nur persönlich zur Kenntnis nahm, »ohne irgendwelche Maßnahmen zu treffen, die den Gegenspionagefall nur vorzeitig beendet hätten. Die Ausweitung des gegnerischen Auftrages auf das Bundeskanzleramt wurde dem BfV bislang nicht mitgeteilt.« Das wäre auch sehr unklug gewesen, weil die Organisation Gehlen so nicht nur ihr Monopol verloren hätte, den Bundeskanzler, seinen Staatssekretär und deren Mitarbeiter zu schützen, sondern auch Gefahr gelaufen wäre, dass die Fachleute des Verfassungsschutzes, wie schon häufiger, Zweifel an der Professionalität Pullachs anmeldeten.

Es folgte eine abschließende Bewertung: »Die bisherige Stellungnahme wird unverändert aufrechterhalten, d. h. die Absichten der Sowjets für den Aufbau eines Agentennetzes in Bonn wurden und werden bekannt. Eine Abwehr« – große Pauke! – »des sowjetischen Angriffes auf die Sicherheit der Bundesrepublik ist möglich durch Weiterführung des Falles.« Freilich müsse noch dies und das bei der Kompetenzverteilung zwischen den westdeutschen Sicherheitsbehörden klargezogen werden, denn Verfassungsschutz, Sicherungsgruppe und Auswärtiges Amt übersähen ja doch nur einen Teil dieser gefährlichen Entwicklung, würden womöglich »diametral entgegengesetzte Maßnahmen treffen oder vorbereiten, während von hier aus der große Zusammenhang *und* die Absichten und Maßnahmen der Sowjets übersehen bzw. eingesehen werden«. Das Memorandum merkte zur Abrundung noch an, welch fruchtbare Arbeit »Lena« auch auf dem Gebiet der einfachen politischen Spionage leiste. Ende Mai 1955 wurde das

brisante Schriftstück dem Chef des Bundeskanzleramts übergeben.[97] Just zur selben Zeit nahm der wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen in Norditalien unter Beschuss geratene und vorübergehend suspendierte Mitarbeiter der Sicherungsgruppe Bonn, Kriminalrat Theo Saevecke,[98] seinen Dienst wieder auf und wurde nun Heinz Felfes Partner in Sachen »Lena«;[99] in Pullach wurde er als V-2983 geführt. Felfes Komplizen Hans Clemens kannte Saeveck aus ihrer gemeinsamen Zeit beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Italien.[100]

Exakt während der beschworenen Eskalation der KGB-Offensive gegen Bonn trat Reinhard Gehlen im Vollgefühl seiner Unersetzlichkeit beim Schutz der Bundesrepublik mit einem Memorandum an das Kanzleramt heran, in dem er seine Vorstellungen von den »grundsätzlichen Befugnissen des Leiters des Bundesnachrichtendienstes« sehr selbstbewusst darlegte.[101] In Washington scheiterte in ebendiesen Wochen die beschriebene Intervention von General Trudeau bei Bundeskanzler Adenauer, mit der die Übernahme der Organisation Gehlen in letzter Minute verhindert werden sollte.[102] Wäre die Entscheidung des Kanzlers dafür nicht längst gefallen gewesen, die scheinbar so großartige Abwehrarbeit der Pullacher Gegenspionage wäre ein guter zusätzlicher Grund gewesen, den Gehlen-Apparat zum Bundesnachrichtendienst zu erheben.

Ab Sommer 1955 hielt Reinhard Gehlen das Bundeskanzleramt, fokussiert auf Adenauer, Globke und Gumbel, für viele Monate unter heftigem Dauerfeuer, das die gefährliche Bedrohung der Regierungszentrale durch die Sowjetunion grell ausleuchtete. In einer Vielzahl von Einzelfällen war Felfe imstande, die Absichten, Methoden, Erfolge und Misserfolge des KGB en détail zu beschreiben. Von Fall zu Fall bezog er die Sicherungsgruppe darin ein, wo er wie eine Person besonderen Vertrauens ein und aus zu gehen pflegte. Einmal ließ er das Kanzleramt durch Gehlen lapidar bitten, bei der Ein- und Ausreisestelle des Bundesinnenministeriums die dort vorhandenen Unterlagen über seinen Führungsoffizier Wolgin, geboren 1918, und dessen jüngst bestimmten Nachfolger »Wladimir Schtschukin«,[103] geboren 1926, für ihn anzufordern. Er wusste, dass die beiden unter Legende eingereist waren: »Es wäre wünschenswert, wenn sichergestellt werden könnte, dass bei einem erneuten Einreiseantrag der oben genannten sowjetischen Staatsbürger die hiesige Stelle schnellstens unterrichtet werden könnte.«[104] Mehrfach kam es jetzt auch vor, dass

östliche Agenten aufgrund der Hinweise »Lenas« aufgespürt und verhaftet werden konnten; wie im Fall von Ludwig Albert wurden sie von der Gegenseite geopfert, um Heinz Felfes Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft weiter zu stärken.[105]

Keine vierzehn Tage nach der ersten Warnung vor dem sowjetischen Angriff auf das Palais Schaumburg vermochte Heinz Felfe Einzelheiten zum Vorgehen des KGB zu melden.[106] In einer ersten Anwendung des angeblichen Güde-Theorems[107] teilte er mit, dass in Karlshorst ein vollständiges Personenverzeichnis des Bundeskanzleramts vorliege; man dürfe es »Lena« also getrost als Spielmaterial überlassen. Außerdem wies er darauf hin, dass sich bereits am folgenden Tag ein sowjetischer Agent für eine Woche in Bonn aufhalten werde und den Auftrag habe, »›die Sekretärin von Dr. Adenauer, Frau Zimmermann, und den Angestellten im Bundeskanzleramt, Gumbel, zu klären.‹ Er erhielt von den Sowjets die Weisung, nur Außenklärung durchzuführen und keinerlei Kontakt mit dem Vorgenannten zu suchen.« Ihm, Felfe, sei bekannt, dass die Sekretärin wie er selbst aus Dresden stamme und bereits für Adenauer gearbeitet habe, als dieser noch Präsident des Parlamentarischen Rats gewesen sei. Man könne den schon in anderem Zusammenhang aufgefallenen KGB-Agenten, dessen Klar- und Deckname bekannt sei, jetzt verhaften, »ohne Quelle Lena zu gefährden«, zumal der Fall vom Verfassungsschutz »selbständig ohne Koordination mit hiesiger Stelle« bearbeitet werde.

Eine Woche später wusste Felfe bereits mehr.[108] Der besagte Agent sei inzwischen nach Ost-Berlin zurückgekehrt, sein Auftrag sei nun nebst den Wohnadressen der Sekretärin und von Ministerialdirigent Gumbel in allen Einzelheiten bekannt. Von Letzterem nehme der KGB an, dass er »eine geheime Abteilung im Bundeskanzleramt leitet. Durch fingierte Anrufe im Vorzimmer des Dr. Gumbel ist der Name der Sekretärin festzustellen. Sie ist anschließend ebenso zu klären wie Gumbel selbst, insbesondere ihre Lebensverhältnisse usw.« Es sei anzunehmen, dass der sowjetische Agent feststellen werde, »dass die Sekretärin von Ministerialdirigent Gumbel die Regierungsobersekretärin Frau Schwarz ist«. Wie weit er seinen Klärungsauftrag habe erfüllen können, sei »noch nicht« bekannt, bei einem Angestellten des Bundespresseamtes sei der KGB-Mann aber schon erfolgreich gewesen.

Damit nicht genug. »Friesen« kannte auch das Programm, das »ein weiterer Agent« in der bevorstehenden Woche zu absolvieren habe: Nicht weniger als acht Personen aus dem engeren Regierungsapparat waren aufzuklären, nicht weniger als sieben davon Angestellte des Bundeskanzleramts. Zu den meisten lägen in Pullach leider keine Daten vor, weshalb es wünschenswert wäre, »wenn über die vorgenannten Personen, die Zielobjekte des sowjetischen Nachrichtendienstes sind, Näheres in Erfahrung gebracht werden könnte«. Er bitte Gehlen um Weisung, wie im Hinblick »auf die nunmehr deutlich werdende Aktivität des Gegners gegen das Bundeskanzleramt« weiter zu verfahren sei. Außerdem bitte die Gegenspionage darum, dass Adenauers Sekretärin und Gumbel »von dem sowjetischen Interesse an ihrer Person unterrichtet werden könnten«, damit nicht von Seiten irgendeiner bundesdeutschen Sicherheitsbehörde »unzweckmäßige Maßnahmen« getroffen würden. Alles geschah so, wie der KGB-Mann in Pullach es wünschte. Staatssekretär Globke und Ministerialdirigent Gumbel wurden entsprechend eingeweiht. Reinhard Gehlen und seine engsten Berater fragten sich noch immer nicht, wieso Hofé von seinem sowjetischen Führungsoffizier denn in diese Operationen eingeweiht wurde, obwohl »Lena« doch gar nichts mit ihnen zu schaffen hatte.

Der Strom beunruhigender Hinweise aus Pullach riss nicht ab. Ende Juni, Anfang Juli 1955 – es waren die Tage, als das Bundeskriminalamt in Neu-Isenburg zur Verhaftung des angeblichen Spions der DDR-Staatssicherheit Ludwig Albert schritt[109] – überhäufte Felfe Gehlen in kurzer Frequenz mit immer verstörenderen Meldungen über die konzentrischen Angriffe des Feindes.[110] Zunächst ging er die einige Tage zuvor aufgeführten Zielpersonen durch. Die vier Angestellten des Kanzleramts würden aus seiner Sicht sämtlich »als zuverlässig angesehen«, von einem sei allerdings bekannt, dass er »dem Alkohol zuneige«. Die Sekretärin des Kanzlers, »die als absolut zuverlässig angesehen wird, wurde über die Absichten des gegnerischen Nachrichtendienstes in entsprechender Form unterrichtet«, berichtete er weiter. Bei Ministerialdirigent Gumbel sei bereits ein erstes Anzeichen für die sowjetische Attacke zu beobachten gewesen. Er habe nämlich von einem »ihm unverständlichen Anruf« berichtet, »durch den er an eine ihm unbekannte Besprechung bei einer anderen Bundesbehörde erinnert werden sollte«. Mit anderen Worten: Die Angriffsplanung des KGB

war abgeschlossen. Jetzt griff er an! Gab es einen besseren Beleg dafür, dass die Organisation Gehlen zum unentbehrlichen Schutzschild des Bundeskanzleramts geworden war?

Reinhard Gehlen nutzte die neuerliche Weiterung des Falles »Lena« sofort. Er wies Felfe an, eine erneute Zusammenfassung zur Unterrichtung von Staatssekretär Globke vorzulegen, und zögerte nicht, diese einmalige Gelegenheit zu nutzen, um die »Operation Lena« seinerseits noch aufzubauschen. Er wies sein Gegenspionage-As nämlich an, sich künftig einer noch viel spektakuläreren Sprachregelung als bisher zu bedienen: »Lena soll künftig als ›Quelle in Karlshorst‹ beschrieben werden.« Damit passte sich Gehlen in das Spiel Felfes ein und erhöhte damit sein eigenes Gewicht in Bonn. Eine Quelle *in* Karlshorst, der ostdeutschen Zentrale des feindlichen Nachrichtendienstes, zu haben, war natürlich ein noch viel größerer Coup als lediglich eine der zahlreichen westdeutschen Quellen *von* Karlshorst zu überwachen. General a. D. Reinhard Gehlen überschritt mit dieser Anweisung zur Fälschung der Tatsachen, notabene, die Grenzen, die den Spielraum korrekter Meldungsdisziplin absteckten und mit denen jeder Offizier vertraut ist.

Gehlen wies Felfe obendrein an, den Kreis der Eingeweihten so klein wie möglich zu halten und vor allem den Verfassungsschutz aus dem Fall herauszuhalten: »Bezüglich Fräulein Zimmermann soll der Hinweis aufgenommen werden, dass diese bei der Wahrnehmung verdächtiger Umstände angehalten werden soll, *nur* Staatssekretär Dr. Globke zu unterrichten, damit eine laufende Operation nicht durch Maßnahmen anderer Stellen gestört werden kann.« Felfe präsentierte noch eine Reihe weiterer Insiderinformationen, zum Beispiel dass KGB-Mann Wolgin die von »Lena« aufgebaute »Gruppe Schriftsteller« ermuntert habe, Kontakt zur italienischen diplomatischen Vertretung in West-Berlin aufzunehmen. Gehlen ordnete an, den italienischen Nachrichtendienst darüber zu informieren. Auch für Interna des Parteivorstands der SPD interessiere sich der KGB; auf Nachfrage Gehlens rieten Reile und Felfe einstweilen davon ab, diesen in ein etwaiges Gegenspionage-Spiel einzubeziehen.

Bereits wenige Tage später legte Heinz Felfe Gehlen das angeforderte Memorandum vor.[111] Das Anschreiben nutzte er auch diesmal, um seine intime Kenntnis des sowjetischen Vorgehens zu demonstrieren. »Es würde begrüßt, wenn festgestellt werden könnte, an welchem Tage

Ministerialdirigent Gumbel von dem sowjetischen Agenten angerufen wurde«, schrieb er. Dadurch könne festgestellt werden, welcher der beiden KGB-Leute, die in Bonn im Einsatz seien, das Telefonat unter dem Namen »Dr. Schlüter« geführt habe. Außerdem sei das BfV noch immer nicht aus der Abwehr der sowjetischen Aktionen gegen das Kanzleramt ausgeschaltet: »Wäre nicht eine Regelung dergestalt möglich, dass aus dem Geschäftsbereich des Kanzleramts anfallende Gegenaufklärung-Fälle der Org und nicht dem BfV zugeleitet werden?«

Das sechsseitige Memorandum für Globke hatte es in sich.[112] Der Staatssekretär mag den Schriftsatz, der das gesamte Proszenium der KGB-Angriffe aufzog, mit angehaltenem Atem gelesen haben. Viel Raum nahmen dabei die gegen die Sekretärin des Kanzlers, gegen Gumbel und nun auch gegen dessen Vorzimmerdame zielenden Angriffe ein. Adenauer-Sekretärin Zimmermann: Durch Umfragen in der Nachbarschaft habe der KGB-Agent feststellen können, dass unter der von Karlshorst angegebenen Adresse nur noch deren Eltern lebten. »Er stellte weiter fest, dass im gleichen Hause zum Herbst ein möbliertes Zimmer frei wird. Der sowjetische Nachrichtendienst zieht in Erwägung, ob sich eventuell ein sowjetischer Agent einmieten soll.« Er habe auch Zimmermanns gegenwärtige Adresse und darüber hinaus festgestellt, dass »eine Überwachung des Hauses gut möglich ist«. Felfe fügte hinzu, dies sei der erste sowjetische Versuch, die Sekretärin zu beobachten.

Karl Gumbel: »Dem Agenten wurde mitgeteilt, dass Ministerialdirigent Gumbel vermutlich der Beauftragte des Bundeskanzlers für Angelegenheiten der Organisation Gehlen sei und deshalb bei seiner Klärung oder Feststellung seiner Sekretärin wegen zu erwartender Sicherheitsvorkehrungen besondere Vorsicht erforderlich sei.« In den Augen der Russen, fuhr der allwissende Referent Gegenspionage Sowjetunion fort, habe der eingesetzte Agent seine Aufgabe allerdings »nicht zufriedenstellend lösen« können: »Er hat durch fingierte Anrufe (Erinnerung an eine angebliche Besprechung, an der Ministerialdirigent Gumbel teilnehmen sollte) vergeblich versucht, das Büro sowie den Namen der Vorzimmerdame festzustellen.« Immerhin habe er Karlshorst aber melden können, dass man von einer Bushaltestelle aus die Mitarbeiter des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amts gut beobachten könne.

Anschließend vermochte Heinz Felfe zur Information Globkes sage und schreibe vierzehn verschiedene KGB-Klärungsaufträge zu benennen, fünf davon zu Angestellten des Kanzleramts, darunter eine ledige Dame im Alter von 35 Jahren; »unter einem Vorwand ist ein persönlicher Kontakt herzustellen«. Bei drei Personen sollte zunächst herausgefunden werden, ob sie tatsächlich dort beschäftigt seien. Weiter im Visier blieb der Mitarbeiter des Bundespresseamts, Tonn. Hier war herauszufinden, ob der »geneigt« sei, »seinen Jahresurlaub in der DDR zu verbringen, welche persönliche Meinung er über die Wirkung der Moskauer Einladung an den Bundeskanzler und die Vorbereitungen zur Viererkonferenz in Genf hat«; augenscheinlich ein vielversprechender Kandidat für eine Anwerbung. Das Vorgehen sei dem Agenten bei allen Aktionen mehr oder weniger freigestellt, bemerkte Heinz Felfe, der so detailliert zu berichten wusste, als stehe sein Schreibtisch in Karlshorst.

Der von Felfe verfertigte Schriftsatz der Organisation Gehlen für den Chef des Bundeskanzleramts endete mit einer eigenen »Stellungnahme«, die unmissverständlich hervorhob, worum es ging und welche Rolle sich Pullach zuschrieb: »Der vom sowjetischen Nachrichtendienst gegen die Sicherheit der Bundesrepublik gerichtete Angriff kann mit den Mitteln der Gegenspionage auch weiterhin abgewehrt werden.« Noch gehe es dem KGB nur darum, sich Gewissheit über die genaue Tätigkeit der aufgeführten Personen zu verschaffen. Dem »sehr geehrten, lieben Herrn Gumbel« schrieb Gehlen einen persönlichen Brief, in dem er bei einer der gefährdeten Damen um Personenangaben und im Falle der Kanzlersekretärin darum bat, dass diese bei irgendwelchen verdächtigen Anzeichen »unter allen Umständen hierüber nur Herrn Staatssekretär Dr. Globke berichtet, um sicherzustellen, dass die laufende Operation nicht durch Einschaltung und Maßnahmen anderer Dienststellen gestört wird«. Ferner würde es ihn »sehr interessieren, an welchem Tage der neulich erwähnte unerklärliche Anruf stattfand, weil dann festgestellt werden könnte, welcher der beiden Agenten, die in Bonn im Einsatz waren, den Anruf durchgeführt hat«.[113]

Am selben Tag (unmittelbar vor Festnahme Ludwig Alberts) flatterten Gehlen weitere Schriftstücke Felfes – er zerriss sich jetzt förmlich in Diensteifer – zur Weiterleitung an das Bundeskanzleramt auf den Schreibtisch. Bei einem ging es um »Aufträge des sowjetischen

Nachrichtendienstes, die sich gegen den Parteivorstand der SPD richten«; Finanzierung, interne Sitzungen usw. Der andere Hinweis bezog sich auf die von Ost-Berlin geplante Herausgabe einer Schrift gegen das Auswärtige Amt (»Instrument der Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus«, »Im Fahrwasser der Hitler-Diplomatie«, »Bonner Außenpolitik im Dienste der Kriegsvorbereitung und der Verhinderung der Einheit Deutschlands«).[114] Und dann die Unterrichtung der Italiener über die vom KGB drohende Gefahr – ein Funkspruch, der mit der kühnen Zeile begann: »Eine zuverlässig meldende Quelle *im* gegnerischen Dienst in Moskau meldet …«[115]

Im Nachhinein ist gut zu erkennen, wie sorgfältig und wirkungsvoll der KGB die verschiedenen Maßnahmen zur Festigung seines Spitzenmannes koordinierte. Die Aktion gegen Ludwig Albert, bei der die Russen zur Unterfütterung einige Zuträger des Staatssicherheitsdienstes über die Klinge springen ließen, und Heinz Felfes erschreckende »Lena«-Szenarien mussten in Bonn Großalarm auslösen und, einerseits, den Eindruck erwecken, bald werde man sich der östlichen Bedrohung im Innern wohl kaum noch erwehren können, zum anderen aber auch ein gewisses Maß an Zuversicht wecken, da die Gegenspionage in Pullach mit ihrer genialen Operation das Schlimmste wahrscheinlich wohl doch zu verhindern wisse.

Die Aktien des Reinhard Gehlen und seines Dienstes erlebten in Bonn einen Höhenflug. Pullachs Verbindungsmann in der Hauptstadt meldete in einem Fernschreiben stolz: »Die von der Org dem Bundeskanzleramt in letzter Zeit mitgeteilten Erkenntnisse aus dem Fall ›Rotstift‹ haben der Org beim Bundeskanzleramt einen sehr hohen Kredit eingebracht, sodass allein aufgrund dieses Falles das Bundeskanzleramt nunmehr von sich aus auf eine beschleunigte Legalisierung drängt und alles tun wird, um das Gebiet der Gegenspionage der Org zuzusprechen.«[116] Das war zweifellos stark übertrieben und von einem Mittelsmann, der nur begrenzten Einblick hatte, allzu sanguinisch geurteilt. Die Entscheidung des Bundeskabinetts, aus dem Gehlen-Dienst einen Bundesnachrichtendienst zu machen, hing nicht unmittelbar mit den vermeintlichen Erfolgen der Gegenspionage zusammen. Sie wurde vom Kanzleramt seit langem forciert, doch dürften Adenauer und Globke durch die »Operation Lena« in diesem Beschluss bestärkt worden sein. Dasselbe gilt für die unendliche Konfliktgeschichte

von BND und BfV bei ihrem Streit über die Zuständigkeit für die »Spionagebekämpfung«.[117]

Von der Bonner Verbindungsstelle liefen in der Zentrale noch weitere Informationen darüber ein, wie man im Kanzleramt mit den Angriffen des KGB umging.[118] Werner Repenning berichtete, nach Rücksprache mit Felfe habe er inzwischen Kontakt zu Ministerialdirigent Gumbel aufgenommen. Es sei ein Herr Schlüter gewesen, der sich als Angehöriger der Personalstelle ausgegeben und das vom KGB eingefädelte ominöse Telefonat getätigt habe: »Gumbel bestätigt den erfolgten Anruf.« Die von Felfe erwähnte ledige Dame habe ebenfalls einen fingierten Anruf erhalten, bei dem sie ihre Anschrift preisgegeben habe. Mit Gumbel sei zudem das Agieren des Bundesamts für Verfassungsschutz in zwei Fällen besprochen worden, bei dem die Gefahr bestehe, dass »es exekutiv vorgeht oder die Fälle falsch steuert und damit den gesamten Komplex ›Rotstift‹ zum Einsturz bringen kann. Herr Gumbel hat diese Gefahr erkannt und möchte deshalb unmittelbar nach der Legalisierung der Org erreichen, dass ohne Angaben von Gründen das BfV [beide Fälle] an die Org abgibt.« Der Ministerialdirigent geizte auch nicht mit vertiefenden Charakterisierungen zu den meisten der als Zielpersonen der Sowjets genannten Angestellten des Kanzleramts (»Trunksucht«, »guter Ruf«, »Tochter des Gutsverwalters«, eines Generals, »harmlos, gutgläubig, unterhält keine Verhältnisse zu Männern«, »ND-Problemen gegenüber ahnungslos«, »zwielichtige Persönlichkeit«). Heinz Felfe, das staunenswerte Gehirn der Feindabwehr, das bei den Sicherheitsbehörden aus und ein ging, drang, ausgestattet mit dem Vertrauen des »Doktors«, immer weiter in die Spitzenstellen der Bundesregierung vor.

KGB- und BND-Mann »Friesen« gönnte niemandem mehr eine Pause. Sogleich verfertigte er zwei weitere Memoranden für Bonn. Beide waren nach seiner Auffassung geeignet, »das Ansehen des Org beim Bundeskanzleramt weiterhin zu fördern«.[119] Er wusste, worauf es Gehlen ankam, genauso wie ihm klar war, dass es ihm auch persönlich förderlich sein würde, wenn er seinem Chef immer größeren Kredit in der Hauptstadt verschaffte. Im ersten Schriftstück hieß es daher: »Der sowjetische Nachrichtendienst intensiviert in den letzten Wochen seine Bemühungen zur Klärung von ihm namentlich bekannt gewordenen Bundesbediensteten. Es handelt sich ausnahmslos um Personen, die in besonders empfindlichen

Vertrauenspositionen verwendet werden.« Eine Mitarbeiterin der indischen Botschaft sei inzwischen bei einem Aufenthalt in der DDR vom KGB unter Druck mit dem Auftrag angeworben worden, sie solle versuchen, eine Anstellung im Auswärtigen Amt zu erhalten. Die Russen hätten außerdem noch »eine Reihe anderer Bundesbediensteter, insbesondere Sekretärinnen« auf ihrer Liste. Eine habe bereits »einen Blumenstrauß und eine Opernkarte für ›Rigoletto‹« zugeschickt bekommen.

Das wurde neuerlich dazu genutzt, um gegen den Verfassungsschutz Front zu machen. Felfe verwies darauf, dass sämtliche Fälle von ein und derselben sowjetischen Führungsstelle (»mit dem von hier eingesehenen Personal«) bearbeitet würden. Komme es nicht zu einer Zusammenfassung dieser Gegenspionage-Fälle bei der Organisation Gehlen, wären die Folgen verheerend, warnte Pullach Globke: »Ende des Falles ›Rotstift‹. Dadurch würde die Einsicht in die gegen das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt gerichteten Spionagevorhaben der Sowjets unmöglich werden.« Es könne zur Festnahme eigener Quellen durch den KGB, zu »Repressalien gegen in der Ostzone lebenden Personen« und zur »ungewollten Aufdeckung der eigenen Karten und damit Begünstigung des Sowjetischen Nachrichtendienstes« kommen. Also: »Die Sicherheit der Bundesrepublik erfordert dringend«, dass die vom Verfassungsschutz bearbeiteten Fälle einschließlich sämtlicher Akten an den designierten BND abgetreten würden. Überhaupt müsse das BfV alle ihre Gegenspionage-Fälle Pullach zur Prüfung vorlegen, ob nicht vielleicht ein Zusammenhang mit »Lena« gegeben sei; bei puren Verdachtsfällen solle das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt sowie das Bundespresse- und Informationsamt ebenso verfahren. Das andere Papier vom selben Tage machte die »vom sowjetischen Nachrichtendienst gewonnenen Erkenntnisse über Professor Grewe und Dr. Gerstenmaier« zum Thema, und zwar mit der üblich gewordenen Fanfare: »Aus der Führungsstelle des sowjetischen Nachrichtendienstes in Karlshorst wird gemeldet …« Von beiden Prominenten habe der KGB während des Krieges verfasste Schriften ausgegraben und prüfe, ob sie Ansatzpunkte böten, »um die Verfasser in irgendeiner Form angreifen oder diffamieren zu können«.[120]

Der vermeintlichen Bestätigung des Spionageverdachts gegen Ludwig Albert durch dessen Selbstmord in seiner Gefängniszelle am 4. Juli[121] und der Entscheidung des Bundeskabinetts vom 11. Juli, den westdeutschen

Auslandsnachrichtendienst aus der Organisation Gehlen zu formen,[122] folgte eine kurze Atempause, um die »Operation Lena« danach um so schärfer zu forcieren. Das Bundeskanzleramt erhielt eine Zusammenfassung zum neuesten Stand, die mit der Nachricht begann, aus Karlshorst habe man erfahren, in zwei Tagen mache sich ein KGB-Agent mit gefälschten Ausweispapieren in die Bundeshauptstadt auf.[123] Er werde sich der »Erforschung der Lebensumstände verschiedener in Bonn lebender Personen«, vor allem Mitarbeitern derjenigen vier Firmen widmen, die mit dem Erweiterungsbau des Bundeskanzleramts beauftragt seien. Ziel sei die Verwanzung eines »besonders interessanten Arbeits- und Besprechungsraums«. Der KGB sei bereit, »alle hierfür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen«.

Dann wechselte das Papier zum Sachstand der übrigen feindlichen Aktivitäten. Bei den Nachforschungen zur Sekretärin des Bundeskanzlers sei die sowjetische Geheimpolizei auf Dinge gestoßen, die er für ihre Erpressung nutzen wolle. Karlshorst sei derzeit auf dem Informationsstand, wonach Ministerialdirigent Gumbel eine Unterabteilung des Kanzleramts mit fünf Referaten leite, wovon eines die Organisation Gehlen sei; es werde in Erwägung gezogen, die künftig nach Westdeutschland einreisenden Agenten mit gefälschten Ausweisen der Kriminalpolizei oder des Bundesamts für Verfassungsschutz auszustatten, »um ungehindert Personenfeststellungen und evtl. sogar Befragungen durchführen zu können – außerdem sei bekannt, dass das Bundeskanzleramt von der routinemäßigen Überwachung durch das BfV ausgenommen sei«.

Die übliche »Stellungnahme« zu dieser Übersicht hatte Heinz Felfe Gehlen zuvor in den Mund gelegt. Wohlinformiert und selbstbewusst hieß es da neuerlich: »Der vom sowjetischen Nachrichtendienst gegen die Sicherheit der Bundesrepublik gerichtete Angriff kann auch weiterhin mit den Mitteln der Gegenaufklärung abgewehrt werden.« Der KGB versuche »nunmehr auf breitester Front gegen das Bundeskanzleramt anzusetzen. Finanzielle Mittel scheinen hierbei keine Rolle zu spielen.« Den Einbau der Abhörgeräte solle man getrost zulassen. Dadurch könnten nicht nur dessen technische Möglichkeiten festgestellt, »sondern sogar durch fingierte Besprechungen o. ä. der sowjetische Gegner irregeführt werden«. Um dem KGB diesen vermeintlichen Erfolg zu gönnen, solle der zuständige Sicherheitsbeauftragte für den Erweiterungsbau ausschließlich die Org und

nicht etwa das BfV oder die Sicherungsgruppe einschalten. Schließlich das Fräulein Zimmermann, die Sekretärin des Kanzlers: Hier wäre es angebracht, wenn diese, da bereits durch den Staatssekretär »vorgewarnt«, in geeigneter Form »erneut auf die ihr drohende Gefahr aufmerksam gemacht und zur Meldung aller verdächtigen, auch nebensächlichster Wahrnehmungen an Herrn Staatssekretär Dr. Globke veranlasst wird«.

Dank Felfe war Reinhard Gehlen allmählich in die Position eines Sicherheitsgaranten der Bundesrepublik Deutschland eingerückt, aus der heraus er nebenher auch den Konkurrenzkampf mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz verschärfen konnte. Vizepräsident Radke, »Riedinger«, schien allerdings nicht mit Pullach an einem Strick zu ziehen, die Org nicht einmal mehr korrekt zu unterrichten. Doch auch hier konnte »Friesen« politische Erfolge verbuchen, wie er Gehlen mitteilte.[124] Wegen eines bestimmten Falles seien bei Ministerialdirigent Gumbel nun wohl Bedenken entstanden, wenn dieser ohne Koordinierung mit dem Gehlen-Dienst bearbeitet werde. »Gumbel konnte in dieser Auffassung nur Recht gegeben werden, wenngleich sich 127,7 bis dahin abgefunden hatte, dass eine vernünftige Koordinierung mit dem BfV vor der Durchführung der Legalisierung nicht zu erwarten sei.« Gegenteiligen Beteuerungen Radkes sei im Lichte der schlechten Erfahrungen mit dem Verfassungsschutz kein Glauben zu schenken.

So ging es immer fort. Die ganze Sommerpause hindurch hielt Reinhard Gehlen das Kanzleramt mit seinen Alarmberichten in Atem. Die intime Kenntnis der Verhältnisse im KGB wurde beispielsweise bald durch die Mitteilung belegt, dass es, wie man herausgefunden habe, dem sowjetischen Nachrichtendienst nicht möglich gewesen sei, eine von Westdeutschland nach Berlin und Leipzig reisende Gruppe von sechs Personen zu überwachen, weil der dafür eingeteilte Offizier »in dieser Zeit aus persönlichen Gründen (Tod seines Vaters) in die Sowjetunion fliegen musste und deshalb niemand zur Steuerung des Vorhabens in Karlshorst zur Verfügung stand«. Sodann habe man aus der »Führungsstelle« der deutschen KGB-Zentrale erfahren, dass in Kürze ein Agent nach Bonn kommen werde, um die Baustelle am Kanzleramt näher in Augenschein zu nehmen und nach Gesprächen mit einer Vielzahl von Personen einen »Situationsbericht« zum Stand der Vorbereitungen für die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers nach Moskau zu verfassen. Auch diese Hinweise

schlossen mit dem Ceterum censeo »Der Einblick in die sowjetischen Operationen ist weiterhin sichergestellt.«[125]

Wenn es um die nachrichtendienstlichen Methoden und Einzeloperationen des KGB ging, war Heinz Felfe inzwischen der am meisten konsultierte Ratgeber hoher und höchster Stellen. Insbesondere die von der Organisation Gehlen seit langem gepflogene Zusammenarbeit mit der Bundesanwaltschaft intensivierte sich dank »Friesens« Sachkennerschaft. Nach einem Gedankenaustausch mit dem federführenden Oberstaatsanwalt bei einem Strafverfahren wegen Landesverrats zeigte sich dieser laut Felfes Bericht an Gehlen »sehr befriedigt und äußerte, dass es eben nicht genüge, derartige Landesverratsfälle nur von der juristischen Seite her zu betrachten«. Das sei »besonders deshalb notwendig, weil die zuständigen Herren (Anklagevertreter und besonders die Untersuchungsrichter und der erkennende Senat) kaum oder gar keine Vorstellungen von der ND-Arbeit und der Arbeit des Gegners haben«. Felfe wurde auch gleich an den untersuchungsführenden Richter weitergereicht. Der sei nicht weniger angetan gewesen und habe mehrfach betont, so bekam Gehlen zu lesen, »dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Bundesgerichtshof, Sicherungsgruppe und der Org um der Sache willen erforderlich sei«.[126] Aus der Sicht des KGB war dies alles sehr begrüßenswert, denn auf diesem Wege erhielt er einen exzellenten Einblick in das polizeiliche und gerichtliche Vorgehen gegen seine Agenten in Westdeutschland.[127]

Kurz vor Adenauers Moskau-Reise erfolgte die Warnung, der »kommunistische Schriftsteller Ernst Glaeser«, offenbar ein Schulfreund von Außenminister Heinrich von Brentano und mit guten Beziehungen zu Bundespräsident Theodor Heuss gesegnet, habe sich nicht nur während des Amerika-Besuchs des Kanzlers in den USA befunden, er begebe sich mit anderen Journalisten nun auch nach Moskau. Glaeser sei Renegat und habe sich im Krieg vom NS-Regime als Publizist einspannen lassen, was ihn für die NDPD und für den KGB interessant mache. Als Verleger habe Günter Hofé im kollegialen Gespräch herausgefunden, der Mann plane, seine »alte Bekanntschaft« mit dem ehemaligen Hohen Kommissar und Stellvertretenden Außenminister Semjonow aufzufrischen. »Stärkste Sicherheitsbedenken« seien hier gelten zu machen, schrieb Felfe, der ein weiteres Mal demonstrierte, wie wirkungsvoll Hofé eingesetzt werden

konnte. Kurt Weiß assistierte mit dem Bemerken, auch er habe gegen Glaeser »stärkste Bedenken« und könne die Warnung seines Kollegen Felfe nur unterstreichen.[128] Zur selben Zeit sah es so aus, als werde sich der im Bundespresseamt arbeitende Günther Tonn, über den Felfe seit Frühjahr berichtete (»Einsatz gegen das Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt«), dem Druck des KGB nicht länger entziehen können.[129]

Dass bei derart eindrucksvollen Beweisen nachrichtendienstlicher Kompetenz auf Anforderung auch das angebliche Güde-Theorem des »früheren Staatsgeheimnisses«[130] griff, versteht sich. Heinz Felfe fädelte sein Begehr hier einmal folgendermaßen ein: »Aus operationellen Gründen wäre es erwünscht, wenn der hiesigen Führungsstelle ein Organisationsplan des Bundeskanzleramts und der Dienststelle des Beauftragten in Berlin überlassen werden könnte. Es würde operationelle Entschließungen nur fördern, wenn die Kenntnis über die Gliederung der vom sowjetischen Geheimdienst angegriffenen Behörden eine entsprechende Einschätzung zulässt und nicht erst diese Kenntnis auf dem Umwege über Karlshorst bezogen werden müssten, wobei deren Wert und Richtigkeit dann doch zweifelhaft erscheint.«[131] Es fiel nicht weiter auf, dass Felfe mit dieser Feststellung seinem Täuschungsmanöver zur Herauslockung von Spielmaterial eigentlich schadete, denn wenn der KGB keine korrekte Kenntnis der Organisationsstruktur des Kanzleramts besaß, dann war, streng genommen, der Sachverhalt des »früheren Geheimnisses« ja nicht gegeben. Doch für solche Feinheiten interessierte sich im Rausch einer so durchschlagenden Gegenspionage inzwischen niemand mehr.

Heinz Felfes Sachstandsbericht zur »Operation Lena« vom selben Tage wurde von Gehlen an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.[132] Wie meistens begann er mit der stehenden Wendung, »aus der Führungsstelle des sowjetischen Nachrichtendienstes in Karlshorst wird bekannt«. Es habe sich also ein KGB-Agent mit gefälschten Papieren im Raum Köln-Bonn aufgehalten, der sich zunächst wieder um den Anbau an das Palais Schaumburg gekümmert habe. Dabei habe er insofern ziemlichen Schiffbruch erlitten, als er weder Kontakt zu den beauftragten Firmen noch zu ihren Beschäftigten habe herstellen können. Auch die Prüfung von Kanalisation und stromführenden Kabeln »war nicht möglich«. Wegen der üppigen Verwendung von Stahlbeton vermute der Agent den Bau »atombombensicherer Schutzräume«. Seine weiteren Unternehmungen

seien nicht viel besser verlaufen. Bei der Annäherung an die Sekretärin des Kanzlers habe sich mittlerweile ebenfalls »eine gewisse Ratlosigkeit« eingestellt. Man wisse zwar, dass sie Adenauer nach Moskau begleite, bezweifle aber, dass sich daraus eine Kontaktmöglichkeit ergeben werde. Interessant sei immerhin, dass es ein neues Zielobjekt gebe, nämlich den Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin, Heinrich Vockel (CDU). »Der sowjetische Nachrichtendienst in Karlshorst interessiert sich für diese Dienststelle deshalb, weil sie dem Bundeskanzleramt unterstellt sei und ›merkwürdigerweise direkte Wege zu Ministerialdirigent Gumbel führen‹.«

Die abschließende Stellungnahme des designierten BND-Präsidenten verwies wie gewöhnlich darauf, dass der Einblick in die sowjetischen Operationen »weiterhin sichergestellt« sei. Weitere Aktivitäten im Raum Bonn seien derzeit nicht zu erwarten, doch werde es zu einer erheblichen Intensivierung ab etwa Mitte Oktober 1955 kommen, wenn die operationellen Vorbereitungen für den Einsatz dreier KGB-Agenten abgeschlossen seien. Mit anderen Worten: Die Russen bleiben gefährlich, aber sie kochen auch nur mit Wasser; jede ernstliche Gefährdung kann nur von der Org beseitigt werden. Gehlen war selbstverständlich bewusst, zu welcher Position und zu welch tiefen Einblicken er Felfe in seinem Dienst, bei den Sicherheitsbehörden, in einigen Ministerien und vor allem im Bundeskanzleramt selbst verholfen hatte. Angesichts der Merkwürdigkeiten in den Vorlagen »Friesens«, der schwer verständlichen Geschwätzigkeit der sowjetischen Betreuer von Hofé, auch wegen der Warnungen vor Felfe, die eine lange Tradition im Dienst hatten und sich zu häufen begannen, hätte sich bei Reinhard Gehlen mindestens ein wenig Skepsis und vor allem viel mehr Vorsicht bei der Unterrichtung der Regierungsspitze entwickeln müssen, möchte man meinen. Das geschah nicht, denn der Preis dafür wäre gewesen, auf die Machtposition und Unangreifbarkeit zu verzichten, die von seiner dank Felfe erreichten Position als geheimer Sicherheitsgarant des Staates herrührte. Die erforderliche Vorsicht im Umgang mit dem Felfe-Konstrukt hätte überdies ein Maß an Realitätssinn, Professionalität und innerer Wahrhaftigkeit erfordert, über das der erste Präsident des Bundesnachrichtendienstes nicht verfügte.

Immer wieder konnte der Doppelagent Hofé dank der schwer erklärlichen Redseligkeit seines sowjetischen Führungsoffiziers auch Informationen liefern, die über sein engeres Aufgabenfeld hinausreichten.

Dieser habe beispielsweise »sofort ohne zu zögern und ohne Theatralik« gesagt, der in den deutschen Medien so hoch gehandelte Kandidat Wladimir Semjonow werde nicht zum ersten sowjetischen Botschafter in Bonn bestellt. Laut »Lena« hatte sein KGB-Betreuer in Moskau mit vielen Mitgliedern der Delegation des Bundeskanzlers gesprochen (schon das eine Merkwürdigkeit für einen jungen Nachrichtendienstler) und unter anderem die »sichere Information« erhalten, »dass Globke beim Kanzler erheblich in Ungnade gefallen sei. Es sprächen eine Menge Anzeichen dafür, dass der Kanzler Globke fallen lässt.« Im Übrigen habe Adenauer »bei einem Bankett so viel getrunken, dass er hätte geführt werden müssen. Die allgemeine Auffassung, dass der Kanzler nichts tränke, sei in Moskau schlagend widerlegt worden.« Nicht genug des Tratsches, »die allgemeine Meinung in Moskau wäre gewesen, dass sich Brentano dort keinerlei Freunde verschafft hätte. Die Art seines Auftretens sei zu streng und viel zu wenig verbindlich gewesen. Den besten Eindruck habe Carlo Schmid gemacht.«[133]

Mittlerweile verbuchte der KGB den ersten Erfolg bei seinem Angriff auf Bonn. Günter Hofé malte ihn seinem V-Mann-Führer in allen Einzelheiten aus, dieser ihn wie bei der Stillen Post Felfe, dieser sodann Gehlen und der »Doktor« schließlich Globke. Es war der Fall des Günther Tonn vom Bundespresseamt. »Friesen« unterrichtete Gehlen, der sowjetische Nachrichtendienst habe den Mann inzwischen angeworben und von Tonn die Zusage der »Lieferung von politischem Informationsmaterial« erhalten, darunter den Bericht Adenauers über seine Moskau-Reise im Kabinett.[134] Das Nachfolgende diente der Demonstration, wie hervorragend die Organisation Gehlen dank »Lena« über die engere Vorgeschichte der Tonn-Verpflichtung informiert war. Begonnen habe alles wohl in Moskau, wo Hofés Führungsoffizier Schtschukin, der demnächst in die sowjetische Botschaft in Bonn versetzt werde, auch mit zwei Mitarbeitern des Presseamtes gesprochen habe, darunter mit Herrn Z., dem »streng geschiedenen« Ehemann der Sekretärin von Globke. Tonn habe inzwischen einen Brief an Schtschukin gerichtet, in dem er eine von diesem bezeichnete Dame als »die Seele des Betriebes« bezeichnet habe: Frau Z. bei Globke.

Es folgte dann eine in alle Einzelheiten gehende Beschreibung des vorgesetzten Referatsleiters von Tonn und Herrn Z. im Bundespresseamt

(»Mohammedaner«, »kleiner Regierungssprecher«), der im Amt VI des Reichssicherheitshauptamts gearbeitet habe und über den allerbesten Einblick in die Regierungsgeschäfte verfüge; die NDPD unterhalte konspirative Beziehungen zur Ehefrau des Referatsleiters. Felfe befand, »aus dem Fall heraus wird immer mehr deutlich, dass die Sowjets verhältnismäßig gut über Bonner Ereignisse im Bilde sind«. Sie wüssten bereits, dass die im Visier des KGB stehende Sekretärin von Ministerialdirigent Gumbel nicht mit ihm an die Spitze der Personalabteilung im Bundesministerium der Verteidigung wechseln werde. Die bedeutsame Angelegenheit Tonn und ihre Nebenstränge seien noch nicht voll zu übersehen, schrieb »Friesen« dem »Doktor«, es werde daher das Beste sein, wenn man sich bald einmal mündlich über den Gang der Dinge austausche.

Die Verteidigung des Bundeskanzleramts

Der Fall Tonn blieb in dem von Heinz Felfe in seiner ganzen Bedrohlichkeit ausgemalten Szenario letztlich der einzige, bei welchem dem sowjetische Nachrichtendienst tatsächlich eine Rekrutierung glückte; er sei daher vorab knapp im Zusammenhang abgehandelt. Der Journalist Günther Tonn,[135] Jahrgang 1893, während des Krieges in Berlin und im Ausland für eine Presseagentur tätig, war nicht mehr der Jüngste, weshalb er bei der Einstellung ins Bundespresseamt Anfang 1953 sein Geburtsdatum um einige Jahre vorverlegt hatte, da er fürchtete, sonst keine Anstellung zu bekommen. Da er sich aber nicht ausgelastet und auch nicht voll anerkannt fühlte – ein Kollege schilderte ihn als einen »fachlich verbrauchten« Mann, der nur noch das »Gnadenbrot« empfange[136] –, habe er begonnen, so Felfe, sich »aus diesem Komplex heraus« schriftstellerisch zu betätigen, und zwar mit dem unter Pseudonym verfassten Schlüsselroman »Die Dschungelballade« über die Bonner Verhältnisse. Als Direktor des Verlags der Nation sei Günter Hofé mit ihm handelseinig geworden, habe das noch unvollendete Manuskript angekauft und Tonn auch bereits Vorschusshonorare gezahlt – ideale Anknüpfungspunkte für »Lena« und den KGB.

Anfang November 1955 legte Felfe die Angelegenheit Tonn im Detail auseinander.[137] Inzwischen habe der Mitarbeiter im Presseamt, das immerhin dem Kanzleramt unterstellt sei, »durch Lieferung von politischem Informationsmaterial an die Sowjets« seine Bereitschaft zum Verrat bewiesen. Vom Kollegen »Winterstein«, der bei den Winkelzügen Felfes meist mit von der Partie war, seien die Papiere als für die Russen »von großem Wert« eingestuft worden. Man habe es mit dem »ersten greifbaren Erfolg« des KGB zu tun. Tonn dürfe unter gar keinen Umständen festgenommen werden, weil die Hofé-Mission sonst »beendet« wäre. Folgende Operation sei geplant: Da der gegnerische Nachrichtendienst Tonns Führungsoffizier an die diplomatische Vertretung der UdSSR in Bonn versetzen werde und daher bald mit einer Aktivierung des Spions zu rechnen sei, bereite man sich darauf vor, diesen »umzudrehen«. Damit »wäre bereits in kurzer Zeit nach Errichtung der sowjetischen Botschaft in Bonn eine Gegenspionageverbindung zur sowjetischen Botschaft aufgebaut«. Die Erfolgschancen dieses Plans seien beträchtlich, schrieb

Felfe, da die Zielperson »alles zu verlieren« und eine hohe Zuchthausstrafe zu gewärtigen habe.

Gehlen malte Staatssekretär Globke die Angelegenheit anschaulich aus.[138] Die erste Lieferung des vom KGB verpflichteten Günther Tonn sei »bereits durch Kurier in Bonn abgeholt und später auch wieder zurückgebracht« worden (damit ihr Fehlen unbemerkt bleibe). Es handele sich zum Teil um Unterlagen, »die außer dem Herrn Bundeskanzler nur wenigen Empfängern zugeleitet« würden und die als wertvoll angesehen werden müssten, da sie Moskau Erkenntnisse vermittelten, »deren Geheimhaltung für das Staatswohl wichtig ist«. Es kam noch beunruhigender: »Nach Äußerungen des zuständigen sowjetischen ND-Offiziers ist die gegen das Bundespresse- und Informationsamt gerichtete Arbeit außergewöhnlich leicht, da die dort in besonderem Maße herrschende Korruption (Verkauf von Informationen) ausgenutzt werden könne.« Pullach habe neben seinen sonstigen Erkenntnissen über den KGB nun also eine echte Verratsquelle in einer Bundesbehörde aufgedeckt. Jetzt müsse entschieden werden, wie die Operation weiterzuführen sei. Da eine Festnahme Tonns unbedingt zu vermeiden sei, wie Gehlen betonte, schlage man ein Zusammenspiel zwischen dem Kanzleramt und seinem Dienst vor, um diesen Gegenspionagefall erfolgreich fortzuführen, aber auch, um »Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind Schaden zu verhüten, indem der Verratsquelle die Tätigkeit erschwert bzw. unmöglich gemacht wird, ohne dass das Interesse der Sowjets an der Quelle versiegt«. Der Sicherheitsbeauftragte des Bundeskanzleramts benötige dafür allerdings eine entsprechende Weisung zur Zusammenarbeit mit »hiesigem Referenten« – Heinz Felfe.

Gehlen war mit »Friesens« Plan nicht nur einverstanden, er wollte den Sowjetunion-Referenten in der Gegenspionage auch zu seiner Unterredung im Bundeskanzleramt mitnehmen.[139] Wegen einer Erkrankung Felfes[140] verschob sich der Termin. Zugleich steigerte sich bei Freund und Feind die Nervosität. Der Kontakt zwischen dem KGB und Tonn funktionierte noch nicht richtig, und die Org war ihrem Ziel, ihn zu »überwerben«, noch keinen Schritt nähergekommen. »Jedenfalls«, hielt Felfe fest, »dürfte Herr Schtschukin mindestens ebenso nervös sein wie wir und bemüht, Tonn nun endgültig an die Kandare zu bekommen […] Einleitung der Operation zur

Umdrehung des Tonn wird dringlich; wir müssen Tonn schnell fest in die Hand bekommen.«[141]

Um die Jahreswende 1955/56 – Gehlen dankte auf Vorschlag Felfes in weihnachtlichen Grüßen seiner Bremer Generalvertretung einmal mehr für ihre vorzügliche Führung des »Lena«-Falles[142] – teilte Pullach dem Kanzleramt weitere auf »Friesens« Briefings zurückgehende Einzelheiten mit. In einer Vortragsnotiz informierte Felfe den »Doktor«, der KGB habe sich zu Beginn seiner Kontaktierung Tonns vor allem für die politischen Reaktionen in Bonn auf die Moskau-Reise des Kanzlers interessiert.[143] Der Angestellte des Presseamts habe bisher aber nur »aus Papierkörben gesammeltes Material« übergeben können, immerhin auch Dinge, die dem Bundeskanzler zugeleitet würden. Dem KGB habe er inzwischen einen Kollegen zur Anwerbung empfohlen, den man vielleicht ebenfalls in das eigene Gegenspionage-Spiel einbeziehen könne. Tonn müsse jetzt schleunigst für die Org gewonnen werden. Das Spielmaterial für ihn würde so ausgewählt, dass kein Schaden entstehe, man selbst aber wichtige Informationen erhalte – »was die Sowjets für Absichten haben, über was für ein Basiswissen sie verfügen usw., kurz, es könnten auf dem Nachrichtensektor unerhört wertvolle Kenntnisse erworben werden«; zugleich würde ihre »Angriffskapazität und -intensität gebunden«. Es folgte eine lange Aufstellung, welche Informationen und Unterlagen vor der Überwerbung Tonns vom Bundespresseamt zur Verfügung gestellt werden müssten (Personalakte, Organisationsschema, Verschlusssachenanweisung; evtl. Einschleusung eines Org-Mitarbeiters). Felfes Vortrag endete mit seinem von Gehlen voll geteilten Ceterum censeo, dass die sowjetischen Angriffe unbedingt abzuwehren seien: »Nur so ist auf Dauer ein Erfolg beschieden, d. h. ein Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik möglich.«

Beinahe in Echtzeit zeichnete Felfe für Gehlen und das Kanzleramt mit seinem magischen Wissen außerdem die Schwierigkeiten auf, denen sich der sowjetische Nachrichtendienst beim Umgang mit Tonn gegenübersah.[144] Beispielsweise sei inzwischen ein Kurier eigens nach Bonn gekommen, der frischgebackene Agent habe sich jedoch nicht richtig verhalten und obendrein einen Berlin-Besuch zugesagt, der dann nicht stattfand. Das klang alles bestechend, wenn man darüber hinwegsah, dass der für diese bedeutende Unternehmung verantwortliche KGB-Offizier schon ein Prachtexemplar von einem Bruder Leichtfuß sein musste, wenn er seinen

Agenten »Lena« wie einen engen Kollegen derart detailliert über seine operativen Sorgen auf dem Laufenden hielt. Den Langkau, Gehlen und Weiß – in der Gegenspionage allesamt unbeleckt –, die ihr Wissen auf den kleinsten Zirkel beschränkten und so jedes Korrektiv ausschalteten, fielen diese Ungereimtheiten jedenfalls nicht auf.

Inzwischen strebte die innenpolitische Auseinandersetzung um den organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Rahmen des demnächst ins Leben tretenden BND ihrem Höhenpunkt entgegen,[145] das völlig einflusslose Vertrauensmännergremium trat unter Vorsitz des Kanzlers erstmals zusammen.[146] Da mochte es nicht schaden, neben den längst zur Routine gewordenen geheimen Diensten der Inlandsspionage die enorme Bedeutung und Verantwortung, die Pullach für die Sicherheit der Bundesregierung inzwischen gewonnen habe, gegenüber Adenauer und seinem Kanzleramtschef immer wieder herauszustreichen. Gehlen stellte den neuen KGB-Agenten Günther Tonn als wichtige Figur in dieser Abwehrstrategie heraus und unterrichte das Kanzleramt verstärkt über sämtliche Einzelheiten des Falles.

Zu Jahresbeginn 1956 legte Heinz Felfe dem »Doktor« ein zehnseitiges Dossier zur Weiterleitung an Staatssekretär Globke vor. Das mit Reile und Kohler abgestimmte Papier[147] »ND-Operation Tonn« ging mit dem Bemerken an Gehlen, »dass die vorgesehene ND-Operation zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik unerlässlich ist«. Das Vorhaben solle möglichst rasch, vor Mitte Februar, gestartet werden. Tonn habe bei seinem jüngsten Treff mit den Sowjets in Berlin zweimal 500 DM, eine Minox-Kleinbildkamera und die Mittel für ein geheimes Durchschreibeverfahren erhalten. Heinz Felfe dachte an alles. Er habe die finanziellen Dinge absichtlich in sein Memorandum aufgenommen, schrieb er, »um Globke den hier erwünschten Beschluss zum Umdrehen des Tonn nicht unnötig zu erschweren. Leiter 88 [Gehlen] wird jedoch hiervon unterrichtet, um auf die entsprechenden Fragen Auskunft zu geben.«[148]

Das Tonn-Memorandum informierte den Chef des Bundeskanzleramts in aller Ausführlichkeit über den Stand, die Zielsetzung und die geplante Durchführung der Operation. Zunächst listete Felfe die bislang fünf Treffs von Tonn mit seinem KGB-Führungsoffizier in Bonn auf und wusste ganz genau, worum es dabei gegangen war und welche Materialien er dem sowjetischen Nachrichtendienst übergeben hatte (Einschätzungen zur

Genfer Konferenz, Organisationspläne verschiedener Ministerien, eine Orientierung für den Bundeskanzler, Analysen des Presseamts zur internationalen Lage, u. ä.). »Der sowjetische Nachrichtendienst ist sehr stark daran interessiert, die Mitarbeit des Tonn enger zu gestalten und von ihm laufend geheimes Material zu erlangen«, hieß es. Bislang seien Staatssekretär Globke, der BfV-Vize Radke, die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts und die Bundesanwaltschaft über den Landesverrat unterrichtet, alle hätten zugesagt, einstweilen nichts zu veranlassen. Doch nun sei der Moment gekommen, Tonn für die Gegenspionage des BND anzuwerben. Die genauen Umstände der Überwerbung skizzierte Friesen ebenfalls bereits: Einem BND-Mitarbeiter werde, ausgerüstet mit einem Tonband, im Kanzleramt ein Zimmer zur Verfügung gestellt, ein leitender Beamter zitiere Tonn unter einem Vorwand zu sich, sodann werde der Journalist als Doppelagent verpflichtet. Mit einem Fehlschlag sei nicht zu rechnen, andernfalls werde die Sicherungsgruppe Tonn verhaften. Dieser Plan und die weitere Belieferung des KGB mit Spielmaterial »im Interesse der Politik der Bundesregierung« seien nun zu genehmigen.

Zwei Wochen später legte der ungeduldige Felfe nach. Die von Tonn beschafften internen Analysen »haben beim sowjetischen Nachrichtendienst höchstes Interesse gefunden«, teilte er Gehlen mit.[149] Jetzt dränge die Zeit. Eine weitere Verzögerung der Überwerbung Tonns »würde hiesiger Führung die Steuerung auf dem hiesigen Teilgebiet aus der Hand nehmen und dem Gegner zu einem evtl. nicht mehr abjagbaren Vorteil verhelfen«. Das Material des Journalisten sei »bis zur Spitze der sowjetischen Staatsführung gelangt«, teilte der allwissende Felfe mit. Der zuständige KGB-Offizier habe »ausdrücklich und ohne besondere Veranlassung« gesagt, dass das Team, welches die Bonner Behörden und das Kanzleramt im Visier habe, »gegenwärtig die beste Gruppe des sowjetischen Nachrichtendienstes in Karlshorst sei und ihre Leistungen hoch anerkannt würden. Einen finanziellen Rahmen nach oben gebe es für den Einsatz dieser Gruppe nicht mehr. Es stehen nunmehr alle Mittel und Möglichkeiten des sowjetischen Nachrichtendienstes zur Verfügung.« Bei der Entscheidung, Tonn als Doppelagent für den BND zu gewinnen, sei also »Eile geboten«.

Gehlen, Kohler und die Verbindungsstelle Bonn waren die einzigen Empfänger dieses Brandbriefes. Auch die übrigen Vermerke und Vorlagen

gelangten nur einem ganz kleinen Kreis zur Kenntnis. Man darf annehmen, dass diese Schriftstücke bei den wirklichen Experten der Gegenspionage in der Org und erst recht der CIA allein schon wegen ihres tiefen Einblicks in die Einschätzungen und Schachzüge der sowjetischen Seite gehöriges Misstrauen hervorgerufen hätten. Staatssekretär Hans Globke, von dem alles abhing, war kein Fachmann der Gegenspionage. Er sah keine Veranlassung, den Vorschlägen seines Pullacher Partners nicht zu vertrauen und nicht zu folgen, er holte auch keine zweite Meinung ein. Selbst wenn den Kanzler und den Staatssekretär Zweifel an der geplanten Operation beschlichen hätten, was nicht der Fall war, wäre es völlig unmöglich gewesen, den Kabinettsbeschluss zur Übernahme der Organisation Gehlen etwa aufzuheben und den politisch-parlamentarischen Prozess ihrer »Legalisierung« aufzuhalten. So wurde das Felfe-Drehbuch wie vorgelegt abgearbeitet.

Drei Wochen nach ihrer Demarche und drei Wochen vor dem Gründungstag des Bundesnachrichtendienstes waren Felfe und Gehlen am Ziel. In Gegenwart seines Chefs unterrichtete »Friesen« den Staatssekretär über die Einzelheiten der Causa Tonn: »Dr. Globke stellte eine Reihe von Fragen bezüglich der Sicherheitslage des Bundeskanzleramts und der Möglichkeiten, durch die Führung des beabsichtigten Gegenaufklärungs-Spiels die Sicherheitslage zu verbessern«, hielt er in einem Vermerk fest.[150] »Besonders schien ihn die Möglichkeit zu beeindrucken, hier einen politischen ND-Kanal schaffen zu können, über den politische Informationen oder Desinformationen im Bedarfsfalle bis nach Moskau und Chruschtschow geleitet werden könnten. Staatssekretär Globke erteilte schließlich die Genehmigung, die Operation Philanthrop in der beabsichtigten Form (Umdrehversuch) durchzuführen und wünschte für den weiteren Verlauf viel Erfolg.« Das Kanzleramt sei nun nicht nur laufend genauestens zu unterrichten, sondern es müsse auch eine »besonders sorgfältige Steuerung erfolgen, um diesen Fall, den letztlich Staatssekretär Globke verantwortet, möglichst lange am Leben zu erhalten und sichtbare Erfolge zu erzielen«.

Einen Tag nach der Unterredung mit Globke erfolgte die Überwerbung Tonns. Es war Felfe persönlich, der ihn im Kanzleramt empfing und sich mit ihm zum Dienstgebäude der Sicherungsgruppe Bonn begab. Dort wartete bereits ein Mitarbeiter der Org mit einem Tonband. Tonn gab seine

Tätigkeit für den KGB sofort zu. »Er schrieb selbst eine Erklärung, dass er das Geschehene durch eine ehrliche loyale Arbeit für den BND wiedergutmachen will und sich den ihm erteilten und noch zu erteilenden Weisungen willig unterwerfen wird«, vermerkte »Friesen«. Alles lief zur Zufriedenheit Felfes, Gehlens, des Kanzleramts – und des KGB, der von seinem Spitzenagenten in der Pullacher Zentrale auf dem Laufenden gehalten wurde.[151] Bald erhielt der Fall »Philantrop« den endgültigen Tarnnamen »Bambi«.[152]

Die »Operation Lena« und das frisch arrangierte Gegenspiel »Bambi« galten in Pullach und Bonn als eine Spitzenleistung bei der Abwehr des sowjetischen Nachrichtendienstes. Heinz Felfe war trotz seiner Stellung als einfacher Referent zu einer zentralen Figur im Führungszirkel des BND geworden. Er hielt alle Fäden einer Gegenspionage in der Hand, die innen- und außenpolitisch von nicht zu überschätzender Bedeutung und durch die Sicherung der Regierungszentrale geradezu ein Garant des Staatswohls zu sein schien. Da Felfe als Genie seines Faches galt, waren neben der Spitze des Kanzleramts auch die Sicherheitsbehörden bestrebt, ihn nach Kräften zu unterstützen. Der KGB-Agent hatte daher nicht nur in der BND-Zentrale weitgehend freie Bahn, sondern auch großzügigen Zugang zu den maßgebenden Personen und Institutionen, die mit der Bekämpfung und Ahndung landesverräterischer Attacken auf die Bundesrepublik befasst waren. Diesen umfassenden Einblick in die gegnerischen Sicherheitsstrukturen zu erlangen und detailliert darüber zu berichten, war natürlich das eigentliche Einsatzziel des sowjetischen Spitzenagenten – und gerade nicht lediglich die Ausforschung der BND-Gegenspionage, wie Präsident Gehlen später glauben machen wollte. Solange die angeblich in »Karlshorst« oder gar »Moskau« in Erfahrung gebrachten Szenarien nicht zu abenteuerlich ausfielen, würden Gehlen und Globke Heinz Felfe folgen und freie Hand lassen müssen – welche angeblichen Ziele und Strategien der Feindzentrale er auch auftischen mochte.

Günther Tonn nun, der arme Doppelagent im Bundespresseamt, hatte bei Freund und Feind immer schon als ein ältlicher, verbrauchter Mann gegolten. Die Informationen, die er zu liefern vermochte, riefen außer bei »Winterstein« keine Begeisterungsstürme hervor, und da der KGB mit Tonns Überwerbung durch den BND das Ziel eines weiteren Imagegewinns seines großen Operateurs Felfe erreicht hatte, erlahmte auf sowjetischer

Seite das Interesse an seinen Lieferungen denn auch rasch. Bald wurde Gehlen von »Friesen« informiert, Günter Hofé habe in einem Gespräch mit einem hochrangigen Funktionär erfahren, die sowjetische Seite habe eine gewisse Enttäuschung über »Lenas« Netz laut werden lassen und dabei auch die eigenen Führungsoffiziere kritisiert: »Hierbei auch Überlegungen, ob der (hiesige Bezeichnung) ›Fall Bambi‹ wegen physischer Ungeeignetheit der Quelle und Unergiebigkeit nicht besser eingestellt werden soll.« Das erfolgte zunächst nicht, doch war Günther Tonn bald nicht mehr in der Informations-, sondern nur noch in der »Tipp-Gewinnung« tätig.[153]

Jahre später, Anfang 1962, als das Kind in den Brunnen gefallen war und der Bundesgerichtshof den Prozess gegen den aufgeflogenen Heinz Felfe vorbereitete, hatten sich auch die Schuppen von den Augen des BND gelöst. Die umfängliche »Analyse des Falles Lena«, die Pullach der Bundesanwaltschaft zuleitete,[154] kam auch auf den Doppelagenten Tonn zu sprechen, »damals in ziemlich bedeutungsloser Stellung im Bundespresseamt beschäftigt und voller Ressentiments gegen die herrschenden Verhältnisse«. Das Interesse an dem »angeblich wenig ergiebigen Tonn« sei auf sowjetischer Seite nach und nach erloschen. Der Sicherheitschef des BND, Walrab von Buttlar, sah den »Fall Bambi« post festum so: »Mit Anwerbung Tonns – sei sie nun wirklich oder angeblich – hatte der sowjetische Nachrichtendienst erstmals das Ziel erreicht, das er seit dem Frühjahr 1954 verfolgte: Er hatte durch die Tätigkeit *seines* Agenten Hofé eine meldende Quelle, einen wirklichen Agenten *in einer Bonner Bundesbehörde* gewonnen. Felfe wiederum hatte durch geschickte Führung *seines* Agenten Hofé dem Gegner den Agenten Tonn abgejagt und so eine ›wirkliche‹ Bedrohung einer Bundesbehörde abgewendet: Wieder war ein Beweis für die ›Echtheit‹ seiner Quelle Hofé erbracht, wieder war ›erwiesen‹, dass die von Felfe praktizierte Form der Gegenspionage ein taugliches Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit der Behörden war, und es bedarf keiner besonderen Erwähnung, in wie hohem Maße dieser neue Erfolg seinem persönlichen Ansehen zugute kommen musste.«

Mitte der fünfziger Jahre war in Pullach und Bonn jedem Eingeweihten, der das dramatisch aufgezogene Szenario der akuten, aber kontrollierbaren Bedrohung der Bundesregierung kannte, die Bedeutung der erfolgreichen Abwehr eines sowjetischen Angriffs völlig klar. Sie verlieh dem

Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes eminenten Zuwachs an politischem Gewicht. Für Staatssekretär Hans Globke und den Bundeskanzler war Reinhard Gehlen seit 1954 über seine sonstigen Nützlichkeiten hinaus zu einem Sicherheitsgaranten geworden, und er blieb es bis 1957/58, als die vermeintliche Gefährdung der Regierungsspitze durch den sowjetischen Geheimdienst abzuklingen begann. In einem entscheidenden Abschnitt der BND-Geschichte konnte der »Doktor« diesen Nimbus innenpolitisch zu einem Abbau des Machtgefälles zwischen sich und dem Bundeskanzleramt nutzen. Reinhard Gehlen hatte zwar ein sehr ausgeprägtes Gefühl für staatliche Hierarchien, doch zugleich verstand er es, sein vermeintliches Arkanwissen an höchster Stelle in politischen Einfluss umzumünzen.

Der Abbau des Machtgefälles zwischen Bonn und Pullach im Gefolge der »Operation Lena« beschleunigte sich just im Frühjahr 1956, als die Organisation Gehlen in den Bundesnachrichtendienst verwandelt wurde. Heinz Felfe, der in diesem Jahr zum stellvertretenden Referatsleiter der Gegenspionage gegen die Sowjetunion aufstieg, und Reinhard Gehlen kündigten die neue Eskalationsstufe der Bedrohung durch den KGB mit einem neuerlichen Fanfarenstoß an. »Friesen« hatte den »Doktor« zuvor in eine angebliche Äußerung des »Lena«-Führungsoffiziers Schtschukin eingeweiht, aus der hervorgegangen sei, »dass die Arbeit gegen das Bundeskanzleramt intensiviert werden soll. Der sowjetische Nachrichtendienst nimmt an, dass die Arbeit ohne große Schwierigkeiten zum Erfolg geführt werden kann, da die dem Staatssekretär Dr. Globke unterstellte Org nur noch operative Aufgaben habe, während die Abwehr im engeren Sinne dem Bundesministerium für Verteidigung eingegliedert worden sei. Der sowjetische Nachrichtendienst schließt hieraus, dass das Bundeskanzleramt als die der Org übergeordnete Stelle weniger gedeckt bleibt.«[155]

Diese Theorie meldete man nicht nach Bonn weiter, sondern beschränkte sich lapidar auf folgende alarmierende Mitteilung: »Nachdem es dem sowjetischen Nachrichtendienst gelungen ist, in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung einzudringen, wird Schwerpunkt der künftigen Arbeit wieder das Bundeskanzleramt sein. Ein besonderes Interesse findet hierbei die Umgebung des Staatssekretärs Dr. Globke« – nun also der Chef des Bundeskanzleramts selbst im Visier! Es folgte der

Hinweis, der KGB scheine sich noch an weitere Mitarbeiter des Presseamts heranzumachen. In einer Art Antiklimax wurde jedoch zugleich der Hoffnung Ausdruck gegeben, »im Zuge eines Gegenspiels im Laufe der Zeit Verratsquellen im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zu entdecken und auch die Kontrolle über Anwerbungsversuche der Sowjets von Bundesbediensteten zu erhalten«.

Für einen nüchternen Betrachter wäre das eine unberechtigte Erwartung gewesen, da es nach allen geheimdienstlichen Regeln sehr unwahrscheinlich war, über einen einzigen Doppelagenten, »Lena«, Einblick in sämtliche Operationen gegen die Bundesregierung gewinnen zu können; genauso unwahrscheinlich wie die Annahme, völlige Kontrolle über die sowjetischen Anwerbungsversuche zu gewinnen. Doch diese überoptimistische Diktion des Dienstes entsprach ziemlich genau dem Ablenkungskalkül des KGB, der damit den Eindruck befestigen ließ, als setze er seine Karten allein auf Günter Hofé;[156] das mochte die Aufmerksamkeit der Westdeutschen fesseln, sie in Sicherheit wiegen und so Raum für unbeobachtete Attacken schaffen. Mit gleicher Post stellte Gehlen wieder einmal seine intime Kenntnis des Gegners heraus und ließ noch mehrere Meldungen über angebliche »Äußerungen eines sowjetischen ND-Offiziers über fremde Nachrichtendienste« ans Kanzleramt gehen (»Skorzeny-ND« – gefährlich; »Israelischer ND« – bester der Welt; »Britischer ND« – schlecht; »Vatikan-ND« – Empfehlung eines Buches über Jesuiten).[157]

Kurt Weiß, gewiss eine der übelsten Figuren im BND,[158] der bei der »Operation Lena« eng mit Felfe zusammenwirkte, steuerte zur selben Zeit eine ähnlich beunruhigende Mitteilung über das neueste Vorhaben der Sowjets bei. Er überschrieb sein Memorandum mit »Möglichkeiten zur Schaffung einer ›echten Opposition‹ in Westdeutschland, hier: Sowjetische Anweisungen für vorbereitende Maßnahmen«.[159] Ein hoher sowjetischer Funktionär, so schrieb er, habe kürzlich eine entsprechende Anweisung an einen DDR-Politiker gegeben. Auf Grundlage einer »Totalanalyse spezifischer Mentalitätseigenschaften der Deutschen«, die von der Besatzungsmacht noch immer nicht recht begriffen werde, solle eine irgendwann zu gründende neue Partei vor allem die deutschen Ostgebiete zurückfordern. Man habe genügend Mittel an der Hand, um diesen Gedanken aus mehreren europäischen Ländern in die Bundesrepublik

hineinzutragen. Damit könne man die »derzeit schwachbeinige Koalition in Bonn« vielleicht durcheinanderbringen;[160] ernsthaft betrieben wurde dieses verquere Projekt freilich nie.

Die sowjetischen Penetrationsversuche gegen das Bundeskanzleramt nähmen jetzt besorgniserregende Formen an, erfuhr Globke kurz darauf von dem eben ernannten BND-Präsidenten, eingeleitet durch eine Mitteilung, die etwas Mut und die Bedeutung des KGB-Monitoring augenfällig machte.[161] Danach habe die Quelle »aus Karlshorst« gemeldet, dort sei in einer Arbeitsbesprechung erklärt worden, alle Versuche, sich der Sekretärin des Bundeskanzlers zu nähern, hätten sich »nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten erledigt«. Es wurden jedoch sieben neue Personen genannt, die gegenwärtig durch sowjetische Agenten »geklärt« würden, eine im Bundeskanzleramt, fünf im Bundespresseamt. Mit gleicher Post fädelte Felfe über Gehlen die Herausgabe vertraulicher Analysen dieser Behörde als Spielmaterial ein, indem er neuerlich die enormen Intimkenntnisse »Lenas« zum Tragen brachte.[162] Eines dieser BPA-Papiere (»Schlüsselpositionen in der DDR«), schrieb Gehlen an Globke, sei den Sowjets jüngst in die Hände gefallen: »Die Vorauswertung in Karlshorst nahm den Inhalt dieser Analyse zur Kenntnis, ohne ihr besondere Bedeutung zu schenken und leitete sie auf dem Dienstwege nach Moskau weiter.« Die Auswertung des Papiers in der sowjetischen Hauptstadt habe die für Karlshorst erstaunliche Tatsache ergeben, »dass diese Darstellung als außerordentlich bedeutsam angesehen wird und bei weitem die beste Stellungnahme zur politischen Lage sei. Moskau ist stärkstens an einer Beschaffung ähnlicher Analysen interessiert«.

Diesen ebenso erstaunlichen wie unwahrscheinlichen, aber wiederum für bare Münze genommenen Einblick in Diskrepanzen zwischen der KGB-Führung in Moskau und ihrer wichtigsten Dienststelle außerhalb der UdSSR nahm Felfe zum Anlass für eine weitreichende Empfehlung an den BND-Präsidenten, der ihm unbesehen folgte.[163] Er sei der Auffassung, schrieb er, dass »die Belieferung der Sowjets mit derartigen (echten) Analysen die Möglichkeit eröffnet, zu einem späteren Zeitpunkt eine nur für die hiesigen Zwecke zur Irreführung des Gegners angefertigte Zusammenfassung in den bekannten Kanal zu lancieren. Wenn diese, im Prinzip von Globke genehmigte Maßnahme eines Tages im Interesse der Bundesrepublik durchgeführt werden soll, ist es jedoch erforderlich, durch

vorher gelieferte echte Analysen das Vertrauen der Sowjets in die Lieferquellen zu stärken.« Kurz darauf unterrichtete Felfe den Präsidenten und den BND-Verbindungsmann in Bonn darüber, dass der Gegner im Besitz des Telefonverzeichnisses des Bundeskanzleramts sei, und nannte mehrere Angestellte der Regierungszentrale, die in nächster Zeit vom KGB »geklärt« würden. Das Interessante dabei sei, dass dies »von außen her« durchgeführt würde, die Sowjets also wahrscheinlich keine Quelle im Bundeskanzleramt selbst hätten – auch das natürlich eine wertvolle Erkenntnis. Einstweilen möge bitte davon abgesehen werden, Staatssekretär Globke zu unterrichten, da in Kürze ein zusammenfassender Bericht vorgelegt werde, »in den alle Bundesbediensteten in Bonn, die das Interesse des sowjetischen Nachrichtendienstes erweckt haben, aufgenommen werden sollen«.[164]

Mitte Juli 1956, nach einer Besprechung Felfes mit Gehlen, ging die Bilanz des BND nebst Empfehlungen für den »Präventiven Schutz des Bundeskanzleramtes gegen Aufklärung und Penetrierung durch den sowjetischen Geheimdienst« an Globke.[165] Die Hiobsbotschaft für den Staatssekretär führte insgesamt 18 Personen auf, 13 von ihnen Angestellte des Kanzleramts; ein Ministerialdirigent des Auswärtigen Amts interessiere den KGB darüber hinaus wegen seiner engen dienstlichen Berührung mit der Regierungszentrale. Alle diese Personen sollten einstweilen nicht unterrichtet werden, da voreilige Schritte die Bemühungen um den Schutz des Kanzleramts und die rechtzeitige Aufklärung des sowjetischen Angriffs gefährden würden. Das Memorandum über die geplanten Schutzmaßnahmen des BND war nicht geeignet, den Chef des Bundeskanzleramts ruhiger schlafen zu lassen. Es sei ja bekannt, konnte er lesen, dass sich das Basiswissen des Gegners in letzter Zeit erweitert habe und verschiedene Beobachtungen zu dem Schluss geführt hätten, »dass ab Spätsommer 1956 mit erhöhter Intensität der Versuch gemacht werden wird, das Bundeskanzleramt zu penetrieren«. Dann folgten einige Ausführungen, über die Methoden des KGB, der vor Drohung und Erpressung nicht zurückschrecke; namentlich Bundesbedienstete mit Verbindungen nach Ostdeutschland seien – wie die Sicherheit der Bundesrepublik generell – erheblich gefährdet.

Um der drohenden Gefahr besser begegnen und »das Bundeskanzleramt wirksam schützen zu können«, seien jetzt eine Reihe von

Präventivmaßnahmen erforderlich, unter anderem die Meldung sämtlicher dienstlicher oder privater Beziehungen in die DDR. Schon das wäre für einen KGB-Agenten wertvolles Wissen gewesen, doch Felfe machte noch einen weitergehenden Vorschlag: Alle diese Personen müssten auf »mögliche Ansatzpunkte der Sowjets durch den BND überprüft werden. Es könnten damit unzweifelhaft sowohl eine latente Gefährdung des Bundeskanzleramts und seiner Bediensteten beseitigt als auch die Absichten der Sowjets durchkreuzt und dadurch die Sicherheitslage des Bundeskanzleramts verbessert werden.« Durch solche Vorkehrungen, vor allem aber durch den rapiden Aufstieg des KGB-Agenten Heinz Felfe zum maßgeblichen Garanten für die Sicherheit der Regierungszentrale wurden die wichtigsten Behörden der westdeutschen Sicherheitsarchitektur für den sowjetischen Geheimdienst zu einem ziemlich offen daliegenden Buch. Alle waren zufrieden: Der KGB, weil er großartige Einbrüche erzielte; Adenauer und Globke, weil die Regierungszentrale bestens geschützt schien; der BND, weil er in eine für die Sicherheit der Bundesrepublik zentrale Schlüsselstellung eingerückt war. Das ermöglichte es seinem Präsidenten, dem Chef des Bundeskanzleramts trotz des nominellen Machtgefälles als eine Art Schutzherr entgegenzutreten.

Im Anschreiben zu dem bedrohlichen Memorandum vom Sommer 1956 hatte »Friesen« den »Doktor« gebeten, dass die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen für die Regierungszentrale zuvor mit ihm abgesprochen würden. Bei der Überreichung des Papiers in Bonn »wäre vielleicht eine mündliche Empfehlung gegenüber Globke angebracht, dass eine regelmäßige Sicherheitsbelehrung der Bediensteten des Bundeskanzleramtes durch eine hierfür geeignete Persönlichkeit die Sicherheitslage ebenfalls verbessern könnte«. Selbstverständlich war für eine solche Belehrung niemand besser geeignet als er selbst; so geschah es denn auch.

Heinz Felfe traf sich mit Ministerialrat Günter Bachmann, im Kanzleramt für den BND zuständiger Referent und zugleich Geheimschutzbeauftragter. Für dieses Gespräch hatte er den Stand der Dinge schriftlich zusammengefasst.[166] Der KGB sei dabei, hielt er fest, die Regierungszentrale durch vorbereitende Personenklärungen zu attackieren: »Wenn nicht schon jetzt ein oder mehrere Agenten des sowjetischen Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt tätig sind, muss mit der

Möglichkeit gerechnet werden, dass dieser Fall im Laufe der Zeit eintreten kann. Dann würden echte Agenten des Gegners im Bundeskanzleramt wirken, der Bundesrepublik schweren Schaden zufügen und nur sehr schwer zu entdecken sein.« Der BND halte es für richtig, dass den Absichten des KGB insoweit »scheinbar entgegengekommen wird, indem eine oder mehrere im westlichen Sinne zuverlässige Personen nach sorgfältiger Einweisung und Schulung darauf vorbereitet werden, sich bei einer Annäherung des sowjetischen Nachrichtendienstes ›richtig‹ zu verhalten. Darunter wird verstanden, dass diese Personen überhaupt die nicht ohne weiteres erkennbaren Absichten des Gegners durchschauen, sich dadurch keine für die Sowjets verwertbare Blöße (evtl. Bestechung, spätere Erpressung o. ä.) geben, aber auch nicht den Werbeversuch brüsk ablehnen.« Erstrebenswert sei vielmehr, wenn sich einer oder mehrere dieser Angesprochenen dem BND zur Verfügung stellten, »um von hier aus gesteuert zu werden. Dies würde im Falle einer Annäherung durch die Sowjets ein Gegenspionagespiel zur Folge haben. Es ist aber *die einzige Möglichkeit*, einen wirksamen Schutz des Bundeskanzleramts zu erreichen.« Auf diesem Wege werde man außerdem wertvollste Informationen über den Gegner erlangen, und es könnte »durch eine sorgfältig vorbereitete Irreführung der Sowjets ein nicht hoch genug einzuschätzender Schutz des Bundeskanzleramts erreicht werden«.

Dem Ministerialrat leuchtete das ein.[167] Laut Felfes Gesprächsvermerk zeigte sich Günter Bachmann »sehr interessiert« und »sagte von sich aus Unterstützung der hiesigen Wünsche zu«. Tatsächlich fiel die Bearbeitung von Sicherheitsfällen des Bundeskanzleramts in den nächsten zwei Jahren in Felfes Zuständigkeit.[168] Künftig blieb ihm nichts verborgen, was Bachmann an Verdächtigem beobachtete. In diesem persönlichen Vertrauensbruch wird man einen der Gründe dafür erblicken können, weshalb der inzwischen zum Ministerialdirigenten avancierte Adenauer-Vertraute Bachmann dem Felfe-Komplex Anfang der sechziger Jahre mit unbändigem Eifer auf den Fersen blieb; die ganze Misere des BND machte Bachmann zu seinem ureigenen Thema.[169] Wie wenig nicht einmal der Sicherheitsbeauftragte in die dank »Lena« vertieften Sonderbeziehungen zwischen Gehlen und Globke eingeweiht war, zeigt seine Reaktion, die er nach Felfes Festnahme in einem erstaunlichen Vermerk festhielt: »Im Verlaufe des Gesprächs mit [dem Leiter der Sicherungsgruppe]

Regierungsdirektor Dr. Brückner wurde deutlich, dass Felfe unter dem Decknamen ›Friesen‹ wiederholt mit Angehörigen des Bundeskanzleramtes dienstlich Kontakt gehabt hat und mit großer Wahrscheinlichkeit an der Bearbeitung der Gegenspionagefälle beteiligt war, die in das Bundeskanzleramt hineinreichen.«[170] Mit anderen Worten: Staatssekretär Hans Globke hatte nicht einmal seinem für den BND zuständigen Kollegen im Bundeskanzleramt Einblick in seine spezielle Beziehung zu Reinhard Gehlen gegeben.

Heinz Felfe war in gut drei Jahren denkbar weit vorgedrungen und pflegte mit den führenden wie den untergeordneten Verwaltern der westdeutschen Sicherheit vertrautesten Kontakt – Grundlage und Ziel seiner Verratstätigkeit für die sowjetische Seite. Danach begann sich »Lenas« Bedeutung für die Gegenspionage nach und nach zu reduzieren. Der KGB und Felfe begannen Ende 1956 damit, ihre Operationen behutsam zurückzufahren. Variationsreich vermochte Felfe zugleich darzulegen, wie effektiv sich seine Schutzmaßnahmen auswirkten und wie schwach die Performance des gefürchteten KGB in der Praxis doch eigentlich sei. Zur Weiterleitung an Globke verfasste er ein Schriftstück, das über die Erfolge und Misserfolge des Gegners bei seinem Angriff auf das Kanzleramt Auskunft gab.[171] Der Staatssekretär sollte damit zugleich darauf vorbereitet werden, dass er zu gegebener Zeit gebeten würde, »eine geeignete Person des Bundeskanzleramtes für ein Gegenspiel zur Erweiterung der ND-Operation freizugeben«, also die Dinge allmählich zu institutionalisieren, damit man nicht mehr nur mit einem einzigen BND-Mitarbeiter zu jonglieren brauche.

Felfe erinnerte zunächst an den sowjetischen Klärungsauftrag gegen die 18 Bundesbediensteten, über den er im Sommer informiert hatte. Dann stellte er für den Empfänger vermutlich ein wenig überraschend fest, dieser große Auftrag habe vom KGB »nur zu einem geringen Teil erfüllt« werden können, »da die für den Einsatz vorgesehenen Agenten wie auch die sowjetischen ND-Offiziere ihren Jahresurlaub antreten mussten und somit für die Auftragserteilung ausfielen«; das war kein Ausweis entschlossener Professionalität im feindlichen Lager. Auch bei der Klärung der Privatsekretärin Adenauers, insbesondere ihrer »Beschäftigungszeiten im Hause des Herrn Bundeskanzlers«, hätten die Russen komplett versagt: »Der Agent wurde inzwischen festgenommen und wegen

landesverräterischer Verbindung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.« (Es gab eine Reihe hier nicht zu vertiefender Fälle, in denen Agenten oder Mitarbeiter meist der DDR-Staatssicherheit zur Absicherung Felfes geopfert wurden.) »Friesen« konnte außerdem berichten, dass die sowjetischen Agenten von ihrem Führungsoffizier neuerdings darauf hingewiesen würden, »dass die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes wie die übrigen Abwehrdienste der Bundesregierung in letzter Zeit außerordentlich erfolgreich tätig gewesen wären. Diese Beobachtungen des sowjetischen Nachrichtendienstes dürften mit Grund dafür sein, dass die gegen das Bundeskanzleramt und das Bundespresseamt gerichteten Bestrebungen nicht mehr in einer derart massierten Form wie früher durchgeführt wurden.« Das las sich plausibel und respektheischend. Sehr viel wichtiger war selbstverständlich die Tatsache, dass die »Legalisierung« des BND vom Osten aus nicht zu verhindern gewesen war, Reinhard Gehlen – mit Hilfe des KGB-Agenten – fester im Sattel saß denn je, Heinz Felfe endgültig den Status einer Koryphäe erreicht hatte und der sowjetische Geheimdienst sich nun Gedanken darüber machen musste, wie man seinen Spitzenagenten über dessen intensive Verratstätigkeit hinaus künftig strategisch am ergiebigsten einsetzen wollte.

Die Aufregung über die akute Gefährdung des Bundeskanzleramts begann sich zu legen, »Lenas« Bedeutung für die *politische* Spionage im Vorfeld der Bundestagswahlen jedoch zu wachsen. Die Attacken feindlicher Agenten gegen die Regierungsspitze schienen bis auf weiteres abgeschlagen. Sollten sie neuerlich aufflammen, würde Felfe jederzeit wieder zur Stelle sein. Nun war es vor allem Kurt Weiß, der vermehrt Akzente setzte. Im Frühjahr 1957 informierte er Gehlen (immer mit Durchschrift für »Friesen«) über die Aufträge, die Hofé bei seiner nächsten Reise nach Westdeutschland für den KGB zu erledigen hatte: »Feststellung der Wahlvorbereitung westdeutscher Parteien, insbesondere Wahlabsprachen und Wahlhilfen. Ermittlung amerikanischer Maßnahmen – offener und getarnter – zur Unterstützung der gegenwärtigen westdeutschen Regierung. Gewinnung von Erkenntnissen über Lage und Absichten der FDP, insbesondere der Haltung des Abgeordneten Mende. Erfassung aller Strömungen in Westdeutschland gegen den gesamteuropäischen Markt, Euratom und Stationierung atomarer Waffen in Westdeutschland.«[172] In einem Briefing Gehlens, Kohlers und Reiles hob Felfe denn auch hervor,

»dass Lena in der letzten Zeit ganz besondere, hoch zu bewertende politische Informationen (diplomatische) geliefert hat«. Der BND-Präsident wusste das zu würdigen und ordnete an, dass »Lena neben seinen laufenden Bezügen monatlich DM 500.– auf ein in Westdeutschland einzurichtendes Sperrkonto zu zahlen sind. Dieses Geld soll im Notfall Lena zur Verfügung stehen.«[173]

Im Weiteren erläuterte Felfe verschiedentlich, weshalb sich die Wogen allmählich glätteten. »Lena« habe festgestellt, teilte er Gehlen mit, dass Karlshorst seine Arbeitsintensität wohl bald verringern werde, vor allem, weil »die Qualität der ostdeutschen Dienste erheblich gestiegen sei. Es können nunmehr in einem entsprechenden Umfange die von den Sowjets bisher selbst geleisteten Arbeiten auf die deutschen Stellen übergeleitet werden.« Hofé werde jedoch Agent des KGB bleiben.[174] Kurz darauf wusste man Genaueres.[175] In seinem ausführlichen Bericht, der auf Gesprächen beruhte, die »Lena« angeblich mit der sowjetischen Seite geführt hatte, hob Heinz Felfe noch einmal darauf ab, dass nun die DDR-Staatssicherheit zunehmend Aufgaben übernehme, die zuvor dem KGB vorbehalten gewesen seien. Hofé werde im Zuge dieses »Umbauprozesses« immer mehr »ausgesprochen politische Aufträge auf einer oberen Ebene übernehmen«. Wie es scheine, so bewertete »Friesen« die Dinge, erfolge nun die »schon lange erwartete Straffung der sowjetischen ND-Arbeit«. Inwieweit das ein Indiz sei, das »auf große politische Pläne des Ostens« in Deutschland oder gegen Berlin schließen lasse, müsse in einem größeren Zusammenhang betrachtet werden, als ihn die Männer der Spionageabwehr gegen die Sowjetunion überblicken könnten. Am 6. Februar 1958 – so genau war man informiert – habe V-Mann-Führer Schtschukin seinem Spitzenagent »feierlichst« mitgeteilt, dass sich seine Aufgabenstellung nun geändert habe: »Ziel sei nicht mehr das Bundeskanzleramt, sondern Schwerpunkt sei jetzt West-Berlin.«[176]

Monate später, und zwar einen Tag, nachdem Nikita Chruschtschow mit seinem Ultimatum die zweite Berlin-Krise ausgelöst hatte, erfolgte dann der Abgesang für Günter Hofé als vermeintlicher Doppelagent der BND-Spionageabwehr. »Lena« sei von seinem Führungsoffizier gesagt worden, demnächst werde sich ein anderer Genosse um ihn kümmern, teilte Felfe mit.[177] Dabei habe er ausgerufen: »Sie können sich doch wohl vorstellen, dass wir nicht ewig hierbleiben werden.« Der V-Mann-Führer habe Hofé

überdies an ihr Gespräch ein gutes Jahr zuvor erinnert, bei dem er ihm bereits von den großen Fortschritten des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes erzählt habe, der ohnehin viel einfacher mit deutschen Zuträgern umgehen könne. Schon damals habe er darauf verwiesen, dass der KGB nicht in früherem Umfange weitermachen werde, und zwar auch im Hinblick darauf, dass die sowjetischen Einheiten abziehen würden. »Man muss solche Maßnahmen nachdrücklich bzw. sehr schnell vorbereiten und kann sich nicht von irgendeinem Zeitpunkt X überraschen lassen«, legte »Lena« seinem Führungsoffizier in den Mund, »denn es ist unzweifelhaft, dass der Abzug der Besatzungsmächte vor der Wiedervereinigung Deutschlands liegen wird, ohne dass ich verbindlich erklären kann, wann die Wiedervereinigung Deutschlands oder der Abzug der Besatzungsmächte stattfinden wird.«

Diese sehr offene, Grundfragen der KGB-Strategie und der Deutschlandpolitik der UdSSR berührende Unterredung dürfte von Günter Hofé oder Heinz Felfe ebenso frei erfunden worden sein wie alle anderen »Meldungen«. In Pullach stieß sie trotz ihres unwahrscheinlichen Entstehungszusammenhangs auf lebhaftes Interesse. »Winterstein« und seine fachlich unzulänglichen DDR-Experten[178] sahen bis zum definitiven Ende der »Operation Lena« 1963 niemals irgendeinen Anlass, an der Echtheit der vorgelegten politischen Berichterstattung zu zweifeln. Tatsächlich waren die hochpolitisch scheinenden Informationen aus dem Innern des sowjetischen Machtapparats nur flankierende Elemente in Moskaus diplomatischem Hazardspiel, Berlin in eine »Freie Stadt« zu verwandeln. Just in diesem Herbst 1958, als sie von größter Bedeutung gewesen wäre, versiegte plötzlich eine bislang überaus ergiebige Unterquelle Hofés im Außenministerium der DDR. Der BND verlor mitten in einer der gefährlichsten politischen Krisen der Nachkriegsjahre seinen einzigen Zugang zu geheimen Informationen über die östliche Außen- und Deutschlandpolitik. »Lena« blieb im Geschäft, Pullach in der Berlin-Krise jedoch blind.[179] Zur selben Zeit traf Heinz Felfe, der nun für sämtliche Gegenspionagefälle in seinem Bereich zuständig war und von seinem Abteilungsleiter glänzende Beurteilungen erhielt,[180] das letzte Mal persönlich mit dem BND-Präsidenten Reinhard Gehlen zusammen, der seinen Aufstieg so energisch befördert hatte.[181]

3. Apologetik und Scherbengericht

Politisches und justizielles Aufklärungsbemühen

Wie gesagt, hinterher ist man klüger. Manchmal erkennt man hinterher aber auch, dass man vorher hätte klüger sein müssen. Das zeigen die deutschen und amerikanischen Schadensberichte, die nach der Verhaftung von Heinz Felfe am 6. November 1961 verfasst wurden, in aller Deutlichkeit. Sie halten fest, wie trotz der Finessen des sowjetischen Geheimdienstes und der staunenswerten Professionalität der Felfe und Hofé früh unschwer erkennbar gewesen wäre, dass mit der »Operation Lena« und ihrem meisterlichen Operateur in Reinhard Gehlens nächster Nähe irgendetwas nicht stimmen konnte. Wir wollen daher nun noch die hochnotpeinliche interne Aufarbeitung[182] dieses auch in den Augen der CIA sehr schweren Schadens[183] verfolgen, um aus dem Blickwinkel ex post zu stützen, was deutlich geworden sein dürfte: Reinhard Gehlen, der Chef des deutschen CIA-Apparats und Präsident des Bundesnachrichtendienstes, setzte sich sehenden Auges über alle nachrichtendienstlichen Sorgfaltsgebote hinweg, um in enger Zusammenarbeit mit Heinz Felfe seinen politischen Kredit an höchster Stelle zu steigern und so das Machtgefälle zwischen ihm und dem Kanzleramtschef zu reduzieren. Für den Ruf als Sicherheitsgarant der Regierungszentrale, gar der Bundesrepublik, den er Mitte der fünfziger Jahre bei Adenauer und Globke gewonnen hatte, bezahlten er und der BND Anfang der sechziger Jahre jedoch einen hohen Preis: Diskreditierung seines Dienstes bei den westlichen Partnern; Verstoßung durch einen empörten Bundeskanzler Adenauer; Vorbehalte bei dessen Nachfolgern und ihren Spitzenbeamten im Palais Schaumburg; wachsende Skepsis einer kritischer werdenden Öffentlichkeit.

Nicht allein als politisch Verantwortlicher, sondern auch als höchstpersönlich Handelnder im Herzen des Skandals hätte Reinhard Gehlen keineswegs nur nach den Maßstäben des von ihm ständig im Munde geführten Ethos eines preußisch-deutschen Staatsdieners seinen Hut nehmen müssen, das Pflichtgefühl eines Beamten der Republik hätte genügt. Bundeskanzler Ludwig Erhard, die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger und die parlamentarischen Instanzen, in denen »statt Kontrolle eher unterstützendes Vertrauen oder bisweilen polemisches Misstrauen«[184] herrschten, ersparten Reinhard Gehlen diesen Schritt. Er

ging erst im Frühjahr 1968 in den Ruhestand. Dann erst konnten sich die Reformer im Kanzleramt und innerhalb des Dienstes daran machen, »den Augiasstall auszumisten«, wie Jost Dülffer schreibt: »Die Stilisierung Gehlens zum Mythos hatte ein Eigengewicht gewonnen, während sein System im BND in Agonie lag.«

Der BND-Präsident ließ nach der Enttarnung Felfes nichts unversucht, das Desaster als einen bedauerlichen, aber minderschweren Fall mit begrenzter Schadenswirkung abzutun. Obgleich die internen Untersuchungen unter dem Codewort »Chile« das Unterste erfolgreich zuoberst kehrten und die Schadensberichte des Dienstes für die Justiz sich dem wirklichen Tatbestand annäherten, blieb die höchstpersönliche Verantwortung Gehlens tabu. Wann immer sie ans Licht zu kommen drohte, verstand es der Präsident, die einem Scherbengericht gleichkommenden Befunde seiner Spezialisten abzuschwächen und in die Bastion seiner Apologetik einzufügen, in die er sich in Sicherheit gebracht hatte. In seinen Erinnerungen spricht Gehlen zwar von einem schwerwiegenden Verratsfall des »Hilfsreferenten« Felfe, doch sei der Verräter durch eigene Ermittlungen und dank des »bewusst engmaschig angelegten Sicherheitssystems (Schottensystem) meiner Amtszeit« zur Strecke gebracht worden. Er habe außerdem Anlass zu der Vermutung, dass der KGB-Agent »nicht so erfolgreich gearbeitet hat, wie seine Auftraggeber erwartet haben«. Die Massenmedien hätten eben ihre Sensation gefunden und den Fall Felfe, der seine SD-Vergangenheit verschwiegen habe, in einem »ebenso subjektiven wie oberflächlichen Analogieschluss« zu einem Exemplum für die Durchsetzung des Dienstes mit alten Nazis aufgeblasen.[185]

Die von Bodo Hechelhammer vorgelegte Biografie Heinz Felfes, in der die lange Kette der Versäumnisse in der Einschätzung »Friesens« vor Augen geführt ist, die weit über den Dienst hinausreichende Dimension des Verrats und das persönliche Versagen des BND-Präsidenten jedoch ein wenig unterbelichtet bleibt, kommt gleichwohl zu dem Befund, Gehlen habe im Frühjahr 1962 bei der Information seiner eigenen Mitarbeiter über den Spionagefall zentrale Punkte »verfälscht« und auch danach an seinen Vertuschungen festgehalten: »Der Fall Felfe sollte immer noch als Erfolgsgeschichte verkauft werden.«[186] Gehlens gewohnheitsmäßige Unaufrichtigkeit und seine gezielte Flucht aus der Verantwortung sind

freilich nur ein Nebenaspekt in dem Gesamtbild des individuellen und institutionellen Versagens – der Großmannssucht, des Selbstbetrugs, der Pflichtvergessenheit und der innenpolitischen Instrumentalisierung nachrichtendienstlichen Arkanwissens.

Es braucht hier nicht neuerlich dargetan zu werden, dass es eine hochrangige CIA-Quelle in der Spionageabwehr des polnischen Nachrichtendienstes gewesen ist, welche die Amerikaner bereits im Frühjahr 1959 auf Felfes Spur führte[187] und sie zu intensiven Aufklärungsanstrengungen trieb (»shot us into action«).[188] Erst zwei Jahre später, nachdem Oberstleutnant Michael Goleniewski in die USA gebracht worden war, unterrichtete die CIA den BND über den dringenden Verdacht gegen seinen »heretofore favorite case officer«. Daraufhin ließ Gehlen nun ebenfalls alle Register verdeckter Aufklärung ziehen. Am 9. November 1961, drei Tage nach Heinz Felfes Verhaftung, unterrichtete er Staatssekretär Globke schriftlich darüber.[189] Der Präsident schrieb, die Festnahme des KGB-Agenten sei auf seine Anzeige hin erfolgt, der Bundesgerichtshof habe inzwischen Haftbefehl erlassen, die Ermittlungen lägen in der Hand der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts. Die Verhafteten seien geständig. Bis zum Abschluss aller juristischen und nachrichtendienstlichen Untersuchungen müssten sämtliche Erkenntnisse unbedingt auf »den notwendigen Personenkreis« begrenzt bleiben. Doch das gelang nicht. Vielmehr kam die deutsche und die internationale Presse mit saftigen Schlagzeilen auf den Fall zu sprechen: »West Germany's Spy System Reported Penetrated by Reds« etwa.[190] Der *Spiegel* verbreitete Einzelheiten über den SD-Mann und »Falltöter« in der BND-Zentrale – einem Agenten, der eine wirksame Gegenspionage gegen den KGB sabotiert habe.[191]

Selbstverständlich erkannten alle, die dem als Fachmann bewunderten Heinz Felfe auf den Leim gegangen waren (neben den Kollegen in Pullach die leitenden Beamten des Bundeskriminalamts, die Richter und Staatsanwälte in Karlsruhe, die Mitarbeiter im Bundeskanzleramt und nicht zuletzt Hans Globke selbst), dass sich nun auch für sie Unwillkommenes zusammenbrauen mochte; schließlich war der sowjetische Spitzenagent jahrelang bei ihnen ein und aus gegangen. Der enge Vertraute des Bundeskanzlers und Leiter des für den BND zuständigen Referats 5 im Kanzleramt, Günter Bachmann, zeigte sich nicht nur von Amts wegen

besonders hellhörig. Er hatte nicht vergessen, wie er von »Friesen« hereingelegt worden war, als der sich auf Veranlassung von Gehlen und Globke zu dessen Vertrautem in Sicherheitsfragen der Regierungszentrale hatte machen lassen.[192] Bachmann schlug vor, sich über die Auswirkungen des Felfe-Falles »von einer neutralen Stelle über die genauen Zusammenhänge unterrichten« zu lassen. Ganz unbefangen waren der Leiter der Sicherungsgruppe Bonn, Ernst Brückner (»Bruno«), und Bundesanwalt Albin Kuhn, die jetzt Auskunft gaben, freilich nicht, denn auch sie hatten über Jahre eng mit dem Spion kooperiert.[193] Die Frage, welchen Einfluss Felfe »auf die in das Bundeskanzleramt hineinreichenden Gegenspionagefälle genommen hat«, erörterten sie mit dem BND zunächst nur mündlich.[194]

Das Jahr 1962 über jagte ein Untersuchungsbefund und ein Memorandum zur Felfe-Katastrophe das nächste. Der BND-Präsident verwandte dabei alle Energie darauf, seine eigene Rolle zu verschleiern. Vor allem versuchte er deutlich zu machen, dass es überhaupt keine Möglichkeit gegeben hatte zu erkennen, mit wem man es bei Heinz Felfe in Wirklichkeit zu tun hatte. Nicht eine einzige Zeile an das Bundeskanzleramt gibt darüber Auskunft, welche an sich unschwer erkennbaren Auffälligkeiten den Berichten des KGB-Agenten namentlich über die politische und nachrichtendienstliche Auskunftsfreudigkeit seiner sowjetischen Führungsoffiziere angehaftet hatten. Im Januar des Folgejahres gingen im Kanzleramt allerdings bereits etwas substanziellere Erkenntnisse aus den Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft ein. Felfes SS- und SD-Karriere wurde anschaulich. Seine Tätigkeit für den britischen Geheimdienst, seine nachrichtendienstlichen Bemühungen für das Gesamtdeutsche Ministerium, seine Verpflichtung durch den KGB und sein Eintritt in die Organisation Gehlen waren ebenso nachgezeichnet wie Details seines Verrats. Den von ihm verursachten Schaden bei den westdeutschen Sicherheitsbehörden wertete der Generalbundesanwalt als »beträchtlich.«[195]

Anfang Mai gab das Justizministerium dem Kanzleramt vom Antrag der Bundesanwaltschaft auf Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen das KGB-Trio Heinz Felfe, Hans Clemens und Erwin Tiebel Kenntnis. Zwei Monate später informierte der BND-Präsident Staatssekretär Globke über den Stand der Ermittlungen. Dabei breitete er neuerlich seine apologetische

Version aus.[196] Entsprechend lebhaft fiel die Verzierung dieses Papiers mit Günter Bachmanns Fragenzeichen aus. Das erste setzte der Ministerialdirigent an die wahrlich schräge »Vorbemerkung« des Präsidenten: »Die Möglichkeiten der Verratstätigkeit im Fall Felfe sind in erster Linie ein Ergebnis der außerordentlichen Länge dieser Tätigkeit. Erst in zweiter Linie kann die dienstliche Stellung Felfes als Fachreferent für Gegenspionage des BND gegen den sowjetischen Nachrichtendienst dafür verantwortlich gemacht werden.« Nur weil er so lange tätig gewesen sei, habe er das »Schottenprinzip« umgehen können. Wie dargetan, hatte Felfe das Schottensystem mitnichten umgangen. Gehlen selbst hatte »Friesen« ermuntert, sich gewissermaßen zu einer Querschnittsinstanz zu entwickeln, um mit den Erträgen seiner vielfältigen Präsenz in den Abteilungen der Zentrale und in den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden seine Mission in Bonn optimal flankieren zu können.

Beim Verratsumfang bezeichnete Gehlen acht Felder. Der größte Schaden liege »eindeutig« auf dem Gebiet der Gegenspionage, wo Felfe jeglichen Erfolg habe vereiteln können. »Letztes Ziel« des KGB sei hier wohl die Diskreditierung des BND gegenüber den zuständigen bundesdeutschen und alliierten Stellen gewesen, um ihn »in seiner Bedeutung als Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik herabzusetzen«; auch diese Passage gefiel Bachmann nicht. Dann folgte eine faustdicke Lüge, die sich ebenfalls ein Fragezeichen verdiente. Der BND-Präsident behauptete in seiner amtlichen Unterrichtung des Kanzleramts doch tatsächlich, »aufgrund der laufenden Sicherheitsoperationen gegen Felfe« habe man die Organisationsstruktur des Dienstes während der zurückliegenden zehn Jahre nicht verändert. Einzig aus diesem Grund habe der KGB-Agent einen so guten Einblick in die Diensteinheiten der Zentrale und deren Leitungspersonal gewinnen können! Tatsache war, dass systematische Ermittlungen des BND gegen Felfe auf Hinweis der CIA erst ungefähr zehn Jahre *nach* seinem Eintritt in die Org aufgenommen worden waren. Über die Kooperation mit dem Verfassungsschutz und der CIA schrieb Gehlen reichlich unkonkret, dass der Agent die »Form der Zusammenarbeit« sowie gemeinsam durchgeführte Operationen gekannt habe. Dort, wo er eingeschaltet gewesen sei, hätten die gesteckten Ziele nicht erreicht werden können. Der Ministerialdirigent schrieb hier an den Rand: »BfV: 70 Fälle« und »War es seine Aufgabe, Misstrauen gegen zuverlässige Mitarbeiter zu

säen? Z. B. Nollau?« Über eine wichtige Operation habe er Staatssekretär Globke ja unterrichtet, schrieb Gehlen noch; »unbekannt«, konstatierte Bachmann.

Länger fiel die Aufzählung des Präsidenten aus, wo Felfe aufgrund der Sicherheitsbestimmungen des BND »keine wesentlichen Erkenntnisse« erlangt hatte: Rüstungstechnik; Funkaufklärung; Nato-Unterlagen; gesamte politische Aufklärung (eine gezielte Irreführung, da der Agent vollen Einblick in die bei »Winterstein« angesiedelte politische DDR-Berichterstattung Hofés gehabt hatte); Vorhaben in den Entwicklungsländern; »auf dem Gebiet aller sonstigen Einrichtungen des BND besaß Felfe höchstens Randerkenntnisse, die nachrichtendienstlich für den sowjetischen Nachrichtendienst nahezu ohne Wert gewesen sein dürften«. Bachmann, der – wie gesehen – nichts von dem engen Zusammenspiel Felfes, Gehlens und Globkes ahnte,[197] erkannte sogleich, dass dieser Rechenschaftsbericht des BND nichts einräumte, was nicht schon aus den Ermittlungen und aus der Presse geläufig gewesen wäre, und dass das Papier nicht als ordnungsgemäße Stellungnahme gegenüber dem Dienstherrn gelten konnte. Tatsächlich war sie von Verharmlosung und Vertuschung geprägt – kein Wort vor allem zu der längst erkennbaren Tatsache, dass die Operationen Felfes und Hofés wesentlich dazu dienten, aus »Friesen« einen scheinbar genialen Operateur zu machen, ihm so Zugang zu sicherheitsempfindlichsten Personen und Institutionen zu verschaffen und ihm überhaupt erst dadurch einen Verrat derart verheerenden Ausmaßes zu ermöglichen.

Ministerialdirigent Bachmann monierte auch mehrfach die Informationspolitik des BND gegenüber dem Kanzleramt wie der Öffentlichkeit: »Nach der Festnahme des Felfe«, hielt er für den Staatssekretär fest, »ist in der Öffentlichkeit die Behauptung verbreitet worden, Felfe habe im BND nur untergeordnete Funktionen ausgeübt.« (Globke kommentierte diesen Hinweis handschriftlich mit dem Bemerken: »Das schadet nichts.«) »Das Gegenteil ist richtig«, so Bachmann weiter: »Felfe genoss offenbar das Vertrauen der Führung des BND in besonderem Maße. Er hat trotz des sonst allgemein geltenden Schottensystems einen umfassenden Einblick in die Organisation und die Tätigkeit des BND gehabt.«[198]

Wie der Volksmund weiß, kommt zum Unglück manchmal noch Pech hinzu. Davon konnte Gehlen im Herbst 1962 ein Lied singen, denn im Zuge der Affäre um den angeblichen Landesverrat des *Spiegels* verlor er das Vertrauen des Kanzlers endgültig. Beide Skandale überlagerten sich in einer »Doppelkrise« und führten, verschärft durch Enthüllungen im Strafprozess gegen Felfe, im Sommer 1963 kurz vor dem Ausscheiden Adenauers und Globkes zu regelrechten Demarchen des Kanzleramts in Pullach.[199] Günter Bachmann witterte schon vorher, dass sich der BND einer rückhaltlosen Aufklärung seiner Leichtfertigkeiten nach Kräften zu entziehen versuchte. Der Unterabteilungsleiter schrieb seinem Abteilungsleiter, dass sich das Bundeskanzleramt »mehr als bisher für den Fall Felfe interessieren müsste. Eine eingehende Beschäftigung mit diesem Fall sei bisher wegen anderweitiger Inanspruchnahme nicht möglich gewesen. Es komme aber jetzt darauf an, noch vor dem Abschluss der Voruntersuchungen einen möglichst genauen Einblick in die bisherigen Ermittlungen zu gewinnen und unter Umständen der Ermittlungsbehörde oder dem Untersuchungsrichter Hinweise zu geben, in welcher Richtung die Ermittlungen vielleicht noch ausgedehnt werden könnten. Unser Interesse decke sich dabei nicht unbedingt mit dem Interesse des BND. Auf alle Fälle müsste eine möglichst vollständige Aufklärung der Zusammenhänge erstrebt werden.«[200] Nach einigem Hin und Her machte Pullach dem Kanzleramt schließlich die Vernehmungsprotokolle der justiziellen Ermittlungen zugänglich. Erst ein Jahr nach Felfes Festnahme konnte sich das Bundeskanzleramt in Gestalt des Referats 5 ein eigenes Bild machen.

In nur einer Ausfertigung legte das Bundeskanzleramt nach Einsichtnahme in die 427 Seiten Niederschriften seine Beurteilung des Felfe-Verrats auf 18 Blatt Schreibmaschine nieder. Es war ein Dokument, wie es die Regierung eigentlich von seinem Auslandsnachrichtendienst hätte erwarten dürfen. Mehr noch, der acht Monate zuvor ergangene Schlussbericht des Bundeskriminalamts zeichnete sich auf der Grundlage von Felfes Vernehmung durch eine Sorgfalt und Präzision im Detail aus, die der BND – weil er sie nie anstrebte – gegenüber seiner vorgesetzten Dienststelle niemals erreichte.[201] Das Bundeskanzleramt stellte in seiner Auswertung also fest, dass Felfe im Verhör alles versuche, um seinen Verrat zu verkleinern und zu verharmlosen. Es sei aber klar, dass er von Gehlen zu wichtigen Besprechungen zugezogen worden war (das tatsächliche Ausmaß

war für das Kriminalamt natürlich nicht erkennbar gewesen). Felfe habe im Übrigen eine Sondergenehmigung besessen, sich über Dienstschluss hinaus auf dem Gelände der Zentrale aufzuhalten. Er habe besonderes Vertrauen genossen und einen »großen Einblick« gehabt und Unmengen von Originaldokumenten an die Russen geliefert, zur Erörterung grundsätzlicher Fragen mit der CIA sei er nach Berlin entsandt worden. Im Referat Gegenspionage habe der sowjetische Agent eine große Anzahl von Fällen geführt, unter anderem alle Operationen gegen Karlshorst. »Friesens« Bedeutung ergebe sich schon aus seiner exorbitanten Honorierung in Höhe von 135 000 DM (zuzüglich 76 000 DM und 21 000 Mark der DDR vom KGB) sowie der Tatsache, dass er dem KGB-Chef persönlich vorgestellt worden sei.

Nach der seitenlangen Auflistung »besonderer Erkenntnisse«, in der unter anderem vermutet wurde, Felfe habe »auch amerikanische Geheimnisse preisgegeben«, wandte sich der lange Vermerk diversen »das Bundeskanzleramt betreffenden Fällen« zu. Über den mit Abstand bedeutendsten Fall »Lena«, mit dem sich Gehlen so großen Geländegewinn in Bonn verschafft hatte, enthält die Notiz freilich nur elf dürre Zeilen. Hier sei es um eine Ost-Berliner Quelle gegangen, hieß es: »Sie wurde auch zur Klärung von Bediensteten des Bundeskanzleramtes benutzt. Dabei konnte der BND interessante Erkenntnisse gewinnen, die dem Bundeskanzleramt warnend zur Kenntnis gegeben wurden. Der Fall ›Lena‹ hat angeblich dazu beigetragen, dass die Organisation Gehlen legalisiert wurde. Felfe will diesen Fall [dem KGB] nicht preisgegeben haben.« Immerhin, im Palais Schaumburg hatte man jetzt auf eigene Faust ungleich mehr herausgefunden, als der BND dienstlich jemals meldete. Allerdings war die Kenntnis der Natur und des Ausmaßes des Verrats noch immer recht oberflächlich, viel geringer jedenfalls, als der BND-Präsident sie mit eigenem Zeugnis leicht hätte erweitern können. Doch Gehlen vermied das, nicht nur wegen des Gegenwinds, der ihm inzwischen in der Bundeshauptstadt ins Gesicht blies, sondern auch weil er mit einer rückhaltlosen Aufdeckung des Geschehens sich selbst noch weiter ins Unrecht gesetzt hätte. Insoweit konnten weder er noch Globke Interesse daran haben, an der tatsächlichen Bedeutung der »Operation Lena« zu rühren; der Öffentlichkeit blieb sie bis heute verborgen.

Das Bundeskanzleramt und Adenauer persönlich verfolgten die Einlassungen der KGB-Agenten Clemens, Felfe und Tiebel während der Vorermittlungen und während des Gerichtsverfahrens im Sommer 1963 mit großer Aufmerksamkeit. Bekanntlich qualifizierte der Bundeskanzler Gehlen, den er so lange gestützt hatte und dessen geheime Dienste ihm so nützlich gewesen waren, jetzt ungeniert als geistig limitiert und fachlich überfordert – auch gegenüber Außenstehenden wie dem amerikanischen Botschafter. Außerdem leitete er Maßnahmen ein, um endlich die wirksame Kontrolle eines Nachrichtendienstes durchzusetzen, an dessen Funktionsfähigkeit schon seit längerem Zweifel bestanden.[202] Günter Bachmann, der immer wieder beklagte, der BND informiere das Kanzleramt »nur sehr lückenhaft«[203], hatte dabei heikle Einsätze zu bestehen. Der Bundeskanzler erlebte wegen seiner späten Aktivitäten zur Disziplinierung des Gehlen-Dienstes und seines Präsidenten, wie er Bachmann anvertraute, »die erste ernsthafte Kontroverse, die er mit Herrn Globke in den langen Jahren der Zusammenarbeit gehabt habe«.[204]

Konrad Adenauer setzte im Verlauf der Doppelkrise – *Spiegel*-Affäre und Felfe-Enthüllungen – alles daran, noch kurz vor seinem Ausscheiden Remedur zu schaffen und den Dienst durch das Kanzleramt bzw. durch eine angemessene parlamentarische Kontrolle »erstmals richtig an die Kandare der politischen Kontrolle und Lenkung«[205] zu nehmen. Reinhard Gehlen hätte diese Vertrauenskrise wohl kaum überstanden, hätte der Kanzler sein Amt nicht just in diesen Wochen an Ludwig Erhard übergeben müssen. Es war nicht allein das große Aufsehen des Gerichtsverfahrens gegen Felfe im Sommer 1963 (der BND geriet jetzt erstmals massiv in öffentliche Kritik) und der Druck, den jetzt alle drei Fraktionsvorsitzenden im Bundestag ausübten, welche die Dinge nun so beschleunigten. Die Verärgerung und die erstaunliche Aktivität des scheidenden Bundeskanzlers, dem Gehlen mit seiner politischen Inlandsspionage mehr als ein Jahrzehnt so nützlich gewesen war, rührten auch daher, dass der BND zur Aufklärung des Felfe-Verrats und der in diesem Zusammenhang deutlich werdenden Missstände nichts als Beschwichtigungen, Verharmlosungen und eine Apologetik beizusteuern hatte, die einen in der Staatsverwaltung so versierten Mann wie Konrad Adenauer auf die Palme treiben mussten. Entsprechend temperamentvoll blieb er seinem »lieben General« (wie der *Spiegel* Jahre zuvor eine Titelgeschichte überschrieben hatte[206]) auf den Fersen.

Wie wir gesehen haben, hatte sich der BND bereits im Vorjahr einer ausgesprochen dürftigen Berichterstattung an das Kanzleramt befleißigt. Die Frage war, ob Pullach angesichts der politischen Zuspitzung im Verlaufe des Felfe-Prozesses seine apologetische Linie beibehalten konnte. Offenbar ja, denn auf eine scharfe Anfrage der Zeitung *Welt am Sonntag* an Staatssekretär Globke, die umgehend auch Adenauer zur Kenntnis gegeben wurde, legte der BND den Entwurf einer Antwort vor,[207] der sich in den üblichen Geleisen bewegte: Wie in allen anderen Behörden gebe es auch im Auslandsnachrichtendienst Beamte, die schon vor 1945 tätig gewesen seien, aus ehemaligen Polizeidienststellen etwa 0,7 Prozent; nur bestens geeignete Mitarbeiter mit »einwandfreier persönlicher Sicherheitslage«; bedauerliche Vorfälle wie der gegenwärtige nie ganz zu vermeiden; Fall Felfe vom BND selbst aufgeklärt; »erhebliche Erfolge« des Dienstes anderswo; internationale Anerkennung des Präsidenten.

Der Chef des Kanzleramts folgte dieser Linie nicht unbesehen. Er übernahm zwar die Version von der verschwindenden Minderheit ehemaligen SS-Personals, räumte gegenüber dem Chefredakteur des Blattes jedoch ein, besonders »wegen der Dauer und des Ausmaßes des Verrats« wiege der Verratsfall schwer. Ein derartiges Vorkommnis könne sich wegen der getroffenen Vorkehrungen allerdings nicht wiederholen: »Die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes wird nach wir vor gut beurteilt. Der BND bemüht sich, das durch Felfe beeinträchtigte Teilgebiet seiner Bearbeitung wieder in Ordnung zu bringen.«[208]

Bei der Vorbereitung einer Presseerklärung zur Urteilsverkündung im Felfe-Prozess am 23. Juli 1963 traten die Unstimmigkeiten zwischen Pullach und dem Kanzleramt noch deutlicher hervor. Adenauers Mitarbeiter kannte die Haltung des scheidenden Bundeskanzlers und musste sie im Umgang mit dem BND entsprechend berücksichtigen. Der zuständige Abteilungsleiter übermittelte den Entwurf an Gehlen. Dabei nahm er eine Passage heraus, die Globke an sich in sein Schreiben an den Präsidenten hatte aufnehmen wollen, wonach die Qualifizierung des Felfe-Verrats eine »nicht mit den wirklichen Tatsachen in Einklang zu bringende Bagatellisierung« darstelle.[209] So blieb es dem »Doktor« einstweilen erspart, schwarz auf weiß lesen zu müssen, wie kritisch die unverwandt verfolgte Strategie des Herunterspielens inzwischen sogar von seinem mächtigen Tutor beurteilt wurde. Wenige Tage später musste Gehlen erkennen, dass

die führenden Ministerialbeamten im Palais Schaumburg nicht mehr bereit waren, allzu nachsichtig mit ihm umzugehen, besser gesagt: sich das nicht leisten konnten, solange Bundeskanzler Adenauer noch im Amt war.

Hatten bereits die Untersuchungsunterlagen des Bundeskriminalamts und der Bundesanwaltschaft deutlich gemacht, dass der BND das Kanzleramt mehr oder weniger im Dunkeln gelassen hatte, so zeigte das die Urteilsbegründung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs vom 23. Juli 1963 erneut völlig zweifelsfrei.[210] Sie bestätigte zudem die Eindrücke, die ein Mitarbeiter des Kanzleramts während der Hauptverhandlung zu Papier gebracht hatte. Globke reichte diesen Vermerk sogleich dem Bundeskanzler weiter. Die heftigen Anstreichungen Adenauers spiegeln seine Empörung.[211] Der Vorsitzende Bundesrichter, so die Notiz für den Kanzler, habe während der Verhandlungen, in denen Felfe von seinem Komplicen Clemens schwer belastet wurde, von »einem nachrichtendienstlichen Gestrüpp« gesprochen. BND-Sicherheitschef Walrab von Buttlar sei als Sachverständiger mit der Behauptung aufgefallen, dass der KGB-Agent nur über einen sehr beschränkten Einblick verfügt habe: »Er zählte die Gegenstände, mit denen sich der BND beschäftigt hatte, nach dem Grad der Wichtigkeit auf und nannte die Gegenspionage an letzter Stelle. Auch Oberstaatsanwalt Fischer sprach in seinem Plädoyer von einer Verwundung des BND nur in einem kleinen Teilgebiet.« Der Vorsitzende Richter habe sich diese merkwürdige These in der Urteilsbegründung jedoch nicht zu eigen gemacht. Ebenso wie die folgenden Passagen des Vermerks zeigt bereits dieser Absatz heftige Bearbeitungen mit dem Grünstift des Bundeskanzlers.

Heinz Felfe, so die Aufzeichnung weiter, sei ein gefährlicher Spitzenagent gewesen, darin habe Einigkeit bestanden. Die Hauptverhandlung habe außerdem klar gezeigt, »dass die Einblicke Felfes nicht ausschließlich auf das Teilgebiet Gegenspionage beschränkt geblieben waren. Er selbst sagte, dass er als Gegenspionage-Referent jederzeit Zugang zur Zentralkartei gehabt habe. Er hat auch eine große Anzahl von Karteikarten fotografiert« und dem KGB übermittelt – schwungvolle Anstreichung Adenauers. Von den Fällen, die das Kanzleramt berührten, war eher nebenher die Rede. Der Fall »Lena« kam gar nicht vor. »Die Dienstaufsicht durch das Bundeskanzleramt ist zwar erwähnt, aber nicht besonders hervorgehoben worden.« Die heftigste Bemalung durch den Regierungschef wurde folgender Feststellung zuteil: »Als Clemens erklärte,

er habe seinerzeit von dem leitenden Mitarbeiter der Org, Krichbaum, den Auftrag erhalten, sich nach alten SD-Angehörigen umzusehen und Verbindung aufzunehmen, musste der Eindruck entstehen, als sei die Org ein Sammelbecken ehemaliger Angehöriger dieses Dienstes gewesen. Der Vorsitzende hat leider nichts unternommen, um dem entgegenzuwirken. In der Pause versuchte jedoch Herr Langendorf sogleich, diesen Eindruck bei dem Vertreter des BfV, Oberregierungsrat Meier, und des Bundeskanzleramts, Regierungsrat Kugler, durch Erklärungen abzuschwächen.«

Ansonsten sei der BND nicht weiter angegriffen, sogar eher in Schutz genommen worden, fuhr die Aufzeichnung fort, dem Dienst und der Bundesrepublik sei vielmehr »schwerer Schaden« zugefügt worden. So habe der Sachverständige berichtet, dass »die Amerikaner ihre sämtlichen 32 Quellen aus Karlshorst abgezogen, das BfV seine sämtlichen Operationen gegen die Sowjets eingestellt und der BND alle dem Felfe bekannt gewordenen Operationen abgebrochen« habe. Der nachsichtige Staatsanwalt, zu dem der Dienst seit langem enge Beziehungen pflegte, verließ den Boden der Tatsachen endgültig, als er sagte, bei jedem Nachrichtendienst könne es natürlich Misserfolge geben, doch sei der Schaden »weitgehend schon geheilt und es sei dem guten Sicherheitssystem des BND zu verdanken, dass die Angeklagten erkannt und ausgeschaltet werden konnten«. Einen letzten dicken Seitenstrich setzte der Bundeskanzler an die Mitteilung, der Vorsitzende Richter habe in seiner mündlichen Urteilsbegründung von den vielen Briefen berichtet, in denen »gefordert wurde, er möge feststellen, dass im BND vieles faul sein müsse. Hierüber habe das Gericht nicht zu befinden.«

Eine deutlichere Bestätigung seines Argwohns gegenüber dem Gehlen-Dienst hätte sich Bundeskanzler Adenauer nicht wünschen können. Spätestens jetzt war unübersehbar, dass es der BND gezielt darauf anlegte, das Kanzleramt und ihn selbst über die tatsächliche Dimension des Verrats zu täuschen, vor allem jedweden Hinweis zu vermeiden, der Anlass zu der Frage geben konnte, wer die Verantwortung für diese Katastrophe trage. Mit dieser Schonbehandlung war es nun vorbei. Dem BND-Präsidenten wurde auf Anordnung des Bundeskanzlers nämlich augenblicklich ein Schreiben Globkes durch Boten auf den Schreibtisch gelegt, wie er bisher noch keines von dem Staatssekretär erhalten hatte: »Der Herr

Bundeskanzler«, lautete der erste Satz, »ist über die Berichte, die Sie bisher zu dem Fall Felfe/Clemens abgegeben haben, nicht befriedigt. Er bittet Sie, insbesondere noch einmal eingehend dazu Stellung zu nehmen, wie es möglich war, dass Felfe und Clemens ihre Verratstätigkeit so lange haben ausüben können.« Den einzigen Trost, den Gehlen nach diesem Paukenschlag allenfalls finden konnte, war, dass nicht Hans Globke ihn zur Rede stellte, sondern der scheidende Kanzler.

»Aus den weittragenden Konsequenzen«, musste Reinhard Gehlen ferner lesen, »die – wie sich aus der Hauptverhandlung vor dem Bundesgerichtshof ergab – auf Grund der Verratstätigkeit von Felfe und Clemens vom BND und den befreundeten Nachrichtendiensten gezogen werden mussten, ergibt sich, dass zumindest Felfe einen sehr großen Einblick in die verschiedenen Zweige des BND hatte.« Es folgte die Gretchenfrage: »Hat er sich diesen Einblick durch Übertretung der strengen Vorschriften, die ein Herübergreifen von einer Abteilung in die andere sichern sollen, verschafft oder hat er mit Ihrem Wissen und Ihrer Billigung diese besondere Vertrauensstellung eingenommen?« Das traf den Sachverhalt haargenau, denn exakt so hatte es sich jahrelang verhalten. Die nachfolgenden Fragen waren auch nicht verbindlicher. Sie stellten eine einzige Misstrauenserklärung gegenüber sämtlichen bis dato von Pullach abgegebenen Darlegungen dar: »Wie erklärt es sich, dass Felfe einen derart weiten Einblick in den Dienst haben konnte, obwohl bekannt war, dass er nächste Verwandte und Bekannte in der Sowjetzone hatte?« Seien gegen Felfe und Clemens »nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt Verdachtsmomente aufgekommen? War dem BND bzw. der Vorläuferorganisation nicht schon früher bekannt, dass Felfe bei den Engländern nachrichtendienstlich tätig war und sich um eine Einstellung beim BfV bemüht hat? Warum sind nicht schon rechtzeitig, bevor ihm eine so große Vertrauensstellung eingeräumt worden ist, Ermittlungen bei diesen Stellen angestellt worden? Was war über den Lebenswandel von Felfe bekannt?« Der Bundeskanzler bitte um baldige Beantwortung dieser Fragen.[212]

Die Antwort des BND-Präsidenten unterschied sich wenig von dem Memorandum, das er wenige Tage zuvor an das Kanzleramt geschickt und in dem er betont hatte, der Fall Felfe habe gezeigt, »dass die für den BND erlassenen Vorschriften zur Gewährleistung der personellen, materiellen

und operativen Sicherheit als richtig und ausreichend bezeichnet werden können. Dadurch, dass er gegen diese Vorschriften verstieß, hat sich Felfe verdächtig gemacht«[213] – ein typischer Gehlen-»Türke«, wie ihn der Präsident des Bundesrechnungshofs schon zwei Jahre zuvor in anderem Zusammenhang angeprangert hatte.[214] Der Präsident blieb in seiner Antwort an den Bundeskanzler (wie auch gegenüber dem Parlament) weiterhin eisern bei der Strategie des Verschweigens, Verharmlosens und Herunterspielens. Ihm blieb auch gar nichts anderes mehr übrig, wenn er seine Beteuerungen der Vormonate nicht desavouieren wollte. Er wusste, dass der Bundeskanzler das Palais Schaumburg in Kürze verließ, und hoffte schlicht darauf, dass er sich bis dahin mit Apologetik und Selbstentschuldung über Wasser halten konnte.

Es würde ermüden, die Standardargumentation Gehlens neuerlich in extenso zu repetieren. Begnügen wir uns daher mit einigen Kernaussagen seines zehnseitigen Schriftsatzes.[215] Man habe im Gefolge des Verrats umfangreiche Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, meldete der BND-Präsident nach Bonn. Dies sei jedoch keine Reaktion auf den Fall Felfe, sondern mehr eine Art »Prophylaxe« gewesen, die sich auch auf Bereiche erstrecke, in die der Agent keinen Einblick gehabt habe. Diese breiten Vorsichtsmaßnahmen rechtfertigten nicht etwa den Rückschluss, der Verräter habe sich Einblick in weitere Zweige des BND verschaffen können: Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit habe »ganz eindeutig« auf der Gegenspionage gelegen. Es habe nur »einzelne fachliche Konsultationen mit sehr wenigen außerhalb seines eigentlichen Tätigkeitsbereiches stehenden Fachkräften des BND« gegeben; entgegen seiner, Gehlens, Anordnung habe Felfe es »in Einzelfällen vermocht«, das sogenannte Schottensystem zu umgehen. Gerade das habe ihn ja verdächtig gemacht! Seine Verratstätigkeit erstrecke sich – das Perpetuum mobile Gehlenscher Apologie – im Wesentlichen auf den Bereich der Gegenspionage. Keine einzige dieser Feststellungen des BND-Präsidenten entsprach dem tatsächlichen Sachverhalt. Er belog seinen Dienstherrn, dem es mutmaßlich unmöglich bleiben würde, auf den Grund der Tatsachen vorzustoßen.

Dann nahm Reinhard Gehlen zu der besonders beanstandeten langen Verratsdauer Stellung. Dazu sei zu sagen, dozierte er, dass versierte Feindagenten so gut wie nie im Anfangsstadium ihrer Tätigkeit enttarnt werden könnten. Er sage das nicht zu seiner »Exkulpation«, so sei das eben.

Es folgte die Aufstellung einiger bis ins Jahr 1938 zurückreichender historischer Exempla aus der weiten Welt des Nachrichtengeschäfts. Felfes familiäre Bindung in der DDR, so weiter, sei vernachlässigenswert gewesen. Sämtliche Nachforschungen hätten seinerzeit »nichts Nachteiliges der Art erbracht, dass Felfe von seiner Funktion als Hilfsreferent in der Gegenspionage hätte abgelöst« werden müssen; sein außerdienstliches Verhalten sei ebenfalls in Ordnung, ja das eines »sparsamen Hausvaters« gewesen. Trotzdem habe er, Gehlen, die Arbeit Felfes einer kontinuierlichen zusätzlichen Überwachung unterziehen lassen, die denn auch zu seiner »Eliminierung« geführt habe. Zusammenfassend sei zu sagen, dass die »Dauer der Verratstätigkeit durch zusätzliche Maßnahmen notwendig hätte verkürzt werden können«. Diese Einlassungen machten klar, dass der BND-Präsident nach wie vor keinerlei Neigung zeigte, ernsthaft auf die naheliegenden Fragen des Bundeskanzlers einzugehen, schon gar nicht auf die nach seiner eigenen Verantwortung. Von diesem Affront führte ein direkter Weg zu dem von Bundeskanzler Adenauer mit hoher Intensität betriebenen Kabinettsbeschluss vom 2. Oktober 1963, der den BND einer schärferen Aufsicht unterwerfen und den bisher nur »angegliederten« Nachrichtendienst künftig dem Bundeskanzleramt »unterstellen« sollte.[216]

Nachrichtendienstliche Klärung

Abschließend haben wir bei der Betrachtung der hochpolitischen »Operation Lena« einer Frage Aufmerksamkeit zu schenken, die auch den Bundeskanzler umtrieb: Ob nämlich die Spitzen des BND, Kohler, Langkau, Weiß und vor allem Gehlen selbst, nicht irgendwann hätten erkennen müssen, dass, erstens, ihr Gegenspionage-Genie in Wahrheit ein feindlicher Agent und, zweitens, die »Lena«-Operation nur ein Manöver des KGB war, um Heinz Felfe zu seiner gewaltigen Reputation zu verhelfen und ihm in den westdeutschen und alliierten Sicherheitsbehörden jene Zugänge zu verschaffen, deren er und seine sowjetischen Auftraggeber sich über Jahre hinweg erfreuten? Zu den Auffälligkeiten, Merkwürdigkeiten und Unwahrscheinlichkeiten in der Flut von Vermerken, die »Friesen« dem »Doktor« vorlegte, ist oben bereits manches gesagt worden. Wie sehen nun die Befunde der deutschen und amerikanischen Untersuchungen aus? An welchen Wegmarken der Felfe-Karriere finden sich Hinweise für den verfehlten Umgang Pullachs mit dem »Spion ohne Grenzen«[217]?

In sämtlichen Unterlagen, die im Zuge der Aufarbeitung des Verrats entstanden, springen einen die hanebüchenen Versäumnisse des Gehlen-Dienstes beim Umgang mit den Hinweisen auf die Unzuverlässigkeit Felfes und seiner Komplizen regelrecht an. Seit er nach seiner Karriere im SD zunächst für die Briten und dann für eine nordrhein-westfälische Informationsstelle arbeitete, galt der Mann als undurchsichtig und unzuverlässig. Das war in den Zeiten des Kalten Krieges und ihrer Unkultur des Verdachts nichts Ungewöhnliches, in den Hinweisen zu seiner Person findet sich jedoch ungewöhnlich viel Konkretes. Eine frühe Einschätzung stammt von dem leitenden Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz bzw. des BND Konrad Gallen.[218] Er nahm Felfe im Herbst 1950 auf dessen Bewerbung hin in Köln in Augenschein und kam danach zu dem Ergebnis, dass er nicht beim BfV angestellt werden solle, unter anderem, weil er sich auf falsche Referenzen bezogen habe; Vizepräsident Radke sah das ebenso.[219]

Der entsprechende Vermerk ging auf Felfes frühe Nachkriegstätigkeit ein und hielt fest, die Briten machten ihm den Vorwurf, »dass er mit den Leuten, wogegen er arbeitet, Arrangements getroffen habe, indem er seine

Berichte mit ihnen abgestimmt habe und sich dafür Zuwendungen, insbesondere Geld habe geben lassen. Frauen habe er erpresst und Geschlechtsverkehr gefordert. Aus diesen Gründen haben ihn die Engländer und der nordrhein-westfälische I-Dienst ›rausgeschmissen‹.« Dem Gesamtdeutschen Ministerium, das ihn danach einstellte, habe er diese Vorgeschichte verschwiegen. »Der Verdacht, dass er für ostzonale Stellen tätig sei, wird damit begründet, dass er Personen zu Handlungen oder Unterlassungen genötigt hat, indem er sie bedrohte, dass ihre Angehörigen, die in der Ostzone lebten, nach Sibirien kämen, falls sie nicht in seinem Sinne handelten.« Verfassungsschutzpräsident Schrübbers, der dem Kanzleramt diese frühen Notizen überreichte, bemerkte dazu, da Felfe in seiner Behörde nur unter Decknamen aufgetreten sei, habe keine Möglichkeit bestanden, Pullach auf diese Bedenken hinzuweisen; Gallen hätte diese Vorbehalte als BND-Mitarbeiter später allerdings aufgreifen können. Die erste Anfrage an das BfV habe der Gehlen-Dienst im Übrigen nicht vor dem Sommer 1961 gestellt, als Felfe bereits von ihm selbst überwacht wurde.[220] Die Passage in einem Vermerk Bachmanns, wonach Gallen in der Frühzeit einen entsprechenden Eintrag in den Karteien Pullachs veranlasst habe, strich der Kanzler dick an.[221]

In einem Zwischenbericht wies der »Chile«-Sonderstab im BND, der den Verrat Felfes zu untersuchen hatte,[222] ebenfalls auf eine andere sehr frühe Meldung hin und kam zu dem Schluss, wäre diese seinerzeit vorschriftsmäßig bearbeitet worden, hätte man die Anwerbung Felfes durch den KGB 1951, zumindest aber seinen Eintritt in die Organisation Gehlen verhindern können. Es hätten sich im Übrigen keine Unterlagen zu seiner Einstellung in der Personal- oder Sicherheitsabteilung der Zentrale finden lassen. Erst jüngst habe man ein versiegeltes Konvolut ausfindig gemacht, das seit Jahren im Fundus einer aufgelösten Außenstelle schlummerte.[223] Der stellvertretende Leiter und Sicherheitschef der Karlsruher GV L Ludwig Albert gab von 1952 bis zu seinem Selbstmord drei Jahre später immer wieder Hinweise auf Felfes verdächtige Kontakte[224] und auf dessen Obstruktion bei der Aufklärung bestimmter »Pannen«.[225]

Schon 1954 deutete der Pullacher Sicherheitschef Walrab von Buttlar der skeptisch gewordenen CIA[226] durch die Blume an, Heinz Felfe verhalte sich bei der Aufklärung der vom KGB gesteuerten Operation »Lili Marleen« gegen die Karlsruher Außenstelle »frustrierend und seltsam obstruktiv«.[227]

Zur selben Zeit wurde »Friesen« von einem Vorgesetzten ohne irgendwelche Folgewirkung als »sehr schlecht beurteilt und als Lügner bezeichnet«.[228] 1955 verfasste einer der fähigsten Analytiker des Dienstes, Karl-Eberhard Henke (»Herder«), der selbst an der Führung der »Operation Lena« beteiligt war, bereits ein skeptisches Papier. Er kam zu dem Schluss, es müsse sich bei diesem Fall um irgendeine Betrügerei handeln, konnte das aber nicht hieb- und stichfest begründen.[229] »Für Henke lief alles zu glatt.«[230]

Bald darauf begann der Gehlen-Dienst mit Nachforschungen, ob der mittlerweile zum unentbehrlichen Vertrauten des »Doktors« aufgestiegene Lenker des großen Spiels gegen den KGB früher etwa beim SD gewesen sei. Der CIA war das in ihrem Felfe-Report später eine ziemlich spöttische Passage wert: »In February 1956, Felfe was asked formally, ›officer to officer‹, whether he had been a member of the SD. He replied with a brazen ›No, Sir‹, despite the fact that his SD past was known to a number of Gehlen officers and could have been readily proven by a check of wartime records under Allied control at the Berlin Document Center. The results of the investigation were ›inconclusive‹.« Felfe selbst versuchte mehrfach, an diese Unterlagen zu gelangen.[231] Um dieselbe Zeit suchte er (nicht zuletzt, da er für eine USA-Reise ausersehen war) amerikanische Kollegen eigens auf, um sich zu vergewissern, dass dort auch wirklich kein irgendwie gearteter Argwohn gegen ihn bestand.[232]

Nach der Umwandlung der Organisation Gehlen in den Bundesnachrichtendienst standen wegen einer möglichen Übernahme in das Beamtenverhältnis dann interne Personenüberprüfungen an. Dabei fielen Lücken in Felfes Lebenslauf auf. Der Fall wurde einer sicherheitlichen Überprüfung unterzogen.[233] Man befragte ehemalige Kollegen aus dem Reichssicherheitshauptamt und forderte Heinz Felfes Personalunterlagen aus dem Berlin Document Center an. Sie belegten seine Mitgliedschaft in der NSDAP und der SS ebenso wie seine hauptamtliche Tätigkeit im SD, die er immer verschwiegen hatte – ein klarer Einstellungsbetrug und, schlimmer noch, schwerwiegender Vertrauensbruch. Die BND-Spitze nahm das auf dem Höhepunkt der hochwichtigen »Lena«-Operation zur Kenntnis, setzte seinen Antrag auf Beamtenernennung aus, doch mehr passierte erst einmal nicht.

Um diese Zeit erstatteten auch zwei DDR-Flüchtlinge, die vom BND angeworben wurden, der anbahnenden Außenstelle einschlägige Meldung. Wie der »Chile«-Sonderstab darlegte, hätte »deren korrekte und rechtzeitige Bearbeitung innerhalb kürzester Frist den Gesamtumfang des Verrats Felfes [und seines Komplicen] aufgedeckt, ihre Führungs- und Versorgungswege, die Dauer ihrer Beziehungen zum sowjetischen Nachrichtendienst und andere wichtige Einzelheiten bloßgelegt«. Und weiter: »Noch heute stellt diese Meldung, wenn man sie mit geringfügigen Berichtigungen ergänzt, die kürzeste denkbare Fallbeschreibung des Verratsfalles Felfe dar. Der Klarname und die Münchener Anschrift Felfes waren genannt. Dieser Bericht blieb in den Anbahnungs-Akten der Außenstelle verborgen, wo er fast ein Jahr nach der Festnahme Felfe ›aufgefunden‹ wurde.«[234]

Die CIA war da bereits überzeugt, dass es im BND Geheimnisverrat gebe. Zu den explizit benannten Verdächtigen gehörten neben Oskar Reile auch Heinz Felfe und Hans Clemens. Das wurde Gehlen mitgeteilt, der daraufhin »eine kleine Arbeitsgruppe zur Weiterführung der Untersuchungen einsetzte«.[235] Wieder geschah nichts. Im Herbst 1957, als Felfe dem Bundeskanzleramt zur endgültigen Verbeamtung als Regierungsrat auf Probe vorgeschlagen wurde, schien es für ihn jedoch ernst zu werden. Da »Friesen« immer abgestritten hatte, beim SD gewesen zu sein, musste sich jetzt kein Geringerer als der Führungsbeauftragte Conrad Kühlein (»Kühne«) der Sache annehmen. Tatsächlich bestätigte ihm die Personalabteilung, dass Felfe mehrfach die Unwahrheit über seine Vergangenheit gesagt hatte.

»Unter normalen Umständen hätte dies das Aus bedeutet«, hält sein Biograf fest. »Doch jetzt griff Gehlen persönlich ein und erklärte, dass ihm Felfes SD-Karriere bestens bekannt sei.« Damit schaffte die Leitungsebene das Odium eines Vertrauensbruchs kurzerhand aus der Welt. Kühlein beschied den Personalchef des BND, die Sache sei mit dem Votum des Präsidenten abgeschlossen. Gehlen habe entschieden, die »Skandalisierung« von Felfes Vergangenheit ein für alle Mal zu beenden und in Anbetracht seiner überdurchschnittlichen Leistungen »von weiteren Überprüfungen abzusehen«. Am 22. Januar 1958 beschloss der Bundespersonalausschuss auf Vorschlag von Hans Globke dann, dass der Kandidat für den höheren Dienst im BND befähigt sei. Noch am Vortag hatte das MI 6 Heinz Felfe auf Anfrage als »fragwürdige Person«

eingestuft. Eine Woche später überreichte der BND-Präsident seinem Gegenspionage-As persönlich die vom Bundespräsidenten unterfertigte Beamtenurkunde.

Das Fazit, das die CIA zog, war so verständnislos wie bitter: In jedem Jahr habe es Hinweise auf den unsicheren Kantonisten Heinz Felfe gegeben. Eine ernsthafte Untersuchung sei nie erfolgt, obwohl der Verräter durch einfachste Methoden viel früher hätte entlarvt werden können.[236] Den Hauptgrund für die unerschütterte Position des stellvertretenden Referatsleiters für die Gegenspionage gegen die Sowjetunion nennt der interne amerikanische Schadensbericht allerdings nicht, nämlich die eminente politische Bedeutung, die Felfe als »Lena«-Operateur für den BND-Präsidenten hatte. Diesen Einblick hat die CIA womöglich tatsächlich nicht gehabt. Aus der Perspektive Gehlens wäre eine Aufdeckung des Verrats im zeitlichen Umfeld der Übernahme seiner Organisation in die Obhut des Bundes ein maximales Desaster gewesen. Es mag diese Vorstellung gewesen sein, die beim »Doktor« einen so schrecklichen Gedanken gar nicht erst aufkommen ließ. Der BND-Präsident war es jedenfalls höchstpersönlich, der alles Nachbohren unterband und seinem an höchster Stelle eingeführten Vertrauten fünf weitere Jahre als KGB-Spitzenagent in der BND-Zentrale ermöglichte.

Auf amerikanischer und britischer Seite hatten sich die Verdachtsmomente 1957/58 immer stärker verdichtet. Die westlichen Partnerdienste unternahmen daher mehrere Versuche, den BND von ihren Bedenken zu überzeugen. Die Briten schickten Memoranden, die Amerikaner empfahlen eine Beobachtung Felfes. Es geschah weiterhin nichts – ein »Desaster«, so die CIA später.[237] Wie erwähnt, setzten die Amerikaner nach Goleniewskis Einlassungen ab März 1959 dann alle Hebel in Bewegung, um den Verratsfall bei ihrem deutschen Partner auf eigene Faust zu klären. Als sie im Frühjahr 1961 den BND dann ins Bild setzten, hatte sich der Schaden für beide Dienste insofern erheblich ausgeweitet, da Heinz Felfe inzwischen nicht nur für die Überwachung aller sowjetischen Einrichtungen in der Bundesrepublik zuständig war, sondern seit Sommer 1959 sogar eng mit der Spionageabwehr des CIA zusammenarbeitete.

Entsprechend düster fiel deren Schadensbericht aus, der Anfang 1963 angefertigt und dem Direktor der Central Intelligence Agency vorgelegt wurde. Durch die enge Kooperation, der man sich nicht entziehen zu

können glaubte, hieß es darin, habe Felfe namentlich in der wichtigen West-Berliner Dienststelle tiefe Einblicke erlangt und dadurch bedeutende eigene Vorhaben hintertreiben können; über hundert Mitarbeiter seien enttarnt worden (sogar bei der Military Intelligence). Kurz: ein Agent größten Kalibers, Schäden größten Ausmaßes.[238] »Damage to the BND caused by Felfe's betrayals is of broadest scope because of his deep insight into BND operations, policy and administrative procedures«, erfuhr die CIA-Spitze aus dem Bericht, der nicht verschwieg, dass der Verrat beide Dienste nicht nur für sowjetische Attacken verwundbar gemacht, sondern auch zu erheblichem Misstrauen gegen den Gehlen-Dienst geführt habe: »As one of the senior and most active BND liaison officers in contact with almost all West German Internal Security and Police Services and several Federal Republic ministries and departments, the KGB in effect also gained through Felfe a valued penetration of these groups inflicting considerable damage on most of them.« Der westdeutsche Nachrichtendienst werde es auf allen Ebenen schwer haben, den »Esprit de corps« wiederherzustellen.[239] Der Fall zeige neuerlich, dass es nicht ausreiche, die Zuverlässigkeit eines leitenden Mitarbeiters auf der Grundlage seines Ehrenworts oder den Beteuerungen von Freunden und Bekannten zu beurteilen. Das war ein dezenter, aber unüberhörbarer Hinweis auf die sorglosen Rekrutierungspraktiken des Gehlen-Dienstes,[240] mithin darauf, dass der Fall Felfe kein Fall war, wie er im nachrichtendienstlichen Geschäft immer vorkommen kann – wie Gehlen immer behauptete –, auch kein Fall, bei dem ein Agent auf geniale Art und Weise ins gegnerische Lager geschmuggelt worden war, sondern schlicht das Resultat unerhörter Leichtfertigkeit.

Sowohl die Analysen der CIA wie die Schlussfolgerungen des deutschen »Chile«-Sonderstabes formulierten daher über die Aufzählung der zahllosen Versäumnisse und Schlampereien hinaus grundsätzliche Kritik an dem Umgang der Leitung des Gehlen-Dienstes mit den offenkundigen Ungereimtheiten und Defiziten von Felfes Operationen. Das überragende innenpolitische Kalkül und die Rolle Reinhard Gehlens fand allerdings auch hier keine Erwähnung. »Die Durcharbeitung einer großen Zahl von Gegenspionage-Operationen, die Felfe geführt oder kontrolliert hat«, zeige, so der Sonderstab, dass er »eine Reihe sehr beachtlicher Erfolge bei der Beschaffung« erzielt habe, allerdings »ohne jemals auf seinem eigenen Arbeitsgebiet, der Gegenspionage, zu glaubwürdigen Resultaten zu

gelangen«. Die auf diesem immer so stark herausgestellten Sektor erarbeiteten Erkenntnisse seien so unqualifizierbar, dass es immer unverständlich bleiben werde, wieso sie von der Leitung der Gegenspionage gegen die Sowjetunion akzeptiert werden konnten: »Felfe hat es jahrelang verstanden, sich jeder wirksamen operationellen Kontrolle und Aufsicht dadurch zu entziehen, dass er die politischen, wirtschaftlichen und anderen in seinen Operationen anfallenden I-Erkenntnisse den interessierten Beschaffern (nicht der Auswertung) der I- und Pol-Teile direkt zuleitete. Von dort ließ er sich bestätigen, dass die Meldungsinhalte so wertvoll seien, dass sie unmöglich als Spielmaterial betrachtet werden könnten.«

Die Schlussfolgerungen der internen Untersuchungsgruppe des BND waren hart und deutlich. Sie prangerten die zahllosen Sicherheitsverstöße und die fehlende Dienstaufsicht vehement an. Zum politischen Kern der Dinge drang die Gruppe jedoch nicht vor – weil sie es nicht besser wusste oder es nicht riskierte, es besser wissen zu wollen: zu einem Präsidenten nämlich, der die vermeintlichen Erfolge »Friesens« bei innenpolitischem Eigenlobbyismus während der entscheidenden Jahre seines Dienstes als schlechterdings nicht widerlegliche Argumente nutzte. Felfe habe es, fuhr der »Chile«-Bericht fort, bis kurz vor seiner Festnahme verstanden, »die massiven Bedenken der III [Gegenspionage]-Auswertung gegen seine Operationen immer wieder dadurch auszumanövrieren, dass er auf das hohe Ansehen im I [Spionage]- und Pol-Bereich hinwies. Es muss ausgesprochen werden, dass hier das entscheidende Versagen der III-Leitung liegt, die sich die operationelle Kontrolle über die von Felfe geführten Fälle aus der Hand nehmen und sich eine durch den vermeinten Erfolg bestätigte Auffassung über Methoden und Sinn der Gegenspionage aufzwingen ließ, die dem eigenen Dienst unendlich geschadet und dem Gegner direkt in die Hand gearbeitet hat.«[241] Tatsächlich war es jedoch BND-Präsident Reinhard Gehlen selbst gewesen, der all das nicht nicht nur geschehen ließ, sondern auch energisch befördert hatte.

Beinahe 30 Jahre später ließ ein ehemaliger Mitarbeiter des »Chile«-Sonderstabes, Karl Johann Bäuml,[242] den »Fall Lena« noch einmal Revue passieren.[243] Diese Operation habe unter Felfes Führung eine Bedeutung erlangt, »die weit über alles auf diesem Gebiet Erreichte« hinausgegangen sei. Doch Bäuml erschloss sich die Rolle des längst ausgeschiedenen und

mittlerweile verstorbenen ersten BND-Präsidenten im Nachhinein ebenfalls nicht. Eine Konsequenz der vermeintlichen Erfolge der Gegenspionage bei den vermeintlichen sowjetischen Angriffen auf das Regierungszentrum der Bundesrepublik Deutschland beschrieb Bäuml jedoch treffend: »Der Ruf des Sowjetagenten Felfe als Gegenspionagefachmann ist durch den Fall Lena ins Unermessliche gestiegen.« Diese Operation habe auch Kurt Weiß zu seiner »herausragenden Karriere« verholfen. Er sei genau in dem Augenblick zum Leiter der Abteilung Politische Beschaffung und Sichtung ernannt worden, als die Tätigkeit der Spitzenquelle Hofé für die Org größte Bedeutung gewann, hielt der Mitarbeiter des Leitungsstabs in seiner Analyse fest. Beinahe resignierend vermerkt er zu »Wintersteins« Rolle: »Er hatte ständigen und engen persönlichen Umgang mit Präsident Gehlen und er war an dessen politischer Berichterstattung an die Bundesregierung maßgeblich und manchmal entscheidend beteiligt. Nach dem Präsidenten-Wechsel 1968 wurde ›Winterstein‹ trotz des offenkundigen Gegensatzes zur Linie der SPD-geführten Bundesregierung sogar Abteilungsleiter für die gesamte Nachrichtenbeschaffung unter Einsatz menschlicher Quellen. Als seine tatsächliche Rolle im BND im Zusammenhang mit der *verpönten* Inlandsaufklärung und Pressebeeinflussung in zahlreichen Veröffentlichungen kritisiert wurde, ist ›Winterstein‹ wider Erwarten nicht in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.«[244]

Die schon zitierten internen Schadensberichte der CIA wurden noch deutlicher als die Untersuchungen des BND. Dessen Vertrauensverlust bei seinem amerikanischen Partner war enorm, weil sich die dortigen »built-in security hazards«[245] so verheerend ausgewirkt hatten und weil überdeutlich war, wie unprofessionell die deutschen Freunde zu Werke gingen. Die oftmals grandios konzipierten, aber schwach durchgeführten Operationen des KGB hätten überhaupt nur wegen der »Naivität«[246] vieler Kollegen im BND funktioniert. Man sei den von Günter Hofé erlangten Berichten Felfes auf den Leim gegangen, in denen sich eine nachgerade groteske »Geschwätzigkeit« – »chatterboxes« – des merkwürdigen KGB-Führungsoffiziers (der auch noch unter seinem Klarnamen aufgetreten sei) niedergeschlagen habe: »All in all, he made fools out of everybody in the name of the security of the Federal Republic.« Da es Felfe so leicht gemacht worden sei, habe er dem KGB nicht nur als Agent, sondern zum Schaden der USA auch als »Berater« dienen können. Wie immer, so blieb

allerdings auch in diesen Studien der entscheidende Anteil des Präsidenten am Desaster des BND unberührt. Nähere Auskunft dazu hätte außer den direkt in die Katastrophe verwickelten Felfe, Langkau, Kohler und Weiß auch kaum jemand geben können. Es versteht sich, dass bei ihnen kein Aufklärungsinteresse bestand.

Bereits vier Monate nach der Verhaftung »Friesens« war allerdings eine detaillierte Darstellung des BND-Sicherheitschefs an den ermittelnden Generalbundesanwalt gegangen.[247] Felfes herausragender, »nach Umfang und Bedeutung ganz ungewöhnlicher Fall« sei zweifellos die »Operation Lena« gewesen, hieß es darin, durch die er »nicht nur innerhalb seines Dienstes, sondern vor allem auch bei den betroffenen Behörden den Ruf eines ungewöhnlich talentierten und erfolgreichen Abwehrfachmannes gewann und auf diese Weise Einblick in amtsinterne Sicherheitsvorkehrungen, Vorgänge und sachliche sowie Personal-Unterlagen erhielt, wie sie ihm sonst nie zugänglich geworden wären«. Alle Ansätze des Gegners seien fingiert worden, um Felfes Renommee zu stärken und ihm so Zugang zu Zielbehörden zu verschaffen. In vielen Meldungen Hofés seien »die Überlegungen und Anordnungen der sowjetischen Nachrichten-Offiziere, zum Teil sogar in direkter Rede, wiedergegeben.« Man habe seinerzeit nicht anders gekonnt, als die Abwehr des massiven sowjetischen Abgriffs auf das Bundeskanzleramt dankbar »der Geschicklichkeit des Abwehr- und Gegenspionage-Fachmannes Felfe« zuzuschreiben. In seinem Gutachten für den Untersuchungsrichter des Bundesgerichtshofs unterstrich von Buttlar ein Jahr später, dass der Verrat des exorbitant honorierten KGB-Agenten »das Wohl der Bundesrepublik Deutschland empfindlich berührt« habe.[248] Gegenüber der eigenen Aufsichtsbehörde, dem Bundeskanzleramt, hatte niemand zu ähnlich deutlichen Worten gefunden.

Die BND-Mitarbeiter wurden ebenfalls mit der üblichen Sprachregelung abgespeist. Eine Woche nach der Verurteilung Felfes und seiner beiden Mitangeklagten zu langen Haftstrafen verfasste Hans-Heinrich Worgitzky (dessen Generalvertretung Günter Hofé geführt hatte und der mittlerweile zum Vizepräsidenten des BND aufgestiegen war) auf Anweisung Gehlens eine dienstliche Unterrichtung des Präsidenten für die leitenden Mitarbeiter.[249] Der Runderlass hielt fest, mit dem Gerichtsurteil habe der Fall Felfe jetzt einen formellen Abschluss erreicht. Es könne keinem

Zweifel unterliegen, »dass durch die zu einem großen Teil unrichtige und unsachliche Prozessberichterstattung dem Ansehen des BND Schaden zugefügt worden ist«. So falsch und manchmal von eigennützigen Motiven diktiert der größte Teil dieser Angriffe auch sei, man habe aus diesem Verrat Konsequenzen zu ziehen: »Wirksam arbeiten kann ein Nachrichtendienst im heutigen Deutschland nur, wenn er innerlich geschlossen ist, sauber, frei von zweifelhaften Elementen und entschlossen ist, seinen Ruf vor sich selbst durch rückhaltlose Pflichttreue zu erhalten.« Sicherheit stehe an oberster Stelle: »Wir müssen es verstehen, alle unsere Mitarbeiter durch wachsames Vertrauen so fest an uns und die saubere Sache, die wir vertreten, zu binden, dass dem Gegner ein neuer Einbruch von vornherein unmöglich gemacht wird.«

Die Bundesanwaltschaft und der Bundesgerichtshof hätten sinngemäß gesagt, so Worgitzky weiter, »dieser Verrat war schwerwiegend, es war ein harter Stoß, aber keine tödliche Wunde; und Wunden können schnell heilen«. Es sei nun die Aufgabe aller, diesen Heilungsprozess nach besten Kräften zu unterstützen. Er richte an alle Mitarbeiter, »gleich, wie hoch oder niedrig«, den Appell, ihren Präsidenten in diesem Bestreben zu unterstützen: »Das Ansehen des Dienstes muss in den Augen des denkenden und gutwilligen Teiles der Öffentlichkeit von dem Schatten befreit werden, den dieser Verratsfall verursacht hat.« Den eigenen Sicherheitsorganen sei keinerlei Vorwurf zu machen, im Gegenteil, »gerade im Fall Felfe ist bewiesen worden, dass die Sicherheitsorgane wirksam zu arbeiten in der Lage sind«. Der Spion sei »vom Dienst selbst in einer langwierigen Operation zur Strecke gebracht und der Exekutive übergeben worden«. Er könne leider nicht alle falschen Behauptungen der letzten Zeit richtigstellen, doch die Behauptung einer »Amtsmüdigkeit« des Präsidenten sei frei erfunden.

Dann kam der Gehlen-Erlass auf die NS-belasteten Mitarbeiter im BND zu sprechen, die viel Aufsehen erregt hätten. Diese Passage fiel noch verharmlosender aus als die schönen Worte zuvor: »Von Anfang an hat unser Dienst versucht, unter anderem auch aus dem Personal der alten Kriminalpolizei sowie des früheren Amtes VI – Auslandsnachrichtendienst – des RSHA Mitarbeiter anzuwerben, die charakterlich und politisch unbelastet und nach ihrer Vorbildung und Erfahrung als abwehrpolizeilich geschulte Organe geeignet erscheinen, beim Aufbau unseres Dienstes

mitzuhelfen. Dass dieser Versuch, den natürlich auch die anderen in Deutschland arbeitenden westlichen Dienste in wesentlich größerem Umfang machten, nicht frei von Risiken sein würde, war mir dabei von vornherein klar.« Das allerdings war eine unüberbietbar plumpe, wenn auch typische Volte des Präsidenten, die bei seinen leitenden Mitarbeitern nicht unbemerkt bleiben konnte: Als ob die CIA oder der MI 6 ehemalige SD-Offiziere als hauptamtliche Mitarbeiter in ihre Reihen aufgenommen hätten! Es zeigt den immensen politischen Druck, der auf Gehlen lastete, dass er die Anwerbung von Quellen mit der Anstellung von hauptamtlichen BND-Mitarbeitern in einen Topf warf. So ging es weiter: Mit Felfe habe man schlicht Pech gehabt. Es hätte einem anderen Dienst ebenso passieren können. Während sein Komplice Clemens eingeräumt habe, beim SD gewesen zu sein, verhalte es sich bei Felfe ganz anders. Der habe sich seine Position »erschlichen«, weil er behauptet habe, nie etwas mit dem SD zu tun gehabt zu haben. Diese Logik lief darauf hinaus, dass nicht eine SD-Mitgliedschaft, sondern ihr Verschweigen disqualifizierend war; dass der Präsident davon gewusst hatte und weder an der Mitgliedschaft noch deren Verschweigen wirklichen Anstoß genommen hatte, stand auf einem anderen Blatt.

Schließlich die beruhigende Zusicherung, mit der Reinhard Gehlen die Realitäten zum Schluss seines Appells mit wenigen Zeilen ein weiteres Mal auf den Kopf stellte und unübertrefflich verharmloste: »Was den Umfang des begangenen Verrats anbelangt, so soll er nicht bagatellisiert werden. Es ist aber festzustellen, dass Felfe Material nur aus dem von ihm eingesehenen Teil des Dienstes verraten konnte. Die Mehrzahl der Führungsbereiche konnte er überhaupt nicht einsehen. Sie sind völlig unberührt. Die Schlagkraft des Dienstes ist daher zu keiner Zeit in Frage gestellt worden.« Was mag der Sicherheitschef Walrab von Buttlar von dieser Erklärung gehalten haben, der von einer Beeinträchtigung des Staatswohls durch die Felfe-Katastrophe gesprochen hatte? Was Hans Globke oder die Leiter der Sicherheitsbehörden, bei denen »Friesen« jahrelang ein und aus gegangen war? Was die CIA, falls sie dieses merkwürdige Schriftstück zu Gesicht bekommen hat? Freilich, der Appell des Chefs wollte die Lage beruhigen, den schockierten Mitarbeitern Mut zusprechen und die Belegschaft davon überzeugen, dass die Führung Herr der Lage war. Zuviel Wahrheit würde gefährlich sein. Alle Mitarbeiter des

BND, die intern eine »Darstellung zum Fall Felfe« erhalten hatten, mussten daher mit ihrer Unterschrift bestätigen, dass sie auf ihre Schweigepflicht gegenüber jedermann hingewiesen worden waren.[250]

Es war der langjährige, bis Anfang 1960 amtierende Leiter der Abteilung Gegenspionage Kurt Kohler, mithin formell Vorgesetzter von Heinz Felfe, der sich nicht an solche Verpflichtungen halten wollte. »Klausner« wusste über die Beziehungen zwischen Felfe und Gehlen recht gut Bescheid. Im Zusammenhang mit einer Beschwerde gegen den BND-Präsidenten gab er dem Bundeskanzleramt schon bald nach dem Felfe-Urteil und dem Rückzug von Bundeskanzler Adenauer einige Einblicke dazu. Trotz Kohlers persönlicher Befangenheit lagen sie ungleich näher an den Realitäten als sämtliche dienstliche Erklärungen, die der BND-Präsident gegenüber der Bundesregierung abgegeben hatte.[251] Nach der Verhaftung des KGB-Agenten, so Kohler, habe ihm Gehlen in einem Gespräch gesagt, Felfe sei ihm von Anfang an unsympathisch gewesen. »Das halte ich jedoch nicht für die Wahrheit«, schrieb er: »Das Gegenteil ergibt sich meines Erachtens daraus, dass Felfe zum Beispiel öfter zum Vortrag beim Präsidenten war als ich selbst. Der Präsident hat ihn auch ohne mein Wissen zum Vortrag bei dem Herrn Staatssekretär im Bundeskanzleramt mitgenommen. Felfe wurde ohne mein Dazutun auf eine Oberregierungsrat-Stelle gesetzt.« Als der KGB-Agent 1956 verbeamtet werden wollte, habe er, Kohler, eine Beurteilung über ihn abgegeben, »die, was die rein fachliche Seite betraf, gut, aber in der Endbeurteilung, in der auch die menschlichen Qualitäten zu berücksichtigen sind, schlecht war. Der Präsident rief mich an und sagte, mit dieser Beurteilung werde Felfe niemals Beamter. Er gab sie mir zurück, dass ich sie änderte. Ich habe die letzte Seite durch eine bessere ersetzt. So konnte Felfe Beamter werden.«

Dann kam Kurt Kohler auf »Lena« zu sprechen. Durch die Behandlung dieses Falles, der quer durch alle Gebiete des Nachrichtendienstes gegangen sei, »kam Felfe mit allen anderen Abteilungen in Berührung, so mit den politischen Auswertern, weil laufend Meldungen über sowjetische Dienste kamen, und mit den militärischen Auswertern, weil Meldungen zum Beispiel über die Bewachung von Karlshorst und anderen Objekten kamen«, oder auch »mit den Funkern, die den Agentenfunk betrieben. Er hat mit den Amerikanern und mit den Franzosen zu tun gehabt. Hofé war ja zunächst französischer V-Mann und wurde dann übernommen. Darüber

hinaus wusste Felfe über sämtliche Personalvorgänge Bescheid, lange bevor ich etwas davon erfuhr. Das betraf nicht nur die Personalien der Abteilung III, sondern die des Dienstes allgemein […] Ein Unbehagen gegen Felfe war vorhanden, aber nicht in Richtung Verrat, sondern eigentlich nur wegen seiner eigenartigen Persönlichkeit. Er ging ständig hinter meinem Rücken zum Vizepräsidenten [Worgitzky] und zum Präsidenten, und ich erfuhr davon erst viel später oder überhaupt nicht. Das hat die Führung der Abteilung sehr erschwert. Ich persönlich habe Felfe nicht überprüft, weil ich keine Veranlassung dafür sah. Ich konnte davon ausgehen, dass er als seit 1951 dem III-Dienst angehörig eingehend überprüft war.«

Irgendwelche Folgen zeitigten diese Enthüllungen des langjährigen Chefs der Gegenspionage vor den zuständigen Ministerialbeamten im Bundeskanzleramt für den BND-Präsidenten nicht. Zwar hatte der abtretende Bundeskanzler in seiner letzten Tour de Force dem Dienst per Kabinettsbeschluss seine, man möchte sagen, Narrenfreiheit zu nehmen versucht und Reinhard Gehlen damit in den hinhaltenden Widerstand gegen etwas mehr Einblick des Kanzleramts und des Parlaments in Pullach getrieben, Konsequenzen wegen seines Versagens blieben dem Präsidenten des westdeutschen Auslandsnachrichtendienstes jedoch erspart. Er verwaltete die »Krise des BND«[252] weitere fünf Jahre und ging im Frühjahr 1968 in den Ruhestand.

1 Vgl. Fricke/Engelmann, Konzentrierte Schläge, und Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg.
2 Umfassend dazu Sälter, NS-Kontinuitäten.
3 So Nowack, Sicherheitsrisiko.
4 Namentlich durch Hechelhammer, Felfe.
5 Hofé arbeitete für die Franzosen als »Horaz«. Seine politischen Berichte über die DDR verfasste er unter dem Decknamen »Cicero«. Seine Tätigkeit als Agent der Gegenspionage des BND lief unter der Deckbezeichnung »Lena«. Gegenüber der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt lief der Fall unter »Rotstift«, gegenüber dem Verfassungsschutz als »Anna«. Beim KGB hatte Felfe den Decknamen »Katzmann«. Im Folgenden wird von Hofé vereinfachend nur als »Lena« gesprochen. Als Überblick über den Fall aus der Perspektive von Kurt Weiß siehe dessen Memorandum »Stellungnahme zum ›Fall Lena‹ (V-18268/›Cicero‹) aus der Sicht der Führung der außenpolitischen Nachrichtenbeschaffung und Sichtung«, 1.2.1963, in: BND-Archiv, 121101, Bl. 2 ff.
6 Zu Hofés Biografie siehe die Personenunterlagen in: BND-Archiv, 35443, o. Bl.; 21469, o. Bl.; 35426, Bl. 81 f., sowie Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393, Bl. 178 f. Siehe auch Heidenreich, DDR-Spionage, S. 406 ff.
7 Abschrift einer Meldung von 11/III, 20.5.1954, in: BND-Archiv, 35426, Bl. 342; siehe auch den Personalbogen, Teil B, vom 22.12.1960, in: BND-Archiv, 21469, o. Bl.
8 Weiß (122/U 15), Aktennotiz über Besprechung zur Situation »Cicero«, 23.3.1954, in: BND-Archiv, 35426, Bl. 41.
9 Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393, Bl. 178.
10 Die CIA nennt in ihrem Bericht »KGB Exploitation of Heinz Felfe« von 1977, S. 59, das Jahr 1948.
11 Sonderstab »Chile« (106/SC) an Leitungsstab Gehlen (106/II), Lena – hier: V-13889 und offene Fragen bezüglich der weiteren Fallführung, 15.2.1962, in: BND-Archiv, 220837, o. Bl.
12 Worgitzky (11) an Personalabteilung (511), V-13889, 30.7.1956, in: BND-Archiv, P1/2434, o. Bl.
13 Abschaltmeldung, 14.5.1963, in: BND-Archiv, 220837, o. Bl.
14 Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393, Bl. 186.
15 Spätere Personenbeschreibung Hofés (20.2.1963), in: BND-Archiv, 35443, Bl. 32.
16 Aktennotiz Worgitzkys für Gehlen, 8.5.1956, in: BND-Archiv, 120299, Bl. 260 f.
17 Antwort Pullachs auf eine Personenanfrage der GV B vom 27.2.1953, 3.3.1953, in: BND-Archiv, 21469, o. Bl.
18 Schreiben des BND (Walrab von Buttlar) an den Generalbundesanwalt, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe u. a. wegen Landesverrats u. a., 13.3.1962, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 417; siehe auch Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim

Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393, Bl. 178 f. und 186 f.

19 Ebd., Bl. 186.

20 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 59 f.

21 Schreiben des BND (Walrab von Buttlar) an den Generalbundesanwalt, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe u. a. wegen Landesverrats u. a., 13.3.1962, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 417 f.

22 Personalbogen Günter Hofés, Teil B, 22.12.1960, in: BND-Archiv, 21469, o. Bl., sowie spätere Personenbeschreibung Hofés (20.2.1963), in: BND-Archiv, 35443, Bl. 32.

23 Siehe den Hinweis vom 31.8.1953, in: BND-Archiv, 21469, o. Bl., und die Aufzeichnung von Wilcke (40/P) zu »Cicero«, 8.9.1953, in: BND-Archiv, 122746, 88 ff.

24 Alle Angaben aus den Unterlagen in: BND-Archiv, V-1401, o. Bl.

25 Vgl. Wolf, Entstehung, S. 37 ff.

26 Siehe oben, S. 87 ff.

27 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 60.

28 Siehe unten, S. 981 ff.

29 Siehe etwa Heidenreich, DDR-Spionage, S. 511 ff.

30 Meldung 15164 der Politischen Beschaffung, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), 7.9.1954, in: BND-Archiv, 35473, Bl. 283 ff.

31 Meldung 35308 der Politischen Beschaffung, 21.3.1956; Meldung 35309, 21.3.1956; Meldung 35310, 21.3.1956; Meldung 35311, 22.3.1956, usw., in: BND-Archiv, 35475, Bl. 92 ff.

32 Meldung Y 340203 der Politischen Beschaffung, Herstellung diplomatischer Beziehungen Jugoslawien-»DDR«, 13.10.1957, in: BND-Archiv, 35476, Bl. 220 ff.

33 Meldung E 340628 der Politischen Beschaffung, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der »DDR« (Strukturveränderung), 5.3.1959, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 619 f.

34 Gehlen an Globke, Bericht über ein Gespräch Chruschtschews mit der SBZ-Delegation in Moskau, 20.2.1961, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 2, Bl. 20 f.

35 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 511 ff.

36 Vortragsnotiz, Fall »Lena«, Anlage zu Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall »Lena«, 3.11.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 52 ff.

37 Felfe (127,7) an Gehlen (70), Fall Lena, hier: Pol.-Erkenntnisse, 8.7.1957, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 390.

38 Vgl. etwa »The Bourgeois Party in the GDR«, 2.3.1956, oder »Political Requirements for Lena«, 30.11.1956, in: BND-Archiv, 35472, Bl. 228 und 235.

39 Siehe die Darstellung des »Winterstein«-Unwesens unten, S. 373 ff.

40 Siehe die Wertung in: CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 61.

41 Vgl. Hilger, Sowjet-Kommunismus.

42 Weiß (27 VK) an Crome (106/II), Fall Lena, 30.1.1963, in: BND-Archiv, 121101, Bl. 2 ff. Hervorhebung im Original.

43 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 512.

44 CIA, Case Summary Cicero, Nr. 1500, o. D. [nach Mai 1955], in: ERR, CIA, UJ Drollery; zit. nach Heidenreich, DDR-Spionage, S. 516.

45 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 512; das Zitat ebd.

46 Felfe (127,7), Aktenvermerk, 2.6.1955, in: BND-Archiv, 21469, o. Bl. Siehe auch Felfes Schreiben an die GV B, Dienststelle 11, vom selben Tag, in: ebd., o. Bl.

47 Siehe oben, S. 31 ff.

48 »Zeittafel«, Anlage zu einem Schreiben der GV B, 11/III, vom 24.6.1954, in: BND-Archiv, 35426, Bl. 29 ff. Siehe auch das Schreiben des BND (Walrab von Buttlar) an den Generalbundesanwalt, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe u. a. wegen Landesverrats u. a.,

13.3.1962, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 418. Abweichende Version in: »Lena«, Personenverzeichnis, in: BND-Archiv, 35443, Bl. 21.

49 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 31.5.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 156.

50 »Zeittafel«, Anlage zu einem Schreiben der GV B, 11/III, vom 24.6.1954, in: BND-Archiv, 35426, Bl. 30.

51 Siehe ebd., Bl. 29 ff., sowie Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393, Bl. 187.

52 Weiß (122/U 15), Aktennotiz, Besprechung zur Situation »Cicero«, 23.3.1954, in: BND-Archiv, 35426, Bl. 43.

53 Kohler (122) an Gehlen (88), Verbindung Cicero zum sowjetischen Nachrichtendienst und Auftragserteilung an Quelle zur Aufklärung des Außenministeriums der westdeutschen Regierung, 2.4.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 9 ff.

54 O. V. [Gehlen], Verbindung zum sowjetischen Nachrichtendienst und Auftragserteilung zur Aufklärung des Außenministeriums der westdeutschen Regierung, 7.4.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 13 ff.

55 Gehlen, Aktennotiz, Besprechung mit Dr. Globke am 9.4.1954, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 473 f.

56 11/III F, Meldung vom 20.5.1954, in: BND-Archiv, 35426, Bl. 81 f. Siehe auch den Vermerk vom 31.5.1954 über die Dienstbesprechung eine Woche später, in: BND-Archiv, 122746, Bl. 54 ff.

57 Oskar Reile an den Oberbundesanwalt, 3.6.1954, in: BND-Archiv, 35451, o. Bl.

58 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 432 ff.

59 Vgl. ebd., S. 499 ff.

60 Zu Reile siehe Sälter, Rote Kapelle, S. 87 ff.

61 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 5. Siehe die ähnlich kritische Beurteilung bei Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393.

62 Anordnung vom 27.3.1956, in: BND-Archiv, 21469, o. Bl. (Karteikarte).

63 Schreiben des BND (Walrab von Buttlar) an den Generalbundesanwalt, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe u. a. wegen Landesverrats u. a., 13.3.1962, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 419. Hechelhammer, Felfe, S. 135, spezifiziert diese Unterlagen: »88 Aktenordner mit rund 40 000 Seiten, Meldungen und Korrespondenzen zu über 1700 Personen, größtenteils Personen des öffentlichen Lebens in BRD und DDR.«

64 Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393, Bl. 193.

65 Dieses große Spiel hat sich im Wesentlichen in dem über 400 Seiten starken Faszikel »Lena-Schriftwechsel mit Präsident BND« niedergeschlagen; in: BND-Archiv, 35447.

66 Felfe (127,7) an Gehlen (88), 14.7.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 16 ff. Hervorhebung im Original. Eine Durchschrift ging an Wolfgang Langkau (121), den Leiter des Strategischen Dienstes. Hds. Marginalie Felfes vom 15.7.1954: »Lt. Telefonischer Mitteilung an 127 [Reile] hat 88 [Gehlen] die Anlage in unveränderter Form an das BKA [Bundeskanzleramt] weitergeleitet.« Zu der internen Vorbesprechung siehe Felfe (127,7), Aktenvermerk,

Vorbesprechung des Falles Cicero bei Dienststelle 12 am 11.6.1954, 15.6.1954, in: BND-Archiv, 122746, Bl. 69 ff. Der angebliche »Feindauftrag« vom 4.7.1954 im Wortlaut in: BND-Archiv, 122746, Bl. 106. Eine Sammlung von angeblichen »Feindaufträgen« u. a. in: BND-Archiv, 35448.

67 Felfe (127,7) an Weiß (133), Fall John, 30.7.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 21.

68 Felfe (127,7), Vermerk, Fall Lena, 20.7.1954, in: BND-Archiv, 122034, Bl. 1052 ff.

69 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall John, 2.8.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 22.

70 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, hier: politische Feindaufträge, 2.8.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 22.

71 »Winterstein« hatte schon im März davon erfahren. Siehe Weiß (122/U 15), Aktennotiz, Besprechung zur Situation »Cicero«, 23.3.1954, in: BND-Archiv, 35426, Bl. 43.

72 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, hier: politische Aufträge des Gegners, 28.9.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 31 f.

73 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, hier: Interesse des sowjetischen ND an einem ehemaligen Org-Mitarbeiter, 18.10.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 33 ff.

74 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 22.10.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 37 ff. Hervorhebung im Original. Dieser Versuch scheiterte bald darauf an der ablehnenden Haltung Paschkes. Siehe Felfe (127,7) an Blum (88a), Fall Lena, 4.4.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 119, bzw. Felfe (127,7) an Gehlen (88), Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik zur Aufklärung von Bundesbehörden, 20.5.1955, sowie Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 23.3.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 143 ff.

75 Eingehend dazu Sälter, Rote Kapelle.

76 Felfe (127,7), Notiz für Vortrag bei 88, 2.11.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 44 ff. Hervorhebung im Original.

77 Siehe etwa die von der Org angeforderten Personenauskünfte der Sicherungsgruppe, 11.1.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 97 ff.

78 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 3.11.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 52 ff.

79 [Gehlen], Vortragsnotiz, Fall Lena, 3.11.1954, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 422 ff. Hervorhebung im Original.

80 Gehlen, Aktennotiz über Besprechung mit Globke und Gumbel am 5. und 10.11.1954, in: BND-Archiv, 1110, Bd. 1, o. Bl.

81 Felfe (127,7), Aktenvermerk, Fall Lena, 9.11.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 72 f.

82 So etwa Anfang 1955. Siehe die nachträgliche hds. Marginalie Felfes über den Besuch am 1.2.1955 auf einem Vermerk für Gehlen, »Fall Lena« vom 31. Januar 1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 103.

83 Siehe oben, S. 231.

84 [Felfe], Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik zur Aufklärung von Bundesbehörden; künftig bezeichnet als Fall »Rotstift«, 15.11.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 77 ff. Hervorhebung im Original.

85 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Gespräch mit Bundesanwalt Güde über Fall Lena [am 16.11.1954], 17.11.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 82 f. Anlage: Felfe (127,7), Vermerk, Spiel- und Verratsmaterial, 17.11.1954, in: ebd., Bl. 82 f. Hervorhebungen im Original.

86 Nach Auskunft der Bundesanwaltschaft vom 7.6.2019 findet sich in deren Unterlagen kein Vermerk dieses Inhalts.

87 Siehe oben, S. 174.

88 Siehe oben, S. 176 ff.

89 Siehe oben, S. 160 ff.

90 Reinhard Gehlen im Interview mit Elke Fröhlich am 24.1.1972, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), ED 100-68-154.

91 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Baron von Puttlitz, 28.11.1954, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 86 ff. Hervorhebung im Original. Siehe auch Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, hier: Wolfgang von Puttlitz, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 328 f.

92 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena (gegenüber den Bundesbehörden als Fall »Rotstift« bezeichnet). Siehe die nachträgliche hds. Marginalie Felfes über den Besuch am 1.2.1955 auf diesem Vermerk, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 103.

93 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 23.3.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 112 ff.

94 O. V. [Gehlen], Memorandum für das Bundeskanzleramt »Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik zur Aufklärung von Bundesbehörden«, 22.4.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 1 ff. Siehe auch den Entwurf »für Bonn« vom 22.4.1955 sowie die internen Notizen Gehlens (17.5.) und Reiles (20.5.), in: BND-Archiv, 35447, Bl. 122 ff. Zu Monatsbeginn hatte Felfe Gehlen noch rasch die »Prämienstaffelung beim sowjetischen Nachrichtendienst« mitgeteilt. Siehe Felfe (127,7) an Gehlen (88), 4.4.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 118.

95 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena (gegenüber Bundeskanzleramt als »Rotstift« bezeichnet), 20.5.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 141 ff. Hervorhebung im Original.

96 Siehe etwa Henke, Geheime Dienste, I, S. 632.

97 Felfe (127,7) an Kohler (122), Fall Lena, 23.5.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 148, sowie Felfe (127,7) an Gehlen (88), Personelle Veränderungen bei Sicherungsgruppe Bonn, 31.5.1955, in: BND-Archiv, 1204, Bd. 1, Bl. 152 ff.

98 Siehe Imanuel Baumann: Theo Saevecke (1911–2000): Belastung-Anpassung-Selbstvergewisserung, in: Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründergeneration in der frühen Bundesrepublik. Hrsg. von Imanuel Baumann, Herbert Reinke, Andrej Stephan, Patrick Wagner, Köln 2011, S. 219–240.

99 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Personelle Veränderung bei der Sicherungsgruppe Bonn, 31.5.1955, in: BND-Archiv, 1204, Bd. 1, Bl. 152 ff.

100 Siehe Sälter, NS-Kontinuitäten.

101 [Gehlen], Grundsätzliche Befugnisse des Leiters des Bundesnachrichtendienstes, 7.6.1955, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 521 ff.

102 Siehe oben, S. 203 ff.

103 Siehe auch Hechelhammer, Felfe, S. 143.

104 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 31.5.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 154 ff. Siehe auch Felfe (127,7) an Blum (88a), Fall Lena, 7.6.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 162 ff.

105 Felfe (127,7), Notiz für Vortrag bei Gehlen (88), 6.6.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 158 ff.

106 O. V. [Gehlen], Memorandum für Globke »Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik zur Aufklärung von Bundesbehörden«, 7.6.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 5 ff.; o. V. [Gehlen], Memorandum für Globke »Sowjetische Agententätigkeit in Bonn«, 7.6.1955, in: ebd., Bl. 10. Siehe auch Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 7.6.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 168 ff.

107 Siehe oben, S. 241 ff.

108 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 16.6.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 178 ff.

109 Siehe oben, S. 176 ff.

110 Felfe (127,7), Aktenvermerk, Fall Lena, 27.6.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 184 ff. Hervorhebung im Original; auch zum Folgenden.

111 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 1.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 187 f.

112 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Memorandum, Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik, hier: Klärungsaufträge gegen Bundesbedienstete in Bonn, 1.7.1955, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 189 ff. Wortgleich in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 13 ff.
113 Gehlen an Gumbel, 1.7.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 11 f.
114 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 1.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 197 ff.
115 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Erkenntnisse aus dem Fall Lena, 1.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 201 f., hier Bl. 202. Hervorhebung von mir.
116 Repenning (552), Fernschreiben, 5.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 203 f.
117 Siehe oben, S. 31 ff.
118 Blum (88a) an Felfe (127,7) über Mitteilungen von Repenning (552) zum Fall »Rotstift«, 5.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 205.
119 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, 6.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 206 ff. Annähernd wortgleich in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 21 ff.
120 O. V. [Gehlen], Memorandum, Fall Rotstift, hier: Vom sowjetischen Nachrichtendienst gewonnene Erkenntnisse über Prof. Grewe und Dr. Gerstenmaier, 8.7.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 11 f., 24. Identisch mit Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, hier: Vom sowjetischen Nachrichtendienst gewonnene Erkenntnisse über Prof. Grewe und Dr. Gerstenmaier, 6.7.1955, in BND-Archiv, 35447, Bl. 209.
121 Siehe oben, S. 182.
122 Siehe Wolf, Entstehung, S. 333 ff.
123 O. V. [Gehlen], Memorandum für Globke »Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik, hier: Aufträge für einen nach Bonn reisenden Agenten«, 25.7.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 25 ff. Identisch mit Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 25.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 213 ff.
124 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, 10.8.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 219 ff. Siehe auch Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, 17.8.1955, in: ebd., Bl. 224 f.
125 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 19.8.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 226 ff.
126 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Strafverfahren wegen Landesverrats gegen [M.] vom Auswärtigen Amt, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 229 ff.
127 Siehe hierzu auch Sälter, NS-Kontinuitäten.
128 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, hier: Kommunistischer Schriftsteller Ernst Gläser, 31.8.1955 bzw. 5.9.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 232 ff.
129 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, hier: Günther Tonn, 7.9.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 239 ff.
130 Siehe oben, S. 241 ff.
131 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 7.9.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 242.
132 O. V. [Gehlen], Memorandum »Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik«, 7.9.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 29 ff. Siehe auch Felfe (127,7) an Gehlen (88), Memorandum »Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik«, 7.9.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 243 ff.
133 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, 27.9.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 249 ff.
134 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, hier: Bundespresse- und Informationsamt – Bundeskanzleramt, 17.10.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 252 ff.
135 Angaben aus Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, hier: ND-Operation Tonn, 24.1.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 287 f. Siehe auch Hechelhammer, Felfe, S. 145 ff.
136 Felfe (127,7), Aktenvermerk, Fall Lena, hier: Planung Tonn, 6.2.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 298.

137 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 8.11.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 256 ff.; Anlage o. V. [Gehlen] »Aufbau eines sowjetischen Agentennetzes in der Bundesrepublik«, 8.11.1955, in: ebd., Bl. 259 ff.
138 Ebd.
139 Felfe (127,7), Aktenvermerk, Fall Lena, 15.11.1955, über eine interne Besprechung in Anwesenheit Kohlers (122) und Repennings (552), in: BND-Archiv, 35432, Bl. 199 f.
140 Ausgiebig zu Felfes gesundheitlichen Malaisen Hechelhammer, Felfe.
141 Felfe (127,7), Aktenvermerk, 3.1.1956, in: BND-Archiv, 35432, Bl. 240 ff.
142 Felfe (127,7) an Blum (88a), Fall Lena, 14.12.1955, in BND-Archiv, 35432, Bl. 227.
143 Felfe (127,7), Vortragsnotiz, 29.11.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 264 ff.
144 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 15.12.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 275.
145 Siehe Wolf, Entstehung, S. 352 ff.
146 Siehe Dülffer, Krise, S. 246 ff.
147 Vgl. die hds. Notiz in: BND-Archiv, 35447, Bl. 284.
148 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, hier: Operation Tonn, 24.1.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 285 ff.; Anlage, [Gehlen], ND-Operation Tonn, 24.1.1956, in: ebd., Bl. 287 ff.
149 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, 10.2.1956, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 300 ff.
150 Felfe (127,7), Aktenvermerk [über eine Unterredung mit Staatssekretär Globke am 7. März 1956], 19.3.1956, in: BND-Archiv, 35451, Bl. 159 ff.
151 Im Einzelnen zur sowjetischen Führung Felfes und den zahlreichen Treffs mit seinem KGB-Kontaktmann »Alfred« (Sergei I. Stepanow) Hechelhammer, Felfe.
152 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, 11.4.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 322.
153 Felfe (127,7) an Gehlen (70), Fall Lena, hier: Letzte Entwicklung, Stand: Ende November 1957, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 413 ff. Das erwähnte Gespräch habe »Mitte Juni« stattgefunden.
154 Walrab von Buttlar an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, z. Hd. Herrn Bundesanwalt Kuhn, 13.3.1962, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 413 ff., hier Bl. 454 ff. Hervorhebungen im Original. Bei der CIA figurierte Tonn später als »an ailing and incompetent gentleman in the Press office who contented himself with the product of waste paper baskets for his source material«; CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 63.
155 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Lena, 1.3.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 306.
156 O. V. [Gehlen], Fall Rotstift, 1.3.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 307.
157 O. V. [Gehlen], Äußerungen eines sowjetischen ND-Offiziers über fremde Nachrichtendienste, 1.3.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 308 f.
158 Siehe unten, S. 373 ff.
159 Weiß (133) an Gehlen (88), 6.3.1956. Anlage unter dem Titel »Sowjetische Anweisung zur Schaffung einer ›echten Opposition‹ in Westdeutschland«, o. V. [Gehlen], 6.3.1956. in: BND-Archiv, 35447, Bl. 310 ff.
160 Sie dazu auch Weiß (133) an Felfe (127,7), Analyse über den Aufbau einer neuen Partei (als »dritte Kraft«) in der BRD, 28.5.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 336 f.
161 O. V. [Gehlen], Fall Rotstift, 11.4.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 323 ff.
162 Felfe (127,7) an Gehlen (88), Fall Rotstift, 11.4.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 326.
163 Ebd.
164 Felfe (127,7) an Dürrwanger bzw. Repenning (552), nachrichtlich an Gehlen (88), Fall Rotstift, 6.7.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 343 ff.
165 Felfe (127,7) an Gehlen (88), nachrichtlich an Dürrwanger bzw. Repenning (552), Fall Rotstift, 16.7.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 346. Hier auch: O. V. [Gehlen], Fall Rotstift, hier: Klärungsaufträge des sowjetischen Nachrichtendienstes gegen Bedienstete des

Bundeskanzleramtes bzw. des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 16.7.1956, in: ebd., Bl. 347 ff.; o. V. [Gehlen], Präventiver Schutz des Bundeskanzleramtes gegen Aufklärung und Penetrierung durch den sowjetischen Geheimdienst, 16.7.1956, in: ebd., Bl. 350 f. Kurze Zeit später erfuhr das Kanzleramt aus der »Lena«-Operation, der KGB verfüge über die Möglichkeit, die Namen sämtlicher Personen in Erfahrung zu bringen, die sich beim Aufbau der Bundeswehr dem Prüfverfahren des Personalgutachterausschusses zu unterziehen hätten; siehe Felfe (127,7) an Gehlen (50), Fall Lena, 28.9.1956, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 358.

166 Felfe (127,7), Vorbeugender Abwehrschutz des Bundeskanzleramts, 14.3.1957, in: BND-Archiv, 35451, o. Bl. Hervorhebung von mir.

167 Felfe (127,7), Aktenvermerk über sein Gespräch mit Bachmann am 16.3.1957 in Anwesenheit von Dürrwanger (552), 18.3.1957, in: BND-Archiv, 35451, o. Bl. Siehe auch die spätere, allerdings unvollständige Aufstellung »Besuche von Felfe im Bundeskanzleramt«, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (199), o. Bl.

168 Im März 1959 wurde Felfe die Bearbeitung von Sicherheitsfällen im Bundeskanzleramt entzogen. Siehe das interne Fernschreiben der Dienststelle 106, Fall Chile, hier: Kenntnisse Felfes von Sicherheitsvorkommnissen im Bundeskanzleramt, 11.1.1962, in: BND-Archiv, 122444, Bl. 20 ff.

169 Im Einzelnen dazu Dülffer, Krise, S. 37 ff., und Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 82 ff.

170 Vermerk Bachmanns, Ermittlungsverfahren gegen Hans Clemens, Heinz Felfe und Erwin Tiebel, 20.12.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 8.

171 Felfe (127,7) an Gehlen (50), nachrichtlich an Dürrwanger bzw. Repenning (552), Fall Rotstift, 23.11.1956; Anlage: o. V. [Gehlen], Fall Rotstift, hier: Klärungsaufträge des sowjetischen Nachrichtendienstes gegen Bedienstete des Bundeskanzleramtes bzw. des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 23.11.1956, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 362 ff. Siehe Gehlens Anschreiben an Globke, 11.12.1956, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 00030 (92), Bl. 38.

172 Weiß (133) an Gehlen (50), Vortragsnotiz, Sowjetische Anweisungen für Feststellungen in der BRD, 30.4.1957, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 386 f.

173 Felfe (127,7), Aktenvermerk über die Besprechung am 1.8.1957, 7.8.1957, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 404.

174 Felfe (127,7) an Gehlen (70) über Kohler (122), Führungsunterrichtung betr. Fall Lena, 17.9.1957, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 410 f.

175 Felfe (127,7) an Gehlen (70), nachrichtlich an Weiß (133), Fall Lena, hier: letzte Entwicklung, 27.11.1957, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 413 ff.

176 Schreiben des BND (Walrab von Buttlar) an den Generalbundesanwalt, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe u. a. wegen Landesverrats u. a., 13.3.1962, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 463.

177 Felfe (606/III) an Gehlen (363), Führungsunterrichtung betr. KGB Karlshorst, 28.11.1958, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 437 ff.

178 Vgl. Heidenreich, DDR-Spionage, S. 498 ff.

179 Im Einzelnen hierzu ebd., S. 511 ff.

180 Siehe Hechelhammer, Felfe, S. 177.

181 Siehe die während der internen Untersuchung des Felfe-Verrats – Deckbezeichnung »Chile« – entstandene, undatierte und unvollständige Liste »Aufzeichnungen und Aussagen des Felfe über Zusammenkünfte mit dem Präsidenten des BND«, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (199), Bl. 159.

182 Ausführlich Hechelhammer, Felfe, S. 211 ff. Siehe auch die interne Analyse von Karl-Eberhard Henke: »Stellungnahme Dr. Herder an Präsident Gerhard Wessel über das 1971 herausgegebene

Buch ›Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des BND von Hermann Zolling und Heinz Höhne‹«, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 61, Bl. 78 ff.

183 CIA, ERR, Felfe, Heinz Damage Assessment Report_001, S. 9.

184 Dülffer, Krise, S. 319; das folgende Zitat ebd., S. 642.

185 Reinhard Gehlen: Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971, Maiz 1971, S. 286 ff.

186 Hechelhammer, Felfe, S. 231.

187 Siehe ebd., S. 192 ff.

188 Vgl. CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 115 ff.; Zitate ebd., S. 115 und 116. Im März 1959 war Felfe, wie gesagt, die Bearbeitung von Sicherheitsfällen im Bundeskanzleramt entzogen worden. Siehe das interne Fernschreiben der Dienststelle 106, Fall Chile, hier: Kenntnisse Felfes von Sicherheitsvorkommnissen im Bundeskanzleramt, 11.1.1962, in: BND-Archiv, 122444, Bl. 20 ff.

189 Gehlen an Globke, Verhaftung zweier Mitarbeiter des BND, 9.11.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 2 f. Eine erste mündliche Unterrichtung des Staatssekretärs, den Gehlen auf dem Laufenden gehalten hatte, war am Abend der Verhaftung erfolgt. Einige Monate zuvor hatte er ihn gebeten, »den von mir vorgelegten Vorschlag zur Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit des Regierungsrates (auf Probe) Felfe unauffällig anzuhalten und bei sich zurückzuhalten«; Gehlen an Globke, 14.4.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 1.

190 Chicago Sun-Times, 14.12.1961.

191 Der Spiegel, 20.12.1961 (»Falltöter von rechts«). Siehe auch die Unterrichtung Adenauers durch das Referat 5 des Bundeskanzleramts am 15.12.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 60 f.

192 Siehe oben, S. 276 f.

193 Vermerk Bachmanns für Ministerialdirektor Mercker, Spionagefall beim BND, 16.12.1961, BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 7 (unsichere Paginierung).

194 Bachmann, Aktennotiz »Wichtige Ereignisse in den Referaten 4 und 5 des Bundeskanzleramtes in der Zeit vom 25. November bis 21. Dezember 1961«, 22.12.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 60 f. und 11a ff.

195 Schreiben des Generalbundesanwalts an den Justizminister, Ermittlungen gegen Hans Clemens u. a. wegen Landesverrats u. a., 10.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 16 ff.

196 Gehlen an Globke, Bericht über Stand der Sicherheitsermittlungen im Fall Felfe, 2.7.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 47 ff.

197 Siehe oben, S. 277.

198 Vermerk Bachmanns für Globke, 31.12.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 105 ff.

199 Im Einzelnen Dülffer, Krise, S. 31 ff. Dort auch der Begriff »Doppelkrise«.

200 Vermerk Bachmanns, 29.10.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 64.

201 Vermerk, Referat 5, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe wegen Landesverrats, 1.12.1962, Anlage: Schlussbericht des Bundeskriminalamts vom 22.4.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 69 ff.

202 Im Einzelnen Dülffer, Krise, S. 32 ff.

203 Vermerk Bachmanns für Globke, 31.12.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 105 ff.

204 Hds. Notiz Bachmanns vom 24.9.1963 über sein Gespräch mit Adenauer am 13.8.1963, zit. nach Dülffer, Krise, S. 42.

205 Dülffer, Krise, S. 48.

206 Der Spiegel, 22.9.1954 (»Des Kanzlers lieber General«).
207 Anfrage vom 12.7.1963, Entwurf vom 13.7.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Beiakte, Bl. 6 bzw. 7 ff.
208 Globke an Günther Schlichting, 13.7.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Beiakte, Bl. 18 f. Siehe auch Welt am Sonntag, 14.7.1963 (»Globke: Ein zweiter Fall Felfe nicht möglich«).
209 Gehlen an Globke (Entwurf), 22.7.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Beiakte, Bl. 44.
210 Anlage zum Schreiben des Bundesministeriums der Justiz an das Bundeskanzleramt, Strafsache gegen Hans Clemens, Heinz Felfe und Erwin Tiebel wegen Landesverrats u. a., 26.11.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 3, Bl. 108 ff.
211 Referat 5 (Schneckenburger) an Globke, weiter an den Bundeskanzler, Eindrücke aus der Hauptverhandlung gegen Clemens, Felfe und Tiebel, 24.7.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 3, Bl. 24a ff.
212 Globke an Gehlen, 26.7.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 3, Bl. 24e f.
213 Gehlen an Globke, weiter an den Bundeskanzler, 22.7.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 3, Bl. 7 ff.
214 Siehe Dülffer, Krise, S. 40.
215 Gehlen an Globke, Fall Felfe/Clemens, hier: Zusatzbericht, 30.7.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 3, Bl. 25 ff.
216 Im Einzelnen siehe Dülffer, Krise, S. 45 ff., sowie Wolf, Entstehung, S. 273 ff.
217 So der Obertitel von Hechelhammer, Felfe.
218 Zu Gallen siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 436 f.
219 Vermerke Gallens vom 4.10. und 7.10.1950, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 118 ff.
220 Schrübbers an Globke, z. Hd. Bachmanns, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe wegen Landesverrats, 15.1.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 118 f.
221 Vermerk Bachmanns, 28.12.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 101 f.
222 Siehe Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 61 ff.
223 O. V. [Crome], ohne Titel, 4.6.1963, in: BND-Archiv, 5278, Bl. 31 ff., hier Bl. 32 f.
224 Siehe oben, S. 156 ff.
225 Vermerk Bachmanns zum Fall Felfe, 20.8.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (199), Bl. 21 ff.
226 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 516.
227 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 49.
228 Vermerk Bachmanns zum Fall Felfe, 20.8.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (199), Bl. 22.
229 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 517, sowie CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 67.
230 Hechelhammer, Felfe, S. 148. Ein Jahr vor Felfes Verhaftung legte sich Henke darauf fest, dass entweder Hofé oder Felfe ein sowjetischer Agent sein müsse; siehe ebd., S. 192.
231 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 56; siehe auch ebd., S. 114.
232 Siehe oben, S. 192 f.
233 Im Einzelnen Hechelhammer, Felfe, S. 161 ff.
234 O. V. [Crome], ohne Titel, 4.6.1963, in: BND-Archiv, 5278, Bl. 31 ff., hier Bl. 33 f.
235 Hechelhammer, Felfe, S. 163; auch zum Folgenden. Die weiteren Zitate ebd., S. 167 und 168.
236 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 3.

237 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 114 f.; das Zitat ebd., S. 115.
238 Siehe CIA, Heinz Felfe Damage Assessment, 7.2.1963, in: CIA, ERR, Felfe, Heinz Damage Assessment Report_001.
239 Anschreiben zum Schadensbericht, Chief, Eastern Europe Division, an Deputy Director (Plans), Heinz Felfe Damage Assessment, 7.2.1963, in: CIA, Heinz Felfe Damage Assessment, 7.2.1963, in: CIA, ERR, Felfe, Heinz Damage Assessment Report_001, S. 9 ff.
240 Siehe dazu vor allem Sälter, NS-Kontinuitäten.
241 O. V. [Crome], ohne Titel, 4.6.1963, in: BND-Archiv, 5278, Bl. 31 ff., hier Bl. 36.
242 Siehe Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 101.
243 Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393; Zitate Bl. 190, 192, 193 und 194. Hervorhebung von mir.
244 Ausführlich zu Gehlens »Winterstein«-Unwesen, siehe unten, S. 373 ff.
245 CIA, ERR, Felfe, Heinz Damage Assessment Report_001, S. 37.
246 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 12.
247 Schreiben des BND (Walrab von Buttlar) an den Generalbundesanwalt, Ermittlungsverfahren gegen Heinz Felfe u. a. wegen Landesverrats u. a., 13.3.1962, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 413 ff.; Zitate Bl. 415 f., 446 und 453.
248 Schreiben des BND (Walrab von Buttlar) an den Untersuchungsrichter des Bundesgerichtshofs, Voruntersuchung gegen Hans Clemens u. a. wegen Landesverrats u. a., 25.4.1963, in: BND-Archiv, 5259, Bl. 689 ff.; Zitat Bl. 694.
249 Gehlen, Dienstliche Unterrichtung zum Fall Felfe, 30.7.1963, in: BND-Archiv, 5278, Bl. 8 ff.
250 Beispiele dafür in: BND-Archiv, 5278, Bl. 3 ff.
251 Vermerk des Referats 5 (Kugler) über ein Gespräch von Ministerialdirigent Bachmann mit Kohler am 8.1.1964 im Bundeskanzleramt, 3.4.1964, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 3, Bl. 154 ff.
252 Siehe Dülffer, Krise.

V. Die Ausspähung der FDP

Mit ihrer scheinbar existenziellen Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer breit ausgebauten politischen Inlandsspionage hatte sich die Organisation Gehlen für Adenauer und Globke zu einem intensiv genutzten Instrument der Gefahrenabwehr nach außen und innen entwickelt. Am Vorabend ihrer Erhebung zum Bundesnachrichtendienst schien sie die östlichen Subversionsversuche ebenso professionell im Auge zu haben wie die Gärungen innerhalb der bürgerlichen Regierungskoalition, die schon bald nach der Regierungsbildung im Herbst 1953 gehörigen Druck entfalteten. Für den sozialdemokratischen Hauptgegner, der vom BND beinahe ein Jahrzehnt lang in großem Stil ausgeforscht wurde, galt das ohnehin. Die Ausspähung der FDP erreichte Mitte der fünfziger Jahre ihren Höhepunkt, als der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende einen scharfen Konflikt mit den Freien Demokraten ausfocht und sich jedes erreichbaren Hinweises auf die innere Gefechtslage des Koalitionspartners bediente.

Für Konrad Adenauer, der immer bestrebt war, die kleineren Parteien in einen antisozialdemokratischen Bürgerblock einzubeziehen,[1] blieb die vom traditionellen Antagonismus ihrer liberaldemokratischen bis linksliberalen und ihrer nationalliberalen bis deutschnationalen Kräften zerrissene FDP immer »konstant unberechenbar«.[2] Das eine Mal entzündete sich der Streit in der Regierungskoalition, der ab 1954/55 »geradezu ritualisierte Formen«[3] annahm, an wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Meinungsverschiedenheiten; das andere Mal an deutschlandpolitischen Gegensätzen; ein drittes und viertes Mal an der Saar-Politik oder der für die Freien Demokraten existenziellen Wahlrechtsfrage. In einigen Bundesländern ging die gespaltene Partei Wege, die mit dem Bonner Koalitionsmodell unvereinbar waren. In Nordrhein-Westfalen erlebte die Republik gar einen gemeinsam mit der SPD eingefädelten, als Putsch

empfundenen Sturz des populären CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold; besonders wenig verband die FDP mit der CSU.

Das alles wäre vielleicht ruhiger zu verhandeln gewesen, hätte sich das zerrüttete Verhältnis zwischen dem Bundeskanzler und dem liberalen Partei- und Fraktionschef Thomas Dehler (den Adenauer überraschend als Justizminister ausgebootet hatte) nicht zu einem epischen Zweikampf hochgeschaukelt. Beide traten einander öffentlich mit Leidenschaft zu nahe – wobei der unbezähmbare Dehler gewöhnlich in Vorleistung ging – und führten Anfang 1956 schließlich das Ende ihres Regierungsbündnisses herbei. Der Kanzler, der nun nicht mehr auf die Stimmen der FDP für eine verfassungsändernde Mehrheit im Zuge von Westintegration und Wiederbewaffnung angewiesen war, exekutierte diesen politischen Bruch hart und gezielt mit, wie Dehler beklagte, »Methoden aus der Renaissancezeit«.[4] Er wollte die FDP damit zwar nicht ruinieren, wie mancher mutmaßte, sondern sie gefügiger machen und sich vor allem deren unberechenbaren Vorsitzenden vom Halse schaffen – viel Informationsbedarf für einen Regierungschef also, der darauf bedacht bleiben musste, den Schaden des Koalitionsbruchs für sich und seine Partei in Grenzen zu halten.

1. Auftakt zur zweiten Legislaturperiode

Im ersten Band haben wir gesehen, wie der Gehlen-Dienst dem Bundeskanzleramt dank einer Reihe von Zuträgern, darunter der Top-Informant Victor-Emanuel Preusker, der 1953 sogar zum Kabinettsmitglied avancierte, schon früh Einblicke in das Innenleben der FDP gaben.[5] Nach seiner Ernennung zum Bundesminister für Wohnungsbau bot Preusker Pullach von sich aus die Fortführung der konspirativen Zusammenarbeit an,[6] trat als BND-Zuträger dann jedoch, absorbiert von seiner neuen Aufgabe, bald in den Hintergrund. Anders als bei der nun ebenfalls forcierten Ausforschung der SPD-Spitze[7] konnte sich der Auslandsnachrichtendienst bei den Freien Demokraten in der zweiten Legislaturperiode nicht mehr in demselben Maß wie zuvor auf seine bewährte Innenquelle stützen. Für die Beschaffung gut verwertbarer Interna war die nachrichtendienstliche Abdeckung der FDP jedoch weiterhin ausreichend. Obgleich die Unterlagen des Strategischen Dienstes von Wolfgang Langkau, der die Ausspähung der Liberalen hauptsächlich organisierte, nur noch sehr unvollständig überliefert sind, lassen sich die Konturen der Informationsbeschaffung gut erkennen. Neben mehreren V-Leuten, darunter die uns bereits geläufigen Rudolf Finke (Preuskers Sekretär)[8] und Otto Scheugenpflug (hessischer Gewerkschaftsfunktionär)[9] sowie einer Sekretärin Dehlers[10] waren es vor allem zwei prominente FDP-Mitglieder, auf die Pullach sich stützen konnte: Wolfgang Döring und August Hoppe.

Döring wäre zweifellos eine glänzende Innenquelle gewesen, doch als Sonderverbindung »Dora« (V-56451) scheint er sich anders als der Sekretär, Sicherheits- und Personalchef des SPD-Parteivorstands, von dem noch ausführlich die Rede sein wird,[11] wohl nicht auf die Ebene gewöhnlicher Zuträgerei begeben zu haben. Insiderberichte, die eindeutig ihm zugeordnet werden könnten, sind jedenfalls nicht nachweisbar. Der junge Mann, am 11. November 1919 in Leipzig geboren, eine forsche Erscheinung, war Hauptmann der Panzertruppe gewesen, nach dem Krieg in die FDP eingetreten und unter Friedrich Middelhauve bereits 1950 Hauptgeschäftsführer des weit rechts stehenden, auf eine »nationale Sammlung« ausgerichteten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

geworden.[12] Nach der Naumann-Affäre 1953,[13] dem dramatischen Wendepunkt dieses politischen Testlaufs, machte der Landtagsabgeordnete Walter Döring gemeinsam mit Walter Scheel und Willi Weyer als einer jener »Jungtürken« von sich reden, die eine Öffnung zur Mitte und ein sozialliberales Bündnis anstrebten. Dieser Sinneswandel schadete Döring nicht nur nicht, er stieg sogar zum Vorsitzenden der Landtagsfraktion auf, managte 1957 den Bundestagswahlkampf seiner Partei und gehörte danach bis zu seinem frühen Tod 1963 dem Bonner Parlament an, in den beiden letzten Jahren als stellvertretender Fraktions- und Parteichef. In diesen Ämtern entwickelte er sich zu einem »Intimfeind« Adenauers.[14]

Während der »Gauleiter-Verschwörung« zur Unterwanderung der FDP scheint Pullach keine nachrichtendienstlichen Kontakte zu Döring unterhalten zu haben.[15] Doch schon im Frühjahr 1954 hatte Kurt Weiß eine längere Unterredung mit ihm, über die er Gehlen berichtete.[16] Kurz darauf übersandte »Winterstein« dem »Doktor« bereits einen mehrseitigen Bericht über Besprechungen mit FDP-Funktionären.[17] Bald war die Sonderverbindung »Dora« auch in Pullach zu Gast.[18] Während der *Spiegel*-Krise acht Jahre später musste der BND-Präsident dem Bundeskanzleramt über die Kontakte seines Dienstes zu Döring, einem Freund des verhassten Augstein,[19] Auskunft geben. Gehlen beschrieb die Verbindung zu dem Abgeordneten als eine quasi-amtliche Beziehung zur »Wahrnehmung gelegentlicher Kontakte«, um die FDP-Chef Thomas Dehler und Erich Mende (stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion) gebeten hätten: »Diese Kontakte wurden in sehr loser Form und in großen Zeitabständen aufrecht erhalten«, schrieb der Präsident verschleiernd: »Eine vorübergehende Intensivierung ergab sich im Jahr 1956 (Unterrichtung des BND – mit Einverständnis des Bundeskanzleramts – über die Kontakte mehrerer leitender FDP-Angehöriger mit Funktionären der sowjetzonalen LDPD).« Mit Nachdruck setzte Gehlen hinzu: »W. Döring hat zu keiner Zeit irgendeine Vergütung (auch nicht die geringste) von der Vorläufer-Organisation des BND oder vom BND erhalten.«[20]

Reinhard Gehlen war kurz zuvor vom Bundeskanzler persönlich in das berühmte Verhör wegen seiner vermeintlichen Kollaboration mit dem *Spiegel* genommen worden,[21] und musste, da Adenauer Döring nicht ausstehen konnte, besonders darauf bedacht sein, im Nachhinein möglichst große Distanz zwischen »Dora« und den Dienst zu legen. Außerdem hatte

sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wohl nicht nur gegenüber Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg mit der Sottise vernehmen lassen: »Döring ist ja ein ›Angestellter‹ des BND.«[22] Gehlen vermied es, dem Kanzler zu sagen, dass er den FDP-Politiker wiederholt empfangen, Kurt Weiß ihn sehr häufig getroffen hatte. Überhaupt keine Rede war von der Tatsache, dass Döring auch eine Quelle von innenpolitischen Informationen gewesen war, die häufig genug auf dem Schreibtisch des Kanzlers und seines Staatssekretärs landeten. Am engsten war dieser Austausch während der Koalitionskrise 1955/56 und der deutsch-deutschen Gespräche zwischen FDP und LDPD kurz darauf.[23]

Im Sommer 1957, als »Dora« den Bundestagswahlkampf seiner Partei zu organisieren hatte, lockerten sich die Kontakte Dörings zum BND. Kurt Weiß beklagte sich darüber jedenfalls bei ihm: »Lieber Wolf, leider hört man gar nichts mehr von Dir. Dabei hätten wir uns, glaube ich, viel zu erzählen.«[24] Aus dem folgenden Jahr finden sich zwei Briefe Dörings an den »lieben Kurt«, die das recht vertraute Verhältnis der beiden spiegeln. Er sei kürzlich in München gewesen, schrieb er Weiß, »konnte es aber leider nicht ermöglichen, Dich aufzusuchen. Es wäre auch mir sehr daran gelegen, bald wieder einmal zu einem Gespräch zu kommen, vor allem über die Fragen, die ich bei meinem letzten Besuch in München angeschnitten habe. Solltest Du in absehbarer Zeit wieder einmal hier in unserer Gegend sein, lass' es mich bitte wissen.«[25] Anscheinend ging es inzwischen kaum noch um innerparteiliche Angelegenheiten, sondern um deutschlandpolitische Fragen. Ende 1957 traf Döring zu einem Gespräch darüber mit dem BND-Präsidenten zusammen.[26] Im Sommer 1959 bat der FDP-Politiker um eine Unterredung mit Gehlen, wahrscheinlich im Zusammenhang mit der gescheiterten Genfer Außenministerkonferenz.[27]

Die besondere Verbindung des BND zu Wolfgang Döring wurde zunehmend inopportun, wie Gehlen spätestens um die Jahreswende 1961/62 bemerkt haben muss. »Döring hat sich anderen Abgeordneten gegenüber mit der guten Beziehung zu mir persönlich und zu unserem Dienst gerühmt«, hielt der Präsident aus einer Unterredung mit Konrad Adenauer fest: »Bundeskanzler hält ihn nicht für ganz einwandfrei, zumindest als für politisch mit Vorsicht zu genießen. Auch Minister Strauß sprach mich auf Döring an und angebliche Ostkontakte, zu denen er genauere Angaben machte.«[28] Globke konnte das ein wenig glätten: »Staatssekretär pflichtet

mir bei«, notierte Gehlen, »dass ein Kontakt des BND zu Döring nicht zu beanstanden sei, dass jedoch in gewissen Dingen eine gewisse Zurückhaltung erforderlich sei.«[29] Wie gesagt, »Dora« war inzwischen ein eingeschworener Gegner des Bundeskanzlers. Die angemahnte Zurückhaltung bei den Kontakten brachte es mit sich, dass der BND während der Kanzlerdämmerung, als Wolfgang Döring ganz besonders vehement auf eine Ablösung Adenauers drängte und sein Kalkül im Palais Schaumburg gewiss interessiert hätte, so gut wie nichts mehr aus dem Führungszirkel der Freien Demokraten in Erfahrung brachte – wenigstens nichts, was einen heute noch auffindbaren schriftlichen Niederschlag gefunden hätte.

Der wichtigste Zuträger von Nachrichten aus den Führungszirkeln der FDP war August Hoppe. Dieser Redakteur in herausgehobenen Positionen des Westdeutschen Rundfunks ist uns bereits als bedenkenloser Verleumder vertraut.[30] V-Mann 2697 (»August«, »Arnold von Husen«, »Manzel«, »Rattay«, »Siegfried Trebisch«) bzw. Sonderverbindung J-1610 gehörte nach seinem Dienst in einer Propagandakompanie der Wehrmacht zu den Gründungsmitgliedern der FDP. Er war bis 1948 Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen und hatte daher nicht nur in Düsseldorf Zugang zur gesamten Parteiprominenz der Freien Demokraten. Im selben Jahr nahm er, 30 Jahre alt, seine Arbeit für die Organisation Gehlen auf und blieb Pullach als höchstdotierte Presse-Sonderverbindung des BND bis zu seinem Tod Anfang der siebziger Jahre treu. In den Sechzigern gehörte der bekannte Publizist und Rundfunkkommentator vor und hinter den Kulissen zu den entschiedensten Kämpfern gegen den linken Zeitgeist.[31] Mit enger Anbindung an den Regierungsapparat machte sich Hoppe in den Gremien, die sich mit »Psychologischer Kampfführung« gegen den Kommunismus befassten, als Autor entsprechender Informationsblätter und Experte für »nachrichtendienstliche PR-Arbeit«[32] so nützlich, dass ihm bei beruflich-persönlichen Auseinandersetzungen wiederholt entschiedene politische Protektion zuteilwurde. Schon ganz zu Anfang seiner glänzenden Zuträger-Karriere hatte er Reinhard Gehlens Bruder Johannes beim NWDR unterzubringen versucht.[33]

Die Organisation Gehlen verdankte August Hoppes engem Verhältnis zu Erich Mende, dem nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten und kommenden Mann der Liberalen, schon früh breiten Einblick in die

verworrene innerparteiliche Gefechtslage bei den Freien Demokraten. Völlig unbefangen plauderte Mende mit Hoppe schon im Sommer 1953 in einem Privatissimum über die »Krise der FDP«. Alle Qualifizierungen und Taxierungen der liberalen Crème von Franz Blücher über Reinhold Maier, Friedrich Middelhauve, Victor-Emanuel Preusker oder Willi Weyer gab »August« brühwarm nach Pullach weiter.[34]

Die Weiterleitung solcher Informationen, die von Pullach in förmliche Meldungen, Notizen, Hinweise usw. umgewandelt wurden, konnte auf unterschiedlichen Wegen nach Bonn erfolgen. Bei herausgehobenen V-Leuten oder Sonderverbindungen war es häufig Kurt Weiß selbst, der sie in Schriftform fasste und meist auch an Gehlen gab. Sie dienten dem Präsidenten zur Vorbereitung seiner regelmäßigen Unterredungen mit Staatssekretär Globke, Schriftstücke, die natürlich nicht im Original an den Chef des Bundeskanzleramts gelangten. Ab Mitte der fünfziger Jahre trat eine Variante hinzu, die sich im Laufe der Ära Adenauer verstetigte: Die Spitzen-Informanten aus der FDP oder der SPD verabredeten sich im Raum Bonn mit einem Vertreter des Dienstes und setzten ihn in einem persönlichen Gespräch ins Bild. Diese Betreuer, Verbindungsführer oder V-Mann-Führer (oder wie immer sie intern kategorisiert sein mochten) legten die beim Treff mit der Quelle in Erfahrung gebrachten Neuigkeiten schriftlich nieder. Ohne Adressat und Absender landeten diese Berichte, die in der Regel nur mit einem Betreff und dem Datum der Abfassung versehen waren, dann auf dem Schreibtisch von Hans Globke. Hielt der Staatssekretär ihren Inhalt für gewichtig genug, leitete er sie Adenauer zu. Häufig tragen diese Papiere Bearbeitungsspuren des Kanzlers und des Kanzleramtschefs. Dieses Verfahren war bei den Berichten aus der FDP wie aus der SPD identisch.[35] Es ist die BND-Verbindungsstelle unter Werner Repenning (»Reiner«) und dann Alfred Dürrwanger (»Birwal«, »Deckmann«, »Justus«), Gehlens Schwiegersohn, in der Hauptstadt gewesen, der bei der Erstellung und anschließenden Weiterleitung dieser streng vertraulichen Unterlagen an das Palais Schaumburg die Schlüsselrolle zufiel.

Neben August Hoppe waren es zu Beginn der zweiten Legislaturperiode und vor der Gewinnung Wolfgang Dörings als Sonderverbindung meist Minister Preuskers Sekretär Finke und der hessische Gewerkschaftsfunktionär Scheugenpflug, welche die Neuigkeiten aus der

FDP beibrachten. Kurz nach den zweiten Bundestagswahlen verschaffte Finke der Organisation Gehlen beispielsweise das Protokoll der Sitzung des Gesamtdeutschen Ausschusses der FDP unter Vorsitz des führenden Berliner Liberalen Carl-Hubert Schwennicke. In Anwesenheit seines Leiters Karl-Heinz Naase ging es vor allem um das Ostbüro der Liberalen, das unter die »Oberaufsicht« des Ausschusses genommen werden sollte.[36] Schwennicke sprach sich entschieden dafür aus, dass das Ostbüro, das sich inzwischen weitgehend »auf den Sektor der Spionage und Sabotage verlegt habe«, wegen der damit verbundenen Gefahren keine systematische Informationsbeschaffung vornehmen solle, »vor allem nicht über militärische Anlagen, Truppenbewegungen etc. in der sowjetisch besetzten Zone«; dafür sei das »Büro Selle« zuständig, das, wie er wider besseres Wissen behauptete, keine Verbindung mit der FDP habe.[37] Man werde sich über solche delikaten Fragen demnächst mit Ewert von Dellingshausen vom Gesamtdeutschen Ministerium beraten, der grauen Eminenz auf diesem Felde, und sich in der nächsten Sitzung mit den Beziehungen zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und zum Bund freiheitlicher Juristen befassen. Für die Organisation Gehlen, welche die Ostbüros der Parteien, namentlich das der SPD, als wohlinformierte Organe schätzte und als natürliche Verbündete ansah, waren dies willkommene Einblicke.

Bald darauf war es Scheugenpflug, der einen ersten Bericht über die Spannungen zwischen dem Bundeskanzler und dem FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler beisteuern konnte. Nachdem dieser nicht neuerlich als Justizminister berücksichtigt worden war, kam es rasch zu einem endgültigen Bruch mit Adenauer.[38] Gehlen erfuhr aus einer längeren Meldung von Alfred Bentzinger (dem Leiter der Dienststelle 142),[39] dass es zwischen beiden zu »viel schärferen Auseinandersetzungen« gekommen sei als öffentlich bekannt.[40] Nach außen hin gehe es um die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für regierungsamtliche Verlautbarungen, tatsächlich aber um die »Verwendung gewisser Fonds«. Der Kanzler wolle mit diesem Ausschuss, kurz gesagt, den Anteil der Spendengelder von Unternehmen und Verbänden nämlich stärker in die eigene Parteikasse umleiten, da, wie er argumentiert habe, »die Regierung eine Marktwirtschaft fordere und Gesetze fasse, die den Unternehmern zugutekämen, dass dafür aber auch alle Regierungsparteien nach ihrer Stärke« daran beteiligt sein sollten; das sei der eigentlich beabsichtigte Zweck des Ausschusses.

Hier traf nun Adenauer den Vorsitzenden der FDP, Dehler, besonders hart, »da ja die FDP auf Grund ihrer Zusammensetzung den Standpunkt vertritt, dass sie mit Vorrang über diesen Wahlfonds zu verfügen habe«, meldete Bentzinger nach Pullach. »Die Heftigkeit der gegen diesen Ausschuss gerichteten Formulierungen Dehlers gründet sich nicht auf echte politische Argumente«, sie sei vielmehr »materiell-geschäftlich bedingt«. Der Parteivorsitzende der Liberalen habe inzwischen sogar den hessischen Ministerpräsidenten Zinn absolut vertraulich über die Pläne des Kanzlers informiert. »Man muss hierbei wissen, dass zwischen Zinn und Dehler trotz verschiedener politischer Marschrichtung eine enge politische Freundschaft besteht«, schrieb er. Ganz gewiss sehe die SPD-Führung klar genug, um die Angelegenheit bei den kommenden Landtagswahlkämpfen zu einem »Wahlschlager« zu machen.

Das Jahr 1954 nahm nicht nur deswegen einen unerfreulichen Verlauf für Bundeskanzler Adenauer, weil die Schwesterpartei CSU trotz eines guten Wahlergebnisses durch die Bildung einer Viererkoalition aus FDP, SPD, BHE und Bayernpartei düpiert wurde, vielmehr schien seine gesamte West- und Deutschlandpolitik wegen der französischen Ablehnung des Generalvertrags in Scherben zu liegen. In der FDP-Fraktion wurde es, angeheizt durch Dehler, derart unruhig, dass die bürgerliche Regierungskoalition akut gefährdet schien. In dieser Phase der Unsicherheit fanden Pullach und Wolfgang Döring zueinander. Leider sind die 14 Seiten mit den für Reinhard Gehlen bestimmten Aufzeichnungen der Gespräche mit »Dora« und weiteren FDP-Funktionären nicht erhalten,[41] klar ist aber, dass der Hauptgeschäftsführer der nordrhein-westfälischen FDP bereits im Sommer allerlei Informationen hin und her transportierte, namentlich als es um die Organisationsform der Nachrichtendienste einer souveränen Bundesrepublik ging.

Nach einem Besuch Pullachs hatte Wolfgang Döring den mit sicherheitspolitischen Fragen befassten Erich Mende über die Position der Organisation Gehlen dazu informiert und Kurt Weiß danach einen Artikel seines Parteifreundes in der *Freien Demokratischen Korrespondenz* zugeschickt. Befriedigt schrieb »Winterstein« an Gehlen, Mende habe »seinen Beitrag gut formuliert. Die FDP ist damit von der – gutgemeinten – Forderung nach dem Zusammenschluss aller Dienste abgerückt. Die unmissverständliche Forderung, den Gehlen-Dienst endlich zu übernehmen,

dürfte ihre Wirkung nicht verfehlen.«[42] Die Sonderverbindung »Dora« trug erste Früchte.

Die letzte Meldung aus der FDP in dem prekären Jahr 1954 kam Gehlen im Dezember auf den Tisch.[43] Wieder ging es um die Strategie Adenauers gegenüber dem immer aufsässiger werdenden kleinen Koalitionspartner: »In führenden CDU-Kreisen hat das Verhalten des Kanzlers gegenüber den kleineren Koalitionspartnern, grundsätzlich gesehen, zunehmendes Befremden ausgelöst«, wusste der Informant. Die CDU vertrete die Auffassung, der Bundeskanzler gehe mit der FDP, so ein Mitglied des Fraktionsvorstands, viel zu »langmütig« um. »Tatsächlich lässt sich sagen, dass die parlamentarische Führung der CDU in ihrer Mehrheit durchaus die Trennung von der FDP und von dem BHE befürwortet, während Adenauer widerstrebt.« Dessen Motivation gründe weniger in der Tatsache, dass er die kleinen Parteien für eine verfassungsändernde Mehrheit bei den Wehrgesetzen benötige, als vielmehr in seiner »rein staatspolitischen Erwägung«, dass bei einer »Entlassung der FDP und des BHE aus der Koalition ein Gefallen den mühsam gebändigten ›Drahtziehern im Hintergrund‹ getan werde, die aus der FDP und dem BHE eine rechtsradikale Partei formieren wollten. Eine solche politische Gruppierung, wie sie zweifelsfrei seit langem (Affäre Naumann) angestrebt werde, könne auf lange Sicht zu einer Gefahr für den Bestand der deutschen Demokratie in Krisenzeiten werden.« Ins Offene tretende rechtsradikale Strömungen würden das Ansehen der Bundesrepublik beschädigen und die »außenpolitischen Möglichkeiten empfindlich stören«.

Die vom Kanzler beschworene Gefahr existiere tatsächlich, wie Informationen aus den beiden Parteien belegten, fuhr der Bericht fort: »Die Gruppe um den Essener Rechtsanwalt Achenbach innerhalb der FDP zusammen mit weiten Teilen der nordrhein-westfälischen FDP wie auch eine Reihe ehemaliger Nationalsozialisten in den Reihen des BHE stehen danach laufend in Kontakt darüber, wie am besten und raschesten der Austritt beider Parteien aus der Regierungskoalition erzwungen werden kann. Diese Informationen, die aus rechtsradikalen Kreisen von FDP und BHE selbst stammen, nennen als eine der Figuren im Hintergrund, die dieses Spiel betreiben, den früheren deutschen Botschafter bei der faschistischen norditalienischen Regierung, [Rudolf] Rahn.«[44] Rahn konnte allerdings weder in seinem alten Metier noch bei den Liberalen wieder Fuß

fassen, auch wenn sie ihm immerhin die Möglichkeit einräumten, in ihrem Außenpolitischen Ausschuss zu referieren.[45] Die Deutschnationalen und Rechtsradikalen innerhalb und außerhalb der FDP hatten nach der Naumann-Affäre entscheidend an Einfluss verloren.

Der Streit zwischen dem CDU-Vorsitzenden und dem FDP-Chef eskalierte jetzt, weil sich ihr außenpolitischer Dissens verschärfte (das Saarstatut war durch das Parlament zu bringen) und weil Thomas Dehler den Kanzler innerhalb und außerhalb des Bundestages fortwährend mit – wie es sein Biograph freundlich formuliert – »wenig kontrollierten Auftritten als Redner« provozierte.[46] Ein Bonner Bonmot spottete über Dehler, er wisse nicht, was er sagen werde, wenn er das Podium betrete, und wisse nicht mehr, was er gesagt habe, wenn er es wieder verlasse. Wie auch immer, seit dem Jahreswechsel 1954/55 wurde aus der »Koalitionsmisere eine offene Krise«.[47] Etwa zeitgleich mit dem zitierten Bericht über die Taktik des Kanzlers gegenüber der FDP und die Rechtstendenzen in einigen Landesverbänden ging im Palais Schaumburg eine längere Analyse über Dehlers koalitionspolitische Strategie ein. Sie trägt keine Unterschrift und entspricht in ihrer Form exakt den zahlreichen anderen Papieren, die dem Regierungschef in den folgenden Jahren mit Informationen aus der FDP zugingen.[48] Aus dem Hinweis war unter anderem zu entnehmen, dass Dehler nach Ratifizierung der Deutschlandverträge direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Frage befürworte und der Kanzler gut beraten sei, Dehler zu empfangen, um von ihm zu erfahren, wie er sich »die Lösung der verfahrenen Koalitions-Situation vorstelle«. Es folgte die Nennung von prominenten FDP-Politikern, die dabei konstruktiv tätig werden könnten, darunter Bundesminister Victor-Emanuel Preusker und Friedrich Middelhauve, der stellvertretende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

2. Regierungskrise 1955/56

Statt einer Entspannung brachte das Krisenjahr 1955/56 binnen weniger Monate eine Eskalation, die das christlich-liberale Bündnis sprengte. Zugleich begann die sozialliberale Umorientierung der FDP Gestalt anzunehmen. Der »Briefkrieg«[49] zwischen Adenauer und Dehler eskalierte, und spätestens nach dem Oldenburger Parteitag Ende März 1955 »hegte man im Palais Schaumburg keinen Zweifel mehr daran, dass sich der FDP-Vorsitzende bewusst vom außen- und deutschlandpolitischen Kurs der Bundesregierung absetzte – nicht zuletzt, um seine innerparteiliche Position zu stabilisieren, die durch die Polarisierungen in den letzten Monaten brüchig geworden war«. Der Risikofaktor Dehler-FDP war inzwischen so stark in den Vordergrund gerückt, dass das Kanzleramt den Leiter der Presse- und Rundfunkabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle als Beobachter nach Oldenburg in Marsch setzte.

Werner von Lojewskis Beobachtungen fielen wenig ermutigend aus.[50] Wie schon bei den Wahlen zum Fraktionsvorsitz musste der parteiintern längst nicht mehr unumstrittene Thomas Dehler auch bei seiner Wiederwahl zum FDP-Chef einen erheblichen Vertrauensverlust zur Kenntnis nehmen. Lojewski warnte aber, dieses Votum überzubewerten. Dehler habe nach wie vor eine starke Stellung, die auf seinem »frondierenden Kurs in der Koalition«, seinen Meinungsverschiedenheiten mit den Bundesministern seiner Partei und seinen Angriffen auf die Unionsparteien beruhe. In den Wandelgängen sei schon vom Verlassen der Koalition die Rede: »Im Plenum wurde die Fortsetzung der Koalition zwar bejaht, jedoch nicht demonstrativ, sondern nur nebenher. Unverkennbar besteht hier ein gewisser Gegensatz zwischen Parteiführung und Gefolgschaft«; auch die Landesverbände strebten immer weiter auseinander.

Der sachliche Kern der Auseinandersetzung zwischen dem Bundeskanzler und seinem ehemaligen Justizminister, der im Pulverdampf gegenseitiger Invektiven nicht immer sichtbar blieb, saß im Herzstück von Adenauers Außenpolitik, wonach man einer Wiedervereinigung nur nach vorherigen freien Wahlen und, wie im Generalvertrag vorgesehen, nur dann zustimmen durfte, wenn das vereinte Deutschland eine freiheitlich-demokratische Verfassung bekam und in die europäische Gemeinschaft

eingebunden blieb. An beiden Axiomen rüttelte Dehler. Vor den Deutschlandkonferenzen der vier Mächte musste er sich deswegen vom Bundeskanzler eine Schwächung der deutschen Position vorhalten lassen. Doch nichts fruchtete. Im Herbst machte der FDP-Chef sogar mit der These Stimmung: »Keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge«.[51] Das war zu viel für den vom Spitzenmann seines kleinen Koalitionspartners ausdauernd gequälten Bundeskanzler. In dieser Krisenlage Mitte der fünfziger Jahre erreichte die Berichterstattung des BND aus der FDP mit mehr als fünfzig Meldungen denn auch einen Höhepunkt.

Zu Beginn dieses Nachrichtenstroms war es allerdings zu einer Panne gekommen, die den Großinformator August Hoppe ernstlich hätte gefährden können. Bei einem Treff des Leiters der Außenorganisation 161, Alfred Kretschmer (»Körnig«), mit V-7904 (Finke) und V-2835 (Friede) kam nämlich heraus, dass Hoppe »FDP-Führer Dehler vor dessen Bundestagsrede falsche Informationen übermittelt habe. Dadurch jetzt angeblich ernste Auseinandersetzung nicht nur der FDP-Führung, sondern auch des Bundeskanzleramts mit 2697 [Hoppe]«. Falls die Sonderverbindung »August« keinen »Schuldlosigkeitserweis« erbringen könne, sei deren Stellung ernstlich erschüttert.[52] Dehler hatte gleich zu Beginn seiner Rede in der dritten Lesung der Deutschlandverträge am 27. Februar 1955 angekündigt, »brennende Nesseln« zu streuen. Danach eskalierte er seine Ausführungen über dem Saar-Problem so weit, dass er mit Blick auf die Politik und den politischen Stil des Bundeskanzlers in Rage geriet, seine Kritik an Adenauer vor dem Hintergrund eines überbordenden historischen Szenarios immer mehr verschärfte, gar seine menschliche Enttäuschung über den Regierungschef kundtat und schließlich die rhetorische Frage in das Auditorium schleuderte, ob denn das Agieren des Bundeskanzlers die richtige Art sei, »eine solche Lebensfrage unseres Volkes zu behandeln«?[53] Die Reaktion auf diese Suada innerhalb und außerhalb der Regierungskoalition war unerhört. Außenminister von Brentano verurteilte die »Maßlosigkeit« der Dehler-Rede noch in der Sitzung. Sogar Bundespräsident Theodor Heuß schaltete sich ein und sagte seinem Parteifreund auf den Kopf zu, er sei in die »Tonart und Lautstärke Adolf Hitlers verfallen«.[54]

Die Organisation Gehlen ging dem Fall Hoppe sogleich nach und stellte fest, dass »August« in letzter Zeit überhaupt keine Zusammenkünfte mit Dehler gehabt und diesem vor seiner Brandrede auch keine Informationen zugeleitet habe. Bei Hoppes Hinweisen sei es vielmehr um Dinge gegangen, die leider aus dubioser Quelle geschöpft waren, nämlich, dass der Kanzler seine engsten Mitarbeiter, Blankenhorn, von Brentano, Globke und Krone, in einer Besprechung davon unterrichtet habe, dass es wegen drohender Aktivitäten der Gewerkschaften »jetzt an der Zeit sei, die Möglichkeiten zur Schaffung eines Ermächtigungsgesetzes zu erwägen«. Im weiteren Verlauf der Besprechung habe Adenauer dann seine Entschlossenheit signalisiert, »die FDP nicht nur aus dem Kabinett auszubooten, sondern als Voraussetzung dafür die Aufsplitterung der FDP als politische Partei anzustreben«. Die Absicht des Bundeskanzlers, die Freien Demokraten als politische Partei »abzuservieren«, sei durchaus ernst zu nehmen, da er dafür einen hohen Betrag aus seinem Verfügungsfonds mobilisieren wolle; sogar die amerikanische Hochkommission heiße das Vorhaben gut, »wenn sichergestellt wird, dass die Anhänger der FDP nicht an extreme Rechtsgruppen abfließen«.

Solche und ähnliche Gerüchte füllten seit einiger Zeit die Luft, und August Hoppe hatte sich davon in Alarmstimmung versetzen lassen, wie Pullach herausfand. Der Untersuchungsbericht hielt fest, »August« habe die falsche, aber plausibel klingende Falschinformation Anfang März lediglich seinem Parteifreund Erich Mende zur persönlichen Kenntnisnahme und mit der Bitte um eine »Überprüfung parteilicherseits« zugeleitet; dazu habe er sich als FDP-Mitglied verpflichtet gesehen. Hoppe bedauere das nun ebenso wie »die unüberlegte Handlungsweise von Mende, der wohl in seinem brennenden Ehrgeiz weit über das Ziel hinausgeschossen sei«. Die Sonderverbindung begebe sich nun zum Parteitag nach Oldenburg und sei der Organisation Gehlen »für den Hinweis, dass möglicherweise etwas gegen ihn im Gange ist, außerordentlich dankbar und bittet das der Organisationsführung besonders zum Ausdruck zu bringen«. Da die Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Dehler immer schärfer wurde, verlief die heikle Angelegenheit Hoppe dann im Sande. Das Bundeskanzleramt hakte nicht nach, die wertvolle Quelle mit ihrer besonderen Nähe zum Hoffnungsträger der Liberalen blieb unverschüttet – ein Gewinn für die Lageorientierung im Kanzleramt und in der CDU.

Ein Insiderbericht aus der Tagung des Hauptausschusses des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, der dem Bundeskanzler kurz darauf vorlag, bestätigt, dass die FDP-Ausspähung vor allem dort zu lokalisieren sei.[55] Der Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe, hieß es, habe beantragt, Hermann Schäfer, Bundesminister für besondere Aufgaben, aus der Partei auszuschließen, weil er in einem Brief an die Fraktion und den Parteivorstand die rechte »Unterwanderung« der Landesverbände Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen thematisiert und die Haltung der Partei in der heftig umstrittenen Saar-Frage als »hysterische Übersteigerung« abqualifiziert habe. Zu einem förmlichen Beschluss sei es dann aber doch nicht gekommen, da man dem Bundesvorstand, wo einfach »zu viele ›Weihnachtsmänner‹« säßen, eine so drastische Entscheidung nicht zugetraut habe. In einer Pause der Sitzung, wie der Informant ganz genau berichten konnte, sei es aber zu der Verständigung gekommen, die Kreisverbände über »Von-Mund-zu-Mund-Propaganda« anzuweisen, den Bundesminister Schäfer in Nordrhein-Westfalen nicht mehr als Redner auftreten zu lassen. Auch bei Besprechungen in kleinerem Kreis nach Sitzungsende war der Berichterstatter also mit von der Partie.

Im Sommer ging dem Kanzleramt eine weitere kundige Lagebeurteilung zu.[56] Sie verwies darauf, dass sich in der FDP »immer stärkere Kräfte« geltend machten, »die mit der Tätigkeit von Dehler als Bundesvorsitzendem nicht einverstanden sind«. Die Landesverbände Hessen und Nordrhein-Westfalen favorisierten Middelhauve als neuen Vorsitzenden, allerdings aus unterschiedlichen Beweggründen. An Rhein und Ruhr wünsche man diesen »als Landesvorsitzenden loszuwerden, um dafür Weyer (nicht Mende) zum Landesvorsitzenden machen zu können. Hessen ist davon überzeugt, dass Middelhauve sich in kurzer Zeit unmöglich machen und damit im folgenden Jahr der Weg für einen hessischen Kandidaten (in erster Linie Preusker, daneben Euler) frei werde.« Beide Verbände hofften, auch die Landesorganisationen Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern für diesen Gedanken zu gewinnen. Dehler habe von diesen Überlegungen Kenntnis erhalten und »folgenden Plan ausgeheckt: In der Überzeugung, dass die Wiedervereinigungsfrage weder in Genf noch später bei der Kanzlerreise nach Moskau Fortschritte mache, will er mit der Parole, die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler hätten in der Wiedervereinigungsfrage versagt, die FDP aus der Regierungskoalition

lösen. Er will dann Exponent einer bürgerlichen Opposition werden, die die Wiedervereinigungsfrage in den Vordergrund stellt.« Dehler habe über diese Strategie nur mit einem »ganz kleinen Personenkreis« gesprochen, weshalb unbedingter Quellenschutz zu gewährleisten sei.

Adenauer erhielt von seinem Persönlichen Referenten nicht nur Hinweise weitergeleitet, dass Dehler keineswegs nur über Döring mit Pullach kommuniziere, sondern sich auch persönlich mit Gehlen treffe, und dass der FDP-Vorsitzende intern neuerlich über seine Außenpolitik hergezogen war.[57] In einem Gespräch mit dem Leiter seines Ostbüros habe er gesagt, »dass die Moskauer Verhandlungen nicht nur eine völlige Konzeptionslosigkeit des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers gezeigt hätten, ja darüber hinaus nur als ›Wirtshausgespräche‹ bezeichnet werden müssten […] Mehrere Referenten der Bundesgeschäftsstelle der FDP berichteten mir übereinstimmend, sie hätten aufgrund von Unterhaltungen mit Dr. Dehler aus der allerletzten Zeit den Eindruck, dass er für die Zeit nach den kommenden Bundestagswahlen eine Koalition nach dem bayerischen Muster«, vor allem jedoch ein »engeres Verhältnis mit der SPD« anstrebe.

Die Koalitionskrise spitzte sich weiter zu, als der FDP-Chef wenige Wochen vor der Genfer Außenministerkonferenz auf einem Landesparteitag im niedersächsischen Uelzen ausrief, es gäbe »keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge«, die eben den Bundestag passiert hatten.[58] Adenauer, der schon lange von Dehlerschen »Giftpfeilen« gegen CDU/CSU sprach,[59] ließ sich den Wortlaut der Rede, die er für »außerordentlich gefährlich und schädlich« hielt,[60] vorlegen und erzwang von der FDP-Fraktion die förmliche und unzweideutige Billigung seiner Außenpolitik. Dehler war inzwischen selbst in der eigenen Partei zur Reizfigur geworden. Der Vorsitzende des hessischen Landesverbandes und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, August Martin Euler, scheute sich in einem Brief an ihn nicht, ihn einen »Dämon der Selbstzerstörung« zu nennen.[61]

Natürlich verfolgte und kommentierte die Presse den Konflikt in allen seinen Wendungen, doch dass die Regierungskoalition darüber binnen eines halben Jahres auseinanderbrechen würde, sah niemand voraus. Die Berichterstattung der Organisation Gehlen aus der FDP war nur eine der vielfältigen Informationsquellen des Bundeskanzlers in seinem Konflikt mit

dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Liberalen, sie rundete sein Lagebild jedoch nicht nur ab, sondern sie gab ihm in den entscheidenden Wochen des Kräftemessens guten Einblick in die Pläne und Reaktionen des Dehler-Lagers, die er zu seinem Vorteil nutzen konnte. Schon Thomas Dehlers Biograph staunte über einen Bundeskanzler, »der über die innerparteilichen Vorgänge der FDP in diesen Monaten glänzend informiert war«.[62] Das zeigte sich bereits im November, als Adenauer sich dazu entschloss, den Kampf mit Dehler um jeden Preis – auch unter Inkaufnahme des Koalitionsbruchs – bis zum Ende auszufechten. So könne er auf Dauer keine Außenpolitik machen, sagte er beim Auftakt des Showdowns zu Vizekanzler Blücher, Dehlers Vorgänger als FDP-Chef.[63]

Während dieser Eskalation im November 1955 hatte der Außenpolitische Ausschuss der FDP eine seiner Sitzungen kaum beendet, da lag das Ergebnis der Beratungen schon auf dem Schreibtisch des Bundeskanzlers: der sogenannte »Euler-Plan zur Wiedervereinigung«.[64] Das Gremium beriet just an dem Tag, als die Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf endgültig scheiterte. Euler befasse sich »mit der Ausarbeitung einer neuen Konzeption zur Herbeiführung der Wiedervereinigung«, hieß es in der Meldung, und sei damit auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen. Grundgedanke des Plans: »Wenn die Wiedervereinigung hierdurch erreicht werden kann, soll Deutschland aus der Nato ausscheiden.« Es müsse dann natürlich »in höchst möglichem Maße (bis an die Zähne)« bewaffnet werden und solle außerdem einem »allgemeinen Sicherheitspakt« beitreten. Eulers Zielvorstellung sei ein »neutralisierter und abgerüsteter Sicherheitsgürtel« in Mittel- und Südosteuropa, dem auch das derzeitige Gebiet der DDR zugehören solle.

Ähnliche Ideen gab es im bürgerlichen Lagern immer wieder, doch für den Bundeskanzler waren das derart empörende Vorstellungen, dass er sie überall, wo er sie antraf, mit Verve bekämpfte. Adenauer setzte sich also ohne Beachtung des dringend angemahnten Quellenschutzes sofort hin, verfasste einen Brief in ernstem Ton und teilte dem FDP-Politiker gleich eingangs freimütig mit, »dem Vernehmen nach« arbeite er an einem Wiedervereinigungsplan. Er bitte ihn dringend, über seine Ideen »mit niemandem zu sprechen, ehe Sie mit mir sich unterhalten haben«.[65] Obwohl sich die Führung der Liberalen unversöhnlich in den Haaren lag, schien sie sich nach Adenauers Eindruck darauf vorzubereiten, den kommenden

Bundestagswahlkampf »mit nationalistischen Parolen gegen die CDU zu führen«.[66]

Zeitgleich erhielt der Bundeskanzler einen ungezeichneten Lagebericht, der neuerlich von Gehlens Sonderverbindung »August« stammte, Erich Mendes vertrautem Freund Hoppe.[67] »Dr. Mende erklärte mir gestern«, begann er, »in der FDP-Fraktion sei mit Sicherheit der Antrag, aus der Koalition auszuscheiden, zu erwarten, wenn der Bundeskanzler und die CDU bei den kommenden Koalitionsbesprechungen kein Entgegenkommen zeigen«. So kontrovers die Auffassungen und Interessen in der Fraktion auch seien, eine Mehrheit für diesen Schritt sei gesichert. »Wesentliche Punkte der Koalitionsverhandlungen seien vom Standpunkt der FDP die Wahlrechtsfrage und seine, Mendes, Bestellung zum politischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Wenn die CDU bei dem kommenden Wahlgesetz auf dem Grabensystem beharre, sei der absolute Koalitionsfall gegeben.«

Noch interessanter als die Haltung der FDP in der komplizierten und für sie außerordentlich bedrohlichen Wahlrechtsfrage, die jeder kannte, dürften für den Kanzler die weiteren Hinweise gewesen sein: »Auf meine Frage, ob denn die FDP glaube, dass die außenpolitischen Sondertouren der FDP, insbesondere Dr. Dehlers, und der zu erwartende Plan Eulers nicht das Klima für Koalitionsverhandlungen sehr ungünstig beeinflussen würden, erklärte mir Dr. Mende, dass bei einem entgegenkommenden Verhalten des Bundeskanzlers auch in den Fragen der Wiedervereinigung und Außenpolitik ein Mitziehen oder zumindest Stillhalten der FDP« – Anstreichung Adenauers – »erreicht werden könnte. Er selbst werde, falls seinem Wunsche, das politische Staatssekretariat im Verteidigungsministerium zu erhalten, stattgegeben würde, sich innerhalb der FDP dafür stark machen, dass in der Außenpolitik Extratouren der FDP in Zukunft unterbleiben.« Damit überschätzte der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende allerdings seinen Einfluss auf Thomas Dehler. Sein Staatssekretärs-Wunsch erfüllte sich auch nicht, und es ist kaum denkbar, dass er diesen Plan jemand anderem als einem langjährigen Vertrauten offenbart hätte. Hoppes Bericht endete mit dem Hinweis, Mende habe ihm abschließend gesagt, »die Missstimmung gegen die Bundesminister der FDP sei in ständigem Wachsen begriffen, weil sie sich innerhalb des Kabinetts nicht durchsetzten«.

Bundeskanzler Adenauer, dem es vor allem darauf ankam, die Liberalen auf seine außenpolitische Linie festzulegen und den Störenfried Dehler loszuwerden, nutzte seinen Informationsvorsprung bei seiner gezielt betriebenen Eskalation der Krise. Nach einer neuerlich aufputschenden Rede des FDP-Chefs schrieb der Kanzler ihm nach Rücksprache mit seinen engsten Mitarbeitern einen langen Brief,[68] in dem er, so Hans-Peter Schwarz, »mit vollem Bedacht den Stein ins Rollen bringt und den Koalitionskrach provoziert«.[69] Die FDP-Fraktion wird in dem Schreiben ultimativ aufgefordert, umgehend eine Beschlussfassung herbeizuführen, ob sie noch auf dem Boden der Pariser Verträge stehe oder nicht. Das Schriftstück endet mit dem Satz, es sei besser für Deutschland, in die bevorstehende Bundestagsdebatte »mit einer verkleinerten, aber in sich geschlossenen Mehrheit hineinzugehen, als mit einer Koalition, die in Wirklichkeit keine mehr ist«. *Die Welt* wählte die Überschrift »FDP berät über Kanzler-Ultimatum«.[70]

Dank seiner guten Kenntnis der Interna beim kleinen Koalitionspartner verurteilte und vereitelte der Kanzler einen gutgemeinten Vermittlungsversuch seines Außenministers, der letztlich dazu geführt habe, dass der vor der Abwahl stehende Dehler sich als Fraktionsvorsitzender halten konnte.[71] Adenauers Informationshintergrund über die Auswirkungen der missratenen Initiative Heinrich von Brentanos war dank zweier vertraulicher Berichte exzellent: »Aus der Tatsache«, hieß es darin, »dass die Besprechung von Dehler, Euler und Mende beim Bundesaußenminister auf die Einladung von Herrn Dr. von Brentano zurückging und die Besprechung in den grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik eine Übereinstimmung ergab, zudem Herr Dr. von Brentano offensichtlich bemüht war, ausgleichend zu wirken, wird nunmehr in der Parteiführung der FDP erheblicher Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Briefes des Herrn Bundeskanzlers geäußert. Man nimmt danach an, dass der Herr Bundeskanzler in Wirklichkeit mit Rücksicht auf die Wirkung bei den westlichen Großmächten gar keinen Wert mehr darauf lege, die Basis der Regierungskoalition kleiner werden zu lassen. Seine Absicht sei offenbar nur gewesen, einen Schuss gegen Dr. Dehler abzugeben und, wenn möglich, die FDP zu spalten, aber nicht aus der Koalition herauszusetzen. Der Herr Bundeskanzler habe sicherlich nicht die Absicht gehabt,

Middelhauve, Mende und Euler vor den Kopf zu stoßen.« Sobald man mehr erfahre, werde man umgehend berichten.[72]

Das erfolgte bereits am Tag nach den Beratungen des FDP-Fraktionsvorstands.[73] Dieser habe sich bei der Aussprache über das Kanzler-Schreiben »weniger über Fragen der Außenpolitik, als vielmehr über die Hintergründe des Briefes unterhalten«, musste Adenauer zur Kenntnis nehmen. Der Brief gehe vermutlich auf die Vertrauten des Bundeskanzlers zurück. Die »Außenpolitik sei nur als Vorwand gebraucht werden, um die FDP aus der Koalition herauszumanövrieren. Der Brief sei nach dem rüden Stil und der ungeschickten, wenig durchdachten Abfassung offensichtlich von Herrn Dr. Krone aufgesetzt und insbesondere von Herrn Dr. Globke psychologisch vorbereitet worden. Die Herren Dr. Krone, Dr. Globke und Dr. Lenz hätten offenbar die Absicht, mit der FDP Tabula rasa zu machen und sie durch das Wahlgesetz zu erledigen. Sie möchten die FDP am ausgestreckten Arm verhungern lassen.« Die Globke-Theorie gehe darauf zurück, dass der Kanzleramtschef, wie ruchbar geworden sei, das Bundespresseamt beauftragt habe, die Berichterstattung der letzten Zeit über Dehler zusammenzustellen. Also fasste der Bundeskanzler, der um das Momentum seiner Offensive fürchtete, sofort noch einmal nach und schrieb dem FDP-Vorsitzenden, sein Brandbrief habe sich durch diese und jene Gespräche keineswegs erledigt, er wolle nach wie vor wissen, »ob die Fraktion der FDP die bisherige Außenpolitik konsequent weiterzuführen gewillt ist oder nicht«.[74] Ohne den Kenntnisstand, den ihm der Auslandsnachrichtendienst aus dem Lager seines innenpolitischen Widersachers verschafft hatte, hätte der Bundeskanzler Adenauer seine Strategie kaum so gezielt verfolgen können.

Thomas Dehler geriet in der eigenen Partei jetzt stark in die Defensive. Keine Geringeren als die FDP-Minister Blücher und Preusker suchten den Bundespräsidenten auf (vormals Partei- und Fraktionsvorsitzender der Liberalen), um sich bei ihm über die außenpolitische Agitation ihres Parteichefs zu beschweren; er müsse ersetzt werden. Heuß lud Dehler, für den er nicht mehr viel Verständnis aufbrachte, zu einer Unterredung vor, begab sich dann zu Adenauer, um die Spannungen irgendwie zu lockern und vor allem, um zu verhindern, dass die Koalition »zerknallt«.[75] Der Berliner Landesverband forderte Dehler inzwischen einstimmig auf, seine Ämter in Partei und Fraktion niederzulegen. Es war für den Kanzler

unübersehbar, dass der Druck auf den FDP-Chef ganz in seinem Sinne anstieg und er seinen Druck am besten ebenfalls aufrechterhielt.

Ende November schien der Sturz von Thomas Dehler besiegelt. In der FDP Nordrhein-Westfalens wurde das von einer so starken Gruppierung unterstützt, dass Döring, Mende, Middelhauve und Scheel ihm empfahlen, freiwillig auf die Fraktionsführung zu verzichten. Über die entsprechende Sitzung der liberalen Bundestagsfraktion ging bereits am Folgetag eine umfassende Orientierung im Kanzleramt ein.[76] Der Bericht erläuterte die Vorgeschichte dieser Entwicklung und machte darauf aufmerksam, dass sich die Haltung der NRW-FDP überraschend verändert habe, weil man dort inzwischen glaube, »dass Euler und die Hessen Nordrhein-Westfalen überspielen, ja sogar ausschalten und entscheidende Machtpositionen in der Partei für sich erringen wollten«. Einen scharfen Vorstoß einer Gruppierung um Ernst Achenbach und Otto Graf Lambsdorf zugunsten Dehlers habe es allerdings auch gegeben, weshalb die Entscheidung über den Fraktionsvorsitz vertagt worden sei.

Besonders interessant waren die vertraulichen Ausführungen über die Haltung des Vizekanzlers. Doch die von Blücher erhobenen Einwände, »dass es doch besser sei, den durch eine Entfernung Dehlers in der Öffentlichkeit zu erwartenden Eklat sofort auf sich zu nehmen, als zu warten, bis die FDP nur noch 3 % der Wählerstimmen auf sich vereinige, drangen nicht durch«. Die Freunde Dehlers hätten sich vor der Sitzung darauf verständigt, die Fraktion solle dem Kanzler eine Antwort geben, »die es der FDP ermögliche, nach außen hin ihr Gesicht zu wahren und es gleichzeitig dem Bundeskanzler unmöglich mache, die FDP aus der Koalition herauszusetzen. Es sollte vermieden werden, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, die FDP sei durch den Bundeskanzler wieder auf Vordermann gebracht worden.«

Dann malte der Informant den Verlauf der Fraktionssitzung anschaulich aus. Am Vormittag sei es noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Hessen und den Anhängern Dehlers gekommen, es habe sogar so ausgesehen, als wolle man dem Bundeskanzler ein größeres Entgegenkommen zeigen, doch dann habe sich »das Klima völlig zugunsten von Dehler« gewandelt. Der »Umfall« zugunsten des Vorsitzenden gehe unter anderem auf die entschiedene Unterstützung der Liberalen in Nordrhein-Westfalen und das »eindringliche Auftreten« der bald 80-

jährigen Marie-Elisabeth Lüders zurück, Gründungsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei und Reichstagsabgeordnete seit 1919. »In der Nachmittagssitzung zeigte sich Euler schwach«, fuhr der Bericht fort, »auch Dr. Schäfer lieferte wenig brauchbare Argumente gegen Dr. Dehler. Der ursprünglich vorgesehene Misstrauensantrag gegen Dr. Dehler wurde nicht gestellt.« Adenauer erfuhr aus dieser Quelle auch, dass der Antwortbrief an ihn vom Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen Liberalen verfasst worden sei. Schlussbemerkung des Beobachters: »Der Landesverband NRW der FDP hat gestern die Parole ausgegeben, bei allen Anfragen mit Nachdruck zu behaupten, dass NRW niemals gegen Dr. Dehler eingestellt gewesen sei. Dr. Dehler fühlt sich, wie mir heute mitgeteilt wurde, wieder obenauf und betrachtet den Ausgang der Fraktionssitzung als einen besonderen persönlichen Erfolg. Gegen ein Auseinanderfallen der FDP sprachen folgende Gesichtspunkte: Die Hessen, die Berliner und die in anderen Landesverbänden vorhandenen Dehler-Gegner sehen keine Möglichkeit, bei einer Spaltung der FDP ihre politische Grundlage zu behalten oder eine neue politische Heimat zu finden.«

Die Replik Dehlers auf das Adenauer-Ultimatum beschränkte sich denn auch auf zehn dürre Zeilen[77] und führte dazu, dass sich der Krach zwischen der großen, einigermaßen geschlossenen und der kleinen, unrettbar zerklüfteten Regierungspartei allenfalls noch in einer reinigenden Koalitionsbesprechung, aber nicht mehr durch Briefbombardements beilegen ließ. Da der Bundeskanzler eine tragfähige Verständigung mit dem FDP-Chef jedoch für unmöglich hielt und sie deswegen auch gar nicht mehr anstrebte, führte er jetzt den offenen Bruch selbst herbei. Die drei Koalitionstreffen drei Wochen vor Jahresende erschöpften sich so in einem siebenstündigen verbalen Gemetzel. Erich Mende protokollierte. Es lief sogar ein Tonband mit, eine »drastische Dokumentation des Zerwürfnisses«.[78]

Adenauers Biograf Hans-Peter Schwarz schildert diese historische Konfrontation so: »Es gibt wenig sprechendere Beispiele für das, was sich der Kanzler damals auf dem Höhepunkt der Kanzlerdemokratie im Umgang mit den Koalitionspartnern leistet wie diese 140 Seiten umfassenden Niederschriften. Dehler wird vor 20 Teilnehmern wie der Delinquent in einem östlichen Schauprozess abgekanzelt […] In der Tat will Adenauer in diesen bald legendären Besprechungen auf eine personelle Garantie hinaus,

ohne das freilich offen zu sagen. Sein Verhandlungsstil lässt nur *einen* Schluss zu: Dehler soll vorgeführt und als völlig unzumutbar gebrandmarkt werden. Er will die FDP-Fraktion durch Androhung des Koalitionsbruchs zwingen, ihren Vorsitzenden in aller Form fallen zu lassen.«[79] Das funktioniert aber nicht, vor allem weil die CDU den Fehler machte, den Liberalen nun auch noch die Folterwerkzeuge eines geänderten Wahlrechts unter die Nase zu halten. Aus dem Streit Adenauer gegen Dehler wurde »ein Streit Union gegen FDP«. Die liberale Bundestagsfraktion machte den Rücken steif und wählte ihren Vorsitzenden in einer »sehr stürmischen«[80] Sitzung mit knapper Mehrheit wieder. Dehler überlebte vorerst, das konservativ-liberale Regierungsbündnis aber nicht, denn inzwischen vollzogen sich in Nordrhein-Westfalen Weichenstellungen, nach denen die Koalition in Bonn endgültig zum Scheitern verurteilt war.

Während der entscheidenden Wochen der Jahreswende 1955/56, ein Vierteljahr vor ihrer BND-Werdung, hielt die Organisation Gehlen Bundeskanzler Adenauer beständig auf dem Laufenden und eröffnete ihm damit tiefe Einblicke in das Innenleben der FDP. Einen Tag vor dem ersten der drei turbulenten Koalitionstreffen gingen ihm Informationen aus einer Besprechung zu, in der Dehler sich »in heftigster Form über die Vorgänge der letzten Woche« ausgelassen habe.[81] »Er nannte Euler einen perfektionierten Lügner, da Euler dem Herrn Bundeskanzler abgestritten habe, auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses der FDP seinen bekannten Plan vorgetragen zu haben.« Die liberalen Bundesminister hätten ihn »verraten«, weil sie sich einem Misstrauensantrag gegen ihn angeschlossen hätten. »Er bezeichnete auch alle übrigen Bundestagsabgeordneten, die den gegen ihn gerichteten Misstrauensantrag (der dann nicht eingebracht wurde) unterzeichnet hätten, als Verräter. Auch Mende sei nicht besser und habe ihn nur mit halbem Herzen unterstützt.«

Erich Mende, der Hauptinformant der Sonderverbindung »August«, spielte auch in einem weiteren Bericht die Hauptrolle.[82] »Dr. Mende«, konnten Adenauer und Globke darin lesen, »wird mit anderen Mitgliedern der Verhandlungskommission der FDP nahelegen, am kommenden Dienstag ein Garantieangebot abzugeben, wonach bis zum 10. Januar [Neuwahlen zum Fraktionsvorsitz] etwaige öffentliche Erklärungen Dr. Dehlers nur mit Zustimmung der beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Euler und Mende abgegeben werden dürfen.«

Schlagender hätte man dem Kanzler das desaströse Binnenverhältnis in der Parteispitze nicht offenbaren können. »Mit Dr. Mende unterhielt ich mich über die Frage«, strich Hoppe seinen exquisiten Zugang zur FDP-Führung heraus, »ob es nicht zweckmäßig sei, die Behandlung der Koalitionskrise nicht bis nach dem 10. Januar zu vertagen. Dr. Mende meinte, dies sei vielleicht schon deswegen zweckmäßig, weil auf dem Anfang Januar stattfindenden Landesparteitag der FDP NRW das Verhältnis zu Dehler eine erhebliche Rolle spielen dürfte. Es sei mit Sicherheit zu erwarten, dass Achenbach und der ehemalige Botschafter und jetzige Coca-Cola-Repräsentant Rahn versuchen würden, auf dem Parteitag eine Vertrauenskundgebung für Dr. Dehler zu erreichen.« Mende bemühe sich auch, das geplante »Vorstandskonklave« zu verschieben, »da ja doch die Gefahr bestehe, dass hier wieder störende Äußerungen von Dr. Dehler oder den ihm nahestehenden Vorstandsmitgliedern abgegeben werden und in die Öffentlichkeit gelangen […] Ein Referent der Bundesgeschäftsstelle berichtete, dass Dr. Mende seit zwei Tagen im Bundeshaus jeden, den er treffe, darauf anspreche, es müsse doch eingesehen werden, dass Dehler nicht mehr zu halten sei.«

So detail- und kenntnisreich ging es in den Tagen vor Dehlers Wiederwahl zum Fraktionschef weiter.[83] »Die Landesminister der FDP haben in ausgesprochener Hochstimmung über den Verlauf, die Atmosphäre und das Ergebnis der Besprechungen mit dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Dr. Krone berichtet«, bekamen der Kanzler und sein Staatssekretär zu lesen: »Der Ton, den der Herr Bundeskanzler und Herr Dr. Krone in den Verhandlungen angewendet hätten, habe sie besonders günstig beeindruckt. Herr Dr. Krone habe Verständnis gezeigt, dass Dr. Dehler unter den obwaltenden Umständen am 10. Januar nicht als Fraktionsvorsitzender ausgebootet werden könne. In den Dr. Dehler nahestehenden Kreisen wird dieses Ergebnis als Erfolg gewertet und auf die starke Haltung der FDP zurückgeführt« – massive Unterstreichung durch den Leser. Auf Druck seiner Freunde habe sich der FDP-Chef entschlossen, dem traditionellen Dreikönigstreffen in Stuttgart wie dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Liberalen fernzubleiben, »um nicht in Reden neue Angriffsflächen vor dem 10. Januar zu bieten«. Es sei darauf verwiesen worden, dass es »taktisch falsch wäre und propagandistisch sehr schlecht wirken würde«, wenn Dehler ausgerechnet während der Feierlichkeiten zu

Adenauers 80. Geburtstag mit aggressiven Reden auffiele. Außerdem beabsichtige der FDP-Vorsitzende, auf seine innerparteilichen Widersacher zuzugehen und Ausschlussanträge gegen den Berliner Landesvorsitzenden sowie »Euler u. a.« zurückzuziehen.

Gerade so, als seien die Spannungen der Union und ihres Kanzlers mit der Bundes-FDP nicht schon gravierend genug, überkreuzte sich die Dehler-Krise um die Jahreswende 1955/56 mit der für die bürgerliche Regierungskoalition in Bonn noch gefährlicheren Arnold-Krise in Düsseldorf, dem Seitenwechsel der nordrhein-westfälischen FDP zur SPD und dem Sturz des CDU-Ministerpräsidenten durch ein konstruktives Misstrauensvotum – ein schreckliches Flammenzeichen für mögliche Machtverschiebungen zum Nachteil der Unionsparteien in den Ländern und im Bundesrat. Der von der Wahlrechtsdebatte zusätzlich beschleunigte »doppelte Coup«[84] der bald als »Jungtürken« apostrophierten Rebellen um Wolfgang Döring, Walter Scheel und Willi Weyer brachte diese Gruppierung nicht nur in Düsseldorf an die Macht, er krempelte auch den Landesverband um und eröffnete der gesamten Partei einen Weg in die sozialliberale Richtung.

Vom Parteitag der nordrhein-westfälischen FDP zu Jahresbeginn erfuhr das Kanzleramt durch ihre politische Inlandspionage sogleich einiges über die »weitreichende Animosität gegen die CDU« und die negativen Auswirkungen des Drucks, den die Regierungspartei mit ihren Gedankenspielen über eine Wahlrechtsänderung erzeugt hatte.[85] »Die unter einem Teil der Führungskräfte seit längerer Zeit bestehende Unzufriedenheit mit Dr. Dehler (Weyer, Mende, Scheel) konnte nicht zum Austrag kommen, weil jede Kritik an Dr. Dehler bei der Stimmung der Mehrheit des Parteitages zu einer Ausschaltung des Kritikers aus dem Führungsgremium geführt hätte.« Landesgeschäftsführer Döring habe bei den unteren Parteigliederungen Stimmung für den FDP-Chef gemacht: »Die hauptsächlichen Funktionäre in Nordrhein-Westfalen neigen dazu, die CDU aus der Landesregierung hinauszudrängen.« Ende Januar war das beschlossene Sache.[86] Ein Rückzieher in der Wahlrechtsfrage konnte den Koalitionswechsel am Rhein nicht mehr verhindern.

Die Einzelheiten, die der Kanzler über diesen Coup in fünf Berichten aus nachrichtendienstlicher Quelle erfuhr, entsprachen teils der Presseberichterstattung, oftmals gingen sie weit darüber hinaus. Zum

Hintergrund des Beschlusses der Landtagsfraktion der FDP in Düsseldorf hieß es in der ersten Februar-Woche, die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten hätten dort vor etwa vierzehn Tagen begonnen und seien von Achenbach, Döring und Weyer geführt worden: »Die wesentlichen Vertreter einer Koalition mit der SPD sind neben den Vorgenannten Scheel, [Hermann] Schwann, Graf Lambsdorff und der stellvertretende Landesgeschäftsführer [Alfred] Rieger (ehemaliger Kreisleiter).« Weyer habe gedroht, wenn Middelhauve seinen Widerstand gegen den Beschluss nicht aufgebe, werde er gegen ihn als Landesvorsitzender kandidieren, was er dann auch erfolgreich tat. »Scheel möchte gerne an Stelle von Middelhauve Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen werden«, hieß es weiter. Falls der sein Amt nicht niederlege, »will man so taktieren, dass er sich durch sein Verhalten in der Koalitionskrise als für die FDP untragbar erwiesen habe«. Erich Mende spekuliere auf das Innenministerium, »sein Einfluss in NRW ist jedoch sehr geschwächt, sodass es zweifelhaft erscheint, ob er von dem nordrhein-westfälischen Führungskreis hierfür überhaupt in Betracht gezogen wird«. Die Gruppe Achenbach-Döring-Weyer verfolge über das Land hinausgehende Ziele: »Erforderlichenfalls genüge es, nur noch ein Land aus der bisherigen CDU-Koalition herauszubrechen, um den Bundesrat lahmzulegen.«

Thomas Dehler verfolgte laut diesem Bericht das Ziel, »noch vor 1957 aus der Bonner Koalition auszusteigen, um der FDP zu ermöglichen, einen ungestörten Wahlkampf gegen die CDU zu führen«; das war schon lang die Vermutung des Bundeskanzlers. Weitere FDP-Vertreter hätten geäußert, dass eine SPD/FDP-Koalition »mit dem deutsch-russischen Pakt von 1939 zu vergleichen« sei. »Vor vier Jahren habe der gleiche nordrhein-westfälische Kreis Reinhold Maier noch aus der FDP ausschließen wollen, als er die Koalition mit der SPD in Baden-Württemberg eingehen wollte. Die Haltung der SPD sei wenig verständlich, zumal sie seit Jahren auf die nazistische und nationalsozialistische Unterwanderung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes hingewiesen habe.«[87]

Am selben Tag traf im Palais Schaumburg eine weitere geheime Lagebeurteilung ein.[88] Sie gab über die Sitzung des FDP-Bundesvorstands Auskunft, wo Middelhauve und Weyer scharf aneinandergeraten waren und dem konservativen Landesvorsitzenden ein weiteres Mal sein politisches Ende angedroht worden sei. »Zu Beginn der Hauptausschuss-Sitzung in

Stuttgart hat Dehler in seinem Eingangs-Referat ›alle Sünden‹ des Bundeskanzlers aus der vergangenen Zeit aufgezählt. Sein Referat hatte unausgesprochen die Tendenz ›Sollen wir in Bonn überhaupt die Koalition fortsetzen?‹« Der Parteichef habe bei den Landesverbänden allerdings »keinerlei Resonanz gefunden«. Die bayerischen Delegierten verwiesen darauf, dass sie in München keine guten Erfahrungen mit der Viererkoalition gemacht hätten. Lediglich die ikonische Marie-Elisabeth Lüders habe sich für die Linie der Nordrhein-Westfalen stark gemacht. Anderntags hielt eine weitere Information fest, man gewinne »fast den Eindruck, dass die Parteileitung der FDP von Bonn nach Düsseldorf verlegt worden sei«.[89]

Am 20. Februar 1956 wurde Karl Arnold (CDU) als Ministerpräsident gestürzt und eine Woche später durch Fritz Steinhoff (SPD) ersetzt.[90]Am Tag nach dem FDP-Coup ging im Kanzleramt ein Bericht über die »Reaktion auf den Regierungssturz in Düsseldorf« ein.[91] Im Parteivorstand in Bonn herrsche eine »euphoristische Stimmung«, teilte der Informant mit: »Theoretisch glaubt man bereits eine weitere Anzahl von Landesregierungen mit Hilfe der FDP umbilden zu können«, doch mahnten einige Landesverbände zur Vorsicht. Alle schauten gebannt auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg Anfang März, eine Art Stimmungstest für die liberale Politik (bei dem die Liberalen dann leichte Verluste erlitten). Eine weitere vertrauliche Mitteilung für Adenauer und Globke war um einiges konkreter.[92] »Dr. Dehler«, begann sie, »gab gestern bei einer internen kurzen Besprechung des Abstimmungsergebnisses im Düsseldorfer Landtag die Parole aus: ›Keine Siegesfanfaren!‹ Gesprächsteilnehmer berichteten, dass Dehler sich in ausgesprochener Siegesstimmung befand […] Einige Bundestagsabgeordnete der FDP äußerten gestern die Befürchtung, dass die niedersächsische FDP jetzt ›im Sog von Nordrhein-Westfalen‹ ebenfalls eine Regierungsumbildung versuchen könnte. Der Kreis um Dehler und die nordrhein-westfälische FDP befürchten nach den gestrigen Ereignissen, dass nunmehr in den Ländern eine starke Agitation der DP gegen die FDP mit Unterstützung des Bundeskanzleramts einsetzen könnte. Eine solche gegen das Zusammengehen mit der SPD gerichtete Kampagne könne bei den antisozialistischen und mehr nach rechts gerichteten Anhängern und

Wählern der FDP unangenehme Auswirkungen haben.« Die verdeckte Berichterstattung erreichte nun ihre größte Dichte.

Eine fünf Schreibmaschinenseiten lange und von Adenauer abgezeichnete Information über Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom gleichen Tage bildete die Debatte dort sehr genau ab.[93] Wahrscheinlich stammt sie aus derselben nachrichtendienstlichen Quelle wie die übrigen Meldungen. Da sie in ihrer äußeren Form aber von dem üblichen Erscheinungsbild der Informationen des BND aus der FDP und SPD abweicht, mag sie hier unberücksichtigt bleiben – zumal sich die Ereignisse nun noch einmal überschlugen: Am 23. Februar 1956 verließen 16 der 52 Abgeordneten (darunter die vier Bundesminister und Bundestagsvizepräsident Ludwig Schneider) die Bundestagsfraktion der FDP und führten damit den Bruch der Regierungskoalition sowie die Spaltung der Partei herbei. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Euler, der zu den maßgeblichen Abtrünnigen gehörte, fasste deren Motive mit dem Bemerken zusammen, man müsse verhindern, »dass auch eine SPD-FDP-Koalition im Bund irgendwann einmal eine Abenteuerfahrt ins Blaue unternehmen wird«. Der *Spiegel* sprach von einer »kanzlertreuen Sezession«, das Publikum habe die »Verschwörung einiger Freidemokraten gegen die eigene Partei« erlebt.[94] Die Koalition verlor ihre Zweidrittelmehrheit, aber nicht die Regierungsmehrheit. Der Bundeskanzler war über diese Entwicklung keineswegs betrübt. Im CDU-Vorstand bekannte er, er habe sich »lange nicht mehr so gefreut« und werde sich betrinken.[95]

Es waren nicht so sehr die traditionellen Spannungen im Liberalismus mit seinem Meinungsspektrum vom linken Fortschritt bis zum deutschnationalen Konservatismus als – neben scharfer persönlicher Rivalität – die unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten über den außenpolitischen Kurs der FDP, die zu diesem Schritt führten. Die Dissidenten, die jetzt eine eigene Fraktion bildeten und sich in der bald bedeutungslosen Freien Volkspartei (FVP) zusammenfanden, waren im großen Ganzen mit der Linie des Bundeskanzlers einverstanden. Der Parteivorsitzende Dehler und die keineswegs mit ihm verbündeten, sozialliberal orientierten »Jungtürken« wollten die Erstarrung der Wiedervereinigungspolitik gegen den Widerstand des Kanzlers überwinden und aus der deutschlandpolitischen Sackgasse herausfinden, in die

Adenauers kompromissloser Westkurs nach ihrer Ansicht geführt hatte. »In der FDP sahen nun die Befürworter einer dynamischen Ostpolitik freie Bahn vor sich.«[96] Bei den damals als sensationell empfundenen direkten Kontakten mit der Liberaldemokratischen Partei (LDPD) der DDR spielten vor allem Überlegungen eine Rolle, wie man am besten zu einem bündnisfreien und wiedervereinigten Deutschland gelangen könne. Die Gespräche in der zweiten Jahreshälfte, die vom BND genau beobachtet wurden,[97] führten freilich zu nichts. Ein Jahr vor den Bundestagswahlen unterstrichen diese deutschlandpolitischen Sondierungen jedoch ebenso wie die neue Düsseldorfer Koalition die politischen Gemeinsamkeiten der FDP mit der SPD. Selbstverständlich war sich Adenauer in seiner Auseinandersetzung mit Thomas Dehler dieser Gefahr für den Machterhalt seines Bürgerblocks bewusst, doch alle Versuche, den Bruch zu kitten, blieben erfolglos.

Die Freien Demokraten hatten sich wiederholt darüber gewundert, wie gut Adenauer über das Innenleben ihrer Partei und ihrer Parlamentsgruppierung informiert war. Erich Mende, der seinen alten Bekannten und heimlichen BND-Informanten Hoppe so häufig ins Vertrauen zog, gab in einer Sitzung des Bundesvorstands zu Protokoll: »Der Bundeskanzler habe wiederholt in seiner Gegenwart erklärt, dass er über alle Sitzungen der FDP bald darauf genaue Kenntnis erhalte.«[98] Der *Spiegel*, dessen Herausgeber dem deutschlandpolitischen Kurs der Kanzlerkritiker nahestand, mutmaßte nach der Sezession der Adenauer-treuen Liberalen, das Bundeskanzleramt werde mit dem Ausscheiden dieser »eifrigen Zuträger nicht mehr regelmäßig schriftlich und telephonisch die Sitzungsberichte vertraulicher FDP-Konferenzen empfangen«.[99] Das bewahrheitete sich nicht. Die Berichterstattung des eben aus der Taufe gehobenen BND versiegte keineswegs, sie standardisierte sich vielmehr und glich sich in ihrer äußeren Form nun ganz den schriftlichen Informationen aus der SPD-Spitze an.[100]

Am Tag nach dem Eklat in der FDP-Fraktion ging bei Kanzleramtschef Hans Globke der Hinweis ein, diese habe »gestern beschlossen, sich im Verhältnis zur Bundesregierung und zur CDU vorläufig ruhig zu verhalten. Man müsse die CDU kommen lassen. Vorläufig bleibe man ja noch Koalitionspartei. Die gestrige Presseerklärung Middelhauves (Dolchstoß in den Rücken der FDP) kam zustande, nachdem Dehler sich mit Middelhauve

in Verbindung gesetzt hatte. Dehler trägt sich mit dem Gedanken, einen außerordentlichen Bundesparteitag der FDP einzuberufen. Aus der engeren Umgebung von Dehler wurde mir berichtet, dass Dehler gestern einen völlig verwirrten Eindruck gemacht habe. Er habe wie ein von der Schlange hypnotisiertes Kaninchen den Ereignissen fassungslos gegenübergestanden.«[101]

In den Folgewochen verdichtete sich die nachrichtendienstliche Kartierung des Flurschadens weiter. Es begann mit einem Bericht über die Stuttgarter Sitzung des FDP-Bundesvorstands drei Tage nach dem Bonner Eklat.[102] Dehler habe gefordert, die »16 Abtrünnigen« aus der Partei auszuschließen. »Euler werde vom Bundeskanzleramt ausgehalten. Euler hätte von Globke 1,3 Millionen zur Gründung einer neuen Partei erhalten. Dehler soll, wie mir berichtet wurde, seine Behauptung über die Finanzierung Eulers durch Staatssekretär Globke in der nach der Vorstandssitzung abgehaltenen Pressekonferenz und am Abend in der Wahlversammlung wiederholt haben. Eine Reihe von Mitgliedern des Bundesvorstandes äußerten ihre Besorgnis darüber, dass entweder Euler oder Staatssekretär Globke die Behauptung Dehlers aufgreifen und ihm einen Beleidigungsprozess anhängen könnten. Dies könne zu einer schweren Blamage der FDP führen. Auch der Wahlausgang in Baden-Württemberg könnte darunter leiden. Als Dehler wegen seiner Behauptung von Vorstandsmitgliedern zur Rede gestellt wurde, erklärte er, er könne seine Behauptung zwar nicht beweisen, aber es wisse doch jedermann, dass das so sei.« Dehlers Rivale Blücher habe inzwischen intern geäußert, »die Dehler-Partei werde untergehen«. Besonders vehement strich der aufmerksame Leser Adenauer die Passage an: »Middelhauve berichtete dann, er sei beim Bundeskanzler gewesen, der ihm das Angebot einer hohen Stellung gemacht habe, falls er, Middelhauve, sich der Gruppe Blücher-Euler anschließe. Euler habe ihn ebenfalls hierzu zu bewegen versucht.« Es folgte noch die Wiedergabe allerlei saftiger Äußerungen (»Dehler: Schäfer ist ein dummer Augustin«) und der Ansicht des Hamburger Landesvorsitzenden, der gesagt habe, für die Dissidenten gebe es keinen Weg zurück.

Eine weitere Meldung des Tages zeigte das Hauen und Stechen bei den Liberalen in voller Schönheit.[103] Ein Hamburger Parteifreund habe die Behauptung des Partei-Chefs über Globkes Millionen-Angebot nur mit dem

Satz quittiert: »Dehler ist wohl nicht ganz bei Trost.«[104] Middelhauve beklage sich darüber, dass er von der Gruppe Achenbach/Döring/Weyer »völlig ausgeschaltet worden sei, man beteilige ihn an keinerlei Gespräch«. Nach der Absetzung des hessischen Landesgeschäftsführers »werden noch vier Bezirksgeschäftsführer, die angeblich mit Euler konspirieren, entlassen. Noch heute sollen ihnen die PKW's weggenommen werden, damit sie nicht mehr für Euler arbeiten können. Euler selbst werde man sofort, notfalls mit polizeilicher Gewalt, den PKW wegnehmen, da der Wagen dem Landesverband gehöre. Man habe bereits die Polizei auf Euler angesetzt.«

Alle Bemühungen, selbst des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und zeitweilig auch Dehlers, den Koalitionsbruch rückgängig zu machen, scheiterten.[105] Über eine Besprechung bei Heuß, der in Absprache mit Adenauer »die jetzt getrennten FDP-Gruppen wieder zusammenführen« wollte, hieß es in einem Informationsbericht, die Bundesleitung der Partei habe dazu erklärt, »dass die erkennbare Absicht des Herrn Bundeskanzlers, Dehler und Weyer in das Bundeskabinett zu berufen und die FDP wieder in die Koalition aufzunehmen, völlig irreal sei. Die nordrhein-westfälische Gruppe werde sich nicht auf diese Weise aus ihrer führenden Rolle herausmanövrieren lassen.«[106] Weitere Details über die Strategiedebatten und die Machtkämpfe der FDP folgten,[107] und dann auch noch einmal ein größerer Bericht über die Bestrebungen, das Gros ihrer Abgeordneten zurückzugewinnen.[108] Die Bemühungen des Bundeskanzlers hätten, hieß es da, »innerhalb der FDP-Fraktion und bei der abgespaltenen Gruppe erhebliches Aufsehen erregt und teilweise zu einer starken Beunruhigung geführt«. Aus der Umgebung des Vorsitzenden sei zu vernehmen, »die Partei werde es niemals zulassen, dass sie und Dehler durch die Bestellung Dehlers zum Bundesjustizminister in der Öffentlichkeit unglaubwürdig und lächerlich gemacht würde. Im Übrigen sei keinesfalls damit zu rechnen, dass die nordrhein-westfälische FDP hier mitmachen werde.«

»Dessen ungeachtet«, fuhr der Informant fort, »dass Dehler allgemein zugetraut wird, auf ein solches Angebot einzugehen, wurde erklärt, der Herr Bundeskanzler habe anscheinend die Absicht, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er wolle einmal die FDP vor allem mit Rücksicht auf die Zeit nach den kommenden Bundestagswahlen wieder als Koalitionspartner gewinnen, zum anderen Dehler und damit die FDP in der Öffentlichkeit infolge Fehlens jeglicher Haltung desavouieren. Der

Bundeskanzler übersehe dabei, dass er sich durch ein solches Vorgehen in der Öffentlichkeit selbst unmöglich machen würde. Völlig unverständlich seien seine Bestrebungen auch deshalb, weil er doch hierdurch auch der ausgeschiedenen Gruppe in den Rücken falle. Diese Gruppe habe er offenbar vollkommen fallengelassen, sodass erfreulicherweise nicht mit der Gründung einer nationalliberalen Partei zu rechnen sei.«

Dann folgten markante Äußerungen einiger Abgeordneter. Ein baden-württembergischer Volksvertreter: »Wenn Dehler wieder Bundesjustizminister werden sollte, dann könne man dies nur noch als gehobene Form politischer Perversität, als politische Sodomie bezeichnen«; Dehler, »insbesondere Frau Dehler«, werde sich nicht scheuen, das Amt anzunehmen. Ein Parlamentarier aus Bad Dürkheim: »Wenn Dehler wieder Justizminister wird, dann verstehe ich die Politik überhaupt nicht mehr. Ich glaube, dass ich dann zu der Überzeugung komme, für eine politische Betätigung in Bonn nicht die nötige Eignung zu besitzen.« Der linksliberale nachmalige Justizminister Stammberger sah das anders: »Es wäre das Beste, was uns passieren könnte, wenn Dehler wieder Justizminister wird; dann werden wir ihn wenigstens als Partei- und Fraktionsvorsitzenden los.« Dann könne aus der FDP »endlich etwas werden. Dehler sei doch als Parteivorsitzender völlig ungeeignet. Er sei nicht einmal fähig, einen Ortsverband ordentlich zu führen.« Und schließlich Vizekanzler Franz Blücher, der Dissident: »Wenn Dehler Justizminister wird, lege ich mein Ministeramt und das Abgeordnetenmandat nieder und ziehe mich aus dem politischen Leben zurück.« Ein farbigeres Feedback konnte sich Konrad Adenauer bei seinen Winkelzügen nicht wünschen.

Mitte März 1956, als die abtrünnigen Abgeordneten als »Demokratische Arbeitsgemeinschaft« eine eigene Fraktion bildeten, war die Vergeblichkeit aller Versöhnungsbemühungen bereits offenkundig. Adenauer sagte dem Bundespräsidenten, dass man Dehler nicht mehr glauben könne, und Dehler ließ sich gegenüber einem Parteifreund mit der Überlegung ein, die Sezession sei notwendig gewesen, da man »geschlossener in den Wahlkampf gehen könne«. Der Bundeskanzler habe »unsere entscheidende geschichtliche Aufgabe, die deutsche Einheit, nicht gefördert und Möglichkeiten versäumt«.[109]

Auch aus der Klausurtagung, auf der die Rückkehr zum Status quo ante verworfen wurde, erfuhren der Bundeskanzler und sein Staatssekretär

sogleich die wichtigsten Einzelheiten.[110] »Der Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, die Fortsetzung der Bundeskoalition abzulehnen, erfolgte tatsächlich einstimmig«, wurde berichtet. »In der Diskussion zu diesem Thema trat keiner der Anwesenden für die Fortsetzung der Koalition ein. Dehler, Bundesschatzmeister Rubin und Scheel verwiesen darauf, dass die FDP bei einem Wiedereintritt in die Koalition 1. das Gesicht verlieren, 2. sich aller propagandistischen Möglichkeiten für die Bundestagswahl begeben würde, zumal das künftige Wählerreservoir der FDP in der CDU und nicht in der SPD zu suchen sei, 3. bei dem zum Teil vorhandenen, zum Teil potentiellen Koalitionspartner SPD jede Glaubwürdigkeit verlieren würde. Es wurde ferner die Auffassung vertreten, dass die überwiegende Mehrheit der Bundestagsfraktion der FDP die oppositionelle Haltung des Bundesvorstandes teile, sodass von der Fraktion keinerlei Abweichung zu erwarten sei.«

Dehler sei ziemlich stark und selbstbewusst gewesen, war außerdem beobachtet worden. Denn als das Programm des nächsten Parteitags (auf dem Dehler ein letztes Mal zum FDP-Vorsitzenden gewählt wurde) durchgesprochen wurde, habe er sich mit seiner Auffassung durchgesetzt, »dass nicht mehrere Referate gehalten werden, sondern er, Dehler, allein in einem umfassenden Referat zur politischen Lage sprechen solle. Versuche einzelner Teilnehmer, in vorsichtiger Form das Thema ›Bildung eines Parteidirektoriums‹ anzuschneiden, wurden von Dehler dadurch im Keime erstickt, dass er auf andere Fragen ablenkte«. Als der Pressechef seinen Vorsitzenden später damit konfrontiert habe, dass auf der Tagung inhaltlich »gar nichts herausgekommen« sei und er nicht wisse, was er den Journalisten sagen solle, meinte Dehler, »die Tagung habe doch sehr wesentlich den Zweck gehabt, ›die Teilnehmer Luft ablassen zu lassen‹, damit sachliche Differenzen nicht zum Austrag kommen«. Auf den weiteren Hinweis, es gebe Bestrebungen, einen Gegenkandidaten zu ihm aufzubauen, sagte der 58-jährige Thomas Dehler laut vertraulichem Bericht, »er werde kämpfen und noch in 30 Jahren Parteivorsitzender sein«. Zwei Tage später hielt die nächste geheime Ausarbeitung fest, es sei mit Sicherheit damit zu rechnen, dass Dehler auf dem bevorstehenden Bundesparteitag in Würzburg wieder zum Vorsitzenden der FDP gewählt werde. Aus Nordrhein-Westfalen seien aber Bestrebungen bekannt, »ihn allmählich zu entmachten«.[111] Informationen von den Landesparteitagen in

Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen rundeten das Lagebild ab.[112] Eine knappe Woche vor dem Würzburger Parteitag Ende April 1956 legte sich der Informant fest und meldete, der Parteivorstand der FDP erwarte »eine klare Wiederwahl Dehlers, die allgemein begrüßt wird«.[113]

Am Vorabend vor Würzburg bestehe bei der Bundesleitung die Befürchtung, dass die Abweichler »erhebliche Unruhe stiften« könnten, lautete eine letzte Warnmeldung.[114] Die Organisatoren wollten ihnen, falls sie Einlass begehrten, einfach keine Gästekarten geben: »Um ein etwaiges Überrennen der Saalordner durch die Dissidenten zu verhindern, sollen diesmal nicht die ›schwächlichen‹ liberalen Studenten den Ordnungsdienst am Saaleingang wahrnehmen. Dieser Ordnungsdienst soll vielmehr von ›handfesten‹ Männern ausgeübt werden, denen die Dissidenten auch von Angesicht bekannt sind.« Presseverlautbarungen waren ebenfalls nicht willkommen. »Dehler ist sehr besorgt darüber, dass die Dissidenten wahrscheinlich doch in allernächster Zeit, vielleicht sogar in Würzburg, eine neue Partei gründen.« Sie würde sicherlich die nötigen drei Bundestagsmandate erreichen, um nicht an der 5 %-Klausel hängenzubleiben, da die CDU ihnen gewiss die entsprechenden sicheren Wahlkreise überlassen würde. All das bewahrheitete sich nicht, die FVP fuhr, kaum geboren, in den politischen Orkus. Ihrem Vorsitzenden Thomas Dehler gewährten die Delegierten noch einige Monate als Parteichef auf Abruf.

Sofort nach dieser Entscheidung ging im Kanzleramt der entsprechende Bericht über die Vorgänge in Würzburg ein.[115] Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand die Kampfabstimmung zwischen Friedrich Middelhauve und Erich Mende um die Position des 1. Stellvertretenden FDP-Vorsitzenden, die Letzterer für sich entschieden hatte. Die Mitteilung der seit drei Wochen als BND firmierenden Organisation Gehlens sah in diesem Ergebnis das herausragende politische Ereignis. Der inzwischen von den »Jungtürken« dominierte Landesverband Nordrhein-Westfalen hatte sich zuvor einstimmig gegen die Aufnahme seines langjährigen Vorsitzenden Middelhauve in die Parteiführung ausgesprochen: »Es sollte damit klargemacht werden, dass seine Rolle im Bundesvorstand ausgespielt sei.« Besonders Willi Weyer habe eindringlich darauf hingewiesen, »dass die Wiederwahl von Middelhauve als ein Misstrauensvotum gegen den

Landesverband Nordrhein-Westfalen wegen der Regierungsbildung in Düsseldorf gewertet würde«.

Thomas Dehler sei mit der Aufstellung eines Gegenkandidaten in bezeichnender Weise umgegangen, wurde berichtet. Er »reagierte auf den hessischen Vorschlag mit einem hysterischen Wutanfall und erklärte am Schluss seiner Unmutsäußerungen, er werde es sich noch sehr überlegen, ob er sich unter diesen Umständen überhaupt zur Wahl stelle«. Es folgten intime Mitteilungen aus dem Nähkästchen. Im kleinen Kreis habe (der später zur SPD übergetretene) Wolfgang Stammberger dem Vorsitzenden heftige Vorwürfe gemacht und ihm erklärt, »›Sie gehören in ein Sanatorium und nicht an die Spitze der Partei‹. Dehler bekam daraufhin einen Nervenzusammenbruch, fing an zu weinen und sagte immer wieder nur: ›Alle Freunde verlassen mich‹. Er wurde daraufhin von dem [bayerischen] Wirtschaftsminister [Otto] Bezold unter den Arm genommen und aus dem Versammlungsraum herausgeführt. Bei den Parteitags-Delegierten hatte Dehler trotz seiner allgemein als schlecht aufgefassten Rede dadurch an Boden gewonnen, dass er angab, Adenauer habe seine Abwahl vorausgesagt, sodass die Delegierten weitgehend meinten, eine Nichtwahl Dehlers wäre ein Sieg Adenauers.« Es folgten Hinweise auf Abreden, den Partei-Chef zu Beginn des kommenden Jahres auf einem außerordentlichen Parteitag zu stürzen.

Sogar ein für das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine bestimmter, aus der umfassenden Ausforschung der Sozialdemokratie stammender parteiinterner Vermerk über die Lage in der FDP ging beim Kanzleramtschef ein.[116] Danach hatte der Bundesgeschäftsführer der Liberalen, Werner Stephan, dem Informanten des BND zur Stimmung in der ehemaligen Regierungspartei anvertraut, »die Abneigung gegen Adenauer, oft zum Hass gesteigert, gehe durch alle Teile der Partei und sei vor allem das einigende Band unter den politisch recht verschiedenartigen Gruppen. Dieses Gefühl gehe so tief, dass es sich auch bei einem plötzlichen Ausscheiden Adenauers aus dem politischen Leben weitgehend auf die CDU übertragen würde. Nach ihm ist es das in dieser Form nicht ansprechbare, aber unzweifelhafte Ziel der FDP, eine Koalition mit der SPD im Bundestag zu erreichen.« Noch sah es so aus, als könnten die Freien Demokraten den, wie auch sein Biograf anmerkt, einigermaßen verhassten Kanzler[117] gemeinsam mit den Sozialdemokraten aus der Opposition heraus

ablösen. Thomas Dehler hatte damit nichts mehr zu tun. Zu Beginn des Wahljahres 1957 bestimmten die Freien Demokraten den dezidiert sozialliberalen ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, zu ihrem neuen Partei-Chef.

3. Die Liberalen in der Opposition

Während Einfluss und Ansehen von Thomas Dehler, der einfach nicht zu einem temperierten Stil fand, rasch verfielen, sah sich auch der Bundeskanzler genötigt, die politischen Konsequenzen aus der Spaltung der FDP und dem Bruch des Regierungsbündnisses zu ziehen. Die Liberalen hatten den Beschluss gefasst, ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu ziehen und sich »in aller Schärfe« vom Bundeskanzler abzugrenzen.[118] Im Herbst bildete Adenauer daher sein Kabinett um. Zwei Minister der totgeborenen FVP, Fritz Neumayer und Hermann Schäfer, schieden aus, Blücher und Preusker amtierten weiter. Die eigentliche Zäsur aber war eine andere: Franz Josef Strauß löste Theodor Blank als Bundesminister der Verteidigung ab.

Von vorrangigem Interesse nach der Koalitionskrise war natürlich, wie es im bürgerlichen Lager weitergehen, wie sich die FDP in der Opposition entwickeln und vor allem, welche Strategie sie im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl verfolgen würde. Schon sehr früh berichtete der BND daher aus einer Sitzung ihres Wahlkampfausschusses.[119] Zunächst habe man sich dort »grundsätzlich über die Führung des Wahlkampfes und seine Stoßrichtung« unterhalten, hieß es: »Es wurde übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass der Wahlkampf ausschließlich gegen die CDU zu richten sei. Der Ausschuss fasste denn auch einen dahingehenden Beschluss.« Bundesschatzmeister Rubin berichtete »sehr optimistisch über die zu erwartende finanzielle Situation. Er sagte wörtlich unter Bezugnahme auf die Zusagen des BdI: ›Geld bekommen wir genug.‹ Scheel, der offensichtlich versucht, sich bei der Wahlkampfführung in den Vordergrund zu spielen, brachte vor, die FDP müsse einen Wahlkampf im amerikanischen Stil führen.« Man müsse die Kampagne Eisenhowers studieren, er wolle dazu gerne in die USA reisen. Das Parteiprogramm von Würzburg solle als Werbeschrift herausgebracht, sobald als möglich eine Bundesparteischule eingerichtet werden. Nach dem Vorbild der Euler'schen Volksfeste in Hessen solle »eine Großkundgebung der FDP am Hermannsdenkmal stattfinden«.

Fragen des Wahlkampfs und seiner Finanzierung spielten auch in der zweiten vertraulichen Information vom Tage die Hauptrolle.[120] Zunächst

hielt die Mitteilung ans Kanzleramt fest, die Liberalen in Nordrhein-Westfalen hätten beschlossen, »in Zukunft mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen alles zu tun, was nur irgend möglich ist, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, dass sie besonders gute Demokraten seien. Sämtliche Angriffe gegen die CDU sollen jeweils, falls erforderlich, auch damit begründet werden, dass sie aus Sorge um den Bestand der Demokratie und des freiheitlichen Denkens erfolgen. Damit will man zugleich verhindern, dass der FDP der Vorwurf destruktiven Verhaltens oder nationalistischer Einstellung gemacht werde […] Gegenüber der Industrie soll, um ausreichende Mittel für den Wahlkampf zu erhalten, immer betont werden, dass 75 % der FDP für eine bürgerliche Koalition seien und die FDP stets für die freie Marktwirtschaft eintreten werde. Als Beweis soll darauf hingewiesen werden, dass die zurückhaltende Regierungserklärung [Ministerpräsident] Steinhoffs auf die FDP zurückzuführen sei. Das Ziel müsse jedoch sein, die CDU aus der Bundespolitik auszuschalten. Man müsse immer wieder betonen, dass man treu zu den Verträgen stehe und lediglich in taktischen Fragen eine andere Auffassung habe als der Bundeskanzler.«

Auch während der Versuche Adenauers und Dehlers, wieder zu einer – letztlich gescheiterten – Annäherung zu kommen,[121] flossen dem Kanzler bedeutsame Informationen aus erster Hand zu.[122] Im Herbst erfuhr er von einem Gespräch (wahrscheinlich Hoppes) mit dem Stellvertretenden FDP-Vorsitzenden, dass nach Erich Mendes Auffassung »eine Bereinigung des Verhältnisses CDU-FDP *nach* der Wahl möglich sei« – also nicht davor, wie eine dicke Unterstreichung eigens hervorhob. Mende habe außerdem darauf verwiesen, dass starke Bestrebungen namentlich der Nordrhein-Westfalen im Gange seien, »nach der Wahl eine große Koalition auf Bundesebene herbeizuführen. Diese Bestrebungen gingen von wichtigen Kräften in der SPD, dem Gewerkschaftsflügel der CDU und führenden Persönlichkeiten des DGB aus. Um eine große Koalition zu verhindern, müsse die FDP bereit sein, nach der Wahl wieder mit der CDU zusammenzugehen. Dies sei auch die Auffassung der Mehrheit des Bundesvorstandes der FDP. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass der Bundeskanzler und die CDU in dem Jahr bis zur Wahl die FDP anständig behandele.« Der Kanzler dürfe aber »die FVP nicht weiter bevorzugen und fördern«. Kein Wunder, dass sich Erich Mende, der in den Jahren der neuen

Ostpolitik dann zur CDU übertrat, wie Holger Löttel bemerkt, »zum bevorzugten Ansprechpartner des Kanzleramtes« entwickelte.[123]

Der stellvertretende Vorsitzende der FDP entfaltete seine Zukunftsvision in dieser Adenauer und Globke hinterbrachten Unterredung noch weiter. Ein Wiedereintritt seiner Partei in die Regierung komme vor den Wahlen unter gar keinen Umständen in Betracht. Kein Abgeordneter seiner Partei könne es sich leisten, einen solchen Gedanken zu propagieren, wenn er nicht riskieren wolle, bei der Kandidatenaufstellung aussichtslos zurückzufallen. Nach den Wahlen werde seine Partei allenfalls damit einverstanden sein, dass Minister Preusker, jetzt FVP, seinen Platz im Kabinett behalte; Vizekanzler Blücher werde ja wohl eine andere Verwendung finden. »Preusker versuche anscheinend, wieder mit der FDP in Verbindung zu kommen«, fuhr Mende fort. »Dies gehe auch daraus hervor, dass er sich in den Bemühungen von [Ludwig] Erhard, zwischen Preusker und Dehler zu vermitteln und ein Gespräch herbeizuführen, nicht widersetzt habe. In Nordrhein-Westfalen werde die FDP die Koalition mit der SPD in jedem Falle bis 1958 aufrechterhalten. Bis dahin sei keinesfalls mit einem Bruch der gegenwärtigen Koalition zu rechnen.«

Kurz darauf liefen im Palais Schaumburg zahlreiche Hinweise auf die Gespräche ein, die zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Liberalen stattfanden. Dabei ging es unter anderem um die Zukunft der Nachrichtendienste in einem wiedervereinten Deutschland. Auch hierbei figurierte Erich Mende prominent: »Über die Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes, des BfV und der Landesämter für Verfassungsschutz sowie der ausländischen Nachrichtendienste auf deutschem Boden wurde einerseits von der FDP durch Dr. Mende (Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages) ausführlich gesprochen, andererseits sprachen Vertreter der LDP über den Staatssicherheitsdienst und die östlichen Nachrichtendienste. Es wurde Einverständnis darüber erzielt, dass im Falle der Wiedervereinigung der Bundesnachrichtendienst, das BfV, die LfV und das MfS aufgelöst werden sollten. Es sollte dann ein neuer gesamtdeutscher Nachrichtendienst gebildet werden.«[124] Mit der Ostblockkrise in der zweiten Jahreshälfte 1956, die im Ungarn-Aufstand ihren Höhepunkt fand, zerstoben freilich alle Hoffnungen, den Eisernen Vorhang durchlässiger zu machen und in der Deutschland-Frage voranzukommen. Aber immerhin, die ernüchterte FDP, die sich allmählich

zurückzog,[125] hatte demonstriert, dass sie sich im Ringen um die Wiedervereinigung von niemandem übertreffen lassen und sich keines nationalen Versäumnisses schuldig machen wollte, wie sie es dem Bundeskanzler im Wahlkampf dann vorwarf.

Auch im Rahmen der großen Hofé-Operation[126] erfuhr der BND von einem westreisenden DDR-Schriftsteller, der Gespräche mit FDP-Politikern geführt hatte, einiges aus dem Innenleben der liberalen Partei. Der 51-Jährige Verleger aus Ost-Berlin war ein reflektierter Beobachter, wie seine Analyse für den BND zeigt.[127] Die FDP sei keine Weltanschauungspartei, schrieb er, sondern eine kleine Partei der Realisten, die Bündnisse eingehen müsse. »Sie ist gezwungen – das war eine Definition von [Ernst] Achenbach –, ihren Parteiführer zu liquidieren, weil er ständig für die Partei Gefahr bringt, doch zu sehr in Richtung Adenauer zu tendieren. Achenbachs Meinung über Dehler sei: ein phantastischer Mann, ein guter Politiker, der nur einen Nachteil hat, nicht in der CDU, sondern in der FDP zu sein.« Die Kandidatur Reinhold Maiers sei so gut wie sicher, »nachdem Weyer und Rubin endgültig abgesagt hätten und Mende nur noch mit geringer Chance im Rennen läge. Scheel, Döring und ähnliche Leute kämen überhaupt nicht in Betracht.« Weder CDU/CSU noch SPD würden bei den Bundestagswahlen vermutlich die absolute Mehrheit erreichen können, »die FDP rechne sich nach wie vor in ihren verzweifelten Bemühungen um Koalitionsmöglichkeiten aus, doch noch das Zünglein an der Waage zu werden. Das sei die einzige Politik, auf die sich die FDP orientiere, nachdem sie in den Kommunalwahlen eindeutig erkennen musste, dass sie keine Wahlschlager zu bieten hat und dass sie trotz Maximalaufwand an Werbung nicht in der Lage ist, den Mann auf der Straße zu erfassen.« Alle diese vertraulichen Hinweise von verschiedener Seite und aus unterschiedlichen Quellen waren für das Kanzleramt von Wert, solange die Entscheidung des Wählers nicht gefallen war.

Nach der Ablösung Dehlers durch Reinhold Maier ließ die Intensität der FDP-Ausspähung ein wenig nach, vielleicht, weil Kurt Weiß seinen direkten Kontakt zur Parteispitze inzwischen intensiviert hatte. Anfang 1957 traf er sich in Bonn mit Wolfgang Döring, dem Hauptinitiator der LDPD-Kontakte,[128] der für den Wahlkampf der Freien Demokraten verantwortlich war. »Dora« forderte »Winterstein« nach ihrer Unterredung zu einem »kurzen Gespräch mit dem neuen FDP-Bundesvorsitzenden

Reinhold Maier auf«.[129] Gehlen erfuhr von Weiß, Maier halte sich lediglich ein bis zwei Tage die Woche in Bonn auf, habe sein Büro direkt neben Döring und sowohl dem SPD-Vorsitzenden wie dem Bundespräsidenten soeben seinen »Antrittsbesuch« abgestattet. »Reinhold Maier«, berichtete Weiß, habe ihn »außerordentlich freundlich empfangen«, offenbar habe Döring gut vorgearbeitet. »In der etwa einstündigen Unterredung bekannte sich Maier« – der sich wiederholt kritisch gegeben hatte – »zunächst zur Notwendigkeit des BND; er versprach, diesen Dienst in der bisher von seiner Partei geübten Weise zu unterstützen. Gegen das BfV und verschiedene Landesämter für Verfassungsschutz richtete Maier scharfe Angriffe. Er warf den Ämtern Spitzeltätigkeit und grundlose Verdächtigung unbescholtener Staatsbürger vor. Da Maier die Abgrenzung zwischen BND und BfV offenbar nicht klar war, trug [Weiß] eingehend über die beiderseitigen Aufgaben, insbesondere die Tätigkeit des BND, vor. Maier zeigte sich sehr interessiert und von dem Erkenntnisstand des BND, den [Weiß] anklingen ließ, überrascht. Zum Abschluss der Besprechung bat Maier, [Gehlen] herzliche Grüße zu übermitteln. Maier erklärte, er würde sich über eine baldige Begegnung mit [Gehlen] besonders freuen«; er bitte um einen Terminvorschlag.

Kurt Weiß, der in diesem Bericht sein Licht kaum unter den Scheffel gestellt haben dürfte, rundete seine Eindrücke mit einer persönlichen Stellungnahme ab: »Reinhold Maiers Aufgeschlossenheit gegenüber den Belangen des BND wirkte echt und überzeugend«, schrieb er. »Zweifellos hat ›Dora‹ etwa bestehende Vorbehalte schon vorher zerstreut. Dagegen sind Reinhold Maiers Ressentiments gegenüber der Bundesregierung in seiner Gesprächsführung unverkennbar. Maier verfällt hierbei in eine starre und eigensinnige Argumentation. Auffallend sind Ermüdungserscheinungen, die den 67-jährigen neuen FDP-Chef nach längerer Diskussion über bestimmte Punkte an voller Konzentration hindern. ›Dora‹ bestätigte den angegriffenen Gesundheitszustand des FDP-Vorsitzenden, der sich auch in andauerndem Zittern der Hände äußert.« Er, Weiß, wolle eine baldige Zusammenkunft zwischen Maier und dem BND-Präsidenten vorschlagen: »Wenn auch Maiers Prognose – ›Wir werden 10–12 % der Stimmen erhalten‹ – noch reichlich optimistisch erscheint, so fällt der FDP doch weiterhin eine beachtenswerte Schlüsselposition zwischen den beiden großen Parteien zu. Aus diesem Grunde erscheint auch eine

baldige Abstimmung außenpolitischer Erkenntnisse des BND mit der Konzeption der FDP zweckmäßig. Reinhold Maier erklärte hierzu: ›Wenn ich von Ihnen etwas erfahre, dann kann ich mich doch in meinen Reden daran halten‹.« Das alles traf, so legen es die Anstreichungen nahe, auf das lebhafte Interesse Gehlens.

Aus der Ausforschung der SPD-Spitze ging dem Bundeskanzler bald eine Einschätzung zu, wie sich die Sozialdemokraten zur FDP stellen wollten. In der Sitzung des Parteivorstands in Dortmund, hieß es darin, sei überlegt worden, »wie stärkere Bindungen zu den Freien Demokraten herzustellen seien. Es wurde beschlossen, an die Bundestagsfraktion und die Bezirke ›Sprachregelungen‹ auszugeben, wonach jede Kritik an der FDP zu unterlassen sei. Darüber hinaus sind die Mitglieder des Parteivorstands aufgefordert worden, ihre persönlichen Kontakte zu ihnen bekannten FDP-Leuten so weit als irgend möglich zu verstärken. Diese Aktion soll vor allem diejenigen Kräfte in der FDP erfassen, die der Industrie und zugleich der CDU/CSU nahestehen. Im engsten Kreise wurde erwogen, den besonders als CDU-nahestehend bekannten Dr. [Heinz] Starke vertraulich wissen zu lassen, die SPD können sich ihn sehr gut als Wirtschaftsminister im Falle einer SPD-FDP-Koalition vorstellen.« Erich Mende solle angedeutet werden, die SPD könne durchaus geneigt sein, »ihn als künftigen Verteidigungsminister zu akzeptieren, falls die FDP der Berufung [Fritz]Erlers zum Außenminister zustimmen wolle«.[130]

In den Wochen vor der 3. Wahlperiode des Deutschen Bundestages fielen einige Meldungen über Ostblock-Reisen des abgewählten Thomas Dehler an,[131] aber auch andere Hinweise der politischen Inlandsspionage. Wichtig war dabei stets die Lage im nordrhein-westfälischen Landesverband, wo August Hoppe den besten Einblick hatte. Deren Führung sei »völlig auseinandergefallen«, berichtete der BND im Sommer 1957 an den Chef des Kanzleramts.[132] »Vorkämpfer für eine Koalition mit der SPD nach der Bundestagswahl sind z. Zt. nur noch Weyer und Döring, die hierbei von dem nicht sehr einflussreichen Bundestagsabgeordneten [Hermann] Schwann unterstützt werden. Die Gruppe Weyer/Döring hat laufend Auseinandersetzungen mit der Gruppe Achenbach/Zoglmann, die sich für ein Zusammengehen mit der CDU nach der Wahl ausgesprochen hat. Der Bundestagsabgeordnete Scheel neigt neuerdings ebenfalls zu einem Zusammengehen mit der CDU auf Bundesebene. Mende, der nicht nur in

NRW, sondern auch auf seinen Wahlreisen in den anderen Landesverbänden für eine Koalition mit der CDU plädiert, kann von Weyer und Döring nicht mehr zur Ordnung gerufen werden. Da Weyer und Döring offenbar befürchten, dass Mende – falls sie mit ihm brechen – eine eigene Gruppe bilden oder sich mit Achenbach und Zoglmann verbinden könnte, vermeiden sie z. Zt. Auseinandersetzungen mit Mende.«[133]

Am selben Tag ging es auch noch in einer weiteren vertraulichen Mitteilung aus dem SPD-Vorstand um das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Liberalen.[134] Der Stimmungswandel sei »ganz augenfällig«, hieß es. In der sozialdemokratischen Parteiführung glaube kaum noch jemand, dass die FDP im Falle »einer Wahlniederlage der SPD gegen die CDU den Ausweg in die Opposition im Sinne eines Tolerierens der Regierung Adenauer gehen wird«. Ollenhauer sei wegen seiner entgegenkommenden Politik gegenüber der FDP äußerst heftig kritisiert worden, »[Erwin] Schoettle wies mit Nachdruck darauf hin, dass er den Umfall der FDP noch vor der Wahl schon seit einem Jahr vorausgesagt habe«. Die süddeutschen Vertreter hätten gefordert, »dass sich die Wahlagitation der SPD jetzt mit ganzer Schärfe auch gegen die FDP richten müsse«. Der Parteichef habe jedoch davon abgeraten. »[Fritz] Heine teilte mit, ihm sei bekannt, dass heftige Meinungsverscheidenheiten auch in Düsseldorf über den künftigen Bundeskurs der FDP aufgetreten seien. Mende stehe klar gegen Döring und Weyer. Auf die FDP sei im Ganzen kein Verlass, zumal Maier abwarte und sich weder zugunsten der einen noch der anderen Seite entscheide.« Erich Mende sei von der Union gar das Innenministerium in Aussicht gestellt worden, falls die Partei »wieder unter Adenauer in die Koalition gehen werde«.

Am selben Tag kam auch noch die Meldung über die Parteierfahrungen des *Spiegel*-Herausgebers Rudolf Augstein, der Mitte der fünfziger Jahre der FDP beigetreten war.[135] Seit geraumer Zeit habe sich Augstein darum bemüht, »von der NRW FDP als Kandidat für die Bundestagswahl aufgestellt zu werden. Er stellte lediglich die Bedingung, auf den ersten acht Plätzen der Landesliste untergebracht zu werden.« In den Vorbesprechungen habe der Verleger (der ein enges Verhältnis zu Wolfgang Döring hatte) allerdings wiederholt unterstrichen, »dass er ein etwaiges Bundestagsmandat sofort niederlegen würde, wenn die FDP nach der Bundestagswahl eine Koalition mit der CDU eingehen sollte«. Rudolf

Augstein sei dann auf Platz 9 gelandet, der »jedoch in Wirklichkeit Nummer 8« sei, da Spitzenkandidat Weyer nicht nach Bonn gehen werde. Also habe der *Spiegel*-Chef eigentlich keinen Grund gehabt, sich zu beklagen: »Der überraschende Verzicht Augsteins auf eine Kandidatur für die FDP«, wusste der Informant, »wird im nordrhein-westfälischen Führungskreis nicht – wie Augstein angibt – auf die überparteiliche Stellung des ›Spiegel‹ und auch nicht auf den Einfluss aus Verlegerkreisen zurückgeführt. Es wird vielmehr vermutet, dass Augstein die Überzeugung gewonnen hat, eine Koalition der FDP mit der CDU sei nicht mehr zu verhindern.« Gut vierzehn Tage später ging im Bundeskanzleramt die Meldung ein, die Mehrheitseigner des *Spiegels* hätten dem Gründer des Nachrichtenmagazins »das Messer an die Brust gesetzt«. Rudolf Augstein sei »verschuldet, hat eine sehr teuere Freundin. Es wurde ihm nahegelegt, Kandidatur für die FDP niederzulegen oder aus dem Spiegel als Hauptschriftleiter auszuscheiden. Man nimmt an, dass die Neigung der FDP, eine Koalititon mit der CDU nach den Wahlen anzustreben immer größer wird.«[136] In kurzen Abständen erfuhren Adenauer und Globke in diesen Wochen durch die BND-Ausforschung des SPD-Vorstands weitere Einzelheiten über die strittige Strategie der Sozialdemokraten gegenüber den Liberalen.[137]

Genauesten Einblick in die Meinungs- und Willensbildung der FDP-Spitze erhielt der CDU-Vorsitzende durch eine ausführliche Schilderung ihrer Bundesvorstandssitzung Anfang August.[138] Dort, so wurde dem Bundeskanzler zur Kenntnis gebracht, habe sich eine Entwicklung angebahnt, die »zu ernsten Schwierigkeiten führen« könne, falls die Liberalen von der Union für eine Koalition benötigt werden sollten. Es sei von den Liberalen nämlich in Aussicht genommen worden, in zwei Wochen »zu proklamieren, die FDP sei bereit, mit der CDU eine Koalition einzugehen, jedoch nur unter der Bedingung, dass Adenauer nicht mehr Bundeskanzler bleibe und die CDU insbesondere die außenpolitischen Forderungen der FDP auch in der Wiedervereinigungsfrage berücksichtige«.

Dann folgte eine außerordentlich lebendige Beschreibung der Debatte in dem Führungsgremium: »Die Vorstandssitzung begann damit, dass Frau Dr. [Marie-Elisabeth] Lüders laut in den Raum rief: ›Ist etwa jemand im Saal, der mit Adenauer in die Koalition will?‹ Anschließend entspann sich sofort

eine Aussprache über Koalitionsmöglichkeiten nach der Wahl. Mende, der wegen seiner CDU-freundlichen Reden angegriffen wurde, erklärte, ein prominentes Mitglied der SPD habe ihm zu verstehen gegeben, dass die SPD, wenn sie nicht mit der FDP eine Koalition bilden könne, dann eine große Koalition anstreben werde. Er plädierte für eine Koalition mit der CDU« – starke Unterstreichung durch den Leser – »und meinte, das Schlimmste, was der FDP passieren könne, sei zwar eine Koalition unter der Führung von Adenauer. Man sollte sich jedoch einer solchen Koalition nicht verschließen, da die FDP anderenfalls bei der Regierungsbildung wahrscheinlich überhaupt nicht zum Zuge kommen würde.« Andere hätten ähnlich argumentiertet.

»Döring«, so weiter, »machte dann den offensichtlich nur taktisch gemeinten Vorschlag, ein Kabinett der ›Nationalen Konzentration‹ zu bilden. Döring machte diesen Vorschlag offenbar nur deshalb, weil es sich hier um einen Lieblingsgedanken Reinhold Maiers handelt, der gern selbst Bundeskanzler werden möchte. Döring weiß, dass seine Anregung keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hat. Dann kam von [Hans Wolfgang] Rubin der entscheidende Vorstoß, den Rubin zusammen mit Weyer und Döring vorbesprochen hat und der sich zum Ziel setzt, jede Koalition der FDP mit der CDU zu verhindern.« (Anstreichungen) »Rubin erklärte zunächst, die Propagierung eines Kabinetts der ›Nationalen Konzentration‹ sei völlig sinnlos. Wenn die satten Bundesbürger im August und September von ihren Ferienreisen nach der Riviera und Italien zurückkehren, würden sie die Verkündung eines nationalen Notstandes, der ein Kabinett der ›Nationalen Konzentration‹ erfordere, entweder nicht begreifen oder nur belächeln. Er, Rubin, stelle jedoch den Antrag, noch im Laufe dieses Monats eine Vorstandssitzung einzuberufen, auf der feierlich verkündet werde, dass die FDP zwar bereit sei, mit der CDU, aber nicht mit Adenauer zusammenzugehen« (Anstreichungen). Es folgte eine Passage mit Forschungen zu den Motiven Rubins (»Hass gegen die Kirche«), der »Halbjude« und Direktor eines bedeutenden Schrott-Unternehmens in Gelsenkirchen sei. »Beim BdI hat er es häufig verstanden, einen ganz anderen, ja sogar CDU-freundlichen Eindruck zu erwecken. Er hat wiederholt erklärt, dass er den Herren vom BdI geistig weit überlegen sei«; zum Hauptgeschäftsführer Gustav Stein, der ihm »trotz mehrfacher

Warnungen« leider völlig vertraue, habe Rubin ein besonders gutes Verhältnis (Anstreichung).

Dem Vorschlag Rubins hätten sich sofort mehrere Landesverbände angeschlossen, fuhr der Bericht fort. »Dehler erklärte, die FDP dürfe niemals mehr in eine Regierung unter Adenauer hineingehen. Er erklärte wörtlich: ›Dieser Adenauer ist der Untergang Deutschlands‹« (Anstreichung). »Mende opponierte gegen den Vorschlag von Rubin und meinte, er sei nur geeignet – wenn man die deutsche Mentalität berücksichtige –, dass sich alle um Adenauer scharen würden«, Vertreter der jüngeren Generation dagegen hätten sich auf die Seite von Rubin gestellt. »Mende wies noch einmal darauf hin, dass eine Teilnahme der FDP an einer Koalition mit der CDU unter der Führung von Adenauer doch als letzte Alternative nicht durch einen Vorstandsbeschluss verhindert werden sollte, zumal doch damit zu rechnen sei, dass der Bundeskanzler aufgrund seines Alters kaum noch mehr als zwei Jahre im Amt bleiben würde. Von mehreren Vorstandsmitgliedern wurde darauf hingewiesen, dass alles getan werden müsse, um nach den Wahlen ein Auseinanderbrechen der FDP zu verhindern. Der Vorschlag Rubins sei hierzu eine geeignete Grundlage. Rubin erklärte dann noch mit einem deutlichen Seitenblick auf Mende, auch die Minister-Aspiranten der FDP hätten sich nach den Parteiinteressen zu richten.« Eine fette Anstreichung im Kanzleramt erfuhr der Hinweis auf den Beschluss des Bundesvorstands, in zwei Wochen werde man sich wieder treffen, und zwar mit dem Ziel, »dem Vorschlag Rubins eine propagandistisch wirkungsvolle Form zu geben.«

Besser konnte ein Wahlkämpfer nicht darüber unterrichtet sein, wie die Karten im Lager eines potenziellen Partners bzw. Widersachers lagen. Der Informant wusste abschließend noch darüber zu berichten, dass sofort Weisung ergangen sei, »in der nächsten Nummer des FDP-Zentralorgans ›Das freie Wort‹ scharfe Angriffe gegen den Bundeskanzler« zu richten, »der erste massive Angriff soll auf die Zeitschrift ›Neues Abendland‹, in der der Bundeskanzler ein Vorwort veröffentlicht habe, bezogen werden. Rubin und Döring erklärten, es sei ein Fehler gewesen, dem bisherigen Wunsche Reinhold Maiers nachzukommen und den Bundeskanzler nicht anzugreifen«; Döring werde umgehend nach Arosa fahren, um dessen Zustimmung für den Rubin’schen Antrag einzuholen (kräftige Anstreichung).

Die Berichterstattung aus der nachfolgenden Vorstandssitzung in Frankfurt am Main war nicht weniger gründlich.[139] Sie führte dem Bundeskanzler und Globke die innere Verfassung des ehemaligen Koalitionspartners neuerlich detailreich vor Augen. »Bereits vor der Sitzung war erkennbar«, wusste der Zuträger, »dass das Vorhaben der nordrhein-westfälischen FDP, eine Erklärung herbeizuführen, wonach die FDP bereit sei, nach der Bundestagswahl nur dann eine Koalition mit der CDU einzugehen, wenn Adenauer nicht wieder Bundeskanzler werde, auf heftigen Widerstand im Bundesvorstand stoßen würde. Aus diesem Grunde hat der nordrhein-westfälische Führungskreis davon abgesehen, den auf der letzten Vorstandssitzung vorgebrachten dahingehenden Vorschlag erneut einzubringen. Hinzu kam, dass sich [Knut Freiherr] von Kühlmann/Hessen, Dr. [Wilhelm] Nowack/Rheinland-Pfalz und Staatssekretär [Christian Albrecht] Haas/Bayern zur Überraschung der Nordrhein-Westfalen auf den Boden der ›Würzburger Parolen‹ stellten, nach der eine Entscheidung über eine Koalitionsbeteiligung der FDP erst nach der Bundestagswahl erfolgen dürfe. Da von Kühlmann, Nowack und Haas vorher immer die Meinung vertreten hatten, die FDP solle noch vor den Wahlen kundtun, dass sie bereit sei, eine Koalition mit der CDU einzugehen, nahmen die Nordrhein-Westfalen an, dass sich diese drei und vielleicht auch andere Vorstandsmitglieder vor der Sitzung taktisch geeinigt hatten, um einer Erklärung der FDP gegen eine Kanzlerschaft Adenauers den Boden zu entziehen. Es fiel auf, dass Haas, der immer für ein Zusammengehen mit der CDU auf Bundesebene eingetreten ist, von Maier verlangte, man solle endlich den Bundeskanzler schärfer angreifen.«

Erich Mende hingegen, der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, wurde auf der Vorstandssitzung von mehreren Parteifreunden »wegen seiner CDU-freundlichen Wahlreden scharf kritisiert. Maier bedachte ihn wiederholt mit boshaften Bemerkungen. Mende (anscheinend, um wieder Boden zu gewinnen) übte dann Kritik an der Wahlkampfführung der CDU.« Verteidigungsminister Strauß etwa spreche nur in großen Bundeswehrstandorten, wo er mit starkem Besuch rechnen könne. »Dies zeige, meinte Mende, dass es notwendig sei, den Posten des Verteidigungsministers mit einer politisch ungebundenen und unabhängigen Persönlichkeit zu besetzen. Maier bemerkte daraufhin boshaft: ›Wie schade, Herr Dr. Mende, dass die FDP nach dem 15.

September auf Sie verzichten muss‹. Der Bundesvorstand der FDP einigte sich dann darauf, den Wahlkampf in aller Schärfe zu führen […] Nach dem Verlauf der Vorstandssitzung ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass die FDP vor der Wahl nicht mehr erklären wird, eine Koalition mit der CDU komme nur ohne Adenauer in Betracht.« Es sei jedoch sicher, dass Maier in seinen Wahlreden »scharfe Angriffe gegen den Bundeskanzler und die CDU richten wird«.

Was das *Neue Abendland* anging, blieb Adenauer hellhörig. »Nach den der Bundesgeschäftsstelle der FDP vorliegenden Berichten«, wurde ihm berichtet, »sollen die FDP-Redner bei ihren Ausführungen über die Zeitschrift ›Neues Abendland‹ und zur ›Abendland-Ideologie‹ des Bundeskanzlers bei den Zuhörern stets besondere Wirkung erreichen. Bis zum Wahltag soll daher dieses Propaganda-Instrument in verstärktem Ausmaß verwendet werden.« Sogleich versah er die Mitteilung mit einem dringlichen Vermerk und schaltete Bundespressechef Felix von Eckardt ein.[140]

Die »Adenauer-Wahlen« am 15. September 1957, bei denen die Union die absolute Mehrheit errang, schienen die Freien Demokraten auf Bundesebene zur politischen Bedeutungslosigkeit zu verdammen. Da die FDP gegenüber 1953 erheblich an Wählerstimmen verloren und nur noch auf 7,7 % gekommen war, stand ihr eine Legislaturperiode auf den Oppositionsbänken bevor. Es dauerte nur wenige Tage, bis die nachrichtendienstliche Orientierung des Bundeskanzleramts durch den BND wieder einsetzte. Anfang Oktober langten an einem Tag gleich mehrere Mitteilungen aus der FDP bei Staatssekretär Globke ein. Unter anderem ging es wieder einmal um Wolfgang Döring, der mit Adenauer regelrecht verfeindet war, außerdem um das Ringen in der Partei darüber, wie man künftig mit der übermächtigen CDU umgehen solle. Döring, der mit seinen Vorschlägen auf der letzten Vorstandssitzung nicht durchgekommen sei,[141] erwarte, dass die Union wegen der »unvermeidlichen Preissteigerungen« einen starken Stimmenrückgang erleiden werde.[142] Man sei in der Parteiführung zu der Überzeugung gekommen, »dass die Wiedervereinigungsfrage einen viel geringeren propagandistischen Wert hat als Fragen des Lebensstandards«. Tatsächliche und angebliche Korruptionsfälle in Ämtern und bei CDU-Parlamentariern

sollten, »sensationell aufgemacht, an die Wähler, vor allem im nordrhein-westfälischen Wahlkampf, herangetragen werden.«

Ein weiterer Bericht des Tages trug die Überschrift »Spannungen Maier-Mende«.[143] Da der Parteivorsitzende in dem Ritterkreuzträger aus Nordrhein-Westfalen den zurzeit »einzigen ernstzunehmenden Konkurrenten für den Posten des 1. Parteivorsitzenden der FDP sieht, ist er bemüht, den Einfluss von Mende zurückzudrängen. Mende würde gern Vorsitzender der Bundestagsfraktion und Vizepräsident des Deutschen Bundestages werden, nachdem seine Hoffnungen, ein Amt in der Bundesregierung zu erhalten, hinfällig geworden sind.« Mende habe jüngst »im internen Kries erklärt, dass nach der Landtagswahl in NRW die Zeit reif sein würde für eine Koalition der CDU mit der FDP auf Bundesebene. Die FDP dürfe sich einem Koalitionsangebot der CDU nicht verschließen. Diese Äußerung von Mende ist Reinhold Maier hinterbracht worden, der hierzu bemerkte, dass er derartige Erklärungen für außerordentlich gefährlich halte.«

Für den Bundeskanzler und seinen Staatssekretär verloren die Querelen in der FDP allmählich ihre unmittelbare politische Bedeutung. Das entmutigte den BND jedoch nicht, Adenauer weiterhin detailliert zu berichten – immerhin würde in einigen Monaten an Rhein und Ruhr gewählt werden, wo der Aufstand der »Jungtürken« den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold gestürzt und die Koalition mit den Sozialdemokraten herbeigeführt hatte. Außerdem verschärften sich die deutschlandpolitischen Kontroversen zwischen den Liberalen und den Christdemokraten. Es sei »sehr wahrscheinlich«, signalisierte der Dienst, dass Erich Mende zum Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion gewählt werde. Der hessische Landesverband setze sich im Übrigen »nach wie vor für eine Entmachtung Dörings ein. Zur Begründung geben die Hessen an, dass die Bundestagswahl vorwiegend durch das Verschulden von Döring für die FDP verlorengegangen sei«.[144]

Kurz darauf konnte der Bundeskanzler zur Kenntnis nehmen, wie die besagte FDP-Fraktionssitzung verlaufen war. Zunächst sei es um die Koalitionsbildung in Niedersachsen gegangen, wurde berichtet, danach um das enttäuschende Wahlergebnis von Hamburg. Bei der anschließenden Abstimmung habe Erich Mende 34 Stimmen bei nur vier Enthaltungen auf sich vereinigt; über die Wahl seiner Stellvertreter wurde Adenauer ebenso

detailliert unterrichtet. Schließlich habe die Fraktion beschlossen, »dass der Parteivorsitzende Reinhold Maier und Frau Dr. Lüders jederzeit – allerdings ohne Stimmrecht – an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes teilnehmen könnten«.[145] Am selben Tag nahm der CDU-Vorsitzende die wesentlichen Inhalte einer »Besprechung des Führungskreises der nordrhein-westfälischen FDP über Fragen der Wahlkampftaktik« im kommenden Rennen um den Landtag in Düsseldorf zur Kenntnis.[146] Wieder lag der Akzent auf dem politischen Gegensatz zwischen Bundesschatzmeister Rubin und dem Fraktionsvorsitzenden Mende.

Eine besondere Fanfare begleitete die nächste vertrauliche Mitteilung: »Um eine Quellengefährdung auszuschalten, wird gebeten, von der nachstehenden Mitteilung frühestens in vier Wochen Gebrauch zumachen.«[147] Es war in der Tat Delikates, das dem Kanzleramt vorgesetzt wurde: »Anlässlich einer in den letzten Tagen stattgefundenen Unterhaltung zwischen Weyer, Döring und dem Gewährsmann haben beide zum Ausdruck gebracht, dass sie hoffen, bei den Landtagswahlen [am 6. Juli 1958] – trotz Propagierung einer SPD/FDP-Koalition – die 5 %-Klausel zu schaffen.« Beide würden auch dann dafür eintreten, wenn ernsthaft Gefahr bestünde, dass man dieses Ziel verfehle. »Der Gewährsmann meinte hierzu Folgendes: Weyer rechne offenbar damit, dass es ihm gelingen würde, nach einer verlorenen Wahl eine gute Position in der Witschaft zu erhalten. Er hat sehr gute persönliche Beziehungen zu Horten, dem Inhaber des gleichnamigen Warenhauskonzerns, der ihm wahrscheinlich schon eine entsprechende Zusage gegeben habe. Horten ist ein eindeutiger Förderer des Düsseldorfer Führungskreises der FDP. Er gilt dort als klarer Gegner der CDU, Horten hat nach dem Sturz der Regierung Arnold, als die Fördergesellschaft zunächst die Mittel für die nordrhein-westfälische FDP sperrte und der Landesverband der FDP plötzlich von allen Mitteln entblößt war, dafür Sorge getragen, dass die Warenhäuser sofort eine Spende von 60 000 DM zur Verfügung stellten, damit die Organisation der FDP in NRW nicht zusammenbricht.«

Auch Wolfgang Döring könne es sich leisten, »ohne hierdurch in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu kommen, ein politisches Hasard-Spiel treiben. Er erhält von der Bundesgeschäftsstelle der FDP ein monatliches Gehalt von 2500 DM nebst freiem Auto und Chauffeur und vollem Spesenersatz. Daneben stehen ihm die Bundestags- und Landtags-Diäten in

vollem Umfange zur Verfügung, sodass sich seine monatlichen Einnahmen auf mindestens 4500 DM, wahrscheinlich aber 5000 DM belaufen.« Am selben Tag erfuhr man im Kanzleramt, Weyer und Döring hätten im Vorstand vorgeschlagen, »den Landtagswahlkampf eindeutig unter der Devise zu führen, dass die SPD/FDP-Regierung weiter bestehen bleiben solle. NRW solle ein Gegengewicht gegen die übermächtige Herrschaft der CDU in Bonn bilden«. Lediglich Siegfried Zoglmann habe sich gegen diese Linie ausgesprochen.

Wolfgang Döring, dessen Stern im Sinken schien, reiste nach Pullach, um sich »wieder einmal mit Gehlen, zu dem er ein gutes Verhältnis habe, über Fragen der Ostpolitik zu unterhalten. Er, Döring, habe die Absicht, in der Wiedervereinigungsfrage erneut aktiv zu werden und wolle deshalb das Gespräch mit Gehlen führen.«[148] Hans Globke, der auf engste Verbindung zu seinem Instrument politischer Inlandsspionage bedacht war, reagierte sofort und fragte beim BND nach, ob dieser Besuch tatsächlich stattgefunden habe.[149]

Kurt Weiß, der bei der Unterredung zugegen war, legte für den Präsidenten einen Vermerk darüber an, den dieser dem Kanzleramtschef persönlich aushändigte.[150] Die Kontakte zu Döring bestünden seit gut zwei Jahren im Zusammenhang mit Operationen der Gegenspionage, schrieb er. Eine »ergiebige operationelle Nutzung« habe sich vor allem im Zuge der bekannten FDP-LDPD-Gespräche 1956 ergeben: »Die Gespräche, deren politische Bedeutungslosigkeit auch von der FDP zum Zeitpunkt des Ungarn-Aufstandes erkannt wurden, erbrachten wichtige Personenklärungen und Ansatzpunkte für die eigene politische Aufklärung«. Wegen der Beanspruchung Dörings im Wahlkampf sei man erst jetzt wieder in näheren Kontakt getreten. Die Unterredung in München habe in erster Linie Ergänzungen für die eigene Beobachtung der sowjetischen Botschaft erbracht. Deren Mitarbeiter hätten lebhaften Anteil an der Entwicklung in der FDP genommen, die nach der Bundestagswahl zunächst zurückgegangen, nun aber wieder aufgelebt sei. Das Interesse der Sowjets »äußere sich in wiederholten Einladungen an maßgebende FDP-Mitglieder. In gleicher Weise bestehe offenbar von sowjetischer Seite der Wunsch, sich mit führenden SPD-Vertretern zu unterhalten.« Botschafter Smirnow habe sich in einem Gespräch mit dem FDP-Politiker namentlich für eine »etwaige neue Initiative der FDP in der Wiedervereinigungsfrage«

interessiert. Döring habe ihm jedoch geantwortet, dass die Forderung der UdSSR nach »Direktverhandlungen mit Pankow« auch von der Opposition im Bundestag »nicht anerkannt werden« könne, dem Botschafter aber eine weitere Unterredung nach eingehender Erörterung im Parteivorstand in Aussicht gestellt. »Die Besprechungen mit W. Döring«, schloss Gehlen seinen Vermerk, »wurden mit Einzelfragen an Döring zur Klärung operationeller Zusammenhänge abgeschlossen.«[151]

Nach einem Blick auf die prekäre Lage der FDP in Bayern[152] erhielt das Bundeskanzleramt kurz vor Weihnachten an einem einzigen Tag nicht weniger als fünf weitere Informationsgeschenke. Der erste Hinweis galt den Beziehungen zwischen Reinhold Maier und Thomas Dehler, die »nach wie vor äußerst gespannt« seien. Der Parteivorsitzende »habe ihn – Dehler – innerhalb der Partei und nach außen verraten, da er entgegen mündlichen Abmachungen Dehler als Parteivorsitzenden abgelöst habe«.[153] Es folgten zwei Schlaglichter minderer Leuchtkraft. Der getrost als schillernd zu bezeichnende Abgeordnete Zoglmann, der neu in den Bundestag eingezogen war, habe der nordrhein-westfälischen Parteiführung erklärt, er sei »uneingeschränkt für ein Zusammengehen der FDP mit der SPD«. Da er in Ostwestfalen-Lippe den Wahlkampf aber »mit nationalen Parolen führen müsse, sei er noch nicht klar darüber, wie er den Wählern gleichzeitig ein Zusammengehen der FDP mit der SPD begreiflich und schmackhaft machen solle«.[154] Es folgte ein Hinweis, dass der neue Generaldirektor der Mannesmann AG zu den finanziellen Förderern der FDP gehöre. Schatzmeister Rubin rühme sich, dass es bei Hermann Winkhaus »völlig genüge, wenn man in einem Gespräch mit ihm auf die von den ›Schwarzen‹ drohende Gefahr verweise. Dann gehe er – Rubin – niemals ohne einen entsprechenden Scheck von Winkhaus fort. Winkhaus sei Korpsstudent und habe offenbar eine tiefsitzende Aversion gegen alles, was mit den ›Schwarzen‹ zusammenhängt.«[155]

Der nächste Bericht ging auf eine Unterhaltung des Informanten (höchstwahrscheinlich Hoppe) mit dem nordrhein-westfälischen Landesgeschäftsführer Alfred Rieger, einem ehemaligen NSDAP-Kreisleiter, zurück,[156] der gesagt hatte, nach den Landtagswahlen komme nur ein Zusammengehen der FDP mit der SPD in Betracht; er befürworte die »Propagandalinie« Dörings. Auch Rubin, der einen erheblichen innerparteilichen Aufruhr vorhersehe, stehe für eine sozialliberale Koalition

ein. Wirtschaftsminister Weyer habe für sich persönlich bislang alle Angebote der Industrie für den Fall eines ungünstigen Wahlausgangs ausgeschlagen, erkläre neuerdings aber, »dass man allen Möglichkeiten vorbeugen sollte. Er, Weyer, wolle daher für sich und drei andere leitende FDP-Funktionäre eine Absicherung durch einen möglichen Übergang in die Wirtschaft« zu erwirken versuchen. Die Landtagsabgeordneten, die ein Bundestagsmandat innehätten, müssten ab sofort ihre Landtagsdiäten der Landesgeschäftsstelle »abliefern«.

Schließlich die Wahlkampfvorbereitungen. Der soeben eingesetzte Wahlkampfausschuss solle beratend tätig werden, hieß es.[157] »Er setzt sich neben einigen unbedeutenden FDP-Mitgliedern zusammen aus: Döring, den Landtagsabgeordneten Zoglmann, [Wolfram] Dorn und Liselotte Funke, dem stellvertretenden Leiter der politischen Abteilung des Westdeutschen Rundfunks Hoppe, dem Leiter der Abteilung ›Propaganda‹ in der Bundesgeschäftsstelle der FDP, Erik Renné, ferner dem Botschafter a. D. und Coca-Cola-Repräsentanten Rahn.« Man habe sich gefragt, »wie die FDP einen für die Wähler glaubhaft erscheinenden ›unabhängigen‹ Wahlkampf führen könne. Ein von der SPD ausgegangenes Angebot einer gemeinsamen Wahlkampfführung solle als nicht zweckmäßig abgelehnt werden.« Es sei der Gesichtspunkt herauszustellen, »dass eine anders geartete Regierung in Nordrhein-Westfalen ein Gegengewicht gegen die CDU-Übermacht in Bonn bilde und damit für die Erhaltung der Demokratie von wesentlicher Bedeutung sei«.

Bis zum 6. Juli 1958, dem mit großer überregionaler Aufmerksamkeit bedachten Wahltag an Rhein und Ruhr (von dem der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende hoffte, er werde den Liberalen und Sozialdemokraten die Rechnung für den »Putsch« von 1956 präsentieren), gingen dank des vorzüglichen Einblicks von August Hoppe bei Globke noch 13 weitere Hinweise des BND zur Lage der nordrhein-westfälischen FDP ein. Gleich nach der Jahreswende begann es mit der Information, die Partei befürchte, diesmal weniger finanzielle Zuwendungen zu erhalten als sonst: »In den Besprechungen von Reinhold Maier und Rubin mit dem BDI sei von den Industrievertretern zum Ausdruck gebracht worden, dass die Wirtschaft erstrangig an der Bundespolitik und nur in wesentlich geringerem Maße an der Landespolitik interessiert sei […] Die FDP sieht darin entweder eine Ausrede, um der FDP weniger als früher zukommen zu lassen, oder die

Auffassung, dass die CDU und der BDI auf eine schwarz-rote Koalition in NRW zusteuerten.«[158]

Die Führung der Liberalen in Düsseldorf sei darüber besorgt, erfuhr man in Bonn kurz darauf, »dass nach allen Feststellungen die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der FDP in NRW eine bürgerliche Koalition auf Landesebene wünscht. Trotzdem hofft der Führungskreis, dass es ihm mit Hilfe abhängiger Vorstandsmitglieder und Funktionäre gelingen wird, den bisherigen Kurs eines Zusammengehens mit der SPD auch weiterhin durchzusetzen. Die Bemühungen von Mende, die mit Rücksicht auf ein mögliches Einsteigen der FDP in die Bundeskoalition auch in NRW auf eine CDU/FDP-Regierung abzielen, werden von Weyer, Döring, Rubin und dem Landesgeschäftsführer Rieger nicht als bedeutsam angesehen.« Dann gab August Hoppe – eine Seltenheit im nachrichtendienstlichen Geschäft und ein besonders unfeiner Verrat an der eigenen Partei – der CDU politische Hinweise, wie dem Kurs der Sozialliberalen am besten zu begegnen sei.[159]

Argumentationsratschlag Nummer 1: »Die FDP in NRW habe sich zu einem einflusslosen Anhängsel der SPD entwickelt. Die Landespolitik werde entscheidend von der SPD gemacht. Die FDP in NRW gehe nur deshalb mit der SPD zusammen, weil die Führungsschicht sich nur dadurch persönliche Vorteile und Ämter sichern kann, die ihr sonst nicht zugänglich wären. Nicht etwa aus anerkennenswerten politischen Gründen hat sich die FDP für ein Zusammengehen mit der SPD entschieden; vielmehr verrät aus persönlichen Motiven die Führung der FDP die Interessen der Wähler und Mitglieder der FDP.«

Ratschläge Nummer 2, 3 und 4: »Die Propagandaparole der FDP, die SPD/FDP-Landeskoalition bilde ein Gegengewicht gegen die CDU-Übermacht im Bund, ist nur eine Ausrede und Täuschung der Wähler, um die Koalition der FDP mit der SPD nach außen zu begründen. Die schon wiederholt von der nordrhein-westfälischen FDP ausgegangenen außenpolitischen Eskapaden sind Gefahrenpunkte für die Stabilität der deutschen Außenpolitik, damit der Wirtschaft und der Währung. Die Funktionäre, von denen die nordrhein-westfälische FDP beherrscht wird, fühlen sich den Funktionären der SPD gesinnungsverwandt. Sie hassen die CDU und sind gegen eine antisozialistische Regierung nur deshalb, weil ihre persönliche Machtstellung und damit ihre gut dotierten Stellungen

gefährdet wären, wenn die CDU einen Wahlerfolg davonträgt.« Sehr viel Eindruck dürften solche Überlegungen beim Kanzler, der in Wahlkämpfen die Glacé-Handschuhe ohnehin auszuziehen pflegte, nicht gemacht haben. Viel eher zeigten sie ihm, zu welchem parteischädigenden Gebaren sich gewichtige FDP-Mitglieder im innerparteilichen Kampf gegeneinander herbeiließen.

In diesem Stil machte Hoppe weiter, ohne dass hier sämtliche Hinweise, Gerüchte, Anschuldigungen usw. ausgebreitet werden müssten. »Die Führungsschicht der FDP in NRW ist gegenwärtig weitgehend auseinandergefallen«, erfuhr man im Kanzleramt beispielsweise Ende April 1958.[160] Weyer und Döring seien geschwächt. Mende versuche sich aus allem herauszuhalten, um seine Kandidatur für den Gesamtvorsitz der Partei nicht zu gefährden. Achenbach sei »geneigt, sich der CDU zu verkaufen«. Rubin stehe nach wie vor hinter den Sozialliberalen. Dann wieder das Kräftemessen Dörings mit Reinhold Maier, der mit einer Wahlniederlage rechne und darauf hoffe, dass sich damit vieles von selbst erledige. Der Versuch mehrerer Landesverbände, Wolfgang Döring völlig zu entmachten, sei gescheitert.[161] Derzeit gehe es den Nordrhein-Westfalen vor allem darum, dem prominenten Adenauer-Gegner einen Sitz im geschäftsführenden Parteivorstand zu sichern; dafür seien beträchtliche Summen zwischen den Landesverbänden hin und her gegangen: »Die Mittel, die Rubin zur innerparteilichen Einflussnahme zugunsten der nordrhein-westfälischen Führungsschicht verwendet, stammen restlos aus der Wirtschaft.«[162]

Dann sprang der Zuträger wieder auf die Bundesebene. Erich Mende sei sehr davon angetan gewesen, dass Adenauer ihn am Rande eines Empfanges so freundlich behandelt habe. Dr. Mende schließe daraus, »dass der Bundeskanzler in ihm nicht nur den kommenden Parteivorsitzenden der FDP sehe, sondern mit ihm auch einen guten persönlichen Kontakt halten möchte. Er, Dr. Mende, halte es nicht für ausgeschlossen, dass der Bundeskanzler an die Koalitionsmöglichkeiten nach den kommenden Landtagswahlen denke und in Dr. Mende einen Faktor sehe, über den eines Tages auch auf Bundesebene ein gutes Verhältnis zwischen CDU und FDP hergestellt werden könnte.«[163] Der geschmeichelte Fraktionsvorsitzende verließ den Boden der Tatsachen trotzdem nicht. In einem vom BND sogleich wiedergegebenen Gespräch habe er gesagt, er rechne zwar damit,

»dass die FDP in späterer Zeit doch wieder auf Bundesebene mit der CDU zusammenkommen werde«, seine Bundestagsfraktion habe aber den Eindruck, »dass der Bundeskanzler seit über einem Jahr die FDP nicht mehr beachte und dass es nach seiner (Mendes) Auffassung besser sei, wenn gewisse Dinge in einer persönlichen Aussprache behandelt würden, da sie sonst im Plenum des Bundestages vorgebracht werden müssten. Der Bundeskanzler habe ihm darauf geantwortet, dass er geglaubt habe, die FDP wolle mit ihm gar keine Gespräche führen.«

Weiter entfaltete Mende seine Einschätzung, eine CDU/FDP-Koalition sei solange »aussichtslos, als die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr als öffentlicher Streitpunkt zwischen den zwei Parteien nicht beigelegt oder wenigstens zur Ruhe gekommen sei. Wenn er, Mende, jetzt in die Bundesregierung eintreten würde, wäre dies für ihn das Todesurteil in der FDP. Sein Eintritt in die Bundesregierung könnte also nur dann in Betracht kommen, wenn eine Koalition zwischen FDP und CDU zustande gekommen sei. Früher hätte ihn noch ein Staatssekretärsposten interessiert. Dies sei aber jetzt nicht mehr der Fall, nachdem der Parteivorsitz in der FDP mit Sicherheit im nächsten oder spätestens übernächsten Jahr auf ihn zukomme.«[164] Globke erfuhr auch gleich, Reinhold Maier habe Mende »fest versprochen, dass er – wenn er einmal den Bundesvorsitz niederlegen werde – dem Parteitag von sich aus Mende als seinen Nachfolger vorschlagen werde. Damit würden Mende auch die Delegiertenstimmen des Landesverbandes Baden-Württemberg zufallen.«[165] Sehr viel eingehender hätten Adenauer und Globke nicht darüber informiert sein können, wie die Dinge im führenden Landesverband ihres potenziellen Regierungspartners lagen.

Neben der Vivisektion der nordrhein-westfälischen Freien Demokraten im Vorfeld der Landtagswahlen bestimmten 1958 die Deutschland-Initiativen der FDP die BND-Berichterstattung. Noch vor der Jahreswende hatten Reinhold Maier und Erich Mende Vorschläge zur Schaffung einer »militärisch verdünnten Zone« in Mitteleuropa vorgelegt, die den Vorstellungen des Bundeskanzlers diametral widersprachen.[166] Die Freien Demokraten lehnten überdies die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen strikt ab. Einen Höhepunkt erreichte die Abrechnung mit dem Kanzler Ende Januar in einer »giftigen Rede«[167] Dehlers vor dem Deutschen Bundestag: Adenauer habe die

Wiedervereinigung nicht nur nicht gewollt, er habe vielmehr alles getan, um sie zu verhindern. Die nationalliberale Philippika provozierte ebenso empörte wie begeisterte Reaktionen. Herbert Wehner gratulierte handschriftlich, doch Reinhold Maier, der erneut zum Vorsitzenden gewählt wurde, war entsetzt und verstärkte seine Anstrengungen, die lose Kanone Thomas Dehler politisch festzuzurren und endgültig kaltzustellen.[168] Doch nun begann auch der Kanzler, auf eine aktivere Deutschlandpolitik zu drängen.

Zu der allgemein als herbe Niederlage des Kanzlers empfundenen Nachtdebatte Ende Januar 1958, in die der mittlerweile zur SPD übergetretene Gustav Heinemann noch mitleidloser eingegriffen hatte als der ehemalige FDP-Vorsitzende, äußerten sich die Informanten des BND nicht. Erst nach dem Zusammentreffen von FDP- und LDP-Funktionären Anfang März in Gera und der Erörterung von Plänen zu einer deutsch-deutschen Konföderation, der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und der Bildung eines gesamtdeutschen Parlaments meldete sich der Nachrichtendienst wieder mit einem Bericht. Es habe erheblichen Ärger bei den Liberalen gegeben, meldete er: »Mit diesen Gesprächen und der darin verfolgten Tendenz ist ein großer Teil des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion der FDP – in der Hauptsache die alte liberale Gruppe – nicht einverstanden. Diese Gruppe wird nur mangelhaft bzw. überhaupt nicht über die Kontakte mit der LDP orientiert. Wegen der neu zu verfolgenden großen Linie kam es bei der Klausurtagung der FDP am 2.3.58 zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Maier und Dehler. Zeitweise verließ Dehler den Tagungsraum. Maier sagte, dass bei Ruchbarwerden der Kontakte FDP/LDP und der damit verfolgten Ziele nicht nur die Partei auseinanderfallen werde, sondern sich unter Umständen auch strafrechtliche Gesichtspunkte ergeben würden. Innerhalb der FDP hat der Landesverband NRW und damit die in diesem Verband tätigen Politiker nunmehr auf der Bundesebene die unbestrittene Führung erlangt. Maier und sein Landesverband Württemberg dienen der FDP für die Wirtschaft und das liberale Bürgertum in der Bundesrepublik nur noch als Aushängeschild.«[169]

Das Schwergewicht der geheimen Berichterstattung zum Innenleben der FDP steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu der in allen Parteien hochgehenden Debatte über einen neuen Ansatz in der Deutschlandpolitik

und den Zusammenstößen in den Parlamenten wie auf der Straße beim Kampf gegen den »Atomtod«.[170] Wirklichen Einblick hatte der BND inzwischen eben nur noch in den nordrhein-westfälischen Landesverband, weil er – ganz anders als bei der SPD-Führung – mit August Hoppe in der FDP nur hier noch über eine verlässlich meldende Quelle verfügte. Nützlich war das gleichwohl, denn die Wahlen zum Düsseldorfer Landtag würden zeigen, ob die Partei des Kanzlers wegen ihrer weithin als erstarrt empfundenen Deutschlandpolitik Einbußen hinnehmen musste oder ob die Protagonisten der Deutschland-Gespräche wie Wolfgang Döring, Walter Scheel und Willi Weyer für ihre unkonventionellen Vorstöße belohnt werden würden.

Am Tag nach der Sitzung des FDP-Bundesvorstands kurz vor der Landtagswahl lagen deren wesentliche Ergebnisse gut aufbereitet im Kanzleramt vor.[171] Maier bremse Döring noch immer; vielleicht werde der BHE demnächst wegen »Einigungsgesprächen« auf die Liberalen zukommen, doch wolle man erst einmal das Wahlergebnis abwarten; die Vertreter einiger Landesverbände hielten ein Zusammengehen oder gar einen Zusammenschluss mit der im Niedergang befindlichen Flüchtlingspartei für falsch, usw. Ein weiterer Hinweis drehte sich um die Aufstellung der Wahlliste, bei der die von Achenbach protegierten Kandidaten am Einspruch Dörings und Weyers gescheitert seien, da diese »nicht als zuverlässig im Sinne einer FDP-SPD-Koalition« galten.[172] Die Koalitionspräferenzen Mendes kamen ebenso zur Sprache[173] wie die Frustration Dörings, der im engsten Kreise wörtlich erklärt habe: »Ich habe z. Zt. völlig resigniert, erst muss der Alte weg (damit meint er Reinhold Maier)«;[174] nächster Bundesgeschäftsführer werde wohl der hessische Bundestagsabgeordnete Wolfgang Mischnik werden.[175]

Solche Hinweise gingen bei dem christdemokratischen Parteiführer, der die Personalentwicklung auch bei kleineren Konkurrenten im Blick behalten musste, ausweislich seiner Anstreichungen zwar nicht unter, doch mit dem Paukenschlag, der das Regierungsexperiment von SPD und FDP in Düsseldorf hinwegfegte, verblassten sie sofort. Die CDU errang mit 50,4 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit, ihr bestes jemals erzieltes Ergebnis. Die FDP, »Königsmörder« des kurz vor den Wahlen verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Karl Arnold, verlor ein Drittel ihrer Wählerschaft.

Hans-Peter Schwarz hat die historischen Auswirkungen dieses Urnengangs in Nordrhein-Westfalen prägnant umrissen: »Die radikal-pazifistischen Gruppierungen bei den Sozialdemokraten sind damit innerparteilich diskreditiert. Der Reformflügel um Fritz Erler, Heinrich Deist, Helmut Schmidt und Karl Schiller registriert das erleichtert. Der Wahlausgang ist zugleich eine Niederlage der linksprotestantischen Kirchlichen Bruderschaften und schwächt somit auch die Gruppierung um Gustav Heinemann. Genauso wichtig ist die Rückwirkung auf die FDP. Die Düsseldorfer Jungtürken um Weyer, Döring und Scheel verlieren innerparteilich an Gewicht. Der Fraktionsvorsitzende Erich Mende, der Adenauer noch bei den großen Debatten im März zum Rücktritt aufgefordert und eine Regierungsbildung zur Ausführung eines ›Programms des nationalen Notstands‹ verlangt hat, nimmt von nun an Kurs auf eine Erneuerung der bürgerlichen Koalition. Ein Wahlsieg von SPD und FDP, sinniert Adenauer vor dem Bundesparteivorstand der CDU, wäre ›verheerend, ja vernichtend gewesen‹.«[176]

Die FDP leckt ihre Wunden, der BND sieht dabei zu und berichtet. Einen ersten Hinweis erhielt das Kanzleramt wenige Tage nach dem Wahlsonntag, der sogleich auch an Konrad Kraske, den Bundesgeschäftsführer der CDU, weitergeleitet wurde.[177] Offenbar habe der FDP-Vorsitzende Maier ein Koalitionsangebot der Christdemokraten provozieren wollen, »um den Landesverband NRW möglichst zu spalten und die Gruppe Weyer/Döring zu erledigen«, hält die Analyse fest. »Mit großer Erleichterung haben daher Weyer und Döring zunächst die Erklärung der CDU aufgenommen, wonach diese die Regierung in NRW allein bilden wolle«; vielleicht komme sie aber doch noch auf sie zu, Achenbach würde »ein Ministerangebot der CDU sofort akzeptieren«. Wolfgang Döring vermutete, »Reinhold Maier male in der FDP bewusst Gespenster an die Wand, wenn er durch seinen Anhang verbreiten lasse, in NRW bestehe die Gefahr einer schwarz-roten Koalition«. Der Rest des Berichts drehte sich um die Hoffnungen Weyers und Dörings, »dass die CDU die FDP-Mitglieder in der Regierung und Verwaltung nicht antasten werde«; starke Anstreichungen am Rand.

Vom selben Tage stammt die Paraphrase eines Gesprächs mit Erich Mende, der in seiner Partei und in der Bundespolitik nun natürlich im Aufwind war.[178] Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion sei der Meinung, »dass Reinhold Maier nach Abschluss seiner politischen Laufbahn die FDP

wieder in den Schoß der CDU zurückführen möchte«. Bundesminister Erhard, der seit längerem vermittelnd tätig war, habe kürzlich mit ihm gesprochen und »darauf hingewiesen, dass die FDP und die CDU wieder zusammenkommen müssten. Die FDP könnte dem rechten Flügel der CDU bei etwaigen Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel sehr dienlich sein«. Es war mit großer Sicherheit die BND-Sonderverbindung »August«, die sich auch hier wieder ihrer langjährigen guten Beziehungen zu Mende bediente. Der leitende WDR-Redakteur hielt fest, sein Gesprächspartner stehe einem Zusammenkommen beider Parteien positiv gegenüber, »er glaubt jedoch nicht daran, dass dies auf Bundesebene schon bald möglich sein wird. In jedem Fall möchte er – sofern die CDU dies nicht verhindere und ihm seine Bemühungen nicht zu schwer mache – eine Koalition für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl allmählich vorbereiten. Es sei in diesem Zusammenhang wichtig, den Einfluss von Weyer und Döring auch in NRW zu schwächen und, falls irgend möglich, Rubin als Bundesschatzmeister auszuschalten.« Er, Mende, habe wesentlich dazu beigetragen, dass Wolfgang Dörings Einfluss in der Bundesparteileitung restlos gebrochen worden sei. »Döring habe sich damit revanchiert, dass er mit Hilfe seines Freundes Augstein wiederholt Mende im ›Spiegel‹ abzuwerten versucht habe.«

Auch wenn sich der (um das Mindeste zu sagen) ausgesprochen selbstbewusste Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag seines Gewichts bei künftigen Überlegungen, in welcher Konstellation es in Bonn politisch weitergehen sollte, durchaus bewusst war, bis zu den nächsten Bundestagswahlen waren es noch drei Jahre hin. Mit seinen Parteifreunden hatte er sich in die Rolle eines Widerparts der Regierung hineinzufinden und darauf zu achten, dass die FDP im Schatten der Sozialdemokraten ebenfalls als Opposition wahrgenommen wurde. Allzu intensiv betrieb Pullach die Ausspähung der FDP daher nicht mehr. Doch als es um die 1959 anstehende Wahl eines Nachfolgers für Bundespräsident Theodor Heuß ging, war das allemal eine Notiz wert. Wieder war es »August«, der einen farbigen Bericht beisteuern konnte.[179] Das erste Mal seit drei Jahren habe der große alte Mann der Liberalen wieder an einer Weihnachtsfeier der FDP-Bundestagsfraktion teilgenommen, teilte er mit. Einem Gespräch mit dessen Persönlichem Referenten Hans Bott habe er entnommen, dass der Präsident – eine entsprechende Grundgesetzänderung wurde ventiliert – an

sich keinen Wert auf eine Wiederwahl lege: »Sollten CDU, SPD und FDP allerdings mit einer dahin zielenden Bitte an Heuß herantreten, würde dieser sich einem solchen Ruf nicht entziehen. Bott erklärte dann, der Bundeskanzler habe dem Bundespräsidenten bereits mitgeteilt, dass er eine Wiederwahl von Heuß begrüßen würde.« Der Referent sei auch an andere Anwesende herangetreten, um das Terrain für eine dritte Amtszeit zu sondieren. »Wie mir Mende am 15.12.1958 mitteilte«, berichtete Hoppe noch, »beabsichtige er den Herrn Bundeskanzler anlässlich seines Gratulationsbesuches [zu Adenauers Geburtstag] am 5. Januar auf die Wiederwahl von Heuß anzusprechen.« Der Fraktionsvorsitzende, der ursprünglich gegen eine dritte Amtszeit gewesen sei, »dürfte seine Auffassung zu diesem Problem nicht zuletzt deshalb geändert haben, weil die Möglichkeit besteht, dass Heuß eine Führungsrolle in der FDP zufällt, wenn er nicht wiedergewählt wird«. Dass die Dinge einen völlig anderen Verlauf nahmen und am Ende Heinrich Lübke in das höchste Staatsamt gelangte, braucht hier nicht noch einmal erzählt werden.[180]

Ende November 1958 hatte Nikita Chruschtschow mit seinem Berlin-Ultimatum die Welt und vor allen anderen die Bundesregierung in eine gefährliche Krise gestürzt. Was die liberale Opposition im Bundestag darüber dachte, fand in der FDP-Ausforschung des BND zunächst so gut wie keinen Niederschlag. Der Fraktionsvorsitzende Mende wandte sich dazu direkt an den Kanzler. Hintertreppen-Informationen aus der Partei waren nachrangig geworden. Abgeliefert wurden sie aber trotzdem, zum Beispiel das Hörensagen über einen Besuch von Reinhold Maier beim Kanzler zu Beginn des neuen Jahres.[181] Döring habe nämlich den Fraktionsvorsitzenden Mende aufgesucht und ihm berichtet, was er aus der CDU-Fraktion und von regierungsnahen Journalisten über die Unterredung Adenauers mit dem FDP-Vorsitzenden erfahren hatte: »Der Bundeskanzler habe Reinhold Maier zu seiner Stuttgarter Rede auf dem Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP beglückwünscht [er hatte der Politik der Bundesregierung in der Berlin-Krise zugestimmt und einen ›Burgfrieden‹ zwischen den Parteien verlangt] und erklärt, es lägen eigentlich nur noch zwei störende Faktoren zwischen der CDU und der FDP. Diese seien Döring und Dr. [Josef] Ungeheuer [Leiter der FDP-Pressestelle]. Um den Fall Dr. Ungeheuer zu bereinigen, sei er, der Bundeskanzler, bereit, Dr. Ungeheuer in das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in eine TOA I

[Tarifordnung für Angestellte] Stelle zu übernehmen. Döring gab der Erwartung Ausdruck, dass Mende ein solches Spiel nicht mitmachen werde.« Das stehe gar nicht zur Debatte, antwortete der, da Ungeheuer sich bereits dagegen ausgesprochen habe. Wolfgang Döring beschwerte sich dann noch »in seinem persönlichen Bekanntenkreis« darüber, dass Maier die Fraktion darüber nicht unterrichtet habe. Eine Woche später stellte sich heraus, dass es gerade umgekehrt und es Maier gewesen war, der dem Kanzler diesen Vorschlag gemacht hatte, um seinen Pressechef loszuwerden;[182] nicht jede geheime Information war hieb- und stichfest.

Das weitere Jahr 1959 über scheint es kaum noch vertrauliche Meldungen des BND aus der FDP für das Bundeskanzleramt gegeben zu haben, wenigstens sind sie nicht schriftlich überliefert. Die kleine Oppositionspartei spielte aus Regierungsperspektive inzwischen einfach eine zu geringe Rolle, obgleich sie zwischen dem sowjetischen Berlin-Ultimatum und dem Bau der Berliner Mauer im Sommer 1961 mit allerlei deutschlandpolitischen Vorschlägen von sich reden machte. Der sowjetische Parteichef hatte gegenüber Bundespräsident Heuß sogar angedeutet, auch Signale aus der FDP hätten ihn dazu ermuntert, mit seinem Vorstoß in Bonn etwas mehr Flexibilität in der Außenpolitik zu erreichen. Adenauer schäumte. Anders als manche Politiker in seiner eigenen Fraktion und natürlich bei SPD und FDP, die nun ihre Deutschlandpläne wieder hervorholten oder neu zu schmieden begannen, war er mehr denn je davon überzeugt, den Sowjets keinerlei Zugeständnisse machen zu dürfen, erst recht nicht unter Druck.[183] Zwar berichtete der BND breit über die Krise, aber wenig bis gar nichts darüber, was sich dazu in der FDP tat.[184]

Kanzleramtschef Hans Globke war völlig davon absorbiert, eine umfassende Strategie für den Kanzler auszuarbeiten, den »Globke-Plan«, der einigermaßen »unorthodox«[185] ausfiel und einen Weg vorzeichnete, der über die völkerrechtliche Anerkennung beider deutscher Staaten, die Wiederzulassung aller Parteien und freie Wahlen einschließlich einer abschließenden Volksabstimmung zur Wiedervereinigung führen sollte. Die tatsächlichen Chancen auf eine Beendigung der deutschen Teilung hielt der Kanzler trotz der gesteigerten internationalen Beratungs- und Konferenzaktivität schlicht für nicht gegeben. Absolute Priorität kam der Sicherung West-Berlins zu. Jedenfalls, Adenauers Deutschlandpolitik hatte »ihre Endphase erreicht, von der aus es weder weiter voran noch zurück«

ging. Vor diesem Hintergrund ist es ohne tieferen Belang, dass sich Gehlen und Globke im Herbst 1959, nach der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf, über den politisch bedeutungslosen »Deutschlandplan der FDP« austauschten.[186]

Die gähnende Lücke bei der Ausspähung der Freien Demokraten durch den Auslandsnachrichtendienst das gesamte Jahr 1960 hindurch – Erich Mende hatte Reinhold Maier im Parteivorsitz abgelöst – geht vermutlich darauf zurück, dass August Hoppe (jetzt: Sonderverbindung »Rattay«) als Hauptzuträger von Informationen aus der FDP inzwischen vor allem mit der antikommunistischen Medienarbeit des BND befasst war[187] und Mitglied der CDU geworden war.[188] Weder der außen- und deutschlandpolitische Experte Wolfgang Schollwer noch Siegfried Zoglmann, zu denen Pullach Beziehungen anzuspinnen begann,[189] gedachten in die Fußstapfen des mitteilsamen Spitzels »August« zu treten. Das änderte jedoch nichts daran, dass dem Bundeskanzler zu Beginn des Jahres ein zentrales, von Bundesgeschäftsführer Karl-Hermann Flach eigens als streng vertraulich gekennzeichnetes Strategiepapier zur Wahlkampfführung 1961 zuging.[190] Wie seine Anstreichungen erkennen lassen, hat Adenauer es intensiv studiert. Das Konzept (einschließlich einer Stellungnahme »unseres Werbeberaters zum Thema politische Werbung und Wirtschaftswerbung«, der politischer Propaganda einen stärkeren Überzeugungseffekt als der Politik selbst zuschrieb) enthielt einen »Dreistufenplan« und zielte auf stärkste kämpferische Intensität ein halbes Jahr vor dem Urnengang. Da müsse spätestens feststehen, »auf welche Führungspersönlichkeit der FDP der Good will der breiten Massen konzentriert werden soll«.

In den Unterlagen des BND ließ sich zur Wahlvorbereitung und zum Wahlkampf der FDP kein einziges Dokument auffinden. Für die Freien Demokraten, die mit aller Macht aus der Opposition herauskommen wollten, war es immerhin eine Art Schicksalswahl. Der neue Parteivorsitzende verfolgte schon seit langem das Ziel, »die Liberalen in die Koalition mit der Union zurückzuführen«.[191] Dabei blies ihm von den sozialliberalen Mitgliedern seiner Fraktion zwar noch immer Gegenwind ins Gesicht, sie konnte ihn und die Partei aber nicht davon abhalten, für ein neues Bündnis der Union zu werben – diesmal allerdings ohne den Gründungskanzler. Damit sprach Erich Mende, der dem Kanzleramt

gegenteilige Signale gegeben hatte, alle »jene bürgerlichen Wähler an, die nach zwölf Jahren auf einen Kanzlerwechsel hofften«.[192] Waren vier Jahre absolute Unionsmehrheit und drei Legislaturperioden mit einem Autokraten wie Adenauer, der seinem 85. Wiegenfest entgegensah, nicht genug? Tatsächlich konnte sich die FDP am Morgen des 18. September 1961 als Wahlsieger sehen, Erich Mende sich sogar als ein »strahlender«.[193] Mit 12,8 Prozent Stimmanteil gegenüber 7,7 Prozent vier Jahre zuvor erzielten die Freien Demokraten ihr bestes Ergebnis in sechzig Jahren Bundesrepublik (erst 2009 erhielten sie knapp 2 Prozent mehr). Die absolute Mehrheit der Union war gebrochen, trotz der theoretischen Möglichkeit einer sozialliberalen Koalition die Rückkehr zu einer konservativ-liberalen Regierung gesichert.

In diesen entscheidenden Tagen erhielt das Kanzleramt dann doch wieder wichtigste Insiderinformationen.[194] »Vertraulich erfahre ich aus FDP-Kreisen mit der ausdrücklichen Auflage, dass davon in der heutigen CDU nicht Gebrauch gemacht werden dürfe, Folgendes: In Nordrhein-Westfalen hat der Vorstand der FDP gestern einstimmig beschlossen, dass die FDP eine Koalition mit der CDU eingehen solle.« Erich Mende vertrete die Auffassung, dass die Partei Dr. Adenauer als Bundeskanzler nicht stürzen, ihn aber auch nicht sofort wiederwählen könne: »Einer Kanzlerschaft Dr. Adenauers solle nur befristet zugestimmt werden, dabei solle die CDU die Zusage machen, dass Nachfolger Prof. Erhard werde.« Erst dann werde Mende in das Kabinett eintreten. Auch von den beanspruchten Ministerien war die Rede. Das waren wichtige Hinweise, doch aus dem dichten Geflecht der Gespräche, die in Bonn nun beinahe jeder mit jedem ansponn, vermochte die politische Inlandsspionage des BND dem Kanzleramt offenbar nicht mehr viel Substanzielles zuzuleiten.

Immerhin, der Strategische Bereich von Kurt Weiß konnte die außen- und verteidigungspolitische Gesprächsvorlage beschaffen und dem BND-Präsidenten vorlegen, die Adenauer Anfang Oktober Erich Mende und Willi Weyer zu den Koalitionsverhandlungen übergeben hatte. Die Beratungen bei den Liberalen ließen mittlerweile erkennen, schrieb Weiß, »dass die FDP nach dem gegenwärtigen Stand eine Koalition auch unter Dr. Adenauer eingehen wird«.[195] Unter dem Druck der »geballten Anti-Adenauer-Stimmung im Bundesvorstand und in der Bundestagsfraktion« hatte Mende zuvor allerdings öffentlich erklärt, seine Partei werde mit

Adenauer »unter keinen Umständen« ein Kabinett bilden.[196] Schließlich lief es darauf hinaus, dass die FDP-Fraktion Konrad Adenauer am 7. November 1961 doch noch einmal zum Bundeskanzler wählte, dafür aber die Zusage erhielt, er werde nur die halbe Legislaturperiode amtieren. Der Ärger in der neuen Regierungskoalition war mit Händen zu greifen. Statt der rechnerischen Mehrheit von 52 Stimmen erhielt der alte und neue Bundeskanzler nur acht Stimmen mehr, als für die absolute Mehrheit erforderlich waren.

Der Präsident des westdeutschen Auslandsnachrichtendienstes, der sich mit seiner politischen Inlandsspionage ein gutes Jahrzehnt in bedenkenloser Loyalität in den Dienst des Bundeskanzlers gestellt hatte, verfügte gewiss über eine ebenso feine Witterung wie andere politische Beobachter. Es war nicht mehr zu übersehen, dass die Kanzlerdämmerung eingesetzt hatte. Die Dominanz des bürgerlich-konservativen Regierungslagers und die im Herbst 1957 vom Wähler noch so eindrucksvoll bestätigte Zentralfigur Konrad Adenauer schienen ins Wanken zu geraten, sogar eine sozialdemokratische Machtbeteiligung war inzwischen kein absurder Gedanke mehr. Die Freien Demokraten saßen nach fünf Jahren auf der Oppositionsbank erneut am Kabinettstisch.

Im Lichte dieser Entwicklung die demokratiefeindliche innenpolitische Ausforschung für das Bundeskanzleramt in ungeschmälerter Intensität fortzuführen, wäre nicht bloß eine fortgesetzte Gesetzwidrigkeit, sondern ein Fehler gewesen, auch unnütz, selbst wenn es Reinhard Gehlen gelang – und es gelang ihm –, dieses Staatsgeheimnis mit ins Grab zu nehmen. Also zog sich der BND-Präsident aus diesem aus tiefster Überzeugung betriebenen Geschäft zurück, noch ehe er im Zuge der Felfe- und *Spiegel*-Krisen 1961/62 das Vertrauen des abtretenden Kanzlers verlor. Wir werden sehen, dass Gehlen sich gegen Ende der ungleich intensiver betriebenen Ausforschung der SPD-Spitze – seine bedeutendste innenpolitische Operation – genauso verhielt wie beim Abbruch der Ausspähung der Freien Demokratischen Partei.[197]

1 Siehe etwa Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, München 2001, sowie Klaus-Dietmar Henke: Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, in: Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. Hrsg. von Norbert Lammert, München 2020, S. 277–298.

2 So Holger Löttel in der Einführung zu der von ihm bearbeiteten Edition: Adenauer und die FDP (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, für die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz), Paderborn 2013, S. 9. Zu den Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und FDP sowie dem Koalitionsbruch von 1956 siehe neben Löttels umfassender Darlegung Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 303 ff.; Schwarz, Adenauer, II, S. 249 ff.; Udo Wengst: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 137 ff.

3 Löttel, FDP, S. 13. Das folgende Zitat ebd., S. 62. Ich danke dem Kollegen Löttel für seine Hilfe und mehrfachen nützlichen Hinweise.

4 Schwarz, Adenauer, II, S. 262.

5 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 665 ff.

6 Ebd., S. 714 f.

7 Siehe unten, S. 545 ff.

8 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 667 ff. und S. 675 ff.

9 Ebd., S. 607 f. Auch Wilhelm Friede, V-2835, berichtete gelegentlich; siehe ebd., S. 587. Albrecht Albert, V-8936, NDPD-Mitglied, taucht ebenfalls als gelegentlicher Informant auf; zu ihm vgl. Heidenreich, DDR-Spionage, S. 505 ff.

10 Siehe etwa die Hinweise in den Meldungen von V-13910 (Wilhelm Schmitz), 29.5. und 9.6.1956 sowie 30.1.1968, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1902, 1887 und 1562.

11 Siehe unten, S. 845 ff.

12 Vgl. Wolfram Dorn und Wolfgang Wiedner: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring. Eine politische Biographie, Bonn 1974.

13 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 678 ff. Vgl. die Analyse Adenauers zu den inneren Verhältnissen in der FDP in der CDU-Vorstandssitzung am 24.2.1956, in: Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957. Bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990, S. 782 ff.

14 Löttel, FDP, S. 102.

15 Siehe die interne Untersuchung zu den BND-Kontakten Dörings vom 30.9.1985, in: BND-Archiv, 24870, Bl. 17 ff., hier Bl. 20, sowie die Personenablage zu Döring, die mit dem Jahr 1954 einsetzt und 1963 endet. Dennoch bestand bereits 1953 Kontakt zwischen Kurt Weiß und Wolfgang Döring.

16 Weiß (133) an Gehlen (88), Besprechung mit FDP-Hauptgeschäftsführer Döring am 7.5.54 in Düsseldorf, 10.5.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 1247. Der fünfseitige, unter »SV-Schreiben« abgelegte Bericht, auf den in der Notiz verwiesen ist, liegt nicht mehr vor. Siehe auch »Wintersteins« Aktennotiz für Gehlen, Verbindung Dora, 14.6.1954, in: ebd., Bl. 1441. In einer späteren Ausarbeitung schrieb Weiß: »Ich fungierte als Verbindungsmann zu Döring«, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 2, Bl. 11. Offenbar agierte Döring 1953 als Sonderverbindung »Dora«; siehe Weiß (40/P) an Gehlen (30), Besprechung mit Chefredakteur Dr. Rö., 1.12.1953, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 230 f.

17 Weiß (133) an Gehlen (88), Besprechung mit FDP-Funktionären am 18.6.54, 21.6.1954 [sieben Seiten, liegt ebenfalls nicht vor], in: BND-Archiv, 122281, Bl. 1461.

18 Weiß (133) an Gehlen (88), Artikel Dr. Mende, 11.8.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 1559.

19 Vgl. dessen Nachruf auf Döring, in: Dorn/Wiedner, Döring, S. 247 f.

20 Aktennotiz Gehlens, Kontakte mit dem BND-Abgeordneten Wolfgang Döring, 12.12.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (105), Bd. 1, Bl. 109; von Globke und Adenauer abgezeichnet.
21 Dülffer, Krise, S. 32 ff.
22 So der Hinweis von Langkau an Gehlen, 3.12.1962; zit. nach Dülffer, Krise, S. 612.
23 Siehe unten, S. 320 ff.
24 Weiß an Döring, 23.7.1957, in: ADL, N77-43.
25 Döring an Weiß, 15.4.1958, in: ADL, N77-43.
26 Vertrauliche Mitteilung [künftig: V. M.], Besprechung Döring/Gehlen, 6.12.1957, in: ACDP, 01-070-16/2; sie fand am 2./3.12.1957 statt. Siehe Gehlens Vermerk dazu, den er laut seiner hds. Marginalie am 20.12. Globke persönlich aushändigte, in: BND-Archiv, 1231, Bl. 88 ff.
27 Vermerk Gehlens für eine Besprechung mit Staatssekretär Globke, 1.6.1959, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 261.
28 Aktennotiz Gehlens über eine Besprechung mit dem Bundeskanzler am 21.12.1961, in: BND-Archiv, 120616. Bl. 4. Eine offenkundig unzureichend informierte interne Nachforschung vom 13.2.1990 hält fest: »Mit Datum 18.9.62 wurde Döring unter der V-Nummer 56451 als Sonderverbindung angemeldet. Die führende Stelle war 27 VK (Strategischer Dienst)«, also Kurt Weiß; in: BND-Archiv, 24869, Bl. 35.
29 Aktennotiz Gehlens über eine Besprechung mit Staatssekretär Globke am 19.1.1962, in: BND-Archiv, 1227, o. Bl.
30 Henke, Geheime Dienste, I, S. 474 ff.
31 Siehe Dülffer, Krise, S. 486 ff. und 555 ff.
32 Erich Schmidt-Eenboom: Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten, Köln 1998, S. 286.
33 Siehe Wolf, Entstehung, S. 427.
34 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Innenpolitisches – bes. FDP, 24.6.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1192 ff. Zu Einzelheiten siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 712 ff.
35 Siehe unten, S. 608 ff.; dort weitere Erläuterungen.
36 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Ostbüro der FDP, 16.12.1953, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 349 ff.
37 Dazu Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg, Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000, S. 94 ff., insbes. S. 111 f.
38 Siehe Wengst, Dehler, S. 250.
39 Siehe oben, S. 177 f.
40 Bentzinger (142) an Gehlen (88) über Weiß (119 A), Koordinierungsausschuss für die Verlautbarungen der Bundesregierung, 18.6.1954, in: BND-Archiv, 1202, o. Bl.
41 Siehe die drei Hinweise von Kurt Weiß (133) für Gehlen (88): Besprechung mit FDP-Hauptgeschäftsführer Döring am 7.5.54 in Düsseldorf (10.5.1954); Verbindung Dora (FDP) (14.6.1954); Besprechung mit Funktionären am 18.6.54 (21.6.1954), in: BND-Archiv, 122281, Bl. 1247, 1441 und 1461.
42 Weiß (133) an Gehlen (88), Artikel Dr. Mende in der »Freien Demokratischen Korrespondenz«, 11.8.1964, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 1559.
43 Wilcke (119/B) an Gehlen (88), Bundeskanzler-kleine Koalitionsparteien, 13.12.1954, in: BND-Archiv, 1202, o. Bl. Als Informant wird »›Hohensee‹-NWDR« genannt.
44 Siehe auch Henke, Geheime Dienste, I, S. 678 ff.
45 Vgl. Löttel, FDP, S. 393.
46 Wengst, Dehler, S. 8.
47 Schwarz, Adenauer, II, S. 173. Siehe im Einzelnen auch Löttel, FDP, S. 53 ff.

48 Es handelt sich um einen ungezeichneten Vermerk über die Koalitionspolitik des FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Thomas Dehler vom 30.11.1954. Wie häufig, gelangte auch dieses vertrauliche Schriftstück über seinen Persönlichen Referenten Hans Kilb an Adenauer. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 392 ff.
49 Löttel, FDP, S. 62; das folgende Zitat ebd., S. 65.
50 Werner von Lojewski, Eindrücke vom FDP-Parteitag in Oldenburg [25./26.3.1955], 28.3.1955, in: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH), I 12.33. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 416 ff.
51 So auf dem Parteitag der niedersächsischen FDP am 24.9.1955; zit. nach Wengst, Dehler, S. 270.
52 Wilcke (119/A) an Kühlein (121), Ermittlungen hinsichtlich Anschuldigungen unserer SV »August«, 25.3.1955, in: BND-Archiv, 120017, II, Bl. 640 ff. Dort auch die Falschmeldung vom 1.3.1955.
53 Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, 72. Sitzung am 27. Februar 1955, Stenographische Protokolle, S. 3899 ff. Zitate S. 3899, 3908, 3912 und 3929.
54 Zit. nach Wengst, Dehler, S. 258.
55 Ohne Betreff, 22.4.1955, in: ACDP, 01-070-16/2.
56 O. D. [hds. 21.7.55], ohne Betreff, in: ACDP, 01-070-16/2. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 432 f.
57 V. M., Dr. Dehler, 17.9.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 2, Bl. 53 f.
58 Rede am 24.9.1955, zit. nach Löttel, FDP, S. 65.
59 Sitzung am 13.1.1956, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 724.
60 Adenauer an Dehler, 26.9.1955, in: Löttel, FDP, S. 439 ff., auch zum Folgenden; das Zitat ebd., S. 440.
61 Euler an Dehler, 27.9.1955, zit. nach Wengst, Dehler, S. 271.
62 Wengst, Dehler, S. 271.
63 Gespräch am 3.11.1955; siehe Löttel, FDP, S. 449 ff.
64 V. M., Euler-Plan zur Wiedervereinigung – Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses der FDP am 16. November 1955, in: StBKAH, I 12.33, Bl. 165 f. Siehe auch die Information für Globke und Adenauer vom 29.10.1955, Gründung einer FDP-Wochenzeitung in Zusammenarbeit mit Augstein, in: ACDP, 01-070-16/2, o. Bl., von Kilb am selben Tag vorgelegt. Dazu Schwarz, Adenauer, II, S. 254.
65 Adenauer an Euler, 19.11.1955, in: StBKAH, I 12.33, Bl. 184.
66 Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 307.
67 V. M., FDP und Koalitions-Besprechungen, 18.11.1955, in: StBKAH, I 12.33, Bl. 167. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 455 f. Weitere, kleinere Meldungen vom 18.11. und 23.11.1955 in: ACDP, 01-030-16/2.
68 Adenauer an Dehler, 22.11.1955, in: Löttel, FDP, S. 456 ff. Im Einzelnen Wengst, Dehler, S. 273 ff.
69 Schwarz, Adenauer, II, S. 254.
70 Die Welt, 25.11.1955 (»FDP berät über Kanzler-Ultimatum«).
71 Siehe Wengst, Dehler, S. 274 ff., und Schwarz, Adenauer, II, S. 255.
72 V. M., Schlussfolgerung aus der Besprechung mit Herrn Dr. von Brentano, 25.11.1955, in: ACDP, 01-070-16/2.
73 V. M., Sitzung des Fraktionsvorstands der FDP am 24.11.1955, 25.11.1955, von Kilb am selben Tag Globke vorgelegt, in: ACDP, 01-070-16/2. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 460 f.
74 Adenauer an Dehler, 25.11.1955, in: Löttel, FDP, S. 463 f.
75 Siehe Wengst, Dehler, S. 275; auch zum Folgenden.

76 V. M., Sitzung der Bundestagsfraktion der FDP vom 29. November 1955, 30.11.1955 (am selben Tag von Kilb vorgelegt), in: StBKAH, I 12.33.
77 Dehler an Adenauer, 29.11.1955, in: Löttel, FDP, S. 471.
78 Im Einzelnen dazu Löttel, FDP, S. 11 ff.; das Zitat ebd., S. 75.
79 Schwarz, Adenauer, II, S. 256, Hervorhebung im Text; das folgende Zitat ebd., S. 257.
80 Wengst, Dehler, S. 279.
81 V. M., Referentenbesprechung vom 5. Dezember und Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 19. Dezember 1955, in: ACDP, 01-070-16/2.
82 V. M., Koalitionskrise, 10.12.1955, in: ACDP, 01-070-16/2. Mitglieder der FDP-Verhandlungskommission waren Martin Blank, Thomas Dehler, August Martin Euler, Erich Mende, Hermann Schäfer, Ludwig Schneider. Die Protokolle der Besprechungen am 6., 7. und 13. Dezember 1955 sind vollständig abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 484–704.
83 V. M., FDP, 5.1.1956, in: ACDP, 01-070-16/2; von Kilb an Globke übergeben.
84 Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 309.
85 V. M., Parteitag der FDP Nordrhein-Westfalen, 9.1.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.
86 Dazu Löttel, FDP, S. 81 ff., und Wengst, Dehler, S. 283 ff.
87 V. M., Koalitionskrise in Nordrhein-Westfalen, 8.2.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.
88 V. M., FDP, 8.2.1956, in: ebd.
89 V. M., FDP Nordrhein-Westfalen, 9.2.1956, in: ebd. Siehe auch die V. M., o. D., Landesausschusssitzung der FDP in Nordrhein-Westfalen, in: ebd.
90 Vgl. die parteiische, aber detailreiche Schilderung bei Dorn/Wiedner, Döring, S. 25 ff.
91 V. M., Reaktion auf den Regierungssturz in Düsseldorf, 21.2.1956, in: ACDP, 01-070-16/2; siehe auch die V. M., FDP, 21.2.1956, in: ebd.
92 Ebd.; am selben Tag von Adenauer und Globke paraphiert.
93 V. M., Bericht über die Sitzung der Bundestagsfraktion der FDP vom 21. Februar 1956, o. D., in: StBKAH, I 12.33; von Adenauer am 23.2. abgezeichnet. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 746.
94 Der Spiegel, 28.2.1956 (»FDP-Spaltung. Wer gibt noch wem die Hand?«).
95 Sitzung am 24.2.1956, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 814.
96 Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 310.
97 Diese Berichterstattung kann in unserem Zusammenhang ausgeklammert bleiben. Vgl. etwa die Informationen u. a. in: BND-Archiv, 120205 oder 121919. Zu den liberalen Sondierungen siehe Roger Engelmann, Paul Erker: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969, München 1993, und Siegfried Suckut: Die Gespräche zwischen FDP und LDPD im Jahre 1956. Vorgeschichte, Verlauf, DDR-interne Erwartungen und Reaktionen, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 4 (1992), S. 85–141.
98 V. M., Bericht über die Sitzung des Bundesvorstandes der FDP in Stuttgart am 25.2.1956, 27.2.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.
99 Der Spiegel, 28.2.1956 (»FDP-Spaltung. Wer gibt noch wem die Hand?«); auch zum Folgenden.
100 Siehe unten, S. 608 ff.
101 V. M., Bundestagsfraktion der FDP, 24.2.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.
102 V. M., Bericht über die Sitzung des Bundesvorstandes der FDP in Stuttgart am 25.2.1956, 27.2.1956, in: ebd.
103 V. M., FDP, 27.2.1956, in: ebd.
104 Globke stufte den Anwurf Dehlers als »reine Erfindung« ein. Siehe den Vermerk Globkes vom 20.3.1956, in: Löttel, FDP, S. 766.
105 Siehe Schwarz, Adenauer, II, S. 260 ff., und Löttel, FDP, S. 753 ff.

106 V. M., FDP und Besprechung beim Bundespräsidenten am 29.2.56, 2.3.1956, in: ACDP, 01-070-16/2; von Globke am selben Tag abgezeichnet und dem Bundeskanzler vorgelegt.
107 Siehe etwa: V. M., FDP, 7.3.1956; Reportage über Euler im Spiegel »nächste Woche«, 7.3.1956; Regierungsbildung in Baden-Württemberg, 7.3.1956; FDP und Fördergesellschaften, 7.3.1956; Sitzung der Bundestagsfraktion der FDP, 8.3.1956, alle in: ACDP, 01-070-16/2.
108 V. M., Bestrebungen des Herrn Bundeskanzlers, die FDP wieder in die Koalition hereinzunehmen und Dr. Dehler das Amt des Bundesjustizministers zu übertragen, 8.3.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.
109 Zit. nach Wengst, Dehler, S. 290 f.
110 V. M., Klausurtagung des Bundesvorstandes der FDP in Bad Wimpfen [17./18.3.1956], 20.3.1956, in: ACDP, 01-070-16/2. Siehe auch V. M., FDP in Nordrhein-Westfalen, 20.3.1956, in: ebd.
111 V. M., FDP, 22.3.1956, in: ebd.
112 V. M., Ergänzungen zu den Pressemeldungen über die Landesparteitage der FDP in Hessen, Berlin und NRW, 26.3.1956, in: ebd.
113 V. M., FDP-Bundesparteitag, 12.4.1956, in: ebd.
114 V. M., FDP, 16.4.1946, in: ebd. Siehe auch den streng vertraulichen Vermerk über ein Gespräch zu den Konsequenzen des Bruchs in der FDP für ihre Unterstützung durch die Wirtschaft am 17.4.1956 in Köln, den einer der Gesprächsteilnehmer auf Seiten der Wirtschaftsvertreter angefertigt und gezeichnet hatte. Er findet sich in den Unterlagen Globkes; ebd.
115 V. M., Bundesparteitag der FDP, 23.4.1956, in: ACDP, 01-070-16/2. In den Unterlagen des Kanzleramts findet sich noch ein weiterer, wohlinformierter sechsseitiger Bericht über den Würzburger Parteitag, der sich wegen seiner abweichenden Form nicht zweifelsfrei dem BND zuordnen lässt.
116 V. M., Notiz für Fritz Heine, o. D. [26.4.1956], in: ACDP, 01-070-16/2. Der Informant scheint Siegfried Ortloff gewesen zu sein. Siehe dazu unten, S. 845 ff.
117 Vgl. Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 312.
118 Vgl. Löttel, FDP, S. 90.
119 V. M., Sitzung des Wahlkampfausschusses der FDP vom 4. Mai 1956, 8.5.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.
120 V. M., FDP NRW, 8.5.1956, in: ebd.
121 Vgl. Wengst, Dehler, S. 291 ff., und Löttel, FDP, S. 84 ff.
122 V. M., Verhältnis FDP-CDU (Äußerung Dr. Mende), 12.9.1956, in: ACDP, 01-070-16/2. Lag am selben Tag Adenauer und Globke vor, der hds. vermerkte, »Dr. Mende ist bisher in die Verhandlungen nicht eingeschaltet«. Hervorhebung der Anstreichung von mir. Siehe auch die reguläre BND-Meldung »Spekulationen der FDP in Bezug auf Koalition mit der SPD für den Fall eines sozialdemokratischen Wahlsieges 1957« vom 19.11.1956, die Pullach selbst als »recht verfrühte, aber mögliche Gedankenspekulationen« einstufte, in: BND-Archiv, 120205, Bl. 52 ff.
123 Löttel, FDP, S. 89.
124 V. M., o. D. [zweite Oktoberhälfte 1956], von Adenauer und Globke abgezeichnet, in: ACDP, 01-070-16/2.
125 Dazu der Bericht von V-13910, Kontakte der politischen Parteien in der SBZ, 10.12.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1845 f., weitergeleitet an Kohler (122) und das Kanzleramt, in: BND-Archiv, 220270, o. Bl. Er schildert die gegen Döring, Mende und Scheel, die Hauptinitiatoren der Gespräche, gerichteten Anfeindungen innerhalb der FDP.
126 Siehe oben, S. 215 ff.

127 Bericht der Außenorganisation 11/III über die Westarbeit der NDPD an Wolf von Rothkirch und Panten (127), auch abgezeichnet von Kurt Weiß, 3.1.1957, in: BND-Archiv, 122426, Bl. 13 ff.

128 Döring machte Kurt Weiß noch Anfang 1957 das Angebot, seine Gespräche, namentlich mit ungarischen und polnischen Partnern, dem BND »zur Unterstützung, Ablenkung oder Irreführung« nutzbar zu machen. »Ja«, notierte Gehlen am Rande. Weiß (50c1/L 133) an Gehlen (50), Ostkontakte »Dora« (FDP), 11.2.1956, in: BND-Archiv, 220270, o. Bl.

129 Weiß (50c1/L 133) an Gehlen (50), Gespräch mit dem FDP-Bundesvorsitzenden Reinhold Maier und 50c1/L 133, 11.2.1957, in: BND-Archiv, 220.270, o. Bl.

130 V. M., Kontakte SPD-FDP, 25.6.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

131 Siehe etwa die von verschiedenen Sachgebieten ausgehenden Berichte vom 21.6., 16.7. oder 1.8.1957, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1727 ff., 1703 ff. und 1679 ff.

132 V. M., Lage im Landesverband NRW der FDP, 17.7.1957, in: ACDP, 01-070-16/2.

133 Siehe auch den Informationsbericht des Journalisten Robert Strobel, in: Löttel, FDP, S. 797 ff.

134 V. M., Sitzung des PV der SPD; Stimmungswandel gegenüber der FDP, in: ACDP, 01-454-005/3.

135 V. M., Niederlegung der Kandidatur Augstein, 17.7.1957, in: ACDP, 01-070-16/2.

136 V. M., o. T., 3.8.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

137 Siehe unten, S. 687 ff. Siehe auch V. M., FDP, 25.7.1957, in: ACDP, 01-454-005/3. Es ging darin um eine von Wolfgang Döring herausgegebene Schrift für »Ehemalige«, die Sefton Delmer zur Kenntnis gelangt war. Döring habe daraufhin, »um unerwünschte Rückwirkungen zu vermeiden, mit dem Zentralverband der Juden in Deutschland Verbindung aufgenommen und hierbei erklärt, dass es jetzt um die Aufgabe gehe, die politisch nicht festgelegten ›Ehemaligen‹ an die FDP zu binden«.

138 V. M., Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 3. August, 5.8.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

139 V. M., Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 19.8.1957 in Frankfurt, 21.8.1957, in: ACDP, 01-070-16/2. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 799 ff.

140 V. M., FDP-Propaganda zum Fall »Neues Abendland«, 3.9.1957, in: ACDP, 01-454-005/3; darauf auch Marginalie des Kanzlers.

141 V. M., Döring, 1.10.1957, in: ACDP, 01-070-16/2; siehe auch bereits V. M., FDP/Döring, 21.9.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

142 V. M., Wahlpropaganda der FDP, 1.10.1957, in: ACDP, 01-070-16/2; siehe auch V. M., FDP Nordrhein-Westfalen, 1.10.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

143 V. M., Spannungen Maier-Mende, 1.10.1957, in: ACDP, 01-070-16/2.

144 V. M., FDP, 6.11.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

145 V. M. Fraktionssitzung der FDP vom 12.11.1957 – Wahl des Vorstandes der Bundestagsfraktion der FDP vom 12.11.1957, 14.11.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

146 V. M., Besprechung des Führungskreises der nordrhein-westfälischen FDP über Fragen der Wahlkampftaktik, 14.11.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

147 V. M., Weyer und Döring, 21.11.1957, in: ebd.

148 V. M., Besprechung Döring/Gehlen, 6.12.1957, in: ACDP, 01-070-16/2; siehe auch V. M., Sitzung des Bundesvorstands der FDP am 30.11.1957 in Frankfurt, Landtagswahl in Bayern und Gespräch Ollenhauer/Reinhold Maier, in: ACDP, 01-454-005/3.

149 Fernschreiben der Bonner Verbindungsstelle des BND an Gehlen, 11.12.1957, in: BND-Archiv, 1231, Bl. 93.

150 Gehlen [Entwurf von Kurt Weiß], Besprechung mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten W. Döring am 2./3.12.1957, in: BND-Archiv, 1231, Bl. 88 ff. Laut Gehlens hds. Marginalie

Staatssekretär Globke am 20.12. persönlich übergeben.
151 Dem sowjetischen Nachrichtendienst scheint die recht enge Verbindung Dörings zum BND nicht deutlich gewesen zu sein, denn noch am 5.9.1959 erhielt sein Agent Heinz Felfe den Auftrag zu klären, »Welche Tätigkeit übt Döring (FDP) aus? Besteht zwischen ihm und dem BND Verbindung? Wie wird Döring durch den BND beurteilt«; in: BND-Archiv, 121453, Bl. 24.
152 V. M., Bayerische Landtagswahl, 13.12.1957, in: ACDP, 01-070-16/2.
153 V. M., Verhältnis Dehler/Reinhold Maier, 19.12.1957, in: ebd.
154 V. M., Einstellung von Zoglmann zur Landeskoalition in NRW, 19.12.1957, in: ebd.
155 V. M., FDP-Finanzierung, 19.12.1957, in: ebd.
156 V. M., Bericht über ein Gespräch mit dem Landesgeschäftsführer der FDP NRW Rieger, 19.12.1957, in: ebd.
157 V. M., Sitzung des Wahlkampfausschusses der FDP in NRW am 17.12.1957, 19.12.1957, in: ebd.
158 V. M., Finanzierung des Wahlkampfes der FDP in NRW, 3.1.1958, in: ebd.; dort auch V. M., FDP zur Kandidatur Blüchers [für ein Amt in der Montanunion].
159 V. M., Nordrhein-westfälische FDP, 9.1.1958, in: ebd.
160 V. M., FDP NRW, 26.4.1958, in: ebd.
161 V. M., Döring, 5.5.1958, in: ebd.
162 V. M., Döring, 9.5.1958, in: ebd.
163 Vermerk über das Verhältnis zwischen dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Erich Mende und Bundeskanzler Adenauer, 13.5.1958; abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 810 f.
164 V. M., Verhältnis FDP-CDU auf Bundesebene; Gespräch mit Dr. Mende, 27.5.1958, in: ACDP, 01-070-16/2.
165 V. M., Verhältnis Reinhold Maier-Mende, 27.5.1958, in: ebd.
166 Siehe Löttel, FDP, S. 90 f.
167 Schwarz, Adenauer, II, S. 406.
168 Vgl. Wengst, Dehler, S. 309 ff.
169 Außenorganisation 11/III, Quelle V-13910, Ostkontakte der FDP, 18.3.1958, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1530 ff.
170 Siehe unten, S. 740 ff.
171 V. M., Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 3.6.1958, 4.6.1958, in: ACDP, 01-070-16/2.
172 V. M., Aufstellung der FDP-Liste für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 4.6.1958, in: ebd.
173 V. M., Auffassung von Dr. Mende zur Koalitionsbildung nach der Landtagswahl in NRW, 19.6.1958, in: ebd.
174 V. M., Döring, 19.6.1958, in: ebd.
175 V. M., Bundesgeschäftsführer der FDP, 19.6.1958, in: ebd.
176 Schwarz, Adenauer, II, S. 435 f.
177 V. M., Nordrhein-westfälische FDP, 10.7.1958, in: in: ACDP, 01-070-16/2.
178 V. M., Unterhaltung mit Dr. Mende, 10.7.1958, in: ebd. Siehe auch V. M., Reinhold Maier-Rubin, 27.10.1958, in: ebd.
179 V. M., Wahl des Bundespräsidenten, 19.12.1958, in: ebd.
180 Zur Beobachtung dieser Diskussion in der SPD durch den BND siehe unten, S. 788.
181 V. M., Besuch Reinhold Maiers beim Bundeskanzler; Gespräch Döring / Dr. Mende, 16.1.1959, in: ACDP, 01-070-16/2. Abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 820 f.
182 V. M., Dr. Ungeheuer, 23.1.1959, in: ACDP, 01-070-16/2.
183 Siehe Schwarz, Adenauer, II, S. 467 ff., auch zum Folgenden. Das zweite Zitat ebd., S. 488.

184 Die beiden vorhandenen Meldungen über die FDP behandeln die »Wahl des Landesvorstands der FDP in NRW« (26.2.1959) und den »Französischen Protest gegen den in der beiliegenden FDP-Wochenzeitung enthaltenen Algerienartikel« (17.8.1959), in: ACDP, 01-070-16/2.

185 Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 194.

186 Notiz für die Besprechung Gehlens mit Globke am 26.10.1959; vorbereitend Weiß (181) an Gehlen (363), Neuer Deutschland-Plan der FDP, 13.10.1959. Darin die Bemerkung, man habe von einem leitenden Funktionär der FDP erfahren, es hätten sich »einzelne Mitglieder des Bundesvorstandes der SPD bereits sehr positiv zu dem neuen ›Deutschland-Plan‹ geäußert«, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 318 ff.

187 Siehe Dülffer, Krise, S. 549 ff.

188 Vgl. die neuerliche »Anmeldung« Hoppes bei der Dienststelle 505 vom 27.9.1961, in: BND-Archiv, 22492, Bl. 42.

189 Siehe die Bemerkung »Wintersteins« in seinen späteren Kommentaren über die positive Entwicklung Schollwers (3.11.1959) und über Zoglmann (1.12.1961), in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 333, sowie NL 10, Bd. 8, Bl. 283. Zu den Kommentaren von Kurt Weiß zu seinen Tagebüchern siehe unten, S. 407.

190 Flach an die Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes, »Notizen zur Wahlwerbung«, 12.2.1960, in: ACDP, 01-070-16/2.

191 Wengst, Dehler, S. 320.

192 Löttel, FDP, S. 93.

193 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 225.

194 Vermerk über die Verhandlungsstrategie des FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Mende, 19.9.1961; abgedruckt bei Löttel, FDP, S. 849 f.

195 Weiß (181) an Gehlen (363), Gesprächsunterlage des Herrn Bundeskanzlers für die Koalitionsbesprechungen mit der FDP, 13.10.1961, in: BND-Archiv, 120610, Bl. 592.

196 Löttel, FDP, S. 94.

197 Siehe unten, S. 843 ff.

VI. Gehlens »Winterstein«-Unwesen: Presse, Parteipolitik und die restliche Welt

Reinhard Gehlen widmete sich der ausgedehnten Inlandsspionage des BND und seinen geheimen Diensten für das Bundeskanzleramt aus persönlicher Überzeugung wie aus behördlichem Kalkül. Einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitskraft steckte er in diesen Machtmissbrauch. Von amerikanischer Seite beargwöhnt, aber nicht behindert, von Adenauer und Globke ermuntert und gedeckt, ohne parlamentarische Aufsicht oder irgendwelche sonstige Kontrollen konnte er als »Utility« seinen Apparat bereits in den vierziger Jahren nach freiem Gutdünken auch im Innern einsetzen; als BND-Präsident dann noch ungehemmter. Ideen- und variationsreich beauftragte der »Doktor« bald diesen Mitarbeiter, bald jenen V-Mann, einmal die eine, ein andermal die nächste Dienststelle. Oft genug erübrigten sich explizite Aufträge, da Gehlens engster Führungskreis wusste, was der Chef erwartete, und den leitenden Mitarbeitern natürlich geläufig war, dass das intern regelmäßig bekräftigte Verbot von Inlandsaufklärung diese nicht verhindern, sondern verschleiern sollte.

Schon häufig war in unserer Untersuchung von Kurt Weiß alias »Winterstein« die Rede. Da sein Anteil an der ausgedehnten politischen Inlandsspionage Pullachs kaum überschätzt werden kann, ist es geboten, seine Tätigkeit über drei Jahrzehnte hinweg zusammenhängend zu betrachten. Zwar verbietet sich die Personalisierung der Inlandsspionage in der Person eines hochrangigen Beamten, doch hätte der BND-Präsident ohne diesen ebenso intelligenten wie bedenkenlosen Manager seine Behörde kaum auf das hohe Niveau nachrichtendienstlicher Zweckentfremdung treiben können, das dem Auslandsnachrichtendienst das geheime Einverständnis von Kanzleramtschef Hans Globke sicherte und so seine politisch-institutionelle Stabilisierung vor allem garantierte. »Wintersteins« Tätigkeitsfeld zeigt eine geradezu abenteuerliche Breite. Es umfasste die Beziehungen des BND zur Presse, zu führenden

Unionspolitikern (darauf kommen wir im letzten Kapitel zu sprechen[1]) und – dieser ironische Zungenschlag sei erlaubt – zur restlichen Welt.

Kurt Weiß gehörte in dem intimen Kreis um Gehlen zu jenen leitenden Mitarbeitern, die das beamtenrechtliche Gebot zu einer innen- und parteipolitischen Zurückhaltung durchweg missachteten; wahrscheinlich war er der bedenkenloseste der Adlaten. Das war einer der Gründe, weshalb der BND-Präsident seinen »Intimus«[2] so schätzte und ihm eine steile Karriere ermöglichte. Wie anfangs Hans-Ludwig von Lossow[3] verhalf der treu ergebene und eminent effektive Weiß seinem »Doktor« (gemeinsam mit Wolfgang Langkau, dem Leiter des Strategischen Dienstes) zu einer breiten Verankerung des BND in den Medien und zu einer Fülle nützlicher Sonderbeziehungen zu Unionspolitikern.

Die Kehrseite dieser lange im Verborgenen glänzenden Medaille zeigt, wie die Machenschaften von Reinhard Gehlen und Kurt Weiß frühzeitig den Weg pflasterten, der den Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland zu Skandalen und Peinlichkeiten erstaunlicher Dimension führte. Auszubaden hatten diese Fehlentwicklung Gehlens Nachfolger Gerhard Wessel und Klaus Kinkel, sogar Konrad Porzner noch. Der FDP-Politiker und dritte BND-Präsident Kinkel fasste sich am 13. Oktober 1981 immerhin ein Herz, enthob den ehemaligen Leiter der Beschaffungsabteilung Kurt Weiß, die graue Eminenz des Dienstes, wenige Tage vor der Pensionierung seiner Ämter und belegte ihn obendrein mit einer schriftlichen Missbilligung.[4]

Man darf diesen Ersten Direktor im BND getrost als üble Figur bezeichnen. Wie kein zweiter verkörperte »Winterstein« das in den Gehlen-Jahren durch nichts zu verunsichernde Unverständnis über die Pflichten eines hohen Beamten, über das Regelwerk der Demokratie und die Normen des Rechtsstaats. Kurz: Er war die Inkarnation des Unvermögens, gesetzestreu zu handeln und politischen Anstand zu wahren. Man wäre sogar geneigt, von einer Verwahrlosung des Dienstes zu sprechen, weckte der Begriff nicht die Vorstellung progressiven Verfalls. Davon kann jedoch nicht die Rede sein, denn Reinhard Gehlen und sein effektivster Helfer Kurt Weiß bezogen sich von Anfang an nicht auf Recht, Gesetz oder eine verantwortungsvolle Gemeinwohlorientierung. Ihre Handlungsgrundlage war die vordemokratisch-vorrechtsstaatliche Maxime, wonach der Zweck die Mittel heilige. Da sie die Nachkriegsjahre weiterhin als Kampfzeit

betrachteten, konnten sie sich auch später niemals ihrer Prägung durch diesen Grundsatz entziehen, dem zu huldigen, in den Hitler-Jahren systemadäquat und karrierefördernd gewesen war.

Wohlgemerkt, hier ist nicht von den besonderen, manchmal die Grenzen des Erlaubten streifenden und überschreitenden Handlungsbedingungen im nachrichtendienstlichen Metier die Rede, sondern von der selbstherrlichen Grundauffassung an der Spitze des Systems Gehlen, was in einer wichtigen Institution der Republik als handlungsleitend, noch tolerabel oder indiskutabel, als unverantwortlich, gesetzwidrig oder demokratieschädlich anzusehen sei. Unkontrolliert und unkontrollierbar wie sie waren, blieben BND-Hauptverantwortliche wie Reinhard Gehlen, Wolfgang Langkau und in herausragender, jedoch systemtypischer Weise Kurt Weiß ihre gesamte »staatsbejahende« Amtszeit (und darüber hinaus) unempfindlich gegenüber den Pflichten korrekter Amtsführung – waren sie etwa keine hochdotierten Bundesbeamten? – und gemeinwohlorientiertem Auftragshandelns, jedenfalls immer unerreichbar von dem allmählichen Wandel des Demokratie-, Staats-, Gesellschafts- und Rechtsverständnisses seit Ende der fünfziger Jahre. Das Pullacher Milieu dürfte mit seinem autoritär-nationalkonservativen Beharrungsvermögen Gehlen’scher Prägung[5] unter der Käseglocke des Hochgeheimen der bundesdeutsche Ort mit der stärksten Rückwärtsgewandtheit gewesen sein. Das Weiß’sche Erbe überdauerte dort in Gestalt und Handeln des BND-Vizepräsidenten Dr. Paul Münstermann bis in die neunziger Jahre hinein,[6] bis Kanzleramtschef Friedrich Bohl, gewiss kein progressiver Eiferer, nicht umhinkonnte, diesen »Dr. Heidegger« vom Dienst zu suspendieren und ihm dabei die Hauptnorm und Kernpflicht des Berufsbeamtentums in Erinnerung zu rufen, wonach ein Beamter »dem ganzen Volk, nicht einer Partei« zu dienen habe.[7]

1. Kurt Weiß alias »Winterstein«

Kurt Weiß, Jahrgang 1916, entstammte einer wohlsituierten Tübinger Familie, der Vater war Berufsoffizier, die Mutter Tochter eines Berliner Geheimrats. Er verlebte seine Jugend in der Hauptstadt, engagierte sich in der Presseabteilung der HJ-Führung, legte das Abitur an einem Humanistischen Gymnasium ab und verpflichtete sich danach zu einem freiwilligen Jahr im Reichsarbeitsdienst. Eigentlich hatte Weiß Zeitungswissenschaften studieren wollen, doch bereits im ersten Jahr als Wehrpflichtiger »begeisterte ich mich«, wie er in dem Lebenslauf schreibt, mit dem er sich bei Eintritt in die Organisation Gehlen ins rechte Licht zu setzen versuchte,[8] »für den bereits von meinen Vorfahren ausgeübten Soldatenberuf derart, dass ich mich als Offiziersanwärter bewarb und im Frühjahr 1936 auch angenommen wurde«. Es ging rasch voran. Nach den Feldzügen gegen Polen, Frankreich, Jugoslawien und Russland wurde er, eine stattliche Erscheinung, »bevorzugt zum Hauptmann befördert«. Der spätere BND-Stratege durchlief die Generalstabsausbildung und fand sich bei Kriegsende als Erster Generalstabsoffizier der zerfledderten »11. Armee« im Harz wieder, wo er den späteren BND-Vizepräsidenten Hans-Heinrich Worgitzky kennenlernte und sich durch einen letzten Gegenstoß gegen die Amerikaner auszeichnete, die bald beider Dienstherren wurden.

Nicht allzu weit vom Schauplatz seiner letzten Schlacht unternahm der bald Dreißigjährige im unterfränkischen Bad Brückenau den Versuch, ins zivile Leben zurückzufinden. 1945 sei ihm als Familienvater nichts anderes übriggeblieben, als in dem von seiner Schwiegermutter geerbten Textilgeschäft Einkäufer zu werden, klagte Weiß, allerdings habe er bald die Geschäftsführung übernehmen können. Da dies zum Lebensunterhalt nicht ausreichte, arbeitete er außerdem »als verantwortlicher Redakteur für Lokales, Kulturelles und Sport« beim *Brückenauer Anzeiger*, natürlich neben einer »Reihe von Ehrenämtern als Vorstand der hiesigen Sportvereine, des Kurvereines usw.« Das unterforderte den selbstbewussten Major i. G. a. D. so dramatisch, dass er bei seiner Anwerbung durch die Organisation Gehlen offen eingestand, er sei »gezwungen, mir eine Existenz zu schaffen, die mich befriedigt und die mir Möglichkeiten zur Entfaltung und Aufwärtsentwicklung bietet«.

Der »Tipper«, ein ehemaliger Hörsaal-Kamerad, ebenfalls Major i. G. a. D. und jetzt Gehlen-Mitarbeiter in Berlin, schilderte die Misere des Weiß etwas anschaulicher und berichtete, dieser habe ihm gesagt, »dass er mit aller Energie sich eine neue Tätigkeit suchen will. Er sei auch schon einige Male in Bonn gewesen, um bei einer Remilitarisierung sofort berücksichtigt zu werden, bisher jedoch ohne irgendwelche Hoffnungen und Aussichten«. Dieser intelligente und äußerst zuverlässige Kamerad, so das Empfehlungsschreiben weiter, werde sich gewiss gern zur Mitarbeit bereitfinden.[9] Dem war denn auch so, und General a. D. Reinhard Gehlen ließ es sich nicht nehmen, diesen vielversprechenden Mann, Humanist und Generalstäbler wie er selbst, persönlich unter die Lupe zu nehmen.

Nach seiner eigenen Darstellung traf Kurt Weiß, der sich in seinem Lokalblatt wiederholt für die Wiederbewaffnung ausgesprochen hatte, den damals schon von allerlei Legenden umwobenen »Dr. Schneider« Mitte Februar 1952 und staunte nicht schlecht, mit welcher Unbefangenheit der ehemalige Chef von Fremde Heere Ost ihm seine politische Lagebeurteilung vortrug, beginnend mit der Beantwortung der Gretchenfrage »Warum war es notwendig, unter der Protektion der Amerikaner, also im Zusammenwirken mit einem Kriegsgegner, als deutsche Organisation nachrichtendienstlich tätig zu werden«?[10] Auch wenn Weiß-Erzählungen grundsätzlich mit Vorsicht zu begegnen ist, so mag es doch sein, dass sich zwischen den beiden humanistisch gebildeten und kriegserfahrenen Stabsoffizieren eine angeregte Diskussion entspann. Gehlen bot seinem Gegenüber jedenfalls die »sofortige Mitarbeit in der Zentrale (Pullach) an«, und zwar bei der dringlich zu intensivierenden politischen Aufklärung. Das war zwar nicht gerade das, was die CIA interessierte, doch ihr deutscher Schützling »Utility« bedeutete dem Neuling aus Bad Brückenau »augenzwinkernd«, manches müsse dann eben »in deutschem Interesse ohne Einblicke der ›Freunde‹ erledigt werden«. Sechs Wochen nach diesem erstaunlichen Rendezvous begann Kurt Weiß alias »Winterstein« (V-23677) in Pullach seine rasante Karriere sogleich als Hauptreferent in der politischen Beschaffung, vor allem jedoch als des »Doktors« allgegenwärtiger Famulus in Politicis.

Man wird in den Personalunterlagen der Gehlen-Jahre keinen Mitarbeiter finden, auf den ununterbrochen ähnlich enthusiastische Beurteilungen herabgeregnet wären wie auf Kurt Weiß: »Gehört zu den führenden

Persönlichkeiten des Dienstes« (1959), »eine der besten Führungskräfte des Dienstes« (1965) usw., usf. Solche Urteile schlossen nahtlos an die Einschätzungen seiner früheren militärischen Vorgesetzten an. Ihnen waren ebenfalls Eigenschaften aufgefallen, die ihm auch später attestiert wurden: »Gerader, ehrlicher, ordentlicher und anständiger Charakter, ruhig und zuverlässig. Starke Persönlichkeit mit Führeranlagen«, hieß es da. Weiß stehe überall über dem Durchschnitt, »schnelle Auffassungsgabe und Entschlusskraft. Vertritt mit sachlicher Begründung eigene Ansichten. Gutes taktisches Können, organisatorisch befähigt, von gesundem Ehrgeiz. Geistig sehr gut veranlagt, vielseitig interessiert, gutes Redetalent, in schriftlichen Dingen sehr gewandt«, so weiter. »Im Kameradenkreis beliebt. Durch seine dauernde Fürsorge und gerechte Behandlung bei seinen Untergebenen geachtet und sehr geschätzt, wirkt mitreißend«.[11]

Ob Kurt Weiß ein überzeugter Nationalsozialist gewesen ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Nach 1945 war der junge Mann jedenfalls klug genug, sich in die neue Zeit einzufinden, die veränderten politischen Rahmenbedingungen zu akzeptieren und wie viele andere seiner Generation seine weltanschauliche Heimat bei den Unionsparteien zu finden, zuvörderst als Mitglied in der CSU Strauß'scher Prägung. Wie bei anderen Mitarbeitern des BND steckte freilich auch bei »Winterstein« noch die Gewohnheit im Blut, manches Ereignis und manche Tendenz mit jüdischem Einfluss zu erklären oder in internen Schriftstücken darauf hinzuverwiesen. Ganz gewiss aber hatte sich mit dem Untergang des Dritten Reichs für Kurt Weiß das erledigt, was die zur Zeit des Stalingrad-Desasters Anfang 1943 verfasste militärische Beurteilung bei ihm aus vorbauender Routine oder aus Überzeugung herausgestellt hatte: »Ist vom nationalsozialistischen Ideengut durchdrungen und setzt sich bedingungslos dafür ein. Er versteht diese Grundeinstellung auf andere zu übertragen.«

Wie der BND-Präsident seinen leitenden Mitarbeiter sah, der uneingeschränkten Zugang zu ihm genoss,[12] zeigt seine zustimmende Marginalie auf einem der damals üblichen anonymen Schriftgutachten: »Trifft den Nagel auf den Kopf«. Zwar sei der Schreiber, befand der Graphologe, ein etwas subjektiver Charakter, der trotz seiner sonst sehr guten Intelligenz »zu Selbsttäuschungen neigt« und seinen »Wirklichkeitssinn« so teilweise einschränke, doch sonst sei alles bestens: »Er ist ein sehr aktiver und tatkräftiger Mensch, der über ein beträchtliches

Geschick im Umgang mit Menschen verfügt. Er versteht sie durch Freundlichkeit für seine Pläne zu gewinnen und er dürfte sogar eine gewisse Begabung auf dem Gebiet der Politik besitzen, zumal er – zumindest auf eine bestimmte Gruppe von Menschen – suggestiv zu wirken vermag. Er ist von sich und seinem Wert überzeugt. Verhandlungstalent besitzt er in ausgeprägter Form. Seine Gedanken äußert er durchaus mit dem Sinn für das Effektvolle.«

Dem Psychologen fiel noch ein Persönlichkeitselement auf: »Den Unaufrichtigkeitsmerkmalen in der Schrift, die in verhältnismäßig starker Ausprägung zu finden sind, steht ein ebenfalls sehr starker Wahrhaftigkeitssinn gegenüber«, vermutete er. »Der Schreiber versteht es zwar, andere Menschen zu täuschen, seine Vertrauenswürdigkeit im engeren Sinne kann jedoch bejaht werden. Seine Disziplin mildert die bei ihm ebenfalls gegebene Eitelkeit. Zur Ein- und Unterordnung ist er befähigt. Er kann sich durchsetzen. Geistige Beweglichkeit und die Fähigkeit, sich in allen Situationen zurechtzufinden, sind dem Schreiber gegeben. Seine Arbeitsqualität ist nicht zuletzt wegen der erwähnten Energie sehr gut.« Gehlen gefiel diese Diagnose: »Typisches Gutachten für einen ausgezeichneten ND-Führer mit kleinen Schwächen«, notierte er auf dieser Ansammlung von Werturteilen. Ein BND-Abteilungsleiter Personal und Verwaltung, der ihn noch erlebt hatte, bekannte in einem Interview viel später ebenfalls, sein damaliger Kollege sei »ein hochintelligenter, begabter, unheimlich aktiver, auch humorvoller, jovialer Mann gewesen, allerdings intrigantenhaft«.[13]

Man könnte diesen Mutmaßungen als Beleg für das kleincharismatische Menschenfängertum des Diagnostizierten dessen ellenlange Gebrauchslyrik an die Seite stellen, mit der »Winterstein« seine Mitarbeiter auf Weihnachtsfeiern zu unterhalten pflegte, möchte es aber lieber bei einigen Highlights belassen: »Ich nenne hier nur rasch als ›Dauer‹ / An zähem Willen: ›Adenauer!‹ / Lasst uns in gleicher Weise ringen / Dann lässt sich selbst ein Feind bezwingen (Bürokratie)« (1955); Reizthema Sicherheit: »Doch diesmal schwindet dieses schnell / Weil unser ›Dr.‹ auf der Stell’ / sich an die schönen Damen wendet / wobei er ritterlich versendet / Die Blicke sprühend in die Runde / Um freizulegen manche Wunde« (1960); »Vom Parteizank sind wir frei / Dieses hoch gepriesen sei / Auch was sich im Parlament / An Bedeutung zuerkennt / Mancher, der sich mit Gewalt /

»Produziert« – es lässt uns kalt / Pullach will, das möcht’ ich meinen / (Immerdar) mehr sein als scheinen« (1965).[14]

Der KGB-Agent Heinz Felfe überzeichnete die Bedeutung von Kurt Weiß für den Gehlen-Dienst nur leicht, als er 1986 in seinen Erinnerungen festhielt: »Es gab seit 1952 keine innenpolitische Aktion des BND, an der ›Winterstein‹ nicht beteiligt wurde.«[15] Er konnte das aus eigener Anschauung beurteilen, denn es war nicht zuletzt Weiß selbst gewesen, der ihm innerhalb und außerhalb des Dienstes Tür und Tor geöffnet und so wesentlich dazu beigetragen hatte, den sowjetischen Agenten in Pullach und Bonn hochzuspielen.[16] Bei der Auslandsaufklärung, die hier außer Betracht bleiben kann, sah es eineinhalb Jahrzehnte lang nicht anders aus. So gut wie alle relevanten Dokumente liefen über seinen Schreibtisch. Abertausende Aktenstücke weisen Kommentare und Notate in seiner gut lesbaren Handschrift auf, und es ist nicht leicht, sich der Vorstellung zu entziehen, als habe dieser Hansdampf in allen Gassen sämtliche überlieferten Unterlagen in der Hand gehabt und mindestens die Hälfte davon selbst verfasst.

Ein besonders farbiges Porträt »Wintersteins« verdanken wir seinem engen Mitarbeiter im Strategischen Dienst, Dr. Hans Langemann (V-24628, »Dr. Lückrath«), einer der wunderlichsten Skandalfiguren des BND.[17] Er sprach es Anfang der achtziger Jahre einem Journalisten auf Tonband: »Winterstein war ein Mensch, der außergewöhnlich akribisch arbeitete, außergewöhnlich viel arbeitete, der immer da war, der auch Urlaube unbeachtet ließ, um nur immer am Führungsdeck zu sein, und am Führungsdeck war er ganz ohne Zweifel. Das brachte schon seine enorme Verflechtung mit der Presse zuwege. Alles, was dem BND in die Quere kam in publizistischer Manier, war Winterstein’s Aufgabe abzuwehren, und er hat es gekonnt verstanden. Er hatte eine dicke fleischliche Nase und sprach nahezu druckreifes Deutsch. Deutsch, das sich dadurch wieder auszeichnete, dass es in einer gewissen bramarbasierenden, etwas überhöht theatralischen Form zum Ausdruck kam. Winterstein ist ganz ohne Zweifel eine der bedeutendsten Figuren im Gehlen’schen Dienst gewesen. Soweit seine Fähigkeit es vermochte, die Publizistik und die Resonanz des Bundesnachrichtendienstes nach außen zu bewältigen. Ein geheimer Nachrichtendienstler war Winterstein niemals. Hat es, ich glaube, er hat es

mir einmal gesagt, als wir eine Flasche Cognac miteinander tranken, hat es auch nie gewollt.«

»Wintersteins Apparat umfasste sein eigenes Büro«, erinnerte Langemann sich weiter, »bestehend aus einigen wenigen Damen und darunter einen veritablen großen Apparat, die Gruppe Ost, die Gruppe West übrige Welt, die Gruppe Immigration und möglicherweise auch noch eine andere Gruppe, insbesondere auch versehen mit noch einem überhöhten Sicherheits- und Gegenspionagesektor, den ich mal zeitweise geleitet hatte, und darüber hinaus auch mit einem, mit riesigen Finanzmitteln ausgestatteten Sektor Technik. Dort konnte man wirklich nun alles haben und bestellen und mit begründetem Antrag auch erhalten, was die modernste nachrichtendienstliche Technik auf dem Foto- und Elektroniksektor mit sich brachte.«[18]

»Wintersteins« Marsch durch die Institution begann am 1. April 1952 in der Gruppe IVa der Tarifordnung für Angestellte. Drei Monate später fand sich Weiß bereits in Gruppe III, keine zwei Jahre später in Gruppe II, am 1. August 1955 bereits in der höchsten Besoldungsgruppe I. In der Abteilung 40 (Gegenspionage) von Kurt Kohler hatte er seine Tätigkeit sogleich als Hauptreferent begonnen. Hier war die politische Inlandspionage anfangs vor allem angesiedelt,[19] da die Militärs und die Männer aus den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten des Dritten Reichs zwischen Spionageabwehr und politischer Inlandsspionage »keinen Trennungsstrich«[20] ziehen konnten und wollten; Gehlen jedenfalls nicht. Der Begriff »Spionageabwehr« als Flagge und Feigenblatt bot den Paravent, hinter dem die Inlandsaktivitäten des Dienstes in Westdeutschland lange vor 1949 eingesetzt hatten. Mit Kurt Weiß hatte Reinhard Gehlen zu Beginn der Ära Adenauer rechtzeitig den idealen Mann dafür gefunden.

Schon vor der Ankunft des neuen Mitarbeiters in Pullach war klar, dass die innenpolitische Aufklärung ausgebaut werden musste. Adenauer und Globke hatten diese Erwartung unmissverständlich durchblicken lassen.[21] Außerdem lag Gehlen natürlich sehr daran, den politischen Prozess der Übernahme seiner Organisation als künftigen Auslandsnachrichtendienst genauestens zu beobachten und nach Möglichkeit zu beeinflussen. In Kohlers Abteilung, die ohnehin in der Kritik stand, kam es daher zu erheblichen organisatorischen Veränderungen. Namentlich das Referat für politische Beschaffung (40/P),[22] in das »Winterstein« eintrat, wurde gestärkt

und ausdifferenziert. Mit Rückendeckung von oben forcierte Kurt Weiß ohne viel Rücksichtnahme auf seinen Vorgesetzten die Aufwertung der politischen Berichterstattung. Nach dem nachrichtendienstlichen Desaster des 17. Juni 1953 und weiteren schweren Pannen des Dienstes erreichte er es, dass dieser Sektor zu einer eigenständigen Abteilung unter seiner Leitung erhoben wurde. Von der aufgelösten Diensteinheit 35 erbte er die meisten hochrangigen »Sonderverbindungen«.[23]

Nach den Bundestagswahlen 1953 und der Bildung der zweiten Regierung Adenauer festigten sich diese neuen Strukturen binnen eines halben Jahres.[24] Für Gehlen und seine Mitarbeiter war der Weg in den Bundesdienst jetzt so gut wie gesichert, die Inlandsspionage konnte mit dem Einverständnis des Kanzleramts ohne übermäßiges politisches Risiko ausgebaut werden. Kurt Weiß wurde unter dem »Führungsbeauftragten für Nachrichtendienste« (121), Conrad Kühlein (»Kühne«), Leiter der neuen Abteilung 133 (»Beschaffung Politik im Strategischen Dienst«), die an sich für die Gewinnung außenpolitischer Informationen über den Ostblock zuständig war.[25] Weiß brauchte sich jedoch nicht auf diese an sich sehr anspruchsvolle Aufgabe zu beschränken, sondern übernahm, wie gesagt, auf Gehlens Geheiß gewissermaßen nebenher auch gleich die Verantwortung für die meisten innenpolitischen Sonderverbindungen. »Winterstein«, der bei seinem Eintritt in den Dienst den ruhigen und kompetenten Klaus Ritter[26] abgelöst hatte, signalisierte seinen Kollegen, er halte nun nicht nur Kontakt zu wichtigen »einzelnen politischen Persönlichkeiten«, sondern er habe auch den »Gesamtüberblick über alle Presse-Kontakte der Org«.[27] Das sollte über beinahe zwei Jahrzehnte hinweg so bleiben.

Thomas Wolf hat herausgearbeitet, wie die neue Abteilung von Kurt Weiß mit dem Strategischen Dienst von Gehlens Regimentskameraden Wolfgang Langkau (»Langendorf«, »Holten«) fusionierte,[28] dem »Privatgeheimdienst des Org-Leiters«. Gestalt gewann dieser »Geheimdienst im Geheimdienst«, dessen Anfänge in die späten vierziger Jahre zurückreichten, in den ersten Monaten 1952, höchstwahrscheinlich auf Wunsch des Bundeskanzlers, der sich in Zeiten bedeutsamster Grundentscheidungen über den weiteren Weg des Landes eine von den Amerikanern unabhängige Informationsquelle zur »Westaufklärung« wünschte. Das sogenannte »Archiv« mit »Archivrat« Wolfgang Langkau an

der Spitze war vom übrigen Apparat strikt abgeschirmt. In dessen Sonderschriftwechsel wurde Gehlen nicht wie gewöhnlich mit »Doktor«, sondern »Professor« angesprochen.[29]

Weil sich die beiden außen-, aber eben auch innenpolitischen Beschaffungsbereiche von Langkau und Weiß von Anfang an überschnitten und mit der Übernahme der Organisation Gehlen als BND die Geheimnistuerei gegenüber den (tatsächlich stets bestens informierten) Amerikanern hinfällig wurde, konnte 1956 eine professionalisierende Neuordnung vorgenommen werden.[30] Aus dem »Archiv« wurde ein eigener »Führungsbereich« mit der Tarnchiffre 502. Kurt Weiß avancierte als Stellvertreter Langkaus zum Mitglied der Leitung der weiter als »Strategischer Dienst« bezeichneten und intern weiterhin strikt abgeschotteten Diensteinheit. Ihre Personalunterlagen wurden im Stab des Präsidenten verwahrt, es gab ein separates Ausbildungsreferat, eine eigene Presseauswertung unter Fritz Hesse, dem einflussreichen Pressemanager Ribbentrops, usw., usf.; eben alles, was einen eigenständigen Dienst ausmachte. »Winterstein« tat sich auch hier sogleich hervor und bildete unter anderem die Außenorganisation 521 unter dem langgedienten Siegfried Ungermann, einem seiner versiertesten Mitarbeiter, der namentlich bei der Beobachtung des Eichmann-Prozesses 1961/62 und der Ausforschung des Büros der Eichmann-Verteidigung eine zentrale Rolle spielte.[31]

Daneben existierte in diesem Bereich auch noch die seit 1956 bestehende »Außenpolitische Aufklärung«, nach dem Ausscheiden Gehlens 1968 in »Strategische Aufklärung« umbenannt, die ebenfalls von Kurt Weiß geführt wurde und unter Wessel dann in der neu gebildeten Abteilung I (Beschaffung) des BND aufging. »Wintersteins« Diensteinheit verfügte über etwa ein Dutzend Untergliederungen unterschiedlicher Stärke und wechselte ihre Tarnchiffre innerhalb von zwölf Jahren sechs Mal.[32] Es wäre verwunderlich gewesen, wenn es nach der Verzahnung des Langkau- und des Weiß-Bereichs, die sich »großflächig« überlappten,[33] zwischen dem dynamischen Gehlen-Protégé und dem bedächtigen Duzfreund Gehlens nicht zu Rivalität und Kompetenzkonflikten gekommen wäre.[34] Da der nimmermüde »Winterstein«, der im BND viel besser vernetzt war als »Langendorf«, sich bei der Führung der zahlreichen operativen Außenstellen schnell nach vorne spielte, erhielt er 1957 denn auch die

formelle Verantwortung für sie, bald sogar Weisungsbefugnis in grundsätzlichen Angelegenheiten. Allen Mitarbeitern war geläufig, wer den »Strategischen Dienst« unter dem nominellen Leiter tatsächlich befehligte: »Winnie«.

Die Machtposition und die singuläre Vertrauensstellung von Kurt Weiß bei Gehlen spiegelt sich in seinem unaufhaltsamen weiteren Aufstieg: Anfang 1961 die Ernennung zum Leitenden Regierungsdirektor unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit, gut vier Jahre später die Beförderung zum Direktor im BND, zwei Jahre danach die Ernennung zum »Ersten Direktor im BND«. Kurt Weiß überstand 1968 auch den Amtswechsel von seinem Förderer Gehlen zu Gerhard Wessel, der ansonsten bemüht war, das ihm hinterlassene Chaos zu ordnen. Damit nicht genug, wurde Weiß von Wessel mit dem Segen des Kanzleramts sogar zum Leiter der neu formierten Abteilung I (Beschaffung) berufen.[35] Doch mit seiner Abberufung aus dieser Position Ende April 1970 begann »Wintersteins« Absturz, der gut zehn Jahre später in seiner unehrenhaften Entlassung kulminierte: Zuviel an persönlichem Fehlverhalten, fortgesetzten Dienstpflichtverletzungen und politischer Durchstecherei hatte sich in bald zwanzig Jahren seit seinem Dienstbeginn 1952 auf seinem Konto angesammelt. Wir werden sehen, dass seine politische Einflussnahme und Zwischenträgerei mit seiner Entlassung nicht endeten. Sie waren seine eigentliche Leidenschaft, und er frönte ihr bis zu seinem Tod am 1. Februar 1994. Das schwang schon in der Feststellung mit, die Josef Selmayr, Chef des MAD und lange leitender Gehlen-Mitarbeiter,[36] 30 Jahre zuvor der CIA gesteckt hatte: »Winterstein has never qualified as an intelligence officer and never will.«[37]

2. Anfänge

Kurt Weiß hatte nach sieben dürren Jahren ziviler Quarantäne ab 1952 nun endlich wieder die Funktion als eine Art Erster Generalstabsoffizier, zuständig für die politische Nachrichtenbeschaffung aus dem sowjetischen Machtbereich. Sieht man von seiner Teilnahme am Russland-Feldzug der Wehrmacht ab, verfügte er dafür über ebenso wenig Qualifikation wie für die diffizile Kunst geheimer Informationsgewinnung. Doch da Generalstabsoffiziere nach dem klassischen Verständnis Allrounder sind, fielen solche Defizite bei seinem Mentor, der diese Führungsgehilfen-Philosophie mit der Muttermilch eingesogen hatte und ebenfalls keinerlei Qualifikation für die Ost-Spionage mitbrachte, nicht ins Gewicht. Für die innenpolitische Mission »Wintersteins« genügten seine rechtskonservative Grundeinstellung, seine Parkettsicherheit und seine ausgeprägte Fähigkeit, Menschen für sich und für Pullachs gute Sache zu gewinnen. Noch etwas anderes verband ihn, wie gesagt, mit Reinhard Gehlen: die in seinen bisherigen Erfahrungen gefestigte Überzeugung, der politische Zweck heilige jedes nachrichtendienstliche Mittel.

Schon kurz nach seinem Eintritt in die Organisation Gehlen konnte sich Kurt Weiß ein Bild davon machen, mit welcher Radikalität und welchen grotesken Spekulationen seine Dienststelle über missliebige Publizisten herzufallen pflegte, besonders hartnäckig in der Kampagne gegen Werner Friedmann, den Lizenznehmer der *Süddeutschen Zeitung* und Gründer der Münchener *Abendzeitung*.[38] Bald fanden sich auf den entsprechenden Unterlagen des Referats 40/P »Wintersteins« Marginalien, so etwa auf einer Aktennotiz für Gehlen von Juni 1953, in der es um die Verhinderung eines abträglichen Artikels in der Illustrierten *Stern* ging.[39] Das CIC hatte den Hinweis gegeben, der Reporter Wolfgang Löhde (der später als Entdecker des »Schatzes im Toplitzsee« bekannt wurde) arbeite neuerdings für einen westlichen Dienst und sei dort nicht nur mit »sehr abfälligen Äußerungen« über Pullach aufgefallen, sondern habe auch erklärt, er habe beim Hamburger Magazin einen Artikel über die Organisation Gehlen eingereicht.

Diese Aussicht versetzte den ohnehin zunehmend in der Kritik stehenden Gehlen-Dienst in einige Aufregung – es begann eine rege Konsultation über

Maßnahmen »zur Verhinderung des Löhde-Artikels«. Hans-Heinrich Worgitzky, der neben dem Leiter Gegenspionage und dem Chef der Auswertung ebenfalls eingeschaltet wurde, verfügte zwar über gute Beziehungen zum *Spiegel*,[40] aber leider nicht zum *Stern*-Chef Henri Nannen. So gelangte man zu der Entscheidung, die in ähnlichen Fällen bestens bewährte Sonderverbindung J-1897, Bestseller-Autor Jürgen Thorwald (der später die geheime Verdienstmedaille des BND erhielt[41]), in die »Verhinderung der Veröffentlichung einzubeziehen«. Kurt Weiß wollte man bei dieser Operation nicht zu ihm schicken, weil der Schriftsteller »nicht weitere Mitarbeiter der Zentrale kennen lernen sollte«; außerdem war »Winterstein« wegen der Berichterstattung zur unruhigen Lage in Berlin nach dem 17. Juni schlecht abkömmlich.

Also suchte ein anderer Mitarbeiter Thorwald auf. Der Schriftsteller sagte auch sogleich zu, er werde Nannen schriftlich »an die bisherige Abmachung, über die Org nichts zu veröffentlichen, erinnern« und den Journalisten außerdem »zu sich bestellen und ihn vor unüberlegten Schritten warnen«. Das klang vielversprechend, doch schon drei Tage später gab J-1897 Entwarnung. Er meldete nach Pullach, »dass weder Löhde einen Artikel über die Org der Chefredaktion des ›Stern‹ vorgelegt haben will, noch Chefredakteur Nannen einen derartigen Artikel erhalten hat«. Kurt Weiß war um die Erkenntnis reicher, wie umstandslos man Schritte einleiten konnte, um den Dienst vor publizistischem Feuer zu schützen.[42]

Nach einem guten Jahr in Gehlens Diensten hatte sich der zupackende »Winterstein« in Pullach bereits so kräftig nach vorne gearbeitet, dass er dort zum Hauptmanager in Pressesachen aufrückte. Durchaus innovativ, beschränkte er sich dabei nicht allein darauf, linksverdächtigen Publizisten nachzusteigen und unfreundliche Artikel nach Möglichkeit im Vorfeld abzuwehren, vielmehr stellte er nun auch die Weichen für eine durchaus moderne, positive Pressebeeinflussung. Diese Linie verfolgte er ein gutes Vierteljahrhundert lang. Anders als bei der üblichen PR von Firmen, Städten oder kulturellen Einrichtungen verfügte der Nachrichtendienst dafür in Gestalt von Sonderverbindungen, V-Leuten oder auch nur gewogenen Journalisten über erweiterte Möglichkeiten der Einflussnahme, weil deren Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen normalerweise nicht ahnten, dass diese BND-Konfidenten nicht nur für das eigene Blatt oder sich selbst

sprachen. »Wintersteins« Erzählungen aus dem geheimdienstlichen Schattenreich waren oftmals interessant, von ihnen aber so gut wie nie überprüfbar; manchen für die Lancierung bestimmten Artikel verfasste Weiß gleich selbst. Das waren ideale Arbeitsbedingungen für einen ebenso dynamischen wie bedenkenlosen Mann, der, von Gehlen beauftragt oder ermuntert, einige der schönsten Potemkin’schen Dörfer des BND errichtete.

Es wäre andererseits eine übertriebene Vorstellung, eine ausgefeilte Lenkung der Medien über dem BND verpflichtete Journalisten anzunehmen. Soweit reichte die Macht des Dienstes nie. Trotz vielfältiger Kontakte besaß Pullach keine Medien-Holding. Wie gesagt, es ging um das Bestreben, »flächendeckend Kontakte zu Medienvertretern zu halten. Vereinfachend gesagt: Je konservativ-etatistischer diese oder deren Medien eingestellt waren, desto enger waren die formellen oder informellen Verbindungen.«[43] Niemand wird mehr die Machenschaften und Manöver in ihrer ganzen Breite und Tiefe rekonstruieren können, die Kurt Weiß im Auftrag und im Sinne des BND-Präsidenten unternahm. Sie haben sich nur zum Teil schriftlich niedergeschlagen. In der Überlieferung des Auslandsnachrichtendienstes finden sich jedoch genügend Spuren des keineswegs auf die Pressepolitik beschränkten, sondern auch auf die Unionsparteien zielenden »Winterstein«-Unwesens, um einen ausreichenden Eindruck von der ungerührten Machtgewissheit, der staatsbürgerlichen Bedenkenlosigkeit und der oftmals verblüffenden fachlichen Dürftigkeit zu gewinnen, die es kennzeichneten.

Seit dem Sommer 1953 beschäftigte Weiß neben den politischen Eruptionen in der DDR die Frage, wie die Presselandschaft genauer zu prospektieren und wem dort nach dem bewährten Muster »Wer ist wer?« freundlich oder kritisch zu begegnen sei. Die Pläne des Axel-Springer-Verlags im Hinblick auf die arg unbequeme *Welt* fanden so gebührende Aufmerksamkeit;[44] Werner Friedmann, die prägende Figur der *Süddeutschen Zeitung*, und einige seiner Redakteure blieben ein rotes Tuch;[45] die recht gut eingespielten Kontakte zum *Spiegel*, der sich in der ersten großen Krise der Organisation Gehlen beim Kampf mit dem Staatssicherheitsdienst der SED ausgesprochen verständnisvoll verhalten hatte, waren weiter zu pflegen.[46] Die Beziehung zum katholisch-konservativen *Rheinischen Merkur* entfaltete sich nachgerade vorbildlich positiv.

Kurt Weiß, der sah, dass sich das Hamburger Magazin dank der Bemühungen von Hans-Heinrich Worgitzky, des Leiters der Bremer Außenstelle, in seiner Berichterstattung freundlich zeigen würde, verstand es sogleich, diesen Erfolg auch ein bisschen für sich zu kapitalisieren.[47] Das Referat 40/P hielt in seiner Notiz für Gehlen fest, »Winterstein« habe soeben »über die Komplexe ›Spiegel‹, ›Die Zeit‹ und ›Die Welt‹« Vortrag gehalten, und legte außerdem eine Aufstellung weiterer, von Worgitzky gepflegter Presseverbindungen vor: »A. ›Die Welt‹: Chefredakteur Hans Zehrer; über diesen soll demnächst Axel Springer durch Leiter ›B‹ angesprochen werden; b. AP: Über Winkler [Adolf Wicht] Möglichkeit, Einzelnachrichten aller Art zu lancieren; c. UP: Über Graf Brockdorf-Ahlefeld (Chef vom Dienst); d. ›Roter Dienst‹ über Winkler; e. ›Frankfurter Allgemeine‹ über Mitarbeiter Heysing zum Herausgeber Paul Sethe.«[48] Das waren zwar noch fremde Federn, doch war Kurt Weiß bereits dabei, die wichtigsten Pressebeziehungen bei sich zu bündeln.

Der milde *Spiegel*-Artikel über den desaströsen Einbruch des SED-Staatssicherheitsdienstes in die eigenen Reihen[49] war ein schöner Erfolg, er hielt Pullach aber nicht davon ab, alles zu tun, um weitere Berichte über diese Pleite nach Möglichkeit abzubiegen. Weiß verfasste dazu eine Notiz, der in den Folgejahren noch Hunderte ähnlicher Vermerke schier unerschöpflicher Themenfülle folgen sollten. Es ging um das Nürnberger *8-Uhr-Blatt*.[50] Die Zeitung, schrieb er, werde anderntags wohl einen »großen Artikel über die Org mit listenmäßigen Angaben (Namen) aller Verluste« bringen. Geschehe das tatsächlich, »ist Einwirkung nicht mehr möglich«, erkannte »Winterstein« messerscharf. Sei der Beitrag aber erst für die nächste Ausgabe vorgesehen, teilte er mit, dann werde Gehlens Vertrauter Hans-Ludwig von Lossow versuchen, auf das Blatt einzuwirken. Es solle bei dieser Aktion »auf die Verantwortlichkeit der Journalisten (im Sinne Artikel im ›Rheinischen Merkur‹) hingewiesen und evtl. erreicht werden, dass der Artikel vorher eingesehen werden kann«.

Obgleich das alles noch ein wenig vage und nicht ganz so aufregend war wie Weiß, der Beauftragte für »Gegenwirkung«, es in seiner Mitteilung ausmalte, ließ er es sich nicht nehmen, den Sachverhalt mit einem umfänglichen Kommentar zu versehen: »Es ist kaum anzunehmen«, mutmaßte er gegenüber Gehlen, »dass das ›8-Uhr-Blatt‹ mehr bringen kann als der ostzonale Rundfunk bzw. die ostzonale Presse. Die Redaktion dieser

Zeitung, die ganz auf Sensation (à la ›Abendzeitung‹) abgestellt ist, setzt sich aus Personen zusammen, die keineswegs als ostverdächtig angesehen werden können. Es handelt sich also um eine *mehr sensationelle als böswillige* Veröffentlichung. Trotzdem könnte sich eine ›Aufstellung aller Verluste‹ sehr übel auswirken […] Sofortige propagandistische Gegenwirkung erscheint – in einem solchen Fall – erforderlich«; er werde sich sogleich über den Stand der Dinge unterrichten und sich gegebenenfalls umgehend noch einmal melden.

Sehr viel einfacher und fruchtbarer war für Weiß von Beginn an der Umgang mit einigen Publizisten, die mit ihm und den führenden Kollegen der Organisation Gehlen politisch auf ähnlicher Wellenlänge lagen. Zwei Tage nach der Aufregung über das Nürnberger Blatt hatte er beim Leiter des Strategischen Dienstes Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem jungen Otto B. Roegele, der aus der katholischen Studentenbewegung stammte und sich als Chefredakteur, später Herausgeber des *Rheinischen Merkurs* zu einem der profiliertesten kirchennahen Publizisten des Katholizismus in Deutschland entwickelte; 1963 übernahm er den Lehrstuhl für Zeitungswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Einen Tag nach seiner Begegnung mit Roegele erstatte Weiß dem »Doktor« Bericht.[51] Er habe also mit dem Chefredakteur gesprochen, schrieb er, und diesem den besonderen Dank Gehlens »für seine bisherige wohlwollende Haltung und Unterstützung« übermittelt. Er gab auch gleich noch seinen »Gesamteindruck« von diesem wichtigen Gast zu Protokoll: »Dr. Rö ist zweifellos ein für unsere Arbeit sehr aufgeschlossener, zuverlässiger Freund der Org. Eine Besprechung zwischen L 30 pers. [Gehlen] und Dr. Rö (ähnlich Unterredung mit Herrn Z[ehrer] erscheint sehr zweckmäßig.«

Man habe auch sofort einige Vereinbarungen getroffen, fuhr die Aktennotiz fort: »In der neuen Ausgabe des ›Rheinischen Merkur‹ erscheint kein neuer Artikel über die Org. Grund: Es wäre wohl geeigneter Stoff vorhanden (Artikel P/3 [Weiß], der übergeben und begrüßt wurde), doch könnte der Eindruck entstehen, dass nun auf *jeden* Angriff der anderen Seite *einzeln* geantwortet werden müsste. Damit wäre dem Gegner das Gesetz des Handelns überlassen.« Also sei eine andere Strategie abgesprochen worden, nämlich die Veröffentlichung großer Reportagen über die Methoden des neuen Stasi-Chefs Ernst Wollweber; er werde dem *Rheinischen Merkur*

dafür eigene Ausarbeitungen zur Verfügung stellen, dazu einen ebenfalls von ihm selbst verfassten Beitrag über das »Verkehrschaos in der SBZ«. Roegele schlug dann noch vor, ein »inoffizielles Gespräch« mit einem bestimmten Mitarbeiter des Bundespresseamts über die ostdeutsche Pressekampagne gegen den Gehlen-Dienst zu führen. Da dieser der FDP angehöre, bemerkte Weiß, der auch schon eifrig an politischen Netzen flocht, werde die Sonderverbindung »Dora«, Wolfgang Döring, »sicher diese Besprechung vermitteln« können.

Einige Wochen zuvor hatten Langkau und Weiß sich in einer heiklen Angelegenheit schon einmal Roegeles bedient. Es ging wieder einmal um den Chef des Bundeskanzleramts, Staatssekretär Otto Lenz, der den Jägern nach der vermeintlich noch immer aktiven »Roten Kapelle« seit langem als »ostverdächtig« galt. Nicht zuletzt seine Nähe zum »Ochsensepp«, dem prominenten Widerstandskämpfer, früheren CSU-Vorsitzenden und bayerischen Justizminister Josef Müller, machte ihnen Lenz suspekt.[52] In der Fülle von Berichten, die Gehlen über die Nachforschungen zu den angeblichen verdächtigen Netzen des Staatssekretärs im Kanzleramt erhielt, tauchte auch Otto B. Roegele als Informant auf. Er hatte der Org gesteckt, nach den Wahlen werde der bisherige Innenminister womöglich durch Lenz ersetzt, vielleicht übernehme er im Kaiser-Ministerium den Bereich der aktiven Propaganda oder gar ein eigenes Informationsministerium. All dies »wäre ein Ausgangspunkt für Lenz, um den gesamten Informationsdienst (!) innerhalb der Bundesrepublik in seiner Person zusammenzufassen«.[53] Alarmiert wandte sich ein Mitarbeiter der Gegenspionage an den Strategischen Dienst und bat darum, über den Chefredakteur des *Rheinischen Merkurs* »in vorsichtiger Form Einzelheiten über den Lebenslauf und die vermutlichen verwandtschaftlichen Beziehungen des Staatssekretärs Dr. Otto Lenz in Erfahrung zu bringen«.[54] Wenige Wochen später hatte die Sache ihre vermeintliche Brisanz verloren, denn Bundeskanzler Adenauer ersetzte Lenz durch Hans Globke.

»Wintersteins« erfreuliches Gespräch mit Roegele gegen Jahresende 1953 war nur einer von vielen Schritte gewesen, um die insgesamt doch recht kritische westdeutsche Berichterstattung über die »Pannen« der Organisation Gehlen irgendwie einzuhegen und ihren Pressebeziehungen zugleich eine neue Grundlage zu geben. Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* stand auf Pullachs Zielliste, konservativ zwar, aber mit wenig

Verständnis für das offenkundige Versagen der westdeutschen Agenten im Kampf mit dem Staatssicherheitsdienst.[55] Kurt Weiß bediente sich bei dieser Mission des gewandten, nachrichtendienstlich ebenfalls unbeleckten und (wie er selbst) erst kürzlich zum Dienst gestoßenen Juristen und früheren Berufssoldaten Udo Ritgen.[56] Es ging um die Abwehr der »Attacken« der *FAZ*.[57] Dafür genehmigte der »Doktor« die unmittelbare Kontaktaufnahme zu Herausgeber Hans Baumgarten, der als CDU-Mann galt.

Laut Ritgens unterhaltsam ausgeschmücktem Bericht dreißig Jahre später soll sich der Besuch in Frankfurt so abgespielt haben: »Am 10.12.1953 lief ich weisungsgemäß die FAZ und ihren Chefredakteur an […] und übergab mit Grüßen von General Gehlen Brief und Unterlagen. Baumgarten war wie vom Donner gerührt. So etwas hatte es bislang nicht gegeben. Ich hatte den Eindruck, dass mein Gesprächspartner meinte, den Teufel vor sich zu haben. Aber es kam dann doch zu einem eineinhalbstündigen Gespräch. Baumgarten gestand mir zu, dass die Pressekampagne der nationalen Sache auf die Dauer Schaden zufügen würde und er sich bemühen würde, die FAZ aus dem einseitigen negativen Trend gegenüber der ›Org‹ und ihren Aufgaben herauszuführen. ›Aber sagen Sie General Gehlen, dass ein Umschalten nicht von einem auf den anderen Tag möglich sei.‹ Ich konnte mit meiner Mission zufrieden sein.« Vor Weihnachten seien die westdeutschen Presseangriffe auf die Org dann tatsächlich abgeflaut, obwohl der ostdeutsche Deutschlandsender weiter »Gift und Galle spuckte. Wir fingen sie mit telefonischen Kontakten zu den erwähnten Personen ab« – er hatte auch den Herausgeber der *Außenpolitischen Korrespondenz* aufgesucht – »unter gleichzeitiger Übersendung von ›Org‹-Informationen und Sprachregelungen, die der ›Dr.‹ persönlich genehmigt hatte.« In den Augen Gehlens und gewiss auch in seiner eigenen Einschätzung waren es nicht zuletzt diese publizistischen Gegenoffensiven, die dem bedrängten Dienst ein wenig Luft verschafften.

Zum Jahresende kamen noch einige Informationssplitter hinzu. Der umtriebige Journalist Hans Georg Schulz, der über enge Beziehungen zur Berliner Redaktion des *Spiegels* verfügte,[58] berichtete als Quelle V-5744 darüber, wie er an seine detaillierten Informationen über die vom MfS aufgebrachte Berliner Dienststelle gekommen war.[59] Weitere Hinweise folgten, diesmal von der »absolut zuverlässigen und glaubwürdigen« Quelle 5700, seinem V-Mannführer Edmund Karl Gartenfeld.[60] Er berichtete über

die redaktionelle Planung zu einem weiteren Artikel über die Organisation Gehlen und teilte mit, der Berliner Vertreter des Hamburger Magazins sei »im Gegensatz zu seinem Chef, Augstein, der Org gegenüber freundlich und bejahend« gesinnt. Außerdem hieß es, das sei »vielleicht ein Verdienst unseres 5744«.[61] Einen Tag vor Silvester meldete sich die Berliner Außenstelle erneut und wusste zu berichten, »nach Aussage des befreundeten Spiegel-Redakteurs [Hans Detlev] B[ecker]« sei dieser vom französischen Nachrichtendienst angesprochen worden, damit er ihm unzufriedene Gehlen-Leute zuführe. Als Gegenleistung habe man Becker aktuelles Material über den französischen Spitzenpolitiker Édouard Daladier angeboten; Feststellungsart: »Tätigkeit von Quelle (5744) bei Spiegel-Redaktion«.[62]

Die Organisation Gehlen war stolz auf die Früchte ihrer Bemühungen und meldete dem Kanzleramt, durch »die verständige Reaktion der westlichen Presse« sei man gegen die Propaganda aus der DDR inzwischen »weitgehend immunisiert«.[63] Als sich der Sturm im Blätterwald einigermaßen gelegt hatte, zeigte sich Pullach gegenüber der Regierungszentrale noch selbstbewusster. Man habe versucht, hieß es, »besonders gehässigen und entstellten Pressestimmen in der Bundesrepublik mit Darstellungen zu begegnen, die aus der Unterrichtung bzw. Aufklärung einiger maßgebender Herausgeber und Chefredakteure westdeutscher Zeitschriften und Zeitungen entstanden«.[64] Das habe recht gut funktioniert. Darüber hinaus, so später, sei es gelungen, »eine gewisse Gegenwirkung durch Teile der westdeutschen Presse sicherzustellen. Hierzu wurden einige wenige Presse-Verbindungen über die Absichten des Gegners und die aufgetretenen Widersprüche im Einzelnen aufgeklärt.« Daraus seien Artikel entstanden, mit denen die vom Osten lancierten Veröffentlichungen entkräftet werden konnten.[65]

Kurt Weiß und Reinhard Gehlen konnten mit ihrer Pressepolitik ebenso zufrieden sein wie der neue Kanzleramtschef Hans Globke. Da selbst kritische Medien nicht in der Lage waren, die haarsträubenden Defizite und Versäumnisse des Dienstes zu erkennen, war der Imageschaden nicht nur halbwegs behoben, sondern es mehrten sich nun auch wohlwollende, mitunter bewundernde Artikel. Eine Hamburger Zeitung titelte »Sollen wir über die Sowjetzone im Dunkeln bleiben?« und berichtete, wie überzeugend General Gehlen kürzlich vor Parlamentariern bei der

Erläuterung seiner Mission aufgetreten sei, nachdem sich, »vornehmlich aus sowjetzonalen Quellen gespeist, eine solche Fülle von Halbwahrem und Unwahrem um diese deutsche Selbstschutzeinrichtung gelegt« habe.[66] *Die Tat* aus der Schweiz porträtierte den Mann, »der zu den geheimnisvollsten und am meisten von Legenden umwobenen Persönlichkeiten Westdeutschlands« zähle; so geheimnisvoll sei er, dass sich die Presse nicht einmal über seinen Vornamen einig sei. General Gehlen habe eine Organisation aufgezogen, deren Linien »bis nach Russland selber hineinreichten«. Seine Leute seien keineswegs »Büro-Landsknechte«, sondern gute deutsche Patrioten. Adenauer sei von dem nach Canaris-Vorbild organisierten Apparat angetan; »Gehlens klare, durchsichtige und nüchterne Analysen«, »Überzeugungskraft seiner Persönlichkeit«, usw.[67] Selbst der nüchterne Leiter der Beschaffung, der altgediente Conrad Kühlein, meinte im Rückblick, dass man den Großangriff der DDR auf den Gehlen-Dienst durchgestanden habe, sei »zweifellos in erster Linie dem persönlichen Wirken und Prestige des Herrn Organisationsleiters und der von ihm gelenkten Pressebeeinflussung zu verdanken.«[68]

Kurt Weiß wäre nicht Kurt Weiß gewesen, wenn er nach solchen Anfangserfolgen und seinem persönlichen Ansehensgewinn kürzergetreten und seinen Arbeitstag nur mit dem weiteren Ausbau der Pressepolitik hingebracht hätte; und Gehlen wäre nicht Gehlen gewesen, wenn er dem Senkrechtstarter nicht alle Wege freigemacht hätte. Da Weiß von ihm obendrein den Auftrag erhalten hatte, die im Argen liegende, von der CIA mehr oder weniger bemitleidete politische Ostaufklärung[69] auf Vordermann zu bringen (was nicht recht glückte), fand er sich nun auch noch an vorderster Front der Gegenpropaganda wieder.

Zu einem Erfolg besonderer Art führte »Winterstein« 1953/54 die »Brutus-Kampagne«. Als Teil des Versuchs, dem Einbruch des Staatssicherheitsdienstes in die eigenen Reihen entgegenzuwirken, stellte die Organisation Gehlen in dieser Aktion den angeblichen Überläufer Walter Gramsch aus der engsten Umgebung von Ernst Wollweber groß heraus; in Wirklichkeit hatte »Brutus« niemals zu den Vertrauten des MfS-Chefs gehört. Noch in seinen Erinnerungen schrieb Gehlen, der »Fall Brutus« habe »zweifellos bis heute zu den interessantesten Operationen des Dienstes« gehört.[70] Praktisch alles, was in dieser Kampagne über bewährte Verbindungen in die Presse lanciert wurde, war jedoch frei erfunden,

maßlos übertrieben oder aus den trüben Quellen des Strategischen Dienstes geschöpft.[71] Federführend war einmal mehr Kurt Weiß. Er schaltete den *Rheinischen Merkur* ein, Worgitzky den *Spiegel*. Die CIA zeigte Bedenken, doch Staatssekretär Globke war mit der »Vermarktung« des Reichsbahnoberrats Gramsch als Kronzeugen gegen Wollweber einverstanden. Nach einigen Monaten schwärmte die *Neue Rhein-Zeitung* schon: »Gramsch wusste alles«. Der *Spiegel* würzte seine Gehlen-Eloge[72] mit der auf präparierten Org-Hinweisen beruhenden Mitteilung, dem Dienst sei schon bald nach Kriegsende das »Kunststück« gelungen, Gramsch eng an die Seite des berühmten kommunistischen Sabotagespezialisten Wollweber zu schleusen. Diese Potemkin'sche Kulisse sah täuschend echt aus und verstellte lange den Blick auf die operativen Schwächen des Dienstes und die Stärken seiner Eigenpropaganda.

Weniger Erfolg hatte Pullach mit dem Versuch, seine Wollweber-Geschichten noch imposanter aufzublasen. Die Idee war, der Öffentlichkeit im Vorfeld der Berliner Außenministerkonferenz von 1954 ein »Weißbuch« zu den angeblich generalstabsmäßigen sowjetischen und ostdeutschen Bürgerkriegsvorbereitungen innerhalb der Bundesrepublik vorzulegen. Wie bei der »Brutus«-Kampagne zogen Globke, Gehlen und Weiß wieder an einem Strang. »Winterstein« (und nicht etwa Kohlers an sich zuständige Abteilung Gegenspionage) übernahm die Federführung. Er stützte sich dabei wiederum stark auf die Materialien des Strategischen Dienstes über den angeblichen Sabotage-Apparat Wollweber. Da diese Dinge eigentlich in die Kompetenz des Verfassungsschutzes fielen, war das Bundesamt nolens volens in die bereits weit gediehenen Vorarbeiten einzubeziehen.

Ende Januar 1954 hatte Kurt Weiß eine erste Unterredung mit der Spitze des BfV.[73] Der stellvertretende Amtschef Albert Radke, der von Pullach nach Köln gewechselt war, und der Leiter der Auswertung Günther Nollau zeigten sich angesichts der Substanzlosigkeit des offensichtlich in größter Leichtfertigkeit zusammengeschusterten Papiers konsterniert. Noch in seinen Memoiren ereiferte sich Nollau: »Der Bericht war aus einem Sammelsurium von Unwahrscheinlichkeiten und Ungereimtheiten zusammengesetzt und durfte meiner Ansicht nach keinesfalls den Außenministern der Vier Mächte vorgelegt werden. Deren Experten wären – gleich, ob Amerikaner oder Russen – beim Lesen des Elaborats in ein Hohngelächter ausgebrochen.«[74] Ronny Heidenreich, Daniela Münkel und

Elke Stadelmann-Wenz haben analysiert, wie Weiß sich mit unbewiesenen Behauptungen und vorsichtigen Zugeständnissen an die Kölner DDR-Experten aus der Affäre zog, um sich und dem Dienst eine desaströse Blamage zu ersparen; der blamierte »Winterstein« stimmte einer »gemeinsamen Überarbeitung« zu.[75] Gegenüber dem Kanzleramt konnte diese Pleite einigermaßen gesichtswahrend vertuscht werden, die Hauptthese eines vom Osten vorbereiteten Bürgerkriegs in Westdeutschland verschwand in der Ablage, die geplante Studie blieb unveröffentlicht. Nachdenklichkeit oder gar Selbstkritik löste diese Begegnung mit den DDR-Kennern des BfV bei Kurt Weiß nicht aus. Es war ja nichts passiert. War *er* es nicht gewesen, der den Dienst aus der Sackgasse rettete, in die er ihn selbst hineinmanövriert hatte?

3. Multimanager in der Org

»Scheiße mit Schwung«, lautet eine im Militärhandwerk gebräuchliche, nicht ganz feinsinnige Formel für Entscheidungen, die eigentlich sinnlos sind, aber für irgendwie unabdingbar angesehen werden, um ein übergeordnetes Momentum zu wahren oder nicht in übertriebene Nachdenklichkeit zu geraten. Major i. G. a. D. Kurt Weiß waren tieferer Sinn und höhere Weisheit dieser zupackenden Maxime sehr geläufig, kaum allerdings die subtileren Anforderungen nachrichtendienstlicher Arbeit, bei der forsche Maßnahmen gewöhnlich ins Desaster führen. »Winterstein« war der Prototyp eines Managers von universeller Einsetzbarkeit, intelligent, zupackend, Tag und Nacht im Dienst, aber eben, wie seine amerikanischen Kollegen sehr wohl wussten,[76] kein abwägender, nach allen Seiten sichernder Nachrichtenmann mit Respekt vor menschlicher Unwägbarkeit und der stets nur begrenzten Kontrollmöglichkeit bei vertrackten Operationen. Das Momentum, für das in seinen ersten drei Dienstjahren alle Energien mobilisiert wurden und das unter allen Umständen aufrechterhalten werden musste, rührte von der Aussicht auf die BND-Werdung des CIA-Apparats in Pullach her. Dieses Ziel stand auf Reinhard Gehlens Agenda an oberster Stelle. Dem war alles unterzuordnen, seine politische Inlandsspionage wesentliches Element seiner Profilierung bei Adenauer und Globke, Kurt Weiß ihr idealer Akteur.

Anfang 1954 rückte »Winterstein«, der bisher vor allem innenpolitisch aktiv gewesen war, zunächst zum Leiter eines eigenen Referats, fünf Monate später zum Chef der neuen Abteilung für politische Beschaffung aus dem sowjetischen Machtbereich (133) auf, ein Sektor, der fast völlig brachlag.[77] Ronny Heidenreich hat nachgezeichnet, mit welcher verblüffenden Sorglosigkeit Kurt Weiß beim Aufbau dieses Bereichs Personalpolitik machte.[78] Der nachrichtendienstlich unbeleckte, nun für die DDR zuständige frühere Berufsoffizier Udo Ritgen ist uns schon begegnet.[79] Um keine Irreführung verlegen, bezeichnete der neue Abteilungsleiter die Heranziehung »fachfremder und hinsichtlich ihrer Qualifikation fragwürdiger Mitarbeiter« intern gerne als »zweckmäßige Improvisation«.[80] Meldungsbearbeiterin wurde eine Kinderschwester, die erst kürzlich aus Ostdeutschland in die Bundesrepublik gekommen war;

bald avancierte sie zur Leiterin der politischen Beschaffung DDR. Ihre Schwester, SED-Mitglied aus der Stadtverwaltung Gotha, Witwe eines in Stalingrad gefallenen Freundes von Gehlen, wurde gleichfalls in der Abteilung 133 versorgt. Die zuvor wiederholt vom MfS vernommene neue Mitarbeiterin vergatterte man bei ihrer sämtlichen Sicherheitsbestimmungen Hohn sprechenden Einstellung zu Stillschweigen und wies sie an, in den Personalunterlagen falsche Angaben zu machen. Nach und nach stieg sie zur Vertrauten von Kurt Weiß und so zu einer »der wichtigsten und einflussreichsten Persönlichkeiten des BND«[81] auf.

Ein weiterer leitender Mitarbeiter, ehemaliger Volkstumsforscher baltischen Adels, war bei der einstigen Abwehr an der Befragung sowjetischer Kriegsgefangener beteiligt gewesen, früh in amerikanische Dienste getreten und von dort an die Org weitergereicht worden. Obwohl das MfS ihn enttarnt hatte, blieb er auf seinem Posten, führte seine pommersche Volkstumsforschung fort, galt zwar als unterordnungsbereit, aber als fachlich limitiert. Kurt Weiß hatte diese ihm ergebene Klientel deswegen um sich geschart, um der internen Kritik an den beschafften Meldungen und der an seinem aus fragwürdigen Quellen geflochtenen, obendrein teilweise enttarnten V-Mann-Netz besser entgegentreten zu können; die Abteilungen für Auswertung und Beschaffung stuften es früh als »erhebliches Sicherheitsrisiko« ein. Praktisch alle angeblichen Erfolge der DDR-Spionage und der DDR-Gegenspionage des Gehlen-Dienstes erweisen sich bei ihrer Nachprüfung anhand der BND-Akten denn auch als feindgesteuerte Operationen, Fehlschläge oder propagandistische Inszenierungen. Die vermeintliche Paradedisziplin des BND war und blieb in der Zeit Gehlens »weitgehend dysfunktional und defizitär«.

Während Kurt Weiß auf genuin nachrichtendienstlichem Gebiet seiner Verantwortung nie gerecht wurde, war er für Reinhard Gehlen bei der politischen Inlandsspionage und der Imagepolitik des Dienstes von seinem Eintritt 1952 an unentbehrlich; bald auch in der Festigung der Bindung an die Unionsparteien. Diese – nachsichtig betrachtet – fachfremde Betätigung war »Wintersteins« eigentliche Machtgrundlage. Hier lag seine überragende Bedeutung für den »Doktor«. Weiß profitierte von den internen Umbauten nach den zweiten Bundestagswahlen daher nicht nur bei der Organisation der politischen DDR-Spionage, sondern auch bei der Neuordnung der »Sonderverbindungen«, die bis zu Gehlens Pensionierung 1968 namentlich

in der Pressepolitik wesentliche Kontaktpersonen für die Informationsgewinnung und Informationssteuerung waren.[82]

Mitte Mai 1954 ließ sich Gehlen einen Überblick über die breit gefächerten Sonderverbindungen geben und bestimmte, dass die hier anfallenden Erkenntnisse ihm persönlich zuzuleiten seien, bei »besonderen Anlässen und bemerkenswerten Meldungen« war Vortrag zu halten.[83] Der Kreis der Sonderverbindungen sollte überdies begrenzt, jetzt »aber auch für eine ND-mäßige Berichterstattung herangezogen werden«. Besonders »diffizile Quellen« wurden als V-Leute gelöscht und als Sonderverbindungen weitergeführt. Kurt Weiß unterhielt im Auftrag Gehlens bereits spezielle Beziehungen sowohl zu »politischen Persönlichkeiten« wie zu »führenden Journalisten«.[84] Zu Ersteren zählten in den Anfängen einstweilen lediglich »Mitglieder des Parteivorstandes und Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FDP«. Bei den Publizisten sah es etwas besser aus. Weiß nannte etwa den *Spiegel*, den *Rheinischen Merkur* oder *Die Zeit* und fügte an: »In alle anderen Presse-Verbindungen sind Mitarbeiter der Zentrale oder der Außenstellen als unmittelbare Kontaktorgane eingeschaltet. Diese Verbindungen sind bei 133 [Weiß] registriert, sodass hier ein Gesamtüberblick über alle Pressekontakte der Org besteht.« Er halte außerdem unmittelbare Verbindung »zu einem namhaften Schriftsteller« – Thorwald –, »der auf zahlreiche führende Verlage in der Bundesrepublik und auf Herausgeber von Zeitschriften und Zeitungen Einfluss nehmen kann«.

Auch wenn die CIA Pullachs Politik der Sonderverbindungen skeptisch gegenüberstand, ihr auch nicht alle Kontaktpersonen bekannt waren, so erhob sie doch keine prinzipiellen Bedenken gegen die »Beeinflussung der Presse durch die Org«. Unter dieser Überschrift ist das Ergebnis einer Besprechung zwischen Gehlen und Critchfield festgehalten, in der die Amerikaner signalisierten, sie würden »ihr stillschweigendes Einverständnis für die Herausgabe eines unter entsprechender Firma laufenden Informationsblattes geben« – das für einen ausgewählten Empfängerkreis bestimmte, nun in »Die Orientierung« umbenannte politische Informationsblatt des Dienstes.[85] Als es noch von General a. D. Hermann Foertsch redigiert wurde, hatte es wegen seiner gelegentlich antiamerikanisch-nationalistischen oder übermäßig traditionalistischen Anschauungen mitunter Ärger gegeben. Nun kündigte der »Doktor« an, er

werde die Schriftleitung in andere Hände legen und Kurt Weiß mit der Verteilung beauftragen.[86] Diese erfolgte dann breitflächig an mehr als hundert Persönlichkeiten, ungefähr ein Drittel von ihnen ehemals hohe Wehrmachtsoffiziere, außerdem Hochschullehrer meist mit Osteuropa-Schwerpunkt, einige Industrielle, Mitglieder von Adel und Hochadel, darunter Prinz Oskar von Preußen, aber etwa auch Helmut Thielecke, der Dekan der theologischen Fakultät der Universität Hamburg, Hermann Görings ehemaliger Staatssekretär und SS-Brigadeführer Ludwig Grauert oder der Widerstandskämpfer Philipp Freiherr von Boeselager auf Schloss Kreuzberg.[87]

Einen aus Sicht der Organisation erfreulichen Höhepunkt erreichte die von der CIA so bezeichnete »Beeinflussung der Presse« im Herbst 1954 mit der legendären, von Horst Mahnke eingefädelten Titelgeschichte des *Spiegels* über Reinhard Gehlen.[88] An diesem Scoop Pullachs war neben Hans-Heinrich Worgitzky, der die Landschaft in Hamburg bisher vor allem gepflegt hatte,[89] auch Kurt Weiß maßgeblich beteiligt. Noch dreißig Jahre später legte »Winterstein« Wert auf die Feststellung, neben Worgitzky »waren General Gehlen persönlich und ich in Hamburg an den Gesprächen mit den ›Spiegel‹-Spitzen Augstein und Becker beteiligt«.[90] Die Hommage, die sich unter anderem auf Pullacher Zulieferungen stützte, stand nicht nur in der Kontinuität des wohlwollenden Miteinanders von Gehlen-Dienst und *Spiegel* in den fünfziger Jahren, das Heldengemälde übertraf unter neuerlicher Hintanstellung zugänglicher Informationen bis über die Grenzen des Peinlichen hinaus alles Bisherige. Die Home-and-Duty-Story feierte des »Doktors« geheimnisvolles Leben und Wirken unter dem politisch unbezahlbaren Titel »Des Kanzlers lieber General«.[91] Hans Detlev Becker, zweiter Mann hinter Augstein und später Chefredakteur, dann Verlagsdirektor des Magazins, würzte sein Porträt mit allen Ingredienzien, die sich der Leiter der nach ihm benannten Organisation nur erträumen konnte.

Gehlen nannte den versierten Experten für Nachrichtendienstliches (der Jahre später bei der Verifizierung der Titelgeschichte mitwirkte,[92] die zur *Spiegel*-Affäre führte) noch nach seiner Pensionierung einen »Freund«.[93] Da hatte sich Becker, zeitweise für die Position des BND-Vizepräsidenten im Gespräch,[94] freilich bereits aus dieser Sonderverbindung gelöst und, getäuscht und enttäuscht, in seinem Blatt in vatermörderischer Manier mit

dem Präsidenten abgerechnet.[95] Vor dieser Ernüchterung bescheinigte er in seiner Titelgeschichte dem »Star« mit der »sprungbereiten, erdrückenden Energie, die aus seinem Gesicht spricht«, nicht nur untadelige Gesinnung und stupende Fähigkeiten, er beglaubigte auch gleich alle Legenden, die dieser selbst in die Welt gesetzt hatte: seine Unfehlbarkeit der Lagebeurteilung an der Ostfront, das angebliche »Gentlemen's Agreement« mit den Amerikanern 1945,[96] die behauptete Distanz zum Personal von SS und Gestapo oder die parteipolitische Neutralität des ehemaligen Berufsoffiziers. Das ansonsten so kritische Magazin verschaffte dem zukünftigen BND-Präsidenten damit einen »ausgesprochenen Sympathiebonus in der Öffentlichkeit«, umhüllte ihn mit einer faszinierenden »Aura des Geheimnisvollen« und gab ihm so höchst willkommenen »Feuerschutz«.[97] Manches erledigten Gehlen und Globke zu dieser Zeit noch direkt. Einmal fiel ihnen beispielsweise ein »katastrophaler Artikel über die Organisation« auf, den der Bonner Korrespondent eines Provinzblatts der Illustrierten *Revue* angeboten hatte. Das wurde umgehend geregelt: »›Revue‹ hat auf Veranlassung des Bundeskanzleramts abgelehnt«, hielt »Dr. Schneider« in einem Vermerk fest.[98]

Neben der Beteiligung an solchen Großtaten wie der *Spiegel*-Eloge stand für Multimanager Kurt Weiß die tägliche Dienstroutine. So erhielt er nach einer Besprechung Gehlens mit Globke beispielsweise den Auftrag, eine Dokumentation zusammenzustellen, mit der die »falschen Anschauungen« korrigiert werden sollten, die sich nach dem Eindruck der beiden durch eine Propagandaaktion der SED beim Innenminister und beim Finanzminister gebildet hätten.[99] Kurz zuvor leitete das Mädchen für alles seinem Chef noch eine Unterlage zu dem redlich gehassten Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Walter von Cube, zu, den der Strategische Dienst schon länger aufs Korn genommen hatte.[100] Gemeinsam mit Langkau war Weiß bald darauf mit den Schwierigkeiten befasst, mit denen die langjährige, überaus ergiebige Sonderverbindung J-1610 im NWDR, August Hoppe, wegen seiner »offen vertretenen Gegnerschaft gegen stark links und kommunistisch eingestellte und infiltrierte Gruppen des Kölner und Hamburger Hauses« wieder einmal zu kämpfen hatte.[101]

Vom *Rheinischen Merkur* gab es Erfolgsmeldungen. Weiß übersandte Gehlen das versprochene und eben veröffentlichte Stück »Wie Wollweber ›liquidiert‹«[102] und meinte, »der Artikel dürfte den Wünschen zahlreicher

Mitarbeiter – vor allem der Dienststellenleiter –, die eine propagandistische Gegenwirkung gegen den Schauprozess vor dem ›Obersten Gericht der DDR‹ für notwendig halten, entgegenkommen. 133 [Weiß] bitte um Weisung, ob ähnliche Artikel in die Tagespresse gebracht werden sollen.« Weisungsgemäß sei er dabei, »die Vorarbeiten eines bekannten Journalisten (MA [Mitarbeiter]), der eine große Serie über Widerstand [gegen den Kommunismus] in verschiedenen Zeitungen bringen will«, zu unterstützen. Das halte er in der augenblicklichen Situation für wirkungsvoller als die Überbetonung des laufenden Prozesses gegen die »Gehlen-Verbrecher« in der DDR, dem »sicherlich ähnliche Schauverfahren folgen werden«.[103]

Bevor das erfolgreiche Jahr 1954 zu Ende ging, in dem Weiß seinen »Doktor« mit Hunderten Aktennotizen jeglicher Thematik bedacht hatte, war noch dem Gerücht über eine mögliche Alleinregierung der CDU nachzugehen (»Leiter 133 versucht diesen Komplex auf seiner Reise am 20.12.54 vorsichtig zu klären«)[104] und Personenauskünfte für interne Zwecke abzuarbeiten.[105] Eine betraf den Herausgeber der sozialdemokratischen *Außenpolitische Information*, Sigurd Paulsen: »Gute Verbindung zu allen führenden SPD-Politikern. Gilt als einwandfrei westlich eingestellt, nichts Nachteiliges über ihn bekannt.« Als »absolut prowestlich« wurde auch Franz Karmasin eingestuft, zu dem eine »lose Verbindung« bestand. Der Staatssekretär bei Jozef Tiso (SS-Brigadeführer und nationalsozialistischer Volksgruppenführer in der Slowakei, nach 1945 in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt und in die Bundesrepublik geflüchtet) erhielt dasselbe Prädikat wie Paulsen: »Nichts Nachteiliges bekannt.«

Es gab nicht viele Mitarbeiter der Organisation Gehlen, die wie Kurt Weiß operativ mehr zu der Gewissheit des Kanzlers und seines Staatssekretärs beigetragen haben dürften, dass der am 11. Juli 1955 gefasste Beschluss, den Pullacher Apparat zum Auslandsnachrichtendienst zu erheben, der Bundesrepublik Deutschland ebenso dienlich sein werde wie ihrem ureigenen innen- und parteipolitischen Informationsinteresse. Bis der BND im April des folgenden Jahres ins Leben trat, konnte »Winterstein« seine Sonderstellung bei eben jenen innenpolitischen Machenschaften weiter ausbauen, die immer konsequent abgestritten wurden. Sogar Innenstaatssekretär Ritter von Lex, der seit Jahren engsten Kontakt mit Gehlen pflegte,[106] ließ sich vom »Doktor« ironischerweise

seine Auskunft an den Kanzleramtschef bestätigen, »dass der BND keinerlei Tätigkeiten in innerpolitischer Hinsicht vornimmt«.[107]

Dass solche Verdrehung der Tatsachen kurz vor Übernahme des Gehlen-Apparats durch die Bundesrepublik nicht mehr zum Geheimwissen gehörte, war mittlerweile auch Kurt Weiß klar. Der Deutsche Gewerkschaftsbund etwa behandelte diese Tatsache intern jedenfalls ziemlich offensiv. Kurz nachdem die kuriose Meldung eingegangen war, einige Gewerkschaftsfunktionäre hätten eine »Ausspähung der Org« und ihrer Zentrale beschlossen, da diese »die einzige Gefahr für ihren aktiven Widerstand gegen die Wiederaufrüstung« darstelle,[108] legte der DGB ein kenntnisreiches Memorandum mit dem Titel »Die Gehlen-Legende« vor: »Beim Bundeskanzler steht General Gehlen in allerbestem Ansehen und der Leiter des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Globke, hat der Organisation Gehlen seit Jahren schon Aufträge zukommen lassen, die er beim Bundesamt für Verfassungsschutz nicht unterbringen konnte oder wollte.«[109] An der »Legalisierung« des CIA-Apparates durch die Bundesregierung war indes nicht mehr zu rütteln, nicht einmal durch die (oben beschriebene) spektakuläre Intervention des Chefs der Generalstabsabteilung Military Intelligence im Pentagon, General Arthur Trudeau, beim Bundeskanzler persönlich; immerhin führte sie Adenauer die gravierenden Defizite des Gehlen-Dienstes prägnant vor Augen.[110]

Zu den »Defiziten« der Organisation Gehlen zählte gewiss ihr Umgang mit dem erst Jahrzehnte später bekannt gewordenen »Fall Gänseblümchen«, die Tragödie der mit 43 Jahren hingerichteten Elli Barczatis. Natürlich hatte Kurt Weiß auch hier wesentlichen Anteil daran. In seinen Memoiren nennt Gehlen den Fall der »Chefsekretärin des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl« einen Vorgang von »außerordentlicher Bedeutung«.[111] Die Schreibkraft des DDR-Ministerpräsidenten war keine registrierte Informantin des Dienstes gewesen und hatte auch keine eigenen Berichte abgesetzt, sondern ihre oftmals treffenden Hinweise liefen, seit 1952, über ihren Geliebten nach Pullach.[112] Schon ein Jahr später verlor sie ihre Vertrauensstellung, geriet unter Spionageverdacht und wurde von Grotewohl nur noch mit nebensächlichen Arbeiten beschäftigt. Beim Dienst, dessen Quelle damit versiegte, löste diese Entwicklung freilich keinerlei Vorsichtsmaßnahmen aus: »Die Leichtsinnigkeit, mit der die Organisation Gehlen entgegen auch eigener Überzeugung an Barczatis

festhielt, Zwischenfälle kleinredete oder offensichtlich ignorierte, ist frappierend«, bemerkt Ronny Heidenreich in seiner Analyse und setzt hinzu: »Kurt Weiß hielt wider besseres Wissen bis zum Schluss an Barczatis fest und verteidigte die Fortführung der Operation vehement«; gegenüber der eigenen Leitung wie der CIA stellte er sie unverwandt als herausragend bedeutungsvoll hin. Elli Barczatis und ihr Geliebter wurden verhaftet, im Herbst 1955 vom Obersten Gericht der DDR in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und kurz darauf hingerichtet.[113] Die Medien erfuhren nichts davon.

Zur selben Zeit, kurz vor Gründung des BND, hatte sich die Liste der Presseverbindungen von Kurt Weiß bereits stattlich verlängert. Jedenfalls nannte er Gehlen die Namen von zehn Publizisten, darunter so prominente wie Marion Gräfin Dönhoff, Leiterin des Politikressorts der *Zeit*; Giselher Wirsing, Chefredakteur von *Christ und Welt;* Felix Buttersack, Chefredakteur des *Münchner Merkur;* Fried Wesemann, Bonner Büroleiter der *Frankfurter Rundschau;* Franz A. Dahm, *Quick*, oder den schon erwähnten Wolfgang Löhde vom *Stern*. Andere, zum Teil wichtigere Kontakte wie der zu Otto B. Roegele vom *Rheinischen Merkur* oder der zu Hans Detlev Becker vom *Spiegel* erscheinen nicht in dieser Aufstellung, weil sie formell Reinhard Gehlen selbst oder Wolfgang Langkau zugeordnet waren. In der Regierungszentrale wusste man, dass es sich lohnen konnte, diese Fähigkeit des Dienstes zu mobilisieren. So bat beispielsweise Karl Gumbel (Globkes Duzfreund im Kanzleramt, der inzwischen als Leiter der Personalabteilung ins Bundesministerium der Verteidigung gewechselt war) Gehlens Vertreter in der Hauptstadt darum, »dass die Org Einfluss nehmen möchte auf den ›Spiegel‹ in der Hinsicht, dass sich Artikel, die sich mit Personalfragen des Verteidigungsministeriums bzw. der künftigen Streitkräfte befassen, nach Möglichkeit vermieden werden sollen oder aber in einer Form gebracht werden, die nicht der Arbeit der Personalabteilung des Verteidigungsministeriums abträglich sind«.[114]

Kurz darauf begab sich Kurt Weiß auf eine noch dringlichere Mission beim Hamburger Nachrichtenmagazin. Zwei Wochen vor ihrem geplanten Erscheinen alarmierte »Winterstein« Gehlen, der *Spiegel* werde eine (dann um 14 Tage verschobene) Titelgeschichte über Adolf Heusinger bringen, den frisch ernannten Generalinspekteur der Bundeswehr. Der ehemalige Chef der Auswertung in Pullach habe Worgitzky »von sich aus« gebeten,

sich hier im Vorfeld einzuschalten, da er von dem Blatt »schon mehrfach unfreundlich glossiert« worden sei. Weiß meldete, Hans Detlev Becker sei »zu einem Gespräch gegen Zusage, dass niemand etwas erfährt, bereit. Leiter 133 [Weiß] hat – sicher im Einverständnis mit 88 [Gehlen] – Worgitzky die Besprechung freigegeben, auch um Einzelheiten über den ›Spiegel‹-Artikel vorzeitig zu erfahren«.[115] Mittlerweile war es so weit, dass Kurt Weiß, des »Doktors« Vertrauens sicher, sogar in delikatesten politisch-publizistischen Fragen weitgehend selbständig handelte.

Als die Titelgeschichte des *Spiegels* dann erschien, zeigte sich, dass die Intervention der Organisation Gehlen entweder erfolgreich gewesen oder das Magazin gar nicht geneigt gewesen war, Heusinger unfreundlich zu glossieren.[116] Ganz im Gegenteil, stärker noch als das Gehlen-Porträt eineinhalb Jahr zuvor geriet der Beitrag zu einer Huldigung für »Hitlers Operationschef«, der über unerreichte fachliche und grundsympathische menschliche Qualitäten verfüge. Der erste Generalinspekteur der Bundeswehr steche durch untypische »intellektuelle Beweglichkeit«, »nüchterne Gleichmut«, »menschliche Persönlichkeitswerte«, Bescheidenheit, den Charme seiner klugen Augen usw. aus der Masse der hohen Offiziere heraus. Den Ruf, »der schärfste strategische Verstand des Westens zu sein«, trage der stets freundliche, singulär begabte frühere Generalstabsoffizier zu Recht, da er aus jeder militärischen Lage »haargenau formulierte Schlüsse« ziehe und dabei Hitlers Wünschen keineswegs entgegengekommen sei. Die Widerstandslegende, mit der andere, namentlich die Amerikaner, ihn umkränzt hätten, habe er selbst »zerstört«.[117] Seine Jahre bei der Organisation Gehlen erwähnte der *Spiegel* zwar, nicht jedoch, dass »Dr. Horn« als Chef der Auswertung zu den herausragenden Führungspersönlichkeiten in Pullach gehört hatte und die eigentliche Autorität dort gewesen war; Heusinger selbst vermied es immer, darauf zurückzukommen.

Als die Debatte über die Organisation und Aufstellung der westdeutschen Streitkräfte die Medien tagein tagaus beschäftigte, war die Bitte an Gehlen um Feuerschutz gegen kritische Pressestimmen gewiss keine Seltenheit oder Ausnahme. Wenige Tage vor Erscheinen der Heusinger-Eloge musste der »Doktor« sich Klagen darüber anhören, dass wohl wieder einmal ein kritischer Rundfunkbericht zu erwarten sei. »Wir wurden gebeten, nach Möglichkeit diese Reportage zu verhindern«, hielt der Bonner Resident fest,

der seinen Chef in Bonn begleitete. »In der ›Revue‹«, so weiter, »ist eine gehässige Seite über Minister Blank enthalten. Blank bittet um Auskunft über Hintermänner der ›Revue‹ bzw. dieser Bildseite.«[118]

Die Tage vor der »Legalisierung« des BND am 1. April 1956 zeigen dieselben starken Aktivitäten auf dem Feld der Presse. Kurt Weiß kümmerte sich etwa um eine eilige Meldung von General der Infanterie a. D. Hermann Foertsch, dem Leiter der »Psychologischen Gegenwirkung«.[119] Die *Zeit*-Publizistin Marion Gräfin Dönhoff, hieß es darin für den in Bonn weilenden Gehlen, »hat auf Anregung von Speidel um einen etwa drei Maschinenseiten langen Aufsatz für die ›Zeit‹ gebeten, in dem die militärischen Gesichtspunkte für eine allgemeine Wehrpflicht behandelt werden. [Sir Basil H.] Liddell Hart soll entsprechend über die Vorzüge des Berufsheeres schreiben.« Da Dönhoff einen Namensartikel erbitte, werde bei der derzeitigen innenpolitischen Situation die Entscheidung darüber wohl »von politischen Erwägungen abhängen, die ich nicht voll übersehen kann«. Major i. G. a. D. Weiß, der bei Kriegsende noch einen Gegenstoß gegen die Amerikaner geführt hatte und in Pressedingen mittlerweile mit der ihm eigenen Nonchalance agierte, meinte dazu, falls der prominente General in Pullachs Diensten (der Anfang Mai 1945 die Kapitulation der Heeresgruppe G vor der 6th U. S. Army Group unterzeichnet hatte) bei der Opposition als Mitarbeiter des BND bekannt sei, werde ein Namensartikel von ihm vielleicht als Einmischung gesehen werden. Teile Gehlen diese Einschätzung, so solle »›Mariechen‹«, die Gräfin Dönhoff, »gelegentlich unterrichtet werden«. Der Namensartikel erschien nicht.

4. Multimanager im BND

Die Organisation Gehlen war nun der Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland. »Auf innenpolitischem Gebiet wird der Bundesnachrichtendienst nicht tätig«, hatte der Chef des Bundeskanzleramts den Ressorts bereits im Vorfeld mitgeteilt.[120] Die identische Formulierung nahm Kanzleramtsstaatssekretär Karl Carstens einige Monate nach dem Ausscheiden des ersten BND-Präsidenten dann in die Allgemeine Dienstanweisung für den Dienst auf.[121] Reinhard Gehlen hatte sich diese Maxime nie zu eigen gemacht. Bundeskanzler Konrad Adenauer und Hans Globke gaben explizit zu erkennen, dass auch ihnen dieses Prinzip nichts bedeutete. Der »Doktor« war sich nicht nur darüber im Klaren, dass seine ausgedehnte politische Inlandsspionage wesentlich zu seiner Wertschätzung bei der Regierungsspitze beitrug, er wusste zudem genau, dass der Kanzler und sein Staatssekretär auch in Zukunft nicht auf diesen Service verzichten wollten. Im Gegenteil, Ausforschung und Ausspähung wurden ab 1956 wesentlich ausgeweitet.

Die Wochen seines größten politischen Erfolgs fanden den designierten BND-Präsidenten allerdings nicht in Feierstimmung. Eine vorbereitete USA-Reise, die er nun nicht mehr »als Gehalts- und Befehlsempfänger der Amerikaner«[122] hätte anzutreten brauchen, zerschlug sich. Ein persönliches Gespräch mit James H. Critchfield, über das der scheidende CIA-Aufseher sogleich Allen Dulles unterrichtete, zeigte den designierten Präsidenten ausgerechnet jetzt in einer Düsternis, die man in ihren zahllosen Unterredungen sonst nicht findet.[123]

Der »Doktor« hatte »Jim« zu einem Gespräch »of some importance and considerable sensitivity« gebeten. Ungewöhnlich für ihn, habe Gehlen einen müden Eindruck gemacht, stellte Critchfield eingangs fest. In den Augen Gehlens verschlechtere sich die Lage in Europa erheblich, schrieb er, da Frankreich und Italien wohl wieder auf Volksfront-Regierungen zutrieben: »The political situation in the Federal Republic of Germany also appears to Utility to be fraught with growing difficulties which could lead to a rather drastic change in the complexion of the government once Adenauer’s leadership is no longer a factor«, schilderte Critchfield den Fortgang der Unterhaltung, in der Gehlen zunächst eine für seinen

ungetrübten Antikommunismus erstaunliche Feststellung machte: »Although Utility believes that the German population is quite unsusceptible to communism and unlikely to accept a Popular Front government, he is convinced that the penetration of significant segments of West German society assumes enormous proportion fully understood by no one. He is not optimistic that there would be adequate opposition to the neutralist political movement combining the Socialists and the Anti-Adenauer elements of the Right – a coalition which Utility considers almost as disastrous as a Popular Front movement.« Das waren erstaunliche Feststellungen angesichts der Tatsache, dass die Unionsparteien nach den zweiten Bundestagswahlen einen Sitz über der absoluten Mehrheit stark waren und die SPD immer tiefer in eine politische und programmatische Krise rutschte.[124]

Gehlen räumte gegenüber Critchfield denn auch ein, er sehe das Problem, dass die falschen Kräfte in der Bundesrepublik an die Macht gelangten, nicht als akut an und glaube sogar, dieser gefährliche Trend könne wieder umgekehrt werden, falls es nach dem Rückzug Adenauers aus der Politik zu einer Großen Koalition komme. Er sei allerdings davon überzeugt, dass er sich nicht in seinem Amt würde halten können, wenn »solche Leute« wie Herbert Wehner, Otto Lenz oder Josef Müller an die Macht kämen: »Such a government would, Utility maintains, be vulnerable to political penetration and eventual control by the East. Its establishment would mark the beginning of a period in which Utility would feel morally justified in taking all possible action, including the establishment of an illegal apparatus in the Federal Republic, to oppose elements in Germany supporting a pro-Soviet policy. Utility would like to discuss with Ashcam [Dulles] a plan for such an eventuality.« Laut Critchfield fügte Gehlen dann noch hinzu, er sei zuversichtlich, dass man solche Schritte niemals gehen müsse. Seine Hoffnung sei eine andere: »That he can have another eight years as Chief of Upswing [BND] in which to systematically develop his organization along sound professional lines, based upon a law or laws passed by Parliament and an opportunity for development within the government solidly aligned with the West.«

Reinhard Gehlen, der an einer Einhegung seiner Handlungsfreiheit durch gesetzliche Regelungen stets genauso wenig Interesse hatte wie Hans Globke, legte es im Vorfeld seines geplatzten Amerika-Besuches offenbar

darauf an, dem CIA-Direktor auf seiner neu gewonnenen vermeintlichen Augenhöhe Stärke, Entschiedenheit, unverbrüchliche Solidarität und politisch-ideologische Unerschütterlichkeit zu demonstrieren. Jedenfalls konnte Dulles aus dem Critchfield-Bericht entnehmen, dass der »Doktor« sich selbst keineswegs als einen hohen Staatsdiener ansah, der bereit gewesen war, sich gemäß seinem Beamteneid jeder nach den demokratischen Spielregeln zustande gekommenen Regierung zur Verfügung zu stellen. Rücktritt allein würde ihm gegebenenfalls nicht genügen. Für ihn, der Hitler bis drei Wochen vor dessen Selbstmord gedient hatte, musste es dann schon kämpferischer Widerstand sein.

Rolf-Dieter Müller fragt in seiner Gehlen-Biografie, was den designierten BND-Präsidenten »zu einer derartigen verfassungsfeindlichen Haltung veranlasst haben könnte«?[125] Vielleicht seine Hoffnung, dass er mit gleichgerichteten verdeckten CIA-Operationen rechnete, denen er sich anschließen würde? Ein Reflex auf die von der FDP ausgelöste Regierungskrise,[126] die womöglich zu einem Ende der Ära Adenauer führte? Wie realistisch war es außerdem, eine zunehmende kommunistische Unterwanderung just in dem Moment an die Wand zu malen, als in Moskau die Stalinismus-Krise tobte und der Gedanke einer »friedlichen Koexistenz« Gestalt anzunehmen begann? In Polen und Ungarn zeigten sich bereits die Vorboten einer neuerlichen Erschütterung des Ostblocks. Was immer den neuen BND-Präsidenten zu seinen Botschaften in Richtung Washington bewogen haben mochte, sein entschlossener Gestus war mehr als ein Gestus. Reinhard Gehlen verstand sich, wie gesagt, tatsächlich als Kämpfer – als Kämpfer für die Absicherung der Außenpolitik Adenauers, als Kämpfer für einen etatistisch-autoritären Konservatismus, als Kämpfer gegen jedwede liberale Aufweichung in Kultur und Gesellschaft und nicht zuletzt als Kämpfer für die Wahrung des politischen Einflusses, den er seinem Apparat und sich persönlich seit 1946 Schritt für Schritt gesichert hatte. Bei diesem Gefecht in Permanenz hatte der BND-Präsident mit Kurt Weiß den idealen Generalstabschef.

Ein exorbitantes Geschäftsfeld

»Winterstein« führte seit 1956 eine Art persönliches Diensttagebuch, eine handschriftliche Kladde, in die er beinahe täglich Einträge machte. Sie geben einen ungefähren Eindruck davon, welches exorbitante Tätigkeitsfeld er sich seit seinem erst wenige Jahre zurückliegenden Eintritt in die Organisation Gehlen hatte erobern dürfen.[127] Das zeigen die Aktivitäten von Kurt Weiß im Sommer des ersten BND-Jahres, die im Folgenden Pars pro Toto etwas näher betrachtet werden. Man ist versucht zu sagen, dass sie außer der Befassung mit Geheimschreibverfahren, der Funkaufklärung und der Gebäudeverwaltung in der früheren Rudolf-Heß-Siedlung so gut wie alle Aufgabenbereiche des Dienstes umfassten.

Die Aufzeichnungen setzen mit dem 11. Juni 1956 ein, einem Montag.[128] Da traf sich Weiß mit dem ehemaligen Geschäftsführer des *Deutschen Wirtschaftsdienstes*, Deckname »Vogel«, der auf den DWD »als mögliches Instrument für die Nachrichtengewinnung (Basis und Abdeckung von Quellen im Ausland)« aufmerksam machte. Beide sahen »die große Chance«, den Informationsdienst in die im Aufbau befindliche Auslandsaufklärung einzubeziehen, was dann auch geschah. Tags darauf saß »Winterstein« in Düsseldorf mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Döring zusammen, seiner politischen Sonderverbindung »Dora« seit mindestens drei Jahren. Hauptbesprechungspunkte waren das »Verhältnis FDP-BND (Verbindungen)« und Erkenntnisse über Funktionäre der ostzonalen LDPD, mit denen die Liberalen spektakuläre Gesprächskontakte angeknüpft hatten. In seiner späteren Kommentierung hielt Weiß fest: »Zwischen Döring und mir entwickelte sich eine enge Verbindung, die bis zu seinem plötzlichen Tod anhielt.«[129]

Der nächste Tag war mit drei Terminen ausgefüllt. Da war zunächst eine Besprechung mit einem »Außenmitarbeiter Emigration (Polen-Spezialist)«, der die Verbindung zu dem schwer belasteten ehemaligen SS-Obersturmbannführer Fritz Arlt (V-2881, »Hansen«) – jetzt Leiter des Suchdienstes des Roten Kreuzes in München und später Abteilungsleiter Bildungswesen des Deutschen Industrie-Instituts in Köln – hergestellt hatte und der ebenfalls teilnahm;[130] Weiß nutzte, wie er festhielt, dessen »vielseitige Verbindungen und Einblicke«. Danach traf er sich mit zwei

Mitarbeitern einer großen Außendienststelle, die politische Nachrichtenbeschaffung betrieb, besprach mit ihnen die »Quellensituation mit neuen bzw. zusätzlichen Aufklärungswünschen« sowie den Einsatz eines neuen Zweigstellenleiters in Berlin, der bisher Archivar an der Hochschule für Politik gewesen war. Danach beriet sich »Winterstein« mit Generalmajor a. D. Hans Doerr (S-1960, »Dreher«), im Krieg Militärattaché in Madrid, einem wichtigen »Presse-Verbindungsführer«. Doerr betreute den Großraum München mit besonderen Kontakten zu Redakteuren des *Münchner Merkur*, des *Simplizissimus* und zum ehemaligen NSDAP-Kreisleiter und Chefredakteur der *Deutschen Soldatenzeitung* Helmut Damerau. Es ging um eine bessere regionale Aufteilung der Presseverbindungen, die eine intensivere Betreuung der Journalisten ermöglichen sollte.

Der 14. Juni stand im Zeichen des Zusammentreffens mit Edmund von Gordon, dem Herausgeber und Chefredakteur der seit 1954 erscheinenden, rechtslastigen Zeitschrift *Der Europäische Osten. Politische Monatsschrift für eine neue Ordnung*. Sie wurde vom Gehlen-Dienst und vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unterstützt, bereits nach einem Jahr übernahm sie der BND in eigene Regie, weil sich die Schrift »zu einem echten Kristallisationspunkt für wichtige Persönlichkeiten aus dem Gesamtbereich der Ost-Emigration entwickelt hatte«. Von Gordon, aus einer schottischen Adelsfamilie stammend, war mit einer betuchten Prinzessin zu Wied verheiratet und verfügte so über beträchtliche Eigenmittel zur Pflege seiner nachrichtendienstlich vielfach nutzbaren Verbindungen vor allem zur polnischen Emigration.

Der folgende Tag war mit internen Besprechungen über die Verwendung seiner erwähnten engen Mitarbeiterin in der DDR-Spionage, Gertrud Stephani (»Frau Straimer«), und einer wichtigen »Frankreich-Quelle« ausgefüllt.[131] Die in den Westen geholte ehemalige Leiterin des Sozialamts der Stadt Gotha, die Gehlen aus Familienfreundschaft entgegen allen Sicherheitsbestimmungen in den Dienst gedrückt hatte, landete am Ende ihrer Karriere, mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert, in der höchsten Gehaltsstufe für Angestellte. Der selbst schwer belastete Frankreich-Agent V-196281, zu Hause wegen Kollaboration in Abwesenheit zum Tode verurteilt und vom BND »natürlich auch gegenüber den Amerikanern« abgeschirmt, war deswegen interessant, weil es ihm gelungen war, »an

hochrahmige französische Politiker, insbesondere aus dem rechten Lager«, heranzukommen. Als drittes stand auf der Agenda eine Besprechung mit Giselher Wirsing von *Christ und Welt*. »Winterstein« kommentierte die karge Notiz nachträglich mit den Worten, der wegen seiner Vergangenheit durchaus umstrittene Publizist sei ihm ein loyaler Gesprächspartner gewesen, »der stets bereit war, Aktivitäten der ›Gegenwirkung‹ durch Veröffentlichungen zu unterstützen«.

Nach dem Wochenende besprach sich Weiß mit Worgitzky, mit dem er nicht nur Kriegserinnerungen, sondern auch gute Erfahrungen beim Umgang mit dem *Spiegel* teilte. Es ging um eine Belebung der außenpolitischen Aufklärung, für die sich der bald zum BND-Vizepräsidenten Berufene besonders interessierte, »in Anlehnung an die in der ägyptischen Hauptstadt tätigen ehemaligen deutschen Offiziere«, insbesondere um den Einsatz von Gerhard Bauch (»Gerhard«) in Kairo, der Jahre später als BND-Resident in den Strudel der Lotz-Affäre[132] geriet. Danach erörterten die beiden den Fall des Mitarbeiters »Lüders«, ehemals höherer HJ-Führer, der nach Kriegsende einen falschen Namen angenommen hatte, was nun korrigiert werden müsse, »weil seine besondere Eignung für nachrichtendienstliche Aufgaben eine Weiterbeschäftigung (mit späterer Übernahme in das Beamtenverhältnis) dringend wünschenswert erscheinen ließ«, wie Weiß, der sich sehr dafür einsetzte, diesen Eintrag später kommentierte. Als Letzten nahmen sich die beiden leitenden Herren des BND einen Oberst a. D. vor, »ein bekannter Reiter«, der über gute »Beziehungen zu zahlreichen interessanten Persönlichkeiten in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur vornehmlich im norddeutschen Raum« verfügte und sich als Forscher und Tipper wichtiger Verbindungen bewährt hatte.[133]

Zwei Tage später besprach sich Kurt Weiß mit seinem direkten Vorgesetzten Conrad Kühlein und mit Gehlen selbst.[134] Bei »Kühne« ging es um Personalfragen und um »besonders erfreuliche« Einzelverbindungen, so in Budapest und Istanbul, sowie um die Abschöpfung eines leitenden Managers von MAN. Die Unterredung mit dem »Doktor« umfasste laut der späteren Transkription sieben, tatsächlich aber elf Gesprächspunkte, so zum *Europäischen Osten*, zum *Deutschen Wirtschaftsdienst*, zum FDP-Politiker Döring, zu Personalia sowie zum »Stand der Presse-Verbindungen« und den »Meldungseingang und Meldungsumlauf«. Eine längere Diskussion ergab

sich über »die zukünftige Verwendung ›Turners‹ (= Hugo Prinz von Thurn und Taxis)«. Gehlen wollte dem Prinzen, »den er persönlich besonders schätzt und zu seinen engsten Vertrauten rechnete«, angesichts seiner langjährigen Zugehörigkeit zur Org eine angemessene Verwendung angedeihen lassen, andererseits waren ihm dessen »Möglichkeiten und Grenzen klar«. Eine Verwendung in seinem Stab verwarf er deshalb; so blieb es bei der Stellung seiner Hoheit als »Hilfsreferent (Weltkommunismus)«.

Wichtigster Punkt an diesem Tag war jedoch das von »Winterstein« beanstandete Missverhältnis zwischen den Zahlen der bei der Beschaffung eingegangenen und der von der Auswertung abgesetzten Meldungen. Das ging seiner Ansicht nach auf einen Hang zur Überperfektionierung zurück. Er plädierte deshalb für einen großzügigeren Umgang mit eingehenden Informationen, die manchmal besser »schnellstens« weiterzuleiten seien. Dahinter steckte ein Konflikt mit dem skrupulösen Klaus Ritter (»Röhl«),[135] der auf genauester Prüfung bestand. Der Ritterkreuzträger und spätere Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen war zu diesem Zeitpunkt für die Auswertung Sowjetunion und DDR verantwortlich, wurde bald darauf Leiter des politischen Auswertungsreferats und trug damit die Hauptlast der Ostberichterstattung des BND. Seit langem war »Röhl« ein scharfer, mit beißendem Spott nicht sparender Kritiker des leichtfertigen Umgangs des Strategischen Dienstes mit eingehenden Informationen und daher nicht von ungefähr ein »erklärter Widersacher von Weiß und Langkau«.

Ronny Heidenreich hat diesem Grundsatzkonflikt ein eigenes Kapitel in seiner Untersuchung zur DDR-Spionage gewidmet[136] und gezeigt, dass Critchfield schon früh so weit ging, der CIA-Zentrale davon abzuraten, Material des Langkau/Weiß-Apparats weiterzugeben. Gehlen und Weiß dagegen hatten kein Problem damit, die Empfänger über die Solidität dieser Berichte »gezielt« zu täuschen. »Dr. Schneider« entschied frei darüber, welche Berichte nach Bonn gingen und welche nicht, eine Praxis, die zwei Jahre später zu der Beschwerde der Auswertung bei Gehlens Stab führte, solche Eigenmächtigkeiten müssten »das Vertrauen Bonns auf eine objektive Berichterstattung untergraben«. Als sich der Jahre währende Konflikt mehr und mehr verschärfte, trat »Winterstein« bei seinen politischen Meldungen einfach die Flucht in pauschale Floskeln an – aus

Moskau, Ostberlin, Bukarest o. ä. werde gemeldet, hieß es fortan nur: »Tatsächlich öffnete diese Verschleierung der Nachrichtenmanipulation in den politischen Beschaffungsapparaten Tür und Tor.« Da Gehlen auf der Seite von Langkau und Weiß stand, war die Rückkehr zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Informationsaufkommen des BND versperrt.

Unter dem 23. Juni findet sich zu einer »Besprechung (intern) über wichtige Presse-Verbindungen« die unkommentierte Auflistung: »1. Hering nach Prag, später Budapest, 2. Holm am 1.9.56 Kairo, 3. ›Stefan‹ (Klarname: Immanuel Birnbaum) nach Moskau (!), 3. Kempski (SZ), 4. Typ Reporter, 5. Proebst (SZ), stellvertretender Chefredakteur, 6. Konitzer (FAZ) nach Prag, 7. Weissenfeld nach Paris, 8. Pörzgen (FAZ) nach Moskau«.

Einige Tage später, einem Donnerstag, gingen Weiß und Kühlein im Vorfeld einer Umorganisation miteinander wichtige Namen der politischen Nachrichtenbeschaffung durch.[137] V-7875 sei als junger Journalist bei NWDR tätig, werde von der langjährigen Sonderverbindung August Hoppe[138] positiv beurteilt, müsse wegen seiner guten persönlichen Beziehungen in die SBZ aber umgehend überprüft werden, befanden sie. Das FDP-Mitglied Wolfgang Mischnick, stellvertretender Landesvorsitzender in Hessen, sei von der zuständigen Dienststelle wegen seiner Ostkontakte, die er im Rahmen seiner Tätigkeit für die Jungdemokraten aktiviert habe, um »Begegnungen und Gespräche mit der sowjetzonalen LDPD zu initiieren«, zwar abgelehnt worden, doch Kühlein und Weiß verständigten sich darauf, »die Ablehnungsgründe zu überprüfen, da durch formalistische Handhabung Chancen vergeben werden könnten«; schon bei den erwähnten Geschwistern Stephani hatte »Winterstein« keine Vorbehalte gegen eine vorschriftswidrige Rekrutierung geltend gemacht.[139] Mischnick trat jedoch nie in die Dienste des BND.

Dann ging es um einen ehemaligen Oberleutnant, der sich aus der DDR absetzen wollte und den das Gesamtdeutsche Ministerium gerne als nicht-etatisierten Außenmitarbeiter zu verwenden gedachte. Der Chefredakteur der Frankfurter *Abendpost* bzw. des *Darmstädter Echos* (V-7876), so weiter, verfüge über interessante Beziehungen zu Journalisten in der DDR, besonders zum Ostberliner *Verlag der Nation*, die jederzeit intensiviert werden könnten.[140] Dann kamen noch drei weitere Personen mit Kontakten

in die DDR und der erwähnte französische Ex-Kollaborateur V-196281 zur Sprache.

Am darauffolgenden Tag fand sich Kurt Weiß neuerlich beim BND-Präsidenten im »Doktor-Haus« zum Vortrag ein.[141] Dabei ging es zunächst um den frankophilen Chefredakteur der Zeitschrift *Deutsche Woche* in München, Carl August Weber, der vom KGB einige Jahre später als MfS-Agent geopfert wurde, um den ungleich wichtigeren Heinz Felfe im BND zu stabilisieren.[142] Nächster Punkt: »Operation Herbstgewitter«, die Ausschleusung des ehemaligen stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Hermann Kastner, aus der Kurt Weiß dann einen in der Sache in keiner Weise gerechtfertigten Propagandaerfolg zu machen versuchte.[143] »Winterstein« berichtete ferner über die Entwicklung seiner Beziehung zu Wolfgang Döring, außerdem über die »Operation Mercedes«, den geplanten, aber dann nicht zustande gekommenen Besuch des prominenten Obersten a. D. Bogislaw von Bonin (er suchte mit eigenwilligen Verteidigungsplanungen einen dritten Weg zur Wiedervereinigung) beim Generalstabschef der sowjetischen Truppen in der DDR.[144] Gleich danach begab sich Weiß zu Kühlein und besprach mit ihm Aspekte der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, den Einsatz der Presse-Sonderverbindung Hauser (ein ehemaliger Offizier, Stalingrad-Kämpfer und Korrespondent mehrerer Zeitungen und Rundfunkanstalten) in Indien sowie die völlig unzureichende bisherige Berichterstattung aus Fernost.

Dann stand bereits wieder ein Vortrag bei Gehlen an, in dem er ihn über den Entwicklungsstand der Ostaufklärung in seiner Abteilung und »den Aufbau von Verbindungen in anderen Bereichen« unterrichtete.[145] Vor allem aber ging es um die Nominierung eines Vizepräsidenten. Weiß hatte inzwischen einen solchen Einfluss beim Präsidenten erreicht, der es ihm erlaubte, mit einer dringlichen und letztlich erfolgreichen Empfehlung für Hans-Heinrich Worgitzky aufzuwarten, seinen Kriegskameraden und Partner in der Pressepolitik. Bei dieser Gelegenheit wurde auch gleich die Nominierung von dessen Nachfolger in Hamburg geregelt. Die Wahl fiel auf Worgitzkys Stellvertreter Adolf Wicht, den Gehlen seit 1943 als Mitarbeiter bei Fremde Heere Ost kannte und für einen »politisch sehr interessierten Menschen« hielt. (Einige Jahre später hatte Wicht in der *Spiegel*-Krise als zentraler BND-Sündenbock seinen Kopf hinzuhalten, pflegte nach dem offiziellen Ausscheiden aus dem Dienst seine

Presseverbindungen unter »Wintersteins« Ägide jedoch weiter.[146]) Nach der Besprechung bei Gehlen konferierte Weiß, wie beinahe jede Woche, mit seinem Gegenüber von der CIA über Lateinamerika und die sensationelle Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU – ganz so wie der quecksilbrige Barbier von Sevilla hier, da, dort und überall.

Tags darauf kam es im Bundesamt für Verfassungsschutz wieder zu einer anstrengenden Unterredung mit dem Leiter der Beschaffungsabteilung Günther Nollau, dem von Anfang an beargwöhnten Lieblingsfeind Pullachs, der nichts von der Ostaufklärung des Gehlen-Dienstes hielt und das bei jeder sich bietenden Gelegenheit nicht nur zu zeigen, sondern auch zu belegen pflegte.[147] Aus den dreißig Jahre später verfertigten Erläuterungen von Kurt Weiß zu den sieben Punkten der Tagesordnung (sie umfasste die »Innere Situation der SED« und die »Aktivitäten aus Ost-Berlin gegen SPD« ebenso wie den »Stand KPD-Prozess«) kann zur Sache selbst wenig entnommen werden. Bemerkenswert ist nur der Kommentar, den Weiß zur Erörterung der »Ost-Infiltration der Soldatenverbände« abgab. Zutreffend hält er zunächst fest, dass der BND hier viel bessere »Einblicks- und Einflussmöglichkeiten« gehabt habe als das BfV, machte aus dieser Tatsache und den gegenseitigen Absprachen dazu jedoch eine ganz auf der Linie von Gehlens Apologie liegende Rechtfertigung. »Wie schon erwähnt, sind die Absprachen mit dem BfV deshalb bedeutsam, weil mit ihnen spätere Vorwürfe gegen den BND – innenpolitische Aufklärung – zusammenhängen. Es ist unbestreitbar (und auch rechtens), dass nicht nur die ›Organisation Gehlen‹, sondern auch der BND solange Abwehrtätigkeiten in den drei Westzonen und in den Anfangsjahren auch in der Bundesrepublik wahrgenommen haben (nach unserer Überzeugung im Interesse der Bundesrepublik wahrnehmen mussten), als keine ausreichenden anderen Organe zur Verfügung standen.«[148] Nichts von dem, was in dieser Untersuchung zur politischen Inlandspionage vor Augen geführt wird, hatte allerdings irgendetwas mit wirklicher Abwehrtätigkeit zu tun. Einige Wochen später kam es zu einem neuerlichen Eklat mit dem Verfassungsschutz, denn der Strategische Dienst hatte seiner bewährten Sonderverbindung Otto B. Roegele aus vermeintlich sicherer Quelle Unterlagen über tatsächlich nicht existente Schulen für Diversanten in der DDR zur Verfügung gestellt, die der *Rheinische Merkur* denn auch wunschgemäß ausbreitete.[149]

Unbefriedigend entwickelte sich für Kurt Weiß zunächst eine Operation des BND, die er für die Öffentlichkeit im Nachhinein gleichwohl zu einem großen nachrichtendienstlichen Erfolg umzudeuten verstand. Als Gehlens Mann für die innen- und imagepolitischen Unternehmungen großen Stils bearbeitete er auch den berühmten »Fall Hermann Kastner«.[150] Ein Vierteljahr nach Gründung des BND unterrichtete er seinen Präsidenten über »den neuesten Stand der Operation ›Herbstgewitter‹« – die geplante Ausschleusung des 70-jährigen früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und Ko-Vorsitzenden der LDPD.[151] Das hörte sich gewaltig an, doch Kastner hatte beide Ämter 1949/50 nur wenige Monate innegehabt, war später aber immer wieder einmal für diese oder jene Position im Gespräch gewesen. Doch anders als Reinhard Gehlen noch in seinen Erinnerungen behauptete,[152] war das nachrichtendienstliche Interesse an dem Politiker im Westen recht begrenzt; für den BND gearbeitet hat er nach Aktenlage jedenfalls nicht. Die sowjetischen Dienststellen betrachteten den abgehalfterten Funktionär und seine exaltierte Ehefrau mit Misstrauen, das MfS überwachte beide.

Ohne dass die östlichen Geheimpolizeien eingegriffen hätten, traf das prominente Paar Anfang September 1956 in Frankfurt am Main ein. Das vorab eingeweihte Bundeskanzleramt wollte die Operation aber nicht in dem von Pullach gewünschten Ausmaß ausgeschlachtet sehen. Eine von »Winterstein« eingefädelte Rundfunkansprache kam nicht zustande, der »von Weiß erhoffte Prestigegewinn für den BND« stellte sich nicht ein. Das Presseecho fiel zum Teil recht ungnädig aus, der frühere DDR-Bonze mit seinen dubiosen Fluchtmotiven kehre am besten sofort wieder in die Zone zurück usw. *Christ und Welt* und die *Zeit* mit ihrem dicken Draht nach Pullach befleißigten sich freilich konstruktiverer Töne. Ein Jahr nach seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik verstarb Hermann Kastner. Kurt Weiß verstand es langfristig dennoch, Funken aus dem »Herbstgewitter« zu schlagen. Noch drei Jahrzehnte danach hielt er sich zugute, er habe den DDR-Spitzenpolitiker über viele Jahre »in zahlreichen Veröffentlichungen als Spitzen-Verbindung des BND (mit hervorragenden Zugängen und Einblicken) herausgestellt« und auf diese Weise die Mitte der fünfziger Jahre »ausgebliebene Gesamtwirkung ausgeglichen«.[153]

Im jenem Sommer 1956, als der BND-Präsident die neue Tarnziffer »50« und sein neuer Vize Worgitzky die »50,0« annahmen, wurden Wolfgang

Langkau mit »50c« und Kurt Weiß mit »50c1« bedacht. Diese formale Nachordnung verschleierte die Stellung und den tatsächlichen Einfluss »Wintersteins« in der BND-Spitze.[154] Seine Unterredungen mit Gehlen häuften sich, ging es nun um die Auswertung der schlagzeilenträchtigen Gespräche der FDP-Delegation mit LDPD-Funktionären, um die Beziehungen zum türkischen Nachrichtendienst, um den intensiven Austausch mit August Hoppe vom *Westdeutschen Rundfunk*, das Engagement in Ägypten oder um Gehlens USA-Reise, dem ersten Zusammentreffen des frisch installierten BND-Präsidenten mit der CIA-Spitze auf vermeintlicher Augenhöhe.[155] Dass der »Doktor« neben seinem persönlichen Referenten Eberhard Blum nur Kurt Weiß, der im Grunde doch ein Newcomer war, zu diesem historischen Termin mitnahm, war für die übrigen leitenden Herren mindestens ein so deutliches Signal seiner Wertschätzung wie für ihn selbst. Der Besuch musste nach einer länglichen Ozeanüberquerung dann zwar wegen des bedrohlichen Spannungszustands während des Ungarn-Aufstands abgebrochen werden,[156] doch bei dem geglückten zweiten Anlauf im Frühjahr 1957 hatte der Präsident, dem Allen Dulles einen großen Bahnhof bereiten ließ, wiederum niemand anderes an seiner Seite als den gerade 40-jährigen »Winterstein«.[157]

In dieser Bevorzugung steckte auch der Dank, der Weiß für seine maßgebliche Beteiligung an einer BND-Unternehmung zuteilwurde, die Reinhard Gehlen zu den bedeutendsten seiner Amtszeit zählte. Die oben detailliert dargestellte »Operation Lena«[158] zeigte »Wintersteins« vermeintliche Stärken – die nach den Maßstäben nachrichtendienstlicher Professionalität und Seriosität in Wirklichkeit Schwächen waren – in besonderer Deutlichkeit. Der Favorit des »Doktors« hatte eben seinen neuen Status eines Leiters der Abteilung politische Beschaffung Ost erlangt, da wurde er neben dem KGB-Agenten Heinz Felfe schon zum wichtigsten Akteur dieses desaströsen Abenteuers, dem damals allerdings erstrangige Bedeutung für die Wertschätzung des Dienstes bei der Regierungsspitze zukam. Als Operation der Gegenspionage und der DDR-Spionage funktionierte sie über Jahre nicht nur wegen der Raffinesse Felfes, sondern im Sinne des sowjetischen Kalküls auch deswegen so gut, weil der nachrichtendienstlich unerfahrene Universalmanager Kurt Weiß trotz aller früh sichtbaren und von seinen versierten Kollegen warnend benannten

Ungereimtheiten nie die Möglichkeit erwog, dass es sich bei diesem sowjetischen Paradestück um eine Feindaktion handeln könne.

Das durfte für »Winterstein« bis zur Enttarnung des KGB-Agenten Anfang der sechziger Jahre schon deswegen nicht wahr sein, weil neben Heinz Felfes Renommee auch sein eigener Ruf bei Gehlen und Globke in starkem Maße auf die vermeintlich sensationellen »Lena«-Erfolge zurückging. Wie erinnerlich, verstand es der Spion dank der intensiven Förderung durch den »Doktor«, der Leitung des Kanzleramts in den Monaten der BND-Gründung eine schwere Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland vorzugaukeln, die allein von Pullach abzuwenden sei. In der DDR-Spionage und bei der Aufklärung vermeintlicher sowjetischer Absichten in der Deutschlandpolitik bezog Kurt Weiß seine Erkenntnisse hauptsächlich aus dieser KGB-Operation mit ihrer Zentralfigur Günter Hofé. Das Tandem Felfe/Weiß lebte in einer Art Fördergemeinschaft zu beiderseitigem Nutzen, wie BND und CIA nach der Enttarnung des KGB-Maulwurfs im Herbst 1961 sogleich erkannten und auch deutlich benannten. Eine spätere interne Untersuchung legte sogar konkrete Anhaltspunkte für den Verdacht vor, Weiß selbst habe womöglich in sowjetischen Diensten gestanden. Es sei vor allem der Fall »Lena« gewesen, der »Winterstein« zu seiner »herausragenden Karriere« verholfen habe.[159]

Das war richtig, aber allenfalls ein Drittel der Wahrheit. Neben seiner wirkungsvollen innen- und medienpolitischen Umtriebigkeit und seiner maßgeblichen Mitwirkung im »Lena«-Komplex gehörte Kurt Weiß auch noch zu dem ganz kleinen Kreis von Mitakteuren und Mitwissern bei dem bedeutendsten und für die Kanzleramtsspitze mit Abstand wichtigsten Projekt politischer Inlandsspionage während der Ära Adenauer: der jahrelangen Ausforschung der SPD-Spitze. Das im nächsten Kapitel in allen Verästelungen untersuchte, bis zum heutigen Tage unerkannt gebliebene Meisterstück praktizierter Demokratieverachtung zum höheren Nutzen des Bundeskanzlers und seines Staatssekretärs begann ebenfalls noch zu Zeiten der Organisation Gehlen, entfaltete seine größte Wirksamkeit aber erst nach der »Legalisierung« des BND.[160]

Die Meldungen aus dem innersten Zirkel der sozialdemokratischen Parteiführung war beinahe ein Jahrzehnt lang die stärkste politische Trumpfkarte Pullachs in Bonn. Der Auslandsnachrichtendienst hatte die

SPD-Parteizentrale für den Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden in ein gläsernes Büro verwandelt. Sobald die von Gehlen höchstpersönlich eingefädelte, hochgradig feindselige Operation auf sicherem Geleise stand, leitete der »Doktor« ihre praktische Handhabung nach und nach auf den Strategischen Dienst von Langkau und Weiß über. Sobald dem BND-Präsidenten die Bespitzelung der SPD-»Baracke« angesichts der beginnenden Kanzler-Dämmerung Ende der fünfziger Jahre zu riskant zu werden begann, war es wiederum sein de facto Generalstabschef »Winterstein«, den er damit beauftragte, den Verräter aus der sozialdemokratischen Parteispitze unter das Dach des BND hereinzuholen, ruhigzustellen und ebenso üppig wie nachrichtendienstlich irrelevant zu versorgen.

Jenseits jeglicher internen oder externen Kontrolle hatte Reinhard Gehlen den persönlich so gewinnenden und unbegrenzt belastbaren Multimanager Kurt Weiß binnen weniger Jahre zu einer maßgeblichen, an seiner Dienststellung jedoch kaum ablesbaren Zentralfigur des BND aufsteigen lassen. Nicht nur die Bedeutung, schon allein die exorbitante Breite seines »Geschäftsfelds« zeigen, dass es auch für jeden anderen Spitzenmann des Dienstes unmöglich gewesen wäre, sich in die Materie aller dieser Arbeitsbereiche seriös zu vertiefen. Das entsprach allerdings auch weder der Erwartung noch dem Selbstverständnis des Präsidenten und seines Tausendsassas. »Winterstein« wollte und sollte nicht nur die besonders geheimen oder aufmerksamkeitsträchtigen Operationen für den Gehlen-Dienst managen, sondern für diesen immer auch – salopp gesprochen – Image machen, gleichviel ob mit Verschleierung, Vertuschung oder Ruhmrederei.[161]

Freilich lebt jeder Nachrichtendienst ungeachtet seiner tatsächlichen Leistungsfähigkeit von dem Nimbus, den er zu schaffen und um sich her zu verbreiten versteht. Je geringer die Leistungsfähigkeit, desto mehr Energie ist aufzuwenden, um diese Defizite mit ausgefeilten innen- und imagepolitischen Anstrengungen zu kompensieren. Reinhard Gehlen, hier kongenial zu Kurt Weiß, hätte sich für den Dunkelbereich von Manipulation und Spiegelfechterei ebenso wie für seine offen gesetzwidrigen Operationen keine geeignetere Kraft als »Winterstein« heranziehen können, zumal, wie bei Gehlen auch, dessen unterentwickeltes Rechtsbewusstsein bestens mit seinem überbordenden Selbstbewusstsein korrespondierte.

Der Präsident und sein Erster Generalstabsoffizier lagen auch politisch auf einer Wellenlänge, wobei sich Kurt Weiß zwar weniger erratisch, aber genauso davon überzeugt zeigte, dass die vom Bundeskanzler in aller Schärfe propagierte und konsequent exekutierte Abgrenzung gegenüber liberaldemokratischen oder gar sozialdemokratischen Ordnungsvorstellungen eine Entwicklungsvoraussetzung der jungen Bundesrepublik sei. Der Gehlen-Dienst war bereits vor der Staatsgründung so eindeutig autoritär, nationalkonservativ und »staatsbejahend« gepolt, dass er den Erwartungen der Kanzleramtsspitze an die ständig erweiterte politische Inlandsspionage nicht nur wie von selbst entgegenkommen, sondern sie sogar von sich aus offerieren konnte. Und da die angewandten Mittel für die gewünschten Zwecke von höchster Stelle geheiligt waren, musste man sich in Pullach nicht mit Erwägungen zur Rechtsstaatlichkeit oder mit Gedanken über die Zweckbestimmung oder die ethischen Grenzen staatlichen Handelns beschweren.

Es ist deutlich geworden, dass die politische Inlandsspionage sich nur zu einem kleinen Teil auf die sogenannten »Sonderverbindungen« stützte, die Mitte der siebziger Jahre im Guillaume-Unterausschuss so viel Aufsehen erregten.[162] Dieses Instrument Gehlens hatte in dem Bericht der »Mercker-Kommission«[163] bereits einige Jahre zuvor eine sehr kritische Würdigung erfahren. Die Sonderverbindungen, denen man »Vergütungen in nicht unbeträchtlicher Höhe« gezahlt habe, hieß es, seien »getrennt vom normalen Apparat« geführt worden. Gehlens Nachfolger Wessel habe nach einer Überprüfung den größten Teil davon gelöst: »Das Bestehen dieser Sonderverbindungen hat nicht nur bei den Mitarbeitern des Dienstes böses Blut gemacht, sondern war auch geeignet, die Glaubhaftigkeit des Dienstes bei Behörden, aus deren Bereich diese ›Quellen‹ stammten, zu mindern.«[164] Gehlen stellte das alles in seinen Memoiren bald darauf jedoch als die normalste Sache der Welt hin und schrieb, die Sonderverbindungen seien »gelegentlich, bewusst oder unbewusst, in Richtung auf ein innenpolitisches Interesse missdeutet worden. Dass diese Auffassung unbegründet ist, brauche ich nicht zu betonen.«[165]

Anfang 1957 waren in Pullach 230 Sonderverbindungen erfasst, ein Zuwachs von ungefähr 40 Verbindungen seit »Legalisierung« des Dienstes einige Monate zuvor. Das entspricht etwa der Anzahl von Verbindungen, die Jahre später, zu Beginn der sozialliberalen Koalition, bekannt und von

Erich Schmidt-Eenboom einer Untersuchung unterzogen wurden.[166] Die überwiegende Mehrzahl dieser Personenbeziehungen fiel in die Kategorie von »Personen, die ohne genauere Kenntnis des Zusammenhangs infolge ihrer Freundschaft oder Bekanntschaft mit einem Angehörigen des BND fallweise zu nachrichtendienstlichen Hilfeleistungen herangezogen werden können«.[167] Eine Aufstellung allein der Bonner Vertretung des Dienstes macht jedoch deutlich, dass andere »ständige Verbindungen« mindestens ebenso wichtig gewesen sind.[168] Der Chef der Dienststelle 552 (die von Gehlens Schwiegersohn Alfred Dürrwanger geleitete BND-Dépendance in der Hauptstadt) nannte aus Ministerien und Behörden etwa 90 regelmäßige Kontaktpersonen im dienstlichen Verkehr, aus Parteien und anderen Bereichen 25 Gesprächspartner.[169] Zu den von der Zentrale registrierten Sonderverbindungen und den ständigen Verbindungen in Bonn kamen noch die Gesprächspartner der Außendienststellen in den Bundesländern sowie die eigentlichen V-Leute hinzu, von denen wir bereits einige bei ihrer Inlandsspionage beobachtet haben. Manche Informanten lassen sich keiner dieser Kategorien zuordnen. Kurt Weiß war (entgegen dem angeblich strikt gehandhabten »Schottenprinzip«[170] der Abkapselung der einzelnen Dienststellen voneinander) jedenfalls mit allen wichtigen Quellen der innenpolitischen Hinweisgebung vertraut.

Eine weitere Stufe seines Aufstiegs erklomm Weiß, als er im Herbst 1957 die Führung aller Außenorganisationen des Strategischen Dienstes übernahm und als dessen eigentliche Hauptfigur im April 1959 vom BND-Präsidenten zum ständigen Vertreter von Wolfgang Langkau ernannt wurde. Sogleich fasste er die gesamte außenpolitische Aufklärung des streng abgeschotteten Bereichs unter seiner Leitung zusammen.[171] Gemeinsam mit seinem nur nominellen Vorgesetzten Langkau verstand es »Winterstein« bald auch, der Berichterstattung des Strategischen Dienstes mit eigenen Meldungsformaten eine Vorrangstellung zu verschaffen, desaströs insofern, als diese Informationen nicht mit den Erkenntnissen der übrigen einschlägigen Diensteinheiten des BND abgestimmt waren. Wichtiges Instrument zur Untermauerung ihrer Sonderstellung waren die sogenannten »Führungsunterrichtungen«, die bei Gehlen und namentlich bei Staatssekretär Hans Globke Ende der fünfziger Jahre auf großes Interesse stießen. Gegenüber Weiß hob Langkau hervor, diese Form der Information schildere zuallererst »interne Vorgänge im Bereich der Bundesregierung,

Ministerien und Parlament, soweit sie Person und Verantwortung des Bundeskanzlers berühren«.[172] Der BND-Präsident wollte sie, wie Weiß später intern erläuterte, »als Vortragender in Bonn sozusagen ›aus der Tasche ziehen‹« können.[173] Andere exklusive Berichtsformen kamen hinzu. Die Mehrzahl der Hinweise aus der politischen Inlandsspionage dürfte über Gehlen, Weiß oder den Bonner BND-Vertreter allerdings mündlich an den Chef des Bundeskanzleramts gelangt sein.

Das »Archiv«, der Strategische Bereich von Langkau und Weiß (die miteinander weniger kooperierten als konkurrierten[174]), war unangreifbar. Das hob eine interne Untersuchung von Volker Foertsch später hervor. Dieser Sektor sei »durch strikteste Abschottung vom restlichen BND« bestimmt gewesen, legte er Gehlens Nachfolger Wessel dar: »Es war Gesetz in diesem Bereich, dem Rest des BND ebenso zu misstrauen wie Außenstehenden oder dem Gegner […] Diese Absonderung ließ eine Kontrolle der Arbeit des Archivs, etwa durch die Auswertung, nicht zu. Die Auswertung zerriss in zunehmendem Maße die Meldungen, die aus diesem Bereich nach 1956 auch an sie gelangten. Diese Kritik wurde häufig nur dadurch berücksichtigt, dass Langkau mit Billigung von Gehlen seine Meldungen nicht mehr an die Auswertung, sondern direkt an das Bundeskanzleramt gab. Gehlen und Langkau waren überzeugt, dass alle wesentlichen Quellen des Archivs in Ordnung seien, und wer das bezweifelte, wurde beiseitegedrängt.«[175] Der mit mehreren Operationen und auf verschiedenen Ebenen augenscheinlich so erfolgreiche Kurt Weiß erfreute sich der uneingeschränkten Rückendeckung des Präsidenten und hatte bereits Ende der fünfziger Jahre mehr oder weniger freie Hand im BND. Seine Arbeitskraft war ebenso ungebrochen wie sein Ehrgeiz und seine Bereitschaft, jegliches Mittel einzusetzen, wenn der politische Zweck es seiner und Gehlens Ansicht nach erforderte.

»Wintersteins« Vortragsnotizen und Führungsunterrichtungen spiegeln die Breite der politischen Inlandsspionage des BND, die im letzten Drittel der Adenauer-Ära ihren Höhepunkt erreichte. Er informierte über Willy Brandts interne Konflikte in Berlin[176] genauso wie über »Manipulationen des CDU-Schatzmeisters Bach mit dem ›Spiegel‹«. In dieser Vortragsnotiz, die sogleich im Original in den Unterlagen der CDU-Führung landete, teilte Weiß mit, der von den Hamburgern gerade scharf angegriffene Ernst Bach sei dabei, mit dem Magazin einen Deal über einen Artikel auszuhandeln,

der ihn gegen eine entsprechende vertrauliche Gegenleistung in ein freundliches Licht rücken solle. »Winterstein« bat Gehlen, diese Information aus Gründen des Quellenschutzes nur in »vorsichtigster Form« an Globke zu geben.[177] Eine Woche und weitere elf Vortragsnotizen später erhielt der BND-Präsident von Weiß den Hinweis, wonach die vom Bundespresseamt subventionierten *Wehrpolitischen Informationen* künftig im Kölner Markus-Verlag erscheinen würden. Er habe sich bemüht, einen geeigneten Redakteur ausfindig zu machen, habe mehrere Vorschläge lanciert, von denen der Verlag inzwischen einen auch akzeptiert habe. Durch den mit dem Bundesverteidigungsministerium abgesprochenen »Einbau« eines ehemaligen Majors und Mitarbeiters des Strategischen Dienstes sei »die ständige Beeinflussung und laufende Kontrolle der ›Wehr-Informationen‹ sichergestellt«; er teile dies nur für den Fall mit, dass Gehlen von Bundesminister Strauß darauf angesprochen werde. Man wolle das verwendete Material »mitüberprüfen« und obendrein vermehrt geeignetes BND-Material »einschieben«. Darüber hinaus ermögliche die Neubesetzung »lancierte Nachrichten«.[178]

Bald darauf wurde Reinhard Gehlen von Kurt Weiß über die Verbindung »Georg« unterrichtet, den Reichsritter Georg von Gaupp-Berghausen, der das Vermögen des Fürsten von Waldburg-Zeil und Trauchburg verwaltete, der bereits 1948 vom »Doktor« persönlich als Sonderverbindung S-2002 angeworben worden war und eine Schlüsselrolle bei den frühen Kontakten der Org zu der hochkonservativ-katholischen »Abendländischen Bewegung« gespielt hatte.[179] Mittlerweile diente S-2002 dem BND als »Gesprächsaufklärer« in reaktionären spanischen Milieus. Kurt Weiß berichtete sodann über »die Entwicklung der Afrika-Aufklärung« sowie über den Stuttgarter Verleger Curt Schwab, dem der Präsident »hohe Wertschätzung« entgegenbrachte und den er zu einem persönlichen Gespräch empfangen solle.

Danach gingen die beiden aktuelle Presse-Verbindungen durch, wobei sich Gehlen vor allem für den *Spiegel* interessiert habe, der den Dienst bisher so freundlich behandelt hatte. Rückblickend schrieb »Winterstein«, über Worgitzky und Wicht seien ständige Kontakte zu dem Nachrichtenmagazin sichergestellt gewesen, und setzte hinzu: »Sie dienten vorrangig dem Zweck, über geplante ›einschlägige‹ Veröffentlichungen *vorher* unterrichtet zu sein (an Beispielen erläutert, dass ich mehrere Fälle

unerwünschte Veröffentlichung verhindern konnte). 363 [Gehlen] stimmte grundsätzlich zu, dass im Rahmen der eigenen Pressearbeit nach und nach tragfähige Verbindungen zu Verlegern bzw. Herausgebern, Chefredakteuren bzw. leitenden Redakteuren aller auflagenstarken Wochenzeitschriften (Illustrierte, ›Spiegel‹, ›Zeit‹ u. a.) *aller* überregionalen sowie der in München erscheinenden Zeitungen hergestellt werden sollen. Außerdem sollen auch in den Rundfunkanstalten und in den großen Agenturen geeignete Redakteure geforscht werden.«[180]

Sofort nahm sich Weiß der gewünschten Vertiefung der ohnehin gut funktionierenden Medienpolitik des BND an, fuhr nach Bonn und suchte das Bundespresse- und Informationsamt in einer ersten offiziellen Begegnung zu einer Tour d' Horizon auf.[181] Laut seinen handschriftlichen Stichworten in der Kladde von 1959 ging man 21 Tagesordnungspunkte miteinander durch – dabei die Berlin-Propaganda in den Entwicklungsländern; »Rundfunk-Situation (Grimme, von Cube, Kuby)«; Gegenwirkung gegen DDR-Kampagnen, an der dem Kanzleramtschef besonders gelegen war;[182] »Propagandalinien-Studie (›Globus‹)«; Austausch von Ostblock-Wochenschauen; Filme aus dem Ausland, »Propaganda-Filme, Beschlagnahmen – (Weiterbehandlung)«; Verbindungen zum Fernsehen, wobei es wieder einmal um Hanns Hartmann, den Intendanten des *Westdeutschen Rundfunks*, ging, der schon fünf Jahre zuvor als Spitze einer Gruppe kommunistischer Intellektueller denunziert worden war.[183] »Tagesschau, Redaktion Köln, Soldatensender Calais, Hartmann«, notierte sich Weiß. Danach kamen die ARD-Redaktionen in Baden-Baden (»Französ. KP, französ. ND«), Stuttgart und München (»Cube: für alles verantwortlich!«) an die Reihe, der *Hessische Rundfunk*, der *Sender Freies Berlin*, *Radio Bremen* (»wenig hervorgetreten, SPD-beherrscht«), Saarbrücken und Fritz Eberhardt, sozialdemokratischer Widerstandskämpfer und kürzlich ausgeschiedener Intendant des *Süddeutschen Rundfunks* in Stuttgart, der Linkstendenzen fördere. Punkt 17 war den Berliner Filmfestspielen und den »völlig harmlosen« Mannheimer Filmwochen (»Ostblock-Filme – Beispiele für Steuerung; Verdacht«) gewidmet, auch Cannes. Die Kontrolle von Rundfunk, Presse, Film und Fernsehen in der Fahrt aufnehmenden Debatte um eine Notstandsgesetzgebung (»psychologisch nicht vorbereitet!«) kam in dieser Runde ebenfalls zur Sprache.

Der drittletzte und vorletzte Punkt der ausgreifenden Beratungen an diesem Dienstag in Bonn betraf »Illustrierte« und »Spiegel«. Aus der Diskussion über das Hamburger Magazin hielt Weiß neben Hinweisen zu dessen Berichterstattung über die blutigen Auseinandersetzungen zwischen dem französischen Geheimdienst und der FLN auf deutschem Boden unter anderem folgende Stichworte fest: »Nachrichten-Material im ›Spiegel‹ über Bonn: 50–60 % unzutreffend«, ein Abteilungsleiter des Presseamts sei »›Spiegel‹-Informant«, »lancierte Punkte im ›Spiegel‹, [der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Franz] Meyers großer ›Spiegel‹-Gegner, Ost-Verbindungen ›Spiegel‹«.[184]

Beinahe dreißig Jahre später, nach mancher Krise und Enttäuschung, kommentierte Kurt Weiß diesen Gedankenaustausch über das Nachrichtenmagazin so: »Ich erläuterte – ausgehend von der ›Spiegel‹-Veröffentlichung ›Des Kanzlers lieber General‹ (=Gehlen) unser Verhalten gegenüber dem ›Spiegel‹: Kontakte nicht aus der Zentrale, sondern über eine Außenstelle (Hamburg). Keine Materiallieferung an den ›Spiegel‹, sondern von Fall zu Fall Einschaltung mit dem Versuch, negative Veröffentlichungen zu verhindern (nicht nur über den BND selbst, sondern z. B. auch über Bundeswehr – Heusinger/Speidel!). Einschaltung bisher in mehreren Fällen erfolgreich, allerdings (leider!) nur dann, wenn keine ›übergeordneten Spiegel-Interessen‹ bestehen. ›Spiegel‹ (Augstein, Becker) offenbar jedoch stark daran interessiert, die Verbindung nicht abreißen zu lassen.«[185] Alles andere als ein verlässlicher Bericht, war das viel eher der erfahrungsgefärbte Rückblick des pensionierten BND-Universalmanagers »Winterstein«, dem das Hamburger Nachrichtenmagazin mittlerweile manche Blessur zugefügt hatte.

Zwischendurch waren dann noch für seine Dienststelle 519 die restliche weite Welt, z. B. »Aufklärungsräume« in der Sowjetunion und Finnland, in Fernost, »Nah-Mittelost«, Südamerika und Afrika neu zu ordnen;[186] musste der aufstrebenden »Frau Straimer«, der Ehefrau des »gefallenen Gehlen-Freundes Oberstleutnant Stephani«, die Zuständigkeit für die ständige Verbindung der Weiß-Abteilung mit einem Großteil ihrer Außenorganisationen übertragen werden;[187] wieder einmal hatte man eine Anfrage des Bundeskanzleramts zu Helene Wessel, der ehemaligen GVP-Gründerin und Mitstreiterin von Gustav Heinemann zu beantworten;[188] zwischendurch laufend Meinungsaustausch mit dem CIA-Gegenüber »Mr.

Feldheimer«;[189] die Bewilligung von 300 DM monatlich für den Kontaktmann zu einem Nachrichtendienst in Fernost im Sinne einer Verbesserung seiner »Beweglichkeit«.[190] Das mag zur Illustration von »Wintersteins« Verantwortungsbereichen und seiner noch viel weiter reichenden universellen Zuständigkeit in Pullach genügen; die restliche Welt eben.

Kurt Weiß begleitete Gehlen des Öfteren zu Besprechungen beim Chef des Bundeskanzleramts und trug diesem mitunter persönlich vor; Hans Globke kannte das enge Verhältnis zwischen dem »Doktor« und seinem Mädchen für alles. »Winterstein« wurde daher häufiger in vertraulichste Vorhaben einbezogen. Im Herbst 1959 besprachen der Kanzleramtschef und der BND-Präsident den Plan des prominenten, ab und an mit geschichtsrevisionistischen Betrachtungen auffallenden konservativen Publizisten Winfried Martini,[191] einen »Anti-Spiegel« zu gründen, ein Gedanke, dem beide anfangs zuneigten.[192] Gehlen stellte dem Chef des Bundeskanzleramts die Frage, »ob wir das Unternehmen unterstützen sollten. Staatssekretär Globke wies auf folgendes hin: Entwicklung sei inzwischen weitergegangen. Die Geldgeber von Martini hätten ausgesprochene Hemmungen, Geld zur Verfügung zu stellen, welches natürlich einschließlich seiner beabsichtigten Tendenz frühzeitig zur Kenntnis des ›Spiegels‹ kommen würde. Dies werde dazu führen, dass vom ›Spiegel‹ alle Anstrengungen gemacht würden, die geldgebenden Wirtschaftskreise unter Benutzung aller vorhandenen ›schmutzigen Wäsche‹ anzugreifen. Daher vertrete er die Tendenz, man solle eine andere Zeitung aufziehen, die nicht so eindeutig gegen den ›Spiegel‹ gerichtet sei. Vertraulich erwähnte der Staatssekretär, dass Bucerius den Versuch mache – und zwar mit Aussicht auf Erfolg –, die Anteile von Jahr und Augstein am ›Spiegel‹ aufzukaufen. Man könne dann natürlich den ›Spiegel‹ weiter als Oppositionsblatt laufen lassen, jedoch gewisse Dinge verhindern. Diese Orientierung darf aber auf keinen Fall über Winterstein hinausgehen.«

Da das Anti-Spiegel-Unternehmen absehbar scheitern würde, ergab sich zwischen Kurt Weiß und Wolfgang Langkau ein kleiner Nachtarock. Die Verbindung mehrerer verschiedener BND-Mitarbeiter zu Winfried Martini sei »kompliziert«, hielt man fest. »Deshalb soll versucht werden, Martini in erster Linie auf die Pressestelle zu verweisen, damit Wünsche präzise erfasst und gegebenenfalls bei der zuständigen Stelle geklärt werden

können. Gegen Martini an sich überhaupt keine Bedenken, da an seiner staatsbejahenden, konservativ-nationalen Einstellung keinerlei Zweifel – Probleme nur deshalb, weil seine unorthodoxe Arbeitsweise in mehreren Fällen bisher nicht zur erwünschten Erledigung innerhalb des Dienstes geführt hat.«[193]

Konservativ-nationales Gedankengut in den Medien war dem Strategischen Dienst willkommen, rechtsradikales aber nicht. Diese Abgrenzung fiel schon Ende der fünfziger Jahre recht deutlich aus, insbesondere wenn die alten und die neuen soldatischen Milieus davon betroffen waren. Bei einem seiner zahlreichen Gesprächstermine mit »Winterstein« kam Gehlen auf eine Unterhaltung mit Generalinspekteur Heusinger über die *Deutsche Soldaten-Zeitung* zu sprechen. Weiß schrieb später: »363 [Gehlen] äußerte erneut die – offenbar von General Heusinger geteilte – Besorgnis, dass eine Weiterführung der ›DSZ‹ auf der bisherigen Basis mit der bisherigen Zielrichtung nicht mehr möglich sein dürfte: Übernahme durch Verleger [Gerhard] Frey und damit ›Überführung‹ von einem kontrolliert-gemäßigten, allen Soldaten gleichermaßen gerecht werdenden Inhalt in ein rechtsradikales ›Fahrwasser‹. Weitere Beobachtung und Berichterstattung erwünscht.«[194] Das Problem beschäftigte das Kanzleramt und den BND noch länger, denn nach einer Notiz Gehlens billigte Globke seinen Vorschlag, »Freys Anteile aufzukaufen und weitere Handhabung des Problems ›Soldatenzeitung‹ mit dem Verteidigungsminister abzustimmen«.[195]

In demselben Spitzengespräch durfte der BND-Präsident erfreut zur Kenntnis nehmen, dass sich die spezielle, von der übrigen Berichterstattung strikt getrennte Unterrichtung durch den Strategischen Dienst von Langkau und Weiß im Palais Schaumburg zunehmender Beliebtheit erfreute. »Winterstein« wurde vom »Doktor« gebeten, »die Zahl der für ›Globus‹ (= Staatssekretär Dr. Globke) erstellten besonderen Ausarbeitungen zu erhöhen. ›Globus‹ habe nach mehreren dieser Unterrichtungen den dringenden Wunsch geäußert, über Vorgänge und Entwicklungen, die in die ›Routine-Berichterstattung‹, aus welchen Gründen auch immer nicht aufgenommen werden könnten, auf direktem Wege (über 363 [Gehlen]) informiert zu werden«.[196]

Die Frequenz der »Führungsunterrichtungen« wurde erhöht, und bald lagen dem Kanzleramtschef aus dieser Serie auch Meldungen rein

innenpolitischen Gehalts vor. Eine war mit »Bemühungen des Bundeskanzlers um die SPD« überschrieben.[197] Der führende West-Berliner Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Kurt Mattick habe Gedanken entwickelt, welche im dortigen Vorstand »eine breitere Basis zu haben scheinen«, schrieb Weiß. Die bei einem Besuch von Bundeskanzler Adenauer in der alten Reichshauptstadt auffällig herausgestellte Übereinstimmung »mit der Haltung Brandts zur Berlin-Frage sowie die immer klarer hervortretende Solidarität der CDU und SPD im Hinblick auf dieses Problem erlauben den Schluss, dass aller Wahrscheinlichkeit nach der Bundestagswahlkampf 1961 in gegenseitiger Absprache, d. h. ohne die bisher übliche wahlkämpferische Note geführt werden würde […] Die CDU/CSU sei bereit, eine große Koalition zu bilden, und Dr. Adenauer werde Brandt als Vizekanzler in das Kabinett aufnehmen«. Das könne dem in politischen Kämpfen bisher unbesiegten Regierenden Bürgermeister eine Niederlage ersparen und seine »Chancen, nach dem sicheren Abtreten Dr. Adenauers spätestens 1965 als Kanzler-Nachfolger zu folgen, nur steigern«.

Weiter unten werden wir sehen, wie Gehlen und Weiß mit der 1959 einsetzenden Kanzler-Dämmerung bei ihrer politischen Inlandsspionage, soweit sie die Sozialdemokratie betraf, Vorsicht an den Tag zu legen begannen und 1960 dann sogar, wie erwähnt, jenen Parteifunktionär aus der Bonner SPD-Zentrale unter das Dach des BND hereinholten, der dem Dienst die jahrelange Ausforschung der sozialdemokratischen Parteiführung ermöglicht hatte.[198] Für »Winterstein« wurde der allmähliche Wandel der Beziehungen des Dienstes zur führenden Oppositionspartei jedoch nicht zu einer Zäsur. Sogar die drastische Vertrauenseinbuße, die Reinhard Gehlen durch den Verratsfall Felfe und die *Spiegel*-Krise 1961/62 beim scheidenden Bundeskanzler erlitt, führte bei ihm zu keiner Verhaltensänderung. Kurt Weiß setzte seinen Aufstieg im BND unbeeinträchtigt fort. Mit der Berufung zum Leiter der Abteilung I (Beschaffung) und seiner Ernennung zum Ersten Direktor im BND erreichte seine Karriere ihren Höhepunkt sogar erst 1969 unter dem neuen Präsidenten Gerhard Wessel; das wurde schon gesagt.

Seine formelle Funktion als »Unterabteilungsleiter politische Beschaffung«, die Kurt Weiß laut Personalakte ab 1959 zehn Jahre lang innehatte,[199] gibt seine tatsächliche Stellung im Gehlen-BND nur

unzureichend wieder. Er sicherte sich seine eigentliche Machtstellung vielmehr als Stellvertreter von Wolfgang Langkau in der Leitung des Strategischen Dienstes, den er dank seiner rastlosen Dynamik und seines politisch-persönlichen Geschicks in mehr oder weniger vollendeten Formen bald auf Platz zwei verwies und so faktisch Herr über diesen weit ausgefalteten Bereich wurde. Hier waren mittlerweile »alle wesentlichen Funktionen und Aufgaben eines vollständigen, abgeschlossenen geheimen Nachrichtendienstes ausgebildet«.[200] Zum anderen war »Winterstein« Ende der fünfziger Jahre dem BND-Präsidenten bei allen Plänen und Unternehmungen, die diesem bedeutsam oder brisant erschienen, als Famulus mit Immediatstellung unentbehrlich geworden.

Daher hatte Gehlen neben General a. D. Hermann Foertsch auch Kurt Weiß in das »Donnerstagskränzchen« der Bundesregierung entsandt, einer »Arbeitsgruppe für geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus«, die Anfang 1959 entstanden war und immer wieder auch Adressat von Ausarbeitungen des Strategischen Dienstes wurde.[201] Es ging in diesem Ausschuss trotz einiger Bemühungen des BND und speziell von Foertsch zwar nicht recht voran, doch ab und an machte »Winterstein« mit erstaunlichen Kommentaren von sich reden. Bei der Debatte eines Berichts mit Beobachtungen über deutschfeindliche Kundgebungen in den USA etwa war es Kurt Weiß, der »die anti-deutsche Stimmung in New York auf die Anwesenheit von zwei Millionen Juden zurückführte. Die jüdischen Kreise würden die Verfolgungsmaßnahmen des Nationalsozialismus dazu verwenden, sich gegen radikale und antisemitische Tendenzen in ihrem eigenen Land zu wehren. Sie würden das auf diese mittelbare Weise tun, weil sie das offen nicht so sagen könnten.« Es war die Zeit der weltweiten Debatte über den in Jerusalem vor Gericht stehenden Adolf Eichmann.[202] Soweit sie vom BND mitorganisiert wurde, blieb Kurt Weiß, bei dem gelegentlich die nationalsozialistische Interpretation des jüdisch inspirierten Weltkommunismus durchschimmerte, über die Ära Adenauer hinaus bis zum Ausscheiden Gehlens mit der Institutionalisierung und Finanzierung der antikommunistischen psychologischen Kampfführung befasst.

Die Präsenz und Wirksamkeit »Wintersteins« war zu Beginn der sechziger Jahre in Politik und Presse so fühlbar geworden, dass Gehlen im Bundeskanzleramt sogar Gerüchten entgegentreten musste, der Bereich Weiß scheine sich allmählich zu verselbständigen. Als Globke gegenüber

dem BND-Präsidenten zur Sprache brachte, dessen rechte Hand unterstütze wohl einen Antrag der Deutschen Afrika-Gesellschaft an das Kanzleramt auf erhebliche Forschungsgelder, sagte Gehlen ausweislich seiner eigenen Gesprächsnotiz, er glaube nicht, »dass Winterstein eine solche Zusage gemacht hätte, denn das wäre ohne mein Sanctum nicht möglich«.[203] Das Sanctum für die politische Inlandsspionage dagegen, in der Kurt Weiß ebenfalls exzellierte, hatte Reinhard Gehlen seiner Spitzenkraft niemals eigens geben müssen. Beide zogen am selben Strick.

Anfang der sechziger Jahre war aus diesem Einverständnis und engster Zusammenarbeit Routine geworden. In ihren Besprechungen standen neben der Auslandsberichterstattung des Strategischen Dienstes ständig auch innenpolitische Fragen auf der Tagesordnung. Ende Mai 1960 etwa überbrachte der Präsident Weiß das »positive Echo« des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amts auf Meldungen zur Pariser Gipfelkonferenz, während »Winterstein« den Präsidenten über das wachsende Interesse der CIA an den »Einwirkungsmöglichkeiten des BND auf bestimmte Zeitungen und Zeitschriften« sowie über »die weitere Entwicklung der einzelnen Presse-Sonderverbindungen« informierte.[204] Fast immer war es auch Kurt Weiß, der die Unterlagen vorbereiten ließ, die dem BND-Präsidenten dazu dienten, bei seinen regelmäßigen Besuchen in der Bundeshauptstadt die Fragen Globkes und Adenauers zu beantworten.

Das eine Mal übergab er dort den »gewünschten Vermerk über Hans-Ulrich Kempski« von der *Süddeutschen Zeitung* (»besonders ausgeprägte Eitelkeit«, »einseitige Beeinflussbarkeit durch die östliche Politik«, »scharfe Beobachtungsgabe und großer Fleiß«)[205] oder die Auskunft über eine frühere Verbindung aus dem Adelsgeschlecht der von Thun und Hohensteins.[206] Dann wiederum bat Adenauer zu klären, ob Willy Brandt nachrichtendienstlich tätig gewesen sei. Außerdem wollte der Kanzler wissen, was über das Meinungsforschungsinstitut in Allensbach am Bodensee bekannt sei.[207]

Einige Monate später dann ein Gespräch Gehlens mit dem Bundeskanzler, in dem dieser seiner Besorgnis »über die Unterwanderung im politischen Bereich«, insbesondere bei der SPD, zum Ausdruck brachte; es sei wichtig, lautete die kaum verschlüsselte Aufforderung, »sich ein Bild zu verschaffen, welche Personen unter Umständen nicht zuverlässig seien«.[208] Im Frühjahr 1961 klärte Kurt Weiß für den Kanzleramtschef die

»Arbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung ›Arbeit und Leben‹«. Sie sei gewerkschaftlich getragen, hielt er fest, arbeite eng mit Volkshochschulen zusammen und werde von dem Militärhistoriker Hans-Adolf Jacobsen geleitet, der, unterstützt von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Lohmar, jüngst die Dokumentation »Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus« herausgebracht habe. Diese enthalte so gut wie »kein neues Aktenmaterial«.[209] Das wurde in den Monaten des Eichmann-Prozesses mitgeteilt, als sich der Staatssekretär durch immer neue Aktenveröffentlichungen beunruhigt sah,[210] – keine Quisquilie für »Globus«.

Da die Schlüsselfigur der jahrelangen Ausspähung des SPD-Vorstands von Weiß und Worgitzky inzwischen unter das Dach des BND geholt worden war,[211] liefen die geheimen Informationen aus der Sozialdemokratie inzwischen spärlicher ein. Der politischen Inlandsspionage auf anderen Feldern tat das jedoch keinen Abbruch. Von besonderem Interesse waren jetzt Informationen und Einschätzungen, die »Winterstein« für Gehlen über die Gefechtslage in den Unionsparteien – anders als die SPD wurden diese vom BND nicht systematisch ausgeforscht – vor dem Wechsel von Adenauer zu Erhard beibringen konnte. Dafür mobilisierte er einige seiner seit langem bestehenden engen Kontakte zur Union, eine Liaison, die ihm später das Genick brechen sollte.[212]

Drei Tage nach der Bundestagswahl im Herbst 1961, die der CDU/CSU erneut ein gutes Ergebnis, aber nicht mehr die absolute Mehrheit brachte, unterrichte Kurt Weiß den BND-Präsidenten über »Bemühungen um ein ›Übergangskabinett Adenauer‹«.[213] Quelle war ein »Spitzenjournalist mit guten Verbindungen zum CDU-Parteivorstand«. Der Informant berichtete davon, dass sich sämtliche nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete »bedingungslos« für ein Übergangskabinett mit dem alten Kanzler an der Spitze einsetzen wollten, »weil sie aus einer zu raschen ›Abhalfterung‹ Adenauers einen schweren Rückschlag für die CDU befürchten«. Der Bundeskanzler habe im kleinsten Kreis erklärt, er wolle noch zwei Jahre im Amt bleiben. Das traf zu und war für den BND-Präsidenten eine wichtige Orientierungsmarke. »Einige katholische Bischöfe (Essen, Münster) vertreten die Auffassung«, hieß es weiter, »dass eine zu schnelle Ablösung

Adenauers durch den liberalen Erhard zu den schwersten Bedenken in den Spitzen des deutschen Katholizismus führen müsste«.

Eine Woche später wartete Weiß mit einer weiteren, noch umfassenderen Analyse »nur zur persönlichen Unterrichtung 363 [Gehlen]« auf.[214] Diesmal bezog er sein Wissen von einer »zuverlässigen Sonderverbindung«, die aus einem Gespräch mit Bundesarbeitsminister Theodor Blank und dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, berichtete: »Bundeskanzler Adenauer sei davon überzeugt, dass er in der jetzigen Situation unabkömmlich und notwendig sei.« Er werde sich nicht zu einem Amtsverzicht drängen lassen und habe das mit den Worten »Abschied cum infamia mit einigen Lorbeerkränzen, ohne mich!« bekräftigt. In der auf einen Regierungspartner angewiesenen CDU gebe es noch immer eine starke Mehrheit für den Kanzler. »Sollten aber die gegenwärtigen widrigen Verhältnisse im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen und das ›Schacherspiel‹ vielleicht noch sechs oder sieben Wochen anhalten, sei es möglich, dass Adenauer von sich aus angewidert ›hinwirft und geht‹.« Der CDU-Vorsitzende sei sich im Klaren darüber, dass der nächste Wahlkampf nicht mehr mit ihm geführt werden könne, und werde rechtzeitig abgehen, um seinem Nachfolger die notwendige Profilierung zu ermöglichen. Freilich habe Adenauer zu keinem seiner potenziellen Nachfolger das Vertrauen, den großen außen- und innenpolitischen Herausforderungen der Gegenwart gewachsen zu sein; »daraus erklärten sich auch die Bestrebungen, die FDP mit in die Verantwortung zu nehmen«.

Der Überblick schloss mit dem Hinweis, »der Bundeskanzler benutze Meldungen der deutschen Auslandsmissionen, wonach man im Ausland bestürzt sei über seine evtl. Verabschiedung, als Rückendeckung in der Fraktion. Aber es sei dabei schwer zu sagen, ob ihm sein politischer Ehrgeiz oder die Sache (oder beides?) maßgeblicher sei. Jedenfalls könne ihn aber die Fraktion unter diesen Umständen nicht fallenlassen.« Kurt Weiß schob noch am selben Tag in einer weiteren seiner Aberhundert »Vortragsnotizen« den Hinweis nach, Adenauers Verhältnis zu seinem Pressechef von Eckardt habe sich wieder verbessert, und da auch Ludwig Erhard positive Bemerkungen gemacht habe, werde er sein Amt wohl behalten.[215]

Damit nicht genug. »Winterstein« konnte dem BND-Präsidenten bald darauf sogar die Kopie eines Geheimschreibens vorlegen, »das von Herrn

Bundeskanzler am 5.10.1961 den FDP-Vertretern Dr. Mende und Weyer übergeben worden ist. Die Anlage enthält die Gesprächsunterlage des Bundeskanzlers für die Koalitionsgespräche«. Die internen Diskussionen bei den Freien Demokraten ließen erkennen, dass die FDP trotz ihrer anderslautenden Versicherung vor den Wahlen eine »Koalition auch unter Dr. Adenauer eingehen wird. Um besonderen Quellenschutz wird gebeten«, fügte Weiß noch an. »Die Anlage ist in ihrer Gesamtheit nur sehr wenigen Personen bekannt.«[216] Der Bundeskanzler, der sich vom BND über Jahre hinweg mit den geheimsten und heikelsten Details aus dem Parteivorstand seiner sozialdemokratischen Konkurrenz hatte füttern lassen und kurz vor seinem Ausscheiden Reinhard Gehlen mit bemerkenswerter Brutalität am Kragen packte, wäre wohl wenig amüsiert gewesen, wenn er erfahren hätte, dass der BND seine bewährten Methoden nun einmal auch auf ihn selbst anwandte. Doch das blieb damals genauso verborgen wie die Ausforschung der SPD-Opposition.

»Winterstein« blieb nicht nur ungefährdet, sondern er erzielte Anfang der sechziger Jahre auch einen überragenden nachrichtendienstlichen Erfolg: Die Ausforschung des Strafverteidigers Dr. Robert Servatius während des Prozesses gegen Adolf Eichmann 1961/62. Schon kurz nach der Festsetzung des Organisators der »Endlösung« ordnete der starke Mann des Strategischen Dienstes an, der Fall Eichmann werde ausschließlich von ihm persönlich bearbeitet.[217] Im vorletzten Kapitel dieses Buches ist im Detail dargelegt, wie es den Weiß unterstellten Diensteinheiten gelang, einen Informanten mit Zugang zur Verteidigung anzuwerben und so einen umfassenden Einblick in deren Strategie zu gewinnen. Die schnelle und umfassend erfolgende BND-Berichterstattung über das Denken und das Verhalten des Angeklagten und seines Rechtsbeistands versetzte Staatssekretär Hans Globke und Bundeskanzler Adenauer mehr als alle anderen einlaufenden Informationen in die Lage, in jeder Phase des von beispiellosem internationalem Interesse begleiteten Jerusalemer Verfahrens die befürchteten negativen innen- und außenpolitischen Auswirkungen des Prozesses zu begrenzen.[218] Neben der Ausforschung der SPD-Spitze und der dichten Unterrichtung über die vergangenheitspolitischen Propagandakampagnen der DDR[219] war es dieser Coup, der die Wertschätzung des BND und »Wintersteins« im Palais Schaumburg weiter erhöhte und deren starke Stellung untermauerte.

Die *Spiegel*-Affäre: Nur der Bote wird geköpft

Just auf dem Höhepunkt der Eichmann-Operation schürzte sich im Herbst 1961 eine Krise, die zu einem ersten Vertrauenseinbruch zwischen dem Bundeskanzler und dem Gehlen-Dienst führte: Im BND flogen der KGB-Agent Heinz Felfe und zwei seiner Komplizen auf, ein Verratsfall vernichtender Dimension, den Pullach gegenüber Regierung und Öffentlichkeit mit aller Energie herunterzuspielen versuchte. Kurt Weiß, der trotz früher Warnungen von Seiten versierter Kollegen durch seine unprofessionelle Sorglosigkeit wesentlich zum Aufstieg des sowjetischen Spions beigetragen hatte, erlitt dank seiner energischen Protektion durch den Präsidenten in den internen Untersuchungen kaum Blessuren und auch keine Beeinträchtigung seiner herausragenden Position.[220] Erwähnenswert ist allenfalls, dass gegen Jahresende die Tarnchiffre für ihn wechselte, von »181« zu »27 VK«. Sie galt über die Pensionierung Gehlens hinaus und wurde Jahre später Gegenstand einer veritablen Komödie im Guillaume-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags, als sich partout keiner der geladenen Zeugen aus dem BND an diese Chiffre erinnern können wollte.[221]

Das knappe Jahr über, das nach Bildung der letzten Regierung Adenauer Mitte November 1961 noch ins Land ging, ehe die Verwicklung des Dienstes in die *Spiegel*-Krise das Einvernehmen zwischen dem Bundeskanzler und dem BND-Präsidenten irreparabel ruinierte, versorgte »Winterstein« Gehlen besonders aufmerksam mit Nachrichten über Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, in dem der »Doktor« einen Rivalen um nachrichtendienstliche Zuständigkeiten sehen musste. Der von manchem politischen Gegner als Gefahr für die Demokratie hingestellte CSU-Vorsitzende kämpfte seit langem mit einer »gnadenlosen Pressekampagne«[222] Rudolf Augsteins, die im Herbst 1962 in dem Staatseklat der sogenannten *Spiegel*-Affäre ihren Höhepunkt fand. Zuvor hatte der Herausgeber des Magazins bereits die als Skandal aufgemachte »Fibag«-Sache ans Licht gebracht, bei der es um eine mögliche Vorteilsnahme des Ministers und seiner privaten Entourage bei einem Hausbauprogramm für amerikanische Armeeangehörige ging.[223] Hauptfigur war auch hier wieder der Strauß-Freund und Verleger der *Passauer Neuen*

Presse Dr. Hans Kapfinger, dem das Nachrichtenmagazin unermüdlich auf den Fersen war und der von der Spionageabwehr des BND wegen seiner unklaren Vergangenheit[224] und seiner gegenwärtigen Machenschaften in dem Vorgang »Eruption« durchleuchtet wurde.[225]

Nach dem aufsehenerregenden Angriff des *Spiegels* teilte Weiß dem Präsidenten mit, »führende Politiker der CDU/CSU in München und Bonn« seien über die sogar von der Auslandspresse übernommenen Vorwürfe gegen den Minister bestürzt: »Die Parteiführung weiß nicht, wie sie dieser Lage begegnen soll, zumal Strauß für niemanden zu erreichen ist bzw. sich ständig verleugnen lässt.« Die Passivität des Ministers werde »für schädlicher gehalten als die Affäre selbst«. In der CSU-Landesleitung befürchte man gravierende Auswirkungen auf das Offizierskorps der Bundeswehr, auf die Nato, das befreundete und neutrale Ausland sowie auf den Ostblock, der diesen Fall gewiss mit allen Mitteln hochspielen werde.[226]

Gehlen, der darauf bedacht sein musste, dem unberechenbaren Vollblutpolitiker stets umfassend informiert begegnen zu können, gab sofort Weisung, ihm laufend alle einschlägigen Erkenntnisse vorzulegen.[227] »Wintersteins« nächster Hinweis zu der »Kampagne gegen Bundesminister Strauß« enthielt als Anlage daher die wörtliche Wiedergabe eines Telefonats zwischen den mittlerweile in allen Zeitungen genannten Gründern der »Fibag«-AG, die das geplante Bauprojekt realisieren wollten (das jedoch nicht über die Gründungsphase hinausgelangte).[228] Weiß empfahl dem Präsidenten, das Dokument, »wie von 106 pers. vorgesehen«, dem Kanzleramtschef zugehen zu lassen. Die Gesprächspartner hatten sich am Telefon nämlich gegenseitig versichert, dass »Strauß von ihren Geschäften keine Ahnung gehabt habe«. Dieser entlastenden Aussage kam angesichts des parlamentarischen Aufruhrs einige Bedeutung zu. Doch wie der Bundeskanzler selbst, waren, wie Globke natürlich wusste,[229] auch mehrere CDU-Politiker bereits zu dem Schluss gekommen, »dass Strauß eine Belastung darstelle«, und sie ihn gerne über diese Affäre stürzen sähen.[230] Der bestens informierte Kanzleramtschef hielt gegenüber dem Vorsitzenden der Unionsfraktion fest, »dass an der ganzen Angelegenheit nichts dran ist, soweit sie Strauß selbst betrifft.«[231] Reinhard Gehlen und Kurt Weiß, die zu dieser Auffassung Entlastendes beigesteuert hatten, glaubten ohnehin, die Kampagne gegen den Minister gehe auf »Ost-Steuerung (sehr wahrscheinlich!)« zurück.[232]

Im Tagebuch des auf allen Hochzeiten tanzenden »Winterstein« fand die einigermaßen brisante »Fibag«-Krise merkwürdigerweise keinen Niederschlag. Seine Unterredung mit dem BND-Präsidenten am Tag, an dem dieser ihn angewiesen hatte, die vermeintliche Affäre genau im Auge zu behalten, berührte alle möglichen Gegenstände (Operationen im Kongo, in Togo, Ecuador und Libyen, die Vorbereitung von Erst- und Neuvertretungen des BND in Kairo, Tripolis, Quito, Karatschi und Buenos Aires, einen Einsatz in Sao Paulo, den aktuellen Stand der Sonderverbindungen usw.[233]) – über Augstein und Strauß jedoch nichts; auch in den folgenden Wochen nicht. Da wollte die CIA von Weiß »möglichst viele Berichte über Vorgänge und Entwicklungen in Kuba« übersandt haben, weil ihre Möglichkeiten dort »sehr begrenzt (Polizeistaat!)« seien;[234] in einer internen Besprechung diskutierte man Funkplanung und Funkeinsatz.[235] Zu Strauß diskutierte man: nichts. Wie allen anderen war auch Weiß und Gehlen klar, dass weitere Skandalgeschichten das politische Aus des Ministers bedeuten konnten. Genauso gut wussten sie aber auch, dass es gefährlich unklug sein würde, als Behörde in irgendeiner Weise Partei für einen in Politik und Publizistik schwer kämpfenden Bundesminister zu nehmen.

Der Strom der Nachrichten über die »Fibag«-Angelegenheit, die vom Strategischen Dienst über den BND-Präsidenten an Staatssekretär Globke gelangten, verdichtete sich gleichwohl. Kurt Weiß versorgte Gehlen zunächst mit einem Insiderbericht, den ihm Rudolf Heizler geliefert hatte, langjähriger Chefredakteur der Münchener *Abendzeitung*, der inzwischen die *Kölnische Rundschau* leitete und vom BND geführt wurde.[236] Heizler, der Ausschnitte aus dem erwähnten entlastenden Tonband veröffentlicht hatte, schilderte sein ausführliches Gespräch mit dem Verteidigungsminister: »Strauß machte einen sehr niedergeschlagenen Eindruck; er äußerte sich besorgt über den Ausgang des Fibag-Prozesses«, weil er nicht wisse, wie Kapfinger sich verhalten werde: »Strauß führte verschiedene Beispiele für üble Redereien des Kapfinger an. Aus den Äußerungen war zu entnehmen, dass Kapfinger von Strauß offenbar für nicht ganz zurechnungsfähig angesehen wird. Kapfingers Methode sei, anderen etwas in den Mund zu legen. Dieses sei der eigentliche Grund, warum sich Strauß scheue, gegen Kapfinger gerichtliche Schritte zu unternehmen.« Der Minister sei auch auf das »bekannte Tonband« zu

sprechen gekommen, das einer der »Fibag«-Akteure an Heizler gegeben hatte und das vor Gericht dann eine erhebliche Rolle spielte. Bemerkung »Wintersteins« für Gehlen: »Um eine Erwähnung des Dienstes in der Tonband-Affäre auszuschließen, wurde mit Heizler vereinbart, dass er sich im Falle einer Herausgabeklage auf das Redaktionsgeheimnis zurückzieht.«

Auch Wolfgang Langkau selbst wurde unterstützend tätig und schickte dem BND-Präsidenten eilig eine ihm vorliegende gutachterliche Rentabilitätsberechnung zum »Fibag«-Projekt. Daraus ging hervor, dass »die gut geplanten Bauvorhaben und die als angemessen befundenen Baukostenvoranschläge fachlich gutgeheißen« worden waren. Er übersende den Voranschlag »im Hinblick auf die Möglichkeit, den Vorgang dem Bundesminister der Verteidigung zu unterbreiten, da er für den weiteren Verlauf der Angelegenheit nützlich sein könnte«.[237] Gehlen leitete das Schriftstück an Kanzleramtschef Globke weiter und regte an, »die Unterlage über die CDU-Fraktion dem Untersuchungsausschuss zuzuleiten, falls Sie dies nach dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit für richtig halten«, doch solle der Weg der Beschaffung aus nachrichtendienstlichen Gründen bitte nicht bekannt werden.[238]

Es entwickelte sich jedoch bereits eine weitere Affäre, welche »die jetzigen Vorwürfe gegen den Minister noch übertreffen«, wie dem BND-Präsidenten von einer seiner Dienststellen mitgeteilt wurde. Der Hinweis stammte von einer Sonderverbindung, die eine Unterhaltung des Parlamentarischen Geschäftsführers der FDP, Siegfried Zoglmann, mit angehört hatte. Hauptfigur in dem neuen Stück sei ein gewisser Dr. Alois Brandstetter (recte: Brandenstein), hieß es: »Der ›Spiegel‹ verfüge über die entsprechenden Unterlagen und werde sie, je nach dem Ausgang der Fibag-Affäre, veröffentlichen.«[239] Kurt Weiß teilte Gehlen dazu noch mit, ein namentlich bekannter Bundeswehr-Offizier sei mit einem der *Spiegel*-Journalisten verwandt, »die mit Recherchen im Fall Strauß-Augstein-Fibag beauftragt sind«. Gehlen notierte auf dem Schriftstück, er habe Gerhard Wessel im Führungsstab der Bundeswehr »mündlich orientiert«.[240] Das konnte auf der Hardthöhe immerhin als Flankenschutz für den in die Defensive geratenen Verteidigungsminister ausgelegt werden.

Die eingespielten Kontakte des BND zum *Spiegel* und die spezielle verwandtschaftliche Verbindung zahlten sich aus, denn der in der Hamburger Redaktion vorgehaltene, noch rudimentäre Enthüllungsartikel

lag dem BND als Kopie einer Satzfahne vor.[241] Als der stark angereicherte und verbesserte Artikel (»Onkel Aloys«) Ende September 1962 dann erschien, erläuterte Rudolf Augstein seinen Lesern, der Bericht hätte nicht zu erscheinen brauchen, »wenn Strauß seine Absicht wahrgemacht hätte, das Verteidigungsressort abzugeben und in München Ministerpräsident zu werden«.[242] Diesmal ging es um dubiose Transaktionen und Geschäfte in der Rüstungsindustrie, aus denen Strauß manchen Geldsegen für einen Bekannten seiner Frau Marianne und »CSU-Spezies« (Augstein) abzweige.[243] Nachdem sich die »Fibag«-Affäre für den Verteidigungsminister letztlich als minder gefährlich entpuppt hatte, schlugen die Wellen jetzt noch höher.

Der unter Dauerbeschuss liegende Franz Josef Strauß freilich schien den Kampf mit dem Nachrichtenmagazin jetzt energischer führen zu wollen als noch im Frühjahr. Gehlen, Langkau und Weiß versorgten in diesen Auseinandersetzungen, die zu erregten Parlamentsdebatten führten, das Kanzleramt wie bisher mit sämtlichen Informationen, derer sie habhaft wurden. So unterrichtete der Leiter des Strategischen Dienstes den Präsidenten sogleich über »Hintergründe der neuen Spiegelangriffe gegen den Bundesverteidigungsminister«, insbesondere zur Rolle eines düpierten Mittelsmannes aus der Industrie, der dem Minister mit einem *Spiegel*-Artikel gedroht habe, gegenüber dem sich die »Fibag«-Sache »›harmlos‹ ausnehme«.[244] Weitere Hintergrundinformationen folgten, unter anderem über vergleichbare journalistische Absichten des *Stern*, dem der »Onkel Aloys« noch ein Jahr später keine Ruhe ließ.[245]

Die »Fibag«- und »Aloys«-Attacken flossen in diesem Herbst 1962 mit der sogenannten *Spiegel*-Affäre zusammen, die sich in höchster Rasanz als ein Regierungsskandal bislang ungekannter Tragweite entpuppte. Der Bundesverteidigungsminister, dem Freunde wie Gegner im Positiven wie im Negativen alles zutrauten, ging zuversichtlich in diese dritte Konfrontation, verkündete »temperamentgetrieben« und gut alkoholisiert in halböffentlicher Runde gar, dass er dem Nachrichtenmagazin jetzt an den Kragen gehen werde. Bekanntlich war es dann aber Strauß, der einen jähen politischen Absturz erlebte. Wiewohl sein Tatbeitrag an den Verfolgungsmaßnahmen der Bundesregierung gegen den *Spiegel* »denkbar gering« war, musste der CSU-Vorsitzende das Kabinett verlassen, weil er das Parlament über seine Rolle dabei belogen hatte.[246] Die FDP-Minister

verließen vorübergehend die Regierung. Die Ära Adenauer trat in ihr Endstadium.

Der »dramatische Zusammenstoß zwischen den Staatsautoritäten, Justiz wie Regierung, und dem Nachrichtenmagazin ›Der Spiegel‹ in einem Landesverratsverfahren, der die ganze Republik in einen bis dahin unbekannten Zustand höchster Erregung versetzte«,[247] ist gründlich ausgeleuchtet.[248] Jost Dülffer hat den Anteil des BND an dieser Krise geklärt.[249] Sie brachte für den Dienst einschneidende Konsequenzen mit sich, weil Bundeskanzler Adenauer jetzt sein Vertrauen zum BND-Präsidenten endgültig verlor, ihn gar persönlich zu schmähen begann, und noch in den letzten Tagen seiner Amtszeit energische Schritte unternahm, um den Auslandsnachrichtendienst an die Kandare zu nehmen. Dass Pullach so dramatisch in den Strudel einer Regierungskrise hineingerissen wurde, die sich zeitweilig zu einer Staatskrise auszuweiten schien, ging wesentlich auf Kurt Weiß zurück.

Die fünfziger Jahre über hatte das Zusammenspiel von Gehlen-Dienst und *Spiegel* zu beiderseitigem Vorteil gut funktioniert.[250] Das Geben und Nehmen, von wiederholten persönlichen Begegnungen auf Leitungsebene befestigt, war für beide Seiten ertragreich. Noch 1958 notierte man *Spiegel*-intern etwa, »unsere beiden letzten Verfassungsschutz-Geschichten stammen aus dem Hause Gehlen«. Dem BND lag daran, positiv gefärbte Artikel ins Blatt zu bekommen und abträgliche zu verhindern. Lange trieb ihn bei seiner Medienpolitik gar der Ehrgeiz, eine Art »gesamtstaatliche Schirmfunktion« zu erlangen. Das gelang selbst in Zeiten einvernehmlicher Kooperation nie. Nicht einmal die Rücksichtnahme auf den Dienst ließ sich durchgehend erreichen. Noch vor den Großoffensiven des Magazins gegen den Bundesverteidigungsminister sagte Gehlen einmal zu Globke, wie lange sich »der Spiegel an gegebene Zusagen hält, ist nicht immer sicher«.[251] Häufig half Pullach den Hamburgern bei der Klärung geheimdienstlicher Fragen, namentlich wenn es um den Staatssicherheitsdienst oder Desinformationskampagnen des Ostens ging. Manchmal erhielten Worgitzky und Weiß von Becker oder anderen Artikel im Entwurf. Kontaktpfleger und Mittelsmann war seit 1956 regelmäßig Adolf Wicht (V-1175 bzw. V-41112, »Winkler«), der Leiter der Hamburger BND-Dienststelle, die zu »Wintersteins« Imperium gehörte.[252]

Am 8. Oktober 1962 (vierzehn Tage nach »Onkel Aloys«) kam der *Spiegel* bekanntlich mit der Titelgeschichte »Bundeswehr – Bedingt abwehrbereit« von Conrad Ahlers heraus.[253] Sie thematisierte neben den Spannungen in der Führung der westdeutschen Streitkräfte sowie der westlichen Allianz und den Erkenntnissen aus einer eben abgeschlossenen Stabsrahmenübung der Nato vor allem die Schicksalsfrage, welche entsetzlichen Konsequenzen ein mit taktischen Atomwaffen geführter Krieg für die Zivilbevölkerung in Mitteleuropa haben würde; Zivilschutz, Politik und Bundeswehr – eigentlich alle – seien nur bedingt abwehrbereit, lautete der vernichtende Befund. Über Grundsatzfragen der Strategie und Militärpolitik gab es seit längerem nationale und internationale Auseinandersetzungen, die in der eben ihrem Höhepunkt entgegentreibenden Kuba-Krise womöglich sehr rasch auf den Gefechtsfeldern ausgetragen würden. Franz Josef Strauß war ein profilierter Verfechter der atomaren Vorwärtsverteidigung, mit der sich bei einem feindlichen Angriff die politisch-militärische Eskalationsspirale am wirkungsvollsten in Gang setzen ließe. Auf den ersten Blick schien die spektakuläre Titelgeschichte ein Staatsgeheimnis an das andere zu reihen. Ein neuerlicher Großangriff »seiner Todfeinde beim Spiegel«[254] war die gut informierte Analyse in den Augen des Bundesministers der Verteidigung auf jeden Fall.

Anders als früher mitunter lag dem BND der Artikel diesmal nicht im Entwurf vor. Im Dienst war sich vor seinem Erscheinen daher niemand über seine inhaltliche Spannbreite im Klaren. Kurt Weiß und Adolf Wicht, der sich stets engstens mit seinem Vorgesetzten abzustimmen pflegte, hatten frühzeitig erfahren, dass in Hamburg an einem gewichtigen, auch den BND interessierenden Beitrag gearbeitet wurde. Neu war, dass der Verlagsdirektor den Dienst jetzt für die Abklärung von Geheimhaltungsfragen einspannte. Wicht besprach dieses Anliegen mit »Winterstein« gleichwohl wie eine Routinesache im Rahmen des bewährten Gebens und Nehmens. Beide zeigten sich kooperativ wie immer und machten sich keine tieferen Gedanken darüber, dass eine Bundesoberbehörde nicht befugt ist, Dritten und gar einem regierungskritischen Investigativmagazin Auskünfte über den Grad der Geheimhaltungsbedürftigkeit militärpolitischer Fragen zu erteilen. Inmitten einer Debatte, in der Strauß sein ganzes Prestige investierte, galt das umso

mehr. Conrad Ahlers, ehemals Mitarbeiter im Amt Blank, hatte sich zunächst auch nicht an den BND, sondern an den SPD-Verteidigungsexperten Helmut Schmidt gewandt gehabt. Der versah das Manuskript mit allerlei Randbemerkungen und empfahl, die Ausarbeitung vor Veröffentlichung auf mögliche Verletzungen von Staats- und Dienstgeheimnissen überprüfen zu lassen. Also schaltete der Autor *Spiegel*-Verlagsdirektor Hans Detlev Becker mit seinen bekannt guten Beziehungen zum BND ein. So gelangte die nachmals legendäre Liste mit sieben Fragen zur Sache und sechs zur Geheimhaltung kurz vor der Drucklegung von »Bedingt abwehrbereit« an den bewährten Oberst Adolf Wicht, der nie anders als ein getreuer Bote »Wintersteins« handelte.

Da Gehlen und Worgitzky abwesend waren, ließ Kurt Weiß die 13 Fragen von einem seiner Militärexperten beantworten. Obwohl Präsident und Vizepräsident in dieser Pressesache gewiss genauso entschieden hätten, war es nun eben »Wintersteins« Entscheidung, die den BND in die Krise hineinzog. Sein beauftragter Sachbearbeiter signalisierte Unbedenklichkeit, und binnen dreier Tage ging die Auskunft über Wicht an Becker. Die Sache schien erledigt. Doch schnell sickerten zur BND-Spitze Hinweise durch, dass das Verteidigungsministerium die *Spiegel*-Geschichte nicht auf die leichte Schulter zu nehmen gedachte. Gehlen wollte später erst in einem Gespräch mit Strauß von der drohenden Gefahr gehört haben. Kurt Weiß behauptete sogar, er habe vom Einschreiten staatlicher Stellen gar erst in dem Augenblick erfahren (»völlig überrascht«[255]), als Beamte der Sicherungsgruppe Bonn am 26. Oktober 1962 die Redaktion besetzten, durchsuchten und die beiden Chefredakteure Engel und Jacobi festnahmen. Das war die Version, an welcher der in Bedrängnis geratene »Winterstein« zeitlebens festhielt. Bei den engen Kontakten, die der BND mit der Bundesanwaltschaft und der Sicherungsgruppe Bonn seit mehr als einem Jahrzehnt unterhielt, und dem kurzen Draht, der Weiß mit seinem Präsidenten verband, war es eine lebensfremde Behauptung, dass ausgerechnet er als der verantwortliche Auslöser der Misere nichts von der Lawine gesehen haben soll, die auf den BND zurollte. Volker Foertsch im Präsidenten-Stab wusste beispielsweise schon mehr als zehn Tage vor den Verhaftungen, dass auf der Hardthöhe geprüft wurde, ob gegen den *Spiegel* vorgegangen werden sollte.[256]

Verständlich, dass »Winterstein« damals und später stets versuchte, sich so weit wie irgend möglich von diesen Vorgängen zu entfernen. Während sich in seinen mit Stichworten selbst zu kleinsten Kleinigkeiten angefüllten handschriftlichen Tagebüchern im Vorfeld der Krise ein Hinweis auf eines seiner Telefonate mit Wicht und außerdem das Notat »Foertsch=Mat. ›Spiegel‹« finden,[257] sucht man für die Tage, als sich die Routinesache zu einem Existenzkonflikt ausweitete, vergeblich nach irgendwelchen einschlägigen Hinweisen in seinen Notizen. An dem Tag, als Adolf Wicht den Verlagsdirektor des *Spiegels* in einem persönlichen Gespräch angeblich ganz auf eigene Faust und Verantwortung vorgewarnt haben soll – 18. Oktober 1962 – und Weiß schon wusste, dass die Angelegenheit auf eine gefährliche Bahn geraten war, gibt es seltsamerweise ebenso wenig einen einschlägigen Eintrag wie am Tag der Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin; auch zu den nachfolgenden Turbulenzen nichts. Das überrascht. Kurt Weiß dürfte hier alle Spuren nachträglich beseitigt haben.[258]

Adolf Wicht war von Hans Detlev Becker schon vor seinem Besuch im Hamburger Pressehaus en passant darauf aufmerksam gemacht worden, dass sich in der Bundesregierung und beim Generalbundesanwalt wegen der Ahlers-Analyse Unerfreuliches zusammenbraue. Also suchte er ihn, wie von Weiß befohlen, umgehend auf und bestätigte seinerseits die angelaufenen Untersuchungen: »Es gehe um Geheimnisse des Fallex-Manövers«, hielt Becker aus diesem Gespräch fest. »Er und seine Dienststelle«, so habe Wicht außerdem gesagt, »könnten keine Verantwortung für diese Fragen übernehmen, sondern nur für die ihnen vorgelegten.« Der Verlagsdirektor, der schon Bescheid wusste, beruhigte ihn und versicherte, »in dieser Hinsicht brauche er keine Befürchtungen zu haben«; nicht einmal Ahlers wisse etwas von dem Vorgang.[259] Diese Gesprächsnotizen wurden von den Ermittlern bei ihren Haussuchungen in der Redaktion aufgefunden und dienten wie der sprichwörtliche rauchende Colt fortan Kanzler, Ministern, Parlamentariern, Polizisten und Juristen als Beleg dafür, dass der BND mit dem *Spiegel* gemeinsame Sache gemacht, ihn vor den Ermittlungen gewarnt und es dem Magazin so ermöglicht habe, rechtzeitig Belastungsmaterial für seinen publizistischen Landesverrat auf die Seite zu schaffen. Bald saßen neben den beiden Chefredakteuren auch Augstein, Becker und Wicht in Untersuchungshaft. Die *Bild-Zeitung* kam

unter Namensnennung mit der Schlagzeile »Bundeswehroberst warnte den Spiegel« heraus.[260] Bald war klar, dass der Oberst ein BND-Mann war.

Ein nicht von der Hand zu weisender Verratsverdacht bestand zwar, doch in dem Furor der Regierung, dem verhassten Augstein-Blatt endlich einen Vernichtungsschlag beizubringen, in einer Atmosphäre der Verrats- und Unterwanderungsphobie, die der BND seit Jahren selbst mit angeheizt hatte, und in Befürchtung eines womöglich bevorstehenden nuklearen Armageddon blieb wenig Raum für ein nüchternes, rechtsstaatlich abgesichertes und faires politisches Verfahren. Der ebenfalls verhaftete Conrad Ahlers meinte rückblickend pointiert, die ganze Entwicklung sei überhaupt nur vor dem Hintergrund der namentlich beim Bundesverteidigungsminister grassierenden überhitzten Vorstellungen möglich gewesen: »Alle Teufel dieser Welt sah Franz Josef Strauß gegen sich und seine Militärpolitik im Bunde: Kommunisten, denen er die Ausradierung angedroht hatte, Amerikaner, denen er es verübelte, dass sie ihm keine Atomwaffen in die Hand geben wollten, Bundeswehr-Offiziere, die ihm widersprachen und von denen er annahm, dass sie Informationen nach außen dringen ließen, sowie Spiegel-Redakteure, die ihn kritisierten.«[261]

Allem Anschein nach hatte sich, wie Adenauer in einer turbulenten Parlamentsdebatte behauptete, in Deutschland »ein Abgrund an Landesverrat« aufgetan; den ominösen Bundeswehr-Obersten stigmatisierte er bei dieser Gelegenheit in einer Vorverurteilung persönlich. Vor allem aber: Der Auslandsnachrichtendienst selbst erschien dem Kanzler als Teil und Treiber eines groß angelegten Komplotts. Reinhard Gehlen und sein Dienst standen »am politischen Abgrund«.[262] Obgleich der »Doktor« dank seiner Abwesenheit nicht unmittelbar in die Zuarbeit für den *Spiegel* verwickelt war, drohte er nun für alles, was sich politisch auftürmte, verantwortlich gemacht zu werden. Schleunigst musste ein Sündenbock präsentiert werden.

Der natürliche Kandidat Nr. 1 dafür war an sich Gehlen-Intimus Kurt Weiß, der die Erledigung des *Spiegel*-Prüfauftrags angeordnet und durchgewinkt hatte. Angeblich hat der BND-Präsident »Wintersteins« Verhalten in der gefährlich gewordenen Angelegenheit in einer Krisensitzung »in scharfer Form gerügt«,[263] was gewiss unterblieben wäre, wenn das Zusammenspiel von Becker und Wicht nicht ans Licht gekommen

wäre. Schließlich war es seit mehr als zehn Jahren Haustradition, den Hamburgern gefällig zu sein, selbst wenn der geplante Bericht wie diesmal nicht im Entwurf vorlag und das Ansinnen auf eine Verschlusssachenprüfung etwas aus dem Rahmen fiel. Weiß hatte die Anfrage wie eine Routinesache behandelt. Doch nun sah die Regierung beim BND eine generelle Mitverantwortung für die publizistische Breitseite gegen die eigene Militärpolitik und, schlimmer noch, den BND als Verbündeten des *Spiegels* bei der Verdunkelung dieses Verrats.

Da es sich bei dem Hauptschuldigen um Gehlens Spitzenkraft schlechthin handelte, die großen Anteil an der Schaffung seines Nimbus' hatte, und er seinen bewährten Multimanager keinesfalls opfern wollte, musste »Wintersteins« maßgeblicher Anteil an der Krise konsequent vertuscht werden. Als Bauernopfer erkor man daher den ohnehin ins Rampenlicht und in schiefes Licht geratenen vermeintlichen Verräter Adolf Wicht. Obgleich Weiß und Gehlen wussten, dass ihr Verhalten ihm gegenüber nicht gerechtfertigt und in höchstem Maße illoyal war, beförderten sie seine bürgerliche Hinrichtung: Geköpft wurde nicht Kurt Weiß, sondern sein Bote.

Adolf Wicht hatte ab Mitte Oktober, als er erfuhr, dass sich etwas gegen den *Spiegel* und den Dienst zusammenbraute, keinen einzigen Schritt ohne Rückversicherung bei Kurt Weiß unternommen; den »mich unmittelbar Führenden« nennt er ihn in einer Aufzeichnung.[264] Bis zum Tag seiner Verhaftung am 2. November, als ihm vom Generalbundesanwalt jeglicher Kontakt mit Pullach untersagt wurde, stand Wicht in ständiger Verbindung mit »Winterstein«. Anders als Weiß immer behauptete, der »Doktor« habe ihn am Tag nach seinem Gespräch mit Strauß nicht über die hochgefährliche Lage unterrichtet, hat Gehlen, der das ebenfalls behauptete, dies – alles andere wäre eine lebensfremde Annahme – doch getan (zumal, wie gesagt, sogar Foertsch zu Protokoll gab, er habe bereits davor von dem bedrohlichen Gang der Dinge Kenntnis erhalten).[265] Wicht war bei seinem Gespräch mit dem Verlagsdirektor im Bilde, Becker und Ahlers wussten ohnehin Bescheid.

Da es zugleich um beides ging, um Geheimnisverrat und um Ermittlungsverrat, stritt Kurt Weiß jedwede vorzeitige Kenntnis beider Komplexe immer vehement ab. Mehr noch, bei seiner Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft belastete er Wicht direkt: »Ich habe zu keinem

Zeitpunkt gewusst, dass Oberst Wicht den ›Spiegel‹ gewarnt hat«, gab er zu Protokoll. Er band seinem Befrager gleich noch einen zweiten Bären auf: »Ich habe zu jeder Zeit in Stellungnahmen, schriftlich oder mündlich, den ›Spiegel‹ als ein destruktives Organ charakterisiert und die Verbindung unter rein nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten geführt.« BND-Präsident Gehlen, fügte Weiß vorverurteilend obendrein noch hinzu, sei »über den *Verrat* des Obersten Wicht erschüttert« gewesen.[266] Der Sicherheitschef, der wie immer mit dem »Doktor« unter einer Decke steckte, sagte den Ermittlern, gegen Wicht hätten schon vor der Affäre »Sicherheitsbedenken« bestanden.[267]

Bei einer staatsanwaltlichen Gegenüberstellung mit Weiß bekräftigte Adolf Wicht seine Darstellung des Sachverhalts, wonach er seinen Vorgesetzten bereits am 17. Oktober in einem Telefonat davon unterrichtet hatte, »dass nach Beckers Angaben ›Ermekeil‹ wegen des Foertsch-Titels eine Untersuchung eingeleitet habe. Darauf habe Herr Weiß erwidert, die Sache sei noch viel ernster, *die Bundesanwaltschaft sei bereits eingeschaltet und habe Ermittlungen eingeleitet*. Herr Weiß habe Oberst Wicht aufgefordert, sofort zu Becker zu gehen und sicherzustellen, dass der ›Spiegel‹ die dreizehn Fragen nicht als Alibi benutze und den BND nun nicht mit der Gesamtverantwortung über den Foertsch-Artikel belaste.«[268] Der Generalbundesanwalt war von »Wintersteins« Wahrheitsliebe ebenfalls nicht überzeugt. Er hatte dem Bundeskanzler bereits in einem frühen Stadium der Untersuchungen geschrieben, es lasse sich nicht absehen, ob Kurt Weiß sich bei seinen Aussagen irre oder den Ablauf vertuschen wolle.[269]

Als die ganze Wucht der Belastungen durch die Justiz, die Bundesregierung und die Öffentlichkeit über den armen Wicht hereinbrach, ließen Gehlen und Weiß die Schotten herunter. Sie vermieden jeglichen weiteren Umgang mit ihrem Hamburger Mitarbeiter, der nie etwas anderes getan hatte als vor Ort das umzusetzen, was die Zentrale für richtig hielt und billigte. Um den BND aus der Schusslinie zu ziehen, mussten sie sämtliche Kontakte von Adolf Wicht zum *Spiegel* konsequent als eigeninitiativ hinstellen. Diese Rechnung ging auf, auch wenn die Bundesanwaltschaft, der Bundeskanzler und erst recht der gestürzte Bundesverteidigungsminister Gehlen und Weiß diese Version nie wirklich abnahmen.

Aus den erhalten gebliebenen schriftlichen Zeugnissen und den Aussagen in den Vernehmungen der Bundesanwaltschaft lässt sich entnehmen, wie der zum Sündenbock erkorene Wicht bei aller Einsicht in die Strategie der Führung zwischen seiner ausgeprägten Loyalität zum BND-Präsidenten und der schockierenden Erfahrung hin- und hergerissen wurde, dass »Winterstein« ihm in seiner verzweifelten Lage jedwede Unterstützung entzog und ihm sogar das kleinste Solidaritätssignal verweigerte. Beides hätte der Geheimdienst, in dem Freundschafts- und Gefolgschaftstreue als starkes Traditionselement fortwirkten, trotz der Karlsruher Restriktionen gegenüber einem profilierten Kameraden, der schon bei Fremde Heere Ost dazugehörte und eine Säule der Weiß'schen Pressepolitik war, jederzeit gefahrlos bewerkstelligen können. Doch da es um »Wintersteins« Kopf ging, unterblieb solche Solidarität nicht nur, der eingeweihte und persönlich anwesende BND-Sicherheitschef Walrab von Buttlar unternahm auch nichts, um die Verhaftung Wichts durch die Sicherungsgruppe Bonn etwas geräuscharmer als geschehen ablaufen zu lassen; auch das hätte wie in anderen Fällen ohne weiteres in der Macht des Dienstes gestanden. Adolf Wicht war nicht der erste verdiente und schuldlose Mitarbeiter, den Reinhard Gehlen seiner Verzweiflung überließ.[270]

Die Aufzeichnungen Wichts aus diesen Tagen spiegeln seine Verzweiflung ebenso wie sein Unverständnis: »Hätte der Dr. diese Verhaftung nicht verhindern müssen?«, notierte er. »Hätte er nicht sofort zum Generalbundesanwalt fliegen müssen, um zu sagen: Wenn die Untersuchungen gegen diesen Herren nicht in der Form durchgeführt werden, die wir für unbedingt notwendig halten, […] dann bitte ich um meine Entlassung.« Zugleich dämmerte ihm in der U-Haft: »Oder der Dr. übersah die Situation schon, aber er hat mich absichtlich fallen lassen.«[271] Das war die richtige Vermutung, die sich bei Wicht nach seiner Freilassung und bei seiner Bemühung um eine Rehabilitierung noch verdichtete. Gegenüber Kurt Weiß wurde er verschiedentlich recht deutlich, trieb seine Ursachenforschung und seine Forderungen gegenüber dem BND jedoch nicht auf die Spitze, weil er – vergeblich – auf eine Wiedereinsetzung in den Dienst hoffte, weil er sich die nach Einstellung der Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft 1965 erreichte mindere Art der Weiterbeschäftigung nicht verscherzen und weil er sich den Dienst nicht unnötig zum Gegner machen wollte. Es waren dann prominente

Außenstehende,[272] die seinen Rehabilitierungsbestrebungen zum Erfolg verhalfen. »Winterstein« blieb intransigent und bis zur unehrenhaften Entlassung aus dem BND zwanzig Jahre später bei seiner Version von 1962.

Als »›angebrannter‹ Mitarbeiter« wandte sich Wicht wegen einer möglichen Unterbringung bei der Bundeswehr zunächst an Gehlen selbst und fragte dabei rhetorisch, »ob einer Ihrer ältesten Mitarbeiter, der aufgrund Ihrer Aufträge der Überzeugung sein durfte, zu Ihren zuverlässigsten und, wie Sie mir selbst sagten, erfolgreichsten Führungskräften zu gehören, der nur das Pech hatte, nicht in Ihrer Nähe arbeiten zu können, nicht mehr Orientierung und damit Fürsorge verdient hätte«.[273] Um das zu unterstreichen, schrieb er an Horst Wendland (»Holm«), den Verwaltungschef des BND, und klagte, »aus Wintersteins Erzählungen« habe er inzwischen erfahren, die Spitzenleute des Dienstes seien inzwischen »alle vorwärts gekommen (Winterstein eingeschlossen). Nach des Dr. Aussagen gehörte ich zu ihnen. Ich bin also der *Einzige, der die Folgen des Spiegel-Falles zu tragen hat*. Obgleich ich rein auftragsgemäß gehandelt habe, wie die *Aussage Beckers* bei euch ein weiteres Mal bestätigt hat. Ich habe Gefängnis und Diffamierung (auch der Familie) damals auf mich genommen, weil ich die Notwendigkeit im Interesse des Dienstes anerkannte. *Die Rehabilitierung ist nun Sache dieses Dienstes*.«[274]

Da es nicht recht voranging, machte sich Adolf Wicht bei dem ungeschoren gebliebenen Hauptverantwortlichen Kurt Weiß Luft. In hohen Offizierskreisen der Bundeswehr sei man der Ansicht, schrieb er, »dass der Dienst mich nicht entsprechend meinen Beurteilungen, sondern unfair behandelt. [Der vor seiner Ernennung zum Generalinspekteur der Bundeswehr stehende] De Maizière sagte mir wörtlich: ›Will denn der Dr. überhaupt nichts für Dich tun?!‹« Er verstehe es nicht, so wiederum, dass er der einzige Leidtragende der *Spiegel*-Affäre sei, »obwohl es über mein korrektes Verhalten damals keinen Zweifel mehr gibt. Die Gründe, die der Dr. mir für meine Nichtbeförderung angab, sind unglaubwürdig. Seine Weigerung, sich wirklich für mich einzusetzen, muss andere Gründe haben«.[275] Das war eine treffende Vermutung, denn die völlige Rehabilitierung Wichts im BND würde nur die alte Frage aufrühren, wer im Dienst denn der wirkliche Hauptverantwortliche der Affäre sei, über die

noch längst kein Gras gewachsen war. Eine vorbehaltlose Klärung kam daher nicht infrage, auch und erst recht nicht intern.

Ein letzter vergeblicher Versuch, die Wahrheit mit Dezenz ans Licht zu bringen, ist in der kleinen Studie zu sehen, die Wicht für die BND-Spitze Anfang 1967 anfertigte. Sie trug den Titel »Nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus dem Spiegel-Fall«, bemühte sich um generalisierbare Lehren, war im Kern aber neuerlich eine Klarstellung der tatsächlichen Abläufe und Verantwortlichkeiten.[276] An »Winterstein« perlte das alles ab. Er sah in den Briefen und Eingaben seines geschundenen Boten von einst vor allem »Ressentiments«.[277] Wichts Ausarbeitung beurteilte er in einem internen Vermerk (noch nach seiner Entlassung aus dem BND, die ihm, da ja alles geheim bleiben würde, an sich etwas mehr historische Aufrichtigkeit gegenüber seiner eigenen Rolle hätte gestatten können) als eine einseitige Rechtfertigungsschrift und das Bemühen, »den ›Spiegel‹ (Becker) nicht zu belasten«. Einigermaßen gehässig und wahrheitswidrig fügte er an: »Becker hat ihm dies nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr durch einen großzügigen Vertrag als Mitarbeiter in der Auslands-Vertriebsabteilung des ›Spiegel‹ gedankt.«[278]

Es sei damals also um den schwerwiegenden Verdacht gegangen, schrieb Wicht in seiner Ausarbeitung, die BND-Führung habe »im Bunde mit dem ›Spiegel‹ oder unter Ausnutzung von dessen Öffentlichkeitswirkung die Verteidigungskonzeption des Bundesverteidigungsministers blockieren, also eigene Politik betreiben wollen«. Da er der Verbindungsmann zu dem Nachrichtenmagazin war, sei ihm bei seiner ersten Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft sofort die Bedeutung seiner Aussage klar geworden. Da er über die Überlegungen in der Zentrale nicht orientiert gewesen sei, »musste ich befürchten, dass jede Aussage, die über die Tatsache des Empfangs und der Rückgabe der dreizehn Fragen hinausging, gefährlich war. Daher habe ich mich so festgelegt, dass alle weiteren Kontakte zwischen Becker und mir aus eigenem Entschluss und für eigene Zwecke erfolgt seien«. Er habe es sich daher zur Richtschnur für alle seine Auskünfte gemacht, »jede Festlegung meiner Führung zu vermeiden, einer Führung, von der ich erkannt hatte, dass sie selbst in dieses Verfahren hineingezogen worden war und gegen die auch Ermittlungen liefen. Der mich unmittelbar Führende war selbst belastet. Aus meiner jetzigen Sicht glaube ich, dass mein Verhalten, nicht die Wahrheit zu sagen, richtig war«.

Wegen des Verbindungsverbots der Bundesanwaltschaft habe er die Zentrale nicht von seinem Verhalten unterrichten können. Das wäre aber von größter Bedeutung gewesen, weil auch die BND-Führung Gegenstand der Ermittlungen geworden war: »Um wieviel wichtiger musste es da für ihr Verhalten sein, dass sie die Wahrheit kannte!« Nach seiner Entlassung aus der U-Haft habe er das dann »auf verwandtschaftlichem Wege« konspirativ nachgeholt.

Es sei falsch gewesen, fuhr Wicht fort, dass die Zentrale nach seiner Verhaftung jeglichen Kontakt zu ihm abgebrochen habe. Irgendjemand hätte ihn weiter führen müssen und auch führen können oder ihm irgendwie mitteilen müssen, dass dies momentan nicht möglich sei. Oder war es vielleicht das berühmte »Schottensystem«, das dies verhindert habe? Wicht verbreitete sich dann in praktischer und theoretischer Hinsicht darüber, doch war er sich selbstverständlich darüber im Klaren, dass er damit eine allzu wohlwollende Theorie aufstellte. Als er dann längst wieder frei war, sei noch immer keine passable Kommunikation zustande gekommen. Kurt Weiß habe obendrein seine, Wichts, Führung abgegeben. Bereits das Verhalten des Sicherheitschefs Buttlar bei seiner Festnahme habe ihm zu denken gegeben. Habe der wirklich »alles getan, um die Aktion auf einen Umfang herunterzuschrauben, der den Erfordernissen unseres Dienstes entsprach?«, fragte er neuerlich rhetorisch. Ihm sei es jedenfalls unverständlich geblieben, »dass der Beauftragte der Zentrale nicht mehr für die Geheimhaltung der Aktion tun konnte«.

Ihm sei auch nicht klar, schloss Adolf Wicht seinen Erfahrungsbericht, weshalb er als freier Mann seine ehemalige Dienststelle nicht mehr habe betreten dürfen. Alles »nicht mehr benötigte Papier«, darunter viele wertvolle, nicht eingestufte persönliche Materialien, seien kurzerhand verbrannt worden. Dabei hätte man ihn leicht erreichen und befragen können. Auch dieses Verhalten seiner ehemaligen Kameraden führe er »auf die diskriminierende Anordnung zurück, die jede Verbindung mit mir strikt verbot und deren psychologische Auswirkungen in diesem Fall unsachlich hart waren«. Wicht hatte in seinem Schriftsatz also noch einmal klargestellt, dass er in der Affäre genau dem gefolgt war, was Kurt Weiß angeordnet hatte, und er sich, obwohl er es nicht anprangern wollte, inzwischen – zu Recht – nicht mehr darüber hinwegtäuschte, dass alle Maßnahmen der

Zentrale ihm gegenüber nur dazu dienten, »Winterstein« als Hauptverantwortlichen der politischen Krise des BND zu schützen.

Anderen und höheren Orts war diese Erkenntnis schon länger gereift. Als die Bundesanwaltschaft das Verfahren gegen Adolf Wicht Anfang März 1965 einstellte, legte der für den BND zuständige Unterabteilungsleiter Günter Bachmann dem Leiter der Abteilung I des Bundeskanzleramts, Reinhold Mercker, einen Vermerk vor.[279] Es hieß darin, Wicht und Winterstein hätten einige Wochen vor Erscheinen des mittlerweile berühmten *Spiegel*-Artikels eine Unterredung gehabt, »in der sie sich einig wurden, dass der BND den ›Spiegel‹ beraten wolle«, sie aber keinen Entwurf, sondern nur eine Frageliste erhielten. Die Auswerter in Pullach hätten den Eindruck gehabt, »dass Winterstein über den Inhalt des ›Spiegel‹-Artikels und ›den Rahmen, innerhalb dessen die Fragen gestellt waren, im Bilde sei‹«. Bachmann empfahl seinem Ministerialdirektor, »dass das Bundeskanzleramt angesichts der starken Stellung, die der BND uns gegenüber hat, nichts unternehmen sollte«. Lege man allerdings einen schärferen Maßstab an, so müsse »die überstürzte Beantwortung der ›Spiegel‹-Fragen, *für die offenbar Winterstein die alleinige Verantwortung trägt*«, durchaus beanstandet werden.

Kurz darauf trat das Parlamentarische Vertrauensmännergremium zu einer Sitzung zusammen und befasste sich rückblickend mit der juristisch inzwischen ausgestandenen Krise.[280] Gehlen war vorgeladen, und Strauß ließ es sich nicht nehmen, auf die Affäre zurückzukommen. Wieso der BND seinerzeit dazu gekommen sei, über Geheimhaltungsfragen zu urteilen, und »wer in diesem Falle die Entscheidung getroffen habe«. Der BND-Präsident räumte ein, dass sein Dienst Beziehungen zu dem Hamburger Magazin unterhalte, da ja der Osten immer wieder Desinformationen lanciere. Man habe auf mehrere Publikationen Einfluss nehmen können, ging er die Jahre bis 1959 durch: »Eines Tages sei dem BND zur Kenntnis gekommen, dass ein Artikel über General Foertsch vorgesehen sei. Da der Verdacht bestanden habe, dass auch hier Ostmaterial verwendet werden sollte, sei gebeten worden, den Artikel vorab zur Kenntnis zu übersenden.« Der *Spiegel* sei dem nicht nachgekommen, man habe für ihn eine Frageliste beantwortet, was aber natürlich an sich nicht Aufgabe des Dienstes, sondern die des Verteidigungsministeriums sei. Als den in Pullach Verantwortlichen

benannte er auf Nachfrage Kurt Weiß. Rainer Barzel führte daraufhin den freundlichen Begriff »Panne« in die Diskussion ein.

Als Strauß nicht beidrehte und die Bekanntgabe der seinerzeitigen Frageliste verlangte, las Gehlen diese einschließlich der damaligen Antworten vor, welche schlicht aus der Presse entnommen gewesen seien. »Aus diesem Grunde hätte der Beamte sich für berechtigt gehalten, die Antworten erteilen zu können. Man könne jedenfalls nicht von einer Freigabe für den Spiegel sprechen, sondern es hätte sich lediglich um einen Kommentar gehandelt, wenn auch die Zuständigkeit des BND genannt werden musste.« Es entspann sich eine längere Diskussion über Zuständigkeiten und Kompetenzabgrenzungen, doch Strauß legte den Finger noch einmal mit der Bemerkung in die Wunde, »der Fehler scheine darin zu liegen, dass der BND überhaupt Fragen beantwortet habe«. Der BND-Präsident beeilte sich zu antworten, »er persönlich hätte die Beantwortung abgelehnt«. Der *Spiegel* habe den Dienst damals eben aufs Glatteis gelockt, »um sich nötigenfalls exkulpieren zu können«.

Bundesminister a. D. Strauß wurde friedlicher und gestand dem Präsidenten zu, den Hamburgern gelegentlich offenes Material zu geben, da »die Steuerung von Veröffentlichungen« das gute Recht des BND sei. Fritz Erler hielt das ebenfalls für »harmlos und zulässig«. Gehlen spürte, dass das Schlimmste überstanden war, und zeigte sich dementsprechend verständnisvoll und reuig. Pressverbindungen habe man, sagt er, zu honorigen Leuten aufgebaut, zum *Stern* unterhalte man keine Beziehungen und »jetzt natürlich« auch zum *Spiegel* nicht mehr. Die Verbindung zu Augsteins Blatt sei »zehn Jahre mit Kenntnis des Bundeskanzleramts gut gelaufen. Einzelheiten dieser Verbindung habe er immer mit Staatssekretär Dr. Globke abgesprochen. Der vorliegende Fall sei ein Einzelfall. Man müsse ihn als Panne bezeichnen. Der betreffende Beamte, der ihn verursacht habe, sei einer seiner besten Leute. Er habe wahrscheinlich durch Arbeitsüberlastung oder unter dem Eindruck der zehnjährigen guten Zusammenarbeit mit dem ›Spiegel‹ die Konsequenzen nicht gesehen und sich täuschen lassen.« Die letzte Lüge dieser Sitzung tischte Günter Bachmann den Abgeordneten auf, als er zu Protokoll gab, der ehemalige Bundeskanzler Konrad Adenauer habe niemals die Absicht gehabt, den Präsidenten des BND etwa zu verhaften. Damit war für den »Doktor« und seinen Universalmanager Kurt Winterstein die gefährliche Spiegel-Affäre

glücklich überstanden. Adolf Wicht, seinem Kameraden aus gemeinsamen Zeiten bei Fremde Heere Ost, hatte Gehlen kurz zuvor mitgeteilt, er erhebe wegen seines damaligen Verhaltens »keinerlei Vorwürfe« gegen ihn.[281]

5. »Presse-Sonderverbindungen«

Seit den Turbulenzen von 1962 waren drei Jahre vergangen, Konrad Adenauer und Hans Globke nicht mehr im Amt, Reinhard Gehlen und Kurt Weiß jedoch unvermindert aktiv. Sie pflegten ihre Medienbeziehungen und ihre politische Inlandsspionage weiter. Doch anders als im vorangegangenen Jahrzehnt konzentrierte sich der Gehlen-Dienst dabei nicht mehr auf die hochriskante Ausspähung einer Sozialdemokratie, von der dem »Doktor« momentan keine unmittelbare Gefahr für die Bundesrepublik mehr auszugehen schien und, vor allem, mit deren Regierungsbeteiligung inzwischen jederzeit gerechnet werden musste. Gehlen und Weiß, der die absehbare Pensionierung des verehrten BND-Gründers um mehr als ein Jahrzehnt überdauerte, waren sich jedoch darin einig, dass eine intensive »Landschaftspflege« jenseits gesetzlicher und selbstgesetzter Normen – der ethisch-moralischen ohnehin – zur Wahrung der Einflussmöglichkeiten des Dienstes weiterhin essentiell sei. Namentlich der zu schlechtweg überragendem Einfluss gekommene »Winterstein« folgte in den sechziger Jahren seinem ausgeprägten politischen Instinkt, der ihm riet, die gegebenen nachrichtendienstlichen Möglichkeiten nicht mehr im selben Maße *gegen* die Sozialdemokratie als vielmehr *für* eine Festigung seiner Liaisons mit Unionspolitikern einzusetzen. Gegenüber dem CSU-Vorsitzenden, der zweifellos nur vorübergehend im politischen Abseits stand, hatten der BND und Kurt Weiß nach der *Spiegel*-Krise einiges gutzumachen. Als einer der Hauptverantwortlichen hatte sich »Winterstein« aus der Affäre stehlen und alle Gefahren so unberührt überstehen können, dass ihm diese Erfahrung jedenfalls keine Lehre war, in der Medienpolitik und bei der vertraulichen Bedienung hochrangiger Vertreter der Partei- und Regierungspolitik mit Nachrichtendienstlichem künftig mehr Zurückhaltung zu üben.

Wenn auch die Machenschaften des BND im Innern nach dem Ende der Ära Adenauer nicht mehr Gegenstand dieses Buches sind, müssen sie am Beispiel des florierenden »Winterstein«-Unwesens noch ein wenig weiterverfolgt werden: Zeigt das Beispiel des Kurt Weiß doch, dass die von Reinhard Gehlen forcierten, früh geübten und eingefleischten

innenpolitischen Strategien und Methoden des BND ungebremst weiterwucherten. Es zeigt auch, dass die vom Präsidenten höchstpersönlich ermöglichte Karriere eines bedenkenlosen Mannes wie Kurt Weiß mit dazu beitrug, die von ihm ohnehin nicht beherzigten Maßstäbe gewissenhafter Pflichterfüllung und beamtenmäßiger Zurückhaltung im Dienst zu zerstören und den BND so schwer zu schädigen, dass Gehlens Nachfolger Gerhard Wessel und Klaus Kinkel viel Zeit und Kraft aufwenden mussten, um die krassesten Manifestationen dieses Geistes auszutreiben. Es war dann Kanzleramtschef Friedrich Bohl (CDU), der in den neunziger Jahren anlässlich weiterer innenpolitischer Durchstecherei dem dafür persönlich verantwortlichen BND-Vizepräsidenten Paul Münstermann, einem Ziehsohn von Kurt Weiß, ins Stammbuch schrieb – wir zitierten es bereits –, er habe gegen die Kernpflicht verstoßen, »wonach der Beamte dem ganzen Volk, nicht einer Partei zu dienen hat«.[282]

Nach der *Spiegel*-Affäre waren die einstmals recht erfreulichen Beziehungen zu dem Magazin erkaltet,[283] nicht zuletzt, weil der BND sich hütete, sie in gewohnter Weise fortzuführen. Sie erreichten nie mehr den vordem wohltemperierten Charakter des einverständigen Gebens und Nehmens und mündeten Anfang der siebziger Jahre mit der gut informierten Serie »Pullach intern«, von der man sich in Pullach viel erhofft hatte, in einen neuerlichen Tiefpunkt.[284] Das einst so ausgeprägte Wohlwollen in der Mannschaft um Rudolf Augstein war endgültig einer kritischeren Sicht gewichen, die sich in zahllosen Artikeln niederschlug, die dem Dienst kräftig zu schaffen machten.

Abgesehen von der allerdings markanten Ausnahme der von »Winterstein« seit den fünfziger Jahren eng betreuten *Zeit*-Ikone Marion Gräfin Dönhoff, die sich von Reinhard Gehlen in kritischen Situationen stets zu peinlichsten »Lobpreisungen« einspannen ließ (Preußen-Faible, angebliche Nähe zum Widerstand des 20. Juli und Freude am eigenen politischen Gewicht mögen mitgespielt haben),[285] waren es in den sechziger Jahren überwiegend, aber nicht nur Blätter der Mitte oder des konservativen Segments, die sich vom BND – und das hieß: von Kurt Weiß – bedienen, beeinflussen und vereinnahmen ließen. Diese Achse der Einflussnahme hatte sich in den fünfziger Jahren herausgebildet und konnte zu Zeiten der Großen Koalition, der antiautoritären Protestbewegung und im Kampf gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel neu belebt und gestärkt

werden. Dabei ging es wie immer um dreierlei: um das Image des Nachrichtendienstes, um die politische Unterstützung der Unionsparteien und um die Förderung einer allgemeinen konservativ-antikommunistischen Agenda. Uns interessiert hier allein, wie der zentrale Protagonist »Winterstein« dabei die von ihm angebahnten und getragenen medien- und parteipolitischen Liaisons zu einem Muster innenpolitischer Einflussnahme verflocht.

Es ist längst deutlich geworden, dass wir es bei der politischen Inlandsspionage und verdeckten Einflussnahme mit einem breiten Spektrum von Akteuren zu tun haben, die dem BND auf allen Stufen des Gemeinwesens und in allen gesellschaftlichen Milieus behilflich waren. Wir haben auch gesehen, dass diese Mittelsmänner, Informanten oder Spitzel vom Gehlen-Apparat ganz unterschiedlichen Kategorien zugeordnet sein konnten, finden wir unter ihnen doch den klassischen V-Mann ebenso wie den bloß »Abgeschöpften«, die »Sonderverbindung« ebenso wie die Gelegenheitsquelle. Wie auf Gräberfeldern liegen in dem bürokratischen Labyrinth des Systems Gehlen dazu noch die weder auf den ersten noch den zweiten Blick identifizierbaren Karteileichen. In jedem Fall sind die dienstinternen Bilanzen unzuverlässig und irreführend, prominente Konfidenten tauchen darin manchmal gar nicht auf, stumme Quellen sehen aus wie sprudelnde.

Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass die bekannt gewordenen Listen und Aufstellungen zur Innen- und Medienpolitik im Hinblick auf die tatsächliche Tätigkeit der dort zumeist mit Decknamen und V-Nummern aufgeführten Personen »nicht den geringsten Beweiswert«[286] haben. Sofern nach Jahrzehnten überhaupt noch rekonstruierbar, ist daher nur über die Betrachtung des Einzelfalls zu klären, ob die uniforme bürokratische Tarnkappe aus Nummern und Namen nur einen Zählkandidaten oder einen Spitzenagenten abgedeckt hat. Die Präsenz des Auslandsnachrichtendienstes in den Medien und in der Parteipolitik Westdeutschlands kann also keineswegs an dem von Gerhard Wessel abgeschafften Instrument der Sonderverbindungen – für ihn ein »Alpdruck«[287] – abgelesen werden, das während der parlamentarischen Untersuchung des Verratsfalls Guillaume die Öffentlichkeit so erregte.[288] Kurt Weiß hat diesem Instrument bis in die achtziger Jahre hinein sorgfältige Pflege angedeihen lassen, auch wenn er das alles vor dem

Untersuchungsausschuss in gewohnter Manier mit der Bemerkung tiefer zu hängen versuchte, »Sonderverbindung« sei ein »verwaschener Begriff«, den er »nicht gern gemocht« habe.[289]

Anfang 1957 waren in Pullach, wie erwähnt, 230 Sonderverbindungen fasst.[290] Das entspricht in etwa der Anzahl in einer BND-Aufstellung für das Kanzleramt von 1970, in der jedoch nur die besonders ins Scheinwerferlicht geratenen »Presse-Sonderverbindungen« gegen Ende der Amtszeit Gehlens enthalten sind. Erich Schmidt-Eenboom hat diesen Komplex Mitte der neunziger Jahre untersucht und ihn als eine »in der Adenauerrepublik gewachsene Pullacher PR-Holding« qualifiziert.[291] Tatsächlich hatte Gehlen »Winterstein« ausdrücklich ermuntert, an einem möglichst dichten Beziehungsnetz zu den Herausgebern und leitenden Redakteuren der auflagenstarken Wochenmagazine, der überregionalen und der in München erscheinenden Zeitungen zu flechten.[292] Häufig ging Weiß mit dem Präsidenten die »besonders zuverlässigen Presse-Sonderverbindungen« durch und erörterte mit ihm, welche davon »zur Stärkung des Zusammenwirkens« von Gehlen persönlich zu empfangen seien.[293] In den Besprechungen mit seinen Dienststellenleitern kam dasselbe Thema ebenfalls ständig auf die Tagesordnung. Das eine Mal musste eine Sonderbeziehung »umgeschaltet«, ein anderes Mal »abgeschaltet«, manchmal in eine klassische nachrichtendienstliche Quelle mit V-Mann-Führer, Dotierung usw. umgewandelt werden.

Anfang der sechziger Jahre sprach Kurt Weiß von teilweise mehrfach gesicherten Verbindungen zu 68 Presseorganen.[294] Zwei Jahre später meldete eine der Außenstellen dem Präsidenten direkt, sie verfüge über Verbindungen zu 17 Regionalzeitungen mit einer Auflage von mehr als 2,8 Millionen Exemplaren.[295] Kurz nach der Pensionierung Gehlens schätzte »Winterstein«, er verfüge über ungefähr 160 Presse-Sonderverbindungen, die Hälfte davon mehr oder weniger wichtig.[296] Eine dienstinterne Untersuchung attestierte Weiß später »unzählige Verbindungen zu Presseorganen und Journalisten, welche aus Aktenlage jedoch nur teilweise nachvollziehbar sind«.[297] Völlige Klarheit über die Anzahl, den Charakter und die Reichweite seiner Sonderverbindungen bestand, wie ein Rundschreiben von ihm verrät, nicht einmal bei Kurt Weiß selbst.[298] Immerhin wies er die Behauptung Adolf Wichts (der gerne in seine frühere Funktion beim BND zurückkehren wollte), er habe sich eine Kartei mit

1000 Journalisten aufgebaut, als »sehr dick aufgetragen« zurück.[299] Gesichert ist aber, dass die für Presse-Sonderverbindungen zuständige Diensteinheit 923 im letzten Jahr der Präsidentschaft von Reinhard Gehlen allein für »SV- und Quellenvergütung« 222 000 DM beantragte.[300] Sie war aber nicht die einzige Dienststelle, die mit Sonderverbindungen arbeitete.

Sofern Reinhard Gehlen und Kurt Weiß nicht persönlich aktiv wurden, war für die Medienpolitik und die Verbindung zu wichtigen Publizisten unter »Winterstein« die »Außenstelle Strategische Aufklärung (Presseverbindungen)« in München-Laim operativ zuständig, ein Referat von gut 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Hälfte von ihnen im höheren Dienst.[301] Geleitet wurde sie bis Ende 1964 von Dr. Walter Wanke (V-24140, »Dr. Wilhelm«), geboren 1901, ehemals Oberst und Regimentskommandeur, der bereits in den vierziger Jahren für die Organisation Gehlen gearbeitet und sich im Umfeld des katholisch-konservativen Verlags *Neues Abendland*[302] bewegt hatte. Auch nach seinem altersbedingten Ausscheiden betreute Wanke, ein artikulierter und kenntnisreicher Herr, der sich daneben in der Gesellschaft für Wehrkunde und in anderen Vereinigungen durch eigene Beiträge profilierte, für »Winterstein« weiter Presse-Sonderverbindungen.[303] Ihm folgte im April 1965 Eduard Böhme (V-34810, »Elze«), Jahrgang 1921, Journalist, vorübergehend Programmleiter bei Infratest, Offizier der Bundeswehr und laut Kontaktbericht des BND ein »verhaltenes Temperament, sehr intelligent und belesen, schöpferischer analytischer Geist bei Sinn für Humor und menschlicher Wärme«.[304] Als stellvertretender Leiter der Dienststelle fungierte der Ziehsohn von Kurt Weiß, Dr. Paul Münstermann (V-36410), der den modesten Dienstnamen »Dr. Heidegger« gewählt hatte, später zum BND-Vizepräsidenten aufstieg, in den neunziger Jahren dann gemeinsam mit »Winterstein« wegen Geheimnisverrats in die Mühlen der Justiz geriet und vom BND-Präsidenten schließlich vom Hof gejagt wurde; wir hören noch von ihm.[305]

Die Presse-Sonderverbindungen des Gehlen-Dienstes waren wiederholt Gegenstand von amtlichen Fest-, Klar- und Richtigstellungen. Im Bundeskanzleramt wurde 1974 intern darauf verwiesen, dass die spektakuläre, an die Öffentlichkeit gekommene Aufstellung der Presse-Sonderverbindungen irreführend sei, weil sie »in eine falsche (konspirative) Richtung« weise.[306] Der BND sah sich nach Erscheinen des einschlägigen

Buches von Erich Schmidt-Eenboom veranlasst, dem möglichen Eindruck entgegenzutreten, als habe er in den fünfziger und sechziger Jahren »eine Vielzahl deutscher Journalisten ›an der Leine geführt‹«.[307] Das war zwar richtig, aber doch nur die halbe Wahrheit, denn Kurt Weiß unterhielt als Spitzenbeamter zu Medienhäusern und Journalisten zwei Jahrzehnte lang Verbindungen, die weit über gewöhnliche behördliche Pressepolitik hinausgingen. Nicht umsonst trauerte der pensionierte »Winterstein« nach Lektüre der Ausarbeitung »Nachrichtendienst und Journalismus« aus der Feder des erfahrenen Adolf Wicht den alten Zeiten nach. Viele von Wichts »zahlreichen, an sich vernünftigen Vorschlägen« ließen sich heute leider nicht mehr umsetzen, befand Weiß Mitte der achtziger Jahre: »Entscheidend hierfür ist, dass sich die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BND seit 1969/70 grundlegend verändert hat. Das *aktive Element,* d. h. Agieren vor Reagieren, wurde weitgehend ausgeschaltet.«[308]

Günter Bachmann, der noch von Bundeskanzler Adenauer mit einer Inspektion des BND beauftragt worden war, sich aber schnell eingestehen musste, in Pullach hinters Licht geführt zu werden, hielt in dem Entwurf seines Berichts für die »Mercker-Kommission«[309] fest, es erscheine ihm sicher, »dass von Pullach alle Anstrengungen zur indirekten Beeinflussung der öffentlichen Meinung gemacht worden« seien. In Zeitungsartikeln seien immer wieder eingestufte Informationen zu erkennen: »Übrigens hat sich die sehr relative Bewertung des Verschlusssachenschutzes durch den BND auch bei manchen anderen Gelegenheiten deutlich gezeigt. Der Geheimschutz erschien daher mitunter als Mittel zu einem sachfremden Zweck. Es ist kein Geheimnis, dass der BND eine Reihe von Journalisten mit Nachrichten über seine Interna und über politische Fragen beliefert […] Die inspirierten Artikel dienten oder dienen der Absicht, politische Erkenntnisse und Ansichten des BND in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, ein stark idealisiertes Bild von Pullach zu zeichnen, die wirkliche oder angebliche Konkurrenz niederzuhalten, Personalwünschen Nachdruck zu verleihen und Vorstellungen über den eigenen Status in den Vordergrund zu rücken.«

Daneben habe es, so Bachmann weiter, nach dem Ausscheiden von Bundeskanzler Adenauer »Angriffe auf die Bundesregierung gegeben, die etwa so lauten: a. Die Bundesregierung versteht es nicht, sich des vorzüglichen Instruments in Pullach zu bedienen. b. Die Bundesregierung

hat auf Agentenberichte, die rechtzeitig vorlagen, nicht reagiert.« Wer nun eigentlich »in Pullach für die Propaganda verantwortlich« sei, fragte sich abschließend der Ministerialdirigent, der im Kanzleramt jahrelang für den Gehlen-Dienst zuständig gewesen war? Er gab sich und der Untersuchungskommission zur Antwort: »Wahrscheinlich handelt es sich um Herrn Winterstein, der im Übrigen auch einen wichtigen Sektor der ›Beschaffung‹ leitet.« Es sei zwar nicht zu beanstanden, dass der BND Öffentlichkeitsarbeit betreibe, es komme jedoch auf »das Maß, die Methode und die Tendenz« an.[310]

Schon 1960 hatten Kurt Weiß und Walter Wanke (der schwer an seinem Zweifel trug, »inwieweit das Volk und vor allem seine Intelligenz bereit sein werden, die demokratische Ordnung zu verteidigen«, d. h. gegen kommunistische und prokommunistische Propaganda immun seien[311]) »hochfliegende Pläne für eine mentale Mobilisierung der Presselandschaft zur bundesweiten Organisation der politischen Informationsgebung«[312] entwickelt. Man tauschte sich darüber ausgiebig mit dem leitenden WDR-Redakteur August Hoppe aus, einem der dienstfertigsten Spitzel in der Medienlandschaft.[313] Herauskam eine »Erste Namensliste abwehrbereiter Publizisten«.[314] Sie führte mehr als 30 Verleger, Pressechefs, Publizisten, Redakteure und Korrespondenten auf. Einige von ihnen betrachten wir in ihrer Funktion als Presse-Sonderverbindung des BND gleich näher. Andere, nicht weniger gewichtige, fehlten auf »Wintersteins« Longlist, die stets abwehrbereiten Horst Mahnke und Otto B. Roegele etwa.

»Abwehrbereit« war kein Synonym für »antikommunistisch«, sondern sollte wohl die angenommene Bereitschaft dieser Medienvertreter kennzeichnen, sich an den Anstrengungen der Bundesregierung zur Abwehr der zunehmenden »antifaschistischen« Agitation zu beteiligen.[315] Es kam auch zu einer ersten Begegnung, doch zeigten die Angesprochenen keine Neigung, sich in der beabsichtigten Weise organisieren zu lassen.[316] Bei einzelnen Zielpersonen war Weiß erfolgreicher, der schier daran verzweifelte, dass dem Dienst »eine in den Lebensfragen der BRD auch nur einigermaßen übereinstimmende, staatstragende Presse als Partner« fehle. Einer Minderzahl seriöser Medien, klagte er, »stehe eine größere Zahl kaum einzuordnender, richtungsloser und auch destruktiver Presseorgane gegenüber, deren Gefährlichkeit kaum überschätzt werden kann. Diese Zeitungen und Zeitschriften bieten der östlichen Propaganda, Agitation und

Zersetzungsarbeit fortgesetzt Ansatzmöglichkeiten. Sie übernehmen, oft kommentarlos, Veröffentlichungen im kommunistischen Machtbereich.«[317]

Diese Analyse harmonierte mit dem Tagesordnungspunkt »Ausschaltung missliebiger Kommentatoren aus Rundfunk und Fernsehen« auf einer Besprechung des antikommunistischen Koordinierungsausschusses im Bundeskanzleramt Mitte 1964. Darüber verzeichnet das Protokoll: »Es wird wiederum festgestellt, dass es kaum Möglichkeiten gebe, auf direktem Wege Sprecher im Rundfunk und Fernsehen, die gegen die Interessen der Bundesrepublik und ihrer politischen Haltung verstoßen, auszuschalten. Dies sei nur auf indirektem Wege durch Beeinflussung der Parteienvertreter in den Rundfunk- und Fernsehräten möglich. Bundespresseamt stellt seine geringe Autorität gegenüber den Massenmedien heraus und beklagt sich in diesem Zusammenhang darüber, dass die Fernsehsendung über den BND ohne seine Mitwirkung zustande gekommen sei.«[318] Der BND sah die Probleme der Medienbeeinflussung ähnlich und setzte daher stark auf individuelle Betreuung seiner Pressesonderverbindungen, war ansonsten aber »hoch beglückt« vom ersten Fernsehfilm über den Dienst, Kurt Weiß geradezu »euphorisch«.[319]

Im rechten politischen Spektrum

Diese individuelle Betreuung führender Publizisten durch den BND sei nun etwas näher und vor allem im Einzelnen betrachtet. Es zeigt sich, dass deren Bindungen an den Nachrichtendienst kaum unterschiedlicher hätten sein können, obgleich sie sich sämtlich in derselben Schublade der »Presse-Sonderverbindungen« finden. Zunächst ist zu sagen, dass sich die Beziehungen des BND zu den Medien Anfang der sechziger Jahre zu verändern begannen. Das Fernsehen gewann an Bedeutung, das erste TV-Feature über den Dienst geriet zu einem Erfolg, den Gehlen noch in seinen Memoiren feierte.[320] Während die angebahnten Beziehungen zu den Printmedien mehr oder weniger Bestand hatten, gehörten nach der *Spiegel*-Affäre die ebenso wichtigen wie erfreulichen Kontakte zu dem führenden meinungsbildenden Magazin einer schöneren Vergangenheit an.[321]

Der stets so aufgeschlossene Horst Mahnke nun, der 1952 eine erste *Spiegel*-Eloge über das »Büro Gehlen« ins Blatt gehoben hatte,[322] war acht Jahre später als Chefredakteur der Zeitschrift *Kristall* zum Axel-Springer-Verlag gewechselt. Kurt Weiß erfuhr, dass damit »der Plan Augsteins« hinfällig geworden sei, Mahnke »als seine ›rechte Hand‹ in allen verlegerischen und personellen Fragen an sich zu ziehen«.[323] Die aufwändig gemachte *Kristall* versuchte mit heroisierend-apologetischen Berichten des ungemein erfolgreichen Populärschriftstellers Paul Carell (ehemals SS-Obersturmbannführer und Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung des Auswärtigen Amts)[324] über den angeblich ritterlichen Kampf der deutschen Wehrmacht Auflage zu machen, musste, aus der Zeit gefallen, 1967 dann aber eingestellt werden. Springers Vertrauter Carell fungierte als dessen Sicherheitschef,[325] Mahnke saß als eine Art »Überchefredakteur«[326] dem regelmäßig tagenden Redaktionellen Beirat des Konzernchefs vor, anschließend wurde er Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Zeitungsverleger. Mit den beruflichen Veränderungen des ehemaligen SS-Offiziers änderte sich auch der Charakter seiner Beziehungen zu Pullach. Die wohlwollende Kooperation bei Themen gemeinsamen Interesses wandelte sich zu nachrichtendienstlicher Zuträgerschaft.

In seiner antikommunistischen, bei klarer Befürwortung bundesdeutscher Westbindung rechtskonservativ-autoritären und NS-apologetischen

Grundeinstellung durfte sich der frühere SD-Mann Mahnke von Reinhard Gehlen und Kurt Weiß über das gemeinsame geheimdienstliche Interesse hinaus immer verstanden wissen. Auch Mahnke klagte über die »furchtbare Gefahr der Ostinfiltration in der BRD«, konnte seinen Ärger über die langsam in Fahrt kommende Verfolgung von NS-Verbrechen aber schärfer äußern als die beiden hohen Bundesbeamten in Pullach. Da die 1959 eingerichtete Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg nach seiner Meinung ebenfalls kommunistisch unterwandert sei, prophezeite er: »Das wird die Waffe werden, mit der der Osten die deutsche Justiz zerschlagen wird.« Man werde unliebsame Richter per Erpressung ausschalten, und zwar mit dem Hinweis: »Entweder Du machst für uns mit oder wir schicken belastendes Material gegen dich nach Ludwigsburg.«[327]

Im Gefolge der frühen *Spiegel*-Kontakte Worgitzkys hatte Horst Mahnke 1956 auf Empfehlung seines SD-Kameraden SS-Obersturmbannführer Rudolf Oebsger-Röder – selbst hauptamtlicher BND-Mitarbeiter – unter dem Decknamen »Erich Klostermann« (V-41016) als »Tipper, Forscher und Berichterstatter über Vorgänge in Presse und Rundfunk« zu berichten begonnen. Er wurde von dem profilierten Leiter der Außenorganisation 521, Siegfried Ungermann, geführt,[328] auch dann, als sich Anfang der sechziger Jahre die Zusammenarbeit mit dem BND – »Motiv der Mitarbeit: vaterländische Einstellung« – nach einer internen »Umschaltung« formaler und enger gestaltete.[329] Kurt Weiß wies wiederholt an, diese interessante Verbindung solle »laufend gehalten werden«.[330] Mahnke erlegte sich bald keine Zurückhaltung mehr auf und avancierte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu einem BND-Hauptinformanten sowohl über Axel Springer und sein Imperium wie über die immer vielgestaltiger werdende bundesdeutsche Verlagslandschaft.

Die erste persönliche Begegnung zwischen dem BND-Mann und dem ehemaligen Offizier im Sicherheitsdienst des Reichsführers SS hätte einer Geheimdienst-Klamotte entsprungen sein können. Ungermann wurde Ende Oktober 1960 nämlich mit einem »riesigen, aber diskreten Bahnhof« im Springer-Haus empfangen: »Klostermann« glaubte, bei seinem Gast den geheimnisvollen Gehlen selbst vor sich zu haben. Leider ergab es sich nicht, dieses Missverständnis noch an Ort und Stelle aufzuklären, wie Volker Foertsch dem BND-Präsidenten meldete. Es hatte sich herumgesprochen, dass Mahnke von dem »selbst-aufgebundenen Bären

nicht entbunden« worden war, und da Foertsch meinte, der *Kristall*-Chef sei »empfindlich genug, um das übelzunehmen«, empfahl er, Ungermann möge die Geschichte schleunigst richtigstellen.[331]

Horst Mahnkes Auskünfte über seinen Arbeitgeber vermittelten »Winterstein« tiefe Einblicke in Springers Pläne und Strategien ebenso wie zu Person und Denken des Tycoons. Bei den unregelmäßigen Treffs berichtete »Klostermann« außerdem in profunder Sachkenntnis über die Entwicklung des westdeutschen Verlags- und Pressewesens. So ließ er sich einmal darüber aus, Springer habe ihm eigentlich Hermann Starke, den Intendanten des *Deutschlandfunks*, als gleichberechtigten Chefredakteur der *Welt* an die Seite stellen wollen; bei der *Welt am Sonntag* und der *Hör zu* stünden personelle Veränderungen in der Leitung bevor; bei der *BZ* habe der Verleger einen wichtigen Redakteur vergrault, wohingegen die Zusammenarbeit mit *Bild*-Chef Peter Boenisch »sehr eng« sei.[332] Danach skizzierte der Informant gleich noch drei Gruppierungen im *Stern*, »die gegeneinander arbeiten«.

Ein andermal war »Klostermann, wie immer, fröhlich, aufgeschlossen und nach wie vor zu allen Diensten bereit«,[333] erwähnte, dass Axel Springer zur Einweihung eines Beethoven-Museums in Israel weile, und berichtete dann von Verhandlungen mit Hermann Starke, der als neuer Chefredakteur der *Welt* vorgesehen sei und von dem erwartet werde, das Blatt »zu einer überregionalen Zeitung wie ›Le Monde‹« zu machen. Das werde erhebliche personelle Veränderungen nach sich ziehen; der bisherige *Welt*-Chef Hans Zehrer »sei schwerer krank als viele glauben. Man zweifelt an seiner Wiedergenesung«. Ansonsten sei gegenwärtig nicht daran gedacht, weitere Chefredakteure auszuwechseln. Dann wandte man sich noch *Quick* bzw. *Revue* zu, die von Springer tatsächlich nicht gekauft worden seien; *Twen* und *Kicker* versprächen gute Auflagen. »Mit ›Bravo‹ und anderen Jugendzeitschriften hätte Springer dann das Monopol für Jugendzeitungen. Das würde *zunächst* ausreichen«; um den Bauer-Verlag dagegen stehe es schlecht. Der Bericht über diesen Treff schloss mit dem Bemerken, Mahnke, der beinahe eine Position wie Springer selbst erlangt habe, sei sehr an Materiallieferungen des BND interessiert, um diese in seinen Zeitungen unterzubringen; »insofern ist Klostermann für uns eine sehr wichtige Position«.

Einige Zeit später war der wichtige Informant noch gesprächiger.[334] Er sagte dem Besucher vom BND, er habe nicht viel zu tun und denke daher überhaupt nicht daran, einen Verlagsposten anzunehmen, »der ihm mehr Arbeit macht als zur Zeit«. Er habe sich ein kleines Häuschen an der Ostsee gebaut, erzählte er offenherzig: »Sollte ihm sein Verleger kündigen, würde er sich seinen 10-Jahres-Vertrag auszahlen lassen und sich in diesem Haus zur Ruhe setzen. Das Arbeitsgebiet Klostermanns ist (vornehmer 12. Stock) verlegerischer Nachrichtendienst, d. h. er soll laufend Informationen beschaffen, die Axel Springer über alle Bewegungen im Verlagsgewerbe orientieren«. Interessanter war der Hinweis auf ein schweres Zerwürfnis mit Boenisch, den der Verleger »vor weiteren Titelberichten gewarnt hätte, in denen er mit der 5-Millionen-Auflage der ›Bild‹-Zeitung und dazu noch der über 2-Millionen-Auflage der ›Bild am Sonntag‹ eine eigene Politik treibe«; es ging um Angriffe gegen Bundeskanzler Erhard und Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel. Dann noch einige Worte über Franz Josef Strauß, den er bei einem gesellschaftlichen Treffen zur Begrüßung des *Spiegel*-Chefs überredet habe: »Augstein habe Strauß nur zögernd die Hand gereicht und sei danach nicht bereit gewesen, die drei Bilder für die Presse freizugeben.«

Dann ließ sich »Klostermann« über den neuen Chefredakteur der *Welt* aus, der es bisher nicht fertiggebracht habe, dem Blatt ein neues Gesicht zu geben. Er habe von Starke erwartet, »eine im rechtkonservativen Sinne strammere Umformung vorzunehmen. Stattdessen habe das Blatt jetzt weniger Schwung als bisher«. Inzwischen habe er Starke zu sich bestellt und ihm die Meinung gesagt. Dann gingen die beiden einige weitere Publikationen des Konzerns durch. Dabei teilte Mahnke »mit einer gewissen Genugtuung mit, dass die früher von ihm geführte Zeitschrift ›Kristall‹ in absehbarer Zeit ihr Erscheinen einstellen müsse, da das Defizit nicht mehr tragbar wäre«. Abschließend bestellte er schöne Grüße an den erkrankten Vizepräsidenten Worgitzky, mit dem er während seiner Zeit beim *Spiegel* bestens kooperiert hatte. Der Treff war beendet. Der Führungsoffizier schloss seinen Bericht mit dem Bemerken, »Klostermann« sei »recht mitteilungsfreudig« gewesen und lege großen Wert auf den Kontakt mit dem BND.

Eine Serie weiterer Treffs, die 1966/67 am dichtesten war, folgte. Bei einem ging es um die Nachricht, Rudolf Augstein und Werner Friedmann

planten eine »springerfeindliche Pressekonzentration«, und um die Schieflage der *Frankfurter Rundschau;* nebenher um das völlig zerrüttete Privatleben ihres Herausgeber Karl Gerold. [335] Ein zweiter Bericht über dieselbe Unterredung begann mit der spitzen Bemerkung, »Klostermann, wie immer gut gelaunt und mit leerem Schreibtisch. Er hatte viel Zeit.« Mahnke ließ seinem Ärger mit der *Welt* neuerlich freien Lauf, machte Stimmung gegen Chefredakteur Starke und war dabei »so erregt, dass der behäbige Klostermann aufstand und mit strammen Schritten in seinem Zimmer auf und ab ging«. Er bestätigte seinem Besucher, der sich durchaus darüber klar war, dass Mahnke »keinen Einfluss auf die redaktionelle Arbeit der Zeitungen« hatte, auch gleich noch, »gewählt habe er in Bayern die NPD, obwohl Strauß-Anhänger«. Es folgten noch allerlei Auskünfte zu einzelnen Zeitungen und Zeitschriften Springers.[336]

Anfang 1967 gab Horst Mahnke einen Überblick über das »Pressewesen im Allgemeinen«.[337] Zunächst ging er auf die Koordinierungsbemühungen von Werner Friedmann, Karl Gerold und »eventuell« Rudolf Augstein ein. Er glaube nicht an ein Gelingen dieser Operation, sagte er, »besonders deswegen, weil Gerold mit 16 Millionen verschuldet sei und jegliches Bemühen der ›Abendzeitung‹, mit dem alten Plan die AZ außer in München und Nürnberg noch in Stuttgart und Frankfurt erscheinen zu lassen, von vorneherein als gescheitert anzusehen sei.« Gelinge die »Anti-Springer-Konzentration«, werde sich der Verlag und die Bild-Zeitung umso eher ausbreiten können, meinte Springers rechte Hand.

Dem *Stern* gehe es auch nicht besonders, so weiter, die Illustrierte habe ihren Redaktionsstab erheblich ausdünnen müssen. Es bestehe auf dem Zeitungsmarkt eine Übersättigung, die Anzeigen gingen zurück, am stärksten bei der *Welt*. Besonders schwer lag Mahnke der ebenso profilierte wie kritische *Stern*-Kolumnist Sebastian Haffner im Magen, der deutsch-jüdische Emigrant. Man wolle in der *Welt am Sonntag* »mit Hilfe von William S. Schlamm die sachliche Polemik gegen Haffner fortsetzen und auch noch verschärfen«, wenn noch härteres Material zur Verfügung stehe, als der BND-Mann bisher habe beibringen können: »Das wäre zum Beispiel Abhängigkeit oder Zusammenarbeit mit der SBZ in konkreter Form. Klostermann meint, dass Schlamm von einem unserer Mitarbeiter ohne weiteres aufgesucht werden könne, um mit ihm darüber zu sprechen.« Zum

Verrat von Betriebsgeheimnissen kamen operative Tipps für die Gegnerbekämpfung.

Nach einigen weiteren Zusammenkünften übernahm im Sommer 1967 ein neuer BND-Mitarbeiter die eingespielte Verbindung, wurde von Mahnke freundlich begrüßt und gleich mit der Aussicht beglückt, er halte einen Besuch Springers in Pullach in der zweiten Jahreshälfte »für durchaus möglich«.[338] Es folgte die Erörterung der »Lage im Zeitungswesen«. Die *Welt* habe ebenso wie die *FAZ* ein Millionendefizit, man scheue sich aber die Preise der Abonnements zu erhöhen, erläuterte Mahnke. Eine Ertragssteigerung sei nur über ein höheres Anzeigenvolumen möglich, doch hier stehe als Hauptkonkurrent nun das Fernsehen im Wege, weshalb die Verleger derzeit verschiedene Ausweichstrategien in Betracht zögen. Danach kam die Konkurrenz zwischen Augstein und Springer und das »Trauma« des *Spiegel*-Herausgebers wegen eines Druckvertrags zur Sprache, den dieser mit dessen Verlag abgeschlossen habe.

Ein Jahr später, 1968, verließ Horst Mahnke den Springer-Verlag und wechselte an die Spitze des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger. Kurt Weiß erfuhr die Hintergründe von einem Hamburger »Pressesonderverbindung-Führer«.[339] Dieser wiederum hatte den stets einsetzbaren Paul Carell befragt. »Die Entlassung Mahnkes«, wusste dieser, »sei auf den Druck israelischer Kreise hin erfolgt. Der israelische Botschafter in Bonn habe Springer gedroht, seine pro-israelische Haltung werde unglaubwürdig, wenn er Dr. Mahnke nicht entferne. Nachfolger von Dr. Mahnke solle ein jüdischer Emigrant werden, der mit der CIA in Verbindung stehe und außerdem den Ruf habe, mit dem israelischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten.«

Der selbst stark NS-belastete Paul Carell verstand es, die massiven Angriffe der außerparlamentarischen Opposition gegen den mittlerweile in Berlin ansässigen Konzern anschaulich auszumalen: »Springer selbst soll nach der Kampagne gegen ihn und seinen Konzern völlig resignieren«, hieß es. »Er werde wohl noch einige weitere Zeitungen verkaufen, man spreche auch vom Verkauf des Ullstein-Verlages. Springer werde sich voraussichtlich in sein unlängst gekauftes Schloss in Schleswig-Holstein zurückziehen. Der größte Zeitungskonzern der BRD sei nun durch die Machenschaften der Linken gesprengt worden. Schon auf der Frankfurter Buchmesse sei festzustellen gewesen, dass die Linke im Hinblick auf

Springer ihre Ziele erreicht zu haben glaubte. Im Gegensatz zum Vorjahr seien in Frankfurt die Stände des Springer-Verlags von den Demonstranten überhaupt nicht mehr beachtet worden«, die Gewerkschaften bestimmten inzwischen »auch die Kulturrichtung«, Industrielle »unterstützten zum Teil aus Angst linke Organisationen«, das deutsche Pressewesen sei »unbeschreibbar korrumpiert«, usw., usf. Der Bestseller-Autor haderte damit, dass die fünfziger Jahre und seine große Zeit vorbei waren.

Bevor der Kontakt zu dem immer freundlichen und auskunftsfreudigen ehemaligen SD-Mann nach Gehlens Abgang allmählich einschlief, erreichte den von Kurt Weiß protegierten Paul Münstermann alias »Dr. Heidegger« noch einmal ein fulminanter Treffbericht.[340] Wieder wurde es ein Lagebericht zum Springer-Konzern, hochtönende Elogen inbegriffen. Zunächst die liebevoll ausgemalte Kontrastierung des ungeliebten *Welt*-Chefredakteurs Starke mit einem anderen »Könner und Kavalier«, dann die neue Personalwahl des Konzernherrn, der diese immer ganz autonom treffe: »Axel Cäsar Springer suchte nach neuen Männern. [Herbert] Kremp, bislang Chefredakteur der CDU-gebundenen ›Rheinischen Post‹, bot sich an, nachdem er in Düsseldorf mit einflussreichen Herren aus dem Hause Springer beim Umtrunk, den er liebt, Fühlung bekommen hatte. So vorbereitet, stellte er sich vor. Kremp soll nicht nach Springers Geschmack sein, und dieser seine Zusage erst gegeben haben, nachdem er von mehreren Seiten vorgeschlagen wurde.« Er habe das nur getan, weil sich bisher nicht jede seiner Entscheidungen als treffsicher erwiesen habe. Berichte und Gerüchte, wonach Springer zunehmend resignativ sei, träfen jedoch nicht zu, vielmehr gebe er »noch häufig seine Auffassungen den Redakteuren in längeren Schreiben als Maßstäbe zur Kenntnis«. Freilich habe er ihm selbst anvertraut, dass »die Neuen nichts können und er sich nach den alten Mitarbeitern sehne«.

Dann malte die nachrichtendienstliche Verbindung »Klostermann« das Porträt seines Förderers, den er, wie er selbst gesagt habe, wohl am besten von allen Mitarbeitern kenne, in den leuchtendsten Farben: »Ein Mann von einer seltenen persönlichen Ausstrahlung, die jeden, ob Mann oder Frau, sofort für ihn einnimmt. Von großem Einfluss auf Menschen, ist er freigiebig und großzügig, gewandt und redebegabt, liebenswürdig und temperamentvoll, um Argumente nie verlegen, reich an Phantasie, obwohl nicht besonders und vielseitig gebildet – er verließ das Gymnasium mit der

Obersekunda und gerierte sich in jungen Jahren als Hamburger Playboy – und doch in einer Weise für seine Aufgabe genialisch. Seine Handlungen und Entscheidungen sind oft gefühlsbetont und nicht rational. Seine Entscheidungen, die er oft ohne Logik trifft, welche er gar nicht schätzt, haben zumeist tatsächlich Erfolg. Er hat einen Riecher für Situationen, einen sechsten Sinn, ein Gespür für das Erforderliche.«

Axel Springer sei sehr religiös, fuhr Mahnke fort: »Das ist mit ein Grund für seine Einstellung zu Israel und den Juden allgemein. Aber auch politische Gründe spielen da hinein, weil er meint, dass auf weite Sicht Deutschland mit den Juden die gleichen Interessen verbinden. (Vermerk des Berichterstatters. Disraeli: ›Die Judenfrage ist der Schlüssel zur Weltgeschichte.‹) Er hat Israel zur Bewerbung in die EWG ermuntert. Gesamturteil: A. C. Springer ist ein hochinteressanter, sehr begabter Mensch und deutscher Patriot, der Ungewöhnliches leistet. Zum Nachteil wirken sich zuweilen seine Sprunghaftigkeit und seine Labilität aus, welch letztere besonders in jedem Herbst auftritt, wo er häufig kränkelt und sich zurückziehen will. Seiner vielen Besitzungen halber könnte man ihn für großmannssüchtig halten. Aber er ist es nicht, er ist bescheiden, stellt sich nicht zur Schau.« Horst Mahnkes Beziehungen zu Springer, schloss der Bericht, seien in keiner Weise getrübt, der Verleger rufe jede Woche bei ihm an und »holt zuweilen seinen Rat ein«. Gleichwohl: Die Verbindung »Klostermann« war erschöpft.

Der auskunftsfreudige Horst Mahnke wird nicht gewusst haben, dass der *Welt*-Chefredakteur Dr. Gerhard (»H. F. G.«) Starke, über den er so mitteilungsfreudig herzog, als V-16137 (»Stolze«) zwei Jahrzehnte lang noch engere Beziehungen zum BND pflegte als er selbst. Der 1916 geborene Starke, der mehrere geisteswissenschaftliche Fächer studiert und es vor 1945 zum Chef vom Dienst der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* in Berlin gebracht hatte, versuchte sich unmittelbar nach dem Krieg als Mitherausgeber von Kulturzeitschriften, wurde 1949 zum Leiter der Abteilung Politisches Wort des NDR und danach zum Hauptabteilungsleiter Politik berufen. 1961 wählte man den profilierten Rundfunkmann zum ersten Intendanten des *Deutschlandfunks*. Fünf Jahre danach berief Axel Springer Starke an die Spitze der *Welt*, um ihn nach gut zwei Jahren wieder von dieser Funktion zu entbinden (und ihn zum Beauftragten des Verlags in Bonn zu machen).

Die erste Erwähnung Starkes findet sich in den Unterlagen des Dienstes bereits Anfang 1953. Im weidlich verhassten Nordwestdeutschen Rundfunk,[341] hieß es im Duktus der Frühzeit, trete er als »scharfer Gegner der Clique um Dr. Adolf Grimme« hervor; seiner Ansicht nach bilde »diese Gruppe eine wichtige Zentrale kommunistischer Agenten in der Generaldirektion des NWDR«.[342] Die Verbindung zum Dienst kam bald zustande, und ein gutes Jahr später hielt die Beurteilung des V-Mannes fest: »Beziehung zu Starke erfolgreich zur Verhinderung abträglicher Nachrichten über die Org genutzt. St. leistet ›defensive‹ Hilfe unter Wahrung aller Vorsichtsmaßnahmen.«[343] Kurt Weiß war von Anfang an in diesen »guten und vertrauensvollen« Kontakt eingebunden.[344] Zwar war die Verpflichtung Starkes, »der CDU nahestehend«,[345] zum Zwecke der Beschaffung von politischen Nachrichten erfolgt (die ihm einen Nebenverdienst von monatlich 500 DM einbrachte[346]), doch bezogen sich seine Auskünfte meist auf das Pressewesen, meist auf den *WDR* oder den *Deutschlandfunk*, bevorzugt jedoch auf das Springer-Imperium; wiederholt bat er den BND auch um Unterstützung in eigener Sache.

Anfang 1958 ging von Hermann Starke, der als Motiv für seine Zusammenarbeit mit dem BND die Erkenntnis angegeben hatte, dass die Bundesrepublik sich nicht über ihre diplomatischen Auslandsvertretungen allein ein Lagebild machen könne,[347] ein Bericht über bevorstehende Personalentscheidungen im *WDR* ein. Er schickte ihn an den Leiter der Dienststelle 923, Siegfried Ungermann, der ihn persönlich betreute.[348] Auf einer Arbeitstagung der Chefredakteure des *WDR*, meldete er, sei vorgetragen worden, der Korrespondent Gerd Ruge wolle, »insbesondere auf Betreiben seiner Ehefrau«, Moskau verlassen. Der Vorschlag für seinen Nachfolger, einen der SPD nahestehenden »Gefolgsmann« des seit Jahren verlässlich verleumdeten Kölner Intendanten Hanns Hartmann,[349] sei von den Anwesenden allerdings »sehr skeptisch aufgenommen« worden. Außerdem ging es um die Besetzung der Stellen in Peking, Hongkong und Tokio. »Im Übrigen war es interessant, von V-16137 zu erfahren«, schloss Ungermann seine Information für Kurt Weiß, »dass das Monatsgehalt von Gerd Ruge 12 000 beträgt.«

Es mag sein, dass Starke wie versprochen und sicherlich ohne Wissen seiner Mitarbeiter den BND auch mit Berichten seiner Auslandskorrespondenten versorgte, die operativen Unterlagen zu ihm

dokumentieren jedenfalls ausschließlich innenpolitische Auskünfte. Wenige Wochen nach seiner Wahl erbat der Intendant des *Deutschlandfunks* von Gehlen eine Gegenleistung aus dem Bereich der materiellen und personellen Sicherheit.[350] Er solle sein neu zu beziehendes Haus bitte auf »Lauschanlagen usw.« untersuchen lassen (was geschah) und ihm bitte noch einen weiteren Gefallen tun. Starke, berichtete der Bonner BND-Vertreter nach Pullach, sei sich nämlich »einer Reihe von leitenden und sonstigen Mitarbeitern, die er aus seiner früheren Tätigkeit nicht kennt, nicht sicher. Er bittet daher um unsere Mithilfe bei der Prüfung der Frage, ob bei der Einstellung dieses oder jenes Mitarbeiters ein Risiko entstehen könnte«. Dieser Gang über den kurzen Dienstweg, für den die Dépendance in der Hauptstadt von Wolfgang Langkau persönlich gebeten wurde, »die Personalakten der zu überprüfenden Mitarbeiter des Dr. Starke zu übersenden«,[351] fand ebenso Zustimmung wie ein baldiger Besuchstermin mit interessantem Programm im Hinblick auf eine mögliche Zusammenarbeit. Der *DLF*-Intendant zögert nicht einmal, Teile aus seinem innerdienstlichen Schriftverkehr an den BND weiterzureichen, in dem es um die Auseinandersetzung mit einem seiner Hauptabteilungsleiter ging, der sich beim Verwaltungsrat über seine Geschäftsführung beschwert hatte.[352]

Am engsten gestalteten sich die Beziehungen zwischen der »hochrahmigen Sonderverbindung« des BND[353] und dem ersten Intendanten des *Deutschlandfunks*, als dieser 1966 zur *Welt* wechselte. Im Hausverteiler des Senders hatte es dazu geheißen, Starkes Entschluss, »den Intendantensessel vor Ablauf seiner Amtsperiode zu verlassen, wirkte wie ein Donnerschlag. Eine Flut von Spekulationen und Vermutungen über Gründe oder gar Hintergründe dieser Entscheidung brandete durch Presse und Öffentlichkeit«, wobei er selbst aber als Erster über die geheiligte Tradition gespottet habe, unbedingt eine Wiederwahl anzustreben. »Er betrachtet seine künftige Aufgabe in der Chefredaktion der Welt als seiner bisherigen Tätigkeit durchaus gleichwertig […] Starkes Organisationstalent, seine ›allen Neuerungen aufgeschlossene‹ konservative Einstellung, sein Wille, die Welt zu einer qualitativ guten Zeitung, bei der gleichzeitig die Auflage steigt, zu einer ›Publikation, die insbesondere der Jugend nahelegt, nicht nationalistisch, aber vaterländisch zu denken‹, zu machen, werden ihm gewiss zu dem erwünschten Erfolg verhelfen.«[354]

Das war eine Fehlprognose, denn die Berufung H. F. G. Starkes nach dem Tod des Übervaters Hans Zehrer fiel just in die »redaktionsinternen, aber auch von außen geschürten Intrigen« um den Kurs der damals noch größten bundesdeutschen Qualitätszeitung.[355] In diese Intrigen gab der neue Chefredakteur dem Auslandsnachrichtendienst den wünschenswert tiefen Einblick. Ausführlich schilderte er in einem Gespräch mit seinem Betreuer, auf den er einen arg derangierten Eindruck machte und der ihn obendrein über Horst Mahnkes Sottisen vom selben Tag unterrichtete, seine Lage und die der Zeitung.[356] Er und seine Frau seien froh, wieder in Hamburg zu sein, »allerdings sei er von Springer hinsichtlich der Situation, in der sich die ›Welt‹ befindet, bewusst getäuscht worden. Es sei für ihn unmöglich gewesen, diese Zeitung von dem verstorbenen Zehrer zu übernehmen, da dieser sich, als er dessen Position übernahm, bereits in Agonie befand.« Gegen die Intrigen von dessen »rechtsbetonten«, von Mahnke unterstützten Vertreter könne er sich nur sehr schwer durchsetzen. »1637 bezeichnete in diesem Zusammenhang Klostermann als einen Rabauken, mit dem er nichts zu tun haben möchte.« Starke »stoße ständig auf Sabotage gegen seine Regie«. Obendrein sei seine Handlungsfreiheit stark eingeschränkt, weil das Blatt wegen seines Defizits in jedem Ressort Einsparungen vornehmen müsse. »16137 sieht zur Zeit keine Möglichkeit, aufgrund der hier aufgezeichneten Verhältnisse, nach München zu kommen, wenn ein gewisses Anlehnungsbedürfnis auch erkennbar ist.« Den Wechsel von Köln nach Hamburg bereue er an sich nicht, er habe aber »nicht erwartet, sich solchen Intrigen und unklaren Verhältnissen ausgesetzt zu sehen.« Als sein Betreuer werde er Starke daher bald wieder besuchen, »um ihm in seiner schwierigen Situation Halt zu geben und zu helfen«.

Es folgten weitere Dialoge, bei denen dem Führungsoffizier wiederholt die »verzweifelt-entschlossene Verfassung« seines Gesprächspartners auffiel.[357] Der Chefredakteur der *Welt* werde jetzt jedenfalls zu Springer nach Kampen fahren und ihm drei Alternativen vorlegen: »a. das Erscheinen der ›Welt‹ einzustellen. b. die ›Welt‹ auszubauen und zwar mit Druck und süddeutscher Ausgabe in München. c. Fusion mit ›FAZ‹, die sich in einer finanziell ähnlichen Lage befinden soll.« Nach München könne er immer noch nicht kommen, bitte aber, »allen führenden Herren Grüße zu bestellen«.

Die führenden Herren wussten, was sie an dem *Welt*-Chefredakteur hatten und bereiteten ihm bald darauf den entsprechenden Empfang in Pullach. Aufgeboten waren »Winterstein« selbst, sein Protégé, der stellvertretende Leiter des Referats für die Presse-Sonderverbindungen Paul Münstermann, sowie Starkes Betreuer Fritz von Bomhard.[358] Man speiste zusammen und unterhielt sich über den Pressekrieg zwischen Augstein und Springer, wobei der Gast anmerkte, seine Stellung als Chefredakteur sei »unerschüttert und seine Beziehungen zu A. Springer ausgezeichnet«. Bei der Erörterung der »Nachfolgeprobleme anlässlich der bevorstehenden Pensionierung des Präsidenten des BND« dominierte die Meinung, dass Erörterungen in der Presse dazu »grundsätzlich« wenig sachdienlich und unerwünscht seien; Nachfolgespekulationen sollten daher unterbleiben. Bei Tagesordnungspunkt deutsche Innenpolitik berichtete Starke, er werde am Folgetag Bundesminister Strauß aufsuchen und »sich dort über die voraussichtliche Entwicklung und das Weiterbestehen der großen Koalition auf lange Sicht orientieren lassen«. Dem Chefredakteur der *Welt* schien es offenbar geboten, mit dem Hinweis auf sein gutes Verhältnis zu seinem Verleger und seine bevorstehende Strauß-Visite seine starke Position in Hamburg und Bonn zu unterstreichen.

Tatsächlich waren H. F. G. Starkes Tage bei der *Welt* ein gutes Jahr später gezählt.[359] Das steigerte seinen Gesprächsbedarf gegenüber dem BND noch. Bei einem Treff mit Böhme schilderte er die Lage der Zeitung, wie er sie sah, und machte sich dabei zunächst noch Illusionen über seine eigene Situation.[360] Die neue Regelung mit zwei Generalbevollmächtigten im Springer-Konzern habe seine Position vorerst gefestigt, sagte er. Dennoch rechne er mit einem »›Gegenangriff‹ seitens [Christian] Kracht«. Völlig offen sei zurzeit noch, ob nach dem Ausscheiden von Julius Hollos dessen Funktion als »persönlicher Beauftragter des Verlegers« erhalten bleibe oder nicht. Die bisherige Haltung Springers, der die *Welt* trotz ihres Defizits weiter stütze und ihren politischen Kurs trotz der APO-Angriffe nicht ändere, werte er als Entscheidung zu seinen Gunsten.

Dann war es vorbei. Als »Kulanzpflaster« wurde ihm, wie er das in einem weiteren Gespräch, diesmal mit Münstermann, selbst sarkastisch kennzeichnete, eine vierwöchige Asienreise bewilligt, von der er dem »Herrn Präsidenten« – inzwischen Gerhard Wessel – und »Winterstein« gerne seine Eindrücke schildern wolle. Dann gab er dem BND-Mann, der

ihn zu Hause aufsuchte, eine anschauliche Darlegung seines Scheiterns.[361] Ohne mit denunziatorischen Details zu geizen, schilderte er den Auftritt von Peter Tamm, Springers »Kronprinz« und Alleinvorstand der Axel Springer AG, der ihm die Kündigung zu überbringen hatte. Herbert Kremp werde seine Position übernehmen, der Verleger ihn selbst an anderer Stelle des Konzerns verwenden: »Herrn Springers Entscheidung ist endgültig. Gegenvorstellungen haben keinen Sinn«, seien Tamms Worte gewesen. Starke, der als Grund für seinen Sturz nur Intrigen zu sehen vermochte, in die so gut wie alle seine führenden Kollegen verwickelt waren, meinte, der Verleger sei zu dieser Erklärung »zu feige« gewesen; Springer habe in seinem Konzern eben »nichts mehr zu sagen«. Der Abberufene öffnete sein Herz noch weiter und gab anschließend noch eine finanziell grundierte Erklärung dafür, wieso er weiterhin im Konzern bleiben müsse und die angebotene Stellung eines Bevollmächtigten Springers in Bonn angenommen habe.

Der BND erhielt zusätzlich ein kleines intimes Pastiche: »Springer habe völlig resigniert und werde sich auf sein neu erworbenes Landgut in Schleswig-Holstein zurückziehen. Allenfalls Finanzminister Franz Josef Strauß sei in der Lage, Springer noch einmal zu aktivieren und ihm ›Zement einzuspritzen‹. Vielleicht könne man auch Ministerpräsident [Helmut] Lemke einen gewissen positiven Einfluss zutrauen. Auch Herr Gerstenmaier könne in diesem Zusammenhang noch eine Potenz darstellen.« Dem Namedropping folgte der Hinweis, Sven Simon, der als Pressefotograf arbeitende Sohn Springers, solle demnächst in die Konzernleitung aufgenommen werden; »dieser sei ein glühender Verehrer Fidel Castros und suche diesen auch in seiner äußeren Erscheinung nachzuahmen«. Kurz darauf übersandte er mit Handschreiben und einer Empfehlung an Herrn Weiß/»Winterstein« ein Schriftstück, das Springer und Tamm ihm eben ausgehändigt hatten, nämlich die Konzeption für ein »Referat Fernsehen« und seine Funktion dabei im Rahmen seiner neuen Tätigkeit in der Bundeshauptstadt.[362]

Der einstige Intendant und Chefredakteur sank in der Folge immer tiefer und agierte beinahe wie ein gewöhnlicher Agent. Im Frühjahr 1969 traf er sich wieder einmal mit Weiß, Münstermann und Böhme.[363] Als erstes betätigte er sich als Tipper und empfahl dem BND einen Redakteur der *Welt*, der mit einem Ministerialdirektor im Innenministerium eng befreundet

sei, als neue Presse-Sonderverbindung. Von fünf weiteren Herren riet er dagegen ab, namentlich vom neuen Chefredakteur: »Bei Kremp warnte er vor dem Hang zum Alkohol.« Der stellvertretende Chefredakteur, Lothar Rühl, hingegen verfüge über beachtliche berufliche und persönliche Qualifikationen und unterhalte außerdem »sehr enge Beziehungen« zu General Johannes Steinhoff, dem Inspekteur der Luftwaffe. Das war noch nicht alles. Starke bot überdies seine stattliche Godesberger Residenz »als Treffort für Geheimkonferenz« an und bat Weiß, dem BND-Präsidenten eine entsprechende Einladung zu übermitteln. Münstermann schloss seine Notiz mit dem Bemerken, der Gesprächspartner lege »nach wie vor größten Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit unserem Hause«. Diese bekam jetzt rasch recht praktische Seiten. Der Dienst überprüfte auf Bitten Starkes eine seiner Mitarbeiterinnen und dieser bat seine Sonderverbindung seinerseits zu klären, »ob es zutreffe, dass der Hamburger CDU-Chef bisexuell sei und durch seine zahlreichen Auslandsreisen zu einem Sicherheitsrisiko werden könne. Dr. Starke versprach, er wolle der Angelegenheit einmal unauffällig nachgehen.«[364]

Ein zweiter Bericht über diesen Treff war noch etwas ausführlicher und mit weiteren Details zum Innenleben der *Welt* gespickt.[365] Springer entwerfe gerade einen Brief an Chefredakteur Kremp, in dem er ihn mit Nachdruck rüge, dass er »die ›Linie des Blattes nach links verlegt habe‹«. Der Verleger sei persönlich wie dienstlich mit ihm unzufrieden, weil er »zu arrogant« auftrete und als Chefredakteur nicht potent genug sei, werde aber wieder eines erheblichen Anstoßes von außen bedürfen, um einzugreifen. Dann kam der Intendant eines großen Rundfunkhauses an die Reihe, der mit dem nordrhein-westfälischen SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn befreundet sei, »ein weicher, beeinflussbarer Typ. Die wirklich treibende Kraft in der ›Deutschen Welle‹ sei Johannes Groß, der auch die Fusion mit dem ›Deutschlandfunk‹ anstrebe«. Weitere Berichte folgten, und Anfang 1970, kurz vor der Entmachtung »Wintersteins«, fragte der Springer-Bevollmächtigte in Bonn bei ihm wegen eines Gesprächstermins nach, bei dem er Kurt Weiß »gerne die Umwandlung des Springer-Konzerns erläutern und ihre Auswirkungen darlegen« wollte (der denn auch zustande kam). Dabei überließ er dem BND zusätzlich den Bericht eines *DLF*-Mitarbeiters über eine Reise nach »Mitteldeutschland«.[366] Mit der Ablösung von Kurt Weiß als Leiter der Abteilung I versiegten Pullachs Kontakte zu H. F. G.

Starke (der einmal sogar von Präsident Wessel empfangen worden war[367]) allmählich: »Konspirativ gesprochen, gilt ehemalige Presse-Sonderverbindung seit Herbst 1972 als abgeschaltet«, lautet der entsprechende Karteikarteneintrag.[368]

Selbstverständlich war ein gewisses Wohlwollen der Springer-Presse für Reinhard Gehlen, Wolfgang Langkau und Kurt Weiß von großer Bedeutung. Ende der fünfziger Jahre, als die »Annäherung zwischen Adenauer und Springer«[369] zu beobachten war, begann man sich bei der innen- und deutschlandpolitischen Lagebeurteilung einander anzunähern. Der BND schenkte den Kontakten zum deutschen Medien-Tycoon und seinen leitenden Mitarbeitern mehr Beachtung – erst recht, da sich die Beziehungen zum *Spiegel* nach den Verwerfungen 1962/63 weiter verschlechterten. Der große Medienmann, das versteht sich, wurde in besonderer Weise hofiert, doch kam eine nachrichtendienstliche Direktansprache bei ihm natürlich nie in Frage.

Es war der Hamburger Dienststellenleiter Adolf Wicht, der im Herbst 1959 empfahl, Axel Springer und Hans Zehrer, den Chefredakteur der *Welt*, doch einmal nach Pullach einzuladen.[370] Gehlen griff die Anregung sogleich auf, und Kurt Weiß arrangierte für die nach dem Jahreswechsel stattfindende Visite den größtmöglichen Bahnhof: gemeinsames Mittagessen mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten, danach Vorträge der leitenden Herren über die weltpolitische, die wirtschaftliche und die militärische Lage unter Erfüllung des Sonderwunsches der Gäste, nämlich einen Einblick in die »Raketenentwicklung in Ost und West« zu erhalten. Auch Kurzvorträge »Wintersteins« über Entstehung, Organisation und Aufgaben des BND oder »weltkommunistische Aktivitäten und Infiltration der Bundesrepublik« standen zur Auswahl.[371]

Ein gutes Jahr später, im Juni 1961, als die Flüchtlingskrise der DDR ihrem Höhepunkt zutrieb, fanden sich Springer und Zehrer erneut in Pullach ein. Sie interessierten sich für »alle Unterrichtungen über SBZ-Entwicklung und ›Lage Berlin‹«, wie Kurt Weiß festhielt, der gemeinsam mit Vizepräsident Worgitzky an dieser hochrangigen Begegnung teilnahm: »Klagen Axel Springer über Presseberichterstattung (allgemein) betreffend Sowjetunion. Viele Artikel viel zu kritiklos. Sowjetische Position wird überbewertet. Chruschtschow ›guter Schauspieler‹. Erklärungen 363 [Gehlen]: Trauma nach dem Kriege, Fehleinschätzung der sowjetischen

Mentalität (SU empfindlich gegen offensives Verhalten des Gegners). Bedeutung der sowj. Ideologie = Heilslehre. Beurteilung der Vorgänge und Entwicklungen in der SU nur aufgrund nüchterner Auswertung realitätsbezogener Erkenntnisse möglich.«[372] Das war gewiss richtig, entsprach freilich keineswegs der Praxis des Gehlen-Dienstes, der aufgrund »ideologiegeleiteter Überzeichnung« die »komplexen Realitäten des Ost-West-Konflikts mit ihren Moskauer Schwächen und Ängsten sowie mit ihrem Änderungspotentialen und Veränderungschancen nicht adäquat wiedergeben konnte«[373]. Wir wissen nicht, welchen Eindruck die beiden Hamburger Besucher aus Pullach mitnahmen, jedenfalls wurde vereinbart, dass der Verleger künftig von dem zu »Wintersteins« Bereich gehörenden Adolf Wicht fortlaufend unterrichtet werden sollte.

Kurt Weiß beschränkte sich freilich nicht darauf, die Hamburger mit der Sicht des BND auf die DDR und die Sowjetunion auf dem Laufenden zu halten, er setzte den BND-Präsidenten zugleich auch über die Beziehungen zwischen Axel Springer und Konrad Adenauer ins Bild. Im Sommer 1962 schickte er Gehlen eine Notiz über den Besuch des Bundeskanzlers im Verlag, der seinen Sitz nach Berlin verlegt hatte und im alten Zeitungsviertel unmittelbar an der Mauer ein spektakuläres Hochhaus errichten ließ. Der Bundeskanzler habe um strengste Diskretion gebeten, meldete »Winterstein« und merkte an: »Nach einer starken Annäherung zwischen dem Bundeskanzler und Axel Springer in den Jahren 1959–61 und nach einer Entfremdung nach August 1961 stellt das Berliner Gespräch eine neue Phase der wechselhaften Beziehungen zwischen dem Regierungschef und dem mächtigsten Presse-Konzern der BRD dar.«[374] Tatsächlich begannen beide kurz vor dem Ausscheiden des Regierungschefs ihren Frieden miteinander zu machen.[375]

Anfang 1963 meldete sich Kurt Weiß in dieser Sache noch einmal bei Gehlen und berichtete über ein Gespräch, das kürzlich zwischen Bundeskanzler Adenauer, Bundestagspräsident Gerstenmaier, dem Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Josef Hermann Dufhues und den Spitzen des Springer-Verlags in Bonn stattgefunden habe; der Konzernherr erschien unter anderem in Begleitung seiner Chefredakteure Peter Boenisch *(Bild-Zeitung)*, Bernhard Menne *(Welt am Sonntag)* und Hans Zehrer *(Die Welt)*.[376] »Es wurde vor allem die Frage diskutiert, was man tun könne, um mit Hilfe der Springer-Zeitungen die CDU populär(er) zu machen«, schrieb

Weiß. »Von CDU-Seite und dem Bundeskanzler persönlich wurde vorgeschlagen, mehr Interviews mit CDU-Politikern, häufiger Veröffentlichungen von ›Portraits‹ derselben und mehr Reportagen im Sinne der CDU zu bringen.« Er wusste aber noch mehr: »Nach Hamburg zurückgekehrt, informierten die Teilnehmer des Springer-Verlages ihre engsten Mitarbeiter in dem Sinn: Wir arbeiten weiter wie bisher in dem Bemühen, sachlich zu sein und die Regierungspolitik zu unterstützen.« Als eigene Bemerkung fügte »Winterstein« an, über solche Bemühungen der Union habe er ja schon früher wiederholt berichtet, doch hätten diese gelegentlichen Abstimmungen offenbar nicht ausgereicht, um die immer wieder auftretenden Divergenzen zwischen der Adenauer-CDU und der Springer-Presse »auszuschalten«.

An den Versuchen, solche Divergenzen zwischen konservativer Politik und konservativer Presse auszugleichen, hatten Gehlen und Weiß keinen vermittelnden Anteil, sie setzten gegen Ende der Adenauer-Ära allerdings aus eigenem Interesse einiges daran, größere Nähe zu den Springer-Zeitungen zu gewinnen. Insiderinformationen aus dem Konzern, wie sie dank ihres V-Mannes Horst Mahnke anfielen, ließen sich im Bundeskanzleramt gut verwerten. Die Anknüpfung tragfähiger Beziehungen zu den tonangebenden Publizisten im Hause Springer, deren gesellschaftspolitische Grundpositionen ihnen näher waren als die der meisten anderen, ließ immerhin auf Rücksichtnahme bei der Berichterstattung hoffen. Herausragend profilierte Mitarbeiter und Autoren wie Paul Carell, Giselher Wirsing oder Hans Zehrer gehörten zu den Umworbenen, doch trotz weltanschaulicher Gleichklänge scheinen »Wintersteins« Bemühungen hier hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu sein – jedenfalls wenn man sie auf der Grundlage der erhalten gebliebenen Überlieferung im BND bilanziert. Dieser Vorbehalt ist zu machen, da sich auch andere Pressebeziehungen in den überlieferten Akten nur unvollständig niedergeschlagen haben. Das gilt besonders für das Zusammenwirken zwischen dem Dienst und dem einflussreichen katholisch-konservativen »Medien-Intellektuellen«[377] Otto B. Roegele, das einen jahrzehntelangen innenpolitischen Austausch zeitigte, zu dem die heutigen Findhilfsmittel des BND jedoch keinen Eintrag enthalten. Wie gesehen,[378] ist diese Kooperation nur noch aus einzelnen verstreuten Aktenstücken teilweise, aber nicht mehr umfassend rekonstruierbar.

Paul Carell, Starautor von *Kristall*, später der *Welt am Sonntag*, zugleich Axel Springers »nationaler Redenschreiber« und Ende der sechziger Jahre sein Sicherheitschef, war beim BND mit der V-Nummer 56227 als »Schaper« registriert.[379] Die tatsächliche Substanz dieser Registrierung scheint jedoch gering gewesen zu sein. Zu mehr als kleineren Hilfsdiensten »als Zwischenträger zu wichtigen CDU-Politikern«[380] konnte ihn Kurt Weiß offenbar nicht bewegen. Hans Zehrer (»Zacharias«), gegen Ende der Weimarer Republik Kopf des jungkonservativ-antidemokratischen *Tat*-Kreises, dann lange Chefredakteur der *Welt* und Kolumnist der *Bild-Zeitung*, weilte wiederholt in Pullach, erhielt vom Dienst, der zu ihm früh Kontakt hergestellt hatte,[381] gelegentlich auch Material, doch der als »Gesinnungsgenosse« Gehlens Apostrophierte[382] benötigte kaum der Inspiration durch einen Weiß oder Wicht (den er häufiger sah[383]), um Meinungen zu vertreten, die in der BND-Spitze Zustimmung finden konnten. Auch wenn »Winterstein« sich noch in den achtziger Jahren damit brüstete, »erforderlichenfalls« sei eine Direktverbindung zu Zehrer sichergestellt gewesen,[384] scheint der Strategische Dienst nicht einmal eine seiner in der Presselandschaft inflationär verteilten V-Nummern an den 1966 verstorbenen »Guru«[385] und »publizistischen Mentor«[386] Springers vergeben zu haben.

Hans Zehrers Nachfolger als Herausgeber der Zeitschrift *Die Tat*, SS-Sturmbannführer und SD-Informant Giselher Wirsing, der als BND-Presse-Sonderverbindung den Tarnnamen »Wippel« trug, war »einer der wichtigsten intellektuellen Propagandisten« des NS-Regimes gewesen.[387] Nach 1945 war der einstige antisemitische Verfechter großdeutscher Weltherrschaft und gleichbleibend fanatische, nun jedoch »abendländisch« eingefärbte Antikommunist ein entschiedener Gegner der langsam genug in Gang kommenden Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Ab Mitte der fünfziger Jahre leitete er als Chefredakteur die nationalkonservative *Christ und Welt* und machte das Organ der Evangelischen Kirche bald zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Bundesrepublik. Die Apologeten Paul Carell und Jürgen Thorwald schrieben hier ebenso gerne wie Wirsing seinerseits in Hans Zehrers *Welt*.

Kurt Weiß hatte Gehlen den profilierten Publizisten schon vor der Übernahme des Dienstes durch den Bund als seine »unmittelbar geführte« Sonderverbindung präsentiert,[388] seine Anmeldung als V-22164 erfolgte im

Sommer 1956. »Winterstein« reservierte sich diesen prominenten Kontakt gegenüber anderen Dienststellen, die ihn eigentlich als »Cover-Geber« für journalistisch abgedeckte V-Leute nutzen wollten.[389] Das Weltbild und die wechselseitigen Interessen des rechtskonservativen Autors und der Pullacher Führung harmonierten recht gut. Entsprechend zuvorkommend ging Weiß mit ihm um. Als Wirsing wieder einmal drängte, vom BND-Präsidenten persönlich empfangen zu werden, gab es schnell grünes Licht, obgleich nicht recht klar war, worum es gehen sollte. Weil der Chefredakteur von *Christ und Welt* kein spezielles Anliegen mitgeteilt hatte, handele es sich für ihn wohl um eine »Prestigeangelegenheit«, meinte »Winterstein«. Dem Publizisten wurde mitgeteilt, man werde den »Doktor« von seinem Wunsche unterrichten und vorschlagen, ihn im Hinblick auf seine »Bedeutung und Verdienste« einzuladen. Im Rückblick hielt Weiß fest, Giselher Wirsing habe zu den wichtigen Presseverbindungen des BND gehört und sich als loyaler Gesprächspartner erwiesen, »der stets bereit war, Aktivitäten der ›Gegenwirkung‹ durch Veröffentlichungen zu unterstützen«.[390]

Die Wertschätzung Wirsings blieb im BND ungebrochen, sodass Weiß ihm bei dem erst wenige Monate im Amt befindlichen Nachfolger Gehlens sogar eine eineinhalbstündige Unterredung verschaffen konnte.[391] Sie gestaltete sich als Meinungsaustausch über die Weltpolitik, bei dem der ehemalige NS-Propagandist anriet, rasch zu einem guten Verhältnis zum designierten Richard Nixon zu kommen, weil Deutschland und Europa ohne die USA »so oder so verloren« seien. Die Lage in Titos Jugoslawien wurde ebenso berührt wie die »Kreml-Politik«. Ein Meinungsaustausch über die drei bundesdeutschen Nachrichtendienste rundete die Unterhaltung ab, die für Gerhard Wessel keine neuen Einsichten erbracht haben dürfte – eine freundliche Landschaftspflege eben, die dem Besucher seine Wertschätzung bestätigte.

Vielleicht wollte der BND-Präsident dem allzeit gewogenen Medien-Intellektuellen auch nur den Rücken stärker und ihm bedeuten, dass sein intellektuelles Kämpfertum für das Dritte Reich vernünftigen Arbeitsbeziehungen keinen Abbruch tun sollte. Mittlerweile wurden nämlich immer neue Einzelheiten über Giselher Wirsings Vergangenheit publik. Der *Spiegel* etwa hatte schon eineinhalb Jahre vor der Audienz in Pullach wieder einmal über dessen Hitler-Huldigungen, seine Protektion

durch Heinrich Himmler und seine judenfeindlichen Ergüsse berichtet.[392] Anders als früher wollte es der BND nun genauer wissen. Hans-Henning Crome von Gehlens Stab (der schon mit den internen Personalüberprüfungen Anfang der sechziger Jahre befasst gewesen war[393]) brachte eine Nachfrage bei der CIA und beim Berlin Document Center auf den Weg.[394] Obwohl die Auskünfte glasklar und belastend waren, blieb diese Presseverbindung noch einige Jahre bestehen, sogar noch dann, als man sich in Pullach nach der Entmachtung von Kurt Weiß von dessen Medienpraktiken zu lösen begann. Noch 1971 wehrte sich Wirsing gegen seine interne »Umschaltung« auf eine andere Diensteinheit; das werde deswegen wohl kaum möglich sein. Zur Fortführung der »ohnehin losen Kooperation« wäre Giselher Wirsing vermutlich nur dann bereit, vermerkt eine Aktennotiz, »wenn eine entsprechende ›Bitte‹ durch Präsident an ihn herangetragen würde«.[395]

Einen anderen bewährten Hilfswilligen aus dem Kreis der rechtskonservativen Unterstützer Reinhard Gehlens, den märchenhaft erfolgreichen Bestseller-Autor Jürgen Thorwald alias »Grübner«, hatte der neue BND-Präsident auf Anraten »Wintersteins« in diesem Defilee verdienter Sonderverbindungen bereits einige Wochen vor Wirsing empfangen. Der Merkzettel hielt für Wessel fest: »Kommt viel herum, hört viel, weiß viel, […] dem Dienst sehr verbunden. Hilft wo er kann.« Thorwald sei von der Unterredung nach dem gemeinsamen Mittagessen sehr angetan gewesen, notierte der Gastgeber anschließend, denn er habe gesagt: »Seit langem endlich wieder einmal ein Gespräch, das zu führen sich gelohnt hat«. Präsident Wessel bekundete sogar sein Interesse, solche Begegnungen unbeschadet anderweitiger »Nutzbarmachung« des Schriftstellers durch Kurt Weiß etwa alle zwei Monate zu wiederholen.[396] Dazu ist es nach der Kaltstellung »Wintersteins« und der weitgehenden Beendigung des Sonderverbindungswesens nicht mehr gekommen. Der Erfolgsschriftsteller, von dem in den Unterlagen des BND ebenfalls nur wenige Spuren zu finden sind, starb 2006 im 92. Lebensjahr.

Jürgen Thorwald, Starautor auch bei *Christ und Welt*, war der Organisation Gehlen schon in der Frühzeit eine starke Stütze gewesen.[397] Seinerseits profitierte der in Pullach schon 1952 als »klarer Antibolschewist« Verkartete[398] von der dort reichlich vorhandenen Expertise zu Themen, die er zu Bestsellern verarbeitete, zum Kriegsende im

Osten oder zum Schicksal der Wlassow-Soldaten beispielsweise. Sein enger Kontakt mit Gehlen war bekannt.[399] Ende 1955 hob die zunächst von Heinz Danko Herre (ehemals Stabschef von Andrei Andrejewitsch Wlassow und Koautor des entsprechenden Werks[400]), danach von Kurt Weiß betreute Sonderverbindung »Grübner« Reinhard Gehlen, den »Mann im Dunklen«, in der *Welt am Sonntag*[401] und sodann in einer achtteiligen Serie (in noch peinlicherer Manier als im Vorjahr der *Spiegel*[402]) in den Olymp der Geheimdienst-Größen. Die Hommage eines solchen Autors im Vorfeld der Übernahme des deutschen CIA-Apparats in den Bundesdienst war gewiss die bedeutendste Public-Relations-Maßnahme, die mit »Wintersteins« rechtskonservativen Presse-Sonderverbindungen bis dahin auf die Beine gestellt worden war – vielleicht die wichtigste überhaupt. Mary Ellen Reese schreibt, dass »Thorwald von Gehlen als Verbreiter von Erfolgsmeldungen über sich genutzt wurde«.[403] Sicherlich, doch mehr noch waren dies Freundesdienste eines Gleichgesinnten und Pullach-Begünstigten.

Zum losen Geflecht der geheimdienstnahen Unterstützer des geistesverwandten Reinhard Gehlen zählte auch der »radikale Rechtskonservative« Winfried Martini.[404] Nach 1945 gehörte der prominente Kritiker der liberalen Demokratie in der *Welt*, bei *Christ und Welt*, im *Rheinischen Merkur*, im *Bayerischen Rundfunk* und auch im *Deutschland-Magazin* zu den publizistischen Meinungsführern in der Bundesrepublik. »Ich weiß, dass dieser Staat nicht nur von außen, sondern auch von innen her bedroht ist«, lautete sein Credo. »Ich weiß, dass die Oberfläche über seine strukturellen Schwächen hinwegtäuscht, dass, verglichen mit ihm, die Weimarer Republik ein höchst kraftvolles Gebilde war. Es scheint mir alarmierend zu sein, dass niemand alarmiert ist«, erscholl 1960 einer seiner Alarmrufe. Einige Jahre später verkündete er, der BND habe »schlechthin nichts mit Innenpolitik zu tun«. 1968 würdigte Martini, ebenfalls in der *Welt*, den scheidenden Gründungspräsidenten in einem emphatischen Artikel.[405] Seine Anbindung an Pullach und seine Kontakte zu Kurt Weiß waren um einiges enger als die der meisten seiner Gesinnungsgenossen, auch wenn der von NS-Belastungen freie und mit einer gewissen Eitelkeit begabte Mann dort ebenso wie in seinem eigenen intellektuellen Milieu weniger einfach zu handhaben war als andere Primadonnen.

Kurt Weiß wurde bald nach seinem Eintritt in die Organisation Gehlen auf Winfried Martini (V-56200, »Mark«) aufmerksam und teilte dem »Doktor« mit, der Publizist (»stattliche Erscheinung«) sei nun Rundfunkkommentator und freier Mitarbeiter des *Münchner Merkur*.[406] Es folgten weitere Hinweise zu seinen Veranstaltungen, Vorträgen und Publikationen, die auf den Karteikarten des Dienstes meist mit dem Hinweis endeten, keinesfalls Verbindung zu ihm aufzunehmen, um »Überschneidungen zu vermeiden«, d. h. »Wintersteins« Kreise nicht zu stören. Besonders eng entwickelten sich die Beziehungen zwischen dem BND und Martini zwischen Ende der fünfziger und Anfang der siebziger Jahre. Kurt Weiß, der an dessen »staatsbejahender, konservativ-nationalen Einstellung keinerlei Zweifel« hatte,[407] besorgte ihm bald persönliche Termine beim Präsidenten.[408] Anfang 1959 forderte Weiß den Aufsatz »Wehrmotiv – heute« an, mit dem Martini in der *Wehrkunde* scharf mit Baudissins Leitbild vom »Bürger in Uniform« ins Gericht gegangen war und den militärischen Traditionalisten aus dem Herzen gesprochen hatte. Da der Artikel Weiterungen bis ins Verteidigungsministerium hinein auslöste und der Autor obendrein unter dem Eindruck stand, seine kritische Stimme dringe im Chor der Medien nicht genügend durch, versuchte er über Jahre, den BND für die Gründung eines konservativen Journalistenbundes zu gewinnen. »Wintersteins« Mann für die Presse, Wanke, hielt den Vorschlag zur »Verbesserung der positiven Öffentlichkeitsarbeit«, den Martini bis Mitte der sechziger Jahre verfolgte, für überlegenswert.[409] Kurt Weiß sympathisierte durchaus mit den Ansichten seiner prominenten Presse-Sonderverbindung, meinte aber, der publizistische Kämpfer, für dessen »eindeutig antikommunistische Einstellung« er sogar gegenüber der CIA seine Hand ins Feuer legte,[410] sei im Vergleich mit seinem Partner William S. Schlamm »trotz enger Anlehnung oft zu weich und unentschlossen«.[411]

Zwischen dem BND und Winfried Martini alias »Mark« spielte sich bald ein reger Austausch von Texten und Materialien ein. Der Publizist reichte seine Artikel häufig vor ihrer Veröffentlichung ein, der Dienst versorgte ihn mit vertraulichen Ausarbeitungen, meist zur politischen und militärischen Lage des Ostblocks oder – wie von Gehlen nach dem Entrüstungssturm im Gefolge des Felfe-Prozesses angeordnet – mit Unterlagen über »östliche Angriffe auf das Staatsgefüge der Bundesrepublik«.[412] Zuvor hatte der in

einem Münchener Vorort wohnende Martini Volker Foertsch vom Präsidentenstab einen Besuch zu Hause abgestattet, über den »Fleming« umgehend einen siebenseitigen Vermerk anlegte.[413] Man plauderte also über dies und jenes, über den KGB-Spion natürlich, über Gestapo-Chef Heinrich Müller, über weitere Größen im Reichssicherheitshauptamt, über das gescheiterte Projekt eines »Anti-Spiegel«, an dem auch Martini beteiligt gewesen war, vor allem aber über den in Bedrängnis geratenen Dienst. Kern des Gesprächs war das Angebot Martinis, er werde »bei ›Christ und Welt‹ oder ›Politische Meinung‹ einen Artikel über den BND bringen, der die jetzigen Anwürfe gegen den BND vom Grundsätzlichen her abfängt«. Dafür machte Foertsch ihn mit einem kleinen Kolleg über seine Behörde fit und versicherte außerdem, es sei nur eine verschwindende Minderheit seiner Kollegen beim SD gewesen, Leute außerdem, die bei der heutigen Technisierung der Aufklärung ohnehin kaum noch gebraucht würden; auch später trafen sich Volker Foertsch und Ehefrau noch gelegentlich mit Familie Martini.

Der prononciert konservative Bewunderer Gehlens war für die Selbstdarstellung des BND in der Öffentlichkeit unentbehrlich. Als der Dienst nach den Enthüllungen im Felfe-Prozess unter starken Beschuss geriet, fragte Weiß mit einem handgeschriebenen Zettelchen bei seinem Präsidenten an, was nun zu tun sei.[414] »Erbitte noch Weisung«, schrieb er, »wer als erster aus dem *›anderen Lager‹* bestellt werden soll, da Chefredakteur Dr. [Hans] Hellwig, ›Deutsche Zeitung‹, leider ausfällt (Urlaub). Herr Martini – wäre auch im Hinblick auf ›Gr. Vogel‹ [?] günstig.« Zugleich musste »Winterstein« bei dieser exponierten Presse-Sonderverbindung, die sich immer stärker gegen das offizielle Selbstverständnis der Bundeswehr wandte, doch auch eine gewisse Vorsicht an den Tag legen. Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel etwa griff Martini öffentlich scharf an,[415] nachdem dieser wieder einmal eine seiner Polemiken losgelassen hatte.[416] Seinem Ansehen beim Präsidenten und ihrer grundsätzlichen Übereinstimmung tat das keinen Abbruch. Reinhard Gehlen ließ dem Jubilar zu seinem 60. Geburtstag am 4. Juni 1965 durch Weiß seine herzlichen Glückwünsche übermitteln.[417]

Noch hatte Winfried Martini seinen Plan, einen konservativen »Bund deutscher Presse« – mit eigenem »Ehrengericht« – ins Leben zu rufen, nicht aufgegeben. Es sollten sich etwa 300 Kollegen zusammenfinden, »die sich

der ethischen Verantwortung ihres Journalisten-Berufes bewusst sind und zu den den Staat tragenden Gedanken stehen«; der »verantwortungslose Sensations-Journalismus« gefährde die staatliche Ordnung. Der Publizist, dem nach eigenem Bekunden »sehr an einem engen Kontakt mit dem BND gelegen« sei, habe für sein Vorhaben bereits etwa 25 000 DM aus »Industrie-Kreisen« erhalten, geht aus einem Gesprächsvermerk hervor.[418] Nach einem Hinweis des CSU-Wehrexperten Gert Baumann, Chefredakteur von *Soldat im Volk*, riet »Winterstein«, der mittlerweile enge Beziehungen zur bayerischen Regierungspartei unterhielt,[419] jedoch zur Vorsicht, um nicht neuerlich in Kollision mit dem CSU-Vorsitzenden zu geraten. Er hatte dem Präsidenten nämlich auch zu melden, »dass W. Martini Verbindungen zur NPD-Führung unterhält, ist als *erwiesen* anzusehen«.[420] Er habe sich mit der Spitze der Rechtsradikalen getroffen, um über das künftige Programm der Partei zu sprechen, die kurz darauf zwar in den Bayerischen Landtag einzog, den Sprung in den Bundestag später jedoch knapp verpasste.

In den Jahren der Großen Koalition ab 1966 wurde eine rechtskonservative Presse-Sonderverbindung wie Winfried Martini, der in öffentlicher Podiumsdiskussion gern die »deutsche Bewältigungsindustrie« anprangerte,[421] heikler und wichtiger zugleich. Auf der einen Seite durfte nicht allzu deutlich werden, welche engen Beziehungen die Obere Bundesbehörde in Pullach zu ihm pflegte, auf der anderen Seite mochte er mit dazu beitragen können, dass die »staatsbejahende« Auffassung der BND-Spitze in den Gärungen des Zeitgeists nicht unterging. Bis zum Ausscheiden Gehlens Anfang April 1968 fand ein reger Gedanken- und Dokumentenaustausch mit Martini statt. Innen- und außenpolitische Themen wechselten ab. Immer wieder rief er direkt in Pullach an, legte Artikel zum Abgleich vor und erhielt im Gegenzug vertrauliche Unterlagen, im Herbst 1967, »nur zur persönlichen Unterrichtung«, beispielsweise den militärischen Lagebericht des BND zur Sowjetunion.[422] Es gab mündliche Instruktionen zum Warschauer Pakt, für die Martini sich nicht nur »außerordentlich dankbar« zeigte, sondern die er dann, zu einem Artikel verarbeitet, vor dem Druck zur Prüfung vorlegte.[423]

Immer wieder Innenpolitik: Bei einem der Treffs machte Martini seiner Sorge über die Verfassung des Gemeinwesens Luft und überließ dem Dienst vorab auch gleich sein Manuskript »Das Ende des öffentlichen Schlafes«.[424] Darin erging er sich über die »Hypertrophie der Rechtsstaatlichkeit«, die

das Politische auf Kosten der »demokratischen Substanz« untergrabe und erstarren lasse. Zu viele seien doch nur Zaungäste bei den gegenwärtigen Protesten, Unruhen und Agitationen gegen den Springer-Konzern, bei denen »der Osten eine treibende und lenkende Kraft« sei; den Vietnam-Protest steuere der Feind ebenfalls (»zentrale Generalstabsarbeit«). Es folgten Unterkapitel über »Die Halbstarken-Krawalle als Vorläufer«, das verfehlte Konzept der Inneren Führung (»Ideologie des Baudissinismus«), das »Geschwätz von ›Entspannung‹ oder ›Koexistenz‹« und die »Konsequenzen der ›Vergangenheitsbewältigung‹«, durch welche »die gesamte bundesdeutsche Demokratie in allen ihren Aspekten verdächtig gemacht werde«; die »Verachtung des Staates«, die »revolutionäre Situation« usw., usf. – ähnlich wie in Weimar zweifelten die Herrschenden schon wieder an der Legitimität ihrer Herrschaft, diagnostizierte er.

Martinis Sorge um das Gemeinwesen ging mit handfester Denunziation einher. Ebenso wie Horst Mahnke[425] zog auch er in einem Telefonat mit dem BND über *Welt*-Chefredakteur Hermann Starke her, und zwar »aus eigener Erfahrung in der Redaktion der ›Welt‹ und aus nächster Umgebung Springers«.[426] Der Verleger habe diesen gegen den Rat seiner Mitarbeiter ins Blatt geholt »und scheut sich jetzt, diesen seinerzeitigen Fehler durch eine Entlassung Starkes einzugestehen. Außerdem weiß Springer, dass Dr. Starke nach einer Entlassung ein ›toter Mann‹ wäre, der nirgends mehr unterkommt.« Mit den »links eingestellten« Redakteuren stehe er sich inzwischen besser als mit den konservativen. Im Feuilleton habe er einen besonderen Vertrauten, einen »Intriganten«, der mit Springer auf Duz-Fuß stehe, ohne jedoch von diesem geschätzt zu werden. »Dr. Starke soll sich seiner Lage in keiner Weise bewusst sein. Er wird alles hinnehmen müssen, was ihm künftig zugemutet werden wird.«

Als Nächstes stand für V-Mann 56200, der gerne über Geheimdienste schrieb, die Abfassung des erwähnten Jubel-Artikels anlässlich der Verabschiedung Gehlens an. Ein Vierteljahr vorher legte Martini eine lange Frageliste zu ihm und zu seinem Nachfolger Gerhard Wessel vor.[427] Das Produkt, das er »Winterstein« zur geneigten Lektüre vorlegte,[428] ließ keine Wünsche offen.[429] »Das bedeutendste und zugleich einprägsamste Zeugnis über die Qualitäten des bald ausscheidenden BND-Chefs«, hob der Großpublizist an, verdanke man Generaloberst Heinz Guderian, der in seinen Erinnerungen dessen überragendes Können bestätigt habe: »Die

Voraussagen Gehlens haben sich bewahrheitet. Das ist eine geschichtliche Tatsache« (die später Stück für Stück widerlegt wurde).[430] Dass es in Russland trotzdem schiefgegangen sei, habe nicht an Gehlen gelegen, sondern an Hitler. Sodann die Legende um seine Entlassung im April 1945, Rückblende in die Jugendjahre, seine Generalstabskarriere im Krieg, die Glanzzeit bei der »außerordentlich effektiven« Abteilung Fremde Heere Ost. Martini vergaß nicht, die frühen *Spiegel*-Elogen über Gehlen hervorzuholen und hielt fest: »Es gehört zum Bilde Hitlers, dass er nicht begriff, welche hochwertige Führungshilfe ihm da angeboten wurde«.

Es folgte die Gründungslegende der Organisation Gehlen, dann ihre Übernahme als BND, dessen Gründungspräsident immer im Hintergrund geblieben sei. »Wenn in diesen Tagen eine deutsche Zeitung behauptet«, fuhr Martini fort, »der BND werde dank organisatorischer Wucherungserscheinungen im Kanzleramt nicht mehr ›so hoch eingestuft‹ wie zu der Zeit Adenauers und Globkes, so ist das einfach Unsinn.« Allerdings, die Zeiten hätten sich geändert, Bundeskanzler Erhard sei desinteressiert gewesen, und Kiesinger mache sich auch nicht viel aus langen Analysen. Es sei gerade die ausgeprägt »objektiv-nüchterne Grundstimmung« des BND, die dieses Missvergnügen errege, »vor allem Brandts und Wehners«. In der Tat könne man es sich gut vorstellen, »dass ein hochqualifizierter Auslandsnachrichtendienst in der gegenwärtigen Situation nicht die Nachrichten liefert, die eine auf Entspannung bedachte Regierung hören möchte«. Mit der Wahl seines Nachfolgers Gerhard Wessel könne der große Vorgänger zufrieden sein, meinte Martini abschließend, schließlich sei er aus Gehlens Schule hervorgegangen. Bedauerlich sei nur, dass die SPD aus Proporzgründen Anspruch auf die Mitbesetzung der Leitung erhebe. »Gehlen selbst hat die parteipolitische Neutralität des Dienstes stets sorgfältig gepflegt.« Man solle sich doch bitte hüten, einen Vizepräsidenten zu ernennen, »der außer einem Parteibuch keine besonderen Qualifikationen aufzuweisen hat.« Die Schlammschlacht der folgenden Jahre warf ihre Schatten voraus.[431]

Der Artikel Martinis war mehr als die Würdigung eines hohen Staatsbeamten, er war auch direkte Replik auf die Despektierlichkeiten des ansonsten recht BND-freundlichen *Münchner Merkurs*,[432] auf die er sich unmittelbar bezog. »Wintersteins« Mann für die Presse-Sonderverbindungen hatte sich nämlich sofort nach der Attacke an seinen

Vertrauensjournalisten gewandt und ihm bedeutet, Gehlen sei nach Lektüre dieses Machwerks »auf das Tiefste bestürzt« und werde den Chefredakteur des Blattes erst einmal nicht empfangen; wahrscheinlich stecke der Verfassungsschutz hinter der Entgleisung. Dem Präsidenten sei die Tatsache, dass der Artikel »ohne jegliche Abstimmung, zumindest Rückfrage bei unserer Behörde erscheinen konnte, umso unverständlicher, als der Münchner Merkur als konservativ und abgewogen gelten konnte. Unsere Behörde fürchtet, dass durch diesen Artikel eine Tendenz in der Publizistik ausgelöst wird, die uns weiterhin stark beschäftigen werde«. Daher wolle er, Böhme/»Elze«, der »Hoffnung Ausdruck geben, dass Sie, sehr verehrter Herr Martini, wenn dies die Konzeption Ihres Beitrages zulässt, die Verdienste und den persönlichen Einsatz des scheidenden Präsidenten sachgerecht prüfen werden«. Namentlich der Kernsatz des inkriminierten Artikels, der BND »genieße seit langem nicht mehr Ansehen und Würdigung wie zu Zeiten Adenauers und Globkes«, bedürfe einer Korrektur.[433] Das klappte gut. Die Konzeption Winfried Martinis ließ es zu.

Die dienstbare Presse-Sonderverbindung »Mark« war selbstbewusst genug, bei dem neuen BND-Präsidenten sogleich eine Gegenleistung einzufordern, vor allem die engere Anbindung an den Dienst. Es begann mit der fernmündlichen Meldung, dass *Die Welt* seinen Zweijahresvertrag überraschend gekündigt habe, und mündete in einen weiteren Einblick in das Verlagswesen.[434] Zwischen Springer und seinen führenden Managern sei es zum Streit gekommen, berichtete Martini, in dessen Gefolge der Chef des *Springer-Auslandsdienstes* (der profilierte und vom Verleger geschätzte Julius Hollos, ehemals britischer Presse-Kontrolloffizier) gegen den Willen von Chefredakteur Starke die Aufsicht über die Investitionsgelder erhalten habe, »ein Jude aus Prag, emigriert vor 1939 nach England«, den Hans Zehrer nicht als Redakteur hatte haben wollen. Seine, Martinis, Kündigung sei auf diesen stark links eingestellten Emigranten zurückzuführen, der außerdem auf den Posten des Chefredakteurs spekuliere. Paul Carell habe bestätigt, dass die Kündigungswelle »Ausdruck einer ausgesprochenen Linkswendung Axel Springers selbst« sei.

Vier Tage später legte der Rechtsaußen des Blattes nach.[435] Springer, der wegen des Linkskurses des Blattes sogar von Franz Josef Strauß angerufen worden sei, habe von Hollos’ Auftreten angeblich nichts gewusst, meldete er. Paul Carell sei fest davon überzeugt, dass die gesamte unmittelbare

Umgebung des Verlegers durch ihre hohen Gehälter korrumpiert sei »und nur noch ein Interesse an der Rentabilität der Betriebe des Konzerns, nicht aber an der Durchsetzung einer bestimmten politischen Linie« habe. Irgendwie werde man es schaffen, den derzeitigen Chefredakteur abzulösen. Martini hoffe und glaube, sein Vertrag werde vielleicht noch einmal verlängert, »dann aber dürfte für ihn die Zusammenarbeit mit der ›Welt‹ – schon aus Gründen der politischen Linie – zu Ende sein«.

Für Winfried Martini ging es um die persönliche Zukunftsvorsorge. Dafür dachte er sich ein Großprojekt zur »Darstellung unserer jüngeren Zeitgeschichte« aus, die seiner Ansicht nach zahlreiche Lücken und »unsinnige Auslegungen« aufweise. Springer sollte das Projekt finanzieren, das die Spanne von der »Zeit der Freikorps« bis zu den Nürnberger Prozessen abdecken wollte.[436] V-56200 habe dafür bereits namhafte Universitätsprofessoren gewonnen, die in den kommenden fünf Jahren etwa zwanzig Doktorarbeiten an Stipendiaten vergeben würden (das werde »aber nur der Anfang sein«); die Koordinierung des Fonds von 1,5 Millionen DM, inklusive seines eigenen Gehalts und der Spesen, solle bei ihm liegen. Das war der Plan zur Rettung Martinis und eines extrem apologetischen Geschichtsbildes.[437]

Da es nicht sehr wahrscheinlich war, dass Axel Springer, der eben dabei war, auf leichten »Linkskurs«[438] einzuschwenken, auf die überspannten Ideen eines Publizisten eingehen würde, den er loswerden wollte, klopfte Winfried Martini mit seiner Idee energisch beim BND an. Er traf sich mit Eduard Böhme, der Kurt Weiß sogleich über den Treff informierte.[439] Martini begann also mit einer Reminiszenz an seine Gespräche mit Volker Foertsch, dem er schon vor zehn Jahren gesagt habe, die zunehmenden Linkstendenzen in der Bundesrepublik ließen befürchten, dass Journalisten seiner Couleur eines Tages kein publizistisches Forum mehr hätten, was sich zu einer Existenzbedrohung auswachsen könne. Angeblich habe Foertsch damals darauf erwidert, »in einem solchen Falle sei ›schließlich der Dienst noch da‹«. Martini nahm das als Aufhänger für seinen wenig verklausulierten Gedanken, sich – auch finanziell – lieber »auf eine andere Basis« abzustützen, bei der er seine publizistische Unabhängigkeit wahren, sich zugleich aber stärker der jüngeren deutschen Zeitgeschichte zuwenden könne.

Dann skizzierte »Mark« das groß kalibrierte Forschungsvorhaben, an dessen Mitfinanzierung sogar die Flick KG und Daimler-Benz Interesse zeigten. Das von ihm selbst zu leitende »Ständige Koordinationsbüro« werde ein internationales Kontaktnetz aufbauen, bei dem auch das »spezifische Interesse« des BND Berücksichtigung finden und das zugleich die einstige, leider stagnierende Idee aufleben lassen könne, »den seriösen liberal-konservativen Kräften der deutschen politischen Publizistik im ›Bund der deutschen Publizisten‹ den heute mehr denn je erforderlichen Rückhalt zu geben«. Martini, der übrigens seit Längerem direkte Beziehungen zu den Führungskräften der NPD unterhalte, liege sehr an einer kurzfristigen Stellungnahme des Dienstes zu seinen Plänen, erfuhr »Winterstein«. Dieses Gespräch fand dann einen Monat nach dem Ausscheiden Reinhard Gehlens statt.

Das verschlechterte die Rahmenbedingungen des Vorstoßes. Die Dinge gestalteten sich zäh unter dem neuen Präsidenten. Vielleicht war der BND doch der falsche Adressat für ein zeitgeschichtswissenschaftliches »Forschungsvorhaben«, das bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Volkswagen-Stiftung oder einer anderen Fördereinrichtung rasch in den Papierkorb gewandert wäre. Also legte Martini mit einem Schreiben an Foertsch, zur Kenntnis Kurt Weiß, nach, wurde noch direkter und brachte für sich »einen näheren, d. h. festeren Status zum Dienst« ins Gespräch. Es fand ein weiterer Treff statt.[440] Dabei gab der V-Mann zu verstehen, es fehle ihm der Einblick in die »Arbeitsusancen des Dienstes, um präzise Vorschläge machen zu können«, er erwarte daher Vorschläge. »Offensichtlich«, erkannte Böhme sogleich, »erwartet Martini ein bzgl. finanzieller Regelungen eindeutiges Angebot im Sinne eines Sondervertrages, wie er nach seiner Kenntnis – laut Gesprächen mit leitenden Vertretern des Dienstes in den zurückliegenden Jahren – gegenüber solchen Persönlichkeiten üblich sei, zu denen im dienstlichen Interesse ein engerer Informationskontakt gehalten werden sollte.«

Die langjährige Presse-Sonderverbindung »Mark« ahnte, dass seine Felle trotz seiner Lobhudeleien für Gehlen und Wessel davonzuschwimmen begannen. Martini wurde ungeduldig. Beide Seiten begannen zu feilschen. Der BND argumentierte, erst wenn er seine Auslandskontakte offenlege, könne man »über gezielte Aufgaben M.s im Rahmen der außenpolitischen Nachrichtenbeschaffung entscheiden«.[441] Das lehnte dieser ab, zuerst solle

der Dienst seine Beschaffungswünsche nennen.[442] Im August 1968 führte »Winterstein« den Publizisten dann beim neuen BND-Präsidenten ein, der ihm denn auch Gelegenheit gab, sein ambitioniertes Forschungsprojekt zur Korrektur »unsinniger Auslegungen seit 1945« vorzutragen. Laut Gesprächsnotiz waren Gerhard Wessel und Kurt Weiß nicht nur der Auffassung, das Vorhaben verdiene »volle Unterstützung«, sondern auch bereit, kurzfristig ein Gespräch mit dem Fürsten von Waldburg-Zeil und dem Präsidenten des Stifterverbandes zu vermitteln.[443]

Doch die Sache mit dem Fürsten, dem steinreichen und unerbittlichen Verfechter der mittlerweile ziemlich bedeutungslos gewordenen politischen Idee vom christlichen Abendland, zog sich hin.[444] Zwar war der BND-Präsident (der bereits im Frühsommer entschieden hatte, eine Festanstellung der Sonderverbindung »Mark« komme nicht in Frage, allenfalls eine Verwendung bei pauschal honorierten Auslandsreisen) so freundlich und vorsichtig, den zudringlichen Sympathisanten weiterhin zu empfangen, doch die Vision Martinis platzte, eine größere und vor allem finanziell ergiebige Nähe zu Pullach herzustellen. Womöglich ging es dort nicht ohne Befremden hin, dass die Sonderverbindung Martini (die nun auch Kontakt zum neuen Vizepräsident Paul Münstermann – dem Protegé von Kurt Weiß – pflegte) einfach in der Zentrale anrief und darum bat, ihm doch bitte einige Bücher zu besorgen, »zu schenken«; das wurde »als Gegenleistung für laufende Informationshilfen« im zurückliegenden Jahr bewilligt.[445]

Nach der Degradierung »Wintersteins« Anfang der siebziger Jahre lief auch diese Presse-Sonderverbindung allmählich aus, obgleich Winfried Martini dem BND weiterhin einschlägige Artikel vor dem Erscheinen zur Kenntnis gab und sich noch gelegentlich telefonisch bei Volker Foertsch meldete.[446] Der im Frühjahr 1971 vorgelegte Artikelentwurf »Die Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes« etwa beklagte die »Abdankung« der Politik durch deren grundgesetzliche Verrechtlichung.[447] Dies sei der eigentliche Grund für den Streit um den BND nach Übernahme der Regierung durch die sozialliberale Koalition. Martini geißelte namentlich Kanzleramtsminister Horst Ehmke und verurteilte dessen Streben nach mehr Kontrolle und Transparenz – eine verderbliche Entwicklung, nachdem das Bundeskanzleramt dem Gehlen-Dienst lange »freie Hand gelassen hatte«. Das neue Kontrollregime diene »heute objektiv weniger der Kontrolle des BND als vielmehr der Verschleierung der Praktiken, die das

Bundeskanzleramt dem BND gegenüber anwendet«. So ging es fort, obgleich der Präsident wiederholt klargestellt hatte, dass die Kampagne der Opposition gegen den Dienst und gegen den Kanzleramtschef an den Realitäten vorbeigehe.[448] Kurt Weiß, Winfried Martini und ihre Gesinnungsgenossen betraten nach der Bundestagswahl 1969 dann ein neues Gefechtsfeld: die angebliche Parteipolitisierung des Bundesnachrichtendienstes durch die Sozialdemokratie.[449]

Winfried Martinis Zeitungs- und Rundfunkkommentare hätten im Medium Fernsehen wohl am Besten in das *ZDF-Magazin* gepasst, das der rechtskonservative Gerhard Löwenthal seit 1969 leitete und moderierte. »BND-Vertrauensjournalist«[450] war der Ende der Ära Adenauer zum Fernsehen gekommene glühende Antikommunist insofern, als seine und »Wintersteins« Weltsicht sich kaum unterschieden. Löwenthal, zu dem Kurt Weiß schon während dessen Zeit als Korrespondent in Brüssel eine Personenklärung anstieß,[451] wurde nach der Übernahme des Magazins in Pullach registriert (V-56241, »Leoben«).[452] Der prominente Moderator und Agitator hatte es dank seiner starken Stellung im konservativen politischen Lager jedoch nicht nötig, sich ähnlich weit mit dem Dienst einzulassen wie der sehr viel intellektuellere Martini; kurz darauf war die hohe Zeit der Presse-Sonderverbindungen ohnehin vorbei.

Auf seine Anfrage hin bestätigte der BND Löwenthal später, es gebe in seinen Unterlagen keinerlei Hinweis darauf, dass diese Verbindung »operativ genutzt worden wäre. Auch sind keine Versuche ersichtlich, auf Ihre journalistische Tätigkeit Einfluss zu nehmen«.[453] Das nicht, eine Vorzugsbehandlung mit relevanten und auch vertraulichen Informationen wurde ihm mitunter gleichwohl zuteil. Nach der Veröffentlichung des Hetzartikels »Horst Ehmkes Hexenjagd« speiste Löwenthal im November 1971 mit dem Präsidenten zu Mittag und unterhielt sich mit ihm unter anderem über die »Nachwirkungen der Spiegel-Serie ›Pullach intern‹« und seinen »seit Sommer 1969 geplanten Fernsehfilm« über den BND (der dem Dienst bereits viel Arbeit gemacht hatte, aber keine Fortschritte erkennen ließ).[454] Nach dem Regierungswechsel zur Mitte-Rechts-Koalition 1982 weilte Löwenthal dann wieder häufiger zu Hintergrundgesprächen in Pullach.

Gerhard Löwenthal verbreitete seine dezidierten Ansichten nicht nur im Fernsehen, er publizierte auch in dem Magazin des äußersten

Rechtskonservatismus: dem *Deutschland-Magazin* der Mitte der sechziger Jahre gegründeten Deutschland-Stiftung mit ihrem Geschäftsführer Kurt Ziesel. Dieser Ex-Nationalsozialist und wütende Kämpfer gegen »feige Anpassung an den ›Zeitgeist‹«,[455] der nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher von den Unionsparteien zunehmend hofiert wurde, lief zwar auch als Presse-Sonderverbindung (»Zöllner«), hatte, nach den verfügbaren Unterlagen zu urteilen, anscheinend aber keine engere Bindung zum Dienst. Er wusste auch so, was von ihm erwartet wurde. Eineinhalb Jahre vor der »Wende« übersandte er Präsident Klaus Kinkel den Beitrag, den sein Magazin zum 25. Gründungsjubiläum des BND veröffentlicht hatte: »Der Dienst, den alle Gegner fürchten«.[456]

Diese Schmonzette des Schriftstellers Ziesel war eine unüberbietbare politische Melange aus Lobhudelei und Verleumdung. Die große Geschichte eines »der erfolgreichsten Geheimdienste der Welt«, hieß es da, sei untrennbar mit der »legendären Figur« Gehlen verbunden, der sich schon vor Kriegsende das Ziel gesetzt habe, »die USA mit umfassendem Material über die wahren Ziele und die umfassende Machtentfaltung der Sowjets zu unterrichten« und den absolut naiven Politikern »klarzumachen«, dass Moskau ihr nächster Gegner sein werde. Reinhard Gehlens »lebenswichtiger Anteil an der Bewahrung der Freiheit des Westens« sei mit auf sein gutes Verhältnis zu den »großen sozialdemokratischen Führern der fünfziger Jahre« zurückzuführen, 1969 hätten dann jedoch »Leute wie Horst Ehmke unglückseligerweise das politische Regiment über den Dienst« übernommen; es folgte eine ebenso ahnungslose wie kuriose Aufzählung der angeblichen Erfolge der Gehlen-Ära, in der die westdeutschen Top-Spione mindestens so gut platziert gewesen seien wie die des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Der Fall Felfe sei dann leider »durch eine gegenüber dem BND und Gehlen prinzipiell feindselig eingestellte Publizistik« ausgeschlachtet worden. Das »zweite besonders dunkle Kapitel der Geschichte des BND« seien dann die siebziger Jahre gewesen, »als SPD-geführte Bundesregierungen eine regelrechte Kampagne gegen den Dienst entfesselten und zum Teil durch ihnen nahestehende Publikationsorgane sogar selbst betrieben«. Politiker wie Egon Bahr und Willy Brandt, die sich bei ihrer Ostpolitik durch den Dienst »gestört fühlten«, hätten sich dadurch an Pullach gerächt, »dass sie

Aktionen einleiteten und unterstützten, die zur teilweisen Verunsicherung des Dienstes bis hin zur Unwirksamkeit auf bestimmten Gebieten führten«.

Es kam noch besser und las sich, als hätten der unermüdlich in diesem Sinne wirkende Kurt Weiß oder der mittlerweile verstorbene Reinhard Gehlen dieser Agitation persönlich die Feder geführt: »Noch nie in der Geschichte der Nachrichtendienste hatte die eigene Regierung ihren geheimen Auslandsnachrichtendienst so nachhaltig zu zerstören gesucht wie Ehmke und Genossen. Teile der Ostaufklärung wurden einfach aufgelöst, Listen und Karteien mit den Namen führender BND-Mitglieder ins Kanzleramt befohlen, das für einen Auslandsnachrichtendienst unerlässliche, im Inland aufgebaute Umfeld zerstört. Die schlimmste Tat aber war die unselige Parteipolitisierung der Spitze des Dienstes.« Es folgte die Aufzählung angeblich skandalöser Personalentscheidungen und Maßnahmen, die von Kinkels Vorgänger Wessel – »ein zwar honoriger, aber schwacher Präsident« – bereits Jahre zuvor allerdings als Entscheidungen bezeichnet worden waren, die den BND in keiner Weise beeinträchtigt hätten.[457] Wessel sei auf seinem Posten geblieben, um Schlimmeres zu verhindern, so Ziesel weiter, habe aber nicht verhindern können, »dass der Dienst immer offener parteipolitisch missbraucht wurde«. Offenbar stelle sich Klaus Kinkel dem jetzt entgegen, spendete der Autor abschließend Trost und Hoffnung. Die Stimmung und damit die Effizienz des Dienstes habe sich bereits spürbar verbessert. Man dürfe den nächsten 25 Jahren daher mit Zuversicht entgegensehen.

Nach dem Amtsantritt der Regierung Kohl/Genscher, der Berufung Kinkels zum Staatssekretär des Bundesministeriums der Justiz und der Ernennung von Eberhard Blum, dem einstigen Intimus Gehlens, zum BND-Präsidenten, verbrachte Kurt Ziesel dann »einen netten Abend« mit dem neuen Chef in Pullach. Er sei, schrieb ihm der Verleger und Hauptautor des *Deutschland-Magazins* außerdem mit herzlichen Grüßen, »für Ihre Bereitschaft, im Rahmen der Möglichkeiten gegebenenfalls zusammenzuarbeiten, sehr dankbar«. Blum war befremdet und versah den Satz mit einem Fragezeichen und dem Bemerken: »Habe ich nie behauptet!«[458]

Kanzleramtsminister Horst Ehmke würdigte Ziesel in seinen Erinnerungen als eine der Hauptfiguren im Kampf gegen die von ihm und Gerhard Wessel vorangetriebene Reform des BND. Dem sei nicht einmal

eine Kampagne gegen seine aus der Tschechoslowakei stammende Ehefrau zu schmutzig gewesen, nach der sogar »Drohbriefe gegen meine ›tschechische Kommunist-Sau‹« eingegangen waren: »Ich hatte«, schreibt Ehmke, »bis dahin aus grundsätzlichen Erwägungen noch nie die Gerichte gegen die Kampfpresse bemüht, wohl aber die Machart ihrer Kampagne dargelegt und angegriffen. Das war auch meine Einstellung zum ›Deutschland-Magazin‹, zumal die völkisch-antisemitischen Ergüsse seines Herausgebers Ziesel aus der Nazi-Zeit ebenso bekannt waren wie die Ausfälle seiner Zeitschrift gegen alles, was er für links hielt. Von Herrn Ziesel denunziert zu werden, so sagte ich, sei schon beinahe die Visitenkarte eines guten Demokraten.«[459]

In der Mitte

Es war fraglos nützlich gewesen, Presse-Sonderverbindungen zu gewinnen, die dem konservativen, national- bis erzkonservativen, jedoch nicht dem offenen, vom BND zunehmend gemiedenen[460] rechtsradikalen Milieu entstammten und von denen anzunehmen war, dass sie die Überzeugungen von Reinhard Gehlen und Kurt Weiß teilten. Einen größeren Effekt würde Pullach allerdings mit Vertrauensjournalisten erzielen können, die dem liberalen Spektrum zuzuordnen waren – »Winterstein« wusste das immer. Wie mehrfach gesagt, erzielte man hier den wohl größten Erfolg mit der ebenso prominenten wie empfänglichen *Zeit*-Publizistin Marion Gräfin Dönhoff.[461] Doch Gehlen und Weiß verstanden es, weitere Journalisten der ersten Garnitur in der Mitte und leicht rechts der politischen Mitte für ihre Pressepolitik zu gewinnen.

Der Honorar-Professor für politische Wissenschaften Burkhard Freudenfeld, Jahrgang 1918, »langjährige Verbindung des Dienstes«,[462] wäre mit Gerhard Löwenthal und Winfried Martini wohl nicht so leicht auf einen gemeinsamen politischen Nenner gekommen. Der weltoffene Journalist und Buchautor kam von der *Süddeutschen Zeitung* zum *Bayerischen Rundfunk*, wo er 1962 zum Chef der Hauptabteilung Politik aufstieg; nebenher lehrte er an der Hochschule für Politik in München.[463] Breiten Kreisen wurde er als langjähriger Rundfunkkommentator bekannt. Bereits 1956 hatte Kurt Weiß angewiesen, Freudenfeld, der wiederholt nach Israel reiste, dürfe nicht als nachrichtendienstliche Sonderverbindung identifizierbar sein.[464] Die Anbahnung ruhte zunächst, doch ordnete »Winterstein« an, diese Verbindung zu intensivieren.[465] Die »Strategische Aufklärung Politik« meldete Freudenfeld daraufhin an – auch weil der von Franz Josef Strauß protegierte Journalist jetzt »Beauftragter und Verantwortlicher für das gesamte politische Sendeprogramm Süd für den Mob-Fall« war.[466] Der Rundfunkmann zeigte sich zu »laufender Berichterstattung während bzw. nach Nahost-Reisen bereit. Kein Fixum, nur Unkostenerstattung.«[467] Erst als Kurt Weiß von Wessel zum Leiter der Abteilung I berufen wurde und sich persönlich mit Freudenfeld bekanntmachte, trug man die »positive Persönlichkeit«, die gelegentlich »Hilfestellungen für besondere Operationen gewährleistet« hatte,[468] formell

als Presse-Sonderverbindung V-56237 (»Frick«) der Dienststelle 923 ein.[469] Betreuer wurde deren Leiter Böhme/»Elze«.

Burkhard Freudenfeld hatte sich bereits vor seiner formellen Eintragung als Unterstützer des Dienstes gezeigt. In einem Gespräch mit Böhme widersprach er ausdrücklich einem kritischen Bericht der *Süddeutschen Zeitung* über die Prognostik des BND zum Sechstagekrieg.[470] »Er sei orientiert, dass der Dienst hervorragende Arbeit im Rahmen seiner Möglichkeiten geleistet« und damit »gegenüber der politischen Führung seine Aufgabe erfüllt« habe, berichtete Böhme. Zur Position Israels habe er gemeinsam mit dem Israel-Kenner und Adenauer-Vertrauten Rolf Vogel – Sonderverbindung V-55212[471] – eine Sendung dazu vorbereitet. Überdies wende sich Freudenfeld nun stärker Bundeswehr-Themen zu, um die »Verkrampfung der ›Gründerjahre‹« zu überwinden; »nächstes Gespräch Ende Juli 67«.

Bald folgte ein staatstragender Gedankenaustausch mit dem leitenden politischen Redakteur des *Bayerischen Rundfunks*. Böhme wies »Winterstein« außerdem auf eine jüngst erschienene Veröffentlichung der Sonderverbindung Freudenfeld hin, die wegen ihrer »grundsätzlichen Bedeutung (Staatsverdrossenheit der Deutschen, auf der Suche nach einem neuen deutschen Staat)« auch als Sonderdruck verteilt worden sei. Der Autor habe eine sehr starke Resonanz darauf erfahren und werde in prominenten Zuschriften »um persönliche Aussprache (u. a. von Heck, Barzel, Scherpenberg) gebeten«.[472]

Anfang 1968 unterhielten sich Freudenfeld und Böhme mehrere Stunden lang über die Protestbewegung[473] und stellten fest, dass selbst Artikel aus der Feder von so prominenten Persönlichkeiten wie Marion Gräfin Dönhoff oder Kurt Sontheimer keine Beruhigung bewirkt hätten: »Freudenfeld wertet die Motive, die Teile der Studentenschaft veranlassen, radikaler Agitation zu folgen, als durchaus berechtigt«, bekam der BND-Grande Weiß zu lesen. Die Lage an den Universitäten (»Selbstherrlichkeit der Professoren, Niveau der Vorlesungen«) gebe in der Tat »in höchstem Grade Anlass zu äußerster Besorgnis«. Allein, die derzeitige Koalitionsregierung finde keine Kraft zur Lösung der anstehenden außen- und innenpolitischen Probleme.

Dann berichtete der vielgehörte Rundfunkkommentator von vertraulichen Arbeitspapieren zur Deutschlandpolitik aus der Umgebung des CSU-

Vorsitzenden und von seinen Bemühungen, angesehene Intendanten für ein Gespräch über die Behandlung der Bundeswehr in den Medien zu gewinnen. Ein andermal, als bekannt wurde, ein ehemaliger BND-Mitarbeiter wolle sich im *Bayerischen Fernsehen* abträglich über den BND äußern, bot Freudenfeld seine direkte Intervention an.[474] Im Frühsommer 1969 empfingen Wessel und Weiß den Publizisten, der in schwerer Fehde mit Programmdirektor Walter von Cube lag (der dem Gehlen-Dienst seit jeher ein Dorn im Auge war),[475] zu einem »Erstbesuch« in der Zentrale.[476] Daraus entstand unter anderem die Idee, BND-Mitarbeiter und herausragende Journalisten in einen regelmäßigen Gedankenaustausch zu bringen. Im Herbst informierte Burkard Freudenfeld Kurt Weiß eingehend über die Auseinandersetzung mit sowjetischen Stellen, die gegen die Ausstrahlung eines rotchinesischen Fernsehfilms über den Konflikt am Ussuri protestiert hatten.[477] Doch dann lockerte sich das lose Band weiter. Zum Direktor des Deutschen Industrieinstituts berufen, bot Freudenfeld zwar »jedwede Unterstützung auch in seinem neuen Wirkungsbereich« an,[478] doch zu Beginn der siebziger Jahre liefen seine Beziehungen zum BND aus.

Ein intellektuelles Kaliber eigenen Gewichts war auch die langjährige Presse-Sonderverbindung Wolfgang Höpker alias »Aich«, »Bonte«, »Stich«, »Holzer«; V-Nummer 16168. Noch vor dem Ersten Weltkrieg geboren, entstammte er einer Königsberger Familie, hatte unter anderem Nationalökonomie und Geopolitik studiert, war promoviert worden und während des Zweiten Weltkriegs an einer Publikation Giselher Wirsings über die Feldzüge der Wehrmacht beteiligt gewesen. Anders als Wirsing hatte sich der konservative Publizist als Redakteur der *Münchener Neuesten Nachrichten* nicht mit dem Nationalsozialismus eingelassen und gehörte 1948 zu den Begründern von *Christ und Welt*. Auch Autor der *FAZ*, amtierte er einige Jahre als ihr stellvertretender Chefredakteur (1954 bis 1956 in derselben Funktion bei der *Welt*), bevor er im Herbst 1958 die Bonner Redaktion der evangelischen Wochenzeitung übernahm. Seine stattliche Publikationsliste weist vor allem Titel zur Länderkunde und Geostrategie aus, »Rumänien diesseits und jenseits der Karpathen« (1936) beispielsweise, »Europäisches Niemandsland. Moskaus Zwischeneuropa vom Nordkap bis Kreta« (1954) oder, noch 1983, »Südatlantik.

Machtvakuum der Weltpolitik«. Als profunder Kenner insbesondere des Ostseeraums genoss er auch Anerkennung in der Wissenschaft.

Die Anwerbung Höpkers erfolgte bald nach der Gründung des BND. In ihrem ersten Gespräch sagte ihm ein Anbahner, die »Kenntnis des Ostraums und seiner politischen Vorgänge« sei wichtiger denn je und man sei geradezu auf Persönlichkeiten angewiesen, »die ein klares Urteil und eigene Kenntnis aus dem Ostraum haben«. Höpker zeigte sich sogleich zugänglich, erwähnte seinen jüngsten Besuch beim finnischen Staatspräsidenten Kekkonen und sprach schlecht vom schwedischen Außenminister. Der nur schwach getarnte Besucher vom BND gewann den Eindruck, »dass für Dr. Höpker auch die finanzielle Seite bei einer Mitarbeit bei uns nicht uninteressant« sei. Also stellte er ihm einen »Zuschuss« für seine Reisen in Aussicht, was der Kandidat »als interessant für ihn aufzunehmen schien«. Unnötige Fragen stellte ein erfahrener Mann wie Höpker nicht, signalisierte aber, dass er zur Mitarbeit bereit sei – ein Mann, so das Fazit, mit »politischem Niveau«.[479] Man war angetan.

Die Verpflichtungsunterlagen gaben dem renommierten Publizisten denn auch durchgehend Bestnoten: »Gereifte Persönlichkeit, Urteilskraft, politisch versiert, spezialisiert auf Ostblock und vorgelagerte Gürtel. Geistig hochstehend, konspiratives Denken, hohe ethische Einstellung auf christlicher Grundlage. Zuverlässig. Einsatzbereit. Sehr gute Allgemeinbildung, hohe Intelligenz, Lebenserfahrung, sehr gute Umgangsformen. Mitarbeit aus ethischen Motiven, klare Frontstellung gegen Kommunismus.«[480] Im April 1957 war Wolfgang Höpker endgültig gewonnen und verpflichtet.[481] Gut zehn Jahre später galt er im BND als »eine unserer tragfähigsten Presse-Sonderverbindungen«.[482]

Die Zusammenarbeit ließ sich gut an. Der Publizist lieferte dem Dienst von einer Jugoslawien-Reise sogleich eine Liste mit kompakten Porträts seiner dortigen Gesprächspartner, darunter allerdings auch von deutschen Kollegen: Der Korrespondent der *FAZ* in Belgrad sei »ein alter ›Balkanhase‹, der seine Analyse auf ein profunde Kenntnis der Details wie auch der historischen Leitlinie abstützen kann«; der Rundfunkkorrespondent Klaus Bölling, der regelmäßig in *Christ und Welt* schreibe, sei erst »knapp 30 Jahre alt, außerordentlich bedächtig und verlässlich in seinem Urteil, journalistisch hervorragend begabt«; der Presseattaché der deutschen Botschaft sei zwar unkonventionell im

Umgang, aber doch »ausgezeichnet orientiert«.[483] Ähnliche Auskünfte zu weiteren Regionen und Personen folgten. Im Sommer 1958 wechselte Wolfgang Höpker dann in die Bundeshauptstadt: »Gegenwärtige Honorarbasis. Nach Aufnahme der Arbeit in Bonn 500 DM monatlich.«[484]

Nach dem gelungenen Auftakt scheint die Arbeitsfreude des gefragten und vielbeschäftigten Publizisten ein wenig erlahmt zu sein. Es kam daher zu internen »Umschaltungen«, 1964 innerhalb des Strategischen Dienstes zur »926« (Baltikum, Skandinavien). Der Leiter dieser Dienststelle, der deutsch-baltische Historiker Dr. Jürgen von Hehn (V-18526, »Dr. Hahn«), am Raub von Kulturgütern in der Sowjetunion beteiligt und zuletzt als SS-Untersturmführer im Reichssicherheitshauptamt tätig,[485] traf sich sogleich mit Höpker in dessen gediegener Wohnung und fertigte darüber einen ellenlangen Treffbericht an.[486] Sein neuer Mitarbeiter, »eine große stattliche Erscheinung mit graublondem Haar, breitschultrig, lebhaft«, habe eine Neigung, gerne viel zu sprechen, und sei obendrein »von einer gewissen journalistischen Eitelkeit«, hielt er fest. Als Bonner Korrespondent empfinde er sich ein wenig »auf das Gebiet der Innen-Politik abgedrängt«, bekannte Höpker, und berichtete dann von seinem jüngsten Gespräch mit Kurt Weiß. Er habe bei ihm beanstandet, »dass die Erkenntnisse des Dienstes in Panzerschränken verschlossen blieben, während manches doch auch an die Presse weitergegeben werden könnte. Insbesondere müsse es im Interesse des Dienstes liegen, gewisse Nachrichten zu lancieren«. Ja, ja, natürlich, das könne über »Winterstein« sicherlich bewerkstelligt werden, wenn die Materialien mit der nötigen Vorsicht behandelt würden. Mit anderen Worten: Mitarbeit auf Gegenseitigkeit.

Wolfgang Höpkers Angebot bestand in der Gründung eines etwa vierzehntägigen Pressedienstes, der sich vor allem mit dem Ostseeraum befassen würde, »einer Art Schaltstelle zwischen der Bundesrepublik und Skandinavien«. Die Idee eines »Ostsee-Reports«, an dem der BND eine finanzielle Beteiligung erwog, geisterte noch geraume Zeit durch die Akten, musste letztendlich aber ungeboren beerdigt werden. Der Bonner Korrespondent der *Christ und Welt* wusste, worauf er sich einlassen wollte, denn beide Seiten versicherten einander, dass die nachrichtendienstliche Anbindung des Ostsee-Journals ebenso wenig sichtbar werden dürfe wie die maßgebliche Mitwirkung Höpkers: »Er legt erheblich Wert darauf, dass seine Kontakte zum BND nicht bekannt werden«, und sei, so Jürgen von

Hehn abschließend über sein liebenswürdiges Gegenüber, wohl eher als Presse-Sonderverbindung denn als nachrichtendienstliche Verbindung geeignet. Diese Prognose traf zwar ins Schwarze, doch wusste Hehn nicht, dass Höpker dies längst *auch* war.[487]

Als »Bonte« informierte der angesehene Publizist seit dem letzten Jahr der Adenauer-Ära über innen- und pressepolitische Themen, nach den erhaltenen Unterlagen zum ersten Mal Ende Januar 1963.[488] Neben den vielfach durchgekauten Thesen zu den politischen Perspektiven nach Adenauer und Lübke waren es informierte Spekulationen wie die, der scheidende Bundeskanzler könne sich, wie 1959, als Nachfolger Lübkes neuerlich für die Villa Hammerschmidt interessieren, »ungeachtet dessen, dass er dann als Bundespräsident in die Neunziger hineinkäme. Damit verbindet sich die Spekulation, dass das Mandat Adenauers noch um ein Jahr prolongiert werden könnte«. Zu Erhard: Da er sich »für das harte Handwerk des Kanzlers nicht eigne«, wäre er im Amt des Bundespräsidenten viel besser aufgehoben. »Die Neigung, Erhard dies anzuraten, wächst dadurch, dass entgegen landläufiger Meinung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (in der ja der Entscheid fallen müsste) es keineswegs ausgemacht ist, dass Erhard als Kanzlerkandidat eine sichere Mehrheit hat. Eine Probeabstimmung ist noch nie gemacht worden und kann auch nach Lage der Dinge schwerlich praktiziert werden. Versuche, in der Fraktion die Stimmung für und wider Erhard abzutasten, stoßen fast durchweg ins Leere – zumindest auf eine Art Gummiwand, die die hier obwaltende Unentschlossenheit und Ratlosigkeit zeigt.« So ging es noch eine Weile fort, für Kurt Weiß freilich nicht eben sensationelle Erkenntnisse.

Ein weiterer Hinweis Höpkers bewegte sich ebenfalls im Rahmen des Bekannten. Nach dem plötzlichen Tod des FDP-Politikers Wolfgang Döring setze sich immer mehr die Meinung durch, er sei noch viel enger mit dem *Spiegel* liiert gewesen als ohnedies geläufig, schrieb er. Daraus hätte sich für den Verstorbenen bei den Untersuchungen des Generalbundesanwalts eine »sehr kritische Lage« ergeben können; »erhebliche Summen, die er als ›Informator‹ vom ›Spiegel‹ bezogen haben soll, hätten, glaubt man zu wissen, zum Teil in direkter Beziehung zu einigen speziellen Fällen gestanden«.

Auf den *Spiegel* ließ sich Wolfgang Höpker einige Wochen später noch gründlicher ein.[489] »Der seit einiger Zeit zahme und matte Inhalt des Spiegel hängt nicht nur damit zusammen, dass dem Blatt nicht mehr wie bis zum Zugriff der Bundesanwaltschaft aus allen Ecken und Enden Spezialinformationen und Denunziationen zugetragen werden«, meinte er. »Der Spiegel ist derzeit ganz offenkundig in einen Kurs des ›politischen Disengagements‹ eingeschwenkt, den in erster Linie Ahlers anstrebt. Ahlers ist daran interessiert, aus dem Spiegel ›etwas anderes‹ zu machen, ihm das Odium des Skandalblatts zu nehmen, ihm eine seriösere Note zu geben. Man kann wohl annehmen, dass in dieses Vorhaben bei Ahlers auch das Kalkül hineinspielt, sich so für einen eventuellen Prozess in Karlsruhe ein besseres Klima zu schaffen. Augstein ist offenbar an der redaktionellen Gestaltung des Spiegels derzeit weithin desinteressiert. Durchaus monomanisch ist sein Denken und Trachten auf Strauß fixiert, den ›endgültig auszudolchen‹ mehr denn je sein Tollpunkt [sic!] ist. Dementsprechend liegt Ahlers auch kaum noch daran, als Freiheitsheld und Märtyrer der Pressefreiheit gefeiert zu werden. Offenkundig leidet er unter dem Vorwurf des Landesverrats, von dem er sich entschieden rehabilitieren will.« Das habe sich auch in einem Vortrag gezeigt, in dem er ausgeführt habe, »es sei heute vor allem Aufgabe der Presse, dem Einzelnen in seiner Lebensnot beizustehen«. Außerdem habe er noch die »verblüffende Feststellung« getroffen, man erblicke »in dem Aufstand der Öffentlichkeit im vergangenen November einen großen Fortschritt im Sinne geschärfter Zivilcourage – doch dürfe man nicht übersehen, dass in dieser Reaktion des Publikums auch allerhand anarchistische Züge stecken«.

Es folgten Einschätzungen zu den Personalkarussells, die sich im Bundespresseamt und in der Deutschen Welle drehten,[490] und neuerlich zur Neuwahl des Bundespräsidenten im Herbst 1964.[491] Stelle sich Heinrich Lübke zur Wiederwahl – was er tat –, so würde das »schon heute auftretende Abnutzungserscheinungen offenkundig werden lassen und die Gefahr heraufbeschwören, dass Lübke sein jetziges Renommee verwirtschaftet. Das alles weiß oder spürt ja Lübke wohl auch«. Bemerke er jedoch, dass man ihn loswerden wolle, so könne er »mit seinem westfälischen Dickschädel bockig werden« und sich der CDU für eine Wiederwahl offerieren. Das sei mit größter Delikatesse zu behandeln und dürfe publizistisch keinesfalls hochgespielt werden. Höpker hängte noch

weitere Überlegungen und Spekulationen an, die in förmliche Berichte für die Leitung umgewandelt wurden, aber doch erheblich unter ihrem mangelnden Neuigkeitswert litten. Mit seinem Bericht über Felix von Eckardt den früheren Pressechef und jetzigen Bevollmächtigten des Bundes in Berlin, verhielt es sich nicht besser.[492]

Eine Woche später kam die *Bild-Zeitung* an die Reihe,[493] deren Verleger Axel Springer ja periodisch in schärfstem Streit mit dem Bundeskanzler gelegen hatte.[494] Das war für »Winterstein« wieder etwas interessanter. Der »sehr angesehene, konservativ eingestellte« Werner Titzrath, bisher Leiter der Bonner Redaktion des *Hamburger Abendblatts* (ebenfalls eine Springer-Zeitung), wechsele jetzt als stellvertretender Chefredakteur zu *Bild* »mit dem Auftrag, Bild politisch stärker zu profilieren. Abgerückt von den Tagesdingen soll er an der Spitze eines Teams von Soziologen, Psychologen usw. die Möglichkeiten erkunden, den Einfluss von Bild auf die breiten Massen zu steuern. Aktionen dieser Art, mit denen Bild bereits hervortrat, waren u. a.: die Anti-Mauer-Kampagne nach dem 13. August 61, die Anti-Spiegel-Haltung während der Spiegel-Affäre im vergangenen Spätherbst, die Stimmungskampagne jüngst gegen den Metallarbeiterstreik, gegen den vor allem die Frauen der Arbeiter in Harnisch gebracht wurden.«

Nach zehn Jahren inoffizieller Mitarbeit beim BND ging die Zeit zu Ende, da Höpker wie ein Wald- und Wiesen-Informant mehr oder weniger substanzielle Berichte zur Innen- und Außenpolitik in Pullach ablieferte. Er wandelte sich noch mehr als zuvor zu einem gern gesehenen und geschätzten Experten, von dem man sich beraten ließ und dem man mit gezielten Materiallieferungen gerne auch einmal einen Vorsprung vor den Kollegen verschaffte. Zudem hob sich der Mann von *Christ und Welt* (der stets bereit war, »den Dienst an der Abschöpfung seiner Erkenntnisse zu beteiligen«[495]), jedenfalls in den Augen des Gehlen-Nachfolgers Wessel, vorteilhaft von den Scharfmachern auf Rechtsaußen ab. Gegenüber dem BND gab Höpker zu Protokoll, die neue Deutschland-Stiftung e. V. finde zwar seine Unterstützung, gegenüber ihrem Geschäftsführer Kurt Ziesel melde er jedoch Vorbehalte an: »Er bezeichnet ihn als Neurastheniker.«[496]

Die Hilfestellung mit vertraulichen Ausarbeitungen und Expertisen, die Wolfgang Höpker laufend vom BND erhielt, wollte entgolten werden. Eine gute Gelegenheit dazu bot der Wechsel im Präsidentenamt im April 1968. Zwei Wochen davor war der Publizist bereits mit einer Eloge der

Sonderklasse hervorgetreten. Sein Artikel in *Christ und Welt* trug die Überschrift »Super-Gehlen?«[497] und berichtete über die Bestrebungen des »Sonderministeriums Krone«, die drei Geheimdienste durch einen eigenen Staatssekretär enger miteinander zu verzahnen. Das werfe sogleich die Frage übermäßiger Machtkonzentration auf, schrieb er, um sogleich zu einer beinahe bizarren Würdigung anzusetzen: »Allenfalls ließe sich dies noch im Blick auf die Person des BND-Chefs, des Generals Gehlen denken, der als ein Mann von Integrität und Format (geläutert durch die Ergebnisse des 20. Juli) eine solche Machtfülle schwerlich missbrauchen würde«, allerdings stehe die Gründungsgestalt des Auslandsnachrichtendienstes unmittelbar vor der Pensionierung.

Solche Bekenntnisse reichten nicht hin, um einen exklusiven Zugang zum »Doktor« und damit Gelegenheit zu einem großen Porträt des großen Mannes zu bekommen. Höpker nahm die Dienste »Wintersteins« dennoch in Anspruch, bat um Orientierung über den bevorstehenden Amtswechsel und präsentierte dazu einen eigenen Fragenkatalog. Pullach arbeitete zu seiner persönlichen Unterrichtung sogleich ein mehrseitiges Papier aus. Die rechten und linken Hände von Kurt Weiß gaben sich damit jede erdenkliche Mühe, denn Höpker hatte sich »bestürzt« gezeigt, weil Marion Gräfin Dönhoff ihm mit ihrer Gehlen-Lobhudelei in der *Zeit* zuvorgekommen war.[498]

Die umfängliche »Sprachregelung«[499] skizzierte im Detail, wie der BND gesehen werden wollte. In ihrem nicht für den Journalisten bestimmten Vorspann äußerte das Papier Verständnis dafür, »dass Herr Höpker gekränkt ist, wie es jeder Journalist ist, wegen des Artikels der Gräfin, vor allem wegen der persönlichen Note in diesem Artikel. Viele hatten sich bemüht, die Wahl ist jedoch alleine vom Doktor getroffen worden. Er hat grundsätzlich alle Gespräche abgelehnt«, bis eben auf dieses eine. »Der Doktor wird Herrn Höpker gern empfangen. Es ist anzunehmen, dass dies in Form eines Gespräches erfolgen wird.« Es gebe schließlich noch genügend unbehandelte Themen, auf die Höpker in seinem Beitrag eingehen könne. Wesentlich sei die Linie, so das Papier programmatisch, dass mit dem Wechsel eine »ND-Epoche zu Ende geht«. Gehlen sei der am meisten genannte ND-Chef der Welt und auch der dienstälteste in dieser Funktion: »Er ist trotz aller Angriffe aus dem Osten auf diesem Posten

geblieben«. Dass sich nun manches ändern werde, sei völlig normal, zumal der neue Präsident einen »anderen Typus des ND-Chefs« darstelle.

Dann kamen die Sprachregelungen für Wolfgang Höpker, der den gräflichen Gehlen-Hymnus ja nicht einfach wiederholen wollte.[500] »Wir sind von uns aus nicht dafür«, begann die Ausarbeitung, »dass eine Verbesserung unseres Status in Bonn expressis verbis gefordert wird, weil wir glauben, dass diesbezügliche Überlegungen im Gange sind.« Der Beschluss von 1963, den BND dem Bundeskanzler zu *unterstellen,*[501] sei zwar richtig gewesen, wesentlich sei aber, dass »diese Unterstellung nicht durch bürokratische Schranken innerhalb des Kanzleramtes entwertet wird«. Es folgte ein historischer Rückblick über die Tätigkeit unter drei Bundeskanzlern, von der die Presse ganz richtig sage, dass Adenauer dem BND sein besonderes Interesse entgegengebracht habe: »Er verstand es, mit Hilfe seines Staatssekretärs Dr. Globke, sich die Erkenntnisse des Dienstes fortgesetzt nutzbar zu machen und durch Fragestellungen an den Dienst dessen Leistungsfähigkeit zu testen und auszuschöpfen« – wohl wahr.[502] Bei Erhard hätten die Anstrengungen des BND dann keinen rechten Widerhall mehr gefunden. In der großen Koalition dagegen gebe es einige, die den Wert nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zu schätzen wüssten; der aus dem Amt scheidende Gehlen habe das noch erleben dürfen.

Recht weit neben den Realitäten lag der Hinweis, die parlamentarische Kontrolle des BND sei »befriedigend gelöst«. Das Parlament erhalte viel weitere Einblicke als in allen anderen Ländern üblich. Dass der Bundesbürger »beruhigt auf seinen Auslandsnachrichtendienst vertrauen kann«, sei aber nicht den Parlamentariern zu danken, »sondern natürlich immer wieder und in erster Linie der Persönlichkeit des Chefs des Dienstes, dessen Ambitionen sich in der Vergangenheit und gewiss auch in der Zukunft nur im Rahmen der fachlichen Zuständigkeit bewegten und bewegen werden«; die von Gehlen selbst angeregte und eingespielte, voll akzeptierte parlamentarische Kontrolle habe sich »durchaus bewährt«.

Der Leitfaden der Selbstbeweihräucherung für den prominenten Publizisten empfahl sodann, die Diskussion um die Position des Vizepräsidenten möge »vor allem im Augenblick nicht neuerdings entfacht werden«; General Wessel müsse sich erst einmal ein eigenes Bild verschaffen. Ein wichtigeres Thema sei die Frage, wie die BND-Berichte in Bonn aufgenommen würden. Der Dienst lege die von seinen zahlreichen

Mitarbeitern zusammengetragenen Informationen so vor, wie sie eingingen, und dürfe kein Jota daran verändern (skeptische Unterringelung von unbekannter Hand am Rand): »Wenn nun, wie vielfach geäußert wurde, der BND gerade zu Fragen der Ostpolitik über viele Jahre Einzelheiten berichtet hat, die sich letztlich durch die Entwicklung dieser Politik immer wieder bestätigt haben, dann verdienen seine Hinweise jenes Vertrauen, das sich ganz offenbar in ihrer Wertung häufig auch ausdrückt.« Dass nachrichtendienstliche Informationen »nicht immer ins Bild der Regierung passen«, sei nichts Neues und werde immer wieder vorkommen. Es waren die Tage, als die Sondierungen der SPD bei Funktionären der italienischen KP hohe Wellen schlugen.[503] Pannen des Dienstes wurden auch gestreift und entsprechend eingeordnet: Das Desaster von 1953, das die SED propagandistisch so extrem überhöht habe, sei lange her und »längst Teil der Geschichte der großen nachrichtendienstlichen Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa«, und die Entlarvung des KGB-Agenten Heinz Felfe habe doch vor allem gezeigt, dass »die geheimen Dienste der kommunistischen Länder den Bundesnachrichtendienst als ihren gefährlichsten Widersacher in Europa betrachten«.

Wolfgang Höpkers Artikel rechtfertigte den Aufwand, den der BND mit ihm getrieben hatte, wobei freilich offenbleiben muss, ob er sich ohne diese Hilfestellung wesentlich anders eingelassen hätte.[504] Der Beitrag war vor allem ein freundliches Porträt des »als Militär hochqualifizierten« Gerhard Wessel, dem gewiss attraktivere Positionen offengestanden hätten, der sich aber für Bundeskanzler Kiesingers Angebot entschieden habe, »auf Gehlens Stuhl nach Pullach umzusteigen«. Der Kanzler erhoffe sich damit eine Verbesserung der Kommunikation, an der es in den letzten Jahren »manchmal gehapert habe«. Dann folgte die Beschreibung des Kontrasts Adenauer – Erhard in etwa im Originalton; mit Kiesinger habe sich das wieder verbessert. Ganz stark machte Höpker, dass die »sachlich-nüchterne« Berichterstattung des BND über die Sowjetunion den Erwartungen in Bonn mitunter nicht entsprochen habe: »Wenn das Lagebild nicht dem Wunschbild entspricht, so kann man dies schwerlich dem Radar-Aufklärer anlasten.« Wörtlich übernahm er aus der Pullacher Sprachregelung die These, dass sich die entsprechenden Informationen »in den meisten entscheidenden Fällen durch die nachfolgenden Ereignisse bestätigt hätten«. Die Pannen- und Erfolgsrhetorik der BND-Zuarbeit fand

sich in dem Artikel ebenso wieder wie die groteske Behauptung, die verstärkte parlamentarische Kontrolle gehe auf eine Anregung von Gehlen selbst zurück; dann noch die angebliche »parteipolitische Neutralität«, auf die der scheidende Präsident immer so großen Wert gelegt habe und die jetzt nicht durch Proporzdenken zerstört werden dürfe. Das war ein guter Start von »Wintersteins« langjähriger Presse-Sonderverbindung in die Ära Wessel. Kein Wunder, dass Wolfgang Höpker auch beim neuen Präsidenten zu einem häufig und gern gesehenem Gast avancierte, der dem BND mit seinem weiten Kontaktnetz, seiner Fachkompetenz und seinen intimen Kenntnissen der westdeutschen Innenpolitik genauso nützlich war wie der Dienst ihm.

Der mit allen Wassern akademischer Expertise gewaschene Höpker war mit den vertraulichen Unterlagen, die ihm vom BND in diesen Monaten in großem Umfang überlassen wurden,[505] allerdings oftmals nicht recht zufrieden. Noch kurz vor dem Ende seiner Karriere als Presse-Sonderverbindung brachte der Publizist während der Abfassung seiner Studie »Weltmacht zur See. Die Sowjetunion auf allen Meeren« (von der er bereits einige Kapitel zur Durchsicht vorgelegt hatte)[506] gegenüber dem Leiter der Presseabteilung sein »Erstaunen« darüber zum Ausdruck, dass das vom Präsidenten und seinen Experten ihm zugesagte Material »derart spärlich ausgefallen sei. Es sei erstaunlich, dass der BND lediglich Unterlagen zur Verfügung gestellt habe, die in jedem diesbezüglichen Handbuch bzw. bereits in Zeitschriften erschienen seien.«[507]

In der Tat lag in Zulieferungen für Fachleute vom Kaliber Wolfgang Höpkers für den Dienst das unwillkommene Risiko, seinen eigenen, häufig durchaus beschränkten Kenntnisstand zu offenbaren. Wessel hatte daher bereits eine »Generalanweisung« erlassen, wonach »Informationsabgaben« in schriftlicher Form nicht gestattet seien, jedoch ein Hintertürchen offengelassen: »Dienst bleibt kooperativ in Fällen ›tragfähiger‹ Partner (Form: Informations*gespräch* mit kompetenten Referenten in München).«[508] Das funktionierte bis zum Herbst 1972 im Allgemeinen ausgezeichnet, als der BND auch die Verbindung zu Wolfgang Höpker auslaufen ließ. Nach seinem Sommerurlaub in Bayern war er »traditionsgemäß«[509] bzw. »alljährlich«[510] mit dem BND-Präsidenten zusammengetroffen. Diese Zeiten gingen allmählich zu Ende.

Auf dem Feld der Innen- und Pressepolitik hatte sich Wolfgang Höpker immer sehr mitteilsam gezeigt. Bei Auskünften ad personam pflegte er aus seinem Herzen nie eine Mördergrube zu machen und war gegenüber dem BND denn auch bei der Einschätzung des neuen Chefredakteurs der *Welt*, Herbert Kremp, offen wie immer: »Hervorragender Journalist, aber ein äußerst brutaler Typ«, »liberal-konservativ«, der »ganz direkt und ohne jede Verbindlichkeit berichte. Präliminarien seien bei ihm nicht drin«.[511] Kurt Weiß revanchierte sich einige Wochen später und empfing dessen Chefredakteur Giselher Wirsing, der mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, zu einem Gespräch. Die Spannungen in der Redaktion von *Christ und Welt* seien »sehr groß«, berichtete er ihm.[512] Offenbar in der Erwartung von Mithilfe erklärte Wirsing »seine Bereitschaft, in unserem Sinne in der Öffentlichkeitsarbeit zu wirken. Besonders wies er auf die Notwendigkeit hin, das Image des Dienstes in geeigneter Form zu pflegen. Auch die problematische Frage nach der Gewinnung von neuen Mitarbeitern für den Dienst schien ihm wert, publizistisch in unserem Sinne behandelt zu werden«. Der Chefredakteur wird mindestens geahnt haben, dass sein Starautor Höpker ebenfalls einen guten Draht zu »Winterstein« hatte, und sagte, er wäre »für eine Abstimmung mit dem Dienst sehr dankbar«. Kein Geringerer als Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld (»Raven«)[513] holte ihn bei seinem Besuch denn auch ab und brachte ihn wieder zurück.

Der Strategische Dienst von Kurt Weiß wusste, was er der Wochenzeitung schuldig war, und verriet ihrem Starautor Wolfgang Höpker kurz darauf, eine Gelegenheitsinformation »lege die Vermutung nahe, dass der jetzige stellvertretende Chefredakteur von ›Christ und Welt‹, Ulrich Frank-Planitz, versuchen will, Dr. W. Höpker zum Ausscheiden bzw. zum Rücktritt zu bewegen«. Der »bedankte sich sehr«, notierte »Dr. Heidegger« daraufhin, und habe um weitere Einzelheiten gebeten; aus Gründen des Quellenschutzes klappte das aber nicht.[514] Der Hinweis des BND motivierte den Mitbegründer von *Christ und Welt* aber umgehend zu einem vertraulichen Porträt seines Widersachers.[515] Frank-Planitz habe kürzlich einen Artikel über den Zustand der eigenen Zeitung lanciert, da er nach dem Posten des Chefredakteurs schiele und Giselher Wirsing schon länger »abschießen« wolle, ereiferte sich Höpker. Er gehöre zu einer »hemdsärmeligen, egoistischen Generation«, habe »lange studiert, ohne

jedoch sein Studium erfolgreich mit einem Examen abzuschließen«. Im Blatt intrigiere er »gekonnt und hemmungslos«, sei ein »gewandter und cleverer Schreiber und geschickter Manager, aber ohne Format und unseriös«. So wie in diesem Fall wurde Kurt Weiß über seine Presse-Sonderverbindungen jahrelang Zeuge und Mitwisser zahlloser Kabalen und Konflikte in den Medien, die ihm nicht nur einen nützlichen Überblick und tiefe Einblicke gaben, sondern auch Ansatzpunkte für seine eigene Einflussnahme boten.

Zunächst liefen die Beziehungen Höpkers zu Gerhard Wessel in den Bahnen, die er schätzte und die ihm seit Jahren vertraut waren. Anfang 1970 etwa gab Münstermann seinem Förderer »Winterstein« befriedigt Kenntnis davon, ein Artikel von Paul Carell über die Beziehungen zwischen dem Bundeskanzleramt und dem BND, nach der Amtsübernahme von Kanzleramtschef Horst Ehmke ein großes Thema, sei in *Christ und Welt* »bisher nicht erschienen. Unsere Presse-Sonderverbindung DN Dr. Holzer war gebeten worden, eine diesbezügliche Veröffentlichung nach Möglichkeit zu verhindern bzw. hinauszuzögern«.[516] Der geschätzte Publizist kam kurz darauf auf dieses Verdienst zurück und verlieh seinem Wunsch nach einem Gespräch mit Gerhard Wessel mit dem Bemerken Nachdruck, bisher habe er sich – im Krieg der Opposition gegen Ehmke als BND-Reformer[517] – immer loyal verhalten, »indem er wunschgemäß nicht über den Dienst berichtete, während andere Blätter derartige Veröffentlichungen gebracht hätten. Er nannte in diesem Zusammenhang ›Die Zeit‹ und die ›Süddeutsche Zeitung‹«.[518]

Die Unterredung kam schnell zustande und trotz kleinerer Misshelligkeiten[519] folgten bald weitere. Es sah sogar so aus, als würde die Entmachtung von Kurt Weiß diese Tradition nicht beeinträchtigen. Der BND konnte, da er eine konzertierte Presseaktion anlässlich des bevorstehenden Besuchs von Ehmke anstrebte, sich sogar die Terminierung vorbehalten, wann Höpker einen bereits im *Bonner Generalanzeiger* erschienenen Artikel über den Dienst an andere Regionalblätter weitergeben sollte.[520] Nun, wo Kurt Weiß abgelöst war, schrieb der Publizist direkt an Wessel und bemerkte dabei, wie er dessen für die Presseverbindungen verantwortlichen Mitarbeiter verstanden habe, »entsprach der Beitrag wohl ohne Einschränkung der Vorstellung, die Sie von einem solchen Pressegespräch haben«.[521]

Der Artikel über das Gespräch mit dem BND-Präsidenten erschien unter verschiedenen Überschriften, eine davon lautete: »Wessel braucht keinen James Bond, sondern Spezialisten.«[522] Der neue Chef in Pullach, begann Höpker, habe »viel von der Distanz seines Vorgängers« abgelegt, der nach seiner Pensionierung in völliger Abgeschiedenheit lebe (wohl ein Hinweis für Insider der Zunft, weshalb er seinerzeit von ihm nicht empfangen worden war). Doch auch der neue Präsident könne Öffentlichkeitsarbeit nur »dosiert« betreiben: »Die fast klösterliche Stille, in der hier ›im innersten Tempelbezirk‹ der Präsident mit seinen nächsten Mitarbeitern residiert, dämpft alle Hektik«; keine Spur von Abenteurer-Romantik. Es folgte eine sachliche Schilderung des Personalrevirements, das »bis in die Reihen der Linkspublizistik hinein« für Erregung gesorgt habe. Es gehöre jedoch zur Tradition des parteipolitisch neutralen BND, Regierung wie Opposition durch objektive Lagebilder zu informieren. Kurt Weiß, »seit Anfang der fünfziger Jahre im Nachrichtendienst ein Schlüsselmann«, fand lediglich im Zusammenhang mit seiner Ablösung kurze Erwähnung.

Wie schon Gehlen unterstreiche auch Gerhard Wessel, dass der Dienst kein Staat im Staat, sondern nichts als objektiver Berichter für die Regierungsspitze sei, der keine Ratschläge erteile und parteipolitisch strikt neutral sei. Wenn der BND von der Politik jetzt »aus der grauen Zone der Verdächtigungen herausgehoben« und transparenter gemacht werden solle, so habe das aber doch Grenzen. Er stehe und falle schließlich damit, Bedrohungen von außen rechtzeitig zu erkennen. Zugleich habe er daran zu arbeiten, einer aus historischen Gründen geheimdienstskeptischen Gesellschaft klarzumachen, dass ein Auslandsnachrichtendienst etwas Wichtiges und »Selbstverständliches« sei. Im Vergleich mit den Beschimpfungen und Verleumdungen, mit denen die Reformer Wessel und Ehmke aus dem Unionslager und ihren publizistischen Unterstützern überzogen wurden, war Wolfgang Höpkers politische Homestory nachgerade sachlich und gemessen.

Doch auch für Wolfgang Höpker ging nun die Zeit seiner Sonderbeziehungen zum BND zu Ende. Es wurden noch einige Freundlichkeiten gewechselt, Termine beim Präsidenten dagegen seltener, Absprachen und Deals wie in früheren Zeiten so gut wie gar nicht mehr vereinbart. Nur der Ex-Präsident begab sich für den Mitbegründer von *Christ und Welt* und renommierten Publizisten, der ihn so verehrt und

verklärt hatte, noch einmal mit Verve aus seinem mitnichten in Abgeschiedenheit, sondern politisch und publizistisch höchst aktiv hingebrachten Ruhestand. Zu Höpkers Studie über die Sowjetunion als Weltmacht zur See, die viel BND-Material verarbeitet hatte, meldete sich Gehlen aus freien Stücken öffentlich mit der Feststellung, er sehe darin »eine Bestätigung der in meinem Buch ›Der Dienst‹« – es erschien etwa zur selben Zeit – »entwickelten Gedanken zur Ost-West-Situation. Die vorzüglich geglückte Darstellung der politisch und militärisch offensiven sowjetischen Flottenpolitik ist zugleich ein weiterer Beweis für den offensiven Charakter der sogenannten ›Friedlichen Koexistenz‹.« Die Entlastung, welche die Bonner Ostverträge den Sowjets in Mitteleuropa beschert habe, wirke sich nämlich in verstärktem Druck auf »die nassen Flanken Europas« aus: »Am Expansionswillen des Sowjetimperiums hat sich nichts geändert und es ist, wie Höpker zu Recht unterstreicht, ein gefährlicher Fehlschluss, aus den Ostverträgen zu folgern, die UdSSR entwickle sich in Richtung auf eine vorwiegend statische Macht.«[523]

Reinhard Gehlen wusste nicht, dass Präsident Wessel, den er mit seinen Memoiren nicht bloß hintergangen, sondern in politische Kalamitäten gestürzt hatte,[524] deswegen Wolfgang Höpker hatte um Rat fragen lassen, wie *Christ und Welt* reagieren werde und wie man sich nun am besten verhalte.[525] Seine Wochenzeitung, antwortete der, so sie sich überhaupt mit dem Thema beschäftige, werde wohl herausstellen, dass Gehlen »als korrekter preußischer Beamter und Soldat« in seinen Erinnerungen gewiss keine Staatsgeheimnisse preisgegeben habe und sich »vielleicht als ›Mahner‹« verstehe, der »aufgrund seiner Kenntnisse vor politischen Fehlurteilen und -handlungen warnen möchte«. Allerdings, fügte Höpker an: »Es ist unverantwortlich, wenn durch die Gehlen-Memoiren erneut der BND ›ins Gerede kommt‹. Trotz aller berechtigten und unberechtigten Kritik sollte diese Institution endlich ›in Ruhe gelassen werden‹. Der Gehlen unterstellten korrekten Grundhaltung müsste es entsprechen, wenn er z. B. den größten Teil seines Honorars in eine Stiftung einbringen würde. Sonst Widerspruch gegeben, da persönliche Bereicherung vorhanden.« Anders als Wessel hatte Höpker den Glauben an »Dr. Schneider« noch nicht verloren. Der BND-Präsident ließ ihm vom Leiter seiner Pressestelle jedenfalls telefonisch ausrichten, sein Hinweis auf die Ruhebedürftigkeit

des Dienstes sei bei ihm auf große Zustimmung gestoßen; die delikate abschließende Bemerkung halte der Präsidenten für »beachtenswert«.

Der Artikel, den die Presse-Sonderverbindung Höpker in *Christ und Welt* veröffentlichte, gehört dann doch zu den Meisterstücken bestellter Propaganda, Gefolgstreue und Verleumdung.[526] Der inoffizielle BND-Mitarbeiter V-16168 bedauerte zunächst den vor allem von der *Welt* und dem *Spiegel* entfachten »Memoiren-Rummel« um dieses »nüchterne« Erinnerungsbuch des Generals. (Tatsächlich wurde es von der Fachkritik keineswegs nur wegen der Enthüllung, Martin Bormann sei Sowjetagent gewesen, nachgerade zerfetzt – sogar von der ehemals bewährten Presse-Sonderverbindung Winfried Martini.[527]) Dieses Aufhebens habe dem »scheuen, fast schüchternen« Manne geschadet. Er habe jüngst mit ihm gesprochen und erfahren, dass der BND in seinen Augen nicht mehr das Instrument sei, »das er in langen Jahren zur Versorgung der Staatsführung mit Geheiminformationen geschärft hat«.

Es sei aber weniger die Vergangenheit, die den »Kenner des Sowjetsystems wie wenige sonst« umtreibe, sondern die Gegenwart, berichtete Höpker dann von dem »›Grand Old Man‹ des Geheimdienstes mit der längsten Erfahrung aller Nachrichtenchefs des Westens«, der auf 26 Jahre Erfahrung mit dem Sowjetsystem zurückblicke, vier davon während des Russlandfeldzugs. Er sei in Gehlen einem Mahner und Warner begegnet, eine Rolle, »die ihm, dem ›großen Schweiger‹ gewiss nicht auf den Leib geschrieben war«; eine historische Parallele also zu Generalfeldmarschall Hellmuth von Moltke, des überragenden Strategen der deutschen Einigungskriege im 19. Jahrhundert. Eine »konzertierte Aktion der publizistischen Linken« habe sich bereits über den unwillkommenen politischen Gehalt seiner Memoiren hergemacht, der Höpker jetzt mit seiner Breitseite begegnete.

»Man kann sich heute angesichts der von Wunschbildern durchwehten Bonner Landschaft unschwer vorstellen«, schrieb er, »welche Nachrichten eine ausschließlich auf Entspannung bedachte Regierung aus Pullach noch hören oder vielmehr nicht hören möchte. Damit wächst die Gefahr der Manipulation der auf Brandts missionarisches Denken zurechtgestutzten BND-Berichte, denen flinke Gehilfen wie Bahr und Ehmke dann noch den letzten Schliff geben.« Wenn »Deutschlands geheimnisvollster Mann« nun seine Karten auf den Tisch lege, dann sei das eine Lektion für alle, die in

dem Moskauer Vertrag von 1970 Positives erblicken wollten, der in Wahrheit doch nur eine Etappe auf dem Weg zur kommunistischen »Endgesellschaft« darstelle, »auf dem sich manches in der Methode, nichts aber in der strategischen Zielsetzung geändert hat«. Diesen unveränderten machtpolitischen Kern deutlich zu machen, »den Eisberg selbst in seinem ganzen Umfang zu umfassen« – das sei das Anliegen des Pensionärs.

Das war aber noch nicht alles: Höpker rief auch noch einmal einen vermeintlichen Skandal in Erinnerung, der drei Jahre zuvor wesentlich vom BND ins Rollen gebracht, aber noch in der Regierungszeit Kiesingers geklärt und ausgeräumt worden war.[528] Die Neue Ostpolitik sei »in Rom eingefädelt« worden, schrieb er, in Gesprächen, die Leo Bauer und Egon Bahr von der SPD »im Führungskreis der italienischen Kommunistischen Partei führten. Den Schleier zu lüften, der über diesen Vorgängen liegt, ist gerade Gehlen imstande, da diese Phase noch unter seine Amtszeit fiel. Die bange Frage, wo der Weg enden wird, zu dem damals in Rom die Weichen gestellt wurden, steht als Menetekel über diesem nun bald rings über den ganzen Erdball verbreiteten Memoirenband.« Der intellektuelle Höpker verwandelte sich mit seinen 62 Jahren in einen kompromiss- und maßlosen Kämpfer. BND-Präsident Wessel, der immer deutlich zu machen versuchte, dass die von ihm und dem neuen Kanzleramtschef eingeleiteten Reformen die Effizienz des Bundesnachrichtendienstes nicht geschwächt, sondern gestärkt hätten, der mit dieser Botschaft im Furor der Debatte über die Neuordnung des Nachrichtendienstes und vor allem des politischen Kampfes um die Ostverträge jedoch nicht durchdrang, wurde in diesem Artikel, der ihn nur in einer einzigen Zeile erwähnte, gleich mitbeschädigt. Das dürfte das Unbehagen des BND-Präsidenten an den Presse-Sonderverbindungen ein weiteres Mal bestätigt und ihn darin bestärkt haben, die Instrumente von »Winterstein« und »Dr. Schneider« endgültig zur Seite zu legen.

Auf der berühmten Liste von 1970, in welcher der BND seine Presse-Sonderverbindungen auflistete,[529] wurden für die Wochenzeitung *Die Zeit* neben Marion Gräfin Dönhoff nur noch dem 40-jährigen Redakteur Peter Stähle »voll tragfähige, regelmäßige oder häufige Kontakte« zugeschrieben.[530] Zu verschiedenen Zeiten arbeitete der mit erheblicher Investigativbegabung gesegnete Journalist auch für den *Stern* und den *Spiegel*.[531] In den letzten Monaten der Adenauer-Ära landete Stähle im

Stern unter der Überschrift »Der Mann ohne Namen« einen Scoop, als er enthüllte, dass profilierte Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz (ebenso wie der gerade Schlagzeilen machende Angeklagte Heinz Felfe vom BND) zum NS-Sicherheitsapparat gehört hatten.[532] Stähle legte in der *Zeit* noch einmal nach und nannte jetzt auch den Namen des »rücksichtslosen« Erich Otto Wenger, ehemals SS-Hauptsturmführer und inzwischen Gruppenleiter Nachrichtenbeschaffung in der Kölner Abteilung Spionageabwehr: Ebendieser Wenger habe erst jüngst an der Verletzung des Brief- und Fernmeldegeheimnisses mitgewirkt! Es entstanden erhebliche politische Weiterungen, das Parlament befasste sich mit den Vorwürfen, Wenger musste das Bundesamt verlassen. Die BfV-»Abhöraffäre« (es ging um die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und alliierten Dienststellen bei der Telefonüberwachung), die sich nahtlos an die Enthüllungen Stähles anschloss, führte in einem »medialen Drama«[533] schließlich sogar zum Rücktritt von Innenminister Hermann Höcherl.

Peter Stähle hatte schon vor seiner journalistischen Großtat die Aufmerksamkeit des BND als ein Pressemann auf sich gezogen, der sich unnachgiebig mit der Vergangenheit von Staatsbediensteten beschäftigte. Anfang 1960, als er vom *Spiegel* zum Berliner Büro des *Stern* wechselte, trug der Dienst in seine Karteikarte ein, er sei ein »absoluter Gegner des Adenauerregimes; politisch liberal-sozialistische Mischung; Ehefrau sehr vermögend«.[534] Nach gründlicher Vorbereitung näherte der BND sich ihm einige Monate später und stellte seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit fest. Der neue Mann interessiere sich »in unserem Auftrag für SBZ-Angelegenheiten. Stähle ist ein strebsamer, tüchtiger Journalist von beachtlicher Intelligenz und Agilität« und zeige sich für nachrichtendienstliche Belange sehr aufgeschlossen. Pullach konzedierte ihm als politischen Standort jetzt »schwäbischen Liberalismus«.[535] Kaum für den Dienst aktiv geworden, wurde die Beziehung jedoch wieder beendet, weil Stähle, wie der Leiter Dienststelle 521 im Strategischen Dienst, Siegfried Ungermann, »Winterstein« mitteilen musste, seinen Chefredakteur Hans Detlev Becker in seinen Schritt eingeweiht hatte.[536]

Während des Skandals um die Abhörpraktiken des Verfassungsschutzes, mit dem der BND schon mehr als ein Jahrzehnt lang in erbitterten Kompetenzstreitigkeiten lag,[537] flammte das Interesse von Kurt Weiß an Stähle neuerlich auf. Ein Informant unterrichtete ihn detailliert über die

Hintergründe seiner Enthüllungsberichte in der *Zeit* und im *Stern*.[538] Das war zum einen von Interesse, weil das BfV dadurch in die Defensive geriet, zum anderen, weil es auch aus dem BND noch manches über personelle Altlasten aus der NS-Zeit bzw. dessen Ostinfiltration zu berichten gab. Stähle hatte sich nämlich bereits vor seinem Paukenschlag gegen den Verfassungsschutz mit dem Gehlen-Dienst befasst, und da Weiß über eine konspirative Linie in die Redaktion der Illustrierten verfügte,[539] beschaffte er dem BND-Präsidenten den Artikel in der Fernschreib-Fassung, in der Stähle ihn der Redaktion in Hamburg übermittelt hatte. »Er wurde in der ›Stern‹-Redaktion beschafft. Besonderer Quellenschutz ist erforderlich«, merkte Weiß an. Stähle habe seine Informationen angeblich von einem Bonner CIA-Vertreter bekommen, die Feststellungen dazu liefen noch. Gehlens Universalmanager konnte aber auch bereits mitteilen, die *Stern*-Redaktion bedauere den Stähle-Artikel inzwischen, da er sich »in den wichtigsten Teilen als unrichtig erwiesen hat«.[540]

Die Reportage sprach von einer »gefährlichen und schädlichen Rivalität der drei bundesdeutschen Geheimdienste, ihr durch Machtstreben wie durch politische Geltungssucht Einzelner beeinflusster Kampf gegen Feinde, die gar nicht aus dem Osten kommen, sondern oft in den Reihen des anderen Vereins gesehen werden«. Traf das den Nagel auf den Kopf, so vergaloppierte Stähle sich, als er zwar sehr freundlich auf Gehlen (»seine immensen Russlandkenntnisse grenzten bald ans Legendäre«) und die von ihm genährten Legenden zu sprechen kam, dann aber vorhersagte, auch der Präsident werde bald nach dem Rückzug Adenauers sein Amt aufgeben, »eine Möglichkeit, die ihm schon vor geraumer Zeit in aller Freundschaft von höchster Stelle nahegelegt worden ist«.

Es dauerte eine Weile, ehe der an sich geheimdienstkritische Stähle, der Gehlen so freundlich porträtiert hatte, seine Haltung gegenüber Pullach abzumildern begann. Zu einem »BND-Vertrauensjournalisten«[541] entwickelte er sich dennoch nicht. Nach Gesprächen einer seiner Presse-Sonderverbindungen mit Reinhard Appel vom ZDF und Peter Stähle konnte »Winterstein« dem Präsidenten Mitte der sechziger Jahre mitteilen, es lasse sich »eine objektivere Einstellung« der beiden »im Bonner Raum wichtigen Journalisten« erkennen. Es werde versucht, die »losen Kontakte« zu beiden Korrespondenten in vorsichtiger Form zu festigen«.[542] Stähle, so Weiß, habe in dem jüngsten Gespräch einen eben erschienenen Artikel scharf kritisiert,

weil dem Dienst darin Misserfolge untergeschoben worden seien, »die in Wirklichkeit Fehlleistungen der Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers [Erhard], seien. Er – Stähle – habe seine Meinung über den BND inzwischen revidiert, nicht zuletzt wegen dieser falschen Beschuldigungen, die ›einfach Unrecht‹ seien. Bei seinen Veröffentlichungen über den BND in den Jahren 1963/64 habe er schlechte Informanten gehabt.«

In den folgenden zwanzig Jahren, die nicht mehr unser Thema sind, spielte sich eine unspektakulär-professionelle Arbeitsbeziehung zwischen dem Dienst und diesem wichtigen Journalisten ein. Einmal, 1968, informierte er, der die Berufung von Gerhard Wessel begrüßte, »Winterstein« in einem sehr offenen und freundlichen Brief darüber, welche Schwierigkeiten ihm die SPD-»Baracke« wegen eines recht unkritischen Artikels zum Wechsel an der Spitze des BND (»Wessel hat Glück: Er übernimmt einen intakten Auslandsnachrichtendienst, der im Westen gerühmt und im Osten gefürchtet wird«) im Organ der Jungsozialisten gemacht hatte.[543] Das Stück habe überhaupt nur erscheinen können, weil ihn der stellvertretende Juso-Vorsitzende, zugleich Mitglied der Hamburger Redaktion, durchgedrückt habe. Preis: Streichung eines Absatzes, der den Anspruch der SPD auf eine Vertretung in der BND-Führung aufspießte. Das offene Verhältnis hatte auch nach dem Präsidentenwechsel und der Entmachtung von Kurt Weiß Bestand: Nachfragen beiderseits, Anrufe, Informationsaustausch, Auskünfte, Richtigstellungen, wiederholt wohlvorbereitete Besuche in Pullach, 1979 enge Kooperation des vom BND sorgfältig geprüften und bearbeiteten *Spiegel*-Titels über Markus Wolf und den MfS-Überläufer Werner Stiller. Zwei Jahre später empfahl die Pressestelle Präsident Kinkel »sehr«, Stähle recht bald einen persönlichen Termin einzuräumen. Man kenne ihn und »schätze ihn als einen Gentleman unter den Spiegel-Redakteuren«.[544]

Links der Mitte

Blicken wir im Spektrum der Presse-Sonderverbindungen im System »Winterstein« abschließend noch etwas weiter nach links, auf einige der demokratischen Linken im weitesten Sinne zuzuordnende Journalisten, die als Lobbyisten oder auch nur Vertrauensjournalisten des BND von besonderem Wert waren. Hier blieb die Ausbeute von Kurt Weiß insgesamt magerer, auch wenn seine Verbindung zu den drei herausragenden Figuren Rudolf Heizler, Fried Wesemann und Jochen Willke – seinerzeit prominente und einflussreiche Pressestimmen – dem Dienst ebenfalls von Nutzen gewesen sind. Heizler und Willke waren längere Jahre mit einem Lieblingsprojekt des in Pullach unverwandt perhorreszierten Verlegers Werner Friedmann[545] verbunden, der *Abendzeitung* in München; Wesemann, 1967/68 sogar Direktor für Informationspolitik beim SPD-Parteivorstand, machte in Blättern sozialdemokratischer Ausrichtung von sich reden.

Rudolf Heizler hatte im November 1949 von seinem Vorgänger Walter Tschuppik (»Benesch-Kreatur«[546]) kaum die Chefredaktion der *Abendzeitung* übernommen, als auch schon die Organisation Gehlen auf ihn aufmerksam wurde und auf der entsprechenden Karteikarte einen ersten Hinweis eintrug: »Ist alter Kommunist und wurde mit Wissen des Friedmann rekrutiert. Er dürfte wohl für Friedmann eine Art Rückversicherung für einen evtl. kommenden Umschwung zur kommunistischen Seite hin sein.« Er unterhalte Verbindungen »mit den Leuten der in Augsburg erscheinenden Zeitschrift ›Anfang und Ende‹ [recte: *Ende und Anfang – Zeitung der jungen Generation*]«.[547] Einer der amerikanischen Kontrolleure der jungen Boulevardzeitung sei ein gewisser Hans Habe, »ein völliger Strohmann, der völlig im jüdischen Fahrwasser steht und immer stand«.[548] Im Jahr darauf schmückte Heizler, der während des Krieges in Berlin für die *Frankfurter Zeitung* gearbeitet hatte, auf einer Karteikarte bereits der Verdacht, »Verbindungsmann zwischen dem Dreieck Friedmann-Heizler-Willke und Karlshorst zu sein«; und natürlich: »engste Verbindung« zum ehemaligen CSU-Vorsitzenden Dr. Josef Müller, traditionell ein noch größerer Verdachtsfall.[549] Kurz vor der »Legalisierung« des Pullacher Apparats ging Gehlen ein Memorandum über eine verdächtige Reise nach London und intensive politische Gespräche mit

Müller zu, mit anderen Worten: Verdacht der Spionage für den britischen Geheimdienst.[550]

Drei Jahre später, 1958, wurde der linksliberale Chefredakteur und regelmäßige Rundfunkkommentator Presse-Sonderverbindung von Kurt Weiß, der sich bald darauf notieren durfte, die Verbindung zu Rudolf Heizler entwickle sich erfolgversprechend.[551] Gehlen selbst bezeichnete ihn als eine »tragfähige Verbindung«.[552] Weiß war sogar ausgesprochen zufrieden: Die neue Sonderverbindung »lasse sich im Gespräch von manchen Vorstellungen abbringen, die vor allem mit dem Bestreben der ›Abendzeitung‹ zusammenhängen, sich als ausgesprochenes Boulevard-Blatt mit Sensationsnachrichten zu profilieren. Heizler an Fortsetzung der Verbindung stark interessiert und bei Anfragen etc. hilfsbereit«.[553] Ein gutes Jahr bevor der Chefredakteur sein in München sehr populäres Blatt verließ, das Mitte der fünfziger Jahre mit einem ausgesprochen positiven Beitrag über die Organisation Gehlen aufgefallen war (»Gehlen genießt in offiziellen Bonner Kreisen hohe Achtung und größtes Vertrauen«),[554] zog »Winterstein« eine erste kleine Bilanz, die sich in seinem späteren Kommentar so liest: »Rudolf Heizler, Chefredakteur der ›Abendzeitung‹, hat sich bisher – trotz der vorher geäußerten Einwände – als verlässliche und auch hilfreiche Presse-Sonderverbindung erwiesen. Keine Indiskretionen erkannt. Politische Einstellung ›liberal‹ (später ›Wechsel‹ von eher linker Ausrichtung in die Anhängerschaft der CSU). Übereinstimmende Ansicht, dass Heizler – ebenso wie Jochen Willke – durch sorgfältig abgeschirmte Wahrnehmung der Verbindungen gegenüber gefährlichen Elementen in der eigenen Redaktion geschützt werden müssen.«[555] Die geschätzte Presseverbindung kam in seinen eigenen Lebenserinnerungen selbst auf seinen Kontakt zum BND zu sprechen: Ja, er habe Reinhard Gehlen wiederholt getroffen (»geheimnisvoll war es nicht«), immer in einer anderen Wohnung in München-Schwabing, aber jedes Mal mit Erdbeerkuchen.[556]

Als Rudolf Heizler, der den Präsidenten des BND da bereits persönlich kannte, Ende 1961 die *Kölnische Rundschau* übernahm, meldete ihn das Pressereferat des Strategischen Dienstes unter dem schönen Decknamen »Humboldt« (später mit der ähnlich ambitionierten Deckbezeichnung »Hiob«) an.[557] Unmittelbar betreut wurde die Sonderverbindung von dem stark NS-belasteten Dr. Wolfgang Steinbichl (V-92, »Dr. Sill«) aus Teplitz-

Schönau. Der einstige Funktionär in der Sudetendeutschen Partei und spätere Vertriebenenfunktionär hatte nach 1945 vergeblich versucht, wieder im Auswärtigen Amt Fuß zu fassen, wo Paul Carell sein unmittelbarer Vorgesetzter gewesen war.[558] Zehn Jahre später, nach dem Sturz »Wintersteins« und dem Rückbau des Sonderverbindungsunwesens, endete auch die BND-Karriere des Kölner Chefredakteurs. Das abschließende Urteil über den Publizisten, der kurz zuvor den Theodor-Wolff-Preis erhalten hatte, fiel sehr positiv aus: Er habe seine Verbindungen in Presse und Politik »stets bereitwillig im Sinne unseres Dienstes genutzt und wurde den gestellten Anforderungen gerecht«.[559] Insgesamt lieferte Rudolf Heizler dem Dienst während seiner aktiven Zeit zwischen 600 und 700 Berichte, von denen sich ungefähr die Hälfte als verwertbar erwies.[560] Das lohnte sich für ihn auch finanziell.[561]

Neben der Vorstellung, über den BND eigene Interessen befördern zu können, hoffte Heizler ebenso wie seine Kollegen darauf, mit vertraulichen oder sogar exklusiven Informationen versorgt zu werden, die er in seinem Blatt verwenden konnte. Der Dienst nannte als eines seiner Motive »Aufbesserung der Bezüge« und erwartete von ihm »eigene Informationsgewinnung im Raum Bonn und Abschöpfung von Auslandskorrespondenten seiner Zeitung«.[562] Das funktionierte in Einzelfällen recht gut.[563] Kurt Weiß war jedenfalls zufrieden. Zum Weltkongress der Journalisten, der in Wien stattgefunden hatte, stand Heizler, wie »Winterstein« notierte, »für Auskünfte bzw. Beantwortung von Fragen zur Verfügung«.[564] Er machte zur Journalistenschule in München »Angaben über Lehrgangsplanung, Teilnehmer usw.«[565] und läuterte sich offenbar allmählich im Weiß’schen Sinne, wie dessen Aufzeichnungen zu entnehmen ist: Bericht »über Interview mit F. J. Strauß. Bei ›Hiob‹ (bisherige Einschätzung: linksliberal) Respekt und Anerkennung für F. J. Strauß festzustellen (›auf dem Weg zur CSU‹).«[566] Es waren die Monate, in denen der BND von ihm wichtige Hinweise zur »Fibag-Affäre« erhielt.[567]

Diese tragfähige Sonderverbindung, die auch unter dem Pseudonym »Michael Eck« Positives über den BND schrieb,[568] scheint nicht immer ungeschmälert tragfähig gewesen zu sein, da Heizler »Winterstein« einige Zeit später durchaus Kummer bereitete. Er hatte durch eine Indiskretion gegenüber Bundesminister Strauß um die Jahreswende 1966/67 ein für das Ansehen des BND »abträgliches Bild« entstehen lassen, hielt Hans

Langemann (der erwähnte ebenso tüchtige wie skurrile Mitarbeiter von Kurt Weiß im Strategischen Dienst) in einer Notiz fest: »Die Angelegenheit konnte erst durch ein persönliches Gespräch Leiter 273 [Winterstein] mit Bundesminister Strauß Ende 1967 beigelegt werden. Die Angelegenheit zeigt, dass Heizler Loyalität gegenüber dem Dienst nur sehr bedingt zugesprochen werden kann.«[569]

1979, als sich die Zeiten und vielleicht auch Rudolf Heizler geändert hatten, beschwerte er sich – Satyrspiel zu einem mittelmäßigen Stück – einmal beim BND darüber, dass der Dienst eine seiner Mitarbeiterinnen nun bereits zum dritten Mal angelaufen habe, wo ihm der ehemalige Leiter der Abteilung I und jetzige BfV-Präsident in Gegenwart des BND-Vizepräsidenten seinerzeit doch eine gegenteilige Zusage gegeben habe. Seine Argumente, die gegen eine nachrichtendienstliche Mitarbeit sprächen, seien seinerzeit doch »ausführlich erörtert und ihnen anerkannt worden«.[570]

Rudolf Heizler war mit dem etwa gleichaltrigen Jochen Willke seit der Zwischenkriegszeit befreundet, dessen Wirkung im westdeutschen Journalismus noch größer war als seine; die Wertschätzung durch BND-Präsident Reinhard Gehlen ebenfalls. Das war keineswegs vorgezeichnet, denn Willke, geborener Münchener, seit 1957 als 44-Jähriger auch Chefredakteur der kurzlebigen *Münchner Illustrierten*, galt von Ende der vierziger bis Anfang der siebziger Jahre als *Abendzeitungs*-Kolumnist »Voluntas« als eine der prominentesten linken Instanzen der Publizistik. Im Dritten Reich war er mit Elogen auf den Führer hervorgetreten, kurz vor Kriegsende dann aber mit Berufsverbot belegt worden.[571] In einem kleinen Porträt charakterisierte ihn die Presseabteilung in Pullach als einen »der meistgelesenen Interpreten politischen Tagesgeschehens«, der nur heiße Eisen anpacke, »Objektivität im einfachsten Sinne, jedem verständlich, ist ihm oberstes Gebot«, gleichviel, dichtete man weiter, »ob der Autor nun Rechts oder Links, Innen oder Außen im Zielfernrohr seines Kugelschreiber-Angriffs sieht«.[572]

Der BND hat Willke nicht formell angeworben, vielmehr nahm Reinhard Gehlen wohl schon kurz nach seiner Ernennung zum BND-Präsidenten selbst Kontakt zu ihm auf. Der Präsident entwickelte, wie Kurt Weiß, der seine Führung dann übernahm, »trotz grundverschiedener politischer Auffassungen eine eigenartige persönliche Zuneigung« zu ihm.[573] Das beruhte auf Gegenseitigkeit und schlug sich zum ersten Mal in sensationell

aufgemachten Interviews und Reportagen in der *Abendzeitung* und der *Münchner Illustrierten* nieder.[574] Hans Globke machte solche PR-Coups einmal sogar zum Gegenstand eines Gesprächs mit dem BND-Vertreter in Bonn, Gehlens Schwiegersohn Alfred Dürrwanger, der sogleich seinen Schwiegervater anrief, um ihm das mitzuteilen.[575] »Im Bundestag ginge das Gerücht«, habe der Staatssekretär ihm erklärt, »dass die Artikelserie in der ›Münchner Illustrierten‹ vom BND veranlasst worden sei; der Bundestag habe diese Nachricht, sollte sie sich bewahrheiten, sehr unangenehm aufgenommen«. Er konzediere, dass der Dienst ihm von dem Vorhaben rechtzeitig Kenntnis gegeben und mitgeteilt habe, den Beitrag nur nach der sicherheitlichen Seite hin zu prüfen. Diese Version habe er auch zur Grundlage seines formellen Dementis gegenüber den Abgeordneten gemacht, »man habe ihm aber wenig oder keinen Glauben geschenkt und der Bundestag habe wenig freundlich darauf reagiert«.

Reinhard Gehlen hatte an dem Boulevard-Publizisten offenbar einen Narren gefressen, der in der Münchner Schickeria und der internationalen Hautevolee genauso exzellierte wie in seinen schmissigen politischen Kommentaren. Auch den BND-Chef verstand er vorteilhaft herauszustellen. Nach einer Besprechung mit dem Präsidenten hielt Weiß in jenen Tagen fest, »363 [Gehlen] äußerte seine Befriedigung über die positive Entwicklung der Verbindung 181 [Weiß] zu Jochen Willke. 363 erklärte, ihm sei Willke persönlich sympathisch (Zusatz: Umgekehrt auch, wie von J. W. zu hören war). Daran ändere die in wesentlichen Punkten grundverschiedene Einstellung nichts. Als Parteigänger der SPD habe Willke als ›Voluntas‹ in seinen Kommentaren in der Außen- und Sicherheitspolitik zum Teil Auffassungen vertreten, die nur auf falsche Informationen zurückgehen könnten. Ohne dass es möglich sein würde, eine Vielzahl von Richtigstellungen anzubringen, halte er – 363 – es für erfolgversprechend, Willke an einigen Beispielen Fehlerquellen für seine Artikel aufzuzeigen.«

In seinem nostalgischen »Zusatz« ging Kurt Weiß auf die weitere Entwicklung ein. »Entsprechend dieser Anregung bzw. Weisung wurde verfahren«, schreibt er, »und Willke in vielen Punkten von der falschen ›Ausgangslage‹ überzeugt. Ohne dass es gelang, J. W. sozusagen ›umzudrehen‹, blieb er zeitlebens ein Bewunderer des ›Doktors‹, auch als die politischen Ereignisse (Entwicklung nach dem Ausscheiden von 363)

für veränderte Verhältnisse sorgten. Die Verbindung zu J. W. selbst wurde 181 mit dessen Ablösung als AL I (30.4.1970) aus der Hand genommen.«[576] Willke starb 1975.

Einige Monate nach dem Gedankenaustausch von Reinhard Gehlen und Kurt Weiß über die erfreuliche Entwicklung der Presse-Sonderverbindung »Würmelen« huldigte der *Spiegel* Willke als einem Kombattanten im Kampf gegen Strauß. Er habe sich »von Bundeswaffenhändler Franz Josef Strauß den Vorwurf einer dekadenten und nihilistischen Weltanschauung nachrühmen lassen« müssen, weil er in einer seiner Kolumnen empfohlen hatte, den Ärger über den Verteidigungsminister bis zur nächsten Wahl zu konservieren und dann entsprechend abzustimmen. Das Magazin belegte die empörte Reaktion von Strauß mit einem Zitat aus der Sitzung des CSU-Landesausschusses: »Wenn wir davon ausgehen würden, dass jeder seine politische Gesinnung nach dem orientiert, was ihm selber passt oder nicht passt, wäre das die Auflösung des Staates […] Aus dem Kommentar spricht der Anfang einer deutschen Dekadenz und der deutsche Abstieg zum Nihilismus.«[577]

Für »Winterstein« blieb der vom Präsidenten so geschätzte Publizist ein schwer zu handhabender Partner, besonders im Sommer 1963, als der Felfe-Prozess immer neue Peinlichkeiten aus dem Innenleben des Auslandsnachrichtendienstes zutage förderte. Besonderen Anstoß nahm man im Bundeskanzleramt an einer Willke-Kolumne in der Illustrierten *Revue*.[578] Darin hatte »Voluntas« festgestellt, die Geheimdienste seien »von bösartigen alten Nazis verseucht […] In bestimmten Bezirken unserer Geheimdienste findet der Geist des Dritten Reiches seine Heimat. Nur die Flagge wurde gewechselt.« Im BND scheine es von SS-, SD- und Gestapo-Leuten »nur so zu wimmeln«, er sei offenbar »eine Art Traditionskompanie aus Himmlers Reichssicherheitshauptamt«. Seite an Seite mit alten Kämpfern unterwanderten sie den Staat, den sie eigentlich vor einer Unterwanderung schützen sollten. Den BND-Präsidenten schonte Willke in seiner Philippika jedoch, denn er schrieb lediglich: »Denn auch wer davon überzeugt ist, dass der General Reinhold [sic!] Gehlen ein loyaler und fairer Partner ist, verspürt den Wunsch, dass in seinem Geheimdienst nach dem Rechten gesehen wird.«

Ein Mitarbeiter im für den BND zuständigen Referat 5 des Bundeskanzleramts reagierte auf diese Attacke mit dem Hinweis, der

Journalist »Voluntas alias Jochen Willke ist bereits mehrfach durch unsachliche und tendenziöse Artikel, die sich u. a. auch mit dem Herrn Staatssekretär befassen, aufgefallen. Herr Friedmann sagt mir, er habe ausgezeichnetes Material über die ›braune‹ Vergangenheit des Herrn Willke (Gaupropagandist in Breslau und Graz). Dieses Material ist bereits einmal mit gutem Erfolg eingesetzt worden, um Herrn Willke in seine Schranken zu verweisen.«[579]

So grobe Methoden wurden aber nicht nötig, um »Voluntas« ruhigzustellen. Mit einem Zuckerbrot erreichten Gehlen und Weiß ein viel schöneres Ergebnis. Nur wenige Wochen nach dem Ärger mit der Kolumne, am 20. Oktober 1963, landete Willke nämlich einen Coup eigener Qualität, den er neuerlich seiner Sonderbeziehung zum Präsidenten verdankte, der wie er aus Breslau stammte: das groß aufgemachte Exklusiv-Interview in der *Revue* »Ich sprach mit Gehlen«.[580] Der Dienst, der in einen regelrechten »Pressesturm gegen den BND«[581] geraten war, hatte diese Soforthilfe auch bitter nötig. Daran erinnerte die Presse-Dienststelle von Kurt Weiß noch Jahre später, als sie feststellte, während der teilweise bösartigen Angriffe sei es seinerzeit immerhin gelungen, »über einige Presseverbindungen gewisse negative Reaktionen zu neutralisieren und Fehlurteile richtigzustellen. Die Aufsätze in ›Die Zeit‹ (Gräfin Dönhoff) und in der ›Revue‹ (Jochen Willke) trugen bei, Angriffe und Misstrauen abzubauen.«

Der Scoop, bei dem natürlich »Winterstein« Regie führte, war sorgfältig vorbereitet. Anfang Oktober unterrichtete er Gehlen in einem handschriftlichen Vermerk darüber, Willke habe ihm den geplanten Artikel zugeleitet.[582] »Gesamteindruck: Sehr gut geschrieben (Stil, Formulierungen), inhaltsreich; in der Grundeinstellung *positiv;* hat viel ›Beiwerk‹ absichtlich weggelassen (Starnberg, Familie, Umgang, Reisen 106 [Gehlen]). Der Artikel wird mit Sicherheit – dank der Ernsthaftigkeit und der Überzeugungskraft des Autors – eine *starke*, für den Dienst *günstige Wirkung* haben. Der Artikel enthält keine sicherheitsmäßig bedenklichen Passagen (es muss ›Voluntas‹ nach meiner Ansicht hoch angerechnet werden, dass er sehr viele kritische Punkte und entsprechend interessante Antworten 106 *nicht* einbezogen hat).« Es gebe nur eine *»einzige große Schwierigkeit«:* Willke sei nicht davon abzubringen zu erwähnen, er habe mit Gehlen persönlich Kontakt gehabt; mit viel Mühe habe der Autor »Empfang« in »Gespräch« umgeändert, nicht ohne darauf

zu verweisen, er sei ein Journalist der bis hinauf zum Bundeskanzler von allen empfangen werde: Weshalb solle er nicht mit Gehlen persönlich gesprochen haben dürfen, den er doch kenne und schätze? Eine Verschleierung der persönlichen Bekanntschaft entwerte den geplanten Artikel doch. Ganz richtig sah Kurt Weiß »sehr großen Ärger mit vielen uns wohlgesinnten Journalisten kommen«, den man aber vielleicht dadurch etwas mildern könne, dass einige andere Publizisten CDU-naher Zeitungen – Winfried Martini etwa – nach Pullach eingeladen würden. Tatsächlich zeigte sich die Sonderverbindung Martini nach dem Erscheinen des Artikels erstaunt, »hat aber«, so Weiß, »Verständnis für gelungene Einflussnahme auf linksstehenden Willke«.[583]

Bei Gehlen zeigte sich im Vorfeld einige Nervosität,[584] und da er wusste, dass von Pullach lancierte Illustrierten-Stories in Bonn nicht gut ankamen und »Voluntas« obendrein Persona ingrata war, sicherte er sich gegenüber dem Kanzleramt mit einem entsprechenden Vermerk ab.[585] Man habe frühzeitig erfahren, hielt er fest, dass die *Revue* einen Artikel vorbereite, der vor allem die Missstände im BND »anprangern und die Frage der Verwendung ehemaliger SS-Angehöriger mit negativer Tendenz behandeln« wolle, erläuterte der Präsident; es sei zu erkennen gewesen, dass »bei den leitenden Redakteuren der ›Revue‹ zum Teil völlig abwegige (von unqualifizierbaren Sensationsberichten beeinflusste) Vorstellungen über Aufgaben und Zusammensetzung des BND bestehen«. Daher habe er mit dem ihm seit Jahren bekannten Willke gesprochen, »der sich trotz seiner sehr links gerichteten Auffassung dem BND gegenüber stets fair und objektiv verhalten hat«. Der Reporter wolle nun versuchen, sich bei der Chefredaktion »durchzusetzen, um der dort vorhandenen Einstellung mit einer maßvollen und objektiven Darstellung zu begegnen. Heute erhielt ich Bescheid, dass dies gelungen sei.« Papier und Hans Globke in seiner letzten Amtswoche waren geduldig.

Die *Revue* wusste ihren Erfolg auszukosten: »Der Name Reinhard Gehlen wirkt wie eine Legende, denn nur wenige Leute kennen den Mann persönlich«, begann der Vorspann zu der sechsseitigen Reportage. Der ehemalige General arbeite hinter den Kulissen und meide die Öffentlichkeit: »Aber vor einigen Tagen machte er eine Ausnahme von dieser Regel: Er führte mit unserem Kolumnisten ›Voluntas‹ eine Unterhaltung über die Tätigkeit seiner Organisation.« Den Einstieg bildete

ein ganzseitiges Close-up des jungen Gehlen, die nächste Seite zeigte ihn beim Baden; dann die aufregende Fahrt nach Pullach hinaus, alles ganz anders, »als wir es aus den Spionagefilmen kennen«. Fragen über Fragen quälen den Reporter, da öffnet sich eine Tür: »Vor mir steht der Präsident des Bundesnachrichtendienstes.« Einen Doktortitel führe er nicht, schreibt er, »aber alte Mitarbeiter genießen das Vorrecht, ihn mit seinem vergilbten Decknamen anreden zu dürfen. Herr Doktor!«

Er sehe Gehlen nicht zum ersten Mal, vor Jahren habe er ihn bereits einmal in seiner Privatwohnung getroffen, »wir trinken Tee, wie beim ersten Mal«; unauffällige Eleganz eines Gentleman aus der Londoner City, wie ein pensionierter Oberst der britischen Kolonialverwaltung, federnder Schritt, würde, die *Times* lesend, in jeden Club an der Themse passen. Der routinierte Klatsch- und Gesellschaftsreporter, der Willke auch war, suggerierte mit wenigen Strichen, dass jeder Leser sich glücklich schätzen müsse, von einem Elegant wie diesem beschützt zu werden. Einseitige, gar frisierte Berichte gegen die Entspannungspolitik? Unmöglich, völlig ausgeschlossen. Missbrauch seiner Stellung? Gehlen: »Selbst ein BND-Chef, der bewusst illoyal wäre, könnte den Dienst nicht für seine dunkle Zwecke einspannen.« Man kontrolliere sich gegenseitig, auch SPD-Chef Ollenhauer erhalte ja seine Berichte. Im Inland bewege man sich streng im Rahmen der Gesetze. Willke: »Sagt Gehlen die Wahrheit? Ich kann das nicht nachprüfen. Aber ich habe den Eindruck, man kann sich auf seine Worte verlassen.« Für den Fall Felfe sind, notabene, die Amerikaner verantwortlich, bei denen ehemalige Canaris-Leute wenig Chancen gehabt hätten. Sie »bevorzugten aus unbegreiflichen Gründen SD-Chargen aus der Spionageabteilung des Reichssicherheitshauptamtes. So kamen SS-Führer wieder zum Zug.« Die Übernahme des KGB-Spions geschah im Übrigen unter Kontrolle einer Spezialkommission des Bundestags.

Ansonsten sei es ein arg schwieriges Leben, erfuhr man noch. Sogar jeder Fehler im Privaten, »erotische Seitensprünge« beispielsweise, rufe die »eigene Überwachung« auf den Plan; andererseits hätten natürlich alle seine Mitarbeiter »das Recht, in schwierigen Fällen zu mir zu kommen«. Zum Schluss hob der vielgelesene »Voluntas« noch einmal hervor, wie sympathisch, vielseitig, anregend, modern und humorvoll er den Mann finde, der sich – Gehlen hatte eben die jahrelange Ausforschung der SPD-Führung einstellen und alle Spuren beseitigen lassen[586] – eine strengere

Aufsicht über die Dienste der Republik wünsche, »im Interesse der Bürger«. In Pullach, wo Kurt Weiß den Artikel geprüft und Änderungen veranlasst hatte, rief die Schmonzette helle Begeisterung hervor. So wollte man gesehen werden.

Die seltsame persönliche Sympathie zwischen Jochen Willke und Reinhard Gehlen, der sich nicht ungern unter die Geheimnisvollen und Glamourösen einreihen ließ und auch einen eigenen jahrzehntelangen »Seitensprung« zu seinen Geheimnissen zählte,[587] blieb bis zum Ausscheiden des Gründungspräsidenten aus dem Amt lebendig. Mehr noch, »Voluntas« vergoldete Gehlen, ähnlich wie wiederum Marion Gräfin Dönhoff, den Abschied aus Pullach mit einer weiteren Eloge. In der *Neuen Revue* berichtete er in einer feinen Home-Story über seinen Besuch bei »Deutschlands geheimstem Mann« in Berg am Starnberger See (»Ich war in Reinhard Gehlens kleinem Haus«).[588] Reizende und kuriose Details wechselten mit Schmeicheleien über den gutherzigen Mann, der gerne Menschen um sich habe, in den zurückliegenden Jahrzehnten freilich immer wieder harte Entscheidungen habe treffen müssen, bei denen er jedoch »niemals Ethik und Humanität verleugnet« habe.

Sein Interesse für Psychologie und Psychiatrie und das Segeln kamen ebenso zur Sprache wie sein generöser Auszug aus seiner Villa und der Einzug in ein bescheidenes Fertighaus (»Frau Gehlen serviert selbst«), um für die Familie des Sohnes Platz zu machen. Bei einem Rundgang ließ Gehlen, wie Rolf-Dieter Müller amüsiert schreibt, es sich nicht nehmen, »auch das Schlafzimmer zu zeigen, gegen den zarten Protest seiner Frau, die wie alle Hausfrauen in zivilisierten Ländern meinte, es sei doch nicht aufgeräumt!«[589] Ja, ja, wenn sich keine besonderen Zwischenfälle ereigneten, stehe man vielleicht vor einer Periode des Friedens, wagte der Präsident (»Bart Gehlens im Vergleich zu Hitlers Bart viel eleganter«) zu prognostizieren. Eine nette Familie, ein netter Mann, ein großer Staatsdiener, ein Geschenk für die Republik – die beiden mochten sich eben. Ob anderes im Spiel gewesen war, lässt sich aus den überlieferten Unterlagen nicht entnehmen.

Lag in dem für die Publicity des BND so erfreulichen Umgang Reinhard Gehlens mit »Voluntas« viel Spielerisch-Persönliches, so entwickelte sich die Beziehung seines Dienstes zu dem bekannten sozialdemokratischen Publizisten und SPD-Funktionär Fried Wesemann zu einer handfesten

nachrichtendienstlichen Arbeitsbeziehung mit allen professionellen Ingredienzien. Denn dieser üppig bezahlte V-Mann 7382 (»Werner«, »Herbst«, »Herbert«) ist es gewesen, der die vertraulichen Sondierungsgespräche, die eine kleine SPD-Delegation Ende 1967 mit Vertretern der kommunistischen Partei Italiens, PCI, im Vorfeld der Neuen Ostpolitik führte, an den Strategischen Dienst von Wolfgang Langkau und Kurt Weiß verriet und eine handfeste politische Affäre der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger auslöste. Die ersten Kontakte Wesemanns zu »Langendorf« und »Winterstein« reichten in die Zeit der Organisation Gehlen zurück.

Fried Wesemann war in Pullach Ende 1953 mit einem Zeitungsbeitrag aufgefallen, der zu dieser Zeit, als der deutsche Apparat der CIA scharfer Kritik ausgesetzt war, mit wohlwollenden Zwischentönen aus dem Rahmen fiel. Er sprach darin von Spionageorganisationen als »für moderne Staaten unerlässliche Einrichtungen«, bezifferte das Agentennetz der Org, das sich von den Ländern des Ostblocks bis zum Nahen Osten erstrecke, respekteischend auf »einige tausend Mann«, berichtete von »bemerkenswerten Leistungen« und zeigte sich über die Zukunftspläne Globkes und des »sehr politisch« arbeitenden Reinhard Gehlen für den Dienst wohlinformiert.[590] Im Winter 1954: »Als Grundlage für den Bundesnachrichtendienst kommt jedoch nur der Gehlen-Apparat in Betracht.«[591] Im Sommer 1955: »Wirksame parlamentarische Kontrolle gewährleistet.« [592] Bald darauf räumte der designierte BND-Präsident dem konstruktiven Zeitungsmann einen persönlichen Gesprächstermin ein.[593]

Der 40 Jahre alte Wesemann war zu diesem Zeitpunkt bereits eine bekannte politisch-publizistische Figur. Nach kurzer Emigration in Dänemark als Obergefreiter durch das Dritte Reich gekommen, hatte Kurt Schumacher den aus sozialdemokratischem Elternhaus stammenden Journalisten zu seinem Pressechef gemacht. Er ehrte den verstorbenen SPD-Vorsitzenden noch im Todesjahr mit einer vielgelesenen Biografie.[594] Aus dieser Zeit stammt seine enge Freundschaft mit Schumachers Vertrauter und späteren Bundestagspräsidentin Annemarie Renger. Seine journalistische Karriere führte Wesemann über die *Hannoversche Presse* zur *Frankfurter Rundschau*, deren Bonner Büro er 1949 übernahm, um sieben Jahre später als Chefredakteur nach Niedersachsen zurückzukehren. Ende der fünfziger Jahre arbeitete der SPD-Mann kurz beim *Spiegel* in Hamburg, im Frühjahr

1959 ging er als Korrespondent des Magazins nach Paris. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte seine förmliche Anwerbung als V-Mann des BND.[595]

Die Anordnung, Fried Wesemann, bisher Presse-Sonderverbindung des Präsidenten, für den BND zu gewinnen, kam auf dessen »Weisung«[596] vom stellvertretenden Leiter des Strategischen Dienstes, Kurt Weiß. Er berief sich dabei außerdem auf den von Gehlen als Verbindungsmann zum SPD-Vorstand bestellten Sozialdemokraten Dr. Siegfried Ziegler (V-11643, »Dr. König«, »Dr. Kaiser«) – der Schlüsselfigur des »Doktors« bei der Ausforschung der Parteispitze[597] –, der diese Verbindung schon länger hielt.[598] Es war dann niemand anderer als Siegfried Ungermann persönlich, der die Werbung in Paris unter Dach und Fach brachte. Er wies den neuen inoffiziellen Mitarbeiter in seine »Aufgabengebiete« und die »speziellen Bedürfnisse des Dienstes« ein, besprach auch die Treff-Modalitäten mit ihm. Wesemann, der »Wert auf gute Bezahlung« legte, brachte das Gespräch dann »auf seine Exponierung und Gefährdung durch eine Tätigkeit für uns und erbat unsere Stellungnahme, welchen Schutz er genieße, wenn er ohne eigenes Verschulden ›aufplatzen‹ würde«. Ungermann wich aus, konnte aber zur Kenntnis nehmen, dass seinen Gesprächspartner »der Gedanke einer späteren hauptamtlichen Tätigkeit für uns sehr bewegt«. Da er seinen »*früheren* V-Mann-Führer« Ziegler (er hatte ihm gelegentlich wegen seiner Pressearbeit »ins Gewissen geredet«[599]) als seinen »persönlichen und politischen Freund« bezeichnete, der sicherlich noch Karriere machen würde, setzte er hier wohl gewisse Hoffnungen auf ihn. Etwas schnoddriger heißt es in den Akten an anderer Stelle, Fried Wesemann zeige »viel Interesse für unsere Arbeit, allerdings nur dann, wenn gut gezahlt wird. Er betrachtet seine Mitarbeit als patriotische Pflicht«. Von all dem unterrichtete Kurt Weiß Gehlen umgehend.[600] In der dreimonatigen Probezeit entlohnte der BND diese Pflichterfüllung mit monatlich 800 DM, für die der interessierte Mitarbeiter jedoch schnell wesentlich mehr herauszuholen verstand. An der Formel von der patriotischen Pflicht fand »Winterstein« gefallen; »erfreulich«, notierte er am Rande.[601]

Schon nach wenigen Monaten, Ende 1959, verließ Wesemann den *Spiegel*. Aus der angestrebten hauptamtlichen Verwendung wurde dann aber nichts, weil der BND ein Gehalt, wie er es bei dem Nachrichtenmagazin bezogen hatte, laut Aktennotiz »bei Inlandstätigkeit nicht zahlen kann«. V-

Mann »Werner« sagte, er habe in Hamburg von sich aus gekündigt. Horst Mahnke (»Klostermann«), der Informant des BND in der Spitze des *Spiegels*,[602] wusste es besser. Er berichtete, dass die Redaktion mit Wesemann unzufrieden sei. Augstein habe ihn in Hamburg ablösen lassen, »weil er in seiner Arbeit den Anforderungen nicht entsprach. Von seiner jetzigen Erkrankung spricht ›Klostermann‹ als von einer ›Flucht in die Krankheit‹, die dadurch ausgelöst wurde, dass er seit seiner Übersiedlung nach Paris noch keinen Beitrag im ›Spiegel‹ veröffentlichen konnte«; das Auslandsressort sei ebenfalls unzufrieden, außerdem gebe es Krach mit Heinz Höhne. Auch mit Chefredakteur Hans Detlev Becker sei er nicht recht warm geworden, »obwohl Wesemann den Pepita-Anzug Beckers kopierte«. Es ging für den Journalisten, dem Augstein in Paris eine letzte Chance geben wollte, also bergab. Wegen unzureichender Leistung habe er inzwischen die Kündigung erhalten, wie Mahnke bald meldete.[603]

Der neue V-Mann bewegte sich nun zwischen der französischen und der bundesdeutschen Hauptstadt und war als freier Journalist in Fernsehen, Rundfunk und mehreren Zeitungen (darunter *Christ und Welt*, *Frankfurter Rundschau* und *Vorwärts*) gut ausgelastet. Gleichzeitig belieferte Wesemann den Strategischen Dienst von Anfang der sechziger bis Anfang der achtziger Jahre mit einer Fülle mündlicher und schriftlicher Berichte aus seinen zahlreichen Abschöpfkontakten in Ost und West[604] sowie über die Erkundigungen, die eine Unterquelle von ihm im französischen Linksmilieu einzog. Die Meldungen bezogen sich auf personalpolitische Entwicklungen in Osteuropa und im Nachbarland, auf parteipolitische Entwicklungen dort und alles, was Wesemann in Bonn und Paris (wo Wesemann für den BND eine Wohnung angemietet hatte[605]) sonst noch aufschnappen konnte.

Der sozialdemokratische Zuträger schilderte seine meist ziemlich kostenträchtigen »Einsatzreisen« mit Kolorit, heute den Kongress der Vereinigung Frankreich-DDR in Straßburg, morgen den Kongress der Sozialistischen Internationalen, übermorgen aus diesem oder jenem Anlass eine Reise nach Warschau; außerdem führte er mitunter riskante Schleusungen in den Ostblock durch. Auch wenn die Spesen häufig von einem Sender oder einer Zeitung getragen wurden, fand er meist gute Argumente, weshalb sich auch der BND, der ihm »Einzelaufklärungsforderungen« erteilte, jeweils mit mehreren hundert DM

beteiligen sollte. Manchmal wurden Geschenke für seine französischen Unterquellen fällig, »750/000 Gelbgold-Emaille-Manschetten-Knöpfe mit Brillanten, Korall-Onyx-Gelbgold-Kette, 850/000 Gelbgold-Kette mit Türkiskugeln« im Gesamtwert von 3085,80 DM.[606]

Einmal, im Herbst 1979, schickte Wesemann seinem V-Mann-Führer beispielsweise einen seiner regelmäßigen Briefe, berichtete aus der Ukraine und benannte als Grundlage seiner Erkundung »eine Invalidenrentnerin, lebt allein, hat aber einen weit gefächerten Verwandten- und Bekanntenkreis in der Heimtatstadt Kiew, wo sie geboren wurde und seit Rückkehr aus Deutschland gegen Kriegsende ununterbrochen gelebt hat«.[607] Das Schreiben wurde zu einer anschaulichen Reportage: »Auf dem Lande gibt es praktisch keine Juden mehr«, berichtete V-7382 Wesemann. »Es hat sie immer in die Stadt gezogen. Auch ihnen gegenüber wirkt die Kollektivierung nicht nach. Ein erklärter Antisemitismus ist im Stadtleben nicht erkennbar. Wegen der Ausreisemöglichkeiten der Juden heißt es scherzhaft: Früher wollten die Juden Russen sein, jetzt ist es umgekehrt. Die Juden werden um ihre Möglichkeiten beneidet, haben selbst aber Angst, dass plötzlich die Ausreise gesperrt werden kann. Sie rechnen sich aus, wie lange es dauern kann, bis einer an die Reihe kommt, wenn bei zweieinhalb Millionen insgesamt jährlich nur 30 000 hinausgelassen werden. Den fiktiven Heiraten ist ebenso wie dem Wohnungstausch ein Riegel vorgeschoben worden, indem die Wartezeiten auf zwei Jahre festgesetzt wurden. Juden, die große Wohnungen hatten, verkauften sie früher für viel Geld im Wege des Tausches. Zusammenstöße gibt es dann, wenn die Juden ihrer Eigenart entsprechend vorgehen. Wenn sie sich in einer Schlange vor Geschäften anstellten, heißt es: Haut ab nach Israel, wieso seid ihr noch hier! Missstimmung und Wut gibt es auch, wenn die Juden in Gruppen auftreten, sich durchschlängeln, andere übertölpeln. Es wird nicht mehr wie in den Anfängen bestraft, wenn man sie beschimpft. Im persönlichen Zusammenleben spielt der Rassegegensatz aber keine Rolle.«

Das war farbig, aber nicht überraschend oder neu. Aus Wesemann wurde trotz seiner Einbindung in das V-Mann-System kein professioneller Kundschafter, er fiel seinem Betreuer mit seinen feuilletonistischen Ausschweifungen und persönlichen Einlassungen gelegentlich wohl auch auf die Nerven. Dann war er eingeschnappt. Als er sich in einem anderen

Brief einmal ausführlich darüber ausließ, wie intensiv er sich um seine weibliche Unterquelle kümmere, nahm er das erwartete Stirnrunzeln gleich selbst vorweg.[608] Nachdem er ausgiebig dargetan hatte, was gerade wieder anstand, wie er die Bindung durch Geschenke außerordentlich verstärke, bemerkte er, auf weitere Einzelheiten wolle er gar nicht eingehen: »Aber Sie müssen wissen, dass ich zur Pflege der Beziehung viel aufwende. Der kleine Hund musste jetzt am Auge operiert werden. Ich habe zu ihrer Erleichterung die notwendigen Informationen von der Züchterin eingeholt, einen Arzt in Aachen ausfindig gemacht und dann die richtige Spur für die Behandlung in Paris gefunden. Gestern rief sie mich voll Dankbarkeit an, dass alles glatt über die Bühne gegangen sei. Ich zögere, Ihnen über meinen Besuch hier zu berichten. Wenn Sie schon fanden, dass das Kapitel des Moskauer Krankenhauses nichts brachte, dann werden Ihnen auch allgemeine, freilich konkrete Schilderungen des Landes wenig oder nichts bedeuten. Lassen wir das also.«

Die Ausbeute Wesemanns für die Auslandsaufklärung blieb trotz regelmäßiger Treffs und ungeachtet seiner eingängig abgefassten vertraulichen Reportagen insgesamt hinter den Erwartungen zurück, entsprach (wie man nach dem Wechsel von Gehlen zu Wessel und der Entmachtung von Kurt Weiß als Leiter der Beschaffung erkannte[609]) jedenfalls bei Weitem nicht den finanziellen Zuwendungen, die zwei Jahrzehnte lang an den sozialdemokratischen V-Mann geflossen waren. Der BND stellte ihm neben seinem regulären Einkommen erhebliche Summen zur Verfügung: Wie gesagt, seine Dotierung begann 1959 in den ersten drei Monaten der Probezeit mit 800 DM monatlich und stieg sogleich an, 1962 auf 1000 DM und ab 1964 auf ein Monatssalär von 1500 DM.[610] Jedes Jahr waren es ab dann 18 000 DM Honorar, etwa so viel, wie ein Studienrat 1965 nach Hause brachte. Rechnet man die Beträge bis zu seiner »Abschaltung« 1981 zusammen, erhält man eine Gesamtsumme von etwa 350 000 DM. Das war aber nicht alles. Hinzu kamen üppige Erstattungen und Pauschalen für Reisen und Bewirtungen, die teilweise ja schon von den Rundfunkanstalten oder Zeitungen übernommen worden waren, für die er tätig war. 1979, als er die zitierten Schreiben an den BND schickte, weist seine Finanzbilanz Auslagenerstattungen in Höhe von 6740 DM aus; die Aktion Augenoperation beim kleinen Unterquellenhund schlug mit 840 DM zu Buche.

Man ahnt, dass hinter einem derartigen Mitteleinsatz bei stetig abnehmendem nachrichtdienstlichem Ertrag vielschichtige Motive gestanden haben dürften. Für Fried Wesemann, der 1967/68 im Zentrum des aufsehenerregenden Skandals um die Ausforschung der politischen Gespräche der SPD mit den italienischen Kommunisten durch den BND stand und damit seine Karrierechancen in der Parteizentrale der SPD ruinierte, trifft das gewiss zu. Einen gar nicht mehr voll einsatzfähigen, ohnehin als BND-Informant verdächtigten Journalisten weitere zehn Jahre lang üppig zu dotieren, war wohl, wie wir sehen werden,[611] vor allem die Wiedergutmachungsleistung für erlittene Beschädigungen. Dem Strategischen Dienst war nämlich kurz nach Installierung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger das Glück zuteilgeworden, dass der sozialdemokratische Parteivorstand seinen Informanten Wesemann in eine hohe Position berief: Auf Initiative von Herbert Wehner wurde er Anfang Mai 1967 »Direktor der Informationspolitik beim Parteivorstand der SPD«.[612] In dieser Funktion konnte er an den Leitungssitzungen teilnehmen.[613]

Der Karrieresprung von V-Mann 7382 (der schon immer mit dem Gedanken gespielt hatte, »hauptamtlich für die SPD tätig zu werden«[614]) in das Zentrum der Sozialdemokratie erlangte für Wolfgang Langkau und Kurt Weiß ganz besondere Bedeutung, weil sich in der Ost- und Deutschlandpolitik zwischen den Koalitionspartnern der Regierung Kiesinger/Brandt immer häufiger Divergenzen zeigten. Dem als Außenminister fungierenden SPD-Vorsitzenden Willy Brandt war daran gelegen, deutlich zu machen, dass seine unter dem Schlagwort »Wandel durch Annäherung« berühmt gewordene Konzeption der Neuen Ostpolitik in dieser Regierungskonstellation nicht zu realisieren war. Im Hinblick auf die Wahlen 1969 setzten er und sein Freund Egon Bahr (ehemals Leiter des Berliner Presse- und Informationsamts und Sprecher des Regierenden Bürgermeisters, jetzt Chef des Politischen Planungsstabs des Auswärtigen Amts und Sonderbotschafter) auf eine für den Koalitionspartner wenig erfreuliche Strategie »antagonistischer Profilierung«.[615]

In vorsichtiger Distanzierung von Bundeskanzler Kiesinger ging es Brandt jedoch nicht nur um innenpolitische Abgrenzung, sondern auch um eine Annäherung an mögliche Verhandlungspartner, falls sich die Chance für einen Neustart in den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur

Sowjetunion, den Ostblockstaaten und zur DDR bieten würde. Daher hatte die SPD bereits im Herbst 1967 »Kontakte mit solchen politischen Kräften aufgenommen, die bei der Anknüpfung eines konstruktiven Dialogs mit dem Osten behilflich sein konnten«.[616] Zu diesen als Makler ausersehenen Kräften zählte die italienische KP (PCI), weltweit die stärkste nichtregierende kommunistische Partei, die für eine blocküberwindende Entspannungspolitik und auch für eine Parteienautonomie innerhalb des von Moskau dominierten Weltkommunismus eintrat. Der Anstoß zu diesem delikaten Dialog kam aus Italien, erste geheime Kontakte erfolgten mit Wissen Brandts und Wehners im September. Dabei ging es nicht um »Volksfrontbestrebungen«, wie die politische Rechte nach Bekanntwerden dieses politischen Abtastens sogleich behauptete, sondern um den Versuch, die Neue Ostpolitik einer maßgeblichen KP in der Hoffnung schmackhaft zu machen, sie werde ihren Bruderparteien im Osten die Ernsthaftigkeit dieses Ansatzes bezeugen. Zugleich sollte die SED als Hauptinterpret des Brandt'schen Bestrebens konterkariert werden.

Mit Wissen des Außenministers und Parteivorsitzenden[617] reiste eine dreiköpfige SPD-Delegation im November 1967 zu dem geheimen Treffen nach Rom. Zu ihr gehörte neben Egon Franke, SPD-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Gesamtdeutschen Bundestagsausschusses, dem Brandt-Vertrauten Leo Bauer auch BND-V-Mann Fried Wesemann, der neue Informationsdirektor. Ihnen saßen drei Spitzenvertreter des italienischen Kommunismus gegenüber, darunter der spätere Parteichef Enrico Berlinguer; in der Schlussphase der dreitägigen Unterredungen schaltete sich sogar der PCI-Vorsitzende Luigi Longo persönlich ein. Der BND, dessen Führungspersönlichkeiten Gegner jedweder »Aufweichung« westlicher Positionen waren, saß bei den vertraulichen SPD-PCI-Sondierungen also mit am Tisch. Da Brandt und Wehner es weniger versäumt als vermieden hatten, den Bundeskanzler vorab über diese Initiative zu informieren, Kiesinger und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (ein spezieller Vertrauter Wolfgang Langkaus[618]) durch den Gehlen-Dienst aber davon ins Bild gesetzt wurden, entfaltete sich ein inzwischen mehrfach beschriebenes »Misstrauens-Drama zwischen den Regierungspartnern«,[619] das in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurde und die Koalition über Monate schwer belastete. Es wurde noch dadurch verstärkt, dass bei einem

weiteren Treffen im März 1968 in München diese Sondierungen durch die Anwesenheit von Staatssekretär Egon Bahr ein »Übergreifen auf den Regierungsbereich«[620] zu signalisieren schienen.

Als die Presse Anfang April – Gehlen war eben in den Ruhestand getreten – auf breiter Front über die Tete-à-Tetes der Sozialdemokraten mit den italienischen Kommunisten zu berichten begann (den ersten Hinweis gab *Christ und Welt* schon einen Monat zuvor)[621] und der *Bayernkurier* meldete, erst der BND habe das Kanzleramt über das »Ungeheuerliche« in Kenntnis gesetzt,[622] war in Pullach und im Palais Schaumburg schon viel geschehen. Wolfgang Langkau und Kurt Weiß (die eingestufte BND-Materialien gewohnheitsmäßig an ihre Parteifreunde in der Union gaben[623]) widmeten den Sozialdemokraten seit ihrem Eintreten in die Große Koalition noch größere Aufmerksamkeit als ohnehin schon.[624] So ließ Langkau Mitte September 1967 von »Winterstein«[625] ein achtseitiges Dossier über Egon Bahr zusammenstellen und machte es Staatssekretär von Guttenberg (der im BND mit dem Alias »Drucker« belegt war) – angeblich nur mündlich – zugänglich.[626] Das Papier enthielt »Angaben zum Lebenslauf und zur politischen Aktivität« des Brandt-Vertrauten, »Erkenntnisse aus Informationen östlicher Quellen über Kontakte und Maßnahmen Egon Bahrs (1963–1967)« sowie, gewissermaßen tagesaktuell, »Vertrauliche Äußerungen Egon Bahrs über die Ostpolitik der Bundesregierung«.

Der erste Teil des Dossiers bewegte sich im Rahmen des Zeitungswissens, das sich der dem konservativen CSU-Flügel zuzurechnende Baron Guttenberg auch beim parlamentarischen Dienst hätte besorgen können, hielt aber auch fest: »15.7.1963 – umstrittene Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing: ›Wandel durch Annäherung‹ – heftige Proteste der CDU (Amrehn) und parteiinterne Kritik durch Wehner«. Außerdem hob Langkau es wie ein Geheimnis hervor, dass der Sonderbotschafter im Auswärtigen Amt »Delegationsleiter bei den tschechisch-deutschen Verhandlungen in Prag« gewesen sei. Zu den elf Erkenntnissen aus östlichen Quellen, die im Mai 1963 einsetzten, zählte, dass der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin den Auftrag erhalten habe, seine Kontakte mit Bahr zu intensivieren; dass tschechische Diplomaten Bahr als »vorgeschobenen Sprecher« Brandts einschätzten; dass Bahr seine Kontakte mit sowjetischen Diplomaten fortsetze (Februar 1964); dass Brandt die Veröffentlichung eines Buches von Bahr über neue

Möglichkeiten der deutschen Ostpolitik verhindert habe (Juni 1966); dass die sowjetische Botschaft die Berufung Bahrs ins Auswärtige Amt »positiv beurteilt« (Dezember 1966); dass tschechische Diplomaten »auf beträchtliche Differenzen zwischen Brandt/Bahr und den Berufsdiplomaten im Auswärtigen Amt« schlössen (August 1967). Im gleichen Monat, so der dritte Teil des Dossiers, habe Brandts Vordenker vor mehreren Journalisten vertraulich geäußert, es sei entscheidend wichtig, die UdSSR mit einem Gewaltverzicht und dem Angebot von Truppenreduzierungen »derart zu interessieren, dass man an einer allzu großen Annäherung an die ›DDR‹ vorbeikäme«; die Sowjetunion werde sich dann möglicherweise »etwas vernünftiger« verhalten. Wie bei einer Operation der Spionageabwehr hatte der Strategische Dienst Zeitungswissen über ein hohes Regierungsmitglied kompiliert.

Mit dem vertraulichen SPD/PCI-Dialog und der Einschaltung Bahrs schien der als gefährlich angesehene Kurs von Brandts Vertrauten eine neue Qualität anzunehmen. Bereits am 9. Januar 1968 ging in Pullach der Bericht von Fried Wesemann ein, der an den Unterredungen in Rom teilgenommen hatte. Anfang Februar ließ Johannes Schauff, der langjährige, manchmal als »Nebenbotschafter« der Bundesrepublik in Rom und beim Vatikan apostrophierte BND-Informant,[627] zwei einschlägige Berichte an den Dienst gehen, die er vom Sekretariat der Democrazia Cristiana (DC) erhalten hatte, dem das linke Treffen nicht verborgen geblieben war.[628] Erst dadurch, so Langkau später, sei der von Wesemann gemeldete Sachverhalt bestätigt und nachrichtendienstlich verwendbar geworden. Der Leiter des Strategischen Dienstes sah ihn als so schwerwiegend an, dass er, da Bundeskanzler Kiesinger einen Italien-Besuch unternahm, am 6.2. umgehend Gehlen mit dem Vorschlag informierte, Staatssekretär von Guttenberg die Angelegenheit zur Kenntnis zu geben. V-Mann Fried Wesemann sah sich unversehens in die hohe Politik verwickelt.[629]

Da die beiden BND-Informanten als Quellen bestens bewertet waren, nahmen die Dinge ihren Lauf. Zunächst beschwerte sich Baron Guttenberg, die »graue Eminenz« der Großen Koalition,[630] der die außenpolitische Konzeption von Brandt und Bahr ebenso kompromisslos ablehnte wie deren Gangart, bei seinem Vertrauten Wolfgang Langkau. In München fragte er ihn sogar, wieso der BND denn die Meldung über die »Angelegenheit KPI/SPD«, die schon länger bekannt sei, so verzögert habe? Man habe auf

eine unabhängige Bestätigung der Wesemann-Information warten müssen, bekam er zur Antwort. Der Staatssekretär verlangte nun eine schriftliche Aufzeichnung über den Vorgang. Langkau übersandte sie ihm Mitte Februar und Ende des Monats trug er ihm und Kanzleramtschef Carstens die Erkundungen des BND vor.[631] Noch wusste der Koalitionspartner SPD und speziell Außenminister Brandt, der auf vertrautem Fuß mit Informationsdirektor Wesemann stand, nichts von den Erkundigungen, die BND und Kanzleramt seit beinahe acht Wochen über die Italien-Gespräche einzogen.

Der SPD-Informationsdirektor war da schon von anderer Seite ins Gerede gekommen. Der ultralinke *Berliner Extra-Dienst* von Carl L. Guggomos – nach der deutschen Vereinigung als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS enttarnt – hatte, seinerseits gestützt auf Nachforschungen der französischen Splitterpartei Parti Socialiste Unifié (PSU), einen Artikel mit der unangenehmen Schlagzeile »SPD-Funktionär Wesemann: Ein BND-Agent in Paris?« veröffentlicht.[632] Er bezog eine Meldung des *Wiesbadener Kuriers* ein, die davon sprach, Fried Wesemann sei im Zuge des bevorstehenden Präsidentenwechsels in Pullach als BND-Vizepräsident im Gespräch. PSU-Kreise vermuteten, hieß es, Korrespondent Wesemann benutze seine journalistische Tätigkeit nur als nachrichtendienstliche »Abdeckung«. Tatsächlich war Wesemann kurze Zeit für die Stellvertreterposition in Pullach im Gespräch gewesen, die PSU-Vermutung ging jedenfalls nicht ganz an der Wirklichkeit vorbei. Folgen aus diesen Gerüchten entstanden für den SPD-Funktionär zunächst nicht.[633]

Kurt Weiß wusste jedoch schon seit beinahe einem Jahr, dass sich die Sozialdemokraten ihres Informationschefs nicht ganz sicher waren. Der Leiter seiner Dienststelle 931 (Strategische Aufklärung DDR) hatte ihm mitgeteilt, »im SPD-Parteivorstand und SPD-Journalistenkreisen wundert man sich über den hohen Lebensstandard Fried Wesemanns, den er unmöglich aus seiner journalistischen Tätigkeit in Paris allein bestreiten könne«. Sein in der Nähe von Annemarie Rengers Anwesen neu erbautes Haus habe »einen exklusiven Anstrich und ist mit Möbeln aus Paris eingerichtet«. In der SPD werde »intern offen dazu gesagt, dass Wesemann neben seiner journalistischen Tätigkeit noch eine ›Vertretung des BND‹ in Paris innegehabt haben soll«. Als zusätzliches Indiz gelte der starke Einsatz Frau Rengers für ihn, der »insbesondere auch seitens Herbert Wehners

Kontakte mit dem BND zugeschrieben werden«.[634] Wesemann selbst beschwerte sich schon bald nach seiner Berufung bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, dass bei seinem Versuch, die Kommunikation der Partei auf eine neue Grundlage zu stellen, niemand so recht mitziehe.[635]

Fried Wesemanns Position beim Parteivorstand wurde in dem Maße prekär, wie sich die römische Affäre ausweitete. Im Laufe des Jahres 1968 erschienen immer neue Artikel, die sich mit der angeblichen Geheimdiplomatie von Brandt und Bahr befassten und obendrein darauf verwiesen – namentlich das CSU-Organ *Bayernkurier* –, dass der BND diese Dinge gut im Auge habe, ja sogar Tonbandmitschnitte von SPD-SED-Gesprächen existierten. Da die Zeitungen ihre Informanten natürlich nicht nannten, fraß sich das Misstrauen zwischen den Koalitionspartnern auch wegen dieser schwer durchschaubaren, kampagnenartigen Vorwürfe so sehr fest, dass die Große Koalition bei näher rückenden Bundestagswahlen gefährdet schien. Willy Brandt brachte die Angelegenheit im Kabinett zur Sprache, Kanzleramtschef Carstens führte eine Untersuchung durch und legte das Ergebnis Ende 1968 Bundeskanzler Kiesinger in einem dreizehnseitigen Bericht vor.[636]

Die SPD hatte schon im Frühjahr eingeräumt, dass es besser gewesen wäre, den Bundeskanzler von ihren Sondierungen zu unterrichten.[637] Willy Brandt ließ jedoch keinen Zweifel daran, Bahr »habe stets nur solche politischen Gespräche geführt, von denen er, der Minister, gewusst und die er gebilligt habe; dies gelte für die Zeit vor dem 1. Dezember 1966 wie für die Zeit danach«.[638] Damit reduzierte sich die Untersuchung des Kanzleramtschefs, die zu keinen gesicherten Ergebnissen über die Bahr-Kontakte kam, auf die politische Frage, ob diese klug und geboten gewesen seien oder nicht. Immerhin betonte Carstens »das legitime Interesse des Regierungschefs, über sämtliche Kontakte eines Bundesbeamten unterrichtet zu werden, dem wichtige Aufgaben im Bereich unserer Ostpolitik übertragen worden sind«.

Nicht ganz so mager fielen die Ergebnisse im Hinblick auf den Auslandsnachrichtendienst aus: »Es besteht ein starker Verdacht«, musste Karl Carstens Kiesinger und Brandt mitteilen, »dass eine interne Aufzeichnung des BND über Ministerialdirektor Bahr vom 14. September 1967 in unbefugter Weise weitergegeben worden ist. Da es sich nicht um eine als Verschlusssache eingestufte Aufzeichnung handelt, rate ich von

einer Untersuchung gegen den Journalisten, dem die Aufzeichnung anscheinend zugänglich gemacht wurde, ab. Dagegen ist es notwendig, dass der BND intern untersucht, welcher seiner Bediensteten für die Indiskretion verantwortlich ist.« Mehr war anscheinend nicht zu eruieren gewesen, jedenfalls nichts, was darauf hindeutete, dass dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Baron Guttenberg, schon lange bevor er sein Büro im Palais Schaumburg bezog, regelmäßig eingestufte Materialien aus Pullach überlassen worden waren; danach erst recht.[639] Die Wesemann- und Schauff-Hinweise auf die SPD/PCI-Gespräche, die Carstens nicht gekannt haben dürfte, fanden in dem Untersuchungsbericht zwar keine Erwähnung, bemerkenswert ist jedoch, dass der Chef des Bundeskanzleramts die Weitergabe selbst *nicht eingestufter* BND-Unterlagen als unzulässig ansah. Er wusste nicht, dass die Weitergabe von *eingestuften* Materialien für Wolfgang Langkau und Kurt Weiß zum Alltag in ihrem Umgang mit den Unionsparteien gehörte.

Die Befragung von – soweit er es beurteilen könne – »in jeder Hinsicht vertrauenswürdigen Persönlichkeiten« im BND, so Carstens an Kiesinger, lief denn auch entsprechend ab.[640] Gerhard Wessel machte den Kanzleramtschef vorbeugend auf die Möglichkeit aufmerksam, die DDR könne ein Interesse daran haben, »die Große Koalition zu stören, Misstrauen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Außenminister zu säen und gleichzeitig den BND zu diskreditieren«.[641] Langkau, seit einem halben Jahr pensioniert, habe ihm jedenfalls erklärt, »schriftliche Unterlagen auf Grund von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen über Egon Bahr sind nach meiner Kenntnis nicht an Persönlichkeiten außerhalb des Dienstes gegeben worden«. Kurt Weiß beteuerte dasselbe und fügte an, er habe nicht einmal mit irgendjemandem über Bahr *gesprochen*. Hans Langemann[642] glaubte seiner gleichlautenden Aussage hinzufügen zu sollen, er habe in der Angelegenheit Bahr nicht einmal Bundesminister Strauß, zu dem er ansonsten besten Kontakt pflegte,[643] »direkt oder indirekt« Mitteilung gemacht.

Die Nachforschungen im BND gingen aber noch darüber hinaus, denn es mussten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Sekretärin bis hinauf zu Präsident a. D. Reinhard Gehlen zu dieser Sache äußern.[644] Alle wiederholten im selben Tenor, alles sei in bester Ordnung. Weiß erklärte jeden Verstoß für ausgeschlossen, da im Dienst schließlich jedermann

gewusst habe, »dass eine Weitergabe von derartigem Material ohne Genehmigung des Präsidenten untersagt war«. Langkau: Nie irgendetwas weitergegeben! »Mir erscheint es auch undenkbar, dass einer oder eine der mir unterstellten Angehörigen des Bundesnachrichtendienstes von sich aus die Unterlagen an irgendjemanden hätte gelangen lassen«. Das i-Tüpfelchen auf die kollektive Irreführung setzte Gehlen selbst.[645] Das Bahr-Dossier von September 1967 kenne er überhaupt nicht, einen Auftrag zur Klärung des Sonderbotschafters habe er nicht erteilt. »Grundsätzlich«, so betonte er, »ist zu sagen – und dieser Linie bin ich immer gefolgt –, dass nach meiner Auffassung der BND als Auslandsnachrichtendienst ein überparteiliches Instrument ist, das aus innenpolitischen Vorgängen unter allen Umständen herausgehalten werden muss. Diese Auffassung habe ich sowohl bei meinem ersten Besuch bei Bundeskanzler Dr. Adenauer wie auch bei dem damaligen Führer der Opposition Dr. Schumacher vertreten; beide Herren haben diesem Grundsatz zugestimmt […] Die strikte Einhaltung dieser Grundätze ist von mir bei vielen Vorträgen den Abteilungsleitern immer wieder zur Pflicht gemacht worden. Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass einer von ihnen oder einer der ihnen unterstellten Mitarbeiter davon abgewichen sein sollte.« Immerhin, der »Doktor« hat diese Mär nicht beim Lichte seiner Augen beschworen. Er hätte auf der Stelle erblinden müssen.

Der Spitzel Fried Wesemann, der bei seinen Genossen schon länger im Verdacht stand, allzu gute Beziehungen nach Pullach zu pflegen, hatte es nicht so leicht. Zwar wurde er vom SPD-Präsidium Anfang April 1968 noch damit beauftragt, einen Bericht über die Gespräche mit den italienischen Kommunisten zu geben,[646] doch sehr schnell verbreitete sich in der Parteispitze die Annahme, es werde wohl Wesemann als einer der drei Teilnehmer gewesen sein, der über die geheimen Gesprächskontakte geplaudert habe; Kommunikationspannen kamen hinzu. Da Wesemann selbstverständlich abstritt, dass ihn irgendeine Schuld an dem Desaster treffe, gestaltete sich die Trennung von ihm kompliziert. In mehreren Schreiben und Vermerken an Willy Brandt versuchte er, seine Hände in Unschuld zu waschen.[647] »Ich kann Dir dazu nur sagen, dass äußerste Verschwiegenheit für mich oberstes Gebot war und bleibt, besonders natürlich in Dich betreffenden Angelegenheiten«, usw.[648] Eine Aussprache über eine gütliche Einigung zwischen den beiden verlief »völlig negativ«,[649] wie das Parteipräsidium zur Kenntnis nehmen musste, das einen

Arbeitsrechtsprozess mit abträglichen Nebengeräuschen vermeiden wollte. Es kam zur Trennung, die schließlich von Fried Wesemann ausging, doch eine gerichtliche Auseinandersetzung war damit noch nicht abgewendet.

Neuerlich griff der gewiefte Publizist – er wohnte in der Bonner Ollenhauerstraße – tief in die Tasten.[650] Inzwischen habe man also vergeblich miteinander gesprochen, um eine gütliche Einigung zu erreichen, schrieb er an den Außenminister, trotzdem weigere er sich einfach, »dass Dir eine Prozessgegnerschaft auch nur denkbar erscheint«. Als er, Wesemann, umsonst auf den versprochenen erlösenden Anruf gewartet habe, »hatte ich schlimme Stunden«, klagte er. Einen Tag später habe ihn nur eine desillusionierende Briefkarte erreicht: »In Nürnberg hast Du mir gesagt, Du würdest mich nicht hängen lassen. Die Stricke waren aber schon gerissen, als wir miteinander sprachen […] Ich fürchte nicht um den Ausgang des Prozesses, aber es quält mich die Frage, wie Du damit fertig wirst, mich beruflich ruiniert und in materieller Not zu wissen. Ich hatte im Vertrauen auf Dich und Herbert Wehner alles aufgegeben und euch loyal gedient.« Der bestens versorgte V-Mann des BND wurde noch larmoyanter. Wie die meisten ertappten Verräter überschlug Wesemann sich mit herzerweichenden Beteuerungen und Klagen, welch Unrecht ihm geschehe: »Ist es eine unangebrachte Moral zu fragen, ob man das verdient haben kann? Kann persönliches Vertrauen so enttäuscht werden, nur weil es sich um einen politischen Betrieb handelt, und gilt Treue da nichts? Darüber werde ich, wenn überhaupt, nur sehr schwer hinwegkommen.« Willy Brandt entwarf seinen erst Wochen später abgesandten Antwortbrief mit einiger Sorgfalt handschriftlich, stimmte das Schreiben mit Vertrauten ab und schrieb nur, es habe »wenig Sinn, nachträglich etwas klären zu wollen, was doch wohl einvernehmlich nicht zu klären ist«.[651]

Ein Vermerk der Operativen Sicherheit in Pullach hielt zu Beginn der achtziger Jahre bei der Abwicklung von V-Mann 7382 lediglich fest, die »Altquelle« sei 1967 in eine führende Position im Informationswesen der Partei berufen worden, die sie »jedoch alsbald verlor, als sie 1968 in der Presse als ›BND-Agent‹ apostrophiert wurde. Auch 1974 kam sie in Bonner Kreisen diesbezüglich ins Gerede. Dieses hat ohne Zweifel ihrer Parteikarriere geschadet.«[652] Der BND-Karriere Fried Wesemanns schadete die öffentliche Stigmatisierung zunächst nicht. Seine dienstlichen Beurteilungen blieben auch in den siebziger Jahren positiv. Einmal wurde

von dieser NDV (Nachrichtendienstlichen Verbindung) beispielsweise intern gesagt, sie verfüge über »hohe Intelligenz und rasche Auffassungsgabe. Sie versteht es darüber hinaus, ihre Eindrücke schnell und druckreif niederzulegen. Ihre politische Einstellung basiert auf dem entschiedenen Bekenntnis zu Rechtsstaat und Demokratie […] Im Kollegenkreis gilt sie als schwierig. Ihre Nüchternheit und eine gewisse Unnahbarkeit erschweren ihr den menschlichen Kontakt. Echte Freunde hat sie nicht. Auf der anderen Seite erscheint sie eitel und ungemein empfindsam, was letztlich auf einer hohen Pflichtauffassung und dem damit zusammenhängenden Selbstschutz gründet. In ihren Umgangsformen ist die NDV weltmännisch gewandt […] Die Zusammenarbeit mit dem BND sieht sie als patriotische Pflicht an, die sie mit großer Einsatz- und Risikobereitschaft erfüllt.«[653]

Die Vergangenheit blieb trotzdem präsent und holte Wesemann auch immer wieder ein. Als die Enttarnung des MfS-Agenten Günter Guillaume das Land in Aufregung versetzte und die Regierung Brandt in die Krise stürzte, kamen im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags auch die Presse-Sonderverbindungen des BND zur Sprache.[654] Es kursierten entsprechende Namenslisten. Am 30. Oktober 1974 wandte sich der ehemalige SPD-Informationsdirektor daher mit einem überaus besorgten Brief an seinen V-Mann-Führer.[655] Am Vorabend habe ein Informationsgespräch mit Willy Brandt stattgefunden, schrieb er, an dem außer ihm noch einige weitere Kollegen teilgenommen hätten, darunter der Chefreporter der *Frankfurter Rundschau*, Volkmar Hoffmann. In der anschließenden gemütlichen Runde mit diesem, Brandt und dem SPD-Sprecher Lothar Schwarz sei über dies und jenes geplaudert worden. Als Fried Wesemann Schwarz dabei auf den »guten Kontakt zwischen mir und Willy Brandt hinwies«, sagte dieser zu ihm »ziemlich unvermittelt, aber auch so, als sei das alles längst bekannt: Ja, der halte ja auch etwas von mir und habe die Sache auch nicht weiter tragisch genommen, denn für einen Auslandskorrespondenten wäre die Mitarbeit ja verständlich, nur wenn etwas in der Italien-Delegation geschehen wäre […] Später setzte ich mich mit ihm nochmal in eine Ecke und fragte, was er überhaupt gemeint habe. Er sagte dann klar und deutlich, dass ich zu den Journalisten gehöre.« Dieser gefährliche Hinweis stamme von Ulrich Wickert, der mehr wisse, außerdem sei sein, Wesemanns, so positiv gehaltener Artikel über die

Organisation von 1953 neuerlich Gegenstand von Spekulationen in der Presse. Volkmar Hoffmann von der *Frankfurter Rundschau* sei offenbar im Besitz der kompromittierenden Journalisten-Liste des BND.

Er sei zwar noch ganz gelassen, schrieb Fried Wesemann seinem nachrichtendienstlichen Betreuer weiter, mache sich aber »keine Illusionen über den weiteren Gang der Dinge«. Lese er seinen Namen in diesem Zusammenhang irgendwo gedruckt, werde er »gerichtlich dagegen vorgehen. Aber übler ist es natürlich, wenn es beim Flüstern bleibt. Dann kommt ja bei mir noch das Verhältnis zur Partei hinzu«. Er halte es für sehr wahrscheinlich, dass der *Vorwärts* ihn gemeint habe, als er von einem zweiten SPD-Spitzel vom Kaliber Helmut Bärwalds[656] geunkt habe: »Was wäre dann? Wie die Sache dargestellt wird, würde die Partei wohl einen Prozess anstrengen. Auf jeden Fall muss ich nun, um allem gewachsen zu sein und allem richtig begegnen zu können, von Ihnen wissen, was man da überhaupt wissen und belegen kann. Dem Telefon würde ich da jetzt auch misstrauen und es für richtig halten, wenn wir uns so bald wie irgend möglich sehen. Ich kann dafür auch abends zu Ihnen kommen.« Er hoffe, dass der Empfänger des Schreibens die Möglichkeit habe, »sich genau zu erkundigen, was etwa bewiesen werden kann.« In seinem Falle, setzte er ausdrücklich hinzu, sei »die Baracke der kritische Punkt. Und da muss ich eben genau wissen, was vorliegt«.

Parallel dazu mühte sich Wesemann auf eigene Faust, Belastendem auf die Spur zu kommen. Da es hieß, sein Kollege Hoffmann von der *Frankfurter Rundschau*, der einen guten Draht zu SPD-Parlamentariern hatte, kenne die ominösen Listen mit den Namen der Pullacher Presse-Sonderverbindungen, suchte der V-Mann ihn anderntags auf. Sogleich kam er bei ihm, wie Wesemann dem BND brieflich mitteilte, auf das »Thema der Journalisten-Spitzel« zu sprechen.[657] Dabei sei das Gespräch schnell auf die seinerzeitige Ausforschung von Egon Bahr gekommen. Hoffman suchte laut Wesemanns Bericht sogleich »ohne Umstände aus einer Klarsichtmappe einiges heraus und gab es mir zu lesen«. Es handele sich um Schriftstücke, für die sich der Untersuchungsausschuss interessiert hatte, darunter die »Fotokopie eines BND-Berichts vom 9. Januar 1968 über das Treffen von SPD-Politikern mit führenden Leuten der KPI in Rom. Bei der Nennung der deutschen Teilnehmer wurde Leopold Bauer statt Leo B. und Fred Wesemann statt Fried Wesemann aufgeführt«.[658]

Sein Kollege zeigte Wesemann einen weiteren delikaten Bericht zum SPD/PCI-Komplex und auch das bereits von Karl Carstens inkriminierte Bahr-Dossier »Wintersteins«. V-7382 meinte, nach seinem Eindruck handele es sich dabei wohl um »Fotokopien von Fotokopien. Der Sache nach um BND-Berichte, wie sie wohl dem Abnehmer geliefert werden. Ich brachte dann das Gespräch auf die Liste der Journalisten. Hoffmann sagte, er besitze sie nicht, habe sie aber so überfliegen können, dass er die Namen kenne. Ob es 60, 17 oder 14 seien, wollte er nicht sagen. Nach der Authentizität gefragt, sagte er, es gebe keine Sicherheit, ob die aufgeführten Personen tatsächlich den Vorwurf der Bespitzelung von Politikern rechtfertigten, aber die Person, die die Liste habe, bürge doch nach Kenntnis und Amtszuständigkeit für ein hohes Maß an Verlässlichkeit.« Fried Wesemann wurde unruhig, wie er seinem V-Mann-Führer sogleich ausmalte: »Zum Schluss des Gesprächs sagte ich, nun solle er doch sagen, ob ich auch auf der Liste sei. Er erwiderte ebenso ernst, die Frage werde er nicht beantworten. Es seien eine ganze Reihe von Kollegen bei ihm gewesen. Manche hätten schon eidesstattliche Versicherungen abgegeben. Aber er werde sich dazu nicht äußern.« Der besorgte SPD-Publizist Wesemann gehörte zu jenen Presse-Sonderverbindungen, die nicht auf dieser Liste aufgeführt waren – doch das konnte er nicht wissen.

Der Dienst und sein V-Mann wussten freilich recht gut, dass mit einem halb enttarnten, jedenfalls hinreichend stigmatisierten Informanten nicht mehr viel Staat zu machen war. Vielleicht kompensierte Wesemann seinen öffentlichen Ansehensverlust eine Zeit lang mit der Wertschätzung, die er beim BND während der sozialliberalen Ära trotzdem noch erfuhr. Vielleicht legte der ältere Herr, der er inzwischen geworden war, weder dem einen noch dem anderen dasselbe Gewicht bei wie früher. Wir wissen es nicht. Wir haben aber Einblick in seine Trennung vom BND. Würde er, dessen nachrichtendienstliche Meldebilanz immer dürftiger wurde, denn auf sein stattliches Monatssalär verzichten, das ihm seit zwei Jahrzehnten sein Leben versüßen half? Das war die Hauptfrage, die sich der Dienst vorlegte, als man sich zu Beginn der achtziger Jahre für die Abschaltung der Nummer 7382 entschied.

Eine Bilanz der Verbindung zu dem einstigen SPD-Informationsdirektor kam »unter dem Gesichtspunkt der operationellen Sicherheit« im Herbst 1981 zu der Auffassung, man solle sich, wie schon länger erwogen,

endgültig von dem Informanten trennen.[659] Bald darauf, am 18. Dezember, ging der »Abschalttreffbericht« über das letzte Gespräch des V-Mann-Führers 25484 (»Holler«) mit Fried Wesemann, 66 Jahre alt, in Pullach ein. Es hatte zwei Wochen zuvor in Köln stattgefunden.[660] Die NDV habe am Vormittag noch beim *WDR* zu tun gehabt, ist da zu lesen, »und kam von dort zu Fuß zum Trefflokal, nach dem Treff wollte sie direkt nach Hause fahren«. Die Atmosphäre sei »überraschend gut« gewesen: »NDV hatte sich offensichtlich mit der Beendigung der Zusammenarbeit abgefunden, und auch ihr schien daran gelegen zu sein, harmonisch auseinander zu gehen.« Das Gespräch drehte sich zunächst um Gott und die Welt, Wesemann betonte aber dann doch, dass er »nicht verstehe, warum die Zusammenarbeit gerade jetzt (politische Lage in Frankreich) beendet werde«. Trotzdem scheide er nicht verbittert, fügte er an, er sei sogar erleichtert, da die Führung seiner Unterquelle in Paris doch »sehr zeit- und arbeitsaufwendig« sei. Sein Entgelt, »auch wenn es uns hoch erscheinen möge, habe niemals in einem angemessenen Verhältnis zum Arbeitsaufwand gestanden«, doch sein Motiv »für die Zusammenarbeit mit uns sei von Anfang an ein immaterielles gewesen, nämlich der Dienst für das Vaterland«; finanzielle Forderungen an den Dienst seien »immer in erster Linie eine Frage des Prestiges gewesen«. Als Journalist habe er ja ordentlich verdient und sei auf das Geld des BND gar nicht angewiesen gewesen: »Mit der Abschaltsumme von 35 000 DM sehe sie [die NDV] auch insoweit ihr Prestige gewahrt. Ich versicherte NDV, niemals gehört zu haben, dass eine Quelle bei uns eine höhere Abfindungssumme erhalten habe. Die Höhe der Abschaltsumme sei Ausdruck zum einen der Anerkennung für mehr als 20-jährige Treue und erfolgreiche Dienste, zum anderen der Tatsache, dass NDV durch die Zusammenarbeit mit dem Dienst offensichtlich berufliche Nachteile habe hinnehmen müssen, sowie schließlich der hohen politischen Wertschätzung, die NDV im Dienst genieße. Sie gehöre zu den ganz wenigen Quellen, die persönlich niemals und von keiner Seite in Zweifel gezogen worden seien«; Abschiedslyrik eben. Wesemann hatte eigentlich 50 000 DM verlangt[661].

Es folgte der Schlussakkord, ein wenig sentimental gewiss, aber doch gefasst: »Gegen Ende des Treffs fragte mich NDV, ob wir uns nun nie wiedersehen dürften und uns gegebenenfalls aus dem Weg gehen müssten. Ich antwortete, dass jegliche dienstliche Zusammenarbeit mit diesem Tage

ende. Im Übrigen liege ein besonderer Fall vor, da NDV mich klar kenne. Sie solle sich aber ernsthaft überlegen, ob es wirklich in ihrem Interesse liege, noch irgendeinen Kontakt zu mir, einem Mitarbeiter des BND, zu halten.«

Was sein kurzes Gastspiel in der »Baracke« und die zerbrochene Freundschaft zu der mittlerweile schon historisch gewordenen Figur Willy Brandt anlangte, so hatte der Spitzel, der inzwischen aus der SPD ausgetreten war, seinen Frieden damit auch in den achtziger Jahren noch nicht machen können. Das Grundmotiv seiner »Verurteilung« treffe ihn tief, schrieb er daher 1984 an den Nobelpreisträger,[662] »weil es genau auf dem beruht, was mich zu dem Entschluss [des Parteiaustritts] gebracht hat: der vermeintliche Treuebruch, dieses Urchristlich-Sozialdemokratische, dieser Mythos von einer unverbrüchlichen Solidarität, der die Parteizugehörigkeit zum kirchlichen Glaubensbekenntnis erhebt. Tatsächlich war mir der Gedanke, weiter zu dem namenlosen Heer der Parteimitglieder zu gehören, denen führende Leute vorsetzen können, was sie wollen, unerträglich geworden.« Er habe sich 1945 bei Kurt Schumacher in Hannover bereits vor ihrer offiziellen Zulassung zur SPD bekannt, »ohne jemals etwas von ihr gewollt zu haben. Obwohl durch meinen journalistischen Beruf zwangsläufig in einem ständigen Konflikt, gibt es in den vier Jahrzehnten nichts, was auch nur einen Hauch von Illoyalität gehabt hätte.«

Sein Berufsleben wäre gewiss anders verlaufen, wenn ihm nicht der »Parteistempel« angehaftet hätte, resümierte Fried Wesemann; wie viele Bosheiten und Intrigen habe er deswegen nicht ertragen müssen! »Im Rückblick, den mir die Jahre abfordern, wiegt freilich nur, dass meine Loyalität in schmählichster Weise missbraucht worden ist. Damals in Hannover wie später in Bonn hätte ich Grund genug gehabt, die Partei zu verlassen. Ich habe es nicht getan, weil ich mir sagte, dass eine politische Überzeugung nicht durch schlechte Erfahrungen, die man mit deren professionellen Repräsentanten macht, widerlegt werden kann. Die Verletzung persönlicher Interessen kann man notfalls ertragen, nicht aber die Gefährdung der Selbstachtung, die damals in der Baracke gegeben war, als sich keine Hand, auch nicht die des Vorsitzenden, für den freiwilligen, selbstlosen Helfer rührte.« Im Andenken an gemeinsame gute Tage glaube er ihm, dem SPD-Vorsitzenden, diese Erklärung für den Austritt nach mehr als vierzig Jahren schuldig zu sein: »Bei allem Bitteren bin ich nicht

verbittert, weil ich mir meine Selbstachtung bewahrt habe. Das allein zählt.« Willy Brandt ging nicht weiter auf diese verlogene Suada ein und antwortete kurz, er hielte es bei ihrem Alter und ihren Erfahrungen »für abwegig, wenn ich Dir Vorhaltungen machen oder Belehrungen erteilen wollte«.[663] Fried Wesemann verstarb 2001.

1 Siehe das Kapitel IX, unten S. 1203 ff.
2 Müller, Gehlen, II, S. 914.
3 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, passim.
4 Kinkel an Weiß, 14.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
5 Vgl. das Resümee von Rolf-Dieter Müller in: ders., Gehlen, II, S. 1301 ff.
6 Vgl. die Nachbetrachtung S. 1387 ff.
7 Bohl an Münstermann, Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens, 14.7.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.
8 Kurt Weiß, Kurzer Lebenslauf, 14.1.1952, in: BND-Archiv, V-23667, o. Bl.
9 Rudolf Bercht, Bewerbung von Mitarbeitern, 20.11.1951, in: BND-Archiv, V-23667, o. Bl.
10 Kurt Weiß, Einstellungsverfahren Kurt Weiß (DN Winterstein) als Beispiel, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 1.
11 Beurteilung durch den Kommandeur der Nachrichten-Abteilung 132, 19.2.1943, in: BND-Archiv, P1/5130, Bl. 45.
12 So Müller, Gehlen, II, S. 988.
13 Interview mit Herbert Rieck am 18.12.2012.
14 Weihnachtsansprachen Kurt Weiß 1953–1968, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 27.
15 Felfe, Dienst, S. 252.
16 Siehe oben, S. 215 ff.
17 Siehe Wolfgang Krieger: Der Fall Langemann und der Strategische Dienst – eine Fallstudie, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke. Hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger M. Meding, Berlin 2021, S. 862–912.
18 Bundeskriminalamt, »Abschrift der fünf Tonbandkassetten, die der Beschuldigte [Manfred] Bissinger [Chefredakteur der Zeitschrift *konkret*] am 13.5.1982 dem GBA zur Verfügung gestellt hat«, 9.6.1982, in: BND-Archiv, 220035, Bl. 1 ff.
19 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 38 f.
20 So die Formulierung in: Kohler (40) an Gehlen (30), Weisungsrecht 35 an 40 bezüglich Bearbeitung Innenpolitik, 23.2.1951, in: BND-Archiv, 1460, Bl. 170 ff.
21 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 212 ff.
22 Im Einzelnen ebd., S. 278 ff.
23 Ausführlich zu diesen Veränderungen Wolf, Entstehung, S. 169 ff. und 191 ff.
24 Vgl. ebd., S. 188 ff. und 200 ff.
25 Die Tarnchiffre dieser Abteilung wechselte mehrfach. Das am 14.1.1954 in 122/U umbenannte Referat 40/P wurde am 1.5.1954 zu 133 und behielt diese Chiffre bis zum 14.7.1956. Sodann: 487 (15.7.1956–3.12.1961) bzw. 283 (4.12.1961–28.5.1969).
26 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 288 ff.
27 Dieckmann (512) an Gehlen (30), Org.-Änderungen in der Zentrale, 30.4.1954, in: BND-Archiv, 104290, o. Bl.
28 Beide Epitheta bei Heidenreich, DDR-Spionage, S. 462.
29 Siehe Wolf, Entstehung, S. 416 ff.
30 Nachträglich als Überblick in subjektiver Perspektive: Kurt Weiß, Die Anfänge der außenpolitischen Aufklärung (außenpolitische Nachrichtenbeschaffung) in der »Organisation Gehlen«, 15.6.1984, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 2.
31 Siehe unten, S. 1049 ff.
32 50C1 (15.7.1956–9.7.1957); 70B1 (10.7.1957–31.5.1958); 180,1 (1.6.1958–31.3.1959); 181 (1.4.1959–17.12.1961); 27 VK (18.12.1961–30.6.1968); 273 (1.7.1968–28.5.1969).
33 Wolf, Entstehung, S. 439.

34 Siehe etwa die Bemerkungen von Kurt Weiß zu seinem Kladden-Eintrag vom 15.3.1960 und 20.6.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7-1, Bl. 123 und 269.
35 Personalbogen V-23667, in: BND-Archiv, P1/5130.
36 Siehe Hilger, Sowjet-Kommunismus, S. 106.
37 CIA, Chief of Base, Bonn, 11.9.1963; zit. nach Heidenreich, DDR-Spionage, S. 511.
38 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 72 ff.
39 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Aktennotiz 447/53, Artikel über die Org. in der Illustrierten »Stern«, Autor: Wolfgang Löhde, 29.6.1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1168 ff.
40 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 501 ff.
41 Vgl. ebd., S. 89 und 271.
42 Ebd., S. 500 f.
43 Dülffer, Krise, S. 620. S. 541 ff. hat der Autor den Medienbeziehungen in der zweiten Hälfte von Gehlens Amtszeit ein größeres Kapitel gewidmet. Die mit Abstand umfassendste Darstellung bei Schmidt-Eenboom, Undercover.
44 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 498.
45 Siehe ebd., S. 72 ff. und 497 f.
46 Ebd., S. 501 ff. Der Spiegel-Artikel erschien am 18.11.1953; ebd., S. 532.
47 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Presseverbindungen Leiter ›B‹; Vortrag 40/P3 vor Leiter 30 am 13.11.53, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 130.
48 Zu Heysing siehe unten, S. 958 ff.
49 Eingehend dazu Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg.
50 Weiß (40/P) an Gehlen (30), Veröffentlichung im Nürnberger »8-Uhr-Blatt«, 28.11.1953, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 207 f. Hervorhebung im Original.
51 Weiß (40/P) an Gehlen (30), Besprechung mit Chefredakteur Dr. Rö., 1.12.1953, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 230 f. Hervorhebung im Original.
52 Im Einzelnen Sälter, Rote Kapelle, S. 395 ff.
53 Oxenius (40/V) an Gehlen (30), Staatssekretär Otto Lenz, 5.8.1953, in: BND-Archiv, 104123, Bl. 279.
54 Oxenius (40/V) an Gehlen (30), Ohne Betreff, 14.8.1953, in: BND-Archiv, 104123, Bl. 281.
55 FAZ, 11.11.1953 (»Leichtsinn bei der Organisation Gehlen?«).
56 Vgl. Heidenreich, DDR-Spionage, S. 500.
57 Vgl. Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 344. Dort, S. 352 f., auch das Folgende einschließlich des Zitats (BND-Archiv, NL 28, Bd. 7, Bl. 216 f.: Udo Ritgen, Fortsetzung des beruflichen Lebenslaufs, 1983).
58 Vgl. Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 347 f., sowie Jutta Braun: Hans Georg Schulz. Einflussagent in der »Frontstadt Berlin«, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke. Hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding, Berlin 2021, S. 812–859; hier S. 821 f., wo namentlich die Berliner pressepolitischen Einflussversuche Schulzes beschrieben sind.
59 BV Berlin an GV/Si, Enttarnung von Mitarbeitern der Organisation, 9.11.1953, in: BND-Archiv, 22631, Bl. 226 f.
60 Siehe Braun, Einflussagent, S. 834.
61 BV Berlin an GV/III, Herrn Peschel, Bearbeitung eines Artikels gegen Org. in der Wochenschrift »Der Spiegel«, 30.11.1953, in: BND-Archiv, 22631, Bl. 215.
62 BV Berlin an GV/III, Versuch des französischen ND, deutsche ND-Leute anzuwerben, 30.12.1953, in: BND-Archiv, 22631, Bl. 199.
63 O. V. [Org], Fortsetzung der SSD-Angriffe, o. D. [Ende 1953] in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (34), Bl. 78.

64 O. V. [Org], Die östliche Kampagne gegen westliche Nachrichtendienste, insbesondere die »Organisation Gehlen«, o. D. [Februar 1954], in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (34), Bl. 101.
65 O. V. [Org], Die östliche Kampagne gegen westliche Nachrichtendienste, insbesondere die »Organisation Gehlen«, o. D. [November 1954], in: ebd., Bl. 149 f.
66 Hamburger Anzeiger, 7.1.1954. Siehe auch Welt am Sonntag vom 22.1.1954 (»Ein Name, den in der Ostzone jeder kennt. General Gehlen – der Gegenspieler Wollwebers«) oder Telegraf-Wochenspiegel vom 28.1.1954 (»Wollweber wurde überspielt. Einer seiner engsten Mitarbeiter war ›Agent‹«).
67 Die Tat, 2.2.1954 (»Gehlen – der Mann im Dunkeln«).
68 Kühlein (121), Studie über die Situation der Wehrmacht- und Wirtschaftsaufklärung, 8.3.1955, in: BND-Archiv, 3196, Bl. 422 ff.
69 Vgl. Heidenreich, DDR-Spionage, S. 442 ff.
70 Gehlen, Dienst, S. 200.
71 Im Einzelnen siehe Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 355 ff., die folgenden Zitate, S. 357, 364 und 365.
72 Siehe unten, S. 398.
73 Weiß (122/U) an Gehlen (88), Besprechung beim BfV am 28.1.1954, 29.1.1954, in: BND-Archiv, 1219, Bl. 250 ff.
74 Nollau, Amt, S. 197.
75 Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 381. Siehe Weiß (122/U) an Gehlen (88), Besprechung beim BfV am 4.2.54, 10.2.1954, in: BND-Archiv, 1219, Bl. 272 ff.
76 Siehe oben, S. 383.
77 Siehe oben, S. 381.
78 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 498 ff.
79 Siehe oben, S. 389.
80 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 500.
81 Ebd., S. 501; die folgenden Zitate ebd., S. 504 und 627. Zu Gertrud Stephani (»Frau Straimer«) siehe auch unten, S. 408, 411 und 423.
82 Siehe dazu Dülffer, Krise, S. 541 ff., und Henke, Geheime Dienste, I, S. 261 ff.
83 Wilcke (119/A), Aktennotiz über eine Besprechung mit Gehlen (88) am 18.5.1954, 19.5.1954, in: BND-Archiv, 104290, o. Bl.
84 Weiß (133) an 119/A (Wilcke), Aufstellung über die [von ihm] geführten Sonderverbindungen, 19.5.1954, in: BND-Archiv, 104364, o. Bl.
85 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 274 ff.
86 Blum (88a), Besprechung Gehlen-Critchfield, 5.8.1954, in: BND-Archiv, 1190, o. Bl.
87 (66) an Gehlen (88), Zukünftige Verteilung der Orientierungen, 10.5.1955, in: BND-Archiv, 120294, Bl. 239 ff.
88 Vermerk Hans Detlev Beckers über seine Beziehungen zum BND und seinen Anteil an der *Spiegel*-Affäre, o. D. [Anfang der siebziger Jahre], in: BND-Archiv, V-23667, Ordner III, Bl. 66 ff. Zu Horst Mahnke Henke, Geheime Dienste, I, S. 511 ff.
89 Siehe ebd., S. 501 ff.
90 Kurt Weiß, Die Anfänge der außenpolitischen Aufklärung (außenpolitische Nachrichtenbeschaffung) in der »Organisation Gehlen«, 15.6.1984, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 2, Bl. 31.
91 Der Spiegel, 22.9.1954.
92 Siehe Dülffer, Krise, S. 596 ff.

93 Interview Gehlens mit Elke Fröhlich, Institut für Zeitgeschichte, 17.9.1972, in: IfZ, ED 100-68-37.
94 Dülffer, Krise, S. 570.
95 Siehe unten, S. 933.
96 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 21 ff.
97 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 860 ff; Zitate S. 861, 864 und 861.
98 [Gehlen], Aktennotiz über eine Besprechung mit Globke und Gumbel am 3. Februar 1954, in: BND-Archiv, 1110, o. Bl.
99 [Gehlen], Aktennotiz über eine Besprechung mit Globke und Gumbel am 8. Oktober 1954, in: BND-Archiv, 1197, Bd. 1, Bl. 239.
100 Weiß (133) an Gehlen (88), Walter von Cube, 29.9.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 1750; das »unter Geheimschreiben« verwahrte Dokument liegt nicht vor. Vgl. auch Henke, Geheime Dienste, I, S. 489 ff.
101 Wilcke (119/A) an Langkau (121), SV im NWDR, 8.11.1954, in: BND-Archiv, 120017, II, Bl. 320 ff.
102 Rheinischer Merkur, 19.11.1954.
103 Weiß (133) an Gehlen (88), Veröffentlichung im »Rheinischen Merkur«, 22.11.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 2123 f.
104 Weiß(133/A), Aktennotiz 1056/54, Alleinregierung der CDU, 20.12.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 2340.
105 Weiß (133/B), Fragen an 133, 30.11.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 2189.
106 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 93 ff.
107 Repenning (552) an Blum (88a), Notiz zu den Besprechungen Gehlens am 26.–28.4.55 in Bonn, 29.4.1955, in: BND-Archiv, 1419, Bl. 265 ff.
108 Meldung von Gallen (V-1101), Ausspähung der Org, 28.5.1955, in: BND-Archiv, 1224, o. Bl.
109 Bericht für die Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, »Die Gehlen-Legende«, übersandt am 1.6.1955, in: DGB-Archiv, Bestand DGB-Bundesvorstand, Abteilung Vorsitzender, 5/DGAI000005.
110 Siehe oben, S. 203 ff.
111 Gehlen, Dienst, S. 201.
112 Im Einzelnen siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 453 ff.; die folgenden Zitate S. 458 und 460.
113 Vgl. Fricke/Engelmann, Konzentrierte Schläge, S. 181 ff.
114 Repenning (552) an Blum (88a), Gumbel, 26.10.1955, in: BND-Archiv, 120282-2, Bl. 184.
115 Weiß (133) an Gehlen (88), »Spiegel«, 30.1.1956, in: BND-Archiv, 120282-2, Bl. 217.
116 Der Spiegel, 28.2.1956 (»General im Widerstreit. Oberster Soldat ohne Befehlsgewalt: Adolf Heusinger« / »Die tragische Laufbahn«).
117 Hierzu Georg Meyer: Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1945, Hamburg 2001, S. 266 ff. und 334 ff.
118 Aufzeichnung Repenning (552), Besuch Leiter in Bonn vom 22.–24.2.1956, 27.2.1956, in: BND-Archiv, 4320, o. Bl.; siehe auch Gehlens hds. Notiz über seine Besprechung mit Globke am 23.2.1956, in: ebd.
119 Blum (88a) an Gehlen (88), 27.3.1956, in: BND-Archiv, 120294, Bl. 225. Zu Foertsch siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 569 ff., und Dülffer, Krise, S. 461 ff.
120 Rundschreiben des Staatssekretärs des Bundeskanzleramts, 23.11.1954, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), 2, Bl. 130.
121 Siehe Dülffer, Krise, S. 98; die Anweisung datiert vom 4.12.1968.
122 Müller, Gehlen, II, S. 893.

123 Critchfield an Dulles, 13 March 1956, Conversation with Utility, in: NA, RG 319, Entry 133A, Reinhard Gehlen, vol. 2, 20F2.
124 Siehe unten, S. 705 ff.
125 Müller, Gehlen, II, S. 895.
126 Siehe oben, S. 320 ff.
127 Die Überlieferung der handschriftlichen Kladden ist lückenhaft. Siehe Kurt Weiß, Nachtrag zu Band I der Tagebuch-Aufzeichnungen 1956, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 4, Teil 1, Bl. 95 ff. Kurt Weiß erhielt 1984 vom BND einen Vertrag, um seine Erfahrungen zu Papier zu bringen und seine umfangreichen Notizen auszuwerten. Bei den »Tagebuchaufzeichnungen von Kurt Weiß« handelt es sich um maschinenschriftliche Kommentare aus den achtziger Jahren zu seinerzeitigen handschriftlichen Eintragungen in Heften des Formats DIN-A5. Der Vergleich der Originale mit diesen Kommentaren zeigt mitunter erhebliche inhaltliche Diskrepanzen. Die meisten der ursprünglichen, heute kaum noch entschlüsselbaren Eintragungen sind übergangen, Sachverhalte abgewandelt präsentiert oder aus der Rückschau uminterpretiert.
128 Alle Hinweise und Zitate aus BND-Archiv, NL 10, Bd. 4, Teil 1; angegeben wird jeweils der Tag des Eintrags.
129 BND-Archiv, NL 10, Bd. 4, Teil 1.
130 13. Juni 1956. Zu Arlt siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 705 ff., und Sälter, NS-Kontinuitäten.
131 15. Juni 1956.
132 Siehe Tilman Lüdke: Die Aktivitäten von Organisation Gehlen und BND im Nahen Osten 1946–1968, in: Auslandsaufklärung, S. 468 ff.
133 18. Juni 1956.
134 20. Juni 1956. Die handschriftliche Kladde weist für beide Besprechungen stichwortartig insgesamt 20 Punkte aus, die größtenteils nicht mehr zu klären sind.
135 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 288 ff.
136 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 533 ff.; das vorstehende Zitat S. 533, die beiden folgenden S. 535, das weitere S. 537. Siehe auch die Weiß-Version seiner Besprechung mit Ritter an demselben 20. Juni 1956, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 4, Teil 1, Bl. 28 f.
137 5. Juli 1956.
138 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 474 ff.
139 Vgl. Heidenreich, DDR-Spionage, S. 500 ff.
140 Von besonderer Bedeutung wohl auch im Hinblick auf die »Operation Lena«; siehe oben, S. 215 ff.
141 9. Juli 1956.
142 Siehe Hechelhammer, Felfe, S. 144 f.
143 Im Einzelnen Heidenreich, DDR-Spionage, S. 548 ff.
144 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 906 ff.
145 11. Juli 1956.
146 Im Einzelnen Dülffer, Krise, S. 565 ff. und 592 ff.
147 Siehe oben, S. 31 ff.
148 12. Juli 1956. Vgl. auch die Verteidigungsstrategie im Guillaume-Ausschuss 1974, unten S. 938 ff.
149 19. September 1956.
150 Im Einzelnen Heidenreich, DDR-Spionage, S. 548 ff.; das folgende Zitat S. 556.
151 Aufzeichnung von Kurt Weiß, 9. Juli 1956, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 4, Teil 1, Bl. 37.
152 Gehlen, Dienst, S. 202 f.

153 Aufzeichnung von Kurt Weiß, 6. September 1956, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 4, Teil 1, Bl. 82.
154 18. Juli 1956.
155 24. August 1956.
156 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 919 ff.
157 Vgl. ebd., S. 933 ff.
158 Siehe unten, S. 215 ff.
159 Karl Bäumer (DN), »Bericht über die Untersuchung und Analyse von Sicherheitskomplexen über Agenten, eklatante Verdachtsfälle, Penetrationsversuche und Abklärungsversuche gegnerischer Nachrichtendienste bei der Organisation Gehlen und beim Bundesnachrichtendienst in der Zeit von 1946 bis 1990«, in: BND-Archiv, 5393; Zitat Bl. 193.
160 Siehe unten, S. 626 ff.
161 Weitere Beispiele bei Heidenreich, DDR-Spionage, S. 511 ff., oder etwa S. 568.
162 Siehe unten, S. 938 ff.
163 Ausführlich dazu Dülffer, Krise, S. 127 ff.
164 Bundeskanzleramt, Hans-Georg von Koester an Staatssekretär Karl Carstens, Ergebnisse des Berichts der »Kommission«, 27.8.1969, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (193), Bd. 1, Bl. 84 f.
165 Gehlen, Dienst, S. 251.
166 Schmidt-Eenboom, Undercover.
167 Wilcke (701/A) an Gehlen (50), Sonderverbindungen, derzeitiger Stand, 18.1.1957, in: BND-Archiv, 104363, o. Bl.
168 Siehe die Überlegungen »Sonderverbindungen – ein unscharfer politischer Begriff« bei Dülffer, Krise, S. 541 ff.
169 Dürrwanger (552) an Gehlen (50d), Verzeichnis der von 552 unterhaltenen ständigen Verbindungen, 29.1.1957, in: BND-Archiv, 1454, o. Bl.
170 Vgl. Dülffer, Krise, S. 634 ff.
171 Eingehend Wolf, Entstehung, S. 439 ff.
172 Langkau (180) an Weiß (181), Führungsunterrichtungen (F-U), 24.4.1959, in: BND-Archiv, 3211, Bl. 471 f.
173 Tagebuch-Aufzeichnungen von Kurt Weiß, 8. April 1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 43.
174 Vgl. Müller, Gehlen, II, S. 988.
175 Foertsch (IV D3 1), Das »Archiv«, 28.7.1971, in: BND-Archiv, Op 23526, o. Bl.
176 Weiß (181), Führungsunterrichtung, Kontroverse Oberbürgermeister Brandt – Bürgermeister Kressmann, Berlin, 5.6.1958, in: BND-Archiv, 120603, Bl. 2037 ff.
177 Weiß (180,1) an Gehlen (363), Vortragsnotiz, 13.1.1959, in: ACDP, 01-070-058/2. Siehe Der Spiegel, 22.7.1958 (»Affären. Der Rahmen des Zulässigen«), sowie Der Spiegel, 1.9.1959 (»CDU-Schatzmeister. Das politische Geschäft«).
178 Weiß (180,1) an Gehlen (363), Wehr-Informationen, 9.2.1959, in: BND-Archiv, 120282, 2, Bl. 394 f.
179 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 565 f.
180 Kommentar von Kurt Weiß zu seiner Tagebuch-Aufzeichnung am 20. März 1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 13 ff.; Hervorhebungen im Original.
181 Kommentar von Kurt Weiß zu seiner Tagebuch-Aufzeichnung am 24. März 1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 16 ff.
182 Vgl. etwa den Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 4.5.1960, in: BND-Archiv, NL 10, 7-1, Bl. 200.

183 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 483 f.
184 Vgl. Der Spiegel, 29.7.1958 (»Bundesländer/Nordrhein-Westfalen. Der fixe Franz«).
185 24. März 1959.
186 31. März 1959.
187 1. April 1959.
188 21. April 1959. Zu Wessel vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 594 ff.
189 Am 17. März, 20. April, 23. September oder 14. Oktober 1959 etwa.
190 13. Juli 1959.
191 Die Autoren der Spiegel-Serie »Pullach intern« zählten Martini zu Gehlens »Leibgarde von Journalisten«; siehe Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 90.
192 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung mit Staatssekretär Globke am 30.9.1959, in: BND-Archiv, 1163, Teil 1, o. Bl.
193 12. Oktober 1959.
194 5. November 1959.
195 Notiz Gehlens über seine Besprechung mit Globke am 8.4.1960, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 411. Siehe auch die Aufzeichnung von Kurt Weiß über eine Besprechung mit Oberstleutnant Karl-Christian Trentzsch, Leiter des Referats Psychologische Kriegsführung im Bundesministerium der Verteidigung, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 21.
196 5. November 1959.
197 Weiß (181), Bemühungen des Bundeskanzlers um die SPD, 4.2.1960, in BND-Archiv, 120603, Bl. 1787 ff.
198 Siehe unten, S. 845 ff.
199 Siehe die Personalakte Kurt Weiß in: BND-Archiv, P1/5130.
200 Wolf, Entstehung, S. 434.
201 Eingehend Dülffer, Krise, S. 477. Die Einlassung von Kurt Weiß Mitte Februar 1962 ebd., S. 485.
202 Siehe unten, S. 1049 ff.
203 Notiz Gehlens über seine Besprechung mit Globke am 8.4.1960, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 408.
204 31. Mai 1960.
205 Vermerk des BND vom 9.6.1960, in: BND-Archiv, 1208, o. Bl.
206 Vermerk des BND vom 1.7.1960, in: ebd.
207 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung mit dem Bundeskanzler am 28.6.1960, 1.7.1960, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 35.
208 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung mit dem Bundeskanzler am 3.11.1960, in BND-Archiv, 120616, Bl. 11 f.
209 Schreiben des BND an Staatssekretär Globke, 22.3.1961, in: ACDP, 01-070-103/2.
210 Siehe unten, S. 1004 ff.
211 Siehe unten, S. 845 ff.
212 Siehe unten, S. 1203 ff.
213 Weiß (181) an Gehlen (363), Bemühungen um ein »Übergangskabinett Adenauer«, 20.9.1961, in: BND-Archiv, 120616, Bl. 422.
214 Weiß (181) an Gehlen (363), Beurteilung der Lage durch den Bundeskanzler, 27.9.1961, in: BND-Archiv, 120616, Bl. 423 ff.
215 Weiß (181) an Gehlen (363), Verhältnis Bundeskanzler Adenauer zu Pressechef von Eckhardt, in: BND-Archiv, 120616, Bl. 426.
216 Weiß (181) an Gehlen (363), Gesprächsunterlage des Herrn Bundeskanzlers für die Koalitionsbesprechungen mit der FDP, 13.10.1961, in: BND-Archiv, 120611, Bl. 592.

217 Hds. Vermerk von Kurt Weiß auf dem an ihn gerichteten Fernschreiben der Dienststelle 519 (Wicht), Eichmann, 1.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1668.
218 Siehe unten, S. 1105 ff.
219 Siehe unten, S. 982 ff.
220 Im Einzelnen Hechelhammer, Felfe, S. 211 ff.
221 Siehe unten, S. 951 f.
222 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 263.
223 Der Spiegel, 30.1.1962 (Moritz Pfeil: »Kapfingers Erzählungen«).
224 Siehe etwa den Artikel »Erst braun, dann rot, dann weiß-blau. Die politische Vergangenheit des Dr. Johann Evangelist Kapfinger« in: Vorwärts, 28.2.1962.
225 Siehe die Unterlagen zum Vorgang »Eruption« in: BND-Archiv, 122718, sowie die ungezeichnete hds. Notiz ebd., Bl. 26.
226 Weiß (27 VK) an Gehlen (jetzt: 106), Angriffe auf Bundesminister Strauß, 5.2.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 319 ff.
227 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Diffamierungskampagne gegen Bundesverteidigungsminister Strauß, Bezug: Weisung 106 pers. (an 27 VK) vom 6.2.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 321.
228 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Kampagne gegen Bundesminister Strauß, hier: Tonband, 15.2.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 325 ff.
229 Vgl. Peter Siebenmorgen: Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015, S. 209.
230 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 265.
231 So in einem Schreiben an Heinrich Krone vom 27.7.1962, zit. nach Siebenmorgen, Strauß, S. 210.
232 1. März 1962.
233 6. Februar 1962.
234 9. Februar 1962.
235 15./16. Februar 1962.
236 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Bundesverteidigungsminister Strauß/Fibag-Prozess, Bezug: Laufende Berichterstattung, 19.3.1962, in: BND-Archiv, 122006, Bl. 326 f.; zu Heizler siehe unten, S. 513 ff.
237 Langkau (443) an Gehlen (106), Fibag-Angelegenheit, 13.4.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 371.
238 Gehlen an Globke, Fibag-Angelegenheit, 16.4.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 373.
239 Waren-GmbH [Rüstungstechnik übrige Welt] an Gehlen (106), Führungsunterrichtung, Fibag-Affäre, 16.4.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 372.
240 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Fibag-Angelegenheit, hier: Hinweise auf Verbindung zu »Spiegel«-Journalist, 8.5.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 374.
241 »Sein Onkel Aloys (Arbeitstitel)«, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 297 ff. Siehe auch die Vernehmung von Kurt Weiß durch die Bundesanwaltschaft am 13.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 20 ff.
242 Der Spiegel, 25.9.1962 (»Liebe Spiegel-Leser«).
243 Der Spiegel, 25.9.1962 (»Bundeswehr. Onkel Aloys«). Der Überblick dazu bei Siebenmorgen, Strauß, S. 212 ff.
244 Langkau (273) an 106 (Gehlen), »Spiegelartikel« gegen Strauß, 4.10.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 276 ff.
245 Siehe etwa: Stern, 22.9.1963 (»›Onkel Aloys‹ gibt kein Pardon«).
246 Vgl. Siebenmorgen, Strauß, S. 217 ff.; Zitate ebd., S. 230 und 248.
247 Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 283 f.

248 Insbesondere David Schoenbaum: »Ein Abgrund von Landesverrat«. Die Affäre um den »Spiegel«, Wien 1968. Siehe auch: Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen. Hrsg. von Martin Doerry und Hauke Janssen, München 2012.
249 Dülffer, Krise, S. 596 ff., und ders., Der Bundesnachrichtendienst in der Spiegel-Affäre, in: Doerry/Janssen, Spiegel-Affäre, S. 112–129.
250 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 501 ff., und zum Folgenden Dülffer, Krise, S. 592 ff. Die folgenden Zitate bei Dülffer, Krise, S. 593.
251 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung mit Globke am 12.2.1960, in: BND-Archiv, 1163, Bl. 384.
252 Detailliert zu Wicht Dülffer, Krise, S. 565 ff.; siehe auch den minutiösen Lebenslauf Wichts von 1972 in: BND-Archiv, 220163, Bl. 92 ff.
253 Der Spiegel, 8.10.1962 (»Bundeswehr. Strategie. Bedingt abwehrbereit«). Siehe Dülffer, Krise, S. 592 ff., sowie Friedrich Kießling und Christoph Safferling: Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, *Spiegel*-Affäre und RAF, München 2021, S. 389 ff.
254 Schwarz, Adenauer, II, S. 784.
255 So laut des Schreibens des Generalbundesanwalts an den Bundeskanzler, Ermittlungsverfahren gegen Oberst Adolf Wicht u. a. wegen Verdachts des Landesverrats, 18.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 15. Siehe auch die Vernehmung von Kurt Weiß durch die Bundesanwaltschaft am 13.11.1961, in: ebd., Bl. 20 ff.
256 Vernehmung von Volker Foertsch durch die Bundesanwaltschaft am 16.11.1962 in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 39 ff.
257 Eintrag am 26.9.1962, in: BND-Archiv, NL 10/3, Bd. 32, Bl. 67.
258 Kurt Weiß pflegte seine vielen handschriftlichen Kladden bis zum letzten Blatt zu füllen. Es fällt auf, dass dort ausgerechnet nach dem 18. Oktober 1962, der Tag, als Wicht und Becker in Hamburg über die drohende Gefahr sprachen – zentrales Datum der Krise – drei leere Seiten folgen und am 19.10. ein neues Heft begonnen wurde.
259 Gesprächsvermerk Beckers, 18.10.1962, in der 1971 gefertigten Aufzeichnung über seine Beziehungen zum BND, in: BND-Archiv, V-23667, Ordner III, Bl. 55 ff. Siehe auch die staatsanwaltliche Vernehmung Beckers am 13.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 45 ff.
260 Bild-Zeitung, 7.11.1962.
261 Der Spiegel, 26.5.1965 (»Der Hintergrund der Affäre«).
262 Müller, Gehlen, II, S. 1032.
263 Schreiben des Generalbundesanwalts an den Bundeskanzler, Ermittlungsverfahren gegen Oberst Adolf Wicht u. a. wegen Verdachts des Landesverrats, 18.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 15 ff. Siehe auch die Erklärung Gehlens gegenüber der Bundesanwaltschaft sowie dessen Vernehmung am 13.11.1962, in: ebd.
264 »Winkler« [Adolf Wicht], Nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus dem Spiegel-Fall, in: BND-Archiv, NL 22/I, Bl. 99-113, hier Bl. 102.
265 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 1039 ff.
266 Vernehmung von Kurt Weiß durch die Bundesanwaltschaft am 13.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 27 f. Hervorhebung von mir.
267 Vernehmung Walrab von Buttlars am 13.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 34 f.
268 Gegenüberstellung Weiß und Wicht, 9.2.1963, in: Bundesanwaltschaft, BJs 470/62, Hefter So H II Wicht. Hervorhebung von mir.

269 Schreiben des Generalbundesanwalts an den Bundeskanzler, Ermittlungsverfahren gegen Oberst Wicht u. a. wegen Verdachts des Landesverrats, 18.11.1962, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1. Bl. 15 ff.
270 Vgl. den Fall Ludwig Albert oben, S. 160 ff.
271 Zitiert nach Dülffer, Krise, S. 611.
272 Siehe ebd., S. 575 ff.
273 Wicht an Gehlen, 11.1.1966, in: BND-Archiv, V-41112, Beiakte V, Bl. 56 f.
274 Hds. Wicht an Wendland, 24.4.1966, in: BND-Archiv, V-41112, Beiakte V, Bl. 70 ff. Hervorhebung im Original.
275 Wicht an Weiß, 15.6.1966, in: BND-Archiv, V-41112, Beiakte V, Bl. 85.
276 »Winkler« [Adolf Wicht], Nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus dem Spiegel-Fall, 15.1.1967, in: BND-Archiv, V-41112, Beiakte V, Bl. 112 ff.; die Zitate ebd., Bl. 114.
277 Weiß (273) an Gehlen (106), Ehemaliger Mitarbeiter Wicht, hier: Weiterverwendung, 1.7.1968, in: BND-Archiv, V-41112, Beiakte V, Bl. 223 ff.
278 Vermerk von Kurt Weiß, 27.6.1984, in: BND-Archiv, NL 22/I.
279 Bachmann an Mercker, 26.3.1965, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 56 ff. Hervorhebung von mir.
280 Kurzprotokoll über die Sitzung des Parlamentarischen Vertrauensmännergremiums für den Bundesnachrichtendienst am 20. Mai 1965, 10 Uhr, Ort: Bundeskanzleramt, 20.5.1965, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15205 (1), Bd. 3, Bl. 19 ff.; Zitate ebd., Bl. 22, 24 f., 25 f. und 27 f.
281 Gehlen an Wicht, 15.4.1965, in: BK-Amt VS-Registratur, Az. 10218 (175), Bd. 1, Bl. 59.
282 Bohl an Münstermann, Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens, 14.7.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.; zit. auch in: Der Spiegel, 24.4.1997 (»Geheimdienste. Fleurop für Amigos«).
283 Siehe die undatierte Darlegung von Kurt Weiß aus dem Herbst 1965 »Die Verbindung BND-›Spiegel‹«, in: BND-Archiv, 1088, Bl. 168 ff.
284 Siehe Jost Dülffer: Pullach intern. Innenpolitischer Umbruch, Geschichtspolitik des BND und »Der Spiegel«, 1969–1972, Marburg 2015, sowie ders., Krise, S. 613 ff. Vgl. auch unten, S. 927 ff.
285 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 142 ff.; Müller, Gehlen, II, S. 1055 ff. und 1173 f.; Dülffer, Krise, S. 572 f. und 582 ff. (Zitat ebd.). Gelegentlich betätigte sich die Gräfin für den BND auch als »Tipper«; siehe den Vermerk von »Knoll«, 10.4.1968, in: BND-Archiv, V-23360, Fiche 4, Bl. 189.
286 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 32.
287 Zit. nach Dülffer, Krise, S. 547. Am 18.7.1968 notierte Wessel: »Aufgrund einer mit General Gehlen geführten Besprechung habe ich mich entschieden, entgegen der Auffassung von General Gehlen die Masse der von ihm geführten Sonderverbindungen mit Ablauf des Jahres 1968 auslaufen zu lassen.« BND-Archiv, NL 1, Bd. 7, Bl. 84.
288 Siehe unten, S. 938 ff.
289 Aussage von Kurt Weiß; Stenographisches Protokoll über die 22. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 6.11.1974, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 2, Bl. 277.
290 Wilcke (701) an Gehlen (50), Sonderverbindungen, derzeitiger Stand, 18.1.1957, in: BND-Archiv, 104363, o. Bl.
291 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 16 ff.; Zitat ebd., S. 16. Siehe den internen Vermerk für Kanzleramtschef Manfred Schüler, Öffentlichkeitsarbeit, 2.10.1974, dem die Liste der BND-Pressesonderverbindungen vom 17.3.1970 beilag, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (375), Bd. 1, o. Bl.

292 Vgl. Müller, Gehlen, II, S. 962.
293 Winterstein-Kladde, 22.11.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 196 a.
294 Weiß (181) an Wanke (505), Presseverbindungen bei 181, 13.5.1960, in: BND-Archiv, 121081, Bl. 17 ff.
295 Mitteilung an Gehlen von März 1962; vgl. Dülffer, Krise, S. 551.
296 Notiz von Kurt Weiß vom 22.7.1968; ebd.
297 Untersuchungsergebnis von »Ambros« (52 DA), 5.2.1992, in: BND-Archiv, V-23667, o. Bl.
298 Siehe sein Rundschreiben zu den »Sonderverbindungen« vom 31.5.1968, in: BND-Archiv, 104288, o. Bl.
299 Vermerk Wanke (923), 13.7.1971; zit. nach Dülffer, Krise, S. 74.
300 Böhme (923) an 472/V, Haushalt 1968, 14.2.1968, in: BND-Archiv, 151557, Bl. 908.
301 Siehe die Aufstellung vom 24.9.1974 in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (375), Bd. 1, o. Bl., sowie Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 36 ff. Die Dienststelle trug von 1956 bis 1961 die Tarnchiffre »505«, dann die »923«.
302 Siehe auch Henke, Geheime Dienste, I, S. 533 ff.
303 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, V-24140.
304 Dienststelle 734, Bericht vom 11.11.1964, in: BND-Archiv, V-34810, Bl. 34 ff.
305 Siehe unten, S. 1326 ff.
306 Interner Vermerk für Kanzleramtschef Manfred Schüler, Öffentlichkeitsarbeit, 2.10.1974; als Anlage die Liste der BND-Presse-Sonderverbindungen vom 17.3.1970, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (375), Bd. 1, o. Bl.
307 Presseerklärung des BND, 19.8.1998, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (375), Bd. 1, o. Bl. Siehe auch die kritische Buchbesprechung in der SZ, 24.8.1998 (»Spione wie wir«).
308 Vermerk von Kurt Weiß zu der Studie Wichts vom 1.1.1968, 27.6.1984, in: BND-Archiv, NL 22, Bd. 1, Bl. 62. Hervorhebung im Original.
309 Eingehend dazu Dülffer, Krise, S. 103 ff.
310 Günter Bachmann, Entwurf des Berichts für die Mercker-Kommission, 8.10.1968, teilweise hds. Einfügungen, in: ACDP, 01-798-004/1, o. Bl.
311 Wanke (505) an Weiß (181), Proöstliche Tendenzen führender Kräfte des Westdeutschen Rundfunks, 2.10.1961, in: BND-Archiv, 121080, Bl. 232 f.
312 Dülffer, Krise, S. 555.
313 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 474 ff.
314 O. V., Namensliste abwehrbereiter Publizisten, 21.5.1960, in: BND-Archiv, 121078, Bl. 172 ff.
315 Siehe unten, S. 982 ff.
316 Im Einzelnen Dülffer, Krise, S. 555 ff. Die folgende Passage aus einer Aufzeichnung von Kurt Weiß Mitte der sechziger Jahre ebd., S. 549.
317 O. V. [Kurt Weiß], o. D. [Herbst 1965], Presse und Nachrichtendienst (unter Berücksichtigung der besonderen Situation des BND), in: BND-Archiv, 1088, Bl. 164 ff.
318 Geyer (987) u. a. an Gehlen (106), Worgitzky (106/W) und Weiß (27 VK), Bericht über die Koordinierungssitzung im Bundeskanzleramt am 2.7.1964, 6.7.1964, in: BND-Archiv, 120607, Bl. 108 ff.
319 Dülffer, Krise, S. 581 f.
320 Gehlen, Dienst, S. 297 f.
321 Die Rolle des Autors, Journalisten, Verlegers und Doppelagenten Heinz Losecaat van Nouhuys (V-46838, »Handwerker«, »Steffen«) bleibt hier außer Betracht, da die dokumentarische Grundlage eine gründliche Analyse nicht zulässt; siehe BND-Archiv, V-46838. Dort ist unter dem 15.3.1962 festgehalten, es bestehe seit 1960 ein loser Kontakt, »der jedoch nur gehalten wird, weil bei hiesigem Dienst nach wie vor der Verdacht besteht, dass Losecaat

landesverräterische Beziehungen unterhält«; ebd., Bl. 23. Vgl. auch Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 205 ff.

322 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 501 und 512.

323 Ungermann (521) an Weiß (181), Klostermann [Mahnke] – Änderungen in der ›Spiegel‹-Redaktion, 5.11.1959, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 7 f.; vgl. Ungermann (521) an Weiß (181), Klostermann – Änderungen in der ›Spiegel‹-Redaktion, 10.12.1959, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 5 f. Ich danke Hans-Wilhelm Saure für Hinweise zum Fall Mahnke.

324 Pseudonym für Paul Karl Schmidt; siehe etwa Peter Longerich: Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987, Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 78 f., oder Conze u. a., Amt, S. 146 ff.

325 Siehe etwa Michael Jürgs: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie, München 1995, S. 16 und 313.

326 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 77.

327 Meldung des Strategischen Dienstes, Dr. Horst Mahnke, Hamburg, 17.1.1961, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 131 ff.

328 Siehe den »Arbeits-Bogen« vom 10.1.1962, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 14 ff.; das folgende Zitat ebd. Zu Ungermann siehe unten, S. 1009 ff.

329 Siehe die »Anmeldung« vom 12.2.1962, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 21 ff.

330 Hds. Notiz auf Ungermann (V-12052) an Weiß (181), Unterredung mit V-41016, 19.11.1964, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 32.

331 Vermerk und Notiz von Volker Foertsch, 28.10.1960, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 122.

332 Ungermann (V-12052) an Weiß (181), Unterredung mit V-41016, 19.11.1964, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 32 ff.

333 »Bergmann« an Böhme (923), Besprechung mit Klostermann am 30.5.1966, 4.6.1966, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 38 f. Hervorhebung im Original.

334 »Bergmann« an Böhme (923), Besprechung mit Klostermann am 25.10.1966, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 40 ff.

335 »Bergmann« an Böhme (923), O-Nummer von ›Heute‹, 27.12.1966, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 44 ff.

336 »Bergmann« an Böhme (923), Unterredung mit Klostermann, 27.12.1966, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 47 ff.

337 »Bergmann« an Böhme (923), Unterredung mit Klostermann am 5.1.1967, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 50 f.

338 Bomhard (27 VK/B, »Bosch«) an Böhme (923), DN Klostermann, 24.8.1967, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 63 ff.

339 Böhme (923) an Weiß (273), Ausscheiden von Dr. Horst Mahnke aus dem Springer-Konzern, 8.10.1968, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 71 f.

340 »Boje« an Münstermann, DN Klostermann, 2.2.1969, in: BND-Archiv, 24856, Bl. 80 ff.

341 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 472 ff.

342 Karteikarteneintrag vom 23.1.1953, in: BND-Archiv, 21687, o. Bl.

343 Karteikarteneintrag vom 5.4.1954, in: BND-Archiv, 21687, o. Bl.

344 Karteikarteneintrag vom 20.2.1956, in: BND-Archiv, 21687, o. Bl.; siehe auch die Verpflichtungserklärung vom 19.10.1955, in: ebd., Bl. 242.

345 Ungermann (521) an Weiß (181), Arbeitsverhältnis V-16137 beim NDR, 1.9.1959, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 197.

346 O. V., Vermerk, V-16137, 27.2.1964, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 195.

347 Arbeits-Bogen Starke, 4.7.1957, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 218.

348 Ungermann (521) an Weiß (133), Gerd Ruge, Moskau, 12.2.1958, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 205.
349 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 483 ff.
350 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), Dr. H.F.G. Starke, Intendant Deutschlandfunk, 8.11.1961, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 259 ff.
351 Langkau (902) an Dürrwanger (363/VI), Intendant Deutschland-Funk Dr. H. F. G. Starke, 24.11.1961, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 262.
352 Aktennotiz Starkes vom 18.5.1965, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 192 ff; siehe dort auch den Brief des Hauptabteilungsleiters an den Intendanten vom 14.5.1965 und dessen interne Replik vom 17.5.1965, ferner den internen Vermerk Starkes vom 30.10.1965, in: ebd., Bl. 46 f.
353 So Böhme (923) an I/E, Ruth Grzabka, Personalanfrage DN Dr. Stolze, 26.2.1969, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 73.
354 Deutschlandfunk, Pressestelle, Hausverteiler, 4.7.1966, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 42 ff.
355 Hans-Peter Schwarz: Axel Springer. Die Biographie, S. 357.
356 Bomhard, Besprechung mit 16137, 25.10.1966, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 26 ff. Der »Rabauken«-Satz wurde nachträglich hds. gestrichen.
357 Bomhard, Unterredung mit 16137 am 9.1.1967, 16.1.1967, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 28 f.
358 Münstermann, Besprechungsnotiz über den Besuch Starkes am 25.7.1967, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 15.
359 Bomhard an Böhme (923) und Kurt Weiß (27 VK), Dr. Starke, 25.7.1967, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 16 f.
360 Böhme (923) an Winterstein (273), DN Dr. Stolze, Treff Dr. Stolze / Leiter 923 am 13.9.68, 26.9.1968, in: BND-Archiv, Bl. 37 ff.
361 Böhme (923) an Winterstein (273), Gespräch DN Dr. Stolze / Dr. Heidegger am 31.10.68 in Hamburg, 29.11.1968, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 96 ff.
362 Hds. Brief Starkes an Böhme, 11.3.1969, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 86 ff.
363 Aktenvermerk Münstermanns, Treffbericht PrSV DN Stolze, Dr. Heidegger, AL I, L 923 am 13.2.69, 11.4.1969, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 12 f.
364 Münstermann, Treffbericht von der Begegnung Dr. Stolze / Dr. Heidegger am 15.4.69 in Bad Godesberg, 2.5.1969, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 11.
365 Böhme (923) an Weiß (AL I), Treffbericht von der Begegnung der PrSV DN Stolze / Dr. Heidegger am 15.4.69 in Bad Godesberg, 7.5.1969, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 78 ff.
366 Münstermann (923 i.V.), PrSV DN Dr. Stolze, 8.1.1970, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 69; Münstermann, Aktenvermerk, Besuch Dr. Stolze in München am 1.4.70, in: ebd., Bl. 9; Münstermann (923 i.V.), PrSV DN Dr. Stolze, 14.4.1970, in: ebd., Bl. 67.
367 Personalbogen Dr. Starke, 16.9.1970, in: BND-Archiv, 21687, Bl. 177; der Besuch fand am 25.8.1969 statt.
368 IV D 1 (6), Aktenvermerk, 17.12.1973, in: BND-Archiv, 21687, o. Bl.
369 Schwarz, Adenauer, II, S. 486.
370 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 28.10.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 149.
371 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 18.–20.1.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 23 f.
372 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 28.6.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 149.
373 Hilger, Sowjet-Kommunismus, S. 262.
374 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Besuch des Bundeskanzlers im Springer-Verlag, Berlin, 6.7.1962, in: BND-Archiv, 120610, Bl. 609.

375 Vgl. Schwarz, Adenauer, II, S. 961.
376 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Bemühungen des Bundeskanzlers um den Springer-Verlag, 7.2.1963, in: BND-Archiv, 120611, Bl. 619 f.
377 So Axel Schildt: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried, Göttingen 2020.
378 Siehe oben, S. 388 ff.
379 Böhme (923), Presse-Sonderverbindungen, 17.3.1970, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (375), Bd. 1, o. Bl.
380 Dülffer, Krise, S. 554.
381 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 2./4./6.12.1957, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 5, Bl. 15; Adolf Wicht hatte berichtet, er habe die »enge persönliche Bindung« Worgitzkys zu Zehrer »ohne Schwierigkeiten« übernehmen können.
382 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 76.
383 Siehe den Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 11.11.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 165.
384 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 31.1.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 33.
385 Jürgs, Springer, S. 61.
386 Schildt, Medien-Intellektuelle, S. 66.
387 Ebd., S. 69.
388 Weiß (133) an Gehlen (88), Sonderverbindungen von 133 persönlich, 12.9.1955, in: BND-Archiv, 104363, o. Bl. Wirsing fiel hier in dieselbe Kategorie wie Marion Gräfin Dönhoff.
389 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, V-22164.
390 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 15.6.1956, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 4, Teil 1, Bl. 18 f.
391 Wessel, Notiz über Gespräch mit Dr. Giselher Wirsing, Winterstein am 22. November 1968 von 15.00–16.30 Uhr, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 7, Bl. 281 f.
392 Der Spiegel, 23.4.1967 (»C+W«); siehe auch bereits Der Spiegel, 29.4.1952 (»Abendland. Intelligenz hat Seltenheitswert«).
393 Vgl. Nowack, Sicherheitsrisiko.
394 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, V-22164.
395 Jaschke (923), Aktenvermerk, Giselher Wirsing, 24.6.1971, in: BND-Archiv, 1731, Bl. 8.
396 Wessel, Aktennotiz, SV-Weichsel, 8.10.1968, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 7, Bl. 239 f.
397 Siehe oben, S. 385.
398 Karteikarteneintrag vom 2.1.1952, in: BND-Archiv, V-1897, JSV.
399 Siehe Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 103 ff.
400 Jürgen Thorwald: Wen sie verderben wollen: Bericht des großen Verrats, Stuttgart 1952 (Neuauflage unter dem Titel »Die Illusion. Rotarmisten gegen Stalin. Die Tragödie der Wlassow-Armee, München 1974); siehe Müller, Gehlen, II, S. 687.
401 Die Thorwald-Serie »Der Mann im Dunkeln – erster authentischer Bericht über Reinhard Gehlen« erhielt von der Dienststelle 923 in ihrem bilanzierenden Rückblick 1970 das Rating »positiv«; in: BND-Archiv, 2925, Bl. 29; siehe Welt am Sonntag, 13./20./27.11.; 4./11./18./25.12.1955 sowie 1.1.1956.
402 Siehe oben, S. 290.
403 Reese, Organisation Gehlen, S. 285.
404 Schildt, Medien-Intellektuelle, S. 128; das folgende Zitat ebd., S. 725. Siehe auch Marcus M. Payk: Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlamm, Winfried Martini und der ›Kalte Bürgerkrieg‹ in der westdeutschen Publizistik der 1950er

Jahre. In: Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen. Hrsg. von Thomas Lindenberger, Köln 2006, S. 111–137.

405 Die Welt, 22.1.1968 (»Der Gründer des Bundesnachrichtendienstes. Deutschlands geheimnisvollster Mann geht. Reinhard Gehlen und sein Nachfolger Gerhard Wessel«). Vgl. Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 90 f.

406 Karteikarteneintrag, 16.11.1954, in: BND-Archiv, V-56200.

407 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 12.10.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 137 f.

408 Siehe etwa den Eintrag von Kurt Weiß in seiner Kladde am 10.4.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 48.

409 Wanke (505) an Weiß (180,1), Stellungnahme zum Vorschlag »Aktion und Methodik«, 3.2.1959, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 266 f.; siehe auch Wanke (505) an Weiß (180,1), Aufsatz von Winfried Martini »Wehrmotiv – heute«, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 271 ff.

410 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 2./3.2.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 43.

411 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 24.2.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 82 f.

412 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 22.10.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 179.

413 Foertsch (106/II), Besuch von W. Martini, 21.7.1963, 20.00 Uhr bis 23.30 Uhr bei Fleming zu Hause in Gegenwart von Frau Fleming, 22.7.1963, in: BND-Archiv, V-56200, 1. Fortsetzung, Bl. 5 ff.

414 Hds. Notiz »Wintersteins« für Gehlen, 9.10.1963, in: BND-Archiv, 1600, Bl. 181; Hervorhebung im Original.

415 Siehe etwa den Parlamentarisch-Politischen Pressedienst vom 5.6.1964 (»Von Hassel meinte Winfried Martini«).

416 Vgl. Martinis Text »Nagold: die wahren Ursachen«, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 251 ff.

417 Hds. Notiz, Stab Gehlen, 4.6.1965, in: BND-Archiv, V-56200, 1. Fortsetzung, Bl. 50.

418 Wilcke (ZR3) an Gehlen (106) und Weiß (273), Beabsichtigte Gründung »Bund deutscher Presse« durch Winfried Martini, 25.1.1966, in: BND-Archiv, V-56200; siehe auch Böhme/»Elze« (923) [der Wanke / »Dr. Wilhelm« abgelöst hatte] an Weiß (27 VK), Treff Martini/L 923 am 7.10.1965, 11.10.1965, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 237 f., außerdem das »Exposé« und den Satzungsentwurf für den geplanten Pressebund, in: ebd., Bl. 204 ff. sowie 241 ff.

419 Siehe unten, Kapitel IX, S. 1203 ff.

420 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Winfried Martini; hier: Verbindungen zur NPD, 25.7.1966, in: BND-Archiv, V-56200, 1. Fortsetzung, Bl. 33.

421 Abendzeitung, 10.11.1966 (»Diskussion über die Hintergründe des politischen Radikalismus. Abschied von gestern fällt schwer«).

422 Militärischer Lagebericht Sowjetunion, 19.9.1967, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 175 ff., übergeben am 17.10.1967.

423 Bomhard (27 VK/B) an Böhme (923) und Weiß (27 VK), SV-Mark [Treffbericht], 10.8.1967, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 183 ff.

424 Bomhard (27 VK/B) an Böhme (923) und Weiß (27 VK), SV-Mark [Treffbericht], 29.11.1967, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 151 ff.

425 Siehe oben, S. 458 ff.

426 Bomhard (27 VK/B) an Böhme (923) und Weiß (27 VK), Dr. Starke [Anruf »Mark«], 25.7.1967, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 186 f.

427 O. V., Notiz, Wechsel in der Führung des BND, hier: Informationswunsch von DN Mark, Verwendungszweck: Fünf bis sieben Manuskriptseiten für »Welt«, Termin: 17.1.68, 14 Uhr, bei DN Mark, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 108 ff.
428 Böhme (923) an Weiß (27 VK), Presse zum Präsidenten-Wechsel, 19.1.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 125.
429 Manuskript Winfried Martinis, »Der Gründer des Bundesnachrichtendienstes. Deutschlands geheimnisvollster Mann geht. Reinhard Gehlen und sein Nachfolger Gerhard Wessel«, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 127 ff., sowie BND-Archiv, 2925, Bl. 222 ff.
430 Vgl. insbes. Müller, Gehlen, I, S. 233 ff.
431 Siehe unten, S. 908 ff.
432 Gehlen habe nach seinem Vortrag festgehalten, es bestünden zu mehreren wesentlichen Presseorganen »tragfähige Verbindungen«, so zum »Münchner Merkur – Verbindungen u. a. zu Chefredakteur Buttersack, Redakteur Meurer und Dalma«, in: Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 13.10.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 140. Siehe auch Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 125 ff.
433 Böhme an Martini, 17.1.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 136 f.
434 Bomhard (27 VK/B) an Böhme (923), 4.1.1968, DN Mark, 4.1.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 140 f.
435 Bomhard (27 VK/B) an Böhme (923) und Winterstein (27 VK), DN Mark, 8.1.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 138 f.
436 Bomhard (27 VK/B) an Böhme (27 VK), DN Mark, 18.1.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 135.
437 Siehe das undatierte Exposé Martinis, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 84 ff.
438 Vgl. Schwarz, Springer, S. 251 ff.
439 Böhme (923) an Weiß (27 VK), DN Mark, Auftrag Leiter 27 VK: Klärung »enge Zusammenarbeit«, 1.5.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 101 ff.
440 Böhme (923), Aktennotiz über ein Gespräch mit Martini am 21.5.1968, 22.5.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 100.
441 Böhme (923), Aktennotiz über ein Gespräch mit Martini am 28.5.1968, 29.5.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 98.
442 Böhme (923), Aktennotiz über ein Gespräch mit Martini am 14.6.1968, 15.6.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 107.
443 O. V., o. D. [August 1968], Notiz »Einführung Winfried Martini«, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 92 f.
444 Siehe etwa das Schreiben Böhmes (923) an »Lombard«, 26.9.1968, in: BND-Archiv, V-56200, Bl. 91.
445 Interner Vermerk, 9.1.1969, mit hds. Notiz Böhme (»Elze«) vom 10.1.1969, in: BND-Archiv, V-56200.
446 Sie den hds. Vermerk Foertschs vom 10.10.1974, in: BND-Archiv, V-56200.
447 Anlage zum Vermerk Böhmes vom 21.5.1971, in: BND-Archiv, V-56200
448 Siehe unten, S. 908 ff.
449 Siehe unten, S. 918 ff.
450 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 182.
451 Karteikarteneintrag vom 2.4.1964, in: BND-Archiv, 23485, o. Bl.
452 Anmeldung durch die Dienststelle 923 am 14.6.1969, in: BND-Archiv, 23485, o. Bl.
453 Koller (94C) an Löwenthal, 2.10.1998, in: BND-Archiv, 101786, o. Bl.
454 Aktenvermerk des Pressereferats, DN Leoben, Besuch in der Zentrale am 19.11.1971, in: BND-Archiv, 23485, o. Bl. Der Artikel erschien in der Zeitschrift »Dialog«, Nr. 11/1971.

455 Schildt, Medien-Intellektuelle, S. 429; siehe auch Hans-Dieter Bamberg: Die Deutschland-Stiftung e. V. Studien über Kräfte der »demokratischen Mitte« und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim am Glan 1978.
456 Ziesel an Kinkel, 30.3.1981, in: BND-Archiv, 2780, o. Bl.; siehe Deutschland-Magazin, 1.4.1981.
457 Siehe unten, S. 923.
458 Ziesel an Blum, 13.12.1983, in: BND-Archiv, 2780, o. Bl.
459 Horst Ehmke: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994, S. 152.
460 Vgl. Müller, Gehlen, II, S. 965.
461 Dülffer, Krise, sowie Müller, Gehlen, II, passim; Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 142 ff.
462 O. V., Vermerk zur Person, 5.11.1970, in: BND-Archiv, 1954, o. Bl.
463 Siehe auch Dülffer, Krise, S. 552 f.
464 Karteikarteneintrag vom 25.6.1956, in: BND-Archiv, V-56237, o. Bl.
465 Siehe die Kommentare von Kurt Weiß zu den Einträgen in seiner Kladde, 8.–17.11. sowie 15.–20.12.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 2, Bl. 111 und 143.
466 Karteikarteneintrag vom 11.6.1969, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 33.
467 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 14.–18.6.1962, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 9, Bl. 134.
468 Interne Auskunft, 28.4.1969, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 20.
469 Karteikarteneintrag vom 12.5.1969, in: BND-Archiv, V-56237, o. Bl.
470 Böhme (923) an Weiß (27 VK), Gespräch B. Freudenfeld/Elze am 20.6.67, 22.6.1967, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 34 f.
471 Siehe unten, S. 1172 ff.
472 Böhme (923) an Weiß (27VK), Gespräch mit SV Freudenfeld am 31.8.1967, 7.9.1967, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 36 f.
473 Böhme (923) an Weiß (27 VK), Informationen von KN B. Freudenfeld, 9.1.1968, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 38 ff.
474 Aktenvermerk Böhmes (923), Ehemaliger Mitarbeiter L., 20.6.1968, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 42.
475 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 489 ff.
476 Hds. Notiz von Kurt Weiß, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 45. Das Gespräch fand am 12.6.1968 statt.
477 Münstermann (923) an Weiß (AL I), Information von Presse-Sonderverbindung DN Frick, hier: Sowjetischer Protest beim WDR gegen Ausstrahlung eines aus rotchinesischen Quellen stammenden Filmes über die jüngsten Kampfhandlungen am Ussuri, 18.9.1969, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 74 f.
478 Interne Auskunft von Oktober 1971, in: BND-Archiv, V-56237, Bl. 32.
479 Büro Bavaria [Leiter: Siegfried Ungermann] an Weiß (133), Dr. Wolfgang Höpker [Gespräch am 22.12.1956], 21.1.1957, in: BND-Archiv, 21688, o. Bl.
480 Arbeits-Bogen, 3.4.1957, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
481 Büro Bavaria, Anmeldung, 10.5.1957, in: BND-Archiv, 21688, o. Bl.
482 Münstermann (923) an Weiß (27 VK), Presse-Sonderverbindung KN Wolfgang Höpker, 10.6.1968, in: BND-Archiv, 151557, Bl. 508.
483 Büro Bavaria an Weiß (133), V-16168, hier: Belgrader Gesprächspartner, 19.6.1957, in: BND-Archiv, 21688, o. Bl.
484 Dienststelle 929, V-16168, DN Stich, 25.8.1958, in: BND-Archiv, 21688, o. Bl.
485 Vgl. Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 455.

486 Von Hehn (926), Treffbericht über das Gespräch am 21./22.10.1964, 26.10.1964, in: BND-Archiv, 21688, o. Bl.
487 Die neuerliche interne Ummeldung erfolgte auf Anordnung »Wintersteins«, diesmal von der 926 zum 1.12.1965 hin zur 923 von Dr. Walter Wanke (»Dr. Wilhelm«) bzw. Eduard Böhme (»Elze«) mit Wirkung vom 1.2.1966, in: BND-Archiv, 21688, o. Bl.
488 Bericht Höpkers vom 27.1.1963, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
489 Bericht Höpkers vom 1.4.1963, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
490 Bericht Höpkers vom 10.4.1963, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
491 Bericht Höpkers vom 14.6.1963, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
492 Bericht Höpkers ebenfalls vom 14.6.1963, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
493 Bericht Höpkers vom 21.6.1963, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
494 Siehe etwa Schwarz, Springer, S. 344 ff.
495 Reuter (923), Vermerk, Holzer, hier: Informationsreise in die Türkei, Israel und Griechenland, 26.3.1969, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
496 Böhme (923) an Weiß (27 VK), Gespräch Dr. Höpker – V-36140 am 16.3.67 in Bonn, 21.3.1967, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
497 Christ und Welt, 18.3.1968 (»Geheimdienste. Super-Gehlen? Es fehlt an Koordinierung«).
498 Böhme (923) an Weiß (27 VK), Präsidentenwechsel, hier: Beitrag von Presse-Sonderverbindung KN Dr. Höpker für Ausgabe »Christ und Welt« am 1.5.68, 25.4.1968, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.; das umfängliche Papier in der Anlage. Zum Dönhoff-Artikel »Der Mann ohne Gesicht« in *Die Zeit* vom 26.4.1968 siehe Müller, Gehlen, II, S. 1173 ff.
499 Reuter (923), Vermerk, Holzer, hier: Artikel über Wechsel im BND, 2.4.1968, in: BND-Archiv, 21689, o. Bl.
500 Siehe Böhme (923) an Weiß (27 VK), Background-Gespräch mit Dr. Höpker / Elze am 26.4.1968, 19:20–22:30 Uhr in Bonn, in: BND-Archiv, 151557, Bl. 688 ff.
501 Vgl. Dülffer, Krise, S. 45 ff.
502 Siehe namentlich Kapitel VII, S. 545 ff.
503 Siehe etwa Heinz Timmermann: Im Vorfeld der neuen Ostpolitik. Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68, in: Osteuropa, Bd. 21, Nr. 6 (Juni 1971), S. 388–399; vgl. unten, S. 1206 ff.
504 Christ und Welt, 10.5.1968 (»Nachrichtendienste. Wachablösung in Pullach. Wunschzettel für den neuen Geheimdienstchef Wessel«).
505 Siehe etwa die entsprechenden Schreiben von Böhme (923) an Weiß (273 bzw. 27 VK) vom 10.6., 8.7., 17.7.1968, in: BND-Archiv, 151557, Bl. 508, 350 und 313.
506 Jaschke (923, »Herbart«), Dienstreise Bonn/Köln, 15.1.1971, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
507 Jaschke (923) an Leitungsbüro Wessel, DN Holzer, 15.2.1971, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
508 Jaschke (923), Treff-Notiz, DN Dr. Reuter, 16.9.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl. Hervorhebung im Original.
509 Münstermann (923) an I E 1-S, Treff PrSV DN Dr. Holzer / Dr. Heidegger am 7.7.69 in Bonn, 15.7.1969, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
510 Böhme (923) an Leiter Büro Präsident, PrSV DN Holzer, hier: Informationsgespräch bei Präsident, 7.7.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.; vgl. die umfangreichen Gesprächsdispositionen zu diesen Gesprächen, ebd.
511 Böhme (923), DN Holzer, hier: Hinweis zu dem neuen Chefredakteur der »Welt«, Kremp, 16.10.1968, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
512 Stephani (273/III) an Böhme (923), Gespräch AL I [Weiß] mit Giselher Wirsing am 31.1.69, 13.2.1969, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
513 Siehe unten, S. 976 ff.

514 Weiß (273) an Böhme (923), Dr. W. Höpker, 4.2.1969, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
515 Münstermann (923) an Weiß (I/E), Presse-Sonderverbindung DN Holzer, 3.3.1969, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
516 Münstermann (923) an Weiß (I/E), Artikel in »Christ und Welt«, 11.2.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
517 Siehe unten, S. 918 ff. und 1238 ff.
518 Böhme (923) an Leiter Büro Präsident, PrSV DN Holzer, hier: Informationsgespräch bei Präsident, 7.7.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
519 Siehe etwa Reuter (923), Vermerk, DN Holzer, 20.5.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl., oder Böhme (923), Aktenvermerk, SV Dr. Holzer, 3.8.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
520 Böhme (923), Treff-Notiz, 16.9.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
521 Höpker an Wessel, 9.9.1970, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
522 So der Nachdruck in der Schwäbischen Zeitung, 28.10.1970; Bonner Generalanzeiger, 26.8.1970 (»Die Stellung der Geheimdienste in der modernen Demokratie. Keine Abenteurer-Romantik im Bundesnachrichtendienst. BND-Chef über das Selbstverständnis seiner Behörde«).
523 Stellungnahme Gehlens sowie Kommentar Jaschkes vom 21.2.1972, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
524 Siehe Müller, Gehlen, II, S, 1227 ff.
525 Jaschke (Pressereferat), Notiz über sein Gespräch mit Höpker am 15.9.1971, in: BND-Archiv, 21690, o. Bl.
526 Christ und Welt, 15.10.1971 (»Was Gehlen wirklich sagt. Der Memoiren-Rummel hat dem General geschadet«); zum Streit um das Erinnerungsbuch siehe Müller, Gehlen, II, S. 1227 ff.
527 Kommentar im Bayerischen Rundfunk, 8.3.1972 (»Für Sie gelesen«).
528 Im Einzelnen unten, S. 1206 ff.
529 Siehe oben, S. 452.
530 Interner Vermerk für Kanzleramtschef Manfred Schüler, Öffentlichkeitsarbeit, 2.10.1974; als Anlage die Liste der BND-Pressesonderverbindungen vom 17.3.1970, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (375), Bd. 1, o. Bl.
531 Siehe etwa den väterlich-freundlichen Kommentar von Rudolf Augstein, in: Der Spiegel, 16.12.1958 (»Lieber Spiegelleser«).
532 Im Einzelnen Goschler/Wala, Verfassungsschutz, S. 211 ff. Der Artikel erschien am 27.8.1963.
533 Goschler/Wala, Verfassungsschutz, S. 242.
534 Karteikarteneintrag vom 22.4.1960, in: BND-Archiv, 3285, Bl. 66.
535 Karteikarteneintrag vom 20.1.1961, in: BND-Archiv, 3285, Bl. 66.
536 Karteikarteneintrag vom 1.2.1961, in: BND-Archiv, 3285, Bl. 66.
537 Siehe oben, S. 31 ff.
538 Karteikarteneintrag vom 6.9.1963, in: BND-Archiv, 3285, Bl. 68.
539 Siehe unten, S. 1080 f.
540 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Veröffentlichung in der Illustrierten »Stern« (bereits im Vorabdruck vorgelegt), 2.8.1963, in: BND-Archiv, 1600, Bl. 392 ff.; dort auch die Rohfassung der Reportage »Geheimdienste«.
541 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 155.
542 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Einstellung der Journalisten Reinhard Appel und Peter Stähle zum BND, laufende Berichterstattung, 6.9.1965, in: BND-Archiv, 1600, Bl. 107 ff.
543 Stähle an Weiß, 21.5.1968, in: BND-Archiv, 2768, Bl. 1; der Artikel erschien in »JS – Zeitschrift junger Sozialdemokraten«, Mai 1968 (»Geheimdienste. Wachwechsel in Pullach«);

die Unterlagen zur Stiller-Reportage (Der Spiegel, 5.3.1979, »DDR-Geheimdienstchef enttarnt. Die Spione des Markus Wolf«), ebd.

544 Hds. Notiz auf dem Brief Stähles an die Pressestelle des BND vom 6.5.1981, in: BND-Archiv, 2768, Bl. 112 f.

545 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 72 ff.

546 So ein Bericht der Spionageabwehr der Organisation Gehlen von Frühjahr 1949; vgl. ebd., S. 73.

547 Karteikarteneintrag o. D. [vor August 1950], in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 2.

548 Karteikarteneintrag von August 1950, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 2.

549 Karteikarteneintrag von November 1951, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 3.

550 Karteikarteneintrag vom 12.4.1955, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 4 f.

551 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 5./6.8.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 98.

552 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 13.10.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 140.

553 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 11.11.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 165.

554 Dienststelle 923, Der BND im Spiegel der Presse 1952–1970 und die Einwirkung der Presseverbindungsarbeit des Dienstes, August 1970, in: BND-Archiv, 2925, Bl. 31 f.; Zitat aus der *Abendzeitung* von »August 1954«.

555 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 16.5.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 227 f.

556 Rudolf Heizler: Die Exekution und andere Beobachtungen eines Zeitzeugen, München 1989, S. 114 f.

557 Dienststelle 523, Anmeldung Rudolf Heizler, 23.11.1961, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 14 ff.

558 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, V-92, sowie unten, S. 1251 ff.

559 Nickel (931), Abschaltmeldung, 14.1.1971, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 20.

560 Siehe die Meldungsübersichten der Dienststelle 931, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 83 ff.

561 Dienststelle IV D 2, Personenauskunft zu Heizler, 24.4.1978, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 195 ff.

562 Nickel (931), Quellenbeschreibung, 15.2.1963, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 34 f.

563 Siehe etwa Nickel (931) an Weiß (27 VK), Hiob, hier: Aufklärungswünsche Londoner polnische Emigration, 26.9.1962, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 61 f., oder Nickel (931) an Weiß (283), Treffbericht, 16.5.1969, in: ebd., Bl. 35 f.

564 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 12.6.1962, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 9, Bl. 132.

565 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 19.6.1962, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 9, Bl. 134.

566 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 2./3.7.1962, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 9, Bl. 150.

567 Siehe oben, S. 434 f.

568 Siehe in der *Kölner Rundschau am Sonntag*, 11.8.1963, etwa den Artikel »Männer im Schatten«, in dem u. a. die Auffassung vertreten wurde, »dass wir heute mit den Amerikanern vertrauensvoll zusammenarbeiten, ist nicht zuletzt das Verdienst Gehlens und seiner Organisation«.

569 Langemann (348), Vermerk zur Si-Akte V-47504, 10.2.1967, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 47.

570 Notiz der Dienststelle 53 C für Unterabteilungsleiter 53, 31.1.1979, in: BND-Archiv, V-47504, Bl. 226 f.

571 Vgl. Peter Köpf: Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse, Berlin 1995, S. 97 f.
572 O. D. [wohl 1970], Jochen Willke, in: BND-Archiv, 2785, o. Bl.
573 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 3./4.6.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 5, Bl. 55.
574 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 972.
575 Dürrwanger (363/VI), Notiz über sein Ferngespräch mit Gehlen, 3.12.1959, in: BND-Archiv, 1163, Teil 1, Bl. 365.
576 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 5.11.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 157 f.
577 Der Spiegel, 12.7.1960 (»Jochen Willke«).
578 Revue, 28.7.1963, Kolumne von »Voluntas«.
579 Vermerk für Günter Bachmann, 6.8.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (231), o. Bl. Es ist ungeklärt, ob der Verfasser der Notiz sich etwa mit dem Herausgeber und Publizisten Werner Friedmann in Verbindung gesetzt hat.
580 Revue, 20.10.1963 (»Voluntas: Ich sprach mit Gehlen«); siehe dazu auch Müller, Gehlen, II, S. 1066.
581 Dienststelle 923, Der BND im Spiegel der Presse 1952–1970 und die Einwirkung der Presseverbindungsarbeit des Dienstes, August 1970, in: BND-Archiv, 2925, Bl. 5; das folgende Zitat ebd.
582 Hds. Weiß (27 VK) an Gehlen (106), »Voluntas«-Artikel, 3.10.1963, in: BND-Archiv, 1600, Bl. 200. Hervorhebung im Original.
583 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 19.11.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 196.
584 Siehe das Fernschreiben von Weiß an Gehlen, Artikel »Vol«, Anweisung 106 pers. vom 7.10.1963 an 27 VK pers., 7.10.1963, in: BND-Archiv, 1600, Bl. 196 ff.
585 Gehlen, Vermerk, Beabsichtigte Veröffentlichung in der Illustrierten »Revue«, 8.10.1963, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (231), o. Bl., bzw. BArch, B 136/50424.
586 Siehe unten, S. 843 ff.
587 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 1184 ff.
588 Neue Revue, 7.7.1968 (»Reinhard Gehlen. Deutschlands geheimster Mann«).
589 Müller, Gehlen, II, S. 1181 f.; Zitat S. 1182.
590 Chiemgau-Zeitung, 14.11.1953 (»Spionagekrieg im Halbdunkel«), sowie Frankfurter Rundschau, 17.11.1953 (»Abwehr oder politische Spitzelei? Betrachtungen zum Falle der Organisation Gehlen«).
591 Frankfurter Rundschau, 28.12.1954 (»Bund braucht legalen Nachrichtendienst«).
592 Frankfurter Rundschau, 20.7.1955 (»Organisation Gehlen unter parlamentarischer Kontrolle. Bundesnachrichtendienst soll dem Kanzleramt unterstehen. Opposition an Überwachung beteiligt«).
593 51AB, Vermerk, V-7382, DN Herbst, 2.11.1981, in: BND-Archiv, 24964, o. Bl.
594 Fried Wesemann: Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland, Frankfurt am Main 1952.
595 Dienststelle 521, Anmeldung V-7382, 1.9.1959, in: BND-Archiv, 24964, o. Bl.; alle Angaben zur Werbung ebd.
596 Karteikarteneintrag, 13.5.1959, in: BND-Archiv, 24964, o. Bl.
597 Siehe unten, S. 549 ff.
598 Chronologie V-7382, erstellt im November 1970, in: BND-Archiv, 24965, o. Bl.; auch zum Folgenden. Siehe sodann die Kommentare von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 20.3.1959 und 15.7.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 5, Bl. 57, bzw. Bd. 6, Bl. 14.

599 Schreiben Zieglers an Gehlen, 1.7.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 595.
600 Ungermann (521) an Weiß (181), Werner (DN), Paris, 22.7.1959, in: BND-Archiv, 24966, o. Bl.; hds. Notiz von Weiß für Gehlen vom 23.7.1959, ebd.; Hervorhebung von mir. Siehe dort auch den Bericht vom Treff in Paris am 19.4.1959.
601 Hds. Notiz von Kurt Weiß auf Ungermann (521) an Weiß (181), Werner (DN), Paris, früherer Mitarbeiter von Dr. König, 13.5.1959, in: BND-Archiv, 24966, o. Bl.; das Folgende ebd.
602 Siehe oben, S. 458.
603 Ungermann (521) an Weiß (181), Fried Wesemann, »Spiegel«-Korrespondent in Paris, 21.8.1959, in: BND-Archiv, 24966, o. Bl.; siehe auch Ungermann (521) an Weiß (181), V-7382, 28.1.1960, in: BND-Archiv, 24967, o. Bl.
604 Siehe etwa Werner (DN) – Unterquellenverzeichnis, Anlage zu Ungermann (521) an Weiß (181), Werner (DN), Paris, 22.7.1959, in: BND-Archiv, 24966, o. Bl.
605 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 25./26./27.4.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 180.
606 Alle Beispiele aus BND-Archiv, 24968, o. Bl.
607 Schreiben Wesemanns vom 12.11.1979, in: BND-Archiv, 24967, o. Bl.
608 Schreiben Wesemanns vom 6.11.1979, in: BND-Archiv, 24967, o. Bl.
609 Siehe etwa I A 4, Notizen zum Antrag Einsatzausgaben für V-7382, 7.11.1974, in: BND-Archiv, 24965, Bl. 151.
610 Finanzteil DN Herbst, in: BND-Archiv, 24968, o. Bl.
611 Siehe unten, S. 541 f.
612 Siehe die Unterlagen zur Person, in: AdsD, Sammlung Personalia, Fried Wesemann, 6/SAMP010702.
613 Vgl. etwa die Präsidiumssitzungen am 15.2. oder 8.5.1968, in: AdsD, PV-Präsidium 1968.
614 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 9.12.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 185.
615 Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 594.
616 Heinz Timmermann: Im Vorfeld der neuen Ostpolitik. Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68, in: Osteuropa (21), Nr. 6, S. 388–399, hier: S. 388; auch zum Folgenden.
617 Siehe unten, S. 534.
618 Siehe unten, S. 1206 ff.
619 Stefanie Waske: Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg, München 2013, S. 35; siehe namentlich die Analyse bei Gassert, Kiesinger, S. 592 ff.
620 Timmermann, Ostpolitik, S. 395.
621 Siehe etwa Der Spiegel, 7.4.1968 (»SPD-Kontakte. Alles Kapitalisten«).
622 Zit. nach Waske, Nachrichtendienst, S. 37.
623 Siehe unten, S. 1203 ff.
624 Zur Ausforschung der Sozialdemokratie siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 716 ff., und insbesondere unten, S. 545 ff.
625 Siehe die Erklärung von Kurt Weiß am 11.4.1969 und Wolfgang Langkau am 15.4.1969 im Rahmen einer BND-internen Untersuchung, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 7, Bl. 9 ff.
626 Langkau, Egon Bahr, 14.9.1967, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 1, Bl. 32 ff.

627 Gassert, Kiesinger, S. 695. Zu Schauff siehe Dülffer, Krise, S. 217 ff., und Dieter Marc Schneider: Johannes Schauff (1902–1990). Migration und »Stabilitas« im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001.
628 Siehe Wolfgang Langkaus »Notiz betr. Botschafter Egon Bahr« vom 9.12.1968, die er im Rahmen einer von Kanzleramtschef Karl Carstens durchgeführten Untersuchung dieser Vorgänge gefertigt hatte, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 7, Bl. 15 f.
629 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Gespräche zwischen SPD und KPI, hier: SED-Delegation in Rom, 28.2.1968, in: BND-Archiv, 220031, o. Bl. Siehe auch die Notiz vom 23.4.1968, »Zu geheimen Kontakten zwischen SPD und KPI und deren Vorsitzenden Brandt und Longo« – sie ging auch an »FJS« (Franz Josef Strauß), wie eine Marginalie darauf ausweist – sowie die undatierte Notiz aus demselben Zeitraum »Weitere Einzelheiten zu einer Begegnung zwischen Brandt und Longo in Rom«, in: BND-Archiv, 220030, Bl. 242 ff.
630 Gassert, Kiesinger, S. 532.
631 Wolfgang Langkau, »Notiz betr. Botschafter Egon Bahr« vom 9.12.1968, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 7, Bl. 15 f.
632 Berliner Extra-Dienst, 27.1.1968.
633 Die Klage auf Schmerzensgeld, die Wesemann gegen Guggomos anstrengte, wurde vom Amtsgericht Bonn am 25.6.1969 zurückgewiesen. Die Unterlagen dazu in: BND-Archiv, 24967, o. Bl.
634 Nickel (931) an Weiß (27 VK), Fried Wesemann; zusätzliche Informationen zur Person, 11.5.1967, in: BND-Archiv, 24966, Bl. 106 f.
635 Siehe beispielsweise AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 11.4 SPD (Parteiführung) 1964–1987 – Erich-Ollenhauer-Haus, zentrale Arbeitsgemeinschaften und Verbände, Box 20, oder AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA005191.
636 Staatssekretär Carstens, 1. Ostkontakte von Ministerialdirektor Egon Bahr, 2. Verwendung nachrichtendienstlichen Materials in der Presse, 15.12.1968, »Herrn Bundesminister Brandt am 1. Februar 1969 persönlich überreicht«, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 1, Bl. 1 ff.
637 Gassert, Kiesinger, S. 600.
638 Paraphrase der Erklärung Brandts in dessen Pressekonferenz am 2.11.1968 im Bericht des Kanzleramtschefs vom 15.12.1968, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 1, Bl. 4.
639 Siehe unten, S. 1222 ff.
640 Notiz von Carstens für Kiesinger, 26.11.1968, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 6, Bl. 12 ff.
641 Fernschreiben Wessels an Carstens, Egon Bahr, 24.11.1968, BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 6, Bl. 28 f.; die folgenden Erklärungen ebd., Bl. 34 ff.
642 Siehe unten, S. 1211.
643 Siehe unten, S. 1241 ff.
644 Siehe die Unterlagen der internen Untersuchung zu Beginn des Jahres 1969, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 7, Bl. 1 ff.; siehe auch die internen Unterlagen dazu, in: BND-Archiv, 220031, o. Bl.
645 Erklärung vom 10.4.1969, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14203 (1), Beiakte 7, Bl. 6 ff.
646 Präsidiumssitzung am 4.4.1968, in: AdsD, PV-Präsidium 1968, Bl. 6271.
647 Siehe Wesemanns Vermerke für Brandt vom 10.4. und 12.4. sowie das Schreiben vom 17.4.1968, in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 11.4 SPD (Parteiführung) 1964–1987 – Erich-Ollenhauer-Haus, zentrale Arbeitsgemeinschaften und Verbände, Mappe 35.
648 Wesemann an Brandt, 4.6.1968, in: ebd.

649 Präsidiumssitzung am 4.7.1968, in: AdsD, PV-Präsidium 1968, o. Bl.
650 Wesemann an Brandt, 9.7.1968, in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 11.4 SPD (Parteiführung) 1964–1987 – Erich-Ollenhauer-Haus, zentrale Arbeitsgemeinschaften und Verbände, Mappe 35.
651 Brandt an Wesemann, 1.8.1968, in: ebd.
652 12 F (OpSi) an 41CY, Rechnungsprüfung 1981, 22.6.1983, in: BND-Archiv, 24962, o. Bl.
653 Formblatt zur Einsatzführung, V-7382, 4.3.1976, in: BND-Archiv, 24965, Bl. 9.
654 Siehe unten, S. 938 ff.
655 Brief Wesemanns (»Herbert«) an seinen V-Mann-Führer, 30.10.1974, in: BND-Archiv, 24967, o. Bl.
656 Siehe unten, S. 966 ff.
657 Brief Wesemanns (»Herbert«) an seinen V-Mann-Führer, 31.10.1974, in: BND-Archiv, 24967, o. Bl.
658 Siehe oben, S. 532.
659 51AB an 53C, Vermerk, 24.9.1981, in: BND-Archiv, 24964, o. Bl.
660 53CC an 51AB, Abschalttreffbericht, hier: V-7382, 8.12.1981, in: BND-Archiv, 24964, o. Bl.
661 51AB an 43C, V-7382, hier: Abschaltgeld, 12.11.1981, in: BND-Archiv, 24964, o. Bl.
662 Wesemann an Brandt, 5.3.1984, in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 11.2 SPD (Parteiführung) 1964–1987 – Persönliche Korrespondenz A–Z 1981–1986, Box 162.
663 Brandt an Wesemann, 15.3.1984, in: ebd.; siehe auch Wesemann an Brandt, 2.3.1987, in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv, Abgeordnetentätigkeit – Deutscher Bundestag: Büroleiter Klaus Lindenberg (1990–1992), Box 6.

VII. Die Ausforschung der SPD-Spitze

A. ZEHN JAHRE AUSSPÄHUNG

1. Die »krummen Wege« des Bundeskanzlers

Obgleich publizistische Beobachter und politische Gegner durchaus argwöhnten, der Bundeskanzler ziehe bei der Festigung seiner Macht aus der Präsenz des Auslandsnachrichtendienstes in der Innenpolitik größeren Nutzen als aus dessen außenpolitischer Berichterstattung, waren sie niemals in der Lage, ihren Verdacht zu erhärten. Der Zeitgeschichtsforschung erging es nicht anders. Umso bemerkenswerter ist ein Hinweis von Hans-Peter Schwarz in seiner Biografie Konrad Adenauers, wo er beiläufig davon spricht, BND-Präsident Reinhard Gehlen sei eine »langjährige, wenn auch unsichtbare Säule seiner Herrschaft« gewesen.[1]

Das ist richtig gesehen und treffend gesagt, doch an keiner Stelle seines umfangreichen Werks zur Geschichte des christdemokratischen Gründungskanzlers und seiner Zeit vertiefte Schwarz diese Erkenntnis. Offenbar ahnte oder wusste er mehr, als er aus den Akten belegen konnte oder sagen wollte. Wie dem auch sei, dieses Kapitel führt nun noch tiefer in die politische Inlandsspionage des BND und ihre innen- und parteipolitische Instrumentalisierung hinein. So umfassend und detailliert wie möglich und nötig beschreibt es den Machtmissbrauch, den der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende, sein Kanzleramtschef und der BND-Präsident gemeinschaftlich einfädelten und ein Jahrzehnt lang unerkannt aufrechterhielten.

Im Herbst 1953, nach einem streckenweise wilden Bundestagswahlkampf, in dem Konrad Adenauer die Sozialdemokratie nicht weit hinter dem Feindbild des Kommunismus rangieren ließ, hatten die Bundesbürger die Unionsparteien mit einem starken Mandat für die zweite Legislaturperiode ausgestattet. 1949 noch in etwa gleichauf mit der SPD, legten CDU/CSU zwischen sich und die Opposition nun einen Abstand von 16 Prozent der Wählerstimmen und 92 Mandaten. Dieser überwältigende Erfolg ging zuallererst auf das Konto des Bundeskanzlers. Man sprach von »Adenauer-Wahlen«. Dieses historische Votum markierte den eigentlichen Beginn der Ära Adenauer, den Auftakt zu einem Jahrzehnt bürgerlich-konservativer Dominanz, in dem sich die SPD kaum noch Chancen auf das Palais Schaumburg ausrechnen konnte.[2]

Die schwere Niederlage der Sozialdemokratie führte im Bundeskanzleramt allerdings nicht zu einem nachlassenden Interesse an der gedemütigten Opposition. Im Gegenteil, der »neugierige, ja nachrichtenhungrige« Adenauer[3] und Staatssekretär Globke bedienten sich jetzt noch intensiver der weit jenseits des Verfassungsrahmens angesiedelten geheimen Dienste der Organisation Gehlen. Der »Doktor« und seine Vertrauten im Führungskreis sahen in der SPD seit jeher eine Gefahr für Deutschland[4] und gingen darin mit dem Bundeskanzler völlig konform. In der ersten Sitzung des CDU-Bundesvorstands nach seinem großen Sieg ging Adenauer auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen ein, bei denen man neuerlich der SPD gegenüberstehe: »Ich betrachte es als eine wesentliche Aufgabe gerade unserer Partei, dass wir gegen den Sozialismus angehen; denn der Sozialismus, namentlich in der noch stark theoretischen Form wie in Deutschland, hat ungefähr alle Länder, in denen er die Mehrheit hatte, ruiniert«; Großbritannien und Schweden etwa: »Wenn die Sozialisten, die sich nach ihrer Anschauung nicht damit abfinden können, dass alle leben wollen und dass Freiheit in der Wirtschaft bestehen soll, an die Macht kommen, dann liegt es in der Natur der Sache, dass die Kräfte ausgeschaltet werden, die notwendig sind, damit alles gesund bleibt und fortschreitet.«[5]

Die ganze zweite Legislaturperiode hindurch blieb der Kanzler bei dieser Grundmelodie mit ihren beiden immer gleichen Grundtönen: innenpolitischer Ruin durch sozialistische Experimente; außenpolitische Katastrophe durch die Abkehr vom Westen. Anfang 1956, als er (wie immer) betonte, die nächste Bundestagswahl sei die entscheidende, sagte er im CDU-Bundesvorstand: »Wenn die nächste Wahl verlorengehen und die Sozialdemokratie an die Führung kommen sollte, dann werden nach meiner festen Überzeugung der wirtschaftliche Wohlstand und die außenpolitischen Errungenschaften, die wir haben, in kürzester Zeit verspielt werden. Dann wird das Wort von Finis Germaniae Wahrheit, weil wir dann in kurzer Zeit ein sowjetrussischer Satellitenstaat irgendeiner Art werden würden […] Denken Sie daran, dass wir Deutsche – und unter den Deutschen unsere Partei – doch der Damm sind, der das westliche Europa und somit auch die übrigen Teile des nördlichen Europas allein noch schützen kann vor der kommunistischen Flut.«[6]

Auch wenn der CDU-Vorsitzende diese Einschätzung der Sozialdemokratie immer geschickt und mitunter perfide zu instrumentalisieren verstand, so entsprach sie doch seiner inneren Überzeugung. An seine Mitstreiter im Bundesvorstand wandte er sich etwa mit den Worten, man stehe in einem »Kampf um Deutschland. Ich fasse den Wahlkampf 1957 bei weitem nicht in erster Linie auf als einen Kampf für unsere Partei […] Lebten wir in normalen Zeiten, Gott, man würde sich nicht den Kopf abreißen, wenn nun einmal die Opposition siegte und zeigen müsste, was sie denn nun wirklich leisten kann, aber bei dieser Lage in der Welt, in Europa und in Deutschland würde ein Sieg der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1957 nach unserer tiefsten Überzeugung für Deutschland, für Europa und für die Welt geradezu eine Katastrophe bedeuten.«[7] Bekomme die Sozialdemokratie Einfluss auf die Politik der Bundesregierung, »dann ist es zu Ende mit der Freiheit des deutschen Volkes«.[8] Bald prophezeite Adenauer öffentlich, ein Sieg der SPD bedeute den »Untergang Deutschlands«.[9]

Vier Jahre später versuchte der Bundeskanzler, die Kampfeslust seiner Parteifreunde mit ähnlichen Attacken anzustacheln. Allein die absolute Mehrheit der CDU könne »Deutschland retten«.[10] Zuvor war Adenauer noch deutlicher geworden: »Dass die SPD unser Feind ist, sehen wir doch immer wieder«, rief er in einer Vorstandssitzung aus. »Sagen wir doch ruhig: Unser Feind. Was würden die mit uns Schlitten fahren. Wir wollen sie nicht totschlagen, wir wollen nur dafür sorgen, dass sie keinen Unsinn machen.«[11] Hans Globke, der die geheimen Kanzler-Orientierungen des BND über Jahre in Empfang nahm, sichtete und an den Bundeskanzler weiterleitete, dachte genauso. Allen W. Dulles, der Direktor der CIA, hatte schon in den Tagen, als aus seinem deutschen Apparat der offizielle Auslandsnachrichtendienst wurde, von seinen Experten die lapidare Erläuterung erhalten, für den enorm einflussreichen Chef des Bundeskanzleramts sei die Opposition schlicht der »Feind«.[12]

Wie im ersten Band dargetan, hatte der Gehlen-Dienst seine Beobachtung der SPD bereits nach dem Tod des charismatischen Parteiführers Kurt Schumacher im Jahr 1952 ausgeweitet und sie nach den »Adenauer-Wahlen« um ein Vielfaches verstärkt. Pullach vermochte das Kanzleramt denn auch sogleich mit einer Reihe interner Dokumente zu versorgen, aus denen abzulesen war, wie die SPD-Führung den Schock der Niederlage zu

verarbeiten versuchte.[13] Das waren Beschaffungserfolge, die weit über frühere Anstrengungen des Gehlen-Dienstes hinausgingen, als man zwar eine Fülle von Gerüchten und Einzelinformatinen, aber noch kaum Interna aus der sozialdemokratischen Führungsspitze um Erich Ollenhauer beisteuern konnte. Selbstverständlich waren derart delikate Operationen in einer der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Demokratie ein sehr gefährliches Unterfangen. Würde die nachrichtendienstliche Ausforschung der Oppositionsführung, noch dazu in Partnerschaft mit der Regierungsspitze, ruchbar werden, zöge eine solche Enthüllung, das litt keinen Zweifel, einen gewaltigen politischen Skandal und die offene Feindschaft einer gegenüber dem Gehlen-Apparat ohnedies misstrauischen Sozialdemokratie nach sich.

Gehlen startete diese hochgeheime, ungefähr zehn Jahre währende Großoperation ungeachtet der Tatsache, dass die Verwirklichung seines Hauptziels – die Übernahme des Pullacher Apparats in die Bundesverwaltung – gegen den Widerstand der Opposition kaum zu erreichen sein würde. Der General a. D. verfolgte daher eine Doppelstrategie: Er betrieb die rücksichtslose Ausforschung der SPD-Führung und bemühte sich zugleich darum, bei der sozialdemokratischen Parteiführung gut Wetter zu machen, um auch sie für die »Legalisierung« seiner Organisation zu gewinnen. Zudem bestand trotz der Dominanz der Adenauer-CDU eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass aus der gegenwärtigen Oppositionspartei eines Tages eine Regierungspartei oder wenigstens eine Koalitionspartei werden würde. Die Doppelgleisigkeit von geheimer Ausforschung und offizieller Annäherung bestimmte Pullachs Strategie die ganzen fünfziger Jahre über. Bei der Analyse dieses Machtmissbrauchs musste (noch eingehender, als es der Leser schon gewohnt ist) jedes einschlägige Aktenstück innerhalb und außerhalb des BND zweimal in die Hand genommen und jedes Blatt dreimal gewendet werden, das versteht sich.

Konrad Adenauer hielt intern nicht damit hinter dem Berg, ausnehmend gut über das Innenleben der SPD-Führung Bescheid zu wissen. Nachdem er seine Parteifreunde Anfang 1954 zu Beginn einer CDU-Vorstandssitzung ausdrücklich auf die »Nichtöffentlichkeit« dieser ersten Aussprache nach den Bundestagswahlen hingewiesen hatte, konnte er der Versuchung nicht widerstehen, sein Geheimnis ein wenig zu lüften: »Wir können uns in dieser

Beziehung wirklich ein Beispiel nehmen an der Disziplin der Sozialdemokratischen Partei, über deren Parteivorstandssitzungen nur mit größter Mühe auf allen möglichen krummen Wegen etwas zu erfahren ist«, sagte er laut Wortprotokoll. »Bei uns ist das gewöhnlich anders. Ich gehe die krummen Wege nicht. Ich höre nachher, was bei den krummen Wegen herausgekommen ist. Das ist doch die Hauptsache!«[14]

Noch unvorsichtiger verhielt sich der Bundeskanzler zu Beginn des Wahljahrs 1957. Vor der CDU-Spitze sagte er: »Ich habe hier einige Notizen aus SPD-Kreisen«, und zitierte dann mehrere Passagen aus einer der vielen vertraulichen BND-Mitteilungen wörtlich – nicht ohne mit der Selbstermahnung zu schließen: »Ich muss das mit Vorsicht verlesen, damit nicht die Quelle verraten wird. Das werden Sie verstehen.«[15] Ein Vierteljahr danach konnte der CDU-Vorsitzende vor demselben Gremium noch weniger an sich halten: »Darf ich zunächst feststellen, ob wir wirklich ganz unter uns sind und keine Fotografen und niemand uns hören kann«, eröffnete er die Aussprache: »Denn nur dann kann man ruhig und offen miteinander sprechen. Aus den Sitzungen des Parteivorstands der SPD bekommen wir ja die entsprechenden Mitteilungen (Heiterkeit). Ich sähe es wirklich nicht gern, wenn das vice versa ebenso geschähe.«[16]

2. Verstärkte Ausspähung nach den »Adenauer-Wahlen« 1953

Die Penetrierung des Parteivorstands: Das Trio Gehlen-Ziegler-Ortloff

Dem politischen Tandem Adenauer-Globke arbeitete ein nachrichtendienstliches Trio zu, dem Reinhard Gehlen, einer seiner leitenden Mitarbeiter sowie der Personal- und Sicherheitschef beim Parteivorstand der SPD angehörten. Der »Doktor« fädelte die gezielte Ausforschung der SPD-Spitze nicht nur selbst ein, er steuerte die bedeutendste Operation der BND-Inlandsspionage zunächst auch höchstpersönlich. Engster Kollaborateur dabei war sein Pullacher Kollege Dr. Siegfried Ziegler (V-11643, »Dr. König«[17]), als SPD-Mitglied so etwas wie ein weißer Rabe am Isar-Hochufer.

Ziegler kam 1902 in Essen zur Welt, besuchte dort als Mitglied des Evangelischen Jugendvereins wie der »Guttempler«-Jugend ein Lehrerseminar und arbeitete anschließend als Erzieher. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre studierte der begabte junge Mann Philosophie, Psychologie und Pädagogik in Köln; mit einer historischen Dissertation über seine Geburtsstadt wurde er promoviert.[18] Mit 22 Jahren schloss Ziegler sich einem linksgerichteten Esperanto-Bund an, ein Jahr später publizierte er bereits ein sexualkundliches Werk in dieser Plansprache. Der polyglotte, in seinem Lehrerberuf arg unterforderte Ziegler gründete nach dem Verbot der Esperanto-Bewegung in der NS-Zeit eine länderkundliche Arbeitsgemeinschaft, schrieb Artikel in deren Zeitschrift und unternahm ausgedehnte Studienreisen, die ihn durch viele europäische Länder bis nach Marokko und in die Türkei führten; 1939 erschien sein Buch »Wir reiten durch Südserbien. Ein Führer durch ein Reiseland der Zukunft«.[19]

Als neugieriger Freigeist hielt sich der weltoffene Ziegler von nationalistischen Anwandlungen, erst recht vom Nationalsozialismus fern. In den ersten Kriegsjahren zunächst bei einer Luftnachrichtentruppe, diente der Balkan-Experte ab Sommer 1942 als Abwehr-Offizier in Bulgarien, während der Endphase des Krieges (angeblich mit Kontakten zur Opposition um Admiral Canaris) in Wien. Ähnlich wie Gehlen hatte sich Siegfried Ziegler im Frühjahr 1945 mit gefälschten Papieren und geheimen Dokumenten in der »Alpenfestung« in Sicherheit gebracht.[20] Das Counter

Intelligence Corps der U. S. Army nahm auch diesen kenntnisreichen Versprengten dankbar entgegen.

Eine Untersuchung der amerikanischen Militärregierung in Bayern, bei der Ziegler 1947 die Verlagslizenz für eine Esperanto-Zeitschrift beantragt hatte, kam zu einem eindeutigen politischen Befund.[21] Der pazifistisch und internationalistisch eingestellte Bewerber sei vor dem Krieg ein Sympathisant der SPD gewesen und habe in deren Düsseldorfer *Volkswacht* veröffentlicht, fand die Expertise heraus. Auch seine übrigen Publikationen seien »free from any Nazi slogans«. Die Amerikaner zweifelten nicht an Zieglers weißer Weste: »Subject makes the impression of an intelligent, very versatile if not too refined person whose main interests lie in a field not restricted by nationalistic prejudices«, befand die Besatzungsmacht. »Although not all of his statements can be proofed by documentary evidence, his record is free from any major concession to Nazism.« Der Mann habe wegen seiner Haltung sogar berufliche Nachteile hinnehmen müssen: »His activities with the Abwehr are naturally open to doubts, and it is very difficult to check on his stories. The testimony of several Abwehr officers, who were all exempted from automatic arrest and are known to have been members of the Canaris group, goes to the effect that subject belonged to the resistance movement and always showed strong opposition to the Nazi policy, that he even risked his neck to fight the Nazi war machine.« Eine eingehende Untersuchung des BND hielt Anfang der sechziger Jahre fest: »Alle Referenzen bestätigen, dass Ziegler immer in Opposition zu den Nazis stand.«[22]

Es verwundert nicht, dass Siegfried Ziegler, der so anders als seine späteren Kollegen im bundesdeutschen Nachrichtendienst gepolt und sogar kommunistischer Jugendsünden verdächtig war, nicht sogleich Anschluss an die Organisation Gehlen fand. Vielmehr verdingte er sich zunächst mehr schlecht als recht als Esperanto-Dozent in München, investierte aber viel Energie in dieses Steckenpferd. Bald war er Präsident des Deutschen Esperanto-Bundes, trat in den internationalen Esperanto-Bund ein, wurde Mitglied im Präsidium der »Weltstaat-Liga« und versäumte es auch nicht, der SPD sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beizutreten. Um diese Zeit, ab Herbst 1948, begann seine »nebenamtliche« Tätigkeit für die Organisation Gehlen. Am 1. März 1951 wurde Dr. Ziegler hauptamtlicher Mitarbeiter. Der Generalvertretung C in Darmstadt zugeteilt,

versah er in einer ihrer Dienststellen schon bald Leitungsaufgaben. Alle dienstinternen Beurteilungen attestierten ihm allerbeste charakterliche und geistige Fähigkeiten.[23] Überragende Bedeutung für den BND gewann er freilich durch seine Schlüsselrolle bei der Ausforschung der SPD-Spitze. Er hatte sie die ganzen fünfziger Jahre hindurch inne und wurde dadurch zu einer der beiden Zentralfiguren auf dem Hauptfeld der politischen Inlandsspionage. Zieglers Ehefrau arbeitete ebenfalls im Gehlen-Dienst und erledigte »vordringlich die durch Sonderaufträge für 363 [Gehlen] entstehenden Schreibarbeiten«.[24]

Der Dritte in diesem verschwiegenen Trio hatte eine starke politische Geistesverwandtschaft mit Ziegler, aber noch wechselvollere Jahre durchlebt, als sich ihre Wege erstmals kreuzten.[25] Der gebürtige Hamburger Siegfried Ortloff – sein Vater war an den Marineunruhen 1918 beteiligt[26] – schloss sich als Schiffsbefrachter früh der von Erich Ollenhauer geführten Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) an. 1935 von der Gestapo verhaftet und wegen Verteilung illegaler Schriften zu zwei Jahren Gefängnis (Jugendstrafe) verurteilt,[27] floh er im Herbst 1937 nach Prag zum sozialdemokratischen Exilvorstand. Hier vertiefte sich sein persönlicher Kontakt zu Ollenhauer, mit dem er auch während seiner Emigration in Verbindung stand. Ging der spätere SPD-Chef mit dem Sopade-Vorstand nach Paris und später nach Großbritannien, so wich Ortloff im Sommer 1938 ins Exil nach Schweden aus, schlug sich als Elektriker durch und blieb weiterhin politisch aktiv.[28] Er schloss sich den deutschen Sozialdemokraten um den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Kurt Heinig an, fand mit einigen unsystematischen Überlegungen zur Nachkriegsordnung beim Beauftragten des Londoner Parteivorstands in Stockholm allerdings wenig Gegenliebe.[29] Seine Kontakte nach Skandinavien blieben auch nach dem Krieg eng, der Chef des schwedischen Militärgeheimdienstes, Birger Elmer, war Patenonkel seines zweiten Sohnes.

Im Herbst 1946 erreichte Ortloff das Angebot Erich Ollenhauers zur Mitarbeit beim Parteivorstand der SPD in Hannover. Der 31-jährige Familienvater nahm sofort an. Eher Praktiker als Theoretiker, wurde er in der SPD-Spitze für Fragen der öffentlichen Sicherheit, der Polizei und des Verfassungsschutzes zuständig.[30] Als Sekretär des Parteivorstands nahm er an dessen Sitzungen und später auch an den Beratungen des Parteipräsidiums teil; nebenher redigierte Ortloff das Jahrbuch der Partei.[31]

Ab Frühjahr 1956 war er Personalreferent des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion.[32] Der BND hätte kaum jemanden finden können, der über einen tieferen Einblick in das verästelte Innenleben der Bonner »Baracke«, in die Machtkämpfe zwischen den Spitzengenossen und in deren Meinungsstreit, speziell zur westdeutschen Sicherheitsarchitektur, verfügte als der Sicherheitsbeauftragte der Parteiführung.

Siegfried Ortloff hielt seit etwa 1952 aus fachlichen Gründen losen Kontakt zur Organisation Gehlen. Der »Doktor« dürfte gegen Ende des Jahres seinen Namen erstmals vernommen haben.[33] Kurz darauf wurde der SPD-Funktionär für Pullach interessant. Die Karlsruher Generalvertretung wusste nämlich zu melden, »die Leitung des SPD-Nachrichtendienstes mit einem eigenen und neuen Stab soll ein gewisser Siegfried Ortloff (oder Ortlopp) übernommen haben. Ortloff soll zur radikalen Linie der SPD neigen. Er soll bestrebt sein, bessere Netze als bisher zu bilden.« Außerdem habe er sich offenbar »irgendwie scharf« gegen die Amerikaner und deren nachrichtendienstliche Aktivitäten ausgesprochen, weshalb die Hohe Kommission umfassende Informationen über ihn einziehen wolle. Ein Mitarbeiter der Gegenspionage teilte das Gehlens Stab sogleich mit, fügte jedoch an, ein Ortloff oder Ortlopp sei dort bisher nicht bekannt.[34] Zwei Wochen später stolperte »Dr. Schneider« neuerlich über den Namen, da man ihm mitteilte, nach Auskunft des »Dr. Ortloff« werde sich Gehlens geplante Unterredung mit dem Bundesvorstand der SPD leider verzögern. Der sozialdemokratische Funktionär habe sich außerdem erneut über »festgestellte Verbindungen der Org zu rechtsradikalen Gruppen in der Bundesrepublik« beklagt, hieß es: »In diesem Zusammenhang erwähnte Dr. Ortloff, dass der SPD-Bundesvorstand sich in der Frage der personellen Besetzung der Org allgemein Sorgen mache« und es mit der »Bereinigung einiger Schönheitsfehler« nicht getan sei – »nächste Bonner Reise«, notierte Reinhard Gehlen auf dieser Meldung.[35]

Es war offenbar an der Zeit, sich diesen Ortloff etwas genauer anzusehen. Dafür eignete sich niemand besser als Dr. Siegfried Ziegler, der seit längerem Kontakt zu seinem Parteifreund hatte und an dessen häufige Besuche in der Privatwohnung sich Ortloffs ältester Sohn noch gut erinnert;[36] der Umgang sei geradezu »familiär« gewesen.[37] V-11643, »Dr. König«, suchte »den Sekretär des Büros des Bundesvorstandes der SPD« am 27. Februar 1953 erstmals persönlich in Bonn auf. Wie Gehlen sofort

danach erfuhr, war Ortloff dabei in »ND-mäßig interessanten Fragen« keineswegs schweigsam. Er habe »von der Org als ›Bundes-ND‹« gesprochen und obendrein noch einige Hinweise zu Personen der Landesämter für Verfassungsschutz in Hamburg und Hessen gegeben. Außerdem thematisierte der SPD-Funktionär am Beispiel des soeben aufgeflogenen »Naumann-Kreises«[38] neuerlich die Zusammenarbeit Pullachs mit rechtskonservativen und rechtsradikalen Kräften.[39] Die CIA bemerkte früh, dass hier ein Kontakt entstand, über die Natur dieser Anbahnung war sie sich jedoch nicht im Klaren.[40]

Während Reinhard Gehlens Umarmungsversuche bei der SPD-Spitze noch stockten, entwickelte sich die Beziehung zwischen Ortloff und Ziegler bereits erfreulich. Der Parteifunktionär versorgte seinen Parteifreund mit Hinweisen aus dem Sicherheitsmilieu, die Org begann bei Personenklärungen zu helfen.[41] Ende Mai sprach der Leiter der Spionageabwehr bereits von einer Unterredung Siegfried Zieglers mit »*seinem Freunde* vom Parteivorstand der SPD«. Die Mitteilung darüber war für Pullach von erheblichem Interesse, habe Ortloff doch gesagt, das Bundeskanzleramt und Staatssekretär Globke hätten sich für die Übernahme des Dienstes in die Bundeshoheit ausgesprochen; Theodor Blank sei dagegen. Wichtiger noch: Die SPD werde keine Einwände gegen diese Entscheidung erheben, nicht einmal gegen die Weiterbeschäftigung fast des gesamten Personals der Organisation Gehlen.[42] Im Parteivorstand der SPD wusste zu diesem Zeitpunkt außer Ortloff niemand, dass der Parteifreund Siegfried Ziegler nachrichtendienstlich tätig war. Die Vorgesetzten von »Dr. König« beschlichen nun gemischte Gefühle. Sie befürchteten eine Enttarnung ihres Mitarbeiters, wussten aber nicht recht, wie sie weiter verfahren sollten. Entzündet hatten sich die Bedenken an der Frage, ob Ziegler einige SPD-Politiker aufsuchen dürfe, um »deren Kenntnisse über die Sowjetzone« abzuschöpfen, ohne ihnen jedoch zu offenbaren, dass er für den Pullacher CIA-Apparat arbeite.[43]

Um kein Risiko einzugehen, empfahlen Gehlen und Kohler, die SPD-Spitze über den speziellen Draht zwischen Ortloff und Ziegler zu unterrichten. Ein Treffen bei Parteichef Erich Ollenhauer kam auf Vermittlung Ortloffs im Juli zustande. Dabei informierte Gehlen den SPD-Vorsitzenden über die Sonderbeziehung der beiden Männer. Ollenhauer nahm das zur Kenntnis und gab grünes Licht für die geplante Erkundung,

die Ziegler bei SPD-Politikern über die DDR nach dem Juni-Aufstand anstellen sollte.[44] Der sozialdemokratische Parteichef, der Gehlen nicht zum ersten Mal persönlich traf,[45] ahnte nicht, welche Intensität und, vor allem, welchen Charakter die Kontakte zwischen seinem langjährigen Vertrauten Ortloff und Ziegler inzwischen angenommen hatten. So wurde aus dem punktuellen Plazet Ollenhauers zu einer thematisch eng umgrenzten Spezialbefragung unter der Hand ein General-Plazet für den Draht zwischen Pullach und Bonn. Besser gesagt: Das Trio Gehlen-Ziegler-Ortloff verfuhr einfach so.

Tatsächlich hatte der Austausch zwischen Siegfried Ortloff und Siegfried Ziegler inzwischen eine Qualität erreicht, die nichts mehr mit einem halbwegs normalen Dienstverkehr oder mit »Amtshilfe« zu tun hatte. Bereits einige Wochen vor dem Ollenhauer-Gespräch sah sich der Leiter der Generalvertretung C veranlasst, an Gehlen zu schreiben und ihn ein wenig alarmiert, mindestens erstaunt, über Zieglers Unterredung mit Ortloff in Bonn zu informieren. Dabei sei es vor allem über die Aussichten der Org gegangen, als »Bundes-ND« eingesetzt zu werden: »Herr O. überschritt nach Ansicht des V-11643 seine Kompetenzen weit und bat besonders, in einem sich aus seinen Mitteilungen evtl. ergebenden Vorgang nicht zitiert zu werden.« Der SPD-Sicherheitschef hatte nämlich berichtet, der Gehlen-Dienst habe wohl kaum noch Chancen legalisiert zu werden, da er zu eng an die Amerikaner angebunden sei und sich davon auch in Zukunft kaum werde freimachen können. Zieglers Gesprächspartner in der »Baracke« erbitte sich daher schleunigst Materialien, womit er derartige Auffassungen in der Parteiführung widerlegen könne. Siegfried Ortloff machte also bereits im Sommer 1953 Geheimpolitik zugunsten der Organisation Gehlen.[46]

Nach dem Gespräch Gehlen-Ollenhauer legte Ortloff etwa noch bestehende Skrupel vollends ab, gegenüber seinem Parteifreund Ziegler verhielt er sich aus freien Stücken wie ein Agent. Auf dem Höhepunkt der politischen Auseinandersetzung über den Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst, als sogar Adenauer und Blank darüber aneinandergerieten,[47] ließ der SPD-Funktionär ihn nämlich wissen, dass ein »Anklage-Katalog« von Heinz gegen die Organisation Gehlen existiere, den dieser ihm zur Einsichtnahme überlassen werde. Er erzählte ihm sogar, dass er, Ortloff, sich höchstpersönlich in ein Archiv begeben habe, um herauszufinden, ob sich der Gehlen-Rivale seinen Oberst-Dienstgrad tatsächlich zu Unrecht

anmaße, und dass er den von ihm dafür tatsächlich aufgefundenen Beleg Graf Kielmansegg im Amt Blank (er führte die Untersuchung) als Kopie aus den Personalakten »zugespielt« habe.

Zieglers Parteifreund wusste außerdem mitzuteilen, dass der Bundeskanzler dabei sei, Otto Lenz, den Chef des Bundeskanzleramts, fallen zu lassen. Er werde nun nach Berlin fahren, »um allerlei Interessantes (evtl. Verbindungen zu den Sowjets) festzustellen. Herr O. bittet, ihm dazu Material auch der Org gegen Lenz zur Verfügung zu stellen«. Außerdem erbat Ortloff Unterlagen über den BDJ-Führer Egon Paul Lüth.[48] Der Leiter der Spionageabwehr in Pullach empfand das alles als ausgesprochen heikel und wandte sich daher umgehend an Gehlen. Die Sache Lenz erschien Kurt Kohler so gefährlich, dass er seinem Chef zur Vorsicht riet: »Eine Weitergabe von Material über Lenz an die SPD dürfte nicht in Frage kommen. Vorschlag: Mitteilung an Dr. Ortloff, dass die Org sich jeder Aufklärung gegen politische Persönlichkeiten von Regierung und Opposition enthalten habe und daher auch kein Material über Lenz besitze.« Zu Lüth werde er Ortloff aber bedienen.[49]

Spätestens jetzt – die Wahlen zum 2. Deutschen Bundestag standen vor der Tür – hatte Reinhard Gehlen die Chance erkannt, die sich aus dem vertrauten Umgang der SPD-Genossen Ziegler und Ortloff ergaben. Während die Abteilung Spionageabwehr noch mit der Frage rang, ob vor oder nach der Wahl mit der »Aufklärung« der Sozialdemokratie begonnen und ob diese von ihr gesteuert werden solle,[50] stellte »Dr. Schneider« schon die Weichen. Innerhalb der Spionageabwehr beauftragte er einen engen Vertrauten mit »allen Vorgängen Ortloff«. Er nahm dem skrupulösen Kohler damit das delikate Unternehmen aus der Hand und wies es Wilhelm Oxenius (»Dr. Otto«) zu, der an der Spitze des jüngst eingerichteten Sonderreferats 40/V stand.[51] Seine Einschaltung war freilich nur formeller Natur,[52] da Reinhard Gehlen kurz danach höchstpersönlich die Zügel ergriff und sich bei der Ausforschung der SPD-Spitze in eine Art nachrichtendienstlichen Fallführer verwandelte.

Obwohl Siegfried Ziegler gar nicht zur Zentrale, sondern zur Darmstädter Generalvertretung C gehörte, sponn der »Doktor« jetzt eine persönliche Beziehung zu ihm an. Der ganz ungewöhnliche Direktkontakt Gehlens zu einem untergeordneten Angestellten, der mit seiner Familie seit Anfang 1949 in Hechendorf am Pilsensee wohnte (gut eine halbe

Autostunde von Gehlens Wohnsitz in Berg am Starnberger See entfernt[53]), war Mitte 1953 bereits so weit vertieft, dass Dr. Ziegler sich ermutigt sah, seinem Chef vier Werke linguistischer Natur zusenden zu dürfen, darunter Viktor Klemperers »Lingua Tertii Imperii«.[54] Beiden Männern war selbstverständlich von der ersten Minute an bewusst, auf welches Abenteuer sie sich einließen. Reinhard Gehlen konnte nach seinen bisherigen Erfahrungen allerdings sicher sein, dass Kanzleramtschef Hans Globke und Bundeskanzler Konrad Adenauer sich auch diesen geheimen Dienst gerne gefallen lassen würden.

Am 2. September 1953, eine Woche vor der Bundestagswahl, ging bei Gehlen ein mit Klarnamen unterzeichneter persönlicher Brief von Siegfried Ziegler ein, der ihm auf drei Maschinenseiten sehr interessante Dinge mitteilte – »wichtig«, notierte der Empfänger denn auch darauf.[55] Hauptgegenstand des Schreibens war die Schilderung einer Unterredung in Bonn wenige Tage zuvor: »Herr Ortloff widmete mir seine ganze freie Zeit, die ihm an diesem Tage zwischen den Reisen mit Herrn Ollenhauer verblieben war«, begann Ziegler. Sein Gesprächspartner habe sich sehr für einige Informationen der Organisation Gehlen bedankt. Er wolle den SPD-Vorsitzenden auf ihrer unmittelbar anschließenden gemeinsamen Fahrt »eingehend über unsere Erkenntnisse« ins Bild setzen: »Herr Ortloff teilte mir dann noch einige Vorgänge mit, die ich an Sie weitergeben kann, jedoch bat er mich dringend, dass ich sie wegen ihres teilweise streng vertraulichen Charakters auf keinen Fall über unseren Apparat gehen lassen sollte. Um diesen aus Gründen des Quellenschutzes selbstverständlichen Wunsch zu respektieren, schreibe ich sie Ihnen unmittelbar.«

Die Mitteilungen Siegfried Ortloffs betrafen den Leiter des nordrhein-westfälischen Landesamts für Verfassungsschutz, Fritz Tejessy, einen alten Fahrensmann, dem eine erhebliche Skepsis gegenüber dem Dienst nachgesagt wurde.[56] Der SPD-Funktionär Ortloff stellte diesem jedoch ein hervorragendes Zeugnis aus und erinnerte daran, dass Tejessy als Sozialdemokrat einen schweren Stand habe, »Ministerpräsident Arnold jedoch unterstützt und hält ihn«. Übernähmen die Sozialdemokraten demnächst die Regierung in Bonn, sei Tejessy »für Bundesaufgaben vorgesehen«. Auch zu Gehlens Erzrivalen Friedrich Wilhelm Heinz gab es allerhand Neues. Unter anderem sei das Bundeskanzleramt davon überrascht gewesen, dass der »Doktor« im Kampf gegen Heinz Absprachen

mit Otto John getroffen habe, ohne die Regierungsspitze davon zu unterrichten. Den *Spiegel*-Artikel über Adenauers angebliche Pläne, nach einem Wahlsieg eine Art »Über-Ministerium« mit Propaganda- und Sicherheitsaufgaben unter Staatssekretär Otto Lenz zu errichten, qualifizierte Zieglers Gesprächspartner als »schief liegend«. Schließlich teilte Siegfried Ortloff noch mit, zwischen ihm und dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz bestehe eine Vereinbarung, »dass bei Verdacht auf Ostverbindungen von Mitgliedern der SPD der Parteivorstand benachrichtigt wird, bevor vom Bundesverfassungsschutz weitere Aktionen veranlasst werden«. Siegfried Ziegler schloss seinen Bericht aus Bonn mit der Feststellung, nach den Bundestagswahlen würde er »einen erneuten Besuch bei Ortloff für angebracht halten, um die durch den Wahlausgang bedingte Lage zu besprechen«.

Diese Art direkter Kommunikation zwischen dem Leiter des Dienstes und einem weit nachgeordneten Mitarbeiter war höchst ungewöhnlich, doch Gehlen ließ sich nicht nur darauf ein, er forcierte seinen persönlichen Umgang mit V-11643 sogar noch: Jetzt ging es um nichts weniger als um die Gewinnung einer Spitzenquelle in der Führung der maßgeblichen Oppositionspartei der Bundesrepublik. Ein schönerer, im Bundeskanzleramt wirkungsvollerer Trumpf im Rahmen seiner politischen Inlandsspionage konnte dem »Doktor« nicht in die Hände gespielt werden. Siegfried Ziegler seinerseits durfte getrost damit rechnen, dass sich seine Sonderbeziehung zur SPD-Spitze positiv auf seine Karriere auswirken werde. Die Rechnung ging auf: Ende 1955 wurde »Dr. König« in die Pullacher Zentrale berufen und übernahm die Leitung der Schulen des BND. Das war neben seiner Hauptfunktion als Kopf der SPD-Ausspähung jedoch nicht viel mehr als eine Art Tarn- und Zusatzbeschäftigung, die ihn keineswegs über Gebühr absorbierte. Siegfried Ortloff empfand, um ein wenig vorzugreifen, die Ernennung Zieglers zum Schulungsleiter als »einen erfreulichen Vertrauensbeweis zur Opposition«. Zugleich äußerte er die Erwartung, wie eine spätere Untersuchung festhielt, »dass die Errichtung eines Arbeitszimmers für Ziegler in Bonn dazu beitragen werde, die Zusammenarbeit mit dem SPD-Parteivorstand noch fruchtbringender zu gestalten. Zieglers Doppelfunktion bezeichnete Ortloff als glücklich.«[57]

Eine Woche nach der schweren Niederlage der SPD trafen sich die beiden Genossen in Bonn, um die Lage nach der Bundestagswahl 1953 zu

erörtern. Auch darüber erstattete Ziegler dem »sehr geehrten Herrn Doktor« brieflichen Bericht.[58] Sein Mann beim Parteivorstand habe versichert, schrieb er an Gehlen, dass sich »die Haltung der SPD zur Org durch das Wahlergebnis nicht geändert hat. Sie würde sich nur ändern, wenn sich die Haltung der Org zur SPD ändert.« Die Parteiführung trete nach wie vor dafür ein, den Gehlen-Apparat zu einem Bundesnachrichtendienst zu entwickeln: »Sie hat volles Vertrauen zu der Aufrichtigkeit unserer Org und zu deren Leiter. Bevor sie im Ausschuss aber ihre Stimme abgibt, wird sie gewisse Garantien dafür benötigen, dass der Apparat staats- und demokratiebejahend ist und dass eine Personalpolitik betrieben wird, die die demokratischen Kräfte fördert. Der Leiter der Org hat sowohl bei Dr. Schumacher als auch bei Ollenhauer stets großes Verständnis gefunden selbst in einer Zeit, als der Nachrichtendienst noch sehr unpopulär war. Herr Ollenhauer ist auch weiterhin zu Gesprächen, in denen die benötigten Garantien erörtert werden könnten, bereit, jedoch kann nicht erwartet werden, dass er dazu die Initiative ergreift. Selbstverständlich würden diese Gespräche nach wie vor vertraulichen und privaten Charakter haben.« Das waren wertvolle Neuigkeiten.

Siegfried Ortloff hatte noch mehr mitzuteilen. Er wechselte dazu auf eine höhere Ebene der Innenpolitik, gewiss auch um zu demonstrieren, dass seine Partei nach wie vor ein Machtfaktor sei und er selbst für Pullach ein gewichtiger Gewährsmann. Die Wählerschaft der SPD habe gegenüber 1949 um etwa eine Million Stimmen zugenommen, sagte er, sie setze sich »ziemlich geschlossen aus dem Block der Schaffenden zusammen«. Sollte es zu (einer damals befürchteten) Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Christliche und Freie kommen, so würden sich die neuen freien Gewerkschaften, die vier Fünftel des DGB ausmachten, eng an die SPD anlehnen: »Dann würde die Arbeiterschaft einen noch größeren Machtfaktor darstellen, den weder das Amt Blank noch ein Bundesnachrichtendienst ignorieren könnte. Es wird nicht möglich sein, diese geschlossene Kräftegruppe auf diesen Gebieten in die Opposition zu drängen.« Beinahe noch interessanter als diese Einschätzung war für Gehlen die für jeden Eingeweihten unmissverständliche Bemerkung Zieglers, wonach Siegfried Ortloff »seine Bereitschaft durch einige andere Mitteilungen unter Beweis gestellt« habe. Das bedeutet im Jargon nichts anderes als sich auf eine nachrichtendienstliche Tätigkeit einlassen zu

wollen. Was sich seit einigen Monaten abzeichnete, war jetzt offenkundig: Reinhard Gehlen würde hinfort nicht nur über einen Backchannel zum Parteivorsitzenden, sondern auch über einen geheimen Informanten in der SPD-Spitze verfügen.

Nach dieser Weichenstellung im Herbst 1953 war Ziegler für den »Doktor« so wertvoll geworden, dass sich zwischen den beiden ungleichen Partnern konträr zu den hierarchischen Verkehrsgewohnheiten ein nachgerade vertrauter Umgang entwickelte. In ihrem dichten Briefwechsel kommt das gut zum Ausdruck.[59] Während seines gleich nach den Bundestagswahlen genommenen Urlaubs – »um einmal etwas auszuspannen und ein paar ruhige Tage mit meiner Frau im Taunus zu genießen« – heißt es beispielsweise in einem Briefentwurf Zieglers, habe ihn das freundliche Schreiben Gehlens erreicht.[60] Ein wenig verklausuliert fuhr er fort: »Ich glaube, Sie haben mich seit der Zeit unserer persönlichen Bekanntschaft gut genug kennengelernt, sodass es wohl keiner Unterstreichung meinerseits bedarf, dass sich in meinen Auffassungen nichts geändert hat. Im Gegenteil hat die Gesamtentwicklung bei mir den Wunsch wachwerden lassen, möglichst noch enger als bisher zusammenzuarbeiten, um die absolute Überparteilichkeit unserer Arbeit zu gewährleisten.« Das war schön gesagt und eine feine Entlastungsformel für das, was sich tatsächlich anbahnte. Zieglers faktische Versicherung, dass das Wahlergebnis das gemeinsame Projekt des Trios und seine eigenen Beziehungen in die SPD-Spitze hinein nicht beeinträchtigen werde, war mehr als deutlich. Ausschlaggebend sei, wie er betonte, »dass ich bei den Herren, mit denen ich bisher zu tun hatte – vor allem den beiden Spitzenpersönlichkeiten – stets ein offenes Ohr und Aufgeschlossenheit für all unsere Probleme gefunden habe«.

Weiter betonte der Sozialdemokrat: »Darüber hinaus ist hier und da ein persönlicher Kontakt entstanden, den ich auch von der menschlichen Seite her als wertvoll buche. Sie können also unseren gemeinsamen Freunden versichern, dass sich auch von unserer Seite nichts an der Betrachtungsweise der Dinge geändert hat. Ich werde dies auch bei einem persönlichen Kontakt bei meinem nächsten Besuch in Bonn noch einmal unterstreichen.« Wie in einem vertrauten Gespräch höherer Diplomaten gleichen Ranges teilte Dr. Siegfried Ziegler seinem Chef also mit, dass die SPD einer Übernahme der Organisation Gehlen in den Bundesdienst nichts

in den Weg legen werde und er, Gehlen, das an höchster Stelle in Bonn genau so signalisieren könne. V-11643 schloss seinen Brief mit den Worten: »Nach meiner Rückkehr vom Urlaub hoffe ich, wieder einmal ein Gespräch mit Ihnen zu haben, wobei ich auf all das, was man schwer zu Papier bringen kann, etwas näher eingehen werde.«

Noch ehe Ziegler diesen Brief expedieren konnte, langte bei ihm schon ein Schreiben des »Doktors« ein, das er sogleich erwiderte.[61] Er bedankte sich herzlich und namentlich dafür, dass Gehlen »freundlicherweise wieder ein Gespräch in meinem Heim« in Aussicht gestellt habe. Bevor es so weit sei, wolle er ihm vorab aber noch rasch einige bedeutsame Dinge mitteilen, die er soeben vom Leiter des Berliner Ostbüros der SPD erfahren habe, welcher sie in einem persönlichen Gespräch mit dem LDPD-Co-Vorsitzenden und früheren stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Hermann Kastner gehört habe. (Gehlen hatte dem Kanzleramt bedeutet, Kastner werde wohl bald wieder eine maßgebliche Rolle in der DDR spielen.[62]) Botschafter Semjonow habe Kastner gegenüber nämlich von dem unbedingten Willen der UdSSR gesprochen, nach dem 17. Juni zu einer Lösung der Deutschlandfrage zu kommen: »In Bezug auf die DDR sei die Schaffung Gesamtdeutschlands beschlossene Sache.« Dies und dass Ulbricht »eine letzte Frist« bekommen habe, hörte man so ähnlich zwar auch aus anderen Quellen, doch Siegfried Ziegler demonstrierte damit noch einmal seine exzellenten Zugänge.

Kurz darauf, Mitte Oktober 1953, wandte sich V-11643 neuerlich auf dem extravaganten Weg eines persönlichen Schreibens an Reinhard Gehlen,[63] der diese Form der Kommunikation durch seine eigenen Briefe noch ermunterte. Er habe Siegfried Ortloff eben in München getroffen, berichtete Ziegler, welcher ihm gewissermaßen brühwarm von einer hochrangigen Sitzung erzählt habe, »an der die Herren Ollenhauer, Mellies, Heine, Erler und Ortloff teilnahmen. Auf dieser Sitzung wurden prinzipielle Stellungnahmen des Parteivorstandes (PV) in Bezug auf die Sicherheitsaufgaben der Bundesrepublik diskutiert. Da es sich um nicht aktuelle Fragen handelt«, fädelte Ziegler eine neuerliche persönliche Begegnung mit seinem Chef ein, »darf ich Ihnen darüber vielleicht bei Gelegenheit mündlich berichten.« Andere »interessante Mitteilungen« habe er bereits in die Routinekanäle der Org eingespeist. Was schließlich einige verquere Sottisen im *Parlamentarisch-Politischen Pressedienst (PPP)* der

SPD angehe, so sei das lediglich eine Panne gewesen. Denn entgegen der Vereinbarung des Parteivorstands mit dem verantwortlichen Redakteur, »dass alle Informationen, die mit Sicherheitsfragen zu tun haben« – auch das wissenswert –, »vor Veröffentlichung entweder Herrn Heine oder Herrn Ortloff vorgelegt werden«, sei das diesmal unterblieben. Sein Vertrauensmann lege daher »großen Wert« darauf, »Dr. Schneider« davon zu unterrichten, dass diese Regelung in dem besagten Fall leider missachtet worden sei; weder Herr Heine noch Herr Ortloff würden die inkriminierten Aussagen gebilligt haben.[64] Zum Jahreswechsel 1953/54 existierte eine gefestigte Arbeitsgrundlage des Trios Gehlen-Ziegler-Ortloff.

Es ist nicht mehr zweifelsfrei zu klären, was Siegfried Ortloff zu seinem Verrat bewogen hat. Wahrscheinlich spielte sein Unbehagen über den rapiden innerparteilichen Aufstieg des nicht nur von ihm beargwöhnten Hamburger Ex-Kommunisten Herbert Wehner mit. Alexander Ortloff, sein Sohn aus zweiter Ehe, spricht davon, sein Vater habe »durchaus Sorge wegen Wehner gehabt – wo er steht.«[65] Es ist sicherlich kein Zufall, dass der Verrat Ortloffs an Intensität verlor und er sogar als hauptamtlicher Mitarbeiter zum BND wechselte, als die SPD 1959/60 ihre maßgeblich von Wehner bestimmte Kehrtwende in der Deutschlandpolitik einleitete. Vielleicht lag ein Motiv auch in seinem Bestreben, die prominenten Reformkräfte der Bundestagsfraktion zu konterkarieren, von denen die fest besoldeten Vorstandsmitglieder der SPD zunehmend unter Druck gesetzt und in der Palastrevolution des Stuttgarter Parteitags von 1958 schließlich entmachtet wurden.[66] Ortloff war in seiner täglichen Arbeit eng mit dieser Führungsgruppe verbunden. Für andere oder weitere Beweggründe fehlen der Familie wie auch in den Akten belastbare Anhaltspunkte. Hinweise auf Geldzahlungen haben sich in den überlieferten Unterlagen nicht gefunden. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass der gestandene Sozialdemokrat Ortloff während dieser Anbahnungsphase immer neue und immer mehr geheime Informationen aus der SPD-Spitze nach Pullach fließen ließ. Er bot seine Hilfe bei der publizistischen Abwiegelung des verheerenden MfS-Einbruchs in den Dienst an, gab Einzelheiten über die Unstimmigkeiten zwischen dem Parteivorstand und dem hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn weiter und hatte außerdem eine ebenfalls sogleich weitergeleitete vertrauliche Mitteilung aus Regierungskreisen erhalten, »nach der die Amerikaner auf eine schnelle

Legalisierung der Org drängen. Herr Blank will nur den militärischen Teil (etwa 1/3) übernehmen. Der starke übrige Teil (2/3) würde dem Bundeskanzleramt (Globke) unterstellt werden. Der Bundeskanzler würde auf die ihm von diesem Teil zukommenden Informationen nicht verzichten wollen. Einer schnellen Übernahme in den Bund stehen Schwierigkeiten der Finanzierung entgegen.« Schmeichelhaftes fehlte ebenfalls nicht: »Herr Ortloff berichtete, dass Herr Ollenhauer von der letzten Zusammenkunft [mit Gehlen] sehr beeindruckt gewesen sei. Es muss wirklich eine sympathische Atmosphäre geherrscht haben.«[67]

Das gefiel dem »Doktor«. Postwendend schrieb er Ziegler einen bemerkenswerten Brief.[68] Gehlen bedankte sich herzlich für die »liebenswürdigen Zeilen« und sagte, über die Dinge, die Ziegler angeschnitten habe, »darf ich Sie mündlich unterrichten, sobald ich die Zeit finde, mich wieder einmal bei Ihnen anzusagen«. Es war mittlerweile üblich geworden, dass sich der Leiter der Organisation Gehlen in persona zu seinem Mitarbeiter V-11643 begab, um mit ihm Einzelheiten über die Ausforschung der SPD zu besprechen. Umso wichtiger war es für beide, sich sogar in ihrem vertraulichen Briefverkehr verbal von ihrer gemeinsam eingefädelten und betriebenen Ausforschung der SPD-Spitze zu distanzieren. Gehlen tat das im selben Schreiben im Zusammenhang mit einer Personenanfrage der SPD. Man habe zwar einiges herausfinden und liefern können, hielt er fest, »da wir im Innern nicht systematisch aufklären, dürften diese Erkenntnisse jedoch nicht erschöpfend sein«. Im Übrigen könne er »nur erneut feststellen, dass gerade die Zusammenarbeit mit Ihrem Kreise stets unter einem erfreulichen, sachlich nationalen Gesichtspunkt gestanden hat. Mit sehr herzlichen Grüßen bin ich« – schloss der Chef – »stets Ihr ergebener [Kürzel: Sch(neider)]«. Dann war Weihnachten.

Zu Silvester ergriff der perspektivreiche SPD-Genosse und schriftstellernde Esperanto-Meister die Feder zu einem Handschreiben: »Sehr geehrter Herr Doktor, für die herzlichen Weihnachts- und Neujahrsgrüße und für das prächtige Geschenk danke ich Ihnen verbindlichst. Ich erlaube mir, auch Ihnen zum neuen Jahr meine besten Wünsche zu übermitteln. Stets Ihr sehr ergebener Siegfried Ziegler.«[69] Der ihm ebenfalls sehr ergebene Gehlen ließ bald darauf von sich hören, setzte ein Schreiben auf und signalisierte ihm ebenfalls mit herzlichen Grüßen, er habe eigentlich vorgehabt, »in diesen Tagen zu Ihnen herüberzukommen«,

müsse das aber leider um eine Woche verschieben – dann aber »früh zur gleichen Zeit wie immer«.[70]

Geheime Meldungen aus der SPD 1954/55

1954, als in Berlin zu Beginn des Jahres die Außenministerkonferenz der Vier Mächte über Deutschland tagte, als sich im Sommer der westdeutsche Verfassungsschutzpräsident nach Osten absetzte[71] und als die von den Sozialdemokraten bekämpfte, vom Bundestag jedoch gebilligte Deutschland- und Sicherheitspolitik des Kanzlers im Herbst international zu scheitern drohte, mit den Pariser Verträgen dann aber doch noch zu einem erfolgreichen Abschluss kam, gingen im Bundeskanzleramt in stetem Strom geheime Meldungen aus der SPD ein. Buchstäblich alles, keineswegs nur die Positionierung der Opposition gegen Adenauers Außenpolitik, der Skandal um Otto John oder das Dilemma der Sozialdemokratie zwischen »vorsichtig balancierten Parteireformansätzen und oppositionspolitischer Sackgasse«,[72] war Pullach eine mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnene Mitteilung nach Bonn wert. Sämtliche Vorgänge innerhalb und außerhalb der »Baracke« interessierten im Palais Schaumburg. Es ist nicht für jede einzelne Meldung nachweisbar, ob sie dem Bundeskanzler vorgelegen hat oder nicht. Staatssekretär Hans Globke nahm das konspirativ Gelieferte jedoch so gut wie immer persönlich zur Kenntnis, fügte es in sein Lagebild für Adenauer ein und entschied, was davon Adenauer vorzulegen war.

Das Jahr 1954 markiert den Beginn der intensiven, aber – anders als nach der BND-Gründung 1956 – noch nicht formell standardisierten SPD-Berichterstattung. Thematisch streute sie von der internationalen Politik bis zu Hinweisen auf parteiorganisatorische Kleinigkeiten, von Strategiedebatten und internen Richtungskämpfen bis zu den Animositäten und Feindschaften im sozialdemokratischen Führungspersonal. Während Reinhard Gehlen den Jahreswechsel in einem ausnehmend herzlich gehaltenen Brief an Erich Ollenhauer zu einigen Schmeicheleien über den SPD-Sicherheitsexperten Fritz Erler nutzte (»seine offensichtliche Sachkenntnis, seine objektive und sympathische Art«[73]), gingen dem »Doktor« zur selben Zeit von verschiedenen Seiten bestens verwertbare Neuigkeiten aus der Oppositionsspitze zu.

Den Anfang machte der uns bereits vertraute Sekretär des Bundesministers für Wohnungsbau Victor-Emanuel Preusker, Rudolf Finke,

der seit 1946 für die Organisation Gehlen arbeitete und schon seit Jahren nur wenig von dem für sich behielt, was er in Erfahrung bringen konnte.[74] V-Mann 7904 nahm gleich zu Jahresbeginn auf eine »streng vertrauliche Information« Bezug, die an die Mitglieder des Parteivorstands der SPD gerichtet war.[75] Darin ging es hauptsächlich um die »propagandistischen Maßnahmen« zur bevorstehenden Außenministerkonferenz. Das in Pullach seit längerem kritisch gesehene Vorstandsmitglied Fritz Heine, Leiter der Hauptabteilung Presse und Propaganda, der sich während der NS-Zeit in Widerstand und Emigration profiliert hatte,[76] lasse, so meldete Finke, gegenwärtig eine umfassende Dokumentation zu der dezidiert gesamtdeutschen Haltung seiner Partei vorbereiten. Dafür würden keine Kosten gescheut, um vor allem die internationale Presse zu beeinflussen. Hinzu kämen Plakate, »die allerdings erst als Gedankenskizzen bestehen«. Zwei davon sollten die deutsche Einheit beschwören (»Herr Bundeskanzler, nicht Bonn, nicht Pankow, das ganze Deutschland soll es sein. Das ist unser Weg!«), ein drittes sei der unmittelbaren Polemik gegen den Bundeskanzler vorbehalten; auch massenhaft Flugblätter seien in Planung. Obendrein sei eine Aufklärungsschrift mit einer Auflage von 40 000 Exemplaren vorgesehen, »die in anschaulicher Form die sozialdemokratischen Initiativen zur Frage der deutschen Wiedervereinigung seit 1945 anhand von Stellungnahmen und Beschlüssen belegen wird«. Kurt Weiß, »Winterstein«, der natürlich auch hier mit von der Partie war, zeigte sich in seinem Kommentar für Gehlen darüber nicht verwundert, hob aber hervor, dass sich die Polemik der SPD »vorzugsweise gegen die Person des Kanzlers« richte. Darin werde der Stil Heines deutlich, den Ollenhauer wohl kaum bis zum Berliner SPD-Parteitag im Herbst werde halten können. Adenauer hob vor dem CDU-Bundesvorstand eigens hervor, die Partei habe reagiert, »einige Tage bevor die Sozialdemokratie mit entsprechenden Plakaten kommen wollte. Ich glaube, das war ganz gut so, dass wir die ersten dabei gewesen sind.«[77]

Ein paar Tage später meldete sich Siegfried Ziegler neuerlich mit einem Brief bei seinem Chef und berichtete ihm nach einer Unterredung mit Siegfried Ortloff über Fritz Erler, dem Gehlen kürzlich bei seinem sehr positiv aufgenommenen Vortrag vor dem EVG-Ausschuss des Bundestages[78] gegenübergesessen hatte: »Herr Erler, der weder zum Parteivorstand noch zum Bonner Büro der SPD gehört«, schrieb Ziegler,

»gilt als Experte auf dem Gebiet der Wiederaufrüstung und ist Anhänger der parteiinternen Opposition. Als solcher bekämpft er die ›Machtansprüche der mittelmäßigen Funktionäre‹. Er hatte sich auch nur unter gewissen Vorbehalten der positiven Auffassung seiner Parteigenossen Ollenhauer, Heine und Ortloff über die Org angeschlossen […] Das Verhältnis zwischen Herrn Erler und Ortloff ist übrigens ausgezeichnet.«[79] Siegfried Ortloffs Beziehung zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD wie der Bundestagsfraktion, Wilhelm Mellies, »der zum Puritanismus neigt, ist zur Zeit nicht besonders gut, da dieser sich grundsätzlich aus ethischen Gründen gegen die Tätigkeit von Nachrichtendiensten ausgesprochen hat«. Das sei jüngst in einer »erregten Debatte« in der Parteizentrale zum Ausdruck gekommen. Ortloff habe deswegen eigens eine Ausarbeitung für den engeren Parteivorstand gefertigt, »die allgemein Sinn und Arbeitsmethoden (Anwendung, Legenden usw.) der Nachrichtendienste umfasst, damit nicht einer später sagen kann, er hätte es nicht gewusst. Im Übrigen glaube ich, dass Herr Mellies mit seiner Ansicht unter den führenden Sozialdemokraten genauso isoliert dasteht wie die wenigen Pazifisten.«

Nach einigen Bemerkungen Ortloffs über Otto John und den mittlerweile von seinen Aufgaben entbundenen Friedrich Wilhelm Heinz[80] hatte sein sozialdemokratischer Konfident laut Ziegler die mögliche Entwicklung bei der Personalbesetzung des künftigen BND skizziert. Es werde im Sicherheitsausschuss des Bundestages wohl eine Kontrollkommission gebildet werden, die sich mit »der Überprüfung aller zu übernehmenden Personen« in wichtigen Funktionen befasse. »Wenn die SPD auch nicht über ein großes Kontingent von eventuellen Bewerbern um Positionen auf Fachgebieten verfügt, so könnten gegebenenfalls doch für den Sektor der Verwaltung einige tüchtige Kräfte namhaft gemacht werden. Die Beteiligung an der Verantwortung kann sich auf jeden Fall nur günstig auswirken. (Ich bin persönlich der Meinung, dass Herr Ortloff selbst bei seinen großen Erfahrungen und vielseitigen Verbindungen ein ausgezeichneter Fachreferent bei der Org sein könnte.)«[81] Ein bisschen Lobbyismus für die eigene Spitzenquelle im SPD-Vorstand war Ehrensache, doch sollten noch einige Jahre ins Land gehen, ehe der BND-Präsident Siegfried Ortloff tatsächlich an Bord holte, freilich unter völlig veränderten Umständen.[82]

Siegfried Ortloff war zur Zeit der Anbahnung seiner Sonderbeziehung zur Organisation Gehlen in Angelegenheiten, die den Pullacher Dienst betrafen, im SPD-Vorstand längst ein Mann von Einfluss. Nach den Bundestagswahlen legte er Ollenhauer, Mellies und Heine beispielsweise einen Vermerk vor (auf den Ziegler sich bezog), mit dem er Pflöcke einzuschlagen suchte. Er berichtete darin von Arbeiten der Org an einem Stellenplan für den kommenden Bundesdienst und wies den Parteichef darauf hin, »dass die Berücksichtigung von uns vorzuschlagender Außenseiter für Positionen in allen Etagen als Beweis des Vertrauens erforderlich ist. Dabei werden wir für die Ermittlungsarbeit nicht viele Vorschläge machen können, etwas besser könnten wir die Auswertung bedienen. Gute Vorschläge könnten wir ohne Zweifel für die allgemeine Verwaltung, insbesondere das Personalreferat machen. Es sollte verhindert werden, dass alle bisherigen Mitarbeiter bei Gehlen – unter Berufung auf ihre letzte Position in der Wehrmacht und das Gesetz 131 – sämtliche hohe Positionen blockieren.« Im Übrigen solle die SPD, empfahl Ortloff der Parteiführung, auf einer »Dreiteilung des Nachrichtenwesens« in innenpolitische, außenpolitische und militärische Aufklärung bestehen.[83] Zur selben Zeit landete bei der SPD-Spitze ein wohlinformierter Vermerk, in dem darauf hingewiesen wurde, dass der Gehlen-Dienst »über Herrn Globke in den letzten Jahren über die Bundeskanzlei zahlreiche wertvolle politische und personelle Mitteilungen zugeleitet hat, auf die der Kanzler wahrscheinlich auch in Zukunft zu verzichten nicht bereit sein wird. Es soll daher die bestimmte Absicht Globkes bestehen, den politischen Teil der Apparatur von Gehlen der Bundeskanzlei zu unterstellen.«[84]

So wertvoll Siegfried Ortloff als Informant in der SPD-Spitze inzwischen geworden war, er war nicht der einzige Spitzel, der nach Pullach berichtete. Nicht einmal Siegfried Ziegler wird erfahren haben, dass dem Bundeskanzler bald ein vertrauliches Papier aus dem FDP-Umfeld[85] auf den Tisch kam, das noch um einiges interessanter war als das, was er, »Dr. König«, seinem Chef mitteilen konnte.[86] »Nach einer sozialdemokratischen Niederschrift (Ollenhauer, Mellies)« sei der Parteivorstand der SPD über die undurchsichtige Verhandlungsführung der Bundesregierung in der Außenpolitik ungehalten, begann der kenntnisreiche Autor seine Expertise. Ollenhauer, Mellies und Wehner – Letzterer stellte bereits zu diesem Zeitpunkt die »außenpolitischen Weichen der SPD-Fraktion«[87] – hätten sich

deswegen kurz nach Weihnachten mit Vertretern der amerikanischen Hochkommission zu einer Unterredung getroffen, »weil sie den Eindruck hatten, ›bei den Amerikanern noch am besten informiert zu werden‹. Die SPD-Abordnung wollte sich vor allem darüber informieren, zu welchen Entscheidungen die Alliierten in Paris zur Frage der Wiedervereinigung und vor allem darüber gekommen seien, welche Rechte einer deutschen Nationalversammlung zugebilligt werden sollten.« Gleich zu Beginn des neuen Jahres seien die hohen amerikanischen Beamten dann »im Parteibüro Ollenhauers erschienen und hätten dort in offizieller Form die beiden Parteivorsitzenden über den Inhalt der Pariser Beratungen unterrichtet«, fuhr der Bericht fort. »Sie wiesen ausdrücklich darauf hin, dass man in Washington Wert darauf lege, die Opposition zur selben Zeit wie die Bundesregierung zu informieren. Die Amerikaner lasen bereits Teile aus dem Verhandlungsprotokoll vor.«

Nächster Punkt in diesem Papier war die Unterredung führender SPD-Politiker (Erich Ollenhauer, Wilhelm Mellies, Carlo Schmid, Willy Brandt, Herbert Wehner) mit dem amerikanischen Hochkommissar James B. Conant. »Dabei wurde hauptsächlich die Frage erörtert, ob denn ausreichend Garantien vorhanden wären, dass nach gesamtdeutschen Wahlen die Sowjets gesamtdeutsche Beschlüsse nicht sabotieren würden. Die Amerikaner brachten wiederholt und mit immer neuen Argumenten ihre Befürchtung zum Ausdruck, dass die deutsche Wirtschaft und Industrie sich nach vollzogener Wiedervereinigung ostwärts orientieren könnte und über die Sowjetunion möglicherweise sogar enge Wirtschaftsbeziehungen mit Rotchina aufnähmen. Die deutschen Gesprächsteilnehmer hatten übereinstimmend den Eindruck, dass diese Befürchtung die einzige große unausrottbare Sorge Washingtons sei und ihre ganzen Überlegungen darauf gerichtet wären, wie sie eine derartige Wendung vereiteln könnten.«

Der ungezeichnete Bericht schloss mit Szenen aus der jüngsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, wo der aus Paris zurückgekehrte Wilhelm Grewe von Adenauer »ziemlich barsch unterbrochen worden sei. Während Prof. Hallstein ziemlich erregt auf Prof. Grewe eingeredet habe, hätte der Bundeskanzler begonnen, etwa zehn Minuten lang einen Artikel aus der *Times* vorzulegen. Auf diese Weise habe der Auswärtige Ausschuss über die Tätigkeit des Sonderbotschafters und Sonderbeauftragten für Berlin, Prof. Grewe, soviel wie nichts erfahren. Selbst Mitglieder der

Koalitionsparteien hätten über die Methode des Bundeskanzlers, nämlich die Methode, dass seine Primitivität zugleich seine Stärke sei, ihre höchste Verwunderung zum Ausdruck gebracht.«

Staatssekretär Globke, bei dem dieser Bericht landete, legte ihn dem Bundeskanzler vor, der diese Mitteilungen ausweislich seiner Anstreichungen mit ersichtlicher Neugier zur Kenntnis nahm. Ungeachtet ihres Ursprungs war Adenauer stets sehr an allen Informationen interessiert, die aus der SPD-Spitze an sein Ohr drangen – gleichgültig, ob sie aus Pullach stammten oder anderswoher. Als Ende Januar 1954 deutlich wurde, dass die Außenministerkonferenz, bei der es »kaum Bewegungsspielraum« für eine Lösung der deutschen Frage gab,[88] scheitern würde, erhielt Gehlen von seiner politischen Beschaffung die unbestätigte Meldung, der SPD-Vorsitzende sei in Berlin mit der sowjetischen Delegation zusammengetroffen.[89] Herbert Wehner werde ebenfalls »mit Sowjets« sprechen, und zwar über eine aus beiden deutschen Volksvertretungen zu bildende gesamtdeutsche Kommission.[90]

Wie gesagt: Bundeskanzler Konrad Adenauer bekannte sich schon früh, noch ehe die Ausforschung der SPD-Führung in ihrer ganzen Breite und Tiefe vom BND organisiert war, zu »krummen Wegen« der Information. In einer Sitzung des CDU-Bundesvorstands zu Beginn des Jahres 1954 machte er – um es zu wiederholen – ausdrücklich auf deren »Nichtöffentlichkeit« aufmerksam und sagte dann: »Wir können uns in dieser Beziehung wirklich ein Beispiel nehmen an der Disziplin der Sozialdemokratischen Partei, über deren Parteivorstandssitzungen nur mit größter Mühe auf allen möglichen krummen Wegen etwas zu erfahren ist. Bei uns ist das gewöhnlich anders. Ich gehe die krummen Wege nicht. Ich höre nachher, was bei den krummen Wegen herausgekommen ist. Das ist doch die Hauptsache!«[91] Damit bekannte er früh, dass er sich entsprechend bedienen ließ, ohne sich die Hände etwa gar selbst schmutzig zu machen. Gehlen und Globke gingen für ihn diese krummen Wege.

Aus der FDP-Führung kamen weitere vertrauliche Hinweise. Ollenhauer und Wehner seien Anfang Februar aus Berlin zur Fraktionssitzung nach Bonn gekommen, hieß es, danach aber sofort wieder in die alte Hauptstadt zurückgekehrt: »Den Ausführungen, die Ollenhauer vor der Fraktion machte, ist zu entnehmen, dass auch der Parteivorstand die Möglichkeit einer Einigung der vier Außenminister in der Deutschlandfrage nicht mehr

für gegeben hält. Bisher hatte man angenommen, dass die Sowjets bereit seien nachzugeben, um ähnliche Verhältnisse wie in Österreich zu schaffen und damit die Fortsetzung des EVG-Projekts aufzuhalten. Ollenhauer stellte die Kontroverse mit der Bundesregierung über Molotow-Rede und Eden-Plan in dem Sinne dar, dass es darum gehe, die Feststellung einer Teilschuld der westlichen Außenminister und der Bundesregierung an dem wahrscheinlichen Scheitern der Viererkonferenz, weil sie in der EVG-Frage nicht nachgeben [wollten], zum Anlass zu nehmen, um bereits heute sicherzustellen, dass die Ablehnung der Integrationspolitik nach dem Scheitern der Konferenz durch die SPD fortgesetzt werden könne. Einen anderen Weg, aus der Sackgasse herauszukommen, sieht man nicht. Ollenhauer kündigte an, dass nach der gescheiterten Viererkonferenz an der bisherigen Politik festgehalten werden solle mit der Begründung, dass nur die Ablehnung der EVG den Weg zur Lösung des Deutschland-Problems auf einer zweiten Außenministerkonferenz ermögliche.«[92]

Die Sozialdemokratie, die noch von Kurt Schumacher auf den absoluten »Primat der Wiedervereinigung verpflichtet« worden war,[93] hatte ihren deutschlandpolitischen Kurs und den Kampf gegen die Außenpolitik des Kanzlers nach der Wahlniederlage 1953 noch einmal verschärft. Eine Mehrheit in Partei, Vorstand und Fraktion beschwor ungeachtet bereits laut werdender abweichender Auffassungen Jüngerer die Wiedervereinigung als ein Nahziel, das Vorrang vor der raschen Westintegration der Bundesrepublik haben müsse, wie sie von Adenauer angestrebt werde. Dieses Ziel, so der Grundgedanke, werde mit der Neutralisierung eines wiedervereinten Deutschlands in einem System kollektiver Sicherheit am ehesten verwirklicht werden können. Da die Sozialdemokraten auf Viermächteverhandlungen als den Königsweg zur Verständigung über ihr Hauptanliegen gesetzt hatten, mussten sie das Scheitern der Berliner Außenministerkonferenz nun »als schwere Enttäuschung und Entlarvung bisheriger Illusionen empfinden«.[94]

Die Parteiführung blieb dennoch bei der Ablehnung von Adenauers Strategie, so rasch wie möglich die Westintegration und die Souveränität der Bundesrepublik zu erreichen und sich erst danach dem Fernziel einer Wiederherstellung der deutschen Einheit zuzuwenden. Allerdings konnte die SPD-Führung die Augen nicht länger vor den Realitäten verschließen, namentlich nicht vor dem zugesagten westdeutschen Wehrbeitrag. Also

begann sie sich in kontroverser Meinungsbildung auf die sogenannte Berliner Formel zu verständigen, die der Bundesparteitag im Juli 1954 annahm. Sie plädierte für ein europäisches Sicherheitssystem, für kollektive Abrüstung und vor allem für »die Notwendigkeit der synchronen Behandlung von europäischer Sicherheits- und deutscher Einheitsfrage«. Die Mitwirkung an einer demokratischen Wehrverfassung schlossen die Sozialdemokraten freilich nicht mehr kategorisch aus. Beim Parteivorstand war daher ein Sicherheitsausschuss eingerichtet worden.[95]

Reinhard Gehlen und der Chef des Bundeskanzleramts waren über die Meinungsbildung im SPD-Parteivorstand bestens unterrichtet. Die politische Inlandsspionage erbrachte Erkenntnisse, die weit über das hinausgingen, was man der lebhaften Presseberichterstattung entnehmen konnte. Nach mehreren Gremiensitzungen machte die »bekannte Bonner Quelle« jedenfalls eine Reihe bedeutsamer Mitteilungen: »In der Außenpolitik behält die ›Wiedervereinigung‹ den absoluten Vorrang«, hieß es zunächst. »Erler, Wehner und Ollenhauer befürworten neuerdings einen ›Österreich-Kurs für die Bundesrepublik‹: Bewaffnete Neutralität, keine Bindung an den Osten oder Westen. Ein interessantes Phänomen ist die sich in der Tendenz abzeichnende ›Russophilie‹ der ehemaligen West-Emigranten der SPD. Wehner verstieg sich vor den SPD-Verlegern und Chefredakteuren zu der Behauptung: Die Sowjetunion habe Konzessionsbereitschaft gezeigt, was er auf westlicher Seite vermisst habe. Angriffe aus der Versammlung wies er scharf zurück und wurde hierbei von Ollenhauer voll gedeckt.«

Recht genau, mit einigem Kolorit und nicht ohne Insinuationen fuhr der vertrauliche Lagebericht fort: »Es ist erstaunlich, was Wehner für einen Einfluss im Parteivorstand hat. Er hat Informationen über die Berliner Konferenz mitgebracht, die nicht aus ›westlichen Quellen‹ geschöpft sein können (Quelle weist darauf hin: Wehner, früher Kommunist, hat wahrscheinlich noch Ostkontakte, greift SED wohl an, nicht aber den Kommunismus schlechthin oder gar die UdSSR. Daher Überwachung des Wehner durch Verfassungsschutzamt). Hinzu kommt die persönliche Verärgerung Ollenhauers über die frostige Unterredung, die er mit [dem amerikanischen Außenminister] Dulles in Berlin gehabt hat […] Darüber urteilte Ollenhauer: ›Es war mein kühlstes Gespräch, das ich je mit einem Politiker hatte.‹«

Der SPD-Vorsitzende, so resümierte der vertrauliche Bericht, komme mit seiner Politik nun wieder »in den von Schumacher gebauten Engpass der SPD: Wiedergeburt aus eigener Kraft – keine Unterstützung aus Ost oder West, wenn damit Auflagen verbunden sind. Somit lässt auch weiterhin die SPD jede Einsicht in Realitäten der Nachkriegszeit vermissen. Die Vorstöße der ›Reformer‹ sind vorerst wieder einmal abgewehrt. Zwei Kommissionen beschäftigen sich mit diesem Problem. Vor dem Parteitag im Spätsommer kann sich praktisch nichts ereignen, da die Reformer ja noch den Parteiapparat von der Durchschlagskraft ihrer Argumente überzeugen wollen, was ihnen aber schwerfallen dürfte. Im Ganzen gesehen habe der Ausgang der SPD-Parteivorstandstagung bewiesen, dass die Führungskrise der SPD vollständig ist.«[96]

Mittlerweile hatte sich die Freundschaft zwischen Siegfried Ziegler und Siegfried Ortloff so gefestigt, dass sie, während die Informationen aus dem Parteivorstand dichter wurden, über die Ausforschung der SPD-Spitze hinaus zusätzliche nachrichtendienstliche Erträge abwarf. Ziegler hatte seine Beziehungen zu Peter Wandel, dem Leiter des SPD-Ostbüros in West-Berlin, inzwischen so weit intensiviert, dass dieser ihm einschlägige Berichte seines ausgedehnten Informantennetzes in Ostdeutschland überließ. Das ermöglichte nun wesentlich bessere Einblicke in die ostdeutschen Verhältnisse als die DDR-Spionage der Organisation Gehlen. Ziegler enthüllte Gehlen die Identität Wandels, der mit bürgerlichem Namen Alfred Weber hieß, in einem verschlossenen Umschlag und mahnte nach ihrer Auswertung die »restlose Vernichtung« sämtlicher Ostbüro-Berichte an.[97]

Es zahlte sich aus, dass der »Doktor« die Nützlichkeit von Dr. Siegfried Ziegler, dem »Dr. König«, so früh erkannt hatte. Sein Mann in der SPD ermöglichte ihm und Globke nicht nur tiefe Einblicke in das Innenleben der Partei, Ziegler gewann auch innerhalb der Sozialdemokratie an Statur. Nach Gehlens Erlaubnis für eine Kandidatur zum Bayerischen Landtag[98] wurde er als Nachrücker tatsächlich Mitglied der SPD-Fraktion, die mit der Bayernpartei, der FDP sowie dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) eine »Viererkoalition« unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner bildete. V-11643, der direkten Zugang zu allen maßgebenden Sozialdemokraten auf Landes- und Bundesebene hatte, war freilich klug und machtbewusst genug, seine

Sonderstellung bei Gehlen nicht zugunsten einer für einen bayerischen Sozialdemokraten durchaus ungewissen politischen Karriere aufs Spiel zu setzen. Allerdings war es jetzt an der Zeit, nach Erich Ollenhauer nun auch dem einen oder anderen Spitzengenossen zu offenbaren, dass er als Pullachs Verbindungsmann zur SPD fungierte. Seine zweite, höchst geheime Spitzelrolle offenbarte Ziegler selbstverständlich niemals irgendjemandem. Er wäre freilich nicht »Dr. König« gewesen, wenn er »Dr. Schneider« nicht en passant bedeutet hätte, dass sein Abgeordnetenmandat »neue Möglichkeiten« eröffne.[99]

Bald nach Bildung der »Viererkoalition« wurde die Beziehung zwischen der SPD-Führung, der Organisation Gehlen und dem Genossen Ziegler geregelt. Es war Siegfried Ortloff, der den bayerischen SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Waldemar von Knoeringen auf die Eröffnung vorbereitete, die ihm der neue Landtagskollege in Kürze machen werde; von Knoeringen war über dessen Tätigkeit in Pullach freilich schon aus anderer Quelle informiert. Trotzdem lief alles glatt. Nach einem Telefonat mit Ortloff teilte Ziegler Gehlen sogleich mit: »Den Argumenten Ortloffs, dass die SPD großes Interesse daran habe, eine gute Verbindung zur Org zu haben, schloss sich von Knoeringen sofort ohne irgendwelche Vorbehalte an«, berichtete er.[100] »Desgleichen sah er ein, dass ihm bisher noch keine Kenntnis von meiner Zugehörigkeit zur Org gegeben werden konnte, denn solche Verbindungen dürften naturgemäß nur einem sehr kleinen Kreis bekannt werden. Von einer ›Unterwanderung‹ der SPD oder von ähnlich abwegigen Gedankengängen war absolut nicht die Rede. Vielmehr kam das Bestreben zum Ausdruck, mit der Auffassung Bonns, die auf die Konzeption Dr. Schumachers zurückgeht, im Einklang zu sein. Ortloff bezeichnete das Gespräch mit von Knoeringen als durchaus harmonisch und sachlich voll befriedigend.« Wieder einmal versicherte ein Spitzel sich selbst, keiner zu sein.

Der bayerische Fraktionsvorsitzende und der Sekretär des Parteivorstands seien dann, so Ziegler weiter, noch auf die delikate Situation des Pullacher Genossen zu sprechen gekommen. Von Knoeringen habe gefragt, ob dieser im Hinblick auf seine »wichtige Aufgabe in der Org« nicht besser auf das Mandat verzichten solle. »Dem widersprach Ortloff, da bis zur Legalisierung für mich keine feste Grundlage vorhanden sei.« Erst wenn die Übernahme der Gehlen-Organisation durch die Bundesrepublik gesichert

sei, könne man an einen solchen Schritt denken; Ollenhauer sehe das genauso.[101] Ortloff schaltete sich auch noch direkt in die berufliche Absicherung Zieglers ein, als er Fritz Erler darum bat, »mit einem Einbau des Genossen Dr. Ziegler bei der Dienststelle Blank noch zu warten«, da es von Gehlen sicherlich schlecht aufgenommen werden würde, »wenn so ein Vorschlag von uns über Heusinger käme«.[102]

Die persönliche Aussprache zwischen dem bayerischen SPD-Landesvorsitzenden und Gehlens Spitzenagent zur Ausforschung der Bundes-SPD fand Ende März in der Münchener Landesleitung in »einer außerordentlich freundschaftlichen Atmosphäre statt«, wie Ziegler gegenüber seinem Chef noch am selben Tag hervorhob.[103] »Knoeringen begrüßte mich bereits im großen Vorraum, der als Wartezimmer dient und in dem schon ein Rosenheimer Holzhändler, ein alter Freund von Knoeringen, wartete. Knoeringen plauderte zunächst mit uns beiden in sehr aufgeschlossener Weise, die weit über seinen üblichen persönlichen Charme hinausging.« Siegfried Ortloff, der dem bayerischen SPD-Chef seine eigenen guten Kontakte zu Gehlen angedeutet habe, sei besonders darauf bedacht gewesen, Knoeringen darauf hinzuweisen, »dass die Partei außerordentlichen Wert darauf lege, dass ich die Verbindung zur Org habe«.

Danach wandte sich das Gespräch dem eigentlichen Thema zu, der Vereinbarkeit einer Tätigkeit als Parlamentarier mit der Arbeit in einem Nachrichtendienst. Knoeringen habe zur Kenntnis genommen, dass man »eine Kupplung meines Mandates mit einer aktiven Tätigkeit in der Org nicht wünsche«, er das jedoch nicht für unvereinbar halte, weil dies den Vorteil biete, »dass mein Ansehen in der Org wachsen würde, da ich als Landtagsabgeordneter eine bessere politische Reputation hätte«. Es müsse jedoch die Haltung des Parteivorstands in Rechnung gestellt werden, zumal die Pariser Verträge und die Wehrgesetze bald in Kraft träten: »Dann muss die SPD mit allen zur Verfügung stehenden Kräften in die neu entstehenden Organisationen einsteigen (Wehrmacht, Nachrichtendienst usw.) und sich an der Verantwortung beteiligen«, referierte Ziegler von Knoeringens Kalkül. »In Bayern seien als Verteidigungsschwerpunkt allein etwa 50 Kasernen vorgesehen. Bei dem Mangel an versierten ND-Leuten in der SPD wird man in Bonn nicht gerne auf meine aktive verantwortliche Mitarbeit in der Org als Exponent der Opposition verzichten wollen, sondern im Gegenteil meine Position zu stärken versuchen.« Knoeringen hat das seinem

Parteifreund wohl so oder so ähnlich gesagt, und der war nicht verlegen, dies in seiner Gesprächsnotiz entsprechend herauszustellen.

Der Absatz, der dann folgte, machte noch mehr her. Waldemar von Knoeringen habe ihm nämlich bedeutet, die Entscheidung, ob er sein Landtagsmandat behalte oder besser zurückgebe, sei »hochpolitisch«, schrieb Ziegler. »Sie sei durch eine Besprechung mit Ortloff allein nicht zu treffen. Er halte es für dringend erforderlich, dass ich umgehend mit Herrn Ollenhauer persönlich spreche, evtl. auch mit den Herren Mellies und Erler. Wahrscheinlich müsse sich der engere Parteivorstand in Bonn damit befassen.« Ziegler schloss mit dem Hinweis, Knoeringen habe ausdrücklich darum gebeten, ihn über seine Überlegungen »ständig persönlich zu unterrichten, damit er sich in die Steuerung einschalten könne«. Damit war der weitere Gang der Dinge vorgezeichnet und auch schon entschieden. Nach Erich Ollenhauer wurde jetzt auch Fritz Erler, der maßgebliche sicherheitspolitische Kopf der SPD, mit der speziellen Rolle Siegfried Zieglers bekannt gemacht.[104] Nachdem die Bundesregierung die Schaffung eines Bundesnachrichtendienstes dann beschlossen hatte, gab V-11643 im Herbst 1955 sein Landtagsmandat tatsächlich zurück.[105] Bemerkenswert ist, dass Siegfried Ortloff seinen Parteifreund Erler bereits aushorchte, ehe der von dessen besonderem Draht nach Pullach wusste. So hatte er ihm beispielsweise ein Vierteljahr zuvor geschrieben, er habe gehört, »dass jetzt die Verhandlungen auf Übernahme der Organisation Gehlen im Bundeskanzleramt auf Hochtouren laufen. Ist Dir darüber etwas bekannt?«[106]

Als die politische Aufwertung »Dr. Königs« (nun manchmal gar »Dr. Kaiser«) begann, war den drei maßgeblichen Männern in Pullach, die von dessen Mission wussten – Reinhard Gehlen, Wolfgang Langkau, Kurt Weiß – sogleich klar, dass es nicht anging, Siegfried Ziegler weiterhin in einer Außenstelle zu belassen. Nach einer Notiz von Weiß zeigte er sich erfreut über die Zusage Gehlens, »ihn ›weiterhin in den Reihen der Org zu führen‹«.[107] Eine Weile blieb Ziegler zwar noch Leiter einer mit der politischen DDR-Aufklärung im Jugendbereich befassten Bezirksverwaltung, doch konnte er sich auf Befehl des »Doktors« ab Anfang 1955 ganz auf seinen exklusiven Parteiauftrag konzentrieren. Wörtlich wurde für ihn festgelegt, als Sonderverbindung Gehlens künftig für den »SPD-Parteivorstand« zuständig zu sein.[108] So weit die Theorie. In

der Praxis zog sich Gehlen, als alles zu seiner Zufriedenheit eingefädelt war, nach und nach von der unmittelbaren Führung des hervorragend funktionierenden Siegfried Ziegler zurück und gab sie zunehmend in die Hände seines Lieblingsmanagers Kurt Weiß. Der leitete inzwischen die neu geschaffene Abteilung 133, die sich um die außenpolitische Beschaffung (Ost) zu kümmern hatte. Reinhard Gehlen hatte mit Weiß/»Winterstein« längst ein verlässliches Mädchen für alles, in Sonderheit für riskante, halblegale oder illegale Machenschaft des Dienstes.[109]

Der agile Ziegler verbarg seine Enttäuschung darüber nicht, dass die »Aufklärung« des SPD-Parteivorstands, die er zusammen mit Gehlen so intim angebahnt hatte und die sie anfangs so vertraut gemeinsam betrieben, nun in dieser Weise umgebaut werden sollte. Doch mit der Konsolidierung des Dienstes im Vorfeld der Übernahme in die Bundeshoheit begann sich dieser ebenso riskante wie hochgeheime Angriff auf die Führung der Opposition in eine Operation mit Routinen und den entsprechenden bürokratischen Begleiterscheinungen zu verwandeln. Das gefiel »Dr. König« nicht, erst recht nicht, dass jetzt zu allem Überfluss der Newcomer »Winterstein« mitreden durfte. In einem Gespräch mit ihm brachte Ziegler das auch sogleich zum Ausdruck, denn er beklagte sich »über ›die so selten gewordenen Möglichkeiten, 88 [Gehlen] persönlich und auch einmal länger zu sprechen‹«;[110] schon vorher hatte Gehlen Siegfried Ziegler, der einen Brief um den anderen an ihn verfasste, angelegentlich vertrösten müssen.[111] Kurt Weiß glaubte allerdings, den enttäuschten »Dr. König« wieder eingefangen zu haben. An Gehlen meldete er jedenfalls, es sei ihm gelungen, »Dr. K. klarzumachen, dass 88 in den letzten Monaten besonders viel unterwegs und angespannt sei. Außerdem wisse er die wichtige ›Partei-Verbindung‹ bei Dr. K. in besten Händen.« Seine Unterredung mit Weiß konnte Ziegler trotzdem nicht davon abhalten, sich noch am selben Tag mit einem weiteren persönlichen Schreiben an den sehr geehrten Herrn Doktor zu wenden. Darin ließ er überdeutlich durchscheinen, bei seinem letzten Besuch in West-Berlin habe er vom Leiter des dortigen SPD-Ostbüros »einige sehr vertrauliche Dinge« erfahren, »die ich wegen ihres vertraulichen Charakters nicht gern zu Papier bringen möchte. Vielleicht ist es Ihnen aber möglich, bald eine kurze Besprechung mit mir zu haben, um die ich hiermit ergebenst bitte.«[112]

Die persönlichen Begegnungen zwischen Reinhard Gehlen und Siegfried Ziegler wurden nach und nach seltener. Die Ausforschung der SPD litt trotzdem nicht darunter. Im Gegenteil, sie nahm immer mehr Fahrt auf. Einige Monate zuvor, bald nachdem Gehlen die erwähnte Landtagskandidatur seines Agenten in der SPD genehmigt hatte, erhielt er von ihm einen Bericht über die Tour d'Horizon, die »Dr. König« mit seinem Freund Ortloff in Bonn unternommen hatte. Darin konnte er mitteilen, der SPD-Chef werde wohl der Auffassung Gehlens beitreten, »ein künftiger Kontrollausschuss über die Tätigkeit einer der Bundesregierung unterstellten Abwehr-Organisation müsse vom Bundeskanzler, führenden Regierungsvertretern und dem Leiter der Opposition gebildet werden«. Voraussetzung dafür sei natürlich »die Gewähr, dass die Opposition tatsächlich rechtzeitig und voll informiert würde. Es käme weniger auf die Form der Zusammensetzung des Ausschusses als vielmehr auf die Respektierung der Opposition an.«[113] Dann unterrichtete Ziegler seinen Chef über die beabsichtigte Bildung eines Prüfungsausschusses, der das künftige Personal der Bundeswehr vom Obersten an aufwärts begutachten solle. Im Übrigen halte Ortloff »die Stellung des Herrn Blank beim Bundeskanzler für nicht absolut befestigt. Nach wie vor ist mit einer Ablösung durch Herrn Franz Strauß [sic!] zu rechnen. Nach seinen Informationen würde die FDP bei einer Änderung der Besetzung für Herrn Erich Mende, Opladen, geb. 28.10.16 in Groß-Strelitz (Oberschlesien), plädieren. Evtl. würde die FDP die Nichtbefolgung ihres Vorschlages als Absprungbasis aus der Regierungskoalition benützen.« Das waren interessante Hinweise.

Es war allerdings noch eine Angelegenheit anhängig, die den Anschein bot, als könne sie im Vorfeld der Übernahme-Entscheidung nicht nur dem Dienst, sondern sogar Gehlen selbst gefährlich werden. Zu deren Begradigung griff Siegfried Ziegler persönlich ein. Seit Ende 1953 lag bei Fritz Erler nämlich ein außerordentlich belastendes Schreiben des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Johannes Müller aus Burladingen im Landkreis Hechingen vor, dessen Beantwortung der sozialdemokratische Sicherheitsexperte vor sich herschob.[114] Der Brief strotzte vor schwersten Beschuldigungen und erhielt sein Gewicht nicht zuletzt dadurch, dass der 54-jährige Müller ein profilierter Abwehr-Mann war. Bei Kriegsbeginn in der Auswertungsabteilung und später im Verbindungsstab Ost des OKW,

hatte er nicht nur zur Frontaufklärung des Gehlen-Rivalen Hermann Baun gehört, sondern im April 1945 auch dessen Auffangstab im sächsischen Bad Elster geleitet.[115] Dieser Insider behauptete nun, Gehlen und einer seiner engsten Mitarbeiter, Oberst i. G. Georg Buntrock, ehemals Chef der Militäraufklärung im Militärischen Amt des Reichssicherheitshauptamts, hätten bei Kriegsende die Erschießung von 42 russischen Angehörigen des Sonderstabes Baun sanktioniert. Also suchte V-11643 den Ortsvereinsvorsitzenden im Auftrag der Parteiführung unter einem Decknamen auf und stellte ihn zur Rede. »Zur Org und seiner Leitung verhält er sich skeptisch, obgleich er zu einer Mitarbeit bereit wäre«, fasste Ziegler das Ergebnis seiner Recherchen zusammen.[116] Für seine Anschuldigungen habe der Mann keinerlei Belege, sondern er berufe sich auf Behauptungen eines pensionierten Zollkommissars. »Müller wurde verwarnt, üble Nachrede zu verbreiten.« Der SPD-Genosse hatte die heikle Angelegenheit für den Dienst, für seinen Chef und für seine Partei bereinigt. Ortloff konnte Erler sogleich mitteilen, es habe sich ergeben, dass »zu den Beschuldigungen des M. gegen die Organisation G.« keinerlei Beweise vorlägen.[117]

Ende Juli 1954 fand der wichtige Bundesparteitag der SPD in Berlin statt. Gehlen und Langkau entsandten Siegfried Ziegler, ihren V-11643, dorthin und bewilligten ihm 500 DM Reisekosten.[118] Voraufgegangene innerparteiliche Debatten hatten bereits deutlich gemacht, dass diese Zusammenkunft ein Meilenstein auf dem Wege der SPD von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei sein würde und dass sich die Auseinandersetzungen zwischen dem Parteivorstand und »Reformern« wie Willy Brandt, Carlo Schmid, Fritz Erler oder Waldemar von Knoeringen zuspitzen würden, die den starken Einfluss des »Apparats«, also der hauptamtlichen Funktionäre in der Parteiführung, begrenzen und so den »versteinerten Organisationsstil der SPD«[119] überwinden wollten. Außerdem standen Beratungen über die großen Fragen der Deutschland- und Sicherheitspolitik an. Der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer hatte selbstverständlich nicht nur größtes Interesse zu erfahren, in welche Richtung sich die führende Oppositionspartei bewegen wollte, sondern auch daran, welche Konfliktlinien die Sozialdemokratie durchzogen und welche Personen sie markierten. Nach dem Befund der klassischen Studie von Kurt Klotzbach war der Parteitag, der das Denken in Klassen und

Klassenkämpfen stark abzuschwächen begann und »den Sozialismus ideengeschichtlich auf die ethischen Postulate des Christentums, des Humanismus und der klassischen Philosophie zurückführte«, eine bedeutende Wegmarke bei der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung der SPD.[120] Es dauerte freilich noch Jahre, ehe die Partei ihren dogmatischen Traditionsballast abwerfen und »wirklichkeitsfremde Vorstellungen«[121] überwinden konnte.

Es war nun aber nicht der SPD-Genosse und hauptamtliche Nachrichtenmann Siegfried Ziegler, sondern ein prominenter Mitarbeiter von Wolfgang Langkaus Strategischem Dienst, der die ausgereiftesten Analysen über die Häutungsschmerzen der Sozialdemokratie lieferte, ein revolutionärer Haudegen und sozialistischer Intellektueller eigenen Kalibers: Erich Wollenberg. Der damals bereits 62-jährige Renegat zählte zu jener Handvoll prominenter ehemaliger KPD-Funktionäre wie Ruth Fischer oder Franz Borkenau, die sich nach 1945 in den Dienst antikommunistischer Organisationen oder westlicher Geheimdienste gestellt hatten.[122] Wollenberg gehörte einst zur Crème der Arbeiter- und Soldatenräte und beteiligte sich 1918/19 führend an den Revolutionskämpfen in Bayern. Er wurde Funktionär der KPD und vielbeachteter Akteur und Theoretiker des bewaffneten Untergrundkampfes. Nach dem Ruhraufstand 1923 musste er sich in die Sowjetunion absetzen, wo er Schulungen an der Moskauer Militärakademie durchlief. Nach seiner Rückkehr und der neuerlichen Flucht in die UdSSR neun Jahre später wirkte er am Aufbau des berüchtigten M-Apparats der KPD mit. Mit vielen prominenten Funktionären wie Walter Ulbricht oder Herbert Wehner, denen er zeitlebens zutiefst misstraute, hatte er eng zusammengearbeitet. 1933 aus der KPD ausgeschlossen, verlegte er sich vom Westen aus fortan auf den publizistischen und intellektuellen Kampf gegen den Stalinismus.

Nach 1945 verfasste Erich Wollenberg mehrere, zum Teil vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen finanzierte antistalinistische Schriften. Die Spionageabwehr der Organisation Gehlen sah in ihm allerdings immer noch einen verkappten kommunistischen Einflussagenten. Kurt Kohler, der Chef der Spionageabwehr, konnte nicht ahnen, dass Wollenberg gemeinsam mit Thomas Sessler (einem befreundeten Ex-Kommunisten und Publizisten in München) inzwischen die ergiebigste Quelle zu Fragen des Sozialismus und des Ostblocks im Strategischen

Dienst von Wolfgang Langkau war. Nebenher bekämpfte der Renegat Wollenberg mit großer Intensität den Renegaten Wehner, der in seinen Augen »nach wie vor im ›westlichen Imperialismus‹ den Hauptfeind seiner Spielart des Sozialismus erblickt« und der gegebenenfalls bereit sein würde, »mit dem Osten gegen den Westen zu paktieren«.[123] Die Wertschätzung Wollenbergs, der auch in die fatale Nachkriegskonstruktion der »Roten Kapelle« durch den Gehlen-Dienst eingebunden war,[124] soll schließlich so groß gewesen sein, dass Langkau ihm eine Begegnung mit Staatssekretär Globke vermittelte, bei der er nach einer späteren BND-Aufzeichnung »direkte Weisungen des Bundeskanzlers« bekommen habe.[125]

Wie dem auch sei, Erich Wollenberg, der die meisten prominenten Sozialdemokraten aus der Weimarer Zeit kannte und wegen seines Werdegangs alles andere als ein kühler Beobachter sein konnte, legte sich bei seiner mit dem Bundesparteitag im Juli 1954 einsetzenden Berichterstattung über die SPD stark ins Zeug. Von der Berliner Zusammenkunft meldete er sich nicht weniger als ein Dutzend Mal. Den Auftakt bildeten mehrere Informationen von Wollenberg alias »König« (nicht zu verwechseln mit »Dr. König«, Siegfried Ziegler), die Langkau unter dem Titel »Verschiedenes, besonders: Parteitag der SPD« zu einem sechsseitigen Panorama zusammenfügen ließ.[126] »Nach Rücksprache mit Vertretern aller Richtungen und Gruppierungen innerhalb der SPD komme ich zur folgenden schematischen und politischen Gruppeneinteilung«, begann der Berichterstatter Wollenberg: »1. Extreme Verfechter einer Wiederaufrüstung, 2. Das ›Zentrum‹, 3. Extreme Gegner einer jeden Wiederaufrüstung. Zur Gruppe 1 gehört die ›Oberbürgermeistergruppe‹ (Kaisen, Brauer), der ›Ernst-Reuter-Kreis‹, Otto Stolz vom DGB usw. Die Gruppe orientiert sich außenpolitisch auf die USA, tritt für EVG ein. Der politische Einfluss der Gruppe ist im Parteivorstand und auf dem Parteitag minimal. Der PV (Ollenhauer, Heine usw.) verdrängt die Vertreter der Gruppe aus allen Positionen der Partei, was nicht gleichbedeutend mit Staatsämtern (Ministerpräsidenten, Oberbürgermeister usw.) ist. Von den Gegnern einer jeden Wiederaufrüstung (Gruppe 3) werden die Verfechter der EVG (Gruppe 1) als ›Agenten des amerikanischen Monopolkapitalismus‹ befeindet und *verunglimpft*.«

Wollenberg fuhr fort: »Die Gruppe 2 (›Zentrum‹) besteht aus einem ›Kern‹ und zwei Flügeln. Der ›Kern‹ wird durch Ollenhauer/Mellies

repräsentiert. Dem rechten Flügel gehört Carlo Schmid an und in der letzten Zeit auch Erler, dem die Gegner einer jeden Wiederaufrüstung (Gruppe 3) vorwerfen, vom linken Flügel zum rechten übergewechselt zu sein.« Diese Gruppe orientiere sich an der Außenpolitik des ehemaligen britischen Premierministers Clement Attlee. Es folgten einige weitere Einordnungen, ehe »König« sich der Charakterisierung der Gruppe 3 zuwandte. Diese Gruppe werde auf dem Parteitag unter anderem durch den Journalisten Rudolf Möller-Dostali, dem Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Essen, vertreten. »Sie orientiert sich außen- und innenpolitisch auf [den linken Labour-Politiker und Aufrüstungsgegner Aneurin] Bevan und das Bevan-Programm. Sie ist extrem anti-amerikanisch und fordert die Aufnahme direkter Verhandlungen mit der Sowjetunion und der ›DDR‹«.

Erich Wollenberg analysierte sodann die Kräfteverhältnisse innerhalb der SPD: »Der Parteiapparat ist in seiner Mehrheit fest in den Händen des Parteivorstandes«, der die Wahlen zum Parteitag stark in seinem Sinne beeinflusst habe, »sodass die Abstimmungsergebnisse kein Spiegelbild des tatsächlichen (quantitativen) Kräfteverhältnisses innerhalb der Partei*mitgliedschaft* geben. Der Einfluss der Gruppe 1 innerhalb der Partei ist sehr gering, wenn man 5 % der Parteimitglieder zu ihrer Gruppe zählt, hat man wahrscheinlich schon zu hoch gegriffen. Die Vertreter der Gruppe 3, die ich ansprach, sind der Ansicht, dass 60 bis 70 % der Parteimitgliedschaft hinter ihr steht. Das erscheint mir aber nur in Bezug auf die *eine* (natürlich politisch entscheidende) Frage der Ablehnung einer jeden Wiederaufrüstung richtig zu sein. Aber selbst Vertreter der Gruppe 1 und führende Persönlichkeiten des PV nannten mir Zahlen zwischen 30 und 50 % für die Anhänger und Nachläufer der Gruppe 3. Heute [die Ausgangsmeldung stammte von 21.7.1954] wird eine Beratung von Vertretern der Gruppe 3 (geheime Fraktionsberatung) stattfinden, in der unter anderem entschieden werden soll, ob Vertreter ihrer Gruppe als Kandidaten zum PV nominiert werden sollen (darunter Möller-Dostali und, als ›Brücke‹ zwischen Ollenhauer und dem grundsätzlichen Aufrüstungsgegner, [Fritz] Baade). Die Vertreter der Gruppe 3 rechnen zwar nicht, dass ihre Kandidaten auch durchkommen, sodass ihr Vorschlag den Sinn einer Demonstration haben würde.« Das Mitglied des engeren SPD-Vorstands, Willi Eichler, habe ihm auf seine Frage erklärt, welches die äußerste Grenze der Konzessionen der sozialdemokratischen Führung

gegenüber der »extrem-linken Opposition« in der Frage der Wiederbewaffnung sei: »Wir werden keinem Beschluss zustimmen, der jede Form der Wiederaufrüstung *vor* einer Wiedervereinigung verwirft.«

Erich Wollenberg stützte sich bei SPD-Lagebildern wie diesem neben seinen Gesprächen mit führenden Funktionären stark auf Informationen seines Freundes und SPD-Politikers Wolfgang Schmidt. In seinen Expertisen führte er ihn mit dem Decknamen »Ölberg« ein.[127] Im Hinblick auf die höhere Politik bezog Wollenberg sich in seinem Bericht sogar direkt auf ihn: »Im Gegensatz zu seiner früheren Auffassung sieht Ölberg jetzt die Perspektiven recht optimistisch, und zwar sowohl in Bezug auf die Weltsituation als auch in Bezug auf die SPD. Die billige H-Bombe hat nach seiner Ansicht ›den Frieden gerettet‹. Die USA, die ›ohne Krieg in eine verzweifelte Wirtschaftslage kommen‹, können keinen Krieg ohne England und Frankreich führen. Churchill hat aufgrund der Erfindung und Produktion der billigen H-Bombe in der UdSSR eingesehen, dass England vernichtet wird, sollte es sich durch die USA in einen Krieg gegen die Sowjetunion hineinmanövrieren lassen. Die billige H-Bombe auf der einen Seite und [der französische Ministerpräsident Pierre] Mendès-France auf der anderen hätten den Frieden gerettet.«

Der prominente Agent des Strategischen Dienstes wandte sich sodann den Zukunftsperspektiven der Sozialdemokratie zu. Die Partei befinde sich »wieder im aufsteigenden Ast«, glaubte er: »Bei allen Wahlen hat sie gegenüber den Septemberwahlen zum Bundestag wieder entscheidend Stimmen gewonnen. Dass dieser Stimmenzuwachs zunächst mit einer Ausschiffung der SPD aus den Landesregierungen verbunden sei (Nordrhein-Westfalen z. B.), ist für die weitere Entwicklung eher günstig. Adenauer habe nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen zu [Ministerpräsident Karl] Arnold gesagt: ›Die SPD ist jetzt mit der Nase aus dem Dreck. Wollen Sie ihr etwa wieder aufhelfen?‹ Das sei dann einer der Gründe gewesen, die Arnold zwangen oder veranlassten, eine neue Koalitionsregierung ohne die SPD zu bilden. Der starke Stimmenrückgang der CDU bei den Wahlen war nicht nur eine Schlappe der CDU im Ganzen genommen, sondern eine Niederlage des linken Arnold-Flügels der CDU und hat innerhalb der CDU die Stellung Adenauers gegenüber Arnold gestärkt.«

Die internationale Entwicklung sei derzeit nicht eben günstig für den Bundeskanzler, fuhr »König« fort, weshalb »Ölberg« fest davon überzeugt sei, »dass es jetzt in der Bundesrepublik weder zu einer EVG-Armee noch zu einer sogenannten ›nationalen‹ Armee kommen wird, er rechnet mit einer Polizeitruppe ähnlich wie in Japan. Auf meine ausdrückliche Frage hin erklärte er, dass das auch die Auffassung Ollenhauers sei, mit dem er, abgesehen von Parteivorstandssitzungen, in den letzten Tagen ausführlich persönlich gesprochen habe. In allen außenpolitischen Fragen bestände völlig Übereinkunft zwischen Ölberg und Ollenhauer, in taktischen, innenpolitischen Fragen ist es Ölberg nicht gelungen, Ollenhauer davon abzubringen, die ›falsche nationale Note‹ aus der Wahlpropaganda zu streichen. Ölberg sprach von einem ›toten Rennen der SPD und FDP um den Nationalismus‹. In diesem ›toten Rennen‹ sieht er eine der Ursachen der SPD-Wahlschlappe im September 1953. ›Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ist pazifistisch, die Furcht, durch die nationalistische Propaganda, wie sie auch von der SPD getrieben wurde und wird, in einen Krieg hineinschliddern zu können, war ein Wahlhelfer Adenauers. Das Volk versteht nicht, dass Adenauers Abhängigkeit von den USA gerade die Kriegsgefahr verschärfen muss.‹«

Erich Wollenberg setzte Pullach außerdem davon in Kenntnis, der Parteivorsitzende der SPD habe durch sein ausdrückliches Ersuchen erreicht, dass die Labour-Delegation in Berlin nicht vom Aufrüstungsgegner Bevan, sondern vom ehemaligen Premierminister Attlee angeführt werde: »Der Parteivorstand, der eine starke und nach aller Voraussicht immer stärker werdende ›extrem-linke Opposition‹ zu bekämpfen hat, muss in der Internationale sich feste und zuverlässige Stützpunkte schaffen.« Disziplinarmaßnahmen gegen die parteiinterne Linke seien inzwischen unmöglich geworden, weil sie zu einer Spaltung der Partei führen könnten: »Die extreme Linke profitiert von der extremen *Friedenssehnsucht* des deutschen Volkes (›die törichte nationalistische Note der SPD-Propaganda!‹). ›Dieser Friedenssehnsucht, die stark anti-amerikanisch und betont anti-militaristisch ist, muss und wird der Parteivorstand Konzessionen machen, ganz abgesehen von prinzipiellen Erwägungen bedingen parteitaktische Erwägungen diese Konzessionspolitik‹.« Und weiter zitierte Wollenberg den SPD-Politiker Schmidt: Wegen der »billigen H-Bombe« wolle England »Deutschland von

den USA trennen! Das ist die wichtigste Voraussetzung eines deutsch-französischen Akkords und einer deutsch-französisch-britischen Zusammenarbeit. Attlee unterstützt diese politische Linie Churchills. In der deutsch-französisch-britischen Zusammenarbeit sieht Ölberg den besten Garanten für die Sicherung des Friedens, der – nach seiner Ansicht – bei der jetzigen Weltlage *nur* von den USA bedroht ist.« Von neuen Deutschland-Konferenzen sei nichts zu erwarten: »Da die Russen wissen, dass sowohl die Franzosen als auch die Engländer de facto gegen die Wiedervereinigung sind (›ebenso wie Adenauer, wenn auch dieser aus *anderen* Gründen, nämlich klerikalen‹) und da die USA-Position auf einer kommenden Konferenz wesentlich schwächer ist als seinerzeit in Berlin, werden sie in der Frage der Wiedervereinigung ›weitgehendste, auf optische Wirkung berechnete Angebote‹ machen.« Die Auswertung des Strategischen Dienstes übernahm die Einschätzungen Wollenbergs (die sich wesentlich auf den prononciert linken Schmidt stützte) als offizialisierte Meldung, ohne auch nur ein einziges Wort daran zu verändern.

Ebenso sorglos verfuhr der Leiter des Strategischen Dienstes mit den Einblicken, die der Ex-Kommunist gegen Ende des SPD-Parteitags beibrachte.[128] Der Fall des eben nach Ost-Berlin übergewechselten Verfassungsschutzpräsidenten sei natürlich das Hauptthema aller Diskussionen am Rande gewesen, teilte Wollenberg mit: »Wenn der Parteitag selber *keine* Stellungnahme zum ›Fall John‹ genommen hat und ihn nicht zum Ausgangspunkt einer politischen Auseinandersetzung mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Adenauer machte, so geschah das unter Druck führender Delegierter aus Nordrhein-Westfalen.« Er kam dann wieder auf seine vertraulichen Gespräche mit »Ölberg« zurück. Dieser gehöre »›zum linken Flügel‹ des von Ollenhauer repräsentierten ›Zentrums‹, und eine Voraussetzung für die Regierungsbeteiligung der SPD in Nordrhein-Westfalen [nach den Landtagswahlen] wäre gewesen, dass sie im Bundesrat sich nicht gegen die *Außenpolitik Adenauers* (Wiederaufrüstung, EVG) wendet. Wie ich jetzt erfahre, hatten die führenden Delegierten von Nordrhein-Westfalen, darunter auch Mellies, eine in dieser Richtung liegende Zusicherung Ollenhauers bei seinen Verhandlungen mit Arnold gefordert. Ollenhauer hatte aber den zur Regierungsbeteiligung drängenden Funktionären (Dr. Walter Menzel, MdB, Heinz Kühn u. a.) erklärt, dass er im Falle einer CDU-SPD-

Koalitionsregierung in Nordrhein-Westfalen zwar den sozialdemokratischen Landesministern weitgehende Bewegungsfreiheit einräumen würde, dass aber der Parteivorstand selber *keine bindenden Verpflichtungen* eingehen könne und eingehen werde.«

Dann die Verfassungsschutz-Affäre und ihre politischen Auswirkungen: »Nach Bekanntwerden des ›Falles John‹ wurde der Parteivorstand einerseits von zahlreichen Delegierten bestürmt, den ›Fall John‹ in die Tagesordnung aufzunehmen und zu einem Generalangriff gegen die gesamte Personalpolitik Adenauers auszuwerten, andererseits legten Walter Menzel, Wilhelm Mellies und Heinz Kühn in vertraulichen Besprechungen dar, dass sich für die SPD nun eine Chance böte, auch ohne besondere außenpolitische Bindungen die Koalitionsregierung in Nordrhein-Westfalen beizubehalten. Nach Informationen soll die FDP den ›Fall John‹ zu einem scharfen Angriff auf die Personalpolitik Adenauers ausnutzen. Das könnte – nach Ansicht von Dr. Menzel usw. – die Beziehungen zwischen FDP und Adenauer im Augenblick so verschlechtern, dass Adenauer nicht mehr unbedingt auf der Ausschiffung der SPD aus der Regierung bestehen wird.« Der zum christlich-sozialen Flügel der CDU gehörende innerparteiliche Adenauer-Rivale Karl Arnold habe »in vertraulichen Unterredungen mit Heinz Kühn, Dr. Menzel usw. mehrmals und ganz kategorisch versichert, dass er die Beibehaltung der [bis 1950 bestehenden] alten Koalition CDU/SPD im Interesse der christlichen Arbeiterbewegung wünsche, dass er aber infolge der für die CDU ungünstigen Wahlresultate in Nordrhein-Westfalen gezwungen sei, dem Druck Adenauers und des recht starken ›Adenauer-Flügels‹ innerhalb seiner eigenen Partei nachzugeben. Nach Ansicht von Menzel, Kühn, Mellies usw. würde der zu erwartende heftige Angriff der FDP – und des BHE – gegen Adenauer im Zusammenhang mit dem ›Fall John‹ eine gewisse Chance bedeuten, dass die ›antisozialistische‹ Koalition im letzten Augenblick (die Regierungsbildung soll Dienstag, den 27.7., vollzogen werden) nicht zustande kommen wird. Damit wäre die Bahn offen zur Beibehaltung der alten CDU-SPD-Koalitionsregierung, auch ohne dass der Parteivorstand eine für seine gesamtdeutsche Politik bindende Erklärung in der Frage der Wiederaufrüstung abzugeben braucht.«

Für Bundeskanzler Adenauer waren das wertvolle Einblicke in die innersten Zirkel der SPD, zumal Erich Wollenberg herausstrich, die Erörterungen in Berlin hätten »in einem ganz engen Kreis stattgefunden

(Ollenhauer, Heine, Mellies, Wehner, Carlo Schmid, Menzel, Kühn und einige andere führende Funktionäre). Die Besprechungen waren vertraulich. Ollenhauer hat sich aufgrund der Regierungskombination in Nordrhein-Westfalen bereit erklärt, auf dem Parteitag die Behandlung des ›Fall John‹ und im Zusammenhang mit ihm einen Angriff auf das Amt für Verfassungsschutz im Besonderen, die gesamte Personalpolitik Adenauers im Allgemeinen zu verhindern. Die Parteitagsdelegierten, die über diese vertraulichen Besprechungen und Vereinbarungen nicht informiert wurden, waren äußerst erregt, dass die Diskussion über den ›Fall John‹ vom Parteivorstand abgewürgt wurde.« Auf einer Massenkundgebung, die nach dem Parteitag stattfand, sei es dann Franz Neumann gewesen, der Berliner SPD-Vorsitzende, Bundestagsabgeordneter und Gegenspieler von Willy Brandt, der die John-Affäre für heftige Ausfälle gegen die Bundesregierung genutzt habe. »Er wurde deswegen nach Schluss der Kundgebung von Ollenhauer und Mellies zurechtgewiesen.«

Binnen Kurzem hatte sich Erich Wollenberg, ein Star-Mitarbeiter des Strategischen Dienstes, dank seiner exzellenten Kontakte in das sozialistische und sozialdemokratische Milieu als erstklassiger Informant der politischen Inlandsspionage gegen die SPD entpuppt. Der Strategische Dienst kam in den folgenden Jahren häufiger auf ihn zurück, auch wenn Wilhelm Oxenius gegenüber Eberhard Blum meinte, »König« habe zwar umfassende Personenkenntnisse, seine »Kombinationsversuche von höherer Warte« müssten jedoch vorsichtig bewertet werden; »er ist z. B. auch 175!«, homosexuell, fügte der ehemalige Adjutant von Generaloberst Jodl noch an.[129] Erst nach und nach wurde deutlich, dass Wollenbergs Berichterstattung auch stark von persönlichen Motiven und Vorurteilen beeinflusst war. Spätere interne BND-Analysen kamen zu der Überzeugung, Herbert Wehner, seinen Genossen aus gemeinsamen KPD-Zeiten, zu verfolgen, sei für Wollenberg geradezu eine »Herzensangelegenheit«.[130] Lange Zeit habe er über diese zentrale Figur der Sozialdemokratie Meldungsmaterial vorgelegt, das auf eine »persönliche Feindschaft« schließen lasse.[131]

Die Versuche der SPD, sich gegenüber der Gesellschaft zu öffnen, sich von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei zu mausern und einen realitätsnäheren Kurs in der Deutschland- und Sicherheitspolitik einzuschlagen, blieben in der Inlandsspionage der Organisation Gehlen

ebenso ein Hauptthema wie die Haltung der Sozialdemokraten zu deren Übernahme in den Bundesdienst. Standen die Zeichen für eine »Legalisierung« aufgrund der frühen Festlegung Adenauers seit langem günstig, so war die Besorgnis in Pullach dennoch groß, die anschwellende politische und publizistische Kritik könne eine nicht mehr beherrschbare Eigendynamik entfalten. Ganz zu Recht betrachtete man an der Isar den international einflussreichen Enthüllungsjournalisten Sefton Delmer als den gefährlichsten publizistischen Hauptfeind. In den zurückliegenden Jahren hatte der Brite bereits mehrere Breitseiten abgefeuert.[132]

Im Sommer 1954 wurde vor allem das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine – während des Krieges hatte er bei der Psychologischen Kriegsführung gegen Deutschland mit Delmer zusammengearbeitet – als Drahtzieher hinter einer »beabsichtigten Pressekampagne gegen die Dienststelle Gehlen« herausgestellt. Der unter diesem Rubrum an das Bundeskanzleramt gehende Bericht bezog sich auf das Treffen Heines mit einem Journalisten im Hotel Bayerischer Hof in München. Dahinter, so hieß es, stehe das Bemühen des Spitzengenossen, »die in letzter Zeit innerhalb der SPD aufgekommenen Sympathien [für den Dienst] zu zerstören«. Dies solle dadurch erreicht werden, dass General Gehlen »als ›Hitler-Anhänger bis zur letzten Stunde‹ diffamiert und seine Organisation als von ehemaligen Prominenten und fanatischen Nationalsozialisten durchsetzt gebrandmarkt werden soll«. Karl Gerold, der Herausgeber der *Frankfurter Rundschau*, der während des Krieges von der Schweiz aus den britischen Nachrichtendienst unterstützt hatte, gehöre als aktives SPD-Mitglied – tatsächlich war er schon zwei Jahre zuvor aus der Partei ausgetreten – ebenfalls zu dem Komplott.[133]

Eine Woche später war es dann wieder der bewährte Siegfried Ziegler, der den »Doktor« über die Tendenzen im SPD-Vorstand ins Bild setzte.[134] Er bezog sich auf eine längere Aussprache mit Ortloff und meldete zunächst, dass der Besuch Gehlens »bei Herrn Ollenhauer ein gutes Echo fand. Bei der Vielzahl der Gerüchte, die durch die Presse gehen, hat Ihr Besuch zweifellos wesentlich dazu beigetragen, die bisherige wohlwollende Einstellung des Parteivorstands gegenüber der Org zu festigen. Es ergab sich ferner, dass der Parteivorstand nicht daran denkt, die von Sefton Delmer beabsichtigte Pressekampagne zu unterstützen. Wenn Herr Heine Mr. Delmer gegenüber irgendwelche Zugeständnisse gemacht haben sollte,

was ich noch bezweifle, so hat er das bestimmt nicht namens des Parteivorstands gemacht. Allerdings wird sich die Partei aus taktischen Gründen auch nicht offiziell an einer entgegengesetzten Kampagne beteiligen. Herr Ortloff vertritt den Standpunkt, möglichste Zurückhaltung zu üben.«

Sein Informant in der SPD-Spitze, fuhr Ziegler fort, habe das auch dem Abgeordneten Walter Menzel gesagt, der in der gegenwärtigen Krise des Verfassungsschutzes »auf Druck einiger sozialdemokratischer Abgeordneter, die wenig von der Materie verstehen, eine Anfrage, einen Misstrauensantrag gegen Herrn Minister Schröder und die Forderung nach Errichtung eines Untersuchungsausschusses gestartet hat«. Dazu gehöre »auch eine Frage, die unsere Org betrifft. Sie hat zum Inhalt, ob die Org vor der Flucht Johns bereits von seinen landesverräterischen Beziehungen gewusst hat. Herr Ortloff erwartet eine negative Beantwortung der Frage, zumal Sie Herrn Ollenhauer sagten, dass auch Sie von der Flucht überrascht wurden, und gab Herrn Menzel den Rat, es dabei bewenden zu lassen und nicht nachzustoßen. Herr Menzel war damit einverstanden.«

Siegfried Ortloff hatte nach dem Bericht Zieglers einen interessanten Vorbehalt gegen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Er befürchte nämlich, »dass bei der Untersuchung der Hintergründe und der Vorgeschichte des Falles John die ganze Emigration zur Sprache kommt, und dann lebt überflüssiger Weise ein Tatbestand auf, der von einer nicht wohlwollenden Presse zu Diskussionen aufgegriffen werden kann, die Gegenerklärungen und Richtigstellungen erforderlich machen. Die Emigration führender Sozialdemokraten ist kein Gesprächsthema, das für eine ständige Wiederholung in der Presse geeignet erscheint.«

Noch bemerkenswerter dürfte für den Kanzler und seinen Staatssekretär die offenherzige Auskunft Ortloffs gewesen sein, »dass es im Hinblick auf die derzeitige Regierungskoalition nicht klug wäre, die Abgeordneten der SPD gar zu deutlich über die positive Einstellung des Parteivorstands zur Org zu orientieren. Das könnte bei den Parteien der Regierungskoalition eventuell Misstrauen auslösen. Das wird in dem Fall einer Übernahme der Org durch die Regierung anders werden. Dann kann sich die SPD offen zu ihr bekennen, wie sie sich jetzt – trotz des Einzelfalles John – zum Verfassungsschutz bekennt. Es ist daher durchaus möglich, dass einzelne Sprecher der SPD in der Debatte auch unsachliche und harte Worte gegen

die Org finden. Sie kommen mit vorgefassten Meinungen und Konzepten. Die positive Grundhaltung der maßgeblichen Sozialdemokraten wird davon unberührt bleiben.« Ortloff hatte nach dem Bericht Zieglers in der Unterredung denn auch »wiederholt« seiner Enttäuschung darüber Ausdruck verliehen, »dass der sachliche und fleißige Herr Erler in Berlin nicht in den Parteivorstand gewählt wurde. Man schätzt seine Mitarbeit sehr.«

Der Aufstieg des zum Reformflügel zählenden Fritz Erler, der dem BND immer mit großem Verständnis gegenüberstand,[135] war aber nicht zu bremsen. Drei Jahre später wurde der Sicherheitsexperte stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Anfang 1964 ihr Vorsitzender; auch Willy Brandt, der mit den außenpolitischen Vorstellungen der SPD-Führung überhaupt nicht konform ging, war mit seiner Kandidatur zum Parteivorstand durchgefallen. Siegfried Ortloff lehnte sich in seinem Gespräch mit »Dr. König« sogar noch weiter aus dem Fenster. Wie Ziegler an Gehlen schrieb, habe sich seine Quelle in der Bonner »Baracke« gegen einen »parlamentarischen Kontrollausschuss für Nachrichtendienst-Organisationen ausgesprochen. Das Recht zur Kontrolle schließt auch eine Kontrollpflicht und damit die Übernahme der Verantwortung durch das Parlament ein. Diese kann aus fachlichen Gründen nicht übernommen werden.«[136]

Im Herbst 1954 kursierten immer wieder auch Gerüchte über die politischen Pläne des einstigen CDU-Politikers und Bundesinnenministers Gustav Heinemann, der dem Kabinett wegen Differenzen über die westdeutsche Wiederbewaffnung den Rücken gekehrt hatte.[137] Dazu legte die Abteilung von Kurt Weiß eine Unterrichtung über »Heinemanns Tendenzen zur SPD« vor. Wie alle wichtigen Nachrichten aus der Oppositionspartei gab Gehlen auch diese sogleich an Staatssekretär Globke weiter.[138] Eine Quelle mit guten Verbindungen zum Parteivorstand der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) habe mitgeteilt, Heinemann trage sich mit dem Gedanken, »der SPD beizutreten, wenn der letzte Schritt« – er erfolgte erst nach Auflösung der GVP 1957 – »auf eine klare Alternative getan werden müsse«. Kurz darauf hieß es allerdings, die »Zukunftsplanungen Heinemanns« liefen als Fernziel auf die Schaffung einer großen Linkspartei hinaus.[139]

Die Neun-Mächte-Konferenz in der britischen Hauptstadt, die Anfang Oktober 1954 mit den Londoner Vereinbarungen die Krise im westlichen Lager nach dem Scheitern der EVG überwand und den Weg der Bundesrepublik in die Nato ebnete, bedeutete für die SPD nichts anderes, als dass sie mit ihrem Widerstand gegen eine Westintegration *vor* einer Wiedervereinigung Deutschlands gescheitert war. Gleichwohl nahm sie unverdrossen den namentlich von Ollenhauer und Mellies forcierten Kampf gegen die schon Ende des Monats unterzeichneten Pariser Verträge auf und verharrte in ihren »wiedervereinigungspolitischen Illusionen«.[140] In den Monaten bis zur Ratifizierung der Verträge Ende Februar und ihrem Inkrafttreten Anfang Mai 1955, mit der die Bundesrepublik ihre Souveränität gewann, blieben die Organisation Gehlen und das Kanzleramt über die Versuche des SPD-Vorstands gut unterrichtet, das Beste aus der verfahrenen Lage zu machen und irgendwie Haltung zu bewahren.

Staatssekretär Globke hatte mittlerweile die Gewohnheit entwickelt, die ihm zufließenden Berichte und die oftmals mitgelieferten Originalmaterialien aus der SPD auf ihre Relevanz zu prüfen und sie dann dem Bundeskanzler oder auch dem Bundesgeschäftsführer der CDU zuzuleiten. Im Juli 1954 waren das beispielsweise »5 Schriftstücke (15 Blatt)« gewesen, die Globke an Bruno Heck[141] schickte. Es handelte sich um ein Rundschreiben des Leiters der Abteilung Finanzen und Verwaltung im SPD-Parteivorstand, Alfred Nau, anlässlich der bevorstehenden Bezirkskassiererkonferenz; um eine Vorlage der Hamburger Sozialdemokraten für eine gerechtere Bemessung der Mitgliedsbeiträge; um einen Rundbrief des Vertriebenen-Referats im Parteivorstand; um einen Rundbrief von Fritz Heine an die Spitzenfunktionäre des Vorstands, der Bezirke und Unterbezirke mit der Erörterung der Frage »Werden die Abgeordneten zu hoch entschädigt?«[142] So fanden sich alle möglichen vertraulichen Unterlagen aus der »Baracke« im Kanzleramt und der CDU-Zentrale an, Fritz Heines Analyse einer Allensbach-Befragung zu Adenauers Saar-Politik etwa, eine Adressliste des »Ausschusses für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen beim Parteivorstand«, ein Rundschreiben des agrarpolitischen Referats oder ein vertrauliches Rundschreiben der von Heine geleiteten SPD-Presseholding »Konzentration GmbH«.[143]

Nach der Londoner Konferenz übersandte der Chef des Bundeskanzleramts dem Bundesgeschäftsführer der CDU wieder einmal sechs Drucksachen und zwei Vermerke als Originalunterlagen zur vertraulichen Kenntnisnahme, die Gehlen dem Staatssekretär im Rahmen seiner Inlandsspionage, mittlerweile routinemäßig, verschafft hatte. Eine der wie immer anonymen Ausarbeitungen befasste sich eingehend mit der schwierigen Lage, in die sich die SPD manövriert hatte.[144] »Die Haltung der Sozialdemokratie in der Frage eines deutschen Wehrbeitrages nach Fertigstellung und Unterschrift der Verträge, die aufgrund der Londoner Akte zustandekommen werden, wird sich in nichts von der Ablehnung gegenüber der EVG unterscheiden«, begann der Spitzelbericht aus dem Parteivorstand, der obendrein vermerkte, diese Haltung sei »Ausdruck der ungeklärten Verhältnisse«, wie sie sich auf dem Berliner Parteitag gezeigt hätten. Der dortige Beschluss, die Zustimmung zur Wiederaufrüstung mit einer Reihe von Vorbedingungen vom Votum eines Sonderparteitages abhängig zu machen, habe den Parteivorstand »in eine ausweglose Situation gebracht«. Die von »ihren linken Kräften« verursachten Verkeilungen innerhalb der SPD hinderten Erich Ollenhauer daran, »das Schiff wieder flott zu machen«. Der Versuch des Parteichefs, »den Beschluss von Berlin loszuwerden«, sei gescheitert: »In informativen Gesprächen mit den Bezirken (nach sozialdemokratischem Statut kann ein Parteitag einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirke dies verlangt) ergab sich, dass keine Neigung zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages bestand.«

Auch auf internationaler Ebene sei der SPD-Vorsitzende erfolglos geblieben, wurde weiter mitgeteilt. Auf einer Londoner Tagung der Sozialistischen Internationalen, wo die Haltung der Linken zur westlichen Verteidigung zur Debatte stand, sei es ihm nicht gelungen, »wenigstens die Anerkennung einiger der von der SPD als Voraussetzung gestellten Forderungen zu erreichen«. Ollenhauers Kalkül sei es nämlich gewesen, die Einberufung des Sonderparteitags mit einem positiven Votum der Internationalen zu rechtfertigen. »Der Ablauf dieser Ereignisse«, so die Schlussfolgerung, »fand dann seinen Ausdruck in dem undankbaren Versuch Ollenhauers zu taktieren: Zwar ist [die Außenministerkonferenz von] London ein Fortschritt, aber die Frage der Wiedervereinigung hat keinen Fortschritt gemacht. Der Ausgang dieser Debatte wurde zum ersten Mal seit langen Jahren auch im Vorstand der SPD als niederschmetternd

angesehen, wenn daraus auch keine politischen Konsequenzen gezogen werden, da man glaubt, durch die Betonung, dass man keine Neutralisierung wolle, sich die propagandistischen Möglichkeiten offengehalten zu haben, die man als verlorengegangen geglaubt hätte, wenn das Eingeständnis der Neutralisierung ausgesprochen worden wäre. Bezeichnend ist unter anderem die Erklärung von Mellies am Tage nach der Debatte, in der er forderte, in der Publizistik sich unbedingt von dem Begriff der Neutralisierung abzugrenzen, da es, selbst wenn es darauf hinausläuft, im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen vor allem in Berlin politischer Selbstmord sei, auch nur andeutungsweise die Übereinstimmung zuzugeben. Auch auf der Parteivorstands- und Parteiausschuss-Sitzung am 16. und 17.10. gab es nicht mehr als eine taktische Einschätzung der letzten Bundestagsdebatte unter propagandistischen Gesichtspunkten. Damit war zu erkennen, dass der Gedanke der Neutralisierung im Parteivorstand eine sehr breite Basis hat.«

Der in alles eingeweihte Ortloff skizzierte auch schon die künftige Strategie der SPD: »Das weitere Verfahren bei der Behandlung der neuen Verträge«, verriet er der Organisation Gehlen, »soll demnach etwa so aussehen, dass man zu den Verträgen in jedem Fall *Nein* sagen will, wobei man versuchen wird, die Debatte vom Militärischen auf Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik abzulenken. Erst nach Annahme der Verträge durch die Mehrheit des Bundestages würde sich der Parteivorstand zu einer Mitarbeit an der Wehrverfassung bereit erklären.« Im Übrigen sei es interessant, dass der ehemalige Hamburger Oberbürgermeister Max Brauer in der Ausschusssitzung »in der einzigen Diskussionsrede des Tages darauf hinwies, man werde trotz der Ablehnung der Verträge nicht umhinkönnen, bereits heute die Frage einer sozialdemokratischen Haltung zur Wehrverfassung zu erörtern. Ollenhauer lehnte diese Anregung mit der Begründung ab, dass das ja noch Zeit habe. Es ist kein großes Geheimnis, dass sich in privaten Studien z. B. Erler damit beschäftigt hat und dass dem Parteivorstand hier bereits konkrete Vorstellungen vorliegen.« Das sozialdemokratische Dilemma war natürlich auch Thema in der Tagespresse, doch deren Berichterstattung war weit davon entfernt, dem Bundeskanzler einen ähnlich unverstellten Einblick in die Meinungsbildung der SPD-Spitze geben zu können wie die politische Inlandsspionage.

Immer mehr Informationen gingen jetzt in Bonn ein. Zwei Hinweise versah der Chef des Kanzleramts mit dem Stempel »Dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen«. Einer davon ging auf die geplante »Kampagne gegen die Pariser Verträge« ein.[145] »Für Januar planen die Jungsozialisten, der Sozialistische Studentenbund und die Gewerkschaftsjugend gemeinsam eine Reihe von außerparlamentarischen Aktionen, mit denen die Ablehnung der Verträge durch die Jugend demonstriert werden soll. In Köln wird bereits auf der Ebene des SPD-Bezirks Mittelrhein eine eigene Massenaktion geplant, für die auf einer Bezirksfunktionärskonferenz ein vorbereitender Ausschuss gegründet wurde.« Mit gleicher Post wurde noch die Berufung eines neuen Chefredakteurs beim *Vorwärts* und das Bestreben des Parteivorstands gemeldet, sich künftig stärker mit der Filmindustrie zusammenzutun, um der Sozialdemokratie mit »Zeitfilmen sozialkritischen Inhalts« mehr Profil zu geben.

Die zweite Meldung kam brühwarm aus der SPD-Vorstandssitzung, deren »politisch bedeutsamster Tagesordnungspunkt« der Beschluss über den Inhalt eines Briefs gewesen sei, den der sozialdemokratische Partei- und Fraktionsvorsitzende noch am selben Tage an den Bundeskanzler richtete. Er warnte darin vor einer Verhärtung der deutschen Teilung.[146] Das Schreiben »stellt, nach Ollenhauer, vor allem den Versuch dar, den außerparlamentarischen Aktionen die notwendige Basis für ihre politische Ausnutzung vor allem bei der dritten Lesung der Verträge zu bieten«, hieß es. »Deshalb stehen auch die propagandistischen Gesichtspunkte in diesem Brief im Vordergrund. Die Grundlage des Briefes stammt weitgehend von [Adolf] Arndt, der auch der sozialdemokratische Verbindungsmann zu den evangelischen Kreisen um [den Bonner Theologen Hans-Joachim] Iwand (pers. Freunde) und [den ebenfalls in Bonn lehrenden Theologen Helmut] Gollwitzer ist.« Die Mitteilungen wurden immer detaillierter: »Ollenhauer hat in seinem vorausgegangenen Referat vor den Bemühungen radikaler Strömungen gewarnt, ohne allerdings den Plan der Aktionen irgendwie abzuschwächen. Heine führte unter anderem aus, dass man jetzt durch Ausnutzung von Unsicherheitsfaktoren in der Koalition alle diejenigen Kreise anzusprechen bestrebt sei, die der Schock vor der bevorstehenden Entscheidung über die Wiederaufrüstung der SPD zutreibe. In der Diskussion spielte auch die ablehnende Haltung [Walter] Freitags (DGB) eine Rolle, der ein Heraushalten des DGB aus dieser politischen Frage

befürwortet habe. Die Bundestagsfraktion verlangte eine Aufnahme konkreter Forderungen in dem Brief an Adenauer, die dann auch mit drei Punkten erfolgte. Ihr defensives Anliegen war, die sozialdemokratischen Forderungen, mit denen man bei den Bundestagsdebatten operieren wird, herauszustellen.«[147]

So ging es bis zur Ratifizierung der Pariser Verträge am 27. Februar 1955 fort, die gegen die Stimmen der SPD durch etwa zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten erfolgte (Ollenhauer: »Die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln«).[148] Obgleich dieses Ergebnis allgemein erwartet wurde, war es für den Regierungschef in diesen Entscheidungstagen ein erheblicher taktischer Vorteil, derart eingehend über das Innenleben der Opposition und das politische Kalkül ihrer führenden Vertreter unterrichtet zu sein. Ein geheimer Bericht informierte beispielsweise über die Vorbereitungen der SPD auf die Ratifizierungsdebatten. Er prophezeite, es werde »versucht werden, die Koalitionsparteien zu beschuldigen, sie seien Verräter an der Wiedervereinigung. In stärkerem Maße wird jedoch auch das Argument zu hören sein, sie betrieben die Politik der Alliierten. Im Parteivorstand werden bereits Materialzusammenstellungen in diesem Sinne vorgenommen. Ein Auftrag z. B. sieht eine Zusammenstellung der Gespräche des Bundeskanzlers mit [dem amerikanischen Hohen Kommissar und späteren Botschafter James B.] Conant vor. Darüber hinaus wird ein Zitat des Bundeskanzlers zur Frage der Kriegsdienstverweigerung gesucht, um eine Analogie zu dem Zitat Ulbrichts herausbringen zu können. Bis heute ist etwas Derartiges jedoch noch nicht gefunden worden.«[149]

Auch zu der Entscheidung der SPD-Führung, sich an der »außerparlamentarischen Gegnerkonzentration«[150] gegen die Verträge – der Paulskirchen-Bewegung – zu beteiligen, liefen am Vortage ihres Treffens in Frankfurt (mit Ansprachen Heinemanns, Ollenhauers und mehrerer Professoren) detaillierte Informationen ein.[151] »Von den 150 eingeladenen Nicht-Sozialdemokraten (auf Bütten) zur Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche hat etwas mehr als ein Drittel die Teilnahme abgelehnt, ein großer Teil der Geladenen mit Berufung darauf, dass sich für sie Schwierigkeiten in ihrer Kirche ergeben könnten. (Eine Namensliste soll beschafft werden.) Unter den wenigen prominenten Sozialdemokraten, die eine Teilnahme an der Kundgebung abgesagt haben, befindet sich der

Bremer Senatspräsident [Wilhelm] Kaisen. Die Ablehnung Kaisens wird im Parteivorstand als eine Ablehnung der Parteilinie in dieser Frage angesehen. Für die Aktionen werden alle pazifistischen Plakate des Bundestagswahlkampfes und aus den Länderwahlen verbraucht. Andere Plakate und Flugblätter sind in Vorbereitung, wobei die Ablehnung der Verträge durch die Jugend in den Vordergrund gerückt werden soll. Die Schallplatten mit pazifistischem Inhalt, die damals für die Lautsprecherwagen hergestellt worden waren, sind mit aktualisiertem Text neu aufgelegt worden. Ihr Text ist jedoch so elegisch und pazifistisch gehalten, dass ihnen eine zündende Wirkung abgeht.« Die Beteiligung des DGB-Chefs an der Kampagne sei übrigens erst nach heftigem Drängen der Industriegewerkschaften zustande gekommen.

Der Chef des Kanzleramts erhielt darüber hinaus ein Originaldokument des SPD-Unterbezirks Frankfurt/Main über eine für Anfang Februar geplante »Flugblattaktion im Kampf gegen die Pariser Verträge«. Es enthielt genaueste Anweisungen und endete mit dem Appell des Vorsitzenden an die »führenden Genossen«, niemand dürfe sich jetzt ausschließen: »Nur schwere Krankheit kann als Entschuldigung dienen.« Es folgte eine Aufstellung der 16 Frankfurter Straßen und Plätze, an denen die 60 namentlich benannten Funktionäre und Abgeordneten mit ihren Flugblättern Aufstellung zu nehmen hatten, darunter so bekannte Genossen wie der Bundestagsabgeordnete Willi Birkelbach, Oberbürgermeister Walter Kolb und, am Uhrtürmchen in Bornheim, der linksstehende junge Stadtverordnete und spätere Oberbürgermeister Rudi Arndt mit seiner Mutter Betty, ebenfalls eine Stadtverordnete.[152] Präzisere Informationen über die bevorstehenden Aktionen des politischen Gegners konnte man sich nicht wünschen. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung gegen die Pariser Verträge als Versuch, ihre parlamentarische Minderheitenstellung zu kompensieren, wurde von einigen Genossen zwar früh skeptisch beurteilt, weil sie deren »Aussichtslosigkeit«[153] erkannten, doch dauerte es einige Zeit, ehe die Parteiführung zu der Einsicht gelangte, dass sich die SPD mit ihrer Beteiligung an dem außerparlamentarischen Protest mehr schade als nütze.

Dank der exzellenten innenpolitischen Informationsquellen des designierten Bundesnachrichtendienstes waren der Bundeskanzler, Staatssekretär Globke und die CDU-Spitze bestens über die

Auseinandersetzungen in der SPD-Führung im Bilde – auch über die Vorbereitung der Vorstandssitzung zwei Wochen vor der entscheidenden dritten Lesung des Pariser Vertragswerks.[154] »Es steht schon jetzt fest«, erfuhren sie, »dass auf der Sitzung des Bundesvorstandes über die Auswertung und den Erfolg der *Außerparlamentarischen Aktion* gesprochen wird. Auf Wunsch von Ollenhauer wird darüber beraten werden, ob die Aktion weitergeführt oder eingestellt werden soll. Im PV herrschen hierzu recht unterschiedliche Vorstellungen. Fritz Heine, Hertha Gotthelf und Max Kukil vertreten einen harten Kurs, möglichst bis zum Generalstreik der Gewerkschaften. Dagegen wendet sich Ollenhauer. Sein Ausspruch: ›Wir sind eine parlamentarische Partei; wir haben unseren Willen dargetan; wir sollten die Aktion jetzt einstellen!‹ Aller Voraussicht nach wird sich im Parteivorstand eine Mittellinie zwischen der Auffassung von Ollenhauer und Heine durchsetzen. Eichler definierte diese Auffassung wie folgt: Die Außerparlamentarische Aktion solle fortgeführt werden, und zwar im Wort hart, jedoch in der Tat zurückhaltend. Er meinte, dass es bei der nicht eindeutig klaren Haltung der Gewerkschaften höchst unwahrscheinlich sei, einen Generalstreik durchzusetzen […] Wehner will auf der PV-Sitzung durchsetzen, dass bei der Debatte im Bundestag und gegenüber der Öffentlichkeit der Bundesregierung und ihrer Politik die Schuld an der zu erwartenden Verhärtung des Sowjetkurses zugeschoben wird. Man solle herausstellen, dass für Berlin die größten Gefahren drohen.« Die Vertragspolitik des Bundeskanzlers habe die UdSSR »zu einer Verhärtung ihres Standpunktes gezwungen. Man solle auch darauf verweisen, dass hierdurch die Gefahr eines Dritten Weltkrieges ganz erheblich gewachsen sei.«

Staatssekretär Globke nahm diese Information zum Anlass, sich an Heinrich Krone, den Parlamentarischen Geschäftsführer, kurz darauf Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, zu wenden und ihn auf das Vorhaben Wehners aufmerksam zu machen. Der Sozialdemokrat wolle sich über »einen Antrag der SPD zur Wiedervereinigung aus dem November des vorigen Jahres« mit der FDP verständigen und dafür auch die kleineren Parteien gewinnen. Dabei handele es sich offenbar um eine demonstrative Aktion, die er, Globke, im Einzelnen nicht recht übersehe, doch vielleicht könne Krone sich kundig machen, »sodass eine entsprechende Gegenwirkung einsetzen kann«.[155]

Adenauer hatte im CDU-Vorstand kurz zuvor von »der Radikalisierung der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion« gesprochen, in der er ein »bedrohliches Moment nicht nur der innenpolitischen, sondern auch der außenpolitischen Unsicherheit« erblicke.[156]

Zur selben Zeit ging in Pullach ein weiterer Bericht über die »Interne Lage der SPD« ein.[157] Er kam von Konrad Gallen, einem profilierten Gehlen-Mitarbeiter für die Spionage gegen den Ostblock, der, wie er schrieb, mit einem »führenden SPD-Funktionär« gesprochen hatte; »weitere Quellenbeschreibung und Name nur auf besonderen Wunsch«. Gallen begann mit der Feststellung, »die öffentlichen Demonstrationen werden von der SPD-Führung als Misserfolg bezeichnet, weil das erwünschte Ziel, nämlich die Schaffung eines bürgerkriegsähnlichen Zustandes in der Bundesrepublik und die Erzeugung einer derartig großen Bedrohung der Bundesregierung, dass die 2. und 3. Lesung der Verträge hätte verschoben werden müssen, nicht erreicht worden ist. Die SPD habe auch intern dadurch eine Verschärfung der Gegensätze innerhalb der eigenen Partei erfahren. Der gemäßigte Flügel Kaisen/Brauer/Brandt sei noch mehr vom radikalen Flügel abgerückt.« Die Gemäßigten hätten sich »der Hoffnung hingegeben, dass sie durch eine versöhnlichere Haltung der Bundesregierung gegenüber der SPD unterstützt würden«. Zu deren großer Enttäuschung sei das nicht geschehen, wodurch der radikale Flügel unter der Führung von Fritz Heine und Herbert Wehner in die Vorhand gekommen sei. Besonders stark sei der Einfluss der deutschen Gruppe des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der die »links extremistisch militante Gruppe innerhalb der SPD« bilde. Sie erstrebe »ein sozialistisch geführtes Gesamtdeutschland unter keiner Anlehnung bzw. sogar unter völliger Abneigung des Westens [sic!]«.

Dann folgte eine Schilderung des Einflusses des Bundes im DGB: »Durch die außerordentlich enge Zusammenarbeit der ISK-Gruppen der SPD und der ISK-Gruppen des DGB ist es zu einem gemeinsamen Vorgehen der SPD und des DGB gekommen. Die ISK-Gruppen des DGB und die der SPD geben den Kampf gegen die Wiederbewaffnung auch nach der Ratifizierung der Verträge nicht auf.« Man plane eine Reihe von eng koordinierten Maßnahmen, fuhr der alarmistische Bericht fort, um unter anderem auch die bürgerliche Jugend »mit dem Wehrdienstverweigerungsgedanken zu infizieren. Man ist innerhalb des

DGB und der SPD auch zu einem Generalstreik entschlossen. Man hat hierbei die Gewissheit, dass die Regierung nicht genügend Machtmittel hat, um Auswüchse zu bekämpfen, und dass auch die Besatzungsmächte aus begreiflichen Gründen keine Unterstützung der Regierung bei einem Streik bieten werden. Eine gemäßigt erscheinende Gruppe unter Führung des Abgeordneten Erler soll weiter versuchen, Führungspositionen bei der künftigen Wehrmacht zu erlangen. Daher soll auch vorläufig keine klare Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes zur Wiederbewaffnung erfolgen.« Alle diese Maßnahmen zielten darauf, »einen Zustand herbeizuführen, durch welchen die Regierung unter allen Umständen genötigt sein wird, die Regierung auf die Basis der Großen Koalition umzustellen, das heißt, die SPD in die Regierung hineinzunehmen«.

Sogar eine Beschreibung der SPD-Strategie wie die Gallens trug als weiterer geheimdienstlicher Mosaikstein mit zu dem hervorragenden Informationsstand des Bundeskanzlers über die Gegner seiner Politik bei. Doch was die Sozialdemokraten in diesen Wochen auch denken und planen mochten – sie hatten sich verrannt. Man konnte es drehen und wenden wie man wollte: Bundeskanzler Adenauer, »der einige Wochen zuvor noch den Boden unter den Füßen schwanken gespürt hatte, war fast auf der ganzen Linie Sieger geblieben«.[158]

Nebenher war in Pullach Besorgnis darüber aufgekommen, dass Partei und Fraktion auf Betreiben des Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt, Hamburg, einen eigenen Referenten für Militärfragen berufen hatten, der in Zukunft die Sicherheitspolitik abdecken sollte. Würde der womöglich die Quelle Ortloff verstopfen?[159] Immerhin war der 42-jährige Fritz Beermann, promovierter Jurist, Berufsoffizier und als Oberstleutnant zuletzt Kommandeur eines Artillerie-Regiments gewesen (später übrigens der erste Bundeswehrgeneral mit einem sozialdemokratischen Parteibuch). Die Bedenken der Organisation Gehlen erwiesen sich jedoch als übertrieben: Ortloff und Ziegler behielten das Heft in der Hand. Die Amerikaner beeinträchtigten diese gut funktionierende Verbindung ebenfalls nicht. Werner Repenning, der Leiter des Bonner Büros, informierte Pullach nämlich über eine beiläufige Bemerkung von »befreundeter Seite«, ob von ihm denn eine Verbindung zu dem Herrn Ortloff von der SPD unterhalten werde. »Den Tatsachen entsprechend wurde die Frage verneinend beantwortet.« Er berichte diese Episode nur, schrieb »Reiner« der Zentrale,

weil er den Eindruck habe, die Amerikaner wüssten etwas »über die indirekte Verbindung zu Ortloff (Dr. Z.)«. Repenning beklagte sich in einer »persönlichen Anmerkung« zudem über solche »plumpen Fragen«, die auch schon andere Kollegen der CIA beanstandet hätten. Besonders verärgert habe ihn die Nachfrage, »ob es zu meinen Aufgaben gehöre, hochstehende Persönlichkeiten in Bonn zu beobachten«.[160]

Nachdem mit der endgültigen Fixierung der Bündnis- und Deutschlandpolitik die bedeutendste Weichenstellung des ersten Nachkriegsjahrzehnts erfolgt war, bestand im Bundeskanzleramt natürlich lebhafte Neugier, wie die neuerlich so eklatant unterlegene Sozialdemokratie mit diesem Schlag umgehen und ihre unvermeidliche Neuorientierung angehen würde. Als erster meldete sich Konrad Gallen zu Wort und berichtete über die Sitzung des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion »am 5.3., 10 Uhr, in der Parteizentrale der SPD in Bonn, Fr. Ebertallee«.[161] Referent sei Adolf Arndt gewesen, der zunächst dargelegt habe, dass man die erforderliche Stimmenzahl für eine Klage gegen das auch innerhalb der Regierungskoalition stark umstrittene Saarstatut vor dem Bundesverfassungsgericht erreicht habe. Sodann sei die Wiederwahl des Bundestagsabgeordneten Werner Hansen »(SPD und ISK)« zum nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden des DGB für die Gewerkschaft und für die Partei überraschend gekommen. Vor der Wahl sei im Hinblick auf die christliche Arbeitnehmerschaft an sich empfohlen worden, einen etwas gemäßigteren Kurs zu steuern. »Hansen stellte aber in der Sitzung fest, dass diese Mäßigung von 90 % des DGB in Nordrhein-Westfalen nicht gewünscht würde und das Wahlergebnis eine forcierte Gewerkschaftspolitik bestätigte bzw. verlange. Ollenhauer wertete das Ergebnis als einen außerordentlichen Erfolg für die SPD im Hinblick auf die aktive Bekämpfung der Pariser Verträge durch Teilstreiks der einzelnen Gewerkschaften und einen Generalstreik. Es wurde beschlossen, die Streikvorbereitungen für den Sommer 1955 verstärkt fortzuführen.« Dazu sei bereits ein Dreiergremium eingesetzt worden.

Dann wurden Geheiminformationen kolportiert, die Fritz Heine aus London mitgebracht habe. Danach hätten die Westmächte beschlossen, die Saar werde selbst bei einem etwaigen Friedensvertrag als autonomer Staat von Deutschland abgetrennt bleiben. Da Adenauer offenbar Kenntnis davon habe, solle in Paris rasch eine Bestätigung für diese Ungeheuerlichkeit

eingeholt werden, um »nach Bestätigung nicht nur eine große Anfrage im Parlament, sondern gleichzeitig auch eine große Plakataktion durchzuführen, in der der Kanzler wegen Abtrennung von Gebietsteilen des Landesverrats bezichtigt wird«. Heine habe in London außerdem von einem geheimen Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA erfahren, mit dem ein Betrag von 10 Milliarden Dollar für die Aufrüstung zur Verfügung gestellt werde; insgesamt rechne die SPD mit Gesamtkosten von 70 Milliarden DM.

Konrad Gallen berichtete dann noch über eine Skizze Carlo Schmids zu den außenpolitischen Perspektiven nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge. In Frankreich und England wachse die Neigung »zu möglichst baldigen Verhandlungen mit der UdSSR«, habe er ausgeführt. »Weil die SPD weiß, dass der Kanzler für diese Verhandlungen den zukünftigen Außenminister von Brentano und den Bankier Abs den Russen gegenüberstellen wolle, durchforscht man zur Zeit alle Äußerungen der beiden Herren seit 1945 zu dem deutsch-russischen Verhältnis. Auftragsführung hat Wehner bekommen […] Als Fazit der gemeinsamen Sitzung wurde festgestellt, dass die Regierung durch die Saarfrage, die möglichen Viererverhandlungen, die Verzögerung der Ratifizierung und die innerpolitischen Kampfmaßnahmen der SPD in diesem Sommer in eine solche Lage käme, dass eine Art nationaler Notstand entsteht, der die Bildung einer Großen Koalition zur absoluten Notwendigkeit werden lässt.« Im SPD-Protokoll ist all das nicht festgehalten, weshalb das Kanzleramt viel mehr erfuhr, als wenn ihm das Original zugespielt worden wäre.[162]

Erich Wollenberg steuerte ebenfalls zur Nachlese bei. Seine Informationen bezogen sich auf Willy Brandt, der sich »ebenso wie Reuter stets für einen entschiedenen Kampf gegen den sowjetischen Imperialismus und für die Stärkung der westlichen Verteidigungsfront« eingesetzt habe: »Nach dem Tode Reuters musste er in dieser Hinsicht kürzer treten, zumal etwas mehr als die Hälfte der Berliner SPD-Organisation hinter dem SPD-Parteisekretär Franz Neumann steht, der ein erbitterter Gegner Reuters war und in Berlin die ›Generallinie des Parteivorstandes‹ vertritt. Brandt war für die EVG und ist auch heute noch für die Pariser Verträge und damit für die Wiederaufrüstung. Unter dem Druck des Bonner Parteivorstandes und von Franz Neumann hat er aber schon auf dem Berliner Parteitag der SPD (Juli 1954) und jetzt im Zusammenhang mit der SPD-Kampagne gegen die

Pariser Verträge sich nach außen hin der ›Parteidisziplin‹ gefügt. Öffentlich tritt er *nicht für* die westliche Verteidigungsfront und die deutsche Wiederaufrüstung auf, aber auch nicht *gegen*. Innerhalb der SPD in Westberlin und in der Bundesrepublik gehört Willy Brandt zu der Gruppe der entschiedensten Gegner des sowjetischen Kommunismus und des Imperialismus.«[163] Die Spitzenquelle des Strategischen Dienstes hatte diese recht wirklichkeitsnahen Hintergrundinformationen, wie sie betonte, von einem Mann erhalten, der Brandt »aus gemeinsamen Emigrationsjahren in Skandinavien« kenne.

Wollenberg konnte auch den Inhalt eines Gesprächs zwischen dem sozialdemokratischen Außenminister Norwegens, Halvard Lange, und Erich Ollenhauer nach Pullach weitergeben, den ihm sein »alter, unbedingt seriöser Freund« hintertragen hatte, der mit dem Minister seit ihrer gemeinsamen Gestapohaft befreundet sei.[164] Die Unterredung hatte noch vor Ratifizierung der Pariser Verträge stattgefunden, sie beleuchtete aber den Kurs der SPD-Spitze im Nachhinein noch einmal grell. »Lange hat Ollenhauer wegen der ›objektiv pro-sowjetischen Politik des Parteivorstandes der SPD‹ (de-facto-Einheitsfront mit den Kommunisten im Kampf gegen die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungsfront) scharf angegriffen«, berichte der Gewährsmann: »Ollenhauer verteidigte sich mit der ›*innen-politischen und inner-parteilichen Zwangslage*‹, in der sich die SPD im Kampfe gegen die ›Adenauer-Reaktion‹ befände. Er hat Lange ein umfangreiches Memorandum über die ›reaktionären Umtriebe in der Bundesrepublik‹ überreicht. Nach Ollenhauer hätte eine weniger intransigente Politik des Partei-Vorstandes gegenüber der Re-Militarisierung zur Folge gehabt, dass große Teile der deutschen Arbeiterschaft unter den unmittelbaren politischen Einfluss der KPD geraten wären, es habe sogar die Gefahr einer *Spaltung der Partei* bestanden; daher seien die Beschlüsse des Berliner Parteitages der SPD (Juli 1954) mit ihrer scharfer Ablehnung der Re-Militarisierung unvermeidlich gewesen, eine andere politische Stellungnahme hätte in Wirklichkeit nur den Kommunisten dienen müssen. Ollenhauer wies besonders auf die einer jeden Re-Militarisierung feindlichen Strömungen innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft im Allgemeinen und innerhalb der westdeutschen Jugend im Besonderen hin. Ollenhauer betonte die ›bedingungslose Gegnerschaft‹ des

gesamten Parteivorstandes gegenüber dem Kommunismus und die ›enge und unzerreissbare Verbundenheit der deutschen Sozialdemokratie mit den sozialdemokratischen Parteien der freien Welt‹. Auf die Frage Langes verbürgte Ollenhauer sich für die ›absolute Zuverlässigkeit‹ Herbert Wehners. Abschließend gab Ollenhauer die Versicherung, dass die SPD die westdeutsche Wiederaufrüstung nicht sabotieren werde, sobald sie einmal Realität geworden sei, besonders verbürgte er sich dafür, dass die SPD keine Massenaktionen (Streiks, Kriegsdienstverweigerungs-Propaganda usw.) gegen sie auslösen würde.«

Ollenhauer habe bei dem Außenminister »persönlich-menschlich« einen guten Eindruck hinterlassen, so das Fazit im Gespräch mit seinem Freund, vermerkte Wollenberg, er halte ihn auch für »politisch ehrlich, aber für schwach und zweifelt daran, dass er sich gegenüber anti-westlerischen und pro-sowjetischen Kräften innerhalb der SPD wird durchsetzen können. Ganz abgesehen davon hält Lange die politische Begründung, die Ollenhauer für die Haltung des Parteivorstandes in der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages gab (›Gefahr einer Spaltung‹, ›antimilitaristische Strömungen‹, Notwendigkeit, ›den Kommunisten das Wasser abzugraben‹ usw.), für falsch. Er ist der Ansicht, dass *diese ›antimilitaristischen‹ Stimmungen in der Bundesrepublik, die sich nicht gegen den Supermilitarismus und den Superimperialismus der Sowjetunion richten, sondern gegen die Abwehr ebendieses Supermilitarismus’ und Superimperialismus’«,* – die folgenden Worte hob Wollenberg innerhalb der Hervorhebung noch einmal eigens hervor – *»wenigstens zum Teil auf das Schuldkonto der SPD zu buchen sind«*. Der norwegische Außenminister habe das dem Parteivorsitzenden sehr deutlich zu verstehen gegeben. So erhielt der Bundeskanzler auch auf diesem Wege eine Bestätigung dafür, dass das Nato-Gründungsmitglied Norwegen über das Gebaren der deutschen Opposition nicht anders dachte als er selbst.

Im Mai 1955, als die Bundesrepublik dem westlichen Verteidigungsbündnis beitrat, zehn Jahre nach Kriegsende ihre (eingeschränkte) Souveränität gewann und das Bundeskabinett wenige Wochen später den Beschluss fasste, die Organisation Gehlen zum Bundesnachrichtendienst auszubauen, erfuhr die geheime Berichterstattung über die inneren Spannungen und Kämpfe der SPD nach ihrer außenpolitischen Niederlage noch einmal eine Steigerung. In diesen Tagen,

in denen ein eindringliches und anschauliches Mosaik zur Krise der Sozialdemokratie entstand, kamen die einschlägigen Informationen in erster Linie von Siegfried Ortloff und Erich Wollenberg.

Außenpolitik, Innenpolitik und »innerparteiliche Differenzen« bestimmten die lange Unterredung, die der KPD-Renegat gegen Ende des Monats mit »Ölberg«, dem Ministerialdirektor Wolfgang Schmidt (SPD), führte.[165] »Die Ratifizierung der Pariser Verträge durch Frankreich hat der deutschen Demokratie im Allgemeinen, der deutschen Sozialdemokratie im Besonderen einen schweren Schlag versetzt«, bekam Wollenberg von seinem Freund Schmidt zu hören. »Es handelt sich um einen glatten Verrat der französischen Sozialisten. Guy Mollet, André Philipp usw. sind willige Werkzeuge des amerikanischen Imperialismus. PMF [Pierre Mendès France] habe die Absicht gehabt, die Pariser Verträge, die er aus außenpolitischen Gründen (USA!) *im Parlament* zur Annahme bringen musste, *im Senat* scheitern zu lassen. Sein Sturz durch die schwerindustriellen reaktionären Kräfte habe diesen Plan vereitelt. (Hierzu möchte ich erklären, dass ich diese von den ›europäischen Anti-Mendesisten‹ propagierte Version für falsch halte). Die Ratifizierung der Pariser Verträge ist ein Triumph Adenauers über die SPD. Die Re-Militarisierung wird die reaktionären und neo-nazistischen Kräfte in der Bundesrepublik außerordentlich stärken. Die Wiedervereinigung wird dadurch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, was ja auch die Absicht Adenauers und aller reaktionären Kräfte in Westeuropa und der USA sei. Das Angebot Moskaus: Wiedervereinigung bei Neutralisierung Deutschlands sei ehrlich gemeint, die Sowjets brauchen den Frieden, der bei einer einseitigen Wiederaufrüstung Westdeutschlands im Rahmen der Nato ernstlich bedroht ist. Nicht Moskau, die USA treiben zum Krieg.«

»Ölberg wies darauf hin«, referierte Wollenberg weiter, »dass er schon vor längerer Zeit (wohl Herbst 1953) mir gesagt hatte, dass Adenauer in einigen Monaten nach Moskau fahren würde, um *auf dem Rücken der deutschen Sozialdemokratie* einen Pakt mit den Sowjets zu schließen. Seine Prophezeiung würde sich mit einiger Verspätung verwirklichen, wobei es wahrscheinlich nicht Adenauer, sondern der ›beschränkte und stockreaktionäre‹ Brentano sein werde, der die Reise nach Moskau unternimmt, aber auch eine Moskau-Reise Adenauers liege durchaus im Bereich der Möglichkeit. Ein Abkommen mit Moskau, geschlossen von

Adenauer/Brentano und der hinter ihnen stehenden Schwerindustrie würde auf weite Sicht alle Chancen der Sozialdemokratie zunichte machen.«

Dann wandte sich das Gespräch der Innenpolitik und den jüngsten Personalentscheidungen des Kanzlers zu. Die Ernennung Heinrich von Brentanos zum Außenminister und Theodor Blanks zum Verteidigungsminister beweise wieder einmal, dass Adenauer »alle fähigen und relativ fortschrittlichen Kräfte« in seiner eigenen Partei ausschalte; die Militärs wollten mit dem absolut unfähigen Blank eben eine »Strohpuppe« an der Spitze. Brentano sei »ein sturer Vertreter der reaktionärsten schwerindustriellen Kreise«. Die Entscheidungen des Kanzlers hätten bei den fortschrittlicheren Kräften der CDU/CSU-Fraktion große Empörung ausgelöst, namentlich bei den beiden Prätendenten Franz Josef Strauß und Eugen Gerstenmaier. Beide stünden in politischem Kontakt mit dem SPD-Parteivorstand und seien sich »der tragischen Auswirkungen der einseitig auf die USA, den USA-Imperialismus ausgerichteten Politik Adenauers bewusst«.

Dann kam Wollenberg zu den für die CDU-Führung besonders interessanten innerparteilichen Differenzen in der SPD. Hier wandte sich der weit links stehende »Ölberg« in »sehr scharfen Worten gegen Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner, diese ›Neu-Sozialisten‹ (alle erst seit 1945 in der Sozialdemokratie), die aus verschiedenen politischen Motiven als ›Realpolitiker‹ sich auf den Boden der Pariser Verträge stellen und unter Opferung der sozialistischen Prinzipien an der Regierung teilnehmen wollen. Die Triebfeder der drei ›Outsider‹ sei persönlicher Ehrgeiz und Machtwille. Adenauer habe der SPD einen Posten als Staatssekretär im neu zu formierenden Wehrmachtsministerium angeboten, Wehner, Erler und Schmid haben sich für Annahme dieses Angebots eingesetzt, entgegen den ausdrücklichen Beschlüssen des Berliner Parteitags […] Die alten Mitglieder des Parteivorstandes, die alte Vorkriegssozialdemokraten sind, haben sich einmütig gegen diese ›antisozialistische Realpolitik‹ der Wehner, Erler und Schmid ausgesprochen. Der Parteiapparat befände sich – entgegen anderen Tendenzmeldungen – fest in den Händen der Mehrheit des Parteivorstandes: Ollenhauer, Heine, Mellies, Nau, Kulik, Eichler usw. Im Parteivorstand sei sogar die Frage eines Parteiausschlusses von Carlo Schmid in Erwägung gezogen worden. Carlo Schmid habe einen starken Anhang in gewissen intellektuellen Kreisen der Partei und besonders

außerhalb der SPD, er sei ein möglicher Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Die SPD könnte sich gegebenenfalls nicht einer solchen Kandidatur widersetzen, aber die Wahl dieses ›bürgerlichen Politikers, der 1945 zufällig zur SPD gestoßen ist‹, wäre eine schwere Belastung für die Sozialdemokratie. Die Stärke Wehners beruhe in seinem demagogischen Einfluss innerhalb der Basis der SPD, bei den unteren Funktionären und Mitgliedern, und dann auf seiner zweifellos großen Arbeitskraft.« Das war zwar keineswegs eine Analyse sine ira et studio, aber immerhin ein prägnantes Meinungsbild vom linken Flügel der Sozialdemokratie.

Nach Wollenbergs Darstellung gab sein Freund Schmidt zum Abschluss dieser Tour d’Horizon noch eine Diagnose der Misere seiner Partei: »Ölberg erklärte abschließend, die ›Tragik der SPD seit 1945‹ gehe auf zwei Wurzeln zurück: 1. Sie hatte in Kurt Schumacher einen echten Führer gefunden, von dem man aber von vornherein wusste, dass er ›höchstens 3 oder 5 Jahre noch leben könne‹. Ollenhauer sei eine *zweite* Kraft, und der sei sich auch bewusst, dass er niemals eine erste Kraft werden könne. Der jähe Tod von Ernst Reuter habe der SPD ›jene führende Persönlichkeit genommen, die den Mythos Adenauer gebrochen hätte‹. Auf dem Berliner Parteitag wäre Reuter zum Vorsitzenden gewählt worden. In Berlin musste Reuter sich infolge der besonderen politischen Situation auf die Amerikaner stützen. Als Führer der gesamtdeutschen SPD hätte Reuter als alter Sozialist den Kampf gegen die Abhängigkeit Deutschlands vom USA-Imperialismus, wie sie durch Adenauer verkörpert wird, geführt. 2. Der internationale Sozialismus, d. h. in erster Linie die von Attlee geführte Mehrheit der Labour Party und die von Mollet geführte SFIO, hätten die deutsche Sozialdemokratie durch Zustimmung zu den Pariser Verträgen verraten. Ölberg betonte, dass diese Auffassung von der Mehrheit des Parteivorstandes geteilt würde, er berief sich besonders auf Fritz Heine.«

Abgerundet wurde diese Nachlese zum Inkrafttreten der Pariser Verträge durch eine Vielzahl von Hinweisen, die von Staatssekretär Globke an den Bundeskanzler oder an den Bundesgeschäftsführer der Regierungspartei weitergereicht wurden. Bruno Heck schickte der Chef des Kanzleramts einen Bericht, der die Verzweiflung der SPD darüber spiegelte, nun auch bei Landtagswahlen in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz nicht recht auf die Beine gekommen zu sein. Der Parteivorsitzende habe das zunächst mit organisatorischem Versagen einiger Unterorganisationen erklären

wollen, doch »die verniedlichende Erklärung Ollenhauers wurde mit offenem Gelächter zur Kenntnis genommen«. Der Parteivorstand habe festgehalten, »die Wahlen bewiesen eindeutig, dass die SPD bei dem sichtbaren Trend zu zwei großen Parteien mit der CDU nicht Schritt halte. Die Gründe seien vor allem darin zu suchen, dass man die Radikalen in der Partei und in den Gewerkschaften zu lange gewähren ließ«. Der Vorsitzende erhoffe sich wegen des schlechten Abschneidens »eine gewisse Zurückdrängung der radikalen Kräfte und eine Stärkung seiner Position«.[166]

Auch in anderen sozialdemokratischen Gremien herrschte nach den Erkundungen des Gehlen-Dienstes Unruhe und Frustration. Seit dem schlechten Abschneiden bei den Landtagswahlen werde in der Bundestagsfraktion die Forderung nach »verstärktem Einfluss« auf die Politik der Partei erhoben, hieß es in einer weiteren Information. Nun meldeten sich »die Gemäßigten« stärker zu Wort, »nachdem sich der radikale Kurs als noch steriler erwiesen hat als die Haltung vor den Bundestagswahlen. In der praktischen Politik kann sich hierdurch eine gewisse Mäßigung ergeben […] Hand in Hand mit den Klärungsversuchen in der Fraktion geht eine gewisse Verstärkung der Kritik der Bezirke am Parteivorstand«; heftige Anstreichung am Rand. Hinzu komme, war außerdem zu lesen, eine bedenkliche Entwicklung der Mitgliederzahlen, die beständig abnähmen: »Nach einer Analyse, die vom PV gemacht wurde, hat sich gezeigt, dass der Rückgang im Aussterben der alten Mitglieder begründet ist, während die Werbung unter der Jugend nur zu begrenzten Erfolgen geführt hat.«[167]

Auch aus der Sitzung der SPD-Fraktion kamen wichtige Hinweise zu der unmittelbar bevorstehenden Bundestagsdebatte, die Globke noch am selben Tag an Adenauer weitergab.[168] Über die veröffentlichten Kommuniqués und die Presseberichterstattung hinaus lasse sich einiges Interessante vermelden, bekam der Kanzler zu lesen: »Ollenhauer war von Beginn der Sitzung an außerordentlich heftigen Angriffen aus der Fraktion im Zusammenhang mit seinem kürzlich der Auslandspresse gegebenen Interview ausgesetzt, wonach nach Auffassung der SPD die Schaffung eines Deutschland umfassenden Neutralitätsgürtels nicht annehmbar sei. (Tatsächlich hat OIlenhauer diese Erklärung ohne vorherige Zustimmung mit dem PV und der Fraktion abgegeben.) Die Kritiker, die sehr bald die überwältigende Mehrheit der Fraktion hinter sich hatten, wurden angeführt von den

Bundestagsabgeordneten Erler und [dem Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Fritz] Baade. Insbesondere Erler griff Ollenhauer ungewöhnlich massiv an und warf ihm vor, er habe damit die von der SPD unausgesprochen seit fünf Jahren vertretene Auffassung verraten und überdies die deutsche Wiedervereinigungspolitik um eine reale Chance ärmer gemacht.«

Am folgenden Absatz findet sich ebenfalls eine Anstreichung: »Von den prominenten Mitgliedern stellte sich lediglich Wehner vor Ollenhauer und versuchte zu einem Kompromiss zu gelangen. Er sehe einen Ausweg aus den Meinungsverschiedenheiten, wenn die SPD die von der Mehrheit der Fraktion als wünschenswert bezeichnete Neutralisierung Deutschlands unter einem anderen Namen anstrebe, also etwa über eine ›Viermächtegarantie des deutschen Status‹, die für alle Mächte annehmbar sei, ohne dass ausdrücklich jetzt schon von Neutralität und Bündnislosigkeit gesprochen werden müsste. Ollenhauer sagte unter dem anhaltenden Druck der Erler-Gruppe gegen Ende der Sitzung zu, sich in seiner Stellungnahme während der außenpolitischen Debatte nicht auf den endgültigen Status Deutschlands festzulegen, sondern mehr Detailforderungen aufzustellen, die – aneinandergereiht – einer Vorbereitung der Neutralisierung allerdings gleichkommen würden.« Genauso geschah es dann. Besser konnten Gehlen, Ortloff und Ziegler Bundeskanzler Adenauer und die CDU/CSU-Fraktion nicht auf den nächsten deutschlandpolitischen Schlagabtausch im Parlament vorbereiten. Die Bearbeitungsspuren zeigen, dass ihre Bemühungen auf fruchtbaren Boden fielen.

Der Bericht aus der SPD ging sogar noch weiter in die Einzelheiten: »Zum Ablauf der Debatte wurde beschlossen, dass Wehner die große Anfrage der Opposition begründen soll. Nach dem Kanzler wird Ollenhauer in der festgelegten Weise sprechen. Die weiteren Redner sind nicht bestimmt worden. Man will ihre Auswahl von den Rednern der Koalition und dem Inhalt ihrer Ausführungen abhängig machen. Die Neutralitätsgruppe wird energisch bemüht sein, Erler zu Wort kommen zu lassen. Das könnte bei einer sehr blassen Rede Ollenhauers eine prononcierte Festlegung der SPD durch Erler bedeuten. Es ist nicht beabsichtigt, von der SPD her eine Unterbrechung der Sitzung zu beantragen. Die Entscheidung darüber, wer als dritter Sprecher der SPD zu Worte kommen soll, wird im Plenum während der Debatte getroffen

werden. Vom Diskussionsverlauf ist es somit auch abhängig, ob etwa anstelle Erlers der in dieser Frage etwas gemäßigtere Heinz Kühn spricht. Er will, falls er zu Worte kommt, folgende Auffassung vertreten: Ein allgemeiner Nichtangriffs- und Neutralitätspakt zwischen den Mächten unter Einschluss der USA und der SU muss kommen. Bis es soweit ist, muss die Deutschlandfrage im Interesse einer baldigen Wiedervereinigung so gelöst werden, dass der künftige deutsche Status einem derartigen Pakt nicht zuwiderläuft.« Kühn kam in der Debatte dann nicht zu Wort.[169] Insgesamt stehen diese detaillierten Informationen aus der SPD-Bundestagsfraktion in denkbar großem Kontrast zu den beiden dürftigen Beschlussprotokollen, die zu dieser Sitzung gefertigt wurden.[170]

Das Bundeskanzleramt erhielt aus Pullach aber nicht nur detaillierte Hinweise zur Strategie der Opposition in entscheidenden Fragen der großen Politik, genauso liefen von dort in Fortführung bewährter Verleumdungsmuster der Organisation Gehlen[171] die kleinkariertesten Warnungen ein. Eine davon betraf den Historiker und Politikwissenschaftler Erich Matthias, einen von Werner Conze in Göttingen promovierten Experten für die Geschichte der Sozialdemokratie und des Parlamentarismus. Es bestehe Veranlassung, vor dem Autor des Buches »Sozialdemokratie und Nation« zu warnen, erfuhr die Regierungsspitze: »Dr. Mathias [sic!] ist nominell kein Sozialdemokrat, tendiert aber so stark zur Sozialdemokratie, dass er für den PV Forschungsaufträge erledigt. Er verfügt über Kontakte zu Angehörigen der Koalitionsparteien, die über den wissenschaftlichen Rahmen hinausgehen, und wird offensichtlich von einigen Mitgliedern des PV als Informationsquelle benutzt«; orthografisch defizitäre Spionageabwehr für die christlichen Demokraten.[172]

Siegfried Ortloff, Sicherheitsexperte, Sicherheitsbeauftragter, hauptamtlicher Vorstandssekretär und Gehlen-Informant in der Bonner »Baracke« (der sich in dem permanenten Kampf Pullachs mit dem Verfassungsschutz um die Kompetenzabgrenzung bei der Spionageabwehr/Gegenspionage mittlerweile auch als regelrechter Lobbyist Gehlens innerhalb der SPD auszeichnete[173]) stattete der Zentrale im Sommer 1955 einen Besuch ab. Siegfried Ziegler konnte dem »Doktor« anschließend melden, Ortloff habe ihn gebeten, »seinen herzlichsten Dank für die freundliche Aufnahme und Betreuung in München« entgegenzunehmen.[174] »Dr. König« schrieb seinen Brief kurz nachdem die

Bundesregierung grünes Licht für die Schaffung des Bundesnachrichtendienstes aus der Organisation Gehlen gegeben hatte.

Inzwischen war bei der Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte in Genf deutlich geworden, dass der Status quo in Europa wohl für lange Zeit zementiert bleiben würde. Die SPD tat sich mit einer Korrektur ihrer Deutschlandpolitik schwer, wie der CDU-Vorsitzende in einer Vorstandssitzung seiner Partei mit der Vehemenz beklagte, die ihn bei solchen Betrachtungen häufiger überkam: »Noch ein Wort zur Sozialdemokratie!«, rief Adenauer aus: »Vergessen Sie nie, dass die kommunistischen Wähler der letzten Wahl nur zu einem ganz kleinen Teil bekehrt sind, d. h., sich vom Kommunismus auch innerlich gelöst haben. Viele sind untergetaucht in der Sozialdemokratie und üben dort weiter ihre Wirkung aus. Ein Teil der Sozialdemokraten hält die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die sie bisher vertreten hat, für falsch. Das hat Ihnen und mir gegenüber mancher offen ausgesprochen, aber dieser Teil kann sich nicht durchsetzen gegenüber dem Parteiapparat, oder er hat nicht den Mut, sich durchzusetzen […] Bevor bei der Sozialdemokratie nicht eine gründliche Reinigung erfolgt ist, eine Trennung der Elemente, muss man die Dinge leider so nehmen, wie sie sind, und muss sich damit abfinden, dass die Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, die Geschicke Deutschlands in einer Weise, wie wir es für richtig halten, zu lenken.«[175]

Der Bundeskanzler bat den prominenten Sozialdemokraten Carlo Schmid zwar in die deutsche Delegation, die in der zweiten Septemberwoche 1955 nach Moskau reiste, und hob auch dessen Dienste hervor, doch der politische Triumph der dort erstrittenen Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen blieb ganz sein eigener. Es sollte noch ein halbes Jahrzehnt vergehen, ehe Herbert Wehner, da das geteilte Deutschland »nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen« könne, mit seiner Bundestagsrede am 30. Juni 1960 die Grundlagen für eine außenpolitische Gemeinsamkeit der beiden Parteien legte.[176]

3. Geheime Kanzler-Orientierungen: Berichte aus dem SPD-Parteivorstand 1955–1957

Zuträger und Wege der Unterrichtung

Mit Siegfried Ortloff und Siegfried Ziegler haben wir das operative Tandem bei der Ausforschung der SPD-Führung durch den BND bereits kennengelernt. Auch Erich Wollenberg vom Strategischen Dienst meldete sich gelegentlich zu Wort. Doch welche Vorstellung muss man sich aufs Ganze gesehen von dem Feld der Zuträger machen, die bei dieser Kernoperation der politischen Inlandsspionage mitwirkten? »Netz« wäre zur Beschreibung des in den Unterlagen des BND noch fassbaren Konglomerats an Informanten kein treffender Begriff, denn die Zuträgerschaft bei der Bespitzelung der Opposition wurde hier meist nicht systematisch entwickelt, »geforscht«, »getippt«, angeworben und förmlich verpflichtet, sondern vielfach erst dann in Richtung SPD sensibilisiert, wenn sich die Möglichkeit dazu eröffnete. Einige Informanten befassten sich für Gehlen über Jahre hinweg unermüdlich mit dem sozialdemokratischen Lager, manche eher nebenher oder punktuell, einige aus allernächster Nähe, andere bloß vage und von Ferne. Das tat der »Aufklärung« von Adenauers innenpolitischen Widersachern jedoch keinen Abbruch: Reinhard Gehlen konnte aus der Fülle der einlaufenden Mitteilungen und Materialien stets jene informative Substanz gewinnen, die er dem Kanzleramt die Ära Adenauer hindurch zulieferte.

Insgesamt lassen sich in den erhalten gebliebenen Akten auf der SPD-»Linie« heute noch etwa 20 Informanten ausfindig machen; gut möglich, dass es in den fünfziger Jahren mehr Zuträger gab. Für einige der mit ihrer Registriernummer, ihrem Decknamen oder Klarnamen überlieferten hauptamtlichen BND-Mitarbeiter und V-Leute liegen nur zwei, drei Blatt Papier vor, für andere ganze Konvolute – insbesondere dann, wenn sich dieser hauptamtliche oder jener inoffizielle Mitarbeiter später zu einem Sicherheitsfall entwickelte, bei dem intern dann das Unterste zuoberst gekehrt wurde. Ist die Überlieferung zu eher am Rande an der SPD-Ausforschung Beteiligten mithin meist so schütter, dass sie sich nicht zur Bildung eines aussagekräftigen Samples eignet, so wissen wir über die Hauptfiguren dieser zentralen innenpolitischen Spionageoperation des Auslandsnachrichtendienstes doch gut Bescheid. Von der Hauptachse Ziegler – Ortloff war bereits die Rede.[177] »Dr. König« und »Otto« hatten für

diese Operation überragende Bedeutung. Ihr freundschaftliches Verhältnis trug ihr unablässiges Geben und Nehmen. Nach der Anbahnung Anfang 1953[178] entfaltete sich ihre Beziehung in unzähligen Telefonaten, gegenseitigen Besuchen[179] und regelmäßigen »Treffs«. Allein die erhalten gebliebenen Unterlagen belegen, dass Ortloff und Ziegler sich während ihrer intensiven Kollaboration mindestens siebzig Mal »dienstlich« getroffen haben,[180] tatsächlich gewiss öfter. Diese Kontakte wurden erst dann seltener, als Siegfried Ortloff die SPD-»Baracke« in Bonn verließ und zum 1. Januar 1961 hauptamtlicher Mitarbeiter des BND wurde.[181]

Neben den breit strömenden Interna aus dem SPD-Vorstand erhielt Siegfried Ziegler im Gegenzug eine Fülle Anfragen von Ortloff. Ein Bericht über zwei Treffen im Sommer 1956 etwa listet die »Ortloff-Wünsche« auf. Dabei ging es um Auskünfte zu einem gewissen J., »der sich in der SPD nach vorne zu spielen versucht«; zur »Verhaftung des Kriminalrats Albert wegen Tätigkeit SfS«;[182] um »Erkenntnisse über Titoismus«, oder, etwas unangenehmer, um die »Beschäftigung belasteter Nazis, die sich der Verfolgung entzogen haben. Stellungnahme 106 [Gehlen] erbeten.«[183] Die letzten persönlichen Zusammenkünfte der beiden fanden im Herbst 1959 statt, kurz bevor Ziegler die Empfehlung aussprach, seinen Freund und Top-Informanten in den Bundesnachrichtendienst zu übernehmen.[184] Noch bei dieser letzten konspirativen Begegnung ging es unter anderem um die Nachfrage »Ottos« zu einem Journalisten, der »bis vor Kurzem das volle Vertrauen Herbert Wehners genoss«, sowie um seinen Vorschlag, Peter Wandel, den Leiter des SPD-Ostbüros Berlin, als BND-Quelle zu verpflichten.[185]

Peter Wandel hieß eigentlich Alfred Weber.[186] Der ehemalige Kommunist war 1933 als KPD-Mitglied ins dänische Exil gegangen, widersetzte sich drei Jahre später den Anordnungen der Auslandsleitung in Moskau, brach mit seiner Partei und trat in die SPD ein. Im dänischen Widerstand aktiv und bis 1945 in Schweden, kehrte er Anfang der fünfziger Jahre nach Westdeutschland zurück. Wandel avancierte zum Leiter der Zentralstelle der SPD-Ostbüros in West-Berlin, die über ebenso verzweigte wie nachrichtendienstlich wertvolle Widerstands- und Spionagekontakte in Ostdeutschland verfügte. Ziegler nahm schon bald nach der Festigung seiner Beziehungen zu Ortloff Kontakt zum Genossen Wandel auf und meldete ihn im Frühjahr 1954 als seine Unter- bzw. Sonderquelle »Paul«

(V-11643/Paul) in Pullach an.[187] Im Herbst 1959, als das Ostbüro zunehmend in die parteiinterne Kritik namentlich Herbert Wehners geriet, rekrutierte Ziegler ihn auf Vorschlag Ortloffs als hauptamtlichen BND-Mitarbeiter (V-7416);[188] praktischerweise benannte Wandel Ortloff, Ziegler und Stephan Thomas, den Chef des SPD-Ostbüros, als seine Referenzpersonen.[189] Für Ziegler war die neue Quelle von erheblichem Wert. Jedenfalls überreichte er ihm ein Weihnachtsgeschenk derselben Preislage, wie es auch sein Intimus Ortloff erhielt.[190]

Obgleich Wandel die vom BND hoch eingeschätzten Berichte des Ostbüros[191] an Ziegler weiterreichte, muss offenbleiben, ob die Überfülle seiner Decknamen (»Paul«, »Fleischmann«, »Ziebell«, »Lembke«, »Hanssen«, »Hartung«) tatsächlich seiner Bedeutung für die insgesamt dürftige DDR-Spionage des BND entsprach.[192] Immerhin listet eine spätere Aufstellung über »Material, das Dr. König brachte«, eine Fülle von Meldungen zu Einrichtungen und Vorkommnissen in der DDR auf, die aus dem Aufkommen des Ostbüros an Ziegler gegangen sein dürften.[193] Keine Hinweise finden sich dagegen darauf, dass Peter Wandel und sein von Pullach finanziell unterstütztes Berliner Büro bei der Ausforschung der SPD-Spitze eine wesentliche Rolle gespielt hätte. Da Siegfried Ziegler diese Verbindung über Jahre intensiv betreute, ist das allerdings nicht auszuschließen. Im Sommer 1963 verließ Alfred Weber, »Paul«, den BND. Ein wesentlich dickerer Fisch als Wandel war Helmut Bärwald, der ab 1966 das SPD-Ostbüro leitete und von dem weiter unten in anderem Zusammenhang zu berichten sein wird.[194]

Einigen weiteren Zuträgern, die hauptsächlich aus ihren Gesprächen mit SPD-Politikern oder aus den Gremien der sozialdemokratischen Partei nach Pullach berichteten, sind wir bereits begegnet.[195] Zu erinnern ist an den ungemein regen Otto Scheugenpflug (V-2671), SPD-Mitglied und Vorstandsmitglied des DGB Hessen, der viel Wissenswertes aus dem Parteileben erfuhr und seit 1947 so gut wie alles davon weiterzutragen pflegte.[196] Ebenso mitteilsam war Rudolf Finke (V-7904), der gut informierte Sekretär des FDP-Politikers und Bundesministers Victor-Emanuel Preusker, den der BND als V-7934 führte. Auch er war in Dingen, die Opposition oder Regierung betrafen, ausgesprochen kundig und mitteilungsbedürftig.[197] Über den im Bundesamt für Verfassungsschutz gescheiterten und zum Gehlen-Dienst zurückgekehrten Konrad Gallen (V-

1101) erhielt Pullach im Frühjahr 1955 die beiden erwähnten Berichte über die Strategie der SPD.[198]

Erich Wollenberg, der für den Strategischen Dienst arbeitende KPD-Renegat und Wehner-Feind, das ist ebenfalls deutlich geworden,[199] verstand es dank seiner in die Weimarer Zeit zurückreichenden Bekanntschaft mit den maßgeblichen Politikern der Linken, Informationen beizubringen, die er in Unterhaltungen mit den führenden Männern der SPD »abschöpfte«. Einer seiner wichtigsten Gesprächspartner, der sich kaum bewusst gewesen sein dürfte, welche Verwendung seine Ausführungen fanden, war der erwähnte Wolfgang Schmidt, der in Wollenbergs Berichten als »Ölberg« auftrat.[200]

Der 1897 geborene Schmidt war im Ersten Weltkrieg Soldat und während der Revolutionsunruhen kurzzeitig Provinzialvorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Ostpreußen gewesen. Zu Jahresbeginn 1919 trat er in die SPD ein, wurde während des Kapp-Putsches verhaftet und zum Tode verurteilt; der rasche Zusammenbruch des Umsturzversuchs rettete ihm das Leben. Während der Weimarer Zeit machte der promovierte Jurist und Volkswirt als Landrat und zeitweiliger Mitarbeiter bei der Berliner Politischen Polizei Karriere. 1933 ebenso wie viele andere Sozialdemokraten entlassen, überlebte er die Hitler-Zeit in zeitweiliger Illegalität. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt stieg Schmidt im nordrhein-westfälischen Innenministerium zum Abteilungsleiter auf, amtierte als Ministerialdirektor zugleich als Personal- und Polizeidezernent sowie als stellvertretender Landesbevollmächtigter Nordrhein-Westfalens beim Bund. Schmidt, zugleich geschäftsführender Vorsitzender des rechtspolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand, verband mit Wollenberg eine breite politische Übereinstimmung, wie aus ihrem Briefwechsel hervorgeht. Er zögerte daher nicht, seinem Freund tiefen Einblick in das Innenleben der Partei zu geben. Als Schmidt 1956 im SPD-Unterbezirk Westliches Westfalen Sekretär für politische Angelegenheiten wurde, profitierte Wollenberg weiter von seinem Abschöpfkontakt »Ölberg«.[201]

Kanzleramtschef Hans Globke, »heimlicher Generalsekretär der CDU«,[202] der über ein denkbar umfassendes Informationssystem gebot, flossen als Ergebnis der politischen Inlandsspionage des BND Insider-Informationen über Politik und Personalia der SPD-Spitze die ganzen fünfziger Jahre hindurch in enormer Dichte zu. Manches Wissenswerte

gelangte auch über Kanäle an ihn, die nicht von Gehlen kontrolliert wurden, zum Beispiel aus der FDP.[203] Es bedarf genaueren Hinsehens und eines kleinen Exkurses, um zu erkennen, welchen Weg diese Interna nahmen. Es bleibe dahingestellt, welche Quelle in der SPD die Freien Demokraten seinerzeit vor allem anzapften; es mag Siegfried Ortloff selbst gewesen sein. Sicher ist, dass es kein Geringerer als FDP-Bundesgeschäftsführer Lothar Weirauch persönlich gewesen ist, der Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Globke kurze Zeit direkt belieferte.

Das 1948 gegründete und bei Weirauch ressortierende Ostbüro der FDP versorgte ihn nicht nur mit Informationen aus der Ostzone, sondern auch mit Nachrichten aus befreundeten und gegnerischen Parteien. Schon im Sommer 1951 hatte Bundesjustizminister Thomas Dehler von seinem Parteifreund »5 vertrauliche Informationen« erhalten, unter anderem zu »[Karl] Arnolds politischen Beratern« oder etwa über den DGB und den BHE in Nordrhein-Westfalen.[204] Im Herbst erhielt er Auszüge aus dem vertraulichen *Parlamentarisch-Politischen Pressedienst* der SPD.[205] In der Regel bediente Weirauch jedoch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Friedrich Middelhauve, in Nordrhein-Westfalen Parteivorsitzender und Chef der Landtagsfraktion.[206] Von Belang ist in unserem Zusammenhang, dass die meisten vertraulichen Schreiben Weirauchs eine alarmierende, meist wortidentische Kopfzeile trugen – »Streng vertraulich!«, »Persönlich!« oder »Quellengefährdung!« In dieser Weise alarmierte er einige Wochen vor den Bundestagswahlen 1953 beispielsweise Middelhauve mit dem Hinweis, die SPD sei dabei, ein Weißbuch über die Korrumpierung der Bundesregierung durch das große Kapital vorzubereiten, der SPD-Vorstand werde in Kürze darüber entscheiden.[207] Middelhauve antwortete umgehend. Die Nachricht sei »bedeutungsvoll«, ihm selbst seien skandalöse Dinge über die Finanzwirtschaft von DGB und SPD zugetragen worden. Der Bundesgeschäftsführer solle sofort mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, die Wahrheit herauszufinden und gegebenenfalls propagandistische Gegenmaßnahmen veranlassen.[208]

Während der Schlammschlacht zwischen CDU und SPD über ihre jeweilige Wahlkampffinanzierung, in die sich Adenauer persönlich hineinbegab, waren dem Kanzler zahlreiche interne Dokumente aus dem sozialdemokratischen Parteivorstand zugegangen, aus denen sich ergab, dass die Sozialdemokraten ebenfalls keine weiße Weste hatten, jedenfalls

ein Mehrfaches der öffentlich angegebenen Geldsumme für ihre Wahlpropaganda ausgaben.[209] In diesem delikaten Zusammenhang wandte sich Weirauch an Staatssekretär Globke direkt und schickte ihm einen seiner charakteristischen, mit dem üblichen Geheimhaltungstamtam ornamentierten Briefe – mit demselben Kopf, den wir 1954 auf den anonymen Berichten im Kanzleramt über Vorgänge in der SPD finden.[210] Das Schreiben bezog sich auf die Anstrengungen des Kanzleramts, die sozialdemokratischen Attacken zu parieren und dafür ihnen zugegangene Dokumente mit den Unterschriften von Fritz Heine, Siegfried Ortloff, des Schatzmeisters Alfred Nau und eines weiteren Funktionärs unter die Lupe zu nehmen. »Unsere Gewährsleute versuchen nach wie vor, echte Unterschriften und Schriftproben der vier in Betracht kommenden Personen zu beschaffen«, teilte Weirauch dem Chef des Kanzleramts unter Hinweis auf die »Ihnen von mir zur Verfügung gestellten Fotokopien der Dokumente« mit. »Heute Abend« erhalte er weiteren Bescheid, da bisher leider alle Versuche gescheitert seien, da Originalunterschriften ja »gewöhnlich nur auf Schreiben stehen, die auch herausgehen«.

In seinem Brief an Hans Kilb, den persönlichen Referenten Adenauers (der beim Transfer von Dokumenten aus besonderer Quelle an den Regierungschef ebenso regelmäßig auftaucht wie Josef Selbach, der Leiter des Kanzlerbüros[211]), ging der Bundesgeschäftsführer der FDP noch mehr in Einzelheiten.[212] Als Anlage überreiche er für »Herrn G.« eine »Unterschrift ›Nau‹«, eine »Aktennotiz ›Heine‹«, eine »Aktennotiz mit der abgekürzten Unterschrift ›Ortloff‹« sowie einen »Fragebogen nebst Unterschrift Ortloff«. Er fügte noch an, die Schriftproben seien so ausgewählt, »dass die von den Unterzeichneten verwendeten Schreibmaschinen-Typen daraus klar hervorgehen. Ortloff verwendet in seinem Büro außerdem noch eine Perlschrift.«

Das waren nachrichtendienstlich beachtliche Hinweise zum Sekretär beim SPD-Parteivorstand, wenn sie auch nicht belegen, dass es der Zuträger der Org selbst gewesen ist, der Weirauch bediente.[213] Der Kontakt des FDP-Mannes zum persönlichen Referenten Adenauers dauerte übrigens noch eine Weile fort. So übermittelte er ihm etwa ein Schreiben (es trug die übliche Warn-Ornamentik) mit einer Aktennotiz von Fritz Heine, aus der hervorging, »dass die SPD beabsichtigt, den 17. Juni 1954, von der einjährigen Wiederkehr ausgehend, zum traditionellen Gedenk- und

Kampftag der Partei und der Deutschen Arbeiterbewegung werden zu lassen. Für Berlin ist eine Zentralkundgebung der SPD mit Erich Ollenhauer als Redner vorgesehen.«[214]

Dieser kleine Exkurs war notwendig, um die Quelle einiger früher Berichte und Materiallieferungen aus der SPD-Zentrale an das Bundeskanzleramt zu bestimmen, doch muss auch noch eine Bemerkung zu ihrem baldigen Versiegen gemacht werden. Lothar Weirauch vermochte diese Ausforschungen nämlich deswegen nicht über das Jahr 1954 hinaus fortzusetzen, weil einer seiner Zuträger ertappt wurde und dieser Vorfall vom Parteivorstand der FDP zum Anlass genommen wurde, sich von dem ohnedies umstrittenen Weirauch zu trennen. Mitte des Jahres erhielt also der Pressereferent der FDP-Bundestagsfraktion einen Brief von seinem SPD-Kollegen, der ihn auf seltsame Machenschaften eines Sekretärs von Middelhauve aufmerksam machte. Dieser habe ihm nämlich einen tölpelhaften Brief geschrieben, aus dem hervorgehe, dass sich eine »unbekannte FDP-Dienststelle« den wenig geheimnisvollen, aber doch vertraulichen *Parlamentarisch-Politischen Pressedienst der* SPD »nicht auf ordentlichem Wege« verschaffe und ihn dann in schlecht lesbaren Abschriften verteile; der Kollege möge bitte dafür sorgen, dass »die einigermaßen unerquickliche Situation recht schnell geklärt wird«. Der liebe Herr Kollege bei den Liberalen räumte umgehend ein, »dass Sie eine Dienststelle der FDP bei unerlaubtem Tun in flagranti ertappt haben«. Er selbst habe mit »dieser etwas anrüchigen Methode« allerdings nichts zu tun. Herr Middelhauve werde Aufklärung schaffen können.[215] Der Parteivorstand handelte prompt. Sein Organisationsausschuss beschloss, den Vertrag des schlecht gelittenen Bundesgeschäftsführers zum 30. Juni des folgenden Jahres fristgerecht auslaufen zulassen.[216] Eine zeugenschaftliche Erklärung, Weirauch führe seinen Ministerialrats-Titel zu Unrecht, mag ein letzter Tropfen zum Überlaufen des Fasses gewesen sein.[217]

Es war Lothar Weirauch selbst, der den tatsächlichen Hintergrund seines mit den üblichen Verbrämungen versehenen Hinauswurfs verriet. Zu zwei Mitarbeiterinnen sagte er nämlich, »dass der Grund seines Ausscheidens in der Übermittlung von SPD-Material an Vorstandsmitglieder bestünde«. Dann bat er die beiden Damen dringend, »niemandem zu sagen, von wem er das Material erhalten habe«. Eine seiner beiden Mitarbeiterinnen hielt

sich jedoch nicht daran und verriet, neben einem weiteren Herrn sei das Material »in der Hauptsache« über einen Mittelsmann durch »Herrn Naase« an den Bundesgeschäftsführer gelangt: »Diese beiden Mitarbeiter haben auch das Geld in Empfang genommen.«[218] Karl-Heinz Naase war der Leiter und »die prägende Figur« des FDP-Ostbüros.[219]

Um die Geschichte zu Ende zu erzählen: Thomas Dehler bemühte sich nach dem Beschluss zur Ablösung des Bundesgeschäftsführers, die einiges Aufsehen unter den FDP-Mitgliedern verursachte, intensiv darum, seinen gestrauchelten Parteifreund mit der bestmöglichen Weiterverwendung zu versorgen. Unter anderem wandte er sich an Staatssekretär Globke und bat ihn, Lothar Weirauch, den der Chef des Kanzleramts ja bestens kannte und der seine Tätigkeit für die FDP nun »in freundschaftlicher Übereinstimmung aus innerorganisatorischen Gründen« beende, bei der Stellensuche behilflich zu sein.[220] Im Januar 1956 trat der obendrein schwer NS-Belastete, in der Entnazifizierung jedoch als »entlastet« eingestufte Freie Demokrat in das neu geschaffene Bundesministerium der Verteidigung ein. Der glänzend Untergebrachte bekleidete dort hinfort die Stellung eines Unterabteilungsleiters für Unterbringung und Liegenschaftswesen. Das war auch für den Staatssicherheitsdienst der DDR eine gute Lösung, für den Weirauch bereits seit acht Jahren spionierte.[221]

Als diese Quelle versiegte, tat sich Anfang 1956 eine neue auf. Unter dem Decknamen »Veith« versorgte ein Mann namens Guido Bayer Pullach zusätzlich mit Neuigkeiten aus dem SPD-Vorstand. Bayer, ein wohlhabender Pharmazeut mit Industriebeteiligungen, arbeitete beim Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft in Bonn, war als Mitglied des Landesvorstands der nordrhein-westfälischen CDU nebenher als Wirtschaftslobbyist tätig[222] und zuvor bereits in Kontakt mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz gewesen.[223] Für den BND war der 40-Jährige interessant, weil er, nach eigenem Bekunden, bei SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine »einen V-Mann eingebaut« habe, einen gewissen »Thomas«, bei dem es sich aber nicht (wie man leicht vermuten würde) um den Chef des Ostbüros handele. Weiter ließ er den BND wissen, dass sein Konfident ihm laufend »gegen Entgelt« Informationen liefere, die für die Wirtschaft von besonderem Interesse seien, manchmal auch Meldungen, »die die Org betreffen«.[224]

Der Führer der als nicht besonders verlässlich eingestuften Unterquelle Bayer/»Veith«, die nur kurzzeitig mit Berichten aus der SPD hervortrat, war Wilhelm Heinrich Schmitz, einer der anrüchigsten Mitarbeiter des Gehlen-Dienstes.[225] Der ehemalige Kriminalrat und SS-Obersturmbannführer, promovierter Jurist und Spezialist der Spionageabwehr, hatte die zweite Kriegshälfte als persönlicher Referent von SS-Brigadeführer Walter Schellenberg verbracht, dem Chef des Auslandsnachrichtendienstes im Reichssicherheitshauptamt. Seine Bindung an Pullach 1951 verdankte er seinem Bundesbruder Karl Gumbel, den er seit mehr als zwanzig Jahren kannte und der nun im Kanzleramt für die Organisation Gehlen zuständig war. »Von Globke und Gumbel dem Dienst empfohlen, auf ausdrücklichen Wunsch von Dr. Globke«, halten die Akten fest.[226] 1968 mit der Bescheinigung, ein »gebildeter, welterfahrener Mensch, gutmütig und humorvoll« zu sein, altersbedingt ausgeschieden,[227] ist der Träger des SS-Ehrendegens eine der rührigsten Kräfte zunächst der Karlsruher Generalvertretung und danach in der Bremer Außenstelle von Hans-Heinrich Worgitzky gewesen. Der hatte Schmitz vorsichtshalber zunächst nur als »Sonderverbindung« deklariert, »da seine Vergangenheit geeignet war, uns erheblich zu belasten«.[228] Anfang der sechziger Jahre gelangte eine interne Untersuchung zu dem Befund, die politische Belastung des als Wirtschaftsberater der Firma Rheinpreussen getarnten Dr. jur. Schmitz sei »sehr groß«.[229]

Der Schaden oder – je nach Perspektive – der Nutzen für den BND war ebenfalls sehr groß, da Schmitz für den Dienst allein aus dem Bereich des RSHA 25 Personen »getippt« und ein Kontaktnetz von mehr als 100 Quellen, Zuträgern und Gesprächspartnern geknüpft hatte – ganz überwiegend alte Kameraden aus der SS, dem SD, der Abwehr und der Polizei.[230] Eine dieser Quellen war nun eben jener Guido Bayer. Der mit ihm bald in »freundschaftlicher Verbundenheit«[231] stehende Schmitz hatte ihn über den FDP-Bundestagsabgeordneten Ludwig Preiß kenngelernt, ehedem ebenfalls SS. Seine Nachrichtgebung aus dem SPD-Vorstand, die durchaus als eine Art Zweckberichterstattung erkannt wurde, »die weitgehend mit den Auffassungen der CDU und DP und der Gewerblichen Wirtschaft übereinstimmt«,[232] nahm Pullach dennoch gerne entgegen. Als es dann um die Einstellung der 1959 endgültig abgeschalteten Quelle »Veith« als hauptamtlichen Mitarbeiter ging, überwogen die Bedenken. Das sei

nicht ratsam: »Bayer verfügt seit Jahren über die verschiedensten Verbindungen zu anderen westlichen Diensten«, hieß es. »Seine Meldungen als Gelegenheitsquelle ließen gelegentlich Bedenken über die Seriosität seiner Aussagen aufkommen.«[233] Das fiel bei dem reichen Informationsfluss aus der SPD-Zentrale freilich nicht ins Gewicht.

Hans-Heinrich Worgitzky, als Leiter der Generalvertretung B Vorgesetzter von Dr. Schmitz und eben auf dem Sprung in die Position eines BND-Vizepräsidenten, war, was die politische Inlandsspionage betraf, bei der Anwerbung von Guido Bayer noch nicht recht auf Höhe Gehlen'scher Methodik. Er schrieb nämlich an Schmitz, er bitte ihn, der Unterquelle Bayer in geeigneter Form zu bedeuten, »dass sie sich mit innenpolitischen Nachrichten nicht befassen dürfe, dass dies eine streng gehandhabte Vorschrift innerhalb unserer Org sei und dass Ihnen derartige Meldungen auch gar nicht abgenommen würden […] Sie wissen ja, dass immer wieder die Behauptung auftaucht, wir beschäftigten uns unerlaubter Weise mit innerpolitischem Nachrichtendienst. Aus diesem Grunde ist eine eindeutige Haltung besonders notwendig.«[234] Der Horizont des BND-Vizepräsidenten weitete sich auf dem Feld der politischen Inlandsspionage auch später nicht so richtig, denn Präsident Gehlen hatte mit Bedacht einen Vize ohne eigene Hausmacht geholt, den er, wie »Worgi« später selbst beklagte, in die wichtigen Dinge nicht einbezog.[235]

Wenn man das Feld der Zuträger des BND bei der Ausforschung des sozialdemokratischen Parteivorstands inspiziert, müssen abschließend zwei prominente SPD-Politiker Erwähnung finden: Wenzel Jaksch, Jahrgang 1896, und Fritz Sänger, Jahrgang 1901. Beide hatten Beziehungen zum Dienst, die über die üblichen Kontakte hinausgingen. Wenzel Jaksch, maßgebender sudetendeutscher Sozialdemokrat, während des Krieges Emigrant in London, seit 1953 Abgeordneter des Deutschen Bundestags, war in Pullach während der ersten Hälfte der sechziger Jahre als V-19849 (»Lev«, »Bodenreuth«, »Warner«) registriert, dem BND augenscheinlich aber schon seit Anfang der fünfziger Jahre nützlich, unter anderem bei einer von Gehlen genehmigten, nicht näher bezeichneten »Sonderaktion«.[236] Dank seiner vielfältigen Beziehungen in die Tschechoslowakei war er vor allem als »Tipper« für die Auslandsaufklärung[237] und »Spezieller Mitarbeiter (Politische Information)« interessant. Die Prominenz dieses Kontakts verlangte besonderen Quellenschutz, weshalb bei Jaksch »die

ordnungsgemäße Anmeldung zur Kartei« unterblieb.[238] Dieses Gentlemen’s Agreement wurde von einer mit ihm befreundeten Sonderverbindung, die ihn mit dem BND in Kontakt gebracht hatte, noch einmal eigens bekräftigt. Als Betreuer des SPD-Abgeordneten, so machte er klar, habe er Jaksch versprochen, dass sein Name »in keiner wie immer gearteten Kartei oder überhaupt in einem Schriftwechsel unseres Dienstes aufscheint«.[239] Der prominente Sozialdemokrat erhielt für seine 1966 endende inoffizielle Mitarbeit, die sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in etwa 70 Meldungen niederschlug, keine Vergütung.[240] Es ist unwahrscheinlich, dass Wenzel Jaksch als Mitglied des SPD-Parteivorstands zu dessen nachrichtendienstlicher Ausspähung beigetragen hat; meist dürften es Informationen aus dem tschechoslowakischen Kontext gewesen sein.

Fritz Sänger, Mitglied der SPD seit 1920, NS-Gegner und couragierter Journalist mit Kontakten zum 20. Juli, machte nach Kriegsende in der britischen Besatzungszone Karriere und leitete von 1947 bis 1959 die *Deutsche Presse-Agentur (dpa)* in Hamburg. Nachdem Bundeskanzler Adenauer mitgeholfen hatte, den missliebigen Publizisten aus dieser herausgehobenen Position zu verdrängen,[241] berief ihn Erich Ollenhauer in die Redaktionskommission des Parteivorstands, die sich mit der Ausarbeitung des Godesberger Programms befasste. Er war Vertrauter sowie Wahlkampfhelfer Willy Brandts und von 1961 bis 1969 Bundestagsabgeordneter – eine Persönlichkeit also, die über einen tiefen Einblick in die sozialdemokratische Szenerie und über ausgedehnte, weit über die Bundesrepublik hinausreichende Personenkenntnisse verfügte. Der Gehlen-Dienst trat mit ihm 1948 in Kontakt und führte diese hochrangige Verbindung bis 1979 unter der V-Nummer 62056 bzw. 17471,9 (»Tenor«) – ein Kuriosum, denn sein 1923 geborener Sohn war ab 1963 als V-17471 (»Grabow«, »Sopran«) hauptamtlicher Mitarbeiter und hielt den Kontakt zu seinem Herrn Vater. »Getippt« hatte Sänger sein später in die Mühlen der *Spiegel*-Krise geratener Hamburger Freund und leitender BND-Mitarbeiter Adolf Wicht.[242]

Nun war Fritz Sänger ebenso wie Wenzel Jaksch alles andere als ein Wald- und Wiesen-Informant oder ein nachrichtendienstlicher Zuträger gewöhnlichen Zuschnitts. Er traf mit dem BND dieselbe Übereinkunft wie Jaksch, keinesfalls irgendwo und irgendwie in den Akten aufzutauchen. Er unterschrieb auch keine förmliche Verpflichtung. Seine Bereitschaft, »im

Rahmen offener Tätigkeit ohne konspirative Auflagen« zu arbeiten, sei »voll gegeben«, heißt es in den Unterlagen, die trotz gegenteiliger Zusagen natürlich auch zu ihm angelegt wurden.[243] Der Sohn machte dieses spezielle Dienst-Verhältnis kurz vor dem Ausscheiden Sängers noch einmal mit den Worten klar, sein Vater sei keine nachrichtendienstliche Verbindung »im eigentlichen Sinne, sondern eher als gelegentlicher und nach eigenem Ermessen tätiger Informant zu bezeichnen«.[244] In der Tat plauderte der zeitlebens informationsbegierige und offenbar mit einem phänomenalen Gedächtnis gesegnete Sänger mit dem Auslandsnachrichtendienst über Gott und die Welt, war souverän in der Lage, über diesen sowjetischen Politiker oder jenen westlichen Medienzar Auskunft zu geben, gab die Inhalte seiner Gespräche mit Ostblockvertretern freigiebig weiter, überreichte Materialien zu kommunistischen Tarnorganisationen, befasste sich mit der Außenpolitik von Präsident Jimmy Carter – doch Sänger blieb immer eigenständig und hörte nur, »wenn er will« (wie sein Filius mit einer launigen Bemerkung klarstellte).[245]

In den fünfziger Jahren, vor dem Felfe-Skandal und der *Spiegel*-Krise, scheint Fritz Sänger die Arbeit des Gehlen-Dienstes geschätzt zu haben. Das wird von Adolf Wicht jedenfalls so berichtet, der ihm im Sommer 1958 einen Besuch in Pullach verschafft hatte.[246] »Überwältigt von dem großen Wissen, das sich aus den Einzelvorträgen ergab«, notierte sein Hamburger Freund: »Tenor, als Journalist, freute sich besonders darüber, dass seinem Eindruck nach kein Türke vorgeführt wurde, sondern wie sich aus Einwürfen von Bearbeitern der Zentrale ergab wurden auch Probleme angeschnitten, an die offensichtlich bisher nicht gedacht war.« Es habe Sänger beeindruckt, dass die Mitarbeiter ihre zum Teil abweichende Meinung gegenüber Gehlen offen geäußert hätten. Besonders habe er zum Ausdruck gebracht, fuhr Wicht fort, »dass der Vortrag des Doktors bei ihm die Überzeugung verankert habe, der Dienst werde unabhängig von politischen Partei-Interessen geleitet. Das hätte sich aus der gesamten Darstellung, nicht nur aus den einleitenden Worten des Doktors ergeben«. Auch wenn das eine gründliche Täuschung war, so zeigt diese Bemerkung, dass Fritz Sänger niemand war, der die massive und eindeutig politisch motivierte Ausforschung des SPD-Vorstands gefördert oder auch nur von ihr gewusst haben dürfte. Ansonsten war der *dpa*-Chef der Meinung, Journalisten sollten durchaus für den BND arbeiten, »da bei ihrer Tätigkeit

immer wieder Nachrichten für unsere Regierung anfallen. Sie sollten aber nach Möglichkeit keine Aufträge erhalten und übernehmen.«

Fritz Sängers Bemerkungen zur SPD gingen nicht über das hinaus, was der BND aus der Presse entnehmen konnte. Es haben sich zu innenpolitischen Dingen in den Akten überhaupt nur drei Hinweise angefunden, zwei aus der zweiten Jahreshälfte 1960.[247] Beim ersten von Februar 1957 ging es um eine Gewerkschaftsangelegenheit. Sänger bat seinen Gegenüber vom BND, »hinsichtlich einer geeigneten Persönlichkeit beim DGB« zuzuwarten, bis »K. in wahrscheinlich 14 Tagen dort die Presseabteilung übernommen hat«. Gut drei Jahre später standen wieder einmal (wie wahrscheinlich überhaupt überwiegend) Pressesachen zur Debatte. Es ging um Karl Gerold, den Herausgeber und Chefredakteur der linksliberalen *Frankfurter Rundschau*, der sich vor dem Krieg in der SoziaIistischen Arbeiterjugend engagiert hatte, während der NS-Zeit in die Schweiz geflohen war und danach als vehementer Kritiker der Regierungspolitik hervortrat. Dessen Haltung zum SPD-Parteivorstand sei »auch ihm nicht klar«, gestand Sänger. Durch seine früheren Herausgeber-Kollegen, beide kommunistisch orientiert, sei Gerold leider abgestempelt, außerdem betrachte er ihn »im Sinne einer bundesrepublikanischen Geheimhaltung nicht als zuverlässig«. Eine Einladung von Willy Brandt und dessen Innensenator Joachim Lipschitz nach Pullach begrüße er sehr – Reinhard Gehlen hatte mittlerweile erkannt, dass mit diesem Politiker vielleicht noch gerechnet werden müsse[248] –, doch wolle er, Sänger, die beiden nicht nach Bayern begleiten, »weil das doch sehr danach aussehen würde, er sei der SPD-Verbindungsmann zu uns«.

Bei einem Treff drei Tage vor Weihnachten 1960 schließlich erbat sich Fritz Sänger von dem Mitarbeiter des Dienstes für die nächste Zusammenkunft in München einen kleinen Vortrag: »Wie weit hat sich Strauß in der Atomwaffenfrage vorgewagt und festgelegt?« Aus dem Gesagten ergibt sich, dass der lange Jahre beim BND registrierte Publizist und Politiker bei der Ausforschung der SPD-Spitze wohl nur marginale Bedeutung hatte und sich über die tonangebende politische Haltung in Pullach keine Illusionen machte. An den stellvertretenden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Martin Hirsch, schrieb er einmal, aus seinen Berührungen mit dem BND sei ihm klar geworden, dass es dort

»ganz überwiegend nur Gegner der Sozialdemokratie und überhaupt eindeutiger demokratischer Wirklichkeit« gebe.[249]

Vom Sommer 1955 an, als die Entscheidung gefallen war, die Organisation Gehlen als Bundesnachrichtendienst zu übernehmen, verdichtete sich der geheime Nachrichtenstrom aus dem SPD-Parteivorstand in das Bundeskanzleramt. Es war gerade nicht so, dass Reinhard Gehlen als Chef einer Bundesoberbehörde in spe etwa vorsichtiger geworden wäre oder einen Gang zurückgeschaltet hätte, im Gegenteil, er verstärkte die Inlandsspionage gegen die Opposition noch. Er tat das im Einverständnis mit Hans Globke, denn für den Chef des Kanzleramts war diese Berichterstattung ja bestimmt. Die von SPD-Funktionär Ortloff beschafften Informationen gingen dem BND-Präsidenten jetzt auch viel seltener als früher in persönlichen Briefen Siegfried Zieglers zu: Nun schlugen sie sich fast durchweg in standardisierten Berichten nieder. Sie liefen, mit Schreibmaschine geschrieben, bei Staatssekretär Globke in neutraler Form ein (ohne verräterischen Kopf, aus dem der Absender oder gar der Verfasser erkennbar geworden wäre). Als einziges Merkmal trugen diese Informationen eine Betreffzeile oben und eine Datumsangabe nah dem Textende.

SPD-Spionage wurden für das Bundeskanzleramt und den BND nun Routine. Manchmal nahm Hans Globke das sensible Material in Empfang, doch meist waren dabei der Leiter des Kanzlerbüros, Josef Selbach, und der Persönliche Referent des Bundeskanzlers, Hans Kilb,[250] aktiv, deren Namen oder Kürzel bei diesem diskreten Geschäft über Jahre hinweg auftauchen. 1959 legte Chefsekretärin Anneliese Poppinga Bundeskanzler Adenauer beispielsweise eine Notiz über die telefonische Mitteilung Selbachs vor, er habe von einem »Gewährsmann« die Mitteilung erhalten, »bei der SPD-Spitze« bestehe die Meinung, Adenauer werde »in den nächsten Tagen mit massiven Vorwürfen gegen Bundesminister Erhard herauskommen«.[251] Der Staatssekretär wird den Bundeskanzler bei ihrem beinahe täglichen Meinungsaustausch regelmäßig über die ihm hintertragenen Sachverhalte unterrichtet haben, sofern er ihnen innen- oder parteipolitische Bedeutung beilegte. Globke versah die Berichte aus der SPD oftmals mit seiner Paraphe, immer wieder auch mit dem Stempel »Dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen« bzw. »Hat dem Herrn Bundeskanzler vorgelegen«. Die an Adenauer gegebenen Berichte tragen häufig seine Bearbeitungsspuren,

Anstreichungen, manchmal Randbemerkungen oder die Bitte um Rücksprache.

Der Bundeskanzler wusste, was er an diesen Informationen aus der Spitze der Opposition hatte. Nicht umsonst ermunterte er Reinhard Gehlen wiederholt zu dieser Art Inlandsspionage oder forderte ihn sogar explizit dazu auf, so bereits 1950.[252] Der »Doktor« bemühte sich gegenüber dem Staatssekretär im Palais Schaumburg weder zu Beginn seiner Ausforschungsoperationen noch auch als BND-Präsident während der Hochzeit dieser Art Aufklärung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre sonderlich um Camouflage. »Ich erfahre soeben aus dem Parteivorstand der SPD …«, begann im Sommer 1954 beispielsweise ein »ausschließlich für den Herrn Bundeskanzler« bestimmtes Fernschreiben.[253] Die politische Inlandsspionage war Reinhard Gehlen schon vor Gründung der Bundesrepublik zur zweiten Natur geworden, Hans Globke bald danach. Der Bundeskanzler selbst bediente sich nicht nur der vom BND-Präsidenten besorgten Meldungen aus dem SPD-Parteivorstand, er ermunterte ihn ebenso wie 1950 auch noch Ende 1960 dazu. Da sagte er zu ihm, insbesondere in der SPD gebe es eine Reihe von Persönlichkeiten, die abwehrmäßig und »eventuell auch politisch fragwürdig« seien: »Es sei besonders wichtig«, notierte Gehlen aus diesem Gespräch, »sich ein Bild zu schaffen, welche Persönlichkeiten unter Umständen nicht zuverlässig seien und wie weit die Gefahr gegeben sei, dass insbesondere die Opposition aber auch andere Kreise sich dem Gedanken einer politischen Neutralität zwischen Ost und West in der Zukunft aufgeschlossen zeigen könnten.« Adenauer trug Gehlen auf, solchen Personen und einer möglichen Infiltration der Gewerkschaften »besondere Aufmerksamkeit zu schenken.«[254] Im vertrauten Kreise ließ der Kanzler, wie gesagt, wiederholt erkennen, dass er über wertvolles Geheimwissen aus der SPD verfüge.[255]

Lässt man die aus unterschiedlichen Quellen fließenden Einzelinformationen, die neben dem Hauptstrom der Mitteilungen aus der »Baracke« eingingen, beiseite und betrachtet allein die von Siegfried Ortloff organisierte zentrale Berichterstattung über Interna des SPD-Parteivorstands, so ergibt sich, dass der erhalten gebliebene Teil dieser speziellen Überlieferung an die 500 Berichte umfasst.[256] Sie variieren zwischen wenigen Zeilen und elfseitigen Ausarbeitungen und sind durchweg auf nicht-deutschen Schreibmaschinen getippt, da sie nie den

Buchstaben »ß« aufweisen, sondern sich auch dann, wenn es orthografisch falsch ist, mit einem »ss« behelfen. Meist betrug der Abstand bei der Informationsgebung Tage, selten Wochen, manchmal trafen an einem einzigen Tag nicht weniger als zwölf Meldungen im Kanzleramt ein.[257] Im Dezember 1957 waren es 34 schriftliche Meldungen und Berichte unterschiedlichen Umfangs, im folgenden Monat 44 Mitteilungen.

Die geheimen Informationen aus dem Sekretariat des Parteivorstands für Globke und Adenauer nahmen praktisch nie den Umweg über Pullach. Das ist schon an den häufig dicht beieinander liegenden Feststellungs- und Meldezeiten ablesbar. Die Mitteilungen aus der SPD gelangten in der Regel mündlich an Mitarbeiter von Werner Repenning (»Reiner«), ab 1956 an Mitarbeiter von Gehlens Schwiegersohn Alfred Dürrwanger (»Birwal«, »Deckmann«, »Justus«) – die Vertreter des BND in Bonn – und wurden dann in die neutrale Form gebracht. Das war bei den Ortloff-Informationen dasselbe Verfahren wie bei der Verarbeitung von Informationen, die der SPD-Funktionär Helmut Bärwald später aus der »Baracke« weitergab.[258] Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld, Dürrwangers Nachfolger, erläuterte dem Guillaume-Ausschuss den Meldeweg 1974 so: Der Zuträger aus der SPD traf in Bonn unauffällig mit einem BND-Mitarbeiter zusammen, teilte ihm mündlich die neuesten Informationen mit, die dieser dann in einen schriftlichen Bericht fasste. Der spätere Erste Direktor im BND, Herbert Rieck, meinte sich in einem Interview zu erinnern, dass die Aufträge zur innenpolitischen Ausforschung während der »regelmäßigen Besuche« eines Mitarbeiters der Bonner Verbindungsstelle beim Kanzleramtschef formuliert worden seien.[259]

Die Weitergabe der innenpolitischen Informationen an das Kanzleramt erfolgte, wie gesagt, oftmals sehr kurzfristig, niemals aber ohne zugleich den BND-Präsidenten über die Lage des Gefechts gegen die Sozialdemokratie auf dem Laufenden zu halten, bevor dieser Globke oder Adenauer zur Lageorientierung aufsuchte. Im Drange der Geschäfte unterliefen Siegfried Ortloff bzw. seinem nachrichtendienstlichen Gegenüber in Bonn gelegentlich Unvorsichtigkeiten bei der Abfassung der SPD-Berichte, aus denen sich ein zusätzlicher Beleg für die Verratsquelle ergibt. Es war dann beispielsweise davon die Rede, die Präsidiumsmitglieder hätten eine Aussprache mit »sichtlicher Besorgnis«

geführt.[260] Ein andermal hieß es: »Dieser Hinweis verärgerte Wehner sichtlich.«[261] Das konnte nur jemand beobachten, der mit am Tisch saß.

Unterlagen zu operativen Details, Treffs oder andere Zeugnisse seines innenpolitischen Tagesgeschäfts der SPD-Beobachtung sind vom Auslandsnachrichtendienst seinerzeit routinemäßig vernichtet worden. Selbst der permanente Verrat von Siegfried Ortloff, der sich in den Briefen seines Freundes und Parteigenossen Siegfried Ziegler an Reinhard Gehlen so eindeutig niederschlug, wäre in den Akten des BND nachträglich nicht mehr nachzuweisen gewesen, wenn Ziegler später nicht mit einer »sicherheitlichen« Untersuchung überzogen wäre, in deren Verlauf auch noch der kleinsten Lebensregung des V-11643 nachgegangen wurde. Nur dadurch und durch die 1961 erfolgte Übernahme des SPD-Personal- und Sicherheitsreferenten Ortloff in die Dienste Pullachs[262] haben sich diese Spuren erhalten.

Was die Umformung der Informationen aus dem SPD-Vorstand in die sanitarisierten Berichte für Globke angeht, so ist eine Unterlage überliefert, aus der gut zu ersehen ist, wie neutral abgefasste Unterrichtungen des Kanzleramtschefs manchmal auch entstanden. Es handelt sich um ein Schriftstück aus dem Spätsommer 1955 mit dem Betreff »Presse-Kampagne gegen Staatssekretär Globke«. Dessen Urtext ist eine Meldung, die im Bereich »Winterstein« von einer DDR-Quelle (wahrscheinlich Hofé/»Lena«[263]) eingelaufen war und die Gehlen am Morgen des 5. September höchstpersönlich per Fernschreiben von Pullach an seine Vertretung in der Hauptstadt zur sofortigen Weiterleitung an den Staatssekretär gehen ließ. In Bonn schrieb man das Telex in die gewohnte neutrale Form um, in der auch alle anderen SPD-Meldungen abgefasst waren. Danach ging der Bericht an das Kanzleramt, wo Globke und Adenauer ihn noch am selben Tag zur Kenntnis nahmen und abzeichneten.[264] Der Bundeskanzler studierte die meisten BND-Berichte aus der SPD-Spitze aufmerksam, die Details des geheimdienstlichen Weges, auf dem sie zu ihm gelangten, dürfte ihm dagegen nicht bekannt gewesen sein.

1955/56: Der frischgebackene BND forciert die SPD-Spionage

In seiner Adenauer-Biografie stellt Hans-Peter Schwarz die Spanne zwischen der Wiedergewinnung der (west)deutschen Souveränität im Frühjahr 1955 und den Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag im Herbst 1957 unter die Überschrift »Konsolidierung der Bonner Demokratie«.[265] Herausragende politische Bedeutung gewannen in diesen zweieinhalb Jahren, um nur die markantesten Wegmarken in Erinnerung zu rufen, die vom Bundeskanzler bei seinem Besuch in Moskau erreichte Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion; das Scheitern der Gipfelkonferenz der vier Großmächte und das Nachfolgetreffen ihrer Außenminister in Genf, die einmal mehr verdeutlichten, dass eine Einigung über die deutsche Frage im Kalten Krieg nicht erreichbar war; Anfang 1956 dann die Krise der FDP und der Regierungskoalition;[266] das Verbot der KPD; die Lösung der seit Kriegsende schwelenden Saarfrage mit der Eingliederung des neuen Bundeslands als »kleine Wiedervereinigung«; die große Rentenreform zu Beginn des Jahres 1957; die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Frühjahr; die Einberufung der ersten Wehrpflichtigen und die hohe Wellen schlagende Debatte um eine mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Die SPD rang in dieser Zeit mit ihrer »bündnis- und sicherheitspolitischen Tatsachenrezeption«, wie Kurt Klotzbach hervorhebt, sie betonte den »innenpolitischen Primat«, durchlitt die »Behauptung des Ollenhauer-Apparats« und erfreute sich einer Stabilisierung ihrer Mitgliederbasis.[267]

Für den mittlerweile 80 Jahre alten Konrad Adenauer nahm sich diese mittlere Phase der fünfziger Jahre freilich viel kritischer aus als für den Nachbetrachter. In Nordrhein-Westfalen stürzte die FDP gemeinsam mit der SPD die CDU-geführte Landesregierung unter Karl Arnold. Auf Bundesebene kam es gar zu dem Drama eines Koalitionsbruchs. Umfragen prophezeiten, dass das Resultat der nächsten Wahlen vielleicht sogar eine sozialliberale Bundesregierung ermöglichen würde, die persönlichen Umfragewerte des Bundeskanzlers sackten ab, kurz: Adenauer rutschte in ein »Dauertief«.[268] Im Herbst 1955 lag der alte Mann mit einer

Lungenentzündung darnieder, Hans Globke avancierte noch sichtbarer als zuvor zum »Stellvertreter des Kanzlers«. Der *Spiegel* widmete der grauen Eminenz eine Titelgeschichte und kolportierte die sozialdemokratische Beschwerde, »dass der Bundeskanzler Globke heißt«.[269]

Im Wahljahr klang nach einer großen Kabinettsumbildung die Misere jedoch allmählich ab. Es sah jetzt sogar danach aus, als könne Adenauer einen dritten Wahlsieg für die Union landen. Gegen manchen Ratschlag aus seiner Partei, wo sich einige in unwillkommenen Freundlichkeiten gegenüber der Sozialdemokratie ergingen, wollte der Kanzler auch diesmal »die Gegensätze zur SPD erneut und denkbar scharf herausarbeiten. Denn er ist fest überzeugt, dass sich die SPD, wenn sie erst an der Macht wäre, vom Westen lösen und in Mitteleuropa ein Vakuum schaffen würde.« Nicht lange nachdem sich das Bundeskabinett im Sommer 1955 dafür entschieden hatte, den Bundesnachrichtendienst aus der Organisation Gehlen heraus zu entwickeln,[270] erfuhr die »Aufklärung« der Sozialdemokratie eine deutliche Forcierung. Diese Ausforschung blieb weiterhin auf die Auseinandersetzung der SPD-Führung mit der vom Kanzler dominierten Regierungspolitik, auf die Formierung und Formulierung sozialdemokratischer Außen-, Innen- und Sozialpolitik sowie, drittens, auf die Konfliktthemen und Machtkämpfe in der Spitze der SPD gerichtet.

Kaum war der Kanzler vom Krankenlager zurückgekehrt, erfuhren er und sein Staatssekretär, dass die SPD-Führung ihre Haltung gegenüber dem Regierungschef überdachte. Die Parteiführung erwäge zurzeit, hieß es in der Information des Gehlen-Dienstes, »die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Bundeskanzler aus taktischen Gründen in der kommenden Zeit einer gewissen Änderung zu unterziehen. Man rechnet damit, dass der Gesundheitszustand des Bundeskanzlers so weit zerrüttet ist, dass jederzeit mit einem völligen Ausfall gerechnet werden müsse. Ohne ihn an sich schonen zu wollen, möchte man sich nicht eines Tages von der Öffentlichkeit beschuldigen lassen, die SPD habe durch ihre Haltung zu einem Zusammenbruch des Bundeskanzlers beigetragen. Man möchte vermeiden, dass sich die Sympathien und die Huldigung, die dem Bundeskanzler von weitesten Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht werden und die sich nach Meinung des Parteivorstandes noch steigern dürften, je kränker und älter er wird, nicht noch über sein Grab hinaus anti-sozialdemokratisch auswirken. Im Parteivorstand werden daher

Überlegungen angestellt, ob nicht in Zukunft mehr als bisher versucht werden sollte, die Ressortminister und die Mitarbeiter des Bundeskanzlers, z. B. Staatssekretär Globke, anzugreifen. Nur dann, wenn sich der Bundeskanzler selbst in die Diskussion einschaltet, sollte die Diskussion und die Polemik gegen ihn erweitert werden. Einige Mitglieder des PV äußerten jedoch erheblichen Zweifel, ob sich ein den Bundeskanzler persönlich schonender Kurs einhalten lasse, da kaum zu erwarten sei, dass sich der Bundeskanzler schonen und politische Zurückhaltung auferlegen werde.«[271]

In den Tagen, als diese Hinweise bei Globke eingingen, hatte sich Siegfried Ziegler in Bonn mit Ortloff getroffen, der ihm zu einem Gespräch mit Ollenhauer und seinem Stellvertreter Wilhelm Mellies verhalf. Dieser habe, schrieb »Dr. König« sogleich an Gehlen, »seine Zufriedenheit über das gute Verhältnis zur Org« zum Ausdruck gebracht, jedoch betont, dass »die Partei es nicht benutzen wolle, um etwa Parteifreunde einzubauen, die nicht alle persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllten. Trotz seiner starken Inanspruchnahme«, so weiter, »erklärte sich Herr Mellies bereit, soweit erforderlich, jederzeit mit mir Besprechungen abzuhalten.« Siegfried Ortloff gab Ziegler auch gleich noch »einige Wünsche« mit. Er wollte unter anderem etwas über die Luftschutzmaßnahmen im Ostblock erfahren und er interessierte sich dafür, ob ein Mainzer Professor, der seit einem Jahr Parteimitglied sei, Ostkontakte unterhalte.[272] Eine Hand wusch die andere.

Sein für längere Zeit letztes persönliches Schreiben schickte Siegfried Ziegler zu Jahresende 1955 an Gehlen. Neuerlich hatte er Ortloff getroffen: »Neben einigen weniger eiligen Angelegenheiten, die ich Ihnen vielleicht gelegentlich vortragen darf«, informierte er seinen Chef über ein anonymes Schreiben, das bei einigen führenden Abgeordneten und Funktionären der SPD eingegangen sei; wenn Gehlen entsprechend Stellung dazu genommen habe, werde die Angelegenheit für die Partei abgeschlossen sein. Es handelte sich um einen Brief, der vor der längst beschlossenen Übernahme der Org warnte und deren Schwächen recht wirklichkeitsnah auflistete: »De facto eine Chefagentur der CIA«; Bekämpfung des Verfassungsschutzes und der »Abwehrstelle des Amtes Blank«; »V-Leute sitzen in den Spitzen von Behörden und Parteien«; »es liegen Dossiers und Karteien vor über Politiker, Gewerkschaftler, Bundestagsabgeordnete, Wirtschaftler und

Wissenschaftler«; »seit 1953 hat die Org wachsende Misserfolge. Infiltration der Sowjets. Die GV L in Karlsruhe musste aufgelöst werden«; »belastete Nazis sind als Mitarbeiter tätig. Sie sind der Verfolgung entzogen, leben heute noch unter Decknamen und sollen nun Beamte werden«.[273] Wie alle anderen Interventionen gegen den Gehlen-Dienst blieben auch diese Hinweise aus dem Dunkeln folgenlos.

Ganz anderen Kalibers war die mehrseitige Abschrift einer Zusammenfassung der aktuellen politischen Positionen von Erich Ollenhauer, wie er sie dem Parteivorstand und dem Parteiausschuss eine Woche vor Weihnachten vorgetragen hatte. Drei Tage später lag sie Globke vor.[274] Das Referat des Parteivorsitzenden berührte in einer Art Jahresbilanz für 1955 alle wichtigen Bereiche der Politik. Auf die beiden Genfer Konferenzen ging er nur kurz ein und griff die These von Außenminister Brentano an, wonach »eine Einigung mit Moskau nur auf der Grundlage der Bolschewisierung Gesamtdeutschlands möglich sei«. Das treffe nicht zu, vielmehr seien beide Machtblöcke daran interessiert, »ihre gegenwärtigen Positionen in Deutschland nicht aufzugeben«. Die Entspannungstendenz halte »trotz des hoffnungslosen Ausgangs der zweiten Genfer Konferenz« an, »die Großmächte wollten miteinander im Gespräch bleiben«.

Waren solche Neuigkeiten aus der SPD-Spitze nur Zeitungswissen, so erfuhren Adenauer und Globke aus erster Hand, wie Ollenhauer das gegenwärtige Verhältnis von Regierung und Opposition beurteilte. Trotz der verbindlichen Atmosphäre während der letzten außenpolitischen Aussprache im Bundestag habe sich nach seiner Einschätzung »keine echte Annäherung« ergeben. »Die Gesten Adenauers gegenüber der SPD seien lediglich taktisch bestimmt gewesen. Sie entsprächen keineswegs dem Willen zu echter Annäherung.« Die Gegensätze in der Außenpolitik blieben auch nach der Moskau-Reise des Kanzlers groß. Das zeige sich auch an der Frage der »diplomatischen Anerkennung Pankows«. Ollenhauer führte aus, »mit der Anerkennung durch weitere Staaten sei auf jeden Fall zu rechnen, auch wenn man zur Zeit hoffen könne, dass die Nato-Länder zunächst von einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen Abstand nehmen würden […] Die Drohung der Bundesregierung, zu denjenigen Staaten die Beziehungen abzubrechen, die Pankow anerkennen, sei ›unüberlegt und töricht‹. Sie werde in keinem Fall die Anerkennung verhindern, jedoch zugleich der deutschen Diplomatie schaden und diese in eine Sackgasse führen, aus der

sie kaum wieder herausfinden dürfte.« Die Wiedervereinigungskonzeption des Kanzlers sei »total gescheitert«. Eine gemeinsame Außenpolitik von Union und Sozialdemokraten werde erst möglich, wenn nicht nur in den Fragen des taktischen Vorgehens, sondern auch in der grundsätzlichen Beurteilung der Lage Übereinstimmung bestehe. Davon könne jedoch keine Rede sein. Die Bundesregierung stecke bei ihrer Politik gegenüber dem SED-Regime in einer Sackgasse der Ratlosigkeit. Es blieben ihr als »Alternative entweder der Entschluss zur Aufnahme offizieller allgemeiner Beziehungen (praktisch Anerkennung der DDR), die niemand wolle, oder der Abbruch aller Beziehungen zur Sowjetzone. Das würde eine Gefährdung Berlins bedeuten.«

Angesichts der Gefahren kommunistischer Infiltration forderte der Partei- und Fraktionschef noch, »dass alle Parteien, nicht nur die SPD, neue Wege zu deren Abwehr suchen müssten. (In der auf das Referat folgenden Diskussion wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, dass die SPD umgehend eine Funktionärsfibel mit Argumenten und Gegenargumenten für die Arbeit gegen die KPD-Infiltration in den Betrieben herausgeben müsse.)« Dabei ging Ollenhauer auch auf den Linkstrend bei den jüngsten Betriebsratswahlen im Ruhrrevier ein und verlangte eine verstärkte Zusammenarbeit von SPD und DGB. Leider habe die Zahl der KP-Betriebszeitungen »gefährlich zugenommen. Es müsste peinlichst vermieden werden, den Eindruck einer Zusammenarbeit mit KP-Betriebsgruppen oder Tarnorganisationen der Kommunisten zu erwecken.«

Von besonderem Interesse für Konrad Adenauer, der nie ein Problem damit hatte, die Sozialdemokratie in die Nähe des Kommunismus zu rücken, dürfte gewesen sein, wie sich der Oppositionsführer aus dem Dilemma zu befreien gedachte, einerseits Westintegration und Wiederbewaffnung abzulehnen, zugleich aber doch an einer demokratischen, zur Verabschiedung anstehenden Wehrverfassung mitwirken zu wollen. Die hier von innerparteilichen Spannungen gebeutelte SPD werde im Sicherheitsausschuss des Bundestages »weiter intensiv an diesem Gesetz mitarbeiten«, sagte Ollenhauer, »es jedoch bei seiner endgültigen Lesung ablehnen, da es sich hierbei um ein Ausführungsgesetz zu den Pariser Verträgen handele. Anders die Haltung der SPD in der Frage der Grundgesetzänderung. Diese werde von der Opposition bejaht. Sie wolle damit vermeiden, dass andernfalls das Grundgesetz durch

Sondergesetze ausgehöhlt werde.« Die Fraktion lege Wert darauf, so weiter, dass keine neue Militärgerichtsbarkeit entstehe, keine pauschale Einschränkung der Grundrechte des Soldaten vorgenommen werden dürfe und es zur Institutionalisierung eines Wehrbeauftragten des Parlaments komme – alles Hinweise, die es der Regierung, welche die Opposition für eine Grundgesetzänderung brauchte, erleichterten, ihren Kurs bei der Schaffung eines Rechtsrahmens für die Bundeswehr zu finden.

Auf die schwelende Krise in der Regierungskoalition, wo der Kanzler die Freien Demokraten mit Überlegungen zu einer für die FDP – so schien es manchem – tödlichen Wahlrechtsreform auf die Palme getrieben hatte, kam Ollenhauer vor den Spitzengremien seiner Partei ebenfalls zu sprechen. Er sagte, »die Drohung mit dem Wahlgesetz gegen die FDP sei ein ›empörender Verstoß gegen den Geist des Grundgesetzes‹. Dehler« – diesen lästig gewordenen Parteivorsitzenden hatte der Kanzler vor allem im Visier – »sei zwar menschlich und politisch ein echter Liberaler, aber wirr. So sehr man die Diskussion über die Dehler-Reden verstehen könne, so hätte Adenauer Grund genug, zunächst gegen die Sonntagsreden seiner Minister vorzugehen. Es sei unzweifelhaft, dass Adenauer darüber bestimmen wolle, wer in Zukunft den Vorsitz der FDP zu führen habe.« Das traf den Nagel auf den Kopf. Die Bemühungen der Freien Demokraten, sich gegen diese Attacken zu behaupten, »würden die volle Unterstützung der SPD finden. (Bei dieser Feststellung wurde Ollenhauer von starkem Beifall unterbrochen.)« Parteivorstand und Parteiausschuss billigten den Rechenschaftsbericht ihres Vorsitzenden einstimmig.

Während Adenauer und Globke die politischen Positionen des Oppositionsführers dank der von Reinhard Gehlen persönlich eingefädelten Operation gegen die SPD-Spitze studieren konnten, wandte sich der Präsident in spe getreu seiner Doppelstrategie an Erich Ollenhauer und übermittelte ihm »die herzlichsten Wünsche« zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr: »Das große Verständnis«, schrieb er dem Parteivorsitzenden, »das gerade Sie und Ihre Herren unserer Aufgabe stets entgegengebracht haben, ist für uns Verpflichtung und eine gute Basis für die noch engere Zusammenarbeit in der Zukunft.«[275] Das konkurrenzlos größte Verständnis für die Arbeit des Gehlen-Dienstes zeigte indes Ollenhauers langjähriger Parteifreund und enger Mitarbeiter Siegfried Ortloff.

Das Jahr 1955 ging zu Ende. Die Wertschätzung der Organisation Gehlen im Bundeskanzleramt war so hoch wie nie. Nach dem Kabinettsbeschluss vom Sommer hatten inzwischen auch die Vertreter der Bundestagsfraktionen der Schaffung des BND ohne die Fixierung in einem eigenen Gesetz zugestimmt. Der Bundesnachrichtendienst habe die Aufgabe, »ausländische Staatsgeheimnisse auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet« zu beschaffen und auszuwerten, hieß es. Außerdem werde er wohl auch Gegenspionage betreiben müssen, erläuterte der Bundeskanzler die Aufgaben der neuen Dienststelle den Vertrauensmännern der Fraktionen, darunter Wilhelm Mellies.[276] Der Ausspionierung der SPD tat die Umwandlung des Gehlen-Dienstes in den BND keinerlei Abbruch. Nach seiner Erhebung zum Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland – man schrieb den 1. April 1956 – erbrachte er seine geheimen Dienste für das Bundeskanzleramt eben als Bundesoberbehörde. Das Informationsaufkommen über die SPD speiste sich auch im neuen Jahr ganz überwiegend aus der Verbindung Ortloff-Ziegler und aus den Hinweisen Wollenbergs; zeitweise berichtete auch noch die erwähnte Unterquelle von Wilhelm Heinrich Schmitz (V-13910).[277]

Die gesamte Zeitspanne zwischen den Bundestagswahlen 1953 und 1961 stand für die Sozialdemokratie – nach Klotzbach – im Zeichen ihres »Ringens um konsequente Überwindung der traditionellen Theorie-Praxis-Spannung und um systemimmanente Ortsbestimmung einer reformistischen Volkspartei«.[278] Das Jahr 1956 sah bei der SPD daher die Fortführung der innerparteilichen Reformdebatte über ihre politischen Grundlagen und Ziele, ihre Selbstdarstellung und Organisationsstruktur, auch die Verhärtung im Kampf gegen die Adenauer’sche Außenpolitik sowie eine breite Debatte über die Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialordnung. Vieles davon war der breit gefächerten sozialdemokratischen Parteipresse zu entnehmen. Die bitteren persönlichen Gegensätze und innerparteilichen Dramen bei diesem Häutungsversuch und dem Bemühen, das zäh anklebende Image einer »intransigenten Opposition«[279] abzustreifen, waren für Adenauer und Globke jedoch nirgends so unmittelbar, erhellend und plastisch zu verfolgen wie in der geheimen innenpolitischen Berichterstattung des BND.

1956 begann sie mit einer Aufzeichnung Wollenbergs für den Strategischen Dienst von Langkau und Kurt Weiß. Er berichtete über sein

Gespräch mit dem »Vertreter der vereinigten USA-Gewerkschaften in Europa«, dem bekannten, an einer Vielzahl von CIA-Aktionen beteiligten Antikommunisten Irving Brown.[280] Als Brüder im Geiste deckten sich ihre Ansichten weitgehend, so auch in der Bekräftigung Browns, der Deutsche Gewerkschaftsbund habe sich »nach der Entfernung von [Viktor] Agartz und seinen engeren Mitarbeitern sowie nach den administrativen Maßnahmen gegen die kommunistische Infiltration« sehr positiv entwickelt. Er plane, nun die antikommunistische Aufklärungsarbeit namentlich unter den Arbeitern der Schlüsselindustrien zu erweitern, erläuterte der Amerikaner weiter. Ein »wunder Punkt im DGB« sei allerdings der stellvertretende Vorsitzende Georg Reuter mit seinen »Brückenbauertendenzen«.[281]

Dann ließ sich Wollenbergs amerikanischer Gesprächspartner über Herbert Wehner aus, dem Adenauer wie wenigen anderen misstraute: »Der wunde Punkt der SPD bleibt Herbert Wehner«, hielt der Bericht aus dem Gespräch fest, »den Brown zwar nicht für einen Agenten Moskaus im primitiven Sinne des Wortes hält, aber von dem er überzeugt ist, dass er innerhalb der SPD und innerhalb der Bundesrepublik *politisch* die Moskauer Linie vertritt: ›Neutralisierung‹ der Bundesrepublik und des ›vereinigten‹ Deutschland. Brown glaubt, dass *auf der politischen Ebene* ein enger Kontakt zwischen Wehner und sowjetischen Stellen besteht, hat aber dafür natürlich keine Beweise. Wehner nimmt an allen internationalen Konferenzen an Seiten Ollenhauers teil, erhält Einblick in alle internationalen Beziehungen der SPD und damit auch der Bundesregierung (insofern die SPD durch ihre Querverbindungen informiert ist). Ollenhauer ist politisch so unsicher und scheint ganz unter dem Einfluss von Wehner zu stehen.« Das wird dem Wehner-Hasser Wollenberg, der das alles ausführlich wiedergab, gut gefallen haben.

Dann kamen noch zwei weitere SPD-Führungsfiguren an die Reihe: »Heine ist unbedingt antikommunistisch, er ist ehrlich für eine Westorientierung Deutschlands, aber sein Hass gegen Adenauer und die von der CDU/CSU geführte Innenpolitik ist unüberwindbar. Zwischen Heine und Wehner herrscht Todfeindschaft. Wehner hat Heine politisch völlig an die Wand gedrückt, der Einfluss von Heine innerhalb der Parteiführung ist gleich Null.« Das war zwar stark übertrieben, aber in der Tendenz richtig. Schon Anfang der fünfziger Jahre hätten sich nach dem Zeugnis von

Annemarie Renger die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Genossen in einer Vorstandssitzung »um Haaresbreite in eine handgreifliche Auseinandersetzung« entladen. (Wehner selbst räumte später ein, zwischen ihm und Heine habe eine »vergiftete Atmosphäre« geherrscht.[282]) Carlo Schmid, so Brown abschließend, sei zwar »ehrlich ›westlich orientiert‹«, in der Partei aber »ohne jeden politischen Einfluss«.

Bald darauf legte Erich Wollenberg, der endlose Analysen zu schreiben beliebte, noch einmal gegen Wehner nach, wenn auch mit seinem Vorbericht nicht recht kompatibel.[283] Er habe mit einem alten SPD-Funktionär gesprochen, teilte er mit, der ihm einiges über »die inneren Verhältnisse des Parteivorstandes« offenbart habe. »Der verhängnisvolle Einfluss Wehners auf Ollenhauer und die Parteilinie ist in den letzten Monaten stark zurückgedrängt, wenn nicht ausgeschaltet.« Auf dem jüngsten kleinen Parteitag in Köln habe er keine Rolle mehr gespielt. »Ollenhauer steht nun unter dem Einfluss von Erler und teilweise Carlo Schmid. Daher im großen Ganzen auch die positive Einstellung der SPD zur neuen deutschen Armee und zur Außenpolitik Adenauers«; dies war freilich eine kühne Feststellung. »Fritz Heines politischer Einfluss im Parteivorstand ist gleich Null, er wird einfach toleriert, ist aber persönlich sehr unbeliebt. Den Sturz von [Ministerpräsident Karl] Arnold hält meine Quelle für einen schweren politischen Fehler der SPD, die sich in ihrer Innenpolitik ›von Ressentiments und erstarrten Formeln‹ leiten lasse.« Bedenkenswert war das alles durchaus, wenn man nach Lektüre der beiden Informationen, Mosaiksteinchen immerhin, auch nicht mehr recht wusste, wer in der SPD-Spitze gerade der starke Mann und wessen Einfluss dort gerade gleich Null sei.

Dass die Sozialdemokraten an die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion Ende Februar 1956 große Hoffnungen knüpften, war nicht verwunderlich. Vielleicht würde der Koalitionsbruch ja das Ende der Unionsherrschaft einläuten.[284] Das spiegelte sich recht deutlich in einer geheimen Nachlese des BND einige Tage später: »Im Parteivorstand der SPD herrscht nach wie vor über das Ausscheiden der kanzlerhörigen Bundestagsabgeordneten aus der FDP-Bundestagsfraktion Hochstimmung. Man hofft zuversichtlich, dass trotz der Beteuerungen des FDP-Bundesvorstandes in Stuttgart ein starkes Einschwenken der Freien Demokraten auf die Linie der Wiedervereinigungspolitik der Sozialdemokraten noch in diesem Jahr zu

erwarten ist. Ebenso glaubt man«, dicke Anstreichung am Rande des Berichts, »dass die Versicherungen der niedersächsischen und der schleswig-holsteinischen FDP, ihre Landesregierungen nicht umbilden zu wollen, nicht ganz ernst zu nehmen seien. Aus Niedersachsen liegen Informationen vor, wonach die Kontakte zwischen SPD einerseits und BHE und FDP andererseits noch keineswegs abgebrochen sind.« Ministerpräsident Zinn in Hessen agiere vorsichtig, verfolge aber weiterhin das Ziel, die Freien Demokraten in die Regierungskoalition aufzunehmen. Dehlers Position als Parteivorsitzender schwanke zwar, doch wäre die FDP »schlecht beraten, ihn gerade in dieser Situation fallen zu lassen. Auch sieht man keine geeignete Person in der Gefolgschaft Dehlers, die in der Lage wäre, die Führung der Partei so kurz vor den Bundestagswahlen 1957 zu übernehmen.« Tatsächlich blieb die Regierungskoalition einigermaßen stabil, Thomas Dehler noch ein knappes Jahr FDP-Chef.[285]

In diesen Tagen, zwei Wochen vor der BND-Werdung seiner Organisation, ließ sich Reinhard Gehlen herbei, über die Zukunft der jungen Demokratie in Deutschland zu philosophieren. Dabei öffnete er sich, wie oben schon erwähnt, gegenüber dem scheidenden CIA-Kollegen James Critchfield ziemlich weit.[286] »Utility«, der eben von einer anstrengenden Woche in Bonn zurückgekehrt sei, berichtete Critchfield an Allen W. Dulles, habe ihn eingeladen, um mit ihm unter vier Augen zu sprechen. Nach Gehlens Ansicht verschlechtere sich die politische Lage in Europa. In Frankreich und Italien werde es wohl bald Volksfront-Regierungen geben, und in der Bundesrepublik stehe es auch nicht gut. Offenbar spielte er auf die von der FDP ausgelöste Regierungskrise an: »The political situation in the Federal Republic of Germany also appears to Utility to be fraught with growing political difficulties which could lead to a rather drastic change in the complexion of the government once Adenauer’s leadership is no longer a factor.« Daraus sprach wohl auch seine Besorgnis, bei einem Regierungswechsel womöglich keine Zukunft an der Spitze seines Dienstes zu haben, den er endlich in der Bundesverwaltung hatte verankern können. Komme eine neutralistisch-nationalistische Regierung mit Männern wie Herbert Wehner (SPD), Otto Lenz (CDU) und Josef Müller (CSU) an die Macht, fuhr der »Doktor« fort, so werde er das im Amt des BND-Chefs ganz gewiss nicht überleben.

Zur selben Zeit nahm sich die CIA Hans Globke vor, von dem Eingeweihte annahmen, er habe mit Reinhard Gehlen eine Achse innenpolitischer Ausforschung geschmiedet. Bereits Jahre zuvor hatte der amerikanische Dienst nach Washington berichtet, Finanzminister Schäffer (CSU) sei darüber aufgebracht, »that Globke and Gumbel use Utility [Gehlen] as a private agency to inform on political opponents«.[287] Von Graf Kielmansegg im Amt Blank wusste die CIA dieselbe Auffassung zu melden.[288] Sofort nach der Umwandlung der Organisation Gehlen in den BND verfasste die Agency für ihren Direktor dann ein Porträt des Kanzleramtschefs. Der von Legenden umwobene Globke habe mittlerweile eine für eine Demokratie einzigartige Machtposition erreicht, war darin festgehalten. Er beherrsche alle Nervenzentren der Bundesregierung und verfüge über einen stattlichen Reptilienfonds: »In view of the fact, that to him *the Opposition is the enemy*, you can be sure that he uses his power in a strictly partisan manner«.[289]

Für den Strategischen Dienst war die Opposition ebenfalls der »Feind«. Der Apparat von Wolfgang Langkau und Kurt Weiß beteiligte sich intensiv an der Ausforschung der Sozialdemokratie und liebte es, dabei gelegentlich einen weiteren Horizont aufzuziehen, namentlich wenn es um die Einschätzung der SPD-Spitze ging. Wollenberg stellte jetzt lange Auszüge aus einem Brief zur Verfügung, den er seinem Freund Klaus Dohrn vor längerem geschrieben hatte und die ihm angesichts der Regierungskrise offenbar besonders mitteilenswert erschienen. Der tief katholische, vehement antinationalsozialistische und antikommunistische Intellektuelle Dohrn – er hatte Wollenberg dem Langkau-Dienst zugeführt –, der nach einer Odyssee durch Europa als Emigrant schließlich eine zweite Heimat in den USA gefunden hatte, erfreute sich nach Kriegsende als Europakorrespondent von *Time*/*Life* und eingeschworener Verfechter der westdeutschen Westbindung sehr enger, politisch bedeutsamer Beziehungen zu Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Globke. Als »Duttweiler« war er eine herausragende Sonderverbindung des Strategischen Dienstes.[290] Man darf annehmen, dass er der Regierungsspitze Wollenbergs Sicht auf einige sozialdemokratische Spitzenpolitiker auch direkt mitgeteilt hatte.[291]

»Ollenhauer«, so stellt das fulminante, ins Feuilletonistische spielende Schreiben Wollenbergs fest, »ist *die* brave deutsche Mittelmäßigkeit, persönlich hochachtbar, leidenschaftslos, gewissenhaft, gehört zweifellos

nicht zu jenen problematischen Naturen, die – nach Nietzsche – ›Chaos in sich haben oder tanzende Sterne gebären können‹. Wenn zwei Seelen in der Brust der deutschen Mittelmäßigkeit wohnen, so heißt die eine brave Seele ›Ollenhauer‹, die andere ›dämonische‹ hieß und heißt ›Hitler‹. Unsere Zeit ist aber leider nicht brav, sondern recht dämonisch, und das Dämonische arbeitet heute für Moskau.«

Dann knöpfte er sich Fritz Heine vor: »Wie manche (physisch) kleinen Männer ist er von Minderwertigkeitskomplexen ›überkompensiert‹. Er ist zweifellos überdurchschnittlich intelligent. Aber Heine will eine Persönlichkeit sein, was er eben nicht ist. Er rächt sich an diesem Defekt seiner Natur, indem er um sich herum keine Persönlichkeiten duldet. Heine verzettelt seine Zeit, seine Intelligenz und seine Arbeitskraft in Details, wodurch er den Überblick über das Ganze verliert. Ihm fehlt die göttliche Gabe der (periodischen) Faulheit, die allen Führernaturen eigen ist. (Hitlers germanische Bärenhautfaulheit und Stalins asiatische Faulheit sind nur Beispiel dafür.) Außerdem möchte Heine gerne ›recht links‹ sein. Dieser ›Linkismus‹ ist aber von ganz anderer Natur als das Linksstehen revolutionärer Tatmenschen. Ein Tatmensch ist Heine schon gar nicht. Daher sucht sein ›Linkismus‹ Anlehnung an ›Linkstendenzen‹. Das kann, seit Schumacher abgetreten ist, gefährlich werden. Natürlich ist sein ›Linkismus‹ rosa gefärbte Limonade und nicht feuriger roter Wein. Aber heute ist Moskau bereit, mit uns auch rosa gefärbte Limonade zu trinken.« Den armen Wilhelm Mellies (der in Pullach als »Melone« geführt wurde) vernichtete der KPD-Renegat mit zwei Sätzen: Er sei »eine große Arbeitskraft und wohl noch eine größere Null. Sein Denken ist nicht scharf, sondern spitzfindig.«

Schließlich die übliche Anti-Wehner-Suada, in welcher der ehemalige KPD-Funktionär Wollenberg seinen ganzen Hass auf seinen früheren Kampfgenossen ausspie. Wehner, der »ebenso schlau wie unintelligent« sei, habe »objektiv« seine »Visitenkarte im Kreml bereits abgegeben. Diese Tatsache ist wichtiger als alle subjektiven Belange: hat Wehner ehrlich oder scheinbar mit Moskau gebrochen. Ich nehme sogar an, dass er subjektiv ehrlich mit Moskau gebrochen hat, als Moskau ihn 1942/44 fallen ließ und [den KPD-Landesleiter in Schweden Karl] Mewis, den Schwiegersohn von [Franz] Dahlem, in Skandinavien stützte. Wehner ist ein typischer Möchtegerngroß, er ist gewiss nicht ›von des Gedankens Blässe

angekränkelt‹, ideologische Gesichtspunkte spielen bei ihm keine entscheidende, und jedenfalls keine primäre Rolle. Er ist maßlos ehrgeizig und, da weder durch Ideologien noch durch kritische Intelligenz belastet, hat er den Stoff dazu, ein ›Führer‹ zu werden. Es besteht dabei eine gewisse Parallelität zwischen Wehner und Stalin, cum grano salis, versteht sich.« Für diesen gefährlichen Mann, dem er »tiefstes Misstrauen«[292] entgegenbrachte, interessierte sich Adenauer ebenfalls stets ganz besonders. Herbert Wehner war ihm ein Paradebeispiel »für gewisse kommunistische Elemente« in der Opposition.[293]

Der BND brachte, wie wiederholt gesagt, seine Ausspähung der Sozialdemokratie problemlos mit seinem Bemühen in Einklang, gute »offizielle« Beziehungen zum SPD-Vorstand zu pflegen. Kurz nachdem Gehlen in Begleitung des wohleingeweihten Leiters seines Bonner Büros mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Mellies in »guter Atmosphäre« über die Kompetenzabgrenzung zwischen seinem Dienst und dem Verfassungsschutz gesprochen und von diesem die Zusage erhalten hatte, »die Frage der Spionageabwehr nicht erneut aufzunehmen, zumindest nicht vor Herbst«,[294] ging im Kanzleramt ein detaillierter Überblick über die letzte Vorstandssitzung der SPD ein.[295] »Wortführer Wehner« habe erklärt, stand zu lesen, »es sei an der Zeit, nunmehr diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufzunehmen. Darüber hinaus müssten politische Kontakte auch zu den Instanzen der Zone gefunden werden. Nur so könne ein Modus Vivendi für eine Demokratisierung der SBZ und eine spätere Wiedervereinigung gefunden werden. Die vom Parteivorstand als sensationell empfundene Version wurde lediglich von [Heinz] Kühn unterstützt. Die Westemigranten Ollenhauer und Heine lehnten die Forderungen Wehners mit [Erwin] Schoettle und [Waldemar von] Knoeringen auf das Schärfste ab« – Anstreichung am Rande. Man habe eine Studienkommission dazu eingesetzt. »Sämtliche Teilnehmer der Sitzung waren sich darüber einig, dass die Forderungen Wehners äußerst explosiv wären und daher unter keinen Umständen bekanntgegeben werden dürften. Sie wurden in den Referentenbesprechungen des Parteivorstandes vom 14. Mai daher auch nicht erwähnt.« Das konnte nur ein Referent wie Siegfried Ortloff wissen und verraten, und zwar noch am Tage der Besprechung.

Eine weitere, ebenfalls mit einem entschiedenen Strich am Rande markierte Information für das Kanzleramt betraf die Wehrpflicht: »Im Parteivorstand herrscht starke Verärgerung über die Empfehlung des SPD-Sicherheitsausschusses für ein Berufsheer, die darüber hinaus auch noch der Öffentlichkeit bekanntgeworden sei. Es wurde beschlossen, diese Thesen noch einer eingehenden Diskussion zu unterziehen, ehe man sie dem Parteitag in München [10.–14.7.1956] vorlegt. Gemeinhin bestand die Ansicht, dass man zu der Formel ›Berufsheer und Miliz‹ kommen werde.«[296] Wilhelm Mellies habe bei dieser Gelegenheit Erich Mende »einen ›eitlen Schwätzer‹« genannt, weil er der Presse Details aus der letzten Sitzung des Sicherheitsausschusses des Bundestags zugänglich gemacht habe. Zum BND sei vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden erklärt worden, er werde bindende Zusicherungen verlangen, »wonach dem Gehlen-Dienst nicht die gleichen Freiheiten eingeräumt werden sollten wie den Geheimdiensten der Amerikaner und Briten in Deutschland. Es sei unmöglich, dass der Gehlen-Dienst etwa zu gleichen Maßnahmen greife wie die alliierten Dienste mit der Einrichtung des Abhörtunnels an der Sektorengrenze in Berlin.« Außerdem habe Heine eingeräumt, dass die wirtschaftliche Lage der »SPD-nahestehenden« Zeitungen »äußerst ungünstig« und das Zustandekommen einer Großen Koalition in Baden-Württemberg eigentlich gar nicht gewollt gewesen sei – good to know, wie die Angelsachsen sagen.

Das geheime Bulletin des BND über die SPD-Vorstandssitzung Ende Juni, das mit nur einem Tag Abstand niedergeschrieben wurde, dürfte im Bundeskanzleramt nicht weniger willkommen gewesen sein.[297] Der Auslandsnachrichtendienst wusste sogar schon vor der Sitzung, es habe »die Auseinandersetzung zwischen Herbert Wehner und Fritz Heine in der Frage der Ost-Kontakte Ausmaße angenommen, die zu lebhaften Befürchtungen hinsichtlich des bevorstehenden Parteitages in München Anlass gaben […] Noch vor der PV-Sitzung hatte Heine über die ihm zur Verfügung stehenden Verbindungen in London eine Pressekonferenz bestellt, in der der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale zum Ausdruck gebracht hat, dass die sozialistischen Parteien des Westens grundsätzlich nur mit ›demokratischen‹ Sozialisten hinter dem Eisernen Vorhang und in Jugoslawien sprechen könnten«; Wehner war durch einen Jugoslawien-Besuch in seiner Haltung bestärkt worden. »Die

Pressekonferenz richtet sich somit eindeutig gegen das Gespräch Wehners mit Tito und den Beauftragten der jugoslawischen KP, deren Gegenbesuch für den Herbst des Jahres beim PV bereits durch Wehner angekündigt worden ist. Heine befürchtet weiter, dass die Haltung Wehners zu einer Aufweichung in einzelnen Unterverbänden der SPD führen könne, so vor allem in Hessen, Franken und Niederrhein. Der Parteivorstand werde unter diesen Umständen nicht in der Lage sein, eine kontrollierte Diskussion in München sicherzustellen.«

Diesem Vorspiel folgten laut BND-Bericht ähnliche Auseinandersetzungen in der Sitzung selbst, wo die »Kontroverse zwischen Wehner und Heine in scharfer Form erneut ausgetragen« worden sei. (Im authentischen Protokoll der Partei erfuhr man darüber kaum etwas.) »Beide hatten Exposés als Grundlage für die vom PV beabsichtigte Resolution ausgearbeitet, die dem Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll«, meldete Pullach. »Bei der Aussprache ergab sich, dass keine Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der vom Parteivorstand zu fordernden Aktivierung der diplomatischen Beziehungen zu Moskau vorhanden sind. Geringfügige Differenzen zeigten sich jedoch, als Wehner auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sämtlichen Satellitenstaaten, einschließlich Rotchinas, forderte. Zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten kam es jedoch in der Frage der Kontakte zur DDR. Wehner präsentierte erneut seine Forderung, wonach Gespräche auch mit amtlichen Stellen geführt werden müssten, die vom Ministerrat der DDR hierzu ermächtigt seien. Er verlange allerdings nicht, dass man sich mit Ulbricht oder Pieck an einen Tisch setze. Die Stimmung im PV neigte zum Schluss der Aussprache mehr der Auffassung Wehners als der Heines zu. Ein Ausschuss, bestehend aus Wehner, Heine, Eichler soll bis zu der für Montag, den 9. Juli, in München vorgesehenen gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuss und Parteivorstand den Versuch unternehmen, die Exposés von Wehner und Heine auf einen Nenner zu bringen. Man bezweifelt jedoch, dass Eichler die koordinierende Kraft aufbringen wird, um einen Ausgleich der Standpunkte zu erzielen. In jedem Fall muss der PV sich am 9. Juli über die endgültige Formulierung der dem Parteitag vorzulegenden Entschließung klar werden.«

Das waren wertvolle Fingerzeige, konnte der Bundeskanzler Adenauer aus diesen Informationen doch entnehmen, wie konfliktentschlossen

Herbert Wehner (der im Frühjahr 1956 bei dem Versuch einer Neuregelung des deutsch-deutschen Verhältnisses mit »ebenso originellen wie heiklen Anregungen« hervortrat[298]) auch innerparteilich zu Werke ging. Für Wehner war in der Deutschlandpolitik nach den Fehlschlägen des Vorjahres inzwischen schlicht ein »toter Punkt erreicht«.[299] Der Parteitag betonte dann die Vier-Mächte-Zuständigkeit für Gesamtdeutschland und billigte zugleich »die SPD-offizielle Gültigkeit der Wehner-Konzeption vom Ausbau innerdeutscher Verbindungen unterhalb der Anerkennungsschwelle«.[300]

In die sozialdemokratische Wehrpolitik erhielt die Regierungsspitze ebenfalls verlässlichen Einblick. Hier habe Fritz Erler, der vor Verabschiedung der Wehrgesetze auf diesem Feld immer stärker in den Vordergrund trat, die Partei eindringlich vor der Annahme einer Entschließung gewarnt, welche »die SPD für den Fall einer von ihr vorzunehmenden Regierungsbildung im Jahre 1957 schon jetzt festlegen könnte. Zwar sollte in dieser Entschließung in jeder Weise Kritik an der Wehrpolitik der Bundesregierung geübt werden, sie dürfte jedoch unter keinen Umständen die SPD darauf festlegen, die jetzt von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen sofort rückgängig machen zu müssen«. Darüber habe man sich ebenfalls noch vor dem Parteitag in München klar zu werden, schon um den kritischen Resolutionen einiger Unterbezirke wirkungsvoll begegnen zu können. Schließlich verwies der BND noch auf eine Aussprache über die Kinder- und Jugendorganisation der »Falken«, die der Partei fortgesetzt Schwierigkeiten mache, die sich politisch obendrein von ihr absetze, außerdem statt der angegebenen 66 000 nur 20 000 zahlende Mitglieder habe und die in einzelnen Fällen sogar »erhebliche Beiträge für Alkoholika, Rauchwaren und Gaststättenrechnungen abzurechnen« versuchten; der Nachwuchs solle künftig besser kontrolliert, eine öffentliche Auseinandersetzung jedoch vermieden werden.

Zum SPD-Bundesparteitag, der Mitte Juli 1956 in München stattfand und von dem Siegfried Ziegler alle relevanten Dokumente beschaffte,[301] findet sich in der Überlieferung der CDU-Bundesgeschäftsstelle ein umfassendes Dossier von bemerkenswertem analytischem Tiefgang.[302] Es weist keinen Verfasser aus, unterscheidet sich von den gängigen BND-Materialien in Duktus und Form, mag aber aus derselben nachrichtendienstlichen Quelle stammen; es findet sich jedenfalls in demselben Faszikel wie diese. Das 18-

seitige Memorandum mit umfänglichem Anhang, das schon wegen seiner nicht völlig gesicherten Herkunft – womöglich war Erich Wollenberg der Autor – nur punktuell wiedergegeben sei, ging zunächst auf »die Situation vor dem Parteitag« und die Vorbereitungen dafür ein. Hauptproblem sei nach wie vor eine mangelnde Reformbereitschaft in der Partei, hieß es. Entscheidendes Hindernis sei »das Führungs- und Geführten-Verhältnis in der SPD«, das freilich der »geistigen Struktur« der SPD-Mitglieder entspreche. Der beständig hervorgekehrte »Wille zur Macht« sei der »Machtwille einer Partei, die um ihre Existenz kämpft. Die Führung weiß, dass die Partei einen neuerlichen Misserfolg bei den Wahlen kaum ohne Spaltung überstehen würde.«

Der organisatorische Ablauf des Parteitags sei glänzend gewesen, betont das Memorandum. Inhaltlich habe die in der Sozialdemokratie ungelöste Wehrfrage die Debatte bestimmt, die vom Vorstand mit einer unbestimmten Resolution in der Schwebe gehalten werden konnte. Danach habe es praktisch keinen ernstlichen Streitpunkt mehr gegeben. Der Parteitag zwei Jahre zuvor sei Manöverkritik gewesen, die Zusammenkunft in »München sollte einen neuen Manöverplan bringen«. Jetzt befinde sich die SPD nach ihrer eigenen Auffassung derart im Aufschwung, »en marche«, dass sie sogar auf eine abschließende Pressekonferenz verzichtet habe, um die positive Berichterstattung, ja die »Hochstimmung« der deutschen Medienvertreter nicht zu trüben. Dem hätten die Wahlen zum Parteivorstand in etwa entsprochen. Kühn sei diesmal allerdings durchgefallen, Brandt sehr frostig quittiert worden, »als er in seiner Diskussionsrede als Einziger des gesamten Parteitages von den ›Freunden im Westen‹ sprach. (›Ich sage trotz vieler Meinungsverschiedenheiten absichtlich Freunde im Westen.‹)«

Insgesamt drückte sich nach Ansicht des sehr aufmerksamen Beobachters in der Zusammensetzung des Vorstands nun »die starke Machtposition aus, die die SPD-Fraktion inzwischen errungen hat. Ollenhauer, Wehner, Erler und von Knoeringen dürften zurzeit die stärksten Figuren in der SPD sein. Sie konnten praktisch alles sagen, ohne Kritik befürchten zu müssen. Erler wird als der kommende Parteiführer angesehen«. Der eindrucksvolle Redner Carlo Schmid habe mehr Stimmen erhalten als zwei Jahre zuvor, »zum zweiten Vorsitzenden wollte man ihn jedoch nicht machen; das hätte

Wehner auf den Plan gerufen«, denn so weit nach rechts habe man nicht gehen wollen und gehen können.

Die Rede von Erich Ollenhauer sei insofern »opportunistisch« gewesen, befand der Berichterstatter, weil die SPD neue Wählerschichten erschließen müsse, sich alle Koalitionsmöglichkeiten offenhalten und die Dilemmata der deutschen Außenpolitik, namentlich in der Frage der Wiedervereinigung, »demagogisch als ein Versagen der Bundesregierung« brandmarken wolle. Breiten Raum nahm die Befassung mit den Ausführungen von Carlo Schmid und Willy Brandt ein. Von ihnen sei eine Art moderne sozialistische Utopie skizziert worden, die sich vor allem auf die neuen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik gründe. »Öffentliche Gesittung und Demokratie ist allein unter dem Sozialismus möglich«, habe es geheißen, wobei sie hinsichtlich einer künftigen Wirtschaftsordnung allerdings unklar geblieben seien. »Die alte Missionsidee des Marxismus, den technischen Fortschritt mit dem ›sozialen und politischen Fortschritt‹ zu verschmelzen, ist neu belebt.« Ganz ärgerlich sei die Reaktion der Presse, bekräftigte der Autor noch einmal: »Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Presse zurzeit in der SPD eine geschlossene und regierungsfähige Partei sehen will, dass sie aber aus jedem Pinselstrich einer Meinungsverschiedenheit bei der CDU ein Gemälde der Diffusion macht.« Das euphorische Selbstverständnis der SPD am Schlusstag ihres Treffens drücke sich in dem verbreiteten Gefühl aus, »die sozialdemokratische Partei habe ›Tritt gefasst im Rhythmus der modernen Zeit‹; die Parole an des Deutsche Volk sei: ›Gebt der Sozialdemokratie die politische Führung in eine neue Zeit!‹«

Man wird annehmen dürfen, dass die Lage der SPD dem Kanzler und der Unionsführung keineswegs nur mit einem solchen Überblick verdeutlicht wurde, auch Siegfried Ziegler verfolgte den Parteitag genau und hat Gehlen darüber gewiss auf dem Laufenden gehalten. Eine gute Ergänzung bot noch Erich Wollenberg, der dem Strategischen Dienst einen langen Bericht über eine Unterredung gab, die er unmittelbar nach dem Parteitag mit dem Kölner Bundestagsabgeordneten Heinz Kühn geführt hatte, einem entschiedenen Parteireformer.[303] Wollenberg kannte Kühn aus der Prager Emigration: »Schon damals«, schrieb er, »zeichnete sich Kühn durch seine überdurchschnittliche Intelligenz, seine Zielstrebigkeit und durch seinen Ehrgeiz aus, von dem ich den Eindruck hatte, dass seine Triebkraft mehr

persönlich als ideologisch fundiert war, dass er die sozialistische Bewegung in starkem Maße unter dem Gesichtswinkel seines persönlichen Fortkommens (Karriere) betrachtete.« Schon früh habe der gelernte Journalist ihm mehrmals gesagt, dass er seine politische Aktivität aufgeben würde, wenn die SPD nicht in absehbarer Zeit an die Macht komme. Auf dem Münchener Parteitag »war Kühn Sprecher der sogenannten ›Linken‹, er trat als entschiedener Gegner der deutschen Wiederaufrüstung auf. Bei den Wahlen zum Parteivorstand fiel er durch.«

Wollenberg fasste die Position des von Adenauer aufmerksam beachteten Kühn folgendermaßen zusammen: »Die entscheidende Frage einer jeden Politik ist die Frage der Macht. Die gesamte Taktik der SPD im kommenden Wahlkampf muss also unter dem Gesichtspunkt der Machteroberung, d. h. der Schaffung eines solchen Kräfteverhältnisses im Bundestag betrachtet werden, das die Übernahme der Bundesregierung durch die SPD ermöglicht. Das Monopol der CDU/CSU wird im kommenden Bundestag zweifellos nicht mehr bestehen, sie wird nicht mehr die absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze erhalten. Natürlich wird auch die SPD nicht die Monopolstellung erringen. Sie wird aber zweifellos zehn bis zwanzig Sitze erobern, die CDU/CSU wird eine etwa gleiche Zahl der Sitze verlieren […] Es steht heute schon fest, dass ein mehr oder weniger großer Teil der bisherigen CDU/CSU-Wähler den Glauben an die Unfehlbarkeit Adenauers verloren hat, und die Stärke der CDU/CSU war zum großen Teil der Autorität Adenauers zu verdanken. Jetzt hört man auch in Kreisen der treuesten CDU/CSU-Wähler, dass ›die Sturheit Adenauers‹ zu einem Hemmschuh der deutschen Wiedervereinigung geworden ist und à la longue die Entwicklung der deutschen Industrie und Wirtschaft unerträglich hemmen muss. Die industriellen Kreise sind für freie Beziehungen zum Block der Ostländer. Gerade in diesen Kreisen wird Adenauer Wählerstimmen verlieren. Die große Umwandlung, die in der Sowjetunion sich seit dem Tod Stalins vollzogen hat und die von Adenauer stur geleugnet wird, wird noch wesentlich zum Stimmenverlust der CDU/CSU beitragen. Nach den Neuwahlen wird es zwei Regierungsmöglichkeiten in Deutschland geben: eine von der CDU/CSU geführte Koalition *und* eine von der SPD geführte Koalition. Der Wahlkampf muss folglich unter zwei Gesichtspunkten von der SPD geführt werden: 1. weitmöglichste Stärkung der SPD und 2. weitmöglichste Chance

für eine unter der Leitung der SPD stehende Regierungskoalition SPD/BHE/FDP.«

Erich Wollenberg erkannte darüber hinaus feine Unterschiede der Wahlkonzeption im Lager der Reformer: »In dieser *taktischen* Frage«, meinte er, »unterscheidet sich der Standpunkt Wehners von dem Kühns und seiner näheren Anhänger. Wehner will den Schwerpunkt der heutigen SPD-Politik und ihres Kampfes auf die Voraussetzungen einer Koalitionsregierung unter Führung der SPD legen, Kühn auf die parlamentarische Stärkung der SPD durch Stimmen- und folglich Abgeordnetenzuwachs durch die Wahlen. Daher allein wendet sich Wehner gegen die von Kühn geforderte Verpflichtung der SPD, die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik rückgängig zu machen, daher gibt er sich ›rechter‹ als er in Wirklichkeit ist. Zwischen Wehner und ihm (Kühn) bestehen keinerlei ernste prinzipielle Differenzen, im Gegenteil, sie sind sich in allen großen politischen Fragen einig, besonders darüber, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nur möglich ist, wenn Westdeutschland den Nato-Block verlässt. Kühn ist – im Gegensatz zu Wehner – der Ansicht, dass die SPD zunächst alles darauf konzentrieren muss, ihre parlamentarische Basis gegenüber der CDU/CSU und gegenüber ihren künftigen Koalitionspartnern zu verstärken. Man dürfe die starken antimilitaristischen und Anti-Nato-Tendenzen im bürgerlichen Lager, einschließlich CDU/CSU, nicht unterschätzen; die kompromisslose antimilitaristische und Anti-Nato-Haltung der SPD würde daher die Sympathien größerer Wählermassen gewinnen, ohne eine kommende Koalition zu gefährden. Mit dem Ausscheiden Adenauers aus der aktiven Politik muss früher oder später gerechnet werden. Dann wird es zur Spaltung der CDU/CSU kommen. Falls nach den Wahlen eine unter SPD-Führung stehende Koalitionsregierung (SPD/BHE/FDP) gebildet wird, würde sich die CDU/CSU auch dann spalten, wenn [sie] Adenauer als Chef der Partei noch nicht ausschaltet. Das würde der SPD ermöglichen, auf die sehr problematische Abhängigkeit von BHE und FDP nicht mehr angewiesen zu sein, sondern ihre Koalitionsregierung auf ein Bündnis mit der linken CDU/CSU, eventuell unter Führung von Arnold, zu stützen.«

Das waren Gedankenspiele, gewiss, aber doch keine realitätsfernen, denn die Umfragewerte für den Bundeskanzler lagen in dem schwierigen Jahr 1956 auf einem Tiefpunkt. Das Meinungsforschungsinstitut in Allensbach

hatte in der ersten Jahreshälfte einen Rückgang der Zustimmungsrate für den Kanzler von 56 auf 40 Prozent ermittelt.[304] In den Landtagswahlen während der zweiten Legislaturperiode wurde die CDU im Vergleich zur Bundestagswahl 1953 mit durchschnittlich mehr als 7 Prozent Verlusten abgestraft, die SPD spürte mit einem Stimmenzuwachs von gut 6 Prozent deutlichen Aufwind.[305] Und dass die beiden kleinen bürgerlichen Parteien, die der Bundeskanzler ohne Not in seine Regierung eingebunden hatte, sehr unsichere Kantonisten waren, wusste niemand besser als Adenauer selbst, der sich beständig mit ihnen herumzuplagen hatte.

In der zweiten Jahreshälfte 1956 steuerte auch die Unterquelle von Wilhelm Heinrich Schmitz, Guido Bayer,[306] einiges Interessante über die SPD bei. Seine erste einschlägige Meldung bezog sich auf den sozialdemokratischen »Kampf gegen den Wehrgedanken in Hessen«.[307] Der Bundestagsabgeordnete Willi Birkelbach bereite mit dem DGB in Hessen gerade »die Errichtung von 24 Wehrdienstverweigerungsbüros« vor, berichtete Bayer. Die Gewerkschaft stelle ihm dafür einen Betrag von 250 000 DM zur Verfügung. Von diesen Büros werde mit Unterstützung der hessischen Regierung, die jede Werbung für die Bundeswehr in Schulen verbieten wolle, obendrein entsprechende Propaganda gemacht werden. 16 von 18 Bezirksverbänden der SPD hätten sich inzwischen darauf festgelegt, die Wehrpflicht abzulehnen. Bald darauf ging bei »Winterstein« aus dieser Quelle die Nachricht ein, dass Viktor Agartz, der »bekannte radikale Chefideologe des DGB« (den die Gewerkschaft mittlerweile aus ihren führenden Gremien entfernt hatte[308]) Kontakt zu einem ausgesprochen wehrkritischen Bundestagsabgeordneten unterhalte, der in Hessen auch Regional-Vorsitzender der IG Chemie sei. Von ihm beziehe Agartz Informationen über die Produktion von Treibstoffen für Düsenflugzeuge. Außerdem bereite der »extrem linke Flügel der SPD« einen Antrag vor, wonach der Bundestagswahlkampf unter die Parole gestellt werden solle: »Keine Wehrpflicht in einem nicht wiedervereinigten Deutschland, Abschaffung der Wehrpflicht unter einer sozialdemokratischen Bundesregierung!«[309]

Im Sommer 1956, nach dem SPD-Parteitag, kamen von Schmitz und seiner Unterquelle weitere erstaunliche Hinweise. Zunächst ging es neuerlich um den hessischen Widerstand gegen die Aufstellung neuer Streitkräfte.[310] Birkelbach habe sich mit Ministerpräsident Zinn getroffen,

um zu besprechen, wie eine Ansiedlung von Militäreinrichtungen auf Landesebene am besten zu verzögern oder zu verhindern sei. Bisher schon durfte das Verteidigungsministerium nach Hessen nur Beauftragte zur Inspektion von Gebäuden und Gelände im Bundesbesitz schicken. »Birkelbach hat nun mit Zinn verabredet«, berichtete Bayer, »dass eine neue Anweisung ergeht, wonach die hessischen Bürgermeister bzw. Gemeindevorsteher, die gleichzeitig Mitglied in der SPD sind, Gelände grundsätzlich bis zum September 1957« – das war der Termin der Bundestagswahl – »nicht zur Verfügung stellen sollen. Birkelbach möchte Hessen frei von größeren Truppenansammlungen halten.« Die von zwei Redakteuren des *Vorwärts* nach einem Zerwürfnis gegründete, recht erfolgreiche linkssozialistisch orientierte *Andere Zeitung*, die »bewusst und mit großem Erfolg die Aufspaltung der SPD in einen radikalen linken und einen gemäßigten Flügel« betreibe, habe in den letzten beiden Monaten Aberdutzende Veranstaltungen mit großem Zulauf meist jüngerer sozialistischer Aktivisten abgehalten, deren Heranziehung zum Wehrdienst sicherlich »zu großen Schwierigkeiten führen« würde.[311]

Ein weiterer Hinweis betraf den Dienst unmittelbar.[312] Er bezog sich auf eine Notiz der *Frankfurter Rundschau*, nach der ein hessischer Antrag auf dem SPD-Parteitag die Bundestagsfraktion beauftragt habe, »die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Vorgänge bei der Übernahme und die heutige Tätigkeit des Geheimdienstes Gehlen aufzuhellen«.[313] Dieser Antrag ziele nach Informationen »auf eine personelle Durchleuchtung des BND«. Birkelbach und Wehner sollten die Sache vorantreiben. »Der Leiter des hessischen Landesamts für Verfassungsschutz soll eine Aufstellung aller ihm bekannten Angehörigen des BND erstellen. Darin sollen die fachliche und charakterliche Beurteilung sowie die Einstellung zur SPD jedes einzelnen Angehörigen des BND besonders vermerkt sein.« Die beiden Spitzenpolitiker wollten dieses Verfahren in anderen Bundesländern ebenfalls anwenden. Den Sozialdemokraten komme es auch darauf an festzustellen, »ob die SPD bei einer eventuellen Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht Schwierigkeiten von Seiten des BND haben wird.« Außerdem wollten sie feststellen, »ob der BND aus Sonder- und Geheimfonds irgendwelche Zuwendungen bezieht«.

Hinweise wie diese bereiteten den Bremer Vorgesetzten von V-13910, die über Gehlens geheime Machenschaften nicht recht orientiert waren, eine

gewisse Beklemmung. Sie dankten Schmitz bestens für die Information der Unterquelle Bayer, machten ihn aber »noch einmal nachdrücklich« darauf aufmerksam, »dass eine Aufklärung der internen Parteivorgänge nicht erwünscht ist, da diese Aufgabe dem BfV obliegt und wir auf keinen Fall in den Verdacht kommen dürfen, uns um Dinge zu kümmern, die nicht zu unserem Aufgabenbereich gehören«.[314] Tatsächlich zog Schmitz seine Unterquelle Guido Bayer danach für solche Aufgaben nicht mehr so intensiv heran wie vordem; jedenfalls hat sich bis zur Abschaltung Bayers gut zwei Jahre später von ihm kaum noch Schriftliches zu SPD-Interna erhalten.

Das beeinträchtigte den Meldungsfluss aus der Oppositionspartei in Richtung BND und von dort ins Kanzleramt in keiner Weise. Zentrale Quelle war und blieb der über sämtliche Interna bestens informierte Sekretär beim SPD-Vorstand, Siegfried Ortloff. Sieben Hinweise erreichten das Kanzleramt in der üblich gewordenen standardisierten Form allein in den letzten vier Wochen des Jahres 1956. Mitte November, nach der von Guido Bayer gut gefüllten Sommerpause, ging es um die Stellung der Partei zur krisengeschüttelten FDP und auch bereits um erste Informationen über die Vorbereitungen der SPD-Führung auf den Bundestagswahlkampf.

Zunächst wurde die überraschende Erklärung Dehlers unter die Lupe genommen, die FDP sei trotz ihres schweren Zerwürfnisses mit dem Kanzler[315] weiterhin dazu bereit, mit der Union zu koalieren, sofern ihr das Außenministerium zugesprochen werde. Der Parteivorstand der SPD, so erfuhr Globke, sei »vorerst noch geneigt, die Äußerung Dehlers über eine mögliche Koalition unter Adenauer als eine der üblichen Entgleisungen Dehlers anzusehen«.[316] Er genieße persönlich zwar immer noch Sympathien, werde aber vom Vorstand »politisch weniger ernst genommen denn je. Man würde es bedauern, wenn ihn die sich in letzter Zeit häufenden Unbedachtsamkeiten um den Parteivorsitz bringen würden. Andererseits sähe man darin einen weiteren Stabilisierungsfaktor in Richtung auf ein künftiges Zusammengehen mit der FDP im Bund […] Im Ganzen ist keine wesentliche Veränderung der Stimmung in der Koalitionsfrage im Parteivorstand festzustellen.« Demoskopische Umfragen zeigten zudem, dass die SPD-Wählerschaft ein sozialliberales Bündnis einer Großen Koalition mit der Union vorziehe. Favorit als Bundeskanzler sei nicht Erich Ollenhauer, sondern Carlo Schmid. Trotzdem sei das ein

unwahrscheinliches Szenario. Das ergebe sich »zwangsläufig aus dem hierarchischen Denken im Parteivorstand. Entscheidend werde, so betont man, die Frage sein, ob Wehner oder Eichler dann Aussicht hätten, Staatssekretär im Bundeskanzleramt zu werden. Man gibt offen zu, dass die Führung der Regierungsgeschäfte mehr in der Hand dieses Staatssekretärs als eines Bundeskanzlers Ollenhauer liegen würde.«

Der mit reichlich Anstreichungen des aufmerksamen Lesers im Bundeskanzleramt versehene Bericht fuhr fort, hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Kurses einer SPD/FDP-Koalition »sollen klärende Gespräche in der Weihnachtspause zwischen Delegationen beider Parteien stattfinden, die unter Führung von Professor [Heinrich] Deist und [Walter] Scheel stehen werden. Man betont, dass ähnliche Gespräche mit der CDU [geführt] werden könnten, falls diese in der Lage sei, akzeptable Gesprächspartner anzubieten. Das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz wird als neuerlicher Beweis dafür beurteilt, dass der Sieg der SPD gegen die CDU trotz [des Volksaufstands in] Ungarn nicht aufzuhalten sein werde.« Kanzleramtschef Globke wird die These von der Unausweichlichkeit eines sozialdemokratischen Wahltriumphes kaum geteilt haben, doch war in den Unionsparteien durchaus die Besorgnis verbreitet, der bejahrte Kanzler könnte im kommenden Jahr vielleicht nicht mehr dieselbe Zugkraft entfalten wie beim letzten Urnengang.

Für die Unionsspitze und das Kanzleramt war es daher umso bedeutsamer zu erfahren, wie die SPD ihren Wahlkampf und ihre Wahlpropaganda anlegen wollte. Hier begann der BND schon Ende 1956, als die SPD die CDU/CSU in Wählerumfragen erstmals überflügelt hatte,[317] Adenauer und Globke umfassenden Einblick zu geben. Neben der politischen Bilanz, der Programmatik und den verfügbaren Mitteln würde es auch diesmal auf die Wahlkampfführung ankommen, die wegen des redlichen, aber von jeglichem Charisma unberührten Spitzenkandidaten Erich Ollenhauer vor keiner einfachen Aufgabe stand. Maßgeblicher Wahlstratege in der SPD-Zentrale war Presse- und Propagandachef Fritz Heine, der allerdings schon nach der zweiten Bundestagswahl wegen seines traditionellen Verständnisses von Wahlwerbung in die Kritik geraten war.[318] »Entgegen der Erwartungen des Parteivorstandes ist Heine nur wenig beeindruckt von seinem Studium der amerikanischen Wahlkampagne zurückgekehrt«, erfuhr man im Palais Schaumburg und der CDU-

Zentrale.[319] »Er habe, so sagte er, die Überzeugung gewonnen, dass nur sehr weniges von der amerikanischen Propagandatechnik übernommen werden könne. Er fühle sich im Übrigen hierin von der in letzter Zeit immer wieder festgestellten Haltung der Bezirke bestärkt, die eine allzu starke Modernisierung der Werbung ablehnten. Die amerikanische und die deutsche Mentalität seien zu verschiedenartig, um die gleichen werbepsychologischen Maßstäbe anzulegen.« Wie vielen anderen fehlte Heine noch immer ein ausreichendes, für seine Schlüsselstellung jedoch unbedingt erforderliches Gespür für die rapide gesellschaftliche Modernisierung, »Amerikanisierung« und »Westernisierung« der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Auch das schrieb ihm die Partei bald auf das Schuldkonto.

Noch war man in der SPD im Hinblick auf das Wahljahr optimistisch. Ein Wermutstropfen war freilich der Ausfall des brillanten, auch populären Außenpolitikers und Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid, über dessen Erkrankung und deren mutmaßliche Konsequenzen der BND eingehend berichtete.[320] Schmid werde für den Bundestagswahlkampf höchstwahrscheinlich ebenso wenig zur Verfügung stehen »wie für eine mögliche Regierungsbildung nach 1957«, hieß es. Der Parteivorstand erwäge, die »gegenüber der intellektuell eingestellten Wählerschaft« entstandene Lücke mit dem ähnlich reflektierten bayerischen Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen zu füllen. Er sei im Übrigen wie Schmid »ein eingeschworener Verfechter der Großen Koalition«. In dieser Frage bestehe eine erhebliche Differenz zwischen Vorstand und Fraktion, die wegen der Führungskrise der FDP nun wieder stärker zur CDU hinneige. Gleichwohl begrüße man die Übernahme des Parteivorsitzes bei den Freien Demokraten durch Reinhold Maier, der sich in der Rolle des politischen Züngleins an der Waage wohl wesentlich geschickter verhalten werde als der abgewählte Thomas Dehler.

Im Wahljahr 1957

Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer stimmte seine Mitstreiter im Parteivorstand bereits Mitte der zweiten Legislaturperiode auf die kommende Bundestagswahl ein: »Die Wahl des Jahres 1957 ist genauso wichtig, wie es die Wahl des Jahres 1953 gewesen ist«, sagte er ihnen: »Sollte das Ergebnis der Wahl im Jahre 1957 so sein, dass die Sozialdemokratie die Führung der Regierungsgeschäfte mit irgendeiner Koalition zusammen übernehmen wird, dann wird – glauben Sie es mir – in verhältnismäßig kurzer Zeit alles das, was wir auf außenpolitischem Gebiet an Vertrauen und Geltung in der Welt erreicht haben, verwirtschaftet sein. Und wenn das verwirtschaftet ist, dann wird es auch unserer Wirtschaft miserabel gehen; denn unsere Wirtschaft ist auf das Vertrauen des Auslandes angewiesen. Das aber darf nicht kommen. Ich denke dabei in erster Linie an das deutsche Volk und nicht in erster Linie an unsere Partei.«[321]

Den »Untergang Deutschlands«[322] zu beschwören, falls die SPD die Regierung übernähme, gehörte bei allen Wahlkämpfen zu Adenauers stehender Abschreckungs- und Aufstachelungsrhetorik. Die CDU/CSU und die SPD traten daher beide mit dem entschiedenen Willen in das neue Jahr ein, alle Register zu ziehen, um im September dieses Entscheidungsjahres ihre Position unbedingt zu behaupten respektive das Blatt nun endlich und unbedingt zu wenden. Trotz ermutigender Umfragewerte würde das für die Sozialdemokratie wohl auch diesmal kein Spaziergang sein, musste man sich in der Bonner »Baracke« sagen. Bundeskanzler Adenauer konnte gegen Ende der zweiten Legislaturperiode auf schlecht bestreitbare innen- und außenpolitische Erfolge verweisen, vor allem auf die wiedererlangte wirtschaftliche Prosperität und staatliche Souveränität des Landes. Das offene Geheimnis seiner einfachen Strategie lautete daher genauso wie schon vier Jahre zuvor: »Demonstration der Erfolge, Verketzerung und Verleumdung des Gegners im Wahlkampf«.[323] Entsprechend massiv und unter Einsatz weit überlegener finanzieller Mittel ging die Union daher unter der Führung ihres »demagogischen Patriarchen« (Rudolf Augstein)[324] zu Werke.[325] Die gerade in diesem Jahr außerordentlich detaillierten innenpolitischen Informationen des BND gaben dem Kanzleramt und der

CDU einen umfassenden Einblick in die Strategie und die praktischen Wahlkampfvorbereitungen ihres Gegners.

Das begann bereits Ende 1956, als der Dienst einen Tag nach der Sitzung des Werbe- und Propagandaausschusses der SPD dem Kanzleramt einen fünfseitigen Bericht darüber zugehen ließ.[326] Das war die Zusammenkunft, in der man die umfassenden Planungen von Fritz Heine erörterte, die dann dem Parteivorstand vorgelegt wurden. Zunächst ging es um die Zusammensetzung eines Steuerungsgremiums, das etwa zwei Dutzend Mitglieder haben und aus Vertretern des Vorstands, der Fraktion und den Bezirken sowie außerdem aus »Werbeberatern, Graphikern, Verlegern, Journalisten, Meinungsforschern und Psychologen« bestehen sollte. Heine präsentierte die ganze Palette der geplanten, hunderttausendfach aufzulegenden Werbematerialien. Die »Broschüre ›Stalins Verbrechen‹«, das »Landprogramm der SPD« oder die Wahlzeitung »Deine Gemeinde« gehörten ebenso dazu wie ein Flugblatt für Rentner, eine Bildpostkarte mit dem Porträt Erich Ollenhauers sowie »sieben Tonbildfolgen und ein Tonfilm, den der Parteivorstand aus Anlass der Wahlen herausgebracht hat«.

Dann folgte neben dem detaillierten Terminplan zur Beschlussfassung des Wahlprogramms eine genaue Übersicht zum Mittelansatz: »Die SPD wandte 1953 rund 1 034 000 DM für den Bundestagswahlkampf auf. Für 1957 stehen 1 200 000 DM zur Verfügung, die zentral vom PV verplant werden können. Weitere eine Million DM sollen die Verbände in eigener Regie im Wahlkampf anlegen. Demgegenüber schätzt der PV das Aufkommen der Fördergesellschaften für den Wahlkampf auf rund 80 Millionen DM, die zum allergrößten Teil der CDU zufließen werden. Hinzu kommen Sondermittel der Bundesregierung und die Beträge aus dem Reptilienfonds Adenauers. Heine nennt als Vergleichszahl den Betrag von 50 Millionen DM, den die republikanische Partei im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf ausgegeben hat.« Dann folgten BND-Informationen zu den 16 Einzelpunkten der geplanten Maßnahmen, die jeweils mit den zu erwartenden Kosten unterlegt waren. Die höchste Summe, 200 000 DM, war für die Herstellung von Wahlkampfzeitungen vorgesehen; für technische Geräte setzte man 150 000 DM an, für die »zentrale Herstellung« von Wahlplakaten 140 000 DM; Flugzeugpropaganda, für welche die CDU 40 Flugzeuge einsetzen wolle,

komme für die SPD nicht in Frage. In kleineren Orten sollten die »Plakatanschlagkosten« dadurch eingespart werden, »dass die Parteimitglieder aufgefordert werden, die Plakate in ihre Wohnungsfenster zu hängen«. Das las sich alles recht armselig.

Die in Aussicht genommenen Slogans dürften die CDU-Zentrale ebenfalls nicht in Aufregung versetzt haben: »Sicherheit mit Ollenhauer«, »Deutsche Einheit mit Ollenhauer«, »Finanzpolitisches Plakat: Silberne DM auf schwarzem Grund. Slogan: Sie muss wieder mehr wert sein«. Drei Paare unterschiedlichen Alters sollten mit der Botschaft hervortreten: »Wir wählen Sozialdemokraten«, »Nicht den Omnibus verpassen«, »Nie wieder Kommiss«.

Bald darauf ging bei Globke ein Bericht über eine SPD-Vorstandssitzung ein, die sich mit der Wahlkampfvorbereitung und damit befasste, was der Parteiführung an Informationen über die entsprechenden Vorbereitungen der CDU vorlag.[327] »Ollenhauer analysierte eingangs die Wahlchancen, die er nach wie vor als gut bezeichnete«, hieß es. Soziale Themen seien in seinen Augen die wichtigsten Agitationsthemen. Die Frage lautete, ob man als Opposition damit punkten würde, nachdem die Regierung – mit Unterstützung der SPD – soeben die große Sozialreform mit dem Kernstück der dynamischen Rente auf den Weg gebracht hatte. Die Planer hielten fest, dass die »Wahlversammlungen zwar relativ wirkungslos seien, jedoch durchgeführt werden müssten, um das Selbstvertrauen der Funktionäre im Lande zu stärken«. Einigkeit bestand darin, dass vor allem um die »labilen Wähler« geworben werden solle. Die Propaganda müsse sich auf »vier Themen beschränken: Preise, Löhne, Wiedervereinigung, Frieden. Leitmotiv: SPD schafft Sicherheit (außenpolitisch-sozialpolitisch), Konzentration auf die Herausstellung der eigenen positiven Forderungen und Leistungen, so wenig Polemik als möglich und wenn, dann nur als Antwort und hier ausschließlich Beschränkung auf CDU/CSU. FDP- und BHE-Propaganda nicht beachten.« Ollenhauer hielt fest, nach einem Wahlsieg, gleichviel mit welchem Partner, komme nur eine Koalitionslösung in Betracht, bei der die Verantwortung seiner Partei klar definiert sei; »eine Lösung 50:50 sei für die SPD nicht tragbar«.

Noch wichtiger, als die ohnehin geläufige Zuversicht ihres politischen Gegners mit diesem Bericht neuerlich bestätigt zu erhalten, war für die Wahlkampfleitung der Union zu erfahren, welche Informationen den

Sozialdemokraten inzwischen über ihre eigene Strategie vorlagen. »Haupttendenzen der CDU« lautete hier das Stichwort. Es gehe der Union darum, den Angstkomplex in der Bevölkerung zu verstärken und Adenauer als denjenigen herauszustellen, der die »Gefahr aus dem Osten« bannen könne, befand man. »Die Sicherheitsthese soll hinsichtlich der Wehrpflicht noch insofern abgestützt werden, als darauf hingewiesen werden kann, dass die Wehrpflicht das Halbstarken-Problem beseitige. Generalnenner der CDU-Propaganda gegen SPD: SPD hilft dem Bolschewismus.« Hinzu kämen die Herausstreichung politischer Erfolge (Wirtschaftswunder, Westbindung, Rückgliederung des Saarlands) und eine Fülle von Zukunftsversprechen. »Psychologische Propagandaerkenntnis: Adenauer zieht immer noch mehr als er belastet«.

Insgesamt bereite die Union eine regelrechte Materialschlacht vor: »80 Propaganda-Wagen, Flugzeugpropaganda, neuer Adenauer-Film, Film über Aufstieg der Bundesrepublik, CDU-Parteiwerbefilm, tendenziöse Spielfilme […] Stärkste Einschaltung des Bundespresseamtes (Reptilienfonds). Intensive Pressearbeit auf dem Sektor der Generalanzeiger und Heimatpresse (public-relation-parties), Verleumdungsaktionen, vor allem auf Wehner konzentriert.« Letzterer Hinweis war am Rande des Berichts ebenso angestrichen wie die Schätzung des SPD-Parteivorstands, die CDU könne »sicher mit 80 Millionen rechnen«.

Das war eine ziemlich genaue Vorahnung dessen, was die SPD in den kommenden Monaten von ihrer Konkurrentin zu erwarten hatte. 1957 habe der Wahleinsatz der Unionsparteien dem der Sozialdemokraten quantitativ um »ein Vielfaches« überstiegen, resümiert Frank Bösch, finanziell mindestens um das Dreifache.[328] Wahlentscheidend war das freilich alles nicht. »Vor der Erfolgsbilanz der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde der Wähler vor die einfache Frage gestellt, ob er von der Adenauer-Regierung weiter regiert zu werden wünsche oder aber von Parteien, deren Kurs nicht deutlich war«, wurde zu Recht bemerkt.[329]

Wie sollten die von massiven inneren Spannungen in Atem gehaltenen und von einem redlichen, aber blassen Kandidaten repräsentierten Sozialdemokraten gegen einen in schwierigster Zeit seit zwei Legislaturperioden regierenden, mittlerweile über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus geachteten und obendrein volkstümlichen Patriarchen ankommen, der sich bei der Bekämpfung seines politischen

Gegners einerseits ruchloser Mittel bediente – die Ausforschung der SPD-Spitze durch den BND war dabei nur eine besonders eklatante Grenzüberschreitung – und sich andererseits mit der Aufforderung »Keine Experimente!« als Garant umfassender Sekurität präsentierte? Im Rückblick ist diese Frage einfach zu beantworten, doch für die wahlkämpfende Adenauer-CDU war der Strom nachrichtendienstlicher Einzelinformationen, aus denen sich ein sehr präzises Bild der Lage und der Strategie der SPD zusammenfügen ließ, die nach schweren Opfern in der Diktatur und herben Enttäuschungen in der neuen Demokratie endlich Regierungsverantwortung übernehmen wollte, von unschätzbarem Wert.

Im Januar 1957 begann die SPD-Führung die Weichen für den großen Wahlkongress in der Dortmunder Westfalenhalle zu stellen. Der dreitägigen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission Ende des Monats war wieder eine Sitzung des Werbeausschusses vorgeschaltet. Aus beiden Beratungen erstattete der BND dem Kanzleramt umgehend Bericht, auf beinahe zehn Schreibmaschinenseiten insgesamt. Im Werbeausschuss hatte Fritz Heine laut dieser Information zunächst eine Reihe praktischer Fragen erörtert, von Anzeigenkampagnen und dem Ankauf amerikanischer Film- und Tonbandgeräte gesprochen, »da das Bundesfinanzministerium auf Grund des gemeinnützigen Charakters der politischen Parteien Zollnachlass bis zu 30 v. H. des Anschaffungswertes gewähre«; Anstreichung des Lesers. Danach ging es um eine Broschüre von 80 Seiten Umfang (»Wie führe ich einen Wahlkampf«), aus der zusätzlich eine Kurzfassung für die Ortsverbände entwickelt werden müsse. Die Titel von sieben in Vorbereitung befindlichen Broschüren waren aufgeführt; bei der Anwerbung von Wahlhelfern habe es so große Resonanz gegeben, dass die Aktion nun gestoppt werden müsse, da der dafür eingesetzte Betrag ausgeschöpft sei; auf zwei weiteren Seiten war alles aufgelistet, was die Zentrale für die Bezirke im Angebot hatte (»Puppenfilm nach amerikanischem Muster«, »Leuchtschrift-Text-Plakate«, »Frauenflugblatt«) – nichts blieb den Wahlkampfmanagern der Union im Vorfeld verborgen.

Was sich an »CDU-Wahlkampf-Plänen« abzeichnete, fasste Heine so zusammen: »Hauptangriff auf politischen Flugsand, den CDU mit 40 v. H. der Wählerschaft beziffere; weniger Argumente als Atmosphäre (Beispiel: Plakat 3 Bundeswehrsoldaten stemmen sich gegen die rote Flut – Unterschrift ›Wir schützen Euch‹), Gegensätze gegenüber der SPD scharf

überbetonen; langer und äußerst harter Wahlkampf; [Otto] Lenz: Appell an Sicherheit, Ruhebedürfnis und Einzelegoismus, SPD ist Störenfried, da gegen Nato und wirtschaftliche Stabilität, keine sozialistischen Experimente.« Ein Teil des Wahlkampfs werde nicht von der Union, sondern von Hilfs- und »Tarnorganisationen«, Unternehmern und angesehenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens finanziert. Insgesamt habe die CDU inzwischen schon an die 60 Millionen DM in ihrem Wahlfonds, weitere Mittel würden erwartet.

»Lange Debatte im Werbeausschuss über die Anlage SPD-Wahlkampf«, fuhr die umfängliche Information fort: »Feststellung, dass sämtliche Vorbereitungen auf einen Wahlkampf der positiven Argumente ausgerichtet seien. Außerdem sei die SPD längst keine demagogische Partei mehr. Eine Umstellung auf stärkere Aggressivität gegenüber der CDU würde unendliche finanzielle Mittel erfordern, die zum größten Teil bereits in den laufenden Vorbereitungen fest investiert seien. Der Ausschuss kritisierte Heine, dass er die Notwendigkeit, in der Propaganda aggressiver gegen die CDU zu sein, überhaupt nicht eingeplant habe. Der Ausschuss forderte wenigstens einige Schwerpunktangriffe und deren sofortige Vorbereitung. Heine warnte erneut vor politischem Übernehmen. Der Ausschuss beschloss, Trümmerplakat 1953 mit Kriegskrüppel mit neuer Formulierung ›Niemals wieder – darum SPD‹ neu herauszubringen. Damit soll der Angstkomplex geweckt werden.«[330] In dieser kontroversen Debatte kündigte sich bereits das Scherbengericht an, das über Fritz Heine und die Wahlkampfführung des Parteivorstands nach dem Votum der Wähler hereinbrechen sollte. In der Unionsspitze wurden die Mitteilungen des BND genauestens registriert. Auch Adenauer, der selbst kleinsten Details des Wahlkampfs seine Aufmerksamkeit zu schenken pflegte, hat dieses Papier ausweislich der Bearbeitungsspuren konzentriert studiert.

Größte Aufmerksamkeit fand beim Bundeskanzler die geheime Information, die ihm zu der erwähnten dreitägigen gemeinsamen Sitzung der SPD-Spitzengremien zugegangen war. Dieser Bericht hob ausdrücklich hervor, er gebe Ausführungen und Einlassungen wieder, die aus Presseverlautbarungen nicht zu entnehmen seien.[331] Mehrere Schreibmaschinenseiten gaben die wichtigsten Punkte im Hauptreferat des Parteivorsitzenden wieder. Anhand dieses Dokumentes lässt sich besonders gut illustrieren, wie sich Adenauer die BND-Berichte aus der »Baracke«

zunutze machte, auch wenn er sie in der Regel nicht so unvorsichtig zu handhaben pflegte wie in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 7. Februar 1957. Immerhin sagte er seinen Parteifreunden, als er sie mit den wichtigsten Ergebnissen der SPD-Beratungen vertraut gemacht hatte: »Ich muss mit Vorsicht verlesen, damit nicht die Quelle verraten wird. Das werden Sie verstehen.«[332]

»Der Wahlkampf wird mit Schwergewicht nur zwischen SPD und CDU geführt werden«, habe Erich Ollenhauer seine Darlegung begonnen, hieß es in der geheimen BND-Mitteilung: »Hierbei werden die innenpolitischen Probleme (Preise, Löhne, usw.) auch weiterhin an vorderster Stelle stehen, auch wenn sich die CDU bemühe, diese zu Gunsten der Außenpolitik zurückzustellen.« Adenauer setzte diese Information in der Vorstandssitzung laut Wortprotokoll kurz darauf so um: »Ich komme zurück zur Unterhaltung der Sozialdemokraten hinsichtlich des Wahlkampfes. Sie wollen an die Spitze stellen die innenpolitischen Probleme, insbesondere Preise und Löhne. Sie wollen, auch wenn die CDU sich bemüht, anders zu verfahren, die Außenpolitik möglichst zurückstellen. Dass für uns die Preise und Löhne eine große Bedeutung haben, ist ganz klar. Vielleicht werden die Herren Kollegen Erhard und Lübke im Laufe der Debatte etwas dazu sagen. Dass die Aussenpolitik, die das Ganze doch trägt, von der fundamentalsten Bedeutung ist, das ist auch klar. Dass wir da der Sozialdemokratie keinen Pardon geben können, ist wohl auch klar.«

Der BND-Bericht aus den SPD-Spitzengremien weiter: »In der Bundestagssitzung vom 31. Januar 1957 bzw. 1. Februar 1957 werde die CDU bemüht sein, die SPD in die Defensive zu drängen. Die SPD müsse daher hier eigene Vorstellungen offensiv entwickeln und bis zur Bundestagswahl durchhalten.« Adenauer intern vor seinen Parteifreunden: »Die SPD sagt weiter: ›In der Bundestagssitzung vom 31. Januar und 1. Februar werde die CDU bemüht sein, die SPD in die Defensive zu drängen.‹ Das ist ihr auch gelungen. ›Die SPD müsse ihre eigenen Vorstellungen offensiv entwickeln und bis zur Bundestagswahl durchhalten.‹ Das ist ihr nicht gelungen. Nichts war von eigenen Vorstellungen zu hören.«

Wiederholt zitierte der Bundeskanzler jetzt wörtlich aus der BND-Meldung vom 30. Januar, die er in die Vorstandssitzung der CDU am 7. Februar mitgenommen hatte. Die verlesene Passage stimmt in jeder Silbe in

beiden Dokumenten überein: »Die anglo-französische Europapolitik sei von antiamerikanischen Ressentiments getragen. Obgleich die SPD immer gegen die Amerikanisierung Europas eingetreten sei, werde sie sich einem antiamerikanischen Komplex in den Beziehungen der Westeuropäischen Union zu den USA widersetzen.« Das amüsierte Adenauer: »Das ist geradezu ›herrlich‹«, rief er den Vorstandsmitgliedern zu: »Wenn einer so etwas vor vier Jahren gesagt hätte, würde man ihn ausgelacht haben, dass sie, ausgerechnet die Sozialdemokratie, bei uns zum Schutze Amerikas eintrete gegenüber unseren antiamerikanischen Absichten. Gestern hörte ich vom Kollegen Krone, dass man in Amerika davon spricht, es scheine fast, als ob der deutsche Wahlkampf auf amerikanischem Boden ausgetragen werde.« Einen wirklichen Trumpf hatte die SPD mit ihren Überlegungen in der Tat nicht in Händen, nicht nur nicht, weil der Bundeskanzler in den Vereinigten Staaten hofiert und als Garant der neuen deutsch-amerikanischen Partnerschaft gefeiert wurde, Ollenhauers Referat zeigte auch, auf welch verlorenen Posten die Partei mit ihrem Widerstand gegen die Westintegration und deren logische Konsequenzen mittlerweile geraten war.

Adenauer trug weitere fast wortgleiche Passagen vor: »›Die beiden wehrpolitischen [BND: großen außen- und] Blöcke befinden sich in zunehmender Auflösung. Die militärische Blockpolitik der Bundesregierung nützt daher nicht der deutschen, sondern nur der Sicherheit der anderen [BND: nur ihrer eigenen Sicherheit]. Einziger Ausweg: umfassendes Sicherheitssystem unter Einschluss des wiedervereinigten Deutschlands.‹ Das kennen wir alle«, so der Kanzler und CDU-Vorsitzende. »Wir werden uns noch gesondert darüber unterhalten, wenn wir das Material bekommen. Jetzt kommt ein wunderbarer Satz. Deshalb lese ich ihn vor: ›Die Deutschlandfrage vor die UNO bringen bedeutet, neue moralische Kritik an Moskau ausüben [BND: auslösen].‹ Das ist auch ›wundervoll‹, um Gottes Willen keine moralische Kritik an Moskau üben. Das andere sind Einzelheiten.«

Schließlich gab der CDU-Chef noch Ollenhauers Hinweise auf Sondierungen zwischen SPD und FDP wieder: »Offenbar haben verschiedene Gespräche mit Herren von der FDP stattgefunden, und zwar mit Herren, die die Koalition mit der SPD wollen. Es wird gesagt, es gäbe aber auch Leute da, die nicht dafür seien. Daher: ›Beibehaltung der

Erklärungen des Münchener Parteitages, wonach die SPD jede Partei unterstützen wird, die gegen Adenauer auftritt.‹ Ich hätte nie in meinem Leben daran gedacht, dass ich jemals eine solche Wahlfigur sein würde. Jede Partei wird unterstützt, die gegen mich ist!« Es folgten weitere Zitate und schließlich die Schlussbemerkung des Vorsitzenden, er müsse aus Gründen des Quellenschutzes vorsichtig sein mit dem Verlesen von Zitaten aus der geheimen Mitteilung.

Dem Kanzler erschienen nicht sämtliche Positionen Ollenhauers zitierenswert, etwa wenn er sagte: »Der Stalinismus ist nach der Gomulka-Wahl [zum Parteichef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Herbst 1956] praktisch tot«, einige starke Worte Chruschtschows änderten daran nichts. Dann verwies der Parteivorsitzende darauf, eine regierende SPD würde den Rahmen der Westverträge nicht einfach verlassen können. Diese »seien zunächst rechtens. Auch eine SPD-Regierung müsste sie erfüllen, jedoch Revision im Rahmen der gegebenen Vertragsmöglichkeiten anstreben.« Ein weiteres Dilemma ergab sich bei der Wehrpolitik, zumal einer demokratieverträglichen: »Wehrpflicht wird bei SPD-Wahlsieg abgeschafft. Berufsheer erfüllt Nato-Verpflichtungen. Zur Frage des Berufsheeres soll jedoch auf keinen Fall eine Zahlenangabe über die notwendige Stärke einer solchen Armee gemacht werden. (Hier ergibt sich eine Möglichkeit, die SPD festzulegen und in die Defensive zu drängen). CDU werde Sicherheitsfaktor propagandistisch sehr stark herausstellen und damit einer tatsächlich im Volk vorhandenen Grundstimmung entgegenkommen.«

Es überrascht nicht, dass ein Absatz in dieser Berichterstattung über die Meinungsbildung im SPD-Parteivorstand durch Anstreichungen von höchster Stelle besonders hervorgehoben wurde. »Sachlicher Wahlkampf notwendig! Positive Forderungen und Leistungen der SPD herausstellen!«, erfuhr der Bundeskanzler da zunächst, bevor ihm der BND einen noch tieferen Blick in das sozialdemokratische Nähkästchen gewährte: »Vor der Wahl: Einrichtung eines Berliner Büros zur Vorbereitung der Übersiedlung des Parteivorstands. Dieser Beschluss ist rein taktischer Natur. Er entstand aus dem Augenblick heraus und entsprang dem dringenden Wunsch der Berliner. Bis heute ist man sich nicht einmal klar darüber, welche Aufgaben das Büro haben soll. Aus optischen Gründen soll mit der Leitung des Büros ein westdeutscher Sozialdemokrat beauftragt werden.«

In der Diskussion des Ollenhauer-Referats, erläuterte der Bericht weiter, sei besonders der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Heinz Kühn »für feste Abmachungen mit junger Führungsschicht der FDP« eingetreten.[333] Der SPD-Chef sagte zu, er werde nähere Kontakte zum FDP-Vorsitzenden Reinhold Maier aufnehmen, falls dieser seine Bereitschaft dazu erkennen lasse. (Diese Kontakte waren ebenfalls ein nachrichtendienstliches Aufklärungsziel des BND.)[334] Generelle Grundstimmung der langen Sitzung sei gewesen: »Es muss ein sachlicher und positiv-offensiver Wahlkampf geführt werden«, wobei man sich durchaus darüber im Klaren sei, dass die neue Rentengesetzgebung die SPD bei den Rentnern manche Stimme kosten könne, weil »sich die Rentenreform für eigene Zwecke nur sehr schlecht auswerten lasse«. Abschließend referierte die umfängliche Information eine Stellungnahme des stets unter der besonderen Beobachtung von BND und Kanzleramt stehenden Herbert Wehner. Der habe sich in der Sitzung dagegen ausgesprochen, »dass die Kriegsdienstverweigerung zu einem zentralen Punkt des Wahlprogramms gemacht werde. Es handele sich um ein menschliches Problem, dem man mit Sympathie entgegentreten müsse. Die Kriegsdienstverweigerer sollten den Schutz der Partei genießen. Er wandte sich aber gegen die Falken, die die SPD-Mitglieder für die Kriegsdienstverweigerung gewinnen möchten.«

Reinhard Gehlens Zuträger blieb dem SPD-Vorsitzenden auch auf den Fersen, als er einige Tage später vor sozialdemokratischen Chefredakteuren sprach.[335] Vom linken Flügel sei keinerlei Einwirkung in Richtung einer möglichen Großen Koalition zu erwarten, habe sich Ollenhauer eingelassen, er hoffe aber, dass die FDP bei entsprechenden Ergebnissen zu einem Bündnis bereit sei. Propagandistisch solle man sich derzeit ganz auf »die Ablehnung von Euratom und gemeinsamem Markt« konzentrieren. Die Rentenreform werde »als Wahlgeschenk« leider ausschließlich der Union zugutekommen. »Die SPD-Parole ›Sicherheit für alle‹ ist bei der CDU und vor allem bei Dr. Lenz mit Entrüstung aufgenommen worden. Lenz behauptet, die SPD habe diese Parole der CDU ›gestohlen‹.« Das sei seiner, Ollenhauers, Auffassung nach aber nur »ein Beweis dafür, wie zugkräftig die Parole sei. Sie werde unter allen Umständen im Wahlkampf durchgehalten werden«. Eine Kampagne der CDU zur Mitgliederwerbung

sei nach seinen Informationen »total zusammengebrochen«. 300 000 neue Mitglieder habe man gewinnen wollen, 8000 seien es am Ende gewesen.

Kurt Weiß, »Winterstein«, konnte ebenfalls zur Einschätzung der Stimmung in der SPD-Führung beitragen. Seine Information stammte aus der Quelle »Lena«[336] und bezog sich auf angebliche Einlassungen Fritz Erlers.[337] »Die SPD ist fest davon überzeugt, dass sie mit einem absoluten Wahlsieg aus den kommenden Bundestagswahlen hervorgeht; sie richtet sich entsprechend ein. Ollenhauer wird sich aus der Regierungsebene freihalten, weil in seiner Partei Zweifel an seiner Qualifikation bestehen. Carlo Schmid scheidet aufgrund des erlittenen Schlaganfalles für eine Regierungsfunktion weitgehend aus. Der aussichtsreichste Anwärter für den Kanzlerposten ist Senatspräsident [Wilhelm] Kaisen (Bremen). Für Erler ist der Posten des Verteidigungsministers reserviert; es ist aber nicht ausgeschlossen, dass Erler auf den Außenministerstuhl reflektiert.« Ein sowjetischer Gewährsmann, auf den das alles zurückgehe, habe nach verschiedenen Gesprächen mit einflussreichen SPD-Funktionären überdies den Eindruck gewonnen, »dass die SPD eine Koalitionsregierung mit der CDU keinesfalls erwägt. Dagegen wurden FDP, Bayernpartei und BHE als ›akzeptablere Partner‹ bezeichnet.« Das waren keine ganz großen Neuigkeiten, immerhin aber eine Bestätigung von Mutmaßungen und Gerüchten, die in der Bundeshauptstadt umgingen. Am verlässlichsten flossen die Interna aus der »Baracke« über die Verbindung Ortloff in das Bundeskanzleramt ab.[338] Die Beziehungen zwischen Siegfried Ziegler und Siegfried Ortloff waren mittlerweile so eng geworden, dass sie miteinander verkehrten, als seien sie Kollegen in derselben Behörde.[339]

Mitte März 1957 wandte sich Ziegler nach Längerem wieder einmal an Gehlen persönlich.[340] Zunächst konnte er dem Präsidenten mitteilen, dass sich die Zusammenarbeit mit dem SPD-Ostbüro sehr gut entwickle und Ortloff ihm aus dessen Fundus »16 militärische Mitteilungen« überlassen habe.[341] Der stellvertretende Parteivorsitzende Mellies habe dem Sicherheitsbeauftragten Ortloff freilich seine Unzufriedenheit mit der Antwort des BND auf seine Anfrage in Zusammenhang mit Gerüchten einer Beteiligung des westdeutschen Auslandsnachrichtendienstes am Ungarn-Aufstand mitgeteilt. Walter Menzel wiederum habe Ortloff erzählt, dass er nach einem Journalistengespräch vom Bundesnachrichtendienst angerufen worden war: »Menzel sah darin einen Beweis, dass der BND sich

um innerpolitische Angelegenheiten kümmere. Er bat Otto [Ortloff] nachzufragen, ob so etwas möglich sei. Otto sagte zu Menzel, dass der BND natürlich mit Journalisten arbeiten müsse, da diese gute Möglichkeiten hätten, in die Ostblockstaaten zu reisen. Menzel gab sich nicht zufrieden, und Otto bittet, von höchster Stelle seine Antwort zu bestätigen und zu autorisieren.« Aus der Innenministerkonferenz vier Tage zuvor wolle er, Ziegler, dem Präsidenten aufgrund der Mitteilungen Ortloffs gerne mündlich Vortrag halten.

Das war nun nicht mehr so einfach, denn Gehlen entzog sich bei der Ausforschung der SPD-Spitze inzwischen immer entschiedener dem extrem heiklen persönlich-operativen Kontakt zu Siegfried Ziegler. Er begann seinen ungeliebten Stellvertreter Hans-Heinrich Worgitzky zwischenzuschalten, ohne jedoch die Regie dieser Top-Operation aus der Hand zu geben. Also entwarf der stellvertretende BND-Präsident einen Vermerk, in dem er den Vorbringungen Zieglers möglichst umfassend gerecht zu werden versuchte.[342] Unter anderem hielt der stets beflissene Worgitzky es für angebracht, in aller Ausführlichkeit auf den kritisierten Ungarn-Komplex einzugehen. Er setzte eine ellenlange Stellungnahme auf, die »Falschmeldungen« widerlegen sollte; sie seien »zweifellos gesteuert und nach Plan gestreut«, alles Ablenkungsmanöver des Gegners wie schon nach dem 17. Juni 1953 und den Unruhen in Polen 1956. Reinhard Gehlen reagierte auf so viel Diensteifer einigermaßen erzürnt mit einer für seine Verhältnisse ungewöhnlich langen Marginalie: »Warum nochmal? Mir hat Mellies gesagt, warum wir überhaupt auf die Ungarnbehauptungen eingingen. Wir sollten besser gar nichts tun – im Übrigen Kaiser [Ziegler] im Allgemeinen nichts Schriftliches geben.«

Letzteres war auf den folgenden Absatz im Worgitzky-Entwurf gemünzt: »Wir sind für Ottos Antwort, dass der BND mit Journalisten arbeiten müsse, dankbar. Es ist natürlich ohne weitere Anhaltspunkte sehr schwer herauszufinden, wer das gewesen sein kann. Wir bitten, falls der betreffende Journalist etwa unrechtmäßig angesprochen worden sei, um Mitteilung. 50 [Gehlen] würde in diesem Falle unnachsichtig vorgehen. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass sich jemand zu Unrecht als zu unserem Dienst gehörig ausgegeben hat.« Es war die immer gleiche, unverwandt verfolgte Strategie Gehlens, die politische Inlandsspionage mit einem kleinen Kreis

Eingeweihter persönlich zu forcieren und sie allen anderen gegenüber zugleich als unerlaubt und ungesetzlich zu bezeichnen.

Den nächsten Bericht über sein Treffen mit Siegfried Ortloff zeichnete Ziegler bereits auf Gehlen *oder* Worgitzky aus, legte wie gewöhnlich Materialien des Ostbüros bei und erwähnte eine Meldung, die der BND vor einiger Zeit seiner Spitzenquelle im SPD-Parteivorstand weitergegeben hatte. Darin hatte es geheißen, der IG Metall-Chef Brenner habe aus einer Sammlung der Gewerkschaftsjugend Kriegsdienstgegnern 50 000 DM zukommen lassen. »Diese Meldung ist falsch. Otto [Ortloff] teilt das mit, damit die Glaubwürdigkeit der Quelle richtig beurteilt werden kann«, schrieb Ziegler. Weit davon entfernt, diese Inlandsnachricht etwa zu geißeln, schrieb Gehlen nur an den Rand: »Solche Sachen gehen direkt an 133 [Winterstein]«;[343] mit der CIA tauschte sich der Präsident ohnehin recht freimütig über innenpolitische Fragen aus.[344] Nun war es jedenfalls an dem Vizepräsidenten des BND, persönliche »Treffs« mit Siegfried Ortloff wahrzunehmen.[345]

Der für das Kanzleramt und die CDU-Führung beinahe zu einem offenen Buch gemachte SPD-Vorstand war zu keiner Zeit in der Lage, sich ein realistisches Bild von den gegen ihn gerichteten Operationen des BND zu machen. Ein unbestimmtes Gefühl – wie es auch in dem erwähnten Verdacht Walter Menzels zum Ausdruck kam –, womöglich Opfer von Geheimnisverrat zu sein, existierte allerdings bei den sozialdemokratischen Spitzenfunktionären. Fritz Heine warnte die Bezirkssekretäre der SPD im Frühjahr 1957 mit deutlichen Worten vor einer möglichen Ausspähung. Man stelle in letzter Zeit in verstärktem Maße fest, schrieb er, dass gewisse Informationen »in gegnerischen Publikationen erscheinen«; teilweise würden sie auf Rundschreiben an die Bezirkssekretariate zurückgehen. »Es wird schwer möglich sein, festzustellen, wo das Loch ist, durch das die Mitteilungen außerhalb unseres Kreises gelangen«, fuhr das Vorstandsmitglied fort und appellierte an seine Genossen: »Ich wäre sehr dankbar, wenn Du persönlich den Versuch machen würdest, alles zu tun, was in Deinen Kräften steht, um mögliche Indiskretionen zu vermeiden. Bitte überlege Dir in Deinem Bürobetrieb, welche Sicherungen Du einbauen kannst […] Das ist ein sehr ernstes Anliegen, das besonders jetzt, während des Wahlkampfes, umso bedeutsamer wird.« Auf der

Empfängerliste der 32 Genossen in der SPD-Zentrale, die das dringliche Rundschreiben zur Kenntnis erhielten, stand auch Siegfried Ortloff.[346]

Das gesteigerte Interesse der politischen Inlandsspionage des BND galt, wie mehrfach erwähnt, dem immer stärker in den Vordergrund tretenden Herbert Wehner, einem »unlösbaren Rätsel«, wie Gehlen viel später einmal schrieb.[347] Dieses besondere Interesse schlug sich in einer Fülle von Hinweisen für das Bundeskanzleramt nieder. Wehners für den Strategischen Dienst arbeitender politischer Feind Erich Wollenberg etwa ließ keine Gelegenheit verstreichen, um Öl in das Feuer der Verleumdungen zu schütten.[348] Wehner war wegen seiner herausgehobenen Rolle in der Vorkriegs-KPD und seines Moskauer Exils natürlich auch ohne diese nachrichtendienstliche Verstärkung bei einem Teil der Bevölkerung und namentlich der Union ein immerwährender Verdachtsfall. Bundeskanzler Adenauer provozierte oder duldete die Rufmordversuche an dem Vertrauten Kurt Schumachers, den er für einen »Einflussagenten Moskaus« hielt und dem er »tiefstes Misstrauen« entgegenbrachte;[349] immer wieder unternahm er solche Attacken höchstpersönlich.

Es half dem im Herbst 1946 aus dem schwedischen Exil nach Deutschland zurückgekehrten Herbert Wehner wenig, dass er nicht nur in Worten, sondern vor allem auch in seiner politischen Praxis als Hamburger Publizist und Politiker deutlich machte, dass er mit dem Sozialismus sowjetischer Prägung während des Krieges gebrochen hatte – sei es, dass er betonte, Sozialismus sei untrennbar mit Freiheit verbunden, sei es, dass er eine prononciert pro-westliche Haltung an den Tag legte.[350] Sogar das Ostbüro der SPD hatte die Vergangenheit des einstigen KPD-Funktionärs »Kurt Funk« mit eindeutigem Ergebnis einer Prüfung unterzogen. Die SED, welcher der Renegat als Hauptfeind galt und deren Herrschaftsgebiet Wehner bereits in seiner ersten großen Bundestagsrede als »Sowjet-Preußen« bezeichnet hatte, wühlte ebenso unverdrossen in seiner Vergangenheit wie der BND.

Was Wehner in der westdeutschen Politik erwarten würde, hatte ihm bereits sein Förderer Kurt Schumacher prophezeit, und auch er selbst ahnte, man werde ihm »manchmal täglich bei lebendigem Leibe die Haut vom Leibe reißen«. Schon 1950 waren Flugblätter mit der Behauptung aufgetaucht, der SPD-Abgeordnete habe sich während des Exils an die schwedische Polizei verkauft. Adenauer betraute Wehner einerseits

durchaus mit diplomatischen Missionen, andererseits instrumentalisierte er dessen gebrochene Vergangenheit bedenkenlos für parteipolitische Zwecke, wenn es ihm nützlich erschien. Zwischen dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen war es bereits gegen Ende der ersten Legislaturperiode zu spektakulären Zusammenstößen gekommen; der Kanzler behauptete sogar im Kabinett, Wehner verkörpere »den russischen Einfluss« in der SPD. Damit war der Ton für Jahre gesetzt. Die Verleumdungen Walter Ulbrichts und Konrad Adenauers, der dem Generalsekretär der Nato ungerührt erklärte, in der SPD stünden starke pro-russische Kräfte unter Wehners Einfluss,[351] ergänzten sich.

Im Wahlkampf 1957 belebte die CDU ihre Kampagne erneut. Heinrich Krone, der Vorsitzende der Unionsfraktion, hatte die schon auf den ersten Blick ziemlich unwahrscheinliche Mitteilung erhalten, Wehner habe auf dem Umweg über die Sowjetunion den jugoslawischen Staatschef Tito um Schützenhilfe im Wahlkampf gebeten. Die CDU legte eine Anti-Wehner-Broschüre auf, die Angelegenheit beschäftigte das Kabinett. Innenminister Schröder verstieg sich zu der Mutmaßung, der SPD-Abgeordnete diene den Interessen Moskaus – ein mittlerweile vertrauter Topos, der noch aus dem vorigen Wahlkampf geläufig war, wo die Union die Bürger unter anderem mit dem berühmten Slogan geängstigt hatte, alle Wege des Marxismus führten nach Moskau.[352]

Ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen eskalierte die in der antikommunistischen Zeitstimmung prächtig gedeihende Konfrontation zwischen den beiden Volksparteien in zwei Höhepunkten, und es mag sein, dass die Schärfe der Auseinandersetzung mit daher rührte, dass CDU/CSU ihrerseits an einem Vergangenheitsproblem zu kauen hatte: Kanzleramtschef Hans Globke hatte Anfang 1957 eine seit längerem vorliegende, von höchster Stelle ausgesprochene Einladung in die Vereinigten Staaten absagen müssen, weil sich dort wegen seiner NS-Belastung starker Protest gegen ihn erhoben hatte.[353] Jedenfalls gerieten Wehner und Schröder bald neuerlich aneinander. Als der Bundesinnenminister Komitees, die menschliche Erleichterungen für politische Gefangene in der DDR forderten, bezichtigte, von der SED gesteuert zu sein, überzog Wehner ihn daraufhin mit einem eindeutig verfehlten Stalinismus-Vergleich. Der Bundestag wurde zum

»Hexenkessel«,[354] die Unionsabgeordneten verließen den Plenarsaal, der Kanzler wollte Wehner als Ausschussvorsitzenden ablösen lassen usw., usf., kurz: Es entfaltete sich neuerlich eine Kampagne mit dem Ziel, den längst zu einem über die Bundesrepublik hinaus beachteten Deutschland-Politiker und zu einem Schwergewicht der Opposition gereiften Parlamentarier nachhaltig zu beschädigen. Es war kein ganz erfolgloses Bemühen. Herbert Wehner polarisierte und blieb zeitlebens eine umstrittene Figur. Eine von Adenauer in Auftrag gegebene Meinungsumfrage kam auf dem Höhepunkt des Streits zu dem Ergebnis, dass der SPD-Mann in der Bevölkerung überwiegend negativ beurteilt wurde.

Der zweite Höhepunkt des Anti-Wehner-Feldzugs der Union betraf wieder einmal sein Exil in Schweden. Hier war auch der BND mit von der Partie. Es begann damit, dass der 33-jährige CDU-Mann Werner Marx mit dem Vorwurf von sich reden machte, Herbert Wehner sei während des Krieges »Mitglied des sowjetischen Spionageringes von Stockholm« gewesen. (Marx gehörte später zu den Abgeordneten der Union, die von Kurt Weiß mit Hinweisen aus der politischen Inlandsspionage des BND üppig versorgt wurden.[355]) Wie bestellt erschien kurz nach der Marx'schen Verleumdung die schwedische Zeitung *Dagens Nyheter* am Samstag, 9. März 1957, auf der Titelseite mit der Information, im Krieg habe sich im Stockholmer Seekommandohaus ein sowjetisches Agentennest befunden: Dort sei auch der deutsche Exilant und »Sowjetspion Wehner« als Leiter des schwedischen Nachrichtendienstes der Komintern tätig gewesen.[356] Anlass des Berichts war eine Auseinandersetzung zwischen Schweden und der UdSSR über ihre wechselseitige Spionagetätigkeit, der aus der Luft gegriffene Hinweis auf den SPD-Politiker in diesem Zusammenhang an sich nebensächlich.

Die CDU bewertete das völlig anders. Bemerkenswert war vor allem, wie schnell es die skandinavische Zeitungsente in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses schaffte. Die *dpa*-Meldung vom Vormittag hatte in der deutschen Presse so gut wie keine Resonanz gefunden, doch ein mit »Siegfried« gezeichnetes offenes Fernschreiben der deutschen Botschaft in der schwedischen Hauptstadt[357] ebenso wie eine Übersetzung des Artikels wurden, gerade so, als ob Gefahr im Verzuge sei, umgehend dem Bundeskanzler vorgelegt – vielleicht, weil den Diplomaten das Interesse Adenauers an der kommunistischen Vergangenheit von Herbert Wehner vor

Augen stand, vielleicht auch, weil irgendjemand Näheres über einen möglichen Zusammenhang zwischen dessen Qualifizierung als Sowjetspion durch Werner Marx vierzehn Tage vorher und nun durch das Stockholmer Blatt wusste. Ohne das geringste Bemühen zu prüfen, ob man vielleicht einer Falschmeldung aufgesessen sei, begann das Bundespresseamt sogleich damit, Journalisten mit Auszügen aus dem *Dagens Nyheter* zu versorgen. Kein Geringerer als der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag trug den Teilnehmern einer Pressekonferenz gleich nach dem Wochenende die Wehner-Passagen aus dem schwedischen Blatt vor, wozu, wie er scheinheilig erklärte, die Union »augenblicklich nicht Stellung nehmen« wolle. Der Pressedienst der CDU verbreitete anschließend, mit welch großer Bestürzung die deutsche Öffentlichkeit den schwedischen Zeitungsartikel habe zur Kenntnis nehmen müssen, doch sei man überzeugt, die SPD werde schon alles restlos aufklären.[358]

Als die Union die Gerüchteküche noch kräftig anheizte und die Legende vom »Sowjetspion« Wehner weiter schürte, hatte dieser dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, dem SPD-Vorsitzenden und den schwedischen Genossen bereits ausführlich dargetan, niemals Agent der UdSSR und niemals Chef eines Nachrichtendienstes gewesen zu sein. Ollenhauer sprach dem Attackierten das Vertrauen aus, der eilfertige Will Rasner, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Union, erklärte, die Unionsabgeordneten wären froh, wenn sich alles aufklären würde. Der sozialdemokratische *Parlamentarisch-Politische Pressedienst* ließ noch einmal Revue passieren, wie »die Bonner CDU ihre ›Wehner-Diskussion‹ inszenierte«, und machte darauf aufmerksam, dass die *Bonner Rundschau* sofort nach Rasners Attacke mit der Schlagzeile »War MdB Wehner ein Sowjetagent?« erschienen war. Das rieche nach einer abgestimmten Aktion, denn in einem Telefonat mit der Pressestelle der SPD-Fraktion am Vorabend sei doch klargestellt worden, dass die Meldung im *Dagens Nyheter* nicht den Tatsachen entspreche und man dies anderntags erläutern werde. Obgleich die Redaktion der *Rundschau* daraufhin zugesagt habe, sie wolle diese Erklärung abwarten, sei der inkriminierende Artikel erschienen.[359] Der SPD-Pressedienst kam zu dem Schluss, »der ›Tiefschlag gegen Wehner‹ sei ein Teil jener perfiden Methoden, mit denen die CDU auch den diesjährigen

Wahlkampf zu führen gedenke«. Es war klar, dass die Wehner-Kampagne sich niemals so schnell entfaltet haben würde, wenn der CDU-Vorsitzende, der Bundesgeschäftsführer oder ein anderer Funktionär der Union intern signalisiert hätten, den schwedischen Zeitungsartikel nicht so eilig und so breit auszuschlachten.

Die Entschlossenheit der CDU-Führung, der Verunglimpfung Wehners freien Lauf zu lassen, wurde vollends offenbar, als *Dagens Nyheter* sechs Tage nach der Erstmeldung mit Bedauern einräumte, sich in der angeblichen Geheimdienstaffäre gründlich vergaloppiert zu haben. Als Wehner 1942 (im selben Jahr, als ihn die KPD ausschloss) von einem schwedischen Gericht wegen unerlaubter Nachrichtentätigkeit verurteilt worden sei, so das Blatt, hätten die Richter angenommen, dies sei im Auftrag und zugunsten der Komintern geschehen, jedoch: »Wehner war ganz auf die Bekämpfung des nazistischen Deutschlands eingestellt; von irgendwelcher Tätigkeit, die Schweden hätte schaden können, war niemals die Rede.« Und vor allem: Die Qualifizierung des SPD-Politikers als »Sowjetspion« sei nicht gerechtfertigt gewesen. Das ergebe sich auch aus der Entscheidung der schwedischen Regierung, die das auf Grundlage des Urteils ausgesprochene Einreiseverbot Wehners schon vor fünf Jahren aufgehoben habe: »Es liegt auf der Hand, dass ein solcher Beschluss nicht gefasst worden wäre, wenn die Nachrichtentätigkeit etwas qualifiziertere Spionage enthalten hätte.«[360] Diese Richtigstellung lag Globke ebenso vor wie ein entsprechender Bericht der *Bonner Rundschau,* den der Staatssekretär dem Kanzler sogleich mit dem Bemerken weiterleitete: »Der Geschäftsordnungsausschuss hat auf Vorschlag der SPD (›im Interesse der Würde des Parlaments‹) beschlossen, dass Präsident Gerstenmaier im Einvernehmen mit den Fraktionen eine Ehrenerklärung für Wehner abgeben soll. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hat Gerstenmaier jedoch abgeraten, dies zu tun, bevor der Fall völlig geklärt sei.«[361] Herbert Wehner blieb ein »Fall«, der jedenfalls besser erst nach dem Wahlkampf ad acta gelegt würde.

Das zeigte sich in der parlamentarischen Nachbehandlung der Verleumdung. Ganz im Sinne des Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone und wohl kaum gegen den Willen des CDU-Vorsitzenden weigerte sich die Unionsfraktion, dem einstimmigen Beschluss des Geschäftsordnungsausschusses zu folgen, wonach der Bundestagspräsident

eine Ehrenerklärung für den Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses abgeben solle. Die Geschäftsordnung gebe das nicht her, hieß es, eine Klärung der Angelegenheit sei ausschließlich Sache der SPD, kurz: Der »Fall« sollte nicht einvernehmlich beigelegt werden.[362]

Der Kanzler ließ in seinen Bemühungen, die SPD als Ganze als national unzuverlässig zu stigmatisieren, nicht locker und wurde auch nicht müde, nachrichtendienstliche Dossiers über einen seiner entschiedensten politischen Gegner mit spitzem Bleistift zu studieren. Wehner selbst, der im zurückliegenden Jahrzehnt ungezählten Versuchen der Rufschädigungen aus der DDR und dem konservativen Lager ausgesetzt gewesen war, machte nun einigen hundert Politikern, Publizisten und Parteifreunden seine umfänglichen »Notizen« von 1946 zugänglich, in denen er über seine Abkehr vom Staatssozialismus sowjetischer Prägung Rechenschaft gegeben hatte. Er sei »ein Mensch«, bekannte er im April 1957 öffentlich, »der zum Ziel einer Treibjagd gemacht worden ist, der moralisch aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden soll«; Rufmord gehöre heute zu den Alltäglichkeiten der Regierungspolitik.[363]

Die Presse blieb in dieser Frage polarisiert wie immer. Der katholisch-konservative, mit engen Beziehungen zur Bundesregierung und zum Bundesnachrichtendienst gesegnete *Rheinische Merkur*,[364] der seit jeher vor dem »Saulus« und dem »roten Odysseus« in der deutschen Politik warnte, sah in der kommenden Wahlentscheidung eine klare Alternative zwischen der CDU Adenauers und einer SPD mit dem Ex-Kommunisten Wehner in ihren Reihen: Ein »wohlbestelltes Haus für jede Familie im Schutz eines Staates, der seinen Beitrag zum Frieden im Verband der freien Welt zu leisten gewillt ist, oder Einstampfung im roten Block des Bolschewismus«. Der Herausgeber und Chefredakteur der linksliberalen *Frankfurter Rundschau*, Karl Gerold, dagegen warf den Sozialdemokraten eine viel zu defensive Haltung im »Fall Wehner« vor, als er schrieb: »Was tut die SPD? Sie verlangt eine Ehrenerklärung, anstatt zu sagen, dass Wehner keine Ehrenerklärung braucht.«[365]

Nach der Bundestagswahl fand sich in der Union niemand von Gewicht, der einen Schritt auf den angeblichen Sowjetspion zugegangen wäre. Im Gegenteil, Adenauer bestand darauf, dass Herbert Wehner vom Vorsitz des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen abgelöst werden müsse. Darin folgte ihm seine Fraktion jedoch nicht und votierte für die neuerliche

Berufung des SPD-Abgeordneten. Der Bundeskanzler empfand diese Entscheidung seiner Fraktion, die das Verhältnis zu Wehner entspannen wollte, als eine ebenso ungewohnte wie unverdiente »Niederlage«.[366]

Der Bundeskanzler zog die geheimen Informationen sorgfältig zu Rate, die ihm der BND aus der »Baracke« verschaffte. Nicht weniger intensiv pflegte er sich in die Dossiers des Gehlen-Dienstes zu vertiefen, die sich mit der Vergangenheit Wehners befassten. Das gilt für die Jahre vor wie nach der *Dagens Nyheter*-Affäre. Während des Wahlkampfs lag ihm beispielsweise ein achtseitiges Papier des Auslandsnachrichtendienstes vor, das er mit Fachkennerschaft analysierte.[367] Das Dossier, das kein exaktes Datum trägt, sondern lediglich mit »1957« ausgewiesen ist, rekurrierte zunächst auf Wehners Jahre in der Sozialistischen Arbeiterjugend und seine kurze anarchistische Phase, in welcher er den bedeutenden Erich Mühsam angeblich betrogen und verraten habe[368] – Anstreichung des Kanzlers. In dem innerparteilichen Machtkampf der KPD habe er sich gegen Ende der Weimarer Republik auf die Seite Thälmanns und Ulbrichts gestellt: »Die SED behauptet, Unterlagen dafür zu haben, dass Wehner damals auf zwei Schultern getragen habe, indem er sowohl Ulbricht als auch dessen Gegner [KPD-Gründungsmitglied Leo] Flieg mit Informationen belieferte« – Anstreichung des Kanzlers. Breiten Raum nahm Wehners Verhalten nach 1933 ein, wo er zunächst illegal in Deutschland, später in Prag, Paris und Moskau gearbeitet habe: »Hier soll er die Weisungen Stalins ohne Kritik und Widerspruch bei jedem Wechsel der Parteilinie befolgt haben.« Wehner behaupte zwar, während der Säuberungsprozesse habe auch ihm ein Verfahren gedroht, »Berichte aus kommunistischen Kreisen« besagten dagegen, »dass er durch seine Aussagen und Denunziationen zur Beseitigung seiner alten Genossen beigetragen habe«.

Besonders heikel und tagespolitisch bedeutsam waren natürlich die Auskünfte des BND-Dossiers über die Rolle Wehners in Schweden. Dorthin sei er zu Beginn der vierziger Jahre von der Komintern geschickt worden, um die von Karl Mewis geleitete KPD-Sektion zu »überwachen«. 1942 sei er verhaftet und im April vom Stockholmer Stadtgericht wegen geheimer Nachrichtentätigkeit verurteilt worden, eine Tatsache, die vor Jahren bereits einer Titelgeschichte des *Spiegels* zu entnehmen gewesen war[369] und von Adenauer nun im Hinblick auf die Berufungsverhandlung mit der

kenntnisreichen Bemerkung kommentiert wurde: »Bisher hieß es, die Strafe sei auf 2 Jahre Kerker erhöht worden.«

Dann befasste sich das Dossier mit vermeintlichen Widersprüchen in dem erwähnten Rechenschaftsbericht Wehners aus dem Jahre 1946. Dafür wurde sogar die offensichtlich denunziatorische Stellungnahme eines Bundestagsabgeordneten der im Jahr zuvor verbotenen KPD herangezogen, der von Wehner als einem Agenten »des Intelligence Service« sprach – heftige Unterstreichungen des Kanzlers –, sowie die Erzählungen eines schwedischen Sozialdemokraten, in dessen Augen Wehner »kein Kommunist oder Antifaschist, sondern ein Provokateur und Verräter« sei. Weitere vermeintliche Belege für die Unzuverlässigkeit und Lügenhaftigkeit des SPD-Politikers kamen hinzu, alle vom Kanzler zur Kenntnis genommen und teilweise mit Anstreichungen versehen. Danach folgte der nur knapp zwanzig Zeilen umfassende Abschnitt »Politische Tätigkeit nach 1945«. Mit einer Randbemerkung zweifelte Adenauer gleich zu Beginn die Version von der Rückkehr nach Hamburg an und schrieb, Wehner sei davor »in der Schweiz« tätig gewesen. Die folgenden dürftigen Bemerkungen waren ihm keine Randbemerkung mehr wert, auch nicht die etwas primitive Passage, in der es hieß, »er lehne Adenauer vor allem deshalb ab, weil dieser eine Wiedervereinigung nicht billige, die die ›sozialen Errungenschaften der Zone‹ unangetastet übernimmt«.

Das Fazit des BND begann mit der üblich gewordenen, der tatsächlichen Praxis radikal entgegenstehenden salvatorischen Formel, bei der vorliegenden Zusammenstellung handele es sich lediglich um »Rand- und Zufallserkenntnisse«. Dann räumte der Auslandsnachrichtendienst ein: »Eindeutig klare Beweise, ob Wehner wirklich mit dem Kommunismus gebrochen hat oder nicht, fehlen bis heute. Eine endgültige Klarheit über den Fall Wehner kann vielleicht eine Einsichtnahme in das schwedische Prozessmaterial ergeben, das nach den schwedischen Gesetzen wie in allen übrigen Landesverratsprozessen geheim und nicht ohne weiteres zugänglich ist. *Es wird versucht werden, in dieses Einblick zu gewinnen*« – Anstreichung des Bundeskanzlers.

Diese Ankündigung des BND war ebenso brisant wie einfältig, da eine Einsichtnahme in die Prozessakten von 1942 das Wehner-Rätsel, das Adenauer so eifrig am Leben hielt und so gerne instrumentalisierte, selbstverständlich nicht lösen konnte. Die Absicht des

Bundesnachrichtendienstes, alte Gerichtsakten für den untauglichen Versuch zu konsultieren, die Vergangenheit eines führenden Politikers der Opposition aufzuklären und damit ersichtlich und vor allem der Regierungspartei zu Diensten zu sein, lag zwar auf der Linie seiner politischen Inlandsspionage, sie ging als aktive Maßnahme aber noch einen Schritt über die zur Gewohnheit gewordene Ausforschung der Opposition hinaus. Tatsächlich lag dem Bundeskanzleramt umgehend eine Abschrift des Urteils des Stockholmer Stadtgerichts von April 1942 vor.[370] Aus den überlieferten Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob der BND bei einem möglichen Zusammenspiel deutscher und schwedischer Stellen *vor* dem Erscheinen des Wehner-Artikels im *Dagens Nyheter* beteiligt gewesen ist; *danach* jedoch mit ziemlicher Sicherheit. Es muss Spekulation bleiben, ob die Achse Ortloff-Ziegler hier eine Rolle spielte. Immerhin unterhielt Siegfried Ortloff nicht nur vielfältige Beziehungen zu seinem Exil-Land Schweden, er erfreute sich auch einer engen Freundschaft mit dem Chef des schwedischen Militärgeheimdienstes Birger Elmer, dem Patenonkel seines 1963 geborenen zweiten Sohns Alexander.[371]

Nach der Affäre, die den Bundestagswahlkampf zusätzlich vergiftete, entwickelte sich eine Diskussion darüber, wer die ganze Wehner-Sache eingefädelt haben könnte. Ein Verdacht fiel sofort auf Erich Wollenberg, der nicht nur für Pullach arbeitete, sondern seinen ehemaligen KPD-Genossen Wehner nach wie vor mit alttestamentarischem Hass verfolgte. Hatte die Mutmaßung Wollenberg durchaus etwas für sich, so ging sie doch ins Leere. Das ergibt sich aus einem in seinem Nachlass aufgefundenen Schriftstück: »Man hat mir von verschiedenen Seiten aus Deutschland geschrieben,« teilte er seinem Freund Wolfgang Schmidt[372] privatim mit, »dass man mich in SPD-Kreisen in Verbindung bringt mit der gegen Herbert Wehner entfalteten Pressekampagne. Das ist natürlich völlig abwegig. Was ich Wehner vorwerfe, hat überhaupt nichts gemeinsam mit den Vorwürfen gegen ihn in der schwedischen Zeitung und den Angriffen der CDU-isten. Im Kriege gegen Hitler musste man – leider! – auch in gemeinsamer Frontstellung mit den gegen Hitler Krieg führenden Staaten kämpfen, also auch in gemeinsamer Frontstellung mit der stalinistischen Sowjetunion. Sogenannte ›Spionagedienste‹ gegen das hitlerische 3. Reich, ob nun in Verbindung mit den Westmächten oder mit der Sowjetunion, sind meiner Ansicht nach durchaus ›an sich‹ nicht ehrenrührig. Also eine

eventuelle ›Spionagetätigkeit‹ Wehners im Dienste der Sowjets, also der damals im Bündnis mit den Westmächten kämpfenden sowjetischen Armee, könnte ›die Ehre eines Internationalisten und Sozialisten deutscher Nation‹ nicht berühren. Was ich Wehner vorwerfe, liegt, wie Du weißt, auf einer völlig anderen Ebene: dass er ab 1931 als rechte Hand Ulbrichts einen brutalen und gewissenlosen Kampf gegen alle oppositionellen Kommunisten geführt hat; dass er nach Hitlers Machtantritt diesen Kampf noch verschärfte und dass er zum Mindesten wissend geduldet hat, wenn Ulbricht und sein Apparat oppositionelle Kommunisten an die Gestapo auslieferten; dass er in Moskau die deutschen oppositionellen Kommunisten mit echten und gefälschten Unterlagen der GPU ausgeliefert hat, darunter Leo Flieg, der im Wesentlichen aufgrund der Aussagen Wehners von der GPU liquidiert worden ist.« Er, Wollenberg, schreibe dies alles, weil er sich mit der Absicht trage, »in einem ausführlichen Schreiben an Fritz Heine die gegen mich erhobenen Vorwürfe, ich hätte der CDU Material gegen Wehner geliefert, ad absurdum zu führen«.[373] Schmidt riet seinem Freund jedoch, die Dinge, die inzwischen doch erledigt seien, ruhen zu lassen und nicht an Heine zu schreiben, da das »den Eindruck der Aufdringlichkeit und Wichtigtuerei hinterlassen könnte«.

Erich Wollenberg hielt es offenbar für nötig, den Verdacht gegen ihn besonders umfassend und gründlich zu widerlegen. Ganz ist ihm das nicht gelungen. Als der Strategische Dienst von Wolfgang Langkau und Kurt Weiß nach dem Ausscheiden Gehlens aufgelöst und einer gründlichen nachträglichen Untersuchung unterzogen wurde, machte der herausragende Analytiker Karl-Eberhard Henke (»Herder«) jedenfalls auf einen Quellenbericht von Anfang Oktober 1957 aufmerksam, in dem Mutmaßungen über die *Dagens Nyheter*-Affäre angestellt waren. Darin hieß es, Journalisten wüssten offenbar recht gut über die Beziehungen Wollenbergs zum Langkau-Dienst Bescheid und favorisierten zwei Theorien: Erstens, »dass der Vorgang Wehner entweder über Wollenberg-Sessler-Amerikaner [Thomas Sessler, Publizist in München und ergiebigste Quelle für Fragen des Sozialismus und des Ostblocks im Strategischen Dienst] an die Regierungsstellen herangetragen wurde«, oder, zweitens, »dass die Regierungsstellen über Wollenberg-Sessler-BND informiert wurden. Das Material wurde von Wollenbergs gutem Bekannten, einem Schweden (vor zwei Jahren verstorben) in Schweden gesammelt und

Wollenberg zugänglich gemacht. Dies Material über Wehner hat Wollenberg dem Sessler übergeben.«[374]

Die laufende Berichterstattung des BND über Herbert Wehner endete mit der Schweden-Affäre keineswegs. Ein knappes Jahr später gab Kurt Weiß beispielsweise eine »Vortragsnotiz« an Gehlen, in der er den Präsidenten darauf aufmerksam machte, in Händen eines dänischen Ex-Kommunisten, der nun zur Sozialdemokratie gehöre, befände sich »Material über den SPD-Bundestagsabgeordneten Wehner«. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Baade habe dem Dänen angeblich zu verstehen gegeben, »dass zahlreiche Mitglieder der SPD-Führungsgremien an einer endgültigen Klärung der Angelegenheit Wehner interessiert seien.«[375] In den Unterlagen von Kanzleramtschef Globke finden sich auch in den späteren Jahren noch reichlich Papiere unterschiedlicher Provenienz, in denen der führende SPD-Politiker prominent figuriert. Deren Herkunft ist zum Teil nicht mehr bestimmbar, sie stammen keineswegs alle aus Pullach, doch alle signalisieren das durchweg ungebrochene Interesse Adenauers und Globkes, ihrem kantigen Widersacher aus seiner Vergangenheit vielleicht doch noch einen Strick drehen oder ihm diese wenigstens immer wieder öffentlichkeitswirksam vorhalten zu können.

Eine umfängliche Sammlung aus diesem Fundus (»Besondere Fälle in der SPD«) umfasste allein zu Herbert Wehner 14 Seiten. Sie listete eine Fülle von Pressezitaten und politischen Äußerungen einschließlich »persönlicher Beleidigungen« auf, die in ihrer Verdichtung aus dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden auch nach Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 noch einen weiterhin sehr gefährlichen Linken machten: Gestaltung einer lebendigen Ordnung, »die nicht mehr rückläufig zu einer Kasten-, zu einer Cliquen- und Klassenherrschaft entwickelt werden kann«; schon Karl Marx habe erklärt, die Arbeiterklasse habe die Pflicht, den diplomatischen Akten ihrer jeweiligen Regierungen »erforderlichenfalls mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken«; Schaffung einer gesamtdeutschen Wirtschaftsgemeinschaft zur »Überwindung des jetzigen Sozialgefüges in Deutschland«, usw.[376] Eine weitere Zusammenstellung »prominenter Sozialdemokraten in öffentlichen Funktionen mit Angaben ihres ideologischen Standpunktes« (Unterstreichung Adenauers) führte Wehner ebenfalls auf. Die Liste umfasste allein unter dem Buchstaben B 24 Namen,

so etwa: »Brandt, Willi (sic!), Berlin, linker Marxist, gemäßigt durch opportunistische Aspekte; Brenner, Otto, Frankfurt/Main, revisionistischer Marxist, radikal (IG Metall); Birkelbach, Willi, Frankfurt, orthodoxer Marxist, radikal«. Und: »Wehner, Herbert, Hamburg, orthodoxer Marxist, radikal.«[377]

Vieles in diesen Papieren war Gewäsch, offenkundiger Unsinn oder »ziemlich oberflächlich«, wie Globke einmal auf eine Unterlage der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise schrieb[378] und wie es der Bundeskanzler selbstverständlich ebenfalls mit bloßem Auge erkennen konnte. Das änderte jedoch nichts daran, dass Adenauer die SPD während seiner Amtszeit nicht nur beobachtete – eine Selbstverständlichkeit für einen Parteiführer–, sondern sich eben auch in extenso illegal beschafften Materials bediente, das ihm die politische Inlandsspionage des BND auf den Schreibtisch legte. Noch als sich Anfang der sechziger Jahre seine Kanzlerschaft dem Ende zuzuneigen begann, stoppte der Bundeskanzler diese Praktiken des Auslandsnachrichtendienstes nicht etwa, sondern ermunterte seinen Präsidenten geradezu, damit fortzufahren. Naturgemäß können wir uns bei der Analyse dieser Machenschaften an höchster Stelle nur auf die schriftliche Überlieferung stützen und nachträglich leider nicht in Gespräche über die Beobachtung des innenpolitischen Gegners hineinhorchen, die zwischen Adenauer, Gehlen und Globke im Laufe von mehr als zehn Jahren stattgefunden haben. Die eine oder andere Aufzeichnung hat sich jedoch erhalten, aus der man einen Eindruck gewinnen kann, wie ein solcher Gedankenaustausch, oder besser: der klare Wunsch des Bundeskanzlers, auf den BND-Präsidenten eingewirkt hat.

Reinhard Gehlen traf – um weit vorzugreifen und wie oben bereits erwähnt – Adenauer am 3. November 1960 also zu einer Unterredung und fertigte darüber eine Aktennotiz an.[379] Anlass war der Fall des SPD-Bundestagsabgeordneten Alfred Frenzel, der gerade als Agent des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes enttarnt worden war. Prominente Verratsfälle hatte es auch in den Unionsparteien gegeben, doch dies war ein besonders schwerer, da Frenzel dem Verteidigungsausschuss angehörte. Der Bundeskanzler habe ihn kommen lassen, so Gehlen, um ihm gegenüber »seiner Besorgnis Ausdruck zu geben über die Unterwanderung im politischen Bereich auch ideeller Natur (sic!), wobei er zum Ausdruck brachte, dass insbesondere bei der SPD – wie auch der Fall Frenzel zeige –

es eine Reihe von Persönlichkeiten gebe, die abwehrmäßig und eventuell auch politisch fragwürdig seien. Er nannte hierbei verschiedene Namen wie Wehner, Brandt, [Ernst] Paul, Mattig [Kurt Mattick], [Ludwig] Metzger u. a., deren politischer Standpunkt unsicher sei. Unabhängig davon, wo der Osten einzelne Figuren benutze, sehe er die Gefahr einer Neutralitätspolitik besonders von Seiten der Opposition vertreten, die in der Zukunft das deutsche Volk ins Unglück führen könne. Es sei besonders wichtig, sich ein Bild zu schaffen, welche Persönlichkeiten unter Umständen nicht zuverlässig seien und wie weit die Gefahr gegeben sei, dass insbesondere die Opposition aber auch andere Kreise sich dem Gedanken einer politischen Neutralität zwischen Ost und West in der Zukunft aufgeschlossen zeigen könnten. Insbesondere sei es auch wichtig, sich einen Einblick zu schaffen, wie weit die Infiltration der Gewerkschaften gegangen sei. In diesem Rahmen wurde eine Reihe von Persönlichkeiten und Zusammenhängen des Näheren diskutiert, die aus den Anlagen hervorgehen. Der Bundeskanzler gab mir den Auftrag, unter Vermeidung jeder parteipolitischer Implikation diesen Zusammenhängen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich solle ihm hierzu in einigen Wochen mündlich berichten.« Eine eindeutigere Deckung seiner politischen Inlandsspionage konnte sich der BND-Präsident nicht wünschen. Bedurft hätte er ihr allerdings nicht, denn sie war länger als ein Jahrzehnt gängige Praxis und hatte schon begonnen, ehe Konrad Adenauer die erste Bundesregierung bildete.

Die Ausforschung des sozialdemokratischen Parteivorstands durch den BND hielt in dem halben Jahr bis zur Bundestagswahl seine hohe Frequenz. Zu allen möglichen Themen und Ereignissen trafen Mitteilungen im Kanzleramt ein, allein im Mai mindestens zehn Meldungen, teilweise drei Schreibmaschinenseiten lang und länger. Es begann mit der Information, dass zwischen dem Parteivorsitzenden und dem sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten und Bundestagsabgeordneten Heinrich Deist in der Frage der Kontrolle bzw. Sozialisierung der Industrie entgegen dem Eindruck in der Öffentlichkeit kein echter Dissens bestehe.[380] Es habe allerdings ein ziemliches Hin und Her und auch Kommunikationspannen gegeben: »Es scheint der Parteiführung auch diesmal nicht zu gelingen, die Frage der Sozialisierung aus dem Wahlkampf herauszuhalten. In allen bisherigen Erörterungen der Parteigremien über wahltaktische Fragen

wurde versucht, diese Fragen in den Hintergrund zu drängen.« Zwei weitere Meldungen vom selben Tag befassten sich mit Unterschlagungen im SPD-Ostbüro, die der Parteivorstand unter der Decke halten wolle. Er habe sogar vor, einem betroffenen leitenden Mitarbeiter ein gutes Arbeitszeugnis auszustellen, »das ihm erlaubt, bei der Bundeswehr als Feldwebel oder Oberfeldwebel unterzukommen«; eine Vorstellung beim Ministerium sei bereits erfolgt.[381] Nicht weniger detailliert wurde von einem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten berichtet, einem Landwirtschaftsfachmann, der nicht mehr aufgestellt werde, weil er sich weigere, seinem Parteibezirk finanziell unter die Arme zu greifen: »Er gilt außerdem als sehr arrogant und unkollegial.«[382]

Ein ausführlicher Bericht über die SPD-Vorstandssitzung folgte einige Tage später.[383] Der Bundeskanzler bekam zu lesen, dass es Probleme gegeben hatte, den CDU-Renegaten von der GVP auf einer Landesliste der Sozialdemokraten unterzubringen, Mellies sich aber stark für ihn einsetze, »in der Hoffnung, damit den oppositionellen Flügel in Kreisen der Evangelischen Kirche stärken und diesen zugleich stärker an die SPD binden zu können«. Eine dicke Anstreichung erhielt die vertrauliche Information eines *dpa*-Vertreters bei der UNO. Präsident Eisenhowers unwillkommener Vorschlag zu einer militärisch verdünnten Zone sei unmittelbar auf ein Schreiben des sowjetischen Regierungschefs zurückzuführen: »Bulganin habe darin gedroht, eine Aufrüstung der Bundesrepublik mit atomaren Waffen werde von den osteuropäischen Signatarstaaten des Warschauer Paktes als eine akute Bedrohung angesehen werden, die sehr wohl zu einer Auseinandersetzung dieser Staaten mit der Bundesrepublik führen könne. Im Parteivorstand wurde diese Information sehr ernst genommen.« Er sei besorgt, der Kanzler und die Union werde das im Wahlkampf ausnützen, indem sie der SPD die Frage stellten, »ob diese bereit sei, den Vorschlägen des US-Präsidenten um den Preis der Wiedervereinigung Folge zu leisten«. Geschehe das, werde man sich auf eine alte SPD-Anregung zurückziehen, »wonach Bonn und Pankow als Mandatsträger der USA und der SU sich miteinander über Möglichkeiten der Wiedervereinigung unterhalten müssten«.

Dann gab es einen Einblick ins Innenleben der Vierer-Koalition aus SPD, FDP, BHE, Bayernpartei und die Probleme mit der Flüchtlingspartei. Waldemar von Knoeringen habe berichtet, man werde ständig von ihr

erpresst: »Er sagte, die SPD könne diese Handlungsweise schon allein aus Selbstachtung auf die Dauer nicht mehr untätig ansehen. In Bayern sei man längst entschlossen, die Koalition aufzulösen. Wenn dies bisher noch nicht geschehen sei, so einzig und allein aus psychologischer Rücksicht auf den Wähler. Nach den Bundestagswahlen sei es aber spätestens Zeit.« So geschah es. Weitere Einzelheiten folgten.

Auch zu den Gerüchten, die Sozialdemokraten hätten beschlossen, das Amt des Bundeskanzlers sei mit dem des Parteivorsitzenden unvereinbar, äußerte sich der Vorstand: Ein solcher Beschluss existiere nicht, jedoch die mehrheitliche Meinung, dass für das Amt des Regierungschefs im Falle eines Sieges der SPD und der FDP »nur Ollenhauer in Frage kommt. Kombinationen, wonach Reinhold Maier die Chance zufallen könnte, Regierungschef zu werden, werden im Parteivorstand als völlig irreal bezeichnet«.

Zwei Tage später war die »Atomdebatte« Thema eines BND-Berichts. Im Propagandareferat der SPD sei man der Ansicht, »es lasse sich die Atomfurcht nur noch mit Einschränkung für die Wahlagitation auswerten«.[384] Namentlich die Rede von Eugen Gerstenmaier in der kürzlichen Bundestagsdebatte habe den Standpunkt der Union so präzisiert, dass man dagegen kaum anrennen könne, »ohne in den Verdacht zu kommen, einer völligen Aufweichung des Westens das Wort zu reden […] Man versteht heute im Parteivorstand nicht mehr, dass die CDU Gerstenmaier so lange aus der aktiven Politik ausgeschaltet habe. Man hält allerdings schärfere Konflikte zwischen Adenauer und Gerstenmaier für durchaus möglich und wird alles tun, um sie auszunutzen.« An den Rand dieser Passage setzte der Bundeskanzler einen dicken Doppelstrich.

Zwei vertrauliche Mitteilungen vom selben Tage über die Beziehungen zwischen den Sozialdemokraten und dem DGB fanden im Palais Schaumburg ebenfalls reges Interesse.[385] Man sei unzufrieden mit dem neuen Vorsitzenden Willi Richter, der auch nicht besser sei als sein Vorgänger Freitag, weil die Gewerkschaften immer noch einen »politisch zu neutralen Kurs« steuerten; das werde sich auch auf die Wahlen auswirken. Die Kritik am SPD-Vorstandsmitglied Richter sei freilich nicht ganz frei von Eigennutz, da deren Hauptprotagonisten ihn an der Spitze des DGB beerben wollten. Die zweite Meldung vom Tage ging auf den Kassierer der Eisenbahnergewerkschaft ein und schrieb diesem »eine beachtliche Rolle«

in den Finanzbeziehungen von SPD und DGB zu, die Adenauer immer genau verfolgte; entsprechend dick seine Hervorhebung auf dem Papier.

Ebenso interessant für die CDU-Spitze und den Bundeskanzler waren Hinweise auf die Wahlkampftaktik des Gegners und seine inneren Differenzen. Eine Nachricht über die sozialdemokratische Zeitung *Der Flüchtling*, die in Lagern regelmäßig verteilt werden sollte, weil die SPD auf diesem Wege an die für sie bisher schwer erreichbare Gruppe »herankommen« wollte, war für Adenauer so wichtig, dass er Globke eigens darauf aufmerksam machte.[386] Der Staatssekretär reagierte sogleich und fragte unter Zitierung der Meldung im Namen des Kanzlers beim Bundesgeschäftsführer nach, »was die CDU auf diesem Gebiet zu tun beabsichtigt«.[387] Außerdem gab es recht konkrete Hinweise auf eine »erregte Diskussion« im erweiterten Parteivorstand der SPD, bei der es um eine von Fritz Heine geplante Artikelserie für den *Vorwärts* gegangen sei.[388] Titel sollte »Zwielicht um den Bundeskanzler« sein. Der Auftakt sei »mit einer Attacke gegen Staatssekretär Globke« zu machen, wie es hieß: »Im Anschluss daran sollten diejenigen Personen folgen, von denen Heine annimmt, dass sie durch die persönliche Intervention des Bundeskanzlers in ihrer Karriere gefördert worden sind. Professor Carlo Schmid stellt sich mit Nachdruck gegen die Absicht von Heine, insbesondere unter Hinweis darauf, dass die CDU mit Beweismaterial gegen die SPD aus denjenigen Ländern kontern könnte, in welchen die SPD eine für sie günstige Personalpolitik betrieben hätte. Er wies besonders auf die ihm bekannten intimen Vorgänge in der hessischen Regierung hin. Sein Standpunkt wurde unterstützt von dem Bundestagsabgeordneten Erler, der auf den Widerspruch zwischen der Forderung von Heine, dass der Wahlkampf fair geführt werden müsse, und seine vorgenannten Absichten hinwies.« Fünf von acht anwesenden Vorstandsmitgliedern hätten gegen die Idee Heines gestimmt, weshalb der Plan nun dem 32-köpfigen Parteiausschuss zur Entscheidung vorgelegt werde.

Auch über Details zur Haltung der SPD in Fragen der Wirtschaftsordnung und zu konkreten wirtschaftspolitischen Initiativen erfuhr man im Palais Schaumburg einiges, als der Wahlkampf Fahrt aufnahm. Da die CDU sich für die Privatisierung des Volkswagenwerks stark machte und die Bevölkerung mit der Ausgabe von »Volksaktien« dafür gewinnen wollte, wurde aus der SPD gemeldet, die Union ziele mit

diesem nicht zu realisierenden Vorschlag darauf ab, »die Frage der Sozialisierung durch die Hintertür in die Wahldiskussionen zu bringen«.[389] Da die maßgebenden Wirtschaftspolitiker der Sozialdemokratie der Auffassung seien, »dass die Wahlen weitgehend unter dem Aspekt stattfinden würden, ›Sollen wir in dieser Situation, in der alles drin ist, die Pferde wechseln?‹, sei es für die SPD ratsam, nicht mit wirtschaftlichen Reformvorschlägen – vor allem von der Tragweite der Sozialisierung – in Erscheinung zu treten. Außerdem könne die SPD hier in die verhängnisvolle Situation kommen, zu einem sozial verbrämten Vorschlag wieder einmal ›Nein‹ sagen zu müssen.« Als die niedersächsische Landesregierung die auf dem CDU-Parteitag erhobene Forderung nach einer Privatisierung von VW umgehend ablehnte, habe im SPD-Parteivorstand »Hochstimmung« um sich gegriffen. »Man hatte eine derartig energische und zudem schnelle Reaktion aus Hannover nicht erwartet.«[390] In der von der FDP angestoßenen Diskussion, den Begriff der Produktionsmittel aus dem Vergesellschaftlichungsartikel des Grundgesetzes zu streichen, der die CDU in eine gewisse Verlegenheit setze, sehe der Parteivorstand die Möglichkeit, so eine weitere Mitteilung, »ihre Agitation gegenüber denjenigen CDU-Wählern zu verstärken, die der gewerkschaftliche Flügel der CDU bisher angezogen habe. In der Behandlung des FDP-Antrages werde die SPD keinesfalls die Sozialisierungsmöglichkeit für Produktionsstätten fordern, sondern lediglich von Notständen sprechen, die aus Sicherheitsgründen Ausnahmeregelungen zulassen müssten.«[391]

Da der BND das starke Interesse Adenauers an Einzelheiten der gegnerischen Wahlkampfführung kannte, bemühte sich der Dienst hier um besonders breite Abdeckung. Allein zu der sozialdemokratischen Chefredakteurskonferenz Ende Mai in Bonn lieferte der BND eine Berichterstattung von gut sechs Schreibmaschinenseiten Länge. Verbunden war das wie häufig mit Interna zu Fritz Heine. In der »Baracke« verlaute nämlich, der SPD-Propagandachef bewerbe sich um die Leitung der »Konzentration GmbH«, einer Holding sozialdemokratischer bzw. SPD-naher Verlage.[392] »Es ist möglich«, wusste der Informant, »dass Heine mit seiner Ankündigung der an der Wahlkampfführung bereits jetzt laut werdenden Kritik des Werbe- und Propagandaausschusses der Partei begegnen will. Die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss lässt sehr zu

wünschen übrig.« Man werfe ihm vor, die lange angestrebte Trennung von Pressearbeit und Propaganda zu blockieren. Heine wiederum beklage sich, keine ausreichende selbständige Handlungsbefugnis zu haben.

Die anschließende Analyse gab einen weiteren aktuellen Einblick in das Innere der SPD-Führung: »Dieser Vorgang macht etwas von den Veränderungen deutlich, die in der letzten Zeit innerhalb der entscheidenden Gruppe des Parteivorstands, den ehemals Londoner Emigranten, zu beobachten ist. Die Aussicht, dass einige von ihnen in die ministerielle Verantwortung kommen könnten, hat offensichtlich zu inneren Spannungen geführt, die es vor einem halben Jahr noch nicht gab. Auch hieraus wäre Heines Wunsch verständlich, seinen Fleiß, er ist einer der fleißigsten Arbeiter im Hause, durch eine gut bezahlte Stellung honorieren zu lassen. Der Geschäftsführer der ›Konzentration‹ bezieht monatlich etwa 4000 DM. Politisch wird so argumentiert, dass die zur Zeit nur wirtschaftlich in der ›Konzentration‹ zusammengefassten Zeitungsbetriebe über ihre materielle Abhängigkeit von der SPD hinaus auch eine stärkere politische Orientierung erhalten sollten. Heine schwebt vor, so etwas wie ein sozialdemokratischer Hugenberg zu werden.«

Zwei Tage später gab der Auslandsnachrichtendienst dem Kanzleramt Einblick in die geplante »Wahlrevue der SPD«.[393] Kurz vor dem Wahltag werde sie in Hamburg als großer Wahlschlager vorbereitet, von der man über die Presse und das Fernsehen eine starke Breitenwirkung erwarte, hieß es: »Die SPD will hier alles aus der Welt der Kunst, des Kabaretts, des Sports, des Films und der Artistik zusammenbringen, was einen Namen hat und bereit ist, sich als Sozialdemokrat zu bekennen. Durch die Wahlrevue soll der Öffentlichkeit klargemacht werden, dass auch Prominente von Film, Bühne und Funk Mitglieder der SPD sind und damit die Aversion gegen die Sozialdemokratie von der emotionellen Seite her überwunden werden.« Der Revue-Verantwortliche war namentlich genannt.

Von einem weiteren Großereignis wurde dem Kanzler gleich darauf in großer Ausführlichkeit berichtet.[394] Bei dem erwähnten Treffen der führenden sozialdemokratischen Publizisten hatten etwa 100 Personen teilgenommen. Aus der umfassenden Meldung seien nur Gesichtspunkte wiedergegeben, die der Unionsführung anders nicht ohne weiteres zugänglich gewesen wären. Die SPD müsse eines »so oder so gearteten Wahlcoups zugunsten der CDU« gewärtig sein, habe der Parteivorsitzende

die Medien-Leute in seiner Rede gewarnt, so war zu lesen. Die westlichen Mächte unterstützten Adenauer stark, vielleicht plane er sogar eine zweite Moskau-Reise. Ollenhauer empfahl der Crème der SPD-Presse sodann, die Vereinbarungen über den Gemeinsamen Markt und die Euratom, welche die Bundesregierung noch vor Beendigung der Legislaturperiode unbedingt über die Bühne bringen wolle, als »Behinderung der Wiedervereinigung« zu interpretieren. Sowohl eine Ablehnung der EWG als auch des Euratom-Vertrags sei allerdings »völlig ausgeschlossen, da taktisch ungeschickt vor der Wahl«. Allerdings werde die Partei eine »Aktion à la Paulskirche« starten, die sich für eine friedliche Nutzung der Atomenergie, aber gegen eine Atombewaffnung der Bundeswehr einsetzen werde. Demnächst verabschiede der Vorstand das Wahlprogramm, das am 16. Juni auf dem Wahlparteitag in Dortmund verkündet würde. Es gab auch eine detailreiche Nachlieferung zur Tagung, aus der u. a. hervorging, dass der SPD-Pressedienst 2121 Abonnenten habe und damit als der größte Europas anzusehen sei, dass Heine eine Umfrage bei den Redakteuren gestartet habe, ob bei der Atomfrage, auf die von der Bevölkerung »nicht in dem erwarteten Umfange« reagiert worden sei, wenigstens eine erhöhte Leserbriefzahl festzustellen sei, und dass der Propagandachef der Sozialdemokraten ausdrücklich betont habe, es werde alle Anstrengung nötig sein, um bei den Bundestagswahlen »einen Sieg zu erringen«.[395] Die Erfolgsgewissheit der SPD begann sich zu verflüchtigen.

Zur selben Zeit erkannten die Sozialdemokraten, dass der sogenannte »Ollenhauer-Plan«, ein Versuch, »die Fragen der Abrüstung, des europäischen Sicherheitssystems und der deutschen Wiedervereinigung miteinander zu verbinden«,[396] doch eine, wie dem Kanzleramt zugetragen wurde, rechte Totgeburt sei.[397] »Der sogenannte ›Ollenhauer-Plan‹ ist eine Erfindung des Pressechefs der Fraktion, Franz Barsig«, erfuhr Globke: »Barsig hat eine Reihe alter Ollenhauer-Forderungen zusammengestellt und auf die gegenwärtige außenpolitische Entwicklung bezogen. In der Partei hat dieser Plan keine große Resonanz gefunden. Man beanstandet, dass er keine gründliche Durcharbeitung in einem der Parteigremien gefunden habe und kritisiert die darin befindlichen Widersprüche. Vor allem sei er nicht in der Lage, eine plausible Plattform zu schaffen, von der man die CDU außenpolitisch aus den Angeln heben könnte.« Ollenhauers missglücktes Manöver erregte Adenauer ausweislich seiner Anstreichungen denn auch

sehr viel weniger als die Meldung, Heine sei über eine Druckerei womöglich in den vorzeitigen Besitz der beiden unterschiedlichen Varianten einer Wahlillustrierten der CDU gelangt, die der Unionsführung zur Entscheidung vorlagen.[398] Der zweite Hinweis vom Tage hob hervor, der in den USA wirkende »Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands« sei ein sozialdemokratischer Ableger, ihr Kopf ein ehemaliger Redakteur des *Cleveland Plain Dealer*, dem der Kanzler Ende 1949 sein berühmtes Interview zur westdeutschen Wiederbewaffnung gegeben habe und das von ebendiesem Journalisten seinerzeit »mit einem gegen Adenauer gerichteten Kommentar« versehen worden sei.[399] An den Rand einer dritten vertraulichen Information, die ihn mit derselben Lieferung erreichte, machte der Bundeskanzler ebenfalls seine charakteristische Ankreuzung. Es ging um die Wahlfinanzierung der SPD, die dabei sei, sogenannte »Wahlschecks« zu verkaufen, mit denen sie ihren Etat aufbessern wolle: »Diese Wahlschecks werden in der Wirtschaft, vor allem von den gewerkschaftlichen Mitgliedern der Aufsichtsräte und den Sozialdirektoren verkauft. Eine weitere Aktion soll die Angehörigen des Auswärtigen Amtes, soweit sie Sozialdemokraten sind, mit der Partei sympathisieren oder Adenauer-Gegner sind, erfassen. Der Absatz dieses Wahlschecks soll so gut gehen, dass [Alfred] Nau hofft, die Plansumme von zwei Millionen Mark zu überschreiten.«[400]

Unerhört detailliert und beinahe tagesaktuell waren auch die zahlreichen weiteren Hinweise, die der BND in diesem Juni 1957 über die Wahlkampfvorbereitungen der SPD-Spitze beibrachte. So habe es etwa in der letzten Sitzung des Werbeausschusses »scharfe Kritik an der ›bisherigen passiven Haltung des Parteivorstands in allen Fragen der Publizistik und der Wahlpropaganda‹« gegeben: »Die SPD sei vollständig in die Defensive gedrängt. In den Bezirken wachse ›eine Art revolutionäre Stimmung gegen den stets zögernden und zu keinerlei offensiven Aktionen entschlossenen Parteivorstand‹. Heine erwiderte, er sei zwar selbst ein ›Anhänger der offensiven Taktik‹, habe sich jedoch an die Direktiven des Parteivorstands gehalten. Er sei jedoch bereit, die Kritik des Werbeausschusses in der nächsten Sitzung des PV vorzutragen. Mitglieder des Ausschusses bezweifeln jedoch, dass man im PV auf Heine hören werde. Seine Stellung habe sich in den letzten Monaten erheblich verschlechtert.« Wahrscheinlich

würden die Bezirke nun selbst auf eine »aggressivere Propaganda umschalten«.

Es folgte eine Fülle Einzelinformationen zu der Diskussion über mehr oder weniger gelungene Wahlkampffilme zur deutschen Teilung (»nicht besonders überzeugend«), zu den Gefahren einer atomaren Bewaffnung (»zu kitschig«) und zu sämtlichen Textplakaten aller Größen (»Keine Wehrpflicht«, »Runter mit den Preisen«, »Diesmal SPD«, usw.) in einer Auflage von mehr als zwei Millionen Stück. Unter besonderen Beschuss kam die SPD-Wahlkampfillustrierte. Hier zeigte sich neuerlich das Interesse des CDU-Chefs. Ganz besonderen Anlass zur Kritik hätten einige Inhalte gegeben, vermerkte der Bericht: »Kritisiert wurde vor allem, dass weder die Frauen noch der Sport angesprochen worden seien. Auch fehle es an dem heute unumgänglichen ›Schuss Sex‹«; Anstreichung Adenauers. Der Vertreter des Verlags verteidigte sich damit, »dass zahlreiche Schauspieler, die er als Illustrationsmodelle zu engagieren versucht habe, ihre Mitwirkung verweigert hätten«; Anstreichung Adenauers. Auch die Anzeigenaktion, mit der die Illustrierte hätte finanziert werden sollen, sei »völlig gescheitert. (Die Aktion läuft seit acht Monaten und hat für die erste Ausgabe nicht ein einziges Inserat erbracht.)« Einigen Ausschussmitgliedern war überdies aufgefallen, dass die in Millionenauflage erscheinende CDU-Illustrierte ein ursprünglich enthaltenes Ollenhauer-Bild »ausgewechselt und durch ein besonders ungünstig erscheinendes ersetzt habe«; Anstreichung Adenauers. Noch einige weitere aufregende Details servierte man dem Bundeskanzler, etwa die Nachricht über die Auslieferung von 48 000 Spielbällen für Kinder mit dem Aufdruck »SPD bringt Sicherheit«.[401]

Weitere Hinweise folgten am selben Tag. Der an sich sehr geschätzte Willi Eichler gerate mit unbedachten Äußerungen zur Sozialisierung in Bedrängnis, die sich gegen den Widerstand Heines nun auch noch in einer Broschüre niedergeschlagen hätten: »Eichlers Freunde haben eine Entlastungsoffensive zu starten versucht. Sie wollen sich vom kanadischen Wahlkampf Material beschaffen, da dort sogar die siegreiche Konservative Partei einige Sozialisierungsforderungen aufgestellt habe.«[402] Die in jüngster Zeit im *Vorwärts* erscheinenden Artikel, die durch ihre »besonders scharfe Polemik und einen rüden Ton« auffielen, stammten von einem

»alten Nazi«, der früher in Wien gearbeitet habe und »anscheinend Sudetendeutscher« sei.[403]

Sogar die innere Entwicklung bei der parteiunabhängigen, aber der SPD nahestehenden Jugendorganisation der »Falken« fand das aufmerksame Interesse des Bundeskanzlers, da diese sich nicht so verhalten hatte wie vom Parteivorstand erwartet.[404] Der Verbandstag hatte sich nämlich über die Empfehlung des Parteivorstands hinweggesetzt und einen anderen, radikaleren Vorsitzenden gewählt. »Der Ausgang dieser Tagung bestätigte den Linksdrall im Falkenverband in einem Maße, dass in absehbarer Zukunft ernste Maßnahmen des Parteivorstands die Folge sein können«, z. B. die Gründung eines eigenen SPD-Jugendverbandes oder die Kürzung der Mittel. Das werde aber nicht jetzt geschehen, weil das »von der CDU und vor allem der Jungen Union als ›Hausstreit‹ in der SPD ausgelegt« werden würde; außerdem seien nachteilige Auswirkungen auf den radikalen Parteiflügel zu befürchten. Es folgten die Erläuterung einiger Personalquerelen und der Hinweis, der »Linksrutsch« ergebe sich nicht so sehr aus den gestellten Anträgen und Forderungen als aus der Zusammensetzung des neuen Vorstands.

In der Woche darauf wieder höhere Politik: »Die Debatte über die Ratifikation des Gemeinsamen Marktes wird durch die Tatsache gekennzeichnet sein«, so der BND, »dass Ollenhauer und eine Reihe prominenter Abgeordneter nicht anwesend sein können, da sie an der Sitzung der Generalversammlung in Wien teilnehmen müssen.« Dort rechne man mit einer Absprache über »die sozialistische Haltung«.[405] Irritationen hätte im Vorfeld vor allem die Äußerung des linken Labour-Politikers Aneurin Bevan hervorgerufen, die internationale Arbeiterbewegung werde »nicht die Kastanien für die deutsche Wiedervereinigung aus dem Feuer holen«. Der SPD-Vorsitzende habe nämlich geglaubt, »dass es ihm gelungen sei, in den vergangenen Jahren die antideutschen Stimmungen, vor allem aber die Ablehnung der Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie weitgehend ausgeräumt zu haben. Das Entsetzen war jetzt umso stärker, als gerade von England derartige Erklärungen hörbar werden, zumal Ollenhauer nach der außenpolitischen Aktivität [Hugh] Gaitskells glaubte, einen neuen Bundesgenossen in der Internationale gefunden zu haben, mit dem er die europäischen und Nato-Kräfte unter [Paul-Henri] Spaak und den Franzosen zurückzudrängen hoffte.«

Anderntags erreichten das Kanzleramt weitere Hinweise zur Außenpolitik der Sozialdemokraten: »Die Bundestagsfraktion der SPD«, so wurde gemeldet, »ist nunmehr endgültig auf die Annahme des Gemeinsamen Marktes und des Vertrages über Euratom festgelegt. Die Vorbehalte, die in der Aussprache gemacht werden sollen, sind lediglich als taktische Rückzugsgefechte gegenüber der ursprünglich zum größten Teil ablehnenden Haltung der Fraktion insbesondere in der Frage Gemeinsamer Markt anzusehen. Deist trug in der Fraktion vor, dass nach den Gesprächen mit dem Bundeswirtschaftsministerium sowohl die politischen als auch die wirtschaftspolitischen Bedenken der SPD im Großen und Ganzen als ausgeräumt zu gelten hätten.«[406]

Die Bilanz zur Jahresmitte 1957, wenige Wochen vor den Bundestagswahlen, fiel ernüchternd aus: Die Christdemokraten standen nach allen Umfragezahlen wieder »eindeutig an der Spitze der Wählersympathien«.[407] Das lag keineswegs nur daran, dass sich der Parteivorstand gegen Heine und entgegen einer verbreiteten Stimmung in der Mitgliedschaft klar für eine »sachlich-positive« und gegen eine aggressiv »negative« Wahlkampfstrategie entschieden hatte. Schon die blutige Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch sowjetische Truppen schien nicht nur dem Adenauer'schen Beharren auf einem starken westdeutschen Wehrbeitrag nachträglich Recht zu geben, sie durchkreuzte auch die von den Sozialdemokraten beabsichtigte Schwerpunktsetzung auf innenpolitische Themen. Von seinem neuerlich mit allen Ehren absolvierten USA-Besuch hatte der Kanzler außerdem die Zusage mitgebracht, dass Washington sich trotz mancher Entspannungsanzeichen bei allen internationalen Fragen, welche die Wiedervereinigung berührten, mit Bonn konsultieren werde. Obendrein war mit einem Appell der Göttinger Atomwissenschaftler[408] die Frage der Atombewaffnung und damit neuerlich ein Thema internationaler, ja globaler Dimension in den Vordergrund getreten.

Entsprechend flaue Resonanz fand der mit großem Aufwand in der Dortmunder Westfalenhalle inszenierte Wahlkongress der SPD. Der lange Katalog innen- und außenpolitischer Einzelforderungen stand unter dem etwas schwerfälligen Kampfmotto »Sicherheit für alle durch Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, durch soziale Gerechtigkeit, durch geistige Freiheit, durch Festigung der Demokratie

nach innen und außen«.[409] Das war etwas weniger leicht fasslich als das schlichte »Keine Experimente!« der Union. Als Adenauer im Juli dann neuerlich den Untergang Deutschlands bei einem sozialdemokratischen Wahlsieg zu beschwören begann,[410] verschärfte die SPD zwar ihre Gangart, konnte dabei aber nicht zu weit gehen, ohne in Widerspruch zum favorisierten Stil positiver Sachlichkeit zu geraten. Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn, den Adenauer für einen der »begabtesten Sozialdemokraten« hielt,[411] hatte Heine mittlerweile die wenig aufmunternde Botschaft überbracht, die SPD stehe in den Umfragen nur noch bei 30 bis 31 Prozent.[412] Hinzu kam, dass von Ollenhauer als einem »Urtyp des sozialdemokratischen Funktionärs keine werbende Kraft ausging«, wie Theo Pirker es sogar noch zurückhaltend formulierte.[413]

Es erübrigt sich, näher auf die programmatischen und propagandistischen Schwächen des SPD-Wahlkampfs einzugehen. Die »Krise in der SPD-Propaganda« entging dem BND jedenfalls ebenso wenig wie den führenden Genossen und den einfachen Parteimitgliedern.[414] Die Nerven lagen blank. Nach Erkenntnissen des Gehlen-Dienstes hatten »die seit langem schwelenden Meinungsverschiedenheiten in der Propagandaabteilung des Parteivorstands zu einem schweren Zusammenprall« zwischen Heine und seinem technischen Leiter geführt, welcher eigentlich ein treuer Gefolgsmann und durchaus nicht impulsiv veranlagt sei. Diese »Krisenerscheinungen« gingen auf einen Vorstandsbeschluss zurück, Fritz Heine einen ausgewiesenen Werbefachmann an die Seite zu stellen, hieß es. Das habe sich dann zwar zerschlagen, doch seither sei der Propagandaleiter »sehr misstrauisch und sieht in jeder Regung eines eigenen Gedankens einen Affront gegen sich. Hinzu kommt die politische Ernüchterung, die im PV allmählich um sich greift. Man ist sich heute klar darüber, dass die wirtschaftliche Prosperität und die politische Entwicklung durchaus nicht die Situation schaffen, in der es allein gelingen kann, die festgefahrenen politischen Fronten aufzulösen und den gewaltigen Sprung zu schaffen, der die SPD an die Macht bringt. Man denkt heute im Parteivorstand sehr viel realistischer.« Seine Nervosität veranlasse Heine, »schon jetzt Verantwortliche zu suchen, die er opfern kann, wenn der Wahlsieg ausbleibt«. Überhaupt sei sehr oft die Kritik zu hören, »dass die Propagandaabteilung nur wenig Sinn für die tatsächlichen Gegebenheiten habe und von Heine wirksame Ideen für die sozialdemokratische Werbung

und Propaganda nicht ausgehen. Eine gewisse Entfremdung zwischen Heine und Ollenhauer scheint sich anzubahnen.«

Die gelinde Verzweiflung, von der die SPD-Führung wenige Wochen vor der Bundestagswahl ergriffen wurde, zeigte sich recht sprechend in der internen Diskussion, die Fritz Heine mit seinen engsten Mitarbeitern hatte.[415] Die Unionsspitze erfuhr daraus, diesem sei bekannt geworden, »dass die CDU in der letzten Phase des Wahlkampfes ein Plakat zu kleben beabsichtige, das eine besonders ungünstige Aufnahme von Ollenhauer mit dem Slogan zeigen werde: Soll der Bundeskanzler werden? Er habe nunmehr Ollenhauer vorgeschlagen, auf eine ursprünglich von Kühn, MdB, entwickelte Idee zurückzukommen. Kühn hatte bereits vor geraumer Zeit angeregt, ein Plakat zu entwerfen, das ein Bild Adenauers mit besonders entstellten Zügen neben einem Atompilz zeigen sollte. Das Bild sollte das hohe Alter des Kanzlers besonders deutlich zum Ausdruck bringen. Unter dieser Anordnung eine Gruppe von Kindern mit dem Slogan: Er will Atom, sie wollen leben. Heine glaubt jedoch nicht, dass der PV sich zu diesem aggressiven Plakat entschließen könnte.«

Siegfried Ziegler unterrichtete Gehlen in einem seiner Vermerke inzwischen persönlich über die Hintergründe eines abträglichen Presseberichts über den BND.[416] Siegfried Ortloff, sein Konfident in der »Baracke«, habe bei einem Treffen mit ihm dazu bemerkt, die *Hamburger Morgenpost* sei eben einfach ein Sensationsblatt, »das in einem ähnlichen Verhältnis zum offiziellen SPD-Blatt ›Hamburger Echo‹ stehen dürfte wie die ›Abendzeitung‹ zur ›Süddeutschen Zeitung‹. Otto [Ortloff] reist in nächster Zeit nach Hamburg und will versuchen, über den Hamburger Parteivorsitzenden auf den verantwortlichen Redakteur B. einzuwirken, damit künftig derartige Publikationen, die nicht im Sinne der Partei sind, unterbleiben.« Kurt Weiß, dem Gehlen das Schriftstück weitergeleitet hatte, war ausweislich seiner Randbemerkungen mit der in der Sache verfehlten Münchener Analogie (»Ja«) ebenso einverstanden wie mit der eilfertigen Abwehrmaßnahme der unerhört ergiebigen BND-Innenquelle in der SPD-Spitze (»Gut«). Ziegler drang allerdings wieder nicht mit seiner Bitte durch, Dinge, die er nicht schriftlich mitteilen wollte, dem Präsidenten persönlich vorzutragen; also kümmerte sich Vize Worgitzky darum.

In einem kleinen Zwischenspiel wurde die SPD-Spitze kurz in die Versuchung geführt, ihrerseits nun auch einmal Vertrauliches aus dem

Bundeskanzleramt zu erfahren, freilich mit einem vergleichsweise kümmerlichen Angebot.[417] »Der Leiter Hauswache vom Palais Schaumburg«, erfuhr Globke, »hat sich einem Journalisten im SPD-Vorstand angeboten, einige Internas aus dem Hause und der Umgebung des Bundeskanzlers zum Besten zu geben, wenn für seine Unterbringung und ein gewisses Entgelt gesorgt wird. Der Journalist hat Stellen vom Parteivorstand davon informiert. Er ist gebeten worden, den Kontakt auf privater Basis zu pflegen, da die Partei vor den Wahlen nicht in den Geruch kommen will, Informationen – wenn sie auch nur den Anschein des Geheimnisses haben – zu sammeln. Außerdem befürchtet man, möglicherweise einem Agent provocateur aufzusitzen.« Ähnliche Skrupel plagten den Kanzleramtschef nicht. Am selben Tag gab der Informant in der SPD den nachrichtendienstlichen Tip, vielleicht sollte die CDU doch einmal der merkwürdigen Tatsache nachgehen, dass eine der Sekretärinnen des Bundestagspräsidenten nicht nur Mitglied der Jungsozialisten sei, sondern dort auch einen Freund eingeführt habe, der das Mitgliedsbuch der norwegischen KP besitze: »Es ist doch immerhin eigenartig, dass der einzige kommunistische Student in Bonn die Sekretärin von Gerstenmaier zur Freundin hat.«[418]

Aus dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, dem Koalitionspartner der Union, kamen Informationen, die für die CDU von einiger Bedeutung waren.[419] Erwin Feller, der GB/BHE-Fraktionsvorsitzende, habe in Gesprächen mit SPD-Abgeordneten »zugegeben«, hieß es, »dass der BHE feste Bindungen hinsichtlich einer Teilnahme an der CDU/CSU-Fraktion nach den Wahlen eingegangen sei«. Auch Fritz Heine sei davon überzeugt und habe daher angedeutet, »dass in Kürze eine Sonderwerbeaktion der SPD unter den BHE-Mitgliedern und -anhängern anlaufen werde«. Die BHE-Frage wurde einige Wochen später vom Wähler gelöst, der die Vertriebenenpartei an der 5 %-Hürde straucheln ließ.

Auch aus anderen Quellen gab es Neuigkeiten. Der von Wilhelm Heinrich Schmitz selbst als nicht immer verlässlich eingestufte Guido Bayer[420] berichtete über die Planung der SPD – »wenn sie Regierungspartei wird« – zum Bundesnachrichtendienst.[421] Nach einer »Gesprächserkundung« laufe es auf Folgendes hinaus: »Unterstellung des BND mit strafferer Weisungsbefugnis als bisher unter den Bundeskanzler

unmittelbar. Der Bundeskanzler delegiert diese Weisungsbefugnis auf seinen Staatssekretär. Mit der augenblicklichen Interessenverlagerung der SPD hängt es zusammen, dass im innersten Kreis der SPD-Führung als Anwärter auf den Bundeskanzlerposten weniger Ollenhauer als der hessische Ministerpräsident Zinn genannt wird. Ollenhauer soll Parteichef bleiben, damit der Vorwurf, den man gegen Dr. Adenauer erhebt, dass er gleichzeitig Parteichef und Bundeskanzler ist, nicht auch gegen die SPD erhoben werden kann.« Als Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts sei der Chef der hessischen Staatskanzlei im Gespräch, der dem linkssozialistischen Internationalen Kampfbund (ISK) angehört habe. »Er gilt als Gegner der Bestrebungen des BND.« Das waren freilich überholte Gedankenspiele, denn die Hoffnung auf einen Machtwechsel war bei den Sozialdemokraten mittlerweile nicht mehr besonders groß.

Acht Wochen vor dem Wahltermin ging im Kanzleramt und bei der Unionsführung, die den Aufwind für Adenauer spürten, denn auch eine Einschätzung der politischen Inlandsspionage ein, die mit der Zeile »Pessimistische Beurteilung der Wahlaussichten« überschrieben war.[422] Sie hielt fest, die Chancen für die SPD würden »im Parteivorstand zunehmend pessimistischer beurteilt, nachdem Emnid ermittelt hat, dass die Zahl der Meinungslosen bereits jetzt auf 15 % zusammengeschrumpft sei und andererseits nur mit einer Wahlbeteiligung von 85 % gerechnet werden könne. Das bedeutet nach Auffassung des Parteivorstands, dass kaum noch wesentliche Wählerkontingente zu erfassen seien. Mit dem gleichen Pessimismus beurteilt man die Aussichten für eine SPD/FDP-Koalition. Im Parteivorstand glaubt noch kaum jemand daran, dass beide Parteien zusammen mehr als 51 % gewinnen könnten«. Carlo Schmid habe von kürzlichen Gesprächen zwischen den Liberalen und der Union über eine künftige Koalition erfahren, bei denen der FDP vier Ministerposten angeboten worden seien. Schmid habe daran die Feststellung geknüpft, die ganze bisherige Politik des Parteivorstands bis zum Dortmunder Wahlkongress müsse »als total gescheitert angesehen werden«. Ollenhauer habe darauf nur mit der Feststellung reagiert, die Gespräche der Christdemokraten mit den Liberalen besagten wenig, schließlich führe man selber ja auch laufend Gespräche mit der CDU. Er habe keine verlässlichen Hinweise, dass bereits irgendetwas festgezurrt sei. »Im Übrigen sei der Erfolg oder Misserfolg solcher Gespräche ausschließlich abhängig vom

Wahlausgang. Ollenhauer setzte sich dafür ein, nicht durch Veröffentlichungen die positive Stimmung nicht unerheblicher Kräfte in der FDP gegenüber der SPD zu zerschlagen.«

Je näher der Wahltag rückte, desto grober wurden die gewählten Kampfinstrumente, namentlich beim Bundeskanzler selbst. Doch auch in der SPD gab es Informationen und Überlegungen dazu, was man an Abträglichkeiten für die andere Seite aufbieten oder besser unter dem Mantel des Schweigens belassen solle. Eine mit Intimitäten gespickte Meldung des BND zeigte Globke, was man, unabhängig vom Wahrheitsgehalt, auf der Gegenseite so alles wusste.[423] Im »Propagandabüro der SPD« gebe es Überlegungen, ob man nun nicht doch endlich einen Gang nach oben schalten solle, wenngleich es keineswegs sicher sei, ob der Vorstand dafür zu gewinnen wäre. Der sei nämlich bisher bestrebt, »die CDU in die Rolle des Verleumders zu bringen. (Die SPD führt bereits fünf Verleumdungsprozesse gegen Wahlredner und Kolporteure unter anderem wegen der Behauptung, Ollenhauer sei Jude.) Man behauptet im Propagandabüro unter anderem, im Besitz von Materialien gegen den Bundesinnenminister Schröder zu sein, wonach auch Schröder ein intimes Verhältnis zu einer seiner Sekretärinnen in seiner Zeit in Düsseldorf hatte. Schröder habe ihr ein Heiratsversprechen gegeben, dann aber gebrochen mit der Begründung, dass er seine Frau als Halbjüdin für die Entnazifizierung brauche. Diese Mitteilung stammt von dem heutigen Polizeipräsidenten in Dortmund. Es bereitet aber allem Anschein nach Schwierigkeiten, die Einwilligung des Polizeipräsidenten zur Veröffentlichung zu bekommen, da man auf Seiten der Koalition auch Material gegen ihn habe.«

Auch vom Wohnungsbauminister Preusker habe man ein Stück schmutzige Wäsche, fuhr der Bericht fort: »Aus Kreisen der FDP hat die SPD außerdem die Kopie des Briefes von Frau Preusker an Blücher, den damaligen Vorsitzenden der SPD, erhalten, aus dem hervorgeht, dass sie Blücher um Hilfe bittet. Ihr Mann bringe das Geld mit anderen Frauen und Mädchen durch, ohne für die Familie zu sorgen. Der SPD ist bekannt, dass Preusker seit Jahren mit seiner Freundin zusammenlebt.« Unbekannt blieb, dass Victor-Emanuel Preusker einer der hochrangigsten Spitzel des BND in Bonn war.[424] Ein Ziel der SPD-Propaganda sei es übrigens, »die streng religiösen Kreise innerhalb der CDU anzuspitzen und einen Bruderzwist

innerhalb der bürgerlichen Parteien zu entfachen. Die SPD will dabei nicht selbst in Erscheinung treten, sondern durch ihre Wahlorganisation und unabhängige Zeitungen, denen man das Material zuspielt, und eine geschickte Flüsterpropaganda die Verbreitung erreichen. Erste Gespräche mit dem ›Spiegel‹ haben stattgefunden, der aber erklärte, dass er bis heute noch kein Material habe.« Die SPD, schloss das Papier, müsse unbedingt vermeiden, »selbst in den Vordergrund zu treten, da allein zwei der sieben Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes *Eichler* und *Heine* in wilder Ehe leben.«

Zur Verleumdung Willy Brandts, vor der Bundeskanzler Adenauer nie zurückschreckte, konnte der BND ebenfalls beitragen.[425] Einige Monate bevor der prominente SPD-Politiker zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt wurde, ging im Palais Schaumburg ein Bericht ein, der zunächst auf die Auseinandersetzung Brandts mit dem Lizenzträger des rechtsliberalen *Berliner Monatsechos* verwies, das ihn gerade in mehreren Artikeln wegen seiner Namensänderung, seiner Rolle im Exil und vor allem mit der Behauptung verleumdete, er habe im spanischen Bürgerkrieg mit der Waffe in der Hand für die kommunistischen Internationalen Brigaden gekämpft und dabei in norwegischer Uniform auf deutsche Soldaten geschossen (das Berliner Landgericht untersagte solche Anschuldigungen später).[426] Diese »Kontroverse« komme nicht von ungefähr. Bereits vor einigen Jahren habe ein in Schweden lebender Emigrant gewarnt, »es gebe gegen Willy Brandt Material, mit dessen Vorlage zu rechnen sei, wenn Brandt in eine führende Rolle aufrücken sollte. Er und andere Emigranten, die im spanischen Bürgerkrieg auf der Roten Seite mitgekämpft hatten, werfen Brandt vor, dass er an der Liquidierung von Trotzkis Sekretär [Kurt] Landau beteiligt gewesen sei, da er der kommunistischen Parteileitung ein Memorandum Landaus zugänglich gemacht habe, in der dieser die Arbeit der Parteileitung kritisiert hatte«. Nach eingehenden Untersuchungen und massiver Intervention eines prominenten Gesinnungsgenossen sei Brandt dann wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden.

Das war noch nicht alles. In diesem Zusammenhang sei »weiter von Bedeutung«, dass ihm sogar wohlwollende Kampfgefährten vorhielten, »dass er 1937 bis 1939 für den polnischen Nachrichtendienst gearbeitet und später im Netz der alliierten Nachrichtenorganisationen eine nicht besonders erfreuliche Rolle gespielt habe. In Schweden, nach der Besetzung

Norwegens durch deutsche Truppen, habe er eine sehr schäbige Rolle gespielt und kaum einem deutschen Freunde von einst geholfen«. Einer seiner heftigsten Kritiker sei sein Berliner Rivale Franz Neumann, der nach 1945 »eine objektive, aber sehr scharfe Beurteilung von Brandt abgegeben hat«; er halte Brandt aus menschlichen und charakterlichen Erwägungen für »völlig ungeeignet«, eine verantwortliche Position in der Partei zu bekleiden.

In den letzten Wochen vor dem 15. September 1957, dem Wahltag, war ziemlich klar, dass die Sozialdemokraten wohl kaum noch ein wirksames Mittel gegen den populären, politisch erfolgreichen, im Wahlkampf wie gewohnt scharf und bedenkenlos agierenden Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden finden würden. Die Berichterstattung des BND aus der SPD-Spitze lief unvermindert weiter. Regelmäßig gingen im Kanzleramt detaillierte Übersichten über die Themen, die Aufmachung und die Auflagenhöhe der SPD-Werbemittel ein, über ihre Aufnahme in den Gremien oder bei prominenten Abgeordneten, über die Auseinandersetzungen, die sich an ihnen entzündeten, genauso wie über die weiteren Planungen der »Baracke«.[427] Einen der Berichte verfügte Globke in korrekter Verwaltungsmanier »zum Vorgang SPD«. Er informierte über einen Brief von Fritz Sänger, Sozialdemokrat seit 1920 und Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, in dem dieser Fritz Heine aufgefordert habe, die Partei solle endlich die Samthandschuhe ausziehen, wenn sie gegen Adenauer polemisiere. »Heine hat geantwortet, dass er ihm Recht gebe, jedoch mit Vorstellungen dieser Art beim Parteivorstand nicht durchkomme. Der PV sei mehrheitlich nur an einem Wahlkampf interessiert, in dem er für sich die moralische Position des Anständigen in Anspruch nehmen könne.«[428] Es war immer dasselbe, auch wenn der Disput über Stilfragen nur schlecht verdecken konnte, dass die Sozialdemokraten Politik und Persönlichkeit des Bundeskanzlers, der sich im Zenit seines Prestiges befand, herzlich wenig entgegenzusetzen hatten.

Die Beziehungen zwischen SPD und FDP, wenigstens theoretisch ein denkbares Regierungsbündnis, interessierten im Kanzleramt natürlich ebenfalls. Auch hier konnte der BND Hinweise geben.[429] Er berichtete, die Liste mit den liberalen Bundestagskandidaten habe bei einigen Mitgliedern des Parteivorstands (der Chef des Kanzleramts fügte zur Verdeutlichung handschriftlich »der SPD« ein) zu einer »deutlichen Ernüchterung« geführt:

»Man entnimmt den Listen eine deutliche Bevorzugung ehemals nationalsozialistischer Elemente zu Ungunsten der liberalen Elemente«, hieß es. »Da nach Meinung des PV in der FDP die Politik durch die Fraktion gemacht wird, kommt diesem sichtbaren Trend besondere Bedeutung zu. Man hat nichts gegen diese Kräfte, wenn man mit ihnen Adenauer stürzen kann, glaubt aber nicht, dass mit ihnen eine auf Dauer gedeihliche Koalitionspolitik möglich sei. Man meint Rücksicht auf die Stimmen im Ausland nehmen zu müssen, denen eine SPD-Regierung an sich schon nicht passt. Eine Koalition mit Elementen, die im Ausland im Ruf stehen, ein reserviertes Verhältnis zur Demokratie auch nur gehabt zu haben, würde diese Koalition unerträglichen Belastungen aussetzen. Man war überrascht, dass selbst ein Mann wie Augstein, der der FDP doch immerhin einige publizistische Möglichkeiten eingebracht hat, über die diese Partei nicht verfügt, nur so ungünstig platziert wurde. Die Tatsache, dass er sein Mandat zurückgegeben hat, wird auf die Enttäuschung Augsteins zurückgeführt. Dazu kommt, dass man in den letzten Tagen etwas von dem Versuch Reinhold Maiers [des Vorsitzenden und Spitzenkandidaten der FDP] gehört haben will, ein Gespräch mit Adenauer zustande zu bringen, um bereits vor den Wahlen den Weg in eine bürgerliche Koalition zu öffnen.«

Bald darauf erfuhren Adenauer und Globke, Fritz Heine habe alle wichtigen Publizisten seiner Partei auf »seine Abmachung« mit dem FDP-Wahlkampfleiter Wolfgang Döring hingewiesen, »dass es für die Dauer des Wahlkampfes keine Propaganda oder auch nur Polemik gegen die FDP geben dürfe«.[430] Interessant sei namentlich die Äußerung des Vorstandsmitglieds Willi Eichler, wonach die Sozialdemokraten diesen »Burgfrieden« strikt einhalten sollten, weil damit »eine menschliche Vertrauensbasis zu Döring und damit gleichgesinnten Kräften innerhalb der FDP geschaffen werde, die für später einmal von Bedeutung sein könne. Eichler rechnet damit, dass die FDP früher oder später noch einmal auseinanderfallen werde und dann die Kräfte um Döring zur Sozialdemokratie stoßen könnten, wo sie nach wirtschaftspolitischer (Kontrolle der Industrie) und sozialpolitischer Auffassung im Grunde hingehörten. Eichler sieht darin die einzige Chance aus dem ›Turm der 33 Prozent‹ auszubrechen und in bürgerliche Randschichten vorzustoßen.«

Auch an Denunziationen und Kuriosa fehlte es nicht. Einer dieser Hinweise war dem Kanzler sogar eine seiner Ankreuzungen am Rande des Papiers wert.[431] Heine habe nämlich eine Studie in Auftrag gegeben, »durch die nachgewiesen werden soll, dass auch die CDU Gemeinsamkeiten mit der kommunistischen Außenpolitik habe, und zwar: Festhalten am Status quo, Ablehnung eines dritten Weges zur Wiedervereinigung, Kampf gegen den Sozialdemokratismus«. Schöner konnte die Verzweiflung der sozialdemokratischen Wahlkämpfer kaum zum Ausdruck kommen. Als Zugabe erfolgte am selben Tag die Mitteilung, mehrere Angehörige des Auswärtigen Amts seien »im Hause des Parteivorstands tätig, um der SPD beim Wahleinsatz zu helfen. Es handelt sich dabei um Leute, die einen Teil ihres unbezahlten? oder Krankenurlaubs? [sic!] der Partei zur Verfügung gestellt haben. Einer der jungen Leute heißt Gundelar.«[432]

Weitere Kleinigkeiten und Kuriosa gingen den eingespielten Berichtsweg ins Palais Schaumburg, zum Beispiel die Meldung über den »Einsatz von Schönheitsköniginnen«.[433] Die Jungsozialisten hätten also in den letzten Tagen vor der Abstimmung über den neuen Bundestag noch einen »besonderen Wahlschlager« vorbereitet: »Die bei den Miss-Wahlen in den Ländern siegreichen Mädchen sollen dafür geworben werden, mit den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten oder Oberbürgermeistern der Großstädte auf den Korsos und Hauptgeschäftsstraßen zu flanieren. Sie sollen mit Schirmen ausgestattet werden, die Wahlparolen der SPD tragen. Man ging bei dieser Aktion davon aus, dass die Schönheitsköniginnen nach ihrer Wahl in der Versenkung verschwinden und gern jede Gelegenheit ergreifen würden, um in der Öffentlichkeit wieder in Erscheinung zu treten. Sie werden in diesem Fall ein entsprechendes Honorar erhalten.« Dann: »Da die Druckereien mit einer Reihe von Flugschriften und Plakaten nicht rechtzeitig fertig geworden sind, ist eine solche Verzögerung im Versand mit Wahlmaterial zu verzeichnen, dass im Parteivorstand ernste Bedenken bestehen, ob man mit dem Versand noch rechtzeitig fertig werden kann. In diesen Tagen wird noch ein neues Angebot an die Ortsvereine hinausgehen, die dann noch einmal (14 Tage vor der Wahl!) neues Material bestellen können.«[434] Von der *Zeit*-Publizistin Marion Gräfin Dönhoff wurde gemeldet, sie habe gesagt, »sie werde auf jeden Fall mit geschlossenen Augen sozialdemokratisch wählen. Mit geschlossenen Augen, weil sie zwar für den sozialdemokratischen Kurs, aber gegen Ollenhauer als Person

sei.«[435] Kein Detail und keine Sottise war neben den tiefergehenden politischen Analysen nebensächlich und banal genug, als dass es der Informant aus dem SPD-Parteivorstand seinen Konfidenten vom Auslandsnachrichtendienst nicht hinterbracht und diese es nicht zu Papier und zu Gehör des Kanzleramtschefs Hans Globke gebracht hätten.

Der BND-Präsident nahm sich kurz vor den Wahlen doch noch einmal Zeit für ein Gespräch mit Siegfried Ziegler. Lange genug hatte der sich gedulden müssen.[436] Neben einigen Mitteilungen seines Freundes Ortloff zum Ostbüro ging es zunächst um die Funkaufklärung, wo sich Ambitionen des Verteidigungsministeriums bemerkbar machten.[437] Hier konnte »Dr. König« dem »Doktor« Erfreuliches melden. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies stehe nämlich auf dem Standpunkt, »dass aus innerpolitischen Überlegungen heraus der BND, der dem Bundeskanzleramt untersteht, ein starkes Instrument sein und bleiben muss bzw. noch gestärkt werden müsse, weil durch diese Gewaltenteilung ein sehr viel stabilerer Faktor gegeben sei.« Gehlen, der wusste, was er seinem sozialdemokratischen Mitarbeiter verdankte, entgegnete mit der erfreulichen Eröffnung, dass Ziegler, »vielleicht auch durch Mitwirkung von Mellies«, in Kürze mit seiner Ernennung zum Regierungsdirektor rechnen dürfe.

Das war für Siegfried Ziegler eine willkommene, wenn auch keine überraschende Entwicklung. Alles war bereits eingefädelt. Er hatte nämlich selbst »angeregt, dass Mellies mit [Karl Friedrich] Vialon spricht und sich dafür einsetzt, dass Beamte [für den BND] beschleunigt durchgeschleust werden, im Finanzministerium wie auch beim Bundespersonalausschuss, Vialon sei jetzt Vorsitzender des Personalausschusses.« Auf dessen Frage an Mellies, ob er denn »bestimmte Personen im Auge habe, Antwort Mellies, er kenne die einzelnen Herren nicht namentlich, aber z. B. sei der Leiter der [BND-] Schulen [Ziegler] auch vorgeschlagen worden. Daraufhin hätte Vialon ihn am nächsten Tage angerufen und ihm bestätigt, dass die Sache in Ordnung ginge.« Welche Schlange die SPD-Spitze an ihrem Busen nährte, blieb nicht nur dem armen Mellies, sondern auch den anderen Spitzenpolitikern der Sozialdemokratie mehr als ein halbes Jahrhundert lang verborgen.

Eine der letzten Vorwahl-Berichterstattungen des BND hielt die CDU-Führung vier Wochen vor dem Wahltermin in Händen. Sie deckte eine

erweiterte Vorstandssitzung und die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion ab.[438] Vorangestellt war die Bemerkung, dass es auf der gegnerischen Seite zu keinem Strategiewechsel mehr kommen werde: »Es soll eine polemisch schärfere Linie des Wahlkampfes unter unbedingter Beibehaltung des Programms und der sachlichen Aussage über die Ziele der Partei eingeschlagen werden.« Ollenhauer habe in seinem Referat ausgeführt, dass die »taktische Überlegenheit der CDU im Wahlkampf nicht zu bestreiten sei. CDU bedient sich rücksichtslos des Staatsapparates. Sie ist wie 1953 in den Genuss ausländischer Interventionen zugunsten Adenauers gekommen, deren Höhepunkt die Berliner Viermächteerklärung [Erklärung der drei Westmächte und der Bundesrepublik vom 29. Juni 1957] gewesen sei. Berliner Erklärung macht jedes vernünftige Gespräch mit den Sowjets unmöglich. SPD muss Erklärung mit dem Argument bekämpfen, wonach jeder, der sich mit dieser Erklärung identifiziere, sich damit gegen die Wiedervereinigung stelle.« Die USA würden vor dem Wahltag gewiss keine Vereinbarung mit der UdSSR treffen. Das geschehe, um die eigene Position zu stärken, aber auch »aus Sympathie zu Adenauer«. Er, Ollenhauer, habe Informationen, nach denen die Bundesregierung auch Frankreich anstachle, die Füße bis zu den Bundestagswahlen stillzuhalten.

»In diesem Zusammenhang«, so weiter, »empfahl Ollenhauer, einen ›Lapsus linguae‹ Adenauers in der Propaganda zu verwenden. Adenauer habe auf einer CDU-Wahlveranstaltung gesagt, wenn die Bundestagswahl gegen die bisherige loyale Nato-Politik entscheiden sollte, dann sei damit zu rechnen, dass die USA aufhören würden, die Bundesrepublik als ein amerikanisches Land anzusehen.« Das klang ebenso wenig nach einem Patentrezept gegen den Bundeskanzler wie die anderen Punkte des SPD-Vorsitzenden. »In der Innenpolitik stände CDU vor drei Schwierigkeiten, die von der SPD ausgenutzt werden müssten«, fuhr er fort: »Preise, Kartellgesetz, Zollsenkung. SPD müsse eigene Kampagne gegen Preissteigerung mit der des DGB koordinieren.« Dafür, dass sich der FDP-Vorsitzende vor dem 15. September nicht binden wolle, müsse man Verständnis haben, falls allerdings der Abgeordnete Erich Mende »weiter den gleichen Unfug redet wie in letzter Zeit, wird niemand mehr wissen, was diese Partei schließlich will«.

Dann kam Ollenhauer auf die Aussichten seiner Partei zu sprechen: »Das Meinungsbild habe in den letzten acht Wochen eine leichte Verschiebung

erbracht. Groß sei immer noch der Anteil der Unentschlossenen mit 23 %. Politisches Hauptziel der SPD: ›Die absolute Mehrheit der CDU brechen.‹ SPD muss versuchen, stärkste Fraktion zu werden. Das sei nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Ollenhauer appellierte dringend, persönliche Verunglimpfungen gegenüber Adenauer zu unterlassen. Es gäbe genug sachliches Material, um CDU und Kanzler sehr scharf anzugreifen. Kritik an Wahlkampfführung der SPD soll in Parteigremien bis nach der Wahl zurückgestellt werden.« Dann gab der Vorsitzende vier Kampfparolen für die letzten vier Wochen aus: »Alleinherrschaft der CDU vernichtet die Demokratie; Fortdauer der CDU-Herrschaft verhindert die Wiedervereinigung und verewigt die Spaltung Deutschlands; ein CDU-Sieg bedeutet Atomrüstung und erhöhte Kriegsgefahr; ein drittes Kabinett Adenauers bedeutet weitere Preissteigerungen«;[439] heftige Anstreichungen des Bundeskanzlers an mehreren Stellen.

Nach den Protokollaufzeichnungen der SPD sagte Erich Ollenhauer in der Vorstandssitzung: »Wir sollten eine gewisse Sprachregelung einhalten, wie: Brechung der absoluten Mehrheit der CDU und SPD stärkste Fraktion. Nicht zuspitzen sollten wir auf eine persönliche Diffamierung Adenauers, dagegen herausstellen die Atomgefahr und die Spaltung Deutschlands. Wir sollten uns nicht einlassen auf eine Sezierung des Sozialismusbegriffes, sondern die Respektierung des kleinen und mittleren Einkommens erklären. Die Entscheidung darüber, ob wir auch erklären wollen: ›Wer Adenauer wählt, wählt auch Ulbricht‹, sollten wir von der weiteren Entwicklung des Wahlkampfes abhängig machen.«[440]

Wie meist war die Sitzung von Siegfried Ortloff nicht nur organisatorisch vorbereitet worden, wie fast immer nahm er auch an den Spitzenberatungen teil. Manchmal handelte er die Ergebnisse zweier unterschiedlicher, unmittelbar aufeinanderfolgender Sitzungen in einem einzigen Bericht ab. So auch diesmal. Heinz Kühn und Helmut Schmidt (Hamburg), hielt er über die Diskussion am Folgetag fest, seien mit den Ausführungen ihres Vorsitzenden nicht einverstanden gewesen, sondern forderten, die Gangart jetzt »wesentlich zu verschärfen«.[441] Im SPD-Protokoll ist Schmidts Äußerung mit den Worten wiedergegeben: »Wir müssen aggressiv gegen Adenauer vorgehen.« Diese Tendenz schlug sich dann immerhin im Wahlaufruf nieder.[442] »Heine wurde bei seinen Ausführungen über die Wahlvorbereitungen mit unfreundlichen Zwischenrufen bedacht«, so der

Bericht für Globke.[443] »Es wurde ihm ein phantasieloser Wahlkampf vorgeworfen, der durch keinerlei Ideen ansprechend gemacht worden sei. Dieser bereits vor der Sitzung erkennbaren Tendenz hatte Heine vorsorglich entgegenzutreten versucht, indem er den Teilnehmern umfangreiche Zusammenstellungen von Wahlmaterial zur Verfügung gestellt hatte.«

Als wenn das nicht genügt hätte, dem Kanzler die desolate Verfassung seines politischen Hauptgegners zu veranschaulichen, traf im Palais Schaumburg wenige Tage später ein weiterer, gut ins Bild passender Hinweis des BND ein: »Die Diskussion, ob Ollenhauer der geeignete Bundeskanzlerkandidat gegen Adenauer sei, hat jetzt in verstärktem Umfange auch die Partei und den Parteivorstand ergriffen. Einige Mitglieder des PV sind der Meinung, dass der Fortgang der Wahlkampagne abgewartet werden sollte. Wenn die Situation sich verschlechtere, sollte an Ollenhauer herangetreten werden mit dem Ziel, noch kurz vor den Wahlen als Bombe eine Erklärung abzugeben, die die Frage seiner Kanzlerschaft offen lässt. Heine ist demgegenüber der Ansicht, dass eine solche Erklärung nicht nur Ollenhauer desavouiere, sondern auch die wahltaktische Stellung der SPD weit mehr verschlechtern als verbessern würde.«[444] Das war gewiss richtig, doch solche Überlegungen konnten nun auch nichts mehr retten. Die Stimmung im sozialdemokratischen Parteivorstand sei »sehr pessimistisch«, erfuhr Globke.[445]

Kurz vor dem Urnengang stellte der Auslandsnachrichtendienst dem Kanzleramtschef noch einmal all die für die Regierungspartei erfreulichen Nachrichten aus der SPD-Spitze zusammen.[446] »SPD: Allgemeiner Stimmungsbericht eine Woche vor der Wahl. (Letzter Stand von heute Vormittag.)«, war die vom Leser mit dicken roten Anstreichungen versehene Analyse überschrieben: »Die allgemeine Stimmung im Parteivorstand und im Funktionärsapparat in Bonn wird von Tag zu Tag schlechter«, begann sie. »Ernsthaft glaubt niemand mehr daran, dass es der CDU nicht gelingen könnte, mit Hilfe der DP eine, wenn auch knappe Mehrheit im neuen Bundestag wiederzugewinnen. Die Hoffnung konzentriert sich nur noch darauf, dass es die CDU nicht erreicht, mit der DP allein eine wirklich dauerhafte und starke Regierungsmehrheit zu erhalten.«

Von der FDP sei auch kein Sukkurs zu erhoffen. Die Sozialdemokraten bezweifelten, dass »Maier und Döring stark genug sind, die FDP, für die

man höchstens 8 % errechnet [7,7 % waren es dann], dazu zu zwingen, in eine tolerierende Opposition zu gehen. Man fürchtet, dass es den CDU-abhängigen Kräften der FDP unter dem Eindruck eines relativ schlechten Wahlergebnisses gelingen könnte, Döring entscheidend zu schwächen und Maier damit seines stärksten Erfolgsmannes zu berauben. Kühn will von Mende erfahren haben, dass Döring eine erhebliche Beschneidung seiner Vollmachten durch den FDP-Vorstand zu erwarten habe, falls die Wahl nicht zumindest das gleiche Ergebnis für die FDP bringen werde wie 1953 [9,5 %]. Man werde Dörings Wahlkampfführung und insbesondere seine Haltung zur Frage einer SPD-FDP-Koalition für eine derartige Niederlage verantwortlich machen.«

Es waren häufig die kleinen, nur von einem Beobachter aus nächster Nähe zu vermittelnden Hinweise, die ein sprechendes Indiz für die Verfassung des Gegners lieferten: »Die defaitistische Stimmung im Parteivorstand ist bereits soweit verbreitet, dass Eichler erklären konnte, er werde in der Nacht vom 15. zum 16. September nicht ins Parteihaus kommen, um sich nicht den peinlichen Fragen der Journalisten auszusetzen. Die SPD plant, erste Rundfunk- und Fernsehstellungnahmen durch Ollenhauer, Schmid und Arndt in der Wahlnacht selbst abgeben zu lassen, Tenor wie 1953: SPD hat relativ und absolut an Stimmen gewonnen. Dies trotz des Einsatzes von übermächtigen Propagandamitteln der CDU. Zugleich Kritik am Missbrauch von Regierungseinrichtungen für die CDU-Wahlpropaganda […] Der Plan, dem Bundeskanzler eine separatistische Tätigkeit in der Vergangenheit nachzuweisen, ist fallengelassen worden, nachdem sich das zur Verfügung stehende Material als nicht ausreichend genug erwiesen hat. In der letzten Woche soll nur noch die Propaganda ›Atomangst‹ intensiviert werden, da diese Aktion nach der Feststellung Heines ›ankomme‹«. Fritz Heines »Versandapparat beim Parteivorstand« sei inzwischen »rettungslos festgefahren«.[447]

Mit Zweifeln an den demoskopischen Erhebungen wolle sich die SPD-Führung nicht trösten, hieß es weiter. Man müsse ihnen trauen, habe Erich Ollenhauer unterstrichen, »nachdem sich 1953 und während aller Landtagswahlen erwiesen habe, dass die Umfragen bis auf Dezimalstellen genau eingetroffen seien. Am 16. September mittags soll eine Pressekonferenz mit Ollenhauer stattfinden, in der zum Wahlergebnis Stellung genommen werden wird. Der Parteivorstand soll um den 20.9.

herum zu seiner ersten Sitzung nach der Wahl zusammentreten. Besonders scharf wurde im PV Schmids Erklärung zur Verstaatlichung kritisiert. Schmid habe unnötigen Sprengstoff in die Reihen der eigenen Partei gelegt, obgleich er wie alle PV-Mitglieder wisse, dass damit auch nicht ein Prozent Wähler zu gewinnen und die hoffnungslose Lage der SPD zu ändern sei. Ollenhauer äußerte nach einem Gespräch mit Arndt, dass die SPD unmittelbar nach der als verloren anzusehenden Bundestagswahl und im Hinblick auf die als aussichtsreich erscheinende Hamburgwahl den Sturm der Opposition über die Eroberung der Länderregierungen auf den Bund proklamieren müsse. Dies sei der einzige Weg, um ein völliges Absinken in die Lethargie zu verhindern.«

Ihre ausweglose Lage scheine in der SPD sogar vorsichtiges Umdenken auszulösen, berichtete der BND-Informant zwei Tage vor dem Wahlsonntag (Anstreichung mit Grünstift).[448] Inzwischen ließe sich nach seiner Beobachtung wohl sagen, »dass die Bereitschaft in der SPD zu einer Koalition mit der CDU stark zugenommen hat. Selbst Leute, die bisher in dieser Koalition einen Verrat an den Zielen und Grundsätzen der SPD gesehen haben, neigen jetzt dazu, in der Koalition mit der CDU die einzige Möglichkeit zu sehen, um der Partei Erschütterungen durch eine Fortdauer der Opposition zu ersparen. Man glaubt zwar nicht an Absplitterungen von nennenswerter Bedeutung, befürchtet aber neue innerparteiliche Diskussionen im Hinblick auf das in Vorbereitung befindliche Parteiprogramm, die den Parteivorstand zwingen könnten, weitere orthodoxe Positionen preiszugeben, während man andererseits eine ›linksradikale‹ außenpolitische Position beibehalten müsse, die den politischen Veränderungen in der Partei nicht Rechnung trage.«

»Ob diese Situation gemeistert werden könne«, so weiter, »hänge zweifellos von der Stärke des Vorsitzenden der Partei ab. Bisher sei es immer Ollenhauers Stärke gewesen, dass er den Kurs und den Zusammenhalt der Partei durch Übereinkommen mit den Bezirken habe festlegen können. Es frage sich, ob ihm dies weiterhin gelingt, wenn seine Position nach einem negativen Wahlausgang noch weiter geschwächt werde. An eine Ablösung von Ollenhauer denkt jedoch niemand ernsthaft, weil es für ihn keine für die Parteiorganisation akzeptable Alternative gibt. (Aus dieser Einschätzung der auf die Partei zukommenden Situation nach der Wahl hört man immer mehr Stimmen, ob es nicht Wege und

Möglichkeiten gebe, um schon bald nach der Wahl in Gespräche mit der CDU zu kommen, bevor sich in der CDU überhaupt eine Meinung durchsetzen könne.) Man hält es für möglich, dass die CDU auf Kosten der kleinen Parteien die absolute Mehrheit in Deutschland bekommt. Für diesen Fall sieht man voraus, dass von den Mitläufern, also den Leuten, die im Laufe der letzten Jahre in die SPD eintraten, weil sie durch die Partei Posten bekommen wollten, ein leichtes Abbröckeln zu verzeichnen sein wird.« Komfortabler als mit solchen tiefen Einblicken in das Lager des politischen Gegners konnte die Position des CDU-Vorsitzenden auf dem Höhepunkt seiner Macht nicht sein.

»Dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen«, so der Stempel Globkes, war auch die BND-Unterrichtung aus der SPD-Führung am Vorabend des Wahlgangs. Sie zeigte noch einmal die Verzweiflung bei den Sozialdemokraten und einige Überlegungen, wie die Konsequenzen des Desasters halbwegs aufgefangen werden könnten.[449] »Die tiefgreifende Resignation beim Parteivorstand hat sich seit dem Bekanntwerden des Emnid-Umfrageergebnisses vom 5. September erheblich verstärkt. Man rechnet allgemein damit, dass die CDU am 15. September allein die absolute Mehrheit erringen und mit den Mandaten der DP/FVP zu einer regierungsfähigen Mehrheit gelangen wird. Dies sei allerdings, wie man hofft, die einzige Möglichkeit, die es der FDP verbieten könnte, mit der CDU in eine Koalition zu gehen. Man stellt fest, dass selbst Mende wiederholt im Wahlkampf erklärt hat, eine Regierungsbeteiligung der FDP sei für den Fall undenkbar, dass die CDU allein oder mit Hilfe der DP/FDP die absolute Mehrheit erlangen sollte.« In der »Baracke« hoffe man, nach einem Sieg der Union wenigstens mit der FDP zu einer »offenen Kooperation« zu gelangen.

Zweites Thema des Berichts waren die immer stärker hervortretenden Spannungen im SPD-Funktionärsapparat: »Von den Bezirken und Unterbezirken wird bereits jetzt eine Reorganisation der SPD-Führungsspitze unter Hinweis auf das Versagen der Partei im Wahlkampf gefordert […] Am zweckmäßigsten wäre die Einsetzung eines gewählten Direktoriums und die Umwandlung des bisherigen Apparates aus vorzugsweise gewählten Funktionären in reine Parteiangestellte ohne Parteimandate. Allein schon das Direktorium werde, wie Heine argumentiert, nicht zustande zu bringen sein, da man zwar über Carlo

Schmid als Vertreter des rechten Flügels, jedoch über keinen Kandidaten für den linken Flügel verfüge. Es würde unmöglich sein, die profiliertesten Vertreter des linken Flügels, Wehner, Kühn und Birkelbach, gegenüber dem rechten durchzusetzen. Im Übrigen haben die verschiedenen Richtungen innerhalb der SPD lediglich das von Ollenhauer dargestellte ›luftleere Vakuum‹ zusammengehalten, etwa im Sinne der Kohäsion. Der Parteivorstand werde nach Heine an sich bereit sein, beim nächstjährigen Parteitag Mellies zur Beruhigung der aufgebrachten Verbände ›zu schlachten‹. Die Schwierigkeit sei jedoch die, dass man über keinen geeigneten Nachfolger für ihn verfüge.«

Kurz vor dem schwarzen Tag, der – als sei die Demütigung vier Jahre zuvor nicht genug gewesen – den Sozialdemokraten die größte Wahlschlappe ihrer Geschichte brachte, ging im Bundeskanzleramt noch eine Meldung ein, in der sich bereits ein kleines Stück Zukunft der Sozialdemokratie niedergeschlagen hatte.[450] Es ging um die innerparteilichen Machtkämpfe in der Berliner SPD und um die Nachfolge des gerade verstorbenen Regierenden Bürgermeisters Otto Suhr. In der geteilten Stadt seien die Wogen so hoch gegangen, dass sich der SPD-Vorsitzende trotz seiner Wahlkampfverpflichtungen persönlich habe einschalten müssen. »Nach wie vor weigert sich Brandt, die Kandidatur anzunehmen«, da er, wie er gesagt habe, glaube, »›bis zu den Wahlen den für die Partei verfahrenen Karren nicht mehr herausfahren zu können‹«. Und weiter: »Inzwischen hat ein Gespräch Ollenhauer-Brandt stattgefunden, in dem Ollenhauer Brandt gedrängt hat, seine persönlichen Bedenken zurückzustellen. Es ist deshalb anzunehmen, dass Brandts Weigerung dem Zweck dient, persönliche Zusagen zu erhalten, da er als Regierender Bürgermeister von Berlin seine Bonner Ambitionen zurückstecken müsste. Er will offenbar Zusagen für den Fall haben, dass die SPD bei den kommenden Berliner Wahlen ihre Majorität verliert.« Es sei freilich wahrscheinlich, dass der Parteitag der Berliner SPD kurz nach der Bundestagswahl Willy Brandt, den jetzigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, als Regierungschef von Westberlin nominieren werde. So geschah es.

Besser hätten – um es noch einmal festzuhalten – der Bundeskanzler, das Bundeskanzleramt und die CDU-Spitze über das Innenleben und die Wahlkampfstrategie der SPD kaum informiert sein können. Sie verfügten

aber nicht nur über die ausgedehnte geheime Berichterstattung des BND aus der »Baracke«, in den Unterlagen Globkes und der Unionsgeschäftsführung unter Bruno Heck finden sich für das Wahljahr massenhaft auch Original-Schriftstücke des SPD-Parteivorstands sowie seiner Referate und Aktionsausschüsse. Größtenteils handelt es sich dabei um Rundschreiben, vertrauliche Hinweise für die Parteigliederungen, Informationen aus Arbeitskreisen, Übersichten zum Frauenanteil an der Mitgliederentwicklung oder auch Informationen über die Tätigkeit des Schiedsgerichts beim Parteivorstand.[451] Dabei konnte sich Heck, dem Adenauer zunächst nicht recht vertraut hatte,[452] ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl einmal sogar selbst ins Gesicht sehen, als Fritz Heine seinen zahlreichen Wahlhelfern mitteilte, bei der CDU/CSU herrschten »trotz der äußerlichen Ruhe« große Meinungsverschiedenheiten. Er schrieb: »Wir haben vertraulich erfahren, dass der CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Heck selbst im internen Kreis erklärt hat, ›es sei einfach unmöglich einen Greis von 82 Jahren für weitere vier Jahre zum Bundeskanzler zu wählen, denn in diesem Alter könne das Nachlassen der geistigen Kräfte über Nacht erfolgen. Das erfordere dann den sofortigen Rückzug aus der Verantwortung, wozu Adenauer freiwillig nie bereit sei. Daraus folgt mit unerbittlicher Konsequenz, dass Adenauer nicht noch einmal als Kanzler vorgeschlagen werden kann.‹ Das ist im Geheimen die wahre Meinung der CDU/CSU-Führung.«[453] Am Tag der Wahrheit war all dies jedoch nichts mehr wert.

4. Geheime Kanzler-Orientierungen: Berichte aus dem SPD-Parteivorstand 1957–1962

Als die Wählerstimmen in der Nacht des 15. September 1957 ausgezählt waren, lagen beinahe 20 Prozent zwischen der triumphierenden Union und den Sozialdemokraten – eine Demütigung ungeahnten Ausmaßes. Bei hoher Wahlbeteiligung hatte die SPD zwar Stimmen hinzugewonnen, aber trotz des Verbots der KPD und deren heimatlos gewordener Anhängerschaft doch nur 31,8 Prozent erreicht; gegenüber 1949 ein Zuwachs von kümmerlichen 2,6 Prozent. Die CDU/CSU dagegen stand bei der historisch einzigartigen absoluten Mehrheit von 50,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Weder die Außen-, die Deutschland- oder die Verteidigungspolitik, wo sich die SPD seit Jahren so polarisierend profilierte, noch die detailreichen sozialpolitischen Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten zogen die Wähler an die Urnen – sondern vor allem die Zufriedenheit der Menschen mit ihrer wirtschaftlichen Lage, gepaart mit einem breiten Vertrauen in die autoritäre, aber in ihrer Zivilität populäre, jedenfalls dezidiert undoktrinäre Vaterfigur Konrad Adenauers, die nach zwei aufgewühlten Dekaden nicht mit Veränderungswillen beunruhigt, sondern »Keine Experimente!« versprochen hatte.

Welche Konsequenzen die SPD aus ihrem Desaster ziehen wolle und zu welchen Veränderungen sie sich entschließen könne, »sei es auf dem Gebiete ihres Programms – soweit sie eins hat –, sei es in ihrer Organisation«, werde man abwarten müssen, sagte der bejubelte Bundeskanzler dem Parteivorstand der CDU.[454] Da Adenauer über die innere Situation der SPD und ihres innersten Führungszirkels genau im Bilde war, prophezeite er, das werde wohl noch einige Zeit dauern. Mit dieser Prognose, in der auch ein wenig Hoffnung auf eine fortgesetzte sozialdemokratische Immobilität mitschwang, verschätzte sich Adenauer insofern, als sein zum dritten Mal und so deutlich wie nie geschlagener Gegner diesmal, anders als in der Wahlperiode zuvor, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnte: Jetzt brachen bei der Sozialdemokratie unter dem lange aufgestauten oder besser: von den Funktionären in der »Baracke« zurückgedrängten Reformdruck die Dämme. Nun ging es ebenso

um die Organisation wie um die Programmatik und die politische Linie der Traditionspartei. Der konfliktreiche, aber sofort einsetzende Erneuerungsprozess verhalf den längst formulierten Reformansätzen innerhalb weniger Jahre zum Durchbruch. Personell, politisch und programmatisch erinnerte der sozialdemokratische Wahlkampf von 1961 nur noch von Ferne an die Bemühungen der Ollenhauer-Partei 1957.

Es mag hier genügen, die oft beschriebenen Wegmarken dieser Modernisierung ins Gedächtnis zu rufen. Da waren zunächst die Wahlen zur Stellvertretung des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Ollenhauer in der neuen Bundestagsfraktion. Hier setzte sich mit Fritz Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner (er hatte das beste SPD-Wahlkreisergebnis überhaupt geholt[455]) die schon seit längerem tonangebende »informelle Elite«[456] durch; Wilhelm Mellies reüssierte nicht mehr. Im Fraktionsvorstand saßen nun auch der zur Sozialdemokratie gewechselte frühere Bundesinnenminister Gustav Heinemann, Heinz Kühn und Helmut Schmidt. Gemeinsam mit den profilierten Reformern Waldemar von Knoeringen und Georg August Zinn aus den Ländern sowie den Senatspräsidenten bzw. Bürgermeistern Willy Brandt (Berlin), Max Brauer (Hamburg) und Wilhelm Kaisen (Bremen) drängten sie seit Jahren auf eine Mobilisierung der erstarrten Funktionärspartei.

Als Palastrevolution darf der vorgezogene Stuttgarter Bundesparteitag im Frühjahr 1958 gelten. Die Delegierten beließen ihren redlichen, aber blassen Vorsitzenden, der sich partout »nicht als die bessere Alternative zu Adenauer hatte verkaufen lassen«,[457] zwar im Amt, gaben ihm jedoch den Geistesaristokraten von Knoeringen und Herbert Wehner, der mit am stärksten auf Veränderungen gedrängt hatte, als Stellvertreter bei. Vor allem aber beraubten sie den Schumacher-Nachfolger mit einem Schlag seines eigentlichen Machtinstruments: den vom bisherigen Organisationsstatut faktisch unkündbar gestellten und dem Delegiertenvotum entzogenen Geschäftsführenden Parteivorstand aus fünf besoldeten Stellvertretern, eine Art Partei-Generalstab. Er sicherte traditionell den »Primat der Parteiorganisation«[458] gegenüber den SPD-Parlamentariern und sozialdemokratischen Länderregierungen. Prominentestes Opfer bei der Abschaffung der »Festbesoldeten« wurde Propaganda- und Pressechef Fritz Heine, Ollenhauers Intimus, dem man einen altbackenen, jedenfalls verfehlten Wahlkampfstil vorwarf.[459]

In dem neu gewählten dreißigköpfigen SPD-Vorstand zeigte sich unter anderem mit Brandt, Brauer, Zinn, Arndt, Deist, Erler oder Helmut Schmidt der »Vormarsch der Reformergruppe«.[460] Die Tagesgeschäfte führte hinfort das neu eingerichtete Präsidium aus neun Vorstandsmitgliedern, dem sieben Bundestagsabgeordnete angehörten. Nicht mehr der oligarchisch verknöcherte Funktionärsapparat, sondern die Fraktion und die Praktiker, die das Ohr näher am Volk hatten, bestimmten jetzt zunehmend die politische Linie der SPD.

Nicht weniger bedeutsam als die organisatorische war die politisch-programmatische Modernisierung der SPD, deren Parteiprogramm aus dem Jahr 1925 stammte. Diskussionen über ein neues, zeitgemäßeres Leitbild gehörten mehr oder weniger zum Parteialltag, doch erst nach dem Fiasko von 1957 setzte der Vorstand unter Willi Eichler eine Kommission ein, die das zwei Jahre später beschlossene Godesberger Programm ausarbeitete. Es enthielt die Absage an weltanschauliche Dogmen, auch die marxistischen, verwarf in Ansehung des rapiden gesellschaftlichen Wandels endgültig das arbeiterparteiliche Selbstverständnis zugunsten eines volksparteilichen, betonte die Entschlossenheit zu einer sozialen und normativen Öffnung sowie das Ziel, die Bevölkerungsmehrheit für einen ethisch fundierten demokratischen Sozialismus zu gewinnen. In der Definition Herbert Wehners war diese Art Sozialismus die »für *alle* verwirklichte Demokratie«.[461] In Godesberg hätten alle gespürt, dass »die Partei wieder zu sich selber gekommen« sei, beobachtete Theo Pirker.[462] Die politischen Gegner des bürgerlich-konservativen Lagers erkannten, dass die SPD mit dem Sieg der Reformer und ihrem neuen Grundsatzprogramm erheblichen politischen Spielraum gewonnen hatte, da diese Wandlung auch eine »Öffnung nach rechts« bedeutete. Weil damit das Gespenst sozialdemokratischer Koalitions- und Regierungsfähigkeit den politischen Raum betrat, war Bundeskanzler Konrad Adenauer alarmiert: Er versuchte diese Entwicklung als »geschickte Tarnung« der Sozialdemokraten abzutun.

Noch wichtiger als die Veränderung des programmatischen Rahmens war allerdings der Kurswechsel in der praktischen Politik. Der SPD hing auf Bundesebene seit 1949 das Image des ewigen Nein-Sagers an, doch traf das in den ersten beiden Legislaturperioden eigentlich nur auf die Außen- und Deutschlandpolitik zu. In den innenpolitischen Gesetzgebungswerken, sogar bei der Wehrgesetzgebung, zogen die beiden großen Parteien zumeist

an einem Strang.[463] Da die Sozialdemokraten selbst dann noch an ihrer konfrontativen Linie gegen Adenauers Außenpolitik festgehalten hatten, als die wichtigsten Entscheidungen längst irreversibel und vom Wähler bestätigt waren, konnten sie die ganzen fünfziger Jahre hindurch trotz einiger Ansätze zur Gemeinsamkeit kaum »außenpolitische Kreditwürdigkeit« erlangen.

Für Willy Brandt, der stets für eine bedingungslose Westorientierung eingetreten war, Fritz Erler, der die »zarte Pflanze der Gemeinsamkeit«[464] beschwor, den zunehmend in den Vordergrund tretenden Helmut Schmidt, den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner und andere Reformer war es nach manchem Irrweg ein gewaltiges Stück Arbeit, ihre Partei auf einen realistischeren außenpolitischen Kurs zu bringen. Doch der Weg in eine künftige Regierungsverantwortung verlangte diese Häutung, da eine Vier-Mächte-Einigung über Deutschland inzwischen vollends illusorisch geworden war. Unübersehbar wurde der »fundamentale Kurswechsel«[465] der SPD spätestens mit der Bundestagsrede von Herbert Wehner am 30. Juni 1960, in der er sich in den außenpolitischen Lebensfragen der geteilten Nation ebenso unaufgeregt wie spektakulär zur Gemeinsamkeit mit den Unionsparteien bekannte. Der am meisten verleumdete und vom Bundeskanzler höchstpersönlich zum roten Schreck gestempelte Gegenspieler der Regierungsparteien schloss sein Plädoyer mit dem Appell: »Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie. Aber ein Feindverhältnis, wie es von manchen gesucht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag. Das geteilte Deutschland – meine Damen und Herren, ich will Sie damit nicht belehren, Sie wissen das wahrscheinlich zum größten Teil selbst – kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen.«[466]

Der Bundeskanzler war nicht überzeugt und nicht amüsiert. Noch Wochen nach Wehners Rede ließ er sich vor dem CDU-Vorstand mit einer Einschätzung vernehmen, die in starkem Kontrast zur öffentlichen Resonanz stand. Er sei von diesem Auftritt überhaupt nicht beeindruckt, sagte er: »Das Ganze war ein schlechtes Theater, auch die ganze Ausdrucksweise und diese Worte, die er gebraucht, und die Pausen, die er eingelegt hat. Das war rein kommunistische Dialektik und nichts anderes.«[467] Das klang mehr nach Selbstberuhigung als nach nüchterner

Analyse. Adenauer erkannte die Gefahr, die der Union nach einem Jahrzehnt unangefochtener Machtbehauptung durch die Verwandlung der Sozialdemokratie drohte, denn »viel schneller als er befürchtet hatte, war es der SPD jetzt gelungen, aus ihrer internationalen und innenpolitischen Isolation herauszukommen«.[468] Der 84-jährige Konrad Adenauer richtete seine beschwichtigenden Worte an die Spitzen seiner Partei zufällig nur einen Tag bevor die SPD den 46-jährigen Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, zu ihrem Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 1961 erkor.

Die Opposition am Boden

Wir haben etwas vorgegriffen, denn in unserer Darstellung stehen wir ja erst im Frühherbst 1957. Die Sozialdemokratie leckte ihre tiefen Wunden, die ihr von dem populären Regierungschef der wieder auf die Beine gekommenen Bundesrepublik beigebracht worden waren. Adenauer wusste, dass so gewaltige Wahlsiege künftig kaum noch zu erreichen sein würden, wenn sich die SPD tatsächlich einem einschneidenden Modernisierungsprozess unterwarf. Dem Bundeskanzler, der im Parteivorstand gesagt hatte, die SPD sei »hoffnungslos geschlagen«,[469] war ebenfalls klar, dass die Union nicht darin nachlassen durfte, ihre Widersacher genauestens im Auge zu behalten – in der politischen Tagesroutine nicht, aber eben auch nicht bei den von Kanzleramtschef Hans Globke seit fast zehn Jahren so virtuos gehandhabten Inlands-Erkundungen des BND. Die erwartbare politische und personelle Revolution in der Sozialdemokratie befeuerte die Motivation, die politische Inlandsspionage des Gehlen-Dienstes noch stärker unter Strom zu halten. Also wurde die Ausforschung der SPD-Spitze – wie nach dem Wahlsieg 1953 und der Gründung des BND 1956 – neuerlich ausgeweitet. In einem Fernschreiben hatte Reinhard Gehlen »Globus« zum Wahlausgang gratuliert: »Ich erlaube mir, Ihnen auch im Namen meiner Mitarbeiter die besten Glückwünsche zu dem großen politischen Erfolg der Bundestagswahlen zu übermitteln«, schrieb er: »Ich wäre dankbar, wenn Sie die Freundlichkeit haben würden, unseren Glückwunsch auch dem Herrn Bundeskanzler zum Ausdruck zu bringen.« Hans Globke antwortete, er habe sich aufrichtig gefreut.[470]

Die Zufriedenheit des Staatssekretärs und Chefs des Bundeskanzleramts mit dem BND und seinem zuvorkommenden Präsidenten wird nach den »Adenauer-Wahlen« dadurch weiter genährt worden sein, dass der Auslandsnachrichtendienst die Frequenz seiner Zuarbeit aus dem Aufkommen der Inlandsspionage in dem Vierteljahr nach der katastrophalen Wahlschlappe der SPD noch einmal steigerte. Gut 60 geheime Informationen liefen in den drei Monaten bis Jahresende aus der »Baracke« im Palais Schaumburg ein, durchschnittlich jeden Arbeitstag eine. Sie reichten von Berichten über Sitzungen von Parteivorstand und Fraktion, die Taxierung des Aufstiegs von Herbert Wehner bis zu den

Baumaßnahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das war ein sehr nützlicher Service für den Kanzler, denn niemand vermochte vorherzusehen, wann die sozialdemokratischen Aufräumungsarbeiten beginnen und wo sie hinführen würden.

Während die Presse noch in Spekulationen über Abrechnungen, Umstürze und Nächte der langen Messer badete, erfuhr man im Palais Schaumburg bereits zwei Tage nach der entsprechenden Sitzung des Parteivorstands von ersten beobachtbaren Trends in der SPD-Führung.[471] »Die Pressemeldungen über akute Reorganisationspläne der SPD entbehren jeder praktischen Grundlage«, stellte der BND in einer ersten, ziemlich ungesicherten Mitteilung fest. Sie ging hauptsächlich auf ein Interview von Heinz Kühn zurück, der, wie es hieß, »offensichtlich – wie schon in der Fernsehsendung am Abend des Wahltages – seine persönlichen Ressentiments nach seiner Ausschaltung aus dem Parteivorstand bei einer ihm günstig erscheinenden Gelegenheit abreagieren« wollte. Der Parteivorstand habe zwar über eine Reorganisation gesprochen, »aber ohne eine ersichtliche Entschlussbereitschaft, Änderungen herbeizuführen«. Fritz Heine habe mit seiner Prophezeiung Recht behalten, die Medien würden sofort nach der Wahl in diese Kerbe hauen. »Die Meldung über den Einsatz eines Parteidirektoriums, bestehend aus Ollenhauer, Wehner und Schmid ist völlig aus der Luft unzutreffend. Diese Möglichkeit ist im Parteivorstand noch nicht einmal gesprächsweise erwogen worden. Es ist auch nicht beschlossen worden – wie die Presse kombiniert hat –, den Parteitag vorzuverlegen.«

Einen verzagten kritischen Ansatz habe es jedoch durchaus gegeben, wusste der Bericht, denn zu Beginn der Aussprache habe Carlo Schmid unter Hinweis auf seine Wahlgewinne den Versuch gemacht, Kritik am Apparat zu üben. Als sich bei den anderen Vorstandsmitgliedern Unmut zeigte, habe er jedoch zurückgesteckt: »Schmid flüchtete sich daraufhin in allgemeine Phrasen. In längeren Ausführungen meinte er, die SPD müsse alles daransetzen, um eine freiheitliche Volkspartei zu werden. Seine Ausführungen fanden insoweit Zustimmung, als auch andere Vorstandsmitglieder anerkannten, dass die Wählerverschiebung eine Chance für die Ausdehnung der SPD im bürgerlichen Lager biete. Auch [Willi] Birkelbach äußerte sich, allerdings in sehr gemäßigter Form, kritisch über die organisatorische und propagandistische Tätigkeit des Apparates. Es

fiel allgemein auf, dass er offensichtlich bemüht war, seinen eigenen Worten keinen sichtbaren Nachdruck zu verleihen. Ollenhauer bat dann um eine fundierte Kritik an der Wahlkampfführung, ohne dass es jedoch zu weiteren kritischen Äußerungen kam. Wehner verhielt sich auffallend zurückhaltend. Er betonte in seinem Diskussionsbeitrag, die SPD sei längst nicht mehr eine Arbeiterpartei im klassischen Sinne. Die SPD müsse daher aus dieser Lage Konsequenzen ziehen und hierbei insbesondere die Entwicklung zu der modernen Massengesellschaft beachten.« Der Parteivorstand habe sich schließlich darauf geeinigt, Fachleute mit der Analyse des Wahlergebnisses zu betrauen.

Nach Mitteilung des BND-Informanten wandte sich der Vorstand danach der Frage zu, »welche Taktik die SPD künftig im Bundestag anwenden solle«. Das war für den Bundeskanzler mindestens so interessant wie die Hinweise auf zaghafte Reformansätze: »Es wurde vorgeschlagen, auf keinen Fall mehr zu versuchen, durch zähes Ringen mit der CDU im Plenum und in den Ausschüssen eine Verbesserung von Gesetzen zu erreichen, die nachher von der CDU propagandistisch nur sich selbst zugeschrieben werde. Man solle beobachten, gewährenlassen und ablehnen. Bei positiven Vorschlägen solle die SPD zustimmen, damit nicht der Eindruck einer Opposition um jeden Preis entstehe. Gegen diese Auffassung wandten sich nur Mellies und Menzel, eingeschränkt auch Schoettle, die befürchteten, es könne bei einem derartigen Verhalten der demokratische Charakter der SPD in Zweifel gezogen werden. Die Mehrheit des Parteivorstands sprach sich jedoch dafür aus. Die auf diese Weise gesparte Energie soll eine intensivere Arbeit der Abgeordneten und Funktionäre in den Wahlkreisen und in Verbänden aller Art ermöglichen, vor allem im Sinne verbesserter Public Relations.« Diese Überlegungen, die für den Kanzler von besonderem Belang waren, haben sich in dem regulären SPD-Protokoll so nicht niedergeschlagen. Doch da der geheime Zuträger wusste, für wen er berichtete und was im Kanzleramt interessierte, hob er diese Details in seinem Bericht besonders hervor.

Noch bei einem weiteren Punkt konnte die CDU-Führung der sozialdemokratischen Wundpflege zusehen: »Der Parteivorstand entschloss sich dann zu einer (der einzigen) organisatorischen Veränderung. Der Parteiausschuss, der bisher nur platonisch bereits gefassten PV-Beschlüssen zustimmte, soll regelmäßig als ›Kleiner Parteitag‹ einberufen und zu

Entscheidungen hinzugezogen werden.« In der Aussprache kam man dann zu der (zutreffenden) Überzeugung, Adenauer werde die FDP auch in sein drittes Kabinett aufnehmen, und schloss daran kühne Spekulationen. Diese Entscheidung sei mit Blick auf die fernere Zukunft vielleicht sogar zu begrüßen, »weil die FDP dann ein Kristallisations-Becken für die liberalen Elemente in der CDU werden könnte, wenn die CDU nach dem Abgang des Bundeskanzlers auseinanderzufallen beginne. Andere PV-Mitglieder befürchteten dagegen aus einer alleinigen Oppositions-Stellung ungünstige Folgen für die SPD.«

Bald folgte eine noch ausführlichere Beschreibung der »innerparteilichen Lage der SPD«.[472] Sie schloss sich an eine Sitzung der Spitzengremien an und erweiterte den Einblick des Kanzlers in die sozialdemokratische Selbstfindung noch einmal beträchtlich. »Die Reformvorschläge von Heinz Kühn«, entnahmen Adenauer und Globke dem geheimen Bericht, »sind die Vorschläge eines Einzelgängers, der zwar von einigen Intellektuellen gestützt wird, in Wirklichkeit jedoch weder einen nennenswerten Einfluss auf die Haltung der Mitglieder noch des Apparates hat.« Ollenhauer habe seine Initiative auch zurückgewiesen. In der Partei sei man der Auffassung, Kühn wolle sich nur in den Vordergrund spielen, »um auf dem kommenden Parteitag bei etwa reformwilligen Kräften Unterstützung für eine neue Kandidatur zum Parteivorstand zu finden, dem er heute nicht angehört. Als er die Isolierung einsah, hat er dann auch bei der Parteiausschuss-Sitzung einen öffentlichen Rückzug angetreten und erklärt, er sei mit seinen Vorschlägen nicht richtig verstanden worden.« Ein Bericht des *Spiegels* überschätze die Bedeutung dieser Diskussion erheblich. In der Sitzung sei deutlich geworden, wie klug Ollenhauer und Heine gehandelt hätten, als sie sich im Wahlkampf jeden einzelnen Schritt vom Vorstand oder vom Propagandaausschuss absegnen ließen. »Hierdurch war es von vornherein ausgeschlossen, dass sich eine wesentliche Kritik an der Wahlkampfführung des Parteivorstands erheben konnte.« Das war allerdings eine allzu freundliche Sicht der Dinge, die womöglich von der besonderen Nähe Ortloffs zu Erich Ollenhauer und Fritz Heine herrührte.

Näher an der Wirklichkeit lag der BND mit dem Hinweis, dass sich die Bête noire (oder rouge) der Konservativen, Herbert Wehner, in kräftigem innerparteilichem Aufwind befand: »Im Mittelpunkt der Parteiausschuss-Sitzung stand nicht Ollenhauer, sondern eindeutig Wehner, der die Chance

zu nutzen scheint und in den kommenden Wochen und Monaten stärker in den Vordergrund treten dürfte. Wehner benutzte die Chance, um gegen die Kritiker von 1953 aufzutreten und die Reformen am Aktionsprogramm indirekt anzugreifen oder zumindest lächerlich zu machen. Er führte aus, dass weder das Abwerfen von Ballast noch die verschiedenen organisatorischen Maßnahmen den absoluten Wahlsieg Adenauers hätten verhindern können. Als Ursache des Wahlausgangs bezeichnete er, dass in der Periode der Restauration und der Konjunktur die Opposition keine Chance haben könne. Es sei unnütz, Veränderungen zu diskutieren und Sündenböcke zu suchen, da die objektiven Ursachen für den Ausgang entscheidend gewesen seien. Deutlich wird hier der Versuch Wehners spürbar«, glaubte der BND-Zuträger, »schon heute weitere Reformen auf ideologischem Gebiet abzubiegen«. Das Verlaufsprotokoll der SPD über diese Ausschusssitzung bestätigt diese Version allerdings nicht.[473] So manchen innerhalb und außerhalb der Partei, resümiert denn auch sein Biograf, habe die vorsichtige, aber entschiedene Art, wie Wehner auf eine organisatorische und programmatische Erneuerung drängte, zu dem »Trugschluss« verleitet, er »trete auf die Bremse.«[474]

Dann wandte sich die Diskussion dem innerparteilichen Krieg in Berlin zu, aus dem Willy Brandt als Sieger hervorgegangen war. Sein unterlegener, dezidiert marxistischer Dauerrivale Franz Neumann sei »scharf angegriffen« worden, habe sich herauszureden versucht, doch sei er immer weiter in die Isolierung geraten. »Dabei wurmt ihn deutlich, dass nicht einmal seine engsten Freunde daran gedacht haben, ihn selbst als Kandidaten [für das Amt des Regierenden Bürgermeisters] ins Gespräch zu bringen.« Carlo Schmid habe in der Ausschusssitzung, aber noch mehr in der Fraktionssitzung ebenfalls nicht recht punkten können. Man habe seine Analysen zwar interessiert angehört, seine Schlussfolgerungen jedoch verworfen. Anders als Ollenhauer, dessen Ausführungen vor den sozialdemokratischen Abgeordneten zwar »optimistisch, aber keineswegs tiefschürfend« gewesen seien, habe Schmid rhetorisch durchaus zu glänzen verstanden, seine Vorschläge seien jedoch derart in Zwischenrufen untergegangen, dass er »seine Rede kurz abbrach und sich mit rotem Kopf hinsetzte. An seiner Stellung in der Partei als einem bloßen Aushängeschild dürfte sich in absehbarer Zeit nichts ändern«.

Besonders erwähnenswert erschien dem sozialdemokratischen Informanten des BND der Vorstoß einiger Hamburger Abgeordneter (darunter Helmut Schmidt), »der Wehner nach vorne bringen soll«. Sie hätten die Arbeit der Fraktion einer heftigen Kritik unterzogen: »Man verlangte Reformen, die dem Gros der Fraktion mehr Einfluss auf die wichtigen politischen Entscheidungen einräumen sollen.« Kritik sei vor allem an der Geschäftsführung von Walter Menzel geübt worden, die den Fraktionsmitgliedern zu wenig Möglichkeit gebe, Einfluss zu nehmen. »Weiter wurde die Forderung zur Trennung des Fraktionsvorstandes von dem des Parteivorstandes erhoben. Hier geht es vor allem um die Stellung von Mellies. Um die Person Mellies bahnt sich eine Auseinandersetzung zwischen Ollenhauer und einer Reihe von Bezirken an. Nach den Vorstellungen der Hamburger und einer Reihe anderer einflussreicher Abgeordneter soll Mellies zumindest in der Fraktion abgelöst werden und durch Erler oder Wehner ersetzt werden. Man verspricht sich für die sozialdemokratische Politik eine stärkere Profilierung, wenn an die Stelle von Mellies ein Mann tritt, der gegenüber der Öffentlichkeit eine bessere Resonanz zu erzielen vermag. Mellies scheint derjenige zu sein, der als Sündenbock in die Wüste geschickt werden soll, weil man überhaupt etwas tun will. Der Konflikt zwischen Ollenhauer und den Bezirken droht aber, weil Ollenhauer – anscheinend aus persönlichen Motiven – Mellies halten möchte. Zu Erler sind die Beziehungen Ollenhauers seit langem gespannt, und auch mit Wehner gehören die Bindungen der Vergangenheit an.«

Das war gut beobachtet, die Präsentation politischer Intimitäten war damit aber noch nicht erschöpft. Der Bericht kam nun auf das Zentralthema, das Tauziehen um eine modernisierte sozialdemokratische Programmatik zu sprechen. Es gebe starke Kräfte in den Bezirken, die für eine Vorverlegung des nächsten Parteitags plädierten, »die Diskussion über das Programm unmittelbar nach der Wahl« zu führen, weil andernfalls die Gefahr bestehe, »dass sie durch den Parteivorstand und eine Reihe orthodoxer Kräfte völlig abgebogen werde. Zwar habe der PV die Ausarbeitung des Programms bis zum nächsten Parteitag versprochen, es sei aber sehr fraglich, ob der PV das Programm bis zu diesem Termin auch wirklich fertigstellen werde. Außerdem würden die Kräfte immer stärker, die sich mit einer neuen Revision des Aktionsprogramms zufriedengeben wollten, um nicht bei der Ausarbeitung des Programms alte sozialistische Programmpunkte aufgeben

zu müssen. Diese orthodoxen Kräfte glauben, dass in einer abgeschwächten Konjunkturperiode ein günstigerer Zeitpunkt für die Erarbeitung eines ›sozialistischen‹ Parteiprogramms gegeben sei.« Der wohlinformierte Bericht, der dem Bundeskanzler zeigte, wie stark es in der SPD gärte, schloss jedoch mit der – je nach Standpunkt – optimistischen bzw. pessimistischen Prognose, das Wahlergebnis werde in der Partei wohl »noch weniger Auswirkungen haben als bei der letzten Wahl«; zu personellen Veränderungen dürfte es auf dem nächsten Parteitag allerdings doch kommen.

Doch schon zuvor wurden die innerparteilichen Konfliktlinien immer deutlicher. Das zeigte sich sogleich an einer Sitzung des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion.[475] Am 23. Oktober seien dort »die Grundlagen für die Wahl des neuen Fraktionspräsidiums erörtert und beschlossen worden«, erfuhren Globke und Adenauer. »Dabei ist Ollenhauer mit seinen Vorstellungen glatt unterlegen. Ollenhauer schlug vor, das alte Präsidium wiederzuwählen. Mellies und Schoettle waren jedoch, wie schon die erste Sitzung der Fraktion nach den Wahlen gezeigt hatte, für die Mehrheit der Fraktion nicht mehr akzeptabel. Auch diesmal kamen die konkreten Vorschläge wieder von der Hamburger Fraktion […] Als erkennbar wurde, dass seine Vorstellung nicht zu realisieren war, unterbreitete Ollenhauer einen neuen Vorschlag, nämlich die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden auf fünf zu erhöhen. Das hätte bedeutet, dass neben den alten auch drei neue Kandidaten – Erler, Wehner, Schmid – hätten berücksichtigt werden können. Die Hamburger entgegneten, dass es jetzt darum gehe, den Schnitt zu betonen. Dies könne nur durch einen deutlichen Wechsel der Person klargemacht werden. Ollenhauer stellte trotzdem seinen Vorschlag zur Abstimmung und wurde mit großer Mehrheit überstimmt.« Schoettle habe dann auf seine Kandidatur verzichtet, »während Mellies, zum Entsetzen selbst seiner Freunde, die Kandidatur annahm«; von gutmeinender Seite werde man versuchen, ihm das noch auszureden. Doch da habe Ollenhauer dies bereits zu einer öffentlichen Sache gemacht.

Die in der nächsten Woche zu erwartende Abstimmung in der Fraktion werde zeigen, ob Ollenhauer den verlorenen Boden wieder gutmachen könne oder nicht, hieß es weiter. »Man wird das aus der Wahl oder Nichtwahl von Mellies ersehen. Eine negative Entscheidung der Fraktion ist insofern von Bedeutung, als sie die Stellung von Mellies auf dem

kommenden Parteitag erheblich belasten kann.« Es sei auch um die Reformvorschläge von Heinz Kühn gegangen, die faktisch zur Folge haben würden, »dass sich eine Reihe von Mitgliedern des heutigen Geschäftsführenden Parteivorstandes entweder nicht wieder zur Wahl stellen würde, um die Position zu behalten, oder aber versuchen müsste, eine andere Stellung zu bekommen, von der aus sie ihre politische Funktion im Vorstand weiter ausüben könnten. Diese Vorstandsmitglieder werden daher mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bemüht bleiben, die Verwirklichung der Vorschläge von Kühn zu verhindern.«

In der folgenden Fraktionssitzung, bei der Ollenhauers Kandidat Mellies abgewählt wurde und die weitere Hinweise auf das Kräfteverhältnis von Traditionalisten und Reformern gab, war der BND ebenfalls zugegen.[476] »Als bedeutsam wird im Parteivorstand angesehen«, so berichtete er der CDU- und Regierungsspitze, »dass Ollenhauer zum ersten Mal in der Fraktion 22 Gegenstimmen gegen sich hatte. Das mindert nicht seine Stärke in der SPD-Führung, macht aber erkennbar, dass innerhalb der Partei die Periode der Einmütigkeit beendet ist. Einige Mitglieder des Parteivorstandes vermuten, dass Ollenhauer sich bald der politischen Richtung Wehners anschließen wird, falls er nicht eine stärkere Unterstützung von den Bezirken erhält, als dies zur Zeit der Fall ist. Allerdings lässt sich sagen, dass Wehner einen gewissen Stellungswechsel vollzogen hat (Vorbild Bevan?). Zwischen Erler, Wehner und Carlo Schmid sollen feste Abmachungen bestehen, eine gemeinsame Politik zu betreiben. Das würde bedeuten, dass auch Wehner zu Kompromissen bereit sein wird.«

Zwischen den beiden Fraktionssitzungen im Wochenabstand liefen bei Globke zehn weitere Geheiminformationen ein, darunter eine als besonders streng vertraulich zu behandelnde Meldung über eine »neue SPD-Illustrierte«; in den Plan von SPD, DGB und dem *Revue*-Verleger, Helmut Kindler, seien bisher nur sechs Personen eingeweiht.[477] Die Anregung dafür gehe von Kindler aus, hieß es, »der nach dem Wahlausgang sein Herz für die Linke entdeckt zu haben scheint und der Partei seine technischen Anlagen angeboten hat. Manager der neuen Partei-Illustrierten ist Georg Fischer, der ehemalige zweite KP-Vorsitzende in Bayern, der heute in der Sozialdemokratie eine bedeutende Rolle spielt. Die SPD hat bereits ihre Zustimmung gegeben, sich finanziell an dem Projekt zu beteiligen«, über

den Ausgang der Gespräche mit dem Vorstand der Gewerkschaften sei noch nichts Endgültiges bekannt geworden. Es folgten Meldungen über Personalveränderungen beim *Parlamentarisch-Politischen Pressedienst*,[478] über die Vorbereitung einer »Tonbildfolge« für den Hamburger Wahlkampf,[479] die notorischen Auseinandersetzungen in der West-Berliner SPD[480] oder etwa die sozialistische Jugendinternationale, die ihren Sitz von Wien in die alte Reichshauptstadt verlegen wolle.[481]

Siegfried Ortloff beschränkte sich nicht darauf, solche Informationen routinemäßig an den BND weiterzugeben, er setzte seinen Parteifreund Siegfried Ziegler immer wieder auch persönlich ins Bild. Ziegler schrieb dann beispielsweise an Gehlen, »im Vorstand der Partei gehen durchgreifende persönliche Veränderungen vor, sodass man über künftige Kompetenzzuteilungen noch nichts voraussagen kann«. Allerdings konnte er den BND-Präsidenten mit der Versicherung beruhigen, es erweise sich immer wieder, »dass Otto [Ortloff] weitgehend als ruhender Pol auf unserem Sektor anzusehen ist«. Mehr als das, er war Pullachs Mann in der SPD-Zentrale, der den Auslandsnachrichtendienst nicht nur mit wertvollen Berichten des Ostbüros versorgte, sondern mit seinem Freund Ziegler auch noch die delikatesten Interna freimütig erörterte. In demselben Schreiben wies der seinen Präsidenten nämlich darauf hin, Ortloff habe ihm berichtet, dem Parteivorstand sei gesteckt worden, der BND habe sich im niedersächsischen Innenministerium mit zwei Agenten in der für den Verfassungsschutz zuständigen Abteilung eingenistet, es solle sich um früher in Paris tätige SD-Leute handeln; ob das tatsächlich zutreffe?[482]

Dank seiner regelmäßigen Treffen mit dem SPD-Funktionär Ortloff konnte Siegfried Ziegler Gehlen gegen Jahresende damit vertraut machen, »einem Wunsch Herrn Ollenhauers entsprechend soll Herr Mellies«, den die Fraktion Ende Oktober abgewählt hatte, »weiterhin für den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden in der Partei kandidieren (die Entscheidung fällt im Mai während des Parteitages in Stuttgart) und auch Mitglied des parlamentarischen Ausschusses für den BND bleiben.« In seinem Brief an Gehlen verstand es Ziegler, seinen Top-Informanten Ortloff noch weiter aufzuwerten. Nach einem von Ollenhauer kürzlich erwirkten Beschluss sollten nun nämlich »alle für den Oppositionsführer bestimmte Mitteilungen des BND an Otto [Ortloff] gehen, damit eine einheitliche Erfassung gewährleistet wird. Otto lässt Sie bitten, für die

Verbindungsstelle in Bonn eine entsprechende Anordnung zu erlassen.« Das erregte bei Gehlen allerdings leichten Unmut, der den SPD-Chef ja gelegentlich persönlich traf und deshalb in einer Randbemerkung Auskunft darüber verlangte, wieso »das nicht von Ollenhauer selber kam?«[483]

Das wiederum war eine der vielen undankbaren Aufgaben, die der Präsident seinem Vize zuzuschieben pflegte. Worgitzky konnte die Wogen nach Rücksprache mit Siegfried Ziegler immerhin soweit glätten, als dieser von Wilhelm Mellies Erfreuliches mitteilen konnte.[484] Der abgewählte stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion (doch weiterhin stellvertretende Parteivorsitzende) habe in einem Gespräch signalisiert: »1. Bereit zu helfen, in jeder Weise, Standpunkt der alte; 2. In Sonderheit bei Ausschusssitzungen, will sich gerne zum Sprecher machen für Dinge, die 70 [Gehlen] *nicht* sagen möchte; 3. Bittet hierzu um baldigen Besuch [Gehlens] in Bonn; 4. Unbeschadet des vorgesehenen Besuches von ihm hier in München. Dafür Termin noch nicht abzusehen.« Ebenso wie mitunter andere Politiker und Beamte sah es auch der von der Fraktion entmachtete Mellies als nützlich an, seinen Draht nach Pullach nicht gerade dann erkalten zu lassen, wo seine Position in der Partei immer stärker wackelte. Die Parteifreunde Ortloff und Ziegler, als Verräter unerkannt, schienen die besten Garanten dafür.

Bereits einige Zeit davor hatten der Bundeskanzler und sein Staatssekretär einen tiefen Einblick in eine Nachlese erhalten, die sich mit der propagandistischen Gestaltung des Wahlkampfes befasste.[485] In dem zuständigen »Werbeausschuss« war man sich einig, dass man »zufriedenstellend gearbeitet und sich ausnahmslos an die Richtlinien des Parteivorstandes gehalten habe«. Es verdrehe die Realität, wenn behauptet werde, dass »der CDU ein schwerwiegender Einbruch in die Arbeiterschaft gelungen sei. Örtliche Erfolge glichen sich mit dem Einbruch der SPD in bürgerliche Schichten aus. Schoettle, verärgert durch die Vorgänge bei der Fraktionsvorstandswahl, kritisierte heftig die Arbeit der Fraktion in den verflossenen vier Jahren. Durch ihre positive Mitarbeit an den Gesetzesvorlagen der Koalition habe sie der Regierung zusätzliche Propagandamöglichkeiten geboten. In Zukunft müsse es sich die Fraktion versagen, an annahmesicheren Vorlagen der Regierung mitzuarbeiten, da jede von der SPD durchgesetzte Verbesserung letztlich dann wieder zugunsten der Regierung ausschlage.« Es folgte moderate Detailkritik an

der Werbekampagne. »Der Wahlkampf habe gezeigt, dass die SPD sich mit einer Vielzahl von Plakaten verzettelt habe.«

Dann ergriff der verantwortliche Wahlkampfleiter Fritz Heine das Wort: »Der CDU-Sieg erkläre sich 1. Konjunktur, 2. Ungarn, 3. Immense Wahlkampfmittel, 4. Persönlichkeit Adenauers, 5. Unterstützung von Wirtschaft und Industrie und 6. deutscher Sicherheitskomplex. Die SPD habe Fehler gemacht: Missverständliche Parolen und organisatorische Unzulänglichkeiten seien auf der ganzen Linie festzustellen gewesen.« Einer seiner Mitarbeiter referierte danach über die Wahlkampfanstrengungen der Unionsparteien. Im nordrhein-westfälischen Wahlkampf sei jetzt erst einmal eine Pause angezeigt, »da die Bevölkerung mit politischen Parolen überfüttert sei«; es sollten jetzt »die Gewerkschaften seitens der SPD dazu animiert werden, eine Unzufriedenheits-Propaganda im Zusammenhang mit den Preissteigerungen zu inszenieren«. Aber darin erschöpfte man sich nicht: »Die Propaganda-Abteilung soll zum eigentlichen Kern des Parteivorstandes ausgebaut werden«, berichtete der BND. »Während die politischen Aufgaben in erster Linie auf die Fraktion übergehen und die politischen Fachreferate weitgehend abgeschafft werden sollen, denkt man für den Bereich der Propaganda an einen Aufbau.« In der »Baracke« kursiere allerdings bereits der Witz, mit dem hausinternen Umzug der Abteilung »seien die inneren Parteireformen abgeschlossen«.

Schien das eine recht legere Haltung in führenden Parteikreisen zu belegen, signalisierte der am selben Tag eingehende Bericht über das »Oppositionsprogramm der SPD« eine regelrechte Misere beim politischen Gegner: »Während sich vor allem in der Fraktion die Gemüter an personellen und parteiorganisatorischen Problemen erhitzen, herrscht hinsichtlich des benötigten Programms für die dritte Legislaturperiode völlige Stille und Sorglosigkeit. Es findet zur Zeit in der gesamten Partei überhaupt keine Diskussion über die ideologischen und praktisch-politischen Grundlagen mehr statt. Eichler, der den Auftrag hat, bis zum nächsten Parteitag ein reformiertes Programm vorzulegen, hat den Überblick über die über 30 verschiedenen Fachgruppen verloren, die nach und nach zu dessen Erarbeitung gebildet wurden. Wenn das Material, das bisher von diesen Gruppen erarbeitet wurde, wie vorgesehen zusammengefasst werden würde, ergäbe es eine Enzyklopädie der SPD,

aber kein Parteiprogramm. Neuerdings ist Erler auf eigene Initiative hin bemüht, ein Kurzprogramm zu entwerfen. Ihm wird zugebilligt, dass er als einziger hinlänglich klare Vorstellungen über ein solches Programm besitze. Er arbeitet zur Zeit mit einem selbstausgewählten kleinen Team an diesem Programm, das er dem PV als Vorlage für den nächsten Parteitag übergeben will.«[486] Alle diese Nachrichten aus dem Nähkästchen der SPD waren mit dem Grünstift des Bundeskanzlers abgezeichnet.

Dasselbe galt natürlich für den parallel eingehenden Stimmungsbericht aus der Zentrale der geschlagenen Partei.[487] Heine, so begann er, »kommentierte die Lage des Parteivorstandes wie folgt: ›Wir befinden uns wie die *Pamir* im Zentrum des Hurrikans, in dem das Meer unbewegt und still ist. Trotzdem ist das Schiff untergegangen. Von der hektischen Nervosität in der Fraktion ist im Parteihaus nichts zu spüren. Dafür aber herrscht eine anhaltende Resignation. Wer irgend Aussicht habe, sich zu verändern, sei bestrebt, dieses zu tun. Konkret gefährdet sind von den Spitzenfunktionären Heine und Herta Gotthelf. Heine rechne sich aber aus, dass die Reformer für ihn kaum einen Nachfolger finden dürften, zumal der PV für diesen die Befugnisse des Pressechefs erheblich beschneiden wolle […] Eichler fühlt sich relativ sicher, da er sich ausrechnet, dass der Parteivorstand ein Kulturpolitisches Amt in der Zentrale zumindest solange unterhalten müsse, als die Kulturpolitik immer noch Sache der Länder sei. Mellies besaß nach dem Durchfall in der Fraktion, vor dem ihn seine Freunde gewarnt hatten, keinerlei Aussicht mehr auf dem nächsten Parteitag zum stellvertretenden Parteivorsitzenden wiedergewählt zu werden. Wie sich die Diskussion um die ›Parteireform‹ bis zum Parteitag entwickeln wird, ist noch gänzlich ungewiss. Obgleich Kühn als der eigentliche Urheber der ›Reformbewegung‹ gilt und seine Vorschläge auch breiten Widerhall in den Bezirken fanden, hat sich seine persönliche Stellung eher verschlechtert. Beide Flügel verzeihen ihm seine kritischen Äußerungen in der Wahlnacht in den Fernseh- und Rundfunkinterviews nicht.« Sollte es Stellvertreter des Parteivorsitzenden geben, kämen Wehner, Erler und Schmid infrage, es würden aber wohl nur zwei installiert. »In Kreisen des Parteivorstands ist man der Auffassung, dass das ›Team‹ Erler, Schmid, Wehner die Arbeit der Fraktion eher lähmen als aktivieren werde, Heine: ›Wehner steht links von sich selbst und der Erler rechts von sich selbst und der Schmid steht überall und nirgendwo!‹«

Wie eh und je waren gute Beziehungen, die Reinhard Gehlen zu führenden Sozialdemokraten wie Erich Ollenhauer oder Fritz Erler unterhielt, kein hinlänglicher Grund für den BND-Präsidenten, die kontinuierlich forcierte Ausforschung der SPD-Spitze etwa in Frage zu stellen oder gar abzubrechen – zu wichtig war es für Adenauer, Globke, die CDU-Spitze und für Gehlen persönlich, frühzeitig zu erkennen, in welche Richtung die gebeutelte Sozialdemokratie sich jetzt bewegte. Im November liefen Hinweise auf mögliche Koalitionsgespräche zwischen SPD und FDP in Hamburg ein,[488] zum Tauziehen um Wehners Vorsitz im Gesamtdeutschen Ausschuss,[489] zur Regierungskrise in Niedersachsen,[490] die Kandidaten für die Chefredaktion des *Vorwärts*[491] oder die »Kontaktaufnahme zwischen den Reformern der SPD-Fraktion und dem DGB«.[492]

Dazwischen überraschte Fritz Heine, der seine Felle davonschwimmen sah, mit der Forderung, den Parteitag der SPD vorzuverlegen.[493] Das sei »ausschließlich als ›Flucht nach vorne‹ zu bewerten«, steckte Ortloff dem BND. »Heine glaubt, mit dieser Vorverlegung den Plänen der Reformer zuvorkommen zu können. Bei den hauptamtlichen Funktionären des Parteivorstandes herrscht allgemein die Auffassung, dass die Reform-Bewegung erst zu einer existentiellen Gefahr werden kann, wenn ihr bis zum nächsten Parteitag ausreichend Zeit geboten wird. Heine argumentiert: Wir dürfen der zunächst noch völlig führerlosen Bewegung in den Unterbezirken (gemeint sind SPD-Verbände in NRW, Hessen, Hamburg und Bayern) keine Gelegenheit geben, über eine Entfesselung der parteiinternen Diskussion im Vorstand oder, was noch schlechter wäre, in der Bundestagsfraktion, Fahnenträger zu finden, um die sie sich scharen können. Insofern wäre nach Auffassung Heines eine Vorverlegung des Parteitages nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl in NRW eine Chance, die in den Parteiverbänden allgemein festzustellende Gärung noch einmal aufzufangen.« Es war unübersehbar, dass es nun früher oder später zu einer Entscheidung kommen würde. Der Bundeskanzler und sein engster Mitarbeiter waren über die Zuspitzung dieses innerparteilichen Entscheidungskampfes ungleich besser im Bilde als die allermeisten Mitglieder der alten Traditionspartei bei einer ihrer schmerzvollsten Häutungen.

Am 15. November gingen im Palais Schaumburg nicht weniger als acht Nachrichten zur SPD ein. Es begann mit dem Hinweis, die »Reformer der SPD-Fraktion« hätten Kontakt zum DGB-Vorstand aufgenommen, um »die Zurückhaltung im Apparat des DGB gegenüber den Parteireformen zu überwinden. Man möchte das Gespräch und den Erfahrungsaustausch zwischen der Fraktion und dem BND bzw. den Industriegewerkschaften intensivieren und dabei vor allem die Verzahnung zwischen dem SPD- und dem DGB-Apparat beseitigen, soweit sie den Parteireformen hinderlich im Wege steht.«[494] Die nächste Meldung versah der Bundeskanzler mit der handschriftlichen Bemerkung: »Nach Angabe des BM [Bundesministers] v[on] Br[entano] völlig falsch.« Es war ihm nämlich gemeldet worden, sein Außenminister und Ollenhauer hätten vereinbart, der SPD-Chef solle in Zukunft Gelegenheit erhalten, »mit den zu turnusmäßigen Besprechungen nach Bonn gerufenen Diplomaten in Form eines Gesprächs oder eines Mittagessens zusammenzukommen, um ihnen die Auffassung der Opposition zu den politischen Problemen darlegen zu können«; das erste Treffen solle bereits Anfang des nächsten Jahres stattfinden.[495]

Auch einen kleinen Hinweis, in dem es um die Friedrich-Ebert-Stiftung ging, versah Adenauer mit der handschriftlichen Aufforderung, »nähere Angaben über diese Stiftung« beizubringen.[496] Der Einblick in die neue Zuständigkeitsverteilung der SPD-Fraktion war ihm ebenfalls eine Anstreichung wert. Zwischen den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Schmid-Erler-Wehner sei es inzwischen zur Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete gekommen, berichtete der Dienst: »Schmid soll sich auf repräsentative Aufgaben beschränken und für die rechtzeitige Publicity als künftiger sozialdemokratischer Bundeskanzler sorgen, Erler scheidet aus der aktiven Arbeit in den europäischen Gremien aus, um sich der Arbeit des Einpeitschers in der Fraktion zu widmen, während Wehner in Zukunft noch stärker als bisher die Tätigkeit in der Europa-Arbeit und der Außenpolitik wahrnehmen soll.«[497]

Politisch bedeutsamer war freilich, dass das Bundeskanzleramt und die CDU-Führung die schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD gewissermaßen in Echtzeit verfolgen konnten. »In den letzten Tagen ist die Gegenarbeit des Apparates gegen die Wirksamkeit der sogenannten Reformer in der Partei in vollem Umfang angelaufen«, begann eine weitere vertrauliche Mitteilung vom selben Tag.[498] »Gegen Wehner wird in erster

Linie ins Feld geführt, dass er als einflussreichster Mann in Fraktion und Partei doch die Politik der Partei mitbestimmt habe. Es sei heute unfair, die bisherige Politik des Parteivorstandes, die doch weitgehend auf seine Initiative und seine Vorstellungen zurückgehe, zu kritisieren. Erler sei mit seiner Kritik an der Parteipropaganda genauso unehrlich, zumal er als Mitglied des Propaganda-Ausschusses jede Möglichkeit hätte wahrnehmen können, um seine Vorstellungen auch durchzusetzen. Stattdessen sei er aber nicht mehr als zweimal dieses Jahr vor den Wahlen zu den Sitzungen des Ausschusses erschienen.«

Der als Vorsitzender und Bundeskanzler in spe gehandelte schöngeistige Professor der Sozialdemokratie bekam genauso sein Fett ab: »Gegen Carlo Schmid wird ins Feld geführt, dass die Partei einen ersten Vorsitzenden, der sich seine Reden und Referate durch die Organisationen mit 500 DM bezahlen lasse, nicht gebrauchen könne. Außerdem sei die Propaganda für Carlo Schmid nicht mehr als eine Aktion von Gegnern der Partei, die mit der Unzufriedenheit weitester Kreise in der Partei am Wahlausgang spekulierten. Bezeichnend seine verwirrten Stimmungen, die in der letzten Zeit in Arbeiterbezirken deutlich geworden seien. Dort sei in Ausspracheabenden von Arbeitern erklärt worden, man müsse mit Adenauer endlich Fraktur reden, was nur Carlo Schmid könne. Man solle die Sozialisierung deutlicher verlangen und Carlo Schmid mit der Aufgabe betrauen, diese Forderungen populär zu machen. In einigen Versammlungen haben Angehörige des Apparates daraufhin bereits offen gegen Carlo Schmid gesprochen und erklärt, wenn einer am unzuverlässigsten sei, die Sozialisierung zu vertreten, dann sei das Carlo Schmid.«

Ende November entluden sich dann die seit Jahren schwelenden Spannungen zwischen dem Parteiapparat der »Baracke«, wo der – nach Formulierungen von Kurt Klotzbach – »überkommene Funktionärstyp« den Ton angab, und den »politisch und/oder fachlich anerkannten, ausstrahlungskräftigen Persönlichkeiten« in der Bundestagsfraktion oder auch in den Landesregierungen und Landesverbänden.[499] In dieser »Repräsentanz-Debatte«, die sich machtpolitisch gegen die traditionelle Dominanz der Organisation richtete, wo nach allgemeiner Meinung »oligarchische Verfestigungen« unübersehbar geworden waren und »der Kontakt der meisten hauptamtlichen Vorstandsmitglieder nach unten immer mehr geschwunden war« – Verkrustung, Ideenlosigkeit, Unbeweglichkeit,

die nur durch eine »Trennung von Politik und Verwaltung« überwindbar zu sein schienen. Solche Modernisierungstendenzen beim hauptsächlichen politischen Konkurrenten konnten sich der gespannten Aufmerksamkeit von Bundeskanzler Adenauer und der »Adenauer-CDU« sicher sein.

Der Auslandsnachrichtendienst berichtete ausführlich über die widerstreitenden Kräfte und die weichenstellenden Sitzungen der SPD-Gremien. Fünf Tage vor der mit Spannung erwarteten Zusammenkunft des Parteivorstands erfuhr man im Palais Schaumburg davon, dass dazu auch eine Reihe von Landesvorsitzenden eingeladen worden seien, von denen der Vorstand annehme, »dass sie die Linie der Funktionäre stützen würden. Das veranlasste die Reformer, ihrerseits reformistisch eingestellte Parteigenossen aus den Ländern zu der Sitzung zu bitten«.[500] Im Vorfeld sei zwischen Funktionären und Reformern ein keineswegs nebensächlicher Streit um den »Kassensekretär« Alfred Nau entbrannt, wusste der BND, dem die Reformer »bereits jetzt Sitz und Stimme im Parteivorstand zugesagt« hätten. Auffälligerweise sei Nau, der sich bisher aus dem Streit um die Parteireform herausgehalten habe, unmittelbar nach der verlorenen Bundestagswahl in die USA gereist und erst jetzt von dort zurückgekommen: »Naus Stellung ist zwar ohne politisches, dafür aber umso mehr von ökonomischem und taktischem Gewicht, da er über besonders enge Beziehungen zu den Gewerkschaften verfügt. Er kontrolliert praktisch die Finanzen der SPD. Allerdings vertritt Nau sachlich die Auffassung, dass die SPD allein aus ökonomischen Gründen eine Massenpartei bleiben müsse, da sie auf das Mitgliedsaufkommen angewiesen sei.«

Was auf den ersten Blick wie ein technisch-kameralistisches Argument wirke, bekomme nun eminentes politisches Gewicht, fuhr die Vorfeld-Analyse fort: »Diese These hat sich in den letzten Tagen der gesamte Geschäftsführende Vorstand zu eigen gemacht. Er argumentiert, dass eine Verlagerung des politischen Schwergewichtes auf die Bundestagsfraktion den kleinen Parteimitgliedern jeden Anreiz zur echten politischen Betätigung rauben werde. Allgemein ist festzustellen, dass sich im Geschäftsführenden PV immer stärker die Befürchtung durchsetzt, dass seine Mitglieder ernsthaft gefährdet sein könnten. Ollenhauer, der zwar wenig Kampfentschlossenheit erkennen lässt, erwägt, für Mitte Dezember eine Funktionärskonferenz der Bezirkssekretäre einzuberufen, um damit

optisch die taktische Lage der Funktionäre insgesamt zu stärken.« Mit einem Winkelzug habe Ollenhauer wohl auch Wehner und damit den Reformern insgesamt eine »Ansehensschädigung« bereitet. Doch auch der zu den Beharrungskräften zu rechnende Fritz Heine befinde sich »nach wie vor in einer außerordentlich schlechten Verfassung«.

Im geschäftsführenden Funktionärskorps der »Baracke« glaube trotz der verbreiteten »pessimistischen Stimmung« niemand, »dass es den Reformern bereits auf dem nächsten Parteitag gelingen könnte, für den von ihnen geplanten Umbau in der Parteiführung eine Zweidrittelmehrheit des Plenums zu finden. Allerdings könnte eine offene Diskussion über Wert oder Unwert einer Parteireform das Ansehen der Funktionäre in der Partei so stark schädigen, dass mit einer Durchsetzung dieser Reform spätestens beim übernächsten Parteitag gerechnet werden müsste. Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes hoffen im Übrigen auf zunehmende Überschneidungen zwischen Erler und Wehner. Zwar fühle sich Erler für Innen- und Wehner für Außenpolitik verantwortlich. Die ersten Überschneidungen hätten sich jedoch bereits in wehrpolitischen Fragen ergeben, die aus der außenpolitischen Diskussion nicht herausgelöst werden könnten.« Einen solchen Einblick in die Verästelungen des großen sozialdemokratischen Konflikts konnte neben den unmittelbaren Protagonisten nur ein Mann haben, der im Auge des Sturms stand, ein Mann wie Siegfried Ortloff, der Sekretär des Geschäftsführenden Parteivorstands in der SPD-Zentrale.

Wie sehr sich der Unwille, ja Zorn, über die hauptamtlichen Funktionäre in Bonn aufgestaut hatte, spiegelt ein besonders sarkastischer Brief, den der zum linken Flügel zählende ehemalige Widerstandskämpfer, Buchenwald-Häftling und frühere Chef der hessischen Staatskanzlei Hermann Brill (inzwischen Professor für Öffentliches Recht an der Universität Frankfurt) in diesen Tagen an Fritz Erler, ebenfalls früherer Konzentrationslager-Häftling, richtete: »Man müsste direkt überrascht sein«, schrieb er, »wenn aus dem Barackenlager in der Friedrich-Ebert-Allee einmal ein guter Gedanke käme. Ich glaube, Du solltest den Londoner Emigranten-Klub und seinen Anhang etwas machiavellistisch behandeln; sichere ihnen ihre Posten auf Lebenszeit und verlange als Preis dafür, dass sie sich politisch entmachten lassen, dann kannst Du mit einigem Geschick tun, was Du willst. Nur verschone sie mit geistigen Anstrengungen und erwarte auf

keinen Fall, dass sie etwas von Soziologie, Politologie, Geschichte, Ethik und Jurisprudenz verstehen!«[501]

Der nun Zug um Zug vorangetriebene Reformprozess erforderte dann doch etwas mehr Zeit, Geduld und Geschick. Über die wichtige Vorstandssitzung Ende November erfuhr der Kanzler – »gesehen, Adenauer« –, dass die dort gefassten Beschlüsse (man setzte zwei mit Persönlichkeiten beider Lager besetzte Ausschüsse ein, die Vorschläge für die Parteireform erarbeiten sollten) von den Funktionären in der Sache als Kompromiss, »im Übrigen aber als moralischer Sieg gegenüber der Reformergruppe gewertet« würden.[502] »Als Carlo Schmid nach allgemein gehaltenen Ausführungen über die Entwicklung der SPD zu einer Volkspartei auf Zwischenfragen zugeben musste«, so weiter, »dass seine Reformvorschläge hinsichtlich ihrer politischen und praktischen Möglichkeiten noch nicht endgültig durchdacht seien«, habe er sofort einen Gegenangriff erleben müssen. Seine Kritiker »warfen, von Mellies unterstützt, Schmid und den Reformern vor, im Grunde genommen nicht aus einer ernsten Sorge um die Zukunft der Partei, sondern aus persönlichen Ambitionen und Verärgerungen die öffentliche Diskussion um eine Reorganisation der SPD in ein Stadium getrieben zu haben, das auf die Dauer der Partei abträglich sein werde«; die Verlagerung des politischen Gewichts auf die Bundestagsfraktion werde, so Mellies, zu Resignationserscheinungen in den Parteigliederungen führen.

»Die Kontroverse zwischen Mellies und Schmid gab Ollenhauer die Möglichkeit, die Rolle des neutralen Schlichters zu übernehmen. In nicht ungeschickter Weise griff Heine in die Diskussion ein. Er gab zu, dass auf politischem, organisatorischem und propagandistischem Gebiet zahlreiche Fehler gemacht worden seien. Sie könnten jedoch vermieden werden, wenn eine stärkere Verzahnung zwischen Fraktion und Parteivorstand eintreten würde. Da Schmid sich durch Wehner und Erler, die sich sehr zurückhaltend verhielten, im Stich gelassen sah, stimmte er überraschend schnell der These von Heine zu.« So genau konnte das nur jemand wiedergeben, der das selbst beobachtet hatte. Nach dem missglückten Referat von Schmid, fuhr der Bericht aus der Sitzung fort, sei die Stellung der Reformer in der Diskussion so geschwächt gewesen, dass Ollenhauer die Einberufung einer einwöchigen Funktionärskonferenz in der Art eines »politischen Bildungsseminars« durchsetzen konnte, bei dem er selbst das

Einführungsreferat halten werde. »Der Geschäftsführende Parteivorstand erhofft sich von dieser Konferenz eine erhebliche Stärkung seiner Stellung für den Parteitag.«

In einer Nachlese gab Ortloff dem BND dann noch Auskünfte über einige »taktische Schachzüge« gegen die Reformer.[503] Danach hätten sich die festbesoldeten Mitglieder des Vorstands mit einem Vorschlag durchsetzen können, der vorsah, dem bevorstehenden Parteitag in Stuttgart bereits den Fragenkomplex »Eigentum für alle« sowie eine »Kurzfassung der wehr- und außenpolitischen Konzeption unter besonderer Berücksichtigung der Abrüstungsfrage und der Probleme der Wehrorganisation« zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit diesem Schachzug hofften »die Funktionäre, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten im sogenannten Reformteam auslösen zu können. Die Reformer seien sich zwar in der Absicht einig, über kurz oder lang den Geschäftsführenden Parteivorstand mit Ollenhauer an der Spitze zu eliminieren. In sachlichen Fragen der Politik jedoch beständen zwischen ihnen sehr schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten. Eine Diskussion des Parteitages über die beiden Fragenkomplexe werde zwangsläufig die mangelnde Übereinstimmung zwischen den Reformern offenlegen und ihnen den Nimbus von ›Lebensrettern‹ der Partei nehmen« – eine der zahlreichen geheimen innenpolitischen BND-Informationen, die den Stempel »Hat dem Herrn Bundeskanzler vorgelegen« erhielt.

Im letzten Monat des Jahres 1957 folgten zunächst eine Reihe kleinerer, deswegen aber nicht weniger nützliche Informationen, wie etwa die, dass die Reise von Schatzmeister Alfred Nau in die USA für die Friedrich-Ebert-Stiftung ein gutes finanzielles Ergebnis erbracht habe; sowohl die Ford- wie die Carnegie-Foundation hätten »größere Summen in Aussicht gestellt«.[504] Oder: »In den letzten Monaten muss es wieder einige Gespräche zwischen SPD-Vertretern und Springer gegeben haben. Das geht aus Erklärungen Heines hervor, in Hamburg habe es sich gezeigt, dass die SPD durch persönlichen Kontakt zu führenden Verlegern das Übergewicht der bürgerlichen Presse eindämmen könne. Er führte die Haltung der Springerschen Presse-Erzeugnisse im [für die SPD erfolgreichen] Hamburger Wahlkampf auf seine Abmachungen mit Springer zurück.«[505] Es ging außerdem um »Veränderung bei den Falken«,[506] um den »Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen«,[507] um die »Flüchtlingsarbeit«[508] oder um den

Rundfunk in Saarbrücken, wo der SPD-Vorstand versuche, ihren ihm »in jeder Hinsicht ergebenen Rundfunkreferenten« in der politischen Redaktion unterzubringen.[509]

Die Bemühungen um die Neubesetzung der Chefredaktion des Parteiorgans *Vorwärts* in der Nachfolge des Widerstandskämpfers und Verlegers Josef Felder, der in den Bundestag gewählt worden war, fand in mehreren Mitteilungen Beachtung. Sämtliche von der Partei ins Auge genommenen Kandidaten hätten inzwischen abgesagt, wohl wegen der dürftigen finanziellen Ausstattung und politischen Abhängigkeit vom Parteivorstand.[510] Kurz darauf hieß es, jetzt habe man einen Chefredakteurskandidaten gefunden, der aber wegen seiner hohen Gehaltsforderungen »und seines angeblich schlechten Rufes (Alkohol und Frauen) für diese repräsentative Aufgabe der Partei kaum infrage kommt«. Die Leitung des *Parlamentarisch-Politischen Pressdienstes* solle der junge Student S. übernehmen, »für den der Umstand spricht, dass er den Mitarbeiterstamm in den Ministerien kennt«. Interessiert fragte Globke in einer Randbemerkung nach: »Sohn des Ministers?«[511] Schon zwei Tage später wusste der Staatssekretär mehr, zwar nichts über die Herkunft des Studenten, dafür aber manches über die *Vorwärts*-Entscheidung.[512] Trotz dessen bedenklicher Lebensführung habe die SPD nun also den ins Auge genommenen Kandidaten berufen, einen Korrespondenten der *Stuttgarter Zeitung*, der kein Parteimitglied sei und monatlich sage und schreibe 3700 DM Gehalt beziehe. »Dieser Beschluss hat eine außerordentliche Erregung unter den langjährigen hauptamtlichen Mitarbeitern und Referenten des Parteivorstands ausgelöst. Der Chefredakteur des SPD-Pressedienstes erhält demgegenüber nur 1600 DM, andere Referenten zwischen 800 und 1200 DM. Der Beschluss des PV ist endgültig.« Ortloff war einer der Sturm laufenden Referenten, der Spitzenposten beim sozialdemokratischen Traditionsblatt schon bald wieder vakant.

Der BND kam noch einmal auf Willy Brandt und die innerparteilichen Machtkämpfe in der Berliner SPD zurück.[513] Die bevorstehende Kür des Parteivorsitzenden stoße dort »auf so erhebliche Schwierigkeiten, dass die Wahl Brandts sehr knapp ausfallen kann. Gegen Brandt spricht in der Mitgliedschaft und darüber hinaus vor allem im Apparat, dass er von den bürgerlichen Parteien herausgestellt wird. Gegen Neumann wird von den Kräften, die Brandt unterstützen, ins Feld geführt, dass die SED seine

Wiederwahl wolle. In der Tat sind die Bezirke der SPD, die im Osten der Stadt arbeiten, von der SED unter Druck gesetzt worden, für Neumann zu stimmen. Wenn das natürlich im Grunde nichts weiter als kommunistische Taktik ist, so ist doch innerhalb der Berliner SPD damit zu rechnen, dass die scharfe Stellung gegenüber dem Kommunismus in der nächsten Zeit vor den innerpolitischen Machtkämpfen zurücktritt.«

Schließlich der jetzt doch an Dynamik gewinnende Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie: Hier verwies der BND auf eine Intervention aus der Feder Willi Eichlers, des führenden Programmatikers und Verantwortlichen für die neuen Leitlinien, die sich auf den Wandel der Bruderpartei in Österreich bezogen habe und innerhalb des SPD-Apparats stark beachtet worden sei.[514] »Die Apparatleute warfen den Österreichern Verrat an den Prinzipien des Marxismus vor, während die Reformer in den Vordergrund stellten, dass auch die österreichische Partei, die bisher als die marxistischste in ganz Europa galt, zu Reformen gezwungen sei. Eichler stellt in dem Artikel fest, dass die Österreicher jetzt im Grunde nachholen, was die SPD in den letzten Jahren vollzogen habe. Hinter dieser Richtigstellung sieht man Eichlers Versuch, bei der Parteidiskussion eine eigene Stellung zu beziehen. Offensichtlich ist ihm unter dem Druck seiner Freunde in der Nähe des Apparates doch zu unwohl geworden. Sein Versuch einer eigenen Position wird von den Reformern deutlich begrüßt, weil hierdurch das Auseinanderbrechen der einheitlichen Front im Apparat beschleunigt werde. Auf einem anderen Wege erscheine ein Kompromiss auf dem kommenden Parteitag kaum möglich.« Es folgte eine intime Nachschrift: »Bei der Beurteilung der Person Eichlers ist zu berücksichtigen, dass bei ihm menschliche Probleme eine große Rolle spielen. Er lebt mit Susi Miller, einer jüdischen Emigrantin, zusammen, die ebenfalls politischen Ehrgeiz besitzt und heute als seine Sekretärin arbeitet. (Der ISK verbot die Heirat aus organisatorischen Prinzipien.) Susi Miller muss zu denen gerechnet werden, die den Reformern sehr nahe oder mindestens sympathisch gegenüberstehen.«

Es war klar: Der Kampf um die Erneuerung der SPD begann die Partei immer stärker in Atem zu halten. Er würde die volle Aufmerksamkeit der politischen Inlandsspionage des BND in Anspruch nehmen, um gegenüber dem Kanzleramtschef und dem Bundeskanzler auskunftsfähig zu bleiben. Mitte Dezember erfuhr die Regierungsspitze bereits, dass Wilhelm Mellies

nicht wieder als stellvertretender SPD-Vorsitzender kandidieren werde.[515] »Für diese Position scheiden die drei führenden Reformer Wehner, Schmid und Erler praktisch aus, da der stellvertretende Vorsitzende nach ihren eigenen Vorschlägen ein entpolitisierter Organisationsfachmann sein soll, somit also in keinem Fall gleichzeitig als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion fungieren könne. Erler hat sich zwar mit der Absicht getragen, anstelle von Mellies auf dem Parteitag zu kandidieren. Er kann jedoch, wenn er nicht selbst unglaubwürdig werden will, aus den vorerwähnten Gründen sich nicht zur Wahl stellen. Schoettle, der die Voraussetzungen für eine Nachfolge erfüllen würde, ist zumindest gegenwärtig nicht daran interessiert zu kandidieren. Allgemein wird die Stellung des zweiten Vorsitzenden seit Beginn der Auseinandersetzung um eine mögliche Reform als besonders undankbar empfunden.«

Kurz darauf lieferte der BND weitere aktuelle Informationen zum »Fortgang der Parteireform«.[516] Er hinterbrachte Globke die Einschätzung Carlo Schmids, wonach die erste Sitzung der Ende November vom SPD-Vorstand dafür eingesetzten sogenannten »Siebener-Kommission« in einer »harmonischen Atmosphäre« getagt habe. Ollenhauer signalisiere, »dass er künftig zwar die Reformvorschläge zu bremsen, aber gewisse Reformen von oben her durchzuführen gewillt sei. Über Art und Zeitpunkt der Reformen gibt es vorläufig noch keine Klarheit. Da nach Carlo Schmid Ollenhauer ›klar umgefallen‹ sei, ist zu vermuten, dass in Zukunft die innerparteiliche Diskussion ruhiger und weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit verlaufen wird.« Außerdem zeige das Verhalten von Alfred Nau nach Schmids Beobachtung, »dass der Geschäftsführende Vorstand zum ersten Mal in seiner Geschichte keinen einheitlichen Standpunkt einnimmt und sich hier die persönlichen Interessen der einzelnen PV-Mitglieder nicht in einem unbedingten Miteinander auswirken. Carlo Schmid bemerkte in diesem Zusammenhang, dass sich Ollenhauer auch im Falle Mellies nicht gerade sehr kämpferisch gezeigt und die Segel gestrichen habe.«

Auf dem Weg zur Organisationsreform und nach Godesberg, der nun steil anstieg, hatte die SPD mit dem Bundesnachrichtendienst einen engen Begleiter, im Bundeskanzleramt aufmerksame Leser. Einen der längsten Spitzelberichte aus der SPD-Spitze überhaupt erhielten Adenauer und Globke gegen Ende ihres Erfolgsjahres 1957 über die zweitägige Sitzung

der sozialdemokratischen Führung Mitte Dezember. Er umfasste elf Schreibmaschinenseiten, wurde, wie einer Marginalie des Kanzlers zu entnehmen ist, Gegenstand einer Besprechung mit dem Chef des Kanzleramts und erhielt vom CDU-Vorsitzenden obendrein das seltene handschriftliche Prädikat: »Aufheben«![517] Die Ausarbeitung des Auslandsnachrichtendienstes nach Maßgabe des SPD-Vorstandssekretärs Siegfried Ortloff eignet sich gut zu einem Vergleich mit dem in der Friedrich-Ebert-Stiftung aufbewahrten authentischen Protokoll.[518]

Der BND-Bericht begann mit einem Trompetenstoß: »Diese Sitzung war die dramatischste seit jener großen Sitzung im Jahre 1949 in Hannover, als die SPD darüber zu entscheiden hatte, ob das Grundgesetz der Bundesrepublik einen Bundesstaat oder nach alliierten Vorstellungen einen Staatenbund schaffen sollte. Die Sitzung am 14.12. hat ein konkretes Ergebnis nicht erbracht. Ganz deutlich hat sich gezeigt, dass die Reformer im Parteiausschuss kaum noch wesentliche Chancen haben« – eine Einschätzung, die ein wenig von der Perspektive Ortloffs gefärbt war, der ja zum »Baracken«-Establishment gehörte.

Es folgte die geraffte Zusammenfassung von Ollenhauers Einleitungsreferat, das drei Stunden in Anspruch nahm und zunächst außenpolitische Fragen abhandelte, unter anderem die Perspektiven der Nato-Konferenz in Paris u. a. zur Lagerung von Raketen und Atomsprengköpfen in Mitteleuropa, worüber er auch eine Unterredung mit dem Kanzler gehabt habe. »Ollenhauer unterstrich die gute Atmosphäre des Gesprächs mit Adenauer, wie überhaupt sein ganzes Referat im Hinblick auf die zu erwartende Auseinandersetzung über die Parteireform im Zeichen einer gewissen Eigenreklame stand.« Dann zählte der Vorsitzende eine Vielzahl von Initiativen gegen die »Atomrüstung« auf. Sogar die überaus Nato-freundlichen holländischen Genossen habe er nachdenklich stimmen können. Die nächste Passage, die ihm gar nicht gefiel, strich der Kanzler dick an: »Er, Ollenhauer, habe durchsetzen können, dass die Sozialistische Internationale in ihrer Frühjahrssitzung 1958 einen Vorstoß für die Politik der [militärisch] verdünnten Zone [in Mitteleuropa] unternehmen werde. Damit sei zu hoffen, dass sich die Internationale endlich von ethischen Deklamationen abwenden und sich mit praktischen Vorschlägen für die konkrete Politik befassen werde.«

Innenpolitisch müsse seine Partei im kommenden Jahr »eine verstärkte Aktivität entwickeln«, sei der Parteichef sodann fortgefahren. Sieben Felder waren genannt, darunter – Anstreichung – die Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Ländern, ferner »Sozialer Wohnungsbau. Hier kritisierte Ollenhauer aus Mangel an Sachkenntnis ungeschickter Weise die Länder, was zu Protestrufen der anwesenden Ländervertreter führte«. Mit dem FDP-Vorsitzenden Reinhold Maier habe er »laufende Kontakte verabredet«; Anstreichung. Dann ging er noch auf den Zerfallsprozess des BHE ein, den CDU wie SPD für sich zu nutzen gedächten, und kam dann auf die Strategie der Union zu sprechen, »die FDP endgültig auszuhungern und totzuschweigen«.

Dann ging es um das Parteiprofil, dass klarer in Erscheinung treten müsse, und zwar auf den Feldern der Wirtschaftspolitik, der Außen- und Verteidigungspolitik sowie, um die Anziehungskraft der SPD auch für bürgerliche Wähler zu stärken, bei der »Mobilisierung des Geistes«. Dann die heikle Parteireform: »Zu den Forderungen, der SPD eine neue organisatorische Struktur zu geben, sagte Ollenhauer, diese Wünsche würden vom Parteivorstand im Allgemeinen anerkannt. Auch sei er damit einverstanden, dass eine breite Diskussion stattfinde. Nicht zu diskutieren sei jedoch die Tatsache, dass die Partei mit ihrem Charakter als Funktionärs- und Mitgliederpartei stehe und falle (Stärkster Beifall). Es sei vielleicht zweckmäßig, einen Sonderausschuss einzusetzen, der diese Probleme untersuchen soll. Eine Veränderung in der Spitze der SPD sei durchaus denkbar. Hierbei müssten aber nach einstimmiger Auffassung des Parteivorstandes zwei Grundsätze beachtet werden: 1. Jede Veränderung muss als Resultat zeitigen, dass die Effektivität der Partei nicht zersplittert, sondern verstärkt wird, 2. zwischen den Parteitagen muss der Parteivorstand die alleinentscheidende Führung sein (lebhafter Beifall).«

Der Parteichef wurde noch deutlicher. Natürlich mindere das alles nicht die Bedeutung der Fraktionen in Bund und Ländern, aber: »Es sei eine ungute Diskussion, wenn versucht werde, die besoldeten gegen die unbesoldeten PV-Mitglieder auszuspielen. Wenigstens von den der SPD nahestehenden Zeitungen könne man erwarten, dass sie dieses Spiel nicht mitmachen. Die Partei könne grundsätzlich auf hauptamtliche PV-Mitglieder nicht verzichten. Offen sei lediglich die Frage, welche besoldet und welche nicht besoldet werden sollten. Der Parteivorstand sei sich völlig

einig über die Notwendigkeit der besoldeten PV-Mitglieder gewesen. Vielleicht sollte man zur Aktivierung der PV-Arbeit einen Ausschuss aus hauptamtlichen und nebenamtlichen PV-Mitgliedern bilden, die ständig in Bonn anwesend sein müssten«. Auch diese Passage bekam eine lebhafte Anstreichung. »Mit besonderer Schärfe betonte Ollenhauer, über personelle Einzelfragen könne einzig und allein der Parteitag entscheiden, nicht aber Gruppen oder gar die öffentliche Meinung.«

Dann folgte eine fünfseitige Wiedergabe der anschließenden Diskussion. Wie der Vergleich zeigt, folgte sie der Reihenfolge wie sie dann auch in dem Protokoll der Partei aufscheint, das einen Tag nach der Sitzung, als der BND bereits berichtete, ziemlich sicher noch gar nicht erstellt war. Mit anderen Worten: der Spitzel und der Protokollant stützten sich auf dieselben Aufzeichnungen bzw. Unterlagen, und mit noch anderen Worten: Der Protokollant und der BND-Informant waren ein und dieselbe Person: Siegfried Ortloff.

Die Referierung der Redebeiträge im Bericht für Adenauer und Globke begann mit der Stellungnahme von Max Seidel aus Bayern: »Fordert echte Persönlichkeitswahl für den Parteivorstand.« Im SPD-Protokoll heißt es: »Der Parteitag sollte nur echte Wahlen vornehmen und keine Funktionen nur bestätigen.« BND, [Franz] Höhne (Franken): »Nervosität über die Zukunft der SPD herrsche nur in Bonn und in den Redaktionen einiger Zeitungen. Draußen im Lande sei davon nichts zu spüren.« Es sei ein Vergehen gegen die Parteieinheit, wenn man die Zuversicht der Parteimitglieder mutwillig untergrabe, »die sogenannten Reformer hätten sich überaus illoyal gegenüber der Partei verhalten«. SPD-Protokoll: »Nirgends gibt es die hektische Nervosität wie in Bonn. Draußen in den Bezirken finden ruhige und sachliche Debatten statt. Man wünscht Zurückhaltung mit öffentlichen Äußerungen und vorweg Klärung aller Probleme. Was ist eigentlich die Reformgruppe? Was soll das Gerede vom künftigen Bundeskanzler Erler?«

BND, Erler: »Entschuldigt sich dafür, dass es nicht zu verhindern gewesen wäre, dass die Presse gewissen Personen Etiketten verleiht.« SPD-Protokoll: »Niemand kann verhindern, dass Außenstehende Etiketten verleihen, um die sich niemand beworben hat.« BND, Erler: »Die Diskussion sei notwendig. Die Organisation sei Mittel zum Zweck und nicht sakrosankt. Wichtiger aber, und hier sei er völlig einig mit Ollenhauer,

sei eine stärkere Profilierung der politischen Ziele der SPD. Er sei immer dafür gewesen, dass die SPD eine Mitglieder- und Funktionärspartei bliebe.« SPD-Protokoll: »Die ganze Partei befindet sich immer in einem Anpassungsprozess an die sich verändernden Verhältnisse, die Ziele der Partei müssen verständlich zum Ausdruck gebracht werden. Die Partei ist eine Mitgliederpartei mit Funktionären. Das alles habe er seit der Wahl ausgesprochen.« BND, Erler: »Erler warnte davor, sich bereits vor der nächsten Wahl auf bestimmte Persönlichkeiten für eine mögliche Regierungsbeteiligung, sei es durch die Bildung eines Schattenkabinettes, sei es in der Propaganda, festzulegen.« SPD-Protokoll: »Im Übrigen teile er die Auffassung, dass man weder heute noch 1958 über den Bundeskanzlerkandidaten reden kann.«

So ging es ziemlich kongruent weiter. BND, [Erwin] Lange (Westfalen): »Man tue hier so, als ob es überhaupt keine Gegensätze gebe. Die Reformergruppe habe in selbstherrlicher Weise Persönlichkeitspublicity getrieben. Die politische Willensbildung in der Partei aber müsse durch Diskussion von unten nach oben erfolgen und nicht in Sonderclubs.« SPD-Protokoll: »Nicht zu leugnen ist, dass innerhalb der Partei Kräfte wirken, die von Reform reden, d. h. wer nicht an der Debatte über Personenveränderungen teilnimmt, ist Antireformer. Die SPD ist seit langer Zeit eine Volkspartei.« BND, Lange: »Auf keinen Fall dürfe die Partei ein Anhängsel der Fraktionen in Bund und Ländern werden.« SPD-Protokoll: »Die Partei kann nicht zum Exekutivorgan der Parlamentarier degradiert werden.«

Mehr als die Meinung von Regionalgrößen wie Siegfried Bärsch (Bremen), Kurt Conrad (Saarland) oder Karl Vittinghoff (Hamburg), die sich auch noch zu Wort meldeten, wird den Bundeskanzler die Auffassung der SPD-Führungsfiguren zu den Turbulenzen der Partei interessiert haben, zum Beispiel die von Herbert Wehner. Laut BND-Bericht, der hier besonders ausführlich wurde, habe der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ollenhauer darin zugestimmt, dass man den Zerfallsprozess des BHE durchaus fördern solle, um möglichst viele seiner Wähler herüberzuziehen, man zugleich aber darauf achten müsse, dabei keine nationalistischen Zugeständnisse zu machen. Wehner habe jedoch auf die Schwierigkeit hingewiesen, »die sich durch die starke Bindung an die von der CDU/CSU infiltrierten Vertriebenenverbände ergäbe«. Generell fordere er eine

»politische Schwerpunktbildung. Versichert, dass Ollenhauers Konzeption durch das neue Führungsteam in der Fraktion nicht gefährdet werde. Fraktion müsse eine ihrer Aufgabe gemäße Struktur noch finden. In zwei Punkten müsse ihre Arbeit aktiviert werden: 1. Von sich aus Kontakte zu schaffen zu Organisationen und Verbänden, um damit dem Lobbyismus entgegenzuwirken, 2. Einschaltung in die Auswahl von Bundestagskandidaten 1961. Greift abschließend PV an, der es unterlassen habe, die verschiedenen Reformvorschläge offen und ehrlich einander gegenüberzustellen«; ansonsten sei auch er immer für eine »Funktionärs- und Mitgliederpartei« gewesen.

Das SPD-Protokoll weicht hier etwas ab und verzeichnet, Wehner habe ausgeführt, »wenn man anerkennt, dass es zu wichtigen Führungsfragen im Parteivorstand keine Meinungsverschiedenheiten gibt, muss man anerkennen, dass die Fraktionsführungswahl kein Antasten von Grundauffassungen bedeutet […] Es würde nichts schaden, wenn der Vorsitzende der Partei einmal in die derzeitige Diskussion in der Organisation eingriffe und Wege absteckt.« Max Brauer, der in Hamburg eben einen Wahlsieg gefeiert hatte und in das Amt des Ersten Bürgermeisters zurückgekehrt war, erwiderte laut SPD-Protokoll auf Wehner, »bisher hat der Geschäftsführende Vorstand zu dringenden Ereignissen Stellung genommen. Das will man ändern. Er sehe nicht, wie das möglich sein soll, denn die führenden Politiker würden doch keine Zeit haben, das PV-Büro zu leiten. Es bleibt nur, dass man auf dem Parteitag geeignete Persönlichkeiten wählt. Ein Grundsatzprogramm auf lange Sicht können wir nicht aufstellen. Man sollte es bei einem Aktionsprogramm belassen. Nicht die Diskussion in der Partei beunruhige ihn, wohl aber der Streit der Partei in Berlin. Es muss erreicht werden, dass die Genossen dort Vernunft annehmen.« In der BND-Version: »Bekennt sich klar zur PV-Linie. Jede andere Konstruktion würde SPD aktionsunfähig machen. Auch Hamburger Wahlergebnis habe gezeigt, dass unselbständige Arbeitnehmer Basis der SPD bleiben. Kritisiert scharf Berliner Parteihader.«

Den etwas verunglückten Schlusspunkt hinter die intensive Debatte setzte Franz Neumann aus Berlin, der sich in seinen Auseinandersetzungen mit Brandt regelrecht verzehrte. Anders als das SPD-Protokoll ging die vertrauliche BND-Mitteilung für das Kanzleramt darauf ein: »Rechtfertigt in längerer, mit persönlichen Injurien angefüllten Rede seinen Kampf gegen

Willy Brandt. Greift insbesondere Brandt im Zusammenhang mit Ilse-Elsner-Interview in der Zeitung ›Die Welt‹ an. Sein Diskussionsbeitrag hinterlässt einen peinlichen Eindruck und wird mit ausgesprochenem Missbehagen entgegengenommen.«[519]

Dem in extenso wiedergegebenen Schlusswort Erich Ollenhauers, der sich unverdrossen an der Quadratur des Kreises abarbeitete, legte der Spitzelbericht einige Bedeutung bei: »Bekennt sich klar zum Primat der Wiedervereinigung und Außenpolitik«, begann diese Passage. »Wenn die SPD dies nicht täte, wäre der Wille zur Wiedervereinigung in der Bundesrepublik in einigen Jahren tot.« Dann kritisierte der Parteichef einige Debattenredner, einer von ihnen verließ den Raum daraufhin unter Protest. Eine Klärung der wirtschaftspolitischen Fragen erscheine ihm vordringlich. Immerhin habe sich die Labour-Party soeben »auf einen radikalen Kurs« festgelegt. »Spricht sich gegen eine überstürzte Programmarbeit aus, wenn auch im Endeffekt nicht darauf verzichtet werden könne«, so weiter. Er begrüße eine breite Parteidiskussion über Reformfragen, »verwirft aber grundsätzlich die Form, mit aggressiven Denkschriften öffentlich Politik in die Partei hinein zu machen. Betont mit Nachdruck, dass es bis 1961 ein SPD-Schattenkabinett nicht geben werde. Spricht sich dagegen aus, dass der Parteivorstand regional delegiert werde. Er müsse in einer politischen Wahl vom Parteitag gewählt werden.« Dann wies er scharf Vorwürfe zurück, »wonach die sieben hauptamtlichen PV-Funktionäre allein die Politik der Partei machten«; vielleicht sei es eine Lösung, einen Vorstandsausschuss aus hauptamtlichen und nebenamtlichen Vorstandsmitgliedern zu bilden. »Sagt, zu Wehner gewandt« (diese Beobachtung zeigte, wenn es noch erforderlich wäre, die Präsenz des BND-Zuträgers in der Sitzung), »er hätte nichts gegen eine aktivere Fraktionsarbeit, müsse aber die Herauswahl von Mellies aus dem Vorstand bedauern. Sie sei absolut übereilt gewesen. Es sei eine grobe Illoyalität auch gegenüber der Partei, die neue Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes öffentlich als einen Sieg der Reformer zu feiern.«

Der Bericht des Auslandsnachrichtendienstes für Adenauer und Globke arbeitete den Konflikt zwischen Erich Ollenhauer und Herbert Wehner noch schärfer heraus. Er zeigte sich, als der SPD-Chef »im Zusammenhang mit Veröffentlichungen über die Reformdiskussion« Vorwürfe gegen Teile der Fraktion und die Presse erhob. »Dies bezog Wehner auf sich und rief

dazwischen, dass er sich in dieser Hinsicht nichts habe zuschulden kommen lassen. Ollenhauer entgegnete mit einer für ihn ungewöhnlichen Schärfe, dass er ihn auch gar nicht gemeint habe und im Übrigen auch seit Jahren dafür bekannt sei, dass er als Letzter persönlich werde.« Der Kanzler und CDU-Chef war über die Gefechtslage in der Oppositionspartei also weiterhin exzellent informiert, als es in das neue Jahr ging.

Sozialdemokratie im Wandel

Die ersten Meldungen, die 1958 im Kanzleramt einliefen, betrafen die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD und die führenden Männer des Reformflügels: Brandt, Erler, Schmid und Wehner. Allein im ersten Monat des neuen Jahres meldete sich der BND nicht weniger als rekordverdächtige 31 Mal bei Staatssekretär Hans Globke. Es begann mit einem Bericht über den lädierten Parteivorsitzenden.[520] »Im Kreise der Reformer wird Ollenhauer neuerdings seine ›selbstgesuchte Isolierung‹ in der Parteiführung vorgeworfen«, wurde mitgeteilt: »Da er über seine persönlichen Ressentiments nicht hinwegkomme, verstehe er es nicht, die persönlichen Beziehungen im Parteivorstand und überhaupt in der Führungsschicht der SPD zu verbessern. Man verweist darauf, dass sich auch Schumacher mit Carlo Schmid und Erler nicht verstanden habe. Der eine sei ihm zu arrogant, der andere zu ehrgeizig gewesen. Trotzdem hatte sich Schumacher jede Woche einmal mit beiden zusammengesetzt in der Erkenntnis, dass die Partei auch solche Männer brauche.« Dann ging es ins Psychologische: »Ollenhauer halte dagegen nicht nur viel zu wenig persönlichen Kontakt zu einzelnen PV-Mitgliedern, sondern lasse sie sogar seine Abneigung fühlen. Die Ursache für sein Verhalten liege wahrscheinlich in einem gewissen Minderwertigkeitskomplex des Arbeiterkindes gegenüber den Intellektuellen begründet, von denen er eine Gefahr für seine Position befürchte. Hinzu komme, dass in seiner Umgebung als Berater nur Funktionäre sitzen, die ihn bisher ungünstig auch gegen einzelne Mitglieder des Parteivorstands beeinflusst hätten.«

Am selben Tag folgten noch weitere Mitteilungen ad personam. Die eine betraf wieder den SPD-Vorsitzenden und berichtete davon, dass dieser es strikt vermeide, sich in die scharfen Auseinandersetzungen im Berliner Landesverband einzuschalten: »Im Parteivorstand wird diese Haltung Ollenhauers damit erklärt, dass sich Ollenhauer mit Brandt gutstellen wolle. Brandt habe sich in der Parteidiskussion noch nicht festgelegt und müsse von einer Solidaritätserklärung gegenüber den Reformern abgehalten werden.«[521] Dann die aktuellen Positionen und Rochaden der nachdrängenden Spitzengenossen: »Wehner hat Ollenhauer vorgeworfen, dass er bisher bei der Diskussion über die Parteireform nicht genügend Mut

aufgebracht habe, eine eigene klare Meinung zu äußern.« Schon kurz vor Weihnachten sei es zwischen den beiden zu einer schweren Auseinandersetzung gekommen, bei welcher der Parteichef den stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion so scharf angegriffen habe, dass die persönlichen Beziehungen zwischen beiden nun »als erheblich gestört« gelten müssten.[522] Zu Erler wurde am selben Tag gemeldet, er habe in der Vorstandssitzung erklärt, »dass er nicht daran denke, Meldungen bürgerlicher Zeitungen zu dementieren, die ihn als den Kandidaten von 1961 bezeichnen«. Das sei doch »so naiv«, dass er gar nicht verstehen könne, weshalb es darüber in den Parteigremien so viel Missstimmung gebe.[523] Selbstverständlich verfolgten Adenauer und Globke auch die Presse genau, die sich dem Brodeln in der SPD ausgiebig widmete, doch die BND-Meldungen rundeten das Bild für sie mitnichten lediglich ab, sie eröffneten ihnen Einblicke, die anderswie nicht zu haben waren.

Das gilt auch für den Hinweis, der am Tag darauf nachgeschoben wurde.[524] Erich Ollenhauer, hieß es, habe in mehreren vertraulichen Gesprächen mitgeteilt, Carlo Schmid habe ihn kurz vor den Weihnachtstagen aufgesucht und ihm eröffnet, »dass seiner Ansicht nach das Vorgehen der Reformer nicht ausreichend überlegt gewesen sei« – Unterstreichung des Lesers im Palais Schaumburg. »Er, Schmid, habe es in jedem Falle satt, sich durch den Streit über das Für und Wider einer Parteireform in die Niederungen der kleinen Politik ziehen zu lassen. Sein Platz sei vielmehr in der großen Politik.« Darüber hinaus sei er mit wissenschaftlichen Arbeiten befasst. Er werde sich aus den »kleinlichen Händeln« in Partei und Fraktion heraushalten und sich ganz auf die Bearbeitung von Grundsatzfragen zurückziehen. Ollenhauer seinerseits habe dieses Gespräch dann seinen Vertrauten mit dem Bemerken wiedergegeben, Schmid habe »kapituliert«.

Es hatte den Anschein, als habe der Funktionärsflügel in der »Baracke« zu Beginn des neuen Jahres wieder so viel Oberwasser gewonnen, dass der für eine neuerliche Kandidatur als Parteivize eigentlich schon abgeschriebene Wilhelm Mellies offenbar Morgenluft wittere. Das war für Gehlen und Globke von hohem Interesse, denn Mellies, Mitglied des Vertrauensmännergremiums,[525] hatte sich bei BND-Fragen in den zurückliegenden Jahren als verständnisvoller Verbündeter erwiesen. »Er gab im Parteivorstand bekannt«, schrieb der BND, »dass er bereit sei, sich

in Stuttgart trotz des bereits angekündigten Verzichts einer Kampfkandidatur für die Position des stellvertretenden Vorsitzenden zu stellen. Im PV beurteilt man seine Aussichten z. Zt. als nicht schlecht. Mellies entwickelt in zunehmendem Maße publizistische und versammlungsmäßige Aktivität.«[526] Auch dieser Hinweis war wie die meisten anderen vom Bundeskanzler abgezeichnet. Wegen seiner schweren Erkrankung, über die ebenfalls im Detail unterrichtet wurde,[527] konnte mit Wilhelm Mellies allerdings dann doch nicht mehr gerechnet werden.

Der »Apparat«, zu dem Mellies gehörte, suchte in diesen Wochen nach jeder Möglichkeit, um die andrängenden Reformkräfte in die Defensive zu zwingen. Dazu wurden nach Kenntnis des BND selbst kleinste Unebenheiten genutzt. »Eine Unvorsichtigkeit Erlers hat in letzter Zeit zu einer internen Polemik des Apparates gegen Erler geführt«, bekam man im Palais Schaumburg zu lesen. Danach habe der frisch gewählte stellvertretende Fraktionsvorsitzende an einer vertraulichen Sitzung des Parteivorstands und des DGB teilnehmen wollen, dann aber doch nicht kommen können. Da er seine Position gegenüber Journalisten vorher skizziert hatte, las man sie dann »in einer Reihe von Zeitungen, sehr zum Unwillen der Gewerkschaften, die die Sitzung wie die Gespräche gern verschwiegen hätten, um nicht – wegen Absprachen mit der Sozialdemokratie – in Schwierigkeiten zu kommen. Bei der Suche nach Informanten stieß man auf Erler, der dann in der Fraktionssitzung darauf angesprochen wurde. Dieser Fauxpas Erlers wurde vom Apparat sofort aufgegriffen und in die Parteidiskussion geworfen, um die Reformfraktion zu diskreditieren.«[528]

Auch von anderer Seite gingen im Januar 1958 Hinweise zur Sozialdemokratie ein. Erich Wollenberg fürchtete mit Blick auf die UdSSR eine »›Aufweichung‹ der SPD im Allgemeinen und der reformistischen ›Apparatschiks‹ im Besonderen«. Er verwies in seiner Analyse für den Strategischen Dienst auf die Forderung Willy Brandts nach einem außenpolitischen Kurswechsel gegenüber der Sowjetunion.[529] Gehlens Verbindungsstelle in Bonn, die engstens in die Ausforschung der SPD-Spitze eingebunden war,[530] hatte ihrerseits vom Gehlen-Intimus Gerhard Wessel im Führungsstab der Bundeswehr aus dessen Gespräch mit Generalinspekteur Heusinger erfahren, Fritz Erler wolle sich demnächst mit dem polnischen Außenminister Rapacki und Vertretern des polnischen

Generalstabs in einem bestimmten Haus in West-Berlin treffen, um über den aufsehenerregenden »Rapacki-Plan« zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu sprechen. Heusinger (einst selbst Mitarbeiter in Pullach) glaube, dass dort eine heimliche Überwachung möglich sein würde.[531] Kurt Weiß informierte Gehlen anderntags dann noch über ein angebliches Gespräch Wehners mit Tito im Vorjahr, über das man am besten bei dem bewährten Siegfried Ortloff Erkundigungen einziehe.[532]

Weitere Hinweise bestätigten die Misere der Sozialdemokratie. Mit großer Beunruhigung, hieß es, habe der Parteivorstand jüngsten Umfrageergebnissen entnehmen müssen, »dass die Beliebtheit der SPD trotz der allgemeinen Preissteigerungen zugunsten der CDU/CSU weiter absinkt«. Man stehe gegenwärtig bei 29 %, die Unionsparteien dagegen bei etwa 40 %, wie auch eine »Sonderumfrage« des Parteivorstands bestätigte.[533] Aus den Beratungen der SPD-Bundestagsfraktion erfuhr Adenauer noch am selben Tag die Rednerliste für die wichtige außenpolitische Debatte, die im Plenum bevorstand.[534] Auf jeden Fall werde es Parteichef Ollenhauer sein, der den Antrag »betr. Bemühungen der Bundesrepublik um internationale Entspannung und Einstellung des Wettrüstens« begründe. »Je nach Ablauf der Debatte sind vorgesehen und bereiten sich vor: Heinemann und Carlo Schmid für Fragen des Gesundheitsschutzes und der Sicherung der Zivilbevölkerung gegenüber den Gefahren eines Atomkrieges; Erler für die politischen Konsequenzen, die sich aus der Ablehnung einer atomwaffenfreien Zone ergeben könnten; Helmut Schmidt, Hamburg, für die militärischen Schlussfolgerungen und Wehner für die Auswirkungen auf die Osteuropa- und die Wiedervereinigungspolitik.« Die Information gab auch gleich noch Auskunft darüber, wann die nächste Fraktionssitzung angesetzt sei und welche Themen auf der Tagesordnung stünden, unter anderem der Bericht der Reformkommission und die Vorbereitung des Stuttgarter Parteitags.

Der Januar war noch nicht zu Ende, der innenpolitische Mitteilungsdrang des BND ebenfalls noch nicht erschöpft. Wieder ging es zunächst um den Machtkampf zwischen den Reformern und den »Besoldeten«, bei dem die Altfunktionäre nun aber doch an Boden zu verlieren schienen. Im Kanzleramt erfuhr man sogleich, wie der besonders stark in der Kritik stehende Fritz Heine sein und seiner Genossen anscheinend unentrinnbares Geschick abzuwenden versuchte: »Heine hat in den ersten Wochen des

neuen Jahres in verstärktem Maße Reisen in die Bezirke unternommen«, berichtete der BND. »Er ist vom Büro des Parteivorstandes mit der Aufgabe betraut, seinen Reformvorschlag (d. h. also im Grunde die alte Konstruktion der Führung beizubehalten und stattdessen nur die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden auf fünf zu erhöhen) in der Organisation zu propagieren. Die Bemühungen Heines sind Teil einer Gegenaktion des Apparates, der mit allen verfügbaren Mitteln die Delegiertenwahlen zum Parteitag unter Kontrolle bringen möchte.«[535]

Kurz darauf gab es eine »Nachlese« zu der heftigen außenpolitischen Bundestagsdebatte, bei der, wie das ganze Jahr über, die Kontroverse über die »Atomrüstung« im Mittelpunkt gestanden hatte.[536] Sensation hatte wieder einmal eine Attacke von Thomas Dehler auf den Bundeskanzler Adenauer gemacht: »Heine und die Propagandafachleute der SPD haben bereits Überlegungen angestellt, wie diese Rede für die Anti-Adenauer-Propaganda ausgewertet werden könnte. Man dachte zunächst sogar daran, das Protokoll dieser Rede – oder ihre wichtigsten Teile – und die Ausführungen von Heinemann in Form eines Flugblattes herauszubringen, um ›dokumentarisch den Verrat Adenauers an der deutschen Einheit nachzuweisen‹. Wenn man auch im Parteivorstand über diesen Abschluss der Debatte und die sachliche und rhetorische Niederlage der CDU triumphiert, so waren doch bei einigen sozialdemokratischen Abgeordneten kritische Äußerungen über die Form der Dehler-Rede zu hören. Weitgehend wurde bedauert, dass Dehler seine Erklärungen nicht schon vor der Bundestagswahl abgegeben hat. Man rechnet im Parteivorstand damit, dass die Fäden zwischen FDP und CDU nunmehr endgültig zerschnitten sind und – zumindest solange Adenauer lebt – mit der Wahrscheinlichkeit einer Koalition zwischen beiden Parteien im unmittelbaren Einflussbereich Adenauers nicht zu rechnen ist.«[537]

Weniger zufrieden sei man in der SPD mit den Ausführungen des neuen Parteigenossen Gustav Heinemann gewesen, die einer Generalabrechnung mit Adenauers Politik gleichgekommen waren. Sie seien, so der Bericht, als Versuch gewertet worden, »eine eigene politische Position« zu beziehen, und »ausschließlich von pazifistischen Tendenzen getragen gewesen, denen Carlo Schmid ausdrücklich abzuschwören versucht habe. Man sieht allmählich die Unmöglichkeit ein, Heinemann vollständig in die Sozialdemokratie einzuschmelzen«. Seine »Auslassungen« über

Christentum und Marxismus habe man als besonders unglücklich empfunden: »Man sucht nach einem Grund, um zu verstehen, warum selbst Christen in leitenden Positionen, wenn sie einmal in die SPD eingetreten sind, sich so radikal gebärden, dass sie als Aushängeschilder bald nicht mehr zu gebrauchen sind.«

Das war möglicherweise eine etwas voreilige Einschätzung Ortloffs, die er in seinem Bericht über die Sitzung des SPD-Vorstands zwei Tage nach der Redeschlacht bereits ein wenig modifizierte.[538] Dort habe nämlich eine »allgemeine Hochstimmung« geherrscht, »wie sie seit den letzten Erfolgen der SPD bei den Kommunalwahlen des Jahres 1956 nicht mehr festzustellen war. Besondere Anerkennung fand die Rede Heinemanns, der sich in hervorragender Weise mit Dehler ergänzt habe. Erst Heinemann habe Dehlers Vorstoß zum Tragen gebracht. Damit habe sich auch die persönliche Stellung Heinemanns im Parteivorstand und in der Gesamtpartei zweifellos erheblich verbessert. Ollenhauer stellte mit Genugtuung fest, dass die CDU/CSU in ›offener Feldschlacht geschlagen‹ worden sei. Dies sei nur durch das gute Zusammenwirken der Rednerteams der SPD und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der FDP möglich gewesen, die er« – Unterstreichung Adenauers – »vorher mit Mende abgesprochen habe.« Der Parteivorstand habe dann einstimmig beschlossen, »im Anklang an die Paulskirchenaktion« beide Reden als Broschüre in einer Auflage von 50 000 Exemplaren herauszubringen.[539]

Herbert Wehner sei besonders angetan gewesen, wurde noch berichtet. Der Fraktionsvize habe betont, »dass sich Heinemann mit seiner Rede in die erste Reihe der Bundestagssprecher der SPD gestellt habe. Jegliche Skepsis, die ihm vorher noch entgegengebracht worden sei, sei damit erloschen. Ollenhauer betonte in einem Privatgespräch, dass die Bundestagsdebatte vom 23. Januar gewissermaßen als Auftakt für ein ›getrenntes Marschieren und vereintes Schlagen‹ von SPD und FDP im nordrhein-westfälischen Wahlkampf anzusehen sei.« Es folgten Hinweise über das Missvergnügen im Vorstand über allzu radikale Lohnforderungen der Gewerkschaften, das auch davon herrühre, dass »die Mehrzahl der PV-Mitglieder gleichzeitig in ihrer Eigenschaft als Inhaber kommunaler Ämter Arbeitgeberfunktionen ausübt«. Da werde aber sogar Alfred Nau, den man losschicken wolle, nur wenig ausrichten können.[540]

In einer Angelegenheit wusste das Kanzleramt bereits Bescheid, ehe sie in der Partei noch ganz geklärt war. Der Leiter der Pressestelle beim SPD-Vorstand hatte sich heftige Kritik einiger Abgeordneter zugezogen, die ihm vorwarfen, im Zusammenhang mit einem vertraulichen wehrpolitischen Gutachten ohne Absprache mit der Fraktion Pressepolitik zu betreiben. »Dazu kommt«, wie der Kanzleramtschef erfuhr, »dass [Franz] Barsig zwischen den Gruppen innerhalb der Fraktion schwankt. Hatte es zunächst den Anschein, als sei er auf die Apparatgruppe festgelegt, so schwenkte er doch vor einigen Monaten zur Reformergruppe über. Vor einigen Wochen distanzierte er sich jedoch wieder von den Reformern, ohne dass ihm der Apparat diese Haltung als endgültig und aufrichtig gemeint abnimmt.« Gefährdet sei Barsigs Stellung dennoch nicht, weil die SPD niemand habe, der für diese Position in Betracht käme. »Außerdem genießt Barsig Ansehen bei den Bonner Journalisten, die man nicht verlieren möchte« – Anstreichung des Lesers.[541] Diese Meldung lag schon zwei Wochen im Kanzleramt, ehe der Pressechef seinen Genossen Ollenhauer, Erler und Mellies in einem internen Papier darlegte, wie es zu der Verärgerung der eigenen Abgeordneten habe kommen können.[542] Wenig später las der Staatssekretär im Detail nach, wer in dieser Sache was unternommen hatte und wie sich die ganze Aufregung zu einer solchen Affäre habe aufschaukeln können, bei der sowohl die Sicherheitsexperten Beermann und Erler als namentlich auch Mellies hätten Federn lassen müssen.[543]

Neben mehr allgemeinen Hinweisen wie dem, dass der Abgeordnete Gustav Heinemann sicherlich versuchen werde, »Gruppen der evangelischen Kirche hinter sich zu bringen«,[544] oder dem, dass die Sozialdemokraten darüber im Streit lägen, wie sie sich zu der von Bundesverteidigungsminister Strauß betonten Notwendigkeit einer psychologischen Kampfführung verhalten sollten,[545] zog der BND in den Wochen vor dem Stuttgarter Parteitag (18.–23. Mai 1958), wo die entscheidende Reform eingeleitet und die neue SPD-Spitze gewählt wurde, alle Register, um für den Bundeskanzler und seinen Staatssekretär möglichst präzise Informationen aus der sozialdemokratischen Führung beizubringen.

Mitte Februar informierte der Gehlen-Dienst Bonn, dass die Vorberatungen für die kommende Parteireform inzwischen abgeschlossen seien. Die Empfehlung gehe dahin, dass der SPD-Vorstand künftig 33

Mitglieder einschließlich eines 11-köpfigen Präsidiums umfassen solle. Die bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder – der eigentliche Machtapparat – würden wegfallen: »Im Parteivorstand glaubt man, dass damit Eichler, Kukil und Herta Gotthelf nicht mehr dem Geschäftsführenden Vorstand (Präsidium) angehören werden. Bei Heine ist diese Frage noch offen.«[546] Am selben Tag informierte Ortloff unter dem Rubrum »Reformer wenig verlangt« über die Befriedigung im SPD-Vorstand, dass »die Bezirksparteitage, die zur Zeit zwecks Wahl der Delegierten für den Stuttgarter Parteitag veranstaltet werden (bisher ca. 50 % aller Bezirke) kaum Reformer als Redner angefordert haben. Erler wurde nicht ein einziges Mal und Wehner nur zweimal verlangt. Dagegen sind die ›Funktionäre‹ und neutrale PV-Mitglieder wie Arndt bereits durch Anforderungen überlastet.«[547] Es tauchten auch wieder Hinweise auf, »linksorientierte Gruppen aus allen SPD-Verbänden« trügen sich angesichts des von Carlo Schmid betriebenen Rechtsrucks mit der Absicht, gemeinsam mit den Redakteuren der *Anderen Zeitung*[548] eine neue »Sozialistische Arbeiterpartei«, ähnlich der USPD, zu gründen: »Die ›Funktionäre‹ im Parteivorstand sind jedoch entschlossen, diese Vorgänge taktisch gegen die Gruppe der Reformer auszuwerten.«[549]

Das Ringen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands um ihre politische Zukunft war Ende der fünfziger Jahre ein öffentliches, in den Medien und erst recht in der vielfältigen sozialdemokratischen Presse leidenschaftlich erörtertes Thema. Man konnte in dieser Diskussion Plato, Hegel und Marx ebenso begegnen wie Bebel, Bernstein oder Kautsky. Für die CDU-Führung war die ethische oder wissenschaftliche Fundierung dieses Aufbruchs freilich weniger von Belang als frühe Klarheit darüber, welche Veränderungen die heftigen, der journalistischen Berichterstattung nicht klar zu entnehmenden inneren Machtkämpfe eigentlich nach sich zogen und wie das politische Profil der Oppositionspartei SPD künftig aussehen würde. Je eher man im Kanzleramt und in der CDU erfuhr, wohin sich die Waage neigte und wer bei dieser Häutung unter die Räder geraten bzw. ganz nach vorne gelangen würde, desto besser. Der BND gab sein Möglichstes, dieser Erwartung gerecht zu werden.

Pullach bemühte sich, die schwankenden Konjunkturen und die wechselnden Koalitionen in der Sozialdemokratie so getreulich und zeitnah wie möglich abzubilden, Fehlprognosen inbegriffen. So kam es, dass der

BND, vielleicht von den persönlichen Hoffnungen Siegfried Ortloffs oder eigenem Wunschdenken verleitet, wenige Wochen vor dem Parteitag »schlechte Aussichten für Reformer« meldete: »Die Reformer in Parteivorstand und Fraktion befürchten allmählich«, stellte der einschlägige Bericht fest, »dass sie auf dem Parteitag in Stuttgart nur geringe Aussichten haben. Angeblich wollen Erler, Schmid und Wehner« – die drei stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden – »zur Vermeidung einer evtl. Niederlage von vornherein darauf verzichten, als stellvertretende Vorsitzende zu kandidieren. Ihre Absicht gehe dahin zu erklären, dass sie sich völlig auf ihre Arbeit in der Fraktion konzentrieren wollten.«[550] Die drei Parlamentarier würden sich nun stark für den dezidiert linken Bundestagsabgeordneten Willi Birkelbach aus Hessen und Waldemar von Knoeringen aus Bayern einsetzen, hieß es weiter. Dann folgte die nähere Gewichtung der beiden Kandidaten aus der Insiderkenntnis des Zuträgers. »Hintergrund: Birkelbach ist in seiner politischen Durchschlagskraft so unbedeutend, dass er als stellvertretender Vorsitzer kaum Chancen habe, den Funktionärsflügel gegen die Reformer zu stärken. Keiner sei leichter zu überspielen als er. Man könne ihn als einen harmlosen ›Vereinsmeier‹ bezeichnen.« Honorig, wie er sei, würden ihn die Delegierten aber gewiss wählen. Knoeringen sei viel ernster zu nehmen als Birkelbach, doch werde er ebenfalls »nicht zur Stärkung der Position der Funktionäre beitragen«; womöglich lehne er eine Kandidatur sogar ab.

Da es bei diesen Planspielen nicht zuletzt um das politische Überleben des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wilhelm Mellies ging, rückte dessen schlechter Gesundheitszustand ins Blickfeld. Dazu gingen bei Staatssekretär Globke ausgefeilte Bulletins ein. Ende Februar kam die Meldung, Mellies sei unheilbar an Leberkrebs erkrankt.[551] Vierzehn Tage später kannte der Kanzleramtschef alle Einzelheiten: »Mellies hat nach der Operation an der Bauchspeicheldrüse inzwischen wieder mit leichter Arbeit begonnen«, er werde aber »trotzdem wahrscheinlich nicht mehr ernsthaft in die Politik zurückkehren können. Mellies klagt seit langem über Leberschmerzen. Bei einem Gelbsuchtsanfall, der nicht zurückgehen wollte, bestanden die Ärzte auf einer Operation. Als Ergebnis, das zu einem sofortigen Abbruch der Operation führte, stellte sich heraus, dass Mellies an einem unheilbaren Leberkrebs leidet. Auch wenn er die Operation ohne Rückfall übersteht, geben ihm die Ärzte nur noch eine Lebensdauer von 3–

4 Jahren. Lediglich Frau Mellies und ein kleiner Kreis des Parteivorstands« – Ortloff gehörte dazu – »sind über seine Krankheit informiert. Er selbst soll bis heute noch nichts davon wissen. Man nimmt an, dass die politischen Schwierigkeiten der letzten Wochen und Monate, darüber hinaus eine Reihe privater Sorgen, den Ausbruch der Krankheit beschleunigt haben.«[552] Einige Zeit später wurde der Ausfall von Mellies publik. Die SPD teilte dem Kanzleramt offiziell mit, Fritz Erler werde ihm im Vertrauensmännergremium für den BND nachfolgen, als Vertreter zunächst, »man könne aber davon ausgehen«, wie der zuständige Referent im Kanzleramt dem Staatssekretär mitteilte, »dass Herr Erler in dem Gremium endgültig die Stellung des Herrn Mellies einnehmen werde«.[553]

In diesen Tagen lieferte Pullach im Palais Schaumburg eine fünfseitige Information über die Sitzung der SPD-Spitzengremien in Bonn ab.[554] Zunächst wurden die außenpolitischen Ausführungen des Parteichefs Erich Ollenhauer referiert, der sich im Hinblick auf die von seiner Partei forcierte Abrüstungsfrage pessimistisch äußerte; zu einer »wirksamen Atomkontrolle« werde es wohl nicht kommen. Immerhin habe sich die Linie der SPD, sehe man von Holland und Frankreich ab, in der Sozialistischen Internationalen durchgesetzt. »Die offizielle USA-Politik zeige keinerlei Tendenzen, die Entspannungsbewegung in der westlichen Welt aufzunehmen und weiterzutragen. Frankreich werde sich wohl erst zur Teilnahme an einer Entspannungspolitik bereit erklären, wenn es vierte Atommacht geworden sei, vorher kaum.« Die geplante Gipfelkonferenz bringe hier sicherlich keine Ergebnisse.

»Jetzt sei die Frage«, so weiter, »was die SPD im außerparlamentarischen Raum bis zur Entscheidung der Atomrüstung der Bundesrepublik tun könne. Nach seiner Auffassung werde die Volksbewegung gegen den Atomtod tatsächlich effektiv werden. Anfang nächster Woche werde der vorgesehene Appell der Öffentlichkeit übergeben, der von einem guten repräsentativen Querschnitt aus Parteien, Kirchen, Verbänden und Gewerkschaften getragen sein werde.« Der »Arbeitsausschuss gegen den Atomtod« veranstalte in Frankfurt am Main eine repräsentative Kundgebung, für die man Albert Schweitzer als Redner zu gewinnen hoffe. Ollenhauer vertiefte das Thema noch weiter, gab organisatorische Empfehlungen und zitierte ausführlich Meinungsumfragen, die alle die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der Ausrüstung der Bundeswehr mit

Atomwaffen zeigten. Adenauer und Globke wurden außerdem in allen Einzelheiten über die Kampagne der SPD, die zugleich den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen einläuten sollte, auf dem Laufenden gehalten.[555]

Danach diskutierte die Parteiführung über die verzögerte Verabschiedung des Bundeshaushalts, namentlich die Höhe des Verteidigungshaushalts: »Jetzt sei der Punkt erreicht, wo die Verteidigungslasten Wirtschaft und Währung generell gefährdeten. Falls der Strauß-Plan über den Aufbau der Bundeswehr bis 1960 realisiert werden sollte, müsste der Verteidigungshaushalt 1959 15 Milliarden und im Jahr darauf 18 Milliarden betragen. Dies werde jedoch nur über einschneidende Steuererhöhungen oder aber eine kontrollierte Inflation zu erreichen sein. Wehner schaltete sich mit der Forderung ein, eine außerparlamentarische Aktion gegen die Tendenz der Bundesregierung zu starten, den Lebensstandard mit Rücksicht auf die Rüstungsaufgaben stagnieren zu lassen oder diesen gar zu senken.« Alex Möller aus Baden-Württemberg wandte sich gegen diese Idee, da den indirekten Steuern von der Öffentlichkeit längst nicht mehr die Bedeutung beigelegt werde, wie die Partei annehme.

Dann der bevorstehende Parteitag: »Zur Parteireform gab Ollenhauer bekannt, dass der allgemeine Ausschuss für die Parteireform seine Arbeiten bis Stuttgart nicht beenden könne. Der 7er Ausschuss habe jedoch seine Vorlage fertiggestellt. (Die Vorlage ist als Anlage beigefügt.) Sie löste heftige Diskussionen aus, da darin keine konkreten Angaben über die Anzahl der besoldeten und unbesoldeten Vorstandsmitglieder und ebenso nicht die Zahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes enthalten seien.« Alfred Nau erläuterte Einzelheiten, »die Mitglieder des Parteiausschusses verhielten sich gegenüber diesen Ausführungen passiv. Es war allgemein zu merken, dass sie dem bestehenden alten Parteivorstand keine Schwierigkeiten machen wollen.«

In derselben Sitzung entspann sich übrigens eine Diskussion über »undichte Stellen in der Partei«.[556] Einer der Anwesenden versuchte, daraus »eine Spitze gegen den Apparat zu machen und beschuldigte die anwesenden Mitglieder des Apparates, die Referenten, die Dinge nach außen zu tragen« – einer dieser Referenten war Ortloff, der seine Beobachtungen weniger nach außen, sondern gewissermaßen nach innen gab, in die geheime Sphäre des BND. »Ollenhauer wurde hier sehr scharf und nahm den Apparat in Schutz.« Das Interesse, Informationen aus

vertraulichen Gesprächen an die Öffentlichkeit durchzustechen, betonte der Parteichef, komme von dort, wo ein politisches Interesse gegeben sei, »den Parteivorstand bereits vorher in seiner Entscheidung zu beeinflussen. Es gibt Teilnehmer an der Sitzung, die die Ausführungen Ollenhauers auf Schmidt (Hamburg), Wehner und Carlo Schmid bezogen.«

Willy Brandt war in der zurückliegenden Sitzung des Parteivorstands mit einem Bericht über seine Amerikareise hervorgetreten und hatte darauf hingewiesen, »dass bei aller Begeisterung für ihn als Berliner Stadtoberhaupt« – wie er nicht unterschlug – »in einflussreichen politischen Kreisen der USA die Haltung gegenüber der Politik der Sozialdemokratie sehr reserviert gewesen sei. Es sei eine der Notwendigkeiten der deutschen Politik – auch einer sozialdemokratischen –, ein gutes Verhältnis zu den USA herzustellen. Sein Eindruck sei, dass zwar in einigen Kreisen linker Intellektueller in den USA ein Umdenken in Fragen der Europa- und Ostpolitik vor sich gehe, dass in der amerikanischen öffentlichen Meinung aber das Eingehen auf Vorschläge wie den Rapacki-Plan u. a. sehr viel neues Misstrauen gegenüber der Sozialdemokratie genährt habe. Er (Brandt) rede mit seinen Ausführungen nicht einer Änderung der sozialdemokratischen Politik das Wort, sondern verlange nur eine Berücksichtigung dieser Vorstellungen.«[557] Diese Mitteilung hatte ebenfalls dem Bundeskanzler vorgelegen, der sich für alles interessierte, was über die zunehmend ins Rampenlicht tretende Hoffnung der Sozialdemokratie zu erfahren war.

Auch aus einem anderen Landesverband gab es Neuigkeiten, einen Hintergrundbericht zu den Vorbereitungen der SPD für die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen etwa.[558] Die Partei werde ihre Leistungsbilanz wohl am Beispiel einer Familie »vom Emotionellen her« an den Mann bringen, »um antisozialdemokratische Vorurteile auszuräumen«, auf jeden Fall aber »den Trumpf ausspielen, dass diesmal sie an der Regierung sitzt und die CDU aus der Opposition heraus angreifen« müsse. »Wie im Bund ist die größte Sorge für den Wahlkampf der Mangel an attraktiven und herausstellbaren Persönlichkeiten. Man ist sich klar darüber, dass auch [Ministerpräsident Fritz] Steinhoff nur ein Mann der zweiten oder dritten Garnitur ist.« Er gebe sich offenbar selbst keine rechte Chance, da er seine Ämter in der Stadt Hagen noch immer nicht abgegeben habe.

Am Tag, an dem die Steinhoff- und Brandt-Meldungen abgefasst wurden, machte der Auslandsnachrichtendienst bei seiner politischen Inlandsspionage Überstunden. Elf Meldungen aus der SPD (die hier nicht sämtlich wiedergegeben werden sollen), lieferte er im Bundeskanzleramt ab. Tatsächlich gab es viel zu hintertragen, namentlich zu der heiß umstrittenen »Wehrfrage«.[559] Der sozialdemokratische Parteichef, erfuhr der Kanzler, habe dazu gesagt, »dass man bemüht sein werde, zunächst einmal zu schweigen. Von Bedeutung ist, dass über die Wehrfrage auf dem Programm des Parteitages zwei Referate von Erler und Wehner angekündigt sind. Offensichtlich bedeutet die Taktik Ollenhauers, dass er vom Parteitag in dieser Frage heftige Auseinandersetzungen erwartet und bis dahin eine eigene konkrete Stellungnahme zurückhalten möchte. Auf jeden Fall wird der endgültige Resolutionsentwurf nach Ansicht einiger PV-Mitglieder wieder einmal um die Probleme herumreden und keine klare Entscheidung enthalten. Man erwartet, dass der Parteitag in der Tendenz zwar gegenüber den Parteitagen in Berlin und München einen Schritt vorwärts gehen wird, etwa in Richtung auf eine obligate Heimatverteidigung oder die verstärkte Verteidigungsbereitschaft eines Deutschland außerhalb der Nato, dass gegenüber den Vorstellungen der Bundesregierung aber auf jeden Fall ›Nein‹ gesagt wird, weil das ›Ja‹ ein Auseinanderfallen der Partei bedeuten würde.«

Nicht weniger aufschlussreich war eine Information über den aufstrebenden Fritz Erler, der im sozialdemokratischen Theorie-Organ *Neue Gesellschaft* Vorstellungen entwickelt hatte, wie eine moderne SPD ihr Verhältnis zu Staat und Militär neu ordnen könne.[560] Das habe im »Parteivorstand, vor allem aber im Apparat, heftigen Widerspruch ausgelöst«, erfuhr man im Palais Schaumburg. »Sicher ist, dass es sich dabei um eine private Äußerung von Erler handelt, die zwar von einigen Leuten im Sicherheitsausschuss der SPD geteilt wird, die aber – wenn der Parteivorstand auch nicht offiziell von diesem Artikel abrücken wird – kaum Aussicht hat, sich innerparteilich durchzusetzen. Man wirft Erler im Parteivorstand vor, dass er die Münchener Beschlüsse der Partei von 1956 in einem Sinne interpretiere, der der Partei nur Schaden verursache.«

»Man meint zwar«, so weiter, »dass mit der alten politischen Haltung keine bürgerlichen Wähler von der CDU herauszubrechen sind, dass aber mit einer Revision der sozialdemokratischen Haltung im Augenblick die bei

der letzten Wahl erreichte Position in Gefahr kommen könne. Zweifellos handelt es sich bei dem Vorgehen von Erler um ein ehrliches Anliegen, das aber innerhalb der Partei in absehbarer Zeit schon deshalb keine Aussichten hat, weil die Befürchtung, die Gefahr eines strategischen Zweckdenkens in der Bundesrepublik könne den Vorrang der Politik beseitigen, in der Spitze der Partei so stark verbreitet ist, dass Erlers Reformbestrebungen scheitern müssen. Worum man sich im Parteivorstand heute bemüht, ist lediglich die Versachlichung der Kritik an der Bundeswehr. Da man mit emotionellen Propagandaschlagworten wie dem ›Ohne mich‹ keinen Zuspruch mehr findet, wird man wieder polemisieren und versuchen, vorhandene Mängel psychologisch geschickt auszunutzen.« Konnte es für den Bundeskanzler erfreulichere und präzisere Nachrichten über das Abbröckeln der SPD in der kardinalen Wehrfrage geben?

In diesen Wochen wurde die Frage einer Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen und die Stationierung taktischer Nuklearwaffen nach turbulenten Debatten im Deutschen Bundestag entschieden. »Wie in den frühen fünfziger Jahren schon einmal«, vermerkt Hans-Peter Schwarz, »als es um den Wehrbeitrag ging, prallten Regierung und Opposition leidenschaftlich aufeinander, und die verteidigungspolitischen Differenzen bewegten eine breite Öffentlichkeit.«[561] Die Presse befasste sich im Vorfeld natürlich ebenfalls intensiv mit dieser tiefgreifenden Entscheidung, namentlich der *Spiegel*, der mit einem ebenso umfangreichen wie spektakulären Artikel über ein recht realitätsnahes »SPD-Wehrgutachten« herauskam, das ebenso »eine von General Heusinger und Verteidigungsminister Strauß abgezeichnete Expertise« hätte sein können. Es stammte von dem Wehrexperten, dem ehemaligen Oberstleutnant und Regimentskommandeur Fritz Beermann, und habe beim Parteivorstand größte Empörung hervorgerufen, und zwar eine derartige, dass er das Papier als »glatte Fälschung« abgetan, zugleich aber eine Untersuchung angestellt habe, wie es an die Öffentlichkeit gelangen konnte; die Stellung Beermanns, dem »Adenauer-Politik« vorgeworfen würde, sei gefährdet. Als man den früheren Offizier dann noch der Indiskretion bezichtigt habe, sei er explodiert und aus dem Sitzungssaal gestürmt: »Die Partei muss sich entscheiden, ob sie die Landesverteidigung oder ob sie diesen [sozialdemokratischen] Soldaten das Messer in den Rücken stoßen will.«[562] Nun müsse der Stuttgarter Parteitag eine Entscheidung bringen.

Der BND brachte den Bundeskanzler auf den Stand der parteiinternen Debatte.[563] Die Presseberichte über das vielzitierte Gutachten, hieß es in seiner vertraulichen Mitteilung an Globke, »sind insofern übertrieben, als es sich dabei tatsächlich um ein Gutachten aus der Feder von Beermann, dem Assistenten der SPD-Fraktion für Wehrfragen und Sicherheitsfragen handelt, das aber von keinem der SPD-Gremien beschlossen oder auch nur unterstützt wurde.« Es handele sich mehr um die Zusammenstellung und Diskussion militärwissenschaftlicher Fachfragen, an der, wie man vermute, auch Beamte des Verteidigungsministeriums beteiligt gewesen seien. Wie Passagen daraus an die Öffentlichkeit gelangten, sei nicht mehr zu klären. Das scharfe Dementi, eine »Kurzschlussreaktion«, sei verständlich. »Mellies war der Meinung, dass die Gedankengänge dieser Denkschrift der eben angekündigten ›Aktion gegen den Atomtod‹ schaden müssten, weil sie die SPD in das Zwielicht der Doppelzüngigkeit bringe.«

Im Parteivorstand der SPD, so weiter, habe sich die Debatte auf das mittlerweile viel zitierte und vielfach abgewandelte Diktum Beermanns zugespitzt. Es gebe zwei Lesarten: »Die eine besagt sinngemäß, dass die SPD sich zu entscheiden habe, ob sie den deutschen Soldaten das Messer in den Rücken stoßen will; die zweite, ob sie den Genossen in der Bundeswehr das Messer in den Rücken stoßen will. Man ist der Meinung, dass Beermann wohl den ersten Ausdruck gebraucht hat« – das entsprach nicht der Darstellung im *Spiegel* –, »heute aber aus taktischen Gründen behauptet, die zweite Version geäußert zu haben«. Das war nicht trivial: »Zweifellos könnte der Nachweis der ersten Version seine Position und eine vernünftige Einstellung zur Wehrpolitik sehr infrage stellen, ohne dass auch nur einer der verständigeren Leute sich für ihn einsetzen könnten. Die linken Kreise in der Fraktion versuchen hier auch systematisch die Diskussion im Hinblick auf den Parteitag zu beeinflussen.« Argumente und Beschuldigungen hingen an der jeweiligen Position: »Hier geht es nicht um die Klärung einer politischen Frage, sondern in erster Linie um die Austragung parteiinterner Schwierigkeiten und Spannungen. Da man Beermann zum Reformerflügel zählt, versucht man mit der Veröffentlichung des Wehrgutachtens den Reformerflügel zu belasten.« Der BND-Zuträger und Sicherheitsexperte Siegfried Ortloff zählte zum Apparat der »Baracke«; womöglich ist er es selbst gewesen, der die Beermann-Indiskretion lanciert hatte.

Am Tag, als der Beermann-Bericht einging, bekam der Kanzler noch Gelegenheit zur vehementen Anstreichung auf einer anderen Mitteilung, die unter dem Reiz-Motto »Wehner-Programm für Wiedervereinigung« bei ihm einging.[564] Es gehörte zu den sozialdemokratischen Überlegungen, vielleicht über eine »deutsche Wirtschaftsgemeinschaft« in mehreren Etappen zur Wiedervereinigung zu gelangen. »Das 5-Punkte Programm Wehners, das eine wirtschaftliche Annäherung der beiden Teile Deutschlands anstrebt«, wusste der BND, »wird auch von führenden Sozialdemokraten kritisiert. Auch wenn die Vorstellungen über eine Konföderation nicht mehr so völlig ablehnend beurteilt werden wie etwa noch vor einigen Jahren, so ist man vor allem über den Zeitpunkt der Vorschläge Wehners bestürzt. Man befürchtet, dass seine Wirtschaftsvorschläge einer Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik für das Zonenregime gleichkommen und die CDU hierdurch die Möglichkeit erhält, gegen Wehner zu polemisieren, dass er das Ulbricht-Regime sanieren und erhalten möchte. Der Zeitpunkt sei gerade nach den vorangegangenen Berichten über die Schwierigkeiten Ulbrichts denkbar ungeeignet gewesen.«

Dieser Hinweis war von keiner geringeren Bedeutung als zwei weitere Meldungen, die binnen einer Woche folgten. Sie drehten sich beide um die Vorbereitungen der SPD für die große außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestags in der vorletzten März-Woche 1958. Der erste, ein Bericht aus der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, traf einen Tag vorher im Palais Schaumburg ein.[565] Zunächst ging es um die Rednerfolge: »Es wurde beschlossen, dass [Adolf] Arndt die Große Anfrage der SPD zu begründen habe. Je nach Ablauf der Debatte sollen nach ihm Wehner oder Erler sprechen. Mit Rücksicht auf seinen Besuch in Polen ist Carlo Schmid als dritter Sprecher in jedem Fall vorgesehen. Auf ihn soll [Karl] Mommer folgen, sodann [Holger] Börner und zuletzt Dr. Heinemann oder Frau Wessel. Ollenhauer will sich vorbehalten, eventuell das Schlusswort mit einer Zusammenfassung des Gesamtstandpunktes der SPD zu halten.« Die SPD werde vier Anträge einbringen, »die das Verbot einer Atombewaffnung der Bundesrepublik und die Empfehlung zum Gegenstand haben, wonach die Bundesregierung an einer schrittweisen Schaffung einer entspannten Zone in Mitteleuropa mitwirken soll.«

Carlo Schmid habe der Fraktion von seinen Eindrücken in Polen berichtet. »Er habe in Warschau, sagte er, den Eindruck gewonnen, dass Rapacki vermutlich an Krebs erkrankt sei. Zwei hohe Ministerialbeamte im polnischen Außenministerium hätten ihn jedoch vertraulich davon unterrichtet, dass der sogenannte Rapacki-Plan bereits zwei Jahre vor dessen Veröffentlichung in einer gemeinsamen Sitzung zwischen polnischen und sowjetischen Politikern in Moskau konzipiert wurde und somit als eine durchaus ernst zu nehmende Überlegung der sowjetischen Politik anzusehen sei. Schmid betonte noch einmal die in seinem Fernsehinterview am Montag zum Ausdruck gebrachten Wünsche der Polen auf Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik. Die Polen, sagte er, machten die Herstellung dieser Beziehungen keineswegs von Gesprächen über die Oder-Neiße-Linie abhängig. Sie wünschten vielmehr, dass diese Frage in fairer Weise zwischen der Bundesrepublik und Polen ausgeklammert würde, ohne dass damit Festlegungen für die Zukunft erfolgen müssten.«

»Nach ersten Gesprächen mit PV-Mitgliedern«, begann der BND seinen zweiten Bericht unter Aufnahme von Ortloffs Hinweisen, »wird damit gerechnet, dass die Bundestagsdebatte großen Einfluss auf die Entscheidung des Parteitages haben wird. Danach nimmt man an, dass die Berufung der Regierungsparteien auf Stellungnahmen von Fritz Erler in erster Linie zu seiner Schwächung gegenüber der Parteilinken beitragen wird. Man hört bereits heute Stimmen, die ihn beschuldigen, durch seine Haltung zur Landesverteidigung die Sozialdemokratie ins Zwielicht gebracht zu haben. Die im Sinne der sozialdemokratischen Propaganda bisher nicht besonders erfolgreiche Debatte, die man ja in Erkenntnis der Realitäten aufschieben wollte, wird, soweit es sich um die von ihm verursachten Angriffsmöglichkeiten handelt, auf Erler abgewälzt, auch wenn man ihm einräumt, die beste Rede der Opposition gehalten zu haben. In weitsichtigeren Kreisen der Sozialdemokratie hört man Stimmen, dass man von der Regierungsseite besser beraten wäre, angesichts der heiklen Situation vor dem Parteitag, die entscheidenden Angriffe gegen Wehner zu richten, in dessen außenpolitischer Haltung in der Wiedervereinigungsfrage doch die entscheidenden Ursachen für die sozialdemokratische Haltung zu suchen sind.«[566]

Wenige Wochen vor dem SPD-Parteitag, der vermutlich weitreichende Entscheidungen bringen würde, vertiefte sich der Auslandsnachrichtendienst noch einmal in die sozialdemokratische Machtarchitektur. Pars pro toto nahm er sich die Frontstellung »Besoldete« gegen »Reformer« mit dem »Gegensatz Erler-Heine« vor.[567] Zwischen beiden sei es in letzter Zeit »zu erheblichen Spannungen gekommen«, berichtete der Dienst: »Der Gegensatz zwischen den beiden, der seinen Ursprung bereits in der Schumacher-Periode hat, als Erler von Schumacher und dem Geschäftsführenden Vorstand bewusst niedergehalten worden war, weil er durch eigenwillige politische Stellungnahmen hervortrat, hat jetzt dazu geführt, dass Erler offen gegen Heines Wiederwahl im Parteivorstand auftritt. Auf jeden Fall soll nach Erlers Ansicht verhindert werden, dass Heine im Geschäftsführenden Parteivorstand Fragen der Außenpolitik und der Internationale behandelt. Heine steht seit langem in dem Ruf, ›alles selbst tun zu wollen‹ und außenpolitische Initiativen der Partei, vor allem in der Internationale, zu verhindern.« Der bei drei Bundestagswahlen geschlagene Presse- und Propagandachef der Partei versuche derzeit, »den Angriffen Erlers damit entgegenzuwirken, dass er in der letzten Zeit persönliche und direkte Kontakte zum Auswärtigen Amt und zu den in Bonn akkreditierten Diplomaten sucht. Dabei hat Heine einen Stellungswechsel vollzogen und bemüht sich um eine Annäherung an den linken Flügel der Partei.« Zu den von ihm initiierten Gesprächen über Außenpolitik und die außenpolitische Linie der Partei habe er Fritz Erler und Carlo Schmid nicht eingeladen, »wohl aber Wehner, Birkelbach und den Chefredakteur des SPD-Pressedienstes [Günter] Markscheffel.«

Über die gemeinsame Sitzung des Parteiausschusses und des Parteivorstands Anfang Mai in Berlin, in der unter anderem die Empfehlungen der »Siebenerkommission zur Reorganisation der Parteispitze und zur Aktivierung der Parteiorganisation« verabschiedet wurden,[568] berichtete der BND in einer Art Ergebnisprotokoll.[569] In den Beratungen war es um eine mögliche Volksbefragung zur Atombewaffnung gegangen, um den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, eine Tagung der Sozialistischen Internationale, eine wehrpolitische Resolution, eine Intensivierung von Ostkontakten und um die Vorstandswahlen auf dem bevorstehenden Parteitag. Dazu wolle der alte Vorstand eine Vorlage machen, die das höchste Beschlussorgan auffordern solle, den neuen

Vorstand »in insgesamt fünf Wahlgängen zu wählen«. Das berührte allerdings den zentralen Kritikpunkt der Reformer, die sogleich ihre Stimme erhoben: »Gegen diese Vorlage sprach insbesondere Birkelbach, der die Befürchtung äußerte, dass fünf Wahlgänge den Hauptamtlichen von vornherein ein allzu großes Übergewicht geben würde. Ein in seiner Mehrheit aus Hauptamtlichen zusammengesetzter Vorstand sei jedoch, wie die Vergangenheit bewiesen habe, politisch nicht aktionsfähig.« Genau das war seit langem der Hauptstreitpunkt zwischen Traditionalisten und Neuerern. Also überließ man die Entscheidung dem Parteitag und dem dort neu zu wählenden Gesamtvorstand. Der würde nun darüber entscheiden, ob die Mehrheit des Präsidiums aus »besoldeten« oder ehrenamtlichen Genossen bestehen sollte.

Es ist schon gesagt worden, dass der Stuttgarter Parteitag der SPD Ende Mai 1958 eine Revolution in den Spitzengremien brachte.[570] Man hat von einer »›Parlamentarisierung‹ der deutschen Sozialdemokratie« gesprochen.[571] Die Zeitungen und Magazine berichteten ausführlich. Was Bundeskanzler Adenauer nicht aus ihrer Lektüre erfuhr, lieferte der BND. Er verfasste im Juni einen Bericht nach dem anderen darüber, wie sich der Wahlverlierer von 1957 neu sortierte. Gehlen informierte Staatssekretär Globke auch persönlich darüber. Eine Woche nach Stuttgart notierte er auf dem Merkzettel für seine Reise nach Bonn: »Lage der SPD«.[572] Es waren vor allem Siegfried Ortloff und Siegfried Ziegler, die dem BND-Präsidenten zu seinem exklusiven Einblick in die Welt der Sozialdemokratie verhalfen. Er hatte sich inzwischen aber auch bereits persönlich mit Willy Brandt getroffen.[573]

Wenige Tage bevor sich Gehlen zur Berichterstattung in die Bundeshauptstadt begab, erhielt er von Siegfried Ziegler ein ausführliches Briefing, als Zugabe auch gleich das »unkorrigierte Protokoll vom 1. u. 4. Verhandlungstag« des Stuttgarter Treffens.[574] Seine Schilderung war kenntnisreich, präzise und von größtem Interesse: »Einleitung eines politischen Erdrutsches seitens der Reformer, was den Sturz des Funktionärsapparates um Ollenhauer zur Folge hatte«, begann er: »Es wird fest damit gerechnet, dass anlässlich des nächsten Parteitages im Jahre 1960, welcher kurz vor den Wahlen liegt, eine andere Persönlichkeit an die Stelle Ollenhauers treten wird, dieser wird nur aus optischen Gründen und wegen seiner persönlichen Integrität gehalten.«

Danach sprach Ziegler über den »Abbau« von Ollenhauers Hausmacht: »Ablösung von Heine als besoldetem Vorstandsmitglied, seine Aufgaben (Pressechef, Ostfragen, Leitung des Ostbüros mit Thomas, welcher ein erklärter Gegner von Wehner ist) werden durch jemand anderen übernommen werden müssen. Schoettle, ebenfalls nicht wiedergewählt, konnte allerdings wegen Herzinfarkt nicht kandidieren. Mellies, gestorben. Beachtlich der wirtschaftspolitische New Look, dargelegt durch den Wirtschaftsexperten Deist, welcher die SPD zu einer Koalition mit der FDP bereitmachen soll. Worte von Carlo Schmid: ›Macht die Türe nach rechts weit auf!‹ Einzelne Persönlichkeiten: Stärkste Figur ist Wehner als stellvertretender Vorsitzender und zugleich stellvertretender Fraktionschef. Seine Einstellung zum BND ist sicher nicht unkritisch, jedoch wird man mit ihm offen reden können. Fähigster politischer Kopf, sehr dynamisch. Wehner ist kein Freund des Ostbüros. (Auftragsgemäß wurde Auffassung 70 [Gehlen] hierzu dargelegt.) Erler, nächstwichtigster Mann, ohne Zweifel sehr viel schwieriger als Mellies, da vorwiegend intellektuell geprägter Typ. Knoeringen, Schöngeist und ›Überflieger‹. Ortloff bleibt, ist so etwas wie ein unabhängiger Parteibeamter, seine Stellung dürfte nach Ausscheiden Mellies, Schoettle, Heine ebenfalls geschwächt sein. Es bleibt abzuwarten, wer nun in den [Vertrauensmänner-] Ausschuss kommt. In Frage dürften sowohl Erler als auch Wehner kommen. Ebenfalls ist die Frage des Nachfolgers Heine noch offen. Neue Entwicklung bedeutet in jedem Fall Notwendigkeit eines vorsichtigen Neuaufbaus unserer Beziehungen, welche sich unter Mellies so vorzüglich entwickelt hatten.«

Dieser kenntnisreiche Einblick zeigte Reinhard Gehlen, dass seine seit Jahren verfolgte Doppelstrategie gegenüber der SPD-Spitze durch die Stuttgarter Palastrevolution nicht gefährdet war: nämlich sich einerseits um ein gutes Auskommen mit der Parteiführung zu bemühen und sie andererseits nachrichtendienstlich ausforschen zu lassen. Siegfried Ortloff blieb auf seinem Posten, Siegfried Ziegler erfreute sich weiterhin bester Kontakte zu den führenden Sozialdemokraten. Die Tatsache, dass Herbert Wehner jetzt noch stärker in den Vordergrund rückte, tat dessen Bekämpfung ebenfalls keinen Abbruch, beim Kanzler nicht und auch bei Gehlen nicht.

Kurt Weiß, sein Mann für alle halbseidenen und ganz schmutzigen Initiativen,[575] hatte den »Doktor« schon einige Wochen vor dem Umbruch

an der Spitze der Oppositionspartei mit neuen Wehneriana gefüttert. Seine Vortragsnotiz für den BND-Präsidenten trug, nachdem das schwedische Material im Vorjahr nicht recht gezogen hatte,[576] die Betreffzeile: »Material über den SPD-Bundestagsabgeordneten Wehner in Dänemark«.[577] Eine Quelle in Kopenhagen habe erfahren, teilte er mit, dass sich in Händen eines ehemaligen dänischen Kommunisten, der jetzt der Sozialdemokratie und einem Ausschuss zur Bekämpfung der sowjetischen Infiltration in Skandinavien angehöre, belastende Unterlagen befänden. Sogar der dänische Ministerpräsident habe das Thema bei einem Besuch Ollenhauers angeschnitten. Neuerdings bemühe sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Baade, Kiel, um Kontakte zu dem dänischen Sozialdemokraten. Er habe diesen auch darüber unterrichtet, »dass zahlreiche Mitglieder der SPD-Führungsgremien an einer endgültigen Klärung der Angelegenheit Wehner interessiert seien«. Weiß schloss seine Hinweise für Gehlen mit dem Bemerken, sie erfolgten nur zu dessen persönlicher Unterrichtung und ergänzten »die bisherigen Berichte über das Vorhandensein belastender Unterlagen gegen Wehner«. Der Versuch, den starken Mann der Sozialdemokratie unbedingt und irgendwie zu schwächen, lag ganz auf der Linie des Bundeskanzlers. Noch zehn Jahre später kam der hartnäckig Verleumdete, mittlerweile Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, vor dem Parlament auf »die Rufmordpraxis mit Dossiers und Gerüchten« während der Ära Adenauer zurück.[578]

Im Juni 1958, als Gehlen im Kanzleramt gleich zu Beginn des Monats die »Folgerungen aus der neuen Zusammensetzung der Parteiführung der SPD für das Verhältnis des BND zur Opposition« zur Sprache gebracht hatte,[579] langten dort neben Meldungen zur sozialdemokratischen Wahlkampfvorbereitung[580] und zu Umorganisationen bei den Jungsozialisten[581] fünf umfangreiche BND-Berichte der Spitzenquelle Ortloff über die neuen Verhältnisse in der SPD-Führung ein; im Juli folgten fünf weitere – eine Papierflut, die im Bundeskanzleramt, nach den Bearbeitungsspuren zu urteilen, nach wie vor reges Interesse erregte. »Die gegenwärtige Situation im Parteigebäude der SPD wird von den Mitarbeitern als ›Höhepunkt der Immobilität‹ bezeichnet«, begann die erste Sachstandsanalyse.[582] »Nach dem Ausgang des Stuttgarter Parteitages und den Vorstandswahlen wagt nicht ein einziger Referent Entscheidungen zu treffen oder sich festzulegen. Auch Ollenhauer und Eichler sind bemüht,

irgendwelche Festlegungen zu vermeiden, ehe nicht der künftige Kurs des Parteivorstands festgelegt ist. Heine hat inzwischen in der Friedrich-Ebert-Allee zwei Zimmer freimachen lassen, die er nach der von ihm als sicher angenommenen Berufung zum Chef der Konzentration GmbH beziehen will«, jener Presseholding der SPD, deren Leitung der Vorstand Fritz Heine anbot und die er auch übernahm.[583]

Der lädierte Parteivorsitzende wolle in der nächsten Vorstandssitzung eine Reihe personeller Veränderungen vorschlagen, hieß es weiter. Als wahrscheinlich gelte, »dass Wehner in der konstituierenden Sitzung eine unmittelbare Unterstellung des Ostbüros verlangen wird. Ollenhauer hat sich bisher trotz des Drängens des Ostbüroleiters Thomas nicht bereitgefunden, sich dieses Referat unmittelbar zu unterstellen. Er vermeidet hier und anderwärtig geflissentlich jede Maßnahme, die zu Spannungen zwischen ihm und Wehner führen könnte. Helmut Schmidt hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die Spitzenverantwortung für die Pressearbeit der Partei zu übernehmen. Er will aber unter keinen Umständen hauptamtlicher PV-Funktionär werden.« Da die Partei keinen anderen Kandidaten habe, werde der Nutznießer wohl der umstrittene Pressemann Franz Barsig sein.[584] Der bisherige, mit Ollenhauer befreundete Referent für außenpolitische Fragen mache derzeit allerlei Organisationsvorschläge, doch werde dieses Referat wohl trotzdem »ohne nennenswerten Widerstand an Wehner fallen. Klar scheint auch zu sein, dass Wehner eine Unterstellung des Betriebsgruppenreferats fordern wird.«

Parallel zu diesem Bericht wies Siegfried Ziegler seinen Vizepräsidenten Worgitzky auf die wichtigsten Aspekte des Parteitags hin.[585] Dieser machte sich handschriftlich Notizen, wonach Wehner bis zum Herbst stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender bleiben werde, dann aber sein Amt in der Fraktion mit Sicherheit aufgeben werde. »Nachfolger Deist?« Wehner habe seine Vorstellungen mutig und geschickt gegen die Funktionäre verteidigt. »Schade, dass Erler es nicht auch wagte, fürchtete, dass er nicht wiedergewählt würde. Kam mit seiner Kompromisslösung durch. Nicht Noske, sondern Politiker […] 1. Vorsitz: Erich Ollenhauer statt C. Schmid. Carlo: Ich werde *noch nicht* gegen Erich Ollenhauer kandidieren. Es ist in zwei Jahren nochmal ein Parteitag, in drei Jahren Bundestagswahl […] Wehner nicht als 1. Vorsitzender […] Erich Ollenhauer in schlechter Verfassung. Wehner hat das Faszinierende. Gibt

Gesamtdeutschen Ausschuss ab, um interne Parteiarbeit zu leisten […] Unser Ressort Erler. Ortloffs Position wird dadurch gestärkt. Ortloff wie bisher Verbindungsstelle für uns; keine Schwierigkeit. Eine Schwierigkeit: Wehner, Ostbüro, bekommt Propaganda und Ostarbeit, heikel: Zwischen Wehner und Stefan Thomas sind unüberbrückbare persönliche Gegensätze. Thomas alter SPD-Mann […] Wehner erkennt nicht die Notwendigkeit der Nachrichtenbeschaffung durch Partei an. Bis jetzt! Auch mit Peter Wandel kein gutes Verhältnis. Es wird sich wohl etwas ändern; sorgfältig beobachten […] Dr. König soll demnächst mal zu Erler. Bitte um eine Info von 363 [Gehlen] und Weisung für sein Verhalten.«

Dank genauester Einblicke in die bevorstehenden Rochaden erfuhren der Bundeskanzler und der Chef des Bundeskanzleramts aus einem weiteren Bericht auch, wie es mit den Beziehungen zwischen Willi Eichler und Waldemar von Knoeringen bestellt war: »Man erwartet, dass sich beide dahingehend arrangieren werden, dass K. die Repräsentation in kulturpolitischen Fragen und E. in Fortsetzung seiner bisherigen Tätigkeit die parteiinterne Behandlung dieser Dinge sowie auch weiterhin die Betreuung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Arbeiten am Grundsatzprogramm übernehmen wird. Wirkliche Klarheit herrscht nur hinsichtlich des allgemeinen Wunsches, das Propagandareferat mit einem Werbepsychologen zu besetzen, der zugleich über drucktechnische Erfahrungen verfügen soll.« Was mit der abgewählten Herta Gotthelf geschehe, sei »noch völlig unklar«. In schweres Wasser werde wohl der Chefredakteur des *Vorwärts*, Horst Flügge, kommen. Der habe sich bisher gleichermaßen an Erler und an Wehner angelehnt. »Da eine Auseinandersetzung zwischen beiden nach dem Ablauf des Parteitages kaum noch zu vermeiden ist, wird jetzt mit Spannung erwartet, auf welche Seite sich Flügge stellen wird. Man nimmt jedoch an, dass Erler hierbei den Kürzeren ziehen wird.« Es kam anders, der Chefredakteur wurde entlassen. Dem BND war das einen zweieinhalbseitigen, mit allerlei Unappetitlichkeiten gespickten Bericht wert.[586]

Im Sommer tagten Präsidium und Vorstand der SPD mehrfach – wie immer vorbereitet und protokolliert von niemand anderem als dem BND-Informanten Ortloff. Wesentliche Ergebnisse dieser wichtigen Sitzungen gelangten in der Regel postwendend an das Bundeskanzleramt, so auch die der Beratungen in der zweiten Juni-Hälfte. Es ging darin um die Haltung zu

de Gaulle und zur Algerien-Frage, um die kürzliche Tagung der Sozialistischen Internationale, aber genauso um innenpolitische Tendenzen, nämlich um die »Aufweichungserscheinungen in der FDP gegenüber Adenauer«, die im Palais Schaumburg besonders interessierten.[587] Ollenhauer habe also vorgetragen, »dass ihm Berichte über eine zunehmende Aktivität des FDP-Vorsitzenden [Reinhold] Maier und des Bundestagsabgeordneten [Walter] Scheel in Richtung auf eine Aussöhnung mit der CDU vorlägen« – Anstreichung des Lesers. »So sei nicht zu bezweifeln, dass Maier sehr vertrauliche Gespräche mit [Ludwig] Erhard und [Hermann] Lindrath geführt habe. Für Maier seien keineswegs, wie es hinterher behauptet worden sei, nur wirtschaftliche Anliegen seiner engeren Heimat maßgebend gewesen. Scheel wiederum glaube, über die guten Dienste, die er unter Umständen Adenauer durch eine Zurückführung der FDP erweisen könne, sich selbst Vorteile bei seiner Tätigkeit in den Europäischen Gemeinschaften zu verschaffen. Die Aussprache über diese Information Ollenhauers wurde mit großem Ernst und mit *sichtlicher*« – Ortloff saß mit am Tisch – »Besorgnis hinsichtlich der Koalitionslage in NRW geführt. Wehner erklärte sich bereit, mit [Wolfgang] Döring über diese Informationen offen zu sprechen.« Dem Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen sehe man im Vorstand mit Sorge entgegen; sehr zu Recht, wie sich Anfang Juli zeigte.

Breiten Raum nahm die Neuregelung der Pressearbeit ein, wo jetzt einiges an schmutziger Wäsche nach oben trieb. Da Chefredakteur Horst Flügge den Verleger des *Vorwärts* am Rande des Parteitags in einer Stuttgarter Bar »in angetrunkenem Zustand« schwer beleidigt habe, wolle der nun nicht mehr mit diesem zusammenarbeiten. Da Flügges Neigung zu »alkoholischen Exzessen« für eine Kündigung aber nicht ausreiche, werde man im Falle seiner Entlassung wohl einen fünfstelligen Betrag oder die Leitung der SPD-Pressestelle anbieten müssen. Dazu kam es dann nicht, wohl aber zu einem bemerkenswerten Gerangel um den Posten eines sozialdemokratischen Pressechefs, das der Leiter der Pressestelle der Fraktion, Barsig, schließlich für sich entschied. Wegen der delikaten Balance zwischen Partei und Fraktion war sich das Präsidium »einig darin, dass die Pressereferate beider Gremien unter keinen Umständen in einer Hand vereinigt werden sollten«. Es gebe auch schon einen Bewerber für die Fraktionspressestelle, nämlich »den Bonner Rias-Korrespondenten Egon

Bahr. Er ist an dieser Funktion jedoch nur interessiert, wenn ihm völlige journalistische Freizügigkeit garantiert werden kann. Da sich die drei Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden politisch jedoch in der Regel niemals einig sind, würde dies bedeuten, dass ein Fraktionspressechef Bahr eine vollkommen freizügige und eigenmächtige Pressepolitik treiben könnte.« Es bestehe daher wenig Neigung, auf die Bewerbung von Egon Bahr einzugehen. Hätte Bundeskanzler Konrad Adenauer den Sitzungen der SPD-Führungsgremien höchstpersönlich beigewohnt, er hätte kaum mehr erlauschen können, als er aus diesem Bericht erfuhr.

Kurz darauf kam das SPD-Präsidium erneut zusammen.[588] Einen Tag später landeten die wesentlichen Ergebnisse der Beratungen auf dem Schreibtisch von Kanzleramtschef Hans Globke. Es ging vor allem um die neue Geschäftsverteilung zwischen den Präsidiumsmitgliedern. Außerdem hatte man sich nach längeren Beratungen auf einen Kompromiss geeinigt, der »eine offene Auseinandersetzung zwischen Wehner und Thomas« verhindern sollte. Als »Übergangslösung« wurde daher einer der übriggebliebenen »Besoldeten«, Max Kukil, mit der Aufsicht über das Ostbüro beauftragt; er sollte zugleich einen Vorschlag für dessen »Neuorientierung« vorlegen; im Beschlussprotokoll der Sitzung fand diese Kontroverse naturgemäß keinen Niedereschlag.[589] Globke durfte überdies zur Kenntnis nehmen, es sei »nachdrücklich vereinbart« worden, der Öffentlichkeit einstweilen nichts über die neue Geschäftsverteilung bekanntzugeben.

Es folgte noch ein ergänzender Bericht über die Präsidiumssitzung.[590] Darin wurde betont, die Kukil-Regelung solle den Gegensatz zwischen Wehner und Thomas »neutralisieren«, doch bedeute das in Wirklichkeit »eine politische Zurücksetzung dieses Büros nach dem Willen von Wehner«. Dann wurde eine detaillierte Beschreibung der neuen Zuständigkeiten von Deist, Erler, von Knoeringen und Marta Schanzenbach gegeben. »Größere Meinungsverschiedenheiten gibt es noch in Fragen der Außenpolitik. Darum hatten sich Ollenhauer, Erler und Carlo Schmid beworben. Ollenhauer ist aber nicht geneigt, die außenpolitischen Angelegenheiten aus der Hand zu geben. Ein Kompromissvorschlag von ihm sieht vor, ihn mit außenpolitischen Angelegenheiten zu betrauen, aber Wehner ein Mitspracherecht einzuräumen und beide im Wechsel als ständige Delegierte zu den Bürositzungen der Internationale zu entsenden.

Bis heute gibt es noch eine starke Opposition gegen diesen Vorschlag. Ursache ist die Tatsache, dass man Ollenhauer aus dieser Arbeit herausreißen möchte.« Während das neunte Präsidiumsmitglied noch nicht benannt sei, werde »Carlo Schmid bei der Aufgabenaufteilung möglicherweise leer ausgehen. Man schätzt seine organisatorische Begabung so gering ein, dass man von ihm keine motorische Kraft innerhalb der Parteiorganisation erwartet. Die offizielle Begründung ist aber, dass man ihn für repräsentative Funktionen und vielleicht als Leiter eines Schattenkabinetts benötigen werde.«

Siegfried Ortloff, der bei allen Sitzungen, in ihre Vorbereitung wie in ihre Nachbereitung, umfassenden Einblick hatte, war für die Ausspähung des SPD-Parteivorstands durch den BND die schlechthin ideale Innenquelle. »Wehner könnte nach diesen Plänen der mächtigste Mann im neuen Parteiapparat werden«, nahm er an. »Die Mehrzahl der PV-Mitglieder hat ihn in Verdacht, dass er sich die Arbeitsbereiche gesichert hat, die er zu einer weiteren Eroberung der Partei braucht. Man nimmt an, dass er mit Vorsicht, aber doch konsequent den Posten des ersten Vorsitzenden der Partei anstreben wird.« Sekretär des Präsidiums »bleibt Ortloff«, meldete Ortloff über Ortloff, ehe er sich in weitere Einzelheiten der Organisationsreform hineinbegab. Wie aus den Unterlagen des SPD-Parteivorstands ersichtlich ist, war es niemand anderes als Siegfried Otloff, der dem Vorstand den »Arbeitsverteilungsplan (Mitglieder des Präsidiums)« vorlegte.[591]

Anfang Juli berichtete Ziegler Vizepräsident Worgitzky flankierend.[592] Er erläuterte ihm die Geschäftsverteilung in der SPD-Spitze, wo nun Waldemar von Knoeringen für die Innere Sicherheit, Fritz Erler für den BND zuständig geworden sei. »Otto [Ortloff] Referent für beide, noch mehr Zentralfigur. Alles über seinen Schreibtisch. Unsere Sachen über Otto zu Olly [Ollenhauer], unter seiner Kontrolle zu Olly, zu Wehner, zu Erler, immer wieder an ihn zurück, *alles unter Kontrolle*.« Als Sicherheitsreferent und Personalchef nehme er an allen Präsidiumssitzungen teil. »Hat beratende Stimme, obwohl auch besoldete Vorstandsmitglieder kein Recht haben, an Präsidiumssitzungen teilzunehmen (Kukil, Eichler) – hierüber sehr böse. Otto natürlich sehr befriedigt über seine Position«; der BND ebenfalls, kein Zweifel. Worgitzky erfuhr außerdem, dass Fritz Erler demnächst Ziegler treffen wolle. Der am selben Tag informierte Gehlen, der

mit dem Vizepräsidenten gern ein bisschen umsprang, war über diesen Nebendraht nicht sonderlich erfreut, »er will es aber zulassen«, notierte Worgitzky dann erleichtert am Rande.[593]

Die nächsten wichtigen Termine der SPD-Spitze wurden dem BND und damit dem Kanzleramt von ihrem fleißigen Informanten frühzeitig angekündigt.[594] Ortloff hatte die Sitzungen des Präsidiums am 7. Juli, die Vorstandssitzungen sowie die Konstituierung des neuen Parteirats am 10., 11. und 12. Juli 1958 vorbereitet. Wie meist führte er auch Protokoll. Legt man Ortloffs Informationen für den BND und die Originalprotokolle der SPD nebeneinander, wird deutlich, wie tief die Mitteilungen für das Kanzleramt in die verhandelte Materie eindrangen und wie stark sie sich auf die delikaten innerparteilichen Rivalitäten und politischen Kontroversen kaprizierten, die bei Adenauer und Globke stärkstes Interesse wecken mussten. Unter dem Strich waren Ortloffs Briefings viel ergiebiger, als wenn er die Originalprotokolle einfach im Kanzleramt abgeliefert hätte.

Die Präsidiumssitzung, berichtete Ortloff also, habe ganz im Zeichen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gestanden, bei der die SPD ihr Ziel klar verfehlt hatte: »Sie war getragen von einer außerordentlich deprimierten Stimmung, der insbesondere Wehner mehrfach Ausdruck gab. Hierbei beeindruckt die Parteiführung negativ weniger die Abwahl des Kabinetts [des SPD-Ministerpräsidenten Fritz] Steinhoff als die Tatsache, dass es der CDU« – sie erzielte 50,5 Prozent – »keine neun Monate nach dem totalen Wahlsieg in der Bundesrepublik gelungen ist, einen weiteren totalen Wahlsieg im volkreichsten Land zu erzielen.« Es habe heftige Kritik an der Wahlkampfführung gegeben. Das neue, für Propagandafragen zuständige Präsidiumsmitglied von Knoeringen habe den Auftrag bekommen, hier künftig eine einheitliche Linie der Partei durchzusetzen. Der nicht anwesende Steinhoff und der nordrhein-westfälische Fraktionsvorsitzende hätten eine »zielbewusste und zugleich konstruktive Opposition« von SPD und FDP angekündigt: »An die Zielstrebigkeit dieser gemeinsamen Opposition glaubte man im Präsidium nicht so ohne weiteres, da sich in den letzten Wochen Informationen über eine Aufweichung von Teilen der Düsseldorfer FDP gegenüber der CDU gemehrt haben.« Die Wahlniederlage der FDP, mit der die SPD die Regierungskoalition gebildet hatte, könne bei den kleinen Parteien in den anderen Bundesländern zu einem Trauma werden, »wonach ein Zusammengehen mit der SPD den

›sicheren Tod‹« bedeute. Es müsse alles versucht werden, um die FDP »unbedingt« am Leben zu halten. Gegen Ende der Sitzung seien Carlo Schmid dann noch Indiskretionen zu der neuen Geschäftsverteilung vorgeworfen worden. »Schmid leugnete jedoch mit großem Pathos alles ab«, malte Augenzeuge Ortloff den Vorfall aus. »Auf die ursprünglich vorgesehene Konfrontation mit Zeugen aus der Bundestagsfraktion wurde verzichtet, da Ollenhauer im gegenwärtigen Augenblick einen Hausstreit im Parteivorstand nicht wünscht.«[595]

Aus der SPD-Vorstandssitzung drei Tage später, auf der die neue Spitzenorganisation beschlossen wurde, erfuhr Staatssekretär Globke, dass die Parteiführung in letzter Minute der öffentlichen Kritik nachgegeben und das Ostbüro (wie sich schon angedeutet hatte) einstweilen nicht Herbert Wehner unterstellt habe.[596] Willi Eichler sei mit der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms der SPD beauftragt worden. Dann verlor sich die Information über die Sitzung in aufschlussreichen Details eines Streits, bei dem es darum ging, wer ohne Stimmrecht zu einer Präsidiumssitzung eingeladen werden könne und wer nicht. »Erler nahm diese Entwicklung zum Anlass, um Ollenhauer anzugreifen, dass er ohne eine Entscheidung des Präsidiums niemanden einzuladen habe.« Hauptbeschwerdeführer war jedoch das besoldete Vorstandsmitglied Kukil, der wegen dieses Gezerres am liebsten aus dem Vorstand ausscheiden wollte, doch kam ihm noch aus der Zeit vor der Parteireform »ausreichend Unterstützung aus den Bezirken« zugute, welche die »sehr zentralistische Atmosphäre des neuen Präsidiums beanstandeten«. Das Gremium habe dann sogleich einen neuen Status für Kukil beschlossen, »der Wehner zugleich das Ostbüro kostete«. Man gebe sich aber keiner Illusion darüber hin, dass es sich dabei lediglich um eine vorübergehende Lösung handele. Eine nennenswerte Beeinträchtigung habe Wehner nicht erlitten, schloss der ausführliche Bericht, vielmehr bekomme er künftig »wesentlichen Einfluss auf die Außenpolitik der SPD«. Das alles las sich naturgemäß etwas anders als im offiziellen Kommuniqué und im Pressedienst der Partei. Der machte mit der Schlagzeile auf: »Ein Bild der Geschlossenheit«.[597]

Der wohlinformierte Bundeskanzler ging vor den Spitzen der CDU ausführlich auf die Lage der Sozialdemokratie nach Stuttgart ein.[598] Obgleich als Parteitag der Reformer angekündigt, habe er mit einem »Abstieg der SPD zum Radikalismus« geendet, sagte er. Das lasse sich auch

am Aufstieg von Herbert Wehner ablesen. Der ehemalige KPD-Funktionär sei »zweifellos die stärkste Potenz in der SPD«, ebenso »der Fleißigste dort. Er hat auch die meisten Kenntnisse und die stärksten Ellenbogen, und er ist der Radikalste […] Nach meiner Meinung tritt das am deutlichsten hervor in seinem Ausspruch, er sei ein altmodischer Mann, er sei ein Klassenkämpfer. Das schließt alles in sich ein. Da braucht man keine großen programmatischen Sachen zu machen; denn er stellt sich wieder auf den Boden des Klassenkampfes. Machen Sie sich einmal klar, was das Wort Klassenkampf bedeutet. Das bedeutet zunächst, dass man davon ausgeht, es bestehen verschiedene Klassen in der Bevölkerung Deutschlands, und diese Klassen kämpfen gegeneinander. Wer das tut, also den Klassenkampf propagiert, der stellt sich nach meinem Empfinden außerhalb des Bodens der Demokratie, und er fällt zurück in eine Periode der Entwicklung der Sozialdemokratie, die ich für meine Person lange überwunden glaubte. Ich glaube nicht, dass eine der führenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten in der Weimarer Zeit jemals einen solchen Ausspruch getan hat. Wir müssen uns aber damit abfinden, dass dies das Wort ist, das Herrn Wehner eigentlich am besten kennzeichnet, den Klassenkämpfer.«

Der Sommer 1958 kam und bescherte den Sozialdemokraten nach dem Wahldesaster im Bund im Vorjahr und jetzt in Nordrhein-Westfalen eine weitere schmerzliche Schlappe. Ebenso wie bei der umstrittenen und politisch wenig ertragreichen Paulskirchen-Bewegung[599] hatte die SPD neuerlich versucht, »außerhalb des Parlaments oppositionelle Kräfte gegen die Regierungspolitik zu sammeln«[600] und mittels Volksbefragungen auf mehreren Ebenen gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen zu mobilisieren (»Kampf dem Atomtod!«). In einer dramatischen Bundestagssitzung sah Adenauer die SPD »in einer Entwicklung zur Radikalisierung, die jedem Menschen sehr ernste Sorgen machen muss«.[601] Das Bundesverfassungsgericht verkündete am 30. Juli jedoch, dass die von der SPD in einigen Ländern bereits per Gesetz eingeleiteten Volksbefragungsaktionen nichtig seien. Im September verlor die SPD dann die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, konnte sich in Hessen aber behaupten und Ende des Jahres in Berlin sogar einen großen Erfolg verbuchen: Ihr Spitzenkandidat Willy Brandt erreichte mit 52,1 Prozent die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Nicht allein dieser Sieg lenkte das Scheinwerferlicht auf den einstigen linkssozialistischen Emigranten. Die von Nikita Chruschtschow kurz darauf mit seinem Ultimatum (Berlin als »Freie Stadt« und »selbständige politische Einheit«) ausgelöste, extrem bedrohlich scheinende zweite weltpolitische Krise um die Vier-Mächte-Stadt machten den Regierenden Bürgermeister der »Frontstadt« zu einer international beachteten Figur und zugleich zum Hoffnungsträger einer erneuerten Sozialdemokratie. Herbert Wehner feierte das von den Wahlen in Berlin ausgehende Signal als Fanal: »Die Sozialdemokratische Partei hat sich darauf vorzubereiten, die führende Rolle im deutschen Volk zu übernehmen«, schrieb Ollenhauers Stellvertreter im *Vorwärts*.[602]

Die SPD-Spitze trat nach der Sommerpause erstmals wieder Anfang September zusammen. Wie immer saß der BND mit am Tisch.[603] »Trotz der entschlossen klingenden Resolution, die Anti-Atom-Kampagne fortzusetzen, war sich das Präsidium in seiner, der Vorstandssitzung am 3. September vorausgehenden Beratung über den missglückten Ausgang dieser Aktion völlig im Klaren«, stellte der – nach den Bearbeitungsspuren zu urteilen – im Kanzleramt aufmerksam studierte Bericht fest: »Sowohl im Präsidium als auch in der gemeinsamen Sitzung am Tage danach wurden offen Möglichkeiten erörtert, für die gescheiterte Aktion einen psychologischen und wenn möglich auch propagandistischen Ausgleich zu finden.« Erwogen worden sei beispielsweise, die vom Münchener Parteitag 1956 angeregte »Mobilmachung des Geistes« neu zu beleben. Unter der Federführung Waldemar von Knoeringens solle in Köln ein großer Kongress stattfinden, »zu dem Wissenschaftler und Forscher ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit hinzugezogen werden sollen«. Danach folgte eine sorgfältige Wiedergabe der Aussprache zu den bevorstehenden Landtagswahlen; Hoffnung, die Regierung von Kai-Uwe von Hassel in Schleswig-Holstein abzulösen, nähre die SPD-Führung allerdings keine.

»Ausgesprochen deprimierend«, fuhr das Bulletin des sozialdemokratischen Zuträgers fort, »wirkt in den obersten Führungsgremien der SPD immer noch die Juli-Meinungsumfrage von Emnid, die der CDU einen Resonanzanstieg von 34 auf 41 % gebracht hat, während die SPD sich lediglich bei etwa 28 % halten konnte. Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang, dass der zunehmende Abbau der Meinungslosen sich ausschließlich zu Gunsten der CDU

vollzogen hat.« Besonderen Kummer bereiteten der Parteiführung die christdemokratischen, in den Auseinandersetzungen mit der FDP entstandenen Wahlrechtspläne – eine Art »Dauerbrenner«[604] –, mit denen die Regierung das Mehrheitswahlrecht nun wohl endgültig umsetzen werde: »In der SPD sieht man keine Möglichkeit, diese Maßnahme zu verhindern, obgleich man sich darüber im Klaren ist, dass sie die Herrschaft der CDU vermutlich auch über die Amtsfähigkeit des Bundeskanzlers hinaus in der Bundesrepublik zementieren würde« – Anstreichung des Lesers.

Ein weiterer Punkt betraf den anschwellenden Flüchtlingsstrom aus der DDR und die Reaktion des FDP-Fraktionsvorsitzenden Erich Mende darauf: »Sowohl Wehner als auch Ollenhauer äußerten sich in diesem Zusammenhang entrüstet über die, wie sie sagten, Publicity heischende Aktion Erich Mendes, wonach sich der Bundestag in Berlin zu einer ›gesamtdeutschen Demonstration des Unrechts in der Sowjetzone‹ zusammenfinden solle. Natürlich werde es den Sozialdemokraten unmöglich sein, sich von einer derartigen Aktion des Parlaments auszuschließen. Sie verhindere aber unzweifelhaft die Möglichkeit vertraulicher Verhandlungen mit den Sowjets über Erleichterungen für die mitteldeutsche Bevölkerung. Wenn überhaupt etwas für die Menschen in der Sowjetzone geschehen könne, so sei diese nur nach langwierigen harten Verhandlungen mit Moskau möglich.« Der Fraktionschef der FDP habe derartige Möglichkeiten für lange Zeit »zunichte gemacht (Ollenhauer: Mende hat sich wieder einmal in der ihm eigenen geschickten Art in den Vordergrund gedrängt, ohne zu bedenken, was er damit alles zerschlägt.)«. Dann teilte Ortloff die geplante Reaktion der Sozialdemokraten mit: »Die SPD hat die Absicht, bei den Berliner Beratungen des Parlamentes vor allem auf eine Realisierung des Bundestagsbeschlusses über die Einsetzung einer Viermächtekommission zur Beratung der deutschen Frage zu drängen; ferner auf Maßnahmen, die zu einer beschleunigten Hilfe für die in Berliner Flüchtlingslagern eintreffenden Sowjetzonenbewohner führen.« Es solle eine Lockerung des Notaufnahmeverfahrens angeregt werden, allerdings ohne in diesen Fragen »gegen die CDU in offener Feldschlacht anzutreten. Vielmehr soll der Fraktion empfohlen werden, so sachlich wie möglich zu argumentieren.«

Nach dem Protokoll dieser von Siegfried Ortloff vorbereiteten und in seiner Niederschrift festgehaltenen Sitzung des Parteivorstands in Bonn war

das erweiterte Führungsgremium nach der vorangegangenen Präsidiumssitzung nicht mehr auf die Initiative Mendes zurückgekommen.[605] Die Erörterung der »Lage in der SBZ« aber hatte tatsächlich breiten Raum eingenommen. Willy Brandt erläuterte die immer schwieriger werdende Situation und verlangte, der Vorstand »müsste dazu heute etwas sagen«. Auch Helmut Schmidt, der in den BND-Berichten noch keine größere Rolle spielte, hatte »Bedenken, dass wir uns so zurückhalten, nachdem [der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Berliner CDU-Vorsitzende Ernst] Lemmer, die CDU und die Springer-Presse so aktiv werden«. Ein Kommuniqué und eine Pressemitteilung entsprachen diesem Petitum dann.

Ebenso prominent figurieren in dem regulären Protokoll des SPD-Parteivorstands die Überlegungen, wie die Schlappe in der Anti-Atom-Kampagne halbwegs glaubwürdig übertüncht werden könne. Die Tendenz der Beratungen entsprach ziemlich genau dem, was der BND dem Kanzleramt übermittelt hatte. Arndt kritisierte das Gerichtsurteil, Erler fürchtete eine »demoralisierende Wirkung«, Wehner forderte, man dürfe sich nicht von den Kommunisten ins Schlepptau nehmen lassen. Dann verabschiedete der Vorstand mehrere recht bemühte Entschließungen, Kommuniqués und Pressemitteilungen, in denen »die ersten Erfolge der weltweiten Bewegung gegen das Atomwettrüsten« herausgestellt wurden: »Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält nach wie vor die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren und auch über die großartigen friedlichen Möglichkeiten des Atomzeitalters für eine ihrer wichtigsten Aufgaben«; die Urteile des Bundesverfassungsgerichts bezögen sich vorwiegend auf Formalia des Verfahrens. Jeder Deutsche bleibe aufgerufen, die Gefahren einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr »zu erkennen und zu bekämpfen, um den Weg zu einer Politik der Entspannung und des Friedens zu öffnen«.[606] Im Bundeskanzleramt wusste man besser, wie die führenden Sozialdemokraten die Chancen einer weiteren Mobilisierung der Öffentlichkeit tatsächlich beurteilten.

Die Ausforschung der SPD-Spitze durch den Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland war noch um einiges umfangreicher als hier vor Augen gestellt. Da diese Art Feindaufklärung nicht noch breiter abgebildet werden muss, sei lediglich erwähnt, dass Adenauer und Globke manches über die Versuche Waldemar von Knoeringens zu lesen bekamen,

die »Wahlhelferorganisation der SPD« (Anstreichung) zu revitalisieren, manches über die angebliche Unterstützung von »Anti-Nato-Kräften« (Ausrufungszeichen) oder etwa auch Erheiterndes über den schlagzeilenträchtigen Zusammenstoß des Bundesministers der Verteidigung Franz Josef Strauß mit einem Bonner Verkehrspolizisten (Anstreichung), der, wie man herausgefunden hatte, »entweder Mitglied der SPD ist oder mindestens einer beim Beueler SPD-Ortsverein gebildeten SPD-Betriebsgruppe angehört«.[607]

Herausragend bedeutsam im Aufkommen der politischen Inlandsspionage des BND gegen die SPD-Führung waren demgegenüber alle Informationen über ihre Beratungen zum künftigen politischen Kurs sowie Analysen der internen Konfliktlagen. Im letzten Viertel des Jahres 1958 gingen im Bundeskanzleramt ein halbes Dutzend umfassender Berichte aus den sozialdemokratischen Spitzengremien ein.[608] Der erste widmete sich der »Führungslage im Parteipräsidium aus der Sicht des Parteivorstands«.[609] Hauptthema waren die Machtkämpfe im Gefolge der Stuttgarter Parteireform: »Die ohnehin nur geringe Bedeutung Ollenhauers nimmt zu Gunsten von Wehner ständig ab«, lautete gleich der erste, sogleich mit einer Anstreichung des Lesers versehene Satz. Das sei auch der Grund, weshalb die Partei keine Delegation zum Parteitag der französischen Sozialisten entsandt habe, um dem »Anti-de Gaulle-Flügel den Rücken zu stärken«; Wehner sei einfach passiv geblieben. »Auf einem anderen Gebiet allerdings hat Wehner in den letzten Wochen erhöhte Aktivitäten bewiesen«, fuhr der BND-Bericht bei einem für Adenauer besonders interessanten Thema fort: »Er wandte sich sehr heftig gegen die Initiative des Sozialistischen Studentenbundes, Carlo Schmid im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl schon jetzt als sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten herauszustellen« – Anstreichung am Rande. »Wehner sieht anscheinend seine Stellung in der Parteiführung bereits als so stark an, dass er meint, es nicht mehr nötig zu haben, Schmid überhaupt nur in eine Konkurrenzlage geraten zu lassen.«

Dann widmete sich der Lagebericht den anhaltenden Spannungen zwischen Erler und Wehner: »Sie äußerten sich erst dieser Tage wieder in der Haltung Erlers während der ersten Zusammenkunft von Vertretern aller Parteien mit Bundesminister Lemmer bei dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Krone. Ollenhauer berichtete später, Erler habe sich gegen

Absichten gewandt, eine ständige Konferenz von Parteivertretern außerhalb der Bundestagsausschüsse zur Beratung gesamtdeutscher Fragen zu schaffen. Erler habe, wie Ollenhauer sagte, nur Einspruch erhoben, weil er befürchtete, dass sich Wehner ein zusätzliches Geltungsfeld schaffen wolle. Im Parteivorstand wird damit gerechnet, dass Wehner alles daransetzen werde, um sich auf diesem Gebiet gegenüber Erler durchzusetzen. Wehner versuche – nach Auffassung Ollenhauers – sogar zu Brandt ein positives Verhältnis zu gewinnen, damit Brandt sich nicht zu seinem Gegenspieler entwickeln könne. Im Allgemeinen fehle es der SPD-Führung gegenwärtig in weitem Umfang an politischer Initiative.«

Kurz darauf erhielt das Kanzleramt einen schriftlichen Bericht über die Sitzung des SPD-Präsidiums, den der BND noch am selben Tag vorlegte und den Adenauer nach Lektüre mit seinem Namenskürzel versah.[610] In dieser Besprechung trug Waldemar von Knoeringen seinen Parteifreunden Ollenhauer, Wehner, Nau und der Genossin Marta Schanzenbach (Erler, Deist, Schmid und Schoettle fehlten) »über den Stand der wiedererweckten Aktion ›Mobilisierung des Geistes‹ vor«. Ein zündender Titel sei noch nicht gefunden, »im Dienstgebrauch firmiert die Aktion Knoeringens unter dem Stichwort ›Plan Z‹«.[611] Vier Wochen später trat die Partei dann mit einem an die breite Bevölkerung gerichteten Aufruf »Die Zukunft meistern« hervor, in dem weitreichende kultur- und bildungspolitische Reformen verlangt wurden.[612]

Die politische Aussprache im Präsidium habe ergeben, so weiter im Text, »dass sich die SPD auf die Basis gemeinsamer Beschlüsse aller Parteien in der deutschen Frage stellen müsse. Sie müsste allerdings darauf achten, dass in diesen Beschlüssen keine Elemente des Kalten Krieges enthalten seien. In diesem Zusammenhang wurden von Ollenhauer und Wehner Besorgnisse hinsichtlich des Stehvermögens von Lemmer geäußert.« Man befürchte, der Bundeskanzler werde den Minister und ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Ost-CDU, der wie Wehner bei den innerdeutschen Beziehungen »mit einem hohen Maß an Pragmatismus vorzugehen wünschte«,[613] vor der kommenden Bundestagssitzung in Berlin »wieder ›zurückpfeifen‹«.

Mitte Oktober befasste sich die SPD-Bundestagsfraktion mit der Rede des Bundeskanzlers auf dem CSU-Landesparteitag in Würzburg vier Wochen vor der Landtagswahl in Bayern, in der er die SPD mit üblen

Vorwürfen überzogen hatte.[614] Der über die sozialdemokratische Befindlichkeit allerbestens orientierte Adenauer beschrieb zunächst den Niedergang der Partei in den letzten drei Bundestagswahlen, machte sich über die programmatischen Anstrengungen der Partei lustig und sagte dann unter anderem: »Man konnte nach dem deutschen Zusammenbruch 1945 und 1946, allenfalls noch 1947, glauben und hoffen, dass die führenden Sozialdemokraten das Bestreben hätten, aus ihrem verrosteten Parteipanzer allmählich herauszukommen. Aber die rückläufige Bewegung, nur noch stärker als früher, das Streben nach Macht für den Staat und eine verhängnisvolle Neigung zu einer sogenannten Neutralität, macht sich doch von Monat zu Monat stärker bemerkbar.« Der in der SPD sehr einflussreiche IG-Metall-Vorsitzende habe gefordert, man solle nicht nur die Grundstoffindustrie, sondern »alles das verstaatlichen, was wirtschaftliche Macht gewähre«. Wer so etwas ausspreche, sei »ein Feind der Freiheit!« Kein sozialdemokratisches Parteigremium habe dieser Ungeheuerlichkeit widersprochen: »Nun, meine Freunde, dann kann man doch die Sache ganz kurz und einfach machen. Dann soll man doch einfach alles so machen, wie in der Sowjetzone, in den Satellitenstaaten und in der Sowjetunion; da ist das bisher auch so, ich finde dazwischen keinen Unterschied.« Dass die SPD sich von Otto Brenners Idee »einer größeren Kontrolle über kleine und mittlere Betriebe«[615] distanziert hatte, erwähnte der Bundeskanzler nicht.

Dann nahm sich Bundeskanzler Adenauer wieder einmal Herbert Wehner vor, von dem er, wie gesehen, alles wusste, was sein Auslandsnachrichtendienst über ihn nur irgend in Erfahrung bringen konnte. Es lief auf die üblichen Verleumdungen hinaus, denen sich der Bundeskanzler seit Jahren bediente und mit denen er die Delegierten der Schwesterpartei in der Frankenhalle nun in Begeisterung versetzte. Die Suada ist es wert, ausführlicher zitiert zu werden. Konrad Adenauer leitete sie mit dem Bemerken ein, in der Sozialdemokratie gebe es ja eine Anzahl respektabler Menschen, mit denen man sich ganz gut unterhalten könne. Nun gebe es nach den Einlassungen des Herrn Brenner noch »eine zweite Wahrnehmung«, einen zweiten Tatbestand, den man nicht übersehen dürfe: »Das ist die Tatsache, dass Herr Wehner auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden ist. Herr Wehner hat in der Zwischenzeit den ganzen

Organisationsapparat und den Propagandaapparat der SPD in seine Hände gebracht. Er ist kraft dessen heute ganz unzweifelhaft der Mann, der die Politik der Sozialdemokratie bestimmt. Nun will ich nicht von der Vergangenheit des Herrn Wehner sprechen (Heiterkeit). Aber Herr Wehner ist wirklich nicht der und jener, er ist – wir kennen ihn alle aus dem Bundestag – ein ungemein fleißiger Mann, er ist ein sehr zielstrebiger Mann, und er ist ein sehr machthungriger Mann, der alles niederzuwalzen bestrebt ist, was ihm entgegensteht. (Zurufe: Sehr richtig!)«

Dann wurde der Bundeskanzler grundsätzlich, als er einen dramatischen Gegensatz zwischen Union und Sozialdemokratie konstruierte, sobald es um die »persönliche Freiheit und die Forderung nach der Freiheit unseres Vaterlandes« gehe, und wie verschieden sich die SPD-Spitze, »je nach Art des Sprechers«, dazu stelle. Er kam zu dem Ergebnis, dass »das Postulat der politischen Freiheit von der Sozialdemokratie zu gering geachtet wird«. Das gelte nicht nur für die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Außenpolitik (erneuter Beifall). Überhaupt wünsche er den Sozialdemokraten »etwas mehr Liebe zum gesamten deutschen Volk (Sehr starker Beifall).« In der Außen- und Sicherheitspolitik könne man einfach nicht mit der Sozialdemokratie arbeiten: »Sie will es nicht, oder sie versteht es nicht, oder sie ist böswillig; unter den drei Möglichkeiten kann jeder wählen! (Heiterkeit) Je nach Geschmack.«

Der Gehlen-Dienst lieferte Adenauer am Tage der Fraktionssitzung, in der die Kanzler-Breitseite zur Sprache kam, sofort einen Bericht von fünf Schreibmaschinenseiten Länge.[616] Der Bundeskanzler befand sich in der denkbar komfortabelsten Situation: Der BND informierte ihn kontinuierlich über die neuesten Erkenntnisse zur Biographie seines gefährlichen Widersachers und dessen Aufstieg in der SPD-Führung. Außerdem lieferte er ihm nach seinen periodischen Attacken jeweils eine gründliche Auswertung, wie diese im innersten Zirkel der Opposition aufgenommen wurden. Mehr noch: Der BND-Präsident konnte auch gleich noch mitteilen, wie die SPD zurückzuschlagen gedachte. So erfuhr Adenauer nach Würzburg sogleich von der Empörung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Deren Abgeordnete seien der Auffassung, dass die Erklärung des SPD-Präsidiums »zur Zurückweisung der diffamierenden Äußerungen des Kanzlers keineswegs ausreiche. In einem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat führte Helmut Schmidt, Hamburg, aus,

dass es nicht angängig sei, den Anwürfen des Kanzlers in einem so kompromissbereiten Ton zu begegnen, selbst auch dann nicht, wenn man glaube, dass ein Frontalangriff auf Adenauer heutzutage in der westdeutschen Bevölkerung nicht mehr ankomme. Die Selbstachtung der Partei verlange eine energische Zurückweisung. Nur so könne das ohnehin nicht sehr stark entwickelte Selbstbewusstsein der SPD wieder etwas gestärkt werden.«

Das entsprach ziemlich genau dem authentischen SPD-Protokoll der Sitzung, zu deren Auftakt der Partei- und Fraktionsvorsitzende Erich Ollenhauer gesagt hatte: »Die Rede Adenauers sei die bösartigste Rede, die der Bundeskanzler je gehalten habe. Es sei ein einzigartiges Beispiel, dass ein Chef der Regierung in dieser schmutzigen Weise gegen die Opposition spreche. Die Auseinandersetzung mit der Form der Rede des Bundeskanzlers sei kein Problem Regierung – Opposition, sondern eine Grundfrage der Demokratie überhaupt.«[617]

Die Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion, berichtete der BND, habe sich der Auffassung angeschlossen, »dass auf den Nimbus Adenauers in dieser Frage aus Gründen der Selbstachtung nicht Rücksicht genommen werden könne«, eine Passage, die mit starken Bearbeitungsspuren des Lesers versehen ist. Die Parlamentarier verlangten eine sofortige Reaktion. Es folgte ein wertvoller Fingerzeig für den Kanzler zur Parlamentsdebatte am folgenden Tag: »Unter anhaltendem Beifall«, konnte er lesen, »kündigte Erler sodann an, er halte es für richtig, die Würzburger Diffamierung bereits im Rahmen der am 15. Oktober stattfindenden Saardebatte aufzugreifen […] Er empfahl, zunächst Adenauer seine nationalen Versäumnisse in der Saarfrage vorzuwerfen, um hieraus sodann die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es keinem weniger als dem Kanzler anstände, einen Teil des deutschen Volkes der nationalen Unzuverlässigkeit zu zeihen.« Diese Zeilen, die eine gute Vorbereitung auf die Debatte ermöglichten, waren bei der Lektüre eigens unterstrichen worden.

Auch der weitere Verlauf dieser Fraktionssitzung war für Adenauer und Globke von Interesse. Es ging um das Verhältnis der SPD zur Bundeswehr, nachdem ihre Aufstellung nun einmal beschlossene Sache war. Der Verteidigungsexperte Fritz Erler befürchtete, dass sie sich zwar nicht zu einem Staat im Staate, aber vielleicht doch »zu einer Koalitions- oder besser gesagt zu einer CDU-Armee entwickele. Hieran habe auch die SPD

ein beträchtliches Maß an Schuld«, weil sie keine praktischen Konsequenzen aus den bundeswehrfreundlichen Beschlüssen des Stuttgarter Parteitags gezogen habe. »Erler forderte generell planmäßige SPD-Kontakte zu allen Einheiten der Bundeswehr, zu deren Freizeitgruppen, zum Bundeswehrverband und zu einzelnen Soldaten.« Das sollten die Ortsvereine und die einzelnen Abgeordneten in engster Fühlungnahme mit den Gewerkschaften in die Wege leiten, wie die Fraktion anschließend beschloss.

Dann nahm Erler sich den stark in den Vordergrund tretenden Franz Josef Strauß und sein Konzept der Psychologischen Kriegsführung vor.[618] Laut BND-Bericht nannte er »die ›psychologische Kampfführung‹ ein ›bewusstes Anheizen‹ der kalten Kriegsstimmung durch den Bundesverteidigungsminister. So sehr man an sich eine psychologische Verteidigung bejahen müsse, so sehr müsste man andererseits der spezifischen Strauß’schen Auslegung dieses Begriffes entgegentreten.« Das werde aber nur dann zu erreichen sein, »wenn endlich ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und der Bundeswehr hergestellt werde«. Strauß habe ihn zu einem Meinungsaustausch eingeladen, doch »er werde das Gespräch unter Hinweis auf die Würzburger Rede Adenauers ablehnen, die zur Zeit jede Unterhaltung zwischen einem Vertreter der SPD und einem Repräsentanten der Bundesregierung unmöglich mache. Falls sich Strauß von der Rede Adenauers distanzieren sollte, sei bereits ein politischer Effekt für die SPD erzielt.«

In dem authentischen Fraktionsprotokoll hieß es: »Sodann ging Fritz Erler auf die Vorstellungen des Bundesverteidigungsministers über die sog. psychologische Verteidigung ein, die ganz offenbar weniger gegen den Kommunismus als gegen die SPD gerichtet sei. Wir sollten uns darüber Klarheit verschaffen, wie wir uns darauf einzustellen haben. Wo auf diesem Gebiet eine wirkliche Aufgabe zu erfüllen ist, sollten wir uns nicht davor drücken, andererseits aber jeden Angriff auf die SPD energisch abwehren. Der Kampf gegen den Kommunismus sei eine geistige Aufgabe, die sich die SPD schon lange gestellt habe und erfülle. Der Bundesverteidigungsminister sei dagegen sehr spät dran.« Der Spitzel Gehlens hatte genau zugehört.

Scharfe Attacken auf die SPD, die Insinuation ihrer Nähe zum Kommunismus sowjetischer Prägung und speziell die Verleumdung Herbert

Wehners gehörten zum ständigen Repertoire des Bundeskanzlers. Namentlich in Wahlkampfzeiten – in den Ländern war immer irgendwo Wahlkampf –, wo Adenauer sich um jedes Detail kümmerte und obendrein eine scheinbar unwiderstehliche persönliche Kampfkraft entfaltete, pflegte er diese Register zu ziehen. So erfuhren auch alle Vorbereitungen und Maßnahmen der Oppositionspartei, von denen der BND ihm berichtete, durchweg ungeteilte Aufmerksamkeit. Regelmäßig nahm er dazu mit Globke oder dem Bundesgeschäftsführer der CDU Rücksprache.[619] Das erfolgte – obgleich es noch beinahe zwei Jahre hin war – umgehend auch auf eine Mitteilung des Dienstes über die »Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf«.[620] Der BND hatte informiert, dass die SPD die Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfs 1961 wahrscheinlich schon im Januar des kommenden Jahres beginnen werde. Dafür liege sogar schon eine Tagesordnung vor, nämlich neben der Analyse aller Landtagswahlen seit der Niederlage von 1957 auch ein Vorschlag zur »Erarbeitung neuer Methoden für die Wahlpropaganda«. Außerdem werde der Parteivorstand Beschlüsse fassen, die eine Zentralisierung aller Wahlkampfanstrengungen, »eine völlig gleichmäßige Behandlung aller Kreise«, herbeiführen sollten. Wichtiger war allerdings ein anderer Hinweis: »Im Präsidium erwartet man, dass in der nächsten Sitzung des Parteirates wiederum die Forderung nach der Benennung eines sozialdemokratischen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers laut werden dürfte. Es steht fest, dass Ollenhauer hierfür nicht in Frage kommt. Im Präsidium ist man sich einig darüber, dass diese Frage möglichst dilatorisch behandelt werden sollte. Man glaubt jedoch nicht, auf die Dauer dieser Forderung ausweichen zu können, die unterschiedslos von allen Parteien des Bezirks unterstützt wird.«

Der Bundeskanzler stand 1957/58 im Zenit seiner Macht und seines Ansehens, doch schon aufgrund seines hohen Alters, er zählte immerhin 82 Jahre, war absehbar, dass die Ära Adenauer nicht ewig währen würde und die Union sich irgendwann auf die Zeit nach ihrem phänomenal erfolgreichen Vorsitzenden einzustellen habe. Es sollte ein windungsreiches, quälendes und »bewegtes Ende«[621] werden: Der Abstieg begann 1959 mit der »Führungskrise der CDU«[622] und fand am 15. Oktober 1963 mit dem Rücktritt des Kanzlers seinen Schlusspunkt. Die schleichende Erosion der christlich-konservativen Übermacht hatte viele, oft genug beschriebene Ursachen. Die Neuorientierung der oppositionellen

Sozialdemokratie gehörte mit dazu, die Modernisierung einer SPD nämlich, welche allzu lange an organisatorischen Prinzipien, programmatischen Positionen und Persönlichkeiten festgehalten hatte, die in einer von raschem Wandel bestimmten Gesellschaft nicht nur bei den Wählern, sondern auch bei ihren Mitgliedern und Spitzenpolitikern auf wachsendes Befremden stieß.

Die Häutung der Sozialdemokratie, die zwar nicht erst Ende der fünfziger Jahre begann, nun jedoch unübersehbar und irreversibel wurde, war nichts, was die übermächtig scheinenden Unionsparteien gelassen registrieren durften. Im Gegenteil, eine SPD, die sich nicht mehr selbst im Weg stand und nicht länger mit ihren obsoleten Traditionen, Visionen und Kampagnen selbst zu den Triumphen des politischen Gegners beitrug, war besonders sorgfältig zu beobachten. Daher hatte der BND 1959/60 bei seiner politischen Inlandsspionage für das Kanzleramt drei herausragende Zielobjekte gleichzeitig ins Auge zu nehmen: das neue Personal, das neue Programm und die neue außenpolitische Orientierung der Sozialdemokraten.

Willy Brandt, das Godesberger Programm und andere Gefahren

Willy Brandt – sein Biograf Peter Merseburger nennt ihn die »politische Gegenfigur der Adenauerschen Obrigkeitsdemokratie«[623] – war in den Berichten des Gehlen-Apparats für den Bundeskanzler schon gelegentlich als einer der neuen Männer der Sozialdemokratie aufgetaucht,[624] doch erst als er im Herbst 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin wurde, befasste sich die politische Inlandsspionage des BND näher mit ihm. Es war absehbar, dass dieses Amt im Brennpunkt des Ost-West-Konflikts Brandt eine weit über die »Frontstadt« West-Berlin hinaus gehende Aufmerksamkeit bescheren würde. Das umso mehr, als der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow einen gefährlichen Schachzug tat und die Westmächte ultimativ aufforderte, die Vier-Mächte-Metropole in eine »Freie Stadt« zu verwandeln, mit anderen Worten: ihre Rechte in Berlin aufzugeben. Diese neuerliche Berlin-Krise ließ sich letztlich zwar diplomatisch entschärfen, ihr Ende fand sie aber erst mit der Abriegelung West-Berlins am 13. August 1961.

Der Bau der Berliner Mauer empörte die westliche Welt, stabilisierte jedoch die durch enorme Flüchtlingszahlen vom Ausbluten bedrohte DDR. Letzten Endes leitete er sogar eine Periode relativer Entspannung ein, in der die unlösbar gewordene deutsche Frage einem Modus Vivendi zwischen den USA und den UdSSR nicht länger im Wege stand. Trotz des keineswegs beendeten Kalten Krieges schufen die vorläufige Arretierung des Deutschland-Problems und das militärstrategische Patt zwischen den Supermächten nach und nach die Chance für ein besser geregeltes Nebeneinander in Deutschland wie in der internationalen Arena. Auch Willy Brandt, ähnlich wie schon Ernst Reuter bald Symbolfigur des Berliner Durchhaltewillens, der sich in seinem Antikommunismus und in seinem Plädoyer für den Westen von niemandem hatte übertreffen lassen, unterzog seine außen- und deutschlandpolitische Orientierung Anfang der sechziger Jahre bekanntlich einer Revision, die unter seiner Kanzlerschaft zehn Jahre später schließlich in die Neue Ostpolitik des sozialliberalen Regierungsbündnisses mündete.

Ende November 1960 wählten die Sozialdemokraten also den jungen, ebenso smart wie kosmopolitisch auftretenden Berliner Regierungschef zu ihrem Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahlen im darauffolgenden Jahr. Fritz Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner, auch Helmut Schmidt, hatten sich nachdrücklich für Brandt ausgesprochen. Die Unionsparteien und speziell Bundeskanzler Konrad Adenauer erkannten in dem neuen Hoffnungsträger sogleich eine viel ernstere Herausforderung als in dem biederen und verbrauchten Erich Ollenhauer. Da Willy Brandt nicht mit Neutralismus-Vorwürfen überzogen werden konnte, griffen die Strategen des konservativen Lagers im Arsenal der Diffamierung eine Schublade tiefer. Brandt sei nicht nur unehelicher Geburt, sondern habe als Emigrant auch gegen Deutschland gekämpft, erklärten sie immer wieder. Der nur einen Tag zurückliegende Mauerbau hinderte Adenauer in einer Wahlveranstaltung nicht daran, den Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt als »Herrn Brandt alias Frahm« zu verunglimpfen.[625] Das war nicht der Beginn, aber ein erster Höhepunkt diverser Schmutzkampagnen in West *und* Ost, welche den West-Berliner SPD-Vorsitzenden zugleich als einen Mann unehelicher Herkunft und als vaterlandslosen Emigranten zu stigmatisieren versuchten.[626] Kein Zweifel, dieser Sozialdemokrat, der in Meinungsumfragen fabelhafte Werte erzielte und dabei bald besser abschnitt als der Bundeskanzler und sein populärer Wirtschaftsminister Ludwig Erhard,[627] war gefährlich.

Der BND hatte neben dem besorgniserregenden Aufstieg Brandts auch die womöglich noch besorgniserregendere Wandlung der SPD von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei zu beachten. Das Godesberger Programm, das im November 1959 verabschiedet wurde, stand in den Augen der sozialdemokratischen Parteigenossen und Delegierten »für den Abschied von der geschlossenen marxistischen Weltanschauung und einem starr fixierten sozialistischen Endziel zugunsten eines grundwerteorientierten und pluralistischen Sozialismusverständnis, für die Abwendung von bürokratischen Sozialisierungs- und Planungsmethoden und die Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Regularien, für die Abkehr von freidenkerischem Antiklerikalismus und dem Willen zur Verständigung mit den Kirchen«.[628] Das neue Grundsatzprogramm war keineswegs, wie manche meinten, der Ausgangspunkt sozialdemokratischer Neuorientierung, sondern es setze den Schlusspunkt unter einen von

jahrelangen Debatten und zahllosen Papieren gesäumten Weg zu einer »außen-, sicherheits- und deutschlandpolitischen Umorientierung und gesellschaftlichen Öffnung der SPD«.[629] Auf dem Stuttgarter Parteitag hatte diese Öffnung schon drei Jahre zuvor ihren entscheidenden Anstoß erfahren.[630] »Die CDU der fünfziger Jahre lebte vom Antisozialismus«, schreibt Frank Bösch, und fügt hinzu, »der Wandel der SPD und das Nachlassen des Antikommunismus bedrohten damit eines der Grundaxiome, auf dem die erfolgreiche politische Sammlung der Christdemokraten aufgebaut hatte.«[631]

Schließlich der dritte große Schritt der Sozialdemokratie Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre: Er führte im Ergebnis zu einer Anerkennung der in der zurückliegenden Dekade entstandenen außenpolitischen Realitäten und damit zu einer Haltung, die nicht nur den Weg zu der wünschenswerten Einmütigkeit einer »gemeinsamen Außenpolitik« mit den Regierungsparteien öffnete, sondern auch die bessere Wählbarkeit der hier lange in Illusionen verrannten SPD förderte. Dass Chruschtschow eine geplante Gipfelkonferenz in Paris platzen ließ, durfte als letzter Beweis dafür gelten, dass man von solchen Veranstaltungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands nichts mehr zu erwarten hatte. Die Sozialdemokratie machte endlich den Schritt auszuloten, so Herbert Wehner im Bundestag, »ob die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik nicht zu gemeinsamen Bemühungen um die Lösung der gesamtdeutschen Fragen imstande und fähig sind«.[632]

Dass es nach sorgfältiger publizistischer Vorbereitung ausgerechnet Wehner war, der in der Bundestagsdebatte am 30. Juni 1960 die »Kehrtwendung«[633] der Sozialdemokratie erläuterte, machte es der Union nicht leichter, an die Aufrichtigkeit dieser Neuorientierung zu glauben. Immerhin hatte der Ex-Kommunist Herbert Wehner seinen Vortrag mit dem Appell geschlossen, das geteilte Deutschland könne »nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen«.[634] War das ein Wahlkampfmanöver? Adenauer war davon überzeugt. Vor dem CDU-Parteivorstand sagte er, wie erwähnt, mit Blick auf Wehner: »Das Ganze war ein schlechtes Theater«, rein kommunistische Dialektik.[635] Das Protokoll des Bundesvorstands vermerkt: »Er, der Bundeskanzler, glaube kein Wort von dem, was Wehner gesagt habe, weil diese Worte mit seiner inneren Überzeugung nichts zu tun hätten. Rein

opportunistische Rücksichten hätten diesen geleitet, denn noch vor acht Wochen sei die Frage des Bundeskanzlers, ob die SPD für die NATO sei, von zwei Drittel der SPD-Fraktion mit Nein beantwortet worden, während die gleichen Leute jetzt stumm zugehört hätten, als Wehner sprach.«[636]

Bald darauf im Bundesparteiausschuss – und bis zum Ende seiner Kanzlerschaft – blieb der CDU-Chef unverwandt bei seiner Linie: »Ich bin fest davon überzeugt«, rief er seinen Parteifreunden zu, »wenn die Sozialdemokraten führend in die Regierung kommen, dann ist Deutschland verloren (lebhafter Beifall).«[637] Unstrittig war trotzdem, dass sich die Machtoption der SPD mit dem Bekenntnis zum westlichen Bündnis und zur Westintegration verbessert hatte. Carlo Schmid nannte die Bundestagsdebatte mit der programmatischen Rede Wehners einen Wendepunkt deutscher Nachkriegspolitik, Willy Brandt sprach später von einer »Flurbereinigung«.[638] Die Medienresonanz war ebenfalls positiv bis enthusiastisch. Eine Kölner Zeitung nutzte ihren Kommentar für einen Seitenhieb auf den Bundeskanzler und seine Partei, als sie schrieb, dass dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD »nach dieser Rede kein noch so Böswilliger nachsagen kann, er sei Marxist oder gar Kommunist«.[639]

Adenauer kam in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft vor dem Führungsgremium der CDU immer wieder mahnend darauf zurück, welche Herausforderung der Wandel in der Sozialdemokratie für seine Partei bedeute. Man verfolge »die Vorgänge *innerhalb* des SPD-Vorstandes« sehr genau, erklärte er im Sommer 1960 – wie schon früher gelegentlich[640] – etwas unvorsichtig.[641] Zwar gebe es in der Sozialdemokratie erhebliche Gegensätze, doch am Ende siege wie nach der Wehner-Rede dann doch immer die Parteidisziplin. Es sei klar, dass die SPD »bei den kommenden Bundestagswahlen ein sehr viel schwerer zu schlagender Gegner sein wird als je zuvor. Zunächst hat sie ihr Godesberger Programm aufgestellt, das man zwar in vielen Punkten nach meiner Überzeugung – und ich stehe mit dieser Überzeugung ja nicht allein da – als absolut unwahr bezeichnen kann; aber der Durchschnittswähler in allen demokratischen Ländern ist doch sehr geneigt, solchen Losungen zu folgen«; die Sozialdemokratie habe »unsere Propaganda in der Außenpolitik außerordentlich gelähmt durch die Erklärung Wehners«.

Die CDU hatte durchaus bemerkt, dass die SPD durch ihre Neuorientierung eine »attraktive Partei« geworden war.[642] Der

Bundeskanzler blieb daher bei seinen Warnrufen. Mit Blick auf die Bundestagswahlen 1965 sagte er sogar: »Was sollen wir machen, nachdem die Sozialdemokratie unserer Westpolitik, der NATO und auch der Wehrhoheit des deutschen Volkes zugestimmt hat? Kurz und gut: Nachdem die Sozialdemokratie in all den Lebensfragen des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch, nach 1949, wegen denen wir mit ihr gerungen haben, sich uns angeschlossen hat, hat sie uns die Waffen aus der Hand genommen.«[643] Mit dem Godesberger Programm habe die SPD unbestreitbare Erfolge gehabt und »eine größere Anziehungskraft im Laufe der Jahre erzielt, als wir es jedenfalls seinerzeit für möglich gehalten haben«.[644] Ende der fünfziger Jahre war der CDU-Vorsitzende noch nicht so weit, doch ahnte er bereits die Gefahren, die der unangefochten regierenden Union mit dem Wandel der gegnerischen Partei drohten.

Zur unbedingten Verteidigung des Palais Schaumburg entschlossen und, was die Positionskämpfe innerhalb der Sozialdemokratie anging, immer hellhörig, widmete Konrad Adenauer der Ausforschung der SPD-Spitze durch den BND weiterhin große Aufmerksamkeit. Mit dem Bericht über eine Präsidiumssitzung im Dezember 1958 in Berlin konnte der Auslandsnachrichtendienst bereits erste Positionen markieren, die in der künftigen Auseinandersetzung zu beachten sein würden.[645] Als einziges Thema, hieß es darin, habe das sozialdemokratische Spitzengremium den »Berliner Wahlausgang und die Haltung des Regierenden Bürgermeisters Brandt zur Außenpolitik der SPD behandelt«. Die SPD hatte über 52 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt, die CDU gut 37 Prozent. Doch trotz seiner absoluten Mehrheit führte der Regierungschef in der Krisenlage der Stadt die rot-schwarze Koalition fort. »Die Sorge um den Kurs von Brandt«, berichtete der BND, »überdeckte fast vollständig eine anfangs noch spürbare Freude über das Wahlergebnis von Berlin. Ollenhauer und Wehner (Carlo Schmid war nicht anwesend) ließen vorsichtig durchblicken, dass sie sich in der Befürchtung einig seien, Brandt könnte durch das überwältigende Wahlergebnis zu einem neuen Heros der Partei werden und damit die unter Ausklammerung der Nachfolgefrage für Ollenhauer in Stuttgart mühsam zustande gebrachte Einmütigkeit gefährden. Ollenhauer verwies in diesem Zusammenhang – wiederum sehr vorsichtig – auf die Bestrebungen Schmids, im nächsten Bundestagswahlkampf als Kanzlerkandidat aufgestellt zu werden.«

Die CDU-Führung konnte außerdem zur Kenntnis nehmen, dass die SPD-Spitze eigentlich keine Fortsetzung der Großen Koalition wünsche, die Entscheidung darüber aber den Berliner Genossen überlassen wolle. Die Positionierung des Präsidiums entspringe weniger politischen als praktischen Überlegungen, erfuhr das Kanzleramt: »Denn falls die CDU in Berlin in die Opposition gehen würde, wäre es dem Parteivorstand aus der dadurch gegebenen taktischen Situation heraus möglich, ein Zusammengehen Brandts mit dem Bundeskanzler in außen- und wiedervereinigungspolitischen Dingen zu stören«. Eine Politik der außenpolitischen Gemeinsamkeit war in der SPD noch längst nicht Parteilinie. Wie stark Skepsis und Unsicherheiten Ende 1958 noch waren und wie sehr Brandt noch allein stand, erfuhr Adenauer aus dem Papier ebenfalls sehr anschaulich: »Die Mitglieder des Präsidiums waren sich einig in der Befürchtung, dass die angekündigte Reise Brandts zur Pariser Außenministerkonferenz [der Westmächte am 14. Dezember] eine klare Demonstration des Berliner Bürgermeisters zugunsten der Adenauer'schen Außenpolitik nach sich ziehen und auf diese Weise die Gesamtpartei in eine politisch und taktisch außerordentlich ungünstige Lage bringen könne.« Anders als Brandt beharrte die SPD-Spitze auf ihrer politisch immer unfruchtbarer werdenden Position, wonach die Berlin-Krise »nur im Zusammenhang mit einer internationalen Bereinigung der deutschen und europäischen Situation«, in einem umfassenden Disengagement also, gelöst werden könne. Starke Anstreichungen spiegeln Bundeskanzler Adenauers Interesse hier.

Der BND-Bericht strich besonders die harte Haltung Herbert Wehners heraus. Der stellvertretende Parteichef dränge auf eine »klare Erklärung gegenüber der Öffentlichkeit, die zum Ausdruck bringen müsse, dass es aufgrund der starren Einstellung Adenauers eine Gemeinsamkeit in der Außenpolitik zwischen der Bundesregierung und der SPD nicht geben könne […] Überhaupt sei es unerträglich, sagte Wehner, eine gemeinsame Politik mit einem Regierungschef zu betreiben, der sich derartige Wahlkampfentgleisungen leiste, wie sie Adenauer in den letzten Tagen des hessischen und bayerischen Wahlkampfes [Ende November] unterlaufen seien.« Man müsse den Kanzler deswegen im Bundestag stellen und anschließend den Plenarsaal verlassen. Einen solchen Affront der Opposition dürfe er sich in der angespannten weltpolitischen Lage nicht

leisten, zumal Großbritannien und die USA in letzter Zeit eine immer skeptischere Haltung gegenüber Adenauer an den Tag legen würden. Diese und die folgenden Passagen zeigen starke Bearbeitungsspuren der Leser im Kanzleramt.

Wehners Vorschlag sei bei Ollenhauer und Deist freilich auf wenig Gegenliebe gestoßen, so weiter: »Sie meinten, eine durch Auszug aus dem Bundestag bekräftigte Absage an eine gemeinsame Außenpolitik berge bei gleichzeitigem allzu lauten Bekenntnis zu [den Vorschlägen des polnischen Außenministers Adam] Rapacki und [des amerikanischen Diplomaten und Historikers George F.] Kennan die Gefahr in sich, dass die SPD in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik, aber auch des Auslandes wieder an die Seite der Kommunisten gestellt werde. Dieser Hinweis verärgerte Wehner sichtlich« – sichtlich (!): Der Informant des BND saß mit in der Präsidiumssitzung. Abschließend gab Pullachs Zuträger noch einen interessanten Hinweis: »Während des gesamten Verlaufes der Präsidiumssitzung zeigte sich besonders deutlich, dass die ideologischen Gegensätze zwischen Wehner und Erler inzwischen weiter gewachsen sind. Es kam mehrfach aus geringfügigem Anlass zwischen beiden zu Zusammenstößen, die sofort in Grundsatzdiskussionen ausarteten.« Das war nicht nur für Adenauer von Interesse, sondern auch für Gehlen, der sich in ganz besonderer Weise um den als Verteidigungsexperte profilierten Fritz Erler bemühte; er saß als Nachfolger von Wilhelm Mellies in dem mit BND-Angelegenheiten befassten Parlamentarischen Vertrauensmännergremium des Deutschen Bundestags.

Wäre das interne SPD-Protokoll dieser Präsidiumssitzung, an der vierzehn Personen teilnahmen (darunter Siegfried Ortloff, der Sekretär des Spitzengremiums), in seiner abgesegneten Form an Staatssekretär Globke gegangen, hätte der Kanzleramtschef daraus viel weniger über diese Aussprache erfahren als aus dem Geheimbericht seines Auslandsnachrichtendienstes.[646] Es sei über die Berlin-Wahl gesprochen worden, hielt die SPD-Niederschrift in dürren Worten lediglich fest. Die Meinungen in der Koalitionsfrage seien geteilt. Brandts öffentliche Äußerungen zum Ultimatum Chruschtschows, so weiter, bezögen sich bisher nur auf eine »Klärung der Berlinfrage«, was ihn in Berührung mit der Auffassung des Bundeskanzlers bringe. »Das muss korrigiert werden.« Ollenhauer möge den Regierenden Bürgermeister umgehend darauf

hinweisen. Sonstige politische oder persönliche Unstimmigkeiten verzeichnete das SPD-Protokoll nicht.

Zur selben Zeit leitete Kurt Weiß dem BND-Präsidenten eine Notiz mit Hinweisen eines »Gelegenheitsinformanten mit guten Einblicken in interne Vorgänge bei der SPD« zu, die das Verhältnis Erlers und Wehners zueinander thematisierte.[647] Sie ist weniger ihrer analytischen Kraft als der Tatsache wegen erwähnenswert, dass dieses Dokument 1974 im Guillaume-Ausschuss des Deutschen Bundestages[648] eine bemerkenswerte Rolle spielte. Es lag den Abgeordneten als eines der ganz wenigen Aktenstücke vor, aus dem für sie die politische Inlandsspionage des BND und insbesondere dessen SPD-Ausforschung während der fünfziger Jahre hervorging. Allerdings war das Dokument vom Bundeskanzleramt so anonymisiert worden, dass weder der Absender Weiß noch Gehlen als Empfänger erkennbar wurden.[649] In der SPD-Fraktion seien »kritische Äußerungen über Wehner laut geworden«, berichtete der Gelegenheitsinformant also. In der Partei hingegen habe sich die große Mehrheit zu dessen skeptischer Haltung in der Wehrfrage bekannt. Bei den Zuschriften von Mitgliedern und Unterorganisationen plädiere nicht einmal ein Viertel für den von Erler herbeigeführten konstruktiven Vorstandsbeschluss. Das liege vermutlich daran, dass die meisten Zuschriften von sozialdemokratischen Betriebsgruppen geschlossen eingesandt worden seien: »Die SPD-Funktionäre schließen nach dieser Feststellung auf eine systematische Lenkung und Beeinflussung der Zuschriften durch Wehner bzw. seine engsten Parteigänger.« Kurt Weiß bewertete diese Information, die »unter Hinweis auf die laufende Berichterstattung über Wehner« nur zur persönlichen Unterrichtung Gehlens bestimmt sei, als erneute Bestätigung »für die geschickte Regie Wehners und seine starke Einflussnahme auf den Parteiapparat«.

Anfang 1959 befasste sich das Parteipräsidium mit dem neuen Grundsatzprogramm der SPD, dessen Verabschiedung sich inhaltlich und redaktionell außerordentlich kompliziert gestaltete.[650] Der BND berichtete über die Sitzung, die noch zu keiner klaren Entscheidung darüber gelangt sei, ob der geplante außerordentliche Parteitag in Bad Godesberg »das Programm endgültig verabschieden solle oder nicht«.[651] Erich Ollenhauer befürworte das, Carlo Schmid habe die bislang vorliegenden Texte »als völlig unzureichend« qualifiziert. Das war zunächst alles dazu; im regulären

Präsidiumsprotokoll findet sich keine Spur davon.[652] Ausführlich habe sich die SPD-Spitze nach Beobachtungen des BND mit der bevorstehenden Reisediplomatie einiger ihrer prominenten Mitglieder in einige Ostblockstaaten befasst und dabei beklagt, dass darüber bereits so viel in die Öffentlichkeit gedrungen sei; »dies sei um so peinlicher, als Erler von polnischer und Schmid von tschechoslowakischer Seite deutliche Absagen erhalten hätten, als sie über bestehende Kontakte vorzufühlen suchten«. Diese Initiativen wurden vom BND aufmerksam registriert; sie lagen immerhin näher an seinem Auftrag als die Bespitzelung der größten Oppositionspartei.

Der Gehlen-Dienst kam in diesen Monaten in mehreren Meldungen und Analysen auf diese Ostkontakte zu sprechen. Am Tag nach der Präsidiumssitzung erhielt etwa der Strategische Dienst entsprechende Hinweise.[653] Langkau informierte den BND-Präsidenten in einer »Führungsunterrichtung« darüber, dass sich demnächst mehrere SPD-Politiker »auf eine Rundreise in die Ostblockstaaten begeben« würden, Schmid nach Moskau, Erler nach Warschau, eine weitere Delegation nach Jugoslawien. Vor wenigen Wochen habe sich bereits ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter in Warschau aufgehalten, wo er eine »längere Unterredung« mit dem polnischen Außenminister gehabt habe. Er sei mit dem Eindruck zurückgekehrt, »dass die Bundesregierung wenig Chancen habe, die Berlin- und Deutschlandfrage im Sinne von Bundeskanzler Adenauer und Außenminister von Brentano zu lösen.« Auch die Presse berichtete breit darüber.[654]

Eine längere Diskussion entspann sich im SPD-Präsidium über die Frage, wie man sich zu dem bevorstehenden Besuch des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles in Bonn stellen solle. Darüber hatte der Parteivorsitzende zuvor schon mit der FDP-Spitze beraten. Zwei Alternativen hatten sich dabei herausgeschält, einmal ein Gespräch aller Fraktionsvorsitzenden »unter Einschluss des Bundeskanzlers«, bevor die beiden sich zu Beratungen unter vier Augen zurückzogen, zum anderen ein Gespräch nur der Oppositionsvertreter mit dem amerikanischen Außenminister. Das Präsidium entschied sich für die erste Variante. »Es wurden allerdings skeptische Stimmen laut, die bezweifelten, ob ein derartiges Gespräch aller Fraktionsvorsitzenden mit Dulles vor dessen Zusammenkunft mit Adenauer zustande kommen werde.« Besonders

Wehner habe gegen die zweite Alternative Stellung genommen und an die »schlechte Behandlung oppositioneller deutscher Politiker durch Dulles und auch Eisenhower während der Genfer Konferenz [1955]« erinnert.

Diese Hinweise waren für Adenauer, der den BND-Bericht am Rande mit zwei seiner großen Kreuze versah, ebenso wertvoll wie die Auswertung des Ollenhauer-Besuchs beim dänischen Ministerpräsidenten, dem Sozialdemokraten Hans Christian Syane Hansen. Der sei »völlig unergiebig« verlaufen, hieß es, da die Dänen die Schwierigkeiten der Berlin- und Deutschlandfrage »überhaupt nicht begriffen hätten«. Immerhin brachte der SPD-Vorsitzende die wertvolle Nachricht mit, Mikojan habe in Kopenhagen den Standpunkt vertreten, »wonach die Sechsmonatefrist für Berlin keineswegs als Ultimatum anzusehen sei« – Anstreichungen am Rande.

Besondere Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers erregten zwei weitere Nachrichten des BND aus der SPD-Präsidiumssitzung. Er erfuhr, dass die Sozialdemokraten in der umstrittenen Frage der Psychologischen Verteidigung beschlossen hätten, eigene Vorschläge auszuarbeiten. »Hierbei sei an die Anregung gedacht, die Bundeszentrale für Heimatdienst [später: für politische Bildung] stärker ins Spiel zu bringen. Die Bundeszentrale für Heimatdienst gilt in Kreisen des Präsidiums immer noch als die ungefährlichste Institution der Bundesregierung.« Durch diesen Schachzug ließen sich vielleicht »die ausschließlich von den propagandistischen Interessen der CDU/CSU bestimmten Vorstellungen der Bundesregierung« neutralisieren. Dieser Hinweis hatte freilich nicht die Brisanz des zweiten: Am 12. Februar 1959, hieß es, werde in Bonn eine Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD stattfinden. Die Tagesordnung sehe unter Punkt 3 vor: »Wahl des Bundespräsidenten (Aussprache über eine mögliche Kandidatur von Carlo Schmid)« – dicke Markierung mit dem Kanzlerstift. An diesem Tag gaben die Sozialdemokraten Schmids Kandidatur, mit der sie die Union unter »Zugzwang«[655] setzten, dann tatsächlich bekannt. Der Kanzler hatte sich schon zehn Tage früher darauf einstellen können.

Mit seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten, die Konrad Adenauer Anfang April öffentlich machte und bald darauf wieder zurückzog, richtete er beträchtlichen politischen Schaden an, für seine Partei, für seine Fraktion und nicht zuletzt für sich selbst. Dieses Hin und

Her, das größtes Aufsehen verursachte, weil damit ja die Frage der Nachfolge in der Kanzlerschaft verbunden war, endete mit einer ersten wirklichen »persönlichen Blamage«[656] des Regierungschefs. Das signalisierte Freunden wie Gegnern, dass der Regierungschef den Höhepunkt seiner Autorität inzwischen tatsächlich überschritten haben könnte. Manche begannen vom nahen Ende der Ära Adenauer zu sprechen, das Bild des Kanzlers bekam in der Öffentlichkeit »zunehmend negative Züge«.[657]

Reinhard Gehlen stand selbstverständlich nach wie vor an der Seite seines obersten Dienstherrn und lieferte dem Bundeskanzleramt zu, was seine Inlandsspionage beibringen konnte. Genauso übersah er in der vermeintlich bevorstehenden Kanzlerdämmerung aber auch nicht, dass die Sozialdemokraten trotz ihrer gegenwärtigen Schwäche im Parlament ein Machtfaktor blieben und im Zuge ihrer Modernisierung eines Tages womöglich Mitsprache auf Bundesebene erlangten. Es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die Macht des greisen Konrad Adenauer endgültig schwand. Dass die graue Eminenz Hans Globke, der Vorgesetzte und Partner des BND-Präsidenten, das Kanzleramt gemeinsam mit dem »Alten Herrn« verlassen würde, galt als sicher; er trug sich schon länger mit Rücktrittsgedanken. In dieser Konstellation lag es nahe, die bewährte Doppelstrategie gegenüber den Sozialdemokraten – geheime Ausforschung bei korrektem offiziösem Kontakt – nicht einfach nur beizubehalten, sondern die Beziehungen zur SPD-Spitze stärker zu pflegen; Erich Ollenhauer bekam zum Geburtstag also eine Kiste Zigarren vom BND-Präsidenten.[658]

Zentrale Zielperson bei den Bemühungen um einen tragfähigen offiziellen Kontakt war der brillante Fritz Erler, der sicherheitspolitische Spitzenmann der SPD, bei dem die parteiinterne Zuständigkeit für den BND lag. Während der Auslandsnachrichtendienst das Kanzleramt ausgiebig über die Beratungen der SPD-Spitze informierte, an denen sich Erler rege zu beteiligen pflegte, traf sich Reinhard Gehlen immer wieder persönlich mit Abgeordneten, manchmal im Abstand nur weniger Wochen. Als Mitglied des Parlamentarischen Vertrauensmännergremiums befasste er sich viel intensiver mit dem BND als sein verstorbener Vorgänger Mellies. Bereits Ende Januar waren Gehlen und Erler in Bonn zusammengetroffen.[659] Davon, dass sein Parteigenosse Siegfried Ziegler

und der Vorstandsfunktionär Siegfried Ortloff die Zentralfiguren bei der Ausforschung der SPD-Führung waren, ahnte Fritz Erler selbstverständlich nichts. In der Unterredung bat der BND-Präsident den Bundestagsabgeordneten unter anderem, ihm ein Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden zu vermitteln. Der war durchaus dazu bereit, doch Ortloff riet davon ab. Erler schlug dann von sich aus eine Unterredung des BND-Präsidenten mit dem Vorsitzenden der ÖTV vor, da diese Gewerkschaft »besonderes politisches Gewicht« habe; ferner beriet man über die Eignung eines Ministerialrats für eine etwaige Verwendung beim BND; die Lage in Berlin kam zur Sprache; abschließend gab Erler eine »kurze Schilderung über die Eindrücke während seiner Reise nach USA«.

Drei Wochen später saßen die beiden neuerlich zusammen, diesmal in Pullach. Eine vorbereitende Notiz Erlers für dieses Gespräch zeigt, wie gründlich er sich mit BND-Angelegenheiten befasste.[660] Zunächst wollte er sich von Gehlen über die Situation in Finnland und die Stimmung im ZK der SED unterrichten, sich außerdem Informationen »über sowjetische Absichten in Berlin« geben lassen. Auf der Agenda standen sodann Angelegenheiten der BND-Schulen, Laufbahnrichtlinien, die Beurteilung fachlich unterstellter Offiziere, eine »bessere Fassung der Geheimhaltungsvorschriften (Grundgesetz beachten)« sowie eine wichtige BND-Personalie. Dazu notierte sich Erler: »Nachfolger Langendorf: Winterstein wäre schlecht.« Über die Beurteilungsgrundsätze entspann sich nach dem Treffen ein Briefwechsel, von dem auch Siegfried Ortloff dank seiner Nähe sowohl zu Gehlen als auch zu Erler Kenntnis erhielt.[661]

Im Herbst zeigte sich Ortloff als Referent des SPD-Vorstands gegenüber Erler in einem internen Vermerk über einige delikate Details im BND dann bestens orientiert.[662] »Bei der CDU soll über eine Ablösung Gehlens gesprochen worden sein«, wusste er zu berichten, ehe er auf »Winterstein« zu sprechen kam, mittlerweile einer der einflussreichsten Mitarbeiter des Präsidenten: »Winterstein wurde vom Bundespersonalausschuss für die Übernahme in das Beamtenverhältnis abgelehnt. Angeblich soll sich der MAD darüber beklagt haben, dass die ehemaligen Militärs beim BND ohne Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium zur militärischen Lage Berichte herausgeben (letzter Anstoß soll der Bericht ›Militärische Lage in der SBZ‹ gewesen sein). Ehemalige Militärs sollen nun angeblich nicht mehr ins Beamtenverhältnis übernommen werden. Beim BND führt man

gegen diese Regelung an, dass damit der MAD einen eigenen Dienst aufbauen will und bei Sperrung der Beamtenlaufbahn es leicht haben wird, die fähigsten Offiziere vom BND dafür abzuziehen.« Im letzten Punkt seines Vermerks setzte sich Ortloff dafür ein, den Draht zwischen Gehlen und Erler möglichst warm zu halten: »Z[iegler] in München hält für dringend erforderlich, dass noch im Herbst ein Besuch in Pullach gemacht wird«, schrieb er. Der doppelte Boden in den Beziehungen des BND zur SPD blieb belastbar. Der Genosse Siegfried Ziegler – so Erler zu Ortloff – sei »unser Freund«.[663]

Weder der offiziöse Kontakt zwischen dem BND und der SPD-Spitze noch die Präsidialkrise des Bundeskanzlers hemmten den Strom der geheimen Informationen über die Sozialdemokratie, die Staatssekretär Hans Globke weiterhin zuflossen. Mindestens fünfzig Berichte großenteils vertraulichster Natur aus dem sozialdemokratischen Parteivorstand gingen 1959 allein über Siegfried Ortloff bei ihm ein. Sogar ein kurzer Hinweis zu Wandzeitungen, die der Propagandaausschuss der SPD demnächst an die schwarzen Bretter ihrer Betriebsgruppen anschlagen wolle, wurde Thema zwischen Adenauer und Globke,[664] erst recht natürlich der vierseitige Bericht über eine Sitzung des Parteivorstands Mitte März, der den beiden tagfrisch zuging.[665]

Diese Beratung berührte brisanteste außen- und parteipolitische Gegenstände. Die vertrauliche Mitteilung darüber begann mit der Feststellung, auf der Tagesordnung habe ein »Referat von Brandt über dessen Weltreise« sowie ein »Bericht Ollenhauers über dessen Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten« gestanden. Der Bericht Willy Brandts, den die Berlin-Krise schlagartig auf die Weltbühne gebracht hatte, habe sich in etwa mit dem gedeckt, was man bereits aus der Presse wisse, hieß es.[666] Im Unterschied zum SPD-Vorsitzenden hatte der Regierende Bürgermeister ein Gespräch mit Nikita Chruschtschow jedoch abgelehnt, was in seiner Partei auf massive Kritik gestoßen war.[667] Im Kanzleramt erfuhr man sogleich von dem Affront, den sich der allmählich zum Star der Sozialdemokratie aufsteigende Berliner geleistet hatte: »Noch während Ollenhauer berichtete, erhob sich Brandt zur allgemeinen Überraschung, erklärte, noch einen wichtigen Termin zu haben und anschließend nach Berlin fliegen zu müssen. Ehe sich die Mitglieder des Parteivorstands recht gefasst hatten, war Brandt bereits verschwunden. Dieser unvorhergesehenen

Wendung verdankte Ollenhauer eine gewisse Steigerung der Sympathien für ihn auch in der Sache, die zu Beginn der Sitzung kaum vorhanden gewesen waren.« Im Protokoll der SPD ist darüber nichts vermerkt außer »Willy Brandt bis 11: 30«.

Der Bericht des Parteivorsitzenden über sein Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef sei »sehr negativ« ausgefallen, konnte man im Kanzleramt lesen, doch habe Ollenhauer die Versammelten mit einer »positiven Sentenz« überrascht. Er habe Chruschtschow in der Ost-Berliner Botschaft nämlich bedeutet, »dass ein Disengagement ohne kontrollierte Wiedervereinigung bei gleichzeitigem Truppenabzug leicht eine ungarische Situation in Mitteldeutschland schaffen könne. Falls die Sowjetunion entschlossen sei, nach dem Abzug ihrer Truppen das derzeitige Regime in Mitteldeutschland zu versteinern, ohne eine alliierte Kontrolle in Ost- und Westdeutschland zuzulassen, werde leicht eine Situation eintreten, die bereits am 17. Juni 1953 in der DDR gewesen sei. Ein Disengagement sei nur denkbar, wenn man gleichzeitig für beide Teile Deutschlands alliierte Kontrollbehörden schaffe, die sich aus Vertretern aller vier Besatzungsmächte zusammensetzen müssten. Ollenhauer behauptete, dass dieses Argument auf Chruschtschow einen starken Eindruck gemacht habe.«

Laut SPD-Protokoll[668] berichtete Ollenhauer folgendermaßen: Chruschtschow habe zur »Sicherheitsfrage« erklärt, dass »die Entspannung den Vorrang habe. Er denke etwa an den Rapacki-Plan. Die Wiedervereinigung sei nicht wichtig und kein zentrales Problem. Auch England, Frankreich und die USA wollen sie im Grunde nicht. Als Kommunist und Marxist sei er gegen die Wiedervereinigung, man könne die 18 Millionen Menschen in der DDR nicht zurückstoßen in westliche Verhältnisse. Nach Abschluss eines Friedensvertrages könnten die Deutschen selber diese Frage behandeln. Er, Ollenhauer, erklärte dazu, dass es keine Sicherheit in Europa geben werde, wenn Deutschland geteilt bleibt. Chruschtschow meinte dazu, dass die Arbeiter im Westen eine positivere Auffassung zu den sozialistischen Leistungen bekommen werden und sich daher keine nationalistische Entwicklung anbahnen wird. Er, Ollenhauer, entwickelte dann den Plan über eine Konföderation mit fester Zeitplanung zur Wiedervereinigung unter Beteiligung der vier Mächte. Chruschtschow schien das zu überdenken.«

Es war die Zeit, als die Sozialdemokraten einschließlich Carlo Schmids und Herbert Wehners mit allen möglichen Disengagement-Vorschlägen aufwarteten, um die deutsche Frage vielleicht doch noch einer einvernehmlichen internationalen Lösung zuzuführen. Weder Adenauer noch Brandt konnten solchen für realitätsfern erachteten Initiativen etwas abgewinnen. Der »Zusammenbruch der klassischen außenpolitischen Positionen der Sozialdemokratie begünstigt Willy Brandts Griff nach der Führung der Partei«, bilanziert sein Biograf. Es sei ihm gelungen, »binnen eines Jahres aus der Rolle des Scharfmachers oder Buhmanns in die des Hoffnungsträgers zu schlüpfen.«[669]

Auf Erich Ollenhauer prasselte in der turbulenten Sitzung nach Ortloffs Beobachtungen heftige Kritik nieder. Er habe es unterlassen, sein Chruschtschow-Gespräch mit dem Vorstand vorzubereiten, und einen veritablen »Alleingang« unternommen: »Es habe nicht genügt, nur den Pressechef mitzunehmen, der im Übrigen im Vorzimmer zurückgelassen worden sei, während Chruschtschow insgesamt von drei Russen begleitet worden sei.« Der Vorsitzende sei dem mit der lahmen Einlassung begegnet, es habe sich nicht um ein diplomatisches Gespräch, sondern »eine persönliche Einladung« gehandelt.

Noch höher gingen die Wellen, so enthüllte der geheime Bericht über das interne Scherbengericht, als die Diskussion auf den Korb gekommen sei, den Willy Brandt dem Kreml-Chef gegeben habe. Dieses Verhalten sei »eine glatte Desavouierung Ollenhauers« gewesen, hieß es: »In der Diskussion schälte sich die allgemeine Meinung heraus, dass der Parteivorstand es auf die Dauer als lebensgefährlich für Berlin ansieht, wenn Brandt weiter mit dem Besatzungsstatut der Stadt in der Weise öffentlich herummanipuliere wie bisher. Schon Ernst Reuter habe allzu viel mit den Westalliierten in Berlin geliebäugelt. Brandt mache ihnen jedoch alle nur denkbaren Avancen, um den Glanz seines Namens zu verstärken. Auch habe Brandt die neuen Vorschläge Chruschtschows, Westberlin durch UN-Truppen der Vier Mächte besetzen zu lassen, in jedem Falle zu schnell abgelehnt. Die Kritik an Brandt war zweifellos durch die Brüskierung des Parteivorstands stark beeinflusst. Hinzu kam, dass Brandts einziger Anwalt in diesem Gremium, Erler, nicht anwesend war.« Dessen Fehlen war im SPD-Protokoll zwar festgehalten, doch die Kritik an Brandt schlug sich dort lediglich in der Bemerkung Ollenhauers nieder, er habe diesem zur

Annahme der Einladung geraten, doch müsse die Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters »respektiert« werden.

Die sensationellen BND-Mitteilungen aus der Sitzung des SPD-Vorstands waren damit noch nicht erschöpft: »Mehrere Sprecher des PV äußerten sich außerordentlich besorgt über die künftige Entwicklung Brandts. So sagte Wehner unter anderem, er könne nicht recht daran glauben, dass Brandt von seinen persönlichen Erfolgen so berauscht sei, dass er die reale Lage Berlins nicht mehr klar erkenne. Eher halte er es für möglich, dass Brandt, der als kalter Rechner bekannt sei, seine Rolle bereits jetzt im Hinblick auf den Verlust Berlins spiele, um danach in die Bundespolitik in großem Stile einzusteigen. Ein Verlust Berlins werde zu einer heute noch nicht abzusehenden nationalistischen Welle in der Bundesrepublik führen. Brandt sei durchaus der Mann, sich um seines persönlichen Erfolges willen an die Spitze einer solchen nationalistischen Bewegung zu stellen. Andere PV-Mitglieder stimmten dem zu und wiesen darauf hin, dass Brandt schon jetzt in Berlin einen geradezu legendären Namen habe. Selbst die sozialdemokratischen Delegierten eines Frauenkongresses in Berlin hätten Brandt nach seiner Rückkehr von der Weltreise in der gleichen hysterischen Weise zugejubelt wie dies seinerzeit die Deutschen mit Hitler getan hätten. Als Brandt nach seiner Rückkehr vor dem Schöneberger Rathaus vorgefahren sei, hätten ihn wahre Begeisterungsstürme der Berliner empfangen. So etwas habe man seit Hitlers besten Tagen in Berlin nicht mehr erlebt. Selbst [der Hamburger Bürgermeister Max] Brauer, der politisch im großen Ganzen auf der Linie Brandts liegt, tadelte den Berliner Bürgermeister in väterlicher Weise und meinte, sein schneller Erfolg sei ihm zu Kopf gestiegen.« Die turbulente Sitzung endete mit einer längeren Diskussion über mögliche, aber noch nicht beschlussreife Vorschläge der Partei zur Lösung der internationalen Krise um Berlin. Es gab in diesem Frühjahr wohl keine andere Momentaufnahme, die dem Kanzler die Konflikte und die Stimmungslage in der SPD-Führung anschaulicher hätte skizzieren können. War die SPD für Gehlen 1949 eine »klare Gefahr« für Deutschland gewesen,[670] so war dies für Konrad Adenauer nun der Regierende Bürgermeister von Berlin.

Zur selben Zeit lief beim BND-Präsidenten eine Vortragsnotiz aus der Politischen Beschaffung des neu errichteten »Strategischen Bereichs«[671] von Kurt Weiß ein, »Betr.: Willy Brandt, Bezug: laufende

Berichterstattung«.[672] Darin war von einer »geplanten sowjetzonalen Veröffentlichung« gegen den Regierenden Bürgermeister die Rede, mit der er diskreditiert werden solle: »Es darf vorgeschlagen werden, Dr. K. [Ziegler] – für Orientierung für ›O.‹ [Ortloff] – sofort zu unterrichten. Um besonders vertrauliche Behandlung (Quellenschutz!) wird gebeten.« Der Präsident bat seinen Stellvertreter Worgitzky daraufhin, dies zu erledigen, auch die Anlage mit näheren Angaben zu dem Pamphlet mitzugeben und diese sorgfältig zu behandeln (»bitte keine Unterstreichungen«). Es ging darin um Brandts »undurchsichtige« Rolle in Norwegen, seine Beziehungen zu Trotzki, mit dem er in der Emigration wiederholt zusammengetroffen sei; Brandt habe sich »schon im gleichen Jahre (1936) amerikanischen und britischen Geheimdiensten« zur Verfügung gestellt und im spanischen Bürgerkrieg, wo er sich im Frühjahr 1937 aufhielt, zugleich auch Kontakt zu Francos Geheimdienst gehabt.

Am 18. März 1959 (dem Tag der Berliner Barrikadenkämpfe 111 Jahre zuvor) stellte die SPD den sogenannten »Deutschlandplan« vor, ihren »letztmaligen offensiven Versuch zur Lösung des Wiedervereinigungsproblems«.[673] In den Leitungsgremien der Partei war der auch von Herbert Wehner unterstützte Vorstoß, der zum Abzug aller fremden Truppen und zu einem »nach freien Wahlen wiedervereinigten Deutschland im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems« führen sollte,[674] inhaltlich so gut wie gar nicht diskutiert worden. Der kurzlebige, ein wenig totgeborene Plan stand im Mittelpunkt einer Präsidiumssitzung eine Woche später, über die das Kanzleramt wiederum sofort unterrichtet wurde.[675] Über den Plan war es zu einer Kontroverse zwischen CDU/CSU und SPD gekommen, weil der sozialdemokratische Abgeordnete Mommer dazu eine eilige Aussprache im Bundestag gefordert hatte. Er verfügte dafür allerdings über keine Legitimation seiner Parteigremien, sondern war zu diesem Schritt von Herbert Wehner mehr oder weniger gedrängt worden, der ihm gegenüber wohl von »Material«, einer »sehr scharfen Waffe«, geraunt hatte, mit dem die Bundesregierung in Schwierigkeiten gebracht werden könne. Es zeigte sich aber rasch, dass das auf eine »Kette halber oder schlecht überprüfter Informationen und übertriebener Wunschvorstellungen« zurückging.

Das ist aber nicht die einzige und auch nicht die schwerwiegendste Kritik des Präsidiums an der Lancierung des »Deutschland-Plans« gewesen. Die

Kommission, die ihn vorbereitet hatte (ihr gehörten neben Herbert Wehner Fritz Erler, Gustav Heinemann, Kurt Mattick und Helmut Schmidt an), sei wohl »doch etwas betriebsblind gewesen«, ebenso wie es »falsch gewesen sei, die SPD-Vorschläge ohne weitere Inkenntnissetzung der Bundesregierung oder doch zumindest der anderen Parteien, vor allem der FDP, der Öffentlichkeit zu übergeben«. Wehner, der eigentliche Vater der deutschlandpolitischen Initiative, habe daraufhin zu ihrer Verteidigung auf die hervorragende Reaktion der Parteibasis verwiesen: »Es habe sich gezeigt, dass die kleinen Funktionäre und die sehr links eingestellten Mitglieder der Partei in dem ›Deutschland-Plan‹ so etwas wie eine Offenbarung einer sozialistischen Renaissance in Gesamtdeutschland unter Eingemeindung einer demokratisch geläuterten SED sähen« – Anstreichung am Rande. Weiter hieß es in dem BND-Bericht, der »sehr weit links stehende Bundestagsabgeordnete Kühn« habe in der Fraktion gesagt, vielleicht biete der Deutschlandplan »einen Ansatz für die Schaffung einer gesamtdeutschen Arbeiterpartei mit klaren sozialistischen Leitbildern« – noch fettere Anstreichung am Rande. Adenauer war immer der Meinung, eine Verwirklichung des Plans würde Deutschland »sehr schnell zu einem kommunistischen Land machen«.[676] Im niedersächsischen Landtagswahlkampf machte die Parole die Runde, die Vorschläge der SPD seien geeignet, »Gesamtdeutschland dem Imperialismus Moskaus auszuliefern«.[677]

Besondere Aufmerksamkeit erregte im Kanzleramt auch die neuerliche Zuspitzung im Verhältnis zwischen der SPD und der eng mit ihr verbundenen Kinder- und Jugendorganisation, den »Falken«.[678] Sie machten dem Parteivorstand, der zunehmend entschiedener versuche, gegen deren »radikale Extragänge« vorzugehen, seit längerem Sorgen: »Im Gegensatz zu den Beschlüssen der SPD, die sich gegen eine Beteiligung am kommunistischen Weltkongress in Wien richteten, bestehen in Falkenkreisen starke Absichten, auch gegen den Willen der Partei nach Wien zu gehen und sich dort an Demonstrationen zu beteiligen. Das Argument nach außen ist, dass man im Sinne freiheitlicher sozialistischer Ideen wirken wolle. Kaum noch zu bestreiten ist aber, dass innerhalb der Falken wie unter den ›Naturfreunden‹ die kommunistische Infiltration am stärksten wirkt«; heftige An- und Unterstreichungen.

Die Berichterstattung aus dem SPD-Präsidium von Ende März war dann noch auf den »außerordentlich pessimistischen Bericht über die Parteifinanzen« zu sprechen gekommen, den Schatzmeister Nau erstattet hatte. Danach bewegte sich die SPD am Rande des Defizits, das Aufkommen aus den Mitgliedsbeiträgen, welches unter anderem wegen der Beschäftigungskrise im Ruhrbergbau und in der Textilindustrie rückläufig sei, decke kaum noch die laufenden Kosten des Parteivorstands, der *Vorwärts*-Verlag sei »inzwischen zu einem Zuschussbetrieb geworden«; auch die übrigen Zeitungen der SPD-Holding überwiesen kaum noch Überschüsse an die Partei; allein die ausbleibenden Zuweisung der *Hamburger Morgenpost* beliefen sich auf eine Viertelmillion DM jährlich. Auch das waren im Hinblick auf den nächsten Bundestagswahlkampf willkommene Hinweise.

Während der Präsidentschaftskrise des Bundeskanzlers hielt sich die Berichterstattung aus der SPD-Spitze ein wenig zurück, doch als klar war, dass Adenauer einen Rückzieher machen würde, setzte sie wieder ein. Kaum war diese verblüffende, quer durch die Parteien und Medien in ungewöhnlicher Schärfe kritisierte Kehrtwende durchgesickert, erfuhr man im Bundeskanzleramt schon, wie die Sozialdemokraten das Desaster auszuschlachten gedachten.[679] »Die in Bonn anwesenden Mitglieder des Parteivorstands haben bereits am Wochenende vereinbart, sowohl in der Sitzung des Präsidiums am Montag [8.6.1959] wie in der Fraktionssitzung am Dienstag sicherzustellen, dass noch in dieser Woche der massivste Angriff der Nachkriegszeit gegen den Bundeskanzler gestartet wird.« Weiter war zu lesen: »Die zutage getretene Uneinigkeit der CDU soll mit allen Mitteln ausgewertet werden. Durch einen Großangriff erwartet man sich folgende Auswirkungen: 1. eine Schädigung des Ansehens der CDU und des Bundeskanzlers; 2. Verstärkung der Unsicherheit und der Gegensätze in der CDU; 3. eine Schwächung der Position des Bundeskanzlers. Die Angriffe sollen taktisch möglichst so geführt werden, dass sie nicht etwa zu einer Einheitsfront der CDU führen. Die Gegensätze in der CDU sollen möglichst erhalten bleiben, also nicht durch ungeschicktes Verhalten der SPD beseitigt werden. Sonst bestehe die große Gefahr, dass der jetzige ›turbulente Wirbel‹ in einigen Monaten bei der Bevölkerung wieder in Vergessenheit gerate und propagandistisch nicht mehr mit Erfolg gegen die CDU ausgewertet werden könne. Ein Kanzler

Adenauer und ein Wirtschaftsminister Erhard als wahrscheinlicher designierter Nachfolger würden dann bei der nächsten Bundestagswahl wieder eine für die SPD nicht zu überwindende Hürde darstellen.«

Schon am selben Montag, als das SPD-Präsidium in Klausur ging, hatte der gebeutelte Bundeskanzler den BND-Bericht darüber auf dem Tisch. Er war diesmal noch geheimer als geheim eingestuft, denn er trug eigens den Vermerk »Bitte absolut vertraulich behandeln.«[680] Anders als man es im Palais Schaumburg vielleicht erwartet hatte, befassten sich die Mitteilungen aus der SPD-Führung weniger mit dem amtierenden als mit einem möglichen sozialdemokratischen Bundeskanzler. In entsprechendem Crescendo hob der Bericht an, »die Teilnehmer an der Klausurtagung des Präsidiums haben sich gegenseitig verpflichtet, über das Ergebnis und die Vorgänge zu schweigen«, um danach noch wirkungsvoller fortzufahren: »Die Gespräche hatten folgendes Ergebnis«. Ortloff hatte tatsächlich Bedeutsames mitzuteilen: »Ollenhauer hat offiziell auf die Kandidatur als Kanzlerkandidat verzichtet. Darüber hinaus ist grundsätzlich die Entscheidung über die Herausstellung eines sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten gefallen. Die Aufstellung eines richtigen Schattenkabinetts ist noch umstritten, das Präsidium glaubt, in einem Parlament mit mindestens drei Parteien auf einen Koalitionspartner angewiesen zu sein. Die Diskussionen gehen weiter. Über Personen hat man auf der Klausurtagung offiziell nicht gesprochen. Das war schon deshalb nicht möglich, weil Carlo Schmid, einer der Kandidaten, anwesend war.«

Das SPD-Präsidium habe sich in seiner hochgeheimen Sitzung darauf geeinigt, die Auswahl eines sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten ganz dem Parteivorstand anheimzustellen, konnte man im Kanzleramt zur Kenntnis nehmen. Carlo Schmid werde der Vorrang gegeben, doch sei sein Gesundheitszustand nach wie vor »sehr anfällig«. Noch immer »esse er reichlicher und trinke er weniger mäßig, als seine Gesundheit dies erfordere. Es gilt deshalb nicht als ganz sicher, dass Schmid ein hundertprozentig einsatzfähiger Kanzlerkandidat der SPD sein werde.« Dann wandte sich der Bericht dem Parteivorsitzenden zu: »Die Frage, welche Funktion Ollenhauer in der SPD für den Fall einer Wahl Wehners zum Parteivorsitzenden und Schmids zum Kanzlerkandidaten in Zukunft übernehmen könne, wird im Parteivorstand mit dem Hinweis auf die ehrliche Selbstlosigkeit des derzeitigen SPD-Chefs beantwortet, für den die

Partei alles, seine persönliche Stellung aber nichts sei. Ollenhauer wird von niemand in der Partei eine menschliche Unanständigkeit, ja nicht einmal Unaufrichtigkeit zugetraut, es sei denn als Schwäche oder in dem Bestreben, die Partei oder einen Freund zu decken«, unterstrich Ortloff, der seit langem mit Erich Ollenhauer verbunden war und ihm viel verdankte: »Mit Ausnahme Schumachers«, so weiter, »habe kein Sozialdemokrat soviel menschliche Hochachtung in seiner Partei errungen wie er. Man erwartet, dass Ollenhauers Loyalität gegenüber der Partei ihn für den Fall eines Wechsels im Vorsitz von sich aus dazu bringen werde, sich mit der Stellung eines stellvertretenden Parteivorsitzenden zu begnügen. Ollenhauer sei sich stets dessen bewusst gewesen, dass er zwar ein guter zweiter, aber niemals ein besonders strahlkräftiger erster Mann sein könne. Er habe die Nachfolgeschaft Schumachers in der Tat auch nur widerstrebend angetreten. Seine gesunde Selbstkritik habe ihn niemals im Stich gelassen. Freunden gegenüber hat er einmal geäußert, dass er gerne Fraktionsvorsitzender wäre, wenn es der SPD gelänge, die Regierung im Bund zu übernehmen. Auf den Posten des Bundeskanzlers reflektiert er von sich aus nicht. Er würde sich aber wahrscheinlich nicht nachdrücklich wehren, wenn ihn die Partei – außerstande sich auf einen anderen zu einigen – hierfür nominieren sollte. Das könnte der Fall sein, wenn Carlo Schmid in der entscheidenden Zeit vor der Bundestagswahl ausfällt und Brandt keine ausreichende Mehrheit im maßgebenden Funktionärskörper der Partei finden sollte.«

Carlo Schmid war sich selbstverständlich darüber im Klaren, dass er bei der Wahl des Bundespräsidenten am 1. Juli 1959 dem CDU-Kandidaten Heinrich Lübke unterliegen würde. Für Waldemar von Knoeringen war diese Perspektive alles andere als ein Beinbruch, wie der BND aus einer Vorstandssitzung berichtete. Der stellvertretende Parteivorsitzende habe drei Tage vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung nämlich die Meinung vertreten, »dass es für die SPD eine großartige Propagandachance darstelle, Carlo Schmid im Rennen zu halten und gegen Lübke unterliegen zu lassen«.[681] Diese Niederlage trat denn auch ein. Viel drängender wurde bei den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern inzwischen jedoch die Frage, wer von ihnen dazu ausersehen sei, dem nun schon seit einem Jahrzehnt amtierenden Konrad Adenauer wenigstens eine solche Niederlage beizubringen – wer hätte an einen Sieg glauben sollen? –, die geeignet war,

einer Sozialdemokratie Zuversicht zu geben, die sich inmitten einer dramatischen Korrektur ihres politischen Kurses befand.

Willy Brandt, als West-Berliner Regierungschef mit weniger Befugnissen ausgestattet als jeder andere Ministerpräsident und in allen wichtigen Angelegenheiten obendrein von den westlichen Schutzmächten abhängig, erwies sich in seinem Amt, das er nun seit zwei Jahren innehatte und das Kontakte zu Staatsmännern eröffnete, von denen seine Kollegen in den Bundesländern nur träumen konnten, als regelrechter Publicity-Star. In Washington und London wurde er ebenso herumgereicht wie in Paris. Schnell keimte daher bei seinen Genossen die Hoffnung, Erwartung oder Befürchtung, die Symbolfigur der Verteidigung der Hauptstadt im »Roten Meer« (wie gerne gesagt wurde) werde dort wohl kaum schon am Ende seiner politischen Karriere angelangt sein. Deutschlandpolitisch markierte der von dem sozialdemokratischen Deutschlandplan 1959 besonders befremdete Brandt bis zu der berühmten Rede Wehners Mitte 1960 den »innerparteilichen Gegenpol« zum starken Mann der Bundestagsfraktion.[682] Sich von der Sowjetunion oder gar Walter Ulbricht, »der sächsischen Lenin-Imitation«, wie er spottete, irgendetwas zu erwarten, hielt Brandt schlicht für blauäugig. Konrad Adenauer hatte es also nicht leicht, ihn mit den anderen, kompromissbereiteren SPD-Größen in eine Reihe zu stellen. Nach dem sowjetischen Berlin-Ultimatum wurde der Regierende Bürgermeister endgültig zum »Symbol des Abwehrwillens und des Freiheitskampfes« in Berlin. Die Springer-Presse stellte sich an seine Seite. Es war der Sommer 1959, da sich nicht nur einfache Genossinnen und Genossen, sondern auch sozialdemokratische Granden mit dem Gedanken anzufreunden begannen, diesmal vielleicht den charismatischen jungen Berliner ins Rennen um das Kanzleramt zu schicken. Doch bis diese Idee zu einem Beschluss der Partei reifte, dauerte es noch etwas.

Zunächst bezog sich die Ausforschung des BND vornehmlich auf die bevorstehende Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms der SPD sowie auf allerlei Mitteilungen, von denen angenommen werden durfte, dass sie bei Adenauer und Globke auf Beachtung stießen; beispielsweise eine Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, der man ein entsprechendes »Bildheft« beigefügt hatte.[683] »Ergänzend zu den beigelegten Unterlagen« wies der vom Bundeskanzler sorgfältig studierte Bericht darauf hin, die Stiftung sei seinerzeit gegründet worden, um den Nachwuchs der SPD und

»vor allem die breite Bildungsarbeit der Funktionäre von hier aus mit Mitteln der öffentlichen Hand« zu fördern. Man habe mit angeschlossenen Schulen und Heimen versucht, auch »die Intellektuellen in anderen politischen Lagern, aber auch die politisch nicht gebundenen Intellektuellen anzusprechen« – dicke Unterstreichung – »und sie für die SPD zu gewinnen«. Es mag sein, dass sich der CDU-Vorsitzende auch deswegen so stark für diese Analyse interessierte, weil er daraus Anregungen für die erst wenige Jahre zuvor von Bundesgeschäftsführer Bruno Heck gegründete »Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit« gewann; jedenfalls bat er Globke um Rücksprache.

Über die Finanzierung der Friedrich-Ebert-Stiftung teilte der Bericht mit, es sei ziemlich sicher, dass »die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Stiftung nach dem Kriege durch die Wiedergutmachung ermöglicht wurde, die für die Verluste im Jahre 1933 geleistet wurde. Andere Mittel stammen vom DGB« – Unterstreichung. Der Bau ihrer Schule im nordrhein-westfälischen Bergneustadt sei nicht nur durch Gewerkschafts- und Landesmittel, sondern auch durch eine »Schenkung der Gemeinde Bergneustadt (CDU-Mehrheit)« ermöglicht worden – fette Unterstreichung. Die Finanzierung der Stipendien für Studenten werde unter anderem von den Gewerkschaften, dem Bund und gelegentlich auch von der amerikanischen Carnegie-Stiftung getragen.

Delikater war die vom Kanzler intensiv studierte Mitteilung zur Leitung der Stiftung, die »fest in sozialdemokratischen Händen« liege: »Der Versuch angebliche Überparteilichkeit zu betonen, geschieht aus rein taktischen Gründen, um die Gemeinnützigkeit nachweisen zu können und die Zuwendungen aus den öffentlichen Haushaltungen (z. B. Bundeszentrale für den Heimatdienst, Rundfunkanstalten) nicht in Gefahr zu bringen. Hier ist bezeichnend, dass die genaue Zusammensetzung des erweiterten Vorstandes nach außen hin möglichst verschwiegen wird. Man stellt bewusst nur die drei Vorstände heraus. So wird verschwiegen, dass der Kassierer der Stiftung gleichzeitig der Kassierer der SPD, Nau, ist«; starke Unterstreichung. Damit nicht genug, das Kanzleramt erfuhr auch noch, dass die Büroarbeit der Stiftung jahrelang in der SPD-Zentrale erledigt worden sei; man unterhalte mit der Adresse der Ehefrau des »Parteirevisors« sogar eine »Tarnanschrift«. Inzwischen sei zwar eine räumliche Trennung erfolgt, doch bestimme der Parteivorstand bei der Stiftung nach wie vor alles.

Ebenso interessant waren die Bulletins zum Gesundheitszustand von Spitzenfunktionären der politischen Linken, von Georg Reuter, dem stellvertretenden DGB-Chef etwa. Der schillernde, Intrigen nicht abgeneigte Funktionär galt als sehr weit links stehend, als unerwünschter »Brückenbauer«[684] nach Osten, hatte sich der Paulskirchen-Bewegung angeschlossen und war immer wieder in scharfe Auseinandersetzungen mit dem Bundesvorsitzenden Willi Richter verstrickt. Diese waren derart eskaliert, dass Reuter kurz vor dem Bundeskongress sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Nicht nur der *Spiegel* berichtete,[685] auch der BND konnte Hintergrundmaterial beisteuern und melden, der SPD-Vorstand sei davon nicht überrascht worden.[686] Mit Richter, den man für »verbraucht« halte, sei man allerdings auch nicht recht zufrieden, stütze ihn jedoch noch, weil es schlicht keinen geeigneten Gegenkandidaten gebe. »Reuters Krankheit kommt der DGB-Führung sehr gelegen«, so weiter, da sie die Möglichkeit eröffne, alle Misshelligkeiten und alle Kritik an ihr auf Reuters Abteilung »abzulenken und die DGB-Führung zu schonen«.

Bald wurde »Ollenhauers Krankheit« Thema.[687] »Mitglieder des Parteivorstands befürchten, dass Ollenhauers Krankheit doch schwerwiegender sei, als in den Erklärungen zugegeben wird«, erfuhr das Kanzleramt: »Sein Arzt habe ein striktes Alkohol- und Rauchverbot erlassen und eine Abmagerungskur angeordnet. Es ist fraglich, ob Ollenhauer, wie vorgesehen, das Grundsatzreferat auf dem Parteitag halten kann. Eine Entscheidung darüber wird erst im Oktober fallen.« Die parteiamtliche Erläuterung, die Unpässlichkeiten des Vorsitzenden gingen allein darauf zurück, »dass er das oberbayerische Klima nicht vertragen habe«, würde als Fehlleistung der Pressestelle gesehen, »schließlich bleibe man nicht vier Wochen an einem Ort, wenn das Klima sich als schädlich erweise. Ollenhauer habe außerdem Oberbayern immer deutlich bevorzugt. Im Parteivorstand wird versucht, alle Gespräche über O. ’s Gesundheitszustand zu unterbinden, indem man erklärt, Ollenhauer wolle sich lediglich auf den Parteitag vorbereiten. Durch diese Taktik hofft der Parteivorstand, voreilige Gespräche über eine mögliche Nachfolge für Ollenhauer und das in diesem Zusammenhang gefürchtete Aufbrechen innerparteilicher Gegensätze zu unterbinden. Auch der führende sozialdemokratische Jurist, Adolf Arndt, sei gesundheitlich angeblich so angeschlagen, dass er nicht mehr für den Bundestag kandidieren wolle[688] –

eine Fehlprognose, wie sich zeigte; er trug bald maßgeblich dazu bei, dass das geplante »Adenauer-Fernsehen« vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte, und arbeitete noch zehn weitere Jahre als Abgeordneter.[689]

Mittlerweile waren die überaus komplizierten, von innerparteilichen Kontroversen und Konferenzen sowie einer aufmerksamen Presse begleiteten Arbeiten an dem neuen Grundsatzprogramm der SPD abgeschlossen; mehrere hundert öffentliche Veranstaltungen dazu lagen hinter den Sozialdemokraten.[690] Obwohl der CDU-Führung, dem Kanzleramt, Adenauer persönlich und natürlich auch dem BND die eminente Bedeutung der sozialdemokratischen Neuorientierung bewusst war, kümmerte sich der Auslandsnachrichtendienst in der Berichterstattung seiner politischen Inlandsspionage eher am Rande um diese Umwälzung. Wohin die Reise der SPD gehen sollte, war aus der öffentlichen Debatte zu geläufig, als dass die nachrichtendienstliche Exegese der neuen geistig-politischen Horizonte der Partei Bebels und Schumachers irgendwelche tieferen Einsichten hätte bieten können. Es blieb daher bei praktisch verwertbaren Meldungen aus dem inneren Zirkel der führenden Oppositionspartei, die einen unmittelbaren Nutzwert für den CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler hatten. Man berichtete also über eine mögliche Einwirkung des wirtschaftspolitischen Ausschusses der SPD auf Godesberg[691] oder machte sich Gedanken über den Ausfall einer Präsidiumssitzung Ende August und die »völlige politische Inaktivität des Parteivorstandes in der letzten politisch wichtigen Zeit«.[692]

Auch der Bericht aus der Sitzung des SPD-Vorstands am 3. September 1959, auf dem der Entwurf des Programms verabschiedet wurde, der dem Parteitag in Bad Godesberg zehn Wochen später zur Beschlussfassung vorzulegen war, widmete sich vornehmlich den Spannungen, die in diesem Diskussionsprozess zutage getreten waren: »In Abwesenheit des erkrankten Ollenhauer«, teilte die Innenquelle Ortloff mit, »wurde die von insgesamt 18 PV-Mitgliedern besuchte Sitzung von Wehner geleitet. In der abschließenden Diskussion über das inzwischen erheblich verkürzte Grundsatzprogramm der Partei zeigte sich als einzige wesentliche Veränderung die inzwischen von der Presse gemeldete Tatsache, dass sich Deist mit seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf der ganzen Linie durchgesetzt hat. Einige Vorstandsmitglieder – darunter Brandt – wiesen allerdings darauf hin, dass der wirtschaftspolitische Teil des Programms

nach wie vor nicht klar genug dargestellt, ja sogar als widersprüchlich zu bezeichnen sei. Allgemein herrschte die Auffassung vor, dass dem Programm ein echter propagandistischer Erfolg versagt bleiben werde. Erler meinte sogar, man müsse den Mut aufbringen und auf den außerordentlichen Parteitag und die Proklamierung dieses, wie er sagte, einschläfernden Programms überhaupt verzichten. Taktisch könnte ein solcher Schritt unter Hinweis auf die außerordentlichen Auffassungsunterschiede zu Grundsatzfragen in den Gliederungen der Partei begründet werden. Diese Auffassungsunterschiede hätten sich in der vom ›Vorwärts‹ seit Monaten durchgeführten Parteidiskussion deutlich genug gezeigt.«

Mit diesem radikalen Vorschlag fünf vor zwölf drang Fritz Erler nicht durch. »Der Parteivorstand versagte diesen Anregungen jedoch die Zustimmung«, wurde weiter aus der Sitzung berichtet, »da die Vorankündigung des Programms und des Bad Godesberger Parteitages ohne einen weiteren schweren Prestigeverlust für die Partei nicht wieder zurückgenommen werden könnte. Im Übrigen gab es eine Diskussion über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung lediglich bei der Präambel und der vorausgeschickten Bemerkungen. Die schärfste Kritik äußerte Brandt. Er wollte die bloße Erwähnung des Begriffs Kapitalismus aus dem Programm ausgemerzt haben. Über so einfache und schematische Klassifizierungen sei die Entwicklung längst hinweggegangen. Die kapitalistische Welt sei heute so vielgestaltig, dass man treffendere Begriffe prägen müsse. Schablonen aus der Vergangenheit seien heute nicht mehr zu verwenden. Sie schadeten nur. Brandt verlangte in Politik und Diktion eine schärfere Abgrenzung vom Kommunismus.« Aus der Sicht des bald wieder wahlkämpfenden Bundeskanzlers waren das beunruhigende Nachrichten.

Dann erfuhren Adenauer und Globke aus dieser Sitzung noch, dass es heftige Kritik an dem »wochenlangen ›Scheintod‹ des Präsidiums« gesetzt hatte, die vor allem von den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern gekommen sei. Sie hätten sich beschwert, dass es wohl kaum der Sinn der Stuttgarter Parteireform gewesen sein könne, »die Partei in einen noch führungsloseren Zustand zu versetzen«. Daraufhin habe sich der stellvertretende Parteivorsitzende Wehner unter Hinweis auf die Erkrankung von Ollenhauer und Nau dafür entschuldigt, »räumte jedoch mit einem deutlichen Seitenhieb gegen den nicht anwesenden Knoeringen

ein, dass dessen mit dem Präsidium nicht abgestimmter überraschender Urlaubsantritt in der Tat die Partei für längere Zeit führungslos gemacht habe«.

Bei der laufenden geheimen Berichterstattung aus der SPD war selbst in diesen Monaten kein Detail zu nebensächlich, um nicht annonciert zu werden. Ob es sich um den altmodischen und »geradezu parteischädlichen« Tenor der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift *Gleichheit* handelte, der heftige Kritik ausgelöst hatte;[693] um den »egozentrischen« Heinrich Deist, der sich von niemandem in seine Konzeption des künftigen sozialdemokratischen Wirtschaftskurses hineinreden lassen wolle;[694] ob ein Assistent bei der Bundestagsfraktion eine vierwöchige Wehrübung ableistete, was bei Herbert Wehner angeblich »einen Wutausbruch und Ausfälle gegen die Fraktion« ausgelöst hatte;[695] oder ob es um eine, wie es hieß, von »arabischen Stellen« initiierte Aktion Hans-Jürgen Wischnewskis (des Bundestagsabgeordneten und neuen Vorsitzenden der Jungsozialisten) gegen die französische Fremdenlegion ging[696] – all das erschien Gehlens Leuten nicht nur mitteilenswert, es wurde im Kanzleramt auch zur Kenntnis genommen.

Die interessanteste Meldung in dieser Serie betraf den bevorstehenden Parteitag der SPD: »Nach der Veröffentlichung des Grundsatzprogramms war man im Parteivorstand überrascht, dass der wirtschaftspolitische Teil, den man selbst als zusammengestoppelt bezeichnet, so wenig kritisiert wurde und vor allem die großen Zeitungen die Frage des Wettbewerbs und nicht die in Teilen immer noch bestehenden Sozialisierungswünsche in den Vordergrund stellten. In den linken marxistischen Kreisen wird es als Beweis dafür angesehen, dass die Entwicklung an der Ruhr [Streiks im Zusammenhang mit der »Kohlekrise«] auch die Wirtschaftskreise der Bundesrepublik hellhörig gemacht habe und die Privatisierungspolitik unter anderen Aspekten betrachtet werde. Es scheint, als ob daraufhin die Linke bei dieser Einschätzung der Lage keine weiteren Konzessionen machen, ja sogar versuchen wird, verloren gegangenes Terrain zurückzuerobern. Man erwartet gerade auf diesem Gebiet heftige Auseinandersetzungen auf dem Godesberger Parteitag.«[697]

Diese Erwartung trog: Die Delegierten nahmen das neue Grundsatzprogramm mit 324 gegen 16 Stimmen an. SPD-Genosse Siegfried Ziegler hatte dem BND-Präsidenten bereits Wochen zuvor den »Entwurf für

ein Grundsatzprogramm der SPD« zugeleitet.[698] Willy Brandt, der auf den Fluren des Godesberger Treffens bereits als künftiger Kanzlerkandidat gehandelt wurde, sah in dem neuen Programm eine »zeitgemäße Aussage«, die es dem politischen Gegner schwerer machen dürfte, an seinem »Zerrbild« der SPD festzuhalten.[699]

Der Regierende Bürgermeister von Berlin stand auch im Mittelpunkt einer SPD-Vorstandssitzung, die wenige Wochen vor dem Parteitag stattgefunden hatte und über die das Kanzleramt ebenfalls eingehend ins Bild gesetzt wurde.[700] Nach dem Treffen zwischen Präsident Dwight D. Eisenhower und Nikita Chruschtschow in Camp David habe er, Brandt, »den Eindruck gewonnen, dass die Amerikaner und die Sowjets bestrebt seien, in der Berlin-Frage auf der Basis des Status quo eine Einigung anzustreben«. Dieser Optimismus sei von den anwesenden Genossen »mit Erstaunen vermerkt« worden. Das sei wohl auch mit der Erleichterung zu erklären, »die Brandt nach der offensichtlichen endgültigen Aufhebung des sowjetischen Ultimatums vom 27. November vorigen Jahres verspürt«, hieß es in der mit kräftigen Bearbeitungsspuren versehenen Mitteilung. »Die Diskussion zu diesem Punkt ergab weitgehende Übereinstimmung dahingehend, dass mit einer – wenn nicht schon getroffenen, so doch nahe bevorstehenden – Kompromissvereinbarung zwischen den beiden Weltmächten in der Berlin-Frage zu rechnen sei, die ihrerseits auf eine Zementierung nicht nur des Status quo für die Stadt, sondern auch für die deutsche Frage hinauslaufen werde.« Diese Passage, welche den weltpolitischen Wandel der kommenden Jahre recht genau prognostizierte, ist am Rande mit einem besonders dicken Strich markiert. Der Parteivorstand, so weiter, habe der Fraktion sogar empfohlen, »die Forderung nach einer generellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Ostblockstaaten zu erheben«. Im SPD-Protokoll ist von einer so weitgehenden Empfehlung keine Rede.[701]

Der Parteivorstand beriet nach dem Bericht des BND neben der Kritik an wichtigen SPD-Zeitungen, die immer weniger auf Parteilinie lägen, außerdem noch über zwei drängende innenpolitische Fragen: die Kohlekrise und den Fernsehstreit. Um dem Kohlebergbau zu helfen, war eine Erhöhung der Heizölsteuer im Gespräch. Das habe der Vorstand auf Drängen von Heinrich Deist »wider Erwarten« abgelehnt und wolle das auch der Fraktion nahelegen. »Noch während der Sitzung konnte festgestellt werden,

dass die IG Bergbau auf diese Schwenkung der SPD mit unverhältnismäßiger Schärfe reagieren wird.« Es bestehe sogar die Gefahr, dass die Gewerkschaft ihren sozialdemokratischen Mitgliedern davon abraten werde, sich bei der bevorstehenden Kommunalwahl für die SPD-Kandidaten zu entscheiden – Anstreichung.

Die Beratungen des SPD-Vorstands über das »Adenauer-Fernsehen«, zu dem das Bundeskabinett wenige Tage zuvor das entsprechende Gesetz verabschiedet hatte, fand im Palais Schaumburg naturgemäß besonderes Interesse: »Die Vertreter der Bundesländer«, hieß es, »unter ihnen vor allem Brauer und Zinn, kritisierten heftig, dass die SPD durch die überraschende Schwenkung in Richtung auf ein Bundesrundfunkgesetz das föderalistische Prinzip zu verletzen drohe. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Süddeutschen Rundfunks, Alex Möller, tat sich hierbei als Sprecher der Föderalisten besonders hervor, während Kühn und Eichler ihm heftig widersprachen. Der Parteivorstand beauftragte daraufhin die Rundfunkexperten Knoeringen, Kühn, Eichler und Senator [Günter] Klein [Berlin], eine Resolution auszuarbeiten, die am Samstag angenommen wurde. Sie fordert die Inbetriebnahme des zweiten Fernsehprogramms durch die bestehenden Rundfunkanstalten bei gleichzeitiger Bildung einer Nord- und einer Südgruppe, die Kontrastprogramme ausstrahlen sollen […] Obgleich Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichts bestehen, ist mit diesem Schritt der SPD zu rechnen.« Der erfolgte denn auch, und Anfang 1961 sprach Karlsruhe in dem bedeutsamen »Fernsehurteil« den Ländern die volle Rundfunkkompetenz zu.

Dem BND und seinem Präsidenten blieb es ebenso wenig wie dem Bundeskanzler und der deutschen, ja internationalen Öffentlichkeit verborgen, dass sich während der dritten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages tiefgreifende Veränderungen in der Sozialdemokratie vollzogen hatten. Aus späterer Perspektive mag diese Reformperiode tatsächlich wie »ein Heldenzeitalter der modernen Sozialdemokratie«[702] erscheinen, da hier die Grundlagen für ihren Aufstieg zur Regierungspartei gelegt wurden. Die Wandlung der SPD von einer »radikal-demokratischen Arbeiterpartei zu einer ›linken‹ Volkspartei«[703] führte sie zunächst in den Vorhof der Macht, wie man gerne sagte, und schließlich ins Kanzleramt.

Am Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren war das freilich noch eine ferne, doch immerhin realistischer gewordene Perspektive.

Die von der SPD-Führung vollzogene Neuorientierung in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik im Sog beschleunigten Wandels der Lebensverhältnisse in Westdeutschland und ihre beinahe noch radikalere Umorientierung in der Deutschland- und Außenpolitik angesichts des atomaren Patts der Supermächte – beides zwang nicht nur den Bundeskanzler und seine Union zu einem Nachdenken darüber, wie dieser modernisierten Oppositionspartei zukünftig am besten entgegenzutreten sei, auch der BND hatte sich allmählich die Frage vorzulegen, ob er die politische Inlandsspionage gegen eine SPD-Führung in derselben Intensität wie bisher fortsetzen wollte und fortsetzen konnte. Was würde geschehen, wenn der Stern des Bundeskanzlers weiter verblasste und die Sozialdemokraten in nicht allzu ferner Zeit in die Regierungsverantwortung kämen? Vor einer so existenziellen Frage konnte die Leitung des Auslandsnachrichtendienstes auf Dauer die Augen nicht verschließen.

Genauso kam der BND-Präsident immer weniger umhin, sich ein Szenario auszumalen, was wohl geschehen würde, wenn herauskam, dass er neben seiner staatsmännischen Kontaktpolitik gegenüber der SPD-Führung ebendiese im Rahmen seiner Doppelstrategie seit Jahr und Tag nach Strich und Faden ausspionieren ließ, dass der Präsident des Auslandsnachrichtendienstes den Bundeskanzler in einer geradezu verschwörerischen Symbiose mit dessen Kanzleramtschef Hans Globke laufend mit Informationen aus der »Baracke« in der Bonner Friedrich-Ebert-Allee fütterte? Da der BND und sein Präsident für den Fall der Entdeckung seiner SPD-Operation unabsehbare Konsequenzen gewärtigen mussten, leitete Pullach, wie wir sehen werden, parallel zur Veränderung der politischen Großwetterlage behutsam erste Schritte ein, um dieses Risiko zu begrenzen. Zwar gingen Meldungen aus der SPD noch ein gutes Jahr lang an den Kanzleramtschef, doch »Dr. Schneider« begann die Weichen nun so zu stellen, dass er im schlimmsten Fall wenigstens nicht persönlich ungedeckt in der Schusslinie stand.

Das Jahr 1960 begann, wenig überraschend, mit einem weiteren der zahlreichen BND-Berichte aus einer weiteren SPD-Vorstandssitzung.[704] Adenauer und Globke konnten daraus entnehmen, Erich Ollenhauer und Herbert Wehner würden angesichts der seit Monaten anhaltenden Welle

antisemitischer Aktionen (einer »vergangenheitspolitischen Großkrise«,[705] die in der Attacke auf die Kölner Synagoge einen Höhepunkt fand) darauf bestehen, »dass die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesamtbericht über die neonazistischen und antisemitischen Umtriebe erstatte«. Sehr ausführlich war dann der Inhalt einer Unterredung der beiden Spitzenpolitiker mit dem Innenminister wiedergegeben, die in einem ausgesprochen guten Gesprächsklima stattgefunden habe. Schröder habe ihnen allerdings auch gesagt, »dass er von einem solchen Gesamtbericht nicht viel halte. Stelle es sich heraus, dass es sich bei den Ausschreitungen lediglich um Dumme-Jungenstreiche handele, so werde durch eine solche ernsthafte Behandlung im Bundestag die beginnende Selbstbesinnung im deutschen Volk gestört und im Ausland der Eindruck erweckt, als stecke mehr hinter den Schmierereien als lediglich Aktionen von Halbstarken. Sollte sich andernfalls aber herausstellen, dass die antijüdischen Ausschreitungen von einer geheimen NS-Organisation gesteuert würden, so würde die Bekanntgabe dieser Tatsache im Ausland unabsehbaren Schaden anrichten. Ollenhauer und Wehner betonten, dass sie Schröder widersprochen hätten. Die SPD sollte auf einer Aussprache im Bundestag nach einer vorherigen Regierungserklärung bestehen.«[706]

Es ist bemerkenswert, wie sich Ortloff in diesem Zusammenhang gegenüber seinem Pullacher Freund Siegfried Ziegler äußerte.[707] Der Vermerk von Hans Langemann (»Lückrath«),[708] den er wohl nicht nur für seine Schreibtischschublade gefertigt hatte, hielt fest, was Ziegler ihm berichtete: »Die SPD werte die antisemitischen Äußerungen sehr ernst. Sie gehe dabei aber von grundsätzlich anderen Vorstellungen aus, als es die CDU notwendigerweise tun müsse. Der Kern des Problems liege in dem Umstand begründet, dass sich – auch für das Ausland erkennbar – die BRD langsam und sicher zu einem *klerikal-faschistischen* Staatswesen entwickle. Durch Personalpolitik und politische Tendenz werde dabei auch der wirksamen Bekämpfung des Antisemitismus der Boden entzogen. Es sei schlechterdings ein Paradoxon in sich, einerseits etwa durch Jugenderziehungsarbeit die Untaten der Vergangenheit mit tatsächlich abschreckendem Effekt zu beschwören, auf der anderen Seite aber prominente Vertreter eben dieser Vergangenheit mit den wichtigsten Staatsfunktionen zu betrauen […] Man solle hierbei jedoch nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Dass darüber hinaus die SED aus der Situation

propagandistisches Kapital schlage und daher auch als unmittel- oder mittelbarer Begünstigter der Schmierereien im Hintergrund stehe, sei für jedermann offenkundig und bedürfe eigentlich keiner Feststellung mehr.«

In dem erwähnten Spitzelbericht Siegfried Ortloffs aus der SPD-Vorstandssitzung Mitte Januar 1960 wurden auch Rundfunkpläne Adenauers noch einmal erwähnt: »Auffallend war die Skepsis, mit der man die Forderung aussprach, dass die SPD-Ministerpräsidenten in dieser Frage hart bleiben müssten«; im eigentlichen Protokoll der Vorstandssitzung ist dazu nichts zu finden. Regelrechte Unzufriedenheit habe sich ferner über den »Verbotskatalog von Ostkontakten« Luft gemacht, den Waldemar von Knoeringen zusammen mit einem ausführlichen Kommentar zum Godesberger Grundsatzprogramm vorgelegt habe. Die zweiseitigen, streng vertraulichen Richtlinien, die dem Bericht beilagen, dürften nach Meinung des Vorstands nicht veröffentlicht werden, »da dies bei der Regierung den Eindruck erwecken könnte, dass die SPD auf jede wiedervereinigungspolitische Beweglichkeit verzichten wolle«; das Papier müsse überarbeitet werden. Immerhin waren darin so entschiedene Passagen zu finden wie »Für die Kommunisten ist die Kontaktaufnahme nur ein taktisches Mittel« oder »Man muss wissen, dass die SED alles tut, um die Gegensätze zwischen dem Kommunismus und der Sozialdemokratie zu verwischen. Sie versucht, den demokratischen Sozialismus zu missbrauchen, um eine Wiedervereinigung zu verhindern« – doppelte Anstreichung. Die Aufzeichnung des BND für das Kanzleramt endete mit dem Bemerken, im sozialdemokratischen Parteivorstand herrsche eine starke Unzufriedenheit »gegenüber den bisherigen Arbeitsergebnissen der Siebener-Kommission, die weder in der Frage des Wahlprogramms noch der des Kanzler-Kandidaten vorangekommen sei«.[709]

Einige Sozialdemokraten von Gewicht (darunter Fritz Erler, Annemarie Renger und Helmut Schmidt) hatten Willy Brandt mittlerweile ermuntert, die Spitzenkandidatur zu übernehmen. Der lehnte einstweilen noch ab, doch der Druck auf ihn wuchs.[710] Das letzte Wort sollte bei der federführenden Siebener-Kommission liegen, der außer dem Parteivorsitzenden und Brandt selbst noch Max Brauer, Heinrich Deist, Fritz Erler, Carlo Schmid und Georg August Zinn angehörten.[711] Ein Gegenkandidat Willy Brandt war für den Bundeskanzler und die CDU ein ernstes Problem, weil er mehr und mehr das Air eines Mannes der Zukunft entfaltete. Im Zuge ihres

außenpolitischen »Gemeinsamkeits-Kurses«, der sich in der SPD schon vor Godesberg und Wehners weichenstellender Bundestagsrede herauskristallisierte,[712] war es zwischen Adenauer und Brandt zu Beginn des neuen Jahres außerdem zu einer bemerkenswerten Übereinstimmung in der Einschätzung des Berlin-Problems gekommen.[713] Beides, Konkurrenz und Annäherung, schlug sich sogleich in der Berichterstattung des BND nieder. Kurt Weiß sandte Gehlen eine »Führungsunterrichtung« dazu,[714] in der er sich auf »führende Westberliner SPD-Gruppen« bezog, speziell auf den Berliner Bundestagsabgeordneten Kurt Mattick: »Der Besuch des Bundeskanzlers in Westberlin, seine dabei betont herausgestellte Übereinstimmung mit der Haltung Brandts zur Berlin-Frage sowie die immer klarer hervortretende Solidarität der CDU und SPD im Hinblick auf dieses Problem erlauben den Schluss, dass aller Wahrscheinlichkeit der Bundestagswahlkampf 1961 in gegenseitiger Absprache, d. h. ohne die bisher übliche wahlkämpferische Note geführt werden würde, weil dies die außenpolitische Lage zwingend erfordere. Die CDU/CSU sei bereit, eine Große Koalition zu bilden, und Dr. Adenauer werde Brandt als Vizekanzler in das Bundeskabinett aufnehmen. Die SPD würde mit einem solchen Arrangement nichts verlieren, da die Chancen für einen Wahlsieg 1961 ohnehin gering seien. Außerdem bliebe bei dieser Taktik dem in politischen Kämpfen bisher unbesiegten Willy Brandt eine erste Niederlage erspart. Dieser letztere Umstand könne Brandts Chancen, nach dem sicheren Abtreten Dr. Adenauers spätestens 1965 als Kanzler-Nachfolger zu folgen, nur steigern.«

Für die politische Inlandsspionage des BND waren das kaum weniger gefährliche Aussichten als für Adenauer die Tatsache, dass er es bei der nächsten Bundestagswahl nun wohl wirklich mit Willy Brandt zu tun bekommen werde. Nach der Wahl des 34-jährigen Hans-Jochen Vogel zum Oberbürgermeister von München mit kaum glaublichen 64 Prozent der Stimmen Ende März konnte der BND aus einer »Bürobesprechung« Waldemar von Knoeringens berichten, dass dieser sich nun »in aller Form für die Nominierung Brandts einsetzen« werde.[715] »Deutlicher als jemals« habe der stellvertretende SPD-Vorsitzende von der Notwendigkeit gesprochen, »den ›geeigneten Mann‹ herauszustellen. Nach seiner Einschätzung ist in München klargestellt worden, dass die Zustimmung zur Kandidatur nicht an der Jugend eines Bewerbers scheitern müsse, wenn

dieser Kandidat sein Können und seine Erfahrungen unter Beweis gestellt habe. Man müsse Mittel und Wege finden, dass im Falle Brandts für die kommenden Monate solche Gelegenheiten geschaffen werden. In den Kommunalwahlkämpfen wird Brandt als Spitzenredner auftreten. Die Absprachen sind bereits getroffen. Man müsse sich aber hüten, Brandt nur als Oberbürgermeister von Berlin herauszustellen. Brandt müsse vor allem als Außenpolitiker in den Vordergrund gespielt werden. Dabei war davon die Rede, dass man vor oder nach der [in Paris Mitte Mai nach dem Abschuss eines amerikanischen Spionageflugzeugs bereits im Auftakt gescheiterten] Gipfelkonferenz und zu anderen Gelegenheiten, die das Interesse der Menschen und der Bundesbürger hätten, Brandt in die Hauptstädte des Westens schicken solle. Dabei fiel auch ein Seitenhieb gegen Wehner. Brandt dürfe dabei nicht als Exponent einer eigenen sozialdemokratischen Außenpolitik in Erscheinung treten, sondern gewissermaßen als Repräsentant einer überparteilichen Haltung, die vom Vertrauen zum Westen und des Westens zu Brandt getragen sei.«

Auf keiner der seit Jahren beim Bundeskanzler kontinuierlich eingehenden Informationen aus der SPD-Führung tobte Adenauer sich so vehement mit Anstreichungen aus wie beim letzten Satz dieses Berichts. Mit seinen großen Lettern grub er in seiner markanten Schrift in das Papier: »Unsere Aktion gegen die bisherige SPD Politik gegen den Westen (EWG – [?] – Aufrüstung – Deutschlandplan der SPD – Europapolitik).« Fraglos: Der Kanzler war mehr als empört, er war alarmiert.

Den meisten anderen Nachrichten des Gehlen-Apparats, die im ersten Halbjahr 1960 bei ihm eingingen, widmete der Bundeskanzler ebenfalls viel Aufmerksamkeit, wie an den Marginalien seiner Hand gut ablesbar ist. Da war etwa der Hinweis des BND, die SPD-Fraktion habe einen jungen Historiker damit beauftragt, »eine Dokumentation gegen Bundesverteidigungsminister Strauß herzustellen. Gegenstand sollen die Widersprüche, Dementis und ›falschen Zungenschläge‹ von Strauß in den vergangenen Jahren sein. Die Fraktion möchte durch diese Polemik nachweisen, dass sie zwar die Politik von Strauß, aber nicht die Verteidigungsbemühungen ablehne. Hinter dieser Aktion stehen in erster Linie die Jungsozialisten und der Abgeordnete Hans Hermsdorf. Ob diese Dokumentation nach Fertigstellung auch veröffentlicht oder nur in Bundestagsdebatten verwendet werden soll, ist noch nicht entschieden.«

Der Kanzler bat Globke um Rücksprache und nannte in seiner Randbemerkung auch gleich das Thema: »Unsere Aktion gegen SPD-Politiker?«[716] Einen Tag später ging bei Adenauer ein Bericht über Spannungen in der Sozialistischen Internationale wegen der richtigen Haltung der EWG gegenüber der kleinen Freihandelszone EFTA ein, wo er die Passage ankreuzte, in der es hieß, »im Mittelpunkt der Kritik« stehe die SPD.[717]

Am selben Tag setzte der Kanzler angesichts des heraufziehenden Wahlkampfs Staatssekretär Globke neuerlich mit einer Randbemerkung unter Druck. »Was tut die CDU?«, fragte er ihn nach Lektüre einer ausführlichen BND-Unterrichtung über die »innerparteiliche Aktivität des Ostbüros«.[718] Darin ging es um eine von diesem erstellte Dokumentation über die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und um die Warnung Waldemar von Knoeringens vor den Gefahren kommunistischer Unterwanderung. Dazu sei demnächst eine innerparteiliche Aktion zu erwarten, »die der Aufklärung der Parteimitglieder vor kommunistischer Beeinflussung dient. Nach langen Jahren des Schaukelns«, so weiter, habe der stellvertretende SPD-Vorsitzende »eine Haltung durchgesetzt, die bisher immer am Widerstand Wehners gescheitert« sei. Es gehe um eine Broschüre mit enormer Auflage: »Überrascht hat dabei, dass bei dieser Aktion das Ostbüro eingeschaltet wurde, nachdem bekannt geworden war, dass sich Wehner für eine Durchführung dieser Aktion durch das Referat Propaganda und die Organisationsabteilung eingesetzt hatte. Von [dem Leiter des Ostbüros] Thomas ist diese Entscheidung als Beweis dafür angesehen worden, dass die Kampagne Wehners gegen das Ostbüro durch die außenpolitische Entwicklung und die unnachgiebige sowjetische Haltung in der Deutschlandfrage nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer neuen Erstarkung des Einflusses des Ostbüros geführt habe. Er sprach sogar davon, dass eine Erweiterung des Ostbüros geplant sei. Dieser Einschätzung wird jedoch von anderen Kennern der Situation widersprochen […] Eine Renaissance des Ostbüros wird auch von Knoeringen nicht als wünschenswert erachtet.« Herbert Wehner, dafür gebe es bereits erste Indizien, werde das nicht zulassen.[719] Gegenüber seinen engsten Mitarbeitern habe er »bereits gegen Thomas persönlich gerichtete Äußerungen fallen lassen«, der ja wohl »heute noch privat amerikanische Gelder erhalte«. Die große Zeit des SPD-Ostbüros war in der Tat vorüber,

und einige Jahre später legte Thomas denn auch »verbittert«, wie die Presse wusste, die Leitung nieder.[720]

Ein gutes Jahr vor den Bundestagswahlen hatte der Bundeskanzler die Sozialdemokraten und ihren Hoffnungsträger Willy Brandt genauestens im Auge. Er zog von allen Seiten Informationen ein und schenkte den BND-Berichten weiterhin größte Aufmerksamkeit, zumal in diesem Sommer sowohl die Wehner-Rede im Deutschen Bundestag wie die Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten – sie wurde im Herbst vom Parteitag abgesegnet – politisch Furore machten. In der Sitzung des SPD-Präsidiums drei Tage vor der großen außenpolitischen Bundestagsdebatte sei es zunächst um die Rednerfolge am 30. Juni 1960 gegangen, erfuhr man in der Regierungszentrale, sodann um die Auseinandersetzungen des Regierenden Bürgermeisters mit der Union.[721] »Die Verhärtung des Verhältnisses Adenauer-Brandt wurde begrüßt (Brandt war in der Präsidiumssitzung nicht anwesend.)«, berichtete der BND, »da sie Brandts Selbständigkeit gegenüber der SPD einschränke. Es wurde beschlossen, CDU-Angriffe gegen Brandt in Zukunft betont aufzugreifen, um die Einheitsfront der SPD zu betonen und gleichzeitig Brandt stärker in die Hand zu bekommen«; im SPD-Protokoll findet sich kein Wort dazu.[722] Außerdem habe man, so weiter, über die Unbotmäßigkeit der »Falken« und über das Fernsehgesetz gesprochen, zu dem eine »dringende Aufforderung an die Ministerpräsidenten der SPD« beschlossen worden sei, »hart in der Ablehnung zu bleiben und ihre CDU-Kollegen entsprechend zu beeinflussen«.

Einen Tag nach Abfassung dieser Meldung saß der BND-Präsident beim Bundeskanzler. Adenauer hatte ihn kommen lassen, um sich über den Besuch von CIA-Direktor Allen W. Dulles am Vortage unterrichten zu lassen »und einzelne andere Fragen zu besprechen«.[723] Es ging zunächst um einen Vergleich des amerikanischen und sowjetischen Potenzials, da Adenauer dessen Bemerkung in einem Gespräch mit ihm, die Wirtschaft der USA sei der sowjetischen »um 100 Jahre voraus«, nicht gefallen, er sie sogar als »leichtfertig« empfunden hatte; ferner um die Organisation der Nato, um die Lage in Frankreich und um den Militärputsch in der Türkei. Der Bundeskanzler brachte in dem Gespräch wieder einmal »seine Sorge um die im Grunde schlechte Sicherheitslage innerhalb der Bundesrepublik zum Ausdruck«. Gehlen widersprach ihm vorsichtig, räumte aber ein, dass

diese noch nicht befriedige und es »noch lange dauern werde, bis überall für die Sicherheitsnotwendigkeiten das erforderliche Verständnis vorhanden sein werde, dass aber doch sowohl beim BfV wie beim MAD in den letzten Jahren ganz erhebliche Fortschritte zu verzeichnen seien«. Dann ging der Bundeskanzler zu einer Frage über, die vor allem seine persönliche Sicherheit betraf. »Frage nach dem Werde- und Entwicklungsgang von Bürgermeister Brandt«, hielt Gehlen in seiner Gesprächsnotiz fest: »Ist er nachrichtendienstlich tätig gewesen?« Der Bundeskanzler, der hier schlecht den Verfassungsschutz einschalten konnte, war auf der Suche nach Munition gegen einen ernst zu nehmenden Gegner. Schützenhilfe durfte er sich dabei am ehesten von Pullachs bewährter Inlandsspionage erwarten.

Der BND wusste, was von ihm erwartet wurde. Bereits zwei Tage nach der Visite des Präsidenten beim Bundeskanzler meldete der Dienst Neues über den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten in spe: »Von einer Seite, von der es bisher nicht zu erwarten war, können sich für Brandt bei der Kandidatur um die Position des Anti-Adenauer-Kandidaten Schwierigkeiten ergeben«, teilte er am Tag der Wehner-Rede dem Kanzleramt mit.[724] Der Bremer Senatspräsident Kaisen sei von Freunden gebeten worden, »Brandt seine Unterstützung zu gewähren. Einen erfolgreicheren Gegenkandidaten für Adenauer gebe es von sozialdemokratischer Seite wohl kaum. Kaisen hat das rundweg abgelehnt, da Brandt ihm zu sehr der Typ des Filous sei. Diese Haltung von Kaisen ist nicht unwesentlich, da Kaisen im Wahlausschuss der Partei sitzt und damit Einfluss auf die Nominierung Brandts hat. Brandt ist für Kaisen zu wenig grundsatztreu. Kaisen wird jetzt von Brandts Freunden bearbeitet, seinen Widerstand aufzugeben, da es in der SPD weit und breit keine Alternative für den Vorschlag Brandt gebe.«

Vier Tage später setzte der BND neuerlich eine alarmierende Brandt-Meldung ab.[725] Diesmal ging es um Unterstützung für den Regierenden Bürgermeister aus Übersee: »Von den US-Gewerkschaften werden im Laufe des kommenden halben Jahres Aktionen zu Gunsten von Willy Brandt erwartet, wie sich aus Informationen ergibt, die der [SPD-Abgeordnete] Wenzel Jaksch von einer US-Reise mitbrachte. Zunächst werde eine Delegation von US-Gewerkschaftlern im Herbst dieses Jahres nach Deutschland kommen, um das Terrain zu sondieren. Die US-Gewerkschaftler um Walter [Philip] Reuther hätten ihr offenes Interesse bekundet, Brandt bei der Kandidatur zu unterstützen. Die US-

Gewerkschaftler möchten gerne eine Balance im Bündnissystem der USA erreichen. Sie glauben weite Teile Asiens für den Kommunismus abschreiben zu müssen und möchten gerne mit der deutschen Sozialdemokratie und dem Renommee der deutschen Arbeiterbewegung in der Welt dem Kommunismus wirksam entgegentreten können. Dabei würden sozialistische Träume der Reuther-Familie eine Rolle spielen. Geplant sei neben der Deutschlandreise der Gewerkschaften eine neue Reise Brandts nach den USA, wo Brandt die Gelegenheit bekommen soll, die Belange Berlins nicht nur vor den Körperschaften, sondern darüber hinaus vor Massenmeetings des amerikanischen Volkes unmittelbar zu vertreten«; Ankreuzung Adenauers. »In Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf soll dadurch für den Hausgebrauch seine Anerkennung in der Welt deutlich gemacht werden. Die Gewerkschaftler sollen ihm zugesichert haben, nicht nur die Fernseh- und Rundfunkstationen zu mobilisieren, sondern ihm vor allem am Labour Day Massenversammlungen von bis zu 100 000 Menschen zu garantieren. Die Gespräche mit Brandt seien bereits abgeschlossen. Man wolle lediglich eine Entscheidung der deutschen Partei (der SPD) über Brandts Nominierung abwarten.« Das alles las sich für Adenauer ziemlich bedrohlich.

Selbstverständlich ist es nicht die Berichterstattung des BND aus der SPD-Spitze allein gewesen, die den Bundeskanzler immer allergischer auf Willy Brandt und Herbert Wehner, das andere Schwergewicht, reagieren ließ. Anfang Juli 1960 machte er sich in einer Vorstandssitzung der CDU richtig Luft.[726] Die Bedeutung Brandts werde unterschätzt, begann Adenauer laut Protokoll; Allensbach hatte gerade herausgefunden, die Bevölkerung ziehe Brandt ihm und Wirtschaftsminister Erhard als Bundeskanzler vor: »Daran sehe man die ganze Dummheit des deutschen Volkes, über die man erschüttert sein müsse. Der Herr Brandt habe doch auf seinem eigentlichen Gebiete, nämlich in Berlin, bisher noch gar nichts geleistet. [Ernst] Reuter habe mehr geleistet, dessen Nachfolger auch, Brandt aber könne nur repräsentieren und Reden halten, aber ob er arbeiten könne, das habe er noch nicht gezeigt. Jedermann wisse, wie es um Brandt stehe, aber das störe das deutsche Volk nicht. Damit sei etwas berührt, was sehr schmerzlich sei, nämlich das mangelnde Nationalgefühl des Deutschen. Es sei erschütternd, dass das Nationalgefühl dem deutschen Volke einstweilen vollkommen abhanden gekommen sei.«

Eine Zeitung, so der erregte Adenauer weiter, berichte darüber, »dass Herr Brandt einen norwegischen Orden, den St.-Olafs-Orden erhalten habe. Zur Verleihung dieses Ordens sei dort ausgeführt, dass mit der Verleihung dieses Ordens die Tätigkeit Brandts während des Krieges in Norwegen und sein Eintreten für die demokratischen Ideen und für die Freiheit gewürdigt werden solle. Er, der Bundeskanzler, finde diesen Schritt der norwegischen Regierung mehr als eigenartig; diese Regierung sei allerdings sozialistisch […] Es sei doch recht unglücklich, so etwas zu machen. Schließlich seien doch einige deutsche Soldaten in Norwegen gewesen, die keine Nazis gewesen sind und gegen die Brandt gekämpft habe. Brandt heiße ja in Wirklichkeit Frahm, sei nach diesem Artikel norwegischer Soldat geworden […] Wenn er sich vorstelle, dass Brandt als Kanzlerkandidat der SPD in Frage komme, dass in der SPD auch Herr Wehner sei, der in Moskau ausgebildet worden ist und dann aus irgendwelchen Gründen, zu denen es verschiedene Lesarten gebe, zur SPD herübergewechselt ist, und dass Brandt jedenfalls Mitglied der norwegischen Armee gewesen ist, und man fände nichts daran, dann müsse er schon sagen, daß er erschüttert sei über den Mangel an National- und Selbstgefühl des deutschen Volkes. Man müsse sich jetzt überlegen, was zur Aufklärung über Brandt zu geschehen habe. Auch sonst möchten die Anwesenden sagen, was sie meinen, das geschehen müsste, um die Wahl 1961 zu gewinnen …«

Allein in diesem missvergnügten Juli landeten auf dem Schreibtisch des Bundeskanzlers sieben BND-Berichte aus der Spitze der SPD. Sie wurden meist auch dem Bundesgeschäftsführer der CDU zur Kenntnis gegeben, zumal es nun schon um die ersten Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr ging. Die Wiedergabe eines Gesprächs der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden von Knoeringen und Wehner mit dem sozialdemokratischen »Parteikassierer Nau« war daher von einigem Interesse.[727] Herbert Wehner habe zum Ausdruck gebracht, seines Erachtens werde die CDU versuchen, »mit einem bisher nicht dagewesenen Mitteleinsatz den Bundestagswahlkampf zu führen, um zu retten, was noch zu retten ist. Aus dem Kreise der Fördergesellschaften sei ihm eine Information zugegangen, wonach der Bundeskanzler die Führungskräfte der Wirtschaft unter schwersten Druck setze, um die von der CDU gewünschten Gelder zu erhalten« – Anstreichung. Die Partei, so weiter, werde höchstwahrscheinlich »mit einem Masseneinsatz auch

modernster Propagandamittel nach amerikanischem Stil in den Wahlkampf gehen. Die SPD müsse demgegenüber darauf hinweisen, dass sie sich nicht von der Wirtschaft kaufen lasse und ihre Geldmittel aus Beiträgen und Spenden kleiner und mittlerer Einkommensempfänger stammten, die mit Hilfe der SPD eine Verbesserung ihres Lebensstandards anstrebten. Die Geldgeber der CDU wollten dagegen nur ihre ungeheuerlichen Profite sichern.«

Wehner prophezeite nach dem geheimen Bericht sodann, auf seine Partei werde »die größte Wahlschlacht seit Kriegsende« zukommen und mit früheren Erfahrungen überhaupt nicht zu vergleichen sein. Dem sei nur mit »restloser Einsatzbereitschaft aller Funktionäre«, erstklassigem Reaktionsvermögen und maximalem eigenen Mitteleinsatz zu begegnen. Bei der Einwerbung der Gelder für den propagandistischen Großeinsatz solle zwar »mit Vorsicht und mit Fingerspitzengefühl, aber doch nicht kleinlich vorgegangen werden«. Er, Wehner, habe nichts dagegen, »wenn kleinere und mittlere Betriebe, deren Inhaber oder Leiter nicht ausgesprochen CDU-gebunden seien, um Spenden für den Wahlkampf angegangen werden. Man müsse hierbei einkalkulieren, dass mache Betriebsinhaber bei dem heutigen Arbeitskräftemangel im Interesse der Erhaltung eines guten Betriebsklimas spendenfreudiger sein werden, als dies in der Vergangenheit gegenüber der SPD der Fall war«; am Rande ein kräftiger Anstrich mit Ausrufungszeichen. Anderntags informierte der BND über das Ausscheiden des Propagandareferenten des Parteivorstands und dessen prospektiven Nachfolger.[728]

Noch größer war ausweislich kräftiger Marginalien Adenauers Interesse an der internen Verarbeitung von Wehners spektakulärem außenpolitischem Schwenk.[729] Dazu stellte der BND fest: »Die Auseinandersetzung in der SPD als Folge der letzten außenpolitischen Debatte wird nach Auffassung des Parteivorstands bei der Beurteilung von außen bei weitem überschätzt. Erstens gehe der Kurswechsel der SPD nicht so weit, wie es im Allgemeinen angenommen werde. Mit einer geschickten Argumentation lässt sich nach Meinung des Parteivorstands die Brücke zu der Haltung der letzten Jahre schlagen. Zweitens bestehe alle Aussicht, dass sich die Polemik der Parteilinken gegen den Kurswechsel des PV durch das Sieb der Funktionärskonferenzen und auch der Delegiertenversammlungen bis zum kommenden SPD-Parteitag auffangen lässt. Die Bedeutung der Kritik aus

Kreisen der Mitgliedschaft werde in der Presse bei weitem überbewertet«, ebenso das Murren im Unterbezirk München.[730]

Dann wieder Wehner, der dem Kanzler durch die politische Inlandsspionage nachgerade als ein politischer Magier nahegebracht wurde. Die von diesem persönlich geleiteten Funktionärskonferenzen in Süddeutschland hätten »deutlich gemacht, dass die Organisation und ihre Funktionäre Wehner bereits treu ergeben sind, geradezu abhängig davon, welchen politischen Kurs Wehner steuert. Von den anwesenden Funktionären haben nur wenige Wehner widersprochen. Es waren der Landessekretär Knoeringens, [Heinz] Göhler, dann [Rolf] Reventlow, der im Ruf steht, immer anders zu denken als der Parteivorstand, und der Stadtrat von München [Georg] Fischer. Von diesen dreien kam allein eine versteckte Kritik gegen die neue Haltung des Parteivorstands, wobei allerdings auch hier mehr der radikale Kurswechsel Wehners kritisiert wurde, als die Notwendigkeit einer neuen Haltung, die sich den neuen Verhältnissen anzupassen sucht. Die Mehrheit aber unterstützt Wehner und es wurde klar, dass diese neue politische Linie den Auffassungen der Organisation mehr Rechnung trägt, als das in den vergangenen Jahren der Fall war. Bei Wehner«, so der BND getreu seiner bisherigen Porträtierung weiter, »hat diese Haltung nichts weiter als Verachtung für den ›Kretenismus des Apparates‹ ausgelöst. Trotzdem bleibt festzustellen, dass beim Parteivorstand sich die Auffassung durchzusetzen beginnt, dass man sich in den letzten Jahren ein X für ein U vorzumachen geneigt war und die Grundsatzfestigkeit der SPD-Mitgliedschaft und selbst der Funktionäre nicht überbewertet werden darf. Im Parteivorstand wird von [Stephan] Thomas und [Karl] Mommer sowie von einer Reihe anderer, vor allem von Gewerkschaftlern, betont, es habe sich doch jetzt herausgestellt, dass der Parteivorstand immer Trugschlüssen erlegen sei, wenn er die Bedeutung der Linken überschätzt habe. Insbesondere auf der Konferenz in München, die der Parteivorstand als echte Vorentscheidung für den kommenden Parteitag (im November in Hannover) ansieht, hat sich herausgestellt, dass die neutralistische und Anti-Atomkampagne der SPD niemals echt von der breiten Mitgliedschaft der Partei getragen wurde.« Das war sicherlich eine zutreffende Analyse der SPD-Führung. Bundeskanzler Adenauer glaubte jedoch weder in diesem Sommer noch auch später an einen wirklichen Wandel der sozialdemokratischen Außen- und Deutschlandpolitik.[731]

Einen Tag später meldete sich Gehlens Top-Informant erneut. Diesmal berichtete er aus einer Klausurtagung des Präsidiums.[732] Der Parteivorstand habe mit der wichtigen »Siebenerkommission« getagt, hieß es in dem Bericht (der an den Bundesgeschäftsführer der CDU weitergeleitet wurde), um Beschlüsse zu der SPD-Mannschaft für den Wahlkampf zu fassen. Dazu sei es dann aber doch nicht gekommen, vielmehr habe Willy Brandt hinsichtlich der »Wahlmannschaft« gebeten zu überlegen, »ob es zweckmäßig sei, die Mitglieder dieses Kreises frühzeitig zu bestimmen, da man ja kein Schattenkabinett aufstellen wolle. Die Gefahr sei nicht auszuschließen, dass die CDU versuchen wird, die Mitglieder der Wahlmannschaft einzeln zu diskreditieren und zu verschleißen, was bei einem längeren Zeitraum besser möglich sei. Er bat darum, bei öffentlicher und halböffentlicher Diskussion um die Kanzlerkandidatur weitgehende Zurückhaltung zu üben. Dies liege im Interesse Berlins und biete auch der Partei bessere taktische Möglichkeiten. Brandt fand keinen Widerspruch, Beschlüsse wurden zu der Frage der ›Mannschaft‹ nicht gefasst.« Dann kam die Rede noch einmal auf den außenpolitischen Schwenk der Partei, der in weiteren Aufklärungsveranstaltungen plausibel gemacht werden müsse, »um zu verhindern, dass nach außen hin der Eindruck entsteht, die SPD sei innerlich gespalten«.

In der folgenden Woche gingen die Wellen im SPD-Vorstand hoch, denn es hatte zahlreiche Indiskretionen aus den Beratungen des Präsidiums gegeben.[733] Erich Ollenhauer brachte seine »Entrüstung« zum Ausdruck und entschuldigte sich bei den 23 anwesenden Genossen. Die Durchstechereien hätten »einige strategische Überlegungen zur Führung des Wahlkampfes über den Haufen geworfen«, sagte er. Nun gelte »Willy Brandt schon früher offiziell als der Kanzlerkandidat der SPD«, noch ehe der Parteirat der Sozialdemokraten überhaupt seine Zustimmung erteilt habe. Der hessische Ministerpräsident Zinn meinte, »dass einer aus dem Kreis der Beteiligten geplaudert haben müsse. Er werfe die Frage auf, ob nicht der Eindruck entstehen müsse, ob die SPD überhaupt regierungsfähig sei, wenn nicht einmal solche Dinge vertraulich behandelt werden könnten.« Helmut Schmidt beklagte, »offenbar gebe es kein Mittel, sich gegen Indiskretionen, die wir in der Vergangenheit sehr häufig erlebt hätten, zu wehren«. Ansonsten frage er sich, was die Mannschaft überhaupt darstellen solle, »wenn es sich um kein Schattenkabinett handle«. So ging

es weiter. Man diskutierte über Namen, versuchte die Aufgaben der Mannschaft wie der Siebenerkommission zu definieren und beschloss schließlich, dass Willy Brandts Team aus elf Personen bestehen und mit dem DGB-Vorsitzenden Willi Richter einen prominenten Gewerkschafter in seinen Reihen haben solle.

Mittlerweile pfiffen es die Spatzen von den Dächern, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin den Bundeskanzler herausfordern werde. Die »Mannschaft« war auch kein Geheimnis mehr. Carlo Schmid, der zunächst als Spitzenmann im Gespräch gewesen war, sollte Stellvertreter des Kanzlerkandidaten sein. Zum Team gehörten außerdem Max Brauer, Heinrich Deist, Fritz Erler, Wenzel Jaksch, Alex Möller, Fritz Steinhoff, Willi Richter, Käte Strobel und Georg August Zinn. Im Wahlkampf spielte diese Aufstellung dann nur eine untergeordnete Rolle, »die Hoffnungen auf personale Attraktivität konzentrierten sich auf den Kanzlerkandidaten Willy Brandt«.[734] Es gab auch schon eine zentrale Wahlkampfleitung mit Ollenhauer, Wehner, von Knoeringen, Nau und Brandt. Dessen Vertrauter Klaus Schütz reiste in die USA, um den Wahlkampf von Richard Nixon und John F. Kennedy zu studieren, mit dem mancher den deutschen Kanzlerkandidaten inzwischen schon verglich.

Da dies alles nicht recht geeignet war, die Hoffnung der Union auf eine neuerliche absolute Mehrheit der Bundestagsmandate zu stärken, waren die Ergebnisse der politischen Inlandsspionage des BND auch in diesen Wochen der Aufmerksamkeit der Unionsspitze sicher. Noch am Tag der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion konnte man im Palais Schaumburg deren Ergebnisse schwarz auf weiß zur Kenntnis nehmen.[735] Fritz Erler hatte demnach im Anschluss an seinen ausführlichen Bericht über die politische Lage und speziell das nach wie vor schwärende Berlin-Problem »Richtlinien für die Arbeit der Fraktion« im Jahr vor der Wahl ausgegeben, die »im Wesentlichen von wahltaktischen Überlegungen« bestimmt sein müssten. »Als wahlpolitisch besonders interessant bezeichnete Erler die Gesetzgebungsgebiete Sozialpolitik einschließlich Krankenversicherung, Erziehungspolitik und Entwicklungspolitik«; so weit Berichtsroutine. Dann aber sei Erler auf »die bereits in Vorgesprächen erkennbare Kritik an der Übergehung der Fraktion bei der Bildung der SPD-Mannschaft« eingegangen. Er habe sich dabei bemüht, der Verärgerung »mit der Versicherung zu begegnen, dass diese Mannschaft unter gar keinen

Umständen ein Schattenkabinett sei. Bei der Auswahl der Mitglieder« – nicht gerade ein Kompliment und noch weniger glaubhaft – »sei man wesentlich auch von regionalen Gesichtspunkten ausgegangen. Die Verteilung der Ressorts werde die Angelegenheit möglicher Koalitionsverhandlungen sein, da es irrsinnig sei, an eine Alleinregierung der SPD selbst bei einem außergewöhnlichen Wahlerfolg zu glauben«; Anstreichung. »Die Wahl von Ressortministern werde durch die Zugehörigkeit zur Mannschaft nicht bestimmt. Im Übrigen werde eine von der SPD geführte Regierung keine Beschlüsse fassen, ohne vorher Partei und Fraktion um Rat zu fragen.«

Anschließend sei Fritz Erler, der während der NS-Zeit jahrelang eingesperrt gewesen war und längst zu den besten Köpfen der Sozialdemokratie zählte, deutlich geworden, berichtete der BND weiter: »Der Anti-Brandt-Propaganda der Bundesregierung und der CDU/CSU müsse die SPD mit einer offensiven Note begegnen«; Anstreichung und Unterstreichung. »Wer Brandt vorwerfe, während des Zweiten Weltkriegs auf alliierter Seite gestanden zu haben, müsse sich die Feststellung gefallen lassen, dass alle, die gegen Hitler gekämpft hätten, Deutschlands Freiheit gewollt hatten.«

Einer der in dieser Hinsicht bedenkenlosesten Anti-Brandt-Propagandisten war, wie jedermann wusste, Konrad Adenauer selbst. In einer Vorstandssitzung hatte der Kanzler seine Parteifreunde gemahnt, man müsse Brandts Vergangenheit als »norwegischer Soldat« herausstellen, der womöglich gegen deutsche Soldaten gekämpft hatte und als Besatzer nach Deutschland gekommen war.[736] Zeitungen, die auf dieser Linie lagen, ermunterte Adenauer ausdrücklich.[737] Der BND war ohnehin in diese Art Brandt-Forschung eingespannt. Wie der Bundeskanzler stellte auch Hans Globke dem Präsidenten immer wieder einschlägige Fragen, im Herbst 1960 etwa: »Brandt: Er soll während des spanischen Bürgerkrieges der Partido TUM [POUM, Partido Obrero de Unificación Marxista], einer zwischen Sozialisten und Kommunisten stehenden Partei angehört haben. Die Mitglieder der TUM wurden liquidiert außer Brandt, und es wird behauptet, dass er Schuld an dieser Liquidation gehabt habe. Ist darüber etwas bekannt? […] Wer war die erste Ehefrau von Brandt?«[738]

Den Bundeskanzler interessierte auch, was ihm über die »Brandt-Nachfolge in Berlin« mitgeteilt wurde.[739] Doch auf keine andere Meldung

des BND aus der SPD-Führung setzte er neben die Aufforderung an Globke zur Rücksprache ein so entschiedenes »Eilt!« wie bei einem Bericht mit der Überschrift »Brandtbesuch bei Kennedy«.[740] Der Kanzler bekam zu lesen: »Die Mitglieder des Präsidiums führten außerhalb der Routinesitzung auch zur Endabstimmung über den Ablauf des Parteitages eine Lagebesprechung durch. In der allgemeinen politischen Diskussion begrüßte Ollenhauer warm die Wahl Kennedys. Es wurde beschlossen, dass über den amerikanischen Stadtkommandanten in Berlin und über die US-Gewerkschaftler sowie alle weiteren sich ergebende Kanäle der Versuch gemacht werden soll, Brandt – möglichst noch vor der Reise des Bundeskanzlers nach den USA – die Aufforderung zu besorgen, den neuen Präsidenten zur Informierung über die Berliner Situation aufzusuchen. Gegen Brandts ursprüngliche Idee, seinen Wunsch, Kennedy aufzusuchen, zumindest offiziös zu erkennen zu geben, hatte man allgemein Bedenken. Vor allem Brauer befürchtete, dass sich Brandt und damit die SPD bei einem solchen Vorgehen einen Korb holen könnte. Auf keinen Fall würde es zu einem solchen Besuch vor der Reise des Bundeskanzlers nach den USA kommen können, womit die wahltaktische Wirkung des Brandtbesuches weitgehend verpuffen würde. Dagegen beständen gute Chancen, einen Arbeits- und Informationsbesuch zustande zu bringen.« Tatsächlich suchte der, so manche, »deutsche Kennedy« ein Vierteljahr später, einen Monat vor Adenauer, den amerikanischen Kennedy mit großem Medientross auf.[741] Trotz dieses Publicity-Erfolges waren daraus für den Bundestagswahlkampf allerdings kaum Funken zu schlagen, wie Klaus Schütz eingestand.[742]

Am 25. November 1960 bestätigte der Bundesparteitag in Hannover den Vorschlag der SPD-Führung, Berlins Regierenden Bürgermeister zum sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten zu küren. Carlo Schmid verlas den Aufruf: »Mit den unverbrauchten Energien der jungen Generation müssen unverbrauchte Kräfte ans Werk. Darum muss Willy Brandt Bundeskanzler werden!« Der hielt denn auch eine eindrucksvolle Rede, die nach der Beobachtung der *Süddeutschen Zeitung* bei den Delegierten gut ankam: »Seine Worte sind dazu angetan, die Teilnehmer des Parteitages von den Plätzen zu reißen. Sie wissen nicht, dass Willy Brandt in diesem Augenblick einen zuvor schon von John F. Kennedy in Amerika sorgsam erprobten Effekt ausspielt: Er spricht den Amtseid des Bundeskanzlers.

Willy Brandt suggeriert dem Parteivolk ein Vorgefühl von Siegestaumel, als er mit den Worten schließt: ›… so wahr mir Gott helfe!‹«

Kurz vor dem SPD-Parteitag schlugen sich die Nervosität und die politischen Sorgen des Bundeskanzlers, der sich einer attraktiver gewordenen Opposition gegenübersah, in einem Gespräch mit dem BND-Präsidenten nieder. Weit davon entfernt, sein Grundmisstrauen gegenüber der Sozialdemokratie etwa abzustreifen oder seine in vielen Wahlkämpfen erprobten Verleumdungen gegen ihr Spitzenpersonal einzustellen, forderte Adenauer den BND-Präsidenten neuerlich auf, »abwehrmäßig und eventuell auch politisch fragwürdige« SPD-Politiker wie Herbert Wehner oder Willy Brandt besondere Aufmerksamkeit zu schenken und ihm darüber zu berichten.[743] Gehlen und sein Apparat hätten dieser Ermunterung nicht eigens bedurft. Es war allgemein geläufig, was Konrad Adenauer von der politischen Inlandsspionage erwartete.

Man kann sich trotzdem fragen, weshalb Gehlen die allgemeine Erwartungshaltung und die expliziten Wünsche Adenauers so deutlich wie nie – und vor allem unnötigerweise – einem Aktenvermerk anvertraute. Gut möglich, dass er damit ein Dokument griffbereit in der Schublade haben wollte, falls die Bundestagswahl eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung bringen würde oder, entsetzliche Vorstellung, die gegen die SPD-Führung gerichtete innenpolitische »Aufklärung« ans Licht kommen sollte: Der Bundeskanzler habe das ja angeordnet …

Wir werden sehen, dass sich eine Vorsichtsmaßnahme wie diese gut in eine Reihe anderer, ähnlich gelagerter Vorkehrungen einfügte. Einstweilen hielt Gehlen aber noch an seiner Doppelstrategie der heimlichen Ausspähung bei offiziöser Hofierung der SPD-Führung fest. Vermutlich erfuhr Bundeskanzler Adenauer nichts davon, dass der BND-Präsident seinen schärfsten innenpolitischen Rivalen zwar weiterhin im Blick hatte und ausführlich über ihn berichtete, dass er denselben Willy Brandt aber schon wenige Tage nach der Auftragserteilung im Palais Schaumburg in der Pullacher Zentrale empfing. Gegenüber Staatssekretär Globke hatte er sich dafür mit einem besonders hoch eingestuften Schreiben abgesichert: nur zwei Ausfertigungen, »streng geheim, nur persönlich«.[744]

Dieser Brief des BND-Präsidenten hatte folgenden Wortlaut: »Am Mittwoch, dem 9.11.1960, wird der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Brandt, zu einem kurzen Besuch hier sein, der sich kurzfristig ergeben

hat. Mir ist an diesem Zusammentreffen vor allem deswegen gelegen, weil der BND für seine laufenden Vorbereitungen für einen Spannungsfall in Berlin die besondere Unterstützung des Regierenden Bürgermeisters benötigt. Es handelt sich hierbei insbesondere um die getarnte Unterbringung der Fernmeldeeinrichtungen des BND im Rahmen geeigneter Berliner Dienststellen (Polizei usw.), Unterbringung von Meldeköpfen, persönliche Abtarnung u. ä. Auf der Arbeitsebene sind alle diese Dinge geregelt, bedürfen aber der endgültigen Sanktionierung durch Herrn Brandt. Auf Wunsch von Herrn Brandt unterliegt dieser Besuch auch in seinem Bereich einer besonderen Abschirmung. Über das Ergebnis der Besprechung darf ich bei meinem Vortrag in der nächsten Woche berichten.« Das wird bei Gehlens Besuch im Palais Schaumburg am 17. November denn wohl geschehen sein.

»Dr. Schneider« konnte dem Kanzleramtschef darüber hinaus noch mitteilen, sein Vizepräsident Worgitzky sei jüngst mit Fritz Erler zusammengetroffen, er selbst plane das ebenfalls: »Ich trug vor«, so die Notiz des BND-Präsidenten, »dass ich Herrn Erler wahrheitsgemäß davon unterrichten werde, dass weder ich selbst noch eine Führungsstelle im Bundesnachrichtendienst einen Auftrag gegen Herrn Brandt gegeben habe. Falls Derartiges erwogen worden sei oder besprochen worden sei, müsse Loch im Bundeskanzleramt sein.«[745] Hans-Heinrich Worgitzky wandte sich sogar brieflich an Fritz Erler, der ihm bei einem Zusammentreffen vorgeworfen hatte, der BND sammle Material gegen Brandt. Diesen Vorwurf habe er, Worgitzky, sogleich seinem Präsidenten gemeldet: »Er beabsichtigt, Sie bei nächster Gelegenheit aufzusuchen, um mit Ihnen darüber zu sprechen«, heißt es in dem Schreiben. »Leider ist es dazu bisher nicht gekommen. Da er jetzt plötzlich eine Auslandsreise antreten muss, bin ich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass derartige Nachrichten von uns nicht gesammelt worden sind.«[746] Auch diese Notiz und dieser Brief konnten eines Tages nützlich werden. Sie änderten aber nichts an der Tatsache, dass die geheime Berichterstattung des BND über die SPD-Führung und ihren Spitzenkandidaten noch immer uneingeschränkt fortgesetzt wurde.

Unmittelbarer Auslöser dieser nachgerade hektischen Beteuerungen dürfte ein Zusammenstoß gewesen sein, den der BND-Vizepräsident (vielleicht war es auch Hans Langemann) mit Fritz Erler gehabt hatte.[747] Der BND sammle Material gegen Brandt, hatte der SPD-Politiker ihm

ziemlich direkt an den Kopf geworfen: »Ich spontan: ›Nein!‹«, hielt der Vermerk fest. Darauf Erler: »›Doch, ich weiß es ganz genau. Der Auftrag kam von einer ziemlich hohen Stelle, aus der Spitze heraus. Ich möchte nichts Näheres sagen. Es ist schon genug Porzellan zerschlagen, das jetzt gekittet werden muss. Die Zusammenarbeit war doch immer so gut.‹ Ich: ›Eben. Ich war jetzt auf Urlaub, aber das hätte ich sofort nach Rückkehr erfahren.‹ ›Nein, nein, es ist so. Ich weiß, dass Sie auf Urlaub waren. Bitte, unterbinden Sie das und lassen Sie es mich wissen, dass es unterbunden ist.‹« Die an Erler gerichtete Zusicherung Gehlens war insofern nicht glatt gelogen gewesen, als ein expliziter, gegen Brandt gerichteter *Auftrag* nicht existierte – auch gar nicht zu existieren brauchte.

Es verstrichen nur drei Wochen, da stattete der Auslandsnachrichtendienst Konrad Adenauer und Hans Globke schon wieder mit den wesentlichen Ergebnissen der letzten SPD-Vorstandssitzung aus.[748] Die halbtägige Zusammenkunft »wurde im Wesentlichen mit der Diskussion der auf Grund des Parteitages Hannover zu ergreifenden propagandistischen Maßnahmen ausgefüllt. Wie schon in der Fraktionssitzung vom 6.12. hielt Ollenhauer eine längere Rede zu diesem Thema«, erfuhren der Kanzler und sein Staatssekretär: »In den Monaten Januar bis März 61 sollen der Appell von Hannover und der Inhalt der Rede Brandts innerhalb der Partei propagiert und erreicht werden [sic!], dass sich Funktionäre und Werbehelfer mit beidem identifizieren.

Rednerdispositionen zu beiden Themen sollen ausgearbeitet werden, so weiter. Hierbei soll klargestellt werden, dass über die Beschlüsse von Hannover als solche keine Diskussion mehr zulässig ist. Sie sind für die Dauer des Wahlkampfes verbindlich.« Es werde eine »Tiefdruck-Illustrierte ›Wir sind eine Familie‹« herauskommen, deren Titel nach »psychologischen Tests« festgelegt worden sei. Es komme nun entscheidend darauf an, »die Partei mit dem Geist der Zuversicht und Hoffnung für die Wahl zu erfüllen«. Die Regierungsmannschaft solle das »Regierungsprogramm« bis zum Frühjahr fertigstellen. »Grundidee des Programms muss sein: keine Neuauflage des Godesberger Programms, sondern in kurzen konkreten Formulierungen Herausstellung der Ziele für die kommende Legislaturperiode. Die Veröffentlichung des Programms soll nicht vor dem Frühsommer erfolgen. Stark gepflegt werden muss in den nächsten Monaten der Kontakt mit Betriebsvertrauensleuten und

Gewerkschaftern. Es muss erreicht werden, die Gewerkschaften davon zu überzeugen, dass die SPD mit ihrem Hannover-Kurs den Absichten der Gewerkschaften dient.« Über die Beurteilung der Wahlen an der Saar, die Zustimmung zum Vorgehen von Außenminister Brentano bei der Diskussion über den Handelsvertrag mit der UdSSR und die Haltung Erlers zu »de Gaulles Atomplänen« wurde das Kanzleramt obendrein auf den neuesten Stand gebracht, und zwar wiederum sehr viel detaillierter, als wenn Adenauer und Globke das Originalprotokoll[749] vorgelegen hätte.[750]

Die letzte ausführliche Berichterstattung des Gehlen-Dienstes vor einem ersten abrupten Abbruch der langjährigen SPD-Operation bezog sich auf die letzte Präsidiumssitzung im Jahr 1960.[751] Neuerlich ging es darin um die Reaktion auf den Parteitag von Hannover. »Wehner zeichnete, teilweise ergänzt von Ollenhauer und Nau, ein ziemlich dunkles Bild«, stand in dem Papier zu lesen: »In den letzten drei Wochen gehen direkt beim Parteivorstand täglich rund zehn Austrittserklärungen ein, während der Wochendurchschnitt vor dem Parteitag drei betrug. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass diese Erklärungen, die unmittelbar an den PV gehen, nur einen Bruchteil der tatsächlichen Austritte ausmachten.« Es sähen sich ja nur die politisch besonders aktiven Mitglieder veranlasst, wegen ihrer ablehnenden Haltung zu der neuen politischen Linie dem Vorstand direkt zu schreiben. Fast alle Bezirke hätten einen »erheblichen stillen Mitgliederschwund«; auch auf einige prominentere Austritte kam das Präsidium zu sprechen. Ollenhauer habe in dieser »pessimistischen Diskussion« jedoch aufmunternde Worte gefunden und seine Hoffnung bekräftigt, »dass die parteiinterne Aufklärungsaktion, die jetzt anlaufe, sich sicherlich noch positiv auswirken werde«. Auch das war eine Information, die nicht einmal im internen Protokoll der SPD Niederschlag gefunden hatte.[752]

Dann erfolgte die Wende. Denn wie abgeschnitten endet mit dem ablaufenden Jahr 1960 plötzlich die Überlieferung der geheimen BND-Berichte aus der SPD-Spitze: Weil Reinhard Gehlen und Hans Globke es für geboten hielten, wechselte die zentrale Figur Siegfried Ortloff am 1. Januar 1961 aus der sozialdemokratischen Parteizentrale direkt in die Dienste des BND! Wir werden sogleich sehen, wie und wieso es zu diesem spektakulären Schritt kam.[753] Erst wenige Wochen vor den Bundestagswahlen (17. September 1961) begannen die Informationen für

Adenauer vorübergehend wieder in der gewohnten Form zu fließen.[754] Doch schon bald, im Mai 1962, verstummte der langjährige Informant endgültig.[755] Die elaborierteste und riskanteste Form von Reinhard Gehlens politischer Inlandsspionage, eine der erfolgreichsten Operationen seines Dienstes überhaupt, fand ihr Ende.

Siegfried Ortloffs erster Bericht nach seinem Übertritt zum BND informierte das Bundeskanzleramt Anfang Juli über die Zusammenkunft der SPD-Spitzengremien. Adenauer traktierte das Papier mit so vehementen Anstreichungen und so vielen Ankreuzungen wie wenige andere Meldungen aus dem sozialdemokratischen Nähkästchen.[756] »Zur Besprechung mit Staatssekretär Globke«, setzte Adenauer an den Rand. Referiert habe Kanzlerkandidat Willy Brandt, war in dieser Mitteilung zu lesen, der seine Ausführungen verhalten begonnen habe: »Im Gegensatz zu dem Optimismus, der seine Ausführungen vor dem Parteivorstand kennzeichnete (am 30.6.), berücksichtigte er jetzt stark den pessimistischen Erlerschen Standpunkt in seinen Ausführungen.« Das bezog sich auf die verhärtete Haltung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Nikita Chruschtschow in der Berlin-Frage. »Die westliche Gegenposition sei bisher nicht genügend durchdacht«, so Brandt. Notwendig sei eine friedliche Gegenoffensive. Nach seinen Informationen werde die amerikanische Antwort an Moskau – Kennedys berühmten »three essentials«[757] – Ansatzpunkte dafür liefern.

Willy Brandt, so der inzwischen beim Auslandsnachrichtendienst untergeschlüpfte Zuträger Ortloff weiter, habe die »Gerstenmaier-Erklärung« im Bundestag tags zuvor ausdrücklich gelobt – förmliches Aufbäumen des lesenden Kanzlers, der wegen der, wie er es sah, außenpolitischen Eskapaden des Bundestagspräsidenten häufiger mit diesem im Streit lag. Sein Stellvertreter im christdemokratischen Parteivorsitz hatte wieder einmal Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über einen Friedensvertrag gefordert. »Ergrimmt« habe Adenauer reagiert, schreibt sein Biograf.[758] Seine Bearbeitung des Spitzelberichts bestätigt das optisch. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat habe erklärt, fuhr das Papier fort, die politische Aussage dieses Vorstoßes sei richtig gewesen, »sie könne außerdem in geeigneter Weise benutzt werden, um als Kronzeugnis für die Richtigkeit der SPD-Forderung nach gemeinsamer politischer Bestandsaufnahme zu dienen.

Hierbei sei aber Vorsicht am Platze, keinesfalls dürfe die Ausschlachtung der Gerstenmaier-Rede gegenwärtig parteipolitisch überdreht werden. Sie würde dann ihren Wert für die SPD verlieren« – Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten war so ziemlich das Letzte, was Bundeskanzler Adenauer sich traditionell und erst recht wenige Wochen vor der Wahl wünschte.

Erich Ollenhauer war nach dem Bericht noch etwas deutlicher geworden als der Kanzlerkandidat: »Der Bundeskanzler wird die neue internationale Spannung nutzen, um sich mit Appellen an das Sicherheitsbedürfnis der Wähler hochzuspielen«, hieß es. »Darum darf sich die SPD die Außenpolitik nicht als Zentralpunkt der Wahlauseinandersetzung aufzwingen lassen. Diese Taktik wird schwierig sein, aber leichter als bei früheren Wahlen. So eröffnet Gerstenmaiers Rede erneut die Möglichkeit, die SPD-Bereitschaft zur gemeinsamen Außenpolitik ohne Prestigeverlust für die SPD zu unterstreichen […] Der Verzicht auf außenpolitische Auseinandersetzungen im Wahlkampf ist keine Kapitulation vor der CDU, sondern eine Konsequenz aus der Erkenntnis des Ernstes der Lage. Entsprechend ist die Betonung innenpolitischer Schwerpunkte kein Opportunismus, sondern eine echte politische Aufgabe, da von einem gesunden sozialen und demokratischen Status der Bundesrepublik ihre Kraft in künftigen außenpolitischen Auseinandersetzungen abhängt.«

Helmut Schmidt habe sich in der Diskussion der beiden Referate »gegen die Ausklammerung der Außenpolitik aus dem Wahlkampf« gewandt, fuhr die Schilderung fort: »Das hinge nicht von der SPD ab. Die CDU werde in diese offene Flanke hineinstoßen. Hier müsse die SPD offensiv werden. Dies sei schon notwendig, um die eigenen Anhänger aufzumuntern, die in den letzten Monaten zunehmend verwirrt würden. Wehner« – Ankreuzung Adenauers – »unterstrich Brandts Ausführungen, jedoch mit optimistischem Tenor zusätzlich: Falls die UdSSR eine Friedenskonferenz einberuft, sei es falsch, die Russen auf dieser Konferenz mit ihren Satelliten allein zu lassen. Der Westen müsste zumindest durch Verbündete und sympathisierende Staaten vertreten sein und einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland unter Beachtung des Rechtes des Deutschen Volkes zur Selbstbestimmung fordern.« Schließlich habe Brandt noch einmal in die Diskussion eingegriffen und gesagt, man könne außenpolitische Themen nicht vermeiden, man dürfe sie durch »unnötiges Eingehen« auf die Argumente des Gegners aber auch nicht hochspielen. »Grundthese müsse bleiben: Wir

bestimmen unsere Wahlkampfthemen selbst.« Solche keineswegs nebensächlichen Details der Debatte haben im SPD-Protokoll keinen Niederschlag gefunden.[759] Wieder einmal saßen Adenauer und Globke mit am Tisch, wenn die Sozialdemokraten ihre Marschroute festlegten.

Der lange Bericht war die letzte umfangreiche Information dieser Art vor dem Mauerbau am 13. August 1961, der für den Bundeskanzler zu einer Wahlkampfhilfe und zu einem Handicap zugleich wurde. War er, der sich jetzt augenblicklich in den »besonnenen Friedenskanzler«[760] verwandelte, nicht derjenige gewesen, der immer gesagt hatte, mit den gefährlichen Sowjets gut Kirschen essen zu wollen, sei im besten Falle blauäugig? Aber war er nicht auch derjenige gewesen, der es zugelassen hatte, dass die Dinge sich nun so kreuzgefährlich entwickelt hatten?

Wie immer, interessierte Adenauer sich auch bei dieser Mitteilung aus den SPD-Spitzengremien besonders für die praktischen Wahlkampfvorbereitungen der Sozialdemokraten. Dazu habe der stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner referiert, wusste der Informant des BND: »Die FDP manövriert, wenn auch halben Herzens, als Hilfstruppe der CDU. SPD-Taktik muss bleiben: FDP nicht beachten, CDU immer wieder auffordern, und im letzten Stadium des Wahlkampfes zwingen, zum SPD-Programm Stellung zu nehmen. Adenauer habe im engsten Kreise geäußert: Wenn die SPD diese Linie durchhält, wird es gefährlich für die CDU« – hier eine Anstreichung sogar mit zwei Kreuzchen des Kanzlers.

Danach war es um eine »Kupfer-Tiefdruckschrift« mit einer Auflage von zwölf Millionen Stück, großformatige Plakate, Inserate in allen wichtigen Zeitungen, etc., etc. gegangen. Brandt habe bedauert, dass »die Suggestiv-Propaganda der CDU, die Wahlentscheidung ist schon gefallen«, von der großen Presse vielfach aufgegriffen worden und sogar in der SPD erfolgreich sei (tatsächlich gingen die Umfragen inzwischen in diese Richtung). Hier müsse unbedingt gegengehalten werden. Dann folgten Hinweise auf diese und jene Vorhaben, die dann jedoch alle durch den Mauerbau über den Haufen geworfen wurden. Aufmerksam wurde der Kanzler wieder bei den zusammenfassenden Maximen für den restlichen Wahlkampf: Keine neuen Themen anschneiden, »auf jeden Fall Line halten. Manöverkritik kann nach der Wahl erfolgen. Gegner ist die CDU, nicht die FDP. Sie kann man spöttisch links liegen lassen.«

Zur plötzlich akut gewordenen Lage der geteilten Hauptstadt ging dem Bundeskanzler vor der Wahl nur noch ein einziger Bericht zu.[761] Er war mit »Berlin-Krise« überschrieben und teilte mit: »Aus absolut zuverlässiger amerikanischer Quelle habe er, Brandt, erfahren, dass die amerikanische Regierung aufgrund der Berichte des US-Nachrichtendienstes damit gerechnet habe, dass die Luftverbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin durch sowjetische Störmaßnahmen erheblich beeinträchtigt werden«; im Einvernehmen mit Moskau wolle die »Sowjetzonenregierung« das Ausfliegen von Flüchtlingen weitgehend lahmlegen. »Die US-Regierung habe geradezu erleichtert aufgeatmet, dass nicht die befürchteten Maßnahmen, sondern die Absperrungen in Berlin durchgeführt worden sind. Dadurch sei die Möglichkeit eines ernsten Konflikts ausgeschaltet worden.« Das traf ebenso zu wie der Hinweis, »die US-Regierung sei bis zum Äußersten entschlossen, alle ernstlichen Zwischenfälle zu vermeiden und Konflikten, die zu militärischen Auseinandersetzungen führen könnten, aus dem Wege zu gehen«. Wie vordem schon, kreuzte der im 85. Lebensjahr stehende Kanzler auch hier den Passus an, der sich auf das Verhältnis des jungen Bürgermeisters zu dem jungen Präsidenten bezog, nämlich, »dass Brandt – nach allgemeiner Überzeugung der PV-Mitglieder – über sehr gute Beziehungen zu einflussreichen Persönlichkeiten im Kreis um Kennedy verfügt«.

Welche Hoffnungen der Kanzlerkandidat Willy Brandt und die SPD vor dem Urnengang am 17. September 1961 auch gehegt haben mögen, sie erfüllten sich nicht. Die Union verlor mit 45,3 Prozent zwar ihre absolute Mehrheit, die SPD gewann mit 36,2 Prozent der Stimmen durchaus hinzu – ihr bestes Ergebnis seit 1919 –, ein spektakulärer Durchbruch war den Sozialdemokraten jedoch versagt geblieben. Brandt, dessen »große Stunde der Bewährung«[762] erst nach dem Bau der Berliner Mauer schlug, war deprimiert. Er hatte in den Umfragen weit vor seiner Partei gelegen, doch die Unsicherheit der Wähler, ob der neue Kurs der SPD als wahltaktisches Manöver oder als ein wirklicher Aufbruch anzusehen sei, war offenbar zu groß. Zu der von Willy Brandt gewünschten Allparteienregierung angesichts der Bedrohung Berlins kam es auch nicht. Konrad Adenauer blieb Kanzler, und Erich Ollenhauer empfing den Regierenden Bürgermeister, seinen Nachfolger als Kanzlerkandidat, in der »Baracke« mit der feinfühligen Bemerkung, andere kochten eben auch nur mit Wasser.

Bald nach den Bundestagswahlen gab der BND dem Kanzleramt einen ersten Überblick über die Befindlichkeiten im SPD-Parteivorstand.[763] »Seit der Bundestagswahl hat innerhalb der SPD-Spitze ein Tauziehen um Machtpositionen und Einfluss eingesetzt«, berichtete man. »Ollenhauer, der in den letzten eineinhalb Jahren weitgehend inaktiv geworden war und sich vorwiegend darauf beschränkte, Differenzen im Präsidium und im Parteivorstand auszugleichen, zeigt jetzt plötzlich eine wesentlich stärkere Aktivität. Er hat auch inzwischen Knoeringen und Wehner an die Vereinbarung der drei Vorsitzenden, dass alle wesentlichen Schreiben der Vorsitzenden den beiden anderen *vor* Abgang zur Kenntnis gebracht werden müssten, erinnert, und schaltet sich vor allem in die Arbeit von Wehner immer stärker mit Kritik und Anregung ein. Direkte Gegenaktionen von Wehner sind bisher nicht erkennbar. Ollenhauers Aktivität in Sitzungen nimmt ebenfalls zu. So forderte er vor der letzten Parteiratssitzung, dass kein Punkt der Tagesordnung in seiner Abwesenheit beraten werden sollte, was den Parteivorstand zwang, den Sitzungsbeginn um eine Stunde zu verschieben, da Ollenhauer sich verspätete.«

Der Insider Siegfried Ortloff, der inzwischen unter dem Dienstnamen »Oberon« für den BND arbeitete, aber seine Verbindung zu den Genossen sorgsam pflegte, lieferte noch eine Weile Einblicke in das innere Machtgefüge an der Spitze der Oppositionspartei: »Wehner hält sich zwar gegen Ollenhauer zurück, arbeitete aber daran, den Parteiapparat durch Ausweitung seines Einflusses völlig in die Hand zu bekommen.« Zahlreiche Details folgten. Abzusehen sei der Rückzug Waldemar von Knoeringens nach Bayern: »Er sieht seine Pläne zur ideologischen Aufrüstung der SPD in der Auseinandersetzung mit dem Osten und zur Schaffung einer großzügigen Planung für Bildung und Erziehung als gescheitert an und ist außerdem der ständigen Auseinandersetzungen im Parteivorstand und im Präsidium und namentlich des dauernden Kleinkrieges mit Wehner müde. Damit ergeben sich verschiedene Möglichkeiten für die zukünftige Ausgestaltung der Parteispitze: Die entschiedenen Brandt-Freunde möchten beim nächsten Parteitag Brandt zum Vorsitzenden machen, sehen aber selbst, dass dieser Plan nur sehr geringe Aussicht auf Annahme hat. Brandt selbst und ein breiter Kreis der mit ihm Sympathisierenden strebt daher eine Parteispitze an, die von drei gleichberechtigten Vorsitzenden gebildet werden soll. Mit diesem Plan

sympathisiert Wehner unter der Voraussetzung, dass Brandt sich vorwiegend in Berlin aufhält und so eine Ausdehnung des Wehnerschen Einflusses nicht gefährdet wird.«

Dann wurden weitere taktische Erörterungen geschildert. Im Hinblick auf die SPD-Bundestagsfraktion gebe es bereits einige Planspiele: »Nach dem einen Plan soll Brandt Parteivorsitzender, Ollenhauer dagegen Fraktionsvorsitzender werden, die bisherige Personalunion beider Ämter also aufgehoben werden. Ollenhauer und Wehner sind strikt gegen diesen Plan. Auch die umgekehrte Lösung ist im Gespräch. Nämlich die Abgabe des Fraktionsvorsitzes durch Ollenhauer an Brandt. Ollenhauer selbst arbeitet an dem Plan, Brandt lediglich in Nachfolge von Kaisen zum Vorsitzenden des Parteirats wählen zu lassen, eine Absicht, die aber nur von entschiedenen Brandt-Gegnern unterstützt wird. Allgemein ist festzustellen, dass selbst bei grundsätzlichen Anhängern Brandts, wie zum Beispiel bei Erler, Befriedigung über die Abwertung Brandts durch den Wahlausgang innerhalb der Partei herrscht.«

All das konnte nur ein Insider erkunden, der mit den Schwingungen und Windungen an der SPD-Spitze engstens vertraut war. Bei dem Wahlsieger Konrad Adenauer scheinen diese Mitteilungen nur noch auf abgeschwächtes Interesse gestoßen zu sein, jedenfalls sind sie lediglich abgezeichnet und nicht mehr mit spitzem Stift durchfuhrwerkt. Das gilt auch für den letzten Bericht des Jahres 1961, einen knappen Einblick in eine SPD-Präsidiumssitzung Ende Oktober,[764] vielleicht, weil inzwischen »Kanzlerdämmerung angesagt«[765] war, politisch das »bewegte Ende« des Bundeskanzlers bevorstand und weil der hochbetagte Adenauer nun nicht mehr so sehr mit den Sozialdemokraten zu kämpfen hatte; im Gegenteil, er flirtet ein bisschen mit ihnen (Große Koalition!). Der CDU-Vorsitzende rang jetzt mit den Freien Demokraten, seinem neuerlichen Koalitionspartner, und seinen innerparteilichen Rivalen. Der große alte Mann konnte das Palais Schaumburg zwar noch ein weiteres Mal verteidigen, doch nach der Hälfte der vierten Legislaturperiode musste Konrad Adenauer gehen. Das war der vereinbarte Preis, den er für die allerletzte Prolongierung seiner schwindenden Macht zu entrichten hatte.[766]

Gleichwohl, der alte und neue Bundeskanzler, akribischer Aktenarbeiter, der er war, nahm auch den Oktober-Bericht des BND sorgfältig zur Kenntnis. Es hieß darin, in der kurzen Sitzung der SPD-Spitze sei lediglich

über die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP gesprochen worden. Brandt, »der an dieser Sitzung gegen Ende kurz teilnahm«,[767] habe sich ganz besonders enttäuscht gezeigt und zu erkennen gegeben, »dass er bis zum letzten Augenblick geglaubt hatte, es würde nicht zu einer Einigung zwischen CDU und FDP kommen, sodass eine reale Chance für eine Allparteien-Koalition bestände«. Überhaupt habe sich in dieser Sitzung erhebliche Kritik an dem taktischen Verhalten der SPD in den entscheidenden Wochen der Regierungsbildung erhoben. Ollenhauer, Wehner und Brandt sei vorgeworfen worden, dass sie »durch ihre Bereitschaft, sich an einer Koalition unter Adenauer zu beteiligen, die FDP gezwungen hätten, ihre Forderung auf Ausscheiden Adenauers aufzugeben. Es sei zwar richtig gewesen, im Sinne der SPD-Parole der Gemeinsamkeit in ernsten Zeiten, die Bereitschaft zur Mitarbeit in einer Koalition grundsätzlich zu betonen. Da aber die Aussicht, tatsächlich mit der CDU ins Geschäft zu kommen, nie sehr groß gewesen sei, wäre es sinnvoll gewesen, eine Zusammenarbeit mit Adenauer auch seitens der SPD abzulehnen«, usw., usf. Das war jetzt alles verschüttete Milch, weshalb besonders Herbert Wehner allergisch reagiert habe (»dilettantische Spekulation«). Im Protokoll des SPD-Präsidiums findet sich davon nichts.

Nach beinahe einem Jahrzehnt ging in der ersten Hälfte des Jahres 1962 die dichte, in ihrer Intensität mitunter schwankende, aber doch kontinuierliche Unterrichtung des Bundeskanzleramts (und damit auch der CDU-Spitze) aus den Führungsgremien der sozialdemokratischen Oppositionspartei zu Ende. Sieben restliche Berichte langten in den ersten Monaten noch ein. Der erste handelte von der wachsenden »Kritik an der ›neuen Linie der SPD‹« nach Godesberg;[768] von »kritischen Resolutionen«, »Verärgerung« und der abflachenden Kurve der Parteieintritte nach den Bundestagswahlen war die Rede, sogar von »parteiinternem Stalinismus«, was auf Herbert Wehner gemünzt gewesen sei. Eine zweiseitige Ausarbeitung widmete sich der innerparteilichen Reaktion auf eine Denkschrift evangelischer Laien (»Tübinger Memorandum«), die sich für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie einsetzte.[769] Der Vorstand habe eine dilatorische Haltung eingenommen, woraufhin Gustav Heinemann »sehr scharf und verbittert« die »notorische Feigheit der Parteispitze« gegeißelt hatte. Er ringe mit sich selbst, wie und ob er überhaupt weiter mitarbeiten könne; wie Waldemar von Knoeringen, der sich zurückgezogen

habe, rechne er sich zu dem Typus Politiker, die sich in prinzipiellen Fragen »nicht der Tagestaktik ergeben, sondern von Grundsatzimpulsen getrieben« würden.

Dann noch einmal Brandt.[770] »Mit starker Besorgnis verfolgt man beim Parteivorstand die sich aus Berlin mehrenden Anzeichen für ein Nachlassen der dortigen Popularität Brandts«, meldete der BND: »Nach dem Urteil der Berliner Funktionäre hat Brandt es nicht verstanden, seine Rolle als Volksführer, in die er infolge des 13. August hineingewachsen war, weiterzuspielen. Er wird mehr und mehr zu einem zwar geachteten, aber im Bewusstsein der Öffentlichkeit verblassenden Diplomaten und Verwaltungschef.« Der SPD-Vorstand werde Sympathieaktionen für den Regierenden Bürgermeister von Berlin daher jetzt »planmäßig unterstützen.« Immerhin, kurz darauf rückte Brandt dank der Rückendeckung Herbert Wehners zum stellvertretenden SPD-Vorsitzenden auf.

Die drei definitiv letzten BND-Berichte aus der Bonner »Baracke« gingen im Mai 1962 im Kanzleramt ein, kurz vor dem Bundesparteitag der SPD. Den ersten ließ Anneliese Poppinga auf Adenauers Weisung hin »besonders verwahren« (wie sie handschriftlich darauf vermerkte).[771] Die vier Schreibmaschinenseiten wiesen allerdings nichts auf, was eine exzeptionelle Geheimhaltung verlangt hätte. Es waren die üblichen Informationen aus dem Innersten der Sozialdemokratie, hier zunächst die Spitzenkandidatur von Heinz Kühn für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und die Rolle des Ostbüro-Chefs Thomas als Drahtzieher dabei. Danach sprach man über den Plan, »eine SPD-eigene, aber nach außen hin neutral aufgezogene Filmfirma zu gründen«. Dann erfuhr der Kanzler neben anderen wenig aufregenden Neuigkeiten, dass Wehner ihn wegen seiner Berlin- und Deutschlandpolitik mit dem Epitheton »altersschwachsinnig« geschmückt hatte. Ein weiterer detailreicher Bericht über zwei kurz darauf folgende Vorstandssitzungen rundete die angeschnittenen Themen ab.[772]

Mit dem zweiseitigen Bericht über die Präsidiumssitzung am 21. Mai 1962 endete die jahrelange Ausforschung der SPD-Führung. Also widmen wir dieser letzten Mitteilung im Rahmen der illegalen Pullacher Großoperation eine leicht überproportionale Aufmerksamkeit.[773] Die Parteiführung diskutierte über die letzten Vorbereitungen für den

bevorstehenden Parteitag: »Wehner unterstrich verschiedentlich, dass alle Grundsatzfragen der Wehrpolitik, der Wiedervereinigung, der Grenzfragen und der Grundsatzinterpretation des Begriffes ›Sozialismus‹ auf diesem Parteitag nichts verloren hätten.« Die Aufmerksamkeit von Bundeskanzler Konrad Adenauer wurde ausweislich seiner Bearbeitung ein letztes Mal dadurch gefesselt, dass das Verhältnis von Politik und Religion angeschnitten wurde: »Dem Präsidium«, hieß es, »lag die revidierte Fassung der Broschüre ›Katholik und Godesberger Programm‹ vor. Sie ist eine Gemeinschaftsarbeit Knoeringens, seiner Assistenten, besonders Bruno Friedrich und Peter Nellens. Am Rande haben auch Eichler und der Kulturreferent Bortfeld mitgearbeitet. Die Broschüre fand allgemeine Billigung. Sie führte zu einer allgemeinen Aussprache über die gegenwärtige Haltung der katholischen Kirche gegenüber der SPD. Eichler entwarf ein recht positives Bild. Lediglich die Bischöfe bzw. Erzbischöfe in Köln, Münster und Fulda seien nach wir vor unbedingte Gegner der SPD. Mit Essen, Berlin, Eichstätt sei das Verhältnis durchaus gut. Es habe sich besonders bei Eichstätt und gegenüber dem neuen Münchener Bischof gebessert. Die Beziehungen zu Limburg würden ständig enger. Hier könne man getrost von verständnisvoller Freundschaft sprechen. Die übrigen Bischöfe wären neutral und tendierten eher zu den Aufgeschlossenen als zu der SPD-feindlichen Gruppe« – alles vom Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden mit seinen Kreuzen und Unterstreichungen verziert. »Zu den Jesuiten«, so weiter, »beständen zahlreiche sich ständig vermehrende Kontakte, die ursprünglich von dem Münchener Kreis sozialdemokratischer Akademiker ausgegangen seien, sich jetzt aber über das ganze Bundesgebiet verbreitet hätten. Gut sei auch das Verhältnis zu den Benediktinern« (zwei Mal unterstrichen). »Diese beiden Orden«, so das Resümee der Präsidiumssitzung, »seien für die SPD wichtiger als es allein die Zahl ihrer Ordensmitglieder rechtfertige, weil beide Orden von großem Einfluss auf die katholische Laienwelt, besonders auf die dort meinungsbildenden Kreise wie Akademiker und Publizisten, seien.«

Ein Honeymoon zwischen dem katholischen Klerus und der Sozialdemokratie war unter den Auspizien zunehmender Entkirchlichung nichts, was einen CDU-Vorsitzenden unberührt lassen konnte, der mit diesem so eng verbunden war wie kaum ein deutscher Regierungschef. Noch Monate später bezog sich Adenauer, besorgt über die Verwandlung

und den »stetigen Aufstieg« der Sozialdemokratie, auf diese geheime Kanzler-Orientierung. »Durch einen glücklichen Zufall«, wie er sich ausdrückte, sei er in den Besitz der Niederschrift der SPD-Vorstandssitzung über die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Episkopat gelangt – und trug seinem Führungsgremium dann deren zentrale Punkte vor.[774]

Konrad Adenauers Kanzlerschaft ging nun endgültig zu Ende. Sein getreuer, aber nicht weniger bedenkenloser Adlatus Reinhard Gehlen, der ihm jahrelang so tiefe Einblicke in die SPD gegeben hatte, war da bereits aus seiner Gnade gefallen. Nach dem Felfe-Desaster und der Verwicklung des BND in die *Spiegel*-Krise hatte der Bundeskanzler nicht nur abrupt mit ihm gebrochen, er sprach dem Präsidenten und dem BND sogar ein akzeptables Leistungsniveau ab. Dem amerikanischen Botschafter sagte er einige Wochen, bevor er sich in den Ruhestand begab, nach dem Auffliegen des KGB-Agenten und den kaum glaublichen Details dabei frage er sich bei dem persönlich sicherlich integren Gehlen schon, »ob er intelligent sei. Die Vorfälle schienen ihm ein Beweis dafür, dass er für die Leitung eines solchen Dienstes nicht geeignet sei«.[775] An Globke schrieb der scheidende Bundeskanzler: »Nach allem, was ich gelegentlich gehört habe, steht der ganze Apparat auf einem zu niedrigen Niveau. Ich glaube, dass Herr Gehlen überfordert ist.«[776] Die politische Inlandsspionage, in die »Dr. Schneider« so viel Energie gesteckt und von der Konrad Adenauer und seine Partei auf »krummen Wegen«[777] so sehr profitiert hatten, kann der scheidende Regierungschef bei diesem Scherbengericht nicht im Auge gehabt haben. Dankbarkeit ist keine Kategorie der Politik, und schmutzige Praktiken müssen meist ohne Belobigung von oben auskommen.

Siegfried Ortloff hielt seine engen Kontakte zu Fritz Erler und anderen Parteigenossen auch nach seiner Übernahme durch den BND aufrecht. So konnte er von Gehlen und Kurt Weiß bis zum Ende der Ära Adenauer für Auskünfte aus der SPD-Spitze herangezogen werden.[778] Unter seiner Privatadresse schrieb Ortloff Erler bald nach seinem Wechsel in Gehlens Dienste beispielsweise über Gewerkschaftsdinge und sagte sich bei ihm, verabredungsgemäß, »zur weiteren mündlichen Berichterstattung an«.[779] Einige Monate später meldete er Erler den defizitären Kenntnisstand des BND-Präsidenten über den Verleger Hans Kapfinger und traf sich dann mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, um ihm

über Entwicklungen in Finnland zu berichten.[780] Schließlich fädelte er gemeinsam mit Erler die Beförderung ihres Parteifreundes Dr. Siegfried Ziegler ein.[781] Im Sommer 1962 erläuterte er ihm einige Hintergründe der scharfen Kritik des Bundesrechnungshofs am BND[782].

In Fritz Erlers Unterlagen findet sich auch eine »kurze Analyse«, die ihm Ziegler zulieferte und die es in sich hatte.[783] Die Bestandsaufnahme zum BND kam zu einem vernichtenden Urteil. Der Präsident des Bundesrechnungshofs, Guido Hertel, hatte es gegenüber Gehlen mit dem Satz unterstrichen: »Ich kenne Ihre Organisation besser als Sie.« In dem schweren Konflikt der beiden Präsidenten war es nicht allein um kameralistische Beanstandungen, sondern auch um offensichtliche Defizite der Behördenorganisation, bei der Beschaffung und bei der Auswertung gegangen. Die komprimierte Zusammenfassung für Erler zeigte das besonders deutlich, denn – wie wir heute wissen und man schon damals mit guten Gründen vermuten konnte – zu der »vernachlässigten« Beschaffung war festgehalten, wegen ihres Mangels an echten Quellen im gegnerischen Machtbereich sei diese »größtenteils dilettantisch«, bei der Gegenspionage stehe sie »auf dem Nullpunkt« – alles zutreffende Beobachtungen.[784] Bedingt durch den Werdegang Gehlens habe die Auswertung Vorrang, es gebe auch ein »umfangreiches Ergebnis«, das freilich einer Augenwischerei nahekomme. »Je weniger geheime Quellen existieren, desto geringer ist zwar das Risiko, aber umso mehr offene Quellen (Presse) müssen herangezogen werden. Um trotz dieses Mangels in der Gunst der Regierung zu bleiben, muss man eine Meinung vertreten, die die offizielle Auffassung bestätigt. (Wer den Kurs der Neuen Zürcher Zeitung vertritt, braucht eine Kritik nicht zu befürchten. Wer sie liest, braucht aber auch nicht auf die Auswertungsergebnisse zu warten.)«

Es folgte eine Passage zur »Politischen Aufklärung«, die wesentlich von der politischen Inlandsspionage mitgeprägt war; Ortloff und Ziegler hatten dabei beinahe ein Jahrzehnt lang Hauptrollen innegehabt. Dieser Zweig der BND-Tätigkeit, vermerkt das Kondensat der Rechnungshofkritik, stehe außerhalb der Abteilung Beschaffung, da er »seltsame Aufgaben« erfülle, er habe jedoch »Vorrang«. Die politische Aufklärung werde »mit Hilfe riesiger finanzieller Mittel, die großzügig verwendet werden, ausgeführt. Folgende Relationen werden geschätzt: a. Aufklärung: 60 % der Kapazität für Inside-Aufklärung (z. B. Vorgeschichte Willy Brandt, Absichten großer

Zeitungsverleger, Penetrierung von Parteien, Behörden, Redaktionen), 40 % für Auslandsnachrichtendienst«.

Da Fritz Erler und Siegfried Ortloff neben dem engen Austausch nachrichtendienstlicher und den Auslandsnachrichtendienst betreffender Informationen auch weiterhin die Erörterung von Parteiangelegenheiten pflegten, behielt der neue Mitarbeiter des Dienstes auch nach »Ottos« Wechsel von der SPD zum BND einen vorzüglichen Einblick in die Parteispitze. Kurt Weiß, dem der ehemalige Sekretär des SPD-Vorstands jetzt unterstand, konnte daher noch im Frühjahr 1963 befriedigt notieren: »Verbindung ›Oberon‹ (KN: Ortloph, Sicherheitsbeauftragter der SPD – über MA Dr. König) berichtet laufend und qualitativ gut. Nicht alles für Verwendung als Meldung geeignet (SPD-Absichten, eigene Aktivitäten).«[785] Bis zum Ausscheiden aus dem BND Ende 1965 betätigte sich Siegfried Ortloff nun als geheimer Nachrichtenlieferant in beide Richtungen. Ein gutes Jahr nach der zitierten Notiz »Wintersteins« schrieb er jedenfalls in einem seiner Privatbriefe an Fritz Erler, der bald zum Oppositionsführer aufstieg, »Freund Ziegler« habe ihm wieder »einige Sachen aus der Zentrale erzählt, die mir zur Weitergabe an Dich wichtig genug erscheinen«, er möge ihm in den Parlamentsferien doch eine Stunde dafür opfern.[786]

1 Schwarz, Adenauer, II, S. 790.
2 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 753 ff., sowie oben, S. 15 ff.
3 Horst Osterheld: Konrad Adenauer, Bergisch Gladbach 1977, S. 63.
4 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 716 ff.
5 Konrad Adenauer in der Sitzung am 19. Januar 1954, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 110. Ähnlich in der Sitzung am 26.4.1954, in: ebd., S. 140.
6 Sitzung am 13.1.1956, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 732 f.; vgl. auch die Sitzungen am 3.6.1955 und am 10.3.1956, in: ebd., S. 511 und 849 f.
7 Sitzung am 12.7.1956, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 930.
8 Sitzung am 23.11.1956, in: ebd., S. 1116.
9 Der Spiegel, 11.9.1957 (»Adenauer. Wie man Wähler gewinnt«).
10 Sitzung am 25.8.1961, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 1020.
11 Sitzung am 11.7.1961, in: ebd., S. 987.
12 Memorandum for DCI, Hans Globke, 12.4.1956, in: NA, RG 263, CIA Name Files, Second Release, Box 42, Globke, Hans, Bl. 86807.
13 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 760 f.
14 Konrad Adenauer in der Sitzung am 19.1.1954, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 74 f.
15 Konrad Adenauer in der Sitzung am 7.2.1957, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 1192 f.
16 Konrad Adenauer in der Sitzung am 11.5.1957, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 1223.
17 Weitere Decknamen: »Hans Dahlmann«, »Dr. Hans Herkommer«, »Dr. Hans Kaiser«, »Dr. Johann Küffner«, »Dr. Kugler«, »Albert Lechner«, »Knecht«.
18 Die biografischen Angaben zu Ziegler in Crome, Chronologie, o. D. [1965], in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 2 ff.
19 Siegfried Ziegler: Wir reiten durch Südserbien. Ein Führer durch ein Reiseland der Zukunft, Düsseldorf 1939. Als schriftstellerische Versuche im Eigenverlag: P. Brikisto [»Ziegler« in Esperanto]: Der Mann im Vorzimmer und andere Geschichten von seltsamen Zeitgenossen, München-Pasing 1949; Siegfried Ziegler: Herz unter Lumpen, München-Pasing 1949; vgl. auch: 100 Jahre Esperanto in Pasing, in: Pasinger Archiv, München 2011, S. 47–54.
20 Hinweis in der Personalakte Heinz Thümmler, in: BND-Archiv, P1/391/1.
21 Expertise des OMGB, Information Control Division, 4.11.1947, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 2 ff.
22 Crome, Chronologie, o. D. [1965], in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 105.
23 Siehe die diversen Gutachten und Beurteilungen von 1951, in: BND-Archiv, 220208, o. Bl.
24 Siehe die Personalakte von V-11687, in: BND-Archiv, P1/3455.
25 Die Angaben zu Ortloff aus BND-Archiv, V-11642 und V-29785, aus dem Nachlass Ortloffs im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) sowie aus diversen Papieren, die mir dankenswerterweise von der Familie Ortloff überlassen wurden.
26 Interview mit dem Sohn Helmut Ortloff am 18.3.2013 in Bonn.
27 Vgl. die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht gegen Ortloff und andere vom 16.9.1935, in: Privater Nachlass Ortloff.
28 Siehe Siegfried Ortloffs maschinenschriftliche Erinnerungen »Untergang der Weimarer Republik«, in: Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Bestand 11-0 02.Ortloff, sowie seinen handschriftlichen Lebenslauf vom 1.12.1960, in: BND-Archiv, P1/2305. Siehe ferner sein Manuskript »Vorwort zur Chronik 1930–38 und zur Emigration in Schweden 1938–45, plus Nachwort 1945/74«, in: Privater Nachlass Ortloff.

29 Vgl. Ortloffs Korrespondenz mit Heinig 1943–1946, dabei auch dessen Stellungnahme zu »Ortloffs Programmvorschlägen« von April 1943, in: AdsD, NL Siegfried Ortloff, 1/SOAA000001.

30 Als Beispiel für seine frühe Befassung damit siehe etwa Karola Hagemann, Sven Kohrs: Walter Zirpins – Ohne Reue. Der schwarze Fleck des LKA, Hannover 2021, S. 192 ff. und 278.

31 Ortloff hatte schon Monate vor seiner Rückkehr freundschaftlichen Briefkontakt mit Fritz Heine. Kurt Schumacher wandte sich mitunter persönlich an ihn. Siehe die Schreiben vom 29.4.1946 und weitere (AdsD, SPD-Parteivorstand / Büro Kurt Schumacher, 2/KSAA000067) bzw. 13.5.1947 (AdsD, SPD-Parteivorstand / Büro Kurt Schumacher, 2/KSAA000080).

32 Crome, Chronologie, o. D. [1965], in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 260.

33 Metz (40/A) an Gehlen (30), Ehemaliger Oberstleutnant Heinz – eigene Organisation, 9.12.1952, in: BND-Archiv, 101845, Bl. 624.

34 Oxenius (40/V) an Mellenthin (30,0), SPD-ND, 15.1.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 80.

35 Hönlinger (GV C) an Gehlen (30), Unterredung Dr. Schneider – SPD-Bundesvorstand, 2.2.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 81.

36 Interview mit Helmut Ortloff am 18.3.2013 in Bonn.

37 Interview mit Helmut Ortloff am 20.4.2013 in Bonn.

38 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 678 ff.

39 Hönlinger (GV C) an Gehlen, Unterredung V-11643 – Dr. Ortloff vom Büro des Bundesvorsitzenden der SPD [am 27.2.1953], 3.3.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 82 f.

40 In einer Aufstellung der CIA vom 1.4.1953, die Personen auflistete, die im Visier der Organisation Gehlen stünden, erscheint Ortloff als »functionary in SPD Press staff«, in: CIA, ERR, Gehlen Org, vol. 2, 10F3.

41 Siehe etwa die Schreiben von Oxenius (40/V) an Mellenthin (30,0), 4.5.1953, sowie von C/III an Kohler (40), 16.5. und 18.5.1953, alle in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 84 ff.

42 Kohler (40) an Mellenthin (30,0), Baldige Legalisierung der Organisation, 26.5.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 91. Hervorhebung von mir.

43 Wilcke (40/P) an Mellenthin (30,0), Politische Aufklärung in die SBZD, 27.5.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 92 f.

44 Hierzu u. a. die Marginalie »Hat 30 mit Ollenhauer über Verbindung zu Ortloff gesprochen – JA«, auf: Hönlinger (GV C) an Kohler (40), Mitteilungen des Ostbüros der SPD Berlin, 8.6.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Beiakte, o. Bl.; Kohler (40), Gehlen (30) an Hönlinger (GV C), V-11643 und SPD, 16.6.1953, in: BND-Archiv, Hauptakte, V-11643, Bl. 106; Hönlinger (GV C) an Kohler (40), V-11643 und SPD, 25.6.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 109.

45 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 167, bzw. Müller, Gehlen, II, S. 794.

46 Hönlinger (GV C) an Gehlen (30), Stellung der Org und der Gruppe Heinz, 21.6.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 107. Zur Rivalität Gehlen-Heinz siehe Henke, Geheime Dienste, Band I, S. 336 ff.

47 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 420 ff.

48 Hönlinger (GV C) an Kohler (40), Gruppe Heinz, 18.8.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 118.

49 Kohler (40) an Gehlen (30), Org-SPD, 20.8.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 116 f.

50 Hönlinger (GV C) an Kohler (40), V-11643 und SPD, 18.8.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 122, Marginalie: »Vorgänge Ortloff laufen bei 40/V«; Notiz Oxenius (40/V) an

Gehlen (30), 20.8.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 168.
51 Zu Oxenius siehe Sälter, Rote Kapelle, S. 418 ff.
52 Oxenius wechselte am 1.9.1954 zum Strategischen Dienst von Wolfgang Langkau. Siehe den Vermerk Blums (88a), Besprechung mit Archivrat [Langkau], 14.7.1954, in: BND-Archiv, 120323, Bl. 318.
53 Als erster Wohnsitz war bis 1959 eine Adresse in München-Pasing eingetragen. Siehe die Aufstellung »Dr. phil. Ziegler, Siegfried, geb. 2.2.1902 in Essen« von 1962, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1462 ff. 1978 veröffentlichte der pensionierte Ziegler die »Chronik 1945–1977. Hechendorf am Pilsensee«.
54 Ziegler an Gehlen, 7.7.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Beiakte, Ordner 2, o. Bl.
55 Ziegler an Gehlen, 2.9.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 131 ff.
56 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 375 f. und 736.
57 Crome, Chronologie, o. D. [1965], in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 245.
58 Ziegler an Gehlen über sein Gespräch am 14. September, 18.9.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 140. Siehe bestätigend auch BND-Archiv, V-7416, Bl. 106.
59 Bislang sind bis auf wenige Ausnahmen nur die Briefe Zieglers auffindbar.
60 Ziegler an Gehlen, 27.9.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 142.
61 Ziegler an Gehlen, 6.10.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 143 f. Gehlens Schreiben war auf den 27.9.1953 datiert.
62 Zur Rolle des BND bei dem spektakulären Übertritt Kastners in die Bundesrepublik 1956 siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 548 ff.
63 Ziegler an Gehlen, 18.10.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 146 ff. Zu den Vorgängen um Heinz siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 307 ff. Völlig zutreffend war berichtet worden, Staatssekretär Globke sei seit langem bestrebt, »alle wichtigen Nachrichtendienste in der Bundesrepublik unter seine Kontrolle zu bringen, nachdem er mit dem Gehlen-Apparat bereits seit langem eng liiert ist«. Gehlen und Globke hätten belastendes Material gegen den Leiter des Nachrichtendienstes im Amt Blank, Friedrich Wilhelm Heinz, zusammengetragen, und der Staatssekretär habe sich beim Bundeskanzler mit der Entlassung von Heinz schließlich gegen Theodor Blank durchgesetzt; Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 9.10.1953.
64 Adenauer sagte in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 19. Januar 1954, dass es in der SPD-Spitze, »wie ich weiß, zu sehr starken Auseinandersetzungen mit dem Herrn Heine, der alles macht, gekommen« sei. Siehe Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 119.
65 Interview mit Alexander Ortloff am 20.4.2013 in Bonn.
66 Siehe unten, S. 702 f.
67 Ziegler an Gehlen, 21.11.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 151 f.
68 Gehlen an Ziegler (Entwurf), 24.11.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 153.
69 Ziegler an Gehlen, 31.12.1953, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 160.
70 Gehlen an Ziegler (Entwurf), 1.2.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 173.
71 Siehe Benjamin Carter Hett, Michael Wala: Otto John. Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biografie, Hamburg 2019.
72 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 308.
73 Gehlen an Ollenhauer, 21.12.1953, in: AdsD, SPD-Parteivorstand / Büro Erich Ollenhauer, 2/EOAA000196, o. Bl.
74 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 666 ff.
75 Weiß (122/U) an Gehlen (88), Polemik der SPD-Fritz Heine-Viererkonferenz, 8.1.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 479 ff.
76 Siehe Stefan Appelius: Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999.

77 Sitzung am 19.1.1954, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 120.
78 Siehe Wolf, Entstehung, S. 342.
79 Ortloff war in seiner Eigenschaft als Redakteur des SPD-Jahrbuchs mit Erler schon in Kontakt getreten, als der noch Abgeordneter im Landtag von Württemberg-Hohenzollern und Landrat in Tuttlingen war. Siehe etwa sein Schreiben an Erler v. 17.3.1949, in: AdsD, NL Erler, 1/FEAB000066B.
80 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 411 ff.
81 Ziegler an Gehlen, 14.1.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 165 ff.
82 Siehe unten, S. 845 ff.
83 Ortloff an Ollenhauer, Mellies, Heine, Organisation Gehlen, 20.10.1953, in: AdsD, NL Fritz Heine, 1/FHAB000146.
84 Vermerk für Ollenhauer und weitere, Übernahme des Apparates von Gehlen in die Bundesregierung, 7.11.1953, in: AdsD, NL Fritz Heine, 1/FHAB000146. Auch die hds. Marginalie für Heine auf einem mit »Flor« gezeichneten internen Vermerk vom 21.11.1953, der von den Ambitionen Gehlens handelte, einen integrierten Nachrichtendienst mit innen- und außenpolitischer sowie der Zuständigkeit für die Militäraufklärung zu schaffen, zeigt Ortloffs intensive Befassung mit allen die Organisation Gehlen betreffenden Dingen; AdsD, ebd.
85 Siehe unten, S. 570.
86 V. M., Schriftsatz vom 14.1.1954, von Globke am 25.1. dem Bundeskanzler vorgelegt, in: ACDP, 01-070-15/1.
87 Weber, SPD-Fraktion, 1. Halbband, S. LVII.
88 Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 218.
89 Weiß (122/U/5) an Gehlen (88), Informationen zur Viererkonferenz, 5.2.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 627.
90 Weiß (122/U) an Gehlen (88), Informationen zur Viererkonferenz, 8.2.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 644.
91 Sitzung am 19.1.1954, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 74 f.
92 V. M., Schriftsatz vom 6.2.1954, am selben Tag Adenauer vorgelegt von Regierungsdirektor Hans Kilb, 1951 bis 1958 Persönlicher Referent des Bundeskanzlers, in: ACDP, 01-070-13/1.
93 Weber, SPD-Fraktion, Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Halbband, S. LXVI.
94 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 327. Das folgende Zitat ebd., S. 337.
95 Siehe dazu das Schreiben von Werner Jacobi, MdB der SPD, der den Grundstein für das spätere Landesamt für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen gelegt hatte und 1950 als Kandidat für die Leitung des Bundesamts für Verfassungsschutz gehandelt worden war, an Ortloff vom 9.3.1954, in: AdsD, NL Werner Jacobi, 1/WJAA000065. Vgl. Henke, Geheime Dienste, I. S. 179 ff. Die erste Sitzung des neuen Ausschusses fand an dem markanten Datum des 8. Mai statt. Siehe das Kurzprotokoll in: AdsD, SPD-Parteivorstand /Büro Erich Ollenhauer, 2/EOAA000292.
96 Weiß (122/U) an Gehlen (88), 19.3.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 922 ff. Siehe dazu auch Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 328, Anm. 116. Der als »Realist« und »Reformer« geltende Bundestagsabgeordnete Fritz Erler (inzwischen stellvertretender Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Bundestags), der bei seinem USA-Besuch die »Notwendigkeit eines überparteilichen Nachrichtendienstes« unterstrich und gegenüber dem CIA-Chef lediglich den Namen eines Gehlen-Mitarbeiters als »einzigen Anhaltspunkt für eine evtl. innerpolitische Aufklärung der Org« nennen konnte, stieß beim Bruder von John Foster Dulles, Allen W. Dulles, auf mehr Gegenliebe als sein Parteichef beim Außenminister. Siehe auch die Aktennotiz von Blum (88a) vom 25.5.1954 über eine Besprechung zwischen Gehlen und Critchfield am 21.5.1954, in: BND-Archiv, 1190, Bl. 99 f.

97 Ziegler (Büro Bavaria) an Gehlen (88), Informationsmaterial von Paul (Deckname – bisher bekannter Name, siehe verschlossener Umschlag in der Anlage), 17.3.1954, in: BND-Archiv, 120299, Bl. 278 ff. Zu Wandel siehe unten, S. 610 f.

98 Langkau (121) an Büro Bavaria, 19.5.1954, in: BND-Archiv, 120017-1, Bl. 250.

99 Ziegler an Gehlen, 21.1.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 231.

100 Ziegler an Gehlen, 5.3.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 237 f.

101 Ziegler, Besprechung mit Ortloff in Bonn am 25.3.55 von 11–15 h, 30.3.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 264 f.

102 Ortloff an Erler, 3.5.1955, in: AdsD, NL Fritz Erler, 1/FEAB000066C.

103 Ziegler, Besprechung mit Herrn von Knoeringen am 22.3.55, 9–10 h, im Sekretariat des Landesverbandes der SPD, München, Landwehrstraße 37, 22.3.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 240 ff.

104 Ziegler, Besprechung mit Ortloff in Bonn am 25.3.55 von 11–15 h, 30.3.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 264 f.

105 Ziegler an Gehlen, 3.12.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 305 f.

106 Ortloff an Erler, 10.11.1954, in: AdsD, NL Fritz Erler, 1/FEAB000066C.

107 Weiß (133) an Gehlen (88), hds. Notiz, Gespräch mit Dr. Kaiser (Dr. Z.) am 18.2., 19.2.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 232 f.

108 Siehe die Befehle Gehlens vom 10.2.1955 und 12.5.1955, Sonderaufgaben für Leiter Büro Bavaria, insbesondere die undatierte handschriftliche Notiz zur künftigen Verwendung von Siegfried Ziegler, in: BND-Archiv, 120299, Bl. 293 f. sowie Bl. 288.

109 Siehe oben, S. 373 ff.

110 Weiß (133) an Gehlen (88), Besprechung mit Dr. Kaiser am 18.1., 21.1.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 225 ff.

111 Etwa Gehlen an Ziegler (Entwurf), 1.2.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 173.

112 Ziegler an Gehlen, 21.1.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 231.

113 Ziegler an Gehlen, 14.6.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 194 ff. Die Besprechung Ziegler-Ortloff fand am 8.6.1954 in Bonn statt. Zur Ausformung der Kontrollinstanzen des BND siehe Wolf, Entstehung, S. 357 ff., und Dülffer, Krise, S. 243 ff.

114 Brief von Johannes Müller an Erler vom 17.12.1953, überschrieben mit »Bericht zur Frage der Bundessicherheit!« Anlage des Schreibens von Ziegler an Gehlen, 14.6.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 197 ff.

115 Die biografischen Angaben im Anhang zu einem Vermerk Zieglers über Müller vom 2.9.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 211 ff. Zum Auffangstab Bad Elster siehe Müller, Gehlen, I, S. 400 ff.

116 Vermerk Zieglers über seinen Besuch bei Müller am 1.9., 2.9.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 211.

117 Ortloff an Erler, 8.9.1954, in: AdsD, NL Fritz Erler, 1/FEAB000066C.

118 Vermerk Blum (88a), Besprechung mit Archivrat [Langkau], 14.7.1954, in: BND-Archiv, 120323, Bl. 318.

119 Der Spiegel, 21.7.1954 (»Wenig Widerstand«).

120 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 598.

121 Beatrix W. Bouvier: Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990, S. 35.

122 Zur Person Wollenbergs und seiner Tätigkeit im Gehlen-Dienst siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 462 ff., Sälter, Rote Kapelle, S. 435 ff., sowie Sven Schneider: Widerstand oppositioneller Kommunisten, Erich Wollenberg – verfolgt von Hitler und Stalin, in: Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten,

Trotzkisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter. Hrsg. von Hans Coppi und Stefan Heinz, Berlin 2012, S. 199–228.

123 Manfred Wilke: Das Moskauer Exil 1937: Herbert Wehner und andere, in: Die politische Meinung 395 (Oktober 2002), S. 78–82; Zitat S. 81.

124 Zur Rolle Wollenbergs bei der Konstruktion der »Roten Kapelle« vgl. Sälter, Rote Kapelle, S. 435 ff.

125 Langemann (AK-40), Vermerk, 29.4.1969, in: BND-Archiv, 23376, Bl. 55 f.

126 V. M., (Strategischer Dienst), Verschiedenes, besonders: Parteitag der SPD, 22.7.1954, in: BND-Archiv, 123067, Bl. 201 ff.; dort auch die Originalmeldungen vom 20. und 21.7.1954. Hervorhebungen im Original.

127 Näheres zu Schmidt unten, S. 612. Wertvolle Hinweise zu dieser Verbindung verdanke ich meinem Doktoranden Ronny Heidenreich.

128 V. M., (Strategischer Dienst), Dr. John, 27.7.1954, in: BND-Archiv, 123067, Bl. 193 ff.; dort auch die Originalmeldungen vom 25.7.1954. Hervorhebungen im Original. Siehe auch V. M., (Strategischer Dienst), Verschiedenes, besonders: SPD-Kandidaten für den Berliner Bürgermeisterposten, 22.7.1945, in: BND-Archiv, 123067, Bl. 198 f.; dort auch die Originalmeldung vom 22.7.1954.

129 Marginalie von Oxenius (88f) für Blum (88a) auf V. M. (Strategischer Dienst), von Puttlitz und Dr. John, 23.8.1954, in: BND-Archiv, 1204, Bd. 1, o. Bl.

130 Analyse von Karl-Eberhard Henke (»Herder«) über das Netzwerk des Strategischen Dienstes für Kurt Weiß, 20.12.1968, S. 18, in: BND-Archiv, 23380, Bl. 230 ff.

131 Undatierte Analyse [Herbst 1967] von Karl-Eberhard Henke über die Rolle Wollenbergs als Quelle des Strategischen Dienstes, in: BND-Archiv, 23383, Bl. 132 ff.

132 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 485 ff.

133 V. M., Beabsichtigte Pressekampagne gegen die Dienststelle Gehlen, 23.8.1954, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (44), Bl. 137 f. Eine ähnliche Meldung ging Gehlen von Blum zu. Danach habe Heine kürzlich den französischen Ministerpräsidenten aufgesucht, um eine »gemeinsame Wiedervereinigungspolitik« zu verabreden. »Nach Ansicht von Heines Partei«, hieß es in der von Konrad Gallen stammenden Information, »müsse im Zuge dieser Politik die Org ausgeschaltet werden. Beabsichtigt sei gemeinsame Pressekampagne«, zu der Heine auch Material von Sefton Delmer mit nach Frankreich genommen habe. In Blums Stellungnahme hieß es allerdings, Delmer habe geäußert, »dass er nichts mehr unternimmt«; Blum (88a) an Gehlen (88), Kampagne gegen Org, 10.9.1954, in: BND-Archiv, 101842, Bl. 284 f. Zu Gallen siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 436 f. Im Laufe des Jahres 1954 erschien eine Fülle von Artikeln über die Organisation Gehlen, so etwa im August in der *Neuen Rhein-Zeitung* die Serie »Reinhard Gehlen-Herr über 4000 Männer. Die Geschichte eines deutschen Abwehrgenerals in amerikanischen Diensten.« Der *Parlamentarisch-Politische Pressedienst* berichtete, gestützt auf Enthüllungskampagnen der SED gegen die Org, am 11. und 18.8.1954 ausführlich über den Dienst.

134 Ziegler an Gehlen, 2.9.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 208 ff. Siehe auch Zieglers Information für Gehlen über eine Aussprache mit Siegfried Ortloff über die »jetzige politische Linie der SPD« vom 18.10.1954, in: BND-Archiv, 101842, Bl. 300, bzw. BND-Archiv, 101848 Bl. 302.

135 Siehe unten, S. 739, 755, 778 f., 812 f. und 824 ff.

136 Ziegler an Gehlen, 18.10.1954, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 219 ff.

137 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 577 ff.

138 Weiß (133) an Gehlen (88), Heinemanns Tendenzen zur SPD, o. D., von Gehlen an Globke gegeben am 23.11.1954, in: BND-Archiv, 1197, Bd. 1, Bl. 257.

139 Weiß (133) an Gehlen (88), Zukunftsplanungen Heinemanns, 19.11.1954, in: BND-Archiv, 122281, Bl. 2119.
140 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 347.
141 Bruno Heck war auch Hauptansprechpartner der CIA für gemeinsame Operationen der Psychological Warfare gegen Ostdeutschland. Siehe etwa das interne Memorandum der Agency vom 11.5.1954 zur Vorbereitung der Gespräche von Allen Dulles mit Adenauer und Globke am 16. Juni, in: CIA, ERR, Globke, Hans_0087.
142 Globke an Heck, 7.7.1954, in: ACDP, 07-001-12087.
143 Alle im Bestand der CDU-Bundespartei, in: ACDP, 07-001-12087.
144 V. M., SPD-Wehrbeitrag, o. D., in: ACDP, 07-001-12087. Hervorhebung im Original. Zur Kritik des Bundeskanzlers an der sozialdemokratischen Haltung siehe die Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 11.10.1954, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 259 ff.
145 V. M., Kampagne gegen Pariser Verträge, 30.12.1954, in: StBKAH, I 12.28, Bl. 234.
146 V. M., PV-Sitzung am 23. Januar 1955, o. D., in: ACDP, 01-070-15/1. (Die vertraulichen Mitteilungen aus den Führungsgremien der SPD, zit. als »V. M.«, nennen niemals Verfasser oder Absender. Sie werden im Folgenden durchgehend mit Betreff, Datum und Fundort zitiert.) Auch andere vertraulich weitergegebene Unterlagen zeigen, wie detailliert das Kanzleramt und die CDU-Spitze über die SPD-Planung der Propaganda gegen die Verträge informiert waren. Siehe etwa den internen Aktenvermerk für Heck, Vertrauliche Informationen über die SPD, 22.11.1954, in: ACDP, 07-001-12087, oder Globke an Heck, 1.2.1955, ebd.
147 Zur Haltung des DGB und der Einschätzung von Walter Freitag durch Adenauer siehe Protokolle des CDU-Bundesvorstands, 1953–1957, S. 261 f.
148 Siehe Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, Sitzung am 27.2.1954, Stenographische Protokolle, S. 3879 ff.; Zitat S. 3899.
149 V. M., Vorbereitung der Ratifizierungsdebatten, 28.1.1955, in: ACDP, 01-070-15/1. Siehe auch die Mitteilung über eine Intervention der japanischen Botschaft beim Parteivorstand, die vor einer falschen Einschätzung der Sowjetunion (die Mitte Januar eine letzte Initiative zur Verhinderung der Ratifizierung der Verträge durch die Bundesrepublik gemacht hatte) gewarnt habe und die Ollenhauer schriftlich vorliege; V. M., Auseinandersetzung um Pariser Verträge, 28.1.1955, in: ebd.
150 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 344.
151 V. M., Außerparlamentarische Aktionen, 28.1.1955, in: ACDP, 01-070-15/1.
152 Rundschreiben des Unterbezirks vom 26.1.1955, in: ACDP, 01-172-093/2, mit der hds. Marginalie »1 Stück an Dr. Globke«, der es »unter Verschluss aufbewahren« solle.
153 Weber, SPD-Fraktion, 2. Halbband, S. LXXXIII.
154 V. M., Sitzung des Geschäftsführenden und des Gesamtvorstandes der SPD, o. D. [Marginalie »Februar 55«], in: ACDP, 01-070-13/1. Hervorhebung im Original. Die Sitzung fand am Wochenende des 12./13.2.1955 statt.
155 Siehe auch Globke an Krone, 15.2.1955, in: ACDP, 01-028-055/2.
156 Sitzung am 5.2.1955, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 340 f.
157 Gallen (V-1101), Interne Lage der SPD, 14.3.1955, Feststellungszeit 19.2.1955, in: BND-Archiv, V-1101, Bl. 96 ff.
158 Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 254.
159 Ziegler an Gehlen, 21.1.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 231. Siehe auch die mit »Prentz« gezeichnete Aktennotiz, Oberstleutnant a. D. Dr. jur. Fritz Beermann, 10.1.1955, in: BND-Archiv, 1216, Bd. 1, o. Bl. Siehe etwa sein Memorandum »Abgrenzung,

Verfassungsschutzämter und Auslandsnachrichtendienst« vom 11.10.1955, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion II. Wahlperiode, 2/BTFB000046

160 Repenning (552) an Blum (88a), Unterhaltung mit Mr. Mellinson am 9.2. in Bonn, 10.2.1955, mit handschriftlicher Marginalie, in: BND-Archiv, 1419, o. Bl.

161 Gallen (V-1101), Maßnahmen der SPD gegen die Pariser Verträge, 11.3.1955, in: BND-Archiv, V-1101, Bl. 87 ff. Die Sitzung fand am 8.3.1955 statt. Kurz darauf ließ Gallen ein letztes Mal von sich hören und berichtete aus einer Sitzung des SPD-Saar-Ausschusses: »Die Schaffung eines dauernden Unruheherdes im Saargebiet sei für die SPD eine dringende Notwendigkeit, weil dieser Zustand sowohl außen- als auch innenpolitisch die Politik des Kanzlers in hohem Maße stört.« Siehe Gallen (V-1101), Maßnahmen der SPD gegen die Pariser Verträge, von Dienststelle 9 an Gehlen übersandt am 29.3.1955, in: BND-Archiv, V-1101, Bl. 105 ff. Die Sitzung fand am 16.3.1955 statt.

162 Sitzung am 8.3.1955, in: Weber, SPD-Fraktion, 2. Halbband, S. 168 ff.

163 Strategischer Dienst (Wollenberg), Franz Neumann – Willy Brandt, 29.4.1955, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000095. Hervorhebung im Original. Als Meldung weitergeleitet am 9.5.1955; BND-Archiv, 23381, Bl. 962 f. bzw. 248 f.

164 Strategischer Dienst (Wollenberg), Unterredung Ollenhauer-Außenminister Lange (Norwegen), 29.4.1955, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000095. Hervorhebungen im Original.

165 Strategischer Dienst (Wollenberg), SPD/Ölberg, 24.5.1955, in: AdsD, NL Wollenberg, Ordner 95, o. Bl. Zu »Ölberg« siehe unten, S. 612.

166 V. M., Ergänzender Bericht zur Beurteilung des Wahlergebnisses in Rheinland-Pfalz durch den Parteivorstand, 21.5.1955, in: ACDP, 07-001-12087; an Heck am 28.5.1955.

167 V. M., Fraktion fordert mehr Einfluss. Kritik der Bezirke, 24.5.1955, in: ACDP, 07-001-3287, o. Bl.

168 V. M., Fraktionssitzung der SPD am 24.5.55 in Bonn, 26.5.1955, in: ACDP, 01-070-13/1.

169 Siehe Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, Sitzung am 27.5.1955, Stenographische Protokolle, S. 4593 ff.

170 Siehe das Protokoll der Fraktionssitzung am 24.5.1955, in: Weber, SPD-Fraktion, 2. Halbband, S. 190 f.

171 Siehe etwa Henke, Geheime Dienste, I, S. 62 ff. oder S. 307 ff.

172 V. M., Dr. Erich Mathias, 24.5.1955, in: ACDP, 07-001-3287.

173 Siehe oben, S. 31 ff.

174 Ziegler an Gehlen, 22.7.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 293.

175 Sitzung am 3.6.1955, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 514 f. Siehe auch ebd., S. 508 f.

176 Zit. nach Bouvier, Godesberg, S. 61.

177 Siehe oben, S. 549.

178 Siehe oben, S. 554 ff.

179 Interview mit dem Sohn Helmut Ortloff, 18.3.2013.

180 Siehe die Hinweise in: Crome, Chronologie, o. D. [1965], in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I.

181 Siehe unten, S. 845 ff.

182 Siehe oben, S. 176.

183 Treffs am 10./11.6. bzw. 2.7.1956, aufgeführt in der chronologischen Aufstellung, in: BND-Archiv, V-7416, Bl. 85.

184 Siehe unten, S. 845 ff.

185 Treffs am 10.9. bzw. 22.9.1959, aufgeführt in der chronologischen Aufstellung, in: BND-Archiv, V-7416, Bl. 70.

186 Siehe Buschfort, Ostbüros, S. 97 ff.
187 O. V. [Crome], o. D., Notiz zum 26.3.1954, in: BND-Archiv, V-7416, Bl. 102.
188 O. V. [Crome], o. D., Notiz zum 22.9.1959, in: BND-Archiv, V-7416, Bl. 70.
189 Lebenslauf Webers in: BND-Archiv, V-7416, Dienststellen-Unterlagen 373, Bl. 142.
190 O. V. [Crome], o. D., Notiz zum 14.12.1955, in: BND-Archiv, V-7416, Bl. 86; der Geschenkwert belief sich auf 50 DM.
191 Winterstein (180) an Worgitzky (363/W), Monatsübersichten des Ostbüros der SPD, 25.9.1958, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 939 ff.
192 Grundlegend Heidenreich, DDR-Spionage.
193 Aufstellung der Sonderverbindung »Birke«, 4.11.1959, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 131 f.
194 Siehe unten, S. 966 ff.
195 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 716 ff.
196 Siehe ebd., S. 607 f.
197 Siehe ebd., S. 666 ff.
198 Siehe oben, S. 598 ff.
199 Siehe oben, S. 579 ff.
200 In seinem umfangreichen Briefwechsel mit seinem Freund und politischen Weggefährten Thomas Sessler in München, der wichtigsten Quelle des Strategischen Dienstes, gibt Wollenberg mit »Dr. Wolfgang Schmidt (Ölberg)« zweimal explizit einen entsprechenden Hinweis. Siehe seine Schreiben vom 19.12.1956 und 5.2.1957, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000002. Die Anrede Sesslers ist durchgehend »Hanno« nach dessen Geburtsnamen Hanno Zeiz; hierzu Heidenreich, DDR-Spionage, S. 465 ff.
201 Die Angaben zu Wolfgang Schmidt entstammen seinem »Personalbogen für Sekretäre« vom 28.8.1956 bzw. 2.8.1958, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Organisation, Abteilungsleitung, 2/PVBJ000085, sowie einer Notiz im *Vorwärts* vom 31.1.1962.
202 Siehe Bösch, Adenauer-CDU, S. 361.
203 Siehe etwa oben, S. 570.
204 Weirauch an Dehler, 2.6.1951, in: ADL, N1-2451.
205 Weirauch an Dehler, 29.10.1951, in: ebd.
206 Zu Middelhauve vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 686 ff.
207 Es handelte sich um die vom Parteivorstand der SPD Mitte August 1953 herausgegebene Broschüre »Unternehmermillionen kaufen politische Macht! Finanzierung und Korrumpierung der Regierungsparteien durch die Managerschicht der ›Wirtschaft‹«.
208 Weirauch an Middelhauve, 7.7.1953, Antwort Middelhauve vom 9.7.1953, in: ADL, N1-2451.
209 Siehe Der Spiegel, 19.8.1953 (»Wahl-Finanzierung. Ein so schweres Gesetz«).
210 Weirauch an Globke, 2.9.1953, in: ACDP, 01-70-021/3. Zu den Berichten siehe oben, S. 612 f.
211 Ein erheblicher Teil der vertraulichen Mitteilungen aus dem SPD-Parteivorstand für die Zeit von Frühjahr 1957 bis Frühjahr 1958 findet sich im Kilb-Nachlass im ACDP, 01-454-005/3.
212 Weirauch an Kilb, 2.9.1953, in: ACDP, 01-70-021/3.
213 Ein vom Kanzler in Auftrag gegebenes Schriftgutachten kam zu keinem eindeutigen Befund. Siehe das Gutachten für den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Herrn Dr. Konrad Adenauer, vom 3.9.1953, in: ebd.
214 Schreiben Weirauchs an Kilb, 18.5.1954, in: ACDP, 07-001-10084.
215 Schreiben Dr. Erhardt Eckert an Dr. Josef Ungeheuer, 12.8.1954; Ungeheuer an Eckert, 28.8.1954, in: ADL, N1-2451.
216 Mitteilung des FDP-Vorsitzenden Dehler an die Mitglieder des Bundesvorstands, 18.9.1954, in: ebd.

217 O. V., Interne Aktennotiz, 16.9.1954, in: ebd.
218 Fischer, interne Aktennotiz, 5.11.1954, in: ADL, N1-2451.
219 Siehe etwa dessen streng vertrauliche Mitteilung an Weirauch über die Organisations- und Gehaltsstruktur des SPD-Ostbüros v. 17.3.1954, in: ADL, FDP-Bundespartei, Akte 60. Zitat bei Buschfort, Ostbüros, S. 99.
220 Dehler an Globke, 25.9.1954, in: ADL, N1-2451.
221 Vgl. Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005, S. 284 ff.
222 Schmitz an Rasch, Veith, 19.2.1959, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1462.
223 Siehe das Memorandum von Friedrich Wilhelm Oxenius an Hans-Heinrich Worgitzky, Konrad Gallen betreffend, 12.12.1952, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1914 ff.
224 Schmitz an Worgitzky, Guido Bayer [hds.] Veith, 15.5.1956, in: BND-Archiv, 220271, Bl. 396 f. In den BND-Unterlagen zu V-42205, Guido Bayer, sind nähere Hinweise zu solchen Verbindungen nicht enthalten.
225 Eingehend zu Schmitz (V-13910) und seiner Rolle im BND: Sälter, NS-Kontinuitäten. Siehe auch oben, S. 102
226 Crome (85) an Kopper (83/F), Protokoll über die Besprechung am 30.1.1964 betreffend V-13910, 4.2.1964, in: BND-Archiv, 220271, Bl. 12 f.
227 Abschaltmeldung V-13910, 25.6.1968, in: BND-Archiv 220271, Bl. 319.
228 Worgitzky (11) an Verbindungsstelle für den Berlin-Verkehr (551), 10.3.1956, in: BND-Archiv 220271, Bl. 448.
229 Crome (85) an Kopper (83F), Protokoll über die Besprechung am 30.1.1964 betreffend V-13910, in: BND-Archiv 220271, Bl. 12 f.
230 Siehe die Personenaufstellungen von Schmitz vom 31.12.1955, in: BND-Archiv 220271, Bl. 43 ff.
231 Schmitz, internes Memorandum der GV B, Veith, 28.2.1958, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1910.
232 Ebd.
233 Bauer (507,1) an Meyer (105/II), ohne Betreff, 14.1.1959, in: BND-Archiv, 220271, Bl. 275.
234 Worgitzky an Schmitz, 16.5.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1901.
235 Vgl. Wolf, Entstehung, S. 390.
236 789/IIIc, Stellungnahme zu Jaksch, 6.3.1959, in: BND-Archiv, V-19849, Bl. 12.
237 Siehe etwa o. D., o. V., Notiz, in: BND-Archiv, V-19849, Bl. 10.
238 Nickel, Strategischer Dienst (931) an Weiß (27 VK), V-19849/Lev, 30.11.1966, in: BND-Archiv, V-19849, Bl. 19.
239 Schreiben VMF an die Zentrale, 11.11.1959, in: BND-Archiv, V-19849, Bl. 35.
240 Meldungsübersichten, in: BND-Archiv, V-19849, Bl. 39 ff.
241 Siehe Fritz Sänger: Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978; Norbert Frei: Sänger, Fritz, in: Neue Deutsche Biographie (2005), S. 350 f.; Christina von Hodenberg: Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Hrsg. von Ulrich Herbert, Göttingen 2002, S. 206 ff.
242 Alles in: BND-Archiv, V-62056, Dienststellen-Akte.
243 Arbeitsbogen, 1.12.1971, und Personalbogen, 27.4.1970, in: BND-Archiv, V-62056, Dienststellen-Akte, Bl. 18 bzw. Bl. 13.
244 Sänger (V-17471) an IVD2(4), V-62056, 6.6.1979, in: BND-Archiv, V-62056, Dienststellen-Akte, Bl. 60 f.

245 V-17471, Charakteristik und Beurteilung V-17471,9, 20.4.1970, in: BND-Archiv, V-62056, Dienststellen-Akte, Bl. 131.
246 Aufzeichnung Wichts, Besprechung mit Tenor am 3.6.1958, 4.6.1958, in: BND-Archiv, V-62056, Dienststellen-Akte, Bl. 39 f. Siehe auch Dülffer, Krise, S. 566.
247 Aktennotiz, Besprechung mit Tenor am 26.2.1957, in: BND-Archiv, V-62056, Dienststellen-Akte, Bl. 41; Aktennotizen zu zwei Treffen am 30.8.1960 bzw. 21.12.1960, in: ebd., Bl. 34 ff.
248 Siehe unten, S. 768 ff.
249 Sänger an Hirsch, 13.3.1971, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion VI. Wahlperiode.
250 Ein Konvolut solcher Berichte aus den Jahren 1957/58 findet sich unmittelbar in den Kilb-Papieren; siehe ACDP, 01-454-005/3.
251 Notiz Poppingas, Telefonische Mitteilung von Herrn Ministerialrat Selbach, 22.6.1959, in: ACDP, 01-070-15/1. Auf einem Notizzettel Globkes, auf dem er handschriftlich verschiedene Geldsummen aufführte, unter anderem »Berlin Wahlkampf 100 000« oder »Hessen Wahlkampf 300 000«, findet sich auch der Eintrag »Selbach 5000 rückst 15 000«, ohne dass dies natürlich einen direkten Bezug zu den Informationen aus dem SPD-Vorstand belegen würde; in: ACDP, 01-070-060/3.
252 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 212 ff.
253 Fernschreiben Gehlens (88) an (552) zur Weiterleitung an Adenauer, 13.8.1954, in: BND-Archiv, 1224, Bl. 65 f.; identisch, aber ohne Kopf in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10218 (42), Bl. 47.
254 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung beim Bundeskanzler am 3.11.1960, in: BND-Archiv, 120616, Bl. 11 f.
255 Siehe oben, S. 545 ff.
256 Das Gros der Berichte findet sich im ACDP in den Beständen 01-070-13/1, 01-070-15/1 und 15/2, 01-070-102/3, 07-001-3287, 07-001-12086 und 12087, 01-454-005/3, sowie in: StBKAH, I 12.24 und 12.25.
257 Zum Beispiel am 13.3.1958, in: ACDP, 01-454-005/3.
258 Siehe unten, S. 966 ff. Womöglich hat ein BND-Mitarbeiter in Bonn die aus der SPD erhaltenen Informationen auch erst im Kanzleramt einer der Sekretärinnen dort diktiert und so in die überlieferte Form gebracht. Das könnte aus der Tatsache abgeleitet werden, dass sich im Nachlass von Hans Kilb, dem Persönlichen Referenten Adenauers bis März 1958, sowohl die schreibmaschinenschriftlichen Originale als auch die Durchschläge der Meldungen aus der SPD finden; ACDP, 01-454-005/3.
259 Interview mit Herbert Rieck am 18.12.2012.
260 V. M., Sitzung des Präsidiums der SPD am 16.6.1958 und PV-Besprechungen am 18.6.1958, 19.6.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
261 V. M., Sitzung des Präsidiums am 8.12.1958, 9.12.1958, in: ebd.
262 Siehe unten, S. 845 ff.
263 Siehe oben, S. 215 ff.
264 Fernschreiben Gehlens an Repenning (552), Presse-Kampagne gegen Staatssekretär Dr. Globke, 5.9.1955, in: BND-Archiv, 1224, Bl. 200 f. Neutrale Meldung desselben Betreffs an das Bundeskanzleramt, 5.9.1955, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 5-14202-282/55 (alt).
265 Schwarz, Adenauer, II, S. 223.
266 Siehe unten, S. 320 ff.
267 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 356, 368 und 386.
268 Schwarz, Adenauer, II, S. 225; das folgende Zitat ebd., S. 237.
269 Der Spiegel, 4.4.1956 (»Globke. Böse Erinnerungen«); Zitat ebd., S. 18.
270 Siehe Wolf, Enstehung, S. 273 ff.

271 V. M., Haltung der SPD gegenüber dem Bundeskanzler, 1.12.1955, in: ACDP, 01-070-102/3. In verkürzter Form gab Globke diese Information als eigenen Vermerk am 8.2.1956 an Adenauer weiter, der ihn anderntags abzeichnete. Globke an Adenauer, in: ebd.
272 Ziegler an Gehlen, 3.12.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 305 f.
273 Ziegler an Gehlen, 14.12.1955, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 315 f.
274 V. M., Ollenhauer-Referat vor Parteivorstand und Parteiausschuss am 17. Dezember 1955, 20.12.1955, in: ACDP, 07-001-3287.
275 Gehlen an Ollenhauer, 22.12.1955. Ollenhauer antwortete am 4.1.1956, er hoffe, es werde im neuen Jahr eine Regelung für den Gehlen-Dienst gefunden werden, »die Ihren Vorstellungen entspricht und die uns die Möglichkeit gibt, unsere bisherige Zusammenarbeit zur beiderseitigen Zufriedenheit fortzusetzen«, in: AdsD, SPD-Parteivorstand /Büro Erich Ollenhauer, 2/EOAA000205.
276 Zit. nach Wolf, Entstehung, S. 353.
277 Siehe oben, S. 102.
278 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 299.
279 Theo Pirker: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der SPD 1945 bis 1964, München 1965, S. 110; zit. nach Bouvier, Godesberg, S. 43.
280 Wollenberg, DGB/SPD, 24.1.1956, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000095, Hervorhebungen im Original. Siehe auch die Meldungskartei des Sessler-Dienstes, Nr. 1254, mit diesem Bericht, in: BND-Archiv, 123071, Bl. 1121.
281 Vgl. auch Henke, Geheime Dienste, I, S. 602 ff.
282 Appelius, Heine, S. 288.
283 Wollenberg, SPD, 23.2.1956, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000095. Siehe auch die Meldungskartei des Sessler-Dienstes, Nr. 1299, in: BND-Archiv, 123071, Bl. 1121.
284 Siehe oben, S. 320 ff.
285 V. M., Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion, 1.3.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.
286 Bericht Critchfields für Dulles, 13 March Conversation with Utility, 15.3.1956, in: NA, RG 319, Entry 134A, Gehlen, Reinhard, vol. 2, 2of2, Bl. 46 ff.
287 Telegramm aus Bonn, Zipper/Utility/Capote, 16.9.1953, in: NA, RG 263, CIA Name Files, Second Release, Box 42, Globke, Hans, 85165.
288 Telegramm aus Bonn, Graf Kielmansegg/Capote Investigation, 9.7.1953, in: ebd., 85167.
289 Memorandum for DCI, Hans Globke, 12.4.1956, in: ebd., 86806. Hervorhebung von mir.
290 Zu Dohrn siehe auch Stefani Waske: Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg, München 2013, S. 72 ff.
291 Wollenberg, Sowjetunion und SPD (Brief an Klaus Dohrn vom 27. Juni 1953, Kopie angefertigt am 12.3.1956), 12.3.1956, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000095. Hervorhebung im Original.
292 Schwarz, Adenauer, II, S. 128.
293 So in einem Gespräch mit dem Pulitzerpreisträger und prominenten Auslandskorrespondenten der *New York Times* Cyrus Sulzberger am 10.6.1956, in: Adenauer. Teegespräche 1955–1958. Bearbeitet von HannsJürgen Küsters, Berlin 1986, S. 100.
294 Hds. Notiz Gehlens über das Gespräch am 11.5.1956, 9 Uhr, in: BND-Archiv, 1197, Bd. 1, Bl. 356.
295 V. M., Parteivorstandssitzung am 11./12.5.1956, 14.5.1956, in: StBKAH, I 12.28, Bl. 114.
296 Die Protokolle über die Sitzungen des Sicherheitsausschusses beim SPD-Parteivorstand am 24.3. und 11.4.1956, in: AdsD, SPD-Parteivorstand/Büro Erich Ollenhauer, 2/EOAA000393.
297 Bericht über die Sitzung des PV der SPD am 30. Juni / 1. Juli 1956, 2.7.1956, in: ACDP, 01-070-15/1. Siehe auch das SPD-Protokoll der PV-Sitzung am 29./30.6.1956, in: AdsD, PV-

Protokolle 1956.

298 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 363. Eine weitere geheime Meldung berichtete darüber, dass Wehner kurz vor dem Parteitag sein »Wiedervereinigungsprogramm« über die ausländische Presse lanciert und damit im Parteivorstand »lebhafte Verstimmung« hervorgerufen habe; Wehners Wiedervereinigungsprogramm, 10.7.1956, in: ACDP, 01-070-13/1.

299 Christoph Meyer: Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 190.

300 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 365.

301 Siehe Crome, Chronologie, o. D. [1965], in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 265 f.

302 V. M., Der Parteitag der SPD in München, o. D., in: ACDP, 07-001-3287. Hervorhebung im Original.

303 Wollenberg, Heinz Kühn/SPD, 18.8.1956, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000095. Hervorhebung im Original.

304 Vgl. Schwarz, Adenauer, II, S. 226.

305 Bösch, Adenauer-CDU, S. 164.

306 Siehe oben, S. 616 ff.

307 Schmitz an Worgitzky, Angelegenheit Veith, 9.6.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1891.

308 Pirker, SPD, S. 216.

309 11/III an Weiß (133), Angelegenheit Veith, 6.7.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1879.

310 Schmitz an 11/III, weitergeleitet an Kohler (122), Kampf gegen den Wehrgedanken in Hessen, 6.8.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1867.

311 Schmitz an 11/III, Die Andere Zeitung, 6.8.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1868.

312 Schmitz an 11/III, Münchener Parteitag der SPD, hier: Geheimdienst Gehlen, 4.8.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1871 ff.

313 Siehe Frankfurter Rundschau vom 15.7.1956.

314 11/I/Pol an Schmitz über 11/III, Veith, 31.8.1956, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1864.

315 Siehe oben, S. 320 ff.

316 V. M., Stellung der SPD zur FDP, 12.11.1956, in: ACDP, 01-070-15/1.

317 Vgl. Appelius, Heine, S. 289, und Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 390.

318 Siehe etwa Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 285 f., Pirker, SPD, S. 183, oder auch Appelius, Heine, S. 278 ff.

319 V. M., Wahlkampfvorbereitung der SPD, 12.11.1956, in: ACDP, 01-070-15/1.

320 V. M., Erkrankung Carlo Schmids, 8.12.1956, in: ACDP, 01-070-15/2. Vom selben Tage stammt eine Meldung über eine vom Parteivorstand einberufene, offenbar ausgesprochen enttäuschend verlaufene Parlamentarierkonferenz; V. M., Parlamentarierkonferenz der SPD am 7./8. Dezember 1956 in Düsseldorf, 8.12.1956, in: ACDP, 01-070-15/1.

321 Sitzung am 3.6.1955, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 511.

322 Siehe Konrad Repgen: Finis Germaniae: Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957? In: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Band II: Beiträge der Wissenschaft. Hrsg. von Dieter Blumenwitz, Klaus Gotto, Hans Maier, Konrad Repgen, Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976, S. 294–315.

323 Pirker, SPD, S. 226.

324 Zit. nach Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 365.

325 Siehe etwa Bösch, Adenauer-CDU, S. 166 ff.

326 V. M., Bericht über die Sitzung des Werbe- und Propagandaausschusses der SPD am 22. November 1956, 23.11.1956, in: ACDP, 01-070-15/1.

327 V. M., Sitzung des PV der SPD am 19.12.1956 zu dem Thema »Wahlkampfvorbereitungen«, 11.1.1957, in: ACDP, 01-070-15/2.

328 Bösch, Adenauer-CDU, S. 170; siehe auch Appelius, Heine, S. 289 ff.

329 Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 366.
330 V. M., Sitzung des SPD-Werbeausschusses am 19.1.1957, 21.1.1957, in: ACDP, 07-001-3287.
331 V. M., Sitzung des PV, PA und der Kontrollkommission am 24. bis 26. Januar 1957 in Bonn (Äußerungen, die in den Presseverlautbarungen nicht oder nur unvollständig enthalten waren), 30.1.1957, in: ebd.
332 Sitzung am 7.2.1957, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 1192 f.
333 Bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle kursierte eine undatierte Kabinettsliste mit Erich Ollenhauer als Bundeskanzler, Thomas Dehler als Justizminister und Erich Mende als Atomminister, in: ACDP, 07-001-12087.
334 Zu den Beziehungen SPD-FDP siehe auch: V. M., Kontakt Döring-Deist, 12.2.1957, in: ACDP, 07-001-3287; V. M., Gespräch Ollenhauer/Maier, 12.2.1957, in: ebd. An diesem Tag liefen im Kanzleramt nicht weniger als sieben Meldungen der politischen Inlandsspionage des BND ein.
335 V. M., Rede Ollenhauers vor der Konferenz der sozialdemokratischen Chefredakteure am 3. Februar 1957, 12.2.1957, in: ACDP, 07-001-3287.
336 Siehe oben, S. 215 ff.
337 Weiß (133) an Gehlen (50), nachrichtlich an Felfe (172,7), Vertrauliches Gespräch des SPD-Abgeordneten Erler mit sowjetzonalem Gewährsmann, 30.1.1957, in: BND-Archiv, 122015, Bl. 1833 f.
338 Siehe auch: V. M., Wahlprogrammausschuss der SPD, 9.3.1957, in: ACDP, 07-001-3287.
339 Von dieser Kooperation profitierte neben Kurt Weiß auch der Leiter der Spionageabwehr Kurt Kohler, denn das Zusammenwirken der beiden bezog sich ebenso auf Einzelheiten der politischen Linie der Sozialdemokratie wie auf den Informationsaustausch zu einzelnen Personen; siehe etwa das Fernschreiben der Spionageabwehr an die Bonner Verbindungsstelle des BND vom 18.2.1957, in: BND-Archiv, 1454, o. Bl.
340 Hds. Ziegler an Gehlen, 18.3.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 520 f.
341 Zur Zusammenarbeit des BND mit den Ostbüros der Parteien siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 232 ff.
342 Entwurf Worgitzkys für einen Vermerk Gehlens für Ziegler, 27.3.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 547 ff.
343 Ziegler an Gehlen, Besprechung mit Otto am 28.3.57 in Bonn, 31.3.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 553 f.
344 Siehe etwa die Gesprächsagenda für Gehlen vom 23.4.1957, auf die von der CIA Themen gesetzt wurden wie »Coming election including Atomic Scientists' position and Wehner/Agartz as political issues« oder »Strauß as personality and Defense Minister. What to his political future?«, in: BND-Archiv, 1193, Bd. 1, o. Bl.
345 Siehe etwa die hds. Notiz Worgitzkys über seinen »Treff mit Ortloff«, 12.5.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 578 f.
346 Rundschreiben des SPD-Parteivorstands, Fritz Heine, 8.4.1957, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Sekretariat Fritz Heine, 2/PVAJ000210.
347 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 733 ff.
348 Siehe oben, S. 579 ff.
349 Schwarz, Adenauer, II, S. 153 und 128.
350 Die folgenden Passagen zu Wehner stützen sich vor allem auf Meyer, Wehner, S. 111 ff.; Zitate ebd., S. 146, 136 und 180.
351 Schwarz, Adenauer, II, S. 391.
352 Siehe Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 195.
353 Siehe das Schreiben Globkes an den deutschen Botschafter in Washington vom 27.2.1957, in: ACDP, 01-007-015/3. Die Absage ging auf einen Hinweis von CIA-Chef Allen Dulles zurück,

der es für »zweckmäßig« hielt, so der Vermerk Globkes für den Kanzler vom 22.2.1957, wenn der Staatssekretär seinen »Besuch in Amerika verschieben würde«; ebd. Peter Merseburger schrieb am 5.12.1957 in der *Neuen Rheinzeitung* (»Sünder erster und zweiter Klasse«), es sei eine Tatsache, »dass in Bonn heute die demokratische Zuverlässigkeit von Männern wie Wehner, die gegen Hitler kämpften, angezweifelt wird, die eines Staatssekretärs Globke, der den Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen schrieb, dagegen nicht.«

354 Meyer, Wehner, S. 199. Das folgende Zitat ebd., S. 200.

355 Im Einzelnen siehe Waske, Nachrichtendienst.

356 Siehe das Fernschreiben der deutschen Botschaft in Stockholm vom 9.3.1957 und die zusammenfassende Übersicht des Bundespresseamts vom 20.3.1957, beides in: ACDP, 01-070-13/1.

357 Fernschreiben, 9.3.1957, Abschrift in: ebd.

358 Meyer, Wehner, S. 200; das Zitat ebd.

359 Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 13.3.1957. Das folgende Zitat bei Meyer, Wehner, S. 200.

360 Interne Mitteilung des Bundespresse- und Informationsamts der Bundesregierung, IV/2, 20.3.1957, in: ACDP, 01-070-13/1.

361 Randbemerkung Globkes für den Kanzler auf dem Bericht der *Bonner Rundschau* vom selben Tage, 20.3.1957, in: ebd.

362 Eine eingehende Analyse der Vorgänge erschien unter dem Titel »Der Fall Wehner und die ›Würde des Hauses‹«, in: Die Gegenwart, 12 (1957), Nr. 283, 6.4.1957, S. 198 ff.

363 Zit. nach Meyer, Wehner, S. 201 f.

364 Siehe oben, S. 388 f.

365 Rheinischer Merkur, 17.5.1957; Frankfurter Rundschau, 23.3.1957; zit. nach Meyer, Wehner, S. 203 f.

366 Schwarz, Adenauer, II, S. 391.

367 V. M., o. D. (hds. »1957«), Herbert Wehner, in: ACDP, 01-070-13/1. Hervorhebung von mir.

368 Zu dem Zerwürfnis siehe Meyer, Wehner, S. 37 f.

369 Der Spiegel, 6.10.1954 (»Stachel im Fleisch der Zufriedenen«).

370 Urteil v. 29.4.1942, Abschrift vom 15.3.1957, in: ACDP, 01-070-13/1.

371 Interview mit Alexander Ortloff, 18.3.2013.

372 Siehe oben, S. 612.

373 Wollenberg an Schmidt, 6.5.1957, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000056. Die Antwort Schmidts vom 10.5.1957 ebd.

374 Undatierte Analyse Henkes [1968/69] zu der »Meldung 67-Nr. 2558 vom 3.10.1957, Quelle: 67,7 auf Schreiben 122b vom 26.9.57«, in: BND-Archiv, 23380, Bl. 28. Zu Sessler siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 465 ff.

375 Winterstein (70B1) an Gehlen (70), Material über den Bundestagsabgeordneten Wehner in Dänemark, 26.2.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Bd. 12, Bl. 129.

376 Besondere Fälle in der SPD, o. D. [1960], in: ACDP, 01-070-13/1.

377 Ohne Titel, o. D., in: ACDP, 01-070-13/1.

378 Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise an Globke, 17.8.1961, in: ACDP, 01-070-015/1.

379 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung beim Bundeskanzler am 3.11.1960, in: BND-Archiv, 120616, Bl. 11 f. Josef Selbach, Adenauers Büroleiter, der dem Bundeskanzler bei der Vermittlung nachrichtendienstlicher und anderer mitunter delikater Informationen vor allem dienstbar war, hatte diesen darauf hingewiesen, dass nach Auskunft eines prominenten Journalisten Mattick, Metzger und Paul in Sachen Familienzusammenführung nach Prag gereist seien und dass dieser Journalist »überrascht und geradezu erschüttert« über die Einstellung

verschiedener SPD-Journalisten gewesen sei, denen er »die Gefährlichkeit und den Ernst derartiger Kontakte« habe vor Augen führen wollen. »Er sieht hierin ein Symptom für die fortschreitende innere Zersetzung gegenüber dem gesamten Fragenkomplex.« Ebd., Bl. 13. Weitere »Anlagen« finden sich in den Akten nicht.

380 V. M., Ollenhauer-Erklärung über die Industriekontrolle, 2.5.1957, in: ACDP, 07-001-3287.

381 V. M., Unterschlagung beim Ostbüro, 2.5.1957, in: ebd.

382 V. M., Ohne Titel, 2.5.1957, in: ebd.

383 V. M., PV-Sitzung 10./11. Mai 1957, 12.5.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

384 V. M., Atomdebatte, 14.5.1957, in: ebd.

385 V. M., DGB-Vorsitz und SPD, 14.5.1957, sowie V. M., Finanzielle Kontakte zwischen SPD und DGB, 14.5.1957, in: ACDP, 01-454-005/3. Siehe auch V. M., PV der SPD und DGB, 19.10.1957; vom selben Tag auch die Meldung »Nau in den USA«, in der es hieß, der »Hauptkassierer der SPD« wolle bei den amerikanischen Gewerkschaften gegen ihre Einmischung in die Politik der Sozialdemokraten protestieren, »damit zukünftig gegen die SPD gerichtete Stellungnahmen der US-Gewerkschaften unterbleiben«, in: ebd.

386 V. M., Wahlkampfpropaganda in Flüchtlingslagern, 17.5.1957, in: ACDP, 07-001-10086.

387 Globke an Heck, 27.5.1957, in: ACDP, 07-001-12068.

388 V. M., Ohne Titel [Bericht über die Sitzung des erweiterten SPD-Vorstands am 8.5.1957], in: ACDP, 01-070-15/1.

389 V. M., Volksaktien, 17.5.1957, in: ebd.

390 V. M., VW-Reprivatisierung, 24.5.1957, in: ACDP, 07-001-3287.

391 V. M., Verstaatlichungsparagraph des Grundgesetzes, [24.5.1957], in: ACDP, 07-001-3287.

392 V. M., Ablösung von Heine, 25.5.1957, in: ACDP, 01-070-15/2.

393 V. M., Wahlrevue der SPD, 27.5.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

394 V. M., Sozialdemokratische Chefredakteurskonferenz 26.5.57 in Bonn, 29.5.1957, in: ACDP 07-001-3287.

395 V. M., Ergänzung zum Bericht über die Tagung der Verleger und Chefredakteure der SPD-Zeitungen bzw. der der SPD nahestehenden Presse am 26. Mai 1957 in Bonn, 29.5.1957, in: ebd.

396 Pirker, SPD, S. 235.

397 V. M., Ollenhauer-Plan, 1.6.1957, in: ACDP, 07-001-3287.

398 V. M., CDU-Wahlillustrierte, 5.6.1957, in: ebd.

399 V. M., Rat für die deutsche Wiedervereinigung, 5.6.1957, in: ebd.

400 V. M., Wahlfinanzierung, 5.6.1957, in: ebd.

401 V. M., Sitzung des Werbeausschusses am 13.6.1957, 14.6.1957, in: ACDP, 07-001-3187.

402 V. M., Eichler-Broschüre, 14.6.1957, in: ACDP, 01-070-15/1.

403 V. M., E. E. [Erhardt Eckert], 14.6.1957, in: ebd. Zu Eckert siehe oben, S. 615.

404 V. M., Führungswechsel bei den »Falken«, 21.6.1957, sowie V. M., Verbandstag der Falken, 22.6.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

405 V. M., Gemeinsamer Markt und Internationale, 28.6.1957, in: ebd. Siehe auch V. M., Tagung der sozialistischen Internationale in Wien, 10.7.1957, sowie die ausführliche Mitteilung »SPD und Internationale (Ergänzender Bericht)«, 13.7.1957, die noch einmal die Isolierung der SPD betonte; ebd. Ein Vierteljahr später berichtete der BND (»Labour-Party und SPD«, 19.10.1957) von mittlerweile beobachtbaren Annäherungstendenzen der beiden sozialistischen Parteien; ebd. Am 10.7.1957 gingen im Kanzleramt zwei weitere vertrauliche Mitteilungen ein: »Koordinierung der SPD-Kommunalverwaltungen« sowie »Wahlnummer des ›Klaren Kurs‹«; ebd.

406 V. M., Gemeinsamer Markt und Euratom, 29.6.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

407 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 391.
408 Siehe Schwarz, Ära Adenauer, I, S. 359 ff. Siehe dazu die knappe vertrauliche Mitteilung über Propagandamaßnahmen, bei denen es nach Ansicht Heines »zu einer Verschärfung der SPD-Agitation gegen die CDU in den Bezirken, nicht aber bei PV kommen wird«; V. M., Propagandamaßnahmen aus Anlass der Atomdebatte, 10.7.1957, in: ACDP, 07-001-3287.
409 Siehe Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 393 f.
410 Siehe dazu die in üblicher Form gegebene dreizeilige Information der Unionsspitze »Nürnberger Erklärung Adenauers«, in: ACDP, 07-001-3287.
411 Sitzung am 19.9.1957, in: Protokolle des CDU-Vorstands 1957–1961, S. 9.
412 Appelius, Heine, S. 295.
413 Pirker, SPD, 245.
414 V. M., Krise in der SPD-Propaganda, 28.6.1957, in: ACDP, 07-001-3287.
415 V. M., Aktivierung des Wahlkampfes, 29.6.1957, in: ACDP, 01-070-15/1. Siehe auch V. M., Einsatz des Fernsehens, 5.7.1957, und V. M., Kosten der Wahlkampfrevuen, 5.7.1957, in: ebd.
416 Schreiben Zieglers an Gehlen, 1.7.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 595 f.
417 V. M., Kontakte zur SPD, 5.7.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.
418 V. M., KP-Kontakte, 5.7.1957, in: ebd.
419 V. M. Festlegung des GB/BHE, 29.6.1957, in: ebd. Siehe auch V. M., Keine Absprachen mit BHE, 20.7.1957, sowie V. M., Absprachen mit der Bayernpartei, 27.7.1957; in: ebd.
420 Zu Schmitz und »Veith« siehe oben, S. 616 f.
421 III-Bericht Y 350 150, Nr. 15306, Planung der SPD über den BND, 16.7.1957, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1706 f.
422 V. M., Pessimistische Beurteilung der Wahlaussichten, 10.7.1957, in: ACDP, 07-001-3287.
423 V. M., Wahldiffamierungen, 5.7.1957, in: ACDP, 01-454-005/3. Hervorhebung im Original; zum Innenminister vgl. Der Spiegel, 2.2.1960 (»Schröder«).
424 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 666 ff.
425 V. M., Willi Brandt [sic!], 5.7.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.
426 Umfassend dazu Peter Merseburger: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, München 2013, S. 126 ff.; zu Landau ebd., S. 143 f.
427 Siehe etwa V. M., Werbeausschuss der SPD am 19.7.57, o. D., in: ACDP, 07-001-3287; V. M., Technische Wahlvorbereitungen, 27.7.1957, in: ebd.; V. M., Werbeaktionen, 9.8.1957, in: ebd.; V. M., Wahlaktionen, 17.8.1957, in: ACDP, 01-070-15/1.
428 V. M., Wahlkampagne der SPD, 20.7.1957, in: ebd.
429 V. M., Einschätzung der FDP, 20.7.1957, in: ACDP, 01-070-016/2; siehe auch V. M., Verhalten gegenüber der FDP, 20.7.1957, in: ebd.
430 V. M., SPD-Haltung zur FDP, 23.8.1957, in: ACDP, 01-070-15/2.
431 V. M., CDU-Gemeinsamkeiten mit dem Kommunismus, 9.8.1957, in: ACDP, 07-001-3287.
432 V. M., Wahleinsätze, 9.8.1957, in: ebd.
433 V. M., Einsatz von Schönheitsköniginnen, 30.8.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.
434 V. M., Verzögerung im Wahlkampf, 30.8.1957, in: ebd.
435 V. M., Gräfin Döhnhoff [sic!], 3.8.1957, in: ebd.; siehe auch V. M., Jakob Kaiser, 3.8.1957; ebd.
436 Aktennotiz über die Besprechung Gehlen-Ziegler am 2.8.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 600 f.
437 Siehe Armin Müller: Wellenkrieg. Agentenfunk und Funkaufklärung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, Berlin 2017, S. 339 ff.
438 V. M., PV-Sitzung vom 13. August und PV/PA/KK und Fraktionssitzung vom 14. August 1957, 17.8.1957, in: ACDP, 01-454-005/3. Die Vorstandssitzung fand am 14.8.1957, die gemeinsame

Sitzung mit dem Parteiausschuss, der Kontrollkommission und der Fraktion am darauffolgenden Tag statt.

439 Endgültig lauteten die Parolen dann: Wer die Union wähle, riskiere »dauernde Einparteienherrschaft; Teuerung und Inflation; endgültige Spaltung unseres Vaterlandes; Atombomben und Atomtod«, wer SPD wähle, sichere »stabile Preise; Wiedervereinigung in Freiheit; Atomkraft nur für den Frieden«; SPD-Pressedienst, 16.8.1957, in: AdsD, PV-Protokolle 1957.

440 Protokoll der SPD-Vorstandssitzung am 14.8.1957, in: AdsD, PV-Protokolle 1957.

441 Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses, der Kontrollkommission und der Bundestagsfraktion am 15. August 1957 in Bonn, Fraktionssitzungssaal, in: ebd.

442 »Sicherheit für alle«, SPD-Pressedienst, 16.8.1957, in: ebd.

443 V. M., PV-Sitzung vom 13. August und PV/PA/KK und Fraktionssitzung vom 14. August 1957, 17.8.1957, in: ACDP, 01-070-15/1.

444 V. M., Ollenhauer, 19.8.1957, in: ACDP, 01-070-15/2.

445 V. M., Stimmung in der SPD, 30.8.1957, in: ACDP, 01-454-005/3. Siehe auch die Meldung »Amerikanische Wahlkampfhilfe für die SPD« vom 3.9.1957, in der es hieß, SPD-Plakate aus Berliner Druckereien würden »von amerikanischen Transportflugzeugen nach Frankfurt geflogen«; ebd.

446 V. M., SPD: Allgemeiner Stimmungsbericht eine Woche vor der Wahl. (Letzter Stand von heute Vormittag.), 7.9.1957, in: ebd.

447 Siehe dazu auch V. M., SPD-Wahlpropaganda, 7.9.1957; V. M., Wahlkampf, 13.9.1957; V. M., Sonderausgabe Vorwärts, 13.9.1957; V. M., Wahlinspekteure der SPD, 13.9.1957; V. M., Fernsehsendung in der Wahlnacht, 14.9.1957, in: ebd.

448 V. M., Perspektiven nach der Wahl, 13.9.1957, in: ebd.

449 V. M., Stimmungslage beim SPD-Parteivorstand, 14.9.1957, in: ebd.

450 V. M., Nachfolge von Suhr, 13.9.1957, in: ACDP, 01-070-13/1; siehe auch V. M., Bürgermeisterwahl in Berlin, 14.9.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

451 Das Gros dieser SPD-Dokumente findet sich in: ACDP, 07-001-3287.

452 Schwarz, Adenauer, II, S. 92.

453 Abschrift eines Rundschreibens von Fritz Heine, »im März 1957«, in: ACDP, 07-001-3287; die Originaldokumente der SPD ebd.

454 Konrad Adenauer in der Sitzung am 19.9.1957, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 4.

455 Meyer, Wehner, S. 206.

456 Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 185; auch zum Folgenden.

457 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 408. Der Spiegel, 25.9.1957 (»Wenn ihr wollt«), sprach von einem »verblüffenden Mangel an Leidenschaft und Willen zur Macht«.

458 Lösche/Walter, SPD, S. 186.

459 Näher dazu Appelius, Heine, S. 289 ff.

460 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 429.

461 Meyer, Wehner, S. 224. Hervorhebung von mir.

462 Pirker, SPD, S. 284; die folgenden Zitate ebd., S. 290 und 286.

463 Siehe etwa Bouvier, Godesberg, S. 33 ff.; das folgende Zitat ebd., S. 35.

464 Hartmut Soell: Fritz Erler – eine politische Biographie, Berlin 1976, S. 387.

465 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 203.

466 Meyer, Wehner, S. 234.

467 Zit. nach Schwarz, Adenauer, II, S. 598.
468 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 204.
469 Sitzung am 19.9.1957, in: Protokolle des CDU-Vorstands 1957–1961, S. 4.
470 Das Fernschreiben Gehlens und die Antwort Globkes vom 30.9.1957 in: ACDP, 07-001-5019.
471 V. M., Sitzung des PV der SPD am 18. September 1957, 20.9.1957, in: ACDP, 01-070-15/1. Zu dieser »bemerkenswert kameradschaftlichen« Sitzung siehe auch Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 399; vgl. ebenfalls das Protokoll der Vorstandssitzung und das Kommuniqué vom 19.9. dazu, in: AdsD, PV-Protokolle 1957.
472 V. M., Innerparteiliche Lage der SPD nach der Parteiausschuss- und Fraktionssitzung, 14.10.1957, hds. ausgezeichnet auf »H. St. Dr. Globke«, in: ACDP, 01-070-13/1.
473 Siehe das Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission der SPD am 25.9.1957 im Bundeshaus, in: AdsD, PV-Protokolle 1957.
474 Meyer, Wehner, S. 208.
475 V. M., Wahl des Fraktionsvorstandes der SPD/Sitzung des Fraktionsvorstandes vom 23.10.1957, 25.10.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.
476 V. M., Fraktionssitzung, 4.11.1957, in: ebd. Siehe auch V. M., Besuch von Bevan, 13.12.1957, in: ebd.
477 V. M., Neue SPD-Illustrierte, 25.10.1957, in: ebd.
478 V. M., Wechsel bei PPP, 26.10.1957, in: ebd.
479 V. M., Hamburger Wahlkampf, 26.10.1957, in: ebd.
480 V. M., Nominierung von Landsberg, 31.10.1957; V. M., Lage in Berlin, 4.11.1957, in: ebd.
481 V. M., Verlegung der YOUSY, 31.10.1957, in: ebd.
482 Ziegler an Gehlen, 2.11.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 650.
483 Ziegler an Gehlen, 5.12.1957, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 679.
484 Hds. Vermerk Worgitzkys über ein Gespräch Zieglers mit Mellies in München am 13.1.1958, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 713. Hervorhebung im Original.
485 V. M., Sitzung des Werbeausschusses der SPD, 6.11.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.
486 V. M., Oppositionsprogramm der SPD, 6.11.1957, in: ebd.
487 V. M., Stimmung in der Friedrich-Ebert-Allee, 6.11.1957, in: ebd.
488 V. M., Hamburger Koalitionsgespräche, 9.11.1957, in: ebd.
489 V. M., Wehners Stellung, 9.11.1957, in: ebd.
490 V. M., Regierungskrise in Niedersachsen, 11.11.1957; V. M., Regierungskrise in Niedersachsen, 12.11.1957, in: ebd.
491 V. M., Kandidaten für die Chefredaktion des »Vorwärts«, 12.11.1957, in: ebd.
492 V. M., Kontaktaufnahme zwischen den Reformern der SPD-Fraktion und dem DGB, 15.11.1957, in: ebd.
493 V. M., Forderung Heines, SPD-Parteitag vorzuverlegen, 12.11.1957, in: ebd.
494 V. M., Kontaktaufnahme zwischen den Reformern der SPD-Fraktion und dem BND, 15.11.1957, in: ebd.
495 V. M., Ollenhauer spricht vor Diplomaten, 15.11.1957, in: ebd.
496 V. M., Nau-Reise nach den USA, 15.11.1957, in: ebd.; angeblich war der Schatzmeister der SPD in die Vereinigten Staaten gereist, um Zuwendungen für seine Partei einzuwerben. Er trete dort in erster Linie als Vertreter der Stiftung auf. Weitere Mitteilungen vom Tage: V. M., Hallstein gegen FDP und SPD, 15.11.1957; V. M., Ausscheiden von Professor Grewe, 15.11.1957, in: ebd.
497 V. M., Abgrenzung der Arbeitsgebiete in der Fraktion, 15.11.1957, in: ebd.
498 V. M., Gegenschlag des Apparates gegen die Parteireformer, 15.11.1957, in: ebd.
499 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 405, 407 und 409 f.

500 V. M., Lage in der SPD (Bericht über die Sitzung des PV vom 20.11.1957 folgt am 22.11.1957, 19.11.1957), in: ACDP, 01-454-005/3.
501 Brill an Erler, 21.11.1957, zit. nach Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 409; dort auch weitere Zeugnisse für den aufgestauten Unmut in der SPD.
502 V. M., Parteivorstandssitzung am 20. November 1957, 22.11.1957, in: ACDP, 01-454-005/3; siehe auch V. M., Bund- und Länderkonferenz am 21. November 1957, 22.11.1957; V. M., Besprechung SPD/DGB, 22.11.1957, in: ebd.
503 V. M., Taktische Schachzüge gegen Reformer, 26.11.1957, in: ebd.; siehe auch V. M., Pläne Ollenhauers und Heines für eine Organisationsreform, 26.11.1957, in: ebd.
504 V. M., Günstiges Ergebnis der Reise von Nau nach den USA, 2.12.1957, in: ACDP, 01-070-15/1.
505 V. M., Kontakte mit Springer, 6.12.1957, in: ebd.
506 V. M., Veränderung bei den Falken, 6.12.1957, in: ebd.
507 V. M., Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, 6.12.1957, in: ebd.
508 V. M., Flüchtlingsarbeit, 13.12.1957, in: ebd.
509 V. M., Rundfunk Saarbrücken, 7.12.1957, in: ebd.
510 V. M., Vorwärts-Redaktion, 6.12.1957, in: ebd.
511 V. M., Vorwärts-Chefredaktion, 13.12.1957, in: ebd.
512 V. M., Neuer Chefredakteur des Vorwärts, 15.12.1957, in: ebd. Siehe auch die Sitzung des SPD-Parteivorstands am 13.12.1957 sowie das Kommuniqué des SPD-Pressedienstes v. 14.12.1957, in: AdsD, PV-Protokolle 1957.
513 V. M., Schwierigkeiten bei der Wahl von Brandt, 7.12.1957, in: ACDP, 01-070-15/1.
514 V. M., Eichler bezieht Stellung, 7.12.1957, in: ebd.
515 V. M., Nächste PV-Sitzung und Parteireform, 9.12.1957, in: ebd. Das Protokoll der Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission im Bundeshaus am 14.12.1957 in: AdsD, PV-Protokolle 1957.
516 V. M., Fortgang der Parteireform, 13.12.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.
517 V. M., Sitzungen des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission am 13./14. Dezember 1957 in Bonn, 15.12.1957, in: ebd.
518 Sitzung des Parteivorstandes am 13.12.1957 in Bonn sowie Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission am 14.12.1957 in Bonn, in: AdsD, PV-Protokolle 1957.
519 Brandt hatte am 23.11.1957 zu Ilse Elsner, SPD-Politikerin und Journalistin, gesagt, er wisse gar nicht, ob seine Flucht aus Lübeck 1933 »unbedingt nötig war oder nicht«, und hatte damit Irritationen über die tieferen Gründe seines Wegganges ausgelöst; siehe Merseburger, Brandt, S. 54.
520 V. M., Kritik der Reformer an Ollenhauer, 3.1.1958, in: ACDP, 01-070-15/2.
521 V. M., Berliner SPD, 3.1.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
522 V. M., Wehner, 3.1.1958, in: ACDP, 01-070-13/1.
523 V. M., Erler, 3.1.1958, in: ACDP, 01-070-15/2.
524 V. M., Kapitulation Carlo Schmids vor dem Funktionärsflügel, 4.1.1958, in: ebd.
525 Siehe Wolf, Entstehung, S. 342 ff.
526 V. M., Kampfkandidatur von Mellies in Stuttgart möglich, 10.1.1958, in: ACDP, 01-070-15/2.
527 V. M., Krankheit von Mellies, 13.3.1958, in: ebd.
528 V. M., Schwierigkeiten für Erler, 13.1.1958, in: ebd.; siehe darüber hinaus auch V. M., Meinungsverschiedenheiten in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Sozialisten, 17.1.1958, und V. M., Diskussion zwischen den führenden Sozialdemokraten [und] Katholiken in München,

17.1.1958, in: ACDP, 01-454-005/3; auch V. M., Ergänzung zum Bericht Eichlers über das Treffen führender Katholiken und Sozialdemokraten in München, 13.3.1958, in: ebd.
529 Wollenberg, SPD, 18.1.1958, in: AdsD, NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000095.
530 Siehe oben, S. 608 ff.
531 Dürrwanger (552) an Gehlen (70), Mitteilung von Wessel (»Wieland«), 20.1.1958, in: BND-Archiv, 120293, Bl. 278 f. Siehe auch V. M., Rapacki sucht Kontakt zur SPD, 13.3.1958, in: ACDP, 01-454-005/3.
532 Weiß (70B1) an Gehlen (70), Besuch des Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner bei Tito, 21.1.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Bd. 12, Bl. 128.
533 V. M., Beunruhigung über Meinungsumfrageergebnisse, 17.1.1958, in: ebd.
534 V. M., Sitzung der Bundestagsfraktion am 21. Januar 1958, in: ebd.
535 V. M., Aktivitäten Fritz Heines, 22.1.1958, in: ACDP, 01-070-15/2.
536 V. M., Nachlese zur Bundestagssitzung [am 25.1.], 27.1.1958; siehe auch V. M., Dehler/Heinemann-Reden, 1.2.1958, und V. M., Beteiligung der Bundesrepublik an der Atomrüstung, 1.2.1958, in: ACDP, 01-454-005/3. Vgl. Soell, Erler, S. 347.
537 Hierzu siehe oben, S. 343 ff.
538 V. M., PV-Sitzung vom 25. Januar 1958, 28.1.1958, und V. M., Ergänzung zum Bericht über die Parteivorstandssitzung der SPD, 1.2.1958, in: ACDP, 01-454-005/3.
539 Siehe auch V. M., Sitzung des Werbe- und Propagandaausschusses am 31.1.1958, 1.2.1958, in: ebd.
540 Vgl. auch V. M., Verärgerung über IG Metall, 13.2.1958, in: ebd.
541 V. M., Schwierigkeiten um Barsig, 22.1.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
542 Barsig an Ollenhauer, Mellies und Erler, 6.2.1958, in: AdsD, SPD-Parteivorstand / Büro Erich Ollenhauer, 2/EOAA000394.
543 V. M., Wehrpolitisches Gutachten, 13.2.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
544 Vortragsnotiz von Weiß für Gehlen, Dr. Gustav Heinemann, SPD-Bundestagsabgeordneter, 24.2.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Bd. 12, Bl. 123 f.
545 V. M., Psychologische Kampfführung, 13.2.1958, in: ACDP, 01-070-15/1. Siehe auch Dülffer, Krise, S. 473 ff.
546 V. M., Vorlage für Parteireform, 13.2.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
547 V. M., Reformer wenig verlangt, 13.2.1958, in: ACDP, 01-454-005/3.
548 Siehe oben, S. 646.
549 V. M., Parteineugründung befürchtet, 28.2.1958, in: ebd.
550 V. M., Schlechte Aussichten für Reformer, 28.2.1958, in: ebd.
551 V. M., Mellies unheilbar erkrankt, 28.2.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
552 V. M., Krankheit von Mellies, 13.3.1958, in: ACDP, 01-070-15/2.
553 Vermerk Bachmanns für Globke, Parlamentarisches Vertrauensmänner-Gremium für den Bundesnachrichtendienst, 12.4.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15205 (1), Bd. 1, Bl. 169 f.
554 V. M., PV/PA/KK-Sitzung am 5./6. März 195[8] in Bonn, 8.3.1958, in: ACDP, 01-454-005/3.
555 V. M., Aktion gegen Atomrüstung, 13.3.1958, in: ebd.; siehe auch V. M., Aktion gegen Atomtod, in: ebd.
556 Zusatz zu V. M., PV und Internationale, 13.3.1958, in: ebd.
557 V. M., Bericht von Brandt über seine USA-Reise, 13.3.1958, in: ebd.
558 V. M., Wahlvorbereitungen der SPD in Nordrhein-Westfalen, 13.3.1958, in: ebd.
559 V. M., SPD und Wehrfrage, 13.3.1958, in: ebd.
560 V. M., Erler’s Alleingang, 13.3.1958, in: ebd. Im Einzelnen Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 467 ff.

561 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 42.
562 Der Spiegel, 25.2.1958 (»SPD-Wehrgutachten. Messer im Rücken«); zu Beermann siehe auch oben, S. 598.
563 V. M., Wehrgutachten der SPD, 17.3.1958, in: ACDP, 01-454-005/3.
564 V. M., Wehner-Programm für Wiedervereinigung, 17.3.1958, in: ebd.
565 V. M., Fraktionssitzung der SPD zur Vorbereitung der außenpolitischen Debatte am 17. März 1958, 19.3.1958, in: ebd.
566 V. M., Bundestagsdebatte, 24.3.1958, in: ebd.
567 V. M., Gegensatz Erler-Heine, 30.4.1958, in: ACDP, 01-070-15/2.
568 Vgl. das SPD-Protokoll der »Sitzung des Parteivorstandes am 2. und 3.5.1958 in Berlin« und der »Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission am 3. und 4.5.1958 in Berlin«, in: AdsD, PV-Protokolle 1958. Zur Siebenerkommission (Ollenhauer, Mellies, Erler, Wehner, Nau, von Knoeringen, Schmid) siehe Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 413.
569 V. M., PA/PV-Sitzung vom 2./3. Mai in Berlin, 9.5.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
570 Siehe oben, S. 792 f.
571 Lösche/Walter, SPD, S. 186.
572 Notiz Gehlens, 30.5.1958, in: BND-Archiv, 1163, Bl. 65.
573 Das Gespräch fand am 27.3.1958 in Bonn statt. Siehe das Schreiben Gehlens an den »Oberbürgermeister der Stadt Berlin« vom 30.5.1958, mit dem er ihm die Meldung »Absicht der SED, bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Herbst 1958 Direktmandate zu gewinnen«, übersandte. Der Mitarbeiter Brandts versah den Brief mit der Marginalie: »Der Bundesnachrichtendienst kennt nicht einmal die verfassungsmäßige Amtsbezeichnung des Regierenden Bürgermeisters.« In: AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 6 Berlin 1947–1966, 161. Ich danke Herrn Sven Haarmann für diesen Hinweis.
574 Vermerk, Besprechung mit Dr. K. vom 27.5.1958, 30.5.1958, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 883 ff.
575 Siehe oben, S. 373 ff., sowie unten, S. 1203 ff.
576 Siehe oben, S. 664 ff.
577 Weiß (70B1) an Gehlen (70), Material über den SPD-Bundestagsabgeordneten Wehner in Dänemark, 26.2.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Bd. 12, Bl. 129 f.
578 Zit. nach Meyer, Wehner, S. 363.
579 Notiz Gehlens, 2.6.1958, in: BND-Archiv, 1206, Bl. 237.
580 V. M., Wahlkampfmaßnahmen in NRW, 6.6.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
581 V. M., Jungsozialisten bauen um, 13.6.1958, in: ebd.
582 V. M., Derzeitige Situation in der Friedrich-Ebert-Allee, 6.6.1958, in: ebd.
583 Siehe das Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstands am 9.6.1958 in Bonn, in: AdsD, PV-Protokolle 1958. Vgl. Appelius, Heine, S. 388 ff.
584 Siehe oben, S. 736 f.
585 Hds. Notiz Worgitzkys für Gehlen über sein Gespräch mit Ziegler am 18.6.1958, in: BND-Archiv, V-11642, Hauptakte, Bl. 887 ff. Hervorhebung im Original.
586 Siehe V. M., Entlassung Flügges, 3.7.1958, in: ACDP, 01-070-15/1; auch: V. M., Konflikt Flügge-Puttkammer, 17.3.1958, in: ACDP, 01-454-005/3, sowie V. M., Arbeitsgerichtsprozess gegen Flügge, 9.9.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
587 V. M., Sitzung des Präsidiums der SPD am 16.6.1958 und PV-Besprechungen am 18.6.1958, 19.6.1958, in: ACDP, 01-070-15/1. Hervorhebung von mir. Siehe auch die SPD-Protokolle der »Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission am 17. und 18. Juni 1958 in Stuttgart« und der »Sitzung des Parteivorstandes am 19. Juni 1958 in Stuttgart«,

in: AdsD, PV-Protokolle 1958. Die vom BND mitgeteilten Erörterungen des Präsidiums schlugen sich darin kaum nieder.

588 V. M., Präsidiumssitzung der SPD vom 23. Juni 1958, 24.6.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.

589 Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 23.6.1958, in: AdsD, PV-Protokolle 1958. Seit dem Tode Kurt Schumachers, so ein BND-Bericht, habe Wehner »das Ostbüro immer wieder beschuldigt, dass es seine Politik zu torpedieren versuche. Er hat sogar innerhalb der SPD den Leiter des Ostbüros, Thomas, wiederholt als amerikanischen Agenten bezeichnet.« Siehe V. M., Kontroverse Wehner-PV, 6.12.1957, sowie V. M., Schwierigkeiten für das Ostbüro der SPD, 6.12.1957, in: ACDP, 01-454-005/3.

590 V. M., Ergänzung zum Bericht über die Präsidiumssitzung der SPD vom 23.6.1958, 28.6.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.

591 Der Arbeitsverteilungsplan trägt Siegfried Ortloffs hds. Marginalie: »Vorgelegt dem PV, 10.7.1958«, in: AdsD, PV-Protokolle 1958.

592 Hds. Notiz Worgitzkys über sein Gespräch mit Ziegler am 3.7.58, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 898 ff. Hervorhebung von mir.

593 Erler erhielt Ende November 1958 einen Termin für die Besichtigung der BND-Schule; hds. Notiz Worgitzkys über sein Gespräch mit Ziegler am 4.11.1958, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 968 f.

594 V. M., Geschäftsverteilung im Präsidium der SPD, 3.7.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.

595 V. M., Präsidiumssitzung der SPD vom 7.7.1958, 8.7.1958, in: ebd.

596 V. M., Parteivorstandssitzung der SPD, 17.7.1958, in: ACDP, ebd. Sitzungen der SPD-Spitzengremien fanden am 10., 11. und 12.7.1958 statt; siehe AdsD, PV-Protokolle 1958.

597 SPD-Pressedienst, 12.7.1958, in: AdsD, PV-Protokolle 1958. Siehe auch die hds. Notiz Worgitzkys über sein Gespräch mit Ziegler am 31.7.1958, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 916 ff.

598 Sitzung am 11.7.1958, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 184 f.

599 Siehe oben, S. 594 ff.

600 Im Einzelnen Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 467 ff.; das Zitat ebd., S. 468. Siehe auch die Ausführungen Adenauers vor der Parteispitze am 25.4.1958, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 111 ff.

601 Zit. nach Schwarz, Adenauer, II, S. 430.

602 Zit. nach Pirker, SPD, S. 265.

603 V. M., Sitzung des Präsidiums und des Parteivorstands der SPD am 2./3. September 1958, 9.9.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.

604 Schwarz, Adenauer, II, S. 257. Siehe auch oben, S. 326 ff.

605 Protokoll der Vorstandssitzung am 3. September 1958, in: AdsD, PV-Protokolle 1958. Dort auch die öffentlichen Verlautbarungen.

606 Entschließung des SPD-Vorstands vom 4. September 1958, in: AdsD, PV-Protokolle 1958.

607 V. M., Wahlhelferorganisation der SPD, 10.9.1958; V. M., SPD fördert Anti-Nato-Kräfte, 10.9.1958; V. M., Hahlbohm- und Wallraff-Affäre in Bonn, 10.9.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.

608 Nicht näher behandelt ist im Folgenden die Beobachtung des Ostbüros durch den BND, dem er wesentliche Erkenntnisse zur Lage in der DDR verdankte. Diese Berichterstattung ist von der Sorge um eine »Einschränkung des Ostbüros« durch den wachsenden Einfluss Wehners geprägt. Siehe etwa V. M., Einschränkung des Ostbüros, 13.9.1958; V. M., Annäherung Thomas-Wehner, 24.3.1959; V. M., Zukunft des Ostbüros, 29.6.1959; V. M., Innerparteiliche Aktivitäten des Ostbüros, 12.4.1960; V. M., Kritik am Ostbüro, 17.8.1961, alle in: ebd.

609 V. M., Führungslage im Parteipräsidium aus der Sicht des PV, 18.9.1958, in: ebd.

610 V. M., Sitzung des Parteipräsidiums am 22.9.1958, 22.9.1958, in: ACDP, 01-070-15/1. Siehe auch das demgegenüber karge SPD-Protokoll, in: AdsD, PV-Protokolle 1958.
611 Neben zahllosen internen Aufstellungen, Rundschreiben, Arbeitskreisprotokollen usw. der SPD – alles Originalmaterialien – findet sich in den Unterlagen der CDU-Führung beispielsweise ein von Fritz Heine gezeichneter Hinweis des SPD-Parteivorstands zu Einzelheiten der Aktion »Mobilisierung des Geistes« von Anfang 1957, in: ACDP, 07-001-3287.
612 Siehe Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 431 ff.
613 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 65.
614 https://www.konrad-adenauer.de/seite/12-oktober-1958/ (Abruf am 10.5.2022).
615 Siehe etwa das SPD-Beschlussprotokoll zur »Sitzung des Präsidiums am 23.6.1958«, in: AdsD, PV-Protokolle 1958.
616 V. M., Sitzung der Bundestagsfraktion am 14.10.1958, 14.10.1958, in: ACDP, 01-070-15/1, sowie StBKAH, I 1.23, Bl. 454 ff.
617 Sitzung am 14.10.1958, in: AdsD, SPD, BT-Fraktion, Protokolle 1958.
618 Näheres bei Dülffer, Krise, S. 461 ff.
619 Siehe oben, S. 364, 590, 604 und 676.
620 V. M., Vorbereitungen für den nächsten Bundestagswahlkampf, 27.10.1958, in: ACDP 01-070-15/1. Marginalie Adenauers vom 29.10. Zusätzlich findet sich auf diesem Dokument neben Adenauers Paraphe noch die Abzeichnung »R 133, not. 30.10. Sel[bach].«
621 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 225.
622 Bösch, Adenauer-CDU, S. 355.
623 Merseburger, Brandt, S. 8.
624 Siehe oben, S. 579, 600, 642 und 689.
625 Der Spiegel, 23.8.1961 (»Wahlkampf. Alias Frahm«). Siehe auch die Sitzung am 25.8.1961, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 1006 f.
626 Vgl. Merseburger, Brandt, S. 408 ff.
627 Siehe Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 508, und Bösch, Adenauer-CDU, S. 392.
628 Lösche/Walter, SPD, S. 114.
629 So der Untertitel von Bouvier, Godesberg.
630 Siehe Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 433 ff.
631 Bösch, Adenauer-CDU, S. 391.
632 Zit. nach Bouvier, Godesberg, S. 60.
633 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 109.
634 Zit. nach Meyer, Wehner, S. 234.
635 Zit. nach Schwarz, Adenauer, II, S. 598.
636 Sitzung am 6.7.1960, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 705.
637 Zit. nach Bösch, Adenauer-CDU, S. 391.
638 Bouvier, Godesberg, S. 62.
639 Zit. nach Meyer, Wehner, S. 234.
640 Siehe oben, S. 545 ff.
641 Sitzung am 23.8.1960, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 736 f. Dort auch das weitere Zitat. Hervorhebung von mir.
642 Siehe etwa die Analyse des Bundesgeschäftsführers Konrad Kraske in der Sitzung am 10.5.1962, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, S. 263.
643 Sitzung am 3.12.1962, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, S. 365; siehe auch die Sitzungen am 2.6.1962 bzw. 9.7.1963, in: ebd., S. 270 ff. und 489 f.
644 Sitzung am 26.4.1963, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, S. 445; siehe auch die Sitzung am 14.3.1963, in: ebd., S. 410 und 423 f.

645 V. M., Sitzung des Präsidiums am 8.12.1958, 9.12.1958, in: ACDP, 01-070-15/1.
646 Vgl. das SPD-Protokoll der »Sitzung des Präsidiums am 8.12.1958«, in: AdsD, PV-Protokolle 1958.
647 Weiß (181,1) an Gehlen (363), Verhältnis der SPD-Abgeordneten Erler und Wehner zueinander (Vertragsnotiz Nr. 500), 5.12.1958, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Bd. 12, Bl. 2 f.
648 Siehe unten, S. 938 ff.
649 Siehe unten, S. 951.
650 Siehe Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 442 ff.
651 V. M., Präsidiumssitzung am 2.2.1959, 3.2.1959, in: ACDP, 01-070-15/1.
652 Sitzung des Präsidiums am 2. Februar 1959, in: AdsD, PV-Protokolle 1959.
653 Langkau an Gehlen, Bevorstehende Reisen von SPD-Politikern in die Ostblockstaaten, 5.2.1959, Feststellungszeitpunkt 3.2.1959, in: BND-Archiv, 120603, Bl. 2000 f.
654 Siehe etwa Christ und Welt am 5.2.1959 (»Spähtrupps nach Ost und West«).
655 Henning Köhler: Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994, S. 470.
656 Schwarz, Adenauer, II, S. 519.
657 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 191.
658 Gehlen an Ollenhauer, 25.3.1959, in: AdsD, SPD-Parteivorstand / Büro Erich Ollenhauer, 2/EOAA000341.
659 Vermerk des Leiters der Verbindungsstelle Bonn, Dürrwanger (363/VI), für Gehlen, Besprechung beim SPD-Abgeordneten Erler am 24.1.1959, 14.2.1959, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1068 f.
660 Notiz Erlers, Zur Besprechung München, 16.2.1959, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion III. Wahlperiode, 2/BTFC000274.
661 Schreiben Erlers an Gehlen, 30.4.1959; Schreiben Gehlens an Erler, 19.6.1959, in: ebd.
662 Aktennotiz Ortloffs für Erler, BND, 14.9.1959, in: ebd.
663 Schreiben Erlers an Ortloff, 18.3.1960, in: ebd.
664 V. M., Wandzeitungen der SPD, 9.3.1959, in: ACDP, 01-070-15/1.
665 V. M., Sitzung des Parteivorstandes am 12. März 1959, 13.3.1959, in: ebd.
666 Vgl. den Punkt »Reisebericht Willi [sic!] Brandt« im Protokoll der SPD über die PV-Sitzung am 12.3.1959, in: AdsD, PV-Protokolle 1959.
667 Siehe Merseburger, Brandt, S. 371 ff.
668 Sitzung des Parteivorstandes am 12.3.1959 in Bonn, in: AdsD, PV-Protokolle 1959; siehe auch das Protokoll der Präsidiumssitzung am 23.3.1959, ebd.
669 Merseburger, Brandt, S. 375.
670 Henke, Geheime Dienste, I, S. 716.
671 Siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 498 ff.
672 Weiß (181,1) an Gehlen (363), Willy Brandt, 17.2.1959, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1071 ff.
673 Klotzbach, Sozialdemokratie, S, 482.
674 Meyer, Wehner, S. 228.
675 V. M., Sitzung des Präsidiums am 23. März 1959, 24.3.1959, in: ACDP, 01-070-15/1.
676 Sitzung am 29.1.1960, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 584.
677 Zit. nach Meyer, Wehner, S. 228.
678 V. M., Stärkere Falkenaktivität, 24.3.1959, in: ACDP, 01-070-15/1; siehe auch V. M., Diskussion um die Weltfestspiele in Wien, in: ebd.
679 V. M., SPD und Entscheidung des Bundeskanzlers, 8.6.1959, in: ebd. Einen guten Monat zuvor hatte Kurt Weiß Gehlen bereits eine »Vortragsnotiz« mit dem Betreff »Analyse der SPD-

Führung« vorgelegt (nicht aufgefunden), die auch an die CIA ging; BND-Archiv, NL 1, Bd. 31, Bl. 65 f.

680 V. M., Klausurtagung, 8.6.1959, in: ACDP, 01-070-15/1. Siehe die »Vorschläge und Beschlüsse des Präsidiums vom 1. und 8. Juni 1959«, in: AdsD, PV-Protokolle 1959, sowie das Protokoll der Präsidiumssitzung, in: ebd.

681 V. M., Wahl des Bundespräsidenten, 29.6.1959, in: ACDP, 01-070-15/1.

682 Merseburger, Brandt, S. 353 f.; das folgende Zitat ebd., S. 356.

683 V. M., Friedrich-Ebert-Stiftung, 22.6.1959, in: ACDP, 01-070-15/1. Wie erwähnt, gingen im Kanzleramt und in der CDU-Bundesgeschäftsstelle die ganzen Jahre der Ausforschung über vertrauliche Originalmaterialien mit SPD-Provenienz ein. In einem Vermerk hielt Konrad Kraske, der CDU-Bundesgeschäftsführer, mit Bezug auf eine BND-Meldung über ein sozialdemokratisches Propagandavorhaben vom 27.5.1959 zwei Monate später für Adenauer fest, diese Information treffe sicherlich zu, »da auch in SPD-internen Informationen (›Eilt‹) auf die Aktion Bezug genommen wird«; Vermerk für den Bundeskanzler, in: ACDP, 007-001-12086. Es war wiederum Josef Selbach, der hier im Auftrag des Bundeskanzlers handelte, wie dem Schreiben Kraskes an Adenauer vom selben Tag, ebd., zu entnehmen ist.

684 Siehe oben, S. 633.

685 Der Spiegel, 2.8.1959 (»Vorstandswahl. Der Vize-Komplex«).

686 V. M., Verzicht von Georg Reuter, 24.8.1959, in: ACDP, 01-070-15/1.

687 V. M., Ollenhauers Krankheit, o. D. [zwischen 1. und 15.9.1959], in: ebd.

688 V. M., Kandidatur Arndts für den 4. Bundestag, 10.9.1959, in: ebd.

689 Erkenntnisse über die SPD gingen hin und wieder auch an die CIA, etwa die (nicht erhalten gebliebene) »Analyse der SPD-Führung«, die Kurt Weiß am 8.5.1959 an Gehlen und am 12.5. an die Amerikaner gab, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 31, Bl. 64 f.

690 Im Einzelnen Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 442 ff.

691 V. M., Wirtschaftsprogramm, 24.8.1959, in: ACDP, 01-070-15/1.

692 V. M., Ausfall der Präsidiumssitzung am 31. August, 5.9.1959, in: ebd.

693 V. M., Sozialdemokratische Presse, o. D. [etwa September 1959], in: ebd.

694 V. M., Spannungen im wirtschaftspolitischen Ausschuss, o. D. [etwa September 1959], in: ebd.

695 V. M., Schmölder macht Wehrübung, o. D. [etwa September 1959], in: ebd.

696 V. M., Fremdenlegionskampagne der Jungsozialisten, o. D. [etwa September 1959], in: ebd. Siehe auch V. M., Gegensätze in der Fraktion, 26.4.1960, in der Wischnewski prominent figuriert, in: ebd.

697 V. M., Bekanntgabe des Grundsatzprogramms, o. D. [etwa September 1959], in: ebd. Siehe die Diskussion des »Programmentwurfs« in der Vorstandssitzung am 3.9.1959, in: AdsD, PV-Protokolle 1959.

698 Ziegler an Gehlen, Otto am 22. Sept. 59, 27.9.1959, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1211 f.

699 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 449.

700 V. M., Sitzung des Parteivorstandes am 2./3. Oktober 1959, 6.10.1959, in: ACDP, 01-070-15/1.

701 »Sitzung des PV am 2./3.10.1959 in Bonn«, in: AdsD, PV-Protokolle 1959.

702 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 192.

703 Pirker, SPD, S. 317.

704 V. M., PV-Sitzung am 15./16. Januar 1960 in Bonn, o. D., in: ACDP, 07-070-15/1.

705 Annette Weinke: »Waning Confidence in Germany's Rehabilitation«. Das gespaltene Krisenmanagement der bundesdeutschen Außenpolitik zum Eichmann-Prozess, in: Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaften. Hrsg. von Werner Renz, Frankfurt am Main 2012, S. 201–216, hier S. 209. Siehe unten, S. 993 f.

706 Siehe dazu auch das SPD-Protokoll über diese Sitzung sowie die Erklärung des SPD-Präsidiums zu den »antisemitischen Vorfällen der letzten Zeit« vom 11.1.1960, in: AdsD, PV-Protokolle 1960.
707 Vermerk Langemanns (»Lückrath«, 606/Va), Unterredung mit Otto [Ortloff] am 22. Januar 1960, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 155. Hervorhebung im Original.
708 Zu Langemann siehe unten, S. 1238 ff.
709 V. M., PV-Sitzung am 15./16. Januar 1960 in Bonn, o. D., in: ACDP, 07-070-15/1.
710 Siehe Merseburger, Brandt, S. 379 ff.
711 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 508.
712 Siehe Bouvier, Godesberg, S. 30 ff.
713 Vgl. Soell, Erler, S. 392.
714 Weiß (181) an Gehlen (363), Bemühungen des Bundeskanzlers um die SPD, 4.2.1960, in: BND-Archiv, 120603, Bl. 1787 ff.
715 V. M., Brandts Kanzlerkandidatur, o. D., in: ACDP, 01-070-15/1.
716 V. M., Dokumentation gegen Bundesverteidigungsminister Strauß, 11.4.1960, in: ebd.; dort unter demselben Datum V. M., Uneinigkeit über die SPD-Vorschläge zur Krankenkassenreform.
717 V. M., Spannungen in der Internationale, 12.4.1960, in: ebd.
718 V. M., Innerparteiliche Aktivität des Ostbüros, 12.4.1960, in: ebd.
719 Zum Aufklärungsziel Herbert Wehner lieferte der BND um dieselbe Zeit noch Hinweise auf das angespannte Verhältnis zwischen ihm und dem außenpolitischen Referenten des Parteivorstands, Heinz Putzrath, der dessen »antiwestlichen Ressentiments« nicht mehr mittragen wolle. Siehe V. M., Putzrath contra Wehner, 21.4.1960, in: ebd. Dieses Dokument wurde dem CDU-Bundesgeschäftsführer weitergeleitet. Kraske erhielt auch den Bericht über die internen Probleme des antikommunistischen, von der Union unterstützten Komitees »Rettet die Freiheit«, das, wie im SPD-Vorstand besprochen worden sei, die Flucht in die Öffentlichkeit antreten wolle, um seine weitere Finanzierung zu sichern; ebd. Siehe auch Der Spiegel, 11.5.1960 (»Rettet-Die-Freiheit. Mit Swimmingpool«).
720 Siehe Buschfort, Ostbüros, S. 230.
721 V. M., Sitzung des Präsidiums am 27. Juni 1960, 1.7.1960, in: ACDP, 01-070-15/1.
722 Sitzung des Präsidiums am 27.6.1960, in: AdsD, PV-Protokolle 1960.
723 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung mit Adenauer am 28.6.1960, in: BND-Archiv, 1163, Teil 1, o. Bl.
724 V. M., Schwierigkeiten für Brandt, 30.6.1960, in: ACDP, 01-070-15/2.
725 V. M., Aktivitäten der US-Gewerkschaften; Bericht von Wenzel Jaksch, 4.7.1960, in: ACDP, 01-070-15/1; mit Marginalie Adenauers »Staatssekretär Globke z. K.« Zum erwähnten Wenzel Jaksch siehe oben, S. 618 f.
726 Sitzung am 6.7.1960, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 709 ff.
727 V. M., Finanzierung des kommenden Bundestagswahlkampfes, 13.7.1960, in: ACDP, 01-070-15/1.
728 V. M., Veränderungen beim Parteivorstand, 14.7.1960, in: ebd.
729 V. M., Auseinandersetzung in der SPD nach der außenpolitischen Debatte, 18.7.1960, in: ebd.
730 Siehe das ausführliche Protokoll über die Aussprache in den PV-Sitzungen am 1.7.1960, in: AdsD, PV-Protokolle 1960.
731 Siehe Bösch, Adenauer-CDU, S. 391 ff.
732 V. M., Präsidiumssitzung vom 11. Juli 1960, 19.7.1960, in: ACDP, 01-070-15/1. Siehe auch Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 509, der schreibt, ein Protokoll dieser Sitzung sei nicht aufzufinden.

733 »Sitzung des Parteivorstandes am 19. Juli 1960«, in: AdsD, PV-Protokolle 1960.
734 Näheres bei Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 510.
735 V. M., Sitzung der Bundestagsfraktion am 20.9.1960, 20.9.1960, in: ACDP, 01-070-15/1.
736 Adenauer vor dem Bundesvorstand am 6.7.1960, zit. nach Bösch, Adenauer-CDU, S. 392.
737 Nachdem Hans Kapfinger, der Herausgeber der *Passauer Neuen Presse*, dem Bundeskanzler am 22.12.1960 geschrieben hatte, er habe mit drei Anti-Brandt-Artikeln »dazu beigetragen, Ihren kommenden Gegner im Wahlkampf schwer anzuschlagen«, bedankte sich Adenauer am 3.1.1961 bei ihm mit den Worten, er glaube, »dass sich jeder Wähler für diese Tatsachen interessieren sollte«, in: ACDP, 01-070-61/1. Dort auch weitere Schreiben Kapfingers, u. a. vom 23.8.1961, in dem er unter Hinweis auf sein publizistisches Vorgehen in der neuen Illustrierten *Aktuell* betonte: »Ich stehe wie Sie auf dem Standpunkt, gegen Brandt mit aller Härte zu kämpfen.«
738 Aktennotiz Gehlens, Vortrag bei Staatssekretär Globke am 5.9.1960, in: BND-Archiv, 1227, Bl. 8 f. Zur Rolle Brandts in Spanien siehe Merseburger, Brandt, S. 126 ff., insbes. S. 144 ff.
739 V. M., Brandt-Nachfolge in Berlin, 15.10.1960, in: ACDP, 01-070-15/1.
740 V. M., Brandtbesuch bei Kennedy, o. D., in: ebd.
741 Siehe Daniela Münkel: Als »deutscher Kennedy« zum Sieg? Willy Brandt, die USA und die Medien, in: Zeithistorische Forschungen 2004, Heft 2, S. 173–194.
742 Merseburger, Brandt, S. 386 f., auch zum Folgenden; Zitat aus der *Süddeutschen Zeitung*, ebd., S. 386.
743 Aktennotiz Gehlens über eine Besprechung beim Bundeskanzler am 3. November 1960, in: BND-Archiv, 120616, Bl. 11 f.
744 Gehlen an Globke, 7.11.1960, in: BND-Archiv, 120610, Bl. 15 f. Siehe auch die »Chronologie« zur BND-Geschichte, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15102 (107), Beiheft 1, Bl. 59.
745 Notiz Gehlens »Vortrag bei Staatssekretär Dr. Globke am 17.11.1960«, o. D., sowie seine Aktennotiz über die Besprechung mit Globke am 10.1.1961, beides in: BND-Archiv, 1227, Bl. 15 ff.
746 Worgitzky an Erler, 7.12.1960, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion III. Wahlperiode, 2/BTFC000274.
747 Aktennotiz Worgitzkys (möglicherweise Langemanns) vom 7.11.1960 über eine Besprechung mit »Herrn Prenzler«, das war der Tarnname Erlers, am 5.11.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 785 ff.
748 V. M., Sitzung des PV am 10.12.1960, 13.12.1960, in: ACDP, 01-070-15/1.
749 Siehe das Protokoll »Sitzung des Parteivorstandes am 10.12.1960«, in: AdsD, PV-Protokolle 1960.
750 Zwei Tage nach Abschluss des Parteitags übergab Ziegler zur Weiterleitung an Gehlen ein Dutzend SPD-Dokumente von diesem Zusammentreffen; Ziegler an Worgitzky, »SPD-Parteitag am 21. bis 25. Nov. 1960 in Hannover«, 27.11.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 1384.
751 V. M., Sitzung des Präsidiums am 19.12.1960, 21.12.1960, in: ACDP, 01-070-15/1.
752 Sitzung des Präsidiums am 19.12.1960, in: AdsD, PV-Protokolle 1960.
753 Siehe unten, S. 845 ff.
754 V. M., Sitzung des PV, des Parteirats und der Kontrollkommission am 1. und 2. Juli 1961, 6.7.1961; V. M., Präsidiumssitzung, 19.7.1961; V. M., Filmwerbung, 19.7.1961; V. M., Fortsetzung der Wahlreisen durch Brandt, 17.8.1961; V. M., Kritik am Ostbüro, 17.8.1961; V. M., Berlin-Krise, 18.8.1961; V. M., Besetzung der Machtpositionen im PV, o. D.; V. M., Sitzung des Präsidiums am 23.10.1961, 24.10.1961, alle in: ACDP, 01-070-15/1.
755 V. M., Sitzung des Präsidiums am 21.5.1962, 23.5.1962, in: StBkAH, I 12.24.

756 V. M., Sitzung des PV, des Parteirats und der Kontrollkommission am 1. und 2. Juli 1961, 6.7.1961, in: ACDP, 01-070-15/1. Das Referat Brandts als Anlage zum SPD-Protokoll in: AdsD, PV-Protokolle 1961, Teil 1. Vor den Wahlen trafen am 19.7.1961 noch einige weitere Berichte ein, etwa V. M., Wählerbrief und Inserate; V. M., Filmwerbung oder V. M., Kritik am Ostbüro, 17.8.1961, alle in: ACDP, 01-070-15/1.

757 Siehe etwa Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 725 f.

758 Schwarz, Adenauer, II, S. 649 f.

759 Sitzung des Parteivorstandes, Parteirates und der Kontrollkommission am 1. und 2. Juli 1961, in: AdsD, PV-Protokolle 1961, Teil 1.

760 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 152.

761 V. M., Berlin-Krise, 18.8.1961, in: ACDP, 01-070-15/1.

762 Merseburger, Brandt, S. 396 ff.; auch zum Folgenden.

763 V. M., Besetzung der Machtpositionen im PV, o. D., in: ACDP, 01-070-15/1. Hervorhebung im Original.

764 V. M., Sitzung des Präsidiums am 23.10.1961, 24.10.1961, in: ACDP, 01-070-15/1.

765 Merseburger, Brandt, S. 427; Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 225.

766 Im Einzelnen Schwarz, Adenauer, II, S. 671 ff.

767 Im SPD-Protokoll dieser Sitzung ist die Teilnahme Brandts nicht vermerkt. Siehe die Niederschrift in: AdsD, PV-Protokolle 1961, Teil 2.

768 V. M., Kritik an der »neuen Linie der SPD«, 11.1.1962, in: ACDP, 01-070-15/1.

769 V. M., Denkschrift der evangelischen Laien, 28.2.1962, in: StBkAH, I 12.24.

770 V. M., Popularität Brandts, 7.4.1962, in: ACDP, 01-070-13/1.

771 V. M., Sitzung des Präsidiums am 7.5. und der Fraktion am 8.5.62, 9.5.1962, in: StBKAH, I 12.24.

772 V. M., Sitzung des PV am 11. und 12.5.1962, 15.5.1962, in: StBKAH, I 12.25.

773 V. M., Sitzung des Präsidiums am 21.5.1962, 23.5.1962, in: StBKAH, I 12.24.

774 Sitzung am 26.4.1963, in: Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998, S. 445.

775 Gespräch Adenauer mit Botschafter George C. McGhee am 17.8.1963, zit. nach Müller, Gehlen, II, S. 1052 f.

776 Adenauer an Globke, 1.9.1963, zit. nach Dülffer, Krise, S. 43.

777 Siehe oben, S. 545 ff.

778 Siehe unten, S. 845 ff.

779 Ortloff an Erler, 6.6.1961, in: AdsD, NL Fritz Erler, 1/FEAB000189 B.

780 Ortloff an Erler, 5.11.1961, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD 000871.

781 Notiz Erlers »für München« vom 8.12.1961 sowie der Vermerk Erlers nach einem Besuch in Pullach vom 10.9.1962, in: ebd.

782 Ortloff an Erler, 15.9.1962, in: ebd.

783 Ungezeichnete »Kurze Analyse« zur Kritik des Bundesrechnungshofs am BND, 20.11.1962, in: ebd. Der Hinweis, dass dieses Papier über Ziegler an Erler gelangte, in dessen hds. Notiz für Erler vom 4.7.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.

784 Siehe oben, S. 31 ff.

785 Notiz von Kurt Weiß, 9.5.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 761. Kurz zuvor hatte sich Ortloff an den »lieben Fritz« gewandt und ihm geschrieben, er werde demnächst den BND-Vize (der Erler in der letzten Zeit ja zweimal besucht habe) treffen: »Unser Freund Ziegler, der dabei

sein wird, fragt, ob es etwas von Interesse für uns gäbe«. Ortloff an Erler, 7.2.1963, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000871.

786 Ortloff an Erler, 14.5.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD 000872.

B. FÜNFZEHN JAHRE VERTUSCHUNG

5. Rückbau und Vertuschung nach Adenauer

Trotz ihres populären Kanzlerkandidaten Willy Brandt und einigen Zugewinns bei den Wählerstimmen war es den Sozialdemokraten im Herbst 1961 wieder nicht gelungen, die CDU-Herrschaft zu beenden. Adenauer blieb Kanzler, wenn auch einer auf Abruf. Der 85-Jährige war ein Mann der Vergangenheit, und Hans Globke, seine rechte Hand, war es auch. Mit beiden Führungsfiguren teilte der BND-Präsident das private Staatsgeheimnis einer systematischen Ausforschung der SPD-Spitze. Reinhard Gehlen hatte diese Operation höchstpersönlich eingefädelt und ihren Ertrag dem Regierungschef und CDU-Vorsitzenden die gesamte Ära Adenauer hindurch dienstbar gemacht. Kam diese Mesalliance im Zuge der vorhersehbaren Turbulenzen der Nach-Adenauer-Jahre ans Licht, so würde der Schaden für den BND und die Konsequenzen für den inzwischen ohnehin stark in der Kritik stehenden Präsidenten unabsehbar sein. Als ob diese Übergangsphase nicht ohnedies schon gefahrvoll genug gewesen wäre, kamen mit der Aufdeckung des Felfe-Verrats und der *Spiegel*-Krise zwei Affären hinzu, in deren Verlauf er das Vertrauen des Kanzlers nicht nur restlos einbüßte, sondern auch persönlicher Konsequenzen gewärtig sein musste.[1] Wir haben gesehen, wie Gehlen der Veränderung der politischen Konjunktur Ende der fünfziger Jahre Rechnung trug, ohne deswegen eine spürbare Distanz zwischen sich und die Regierungszentrale zu legen, und wie er in seiner Doppelstrategie gegenüber der SPD zunehmend Wert auf gute Beziehungen zu ihren Spitzenpolitikern legte. Eine Lösung für sein brennendstes Problem, nämlich seine Instrumentalisierung des BND zur nachrichtendienstlichen Ausforschung der Opposition nachträglich irgendwie wasserdicht zu vertuschen, war damit freilich noch nicht gefunden.

Präsident Gehlen stand vor der Frage, wie sein Geheimnis auf Dauer gesichert werden konnte, eine Frage, die ihn in unterschiedlicher Intensität, aber wohl doch zeitlebens beschäftigt haben dürfte. Jedenfalls, nach dem Auslaufen der Ausspähung der SPD-Sitze zu Beginn der sechziger Jahre hat sich der »Doktor« noch mindestens fünfzehn Jahre lang damit zu befassen, wie die stärker werdenden Hinweise auf seine politische Inlandsspionage am geschicktesten bestritten werden konnten – und ihr innerster Kern war

nun einmal die jahrelange Infiltration des SPD-Parteivorstands gewesen. An sich war die Vertuschung dieser Dienstleistung für das Palais Schaumburg keine allzu komplizierte Operation, vorausgesetzt, alle aus dem kleinen Kreis der Mittäter und Mitwisser bewahrten Stillschweigen. Selbstverständlich würden die Anstifter und Nutznießer der illegalen Machenschaften – Adenauer, Gehlen und Globke – ihr Geheimnis mit ins Grab nehmen. Ihre engsten Vertrauten in der BND-Zentrale und im Kanzleramt – Hans Kilb, Josef Selbach oder Annelore Krüger etwa –, dessen durfte man gewiss sein, würden sich eher die Zunge abbeißen als in ihrer Loyalität wanken. Also sollte es genügen, wenn der »Doktor« seine Vertuschungs- und Neutralisierungsmaßnahmen auf seine beiden Komplizen Siegfried Ortloff und Siegfried Ziegler richtete.

Siegfried Ortloff war dabei sicherlich der einfachere Fall. Sein Leben für die Arbeiterbewegung, seine Bindung an bedeutende sozialdemokratische Führungsfiguren, namentlich an seinen Mentor Erich Ollenhauer, und seine engen Arbeitsbeziehungen zu Fritz Erler, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, würden es ihm gewiss verbieten, sich zu offenbaren und damit seine Identität und seine Existenz zu vernichten. Trotzdem war es ratsam, mit Ortloff auch nach seinem Verrat auf gutem Fuße zu stehen.

Blieb Siegfried Ziegler: Am ehesten konnte wohl der ebenso kosmopolitische wie egozentrische, so gewandte wie bedenkenlose Mitarbeiter, den Gehlen zum Leiter der BND-Schulen gemacht hatte, zu einer Gefahr werden. Der mit einer gehörigen Portion Raffinesse gesegnete Zigler hatte sein Leben in Vereinen, Verbänden und Parteien verbracht und kannte die Winkelzüge, um sich darin zu behaupten und aufzusteigen. Auch in der SPD hatte er ein gewisses Ansehen erworben, jedenfalls viele hochrangige Kontakte zu knüpfen verstanden. Doch anders als bei Ortloff war die Sozialdemokratie nicht sein Leben. Würde sich der »Dr. König« bei günstigem politischem Wind gegenüber Willy Brandt oder Fritz Erler nicht vielleicht doch offenbaren wollen? Mochte es ihn gar reizen, als Kronzeuge die schändlichen Machenschaften des reaktionären Generals in Pullach aufzudecken, der im Schulterschluss mit dem Kommentator der Nürnberger Gesetze die Sozialdemokratie geschwächt und so mitgeholfen hatte, die Adenauer-Zeit so unmäßig zu verlängern? So mag Gehlen eine mögliche Abrechnung imaginiert haben. Gewiss, es würde sogar einem Virtuosen wie

Ziegler einiges abverlangen, die eigene Rolle glaubhaft zu verharmlosen, doch der »Doktor« kannte ihn gut genug, um zu befürchten, dass Siegfried Ziegler sich durchaus von einem Verräter in einen Aufklärer verwandeln könnte. Zur Abdichtung dieses potenziellen Lecks bedurfte es beherzter Maßnahmen.

Der BND-Präsident, der sich nach Felfe und Spiegel-Affäre keinesfalls einen dritten, noch viel gefährlicheren Skandal leisten konnte, investierte bei der gelungenen Vertuschung seiner erfolgreichsten nachrichtendienstlichen Operation viel persönliche Energie. Die folgende Rekonstruktion der Neutralisierung seiner beiden Mittäter und Mitwisser zeigt einmal mehr, dass Recht und Gesetz das Handeln des BND-Präsidenten nur leiteten, wenn für ihn nichts auf dem Spiel stand. Ansonsten setzte er seine behördliche Verfügungsgewalt hinter dem Schutzschirm des Geheimen bedenkenlos für persönliche Zwecke oder für Zwecke ein, die nach seiner ganz persönlichen Auffassung »dem Staat«, der staatstragenden Partei oder auch nur seiner Behörde frommten. Nach innen wie nach außen blieb Gehlen jedoch stets bemüht, das Musterbild pflichtgetreuer Staatsdienerschaft aufrechtzuerhalten. Noch in der aufwändigen Vertuschung und Liquidierung der SPD-Operation spiegelt sich die herausragende Bedeutung, die der BND-Präsident seiner politischen Inlandsspionage und namentlich der Ausforschung der SPD-Spitze beimaß.

Vertuschung nach innen: Die Neutralisierung des Spionagetandems Ortloff-Ziegler

Siegfried Ortloff

Die Bereinigungsaktion, die beinahe so lange dauerte wie die Ausforschungsoperation selbst, nahm Ende 1959 ihren Anfang, als Adenauer durch seine zurückgezogene Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten sowie das totgeborene »Adenauer-Fernsehen« seine Autorität selbst geschwächt, die oppositionelle SPD ihre programmatische Wende vollzogen und mit Willy Brandt endlich eine aussichtsreiche Führungspersönlichkeit gefunden hatte. Der Plan war, den bisherigen Zuträger Siegfried Ortloff zu einem hauptamtlichen Mitarbeiter des BND zu machen und ihn zugleich weiter als Hauptverbindung zur SPD-Spitze zu nutzen. Verschiedene Umstände begünstigten diese Hereinholung: ein Spionage-Verdachtsfall in der »Baracke«, eine Liebesaffäre ebendort und der gute Draht von Reinhard Gehlen zu Fritz Erler.

Anfang 1957 informierten Polizei und Verfassungsschutz die SPD über den Spionageverdacht gegen eine 33-jährige Sekretärin im Parteivorstand und ihren Ehemann.[2] Das meldeten Ortloff und Ziegler BND-Vizepräsident Worgitzky, mit dem »Dr. König« inzwischen meistens zu tun hatte. Hinter dem Fall »Agathe« wurde der polnische Geheimdienst vermutet, doch umfangreiche Ermittlungen der Bundesanwaltschaft und des BND brachten keine Klärung des Falls, geschweige denn eine Anklageerhebung. Nach zwei Jahre wurde das Untersuchungsverfahren eingestellt;[3] nach dem Felfe-Desaster, als das kleine Präsidenten-Team 106/II einen »zweiten Felfe« zu suchen begann, spukte »Agathe« freilich noch länger in Pullach herum.

Da die vermeintliche Ost-Agentin, die bald ihren Dienst quittierte,[4] die Sekretärin von Wilhelm Mellies gewesen war, wurde die Situation auch für Siegfried Ortloff ungemütlich. Als offiziöser Verbindungsmann nach Pullach, vor allem im Bewusstsein seiner Schlüsselrolle bei der Bespitzelung der SPD-Führung, fühlte er sich offenbar irgendwie mit verdächtigt und legte daher sogleich eine falsche Spur. Während der Untersuchungen ließ er sich nämlich mit der verblüffenden Vermutung vernehmen, die Mellies-Sekretärin sei womöglich vom BND als Spitzel in die »Baracke« eingeschleust worden. Aus einem internen Bericht geht hervor, dass Mitarbeiter der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts Bemerkungen Ortloffs entnommen hatten, dass man in der SPD *»den Verdacht hege, ›Agathe‹ wäre vom BND als Spitzel in der*

Parteileitung gewonnen worden!« Dieser Verdacht sei dadurch entstanden, dass sich ein BND-Mitarbeiter mehrfach »im Parteihaus aufgehalten und mit ›Agathe‹ gesprochen haben soll«. Der Berichterstatter des Dienstes berichtete, er habe »diese absurde Behauptung als guten Witz bezeichnet«. Sein Vorgesetzter wiegelte mit den Worten ab, »die absurde Verdächtigung des BND durch die Parteileitung dürfte sich durch Einschaltung des Dr. König unschwer entkräften lassen«.[5] Obgleich die Ausforschung der sozialdemokratischen Führungsgremien noch mehr als zwei Jahre anhielt, begannen in der BND-Spitze nach diesem Zwischenfall doch schon erste Überlegungen zu reifen, wie Ortloff am besten aus der Schusslinie zu ziehen sei.

Monate später, die Bundesanwaltschaft hatte den Fall »Agathe« bereits ad acta gelegt, machte Siegfried Ortloff dem Dienst bei einem weiteren Verdachtsfall deutlich, wie unwohl er sich als Sicherheitschef der Parteileitung durch die Einbindung in solche Nachforschungen fühle. In einem Gespräch mit Ziegler und einem weiteren BND-Mann regte er, da seine Möglichkeiten erschöpft seien, eine Überprüfung dieses neuerlichen Verdachtsfalls durch den Dienst selbst an; »verrückt«, schrieb Gehlen an den Rand. Ausdrücklich forderte der unter permanenter Anspannung lebende und womöglich nicht zuletzt deswegen unter einer Magenschleimhautentzündung leidende Ortloff,[6] er selbst dürfe »in keiner Weise bloßgestellt werden. In diesem Zusammenhang wies er auf seine anfänglich schwierige Lage im Fall Bulla [›Agathe‹] hin.«[7]

Bei dem erwähnten BND-Mann handelte es sich um den in Pullach lange hoch gehandelten Dr. jur. Hans Langemann (»Dr. Lückrath«, »Dr. Angermann«), eine der bizarrsten Figuren im nachrichtendienstlichen Milieu der Bundesrepublik, der von der Leitung des Dienstes im Februar 1959 den Auftrag erhalten hatte, den Sozialdemokraten bei der Spionageabwehr zur Seite zu stehen.[8] Bis zum Ausscheiden Ortloffs aus SPD-Diensten traf Langemann auf Geheiß von Worgitzky und Weiß in Sicherheitsdingen häufig mit dem Vorstandssekretär zusammen. Obgleich sich das gut einspielte,[9] war es doch eine Verbindung auf Abruf, die auf eine behutsame, von Gehlen persönlich betriebene Loseisung Ortloffs aus der SPD-Zentrale hinauslief.

Die Herauslösung der Pullacher Spitzenquelle aus dem sozialdemokratischen Parteivorstand war freilich eine Operation, die

Umsicht und Geduld verlangte. Aus einer Unterredung mit dem BND-Präsidenten hielt Kurt Weiß dessen Auffassung fest, die Verbindungen zur SPD hätten sich »befriedigend entwickelt«. Gehlen selbst wolle »weiterhin die Beziehungen auf oberster Ebene (Parteiführung, MdB, insbesondere Erler) pflegen«, wohingegen Weiß »Einzelverbindungen« etwa zu Wischnewski oder Stephan Thomas vom Ostbüro wahrnehmen und dazu »Tips« von Siegfried Ziegler beherzigen solle, »z. B. Prüfung, ob Herr Ortloff, bisher eine Art Sicherheitsbeauftragter im Parteivorstand der SPD, *im BND verwendet werden kann*«.[10] Dieser Gedanke tauchte hier erstmals in den Akten auf. Gehlen begann also nicht nur damit, die Verantwortung für das operative SPD-Geschäft von sich selbst weg auf seinen Vertrauten »Winterstein« zu schieben, sondern er gab auch sein Plazet für die Hereinholung seines Mitwissers und Mittäters Siegfried Ortloff in den BND.

Für Vizepräsident Hans-Heinrich Worgitzky, der nicht voll in die Dinge eingeweiht war, und für Kurt Weiß, der über die SPD-Bespitzelung genau Bescheid wusste, ist die Überführung Ortloffs kein ganz einfacher Auftrag gewesen, denn es war klar, dass für diese Personalrochade sowohl das Einverständnis der ahnungslosen Parteispitze als auch des voll eingeweihten Chefs des Bundeskanzleramts notwendig sein würde. Siegfried Ortloff ist den Letztempfängern seiner Mitteilungen aus dem SPD-Vorstand, Bundeskanzler Adenauer und Kanzleramtschef Globke, womöglich nie persönlich begegnet, jedenfalls ganz sicher nicht in seiner Eigenschaft als Quelle all dieser mehreren hundert nützlichen Berichte. Was sein Urteil über den Staatssekretär anbelangte, auf den es bei seinem Wechsel in Pullacher Dienste entscheidend ankam, zeigte Siegfried Ortloff jedenfalls keine übertriebene Zurückhaltung. Im Gegenteil, er trat gegenüber Langemann als regelrechter Anti-Globke auf.

Anlass war ein Meinungsaustausch der beiden über die antisemitischen Vorkommnisse der jüngsten Zeit, bei dem man auch auf den Kanzleramtschef zu sprechen kam.[11] »Es sei schlechterdings ein Paradoxon in sich«, so Ortloff, »einerseits etwa durch Jugenderziehungsarbeit die Untaten der Vergangenheit mit tatsächlich abschreckendem Effekt zu beschwören, auf der anderen Seite aber prominente Vertreter ebendieser Vergangenheit mit den wichtigsten Staatsfunktionen zu betrauen. Der ›Nürnberger Kommentator‹ Globke und Leute wie Minister Oberländer

seien zudem auch nicht nur Staatsfunktionäre im üblichen Sinne, sondern seien maßgebliche Repräsentanten gerade des in der Person des Bundeskanzlers verkörperten *autoritären, klerikal-faschistischen Systems*. Daher rühre das tiefe Misstrauen, insbesondere in England, das gelegentlich der an sich unbedeutenden antisemitischen Schmierereien voll zum Ausdruck komme.« Einschätzungen wie diese waren auf der Linken gang und gäbe. Sie taten den Bestrebungen des BND-Präsidenten jedenfalls keinen Abbruch, zumal der mit dem Tarnnamen »Prenzler« belegte Fritz Erler – nach Weiß nun »oberster bevollmächtigter Gesprächspartner (auch für Gehlen)«[12] – am selben Strang zog.

Ein kräftiges Signal dafür, dass sich alles nach Wunsch entwickelte, war ein kurzer, völlig aus dem Rahmen fallender Briefwechsel zwischen Siegfried Ortloff und Reinhard Gehlen im Frühjahr 1960. In einer an sich nebensächlichen Angelegenheit teilte der SPD-Vorstandssekretär dem BND-Präsidenten mit, man habe »heute wieder die von uns neu herausgebrachten Schriften und Broschüren (je ein Satz für die Schule und die Bibliothek) zum Versand gebracht, die uns als Arbeitsunterlage beim staatspolitischen Unterricht geeignet scheinen«. Gehlen notierte auf diesem Schreiben in ungewohnt großen Lettern: »Eilt, Antwortentwurf, Dank!« Der Brief des Präsidenten an den sehr geehrten Herrn Ortloff bewegte sich äußerlich auf derselben Ebene gehobener Banalität: »Für die durch unseren gemeinsamen Bekannten« – Ziegler – »überbrachten Schriften und Broschüren sage ich Ihnen herzlichen Dank. Sie wurden der Schule und der Bibliothek zur Verfügung gestellt, wo sie mit Interesse gelesen werden. Ich benutze gern die Gelegenheit dieses Briefes, Ihnen für die stets so gute Zusammenarbeit zu danken und bin mit den besten Wünschen Ihr …«[13] Nun brauchte der Übertritt von Pullachs wertvollstem Agenten der politischen Inlandsspionage in den Gehlen-Dienst nur noch praktisch vollzogen werden. Dabei waren freilich einige Hürden zu nehmen oder besser: zu umgehen.

Der bald nach dem bedeutungsvollen Briefwechsel über die Schriften und Broschüren zum staatspolitischen Unterricht erarbeitete Einstellungsvorschlag für Siegfried Ortloff datiert vom 12. August 1960 und ging von Siegfried Ziegler an Worgitzky und Gehlen.[14] »Um die bisherige Tätigkeit Ottos im Bonner Raum zu intensivieren, wird vorgeschlagen, Otto ab 1.1.61 hauptamtlich (TOA I) zu übernehmen«, hieß

es darin: »Abdeckung nach Möglichkeit durch Auswärtiges Amt oder durch andere Behörde. Sitz wie bisher im Bonner Raum, Führung wie bisher unmittelbar durch Dr. Kaiser [Ziegler]. Otto würde wie bisher im Sicherheitsausschuss des Präsidiums bleiben und zusätzlich für die Sicherheit in der Fraktion arbeiten. Dadurch bleiben die Verbindungen – falls von hier nicht widersprochen wird – zum BfV, zu den LfV, zu den verschiedenen Polizeiinstitutionen erhalten. Sein Auftrag als Personalchef im Parteivorstand würde durch einen Freund von Otto übernommen werden. Die Verbindung zu Erler, Brandt, Dr. Deist, Mommert, Schmidt-Hamburg u. a. bleiben in gleicher Weise bestehen bzw. könnten noch verbessert werden. Hinzu käme als neuer Auftrag eine Einschaltung in die Gewerkschaftsarbeit«; die wichtigsten Daten seines Lebenslaufs lägen bei.

Die Klärung der Details – zum Beispiel die Einstufung in die höchste Gehaltsstufe, mit der Siegfried Ortloff zu einem der bestbezahlten BND-Mitarbeiter gemacht werden sollte – erfolgte in Windeseile. Praktisch alle Sonderwünsche bei Unterbringung und sonstiger Ausstattung einschließlich diverser Vorschüsse gingen glatt durch. Nichts wurde dem neuen Kollegen verwehrt, der, da auch noch eine Liebesaffäre des Verheirateten im Spiel war, dringlich darauf hinwies, sein »Herauslösen aus dem technischen Apparat des Parteivorstands« müsse augenblicklich beginnen. Inzwischen habe außer Erler auch der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer (»Olly«) dem Transfer zugestimmt, hieß es. Ortloff bitte im Übrigen »um regelmäßige Zustellung aller Erkenntnisse über Berlin (politisch und nachrichtendienstlich-technisch), damit er fallweise dem Kanzlerkandidaten der Opposition, Willy Brandt, Bericht erstatten kann«, setzte Ziegler noch hinzu.[15]

Breiter hätte der rote Teppich in den bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienst für Siegfried Ortloff nicht sein können, der ihm nun ausgerollt wurde. Seine Affäre mit einer langjährigen Angestellten beim Parteivorstand[16] eignete sich gut für die Verschleierung der eigentlichen Gründe, die den BND dazu bewogen, seine Spitzenquelle in Kooperation mit der SPD-Spitze aus der »Baracke« abzuziehen. Als sich Volker Foertsch von der Stabsstelle 106/II mit der Bitte um Auskünfte über den SPD-Funktionär an die CIA wandte, hoben die Freunde ebenfalls auf diese privaten Verwicklungen ab. Der amerikanische Dienst berichtete einige Einzelheiten über die Funktionen Ortloffs in der SPD, die in Pullach

alle bekannt waren, und fügte an: »It was further known that subject had left the SPD due to marital troubles which had created embarassement for the SPD«; über weitergehende Informationen verfügten die Amerikaner nicht.[17] Selbst der CIA war die Ausforschung der sozialdemokratischen Parteiführung verborgen geblieben.

Sofort nach der Zustimmung der SPD-Spitze legte der BND-Präsident dem Chef des Bundeskanzleramts den Einstellungsvorschlag für Siegfried Ortloff vor.[18] Bei einem Fall wie diesem musste die Wahrheit geduldig sein: Die Zusammenarbeit mit Ortloff, hieß es in der Vorlage, bestehe seit 1957 (tatsächlich seit 1953) und habe sich auf Auslandsverbindungen im skandinavischen Raum bezogen – das stimmte ein bisschen, da Ortloff dem Dienst mitunter auch seine Beziehungen dorthin nutzbar gemacht hatte. Seine Tätigkeit habe sich außerdem auf »Gegenspionageverbindungen im Zusammenhang mit der von ihm geleiteten Sicherheitsarbeit in der SPD« bezogen – das war nicht verkehrt, aber längst nicht die halbe Wahrheit. Nun wolle Ortloff ab dem 1. Januar 1961 gerne unter Legende vom Bundesnachrichtendienst als Angestellter im Außendienst übernommen werden, »seine bisherigen Aufgaben im BND« fortführen, zugleich aber weiter im Sicherheitsausschuss des Präsidiums bleiben und »für die Sicherheit in der Fraktion und den Gewerkschaften arbeiten«. Hans Globke wusste ganz genau, dass es in Wirklichkeit um die Sicherheit Gehlens und Ortloffs ging.

Es folgten Darlegungen zu den Motiven, die den SPD-Mann zu seinem Schritt bewogen hätten: »Die Gründe für Ortloffs Absicht dürften nach hiesiger Beurteilung in den Arbeitsverhältnissen im Parteivorstand der SPD liegen. Es besteht ein Nebeneinander von Parteivorstand und Fraktion, das oft unerfreulich ist. Vermutlich kann er sich in der jetzigen Verwaltungsfunktion beim Parteivorstand auch nicht politisch qualifizieren.« Den nächsten Satz wusste Hans Globke fraglos richtig zu interpretieren: »Ortloff hat für jede Art geheimdienstlicher Tätigkeit Interesse und Geschick gezeigt.« Es wurde, sofern man den tatsächlichen Hintergrund kannte, noch lustiger: »Sein bisheriges Verhalten war stets korrekt und loyal. Er ist intelligent, fleißig und initiativ.« Unter dem Aspekt gerechter Entlohnung nach den Bestimmungen der Vergütung für Angestellte des öffentlichen Dienstes war der nächste Satz allerdings nur schwer verdaulich: »Eine Einstellung Ortloffs sollte im Y-Personal nach

TOA I erfolgen.« Der Präsident schloss mit dem beziehungsreichen Hinweis: »Der Wert seiner Mitarbeit ist von der Geheimhaltung derselben abhängig.«

Einen Mann mit Handelsschulabschluss, der nicht die Voraussetzungen für den höheren Dienst mitbrachte, in der Bundesverwaltung und noch dazu in der höchsten Angestellten-Gehaltsstufe unterzubringen, war, selbst wenn er im Y-Personal des BND[19] versteckt wurde, sogar für einen so mächtigen Ministerialbeamten wie Hans Globke keine alltägliche Übung. Da Siegfried Ortloff ihm und dem Kanzler jedoch über Jahre wertvollste politische Dienste geleistet hatte, besann sich der Staatssekretär in diesem Fall auf seine Möglichkeiten. Er bedeutete dem BND-Präsidenten, er sei »aus den vorgesehenen Gründen mit der Einstellung einverstanden und auch mit der Eingruppierung in Gruppe I«. Wie Gehlen notierte, setzte Globke kraft seiner Allmacht jedoch hinzu: »Um die Tarnung nicht zu gefährden, soll ihm der Personalvorgang von mir [Gehlen] persönlich, wenn er abgeschlossen ist, vorgelegt werden. Er wird die Genehmigung der Gruppe I darauf vermerken. Der Vorschlag soll sonst nicht über Bundeskanzleramt gehen.«[20] Die teure Einschleusung in den BND, über die Fritz Erler im Groben auf dem Laufenden gehalten wurde,[21] funktionierte anstandslos. In Pullach überschlug man sich, dem neuen Kollegen jeden seiner Wünsche[22] von den Augen abzulesen. Immer wieder meldete sich auch der Vizepräsident. An Kurt Weiß, bei dem Ortloff künftig ressortierte, schrieb Worgitzky beispielsweise, man müsse bei der »Installierung von Otto« nun rasch auch deren wirtschaftliche Seite in Angriff nehmen: »Da es schon etwas spät ist, sollten wir gleich anfangen, um nicht in eine peinliche Lage zu geraten. Selbstverständlich stehe ich Ihnen zur Nachhilfe jederzeit zur Verfügung.«[23]

Ein passendes Zeugnis, das der SPD-Vorsitzende dem Leiter des Sekretariats und des Personalbüros beim Parteivorstand mit auf den weiteren Lebensweg gab, brachte Ortloff auch mit. Erich Ollenhauer attestierte seinem langjährigen Weggefährten neben der verlässlichen Wahrnehmung zahlreicher politischer Kontakte eine »kluge und geschickte Verhandlungsführung« – alles »stets zu unserer vollsten Zufriedenheit«. Das von Ortloff seit 1946 betreute sozialdemokratische Jahrbuch habe ihm überdies einige »Formulierungskunst« abverlangt. Nun scheide der

geschätzte Genosse auf eigenen Wunsch aus, um eine Stellung im öffentlichen Dienst zu übernehmen.[24]

Am 1. Januar 1961 trat der zuvor als »Otto« geführte Siegfried Ortloff unter den wechselnden Decknamen »Oberon«, »Orson« oder »Hausmann« (V-29785)[25] seinen Dienst im BND an. Eine routinemäßige Personenabfrage bei den entsprechenden Ämtern fand nicht statt, da die Einstellung ja auf unmittelbare Anweisung des Präsidenten erfolgte,[26] eine Sicherheitsüberprüfung, um die sich Gehlens intime Vertraute »Alo« kümmerte, hingegen schon.[27] Als aus der zunächst angestrebten Abdeckung Ortloffs durch die Bundesbahnverwaltung nichts wurde, fand der neue Mitarbeiter formell Anstellung als Skandinavien-Sachbearbeiter im Amt für Wasser- und Seeschifffahrt des Bundesverkehrsministeriums in Hamburg, behielt seinen Wohnsitz aber in Bonn.

Siegfried Ortloffs Dienst begann mit einem Lehrgang, zu dem ihn der BND-Vizepräsident persönlich begrüßte und auch selbst einen Vortrag beisteuerte. Die Unterweisung endete nach fünf Tagen mit einer Schlussbesprechung, zu der sich neben seinem Freund Siegfried Ziegler neuerlich Worgitzky einfand.[28] Unter der Regie von »Winterstein«, des Leiters der Abteilung Politische Beschaffung-Strategischer Bereich (181), nahm Ortloff nun Verbindungen in Nordeuropa, speziell Finnland,[29] wahr (»Sommernachtstraum«[30]), wurde aber dazu angehalten, weiterhin »das bisherige Material auf politischem und auch III-Gebiet zu liefern«[31] – die Ausspionierung des SPD-Vorstands also möglichst fortzuführen. Kurt Weiß hielt fest, »Oberon« übernehme »Sonderaufgaben« und habe »im Ausnahmefall unmittelbares Vortragsrecht bei Gehlen« und beim Vizepräsidenten.[32] Sonderberichte hatte er dem Präsidenten direkt zuzuleiten.[33] So geschah es, auch wenn der Nachrichtenstrom aus dem SPD-Vorstand nach Ortloffs Wechsel zum BND naturgemäß sogleich dünner wurde.

Für den prominentesten Zuträger der BND-Inlandsspionage bedeutete die Ausschleusung aus der SPD-»Baracke« die Bergung von einem heiß gewordenen Terrain und die Befreiung aus einer privaten Bredouille, für den Präsidenten eine reibungslos geglückte Vorkehrung gegen ein unkalkulierbar gewordenes politisches Risiko. Wie gesagt: Eine unvermindert fortgeführte Ausspähung der erstarkenden Sozialdemokratie und die illegale Bedienung des im Abstieg begriffenen Bundeskanzlers

waren für den Dienst und für Reinhard Gehlen persönlich zu gefährlich geworden.

Die Weitsichtigkeit der Operation Ortloff erwies sich schneller als gedacht, denn nach der Verhaftung des KGB-Agenten Felfe im Herbst 1961 und durch die Verwicklung des Dienstes in die *Spiegel*-Affäre bald darauf verlor Reinhard Gehlen, das wurde schon gesagt, endgültig das Vertrauen Konrad Adenauers. »Oberon« seinerseits fand wenig Gefallen an seiner hauptamtlichen Mitarbeit im BND. Gegenüber Kollegen klagte er, dass er »immer mehr isoliert würde, viele seiner alten Verbindungen seien eingeschlafen«.[34] Im Oktober 1965 verließ er denn auch sein geheimdienstliches Refugium,[35] um in Köln die Skandinavien-Redaktion des Deutschlandfunks zu übernehmen. Finanziell konnte er sich über Pullach nicht beklagen. In seiner Besoldungsgruppe hatte er das stattliche Gehalt von etwa 2000 DM im Monat bezogen[36] – eine Art Honorar für verdienst- und gefahrvolle Jahre.

Der Verrat Ortloffs wurde nie entdeckt. Obgleich es genügend Hinweise darauf gegeben hatte, dass es im Parteivorstand der SPD irgendwo »ein Loch« geben müsse,[37] geriet der Personal- und Sicherheitschef nie ernstlich in Verdacht. Reinhard Gehlen unterhielt ein enges Verhältnis zu Fritz Erler, der in der Partei für die Belange des BND zuständig war, und verhielt sich ihm gegenüber immer so, dass dieser keinen Argwohn gehabt zu haben scheint. Das ging so weit, dass der Bundestagsabgeordnete sich bei einem Besuch in München sogar beim Präsidenten selbst danach erkundigte, ob der BND etwa irgendwelche »Nebenkontakte zur SPD« unterhalte, zum Ostbüro etwa. Wörtlich heißt es in Erlers Gesprächsnotiz dazu: »Nebenkontakte zur SPD? Ostbüro? Einschleusungsversuche in SPD? ›Gibt es das? Vorsicht!‹« Die Antwort Reinhard Gehlens ist nicht überliefert, sie liegt auf der Hand.

Die Sache war erledigt. Der BND-Präsident durfte sogar den Dank Erlers für die »Bewegungsfreiheit« entgegennehmen, die er seinem alten Genossen Siegfried Ortloff bei seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit in Richtung Skandinavien einräume.[38] Bald darauf erhielt Fritz Erler nebst einer Kiste Zigarren der Gehlen'schen Hausmarke ein herzliches Schreiben, in dem ihm der Präsident mitteilte, es sei »zwar schon ein gedruckter Glückwunsch an Sie unterwegs, ich möchte ihn aber mit diesen Zeilen noch einmal bekräftigen. Ich wünsche Ihnen und den Ihren ruhige und erholsame

Weihnachtstage. Für das neue Jahr viel Glück sowohl im privaten wie im beruflichen Bereich«. Eigentlich habe er ja die Absicht gehabt, »Herrn Ollenhauer und Ihnen heute noch einen Besuch zu machen, um meinen Wünschen persönlich Ausdruck zu geben, leider habe ich es persönlich nicht mehr geschafft«.[39]

Ungeachtet seines Wechsels zum BND wurde Siegfried Ortloff sowohl vom Dienst als auch von der SPD-Führung weiterhin in Fragen eingeschaltet, die von gegenseitigem Interesse waren oder bei denen nur er allein oder gemeinsam mit seinem alten Freund Ziegler vermittelnd tätig werden konnte. Die Hintergründe von »Oberons« Wechsel zum Nachrichtendienst waren nicht einmal Vize-Präsident Worgitzky klar, dem Gehlen nach und nach zwar die Anleitung Zieglers übertragen, die Führung Ortloffs aber seinem Vertrauten Kurt Weiß übergeben hatte.[40] Im Zuge der von allen Merkmalen hektischen Übereifers geprägten internen Fahndung nach einem »zweiten Felfe« (bei der zeitweise auch Siegfried Ziegler in Verdacht geriet) verfertigte die Gehlen-Vertraute Annelore Krüger einmal einen Vermerk, der die Ahnungslosigkeit Worgitzkys illustriert. Angelegentlich sei der Herr Vizepräsident auf Ortloff zu sprechen gekommen, notierte sie. Er habe gesagt, dieser sei »auf Wunsch der SPD« übernommen worden. Er beschaffe »Nachrichten aus Finnland, wenig aus Schweden. Grund seines Ausscheidens aus dem SPD-Parteivorstand: Weiterbildung im ND, denn er strebt den Posten eines Koordinators für ND-Fragen im Bundeskanzleramt bei SPD-Regierung an.«[41] Davon ist in den Akten nirgendwo sonst die Rede. Und in der Tat: Ein hauptamtlicher BND-Mann als künftiger Aufsichtsbeamter des Dienstes? Hans Globke als konspirativer Helfer bei der Installierung eines für Pullach zuständigen Referenten aus der SPD im Bundeskanzleramt? Gut möglich, dass der BND-Präsident seinem Vize diese Version aufgetischt hatte, um die kostspielige Übernahme Ortloffs zu erklären. In Hans Langemanns Tagebuch geisterte diese Version später ebenfalls herum. Er notierte sich, Worgitzky habe in Ortloff »schon so etwas wie den Nachfolger Bachmanns«[42] im Bundeskanzleramt gesehen, »falls die SPD gewonnen hätte«.[43]

Der BND-Vizepräsident selbst gab zu Siegfried Ortloffs Übertritt lediglich zu Protokoll, er komme aus einem »wichtigem politischen Amt. Sein Eintritt erfolgte unter der Mitwirkung höchster Regierungs- und

politischer Instanzen. Besondere Aufmerksamkeit war seiner Legende zu widmen. Dies gelang im Hinblick auf politische, berufliche und wirtschaftliche Belange sehr gut und ermöglichte ihm eine reibungslose ND-Arbeit«.[44] Das änderte freilich nichts daran, dass der vorzüglich dotierte »Oberon«/»Hausmann« nach seinem Wechsel weiterhin auf Kohlen saß, ob sein Verrat nicht doch noch ruchbar werden würde. Schon zwei Jahre vor seinem Frontwechsel hatte er, wie erinnerlich, bei dem Spionageverdacht gegen eine Vorstandssekretärin versucht, eine falsche Spur zu legen.[45] Ende 1963 konnte er dieser Versuchung auch nicht widerstehen, obwohl er in der »Baracke« von niemandem verdächtigt wurde. Nachdem mit Gustav Helbig ein langjähriger Mitarbeiter des Bundeskanzleramts wegen des Verdachts auf geheimdienstliche Agententätigkeit für einen östlichen Dienst verhaftet worden war (er hatte Zugang zu BND-Materialien gehabt),[46] wandte sich Ortloff ohne Not in einem eingeschriebenen Privatbrief an Fritz Erler: »Damit nicht wieder Zeit mit der Verniedlichung des Geschehens vertan wird«, meinte er, »empfehlen wir, dass Du beim Boss in München [Gehlen] eine Stellungnahme zu diesem ›Verdacht‹ anforderst (bzw. mich beauftragst, eine solche Anfrage zu stellen). Als ich las, dass Helbig Mitglied der SPD sei, dachte ich an die Information über das Leck in unserem eigenen Haus. Weiß man, mit wem er bei uns in Verbindung stand?«[47] Neugieriger hätte er nicht werden dürfen, wenn er sich nicht selbst verraten wollte.

Im Frühjahr 1967, Worgitzky war bereits schwer krank, Erler kürzlich verstorben, Ollenhauer schon etwas länger tot und Ortloff bereits zum Deutschlandfunk gewechselt, da interessierte sich die SPD-Spitze noch einmal für den früheren Vertrauten des Partei- und Fraktionschefs Erich Ollenhauer. Das erfolgte im Zusammenhang mit dem Kampf Reinhard Gehlens gegen Siegfried Ziegler, dem zweiten Mitwisser und Mittäter bei der SPD-Operation – wir werden gleich davon hören. Ziegler war also im Laufe eines Gesprächs mit seinem Genossen, dem neuen Außenminister Willy Brandt, auch auf den Gesprächskanal des seinerzeitigen Parteivorstands zum BND zu sprechen gekommen. »Dr. König« meldete diese bemerkenswerte Wendung seiner Unterhaltung mit Brandt, sogleich an die Pullacher Zentrale. Alarmiert hielt »Alo«, Gehlens Vertraute, in einem Vermerk für Kurt Weiß fest: »Brandt interessierte sich für Verbindungsrolle Zieglers zu Erler. Brandt rief Schmidt an, soll ihn

orientieren, was damals war, da Erler sein Wissen mit ins Grab [sic!]«; ein Gespräch Gehlens mit Helmut Schmidt werde wohl in Kürze stattfinden.[48] Hatte Ziegler etwa mehr verraten, als verträglich war? Stand dem »Doktor« nun der Offenbarungseid bevor?

Annelore Krüger, die wusste, was auf dem Spiel stand, stellte ihrem Präsidenten und intimem Gefährten, der das ebenso wusste, die wichtigsten Punkte für das delikate Treffen mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zusammen.[49] Ihre Ausarbeitung war nicht eben bestrebt, den langjährigen Kollegen Ziegler in ein günstiges Licht zu rücken. Nach eigenen Angaben sei der seit 1948 in der SPD, habe seine kurzzeitige KPD-Mitgliedschaft vor dem Krieg dem BND aber verschwiegen, hieß es; das habe Gehlen Herbert Wehner bereits mitgeteilt. Dann folgte eine Aufzählung seiner Parteifunktionen: »Ab 1953 fungierte Dr. Ziegler nach Absprache von 106 pers. [Gehlen] mit dem Parteivorsitzenden Ollenhauer als Verbindungsmann zu dem im Parteivorstand für Sicherheitsfragen zuständigen Sekretär Siegfried Ortloff. Mit MdB Erler wurde Dr. Ziegler durch Herrn Ortloff erst 1958 bekanntgemacht. Dr. Ziegler war nie Kontaktmann zu MdB Erler, der stets von 106 pers. direkt unterrichtet wurde.« Dann ging es um den im Folgenden zu schildernden, ins Monströse spielenden »Disziplinarfall« Siegfried Ziegler: »Ab Februar 1967 ist die nachrichtendienstliche Verbindung zu Dr. Ziegler beendet.« Das war eine perfekte Halbwahrheit, doch der BND-Präsident brauchte sie Helmut Schmidt gar nicht aufzutischen. In einem handschriftlichen Vermerk, der sich in seiner markanten Form von seinen sonstigen Marginalien unterscheidet, hielt Gehlen fest: »Ist von mir entgegen ursprünglicher Absicht *nicht* erörtert worden.«

Reinhard Gehlen und die Handvoll Mitarbeiter, die in sein hochpolitisches Staatsgeheimnis eingeweiht waren, blieben bemüht, keinen Lichtstrahl in das Innerste ihres Arkanums fallen zu lassen. Auch Siegfried Ortloff blieb in seiner Partei zeitlebens über jeden Verdacht erhaben. Er schien kurzzeitig gar zu Höherem berufen. Seit seinem letzten Bericht aus der SPD-Spitze von Mai 1962[50] war beinahe ein halbes Jahrzehnt vergangen, die Große Koalition von CDU/CSU und SPD seit knapp fünf Monaten im Amt, da fiel im Zusammenhang mit der Diskussion über die

Nachfolge von Gehlen und Worgitzky auch sein Name. Ortloff war offenbar bereit, Vizepräsident in Pullach zu werden.[51]

In zwei internen Vermerken für Bundeskanzler Kiesinger sprach einer seiner Ministerialbeamten ebenfalls davon: »Die Spitze des BND sollte wieder mit Fachleuten des Auslandsnachrichtendienstes besetzt werden«, hielt er fest. »Nur dann ist gewährleistet, dass der BND ein Instrument des Bundeskanzlers bleibt. Eine Person mit politischen Ambitionen an der Spitze des BND dürfte nur schwer der Versuchung widerstehen, mit dem ihm in die Hand gegebenen Machtinstrument auch eigene Politik zu machen. Unter einem schwächeren nachrichtendienstlichen Laien dagegen dürfte die Regierung die Kontrolle über den BND schnell verlieren.« General Gerhard Wessel und der derzeitige Vizepräsident, General Horst Wendland, seien seit längerem als mögliche künftige Präsidenten im Gespräch. Außenminister Brandt werde bei einem Verzicht auf den Spitzenposten sicherlich auf einem zivilen Stellvertreter beharren, den die SPD stellen müsse. Einer von zwei Genannten sei »der Angestellte bei der Deutschen Welle Ordloff« – Ortloff –, »Kandidat von Bundesminister Wehner, 52 Jahre, SPD-Mitglied nach 1933, politisch verfolgt und emigriert, früher Referent bei SPD-Vorstand, 1961–65 Außenmitarbeiter ohne Einblicksmöglichkeiten in die Gesamtorganisation«.

Besonders gut war der für den BND zuständige Ministerialrat Hans-Georg von Koester nicht informiert, hatte auch nicht die geringste Ahnung von »Oberons« geheimer Karriere in dem Trio mit Gehlen und Ziegler. Er wusste aber, was er dem Bundeskanzler raten wollte: »Mit der Verwirklichung dieser SPD-Wünsche«, fuhr er fort, »würde der Herr Bundeskanzler seinen beherrschenden Einfluss auf den BND trotz dessen rechtlicher Unterstellung unter das Bundeskanzleramt verlieren.« Zwar hätten die Argumente der Sozialdemokraten durchaus etwas für sich, doch gehöre der Dienst nun einmal in den Geschäftsbereich des Kanzlers, »die anstehende Personalentscheidung sollte daher nicht entscheidend vom Koalitionspartner beeinflusst werden«.[52] Auch in dem vorbereitenden Vermerk Koesters für ein Gespräch Kiesingers mit Brandt ist neben zwei anderen SPD-Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten noch einmal von Siegfried »Ordloff« die Rede.[53] Keiner kam zum Zuge.

Mehr als zehn Jahre später schien der Name des im Sommer 1999 verstorbenen Siegfried Ortloff das letzte Mal in einer Korrespondenz der

höchsten Regierungsebene auf. Der neue BND-Präsident Klaus Kinkel (FDP) versuchte, soweit es sich noch eruieren ließ, dem Chef des Bundeskanzleramts Auskunft über die immer wieder thematisierte Beziehung der SPD zum BND zu geben. 1979 schrieb Kinkel an Staatssekretär Manfred Schüler (SPD): »Anfang der 60er Jahre hat das inzwischen verstorbene Vorstandsmitglied der SPD, Herr Erler, einen Arbeitskontakt zwischen dem Ostbüro der SPD und der Abteilung Beschaffung des BND hergestellt. Der BND erhielt vom Ostbüro in der Folge vereinbarungsgemäß Informationen über die DDR. Leiter des Ostbüros war damals Herr Stephan Thomas. Herr Ortloff, ein Mitarbeiter Herrn Erlers, war zeitweilig hauptberuflicher Mitarbeiter des BND und als solcher u. a. für die Verbindung zum Ostbüro zuständig.« Seit gut zehn Jahren gebe es bei der SPD eine andere Ansprechpartnerin. Er, Kinkel, berichte das nur, weil er »es für möglich halte, dass diese ausschließlich im Rahmen der DDR-Aufklärung genutzte Verbindung und ihre Entstehungsgeschichte in Vergessenheit geraten sind. Sie bei einer geeigneten Person der SPD in Erinnerung zu rufen, könnte Missdeutungen und evtl. Verstimmungen vermeiden helfen.«[54]

Damit schien das immer wieder einmal auftauchende Thema möglicher Sonderbeziehungen zwischen der BND-Zentrale und der SPD-Zentrale, erst recht das die politischen Wogen periodisch aufwühlende Kapitel einer Ausspionierung der Sozialdemokratie und ihrer Spitzenpolitiker geklärt und erledigt zu sein. Im Guillaume-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags Mitte der siebziger Jahre war davon noch einmal prominent die Rede. Doch was die Parlamentarier dazu herausfanden,[55] ritzte kaum die Oberfläche der umfassenden SPD-Operation des Reinhard Gehlen. Alle an der Ausforschung der sozialdemokratischen Parteispitze unmittelbar Beteiligten – Hans Globke, Reinhard Gehlen, Kurt Weiß, Siegfried Ortloff und Siegfried Ziegler – haben ihr Geheimnis mit ins Grab genommen.

Siegfried Ziegler

Bei der analytischen Rekonstruktion historischer Vorgänge ist die Betrachtung ihres Nachlebens mitunter ähnlich aufschlussreich wie die Sezierung der Geschehnisse selbst. Das gilt auch für die Ausspionierung der SPD-Führung für Bundeskanzler Adenauer. Bei der Vertuschung dieser Operation beließ es der BND nämlich nicht bei der Hereinholung von Siegfried Ortloff in den Dienst. Siegfried Ziegler war ebenfalls eine Zentralfigur gewesen – und deswegen wurde er auch Opfer, man kann es nicht anders sagen, einer denkbar schmutzigen Attacke seines eigenen Dienstes. Als intimer Mitwisser kannte er jeden einzelnen Schritt der Anbahnung und der Konsolidierung der von Reinhard Gehlen höchstpersönlich eingefädelten Großoperation vom ersten Tage an.[56] Ohne den SPD-Genossen »Dr. König« wäre »Dr. Schneider« der Einbruch in die Bonner »Baracke« nie gelungen. Allein über Ziegler war es möglich gewesen, den strategisch optimal platzierten, unbegrenzt auskunftsfreudigen Personal- und Sicherheitschef Siegfried Ortloff als Spitzenquelle zu gewinnen. Zwar hatte der BND-Präsident die Kontrolle über das operative Geschäft der SPD-Ausforschung nach und nach auf den vergleichbar skrupellosen Kurt Weiß übertragen,[57] doch war Ziegler die unersetzbare Mittelsperson geblieben. Dass Reinhard Gehlen in den fünfziger Jahren bei Bundeskanzler Adenauer und namentlich bei seinem Staatssekretär Hans Globke einen derart dicken Stein im Brett hatte, verdankte er nicht zuletzt Siegfried Ziegler. Doch als sich Anfang der sechziger Jahre die politischen Gezeiten zu wandeln begannen, nach der Bundestagswahl 1961 kurz sogar eine Großen Koalition von CDU/CSU und SPD in der Luft lag, sah Gehlen den Moment gekommen, sich auch seines lange so nützlichen Mittäters und Mitwissers anzunehmen. Es galt, die Liaison dangereuse mit Ziegler und Ortloff endgültig aufzulösen, ja jede Erinnerung daran zu tilgen. Die Stummschaltung seines hauptamtlichen Mitarbeiters V-11643 würde allerdings erheblich mehr Aufwand und Finesse erfordern als die Umpolung Ortloffs, das wusste der BND-Präsident wohl. Allerdings wussten auch diese beiden sozialdemokratischen Hauptakteure der SPD-Operation, dass sie kaum in der Lage waren, etwa reinen Tisch zu machen und der Parteiführung über den BND-Präsidenten und sich selbst reinen Wein einzuschenken.

Angesichts der unübersehbaren Kanzlerdämmerung musste Gehlen sein Staatsgeheimnis nach allen Seiten abdichten und seine illegalen Machenschaften nachträglich bereinigen oder mindestens so gründlich vertuschen, dass er gegenüber der irgendwann gewiss mitregierenden Partei Willy Brandts trotz der umgehenden Gerüchte als gesetzestreuer Staatsdiener erscheinen konnte, das wurde schon gesagt; gegenüber Erich Ollenhauer und Fritz Erler war »Dr. Schneider« ja immer als Gentleman aufgetreten. Gänzlich außerhalb des im Generalstabsdienst erworbenen Gehlen'schen Selbstverständnisses als pflichttreuer »Führungsgehilfe« des Kanzlers[58] lag es natürlich, etwa gar »auszupacken« und seine politische Symbiose mit Staatssekretär Hans Globke bei der Ausforschung der SPD-Führung zu offenbaren. Im Klima der Felfe-Affäre und der *Spiegel*-Krise, kam ein solcher Schritt, der sogar diese beiden Skandale in den Schatten gestellt hätte, selbstverständlich unter keinen Umständen in Frage. Doch Siegfried Ziegler – »Dr. König«, gar »Dr. Kaiser« – erwies sich für den BND-Präsidenten als harte Nuss. Ebenso wie bei seinem Freund Siegfried Ortloff traten allerdings auch bei ihm in der Person liegende Umstände hinzu, die es Reinhard Gehlen erleichterten, seinen intimen Mitwisser so in die Enge zu treiben, dass sich aus dieser jahrelangen Komplizenschaft keine Gefahr für den Präsidenten ergab.

Lange hatte zwischen den Spitzen des Bundesnachrichtendienstes und der Sozialdemokratie ungeachtet des direkten Kontakts von Gehlen zu Ollenhauer, Erler und anderen Schwergewichten der Partei Einvernehmen über die nützliche Rolle Siegfried Zieglers als eines offiziösen Verbindungsmannes bestanden. Als der BND-Präsident ihn Anfang 1959 beispielsweise nach Wien versetzen wollte, wo SPÖ und ÖVP in der Wählergunst gleichauf lagen, und er Fritz Erler in einem persönlichen Gespräch erläuterte, Ziegler sei »auf Grund seiner politischen Einstellung für diese Aufgabe ganz besonders geeignet«, gefiel Erler diese Idee gar nicht, weil damit eine eingespielte Verbindung gekappt würde. Gehlen lenkte sogleich ein, sagte zu, Ziegler werde seinen bisherigen Dienstsitz behalten und nur »von Fall zu Fall« nach Wien reisen.[59]

Doch obwohl Siegfried Ziegler entscheidenden Anteil an der Ausforschung seiner Partei durch den Gehlen-Dienst hatte, gab er angesichts der Missstände im BND, die zuletzt vom Präsidenten des Bundesrechnungshofs vehement angeprangert worden waren,[60] seinen

Verstand nicht an der Garderobe ab. Im Gegenteil, gewiss durch eine im Aufwind befindliche Sozialdemokratie beflügelt, thematisierte er die Misere des Dienstes wiederholt mit seinem Freund Siegfried Ortloff, mit Fritz Erler oder anderen Parteifreunden; sogar Hans Langemann (CSU) hielt nach einer Unterhaltung mit ihm fest: »Schimpfte über BND-Situation«.[61] Im Herbst 1962 – die Unterrichtung des Kanzleramts über Interna der SPD-Spitze war inzwischen eingestellt – hatte Ziegler angesichts der Felfe-Krise und der für den BND ebenfalls sehr abträglichen *Spiegel*-Affäre keine Scheu mehr, sich an der Debatte über die Zukunft des BND-Präsidenten zu beteiligen.

Einem handschriftlichen, »nur streng persönlich« für ihn bestimmten Zettel konnte Gehlen entnehmen, »Gajus Gracchus« gebe seinem Freund aus Kriegszeiten (der inzwischen an der Spitze des österreichischen Heeres-Nachrichtenamtes stand) – dieser Kanal wurde vom BND-Präsidenten über Siegfried Ziegler seit langem genutzt – einmal im Monat einen Bericht zur Lage in der Bundesrepublik, der von diesem an das Außenministerium weitergeleitet werde.[62] Der Name des römischen Volkstribunen, der das Establishment herausgefordert hatte, wurde auf einem Extrazettel entschlüsselt: »Dr. König«. Dessen Lagebericht habe unter anderem folgende Passage enthalten: »Präsident BND ist seit Monaten in Urlaub. Ob es sich dabei wirklich um Urlaub handelt und ob er überhaupt wiederkommt, ist fraglich.« Diese Spekulation war zwar nur das, was die Spatzen ohnehin von den Dächern pfiffen, doch als Loyalitätsadresse wird Gehlen diese Einschätzung von Gracchus/Ziegler für den österreichischen Kollegen kaum gelesen haben.

Etwas anderes kam hinzu. Wie manch anderer Mitarbeiter des BND geriet auch Ziegler im Zuge der nachbereitenden Aufklärung des Felfe-Falles (»Mexico«, »Chile«) in den Verdacht der Agententätigkeit für einen östlichen Dienst.[63] Vizepräsident Hans-Heinrich Worgitzky, der einige Zeit zwar näher mit Siegfried Ziegler zusammengearbeitet hatte, von dessen Schlüsselrolle bei der Ausspähung der SPD aber nichts wusste, betrachtete die Hexenjagd nach dem »zweiten Felfe« ziemlich distanziert. Zu einem Mitglied des kleinen Gehlen'schen Jagdkommandos 106/II (Karl Johann Bäuml, Hans-Henning Crome, Volker Foertsch, Gottfried Fährmann, Annelore Krüger)[64] meinte er, man misstraue Ziegler doch nur deswegen,

»weil er alter II-er ist«, beim Amt Ausland/Abwehr des OKW also in der Abteilung II tätig gewesen war.[65]

Ende 1962 leitete der Gehlen-Stab über die CIA, die nun ebenfalls in die Recherche eingeschaltet wurde, die Telefon-Überwachung Zieglers ein, nicht ohne hinzuzufügen, »dass die Angelegenheit wegen der politischen Bindungen des Dr. Z. besonders ›delikat‹ ist und deshalb mit entsprechend erhöhter Vorsicht behandelt werden muss«.[66] Sogar ein KGB-Überläufer wurde, ohne Ergebnis, befragt.[67] Was weder der Vizepräsident noch 106/II (mit Ausnahme von »Alo« Krüger) wussten, war, dass ihr Präsident gemeinsam mit Ziegler und ihrem neuen Kollegen Ortloff das ungemein erfolgreiche Trio zur SPD-»Aufklärung« gebildet hatte. Von dieser kompromittierenden Vergangenheit gedachte sich Gehlen nun um jeden Preis zu lösen. Es waren die Tage, als der BND-Präsident Fritz Erler und Herbert Wehner zusammen mit den besten Weihnachtswünschen eine Kiste Zigarren seiner Hausmarke übersandte.[68] Im Frühjahr ging Siegfried Ziegler (dessen Haus derweil observiert wurde[69]) auf sechswöchige Südamerika-Reise.

Nun war es Zeit für Gehlen, persönlich einzugreifen. Er tat das am 5. März 1963 in einer Unterredung mit Fritz Erler (»Prenzler«) und enthüllte dem stellvertretenden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, es bestehe der Verdacht, »dass Z. Mitarbeiter eines gegnerischen Nachrichtendienstes ist und sowohl an SPD als auch an BND herangespielt wurde«; die Nachforschungen würden »radikal ohne Ansehen der Person betrieben«. Eine Einschaltung Siegfried Ortloffs, der gegenüber seinem Freund Ziegler jedoch nichts erkennen lassen dürfe, sei »erwünscht«, ansonsten aber »strengste Geheimhaltung erforderlich«. Gewitzt war es auch, Erler einzureden, es scheine, als habe Siegfried Ziegler vor mehr als vier Jahren die damals der Spionage verdächtige Sekretärin als eine »›BND-Quelle‹ (geführt vom Schwiegersohn Präsident)« ins Spiel gebracht.[70]

Das war zweifellos ein geschicktes Manöver: Der Auftraggeber der Ausforschung der SPD-Spitze schwärzt seine Schlüsselfigur bei der Ausspähung beim Ausgespähten als denjenigen an, der dem Ausgeforschten eingeredet habe, eine Nichtbeteiligte sei eine BND-Quelle. Zeigte das nicht, wie absurd der immer wieder hochkommende Verdacht war, der deutsche Auslandsnachrichtendienst berichte aus der Führungsspitze der

sozialdemokratischen Oppositionspartei? Bald darauf unterrichtete Gehlen seinen neuen hauptamtlichen Mitarbeiter Siegfried Ortloff, den er zu strengster Diskretion ermahnte, persönlich über den Verdacht gegen dessen Freund Ziegler.[71]

Hans Globke, der seit beinahe einem Jahr auf die geheimen Mitteilungen aus der SPD-Zentrale verzichten musste und dessen Karriere sich dem Ende zuneigte, hatte den Honeymoon des BND-Präsidenten mit einem so sehr ernst zu nehmenden Widersacher wie dem Abgeordneten Fritz Erler längst bemerkt. Einmal verließ den Staatssekretär hier sogar seine berühmte Verschwiegenheit (wie Jesco von Puttkamer seinem Genossen Erler schrieb). Sein Schwager, ein Oberstleutnant beim BND, hätte eigentlich Leiter des Pullacher Verbindungsstabs in Bonn werden sollen, berichtete er ihm, doch der Kanzleramtschef habe das erstaunlich vehement mit den Worten abgelehnt: »Es ist schon schlimm genug, dass General Gehlen in dem Geruch steht, gute Beziehungen zur SPD zu unterhalten. Daher ist es vollends unerträglich, wenn als Chef des Verbindungsstabes ein Mann nach Bonn geschickt wird, der der Schwager des Vorwärts-Chefredakteurs ist, zu dem er, wie wir wissen, gute Beziehungen unterhält.«[72]

Der von seinem Präsidenten ins Vertrauen gezogene Siegfried Ortloff hielt die Agenten-Vorwürfe gegen Ziegler für Unsinn, wie rasch deutlich wurde.[73] Trotzdem geriet Ziegler, ohne dass irgendein Beweis vorgelegen hätte, im BND immer tiefer in die Tinte. Der ebenso wendige wie bedenkenlose Kurt Weiß, der eng mit ihm zusammengearbeitet hatte, hielt es für nötig, auf einmal zu erkennen zu geben, dass Ziegler ihm »schon immer unsympathisch war«. Gehlen und andere im Dienst schätzten den SPD-Mann »schon richtig« ein, meinte er, nur beim Vizepräsidenten bestehe noch eine »vorbehaltlose Angst vor der Partei«. Der Mitarbeiter Ortloff sei mit Vorsicht zu behandeln, da er »nicht diskret« sei. Im Übrigen sei es doch so, dass Ziegler »vom BND wegen SPD, von SPD wegen BND geduldet bzw. poussiert werde«.[74] Einmal habe »Dr. König« sogar getönt: »Wer soll mich kontrollieren; ich unterstehe doch nur dem Präsidenten!«[75] Der einzige, zu dem der plötzlich angefeindete Siegfried Ziegler noch ein einigermaßen leidliches Verhältnis unterhielt, war Hans-Heinrich Worgitzky.

Der BND-Vizepräsident, dem Gehlen vorübergehend die Betreuung Zieglers anvertraut hatte, ehe sie an Kurt Weiß überging, kannte zwar

»Königs« Bedeutung für die Beziehungen zur SPD, aber von seiner Schlüsselrolle bei der Ausforschung der Parteiführung hatte der Präsident ihm nichts gesagt. Entsprechend arglos agierte er. Da das Felfe-Jagdteam 106/II bei seiner Suche nach weiteren feindlichen Agenten beim Casus Ziegler seit Monaten trotz Telefonüberwachung und Observation (bei der sogar ein Kuss für eine Hausangestellte protokolliert wurde[76]) nicht vorangekommen war, verschärfte »Alo« Krüger die Gangart weiter und bat den Vizepräsidenten, »in Zukunft alle Abrechnungen, Reisekosten usw. von Knecht sowie dessen Berichte uns kurzfristig zu überlassen. Bitte, Rückfragen nach Personen, Hintergrund o. ä. zu stellen in Form von Stichproben, wurde von Worgitzky zugesagt.« Um den ahnungslosen BND-Vize »von der Notwendigkeit zu überzeugen, aufzupassen«, steckte »Alo« ihm noch die Ungeheuerlichkeit, dass Siegfried Ziegler Portokosten doppelt abgerechnet habe.[77] »Dr. König« behielt zwar seinen Tarnnamen, doch bei den internen Nachforschungen des BND lief Siegfried Ziegler jetzt unter »Knecht«. Hans Langemann, der weiterhin mit dem Gejagten zu tun hatte, erfuhr von den Nachforschungen des Gehlen-Stabs und schrieb empört in sein Tagebuch: »Und das muss man sich bieten lassen!«, »Schrecklich. Was tun?«[78]

Der ahnungslose Siegfried Ziegler hatte sich inzwischen in einem Brief an Fritz Erler gewandt, um ihm von seinen weiteren beruflichen Plänen zu unterrichten. Er leite jetzt seit fast acht Jahren die BND-Ausbildung, schrieb er ihm, und sei darüber hinaus in zahlreiche andere Verpflichtungen eingespannt – eine sehr »aufopfernde Arbeit, deren politischer Erfolg in keinem Verhältnis zum Aufwand steht«. Er werde nun bald 62 Jahre alt und »habe die Absicht, in Kürze meinen Präsidenten zu bitten, mir eine weniger aufreibende Tätigkeit zu geben«. Von dieser Absicht würde er nur dann abgehen, wenn er in Erlers Auftrag »eine wirkungsvollere *politische* Aufgabe erfüllen könnte«.[79] Anfang September 1963 orientierte Gehlen Fritz Erler am Rande einer Ausschusssitzung dann darüber, dass »Fall ›K.‹« inzwischen erledigt sei,[80] also bei den mit größtem Aufwand betriebenen Untersuchungen nichts herausgekommen sei.

Aus der Perspektive Zieglers, der nichts Böses ahnte, schien das Verhältnis zu seinem Präsidenten weiterhin ungetrübt, auch wenn die gemeinsame SPD-Operation nun schon seit einer Weile eingestellt war. Zum Auftakt des neuen Jahres 1964 – es sollte »Dr. König« an den Rand

des persönlichen Ruins führen – bedankte er sich in einem handschriftlichen Brief für Gehlens »persönliche Weihnachtsgrüße und das Kistchen Zigarren« sowie das »Vertrauen und das Wohlwollen«, das er ihm stets entgegengebracht habe.[81] In drei Jahren trete er in den Ruhestand, fuhr Ziegler fort, und da möge der »Doktor« ihn doch bitte bereits jetzt ein wenig von der aufreibenden Alltagsarbeit entlasten; schön wäre beispielsweise eine Stationierung auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Der Antrag auf eine sechswöchige Südamerika-Reise wurde von Worgitzky, sicherlich nicht ohne Rücksprache mit dem Präsidenten, wegen »Mittelknappheit« allerdings erst einmal auf Eis gelegt.[82] Zweifellos drängte es inzwischen auch Siegfried Ziegler dazu, das Terrain seiner beinahe zehnjährigen Verratstätigkeit hinter sich zu lassen – Hans Globke war seit einem Vierteljahr außer Diensten, die BND-Berichterstattung aus der SPD-Spitze schon bald zwei Jahre eingestellt.

So einfach war das aber nicht: Reinhard Gehlen arbeitete weiter daran, seinen Mitwisser endgültig zu neutralisieren. Zur selben Zeit, als Fritz Erler sich befriedigt notieren konnte, Ziegler habe dem BND-Präsidenten inzwischen einige Veränderungsvorschläge für seine Tätigkeit gemacht,[83] forderte der »Doktor« nach Jahren engster Zusammenarbeit plötzlich interne »Charaktergutachten« über Ziegler an.[84] Der arme Worgitzky hatte dem »Dr. König« zu eröffnen, leider stehe derzeit weder in Nord- noch in Südamerika eine Verwendung zur Debatte, doch könne er womöglich nach Skandinavien wechseln, wohin er ja schon Kontakte unterhalte; der Präsident »wolle ihm damit etwas Gutes antun«.[85] Fritz Erler, der wusste, Ziegler strebe »unbedingt aus der Zentrale weg«,[86] nahm von ihm kurz darauf wieder einmal[87] ein längeres Papier über die Missstände im BND entgegen: Führungsschwäche; Vetternwirtschaft; »Reaktionäre in der Organisation«; »Abhöraktionen«; ungleiche Vergütung; unverantwortliche Sicherheitsstandards; ihm, Ziegler, sei als Leiter der Schulen ein Oberst vor die Nase gesetzt worden, »um ihn zu kontrollieren«; mit eigenen Personalvorschlägen sei er nie durchgedrungen, stattdessen habe der Vizepräsident ihm geraten, er solle besser nicht den Anschein erwecken, als wolle er »eine sozialdemokratische Zelle bilden«.[88]

Nachdem es dem »Mexico/Chile«-Kommando des BND-Präsidenten nicht gelungen war, ihrem Kollegen Siegfried Ziegler die Tätigkeit für einen fremden Nachrichtendienst anzuhängen und ihn auf diese Weise dem

Präsidenten vom Hals zu schaffen, als außerdem der mit Fritz Erler abgestimmte Versuch, »Dr. König« fernab auf einem Auslandsposten unterzubringen, ebenfalls nicht recht vorankam, war im Sommer 1964 offenbar der Moment gekommen, andere Saiten mit diesem hochverdienten Mitarbeiter aufzuziehen. Damit würde man ihm zugleich eine Lektion für seine kritischen Durchstechereien nach Österreich erteilen. Wie immer bei schwierigen Personalentscheidungen oder handfesten Konflikten scheute Reinhard Gehlen auch hier die direkte Konfrontation. Er beauftragte daher seinen ungeliebten, in die politische Inlandsspionage gegen die SPD nicht recht eingeweihten Vize Hans-Heinrich Worgitzky damit, die Drecksarbeit gegen »Knecht« zu erledigen.

Dieser Auftrag steht im Einklang mit dem von Rolf-Dieter Müller beschriebenen Zug Gehlens: »Wo es seinem Ehrgeiz und Überlebenswillen oder persönlichen Neigungen diente, konnte er in den Hintergrund abtauchen und sich bedeckt halten, um zugleich mit List und Tücke sowie einer gehörigen Portion Skrupellosigkeit nach Auswegen zu suchen.«[89] James H. Critchfield, der amerikanische Mentor und Kontrolleur, bemerkte schon zwölf Jahre vor der Eskalation der Ziegler-Affäre, dass Gehlen, als ein Grundzug seines Charakters, die persönliche Konfrontation um nahezu jeden Preis scheute. Seine größte Schwäche sei ein Mangel an Mut in Personalsachen. Er vermeide es, unangenehme Themen mit den betroffenen Personen zu erörtern, sondern erreiche sein Ziel indirekt oder durch die Delegierung einer frontalen Attacke an einen anderen.[90]

Der Frontalangriff gegen den engsten Konfidenten Gehlens bei der Ausforschung der SPD-Spitze erfolgte am 27. Juli 1964. Voraufgegangen war eine delikate Episode: Dr. Siegfried Ziegler hatte sich am späten Abend des 7. Juli auf dem Nachhauseweg befunden und seinen beigefarbenen Peugeot gegen 22:15 Uhr am Rand der Agnes-Bernauer-Straße, einer Magistrale im Westen der bayerischen Hauptstadt, unter einem Halteverbotsschild angehalten. Das fiel einer Funkstreife auf. Ziegler wurde zur Rede gestellt: »Als Streifenführer der Münchener Funkstreife (Isar 7-I) beobachte ich«, gab Polizeimeister Hermann Ganter gegenüber dem BND zu Protokoll, »in unregelmäßigen Abständen einen Pkw mit dem Kennzeichen STA-L-107, der sich in auffallender Weise an den Dirnen-Standplätzen herumtreibt. Mir und meinem Kameraden fiel der Fahrer dieses Pkw dadurch auf, dass es sich um einen schon älteren Herren

handelt, der nach unserer Auffassung über eine außergewöhnliche Vitalität verfügen musste. Ich selbst habe beobachtet, dass er an einem Abend bis zu 3 Dirnen ›abschleppte‹.« Man habe davon aber nicht sonderlich Notiz genommen. »Wir haben uns lediglich wegen seiner Ansprüche auf diesem Gebiet amüsiert.«[91]

Was Siegfried Ziegler übersehen hatte, war, dass die Polizei an diesem unglücklichen Tag damit begonnen hatte, längs der Straße Halteverbotsschilder aufzustellen, um den Autostrich in eine nahe gelegene, weniger belebte Gegend abzudrängen. Die Polizei hatte entsprechend viel zu tun, um die motorisierten Herren mit Strafzetteln für die neuen Verhältnisse zu sensibilisieren. Einer davon war ihr alter Bekannter Ziegler, der sich mit seinem Auto immer wieder langsam einer Dame näherte und verhandelte: »Nach dem dritten oder vierten Mal hielt er im Halteverbot hinter meinem Streifenwagen, um wieder eine Dirne anzusprechen. Ich stieg aus und verlangte von ihm seine Papiere, die ich mir notierte. Es handelte sich um folgende Person: Dr. Siegfried Ziegler, Hechendorf bei Seefeld am Pilsensee.« Er wurde wegen wiederholter Verletzung des Halteverbots aufgeschrieben. Der Polizeiwagen fuhr davon. Damit und nach Entrichtung einer entsprechenden Geldbuße hätte die nächtliche Episode eigentlich ausgestanden sein können.

Stattdessen eskalierte die Affäre, die noch gar keine war. Drei Tage später erreichte den Wagen Isar 7 über Funk nämlich ein Anruf, »der an alle im Einsatz befindlichen Streifen gerichtet war«. Die Zentrale interessierte sich dafür, welcher Funkwagen kürzlich einen gewissen Dr. Ziegler beanstandet habe. Streifenführer Ganter meldete sich. Er bekam Anweisung, eine bestimmte Nebenstelle im Polizeipräsidium anzurufen. Am anderen Ende meldete sich Polizeiobermeister M., der seinem Kollegen Ganter sagte, »bei ihm sei ein Dr. Ziegler, der beanstandet und aufgeschrieben worden wäre. Dieser Dr. Ziegler sei von der Bundesvermögensverwaltung und bekäme mit seiner Dienststelle erhebliche Schwierigkeiten, wenn gegen ihn eine Anzeige erstattet würde, weil er sich bei den Dirnen herumgetrieben und das Halteverbot nicht beachtet habe. Im Übrigen habe er sich nicht für die Dirnen interessiert, sondern hätte sich lediglich ein paar Zigarren kaufen wollen. Ich machte M. darauf aufmerksam, dass diese Angabe nicht der Wahrheit entspräche, da der Mann allen dort tätigen Beamten sehr gut bekannt sei und ich ihn

außerdem an dem infrage kommenden Abend eine längere Zeit beobachtet habe.« M. vom Polizeipräsidium erfuhr, dass noch gar keine Anzeige gestellt sei, und schlug seinem Kollegen vor, es bei einer gebührenpflichtigen Verwarnung zu belassen: »Ich war damit einverstanden, und die Sache war damit für mich erledigt«, schrieb Ganter in seinem Bericht, den er acht Tage nach dem Vorfall verfasste. Für Ziegler, der sich höchstpersönlich ins Polizeipräsidium begeben hatte und dort gewiss durchblicken ließ, dass er nicht irgendwer sei, war die Angelegenheit mit der Begleichung des Verwarngelds in Höhe von 5 DM nun eigentlich ebenfalls abgeschlossen.

Nun erfolgte allerdings eine überraschende Wedung, denn Streifenführer Ganter änderte plötzlich seine Meinung. Über den »ständigen Gast im Dirnenviertel« teilte er seinem Vorgesetzten jetzt auffällig dienstbeflissen mit: »Bis zu dem Zeitpunkt, als ich erfuhr, dass er bei der Bundesvermögensverwaltung ist, habe ich ihn zwar immer mit Interesse beobachtet, aber nicht weiter Notiz von ihm genommen. Ebenso ist es meinen Kameraden dort gegangen. Nachdem ich aber nun erfahren habe, dass der Herr bei der Bundesvermögensverwaltung ist und ich annehme, dass er dort nicht gerade in den untersten Positionen tätig ist, sehe ich seine Herumtreiberei bei den Dirnen doch als etwas gefährlicher an und fühle mich verpflichtet, Sie auf diesen Mann aufmerksam zu machen.«

Das Erstaunliche ist hier, dass Ganter seinem Bekannten »Bromberg« bei der Personellen Sicherheit des BND bereits zwei Tage *vor* der förmlichen Abfassung seiner Meldung über die »Umtriebe« Zieglers im Dirnenviertel unterrichtet[92] und ihm neben dem Hergang am Abend des 7. Juli noch weitere interessante Dinge gesteckt hatte. »Bromberg« wiederum kleidete das alles sofort in eine Aktennotiz für Walrab von Buttlar, den Sicherheitschef in Pullach. Der ohne weiteres identifizierbare Ziegler, so hielt er fest, sei bei den Polizisten jener anrüchigen Gegend »weitgehend als ›der Starnberger mit dem ungeheuren Geschlechtstrieb‹ bekannt«, und habe nach dem Vorfall mit der Funkstreife im Präsidium »inständig« darum gebeten, von einer Anzeige abzusehen. Der Clou der internen Aktennotiz kam jedoch am Ende: »Polizeimeister G. bat um vertrauliche Behandlung seiner Angaben, da er *Schwierigkeiten für seine Übernahme in den BND* befürchtet. Er wurde in dieser Beziehung beruhigt.«[93]

Man erkennt: Der dumme Zufall, dass die Münchener Funkstreife den im Halteverbot stehenden Autofahrer Ziegler ansprach und seine Personalien aufnahm, war kein Zufall. Es war der Auftakt zu einer kleinen unfreundlichen BND-Operation gegen einen verdienten Kollegen. Polizeimeister Hermann Ganter, 31 Jahre alt und Beamter der Stadt München auf Lebenszeit, wollte seit längerem zum BND wechseln.[94] Ein Landtagsabgeordneter, der zugleich Mitglied des Personalausschusses der bayerischen Polizei war, garantierte, dass diesem Übertritt nichts in den Weg gelegt würde. Anfang 1964 – Monate vor Beginn der Operation Ziegler – hatte der in Pullach bereits wohlbekannte Ganter den Fragebogen für die Einstellung in den Nachrichtendienst ausgefüllt. Der interne, über Sicherheitschef von Buttlar laufende Einstellungsvorschlag hielt fest: »War bisher gelegentlich Sonderverbindung« der Sicherheitsabteilung.[95]

Walrab von Buttlar befürwortete die Einstellung des Polizeimeisters wärmstens und führte aus: »Herr Ganter, zu dem seit Jahren in begrenztem Umfang dienstliche Beziehungen nach Art etwa einer Sonderverbindung bestehen, bringt aufgrund seines bisherigen beruflichen Werdegangs für eine Tätigkeit bei 84 – gedacht ist an einen Einsatz bei der Observationsgruppe – gute Voraussetzungen mit. Zur personellen Verstärkung wird er *dringend* benötigt […] Ein Entgegenkommen von seiten des Dienstes wäre Herrn Ganter gegenüber angebracht, da er in uneigennütziger Weise in vielen Fällen, speziell solchen delikater Natur, bereits viel für den Dienst getan hat.«[96]

Da auf den nachrichtendienstlichen Spezialisten für Delikates jetzt der Fall Ziegler wartete, war die Eilbedürftigkeit seiner Einstellung verständlich, wenn auch nicht Voraussetzung für diesen Einsatz. Der Wechsel nach Pullach verlief reibungslos. Einige Monate nach der (jedenfalls für ihn) gelungenen Ziegler-Operation trat er seinen Dienst an. Der neue Mitarbeiter, der sich im Sommer im Münchener Dirnenviertel so gut bewährte, war nicht irgendwer. Er hatte gute Nerven, wie ihm der BND wiederholt bescheinigte. Seine dienstlichen Beurteilungen lauteten alle ähnlich positiv. Bereits die allererste nach seiner Einstellung lobte seine »außerordentliche Passion für seine beruflichen Aufgaben und sein Geschick, sie auch unter schwierigen Bedingungen zu lösen«; wiederholt pries man seine »hohe psychische Belastbarkeit«, ein »Vorbild für alle Mitarbeiter«; sogar das Bundesverdienstkreuz konnte er sein Eigen nennen,

als er nach mehr als vierzig Jahren in Diensten des BND in den Ruhestand trat.[97]

Nun, hätte der mit allen Wassern gewaschene BND-Mann Siegfried Ziegler etwas von der Sonderbeziehung zwischen dem Münchener Streifenführer Ganter und der eigenen Sicherheitsabteilung geahnt, dann hätte er den Fehler, die leidige Sache mit dem Halteverbot auf kurzem Wege abbiegen zu wollen, sicherlich nicht begangen. Doch nun war der BND im Besitz des von ihm bei Polizeimeister Ganter bestellten Berichts – einem »Kompromat«, wie der Staatssicherheitsdienst der DDR solche Dokumente nannte –, aus dem nicht nur hervorging, dass Ziegler ein ziemlicher Schweinigel war, sondern es auch mit dem Dienstgeheimnis eines Mitarbeiters der »Bundesvermögensverwaltung« nicht so genau nahm; Letzteres war ein Dienstvergehen.

Die Frage für Gehlen und seine persönliche Truppe 106/II war nun, ob das ausreichte, um dem langjährigen, bereits erfolglos der Spionage für den Osten verdächtigten Mitarbeiter Siegfried Ziegler den reißfesten Strick daraus zu drehen, den man brauchte. Selbstverständlich hätte der BND-Präsident die Sache mit dem Halteverbot, den leichten Damen und der kleinen Unvorsichtigkeit im Münchener Polizeipräsidium mit dem Mantel des Schweigens bedecken oder sie in einem Gespräch von Mann zu Mann erledigen können. Dies umso eher, als soeben die Mitteilung des Auswärtigen Amtes eingegangen war, dass man mit der Neueinrichtung eines Dienstpostens für Dr. Siegfried Ziegler an der deutschen Botschaft in Oslo einverstanden sei.[98] Diese elegante Lösung kam nun nicht mehr in Betracht.[99] Denn jetzt hatte man endlich etwas gegen den lästig gewordenen Leiter der BND-Schulen und Chefstrategen der SPD-Bespitzelung zwischen 1953 und 1962 in der Hand.

Die Unterlagen zeigen, zu welchem Verfolgungseifer BND-Präsident Reinhard Gehlen seine engsten Mitarbeiter anstachelte. Besonderen Elan legte Volker Foertsch an den Tag, der sich an dem vermeintlichen Ost-Verrat Zieglers die Zähne ausgebissen hatte und ausweislich seiner sarkastischen Kommentare einen besonderen Rochus auf ihn hatte. Bereits einen Tag, bevor der bestellte Bericht des Polizeimeisters Ganter eintraf, machte Foertsch Sicherheitschef Buttlar den Vorschlag, für das geplante Gespräch Gehlens mit Fritz Erler einschlägige, den Kollegen Ziegler betreffende »Unterlagen von Sitte amtlich zu beschaffen«.[100] Gehlen war

über jeden Schritt seines Teams unterrichtet. So munitioniert würde sich der zeitweise spionageverdächtige »Dr. König« weiter diskreditieren lassen, falls er in seiner Not auf die Idee verfallen sollte, dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden etwas von den Geheimnissen des Trios Gehlen-Ortloff-Ziegler anzudeuten.

In den vierzehn Tagen zwischen dem ersten Hinweis auf die nächtlichen Eskapaden des BND-Schulungsleiters und seiner dienstlichen Konfrontation damit liefen die Untersuchungen mit unmäßigem Aufwand auf Hochtouren. Wie schon beim »Spionageverdacht« gegen Ziegler sah sich Fritz Erler von Gehlen neuerlich ins Vertrauen gezogen. Schon einen Tag nach dem Eingang des bestellten Berichts von Ganter saß Gehlen mit seiner langjährigen Geliebten Annelore Krüger und dem ebenso scharfsinnigen wie scharfen Volker Foertsch zusammen. Sie berieten darüber, wie der Präsident gegenüber Fritz Erler auftreten und argumentieren solle, »Ziel: Verdeutlichung der gleichlaufenden BND- und SPD-Interessen, die K's [Zieglers] Ausscheiden erforderlich machen.«[101]

Zunächst sollte Erler darum gebeten werden, Siegfried Ortloff gegenüber Stillschweigen zu wahren, da dieser »Dr. König« betreffende Informationen trotz gegenteiliger Zusicherung an diesen weiterzugeben pflege. Mittlerweile, das wäre der zweite Schritt, hätten sich weitere Hinweise auf Zieglers »Unechtheit« ergeben. Seine Überwachung habe »Verkehr mit Prostituierten« zutage gefördert: Das biete den »geeigneten Aufhänger sowohl für SPD wie für BND, die Angelegenheit geräuschlos durch vorzeitige Pensionierung des K. zu erledigen«. Am selben Tag rief der dienstfertige Ganter, Polizeimeister und BND-Mitarbeiter in spe, direkt in Pullach an und teilte weitere Details mit, unter anderem die Namen von drei Prostituierten, die unabhängig voneinander ausgesagt hätten, »Dr. Z. ist pervers«; er heiße »bei den Dirnen ›Der Wichser‹«. Ganter bat außerdem um ein Foto von Ziegler (das ihm umgehend eingehändigt wurde[102]) und ermahnte sein telefonisches Gegenüber noch, der BND solle »in keiner Weise« irgendetwas unternehmen, auch bei dem zuständigen 25. Revier nicht.[103]

An ebendiesem Tag bemerkte Siegfried Ziegler, dass er von BND-Leuten observiert wurde, und meldete es Worgitzky, der erst jetzt davon erfuhr.[104] Der Vizepräsident machte dem Sicherheitschef Vorwürfe wegen dieser Beschattung und gab dabei auch eine deutliche Distanzierung von Gehlen

zu erkennen; ein »moralisches Problem«, das sich schnell lösen werde, gab von Buttlar beschwichtigend zurück.[105] Während Polizeimeister Ganter und Kollegen mit dem Foto von Siegfried Ziegler Münchener Rotlichtbars und Dirnen-Standplätze abklapperten und immer neue Hinweise zutage förderten (»häufiger Gast«, »ein Verhältnis«, »schon oft bei mir gehalten«),[106] erhielt nun auch Worgitzky, der Ziegler immer mit hervorragenden Beurteilungen bedacht hatte, einen Untersuchungsbericht. Reinhard Gehlen beauftragte ihn förmlich mit der dienstlichen Befragung des Delinquenten.[107]

Der Bericht verwies eingangs auf die »in den letzten Monaten durchgeführten Ermittlungen und Observationen«, durch die Dr. Ziegler eindeutig als regelmäßiger Freier im Rotlicht-Milieu identifiziert worden sei. Es folgten die Entwicklung des Sachverhalts seit Anfang des Monats und die Namen von vier mit ihm gut vertrauten Prostituierten. Zusätzlich war die Aussage des Vermieters von Zieglers früherer Wohnung in München-Pasing aufgeführt, wo er anfangs ein halbes Jahr lang ohne seine Frau – sie war ebenfalls Mitarbeiterin des BND[108] – gewohnt hatte. Der Zeuge gab an, dass »in dieser Zeit viele verschiedene junge Mädchen sich bei ihm aufhielten, von denen eine 18–20-Jährige sich als seine Ehefrau ausgab. Auch zu späteren Zeiten habe das Ehepaar H. die Frau Dr. K. wegen der zahlreichen Affairen des Dr. K. bedauert.«

Ein weiteres Dossier über Ziegler, das sein Leben bis in alle Verästelungen Revue passieren ließ und das nun wieder hervorgeholt wurde, ging unter anderem auf seine politische Zwischenstellung ein, die dem Gehlen-Dienst in den zurückliegenden Jahren so viele Vorteile gebracht hatte.[109] Sobald der Leiter der BND-Schulen »irgendeine Aktivität« entfalte, stand in der von 106/II verfassten Ausarbeitung, »kann mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden, dass er dabei alle anderen vor den dienstlichen Interessen im Auge halten wird. Er hat es geschickt verstanden, zwischen SPD und BND – einem Kaminkletterer gleich – in die von ihm (oder seinen Auftraggebern) gewünschte Positionen zu gelangen, ohne sich mit den Zielen der beiden Organisationen zu identifizieren. Das dabei entwickelte Geschick ist beachtlich und hätte bei loyalem Einsatz zweifellos zu guten nachrichtendienstlichen Erfolgen für den BND führen können.« Nur wenig in dieser Qualifizierung entsprach den Tatsachen. Das war kein Wunder, da außer »Alo« nicht einmal der engste Mitarbeiterkreis

des Präsidenten die Wahrheit über das Trio Gehlen-Ortloff-Ziegler und die eigentlichen Motive der Kampagne ihres Chefs gegen den »Dr. König« kannte; man verstieg sich gar zu der »Hypothese«, Ortloff und Ziegler seien möglicherweise »KGB-Agenten« gewesen.

Es war also alles aufgehäuft, was sich finden und phantasieren ließ, als Reinhard Gehlen am 22. Juli mit Fritz Erler zusammentraf. Zwölf Punkte umfasste der Sprechzettel, den ihm sein Stab vorbereitet hatte. Neben einer »prokommunistischen Einstellung vor 1933« ging es um »prokommunistische Kontakte« auf einer Amerika-Reise, um »unerlaubte Querverbindungen im Dienst« und »zahlreiche finanzielle Unregelmäßigkeiten«; das moralische Desaster seines leitenden Mitarbeiters fand sich jedoch nicht auf der Liste.[110] Das hatte der BND-Chef ohnedies parat. Ziegler ahnte noch immer nicht, was genau gegen ihn im Busche war, da breitete der Präsident vor dem führenden Sozialdemokraten bereits die schmutzige Wäsche aus. Die Unterredung der beiden sei sachlich, Erler aber »hartnäckig« gewesen, hält die entsprechende Notiz fest.[111] Nach einer kleinen Reminiszenz an den vermeintlichen Spionagefall in der SPD-Zentrale zum Entree informierte Gehlen darüber, »Knecht [Ziegler] ist durch Pol.-Anzeige aufgefallen. Frage an Erler: Was würden Sie machen? Erler: gleiche Gegenfrage. 106 [Gehlen]: Wenn es nicht Knecht von der SPD wäre, dann Gelegenheit nutzen und vorzeitige Pensionierung auf eigenen Antrag veranlassen. Erler: Einverstanden, aber für beide Seiten (SPD/BND) ist Klärung des *ganzen* Falles wichtig. 106: Selbstverständlich ist auch der BND an der völligen Aufklärung interessiert. Zunächst ist es wichtig, K. aus dem Dienst zu entfernen. Nach ca. ½ Jahr kann über Frage des Umdrehens entschieden werden.«

Offenbar hatte die Version von Zieglers Agententätigkeit, die ihm von Gehlen seit längerem eingeredet wurde, Erler nachdenklich gemacht. »Knechts« moralische Verfehlungen scheinen ihn dagegen ebenso wenig beeindruckt zu haben wie dessen Tätigkeit im Esperanto-Bund, die ebenfalls auf Zieglers Malus-Liste stand; von der dort ebenfalls aufgeführten »sozialpazifistischen Sicherheitsbewegung« hatte der Abgeordnete noch nie gehört. »Erler wird Ortloff *nicht* informieren, will über K's Sittengeschichte offiziell nichts wissen, d. h. nur Pensionierung aus Gesundheitsgründen. E. weiß von früherer Kreislaufgeschichte K's.« Gemessen an dem Riesenaufwand, den der BND für die umfassende

Diskreditierung seines ehemaligen Stars der politischen Inlandsspionage getrieben hatte, war dem Gespräch zwar kein durchschlagender Erfolg beschieden, doch konnte Gehlen immerhin Erlers Einverständnis dafür mitnehmen, den unbequem gewordenen und gesundheitlich angeschlagenen SPD-Genossen Ziegler endlich aus dem Haus zu graulen.

Nun konnten Nägel mit Köpfen gemacht werden. Reinhard Gehlen traf sich gleich am nächsten Tag mit seinem Sonderstab.[112] Man entschied, »dass K[necht] Pensionierung als Ausdruck des Wohlwollens von 106 [Gehlen] angeboten wird, beim Hinweis auf ND[Nachrichtendienst]-Verdacht. Ausdrücklich Schweigepflicht für die Informierten. Dr. Frank [stv. Leiter der Personalabteilung] ist nur über die ›sittliche Seite‹ zu informieren.« Für die »personalrechtliche Seite« – also die Konfrontation mit dem Abschusskandidaten – wurde Vizepräsident Worgitzky eingeteilt. Er solle mit Ziegler »unter vier Augen sprechen und Pensionierungsantrag K’s erreichen«; drei Mitglieder des Sonderstabs sollten »sich im Hintergrund für evtl. Schwierigkeiten halten«. Alles war generalstabsmäßig vorbereitet. Siegfried Ziegler musste seine hoffnungslose Lage nur noch erkennen und kapitulieren.

Jetzt wurde der BND-Vizepräsident ins Spiel gebracht. Der Sicherheitschef und der Stellvertreter des Personalchefs erläuterten Worgitzky das Drehbuch.[113] Fritz Erler habe von Gehlen zur Kenntnis genommen, hieß es, dass der Gesundheitszustand des Mitarbeiters Ziegler »nicht mehr vollwertig« sei, eine Auslandsverwendung daher nicht in Frage komme, er aber vorzeitig in den Ruhestand gehen könne. Beide seien sich einig gewesen, dass man den Mann »am Zügel halten« und ihn nach einer Abkühlungsphase irgendwie angemessen weiterbeschäftigen solle. Der »Doktor« sei bereit, ihn sofort auf Kur zu schicken und die Kosten nicht nur über die Beihilfe, sondern »persönlich zu erstatten«. Die SPD-Verbindung könne der Kollege Ortloff übernehmen. Gehlen wisse, dass Ziegler, den er »immer sehr geschätzt« habe, beweiskräftig aufgefallen sei: »Enttäuscht«! Dann war der in die Enge getriebene Delinquent zu befragen, wie er als ND-Mann und Offizier sich die Konsequenzen aus seiner Affäre vorstelle; er habe doch seine Verdienste, »auch wegen SPD«, eine »Brücke« … Wenn er die allerdings nicht betreten wolle, dann werde es wohl zu einem Dienststrafverfahren vor der Disziplinarkammer kommen müssen – »in

seinem Interesse«, »elegante Lösung«, »geräuschlos«, lauteten die weiteren Stichworte.

Dann kam der 27. Juli 1964, ein Montag. Siegfried Ziegler betrat das Arbeitszimmer des BND-Präsidenten, wo ihn aber nicht Gehlen, sondern der Vizepräsident erwartete. Anknüpfungspunkt des eineinhalbstündigen Gesprächs war Zieglers Beschwerde gegen seine Beschattung, wie Worgitzky sich während der Auseinandersetzung notierte.[114] Es lief auch ein Tonband mit.[115] So kollegial wie möglich begann der Vizepräsident des BND mit einem Hinweis auf den herausgehobenen Ort des Zusammentreffens und fügte an, er könne von sich sagen, dass »mir in meinen Dienstjahren nichts so schwer gefallen ist wie dies«. Dann konfrontierte er Ziegler mit den Untersuchungsergebnissen des BND und der Polizei, zog den Sicherheitschef Walrab Rudolf von Buttlar (»Bernhardt«) und bald auch den stellvertretenden Personalchef Karl Heinz von Franz (»Dr. Frank«) mit hinzu.

»Ganz ruhig, nicht erregt«, wie im Transkript des Tonbands, das sogar die Sekundendauer jeder Gesprächspause ausweist, nachzulesen ist, kam die Replik Zieglers: Das sei »eine ganz böswillige Unterstellung, eine ganz böswillige Unterstellung«. Er sei an jenem Tag überhaupt zum ersten Mal durch die fragliche Straße gefahren und habe gehalten, um sich eine Zigarre anzustecken. Das Halteverbotsschild habe er gesehen, die Halteverbotszeit aber unterbewusst von 19 bis 6 Uhr in 6 bis 19 Uhr umgedreht; Worgitzky: »Eine Fehlleistung«. Ein Kollege im Dienst habe ihn anderntags gewarnt, er werde jetzt wohl eine Anzeige bekommen, da der Streifenbeamte ihm keinen Strafzettel gegeben, sondern seine Personalien aufgenommen habe. Deswegen sei er dann zum Polizeirevier gegangen, um die Sache abzubiegen.

Die Vernehmung wogt hin und her. Er habe noch nie sein Auto an dieser Straße angehalten, durch die er überhaupt noch nie gefahren sei, erst recht keine leichten Mädchen angesprochen habe, eine »ganz böswillige Lüge«! Buttlar widerspricht, bringt sogar das Zitat von dem Mann mit dem ungeheuren Geschlechtstrieb: »Kein Zweifel«. Ziegler: »Absolut mysteriös … nie, nie … ich stehe mit ganz reinen Händen da«. Es wird laut. »Bernhardt« und »Knecht« geraten aneinander, Geschrei. Wenn man ihm an die Ehre wolle, werde er »bis zur allerletzten Konsequenz gehen« (Kommentar in der Abschrift: »Unnatürlich geschwollen«). Der

Sicherheitschef: Er sehe niemanden, der ihm aus Böswilligkeit schaden wolle. Der Personalchef: Vorwurf ganz unvereinbar mit dem Bilde, das man von Ziegler als Spitzenbeamten habe. Der: Trinke auf Feiern allenfalls eine Flasche Wasser! Retardando des gesamten Dramas, die Wendungen schleifen sich ein. Buttlar: »Fakten«! Ziegler: »Nein, Aussagen«! Sei er denn irgendwann überhaupt schon einmal in irgendeinem Nachtlokal gewesen? »Nein«! Wenn er mal ausgehe, dann immer mit seiner Frau; halt, doch, vor fünf Jahren einmal mit seinem Sohn, nur an der Theke gestanden, »hochanständiges Dings«.

Irgendwann fragte der Vizepräsident, der offenbar nicht mit so viel Widerspenstigkeit gerechnet hatte, die kleine Runde, wie denn »diese erregende und sehr schlimme Geschichte weitergehen« solle? Man wolle die Sache nicht in die Öffentlichkeit tragen, aber geklärt werden müsse sie schon. Ziegler wiederholte zum soundsovielten Mal, wie erschüttert er sei: »Wie leicht ist es möglich, nich wahr, auf Grund solcher Aussagen irgendjemand das Genick zu brechen«! Damit war der Elefant im Raum benannt. Er, Ziegler, hoffe nur, dass die Ermittlungen nicht genauso »primitiv« gewesen seien wie seine Beschattung, usw., usf. Alle waren sich einig, die Sache müsse restlos aufgeklärt werden.

Hans-Heinrich Worgitzky notierte nach dieser hochnotpeinlichen Konfrontation unter der Überschrift »Was auffiel«, Siegfried Ziegler leugne einfach alles ab, »lässt auch keine Hintertür offen (Auto, Alkohol, Scherz), bestreitet es vom Wesen her, es sei ihm wesensungemäß«. »Ist Mystifikation möglich? Verwechslung Auto, Brille«. Dr. Franz habe sich, notabene, ganz hervorragend verhalten, »jeder Zoll ein Richter«.[116] Anlass zu einer Dienstenthebung Zieglers bestehe nicht, hielt der Vizepräsident fest, doch verlange die Sache jetzt »äußerste Beschleunigung. Bernhardt morgen früh zum Polizeipräsidenten«.[117]

Der von »Wagner«, »Bernhardt« und »Frank« gezeichnete Vermerk fasste den Verlauf der Konfrontation mit Ziegler und den Vorschlag für das weitere Procedere zusammen: Es sollten jetzt zusätzliche Ermittlungen erfolgen, und zwar »außerhalb eines Dienststrafverfahrens, um nicht unnötig außenstehende Personen einzuschalten«. Siegfried Ziegler, der weiter unter Observation und Telefonüberwachung gehalten wurde, stimmte zu. In einer Art Vorwärtsverteidigung forderte er sogar eine Gegenüberstellung mit den unter Eid genommenen Zeugen und seine

sofortige Suspendierung vom Dienst. Beides lehnte Worgitzky ab, und »Dr. Z. brachte zum Ausdruck, dass er sich der Disziplin anpassen werde, aber Klarheit verlange, bis die letzte Spur eines Verdachtes ausgeräumt sei«. Das vorliegende Belastungsmaterial werde auf dem Wege der Amtshilfe von der Stadtpolizei München überprüft werden.[118] Der Münchener Polizeipräsident Manfred Schreiber sagte sogleich volle Unterstützung zu und bat um Unterlagen.[119]

Das unerbittliche Team 106/II, wo Volker Foertsch Regie führte, nahm sich die Tonbandabschrift des Ziegler-Verhörs vor und analysierte sie genau. »Pluto« nannte man den BND-Vizepräsidenten, den man als viel zu weich und zögerlich empfand, in den internen Materialien.[120] Kein Zweifel, Siegfried Ziegler hatte den ersten Ansturm pariert. Jedenfalls war der Kollege von der SPD nicht sofort eingeknickt und auch nicht bereit, irgendeinen Ausweg zu akzeptieren. Aber merkwürdig war schon, dass er sich derart in Rage geredet hatte: »Nie« durch eine Straße gefahren, die einer der Hauptverbindungswege nach Hause war? Ziegler, der Kosmopolit, Bonvivant und Verfasser einer sexualkundlichen Abhandlung »nie« bzw. immer nur mit Ehefrau und Sohn in einem Nachtlokal? Das war ihm schwerlich abzunehmen. Wollte man »Dr. König« dem Präsidenten möglichst weit vom Halse schaffen – darum ging es ja die ganze Zeit –, dann musste die Beweislage entweder zwingender oder Ziegler so in die Enge getrieben werden, dass er einer Lösung im Sinne Gehlens zugänglich wurde. Der schwache Vizepräsident hatte es jedenfalls nicht geschafft, den Beschuldigten im ersten Anlauf zu überrennen. Entsprechend enttäuscht bis empört war Gehlens Task Force 106/II. Vizepräsident Worgitzky reagierte verunsichert, beteuerte, dass er einen schon länger zurückliegenden Vorgang nicht an Ziegler weitergegeben habe und dieser ihn daher auch »nicht in der Tasche habe«. Gehlens rechte Hand, »Alo«, hielt dazu fest: »W[agner/Worgitzky] machte einen unsicheren und übereifrigen Eindruck, bot von sich aus seine Unterlagen zur Einsicht an und verbreitete keinen sehr angenehmen Duft.«[121]

Am Mittwoch komplizierte sich die Affäre weiter. Gehlen besprach sich mit seinen jungen Leuten und ließ sich danach von seinem Stellvertreter über den Fortgang der Dinge unterrichten, als ihm ein Schreiben Zieglers eingehändigt wurde.[122] »König« alias »Knecht« resümierte darin seine Vernehmung durch den BND-Vizepräsidenten, der von seiner Beschattung

nichts gewusst habe, und berichtete von der Einschaltung des Münchener Polizeipräsidenten, »meines Erachtens ein Schritt, der jeder anderen Maßnahme hätte vorausgehen müssen«, wie er anfügte: »Ich stelle fest«, so weiter, »dass unqualifizierte Aussagen von Polizeibeamten im Dienst diffamierende und beleidigende Aussagen auslösten, und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Aussagen ein willkommener Anlass waren, einen politisch und persönlich unbequemen Mitarbeiter zur Strecke zu bringen. Außer der durch meine energischen Proteste ausgelösten Anforderung eines offiziellen Berichts wurde keinerlei Initiative ergriffen, mir einen Rechtsschutz mit dem Ziele zu geben, meine persönliche Ehre wieder herzustellen.«[123] Dies wenigstens entsprach ziemlich genau den Tatsachen und einer Gepflogenheit, die der Präsident auch in dem noch dramatischeren Fall seines leitenden Mitarbeiters Ludwig Albert an den Tag gelegt hatte, der im Selbstmord geendet hatte.[124]

Leider müsse er die Schritte zur Wiederherstellung seiner persönlichen Ehre »jetzt selbständig veranlassen«, fuhr Ziegler in seinem Schreiben an Gehlen fort und zog dabei eine Drohkulisse hoch, die den BND-Präsidenten (der ja höchstpersönlich hinter der Aufreibung seines ehemaligen Komplizen in SPD-Dingen steckte) kaum unbeeindruckt lassen konnte. Er bat also um Genehmigung für die folgenden Schritte: Durchschlag des Schreibens an »Herrn Erler als Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses«; Suche nach Rechtsschutz bei der Bundestagsfraktion der SPD, beim Vorstand der GEW, beim bayerischen Landtagspräsidenten und beim Fraktionsvorstand der SPD in Bayern; Entbindung von der Schweige- und Geheimhaltungspflicht; Entbindung auch von den Dienstpflichten, wie es zur Einleitung all dieser Maßnahmen erforderlich sei; Anzeige bei den zuständigen Gerichten »gegen alle diejenigen, die am Aufkommen oder an der Verbreitung der Beleidigungen und der anderen Delikte gegen mich beteiligt sind«.

Das saß. Sofort setzten sich Buttlar, Franz und Henke (»Herder«) zusammen, um für den Präsidenten das Antwortschreiben zu entwerfen. Der Vizepräsident, über den Ziegler seinen Brief an Gehlen geleitet hatte, versuchte die günstige Gelegenheit zu nutzen: »106/W [Worgitzky] will vom Antwort-Entwurf nichts wissen, Dr. habe ihm gesagt, er sei aus der Sache raus. 106/W ausgesprochen fröhlich!« Am Nachmittag war der Vize für niemanden zu sprechen: »Hatte sich hingelegt (Kopfweh).« Danach

stellte Oberst a. D. Hans-Heinrich Worgitzky, ehemals Chef der Generalstabsabteilung Ic der deutschen Heeresgruppe Mitte, den Herren von 106/II die »Frage, wie er sich König gegenüber weiter verhalten solle. Am besten täte er wohl so, als ob nichts gewesen wäre, denn er müsste ihn ja weiter hochnehmen. Über *diese* Sache würde er jedoch nicht mehr mit ihm reden, da sei er ja heraus.« Das Team empfahl ihm, sich eine entsprechende Weisung zu holen.[125]

Inzwischen hatte sich Ziegler telefonisch bei Worgitzky gemeldet und ihm gesagt, dass er seine dienstlichen Aufgaben aus gesundheitlichen Gründen momentan nicht mehr wahrnehmen könne. Das Transkript des überwachten Telefonats beckmesserte an dem verständnisvollen Worgitzky abschätzig herum: »Betroffen«, lautete ein Kommentar, »fast etwas im Ton, als wenn Dr. mit ihm spräche«.[126] Zu einem Kollegen sagte der Vizepräsident sogar, »er halte das Ganze für eine Mystifikation und den König für unschuldig«.[127] Der BND-Sicherheitschef behandelte den Fall dagegen als zweifelsfreie Tatsache. Er überbrachte dem Münchener Polizeipräsidenten persönlich einen Brief, in dem der mit diesem zuvor persönlich besprochene Sachverhalt Dr. Ziegler festgehalten war. Dieser sei, hieß es darin lapidar, den »Polizeibeamten häufig durch den Umgang mit Dirnen aufgefallen«. Der BND bitte daher um »Ermittlung über die weitere Dienstfertigkeit« auf dem Wege der Amtshilfe. Beigefügt war eine Liste mit den Namen von neun Beamten des Funkstreifendienstes und sechs »Dirnen«.[128]

Inzwischen suchte Siegfried Ziegler den Dienstarzt auf.[129] Er vertraute ihm an, sein »Unwohlsein« hänge mit dem Druck zusammen, der jetzt gegen ihn ausgeübt werde; am Vortag habe er einen Herzanfall erlitten. Der Mediziner notierte: »Brach in Tränen aus, wurde immer lauter, beschimpfte den Dienst, weil keine Rechtfertigung. Nie mit Nutten etwas gehabt. Seit langen Jahren in glücklichem Einvernehmen mit Frauen […] Eigentlicher Grund: SPD, sollte zu Fall gebracht werden, müsse geklärt werden, will sich rechtfertigen, Gegenüberstellung, will Parteifreunde, z. B. OB [Hans-Jochen] Vogel, einschalten, wird gedrängt zu Handlungen, die gegen [?] verstoßen. Glaubt, man habe böswillig gesucht, Motivation: Er sei Gegner des Nazismus, im Dienst Kreise der NSDAP, daher Einwirkung.« Eine weitere Notiz auf diesem Blatt, womöglich nicht von gleicher Hand, lautet »polyvalent, pervers, suicid[al]«; und wieder jemand anderes setzte hinzu:

»K. dekompensiert, suicid-gefährdet, nicht in der Lage, klar zu denken«. Eine zweite Version dieser Unterhaltung spricht davon, Ziegler habe mit »Auspacken« gedroht und von »BND-Aufträgen gegen Willy Brandt« gesprochen.[130] Das hörte sich gefährlich an. Überziehen sollte Gehlens Team nun besser nicht. Trieb man den ehemals so verdienstvollen »Dr. König« jetzt zu weit in die Enge, brach der womöglich die Brücken hinter sich ab und legte alle Karten auf den Tisch – das dürfte dem BND-Präsidenten, der hier wie ein Mafia-Boss arbeiten ließ, nach der fehlgegangenen ersten Attacke gegen Ziegler mittlerweile deutlich geworden sein.

Reinhard Gehlen musste zusehen, wie er diese delikate Angelegenheit nun so fort- und zu Ende führte, dass er die angestrebte Neutralisierung Zieglers erreichte, ohne dabei den Dienst und sich selbst bei einem so einflussreichen Politiker wie Fritz Erler in Misskredit zu bringen. Es war also einiges abzudichten. »Knecht« seinerseits begann zu ahnen, dass der Angriff gegen ihn kaum ohne die Billigung seines Dienstherrn erfolgt sein dürfte. Der BND-Präsident wandte sich in dieser Lage nicht nur postwendend an Ziegler,[131] sondern am selben Tag auch an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion.[132]

Meisterlich geheuchelt drückte Gehlen gegenüber Ziegler seine Verwunderung darüber aus, dass dieser dem Eindruck erlegen sei – »offenbar in begreiflicher Erregung über das Vorliegen polizeilicher Hinweise zu Ihrem außerdienstlichen Verhalten« –, der BND wolle sich dieser Hinweise bedienen, um sich von ihm zu trennen: »Dass dieser Eindruck unrichtig ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Im Übrigen ist zu sagen, dass ich gerade im Hinblick auf Ihre langjährige Mitarbeit in unserem Dienst und aufgrund des von Ihnen bisher gewonnenen Persönlichkeitsbildes nicht ohne weiteres mich in der Lage fühle, die polizeilichen Angaben mit meinem eigenen Eindruck von Ihnen in Einklang zu bringen.« Gerade deswegen habe er ja Weisung erteilt, ihm, Ziegler, von den polizeilichen Ermittlungsergebnissen Kenntnis und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; irgendwelche Konsequenzen seitens des Dienstes stünden bis zur endgültigen Klärung des Sachverhalts selbstverständlich nicht zur Diskussion.

Der Polizeipräsident werde nun die »von Ihnen als unqualifiziert bezeichneten Äußerungen von Polizeibeamten« überprüfen lassen, fuhr er

fort. Sollte das keine Klärung bringen bzw. die »Urheber etwa unwahrer Behauptungen« nicht zu einer Richtigstellung bewegen können, so sei, auch in seinem eigenen Interesse, das zuständige Gericht anzurufen und ein disziplinarisches Vorermittlungsverfahren einzuleiten. Er sei natürlich frei, alle dienstrechtlich möglichen Maßnahmen zur Verteidigung seiner Interessen einzuleiten, er, Gehlen, setze aber voraus, dass Ziegler die genannten Institutionen der SPD und der Gewerkschaften lediglich »als den Rahmen aufgeführt habe, innerhalb dessen Sie einen geeigneten Rechtsanwalt zu suchen beabsichtigen« – mit anderen Worten: dass er damit, was natürlich der Fall war, doch wohl keine politische Drohung habe aussprechen wollen. Es erfülle ihn, Gehlen, mit Genugtuung, dass Ziegler sich der Disziplin des BND strikt anzupassen versprochen habe; darum bitte er ihn »ausdrücklich noch einmal«. Seine Bitte um Genehmigung, strafrechtlich gegen die »von mir mit der Klärung der gegen Sie erhobenen Vorwürfe beauftragten Mitarbeiter« vorgehen zu dürfen, wolle er, bis wirklich Anlass dazu gegeben sei, einstweilen übergehen. Den gemeinsamen Briefwechsel leite er dem Abgeordneten Erler zu und glaube damit in seinem Sinne gehandelt zu haben; im Übrigen hoffe auch er auf eine »schnelle und umfassende Klärung dieser bedauerlichen Angelegenheit«.

Gegenüber Fritz Erler arbeitete der Präsident in der Sache Ziegler ja seit längerem vor. Er hatte ihn in Spionageverdacht gerückt, das aber wieder zurücknehmen müssen. Von »K's Sittengeschichte« hatte er ihm kürzlich ebenfalls erzählt.[133] Nun berichtete er dem Fraktionsvorsitzenden, die Unterredung, die, wie er ausdrücklich hervorhob, sein Stellvertreter geführt habe, sei »insofern ohne konkreten Abschluss geblieben, als Dr. Z. die Angaben der Polizei vorläufig in Abrede gestellt hat«; jetzt sei er wegen Herzbeschwerden krankgeschrieben. »Sie wissen«, fuhr der BND-Präsident fort, »dass mir außerordentlich daran liegt, das gute Verhältnis zur SPD, insbesondere mein persönliches Verhältnis zu Ihnen zu erhalten. Ich werde daher alles tun, um diesen bedauerlichen Fall geräuschlos und ohne Härte zu erledigen.« Da die Angelegenheit noch in den Anfängen stehe, habe er das Kanzleramt noch nicht unterrichtet. »Ich wünsche Ihnen mit herzlichen Grüßen recht erholsame Ferientage, auch für Ihre Frau Gemahlin, Ihr stets ergebener Gehlen«.

Der kleine Kreis um den Präsidenten betrachtete Siegfried Ziegler nach Worgitzkys Fehlschlag als eine lose Kanone. Obgleich für zwei Monate krankgeschrieben, versuchte der Beschuldigte vom Zimmer des Dienstpsychologen aus mit Fritz Erler zu telefonieren,[134] der seinerseits seine Sekretärin angewiesen hatte, sie möge Siegfried Ortloff bitten, dem in Bedrängnis Geratenen einen Rechtsanwalt zu empfehlen.[135] Wieder setzte sich Gehlen mit Foertsch, »Alo« sowie einem weiteren Vertrauten zusammen und zog dazu sowohl den Arzt wie den Psychologen hinzu, die sich wenig an ihrer ärztlichen Schweigepflicht störten.[136] Man besprach den Auftritt Zieglers beim Dienstarzt einige Tage zuvor. Beide bestätigten, dass der sich wie ein »waidwundes Tier« betragen, von der Verschwörung einer Naziclique und von BND-Aufträgen gegen Willy Brandt gesprochen habe; »wenn der Doktor dies und jenes wüsste!« Angesichts ihrer gemeinsamen Vergangenheit in dem Trio zur Ausforschung der SPD war für Gehlen leicht zu erkennen, wozu sein langjähriger Intimus jetzt fähig sein würde. Mit wem »Dr. König« in Bonn gesprochen habe, sei unklar, das könne man jedoch nachhören, so Foertsch, »wenn Schimmer-[Ton]band frei«.[137] Wenn von der Sicherheitsabteilung eine von Gehlen persönlich bestätigte Ehrenerklärung für ihn abgegeben würde, habe Ziegler noch gesagt, dann sei »eine interne Regelung möglich«. Er habe fünf Nächte lang wach gelegen und über den BND und dessen »SPD-feindliche Tendenzen« nachgegrübelt. Der Vizepräsident habe ihn fallengelassen »wie einen nassen Sack«. Gehlen beendete die Beratung mit der Anordnung: »Hängen lassen«! Er sei bereit, mit Ziegler zu sprechen, »aber noch nicht«.

Während Hans-Heinrich Worgitzky einen freundlichen Anruf bei Siegfried Ziegler tätigte, um ihm sein Bedauern über die ganze Sache auszudrücken,[138] schaltete Gehlen jetzt seine vorgesetzte Dienststelle ein und ließ den Chef des Bundeskanzleramts durch seinen Bonner Residenten über den Fall informieren. Man koordiniere die Angelegenheit Ziegler mit dem Abgeordneten Erler und sei bestrebt, sie durch eine Pensionierung auf eigenen Wunsch zu erledigen, hieß es: »Knecht [Ziegler] sei ein ganz guter ND-Mann, aber nie besonders sympathisch gewesen, und dies sei ein guter Weg, ihn loszuwerden«, lautete die nicht übermäßig substanzielle Botschaft. Staatssekretär Ludger Westrick war's zufrieden. »Alo« notierte: »Mission erfolgreich, keine zusätzlichen Fragen, keine Berichterstattung verlangt, sondern ausgesprochenes Wohlwollen und freundliches

Schulterklopfen.«[139] Der Abschusskandidat, der nichts von dieser Eskalation wusste, war jedoch weit davon entfernt beizudrehen, sondern eskalierte den Konflikt noch, indem er seinem Präsidenten einen zweiten, wesentlich deutlicheren Brief schrieb. Zweieinhalb Seiten waren es diesmal.[140]

Es seien zwei Dinge zu unterscheiden, begann Ziegler, zum einen die »unqualifizierten Aussagen« von Straßenmädchen und Polizeibeamten, zum anderen das Verhalten des Dienstes ihm gegenüber. Er sei absolut davon überzeugt, dass von den erhobenen Vorwürfen »nichts, aber auch gar nichts, was mich belasten könnte, übrigbleiben wird«. Bedauerlicherweise habe er bis heute, immerhin zwei Wochen nach seiner ersten Anhörung, »keinerlei Bericht oder Ermittlungsergebnis zu sehen bekommen«. Dann geißelte er das Verhalten des BND, der bei einer solchen »Beschuldigung von außen« von sich aus alles hätte unternehmen müssen, »um zunächst einmal Klarheit zu schaffen und danach die Ehre eines langjährigen und vertrauenswürdigen Mitarbeiters wieder herzustellen«. Als Beschuldigter hätte er gehört werden müssen, bevor der Dienst sich »mit überraschender Eile« und »unlauteren Mitteln« bemühte, weiteres Material gegen ihn zu sammeln. Man hätte ihn vor einer Anhörung auch nicht sofort mit der Drohung überfahren dürfen, dass der Dienst Konsequenzen ziehen und die Planungen für seine weitere Verwendung »abstoppen« müsse.

»Dr. König« wurde noch grundsätzlicher, als er ausführte, das gesamte Vorgehen gegen ihn widerspreche den grundgesetzlichen Werten und Garantien: »Sollte das heimliche Ausspionieren der privaten Sphäre eines Mitarbeiters, der keinerlei Verdacht auf Landesverrat gegeben hat, nur als Beleidigung, nicht aber als Verletzung des Grundgesetzes angesehen werden, so widerspricht das Herumzeigen von Fotos bei Freudenmädchen aber eindeutig dem Grundsatz von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen und dürfte darüber [hinaus] geeignet sein, die Sicherheit des Mitarbeiters nach den sonst üblichen Maßstäben im Dienst zu gefährden.« Da Gehlen und Ziegler sich bei der Ausforschung der SPD-Spitze jahrelang gemeinsam in die Illegalität begeben hatten und der BND-Präsident durch die Methoden, mit denen er die Abschiebung Zieglers zu erreichen suchte, sich jetzt wieder eindeutig außerhalb der Gesetze bewegte, ergab sich die paradoxe Situation, dass zwei Männer, die ihre Erfolge nur durch die

Ignorierung des Rechts hatten erzielen können, in ihrem Ringen nun zunehmend auf rechtliche Kategorien pochten.

Mitte der sechziger Jahre waren auch im BND die Zeiten vorbei, wo ein unkontrollierter, übermächtig scheinender Hausvater mit seiner Gefolgschaft mehr oder weniger gut verschleiert umspringen konnte, wie es ihm frommte. Gehlen und Ziegler waren durch ihr gemeinsames Geheimnis außerdem so eng aneinander gekettet, dass keiner von beiden in der Lage war, reinen Tisch zu machen. In ihrer Beziehung hatte sich schlicht zu viel gegenseitiges Erpressungspotenzial angehäuft. Keiner der an der Verdrängung des unbequem gewordenen »Knecht« beteiligten Adlaten des Präsidenten – mit Ausnahme »Alos« – sah bis auf den Grund der Tatsachen. Entsprechend verworren liefen für sie die einzelnen Handlungsstränge, entsprechend bizarr war die vermeintliche Logik, mit der die Ausbootung des »Dr. König« resp. »Dr. Kaiser« auf ihren Höhepunkt und eine schließliche Lösung zulief.

Siegfried Ziegler, seinerseits mit Segnungen von Heuchelei und Kabale versehen, aber viel offener konfliktbereit als der »Doktor«, achtete sorgfältig darauf, sich nicht unmittelbar mit seinem Chef anzulegen. Dessen Antwortschreiben, so Siegfried Ziegler daher, habe ihn davon überzeugt, dass er seine Vermutung nicht aufrechterhalten könne, man wolle »einen politisch und persönlich unbequemen Mitarbeiter durch die unqualifizierten Hinweise eines Polizeibeamten zur Strecke bringen«. Obwohl das den Nagel auf den Kopf traf, setzte er bis an den Rand der Unverschämtheit gehend hinzu: »Von Ihrer persönlichen Loyalität bin ich überzeugt. Ich kann aber nicht umhin, weiterhin zu vermuten, dass zumindest ein Teil Ihrer Vertrauten, Informanten und Berater sich durch tendenziöse Berichterstattung an Sie schuldig gemacht habe« – ganz so, als ob derart gravierende und konzertierte Nachstellungen gegen den Leiter der BND-Schulen ohne Wissen des Präsidenten hätten erfolgen könnten; das war dem Verfasser natürlich bewusst.

Er könne sich vorstellen, fuhr Ziegler keck fort, dass seine Einstellung, »meine angelegten strengeren Maßstäbe, die Sicherheit des Dienstes betreffend, recht unbequem, vielleicht sogar als anmaßend erschienen sind«. Daneben habe er auch erfahren müssen, »dass die Kräfte, die ich vorsichtig als reaktionär bezeichnen möchte, noch einen großen Einfluss im Dienst haben. Diesen Kräften muss ein Mitarbeiter, der sich im privaten

Bereich zur Sozialdemokratie bekennt, mehr als unbequem sein. Ich bin überzeugt, dass man begreiflicherweise Ihnen diese Dinge vorenthalten hat.« Auch dieses »Wenn das der Führer wüsste!« war souverän geheuchelt, hielt vor allem aber die Möglichkeit offen, letztlich doch noch zu einer irgendwie einvernehmlichen Lösung zu gelangen. Daher fügte Ziegler seinem Schreiben noch einen weiteren gut vergifteten Passus an: »Noch habe ich nach außen hin keine Maßnahmen ergriffen. Solange ich nur eine Chance sehe, das doppelte Unrecht, das mir zugefügt wurde, im innerdienstlichen Bereich bereinigen zu können, muss ich dies versuchen. Meine innere Verbundenheit zum Dienst und mein nicht erschütterter Glaube an Ihre persönliche Integrität veranlassen mich zu dieser Einstellung. Ich bin, Herr Präsident, Ihr sehr ergebener Siegfried Ziegler«, schloss Gehlens einstiger Komplize bei der politischen Inlandsspionage gegen die SPD das Schreiben.

Einige seiner engen Mitarbeiter, die der BND-Präsident auf Ziegler angesetzt hatte, ahnten wohl, dass bei dieser Aktion, die aus dem Ruder zu laufen drohte, irgendetwas nicht stimmen konnte. Neben dem Dienstpsychologen, zum Teil Worgitzky, gehörte zu ihnen auch Hans Langemann, der vor Jahren dazu eingeteilt worden war, die SPD bei der Aufklärung von Spionageverdachtsfällen zu unterstützen.[141] In der zweiten August-Woche hielt er in seinem Tagebuch fest: »Fleming [Foertsch] – Dr. König. Dies ist unglaublich. Ausgerechnet dem einzigen ›offenen‹ SPD-Mann hängt man an, dass er ein ›gewohnheitsmäßiger Hurenbock‹ sei.« Und: »König bringt furchtbare Dinge zur Sprache. Dr. H. habe ihm unter Zeugen gesagt, er habe von Winnie [Kurt Weiß] den Auftrag, gegen Willy Brandt aufzuklären und ›Belastungsmaterial‹ zu sammeln. Entsetzliche Besprechung. König wild wie ein Stier. Bernhard [Buttlar] habe sein Foto den Huren gezeigt und damit deren Aussagen manipuliert. (Unglaubliche Dummheit.)«[142]

Im Gespräch mit Hans Langemann und dem Dienstarzt ließ Ziegler in der richtigen Annahme, es werde alles sogleich dem Präsidenten hintertragen, seinen Furor noch zügelloser schießen. Er habe dem Sicherheitschef und dem Vizepräsidenten »Blutrache geschworen«, verfüge über Beweise, dass schon lange versucht werde, »ihm Landesverrat anzuhängen«, wütete er; »Konspiration alter Nazis gegen ihn, den Sozi und Widerstandskämpfer«, die Dirnensache sei nur hochgezogen worden, weil man nicht damit

weitergekommen sei, ihm Landesverrat anzuhängen;[143] auch Erler meine, die Vorwürfe des BND sollten nicht nur ihn, sondern auch die SPD treffen: »Vernichtungskampagne«.[144] Der alarmierte Langemann wandte sich an Gehlen, berichtete ihm getreulich und warnte ihn, der äußerst empörte Ziegler (»in einer gefährlichen Persönlichkeitssituation«), der an Zeugenbeeinflussung glaube, wolle strafrechtlich gegen den Sicherheitschef vorgehen, und habe außerdem gesagt, er werde »jetzt rücksichtslos ›auspacken‹«, kurz: der Fall Ziegler könne zu »sehr schädlichen Auswirkungen führen«.[145] Der stellvertretende Personalchef glaubte inzwischen auch, Walrab von Buttlar sei wohl wirklich über das Ziel hinausgeschossen.[146]

Währenddessen veranlasste der Münchener Polizeipräsident eine ganze Reihe von Zeugenvernehmungen bei den Damen und Herren, die ihm der BND genannt hatte. Der polizeiliche Ermittlungsbericht belastete Ziegler erheblich: Es müsse »mit Sicherheit angenommen werden, dass Dr. Z. Verbindungen zu Dirnenkreisen suchte und auch fand«.[147] Volker Foertsch ließ den Sicherheitschef aus dem Urlaub holen.[148] Gehlen ordnete Einzelvernehmungen zur Beweissicherung an, signalisierte aber zugleich, bis zu einer endgültigen Klarstellung werde er nichts gegen den beschuldigten Kollegen unternehmen.[149] Siegfried Ziegler traf sich mit Siegfried Ortloff, den er auf dem Laufenden gehalten hatte.[150] Kurz darauf rief Foertsch in Gehlens Auftrag »Dr. König« auf dessen überwachtem Telefonanschluss an. Ziegler wusste inzwischen, dass »Fleming« zu den maßgeblichen Protagonisten in der Task Force des »Doktors« gehörte und war zunächst gar nicht erfreut.[151] Sinn des Telefonats mit Ziegler (der inzwischen entsprechende Drohungen verlautbart hatte[152]) war die dezent verpackte Empfehlung Gehlens, keine Anzeige gegen die Kollegen zu stellen, die mit der Sache befasst waren und auch von anderen Schritten abzusehen. Der Präsident glaube, dass sich Zieglers Position dadurch »sicher nicht verschlechtern« würde. (Randnotiz im Abhörprotokoll: »K. spricht leise und scheint soo klein!«) »Dann sagte er noch«, fuhr Foertsch den BND-Präsidenten referierend fort, »er selbst möchte es sich vorbehalten, wenn Sie irgendwelche Vorschläge machen wollen, die dazu beitragen könnten, Ihrer Ansicht nach eine, sagen wir mal menschlich befriedigende Lösung zu finden, diese Vorschläge möchte er dann persönlich wohlwollend prüfen.« Genauso wie Ziegler komme es Gehlen

auf zwei Dinge an: erstens »Klarheit«, zweitens für den Fall, dass Konsequenzen gezogen werden müssten – »dann auf eine feine und gerechte Art«. Ziegler: »Ich bin Ihnen sehr dankbar Herr Fleming.«

Das war ein Waffenstillstandsangebot, das Siegfried Ziegler an sich nicht ablehnen konnte, doch zugleich durfte er den Druck auf Gehlen nicht vorzeitig lockern. Sein stärkstes Argument hieß Fritz Erler. Einige Tage danach stellte der Dienstpsychologe in einem Gespräch fest, der Beschuldigte sei jetzt »ruhiger, aber ganz bestimmt«.[153] Zu Langemann sagte Ziegler, seine Anwälte rieten ihm zu einer Dienstaufsichtsbeschwerde an das Bundeskanzleramt, auch zu »Strafanzeigen gegen Verleumder!«[154] Außerdem denke er darüber nach, über den Münchener Polizeipräsidenten auch gegen dessen Beamte mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde vorzugehen: »Wer beantragte Untersuchung? Wer untersuchte? Wer zeigte Bilder?«[155] Es wurde immer brenzliger, denn jetzt drohte auch noch die Sonderbeziehung zwischen dem BND und dem Polizeimeister Ganter ans Licht zu kommen, der im Begriffe stand, nach Pullach zu wechseln.[156]

In einem Telefonat mit Siegfried Ortloff wurde Ziegler, der im Dienst schon mehrmals gezielt angedeutet hatte, sein Privatapparat werde abgehört, noch deutlicher. Wenige Tage nach dem von Foertsch überbrachten Friedensangebot zog er gegenüber seinem Parteifreund gewaltig vom Leder.[157] Er müsse sich jetzt überlegen, wie er juristisch vorgehe, er wolle das aber nicht ohne Billigung Erlers einleiten. Es war ein ziemliches Gestammel, das der sich neuerlich in Rage redende »Dr. König« von sich gab: »Es geht oft gar nicht anders, also hm, hm da kann kommen was will, die können mich meinetwegen, die können mich vergiften oder eigenhändig erschießen, aber es ist nicht, ich gehe aufs Ganze! […] Solche Gemeinheiten, die gehen ja auf keine Kuhhaut […] Ich muss da was machen, ich hab keine Ruhe mehr, nicht, ich gehe ja vor die Hunde, wenn nee ich mir das vorstell, dass in dieser in so einem Betrieb ich da vegetieren soll nicht, nicht, das muss jetzt zum Knallen kommen! Und nicht wahr, dann, dann muss man in die Sterne greifen, nicht […] Vorläufig sind wir noch nicht jenseits der Legalität, das haben wir noch nicht, eben, das haben wir noch nicht, nichtwahr! Ja, also (lacht), ich wollte Dich nur informieren, ich muss ja, ich muss ja meinem Herzen Luft machen können, nicht wahr …« Er werde sich nicht »abschustern«, »abwimmeln«, »auf die Schultern klopfen« lassen: »Nicht so gemeint, nicht, nicht wahr!«

Eine Woche später war es Siegfried Ortloff, der seinen bedrängten Freund anrief,[158] um mit ihm zu besprechen, wie man den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion dazu bewegen könne, sich nicht nur hinter das juristische Vorgehen Zieglers zu stellen, sondern auch das parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags mit der Angelegenheit zu befassen; der Transkribent konnte hier die Bemerkung nicht unterdrücken, »Knecht redet wie der Präsident der Heilsarmee«. Ortloff unterstützte Ziegler und meinte, es komme zunächst nur darauf an, dass Erler »sich nicht von der anderen Seite auf irgendeine Weise festlegen lässt und zu irgendetwas bereden lässt, das ist der Punkt«.

Schon tags darauf tat Ortloff wie ihm geheißen und wandte sich unter Beifügung von Zieglers zweitem Gehlen-Brief an Fritz Erler. Die Angelegenheit »unseres Freundes« sei ein »ausgewachsener Skandal«, schrieb er, wolle sich jetzt aber nicht schriftlich dazu äußern, welche Konsequenzen seitens der Partei nun »fällig« seien. Neben einer Verleumdungsklage gehe es um die Frage, ob Ziegler beim Kanzleramt eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den BND-Präsidenten erheben solle: »Ich meine, dass niemandem etwas geschenkt werden soll. Nachdem die Ära Globke beendet ist, würden wohl selbst im Bundeskanzleramt die Beamten über die Münchner Verfahrensweise ihr Entsetzen ausdrücken. Trotzdem scheint mir die Einschaltung der parlamentarischen Kontrollinstanz vorrangig zu sein. Das ist nun schlicht die Frage an Dich.« Ziegler sei noch dabei, »die Punkte seiner Anklage zu formulieren«, schloss Siegfried Ortloff den Brief.[159] Die aufgefahrenen Geschütze wurden immer schwerer.

Schon am folgenden Tag erhielt Fritz Erler durch Ortloff Kenntnis von Zieglers Entwurf für die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Gehlen, nebst einer Chronologie der ganzen Affäre.[160] Die mehrseitige Beschwerde gegen den BND-Präsidenten hatte es in sich. Gehlen, so der erste Punkt, trage die Verantwortung dafür, dass die Behandlung seiner Sache auch fünf Wochen nach seinem ersten Beschwerdebrief noch immer mit denselben Methoden betrieben werde, die er, Ziegler, beanstandet habe. Das sei extrem entwürdigend und verstoße gegen Artikel 1 des Grundgesetzes. Er missachte mit diesem Vorgehen außerdem die allgemein geläufigen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Bis zum heutigen Tage habe er nichts zu den Untersuchungsergebnissen in Händen. Des Weiteren habe der Präsident seine »Fürsorgepflicht gröblich verletzt«, denn er erachte es noch immer

nicht für notwendig, ihn »zur Sache zu hören«. Im Gegenteil, er habe »mit einer Eile, die der Bekämpfung eines gegnerischen Angriffs auf den Staat angemessen gewesen wäre, Weisung erteilt, in meine Privatsphäre einzudringen, um sich keine eventuelle Möglichkeit, neues Belastungsmaterial zu finden, entgehen zu lassen.« Das traf den Sachverhalt genau.

Gehlen habe veranlasst, fuhr Ziegler fort, »dass mein Bild – also das Foto des Ausbildungsleiters des Dienstes – bei den Huren herumgezeigt wurde. Er hat also vieles in größter Eile und Gründlichkeit getan, was *gegen* mich gerichtet war und hat nichts getan, was mir hätte helfen können, meine Ehre wiederherzustellen.« Siegfried Ziegler, der aus langjähriger Erfahrung sehr genau wusste, mit wem er es zu tun hatte, fuhr fort, der BND-Präsident werde womöglich argumentieren, er hätte Abwehrmaßnahmen einleiten müssen, weil Gefahr im Verzuge gewesen sei. Dieses Argument müsse genauestens überprüft werden: »Mit dem Vorwand der Sicherheit lässt sich alles und jedes motivieren, selbst wenn es noch so sehr an den Haaren herbeigezogen wurde.« Seit mehr als zwei Jahrzehnten im Dienst, kenne er diese Masche: »Es muss endlich einmal damit Schluss gemacht werden, dass unter dem Deckmantel des dienstlichen Schutzes und der Geheimhaltung persönliche Ambitionen unkontrollierte Blüten treiben.« Nun ging es darum, ob sich aus dem Fall Ziegler ein Fall Gehlen entwickeln würde. Die einstigen Komplizen bei der »Aufklärung« der SPD-Führung für den Bundeskanzler hatten beide so viel beanstandungswürdiges bis skandalöses Verhalten auf ihren Konten und sich unter mühsamer Aufrechterhaltung der Fassaden so sehr ineinander verhakt, dass eine Beilegung der Affäre nur noch durch eine Intervention von außen möglich schien.

Beide Seiten brachten nun die sprichwörtlichen Drähte zum Glühen. Ziegler rief Ortloff an und beide tauschten sich erst einmal fachmännisch über technische Details ihrer offenkundigen Telefonüberwachung aus.[161] Dann sagte »Dr. König«, er habe sich mit dem Münchener Polizeipräsidenten verabredet, um sich einmal mit ihm über die anhängenden Dinge auszutauschen. Seine einzige Sorge sei, dass er Erler, der ihm ja helfen könne, mit seinen Aktivitäten verprellen könne. Dennoch müsse die Sache »jetzt raus an den Kanzler selbst, nicht persönlich, nicht, nicht, muss jetzt raus, denn weißt Du, nachher heißt es, ja nun eh eh,

warum hat der denn so gezögert und so«. Ortloff: Die Beamten, die inzwischen im Kanzleramt säßen, »werden entsetzt sein«. Ziegler: »Eben, eben, vorher wärs ja sogar sinnlos gewesen«. Ortloff: »So ist es, nicht, hähä (lacht).« Ziegler, auf die Ära Globke zurückblickend: »Jetzt hat man die Aussicht, dass man Recht kriegt, nicht wahr!« Vier Ausrufungszeichen markieren im Abhörprotokoll die Passage, an der »Dr. König« seinem Freund dezent und sehr unvorsichtig andeutete, dass die Untersuchung der Dirnen-Kontakte unter Umständen zu »einem absolut negativen Ergebnis« für ihn führen könne; wieder ein Fehler.

Siegfried Ziegler wusste, dass ihm nichts anderes übrigblieb, als auf dem eingeschlagenen Weg voranzuschreiten: »Ich muss jetzt natürlich mit Festungsgeschützen schießen, nicht wahr, sonst werd ich erschlagen --- nicht und muss alle meine Waffen, muss ich einsetzen, nicht wahr! Nicht? Das ist ganz klar, sonst werd ich sehr bald erschlagen, da steht ja ein mords Apparat, nicht! Ja nicht?«, rief er Ortloff zu, der ihm in allem zustimmte und ihn ermutigte. Diese dem Präsidenten zweifellos zu Ohren gebrachte Solidarität wird mit dazu beigetragen haben, dass Ortloff sich kurz darauf energisch und erfolgreich bemühte, dem BND den Rücken zu kehren.[162] Das Gespräch der beiden SPD-Genossen endete mit dem Hinweis, dass der ehemalige Chef der Geheimen Feldpolizei, Wilhelm Krichbaum, in den Frühzeiten »Personalchef« der Organisation Gehlen gewesen sei.[163] Ziegler wollte nicht nur alle Waffen einsetzen, er sammelte auch jedwede Munition, derer er habhaft werden konnte.

Walrab von Buttlar, der Sicherheitschef des BND, begab sich derweil zu Polizeipräsident Manfred Schreiber und seinem Kriminaldirektor Häring, um ihn auf das Gespräch mit Siegfried Ziegler vorzubereiten. Er notierte danach in einem Vermerk, dabei sei auch »der parteipolitische Aspekt« zur Sprache gekommen, dass »König« Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, Schreibers Dienstherrn, einzuschalten gedachte. Buttlar war mit dem Polizeipräsidenten so verblieben, »dass ich ihn am Dienstag nach dem Gespräch mit Dr. K. aufsuche, um darüber orientiert zu werden«.[164] Inzwischen hatte sich bei den Ermittlungen der Stadtpolizei immer mehr belastendes Material gegen Ziegler angehäuft. Foertsch erfuhr aus einem Gespräch mit Schreiber, der Polizeipräsident habe die seinerzeitige Mitteilung des Polizeimeisters Ganter an den BND, die den Stein seinerzeit ins Rollen gebracht hatte, als »loyal« gedeckt, die »Ermittlungsmethoden

etc.« ebenfalls.[165] Die Affäre lief ihrem Höhepunkt entgegen. Zieglers Anwalt forderte vom BND-Präsidenten Einblick in das Belastungsmaterial,[166] doch entschieden war noch immer nichts.

Ortloff und Ziegler zogen weiter an einem Strang und telefonierten wiederholt miteinander. Ersterer wollte versuchen, bei Erler grünes Licht für das Vorgehen seines bedrängten Freundes zu erwirken, er sei aber skeptisch.[167] In einem weiteren Anruf teilte er ihm mit, dass sich der Fraktionsvorsitzende erst in einigen Tagen mit der Sache befassen könne,[168] intern hatte Erler Ortloff allerdings gesagt, dass einstweilen nichts unternommen, auch kein Bericht angefordert werden solle.[169] Wenn Fritz Erler ihm in seiner Bedrängnis nicht energisch zur Seite sprang, konnte sich »Dr. König« angesichts der Sachlage kaum noch realistische Hoffnungen darauf machen, dass er aus der selbstgestellten und von Gehlen sofort genutzten Falle entkam. Sein Nebenziel, das Vorgehen des BND-Präsidenten an höchster Stelle anzuprangern und sogar politische Schritte gegen ihn auszulösen, musste er dann erst recht begraben.

Dann traf Siegfried Ziegler den Münchener Polizeipräsidenten Manfred Schreiber zu der vereinbarten Unterredung. BND-Sicherheitschef Walrab von Buttlar, anschließend von Schreiber unterrichtet, fertigte einen ausführlichen Vermerk darüber an.[170] Bald sollte sich herausstellen, dass diese Notiz eine Bemerkung enthielt, die geeignet war, das Tauziehen mit Ziegler, aus dem immer mehr ein Kampf gegen Gehlen wurde, zu beenden. »Dr. König« habe also vor einigen Tagen seinen Parteifreund Schreiber angerufen und als Regierungsdirektor des BND um ein Gespräch gebeten, hieß es im Vermerk. In dem erwähnten Briefing im Vorfeld habe der Sicherheitschef bereits »den parteipolitischen Aspekt« behandelt, um im Hinblick auf Zieglers Drohung mit der Einschaltung von Oberbürgermeister Vogel »das Überraschungsmoment auf Seiten des Polizeipräsidenten auszuschalten, zum anderen um beim Polizeipräsidenten nicht einen gewissen Argwohn aufkommen zu lassen, wir hätten im Hinblick auf seine SPD-Zugehörigkeit diesen Umstand hier bewusst verschwiegen. Es wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass dieser Fall jeglicher parteipolitischer Hintergründe entbehre.« Vielmehr habe er, Buttlar, dem Polizeichef »zur Unterstützung dieser Behauptung« mitgeteilt, dass der Abgeordnete Erler vom BND-Präsidenten schon auf dem Laufenden gehalten wurde, noch ehe man Ziegler irgendwelche Vorhaltung gemacht habe. Im Laufe der

Unterredung sei, notabene, Schreibers »Verständnis für die Belange unseres Dienstes wohltuend in Erscheinung« getreten.

In der Unterredung mit seinem Parteigenossen Schreiber habe Ziegler, »wie richtig vermutet«, seine Angelegenheit eingangs sogleich als »Politikum« dargestellt, »dergestalt, dass man ihn als politisch unbequemen Mitarbeiter auszuschalten beabsichtige«; zur Klärung werde er nun »hohe und höchste Verbindungen in der Partei« einschalten. Buttlar in dem Vermerk weiter: »Dr. König versuchte ferner in vorsichtiger Weise anzuregen, der Polizeipräsident möge, wozu er doch in der Lage sei, die Beamten zur Rücknahme ihrer Behauptungen und Aussagen veranlassen, da diese ganz offensichtlich Täuschungen und Irrtümern zum Opfer gefallen« sein müssten: »Dr. König wollte auch wissen, ob Polizeibeamte für den BND tätig oder für die gegen ihn gerichtete Aktion ›gekauft‹ worden seien.«

Nach der Darstellung des BND-Sicherheitschefs ließ der Münchener Polizeipräsident seinen Parteifreund Ziegler eiskalt abfahren. Zunächst habe er ihm gesagt, der behauptete politische Hintergrund interessiere ihn nicht, er sei auch gar nicht der richtige Gesprächspartner für ihn. Beschwerden seien an die untersuchungsführende Stelle zu richten. Es gehe auch nicht um ein Strafverfahren, sondern um Amtshilfe, zu der er verpflichtet sei. Wenn Ziegler glaube, die beteiligten Polizisten hätten vorsätzlich oder leichtfertig falsche Aussagen gemacht, stehe es ihm frei, juristisch dagegen vorzugehen; er könne selbstverständlich nicht auf die Aussagen der ihm unterstellten Männer einwirken. »Dass in diesem Rahmen und überhaupt Polizeibeamte für den BND tätig seien, halte er nicht für möglich, da ihm diese Tatsache dann bekannt sein müsste.« Auskunft zum Stand der Ermittlungen könne er nicht geben, da müsse Ziegler sich schon an seinen Dienstherrn wenden. Der Vermerk schließt mit dem Satz: »Nach seinem Eindruck vom Verhalten des Dr. König befragt, äußerte Dr. Schreiber, dass Dr. König sich offensichtlich in argen Nöten befinde.« Dem war tatsächlich so, da sich immer mehr belastende Vernehmungsniederschriften der Polizei ansammelten.

Von Buttlar musste sich jetzt sogar an Gehlen wenden und ihn bitten, ihn gegen die verleumderischen Behauptungen Zieglers in Schutz zu nehmen, die er gewiss nicht nur dienstintern verbreite; falls keine Sicherheitsbedenken entgegenstünden, wolle er den »Dr. König« nun zur

Anzeige bringen.[171] Siegfried Zieglers Amoklauf, der manche guten und manche schwachen Gründe hatte, näherte sich allmählich seinem Ende, wie er wohl selbst zu ahnen begann. Trotzdem oder wohl eher gerade deswegen verschärfte er seine Gangart noch einmal. Wie konnten die Beteiligten aus den Wipfeln der Bäume, in die sie sich nach und nach verstiegen hatten, wieder auf den Erdboden zurückfinden, ohne sich die Hälse zu brechen?

Inzwischen war der Herbst gekommen. Die Kontrahenten rüsteten zur letzten Schlacht, da lieferte das herausragend brillante Mitglied von Gehlens persönlicher Mannschaft 106/II, Karl-Eberhard Henke (»Herder«), noch schnell das Satyrspiel zum Drama. Es geriet zu einem nüchternen Porträt seines Kollegen. Dafür nahm er sich nicht die aktuelle Auseinandersetzung vor, sondern die zurückliegenden Versuche des Dienstes, Siegfried Ziegler als feindlichen Agenten zu enttarnen.[172] Er ging dafür dessen Lebenslauf durch, meinte, Linksradikalismus in der Jugend sei vor 1945 so verbreitet gewesen »wie bei uns nach dem 2. Krieg Ringelsocken, Coca-Cola und Jazz«. Dass Ziegler diese frühe Neigung im Klima des McCarthyismus nicht eingeräumt habe, sei mehr als verständlich. Würde sich hinter seiner Leidenschaft für die Esperanto-Bewegung, die auch kosmopolitisch-kommunistische Tendenzen habe, eine Art Agententätigkeit verbergen, »so würde er von seinen Leit-Männern doch mehr oder weniger konspirativ gesteuert werden und dürfte wohl kaum seiner Neigung zu Vereinsmeierei und Posten und Zank und öffentlichem Hervortreten so freien Lauf lassen dürfen«.

Dann Zieglers Zeit bei der Abwehr und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus: »Dass man bei der Abwehr schon seit je die seltsamsten Gestalten kennenlernte«, befand Henke, »ist bekannt und nicht nur bei der Abwehr so. (Wenn man nach 20 Jahren all die fragwürdigen Patrone, die ich bei der Org und beim BND kenngelernt habe, mit so starkem Verdacht im Herzen, wie das hier geschehen ist, in ein ausführliches Wer-Kennt-Wen-Schema einarbeiten würde, müsste *notwendig* herauskommen, dass ich ein schweres Sicherheitsrisiko darstelle.) Dass K[önig] keinen ›Widerstand‹ geleistet, sondern in der nach 1945 weithin üblichen Art sich zur Erlangung moralischen Prestiges und materieller Vorteile selbst zum Widerstandskämpfer nachträglich umgearbeitet hat, liegt auf der Hand. Die Parallelen dazu gehen in die Tausende. Außer zur Beurteilung des Charakters kann man daraus nichts

entnehmen. Zu seiner Entschuldigung könnte man höchstens sagen: Er war immerhin ein alter ›Linker‹ und hat nach allem, was sich feststellen lässt, zumindest dem NS-Regime nicht positiv gegenübergestanden – und das Abwehr-Milieu verführt zur Aufweichung des Sinnes für Wahrhaftigkeit. Aber selbst wenn dieser Sinn durchlöchert ist, wird man nicht gleich (oder notwendig später) zum Feindagenten.« Dass er erst einige Jahre nach dem Krieg zur SPD gefunden habe, sage auch nicht viel. Ein Indiz könne immerhin Zieglers Mitgliedschaft in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft sein, fuhr die Einschätzung fort, »obgleich die meisten KGB-Agenten dort nicht eingeschrieben waren; auch Heinz Felfe nicht«. Am bedenklichsten sei, dass er das verschwiegen habe. Hier vermutete Henke aber wieder nur einen »Charakter-Defekt (Feigheit? Vielleicht war's ihm peinlich?).« Die kleine Ziegler-Studie mündete in die Schlussfrage: »Agent oder nicht?«

»Ich setze – hypothetisch – den Fall«, leitete »Herder« seine Antwort ein, »dass K. ein Agent ist (es bleibt offen, wessen) und muss dann sofort sagen: Er muss ein Spitzen-Agent sein: SPD-Gremien aller Art vom Parteivorstand abwärts sind sein Einzugsgebiet. Hier wie bei der Leitung des BND kann er sowohl Informationen beschaffen wie Einfluss ausüben und seinen Verkehrskreis beständig erweitern usw. Verglichen mit diesem Agenten ist z. B. Felfe nicht der Rede wert (der jahrelang mit Masse dummes Zeug verriet und seinem Auftraggeber nur bestätigen konnte, was der längst wusste: dass die BND-Operationen so töricht waren, dass sie nicht verdienten, verraten zu werden.) K. bietet demgegenüber lebendigen, fortwährenden Kontakt in zwei Bereiche hinein, die jedem Auftraggeber hundertmal mehr interessieren müssen als das dämliche Herumoperieren. Über einen solchen in politische Spitzenfragen des BND und Top-Interna der SPD Eingeweihten muss der angenommene Auftraggeber des K. weite Bereiche seiner mutmaßlichen Aufklärungsziele als gedeckt betrachten. Würde der Auftraggeber unter diesen einmalig günstigen Bedingungen seinen Agenten so nachlässig führen? Ihm so viele Kapricen, Unregelmäßigkeiten, Auffälliges und Verdachtweckendes gestatten?«

Fazit, alles in handgeschriebenen Versalien: »Ich glaube das nicht. Ich glaube auch nicht, dass K., nach dem, was in den Akten zusammengetragen ist und was ich mir nach eigener – freilich oberflächlicher und lückenhafter Kenntnis – seiner Person an Bild von ihm machen kann, die Natur und den

Charakter eines solchen Meisterspions besitzt und den jahre-(vielleicht jahrzehnte-)langen Belastungen eines solchen Big Game gewachsen wäre. Ich glaube nicht, dass die Frage, ob K. ein Ehrenmann ist, positiv beantwortet werden kann. Ich halte K. für ein bemerkenswert sicher agierendes Produkt seiner Umwelt, das seine leitende und ›Vertrauens‹-Stellung durch Streberei, Liebedienerei, ungehemmten Opportunismus und das durch nichts berechtigte Vertrauen der SPD- und BND-Leitung auf eine auch sonst nicht selten anzutreffende Weise zu erwerben und sich lange zu sichern verstanden hat. Beispiel für ›deformation professionelle‹ im Nachrichtendienst.«

Es war nun Zeit, den einflussreichen Opportunisten, der zu viel wusste, endlich so auf die Seite zu drängen und zu neutralisieren, dass er den Kampf einstellte, ohne sein eigenes, Ortloffs und Gehlens Big Game zu enthüllen. In einem dicken, paragrafengespickten Dossier wurde dem BND-Präsidenten noch einmal aufgehäuft, womit Ziegler seine Pflichten als Beamter und Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes verletzt hatte, darunter der Kontakt zu Freudenmädchen; Falschaussagen bei dienstlichen Befragungen; Verdächtigung von Kollegen und Drohungen gegen den Dienstherrn; Versäumnis nach § 56 Bundesbeamtengesetz, Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen unverzüglich geltend zu machen – genug, um ein aussichtsreiches Disziplinarverfahren in Gang zu setzen.[173] Bei etwas Sinn für Humor hätte Reinhard Gehlen, der Ziegler selbst zur illegalen Ausforschung der SPD angestiftet hatte, spätestens bei dieser Passage in homerisches Gelächter verfallen müssen.

Dafür war die Angelegenheit aber wohl doch zu ernst geworden, denn am selben Tag reichte »Dr. König« von seinem Kuraufenthalt aus beim Bundeskanzleramt Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den BND-Präsidenten ein.[174] Doch in der Regierungszentrale wurde Ziegler, der davor zurückscheute, sein Geheimnis zu offenbaren, das Gehlen, aber eben auch genauso ihn selbst ruinieren musste, nicht mehr so ernst genommen, wie er es wohl erhofft hatte. Gleichwohl musste seine Dienstaufsichtsbeschwerde im Palais Schaumburg korrekt abgearbeitet werden. Der BND-Präsident konnte dem gelassen entgegensehen, wie sich bei Gesprächen mit Fritz Erler und Reinhold Mercker, dem Abteilungsleiter im Kanzleramt, Anfang Oktober zeigte. Der Fraktionsvorsitzende habe es bisher vermieden, Ziegler zu sehen, notierte »Alo« dazu, das Gespräch mit Gehlen sei »insgesamt

erfreulich« gewesen, »gute Atmosphäre«. Nicht anders bei Mercker, der vom Präsidenten über die Sachlage orientiert wurde. Der habe die »Dienstaufsichtsbeschwerde erhalten, die er äußerst komisch fand«, ätzte Gehlens intime Vertraute: »Mercker: Klarer Fall.«[175]

Der BND-Präsident konnte die Beschwerde Zieglers,[176] die ihm das Bundeskanzleramt zustellte, denn auch mit einem achtseitigen Schriftsatz, der alle Vorwürfe zurückwies, problemlos parieren.[177] Nach Darlegung des »als erwiesen anzusehenden Sachverhalts« stellte er klar, dass der Dienst aus Sicherheitsgründen zu einer Observation Zieglers verpflichtet gewesen war. Dass eine solche Praxis mitunter vonnöten sei, werde an den vom Beschwerdeführer geleiteten Schulen gelehrt. Da sämtliche Punkte aus seiner Perspektive unbegründet seien, bat Gehlen darum, die Beschwerde als insgesamt unbegründet zurückzuweisen.

Mit gleicher Post scheint ein weiteres Schreiben an das Kanzleramt gegangen zu sein, in dem der BND-Präsident festhielt, Ziegler habe noch vor Abfassung seiner Dienstaufsichtsbeschwerde »Strafantrag gegen Unbekannt wegen Beleidigung und Verleumdung gestellt«.[178] Obgleich sich »König« in seinem Vorgehen festgelegt zu haben scheine, schrieb Gehlen, halte er es für zweckmäßig zu versuchen, den Fall ohne Disziplinarverfahren dadurch zu erledigen, »dass Dr. Z. zur Beantragung seiner vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand und zur Zurücknahme des Strafantrags bewogen wird. Herr Erler, mit dem ich am 1.10.64 sprach, teilt meine Auffassung und erklärte sich bereit, auf Dr. Z. in diesem Sinne einzuwirken.«

In dieser Konstellation konnte auch Siegfried Ortloff mit seiner entschiedenen Parteinahme für Ziegler nicht mehr viel ausrichten. Verärgert schrieb er an Erler, ihr Parteifreund komme aus der Kur »gesundheitlich angeschlagener« zurück als vorher: »Dann schmort er fast drei Monate, tatsächlich untersucht man ja schon 18 Monate. Ich weiß nicht, wie ich die Komödie, dass wegen Zeitnot noch nichts von hier für ihn unternommen wurde, weiterspielen soll. Bitte setze den Leuten einen Termin.«[179] Doch die Strategie, die Angelegenheit auf hoher politischer Ebene zum Besseren zu wenden, hatte sich endgültig erschöpft. Auf diesem Wege war Siegfried Ziegler nicht mehr zu retten.

Doch dann erschien der Deus ex Machina. Es öffnete sich ein Weg, der sich für beide Seiten als gangbar erwies, die sorgsam gesammelten

Vorwürfe gegen Ziegler zu Fußnoten machte, das Zwielicht vom BND-Präsidenten nahm, das Geheimnis des Trios Gehlen-Ziegler-Ortloff bewahrte und dem angeschlagenen »Dr. König« einen Abgang verschaffte, der ihm viel mehr zusagte als jener in die deutsche Botschaft in Norwegen, den man ihm Monate zuvor versperrt hatte. Den Ansatzpunkt zur Lösung hatte Siegfried Ziegler unbeabsichtigt selbst geliefert.

Man schrieb den 14. Oktober 1964, als sich Volker Foertsch mit dem promovierten Juristen »Dr. Stein« zusammensetzte,[180] dem Gruppenleiter Verwaltung und Finanzen, dem in einer Beurteilung ein »sicheres Gefühl für das Wesentliche« bescheinigt worden war: »Kann auch komplizierte Vorgänge leicht überblicken.«[181] Man sprach über ein Schreiben des Oberstaatsanwalts beim Landgericht München I, das demnächst eingehen und den BND über ein Ermittlungsverfahren gegen den Mitarbeiter Dr. Siegfried Ziegler unterrichten würde. Tatbestand: Vergehen gemäß § 353b StGB, Geheimnisverrat.[182] »Dr. Stein« beurteilte das Verhalten Zieglers, so Foertsch, sogleich als »sehr ernst und streng und glaubt, dass die Vergehen zur Entlassung aus dem Dienst führen müssen. Dr. Stein hat ein gutes persönliches Verhältnis zu Dr. Z. Er schlägt vor, dass er mit Dr. Z. spricht und ihn vor weiteren unüberlegten Schritten warnt«. Der BND-Präsident stimmte zu.[183]

Die Staatsanwaltschaft teilte mit, der Rechtsanwalt des Beschuldigten habe beim Amtsgericht München Strafantrag gegen Unbekannt wegen Beleidigung und Verleumdung im Privatklageverfahren gestellt. Der von einem Dr. Siegfried Ziegler unterzeichnete Antrag enthalte Ausführungen darüber, »dass der Beschuldigte Angehöriger des BND sei«. Da die Zugehörigkeit zu dem Dienst jedoch strenger Geheimhaltung unterliege und grundsätzlich nicht offenbart werden dürfe, diese Offenbarung im vorliegenden Falle darüber hinaus »besonders gefährlich werden« könne, sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Zum einen bitte man um eine dienstliche Stellungnahme, zum anderen werde darauf hingewiesen, dass zur Strafverfolgung Dr. Zieglers »die Zustimmung der dem Täter vorgesetzten Behörde erforderlich ist«, des Bundeskanzleramts also.

Gehlen setzte zunächst seinen Vizepräsidenten in Marsch, der sogleich mit Siegfried Ortloff zusammentraf, von dem bekannt war, dass er nicht von der Seite seines Genossen Ziegler wich.[184] Ortloff erklärte Worgitzky eher beiläufig, »es bleibe Ziegler ja nichts anderes übrig als auf das ihm

gemachte Angebot einzugehen, wenn er nicht Amok laufen wolle«; so behalte er seine Pension und werde auch Forschungsaufträge bekommen.[185] Kurz darauf nahm der Parlamentär »Dr. Stein« den in der Falle sitzenden »Dr. König« ins Gebet. Es ging nicht mehr darum, ob Siegfried Ziegler seinen Kampf jetzt aufgab oder nicht, sondern nur noch darum, unter welchen Bedingungen er bereit war, die Waffen zu strecken. Das Gespräch der beiden am 9. November dauerte vier Stunden.[186] »Dr. Stein brauchte sehr lange, um Kontakt zu finden«, hält die Notiz dazu fest. »K. wiederholte unablässig die Forderung, ›seine Ehre wiederherzustellen‹. Ebenso konsequent bestritt er weiterhin, jemals mit Dirnen zu tun gehabt zu haben«; auf sehr ins Intime gehende Bemerkungen ließ er sich ebenso wenig ein, wie er die für ihn gebaute »goldene Brücke« betrat. »Dr. Stein«, der nichts von der einstigen Komplizenschaft zwischen Gehlen und Ziegler ahnte, war bald ratlos, wie sein Gesprächspartner in einer so hoffnungslosen Lage so hartnäckig bleiben konnte. Die Notiz hielt das in dem bemerkenswerten Satz fest, »Dr. Stein« habe sich deswegen zu der Vermutung veranlasst gesehen, »dass Ziegler einen anderen Grund für sein an sich aussichtsloses Leugnen haben müsse«. In der Tat, den hatte er.

Es kam dann doch noch zu einem ersten Durchbruch, nämlich erwartungsgemäß durch die Eröffnung, »dass sich aus Zieglers Strafanzeige wegen Beleidigung ein Verfahren gegen Ziegler selbst wegen Geheimnisbruchs entwickelt habe, das 106 [Gehlen] abzubiegen gewillt sei. Ziegler verlangte als Voraussetzung für seinen Pensionierungsantrag eine ›Ehrenerklärung‹ von 106, weil er einen ›plausiblen Grund‹ für sein Ausscheiden brauche.« Der Emissär entgegnete ihm, er könne doch sehr leicht gesundheitliche Gründe oder dienstliche Differenzen geltend machen, er müsse den Antrag außerdem überhaupt nicht begründen. Siegfried Ziegler hatte einen kleinen, aber entscheidenden Fehler gemacht. Jetzt musste er zu retten versuchen, was zu retten war.

Mittelsmann »Dr. Stein« konferierte mit Ziegler bald in einem weiteren Gespräch. Es ging um die Kapitulationsbedingungen.[187] Die beiden BND-Leute trafen sich im Münchener Hotel Regina, der Emissär Gehlens vermutete, dass »König« zur zusätzlichen Fixierung seiner Konditionen irgendwo ein Tonband mitlaufen lasse. Der Parlamentär hielt Folgendes fest: »a. K. brachte einen Entwurf für ein Schreiben (›Ehrenerklärung‹) von 106 an K. mit; b. K. verlangte eine Erklärung der Polizeibeamten, ›dass sie

sich auch geirrt haben könnten‹; c. K. verlangt dienstliche Belehrung aller mit dem Vorgang befasst gewesenen Personen, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unzutreffend gewesen seien; d. K. verlangt Weiterverwendung (nach seinem Ausscheiden) in Norwegen oder Lateinamerika«, speziell Mexiko, wohin er bereits gute Kontakte habe. Für einen Mann, der in der Falle saß, waren das kühne Bedingungen. Dass hinter diesem Auftreten Siegfried Zieglers mehr stecken musste als nur Halsstarrigkeit, mochte vermutet werden, doch gelüftet wurde das eigentliche Geheimnis weder von Gehlen noch Ziegler. Während diese Gespräche liefen, hielt der BND weiterhin sämtliche Gespräche fest, die vom Telefonanschluss der Familie Ziegler in Hechendorf geführt wurden oder dort eingingen.[188]

Am Tag des zweiten Gesprächs »Dr. Stein«–»Dr. König« bereitete der Chef der Personellen Sicherheit schon den Entwurf für ein Schreiben des BND an die Staatsanwaltschaft München vor, bei der die Anzeige Zieglers gegen Unbekannt anhängig war.[189] Es lockerte den Boden für eine Einigung mit dem Widerspenstigen weiter. Der angeschuldigte Mitarbeiter, hieß es darin, habe sich »zutreffenderweise als Leitender Regierungsdirektor und Angehöriger des BND bezeichnet«. Dann goss der Dienstherr seine ganze Güte in den Text: »Meines Erachtens konnte Dr. Ziegler nicht übersehen, welcher Personenkreis bei der Staatsanwaltschaft bzw. dem Amtsgericht München-Strafgericht dadurch von seiner Zugehörigkeit zum BND Kenntnis erhielt (nicht verpflichtete Registraturkräfte usw.).« Gleichwohl sei natürlich gegen die Geheimhaltungspflicht verstoßen worden, und selbstverständlich habe der Klageführer wichtige öffentliche Interessen gefährdet: »Allerdings glaube ich nicht, dass das Bundeskanzleramt als zuständige Behörde die Genehmigung zur Strafverfolgung nach § 353b StGB erteilen wird, da es sich offensichtlich einmal um ein relativ gering zu bewertendes Vergehen angesichts der Art des Personenkreises, der Kenntnis bekommen hat, handelt und andererseits dem Dr. Ziegler seine Erregung über den Vorgang zugute gehalten werden kann.« Zusatz Buttlars: »Ich bitte, die StA München I mündlich darauf hinzuweisen, dass Dr. Ziegler beabsichtigt, seinen Strafantrag zurückzunehmen.«[190]

Doch noch war es nicht soweit. Solange eine Einigung mit Ziegler nicht unter Dach und Fach war, blieben die Zügel straff angezogen. Dabei holte sich der bei den jungen Leuten des BND-Präsidenten als viel zu weich

verrufene Vizepräsident Worgitzky wieder einmal einen Rüffel Gehlens. Offenbar war er dabei gewesen, einen Dienstreiseantrag Zieglers zu genehmigen, als der »Doktor« scharf intervenierte: »Ich hatte doch gebeten, die Reise noch aufzuschieben.« Worgitzky: »Jawohl, ist auch veranlasst. Dies war aber zur Zeit meines Vortrages schon in der Vorlage.«[191] Allmählich geriet der arme Vizepräsident mit in den Strudel der Ziegler-Affäre.

Mitte November nahmen der Sicherheitschef und der Gruppenleiter Verwaltung/Finanzen eine Beurteilung der Lage vor.[192] Es sehe so aus, als versuche Ziegler »dem Dienst Bedingungen zu diktieren, weil er glaubt, dass 106 die Sache unter allen Umständen ›geräuschlos‹ erledigt haben möchte«. Dieser Eindruck war völlig zutreffend. Jetzt komme es darauf an, dem aufsässigen Kollegen klarzumachen, so weiter, »dass er es nur 106 zu verdanken habe, wenn ihm noch eine Chance geboten werde. Nicht K. habe hierfür die Bedingungen zu nennen, sondern der Dienst.« Man solle Ziegler auch keinen Einblick in die Zeugenvernehmungen geben, weil das womöglich mit einem später vielleicht doch noch notwendigen Disziplinarverfahren kollidiere. Es müsse unbedingt darauf geachtet werden, dass Zugeständnisse nicht »erkauft« würden, da Ziegler dann vielleicht »erneut politisch und auf dem Rechtswege offensiv« werde.

Es war und blieb das Problem, dass der BND-Präsident wegen seiner jahrelangen Komplizenschaft mit Ziegler keine Handlungsfreiheit besaß. Er war weiterhin dazu verdammt, sowohl gegenüber seinen eigenen Mitarbeitern wie gegenüber dem Bundeskanzleramt und der SPD-Spitze als der gütige Hausvater aufzutreten, der alles daransetzte, ein verirrtes Schäflein wieder einzufangen und zu besänftigen. Wer wollte, mochte und sollte darin seine edle Neigung erkennen, die Fürsorgepflicht des Behördenleiters als ein nicht hoch genug zu schätzendes Gut sehr ernst zu nehmen. Die wahren Motive des Reinhard Gehlen blieben im Dunkeln.

Im Bundeskanzleramt und im SPD-Vorstand werden es Reinhold Mercker und Fritz Erler ähnlich wohlwollend gesehen haben, denn beide begaben sich ganz auf die Linie des BND-Präsidenten. Das wurde gut sichtbar, als Gehlen mit seinem Kernteam zusammensaß und meinte, sein Parlamentär »Dr. Stein« werde Ziegler mit den vom Präsidenten gegebenen Weisungen schon so »hinkriegen«, dass er »nicht in die Lage kommt, den Spieß umzudrehen und beispielsweise ein Disziplinarverfahren gegen sich

selbst mit dem Ziel zu beantragen, die Angelegenheit gegen 106 bzw. den Dienst erneut in Gang zu bringen. 106 hat mit Bundeskanzleramt/Mercker diese geplante Art des Vorgehens abgesprochen, desgleichen mit Erler.«[193]

Mittlerweile hatte Siegfried Ziegler seine Chancen erkannt, aber ebenso, dass er das Blatt nicht überreizen durfte. In einem Handschreiben an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion dankte er für dessen freundliche Einladung zum bevorstehenden Parteitag in Karlsruhe und unterrichtete ihn über den Stand seiner Angelegenheit, die er, wie er es ausdrückte, »stellvertretend für die Partei auszufechten habe«.[194] Bis zum heutigen Tage – Ziegler schrieb vom Parteitag aus, wo sich ihm leider keine Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit Erler bot – habe der BND-Präsident nicht mit ihm gesprochen, ihm jedoch ein attraktives Angebot für eine Verwendung in Zentralamerika machen lassen, das seinen Vorstellungen weit entgegenkomme, vorausgesetzt allerdings, er nehme die beabsichtigte Dienstaufsichtsbeschwerde zurück. Er, Ziegler, wolle keine Entscheidung treffen, ohne Erler unterrichtet zu haben. Sollte dieser jedoch der Ansicht sein, »dass aus taktischen Gründen die Überprüfung der Institution auf reaktionäre Umtriebe und auf ihr Bestreben, mit Eigengesetzen Staat im Staat zu sein, aufgeschoben werden soll, so werde ich dem Angebot meines Chefs zustimmen«. Einem Mann wie Fritz Erler war wohl kaum verborgen geblieben, dass sein unter Druck stehender Parteifreund inzwischen den Boden unter den Füßen verloren hatte und obendrein keineswegs jenes heroische Unschuldslamm war, als das er sich ausgab. Er begann sich von dem Fall Ziegler zurückzuziehen, der nun ohnehin auf eine großzügige Lösung hinauszulaufen schien – wenig verwunderlich, denn neben dem inzwischen zum SPD-Vorsitzenden aufgestiegenen Willy Brandt und Herbert Wehner war Fritz Erler eine maßgebende Zentralfigur der Sozialdemokratie; und in weniger als einem Jahr standen Bundestagswahlen an.

Der Kampf zwischen den einstigen Komplizen Gehlen und Ziegler war ausgefochten, ohne dass es zum Äußersten – der Offenbarung ihres SPD-Geheimnisses – gekommen wäre. Am 4. Dezember 1964 wandte sich der BND-Präsident in einem Schreiben an seinen langjährigen Mitarbeiter »Dr. König«.[195] Er teilte ihm mit, dass er seinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand erhalten und bereits an das Bundeskanzleramt weitergeleitet habe. Zugleich sei Weisung gegeben, dass die »Angelegenheit«, in welcher

der Vizepräsident Ende Juli mit ihm »gesprochen« habe, »nicht mehr weiterverfolgt wird. Ich betrachte diese Angelegenheit damit als abgeschlossen. Das Persönlichkeitsbild, das ich in langen Jahren der Zusammenarbeit von Ihnen gewonnen habe, hat hierdurch keine Änderung erfahren. Der Sinn dieser Bekundung wird am deutlichsten durch meinen Ihnen hiermit mitgeteilten Wunsch unterstrichen, dass Sie auch nach Ihrer Ruhestandsversetzung Ihr nachrichtendienstliches Können dem Dienst zur Verfügung stellen.« Wunschgemäß solle er in Mexico Verwendung finden: »Dieses Angebot ist aus Rechtsgründen an die aufschiebende Bedingung der Ruhestandsversetzung geknüpft.« Einzelheiten werde er mündlich mit ihm besprechen. »Abschließend darf ich noch mitteilen, dass ich an alle mit der eingangs erwähnten Angelegenheit befassten Mitarbeiter des Dienstes die Weisung gegeben habe, sich jeder Ihnen abträglichen Erörterung des Gegenstandes zu enthalten.« Handschriftlich vermerkte Gehlen auf dem Schreiben, er habe Dr. Mercker unterrichtet, »dass Angelegenheit erledigt ist«.

Eigentlich hätte die Akte damit geschlossen werden können. Der von dieser erfreulichen Entwicklung überraschte und ein wenig schuldbewusste Hans-Heinrich Worgitzky bemühte sich zu einem Abschiedsbesuch bei Siegfried Ziegler. Dieser selbst sagte zu seinem Dienstarzt, der das sofort der Leitung weitermeldete, »man hätte mich geschickter abschießen können«.[196] Doch der Geheimnisträger Ziegler wäre nicht Ziegler gewesen, wenn er jetzt Ruhe gegeben hätte. Zwar erfüllte er die Bedingungen seines Deals mit Gehlen, die Strafanzeige gegen Unbekannt wollte er aber nicht zurückziehen. Noch einmal schlugen die Wellen hoch, doch diesmal zwischen dem BND-Vizepräsidenten auf der einen Seite und dem BND-Präsidenten samt seinen Adlaten auf der anderen Seite. Der brave Worgitzky, der das versöhnliche Schreiben Gehlens an Ziegler vom Monatsbeginn noch immer nicht zu Gesicht bekommen hatte, fand sich also Silvester bei »Dr. König« zu einem Abschiedstee ein. Dabei hielt ihm dieser ein Schriftstück unter die Nase.

Der Nachmittag entwickelte sich dann nicht so harmonisch wie geplant, denn Ziegler wollte vom Vizepräsidenten eine Art schriftlicher »Ehrenerklärung« bekommen und reichte ihm einen entsprechenden Entwurf hin. Worgitzky konnte diese Fassung aber nicht akzeptieren und gab ihm seine eigene Version, die »König« mit marginalen Veränderungen

»sofort akzeptierte«. Die Tochter des Vizepräsidenten (die auch beim BND arbeitete) tippte die endgültige Fassung und der Papa unterschrieb.[197] Sie lautete jetzt: Ende Juli des Jahres habe es jene Anhörung mit den bekannten Vorwürfen gegeben, gegen die sich Ziegler in schärfster Form verwahrt habe. Er, Worgitzky, habe die Stichhaltigkeit der Vorwürfe seinerzeit nicht sogleich beurteilen können: »Heute kann ich Ihnen sagen: Wir glauben Ihnen: Wir halten daher die erwähnten Vorwürfe für gegenstandslos. Dies ist auch meine persönliche Ansicht. Das in jahrelanger Zusammenarbeit entstandene Persönlichkeitsbild ist nicht beeinträchtigt.«[198] Daraufhin zog Ziegler seine Anzeige gegen Unbekannt zurück.[199] Damit war auch diese Akte geschlossen.

Doch nun begann die Jagd auf den BND-Vizepräsidenten, den man nach seinem Versagen im Sommer vom gesamten Fortgang der Ziegler-Affäre ausschloss und der den »Dr. König« nun in gutem Glauben möglichst warmherzig in den vorzeitigen Ruhestand und nach Südamerika entlassen wollte. Reinhard Gehlen schäumte und schrieb mit energischer Hand auf den Ziegler zugedachten Persilschein: »Beide Formulierungen des Vizepräsidenten« – also »gegenstandslos« und »nicht beeinträchtigt« – »die er aber auch, wie er mir vortrug, anders verstanden wissen wollte, billige ich nicht«;[200] eine Ohrfeige für einen tumben Toren. Ziegler verabschiedete sich für 14 Tage nach Barcelona in den Urlaub. Der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes blieb in Pullach in der Tinte sitzen.

Sofort eröffneten die jungen Leute des Präsidenten das Feuer auf seinen waidwunden Stellvertreter, allen voran »Fleming«, Volker Foertsch. Er halte Worgitzkys Schreiben für Ziegler »allein aus sachlichen Gründen für außerordentlich falsch und gefährlich«, schrieb er an Gehlen und Buttlar.[201] Das Schriftstück laufe darauf hinaus, dass die Vorwürfe des Dienstes falsch und die Aussagen Zieglers richtig gewesen seien. In der Konsequenz würden so nicht nur der Sicherheitschef und der stellvertretende Personalchef, sondern auch alle beteiligten Polizeibeamten zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Zeige Ziegler diesen Brief Erler, könne der nur zu dem Ergebnis kommen, »dass der Dienst grob fahrlässig oder vorsätzlich gehandelt hat«; Polizeipräsident Schreiber werde ähnlich denken. Auch jeder andere, der den Persilschein lese, müsse zu demselben Schluss kommen: »Der Dienst hat wenigstens grob fahrlässig über fünf Monate lang einen leitenden Beamten ehrenrühriger Verfehlungen

bezichtigt und ihn in einem höchst misslichen Schwebezustand gehalten, der Dienst hat sich geirrt, ist aber nicht bereit, dies offen einzugestehen.« Als Konsequenz schlug Foertsch vor, erstens, den Brief als »sachlich nicht richtig« zurückzuziehen, zweitens: »106/W [Worgitzky] muss selbst ›die Konsequenzen ziehen‹.« Annelore Krüger teilte daraufhin mit, Gehlen halte eine Rücknahme des Briefes »für völlig ausgeschlossen«, wolle aber noch einmal mit seinem Vize sprechen.[202]

Foertsch, der in dem Worgitzky-Brief an Ziegler natürlich auch eine Desavouierung seiner und seiner Kollegen Verfolgungsanstrengungen im Auftrag des BND-Präsidenten sah, verschärfte gegenüber Gehlen in hochfahrendem Gestus die Tonart nun noch weiter und verlangte: »106/W selbst wird seines Postens enthoben. Dies erscheint als Minimum-Lösung notwendig.« Erst dann bestehe die Chance, mögliche unglückliche Weiterungen einzudämmen. Nur so könne der BND glaubhaft versichern, »dass er zumindest intern die Konsequenz gezogen hat«.[203] Die jungen Leute waren sich einig, dass »Wagner unmöglich« (Langemann) sei.[204]

Schließlich trug Foertsch die Schlussfolgerung aus dem Kesseltreiben gegen Hans-Hermann Worgitzky dem Präsidenten persönlich vor.[205] Er notierte aus dem Gespräch, Gehlen teile die Bedenken, »wenn er sie auch nicht als so unmittelbar bedrohlich ansieht. Auf meinen Einwurf, ich halte das Verhalten von 106/W für vorsätzlich und böswillig, widersprach 106 nicht.« Der Präsident habe dann die erwähnte scharfe Notiz in seiner Gegenwart auf Worgitzkys Brief an Ziegler angebracht. Er habe darauf aufmerksam gemacht, dass eine Absetzung des BND-Vizepräsidenten vom Bundeskabinett entschieden werden müsse, er dieses Schreiben aber nicht als Anlass für eine so drastische Maßnahme nehmen könne; auch einer Entsendung auf einen Auslandsposten könne sich sein Stellvertreter widersetzen; zu einem Antrag auf Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand werde Worgitzky sich erst recht nicht bewegen lassen. Sollten die von Foertsch befürchteten »unglücklichen Entwicklungen« tatsächlich eintreten, werde er ein Disziplinarverfahren gegen Worgitzky einleiten, »aber das auch erst *dann*«.

Einen Teilerfolg erzielte seine junge Garde, die Reinhard Gehlen höchstpersönlich auf Ziegler gehetzt hatte, aber doch: »106 wird weiterhin und verstärkt Herrn Wagner [Worgitzky] aus wichtigen Dienstgeschäften heraushalten […] Es wurde die Möglichkeit weiterer Klärung von Herrn

Wagner erörtert. Privat-Telephon-Überwachung scheidet nach wie vor aus. Alle sonst angelaufenen Maßnahmen werden fortgeführt (Telefonüberwachung, Postüberwachung)«, sogar die Untersuchung seiner nachrichtendienstlichen Verbindungen und Operationen. Viel trennte den BND-Vizepräsidenten Hans-Heinrich Worgitzky nun nicht mehr von einem toten Mann. Gehlen hatte sogar noch weitergehende Pläne, wie er seinem aufgebrachten Mitarbeiter anvertraute: »106 beabsichtigt bei einer SPD-Regierung oder bei einer Regierung, bei der Gerstenmaier beteiligt ist, im Zuge der [eigenen] Nachfolgeregelung Herrn Wagner als Vizepräsidenten abberufen zu lassen, ihn nach Washington zu senden und Herrn Mercker als Vizepräsidenten vorzuschlagen.« Aus all dem wurde nichts. Die SPD trat erst 1966 erst einmal in eine Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ein. Hans-Heinrich Worgitzky erlitt (als während seiner Verfolgung durch Volker Foertsch et. al. auch noch die Affäre um den vom BND nach Ägypten eingeschleusten israelischen Agenten Wolfgang Lotz hinzukam,[206] die Gehlen ihm anlastete) einen Herzinfarkt, kehrte nicht mehr an seinen Schreibtisch zurück und verstarb Ende 1969.

Als Endpunkt der Ziegler-Affäre kann man die Unterredung Reinhard Gehlens und Fritz Erlers im Februar 1965 ansehen, als der BND-Präsident dem ebenfalls schon nicht mehr gesunden Fritz Erler mitteilte, die leidige Angelegenheit sei inzwischen »abgeschlossen«.[207] Gleich darauf setzten sich Reinhard Gehlen und Kurt Weiß zusammen, um die künftigen Aufträge für »Dr. König« zu besprechen,[208] der nun in »Wintersteins« Abteilung Politische Beschaffung (27 VK/Außen/934) versetzt wurde.

Siegfried Ziegler schrieb dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion nun einen aufgeräumten Brief. In einigen Tagen werde er also mit seiner Frau für eineinhalb Jahre nach Mexiko gehen: »Damit geht ein alter Wunschtraum von mir in Erfüllung, zumal meine Reise unter günstigen finanziellen Bedingungen durchgeführt wird. Außerdem habe ich schriftlich in Händen, dass meinen Aussagen geglaubt wird, und dass nach Klärung die Aussagen, die mich belasten sollten, die ich aber nie zu sehen bekam, gegenstandslos geworden sind.« Weiter unterstrich er in seiner unwahrhaftigen Heldenpose, mit der er auch Erler hinters Licht führte: »Der Versuch, mich als alten Sozialdemokraten, der gegen alle Symptome eines Unrechtsstaates ankämpft, abzuschießen, ist trotz aller Mittel, die außerhalb der Legalität angewandt wurden, misslungen. Ich bin rehabilitiert. Für das

gen Himmel schreiende Unrecht, das man mir antat«, fuhr die BND-Schlüsselfigur bei der illegalen Ausforschung der SPD-Führung gegenüber dem ehemaligen KZ-Häftling Erler fort, »hat man mir eine schöne und lukrative Sache verschafft und sogar meine Rechtsanwaltskosten bezahlt. Kurz: Ich habe mich mit Ihrer Billigung ›arrangiert‹. Ich bin für meine Person zufrieden gestellt und stehe als Person solange außerhalb der Diskussion, wie mein Vertragspartner seine Verpflichtungen einhält.«

Bei dieser bigotten Selbstbeweihräucherung war sogar noch eine Steigerung möglich: »Also befreit von Interessen, die meine Person betreffen könnten, fühle ich mich als aktiver Kämpfer für Rechtsstaatlichkeit verpflichtet, in aller Klarheit darauf hinzuweisen, dass durch die Lösung meines Falles weder die Ihnen als Mitglied des parlamentarischen Ausschusses bekannt gewordenen Vergehen gegen das Grundgesetz und die in der Bundesrepublik geltenden Gesetze noch die Manipulationen im Geiste einer Freikorps-Tradition ihre Lösung gefunden haben. Die Verantwortung dafür liegt aber nicht mehr bei mir. Ich habe meinen politischen Kampf – vorerst zumindest – hinter mir. Nehmen Sie bitte meine aufrichtigen und guten Wünsche für Ihre Zukunft entgegen. Mit meinem Dank für Ihre persönliche Freundschaft verbleibe ich Ihr Dr. Siegfried Ziegler.«[209]

Nach diesem Abschiedsbrevier entschwand der verschlagene Heuchler »Dr. König« unter seinem neuen Decknamen »Kugler« ins Land seiner Sehnsucht. Anfang Juni traf er dort ein. Seine monatlichen Bezüge beliefen sich auf etwa 5000 DM (das Gehalt des Bundeskanzlers), wegen ständigen Aufenthalts im Ausland war er obendrein von der Angestelltenversicherung, der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung befreit. Obgleich Ziegler einige dicke Ordner mit Vermerken, Berichten und Briefen im Geheimschreibverfahren in Pullach füllte, war seine nachrichtendienstliche Tätigkeit in Südamerika nach übereinstimmender Auffassung wertlos.[210] Sein »Abschlussbericht« von Januar 1967, den Kurt Weiß in sarkastische Anführungszeichen setzte und als »nichtssagend« einstufte, beschränkte sich auf drei Schreibmaschinenseiten.[211]

Doch auf solche Dinge kam es in diesem umfangreichen bürokratischen Vertuschungsverfahren nicht an. Siegfried Ziegler war weit vom Schuss und bereitete dem BND-Präsidenten keine Misshelligkeit mehr, das war die

Hauptsache. Immer wieder deckte Gehlen den Faulenzer in Mittelamerika. Zu Hans-Henning Crome in seinem Stab sagte er beispielsweise, Ziegler sei »ein politischer Fall«, man solle »mit Abberufung nicht drohen, sonst kommt er«.[212] Auch zu Kurt Weiß meinte der Präsident, der Mann solle zwar auf die Mängel seiner Berichterstattung hingewiesen werden, »jedoch – *aus bestimmten Gründen* – nicht zur Einstellung seiner Tätigkeit und Rückkehr veranlasst werden.«[213] Gehlens Intima »Alo« hielt die Haltung des Präsidenten zu der Schlechtleistung Zieglers in einem Vermerk fest: »Da V-11643 im Februar 1967 sein 65. Lebensjahr vollendet, sollte man ihn doch ein ½ Jahr drüben verlängern, um ihn nicht nach Rückkehr hier neu einsetzen zu müssen. Eine weitere Verlängerung des Dienstvertrages ist nicht beabsichtigt.« Kurt Weiß erhielt das zur Kenntnis, die CIA ebenfalls.[214]

Der großzügige Reinhard Gehlen konnte inzwischen ziemlich sicher sein, dass ihm von dem abgeschobenen und üppig versorgten Siegfried Ziegler keine Gefahr mehr drohte, auch nicht, als der BND-Präsident erfuhr, dass sein alter Komplize bei der Ausspähung der SPD-»Baracke« dem Außenminister und SPD-Vorsitzenden einen persönlichen Bericht über seinen Aufenthalt in Mexiko erstattet hatte. Willy Brandt interessierte sich allerdings mehr für die »Verbindungsrolle« Zieglers zu dem jüngst verstorbenen Fritz Erler. Er rief sogar Helmut Schmidt an, der ihm mehr dazu sagen sollte, da »Erler sein Wissen mit ins Grab« genommen habe.[215] Gehlen und Schmidt sprachen dann tatsächlich miteinander, doch den Fall Ziegler schnitten sie nicht an.[216] Der SPD-Genosse im BND, der sich als unentdeckter Verräter in den Ruhestand verabschiedete, versäumte es dagegen nicht, seinen ehemaligen Arbeitgeber in Pullach daran zu erinnern, welche Beziehungen er bei Bedarf aktivieren könne. Willy Brandt, so berichtete er aus seinem Gespräch mit ihm, habe wissen wollen, weshalb der Präsident des Bundesnachrichtendienstes ihn, Siegfried Ziegler, »denn nicht persönlich zum Abschied empfangen habe«.[217] Das Damoklesschwert blieb über dem Haupte von General Gehlen hängen. Gefallen ist es nie.

Abkehr vom Gehlen-Erbe

Das war die Geschichte der auftrags-, pflicht- und gesetzwidrigen Ausspähung der sozialdemokratischen Parteiführung durch den Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland während der Ära Adenauer und deren Vertuschung durch seinen Präsidenten Reinhard Gehlen. Diese Ausforschung hatte zwar eine exzeptionelle Dimension, doch entfernte sie sich nicht prinzipiell von den Pullacher Gepflogenheiten unter seiner Ägide. Sie verschwanden auch nach seinem Rückzug nicht. Namentlich sein langjähriger enger Mitarbeiter und getreuer Gefolgsmann Kurt Weiß, »Winterstein«, setzte ähnlich üble Gewohnheiten auch nach 1968 kaum eingeschränkt fort.[218] Gleichwohl: Der Abgang des »Dr. Schneider« war eine Zäsur, denn sie erleichterte die von verschiedener Seite angestellten Versuche, endlich Remedur zu schaffen und ein wenig Licht in das Dunkel der politischen Inlandsspionage zu bringen. Das erfolgte im Zuge der von Kanzleramtschef Karl Carstens angestoßenen Reformanstrengungen, im Guillaume-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages 1974/75 und durch das immer neue Nachbohren einer kritischen Presse. Ein Ausblick, der über unseren eigentlichen Untersuchungszeitraum hinausführt, sei im Folgenden gegeben.

Reformauftakt: Karl Carstens und Gerhard Wessel

Argwohn gegenüber dem Gehlen-Dienst war in der SPD trotz des »Doktors« Höflichkeiten schon seit Ende der vierziger Jahre lebendig. Der Pullacher Apparat galt den Sozialdemokraten als reaktionäre Bastion, die unfähig war, den Wandel in der Gesellschaft wie in der internationalen Politik des nuklearen Gleichgewichts zu erkennen, zum anderen als ein verdeckter innenpolitischer Mitspieler, der ihre Partei im Geiste Adenauers als politische Gefahr für die Bundesrepublik einstufte und auch nach dem Abgang des Gründungskanzlers nicht aufgehört hatte, die SPD zu beobachten. Die antisozialdemokratische Kampfgemeinschaft Gehlen-Globke hatte freilich bereits an Durchschlagskraft verloren, als Adenauer dem BND-Präsidenten 1961/62 sein Vertrauen entzog. Nach dem Ausscheiden des Kanzlers und seines Kanzleramtschefs im Herbst 1963 endete die routinemäßige, unmittelbare geheime Unterrichtung des Palais Schaumburg über die sozialdemokratische Parteiführung.

Schon bevor der BND-Präsident aus der Gnade des Gründungskanzlers fiel, war er, wie gesehen, machtpolitischer Realist genug, um im Zwielicht der Kanzlerdämmerung zu erkennen, dass die Partei Willy Brandts nach langer Durststrecke vielleicht doch irgendwann eine Machtbeteiligung im Bund erlangen könnte. Der »Doktor« hatte daher alle Register gezogen, um seine bedeutendste Operation der politischen Inlandsspionage geräuschlos zu beenden und die Spuren dieses gesetzwidrigen Exzesses zu tilgen. Beides gelang. Die Methoden, die der Präsident bei diesen Aufräumungsarbeiten gegenüber seinen Mittätern und Mitwissern anwandte, unterschieden sich nicht von den machiavellistischen Kaltschnäuzigkeiten, die das Trio Gehlen-Ziegler-Ortloff bei seiner SPD-Spionage an den Tag gelegt hatte. Der Vertuschung seines von höchster Stelle gebilligten, ja erwarteten Machtmissbrauchs und der anschließenden Neutralisierung seiner Komplizen Ortloff und Ziegler entsprach Reinhard Gehlens Entschlossenheit, die Aktivitäten seines Dienstes im Innern durchweg energisch zu leugnen und Vorwürfe dieser Art als böswillige Verleumdung zu verdammen.

Selbstverständlich wäre es für den vermeintlichen »Jahrhundertspion«[219] Reinhard Gehlen einem politischen und moralischen Selbstmord gleichgekommen, die Tür zum Arkanum seines systematischen

Rechtsbruchs und Machtmissbrauchs auch nur einen winzigen Spalt zu öffnen. Dies umso mehr, als der BND nach Adenauer in einer tiefen Krise steckte. Jost Dülffer hat dessen innere Desorganisation und Korruptionsanfälligkeit, seinen Kampf gegen Effizienzkontrolle und seinen Widerstand gegen die fügliche Einpassung in die Ordnung des demokratischen Rechtsstaats dargelegt. Namentlich Gehlens lange »gern geglaubtes Image einer umfassenden Kompetenz«[220] wurde schon während seiner letzten Amtsjahre für seine Mitarbeiter, die Parlamentarier, das Kanzleramt und eine breiter werdende Öffentlichkeit gerade als jener bloße »Schein« erkennbar, dem das von ihm selbst viel berufene preußische Generalstabsethos das »Sein« einer pflichtergebenen Tätigkeit für das Land entgegengesetzt hatte.

Jost Dülffer hat auch beschrieben, wie dem Präsidenten des Bundesrechnungshofs 1962 »der Kragen platzte und er Gehlen die Präsentation Potemkinscher Dörfer vorwarf«, wie Bundeskanzler Konrad Adenauer dann in einer seiner letzten Amtshandlungen den bis dato lediglich *angegliederten* BND dem Kanzleramt *unterstellen* ließ und wie der BND-Präsident erfolgreich alle Register zog, um die praktischen Auswirkungen dieser Statusveränderung ins Leere laufen zu lassen. »Es bleibt schwer verständlich«, schreibt Dülffer, »dass es der BND schaffte, diesen Beschluss über fünf Jahre lang ohne negative Konsequenzen zu unterlaufen«, und sieht die Gründe für dieses politisch-verwaltungsrechtliche Unikum zum einen in »Gehlens Geschick als Selbstdarsteller, der alle Ansätze zum Vollzug als unsachgemäß abzuwehren verstand«, zum anderen in dem Desinteresse von Bundeskanzler Ludwig Erhard an der Arbeit des Auslandsnachrichtendienstes. Die ebenso breite wie undurchsichtige Vernetzung des Gehlen-Apparats in der politischen und publizistischen Szenerie habe wesentlich zu diesem zweifelhaften Erfolg beigetragen.

Mit der im Dezember 1966 gebildeten Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD schwanden die Überlebenschancen des passiven Widerstands und alten Trotts im BND, doch erst nach dem Ausscheiden Gehlens am 31. März 1968 konnte die Abschottung des Dienstes sowohl von innen wie aus dem Kanzleramt heraus ein wenig gelockert werden – personifiziert in Karl Carstens (CDU), dem Staatssekretär des Bundeskanzleramts und dem neuen BND-Präsidenten Gerhard Wessel. Nach 22 Jahren persönlichen Regiments

wäre es nach dem Abgang des »Doktors« verwunderlich gewesen, wenn aufgestaute Frustrationen in der Belegschaft, obsolete Riten und Routinen, verdeckte Unzulänglichkeiten und – aus der Sicht von Regierung und Parlament – Staat-im-Staat-Reminiszenzen unseligen Angedenkens nicht an die Oberfläche gedrängt hätten. Carstens und Wessel waren sich einig, dem Sonderweg »einer Organisation ›sui generis‹, wie sich der BND gern bezeichnete«, ein Ende zu bereiten.

Noch vor seinem Amtsantritt hielt der designierte BND-Präsident Wessel ein persönliches Schreiben des Kanzleramtschefs in Händen, in dem er darauf hingewiesen wurde, dass einige vordringlich anzupackende Aufgaben anstünden, u. a. »die gesamte Organisation zu überdenken« und den neuen Organisationsplan mit dem Bundeskanzleramt abzustimmen. Künftig war für alle Spitzenpositionen, Versetzungen und Entlassungen die vorherige Zustimmung einzuholen; Weiterbeschäftigungen jenseits der Altersgrenze hatten in Zukunft die Ausnahme zu bleiben; bei Sachverhalten grundsätzlicher Bedeutung in der laufenden Berichterstattung an oberste Bundesbehörden sei er, Carstens, zu unterrichten, jeglicher Schriftverkehr mit den Ministerien über das Kanzleramt zu leiten; angesichts der großen Unzufriedenheit bei den Mitarbeitern der Beschaffung und der Gegenspionage seien nicht ausgelastete Mitarbeiter entsprechend umzusetzen.[221] Offenbar war der Eindruck, den der neue Amtschef an der Seite von Bundeskanzler Kiesinger bereits wenige Wochen nach seiner Berufung von dem deutschen Auslandsnachrichtendienst gewonnen hatte, einigermaßen verheerend.

Am Tage seiner Ernennung drückte Staatssekretär Carstens General Wessel neben der entsprechenden Urkunde ein weiteres Papier in die Hand. Es war der Entwurf einer Allgemeinen Dienstanweisung für den BND, deren Erlass der abgetretene Präsident bis zum Schluss verhindert hatte. Sein Nachfolger wurde jetzt ermahnt, das Schriftstück vertraulich zu behandeln, weil damit gerechnet werden müsse, »dass Präsident Gehlen unter Inanspruchnahme aller seiner Möglichkeiten gegen die Konzeption der Allgemeinen Dienstanweisung vorgehen« werde.[222] Zwei Wochen später trug der Kanzleramtschef Wessel auf, seinen Vorgänger keinesfalls mit der Weiterführung laufender Kontakte zu beauftragen. Es scheine des Staatssekretärs größte Sorge gewesen zu sein, vermutet Rolf-Dieter Müller, »dass Gehlen auf seinen Nachfolger« – während des Krieges war Wessel

sein Stellvertreter bei Fremde Heere Ost – »einen unheilvollen Einfluss ausüben und für kritische Pressereaktionen sorgen könnte«.[223] Der neue BND-Präsident hatte sich in Pullach eben ein wenig eingelebt, da wurde, Anfang Dezember 1968, die Allgemeine Dienstanordnung in Kraft gesetzt, die bis zu dem ersten, vom gesamtdeutschen Parlament 22 Jahre später verabschiedeten Gesetz über den Bundesnachrichtendienst Bestand hatte. Eine zentrale Bestimmung der Carstens-Anweisung lautete: »Auf innenpolitischem Gebiet wird der BND nicht tätig.«[224]

Reinhard Gehlen, der seine Amtsführung durch das Bundeskanzleramt herabgesetzt und sein Erbe bedroht sah, hielt diese Anordnung ebenso wie alle anderen Reformmaßnahmen für unnötig, falsch oder schädlich. Sie stellten nach seiner Auffassung die Funktionsfähigkeit des Dienstes in Frage. Drei Wochen nach seinem Ausscheiden machte er seiner Erbitterung Luft. Hans Globke hatte Gehlen für die gute Zusammenarbeit über mehr als zehn Jahre gedankt, der Pensionär antwortete ihm mit einem umfänglichen Handschreiben.[225] Neben geläufigen Selbststilisierungen wie der, dass er lediglich seine Pflicht an jener Stelle getan habe, an die ihn das Schicksal gestellt habe, zeigt der Brief vor allem, wie sehr sich sein Dienstverständnis von dem eines Spitzenbeamten wie des konservativen Karl Carstens unterschied, dem umstürzlerisches Neuerertum schwerlich angelastet werden konnte.

Gehlen begann mit dem Bemerken, der langjährige Staatssekretär an der Seite Adenauers habe stets Verständnis für die Schwierigkeiten gezeigt, denen ein Nachrichtendienst nun einmal gegenüberstehe. Nach dessen Ausscheiden im Herbst 1963 sei er, Gehlen, gezwungen gewesen, einen »dauernden Abwehrkampf gegen sachlich nicht gerechtfertigte Eingriffsversuche des Bundeskanzleramtes« zu führen. Die Auffassung und Gebaren einiger Beamter dort hätten ihn schwer enttäuscht: »Das alte deutsche Beamtentum«, klagte er, »das nur die Sache und nicht die eigene Person in der Erfüllung seiner Aufgaben sah, und das durch Sie und eine Reihe älterer Persönlichkeiten in so vorbildlicher Weise noch repräsentiert wurde, ist ja wohl im Aussterben begriffen. Es sollen dies keine verbitterten, sondern die Tatsachen nüchtern sehenden Feststellungen sein, die eben ein Zeichen der Zeit sind und sich auf allen Gebieten des staatlichen Lebens irgendwie kundtun.« Er glaube nicht, dass man unter solchen Umständen heute noch einen qualitativ hochstehenden

Auslandsnachrichtendienst aufbauen könne, schrieb Gehlen: »Der Zukunft sehe ich nicht nur im Politischen mit einem gewissen Pessimismus entgegen, sondern auch in Bezug auf die weitere Entwicklung des Dienstes, der – wenn die Vorstellungen mancher nicht fachkundiger Persönlichkeiten sich verwirklichen sollten – aus rein sachlichen Gründen sich gar nicht zum Besseren wird entwickeln können.«

Das selbstgewisse Bekenntnis dieses hohen Beamten der Bundesrepublik Deutschland, der jenseits von Sachlogik, Recht und Gesetz den innen- und parteipolitisch motivierten Machtmissbrauch zu einem Markenzeichen gemacht hatte, er sei als BND-Präsident zum Wohle des Staates gänzlich unpolitisch allein »der Sache« verpflichtet gewesen, fügte sich gut in die Apologetik eines Berufsbeamtentums, das nach 1945 ebendies schon für die Weimarer Zeit und die Jahre des Nationalsozialismus für sich in Anspruch genommen hatte. Gleichwohl wird man Staatsdiener, die ihre beschworenen Prinzipien bei der Amtsausübung in Westdeutschland nach 1945 ähnlich eklatant mit Füßen getreten haben wie Reinhard Gehlen, an den Fingern abzählen können.

Mit seiner Sicht auf die unruhige Innenpolitik und die antiautoritäre Protest- und Studentenbewegung stand Gehlen in der hohen Beamtenschaft mittlerweile ebenfalls am rechten Rand. Er bezog sich in einem Brief an seinen Nachfolger Wessel beispielsweise einmal auf das Buch eines bekannten Militärschriftstellers der zwanziger Jahre, das er wiedergelesen habe, und führte aus: »Wann wird es wohl gelingen, diesen Staat in eine zwar neue, aber doch auch festgefügte Ordnung hineinzuführen, in dem wieder der Wille dominant ist, nötigenfalls zu kämpfen und über die Interessen der eigenen Person hinaus auch dem Staate zu geben, was des Staates ist. Mit anderen Worten bedeutet das, eine weitverbreitete Entschlossenheit zu entwickeln, die allgemeine Auflösung endlich zu bekämpfen und zu einer entsprechenden Staatsreform zu kommen. Ich fürchte der nächste Krieg wird uns – wenn auch nicht morgen oder übermorgen – unvorbereitet überrollen.«[226]

Ein Spion des DDR-Staatssicherheitsdienstes wusste Äußerungen des pensionierten BND-Präsidenten nach Ost-Berlin zu berichten, die noch viel weitgehender klangen. Die Mentalität der Deutschen sei so geartet, dass sie keine Demokratie, sondern eine starke Führung brauchten, habe er von sich gegeben: »Er, Gehlen, hoffe, dass die NPD diese starke Regierung eines

Tages bilden werde und sich zu der Partei entwickle, die die jetzige Demokratie abbaut und hart durchgreift«; an der Stärkung der Partei wolle er aktiv mitwirken. Eine Bestätigung für diese Einlassung gibt es nicht, doch ebenso wie seine Zeilen an Wessel drehten sie sich um die Notwendigkeit eiligen staatlichen Eingreifens gegen den »fortschreitenden Prozess der Selbstzerstörung« im Sicherheitsbereich und die allgemeinen »gefährlichen Aufweichungserscheinungen und -prozesse«, die er in seinem letzten Buch beklagte.[227]

Doch zurück zu dem 1968 eingeleiteten Reformprozess. BND-Präsident Wessel, der die innen- wie außenpolitische Apokalyptik seines Vorgängers nicht teilte, machte sich sogleich daran, die Vorgaben des Bundeskanzleramts umzusetzen. Viele Missstände der Gehlen-Zeit ging er auch aus eigener Initiative an.[228] Bereits kurz nach Amtsantritt befasste er sich auch mit den zahlreichen Hinweisen auf die politische Inlandsaufklärung. Um dem ein Ende zu machen und den weiteren Missbrauch auftragswidrig beschaffter Materialien auszuschließen, wies Wessel sämtliche Bereiche des Dienstes wiederholt an, Unterlagen mit Erkenntnissen über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in keinem Zusammenhang mit der Auslandsaufklärung standen, für eine spätere Vernichtung an die Zentrale abzugeben. Auch hier zogen Carstens und Wessel an einem Strang. Der Kanzleramtschef bemühte sich um die Unterbindung jeglicher Fortführung der politischen Inlandsspionage, der BND-Präsident unternahm alle Anstrengung, entsprechende Unterlagen aus der Gehlen-Zeit unschädlich zu machen.

Der Veränderungswille der Großen Koalition im Bereich der Geheimdienste zeigte sich auch an der Arbeit eines Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags, der nach einer Reihe von ominösen Selbstmorden in sicherheitsempfindlichen Bereichen (der amtierende BND-Vizepräsidenten Horst Wendland fand sich darunter) eingesetzt wurde.[229] Die unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Martin Hirsch (SPD) tagende Kommission befasste sich ab Herbst 1968 ein halbes Jahr lang mit der Frage, ob die für den Staatsschutz und die Spionageabwehr zuständigen Organe in der gegenwärtigen Verfassung ihren Aufgaben überhaupt gerecht werden könnten. Sie stieß damit eine Grundsatzdebatte über Struktur, Charakter, Kontrolle und Zusammenarbeit der Geheimdienste an, die in der Bundesrepublik nun erstmals geführt

wurde. Der BND-Präsident hegte die Hoffnung, sie werde ihm dabei helfen, die Probleme bei der Neuordnung seines Dienstes zu bewältigen, und steuerte umfängliche Memoranden zu den parlamentarischen Erörterungen bei. Staatssekretär Karl Carstens teilte dem Ausschuss mit, er unterstütze die Gedanken Wessels, die »in einigen grundsätzlichen Fragen eine neue Konzeption erkennen ließen«.[230]

Die Hirsch-Kommission konnte sich angesichts ihres umfassenden Auftrags nur am Rande mit den Defiziten beim BND befassen. Vor allem wollte sie die politische Kontrolle von Verfassungsschutz, Militärischem Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst stärken. In einem Entwurf des gemeinsamen Abschlussberichts hieß es, der Bundestag habe »seine Kontrollfunktion gegenüber Nachrichtendiensten und aufsichtführenden Ressorts bisher nicht in der gebotenen Weise ausgeübt«, die parlamentarische Kontrolle sei »unzureichend« gewesen. Dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Rainer Barzel ging dieses Bekenntnis allerdings zu weit und er ließ es streichen. Dennoch gab es bei allen Parteien den Impuls, nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze nun auch dem nachrichtendienstlichen Sektor eine bessere legislative Grundlage zu geben und, vor allem, einen ständigen Bundestagsausschuss für die Nachrichtendienste einzurichten. Bundeskanzler Kiesinger und Staatssekretär Carstens verhinderten das aber, weil sie befürchteten, die NPD könne nach den Bundestagswahlen im Herbst 1969 ins Parlament einziehen und einen Platz in dem neu geschaffenen Kontrollgremium beanspruchen.

Das war freilich nicht alles, denn die beteiligten Ministerialbeamten, namentlich der konservative Verwaltungsjurist Karl Gumbel, der Anfang der fünfziger Jahre im Kanzleramt für den Gehlen-Dienst zuständig gewesen und inzwischen zum Staatssekretär im Innenministerium aufgestiegen war, sprachen sich gegen eine Ausweitung parlamentarischer Kontrollbefugnisse aus. Gerhard Wessel teilte diese auch in seiner Behörde geäußerte Sorge vor einer zu weit gehenden politischen Einsichtnahme jedoch nicht. Carstens beharrte auf seiner Auffassung, der Bundestag habe Anspruch auf solide Unterrichtung über die Tätigkeit der Nachrichtendienste. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen geschah nichts mehr, die Materie blieb liegen, die Aufmerksamkeit der

Abgeordneten und der Öffentlichkeit für nachrichtendienstliche Probleme aber war geschärft.

Sehr viel mehr Aufmerksamkeit als der Hirsch-Ausschuss verlangte dem neuen BND-Chef eine Untersuchungskommission ab, die ihre Arbeit unmittelbar nach seinem Amtsantritt aufgenommen hatte. Da Beschwerden und Kritik von Mitarbeitern des BND in den letzten Gehlen-Jahren einen kaum mehr beherrschbaren Umfang angenommen hatten und das Kanzleramt endlich Klarheit darüber gewinnen wollte, berief Bundeskanzler Kiesinger auf Anraten von Carstens kurz nach Wessels Amtsantritt eine dreiköpfige Untersuchungskommission.[231] Sie tagte unter dem Vorsitz von Staatssekretär a. D. Reinhold Mercker, einem erfahrenen Ministerialbeamten, der im Kanzleramt mehrere Jahre für den BND zuständig gewesen war. Die »Mercker-Kommission« (zu der noch ein pensionierter Generalleutnant der Bundeswehr und der frühere Personalchef des Auswärtigen Amts gehörten), die sich neben der Klärung der anhängigen Fälle auch mit den inneren Verhältnissen und Strukturen des BND zu befassen hatte, gelangte zu einem verheerenden Befund über den Zustand des von Reinhard Gehlen hinterlassenen Dienstes. Unterstrich schon die bloße Einsetzung der »Mercker-Kommission« den Veränderungswillen der CDU-geführten Koalitionsregierung, so machten ihre Befunde umfassende personelle und strukturelle Eingriffe in den Dienst unausweichlich.

Für Gerhard Wessel, der die Balance zwischen Kontinuität und Erneuerung, aber auch das Andenken an Gehlen zu wahren hatte, wurde die Kooperation mit dem Dreierausschuss Merckers zu einer zweischneidigen Angelegenheit, zumal die sehr gewissenhaft arbeitende Kommission »angesichts der Tiefendimension der sich langsam enthüllenden Missstände« ihre Untersuchungen nicht zügig abschließen, sondern den Abschlussbericht dem Kanzleramtschef erst Ende Juni 1969 vorlegen konnte. In den Augen Wessels war diese Verzögerung ein »Skandal«, weil »die aufgrund dieses Berichts wahrscheinlich notwendig werdenden Personalveränderungen«[232] hinausgeschoben werden mussten und sich die Unruhe nach dem Präsidentenwechsel in der Belegschaft dadurch weiter verstärkte.

Die Quintessenz des als streng geheim eingestuften Berichts, die Mercker dem Chef des Bundeskanzleramts vorab mitteilte, lautete, dass »die Lage

des Dienstes zur Zeit des Ausscheidens des früheren Präsidenten Gehlen in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend« gewesen sei. Seine Leistungsfähigkeit sei für einen Außenstehenden natürlich nur schwer zu beurteilen, und es müsse dahingestellt bleiben, wie das Urteil des zuständigen Offiziers im Verteidigungsministerium, »die militärische Ostaufklärung sei katastrophal«, einzustufen sei; völlig darnieder liege die Gegenspionage. Unter dem Strich zeige die Untersuchung, dass im BND Gehlens »der Gedanke, die sinkende Leistungsfähigkeit möglichst auch gegenüber den Leistungsempfängern nicht erkennbar werden zu lassen – möglicherweise sogar durch Manipulation von Meldungen – allzu sehr im Vordergrund des Interesses gestanden hat«.

Das war zurückhaltend im Ton, aber vernichtend in der Sache. Es habe in der Mitarbeiterschaft einen »Schwund an Vertrauen« in die Führung gegeben, hieß es weiter, »Mängel in der Personalführung«, »Verdacht der Korruption«. Die Hauptursache dieser Abwärtsentwicklung werde von leitenden Beamten und speziell seinen früheren engen Mitarbeitern »in der Entwicklung der Persönlichkeit des früheren Präsidenten« gesehen. Die Kommission sei allerdings der Meinung, »dass mit der Ablösung Gehlens noch nicht alles getan ist, was zu einer Wiederherstellung der für die künftige Leistungsfähigkeit des Dienstes notwendigen Vertrauensgrundlage erforderlich ist«, unterstrich Mercker. Nötig sei »eine wirkliche Kontrolle des BND durch das Bundeskanzleramt«; bei den maßgebenden Herren in Pullach schienen hierüber jedoch »noch andere Auffassungen« zu herrschen.[233] Das war ein ungewöhnlich deutliches Verdikt. Im eigentlichen Abschlussbericht wurde die Empfehlung einer strikten Dienstaufsicht, damit aus dem BND »kein Staat im Staat« werde, noch einmal wiederholt.[234] Der Chef des Bundeskanzleramts machte sich in einem ersten Vermerk vor allem Gedanken über die personellen Konsequenzen, die aus dieser verheerenden Bestandsaufnahme folgen mussten. Crome, Foertsch, Henke und vor allem Sicherheitschef von Buttlar sollten »aus ihren bisherigen Funktionen entfernt und anderen Aufgaben zugeführt werden«. Vor allem aber: »An die Spitze der Zentralabteilung sollte ein erfahrener Verwaltungsfachmann gestellt werden.«[235]

Staatssekretär Karl Carstens konnte die personellen und organisatorischen Veränderungen, die sich aus dem Verdikt der Mercker-Kommission zwingend ergaben, in den verbliebenen Monaten bis zur

Ablösung der Regierung Kiesinger nicht mehr durchsetzen. An dem Willen zu einschneidenden Reformen hatte es dem konservativen Staatsrechtsprofessor und erfahrenen Ministerialbeamten schon zuvor nicht gefehlt. Binnen anderthalb Jahren hatte er das Bundeskanzleramt erstmals zu einer wirklichen Kontrollinstanz des BND gemacht und außerdem unmissverständlich erkennen lassen, dass mit dem »Tohuwabohu« – so sein Nachfolger im Bundeskanzleramt, Horst Ehmke, ebenfalls Staatsrechtsprofessor – des Gehlen'schen Altersregiments aufgeräumt werden musste.[236]

Waren die Veränderungen an der Spitze des Bundeskanzleramts und in Pullach zu Beginn des Jahres 1968 ein »Gezeitenwechsel«,[237] so ist der Machtwechsel von der Großen Koalition zur sozialliberalen Bundesregierung unter Willy Brandt und Walter Scheel im Herbst 1969 eine politische Zeitenwende gewesen. Für die Unionsparteien und das bundesdeutsche Milieu rechts der Mitte war diese unerwartete Volte der Geschichte ein Schock. Konsterniert musste die gerne als »Staatspartei« apostrophierte CDU, die seit zwei Jahrzehnten den Bundeskanzler stellte und auch an diesem 28. September 1969 einen glänzenden Wahlerfolg verbucht hatte, der Tatsache ins Auge sehen, dass die Ära ihrer politischen Dominanz zu Ende war. Der »Schmerz über den Verlust der Macht«[238] verlangte den betroffenen Unionspolitikern ein gerüttelt Maß Tapferkeit und Selbstdisziplin ab, um diesen Höllensturz zu verkraften und den Regierungswechsel als demokratische Normalität zu akzeptieren.

War schon der Machtwechsel schwer zu verwinden, so rief die von Bundeskanzler Brandt sogleich forcierte neue Ostpolitik gegenüber der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polen und der DDR, die trotz erster Ansätze in der schwarz-roten Koalition mit den deutschlandpolitischen Prämissen und Prinzipien der Union brach, auf den harten Bänken der Opposition eine Empörung hervor, wie sie das Hohe Haus und die bundesdeutsche Öffentlichkeit seit den Redeschlachten zu Beginn der Ära Adenauer im Ringen um den richtigen Kurs in der Deutschland- und Westpolitik nicht mehr erlebt hatten. In diesem enragierten Meinungskampf bestand wenig Neigung zu interfraktioneller Verständigung über Sachfragen, die vor dem Regierungswechsel zwischen den Koalitionspartnern kaum streitig waren.

Die Misere des BND war eine solche Sachfrage. Bei den Fachpolitikern von CDU/CSU und SPD, Kanzleramtschef Carstens und Präsident Wessel hatte vor den Wahlen Einigkeit darüber bestanden, dass der BND nur durch eine Reform an Haupt und Gliedern gerettet werden konnte; erste Schritte waren eingeleitet. Doch nach dem Regierungswechsel entfaltete der Streit über die Entspannungspolitik, über den Charakter der sowjetischen Bedrohung, den Wandel des »Weltkommunismus« und die Gefährdung der Demokratie durch linksradikale Kräfte einen Sog, der den Auslandsnachrichtendienst, von dem man gerade jetzt vertiefte Analysen über die Verfassung des Ostblocks erwartete, besonders stark ergriff und die Ansätze der Reformdiskussion im Parteienstreit sofort verschüttete. Die Neuordnung des BND erfuhr eine Politisierung, die eine Verständigung zwischen Regierung und Opposition über geheimdienstliche Sachfragen kaum noch zuließ.

Der Autor muss es sich versagen, näher auf die mühevolle, in heftigstem Parteienstreit vorangetriebene zweite Gründung des BND in den siebziger Jahren einzugehen. Jost Dülffer und Rolf-Dieter Müller haben dazu Wesentliches gesagt. Für unsere Zwecke genügt es, den Blick auf die Bemühungen von Politik, Parlament, Presse und des BND selbst zu richten, Licht in das Dunkel der politischen Inlandsspionage während der Gehlen-Jahre zu bringen. Die Anstrengungen, den umlaufenden Gerüchten auf den Grund zu gehen, waren erheblich, doch bewegten sie sich notgedrungen – um es vorwegzunehmen – ganz an der Oberfläche und vermochten nie zu den weitläufigen Pullacher Operationen in der Innenpolitik durchzudringen. Ungeachtet ihrer begrenzten Einsichten sind diese Aufklärungsversuche gleichwohl schildernswert: Zum einen offenbaren sie, wie aussichtslos es bei fehlendem Aktenzugang seinerzeit sein musste, in das Lügengespinst eines geheim agierenden Dienstes eindringen zu wollen, der in der Ära Adneauer mit Unterstützung des Bundeskanzleramts alle rechtsstaatlichen Barrieren beiseite geschoben hatte; zum anderen wird deutlich, wie konsequent Gründungspräsident Reinhard Gehlen und seine engsten Mitarbeiter die Vertuschung ihrer innenpolitischen Machenschaften betrieben, die Öffentlichkeit in die Irre führten und den Deutschen Bundestag entschlossen belogen.

Desinformation und Politisierung

Willy Brandt, am 21. Oktober 1969 zum Regierungschef gewählt, berief mit dem 42-jährigen linksliberalen Professor Horst Ehmke einen Mann an die Spitze des Kanzleramts, in dem man geradezu das Gegenbild des liberalkonservativen Professors Karl Carstens sehen durfte. Der hemdsärmelige Newcomer, der unter Gustav Heinemann Staatssekretär des Justizministeriums und für einige Monate noch selbst Minister geworden war, kam aus der universitären Welt und schätzte die Kunst des geschmeidigen ministerialen Verwaltungshandelns weniger als Könner vom Schlage eines Carstens oder Globke. Schnell hingen ihm, auch in der eigenen Partei, Charakterisierungen wie »Hans Dampf in allen Gassen« oder »Oberminister« an.[239] »Vergammelter Laden« für den BND Gehlens und dessen »Herummachen« in der Innenpolitik waren saloppe Statements,[240] die seinem in der Sache nicht weniger kritischen Vorgänger nie über die Lippen gekommen wären.

Sofort nach dem Regierungswechsel ließ Gerhard Wessel die bereits unter Carstens zusammengezogenen Materialien mit innenpolitischem Bezug in einen speziellen Aktensicherungsraum bringen und noch vor dem Jahreswechsel legte der Präsident Kanzleramtsminister Ehmke mehrere dieser »Dossiers« vor, um sich das Einverständnis für deren Vernichtung zu holen. Über die Entstehung, den Umfang und den Verwendungszweck dieser Unterlagen herrschte beträchtliche Unsicherheit, doch war klar, dass sie nichts mit dem Auftrag des BND zu tun hatten. Der Kanzleramtschef nahm sich einige dieser Gehlen-Mappen zur Prüfung vor, wählte Unterlagen zu Rainer Barzel (CDU), Carlo Schmid (SPD), Friedrich Zimmermann (CSU) sowie Siegfried Zoglmann (bis 1970 FDP) aus und gab danach grünes Licht für die komplette Vernichtung der insgesamt 54 Personenakten.[241]

Horst Ehmke sprach später öffentlich von einer »dollen Sammlung«. Sie habe Dinge enthalten, »die keinen Nachrichtendienst etwas angehen«, und die auch vom neuen BND-Präsidenten Wessel als »Unsinn« eingestuft worden seien.[242] »Man kann sich gut vorstellen«, fügte er an, »wozu solche Sammlungen gut sein können. In einer Situation, in der der frühere Präsident sehr große Anstrengungen gemacht hat, nicht unter eine effektive Aufsicht zu kommen, kann man solches Material durchaus gebrauchen.«

Wessel bezeugte vor dem Guillaume-Ausschuss, die von ihm vernichteten Unterlagen hätten »wahllos abgeheftete« Dinge enthalten, und zwar ein solches Sammelsurium, »dass ich zu der Auffassung gekommen bin, dass diese Unterlagen für den Auftrag des Dienstes völlig sinnlos und nutzlos gewesen sind, und dass ich deshalb dem Minister Ehmke vorgeschlagen habe, da er mich um eine Empfehlung oder Stellungnahme dazu gebeten hatte, diese Sachen zu vernichten und aus der Welt zu schaffen.«[243] Die über Monate laufende Kassation der Gehlen-Spezialia, die bald noch weitere »Dossiers« betraf, war zunächst nur ein dienstinterner Vorgang. Im Parteienkampf um den BND verursachte sie nachträglich aber erhebliches Aufsehen.

Obwohl die Gehlen-»Dossiers« mit Schwerpunkt in den Jahren 1957 bis 1963 nur eine wenig bedeutungsvolle Randerscheinung der politischen Inlandsspionage gewesen sind, galten sie nach dem Präsidentenwechsel als ein erstes greifbares Indiz für den Amtsmissbrauch des BND-Gründers. Mittlerweile ist gesichert, dass er seine nur ihm und seiner intimen Gefährtin Annelore Krüger zugängliche Privatkartei Ende der fünfziger Jahre anzulegen begann und ihre bis in die Anfänge der Ära Adenauer zurückreichenden Namensakten (von einigen wenigen Blättern bis zu etwa 500 Seiten Umfang) mindestens 210 Personen des politischen Lebens erfassten.[244] Hans-Henning Crome, einige Jahre Mitglied des Leitungsstabs, vermochte in der Gehlen-Kartei nichts sonderlich Spektakuläres zu erkennen. Auf die in diesem Bestand ebenfalls enthaltenen »Führungsnotizen« machte er sich den (wie er bei einer Zeugenbefragung betonte) »nicht unernst« gemeinten Reim, »dass vielleicht also auch aus der räumlichen Distanz von München heraus man ganz gerne an dem beteiligt sein wollte, was in Bonn in personalibus gesprochen wurde«.[245]

Beide Kanzleramtschefs, Karl Carstens wie Horst Ehmke, so unterschiedlich im Temperament und so verschieden in ihren politischen Überzeugungen sie waren, stimmten nach näherer Befassung mit dem Gehlen-Erbe darin überein, dass der BND nur durch einschneidende Eingriffe der Politik zu einem leistungsfähigen Auslandsnachrichtendienst gemacht werden konnte. Gerhard Wessel sah das genauso. Nun führen umfassende Strukturveränderungen und personelle Revirements an der Spitze großer Behörden unvermeidlich zu Spannungen und Auseinandersetzungen, die selbst in ruhigen Zeiten über die Grenzen der

Institution hinaus Kreise ziehen. Wenn allerdings in aufgewühlten, die politischen Leidenschaften hochpeitschenden Zeiten eine frisch ins Amt gekommene Regierung sich anschickt, einen Geheimdienst umzubauen, über den allerlei Mutmaßungen, aber wenig verlässliche Informationen kursieren, einen Dienst außerdem, zu dem Politiker und Journalisten Beziehungen unterhalten, die sie ungern beschnitten sehen möchten, einen BND obendrein, bei dem mancher Mitarbeiter Grund zu der Befürchtung haben musste, ein vorgezeichneter Karriereweg drohe ihm plötzlich verlegt zu werden – dann wäre es wohl verwunderlich gewesen, wenn aus Unruhe nicht Empörung geworden wäre. Sie legte sich die ganze Ära Brandt über nicht.

Der erste einschneidende Reformschritt nach zwei Jahrzehnten persönlichen Regiments war der Präsidentenwechsel von Gehlen zu Wessel im Frühjahr 1968 gewesen. Nach einer sorgfältigen Bestandsaufnahme beurteilte der neue BND-Chef die Verfassung des übernommenen Dienstes nicht anders als Carstens und Ehmke. Auch wenn Gerhard Wessel sich des fortwirkenden Einflusses seines Vorgängers auf Politik und Presse bewusst war, stellte er zu seinem Chef in Kriegszeiten und der frühen Nachkriegszeit sogleich eine Distanz her, die den Einfluss seines Vorgängers wenigstens im eigenen Hause beschneiden sollte.[246] Intern pflegte Wessel durchaus einen deutlichen Sprachgebrauch. Es gelte, sagte er Anfang 1970, was ihm kürzlich ein Unterabteilungsleiter freimütig erklärt habe, nämlich dass man »20 Jahre Freikorps« nicht binnen zweier Jahre zu einer Behörde »umkrempeln« könne. Ein Jahr später führte der BND-Präsident vor seinen leitenden Herren aus: »Wir müssen uns damit abfinden und sollten uns auch dazu bekennen, dass die ›Landsknechtszeit‹, wie es ein Mitarbeiter einmal formulierte, vorüber ist, und der Dienst keine personenbezogene Institution mehr sein kann.«[247]

Waren die Berufung von General Wessel an die Spitze des Nachrichtendienstes überwiegend wohlwollend, die ersten Reformansätze der Regierung Kiesinger im nachrichtendienstlichen Milieu allenfalls leicht grummelnd aufgenommen worden, so entfachte die Fortführung des Erneuerungsprozesses durch die Regierung Brandt eine bis dahin ungekannte Entrüstung und Parteipolitisierung des BND-Problems[248] – bei den unversehens in die Opposition geratenen Unionsparteien, bei einem Teil der Medien, denen »Dr. Schneider« seinen Meisterspion-Nimbus verdankte,

und vor allem bei der alten Führungsgarde, die nun ihre Verbindungen in die Medien und die Politik mit der Klage mobilisierte, dass ihnen Minister Ehmke mit dem BND-Präsidenten im Schlepptau allzu sehr auf den Leib rücke und neben bewährten Strukturen auch eine stolze Tradition zerstöre.

Da weitgehend unbekannt geblieben war, dass Karl Carstens und Gerhard Wessel beide »ein genuines Interesse an der Beseitigung von Missständen im BND« gehabt hatten, da das vernichtende Urteil der »Mercker-Kommission« über »die Agonie der späten Zeit des Präsidenten Gehlen«[249] in einem streng geheimen Bericht verschlossen lag, und da sein Nachfolger vornehm genug gewesen war, die rasch erkannte und von ihm auch so genannte »organisierte Un- oder auch sogar Desorganisation« nicht an die große Glocke zu hängen,[250] schlug die vom Kanzleramt im Frühjahr 1970 vorgenommene personelle Neugestaltung der BND-Spitze im nachrichtendienstlichen Milieu und in der interessierten Öffentlichkeit trotz des vorausgegangenen Crescendos in der Presse ein wie eine Bombe.

Bundesminister Horst Ehmke stellte die neue Führungsriege und insbesondere den neuen Vizepräsidenten Anfang Mai in Pullach vor.[251] Die Wahl für die Stellvertretung Wessels war, erinnert sich Ehmke,[252] nach »langer, mühsamer Suche und nach Abstimmung mit Brandt, Wehner und Schmidt« auf den 39-jährigen Dieter Blötz gefallen, einen Kommunalpolitiker und SPD-Funktionär aus Hamburg. Der ehemalige kaufmännische Angestellte mit Abitur an der Abendschule hatte zwar zeitweilig dem Innenausschuss der Bürgerschaft vorgesessen und dabei Einblick in sicherheitspolitische Dinge bekommen, doch hätte das Kanzleramt kaum jemanden auswählen können, der weniger gut zu dem Korps der Stabsoffiziere und Veteranen der alten Abwehr gepasst hätte als Blötz.

»Der deutsche Geheimdienst-Adel war geschockt«, im BND war der Vize bald der »Herr vom Hamburger Wohnungsamt«.[253] In der freundlich gesinnten Publizistik avancierte Blötz umgehend zur Symbolfigur eines verantwortungslosen Umgangs der Sozialdemokraten mit dem sensiblen Gebilde in Pullach. Der neue Chef der Verwaltungsabteilung, 40 Jahre alt, der aus der Hamburger Hochschulverwaltung und auch aus der SPD kam, erwarb sich ebenfalls keine Freunde, als er Dutzende Verwandte und Verschwägerte aus den eingesessenen Clans zu entlassen oder zu versetzen begann. Dem neuen Leiter der Abteilung Beschaffung, ebenfalls erst 40

Jahre alt, vormals beim Verfassungsschutz für die Spionageabwehr verantwortlich und später Präsident des Bundesamts, war die Fachkompetenz schlecht abzusprechen, allenfalls die Tatsache vorzuwerfen, Kurt Weiß, »Winterstein«, aus seiner Position verdrängt zu haben, den völlig bedenkenlosen Protegé Gehlens, der sich nun aus dem Dienst heraus dem Kampf gegen die neue Zeit widmete.[254]

BND-Präsident Wessel hatte an dem Revirement nichts auszusetzen. Mehrfach machte er deutlich, er habe nach der Regierungsübernahme durch die SPD Verständnis für einen solchen Personalwechsel gehabt und in dem neuen Leitungspersonal überdies Mitarbeiter gefunden, »die seiner Auffassung über den Dienst uneingeschränkt zustimmten« und mit denen (so noch Jahre nach der Neubesetzung) eine »loyale Zusammenarbeit zum Nutzen des Dienstes und der politischen Führung unseres Landes« bestehe. Mehr als einmal unterstrich der BND-Präsident, weder auf die Arbeit seines Dienstes noch gar auf dessen Berichterstattung sei irgendwelche parteipolitische Einflussnahme erfolgt; das gehe offenbar über das Vorstellungsvermögen einiger Parteipolitiker hinaus.[255]

Die Zeitungen, keineswegs nur »die rechte Presse«,[256] wussten es besser. »In die Spitze des Bundesnachrichtendienstes gehören keine Parteifunktionäre«, wetterte etwa *Die Zeit*, wo die vom BND gut munitionierte Marion Gräfin Dönhoff nicht lange zuvor Reinhard Gehlen mit einer peinlichen Hommage auf den vor der Pension stehenden »Mann ohne Gesicht« auf den Leim gegangen war (»empfindsam«, »nachdenklich«, politische Gesinnung »immer absolut untadelig«, frei von »antikommunistischen Komplexen«, »höchster Geheimniskoeffizient« usw.).[257] Die *Süddeutsche Zeitung* beurteilte die Causa Blötz ähnlich wie das Hamburger Wochenblatt (»kaum qualifizierter Parteifunktionär der SPD«).[258]

Horst Ehmke kam in seinen Erinnerungen auf den »Sturm der Entrüstung« zurück, der in Pullach losbrach und »auch dem Präsidenten ins Gesicht blies«. Er meinte: »Rechte Seilschaften, deren Verbindungen bis in den Dunstkreis von Pullach reichten, schossen ohnehin längst aus allen Rohren gegen die Entspannungspolitik und diffamierten nicht nur Willy Brandt, Herbert Wehner und Egon Bahr, sondern nun auch mich, nach meiner Scheidung und Wiederverheiratung bald darauf auch meine aus Prag stammende Frau.«[259] Der politische Streit über den BND in der Ära Brandt

hatte sich von der Sache und den Fakten gelöst: von der Einsicht der informierten Verantwortlichen nämlich, wonach ein Neuanfang in Pullach unabdingbar sei.

Der BND hatte es trotz der Felfe-Katastrophe verstanden, dass Politik und Presse sein während der Ära Adenauer gepflegtes Image eines ungewöhnlich leistungsfähigen Nachrichtendienstes bis Ende der sechziger Jahre für eine mehr oder minder gesicherte Tatsache hielten. Die ablehnenden Reaktionen selbst linksliberaler Blätter auf die von Karl Carstens begonnenen und von Horst Ehmke fortgeführten Reformanstrengungen (die wegen des hohen Geheimhaltungsbedarfs nur unzureichend erläutert werden konnten) zeigen, wie unpopulär, ja unverständlich die Abriss- und Umbaumaßnahmen beim Auslandsnachrichtendienst Anfang der siebziger Jahre für die meisten waren. Das erleichterte es den betroffenen Traditionalisten im BND und den Fachpolitikern in der Unionsfraktion beträchtlich, gegen die Neuordnung Sturm zu laufen und von einer gefährlichen Parteipolitisierung zu sprechen.

Die aggressiven Kampagnen, die nun gestartet wurden, offenbarten, wie schwer sich die Unionsparteien taten, ihre neue Rolle anzunehmen. Im Kampf gegen die sozialliberale Ost- und Entspannungspolitik lag die Verlockung sehr nahe, die verstärkte Disziplinierung des Auslandsnachrichtendienstes als einen Versuch der Regierung Brandt/Scheel hinzustellen, Einfluss auf die Aufklärungsergebnisse des BND zu nehmen, die sowjetische Bedrohung weichzeichnen und damit die außenpolitische Linie der sozialliberalen Koalition flankieren zu lassen. Die intern oft genug wiederholten eindringlichen Beteuerungen von Präsident Wessel, es gebe weder eine fachfremde Politisierung seiner Arbeit noch dränge Kanzleramtsminister Ehmke auf politisch genehme Aufklärungsergebnisse, kamen gegen die Skandalisierungsstrategie der Opposition nicht an. Man schlug den BND-Präsidenten, meinte den Kanzleramtschef und zielte auf die SPD/FDP-Koalition.

Während Gerhard Wessel seinen Reformkurs vorantrieb, formierte sich in der Bundeshauptstadt der Widerstand. Der Verteidigungsexperte Werner Marx (CDU), der ein konspiratives Verhältnis zu Kurt Weiß pflegte,[260] fasste seine Besorgnis über den BND in einer Fraktionssitzung in die Prognose, »dass die parteipolitische Manipulation dort wohl bald so weit getrieben sein wird, dass ein solcher Dienst nur noch diejenigen Berichte

und Aufklärungsergebnisse der Regierung vorlegt, die in die jeweilige politische Lage dieser Regierung passen.«[261] Später kam ans Licht, dass neben Franz Josef Strauß auch Marx, der einstige Referent für Psychologische Kriegsführung im Verteidigungsministerium, jahrelang und gesetzwidrig geheime innerdienstliche Informationen aus der Hand von Weiß/»Winterstein« entgegengenommen hatte – in Pullach der Kopf des internen Widerstands gegen die regierungsloyale Linie des BND-Präsidenten.[262]

Vom Amtsantritt der sozialliberalen Regierung an flossen den Unionspolitikern, die in der Öffentlichkeit und im Parlamentarischen Vertrauensmännergremium gegen den Reformkurs von Ehmke und Wessel auftraten, aus dem BND neben geheimen Informationen auch Strategiepapiere zu, die sich wie Regieanweisungen zur Entlarvung und Bekämpfung der sozialliberalen Totengräber des Auslandsnachrichtendienstes lasen. Die anonymen, mit vertraulichsten Informationen gespickten Empfehlungen gossen beständig Öl ins Feuer des Geheimdienststreits: »Dieser Stil der auf geheimen Informationen beruhenden taktischen Politikberatung in Sachen BND war neu«, hält Jost Dülffer fest.[263] Eines der Konzepte, in dem empfohlen wurde, »die parteipolitische Neutralität des BND wiederherzustellen durch die Ablösung von Blötz oder den ›Einbau‹ (zum Beispiel als Inspekteur) einer der CDU/CSU nahestehenden Person in die Führungsspitze«, liest sich für ihn wie ein »Masterplan« für die Umfunktionierung des Vertrauensmännergremiums »in Richtung auf einen bald erhofften Regierungssturz und zur Minimierung des – angeblichen – SPD-Umbaus im BND«.

Bei dieser politischen Großwetterlage blieben dem BND-Präsidenten, der sich nicht zermürben ließ und sich sogar von einem Skeptiker zu einem Befürworter der Neuen Ostpolitik wandelte, nur fatalistische Kommentare. Während des Streits über eine Geschäftsordnung für das Vertrauensmännergremium notierte Wessel einmal, Kanzleramtsminister Ehmke zeige »eine klare parteipolitisch neutrale Haltung – er betont auch wieder, dass keinerlei besondere SPD-Einflüsse im Dienst geduldet werden sollten«. Ein andermal schrieb er in sein Tagebuch, er stelle gegenüber seinen Kritikern »immer loyal und nüchtern und den Tatsachen entsprechend die Situation dar – dass nämlich bis zum heutigen Tage keine

parteipolitische Einflussnahme in die Arbeit des Dienstes und auf die vom Dienst zu erstellenden Analysen und Beurteilungen festzustellen sei. Parteipolitiker scheinen aber nicht verstehen zu können, dass so etwas unmöglich ist. Das Gespräch mit Jaeger […] zeigte mir außerdem den ganzen Sumpf parteipolitischer Machenschaften und Gerüchte – höchst unerfreulich.« Und mehrere Monate später, nach einer neuerlichen Unterredung mit dem CSU-Politiker, stellte der Präsident fest, es gebe eine »geradezu groteske Verhärtung in allen innenpolitischen Fragen, den ständigen Versuch, den BND zum Prügelknaben zu machen, auch wenn man Ehmke meint«. Einen der hauptsächlichen Protagonisten der CDU/CSU-Fraktion bedachte Wessel mit einer ausgesuchten Würdigung: »Der Gegner könnte wirklich keinen besseren Mann haben, um den BND zu zermürben, als Herrn Baier.« Wenige Jahre später, als die Konfrontation abzuebben schien, sich auch der Kanzleramtschef wiederholt bemühte, den für den BND schädlichen politischen Streit zu entschärfen,[264] erhielt die Auseinandersetzung durch die Enttarnung des Kanzleramts-Spions Günter Guillaume, den Rücktritt von Bundeskanzler Brandt und den Untersuchungsausschuss des Bundestags dazu neuen Auftrieb.

Ein starker Katalysator des Konflikts ist die gut informierte, im Streit um den BND ungemeines Aufsehen erregende *Spiegel*-Serie »Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes« gewesen. Sie startete im März 1971, zog sich über 14 Folgen hin und erhitzte die Gemüter im Geheimdienstmilieu ebenso wie in Bonn. Das Bundeskanzleramt und der BND waren früh in die Planung der Reportage involviert gewesen, gaben vielerlei Hilfestellungen und hofften auf eine Art Erfolgsgeschichte des Auslandsnachrichtendienstes. Doch daraus wurde nichts: Das Magazin konnte in der flott geschriebenen Fortsetzungsgeschichte viel Unbekanntes präsentieren, wohlwollende Passagen wechselten mit bislang ungekannt kritischen Enthüllungen. Oppositionspolitiker witterten Geheimnisverrat, ein gesetzwidriges Zusammenwirken der Autoren Hermann Zolling und Heinz Höhne mit dem BND, mit Kanzleramtschef Ehmke, gar eine neue *Spiegel*-Krise. Der Generalbundesanwalt ermittelte, fand jedoch keine strafrechtlich relevanten Anhaltspunkte. Doch obwohl in der spektakulär aufgemachten Serie fast nur von der Gehlen-Zeit die Rede war, die »Enthüllungen über alte und neue Missstände im BND wurden nun der neuen Regierung zugeschrieben«. Jaeger, Marx, Strauß und andere

Unionsparlamentarier scheuten im Kampf gegen die Brandt-Regierung und in Verteidigung des Gehlen-Erbes nicht davor zurück, den »BND anzugreifen und damit durch Unterstellungen in einer Weise zu schädigen, wie es die Spiegel-Serie allein nicht vermocht hatte«.[265] Der Bundeskanzler sah sich gezwungen, im Bundestag eine Ehrenerklärung für den Dienst abzugeben.

Einen Tag nach Erscheinen des spektakulären *Spiegel*-Titels eskalierte der Streit im Parlamentarischen Vertrauensmännergremium. Gerhard Wessel nahm wieder einmal Zuflucht zu seinem Tagebuch und klagte: »Ich bin hier und mit mir der Dienst ungewollt und, ich glaube, unverschuldet in den Mittelpunkt eines Sturmes gekommen, der aus der Auseinandersetzung um die wachsende Konfrontation zwischen Koalitionsparteien und Opposition resultiert. Hier scheint allmählich der Opposition jedes Mittel recht zu sein, um der Regierung und in der Regierung vor allem Ehmke zu schaden. Wenn irgendwo, passt auf dieses Verhalten von Strauß, Marx und [Fritz] Baier das Wort vom Elefanten im Porzellanladen.«[266] Die ungleichen Partner Horst Ehmke und Gerhard Wessel hatten alle Hände voll zu tun, um den Schaden, der aus diesen Angriffen für den BND entstand, in Grenzen zu halten.

Vertuschung nach außen: Arbeit am Lügengespinst

Kritische Stimmen und Gehlens Widerspruch

Die deutsche Öffentlichkeit wisse »noch immer nicht, wie die Welt hinter den Mauern von Pullach aussieht«, leiteten Hermann Zolling und Heinz Höhne ihre Enthüllungsgeschichte ein: »Was der Bundesnachrichtendienst in Wahrheit ist, versucht der *Spiegel* zu ergründen. Den BND aus dem Zwielicht von Legende und Lüge, von Glorifizierung und Verachtung, von Furcht und Überschätzung zu befreien und ihn zu entdämonisieren, ist Sinn einer Serie, die mit diesem Beitrag beginnt.« Dabei kamen die beiden Autoren auch auf die politische Inlandsspionage des BND zu sprechen, über die schon immer gemunkelt wurde. Sie trugen alles zusammen, was man nach dem Abgang von Reinhard Gehlen ahnte oder vermutete, und drangen so tiefer in die schillernde Oberfläche aus Vorwürfen und Dementis ein als alle anderen Kollegen vor ihnen.

Tagespolitisch angefüttert stand am Anfang der Serie der Befund: »Der Geheimdienst ist im 26. Jahr seiner Existenz in der Talsohle geheimdienstlicher Effizienz angelangt.« Jahrelang seien bitter nötige Reformen versäumt, aber nun endlich in Angriff genommen worden. Kanzleramtsminister Ehmke habe zu Recht auf den katastrophalen Zustand des Dienstes am Ende der Ära Gehlen verwiesen, schrieb der *Spiegel*, dem der streng geheime Mercker-Bericht in Teilen vorlag. Eine der von »Dr. Schneider« hinterlassenen Hypotheken sei darin zu sehen, dass der Auslandsnachrichtendienst seine »V(Vertrauensmänner)-Männer in fast allen Behörden, Verbänden und Organisationen Westdeutschlands« sitzen habe. Diese Zuträger folgten, »obwohl nur zur Aufklärung im Ausland bestimmt, so vielen Spuren in der Innenpolitik, dass sich mancher bundesdeutsche Nonkonformist bespitzelt fühlt. Vor allem Sozialdemokraten hatten in der Ära Konrad Adenauers Anlass, die Aktivitäten des BND zu beklagen. In der nationalkonservativen Welt des großdeutschen Offizierskorps aufgewachsen, sahen manche BND-Altgardisten in Sozialdemokraten verkappte Kommunisten.« Traf das ziemlich präzise den Kern, so hieben die Journalisten mit ihrer zugespitzten politischen Unterstellung weit daneben: »Die Stunde der Abrechnung schlug, als die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Liberalen die Macht im Bund übernahmen.«

Obgleich die Unionsparteien in Gestalt von Kanzleramtschef Karl Carstens die Reform des BND selbst eingeleitet hatten, war dies genau die Unterstellung, mit der sie nun Skandal machten und die Parteipolitisierung der Debatte über den Nachrichtendienst forcierten.

Zolling und Höhne wussten noch mehr über die politische Inlandsspionage: »Für innerdeutsche Freunde aber ging der BND sogar in der Bundesrepublik observieren«, schrieben sie: »Ein solcher Freund war der Kanzleramts-Staatssekretär Hans Maria Globke, die ›graue Eminenz‹ Konrad Adenauers. Zur Unterrichtung Globkes gründete der BND rechtswidrig ein eigenes Inlandsbüro, dem V-Leute aus Parteien, Gewerkschaften, Flüchtlingsverbänden, Wirtschaftsbetrieben und Behörden Informationen zulieferten. Mit diesem Wissen machte Adenauer Haus- und Parteipolitik. Partner und Kontrahenten des Kanzlers waren oft verblüfft, manchmal entsetzt über dessen Intimkenntnisse – sie stammten vom BND.«[267] Das traf neuerlich den Kern, auch wenn Zolling und Höhne nicht allzu viele konkrete Belege vorweisen konnten.

In der 10. Folge von »Pullach intern« kam der *Spiegel* noch einmal auf die politische Inlandsspionage zurück und zog den Leser gleich zu Beginn mit zwei Fotografien ins Thema. Sie zeigten eine Limousine vor dem bewachten Palais Schaumburg, Bundeskanzler Adenauer und hinter ihm mit wissender Miene Hans Globke. Bildunterschrift: »Mit geheimem Wissen heimliche Macht ausgeübt.« Reinhard Gehlen, »Adenauers neuer Ratgeber«, habe so präzise zu berichten und »die Interessen des Kanzlers und CDU-Politikers« so gut zu berücksichtigen gewusst, dass der Regierungschef in ihm schon früh den kommenden Geheimdienstchef der Bundesrepublik Deutschland gesehen habe. Bereits Anfang der fünfziger Jahre sei die Stellung des Mannes, den die Autoren als genialisch begabten schlauen Fuchs porträtierten, unangefochten gewesen. »Gehlens innerdeutsche Dossiers« hätten vor allem dem persönlichen Ziel gedient, seine Stellung im Bundeskanzleramt frühzeitig zu festigen.

Damit waren Zolling und Höhne bei Hans Globke: »Im Palais Schaumburg an der Koblenzer Straße hatte Gehlen rasch die Zuneigung eines Mannes gewonnen, der das geheime Informationsmaterial der Org zum Wohle der christdemokratischen Staatspartei zu nutzen wusste […] Auf ihn setzte Gehlen von der ersten Stunde an. Globke seinerseits erkannte sofort die Möglichkeit, die ihm Gehlen bot: geheimes Wissen zu erlangen,

um heimliche Macht ausüben zu können.« So deutlich hatte bislang noch kein führendes Medium den Finger in die Wunde allerhöchsten Machtmissbrauchs gelegt. Auch die politisch-ideologische Stoßrichtung des Tandems Gehlen-Globke erkannten die beiden Autoren. Der *Spiegel* verdichtete das in dem Insert einer »Pullacher Faustregel: Wer gegen Adenauer opponiert, ist Kommunist«, und erläuterte ein abgebildetes Dokument mit der Bildunterschrift »Spionage-Auftrag: ›Sozialdemokraten sind suspekt‹.«

Zutreffend hielten Zolling und Höhne fest: »Die Berichte und Analysen der Inlandsaufklärung wurden oft nach einer schlichten ideologischen Faustregel bearbeitet: Die Regierung Adenauer stand mit den USA in einer Front gegen den bolschewistischen Weltfeind. Wer in der Bundesrepublik parteipolitisch oder persönlich gegen Adenauer opponierte, war für Gehlen-Leute zumindest verdächtig, wenn schon nicht Kommunist, so doch Neutralist und damit anfällig für die Lehren des Kommunismus. Diese simple Optik erklärt denn auch, warum Gehlen und seine Führungsmitarbeiter jede von der CDU geführte Bundesregierung mit dem Staat identifizierten, mochten sie aus taktischen Gründen auch Wert darauf legen, ihre Kontakte zur SPD-Parteiführung zu pflegen. Die Sozialdemokraten blieben ihnen suspekt, allein Adenauer und seine CDU zählten.«[268]

Zwei Fortsetzungen später war vom »hauseigenen Geheimdienst« des »Gehlen-Förderers Globke« und der erschreckenden Passivität des alternden Präsidenten gegenüber dem Zerfall seiner eigenen Schöpfung die Rede: »Reinhard Gehlen wurde nur munter, wenn es galt Positionen zu verteidigen – eigene und die des BND. Er hatte sich mit Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU liiert, die seine Interessen im Bonner Bundeshaus vertraten. Nichts schien ihn mehr zu bewegen, als die Machtstellung zu zementieren, die er sich und seinem Geheimdienst in Westdeutschlands Regierungssystem gesichert hatte« – »so etwas wie ein hauseigener Geheimdienst des Kanzleramts«. Dem habe erst die Spiegel-Affäre 1962 ein Ende gesetzt: »Die Achse Gehlen-Adenauer war zerstört, für alle Zeit.«[269]

Erst die Kanzleramtschefs Karl Carstens und Horst Ehmke hätten radikale Reformen eingeleitet, um den »Tiefpunkt der Effizienz« zu überwinden, hielt das Magazin weiter zutreffend fest. BND-Präsident

Gerhard Wessel habe inzwischen mit genauen Anweisungen sicherzustellen versucht, »dass der BND nie wieder Bundesbürger beschattete. Selbst die mit Mitteln der Gegenspionage gewonnenen ›Rand-Erkenntnisse‹ (Dienst-Jargon) über spionageverdächtige Westdeutsche durften vom BND nicht mehr bearbeitet werden.« Sein Vorgänger habe keine oder eine falsche »Imagepflege« betrieben: »Der BND war für die meisten Bundesdeutschen zu einem Synonym für telephonabhörende, brieflesende James-Bond-Figuren geworden, die hinter arglosen Bundesbürgern hinterherschnüffelten und in den Vorzimmern der Kreml-Machthaber saßen.« Mit seinem elitären Korpsgeist und »geheimniskrämerischen Kodex« habe der Dienst seine ohnehin schwache Bindung zur modernen Gesellschaft immer weiter verloren und gerade das konserviert, was die Bundesrepublik nun immer mehr hinter sich lasse: »Die antikommunistische Kreuzzugsmentalität, das Vorherrschen militärischer Gesichtspunkte, Law-and-Order-Prinzipien«.

Nach der Beobachtung von Zolling und Höhne hatten den neuen BND-Chef bereits Zweifel befallen, ob der vom Kanzleramt angestoßene und mit seinem Dienstantritt eingeleitete Reformprozess überhaupt durchsetzbar sein würde, als der Machtwechsel in Bonn den Dienst in eine neue »Vertrauenskrise« gestürzt habe, auch weil die eigene historische Erfahrung die SPD generell zu »einem allergischen Beobachter geheimdienstlicher Aktivitäten« hatte werden lassen. Von Beginn an sei die Sozialdemokratie mit dem »ganz auf die Achse Gehlen-Adenauer eingeschworenen« BND in Fehde gelegen. »Es gab kaum einen Sozialdemokraten, der sich nicht von BND-Schatten verfolgt fühlte«, erfuhr der *Spiegel*-Leser: »Wehner sah sich als Staatsfeind angeprangert.« Ungeachtet dieser Anfeindungen habe die sozialliberale Bundesregierung Besonnenheit gezeigt und Bundeskanzler Brandt sogar öffentlich eine Lanze für Pullach gebrochen. Kurz: Horst Ehmke und Gerhard Wessel seien die Richtigen, um den BND aus der Krise zu führen. Gewiss, einige Maßnahmen seien ungeschickt gewesen, hätten der Opposition in Bonn und den Traditionalisten in Pullach in die Karten gespielt, eine durchgreifende Restrukturierung des Dienstes sei jedoch unabweisbar, um den Bundesnachrichtendienst endlich »aus den Niederungen mangelnder Leistungsfähigkeit« herauszuführen. Im Zeitalter des Ost-West-Konflikts sei er weiterhin unabdingbar, Wunder könne er freilich nicht bewirken: »Die Zeit des Gehlen-Mythos ist vorbei.«[270]

Die vorzüglich informierte Serie des Hamburger Nachrichtenmagazins gab den Bundesbürgern den bis dahin tiefsten Einblick in die Geschichte des Gehlen-Dienstes, sie deutete die bislang ganz undeutlichen Umrisse der politischen Inlandsspionage klarer als andere Medien zuvor an und benannte den rechtswidrigen Kern der Allianz des BND mit dem Kanzleramt. Hermann Zolling und Heinz Höhne, bei ihrer Recherche durch Geheimhaltungsvorschriften und das Strafgesetzbuch stark eingeschränkt, konnten in ihrer investigativen Untersuchung zwar einige Beispiele für den Machtmissbrauch nennen, doch handfeste Belege blieben rar. Einen rauchenden Colt konnten die beiden Autoren nicht präsentieren. Gleichwohl: Bis dahin hatte es keine Reportage gegeben, die einen ähnlich tiefen Einblick eröffnete wie diese Serie des *Spiegels*.

Die ehemalige BND-Spitze schwieg zu den Vorwürfen, doch Reinhard Gehlen, der sich, so Rolf-Dieter Müller, inzwischen als »Teil eines ›nationalen Widerstands‹« verstand und »längst auf eine Art von politischem Partisanenkampf umgeschaltet hatte«, schwieg nicht. Der Pensionär schwieg nicht nur nicht, er unternahm es jetzt auch, die Öffentlichkeit von seiner eigenen Wahrheit zu überzeugen. Um des lieben Friedens willen hatte Präsident Wessel seinem schwierigen Vorgänger widerstrebend zugestanden, mit der Unterstützung des Dienstes und guter Dotierung eine »Materialsammlung« zur Geschichte des BND anfertigen zu dürfen. Etwaige Nutzungsrechte lagen beim Dienst, doch die Vereinbarung enthielt einen Passus, wonach dem prominenten Werksvertragsmitarbeiter die Abfassung von Erinnerungen auf dieser Grundlage nicht verwehrt sei.[271] Praktischerweise bezog der Arbeitsstab (»Gruppe Bohlen«), der den Ex-Präsidenten beinahe täglich in seinen Räumen begrüßen durfte, unweit von dessen Wohnsitz am Starnberger See Quartier. Angesichts der wachsenden Kritik an seiner Amtsführung wollte der »Doktor« das Urteil über seine historische Leistung nicht länger anderen überlassen und die Deutungshoheit über die eigene Geschichte zurückgewinnen, die er beinahe zwei Jahrzehnte lang souverän behauptet hatte.

Im Herbst 1971 (als die Buchveröffentlichung von »Pullach intern« bevorstand) unterrichtete Gehlen den überrumpelten Wessel über das baldige Erscheinen seines Erinnerungsbuches »Der Dienst«.[272] Er wolle mit seinem Werk alle politisch denkenden Menschen erreichen, schrieb er seinem Nachfolger: »Nur so konnte ich meiner geschichtlichen

Verpflichtung genügen, auf das Unheil hinzuweisen, in das wir mit unserer Ostpolitik hineinzumarschieren im Begriffe sind […] Schon einmal waren wir in der Situation, mit einer verfehlten Kriegspolitik sehenden Auges trotz aller Warnungen ins Unglück mitgehen zu müssen. Diesmal sind wir mit einer verfehlten Friedenspolitik auf dem gleichen Weg. Einer muss das einmal laut und deutlich sagen, damit uns nicht die Geschichte später den Vorwurf macht, nicht klar gewarnt zu haben.«[273] Aus Interviews und diversen Homestories des publizistisch immer regsamer werdenden Ex-Präsidenten kannte Gerhard Wessel Gehlens Selbststilisierungen und seine Perhorreszierung der sozialliberalen Ost- und Entspannungspolitik schon. Doch dessen deutliche Anzeichen von Altersstarrsinn zeigende Luther-Pose, seine Parallelisierung von 1939 und 1969 und vor allem sein illoyales Verhalten durch die faktische Privatisierung der Gruppe Bohlen wie auch ihm persönlich gegenüber brachte den BND-Präsidenten so in Rage, dass er mehrere Antwort-Entwürfe aufsetzte, dann aber wieder verwarf. Spätestens jetzt wurde ihm klar, dass er den Feldzug seines Vorgängers gegen die sozialliberale Bundesregierung und gegen jedwede Kritik an seiner Rolle in der Welt der Geheimdienste nicht stoppen, allenfalls darauf hoffen konnte, dass sich die »Kassandra vom Starnberger See« (Rolf-Dieter Müller)[274] mit ihrer politischen Offensive selbst aus dem Felde schlug.

Genau das geschah denn auch. Der grollende Pensionär musste von Kollegen und Publizisten vernichtende Besprechungen seiner Memoiren hinnehmen, die über Vorabdrucke in der *Welt* auf den Bestsellerlisten nach oben kletterten. Günther Nollau, der starke Mann im Bundesamt für Verfassungsschutz, der von der Arbeit Gehlens nie etwas gehalten hatte, fasste sein Urteil in dem Verdikt zusammen, der Autor habe ein Sammelsurium irreführender bis grotesker Behauptungen aufgetischt. Seine ganz auf den ideologischen Überbau fixierten Analysen des Weltkommunismus seien gröblichst verfehlt und zeigten nur, dass er »das Abc des Kommunismus nicht beherrscht«. Gehlens Behauptung, innenpolitisch nicht tätig geworden zu sein, sei widerlegt. In Wahrheit habe er »Nachrichtendienst zu politischen Zwecken« betrieben. Wertvoll seien seine Memoiren nur deshalb, weil sich der Gründungspräsident damit selbst enthüllt habe.[275]

Theo Sommer, sicherheitspolitischer Experte und langjähriger Chefredakteur der *Zeit*, versah seine Besprechung der schrägen Apologie

mit der Überschrift: »Ein Denkmal stürzt sich selbst«;[276] nicht anders die CIA.[277] Hermann Zolling, der Ko-Autor von »Pullach intern«, zog Gehlens Schilderung der Jahre vor und nach 1945 Punkt für Punkt in Zweifel. Vor allem widersprach er dessen Kritik an der *Spiegel*-Serie. Innenpolitische Aufklärung habe der Gehlen-Dienst von Anfang an betrieben, bekräftigte der kenntnisreiche Autor anhand mehrerer Beispiele: »Es waren Spitzeldienste für Staatssekretär Globke, der damit Adenauer Munition zur Intrige und zum Kampf gegen den politischen Gegner an die Hand gab.« Zolling sprach von einer »intimen Allianz Gehlen-Adenauer«. Es passe in den extrem irreführenden und schönfärberischen Umgang mit der eigenen Lebensgeschichte, dass in dem Buch schlicht ausgeblendet werde, welche Missstände die von Kanzleramtschef Karl Carstens eingesetzte »Mercker-Kommission« bereits Jahre zuvor zutage gefördert habe. Das werde von Gehlen einfach verschwiegen, kritisierte Zolling. In deren Bericht stehe nämlich »wörtlich über den BND: ›Ein korruptes Unternehmen‹«.[278]

Als Gehlens »borniertes« letztes Büchlein posthum erschien, vermochte der getäuschte und enttäuschte Hans Detlev Becker überhaupt nicht mehr an sich zu halten.[279] Gehlen habe in der Überzeugung gelebt, dass »der geheime Auslandsnachrichtendienst gleichermaßen von *allen* im Bundestag vertretenen Parteien vertrauensvoll getragen werden müsse. Dies ist ihm ersichtlich das Wichtigste am Staat, alle Parteien, alle jedenfalls im Bundestag vertretenen, haben den BND mit Vertrauen zu tragen. Die Sänfte: der Staat. Träger: die Parteien. In der Sänfte: der BND. Die Bundesrepublik Deutschland: ein Auslandsnachrichtendienst mit angegliedertem Parteienstaat – so das Weltbild des Auslandsnachrichtendienst-Präsidenten und Generalmajors der Wehrmacht a. D. Reinhard Gehlen, Omnipotenzphantasien eines berittenen Artilleristen, dem bei der Beförderung die Turmuhr stehengeblieben ist.«

Wir haben uns bereits zu Beginn des ersten Bandes mit den Selbstbeweihräucherungen, Legenden und Lügen in den Memoiren des Präsidenten auf dem Altenteil befasst.[280] Dazu gehören auch Reinhard Gehlens Mitteilungen zur Inlandstätigkeit des BND, auf denen die Lügengespinste der siebziger Jahre aufbauten. Immer wenn er sich zu den schon früh gegen den Dienst geäußerten Vorwürfen der politischen Inlandsspionage äußern musste, beteuerte er grundsätzlich und unverwandt, solche Anschuldigungen seien falsch und frei erfunden. In den Memoiren

von 1971 schrieb er: »Eines möchte ich hier auch noch zur Klarstellung unserer Aufklärungstätigkeit unterstreichen. In der Presse ist wiederholt behauptet worden, zuletzt in jüngster Zeit, dass wir eine umfangreiche innenpolitische Aufklärung betrieben hätten. Die legale Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes ist die Auslandsaufklärung. Man soll mich doch nicht für so töricht halten, dass ich durch eine innenpolitische Aufklärungsarbeit, welche Aufgabe der Verfassungsschutzämter ist, die Existenz des Dienstes aufs Spiel gesetzt hätte.«

Nach dieser Klarstellung, dass politische Inlandsspionage auftrags- und gesetzwidrig und darüber hinaus politisch höchst gefährlich sei, fuhr der BND-Präsident im Ruhestand fort: »Ich bin davon überzeugt, dass nicht eine einzige Meldung mit innenpolitischen Aufklärungsergebnissen zu meiner Amtszeit nach Bonn gegangen ist.« Allerdings sei ihm nur zu gut bekannt, dass »die östliche Seite immer wieder diese Behauptung aufgestellt und damit gerechnet hat, dass sie dem Dienst dadurch entscheidend schaden könnte. Die verschiedensten Kanäle sind dazu benutzt worden, solche Unterstellungen mit angeblichen praktischen Beispielen den deutschen Parteien und Publikationsorganen zuzuschieben, die dann solche Behauptungen guten Glaubens aufgenommen und verbreitet haben. Ebensowenig haben wir jemals einen deutschen Politiker überwacht, auch nicht, wie kürzlich behauptet wurde, Ollenhauer, der ein Mann war, dessen absolute Integrität auch von seinen politischen Gegnern uneingeschränkt anerkannt wurde.«[281]

Das kleine Hintertürchen in diesem Absatz eröffnete immerhin die Lesart, es sei kein *amtliches Schriftstück* des BND mit innenpolitischem Bezug in die Bundeshauptstadt gegangen; andere Formen der Unterrichtung des Kanzleramts deckte diese Version nicht ab. Dann war der Autor überzeugt, aber eben nicht sicher, dass auch von keiner seiner vielen Außendienststellen Meldungen aus der Innenpolitik weitergegeben worden waren. Seine Behauptung, niemals einen deutschen Politiker überwacht – also professionell observiert – zu haben, liegt auf derselben semantischen Ebene, denn damit ließ sich verneinen, dass die jahrelange politische Inlandsspionage Gehlens und namentlich die Ausforschung des SPD-Parteivorstands eine Überwachung im Sinne nachrichtendienstlicher Terminologie gewesen war.

In seinem posthum erschienenen Schriftchen »Verschlußsache« ging der Gründungspräsident des BND im Hinblick auf die angebliche »Diffamierung des Dienstes« als Instrument innenpolitischer Aufklärung noch einen Schritt weiter. Dass diese Vorwürfe und Unterstellungen »bis heute nicht verstummt sind, lässt nach meiner Ansicht eine doppelte Deutung zu«, schrieb er: »Entweder sind es unbelehrbare Gegner des Dienstes, die wider besseres Wissen die ›Gehlen-Ära‹ immer noch zu verteufeln trachten (und solche gibt es sicher …) – oder es sind Dilettanten, die von der komplizierten Arbeitsweise eines Auslandsnachrichtendienstes weder Ahnung noch Vorstellung haben.« Der Guillaume-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages habe den »verleumderischen« Vorwurf der »Bespitzelung«, »Schnüffelei« und »Observation« in seinem Abschlussbericht im Übrigen eindeutig widerlegt. Einige sozialdemokratische Parlamentarier hätten zwar auf diesen Unterstellungen beharrt, doch die Sprecher von CDU/CSU hätten die Beschuldigungen gegen den BND und ihn persönlich klar zurückgewiesen. »Dem ist von mir aus nichts mehr hinzuzufügen.«[282]

Die Memoiren Reinhard Gehlens wirkten wie eine postwendende Replik auf die Angriffe des *Spiegels*. Der Autor hatte das Buch als umfassende Ehrenrettung eines stets effizient und korrekt arbeitenden Auslandsnachrichtendienstes und zugleich als Selbstzeugnis eigener Unfehlbarkeit angelegt. Daneben leiteten die Memoiren aber auch schon seine Abrechnung mit den inneren Reformen und der Entspannungspolitik der sozialliberalen Bundesregierung ein. Neben den Interviews und gerne gewährten Reportagen in Illustrierten, mit denen er in die Öffentlichkeit drängte, verstand Gehlen seine Autobiografie als schweres Geschütz im Kampf gegen die »ganz schmutzige Sache« der Ostpolitik, ja der »verbrecherischen Ostpolitik«.[283]

Während der Debatte über den Grundlagenvertrag mit der DDR, die von der Opposition immer stärker angeheizt wurde, setzte Gehlen seine verbliebenen Einflussmöglichkeiten und seine neu hinzugewonnene Prominenz vor und hinter den Kulissen ein. In einem Gedankenaustausch mit dem Bundestagsabgeordneten Fritz Baier, der für die CDU im Vertrauensmännergremium saß und besonders massiv gegen die als Politisierung verteufelte Modernisierung des BND anging, qualifizierte er den Gedanken eines Grundlagenvertrags zwischen den beiden deutschen

Staaten als laienhaft. Außerdem machte er dem Abgeordneten den kostenträchtigen Vorschlag, die Unionsfraktion möge die letzten Kapitel seiner Erinnerungen doch als deutschlandpolitische Argumentationshilfe in einer Sonderpublikation herausbringen.[284] Bei seinem als eine Art nationaler Widerstand empfundenen Feldzug gegen die Ostverträge kämpfte mit Gehlen ein ganzes »Netzwerk von BND-Veteranen« – wir kommen darauf zurück[285] –, das unter maßgeblicher Anleitung seines Vertrauten Wolfgang Langkau stand, dem Chef des Strategischen Dienstes, der mit ihm ausgeschieden war. Hans Christoph von Stauffenberg, ein Mitarbeiter, der Pullach aus politischer Gewissensnot verlassen hatte, steuerte mit seinem Namen ein historisches Gütesiegel bei, mit dem sich beziehungsreiche Assoziationen wecken ließen. Stauffenberg gründete sogar einen eigenen kleinen, von CDU/CSU unterstützten geheimen Nachrichtendienst zur Flankierung ihres Abwehrkampfs gegen Bahr, Brandt und Moskau.[286]

Weil der CDU-Abgeordnete Fritz Baier seine Thesen über den verheerenden Einfluss der Sozialdemokraten im parlamentarischen Vertrauensmännergremium noch einmal zur Diskussion stellen wollte, verfertigte man im Bundeskanzleramt eine lange Liste von »zum Teil schon früher aufgestellten und widerlegten« Behauptungen: Horst Ehmke habe den Dienst in die »Innen- und Parteipolitik hineingezerrt«; über den BND herrsche das »Triumvirat Wehner, Bahr, Nollau, und Ehmke ist der Manager«; viele Mitarbeiter des Dienstes seien »an die Luft gesetzt oder in unbedeutendere Stellungen versetzt worden, weil sie nicht mehr auf der SPD-Linie lagen«; die »Politisierung« habe die Effizienz des BND beeinträchtigt; der Kanzleramtschef habe zur Verschleppung des Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft wegen der *Spiegel*-Serie beigetragen. Die Wiederholung solcher »unhaltbaren Vorwürfe in der Öffentlichkeit erscheint unverantwortlich«, betonte der Vermerk. Die Bundesregierung könne darauf allerdings nicht recht antworten, »ohne Teile der Arbeit des BND offenzulegen«.[287]

Die Kampagnen gegen die Reformanstrengungen Ehmkes und Wessels erhielten Ende April 1972 mit dem überraschenden Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums von CDU/CSU gegen Bundeskanzler Willy Brandt einen schweren Rückschlag. Die Niederlage der Union beraubte den »konservativ-reaktionären Intrigantenstadl von BND-Veteranen und Aktiven seiner Hoffnung auf eine Rückkehr der

Gehlenzeit«.[288] Der Ex-Präsident geriet obendrein in allerlei persönliche Bedrückungen, der unklaren Erwerbsgeschichte seines Hauses am Starnberger See etwa oder mehrerer Regalmeter dienstlicher Unterlagen wegen, die er illegal in den Ruhestand mitgenommen hatte und nun mit Hilfe der CIA irgendwie zu sichern versuchte. Es blieb unruhig um den mittlerweile 70-Jährigen. Auf Bitten seines amerikanischen Verlegers hatte er der englischen Ausgabe seiner Memoiren dann auch noch gemeinsam mit dem Bestsellerautor David Irving mehr Drive verleihen müssen.

Erst im letzten Augenblick vor dem Erscheinen strich er mehrere Passagen aus den Druckfahnen, die ihm für eine Publikation denn doch zu weitgehend erschienen. Mehrere ungekürzte Rohexemplare, von denen sich der *Spiegel* eines beschafft hatte, waren aber bereits in der Welt. Sogar Geheimnisverrat lag in der Luft. Gehlen versuchte Wessel zu beschwichtigen, konnte einer Stellungnahme gegenüber dem Kanzleramtsminister, dem Lieblingsfeindbild der BND-Hardliner, aber nicht ausweichen. Horst Ehmke nahm die Ausflüchte und Erklärungsversuche des Alterspräsidenten zur Kenntnis, ohne – was leicht gewesen wäre – eine öffentliche Angelegenheit aus der Causa zu machen.

Der *Spiegel*-Bericht über die getilgten Passagen, der kurz nach dem gescheiterten Misstrauensvotum erschien, verleitete Gehlen zu noch mehr Auskunftsfreude und zu noch mehr Polemik gegen die Umkrempelung des Dienstes, gegen die Politik der Bundesregierung und sogar gegen seinen Nachfolger.[289] Er habe zu Zeiten der Großen Koalition Anweisung gegeben, die Kontakte von Sonderbotschafter Bahr zur italienischen KPI zu überwachen,[290] das FBI in Ermittlungen gegen den ehemaligen KPD-Politiker und jetzigen Brandt-Berater Leo Bauer eingeschaltet und den Verfassungsschutzpräsidenten Günther Nollau immer als Sicherheitsrisiko angesehen, ließ er verlauten. Seinen langjährigen Weggefährten Gerhard Wessel schmähte er als einen ausgezeichneten »Zweiten Mann«, der aber leider nicht »das notwendige Format für eine so hohe Kommandofunktion« mitbringe. Die Partnerdienste zögerten inzwischen, »ihre ganz geheimen Informationen mit dem jetzigen Bundesnachrichtendienst auszutauschen«, behauptete er. Reinhard Gehlen, meinte das Hamburger Magazin, spreche das »Todesurteil« über seinen alten Dienst: »Der BND ist gründlich entmannt und nicht mehr in der Lage, den Kampf der freien Welt gegen den Weltkommunismus zu unterstützen.«

So sehr Reinhard Gehlen und die alte BND-Riege ihren alten Kameraden und konservativen Politikern aus der Seele sprechen mochten, allmählich gerieten sie doch an den Rand der politischen Auseinandersetzung, wenn sie sich nicht sogar unmittelbar lächerlich machten. Der BND lebte jedenfalls weiter. Die Bundestagswahl am 19. November 1972 markierte das Ende der von den Hardlinern verfolgten Vorwärtsverteidigung. Die sozialliberale Koalition ging als Sieger aus den Wahlen hervor, die SPD wurde erstmals stärkste Fraktion im Parlament. Der Streit um die Entspannungspolitik und die Aussöhnung mit dem Osten war politisch entschieden. Die aggressiven Mahner mahnten weiter, doch ihre Resonanz wurde schwächer. Reinhard Gehlen hatte seinen Erinnerungen nach dem Wahljahr noch ein zweites Buch folgen lassen: »Zeichen der Zeit. Gedanken und Analysen zur weltpolitischen Entwicklung«. Gewohnt endzeitlich und eindimensional angelegt, fand es allenfalls noch in rechtsnationalen Kreisen Resonanz.[291] Die Durchstecherei von geheimen Informationen und politisch verwertbarer Interna aus dem BND an CDU und CSU hielt zwar unvermindert an,[292] doch der Stern der Galionsfigur General a. D. Gehlen begann zu sinken. Im *Stern* erschienen Auszüge aus dem Bericht der »Mercker-Kommission«,[293] die Zeitgeschichtsforschung begann an seinem Nimbus als Chef der Abteilung Fremde Heere Ost zu rütteln.[294]

Ebenso wie zwei Jahrzehnte zuvor, als der Übertritt des Verfassungsschutzpräsidenten Otto John nach Ost-Berlin die Warnungen Gehlens vor einer kommunistischen Unterwanderung der Bundesrepublik zu bestätigen schien, spielte ein weit spektakulärerer Fall diesem Bedrohungsszenario noch einmal in die Karten: die Verhaftung von Günter Guillaume, des Spions des SED-Staatssicherheitsdienstes im Bundeskanzleramt, am 24. April 1974. Bundeskanzler Willy Brandt trat zurück. So groß Gehlens Genugtuung war, dass er mit seinen Kassandra-Rufen wieder einmal richtig gelegen hatte und seinen Intimfeind Günther Nollau eine erhebliche Mitverantwortung an dem Desaster traf, so wenig gelang ihm ein Comeback als Kritiker und Mahner. In den Zeiten der »Führungspersönlichkeit« Helmut Schmidt, so Gehlen anerkennend,[295] blieb wenig Raum für Niedergangsvisionen. Der Guillaume-Untersuchungsausschuss des Bundestags verschaffte dem ehemaligen BND-Präsidenten dann noch einmal eine Bühne, doch besiegelte sein

Auftritt, dem die Abgeordneten betreten folgten, seinen Prestigeverfall endgültig. Wesentliches Thema war die politische Inlandsspionage des BND.

Konzertierte Irreführung des Parlaments und der Öffentlichkeit im Guillaume-Ausschuss 1974/75

Am 6. Juni 1974 beschloss der 7. Deutsche Bundestag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Spionagefall Guillaume. Er bestand aus jeweils drei Mitgliedern von SPD und CDU/CSU sowie einem Abgeordneten der FDP und sollte einem guten Dutzend Fragen nachgehen. Die Einstellungskriterien im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts und des Innenministeriums kamen auf den Prüfstand, ferner natürlich alle Einzelheiten des Spionagefalls im Kanzleramt. Ein Untersuchungsauftrag fiel aus dem Rahmen, gewann für den BND, der von dem Guillaume-Verrat eigentlich kaum tangiert war, jedoch zentrale Bedeutung: »Sind im Bundeskanzleramt und im Bundesministerium des Innern sowie in deren Geschäftsbereichen Akten, Schriftstücke oder sonstige Unterlagen über politische Parteien, Vereinigungen oder Personen und deren Kontakte oder Verbindungen, insbesondere zu kommunistischen Regierungen, Parteien, Vereinigungen oder ihren Funktionären vernichtet, beiseite geschafft oder sonst der Verfügung von Stellen, bei denen sie entstanden sind, entzogen worden?« Anlass für diesen speziellen Ermittlungsauftrag seien seit langem anhaltende Gerüchte und die Presseberichte dazu.[296]

Die Beweisaufnahme dazu kam zu dem Ergebnis, der ehemalige Kanzleramtschef und nachmalige Bundesminister für Forschung und Technologie Horst Ehmke (der mit Brandt aus der Regierung ausgeschieden war) habe die Vernichtung von Unterlagen seinerzeit nach sorgfältiger Prüfung veranlasst, um »den Behauptungen den Boden zu entziehen, dass der Bundesnachrichtendienst sogenannte Dossiers über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Unrecht führe«. Ehmke habe erklärt, die Aktenvernichtung zeige, »in welchem Ausmaß der BND früher innenpolitisch missbraucht worden sei«, und dass es »auch illegale Tätigkeiten, d. h. Tätigkeiten außerhalb des ihm erteilten Auftrages, gegeben habe«. Der vom CDU-Abgeordneten Johannes Gerster verfasste Abschnitt über die Untersuchungen zum Komplex »Aktenvernichtung« hielt jedoch fest, Ehmke habe nach der Vorlage einschlägiger Aktenbeispiele in der Zeugenbefragung dann doch nicht den Schluss ziehen wollen, dass »frühere Chefs des Bundeskanzleramts oder der Bundeskanzler selber aus solchen Akten früher einmal bedient worden

seien«. Da Brandts Kanzleramtschef seinen ursprünglichen Verdacht nicht habe spezifizieren können und kein weiterer Zeuge eine ähnliche Behauptung aufgestellt, geschweige denn belegt habe, müsse man, so das Resümee, davon ausgehen, »dass ein innenpolitischer Missbrauch des BND durch eine Bundesregierung ernsthafter Weise nicht behauptet werden kann«. Für eine Bejahung der Frage nach der »innenpolitischen Aufklärung durch den BND« fanden die Abgeordneten nach der Einvernahme leitender Mitarbeiter des Dienstes und von Reinhard Gehlen persönlich ebenfalls keine ausreichenden Hinweise; alle Pullacher Zeugen seien solchen Behauptungen energisch entgegengetreten. Über die größtenteils vernichtete Sonderkartei des ehemaligen BND-Präsidenten habe sich ebenfalls »keine letzte Klarheit« herstellen lassen, jedenfalls nicht dahingehend, dass sie »das Ergebnis einer auftragswidrigen innenpolitischen Aufklärung gewesen wäre«.

Burkhard Hirsch (FDP) wurde in dem von ihm verfassten Berichtsteil deutlicher. Ein wirklich klares Bild sei schon deshalb nicht zu gewinnen gewesen, weil die Abgrenzung zwischen außen- und innenpolitischer Aufklärung bis 1969 weder von der vorgesetzten Behörde noch vom BND selbst strikt genug definiert und beachtet worden sei, hielt zwar auch er fest, doch am Beispiel der viel diskutierten »Gehlen-Dossiers« kam er zu einem anderen Befund als sein Kollege von der Opposition. Die Sonderkartei des Präsidenten habe fast nur innenpolitische Informationen enthalten, schrieb Hirsch, sie sei auf Anweisung angelegt und wohl überwiegend für Besprechungen mit dem ehemaligen Kanzleramtschef Hans Globke genutzt worden. Damit sei zwar nicht erwiesen, dass Reinhard Gehlen das in seiner Kartei »gesammelte Wissen politisch missbraucht hat«, aus dem Inhalt der Akten könne aber doch geschlossen werden, dass der Präsident nicht genügend darauf hingewirkt habe, »jede Art von innenpolitischer Aufklärung zu unterbinden«. Der Zeuge Kurt Weiß, »Winterstein«, so weiter, habe in seiner Aussage allerdings verdeutlicht, durch das Verhalten Gehlens sei »bei einzelnen Beschaffern der Eindruck entstanden, dass es eine Reihe von Informationen gebe, die zwar weder für den Bundesnachrichtendienst, noch für das Bundesamt oder die Landesämter für Verfassungsschutz im Rahmen ihrer Aufgabenstellung von Bedeutung waren, wohl aber für den Präsidenten des BND«. Wie wir gesehen haben und noch sehen werden, ist Weiß, der bei solchen Andeutungen stehenblieb,

in Wirklichkeit eine der maßgeblichen Figuren bei der umfassenden innenpolitischen Ausforschung und Einflussnahme des BND gewesen.

»Es hat sich für das Ansehen des BND als verhängnisvoll erwiesen«, lautete das Fazit von Burkhard Hirsch, »dass Beschaffer des BND ihre Aufgabe nicht nur in der Auslandsaufklärung für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in der Vermittlung von Sonderkenntnissen für ihren Präsidenten sahen.« Die Personenkartei habe allein dazu gedient, »aufkommende Meldungen und Nachrichten über inländische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu sammeln und auf Abruf verfügbar zu machen.« Bis zur Amtsübernahme durch Gerhard Wessel im Frühjahr 1968 hätten Angehörige des BND daher »ihren Aufgabenbereich überschritten«.[297] Das war zwar mehr, als der CDU-Vertreter im Guillaume-Ausschuss einräumen mochte, aber viel weniger als das, was die Autoren der *Spiegel*-Serie »Pullach intern« schon einige Jahre zuvor festgestellt hatten: »Gehlens innerdeutsche Dossiersammlung diente von Anbeginn einem persönlichen Ziel: Seine Stellung dort auszubauen, wo der Geheimdienst-Chef schon frühzeitig seinen eigentlichen Dienstherrn sah – im Bundeskanzleramt zu Bonn.«[298] Das war eine zutreffende Feststellung, doch für eine wirkliche Aufklärung der politischen Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer blieben die Grenzen der Erkenntnis für Parlament und Medien unübersteigbar. Das änderte sich mit der Öffnung des BND-Archivs erst vier Jahrzehnte später.

Einige Zeitungen, vor allem Reinhard Gehlen in einem Interview mit der *Welt am Sonntag*,[299] behaupteten nach Einsetzung des Guillaume-Ausschusses, die Frage nach der Aktenvernichtung im BND zu Beginn der Amtszeit von Ehmke und Wessel sei ein »Ablenkungsmanöver« der SPD, um sich als Hauptbetroffene des Guillaume-Spionageskandals Entlastung zu verschaffen. Die Regierungspartei wolle die schmutzige Wäsche des Auslandsnachrichtendienstes jetzt nur deswegen vor großem Publikum waschen, um von der Unterwanderung der SPD durch das Ehepaar Guillaume, vom Versagen ihres Protegés und Parteifreunds Günther Nollau an der Spitze des Verfassungsschutzamts und von der Leichtfertigkeit der sozialliberalen Bundesregierung bei der Einstellung des DDR-Spions abzulenken.

Dieser Vorwurf war selbst eine Ablenkung von den Tatsachen. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, Claus Arndt, erläuterte der

SPD-Fraktion die tatsächlichen Zusammenhänge in einer Zwischenbilanz. Die Einbeziehung des Komplexes der Aktenvernichtung in den Untersuchungsauftrag gehe nämlich auf die CDU/CSU-Fraktion zurück, schrieb er, »weil sie glaubte, hier eine besonders schwache Stelle Professor Ehmkes und der SPD treffen zu können«. Durch die im konservativen Lager jetzt verbreitete Version, es handele sich um ein groß angelegtes Ablenkungsmanöver der Regierungsparteien, werde »die Wahrheit auf den Kopf gestellt«.[300]

Das war kein Dissens in einer Nebensache. Mit der Einbeziehung der »Gehlen-Dossiers« in die Untersuchungen des Bundestags wurde der Streit über den BND vielmehr auf eine für die Verteidiger des Gehlen-Erbes gefährliche Ebene gehoben: Mochte in den zurückliegenden Jahren über die Vorzüge oder Schwächen des Systems Gehlen, über die Effizienz und Defizite der Auslandsaufklärung, über Sinn und Unsinn der Carstens-Wessel-Ehmke-Reformen trefflich gestritten worden sein, mochte die Presse dieses oder jenes Ungeheuerliche über die Machenschaften des Gehlen-BND in der Ära Adenauer behaupten, mochte sich der Alterspräsident inzwischen hinlänglich selbst diskreditiert haben – all das war bisher in der Sphäre des Meinungsmäßigen verblieben, geradeso, als könne man die BND-Vergangenheit mit guten Argumenten so oder eben auch ganz anders sehen. Es würde jedoch dann keinerlei Meinungsverschiedenheit über den Gehlen-Dienst mehr möglich sein, wenn nun zweifelsfreie Beweise für eine langjährige politische Inlandsspionage auf den Tisch kamen. Da nun die Aufdeckung dieser Machenschaften durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss drohte, taten Reinhard Gehlen, seine Weggefährten und deren politische und journalistische Lobby alles, um den Schild des BND während der Ära Adenauer rein zu halten.

Freilich, die konträren politischen Interessen von Regierung und Opposition im Kampf um Geschichte und Zukunft des BND standen der Aufklärung seiner ausgedehnten Inlandsspionage ebenso entgegen wie die Tatsache, dass es für Außenstehende schon bei auftrags- und gesetzeskonformem Handeln kaum möglich ist, in das Arkanum eines Nachrichtendienstes einzudringen. Für den Machtmissbrauch und die hochgeheime parteipolitische Instrumentalisierung des Gehlen-Dienstes seit Ende der vierziger Jahre gilt das umso mehr. Vollends undurchdringlich musste das Dickicht der Gerüchte und Behauptungen dann werden, wenn

sich – wie vor dem Guillaume-Ausschuss des Parlaments – die Veteranen der illegalen Ausforschung zur Arbeit an einem Lügengespinst zusammenfanden. Bis zu der zentralen SPD-Operation war mit den Möglichkeiten des Parlaments ohnehin nicht vorzudringen.

Reinhard Gehlen hatte den Ton der konsequenten Ableugnung jedweder Form politischer Inlandsspionage bereits während seiner Amtszeit gesetzt und danach noch verstärkt.[301] Als sich die Parlamentarier 1974/75 auf die Guillaume-Affäre und die »Gehlen-Dossiers« einen Reim zu machen versuchten, war die politische Kontroverse um die Neuordnung der Behörde schon abgeebbt. Jetzt ging es weniger um die Zukunft, als um die Vergangenheit des BND. Dessen Ruf nicht mit dem Ruch des Illegalen beflecken zu lassen, war daher das verbindende Motiv bei den Auftritten der ehemaligen BND-Spitze vor dem Untersuchungsausschuss.

Sogleich nach der Einsetzung des Guillaume-Ausschusses hieb Gehlen im Rahmen einer Homestory der dänischen Zeitung *Politiken* in die alte Kerbe.[302] Er sei niemals Mitglied einer Partei gewesen, erzählte er dem wohlwollenden Besucher aus Kopenhagen, denn jenseits aller Parteien wolle er etwas für sein Land tun. Seine Organisation habe sich immer nur um die äußere Sicherheit gekümmert: »Mit der inneren Sicherheit, die unvermeidlich auch eine Einwirkung auf die Innenpolitik hat, wollte ich nie etwas zu tun haben. Ich kann jederzeit bestätigen, dass keine deutsche Regierung jemals irgendwelche innenpolitischen Berichte von mir bekommen hat.« Der zurückgetretene Willy Brandt habe als Politiker gewiss gute Absichten gehabt, doch fast die Hälfte der Deutschen hätten sein außenpolitisches Vorgehen und seine innenpolitischen Konzepte für illusionär und gefährlich gehalten. »Als ehemaliger Beamter möchte ich das aber nicht kommentieren.« Sein Leben sei ihm eigentlich recht gut gelungen, befand der General a. D., das Einzige, was ihn noch umtreibe, sei das Schicksal seines Landes.

Die Presse, namentlich *Spiegel* und *Stern*, kannte die Achillesferse des Gehlen-BND und ließ, passend zur bevorstehenden Zeugenvernehmung, mit Berichten über Vetternwirtschaft und Bespitzelungen nicht locker. Der Präsident a. D. zeigte sich unbeeindruckt. In dem erwähnten Interview mit der *Welt am Sonntag*, das den massiven publizistischen Schlagabtausch in diesem Oktober eröffnete, stellte er wieder einmal und wie immer fest: »Eine innenpolitische Aufklärung hat seitens des

Bundesnachrichtendienstes nicht stattgefunden.« Am »allerwenigsten« treffe zu, dass deutsche Politiker bespitzelt worden seien. Gehlen plädierte – vielleicht um sich den Sozialdemokraten und dem Kanzleramt in diesen kritischen Wochen als unideologische Persönlichkeit zu präsentieren – plötzlich sogar für politische, ja parteipolitische Kriterien bei der Besetzung des Präsidentenamts. Ideal wäre es nach seiner Ansicht, wenn die Leitung einem »dafür geeigneten SPD-Spitzenpolitiker« übertragen würde, »der das unbedingte Vertrauen des Kanzlers genießt«.[303] Der Einladung des Ausschusses zur Zeugenvernehmung kam Gehlen mit Verweis auf seine angegriffene Gesundheit erst einmal nicht nach.

Zuvor hatte der Gründungspräsident in einem Schreiben an den Untersuchungsausschuss ausgeführt, die Aufgabenstellung des BND sehe keine innenpolitische Aufklärung vor und sei von ihm auch »nicht durchgeführt« worden. Ein solches Engagement, das »sowieso im Vergleich zu den anderen Aufgaben uninteressant gewesen wäre«, fuhr er fort, »hat also seitens des Bundesnachrichtendienstes nicht stattgefunden«, am allerwenigsten eine Bespitzelung deutscher Politiker: »Ich erinnere mich nicht, dass jemals der Regierung eine Meldung vorgelegt worden ist, die innenpolitische Zusammenhänge zum Gegenstand hatte. Der Bundesnachrichtendienst hat in meiner Verantwortungszeit stets versucht, auch mit der Opposition – damals der SPD – im Sinne der Überparteilichkeit eng zusammenzuarbeiten. Speziell die Herren Mellies, Erler, Ritzel, aber auch viele andere suchten auch ihrerseits eine solche Zusammenarbeit. Mit dem Ostbüro der SPD bestand lange Jahre eine sehr enge nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, die wertvolle Erkenntnisse aus der Zone brachte.«[304] Eine umfassende Lüge in dienstlicher Fassung.

Der Guillaume-Ausschuss hörte zu dem Komplex Aktenvernichtung und Inlandsaufklärung zunächst die beiden Kanzleramtschefs unter Kiesinger und Brandt sowie den amtierenden BND-Präsidenten. Horst Ehmke, der inzwischen aus der Regierung ausgeschieden war, legte sich wenig Zurückhaltung auf und sagte, vom BND sei »entgegen seinem Auftrag Inlandsaufklärung betrieben worden«. Mit diesem Befund stelle er sich nicht gegen den Dienst, wo »die Mehrzahl« ihre Pflicht tue, sondern gegen »die damals politisch Verantwortlichen«.[305] Das war mindestens missverständlich formuliert, da sich so auch sein Nachfolger angegriffen fühlen konnte. Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt

Marie Schlei (SPD) stieß anderntags in einer aktuellen Stunde des Bundestags in dasselbe Horn und wies darauf hin, dass »der BND unter Leitung seines früheren Präsidenten Gehlen auch Daten über wichtige Persönlichkeiten in der Bundesrepublik gesammelt hatte […] Das pflichtwidrige Verhalten lag darin, dass über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, besonders im Bereich der Politik, Nachrichten gesammelt wurden, systematisch gesammelt wurden, für die es nach der Dienstanweisung keine Zulässigkeit gibt.«[306]

Im Rundfunk spitzte Horst Ehmke die Kontroverse noch zu. Während er sich seinerzeit bemüht habe, keinen parteipolitischen Gebrauch von den Missständen im BND zu machen, beklagte er, müsse man nun eine Kampagne der »Sicherheits- und Saubermänner« von CDU und CSU erleben, »die dem deutschen Volk suggerieren wollen, eure Sicherheit ist bei den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten nicht in guten Händen«.[307] Tags darauf interviewte der prominente Fernsehjournalist Ernst Dieter Lueg die beiden ehemaligen Kanzleramtschefs und betitelte seinen Beitrag mit »BND im Zwielicht«.[308] Ehmke brach zunächst eine Lanze für Präsident Wessel, der für »einen neuen Anfang« im Dienst gesorgt habe, den Gehlen »in teilweise desolatem Zustand hinterlassen hatte«. Für diese Aufräumungsarbeiten habe er die notwendige politische Rückendeckung erhalten. Der Neuanfang sei nur leider dadurch erschwert worden, »dass ständig von der Opposition Angriffe gegen mich oder gegen den Dienst gefahren worden sind im Grunde nur aus einer Ursache, nämlich aus der, dass wir dort aufgeräumt haben«. Karl Carstens bestätigte im selben Interview lediglich, dass der BND nach der Enttarnung von Heinz Felfe »umorganisiert« werden musste und es »gewisse innere Schwierigkeiten« gegeben habe, die nach den Ermittlungen der von ihm eingesetzten »Mercker-Kommission« abzustellen waren. Eigentlich habe er damals nur auf etwas mehr Transparenz gesetzt: »Ich möchte sagen, der Dienst hat eine glänzende Phase in den fünfziger und sechziger Jahren gehabt. Das ist das unbestrittene Verdienst von Gehlen, von Präsident Gehlen, der ja in der damaligen Zeit als einer der besten, wenn nicht der beste Geheimdienstchef in der westlichen Welt galt.« Das war das Gegenteil seiner tatsächlichen Meinung von 1968/69, doch nun galt es, die politischen Fronten von 1970/71 stabil zu halten.

Noch um einiges deutlicher und polemischer wurde der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im *ZDF-Magazin*, das zu den entschiedensten Verteidigern Gehlens und den erbittertsten Gegnern der Ostpolitik zählte.[309] Carstens beklagte bei Gerhard Löwenthal, die Behauptung der SPD, Unionsregierungen hätten mehr als zwanzig Jahre lang Machtmissbrauch mit dem BND betrieben, seien nicht nur »samt und sonders falsch«, sondern auch »eine unerhörte Verleumdung der CDU/CSU«. Die Sozialdemokraten wollten den Guillaume-Ausschuss offenbar für ihre politischen Zwecke missbrauchen. Er sehe sogar den Versuch, »den BND einzuschüchtern und mundtot zu machen, und das ist – glaube ich – etwas, was wir alle mit sehr großer Sorge betrachten müssen«. In einem weiteren Interview meldete Carstens Zweifel an, »dass Parteien und prominente Politiker im Inland bespitzelt worden sind«. Als Oppositionsführer hielt sich der ehemalige Staatssekretär, der die Remedur des BND eingeleitet hatte, jetzt selbstverständlich auf der Verteidigungslinie seiner Fraktion. Die rechtskonservative *Deutsche Zeitung* setzte ihr Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten zwei Tage später gar unter die Überschrift: »Reinhard Gehlen: Der BND wird ruiniert.«[310]

Da die Behauptungen immer abenteuerlicher wurden, ging Horst Ehmke noch etwas weiter.[311] In der Fernsehsendung »Monitor« gab er zu Protokoll, er wisse auch nicht, wieso der BND Informationen über Politiker gesammelt habe, »aber es ist klar, dass man mit solchem Material z. B. winken kann, wenn etwa aus dem politischen Raum die Forderung nach einer stärkeren politischen Kontrolle des Dienstes gestellt würde oder früher gestellt worden ist. Aber das kann man nur vermuten. Wichtig ist, dieses Material lag außerhalb des Auftrags des BND und war insofern illegal.« Was die Bespitzelung von Parteien angehe, so habe das besondere Interesse des Geheimdienstes der SPD-Zentrale in Bonn gegolten: »In den Jahren des Kalten Krieges hatten die Mitarbeiter des Ostbüros der SPD wertvolle Informationen über die DDR nach Pullach geliefert. Mit Beginn der neuen Ostpolitik wurden die Sozialdemokraten selbst Objekt der Bespitzelung. Berichte über Vorstandssitzungen und interne Besprechungen wurden ebenso weitergegeben wie politische Pläne der SPD-Zentrale.« Das war die am weitesten gehende Andeutung, die in der Öffentlichkeit jemals zu Gehlens Operation gegen die sozialdemokratische Parteiführung gemacht wurde.

Ehmkes Bemerkung war zwar zutreffend, ging aber trotzdem von der irrtümlichen Annahme aus, die Ausforschung der SPD-Führung habe erst mit den Anfängen der Neuen Ostpolitik begonnen. Ehmke hatte nämlich den intern bereits 1971 bekannt gewordenen Fall »Bärwald« im Auge, der bei den Sozialdemokraten seither als der lang gesuchte rauchende Colt galt. Tatsächlich war dieser Fall, der im Guillaume-Ausschuss eine prominente Rolle spielte, nur ein Nebenschauplatz, misst man ihn an der intensiven BND-Berichterstattung aus der SPD-»Baracke« während der Adenauer-Ära. In den siebziger Jahren und später glaubten die von der Bespitzelung Betroffenen, mit der Affäre »Bärwald« seien die immer wieder auftauchenden Gerüchte aufgeklärt und das gesetzwidrige Handeln des BND belegt; wir kommen gleich darauf zurück.[312]

SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner äußerte sich während der Guillaume-Untersuchungen ganz in diesem Sinne. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, »dass der BND bei seiner Inlandsarbeit die SPD-Zentrale hat ausspionieren lassen«, antwortete er in einem Interview: »Es ist bis jetzt sicher, dass einzelne Angehörige oder einzelne Dienststellen des BND so etwas getan haben. Das ist keine Frage der SPD allein, sondern hier ist ein klarer Gesetzesbruch – es ist die Frage der Glaubwürdigkeit der Demokratie und ihrer Institutionen gestellt.« Zweite Frage: »Glauben Sie, dass dieses Material, das der BND gesammelt hat, an Ihren politischen Gegner geliefert wurde?« Antwort: »Nach allem, was ich bis jetzt aus den letzten Monaten weiß und was sich in der Publizistik da und dort andeutet, sind Ergebnisse von solchen Ausspähungen auch als innenpolitische Mittel verwandt worden.«[313] Die *Süddeutsche Zeitung* stellte lapidar fest: »Jene amtlichen Stellen, die über den BND Bescheid wissen, bestreiten heute nicht mehr, dass der Geheimdienst unter General Gehlens Führung neben seinem Auftrag der Auslandsausspähung auch Inlandsaufklärung betrieben hat.«[314]

Wie weit der Streit zwischen Regierung und Opposition Ende Oktober 1974 inzwischen eskaliert war, zeigte die Schärfe, mit der Horst Ehmke neuerlich auf die Einlassungen seines Vorgängers im Kanzleramt reagierte.[315] Die Rolle, die Karl Carstens inzwischen spiele, belege man am besten mit »Der Biedermann als Brandstifter«, sagte er. Carstens wisse selbst ganz genau, »was unter CDU-Regierungen in Richtung BND versäumt worden ist«. Er habe doch selbst gesagt, der Dienst sei seit der Enttarnung Felfes 1961 »in Unordnung« gewesen, also mindestens sieben

Jahre lang. Der Vorsitzende der Unionsfraktion versuche nun, »die Fehler früherer CDU-Regierungen, vielleicht auch eigene Fehler, zuzudecken.« Wenn Carstens behaupte, es sei »keine Inlandsaufklärung bei der SPD gemacht worden«, dann könnten doch einfach die Akten vorgelegt werden, die er, Ehmke, damals sichergestellt habe. »Das sind doch alles Rückzugsgefechte der CDU.« Der CSU-Abgeordnete Carl-Dieter Spranger hielt als Mitglied des Guillaume-Ausschusses dagegen, es gebe nicht den Schatten eines Beweises für eine unerlaubte Inlandsaufklärung; die SPD setze »haltlose Verdächtigungen« in die Welt.[316]

Für den *Spiegel* war die Sache klar. In einem Kommentar befasste sich Rudolf Augstein ebenso spöttisch wie verniedlichend mit »Herrn Gehlens Gewerbe«. Die Auslandsaufklärung tat er ab, denn Konrad Adenauer war für ihn »natürlich viel zu schlau, um die BND-Berichte zu lesen. Er wusste ja, der Herr Dulles würde uns beschützen«. Anders die Inlandsaufklärung: Wie, glaube man wohl, sollte Gehlen sich »das Interesse seines hohen Auftraggebers und des Herrn Globke sichern, wenn er keine Intimitäten sammelte?«[317] Das Kondensat der Gerüchteküche und die wenigen Belege verdichteten sich nun zu der Vorstellung, der Nachrichtendienst habe für Bundeskanzler Adenauer vor allem Kompromittierendes, Peinlichkeiten und Bettgeschichten, auch der eigenen Parteifreunde, für nützliche politische Zwecke besorgt. Der Gedanke, der BND habe über Jahre wertvolle politische Informationen aus den Spitzen der Opposition beschafft, die vom Chef des Kanzleramts und dem Bundeskanzler entgegengenommen und gründlich studiert wurden, erschien selbst dem *Spiegel*-Herausgeber, der am eigenen Leib erfahren hatte, wozu die Regierung Adenauer fähig war, zu abenteuerlich: »Im Ernst, man kann die illegale ›Inlandsaufklärung‹ des BND wohl nicht allzu tragisch nehmen.«[318]

Bei seiner Zeugenvernehmung durch den Guillaume-Ausschuss vermied BND-Präsident Gerhard Wessel, dem Ehmke nachdrücklich bescheinigte, er sei bemüht, in Pullach »Ordnung zu schaffen«,[319] jede Andeutung, die als Bestätigung der Vorwürfe einer auftragswidrigen innenpolitischen Tätigkeit des Dienstes hätte interpretiert werden können. Er war sich über anstößige Amtsführung seines Vorgängers längst im Klaren, doch kam es ihm jetzt darauf an, sich selbst von solchen Anschuldigungen frei zu halten und den reformierten, schon viel zu lange im politischen Streit stehenden BND mit diesem Teil des Gehlen-Erbes nicht noch weiter zu belasten. Also begab er

sich auf eine Gratwanderung zwischen Traditionsskepsis und Institutionsinteresse.

Zunächst erklärte Wessel vor dem Ausschuss, dass er es »kompromisslos ablehne, wenn der BND außerhalb seines Auftrags dazu herangezogen werden sollte, etwa gezielt Informationen über Personen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen, um diese dann Parteien oder Personen zur Verfügung zu stellen«. Er habe das gegenüber seinen Mitarbeitern mehrfach klargestellt. Auf die Frage, ob es solche Praktiken früher gegeben haben könnte, antwortete er: »Nicht zu meiner Zeit, zumindest nicht von mir angeordnet, von mir gebilligt oder mit meinem Wissen. Ob das in der Zeit vor meiner Amtsführung geschehen ist, kann ich nicht beurteilen.« Zu den berühmten Dossiers des früheren Präsidenten, mit denen er sich intensiv befasst habe, könne er »nur sehr fragmentarisch« etwas sagen »mit der Gesamtbeurteilung, dass er nach wie vor bezweifle, dass hier gezielt deutsche Politiker beobachtet wurden.« Trotz besseren Wissens brach der Gehlen-Nachfolger, vornehm wie er war, vor seinen erstaunten Befragern eine Lanze für seinen früheren Chef: »Ich glaube nicht, so wie ich meinen Vorgänger kenne, dass er bewusst etwas Illegales getan hat«, hält das Protokoll fest. Burkhard Hirsch (FDP): »Hm, hm!« Günther Metzger (SPD): »Das ist Ihr Glaube?« Wessel: »Das ist mein Glaube.«[320]

Reinhard Gehlens Komplizen bei der politischen Inlandsspionage gaben sich vor dem Untersuchungsausschuss in noch viel höherem Maß als Glaubende und Unwissende. Ganz auf der Verteidigungs- und Vertuschungslinie Reinhard Gehlens sponnen sie dessen Lügengeschichte vor dem Ausschuss fort. Falschaussagen zu machen und das Parlament zu täuschen, war für sie genauso unproblematisch wie ihre jahrelange Mitwirkung an der innenpolitischen Ausforschung. Sie webten an dem Lügengespinst mit, weil sie ihrem in Bedrängnis geratenen »Doktor« die Treue halten, keinen Schatten auf den alten Dienst fallen lassen und, vor allem, keine persönlichen Konsequenzen riskieren wollten. Wenn auch vielleicht kein Schuldbewusstsein, so einte sie immerhin ihr Unrechtsbewusstsein. Weil es wenig wahrscheinlich war, dass der Ausschuss genügend belastende Unterlagen in der Hand hatte, erschien ihnen das Risiko einer rückhaltlosen Offenlegung der früheren Praxis höher als das Risiko einer uneidlichen Falschaussage.

Ungeachtet der kritischen Töne im Parlament und in der Öffentlichkeit durften die vernommenen Mitarbeiter des BND zudem damit rechnen, dass weder Regierung noch Opposition den Aufklärungseifer so weit treiben würden, dass der Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland dauerhaften Schaden nahm. Das tatsächliche Ausmaß des Machtmissbrauchs von Gehlen und Globke, und damit auch des großen Kanzlers der Unionsparteien, war in einer parlamentarischen Untersuchung ohnehin nicht zu klären.

Die Befragung der BND-Mitarbeiter fand im November und Dezember 1974 statt. Vorgeladen waren neben dem früheren Präsidenten seine ehemals engsten leitenden Mitarbeiter Wolfgang Langkau (»Langendorf«) und Kurt Weiß (»Winterstein«), die graue Eminenz Annelore Krüger (»Kuntze«), eine weitere Zeugin und der noch aktive BND-Beamte Hans-Henning Crome (»Castrop«) aus seinem ehemaligen persönlichen Stab. Mit Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld (»Raven«), dem Leiter der Verbindungsstelle Bonn seit dem Abgang Adenauers, wurde vom Ausschuss noch ein weiterer BND-Mitarbeiter vernommen. Er wird uns weiter unten im Zusammenhang mit dem Fall »Bärwald« begegnen, einem Nebenschauplatz, auf den sich die Ermittlungen des Gremiums notgedrungen tummeln mussten, als sie vergebens versuchten, Licht in das Dunkel der SPD-Ausforschung zu bringen.[321]

Den Anfang machten Langkau, Kuntze und Weiß, denen die innenpolitische Nachrichtenbeschaffung des BND in der Ära Adenauer bestens vertraut und in Erinnerung war. Sie war von ihnen maßgeblich mitorganisiert worden, und sie wussten auch sehr genau, welche politische Bedeutung diese politische Großoperation für das Standing des Dienstes in Bonn gehabt hatte. Im Abschlussbericht des Guillaume-Ausschusses hieß es zu ihren Einlassungen zusammenfassend, sie hätten »übereinstimmend bekundet, dass es eine innenpolitische Aufklärung beim BND nicht gegeben habe«. Wolfgang Langkau, der massenhaft innenpolitische Berichte erhalten, gesehen und weitergegeben hatte, war sogar so weit gegangen zu behaupten, er habe »weder einen Auftrag zur Bespitzelung, Observierung, Überwachung erhalten bzw. weitergegeben oder aus eigenem Entschluss durchgeführt. Ihm sei kein einziger Fall bekannt, wo der BND einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens nachgeschnüffelt habe. Er halte den Auftrag einer Bespitzelung einfach für unmöglich.« Kurt Weiß,

ein Hauptakteur, der den Präsidenten außerdem unermüdlich mit den entsprechenden »Vortragsnotizen« versorgt hatte, habe bereits die schiere »Möglichkeit innenpolitischer Aufklärung« ausgeschlossen.[322]

Etwas anders musste die Argumentation der Ehemaligen in Hinblick auf Gehlens Sonder-Kartei ausfallen, da es hierzu im BND, im Kanzleramt, bei den Parlamentariern und der Presse ein breiteres Wissen gab. Gehlen machte dem Ausschuss weis, solche Materialien habe er nicht ihrer besonderen »innenpolitischen Brisanz« wegen aufbewahrt, sondern um »ihren Missbrauch zu verhindern«; schon gar nicht hätten sie »Bösartiges« enthalten. Auf Vorhalt gegenteiliger Inhalte begnügte sich der ehemalige Generalstabsoffizier mit der Auskunft, er wisse auch nicht, »wie diese auf Karteikarten gekommen seien«. Alles »Randerkenntnisse«, lautete denn auch der Tenor der Auskünfte von Langkau, Kuntze und Weiß, »nicht das Ergebnis einer unerlaubten innenpolitischen Aufklärung«.

Mit Regierungsdirektor Hans-Henning Crome (»Castrop«)[323] stand also ein ein noch aktiver Mitarbeiter des BND im Zeugenstand des Guillaume-Ausschusses. Als ehemaliges Mitglied des Sonderstabes 106/II des Präsidenten und als Kenner sämtlicher Unterlagen über Dr. Siegfried Ziegler, eine der beiden Hauptfiguren bei der Ausforschung des SPD-Parteivorstandes, hatte er zwar einen tiefen Einblick in die Arbeitsweise Gehlens bekommen, doch als jüngerer Kollege gehört er nicht zu dessen engster Ingroup. Ebenso wie sein Kollege Volker Foertsch war er erleichtert gewesen, als er sich endlich aus dem Dunstkreis des Präsidenten lösen konnte.[324] Dem 43-jährigen Crome waren überdies die Kategorien von Recht und Unrecht noch nicht so gründlich abhandengekommen wie Wolfgang Langkau und Kurt Weiß. Entsprechend schwierig wurde es für ihn, die Balance zwischen der Loyalität zum Dienst und der Liebe zur Wahrheit zu halten.[325]

Zunächst fragte der Ausschussvorsitzende Walter Wallmann (CDU) ausführlich nach dem Verbleib von BND-Unterlagen auf Papier und Film, und »Castrop« gab zu Protokoll, was er aus eigenem Erleben zu deren Odyssee beitragen konnte. Wo die zahlreichen Rollfilme abgeblieben waren, sei ihm nicht bekannt, sagte er, die Gehlen-Kartei habe damals bei ihm nur marginales Interesse geweckt, da er im Stab von Präsident Wessel intensiv mit der Neuorganisation des Dienstes befasst gewesen sei. Crome benutzte den Begriff »sporadisch angefallene Randerkenntnisse« über

Personen. Als Wallmann von »illegaler Inlandstätigkeit« sprach, waren sich beide einig, dass »sehr schwer zu definieren« sei, was man darunter konkret zu verstehen habe.

Ob diese Materialien denn auch Daten »über die Lebensweise« enthalten hätten? Cromes Antwort spiegelte wohl, wie hin- und hergerissen er innerlich war: »Ich selber habe die Akten also nicht alle jeweils überhaupt in der Hand gehabt und sie durchgelesen, aber nach meiner Erinnerung, nach dem allgemeinen Eindruck kann man so etwas natürlich nicht bis ins Letzte ausschließen, aber zur Kenntnis gekommen ist es mir nicht, jedenfalls also nicht so, dass es mir heute in Erinnerung wäre, und vor allem ist schon gar nicht, jedenfalls also nicht nach meiner Kenntnis, irgendwas herausgegangen, dass man diesen Dingen bitte nachgehen möchte.« Crome konnte das tatsächlich nicht wissen.

Dann hielt der SPD-Abgeordnete Metzger dem Zeugen die Vortragsnotiz 500 (»Verhältnis der SPD-Abgeordneten Erler und Wehner zueinander«) vor, die »Winterstein« am 5. Dezember 1958 an Gehlen geschickt hatte, eines der ganz wenigen Dokumente dieser Art, die dem Ausschuss vorlagen.[326] Ob dieses und zwei ähnliche Aktenstücke aus dem BND stammten? Ja, wohl schon, aufgrund des Schriftbildes, der Schreib- und Ausdrucksweise, ja. Es bedurfte einiger Minuten, ehe Crome einräumte, dass die vorgelegten Notizen durchaus »innenpolitische Sachverhalte« behandelten. Metzgers Parteifreund Dietrich Sperling bat um Nachhilfe. Was denn die Hieroglyphe »27 VK« bedeute? Das war die Chiffre der Abteilung von Kurt Weiß (»Winterstein«) gewesen, wie im Stab des Präsidenten und darüber hinaus jedermann wusste. Außerdem sei auf der Notiz vermerkt, dass von ihr mehrere Durchschläge existierten und sie an verschiedene Verteiler gegangen sei, »es noch andere Sonderkarteien möglicherweise gegeben hat«. Vorsitzender Dr. Wallmann: »Richtig!« Abgeordneter Dr. Hirsch: »Herr Vorsitzender, das war eben nur die Hoffnung, dass wir mal einen Zeugen aus dem BND hören, der etwas weiß (Heiterkeit).« Diese Hoffnung wurde von Crome jedoch enttäuscht. Weder zur Bedeutung noch zur Identität von 27 VK noch zu dem Umstand der Existenz von Doppelstücken konnte er Klärendes beisteuern. Beides hätte sehr schnell verdeutlicht, dass der ebenfalls noch aktive Kurt Weiß eine Zentralfigur und die politische Inlandsspionage des Gehlen-Dienstes viel breiter gewesen war als es die auf die Sonderkartei des BND-Präsidenten

fixierte Diskussion im Ausschuss nahelegte. Damit war die ebenfalls wenig ergiebige Vernehmung des Zeugen Hans-Henning Crome beendet.

Höhepunkt der Zeugenbefragungen war natürlich die Vernehmung von Reinhard Gehlen selbst. Karl Carstens hatte ihn öffentlich soeben als »einen der besten, wenn nicht den besten Geheimdienstchef in der westlichen Welt«[327] eingestuft. Die Mitglieder des Guillaume-Ausschusses, die sehr höflich mit dem Ex-Präsidenten umgingen, konnten sogleich erkennen, dass dies schon sehr lange zurückliegen musste. Gehlens Ausführungen bewegten sich nicht allein auf der Ebene und dem Niveau seiner in den zurückliegenden Jahren erschienenen Bücher und Interviews, er hinterließ obendrein einen fahrigen Eindruck, von dem keiner sagen konnte, ob er von seiner angegriffenen Gesundheit (der Ausschuss tagte deswegen in München) oder von seinem Alter herrührte – oder ob sich der ehemalige BND-Präsident nur hinter beidem zurückzog. Die SPD-Abgeordneten waren an sich gut vorbereitet. Als stellvertretender Ausschussvorsitzender hatte Claus Arndt seinen Genossen vorher einige Nachfragen empfohlen, im Zusammenhang mit Gehlens »Sonderverbindungen« beispielsweise die Frage: »Welche Personendienstaufsicht (früher) wusste oder billigte solches Vorgehen oder gab es gar Aufträge (Globke, Adenauer)?«[328]

Man schrieb also den 19. November 1974, als der Präsident und General a. D. erschien. Er begann mit einer längeren Darlegung, bei der er gleich eingangs feststellte, »innenpolitische Aufklärung«, die in der Presse immer wieder mit der »Inlandsaufklärung« zur Gewinnung operativer Ansätze durcheinandergehe, »wurde entsprechend meinem eigenen Vorschlag an Dr. Adenauer und Dr. Schumacher im Jahre 1950 zu meiner Zeit nicht betrieben«.[329] Natürlich habe der Dienst innenpolitische Erkenntnisse registrieren müssen, »ohne dass eine Auswertung und eine Verwendung nach außen in Frage kam. Solches Material wird erst dann innenpolitische Aufklärung, wenn es einer systematischen Auswertung zugeführt und zur Berichterstattung benutzt wird […] In meiner Zeit ist meiner Erinnerung nach den CDU-Regierungen […] nie Material über innenpolitische Zusammenhänge zugegangen.«

Dann kam Gehlen auch schon auf sein Verhältnis zur Sozialdemokratie zu sprechen. Er habe immer das Gefühl gehabt, »dass die Fraktionsvorsitzenden ihrerseits dem Dienst und meiner Person besonderes Vertrauen entgegenbrachten, das ich stets zu rechtfertigen suchte. Dies zeigt

auch die Tatsache, dass Herr Erler, nachdem der Dienst mehrere Hinweise aus der Zone erhalten hatte, dass anscheinend im Parteivorstand der SPD ein Loch war, mich bat, bei der Aufklärung dieses Sicherheitsfalles behilflich zu sein durch Abstellung eines Herren, der zusammen mit dem Sicherheitsbeauftragten der ›Baracke‹ die Dinge einer Klärung zuführen sollte.« Dieser Hinweis war für das zur Debatte stehende Thema an sich unerheblich, doch gut geeignet, das Vertrauen der SPD-Spitze zum BND zu demonstrieren. In der Sache war es weniger als die halbe Wahrheit, denn die guten Kontakte zum verstorbenen Fritz Erler und anderen Spitzenfunktionären hatten Gehlen in Verfolg seiner Doppelstrategie ja keineswegs daran gehindert, die sozialdemokratische Parteiführung jahrelang auszuforschen.[330]

Ebenso halbwahr erläuterte der prominente Zeuge, sein Mitarbeiter Dr. Hans Langemann (»Lückrath«) habe bei der Aufklärung von Sicherheitsfällen damals mit dem Personal- und Sicherheitsreferenten der SPD-Zentrale, Siegfried Ortloff, zusammengearbeitet.[331] Damit hatte er den Namen der Zentralfigur bei der SPD-Operation genannt, jedoch die Kontexte vertauscht, denn Ortloff war für »Dr. Schneider« ja vor allem der Mann gewesen, der sich für ihn in der SPD-Führung nicht der Abwehr, sondern der Ausspähung widmete. Wieso nannte Gehlen ausgerechnet diesen Namen? Wahrscheinlich wollte er mit dieser ungewöhnlichen, völlig unnötigen Nennung für den Fall vorbauen, dass doch noch irgendwelche Ortloff-Papiere auftauchten. Wollte er ein Kooperationskonstrukt in die Welt setzen, mit dem sich womöglich auftauchende Indizien für den Verrat in notwendige Schritte der Sicherheitszusammenarbeit umdeuten ließen? Abwegig wäre das nicht, denn der Ex-Präsident, der zahlreiche BND-Akten bei seinem Ausscheiden mitgenommen hatte, machte sich in den Monaten der Guillaume-Untersuchungen Sorgen wegen einer möglichen Haussuchung bei ihm. Er hatte die Unterlagen in seinem Haus am Starnberger See bereits an einem sicheren Ort versteckt und Mikroverfilmungen davon anfertigen lassen, die er im Ausland deponiert hatte, die er, da ihm Bedenken gekommen waren, inzwischen aber mit Hilfe der Amerikaner in ein deutsches Schließfach zurückführen ließ.[332] Die Befürchtungen des Gründungspräsidenten erwiesen sich als unbegründet. Seine SPD-Spionage blieb sein Geheimnis, niemand kam auf den Funktionär namens Ortloff zurück.

Der besorgte Reinhard Gehlen konnte sich bei der Befragung im Guillaume-Ausschuss mit Auskünften über sein gutes Verhältnis zur Sozialdemokratie gar nicht genugtun, das »besonders nahe gewesen ist – weswegen mir diese zahlreichen, jetzt aufgekreuzten Vorwürfe zum Teil unverständlich sind«. Schon im Herbst 1950 habe er sich nämlich mit Adenauer und Schumacher (die Namen Ollenhauer, Renger, Schmid wurden auch noch fallen gelassen) darauf verständigt, dass seine Organisation keine »innenpolitische Aufklärung« betreibe, »weil das die erforderliche Überparteilichkeit einer Auslandsaufklärung in Frage stellen müsste […] Eines war klar: dass man einen vernünftigen Nachrichtendienst mit allen seinen heiklen Seiten nicht aufbauen konnte ohne die Unterstützung der Parteien des Bundestages.« Das habe auch ganz ausgezeichnet funktioniert: »Ich habe mit Herrn Mellies sehr gut zusammengearbeitet. Nach Herrn Mellies kam – das war eine ganze Zeit von Jahren – Herr Erler, mit dem ich mich ganz besonders gut verstanden habe. Damals war die Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst so eng, dass wir auch verschiedene Wünsche der SPD erfüllen konnten, natürlich nicht ohne Kenntnis des Bundeskanzlers respektive des Staatssekretärs Globke.« Überhaupt habe er aus der Sozialdemokratie immer Unterstützung erhalten. Es folgte ein Namedropping von Wilhelm Hoegner über Waldemar von Knoeringen und den Haushaltsexperten Heinrich Ritzel bis hin zu dem langjährigen Bundestagsabgeordneten Erwin Schoettle, dem Münchener Polizeipräsidenten Manfred Schreiber und Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel.

Konnte jemand, der so viele enge Bande und Arbeitskontakte zur SPD geknüpft hatte, denn wirklich ein Spion sein und über Jahre gegen ebendiese Partei gearbeitet haben? Wohl kaum, lag als Antwort nahe, auch wenn Gehlen sich gegen Ende seiner Ausführungen selbst in eine gewisse Verwirrung zu stürzen schien. Ein bisschen ungeordnet meinte er nämlich abschließend: »Ich muss mich eigentlich – Ich wundere mich eigentlich – ich meine, es ist mir klar, wie diese Dinge wieder aufgekommen sind –, wie sich also dieser Gedanke oder der Argwohn, dass wir eine innenpolitische Aufklärung – speziell ich – gegen die SPD führen sollten – Denn die SPD war ja damals in der Opposition – das kam ja nur in Frage – zumal ich auch nie einen Auftrag dazu erhalten habe und selber ja immer dafür plädiert habe, dass ein solcher Auftrag nie gegeben wurde.«

Der Vorsitzende Wallmann setzte nach, und Gehlen versuchte daraufhin, auftragswidrige innenpolitische Tätigkeit auf einen definitorischen Nenner zu bringen: »Die innenpolitische Aufklärung wäre eine zielgesetzte Aufklärung mit einer gesteuerten Nachrichtenbeschaffung, wo Aufklärungsforderungen gestellt werden und die den Zweck hat einer Berichterstattung.« Das sei von ihm grundsätzlich untersagt gewesen, andererseits habe er seine Leute zur Selbständigkeit erzogen, »und da mögen dann auch Sachen gekommen sein, die nicht erwartet worden sind. Und ich kann mir auch denken, dass in solchen Fällen die Leute einen Rüffel gekriegt haben: Das geht euch nichts an! Also auf den Nenner sollte man es bringen.« Dass einzelne Dienststellen Anweisungen zu gezielter »Inlandsausforschung« gegeben haben könnten, mochte der Präsident auf eine Nachfrage von Burkhard Hirsch nicht ausschließen: »Ich hoffe nicht. Wenn sie sie erteilt hätten, wäre es falsch.« Etwas anderes konnte er inzwischen nicht mehr antworten, denn mittlerweile waren, wie wir sehen werden, zwei solcher Fälle entdeckt worden.[333]

Der FDP-Vertreter im Guillaume-Ausschuss ließ jedoch nicht locker: »Sind Ihnen niemals Gerüchte zu Ohren gekommen, dass der Nachrichtendienst Inlandsaufklärung betreibt?«, fragte Burkhard Hirsch. Gehlen: »Ach Gott, wissen Sie, was alles behauptet worden ist, was der Nachrichtendienst tut und was nicht zugetroffen hat, und was die Presse alles schreibt – oft in gutem Glauben –, das – Ich meine, natürlich ist die Behauptung immer mal wieder aufgetaucht mit der Inlandsaufklärung; das ist ganz klar. Es war ja eine Behauptung, mit der man sehr schön angreifen usw. kann […] Ich meine, sie [die innenpolitische Aufklärung] hätte erst stattgefunden, wenn ich Meldungen an unberechtigte Empfänger gegeben hätte.« Mutmaßungen über innenpolitische Aufklärung seien immer mal wieder aufgetaucht: »Ich habe im Dienst ja immer wieder diesem Gesichtspunkt Ausdruck gegeben, dass keine innenpolitische Aufklärung getrieben werden darf.« Hirsch: »Wann haben Sie das getan?« Gehlen: »Die ganze Zeit über. Ich meine, ich werde doch nicht so dumm sein und selber dieses Prinzip – was übrigens nicht nur in unserem Lande gilt, sondern anderswo auch – immer wieder herausstellen und dann also stillschweigend zusehen, wenn irgendwo eine wirkliche innenpolitische Aufklärung betrieben wird.« Burkhard Hirsch hakte nach und wollte wissen, wieso Präsident Wessel dann etwas habe verbieten müssen, was angeblich schon

verboten gewesen sei. Gehlen meinte dazu, er wäre solchen Gerüchten durchaus nachgegangen, wenn er Anlass dazu gehabt hätte, »aber ich erinnere mich an keinen konkreten Anlass«.

Anschließend kamen dann noch die »Dossiers«, Gehlens Sonderverbindungen und der Mercker-Bericht zur Sprache. Neuigkeiten ergaben sich dabei gegenüber den Einlassungen seiner Mitarbeiter und den Recherchen der Medien nicht mehr. Der BND-Präsident a. D. setzte sogar noch eins drauf, als ihm der SPD-Abgeordnete Metzger die Erkenntnis der »Mercker-Kommission« vorlas, ungefilterte Meldungen von Sonderverbindungen seien »auch an bestimmte Persönlichkeiten außerhalb des Dienstes« gegangen, »an deren Wohlwollen dem Dienst besonders viel lag«. Der Alterspräsident sagte: »Also das mit den besonderen Persönlichkeiten, an deren Wohlwollen dem Dienst besonders lag, ist natürlich Käse«, obzwar einzelne Berichte durchaus »auch z. B. dem Bundeskanzler mal vorgelegt« worden seien, das schon.

Reinhard Gehlen war durch die Zeugenvernehmung im Guillaume-Untersuchungsausschuss zu beunruhigen, zeitweise zu verunsichern, aber nicht zu fassen gewesen. Die Abgeordneten verfügten schlicht über zu wenig belastbare Anhaltspunkte, um die vom früheren BND-Präsidenten nicht nur geduldete, sondern höchstpersönlich ins Werk gesetzte politische Inlandsspionage zu beweisen und ihn der offenen Lüge zu überführen. Gehlen wusste das spätestens aus den Vernehmungen seiner engsten Mitarbeiter vierzehn Tage zuvor. Er konnte dem christdemokratischen Ausschussvorsitzenden Walter Wallmann denn auch eine militärisch knappe, glasklare Antwort geben, als der das Ergebnis der Vernehmung zusammenfasste: »Herr Präsident, eine innenpolitische Aufklärung hätten Sie selbst niemals betrieben, Sie hätten keinerlei Anweisungen dazu erhalten, hätten auch keine Anweisung insofern gegeben, insonderheit nicht, etwa politische Parteien hier auszuspionieren, irgendwie zu observieren, und Sie sagten, im Einzelfall mag ohne mein Wissen so etwas geschehen sein. Wenn ich es erfahren habe, dann hat es, so sagten Sie wörtlich, einen entsprechenden Rüffel gegeben. Denn es ist mein, Präsident Gehlens, Wunsch gewesen, dass die innenpolitische Aufklärung getrennt wurde von der Auslandsaufklärung.« Gehlen: »Jawohl.« Wallmann: »Diese Aussage halten Sie nach wie vor in vollem Umfange aufrecht?« »Jawohl!«

Der Leser, der unserer Darstellung der systematischen Ausforschung der SPD-Spitze bis hierher gefolgt ist, wird sich gewiss daran erinnern, dass der amerikanische Präsident Richard M. Nixon bald nach seiner Wiederwahl das Weiße Haus verlassen musste. Das geschah am 9. August 1974, als in Bonn der Guillaume-Ausschuss des Deutschen Bundestages seine Arbeit eben aufgenommen hatte. Neben allerlei anderen Vertuschungen und Verfehlungen, die seinen fortgesetzten Machtmissbrauch belegten, war Nixon überführt worden, höchstpersönlich hinter dem Einbruch in die Washingtoner Zentrale der Demokratischen Partei zu stecken: Watergate. Dieser Versuch, die Führung der gegnerischen Partei auszuforschen, misslang kläglich. In der Bundesrepublik glückte das zwei Jahrzehnte zuvor ungleich besser: Bundeskanzler Konrad Adenauer und Kanzleramtschef Hans Globke floss über ein Jahrzehnt hinweg ein kontinuierlicher Strom geheimer BND-Informationen aus dem engsten Führungszirkel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu. *Dieses* Watergate blieb mehr als ein halbes Jahrhundert lang unerkannt.

Vergleicht man die SPD-Operation Gehlens und Globkes mit dem Skandal, der den amerikanischen Präsidenten sein Amt kostete, erkennt man sogleich, dass sie unvergleichlich gravierender und ungleich ergiebiger gewesen ist als der Angriff auf den Büro-Komplex am Potomac. In Bonn wurden nicht bloß einige »Klempner« losgeschickt (die sich auch noch erwischen ließen), hier penetrierte der Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland mit Ermutigung und Wissen des Bundeskanzlers und CDU-Chefs die Führung seines politischen Hauptgegners systematisch und über lange Zeit. Er beschaffte aus der »Baracke« in der Friedrich-Ebert-Allee nicht lediglich dieses oder jenes Wahlkampfpapier, sondern, oft mehrmals täglich, wichtigste Informationen über maßgebende Politiker, strategische Positionen und taktische Erwägungen; ein Freund lockerer Formulierungen würde von einem »Superwatergate« sprechen.

Den Auslandsnachrichtendienst für die politische Inlandsspionage einzuspannen und für den eigenen Machterhalt zu instrumentalisieren, war selbstverständlich nicht nur hochgradig illegitim, sondern auch illegal. Der von Gehlen und Globke betriebene Machtmissbrauch zugunsten der Unionsparteien blieb der SPD-Führung, dem Parlament und der Öffentlichkeit damals genauso verborgen wie in den folgenden Jahrzehnten.

Der BND-Präsident selbst ist der Motor und die Seele der politischen Inlandsspionage generell und speziell des Angriffs auf die SPD-Führung gewesen. Reinhard Gehlen wies diesen schwelenden Verdacht immer von sich und führte im Einklang mit seinen engsten Mitarbeitern, wie gesehen, auch das Parlament hinters Licht; sie belogen die Volksvertreter aus der CDU/CSU, der SPD und der FDP mit gutem Erfolg. Erst heute, ein Menschenleben später, wurde es dank der Öffnung der BND-Unterlagen durch den BND selbst möglich, dieses Komplott gegen den Rechtsstaat und die politische Kultur der jungen Bundesrepublik zu erkennen und in seinen Details zu rekonstruieren.

6. Zwei aufmerksamkeitsträchtige Randfiguren

Das Lügengespinst aus Falschaussagen, Irreführungen und Halbwahrheiten, mit dem Reinhard Gehlen und seine engsten Vertrauten ihre politische Inlandsspionage für das Bundeskanzleramt umhüllten, konnte in den Untersuchungen und Nachforschungen nur ein klein wenig gelockert, aber nicht zerrissen werden. Begründete Vermutungen und gründlich recherchierte Presseberichte hatten seit langem Indizien für den Missbrauch des BND gesehen, doch nicht mehr. Die enorme Breite seiner politischen Inlandsspionage blieb ebenso verborgen wie die Tatsache, dass Gehlen selbst ihr Motor war und einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitskraft diesen Ausforschungen widmete. Niemand ahnte oder hätte es wohl überhaupt für möglich gehalten, dass der BND-Präsident den Bundeskanzler umfassend und häufig tagfrisch mit den neuesten Nachrichten aus den Führungsgremien seines politischen Hauptgegners versorgte. Der Guillaume-Untersuchungsausschuss drang, von der konzertierten Vertuschung der Ehemaligen-Riege getäuscht, nicht auf den Grund der Dinge. Am Tag, als die Vernehmung der Zeugen aus dem BND abgeschlossen war, versicherte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Marie Schlei, dem Bundestag, dass der BND »im Inland keinerlei nachrichtendienstliche Aufklärung mehr betreibt«; die Bundesregierung habe das unterbunden.[334]

Neben der neuerlichen Befassung mit der Gehlen-Sonderkartei und der Rekonstruktion ihrer Teilvernichtung waren es vor allem zwei Einzelvorgänge der Inlandsspionage, die den Ausschuss und die Medien beschäftigten: Der Fall des Günther Heysing und der Fall Helmut Bärwald. Beide Fälle ließen klar erkennen, dass der Dienst in den fünfziger und sechziger Jahren in einer Weise organisiert gewesen sein musste, die eine Durchsetzung des angeblichen präsidialen Verbots politischer Innenaufklärung unmöglich machte und ihrer stillschweigenden Duldung Vorschub leistete. Schon kurz nach dem Wechsel an der Spitze des BND war Carstens, Ehmke und Wessel an diesen beiden Fällen klar geworden, wie frei leitende Beamte unter Gehlen in der Inlandsspionage hatten schalten und walten können.[335]

Günther Heysing

Der Fall des Journalisten Günther Heysing vermittelte dem Untersuchungsausschuss und der Öffentlichkeit eine Ahnung davon, wie weit die Kontaktnetze eines einzigen V-Mannes des BND reichen konnten und welche dubiosen Gestalten bis Anfang der siebziger Jahre für den Dienst arbeiteten. Die Parlamentarier ordneten den Fall in ihrem Schlussbericht dem größeren Komplex der »Zusammenarbeit des BND mit Journalisten« zu.[336] Gehlen und Weiß hatten sich dazu in unverfänglichen Auskünften eingelassen, von der Abwehr östlicher Diffamierung und von »Public-Relations-Zwecken für den BND« gesprochen. Der Ausschuss stellte die Tätigkeit Heysings jedoch als ein »Beispiel unzulässiger innenpolitischer Aufklärung einzelner Mitarbeiter des BND« heraus. Dieser parteiübergreifende Befund, der darauf hinauslief, dass es in der Gehlen-Zeit offenbar zu einzelnen Dienstpflichtverletzungen gekommen sei, die Inlandsspionage aber wohl nicht zum System erhoben worden war, markiert die damalige Grenze der Erkenntnis. Er zeigt aber auch die politische Limitierung eines Gremiums, das bei aller Entschlossenheit, Näheres über die Amtsführung des ehemaligen BND-Präsidenten zu erfahren, den Schaden für das Ansehen des im Umbruch befindlichen Auslandsnachrichtendienstes in Grenzen halten wollte.

Hauptmann Günther Heysing war Kriegsberichterstatter gewesen und über den späteren BND-Vizepräsidenten Hans-Heinrich Worgitzky Anfang der fünfziger Jahre zur Organisation Gehlen gestoßen. Der publizistisch äußerst aktive »rechte Kämpfer«[337] wurde auf Empfehlung Worgitzkys[338] bald fest angestellt (V-12619), arbeitete aber wie ein freier Mitarbeiter und bezog bei seiner Abschaltung Anfang der siebziger Jahre ein Monatsgehalt von 1750 DM. Von besonderem Interesse für Pullach waren seine weit verzweigten Kontakte in rechtsnationale und rechtsradikale Milieus, namentlich zu seinen alten Kameraden der Wehrmacht-Propagandakompanien, die in erheblicher Anzahl in westdeutschen Medien tätig waren. Viele von ihnen erreichte Heysing über sein tausendfach aufgelegtes Mitteilungsblatt *Die Wildente*. »Winterstein« erkannte sogleich die Möglichkeit, diese Verbindungen für seine Inlandsbeschaffung und Pressebeeinflussung zu nutzen.[339]

»Wildenterich« bzw. »Erpel« (Pullacher Jargon) verstand sich als Frontkämpfer im Krieg der Ideologien. Neben seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit publizierte er apologetische Schriften und Tiraden gegen den allgemeinen Staats- und Moralverfall. Er bevorzugte einen »ausgesprochen rechtsradikalen Gestus, der nicht unbedingt nationalsozialistisch war, sich aber gegen alles Nichtnationale, Internationale, Sozialdemokratische, auch Jüdische richtete«. Als Bewunderer von Axel Springer schrieb er kurz nach dem Mauerbau in einem seiner Berichte für den BND, dieser Verleger verwirkliche das, »was die Bundesbehörden schon längst hätten machen können: Er vertreibt die getarnte KP-Presse vom Markt«. Der antidemokratische Ressentiments schürende Heysing wähnte sich in einer Art Vorkriegszeit, in der die Bevölkerung medial mobilisiert werden müsse. Er erging sich über zersetzende, wehrfeindliche, unzuverlässige usw. Kollegen, wusste den neuesten Klatsch aus Verlagen und Redaktionen auszuwalzen und setzte nebenher immer wieder Geschichtsklitterungen in die Welt, um der, wie er es sah, niedergehaltenen Nation vergangenheitspolitische Entlastung zu verschaffen. Der stellvertretende Vorsitzende des Guillaume-Ausschusses, Claus Arndt, bezeichnete die Meldungen Heysings in der SPD-Fraktion als »nazistische Berichte«.[340]

Heysings Weltsicht lag durchaus in der Nähe der Weltanschauung mancher rechtnationalistischen und rechtsradikalen BND-Mitarbeiter,[341] doch seine Berichterstattung war vor allem deswegen von Interesse, weil sie den Einblick von Kurt Weiß in die Vorder-, Hinter- und Nebenzimmer des deutschen Presse- und Verlagswesens erheblich vertieften. »Winterstein«, der wusste, dass er es mit einem sonderbaren Zeitgenossen zu tun hatte, nutzte die Hinweise Heysings in der Politik seines innerdienstlichen Imperiums und leitete sie wiederholt an Gehlen weiter. Erst seitdem er zum Verantwortungsbereich von Kurt Weiß gehöre, bekomme er »ein freundlich-wohlwollendes Echo«, freute sich V-12619 Anfang der sechziger Jahre. Nach dem Leitungswechsel 1968 lief »Erpel« noch eine Weile mit, bekam aber hin und wieder bedeutet, seine Betrachtungen zur innenpolitischen Entwicklung seien nicht mehr gefragt.[342]

Günther Heysings umfangreiche schriftliche Berichterstattung begann 1959 und endete 1972. An die 3000, oft über mehrere Seiten gehende Informationen dürften es insgesamt gewesen sein.[343] Zahlreiche Marginalien

zeigen nicht nur, wie intensiv diese Meldungen von Kurt Weiß genutzt wurden, sie belegen auch, dass der »Wildenterich« von ihm immer wieder, manchmal unter Einschaltung Gehlens oder unter Berufung auf den BND-Präsidenten, mit gezielten Aufträgen versehen wurde. Schwerpunkt von Heysings Erkundigungen war die Verlags- und Presselandschaft der Bundesrepublik, in der er vorzüglich Bescheid wusste. Die Berichte des »Agenten für Medienspionage«[344] changierten zwischen stilsicherer Gewandtheit und wegwerfendem Kommisston, pflegten den Duktus eines weit ins Rechtsextreme hineinreichenden kulturellen Pessimismus und watschten, wenn dem Autor gerade danach war, alles und jeden ebenso präpotent wie nassforsch ab. Wohl jede größere Zeitung, ihre Herausgeber und Redakteure bekamen ihr Fett ab.

Einige wenige Kostproben zu Heysings geheimem Wirken als Verlags-, Literatur- und Pressebeckmesser mögen genügen. Die Frau des Verlegers Helmut Kindler sei »sehr intelligent und kann sehr charmant sein«, schrieb er beispielsweise einmal, eine »ehemalige Schauspielerin, ist ihm aber geistig überlegen und der eigentliche Motor des Verlages. Sie soll an Krebs erkrankt sein«. Kindler selbst habe eine »fast krankhafte Abneigung gegen alles, was mit Soldatentum zusammenhängt«.[345] Hans Hellmut Kirst, der NS-Führungsoffizier, arbeite an einem neuen Roman, der nach dem Welterfolg »08/15 im Krieg« wohl »wieder eine zersetzende Wirkung haben wird«.[346] Die Politische Beschaffung des BND, so ein andermal, habe von ihm, Heysing, eine Übersicht über »die dubiosen Gestalten im Hamburger Funkhaus und im Fernsehen« erbeten: Man könne, befand er, unter den mehr als tausend Mitarbeitern allerdings »bestenfalls die Handvoll zuverlässiger Leute aufzählen, die man dort kennt, denn alle anderen sind mehr oder weniger ›schräge Vögel‹ – bis auf die Techniker und die Raumpflegerinnen (Parkettkosmetikerin)«.[347]

Hinter den großen Veränderungen im Verlags- und Pressewesen, so ein andermal, scheine ihm »die Erkenntnis zu stecken: Nicht mehr der Besitz der Produktionsmittel wird heute als ausschlaggebend für die Macht im Staat erstrebt, sondern die Herrschaft über die Publikationsmittel. Es scheint mir so, als ob bei der Bundesregierung nun endlich ›der Groschen gefallen‹ ist, und dass man sich über politisch zuverlässige und sachkundige private Mittler des Einflusses über die Massenmedien versichert«; vielleicht hätten hier ja seine Anregungen gefruchtet.[348] Die Zeitschrift *konkret* (Weiß: »Ein

ekelhaftes Machwerk«) attackiere jetzt Rudolf Augstein »als Kapitalisten und inzwischen verbürgerlichten ehem. Gesellschaftsrevolutionär«. Das Blatt, so Heysing, sei »ein erstaunliches Druckerzeugnis: ein Misthaufen an Geisteszerrüttung, Pornographie (›Candy‹ ab S. 56) und hässlichen Menschen (bis auf die Titeljöhre). Für die Bundesregierung ist das Blatt ein Vorteil, weil es die Verwirrung auf der Linken fördert und die staatserhaltenden Kräfte trotz aller Gegensätze zusammentreiben hilft.«[349]

Der ehemalige Kriegsberichterstatter beobachtete für Pullach auch politische, juristische und gesellschaftliche Kräfte und Gegensätze. Über den langjährigen Direktor der Senatspressestelle Hamburg, Erich Lüth, dessen Konflikt mit Veit Harlan, dem Regisseur des antisemitischen Streifens »Jud Süß«, schließlich vor dem Bundesverfassungsgericht landete und zu dessen wegweisendem Urteil zur Meinungsäußerungsfreiheit führte, verfasste »Erpel« ein längeres Porträt: Lüth habe zahlreiche »persönliche und politische Feinde«, und zwar wegen seiner »offensichtlichen Linkstendenz«, seines »arroganten und intriganten Wesens«, wegen des »Verdachts bewusster (oder ungewollter) Förderung verteidigungsfeindlicher Publizistik und deren Autoren und Verbreiter« sowie einer »zumindest ideellen ›Verwandtschaft‹ mit Anti-Atom-Propagandisten und Wehrdienstverweigerern«. Zusammenfassend sei zu sagen, dass Lüth »sicher die fachliche, jedoch nicht die charakterliche Qualifikation« besitze, um an so herausgehobener Position zu wirken.[350]

Während der Debatte über die Aufhebung der Verjährung für Mord gab Günther Heysing dem BND mehrere Gesichtspunkte zu bedenken: Moskau sei nicht an einem Ende der Strafverfolgung interessiert, sondern an »weiterlaufenden Prozesswellen«; »jüdische Funktionäre und Anwaltsbüros wünschen eine Weiterführung der Verfolgung aus finanziellem Nutzen«; alle »verantwortungsbewussten politischen Kräfte« befürworteten jedoch einen Schlussstrich, lautete Heysings These, »weil sich sonst in Notzeiten niemand mehr bereit findet, sich im Staatsdienst zu engagieren, und weil das Deutschlandbild im Ausland unreparierbar ramponiert wird«.[351]

Ein Jahr vor der Bundestagswahl 1969 lieferte Heysing den Bericht »Brandt im Zwielicht« ab.[352] Die Schnitzer des Außenministers häuften sich immer mehr, schrieb er. In einem gut geführten Wahlkampf müssten die Fehlleistungen des SPD-Vorsitzenden seiner Partei »Millionen von Stimmen kosten«, doch die »einzige akute Oppositionspartei, die NPD«,

verfüge weder über Propagandisten noch wirksame Massenmedien. Nach den Wahlen, die Willy Brandt an die Spitze einer »sozialistisch-linksliberalen Bundesregierung«[353] brachten, bedauerte V-12619 die »fehlenden NPD-Prozente«. Gegen die »von allen anderen Parteien und Gruppierungen massiv vorgetragene, im Stil undemokratische Verleumdung und Behinderung der NPD« habe die Partei kein Mittel gefunden. Sie müsse sich jetzt »neue Praktiken der Ausstrahlung ausdenken«.[354]

Sogar über den Geburtenrückgang infolge der Anti-Baby-Pille philosophierte »Erpel«. Diese Entwicklung könne für »BRD-Gegner« das Signal sein, den Gebrauch der Pille psychologisch-propagandistisch zu bestärken: »Dann ergibt sich automatisch mittelfristig ein Schwund der Wehrkraft, schrumpft die produzierende Bevölkerungsschicht […] Fehlstellen müssen mit Gastarbeitern aufgefüllt werden. Es tritt Überfremdung ein und es bieten sich Chancen für stärkere Infiltration feindlicher Kräfte.«[355] Günther Heysings gesammelte Werke lagen zweifellos weit außerhalb des BND-Auftrags. Kurt Weiß wies seinen vielseitigen Berichterstatter nach dem Wechsel von Gehlen zu Wessel darauf hin, dass der Bedarf des BND an Innenpolitischem nun nachgelassen habe, doch abschalten wollte er die Quelle nicht, die ihm so vielfältige Einblicke vor allem in die Presselandschaft bot.

1972 wurde allerdings ein Schreiben des BND an den V-Mann öffentlich, mit dem Günther Heysing zwar neuerlich gebeten wurde, sich nicht länger mit Dingen außerhalb der Presse-Thematik zu befassen, in dem er aber zugleich aufgefordert wurde, weiterhin aus Rundfunkhäusern, Verlagen und Zeitungen zu berichten. Es kam zum Skandal, die aufmerksamkeitsträchtige Randfigur Günther Heysing wurde abgeschaltet. BND-Präsident Wessel hielt in seinem Tagebuch fest, der frühere Kriegsberichterstatter sei »ein bewährter Einzelkämpfer«, aber »unbelehrbar extrem konservativ«. Die Beendigung der Beziehung »für DM 67 000« sei zwar nicht billig, sie würde Heysings Berichterstattung und seiner langen Zugehörigkeit zum Dienst jedoch gerecht.[356]

Reinhard Gehlen verhielt sich zum Fall Heysing wie zu einem böhmischen Dorf. Ob ihm dieser Herr denn bekannt sei und was für einen Auftrag er gehabt habe, fragte ihn der Vorsitzende Wallmann, CDU, bei seiner Zeugenvernehmung im Guillaume-Ausschuss.[357] Der habe wohl am Pressereferat gehangen, antwortete der ehemalige Präsident, das aber keine

Aufklärungsaufgaben gehabt habe: »Der Heysing ist ein Mann mit gewissen Eigenheiten, möchte ich mal sagen. Ich kenne ihn nicht näher.« Erfreulicherweise habe der BND ja viele Presseverbindungen gehabt,[358] die »für Public-Relations-Zwecke für den Bundesnachrichtendienst« eingeschaltet worden seien, beispielsweise »zur Klarstellung gegenüber diffamierenden oder unrichtigen Behauptungen des Ostens gegenüber dem BND«.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Arndt von der SPD verwies auf die Vielzahl der Berichte, die ihm vorlagen. Darauf seien Vermerke von leitenden BND-Mitarbeitern zu finden, bei denen es sich eindeutig um Aufträge handele und aus denen klar hervorgehe, dass er als BND-Präsident Kenntnis davon gehabt und die Arbeit Heysings sogar gelobt habe. Er habe gar nichts abgezeichnet, gab Gehlen zurück, es sei »wahrscheinlich so nach dem alten Prinzip gegangen: Der Führer hat befohlen«. Aber Kurt Weiß habe doch eigens vermerkt, dass der Präsident informiert sei, insistierte der Abgeordnete, »einer von beiden kann nur recht haben«: er oder Weiß. Gehlen geriet in die Enge. Er könne »weder ausschließen noch nicht ausschließen«, sagte er. Wallmann: »Der Zeuge erinnert sich nicht!« Arndt: »Dann kann er es doch nicht ausschließen!« So ging es noch eine Weile fort. Der Ex-Präsident stritt jede nähere Befassung ab, Heysing sei Journalist, er habe »ihn nie für wichtig genommen«. Der Leiter der Politischen Beschaffung, »der Weiß, der ja sich mit der Pressestelle eigentlich von Anfang an abgegeben hat, der hat mir manches erzählt. Wo das hergekommen ist, das habe ich nun nicht im Einzelnen meist gefragt«. Über Heysings BND-Tätigkeit wisse er nichts, die kürzlichen Enthüllungen des *Spiegels* hätten ihn »überrascht«.

Die Zeugenvernehmung Gehlens glich dem Versuch, den berühmten Pudding an die Wand zu nageln. Schon ein wenig entnervt stellte der SPD-Abgeordnete Günther Metzger die naheliegende Frage: »Welche Bedeutung hat denn ein Agent wie Herr Heysing, der über viele Jahre ständig Berichte an den Bundesnachrichtendienst gibt und dafür erhebliche Geldbeträge empfängt, wenn man mit den eingehenden Meldungen überhaupt nichts anfangen kann? Die Frage stellt sich doch dann für jeden vernünftig denkenden Menschen […] Was hat das für einen Sinn und für eine Bedeutung, wenn nun ein freier Mitarbeiter, wie Sie gesagt haben, über viele Jahre dem Bundesnachrichtendienst Meldungen liefert über

innenpolitische Ereignisse, teilweise auch noch Rückantworten bekommt – denn er bekam ja Belobigungen für die Nachrichten, die er gegeben hat (Abgeordneter Dr. Arndt (SPD): Und Weisungen, was er bringen sollte!) – und Weisungen, was er bringen sollte –, wenn diese Meldungen für den Bundesnachrichtendienst uninteressant waren?« Wie der BND denn überhaupt die Beschaffung solcher Meldungen habe zulassen und bezahlen können, wenn sie »völlig uninteressant« und obendrein »auftragswidrig« gewesen seien?

Eine präzise Antwort auf diese präzise Frage erhielten die Abgeordneten nicht. Gehlen wich aus, schweifte ab, erzählte Episoden aus früheren Zeiten. Das Äußerste, wozu er sich herbeiließ, war der Allgemeinplatz, in jeder Dienststelle würden Fehler gemacht, und der Dienststellenleiter sei für Fehler natürlich verantwortlich. Aber irgendjemand im BND, setzte ein Befrager nach, müsse doch die Dinge in der Hand gehabt und angeordnet haben – Kurt Weiß nämlich! Gehlen: »Aber nicht ich!« Freilich habe er seinen Mitarbeitern immer weiten Spielraum gelassen. Was also habe den BND denn nun zu seiner jahrelangen Zusammenarbeit mit Günther Heysing bewogen, der »in ganz massiver Weise« der Inlandsaufklärung« nachgegangen sei, wollte Metzger ein letztes Mal wissen. Gehlen: »Ja, das weiß ich nicht. Ich meine, das geht nicht auf mein Konto. Aber ich meine, die Verantwortung trage ich natürlich.«

Als die mehrstündige Befragung zu Ende ging, die, wie gesagt, aus Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Alterspräsidenten in München stattgefunden hatte, dürfte den Beteiligten klar gewesen sein, dass die Beauftragung des »Wildenterichs« natürlich kein »Fehler« gewesen war, sondern Teil einer von Reinhard Gehlen persönlich geförderten und politisch genutzten Inlandsspionage. Doch da die Heysing-Unterlagen der einzige Aktenbestand waren, mit dem sich eine von der BND-Spitze gewollte und systematisch betriebene Aufklärungstätigkeit im Innern belegen ließ, Günther Heysing überdies als eine ziemlich dubiose Figur abgetan werden konnte, vermochte der Ausschuss nicht über diesen vermeintlichen Einzelfall hinauszugelangen und tiefer in den innenpolitischen Missbrauch des Gehlen-Dienstes einzudringen.

Der Fall Heysing sei »ein Beispiel unzulässiger innenpolitischer Aufklärung einzelner Mitarbeiter des BND«, schrieben die Abgeordneten in ihrem Abschlussbericht.[359] In der geheimen Berichterstattung des

Journalisten vermische sich »die Weitergabe von Informationen über private Lebensverhältnisse oder geschäftliche Vorgänge in vorwiegend norddeutschen Presseunternehmen und -verlagen mit persönlichen Betrachtungen über gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Verhältnisse in der Bundesrepublik. Vielfach finden sich auch Schilderungen darüber, wie Herr Heysing namentlich bekannte Persönlichkeiten aus dem Bereich von Presse, Rundfunk und Verlagswesen charakterlich beurteilt«. Darüber hinaus habe er sich mit Strategien zur Pressebeeinflussung befasst, darunter der Vorschlag einer umfassenden, systematischen »Personalüberprüfung von Schädlingen«.

Das war noch nicht alles: »Andere Berichte Heysings enthielten Empfehlungen für eine gezielte Tätigkeit des BND für den CSU-Politiker Dr. Strauß und zugunsten der NPD. Andererseits schlug Heysing Angriffe auf die SPD und den damaligen Außenminister Brandt vor.« Zwischen dem V-Mann und leitenden Mitarbeitern des Gehlen-Dienstes hätten persönliche und schriftliche Kontakte stattgefunden, ohne dass er aufgefordert worden wäre, »seine unzulässige Berichterstattung einzustellen«. Vermerke auf den beigezogenen Unterlagen belegten darüber hinaus, dass der BND mit diesem Informanten aktiv gearbeitet habe und Heysings Berichte als »nützliche und gute Beschafferleistung« eingestuft worden waren. Die Tatsache, dass die damals Verantwortlichen es unterlassen hätten, einen solchen Mitarbeiter in die Schranken zu weisen, »begründet gegen diese den Vorwurf der Billigung innenpolitischer Arbeit«. Der BND habe sogar noch nach 1968 auf diesen Zuträger zurückgegriffen, doch das öffentlich gewordene Schreiben der Unterabteilung sei wohl wirklich nur unglücklich formuliert und auf die »Gedankenlosigkeit einer Mitarbeiterin« (Wessel) zurückzuführen, jedenfalls kein Auftrag zur Inlandsaufklärung gewesen.[360]

Helmut Bärwald

Mehr noch als über den seltsamen Kriegsberichterstatter vom rechtsradikalen Rand erfuhr die Öffentlichkeit am Beispiel Heysings über die Bedenkenlosigkeit, mit der im BND innenpolitische Beschaffungsaufträge erteilt und dafür sehr hohe Geldsummen gezahlt worden waren. Dennoch erschien die Zusammenarbeit mit dem »Wildenterich« weniger als typisches Muster denn als skurriler Ausnahmefall. Auch die zweite Operation politischer Inlandsspionage, mit der sich der Guillaume-Ausschuss befasste, schien ein Sonderfall zu sein – die parteipolitisch motivierte Eigenmächtigkeit eines Außenstellenleiters. Da der Verrat des SPD-Funktionärs Helmut Bärwald die Sozialdemokraten direkt betraf, legten sie viel Nachdruck auf eine gründliche Klärung. Bald galt ihnen diese Affäre als ein erster handfester Beleg für die illegale Ausforschung ihrer Partei. Das traf den Sachverhalt durchaus, tatsächlich aber war dieser Fall lediglich eine stark reduzierte, punktuelle Fortführung der SPD-Bespitzelung nach der Einstellung der umfassenden BND-Operation gegen die Leitungsgremien der Partei. Der Befund des Guillaume-Ausschusses legte für den unbefangenen Beobachter nahe, mit der Untersuchung des Falles Bärwald sei die Ausforschung der SPD durch den BND aufgeklärt.

Helmut Bärwald gehörte am äußersten rechten Rand der SPD zu jenen militanten Kämpfern gegen den Kommunismus, die sich gerade noch im demokratischen Spektrum bewegten. Als Helmut Fränzel in Leipzig geboren, hatte sich der noch nicht 20-jährige Sozialdemokrat dort nach der erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD einer Widerstandsgruppe angeschlossen, die eng mit dem Ostbüro der West-SPD verbunden war.[361] 1948 floh Bärwald in die Bundesrepublik und wurde schnell zur rechten Hand von Stephan Thomas, der im Sinne und Auftrag Kurt Schumachers das SPD-Ostbüro zu dem wohl schlagkräftigsten innerdeutschen Betreuungs-, Propaganda- und Informationsdienst jener Jahre ausbaute. Wegen ihrer konspirativen Potenz und seiner kompromisslosen Gegnerschaft gegen das Ulbricht-Regime galt die Thomas-Organisation dem Politbüro der SED und seinem Staatssicherheitsdienst als eine der gefährlichsten »Feindzentralen«.

Nach dem Abschied der SPD von ihrer verhärteten Deutschlandpolitik, dem Bau der Berliner Mauer und dem vorsichtigen Übergang zu einer Politik des »Wandels durch Annäherung«, die ausgerechnet von dem Frontstadt-Bürgermeister Willy Brandt eingeleitet wurde, geriet das Ostbüro mit seiner konfrontativen Gangart mehr und mehr ins Abseits. Die Anfänge der Entspannungspolitik markierten auch den Anfang seines Niedergangs. Herbert Wehner, der den hartgesottenen Entspannungsgegnern im Ostbüro ebenso wie vielen seiner politischen Gegner als Trojanisches Pferd sowjetkommunistischer Zersetzungsbestrebungen galt, verdächtigte die Thomas-Leute sogar, Urheber einer Pressekampagne gegen ihn zu sein.[362] Der starke Mann der Parteizentrale ließ solange keine Gelegenheit verstreichen, den »Agentenschuppen«[363] in trübes Licht zu rücken, bis der Leiter des Ostbüros im Sommer 1966 seinen Hut nahm. Bärwald wurde sein Nachfolger an der Spitze des nun erheblich reduzierten, in »Referat für gesamtdeutsche Fragen« umgetauften Ost-Apparats der SPD. Er fungierte zugleich als Sicherheitsbeauftragter der Zentrale, doch hatte er – anders als Siegfried Ortloff vor ihm – zu den Sitzungen von Präsidium und Vorstand der Partei keinen Zutritt. Als Bärwald Leiter des abgespeckten Ostbüros wurde, bediente er den BND bereits seit einigen Jahren.

Der SPD-Funktionär, der engen Kontakt zu militanten SED-Gegnern hielt und gelegentlich als Kandidat für höhere nachrichtendienstliche Aufgaben gehandelt wurde, war seit Frühjahr 1960 als Sonderverbindung 55207 für Pullach tätig. Bärwald zeigte sich von Anfang an sehr mitteilsam und erlangte zunächst vor allem deswegen Gewicht, weil er Zugang zu der legendären Kartei des Ostbüros hatte und so auch knifflige Personenanfragen beantworten konnte. Er arbeitete dem Dienst aus tiefer antikommunistischer Überzeugung zu und begnügte sich mit 200 DM, später 300 DM monatlich. Auf dem Höhepunkt der innerparteilichen Krise des Ostbüros wäre er gerne hauptamtlicher Mitarbeiter des BND geworden, doch eine kleine Pullacher Runde kam zu dem Ergebnis, dass dies »wohl nicht möglich« sei. Inzwischen führte Bärwald den Decknamen »Löwenfeld«, was seine Zuordnung insofern vereinfachte, als seine Meldungen aus der SPD an den Leiter der Bonner BND-Verbindungsstelle, Höffer von Loewenfeld, gingen.[364]

Helmut Bärwald, der mit seinem Referat in der SPD auf einen besseren Zeitungsausschnittdienst und die Beobachtung des Linksradikalismus in

Westdeutschland zurückgestutzt war, steigerte sich wegen der zügig vorangetriebenen Vertragspolitik nach Osten in eine erbitterte Gegnerschaft zur Regierung Brandt/Scheel. Ebenso wie seine Genossen aus dem Widerstand gegen das Zonen-Regime vermochte er in der Entspannungspolitik Willy Brandts nichts als einen gefährlichen Verrat am sozialdemokratischen Kampf gegen den Kommunismus zu sehen. Als Bärwald Anfang 1971 mit einigem Mediengetöse seinen Dienst quittierte und bald auch die SPD verließ, schrieb er an den Parteivorstand: »Mir waren und sind die von Dr. Kurt Schumacher und anderen – wie zum Beispiel von Ernst Reuter und Wenzel Jaksch – aufgestellten und von zahllosen Widerstandskämpfern gegen den Kommunismus erfüllten Maximen für die Auseinandersetzung mit der sowjetkommunistischen Machtpolitik unerlässliche und – bei aller Elastizität der Taktik – unwandelbare Orientierungspunkte«; von Selbstachtung war die Rede.[365]

Nach seinem Ausscheiden aus der SPD und dem einstigen Ostbüro, das nun endgültig liquidiert wurde, arbeitete der Zuträger des BND als freier Journalist für konservative Blätter. Beim Kampf gegen die Entspannungspolitik, wo er in dieselbe Kerbe hieb wie die Opposition und gröbste Schläge anbrachte, überschlug sich seine Stimme zunehmend, er wanderte immer weiter nach rechts, bis ihm sogar das militant rechtskonservative *Deutschland-Magazin* ein willkommenes Forum wurde. Wie ein sozialdemokratischer Renegat, der nur seinem Gewissen folgte, arbeitete er jetzt in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, später im Wahlkampfbüro des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß mit. Ein stabiler Kontakt verband Bärwald namentlich mit Werner Marx, dem eng mit Kurt Weiß kooperierenden Mitglied des Verteidigungsausschusses.[366]

Der *Spiegel* schrieb später, Marx habe unter anderem »sein beständiges Streben, Chef beim BND zu werden«, ausgezeichnet. Seine Vorzimmerdame Inge Goliath, die sich 1979 als MfS-Agentin in die DDR absetzte und diesen Ambitionen ein Ende bereitete, sprach recht realitätsnah von dem jahrelangen Kampf ihres Chefs, »die Vorherrschaft der CDU/CSU im BND zu erhalten und jede Art einer Kontrolle durch SPD/FDP-Mitglieder zu verhindern.«[367] Nach dem Regierungswechsel 1982 war die Expertise des als »Kommunistenfresser« geltenden Bärwald auch amtlich wieder gefragt, etwa bei Abfassung einer vom Bundesinnenministerium in

Auftrag gegebenen und gut dotierten Schmähschrift gegen die angeblich sowjetkommunistisch gesteuerte Friedensbewegung.[368]

Den wirklichen Anlass für seine Flucht aus der SPD hat Helmut Bärwald immer verheimlicht. Noch in seiner zwei Jahrzehnte später veröffentlichten Erinnerungsschrift vermied er jeden Hinweis darauf, weshalb sich der Parteivorstand von ihm trennen musste: Bärwald war als Verräter erkannt worden. Kanzleramtsminister Horst Ehmke hatte bald nach seinem Amtsantritt von dem konspirativen Gewerbe seines Parteifreunds erfahren. Gerhard Wessel, der nichts davon wusste, ließ Nachforschungen anstellen und bestätigte dem Kanzleramt den Sachverhalt. Wie sich später herausstellte, war die Belieferung des BND nicht die einzige nachrichtendienstliche Nebenbeschäftigung des »SPD-Rechtsabweichlers«.[369] Nicht nur von Pullach, sondern auch vom Verfassungsschutz erhielt er für seine Dienste ein kleines Salär. Bärwalds Verrat an seiner Partei, von der er sich seinerseits verraten fühlte, speiste sich ebenso aus politisch-ideologischem Fundamentalismus und renegatenhafter Revolte gegen seine einstige politische Heimat wie aus dem Interesse an der Aufbesserung seiner Finanzlage.

Wie detailliert führende Politiker von CDU/CSU aus dem BND heraus über das Pullacher Innenleben ins Bild gesetzt wurden, zeigte sich Anfang März 1971 bei einem Empfang der Bayerischen Landesvertretung in Bonn. Es war zufällig der Tag, an dem sich BND-Sicherheitskräfte Zugang zu der Außenstelle, die Bärwald führte, verschafft und seine SPD-Berichte sichergestellt hatten. Der Gastgeber des Abends hatte sofort erfahren, dass man dort fündig geworden war. »Franz Josef Strauß«, schreibt Horst Ehmke in seinen Erinnerungen, »mit dem ich an einem Tisch zusammen mit zwei Botschaftern und Bischof Kunst saß, war so unklug, mir wegen der Aktion, über die er also schon unterrichtet war, Rechtsbruch vorzuwerfen.«[370] Der Vorfall, der erst einige Jahre später bekannt wurde, zeigte nach Ansicht des *Spiegels*, »wie hautnah sich Strauß und BND sind«.[371] Wieder einmal hatten Mitarbeiter des Nachrichtendienstes Alarm geschlagen. Unter Verletzung elementarer Geheimhaltungs- und Sicherheitsvorschriften verstanden sie sich als Konfidenten, wenn nicht Partner von Unionspolitikern wie Fritz Baier (CDU), Richard Jaeger (CSU), Werner Marx (CDU), Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg (CSU) und auch des CSU-Vorsitzenden selbst.[372] Mit der Anfang 1971 verfügten Abschaltung Bärwalds[373] hatte das Unwesen

der parteipolitisierenden Opposition gegen die Bundesregierung aus dem Dienst heraus freilich noch kein Ende.

Horst Ehmke kam bei seiner Befragung im Guillaume-Ausschuss auf den Fall Bärwald zurück, ging auf einige Einzelheiten ein und gab auch eine Bewertung ab.[374] Er habe seinerzeit einen Wink aus der Politik erhalten, berichtete er, »dass offenbar regelmäßig BND-Informationen über die SPD, über SPD-Interna, an Außenstehende gingen«. Pullach habe ihm bestätigt, dass man Bärwald zwar auf der Payroll habe, die sichergestellten Berichte über die SPD von der fraglichen Außenstelle aber nie an die Zentrale weitergegeben worden seien. Die Akte habe fast nur SPD-Interna enthalten, »wer was über wen sagt usw.« Nach dem Hinweis, den er bekommen habe, »sind die Unterlagen an Interessierte im politischen Bereich gegangen.« Burkhard Hirsch (FDP): »Im politischen Bereich der Bundesrepublik?« Ehmke: »Ja.« Die Debatte um die Definition von Inlandstätigkeit, Inlands- und Auslandsaufklärung sei ziemlich müßig, meinte der frühere Kanzleramtschef noch, man müsse immer nach dem Gegenstand der Erkundung fragen: »Schnüffle ich herum bei dem, was in der Baracke der SPD los ist oder bei einzelnen Personen der politischen Parteien, dann ist das Inlandsaufklärung oder Bespitzelung und keine Auslandsaufklärung.«

BND-Präsident Wessel, der von den »Dossiers« seines Vorgängers und den Angriffen der Opposition gegen seinen Reformkurs bereits ausreichend in Atem gehalten wurde,[375] hatte den Fall Bärwald durch sofortige Abschaltung zunächst stillschweigend bereinigt. Der verantwortliche Außenstellenleiter, zugleich Leiter des BND-Verbindungsbüros Bonn, Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld (»Raven«), musste den Dienst quittieren und zur Bundeswehr wechseln. Am 4. Dezember 1974 hatte Oberstleutnant Höffer dann seinen Auftritt vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuss. Getreulich malte er dort die von Reinhard Gehlen und Kurt Weiß aufgetischte Erzählung von der innenpolitischen Abstinenz Pullachs weiter aus.[376] In Wirklichkeit hatte »Raven« die CSU mit Informationen aus dem Dienst versorgt und Strauß regelmäßig über den Fortgang des Falles Bärwald unterrichtet.[377]

Als sein Verrat bei den Guillaume-Untersuchungen öffentlich wurde, stritt Bärwald ihn vehement ab. Die Zusammenarbeit zwischen dem BND und dem SPD-Ostbüro sei von der Parteispitze schon zu Schumachers Zeiten, zuletzt noch einmal mit dem verstorbenen Fritz Erler vereinbart

worden (inzwischen für viele der ideale tote Kronzeuge). Das traf zwar zu, doch eine nachrichtendienstliche Ausforschung der »Baracke« umfasste diese Absprache nicht. Ein SPD-Sprecher erklärte denn auch, der Partei lägen Beweise dafür vor, »wonach Bärwald in den Jahren seiner Mitarbeit beim SPD-Vorstand das in ihn gesetzte Vertrauen gröblichst verletzt habe. Die SPD verfüge über Informationen, wonach der frühere Chef des Ostbüros bezahlter Agent des BND gewesen sei.«[378] Hätte Bärwald eine zwölf Jahre zurückliegende Notiz Erlers gekannt, dann wäre er mit seinen Rechtfertigungsversuchen wohl etwas zurückhaltender gewesen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende hatte sich in Vorbereitung eines Besuchs in Pullach nämlich die bohrenden Fragen aufgeschrieben »Nebenkontakte zur SPD? Ostbüro? Einschleusungsversuche in SPD?« und handschriftlich dann noch daneben notiert: »Gibt es das? Vorsicht! Bärwald? Nicht hinter meinem Rücken!«[379]

Was Fritz Erler ahnte und fürchtete, war zu diesem Zeitpunkt bereits Realität, auch wenn Helmut Bärwald als Zuträger des BND in der »Baracke« nicht annähernd die Bedeutung von Siegfried Ortloff erreichte (der inzwischen zum Auslandsnachrichtendienst gewechselt war).[380] Anders als der Personal- und Sicherheitschef der SPD-Zentrale gehörte »Löwenfeld« bzw. »Bassum« weder zum engeren Führungskreis der Partei noch gar verband ihn mit Erich Ollenhauer und anderen führenden Genossen ein Stück gemeinsamen Lebenswegs. Da Bärwald nie an den wichtigen Leitungssitzungen teilnahm, erreichten seine geheimen Mitteilungen auch niemals Ortloff'sche Spitzenqualität. Trotzdem ging er als Leiter des stark reduzierten Ostbüros, SED-Spezialist und Kommunismus-Experte viel mit Parteifreunden um, die ihm Mitteilenswertes erzählten oder vertrauliche Schriftstücke weitergaben. Einige Beispiele aus seinen Berichten seiner beiden letzten SPD/BND-»Dienstjahre« mögen zur Illustration genügen.

Während des Wahlkampfes 1969 bat der Leiter der Außenstelle 930 seinen V-Mann »Löwenfeld« beispielsweise um die Klärung der Frage, ob Dietrich Spangenberg (SPD), unter Brandt Chef der Berliner Senatskanzlei und inzwischen für Gustav Heinemann Leiter des Bundespräsidialamts, seinerzeit desertiert sei, um in russische Kriegsgefangenschaft zu kommen, oder »ist er echt gefangen worden?«[381] Eine Woche nach der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler beschrieb Bärwald dem BND in einiger

Ausführlichkeit den Kampf um die »Postenverteilung bei der SPD«.[382] Es habe heftige Auseinandersetzungen gegeben, meldete er: »[Karl] Schiller und Helmut Schmidt werfen Brandt vor, in Ehmke einen neuen Kronprinzen zu fördern. Beide fühlen sich übergangen. Helmut Schmidt wollte unter allen Umständen Fraktionsvorsitzender bleiben. Er ist der Ansicht, dass der Sprung zum Bundeskanzler vom Fraktionsvorsitzenden leichter zu nehmen ist als vom Verteidigungsminister. Wehner lehnt die Koalition mit der FDP ab. Er hat sich in der ›Baracke‹ unmissverständlich darüber geäußert. Er will mit dieser Regierung nichts zu tun haben und strebt daher den Posten des Fraktionsvorsitzenden an. Wehner ist nach wie vor für die große Koalition.« Weiter teilte die Sonderverbindung mit, »da Wehner sich als stärker erwies, musste Helmut Schmidt den Posten des Fraktionsvorsitzenden abgeben, was ihn zu Ausfällen gegen Wehner veranlasste«. Im Übrigen habe der neue Fraktionsvorsitzende »rotes Licht für Brandt in der Deutschlandfrage und auch in außenpolitischen Fragen gegeben. Er ist zwar für Verhandlungen mit der SBZ – sogar auf Ministerebene – aber nicht für mehr. Eine Anerkennung lehnt er ab.«

Dann wurden die Berater des Kanzlers durchgemustert: »In der ›Baracke‹ ist man über die Beratergruppe Brandts besorgt. Es handelt sich um Egon Bahr, Katharina Focke und Leo Bauer. Für Leo Bauer sucht Brandt auch einen offiziellen Posten. Die drei Berater bewegen sich am äußersten linken Flügel der Partei. In der Deutschlandfrage sind alle drei zur Kapitulation vor dem Osten bereit. Man hofft nur, dass sich Ehmke etwas als Bremse betätigen wird.« Ebenfalls nehme man es in der SPD-Zentrale übel, »dass der Personen- und Ämtertausch – selbst bei unwichtigen Behörden – zu rigoros durchgeführt wird. Selbst fachlich und politisch untadelige Beamte werden entfernt, wenn sie früher nicht mit der SPD sympathisiert haben.« Die erste Tat des neuen Regierungssprechers Conrad Ahlers sei beispielsweise die Entfernung dreier Abteilungsleiter gewesen. »So wie hier wird es in vielen Ämtern gemacht. Das sei keine Schlacht für die Demokratie.« Am selben Tag übermittelte Bärwald noch frische Gerüchte über Umbesetzungen bei den »Sicherheitsdiensten«,[383] und in eigener Sache wusste er seinen V-Mann-Führer davon in Kenntnis zu setzen, dass sich der SPD-Abgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen für ihn als Vizepräsidenten des Verfassungsschutzes oder des BND einsetze. So weit oben sah sich Bärwald schon kurz vor seinem Absturz.

Bald darauf überließ die Sonderverbindung »Löwenfeld/Bassum« dem BND seine 15-seitige Analyse der außerparlamentarischen Linken, die er für das Parteipräsidium angefertigt hatte.[384] Es folgte ein Blick auf die Machtverteilung an der Spitze der SPD. Dort rivalisierten »drei Gruppen« miteinander, diagnostizierte er, nämlich die »Regierungsmitglieder unter der Führung von Brandt«, die »Fraktion unter Wehner« sowie die »Parteiorganisation unter Wischnewski«. Während dieser hinter dem Kanzler stehe, bestünden zwischen Brandt und Wehner »unüberbrückbare Differenzen«, auch weil dieser die Bildung der sozialliberalen Koalition unbedingt habe verhindern wollen, neuerdings auch, weil Brandt die Richtlinien für politische Kontakte mit der DDR nun unter den Tisch fallen lassen wolle. »Wehner ist dagegen«, ebenso wie gegen die Umbenennung des Gesamtdeutschen Ministeriums; Streit gebe es auch über Reisen von SPD-Mitgliedern in die DDR.

Parallel zu diesen Kämpfen und Disputen baue Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski seine Machtposition aus, wusste Bärwald zu berichten: »Wer gegen ihn ist, wird verdrängt und entmachtet.« Schatzmeister Alfred Nau etwa verliere »eine Position nach der anderen. Er hat sich darüber bei Wehner beklagt. Dieser gab zu verstehen, dass ohne ihn – Wehner – keine Veränderungen negativer Art in der Organisation vorgenommen werden dürfen«; Wischnewski verlege sich daher auf personelle Änderungen, »die ›letzten Kalten Krieger‹ sollen gehen […] ›Der Apparat soll liberalisiert werden‹, wie Wischnewski sich ausdrückt. Bei Brandt findet er dafür offene Ohren. Was Wischnewski bei Brandt nicht erreicht, tut Leo Bauer.« Wehner habe den beiden in diesen Fragen »den Kampf angesagt«.[385]

Vier Wochen später folgten weitere Interna, die, wie meist, stark von Bärwalds politischer Einstellung, seinen persönlichen Ambitionen und der Interessenslage des BND gefärbt waren. »Minister Ehmke steht dem BND grundsätzlich positiv gegenüber«, gab er seine Beobachtungen in der SPD-Zentrale wieder. »Der Einbau zu vieler Familienangehöriger, Verwandter und Bekannter in den BND wird dem früheren Präsidenten Gehlen und anderen führenden Persönlichkeiten übelgenommen. Fachliche Qualifikation war nicht immer maßgeblich für die Einstellung, und darunter hat die Arbeit gelitten. Mit General Wessel hat sich die Schwerfälligkeit der Bürokratie des BND gebessert.« Generell mache sich im Zusammenspiel

mit Ehmke immer stärker der Einfluss von Staatssekretär Spangenberg fühlbar, der »alle im Sinne der SPD unzuverlässigen Beamten und Angestellten aus wichtigen Positionen auswechseln« wolle. »Schumacher- und Erler-Anhänger sollen aus dem Apparat der Baracke entlassen bzw. entmachtet werden. Das frühere Ostbüro, eine Schöpfung Schumachers, soll langsam absterben«. Der Auslandsreferent der SPD sitze nur noch untätig herum, »Brandt nimmt es ihm übel, dass er über seinem Schreibtisch noch immer ein Bild Fritz Erlers hängen hat.«

Helmut Bärwald, der mit der politischen Entwicklung genauso unzufrieden war wie mit seiner eigenen Lage, lieferte zunehmend Klatsch, Tratsch und Gerüchte, entfernte sich zusehends von einer nüchternen Berichterstattung und ersetzte sie durch Fetzen des SPD-Flurfunks. Das eine Mal waren es Dinge, die ihm Schmitt-Vockenhausen erzählt hatte, ein andermal Äußerungen des stellvertretenden Schatzmeisters der Partei, usw. Besonderes Interesse fand alles, was mit der Neuordnung der Sicherheitsbehörden, vor allem des BND, zu tun hatte, darunter seine eigenen Ambitionen. Wehner wolle »unter allen Umständen Nollau als Präsidenten des BfV durchbringen«, meldete er einmal. Das stoße aber bei Teilen der SPD wie auch beim Verfassungsschutz selbst auf Schwierigkeiten. Richard Meier zeige »wenig Lust zum BND zu gehen, im Gegensatz zu Presseberichten. Bärwald ist noch im Gespräch um den Posten des BND-Vizepräsidenten.«[386] Meier wurde kurz darauf Leiter der Beschaffung in Pullach, Bärwald ein Dreivierteljahr später aus der »Baracke« entfernt und als Zuträger des BND abgeschaltet, Günther Nollau 1972 Verfassungsschutzpräsident.

Mitten im parteipolitischen Streit über die Reform des BND traf 55207 in Bonn mit seinem SPD-Genossen Dieter Blötz zusammen, der nun, vom Aufschrei der Traditionalisten begleitet, statt seiner auf dem Stuhl des Vizepräsidenten gelandet war. Blötz, der nicht wusste, dass Bärwald Zuträger der ihm feindlich gesinnten Riege in Pullach war, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube.[387] Wessels umstrittener Stellvertreter, so zeichnete es der V-Mann-Führer nach einem Treff mit Bärwald auf, habe unter anderem erklärt: »Viele Mitarbeiter des BND sehen den Dienst als eine private Firma an, die man je nach Bedarf melken kann. Es liegen Verträge höherer Mitarbeiter vor, die missbilligt werden müssen. Für wenig Leistung erhalten diese Mitarbeiter viel Geld. Unter Adenauer und Globke

war der BND ein propagandistisches Anhängsel der CDU. Mit diesem Apparat machte die CDU Innen- und Außenpolitik. Die Lageberichte passten immer ins Bild der CDU. Viel Geld wird für völlig uninteressante und wertlose Berichte ausgegeben, für sogenannte Windeier. Was beim BND oft noch unter ›Geheim‹ läuft, kann man am nächsten Tag schon in der Zeitung lesen.«

Mit fortschreitender Lektüre des Bärwald-Bulletins konnten die Gegner des Neuen, wenn sie es nicht schon wussten, erkennen, wo ihr neuer Vorgesetzter stand und welche Gefahren von ihm drohten, wenn man nicht energisch gegensteuerte: »Berufsoffiziere sind für einen modernen Nachrichtendienst nicht zu gebrauchen«, wurde Blötz wiedergegeben. »Insbesondere muss Front gemacht werden gegen die alten Christen, die schon unter Canaris waren und noch im alten militärischen Stil Lagebericht geben. (Die Sonderverbindung hatte den Eindruck, dass Blötz den Offizier hasst. Er spürte dessen innere Erregung, als über Offiziere gesprochen wurde.) Blötz ist sich darüber im Klaren, dass er bei einem Regierungswechsel seinen Posten als Vizepräsident verliert. Bereits früher hatte Blötz gegenüber der Sonderverbindung geäußert, dass er sich um diesen Posten nicht bemüht habe. Die Partei habe gerufen, und er sei diesem Ruf gefolgt.« Schärfere Munition im Kampf gegen den neuen, milieufremden Vizepräsidenten und die angebliche Sozialdemokratisierung des BND durch Kanzleramtsminister Ehmke konnten sich Kurt Weiß und Höffer von Loewenfeld nicht wünschen. Sie eignete sich bestens, um den Ball an die Unionsfraktion weiterzuspielen und den Konflikt um den Dienst weiter zu eskalieren. Präsident Wessel wusste nicht, was hinter seinem Rücken geschah, musste es aber befremdet zur Kenntnis nehmen, als der Kanzleramtsminister ihn zu der Razzia bei Höffer von Loewenfeld veranlasste.

Den letzten ausführlichen Spitzelbericht über die Verhältnisse in der SPD und deren weitere entspannungspolitische Schritte gab der in schweres Wasser geratene Leiter des fast bedeutungslos gewordenen Ostbüros seinem Führungsoffizier Ende 1970.[388] »In der SPD mehren sich die Widerstände gegen den Linkskurs der Partei. Alte Genossen, die bereits mehr als 40 Jahre der Partei angehören, treten aus«, beobachtete Bärwald, der selbst zu der empörten Schumacher-Gefolgschaft zählte. »In der ›Baracke‹ fragt man sich gegenseitig, ob man zum Linkskartell oder zum Rechtskartell gehört

[…] Vor allem DDR-Häftlinge sind über die Politik der Regierung Brandt enttäuscht. Der ›Kurt-Schumacher-Kreis‹ in Berlin entfaltet immer mehr Aktivitäten und gewinnt an Profil. Man spricht von Spaltungsmöglichkeiten der Partei und nennt Helmut Schmidt als möglichen Chef einer Rechts-SPD. Aber man weiß auch, dass das keine Lösung bedeuten kann. Einmal haben Parteineugründungen kaum Lebensdauer, zum anderen würde Helmut Schmidt – trotz aller Gegensätze zu Brandt und Wehner – sich dafür nicht zur Verfügung stellen.« Einen nach seiner Ansicht bezeichnenden Vorgang sprach Bärwald auch noch an: Er habe »mit einer Auflage von 50000 Exemplaren die von der SPD angenommenen Programmpunkte über das Verhältnis Sozialdemokraten/Kommunisten mittels Briefpost in die DDR verschicken« wollen, doch das Parteipräsidium habe die Aktion mit der Begründung abgelehnt, das sei eine Provokation.

Helmut Bärwalds Tage in der SPD und im BND waren gezählt. Die Partei hatte er vorsätzlich verraten, dem Dienst unwillkürlich geschadet. Die letzten Blätter der Akte der langjährigen Sonderverbindung dokumentieren denn auch die letzten Schritte in ihrem bisherigen politischen und nachrichtendienstlichen Leben.[389] Doch es gab Hoffnung. Die ersten Rettungsleinen wurden geworfen. Bei ihrem letzten Treff umriss Bärwald dem V-Mann-Führer bereits seine Zukunftsperspektive: »Seit einiger Zeit führt die Sonderverbindung Verhandlungen mit dem Wehrexperten der CDU, Marx. Die CDU-Parteispitze hat der Sonderverbindung eine hauptamtliche Tätigkeit, etwa in gleicher Form wie bisher, zugesagt, zu einem Zeitpunkt, den die SV bestimmen könne. Rainer Barzel solle sich dahingehend geäußert haben, dass man die SV als DDR-Experten unbedingt gewinnen wolle. Marx soll geäußert haben, dass bei einem Regierungswechsel die SV entweder zum BND oder zum Bundesamt für Verfassungsschutz als Vizepräsident kommt.« Es mag dahingestellt bleiben, was an diesen Einlassungen Dichtung oder Wahrheit gewesen ist, sein weiterer Weg führte Bärwald jedenfalls sogleich in das aufnahmebereite Unionslager und in einen noch erbitterteren Widerstand gegen die Entspannungspolitik seiner ehemaligen Partei. Was blieb, waren seine Berichte aus der Sozialdemokratie als der nicht abzuleugnende Beweis für die politische Inlandsspionage des BND.

Oberstleutnant Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld (»Raven«), bei dem die Bärwald-Akten aufgefunden worden waren, trat Anfang Dezember

1974 in den Zeugenstand des Guillaume-Untersuchungsausschusses. Zusammen mit Hans-Henning Crome war er der letzte BND-Mitarbeiter, der sich den Fragen der Abgeordneten stellen musste. Er hatte die Meldungen aus der SPD in Empfang genommen und sie, soweit sie auf politisches Interesse hoffen durften, als Leiter der Bonner BND-Verbindungsstelle auf kurzem Wege an seine Partner in der CDU/CSU-Fraktion weitergereicht. Diese hochgradig illegale Unterrichtung Unbefugter zeigt exakt dasselbe Muster wie das Übermittlungsverfahren, das zu Zeiten Adenauers und Globkes bereits von dem Trio Gehlen-Ortloff-Ziegler praktiziert wurde: Ein Zuträger aus der SPD trifft sich mit einem Mitarbeiter der BND-Verbindungsstelle in Bonn, setzt ihn über die neuesten Entwicklungen ins Bild, und dieser fasst die Mitteilungen dann in einen schriftlichen Bericht.

Die Einlassungen Höffer von Loewenfelds bewegten sich ganz auf der Linie, die von »Winterstein« und dem »Doktor« bei ihren Befragungen vorgeprägt war.[390] Er schilderte zunächst, wie ihn die Zentrale seinerzeit als neuen Mann in Bonn angewiesen habe, Kontakt zur SPD-Spitze, Fritz Erler, herzustellen und mit ihm den Informationsaustausch zu besprechen, wie er zwischen der Partei und dem Dienst seit Jahren üblich war. Dann folgte die erste Lüge. Auf die Frage des Abgeordneten Günther Metzger (SPD), welchen Auftrag Helmut Bärwald denn gehabt habe, antwortete der ehemalige BND-Beamte: »Von der SPD-Seite her oder von uns her? Von uns her hatte er ja gar keinen Auftrag.« Es sei bei dem Kontakt zu Bärwald vor allem um die Übergabe von Materialien des Ostbüros gegangen. Daraufhin wurde ihm am Beispiel von Dokumenten vorgehalten, dass seiner Dienststelle keineswegs nur Erkenntnisse dieses Büros mitgeteilt worden seien, sondern »über einen langen Zeitraum Erkenntnisse, interne Erkenntnisse, aus der Sozialdemokratischen Partei«. Ob Höffer denn meine, die Beschaffung dieser »höchst internen Erkenntnisse« gehöre zur Aufgabenstellung des BND?

Der ehemalige Leiter des Verbindungsbüros vermochte die Existenz der 1971 beschlagnahmten Unterlagen nicht recht wegzuerklären. Also wich er ins Technische und Verwaschene aus. Es handele sich bei den Berichten gar nicht um Berichterstattung, sondern um Aufzeichnungen von Treffgesprächen, also um Inhalte, die Bärwald nicht mehr habe verifizieren können, »meinetwegen nennen Sie sie Gespräche am Kamin«. Eine Quelle

berichte vom Auftrag her, dozierte der Nachrichtenmann. In Gesprächen mit diesen Quellen würden »alle möglichen Themen angerührt, und seien es auch, wenn Sie wollen, moralische, persönliche und finanzielle und ich weiß nicht was, um den Background dieser Quelle insgesamt so deutlich wie möglich, so anschaulich wie möglich jederzeit zur Verfügung zu haben«. Die Sonderverbindung Bärwald werde wahrscheinlich gewusst oder geahnt haben, dass solche Gespräche zumeist schriftlich festgehalten würden. Die Treffs hätten »vermutlich« im Raum Bonn stattgefunden, »aber das habe ich echt vergessen. Ich weiß es nicht exakt, ich glaube nicht, in seiner Wohnung; möglicherweise in irgendeinem Lokal. Das weiß ich nicht.« Das verstand der Abgeordnete Metzger nicht, denn wenn es sich um allgemeine Gespräche gehandelt habe, dann hätten sie doch auch in der SPD-Zentrale stattfinden können. Höffer von Loewenfeld: »Sie überfragen mich etwas.« So ging es mit der schwierigen Wahrheitsfindung noch eine ganze Weile fort.

Dann wechselte die Einvernahme zu der Frage über, wieso die Bonner Verbindungsstelle die Mitteilungen Bärwalds nicht an die Zentrale weitergeleitet habe, da sie doch offenbar von einiger nachrichtendienstlicher Relevanz gewesen seien. Doch, sie wurden schon weitergegeben, »die Zentrale wusste ja, woher das kam«, aber nur auszugsweise oder in neuer Form. »Herr Zeuge«, fragte dann der ein wenig strapazierte Abgeordnete Metzger schließlich, »was ist denn nun an Herrn Bärwald gezahlt worden?« Der Zeuge: »Ich kann das also – Das muss ich jetzt aus dem Gedächtnis sagen. Soviel ich weiß, hat er zu allererst gar nichts bekommen. Dann hat er 100 DM erhalten. Dann hat er 200 DM enthalten. Zu meiner Zeit hat er ein halbes oder dreiviertel Jahr nichts erhalten. Dann wurden zum Schluss, wenn ich nicht irre, 300 oder 400 DM gezahlt.« Vergleichbare Verbindungen zu anderen Parteien, wie sie mit dem SPD-Mann unterhalten wurden, seien dem früheren Leiter des Bonner BND-Büros nicht bekannt, wie er noch anfügte.

Zu guter Letzt kamen die Befrager noch einmal auf die Beschlagnahme der Bärwald-Unterlagen durch die Zentrale im März 1971 zurück: »Das war nachrichtendienstlich in keiner Weise üblich«, empörte sich Höffer von Loewenfeld. »Das ging auch wie ein Lauffeuer durch die ganze Zentrale« – noch schneller allerdings zu Franz Josef Strauß, wie wir gesehen haben. Gehlen und Weiß hätten zufrieden sein können, hätten sie diesem Auftritt

beigewohnt. Erhellendes zur systematischen Inlandsspionage des BND hatte die Zeugenbefragung nicht erbracht, erst recht nichts zu dessen umfassender SPD-Operation während der Ära Adenauer. Als der Ausschuss Kurt Weiß fragte, wie es zu beurteilen sei, wenn eine Person »Informationen einer Partei über diese Partei über einen längeren Zeitpunkt in bestimmten Abständen an Sie weitergab«, antwortete er ausweichend: Ja, es habe eine Zusammenarbeit mit dem Ostbüro der SPD gegeben, »die meiner Ansicht nach durchaus in Ordnung war.«[391]

Da dem Guillaume-Ausschuss im Fall Helmut Bärwald wie im Fall Günther Heysing Dokumente zweifelsfreier Herkunft vorlagen, konnten Reinhard Gehlen und seine früheren Mitarbeiter nicht rundweg abstreiten, dass die Tätigkeit des BND bis 1968 und noch ein wenig darüber hinaus auch eine innenpolitische Stoßrichtung gehabt hatte. Sie verlegten sich daher darauf, ihre Gedächtnisleistung zu Vorgängen, die erst wenige Jahre zurücklagen, als nicht mehr recht auf der Höhe vorzuführen, die Routinen nachrichtendienstlicher Arbeit so komplex und kompliziert wie möglich darzustellen, den von sozialdemokratischen Spitzenpolitikern gebilligten dienstlichen Verkehr mit der »Baracke« als ihr Hauptanliegen hinzustellen und eisern darüber zu schweigen, dass diese nicht zu beanstandenden Beziehungen nur die eine Seite der Gehlen’schen Doppelstrategie gewesen waren, die SPD-Führung zu hofieren und zugleich auszuforschen.

Ganz ging der Guillaume-Ausschuss des Deutschen Bundestags diesem Konstrukt nicht auf den Leim – jedenfalls nicht beim Fall Bärwald. In seinem Abschlussbericht benannte er die »Praktiken einer Außenstelle (SPD-Akte)« durchaus, doch die unterschiedlichen Einschätzungen von Burkhard Hirsch (FDP) und Johannes Gerster (CDU) schlugen sich darin deutlich nieder.[392] Hirsch bezog sich in seinem Berichtsteil zunächst auf die seinerzeitige Beschlagnahme der SPD-Materialien, auf die personellen Konsequenzen, die der BND-Präsident gezogen hatte und auf dessen Feststellung, wonach diese Unterlagen »innenpolitische Dinge betrafen und nichts mit der Aufgabe eines Auslandsnachrichtendienstes zu tun hatten«. Von dem ehemaligen Leiter des Bonner BND-Verbindungsbüros sei dagegen erklärt worden, »es habe nie eine SPD-Akte gegeben«. Angesichts der vorliegenden Materialien sei diese Einlassung jedoch nicht glaubwürdig; der Zeuge habe versucht, klaren Aussagen auszuweichen.

Burkhard Hirsch schrieb, der Untersuchungsausschuss sei zu dem Ergebnis gekommen, dass in dem Informationsaustausch des Dienstes mit Helmut Bärwald »bewusst weitgehende Informationen über die SPD dem BND systematisch zugänglich gemacht worden sind. So können z. B. ausführliche Berichte darüber, welche Gruppen innerhalb des Parteivorstandes miteinander verkehrten und welche Zielrichtungen sie entwickelten, nicht anders bewertet werden. Somit hat ein Angehöriger des Bundesnachrichtendienstes über die sogenannte Sonderverbindung Bärwald über einen längeren Zeitraum hinweg gezielt die interne Willensbildung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beobachtet.«

Die Frage dagegen, an wen solche Informationen eventuell weitergegeben wurden, war schwieriger zu beantworten. Höffer hatte ausgesagt, bis 1969 habe er Mitteilungen aus der SPD-Akte nach Pullach gegeben, danach jedoch kaum noch. Er habe seine Verbindungen nicht zerstören lassen wollen, denn er sei, wie er sich ausdrückte, »ein Quellenbauer und nicht ein Quellenkiller«. Das Material habe er zurückgehalten, weil er befürchtete, der neue sozialdemokratische Vizepräsident Blötz werde die Berichte lesen und die Sonderverbindung dann sicherlich abschalten. »Hieraus ergibt sich«, so Hirsch, »dass sich der Zeuge selbst bewusst war, dass die hier betriebene Information über die SPD sowie die Aktenlage weder vom Auftrag des Bundesnachrichtendienstes gedeckt, noch von seinen Vorgesetzten geduldet wurde, und dass der Zeuge sich auch der Unrechtmäßigkeit seines Tuns bewusst war.« Die Einziehung seiner SPD-Unterlagen durch die Zentrale habe er als »MfS-Methoden« bezeichnet. Nachdrücklich bestritt der ehemalige Leiter der Bonner Verbindungsstelle, diese Materialien jemals an Dritte gegeben zu haben. Horst Ehmke dagegen habe ausgesagt, dass es ja gerade der Hinweis an ihn, BND-Unterlagen würden an Interessierte im politischen Bereich weitergegeben, gewesen sei, der ihn zum Einschreiten veranlasst habe. Die Vollzugsmeldung darüber habe er nicht vom BND, sondern vom CSU-Vorsitzenden erhalten. Wessel bestätigte, Strauß könne diesen internen Vorgang nur von jemandem in der Dienststelle erfahren haben, welche die SPD-Unterlagen verwahrte; von ihm oder seinem Vizepräsidenten habe es Strauß jedenfalls nicht erfahren.

Der Ausschuss vermochte nicht zu klären, ob die Informationen des Helmut Bärwald aus der SPD-Zentrale an Dritte gelangt waren. Johannes

Gerster wies in seiner Beurteilung darauf hin, dass der Vorwurf der innenpolitischen Aufklärung gegen den BND von Ehmke und Wessel stamme, von Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld jedoch zurückgewiesen worden sei. Was aus dem Kontakt Bärwalds mit dem Nachrichtendienst schriftlich festgehalten worden sei, dürfe nicht als »Ergebnis einer gezielten Aufklärung« angesehen werden: »Diese Darstellung des Zeugen lässt zumindest zweifelhaft erscheinen, ob der Vorwurf der innenpolitischen Aufklärung gerechtfertigt ist. Zumindest kann der Nachweis nicht geführt werden, dass die Aufzeichnung der Treffgespräche Ergebnis eines zielgerichteten Ausspähungsauftrags war.« Zu mehr konnte sich der Berichterstatter einer Unionsfraktion nicht durchringen, die noch immer an ihrer These einer schädlichen sozialdemokratischen Parteipolitisierung des BND festhielt. Ein Auslandsnachrichtendienst unter der Ägide einer unionsgeführten Bundesregierung, der die SPD-Spitze ausgeforscht und das Bundeskanzleramt wie die Spitzen von CDU und CSU mit den Ergebnissen seiner politischen Inlandsspionage versorgt hatte, passte nicht zu dem propagierten Bild eines erst mit dem Regierungswechsel 1969 innenpolitisch dienstbar gemachten BND. Selbst eine aufmerksamkeitsträchtige Randfigur wie Helmut Bärwald sollte diese Lesart nicht durchkreuzen.

1 Siehe Dülffer, Krise, S. 31 ff.
2 Zum Fall »Agathe« siehe die Aktennotiz von Metz (122/A), Agathe, 11.3.1957, in: BND-Archiv, 122716, Bl. 25 ff.
3 Der Schlussbericht der Sicherungsgruppe ging am 24.11.1958 an die Bundesanwaltschaft, die das Untersuchungsverfahren eine Woche später einstellte. Siehe die internen Notizen der BND-Untersuchung, in: BND-Archiv, V-11642, Nebenakte I, Bl. 409 und 428.
4 Hds. Notiz Worgitzkys über sein Gespräch mit Ziegler, 31.7.1958, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 917.
5 Gebauer (606/I) an Worgitzky (363,0), Angelegenheit »Agathe«, 1.8.1958, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 929 ff. Hervorhebung im Original.
6 Siehe den Fragebogen zur Gesundheit, 1.12.1960, in: BND-Archiv, P1/2305.
7 Besprechungsnotiz vom 25.2.1959 zu der auf Anordnung Worgitzkys stattgehabten Unterredung Zieglers, Langemanns und Ortloffs am 19.2.1959, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1077 ff.
8 Tagebuch Langemann, 19.2.1959, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 52; zu Langemann siehe unten, S. 1238 ff.
9 Siehe etwa die Niederschrift vom 31.3.1959 über die Besprechung Zieglers und Langemanns mit Ortloff am 25.3.1959 in München, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 90 ff.
10 Notiz Wintersteins vom 13.10.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 139. Hervorhebung von mir.
11 Vermerk Lückraths vom 25.1.1960 über sein Gespräch mit Ortloff (»Hier: Politische Äußerungen«) am 22.1.1959, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 155.
12 Notiz von Kurt Weiß über seine Besprechung mit Gehlen am 18.3.1960, in: BND-Archiv, NL 10/7, Bd. 1, Bl. 119 f.
13 Ortloff an Gehlen, 25.3.1960; Gehlen an Ortloff, 28.4.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 202 und 224.
14 Ziegler an Worgitzky und Gehlen, Einstellungsvorschlag für Otto, 12.8.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1368 f. Worgitzky hatte von Gehlen erst Anfang 1960 die »Wahrnehmung bestimmter SPD-Verbindungen« übertragen bekommen. Siehe das Gespräch Worgitzky-Weiß am 25.2.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Bd. 1, Teil 1, Bl. 87.
15 Ziegler an Worgitzky, Gehlen, Otto, 26.8.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1371.
16 Helmut Ortloff, Sohn aus erster Ehe, bestätigte, dass sein Vater eine außereheliche Beziehung mit der Personalvertreterin Ruth B. im SPD-Vorstand unterhalten, sich 1960 von seiner ersten Frau getrennt und die B. Ende 1961 geheiratet habe; Interview am 18.3.2013. Siehe auch die schriftliche Mitteilung von Alexander Ortloff, dem Sohn aus zweiter Ehe, vom 1.3.2020.
17 CIA (847) an Foertsch (Fleming), Knecht [Ziegler], 7.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1929.
18 Gehlen, »Vortragsnotiz für den Herrn Staatssekretär, betr.: Einstellung Siegfried Ortloff«, 2.9.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 307 f.
19 Vgl. dazu Wolf, Entstehung, S. 499 ff.
20 Vermerk Gehlens über eine Besprechung mit Globke am 27.9.1960, in: BND-Archiv, 1227, o. Bl.
21 Aktennotiz Worgitzkys (möglicherweise Langemanns) v. 7.11.1960 über eine Besprechung mit »Herrn Prenzler« am 5.11.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 785 ff.
22 Siehe etwa das Schreiben Zieglers an Worgitzky, Otto, 11.11.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1380 f., oder die Anlage zum Schreiben Worgitzkys an Weiß, Otto, 15.11.1960, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 930.
23 Worgitzky an Weiß, Otto, 15.11.1960, in: BND-Archiv, V-11843, Nebenakte IV, Bl. 929.

24 Zeugnis Ollenhauers für Ortloff, 1.12.1960, in: BND-Archiv, P1/2305.
25 Siehe auch BND-Archiv, V-29785.
26 Stephani/»Straimer«(181/IV), Vermerk, 1.12.1960, in: BND-Archiv, V-29785, sowie hds. Vermerke zur Einstellung vom 21.12.1960, in: BND-Archiv, P1/2305; zu Stephani / »Straimer« siehe Heidenreich, DDR-Spionage, S. 500 f.
27 Sie erfolgte am 12.12.1960. Siehe die Karteikarte zu Ortloff, in: BND-Archiv, V-29785, Dort auch die hds. Notiz Annelore Krügers (»Alo«).
28 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, V-29785, Fiche 1.
29 Siehe etwa Ortloffs Bericht über den sozialdemokratischen Kandidaten für die finnische Präsidentschaft, 20.1.1961, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 399, oder die Notiz Worgitzkys für Gehlen vom 12.5.1961 über einen Einsatz Ortloffs in Schweden, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 401.
30 Stephani (181/IV), Vermerk, 1.12.1960, in: BND-Archiv, V-29785, Fiche 1.
31 Worgitzky an Weiß, Otto, 15.11.1960, in: ebd.
32 Vermerk Weiß, 9.12.1960, in: BND-Archiv, NL 10/7, Bd. 2, Bl. 140.
33 Besprechung Weiß, Ziegler, 9.12.1960, in: BND-Archiv, V-29785, Fiche 1.
34 Vermerk Krüger (»Kunze«) über ein Gespräch mit Worgitzky, 25.2.1965, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2705 f.
35 Siehe den Auflösungsvertrag vom 6.10.1965, in: BND-Archiv, P1/2305. Das »Dienstleistungszeugnis« des Amtes für See- und Schifffahrtswesen vom 31.10.1965 im Privatnachlass von Siegfried Ortloff.
36 Siehe etwa die Auszahlungsanordnung vom 23.7.1963, in: BND-Archiv, P1/2305.
37 Siehe oben, S. 661.
38 Notizen Erlers, 10.9.1962, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD 000871.
39 Gehlen an Erler, 20.12.1962, in: ebd.
40 Vgl. auch die Notiz von Kurt Weiß in der späteren Kommentierung seines Diensttagebuchs vom 13. Oktober 1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 139. Im Original findet sich hierzu kein Eintrag. Siehe den Hinweis zu diesen Tagebüchern und deren spätere Aufbereitung durch Weiß oben, S. 407.
41 Notiz Krügers, 25.7.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1738.
42 Günter Bachmann war bis August 1966 der für Pullach zuständige Referent im Bundeskanzleramt. Zu Bachmanns Tätigkeit u. a. Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 82 ff.
43 Tagebuch Langemann, 24.10.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 421.
44 Vermerk Worgitzkys, 5.12.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 737.
45 Siehe oben, S. 846.
46 Siehe den Bericht des *Spiegels* über den Prozess gegen Helbig vor dem Bundesgerichtshof, 7.4.1965 (»Vier Muttern aufgenommen«).
47 Ortloff an Erler, 13.12.1963, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD 000871. Helbig war am 29.9.1963 verhaftet worden.
48 Handschriftliche Notiz Krüger für Winterstein, Dr. König, 20.3.1967, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2933.
49 Kunze (106/II), »Notiz für die Besprechung 106 pers. [Gehlen] mit MdB Schmidt, betr.: Dr. Siegfried Ziegler, geb. 2.2.1902«, 6.4.1967, in: BND-Archiv, V-11643, Hautpakte, Bl. 2933 f. Dort auch der hds. Vermerk; Hervorhebung im Original.
50 Sitzung des Präsidiums am 21.5.1962, 23.5.1962, in: StBkAH, I 12.24.
51 Tagebuch Langemann, 12.9.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 480.

52 Vermerk von Koesters für den Bundeskanzler, 6.9.1967, in: ACDP, 01-070-123/2. Zur Rolle Koesters vgl. Dülffer, Krise, passim.
53 Vermerk von Koesters für den Bundeskanzler, 9.10.1967, in: ACDP, 01-070-123/2.
54 Kinkel an Schüler, 14.12.1979, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11114 (8), Bl. 4 f.
55 Siehe unten, S. 938 ff.
56 Siehe oben, S. 549 ff.
57 Siehe oben, S. 576; zu Kurt Weiß siehe oben, S. 373 ff.
58 Siehe die eindringende Analyse von Persönlichkeit, Führungsstil und Weltanschauung Reinhard Gehlens bei Müller, Gehlen, II, S. 1301 ff.
59 Vermerk Langemanns vom 14.2.1959 über die »Besprechung bei dem SPD-Abgeordneten Erler am 24.1.1959«, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1068 f. Langemann war, wie gesagt, in jenen Tagen zum SPD-Vorstand abgestellt worden, um Fälle von Ostspionage innerhalb der Partei aufklären zu helfen; siehe Tagebuch Langemann, 19.2.1959, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 52.
60 Siehe oben, S. 909.
61 Tagebuch Langemann, 25.10.1962, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 156.
62 O. V., Notiz für Gehlen, 18.10.1962, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1432 f.
63 Siehe etwa die Notiz von Foertsch (»Fleming«), Mexico, hier: Dr. Siegfried Ziegler, 6.12.1962 in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1448 f.
64 Siehe Hechelhammer, Felfe, S. 193 f.
65 Notiz Foertsch, 12.12.1962, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1438.
66 Anforderung von Foertsch, 6.12.1962, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1448 ff.; auch zum Folgenden.
67 Hds. Vermerk Crome, 24.8.1967, über die Befragung am 16.1.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1504.
68 Siehe oben, S. 854.
69 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1624 ff.
70 O. V., Sprechzettel für Gehlen vom 27.2.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1582 f., sowie Bestätigung der Besprechung, V-11643, Nebenakte I, Bl. 528. Der Schwiegersohn Gehlens, Alfred Dürrwanger, war Leiter des Bonner Verbindungsbüros des BND. Zu dem Verdachtsfall siehe oben, S. 846.
71 Unterredung am 19.4.1963. Siehe die Aufzeichnungen Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 622.
72 Puttkamer an Erler, 26.3.1963, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000871. Erler besprach die Angelegenheit mit Gehlen am 4.5.1963 in München.
73 Unterredung Ortloffs mit dem BND-Vertreter in Bonn, Alfred Dürrwanger (»Justus«), am 24.5.1963; Aufzeichnung Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 624.
74 Weiß am 9.7.1963, nach Aufzeichnung Crome, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 639.
75 Aufzeichnung Cromes am 16.7.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 643.
76 Aufzeichnung Cromes unter dem 7.8.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 659.
77 Notiz Annelore Krügers über ihr Gespräch mit Worgitzky am 25.7.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1738; zum Beleg für Worgitzkys Ahnungslosigkeit siehe auch die hds. Notiz von Foertsch vom 27.5.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 1799.
78 Tagebuch Langemann, 20.9. und 24.9.1963, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 238 f.
79 Ziegler hds. an Erler, 22.8.1963, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872. Hervorhebung im Original.
80 Aufzeichnung Cromes unter dem 4.9.1963, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 662.

81 Ziegler hds. an Gehlen, 2.1.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1837 ff.

82 Aufzeichnung Cromes unter dem 20.1.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 747. Ziegler firmierte jetzt unter »970 pers.«

83 Notiz Erlers vom 21.2.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD 000871.

84 Hds. Notizzettel Gehlens vom 4.2.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1848; die beiden Gutachten vom 7.2.1964 bzw. o. D. ebd., Bl. 1849 ff. Sie äußerten sich positiv bis skeptisch.

85 Notiz Worgitzkys über die Besprechung mit Ziegler am 31.3.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1884.

86 Schreiben Ortloffs an Erler vom 5.4.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000871.

87 Zum ersten kritischen Memorandum siehe oben, S. 825 f.

88 Ziegler hds. an Erler, 4.7.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.

89 Müller, Gehlen, II, S. 1326.

90 Zit. ebd., S. 1308.

91 Bericht von G. an 84/Z (»Bromberg«), 15.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1942 ff. Dort auch die folgenden Zitate.

92 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 756.

93 Aktennotiz »Brombergs« für Buttlar, 14.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1934 f. Hervorhebung von mir.

94 Alle Informationen aus der Personalakte von Hermann Ganter, in: BND-Archiv, P 40989.

95 Vorschlag zur Neueinstellung, 11.5.1964, in: BND-Archiv, P 40989, Bl. 19.

96 Von Buttlar an Blum (734/N), Einstellungsvorschlag Hermann Ganter, 22.5.1964, in: BND-Archiv, P 40989, Bl. 21.

97 Beurteilungen von 1965, 1982 und 1984, in: BND-Archiv, P 40989. – Die Planung und Durchführung der Operation des BND gegen Siegfried Ziegler unter Mitwirkung von Hermann Ganter hätte sich vermutlich noch detaillierter darstellen lassen, wenn mir der BND und das Bundeskanzleramt Einsicht in dessen gesondert geführte Sicherheitsakte gewährt hätten. Es war das einzige Mal, dass mir eine angeforderte Unterlage verweigert wurde. Die Begründung des Bundeskanzleramts vom 1. September 2020 lautete: »Es handelt sich hier […] um eine Sicherheitsakte, die unter die Regelungen des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlusssachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz–SÜG) fällt, da der Mitarbeiter erst nach 1994 in den Ruhestand versetzt wurde. Das SÜG regelt ausdrücklich und abschließend, zu welchen Zwecken Informationen über und aus der Sicherheitsakte verwendet und übermittelt werden dürfen; dies gilt für die Weitergabe in schriftlicher wie auch in mündlicher Form gleichermaßen. Solche legitimen Zwecke sind die Sicherheitsüberprüfung selbst, andere Zuverlässigkeitsprüfungen (z. B. nach dem Luftsicherheitsgesetz), die Verfolgung schwerwiegender Straftaten, parlamentarische Untersuchungsausschüsse und die Aufklärung von sicherheitsgefährdenden Tätigkeiten oder Bestrebungen. Die hier einschlägigen gesetzlichen Vorgaben lassen keinen Spielraum für Ermessensentscheidungen und müssen seitens der Behörde umgesetzt werden. Es bleibt daher in diesem Fall bedauerlicherweise kein Raum, um in einen Abwägungsprozess mit dem nachvollziehbaren Interesse an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte einzutreten. Anders als in vielen vorangegangenen Fragestellungen im Rahmen des UHK-Projekts, in der eine Abwägung (soweit sie in irgendeiner Form eröffnet war) mehrfach zugunsten des Interesses an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Frühgeschichte des BND

getroffen wurde. Dies gilt leider auch nach nochmaliger Prüfung aller alternativen Formen der Erörterung der Erkenntnisse des BND zu dem fraglichen Sachverhalt.«

98 Auswärtiges Amt, MD Raab, an Gehlen, Neueinrichtung und Besetzung eines Auslandspostens des Bundesnachrichtendienstes, hier: Entsendung des Leitenden Regierungsdirektors Dr. Siegfried Ziegler nach Oslo, 14.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1937.

99 Die Abreise nach Oslo wurde gestoppt. Siehe den Vermerk von Annelore Krüger, 15.7.1964, in: BND-Archiv, Hauptakte, V-11643, Bl. 1940.

100 Hds. Notiz von Foertsch für Buttlar, 14.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1936.

101 O. V., Besprechung am 16.7.1964 zur Vorbereitung der Besprechung Gehlens mit Erler am 22.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1945.

102 Notiz »Brombergs« für von Buttlar, o. D., in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1901 f.

103 O. V., Anruf von Herrn G. »gegen 9.15 Uhr«, 16.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1947.

104 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 757, sowie ebd., Hauptakte, Bl. 1964.

105 Hds. Notizen von Foertsch, 22.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2055.

106 Siehe die Ermittlungsergebnisse, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2058 ff.

107 O. V., Untersuchungsbericht, 21.7.1964, von Worgitzky abgezeichnet am 24.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 1047 ff.

108 V-11687.

109 O. D. [1964], Bericht von 106/II über Siegfried Ziegler, Zusammenfassung, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 1985 ff. Randbemerkung: »Mitarbeiter Bernhard [von Buttlar] nahm 21.7.1964 bei 106/II Kenntnis.«

110 106/II, »Notiz für Besprechung 106/Erler 22.7.64«, in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 2046 f.

111 1065/II, »Unterredung 106 pers. – Erler, 22.7.64, 11.00–12.00«; in: BND-Archiv, V-11643, Bl. 2054. Hervorhebung im Original.

112 106/II, Besprechung mit Gehlen, 23.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2059.

113 Hds. Notizen Worgitzkys über das Gespräch am 24.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 1050 ff.

114 Hds. Gesprächsnotizen Worgitzkys, 27.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2141 ff.

115 Tonbandtranskript des Gesprächs Worgitzky-Ziegler am 27.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2070 ff.

116 Hds. Notiz Worgitzkys, 27.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 1058 f.

117 Hds. Notiz Worgitzkys, 27.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 1056 f.

118 Vermerk, 28.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 1058 f.

119 106/II, hds. Notiz, o. D. [Anfang August 1964], in: BND-Archiv, V-11843, Hauptakte, Bl. 2135.

120 Siehe etwa die hds. Notiz, o. D. [Ende Juli 1964], von Foertsch in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2126.

121 Hds. Vermerk von Annelore Krüger, o. D. [Ende Juli 1964], in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2140.

122 Minutiös festgehalten in der hds. Notiz von 106/II, o. D. [Anfang August 1964], in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2135.

123 Ziegler an Gehlen, 29.7.1964, in: Gehlen an Ziegler, 1.8.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.

124 Siehe oben, S. 166 ff.

125 Hds. Notiz von 106/II, o. D. [Anfang August 1964], in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2135 f. Hervorhebung im Original.
126 Transkript des Telefonats zwischen Ziegler und Worgitzky am 29.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2152 f. Auch dienstinterne Gespräche wurden zum Teil abgehört, siehe etwa in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2165.
127 Hds. Vermerk von Annelore Krüger, 30.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2162.
128 Buttlar an Schreiber, 29.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2160 f.
129 O. V., hds. Notizen, 31.7.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2167 ff.
130 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 764.
131 Gehlen an Ziegler, 1.8.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.
132 Gehlen an Erler, 1.8.1964, in: ebd.
133 Siehe oben, S. 874.
134 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 767.
135 Hds. Notiz Erlers, 4.8.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.
136 Hds. Notizen von Foertsch, 5.8.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2187 ff.
137 DN »Schimmer«, ein Psychologe, der mit Gehlen bald in einen schweren Konflikt wegen des Zustandes des Dienstes geriet, weigerte sich dann freilich, dieses Band herauszugeben; siehe Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 769, sowie BND-Archiv, P1/8866.
138 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 770.
139 Vermerk Annelore Krüger, »Unterrichtung Westrick zu Knecht«, 6.8. und 11.8.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2194.
140 Ziegler an Gehlen, 10.8.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.
141 Siehe oben, S. 847.
142 Tagebuch Langemann, 10.8. und 11.8.1964, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 287.
143 Vermerk Foertsch, 11.8.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2206 ff.
144 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 773.
145 Langemann an Gehlen, 12.8.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2209 ff.; siehe auch Tagebuch Langemann, 12.8.1964, in: BND-Archiv, V-24629, Beiakte 16–18.
146 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 778.
147 Polizeibericht vom 19.8.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2233 ff.
148 Vermerk Foertsch, 20.8.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2240 ff.
149 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 780.
150 Vermerk Foertsch, 20.8.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2239.
151 Transkript »Anruf Fleming bei Dr. König am 27.8.1964, 12.10 Uhr«, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2278 ff.
152 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 782.
153 Tagebuch Langemann, 1.9.1964, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 289.
154 Tagebuch Langemann, 2.9.1964, in: ebd.
155 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 786.
156 Siehe oben, S. 869 f.
157 Transkript »Gespräch Knecht-Ortloff am 2.9.1964«, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2287 ff. Siehe auch Zieglers Telefonat mit Langemann am selben Tag, in dem er sich nach den juristischen Modalitäten einer Dienstaufsichtsbeschwerde erkundigte, in: ebd., Bl. 2295.

158 Transkript »Gespräch Ortloff-Knecht vom 7.9.1964«, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2301 ff.
159 Ortloff an Erler, 8.9.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD 000872.
160 Ortloff an Erler, 9.9.1964, in: ebd. Hervorhebung im Original.
161 »Gespräch Knecht-Ortloff am 9.9.1964«, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2311 ff.
162 Siehe oben, S. 845 ff.
163 Zu Krichbaum siehe Sälter, NS-Kontinuitäten.
164 Hds. Vermerk von Buttlars, 10.9.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2322 f.
165 Hds. Notiz von Foertsch, 10.9.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2328.
166 Schreiben des Ziegler-Anwalts an den BND-Präsidenten, 10.9.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2340.
167 »Anruf Ortloff bei Knecht am 11.9.1964«, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2346 ff.
168 Notiz von Foertsch über einen Anruf Ortloffs bei Ziegler am 12.9.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 838.
169 Notiz der Sekretärin Erlers vom 12.9.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.
170 Von Buttlar (84/Z), Aktenvermerk betr. Mitarbeiter Dr. König, hier: Seine Vorsprache beim Polizei-Präsidenten von München, Dr. Schreiber, am 15.9.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2354 ff.
171 Von Buttlar an Gehlen, 18.9.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2398.
172 Henke (106/II), »Stellungnahme zu den Knecht-Akten«, 22.9.1964, in: BND-Akten, V-11643, Hauptakte, Bl. 2400 ff. Hervorhebung im Original.
173 »Stand der Angelegenheit Dr. K. Mitte September 1964«, Schriftsatz der Personalabteilung, am 25.9.1964 an Gehlen (hds. Notiz von Foertsch: »Für Gespräch mit E.[rler]«), in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2412 ff.
174 Siegfried Ziegler, »Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Herrn Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes«, 28.9.1964, 5 Seiten, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2470 ff.
175 Hds. Vermerke von Annelore Krüger zu den Gesprächen in Bonn am 1.10.1964, 2.10.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2464 f.
176 Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts (i. A. Günter Bachmann) an den BND-Präsidenten, 8.10.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2469 ff.
177 BND-Präsident an den Chef des Bundeskanzleramts (z. Hd. Reinhold Mercker), 16.10.1964, »Dienstaufsichtsbeschwerde des Leitenden Regierungsdirektors Dr. Siegfried Ziegler vom 28.9.1964«, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2513 ff.
178 BND-Präsident an den Chef des Bundeskanzleramts, o. D. [16.10.1964], in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2498 ff.
179 Ortloff an Erler, 10.10.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD 000872.
180 Hds. Vermerk von Foertsch, 14.10.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2511 f.
181 Siehe dessen Personalakte, in: BND-Archiv, P1/5020.
182 Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft an den BND-Präsidenten, 15.10.1964, in: BND-Archiv, 220208, Bl. 2 f.
183 Hds. Vermerk von Foertsch, 14.10.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2511 f.
184 Siehe den hds. Vermerk von Foertsch über das Gespräch von Worgitzky mit Ortloff am 4.11.1964, 9.11.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2557 ff.

185 Aufzeichnung in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 901. Siehe auch den Vermerk Worgitzkys vom 12.11.1964 über seine Besprechung mit Ortloff am 4.11. (gesehen Gehlen, 18.11.), in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2560 ff.

186 Hds. Aktennotiz von »Dr. Frank«, 12.11.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2563 ff.; siehe auch die Notizen zu dem Gespräch am 9.11.1964 in der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I, Bl. 907.

187 Hds. Aktennotiz von »Dr. Frank«, 12.11.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2563 ff.

188 Siehe die häufigen Notizen dazu in den Aufzeichnungen der Chronik Cromes, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte I.

189 Von Buttlar, Entwurf für ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft München I, 9.11.1964, in: BND-Archiv, 220208, Bl. 4 f.

190 Die Rücknahme des Strafantrags erfolgte am 31.12.1964 mit Schreiben an das Amtsgericht München, in: BND-Archiv, 220208, Bl. 6. Die dafür anfallenden Kosten in Höhe von 158, 60 DM erstattete Gehlen aus seinem Etat; ebd., Bl. 8.

191 Hds. Vermerke, 11.11.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Nebenakte IV, Bl. 844.

192 Hds. Aktennotiz von »Dr. Frank«, 12.11.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2563 ff.

193 Hds. Vermerk über die Besprechung Gehlens mit Krüger, Foertsch und Fährmann, dem Bearbeiter für Sicherheitsfälle bei der Leitung, am 17.11.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2568.

194 Hds. Ziegler an Erler, 25.11.1964, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872.

195 Gehlen an Ziegler, 4.12.1964, in: BND-Archiv, V-11563, Hauptakte, Bl. 2589 f. Am 20.11.1964 hatte das dritte Gespräch von »Dr. Stein« mit Ziegler stattgefunden. Siehe die Aufstellung in: BND-Archiv, 220208, o. Bl.

196 Hds. Notizen von Annelore Krüger, 17.12. und 21.12.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2598 ff.

197 Worgitzky, Besprechung mit Dr. Ziegler am 31.12.1964, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2606.

198 Worgitzky an Ziegler, 31.12.1964, in: BND-Archiv, V-11463, Hauptakte, Bl. 2607.

199 Siehe das Schreiben des Oberstaatsanwalts beim Landgericht München I an den BND-Präsidenten, 17.3.1965, in: BND-Archiv, 220208, Bl. 10. Als Datum des Ziegler-Schreibens ist darin der 31.12.1964 genannt.

200 Marginalie Gehlens auf: Worgitzky an Ziegler, 31.12.1964, in: BND-Archiv, V-11463, Hauptakte, Bl. 2607.

201 Vermerk Foertsch, Fall Knecht, 13.1.1965, in: BND-Archiv, V-11463, Hauptakte, Bl. 2612 f.

202 Vermerk Krüger, Fall Knecht, 15.1.1965, in: BND-Archiv, V-11463, Hauptakte, Bl. 2614.

203 Vermerk Foertsch, Fall Knecht, 18.1.1965, in: BND-Archiv, V-11463, Hauptakte, Bl. 2615 ff.

204 Hds. Notiz Foertsch, 19.1.1965, in: BND-Archiv, V-11463, Hauptakte. Bl. 2620.

205 Hds. Notiz Foertsch über sein Gespräch mit Gehlen, 20.1.1965, in: BND-Archiv, V-11463, Hauptakte, Bl. 2623 ff. Hervorhebung im Original.

206 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 978 f. und 1090 f.

207 Notiz Gehlens vom 12.2.1965 auf einem Vermerk Worgitzkys, 12.2.1965, in: BND-Archiv, V-11463, Beiakte, Kladde 3.

208 Notiz von Weiß über eine Besprechung mit Gehlen am 22.2.1965, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 12, Bl. 1049; siehe auch die Versetzungsverfügung vom 23.4.1965, in: BND-Archiv, 220208, o. Bl.

209 Ziegler an Erler, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000872. Auf der Rückseite des Schreibens hielt Erler am 24.11.1965 fest: »Nach Mitteilung des Chefs haben sich in dieser Sache bisher keine weiteren Anhaltspunkte positiver oder negativer Art ergeben.«
210 Siehe etwa den Vermerk von Kurt Weiß für den Stab Gehlens (106/II), V-11643 (Dr. Kugler), 18.1.1966, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2846.
211 Ziegler, Abschlussbericht über den Einsatz von V-11643 nach Mexico, 15.1.1967, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2916 ff. ff. Siehe auch Stefanie Waske: Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955-1978, Wiesbaden 2009, S. 170 f.
212 Hds. Notiz Cromes, 27.1.1966, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2849.
213 Vermerk Weiß, 28.2.1966, in: BND-Archiv, V-11643, Beiakte, Bl. 57. Hervorhebung von mir.
214 Hds. Vermerk Krüger, 18.4.1966, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2862. Siegfried Ziegler schied mit dem 28.2.1967 endgültig aus den Diensten des BND; siehe den Vermerk vom 9.3.1967, in: BND-Archiv, 220208, o. Bl.
215 Hds. Vermerk Krüger, 20.3.1967, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 2933.
216 Siehe oben, S. 857.
217 Hds. Notiz Cromes, Abma [abgeschalteter Mitarbeiter] Dr. König (DN), 12.4.1967, in: BND-Archiv, V-11643, Hauptakte, Bl. 22937.
218 Siehe unten, S. 1203 ff.
219 So E. H. Cookridge, (d. i. Edward Spiro): Gehlen. Spy of the Century, London 1971.
220 Dülffer, Krise, S. 622, 623 und 624.
221 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 1171 f.
222 Entwurf einer Allgemeinen Dienstanweisung für den Präsidenten des BND, 2.5.1968, in: BK, VS-Registratur, Az. 15100 (181), Bd. 1, o. Bl.
223 Müller, Gehlen, II, S. 1179.
224 Zit. nach Dülffer, Krise, S. 98. Näheres dazu ebd., S. 93 ff.
225 Gehlen an Globke, 20.5.1968, in: BND-Archiv, NL 13, Bd. 20, o. Bl.
226 Gehlen an Wessel, 23.12.1968, zit. nach Müller, Gehlen, II, S. 1199.
227 Reinhard Gehlen: Verschlußsache, Mainz 1980, S. 106 und 98.
228 Hierzu der Entwurf für den Abschlussbericht des Guillaume-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, o. D. [Anfang 1975], in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion VII. Wahlperiode, 2/BTFG003052. sowie Bodo Hechelhammer: Die »Dossiers«. Reinhard Gehlens geheime Sonderkartei, in: Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umrisse und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013. Hrsg. von Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke, Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller, Berlin 2014, S. 81–90, hier, S. 85.
229 Siehe dazu Dülffer, Krise, S. 271 ff.
230 Carstens an den Untersuchungsausschuss, 20.1.1969, zit. nach Dülffer, Krise, S. 274; die folgenden Zitate ebd., S. 275.
231 Umfassend zur Mercker-Kommission: Dülffer, Krise, S. 103 ff. Das folgende Zitat ebd., S. 130.
232 Eintrag im Tagebuch Wessels, verschiedene Einträge, 7.7.–23.8.1969; zit. nach Dülffer, Krise, S. 132 f.
233 Mercker an Carstens, 24.6.1969, in: BArch, N 1337/680.
234 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/3083, Unterrichtung durch die Bundesregierung: Auszug aus dem 2. Teil des Berichts der sogenannten Mercker-Kommission vom 24. Juli 1969, der sich mit der Lage des Bundesnachrichtendienstes vor dem Jahre 1969 befasst, S. 43.

235 Vermerk von Carstens, 29.7.1969, in: BArch, N 1337/680. Handschriftlich hielt der Staatssekretär fest, Crome und Foertsch seien an sich »tüchtig«, aber »in Sonderaktion involviert« – vermutlich die interne Untersuchung auf die NS-Belastung von Mitarbeitern Anfang der sechziger Jahre; dazu Nowack, Sicherheitsrisiko.
236 Stenographisches Protokoll über die 13. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 12.9.1974, BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 1, Bl. 24, in: BArch, B 136/51795.
237 Müller, Gehlen, II, S. 1178.
238 Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984, S. 405.
239 Siehe etwa Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 394.
240 Stenographisches Protokoll über die 13. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 12.9.1974, BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 1, Bl. 7, 17, in: BArch, B 136/51795.
241 Näheres bei Hechelhammer, »Dossiers«.
242 Interview in: Die Zeit, 18.10.1974.
243 Stenographisches Protokoll über die 20. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 11.10.1974, BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 1, Bl. 40 f., in: BArch, B 136/51795.
244 Siehe Hechelhammer, »Dossiers«, S. 86 f.
245 Stenographisches Protokoll über die 27. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 5.12.1974, BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 2, Bl. 89, in: BArch, B 136/51797.
246 Im Einzelnen Müller, Gehlen, II, S. 1178 ff.; zur Bestandsaufnahme ebd., S. 1179.
247 Zit. nach Dülffer, Krise, S. 93.
248 Siehe auch unten, S. 1238 ff.
249 Beide Zitate bei Dülffer, Krise, S. 136 f.
250 Stenographisches Protokoll über die 18. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 9.10.1974, Bl. 51–91, in: Archiv des Deutschen Bundestages. Kanzleramtschef Horst Ehmke sprach in einer Fragestunde des Deutschen Bundestags von dem »bedrückenden Zustand«, in dem sich der BND bei Gehlens Ausscheiden befunden habe; Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 198. Sitzung am 21.9.1972, Stenographische Protokolle, S. 11678.
251 Zum Folgenden vor allem Müller, Gehlen, II, S. 1200 ff., und Dülffer, Krise, S. 232 ff.
252 Ehmke, Mittendrin, S. 123.
253 Der Spiegel, 8.3.1971 (»Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes«), S. 57 und 62.
254 Siehe unten, S. 1203 ff.
255 Siehe die Äußerungen Wessels von Beginn und gegen Ende der siebziger Jahre in Dülffer, Krise, S. 154 und 292.
256 Ehmke, Mittendrin, S. 123.
257 Vgl. Müller, Gehlen, II, S. 1173 f.
258 Zur Presseresonanz siehe Der Spiegel, 8.3.1971 (»Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes«), S. 54 ff.
259 Ehmke, Mittendrin, S. 123 f. Siehe auch die entsprechende Pressemitteilung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 21.10.1974, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Beiakte 1, Bl. 15.
260 Siehe unten, S. 1255 ff.
261 26. Fraktionssitzung, 14.4.1970, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, in: Sitzungsprotokolle, 1969–1972, S. 268 f.
262 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 299 f.
263 Dülffer, Krise, S. 283; die folgenden Zitate ebd., S. 299, 290, 292 und 302.

264 Vgl. etwa die abwiegelnden Ausführungen Ehmkes in der Fragestunde des Deutschen Bundestags am 21.9.1972, in: Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 198. Sitzung, Stenographische Berichte, S. 11 677 ff.
265 Siehe dazu im Einzelnen Jost Dülffer: Pullach intern. Innenpolitischer Umbruch, Geschichtspolitik des BND und der »Spiegel«, 1969–1972, Marburg 2015, Zitat S. 82 f., sowie Dülffer, Krise, S. 613 ff.
266 Zit. nach Dülffer, Krise, S. 617.
267 Alle Zitate aus: Der Spiegel, 8.3.1971 (»Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes«), S. 46 ff. Siehe auch die teilweise ergänzte und modifizierte Buchfassung von Hermann Zolling und Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971.
268 Alle Zitate aus: Der Spiegel, 17.5.1971 (»Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes«, 10. Fortsetzung), S. 137 ff.
269 Alle Zitate aus: Der Spiegel, 31.5.1971 (»Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes«, 12. Fortsetzung), S. 100 ff.
270 Alle Zitate aus: Der Spiegel, 14.6.1971 (»Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes«, 14. Fortsetzung und Schluss), S. 102 ff.
271 Ausführlich zur Entstehungsgeschichte der Gehlen-Memoiren: Müller, Gehlen, II, S. 1163 ff.
272 Gehlen, Dienst.
273 Gehlen an Wessel, 5.9.1971, in: BND-Archiv, NL 1/138, Bl. 137 f.
274 Müller, Gehlen, II, S. 1211.
275 Der Spiegel, 1.11.1971 (»Günther Nollau über Reinhard Gehlen: ›Der Dienst‹. Verdienstvolle Selbstenthüllung«).
276 Die Zeit, 8.10.1971 (»Ein Denkmal stürzt sich selbst«). Zur Resonanz auf die Publikationsoffensive siehe namentlich Müller, Gehlen, II, S. 1227.
277 Anonyme Besprechung »Intelligence in Recent Public Literature«, in: Studies in Intelligence 16 (1972), 3, S. 89–98. Siehe auch Henke, Geheime Dienste, I, S. 30.
278 Die Zeit, 15.10.1971 (»Was Gehlen verschwieg. Weiße Flecken in den Memoiren des ehemaligen BND-Chefs – Ein Gespräch mit dem Geheimdienst-Experten Hermann Zolling«).
279 Der Spiegel, 3.11.1980 (»H. D. Becker über Reinhard Gehlen: ›Verschlusssache‹. Nachrede aus dem Grab«). Hervorhebung im Original.
280 Henke, Geheime Dienste, I, S. 21 ff.
281 Gehlen, Dienst, S. 267 f.
282 Gehlen, Verschlußsache, S. 45 ff.
283 Gespräch Gehlens mit Elke Fröhlich vom Institut für Zeitgeschichte an der Jahreswende 1971/72, in: IfZ, ED 100-68-190 bzw. ED 100-69-251.
284 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 1239 f. Das folgende Zitat ebd., S. 1226.
285 Siehe unten, S. 1238 ff.
286 Ausführlich dazu Waske, Nachrichtendienst.
287 Ungezeichneter Vermerk, 19.1.1972, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (187), Bd. 4, Bl. 29 f.
288 Müller, Gehlen, II, S. 1249. Zum Folgenden ebd., S. 1248 ff., 1240 ff. und 1252 ff.
289 Der Spiegel, 29.5.1972 (»Gehlens Bekenntnisse«); Zitate ebd., S. 42 und 48.
290 Gassert, Kiesinger, S. 594 ff., sowie oben, S. 532 ff.
291 Reinhard Gehlen: Zeichen der Zeit. Gedanken und Analysen zur weltpolitischen Entwicklung, Mainz 1973.
292 Näher beschrieben unten, S. 1203 ff.
293 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 1261.

294 Hans-Heinrich Wilhelm: Die Prognosen der Abteilung Fremde Heere Ost 1942–1945, in: Hans-Heinrich Wilhelm und Louis de Jong: Zwei Legenden aus dem Dritten Reich, Stuttgart 1974, S. 7–75.

295 Gehlen, Verschlußsache, S. 112.

296 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/3246, 19.2.1975, Bericht und Antrag des 2. Untersuchungsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Drucksache 7/2193 (künftig: Abschlussbericht Guillaume-Ausschuss), S. 5 f. Das folgende Zitat ebd., S. 86 ff. Siehe auch die Bundestagsdebatte über den Abschlussbericht am 27.2.1975, in: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 152. Sitzung am 27.2.1975, Stenographische Berichte, S. 10 497 ff.

297 Abschlussbericht Guillaume-Ausschuss, S. 45 ff. Die folgenden Zitate ebd., S. 55.

298 Siehe Der Spiegel, 17.5.1971 (»Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes«, 10. Fortsetzung), S. 142.

299 Welt am Sonntag, 6.10.1974 (»Gehlen: Angriffe sollen von Guillaume ablenken«).

300 SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe 2. Untersuchungsausschuss, Zwischenbilanz der Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses, 10.10.1974, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion VII. Wahlperiode, 2/BTFG003035.

301 Siehe oben, S. 927 ff.

302 Politiken, 7.7.1974 (»Spy Boss without Sunglasses and Beard. A Visit to the Legendary Reinhard Gehlen«; engl. Transkript), in: CIA, ERR, Gehlen, Reinhard, vol. 7_0018, S. 31–35; Zugriff am 17.4.2020.

303 Welt am Sonntag, 6.10.1974 (»Gehlen: Angriffe sollen von Guillaume ablenken«).

304 Schreiben Gehlens an den Guillaume-Untersuchungsausschuss, »Stellungnahme zum ›Spiegel‹ Nr. 40 vom 30. September 1974, Seite 22, ›Um Gehlens Dossiers‹«, 4.10.1974, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Bd. 6, Bl. 15 ff.; Datum erschlossen aus 11300 (12), Bd. 12, Bl. 25.

305 Parlamentskorrespondenz »Heute im Bundestag«, 9.10.1974 (»Untersuchungsausschuss. Ehmke: BND hat Inlandsaufklärung betrieben«).

306 Staatssekretärin Schlei in der Fragestunde des Deutschen Bundestags am 10.10.1974, in: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 122. Sitzung, Stenographische Protokolle, S. 8158.

307 WDR, Morgenmagazin, 10.10.1974.

308 Bericht aus Bonn, 11.10.1974 (»BND im Zwielicht«).

309 ZDF-Magazin, 16.10.1974.

310 Deutsche Zeitung, 18.10.1974.

311 Interview mit dem Magazin »Monitor« am 21.10.1974.

312 Siehe unten, S. 966 ff.

313 Interview mit dem Magazin »Monitor«, 21.10.1974.

314 Süddeutsche Zeitung, 25.10.1974.

315 Interview von Horst Ehmke mit dem Hessischen Rundfunk, 22.10.1974. Am Weitesten ging wohl Ulrich Wickert in der SPD-Zeitung *Vorwärts* am 24.20.1974 (»Wie der BND seine Leute kaufte. Viel Schmiergeld und heiße Tipps aus den Schlafzimmern«).

316 Dpa, 23.10.1974 (»Weiter Streit um BND im Guillaume-Ausschuss«).

317 Der Spiegel, 14.10.1974 (»Herrn Gehlens Gewerbe«).

318 Die bemerkenswert gegensätzliche Debatte der Presse über den alten und den neuen BND setzte sich unter Beteiligung Gehlens bis Ende der siebziger Jahre fort. (Gehlen starb am 15. Juni 1979.) Unter den Illustrierten schoss die *Quick* den Vogel ab. Ein viele Seiten umfassender, zum 20. Jahrestag der BND-Gründung am 1. April 1976 erscheinender Bericht bediente sich folgender Zwischenüberschriften: »Einst galt der BND als bester Geheimdienst der Welt«,

»Gehlens Männer schauten schon Stalin in die Karten«, »Die Katastrophe begann am 5. Mai 1970, als Ehmke kam«, »Befreundete Dienste verloren das Vertrauen«, »Aufstand hinter den Mauern von Pullach«. Siehe auch Müller, Gehlen, II, S. 1273 ff.

319 Stenographisches Protokoll über die 18. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 9.10.1974, Bl. 92–210, in: Archiv des Deutschen Bundestages.

320 Ebd.

321 Siehe unten, S. 966 ff.

322 Abschlussbericht Guillaume-Ausschuss, S. 88.

323 Siehe Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 99 f.

324 Interview mit Volker Foertsch, 8.1.2013.

325 Die folgenden Zitate alle aus: Stenographisches Protokoll über die 27. (nichtöffentliche) Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am Donnerstag, dem 5. Dezember 1974, Bonn, Bundeshaus, in: BArch, B 136/51797 (BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 3, Bl. 28–104).

326 Siehe oben, S. 775.

327 Siehe oben, S. 945.

328 SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe 2. Untersuchungsausschuss, betr. Zeugenvernehmung: BND-Angehörige, hier: Inlandsaufklärung, 5.11.1974, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion VII. Wahlperiode, 2/BTFG003035.

329 Stenographisches Protokoll über die 25. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 19.11.1974, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 11, Bl. 53–191.

330 Siehe oben, S. 545 ff.

331 Siehe oben, S. 847.

332 Hierzu siehe Müller, Gehlen, II, S. 1268 ff.

333 Siehe unten, S. 957 ff.

334 AP-Meldung über die Fragestunde des Deutschen Bundestages: Keine Inlandsarbeit des BND mehr, 5.12.1974. Siehe die Fragestunde des Deutschen Bundestags am 5.12.1974, in: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 134. Sitzung, Stenographische Protokolle, S. 9087 ff.

335 Die Berichterstattung des BND über »Ostkontakte« des Planungschefs des Auswärtigen Amtes, Egon Bahr, sowie über seine Kontakte zur Kommunistischen Partei Italiens, die seinerzeit großes Aufsehen erregte, wurde in dieser Untersuchung zur politischen Inlandsspionage nur gestreift; siehe oben, S. 532 f. Vgl. dazu die Feststellungen im Abschlussbericht Guillaume-Ausschuss, S. 60 f. Siehe auch Waske, Nachrichtendienst, S. 32 ff.

336 Abschlussbericht Guillaume-Ausschuss, S. 57 ff. Siehe auch: Der Spiegel, 18.11.1974 (»Agent 12619: ›Im Farn, auf Moos, in der Pfütze‹. Wie der BND Inlandsaufklärung betrieb«).

337 Dülffer, Krise, S. 585; die folgenden Zitate ebd., S. 587, 586, 588 und 591. Zu Heysing siehe auch Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 24 ff.

338 Siehe die Besprechung Weiß-Worgitzky am 25.2.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 86 f.

339 Zu den Aktivitäten von Kurt Weiß auf diesem Terrain siehe oben, S. 373 ff.

340 Bericht über den 2. Untersuchungsausschuss, Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 17.12.1974, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion VII. Wahlperiode, 2/BTFG000086.

341 Eingehend hierzu Sälter, NS-Kontinuitäten; auch Nowack, Sicherheitsrisiko.

342 Weiß an Heysing, 1.7.1968, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15121 (7), o. Bl.

343 Heysings mehrseitiger Bericht über »Helmut Kindler, München, Verleger der Revue« vom 4.8.1959 trug die Nummer 29, der zu Verstimmungen über den Pressesprecher Conrad Ahlers vom 16.2.1970 die Nummer 2765; alle Berichte in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15121 (7), o. Bl.

344 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 289.
345 4.8.1959.
346 19.4.1960.
347 23.2.1961.
348 12.1.1964.
349 3.11.1967.
350 26.8.1963.
351 5.4.1969.
352 20.9.1968.
353 16.2.1970.
354 30.9.1969.
355 8.7.1970.
356 Tagebucheintrag Wessels vom Sommer 1972; zit. nach Dülffer, Krise, S. 591.
357 Stenographisches Protokoll über die 25. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 19.11.1974, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 11, Bl. 53–191.
358 Siehe oben, S. 449 ff.
359 Abschlussbericht Guillaume-Ausschuss, S. 59, 60; siehe auch ebd., S. 90.
360 Siehe das Schreiben des Pressereferats an Heysing vom 6.3.1972, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15121 (7), o. Bl. Ausgelöst durch den Fall Heysing, setzte das Vertrauensmännergremium des Bundestages am 13.11.1974 einen eigenen Unterausschuss ein, der sich der Verbindung von Journalisten zum BND widmete; vgl. Dülffer, Krise, S. 313. Siehe etwa das Protokoll der 12. Sitzung des Parlamentarischen Vertrauensmännergremiums, 13.11.1974, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15121 (22), Bd. 1, Bl. 81–97.
361 Im Einzelnen siehe Buschfort, Ostbüros, sowie das Erinnerungsbuch von Helmut Bärwald: Das Ostbüro der SPD 1946–1971. Kampf und Niedergang, Krefeld 1991; vgl. auch Heidenreich, DDR-Spionage, S. 382 ff.
362 Bärwald, Ostbüro, S. 133 f.
363 Buschfort, Ostbüros, S. 241.
364 Vgl. die Unterlagen in: BND-Archiv, V-55207. Siehe auch Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 229 ff.; auf der vom Autor ausgewerteten Liste der BND-Pressesonderverbindungen von 1974 erscheint Bärwald als »Bassum«.
365 Bärwald, Ostbüro, S. 158.
366 Siehe unten, S. 1255 ff.
367 Der Spiegel, 10.9.1984 (»Spionage. Freunde auf dem Hals«). Hier auch die Information über die Zuarbeit Bärwalds für den Verfassungsschutz.
368 Der Spiegel, 17.9.1981 (»Alte Kameraden«).
369 Der Spiegel, 1.2.1971 (»SPD-Rechte. Guter Kontakt«).
370 Ehmke, Mittendrin, S. 122. Siehe auch das Stenographische Protokoll über die 18. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 9.10.1974, Bl. 51–91, in: Archiv des Deutschen Bundestages.
371 Der Spiegel, 14.10.1974 (»Geheimdienste. Bei späterem Bedarf«).
372 Näheres unten, S. 1203 ff.
373 Siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, V-55207.
374 Stenographisches Protokoll über die 18. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 9.10.1974, Bl. 51–91, in: Archiv des Deutschen Bundestages.
375 Siehe oben, S. 1238 ff.
376 Siehe unten, S. 952 ff.
377 Vgl. Dülffer, Krise, S. 301.

378 Frankfurter Rundschau, 19.10.1974 (»SPD hält ehemaligen Ostbüro-Chef für bezahlten BND-Agenten«).
379 Notiz Erlers, teilweise hds., 10.9.1962, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000871.
380 Siehe oben, S. 966 ff.
381 Auskunftswunsch Dienststelle Ernst Worm, Strategischer Dienst (930), 14.8.1969, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (12), Bd. 6, Bl. 259.
382 Bericht SV-55207, Postenverteilung bei der SPD, 27.10.1969, in: ebd., Bl. 252 f. Bei diesen »Berichten« handelt es sich durchweg um Aufzeichnungen seines Führungsoffiziers nach Treffs.
383 Bericht SV-55207, Sicherheitsdienste der BRD, 27.20.2969, in: ebd., Bl. 251.
384 Bericht SV-55207, Situation, Strategie und Taktik der außerparlamentarischen Linken nach den Bundestagswahlen 69, 13.11.1969, in: ebd., Bl. 222 ff.
385 Bericht SV-55207, SPD, 22.11.1969, in: ebd., Bl. 217 ff.
386 Bericht SV-55207, Verfassungsschutz und BND, 23.3.1970, in: ebd., Bl. 184.
387 Bericht SV-55207, Aktenvermerk über ein Gespräch mit Blötz am 18.6., 2.7.1970, in: ebd., Bl. 176 f.
388 Aufzeichnung über eine Besprechung mit SV-55207 am 16.12., 20.12.1970, in: ebd., Bl. 143 ff.
389 Aufzeichnung über eine Besprechung mit SV-55207 am 19.1., 25.1.1971, in: ebd., Bl. 141 f.
390 Stenographisches Protokoll über die 26. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 4.12.1974, BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 3, Bl. 1–27, in: BArch, B 136/51797.
391 Stenographisches Protokoll über die 22. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 6.11.1974, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 11300 (13), Bd. 2, Bl. 1–129.
392 Abschlussbericht Guillaume-Ausschuss, S. 56 f. und 89 f.

VIII. Vergangenheitsabwehr nach außen und innen

Es war nur natürlich, dass die Kommunisten in Deutschland und Europa nach 1945 ihren politischen Führungsanspruch auch aus ihrer entschiedenen Gegnerschaft gegen Nationalsozialismus und Faschismus ableiteten. Die großen Opfer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Kampf gegen Hitler und ihr Versprechen, ein besseres, gegen jeden Rückfall in das welthistorische Barbarentum des Dritten Reichs gefeites Deutschland zu schaffen, verliehen ihr anfangs einige Glaubwürdigkeit über die »Arbeiterklasse« hinaus. Da jedoch bald erkennbar wurde, dass der propagierte »Antifaschismus«, namentlich in der Lesart der SED, kein offenes Politikangebot, sondern die Rechtfertigung und Bemäntelung ihres absoluten Machtanspruchs war, verlor diese Art der Abkehr vom Nationalsozialismus dort, wo sie sich nicht auf die sowjetische Siegermacht stützen konnte, bald an Überzeugungskraft.

In Westdeutschland avancierte dieser »Antifaschismus«, der offensichtlich viel mehr beinhaltete als nur die Gegnerschaft gegen totalitäre Rechtsdiktaturen – nämlich die Beseitigung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung westlichen Typs –, daher früh zu einer hochverdächtigen Politformel. Die Gegnerschaft gegen diesen antidemokratischen Antifaschismus erleichterte es der nachnationalsozialistischen westdeutschen Gesellschaft, ihre eigene Anstrengung zur »Vergangenheitsbewältigung« auf der Tagesordnung nach unten rutschen zu lassen. Die von der DDR so nachdrücklich eingeforderte Auseinandersetzung mit dem Erbe der NS-Zeit galt bereits bei Gründung der Bundesrepublik als eine von mehreren kommunistischen Varianten, den zweiten deutschen Demokratieversuch zu unterminieren. Das traf sich mit den Interessen eines überwiegenden Teils des bürgerlichen Lagers, namentlich der zahllosen ehemaligen Nationalsozialisten, Funktionseliten, Mittäter oder Mitläufer, die – anders als in Ostdeutschland – nach kurzer

Auszeit wieder hunderttausendfach in Staat und Gesellschaft Fuß fassen konnten. Es wäre verwunderlich gewesen, wenn das Ulbricht-Regime nicht jede Anstrengung unternommen hätte, diesen Wesensunterschied zwischen den beiden deutschen Staaten herauszustreichen und politisch nutzbar zu machen.

Der BND stand bei der Abwehr der vom Osten vorgetragenen vergangenheitspolitischen Offensiven die gesamte Ära Adenauer hindurch an vorderster Front, zum einen, weil Pullach selbst früh Zielscheibe der SED wurde, zum anderen und viel wichtiger, weil der Nachrichtendienst sich von Beginn an als ein Frühwarnsystem gegen den propagandistischen Antifaschismus der DDR verstand. Dieses Selbstverständnis, das sich gut mit seinem Aufklärungsauftrag verknüpfen ließ, entsprach den Erwartungen des Bundeskanzleramts, an dessen Spitze mit Hans Globke eine Symbolfigur unguter Elitenkontinuität zur NS-Zeit stand. Da der Staatssekretär direkten Zugriff auf den BND hatte, verschränkte sich sein persönliches mit seinem staatspolitischen Interesse. Das galt umso mehr, als vergangenheitspolitische Denkanstöße und unbequeme Erinnerungen an die Altlasten der Bundesrepublik nicht nur aus der DDR kamen. Mit wachsendem Abstand zum Dritten Reich mehrten sich auch im westlichen Ausland und in der Bundesrepublik selbst Stimmen, die auf präzisere Auskünfte dazu drängten, wie sich dieser Ministerialbeamte und jener Professor, dieser Journalist und jener Richter, der eine Prokurist oder der andere Offizier während der NS-Zeit verhalten hatten. Für den BND bedeutet das eine Art Zweifrontenkrieg nach außen und innen.

1. SED-Kampagnen und kritische Stimmen im Westen

Zwischen den »Adenauer-Wahlen« 1953 und 1957

Vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik hatten die Siegermächte erhebliche Anstrengungen zur strafrechtlichen Abrechnung mit NS-Tätern und zur Ausschaltung politisch potenziell gefährlicher Personen unternommen. Deutsche Demokraten distanzierten sich unzweideutig vom Nationalsozialismus und versuchten, mit Hilfe der Besatzungsmächte die Grundlagen für einen politischen Neuanfang zu legen. Diese Gründungselite, an der Spitze Bundeskanzler Konrad Adenauer, blieb sich jedoch der Tatsache bewusst, dass sich die meisten Deutschen tiefer mit dem Nationalsozialismus eingelassen hatten, als sie es nach der Katastrophe wahrhaben wollten und zudem wenig Bereitschaft zeigten, sich allzu intensiv mit Vergangenem zu beschweren; der Alltag lastete drückend genug und die Zukunft erschien düster. Und da die Bundesrepublik ebenso wie die DDR ein »Kind des Kalten Krieges«[1] war, traten spätestens mit dem Korea-Krieg Anforderungen in den Vordergrund, die von den Kontrahenten des Ost-West-Konflikts an ihre Kombattanten gestellt werden durften.

Die überlebenden Träger, Helfer und Sympathisanten des Nationalsozialismus waren gerne bereit, ihre Erfahrung im Kampf gegen den Kommunismus einzubringen und sich zugleich Hoffnung darauf zu machen, dass diese Bereitschaft nicht gegen deren chauvinistische und antisemitisch-rassistische Grundierung von einst aufgerechnet würde; vielleicht hörte die »Naziriecherei«[2] nun ja ganz auf. Reinhard Gehlen und das Gros seiner Mitarbeiter verstanden sich seit jeher als Experten in diesem Weltanschauungskampf – kamen sie nun von der Ostfront, aus dem Oberkommando der Wehrmacht, der Abwehr, dem Reichssicherheitshauptamt, aus der Geheimen Feldpolizei oder der Gestapo. Auf diese Fachmannschaft verwiesen sie bereits, als der Ost-West-Konflikt noch weniger Realität als Vorahnung war.[3] Reinhard Gehlen selbst war sicherlich nicht bloß in seiner Selbststilisierung oder aus opportunistischer Anlehnung an die neue Führungsmacht »die Inkarnation des Kämpfers gegen die Sowjetunion und den Weltkommunismus«.[4] Bereits Anfang 1946, als die USA und die UdSSR noch als Verbündete galten und die KPD in den meisten westdeutschen Länderparlamenten saß, verpflichtete »Dr.

Schneider« die Keimzellen seiner späteren Organisation mit Nachdruck auf die Beobachtung kommunistischer Agitation und Subversion.[5] Mitte desselben Jahres strich er in einem internen Memorandum die Kontinuität ihrer Mission heraus: Es sei »entscheidend, dass wir den Kampf gegen den Kommunismus *fortführen*«.[6]

Der Kampf gegen den Kommunismus ging immer auch mit Vergangenheitsabwehr einher. Der Gehlen-Dienst richtete seine Aufmerksamkeit während der gesamten Adenauer-Ära auf die politische, publizistische, wissenschaftliche oder künstlerische Thematisierung der »unbewältigten Vergangenheit«. Er tat das insbesondere dann, wenn sich solche Angriffe gegen ihn selbst, gegen Personen des öffentlichen Lebens, der Rechtspflege, der Verwaltung oder gar gegen Regierungsmitglieder richteten und als eine Diffamierung der Bundesrepublik mit vergangenheitspolitischen Mitteln eingestuft werden konnten. Die frühzeitige Unterrichtung des Kanzleramts durch diese Art »Aufklärung« sollte vor allem die Reaktionszeit der Bundesregierung verkürzen und ihre Handlungsoptionen erweitern. Da die Unruhestifter nicht allein im Ostblock, in Ost-Berlin, sondern auch in den linken und linksliberalen Milieus des Westens verortet wurden, galt dem BND auch noch der ernsthafteste Versuch einer Rechenschaftslegung über das Fortwirken belasteter Persönlichkeiten meist und schnell als kommunistisch inspiriert oder gelenkt, als eine Spielart politischer Destabilisierung.

Die Ost-Berliner Kampagnen zielten in der Tat auf eine Diskreditierung Bonns, namentlich auch im westlichen Ausland, wo »antideutsche Ressentiments wachgehalten und gegen die Bundesrepublik und ihre Integration in das westliche Bündnis gekehrt werden sollten«.[7] In ihrer schrillen Pauschalisierung waren die Kampagnen der SED jedoch ebenso maßlos wie kontraproduktiv, beruhten mitunter auf plumper Fälschung, doch häufig transportierten sie eben auch unbestreitbar zutreffende Informationen. Allein die Tatsache, dass die Hinweise auf NS-Verbrecher oder anderswie belastete Persönlichkeiten aus dem kommunistischen Machtbereich kamen – waren sie nun konstruiert, überzogen oder richtig –, schien es zu erlauben, sie als pure Agitation abzutun. So wirkte der Antikommunismus in der deutsch-deutschen Eiszeit der fünfziger Jahre auch bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als schwer zu überwindende Aufklärungs- und Handlungsblockade. Vom BND wurde sie

durchweg verstärkt. Lange war es daher auch für ernsthafte Kritiker des bundesdeutschen Umgangs mit der Vergangenheit, die nichts mit dem Kommunismus und den DDR-Kampagnen verband, sehr schwer, sich zu behaupten und durchzudringen.

Gehlen selbst sah sich früh Angriffen der Presse ausgesetzt. Sie wurden anfangs meist von dem einflussreichen britischen Publizisten Sefton Delmer vorgetragen und von deutschen Zeitungen oftmals einfach übernommen. Von »Hitlers General« und »zahlreichen SS- und SD-Leuten in seinem Stab« war dann die Rede.[8] Nachdem auch der französische *Figaro* berichtet hatte, dass Pullach SS-Leute schütze und Gehlens Organisation unbequeme Zeitgenossen mit Vorliebe als »Sympathisierende oder Kommunisten« stigmatisiere,[9] erfolgte von deutscher Seite Ende Juni 1953 die bislang heftigste Attacke gegen den Dienst. Es war der im deutschen Apparat der CIA als »links« verschriene NWDR, der kritische Fragen zu der geheimnisumwitterten Truppe des Generals stellte: »Werden wir schon wieder beschattet? Von wem? Für wen?«[10]

Das war freilich nur ein milder Vorschein des Unwetters, das bald darauf niederging. Es zog von Osten heran, entfaltete sich nicht in unbestimmtem Wetterleuchten, sondern traf Pullach mit existenzgefährdender Wucht. Der Staatssicherheitsdienst der DDR, der beim Volksaufstand des 17. Juni völlig versagt hatte, suchte sich als Objekt seiner Rehabilitierung die Organisation Gehlen aus und versetzte ihr eine Reihe »konzentrierter Schläge«.[11] Die Aufdeckung und Verhaftung zahlreicher westlicher Agenten 1953/54, darunter viele V-Leute der Org, schwächte den Gehlen-Dienst nicht nur in schmerzlichster Weise, sie stellte ihn zudem in einer bis dahin »beispiellosen Medienkampagne« an den Pranger.[12] Solche Enthüllungen übertrafen den operativen Schaden noch.

Die SED-Propagandakampagnen gegen die »feindlichen Spionageagenturen in der DDR« *(Neues Deutschland)* einschließlich der Schauprozesse gegen verhaftete Agenten zielten neben der Abschreckung der eigenen Bevölkerung von einer Spionagetätigkeit letztlich darauf ab, die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und die Übernahme des Gehlen-Apparats in den Bundesdienst zu verhindern. Dabei kamen die ostdeutschen Presse- und Rundfunkkommentare immer wieder auf die personellen NS-Kontinuitäten zu sprechen. Die *Berliner Zeitung* beschrieb die Mitarbeiterstruktur des – so die stereotype Formel – im Sold des US-

Imperialismus stehenden Dienstes so: »Der Chef der Organisation ist der frühere Hitlergeneral Gehlen, der bereits im Nazigeheimdienst als Leiter der Abteilung ›Fremde Heere Ost‹ tätig war. Seine Mitarbeiter setzen sich größtenteils aus ehemaligen SS-Offizieren, SD- und Gestapo-Leuten sowie Offizieren des Hitlerschen Spionagedienstes und anderer Einheiten der Naziwehrmacht zusammen.«[13] Ehemalige SD-Angehörige seien sogar schon wieder in Frankreich tätig. Bei einer internationalen Pressekonferenz aus Anlass der sehr erfolgreichen Aktion »Feuerwerk« der Staatssicherheit am 9. November hatte Albert Norden bereits den Vorsitz inne.[14] Bald darauf wurde er Leiter des »Ausschusses für Deutsche Einheit« beim Ministerrat der DDR. Mit der antifaschistischen Agitation Nordens, bei der »die staatlichen Institutionen in Westdeutschland als ideologische Erben der Nationalsozialisten hingestellt wurden«,[15] bekam es die Bundesrepublik während der Ära Adenauer vor allem zu tun.

Die Organisation Gehlen hatte diesen Angriffen, die mit den Erfolgen des Staatssicherheitsdienstes und den Kampagnen der SED eine neue Qualität erreichten, zunächst wenig entgegenzusetzen. Man versuchte das Kanzleramt und die Öffentlichkeit mit allerlei verschleiernden Darstellungen und Behauptungen zu beruhigen. Gehlen verstand es vor einem Ausschuss des Bundestags recht geschickt, die Besorgnisse der Parlamentarier zu zerstreuen. Dabei kam er auch auf die SED-Behauptung zu sprechen, er befehlige einen »faschistischen Apparat«.[16] Es gebe in seiner Organisation durchaus Mitarbeiter mit Vergangenheit, räumte er ein, aber nicht sehr viele, und die seien außerdem an der Peripherie des Dienstes tätig.[17] Die kommunistischen Bezichtigungen galten damit als widerlegt, die Anschuldigungen als maßlos übertrieben, der Großangriff der Sowjets als weitgehend abgeschlagen. Auch die Presse blieb, nach einigem Zureden durch Abgesandte Pullachs, überwiegend zahm. Es bestand allgemeines Einverständnis darüber, dass die kommunistischen Kampagnen keine innenpolitische Rückwirkung haben durften.

Im Zuge der forcierten »Westarbeit« der SED, die zunächst gehofft hatte, Deutschland rasch »nach dem Bild der ›antifaschistisch-demokratischen Ordnung‹ der DDR wiederzuvereinen«,[18] die mit dem Juni-Aufstand und dem katastrophalen Abschneiden der westdeutschen Kommunisten bei den Bundestagswahlen jedoch einen schweren Rückschlag erlitten hatte, errichtete das Politbüro mit dem erwähnten Ausschuss für Deutsche Einheit

eines ihrer Agitprop-Zentren. Bei seiner »Schwarz-Weiß-Gegenüberstellung« der deutschen Staaten mittels Flugschriften, Broschüren oder groß aufgezogenen Pressekonferenzen spielte der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik eine Hauptrolle. Die vergangenheitspolitischen Angriffe gingen von mehreren Ost-Berliner Apparaten aus, doch es war vor allem Albert Norden, der sie über Jahre gegen belastete Persönlichkeiten in Westdeutschland lancierte.

Während die Organisation Gehlen noch versuchte, ihre schwere Niederlage gegen den Staatssicherheitsdienst und den anschließenden Propagandakrieg irgendwie einzuhegen, erkannte sie schon, dass Ost-Berlin dabei war, seine Kampagnen gegen Bonn zu professionalisieren und auszuweiten. Im Herbst 1954, als die Deutschlandverträge auf der Kippe standen und der Übertritt des Verfassungsschutzpräsidenten Otto John in die DDR die Misere noch verschärfte, besprachen Reinhard Gehlen und Hans Globke – zwei Lieblingsfeinde der SED-Führung – wiederholt die Lage. Nordens Ausschuss hatte ein Briefing vor zweihundert Vertretern der internationalen Presse veranstaltet, auf der John eindringlich vor der Wiederkehr ehemaliger Nationalsozialisten in Bonn warnte. Der besorgte Chef des Bundeskanzleramts äußerte daher den »Wunsch, sofort verständigt zu werden, wenn Osten Skandal-Meldungen gegen uns loslässt. Er bitte um sofortigen Anruf von 88 [Gehlen] mit kurzer Stellungnahme bei ihm selbst«.[19]

Nach einer weiteren Pressekonferenz Nordens anlässlich eines Schauprozesses gegen Gehlen-Agenten[20] musste auf Geheiß des Staatssekretärs umgehend eine Stellungnahme erarbeitet werden, »welche bestimmt ist zur Vorlage beim Innenminister und beim Finanzminister, um dortige falsche Anschauungen zu beseitigen, die durch die ostzonalen Veröffentlichungen teilweise entstanden sind«. Das war eine Aufgabe für Gehlens Haupt-Famulus Kurt Weiß,[21] der sich mit ähnlichen Bemühungen freilich zuvor weidlich blamiert hatte.[22] Aus derselben Unterredung im Kanzleramt hielt Gehlen fest: »Meldung an den Bundeskanzler über beabsichtigte Veröffentlichung gegen [Bundesvertriebenenminister Theodor] Oberländer in jüdischen Kreisen. Hinweis, dass der Urheber Lewitzki unter Ostverdacht steht.«[23] Oberländer, dessen NS-Belastung allgemein bekannt war, blieb jedoch zunächst unbehelligt.[24] Es war noch die Zeit, als eine Teilnahme am Hitlerputsch im November 1923, die Tätigkeit

als Gauamtsleiter, ein massives akademisches Schrifttum zur Förderung des »Deutschtums« im Osten und die Forderung nach Absonderung von Millionen jüdischer Polen nicht hinreichten, um ein mit Hilfe der CIA entnazifiziertes Mitglied der Bundesregierung als untragbar anzusehen.

Gehlen setzte das Kanzleramt regelmäßig über die Hintergründe und Drahtzieher der Ost-Berliner Angriffe ins Bild.[25] »Neue Kampagne gegen angebliche Nazis in führenden Stellungen der Bundesrepublik«, war beispielsweise eine umfassende Meldung überschrieben.[26] Ein Informant habe »in einer zentralen Dienststelle« ein brisantes Gespräch »mithören« können, hieß es, und zwar die Unterredung von Albert Norden mit Wilhelm Girnus, dem Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Rundfunk Gerhart Eisler und Kurt Hager, ZK-Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur. Thema sei die »Kampagne gegen die in führenden Stellungen sitzenden ›Nazis‹ gewesen«. Norden habe in dem Gespräch »klar zu erkennen gegeben, dass diese Angriffe nicht gegen die tatsächlich genannten Personen, sondern gegen Adenauer gezielt seien. Er habe außerdem kritisiert, dass sie sehr ungeschickt geführt und von der Presse der DDR nicht genügend sekundiert werden, sodass sie bisher nicht den erhofften Erfolg gehabt hätten. Norden habe neues Material in Aussicht gestellt, das sich u. a. gegen Dr. Globke, Dr. Lenz, Fürst [Klaus] von Bismarck, Dr. von Merkatz und den CDU-Bundestagsabgeordneten [Gustav-Adolf] Gedat richtet. Er hätte angedeutet, dass er einen Teil dieses neuen Belastungsmaterials dem Pressechef der SPD, Heine, und anderen Westdeutschen in der Opposition stehenden Politikern und Journalisten zugespielt habe […] Aus den von Norden gegebenen allgemeinen Richtlinien wäre zu entnehmen gewesen, dass dem ›Ausschuss für Deutsche Einheit‹ laufend neues Material aus der Bundesrepublik zugehe. Zum Teil handele es sich dabei um aus den ›Entnazifizierungsverfahren‹ stammende Unterlagen, die hierfür ›wahre Fundgruben‹ bildeten.«

Weitere Hinweise folgten. Einer betraf den Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amts, Otto Bräutigam, dessen vom Ausschuss für Deutsche Einheit veröffentlichtes Kriegstagebuch nun an westliche Empfänger verschickt werde (»Aus dem Tagebuch eines Judenmörders«). Eine ähnliche Aktion werde gegen den Chef des Bundespräsidialamts und designierten Botschafter in Rom Manfred Klaiber vorbereitet, der laut

Ausschuss »ähnlich wie Bräutigam stark ›NS-belastet‹« sei. »Für die kommende Zeit«, schloss die Warnung, »sollen weitere Aktionen geplant sein, die sich vor allem gegen die reaktivierten Generale der ehemaligen deutschen Wehrmacht richten werden. Es soll hierbei vor allem belastendes Material über den Generalleutnant Heusinger zusammengestellt werden.«[27] Bald danach informierte der BND über die geplante Aktivierung jüdischer Gemeinden der DDR zum »Kampf gegen den angeblichen Neonazismus in Westdeutschland« und über die Vorbereitung eines Films über den »Fall Globke«.[28]

Obgleich Bundeskanzler Adenauer in einer Radiobotschaft gewarnt hatte, man gehe mit »den guten Namen« von Menschen inzwischen beinahe so leichtfertig um wie zu Zeiten der bösen Verunglimpfungen in der Weimarer Republik und gefährde so »das demokratische Leben unseres Landes«,[29] war wirkliche Unruhe wegen der NS-Belastung von Regierungsmitgliedern, Richtern oder Wissenschaftlern, wegen des großzügigen Umgangs mit den alten NS-Eliten und der Reintegration der »Kerngruppen der nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungspolitik«[30] in der Bundesrepublik der mittleren fünfziger Jahre dennoch die Ausnahme – viel eher kam sie auf, wenn jemand auf dieses »Kainsmal der Republik« zu deuten wagte.

1956/57 gab es zwar noch nicht allzu viel über eigenständige westdeutsche Aufklärungsbemühungen zu berichten, doch war der BND gegenüber den kleinen Zirkeln von Personen und Initiativen in der Bundesrepublik, die sich nicht von einer offensiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit abhalten lassen wollten, nicht weniger wachsam als gegenüber den SED-Kampagnen. Pullach befeuerte durchweg den Verdacht, solche Regungen seien ohne kommunistische oder wenigstens sozialdemokratische Mithilfe, Inspiration oder Billigung gar nicht vorstellbar.

Frühe Hinweise dieser Art bezogen sich beispielsweise auf den jüdischen Historiker und Résistance-Kämpfer Léon Poliakov, der soeben eine Dokumentation über »Das Dritte Reich und seine Diener« herausgebracht hatte, und auf seinen Koautor Joseph Wulf, einen Überlebenden des Holocaust und Pionier der Aufklärung über den Nationalsozialismus. Diese Hinweise stammten von einer Unterquelle des überaus rührigen V-Mannes 13910, Dr. Wilhelm Schmitz, ehemals persönlicher Referent von SS-

Brigadeführer Walter Schellenberg.[31] Poliakov und Wulf planten eine weitere brisante Veröffentlichung, hieß es, diesmal unter dem Titel »Der deutsche Nachrichtendienst unter dem Nationalsozialismus«. SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine befinde sich bereits im »Besitz von Akten des ehemaligen Amtes Ausland/Abwehr«, das kurz vor Kriegsende von Schellenberg beerbt worden war. In dem Buch solle »durch Fußnoten bei Namen ehemaliger Angehöriger des militärischen Nachrichtendienstes darauf hingewiesen werden, wer von ihnen nach dem Kriege wieder nachrichtendienstlich tätig war bzw. es noch ist«. Das gefährde die Sicherheitslage und viele Mitarbeiter des BND unmittelbar, warnte der Zuträger, weshalb die Gegenspionage der Außendienststelle 11 sogleich nachfragte, wie der SPD-Funktionär Heine überhaupt in den Besitz solcher Unterlagen habe gelangen können. Zunächst werde man nichts unternehmen, sei aber dazu bereit.[32] Die befürchtete Publikation erschien dann doch nicht.

Als gelte es unter Beweis zu stellen, dass der BND mit dem Aufrühren der Vergangenheit durch einzelne Bundesbürger genauso wenig einverstanden war wie mit der Agitation der SED gegen vermeintliche oder tatsächliche NS-Täter, schickte Gehlen dem Chef des Bundeskanzleramts mehrere Meldungen über eine Kampagne gegen Generalleutnant Hans Speidel, ehemals seine Sonderverbindung J-1829 (»Dr. Hauff«),[33] der vor der Beförderung zum Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa-Mitte stand. Die Angriffe würden vor allem von französischen Sozialisten und Kommunisten ausgehen und bezögen sich auf dessen Rolle während der deutschen Besetzung Frankreichs. Gehlen zog das Fazit, es stehe »eindeutig fest«, dass die Sowjetunion hinter der Aktion stehe, die sich dafür tschechischer Agenten »mit der hier vorliegenden Weisung« folgenden Inhalts bedient habe: »Jede Information über Speidel ist wichtig; die Dokumentensammlung gegen ihn wird zentral bearbeitet und ist bald fertig.«[34] Am selben Tag trafen aus Pullach zwei weitere Meldungen im Kanzleramt ein, die nähere Informationen aus hohen Regierungskreisen in Paris enthielten.[35] Das Material der von der kommunistischen Partei Frankreichs vorbereiteten Aktion gegen Speidel sei freilich fragwürdig.[36]

Mitte 1957 kam der BND in einer umfänglichen Analyse zu der Anti-Speidel-Kampagne, in welcher der kommunistische Résistance-Kämpfer André Wurmser als einer der Hauptdrahtzieher ausgemacht wurde, zu dem

Schluss: »Die gegen Generalleutnant Speidel durchgeführte Aktion ist eindeutig von östlicher Seite gesteuert. Sie stellt ein Teilstück einer großangelegten, allgemeinen Propagandaoffensive gegen die Bundesrepublik, speziell gegen die derzeit amtierende Bundesregierung, dar. Während der Akzent dieser Propagandaoffensive im Anfang schwerpunktmäßig auf dem Versuch lag, französische und britische Kreise, insbesondere die Offizierskorps dieser Länder anzusprechen, konnte in den letzten Wochen insofern eine Akzentverschiebung beobachtet werden, als dass man entsprechende Propaganda-Effekte bei den breiten Massen sowohl in West als auch in Ost zu erzielen beabsichtigte. Durch die erwähnten Veröffentlichungen in Ostberlin, die andauern und durch die Verlautbarungen westeuropäischer kommunistischer Zeitungen und Organisationen erweitert werden, werden die bisherigen Erkenntnisse über Hintergründe, Steuerung und Ausmaß der Kampagne eindeutig unterstrichen.«[37]

Wie immer in vergleichbaren Fällen sah der BND eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der seinerzeitigen Rolle Speidels nicht als seine Aufgabe an. Seine größtenteils aus dem Militär- und Sicherheitsapparat des Dritten Reiches kommende Führung wäre auch kaum in der Lage gewesen, eine etwas distanziertere Haltung zu den militärischen Funktionseliten des NS-Staates einzunehmen. Dass die Dinge bei Hans Speidel, über den dann eine mit Hilfe des MfS abgefasste Broschüre erschien, die ihn als »Hauptplaner und Vollstrecker der ›Taktik der verbrannten Erde‹« anprangerte,[38] womöglich doch etwas komplizierter lagen als es schien, zeigte sich einige Jahre später. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle drängte auch wegen dessen »Rolle im besetzten Frankreich« auf eine Ablösung des deutschen Nato-Generals in Fontainebleau.[39]

Ausbau des Vorwarndienstes

Kurz vor den Bundestagswahlen 1957 hatte die SED begonnen, ihre »Kampagnenpolitik«[40] deutlich auszuweiten.[41] Albert Norden präsentierte auf einer groß aufgemachten Pressekonferenz die Broschüre »Gestern Hitlers Blutrichter – Heute Bonner Justiz-Elite«, die mehr als hundert ehemalige NS-Juristen im westdeutschen Justizdienst benannte. Weitere Titel folgten, zwei Jahre später umfasste die Liste bereits 1000 Namen.[42] Das zwischen den kommunistischen Parteien des Ostblocks abgestimmte Vorgehen gegen den »westdeutschen Revanchismus und Militarismus«[43] konnte mittlerweile nicht mehr als pure Hetze abgetan werden. Es begann die langlebige Debatte über die »furchtbaren Juristen« in Westdeutschland.[44] Die ersten Regungen verfolgte auch der BND mit Argusaugen.

Wir haben schon gesehen, dass Pullach in der komfortablen Lage war, durch seinen Agenten Günter Hofé recht genau über die ostdeutschen Vorhaben informiert zu sein. Zum Schwerpunkt seiner Mitteilungen machte Hofé/»Lena« die SED-Kampagnen allerdings erst in dem Moment, als der KGB dessen wichtigste deutschlandpolitische Unterquelle versiegen ließ; während der zweiten Berlinkrise Ende der fünfziger Jahre war »die Preisgabe von Informationen über die politischen Absichten Moskaus und der SED-Führung nicht mehr opportun«.[45] Kurt Weiß erläuterte später, Hofés Berichte über die kommunistische Agitation seien für den BND von außerordentlicher Bedeutung gewesen: »Dieses Material konnte häufig so rechtzeitig bearbeitet und der Bundesregierung sowie anderen zuständigen Stellen zur Kenntnis gebracht werden, dass die vorgesehenen und vorbereiteten sowjetzonalen Aktionen in ihrer Wirkung abgeschwächt und entwertet wurden.« Das habe wiederholt zu anerkennenden Reaktionen von Bundesstellen geführt. Eine genauere Analyse nach der Verhaftung von Heinz Felfe habe jedoch gezeigt, »dass sich die vorzeitigen Unterrichtungen in den meisten Fällen auf Absichten und Vorhaben bezogen, die für die Durchführung der sowjetischen Deutschlandpolitik *in Wirklichkeit von untergeordneter Bedeutung* waren« und lediglich der Festigung der Position des KGB-Agenten gedient hätten.[46]

Eine der ersten Meldungen des Hofé’schen Berichtsstranges zu den SED-Kampagnen ging Ende 1957 in Pullach ein und bezog sich auf die Ost-Berliner Pressekonferenzen und Veröffentlichungen zu »Hitlers Blutrichtern«. Das Deutsche Institut für Zeitgeschichte in Ost-Berlin, hieß es, spreche in einer Veröffentlichung davon, dass die »Dokumente über die grausigen Untaten der Richter und Staatsanwälte des Bonner Staates dem Bundestagsabgeordneten Dr. Menzel [SPD], Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Rechtsfragen, und gleichzeitig der Kommission für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen übergeben« würden. Man werde sogleich klären, ob die DDR-Botschafter im Ostblock diese Dokumentation des Ausschusses für Deutsche Einheit erhalten hätten;[47] sie war da allerdings bereits seit einem halben Jahr im Umlauf.

Ende der fünfziger Jahre begann sich die Einstellung gegenüber der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik zu verändern. Obgleich die DDR-Kampagnen eine Vielzahl unbestreitbar authentischer Dokumente zutage gefördert und zutreffende Hinweise gegeben hatten, wird man ihren Anteil an der Veränderung der vergangenheitspolitischen Konjunktur nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Ein Ausgangspunkt der allmählichen Selbstbesinnung in Westdeutschland waren eher die dreisten Versuche »vergangenheitspolitischer Entsorgung«, als etwa schwer belastete Gestapo-Beamte versuchten, ihre wohlerworbenen Beamtenrechte einzuklagen. Anders als in den Jahren zuvor verursachte das nun einige öffentliche Erregung.[48] Die Medien waren auch nicht mehr ohne weiteres bereit, über das skandalöse Auftreten von Bediensteten und Mördern des nationalsozialistischen Terrorapparats hinwegzusehen.

Große Bedeutung kam hier dem von ausgiebiger Berichterstattung begleiteten Ulmer Einsatzgruppen-Prozess gegen Gestapo- und SD-Angehörige 1958 zu, die Tausende Juden ermordet hatten und nun zu teilweise hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Schlagartig wurde deutlich, dass die meisten deutschen Verbrechen ungeahndet geblieben waren und allzu viele Belastete ihren Weg zurück in den öffentlichen Dienst gefunden hatten. Zur Koordinierung der künftigen Ermittlungsarbeit richteten die Länder die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen ein. Da sich die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auf justizieller Ebene zu revitalisieren begann, wurde es schwieriger, sie pauschal als politisches Kampfmittel des

Sowjetkommunismus und ihrer Sympathisanten abzustempeln.[49] Als weiterer Katalysator der Selbstbesinnung erwiesen sich die weltweit empörten Reaktionen auf eine Welle von antisemitischen Aktionen, die in der Schändung von jüdischen Friedhöfen ihren Höhepunkt fanden, zu Weihnachten 1959 namentlich in den von Rechtsradikalen inszenierten Schmierereien an der Kölner Synagoge, denen Hunderte Nachahmungstaten folgten.[50]

Um die Zeit dieser »Swastikawelle«[51] begann die SED die Instrumentalisierung ihres Antifaschismus zu forcieren und ihre Kampagnen intern besser zu koordinieren.[52] Albert Norden, der im Politbüro mittlerweile für die »Westarbeit« der Partei zuständig war, sprach Anfang 1959 im Ausschuss für Deutsche Einheit von der »Wiedergeburt des Militarismus im Adenauer-Staat – die Vorbereitung eines Revanchekrieges durch Bonn«. Diese Zuspitzung hatte ihre Ursache auch in der schwierigen Lage der DDR. Erfolge der Westarbeit waren ausgeblieben, die Wirtschaft entwickelte sich enttäuschend, die Versorgungslage blieb angespannt. Immer mehr Menschen flohen in den Westen, erst recht während der Zwangskollektivierung. Der gesamtdeutsche Ansatz in der Außenpolitik und die Suche nach Bündnispartnern im Westen blieben komplett unwirksam, das Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom Herbst 1958 hatte das Ende der nationalen Attitüde der ostdeutschen Kommunisten eingeleitet. Die DDR steckte »in einer umfassenden akuten Krise ihres ›realsozialistischen‹ Systems, und die Politik der SED befand sich in einer Sackgasse«.[53]

So »dysfunktional und defizitär« die DDR-Spionage des BND während der Amtszeit Gehlens insgesamt war,[54] so aufmerksam verfolgte Pullach die vergangenheitspolitischen Attacken Ost-Berlins, zumal sich jetzt auch die CIA mit einem besorgten Schreiben meldete. Der Verbindungsstab der »Freunde« bezog sich auf einen Artikel in der *Welt*, die berichtet hatte, die Volksrepublik Polen stelle deutschen Behörden belastendes Dokumentenmaterial über den ehemaligen SS-Gruppenführer Heinz Reinefarth zur Verfügung, der den Warschauer Aufstand mit exzessiver Brutalität niedergeschlagen hatte.[55] Der »Schlächter von Warschau« amtierte mittlerweile als Bürgermeister in Westerland auf Sylt, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft verliefen im Sand. Offenbar gebe es eine spezielle staatliche Kommission in Polen, die westdeutsche Gerichte

mit belastendem Dokumentenmaterial versorge, schrieb die CIA. Falls die Justiz in der Bundesrepublik solche Beweise zuließe, könnten östliche Nachrichtendienste diese Unterlagen eventuell dazu benutzen, »Druck auf ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher auszuüben«. Es sei sehr wahrscheinlich, dass die Ostblock-Dienste noch über viel Material »gegen ehemalige Nazis verfügen, die längst entnazifiziert sind und zum Teil in einflussreichen Stellen sitzen, wobei sie zum Teil auch Zugang zu klassifizierten Informationen haben dürften«. Die Unterlagen könnten sogar gegen Beamte »mit Gestapo-Hintergrund« eingesetzt werden und sehr schwerwiegende Auswirkungen auf die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden haben, warnten die Amerikaner. In Anbetracht »der absoluten Unabhängigkeit der westdeutschen Gerichtsbarkeit« seien die Möglichkeiten, »gegen diese mächtige Waffe des Feindes entscheidend einzuwirken«, natürlich begrenzt, versicherten sie, gleichwohl sei man daran interessiert zu erfahren, welche grundsätzliche Linie hier von deutscher Seite verfolgt werde. Gehlen legte die von ihm vorsorglich als »Routineschreiben des amerikanischen Nachrichtendienstes« herabgestufte Anfrage Globke in einem persönlichen Schreiben vor.[56]

Der Staatssekretär ließ dem BND-Präsidenten eine Antwortempfehlung schicken. Die Bundesregierung, hieß es darin, verfolge »mit Aufmerksamkeit die gegen bestimmte Einrichtungen und Personen in Westdeutschland gerichteten Propagandaaktionen der sog. ›DDR‹ und anderer Ostblockstaaten. Soweit in diesen Veröffentlichungen Kriegsverbrechen oder sonstige strafbare Handlungen bestimmter Personen behauptet werden«, bestehe selbstverständlich keinerlei Möglichkeit, etwa gegen Justizorgane einzuschreiten: »Abgesehen von einzelnen, immer möglichen Ausnahmefällen teilt die Bundesregierung aber nicht die Besorgnis, dass durch Preisgabe von einschlägigem Beweismaterial Geheimnisträger im öffentlichen Dienst bloßgestellt oder in eine Zwangslage gebracht werden könnten. In aller Regel ist dieser Personenkreis sowohl hinsichtlich seiner politischen Vergangenheit als auch unter Sicherheitsgesichtspunkten sorgfältig überprüft worden.«[57] Das mochte für den Militärischen Abschirmdienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz zutreffen, für den BND jedoch nicht im Geringsten, wie dem Kanzleramt und der CIA bestens geläufig war.[58]

Ungeachtet der zur Schau gestellten Gelassenheit gegenüber den weiterhin als Hetze eingestuften DDR-Hinweisen auf die NS-Belastung westdeutscher Persönlichkeiten hatten die Bundesregierung und ihre Behörden alle Hände voll zu tun, um gegenzusteuern. Immer häufiger wechselten sich jetzt Nachfragen der Bundesregierung und Antworten des Bundesnachrichtendienstes ab. Kurt Weiß etwa, der die Fäden auch auf diesem Felde in der Hand hielt, traf sich mit Vertretern des Bundespresse- und Informationsamtes, das um Hilfe beim Kampf gegen die Diffamierungskampagnen der SED gebeten hatte.[59] Nach »Wintersteins« Notizen waren die Beamten nicht nur sehr besorgt, weil der Wahrheitsgehalt dieser Vorwürfe so schwer herauszufiltern sei, sie beklagten sich auch über die oftmals unkritische Berichterstattung mehrerer Rundfunkanstalten; das gehe wohl darauf zurück, dass sie unterwandert seien (»offene und getarnte Einschleusung zahlreicher Kommunisten und Linksextremisten, großenteils mit Hilfe der Besatzungsmächte«). Der BND wolle bei der Klärung der Sachverhalte gerne helfen, sagte Weiß zu, und verwies dabei auf die »Diffamierungskampagnen der DDR gegen die Generale Heusinger und Speidel (Aufklärung durch den BND)«. Die Großoffensive gegen den ehemaligen Chef der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres und gegenwärtigen Generalinspekteur der Bundeswehr rollte eben an.[60] Attacken gegen das Auswärtige Amt flankierten sie.[61]

Neben der von Gerhard Sälter beschriebenen Anti-Heusinger-Kampagne der SED[62] bekam es der BND 1958/59 mit einer Reihe weiterer vergangenheitspolitischer Angriffe Ost-Berlins zu tun. Er konnte sie weder beeinflussen noch abwehren, doch meist frühzeitig davor warnen – vor den Versuchen, Felix von Eckardt, den Chef des Bundespresseamts, weitere Generale der Bundeswehr und selbst Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß ins Zwielicht zu rücken. Besondere Aufregung verursachte das Film-Projekt »Ein Tagebuch für Anne Frank«. Der 18-minütige Dokumentarfilm mit dem größte Anteilnahme erregenden Namen im Titel handelte nicht von dem ermordeten jüdischen Mädchen aus Amsterdam, sondern von der Technik des Massenmords und der Kooperation der SS mit der deutschen Industrie, vor allem aber davon, dass in der Bundesrepublik NS-Mörder völlig unbehelligt lebten – der Westerbork-Kommandant Albert Konrad Gemmeker etwa. Der im März 1959 anlaufende Kurzfilm mit dem

spektakulären Titel zielte aber auch auf Kanzleramtschef Globke als einen Spiritus Rector der Judenverfolgung.[63]

Den ersten Hinweis auf das geplante Projekt gab Hofé ein halbes Jahr vor der Uraufführung.[64] Der Streifen mit starkem Gegenwartsbezug solle noch vor dem Start des amerikanischen Anne-Frank-Films (der dann mit drei Oscars prämiiert wurde) in die Kinos kommen. Gegen Jahresende berichtete »Lena«, die Fertigstellung habe sich verzögert, doch sei die Dokumentation inzwischen vom ZK der SED abgenommen worden.[65] Der Film verfolge ganz die bereits gemeldete Tendenz, hieß es: »Bildmäßig eingeblendet (Bilder aus früherer und jetziger Zeit) sind unter anderen Globke, [Otto] Ambross und [Max] Faust von IG Farben, Himmler, [Karl] Wolff, einige Bundestagsabgeordnete usw.« Es sei ein gleichzeitiger Start in Amsterdam, Berlin und Warschau geplant, alles werde mit einer breit orchestrierten Propaganda einhergehen. Auch von der Erstaufführung am Rande einer weiteren »Blutrichter«-Pressekonferenz in der Humboldt-Universität, an der er selbst teilgenommen hatte, konnte Günter Hofé seine Eindrücke übermitteln; das Defa-Presseheft ging ebenfalls nach Pullach.[66] Das Buch zum Film erlebte mehrere Auflagen. Globke wurde vom BND auf seine ausdrückliche Weisung hin ständig auf dem Laufenden gehalten.[67]

Staatssekretär Felix von Eckardt scheint erst Ende 1959 in das Visier der SED geraten zu sein. Der Gedanke, über den Vertrauten des Bundeskanzlers einen Film zu machen, sei »noch keine zehn Tage alt«, berichtete Hofé jedenfalls im Zusammenhang mit anderen Neuigkeiten von der Diffamierungsfront.[68] Eckardt solle aus seiner Tätigkeit als Drehbuchautor von Unterhaltungs- und Propagandafilmen der NS-Zeit ein Strick gedreht werden. »Der Zweck des Filmes ist, wieder eine Bonner Person bloßzustellen«, meldete der BND.[69] Sein Thema sei die psychologische Kriegsvorbereitung »schon lange vor unserer Zeit«. Dafür würden jetzt in einem Schnellschuss Ausschnitte aus Filmen herausgesucht, zu denen Eckardt das Drehbuch verfasst hatte. Hofé konnte sogar das Exposé zu dem »Wie einst Lili Marleen« betitelten Streifen beibringen. Kernthese des Machwerks sei die Behauptung, heute lägen die Dinge in der Bundesrepublik schon wieder so wie früher: »Ablenkung von der Wirklichkeit, Militarismus, Hetze gegen die Völker, Hetze zum Krieg. Man geht wieder ins Kino, liest Bücher und Zeitungen, hört den Rundfunk und sieht das Fernsehprogramm. Alles dient den Konzernen, dient dem Krieg

wie schon einmal. Mit von der Partie ist wieder die Ufa mit ihren 17 Gesellschaften und ihren raffiniert gemixten Filmstoffen. Nur einer der bewährten alten Durchhalteautoren ging verloren: Felix von Eckardt. Er wurde Adenauers Bundespressechef.«[70] Ein Buch von vergleichbar dürftiger Substanz befand sich ebenfalls in der Produktion,[71] benötigte ebenso wie das Filmchen aber noch viele Monate der Reife, ehe es ins Leben treten konnte. Globke notierte auf dem Rand eines BND-Berichts dazu, der Pressechef habe Nachricht erhalten.[72]

Zu einem ziemlichen Flop entwickelte sich der Plan Albert Nordens, einen Hetzfilm gegen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß zu drehen (gegen den es schon früher Schmähartikel, zum Teil unter der Gürtellinie, gegeben hatte).[73] Auch darüber berichtete Günter Hofé kontinuierlich, das erste Mal im Frühjahr 1959. Dieses Porträt werde »nichts weiter als eine Karikatur werden«, prognostizierte er: »Laufzeit nur 3–4 Minuten. Man hat kein Material über Strauß aus früherer Zeit«.[74] Einige Wochen später wusste »Lena« mehr.[75] Der geplante Streifen werde nun doch ungefähr 20 Minuten lang sein und laufe darauf hinaus, den CSU-Politiker um jeden Preis »lächerlich zu machen. Das sei die Grundlinie. Es läge nämlich zu wenig Material über Strauß vor. Man hätte zwar unendlich viel Aussprüche von ihm, aber kein wirklich belastendes Material von früher. Daran kranke die ganze Geschichte.« Ob auch ein Buch über den Minister herauskomme, sei noch nicht entschieden.

Kurz darauf meldete Hofé, der als Verleger vielfältigste Verbindungen zu den Kulturschaffenden der DDR unterhielt, »das ZK hat entschieden, keinen Film zu machen, da das Material filmmäßig einfach nicht genug hergibt. Dagegen wird eine Fernsehsendung vorbereitet. Nur weiß man noch nicht, wie man den ›korrupten und völlig feindoffenen Sauhaufen beim Fernsehfunk‹ dicht kriegen kann.« Die Sendung solle in Reserve gehalten werden, wenn es in Bonn um den Minister wieder einmal kritisch werde. »Hier wird man vor allen Dingen mit seinen eigenen Äußerungen in Reden usw., die man aufgenommen hat, arbeiten, und zwar in glossierender Form, weil die Durchforschung seines früheren Lebens einfach nichts hergibt.« Inzwischen habe man sich aber doch zur Herausgabe einer Broschüre entschlossen: »Sie ist im Stab der Defa geschrieben worden. Natürlich sitzen da noch andere Leute dahinter, z. B. Archivleute. Unter anderem ist John Heartfield, der Bruder von Professor Wieland Herzfelde,

daran beteiligt. Heartfield ist schon im Kriege mit seinen Fotokombinationen aufgetreten, er ist auch aus der Weimarer Zeit bekannt.«[76] Das Strauß-Buch werde jetzt fertig, hieß es Ende 1959.[77]

Das Strauß-Abenteuer war jedoch noch längst nicht zu Ende. Das Hin und Her zu Buch und Film ging weiter, denn noch vor Jahreswechsel entschied das ZK der SED, dass »statt des vorgesehenen Fernsehfilms ein normaler Defa-Film« zu drehen sei; auch ein Buch mit dem Titel »Das Lied vom braven [später: starken] Mann« war vorgesehen. Der Bericht des BND-Agenten enthielt auch Details über die Entscheidungsfindung. Tagelange Sichtungen von Dokumenten und Tonbändern hätten ergeben, dass »doch eine ganze Menge vorhanden ist«. Buch und Film sollten in etwa so angelegt sein: »Einleitung – Münchner Oktoberfest – ›haut den Lukas‹ – der starke Mann, davon wird dann übergeleitet auf den starken Mann Strauß. Zunächst wird der Lebenslauf von Strauß geschildert, untermalt mit Kinder- und Jugendbildern. Es folgen Bilder als Oberleutnant, dann Heirat, schließlich Bilder, wo Strauß einem Kardinal die Hand küsst. Strauß wird ständig mit Hitlersprüchen und Bildern konfrontiert. Also z. B. wo Hitler einmal sagt, wir werden die Frage des Lebensraums des deutschen Volkes ein für alle Mal regulieren, der Raum nach Osten muss aufgemacht werden. Daneben wird ein Zitat von Strauß gesetzt, mit genauem Quellennachweis, wo er sich in ähnlicher Form einmal geäußert hat, und was er zu tun beabsichtigt bis zur Atomrüstung u. ä. mehr.« Nichts war zu schäbig, um die Politik Hitlers und Adenauers in eins, die politischen Ziele der Bundesregierung in eine bruchlose Kontinuität zum nationalsozialistischen Vernichtungskrieg zu setzen. Es war diese Maßlosigkeit, die den vergangenheitspolitischen Kampagnen Ost-Berlins viel von ihrem historischen Aufklärungsimpetus nahm.

Hofés Bericht ging noch weiter: »Die Zitate Hitlers und Strauß’ sind sehr präzise herausgesucht, sie werden zweifellos auf den kleinen Mann Eindruck machen. Ein Bild z. B. zeigt Strauß am Rande eines Soldatenfriedhofes mit zahlreichen Kreuzen, eine raffinierte Fotomontage. Wahrscheinlich macht Strauß in Wirklichkeit bei einer Grundsteinlegung Einstiche in die Erde mit einem Spaten. Die Fotomontage ist kaum zu erkennen. Dazu kommt der entsprechende Text.« Auch Attacken gegen ehemalige Wehrmachtsgenerale, die ebenfalls ins Visier genommen wurden, fehlten nicht – gegen General Josef Kammhuber etwa, einst

Kommandeur der Luftwaffen-Nachtjäger, jetzt Inspekteur der neuen Luftwaffe. Er war für die irrtümliche Bombardierung Freiburgs im Frühjahr 1940 verantwortlich, zu der er sich lange nicht bekannte: »Es wird ein Stadtbild von Freiburg gezeigt. In diesem Bild sind die Särge der 21 Kinder, die damals bei dem Bombenangriff umgekommen sind, raffiniert hineinmontiert. Als Urheber des Bombenangriffs wird Kammhuber genannt. Auch hier dann wieder ein Übergehen auf Strauß. Es sind Aufnahmen herausgesucht worden, die ihn am ungünstigsten wiedergeben.«[78] Das alles setzte Gehlen in eine Meldung um, die er an den Kanzleramtschef schickte.[79] Gestützt auf »Lena« erwähnte der BND auch, im Zentralkomitee hätten einige Funktionäre gefordert, »den bisher vorherrschenden ›satirischen Ton‹ weitgehend auszumerzen und durch ›ernsthafte Dokumentationen‹ zu ersetzen«.[80]

Film und Buch zur Verleumdung des Bundesministers für Verteidigung beschäftigten die SED, den Ausschuss für Deutsche Einheit und seine künstlerischen Fußtruppen anhaltend. Während sich Herstellung und Auslieferung der vermeintlichen Bombe gegen den Bundeswehr-Minister hinzogen, wohnten BND und Kanzleramt dieser schweren Geburt gewissermaßen in Echtzeit bei. So war man in der bequemen Lage, schon im Voraus zu wissen, was an Schmutz und Schund auf einen zurollte. Intern vertrat man laut Vermerk über eine Besprechung mit Kurt Weiß die Ansicht, »die Lieferung der Bücher im Stadium der Entstehung ist in ihrem Wert für den BND außerordentlich hoch einzuschätzen. Man muss sich die Wirkung auf Strauß vorstellen, wenn ihm vom BND der Vorentwurf vorgelegt wird!«[81] Der Minister sprach sich gegenüber dem Dienst denn auch sehr anerkennend aus.[82] »Lena« lieferte den kompletten Aufriss des Strauß-Buches vorab[83] und berichtete zudem, das Zentralkomitee der SED und das Ministerium für Kultur drückten stark aufs Tempo, die Schrift müsse schnellstens erscheinen, weil sie »in die allgemeine Linie der Diskreditierung von Einzelpersönlichkeiten der Bundesrepublik mit eingreife«.[84] Im Sommer lag das Pamphlet dem Kulturministerium zur Genehmigung vor,[85] doch als es dann endlich in einer Auflage von 5000 Stück erschien, blieb sein Absatz im Unterschied zu anderen Publikationen vergleichbaren Zuschnitts enttäuschend.[86]

Günter Hofé hielt den BND Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre mit immer neuen Vorausmeldungen in Atem. Nicht jede einzelne

wurde dem Kanzleramtschef vorgelegt, doch über das meiste, zum Beispiel die »Herstellung von Belastungsmaterial in der Ostzone gegen Diplomaten der Bundesrepublik«, unterrichtete Gehlen Globke zuverlässig.[87] Das DDR-Außenministerium stütze sich dabei auch auf »Ermittlungen sowjetzonaler Agenten in Westdeutschland und Nachforschungen in den Staatsarchiven der SBZ«, schrieb er. Damit solle deren »Zurückziehung« im Inland und ihre Diskreditierung im Ausland erreicht, nach Möglichkeit auch ein Ansatzpunkt geschaffen werden, um durch Erpressung Agenten zu gewinnen. Die als vordringlich bezeichnete Aktion richte sich unter anderem gegen Dietrich Freiherr von Mirbach, Botschafter in Indonesien, den inzwischen pensionierten Theodor Kordt und Hilger van Scherpenberg, Staatssekretär im Auswärtigen Amt; Hofé hatte dem BND bereits Monate zuvor die DDR-Broschüre »Schwerbelastete Hitler-Diplomaten im Dienst der Außenpolitik des deutschen Militarismus« übersandt.[88]

Nicht lange danach erfolgte Gehlens Warnung vor einer weiteren DDR-Kampagne, diesmal gegen Ernst Lemmer gerichtet, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Gegner des Nationalsozialismus wie des Kommunismus.[89] Der BND-Präsident schrieb an Globke, der Ausschuss für Deutsche Einheit bereite die Veröffentlichung von Auszügen aus dem schriftlichen Nachlass eines verstorbenen DDR-Politikers vor, um Bundesminister Schäffer (CSU) zur Seite zu springen, der sich einige Jahre zuvor zu heftig kritisierten Gesprächen nach Ost-Berlin begeben hatte. Mit den Dokumenten sollten die CDU und namentlich Lemmer in schlechtes Licht gesetzt werden, da sie offenbarten, dass »auch andere prominente Angehörige der Bundesregierung und der CDU vertrauliche Gespräche mit ›DDR‹-Politikern geführt haben«.

Nichts und niemand schienen vor der immer stärker auf Touren kommenden Diskreditierungsorgie der DDR sicher zu sein. Von besonderer Bedeutung waren natürlich Erkenntnisse des Dienstes, die erheblich über das hinausgingen, was den Zeitungen zu entnehmen war, und die auch vom Bundeskanzler wiederholt zur Kenntnis genommen wurden.[90]

Ende 1959, als die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik für weltweites Aufsehen sorgten, war der BND denn auch sofort mit einer eigenen Deutung bei der Hand.[91] Kurt Weiß notierte: »Entgegennahme einer Weisung Präsident, alle Möglichkeiten und Mittel auszuschöpfen, um Informationen über die Hintermänner zu gewinnen.

Nach wenigen Tagen Gewinnung von Erkenntnissen über Steuerung dieser Aktivitäten durch Ost-Berlin, um damit die Bundesrepublik, insbesondere die Bundesregierung, zu diskreditieren. Sofortige Weitergabe dieser Informationen (aus Ost-Berlin) an Chef Bundeskanzleramt. Gleichzeitig Unterrichtung aller wichtigen Partner, in erster Linie CIA, über eigene Verbindungswege. Gezielte Veröffentlichungen über Urheber und Hintergründe, veranlasst durch Bundeskanzleramt und über eigene Presse-Verbindungen. Mehrfache Erwähnung des BND in der Presse als ›erfassende Stelle‹. Anhaltende Bemühungen, auf den israelischen Partner beruhigend einzuwirken (dort Protestkundgebungen in der Öffentlichkeit) und von der Hintergrundrolle des MfS zu überzeugen.« Den Staatssicherheitsdienst als Drahtzieher und eigentlichen Operateur der antisemitischen Attacken verantwortlich zu machen, lag nahe, doch Beweise dafür gab es keine, nicht einmal ernst zu nehmende Hinweise – selbst nach Öffnung der Stasi-Unterlagen nicht.[92] Die Auslagerung der Urheberschaft der antisemitischen Welle in die DDR, die in Andeutungen lange auch durch die zeitgeschichtswissenschaftliche Literatur geisterte,[93] mochte einen entlastenden politischen Ausweg aus dem unerhörten Skandal anbieten, die Bundesregierung machte sich diese Interpretation, von Andeutungen Adenauers abgesehen,[94] jedoch nicht durchweg zu eigen.

Das hinderte Kurt Weiß nicht daran, die Quellen der Empörung über die »Vorkommnisse« weiterhin außerhalb der Bundesrepublik zu suchen. Anfang Januar 1960 hielt er fest, sein leitender Mitarbeiter Fritz Hesse (»Dr. Heinrich«, einflussreicher Pressemann Ribbentrops, später Autor apologetischer Schriften) habe ihm über den linken Flügel der Labour-Partei berichtet: »Unter 100 Abgeordneten etwa 29 Juden, sorgten dafür, angeblich antisemitische Tendenzen in der Bundesrepublik anzuprangern«. Der »dubiose« Hesse,[95] nunmehr Leiter der Presseauswertung im Strategischen Dienst, machte weiter darauf aufmerksam, »dass in der Deutschen Botschaft London 3 Halbjuden und 1 Vierteljude als Diplomaten tätig« seien. Ihm sei bekannt, dass diese mit »jüdischen Comitees enge Verbindungen unterhielten. Aus der Berichterstattung der Botschaft London an das Auswärtige Amt seien Einflüsse deutlich erkennbar«. Der hochbezahlte Hesse[96] schlug vor, den Vizepräsidenten des BND davon in Kenntnis zu setzen. Weiß riet dem BND-Präsidenten, dem Außenministerium zu empfehlen, der deutschen Vertretung in

Großbritannien »genauere Informationen und Instruktionen zu geben«.[97] Solche Hinweise waren allerdings weit von der offiziellen Reaktion der bundesdeutschen Politik entfernt. Gemeinsam mit Nahum Goldmann, dem Präsidenten des World Jewish Congress, legte Bundeskanzler Adenauer, der schon an der Einweihung der neu errichteten Kölner Synagoge teilgenommen hatte, im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen einen Kranz nieder. Der Rundfunk übertrug seine Ansprache.[98]

2. Bedrängte Prominenz

Die Diskreditierung der Bundesrepublik als eine Fortsetzung des »Faschismus« in veränderter Gestalt blieb ein Kernziel der SED, doch gegen Ende der Ära Adenauer trafen die massiven Anschuldigungen, die mehr als nur ein Körnchen Wahrheit enthielten, auf größere Aufmerksamkeit als zuvor. Die wieder in Gang gekommenen Gerichtsverfahren gegen NS-Verbrecher rückten den Judenmord und andere deutsche Gewaltverbrechen zunehmend ins öffentliche Bewusstsein. Literatur und Film nahmen sich der Hitler-Jahre intensiver an, Rolf Hochhuths »Stellvertreter« kam auf die Bühne. Die Politik begann über eine Verlängerung der Verjährungsfristen für Mord nachzudenken. Die Zeitgeschichtsforschung steuerte das Ihre bei. Der »regierungskonforme Konsensjournalismus«[99] begann sich zu verflüchtigen, kurz: Die Sensibilisierung der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit für eine gründlichere Befassung mit dem Nationalsozialismus als Vorgeschichte der Bundesrepublik war gegen Ende der Adenauer-Zeit ungleich stärker als in ihrer ersten Dekade. Hans-Peter Schwarz schreibt sogar, 1960 habe sich alles geändert: »Das große Thema Vergangenheitsbewältigung wurde schlagartig zu einem Thema ersten Ranges.«[100] Bundeskanzler Adenauer und sein Staatssekretär Hans Globke wurden davon in ihren letzten Amtsjahren weidlich in Atem gehalten.

Dem BND, Hort verborgener Kontinuitäten, bescherte dieser Wandel zwar viel Arbeit, doch seine Sicht auf dieses Thema blieb von dem Gezeitenwechsel unberührt. Seine ausgedehnte Inlandsspionage hatte sich nie für die Aufhellung politischer oder krimineller Belastungen aus der NS-Zeit interessiert, weder in den eigenen Reihen noch in den höheren Rängen der Republik. Seine Aufmerksamkeit galt vielmehr den Personen und Milieus, die für Gegner des Bundeskanzlers und seiner Politik gehalten wurden, für irgendwie »links«, für allzu liberal oder für Zeitgenossen, welche die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 aus unerfindlichen Gründen wieder aufrührten.

Das änderte sich auch in den letzten Adenauer-Jahren nicht, als der Druck auf Politiker, Richter und Beamte stärker wurde, sich zu ihrem Verhalten in der NS-Zeit zu erklären. Pullach verstand sich immer als

Schild der Vergangenheitsabwehr und nun, als die Dämme an immer neuen Stellen porös wurden, umso mehr: Junge Leute in West-Berlin begannen sich auf eigene Faust mit den deutschen Justizverbrechen zu befassen; Ost-Berlin zog einen Schauprozess gegen Bundesminister Theodor Oberländer auf; in Jerusalem stand mit Adolf Eichmann ein Top-Manager des Judenmords vor Gericht; wenige Wochen vor seinem Wechsel in den wohlverdienten Ruhestand setzte der Generalstaatsanwalt der DDR Hans Globke in Abwesenheit auf die Anklagebank, und das Oberste Gericht verurteilte ihn in Abwesenheit erwartungsgemäß zu lebenslanger Haft. Reinhard Gehlen bot Anfang der sechziger Jahre daher seinen ganzen Apparat auf, um den Wünschen und Erwartungen des bedrängten »Globus« zu entsprechen. Bei der Vergangenheitsabwehr – gleichviel, ob es sich um berechtigte, überzogene oder konstruierte Vorwürfe handelte – blieb die in Jahren gehärtete Achse bis zu jenem Tag im Oktober 1963 intakt, da der Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland das Palais Schaumburg zusammen mit seinem einflussreichsten Helfer verließ.

Theodor Oberländer

Ein erster Paukenschlag war der »Fall Oberländer«.[101] Von 1953 bis 1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, war der zupackende Theodor Oberländer ein »interessenspolitisches Schwergewicht« der Ära Adenauer gewesen. Der Vorsitzende des BHE, der bald zur CDU überwechselte, hatte es verstanden, die Masse der Vertriebenen an die bürgerliche Koalition bzw. die Christdemokraten zu binden. Der Kanzler wusste durchaus, dass mit Oberländer ein langjähriger aktiver Nationalsozialist in seinem Kabinett saß, der als aufstrebender Agrarexperte und antisemitischer »Ostwissenschaftler« die aggressive NS-Volkstumspolitik propagiert hatte, mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes allerdings mit dem Prädikat »entlastet« entnazifiziert worden war.

Auch wenn der Professor im Krieg für einen weniger radikalen Umgang mit den »Ostvölkern« plädiert hatte und in Konflikt mit den Protagonisten der Vernichtungspolitik geraten war, hätte seine NS-Karriere, die 1923 mit dem Marsch auf die Feldherrnhalle begann, und sein nimmermüder Einsatz für den »Volkstumskampf« ausreichen müssen, um ihn ähnlich wie Globke von Anfang an für ein hohes politisches Amt zu disqualifizieren. Im Bundestag und in der Presse erhob sich Ende der fünfziger Jahre massiver Protest gegen den Bundesminister, der während der Besetzung der Sowjetunion der Führung des Abwehrverbandes »Nachtigall« angehört hatte, in dem Nationalukrainer zum Einsatz in der Wehrmacht zusammengezogen worden waren. Die Einheit war bei der Eroberung Lembergs an Massenexekutionen beteiligt, der persönliche Anteil Oberländers daran blieb jedoch bis heute ungeklärt. Gleichviel, keinem verständigen Menschen mochte es Anfang der sechziger Jahre noch einleuchten, wieso ein Mann mit einer derartigen Vergangenheit so lange am Kabinettstisch hatte sitzen können.

Mit Reinhard Gehlen und seinen Mitarbeitern verband den kämpferischen Antikommunisten Oberländer, in den Anfangsjahren Mitglied der »Professorengruppe« der Org,[102] die Überzeugung, »durch ein ehrlich gemeintes Angebot an die Völker Russlands und entsprechende Maßnahmen wäre es möglich gewesen«, wie es der BND-Präsident noch in

seinen Lebenserinnerungen propagierte, »einen Freiheitskampf auszulösen, der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer baldigen und für uns positiven Beendigung des Russlandfeldzuges geführt hätte.«[103] Am 29. April 1960 verurteilte das Oberste Gericht der DDR den abwesenden Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer in einem Schauprozess zu lebenslangem Zuchthaus.

Dass der Minister wegen seiner NS-Belastung in Schwierigkeiten geraten könnte, hatte Gehlen dem Bundeskanzler bereits im Herbst 1954 gemeldet. »In jüdischen Kreisen« seien Veröffentlichungen gegen Oberländer geplant, schrieb er; die Urheber stünden unter »Ostverdacht«. Die Sache übergebe man am besten den Amerikanern zur weiteren Veranlassung, »da es schwer ist, von deutscher Seite etwas gegen die geplante Veröffentlichung zu tun«.[104] Ein weiterer von mehreren Versuchen, Journalisten von einer kritischen Berichterstattung über den Volkstumsideologen abzuhalten, erfolgte dann kurz vor der Übernahme des Gehlen-Dienstes in die Verantwortung des Bundes. Diesmal kam er von dem Betroffenen selbst. Der Minister sagte dem Leiter von Gehlens Bonner Verbindungsbüros, ihm lägen Hinweise vor, wonach im Bayerischen Rundfunk (namentlich seitens des ohnedies missliebigen Chefkommentators Walter von Cube[105]) ein »diffamierender Bericht« geplant sei: »Wir wurden gebeten«, so Werner Repenning, »nach Möglichkeit diese Reportage zu verhindern.«[106]

Obgleich unter anderem der *Spiegel* schon bald nach dem Amtsantritt Oberländers in einer Titelgeschichte recht ausführlich auf die Vergangenheit des Ministers zu sprechen gekommen war, dabei aber vor allem seinen Konflikt mit Parteibonzen, der »Politik der Goldfasane«, herausgestrichen hatte,[107] brach der Sturm erst Mitte 1959 los, als nach dem polnischen Parteichef Gomulka, der den Politiker namentlich nannte, sogar Nikita Chruschtschow öffentlich Revanchisten im Bonner Kabinett anprangerte.[108] Der BND wies kurz danach auf eine »Direktive« hin, »die vom Osten an die VVN in Westdeutschland ausgegeben worden sei«, aggressiv vorzugehen »und möglichst noch weitere Schüsse wie die gegen Oberländer vorzubereiten«.[109]

Bundeskanzler Adenauer war entschlossen, seinen Minister zu halten. In einer Sitzung des CDU-Vorstands zu Jahresbeginn 1960 sagte er, man habe den Mann seinerzeit doch nicht seiner selbst wegen übernommen, »sondern wegen des BHE. Das weiß jeder. Als damals der BHE auseinanderging, haben wir ihn übernommen aus allgemein politischen Gründen«. Wenn man

ihn jetzt fallenlasse, »dann ist das doch ein ganz offenes Bekenntnis – so würde es auch im Ausland gewertet –, dass wir einen Mann, der ein Nazi war, der schwere Schuld auf sich geladen hat, als Bundesminister gehabt haben. Das wäre doch politisch – ich sehe von allem Menschlichen einmal ab – ein nicht wiedergutzumachender Fehler. Deshalb kann ich nur dringend davor warnen.«[110] Es half nichts.

In der nun einsetzenden, beispiellos intensiven Befassung mit dem Fall Oberländer diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs kam es nach und nach zu einer Annäherung in der Beurteilung der persönlichen Belastung des Vertriebenenministers. Sie konnte vom Ausschuss für Deutsche Einheit in seiner inzwischen enorm ausgeweiteten Diffamierungskampagne vorzüglich genutzt werden; in Osteuropa galt der Beschuldigte, der sämtliche Vorwürfe zurückwies, ohnehin als überführter Verbrecher. »Massenmörder Oberländer am Werk«, titelte das *Neue Deutschland*. Das Präsidium der VVN, die nicht nur bei eingefleischten Antikommunisten als kommunistisch unterwandert, wenn nicht als Werkzeug der SED galt (ihren Mitgliedern war der Zugang zum öffentlichen Dienst versperrt), stellte Strafanzeige. Die Zentrale Stelle in Ludwigsburg nahm Ermittlungen auf. Der *Spiegel* kam zu Jahresbeginn mit dem Artikel »Wahrheit über Lemberg« heraus. Er malte die Bredouille aus, in die der Minister als »einer der Urheber nationalsozialistischer Ost-Raumpolitik« durch neue Veröffentlichungen über die Massaker in Galizien geraten könnte.[111] Die Kontroverse über die Belastung Oberländers wie über die Kampagne des VVN (laut Oberländers Biograf »Nordens loyaler Helfershelfer«[112]) beschäftigte die Politik und die Publizistik jeglicher Couleur über Wochen.

Als vor dem Obersten Gericht der DDR der Schauprozess gegen Theodor Oberländer begann und nach wenigen Tagen mit dem Schuldspruch wegen fortgesetzt begangenen Mordes endete, berichtete das Hamburger Wochenmagazin, »erstmals nach einem Jahrzehnt widerspruchslos erduldeter Kanzler-Herrschaft über das Bonner Kabinett und die westdeutsche Staatspartei« müsse ein CDU-Minister »wider Willen des Kanzlers gehen – und zwar nur deshalb, weil dieser Minister zu Adenauers Betrübnis unter dem Druck der eigenen Parteifreunde zusammenbrach«. Der Kanzler hatte vor der Fraktion noch dafür plädiert, seine Partei dürfe sich nicht zum Hilfsorgan der kommunistischen Propaganda machen.[113] Doch sein Standardargument gegen eine Trennung –»nur weil die SED es

will«[114] – zog nicht mehr. Zu schwerwiegend erschien einem Teil der Unionsabgeordneten unabhängig von seiner angeblichen Verantwortung für die Lemberg-Morde die politische Belastung des ehemaligen Gauamtsleiters, zu undurchsichtig das Geflecht von Be- und Entlastungsbelegen, als dass die Parlamentarier ihren umstrittenen Parteifreund noch länger stützen mochten. Am 3. Mai 1960 trat Theodor Oberländer zurück. Der Bundeskanzler wusste, wie gesagt, dass sein Minister einst »tiefbraun« gewesen war, ärgerte sich sehr darüber, dass Teile der Presse den Ausgang der Affäre als einen »Sieg des Ostens« werteten.[115]

Der BND vermochte weder zur Aufklärung von Oberländers Tätigkeit während der NS-Zeit oder dem Lemberger Mordgeschehen noch zu den Hintergründen der SED-Kampagne Wesentliches beizusteuern. »Lena« kam schlicht nicht an Informationen aus dem Justizbereich der DDR heran, erst recht nicht an irgendwelche Hinweise auf eine Beteiligung des Staatssicherheitsdienstes, der an dieser Kampagne kräftig mitarbeitete.[116] Pullach konnte zur Wahrheitsfindung nicht mehr beitragen als die von Hofé organisierte »Eigenbeschaffung« der 200-seitigen, in starker Auflage erschienenen Broschüre des Ausschusses für Deutsche Einheit mit dem Titel »Die Wahrheit über Oberländer. Braunbuch über die verbrecherische faschistische Vergangenheit des Bonner Ministers«.[117] Der einstige Chef von Fremde Heere Ost, der kein einziges Wort über die nationalsozialistische Volkstums- und Vernichtungspolitik in der Sowjetunion verlor, meldete dem Kanzleramt lediglich, nahezu alle 30 000 Exemplare des Pamphlets seien »unentgeltlich verteilt bzw. nach Westdeutschland geschickt worden«.[118] Am Tag der Verkündung des Urteils gegen Theodor Oberländer gab der BND die Meldung heraus, »der nächste Angriff« werde sich wohl gegen Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm richten, falls »genug Material aufgetrieben werden kann«.[119] Kurz zuvor hatte Gehlen den Kanzleramtschef bereits schriftlich über diese, wie er schrieb, »neue Kampagne des Weltkommunismus« unterrichtet.[120]

Doch plötzlich kam die Bedrohung der Bundesrepublik und namentlich seines einflussreichsten Staatsdieners im Bundeskanzleramt durch die sprichwörtlich gewordene »unbewältigte Vergangenheit« nicht mehr nur von kommunistischer Seite: Am 23. Mai 1960 gab der israelische Premierminister Ben Gurion bekannt, der ehemalige SS-

Obersturmbannführer Adolf Eichmann befinde sich in israelischem Gewahrsam.[121]

Hans Globke, Reinhard Strecker und V-Mann 41001

Die Bedrängung in der wachsenden Vergangenheitskrise ging jetzt nicht nur von Kommunisten, sondern auch von untadeligen Demokraten aus, nicht nur von außen, sondern auch von innen – und sie zog die rechte Hand des Bundeskanzlers zunehmend stärker in Mitleidenschaft. Hans Globke stand wegen seiner Tätigkeit im Reichsministerium des Innern und als Verfasser des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen schon immer im Feuer.[122] Die SPD hatte dem Staatssekretär stets hart zugesetzt,[123] doch ging es der Opposition dabei keineswegs darum, ihm etwa eine unmittelbare operative Mitwirkung am Judenmord nachzuweisen, wie es die SED-Propaganda versuchte.[124] Die Sozialdemokraten prangerten die verheerende Symbolwirkung an, die davon ausging, dass der Verfasser des maßgebenden Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen zum mächtigsten Beamten der Republik aufgestiegen war. Adolf Arndt hatte im Bundestag bereits früh die Frage gestellt: »Hält die Bundesregierung Personen, die für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft an hervorragender Stelle tätig waren, hält sie Personen, die zumindest objektiv als nihilistische Instrumente so ihren Namen mit der Unmenschlichkeit verknüpft haben, im Sinne des Grundgesetzes für geeignet, heute hohe öffentliche Ämter zu bekleiden?«[125]

Einzelne hatten sich mit der Windstille der ersten Adenauer-Jahre nie abgefunden und früh hartnäckige Nachfragen gestellt. Der erwähnte Joseph Wulf war einer dieser Störenfriede,[126] ein anderer der West-Berliner Student Reinhard Strecker.[127] Seine Neugier ließ den aus einer Juristenfamilie stammenden Intellektuellen, der in Paris und an der Freien Universität studiert hatte, zu einem Motor der Aufklärung über die fortwirkenden »furchtbaren Juristen«[128] werden. Anfang 1959, in der DDR war gerade die Broschüre »Wir klagen an: 800 Nazi-Blutrichter. Stützen des militaristischen Adenauer-Regimes« erschienen,[129] brachte der Sprachwissenschaftler Strecker Petitionen des FU-Konvents an den Deutschen Bundestag mit auf den Weg, in denen Tausende Studenten die Überprüfung von belasteten Medizinern und Juristen forderten. Als knapp Dreißigjähriger begann er sich der Überprüfung der in den Ost-Berliner

Kampagnen erhobenen Anschuldigungen zu widmen. Er befand sie ihrem sachlichen Gehalt nach als weitgehend gerechtfertigt.

Ende November wurde in Karlsruhe die legendär gewordene Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« eröffnet.[130] Sie fußte wesentlich auf von Strecker und seinen Freunden eingesehenen und auf eigene Rechnung kopierten Originalakten aus der DDR. Die mit einfachsten Mitteln hergestellte Dokumentation fand inmitten der Verjährungsdebatte nicht nur starke Resonanz im In- und Ausland, sondern auch mehr und mehr Unterstützer vornehmlich aus dem linksliberalen Milieu. Die meisten Politiker sahen in der vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) getragenen Ausstellung wegen Streckers Kontakten zu DDR-Stellen allerdings einen Tabubruch. Der SPD-Parteivorstand distanzierte sich und rief die Genossen auf, sich nicht an weiteren Aktionen zu beteiligen.[131] Generalbundesanwalt Max Güde bestätigte jedoch öffentlich die Echtheit der vorgelegten Dokumente und damit in »unerwarteter Aufwertung«[132] die Glaubwürdigkeit der von vielen als skandalös empfundenen und gebrandmarkten Ausstellung.[133] Bereits wenige Wochen später bekam sie durch die sensationelle Ergreifung von Adolf Eichmann geradezu dramatische Aktualität und Dringlichkeit. Niemand wusste, welche Belastungen auf die Bundesregierung und speziell den Chef des Kanzleramts im Laufe des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer in Jerusalem zukommen würden. Die SED zögerte keinen Moment, aus diesem Geschenk des Himmels einen »Fall Bonn« zu machen.[134]

Wurden die Ausstellungsmacher zuvörderst Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes,[135] so schaltete Globke sogleich auch den ihm viel näherstehenden BND in die Aufklärung dieser als dreiste Provokation empfundenen Initiative junger Leute ein. Das BfV berichtete bereits kurz nach der spektakulären Eröffnung der Ausstellung über die Pressekonferenz, in der Strecker darauf hingewiesen hatte, er habe sich erst dann an den Ausschuss für Deutsche Einheit und die tschechoslowakische Militärmission in Berlin gewandt, nachdem er von den bundesdeutschen Stellen keinerlei Unterstützung bekommen hatte.[136] Der BND muss schon recht früh in entsprechende Untersuchungen eingeschaltet gewesen sein. Globke wandte sich nämlich in einer Angelegenheit an Gehlen, die erst Monate später in dem Gerichtstreit zwischen dem Studenten und dem

Staatssekretär zum Tragen kommen sollte.[137] Es ging um die sogenannte »Kriegsverbrecherliste Nr. 101«, die Strecker im Vorwort seines Buchs erwähnt, aber historisch nicht korrekt eingeordnet hatte.[138]

Als der Chef des Kanzleramts in Pullach anfragte, was es mit dieser Liste auf sich habe, wusste der BND zunächst keine Antwort.[139] Nach einigen Monaten konnte er mitteilen, bei dieser Liste handele es sich nicht, wie vielleicht vermutet, um die »Fälschung einer ursprünglich richtigen Kriegsverbrecherliste der Alliierten, sondern um eine Liste, die von der VVN unter Umständen in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in der SBZ aufgestellt wurde. Diese Liste wird seit etwa zwei Jahren in verschiedenem Zusammenhang genannt. Auf dieser Liste ist Globus [Globke] unter Nr. 101 aufgeführt, unter Nr. 32 soll Oberländer genannt sein. Ebenso soll [Fritz] Schäffer in der Liste stehen. Die Liste enthält im Übrigen auch Namen wirklicher Kriegsverbrecher, die zum Teil inzwischen abgeurteilt worden sind.« Der Kanzleramtschef wurde mündlich von dem Rechercheergebnis in Kenntnis gesetzt. »Eine Anfrage, z. B. bei amerikanischen Stellen«, meinte die Bonner Verbindungsstelle des BND, von der diese Auskunft kam, »erscheint nicht angebracht, da Globus, der gleich nach Kriegsende bei britischen Dienststellen beschäftigt war, positiv weiß, dass er auf den offiziellen Kriegsverbrecherlisten nicht gestanden hat.«

Wesentlich mehr als vom BND erfuhr Hans Globke über Reinhard Strecker und dessen unbequeme Ausstellung aus einem langen Bericht des rechtslastigen »Volksbundes für Frieden und Freiheit«,[140] in dem ehemalige NS-Funktionseliten den Ton angaben und der eng mit Pullach verbunden war.[141] Bereits vor drei Jahren habe sich Strecker mit den bundesdeutschen Richtern und Staatsanwälten zu beschäftigen begonnen und dabei auch die Hilfe von Ostblockstellen in Anspruch genommen, hieß es darin; Mitglieder der Berliner jüdischen Kultusgemeinde hätten den Studenten auf dieses Thema aufmerksam gemacht. Der eigentliche Impuls zu seinen Aktivitäten sei ebenfalls von Juden ausgegangen: »Jüdische Kommilitonen hatten ihm berichtet, dass es eine Reihe von Richtern gäbe, die im 3. Reich als Vorsitzende oder Beisitzer an Volks- und Sondergerichtshöfen in den besetzten Ostgebieten tätig gewesen seien und recht willkürliche Todesurteile gegen Polen, Tschechen, Russen, Ukrainer und vor allem Juden gefällt hätten.« Strecker habe ihm in einem langen Privatgespräch

anvertraut, fuhr der VFF-Mann fort, dass er aus einer Familie stamme, »von der die Hälfte der Mitglieder unter die bekannten Nürnberger Gesetze fiel«. Das Subjekt der Beobachtung sei »mit einem sehr starken Rechtsgefühl behaftet«. Man dürfe den Initiator der Karlsruher Ausstellung, der wiederholt vom FDJ-Zentralorgan angegriffen worden sei, nicht einfach als Kommunisten abstempeln, warnte der Berichterstatter: »Strecker kann als Idealist angesehen werden […] Strecker und seine drei Helfer haben keine finanziellen Vorteile von der Aktion. Die ganze Angelegenheit ist in die Hände recht undurchsichtiger Gruppierungen geraten.«

Als sich Reinhard Strecker später auf die Tätigkeit von Hans Globke im Reichsministerium des Innern konzentrierte, gelangte der Verfassungsschutz zu einer ähnlichen Beurteilung. Der Kanzleramtschef hatte, wie er es bei politischen Gegnern oder missliebigen Kritikern häufig tat, in Pullach und in Köln nachgefragt: »Kann über Strecker Näheres in Erfahrung gebracht werden?«[142] Schon wenige Tage später konnte der für die Nachrichtendienste zuständige Referatsleiter im Bundeskanzleramt nach Rücksprache mit dem Verfassungsschutz seinem Staatssekretär Näheres mitteilen. Über eine weitere Ausstellung sei nichts bekannt, jedoch einiges über den Initiator: »Trotz seiner bedenklichen Verbindungen mit offiziellen Stellen in der SBZ, der Tschechei und in Polen sowie mit linksradikalen Elementen in der Bundesrepublik«, hielt Ministerialdirigent Bachmann fest, könne Reinhard Strecker »nach den bisherigen Erkenntnissen nicht als Kommunist, sondern eher als ein Michael-Kohlhaas-Typ angesehen werden, der aber gerade weil er nicht Kommunist sei, von den kommunistischen Hintermännern umso lieber für ihre Zwecke eingespannt werde.« Sobald neue Erkenntnisse über ihn gewonnen seien, werde das BfV, das mittlerweile das Berliner Landesamt eingeschaltet habe, sofort unmittelbar berichten.[143]

Einige Zeit danach fasste der BND die »hiesigen Erkenntnisse« für das Kanzleramt zusammen.[144] Der FU-Student sei SBZ-Flüchtling, verheiratet und lebe mit Frau und Kindern »in geldlich einfachen Verhältnissen« in Berlin-Steglitz. Neben seinen Ostkontakten wurden seine Verbindung zum SDS, zur VVN-Zeitung *Die Tat*, zur linken Zeitschrift *konkret* und zum »israelischen Document Centre ›Yad Wa Shem‹ [sic!]« aufgeführt, »von dem er einen Ausweis besitzt«. Dann folgte eine Beurteilung seiner Persönlichkeit: »Strecker trägt einen Spitzbart. Er gibt sich als

Existenzialist. Streckers Motive für seine Tätigkeit lassen sich schwer erkennen. Er betont wiederholt seinen ›Drang zur absoluten Wahrheit‹. Strecker ist stark von sich eingenommen, politisch unreif und von den ›Dokumentationen‹ der Ost-Propaganda offenbar stark beeindruckt und beeinflusst.« Der negativ beeinflusste Unreife arbeitete, wie sich bald herausstellte, nicht an einer weiteren Ausstellung, sondern an einem Buch über das Wirken des Kanzleramtschefs vor 1945.

Wie gesagt, Hans Globke war für alle, die das Fortwirken des alten NS-Personals in der Bundesrepublik besorgte und empörte, immer die stärkste Reizfigur gewesen. Jedes Argument zu seiner Verteidigung, selbst wenn es von den untadeligsten Zeitgenossen ins Feld geführt wurde, musste vor der schlichten Frage verblassen, wieso ausgerechnet ein Mann, der an der »rechtlichen« Ausgestaltung der Judenverfolgung mitgewirkt hatte, die einflussreichste Beamtenposition der jungen Demokratie innehaben musste.

Bundeskanzler Adenauer verkannte das Gewicht dieser Frage durchaus nicht. Schwerer wog für ihn jedoch der politische Vorteil, mit seinem Staatssekretär nicht nur einen fähigen politischen Juristen an seiner Seite zu wissen, sondern durch seine autoritative Solidarität mit ihm auch das Zeichen setzen zu können, wonach selbst gehörig Belastete, so sie nur anpassungsbereit waren, im neuen Staatswesen wieder ihren Platz finden würden. Der permanent in der Schusslinie stehende Hans Globke war zudem darauf angewiesen, dass Adenauer seine schützende Hand nicht von ihm abzog. Neben dem parteipolitischen Gleichklang der beiden war das ein nützlicher Mechanismus der Kooperation.[145]

Es war nur selbstverständlich, dass sich nicht nur die innenpolitischen Widersacher des Kanzlers auf Globke einschossen, sondern auch die Agitatoren der SED. Sie entdeckten ihr großes Thema so recht erst Mitte der fünfziger Jahre. Noch ehe das *Neue Deutschland* im ersten Halbjahr 1956 mit einer Serie von Artikeln über die Vergangenheit des Kanzleramtschefs und dessen angebliche Verbrechen und Denunziationen zu berichten begann,[146] alarmierte bereits Reinhard Gehlen den Staatssekretär in einem eiligen Fernschreiben, das auch der Kanzler zur Kenntnis nahm.[147] Im Entwurf hatte diese Blitznachricht mit den Worten begonnen »Bisher glaubwürdiger Informant erfuhr …«, doch Gehlen verwandelte diese Zeile eigenhändig in die dramatisierende Mitteilung: »Quelle im ZK der SED erfuhr am 1.9.1955 in Ost-Berlin Einzelheiten über

eine vorbereitete Propaganda-Aktion und Presse-Kampagne gegen Staatssekretär Dr. Globke. Danach beabsichtigen Organe des ZK der SED und des ›Ausschusses für Deutsche Einheit‹, an einem noch nicht genau festgelegten Stichtag in Ost-Berlin und in bestimmten Zeitungen der Bundesrepublik umfangreiches Material über die frühere Tätigkeit des Staatssekretärs Dr. Globke zu veröffentlichen. Nach Ansicht der ostzonalen Stellen soll das Material Staatssekretär Dr. Globke schwer belasten. Die Information lässt derartige Veröffentlichungen gleichzeitig mit der Moskau-Reise des Herrn Bundeskanzlers möglich erscheinen«; der Chefredakteur einer kleinen ostfinanzierten Tageszeitung aus Nordrhein-Westfalen habe in Berlin bereits entsprechende Materialien entgegengenommen. Der Dienst versuche nun, »ergänzende Feststellungen zu treffen«.

Die angebliche Quelle im Zentralkomitee existierte zwar nicht, doch mit Günter Hofé, »Lena«, hatte der BND einen Informanten, der über die bevorstehenden SED-Kampagnen präzise informierte. Von der Vorbereitung eines deutsch-französischen Films der Defa über den »Fall des Staatssekretärs Dr. Globke« war bald die Rede. Außerdem würden die ostzonalen jüdischen Gemeinden aktiviert, um besorgte Briefe »an alle jüdischen Glaubensgenossen in den westeuropäischen Ländern« zu richten und ein »Weißbuch der deutschen Juden« herauszubringen, in dem nachgewiesen werden solle, »dass ›bis in die Spitzen der Bundesregierung‹ noch die an der Judenvernichtung Schuldigen sitzen«.[148]

Anfang 1957 bekam der Chef des Bundeskanzleramts die Konsequenzen seiner NS-Belastung dann so drastisch zu spüren wie noch nie. Sie zeigten sich nicht im eigenen Land, wo ihn die Angriffe aus der DDR eher stabilisierten als schwächten, sondern beim engsten Verbündeten. Seit längerem lag dem Kanzleramtschef von höchster Stelle die Einladung zu einem Besuch der Vereinigten Staaten einschließlich einer Rundreise durch mehrere Städte vor. Globke sah sich, wie er Adenauer mitteilte, allerdings zu einer Absage gezwungen. Sie ging auf einen Hinweis von CIA-Chef Allen Dulles zurück, der es laut einem Vermerk Globkes für »zweckmäßig« hielt, wenn er seinen »Besuch in Amerika verschieben würde«;[149] er kam auch später nicht mehr zustande.[150] Die einflussreiche, geradezu alarmistisch Bundesrepublik-kritische »Society for the Prevention of World War III« hatte bei Außenminister John Foster Dulles protestiert, die *New York Post* mehrere scharfe Attacken geritten. »United States Urged to Bar

Bonn Official Called Leader of Nazi Antisemitism«, lautete eine ihrer Schlagzeilen.[151] Das Blatt schrieb, der Kommentator der Rassegesetze, der in der Bundesrepublik genauso unpopulär sei, wie er es bei einem Besuch in Amerika zweifellos werden würde, hätte die USA eigentlich besser kennen sollen. Die hektischen Bemühungen der deutschen Diplomatie, die Visite des »hohen Ex-Nazi« herunterzuspielen, würden zu nichts führen. Hans Globke sei nun einmal die unangenehme Symbolfigur der »Kollektivscham«, von der Bundespräsident Theodor Heuß gesprochen habe.[152]

Gehlen wandte sich sogleich in einem persönlichen Schreiben an den Kanzleramtschef, fügte eine Meldung aus New York an und gab zu erwägen, ob man nicht »der Presse etwas Näheres über die Gründe der Verschiebung der Reise sagt«. Er machte sich zudem die Lesart einer beigelegten Information zu eigen, »die Wirkung der böswilligen und zweifellos gesteuerten Propaganda, auch in Kreisen der jederzeit positiven Freunde der Bundesrepublik, sollte nicht unterschätzt werden«. Der Autor des beigefügten Kommentars habe früher in Bonn bei der Amerikanischen Hohen Kommission gearbeitet, sei im Zuge der McCarthy-Säuberungen aber entfernt worden und heute »ein besonderer Freund von Axel von dem Bussche, z. Zt. Deutsche Botschaft Washington«.[153] Legationsrat Bussche gehörte als Berufsoffizier zum Kern der Verschwörer des 20. Juli und war »Dr. Schneider« schon von daher verdächtig.

Im Lichte der antisemitischen Welle in Westdeutschland und der Oberländer-Krise verschärfte die SED ihre Gangart noch einmal. Der BND fasste Hofés Berichte Anfang 1960 in einer mehrseitigen Zwischenbilanz für das Bundeskanzleramt zusammen. Globke gab sie zu den Handakten für die Kabinettssitzung, und Adenauer studierte sie, da die jüngste Ministerrunde bereits den Fall Oberländer thematisiert hatte.[154] Ziel der konzertierten kommunistischen Bemühungen sei die internationale Stigmatisierung und Diskriminierung der Bundesrepublik als nazistisch-revanchistisch, lautete der Befund. Sie sei wegen ihrer Kriegspolitik so zu desavouieren, dass es »den verantwortlichen westlichen Staatsmännern schwer fallen müsse, gegenüber ihrem eigenen Volk Rücksichten auf Bonn geltend zu machen«. Dafür werde immer neues Belastungsmaterial herbeigeschafft. Walter Ulbricht habe vor den Mitarbeitern Albert Nordens die Marschrichtung ausgegeben: Anprangerung Bonns und des

»antinationalen Charakters seiner Politik« sowie die »Betonung der Eigenständigkeit der Kriegspolitik Bonns unter Einbeziehung der revanchistischen, neonazistischen und antisemitischen Haltung«. Weitere DDR-Veröffentlichungen müssten jetzt noch mehr westdeutsche Persönlichkeiten vor der Weltöffentlichkeit bloßstellen, Einzelangaben dazu würden den »Spezialarchiven des MfS und der NVA sowie des ›Ausschusses für Deutsche Einheit‹ entnommen«.[155] Die Forcierung der Diffamierungspolitik diene auch der »Aktivierung und Einbeziehung der westdeutschen öffentlichen Meinung«.

Das Dossier kam auch auf Einzelvorhaben zu sprechen und hob hervor, dass die Angriffe jetzt auf Staatssekretär Globke konzentriert würden. Dies alles erfolgte, wie gesagt, noch vor der Ergreifung Adolf Eichmanns. Darin sah die SED dann natürlich ein Geschenk des Himmels, das, wie wir sehen werden, dazu einlud, ein direktes Zusammenwirken zwischen dem Ministerialrat im Reichsinnenministerium und dem SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt zu konstruieren.[156] Doch auch jenseits der Eichmann/Globke-Konstruktion wurden die BND-Hinweise über die Anti-Globke-Pläne des Ostens immer konkreter und bedrohlicher.

Im Sommer traf im Kanzleramt die Meldung ein, wonach der Ausschuss für Deutsche Einheit eine Pressekonferenz über den Staatssekretär abhalten und ein »Braunbuch« verteilen werde, das der Veröffentlichung über den inzwischen zurückgetretenen Oberländer nicht nachstehe.[157] Vier Wochen später meldete Hofé, »auf Beschluss des Politbüros soll ein Fernsehfilm gegen Globke geschaffen werden«.[158] Dann teilte der Agent zum Stand des Projekts mit, »dass, aufgrund einer zentralen Weisung des ZK der SED – Apparat Norden –, der Film gegen Globke beschleunigt fertiggestellt werden soll. Es hätte erheblichen ›Stunk‹ im ZK gegeben, dass nach den ersten Veröffentlichungen trotz einer Unmenge an Material ein Durchhängen der Propaganda eingetreten sei. Der Film soll nun spätestens bis Anfang Januar 1961 bzw. bis zu Adenauers Geburtstag im Fernsehen und im Filmtheater herausgebracht werden«. Weitere Materialsammlungen erfolgten in Polen, der ČSSR und in Westdeutschland.[159]

In Ost-Berlin wiegte man sich bereits in Siegesstimmung: »Die Dinge, die bisher veröffentlicht worden sind«, lautete die nächste Hofé-Meldung, reichten eindeutig aus, um den Kanzleramtschef jetzt endlich abzuschießen.

»Selbst der starke Mann Adenauer werde nicht mehr in der Lage sein, Globke zu halten. Im Stab Norden rechne man fest mit dem Rücktritt von Globke und erwarte nun die öffentliche Erklärung über seinen schlechten Gesundheitszustand als Vorwand dafür.«[160] Der Bundeskanzler, der schon Minister Oberländer unwillig hatte ziehen lassen, dachte – gewiss nicht erst durch solche Meldungen motiviert – gar nicht daran, »Pankow« einen weiteren Gefallen zu tun. Im Gegenteil, er gab seinem getreuen Eckart plein pouvoir, alles zu mobilisieren, was zu seiner Verteidigung dienlich sei. Er wies an, dass »dem Herrn Staatssekretär alle dienstlichen Einrichtungen des Bundeskanzleramtes unbeschränkt zur Verfügung stehen, um die gegen ihn geführten Angriffe abzuwehren. Der Herr Bundeskanzler sieht sich zu dieser Anordnung veranlasst, weil die Diffamierungskampagne gegen Herrn Staatssekretär Dr. Globke nicht der Person wegen, sondern mit dem politischen Ziel, das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland zu untergraben und der Bundesregierung zu schaden, geführt wird«.[161] Bald erhob sich eine regelrechte Welle prominenter Fürsprecher zur Ehrenrettung des bedrängten Kanzleramtschefs.

Es war Bundestagswahlkampf. Weder Feind noch Freund mochten in dem Ringen um Vergangenheit und Zukunft des Adenauer-Vertrauten zurückstehen. Ost-Berlin steigerte während der weltweiten Befassung mit Adolf Eichmann seine Anstrengung ein weiteres Mal. Der BND blieb kontinuierlich im Bilde und konnte mit frühzeitigen Warnungen seinen ohnedies nahezu unbeschränkten Kredit beim Kanzleramtschef noch steigern. Hofé orientierte darüber, »dass der nächste große Knall der völlig geheim gehaltene Film ›Aktion J‹ sei, ein abendfüllender Film gegen Globke, der am Vorabend des Beginns des Eichmann-Prozesses (also 11.4., denn der Prozess beginnt am 12.4.) gestartet werden soll. Der Film ist für das Fernsehen und für die Filmtheater fertig gemacht worden und liegt zurzeit beim Politbüro der SED zur Abnahme.« Der Streifen mit teilweise unbekanntem Material werde »unentwegt im Fernsehen ausgestrahlt und in den Filmtheatern gezeigt werden. Quelle: ›Jetzt ist es soweit, dass genau die gleiche Geschichte wie bei Oberländer über die Bühne geht, jetzt kommt der Globke nicht mehr raus‹«. Unter anderem würde das neue Machwerk »die Zusammenarbeit von Eichmann und Globke widerspiegeln«. Ziel sei eindeutig, »jetzt den Globke zu schaffen und ihn nicht mehr über die derzeitige Wahlperiode kommen zu lassen«.[162] Sollte der Bundeskanzler –

ganz unwahrscheinlich – noch Argumente gesucht haben, seinen Staatssekretär inmitten der internationalen Aufmerksamkeit auf den Prozess in Jerusalem zu halten, hätte er sie aus solchen Meldungen beziehen können.

Bonn erhielt von Pullach eine anschauliche Schilderung der Uraufführung des 108-minütigen Globke-Films, den der renommierte Regisseur Walter Heynowski gedreht, welcher den Starttermin des Eichmann-Prozesses allerdings knapp verfehlt hatte.[163] Günter Hofé nahm selbst an der Veranstaltung im erlesenen Filmtheater »Babylon« am Berliner Lützowplatz teil, das über tausend Zuschauern Platz bot. »Teilnehmer u. a.«, begann der Agent, »Vertreter des Politbüros des ZK der SED und des Staatsrats, fast das gesamte diplomatische Korps sowie ein Großteil der jüdischen Prominenz der DDR.« Dann kam er auf Inhalt und Aufbau des Films zu sprechen: Des Staatssekretärs »gesamter beruflicher Werdegang wird beleuchtet«, Globke und Eichmann würden »wiederholt gegeneinander ausgespielt, und zwar wird Eichmann als der weitaus Unbedeutendere dargestellt, als ein bösartiger Mensch, der aber doch nur Werkzeug der entsprechenden Machtbeschlüsse war, hinter denen Globke stand. Weiter wird erstmalig die Rolle des Staatssekretärs und SS-Obergruppenführers Stuckart gezeigt, der sich laufend vor Globke gestellt und ihn in bestimmte Positionen lanciert hat.«

Hofé, ein kulturvoller Intellektueller, machte insbesondere darauf aufmerksam, dass sich der Film stark von den bisherigen Streifen vergleichbarer Machart unterscheide, da er »nicht mehr mit Überspitzungen arbeitet. Wenn bisher Hitler oder Goebbels gezeigt wurden, dann geschah das in möglichst unsympathischer Form. In diesem Film herrscht die gegenteilige Tendenz vor, man überlässt den ganzen ideologisch-emotionalen Prozess dem Publikum und erzielt damit eine außerordentlich eindrucksvolle und starke Wirkung […] Sehr eindrucksvoll und wirksam sind einige Aufnahmen einer SS-Propagandakompanie im Warschauer Ghetto, wo Erschießungen, Verscharrungsszenen usw. gezeigt werden. Überhaupt erzielt der Film zweifellos eine eindrucksvolle Wirkung, und zwar nicht nur hinsichtlich der Person Globke, sondern auf die Judenaktion schlechthin bezogen. Ein Beweis für die außerordentliche Wirkung und Eindringlichkeit des Films war, dass nach Beendigung der Aufführung das

Publikum sich jeder Äußerung enthalten hat, es gab keinen Beifall, kein Gemurmel, der Saal wurde stillschweigend verlassen.«

Wie verleumderisch oder erhellend der Zuschauer dieses Defa-Produkt für sich einordnen, wie empört oder beeindruckt mancher das Kino »Babylon« verlassen haben, wie der eine oder andere den Chef des Kanzleramts der Bundesrepublik Deutschland nunmehr beurteilen, was immer man diesem Manne alles zugutehalten mochte, Hans Globke konnte dem Odium seiner Mitwirkung an der Verfolgung der europäischen Juden nicht entkommen. Und je gründlicher die Erinnerung daran in Ost und West freigelegt wurde, desto stärker geriet der Staatssekretär in Bedrängnis, umso mehr Arbeitskraft musste er seiner Selbstverteidigung widmen. Trotzdem ließ ihn Adenauer, der im Herbst 1961 ein viertes Mal vom Wähler bestätigt werden wollte, nicht von der Kommandobrücke gehen. Also hatte sich der Chef des Bundeskanzleramts, der die Entwicklung des Eichmann-Prozesses genauestens im Auge behalten musste, immer neuer Angriffe zu erwehren. Sie kamen inzwischen vermehrt aus der Bundesrepublik selbst.

Eine treibende Kraft war wieder Reinhard Strecker. Jetzt bereitete er nachgerade konspirativ die Publikation eines eigenen Buches über das Wirken von Hans Globke im Dritten Reich vor. Als wäre dies alles nicht schon genug, hatte der Staatssekretär sich auch noch gegen den früheren Kriegsverwaltungsrat in Thessaloniki, Max Merten, zeitweilig immerhin Referatsleiter im Bundesjustizministerium, zur Wehr zu setzen. Im Windschatten des Eichmann-Prozesses hatte der in Griechenland verurteilte Kriegsverbrecher und notorische Wichtigtuer mit der sensationellen, allerdings frei erfundenen Behauptung auf sich aufmerksam gemacht, Hans Globke habe 1943 in einem Telefonat persönlich die Rettung Tausender griechischer Juden verhindert, die er, Merten, bereits mit Eichmann vereinbart gehabt habe.[164]

Reinhard Strecker, Jahrzehnte später dann mit Ehrungen für sein aufklärerisches Engagement überhäuft, hatte schon während seiner Vorbereitungen für die Justiz-Ausstellung von 1959 gemerkt, dass Behörden ihm überall Steine in den Weg legten und staatliche Organe, namentlich der Berliner Verfassungsschutz, sogar noch weiter gingen. In einem Interview bekannte Strecker rückblickend, er habe sich damals bedroht gefühlt, vor allem Angst um seine Familie gehabt: »Ich hatte meine beiden Kinder zu diesem Zeitpunkt schon für eine Weile ins Ausland

geschickt«, erinnerte er sich. »Damals hatte ich zwei Töchter, die mehrfach bedroht wurden. Ich nehme an, das war eine seit der NS-Zeit gut geübte Methode der Zersetzung. Es erschienen im Kindergarten meiner Töchter Leute, ordentlich gekleidet in Ledermäntel, um angeblich in meinem Auftrag die Kinder abzuholen. Wir wechselten den Kindergarten und es wiederholte sich. Also man kriegt graue Haare, Kinder haben auch mal andere Ideen, statt gleich nach Hause zu gehen. Es berichtete dann die englische und norwegische Presse darüber. Daraufhin wurde ich eingeladen, die Kinder für eine Weile nach Norwegen zu bringen. Sie lebten dann in einem Tal bei Oslo.« Später brachte Strecker seine beiden Töchter vorübergehend auf die Liparischen Inseln. »Ich hatte Angst um sie. Das war Teil des Ganzen, Teil meiner Arbeit und des Bonner Versuchs, mich davon abzubringen.«[165]

Diesen »Bonner Versuch« gab es tatsächlich, auch wenn sich in den überlieferten Unterlagen des BND kein Hinweis darauf findet, dass der Gehlen-Dienst an den Einschüchterungsmaßnahmen gegen Streckers Familie beteiligt gewesen wäre. Doch ebenso wie bei der Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« ging Pullach dem Kanzleramtschef auch diesmal kräftig zur Hand: zum einen dabei, den lästigen Aufklärer in gewohnter Manier nach Strich und Faden auszuforschen, zum anderen mit dem Versuch, die Veröffentlichung seines Globke-Buches nach Möglichkeit zu unterbinden oder wenigstens so rasch wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen.

Nachdem Reinhard Strecker von der Bundesregierung die Auskunft erhalten hatte, es seien keine einschlägigen Unterlagen zu Globke vorhanden, zog er für sein Buch dieselben Quellen heran, aus denen er schon bei der Vorbereitung seiner Ausstellung geschöpft hatte. Er beschaffte aber auch neue Aktenstücke. »Ich war vom Warschauer Generalstaatsanwalt in der dortigen Hauptkommission zur Ermittlung von Nazi-Verbrechen eingeladen worden, mitzuarbeiten«, berichtete er später. Wieder stammten seine Dokumente also hauptsächlich aus Archiven im kommunistischen Herrschaftsbereich: »Ich hielt es immer für möglich, dass irgendetwas hätte gefälscht werden können, aber es war nichts gefälscht. Es war absolut unnötig. Die Originale stimmten.«[166] Weder dies noch seine aufklärerische Motivation wurden Strecker abgenommen, vielmehr habe er oft zu hören bekommen: »Rachsüchtiger Jude, muss man gar nicht ernst

nehmen, braucht man gar nicht anzuschauen«. Zudem sei das Bild verbreitet worden, »ich würde von Ostberlin hofiert, gesteuert und bezahlt […] Die hiesigen Vorstellungen waren: Wenn der Strecker in die DDR fährt, dann schmeißen sie ihm ein Gelage und fragen dann: Wieviel Zentner dürfen wir ihnen in roten Bändern einpacken? Das Gegenteil war der Fall. Es war außerordentlich schwierig, überhaupt etwas aus der DDR zu kriegen […] Mein Intimfeind war Albert Norden. Wenn ich nach Ostberlin ging« – drei Mal in dreißig Jahren –, »wurde ich gefilzt bis auf die Unterhose […] Links sein und die DDR nicht für die einzige Alternative zu halten, das konnten sie dort nicht haben.«[167]

In der Bundesrepublik bedurfte es Anfang der sechziger Jahre erheblicher Zivilcourage, um ein Buchprojekt zu betreiben, das sich gegen die rechte Hand des Bundeskanzlers richtete. Strecker hatte das Glück, es bei dem Hamburger Verlag Rütten & Loening, der seit Kurzem zur Bertelsmann-Gruppe gehörte, mit dem Lektor Karl Ludwig Leonhardt zu tun zu bekommen, der von dem Globke-Projekt überzeugt war und seinem Autor den Rücken stärkte. Das war keine Kleinigkeit, denn Reinhard Mohn scheute sich beispielsweise nicht, seiner Firmentochter zu untersagen, das Theaterstück »Der Stellvertreter« des jungen Rolf Hochhuth herauszubringen – eine Anklage gegen Papst Pius XII. wegen seines Schweigens zum Judenmord –, das bald Furore machen sollte. Bei dem Strecker-Buch kam es zu einem beinahe verschwörerischen gemeinsamen Hürdenlauf von Lektor und Autor, ehe die Dokumentation, vielfach gekürzt, verändert und entschärft, Mitte September 1961, eine Woche vor den Bundestagswahlen, ausgeliefert werden konnte.

Josef Selbach, der bei den meisten vertraulichen Unternehmungen mit im Spiel war, legte dem Chef des Kanzleramts einen Vermerk über vorgenommene »Erkundungen« vor, in dem es hieß, Leonhardt sei »ein mit starken Ressentiments belasteter Mann, er hat einen ›Nazi-Komplex‹ und neigt sehr stark zur äußersten Linken«, sei im Grunde Kommunist. In seiner Zeit beim Bertelsmann-Verlag seien seine politischen Anschauungen noch nicht so in Erscheinung getreten, »indessen begann er sie, als er die Leitung des Rütten & Loening-Verlages übernommen hatte, entschieden zu bestätigen«. Bei Bertelsmann herrsche »über die Publikation Streckers Ärger und Unruhe«. Man trage sich mit dem Gedanken, den Verlag wieder

zu verkaufen, »um einen Schlussstrich unter die Affäre ziehen zu können.«[168]

Reinhard Strecker gab fünfzig Jahre später zu Protokoll, er wisse vom Hörensagen,[169] dass die Fahnen seines Buches frühzeitig beschafft worden seien (»Gehlen oder andere Geheimdienste bei Bertelsmann«); dem Konzern sei angedroht worden, »wieder vom Hörensagen, aber sehr glaubhaft«, keine mit Bundesgeldern geförderte Institution »würde fürderhin noch ein Exemplar aus dem Haus Bertelsmann, einschließlich aller angeschlossenen Verlage, kaufen, sollte das Buch auf den Markt kommen.« Ein Mann seines Vertrauens, der freilich Beziehungen zum BND hatte, habe sich die Druckfahnen über Nacht ausgeliehen und sie auf Mikrofilm genommen: »Mir ist berichtet worden – ich habe das nie überprüft –, Globke habe Gehlen 50 000 Mark angewiesen, mit dem Auftrag, das Erscheinen meines Buches um jeden Preis zu verhindern.«

Belege für diese letztere Vermutung finden sich in den Unterlagen des Gehlen-Dienstes nicht, jedoch reichlich Zeugnisse dafür, dass sich der BND tatsächlich mit hoher Intensität der Ausforschung des missliebigen West-Berliner Studenten gewidmet hat. Schlüsselfigur in dieser geheimdienstlichen Operation war Michael Heinze, bekannt unter seinem Künstlernamen Michael Mansfeld, völlig unbekannt unter seinem Decknamen »Karl Frauendorfer«. Mansfeld war kein ganz gewöhnlicher V-Mann, sondern ein recht prominenter Journalist und Autor – und ein guter Bekannter Streckers. Der mit einer gehörigen Portion Zynismus geschlagene BND-Spitzel des Jahrgangs 1922, in einem wohlsituierten Mansfelder Haus aufgewachsen, war während des Krieges mehrfach ausgezeichneter Offizier gewesen und hatte ein Auge verloren.[170]

Nach 1945 wandelte Heinze sich zu einem radikalen Antimilitaristen und Gegner aller Ehemaligen, Mitläufer und namentlich jener Spezies, die sich post festum zu Widerständlern oder wenigstens politisch immer schon skeptischen Zeitgenossen stilisierten. Das bekamen in der ersten September-Woche 1951 namentlich jene früheren Angehörigen des Auswärtigen Dienstes zu kosten, die er in der *Frankfurter Rundschau* mit der fünfteiligen Serie »Ihr naht euch wieder … Einblick in die Personalpolitik des Bonner Auswärtigen Amtes« ans Licht zog.[171] In einem privaten Schreiben rechtfertigte Heinze/Mansfeld seine Initiative mit den Worten: »Die Diplomaten von gestern sind schon wieder da. Die Generale

von gestern sind im Kommen. Kraft seiner starken Persönlichkeit wird der Kanzler, der im Vorgestern wurzelt, die Gestrigen in Schach halten. Wenn er geht, wird er uns die gleiche Erbschaft hinterlassen wie Hindenburg.« Das Echo auf die Enthüllungen in der *Rundschau* war so gewaltig, dass der Bundestag einen Untersuchungsbericht in Auftrag gab, der im Herbst 1952 vom Parlament turbulent diskutiert wurde. Dabei fiel auch die viel beachtete Bemerkung des Bundeskanzlers: »Ich meine, wir sollten jetzt mit der Naziriecherei Schluss machen. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Denn verlassen Sie sich darauf: Wenn wir damit anfangen, weiß man nicht, wo es aufhört.«[172]

Der künstlerische Höhepunkt der Karriere des Michael Mansfeld, der eine Reihe von Büchern (»Denk ich an Deutschland«, »Sei keinem untertan«, »Bonn, Koblenzer Straße«) verfasste, war sicherlich seine Mitwirkung an dem Welterfolg »Die Brücke«; er schrieb das Drehbuch für Bernhard Wickis Antikriegsfilm von 1959. In ihrer antimilitaristischen und vergangenheitskritischen Einstellung Brüder im Geiste, mussten sich Reinhard Strecker und der acht Jahre ältere Mansfeld im linken West-Berliner Milieu unweigerlich über den Weg laufen, und ungeachtet ihres unterschiedlichen Erfahrungshorizonts entwickelte sich zwischen beiden rasch ein Vertrauensverhältnis. Hier setzte der BND an.

Heinze-Mansfeld-Frauendorfer war dem Gehlen-Dienst wegen seiner Enthüllungen über die alten Diplomaten im neuen diplomatischen Dienst der Bundesrepublik aufgefallen. Er bekam in Pullach einen entsprechenden Karteieintrag.[173] Eine weitere Notiz bescheinigte ihm Mitte der fünfziger Jahre, als er unter anderem für den *Spiegel* und den *Stern* schrieb, er suche das Material für seine Artikel »in fleißiger Kleinarbeit« persönlich zusammen: »Er veröffentlicht nur das, was er sich selbst erarbeitet hat. Um in den Besitz von Informationen zu gelangen, scheut er keine Mühen und nimmt auch persönliche Risiken auf sich.« Negativ schlug laut interner Karteiauskunft allerdings zu Buche, seine Recherchen zu ehemaligen NS-Funktionseliten hätten ihn »sehr stark in die Nähe der Gegner der Bundesrepublik gebracht. Es bleibt dabei offen« – der übliche Generalverdacht –, »wie weit er sich dem sowjetischen Nachrichtendienst oder einer Person wie Sefton Delmer verpflichtet hat.«[174] SPD-Mitglied und zeitweiliger Redakteur ihres parlamentarischen Pressedienstes war er obendrein. Das CIC der Army, dem das NS-Personal im Gehlen-Dienst

Sorge bereitete,[175] schätzte Mansfelds Arbeit dagegen so sehr, dass der Abschirmdienst ihm schon früh einen mehrwöchigen USA-Besuch spendierte.[176]

Die ganzen fünfziger Jahre über beobachtete der Dienst Mansfelds Arbeit genau. 1953 etwa, als Adenauers Vertrauter in außenpolitischen Fragen, Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn, bereits seit längerem mit unterschiedlichen Vorwürfen zu kämpfen hatte, erschien Mansfeld einem Gehlen-Informanten geradezu als Inspirator solcher Wühlarbeit.[177] »Von einer kleinen, aber sehr aktiven und ehrgeizigen Linksgruppe, einer Art von politischen Partisanen, die unabhängig von den großen Parteien vorgehen und Profil zu machen versuchen, sobald etwa veränderte Regierungsverhältnisse eintreten sollten«, werde eine »neue Anklage« vorbereitet, hieß es. Sie gruppiere sich »anscheinend um den gleichen Journalisten und schwerkriegsbeschädigten früheren Flieger Mansfeld«, der durch seine Angriffe auf das Auswärtige Amt von sich reden gemacht habe. Sogar Wolfgang Langkau, Chef des Strategischen Dienstes, wandte sich in dieser Sache an Gehlen, der dessen Mitteilung sogleich handschriftlich für Bonn zurechtmachte.[178] Mansfeld, der sein Material wohl aus der Sowjetunion erhalten habe, bereite neue Angriffe auf die Personalpolitik des Bundeskanzlers vor, meldete Langkau namentlich im Hinblick auf den jahrelang in Pullach tätigen und tatsächlich stark belasteten Otto Bräutigam (bald Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amts, den Gehlen Globke wärmstens empfohlen hatte).[179] Die Attacke gehe von demselben »Sensationsreporter« aus, der bereits zwei Jahre zuvor solches Aufsehen erregt habe. Reinhard Gehlen fügte in die Benachrichtigung des Kanzleramts an der Stelle, an der von der *Frankfurter Rundschau* die Rede war, noch handschriftlich ein: »Der Chefredakteur dieser Zeitung heißt Gerold und [ist] wahrscheinlich Informant der sowjetischen ND-Gruppe in der Schweiz«. Es verwundert nicht, dass Kurt Weiß den derart auffällig gewordenen Schriftsteller Gehlen gegenüber als »äußerst zwielichtige Figur« einstufte.[180]

Fünf Jahre später, 1960, als die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Fahrt aufnahm und sich immer mehr Personen des öffentlichen Lebens genötigt sahen, sich zu ihrer Tätigkeit während des Dritten Reichs zu erklären, hat Kurt Weiß den Schriftsteller Michael Mansfeld gewiss noch immer für zwielichtig gehalten. Das konnte den im

BND und bei Gehlen persönlich mittlerweile sehr einflussreichen Weiß jedoch nicht daran hindern, den Fall mit nachrichtendienstlicher Professionalität zu betrachten. Der Doppelagent Hofé unterrichtete den Dienst zwar ausgezeichnet über die Planungen der SED zur Diffamierung der Bundesrepublik, doch welche – in der Optik »Wintersteins« – westdeutsche Trittbrettfahrer dank ihrer Zugänge in der DDR auf welche Weise daran mitwirkten, wusste man nicht genau genug. Vielleicht war Michael Mansfeld, der als »Journalist als einer der findigsten und geschicktesten im linken Bereich« galt[181] und engen Umgang mit Strecker hatte, ja ansprechbar? Außerdem trank der antimilitaristische Künstler gerne.

Die Anbahnung zu seiner inoffiziellen BND-Mitarbeit durch den Strategischen Dienst begann im April 1960, als es zu einem ersten Gespräch mit dem Kandidaten in München kam.[182] Das ergab »noch kein klares Bild darüber, ob es möglich ist, Mansfeld zur festen Mitarbeit heranzuziehen«, wie Siegfried Ungermann (»Reinhardt«, »Neugebauer«), der Leiter der Dienststelle 521, berichtete; optimistisch war man durchaus. Der Schriftsteller hatte nämlich sogleich bereitwillig Auskunft über seine Kontakte in die DDR gegeben. Als Probeauftrag bekam Heinze-Mansfeld-Frauendorfer eine Liste zur Klärung von »ostzonalen Journalisten« überreicht, die zur Pariser Gipfelkonferenz reisen würden. Über Geld sei noch nicht gesprochen worden, heißt es in den Unterlagen, doch hinterließ der Berliner bei seinen Gesprächspartnern einen willigen Eindruck: »Die finanzielle Lage des Mansfeld, die nach seinen eigenen Angaben zwar geordnet ist, sich aber, wie er andeutete, in für seine Verhältnisse bescheidenen Grenzen zu bewegen scheint, lässt erwarten, dass er ein in geeigneter Weise vorgetragenes Honorarangebot annimmt.« Also wurde in aller Vorsicht ein Brief an Mansfeld expediert, um seine Reaktion ein weiteres Mal zu testen.[183] Alles lief glatt.

181, Weiß/»Winterstein«, forcierte die Gewinnung von Mansfeld kurz darauf sehr energisch, da Israel soeben die Ergreifung Eichmanns bekanntgegeben hatte und unfehlbar damit zu rechnen war, dass die hartnäckigen Aufklärer in Westdeutschland, erst recht die DDR, aus dieser Sensation viel Abträgliches für die Bundesrepublik machen würden. Sofort nach der berühmten Erklärung Ben Gurions zur Festnahme des NS-Verbrechers wurde die Mitarbeit des Michael Mansfeld festgezurrt.

Karteiabfrage, Personenauskunft, die üblichen Routinen: »Verwendung als Mitarbeiter nach Weisung 181«.[184] Kurz darauf war »Frauendorfers« Anbindung an die Dienststelle 521 perfekt. Als V-Mann 41001 erhielt er eine Deckadresse und Unterweisungen im Gebrauch von Geheimtinte, auf Honorarbasis auch schon einige Aufklärungsaufträge in der DDR.[185] Vor allem aber ging es dem BND um die kleine Gruppe Gleichgesinnter, darunter neben Reinhard Strecker den Sohn des berüchtigten Filmregisseurs Veit Harlan (»Jud Süß«), die mit finanzieller Unterstützung des linksradikalen italienischen Verlegers Giangiacomo Feltrinelli im Ostblock nach belastenden Materialien aus der Zeit des Nationalsozialismus suchten.

Nachdem sich die Zusammenarbeit gut angelassen hatte, lenkte der BND die Aufmerksamkeit seines neuen V-Mannes auf Reinhard Strecker, der mit seinen Nachforschungen gegen belastete Juristen so viel Aufsehen erregt und sich nun offenbar vorgenommen hatte, die Rolle des Kanzleramtschefs Hans Globke im Dritten Reich unter die Lupe zu nehmen. Ungermann schickte Weiß daher einen Vermerk über die »Bemühungen eines gewissen Strecker, Berlin-Dahlem, Material über die an der Judenverfolgung beteiligten Deutschen zusammenzustellen«.[186] Dieser Hinweis ging bereits auf Mansfeld zurück, der darüber informiert hatte, dass sein Freund und Mitstreiter »in Angelegenheiten des Eichmann-Prozesses« vor Kurzem über Prag und Wien nach Israel gereist sei: »Strecker besitzt einen Ausweis des israelischen Document Centre und ist damit in der Lage, Recherchen über alle an der Judenverfolgung beteiligten Personen anzustellen […] Der Eichmann-Prozess würde von den Israelis – das deprimiert Strecker außerordentlich – deswegen nicht hochgespielt, weil bereits Verhandlungen mit der Bundesregierung in Gang sein sollen, die dazu dienen, die wirtschaftliche Unterstützung, die die Israelis bisher erhalten haben, zu erneuern und fortzusetzen.«[187]

Reinhard Strecker tangierte mit seinen Aktivitäten nun endgültig die hohe Politik und nicht zuletzt die Stellung von Staatssekretär Hans Globke persönlich, der von der SED-Propaganda mittlerweile zu einem maßgeblichen Mittäter bei der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden gestempelt wurde. »Wer ist Strecker?«, lautete daher die dringliche Frage des Strategischen Dienstes an seinen neuen V-Mann in West-Berlin: »Was veranlasst ihn zu seiner Aktion und welche Kräfte stehen dahinter? Welche Ergebnisse hat er bereits erzielt und was ist sonst zu erwarten?« [188]

Dafür war Michael Mansfeld in der Tat die denkbar beste Auskunftsperson. Zunächst nahm er sich, wie »Winterstein« sogleich erfuhr, den Harlan-Sohn Thomas vor. Das sei ein »geltungssüchtiger Psychopath mit kriminellen Neigungen und viel Charme. Unzuverlässiger Arbeiter, Vater-Komplex, lebt im Wesentlichen von seiner Mutter und seinem Vater«, verriet der Spitzel dem BND. »Vorübergehend« homosexuell sei er auch gewesen, bis er von einer Dame, die er, Mansfeld, befragt habe, »rechtzeitig eines Besseren belehrt« worden sei. So zog er über den »genialischen Knaben« her, der zahllose Dokumente ausgegraben habe, welche »die ehemalige (und heutige) Polizei, auch Staatsanwälte und Richter, Industrielle (die im [General]Gouvernement tätig waren) und Publizisten betreffen«. Der Münchener Kindler-Verlag und Feltrinelli würden Thomas Harlan bei seinen Arbeiten finanziell überaus üppig unterstützen.

Dann kam Strecker an die Reihe. Er sei mit Harlan befreundet und hoffe »offensichtlich auch an dem Mailänder Honigtopf zu saugen«. Es existiere sogar schon ein Manuskript, doch habe er dessen »Vorlektüre« nicht arrangieren können. Eine Reihe von Namen, die Strecker genannt habe, seien ihm, Mansfeld, allerdings kein Begriff gewesen. »Es handelt sich im Wesentlichen um Leute, die heute in der Polizei tätig sind. Augenmerk hat er auch auf ehemalige SS- und SD-Leute in Presse und Publizistik, ›große‹ Brocken verspricht er sich in der Ministerialbürokratie.« Fazit des Zuträgers: »Beide ›zornigen‹ jungen Männer haben (bei Harlan liegt der Fall durch den Vater sehr persönlich) den Eindruck, sie müssten allein die unbewältigte Vergangenheit bewältigen. Im Grunde sind sie wahrscheinlich politisch ehrlicher als gemeinhin angenommen wird. Ich würde nicht sagen, dass sie ›Hintermänner‹ haben – hinter ihnen steht die Zeit, die für solche Enthüllungen reif geworden ist, da solches vorher versäumt wurde.«[189]

Damit nicht genug. »Frauendorfer« gab dem Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland einen weiteren erläuternden Bericht, der ebenfalls sofort an Kurt Weiß ging. Darin stand Reinhard Strecker ganz im Mittelpunkt.[190] Der 28 Jahre alte Strecker sei bekanntlich der Mann, der »die Aktion ›Nazi-Justiz‹ aufgezogen« habe, teilte V-41001 mit, wohne in Berlin-Steglitz und habe einen Arbeitsraum in Dahlem. »Ist verheiratet (sie muss ziemlich merkwürdig sein) und hat schon Kinder (Warum?). Trägt Spitzbart und wirkt wie ein tuberkulöser Existenzialist.« Das Studium finanziere ihm sein Vater, doch »statt zu studieren«, fuhr der nur acht Jahre

ältere Mansfeld in seiner wegwerfenden Art fort, »kümmert sich der Lümmel um die Nazi-Richter. Das ist die Jugend von heute …«

Strecker, fuhr er fort, unterhalte gute Verbindungen nach Warschau und Prag, von wo er auch sein Material erhalte, »wird aber – wie ich sicher glaube – *nicht* finanziert, denn er nagt am Hungertuch. Buchstäblich! Er korrespondiert auch mit Leuten in Israel und hofft aufgrund seiner Spezialkenntnisse während des Eichmann-Prozesses irgendwie einen journalistischen Job, er spricht immer von einer amerikanischen Radiogesellschaft, zu bekommen. Weiß viel, aber nicht geordnet, hat keine überragenden Personalkenntnisse, aber er ist ein Sammler. Glänzende Verbindungen zur linken Labour-Seite, hat auch schon Dokumente über Nazi-Richter etc. nach dort gegeben. Spricht gut französisch und englisch. Motive: lauter (was kein Komparativ von ›laut‹ ist) mit leicht psychopathischem Hang zur absoluten Wahrheit und ein wenig Geltungstrieb […] Der Mann ist politisch unreif, ohne Zweifel jedoch *kein* Kommunist, wahrscheinlich gut zu benutzen, wenn man ihm ein regelmäßiges Einkommen verschafft, was der Osten bisher nicht getan haben kann, denn sonst lebte er besser. Sein Fehler: Er glaubt, das Geschäft mit den NS-Dokumenten erfunden zu haben, ist – in milder Form – kritiklos. Wenn er einen Verlag finden sollte, so erfahre ich es. Dann kann es schon eine ganz hübsche Sache werden, die er loslässt. Seine Ausstellung war jedenfalls ganz massiv (Hinweis: *Spiegel* brachte eine längere Sache von ihm).« Michael Mansfeld, dem seine Doppelrolle Vergnügen zu machen schien, meinte in seiner exaltierten Selbstbezogenheit offenbar beides zugleich befördern zu können: die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und ihre Abwehr durch den BND, der, das wusste ein phantasievoller Profi wie er, den Chef des Kanzleramts gewiss à jour hielt.

Hans Globke befand sich inzwischen in regelrechter Rundumverteidigung. Die Kritik der Opposition und in den Medien war zunehmend unerbittlich; die verleumderischen Angriffe des Max Merten zeigten Wirkung; die weltweite Publizität des Eichmann-Komplexes drohte sich immer auch gegen den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze zu richten; die SED überschlug sich in ihren Kampagnen – und der zu einiger Prominenz gelangte Reinhard Strecker bereitete zu allem Überfluss eine direkt gegen ihn gerichtete Attacke vor. Auch hierbei war der Bundesnachrichtendienst für den Staatssekretär das unentbehrliche

Instrument der Information und Vorwärtsverteidigung. Gleich zu Beginn des neuen Jahres 1961 meldete sich »Frauendorfer«, die Quelle im Zentrum der Berliner Aufarbeitungscrew, mit neuen Informationen für den Strategischen Dienst des BND.

Der italienische Verleger Feltrinelli – »Petrinelli« in Pullacher Lesart – habe der kleinen Berliner Truppe um Harlan und Strecker für die Erarbeitung eines Buches über Nazis und Kriegsverbrecher, das in elf Sprachen erscheinen solle, nicht weniger als 110 000 DM zur Verfügung gestellt; auch der amerikanische Mediengigant CBS interessiere sich bereits dafür.[191] Die Publikation solle noch vor den Bundestagswahlen erscheinen. Harlan sei dabei federführend und nicht zu bestechen; Strecker vielleicht aber schon: »Er befindet sich ständig in finanziellen Schwierigkeiten. Er hat von Petrinelli den Auftrag erhalten, das Kapitel ›Justiz‹ zu schreiben.« Offenbar werde von dort auch der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer beliefert, Strecker suche außerdem Verbindung zu dem einflussreichen SED-Kulturfunktionär Wilhelm Girnus. V-Mann Frauendorfer sei nach Einschätzung der betreuenden Dienststelle der Ansicht, dass die »jungen Leute, die er als ›heiße Hunde‹ bezeichnet, die Aktion aus eigenem Antrieb führen und dass sie nicht ostgesteuert sind. Auch die SPD habe mit diesen Dingen nichts zu tun. Alle drei seien nicht objektiv und sehr unkritisch. Sie seien aber nicht zu halten und würden ihre Tätigkeit auch fortsetzen, wenn die Finanzierung in der bisherigen Höhe nicht mehr sichergestellt sei.«

Bevor Michael Mansfeld (der auch Informationen zu geplanten SED-Aktionen gegen Staatssekretär Franz Thedieck vom Gesamtdeutschen Ministerium beigebracht hatte) zu einer Unterredung nach München kam, wandte sich der von der Ergiebigkeit dieser Verbindung stark angetane Weiß an Ungermann: »Es wird dringend gebeten,« schrieb er, »die von Frauendorfer in Aussicht gestellten Möglichkeiten zu überprüfen, stärker in Vorgänge und Zusammenhänge einzudringen«; besonders vertrauliche Behandlung und die erforderliche Rückendeckung für den V-Mann sei gesichert.[192] Der gern ins Zynische fallende Mansfeld hatte denn auch bald weitere Informationen parat: »Welche Aktionen gegen Globke noch zu erwarten sind, hängt im Wesentlichen davon ab, welche Akten die Leute noch im Zentralarchiv in Potsdam finden werden«, meinte er in einem ellenlangen Diktat. Einer aus der Recherchegruppe sei »Volljude«; Strecker

und Harlan seien allenfalls »Pseudo-Sozialisten«, an Schwächen habe Letzterer »ungefähr alles, was ein psychopathischer und genialischer junger Mann haben kann«.[193] Der Bedeutung der Sache wegen war inzwischen auch Volker Foertsch vom Leitungsstab Gehlens in diese Operation eingeschaltet.[194]

Mitte Februar weilte der literarisch versierte Agent Mansfeld in der bayerischen Landeshauptstadt, und er war wieder gut in Form.[195] Über zwanzig verschiedene Fragen wurden in dem Gespräch mit dem BND-Vertreter berührt, doch genügt es hier, diejenigen etwas näher zu betrachten, die sich um den sorgfältig beobachteten Reinhard Strecker drehten; Mansfeld hatte sich mit ihm kurz zuvor in München getroffen. Der Literat ließ seinem Formulierungsdrang freien Lauf. »Strecker«, begann er, »hat sich seinen Existenzialistenbart abnehmen lassen und darunter kommt – ich sage das nicht nur zur Identifizierung Streckers, sondern auch aus Allgemeininteresse – ein erstaunlich energisches Kinn zum Vorschein. Von der Physiognomie habe ich den Mann zum ersten Mal ernst genommen.« Die Fragen des BND habe er sich vor seinem Gespräch mit ihm genau eingeprägt gehabt und könne daher gut Auskunft erteilen, lobte sich der Spitzel noch.

Der Auslandsnachrichtendienst notierte: »Frauendorfer sprach Strecker an, ob er etwas über den Film gegen Globke wisse. Er sagte daraufhin, das wisse er lange. Die Leute suchten aber noch nach Material und hätten deshalb auch ihn angesprochen. Er glaube nicht, dass der Film viel authentisch Neues bringen würde. Dabei meinte er gesprächsweise, er halte Globke für einen toten Mann. Sie würden ihn jagen, bis er freiwillig zurücktrete.«[196] Es folgten Informationen über – diesmal – »Fetrinelli« und Harlan und dann wieder Hinweise zu Strecker. Der habe bereits auf »mindestens 300 Personen« aufmerksam gemacht, die zweifellos an Fritz Bauer[197] oder die Ludwigsburger Zentralstelle fließen würden und gegen welche auf Grundlage der gefundenen Dokumente Strafverfahren eröffnet werden könnten; mit jeder Anklage würden weitere Belastete »hochgehen«; dem lästigen Max Merten attestiere er freilich »pathologischen Geltungstrieb«.

Von Thomas Harlan denke Strecker kaum besser, hält die Gesprächsnotiz weiter fest: »Unzuverlässig, desorganisiert, genialisch, zeitweise verlogen; nur dann zu gebrauchen, wenn er wirkliches ›Material‹ (Fotokopien oder

Akten) heranschleppt. Auf seine Erzählungen könne man nicht bauen. Im Finden von Akten jedoch sei er mittlerweile groß und hat viel Routine. Seine übersteigerten Minderwertigkeitskomplexe ließen ihn immer anfällig sein gegen sehr gutes Leben und hübsche Mädchen. Authentisches Material hat er bisher geliefert über Einsatzgruppen, Industrie im besetzten Polen, Industrie im Zusammenhang mit Konzentrationslagern (Fremdarbeiter) und Vernichtungsmittel in KZs.« Außerdem habe Harlan Unterlagen gefunden, aus denen klar hervorgehe, dass die führenden Leute bei der Reichsbahn von den Vernichtungsaktionen im Osten gewusst hätten.

»Frauendorfer« berichtete auch von dem besonders interessanten Hinweis, wonach die Israelis in Polen und der ČSSR erfahren hätten, »dass die Tschechen an die Lieferung von Dokumenten die Bedingung geknüpft haben, dass Globke im Prozess genannt wird. Die Polen hätten die Nennung des Namens Oberländer verlangt, von dem sie glauben, dass er wieder im Kommen ist. Strecker will wissen, dass Globke in der Anklageschrift genannt wird, und zwar zum Thema Vorgeschichte.« Außerdem bereiteten Intellektuelle »aus dem Kreise der Harvard-Universität« Dokumentationssendungen über das Dritte Reich vor. Der V-Mann 41001 habe, fügte sein Führungsoffizier ein, Strecker »beim besten Willen« nicht nach Namen fragen können, »das wäre aufgefallen«. Auf die Frage Mansfelds, wieviel sein Freund »denn für seine Tätigkeit bekommen würde, antwortete er ausweichend. Aus seiner ganzen Haltung war jedoch zu entnehmen, dass er mit diesem Geld fest rechnet.« Reinhard Strecker sei eben ein Fachmann.

Der West-Berliner V-Mann des BND denunzierte aber nicht nur seine Mitstreiter, er machte sich auch grundsätzliche Gedanken über die Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Da ihre Verfolgung in der Bundesrepublik mittlerweile in Gang gekommen sei, Verhaftungen erfolgten und zunehmend Namen hoher Beamter genannt würden, erkenne auch das Ausland, »dass ein Großteil der Mitwisser und Mitschuldigen noch lebt, zum Teil in Amt und Würden sind. Der Eichmann-Prozess ist für die Leute, die beweisen wollen, dass Mitschuldige und Mitwisser noch existent sind, die letzte ideale Möglichkeit, Namen zu nennen und Schuldige festzustellen. Es ist ja effektiv der letzte große Kriegsverbrecherprozess, und es lässt sich nicht leugnen, dass es auch hier manche nicht wahrhaben wollen, dass für viele Menschen in der ganzen

Welt die Abrechnung mit dem Nazismus noch nicht erfolgt ist. Frauendorfer ist dazu der Überzeugung«, hält die Aufzeichnung fest, »dass die verschiedensten Gruppen – von den antikommunistischen Demokraten bis zu den Kommunisten – sich hier als Interessenten zusammenfinden, Nachrichten- und Dokumentenmaterial austauschen werden und diese letzte einmalige Gelegenheit sich nicht entgehen lassen werden. Frauendorfer warnt davor, diese Aktionen zu leicht zu nehmen oder sie mit einer kommunistisch gesteuerten Aktion zu vergleichen.«

Das war das Problem: Der Prozess in Jerusalem mit seiner weltweiten Ausstrahlung konnte nicht in der gewohnten Weise als politisches Propagandagetöse abgetan werden. Der BND und das Bundeskanzleramt hatten sich auf das Verfahren in Israel einzulassen und konnten allenfalls versuchen, negative Auswirkungen auf die Bundesrepublik abzufangen und die Beschädigung von hochgestellten Persönlichkeiten, allen voran der Kanzleramtschef, so gut es ging zu minimieren.[198]

Der mit viel Intelligenz gesegnete Michael Mansfeld, der damit auch seine eigene Bedeutung für den Dienst unterstrich, fasste die Lage so zusammen: »Ich glaube, dass selbst wenn von israelischer Seite versucht werden sollte, den Prozess möglichst einzuengen, es sich nicht vermeiden lassen wird, dass die anwesende Weltpresse sehr viel mehr über den Hintergrund und über Namen, die im Prozess nicht genannt wurden, berichten wird. Hinzu kommt, dass man selbst auf israelischer Seite uneins ist. Es gibt auch dort eine sehr starke Partei, die ohne Rücksicht auf Kreditverhandlungen o. ä. nun die Chance ergreifen will, um abzurechnen. Dieses ganze Durcheinander von verschiedensten Interessen wird nach Frauendorfers Ansicht dazu führen, dass der Eichmann-Prozess politisch außerordentlich unbequem für die Bundesrepublik wird, zumal das schlagende Argument, es seien alles Kommunisten oder es sei alles kommunistisch gesteuert, nicht gebraucht werden kann.« Zu dem vor der Fertigstellung stehenden Anti-Globke-Film konnte Mansfeld ebenfalls Details liefern.[199] Es versteht sich, dass alle diese Informationen sogleich ihren Weg zu Kurt Weiß fanden und von dort über Gehlen zu Globke gelangten. Dazu gehörte auch der Hinweis, aus den umfassenden Schilderungen des Informanten habe sich ergeben, »dass Strecker unter Verfolgungswahn leidet, denn er äußerte, dass Verfassungsschutz und Abwehrleute des Generals Gehlen ihn ständig überwachten«.[200] Dass es der

eng mit ihm verbundene und wie er in der Aufarbeitung der NS-Zeit engagierte Michael Mansfeld war, der den Dienst mit den notwendigen Zielkoordinaten versorgte, ahnte Reinhard Strecker nicht.

»Frauendorfer« bekam für den BND jetzt sogar noch größere Bedeutung als zuvor: Es ging um das Buchprojekt, das sich direkt gegen Hans Globke richtete, um seine Mitverantwortung an der Judenverfolgung just zu einem Zeitpunkt zu belegen, als die Welt auf Deutschland blickte und die Bundestagswahl vor der Tür stand. Sogar über einen befreundeten Dienst im Nahen Osten hatte Pullach mittlerweile in Erfahrung zu bringen versucht, welche Dokumente aus östlichen Archiven Strecker denn Yad Vashem überlassen habe.[201] Anfang Juli 1961 läuteten dann die Alarmglocken. Kurt Weiß erhielt die Warnung, Mansfeld habe telefonisch mitgeteilt, »dass Strecker vier Leitz-Ordner mit Material über Globke besitzt. Da Strecker beträchtliche Schulden hat, liegt ihm viel daran, das Material zu verkaufen. Er steht in Verhandlungen mit dem Hamburger Verlag Rütten & Loening wegen Herausgabe eines Buches aufgrund dieses Materials, das im Herbst erscheinen würde. Strecker braucht jedoch so dringend Geld, dass er, wie Frauendorfer bestimmt weiß, das Material sofort verkaufen würde, wenn er 8000 DM dafür bekommt.« Der vielfach ausgezeichnete, zum Antimilitarismus konvertierte Offizier trat auch sogleich mit einer operativen Idee hervor: »Frauendorfer hält das Material für interessant und meint, es wäre zweckmäßig, die Veröffentlichung auf diesem Wege zu verhindern«; die Entscheidung darüber müsse augenblicklich fallen. Sogleich schlug die für den V-Mann verantwortliche Dienststelle vor, einen Agenten zu Verhandlungen mit Strecker nach Berlin zu schicken.[202]

Die Sache trieb ihrem Höhepunkt entgegen. Reinhard Strecker zeigte Mansfeld seinen Schatz, und dieser wandte sich sofort danach an seine nachrichtendienstlichen Betreuer.[203] »Ich habe versucht, mit Hinweis auf die Globke-Akten ihn hinzuhalten: Die Kopie sei schlecht leserlich, er müsste mir – dass ich überhaupt etwas feststellen könnte – wichtige Dienstreisedaten des Herrn geben. Ich hoffe noch, so das Ganze in die Hand zu bekommen, mache mir jedoch keine Illusionen. Strecker berichtete mir dann ziemlich erregt, dass er gestern (Samstag) einen Anruf/Telegramm aus Hamburg von Rütten & Loening bekommen habe.« Daraufhin habe er dessen Geschäftsführer Leonhardt angerufen, der insistiert habe, »das

Ganze in den ersten Tagen der nächsten Woche in die Hand zu bekommen. Er wolle jetzt drucken und erkläre sich mit keiner Verzögerung einverstanden. Strecker sagte, er wolle den Mann beruhigen.« Auf die Frage Mansfelds, wieso der Verlag wegen des Globke-Buchs denn plötzlich so dränge, habe Verleger Leonhardt laut Strecker gesagt, das Projekt sickere anscheinend durch; er fürchte, »die Gegenseite unternimmt etwas«. Außerdem sei er durch einen Anruf des früheren Widerstandskämpfers und Publizisten Hans Bernd Gisevius »zusätzlich nervös gemacht worden«, der ihn auf mögliche rechtliche Unbill hingewiesen habe. Der Verleger wolle die Akten sofort sehen und in seinem Safe verschließen. Man könne nur hoffen, fügte der V-Mann noch an, dass die Publikation nicht im Lesering des Bertelsmann-Konzerns mit seinen Riesenauflagen herauskomme. Der antimilitaristische und vergangenheitskritische Michael Mansfeld stand jetzt mit General Gehlen und Staatssekretär Globke in einer Abwehrfront gegen seinen Mitstreiter Strecker.

Der V-Mann »Frauendorfer« war ein hervorragender Meldegänger, der Pullach minutiös im Bilde hielt. Ungermanns Dienststelle konnte »Winterstein« bald darüber informieren, dass die vier Ordner Streckers aus Ost-Berlin stammten und wahrscheinlich aus ähnlichen Unterlagen bestünden, wie sie über Globke bereits aus der bekannten Anti-Globke-Broschüre des Ausschusses für Deutsche Einheit geläufig seien und dass Strecker darüber mit dem Verlag Rütten & Loening in Verhandlung stehe.[204] Ein Kauf der Unterlagen könne die Publikation, die sicherlich sachlicher und daher wirkungsvoller sein werde als das DDR-Machwerk, vielleicht vereiteln. Leonhardt, ein Mann »mit Linkstendenzen«, wolle mit dem Buchprojekt dazu beitragen, »dass der Nationalsozialismus in Deutschland überwunden wird«. Mansfeld wolle gegenüber Strecker nun selbst als Käufer der Dokumente auftreten, und zwar »unter der Legende, das Material sei ihm für den großen Roman, an dem er arbeite, wichtig«. Das geplante Buch werde, wolle er ihm einreden, ohnehin »keine große Wirkung mehr haben, denn Globke werde bestimmt nicht mehr lange im Amt sein«. Er sehe Strecker in Kürze, werde sich das Material noch einmal genau ansehen und stellte dem BND außerdem in Aussicht, nach Pullach zu kommen, »damit wir es auch ansehen können«. Anderntags meldete V-41001, Strecker sei zu Verlagsverhandlungen nach Hamburg gefahren.[205]

Anfang August 1961 stand fest, dass das Globke-Buch demnächst erscheinen würde. Wieder war Mansfeld genauestens unterrichtet. Zunächst verriet er dem BND, dass sein Freund mit der jüngst in München eröffneten Ausstellung über den Judenmord nichts zu tun habe, die vom BND, dem Verfassungsschutz und von der Justiz gerade genau in Augenschein genommen wurde.[206] »Hält sie auch für schlecht gemacht, weil er zum Beispiel nie an die Direktverbindung Globke-Eichmann geglaubt hat«, schrieb der Informant aus Berlin. Dann lieferte er die genauen Daten zu der bang erwarteten Publikation: »Das Buch über Globke erscheint in drei Wochen. Taschenbuch zu 4,80 DM. Umfang etwa 220 Seiten, Auflage 12 000, die sofort ausgeliefert wird, da Einstweilige Verfügung befürchtet. Reinverdienst für Strecker 1500 DM. Auflage von 30 000 geplant.« Danach liste Mansfeld die Aktenstücke auf, die bislang unbekannt waren und den Kanzleramtschef womöglich in Bedrängnis bringen konnten: etwa die von Globke bereits 1932 vorbereitete »Kennzeichnung von Juden durch Vornamen« oder die Vertuschungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Schlag gegen die SA im Juni 1934. Auch über den Tenor der Veröffentlichung konnte er bereits Aussagen treffen: »Bewusst sachlich. Meinung und Gegenmeinung. ›Unterkühlt‹ – nach Aussage Streckers könnte man Untertitel wählen: ›G. – ein deutsches Arschloch‹. Widmung: Den Siegern des Zweiten Weltkrieges, was ich besonders fein finde. Kostenlose Exemplare gehen an etwa 100 Tageszeitungen, an alle ausländischen Missionen in Bonn, an den ganzen Kennedy-Clan. Der Junge ist tüchtig, muss man ihm lassen.«[207]

Soviel Akkuratesse und Verworfenheit war selbst dem Leiter der Dienststelle 521 nicht ganz geheuer. Seiner Unterrichtung »Wintersteins« fügte er jedenfalls das Bemerken an, das saloppe Kompliment im Schlusswort des Briefs sei bezeichnend für Frauendorfers Haltung gegenüber Strecker – »und trotzdem gibt er den ganzen Plan preis«.[208] Kurt Weiß, der den BND-Präsidenten laufend unterrichtete, bescheinigte seinem Mitarbeiter sogleich, die gelieferten Informationen über das Strecker-Buch seien »von größtem Interesse«. Er bitte um baldige Beschaffung des Manuskripts oder des gedruckten Buchs.[209] Schon in der darauffolgenden Woche erfolgte die Meldung, Strecker sei am 13. August nach Gütersloh gefahren, um sich mit dem Umbruch zu befassen. Der V-Mann wolle ein Exemplar beschaffen. »Ohne Geld dafür zu zahlen wird dies allerdings

nicht gehen«, hielt sein Betreuer fest: »So etwas tut Frauendorfer nicht! 2000 DM könnte es vermutlich kosten.«[210]

Zehn Tage nach dem Mauerbau kam Mansfeld neuerlich nach München, berichtete »in der üblichen destruktiven und verächtlichen Weise« über die neue Lage Berlins, tat insbesondere aber seinen Wunsch nach einer festeren Bindung an den BND kund. Der Dienst hatte Interesse an dem wendigen Mann und deutete an, »dass bis 1000 DM monatlich zu verdienen wären«. Er solle erst einmal anfangen, Schulungen machen, mit Geheimtinte üben usw. Der kurz darauf eingehende Bericht über Hans-Werner Richter enttäuschte dann ein wenig, vor allem verblasste er vor seiner Mitteilung, Strecker weile noch beim Verlag, das Buch über Globke werde nun definitiv in Kürze herauskommen. »Ein Exemplar zu beschaffen sei schwierig, trotzdem will er es versuchen«, hielt der BND fest – zumal man Geld dafür bot.[211] »Winterstein« erfuhr, der noch einmal nach München gekommene Mansfeld habe gesagt, es gebe »keine Möglichkeit«, ein Vorabexemplar zu beschaffen, doch wolle er es trotzdem »durch ein Telefongespräch mit Strecker zu klären versuchen«. Auf der Meldung wurde handschriftlich eigens gemahnt: »181 [Weiß] bittet dringend um ein Exemplar des Buches.«[212] Wohl auch um die Preise hochzutreiben, telegraphierte Mansfeld, nach Berlin zurückgekehrt: »Eine Zangengeburt«.[213] Sie verlief trotzdem glücklich.

Eine Woche bevor Reinhard Streckers Dokumentation erschien, schickte Ungermann seinen Erfolgsbericht an Kurt Weiß. Er fiel sogleich mit der Tür ins Haus: »Anliegend der Bürstenabzug des in Vorbereitung befindlichen Taschenbuchs über Staatssekretär Globke.« Die Dokumentation gehe eben in Druck und werde eine gute Woche vor den Bundestagswahlen am 17. September ausgeliefert; Vorwort und Register fehlten noch. »Frauendorfer wurden anstelle der geforderten 5000 DM nur 4000 DM überwiesen, nachdem er sich telefonisch, wenn auch ungern, mit einer Kürzung abgefunden hatte.« V-41001 bitte »unbedingt um Quellschutz und geschicktes Vorgehen, falls eine Einstweilige Verfügung oder Beschlagnahme geplant ist. Er sei sonst, so sagt er, erledigt.«[214] Dem einst so tapferen Vorzeigeoffizier und Drehbuchautor des Filmklassikers über den Verrat des NS-Regimes an seinen Kindersoldaten war anscheinend ein wenig mulmig geworden, als er die Silberlinge für den Verrat an seinem Freund und an ihrer gemeinsamen Sache einer wirkungsvollen

Auseinandersetzung mit der noch kaum vergangenen Vergangenheit in Empfang nahm. Als erfahrener Autor wusste er genau, dass Reinhard Streckers Buch Fehler enthalten, in seinen Illustrationen polemisch und in seinen kargen Kommentaren mit scharfer Feder geschrieben sein mochte, aber doch keines von der Art der Machwerke war, wie sie die DDR-Propaganda produzierte. Michael Mansfeld trug wesentlich dazu bei, dass der angegriffene Staatssekretär seine Verteidigungsstrategie frühzeitig zu planen und diesen Angriff effektiv zu parieren wusste. Wieder einmal konnte sich Hans Globke auf die innenpolitische Unterstützung, man möchte fast sagen, *seines* Auslandsnachrichtendienstes verlassen.

Streckers 286-seitige Dokumentation kann wohl am besten als kommentierte Collage von faksimilierten Aktenauszügen, Gesetzestexten, Zeitungsartikeln, Interviews usw. charakterisiert werden. Sie sparte weder mit emphatischen Bekenntnissen noch mit ironischen Bemerkungen und entfaltete für den, der sich darauf einließ, gewiss suggestive Wirkung. Legte der Leser das Buch wieder aus der Hand, wusste er, welch integraler Teil der bürokratischen Apparate und Mechanismen des Dritten Reichs der damalige Ministerialrat Dr. Hans Globke gewesen war, speziell in Personenstands- und Rasse-Sachen. Der Publikation vorangestellt war ein Wort von Bundespräsident Theodor Heuß, der gesagt hatte, »dass es um des gemeinen Wohles willen notwendig ist, dass bestimmte Typen, die gestern im Dienste des Hasses standen, heute schweigen müssen«. Gewidmet war das Buch »den Siegern über Hitlers Mordregime«.

Die kämpferische Emphase Streckers kam in seinem Vorwort deutlich zum Ausdruck. »Für das heutige Deutschland gibt es nur eine moralische Berechtigung«, schrieb er: »Den Widerstand gegen Hitler und die Ablehnung seiner Handlanger, Drahtzieher, Mordhelfer und ihrer Methoden. Solange noch Verbrechen und Relikte des NS-Machtstaates unbewältigte Gegenwart bleiben, fehlt diesem Staat seine moralische Grundlage. Gemeinsamkeit mit den Gespenstern von gestern beeinträchtigt eine demokratische Entwicklung, selbst wenn diese Gemeinsamkeit nur darin bestünde, seit langem bekannte und noch zu eruierende Verbrechen nicht zu klären oder die Mordhelfer besser zu behandeln als die überlebenden Opfer. Hiermit fertig zu werden, ist eine rein deutsche Angelegenheit. Keiner nimmt uns diese Verpflichtung ab […] Die Öffentlichkeit im freien Teil Deutschlands hat ein Anrecht darauf zu

erfahren, was Dr. Globke im Dritten Reich getan und unterlassen hat. Sie hat ein Anrecht auf ihr eigenes Urteil. Dr. Globke ist kein Einzelfall.«

In den überlieferten Unterlagen des Kanzleramts findet sich der erste Hinweis auf das Buch, das auch für Adolf Eichmann und seinen Verteidiger Robert Servatius erhebliche Bedeutung erlangen sollte,[215] wenige Tage nach seinem Erscheinen. In einem Fernschreiben teilte der BND mit, es existierten zwei Verlage mit Namen Rütten & Loening, einer in Hamburg, der andere in Ostberlin. »Bisher konnten keine Beziehungen zwischen beiden Verlagen festgestellt werden.«[216] Günter Bachmann setzte sofort nach und fragte in Pullach an, in welcher Beziehung der Verlag denn zu Bertelsmann stehe; es werde »behauptet«, er sei Teil des Gütersloher Konzerns. Die Auskunft des BND müsse so gehalten sein, dass sie veröffentlicht werden könnte.[217] Zwei Tage später antwortete der BND, wiederholte sein Wissen über die Nicht-Beziehung der beiden Verlage und fügte an, während der Leiter des Hamburger Verlages (in dem bereits »Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945« von Gerhard Schoenberner erschienen sei) »für eine ›Aussöhnung‹ mit dem Ostberliner Verlag eintritt, ist Sigbert Mohn, Gesellschafter von Bertelsmann, strikt dagegen«; Mohn habe Streckers Projekt finanziert. »Die Drucklegung des Taschenbuches erfolgte tatsächlich konspirativ. Sie wurde bewusst geheim gehalten, um einer Beschlagnahme vorzubeugen«.[218]

Hans Globke befasste sich mit der Kampfschrift gegen ihn ebenso akribisch wie mit den übrigen Angriffen auf ihn. Die in den Akten des Kanzleramts vorfindliche »Aufzeichnung zur Broschüre ›Dr. Hans Globke‹« umfasst 29 Schreibmaschinenseiten. Sie hält eingangs fest, Streckers Publikation versuche, »von Dr. Globke in einseitiger Beleuchtung das irrige Bild eines für die Judenverfolgung mitverantwortlichen Dieners des Hitlerstaates zu entwerfen. Gewisse Kreise glauben auch jetzt noch, die von Ulbrichts Propagandisten ausgehende Kampagne gegen Staatssekretär Dr. Globke durch die Herausgabe dieser vorwiegend auf den Veröffentlichungen des Ostblocks aufbauenden Schrift unterstützen zu müssen.«[219] Der Staatssekretär beauftragte einen Rechtsanwalt, wegen der in der Publikation »vielfältig enthaltenen Unwahrheiten und Entstellungen« gerichtlich gegen Autor und Verleger vorzugehen. Das Memorandum nahm auf die Verleumdungen des Max Merten Bezug, thematisierte verschiedene, damals noch nicht geklärte oder nicht mehr zu klärende Fragen zur

Beteiligung Globkes an der nationalsozialistischen Rassegesetzgebung, verteidigte die für Betroffene angeblich günstigere Lesart der Rassegesetze in dem Globke/Stuckart-Kommentar und wies eine Mitverantwortung für die Einführung des Passstempels »J« für Jude 1938 zurück, die Strecker freilich gar nicht behauptet hatte; er dokumentierte lediglich die Kontroverse darüber – einschließlich der falschen Beschuldigungen. Abschließend folgten zehn Seiten mit den bekannten prominenten Leumundszeugnissen. Adolf Eichmann befasste sich nicht weniger akribisch mit der Strecker-Schrift.[220]

Der Kanzleramtschef sorgte dafür, dass der Angriff des West-Berliner Studenten sogar Thema im Ausschuss der Bundesregierung für die Koordinierung der Psychologischen Verteidigung wurde, in dem neben den wichtigsten Ministerien auch der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz vertreten waren.[221] In der Besprechung im Kanzleramt drei Tage vor den Bundestagswahlen berichtete Ministerialdirektor Mercker von der eben erschienenen »Schrift des Studenten Reinhard M. Stri(e)cker, die einen üblen Angriff auf Staatssekretär Globke darstellt«; vom Bertelsmann-Verlag sei ja bekannt, dass er »zur SPD neigt«. Das Buch »sei schwer angreifbar«, musste er einräumen, »da außerordentlich flexibel abgefasst, wobei es sich meist um bekannte Gegenstände handelt, die bereits widerlegt sind.« Eine Behandlung der Schrift vor den Wahlen habe aber keinen Sinn. Der Vertreter des Bundesamts für Verfassungsschutz stellte die Frage, ob es denn überhaupt zweckmäßig sei, etwas dagegen zu unternehmen, »und ob nicht eine große, prinzipielle Aktion eingeleitet werden sollte«. Daraufhin verwies Mercker »erneut auf die Wichtigkeit der Terminologie, durch die die Kontinuität des Unrechts seit Hitler in der Zone anschaulich gemacht werden« sollte, beispielsweise durch Formulierungen wie »Die wiedererstandenen KZ’s«.

BND-Vizepräsident Worgitzky diskutierte ebenfalls mit und schlug »eine wirksame Vokabel zur Bezeichnung des Ulbricht-Regimes vor, z. B. ›Deutsche Sowjet-Republik‹«. Das half in der Sache auch nicht recht weiter. Der Vertreter des Verteidigungsministeriums empfahl, alle schwachen Punkte der Schrift zu sammeln, und erbat auch gleich eine Sprachregelung, die er den Militär-Attachés geben könne. Ein Gerichtsverfahren enthalte wohl auch zu viele Unwägbarkeiten, wurde noch gesagt, zumal der Gerichtsstand Hamburg sei. Beschlüsse fasste das

Gremium nicht, aber das Bundeskanzleramt bat den BND und den Verfassungsschutz »um Klärung der Hintergründe und der Ost-Verbindungen des Verfassers, der kein Kommunist, sondern vermutlich ein ›nützlicher Idiot‹« sei.[222] Zur Zubilligung eventuell vorhandener ernsthafter und ehrenhafter Motive der Aufklärung beim Autor vermochte sich in der hohen Runde niemand durchzuringen.

Wie stark die Bundesregierung und speziell das Bundeskanzleramt an den 288 Seiten zu kauen hatten, zeigte sich vierzehn Tage später, als Ministerialdirektor Mercker »die Anti-Globke-Broschüre des Verlages Bertelsmann« neuerlich zur Sprache brachte. Er legte der Runde eine »Widerlegungsschrift« zur Diskussion vor. Das Gesamtdeutsche Ministerium hielt die Gegenschrift für zu detailliert, das Bundespresse- und Informationsamt gab zu bedenken, dass darin »nicht die Parallele zwischen Globke-Gegner = Kommunisten gezogen werden dürfte«. Nach Einarbeitung einiger ergänzender Details blieb es jedoch bei der Fassung des Kanzleramts. Sie wurde vervielfältigt und »den Ressorts gemäß ihrer Anforderung zugeschickt. Es erhalten: Bundesministerium der Verteidigung 700 Stück; das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 200 Stück; das Bundes-Presse- und Informationsamt 200 Stück«.[223] Ein Einzelkämpfer hatte die Spitzen von Politik und Bürokratie in erhebliche Wallung versetzt.

Es dauerte nicht lange, da gingen Reinhard Strecker die vom Kanzleramtschef Mitte Oktober beantragte Einstweilige Verfügung sowie Terminsetzungen des Bonner Landgerichts zu, die erste Vorladung Anfang November, eine zweite im Rahmen der ebenfalls angestrengten Zivilklage wegen Verleumdung Mitte Dezember. »Globke geht gegen Buch vor«, meldete der Berliner *Tagesspiegel*.[224] Der BND verschaffte dem Staatssekretär sogleich Einblick in die innere Verfassung seines Prozessgegners, ohne ihn mit den Details seiner so erfolgreichen Operation zu behelligen. Er konnte berichten, dass der Autor der inkriminierten Schrift in seiner Bedrängnis Mansfeld aufgesucht hatte, ausgerechnet: »Strecker war seiner Art entsprechend sehr aufgeregt«, erfuhr Kurt Weiß, »was nach Ansicht von V-41001 aber nichts mit Angst zu tun hat. Er ist entschlossen, sich ganz diesen zwei Verfahren zu widmen. Er spricht nun jeden und alle an, die noch Material gegen Dr. Globke haben könnten. Er war sofort bei Rechtsanwalt [Max] Merten, den er bisher nicht kannte. Außerdem ist er zur *Spiegel*-Redaktion gegangen, wo man ihm zugesagt

habe, dass man nach dem einstweiligen Verfügungstermin am 8.11.61 groß einsteigen wolle. Strecker scheint entschlossen, bis zum Letzten zu kämpfen, da er sich im Recht fühlt […] Strecker verspricht sich durch den Prozess eine große Publizität für die Broschüre und grundsätzlich einen großen Erfolg gegen Dr. Globke, wobei es ihm gleichgültig ist, ob er in diesem oder jenem Punkt zurückstecken muss. Er ist intelligent genug, um gegen alle in den beiden Schriftsätzen genannten Zeugen auch Material zu suchen. Er rechnet damit, dass es für ihn die Chance seines Lebens wird.«[225]

Das waren dankenswerte Hinweise. Entsprechend angetan war man in Pullach. Mansfeld erhielt einen Tarnbrief, in dem es hieß, »Ihre Mitteilung über St. hat hier sehr interessiert. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns über seine weiteren Bemühungen hinsichtlich des zu erwartenden Prozesses auf dem Laufenden halten könnten. G.[lobke] scheint sich seiner Sache im Übrigen sehr sicher zu sein.«[226] Ein so erfahrener Stratege wie der Chef des Bundeskanzleramts musste es sich nach diesen Interna zweimal überlegen, ob er tatsächlich in einen Kampf ziehen wollte, den er juristisch wahrscheinlich für sich entscheiden, politisch aber gewiss verlieren würde. Also steuerte man die Dinge, über jeden Schritt des Prozessgegners bestens unterrichtet, unter Aufrechterhaltung der juristischen Drohkulisse in ruhigere Bahnen. Der Strategische Dienst meldete kurz vor dem Gerichtstermin zur Einstweiligen Verfügung, nach Mansfelds Erkundungen sei es so, »dass Strecker möglicherweise vorhandenes Belastungsmaterial gegen Dr. Globke auf Anraten seines Anwalts zurückhält und nicht frühzeitig zur Publizierung freigibt. Es handelt sich hier lediglich um eine Annahme des V-41001, die durchaus aus der Luft gegriffen sein kann, um Dr. Globke, von dem er annimmt, dass er die Informationen, die unserem Dienst zugehen, erhält, zu beeindrucken. V-41001 hat von Strecker, der ihn am 6.11. nach einem Gespräch mit seinem Rechtsanwalt besucht hat, erfahren, dass die Gegenseite, also Dr. Globke, ›etwas zurückgesteckt hat‹ und bemüht sein soll, einen sachlichen Prozessverlauf sicherzustellen.«[227]

Der BND verlangte von seinem V-Mann weiterhin Informationen über Strecker – suche der Mann weiter nach belastenden Dokumenten für »Prozesszwecke«, wie finanziere er seinen Lebensunterhalt u. ä.[228] –, doch keinem der beiden Prozessgegner stand der Sinn danach, den Streit auf die Spitze zu treiben. Beide, der Staatssekretär und der Student, steckten tatsächlich zurück. Da die Publikation einige kleinere Sachirrtümer enthielt

(unter anderem bei der berühmten »Kriegsverbrecherliste«[229]), einigten sich die Kontrahenten schließlich auf einen Vergleich: Der Verlag zog das Buch zurück und verzichtete auf eine Neuauflage.[230] Kurt Weiß wusste, dass Rütten & Loening »aus dem Prozess heraus« wollte, da »er für den gesamten Verlagskonzern (Bertelsmann) Schwierigkeiten befürchtet bzw. weil ihm wohl schon Repressalien angedroht worden sind«. Er strebe einen Vergleich mit dem Kanzleramtschef an, der es beiden Seiten ermögliche, »die Sache mit Anstand einschlafen zu lassen«.[231] Noch drei Jahre nach der Veröffentlichung der Anti-Globke-Dokumentation erinnerte Kurt Weiß den BND-Präsidenten stolz an die eigenen Versuche, den Berliner Studenten mit Wissen des Kanzleramts »zu neutralisieren« und ihn von seinen Ausstellungen und Veröffentlichungen abzubringen.[232]

Die Auseinandersetzung zwischen David und Goliath, die diesmal in einer Art Unentschieden endete, bescherte der umstrittenen Schrift einige Aufmerksamkeit und Reinhard Strecker großen Ruhm bei seinen Mitstreitern, wie Mansfeld brühwarm nach Pullach meldete. Der Prozess habe ihm »eine große Publizität verschafft, und zwar bei Leuten, die alle Interesse daran haben, den Kläger aufs Kreuz zu legen«, erfuhr der BND. »Strecker braucht z. B. – V-41001 hat die Korrespondenz gesehen – nur ein Archiv anzuschreiben bzw. das Yotwaschem (phonetisch) oder die Wiener Library, London, und bekommt exakte Aktenauszüge, Dokumente usw. geliefert. Es sind sehr viele Leute daran interessiert, Strecker in jeder Beziehung zu unterstützen […] Bei der Auswahl der Dokumente ist er außerordentlich sorgfältig. Er würde jederzeit eine Fälschung, die ihm untergeschoben würde, von einem Original erkennen [sic!].«

Eine Finanzierung durch die DDR halte Mansfeld weiterhin für ausgeschlossen, fuhr der Bericht fort. »Er kennt Streckers Lebensstandard, seine Frau und weiß, wie er lebt«, wurde es nun immer persönlicher: »Die Frau macht kunstgewerblichen Schmuck, Strecker selbst verdient sich mit kleinen Artikeln Geld und ist hoch verschuldet. Da 41001 ihn einsetzt zum Ankauf von antiquarischen Büchern, die in den verschiedenen Geschäften nicht mehr als Beträge von 30 DM bis 80 DM ausmachen und die er niemals selbst bezahlen kann, hat 41001 eine ungefähre Vorstellung von dem Bargeld, über das er jeweils verfügt.« Student sei er allerdings nicht mehr, weil er wegen des Globke-Buches ein Semester ausgesetzt und die Neuanmeldung verpasst habe. »Er selbst sagt dazu, dass er auch keinen

Wert auf die Immatrikulation gelegt hat, weil er das Buch über Globke vorbereitete und das Geld brauchte. Er wird zur Zeit mit etwa 450 DM vom Verlag Rütten & Loening unterhalten.« Studenten-Ehepaare mieteten sich in West-Berlin gewöhnlich gemeinsam 5–6-Zimmer-Wohnungen, die dort günstig zu haben seien, bezahlten gemeinsam die Miete, die restlichen Zimmer vermieteten sie weiter. So blieben ihre Lebenshaltungskosten gering, auch die der Familie des berühmt gewordenen Globke-Gegners.[233] Mittlerweile beugte sich in Jerusalem Adolf Eichmann über die Dokumentation des Berliner Studenten.[234]

Nach seinen Auseinandersetzungen mit dem Chef des Bundeskanzleramts setzte sich Reinhard Strecker intensiv für politisch Verfolgte in der DDR ein. Sein Kontakt zu Mansfeld, der im Frühjahr 1962 nach Spanien übersiedelte und zuletzt ein Fixum von 500 DM erhalten hatte,[235] riss ab. Der ehemalige V-Mann 41001, ein scharfer Kritiker Adenauers, sei »Trinker« geworden, »scheine nicht völlig normal« zu sein[236] und arbeite an einem Buch über das Auswärtige Amt, verzeichneten die Unterlagen des BND zwei Jahre später. Sein Schlüsselroman »Bonn, Koblenzer Straße« erschien 1967 im Kurt Desch Verlag. Zwölf Jahre später verstarb Eckart Heinze alias Michael Mansfeld alias Michael Frauendorfer in Rosenheim in Oberbayern.

Was Reinhard Strecker angeht, so nahm der BND noch während dessen Rechtsstreits mit Globke über Mittelsmänner Kontakt zu ihm auf. Der Strategische Dienst, der ihn als V-39663 (»Stürmer«) registrieren ließ, versuchte ihn wegen seiner vielfältigen Kontakte in den Ostblock ab Frühjahr 1962 für die Gegenspionage einzuspannen. Strecker berichtete anfangs auch manches, was in Pullach auf Interesse stieß, doch eine konspirative Zusammenarbeit entwickelte sich daraus nicht.[237] Im Gegenteil, es kam der Verdacht auf, Strecker stehe in Wirklichkeit vielleicht doch im Sold eines östlichen Nachrichtendienstes. Weiß meldete Gehlen noch 1965, »Stürmer« werde unter dem Gesichtspunkt der Gegenspionage beobachtet. Erkenntnisse habe das zwar nicht erbracht, doch da seine Reisen und sonstigen Initiativen viel Geld kosteten, sei »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass Strecker gesteuert wird«. Er sei vermutlich ein Instrument östlicher Geheimdienste »im Rahmen der ständigen Diffamierungskampagnen gegen die Bundesrepublik«.[238] Weiß mochte nicht an einen eigenständigen Willen zur Auseinandersetzung mit

den in Westdeutschland weiter amtierenden NS-Funktionseliten glauben, die nicht von der SED inspiriert war und sich nicht von den kommunistischen Kampagnen missbrauchen ließ. Erst nach dem Ausscheiden Gehlens und der beginnenden Entmachtung »Wintersteins«,[239] als die Verbindung zu Strecker längst eingeschlafen war, wurde intern Klarheit geschaffen. Eine Notiz für Präsident Wessel hielt fest: »Auch auf Anregung des damaligen Ministerialdirektors Dr. Mercker vom BK beobachtete der Dienst die Aktivitäten des Strecker – soweit sich aus den Unterlagen feststellen lässt über den Journalisten Vogel – mit dem Ziel festzustellen, ob eine östliche Steuerung erkennbar würde. Dies ist jedoch zu keinem Zeitpunkt deutlich geworden.«[240]

Hans Globke verteidigte seine berufliche Vergangenheit vor 1945 immer mit größter Intensität, nicht nur in Zivilprozessen, Interviews, persönlichen Schreiben und sonstigen Richtigstellungen, sondern er entwickelte auch schon früh die Gewohnheit, Verfassungsschutz oder BND nachforschen zu lassen, welchen persönlichen Hintergrund seine Kritiker hatten und welche Beweggründe sie leiteten. Das betraf nicht nur entschiedene Aktivisten wie Reinhard Strecker, sondern auch Persönlichkeiten, die lediglich als Staatsbürger gegen diesen Staatssekretär protestierten und gar nicht die Absicht hatten, an die Öffentlichkeit zu treten.

So hatte etwa ein Mann namens Hanns J. Wiechers bereits Anfang 1960 ein persönliches Schreiben an den Chef des Bundeskanzleramts gerichtet und darin festgestellt: Da die Zeitungen bislang noch keine Notiz gebracht hätten, »dass Sie Ihr Amt als Staatssekretär zur Verfügung gestellt haben, muss auch ich annehmen, dass es Ihnen nicht nur an Charakter mangelt, sondern auch heute noch der alte Satz (leider!) Gültigkeit hat: Die Kleinen werden gehängt, während die Großen (zu denen man Sie wohl zählen darf!) hohe Staatsämter einnehmen. Es scheint darum, dass Ihnen jegliches Gefühl für Anstand und Moralempfinden abgeht. Genau wie dem Ex-Nazi und Bundesminister (welch’ ein Witz!) Oberländer. Und weil Sie es nicht können, schäme ich mich für Sie. Und ich schäme mich, ein Deutscher zu sein. Treten Sie ab, Herr Globke. Verschwinden Sie von der politischen Bühne, die mit Leuten Ihres Schlages sich selbst beschmutzt.«[241] Umgehend setzte der Kanzleramtschef den BND (und wohl auch den Verfassungsschutz) in Bewegung.

Einige Wochen später lag das Ermittlungsergebnis zu dem Briefschreiber vor – Adresse, beruflicher Werdegang, wirtschaftliche Lage. Wiechers lebe »in glücklichen und geordneten Eheverhältnissen. Seine Ehefrau wird als ordentliche und saubere Hausfrau beurteilt«, hieß es. »W. arbeitet meistens auf seiner Schreibmaschine in seiner Wohnung und hauptsächlich in den späten Abendstunden […] Mit seinem weißen Ford-Taunus unternimmt er selten für ein oder zwei Tage Fahrten nach außerhalb«, so weiter. »Über die politische Einstellung und evtl. Parteizugehörigkeit wurden keine Erkenntnisse gewonnen. W. wird als freundlicher, gefälliger und solider Mensch beurteilt.«[242] Wenige Tage später erfuhr man in Bonn, Wiechers habe in Hannover bei Rudolf Augstein volontiert und mache inzwischen hauptsächlich Film-Reportage, über Brigitte Bardot zum Beispiel. »Wiechers kennt viele prominente Persönlichkeiten im In- und Ausland. Er wird als liebenswürdig, sehr clever und sehr sympathisch mit viel Sinn für Hintergrund und gutem Auftreten bezeichnet«; man werde unaufgefordert weiter berichten.[243] Aus der geplanten Anzeige gegen den Globke-Kritiker wurde dann nichts, weil Ministerialdirektor Mercker diese Recherchen erst nach Rückkehr aus seinem Urlaub zur Kenntnis nahm und die Frist für einen Strafantrag gegen Wiechers bereits abgelaufen war;[244] ihm wäre man damit wohl auch nicht so einfach beigekommen, meinte er.

Ein anderer empörter Bürger, um ein zweites Beispiel zu nehmen, war der Sozialgerichtsrat Erwin Hohmann aus Dortmund, der den Bundespräsidenten, den Bundestagspräsidenten und auch die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag mit Protestschreiben bedacht hatte. »Er wendet sich darin«, wie Gehlen von seinem Bonner Vertreter gemeldet wurde, »hauptsächlich gegen Dr. Adenauer und Dr. Globke und bezieht sich dabei weitgehend auf das Buch von Strecker über Globke (bei 181 [Winterstein] bekannt).« Der BND werde um Mitteilung gebeten, »ob über Hohmann etwas bekannt ist«; das übliche Verfahren also.[245] Dem Bundespräsidenten schrieb Hohmann, der CDU-Vorsitzende dürfe nicht noch einmal Kanzler werden, weil er die von Heinrich Lübke jüngst so betonten moralischen Grundlagen der praktischen Politik verletzt habe: »Dr. Adenauer hat den Dr. Globke, der als Ministerialrat im Reichsinnenministerium an der Verfolgung der Juden mitgewirkt hat, geschützt und gefördert; damit ist der Tatbestand der strafbaren Begünstigung erfüllt.«

Der Bundestagspräsident, den Hohmann sich als nächsten Bundeskanzler wünschte, war mit mehreren Schreibmaschinenseiten bedacht worden. Er erinnerte Gerstenmaier daran, dass er die Veröffentlichung des Buches von Poliakov und Wulf, das auch belastende Dokumente über Globke enthalte, kürzlich als »dringend notwendig« bezeichnet habe. Nach dem Strecker-Buch könne man den Tag absehen, »an dem die öffentliche Meinung die Bundesregierung zwingen wird, den Mann, der für das Amt des ersten deutschen Beamten keine moralische Qualifikation mitbrachte, mit Schimpf und Schande dieses Amtes wieder zu entsetzen«. Er zitierte Passagen aus dem Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen und nannte zwei Beispiele »aus der Trostlosigkeit und dem Elend, die Dr. Globkes Arbeit über Juden und Judenfreunde brachte«. Man hätte den Mann wie Tausende andere irgendwo in der Bundesverwaltung unterbringen können, aber doch nicht im Kanzleramt! »Später, als der Ex-Antisemit immer stärker in das innen- und außenpolitische Getriebe der Bundesrepublik hineinwuchs und an Macht und Einfluss gewann, war die Ausbootung nur noch mit einer erheblichen Einbuße an Ansehen der Bundesrepublik möglich.«

Inzwischen sei man so weit, dass der Kanzler Ehrenerklärungen für seinen Staatssekretär abgeben müsse. Das passe nicht zu seinem feierlichen Gelöbnis, »das den Juden angetane Unrecht wieder gut zu machen«. Nur wenn man die Geldleistungen der Bundesrepublik als Erfüllung dieser Verpflichtung ansehe, könne man der Ansicht sein, das Versprechen sei inzwischen eingelöst. Außer dass es die wenig verwunderliche »Dünnhäutigkeit«[246] des Kritisierten, der Adenauer wiederholt seinen Rückzug angeboten hatte, befördert haben dürfte, bewirkte das Schreiben des Dortmunder Sozialgerichtsrats nichts. Der Fall Globke war wegen der Angriffe aus dem Ostblock und der weitreichenden Spekulationen während des laufenden Eichmann-Prozesses längst zu einem innen- und außenpolitischen Prestigefall par excellence geworden. Der Staatssekretär hatte mit dem Bundeskanzler bis zuletzt auf seinem Posten auszuharren.

Nach der Verhaftung des KGB-Agenten Heinz Felfe im November 1961, bei dem die Vorab-Meldungen von Günter Hofé mit sämtlichen Details über die geplanten DDR-Kampagnen eingelaufen waren, versiegte diese bedeutende Quelle abrupt. Das verkürzte zwar die Reaktionszeit der Bundesregierung, änderte aber nichts daran, dass sie die SED-Propaganda auch weiterhin nehmen musste wie sie kam – auch den Schauprozess gegen

Hans Globke vor dem Obersten Gericht der DDR im Sommer 1963. Im Kanzleramt bestehe »größtes Interesse an Entlastungsmaterial für Globus«, notierte Kurt Weiß.[247] Das von Ost-Berlin angekündigte Verfahren solle »durch geeignete Veröffentlichungen als Diffamierungsaktion wirkungslos gemacht werden«. Dafür sei die Zusammenarbeit mit dem Intendanten des Deutschlandfunks, Starke, einer langjährigen Sonderverbindung (»Dr. Stolze«),[248] zu intensivieren. Bedeutung erlangte das alles nicht mehr. Der Bundeskanzler und sein Staatssekretär waren dabei, das Palais Schaumburg zu verlassen.

Die Idee, den westdeutschen Kanzleramtschef auf die Anklagebank zu setzen, entsprang einer »Kopfgeburt«[249] Albert Nordens in Erinnerung an das spektakuläre Oberländer-Verfahren.[250] Es war explizit als »Fortsetzung des Eichmann-Prozesses« gedacht, der die Erwartungen der DDR nicht erfüllte. Norden hatte Globke bereits Jahre zuvor in die Nähe des Organisators der Deportationen gerückt und ihn in Pressekonferenzen und Broschüren (»Globke und die Ausrottung der Juden«[251]) zu einem Hauptverantwortlichen der Judenvernichtung erklärt.[252] Nun drängte die Zeit. »Da gewiss ist«, so das Protokoll der Politbürositzung einige Monate vor Verfahrenseröffnung, »dass Globke im Herbst 1963 in den Ruhestand tritt, erweist sich der Prozess auch aus diesem Grunde als zweckmäßig und notwendig, damit sein Rücktritt noch deutlicher als Auswirkung der von der DDR geführten Kampagnen in Erscheinung tritt.«[253] Gegen keinen NS-Belasteten in der Bundesrepublik hatte die SED mehr Material aufgehäuft als gegen Adenauers engsten Vertrauten.[254] Entsprechend aufwändig fiel die Inszenierung aus, in die sich Walter Ulbricht persönlich einschaltete, entsprechend spektakulär die mit einem Haftbefehl verknüpfte Anklage, »gemeinschaftlich mit anderen fortgesetzt handelnd Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen begangen zu haben und dadurch an der Vernichtung ganzer Völkergruppen und von Millionen Menschen mitgewirkt zu haben«.[255] Das Ende Juli 1963 in Abwesenheit gefällte Urteil lautete wie erwartet: lebenslanges Zuchthaus. Seine politische Wirkung verpuffte. Die Symbolfigur Hans Globke, an der sich so viele in Ost und West abgearbeitet hatten, war nun Ruheständler.

3. Eichmann in Pullach

Vorbemerkung: Die beiden folgenden Abschnitte beschreiben die Beteiligung des BND an der Beobachtung des Strafprozesses gegen Adolf Eichmann und seiner Begleitumstände zwischen Mai 1960 und Mai 1962. Dank des uneingeschränkten Zugangs zu den Unterlagen des Dienstes klären sie insbesondere die bislang nicht beantworteten Fragen nach den Methoden und dem Ertrag der nachrichtendienstlichen Ausforschung der in den Händen von Rechtsanwalt Dr. Robert Servatius liegenden Verteidigung des NS-Verbrechers. Die Veröffentlichung der Kernsubstanz meiner Forschungsergebnisse zum Eichmann-Prozess stößt derzeit allerdings auf unübersteigbare rechtliche Hindernisse. Daher mussten umfangreiche Schwärzungen im Text hingenommen werden – die einzigen in meiner Darstellung der politischen Inlandsspionage des BND in den ersten Nachkriegsjahrzehnten.

Die bedauerlichen Anonymisierungen waren unabweisbar, weil die gesetzlichen Normen und die höchstrichterliche Rechtsprechung der letzten Jahre die Offenlegung von Nachrichtendienstlichen Verbindungen (NDV) aus Gründen des Staatswohls und der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Nachrichtendienste zu Lebzeiten und unter bestimmten Umständen bis zu 30 Jahre nach ihrem Tod ausschließt. Dagegen war mit der frühzeitig an das Bundeskanzleramt und den BND gerichteten Forderung nichts auszurichten, die historisch-politische Bedeutung des Falles Eichmann verlange die sofortige Offenlegung sämtlicher aus den einschlägigen Unterlagen zu ersehenden Sachverhalte.[256] *Auf das in den Vereinbarungen zwischen der Unabhängigen Historikerkommission und dem BND vorgesehene Schiedsverfahren für strittige Fälle wurde verzichtet, da es sich bei der Auseinandersetzung über die Offenlegung der seinerzeitigen NDVen nicht um eine Ermessensfrage handelte, sondern um eine abschließend entschiedene Rechtsfrage zur Handhabung der Vertraulichkeitszusage gegenüber Informanten der Nachrichtendienste.*[257]

Mit der Anonymisierung der zentralen Details bei der nachrichtendienstlichen Ausspähung der Eichmann-Verteidigung bleibt die

damalige Quellenlage des BND einstweilen im Dunkeln. Die Rechtsprechung erkennt allerdings an, dass in Ausnahmefällen ein besonderes Offenbarungsinteresse gegeben sein kann und daher die vorzeitige Bekanntgabe der Identität einer NDV vor Ablauf der gewöhnlichen Frist von 30 Jahren nach deren Versterben zulässig ist. Auf den Fall Eichmann trifft das zweifellos zu. So hat das Bemühen um die Aufhebung der nachfolgenden Anonymisierungen denn auch ergeben, dass das Bundeskanzleramt und der BND die Dringlichkeit anerkennen, die in Rede stehenden Dokumente offenzulegen. Die entsprechende Zusicherung des Dienstes lautet: »Die Schwärzungen einzelner Textstellen und -passagen sind aus rechtlichen Gründen notwendig und werden bei Wegfall dieser Gründe aufgehoben.«[258] *Sobald das eintritt, werde ich die nachfolgenden Abschnitte umgehend ohne die jetzt noch bestehenden Schwärzungen publizieren.*

Tonbänder, Transkripte, V-Leute

In ihrem Werk »Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders« führt Bettina Stangneth die historische Rolle und den mehrfachen Rollenwechsel des ehemaligen SS-Obersturmbannführers nach 1945 anschaulich vor Augen.[259] Der Anteil Adolf Eichmanns an der Ermordung der europäischen Juden, seine Ergreifung in Argentinien am 11. Mai 1960, sein Verhalten in der Haft und während seines Prozesses, die Wirkung des Gerichtsverfahrens im nachnationalsozialistischen Deutschland, erst recht die Kontroverse um Hannah Arendts berühmte Schrift »Eichmann in Jerusalem« – das alles ist mittlerweile gründlich analysiert, wieder und wieder diskutiert worden. Der Streit um die Herausgabe der BND-Unterlagen zu Eichmann beschäftigte die Gerichte, das Parlament und die Öffentlichkeit noch während der Niederschrift dieses Kapitels.[260] Diese Dinge berühren wir im Folgenden jedoch nur dann, wenn es für das Verständnis der Rolle des Bundesnachrichtendienstes in dem Eichmann-Komplex unabdinglich ist.

Der BND zog in engstem Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt sämtliche Register, um den Vorlauf, den Verlauf und die sonstigen Begleitumstände des Jerusalemer Verfahrens so gründlich wie möglich aufzuklären und nach Möglichkeit auch zu beeinflussen. Diese, wie sich zeigen wird, sehr erfolgreiche Operation der Vergangenheitsabwehr bekam ihren eminent politischen Charakter nicht nur wegen der Gefahren, die dem Ansehen der jungen Bundesrepublik in der Welt durch unwillkommene Enthüllungen drohten. Der ehemalige Referatsleiter für Judenangelegenheiten im Reichssicherheitshauptamt hatte, so schreibt Stangneth, »in so viele Bereiche des politischen und wirtschaftlichen Lebens geblickt, dass nicht nur NS-Verbrecher auf der Flucht beunruhigt sein mussten, sondern auch Vertreter von Wirtschaft und Industrie, Justiz und Medizin, Verwaltung und Diplomatischem Dienst«.[261]

Insbesondere Kanzleramtschef Hans Globke, im Reichsministerium des Innern an der rechtlichen Ausgestaltung der Judenverfolgung beteiligt, erschien durch mögliche Einlassungen des Angeklagten im historischen Zeugenstand unmittelbar gefährdet. Die seit einem Jahrzehnt prosperierende Symbiose des Staatssekretärs mit dem BND-Präsidenten

stand vor ihrer größten Bewährungsprobe. Kurt Weiß, Gehlens Generalmanager in der Spitze des Strategischen Dienstes, dirigierte nicht zum ersten Mal eine vergangenheitspolitische Abwehrmaßnahme,[262] doch nun wurde ein politisch-operatives Meisterstück zur Mindestanforderung für »Winterstein«. Dieser Erwartung zu entsprechen, war nicht ganz einfach, denn Adolf Eichmann saß in einem scharf bewachten israelischen Gefängnis ein. Seine Familie und seine Sympathisanten waren über Südamerika, den Nahen Osten und Europa verstreut. Sein Verteidiger Dr. Robert Servatius war seit dem Verfahren gegen Fritz Sauckel in Nürnberg und dem Braunschweiger Remer-Prozess 1952 ein prominenter Anwalt.[263] Die bald so genannte BND-Operation »Gleisdreieck« war also ein anspruchsvolles Unterfangen, keine Frage. Während die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen und israelischen Nachrichtendienst nur noch in Ansätzen rekonstruierbar ist und im Folgenden nur ab und an aufscheint, kann das Zusammenspiel zwischen Gehlen und Globke dank der reichhaltigen Unterlagen zu Eichmann in Pullach in allen Einzelheiten sichtbar gemacht werden – wegen der gesetzlichen Sperrbestimmungen besser: in fast allen Einzelheiten.

Wie alle Nachrichtendienste – nicht eingerechnet der israelische – war auch der BND von der Erklärung David Ben Gurions am 23. Mai 1960 überrascht worden, wonach sich Adolf Eichmann im Gewahrsam Israels befinde. Näheres wusste niemand. Bereits vier Tage nach der sensationellen Verlautbarung ging beim BND jedoch ein bemerkenswerter, an den »sehr geehrten Herrn Doktor« gerichteter Brief ein, der mit »Dr. Mantel« unterfertigt war.[264] Hinter dem Tarnnamen verbarg sich der Chefredakteur des traditionsreichen *Salzburger Volksblatts*, Dr. med. vet. Hans Menzel, Jahrgang 1903, der seit fünf Jahren als Informant für den BND arbeitete.[265] Das ehemalige Mitglied der illegalen österreichischen NSDAP gehörte zum Strategischen Dienst von Kurt Weiß und war selbstverständlich auch mit dem 39-jährigen geschäftstüchtigen »Nazi-Schwärmer«[266] Eberhard Fritsch bekannt, der in Buenos Aires die rechtsradikale Zeitschrift *Der Weg* herausgegeben hatte, an den exklusiven Eichmann-Interviews beteiligt gewesen war und seit 1958 in Salzburg lebte.

Sofort nach der Ergreifung Eichmanns habe er Besuch von einem Bekannten bekommen, teilte der prominente V-Mann in dem Schreiben mit (von dem freilich nicht mit Sicherheit zu sagen ist, ob es direkt an Gehlen

oder einen anderen »Doktor« in Pullach gerichtet war), »der mir, meiner Meinung nach, höchst interessante Dokumente anbot. Es handelt sich um Tonbänder mit den Erinnerungen Eichmanns an seine politische Tätigkeit als Judenliquidator«. Dieser Bekannte war niemand anderes als Fritsch. Außerdem, so fuhr V-22146 fort, existiere von diesen Aufnahmen eine Abschrift in Schreibmaschine, auf jeder Seite mit Eichmanns Unterschrift autorisiert. »Diese ›Beichte‹«, wie Menzel sie nannte, »wurde deshalb niedergelegt, weil Eichmann, der letzte der noch lebenden Experten in der Judenfrage, Entscheidende zu sagen hatte, was man gegenwärtig nicht weiß, und was gewusst werden muss, um gewisse maßlose Forderungen der Juden, Behauptungen jüdischer Politiker richtigzustellen.« Adolf Eichmann und sein Vertrauter hätten sich dabei von der Meinung leiten lassen, »dass es für die Zukunft des ganzen Deutschen Volkes nicht ohne Bedeutung sein kann, eine zweifellos auf sich geladene Schuld auf das richtige Maß zu bringen. Sehr geehrter Herr Doktor, ich glaube, dass es Bonn höchst wertvoll wäre, in den Besitz dieser Aufzeichnungen zu gelangen. Der mir bekannte Mann fordert dafür kein Geld (möglicherweise eine Bestätigung seiner lauteren Absichten).« Die Dokumente lägen im Ausland und müssten auf irgendeinem sicheren Weg geholt werden, hieß es noch. Auslagen für Auslandsferngespräche ergäben sich auch, die sein Gewährsmann nicht tragen wolle, im Übrigen jedoch keine Scheu habe, seinen Namen zu nennen, falls »die Sache weiterverfolgt« würde.

Aus diesem Brief erfuhr der BND zum ersten Mal und sehr früh von den legendären »Argentinien-Papieren«.[267] Der sich in Sicherheit wiegende, als »Ricardo Klement« unerkannt in Buenos Aires lebende NS-Verbrecher hatte sich vor Freunden und Gesinnungsgenossen, die den Judenmord eigentlich kleingeredet sehen wollten, mit seinem Vernichtungsfeldzug gebrüstet und dabei seinen ungebrochenen Glauben an die nationalsozialistische Sache bekräftigt. Dieser »Redeschwall«[268] von Ende der fünfziger Jahre hatte sich in einem umfänglichen Quellenkorpus niedergeschlagen, den Bettina Stangneth in seiner heillosen Zersplitterung mit bewundernswerter Eindringlichkeit rekonstruiert hat – etwa 1300 Seiten Transkripte, Handschriftliches sowie an die dreißig Stunden Tonbandmitschnitte, so sagt sie, »haben die Zeit und manches Versteckspiel überstanden«.

Im Mai 1960, als diese Materialien plötzlich unerhörte Brisanz erhielten, konnte das nur jemand wissen, der mit der Clique der ehemaligen Nationalsozialisten im argentinischen Exil[269] bestens vertraut war oder, wie Fritsch, ihr selbst angehörte. »Mantel« teilte es dem BND in seinem Schreiben nicht mit, ihm dürfte aber geläufig gewesen sein, dass Fritschs ehemaliger Chefredakteur Willem Sassen, ein niederländischer Freiwilliger der Waffen-SS und begnadeter Kriegspropagandist, bei Familie Eichmann ein- und ausgegangen war, die Erinnerungen des befreundeten SS-Obersturmbannführers aufgezeichnet hatte und nun das Geschäft seines Lebens witterte. Noch wusste niemand, wieviel Sprengstoff in diesem ausladenden, vor Genugtuung über die Judenvernichtung strotzenden Rechenschaftsbericht steckte, den Eichmann in Jerusalem dann recht erfolgreich als ein absolut unauthentisches Sammelsurium von Dichtung und Wahrheit hinzustellen versuchte. Das Interesse des BND richtete sich freilich nicht so sehr auf die Genese des Judenmords als darauf, welche Namen noch lebender und womöglich in maßgeblicher Position der Bundesrepublik wirkender Persönlichkeiten in dem Argentinien-Konvolut auftauchten.

Der »Deutsche Freiheitssender 904« (der verdeckte Propagandafunk der DDR) legte Ende Mai kräftig vor: »Gehlen-Organisation soll Prozess gegen Eichmann verhindern«, wurde behauptet, um »mit allen Mitteln« auszuschließen, »dass der Judenmörder Eichmann bei einem öffentlichen Prozess in Israel Aussagen macht und seine Mitschuldigen nennt«. Es existiere eine von Reinhard Gehlen und Hans Globke gemeinsam ausgearbeitete Direktive, unbedingt zu verhindern, dass das Verfahren stattfinde, »gegebenenfalls muss Eichmann vor Prozessbeginn im Gefängnis sterben, wenn möglich in Form eines vorgetäuschten Selbstmordes«. Von Bonn werde Druck ausgeübt, damit der Massenmörder in die Bundesrepublik überstellt werde. Der deutsche Botschafter habe in Washington inzwischen darauf hingewiesen, »dass nicht nur das Prestige der Bundesrepublik, sondern die Politik der gesamten Nato-Organisation tödlich getroffen werden könnte, wenn Eichmann die Führungsgruppe der Bonner Politik als Mitschuldige an den Massenmorden des Hitler-Regimes nennt«. Damit nicht genug, Globke habe dem BND sogar »beliebige Geldmittel aus dem Sonderfonds des Bundeskanzleramts für die Erfüllung dieses Mordauftrages zugesichert«.[270] Einen wahren Kern hatte diese

Räuberpistole: Die Unsicherheit und die Unruhe darüber, welche Kollateralschäden der Prozess mit sich bringen würde, war tatsächlich kolossal. Der *Spiegel* berichtete in seiner wohlinformierten Titelgeschichte »Der Endlöser«, Adolf Eichmann habe bereits angekündigt, »er werde bei seinen Aussagen ›höchste Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb der Bonner Regierung nicht schonen‹«.[271]

Während die DDR in ihrem Propagandakrieg gegen die Bundesrepublik immer neue Salven abfeuerte,[272] Ost-Berliner Studenten in der Humboldt-Universität bereits einschlägige Großveranstaltungen arrangierten, gab Kurt Weiß, der ebenso gut wie Gehlen wusste, was auf dem Spiele stand, die Weisung, dass der Fall Eichmann ab sofort »ausschließlich« von ihm bearbeitet werde.[273] Anfang Juni unterrichtete »Winterstein« die Leitung erstmals über den aktuellen Kenntnisstand des BND.[274] Zuverlässige Einzelheiten über die Entführung des Deportationsmanagers seien noch nicht bekannt, schrieb Weiß, doch immerhin so viel, dass Israel die Aburteilung Eichmanns »ohne eine Zusammenarbeit mit ausländischen Stellen vornehmen« werde und eine Auslieferung nach dem Urteilsspruch schon wegen der gegebenen Gesetzeslage »außer jeder Diskussion« sei: »Nach zuverlässigen Meldungen von Ende Mai 60 wird in Israel mit einer offiziellen Demarche der Bundesregierung nicht gerechnet.« Desgleichen werde nicht erwartet, dass Bonn »eine offizielle Anfrage nach den Hintergründen der Ergreifung Eichmanns stellt«; sie würde auch gewiss nicht beantwortet.

Von überall her kamen jetzt Schreckensmeldungen und nicht zu verifizierende Nachrichten. Ein V-Mann teilte beispielsweise mit, vor seiner Flucht nach Argentinien habe Eichmann »Unterlagen über die ›Endlösung der Judenfrage‹« sichergestellt, um sie zu gegebener Zeit vorlegen zu können: »Die Dokumente sollen nicht nur Aufschluss über die genauen Zahlen der vernichteten Juden, sondern auch viele Einzelheiten über die Zusammenhänge geben.«[275] Eine französische Quelle meldete, Eichmann solle bei seinen Vernehmungen »Enthüllungen über die Vergangenheit mehrerer deutscher Diplomaten angeboten haben«, darunter Herbert Blankenhorn, Otto Bräutigam, Wilhelm Grewe, Herwarth von Bittenfeld und Manfred Klaiber.[276] Günther Heysing, Pullachs Horchposten in der Medienlandschaft,[277] rief in der Zentrale an und meinte, er halte die Eichmann-Sache für »sehr wichtig und glaubt, dass ›eine Lawine‹ auf uns

zukäme«.[278] Kurt Weiß gab seinen Leuten die naheliegende Anweisung: »Bitte alles zu Eichmann sorgfältig sammeln – wir brauchen das noch.«[279]

Derweil rauschte es im Wald der internationalen Blätter gewaltig. Über Monate hinweg wurden alle erdenklichen Aspekte des Sensationsfalles thematisiert.[280] Der *Daily Herald* gab sofort nach der Erklärung Ben Gurions zu bedenken, eigentlich sei das Kidnapping des SS-Offiziers ein Bruch des internationalen Rechts. Der *Daily Telegraph* fragte, »ob es nicht besser wäre, wenn er von anderen verurteilt würde als von seinen Opfern«. Wäre der Gerechtigkeit mit seiner Auslieferung an Westdeutschland oder wenigstens an ein neutrales Gericht nicht besser gedient? *The Times* vertrat die gegenteilige Ansicht: Ein Prozess in Israel sei nicht nur rechtlich möglich, sondern, da es um Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehe, auch moralisch vertretbar. Natürlich kamen neben abenteuerlichen Theorien auch allerlei abwegige Mutmaßungen über die Entführung zur Sprache. »Winterstein« fasste daher einen Monat nach der Meldung aus Jerusalem den aktuellen Kenntnisstand des BND für das Kanzleramt zusammen.[281]

Stichwortartig kam Kurt Weiß dabei zunächst auf Eichmanns Flucht aus Deutschland und sein Leben in Argentinien sowie auf die Eckdaten seiner Ergreifung und Entführung zu sprechen. Der Beschuldigte habe erklärt, er wolle mit den Untersuchungsbehörden zusammenarbeiten, »um seine Rolle im Zweiten Weltkrieg klarzustellen«. Der Prozess werde in Israel stattfinden: »Über die bisherigen Aussagen Eichmanns konnten noch keine zuverlässigen Einzelheiten in Erfahrung gebracht werden. Nach unbestätigten Informationen soll Eichmann – offenbar in der Absicht, sich selbst zu entlasten – angebliche Mitwisser und frühere Mitarbeiter, die in der Bundesrepublik leben, namentlich genannt haben.« Danach erörterte Weiß kurz Rechtsfragen und wies noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass von israelischer Seite »keine Demarche der Bundesregierung in irgendeiner Form in der Angelegenheit erwartet wird«. Dieser erste Überblick ging kaum über das hinaus, was allgemein bekannt war. Von der angestrebten Beschaffung des mutmaßlich besonders brisanten argentinischen Rechenschaftsberichts dagegen waren noch keine Erfolge zu vermelden.

Immerhin berichtete Eberhard Fritsch, der den BND über V-22146, Hans Menzel, schon Ende Mai auf die umfangreiche Hinterlassenschaft hingewiesen hatte, dem Chefredakteur des *Salzburger Volksblatts* nun noch

von einer Vollmacht Eichmanns, die ihm vorgelegen habe: »Im Falle meines Ablebens oder im Falle des Entzugs meiner Freiheit«, so sei darin festgelegt, »sollen die von mir hinterlassenen Aufzeichnungen und die Tonbänder in dem mit meinem Bevollmächtigten besprochenen Sinne ausgewertet werden.« Der Informant, so Weiß, der »zum Kreis der in Argentinien ansässigen ehemaligen Nationalsozialisten« gehöre und bereits einen noch nicht identifizierten westdeutschen Rechtsanwalt zur Wahrnehmung von Eichmanns Interessen gewonnen habe, spreche von 3000 Seiten; ein zweiter inzwischen eingeschalteter Anwalt sei der in Linz wohnhafte Bruder Eichmanns: »Das Material soll sich bereits auf dem Wege nach Europa befinden.« Fritsch, der in der BND-Meldung nicht namentlich genannt wurde, sei »in den letzten Tagen noch vorsichtiger geworden, da er sich berechtigterweise für sehr gefährdet hält, wenn sich das Material in seinen Händen befindet. Er ist nach wie vor daran interessiert, dass das Material in die richtigen Hände in der Bundesrepublik gelangt.« Man werde sich bemühen, das Material nach Eingang zu fotokopieren bzw. die Tonbänder zu überspielen, schloss die Mitteilung, man wisse aber nicht, ob das tatsächlich gelingen werde. Es gelang nicht.

Zwar konnte die Dienststelle von Adolf Wicht »Winterstein« Ende Juni mitteilen, das angekündigte Material sei in Europa eingetroffen, doch trete jetzt ein »zweiter Bevollmächtigter« auf, der nun gemeinsam mit dem ersten »das Material der Öffentlichkeit zugänglich machen soll und bereit ist, dieses Material für nicht weniger als 100 000 DM zu verkaufen. Der Erlös soll ausschließlich für anfallende Prozesskosten verwendet werden.« Man habe den zweiten Bevollmächtigten – Willem Sassen, der mittlerweile in Europa unterwegs war[282] – allerdings wissen lassen, unter solchen Voraussetzungen bestehe »kein Interesse mehr an den Unterlagen«.[283] Kurt Weiß war damit ganz und gar nicht einverstanden und schrieb auf die Meldung: »Keine gute Lösung! Wo bleibt das Rohmaterial?« Also versprach die Dienststelle 522 zu versuchen, doch noch an die Unterlagen zu gelangen, »zumindest festzustellen, ob belastendes Material dabei ist«. Genau darum ging es dem BND und dem Kanzleramt in erster Linie: ob die kursierenden Unterlagen Eichmanns oder der Angeklagte dann vor Gericht in der Lage waren, herausgehobene Persönlichkeiten der Bundesrepublik zu belasten oder nicht.

Der Strategische Dienst des BND kam bei den »Argentinien-Papieren« zunächst also nicht ins Geschäft. Das Rennen machten zwei bedeutende Magazine, *Life* in den USA und der *Stern* in Deutschland. Der BND hatte nicht verhindern können, dass beide Vertragsabschlüsse ohne seine Beteiligung zustande kamen: Willem Sassen, der »neben dem Mann mit der Nase für schnellen Profit auch immer noch der überzeugte Nationalsozialist und Antisemit« war und glaubte, mit diesen Papieren den Prozess im Sinne des Angeklagten beeinflussen zu können,[284] verkaufte eine Auswahl der sensationellen Bekenntnisse in Absprache mit Eichmanns Ehefrau Anfang Juni für 15 000 Dollar an den *Time*/*Life*-Konzern.[285] Anschließend reiste Sassen (über den der BND schon vor seiner plötzlichen Bedeutung in etwa orientiert war[286]) nach Deutschland und überließ *Stern*-Chefredakteur Henri Nannen, den er aus gemeinsamer Zeit bei der SS-Propagandaeinheit »Kurt Eggers« kannte, gegen gutes Geld einiges aus seinem Fundus.[287] Bereits Ende Juni startete die Hamburger Illustrierte die unerhört kundige vierteilige Artikelserie »Eichmanns letzte Spur entdeckt«,[288] die Günther Heysing dem Strategischen Dienst vorab angekündigt hatte.[289] Willem Sassen wurde offenbar erst allmählich klar, dass er seinem Freund und Interview-Partner mit der Veröffentlichung von dessen prahlerischen Einlassungen zu seinen historischen Leistungen bei der Judenvernichtung einen maximalen Bärendienst erwies. Pullach war zu diesem Zeitpunkt über die Zusammenhänge noch nicht recht im Bilde, jedenfalls deutlich schlechter informiert als die beiden Hamburger Nachrichtenmagazine; noch forschte der BND nach dem Namen des *Stern*-Autors.[290]

In diesem ersten Monat nach der Ergreifung Eichmanns formierten sich in diesem historisch-politischen und juristisch-publizistischen Großereignis zwei wesentliche Spieler: zum einen die Bundesregierung mit ihrem Auslandsnachrichtendienst; zum anderen die manchmal offen und meist verdeckt agierenden juristischen und politischen Verteidiger Adolf Eichmanns. Die interministerielle Koordinierungsrunde für Psychologische Kampfführung in Bonn setzte den Eichmann-Prozess ebenfalls auf ihre Tagesordnung und stellte fest, die SED-Presse mache den Versuch, »möglichst namhafte westdeutsche Persönlichkeiten mit dem Komplex Eichmann in Verbindung zu bringen«.[291] Albert Norden nannte den Chef des Bundeskanzleramts auch bereits den »Eichmann von Bonn«.[292] Ein israelisches Blatt forderte, den »Nazi criminal« Hans Globke zu entlassen

und vor Gericht zu stellen.[293] Der jüngst von seinem Ministeramt zurückgetretene Oberländer hielt es nach einer entsprechenden Provokation des »Freiheitssenders 904«[294] gar für erforderlich, Adenauer und Globke sofort im Detail darzulegen, dass er bei seinen Argentinien-Besuchen Jahre zuvor nicht mit Adolf Eichmann zusammengetroffen sei.[295]

Unter Vorsitz des Bundeskanzleramts erörterte die Koordinierungsrunde der Bundesregierung, in der auch der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und BND-Vizepräsident Hans-Heinrich Worgitzky saßen, dann »die zu erwartenden Auswirkungen des Falles Eichmann«. Man dürfe sich hier nicht auf die Defensive beschränken, befand das ad hoc eingerichtete Gremium, sondern müsse offensiv werden, was nicht ganz leicht sei, da »zweifellos hochstehende Persönlichkeiten angegriffen« würden. Außerdem sollten angesichts der Besorgnis von Innenminister Gerhard Schröder »wegen zu erwartender Angriffe gegen seine Person« alle Unterlagen gesichtet werden, die Auskunft über die Zeit von 1945 bis 1952 geben konnten, als Eichmann sich noch in Deutschland und Österreich aufgehalten habe. Das Rechercheergebnis solle »jedoch nicht veröffentlicht werden (nur zur eigenen Sicherung!)«.[296] Das Bundeskabinett befasste sich wohl nur einmal mit Eichmann, als es einige Monate später zur Kenntnis nahm, dass auf Vorschlag des Auswärtigen Amts ein offizieller Beobachter nach Jerusalem entsandt würde, »der das moralische Interesse der Bundesregierung bekunden und den politischen Ablauf des Prozesses beobachten« solle.[297]

Der im BND von den übrigen Diensteinheiten abgeschottete Strategische Dienst arbeitete inzwischen in zwei eng miteinander verschränkte Richtungen: Zum einen versuchten Kurt Weiß und seine Mitarbeiter Einblick in die privaten und geschäftlichen Beziehungen von Eichmanns Verwandtschaft und in die Unterstützer-Szene des Angeklagten zu gewinnen.

[redacted]

Zum Umgang mit den freimütigen Einlassungen Adolf Eichmanns während seiner argentinischen Jahre ist zu sagen, dass, als Willem Sassen damit auf eigene Faust erste Geschäfte und entsprechend Sensation gemacht hatte, sich sofort die Frage nach den geldwerten Verfügungsrechten über dieses lukrative Material stellte. Dafür interessierten sich seine Frau Vera in Argentinien, seine Brüder in Österreich und seine politischen Sympathisanten genauso wie sein Verteidiger Servatius und der BND. Es dauerte ein wenig, bis der Gehlen-Dienst hier erste Orientierung gewann. Erst Anfang August wurde »Winterstein« davon unterrichtet, dass das argentinische Eichmann-Material in der Schweiz eingesehen werden könne. Er sprach sich sogleich dafür aus, diese Gelegenheit wahrzunehmen. Fritsch würde als Vertreter einer privaten »Interessengruppe« auftreten.[298]

Die Klärung von Willem Sassen hatte inzwischen Fortschritte gemacht. Aus Buenos Aires wurde berichtet, der frühere SS-Mann habe Eichmanns »Familienangelegenheiten in die Hände genommen, dem Sohn Richtlinien für sein weiteres Verhalten gegeben und Mutter und Sohn ins Unbekannte verfrachtet«. Außerdem, so hieß es zutreffend, sei es der Eichmann-Vertraute Sassen gewesen, der die begehrten Unterlagen im Einvernehmen mit der Ehefrau an *Life* und *Stern* verkauft habe. Da sich der ehemalige niederländische SS-Mann in Buenos Aires als »Vertrauensmann für General Gehlen« brüstete,[299] ist auf dem Bericht handschriftlich explizit vermerkt: »Kein Mitarbeiter!«[300] Dass Vera Eichmann von Sassen zu dem Verkauf überredet worden, aber rechtlich dazu gar nicht befugt gewesen war, wurde erst etwas später deutlich.

Der mit allen Wassern gewaschene Willem Sassen, über dessen Identität und Vergangenheit »Wintersteins« Mitarbeiter sich erst im Laufe des Spätsommers völlig klar wurden,[301] war nicht nur kein Mitarbeiter des BND, er fühlte sich überhaupt niemandem verpflichtet. Er war ausschließlich darauf erpicht, die Eichmann-Papiere, deren Inhalt außer Fritsch, ihm und den Redakteuren von *Life* und *Stern* noch niemand kannte, meistbietend unter die Leute zu bringen; schon im Juli zeigte er seinen Bauchladen verschiedenen Journalisten in Bonn.[302] Die Angelegenheit wurde immer dringlicher, weil über westliche Presseveröffentlichungen nun womöglich genau das eintrat, was die östliche Propaganda seit langem

erhoffte. Das Politbüro der SED, so hieß es nämlich, habe jüngst die Hoffnung geäußert, »dass mit noch auftauchenden Akten und durch den bevorstehenden Eichmann-Prozess die Möglichkeit gegeben werde, eine Verbindung zwischen Eichmann und Globke konstruieren zu können«.[303] Sogar ein diskretes Zusammenwirken zwischen Israel und der DDR wollte man nicht ausschließen. Die CIA, die sich längst auch selbst in die Angelegenheit Eichmann vertieft hatte, glaubte das nicht.

»Winterstein« ging in der zweiten September-Woche auf die amerikanischen Freunde zu und bat um Hilfe. Seine Aufzeichnungen und Schriftsätze zeigen, dass der Wissensstand des BND noch immer recht bescheiden war. Es gebe da also diesen Herrn Fritsch, den Freund von Eichmann, der *Life* Material zum Verkauf angeboten habe, in dem belastendes Material über deutsche Politiker enthalten sei, »unter anderem Briefwechsel Globke-Eichmann«; er bitte um Überprüfung und »Mitteilung von Erkenntnissen über Fritsch«.[304] Die CIA-Kollegen berichteten umgehend nach Washington, Pullach sei in der Eichmann-Sache für jede Unterstützung dankbar, vor allem im Hinblick auf eine Klärung, ob die Argentinien-Papiere Passagen enthielten, die Bonn kompromittieren könnten. Ob die Eichmann-Erinnerungen wirklich authentisch seien, frage sich der BND-Präsident, und wieviel Abträgliches über die Bundesrepublik darin enthalten sei, »so as be able attempt suppress memoires if desirable and possible do so.«[305] Vizepräsident Worgitzky unterstrich das Interesse der Bundesregierung an den aufgetauchten Dokumenten ebenfalls: »Klärung dringend erwünscht«.[306]

Kurt Weiß brachte Gehlen jetzt ausführlich auf den Stand der Dinge (immerhin lag Sassens Geschäft mit *Life* bereits über ein Vierteljahr zurück).[307] Man habe nun Kontakt zu den »Verkäufern der ›Eichmann-Memoiren‹« aufgenommen, teilte Weiß dem Präsidenten mit. Mittelsmann sei der zurzeit in Salzburg wohnende Eberhard Fritsch, der enge Beziehungen zu Eichmanns Freunden unterhalte und von 3000 handschriftlich korrigierten Maschinenseiten spreche. Sie seien für 15 000 Dollar, von denen aber erst 5000 geflossen seien, »vermutlich« an *Life* gegangen: »Die Aufzeichnungen selbst sind noch (bis zur Zahlung des Gesamtbetrages) in einem Safe in den USA deponiert.« Von dem Geschäft mit dem *Stern* wusste man offenbar noch nichts.

Die »an den Verkaufsverhandlungen Beteiligten« hätten mittlerweile erkannt, fuhr Weiß fort, dass für die Dokumente mehr als 60 000 DM zu erzielen seien. Fritsch biete sie daher jetzt für 80–100 000 DM deutschen Stellen an; das amerikanische Geschäft werde rückgängig gemacht. Ein V-Mann habe einige »Probeblätter« in Kopie einsehen können. Sie enthielten Erklärungen Eichmanns »über einen angeblichen Briefwechsel zwischen dem Generalgouverneur Dr. Hans Frank und Dr. Globke. Nach Eichmann soll Dr. Globke sich gegenüber Frank über das ›zu weiche und unentschlossene Auftreten‹ Eichmanns beschwert haben. Eichmann versucht *(die Echtheit der Aufzeichnungen vorausgesetzt)* damit eindeutig, die Verantwortung für seine Maßnahmen auf ›Weisung von oben‹ abzuwälzen.« Fritsch war tatsächlich emsig dabei, den Marktwert seiner Ware mit phantasievollen Andeutungen zu angeblich sensationellen Inhalten hochzutreiben.

Es folgte »Wintersteins« Fazit, das den Kenntnisstand in Pullach Mitte September gut widerspiegelt: »Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen kann angenommen werden, dass mit Eichmann zusammenhängende Aufzeichnungen in irgendeiner Form existieren.« Ungeklärt sei noch, ob er sie selbst gefertigt habe oder ob es sich um nachträgliche Zusammenstellungen seiner argentinischen Freunde handle. »Speziell bei den ›Probeblättern‹ (die leider von Eberhard Fritsch nicht aus der Hand gegeben wurden) kann es sich um ›Lockmaterial‹ handeln, um deutsche Stellen an einem Kauf zu interessieren. *Im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung wird dennoch vorgeschlagen, dass alle Schritte unternommen werden, um Teile des Materials einsehen zu können*.« Er, Weiß, beabsichtige daher, einen über 60 000 DM liegenden Betrag einzusetzen. Mit größtem Nachdruck versuche man herauszufinden, ob »tatsächlich so umfangreiche Aufzeichnungen angefertigt« worden seien. Er erbitte das Einverständnis des Präsidenten bis zum folgenden Tag, »da die Verhandlungspartner – offenbar erneut in Geldschwierigkeiten – auf baldigen Bescheid drängen; angeblich auch, um die Zahlung der zweiten Rate durch die US-Zeitschrift nicht annehmen zu müssen«.

Die angenommene Bedrohung durch die bevorstehende *Life*-Serie ließ sich abwenden. Die Münchener Dienststelle der CIA berichtete Allen Dulles zunächst aus einem Gespräch mit Kurt Weiß, der für jede Hilfe bei der Aufklärung dankbar sei. Falls sich das Material als echt herausstelle und

Mitglieder der Bundesregierung belastet würden, werde diese sicherlich versuchen, eine Publikation zu verhindern.[308] Das amerikanische Magazin zeigte sich über die Nachfragen eines CIA-Mannes bei ihm erstaunt, gab jedoch recht genaue Auskunft über das Argentinien-Material, das zweifellos echt sei, spezielle Bezüge zur Bonner Prominenz jedoch nicht enthalte.[309] Erleichtert notierte Weiß, nach ersten Mitteilungen der Illustrierten *Life* an die amerikanischen Freunde gebe es in den sensationellen Quellen »keine nachteiligen Angaben über Mitglieder der Bundesregierung (Staatssekretär Dr. Globke!) – entgegen Vorankündigung«.[310]

CIA-Direktor Dulles hatte das Pullacher Ansinnen, auf *Life* einzuwirken, nicht besonders gefallen. Er empfahl seinen Mitarbeitern in München, Kurt Weiß an die Gepflogenheiten in einer Demokratie zu erinnern und ihm auszurichten, da das Magazin offenbar im Besitz der Verwertungsrechte sei, könne es mit den Eichmann-Papieren machen, was es wolle. Die US-Regierung habe jedenfalls keine Möglichkeit, den Abdruck der Eichmann-Memoiren zu verhindern; eine solche Aktion würde auch die Bundesregierung in ein schlechtes Licht rücken.[311] Drei Tage später gab die CIA Entwarnung: »*Life* believes have entire material amounting 600 pages 40 in Eichmann handwriting«, lautete das Telegramm. »*Life* contract allows resale as they see fit except to Israel. *Life* has not advised Israel, apparently does not intend to. Entire material had been read. One obscure mention of Globke which *Life* omitting at our request. Unless Uphill [Gehlen] can come up with convincing written evidence suggest you discuss with Winterstein whether any possibility Fritsch may be part of Eastern smear Globke plot or attempting swindle with bogus material he knows FEDREP would pay to suppress.«[312] Im Leitungsbüro notierte sich Volker Foertsch den Hinweis eines CIA-Kollegen, das Magazin sei »reichlich betroffen, dass Kauf bekannt und fürchtet Intervention von US- und BRD-Regierung«.[313]

Die allgemeine Aufregung hätte gewiss weniger hohe Wellen geschlagen, wenn das in den Eichmann-Papieren enthaltene Kürzel »Glo.« richtig mit SS-Gruppenführer Odilo Globocnik gedeutet worden wäre. Der Name Globke kommt, anders als es die geschäftstüchtigen Fritsch und Sassen die Interessenten glauben machen wollten, in den Argentinien-Papieren nicht vor.[314] CIA-Direktor Dulles kann daher eine angebliche Erwähnung des Kanzleramtschefs in der Publikation von *Life* auch nicht verhindert

haben.[315] Als Kurt Weiß Wochen später ein Zitat aus den Eichmann-Aufzeichnungen vorgelegt wurde, in dem es hieß »obwohl um jene Zeit noch nicht ein Jude durch die Dienststelle des Glo … [sic!] in Marsch gesetzt« worden sei, reagierte er noch immer ausgesprochen nervös, bat um eilige Rücksprache und notierte handschriftlich auf dem Blatt: »Handelt es sich bei diesem Glo. nicht um *Globocnic? Globke* kann doch unmöglich gemeint sein (ganz andere ›Dienststelle‹!)«[316] Durch die Intervention der CIA bei *Life*, das bald Teile des Sassen-Materials an die Öffentlichkeit bringen würde, schien das Schlimmste erst einmal verhindert. Zugriff auf Eichmanns Bekenntnisse hatte der BND Ende September aber immer noch nicht.

Bedeutsamer als die Beschaffung der Bekenntnisse des SS-Offiziers aus der Zeit vor seiner Ergreifung waren freilich die Anstrengungen, die der BND in enger Abstimmung mit dem Kanzleramt unternahm, um direkten Einblick in das Verhalten Adolf Eichmanns und das Agieren seines Verteidigers Servatius zu erhalten. Vor allem interessierte, welche Einlassungen des Angeklagten vor Gericht zu erwarten waren, weniger die Dinge, die er in Argentinien in seinem rechtsextremen Freundeskreis von sich gegeben hatte. Nach menschlichem Ermessen war ein konspirativer Vorstoß in das, gewissermaßen, Herz der Finsternis unmöglich. Dem BND gelang dieser Coup trotzdem: Die »Operation Gleisdreieck« gegen die Eichmann-Verteidigung in Jerusalem wurde, sieht man von der jahrelangen Ausforschung der sozialdemokratischen Parteispitze einmal ab, zu einem seiner größten Erfolge in der Ära Adenauer. Dass bei einer derart delikaten Unternehmung auf nichts und niemanden Rücksicht genommen werden durfte, stand für Gehlen und Globke außer Frage.

Die Großoperation Eichmann begann damit, dass, kaum hatte die Welt von der Entführung des NS-Verbrechers erfahren, ein Mann namens Hans Rechenberg zwei Besuche machte: einen in Linz bei Otto und Robert Eichmann, den beiden Brüdern des Beschuldigten, den anderen bei dem renommierten Strafverteidiger Dr. Robert Servatius in Köln, den er noch von den Nürnberger Prozessen her kannte. Rechenberg war inzwischen fünfzig Jahre alt, nach einer politischen und militärischen Karriere im Dritten Reich weiterhin nationalsozialistisch gesinnt und ein Apologet des Dritten Reichs. Unter anderem war der NSDAP-Parteigenosse seit 1930 Pressesprecher von Wirtschaftsminister Walther Funk und Hermann

Göring, danach »Kriegsberichter« gewesen. Goebbels hatte einen »tadellosen Eindruck« von ihm.[317]

In der Bundesrepublik unterhielt Rechenberg, der in Nordafrika in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten war und sich nach dem Krieg im oberbayerischen Bad Tölz niedergelassen hatte, lebhafte Beziehungen zu vielen größeren und kleineren NS-Funktionären. In diesem Milieu emsig tätig, hatte er früh Umgang mit ähnlich gesinnten Männern der Organisation Gehlen. Ende der fünfziger Jahre verfestigten sich diese Kontakte zu einer engeren Beziehung. Wenige Wochen vor dem israelischen Paukenschlag hatte ihn Siegfried Ungermanns Dienststelle[318] unter dem Decknamen »Christian Toller« als V-Mann 7396 angemeldet,[319] ein ausgesprochener Glücksgriff, wie sich sogleich zeigte.

Bei der geheimdienstlichen Einhegung der Bedrohung durch Adolf Eichmann avancierte Hans Rechenberg [redacted], denen der BND seinen durchschlagenden Erfolg verdankte. Der neue V-Mann brachte neben verzweigten Kontakten in das neonationalsozialistische Milieu seine fruchtbringende Freundschaft mit François Genoud ein, dem »Mann mit der größten Erfahrung im Versilbern von Nazi-Dokumenten«, einer »dubiosen Mischung aus Hitler-Verehrer, Tröster gefallener Helden, Goebbels- und Bormann-Verleger und Bankier für das arabische Feld«.[320] In seiner Genoud-Biografie nennt Willi Winkler den Geschäftsmann aus Lausanne, der 1915 geboren wurde und 1996 mit einem inszenierten Selbstmord abtrat, einen »freischaffenden Nazi«, dem es als Doppel- und Tripleagent gelungen sei, »ein klandestines Leben im vollen Licht der Öffentlichkeit zu führen«, zugleich ein Mann »von einem geradezu wahnhaften Idealismus, der ihm eingab, ausgerechnet Adolf Hitler und den Seinen müsse Gerechtigkeit werden«.[321] Anders als Hans Rechenberg war der judenfeindliche und araberfreundliche François Genoud, dessen Bindung an den französischen Nachrichtendienst Pullach zu kennen glaubte (»lückenlose Beweise liegen vor«), kein V-Mann des BND, sondern als V-7396,1 (»Oskar Berthold«) lediglich eine sogenannte Unterquelle seines Freundes. Gegen Ende seines Lebens sprach Genoud offen von der »moralischen und materiellen Unterstützung«, die sie beide dem Eichmann-Verteidiger angeboten hätten.[322]

Das Duo Rechenberg-Genoud hatte sofort nach der Erklärung Ben Gurions Kontakt zu den Eichmann-Brüdern in Österreich aufgenommen,

um eine gewiss nicht ganz preiswerte Verteidigung im Jerusalemer Prozess auf die Beine zu stellen. Der neue V-Mann 7396 berichtete dem BND auch gleich noch von einem »ägyptischen Interesse« an der Verteidigung Eichmanns.[323] Der als eingeschworener Israel-Feind wohlgelittene Genoud habe im Gespräch mit einem Vertrauten von Staatschef Nasser, bei dem es um eine verdeckte Finanzierung der Prozesskosten gegangen sei, den Münchener Rechtsanwalt Alfred Seidl empfohlen, der im Nürnberger Hauptverfahren Hans Frank, Rudolf Heß und in den Nachfolgeprozessen eine Reihe weiterer NS-Verbrecher verteidigt hatte und obendrein Rechtsvertreter von Hitlers Schwester war. Als der inzwischen von den Eichmann-Brüdern beauftragte Servatius gegenüber dem israelischen Justizministerium bereits seine Bereitschaft zur Übernahme der Verteidigung erklärt hatte, machte sich der BND noch Gedanken darüber, wer dem prominenten CSU-Politiker Seidl (kurzzeitig sogar bayerischer Innenminister, der, wie nach seinem Tod bekannt wurde, enge Beziehungen zu Rechtsradikalen unterhielt) denn die Vollmacht für die Vertretung von Adolf Eichmann erteilt haben könnte.

Siegfried Ungermann, der Leiter Dienststelle 521 des Strategischen Dienstes, hatte sich noch weiter gehende Gedanken gemacht: »521 ist von V-7396 über die Entwicklung dieser Angelegenheit von Anfang an auf dem Laufenden gehalten worden«, schrieb er an Weiß. Rechenberg sei »angewiesen worden, alle weiteren Schritte, die seine Rolle darin betreffen, vorher mit 521 abzusprechen«. Komme es zu einer Strafverteidigung durch Dr. Seidl, werde es »möglich sein, von ihm mit Unterstützung von V-7396 wichtige Details zu erfahren

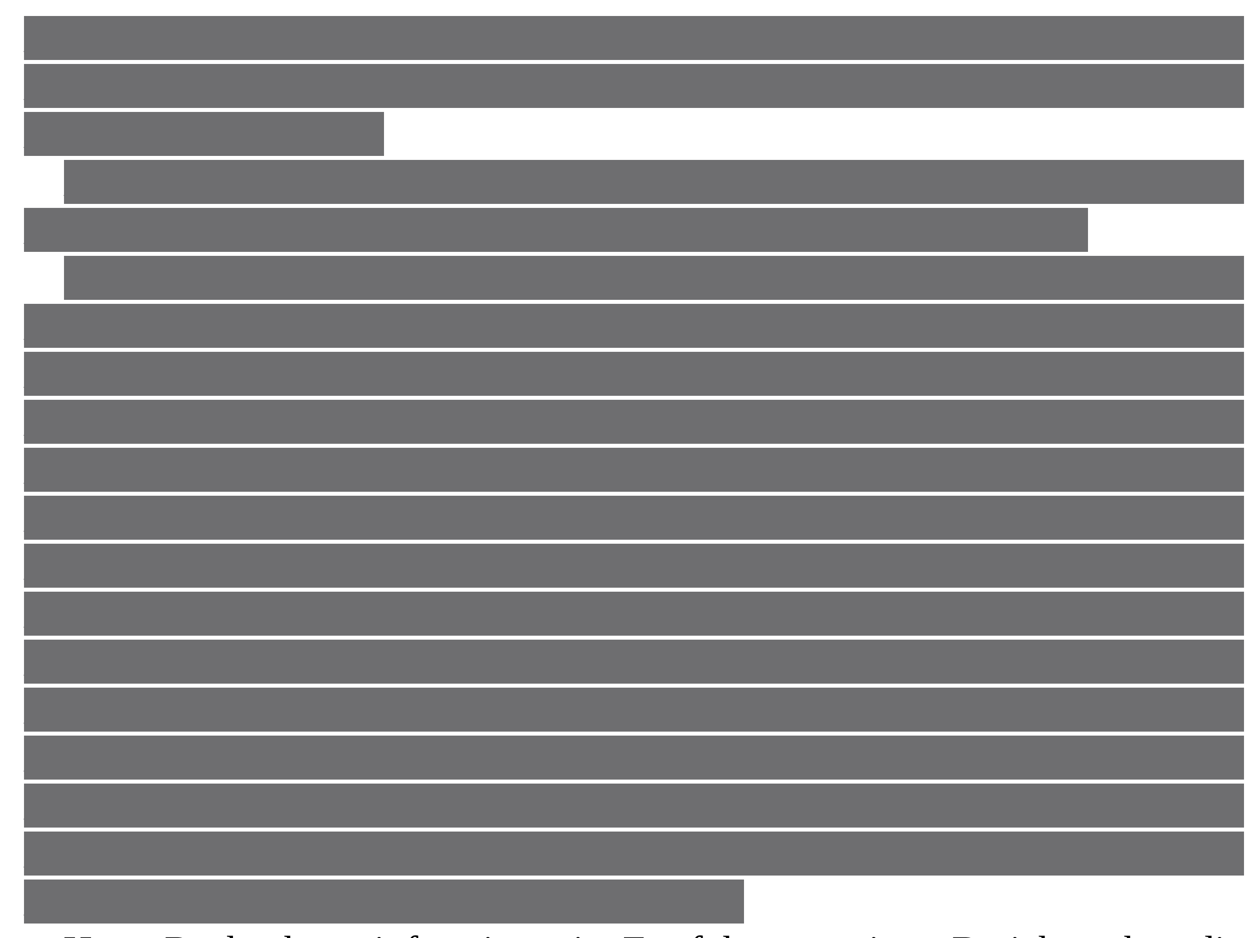


[redacted]

Sobald feststand, dass Servatius die Verteidigung Eichmanns übernehmen würde, traf der BND umgehend alle Vorbereitungen, um unbemerkt in das Büro des Anwalts einzudringen. Der nach Strich und

Faden ausgehorchte und bestohlene Rechtsanwalt selbst erfuhr, versteht sich, nie etwas von dieser Operation. Pullach hatte sich für den Kölner Juristen wegen dessen Russland-Faibles und seiner Drähte in die Sowjetunion schon Anfang der fünfziger Jahre interessiert, doch obwohl eine Anfrage bei der CIA ergab, dass keinerlei Hinweise auf etwaige nachrichtendienstliche Verstrickungen vorlagen,[324] verfolgte man diesen Ansatz nicht weiter. In einer Unterredung mit Gehlen während der Eichmann-Krise unterstrich Hans Globke einmal sein »sehr positives Urteil über Servatius«.[325] [redacted] Zweck wird möglicherweise gar nicht erforderlich sein«, doch solle der Anwalt auf jeden Fall erst einmal »gesperrt« werden, seiner Dienststelle 521 [redacted] also exklusiv vorbehalten bleiben, »damit es bei diesem außerordentlich diffizilen Vorhaben nicht zu Pannen kommt«.[326]

[redacted]



[redacted]

Hans Rechenberg informierte in Fortführung seines Berichts über die Gespräche von François Genoud in der ägyptischen Hauptstadt[332] den BND des Weiteren nicht nur darüber, dass man sich noch immer darum bemühe, eine arabische Finanzierung der Verteidigungskosten zu erlangen, und dass Kairo den Eichmann-Prozess ebenso wie die antisemitischen Schmierereien in der Bundesrepublik als ein »Inszenarium« betrachte, mit dem Israel »erneute Milliarden-Wiedergutmachung« erreichen wolle, man selbst jedoch nicht über ausreichend Mittel verfüge, um eine »gewaltsame Befreiung« des Angeklagten ins Werk zu setzen.

V-Mann 7396 schilderte in diesem Bericht außerdem, wie sich die Beauftragung von Robert Servatius mit dem Verteidigungsmandat, die Gewinnung einer Finanzierungsperspektive [redacted] zugetragen hatten.[333] Bei einem Besuch in Köln Mitte Juli, meldete Rechenberg nach Pullach, habe er den ihm seit Jahren bekannten Rechtsanwalt in einige Hintergründe eingeweiht, unter anderem in die Tatsache, dass sein Freund Genoud »aus den Urheberrechten aus dem

Nachlass von Hitler und Goebbels gewisse Mittel aus Nachdrucken im Ausland hätte, die zur Finanzierung zur Verteidigung Eichmanns beigesteuert werden könnten, nachdem die Zahlungen von Autoren-Honoraren an die Schwester von Hitler nach deren Tod weggefallen sei. Dr. Servatius schilderte zur Vorgeschichte, dass das Mandat etwa drei Wochen vor der Besprechung ihm vom Bruder Eichmanns in Salzburg übertragen worden sei.« Daraufhin habe der Rechtsanwalt sein Mandat in Israel offiziell annonciert.

[redacted]

[redacted]

Geldwerte Bekenntnisse

Die Anklage gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht ließ auf sich warten. Sie erfolgte erst ein Dreivierteljahr nach seiner Entführung aus Argentinien, am 21. Februar 1961. Die Finanzierung der Verteidigung war monatelang ungeklärt. Hinter den Kulissen herrschte daher bei den nationalsozialistischen Sympathisanten des Obersturmbannführers wie bei dem kleinen Team um Dr. Servatius größte Geschäftigkeit. Als der in streng bewachter Haft Einsitzende Anfang Oktober erstmals von seinem Anwalt aufgesucht wurde, war noch immer nicht klar, woher das Geld für die Verteidigung kommen sollte. Seit Sommer war aber schon ein Handel mit Eichmanns geldwerten argentinischen Bekenntnissen im Gange, die ihn als unverwandten Judenhasser zeigten, der seine Taten zu einer historischen Notwendigkeit stilisierte. Servatius wusste nichts von dieser Zeitbombe, die seine Prozessstrategie zertrümmern konnte, mit welcher der Koordinator der Judentransporte zu einem einfachen Befehlsempfänger und kleinen Rädchen in dem deutschen Mordbetrieb heruntermodelliert werden sollte.

Das entsprach ganz dem Kalkül Eichmanns, der seinen Verteidiger denn auch immer über seine erst zwei, drei Jahre zurückliegende protzende Suada belog und erklärte, er habe das alles nie gesagt, oder, wenn es gar nicht anders ging, von gelegentlichen »Wirtshausgesprächen« eines geläuterten, aber gelegentlich rückfälligen Ex-Nazis sprach, zu denen Willem Sassen ihn leider verleitet hatte.[336] Ein sehr lohnendes Geschäft würde die Vermarktung der Eichmann-Bekenntnisse trotzdem sein können – und zwar nicht nur jene Selbstauskünfte vor, sondern auch die nach seiner Ergreifung. Vielleicht ließen sich mit diesen Erzählungen nicht nur die Prozesskosten abdecken, sondern schöne zusätzliche Gewinne machen. Dieses gemeinsame, in concreto allerdings keineswegs gleichgerichtete Interesse verband jetzt Eichmanns Familie, Fritsch und Sassen, seinen Verteidiger und das Tandem Genoud/Rechenberg miteinander. [redacted]

[redacted] war der BND in allen diesen Beziehungen präsent und in der Lage, dem Bundeskanzleramt minutiös darüber zu berichten. Das war die

Startaufstellung hinter den Kulissen. Vor den Kulissen überschlug sich die Weltpresse mit Reportagen und Mutmaßungen über den Judenmörder und das kommende Tribunal, auch wenn die meisten Medien nicht so maßlos übertourten wie die Agitation der SED unter ihrem Dirigenten Albert Norden.[337]

Es wurde schon gesagt, dass die vergangenheitspolitische DDR-Propaganda weniger auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart und so darauf abzielte, die Politik der Bundesrepublik mit der Aggression des »Hitler-Faschismus« gleichzusetzen. Der Eichmann-Prozess war die ideale Bühne, Adenauers Staatssekretär die ideale Symbolfigur dafür. Tatsächlich ist die »Globke-Affäre eine offene Wunde in der westdeutschen Politik« gewesen, »Ost-Berlin riss sie nur noch weiter auf«,[338] und zwar mit nachgerade besinnungsloser, der eigenen Intention letztlich schädlichen Vehemenz: »Adenauers Solidarisierung mit Globke beweist«, sagte Norden nach der Ergreifung Eichmanns, »dass dieser keine Einzelerscheinung und kein Schönheitsfehler, sondern die Verkörperung der Identität der Adenauerschen Politik mit der Hitlerschen Politik ist«; die Chefs der NS-Mörder gäben in Verwaltung, Geheimdienst, Armee und Justiz Westdeutschlands noch immer den Ton an. Allein in der *Berliner Zeitung*, dem Blatt des SED-Bezirks, und im *Neuen Deutschland* erschienen 1960/61 ungefähr hundert einschlägige Artikel (»Mit Eichmann steht Bonn vor Gericht«, »Globke ist der Eichmann Bonns«, »Der Kanzler deckt den Mörder«).[339]

In der Bundesrepublik fachte der Jerusalemer Prozess die bereits einige Jahre zuvor begonnene Debatte über die fatalen NS-Kontinuitäten in deutschen Ämtern stark an. Daher fand neben dem bereits eine Woche nach der Festnahme Eichmanns publizierten *Spiegel*-Titel über den »Endlöser«[340] namentlich die exklusiv bebilderte, vierteilige Eichmann-Serie von Robert Pendorf große Aufmerksamkeit, die kurz darauf im *Stern* erschien.[341] Sie war eine »journalistische Glanzleistung«[342] und beruhte teilweise auf den Argentinien-Papieren, von denen Sassen in Ausbeutung der »Story seines Lebens« dicke Kostproben nicht nur an *Life*, sondern eben auch an die Hamburger Illustrierte verkauft hatte. Bei der *Stern*-Reportage wurde allerdings nicht erkennbar, auf welche Quelle sie sich stützte. Die Sensation, dass »Ricardo Klement« in Argentinien vor nicht allzu langer Zeit noch umfangreiche Bekenntnisse zu seiner historischen Rolle als

fanatischer Weltanschauungskämpfer gemacht hatte, platzte erst Mitte November 1960 auf: *Life* kam mit ihrem Scoop heraus: »Eichmann tells his own damning story«. Eine Folge trug die Überschrift »I transported them to the Butcher«, eine weitere: »To sum it all up, I regret nothing.«[343]

Bettina Stangneth hat die Reaktion der Beteiligten und Betroffenen auf diesen desaströsen Coup geschildert: Sassen zeterte, er fühle sich von dem amerikanischen Magazin hintergangen, Eichmann erlitt »Nervenanfälle und einen psychischen Zusammenbruch«, Servatius machte ein »mittelschwere Krise« durch, sprach von katastrophalen Folgen für seine Verteidigung und »verkündigte auf einer Pressekonferenz, dass er sein Mandat niederlegen würde, wenn sich die Texte als authentisch herausstellen würden, er halte sie aber für eine Fälschung«. Nach diesem Statement für das Publikum begann der Anwalt, der nicht daran dachte, sein prestigeträchtiges Mandat zurückzugeben, den Dingen auf den Grund zu gehen. Schließlich war er der einzige Nicht-Israeli mit Zugang zu dem Urheber aller dieser zurückliegenden und wohl noch zu erwartenden Zeugnisse über das maßgeblich von ihm mitorganisierte Menschheitsverbrechen – und ein Urheber hatte verwertbare Urheberrechte.

Wie gesehen, wusste der BND seit dem Sommer, dass anscheinend bedeutsame Eichmann-Bekenntnisse existierten und der rechtsradikale Grandseigneur François Genoud geneigt war, aus seinen Einnahmen, die er mit der Publikation von NS-Memorabilien erzielte, zur Finanzierung der Verteidigung in Jerusalem beizutragen. Seit September versuchte der BND auch selbst an die kursierenden und ihm früh angebotenen Unterlagen heranzukommen.[344] Bereits im Juli hatte Rechenberg aus einer Unterredung mit Servatius berichtet, Eichmanns Linzer Bruder, selbst Rechtsanwalt, bemühe sich sehr um eine auskömmliche Finanzierung der Verteidigung. Servatius habe ihn, Rechenberg, daher gebeten, »alle Finanzfragen nur mit dem Bruder Eichmanns in Linz zu besprechen […] Die Finanzierungsfrage wird mit dem Bruder Eichmanns am Montag, den 26.7.60, in Salzburg besprochen werden. V-7396 [Rechenberg] wird lediglich als Beobachter teilnehmen. Er wird dabei die gleiche Position einnehmen wie gegenüber Dr. Servatius. Diese ging auch Dr. Servatius gegenüber dahin, dass er lediglich der Bitte von Genoud gefolgt ist, ihn bei der Herstellung von Verbindungen zu unterstützen.«[345] Im August trafen Rechenberg, Servatius und Genoud erstmals zusammen.[346] Ebenso wie der geschäftstüchtige

Willem Sassen glaubten François Genoud und Hans Rechenberg da noch, Eichmann mit der Enthüllung seiner bei »den Juden« unwillkommenen Bekenntnisse in seinem Prozess helfen zu können.[347]

Mitte September hatte der BND, wie erwähnt, über Rechenberg Einsicht in einige Probeblätter der Argentinien-Papiere nehmen können[348] und trat dann unmittelbar in Verhandlungen mit Eberhard Fritsch als Vertreter der »Interessenvereinigung Linz« ein. Ernst Worm, Chef der Dienststelle 522, reiste dazu persönlich nach Salzburg. Die Unterredung fand nach seiner 13-seitigen Aktennotiz praktischerweise gleich im Direktionsbüro des *Salzburger Volksblatts* bei Hans Menzel, dem V-Mann 22146, statt und dauerte zwei Stunden.[349] Worm fand, Fritsch habe einen »gepflegten Eindruck gemacht. Er ist gebildet und gewandt, spricht mit Überlegung und wirkt in seinen Ausführungen glaubhaft«. Widersprüche zu vorangegangenen, indirekten »Vorverhandlungen« seien nicht erkennbar. Zunächst habe man die entsprechende Legende der Gespräche festigen müssen: »Deutsche Wirtschaftskreise wollen verhindern, dass die Affäre Eichmann in verschiedenen Staaten eine Boykott-Welle gegen deutsche Waren auslöst. Sie möchten zumindest durch Beschaffung des Eichmann-Materials die Möglichkeit haben, ihren Einfluss auf einige deutsche Presseorgane geltend zu machen, im Sinne eventuell notwendig werdender Korrekturen während des Eichmann-Prozesses oder nach dem Prozess. Die durch das Eichmann-Material belasteten Personen spielen bei dieser Zielsetzung keine Rolle, ebenso wie die Verhaltensweise Eichmanns von nebenrangigem Interesse ist, denn das Urteil über Eichmann dürfte feststehen.« Fritsch habe dieser Legende offensichtlich Glauben geschenkt, hält die Notiz weiter fest.

Es folgten längere Ausführungen über die »Vorgeschichte zum Eichmann-Material« und den Vertrag mit *Life*. Über seinen Freund – Willem Sassen – habe Fritsch sich »trotz wiederholter Fangfragen« leider ausgeschwiegen, der Vertrag mit dem amerikanischen Magazin diene allein der Unterstützung der in Argentinien über Nacht in Not geratenen Familie Eichmanns. Wesentlich sei, »dass *Life* nicht das gesamte Material besitzt, und zwar wurde an *Life* nicht herausgegeben, was Eichmann handschriftlich niedergelegt hat. Das sollen sehr bedeutungsvolle Erkenntnisse sein.« Von den ursprünglich 3000 Seiten Material würde nun eine Fassung von 800 Seiten DIN A 4 »angeboten, weil mit dem Originalmanuskript, welches

sehr viel polemisches Beiwerk enthielt, nichts anzufangen sei«. Dann kam der BND-Mann auf den Punkt: »Auf die wiederholte Frage«, berichtete er, »wie die Tatsache zu erklären sei, dass das Material dem F[ritsch] immer noch nicht zur Verfügung steht, wurde erklärt, dass der Grund für die Verzögerung lediglich in den Übermittlungsschwierigkeiten liege. Es könne nicht riskiert werden, das Material mit der Post zu schicken.« Das Problem werde aber rasch behoben, das Konvolut bei einem engen Freund in Zürich – François Genoud – zu besichtigen sein. Er sei absolut davon überzeugt – ein Irrtum, wie sich zeigte –, dass keine weiteren Kopien existierten, weil das ja, wie Eberhard Fritsch mit einem schwächlichen Argument hinzusetzte, gegen die Vereinbarungen mit seinem argentinischen Freund verstoßen würde.

Die Einsichtnahme könne nicht so geregelt sein, verlangte Fritsch, dass den vermeintlichen Vertretern der Wirtschaft das gesamte Material – seine Hauptstücke »beschäftigen sich wohl mit dem Staatssekretär Globke« (wie er nicht hinzuzusetzen vergaß) – zur Prüfung überlassen werde, da man sich womöglich nur für einzelne NS-Belastete interessiere und nach Kenntnisnahme dann eventuell vom Kauf Abstand nehme. Fritsch: »Der Vorgang muss also so sein, dass Sie bei der Besichtigung mehrere Seiten lesen, um die Echtheit und den Wert des Materials beurteilen zu können, und dann müsste über den Preis verhandelt werden.« Er, Fritsch, sei »an dem ganzen Vorgang materiell in keiner Weise interessiert, möchte auch kein Geld übernehmen. Die vereinbarte Summe wäre hingegen bei Übernahme des Materials in der Schweiz auf das Konto des Dr. Eichmann, Linz, einzuzahlen.« Zu Verhandlungen über den Preis kam es bei diesem Salzburger Treffen nicht. Worm hatte aber den Eindruck, er werde sich weit unter Summen von 60 000 oder gar 100 000 DM drücken lassen, weil sich Fritsch wegen der auslaufenden österreichischen Aufenthaltsgenehmigung in einer verzweifelten persönlichen Lage befinde und darauf hoffe, die Linzer Interessentengruppe werde ihn unterstützen.

Soweit der Bericht der Dienststelle 522 über die Verkaufsgespräche in Salzburg. Er zeigte jedoch noch eine andere Variante auf, um an die Argentinien-Papiere zu gelangen, da Fritsch und sein »Freund« Sassen offensichtlich unterschiedliche Agenden verfolgten. Inzwischen war in Pullach nämlich der Hinweis eingegangen, die Texte könnten über eine Deckadresse womöglich direkt aus Argentinien bezogen und an einen

deutschen Verlag gegeben werden, was zudem die Möglichkeit einer viel besseren Steuerung der Angelegenheit eröffne. Der wertvolle Tipp gehe wohl auf den »unbekannten, in Buenos Aires lebenden Freund des Fritsch« zurück, vermutete Worm: »Es ist denkbar, dass sich zwei Interessengruppen herausgebildet haben: Dr. Eichmann, Linz, Dr. Servatius und Fritsch wollen möglichst viel Geld für die Verteidigungskosten aufbringen; die Freundesgruppe und die Familie Eichmann in Buenos Aires geben vielleicht der Sicherstellung der Familie Eichmann den Vorrang.« Die letztere Möglichkeit sollte nach der Auffassung von 522 »ohne Verzug realisiert werden«, denn es sei fraglich, ob Fritsch überhaupt an die Schriftstücke gelange, wenn seine argentinischen Freunde etwas anderes im Sinne hätten. Deshalb solle sofort ein gut ausgewiesener BND-Mitarbeiter nach Südamerika geschickt werden, der dort vielleicht sogar die gesamten 3000 Seiten erwerben könne – insgesamt »ein hochrahmiger Fall, der in seiner Bedeutung und Ergiebigkeit Seltenheitswert haben könnte«.

Bettina Stangneth hat nicht nur darauf verwiesen, dass Eichmann Servatius nie reinen Wein über seine südamerikanischen Ergüsse einschenkte, sondern sie hat auch herausgestellt, dass die bunte Linzer Gruppe, mit deren Vertreter Eberhard Fritsch der BND verhandelte, vor einer Quadratur des Kreises stand: »Man wollte die erfolgreiche Verteidigung dadurch finanzieren, dass man Dokumente veröffentlichte, die schon durch ihre Existenz jeden Erfolg der ohnehin nahezu aussichtslosen Verteidigung endgültig unmöglich machten.«[350]

Ernst Worm vom Strategischen Dienst hatte die ausführliche Schilderung seiner Salzburger Gespräche noch kaum zu Papier gebracht, da kam der *Spiegel* mit dem Bericht »Eichmann. Wer zahlt?« heraus.[351] Er war derart detailliert, dass die CIA München sogleich Washington informierte,[352] und auch Allen Dulles sich fragte, woher das Magazin seine Informationen wohl bezogen haben mochte.[353] In dem Artikel war von aufwendigen Prozessvorbereitungen, vom Eintreffen des Eichmann-Verteidigers in Jerusalem und von seinem ersten Gespräch mit Generalstaatsanwalt Gideon Hausner zu lesen. Die *Spiegel*-Leser erfuhren noch mehr: »Die gesamten Kosten der Verteidigung – nach vorläufigen Schätzungen mindestens 100 000 Mark – trüge Eichmanns Familie.« Das erscheine allerdings als »nur schwer mit der Wirklichkeit zu vereinbaren: Die in Österreich lebenden Brüder sind nämlich mit irdischen Gütern keineswegs gesegnet.« Es folgten

ins Einzelne gehende Hinweise auf die Finanzlage der Beteiligten und die Kolportierung der Antwort, die Dr. Robert Eichmann auf die Frage, ob Rechtsanwalt Servatius die finanzielle Schwäche der Familie Eichmann eigentlich bekannt sei, gegeben habe: »Muss ihm ja wohl.«

Dann warf der *Spiegel* einen Blick hinter die Kulissen und berichtete über Vera Eichmann, welche die »Lebensbeichte ihres Mannes für 150 000 DM exklusiv« an *Life* verkauft habe, 750 Blatt, 150 davon maschinengeschrieben. Es folgten Passagen aus dem Vertrag im Wortlaut und der Hinweis, dass der Erlös aus diesem Deal allein an die »in Argentinien mittellos zurückgebliebene Familie« gehe und daher nicht für die Bestreitung der Verteidigungskosten zur Verfügung stehe. Das war noch nicht alles. Der bemerkenswerte Artikel konnte sogar Passagen aus den Bekenntnissen selbst zitieren und die Prophezeiung wagen, »etliche Akteure des jüdischen Dramas, deutsche und jüdische, deren Rolle bisher gar nicht oder aber falsch gesehen wurde«, müssten mit gefährlichen Enthüllungen rechnen. Eberhard Fritsch dürfte spätestens jetzt bemerkt haben, dass auf seinen Freund Willem Sassen, der das alles durchgestochen haben musste, kein Verlass war und die »Interessenvereinigung Linz« in einem hochbrisanten Politikum steckte.

Schien der Marktwert des Eichmann-Konvoluts im Oktober stark anzusteigen, so fiel er für die Bundesregierung und speziell für Hans Globke zur selben Zeit erheblich: Der BND konnte beim Kanzleramtschef nämlich mit einer hochbedeutenden Nachricht aufwarten, [redacted] Eichmann gab bei der ersten Begegnung mit seinem Anwalt [redacted] nämlich an, der Name Hans Globke sage ihm im Zusammenhang mit dem Judenmord nichts.[354] Gehlen fasste diese wichtige Mitteilung unter dem 25. Oktober 1960 zusammen[355] und überreichte sie anderntags dem Staatssekretär persönlich.[356]

In dieser erfreulichen Unterredung bat Globke den BND-Präsidenten gleich auch noch »um eine Zusammenstellung über einige Daten über Servatius, den er nicht kennt und von dem er nichts Näheres weiß. Nach dem, was er gehört hat, guter und objektiver Ruf als Anwalt. Staatssekretär ist besonders interessiert zu wissen, wer Verteidigung finanziert. Nach

Zeitungsberichten (Ost-Zeitungen?) fordert Servatius angeblich ein Honorar von 100 000 DM, die angeblich von ihm, Globke, bezahlt würden. Staatssekretär wäre interessiert zu wissen, wer die Kosten für die Verteidigung aufbringt.« Beides, die umfassende Personenauskunft zum Eichmann-Verteidiger sowie die Herstellung finanzieller Transparenz, waren Anliegen, die der BND dank seiner rechtzeitigen konspirativen Vorsorge gut erfüllen konnte.

Der Kanzleramtschef hatte neben den Pressespekulationen auch einen konkreten Anlass, nach der Servatius-Finanzierung zu fragen: V-Mann Rechenberg war nämlich auffällig geworden, wie der Kanzleramtschef dem BND-Vertreter in Bonn, Alfred Dürrwanger, gesagt hatte.[357] »Rechenberg«, schrieb Dürrwanger an seinen Schwiegervater Gehlen, »sei an einen Globus bekannten Bankier herangetreten und habe diesem erklärt: Auswärtiges Amt und Bundeskanzleramt wünschten, dass das Bankhaus 100 000 DM für die Verteidigung von Eichmann kreditieren bzw. zur Verfügung stellen möge. Der Betrag würde an sich von der Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amts gezahlt werden, doch könne diese nach außen hin nicht in Erscheinung treten. Der Bankier habe daraufhin ihn (Globus) gefragt, ob das stimme. Er (Globus) habe erklärt, dass dies nicht der Fall sei, und habe auch dem Bankier den Rat gegeben, sich aus dieser ganzen Angelegenheit herauszuhalten. Er gäbe diesen Rat auch allen anderen Personen, die sich mit ähnlichen Fragen an ihn wendeten. Allgemein sei es wohl so, fügte Globus noch hinzu, dass die Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes derartige Kosten übernehme, meist ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung. Er wisse nicht, wie die Verhältnisse bei Eichmann lägen, und wolle dies auch nicht wissen. Er (Globus) müsse damit rechnen, dass ihm eines Tages die Frage gestellt werde, sei es im Bundestag oder an anderer Stelle, ob und inwieweit er an der finanziellen Regelung dieser Angelegenheit beteiligt sei – von der Ostzone würde sowieso ständig verbreitet, dass er die Kosten für den Verteidiger trage –, und daher wolle er mit diesem Problem nichts zu tun haben und unterstrich nochmals, dass er auch allen anderen Personen den Rat gebe, sich aus der Sache herauszuhalten.«

Der Kanzleramtschef, der in Wahrheit natürlich einen tiefen Einblick in das Agieren der Rechtsschutzstelle hatte, öffnete sein Herz gegenüber dem Geheimdienstmitarbeiter, mit dem er ständig zu tun hatte, hier nicht nur

ungewöhnlich weit, er bohrte auch noch in einer anderen Sache ziemlich tief. Er fragte Dürrwanger auf den Kopf zu, »ob der Oberregierungsrat zur Wiederverwendung Rechenberg Mitarbeiter sei«. Wie sollte der Bonner Emissär Gehlens auf die unübliche Nachfrage antworten, ohne diesen wertvollen Kanal vollständig aufzudecken? »Winterstein« wusste Rat und legte die Sprachregelung fest, »dass Rechenberg zwar nicht hauptamtlicher Mitarbeiter, jedoch an der Peripherie des BND tätig sei und insbesondere viele wertvolle Hinweise aus dem Nahen und Mittleren Osten zu geben in der Lage sei.« Die korrekte Antwort gegenüber seinem Dienstherrn hätte ganz anders lauten müssen, etwa so: Hans Rechenberg sei ein zentraler Informant bei der regierungsseitig so dringlich gewünschten Ausforschung des Eichmann-Komplexes. Ob Globke mit der Antwort des Dienstes zufrieden war, mag angesichts der erstaunlichen Tatsache dahingestellt bleiben, dass ein Herr von der »Peripherie des BND« den Bankier Robert Pferdmenges, den engsten Berater und Duzfreund des Bundeskanzlers, in einer staatspolitisch außerordentlich delikaten Angelegenheit um 100 000 DM anging.

Die Sache hatte noch ein Nachspiel, wie Dürrwanger dem BND-Präsidenten schrieb.[358] Eine sofortige Befragung Rechenbergs ergab, dass dieser sich an ein Bankhaus seines langjährigen Vertrauens gewandt und um einen Privatkredit in Höhe von 100 000 DM gebeten hatte, und zwar nach einem Gespräch mit dem Leiter der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amts (ZRS), Hans Gawlik, von dem ihm eine Prozesskostenbeteiligung in Aussicht gestellt worden war. Zwei Wochen später sei die Zusage jedoch zurückgezogen worden. Unglücklicherweise habe der Bankier Rechenbergs seinerseits Pferdmenges eingeschaltet, mit den bekannten Folgen: »Rechenberg, der die vorerwähnten Verhandlungen ohne Kenntnis und ohne Billigung des BND durchführte, hat noch darauf hingewiesen, dass die Verteidigung durch Dr. Servatius nunmehr in Frage gestellt sei. Dr. Servatius erwäge eine Niederlegung der Verteidigung, die er ohne Sicherung einer finanziellen Grundlage nicht fortführen könne.«

Auf der Mitteilung Dürrwangers über Rechenbergs Herumfuhrwerken in der Finanzwelt – aus seiner Zeit an der Seite des Wirtschaftsdiktators Hermann Göring war der V-Mann des BND mit der rheinischen Industrie- und Geldelite gut vertraut – findet sich der handschriftliche Hinweis von Kurt Weiß, das Auswärtige Amt habe »erklärt, die Rechtsstelle trüge

[eingefügt] *bisher* die Kosten nicht«. Hans Globkes Haltung signalisierte jedoch bereits, wohin die Reise bei der Erstattung der Verteidigungskosten gehen würde, nämlich dahin, jede Kostenbeteiligung zu verweigern. Mitte November überreichte Gehlen dem Chef des Kanzleramts dann die »gewünschten Unterlagen über Dr. Robert Servatius«. In seinem Vermerk hielt der Präsident neuerlich fest, »Staatssekretär orientierte mich, dass Servatius von privater Seite honoriert würde und dass jede amtliche Seite sich aus dieser Honorierungsfrage heraushalten sollte«. Kurt Weiß unterrichtete er sogleich von dieser Entwicklung.[359]

Die Bundesregierung hatte einen Tag nach der Erklärung des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion vor der Knesset mitteilen lassen, man werde weder eine Auslieferung Eichmanns beantragen noch ihm juristische Unterstützung oder Rechtsschutz gewähren; beides komme nur in »schutzwürdigen Fällen« infrage.[360] Das war insofern problematisch, als es einen Bruch mit der bisherigen Praxis bedeutete, »im Ausland angeklagten Kriegsverbrechern nicht nur politisch und juristisch, sondern auch finanziell zur Seite zu stehen«. Die Zentrale Rechtsschutzstelle unter dem ehemaligen NSDAP-Gaurichter in Oberschlesien und prominenten Staatsanwalt am Breslauer Oberlandesgericht bzw. Sondergericht Hans Gawlik verteidigte diese Rechtsauffassung anfangs denn auch vehement und hatte in diesem Sinne zunächst auch Rechenberg Hoffnung gemacht. Ende November verfügte Außenminister Heinrich von Brentano jedoch endgültig und mit Vehemenz (»unmöglich!«[361]), es komme nicht in Frage, dass die Bundesrepublik Deutschland die Verteidigung des zur weltweiten Symbolfigur der Judenvernichtung avancierten Adolf Eichmann finanziere.

Während Servatius und die Familie Eichmann ihre Bemühungen verstärkten, die Argentinien-Papiere zu Geld zu machen, wurde die Jagd des BND nach diesen Unterlagen noch vor Jahresende von Erfolg gekrönt. Als die CIA gegen Ende November nachfragte, ob der BND bereits im Besitz der Unterlagen sei, aus denen *Life* eben zu zitieren begann,[362] befanden sich diese bereits in Pullach. Der ebenfalls im argentinischen Nazimilieu verkehrende Wilfred von Oven (V-17350, »Oehm«), einstmals Pressereferent von Joseph Goebbels,[363] hatte dem Dienst einen ersten vagen Hintergrundbericht zum Stand der Dinge gegeben.[364] Daraus ging hervor, dass das erworbene Material dasselbe sei, das Willem Sassen an *Life* verkauft habe »und kürzlich in Deutschland für 80 000 DM anbot, aber nur

teilweise an *Stern* und *Spiegel* loswurde«; von den Aufzeichnungen wie von den besprochenen Tonbändern seien Kopien im Umlauf. Ein erst kürzlich abgeschlossener Zusatzvertrag zwischen Frau Eichmann und Sassen habe *Life* dazu ermächtigt, anders als ursprünglich vereinbart noch *vor* Prozessbeginn mit dem Abdruck der »Memoiren« zu beginnen.

[redacted] es gelang, die argentinischen Papiere für den BND an Land zu ziehen. Da man sich über die Beziehungen der Eichmann-Brüder zu Rechenberg und Genoud nicht recht im Klaren gewesen sei, erfuhr Kurt Weiß von dieser Operation,[365] habe man V-7461 »damit beauftragt, Ermittlungen beim ›Stern‹ in Hamburg über Sassen anzustellen. Laqueur ist mit dem ›Stern‹-Redakteur Jürgen von Kornatzki befreundet, der weiß, [redacted]«. Kornatzki habe Laqueur mit dem Redaktionsmitglied Pendorf zusammengebracht, »der auch während des Prozesses für ›Stern‹ in Israel sein wird. Pendorf legte Laqueur eine Mappe vor, in der sich das handschriftliche Manuskript von Eichmann in Fotokopie befand. Bei diesem Manuskript handelt es sich um die ersten Ausarbeitungen Eichmanns zur Frage der Endlösung. Das Manuskript ist später von Sassen und Eichmann durchgesprochen worden und wurde schließlich auf Tonband aufgenommen. Zu den Tonbändern verfasste Eichmann Marginalien und Bemerkungen, die bei der Herstellung des endgültigen Manuskriptes Verwendung gefunden haben dürften. Diese Randbemerkungen befinden sich ebenfalls in Fotokopien beim ›Stern‹. Von Pendorf erfuhr Laqueur ferner, dass Sassen ihm sowohl den Vertrag mit ›Life‹ als auch das Urmanuskript von der Familie Eichmann beschafft habe. Bei Sassen handelt es sich im Übrigen um einen Flamen und ehemaligen SS-Mann. Pendorf händigte Laqueur schließlich das fotokopierte Urmanuskript und eine Abschrift des ›Life‹-Vertrages zu treuen Händen aus. [redacted] fuhr daraufhin sofort zu Dr. Servatius, um diesen Einblick in die Unterlagen nehmen zu lassen. Dabei äußerte Dr. Servatius gegenüber [redacted], dass die Brüder Eichmann ihn und V-7396 [Rechenberg] offensichtlich nicht nur in Hinblick auf das Manuskript hintergangen hätten, sondern auch in Bezug auf den Betrag, den Genoud Dr. Robert Eichmann in Linz als ersten Beitrag für die Prozessfinanzierung übergeben habe – dabei handelt es sich um den Betrag von 10 000 DM, den Genoud seinerseits, wie bereits berichtet, von

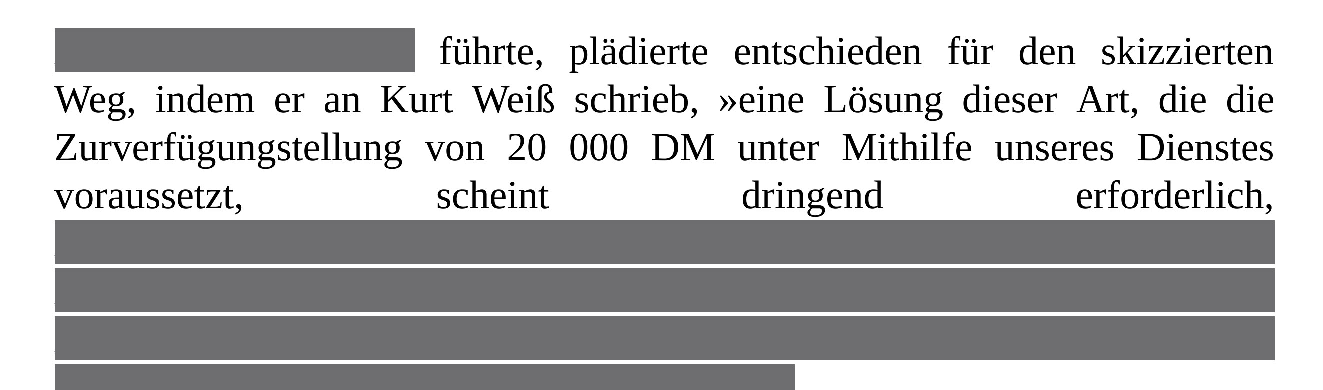
ägyptischer Seite in Form von 10 000 Schweizer Franken als Finanzierungsbeitrag für den Eichmann-Prozess erhalten habe. Dr. Robert Eichmann in Linz hat, wie Dr. Servatius [redacted] sagte, diesen Betrag nicht voll an Dr. Servatius weitergegeben, sondern einen Teil desselben zurückbehalten mit der Begründung, dass er selbst Unkosten gehabt habe« – 2000 DM, was zeigt, wie knapp die finanzielle Decke des berühmten Eichmann-Anwalts in diesem Herbst gewesen ist.[366]

Parallel dazu liefen noch andere Bemühungen zur Deckung der Anwalts- und Prozesskosten. Der BND, der inzwischen über die »Memoiren« verfügte, erfuhr davon dank seines V-Mannes Rechenberg ebenso wie er auch Einblick in Vorabsprachen und Vertragsentwürfe erhielt, die demnächst zwischen der Familie Eichmann, Fritsch, Sassen und Genoud getroffen werden sollten.[367] Für Robert Servatius hatte sich diese Finanzierungsperspektive Ende September ergeben, wie der BND erfuhr.[368] Es war eine britische Anwalts-Gruppe, die den Eichmann-Verteidiger aufsuchte und erklärte, im Auftrag »einer (nicht genannten), dem Zionismus und Israel sehr skeptisch gegenüberstehenden angelsächsischen Pressegruppe (zwei Zeitungen namhaften Ansehens)« zu handeln. Servatius habe zunächst sehr entschieden reagiert. Es stünden in der Tat nur ganz bescheidene Mittel für die Verteidigung Eichmanns zur Verfügung, »weder die Familie noch viel weniger er als Verteidiger könne es aber verantworten, anonyme Hilfe anzunehmen und etwa dafür irgendwelche Bedingungen einzugehen«. Vier Wochen später brachte der Mittelsmann Patrick Fitz-Gerald O’Connor vom schottischen Fernsehen mit. Die Sache wurde konkreter. Inzwischen ging es nicht mehr um seine argentinischen Bekenntnisse, sondern um die Textmassen, die Eichmann täglich im Gefängnis produzierte. Gemäß seiner Verteidigungsstrategie schrieb der Angeklagte jetzt »mehr oder minder subtil gegen seine eigenen Argentinien-Papiere an«, vor allem mit den Manuskripten »Meine Memoiren« und »Meine Flucht«.[369]

Die Urheber- und Verwertungsrechte für diese Erinnerungsberichte übertrug Adolf Eichmann seinem Verteidiger, der seinerseits die Verwertungsstrategen Rechenberg und Genoud hinzuzog. Der BND erfuhr, dass sich Servatius, Genoud und O’Connor Anfang Dezember in Paris treffen würden, um einen Vorvertrag mit dem Briten abzuschließen; eine Begegnung mit Paul Rassignier war ebenfalls vorgesehen, dem Antisemiten

und Verharmloser des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms, der mit seinen Provokationen in Frankreich gerade Schlagzeilen machte.[370] Der Vertrag solle die »Vergabe der Verlagsrechte durch Genoud an O'Connor« regeln, hieß es. Dazu, meldete der BND, »sichert Dr. Servatius seinerseits Genoud zu, ihm die Auswertung der Urheberrechte zu übertragen, sobald er, Dr. Servatius, von Adolf Eichmann die diesem bereits bei dem ersten Israel-Aufenthalt Dr. Servatius' vorgelegte Vollmacht erhalten hat. Dazu möchte Dr. Servatius spätestens in der zweiten Dezember-Woche nach Israel fahren.«

Rechtsanwalt Robert Servatius, durch seinen exklusiven Kontakt zum Angeklagten die Schlüsselfigur bei der Eichmann-Verwertung, war gewissermaßen ohne Ansehen der Personen, mit denen er sich einließ, zuallererst darum bemüht, die Finanzierung seines Jerusalemer Engagements zu sichern – der reinen Prozesskosten wie eines angemessenen Honorars. Hans Rechenberg hatte den besten Einblick in die Details und meldete sie sogleich dem BND. Allein bis Ende 1960 seien für die laufende Prozessfinanzierung etwa 20 000 DM erforderlich, schrieb er und skizzierte die ins Auge genommene Lösung: »Bei Zustandekommen des Vorvertrags mit der britischen Gruppe in Paris wird V-7396 Genoud anbieten, gegen sicherungsmäßige Abtretung der Rechte aus dem Vorvertrag einen Kredit bei seiner (V-7396) Bank in Höhe von 20 000 DM zu beschaffen, wenn sich Genoud gleichzeitig unter der Bedingung verpflichtet, diesen Betrag von 20 000 DM sofort Dr. Servatius zur Verfügung zu stellen. Eine solche Regelung liegt im Interesse von Genoud, dem es darauf ankommt, dass Dr. Servatius von Adolf Eichmann möglichst umgehend die Vollmacht zur Vertretung seiner Urheberinteressen erhält. Eine solche Lösung hätte den Vorteil, dass Dr. Servatius gegenüber der Presse dann jederzeit der Wahrheit entsprechend erklären könnte, dass er zunächst einen Betrag von 20 000 DM von Genoud aufgrund dessen Interesse an der Auswertung der Urheberrechte erhalten hat. François Genoud ist als Verleger ehemals führender Nazis pressebekannt. Er führt gegenwärtig einen Prozess vor dem Bundesgerichtshof um die Urheberrechte an Aufzeichnungen von Goebbels. Berichte darüber erschienen in den letzten Tagen in allen westdeutschen Tageszeitungen«; Rechenberg würde den Geldbetrag auf das Schweizer Konto von Genoud transferieren. Der Leiter der Dienststelle 521, Ungermann, der Rechenberg



[redacted] führte, plädierte entschieden für den skizzierten Weg, indem er an Kurt Weiß schrieb, »eine Lösung dieser Art, die die Zurverfügungstellung von 20 000 DM unter Mithilfe unseres Dienstes voraussetzt, scheint dringend erforderlich, [redacted]

Neben der Veröffentlichung in *The People* war auch noch die Verwertung der im Gefängnis verfassten Bekenntnisse in Buchform im Gespräch, die dann aber nicht zustande kam. François Genoud formulierte als Zielsetzung, »sachliche Aufklärung zu leisten und verleumderischen Angriffen gegen das deutsche Volk entgegenzuwirken«; Passagen, die dem widersprachen, sollten nicht publiziert werden. Da es Genoud »ausschließlich um die Verbreitung der Wahrheit« gehe, berichtete der BND weiter, »verzichtet er auf ein Honorar oder eine entsprechende Vertragsbeteiligung. Die dem Autor (Herrn Eichmann) zustehenden Erlöse sollen auf ein noch zu bezeichnendes Konto zu Gunsten der Verteidigung, für Frau Eichmann und deren jüngsten Sohn gezahlt werden.« Das Buch solle noch vor Prozessbeginn, also spätestens Anfang April 1961, erscheinen.[371]

Auf der Schiene der Argentinien-Papiere ging es ebenfalls voran. Die Dienststelle 521 meldete kurz vor dem Jahreswechsel, das Eichmann-Material befinde sich nun komplett in ihren Händen.[372] Zugleich schob sie die Information nach, dass [redacted] am 30. November den *Stern*-Redakteur Robert Pendorf und dessen Kollegen »erneut« in Hamburg aufgesucht hatte: »Dr. Servatius hatte inzwischen auf Bitte von [redacted] hin Pendorf einen Dankesbrief geschrieben, der seine Wirkung tat. Pendorf war freundlich, verlangte aber in irgendeiner Form eine Gegenleistung. In Übereinstimmung mit Dr. Servatius und Genoud bot [redacted] ihm eine Option auf sämtliches Eichmann-Material, soweit es überhaupt in einer deutschen Illustrierten veröffentlicht werden soll, an.«

Da der ehemalige SS-Obersturmbannführer weder den Mund noch die Tinte halten konnte, lagen inzwischen neben den argentinischen Bekenntnissen und den »Memoiren« obendrein bereits mehr als 3500 Protokollseiten aus dem Polizeiverhör vor. Der *Stern*-Redakteur sei sehr an den Erinnerungen aus der Gefängniszelle interessiert gewesen, fuhr der

Bericht an Kurt Weiß fort, »aber offensichtlich sah er darin noch keine genügende Gegenleistung zur Aushändigung des Materials, das er noch unbearbeitet bei sich liegen hatte«. Anderntags kam der Durchbruch. Da Pendorf »wenig Lust« gezeigt habe, »die Ordnung und Reinschrift dieser Sachen selbst vorzunehmen«, sei es schließlich zu einem »Gentlemen-Agreement« mit dem BND gekommen: »Pendorf händigte sämtliche Unterlagen – mit Ausnahme der für die Verteidigung unwesentlichen persönlichen Besitztümer Eichmanns – aus. Dafür sagte [redacted] ihm zu, eine Reinschrift davon anzufertigen.« Der Deal war perfekt. Ordnung in das Konvolut zu bringen, war für den Dienst ein Leichtes, für Pendorf eine Erleichterung.

[redacted] Eichmanns Verteidiger sei [redacted] von dem neuen Material »sehr angetan« gewesen, »zumal er daraus die Stellungnahme Eichmanns zu den Hauptanklagepunkten entnehmen zu können hofft«. Der BND erhielt aber exakt in dem Moment, als *Life* seine Eichmann-Serie brachte,[373] noch tiefere Einblicke in das Geflecht der Interessenten, Käufer und Verkäufer. Der Genoud-Freund Rechenberg hatte [redacted] zu Willem Sassen mitgenommen, der inzwischen bei seinem Freund Fritsch in Salzburg wohnte. Auch dieses Zusammentreffen war trefflich ausgemalt: »Sassen, der einen außerordentlich nervösen und unsicheren Eindruck machte, versuchte den verfrühten Abdruck in *Life* als außerordentlich günstig darzustellen. Durch die Selbstbeschuldigungen (Kinderhirn auf dem Ledermantel) würden die Selbstentschuldigungen nur glaubhafter. Fritsch scheint einen großen Teil seines Vertrauens zu Sassen verloren zu haben. Er verhielt sich sehr reserviert diesen Ausführungen gegenüber.« Der ehemalige *Der Weg*-Verleger bestand auf seinem noch vor Eichmanns Verhaftung festgelegten ausschließlichen Verfügungsrecht über die Eichmann-Materialien, das für Sassen lediglich eine Beteiligung an möglichen Erlösen vorgesehen hatte.

Dann gab Rechenberg einen nicht weniger aufschlussreichen Einblick in die »Interessengemeinschaft Linz«. Servatius, hieß es da, habe sich Sassen gegenüber sehr kühl verhalten und betont, »er habe für diese Art von Hilfestellung (*Life*-Veröffentlichung) kein Verständnis. Mit dem Hinweis auf den außerordentlich ungünstigen Preis, den Sassen für die Memoiren

erzielt habe, brachte er die geldgierige Front der Eichmann-Brüder hinter sich. Von diesen Eichmann-Brüdern machte zumal Dr. Robert Eichmann einen außerordentlich schlechten Eindruck. Mit unangenehmen Winkeladvokatenzügen (falsche Versicherungen an Eidesstatt und dergl.) versuchte er, die finanzielle Auswertung der Memoiren für die ›Familie‹ zu sichern. Sowohl er als auch sein Bruder Otto reagierten in dem Maße positiv, in dem eine Bereicherung der ›Familie‹ in Frage stand, in dem Maße negativ, in dem die Finanzierung der Verteidigung mit Mitteln der ›Familie‹ zur Sprache kam.« Servatius erwirkte dann von Sassen eine eidesstattliche Verfügung, dass Eichmanns Ehefrau gar nicht über das *Life*-Honorar verfügen könne, da sie den Vertrag mit dem Magazin unberechtigterweise unterschrieben habe, das Geld jedoch behalten solle, da sie für sich und ihre Kinder sorgen müsse. »Auf diese Weise will Dr. Servatius die Bedürftigkeit von Frau Eichmann dartun, um auf dem Wege einer einstweiligen Verfügung beim Landesverwaltungsgericht in Köln eine vorläufige Finanzierung der Verteidigung durch die Bundesregierung zu erreichen.«

Von besonderer Bedeutung war natürlich die Frage, wo überall inzwischen Eichmann-Materialien kursierten. »Auf die mehrfachen und deutlichen Fragen, ob die Verteidigung noch damit rechnen müsse, dass irgendwo authentisches oder nicht-authentisches Memoiren-Material liege, antwortete er [Sassen] mit einem klaren Nein. Außer ihm verfüge nur *Life* über Unterlagen, und die *Life*-Unterlagen seien keineswegs komplett.« Auf den *Stern* angesprochen (wo der Bezug auf die Eichmann-Materialien nicht erkennbar gewesen war), stritt Willem Sassen sogar ab, »dass sich dort irgendwelches Material befinden könne«. Dass sich der BND mittlerweile im Besitz genau dieser Unterlagen befand, wusste [redacted] niemand in der Runde der Eichmann-Verwerter. Es wäre im Hinblick auf deren finanzielle Ambitionen auch nicht von Bedeutung gewesen, da es dem BND nicht um Geld, sondern um Informationen ging.

Pullach war nun in der komfortablen Lage, das Bundeskanzleramt in aller Ausführlichkeit über den Inhalt der auf Tonbändern und Transkripten überlieferten argentinischen Einlassungen des Adolf Eichmann ins Bild zu setzen. Kurt Weiß ließ die in Hamburg ausgehändigten Materialien in Windeseile durchsehen, ordnen und mit einem 37 Schreibmaschinenseiten

umfassenden Verzeichnis von mehr als 400 Namen erschließen.[374] Es begann mit »Abetz, Botschafter in Frankreich« und endete mit »Dr. Zöpf, Regierungsrat RSHA, Holland«. Das ehemalige Sicherheitspersonal des Dritten Reichs und Eichmanns Partner bei der Judenvernichtung fanden reichlich Erwähnung, doch ein Name fehlte zwischen »Globel«, »Globocznik« und »Goethe, jüdischer Lagerkommandant Krakau (?)«: der von Dr. Hans Globke. Der BND fand unter den erwähnten Namen überhaupt niemanden, der im »heutigen politischen oder wirtschaftlichen Leben eine Rolle spielt«.[375]

Neben diesen höchst bedeutsamen Fingerzeigen informierte Kurt Weiß seinen Präsidenten über den Stand der »Vorbereitungen für den Eichmann-Prozess in Israel«, über Servatius' Klage auf Prozesskostenerstattung vor dem Kölner Verwaltungsgericht und darüber, dass in Salzburg »in Anwesenheit der Gebrüder Eichmann, des Rechtsanwalts Dr. Servatius und der Eichmann-Vertrauten aus Buenos Aires, Fritsch und Sassen«, nun also die »Interessengemeinschaft Linz« auch formal gegründet worden sei. Sie verfüge über sämtliche Rechte an den Eichmann-Schriften, und Servatius sei ermächtigt, wegen Verletzung der Urheberrechte gegen *Life* vorzugehen. »Winterstein« wusste noch mehr: »Wie [redacted] festgestellt werden konnte, benötigt Dr. Servatius für die nächste Phase der Vorbereitungen für die Verteidigung Eichmanns ca. 15–20 000 DM.« Kurt Weiß legte Gehlen diese Vermerke »für die Unterrichtung von ›Globus‹« vor und empfahl wegen des besonderen Schutzes der Quellen beim Staatssekretär nur mündlichen Vortrag.[376]

Das erschien dem BND-Präsidenten nicht angemessen und auch nicht nötig. Seine umfassende schriftliche Unterrichtung des Bundeskanzleramts zu den in Argentinien entstandenen Eichmann-Bekenntnissen erfolgte auf Basis der akribischen Auswertung im Strategischen Dienst am 13. Dezember 1960.[377] In der sorgsam analysierten Quelle scheine keine heute noch aktive Persönlichkeit auf, auch habe Eichmann sich bei dieser ursprünglich als Buchprojekt geplanten Veröffentlichung dafür entschieden, »dass diese und jene Person und einige Passi« nicht darin aufgenommen werden sollten, »um diese in Freiheit lebenden Personen nicht zu gefährden. Ob er diese gutgemeinte Absicht bei seinen jetzigen Vernehmungen wird aufrechterhalten können, erscheint aus

psychologischen Gründen zweifelhaft«. Andererseits gebe es keinen Anhaltspunkt, meinten die Auswerter, »dass er über die erfassten ca. 420 Personen hinaus weitere nennen oder belasten wird«. Ob diese Prognose zutraf, würde der Prozess zeigen, der erst einige Monate später eröffnet wurde.

Der Kanzleramtschef erfuhr aus der Unterrichtung durch den BND-Präsidenten außerdem, dass Servatius ernsthaft erwog, die Verteidigung Eichmanns niederzulegen, weil aus der *Life*-Veröffentlichung deutlich geworden sei, dass er seine Taten nicht bedauere oder bereue. Als Beleg dafür waren seine spektakulären Einlassungen gegenüber Willem Sassen zitiert: »Ich werde mich nicht selbst demütigen oder irgendwie bereuen …, nein, ich muss ehrlich sagen, hätten wir alle zehn Millionen Juden getötet, die in Himmlers Statistiken ursprünglich angegeben waren, dann würde ich erklären: Gut, wir haben einen Feind vernichtet.« Und, auf dem Transkript von Band 67, Seite 9: »Mich reut gar nichts, ich krieche in keinster Weise zu Kreuze […] Es wäre zu leicht und ich könnte es billig machen der heutigen Meinung nach, dass ich gewissermaßen so spiele, dass aus dem Saulus ein Paulus würde, aber ich sage Ihnen, das kann ich nicht, weil ich nicht bereit bin, weil sich mein Inneres dagegen sträubt zu sagen, wir hätten etwas falsch gemacht.«

Schließlich die »kurze Inhaltsangabe« zu dem Argentinien-Material: Eichmann spreche darin über seinen Werdegang und gebe umfassende Auskunft über seine Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt. Grundsätzlich halte er die »seinerzeit durchgeführten Maßnahmen für gut und richtig«, stehe aber einigen Maßnahmen von Himmler kritisch gegenüber, »so der Art der Judenvernichtung in den KZ’s«. Im Übrigen spreche der Manager der Deportationen »stilistisch ein schlechtes Deutsch«, der gesamte Komplex von fast 1000 Maschinenseiten sei ein »wirres Durcheinander«. Dann folgten einige Charakterisierungen von Vorgängen und Personen, von denen man annahm, sie würden in Bonn interessieren. Aus dem Entwurf gestrichen war der Passus: »Abschließend muss gesagt werde, dass Eichmann ein typischer Vertreter des NS-Regimes war, der mithalf, Deutschland ins Verderben zu stürzen. Trotz der ihm eigenen Soldatentugenden hat er aber durch den fanatischen und kritiklosen Glauben an den Nationalsozialismus die wahre Ethik des Soldatenberufes nicht begriffen.«

Bevor das Jahr 1960 zu Ende ging, erfuhr der BND [redacted] weitere Neuigkeiten.[378] Die *Life*-Artikel seien dem Beschuldigten vom Generalstaatsanwalt in deutscher Übersetzung vorgelegt worden, [redacted]: »Eichmann ist über die Veröffentlichung empört, da diese den mit Sassen geschlossenen Vereinbarungen widerspräche«; dieses Vorgehen befremde ihn außerordentlich. »Er, Eichmann, widerspreche jeder Veröffentlichung in der damaligen Form, die von ihm nicht vorher hatte abgezeichnet werden können. Maßgebend sei, was er jetzt nach der Festnahme geäußert habe. Die damaligen Niederschriften, Tonbandaufnahmen, Gespräche usw. seien so geführt, als ob er im Jahre 1945 von einem Richter vernommen werde.« Sein geschäftstüchtiger Kamerad Sassen hatte ihn verraten und seine Verteidigung sehr erschwert. Da neben den *Life*-Artikeln inzwischen auch bereits ein Buch, »Minister of Death«, auf der Basis von Eichmanns Bekenntnissen erschienen war,[379] verringerte sich der Marktwert dieses Materials weiter.

Eine neue Geldquelle schien sich den Interessenten jedoch mit den Erinnerungen Eichmanns aufzutun, die er in geradezu fanatischem Tempo im Gefängnis niederschrieb. Der Staatsanwalt verweigerte einstweilen aber seine Zustimmung zur Abtretung des Verwertungsrechts für diese »Memoiren« an Servatius, obgleich der Anwalt nachdrücklich betonte, dies sei »die einzige Möglichkeit«, die Verteidigung sicherzustellen und Mittel für die bereits entstandenen Unkosten flüssig zu machen; die Bundesregierung lehne deren Erstattung jedenfalls ab. »Gegenfrage des Staatsanwalts: ›Wieviel brauchen sie?‹ Dr. S.: ›20 000 Dollar‹.« O. k., er solle eine Kostenübernahme durch den Staat Israel schriftlich beantragen. Eichmann hatte kein Problem damit, »Dr. Servatius zieht eine solche Finanzierung jedoch nur als ultima ratio in Betracht.«[380]

[redacted]

[redacted] wusste dem Gehlen-Dienst noch weitere Aufschlüsse zu geben, denn Servatius war nach seiner Rückkehr aus Israel einen Tag vor Heiligabend mit Willem Sassen, dem Eichmann-Bruder Otto, dem Eichmann-Sohn Klaus, Hans Rechenberg [redacted] im Münchener Hotel Carlton zusammengetroffen. Als Hauptthema stand die Vermarktung der neuen »Memoiren« auf der Tagesordnung. Servatius protestierte dabei noch einmal scharf gegen das Vorgehen Sassens und gab bekannt, sein Mandant habe ihn inzwischen persönlich instruiert, dass nichts mehr veröffentlicht werden dürfe. Da eine Kostenübernahme durch Israel die Verteidigung »außerordentlich belasten würde«, sehe er nun nur noch eine einzige Möglichkeit, nämlich »einem Verleger die Option anzubieten auf eine später einmal vorzunehmende Veröffentlichung der Original-Eichmann-Manuskripte oder einer Bearbeitung. (Laut Dr. Servatius ist der israelische Generalstaatsanwalt bereit, später alles von Eichmann Geschriebene herauszugeben.) Für die Option müsste ein Vorschuss von 100 000 DM von dem Verleger für die Verteidigungskosten bereitgestellt werden.« Zu Rechenberg, [redacted] sagte Eichmanns Strafverteidiger anschließend, »dass er immer noch hoffe, dass Genoud bei seinen Beziehungen nach Frankreich und England das Geld aufbringen könne, wenn er die Verlagsauswertung erhalte.« Der BND interessierte sich natürlich sehr für die Bemühungen von Robert Servatius, die Erstattung seiner Unkosten und seines Honorars einzuklagen oder sie auf andere Weise sicherzustellen.

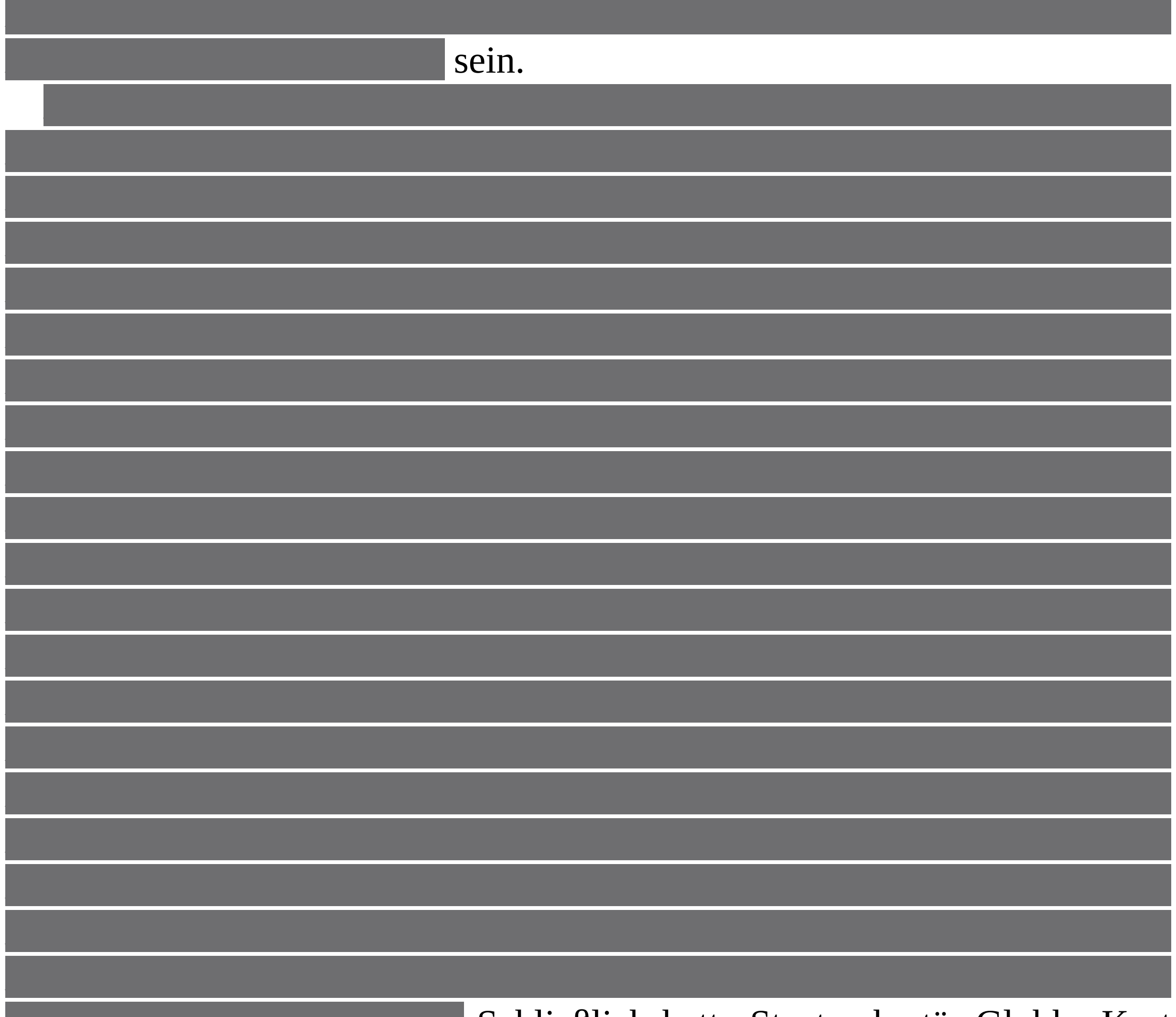
[redacted]

Am Tag bevor die Runde der Verwandten, Freunde und Unterstützer in München zusammenkam, hatte sich Dr. Servatius entsprechend der Empfehlung Hausners an die israelische Regierung gewandt. Das Bemühen, »von der Bundesrepublik Deutschland ein Zahlungsversprechen zu erlangen, ist erfolglos geblieben«, schrieb er. »Ich bin daher gezwungen, mit der Bitte an die Israelische Regierung heranzutreten, die Kosten für

Auslagen und Honorar zu übernehmen.« Die anfallenden Aufwendungen einschließlich Honorar schätze er auf 20 000 Dollar.[381] Justizminister Pinchas Rosen bewilligte ihm die Summe umgehend und bat um die schriftliche Bestätigung, dass der Anwalt alles versucht habe, die Kosten durch die Familie Eichmann decken zu lassen, doch keinen Erfolg gehabt zu haben.[382]

Servatius bedankte sich postwendend, schränkte seine Bereitschaft, diese Unterstützung anzunehmen, aber ein: »Mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit wegen Zahlung der Gebühren und Auslagen laut gewordenen ablehnenden Stimmen möchte ich aber von dem Anerbieten nur mit der Maßnahme Gebrauch machen, dass ich mich verpflichte, den Betrag zurückzuzahlen, wenn und soweit von der Bundesrepublik Deutschland oder, nach Abschluss des Verfahrens, aus der Verwertung von Urheberrechten meines Klienten oder aus Mitteln der Familie Eichmann Deckung meines Honorars und der anstehenden Auslagen erfolgen sollte.«[383] Diese Selbstverpflichtung machte die Geldbeschaffung aus privater Quelle nur umso dringlicher, zumal Servatius in mehreren Anläufen scheiterte, den Schutzanspruch des deutschen Staatsbürgers Adolf Eichmann vor deutschen Gerichten durchzusetzen.[384]

Die Selbstverpflichtung von Robert Servatius, die israelische Zuwendung nur unter Vorbehalt anzunehmen, ist weder eine spontane Eingebung noch das Ergebnis einer sorgsam erwogenen Entscheidung gewesen, sondern sie geht mit auf seine vom BND organisierte Beeinflussung zurück. Das geht aus einer »Vortragsnotiz« hervor, die Kurt Weiß zu Jahresbeginn 1961 dem BND-Präsidenten hineinreichte.[385] Servatius sei »weisungsgemäß dringend nahegelegt« worden, schrieb er, »das Geld für die Prozessfinanzierung von israelischer Seite nur unter Vorbehalt der Rückzahlung bei anderweitiger Finanzierung anzunehmen, um sich freie Hand für die Verteidigung zu erhalten. Dr. Servatius hat diese Empfehlung dankbar angenommen und in einem Schreiben an den Justizminister in Israel vom 6.1.61 diesen Vorbehalt deutlich vermerkt; das Schreiben liegt in Fotokopie als Anlage bei.« Die Weisung, Servatius diesen Schritt nahezulegen, der ganz auf der politischen Linie Bonns lag, so wenig wie möglich mit dem Prozess in Jerusalem in Verbindung gebracht zu werden, kann nur von Globke gekommen



[redacted] sein.

[redacted] Schließlich hatte Staatssekretär Globke Kurt Weiß, wie dieser Gehlen berichtete, selbst gesagt: »Bei Bundeskanzleramt Interesse an Informationen über Vorbereitungen über Eichmann-Prozess in Israel (Schriftwechsel Rechtsanwalt Servatius – Bruder Eichmann wegen Übernahme der Verteidigung). Bericht dringend erbeten, wenn über eigene Verbindungen Feststellungen möglich.«[387] Das funktionierte bestens. Andererseits findet sich in der gesamten Überlieferung des BND trotz der neuen Dynamik bundesdeutscher Gerichte kein einziger Hinweis auf ein Bemühen Pullachs, seine im Zuge des Eichmann-Verfahrens gewonnenen Erkenntnisse etwa für die deutsche Strafverfolgung von NS-Verbrechern nutzbar zu machen.

Beim Jahreswechsel 1960/61 waren gut sieben Monate seit der Ergreifung Eichmanns vergangen, doch der Prozessbeginn ließ immer noch auf sich warten. Willem Sassen hatte mit *Life* und dem *Stern* einen guten

Schnitt gemacht, aber sonst stand es schlecht mit der Vermarktung von Adolf Eichmanns argentinischen Bekenntnissen. Inzwischen kursierten mehrere Exemplare in Kopie, ihr Marktwert sank. Eine Fassung befand sich inzwischen sogar in der Obhut von Robert Eichmann in Linz, ohne dass er seine »Interessenvereinigung« davon in Kenntnis gesetzt hätte.[388] Noch bedrohlicher war die verstreichende Zeit, da nach Prozessbeginn, erst recht nach dem Urteil, mit Eichmann-Memorabilien nicht mehr viel zu verdienen sein würde. Hoffnung machten nur noch die Lebenserinnerungen, die der Angeklagte im Gefängnis in Angriff genommen hatte. Der finanzielle Engpass seines Strafverteidigers bestand trotz der Israel bewilligten 20 000 Dollar, knapp 90 000 DM, nach wie vor, denn diese Summe würde die Auslagen, geschweige denn ein angemessenes Honorar für Servatius nicht abdecken. Bei Eichmanns Familie fielen trotz des *Life*-Honorars inzwischen auch nur Kosten an.

Am besten stand der BND da. [redacted]; die Argentinien-Papiere in der *Stern*-Fassung besaß der Gehlen-Dienst jetzt ebenfalls. Pullach befand sich in der komfortablen Lage, den momentan besonders stark unter Druck stehenden Kanzleramtschef bestens bedienen zu können. Denn Hans Globke war sich im Sturm der DDR-Agitation (ebenso wie bei der juristischen Auseinandersetzung mit dem Verleumder Max Merten) sicher, dass er in Eichmanns Argentinien-Papieren nicht erwähnt wurde, und besser noch: dass der Massenmörder ihn augenscheinlich überhaupt nicht kannte. Das summierte sich zu einer erfreulichen ersten Bilanz, auch wenn sich die graue Eminenz im Palais Schaumburg nicht sicher sein konnte, was sich die beiden so ungleichen Geister wie Adolf Eichmann in Jerusalem und der Aktivist Reinhard Strecker in Berlin[390] mit irgendwelchen Äußerungen, Ausstellungen oder Publikationen noch alles an Abträglichem einfallen lassen würden.

War es für Gehlen und Globke nur von untergeordnetem Interesse, auf welchen Wegen der Eichmann-Verteidiger das Geld für die Ausübung seines Mandats zusammenbekam und wie sich die Vermarktung der Eichmann-Papiere weiter gestaltete, so wuchs sich für Robert Servatius seine Unterfinanzierung zu einem ständig schärfer werdenden Problem aus. Um seine Unkosten zu decken, hatte er sich von Beginn an, frei von Berührungsängsten, auf das antisemitische und rechtsradikale Milieu der Genoud und Rechenberg eingelassen, und bis heute gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob der Strafverteidiger aus Köln nicht mindestens einen Teil seiner Aufwendungen und seines Honorars aus Zuwendungen ebendieser Zirkel abgedeckt hat.[391] Jedenfalls musste Servatius parallel zu seinen aufreibenden, aber nicht sehr aussichtsreichen Bemühungen für seinen Klienten ständig um die finanziellen Grundlagen für dieses Mandat besorgt sein. Der BND beobachtete das bis Prozessende sehr genau.

Neben einer detaillierten Beschreibung weiterer Schritte und Schachzüge von Servatius erfuhr der BND [redacted] zu Beginn des Jahres 1961, der Anwalt habe bislang noch keine israelische Überweisung erhalten, vielmehr habe er bereits 20 000 DM aus eigenen Mitteln vorfinanziert.[392] [redacted] es sei ungeklärt, »woher Servatius plötzlich die 20 000 DM« habe, nachdem er kurz zuvor ein Debit auf seinem Kölner Konto noch mit einem Scheck in Höhe von 2000 DM ausgleichen musste. Bereits einige Tage später lagen in Pullach Kopien des Schriftwechsels vor, den der Anwalt bis dahin über seine Prozesskosten geführt hatte.[393] Daraus waren alle wesentliche Eckdaten zu ersehen: Der israelische Generalstaatsanwalt habe die Übergabe der Vollmacht zur Verwertung von Urheberrechten an mögliche Verleger noch nicht genehmigt, obgleich Servatius das Einverständnis Eichmanns dafür längst hatte; der Anwalt halte es für »zweifelhaft«, dass die von Jerusalem zugesagten, in Teilzahlungen gewährten 20 000 Dollar für die Deckung seiner Aufwendungen und seines Honorars in einem längeren Prozess ausreichten; nach seiner Aufstellung benötigte er für zwei Monate Vorbereitung und zwei Monate erstinstanzlicher Verhandlung 71 800 DM, jeder weitere Monat schlüge mit etwa 10 000 DM zu Buche; aus Sassens unbefugtem Verkauf der argentinischen Bekenntnisse seien ihm

von der Familie Eichmanns bisher 16 000 DM zugegangen. Mehr stand einstweilen nicht in Aussicht, da die Bundesregierung sich beharrlich weigerte, für die Verteidigung Eichmanns aufzukommen.

Ende Februar, kurz nach Anklageerhebung, gingen in Pullach sämtliche Aussagen ein, die Eichmann in seinem gut siebenmonatigen Polizeiverhör gemacht hatte – sechs Bände mit insgesamt 3564 Seiten. Der Generalstaatsanwalt hatte sie Servatius zur Prozessvorbereitung überlassen [redacted] [394] »Adolf Eichmann hat handschriftlich eine Vollmacht und eine Abtretung seiner Urheberrechte an Dr. Servatius herausgeschmuggelt«, erfuhr man dort außerdem. »Diese handschriftliche Erklärung kann in der Öffentlichkeit erst nach Abschluss des Prozesses benutzt werden. In einer zweiten handschriftlichen Mitteilung bestimmt Adolf Eichmann die Verteilung der Erträge aus der Verwertung seiner Urheberrechte mit 50:50 zwischen Familie und Verteidigung.« Es gehe um das Projekt eines Buches, das er selbst als sein »Glaubensbekenntnis« bezeichne.[395]

Der Kanzleramtschef wurde von Gehlen und Weiß tagfrisch auf dem Laufenden gehalten. Globke erfuhr so auch von den handschriftlichen Notizen, die auf Wunsch von Servatius entstanden seien, »der persönliche Äußerungen von Eichmann für spätere Veröffentlichungen haben will«.[396] Der Rechtsanwalt habe die aus dem Gefängnis herausgeschmuggelte, auf den 15.2.1961 datierte Vollmacht natürlich nicht publik machen können, doch er sei sogleich aktiv geworden: »Die jetzigen Aufzeichnungen Eichmanns hatte Dr. Servatius in Israel Patrick O'Connor übergeben, der zusammen mit V-7461 [redacted] nach München flog«, erläuterte der Bericht weiter. Servatius hatte sich [redacted] Anfang März mit Rechenberg und dem britischen Verleger zu weiteren Verhandlungen neuerlich in Paris getroffen und seinen Mandanten daraufhin »zu umfangreichen Niederschriften« bewogen. In auszugsweiser Übersetzung waren sie O'Connor[397] bereits übergeben worden. Eichmann sehe »die Möglichkeit, durch seine Aufzeichnungen einen Beitrag für eine Veröffentlichung zu leisten, aus deren Einnahmen seiner Familie, die an Geldmangel leidet, Anteile zufließen können. Dr. Servatius hat er in diesem Sinne unterrichtet, und es besteht auch eine Vereinbarung mit Eichmann, die künftig derartige

Einnahmen aufteilt.« Die Vereinbarung zwischen Genoud und Servatius von Ende März über »sämtliche Äußerungen Eichmanns in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft« sah nun eine Dreiteilung der erwarteten Erlöse vor: 30 % für Genoud, 30 % zur Deckung von Auslagen aller Art, 40 % für Servatius.[398]

Da die Worte des Angeklagten Adolf Eichmann vor Gericht geldwertes Gewicht zu haben schienen, von denen die zahllosen Berichterstatter gewiss jede Silbe aufpicken würden, wandte sich Hans Rechenberg mit einem bemerkenswerten Vorschlag an den Strafverteidiger. Servatius möge doch bitte bedenken, schrieb er, »ob es nicht möglich ist, dieser Gefahr dadurch einen Riegel vorzuschieben, dass Sie Ihren Mandanten nur zu einem wohl vorbereiteten und mit Ihnen ausgearbeiteten Statement veranlassen, dagegen darauf zu verzichten, ihn in den Zeugenstand zu rufen«. Das hätte den Marktpreis für die Ware Eichmann gewiss stützen können. Im selben Schreiben legte Rechenberg auch gleich den Zeitplan für die Veröffentlichung in *The People* vor, die unmittelbar nach Prozessbeginn erfolgen müsse. So geschah es.[399] V-Mann 7396 rechnete den erwarteten Erlös in Höhe von 15 000 britischen Pfund in deutsche Währung um und kam dabei für den Anteil von Servatius auf den stattlichen Betrag von 65 000 DM.

Inzwischen, beinahe ein Jahr nach seiner Entführung, wurde am 11. April 1961 endlich der Prozess gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht eröffnet. Die Vermarktungsbemühungen für die Erzählungen des NS-Verbrechers machten ebenfalls Fortschritte.[400] O'Connor, Genoud und Servatius' Mitarbeiter Wechtenbruch trafen sich, »um die Veröffentlichung weiterer Schriftstücke Eichmanns vorzubereiten«. Die Briten hatten ihre Serie inzwischen auch nach Australien und Argentinien verkauft. Dafür erhielten sie aus Servatius' Umfeld große Komplimente und weitere Texte.[401] [redacted] Nach dem Einspruch seines Anwalts, den auch Gehlen für richtig hielt, unterblieb es einstweilen.[404]

[redacted]

[redacted] Servatius erwartete dringend die erste Rate von *The People*, wo bereits die dritte Fortsetzung erschienen war[405] – und wie lange sich der Prozess und eine mögliche Revisionsverhandlung hinziehen würden, stand in den Sternen.

Der Druck stieg. Immer mehr Eichmann-Material schien umzulaufen, seine Verwertung immer unkontrollierbarer zu werden. Anfang Juni schreckte Hofé/»Lena«[406] mit der Nachricht auf, der polnische Geheimdienst habe in Argentinien ein von Eichmann besprochenes, auf 1500 Seiten abgetipptes Tonband in seinem Gewahrsam. Ein »riesiger Stab von polnischen Spezialisten« sitze an der Aufarbeitung des Materials, das danach dem Verlag der Nation in Ost-Berlin angeboten würde, also Hofé selbst; das MfS interessiere sich sehr dafür.[407]

Tatsächlich erschien in der polnischen Zeitung *Polityka* eine Artikel-Serie auf der Grundlage des Argentinien-Materials, doch im Westen nahm niemand davon Notiz.[408] *Paris Match* hatte ebenfalls Eichmann-Enthüllungen nachgedruckt, ohne sich um die Urheberrechte zu scheren. Robert Servatius, der Ende Juni mit der Verteidigung vor Gericht begann und dem der Angeklagte plein pouvoir für die gesamte Verwertung gegeben hatte,[409] zog in einem langen Brief Zwischenbilanz, den er aus Jerusalem an seinen Geschäftspartner in München richtete. Der BND las mit.[410]

Servatius dankte Rechenberg zunächst für seine Bemühungen, die er zu schätzen wisse. Nach der Fanfare »Die Finanzierung ist für die Verteidigung lebenswichtig«, erfolgte eine Aufstellung der bisherigen Auslagen. Die überwiesenen 10 000 DM seien verplant, »das Konto in Köln ist fast erschöpft«, obwohl er zu Beginn seines Engagements in Jerusalem 30 000 DM von seinem Privatkonto mobilisiert habe. Das Konto in Israel sei inzwischen auf 4000 Dollar abgesunken, die vielleicht gerade so bis zum Ende der Beweisaufnahme und dem ersten Plädoyer hinreichen könnten. Rechenberg solle weitere 10 000 DM nach Köln überweisen, um zu vermeiden, dass er, Servatius, »am Ende des Verfahrens dem Nichts gegenüberstehe«. Die Argentinien-Papiere seien im Übrigen nur in bearbeiteter Buchform zu verwerten, da Eichmann sie als »Fälschung des Herrn Sassen« bezeichnet habe. Für die Verteidigung bedeuteten diese Einlassungen »eine sehr große Erschwerung, denn es wird dadurch die Möglichkeit der Entlastung auf subjektiver Seite äußerst beschränkt«.

Formell war das dann nicht der Fall, da das Gericht diese Materialien wegen Zweifels an ihrer Authentizität nicht als Beweismittel zuließ.[411]

Es stehe auch deswegen schlecht, klagte der Verteidiger gegenüber Genouds Vertrautem weiter, weil die Urheberrechtsklagen gegen *Life* und *Paris Match* aufwendig und schwierig seien: »Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass dieses Unternehmen ausschließlich mit den Ihnen und Ihren Freunden zustehendem Erlösanteil aus den bisherigen Veröffentlichungen bestritten werden muss und dass von dem übrigen Erlösanteil zunächst alle Prozesskosten und ein angemessenes Honorar gezahlt werden müssen.« Die Serie in *The People* müsse beendet sein, »solange das noch möglich ist, nach dem Schuldspruch wird sich kein Mensch mehr dafür interessieren, im Gegenteil«. Die Unkosten der Eichmann-Brüder (»Brüder Karamasoff in Linz«) müssten erst noch auf ihre Stichhaltigkeit untersucht werden. Er werde der Familie keine Mitteilungen in Briefform mehr machen, da sogar diese vermarktet würden. Er selbst, schließlich, werde das »unerhört interessante und wertvolle Buch über den Prozess *nicht schreiben*«, das man von ihm erwartete, »das sollen die Politiker tun, die Journalisten, Psychiater und ähnliche Leute, ich möchte Rechtsanwalt bleiben«.

Die »Interessengemeinschaft Linz« war längst keine Gemeinschaft mehr. Die Mitglieder verfolgten das jeweils eigene Interesse, das bei jedem darauf hinauslief, aus der Red- und Schreibseligkeit des Massenmörders ein lohnendes Geschäft zu machen. Das zeigte sich deutlich, als Servatius ankündigte, er werde nach der Beweisaufnahme Anfang August zu einem vierzehntägigen Urlaub in die Schweiz kommen; Rechenberg werde ihn am Züricher Flughafen in Empfang nehmen. Der Anwalt habe sich inzwischen mit der Veröffentlichung der »Bekenntnisse« seines Mandanten einverstanden erklärt, sofern seine Position als Strafverteidiger dadurch nicht beeinträchtigt werde: »Dr. Servatius hat inzwischen zu verstehen gegeben, wie sehr es ihm daran liegt, finanziell soviel als möglich aus dem Prozess für sich herauszuholen. Nachdem in Polen die Sassen-Memoiren veröffentlicht worden sind, behauptet Dr. Servatius V-7396 gegenüber, dass diese von dem Eichmann-Bruder in Linz nach Polen verkauft worden sind, und bat V-7396, den Eichmann-Bruder in Linz aufzufordern, die Einnahmen aus dem Verkauf an ihn abzuführen«. Der clevere Strafverteidiger hatte nie einen Hehl daraus gemacht, dass der Prozess für ihn auch »eine rein geschäftliche causa« sei.[412]

Hans Rechenberg fädelte nebst einer Presseverlautbarung auch schon ein Interview von Servatius mit *Paris Jour* ein. Es ging um die gemeinsam vereinbarte »Herausgabe eines Buches unter dem Titel ›Bekenntnisse und Erkenntnisse von Adolf Eichmann‹. Eichmann wird dazu mit Aufzeichnungen nach Abschluss der Beweisaufnahme beginnen. Um den Veröffentlichungen den nötigen familiären Anstrich zu geben und um zu verhindern, dass seitens der Familie Eichmann irgendwelche gegenteiligen oder unkontrollierbaren Veröffentlichungen vorgenommen werden, wird Frau Vera Eichmann mit ihrem jüngsten Sohn Klement Ende Juli nach Deutschland fliegen.« Die ersten Manuskriptseiten des geplanten Buches werde Servatius mitbringen, wenn er nach Zürich komme. Patrick O'Connor wolle zur Bearbeitung des Buches aus London anreisen. »Die Verlagsrechte wird dafür wiederum V-7396,1 [Genoud] haben.«

Als Anlage schickte Rechenberg einen zwischen Presseinformation und Waschzettel changierenden Text zu der (dann doch nicht zustande gekommenen) Buchpublikation gleich mit. Wie von Eichmanns Verteidiger zu erfahren gewesen sei, so war da zu lesen, arbeite der frühere SS-Obersturmbannführer an einem Manuskript, »das nach Umfang und Inhalt alles in den Schatten stellen dürfte, was bisher an mündlichen und schriftlichen Äußerungen Eichmanns bekannt geworden ist«; bis zu 100 Seiten verfasse er in seiner Zelle manchmal am Tag. Dabei gehe er ausführlich auf seinen Werdegang und auf die »Ursachen und Formen des im deutschen Volk auf Grund der Erlebnisse zweier Weltkriege gezüchteten Antisemitismus« ein. Es kam noch besser: »Eichmann warnt aus den ihm gewordenen Erkenntnissen die lebenden und kommenden Generationen eindringlich davor, jemals irgendwelchen Ideen des Rassen- und Klassenhasses oder der Völkervernichtung anzuhängen.« Der neue Lehrer der Völker erkannte »das wirtschaftliche und soziale Unrecht einer von überalterten ökonomischen und nationalistischen Ideengängen beherrschten Welt als Ursache der Kriege, des Rassenhasses und des Völkermords«.

Dann wurden in angeblich wörtlicher Rede des Verbrechers weitere Erleuchtungen in den Werbetext eingegeben, u. a. die, dass »pseudodemokratische Umerziehung, Reue und sonstige Phrasen« nur Strohfeuer seien und die »jetzige westliche Gesellschaftsform« keineswegs eine Beseitigung des Unheils garantiere, was man unschwer an den »nordamerikanischen Infiltrationsversuchen« in Zentral- und Südamerika

ablesen könne: »Wo wird denn heute die schwarze Hautfarbe noch dergestalt diskriminiert, als im Lande der Bannerträger für Demokratie und Menschenrechte? Was ist denn das Abschlachten der Algerier? Die internationale westliche Hochfinanz, der überzüchtete Privatkapitalismus ist die Wurzel allen Übels.« Alle diese »Ideale«, dies erkenne Adolf Eichmann immer deutlicher, seien nichts als »Pseudoideale«, die man schlicht durch das Wort Egoismus ersetzen könne. »Nationalismus und Chauvinismus sind so richtig die Tummelplätze privatkapitalistischer Profitgier und die Ursache des Gegenteils des Wunsches aller Völker nach Frieden, Sicherheit und Ruhe.« Wer garantiere bei der westlichen Gesellschaftsform denn, »dass nicht eines schönen Tages das gehabte Grauen fröhliche Urständ feiert? Was waren sie denn: Hitler und andere autoritäre Führerpersönlichkeiten? Sie wurden selbst Figuren im hohen Spiel des internationalen Fatalismus«. Als Knalleffekt zum Schluss das Bekenntnis zum Staatssozialismus sowjetischer Prägung: Sämtliche Völker der Erde umfassend reiße er »die Wurzel des Übels, Rassenhass, Rassenmord usw. automatisch aus und bietet Gewähr für ebenfalls automatische restlose Beseitigung, da die Antriebsmomente in Wegfall kommen«. Es müssten nun die »marxistisch-leninistischen Doktrinen« verwirklicht werden: »Aus dem Osten kommt das Licht!«[413] Wir werden weiter unten darauf zurückkommen.[414]

Als Werbebotschaft für die Einlassungen eines nachdenklich gewordenen Massenmörders mit eingebauter weltanschaulicher Kehrtwende war dieser Waschzettel geschäftstüchtiger Hemmungslosigkeit schwer zu übertreffen. Mit seiner antikapitalistisch-antiamerikanischen Rhetorik und seiner Verurteilung der »Umerziehung« bediente er Alt- und Neunationalsozialisten, Antidemokraten jeglicher Couleur, auch einen extremen nationalen Konservatismus. Zugleich warf er sich der antidemokratischen Linken ebenso wie hartgesottenen Stalinisten an den Hals und bemühte sogar den Human Touch einer Saulus-Paulus-Seifenoper, die auf die Richter der zweiten Instanz, doch mehr noch auf ein breites Publikum zielte, das mit dieser spektakulären Wendung des weltberühmten Judenschlächters in Atem gehalten und vor allem zum Kauf seiner Bekenntnisse bewogen werden sollte. Möglicherweise hat Robert Servatius, dem die verqueren Ergüsse seines Mandanten gewiss ein Gräuel gewesen wären, den Rechenberg-Text nicht zu Gesicht bekommen. In welche

Gesellschaft er sich bei der Eichmann-Vermarktung begeben hatte, ist ihm bei seinem prozessbegleitenden Gelderwerb freilich immer klar gewesen.

Nach Rechenbergs Kalkül sollte die Vermarktungs-Offensive in den USA mit dem juristischen Vorgehen gegen die nicht genehmigte *Life*-Veröffentlichung gekoppelt werden. Die »sensationelle Bedeutung« des Eichmann-Bekenntnisses zum Kommunismus solle gegenüber dem inzwischen beauftragten amerikanischen Anwalt »dadurch hervorgehoben werden, dass ihm geschickt die Idee übertragen wird, dieses Bekenntnis über die amerikanische Presse im Zusammenhang mit einer Notiz über den Prozess gegen ›Life‹ zu veröffentlichen«. Hans Rechenberg ziehe dabei, so berichtete der BND, »die Publizitätsliebe des Amerikaners« ins Kalkül und erwartete, dass der gewonnene Anwalt »bereitwillig die Verbindung zu einem maßgeblichen amerikanischen Journalisten von sich aus herstellen wird, dem dann das Bekenntnis zur Veröffentlichung angeboten werden soll«. In der ersten Septemberwoche, vierzehn Tage nach dem Ende des erstinstanzlichen Prozesses, solle die Sache starten. Servatius seien von V-7396 inzwischen 5000 DM überwiesen worden. Rechenberg sehe dadurch sichergestellt, dass dieser »gegen die Veröffentlichung des Bekenntnisses keine Einwendung erheben [werde], sondern zusätzlich bereit ist dafür zu sorgen, dass auch sein Mandant weder gegen die Veröffentlichung noch gegen die Tatsache des Bekenntnisses selbst in Jerusalem protestiert«.[415]

Am 14. August 1961 waren die Verhandlungen erster Instanz abgeschlossen, die Urteilsverkündung wurde für Dezember erwartet. Zu Beginn der Prozesspause traf Servatius in Zürich ein. [redacted][416] Auch bei der geplanten Veröffentlichung der neuen »Memoiren« des Verurteilten, bei der Rechenberg Servatius bereits zu überspielen schien, tauchten Probleme auf, da, wie Pullach erfuhr, »die Israelis Eichmann zwingen wollen, seine Bekenntnisse nicht nur in Stil und Inhalt à la Höß niederzuschreiben, sondern sie wollen ihre Zustimmung zur Freigabe der Veröffentlichung nur dann geben, wenn ›Yad Washem‹ den Verlag bestimmt, in dem das Eichmann-Buch erscheint.«[417] Außerdem hätten die Israelis gegenüber Servatius mittlerweile unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie die

Rückzahlung der zur Verfügung gestellten 20 000 Dollar erwarteten; »die Finanzierung der zweiten Instanz des Eichmann-Prozesses ist gegenwärtig völlig unklar.«

Noch bestand Hoffnung, die Schulden des Strafverteidigers beim Staat Israel wie auch seine Aufwendungen für die zweitinstanzliche Verhandlung vor dem Obersten Gericht aus den Einnahmen des geplanten Eichmann-Buches begleichen zu können. Die geplante Eichmann-Veröffentlichung stand jedoch unter keinem guten Stern. Das wurde in der Besprechung überdeutlich, zu der Servatius Mitte Oktober mit der Familie Eichmanns zusammentraf. Hauptthema war die weitere Finanzierung der Verteidigung.[418] »Laut Dr. Servatius sind bisher reine Unkosten von fast 150 000 DM entstanden«, hält der BND-Bericht fest. »Damit sind die vom Staat Israel und die aus der Veröffentlichung in England geflossenen Mittel erschöpft. Weitere Mittel aus Veröffentlichungen zu erzielen, erscheint nahezu unmöglich, weil 1. die israelische Regierung Beschlag gelegt hat auf die Aufzeichnungen, die Adolf Eichmann seit der Beendigung des Prozesses in seiner Zelle eifrig niederschreibt; 2. der Markt für Eichmann-Bekenntnisse, d. h. das Interesse der Massenzeitungen am Abdruck von Eichmann-Memoiren, abgegrast ist.« Eine – allerdings sehr vage Hoffnung – liege vielleicht noch darin, dass bei seinem Obsiegen in dem anhaltenden Rechtsstreit mit der deutschen Regierung die Kosten doch noch von der Bundesrepublik übernommen würden, Israel eventuell die Kosten für die Berufungsinstanz ebenfalls übernehme oder über den Schadensersatzprozess gegen *Life* doch noch Mittel eingingen. Robert Eichmann, der Anwalt aus Linz, betonte vorsorglich, die Mittel der Familie seien erschöpft. Robert Servatius unterstrich, man müsse nicht nur von den angefallenen Unkosten, sondern auch von einem angemessenen Honorar sprechen.

Allerdings, ein verurteilter Massenmörder, noch dazu ein so devoter und »banaler«, ließ sich, wie sein Anwalt zur Kenntnis nehmen musste, nur noch schlecht verkaufen. Hans Rechenberg hatte bei Verkaufsverhandlungen in Paris ebenfalls festgestellt, »dass das Thema Eichmann die französische Presse nicht mehr interessiert«.[419] Der Eichmann-Verteidiger suchte weiter nach Geld, um nicht nur die aufgelaufenen Unkosten abzudecken und ein angemessenes Honorar zu erlangen, sondern seinen Mandanten auch im zweitinstanzlichen Verfahren

vertreten zu können. Alles, was im Zuge dieses Bemühens an Schriftstücken oder Informationen anfiel, landete [redacted] zuverlässig in Pullach.[420] Da war der Brief von Dr. Robert Eichmann an seinen Kollegen Dr. Robert Servatius, in dem er schrieb, dass es völlig unmöglich sei, die in Rede stehenden Beträge bekannter Größenordnung von privater Seite, gar von der eigenen Familie aufzubringen. In einem Schreiben an Rechenberg beklagte Servatius das völlig verdrehte Verhalten der Familie (»societas leonina«), in einem weiteren Brief an den Kollegen Eichmann sagte er seine Reise nach Israel ab, »da die hierfür erforderlichen Mittel bisher nicht zur Verfügung gestellt werden konnten«;[421] Auseinandersetzungen mit bundesdeutschen Stellen kamen hinzu – nichts als düstere Perspektiven.

Also wandte sich der Strafverteidiger aus Köln in einem dringlichen Schreiben an den Generalstaatsanwalt in Jerusalem.[422] [redacted] Servatius beklagte, dass die ihm seinerzeit zur Verfügung gestellten 20 000 Dollar nicht einmal zur Abdeckung der »baren Unkosten«, geschweige denn für ein angemessenes Honorar hingereicht hätten. Zwar habe er einen Betrag von 50 000 DM durch die Verwertung von Urheberrechten abdecken können, doch das ändere nichts daran, dass ein »Gesamtfehlbetrag (ohne Honorar)« in Höhe von über 90 000 DM auf der Soll-Seite stehe. [redacted] Ihm, Servatius, sei ein Kostenausgleich möglich erschienen »durch Verwertung des Urheberrechts des Angeklagten Eichmann an dem Buch, das er jetzt verfasst. Anscheinend bestehen Bedenken, mir das Manuskript auszuhändigen«, doch habe er »an diesem Manuskript und dem Urheberrecht nur das Interesse, dass es mir durch dessen Verwertung ermöglicht wird, den Fehlbetrag an Unkosten und mein Honorar gedeckt zu erhalten«. Falls gewünscht, wolle er seine Verwertungsrechte gegen entsprechende Vergütung gerne auch an einen israelischen Verleger abtreten; von der Bundesregierung sei nichts zu erwarten.

Drei Wochen nach diesem Bittbrief erfolgte Mitte Dezember die Urteilsverkündung, in der Adolf Eichmann in allen Punkten der Anklage für schuldig befunden wurde.[423] Beinahe zeitgleich erreichte seinen Strafverteidiger ein dringender Appell des »unermüdlichen Nazi-Jägers«[424]

Tuviah Friedmann, der unter der Adresse eines »Institute of Documentation for the Investigation of Nazi War Crimes« firmierte und sowohl Gideon Hausner wie einen Knesset-Abgeordneten von seinem Schritt in Kenntnis setzte. Er habe gehört, dass Servatius vorhabe, ein im Gefängnis verfasstes Eichmann-Manuskript zu veröffentlichen, schrieb er ihm in einem Eilbrief.[425] »Im Namen von Millionen ermordeter Juden Europas möchte ich Sie höflich ersuchen und bitten, von diesem Ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen. Ich möchte voraussetzen, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass die Erinnerungen von Adolf Eichmann, die nur durch das größte Blutopfer der Menschheitsgeschichte möglich wurden, [hds. nicht] durch eine Privatveröffentlichung kommerziell verwertet werden.« Auch die Erinnerungen von Rudolf Höß seien von amtlicher Stelle herausgegeben worden. Das dürfe auch hier nur durch eine »gemeinnützige, nicht private Veröffentlichung« geschehen. Spätestens jetzt dürfte Servatius klargeworden sein, dass er sich von diesem Projekt nicht mehr viel erwarten konnte und auch seine nützliche Rechenberg-Genoud-Verbindung nichts daran ändern würde.

Servatius antwortete Friedmann postwendend, indem er zunächst darauf hinwies, er habe dem Generalstaatsanwalt mit Einverständnis seines Mandanten bereits die Übertragung der Urheberrechte angeboten.[426] »Eine Veröffentlichung des Buchs zwecks Gelderwerb ist weder von mir noch meinem Klienten beabsichtigt«, fuhr er unter gehöriger Dehnung der Wahrheit nicht ganz stimmig fort: »Ich muss an die Veröffentlichung des Buchs nur denken, um die durch die Dauer des Prozesses entstandenen ungedeckten Auslagen nebst Honorar erstattet zu erhalten.« Gideon Hausner habe er schon vor längerem mitgeteilt, er werde auf alle Rechte an dem Manuskript verzichten, wenn die israelische Regierung die »ungedeckten Verteidigungskosten« übernehme. Die Veröffentlichung könne in Israel erfolgen, an einer Publikation im Ausland bestehe keinerlei Interesse. Leider sei es für ihn bis jetzt bei der allgemein bekannten Abfindungsvereinbarung von 20 000 Dollar geblieben; das Publikationsvorhaben würde im Übrigen der Rückzahlung dieses Betrages dienen können: »Sie werden aber einsehen«, schloss Servatius, »dass ich nicht mit Verlust abschließen kann. Ich habe, da ich nirgendwo Unterstützung fand, einen Bankkredit von 30 000 DM aufnehmen müssen, den ich jetzt abzudecken habe. Ich würde es begrüßen, wenn Sie zur

Lösung dieser schwebenden Angelegenheit beitragen würden. Den von Ihnen geäußerten Interessen stehe ich nicht entgegen.«

Das neue Jahr würde das endgültige Urteil über den Angeklagten bringen, gewiss kein anderes als die Bestätigung der Todesstrafe. Robert Servatius gab sein Mandat nicht auf und hegte weiterhin Hoffnung auf Einnahmen aus seinem spektakulärsten Fall. Über den Jahreswechsel 1961/62 sprach Servatius mit seinem Mandanten intensiv über das weitere Vorgehen.[427] Der ausführliche BND-Bericht darüber schilderte die Überlegungen zu etwaigen Veröffentlichungen und zur Prozessfinanzierung: »In drei versiegelten Umschlägen befinden sich in der Zelle Eichmanns die sogenannten ›Memoiren‹, die ihm nach Protest des Verteidigers von den Sicherheitsbehörden wieder zurückgegeben worden sind (nachdem vorher Fotokopien angefertigt worden sind). Im Gegensatz zu ihrer früheren Einstellung sind die israelischen Behörden anscheinend nicht mehr daran interessiert, diese letzten Bekenntnisse Eichmanns zu veröffentlichen.« Nach langen Verhandlungen, so weiter, hätten sich die Behörden bereit erklärt, »noch einmal 10 000 Dollar zu bezahlen, was Dr. Servatius mit der Bemerkung quittierte, dass er dann ohne Honorar arbeiten müsse. Anscheinend unter dem Eindruck der anti-deutschen Debatte in der Knesset wurde Dr. Servatius noch am 8.1. zu Generalstaatsanwalt Hausner bestellt, der ihm eröffnete, die 10 000 Dollar könnten erst nach Abschluss des Verfahrens an ihn bezahlt werden.«

Robert Servatius bestätigte das Agreement mit Gideon Hausner insofern, als er in einem Schreiben zusagte, er werde »wie bisher von dem Inhalt der Besprechungen mit meinem Klienten nur für die Zwecke der Verteidigung in der Berufung Gebrauch machen«. Auch die Presse erhalte von ihm keine Informationen. »Ich möchte hervorheben«, fuhr er fort, »dass ich auch bisher keine Veröffentlichungen vorgenommen oder veranlasst habe und dies auch in Zukunft zu tun nicht beabsichtigte. Dies gilt auch bezüglich der von meinem Klienten nach Abschluss der 1. Instanz verfassten Schrift, deren vorgesehene Veröffentlichung ich zur Deckung meiner Honoraransprüche nur dann veranlassen würde, wenn mir das Manuskript behördlicherseits hierzu ausgehändigt wird.«[428] Offenbar sah Servatius seine Unkosten durch die zusätzlich bewilligten 10 000 Dollar, immerhin mehr als 40 000 DM, inzwischen als in etwa gedeckt an.

Während der Berufungsverhandlung im ersten Halbjahr 1962 flammte die Debatte um weitere Veröffentlichungsmöglichkeiten noch einmal auf.[429] Doch mit der Bestätigung des Todesurteils durch das Oberste Gericht und der Hinrichtung des Adolf Eichmann in der Nacht zum 1. Juni wurde aus einem akuten politischen Problem eine historische Frage. Rechnet man sämtliche bekannten Einnahmen zusammen, die Robert Servatius aus Zuwendungen des Staates Israel, der Familie Eichmanns wie aus der Serie von *The People* zugeflossen waren, so summierten sich diese Einkünfte immerhin auf einen Betrag von mindestens 200 000 DM. Seine Gesamteinnahmen dürften jedoch um einiges höher gewesen sein, da Eichmann-Materialien auch noch an andere Verlage verkauft worden waren und Servatius dank seiner bedenkenlosen Liaison mit François Genoud und Hans Rechenberg daran jedes Mal mitverdiente.[430]

4. Eichmann in Jerusalem

Beobachtung, Bespitzelung, Beeinflussung

Nachrichtendienstliche Prozessvorbereitung, die Globke-Frage

So intensiv sich der BND mit den tief ins rechtsradikale Milieu hineinreichenden Geschäftsbeziehungen und den Finanzierungsproblemen von Robert Servatius befasste, so sehr standen im Mittelpunkt seines Interesses doch der Verlauf des Verfahrens gegen den ehemaligen Leiter des RSHA-Referats für Judenangelegenheiten, die Strategie seines Verteidigers und die Gefahren, die sich daraus für die Bundesrepublik Deutschland ergeben mochten. Bundeskanzler Konrad Adenauer und sein Kanzleramtschef setzten sofort alle Hebel in Bewegung, damit sich der Prozess in Israel nicht zu einem Tribunal ausweite, in dem der deutsche Weststaat als Rechtsnachfolger des Dritten Reichs als das Land der Judenmörder auf die Anklagebank geriet und etwa Persönlichkeiten mit hineingezogen wurden, die im NS-Staat verantwortliche Positionen bekleidet hatten und in dem neuen Staat wieder Einfluss ausübten. Am meisten gefährdet erschien selbstverständlich Hans Globke, dessen herausgehobene Rolle an der Seite des Kanzlers ebenso bekannt war wie seine Mitwirkung an der frühen Entrechtung der Juden unter Hitler, die das juristische Signal zu ihrer Austreibung und Vernichtung gesetzt hatte.

Den Holocaust als ein weit verästeltes Verbrechen zu begreifen, an dem Zehntausende arbeitsteilig mitgewirkt und wenn nicht strafrechtlich, so mindestens politisch-moralisch schuldig geworden waren, gehörte zur Zeit des Eichmann-Prozesses noch nicht zu den allgemein geläufigen Vorstellungen. Einzelne benannten diesen Sachverhalt trotzdem früh und unmissverständlich. Albert Wucher, langjähriger Mitarbeiter der *Süddeutschen Zeitung*, gehörte zu ihnen. Er veröffentlichte während des Verfahrens die aufsehenerregende Serie »Eichmanns gab es viele«, die auch als Buch erschien. Im Vorwort erklärte der Autor programmatisch: »Die Endlösung geht nicht aufs Konto eines einzigen Mannes oder einiger weniger Teufel; sie ist das Werk, ja die Konsequenz eines Systems, das Verbrechen einer totalen Maschinerie.«[431]

Bundeskanzler Konrad Adenauer war im März 1960 auf Vermittlung des erwähnten US-Generals Klein[432] erstmals mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion zusammengetroffen. Bei ihrer Unterredung im New Yorker Waldorf Astoria Hotel wurde »eine Intensivierung der Wirtschafts-, Militär- und Geheimdienstbeziehungen vereinbart;

gleichzeitig war bei dieser Gelegenheit ein größeres Kreditprogramm beschlossen worden, das Tel Aviv zur Finanzierung von Industrieprojekten nutzen sollte«.[433] Von der bevorstehenden Ergreifung Adolf Eichmanns hatte Ben Gurion seinem deutschen Gegenüber nichts gesagt. Doch als der Ministerpräsident die Knesset über die Mossad-Aktion informierte, war beiden Seiten sofort klar, dass der Prozess gegen Adolf Eichmann trotz seiner penibel beachteten rechtsstaatlichen Standards ein hochpolitisches Verfahren sein würde: Er lief vor dem Hintergrund der »kryptischen Beziehungen«[434] der beiden historisch aneinander geketteten Staaten ab, die zwar keine diplomatischen Beziehungen unterhielten, aber längst durch ein Geflecht bilateraler Vereinbarungen miteinander verbunden waren.

Diese »Geschäftsfreundschaft«,[435] die einige Jahre nach dem Wiedergutmachungsabkommen von 1952 begonnen hatte, war für die deutsche und die israelische Seite innen- wie außenpolitisch eine extrem heikle Angelegenheit. Von der hochgeheimen, nahe an eine Überlebensnotwendigkeit hinreichenden Militärhilfe der Bundesrepublik, die Bundesverteidigungsminister Strauß und der Generalsekretär im israelischen Verteidigungsministerium, Shimon Peres, eingefädelt hatten,[436] erfuhren nicht einmal die Kabinette etwas. Wann immer Kritik an seiner Politik laut wurde, verteidigte Ben Gurion seinen Kurs mit dem Diktum, bei dem Deutschland Konrad Adenauers habe man es mit einem anderen, einem gewandelten Deutschland zu tun. Das unbedingte Bemühen des Ministerpräsidenten, die Bundesrepublik gegen »vorschnelle Pauschalverurteilungen und grobe Kontinuitätsthesen in Schutz« zu nehmen[437] und als Nachfolgestaat des Dritten Reichs nicht härter vor den Kopf zu stoßen als unumgänglich, strahlte, das ist mit Händen zu greifen, auf die Prozessführung im Eichmann-Verfahren ab. Zu Adenauers Kanzleramtschef hatte der israelische Regierungschef offenbar eine gefestigte Meinung. Rolf Vogel, der Emissär des Bundeskanzlers,[438] überlieferte jedenfalls dessen Diktum aus einem Gespräch mit ihm während des Eichmann-Prozesses: »Wenn Dr. Adenauer Herrn Globke bei sich hat, dann ist dieser Mann sauber. Dieser Mann ist kein Problem für mich.«[439]

Festzuhalten bleibt, dass Franz Josef Strauß bereits kurz nach dem erstinstanzlichen Urteil im Eichmann-Prozess zu Karl Carstens, dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, sagte: »Die Israelis haben extreme Hetze gegen uns verhindert (Globke).«[440] Kurz nach der Hinrichtung

Eichmanns traten dann wesentliche Teile des Rüstungs- und Wirtschaftsabkommens in Kraft, das auch die atomaren Ambitionen Israels umfasste. Der Bundeskanzler brachte gegenüber Peres in einem zweistündigen Gespräch seine »tiefe Dankbarkeit über die honorige Führung des Eichmann-Prozesses« zum Ausdruck und fügte hinzu: »Wir haben Ihnen in der Vergangenheit geholfen, und wir werden es auch in Zukunft tun.«[441] In einem Interview drei Jahre später meinte Strauß, die Waffenhilfe habe dazu beigetragen, dass aus dem Eichmann-Prozess für die Bundesrepublik »keinerlei gefährliche politische und psychologische Folgen« entstanden seien.[442] Yeshayahu Jelinek resümiert: »Solange nicht das Gegenteil bewiesen werden kann, ist davon auszugehen, dass sich Jerusalem und Bonn irgendwie darauf verständigten, Globkes Verwicklung in den Eichmann-Prozess zu verhindern. Loyalität war offenbar das Stichwort. Die israelische Seite hielt sich an die (ungeschriebene?) Abmachung, Globke aus dem Prozess herauszuhalten, und wurde dafür von der deutschen Seite mit großzügigen Waffenlieferungen belohnt.«[443]

Im Sinne des Bundeskanzlers und des Chefs des Bundeskanzleramts hatte der BND die Beobachtung, Bespitzelung und Beeinflussung des Prozessgeschehens in einer Zeit starker weltpolitischer Spannungen sofort zu einer Operation allererster Priorität zu machen gehabt: Die zweite Berlin-Krise schwelte noch immer und fand erst mit der Abriegelung West-Berlins am 13. August 1961 einen vorläufigen Abschluss. Zwischen der Entführung des deutschen Deportationsspezialisten aus Südamerika und ihrer Bekanntgabe durch den israelischen Ministerpräsidenten ließ der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow nach Abschuss des amerikanischen Spionageflugzeugs U-2 die mit hohen Erwartungen befrachtete Pariser Gipfelkonferenz kurzerhand scheitern. Bald nach dem Amtsantritt von Präsident John F. Kennedy blamierten sich die Vereinigten Staaten mit einem fehlgeschlagenen Invasionsversuch in Kuba. Der Westen schien in der Defensive, und auch die westdeutsche Innenpolitik hatte schon stabilere politische Phasen erlebt.

Nach Jahren unangefochtener, doch nun zusehends abnehmender Autorität des greisen Kanzlers war die Bevölkerung zur Wahl des 4. Deutschen Bundestags aufgerufen, und während die DDR die Verunglimpfung der Bundesrepublik als Fortsetzung des NS-Staats mit anderen Mitteln steigerte – Adenauer kostete das keine schlaflosen Nächte

–, wurde Westdeutschland nun auch vom Westen her mit seiner Vergangenheit konfrontiert, kurz: Der unberechenbare Großprozess in Israel kam entschieden zur Unzeit. Der *Spiegel* gab mit seiner Titelgeschichte über den »Endlöser« Adolf Eichmann die publizistische Tendenz vor: »Mit Ausnahme von Adenauers Staatssekretär, dem Kommentator der Nürnberger Rassengesetze Hans Globke«, schrieb das Magazin, hätten sich nach dem Untergang des NS-Regimes »alle Experten, die mit der Regulierung der Judenfrage zu tun hatten, in Syrien eingefunden.«[444] Der Mann des BND in der Presselandschaft, Günther Heysing, warnte, dass »eine Lawine auf uns zurollt«.[445]

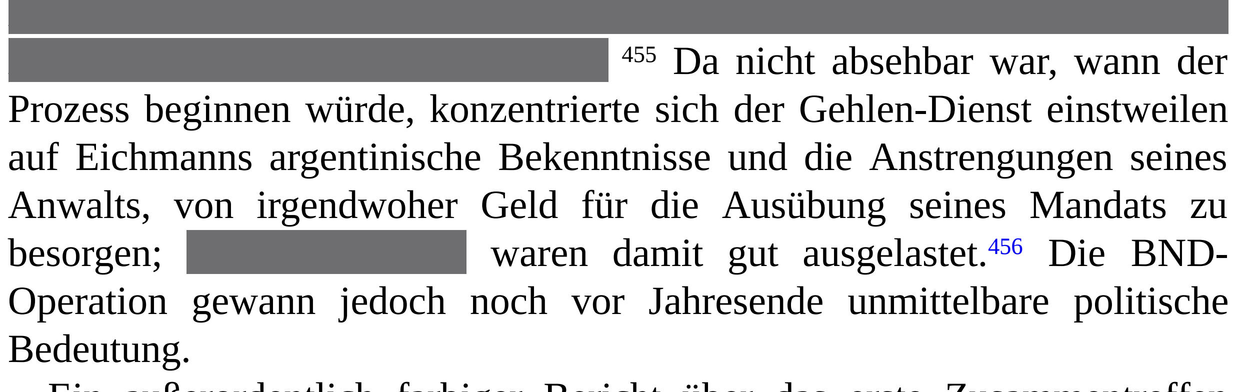
Der erste größere Bericht des BND an das Bundeskanzleramt einen Monat nach Ben Gurions Paukenschlag in der Knesset sprach, wie gesagt, von unbestätigten Informationen, wonach Eichmann in ersten Vernehmungen bereits »angebliche Mitwisser und frühere Mitarbeiter, die in der BRD leben, namentlich benannt« habe.[446] Ansonsten befasste er sich mit den Hintergründen der Entführung und Rechtsfragen, die sich daraus ergaben. Alles weise darauf hin, dass der ehemalige Leiter des Referats für Judenangelegenheiten im Reichssicherheitshauptamt weder an Argentinien noch an die Bundesrepublik ausgeliefert noch vor ein internationales Tribunal gestellt werde, wie es der amerikanische Hauptankläger in Nürnberg, Robert H. Jackson, empfahl. Die israelische Regierung rechne damit, dass sich »der von der Weltöffentlichkeit überwiegend anerkannte ›Anspruch Israels‹« letztlich durchsetzen werde.[447]

Im Ausschuss der Bundesregierung für die Koordinierung der Psychologischen Verteidigung, in dem auch BND und BfV vertreten waren,[448] wurden die Eichmann-Ergreifung und ihre möglichen Auswirkungen sogleich Thema der Besorgnis. Ende Juni stellte man fest, die SED-Propaganda werde zweifellos den Versuch machen, »möglichst namhafte westdeutsche Persönlichkeiten mit dem Komplex Eichmann in Verbindung zu bringen«.[449] Eine Woche später bekräftigte das Gremium diese Einschätzung, weshalb man sich hier »nicht auf Defensive beschränken« dürfe, sondern offensiv vorgehen müsse.[450] Die Ministerialbeamten besprachen auch, wie mit einer Liste von über 300 NS-Verbrechern umzugehen sei, die Israel kürzlich herausgegeben habe – ein alarmierendes Indiz dafür, dass jetzt womöglich »die Bundesregierung mit unangenehmen Fragen über die eigene Untätigkeit in der Verfolgung dieser

Straftaten konfrontiert werden würde«.[451] Gegen Ende der Hauptverhandlung vor dem Jerusalemer Bezirksgericht verteilte die Bundesregierung dann tatsächlich einen vertraulichen Bericht über den Stand der NSG-Verfahren an die Journalisten, die zur Urteilsverkündung nach Israel fuhren. Die Bestandsaufnahme verschleierte die jahrelangen Versäumnisse der deutschen Justiz eher, als dass sie diese offengelegt hätte. Ihr eigentlicher Zweck bestand explizit darin, dem »irrigen Eindruck« zu begegnen, die Bundesrepublik habe »erst unter dem Druck der Weltmeinung« die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten ernsthaft betrieben.[452]

Die CIA beobachtete dieses Dilemma genau und kam sogar in seiner *Current Intelligence Weekly Summary* darauf zu sprechen.[453] Unter der wohlwollenden Überschrift »West German Crackdown on Nazis« hieß es darin, die Ergreifung von »SS-General« Adolf Eichmann habe in Westdeutschland zur Festnahme mehrerer verdächtiger NS-Täter geführt, »on the assumption that additional evidence necessary for convictions may become available during the trial of Eichmann in Israel«. Schon vor zwei Jahren habe man, da Verjährungsfristen liefen, in Ludwigsburg eine staatsanwaltliche Zentralstelle eingerichtet. Der Bundestag habe jüngst ein Verbot des Zeigens von Nazi-Emblemen erlassen: »Bonn is probably motivated by a desire to counter criticism abroad of laxity toward former Nazis, as well as by a sincere desire to bring serious offenders to justice. West Germans have generally viewed Eichmann’s capture as evidence that ›crime doesn’t pay‹, and the press has welcomed the opportunity as another object lesson for German youths to learn of the horrors of the Nazi era.«

Als Dr. Robert Servatius am 14. Juni 1960 offiziell zur Strafverteidigung des Adolf Eichmann zugelassen wurde, war der BND schon dabei, seine Vorbereitungen für die Beobachtung, Bespitzelung und Beeinflussung von dessen Verhandlungsstrategie abzuschließen. [redacted]



[redacted] [455] Da nicht absehbar war, wann der Prozess beginnen würde, konzentrierte sich der Gehlen-Dienst einstweilen auf Eichmanns argentinische Bekenntnisse und die Anstrengungen seines Anwalts, von irgendwoher Geld für die Ausübung seines Mandats zu besorgen; [redacted] waren damit gut ausgelastet.[456] Die BND-Operation gewann jedoch noch vor Jahresende unmittelbare politische Bedeutung.

Ein außerordentlich farbiger Bericht über das erste Zusammentreffen Eichmanns mit seinem Verteidiger fußte auf Schilderungen, die Servatius angeblich Rechenberg gegeben hatte.[457] [redacted] Bei seinem ersten Besuch am 10. Oktober, so war zu erfahren, habe der Rechtsanwalt, vom King David Hotel kommend, zunächst eine ziemliche Odyssee hinter sich bringen müssen, ehe man vor einem vielfach gesicherten Haus gehalten habe: »Nach Mitteilung des Polizeichefs ist äußerste Geheimhaltung des Ortes im Interesse der Sicherheit von Eichmann notwendig. Dr. Servatius wurde zum Stillschweigen verpflichtet.« Er habe sich zweieinhalb Stunden mit seinem Klienten unterhalten können. »Vor der Besprechung mit Eichmann fand eine Leibesvisitation statt, die oberflächlich und großzügig gehandhabt wurde. Dann wurde Dr. Servatius in ein Zimmer von etwa 20 qm gebracht, in dem hinter einer großen Scheibe Eichmann stand. Daneben befand sich eine kleine Tür. Eichmann war nur in einem etwa 2 × 2 m großen Raum sichtbar und war bekleidet mit ziviler leichter Hose und weißem Hemd. Körperlich ist er augenscheinlich in guter Verfassung, ist aufrecht, geistig rege, selbstbewusst und nicht verängstigt oder verschüchtert.«

»Die Unterhaltung wird über ein Mikrophon geführt (Tonbandaufnahme auch ohne Stenografen)«, erzählte der Anwalt [redacted] weiter. »Eichmann wies Dr. Servatius augenzwinkernd darauf hin. In der ersten Unterhaltung war Eichmann zurückhaltend gegenüber Dr. Servatius. Er berichtete nicht über seine Festnahme und erklärte, dass er von der Polizei korrekt behandelt worden sei und behandelt werde, korrekt, wie man dies bei Geheimpolizeien verstehe (er selbst sei zu sehr Polizist gewesen, um

das zu kennen), er sei aber nicht geschlagen oder körperlich misshandelt worden. Seine persönliche Lage, Verpflegung usw. sei geordnet; er erhalte täglich 6 Zigaretten. Eichmann sei beruhigt über die Mitteilungen und Briefe der Familie.« Er bespreche, so weiter, »seit seiner Ankunft in Israel Tonbänder, insgesamt mindestens 1000 Schreibmaschinenseiten. Vorlage der Wiedergabe an Dr. Servatius wird vom Oberstaatsanwalt abgelehnt; das sei erst im Prozess möglich. Protest von Dr. Servatius wurde angekündigt. Eichmann erklärte Dr. Servatius gegenüber: Er sei für alle Taten verantwortlich, er fühle sich als Soldat, der Befehle ausgeführt habe, harte Befehle, die aus politischen Gründen notwendig waren. Er werde für alles persönlich einstehen und die Verantwortung übernehmen. Seine Familie einschließlich Brüder usw. sollte leben wie bisher und weiterleben. Sie sollten sich nicht in seine Verteidigung einmischen, die er mit seinem Verteidiger selbst führen wolle.«

Beim folgenden Besuch lockerte sich die Atmosphäre bereits: »Trotz Warnung und Aufsicht war es Dr. Servatius möglich, durch eine besondere Erklärung das Vertrauen von Eichmann zu gewinnen; daher war Eichmann bei der zweiten Erklärung aufgeschlossen. Er war bereit, die mit dem Oberstaatsanwalt vorbesprochene Vollmacht zu unterzeichnen und Dr. Servatius zu vertrauen. Zur Frage der Benennung von Zeugen erklärte Eichmann, dass er keine anderen, dritten belasten wolle. Andererseits wolle er klarstellen, was von anderen (Höß usw.) falsch bekundet worden sei. Auf Befragen von Dr. Servatius sagte Eichmann: *Der Namen Globke sagt mir nichts, jedenfalls im Zusammenhang mit meinem Auftrag der Endlösung*.« Als wichtigsten Zeugen benannte Eichmann Willem Sassen, »der viel zu dem Verständnis aussagen könne und mit dem Dr. Servatius Verbindung aufnehmen solle« – ein Zeuge allenfalls vom Hörensagen, der, wovon Eichmann noch nichts wusste, eben dabei war, die minimale Prozesschance seines Freundes zu ruinieren.[458] Aus Sicht des Gehlen-Dienstes jedoch ungleich viel wichtiger: Der frühere SS-Obersturmbannführer stellte dem Chef des Bundeskanzleramts einen unerwarteten Persilschein aus, keinen endgültigen zwar, da man nicht wusste, wie er sich vor Gericht auslassen würde, doch durfte man diese Aussage schon mal in Stein meißeln.

Robert Servatius war die politische Bedeutung einer solchen Auskunft selbstverständlich bewusst, falls ihm das vor der ersten Begegnung mit seinem Mandanten nicht ganz präsent gewesen sein sollte.

[redacted] Diese frühe Entwarnung sorgte für gewaltige Erleichterung in Bonn. Bei der ersten Begegnung mit seinem Anwalt ließ sich der Beschuldigte – um es noch einmal zu zitieren – erstmals auch zur Sache ein: »Eichmann äußerte, dass er sich für die ihm zur Last gelegten Taten verantwortlich erklären werde, soweit damit sein persönlicher Verantwortungsbereich betroffen wäre«, [redacted] »Im Übrigen fühle er sich als Soldat, der Befehle ausgeführt habe, und zwar sehr harte Befehle, die aus politischen Gründen notwendig waren. Sein Auftreten vor Gericht solle dazu führen, dass seine Familie einschließlich seiner Brüder ihr bisheriges Leben weiterführen könnte. Er lege großen Wert darauf, dass sich seine Familienangehörigen nicht in seine Verteidigung einmischten. Bei einer Erörterung der Frage, ob er Entlastungszeugen für sich benennen könne, erklärte Eichmann, dass er in keinem Falle andere Personen belasten wolle. Er werde sich allerdings bemühen, einiges richtigzustellen, was von anderen, z. B. Höß, offenbar bewusst oder unter Zwang falsch ausgesagt worden sei.« Damit erfuhren [redacted] die israelischen Stellen, die alle Gespräche abhörten, welche Strategie der Angeklagte und sein Verteidiger wählen wollten.[459]

Die Reaktionen in Pullach und Bonn auf die Bemerkung Eichmanns über Globke waren euphorisch. Kurt Weiß telefonierte sofort mit dem Leitungsstab des Dienstes und schickte dem Präsidenten seine Vortragsnotiz 1010.[460] Darin teilte »Winterstein« mit, Eichmann habe auf ausdrückliches Befragen erklärt, der Name Globke sage ihm nichts, weswegen er auch nicht gegen ihn aussagen könne. Weiß bat dringlichst darum, diese Information äußerst vorsichtig zu handhaben: Wenn auch versucht worden sei, die Quelle sogar intern zu verschleiern, so sei doch klar, »dass die Feststellungen nur in einem ganz bestimmten, sehr eng begrenzten Kreis von wenigen Personen gewonnen werden konnten«; um sorgsamsten Quellenschutz müsse daher gebeten werden. Allerdings: Die Erklärungen Adolf Eichmanns *»dürften für Staatssekretär Bundeskanzleramt von allergrößtem Interesse sein«*. Auf der 1. Ausfertigung seiner Notiz notierte Weiß handschriftlich: »Die Meldung ist deshalb so wichtig, weil von unterschiedlichen Seiten verbreitet (ausgestreut?) wird, dass E. zu seiner Entlastung stark belastende Angaben über StS. Dr. Gl. machen wird.«[461]

[redacted] Gehlen fasste diese bedeutsame Mitteilung unter dem 25. Oktober 1960 zusammen[462] und überreichte sie dem Staatssekretär anderntags persönlich.[463]

Unabhängig von solchen Offenbarungen versuchte die Bundesregierung von Beginn an grundsätzlich, politische und publizistische Stellungnahmen zum Prozessgeschehen, die aus dem Ostblock kamen, erst recht alle Einmischungsversuche zu ignorieren. Kurt Weiß machte Gehlen natürlich trotzdem regelmäßig auf die Gefahren aufmerksam, die von dort drohen könnten. So habe die »SBZ-Regierung« Belastungszeugen ins Spiel gebracht, von denen sich inzwischen bereits acht in Jerusalem gemeldet hätten. »Von sowjetischer Seite ist ein sehr ernstzunehmendes Druckmittel gegen die israelische Regierung angekündigt worden«, fuhr er fort, »und zwar das Problem der 2,5 Millionen in der Sowjetunion lebenden Juden. Israel sieht in der Heimführung dieser Juden seine wichtigste noch ungelöste Aufgabe. Die israelische Regierung befürchtet, dass das Schicksal dieser 2,5 Millionen Juden berührt werden könnte, wenn die Prozessführung gegen Eichmann nicht den sowjetischen Vorstellungen entsprechen sollte.«[464]

Inzwischen befand sich der BND im Besitz der argentinischen Bekenntnisse Eichmanns und hatte durch die Auswertung dieser Quellen, ganz unabhängig davon, wie sich der Prozess selbst entwickeln würde, auch auf der Grundlage dieser Schriften Entwarnung für Bonn geben können.[465] Schien Hans Globke damit erst einmal aus der Schusslinie, sah es so aus, als kämen andere hochgestellte Persönlichkeiten durch die Aussagen des Angeklagten im Polizeiverhör – das Protokoll umfasste am Ende 3564 Seiten[466] – nun erst recht ins Kreuzfeuer. Eichmann hatte [redacted] bei seiner Befragung nämlich erklärt, der deutsche Botschafter in Rom, Manfred Klaiber, zuvor unter Theodor Heuß Chef des Bundespräsidialamts, »sei für die Torpedierung des jüdischen Schiffes ›Strouma‹ [Struma], das 769 jüdische Flüchtlinge an Bord hatte, verantwortlich gewesen. Das Schiff wurde nach Verlassen der Dardanellen versenkt.« Weiß machte seinen Präsidenten eigens darauf aufmerksam, im Hinblick auf das delikate Thema und den notwendigen Quellenschutz habe

er von einer Vorlage für das Auswärtige Amt abgesehen, er halte die Information jedoch für glaubwürdig und empfehle daher, sie »bei *mündlicher* Unterrichtung anklingen zu lassen«.[467]

[redacted] »Allgemeine Vermerke zu Rechts- und Prozessfragen (Sache A. Eichmann)«.[468] Servatius setzte sich darin mit der in seinen späteren Plädoyers immer wiederkehrenden Frage auseinander, ob das israelische Gericht für die Strafverfolgung zuständig sei und ob es dafür überhaupt ausreichende Rechtsgrundlagen gebe, wobei er verschiedene Varianten für sein Vorgehen durchspielte, unter anderem die Beantragung eines Vorverfahrens zur Haftentlassung und der Auslieferung seines Mandanten an die Bundesrepublik; vielleicht komme auch die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofs nach Nürnberger Vorbild in Frage, der »aus israelischen Richtern und Richtern unbeteiligter Staaten gebildet würde«. [redacted]

Zur selben Zeit platzten die vom Magazin *Life* groß herausgebrachten selbstentlarvenden argentinischen Bekenntnisse Eichmanns in die Prozessvorbereitungen seines Anwalts.[469] Der deutsche Botschafter in Washington, Wilhelm Grewe, nahm nach einer Unterredung mit seinem israelischen Kollegen, ebenfalls einem Juristen, in einem ausführlichen Lagebericht an das Auswärtige Amt, der auch dem Bundeskanzler vorgelegt wurde, ausdrücklich Bezug auf diese Veröffentlichung.[470] »Ohne jeden Zweifel wird uns der Eichmann-Prozess bereits in kürzester Zeit vor ein neues, äußerst schwieriges Public-Relations-Problem in den Vereinigten Staaten stellen«, kabelte er nach Bonn. »Einen Vorgeschmack gibt die heutige ganzseitige Anzeige von Life Magazine in der New York Harald Tribune mit dem riesigen Bild Eichmanns und der Ankündigung der Veröffentlichung angeblicher Memoiren Eichmanns.«

Dann legte Grewe die israelische Position dar, wie sie ihm von dem Ben Gurion nahestehenden Botschafter erläutert worden war. Die Regierung

Israels sei sich der Schwierigkeiten, die der Eichmann-Prozess publizistisch aufwerfe, durchaus bewusst, sie habe jedoch »keinerlei Interesse daran, dass der Prozess von unberufener Seite zu einem anti-deutschen Propagandaschaustück umgedeutet und entsprechend ausgebeutet werde. Ben Gurion gehe von der klaren These aus, dass das heutige Deutschland mit dem Deutschland Hitlers nicht identisch sei.« Das habe er dem Bundeskanzler bei ihrem jüngsten Treffen in New York ganz deutlich gemacht. Diese Haltung habe er auch »in den schwierigen Erörterungen in der Knesseth über die Frage der israelischen Waffenkäufe in Deutschland eingenommen«.

Selbstverständlich werde die israelische Regierung durch den Eichmann-Prozess von verschiedenen Seiten und in der Weltöffentlichkeit stark unter Druck geraten, berichtete Grewe über die Ausführungen seines Kollegen weiter. Man könne gar nicht anders als das Verfahren so zu gestalten, »dass es allgemein als ein fairer und korrekter Prozess anerkannt werde«. Auf der anderen Seite »sei die israelische Regierung nachdrücklich bestrebt, dem Verfahren nicht den Charakter eines großen Schauprozesses zu geben und zu verhüten, dass er durch die internationale Presse zu einer Art Zirkusveranstaltung gemacht werde«. Die Anklagebehörde strebe auch deswegen »ein kurzes Verfahren an, und darunter sei ein Zeitraum von Wochen, nicht von Monaten zu verstehen. Selbstverständlich werde die Dauer des Verfahrens von dem Verhalten der Verteidigung abhängig sein, da man auf keinen Fall den Eindruck erwecken wolle, als würden die Möglichkeiten der Verteidigung ungebührlich beschränkt.« Für den Verlauf des Prozesses sei aber auch die Haltung der deutschen Öffentlichkeit von großer Bedeutung, fuhr der israelische Botschafter nach Grewes Bericht fort: »Es habe jedenfalls in Israel einen durchaus positiven Eindruck gemacht, dass die Bundesregierung sowohl wie die deutsche Öffentlichkeit die Verhaftung Eichmanns und den Beschluss zu seiner Aburteilung durch ein israelisches Gericht nicht kritisiert hätten. Es werde in Israel sicherlich seinen Eindruck nicht verfehlen, wenn die deutsche Öffentlichkeit während des Prozesses angemessen und würdig reagiere.«

Ähnlich wie viele andere Zeitungen weltweit unterrichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ihre Leser sowohl über den Rechtsrahmen des Prozesses als auch über die freimütigen Bekenntnisse des ehemaligen SS-Offiziers, wie sie mit den nachmals hundertfach zitierten Kernsätzen

nun in dem amerikanischen Magazin nachzulesen waren.[471] Einen Hinweis in der Wiener *Presse* erläuterte der BND dienstintern mit der Wiedergabe des wohl berüchtigtsten Eichmann-Bekenntnisses gegenüber Willem Sassen: »Und nun zum Abschluss muss ich Ihnen sagen: Mich reut gar nichts, ich krieche in keinster Weise zu Kreuze. In den vier Monaten, in denen wir nun die ganze Sache aufgenommen haben, in denen Sie sich bemühten, mein Gedächtnis aufzufrischen, sehr vieles wurde aufgefrischt, – es wäre zu leicht, und ich könnte es billig machen, der heutigen Meinung nach, dass ich gewissermaßen so spiele, dass aus dem Saulus ein Paulus würde, aber ich sage Ihnen, das kann ich nicht, weil ich nicht bereit bin, weil sich mein Inneres dagegen sträubt zu sagen, wir hätten etwas falsch gemacht. Nein, – ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, hätten wir von den 10,3 Millionen Juden, die [der Leiter der Statistischen Abteilung im SS-Hauptamt, Richard] Korherr ausgewiesen hat, wie wir nun wissen, 10,3 Millionen Juden getötet, dann wäre ich zufrieden und würde sagen, gut, wir haben einen Feind vernichtet. Nun, da durch des Schicksals Tücke, ein Großteil dieser Juden am Leben erhalten geblieben sind, sage ich mir, das Schicksal wollte es so, ich habe mich dem Schicksal und der Vorsehung unterzuordnen. Unsere Aufgabe für unser Blut und für unser Volk und für die Freiheit der Völker hätten wir erfüllt, hätten wir den schlauesten Geist der heute lebenden Menschheit vernichtet.«[472]

Um die Jahreswende 1960/61 nahmen die Vorbereitungen für den Prozess, der im Frühjahr eröffnet werden sollte, greifbare Gestalt an. Kurt Weiß teilte Gehlen und dieser wiederum Globke mit, durch die Verabschiedung der »Lex Servatius« in der Knesseth sei der Kölner Anwalt nun endgültig in der Lage, die Verteidigung zu übernehmen, die Polizei sei dabei, ihre Vernehmungsunterlagen der Staatsanwaltschaft zuzuleiten. Nach Auffassung eines israelischen Abendblattes sei das Dementi des Kanzleramtschefs, Servatius eine Kostenbeteiligung zugesagt zu haben, allerdings »nicht überzeugend«.[473] Mitte Dezember meldete der Strategische Dienst, der Besuch des SED-Spitzenpolitikers und Chefpropagandisten Albert Norden sei von der israelischen Öffentlichkeit nicht beachtet worden, und »mit Bestimmtheit« habe er von der Regierung »keinerlei Material im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess erhalten«; Nebenkläger aus dem Ostblock würden nicht zugelassen.[474] In ebendiesen

Tagen erhielt das Kanzleramt die vollständige BND-Auswertung des Argentinien-Materials.[475]

Zum Jahresende erfuhr Pullach neben einigen Details Näheres über die Haltung des Beschuldigten gegenüber den ihm zur Last gelegten Mordtaten.[476] Servatius sei Mitte Dezember wieder in Israel eingetroffen, hielt der Bericht fest, und habe nach einem Zusammentreffen mit Generalstaatsanwalt Gideon Hausner dreimal eingehend mit seinem Mandanten sprechen können: »Eichmann sieht gesund aus und hat anscheinend zugenommen. Er betont, dass er völlig ruhig und weder aufgeregt noch irgendwie deprimiert sei. Aus der Bibliothek hat er bereits 200 Bücher, allerdings meist Romane, ausgelesen. Zeitungen und Nachrichten erhält er keine.« Ungeachtet der sensationellen Serie in *Life*, sei für ihn nicht das maßgebend, was dort abgedruckt sei, sondern das, »was er jetzt nach der Festnahme geäußert habe.« Der »geständnisfreudige« Delinquent habe gegenüber seinem Verteidiger wörtlich Folgendes erklärt: »Ich sage alles, wie es gewesen ist. Ich habe meine Pflicht erfüllt. Ich war ein Offizier, ein Polizeibeamter, nach dem sich jeder Staat die Finger lecken würde. Korrekt, treu ergeben und von der Erfüllung meiner Pflicht und der Ausführung gegebener Befehle durchdrungen. In der Presse scheint es so, als ob ich ein hartgesottener Nazi sei, der auf dem Standpunkt von 1945 stehen geblieben ist. Nichts bereut. Bereuen ist ein kindlicher Ausdruck. Ein Kind leugnet, gesteht dann und bereut. Ich habe meine Pflicht erfüllt. Dass ich heute über vieles anders denke und andere Ansichten gewonnen habe, ist eine andere Sache; ich habe mich entwickelt.«

Zur unausweichlichen Unbill des Jerusalemer Verfahrens und dessen Instrumentalisierung durch die Ostblock-Propaganda (die sich nach Beobachtungen der CIA immer mehr auf eine angebliche Verbindung zwischen Globke und Eichmann kapriziere[477]) gehörte es für Bonn und den Kanzleramtschef, dass sich in der Bundesrepublik zunehmend Menschen in deutlicher Kritik an der ungenügenden Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und an den personellen NS-Kontinuitäten zusammenfanden. Dabei machte auch ein »Eichmann-Komitee« von sich reden, das ebenfalls an der Rolle Anstoß nahm, die Adenauers rechte Hand im Reichsministerium des Innern gespielt hatte. Mitte Dezember 1960 erreichte den BND-Präsidenten ein Fernschreiben, in dem ihm sein Emissär in der Hauptstadt mitteilte, vom Persönlichen Referenten Globkes sei er

darauf aufmerksam gemacht worden, »dass die VVN eine Ausstellung über die Verfolgung der Juden und die Untaten der Deutschen während der Nazizeit in München plane, und zwar zur Zeit des Eichmann-Prozesses […] Schwerpunkt der Ausstellung soll die Verunglimpfung von Globus [Globke] sein bzw. werden. Die VVN wolle auch nicht selbst als Veranstalterin der Ausstellung auftreten, sondern wolle an sich honorige Leute gewinnen. Mit der Miete von Räumen sei man derzeit bereits beschäftigt. Es wird um Mitteilung gebeten: Haben Sie Bestätigung für diese Meldung? Kann die Ausstellung verhindert werden?«[478] Dieser Wunsch ließ sich nicht erfüllen. Mitte Februar 1961 – in Jerusalem erging eben die Anklage gegen Eichmann – wurde im Bayernsaal des Münchener Bürgerbräukellers die beargwöhnte Ausstellung eröffnet. Sie bezog sich explizit auf den Prozess in Israel.

Ebenso wie die öffentliche Präsentation von Dokumenten zur »Ungesühnten Nazijustiz«[479] ein reichliches Jahr zuvor wirkte auch die Ausstellung »Massenmord im Zeichen des Hakenkreuzes« – Eintritt 50 Pfennig – beinahe wie selbstgebastelt, zeigte nach Ansicht der *Süddeutschen Zeitung* jedoch mit einer Vielzahl von Fotografien und Aktenstücken »erschütternde Zeugnisse«.[480] Getragen war die Initiative von Einzelpersönlichkeiten, meist politisch und rassisch Verfolgten, um den Schriftsteller Rolf Seeliger. Das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtete ihn seit längerem und beschrieb ihn als einen »freundlichen, höflichen und hilfsbereiten Mann mit guter Begabung«, der eng mit einer Schriftenreihe verbunden sei, die »im Sinne der kommunistischen Infiltration« jungen Schriftstellern eine Bühne biete. An einer propagandistischen Tätigkeit Seeligers in dieser Richtung bestehe kein Zweifel, vielleicht sei er sogar nachrichtendienstlich tätig. »Maßnahmen: Seeliger und seine Umwelt werden weiter beobachtet.«[481] Freilich gehörten zu diesem Umfeld neben Mitgliedern der linksgerichteten VVN, gegen die ein Verbotsantrag der Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht anhängig war, auch gänzlich unverdächtige Lokalpolitiker von der SPD.

Im Begleittext zur Ausstellung schrieb Seeliger, im Bürgerbräukeller habe das deutsche Unheil 1923 seinen Ausgang genommen und dass es um die Auseinandersetzung mit dieser Katastrophe schlecht bestellt sei, weil sich allzu viele Mitbürger auf ihre Unkenntnis hinausredeten: »Die

Veranstalter der Ausstellung meinen, dass dieses gefährliche Auf-Unkenntnis-Herausreden durch dokumentarisch gestützte Erkenntnis der geschichtlichen Wahrheit verhindert werden *muss*.« Die Ausstellung mit Zeugnissen, in denen sich die deutsche Unmenschlichkeit spiegele, wolle nicht nur ein dokumentarisches Panorama nationalsozialistischer Verbrechen aufrollen, sie solle »vor allem die Erkenntnis wecken, dass unsere Stellung zur Vergangenheit die Gegenwart und Zukunft unseres Landes bestimmt«. Mit dem Angeklagten in Jerusalem schlug Seeliger die Brücke zur Gegenwart noch expliziter. Die Ausstellung klage »das Gestern *und* Heute« an, schrieb er: »Eichmann und die Eichmänner, Dokumente, die zeigen, was damals getan wurde *und* was heute schon wieder getan wird und in einflussreichen Ämtern geduldet wird.«[482]

Neben zeithistorisch abgehandelten Themen (»Wehrmacht und Judenverfolgung«, »Auschwitz: ›Beweise‹ der Unmenschlichkeit der Ärzte«) spiegelte sich auf einigen Ausstellungstafeln die tagespolitische Tendenz, wenn etwa eine mit »Rente für Nazi-Verfolgte Witwe DM 220.–, Pension für NS-Minister DM 2894,08 DM« überschrieben war, eine andere mit »Nie mehr KZ und Schluss mit der Atomrüstung«. Das wäre vielleicht noch hingegangen, nicht aber, dass das Eichmann-Komitee den Chef des Bundeskanzleramts frontal angriff. Die Schau zeigte eine Fülle von Dokumenten zu seiner Tätigkeit im Reichsinnenministerium und Aktenstücke, mit denen obendrein demonstriert werden sollte: »Es ging auch anders, Herr Globke!«[483] Aus den präsentierten Unterlagen konnte sinnfällig entnommen werden, wie stark der Staatssekretär im Dritten Reich mit »Judenfragen« befasst war, nicht jedoch, dass er etwa unmittelbar mit dem SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann zusammengearbeitet hätte. Trotzdem war die Tendenz unübersehbar, eine solche Beziehung mindestens zu insinuieren.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I erwirkte im Rahmen des Ermittlungsverfahrens noch vor Eröffnung der Ausstellung einen Beschlagnahme-Beschluss.[484] Der bezog sich nicht auf den Eichmann-Komplex, sondern auf mehrere Fotos und Aktenstücke zu Hans Globkes Tätigkeit vor 1945. Dabei schlüpfte die erkennende Amtsgerichtsrätin in die Rolle der Historikerin. Durch das Arrangement auf den Ausstellungstafeln, befand sie, »wird die Behauptung aufgestellt, Staatssekretär Dr. Globke habe maßgeblich an der Abfassung der

Nürnberger Gesetze und der Ausrottung der jüdischen Bevölkerung mitgewirkt. Da diese Behauptung unwahr ist, wird Staatssekretär Dr. Globke dadurch in seiner Ehre gekränkt.« Der Schriftsteller Seeliger mache sich der Verleumdung und der üblen Nachrede verdächtig, daher seien die Ausstellungstafeln als Beweismittel in dem anhängigen Verfahren zu beschlagnahmen.

Bei der Einordnung dieses Eklats wirkte der BND mit vorgekauten Handreichungen für die Presse im Hintergrund mit. Der Textentwurf, den Kurt Weiß mit der Marginalie »von uns, müsste stilistisch umgeformt werden«, versah, gab in mehreren Varianten folgende Schilderung des Geschehens: »Die Veranstalter nehmen die angebliche Aufklärung der Münchner Bevölkerung über die Untaten Eichmanns zum Vorwand, um die gegen Staatssekretär Dr. Globke geführten verleumderischen Angriffe des Ulbricht-Regimes unterstützen zu können. Eine Vielzahl der Eichmann gewidmeten Bildtafeln betrifft Dr. Globke. Dabei wird die bereits vom Amtsgericht Bonn als unzutreffend festgestellte Behauptung wiederholt, Dr. Globke habe maßgeblich an dem Nürnberger ›Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre‹ mitgewirkt. Darüber hinaus sollen die irreführend zusammengestellten Bildtafeln den Eindruck erwecken, Dr. Globke sei für die Ausrottung der Juden mitverantwortlich.« Einer der Initiatoren habe sich während der Beschlagnahme sogar mit dem zuständigen Justizbeamten angelegt. »Die anwesenden Journalisten wiesen die Veranstalter jedoch sofort in ihre Schranken zurück«, schloss das BND-Papier, »da sie – nicht zuletzt durch das Auftreten und das Verhalten des ostzonalen Fernsehens – erkannt hatten, dass die Veranstaltung der Ulbricht-Propaganda dient.« [485] Noch am selben Tag ging diese PR-Unterstützung für den Kanzleramtschef an mehrere Presse-Sonderverbindungen des Dienstes. Nur den konservativen Publizisten Winfried Martini[486] erreichte man nicht, da er sich zur Kur befand; »seine Frau wird ihm die Angelegenheit mitteilen.«[487]

Eine Woche nach Eröffnung der »Eichmann-Ausstellung« fasste der Strategische Dienst seine mehrtägigen Beobachtungen[488] in einem abschließenden Bericht zusammen.[489] Bisher seien »täglich rund 500 Personen« in den Bürgerbräukeller gekommen, hielt er fest: »Nach Angaben der Veranstalter befinden sich darunter verhältnismäßig viele Ausländer, vor allem amerikanische Juden.« Die gezeigten Dokumente

stammten zumeist aus einschlägigen Büchern über die NS-Zeit, die Fotos »größtenteils aus den Archiven des Dritten Reiches, aus Sammlungen von KZ-Wärtern usw. Die Schaustücke sind zumeist Schuhe, Kleider und sonstige Gebrauchsgegenstände von Häftlingen, Matten von Haaren von Häftlingen u. ä., Gifte usw.« Dem Besucher dränge sich der Eindruck auf, »dass diese Ausstellung keineswegs nur der ›Bewältigung der Vergangenheit‹ dient, sondern zugleich auch davon überzeugen will, dass die Bundesrepublik nach wie vor eine Art Schutzregion für NS-Verbrecher ist.« Die Absicht, »insbesondere Staatssekretär Globke anzugreifen«, sei unverkennbar. Seeliger habe gesagt, »er empfinde große Sympathie mit dem polnischen Volk, das bis zu 27 Prozent seiner Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg (und damit durch das Dritte Reich) verloren habe«, und außerdem versichert, 90 Prozent der gezeigten Materialien stammten aus dem Westen, nur 10 Prozent aus dem Osten. Das ganze Unternehmen gehe »auf Privatinitiative, hauptsächlich auch auf seine eigene, zurück«. Das nahm ihm der Beobachter des BND aber nicht ab, da sich die Ausstellung, wie er festhielt, völlig in die am Fall Eichmann aufgehängte östliche Diffamierung einpasse: »Es fällt, von allem Übrigen abgesehen, schwer, an Zufall zu glauben, wenn einer der Hauptträger dieser Kampagne das ›Internationale Auschwitz-Komitee‹ ist und auch die Münchener Ausstellung als Schaustücke fast nur Material aus Auschwitz zeigt.« Auch die Wehrmacht werde diffamiert, da tendenziöse Fotos gezeigt würden, »darunter vor allem die gestellte Aufnahme von dem hinterhältigen Schuss auf eine Frau mit kleinem Kind«; Aufarbeitungsliteratur liege ebenfalls aus.

Sechs verschiedene internationale Fernsehanstalten hätten dem Bürgerbräu-Keller binnen einer Woche bereits ihren Besuch abgestattet, fuhr der Inspektionsbericht fort, sogar Kinder ab zehn Jahren erhielten Zutritt: »Überraschenderweise ist noch von keiner Seite die Frage aufgeworfen worden, ob angesichts der zahlreichen Fotos von Scheußlichkeiten die Zulassung von Kindern in so jugendlichem Alter mit den Grundsätzen des bundesdeutschen Jugendschutzes vereinbar sein kann. Die Gefahr, dass der Anblick solcher Bilder bei Kindern auch anderes als Abscheu weckt, ist kaum auszuschließen. Die Fotos mit den Gräuelszenen bilden, wie Beobachtungen der Besucher ergaben, unzweifelhaft den Blickfang.« Soweit die Darlegungen des Mannes vom Auslandsnachrichtendienst, der bei seinen Besuchen im Bürgerbräukeller

gleich mit zwei Legenden operiert hatte. Seinen beiden Begleitern machte er nämlich weis, er besuche die Ausstellung, weil sein Vater wissen wolle, was denn dort zu sehen sei. Da er aber Beamter im NS-Staat gewesen sei, dürfe das den Ausstellern nicht bekannt werden. Dem Aufsichtspersonal gab er die Auskunft, sein Pfadfinderbund habe ihn geschickt, um einen »Bericht mit Fotos für eventuelle staatsbürgerliche Schulungen oder sonstige Schulungen der Pfadfinderführer« zu bekommen. Noch Wochen später lenkte das Gesamtdeutsche Ministerium im interministeriellen Koordinierungsausschuss zur Psychologischen Kampfführung[490] die »Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit des ›Eichmann-Komitees‹ in München, zu dem ›seriöse Leute‹ der SPD gehören«.[491]

Näheres über zehn dieser »seriösen Leute« erfuhren der BND, das Auswärtige Amt und das Bundespresseamt vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz.[492] Einer der Initiatoren sei ein 70-jähriger früherer Ministerialdirektor, der SPD-Stadtrat in München gewesen war. Eine Beurteilung des ebenfalls beteiligten Universitätsprofessors für Alte Geschichte Alexander Schenk Graf von Stauffenberg würde nachgereicht. Ein weiterer Universitätsprofessor, ehemals Hochschulreferent im Kultusministerium, sei Mitglied in der Deutschen Friedens-Union. »Der bekannte Schriftsteller Leonhard Frank«, Remigrant in München mit engen Beziehungen in die DDR und Ehrendoktor der Humboldt-Universität, der auch Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes sei, so die Aufzählung weiter, »dürfte bei seiner grundsätzlichen und fanatischen Gegnerschaft gegen jede Gewaltanwendung kaum als ideologisch überzeugter Kommunist anzusehen sein, lässt sich aber von der SBZ-Regierung als Aushängeschild benützen.« Ein Buchenwald-Häftling wurde noch genannt, der sich gegen die Legenden der »kommunistischen Lagerprominenz« gestellt hatte; ein Oberlandesgerichtsrat, zu dem keine weiteren Erkenntnisse vorlägen; schließlich ein Protagonist im »Komitee gegen Atomrüstung« und ein Mitarbeiter der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Auch Erich Kuby, der prominente linksliberale Publizist, stand mit auf der Liste.

Zeigte sich die gefährliche Ausstrahlung des Verfahrens gegen Adolf Eichmann für alle, die sich ihre Vergangenheit gerne weggewünscht hätten, bereits in solchen Begleiterscheinungen wie der Ausstellung am Ort des Hitlerputsches von 1923, so durfte das Schlimmste befürchtet werden, wenn

der Angeklagte erst einmal in seinem Jerusalemer Glaskasten Platz genommen hatte und mit seinen Erläuterungen zur Entrechtung und Vernichtung der Juden Europas begann. Am 21. Februar 1961 erhob Generalstaatsanwalt Gideon Hausner dann seine mit 1600 Beweisdokumenten gespickte Anklage beim Jerusalemer Bezirksgericht. Sie umfasste 15 Punkte und reichte vom Vorwurf der »Ermordung von Millionen Juden« bis zu seiner Mitgliedschaft in den im Nürnberger Prozess definierten verbrecherischen Organisationen von SD, SS und Gestapo.[493]

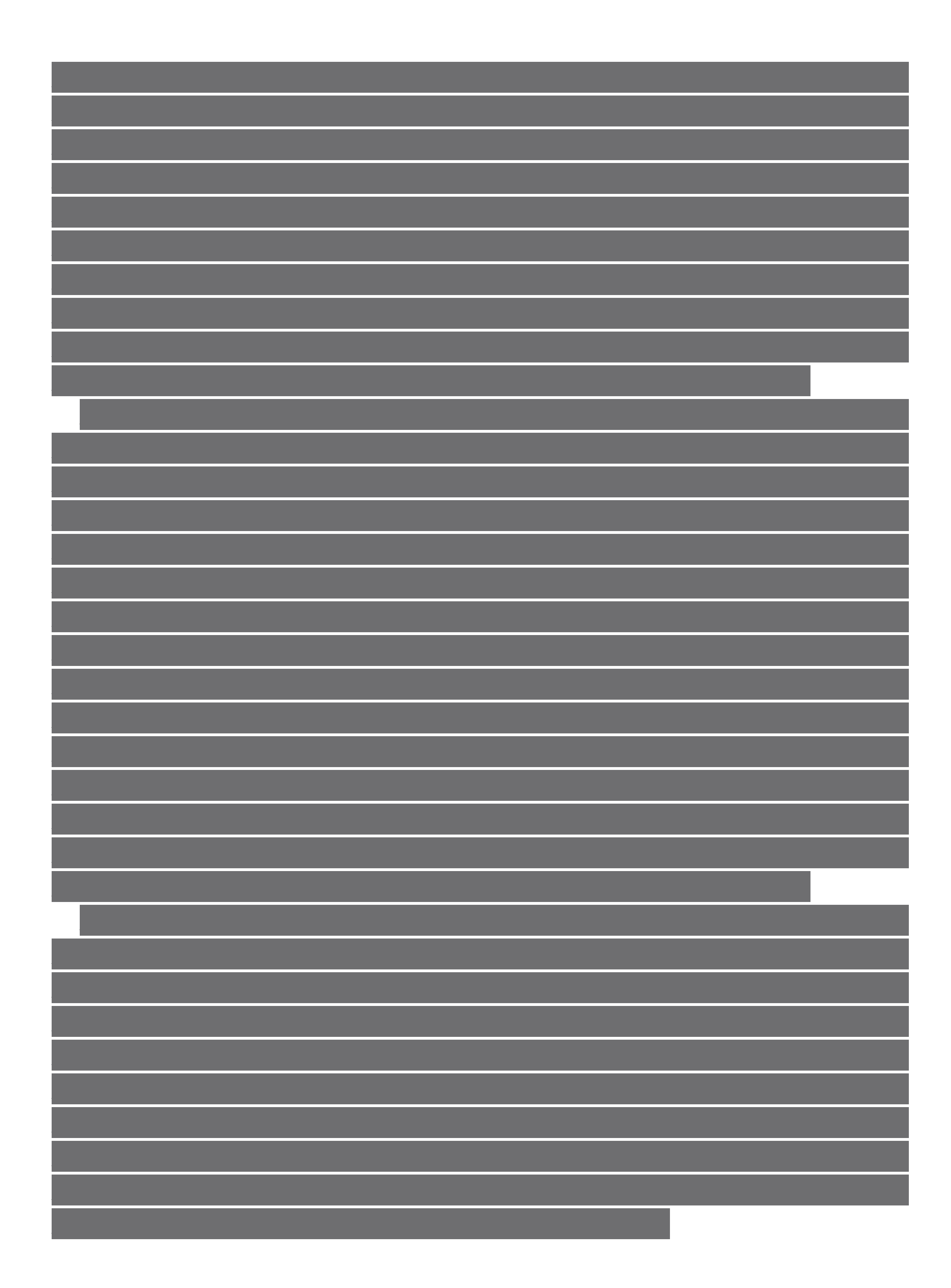
Das entscheidende neue Jahr begann für den BND mit einer Bestandsaufnahme seiner phantastischen operativen Möglichkeiten, die er sich für dieses Prozessgeschehen erarbeitet hatte.[494] [redacted] Wie gesehen, ging Gehlen so viel Ungestüm trotz des großen Interesses des Kanzleramtschefs an dem Prozessgeschehen, dem der BND [redacted] Rechnung tragen sollte,[497] etwas weit. Der

Präsident legte seinem starken Mann im Strategischen Dienst daher eine bewährte artilleristische Maxime ans Herz: »Sicherheit vor Wirkung!«[498]

[redacted]

[redacted]

[redacted]



[redacted]

[redacted]

[redacted]

[redacted]

Hans Globke interessierte sich ebenfalls für Eichmanns Verteidigung. Das rührte von einem Interview des Servatius-Assistenten mit der *Frankfurter Rundschau* her, wo dieser erklärt hatte, in dem leidigen Fall Max Merten, mit dem sich der Kanzleramtschef gerade herumzuschlagen habe, werde Eichmann nicht aussagen, weil es schließlich um seinen Kopf gehe und er sich wegen eines Beleidigungsverfahrens deshalb nicht »in Fragen festlege, die in seinem eigenen Prozess eine wesentliche Rolle spielen könnten«. Die Bonner BND-Dienststelle kabelte daher sofort nach Pullach, der Persönliche Referent des Kanzleramtschefs »bitte um schnellstmögliche Feststellung (bis spätestens 16 Uhr)«, was für ein Mann dieser Wechtenbruch sei und welche Erkenntnisse über ihn vorlägen.[503] [redacted] Kurt Weiß telegrafierte am selben Tag zurück, man habe den Servatius-Assistenten im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Beobachtung des Komplexes Eichmann »eingehend überprüft«. Es lägen »keinerlei nachteilige Erkenntnisse vor. Weitere Beobachtung ist sichergestellt.«[504]

[redacted]

[redacted]

Je näher der Prozess in Jerusalem rückte (eine erste Terminierung im März verstrich), desto vielfältiger wurden auf allen Seiten die Aktivitäten. Sogar SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, ehemaliger Mitarbeiter Eichmanns, der als »Georg Fischer« in Damaskus lebte, machte sich anheischig, Zeugnis abzulegen.[505] Das Bundeskanzleramt signalisierte dem BND ein weiteres Mal sein überragendes Interesse an dem bevorstehenden Verfahren: »Bericht dringend erbeten, wenn über eigene Verbindungen Feststellungen möglich«, hielt Kurt Weiß in seiner Kladde fest.[506] Der *Spiegel* wurde auch unfreundlich. Das Magazin hielt nämlich fest, bisher hätte es den Attacken gegen Staatssekretär Globke an der rechten Überzeugungskraft gefehlt, weil sie fast immer nur auf seinen Kommentar zu den Rassegesetzen abgehoben hätten. Jetzt aber sei ein von ihm unterzeichnetes Rundschreiben aus dem Jahre 1944 aufgetaucht, in dem es, auf den ersten Blick, um reichlich schlüpfrig erscheinende Detailregelungen für Eheschließungen gehe.

Der wohlinformierte Artikel fasste außerdem noch einmal alle Hinweise zusammen, aus denen ein durchschnittlicher Leser entnehmen musste, der Kanzleramtschef habe seine Hand bei viel mehr Entrechtungsmaßnahmen im Spiel gehabt als bisher bekannt. Der »Zug ins Zotige« bei dem neu aufgetauchten Schriftstück führe so kurz vor der Bundestagswahl in CDU-Zirkeln sogar zu Erörterungen »über die Zweckmäßigkeit eines Globke-Rücktritts«. Der Majordomus des Kanzlers sei überdies amtsmüde, »die Aussicht, dass im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Eichmann-Prozess in Israel sein Name genannt werden wird, hat Dr. Globke noch müder gemacht«.[507] Dieser Artikel erhöhte die Alarmstimmung im Kanzleramt weiter, wie eine Notiz von Kurt Weiß zeigt: »Dringende Anfrage Bundeskanzleramt, ob zur Frage *›Kannte Eichmann Globke?‹* Feststellungen getroffen werden können. Bei Befragung durch Israelis nach Angaben RA Servatius keine Aussage.«[508] An sich war diese Frage seit einigen Monaten vorläufig beantwortet, da nach den konspirativen Ermittlungen des BND Adolf Eichmann gegenüber seinem Verteidiger erklärt hatte, der Name Globke sage ihm nichts.[509] Verlassen durfte man sich darauf nicht, da niemand wusste, welche Dynamiken das

bevorstehende Verfahren entfalten und mit welchen Enthüllungen noch zu rechnen sein würde.

Pünktlich zur Anklageerhebung in Jerusalem fasste der BND unter der Federführung von Kurt Weiß seine Erkenntnisse zur Ausnutzung des Prozesses durch die Ostblock-Propaganda in einem auch grafisch stattlich aufgemachten Dossier zusammen[510] und griff dabei auf seine jahrelange Beobachtung der kontinuierlich gesteigerten SED-Agitation zurück.[511] An den Angriffen gegen die Bundesrepublik seien neben den ostzonalen Stellen »alle kommunistischen Weltorganisationen sowie zahlreiche regionale kommunistische und kryptokommunistische Parteien und Organisationen der verschiedenen Länder beteiligt«, steckte die Studie eingangs den Horizont ab. Die zentral gelenkten Maßnahmen des Sowjetblocks verfolgten das doppelte Ziel, in der Bundesrepublik »Unruhe und Zersetzungserscheinungen« zu erzeugen sowie sie »unter häufiger Verwendung von Fälschungen« bei ihren Verbündeten und »darüber hinaus im gesamten ›neutralen Bereich‹« als neofaschistisch, militaristisch, revanchistisch und antisemitisch hinzustellen. Der BND betonte, seit Bekanntgabe der Entführung werde »der ›Fall Eichmann‹ mit dem bevorstehenden Eichmann-Prozess in immer neuen Variationen zur Vertiefung und Erweiterung der vorerwähnten Diffamierungsmaßnahmen und Aktionen herangezogen. Zahlreiche Informationen sowie die fortgesetzten Veröffentlichungen der östlichen Presse und Propaganda bestätigen übereinstimmend die am 11.6.1960 von Radio Moskau verkündete Absicht, ›den Fall Eichmann zu einem Fall Bonn zu machen‹.« Anschließend wurden in 14 Punkten die wichtigsten Schritte und die bisher veröffentlichten Broschüren »des Chefpropagandisten Pankows, Prof. Albert Norden«, in Erinnerung gerufen.

Es könne als sicher angenommen werden, hieß es dann, dass die SED ihre Kampagne während des Eichmann-Prozesses zu größtmöglicher Wirkung bringen wolle: »Propaganda und Agitation der SBZ werden sich mit größter Wahrscheinlichkeit auch zukünftig auf der einen Seite bemühen, in der BRD selbst Unruhe und Verwirrung zu erzeugen. Andererseits dürften die Versuche verstärkt fortgesetzt werden, unter Anwendung aller Mittel Ressentiments gegen die BRD zu wecken und die BRD unter dem Schlagwort der ›unbewältigten Vergangenheit‹ zu diskreditieren.«

Es folgte die Beschreibung der »mit den Aktionen des sowjetzonalen Regimes koordinierten Maßnahmen der Satellitenstaaten und der kommunistischen Weltorganisationen«. Eine herausgehobene Rolle spiele dabei die ˇCSSR. Auf einer Pressekonferenz von Widerstandskämpfern in Prag habe Rudolf Bystricky als Hauptredner erklärt: »Die ideologischen Helfer sowie die direkten Mitverantwortlichen der Eichmannschen Verbrechen werden in Abgeordneten- und Ministersessel gesetzt, in Generalsuniformen gekleidet und in den Justizapparat sowie die höchsten Staatsämter Westdeutschlands aufgenommen. Die Rehabilitierung der Verbrecher und ihre Einsetzung in verantwortliche Stellen können wir uns nicht anders erklären als damit, dass sie wiederum verbrecherische Absichten gegen die Menschheit verfolgen.« Der Ordinarius für Rechtswissenschaften Bystricky, aus einer zionistischen Familie stammend, war nach dem Prager Umsturz 1948 Chef der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium und danach Botschafter in London geworden; nach der Niederschlagung des Prager Frühlings emigrierte er. Die häufig tatsächlich von kommunistisch orientierten oder parteipolitisch aktiven Mitgliedern getragenen Initiativen und Zusammenschlüsse wurden auch in dieser Dokumentation in gewohnter Weise den »kommunistischen Weltorganisationen« zugeordnet. Nach Auffassung des BND stand bei ihren Propaganda-Offensiven das zur Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) gehörende Auschwitz-Komitee »in der vordersten Reihe der die BRD fortgesetzt diffamierenden Vereinigungen«.

Der starre nachrichtendienstliche Blick auf die politische Instrumentalisierung der personellen NS-Kontinuitäten in der Bundesrepublik durch den ebenso pauschal wie vereinfachend bemühten »Weltkommunismus« bzw. »internationalen Kommunismus« hinderte die Studie zwar nicht an einer »gerechten Verurteilung der Untaten Eichmanns«, er verengte ihren Horizont jedoch so sehr, dass in ihr nicht einmal eine Andeutung aufschien, es gebe hier vielleicht tatsächlich einen wunden Punkt. Das war angesichts der völligen Abwesenheit jedweder Selbstreflexion der eigenen Lebenswege nicht verwunderlich. Es wäre vielmehr verwunderlich gewesen, wenn die Pullacher Beamten zu einer auch nur in Ansätzen selbstkritischen Sicht auf die eigene Vergangenheit gefunden hätten, wo doch sogar ihr oberster Dienstvorgesetzter im Bundeskanzleramt an seiner Vita anscheinend nichts auszusetzen hatte. Das

erleichterte es den BND-Mitarbeitern, Staatssekretär Globke mit ihrer verdeckten Vergangenheitsabwehr vor Angriffen zu schützen, kamen sie nun von außen oder von innen.

Da der Anstoß zu der BND-Studie über die Ausnutzung des Eichmann-Prozesses in der kommunistischen Welt auf den Bundeskanzler selbst zurückging, stand ihre Erstellung und Verbreitung ganz oben auf der Tagesordnung. Um den Ruf der Bundesrepublik besorgt, lag Adenauer daran zu zeigen, wie unverantwortlich und maßlos diese Art Propaganda mit ihrer Behauptung übertrieb, in den meisten führenden Positionen der Bundesrepublik würden schwer belastete Altnazis den Ton angeben und Politik, Militär, Justiz wie Wirtschaft zu aggressiven Abenteuern im Stil des Dritten Reichs drängen. So massiv der Kanzler solche Agitation im Wahljahr immer wieder öffentlich zurückwies, so setzte er in der eminent politischen Debatte über die personellen NS-Kontinuitäten in Westdeutschland, die in seinem Staatssekretär seit langem die herausragende Symbolfigur gefunden hatte, auf das Instrument verdeckter Gegenpropaganda. Da es sehr auf die Haltung der Regierungen in Israel und in den Vereinigten Staaten ankam, sah er es nicht als zu nebensächlich an, dafür zu sorgen, dass die Ausarbeitung des BND sofort Allen W. Dulles zur Kenntnis gelangte, den Direktor der CIA und einflussreichen Bruder des verstorbenen Außenministers John Foster Dulles.

Der BND-Präsident informierte den Residenten in Washington daher über die »auf Veranlassung des Bundeskanzleramts« im Eilverfahren erstellte Studie und dessen Erwartung, dass die Ausarbeitung bereits »Freitagvormittag« – in zwei Tagen – in Händen des CIA-Chefs zu sein habe. Daher werde der vorzüglich Englisch sprechende Dr. Wilhelm Oxenius, »Dr. Otto«, aus Gehlens Stab (er hatte bei der Kapitulationszeremonie in Reims am 7. Mai 1945 gedolmetscht) am Abend des Donnerstags mit dem Flugzeug in Washington eintreffen.[512] Das ging mit dem Vorschlag an die CIA einher, »sich vermehrt in Gegenpropaganda-Aktionen gegenüber der Diffamierungskampagne« einzuschalten.[513]

Der amerikanische Auslandsnachrichtendienst registrierte die Hintergründe dieser Mission und die Bedeutung, die ihr Bonn beimaß, sehr genau. Die vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene Studie zur Ausnutzung des Eichmann-Falles durch die Sowjets, telegrafierte die Münchener Dienststelle nach Washington, werde gerade »fieberhaft« ins

Englische übersetzt.[514] Kurier Oxenius habe noch tags zuvor nicht gewusst, dass er für den Atlantikflug ausersehen sei, was die »crash basis« des ganzen Unternehmens verdeutliche; Genaueres wisse man selbst noch nicht. Einen Tag später sah CIA München klarer.[515] »Dr. Otto« sei nun also mit sechs englischen Exemplaren und einem Brief von Gehlen an Dulles losgeflogen, wurde der Zentrale gemeldet: »Letter explains Utility [Gehlen] ordered by chancellory forward study to Ascham [Dulles]. Globke issued order but when queried specifically Utility explained this just not Globke's idea but Upthrusts [Adenauer].« Gehlen habe für seinen in großer Eile hingeworfenen Brief um Nachsicht gebeten. »He also commented on his personal remarks about Globke in letter saying latter might not approve his having made them. However Utility considers Globke vital man in German government and he has observed how things fall apart when Globke not there.«

Die Blitzaktion mit der BND-Ausarbeitung wurde ein voller Erfolg. Der USA-Resident Kühlein überreichte sie Dulles persönlich und meldete in einem Fernschreiben Gehlen allerbeste Resultate: »Sehr positive Aufnahme.«[516]


[redacted] Der BND-Präsident, der seinem Mann in Washington Lob spendete,[517] setzte den Chef des Bundeskanzleramts von diesem Erfolg umgehend in Kenntnis, nicht ohne ausführlich darüber zu berichten, welchen Wetterfährnissen der fliegende Kurier ausgesetzt gewesen sei.[518]

Wie stark die Bundesregierung gefordert war, je näher der Prozess in Jerusalem rückte, war Adenauer und Globke stets bewusst. Sie konnten das auch einigen gewichtigen Interventionen entnehmen, die jetzt bei ihnen eingingen. Besonders aktiv hinter den Kulissen war neuerlich der frühere US-Generalmajor Julius Klein, der im Vorjahr bereits das berühmte New Yorker Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer eingefädelt hatte.[519]

Klein, Publizist, Inhaber einer Public Relations Agentur, Psychological Warfare-Spezialist, entschiedener Israel-Lobbyist und National Commander of the Jewish War Veterans of the United States of America unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu Hans Globke und genoss Zugang zum Kanzler. Für die Bundesregierung war er nicht zuletzt deswegen von Bedeutung, weil er sich »sehr stark zugunsten Adenauers in der amerikanischen Öffentlichkeit engagierte«.[520]

Im Palais Schaumburg traf ein ellenlanges, für den Kanzler, den Außenminister und Globke bestimmtes vertrauliches Memorandum ein, in dem Klein sich ausführlich damit beschäftigte, »wie die deutsche Bundesregierung auf den Prozess gegen Eichmann reagieren soll«.[521] Er habe sich darüber mit hohen israelischen Regierungsbeamten und führenden amerikanischen Politikern unterhalten. Ganz unabhängig davon, wer in diesem Verfahren noch alles belastet werde, schrieb er, an der Haltung Deutschlands in dieser konfrontativen »Schlussabrechnung« hänge seine innenpolitische Entwicklung und seine Stellung in der Welt. Ben Gurion selbst halte besonnen Kurs zwischen genereller Verdammung eines weltweiten Antisemitismus, der in Deutschland zum Judenmord geführt habe, und der Anerkennung der Bundesrepublik als eines anderen Deutschlands.

Freilich stelle die Anklageschrift die Taten Eichmanns als Taten heraus, »die er zusammen mit anderen begangen hat. Es wird also auch die Rolle von Mittätern, Anstiftern und Gehilfen erörtert werden«. Wie weit die Verteidigung diesen Kreis zur Entlastung des Angeklagten ziehen wolle, sei noch nicht absehbar. Die Bundesregierung solle bei dieser Art »Geschichtsschreibung« und möglicherweise böswilligen Kampfes daher unbedingt einen Beobachter nach Jerusalem entsenden, der das Prozessgeschehen »in seinem Reflex auf die Tagespolitik in der Bundesrepublik und im Verhältnis zur Ostzonenregierung sehen und darüber der Bundesregierung berichten« müsse. Mit wärmsten Worten empfahl Klein auch gleich zwei Kandidaten. Eine solche Entsendung würde (wie ihm seine amerikanischen und israelischen Freunde immer wieder gesagt hätten) das »brennende Interesse« der Bundesregierung an einer »Bewältigung der Vergangenheit« zeigen und dazu beitragen, dass »dieser große Prozess nicht als erneute und dauernde Belastung des deutsch-jüdischen Verhältnisses, sondern als Katalysator für die Bereinigung der

Atmosphäre zwischen dem deutschen Volk, dem Judentum und der Welt« wirkte. Alle Versuche des Ostblocks, dem Land zu schaden, müssten dann fehlschlagen. »Einverstanden«, schrieb Adenauer auf die Litanei Kleins, was sich eher auf seine Einschätzung der Bedeutung des Jerusalemer Verfahrens als auf die Personalempfehlungen bezogen haben dürfte. Jedenfalls kamen die beiden Kandidaten des Generals nicht zum Zuge.

Mit dem BND trat der auch nachrichtendienstlich versierte US-General ebenfalls in Kontakt, gewiss nicht ohne Vermittlung Globkes. Reinhard Gehlen kannte ihn von einer Begegnung im Kanzleramt her, »Winterstein«, den er jetzt in München besuchte, wusste schon länger, wer er war. Kurt Weiß konnte dem Präsidenten von Kleins erfreulichem Hinweis berichten, die eilig zusammengestellte BND-Dokumentation über die Ausnutzung des Eichmann-Prozesses durch die kommunistischen Staaten »sei bei den Empfängern in Washington sehr gut angekommen. Vor allem einflussreiche Juden (Klein ist selbst Jude) seien stark beeindruckt.« Er bitte, sofern Gehlen einverstanden sei, um ein weiteres Exemplar, das er dem israelischen Botschafter in Washington oder auch dem israelischen Geschäftsträger in Bonn überreichen wolle. In seinem gestrigen Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer habe er »auf die Wirksamkeit der BND-Ausarbeitung hingewiesen. Er habe sich dem Herrn Bundeskanzler für jede mögliche Unterstützung bei den Bemühungen, die Auswirkungen des Prozesses abzuschwächen, ausdrücklich angeboten. Der Herr Bundeskanzler sei stark an dieser Gegenwirkung interessiert.« General Klein werde während seines Kuraufenthalts in Tegernsee den vom BND-Präsidenten in Aussicht gestellten Besuch in Pullach sehr gerne wahrnehmen, um verschiedene Fragen mit ihm persönlich zu besprechen. Er, Weiß, treffe den einflussreichen Mann bereits am kommenden Wochenende.[522] Dass der BND bei der Eindämmung des Eichmann-Komplexes [redacted] blieb freilich »Wintersteins« Dienstgeheimnis.

Eine andere dringende Empfehlung ging zur selben Zeit vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel ein.[523] Da er eben aus den USA zurückgekehrt sei und darüber entsprechend berichtet habe, schrieb er an Adenauer, hätten ihn die Landesvorsitzenden der CDU in ihrer

jüngsten Sitzung gebeten darauf hinzuweisen, dass sich die Presseberichterstattung über den Eichmann-Prozess »fraglos sehr negativ gegen uns auswirken wird«. Da eine neue »anti-deutsche Welle« drohe, müsse die Bundesregierung überlegen, was zu tun sei. Es könnten beispielsweise hohe Beamte nach Jerusalem entsandt werden, »um sichtbar zu machen, dass wir starken Anteil an diesem Verfahren nehmen«; eine spektakuläre Geste könne vielleicht auch sein, dass der Angeklagte, wenngleich schwierig, »*nach* seiner Aburteilung in Israel noch einmal zur Aburteilung nach Deutschland gebracht werden« könne. Er glaube zwar nicht, dass das sinnvoll wäre, aber »durch eine starke Betonung unseres Interesses an dem Verfahren« könne man auch unter Beweis stellen, »wie sehr wir uns mit diesem Problem auseinandersetzen. Zur Abwendung einer überschäumenden Welle weist man ferner darauf hin, dass es notwendig wäre, noch andere Fälle aus der Vergangenheit auszuräumen.« Der Ministerpräsident regte sogar an, den linken Sozialphilosophen Max Horkheimer zu einem Gespräch zu empfangen, »der meines Wissens zu den deutschen Vertrauensmännern der Weltjudenorganisationen gehört und der uns sicher für die Maßnahmen der Bundesrepublik den einen oder anderen Hinweis geben kann«. Botschafter Grewe solle einen Bericht dazu machen, außerdem habe er, von Hassel, den Eindruck, »dass von Ihnen, Herr Bundeskanzler, innerhalb der nächsten zwei oder drei Wochen ein Wort an die Öffentlichkeit erwartet wird.«

Das unbedingte Interesse der Bundesregierung, keine »Ausweitung« des Eichmann-Komplexes zuzulassen, ihn nicht zu einer internationalen Generalabrechnung mit den deutschen Menschheitsverbrechen und dem westdeutschen Umgang mit dieser moralischen und personellen Hypothek werden zu lassen, wurde auf verschiedenen Wegen durchgesetzt: mit regierungsamtlichen Bekundungen, mit politisch-diplomatischem Lobbyismus und eben durch die geheimdienstlichen Operationen des BND. Alle diese Bemühungen wurden stärker, je näher der Beginn des Verfahrens in Jerusalem rückte. Auch der Bundeskanzler äußerte sich in diesem Frühjahr 1961 mehrfach öffentlich. In der lebhaften Haushaltsdebatte Anfang März waren die Abgeordneten verschiedentlich auf den bevorstehenden Eichmann-Prozess zu sprechen gekommen.[524] Fritz Erler von der SPD hatte gesagt, es gehe darum, »der Welt gegenüber klarzumachen, dass Hitler und Eichmann nicht Deutschland sind«, und

dann Willy Brandt zitiert, der einen Angriff Chruschtschows mit den Worten zurückgewiesen hatte: »Unqualifizierte Schimpfereien, die Adenauer im Grunde als einen Mann wie Hitler oder als etwas noch Schlimmeres hinstellen, müssen entschieden zurückgewiesen werden.« Richard Jaeger von der CSU konterte, davon habe der Bundeskanzler die Welt längst überzeugt. Adenauer selbst sagte: »Das deutsche Volk ist sich in der Verurteilung und in dem Abscheu gegen Eichmann absolut einig.« An dieser Linie, die jede Thematisierung der massiven NS-Kontinuitäten und der ungenügenden Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch die westdeutsche Justiz vermied, hielt der Kanzler fest.

Kurz nach der Bundestagsdebatte nahm Adenauer ein weiteres Mal zum bevorstehenden Prozess und seinen möglichen Auswirkungen Stellung. Auf einer Presskonferenz betonte er sein »festes Vertrauen zu dem Gericht und zu der Regierung in Israel, dass sie dieses Verfahren nicht als eine politische Mache benutzt sehen wollen«. Eichmann werde das zuteilwerden, was er verdiene: »Ich habe zu der Rechtspflege in Israel volles Vertrauen. Aber ich habe gewisse Sorgen wegen der Rückwirkungen dessen, was da erörtert werden wird, auf das Urteil über uns Deutsche überhaupt.« Dann griff er zu einem Vergleich, dessen sich Jahre später kein deutscher Kanzler hätte bedienen dürfen, ohne einen internationalen Aufschrei auszulösen. Man solle nämlich »nicht vergessen, dass hier in Deutschland selbst nationalsozialistische Deutsche an Deutschen genau dieselben Verbrechen begangen haben, wie sie Eichmann an den Juden vollbracht hat«. Der Prozentsatz der überzeugten Nationalsozialisten sei »verhältnismäßig nicht so groß«, die »Zahl der Nichtnationalsozialisten sehr groß« gewesen. Schließlich behauptete er noch, »dass auch hier in Deutschland die allermeisten Menschen, wenn sie irgendeinem jüdischen Mitbürger helfen konnten, das mit Freude und gern getan haben, und dass es ein Unrecht wäre, wenn man nun den Stab über alle Deutschen brechen würde« – die Deutschen als Opfer des NS-Regimes und Helfer der bedrängten deutschen Juden. Die versammelten Journalisten bat der Kanzler, »uns auch dabei zu helfen, dass kein Schaden für alle Deutschen eintritt«.[525] Eine schönere Interpretation der jüngeren Vergangenheit und eine stärkere Motivation, der bedrängten Bundesrepublik jetzt mit allen Mitteln zur Hilfe zu eilen, konnten sich Reinhard Gehlen, Kurt Weiß und [redacted] nicht wünschen.

Hannah Arendt wandte sich in ihrem berühmten Prozess-Bericht sogleich gegen die Sicht Adenauers auf die NS-Zeit: »Wahr ist natürlich das genaue Gegenteil jener Versicherungen des Bundeskanzlers vom Frühjahr 1961, dass nur ein verhältnismäßig nicht so großer Prozentsatz der deutschen Bevölkerung Nazis gewesen seien«, schrieb sie, kam dabei auch auf die vom Kanzler befürchteten Rückwirkungen des Eichmann-Prozesses zu sprechen und skizzierte das Dilemma eines Landes, das bislang sehr großzügig mit den Funktionseliten der NS-Zeit umgegangen war: »Ob man Mörder und andere Verbrecher aus ihren Verstecken aufstöbert, auch wenn das Versteck eine gut gehende Schokoladenfabrik oder eine Drogerie ist, oder ob man in prominenten, weithin sichtbaren Stellungen, in Amt und Ehren zahlreiche Männer findet, deren Karrieren unter Hitler floriert haben, das ist nicht dasselbe. Dass die Bundesrepublik und die Länderverwaltungen, die Polizei, die Ministerien, der diplomatische Dienst und die Universitäten, kurz das ganze deutsche öffentliche Leben, von ehemaligen Nazis in früher hohen Positionen durchsetzt war, wusste man zu Beginn des Eichmann-Prozesses.« Als Paradebeispiel dafür galt ihr der »Abmilderer« Hans Globke. Die Philosophin fügte aber auch hinzu: »Man konnte es damit entschuldigen, dass es vermutlich überhaupt keine deutsche Regierung und keine deutsche Verwaltung hätte geben können, wenn die Adenauer-Regierung die Frage einer kompromittierenden Nazivergangenheit nicht sehr großzügig behandelt hätte.«[526]

Zeitgleich mit dem Kanzler erläuterte der deutsche Botschafter in den USA, Wilhelm Grewe, die Position der Bundesrepublik Deutschland in einem großen öffentlichen Vortrag.[527] Der BND-Resident in Washington, Conrad Kühlein, übersandte ihn Gehlen und bemerkte dazu, er sei »aus der Sorge heraus entstanden, dass in den USA die ständige Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der letzten Zeit eine deutlich verschlechterte Einstellung gegenüber der Bundesrepublik hervorgerufen hat«. Auf die Ost-Steuerung der Propaganda sei er allerdings kaum eingegangen, weil dadurch sofort der Eindruck erweckt worden wäre, »die Deutschen wollten sich nur vor der Verantwortung für die eigene Vergangenheit drücken«. Man müsse vorsichtig sein, die Kennedy-Administration sei jedoch kühl und nüchtern: »Die in der Öffentlichkeit beobachteten Ressentiments, so bedauerlich und gefährlich sie sind, dürften kaum unmittelbaren Einfluss auf Regierungsentschlüsse gewinnen. Die Regierung geht in ihrer

Meinungsbildung und Beschlussfassung von anderen Grundlagen aus, als von Sentiments oder Ressentiments. Man liebt uns nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, aber wir sind ein wichtiger Faktor in den politischen Berechnungen. Das ist vielleicht eine zuverlässigere Basis für unser politisches Verhältnis zueinander als die Wellenschläge wechselnder Gefühle.«

Botschafter Wilhelm Grewe sprach in Boston über »Germany as a Democracy« und vermied dabei sorgsam Peinlichkeiten, wie sie der Bundeskanzler in Bonn von sich gegeben hatte. Er packte den Stier bei den Hörnern und konzentrierte sich auf »aspects of today's democratic Germany which are under severe criticism by parts of world opinion: On Neo-Nazism and Anti-Semitism«. Während seiner bisherigen Amtszeit habe er öffentlich noch nie darüber gesprochen, doch nun stehe der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem vor der Tür und deswegen wolle er ausführlich darauf eingehen. Dafür nahm er eine Leserzuschrift an die *New York Times* zum Anlass, in welcher der Bundesrepublik vorgehalten worden sei, sie schweige zu all dem. Zunächst rief er Tuviah Friedman[528] als Zeugen dafür an, dass Deutschland sich durchaus an der Jagd auf Eichmann beteiligt habe. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden hätten das Aufspüren von NS-Verbrechern nie nur anderen Staaten überlassen, in Ludwigsburg gebe es eine eigene Behörde dafür. Auch die Behauptung, man gehe nicht auf die Untaten Eichmanns ein, widerlegte er mit Zitaten aus der *New York Herald Tribune*. Nur weil sofort klar gewesen sei, dass Israel ihren Gefangenen niemals ziehen lassen würde, habe Bonn keine Auslieferung beantragt. Im Übrigen habe man, da die Todesstrafe in Westdeutschland abgeschafft sei, nicht Eichmanns Kragen retten wollen.

Wie schon William Burke gesagt habe, eine Nation könne man nicht anklagen, und er, Grewe, sei oftmals davon irritiert, was für ein Zerrbild von seinem Land gezeichnet werde. Viele Leute glaubten, die Regierung und Behörden seien ebenso von Ex-Nazis durchsetzt wie die führenden gesellschaftlichen Gruppen in Westdeutschland. Die meisten solcher Berichte kämen von den Kommunisten, würden aber oft gerne geglaubt. Was aber sei eigentlich unter einem »Ex-Nazi« zu verstehen? Wenn man darunter ein ehemaliges NSDAP-Mitglied verstehe, dann möge es tatsächlich zu viele von ihnen in wichtigen Positionen geben, doch eine solche Definition für einen Ex-Nazi könne nicht akzeptiert werden. Zu

dieser Erkenntnis seien bereits die Besatzungsmächte kurz nach Kriegsende gelangt. Es komme darauf an, wie man sich damals tatsächlich verhalten habe: »To sum up: You can be sure that we do not want people in leading governmental positions who deserve to be classified as Nazis – people gave Hitler substantial support without ever risking resistance. There are no such people at the top ranks of our political life […] If a man like Chancellor Adenauer guarantees for the political and moral integrity, this should be taken at face value.«

Verdränge die Bundesrepublik ihre Vergangenheit? Jeder Einzelne halte das unterschiedlich, sagte Grewe, »but there is no evidence that there is any pathological lack of conscience in the German people of today«. Die oftmals ungerechte Kritik des Auslands trage nicht gerade zur Entwicklung gesunder moralischer Standards bei: »If there are still a few traces of Nazism in Germany, if there are uncertainties and some dangers for Germany's democratic future, then there can be only one solution for overcoming the existing difficulties: Give the German democrats and the young generation a chance to settle our problem at home. Discourage those people who believe that they have a mission to reeducate us from abroad. We are no longer occupied territory. We can handle our problems ourselves.« Man lebe in schweren Zeiten, die deutsche Demokratie und Freiheit stehe und falle mit dem Atlantischen Bündnis, doch auch das Bündnis könne nicht ohne Deutschland existieren oder riskieren, das Land in dieser kritischen Phase zu verlieren: »We need each other. And that means that we must learn to trust and to respect each other.«

Kurz vor der Eröffnung des Eichmann-Prozesses hatte der deutsche Botschafter den Amerikanern sicherlich kein übertrieben realitätsnahes Bild der westdeutschen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit skizziert. Es war eher eine Werbung für Vertrauen in die Kraft der jungen Demokratie, die schwere Hypothek der Vergangenheit inzwischen auch aus eigener Kraft abtragen zu können. Von dem mächtigen Staatssekretär des Kanzlers, der gerade in den Vereinigten Staaten bei jeder Diskussion der westdeutschen »Vergangenheitsbewältigung« als der sprichwörtliche Elefant im Raum stand – wenige Jahre zuvor war Globke diskret nahegelegt worden, eine offizielle Einladung dorthin lieber nicht anzunehmen[529] –, sprach Botschafter Grewe selbstverständlich nicht. Vielmehr rief er den Bundeskanzler, der in den USA inzwischen erhebliches Vertrauen genoss,

als Garanten dafür auf, dass niemand, der das NS-Regime substanziell unterstützt hatte, in eine wichtige Regierungsposition gelangen würde. Vor allem aber rief er dazu auf, die Frage des westdeutschen Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als ein Thema zu betrachten, das man nicht überstrapazieren möge, wenn man das im Kampf gegen den Kommunismus stehende westliche Bündnis nicht gefährden wolle.

Die Bemühungen der Bundesregierung, nicht zuletzt des Bundeskanzlers selbst, schädliche Rückwirkungen des Eichmann-Prozesses vor und hinter den Kulissen so weit wie irgend möglich einzudämmen, zeigen, für wie gefährlich man die innen- und außenpolitischen Auswirkungen ansah, die sich womöglich aus dem Verfahren in Jerusalem ergaben. Doch man war gut gerüstet. Zu den Vorbereitungen gehörte auch die Einrichtung einer »Arbeitsgruppe Eichmann«, die vom Ausschuss der Staatssekretäre für Fragen der Nachrichtendienste kurz vor Prozessbeginn beschlossen wurde. Als ständige Mitglieder gehörten ihr Vertreter des Auswärtigen Amts, der Bundesministerien für Justiz und Verteidigung, des Bundespresseamts sowie des BfV und des BND an, als nichtständige Mitglieder Beamte des Bundeskanzleramts, des Innenministeriums, des Gesamtdeutschen Ministeriums und »ein Vertreter des Instituts für Zeitgeschichte«. Laut des Schnellbriefs von Staatssekretär Globke sollte die Gruppe während des Eichmann-Prozesses »ständig prüfen, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen auf dem Gebiete der Justiz, der Verwaltung oder der Publizistik auf Grund des Prozessverlaufs zu treffen sind«.[530] Den Vorsitz übernahm der erwähnte, erheblich belastete Leiter der Zentralen Rechtsschutzstelle, Hans Gawlik. Günter Bachmann, der im Bundeskanzleramt für den BND zuständige Referatsleiter, hatte Globke zuvor darauf aufmerksam gemacht, dieses Gremium dürfe »nach außen hin nicht in Erscheinung treten, um das Missverständnis zu vermeiden, als ob die Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Verteidigung Eichmanns arbeite, wie das sonst die Aufgabe der Zentralen Rechtsschutzstelle ist«.[531]

Hermann Foertsch konnte Gehlen noch Näheres über die Arbeitsgruppe mitteilen, die »sich mit den aktuellen Entwicklungen, die sich aus dem täglichen Ablauf des Prozesses ergeben, fortlaufend befassen« solle.[532] »Ziel: Was kann von hier geschehen? Z. B. exekutive Maßnahmen, personelle Fragen, Stellungnahme zu den Zusammenhängen um die Fahndung nach Eichmann in der Bundesrepublik usw.« Das

Bundespresseamt habe die Hoffnung ausgedrückt, »dass der geplante Ausschuss präzise und schnell reagieren wird, was im Wesentlichen davon abhängt, ob er von Israel schnellstens Material erhalten kann«; außerordentlich wichtig sei die Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte,[533] ein Experte des Auswärtigen Amts für die in Jerusalem beigezogenen Dokumente werde nach Israel entsandt werden. »Der Arbeitsausschuss hat, je nach Anfall des Materials, binnen einer Stunde zusammenzutreten.«

Ein Ministerialdirektor in der Strafrechtsabteilung des Justizministeriums unterrichtete den Kanzleramtschef davon, »im Hinblick auf die möglicherweise zu erwartenden Auswirkungen des Eichmann-Prozesses« habe er bereits vor einiger Zeit »Vorbereitungen für einen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung getroffen«, nämlich eine in seinem Haus erstellte Übersicht über den Stand der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen.[534] Diese kam zu dem erstaunlichen Ergebnis, die Strafverfolgung sei nach 1945 »auch von der deutschen Justiz nachdrücklich betrieben worden«; sie werde in zwei bis drei Jahren abgeschlossen sein.[535] Beide Aussagen waren unzutreffend, wie man wusste, doch um unangenehmen Fragen im Zusammenhang mit dem Prozess in Jerusalem vorzubeugen, war es politisch zweifellos geschickt, hinter einem »Gebirge von Zahlen« die langjährige Untätigkeit der bundesdeutschen Justiz zu verbergen und so zu verschleiern, »dass praktisch nur die Alliierten NS-Täter verfolgt hatten«. Flankierend war reichlich durchsichtig darauf verwiesen, dass staatlich organisierte Massenverbrechen die Gerichte vor schwierige und zum Teil neuartige Rechtsprobleme stellten, die »eine Strafverfolgung erschwert oder unmöglich gemacht hätten«.

Die erste Sitzung der Eichmann-Arbeitsgruppe, auf der Gawlik erklärte, man müsse nun die weitere Entwicklung in Jerusalem abwarten, fand eine Woche vor Prozessbeginn statt. In der Besprechung der Koordinierungsrunde für Psychologische Verteidigung im Bundeskanzleramt[536] verwies, da einstweilen wenig Substanzielles vorlag, der Vertreter des Innenministeriums darauf, dass Karl Marx, der Herausgeber der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung*, befürchte, es könne neuerlich zu antisemitischen Schmierereien kommen. Der Mann vom Verfassungsschutz erwähnte, »dass die Israelis Beobachter in die

Bundesrepublik zwecks Feststellung der Haltung rechts-radikaler Kreise entsandt« hätten, das Gesamtdeutsche Ministerium machte auf das beargwöhnte »Eichmann-Komitee« in München aufmerksam.[537] So richtig funktionierte die Kommunikation mit der Arbeitsgruppe Eichmann und der Koordinierungsgruppe anfangs nicht, denn drei Tage nach Prozessbeginn waren bereits 28 Fernschreiben beim Auswärtigen Amt eingegangen, ohne dass diese davon Kenntnis erhalten hätte. Vizepräsident Worgitzky drängte daher energisch darauf, den BND in den entsprechenden Verteiler aufzunehmen.[538]

Wir können hier die Bemühungen des Kanzleramts und der Ministerien verlassen, die maximale Reaktionsfähigkeit der Bundesregierung auf das Prozessgeschehen in Israel zu gewährleisten, da die Erkenntnisse aus den stark abgeschirmten BND-Operationen nicht in die Beratungen so breit besetzter Gremien einflossen. Der Transfer nachrichtendienstlicher Erkenntnisse erfolgte viel direkter, nämlich von Gehlen (manchmal auch von Kurt Weiß) unmittelbar an Staatssekretär Hans Globke, manchmal an Bundeskanzler Adenauer selbst. Bereits in die Auswahl der offiziellen Beobachter, die nach Israel gehen sollten, war Pullach von Beginn an eingeschaltet. Zu Jahresbeginn hatte Ministerialdirektor Mercker den BND um Mithilfe gebeten, da sich die Bundesregierung unsicher sei, ob man einen offiziellen oder »mehr inoffiziellen Vertreter« schicken solle, ob er eher juristischen oder politischen Hintergrund haben und in welchem Beamtenrang er stehen solle; er bitte »wegen unserer Erfahrungen mit Israel« rasch um Vorschläge.[539] Gehlen empfahl postwendend, eine Persönlichkeit aus dem Justizministerium damit zu betrauen, »der ein geeigneter Beamter des BND (getarnt) beigegeben« würde. Er vergaß nicht zu erwähnen, man werde »unabhängig davon über den Prozess laufend auf dem nachrichtendienstlichen Wege berichten«.[540] Der Leiter der Abteilung I berichtete dem Kanzleramtschef, der BND-Präsident werde in dieser Angelegenheit in Israel vorfühlen.[541]

Die Sache komplizierte sich ein wenig, denn im Kanzleramt gingen von verschiedenen Seiten verschiedene Personalvorschläge ein, von dem notorischen General Klein oder vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten etwa.[542] Ende Februar hielt Globke dann fest, Außenminister von Brentano werde Rechtsanwalt Gerhard Freiherr von Preuschen als Beobachter entsenden.[543] Das zog sich hin, da die Israelis mit

dieser Entscheidung zunächst nicht einverstanden waren, weil von Preuschen dem NS-Rechtswahrerbund angehört hatte.[544] Globke besprach die Sache mit Gehlen. Da Jerusalem die Entsendung eines Vertreters der DDR abgelehnt habe, werde es nun wohl auch keinen offiziellen Beobachter der Bundesregierung geben, Preuschen wahrscheinlich »als persönlicher privater Berichterstatter Brentanos entsandt«. Wie häufig schloss der Kanzleramtschef am Ende noch die Frage an den BND-Präsidenten an: »Ist bei uns etwas über Preuschen bekannt?«[545] Eine Überprüfung wurde zugesagt.[546] Das Bundeskabinett nahm zur Kenntnis, dass der Wiesbadener Rechtsanwalt auf Vorschlag des Bundesaußenministers »als Beobachter der Bundesregierung an dem am 11. April beginnenden Eichmann-Prozess teilnehmen wird«.[547] Zwei Tage danach hielt Gehlen dem Kanzleramtschef über den Freiherrn Vortrag: »Orientierung über unsere Unterlagen«, hielt sein Vermerk fest: »Staatssekretär erwähnte, dass Dr. von Preuschen im Document Center eine Mitgliedsnummer der NSDAP habe. Er selbst behaupte aber, und zwar glaubhaft, dass er nie in die Partei eingetreten sei. Möglicherweise ist er, wie das oft geschah, von seiner übergeordneten Justizstelle im Rahmen einer Sammelanmeldung als Parteianwärter namhaft gemacht worden.«[548]

Die Amerikaner interessierten sich auch für den offiziellen deutschen Beobachter in Jerusalem.[549] Das Konsulat in Frankfurt informierte das State Departement, der Rechtsanwalt Gerhard Freiherr von Preuschen sei der Sohn eines Generals, evangelisch und promovierter Jurist mit vertiefter Kenntnis des amerikanischen Verfassungsrechts. In der NS-Zeit sei er mit Berufsverbot belegt und in der Champagner-Industrie tätig gewesen. Wegen seiner Kontakte zur Widerstandsbewegung sei von Preuschen noch Anfang 1945 zu Zwangsarbeit verurteilt worden, habe sich jedoch entziehen können und sei dann, halb verhungert, in Berlin befreit worden: »Is regarded by those who know him in West Germany as a man of outstanding integrity.«

Freiherr von Preuschen, mit dem die Bundesregierung dann allerdings keine sonderlich guten Erfahrungen machte,[550] war nicht der Einzige, der sich nun in offizieller oder inoffizieller Mission nach Jerusalem begab. Robert Servatius war darüber einigermaßen ergrimmt, wie der BND [redacted] und Kurt Weiß aus dem entsprechenden Fernschreiben erfuhren: »V-7396 von Besprechung mit Dr. Servatius in Köln zurückgekehrt, war dort zugegen, als Dr. Servatius von Dr. Gawlik

telefonisch über die Zusammensetzung der offiziellen Beobachterdelegation nach Israel unterrichtet wurde. Dr. Servatius erklärte sich empört über den ›Massenandrang‹ und die ›Massenaufwendungen‹ der Bundesrepublik für ihre ›Feuerwehr‹ beim Eichmann-Prozess«[551] – mehr als ein halbes Dutzend Offizielle, darunter ein Vertreter der Ludwigsburger Zentralstelle[552] und ein Abgesandter des Bundespresseamts zur Betreuung der westdeutschen Journalisten.

[redacted]

Kurz vor Prozessbeginn schienen sich die unwillkommenen Nachrichten zu verdichten. Der amerikanische Konsul in Frankfurt machte etwa das State Departement nach einem privaten Gespräch mit dem hessischen Generalstaatsanwalt nicht nur darauf aufmerksam, welche wichtige Rolle Fritz Bauer bei der Fahndung nach Eichmann gespielt habe und wie enge Beziehungen er nach Israel unterhalte, er fasste Bauers Standpunkt überdies so zusammen: »That Bauer and the SPD would continue to the maximum juridically feasible and politically profitable point to push allegations in complicity of Nazi war crimes against Globke; that the Israeli government was going slowly with the Eichmann trial in general, and would go particularly slow with damaging allegations against prominent West Germans during the trial, for political and diplomatic reasons which Bauer himself accepted as fully valid; that Eichmann had revelations to make which could be somewhat damaging to Globke, though it was doubtful that he would make in fact them; that it was even more doubtful that Eichmann would make significant revelations against others in Bonn, though this was not known in Bonn, where uneasiness prevailed.« Der als Strafverfolger von NS-Verbrechen dezidiert kämpferische Bauer äußerte sich in dem vierstündigen »Privatgespräch« offenbar auch kritisch über Servatius: »That Eichmann’s defense attorney was playing an uncertain role, possibly as agent of the Bonn government possibly using his knowledge primarily to aggrandize or enrich himself.« Noch sechzig Jahre später war unbekannt, wen der BND als geheimen Berichterstatter über die Eichmann-Verteidigung einsetzte.

Auch den mittlerweile berühmten Fall Max Merten[553] nehme der Generalstaatsanwalt erst einmal ernst, heißt es in dem Bericht weiter: »Bauer made no bones of the fact that his accusations against Globke were, as suspected by the press, in fact connected with the Eichmann trial. He indicated that Eichmann was in a position to corroborate statements made by Merten to the effect that Globke had indeed played a role in the process ultimately leading to the deportation and extermination of the Greek Jews.« Es gebe obendrein noch alle möglichen Gerüchte zum Merten-Eichmann-Globke-Komplex, doch habe der Staatssekretär letztlich auch dann nichts zu befürchten, wenn Mertens Anschuldigung tatsächlich zutreffen sollte, wonach Globke die von ihm und Eichmann bereits eingefädelte Rettung griechischer Juden telefonisch unterbunden habe; es hätte sich ja auch um eine Falle der SS für Globke handeln können. Wie dem auch gewesen sein möge, »Bauer made clear throughout the conversation his animosity towards Globke, and said that it was a dirty shame that Globke continues to hold on to his key job as a principal adviser to the Chancellor.« In seinem Kampf gegen solche Verhältnisse würde er sogar den Teufel als Verbündeten akzeptieren, »an obvious reference to the documentary help Bauer has recently obtained from the Soviet Zone in building the legal case against Globke.«[554]

Wegen der von A bis Z haltlosen Beschuldigungen Max Mertens war die Bonner Staatsanwaltschaft (Bauer hatte den Fall dorthin abgegeben) auf den Gedanken gekommen, Eichmann einvernehmen zu lassen. Mögliche Weiterungen wurden aber dadurch vermieden, dass der sich weigerte auszusagen. Bonn erfuhr das aus einem Brief seines Verteidigers [redacted]: »Mein Klient hat aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt, sich durch den Amtsrichter des Bezirksgerichts Haifa in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen«, schrieb Servatius, denn damit erkenne die Bonner Staatsanwaltschaft ja implizit die Rechtmäßigkeit von dessen gegen das Völkerrecht verstoßender Entführung und Inhaftierung an und verstoße damit gegen das Grundgesetz. Sein Mandant sei aber bereit, in der Bundesrepublik »seiner Zeugenpflicht zu genügen«.[555] Das kam, wie alle Seiten wussten, erst recht nicht in Frage.

Gehlen sprang Hans Globke gegen den Verleumder Merten auch noch in anderer Weise bei: »Ich habe den Staatssekretär unterrichtet«, notierte er

nach einer Besprechung mit ihm, »dass wir dort wo möglich die Presse für den Fall Merten zu interessieren versuchen, auch wenn öfter Artikel vagen Inhalts erscheinen und möglichst immer wieder der Ausdruck ›der Fall Merten‹ gebraucht wird, kann eine entsprechende Wirkung gegen Merten, der ostgesteuert ist, erreicht werden«. Der Mann sei übrigens Mitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei, »Material beim LfV Bayern. Staatssekretär bittet, ihm das Material zu besorgen.«[556] Das erledigte Kurt Weiß. Max Merten hatte sich dann recht schnell selbst diskreditiert. Von ihm ging für den ehemals mit Judensachen befassten Ministerialrat bald keine Gefahr mehr aus.

Der Jerusalemer Prozess als Damoklesschwert über dem Kanzleramtschef war trotzdem noch lange nicht festgezurrt. Neben Teilen des Strategischen Dienstes, anderen Dienststellen und mehreren V-Leuten wurde der BND-Präsident selbst durch die Eichmann-Gefahr noch lange in Atem gehalten. Der »Fall Merten« war noch nicht ausgestanden, da ging in Pullach ein weiteres Mal die »dringende Frage« des Bundeskanzleramts ein: »Kannte Eichmann Globke?«[557] An sich war das seit Monaten beantwortet – Nein, er habe ihn nicht gekannt bzw. dienstlich nichts mit ihm zu tun gehabt [558] –, doch die Gefechtslage schien sich mittlerweile von Tag zu Tag zu ändern. Sie verbesserte sich für Globke und den BND insofern, als es dem Nachrichtendienst nach seinem Coup mit der Beschaffung von Eichmanns argentinischen Unterlagen[559] nun auch glückte, das komplette Protokoll von dessen Polizeiverhör zu besorgen. Neuerlich stellte Pullach bei diesem Fall seine hohe Kunst unter Beweis. »Anliegend werden die von V-7396 beschafften Aussagen des Adolf Eichmann während seiner Haft in Israel übersandt«, durfte Kurt Weiß dem Begleitschreiben zu einem dicken Paket entnehmen: »Es handelt sich um 6 Bände mit insgesamt 3564 Seiten.« Er werde gebeten, diese Unterlagen binnen zweier Tage, »bis Mittwoch, den 1.3.61, 17.00 Uhr, nach hier zurückzugeben, da 7396 am 1.3. abends diese Unterlagen nach Köln zurückbringt. Dr. Servatius hat diese Protokolle von der israelischen Generalstaatsanwaltschaft zur Vorbereitung der Verteidigung erhalten.«[560]

Der stellvertretende Chef des Strategischen Dienstes erhielt nach der raschen Vervielfältigung und Rückgabe der Vernehmungsprotokolle eine vertiefte Beschreibung zu diesem Material.[561] Das Verhör von Adolf Eichmann, hieß es, habe eine Woche nach seinem Eintreffen in Israel

begonnen und bis Anfang 1961 gedauert, es sei auf 76 Tonbändern aufgezeichnet und von ihm in der Niederschrift autorisiert worden. Außerdem habe die Staatsanwaltschaft mehr als 1200 Dokumente übergeben, von denen »über 200 Eichmann von seinem Vernehmer zur Gegenäußerung vorgelegt« wurden. Der BND erfuhr auch Näheres über die aktuelle Verfassung des Beschuldigten: »Die Erklärungen Adolf Eichmanns in den Niederschriften machen keinen guten Eindruck, nicht nur wegen des sowohl sprachlichen als auch gedanklich miserablen Deutsch. Im Gegensatz zu der immer wieder betonten Behauptung: ›Ich übernehme die Verantwortung für mich und meine Mitarbeiter‹ wirkt die offenbar in langen Jahren ausgedachte Generallinie der Verteidigung a. ›Ich habe nur Befehle ausgeführt‹, b. ›Mein Referat war nur für Erfassung verantwortlich, nicht einmal für den Transport,‹ wenig überzeugend. Das Verhalten Eichmanns gegenüber seinen Vernehmern ist ausgesprochen devot, wenn nicht sogar kriecherisch. Beispielsweise spricht er den vernehmenden Hauptmann nur in der ›dritten Person‹ an, was er sicherlich nicht bei der SS gelernt hat. Aber auch die sachlichen Erklärungen, Deutungen usw. sind in einer schleimigen und daher umso unglaubwürdigeren Form gehalten.«

Augenscheinlich habe Eichmann nur äußerst dürftige Kenntnisse der historischen und politischen Zusammenhänge, fährt die Auswertung der Aussagen fort. Sie lägen »selbst für das Niveau eines geistigen Mittelständlers mit viertklassiger Realschulbildung unter Durchschnitt«. Man könne kaum glauben, dass diese Defizite von seiner allgemeinen Beschränktheit oder einem schlechten Gedächtnis herrührten; vielleicht machten sich hier die »Drogen und Spritzen« bemerkbar, die ihm von den Israelis während des Kidnappings verabreicht worden seien. Zwei Texte, die Eichmann der Sekretärin von Servatius diktiert hatte, lagen dem Bericht bei: seine »Vorgeschichte der Entführung« und sein »Verhaftungsbericht«.

Kurt Weiß setzte den BND-Präsidenten sofort über die Beantwortung der Gretchenfrage in Kenntnis, die Gehlen und den Kanzleramtschef vor allem interessierte.[562]

[redacted] »sagte Adolf Eichmann hierzu aus: a. Er kenne weder

einen Dr. Globke noch einen Dr. Merten persönlich, noch aus seiner Tätigkeit als Leiter IV B 4. Es seien ihm auch keine Vorgänge in Erinnerung, die sich im Zusammenhang mit Griechenland und der Erfassung und der Deportation der dortigen Juden mit dem Namen Globke und Merten verbinden. b. Er wisse auch nichts über die versuchte Rettung von 10 000 Juden aus Griechenland. Hierüber könnten nur die zuständigen Judenbearbeiter aus Griechenland aussagen. c. Es sei völlig ausgeschlossen, dass er mit einem Ministerialrat Globke oder einem hohen Beamten im Innenministerium einen dienstlichen Kontakt gehabt haben soll. In der Hierarchie der Vorgesetzten, die er in einer solchen Sache hätte befragen müssen, gab es für ihn nur [SS-Gruppenführer Heinrich] Müller und dann [SS-Obergruppenführer Ernst] Kaltenbrunner und natürlich Himmler. Eine selbständige Entscheidung habe er niemals fällen können und auch nicht gefällt.« Das, was der ihm unbekannte Herr Merten von sich gebe, seien »reine Phantasiegebilde«. Das war genau das, was Eichmann schon Monate zuvor zu Protokoll gegeben hatte. Weiß zitierte das mit exakter Fundstellenangabe noch einmal eigens aus der Vernehmungsniederschrift: »›Kennen Sie Kriegsverwaltungsrat Dr. Max Merten?‹ Wörtlich wie folgt: ›Nein, nicht, nie gesehen, nie gesprochen.‹« Damit, so schätzte Weiß Eichmanns Kronzeugenschaft ein, »würde ein besonders schwieriger Belastungspunkt gegen Staatssekretär Dr. Globke hinfällig werden«.

Die Verleumdungen Mertens gegen den Kanzleramtschef brachen damit in sich zusammen. Der Staatssekretär war dennoch nicht aus dem Schneider. Es interessierte ja keineswegs nur, ob er vor 1945 mit Adolf Eichmann Kontakt gehabt oder gar direkt mit ihm zusammengearbeitet hatte. Die Frage war auch, was der Angeklagte zur Rolle des Reichsinnenministeriums generell und speziell des dortigen Ministerialrats Dr. Globke bei der Ausführung der nationalsozialistischen Verbrechen zu Protokoll gab. Jedes Gerücht und jede kleinste Einlassung Eichmanns dazu landete zur Weitergabe nach Bonn sofort auf dem Schreibtisch von Kurt Weiß. Kurz vor Prozessbeginn etwa ging mit dringendem Fernschreiben eine weitere potenzielle Schreckensmeldung in Pullach ein. Eichmann mache bekanntlich ununterbrochen Aufzeichnungen zu allem Möglichen, hieß es darin, aber auch zu Punkten der Anklage: »Trotz persönlichem Nichtkennen darin nunmehr auch belastende Aussagen gegen Dr. Globke und dessen Rolle beim Sterilisierungsprogramm.« Die

[redacted] »ersten 100 Seiten gehen morgen an 181 [Weiß] ab«.[563]

Die drei Wochen bis zur Eröffnung des Prozesses in Jerusalem gestalteten sich dank der Informationsfülle, die zu bewältigen war, ausgesprochen arbeitsintensiv, erhielt der BND doch sämtliche Einlassungen und Aufzeichnungen des Angeklagten über den installierten Kanal auf kurzem Wege zur Einsicht, Kopierung und Auswertung. Sämtliche Erkenntnisse von Bedeutung gingen, meist in persönlichem Vortrag, über den BND-Präsidenten direkt an den Chef des Bundeskanzleramts.

Beginnen wir mit den Darlegungen der die einschlägigen V-Leute führenden Dienststelle 521 für Kurt Weiß.[564] Ungermann kam zunächst auf die Fotokopien der handschriftlichen Aufzeichnungen Eichmanns zu sprechen, die auf Wunsch von Servatius für eine spätere Veröffentlichung entstanden waren und die (wie eine Marginalie auf dem Dokument verrät) in Pullach »im Panzerschrank (Eisschrank)« verwahrt wurden: »Soweit Eichmann in diesen handschriftlichen Aufzeichnungen Dokumente zitiert, stützt er sich auf die Dokumentensammlung von Poliakov […] Weitere Dokumente sind Eichmann bei der Vernehmung vorgelegt worden. Um welche es sich handelt, ist aus den 6-bändigen Vernehmungsprotokollen ersichtlich.« Ein Teil dieser Aufzeichnungen seien inzwischen von Servatius zur Veröffentlichung an das britische Magazin *The People* gegangen,[565] »nachdem er die Aufzeichnungen, die sich mit Dr. Globke und anderen Angehörigen des früheren Reichsinnenministeriums befassten, entfernt hatte« (doppelte Anstreichung am Rande).

Eigentlich wollte Robert Servatius, der schlecht auf die Bundesregierung zu sprechen war, auch die außerordentlich delikaten Globke-Passagen[566] zur Veröffentlichung freigeben. Doch als der Anwalt die Notate Eichmanns dem Genoud-Vertrauten Rechenberg, V-7396, zur Weiterleitung an den Verleger übergab, »stellte sich dieser auf den Standpunkt, dass alle diesbezüglichen Passagen in den Aufzeichnungen nicht an die britische Verlagsgruppe weitergegeben werden sollten«, wie der Informant nach Pullach meldete. »Reaktion von Dr. Servatius darauf: ›Was haben wir für eine Veranlassung, jemanden zu schützen?‹« Der Rechtsanwalt besann sich dann aber doch und folgte dem Rat des BND-Informanten. Kurt Weiß versah diese Berichtspassage mit einer dicken Anstreichung.[567]

Der Bericht Ungermanns rief Kurt Weiß in Erinnerung, dass Eichmann bereits zweimal ausgesagt hatte, Globke nicht zu kennen, schlug auf Grundlage [redacted] dann jedoch Alarm: Dr. Servatius habe seinem Mandanten inzwischen »verschiedene Äußerungen über ihn gezeigt, die in Reden von Adenauer, Brandt und anderen führenden deutschen Politikern gefallen sind. Dem Sinn nach hat er darauf in jüngster Zeit erklärt: Ich habe bisher stillgeschwiegen, nachdem mir aber die Reden von Adenauer, Brandt und Lübke bekannt geworden sind, werde ich jetzt auspacken. Dr. Servatius hat Eichmann darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht anginge, Dinge vorzubringen, die unerheblich sind, da man sonst die von der Staatsanwaltschaft angeführten verschiedenen Belastungen gleichfalls nicht als unerheblich ablehnen könne. Eichmann ist jedenfalls nunmehr auf das Schwerste empört darüber, dass er als ›nicht verteidigungswürdig‹ von der Bundesrepublik erklärt wird«; Servatius hatte ihm von seinen vergeblichen Bemühungen um die Übernahme der Verteidigungskosten erzählt.

Wenn in dem Verfahren überhaupt noch etwas für den Angeklagten herauszuholen sei, gab der Leiter 521 zu bedenken, dann sei das »in der Hauptverhandlung selbst naturgemäß die Klärung der Frage, ob Eichmann tatsächlich derjenige ist, der allein für alles verantwortlich zu machen ist«. Das mache es »notwendig, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise auf die Verteidigung im Hinblick auf die Hauptverhandlung Einfluss genommen werden soll«. Das gelte namentlich bei »Ausweitung der Prozessmaterie unter Einbeziehung von Persönlichkeiten wie Dr. Globke etc.«; Anstreichung am Rande. Das Verfahren werde nach angloamerikanischem Recht geführt, »das heißt, dass der Angeklagte Eichmann zu den Anklagepunkten normalerweise nur dann vernommen wird, wenn er von der Verteidigung als Zeuge benannt wird […] Verzichtet die Verteidigung auf ihn als Zeuge, braucht er in der gesamten Hauptverhandlung überhaupt nichts zu sagen und kann auch nicht befragt werden

[redacted]

[redacted]

Bereits anderntags unterrichtete der BND-Präsident den Kanzleramtschef über den Stand der Dinge in Jerusalem, der von Weiß im Einzelnen dargelegt wurde.[568] In dieser Unterredung kam Gehlen auch auf Simon Wiesenthal zu sprechen, »über den wir berichtet hatten, dass Vorsicht angebracht sei«. Globke antwortete, er habe diesen inzwischen »von anderer Seite angehen lassen. Wiesenthal habe sich als sehr aufgeschlossen gezeigt, wäre zwar scharf gegen das Dritte Reich und alte Nationalsozialisten eingestellt, aber nicht gegen die Deutschen an sich. Er habe sich ohne weiteres bereit erklärt, in München vor einem Richter auszusagen.« Der Staatssekretär erwähnte dann noch, Wiesenthal habe erzählt, Max Merten »habe ihn aufgesucht und Material gegen Globke haben wollen, was er abgelehnt habe. Ferner hätte [das DDR-Nachrichtenbüro] ADN bei ihm angerufen mit gleichen Wünschen. Wiesenthal habe darauf Material über Vincenz Müller angeboten, worauf der ADN-Beauftragte abgehängt hat.«

In dem erwähnten Bericht an Globke hatte Gehlen vermerkt, »dass Wiesenthal von verschiedenen Quellen übereinstimmend als sehr verbittert und deutschfeindlich beurteilt wird, sodass damit gerechnet werden muss, dass eine Kontaktaufnahme zu Wiesenthal von diesem ungünstig verwendet werden wird. Sollten diese Bedenken nicht geteilt werden, wird trotzdem der Versuch gemacht werden – gegebenenfalls unter Einschaltung des israelischen Nachrichtendienstes –, Wiesenthal für eine Aussage vor einer deutschen richterlichen Stelle zu gewinnen.«[569] Der »Eichmann-Jäger« habe sich im Übrigen »den verschiedensten Gesprächspartnern gegenüber wiederholt in schärfster Form über die ›Verbrechen des deutschen Volkes gegenüber den Juden‹ geäußert«. Beigefügt war eine Personenauskunft, die seine Bedeutung bei der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und seine »Rolle bei der Fahndung nach Eichmann« beschrieb, nicht ohne hinzuzufügen: »Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gehört Wiesenthal auch jetzt noch zu den wichtigsten Exponenten des israelischen Nachrichtendienstes in Österreich.«[570]

Seit Anfang März ließ der Strategische Dienst die mehr als 3500 Seiten israelischer Vernehmungsprotokolle und die 145 Seiten handschriftlicher

Aufzeichnungen Eichmanns genauestens durchforsten.[571] Das Team hatte herauszufinden, ob »a. in dem durch israelische Behörden geführten Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann 1. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik, 2. tätige oder ehemalige Mitarbeiter des eigenen Dienstes genannt und gegebenenfalls belastet werden; b. das System der Vernehmungen die Absicht der israelischen Behörden erkennen lässt, die Verantwortung für die verbrecherischen Taten des Nationalsozialismus auf andere, möglicherweise aktiv im politischen Geschehen der Bundesrepublik stehende Personen auszudehnen.« Die Prüfung kam, wie erwähnt, zu dem Ergebnis, dass sich unter den insgesamt 460 genannten Namen keine Persönlichkeiten befänden, die im öffentlichen Leben der Bundesrepublik eine Rolle spielten; von fünf genannten Personen seien zwei im BND aktiv. »Ganz eindeutig verneint Eichmann die Alleinschuld des Reichssicherheitshauptamtes an den Aktionen zur Judenvernichtung«, fuhr die Expertise fort. »Tatsächlich« lasse sich die Mitwirkung weiterer Zentralinstanzen des Reichs wie des Auswärtigen Amts und des Innenministeriums »zumindest an den Vorarbeiten hierzu unschwer konstruieren«. Es folgten augenscheinlich nicht ohne eine gewisse Überraschung gemachte Beobachtungen zur Wannsee-Konferenz und zu den Diskussionen über eine Zwangssterilisierung von »jüdischen Mischlingen«.

Wenngleich Eichmann im Verhör darauf hingewiesen habe, dass bei der Mischlingsfrage nicht etwa das RSHA, sondern das Reichsinnenministerium federführend gewesen sei, so bestehe nach Prüfung der Eichmann-Protokolle doch nicht der Eindruck, »dass die Anklagevertretung die Absicht hegt, die Mitschuld anderer Zentralinstanzen des Reiches herauszuschälen und besonders zu beleuchten«. Auch dieser Bericht erwähnte noch einmal, wie schwer es den Angeklagten getroffen habe, dass Bonn ihn für »verteidigungsunwürdig« erklärt habe. Dadurch sei er geradezu angestachelt worden, »harte Kritik an der Haltung namhafter Politiker der Bundesrepublik zu üben«. Für seinen Verteidiger habe er sie sogar in schriftliche Form gefasst: »Ihm sei so«, als ob Bundespräsident Heuß seinerzeit für das Ermächtigungsgesetz gestimmt habe; er habe auf das Vorwort des Stuckart-Globke-Kommentars von 1935 und einen Anruf Globkes beim Judenreferenten Franz Rademacher im Auswärtigen Amt

verwiesen; Globke habe in Nürnberg selbst seine Mitwirkung bei Namensänderungsvorschriften eingeräumt. Wie es aussehe, würden demnächst wohl auch andere »auf die Mitschuld des Reichsministeriums des Innern an der Vorbereitung und Durchführung der ›Endlösung‹ der Judenfrage hinweisen«.[572]

[redacted] Fragen zu den Verhörprotokollen und zu den Dokumenten zu stellen, die [redacted] von der Anklagebehörde überlassen worden waren. Eichmann habe auch eine Reihe von Ausarbeitungen dazu und zu einigen ihm überlassenen Büchern – etwa Reitlingers »Endlösung«[573] – angefertigt, außerdem Organisationspläne erstellt. [redacted] ferner die Gegebenheiten in der Haftanstalt, kleinere Behinderungen durch die Polizei und die Verschlechterungen der Beziehungen zwischen dieser und der Staatsanwaltschaft. Sie seien inzwischen auf einen Stand gesunken, »dass die leitenden Herren der beiden Behörden außerdienstlich nicht mehr miteinander reden«.

[redacted]

Der BND hatte das Vorfeld des Jerusalemer Jahrhundertprozesses mit höchster Intensität und großem Erfolg beackert. Das Kanzleramt, das im Sinne der Bundesregierung intensiv darum bemüht war, die Thematisierung des politisch plötzlich so explosiv gewordenen Mordgeschehens im Dritten Reich einzudämmen, durfte mit dem BND sehr zufrieden sein: Er informierte gewissermaßen in Echtzeit über jede Regung in der Gedankenwelt Eichmanns, [redacted] Obendrein war der Kanzleramtschef nicht nur jederzeit im Bilde, was ihm persönlich von den Aussagen Eichmanns drohen könnte, sondern er konnte dank der Berichterstattung des BND auch tagfrisch abschätzen, welche anderen bundesdeutschen Persönlichkeiten womöglich ebenfalls mit einer vergangenheitspolitischen Kompromittierung zu rechnen hatten. Was die SED-Propaganda plante, erfuhr der Staatssekretär ohnehin seit Jahren frühzeitig und verlässlich.[574] Die Vergangenheitsabwehr war sorgfältig vorbereitet, und beinahe wie zur Demonstration, dass er [redacted] meldete sich Reinhard Gehlen bei Prozesseröffnung für eine dreiwöchige Reise in die Vereinigten Staaten von Amerika ab. Der ehemalige Leiter der CIA in Deutschland, Gordon M. Stewart, mittlerweile Chef der Eastern Europe Division, bereitete den Besuch mit großem Bahnhof vor und vermerkte, beim Dinner mit Allen W. Dulles werde »Utility« geschmeichelt sein, seine Einschätzung des Eichmann-Prozesses vortragen zu können.[575]

Während der BND-Präsident in New York weilte, hatte der brillante Stewart einen bewährten Mitarbeiter zu ihm geschickt. In ihrem Gespräch berührten die beiden auch[576] [redacted] In dem Bericht dazu, den Stewart an Dulles weiterleitete, hieß es: »Gehlen says he is not in a position to influence Servatius directly since, in view of the German governments position to the trial, this would be politically explosive; however, he had hoped to be able to ›maneuver‹ the trial […] Gehlen could not (or would not) give any further clarifying

details«. Seine Informationen seien absolut zuverlässig, es sei jedoch ausgeschlossen, irgendetwas über die Quelle und die Art der Beschaffung mitzuteilen: »He stated if this were done it would only be attributable to the BND and would directly endanger his own position as its President.« Das war nicht übertrieben. »Dr. Schneider« wusste, was er tat, und »Globus«, der Chef des Bundeskanzleramts, wusste es auch.

Prozessbegleitung und Einflussnahme

Am 11. April 1961 begann der Prozess gegen Adolf Eichmann. Die *Deutsche Presse-Agentur* brachte einen Vorbericht. »Ben Gurion«, hieß es darin, »hat es mehrfach als eine der wichtigsten Aufgaben des Eichmann-Prozesses bezeichnet, der Jugend Israels die Schicksale ihrer Väter und Vorväter, die Bedeutung des Antisemitismus und vor allem dessen furchtbare Auswirkungen unter dem Hitler-Regime nahezubringen. Dieses Ziel wird ohne Zweifel erreicht werden. Das Interesse für den Eichmann-Prozess wächst unaufhörlich – gerade in den Kreisen, die bisher gleichgültig waren«, beobachtete *dpa*. »Es wird darauf verwiesen, dass die große Zahl der Bücher über den früheren SS-Obersturmbannführer Eichmann, die in den letzten Monaten erschienen sind, von Hunderttausenden, vielleicht von Millionen gelesen werden. Das allein werde ein wichtiges Ergebnis sein. Alle diese Bücher wären nicht erschienen, wenn Eichmann nicht gefangengenommen wäre, und die Leserschaft hätte vielleicht nie erfahren, was ihnen nun sogar schon vor dem Prozess bekannt geworden ist […] Dass schon viel zu lange geschwiegen worden sei, ist ein Argument, das häufig gegenüber Deutschland vorgebracht wird. Man hofft in Israel, dass der Eichmann-Prozess gerade auch der deutschen Jugend helfen wird, die Vergangenheit zu verstehen und zu begreifen.«[577]

Bundeskanzler Konrad Adenauer wandte sich am Vorabend der Prozess-Eröffnung in einer kurzen Fernsehansprache an die Bevölkerung: »Wir wünschen, dass in diesem Prozess die volle Wahrheit ans Licht kommt und dass Gerechtigkeit geübt wird.« Nach dem Zusammenbruch 1945 seien alle von Scham erfüllt gewesen, »weil nunmehr zum ersten Male uns, dem deutschen Volk, der furchtbare Abgrund des Nationalsozialismus zum Bewusstsein kam. Wir waren erfüllt von Sorge, weil wir uns fragten, wie es möglich sein würde, dieses Gift aus dem seelischen Empfinden, aus dem seelischen Leben weiter Kreise des deutschen Volkes wieder zu entfernen.« Man habe sofort Verhandlungen aufgenommen, »um das geschehene Unrecht, soweit das materiell überhaupt möglich ist, wiedergutzumachen. Wir haben dem neuen Staat Israel im Jahre 1952 unsere Hilfe beim Aufbau angeboten. Israel hat den Beitrag zu seinem Aufbau angenommen; dafür waren und sind wir dankbar. Unsere Sorge war nicht so begründet, wie wir

es befürchtet hatten. Im deutschen Volkskörper, im moralischen Leben des deutschen Volkes, gibt es heute keinen Nationalsozialismus mehr, kein nationalsozialistisches Empfinden. Wir sind ein Rechtsstaat geworden.«[578] Am folgenden Tag dankte Adenauer Ministerpräsident Ben Gurion in einer Erklärung dafür, dass dieser trotz allem an einem freundschaftlichen Verhältnis zur Bundesrepublik festhalten wolle und ausdrücklich festgestellt habe, »dass die jungen Deutschen nicht für die Untaten vieler Angehöriger der älteren Generation Deutschlands verantwortlich gemacht werden können«. In Interviews während seiner anschließenden USA-Reise äußerte sich der Kanzler ähnlich. In Israel, wo Eichmann »zum Inbegriff der ›Endlösung‹, zum Mephisto« wurde,[579] dominierte eine ähnliche Engführung.

Ernst Müller-Meiningen jr., in diesen Jahren einer der wenigen Publizisten, die unnachgiebig auf die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit drangen, zog den Horizont der Reflexion mit dem Artikel »Eichmann und wir« in der *Süddeutschen Zeitung* weiter.[580] In dem Jerusalemer Verfahren, das »wohl ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit ist«, stehe *ein* Mann für den Staat vor Gericht, aus dem die Täter kamen. In Wirklichkeit sei das NS-Regime »ein einziges Trauerspiel unseres an die Obrigkeit, auch an die verbrecherische Obrigkeit kampflos und willig preisgegebenen Staatsbürgertums« gewesen. Er sprach damit aus, was amtliche Stellen bis hinauf zum Bundeskanzler zu sagen vermieden: »Die Generation der heute das öffentliche Leben Beherrschenden ist weithin dieselbe, die damals versagt hat. Viele der Mitträger des großen Unrechts sind auch in Person wieder in Amt und Würden. Sie beherrschen – so muss es vielfach nach außen scheinen – das Bild der geistigen Landschaft, und es trifft sie alles andere als gesellschaftliche Ächtung.« Aus dieser Generation kämen die Väter einer nach Orientierung suchenden Jugend, eine Generation, die eines Tages ausgestorben sein werde: »Trotzdem liegt ungeheuer viel daran, dass die moralisch Ansprechbaren aus ihrem Kreise – gerade unter dem Anblick eines Eichmann-Prozesses – der Verantwortung inne werden, die ihnen und uns allen das Geschehene auferlegt.« Nur so sei eine Zukunft »frei von den Sünden der Väter« möglich. Noch sei ungewiss, ob der Prozess mit seiner »Weltpublizität« wirklich zu einem »weithin sichtbaren, bleibenden, historischen Warnzeichen« werden könne. Doch schon jetzt müsse man Ben Gurion dankbar sein, dass er den Unterschied zwischen dem Dritten Reich

und der Bundesrepublik hervorgehoben und vor einem neu ausbrechenden »Deutschenhass« gewarnt habe.

Mit der internationalen Reaktion zum Prozess-Auftakt durfte die Bundesregierung fürs Erste zufrieden sein. Der BND hielt fest, das Geschehen in Israel sei »von der gesamten Weltpresse und vom Weltrundfunk« beachtet worden.[581] Der prominente Historiker und NS-Kenner Hugh Trevor-Roper, der sich in Jerusalem aufhielt, charakterisierte den Prozess für die *Sunday Times* als »eine persönliche Angelegenheit Ben Gurions«; er beanspruche damit die Führung der jüdischen Welt und habe »der gesamten Judenschaft die Verantwortung für eine Politik aufgebürdet, deren Folgen sich nicht voraussehen ließen«. Ebenso wie Müller-Meiningen jr. verwies er darauf, dass Eichmann nur einer von vielen Deutschen war, die dem Judenhass Hitlers bedingungslos gefolgt seien. Lord Russell of Liverpool, der bald mit einem Buch über den Prozess hervortrat, schrieb in *News of the World*, die Israelis seien selbst sehr verunsichert, weil sie »eine ungünstige Reaktion im Ausland« befürchteten und daher peinlich genau auf ein rechtsstaatliches Verfahren achteten. Selbst der ebenfalls in Jerusalem weilende Telford Taylor, Ankläger von Nürnberg, stelle Fragen nach der Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens. Der BND zog in seiner Presseübersicht das Fazit: »Alle Pressestimmen des Westens zeichnen sich somit dadurch aus, dass Bedenken über das Verfahren geäußert werden, ohne dass jedoch Angriffe auf die Bundesrepublik oder Persönlichkeiten der Regierungsmaschinerie gemacht werden.« Darauf kam es Bonn an.

Der Chef des Bundeskanzleramts und engste politische Vertraute Konrad Adenauers wusste selbstverständlich genau, dass er in der tonangebenden bundesdeutschen Elite derjenige war, der durch den Eichmann-Prozess stärker gefährdet war als irgendjemand sonst. Hans Globke als faktisch alleiniger Dienstvorgesetzte hielt den BND deswegen durchaus auch aus ganz persönlichen Gründen lange vor Eröffnung des Verfahrens dazu an, noch dem leisesten Hinweis auf seine unmittelbare Gefährdung durch irgendwelche Einlassungen Adolf Eichmanns nachzugehen. In dieser Lage war dem Staatssekretär sehr gegenwärtig, dass er als Zielscheibe von Kritik im In- und Ausland keinesfalls persönlich hervortreten und auch andere nicht erkennbar dazu ermuntern durfte, sich während der Eichmann-Krise offen auf seine Seite zu stellen. Das hatte er gegenüber dem BND-Präsidenten schon vor Prozessbeginn klargemacht: »Globke möchte aus

bestimmten Erwägungen vorläufig nicht von sich aus mit den Persönlichkeiten, die für ihn gutsagen oder gutsagen wollen, in Verbindung treten, sondern gegebenenfalls später darauf zurückkommen«, notierte Gehlen; den in seinem Eifer gern überschießenden Kurt Weiß unterrichtete er von dieser Linie der Zurückhaltung.[582]

Der Regierung in Jerusalem war die prekäre Lage von Adenauers Staatssekretär genauso geläufig wie der in Bonn. »Die israelische Strategie im Eichmann-Prozess schloss auch die Verteidigung Globkes mit ein«, schreibt Yeshayahu Jelinek. »Irgendwann im Verlauf der Vorbereitungen zum Prozess wurde die Entscheidung getroffen, das Verfahren nur auf Eichmann zu konzentrieren: Eichmann sollte als Inbegriff des Nationalsozialismus dargestellt und andere Themen gemieden werden.« Mehrere Anhaltspunkte sprächen dafür, dass Ben Gurion selbst an solchen Besprechungen teilnahm: »Das lakonische Leitmotiv des bevorstehenden Gerichtsverfahrens lautete ›Eichmann und das jüdische Volk‹. Alle anderen ehemaligen Nationalsozialisten waren somit von vornherein vom Verfahren ausgeschlossen.«[583]

Über das Fehlen prominenter Unterstützer in der deutschsprachigen Publizistik brauchte sich Hans Globke ebenfalls nicht zu beklagen. Fred Luchsinger etwa schrieb in der *Neuen Zürcher Zeitung* über die »Die Kampagne gegen den Staatssekretär Adenauers« und meinte, egal wie man Globkes Rolle vor 1945 beurteile, seine Rechtfertigung heute müsse notgedrungen »ein schwieriges und oft peinliches Werk« sein. Er stehe unter der ständigen Beweislast, dass die bekannten wie die neu auftauchenden Aktenstücke über seine Tätigkeit manchmal anders interpretiert werden müssten, als es der erste Augenschein nahelege. Luchsinger fuhr fort: »Es scheint oft, als solle Globke zu einer Art bundesdeutschem Sündenbock gemacht werden, dem jeder, der wegen seiner eigenen Vergangenheit ein schlechtes Gewissen hat – oder Anlass hätte, ein schlechtes Gewissen zu haben –, seine Bürde aufladen kann – dem schließlich das schlechte Gewissen der Nation überhaupt überbürdet wird.«[584]

Die Wochenzeitung *Die Zeit*, die wiederholt einige Sympathie für Globke und Gehlen an den Tag legte, gab dem Kanzleramtschef zunächst Gelegenheit, in einem Interview auf die gegen ihn gerichtete Verleumdungskampagne der SED[585] zu reagieren und sich als »Judenretter

und Widerständler«[586] darzustellen.[587] Theodor Eschenburg, einer der einflussreichsten innenpolitischen Beobachter, sprang ihm mit viel Elan in einer regelrechten »Apologie«[588] ebenfalls publizistisch bei.[589] Mehr noch: Das Institut für Zeitgeschichte in München veröffentlichte auf Druck der Bundesregierung den sogenannten »Lösener-Bericht«, der sich wie ein Beleg dafür las, dass Globke nichts mit »Judensachen« zu tun gehabt habe.[590] Dahinter stand der CDU-Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Walter Strauß, der dem Herausgeber der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* offen bekannte, er habe den Erinnerungsbericht im Hinblick auf die »Eichmann-Affäre« lanciert.[591]

Als der Prozess gegen Adolf Eichmann eröffnet wurde, war der Kanzleramtschef durch den BND bestens über die Prozessbeteiligten, über die Situation und die Strategie der Verteidigung, über die Geschäfts- und Publicity-Interessen von Eichmanns Angehörigen und Unterstützern sowie vor allem darüber informiert, dass der Organisator der deutschen Vernichtungstransporte in der Haft frühzeitig erklärt hatte, der Namen Globke sage ihm im Zusammenhang mit der Verfolgung und Ermordung der Juden nichts.[592] Das war für den Staatssekretär in mehrerer Hinsicht bedeutsam: Eichmann stellte damit nicht nur klar, dass er bei seinen dienstlichen Aufgaben nicht unmittelbar mit dem Ministerialrat im Reichsministerium des Innern zusammengearbeitet hatte, es kam ihm offenbar auch nicht in den Sinn, dessen amtlichen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen in irgendeiner Weise als eine Art Grundlage seines Tuns zu qualifizieren. Zu allen anderen Dienstgeschäften, die den Spitzenjuristen mit der Entrechtung und Ermordung der Juden verbanden, wusste der Gefangene in Israel zunächst ebenfalls nichts zu sagen. Das musste aber nicht so bleiben.[593] Keiner konnte sagen, welchen Verlauf das Verfahren nehmen würde, niemand vorhersehen, ob Adolf Eichmann für den Chef des Bundeskanzleramts nicht doch eine Zeitbombe war.

Zum Auftakt des Prozesses wurde CIA-Direktor Allen W. Dulles ein Memorandum vorgelegt, das sich mit den politischen Implikationen des Verfahrens befasste – viele würden wohl versuchen, ihn für eigene Interessen nutzbar zu machen.[594] Israel als dem am meisten betroffenen Staat liege daran, dass die Welt nicht vergesse, was den europäischen Juden unter Hitler angetan worden sei und der junge Staat der moralische Erbe und Treuhänder der Opfer sei. Es werde abzuwarten sein, wie Eichmann

sich einlasse, doch dürften auch Verbindungen zwischen der Haltung der Araber und der Nazis zum Zionismus sichtbar werden. Israel werde genau darauf achten, dass seine Propagandavorteile durch die Art der Prozessführung nicht gefährdet würden.

»A more difficult question is how far the Israeli Government is prepared to go in avoiding or playing down aspects which might embarrass people or governments friendly to Israel – notably the West German Government«, fuhr die Analyse fort: »On the whole, we doubt that the Israeli Government will feel inclined, or able if it were inclined, to manipulate the proceedings for such purposes to any great extent. However much Ben Gurion might prefer to avoid embarrassing Adenauer, evidence implicating some of his current associates, such as Globke, would be difficult to suppress in view of sustained Bloc propaganda charges, and it would be very risky for the Israeli Government to try it. On the other hand, there is evidence that Eichmann will not in fact implicate Globke in his testimony. Even if this proves true, it seems almost inevitable that other West German officials will be implicated.«

Nach kurzer Skizzierung der Haltung der Araber lenkte die CIA den Blick auf den Ostblock, wo eine konzertierte Anti-Bonn-Propaganda zu erkennen sei, die sich stark auf den Kanzleramtschef zuspitze: »The attack on Globke will carry with it the implication that in the person of Eichmann the Bonn Government is itself on trial.« Die deutsche Regierung verfolge den Eichmann-Fall daher mit wachsender Besorgnis, »sometimes bordering on hysteria. The unarticulated though widely-held concern among Germans is that Eichmann's revelations might implicate West Germans now prominent in business, cultural, political and, above all, governmental life. They are concerned that the publicity resulting from the trial will give new impetus to what they regard as an already existing anti-German trend, both popular and official, in the Western world, particularly in the US and UK.« Es gebe mannigfache Irritationen, und nun komme auch noch der jüngst erschienene Bestseller von William L. Shirer über Aufstieg und Fall des Dritten Reiches hinzu.[595]

Niemand hatte einen tieferen Einblick in das Prozessgeschehen als der BND, ausnahmsweise auch die Freunde von der CIA nicht. Bereits zwei Wochen nach Prozessbeginn wurde der BND-Präsident auf der Basis der Informationen,

[redacted]
geliefert hatte, davon unterrichtet, dass der Assistent von Servatius sich in der Bundesrepublik aufhalte, »um für die Verteidigung wichtige Persönlichkeiten aufzusuchen«.[596] Zum Angeklagten selbst [redacted] plastischen Befund, der stehe »kurz vor dem Zusammenbruch. Nur weil ihm der Verteidiger geradezu einen Befehl erteilt habe, Haltung zu bewahren, konnte er dazu gebracht werden, in den ersten Prozesstagen straff aufzutreten. Bei Fortdauer der seelischen Belastung wird man Eichmann – nach Ansicht der Quelle – früher oder später ›wie ein Licht ausblasen‹ können«; [redacted] Ein solches Lichtausblasen hätte einigen Beobachtern und einst mit »Judensachen« Befassten sicherlich Erleichterung verschaffen können, doch einstweilen war Eichmanns Verteidiger mit großer Intensität bei der Sache und bereit, »das Risiko des Kreuzverhörs durch die Anklage auf sich zu nehmen«.

Das konnte eine kitzelige Angelegenheit werden, denn inzwischen hatte die Staatsanwaltschaft der Verteidigung die Niederschrift einer Besprechung über die »Ordnung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse im Großdeutschen Reich« von 1941 vorgelegt, an der auch Ministerialrat Dr. Globke teilgenommen hatte. Laut Quelle habe Servatius dazu jedoch erklärt, »er sei ebenso wenig daran interessiert, in der Verhandlung innerdeutsche Probleme wie solche der israelischen Innenpolitik zur Sprache zu bringen«. Eichmann hatte eine andere Einstellung zu diesem Dokument und fertigte sogleich eine umfangreiche Aufzeichnung an, in der er sich die Beamten der Abteilung I des ehemaligen Reichsinnenministeriums vornahm. Er warf ihnen vor, »›wie die Spinnen in ihren Netzen‹ gesessen und ›die Maschen enger geknüpft‹ zu haben – ›und die Geheime Staatspolizei musste dann danach arbeiten.‹«

So wenig dies mit den Realitäten der Judenvernichtung zu tun hatte, so naheliegend war seine anschließende, gleichfalls stark zugespitzte Frage: »›Wie kann ich verteidigungsunwürdig sein …, wenn z. B. einer der damaligen Drahtzieher, der ja die gesetzlichen Untermauerungen zur Rechtlosmachung der Juden schuf, heute als Staatssekretär in der … Bundesregierung sitzt?‹ Offensichtlich hat sich Eichmann seit dem Kölner

Verwaltungsgerichtsurteil in diese Haltung und Argumentation hineingesteigert, die auch Dr. Servatius nicht unrecht sein dürfte – unter Umständen als ein versteckt angesetztes Druckmittel, um in der Verteidigungskostenfrage voranzukommen.« Es folgte der Hinweis, der Strafverteidiger werde alles heranziehen, womit er die »untergeordnete Rolle Eichmanns in der Endlösungsfrage sichtbar« machen könne. Abschließend verwies [redacted] auf eine neue Untersuchung über die Ermordung der ungarischen Juden. Sie enthalte eine Fülle bisher nicht genannter Namen von möglicherweise Belasteten in der Bundesrepublik. »Ihre Überprüfung ist hier im Gange«. Unter dem Gesichtspunkt des Quellenschutzes seien das alles natürlich sehr delikate Informationen, hielt Kurt Weiß fest, der BND-Präsident möge bitte selbst entscheiden, »ob sie zur persönlichen Information von Staatssekretär/Bundeskanzleramt verwendet werden sollen«.

Da der BND-Präsident Globke seit Monaten intensiv über das Geschehen in Jerusalem unterrichtete, dürfte er ihm diese Einlassungen Eichmanns nach seiner Rückkehr aus den USA kaum vorenthalten haben, interessierte sich der Kanzleramtschef doch für kleinste Details. Als die Zeitungen berichteten, die Ludwigsburger Zentralstelle werde Staatsanwalt Dietrich Zeug als Beobachter nach Jerusalem entsenden, fragte der Kanzleramtsminister sofort beim BND nach, »welcher Couleur er zuneige, welche Tendenzen man von ihm zu gewärtigen habe und ob er uns schon früher einmal aufgefallen ist«.[598] Mit dringendem Fernschreiben konnte Kurt Weiß mitteilen, Zeug sei nicht offizieller Vertreter Ludwigsburgs und vor seiner Abreise nach Israel bereits wieder zur hessischen Justizverwaltung, seiner Stammbehörde, zurückversetzt worden: »Vertrauliche Erkundigungen sind im Gange.«[599] Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten: »Staatsanwalt Zeug steht politisch der SPD nahe, es ist jedoch nicht sicher, ob er Parteimitglied ist«, erfuhr Globke vom BND. »Er wird als objektiv und gemäßigt im Urteil beschrieben. Durch Oberstaatsanwalt Schüle [der Leiter der Ludwigsburger Behörde], der ihn schätzt, wird er sehr gut beurteilt; es ist sein Wunsch, nach Beendung des Jerusalem-Auftrags erneut nach Ludwigsburg abgeordnet zu werden.«[600]

Die Ankündigung von Robert Servatius, er wolle die Dinge nicht auf die deutsche oder israelische Innenpolitik ausweiten, kontrastierte mit seinem »Beweisantrag 1, Zeuge Dr. Globke«,

[redacted] Mit Anlagen umfasste er sieben Schreibmaschinenseiten.[601] Eichmanns Verteidiger verlangte, der Zeuge Globke solle bekunden, dass der Angeklagte als bloßer Referent im Reichssicherheitshauptamt »keine selbständige Entscheidungsbefugnis bezüglich der getroffenen grundsätzlichen Maßnahmen gegen die Juden hatte«, dass diese vielmehr von der nationalsozialistischen Führungsspitze angeordnet waren, und außerdem, dass das Reichsministerium des Innern den Vorschlag der Parteistellen zur Sterilisierung jüdischer »Mischlinge« bzw. deren Ehescheidungen sogar noch verschärft habe. Die Vernehmung Globkes sei wegen der Beschuldigung erheblich, der Angeklagte habe aus eigenem willkürlichem Ermessen die Verfolgung und Ausrottung des jüdischen Volkes betrieben; die Vernehmung des Staatssekretärs könne hilfsweise auch in der Bundesrepublik erfolgen. Falls das Gericht dies ablehne oder es nicht ermöglicht werden könne, sei die notariell beglaubigte Beantwortung eines Fragebogens durch den Staatssekretär zu erwägen, den Servatius gleich beifügte.

Die Nachfragen des Verteidigers an den Kanzleramtschef waren professionell, politisch und unangenehm. Sie bezogen sich auf Globkes Werdegang und seine Funktion im Reichsinnenministerium: »Hatten Sie Aufgaben zu erfüllen, die mit der Lösung der Judenfrage in Verbindung standen?« Was wisse er über das Schicksal seines von der Gestapo verhafteten Vorgesetzten Dr. Bernhard Lösener? »Haben andere Angehörige des Ministeriums des Innern, des Auswärtigen Amts oder des Justizministeriums ihr Amt niedergelegt unter Berufung darauf, dass ihnen die Mitwirkung bei Maßnahmen zugemutet wurde, die sie für strafbar hielten?« Mit wem habe der Zeuge Globke im Reichssicherheitshauptamt und im Auswärtigen Amt verhandelt? »Wie weit war Ihnen die Judenverfolgung bekannt? Sind Sie aus dem Amt ausgeschieden? Warum sind Sie im Amt verblieben?« Um dieselbe Zeit meldete der BND die Beschaffung einer kürzlich erschienenen DDR-Broschüre mit dem Titel »Eichmann. Henker-Handlanger-Hintermänner«.[602]

[redacted]


[redacted]

Am selben Tag bekam Gehlen von »Winterstein« die Ablichtungen von Schreiben der Verteidigung an das Jerusalemer Distrikt-Gericht vorgelegt, in denen zehn Männer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsprominenz als Zeugen benannt wurden, darunter SS-Brigadeführer Prof. Dr. Alfred Six, SS-Obersturmbannführer Hermann Krumey, SS-Sturmbannführer Wilhelm Höttl, SS-Obersturmbannführer Walter Huppenkothen, SS-Oberführer Edmund Veesenmayer, SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski oder etwa der letzte Kommandant in Auschwitz, SS-Sturmbannführer Richard Baer. Es sollte aber auch der ehemalige Kriegsgerichtsrat Max Merten vorgeladen werden, der den Kanzleramtschef seit längerem verleumdete. Weiß hielt fest, die beabsichtigte Befragung beschränke sich »auf eine streng sachliche Klärung

der strafrechtlichen Verantwortlichkeit Eichmanns und bleibe damit innerhalb des bisher bewusst eng gehaltenen Rahmens der Prozessmaterie«. Ein Problem sei natürlich Merten, denn seine Befragung lasse es »unausweichlich erscheinen, dass damit die Auseinandersetzung zwischen Dr. Globke und Dr. Merten in den Jerusalemer Gerichtssaal hineingetragen und wahrscheinlich zum Gegenstand weiterer Beweisaufnahme gemacht wird.«[605]

Schon einen Tag später erhielt der BND-Präsident die nächste Mitteilung [redacted].[606] Wechtenbruch habe vor den zuständigen deutschen Amtsgerichten inzwischen mit der Zeugenbefragung begonnen, berichtete »Winterstein«, lediglich für die Befragung von Merten gebe es noch keinen Termin. [redacted] Der Beweisantrag sei also von Servatius »auf Bedenken von Generalstaatsanwalt Hausner und auf Abraten von Wechtenbruch hin *als inopportun fallen gelassen* und *nicht* bei dem Distriktgericht Jerusalem eingereicht« worden. Der Antrag sei dennoch aufschlussreich, da »er einen Einblick in die Technik und Taktik gewährt, die Servatius hinsichtlich Dr. Globke anzuwenden vorhatte. Sollte 363 [Gehlen] beabsichtigen«, fügte Weiß hinzu, »dieses Dokument dem Staatssekretär/Bundeskanzleramt zur Kenntnis zu bringen, so darf auf die Notwendigkeit ganz besonderen Quellenschutzes aufmerksam gemacht und gebeten werden, darauf hinzuwirken, dass das Dokument nur Dr. Globke selbst zugänglich gemacht wird.«

[redacted] [607] Er sei nämlich »zu der Erkenntnis gekommen, dass alle seine Entlastungszeugen nicht oder nicht genügend positiv für ihn ausgesagt hätten«. Die einzige Hoffnung sei nur noch der dubiose Merten, doch auch das habe sich zerschlagen, nachdem

mittlerweile Auszüge aus Eichmanns argentinischen Bekenntnissen in einer polnischen Zeitschrift veröffentlicht worden seien. Könne von Pullach »diskret festgestellt werden«, so die Bitte des Persönlichen Referenten von Globke, ob sich Eichmanns Haltung tatsächlich geändert habe? Winterstein verstand nicht recht, »worin der ›Umfall‹ liegen soll«, wie er auf die Meldung schrieb. Gehlen ging es genauso. Er fügte hinzu: »Verstehe den Vorgang nicht ganz, da ich Erdball [»Globus«, Globke] laufend orientiert habe.« Man möge bitte noch einmal beim Referenten des Kanzleramtschefs auf den Busch klopfen, um Näheres zu erfahren. Die Abstimmung zwischen Präsident und Staatssekretär beim Eichmann-Komplex blieb während des Prozesses genauso eng wie in den Monaten seiner Vorbereitung.

Eine Woche später kam etwas mehr Klarheit in die Dinge. Der Strategische Dienst wandte sich mit einer Präzisierung an das Leitungsbüro des BND[608] und hielt fest, der kürzliche Hinweis auf einen »Umfall« des Angeklagten decke sich nicht recht mit den vorliegenden Erkenntnissen: »Eine psychologisch nicht schwer zu erklärende Versteifung der Einstellung Eichmanns zu dem in der Publizistik vergröbernd ›Auspacken‹ genannten Komplex trat durch den Ausgang des verwaltungsrechtlichen Verfahrens wegen der Übernahme der Verteidigungskosten und durch die amtliche Erklärung über die Verteidigungsunwürdigkeit Eichmanns ein«, wurde festgehalten. Die Änderung seiner Haltung habe ihren »Niederschlag in den drastischen handschriftlichen Bemerkungen« gefunden, die er auf Veranlassung von Servatius zu dem Anklage-Dokument Nr. 728 gemacht habe, also zu der Niederschrift der Besprechung im Mai 1941 über die »Neuordnung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse im Großdeutschen Reich«, an der auch Globke teilgenommen hatte; dem Kanzleramt seien diese Einlassungen vom Frühjahr her geläufig.

Irgendwelche Momente, von denen die bekannte Haltung Eichmanns, nämlich, dass er im Vergleich zu Globke damals ein kleines Licht gewesen sei, und dieser nun im Kanzleramt, er aber im Gefängnis sitze, hätte beeinflusst werden können, seien nicht bekannt, hieß es weiter. Auch die angebliche Aussagefreudigkeit des Max Merten, der in Wirklichkeit zu allen wesentlichen Fragen schweige, stimme nicht mit den Tatsachen überein: »Dass die Aussagen der ›Entlastungszeugen‹ auf Eichmann subjektiv enttäuschend wirken würden«, analysierte der Bericht, »war von vornherein anzunehmen. Dass sie seine bekannte Haltung weiter verstärken

würden, liegt auf der Hand. Inwieweit Dr. Servatius Eichmanns in den Bemerkungen zu Dokument 728 zutage getretenen Bestrebungen, die Frage der Verantwortlichkeit durch Hereinziehen der an den Gesetzestexten und Ausführungsbestimmungen beteiligten Beamten aufzuwerfen, dämpfen oder unterstützen wird, bildet nach hiesigen Erkenntnissen den Gegenstand noch unentschiedener Beratungen über die Taktik der Verteidigung in der nächsten Prozessphase.« In einem Brief an Hans Rechenberg, mit dem er bei der publizistischen Verwertung von Eichmanns Hervorbringungen eng zusammenarbeitete,[609] betonte Servatius, die Ansichten seines Klienten »über die Zeugen und das bisherige Verfahren bekanntzugeben, müsste als Missachtung des Gerichts durch Eingriff in ein schwebendes Verfahren gewertet werden. Darüber kann zur Zeit also nichts gesagt werden« – wenn Rechenberg das aber doch tun wolle, dann allenfalls als mündliche »Äußerung des Klienten, nicht als dessen schriftliche Äußerung«. V-7396 sicherte dieses Schreiben auf Kodak Safety Film und gab es an den BND.[610]

Zur selben Zeit berichtete auch Preuschen Beunruhigendes über Eichmann nach Bonn. Der Angeklagte sei zu der Überzeugung gekommen, das Gericht solle sich lieber an die Leute halten, welche die Verordnungen gemacht hätten und nicht an diejenigen, die sie umsetzen mussten, beispielsweise die berüchtigte 11. Verordnung zum Reichbürgergesetz von 1941. Servatius sehe darin einen »Trick« des Reiches, um den deportierten Juden ihr Vermögen zu rauben, schrieb der Beobachter des Auswärtigen Amts.[611] Eichmanns Einlassungen sollten offenbar den Eindruck erwecken, »dass der Ursprung für die Judenmaßnahmen zum größten Teil bei der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern und zwar bei Ministerialrat [Hermann] Hering und Globke lag«. Offenbar wolle die Verteidigung die Verantwortung abwälzen, auch wenn das im Gegensatz zu Eichmanns ursprünglicher Aussage stehe, Globke nicht zu kennen.[612]

Im Hochsommer 1961, ein gutes Vierteljahr nach Prozesseröffnung, war die Beweisaufnahme im erstinstanzlichen Verfahren des Eichmann-Prozesses bereits abgeschlossen. Bundesdeutsche Persönlichkeiten wurden nicht hineingezogen, der Chef des Bundeskanzleramts und seine Rolle während des Dritten Reiches blieben unberührt. Mitte August begab sich Robert Servatius zu einem zweiwöchigen Urlaub in die Schweiz. Das Quartier hatte Rechenberg ihm besorgt.[613] Eine gute Wahl war das luxuriöse »Waldhaus Dolder« über dem Zürichsee aber nicht: »Der Hotelier hat Dr.

Servatius nach einer Woche aufgefordert, auszuziehen – das Hotel ist, wie sich herausstellte, die Zentrale ehemaliger deutscher Juden, die dort den Sommer offenbar mit Wiedergutmachungsgeldern verbringen«, wie die Diensteinheit, [redacted], ohne rechtes Wohlwollen an Kurt Weiß zu berichten wusste.[614] Nun wartete man auf die Urteilsverkündung, die erst Mitte Dezember erfolgte, blieb aber nicht tatenlos, da die Vermarktung des Eichmann-Schrifttums ein komplexes Geschäft war und den BND nicht weniger in Atem hielt als die unmittelbar beteiligten Interessenten.[615]

Mittlerweile hatte der Erste Sekretär der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv dem State Department eine umfassende Einschätzung des Prozessgeschehens und seiner politischen Implikationen zugesandt.[616] Dieser Prozess, »sui generis in the affairs of human kind«, wecke nach wie vor allergrößtes Interesse, schrieb er. Von dem allein, was dort passiere oder zu erfahren sei, könne das allerdings nicht herrühren, schon eher von der Genugtuung, nun wenigstens dieses einen Verbrechers habhaft zu sein. Das von Ben Gurion gewollte und beförderte Verfahren habe unter dem Druck von allen Seiten allerdings größere Dimensionen angenommen als ursprünglich wohl geplant. Nicht alle Israelis seien glücklich mit dem Prozess, doch sagten sich viele, nun müsse man ihn eben durchführen und das entsprechende Gesicht dazu machen. Überragend sei gewiss die »didaktische Absicht«, den Jüngeren zu zeigen, dass sich die Juden von den Deutschen keineswegs wie Schafe zur Schlachtbank hätten führen lassen. Doch ob das die jungen Israelis erreichen werde, sei fraglich, wie einer seiner Gesprächspartner gesagt habe: »Israeli children dislike to study Jewish history because it presents nothing but the account of one persecution after another. He seemed to doubt that the Eichmann trial is dissipating this aversion.« Es bleibe unkalkulierbar, wie dieses pädagogische Experiment letztlich ausgehen werde.

Selbstverständlich gehe es in Jerusalem auch um die Mitverantwortung der europäischen Mächte, namentlich Großbritanniens, wie der Juden selbst an dem grauenhaften Geschehen, doch eine Botschaft sei absolut zentral: »Amid the tangle of gnawing doubts and self-exculpation one fact emerges clear – the major burden of the trial has been that Israel alone is the haven of the Jews.« Jedoch: »The impact on Israelis and other Jews of the picture of Israel as a unique safe haven in a sea of ubiquitous anti-Semitism is not

one that can be readily assessed. There is no way to determine, for example, what effect it may have on emigration from or immigration to Israel. Likewise, there is no way to assess how it will affect the moods of the country toward international cooperation as against ›going alone‹ when it is felt that vital interests of the nation are involved.« Die Rückwirkung des Prozesses auf das Land der Täter streifte der Berichterstatter nicht einmal.

Bundeskanzler Adenauer dagegen ging wenige Tage vor der Urteilsverkündung im CDU-Vorstand auf die politische Dimension des Jerusalemer Verfahrens ein und unterstrich: »Der Eichmann-Prozess hat doch in anderen Ländern vieles in die Erinnerung zurückgerufen, was wir schon vergessen hatten. Es braucht auch wieder eine gewisse Zeit, bis diese Erinnerungen verloren sind. Wir sind doch diejenigen, die den Nationalsozialismus in die Welt gesetzt haben; wir werden doch von den anderen in der Rückschau auf alles das, was der deutsche Nationalsozialismus in der Welt angerichtet hat, dafür entsprechend angesehen.«[617] Am 15. Dezember 1961 verkündete das Bezirksgericht in Jerusalem unter dem Vorsitz von Moshe Landau das erwartete Urteil: Tod durch den Strang. Das war aber noch nicht das Ende. Zwei Tage später reichte Robert Servatius beim Obersten Gericht des Staates Israel den Revisionsantrag ein.

Auf die eigentliche Prozessführung, auf Richter und Staatsanwälte, hatte der Bundesnachrichtendienst keinen Einfluss, doch [redacted] den Kanzleramtschef aus seinem Zeugenbefragungsprogramm zu streichen. Der Gehlen-Dienst durfte das als einen bemerkenswerten Erfolg verbuchen. Im Auftrag Globkes und aus eigener Überzeugung hatte er alles in seiner Macht Stehende darangesetzt, die politische, publizistische und propagandistische Ausweitung des Prozessgeschehens zu unterbinden. [redacted] verfügten der BND und damit die Regierungsspitze obendrein über einen umfassenden Einblick in die publizistische Vermarktung Eichmanns durch Servatius und Genoud.[618] Auf die Ostblock-Propaganda hatte Pullach keinen Einfluss, doch dank der breiten Berichterstattung des Agenten Günter Hofé war man

in der Lage, die Bundesregierung frühzeitig auf die Kampagnen der SED vorzubereiten.[619]

Kleine flankierende Eingriffe

Prozessvorbereitung und Prozessbeobachtung waren von kleineren operativen Eingriffen zur Flankierung begleitet, etwa gegen den prominenten, bei der Verfolgung von NS-Verbrechen und in Staatsschutzverfahren der Bundesrepublik über Jahrzehnte aktiven Ost-Berliner Rechtsanwalt Friedrich Kaul.[620] Er war einer der prominentesten Akteure der »antifaschistischen« Offensive gegen die Bundesrepublik und sollte auf Anregung Albert Nordens mit Zustimmung Ulbrichts als Nebenkläger im Eichmann-Prozess auftreten. Der »›Vorzeigeanwalt‹ der SED im Westen« hatte bereits einige Jahre zuvor im Verbotsverfahren gegen die KPD von sich reden gemacht.

Auch wenn wir nicht so bald erfahren werden, wie eng der israelische Nachrichtendienst (»Blaustern« oder »Blauer Stern« im Pullacher Sprachgebrauch) bei der Handhabung des Eichmann-Komplexes mit dem BND kooperierte und welche Rolle er damals auf den anderen Ebenen der deutsch-israelischen Beziehungen gespielt hat – immerhin wünschte Ben Gurion Kontakt zu Gehlen, und ein Agent der israelischen Armee berichtete ihm regelmäßig über seine Kontakte zu diesem[621] –, die Ambitionen Kauls kamen zwischen den beiden Nachrichtendiensten jedenfalls zur Sprache. Volker Foertsch in Gehlens Leitungsbüro vermerkte bereits Mitte Dezember 1960: »Besuch des Vertreters des ›Blauen Stern‹ im Januar 1961. Frage der Nebenkläger im Prozess Eichmann (Kaul, französischer Widerstandskämpfer).« Da der Vermerk mit »Globus [Globke]« überschrieben ist, dürfte es sich um eine Information für den Kanzleramtschef gehandelt haben. Handschriftlich wurde eine Woche später festgehalten, die »Linie der Gesprächsführung« sei mit dem Chef des Bundeskanzleramts besprochen worden; »nichts Besonderes zu veranlassen«.[622]

Die Bedrohung Kaul war bereits kurz darauf aus der Welt, da die Knesset ein Sondergesetz verabschiedete, mit dem eine Beteiligung ziviler Nebenkläger ausgeschlossen wurde. Kurt Weiß meldete Gehlen, damit sei »auch das Auftreten des Ost-Berliner Rechtsanwalts Dr. Kaul als Prozessbeteiligter unmöglich geworden«.[623] Er berichtete über den Schritt der SED, die das Zentralkomitee der israelischen KP um eine Intervention

zugunsten von Kaul gebeten hatte, »der für eine Gruppe Juden als Nebenkläger auftreten will. Im Schreiben der SED heißt es, der Verteidiger Eichmanns genieße alle Erleichterungen und sogar sein Honorar werde von der israelischen Regierung bezahlt, während einem Vertreter für jüdische Opfer des Nazismus anscheinend nicht einmal die Möglichkeit gegeben werden solle, sich mit dem Justizminister über die Einreichung einer Klage zu beraten«. Das alles habe nicht zum Erfolg geführt. »Inzwischen wurde von anderer Seite zuverlässig bekannt, dass Rechtsanwalt Dr. Kaul auf jeden Fall als Prozessbeobachter (wenn als Nebenkläger nicht möglich) teilnehmen wird. Einreisegenehmigung wurde erteilt.«[624] Auch die BND-Studie über die propagandistische Instrumentalisierung des Jerusalemer Verfahrens vergaß nicht darauf hinzuweisen, dass der prominente DDR-Jurist keine Zulassung als Nebenkläger bekommen habe.

Das war zwar ein Fortschritt, linderte aber nicht die Sorge vor propagandistischen Aktionen des Prozessbeobachters Friedrich Karl Kaul, der Eichmann in der Tat wie einen »westdeutschen NS-Verbrecher« zu behandeln pflegte.[625] Bereits der amerikanische General Julius Klein hatte den Bundeskanzler vor dem Ost-Berliner Anwalt gewarnt.[626] Das Bundespresse- und Informationsamt hieb in dieselbe Kerbe. »Es sei mit der Tendenz zu rechnen«, sagte sein Vertreter kurz vor Eröffnung des Verfahrens auf einer Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt, »dass Kaul versuchen wird, am Rande des Prozesses gleichsam einen zweiten Prozess ablaufen zu lassen«. Nicht allein die israelischen Kommunisten würden ihm helfen: »In der kommenden Woche werden polnische Funktionäre in Ost-Berlin mit Kaul konferieren und auch die Tschechen werden sich vermutlich einschalten. Mit der Zone, als Sprachrohr des Ostens, ist zu rechnen.«[627]

Friedrich Karl Kaul tat in Jerusalem sein Bestes, doch als bloßer Prozessbeobachter vermochte er die von der SED erhoffte Wirkung nicht zu entfalten. »Nach hier vorliegenden zuverlässigen Informationen aus Ost-Berlin und Jerusalem«, meldete der Strategische Dienst, »betrachtet Professor Kaul den ihm vom Staatsrat der SBZ und dem ZK der SED erteilten Auftrag, durch Eingreifen in den Eichmann-Prozess die Bundesrepublik und insbesondere Erdball [Globke] vor der Weltöffentlichkeit wirksam zu diffamieren, als gescheitert. Den Grund sieht er einerseits in der eindeutig ablehnenden Haltung des israelischen

Justizministers [Pinchas] Rosen und des Generalstaatsanwalts Hausner seinen Interventionsversuchen gegenüber, die er auf eine direkte Einflussnahme der Bundesregierung und auf ein Zusammenspiel von Erdball, Servatius und Ben Gurion zurückführt.« Freilich, das ihm vom Ausschuss für Deutsche Einheit und der Propagandaabteilung des Zentralkomitees überlassene dokumentarische Material sei für die Staatsanwaltschaft genauso »wertlos« gewesen wie die »von ihm ursprünglich als Nebenkläger vorgesehenen SBZ-Bürger als Zeugen«. Es sei ihm nicht gelungen, »außerhalb des Prozesses die vom ZK der SED geforderte Sprengwirkung der ›dokumentarischen Enthüllungen‹ mit der gebotenen Nachhaltigkeit zur Geltung zu bringen«. Durch diesen Misserfolg, den ihm die SED-Führung gewiss in die Schuhe schieben werde, mutmaßte Kurt Weiß, dürfte die Stellung des unbequemen Anwalts wohl »einen nachhaltigen Stoß erlitten« haben.[628]

Das war langfristig zwar nicht der Fall, doch wird es das Ansehen des Professors und »Staranwalts« bei seinen Auftraggebern nicht befördert haben, dass er sich die vermeintlich belastenden Dokumente, die er mit sich führte, aus seinem Zimmer im King David Hotel stehlen ließ.[629] Bei diesem nachrichtendienstlichen Coup spielte der Journalist Rolf Vogel, der vom Bundeskanzler als persönlicher Beobachter nach Jerusalem entsandt worden war,[630] eine Hauptrolle, denn er ist es gewesen, der zusammen mit einem Journalisten der *Bild-Zeitung* Kauls Unterlagen entwendete. Vogel, Jahrgang 1921, nach den Nürnberger Gesetzen als »Halbjude« kategorisiert und während der NS-Zeit drangsaliert, der Vater emigriert, die Mutter deportiert, war nach Kriegsende intensiv um die deutsch-israelischen Beziehungen bemüht. Er berichtete früh mit unwandelbar freundlichem Tenor über den jungen Staat, hielt sich häufig dort auf und übernahm auf diesem Feld des Öfteren vertrauliche Aufträge Adenauers. Beim »Kanzler-Tee« war er regelmäßig zugegen. Mit Simon Wiesenthal, der einigen Anteil an der Ergreifung Eichmanns gehabt hatte, stand er auf Duz-Fuß.[631] In einem Schreiben an Abteilungsleiter Mercker im Bundeskanzleramt beschrieb der in Jerusalem formell als Journalist akkreditierte Vogel seine Arbeit als »Einflussnahme im Sinne einer Richtigstellung«.[632] Mit der bei den israelischen Behörden nicht unbekannt gebliebenen Autorität des Bundeskanzlers im Rücken war Rolf Vogel kein gewöhnlicher Pressemann, sondern eine Art Einflussagent und Ausputzer bei den aktuellen

bundesrepublikanischen Belangen. In dieser Eigenschaft wurde er im Vorfeld des Revisionsverfahrens sogar von Chefankläger Gideon Hausner empfangen.[633]

Rolf Vogel war bei der Behandlung des Eichmann-Komplexes immer höchst aktiv gewesen. Schon vor Prozesseröffnung trug er im Kanzleramt vor, aus Bemerkungen der SPD-Politiker Willy Brandt und Carlo Schmid sei zu entnehmen, »dass die SPD die wegen des Eichmann-Prozesses zu erwartende Verschlechterung des Ansehens Deutschlands in der Welt der Bundesregierung in die Schuhe schieben und entsprechend im Wahlkampf verwerten will«. Dem könne man nur »durch eine in die Augen springende Aktion« Adenauers entgegentreten, etwa einem Treffen zwischen ihm und Ben Gurion. Globke notierte auf diesem Vermerk, der Kanzler beabsichtige, »zum Beginn des Eichmann-Prozesses eine Erklärung abzugeben«,[634] eben jene erwähnte Fernsehansprache;[635] zu Vogels Wirken auf höchster Ebene gehörte auch die Empfehlung an das Kanzleramt, die arg kritische Inge Deutschkron zu bremsen,[636] die in einer israelischen Tageszeitung die Frage gestellt hatte: »Wird Globke geladen werden?«[637]

Kurt Weiß notierte sich während des Jerusalemer Verfahrens zu dem in Bonn so wohlgelittenen Journalisten: »Hinweis Globke auf Journalisten Rolf Vogel. Sehr positive Einstellung, Reserveoffizier der Bundeswehr, Halbjude, Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass für israelischen Nachrichtendienst tätig.« Ein nachträglicher Zusatz verrät: »Wurde kontaktiert und als Presse-Sonderverbindung geführt.«[638] Später hielt »Winterstein« nicht nur fest, Vogel sei »bewährter Forscher und Tipper«,[639] sondern auch, der »Halbjude« und Reserveoffizier habe »ständigen ›Zutritt‹ bei Bundeskanzler Dr. Adenauer und Staatssekretär Globke. Wird vom Bundesministerium für Verteidigung im Bereich ›Gegenwirkung‹ beschäftigt. Vogel hat auch F. J. Strauß in [dessen Haus in] Rott am Inn getroffen. Betätigt sich offenbar als Mittelsperson zwischen deutschen und israelischen Politikern bzw. Militärs.«[640]

Aus den Unterlagen des BND ist nicht eindeutig zu entnehmen, ob der Adenauer-Vertraute und Herausgeber der »Deutschland-Berichte« bereits vor seiner Kommandoaktion gegen Friedrich Kaul im King David Hotel in die Dienste des BND trat oder erst später; informelle Kontakte dürfte es schon vorher gegeben haben. Die Akten sagen, Rolf Vogel, »eine langjährige Sonderverbindung des Dienstes«, sei ein sehr aufgeweckter,

agiler Journalist von kaum zu bremsender Aktivität. »Bekommt *die* Verbindung, die er will. Politisch: schwarz-rot-goldener Deutschnationaler. Gesprächig. Als Abschöpfquelle, für Sonderaufträge einschließlich eigener Presseabsichten gut geeignet.«[641]

Am 29. Juni 1961 erfuhr Freiherr von Preuschen, der offizielle Prozessbeobachter des Auswärtigen Amts, von dem Husarenstück Vogels und setzte seinen Bericht darüber kurz vor Mitternacht, »für Staatssekretär ausschließlich«, nach Bonn ab: »Soeben«, meldete er, »erscheint Herr Rudolf Vogel zusammen mit dem Reporter der ›Bild-Zeitung‹, Herrn Lynder (während des Krieges englischer Geheimdienst), und deponiert in meinem Hotelzimmer ein Aktenstück. Sie erklären dazu, dieses Aktenstück heute Abend aus dem Hotelzimmer Kaul im Hotel King David unbemerkt entnommen zu haben. Über die Einzelheiten des Vorgangs der Beschaffung bin ich nicht mit Sicherheit unterrichtet. Es handelt sich um Aufzeichnungen, Vollmachten und alle möglichen sonstigen Unterlagen, in denen außerdem eine ganze Reihe von Namen westdeutscher Persönlichkeiten enthalten sind. Der Wert der Unterlagen scheint mir nicht allzu groß zu sein, doch kann ich das nicht letztlich beurteilen. Herr Vogel beabsichtigt morgen möglichst früh nach München zu fliegen, um die Unterlagen dort beim BND abzugeben. Er verlangt von mir die Ausstellung eines Kurierausweises und Mitgabe der Unterlagen als versiegeltes Kuriergepäck. Er verlässt Jerusalem bereits in einer Stunde und übernachtet am Flugplatz in Lod bei Tel Aviv. Ich bitte um Weisung, falls Bedenken bestehen.«[642] Postwendend antwortete Staatssekretär Carstens, man solle »nach dortigem Ermessen entscheiden«.[643] Es ist einstweilen nicht zu klären, ob und inwieweit der BND und der israelische Nachrichtendienst bei dieser Operation gegen Kaul zusammengewirkt haben, anzunehmen ist es angesichts der Aktenspuren, die für eine recht enge Kooperation der beiden Dienste beim Eichmann-Komplex sprechen.

Mit Genugtuung zitierte Vogel aus einem Schreiben, das Kaul während des Eichmann-Prozesses aus Jerusalem an die SED-Führung geschrieben hatte, offenkundig ein Beutegut des Diebstahls: »Die Sprengwirkung, die der Prozess sowohl für das israelische System Ben Gurions wie auch gegen das westdeutsche System Adenauers enthält, lässt sich meines Erachtens – trotz der diesbezüglichen Versäumnisse – auch heute noch erzielen, wenn es gelingt, Dokumente und Beweismittel zu aktivieren, aus denen hervorgeht,

dass heutige Repräsentanten des Adenauer-Staates in der Nazizeit weit über Eichmann hinaus bzw. in bewusstem Zusammenwirken mit ihm an der Massen-Ausrottung und -Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung Europas beteiligt waren. Dadurch, dass in dem Verfahren in Jerusalem bewusst alle Schuld auf Eichmann gehäuft wird, reicht für diesen Nachweis bereits der dokumentarische Hinweis der Verbindung Eichmann bzw. seiner Dienststellen in Berlin, Prag, Bratislava und Budapest. Wenn derartige Beweismittel in bisher geübter Form vor Beendigung der Beweisaufnahme in Jerusalem dem Generalstaatsanwalt und anschließend, um den Ankläger in Zugzwang zu bringen und ihn zur Verwertung der Dokumente zu zwingen, den dort anwesenden Vertretern der Weltpresse übergeben werden könnten, dann besteht meines Erachtens die Möglichkeit, Wirkungen auszulösen, die – auch vor dem Ausland – das Adenauer-System stärker zu enttarnen geeignet sind, als das mit anderen Mitteln möglich ist.«[644] Möglichweise angestoßen durch die Ereignisse in Israel, entwickelte sich DDR-Anwalt Kaul für Rolf Vogel zu einer regelrechten Obsession. Jahrelang versuchte er, mit und ohne Hilfe des BND Material über ihn anzusammeln.[645]

Der Chef des Strategischen Dienstes hielt für seine Diensteinheit, die in direktem Kontakt mit den Israelis stand, fest, was in Jerusalem geschehen war: »Dem Rechtsanwalt Kaul (aus der Ostzone) wurden in Tel Aviv [Jerusalem] im Hotel durch einen schnellen Zugriff [in Auswahl] anliegende Akten gestohlen. Es ist völlig unbekannt, wer es war und wo die Akten jetzt sind.« Das war so ironisch-demonstrativ formuliert, dass ein Mitarbeiter sich nicht enthalten konnte, an den Rand zu schreiben – »natürlich«. Weiter teilte Langkau mit, »nach Auffassung des Doktors sollte Blaustern aber einen Teil dieser Anlagen enthalten, ohne dass irgendein ›Schatten‹ auf uns fällt […] Wenn nach Durchsicht der Anlagen keine Bedenken gegen die Verwendung bestehen (Sie könnten das eine oder andere herausnehmen), wird gebeten, die Unterlagen unseren Freunden mit dem Anschreiben zu übermitteln«.[646] Die Israelis meldeten sich bald und teilten mit, dass »die übersandten Dokumente echt seien«.[647]

Neben und parallel zu dem Aktendiebstahl fädelte der BND mittels eines fiktiven Doktoranden noch eine weitere Operation gegen Rechtsanwalt Kaul ein, der in Israel eben eine spektakuläre Pressekonferenz abgehalten hatte. Der Dienst erfand einen »Herbert Wickert, Nürnberg, z. Zt. Breite

Gasse 25«, der unter dem Datum des 27. Juli 1961 einen längeren Brief an den sehr geehrten Herrn Professor in der Ost-Berliner Wilhelm-Pieck-Straße richtete.[648] Für seine Dissertation suche er Material »über die Rolle, die ehemalige aktive Nationalsozialisten und ihre Kollaborateure heute im politischen Leben Europas spielen«. Da er streng wissenschaftlich und keineswegs politisch-propagandistisch arbeite, sei es schwierig, an entsprechendes Material heranzukommen. Was in der Presse geschrieben werde, sei ja oft nicht stichhaltig: »Das trifft auch auf Materialien des Ausschusses für Deutsche Einheit und andere Organe der DDR zu, wenn sie auch für mich ergiebige Fundgruben waren. Seriöser scheinen mir die Angaben zu sein, die Sie auf Ihrer Pressekonferenz in Jerusalem machten.« Ihm seien im Staatsarchiv Nürnberg nun Kauls für Ulbricht bestimmte Analyse des Eichmann-Prozesses sowie weitere Materialien angeboten worden, allerdings »zu einem für mich unerschwinglichen Preis«. Er würde es bedauern, wenn diese wertvollen Unterlagen wieder nur »in propagandistisch verfärbten Pressemeldungen vergeudet« würden, und bitte daher darum, »mir diese Aufzeichnung wie auch die Dokumente, die Ihrer Pressekonferenz in Jerusalem zugrunde lagen, als Fotokopie zur Verfügung zu stellen«. Bevor das Schreiben in Nürnberg auf die Post gegeben wurde, war es vom Strategischen Dienst noch einmal überarbeitet worden, »um ihm einen ND-freien Charakter zu geben«. Die CIA war eingeweiht und leitete eine Postüberwachung ein.[649]

Die Operation mit dem erfundenen Doktoranden »Wickert« stand allerdings unter keinem guten Stern. Die amerikanischen Freunde machten bei der Postüberwachung schwere Fehler (»most unfortunate chain of circumstances«) und ließen den Antwortbrief Kauls als »unzustellbar« nach Ost-Berlin zurückgehen, wofür sie sich beim BND nachdrücklich entschuldigten.[650] Spätestens jetzt dürfte der DDR-»Staranwalt« Verdacht geschöpft haben, und Pullach versuchte, die Sache halbwegs glaubwürdig »auszubügeln«.[651] Der fiktive »Wickert«, lautete der Plan, solle an Kaul schreiben, er wohne jetzt in Stuttgart und habe von ihm trotz Postnachsendungsauftrag bisher leider keine Antwort auf seine Anfrage erhalten. Doch als neues Problem tauchte für den Strategischen Dienst nun auf, dass er weder eine Universität noch einen Professor für die Legende von der Dissertation an der Hand hatte: »Bitte Operationsmaßnahmen vorschlagen!« Gut, man könne vielleicht unter Rückgriff auf einen guten

Bekannten so verfahren: »Als Legende wird empfohlen, Wickert eine Dissertation bei Professor Dr. Theodor Eschenburg an der Universität Tübingen schreiben zu lassen. Der Titel der Dissertation könnte lauten: ›Die Wirksamkeit ehemaliger Faschisten und Nationalsozialisten und ihrer Ideologien in der heutigen europäischen Politik‹.« Als Operationsname wähle man »Hippodrom«.[652] Doch Pullach bekam kalte Füße. Ein BND-Mitarbeiter hätte als angeblicher Doktorand womöglich mit dem DDR-Anwalt zusammentreffen müssen, aber man fand keinen, »der geeignet wäre, Kaul als Gesprächspartner entgegengestellt zu werden«; außerdem habe der Professor wegen des Jerusalemer Diebstahls vielleicht schon Anzeige erstattet.[653]

Der Strategische Dienst brach seine Operation gegen Kaul ab, da die Gefahr bestand, dieser könne »Wickert« der Staatsanwaltschaft als Zeugen »in der Angelegenheit der ihm in Jerusalem gestohlenen Dokumente« benennen und um dessen Vernehmung bezüglich des Zeugen bitten, der diesem »in Nürnberg Kaul-Papiere zum Kauf angeboten« hatte. Da man außerdem unterstellen müsse, »dass Kaul die Möglichkeit hat, die Nicht-Existenz des Doktoranden Wickert in Nürnberg, Stuttgart und vor allem an der Universität Tübingen festzustellen, muss man wohl voraussetzen, dass Kaul auf diese Weise genügend Material in die Hand bekommt, um einen mittelgroßen Presseskandal zu inszenieren«. Also solle »Wickert« nun einen Eilbrief schreiben, »er sei durch Krankheit, Familienangelegenheiten, Reise, Stipendium o. ä. verhindert«. Er könne unter Hinweis auf die Ost-Berliner Gewaltmaßnahmen vom 13. August außerdem seine »Enttäuschung durch DDR-Gewaltmaßnahmen usw.« zum Ausdruck bringen. Die angebliche Stuttgarter Adresse des »Wickert« sei trotzdem »so zu verankern, dass z. B. der Anfang Oktober dort wirklich vorsprechende Kaul die Antwort enthält, W. habe einige Wochen dort gewohnt und sei jetzt in Familienangelegenheiten abgereist«.[654] Die Operation »Hippodrom« war tot.

Der späte Kommunist

Für das Bundeskanzleramt und den Bundesnachrichtendienst standen weniger der Verlauf des Jerusalemer Verfahrens als solches, als vielmehr dessen politische Rückwirkung auf das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Zentrum des Interesses. Der Kanzler selbst hatte sein Prestige in diesem Sinne in die Waagschale geworfen. Jede Ausweitung des Prozesses, die über die persönliche Verantwortung und Schuld Adolf Eichmanns hinausführte und die Arbeitsteiligkeit der Judenvernichtung thematisierte, musste unweigerlich Fragen an die Adresse vieler anderer unmittelbarer oder mittelbarer Mittäter aufwerfen. Viele von ihnen lebten noch und bekleideten weiterhin oder wieder verantwortliche Stellungen in Staat und Gesellschaft. Die Einbeziehung des Kanzleramtschefs in die Zeugenbefragung der Verteidigung hätte der Beginn einer solchen heiklen Ausweitung des Verfahrens bedeuten können.

Die [redacted], um genau diese Ausweitung zu verhindern, durfte der BND daher als großen Erfolg für die bundesdeutsche Sache und für Hans Globke persönlich verbuchen.[655] Von ähnlicher Nützlichkeit war der umfassende Einblick des Gehlen-Dienstes in die publizistische Vermarktung der überbordenden Selbstzeugnisse Eichmanns durch das rechtsradikale Duo Genoud/Rechenberg und ihren Kompagnon Servatius. Hier blieb der BND zwei Jahre lang im Detail auskunftsfähig und über seinen V-Mann Rechenberg auch in der Lage, steuernd einzugreifen.[656] Im besonderen Maße galt dies für die »Weltsensation ersten Ranges«,[657] die der Strategische Dienst darin sah, dass der ehemalige SS-Offizier in israelischer Haft offenbar zum Kommunismus konvertiert war. Die Gelegenheit, den nationalsozialistischen Massenmörder vor der Weltöffentlichkeit in das Lager des Weltkommunismus zu entsorgen, erschien zu verlockend, um diese phantastische Chance nicht mit größter Intensität auszuloten.

Eichmann hatte sich am 22. Februar 1961 mit einem Brief, in dem es vor allem um familiäre, persönliche und rechtliche Fragen ging, an seinen Bruder Robert in Linz gewandt.[658] Er beklagte darin unter anderem den Vertrauensbruch seines Freundes Willem Sassen (»eines ehrlichen

Journalisten unwürdig«) und brachte seine Tätigkeit im Dritten Reich auf den bekannten Nenner: »Befehlsempfänger, bürokratische Tätigkeit, von Tötungen, Gräuel keine Spur«. Das Schreiben enthielt als dritte Seite eine Art Postskriptum, das mit dem Hinweis begann, er beschäftige sich »mit der Frage der grundsätzlichen Ausmerzung aller Rassenwahnideen und des Rassenhasses bis zum Rassenmord. Und es will mir scheinen, dass pseudodemokratische Umerziehung, Reue und sonstige Begriffe leeres Gephrase sind und höchstens Strohfeuern gleichkommen«.

Dann wurde Adolf Eichmann, wie gesehen und noch einmal dargetan, weltanschaulich: »Unsere jetzige Gesellschaftsform, in der wir aufgewachsen sind«, bekannte er, »bietet keinesfalls die Garantie für die Beseitigung solchen Unheils. Sehen wir uns doch die nordamerikanischen Infiltrationsversuche in Zentral- und Südamerika an. Was ist das Ergebnis? Der Reiche wird reicher und der Arme wird ärmer. Der Erfolg: Verschärfung der Gegensätzlichkeiten bis zum Klassen- und Rassenhass. Wo wird denn heute die schwarze Hautfarbe noch dergestalt diskriminiert als im Lande der Bannerträger für Demokratie und Menschenrechte? Was ist denn das Abschlachten der Algerier? Die internationale westliche Hochfinanz, der überzüchtete Privatkapitalismus ist die Wurzel allen Übels. Wie sagte doch Krupp von Bohlen und Halbach in Nürnberg: ›Wir Kruppianer sind keine Idealisten, wir sind Realisten.‹«

»Mein lieber Robert«, so weiter, »das sind Ideale, die in Wahrheit – dies erkenne ich mehr und mehr – nichts als Pseudoideale sind und für die man ohne Sorge ruhig das Wörtchen Egoismus setzen kann. Nationalismus und Chauvinismus sind so richtig die Tummelplätze privatkapitalistischer Profitgier und die Ursache des Gegenteils des Wunsches aller Völker nach Frieden, Sicherheit und Ruhe. Lieber Robert, ich gehöre nicht der kommunistischen Partei an und bis vor wenigen Monaten noch glaubte ich sogar, bei mir in einem Punkt eine unüberbrückbare ideologische Kluft zwischen mir und der marxistisch-leninistischen Doktrin zu erblicken. Heute glaube ich nicht mehr daran. Wer garantiert bei der westlichen Gesellschaftsform, dass nicht eines schönen Tages das gehabte Grauen fröhliche Urständ feiert?«

»Was waren sie denn, Hitler und andere autoritäre Führerpersönlichkeiten: Sie wurden selbst Figuren im hohen Spiel des internationalen Fatalismus und waren dumm, ungeschickt genug, völliger

Staatsräson entbehrend, nichts zu durchschauen, zum Unheil ihrer Völker. Da lob’ ich mir die Form der östlichen Länder, diese reißt, sämtliche Völker der Erde global umfassend, die Wurzel des Übels, Rassenhass, Rassenmord usw. automatisch aus und bietet Gewähr für ebenfalls automatische restlose Beseitigung, da die Antriebsmomente in Wegfall kommen. Und ich denke, dass es für die Ruhe, die Sicherheit und den Frieden der kommenden Generationen nichts Zweckmäßigeres und Beruhigenderes gibt als die Verwirklichung der marxistisch-leninistischen Doktrinen, und ich kann nichts anderes als Dir zu schreiben: ›Aus dem Osten kommt das Licht!‹« Im BND hatte ein lateinkundiger Bearbeiter »Ex oriente lux« über dieses Postskriptum gesetzt.

Es folgte ein brüderliches Vermächtnis unverändert krausen Stils: »Lieber Robert, ich ermächtige Dich ausdrücklich, falls Du diesen Brief nicht privat für Dich behalten willst, ihn ohne weiteres zu veröffentlichen. Denn ich wünsche aus meinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Und das, was der Mensch als Wahrheit erkannt hat, kann er ruhig jedem mit offenem Gesicht sagen; ich habe geradezu ein persönliches Interesse daran. Denn warum soll es allfälligen künftigen Befehlsempfängern eines Tages genauso ergehen wie mir? Wir waren weniger noch als Spielbälle kapitalistischen Wollens, Spielbälle zwischen Hochfinanz und radikal-nationalistisch unüberlegten Führungen.«

Dieses bemerkenswerte, von Wechtenbruch im Diktat aufgenommene Schreiben erreichte Dr. Robert Eichmann freilich nicht in dieser Form. »Nach Beratung mit Dr. Servatius« wurde der Kommunismus-Passus »vor Überhändigung herausgestrichen«, erfuhr Kurt Weiß [redacted]: »Adolf Eichmann wird von Dr. Servatius davon unterrichtet, dass es gefährlich sei, die Entscheidung über die Veröffentlichung einer solchen politischen Erkenntnis seinem Linzer Bruder zu überlassen. Adolf Eichmann wird geraten werden, seine politische Erkenntnis und seinen Weg von Hitler zu Stalin bzw. Marx-Lenin-Stalin-Chruschtschew gedanklich auszuarbeiten und bei passender Gelegenheit, also entweder bei den ersten Vernehmungen zur Person oder als Schlusswort, der erstaunten Weltöffentlichkeit vorzuführen.«[659] Eichmann bezeichne seine Erkenntnis, das Licht komme aus dem Osten, als sein »Glaubensbekenntnis«.

Ausweislich seiner Marginalien war »Winterstein« von der neuen Nachricht elektrisiert. Entsprechend unterrichtete er Gehlen.[660] Der Brief Eichmanns an seinen Bruder, der sein Bekenntnis zum Kommunismus enthalte, »verbunden mit einer völligen Ablehnung der Werte westlicher Freiheit und der Bewunderung östlicher Machtpolitiker, vor allem Chruschtschews«, sei inzwischen in Linz eingetroffen (freilich ohne die besagte Passage), trug Weiß vor und bestätigte anderntags, entsprechend der Entscheidung Gehlens werde der Brief vom Dienst zurückgehalten und erst wieder vorgelegt, »wenn ein besonders günstiger Zeitpunkt (oder zwingender Anlass) zur propagandistischen Ausnutzung gegeben ist«. Noch hatte der Prozess ja nicht einmal begonnen.

Kurt Weiß griff die Angelegenheit gegenüber Gehlen sofort danach neuerlich auf.[661] »Die Verteidigung Eichmanns ist sich darüber klar«, erläuterte er, »dass eine vor dem Prozess erfolgende Bekanntgabe der – 363 [Gehlen] in Ablichtung vom Original vorgelegten – Erklärung Eichmanns eine Weltsensation ersten Ranges bedeuten würde. Die Verteidigung ist bereit, auf Eichmann einzuwirken, um den Zeitpunkt für die Bekanntgabe der Erklärung vorher festzulegen« [redacted] Nach dem gegenwärtigen Stand der Beratungen [redacted] sei bisher beabsichtigt, »Eichmann vor Prozessbeginn (und vor der vorgesehenen Befragung zur Person) eine Erklärung abgeben zu lassen. Hauptpunkte: Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und Bewunderung Chruschtschews. Mit größter Resonanz in der internationalen Presse wird gerechnet. Eichmann soll, in täglichem Kontakt mit seinem Verteidiger oder dessen Assistenten, zur Abgabe einer derartigen Erklärung bereit sein. Seine Begründung: Er habe ohnedies nichts zu verlieren.« Dann bat »Winterstein« noch um Weisung des BND-Präsidenten, ob – schließlich war man dazu in der Lage – »auf den Termin der Bekanntgabe der Eichmann-Erklärung Einfluss genommen soll«. Anderntags informierte Gehlen bereits den Kanzleramtschef über diese Neuigkeit und die Absicht, »das Bekenntnis Eichmanns während des Prozesses auszunutzen«.[662]

Gegenüber der CIA überschlug sich Kurt Weiß geradezu, wenn er sagte, im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess werde es zu einer höchst bedeutsamen Enthüllung kommen: »Said would be ›Weltsensation‹ and one

biggest stories recent years«, wie die Münchener Dependance im Telegrammstil sogleich nach Washington kabelte: »Claimed did not concern Globke. Said could not say more since all persons aware what this about had signed special secrecy agreement. Said thought he might be able in course future discussions indirectly tip us off what in the offing, that it important we know in advance.«[663]

Während des USA-Aufenthalts des BND-Präsidenten Ende April, Anfang Mai schaltete sich Washington ein und schickte Thomas A. Lucid, den Leiter ihres Münchener CIA-Verbindungsstabs, zu einer Unterredung mit Gehlen, über die Allen W. Dulles sogleich unterrichtet wurde.[664] Lucid fand beim BND-Präsidenten heraus, das Eichmann-Bekenntnis sei an sich nur seinem Strafverteidiger bekannt, »but by a penetration of Servatius' office Gehlen learned of its existence and its contents. Gehlen informed CIA and Dr. Globke. Obviously someone else in Servatius' office, apparently unbeknownst to Servatius, also is aware«. Adolf Eichmanns Bekehrung zum Kommunismus habe sich erst in israelischer Gefangenschaft vollzogen. »In view of this, it is rather unrealistic to agree with Gehlen when he says that the Israelis are not privy to this turn of events […] Gehlen says he is not in a position to influence Servatius directly since, in view of the German government position on the trial, this would politically explosive; however, he had hoped to be able to ›maneuver‹ the trial so that Eichmann would make a declaration as to his present political leanings. This hope has been abandoned at present for it is now ›believed‹ that Eichmann has changed his mind.«

»Gehlen could not (or would not) give any further clarifying details except to state that his evaluation of the truth of subject allegation is ›A-1‹«, fuhr Lucid in seinem Bericht fort, den wir oben schon einmal herangezogen haben. »With respect to the question of how to use this information, Gehlen stated that unfortunately the source and the means of acquisition absolutely precludes any surfacing or leaking of the information at this time. He stated if this were done it would only attributable to the BND and would directly endanger his own position as its President.« Gehlen sagte dann noch, wenn die Kommunismus-Erklärung Eichmanns nicht während des Verfahrens bekannt würde, werde man danach schon einen Weg finden, um sie bekannt zu machen. Seine Leute würden sich darum kümmern, wie das am besten geschehen könne. Stewart empfahl dem CIA-Direktor nach Rücksprache

mit maßgeblichen Kollegen, in dieser Sache einstweilen nichts zu unternehmen. Dulles hielt daraufhin in einem Memorandum für seinen Kollegen von der United States Information Agency fest, diese werde sich sicherlich an die Beratungen darüber erinnern, wie man mit dem Kommunismus-Bekenntnis Eichmanns umgehen solle: »It developed that we will not be able to obtain such confirmation nor would it be prudent to surface or leak this story without confirmation. I am inclined therefore, to let the matter rest for the time being.«[665]

Inzwischen war der Prozess in Jerusalem eröffnet worden, und es zeigte sich, dass die Verhandlungsführung strikt auf die persönliche Verantwortung Adolf Eichmanns »als kleines Rädchen« abhob, die befürchtete Ausweitung des Verfahrens in Richtung einer umfassenden Auseinandersetzung mit der Ermordung der europäischen Juden wohl tatsächlich vermieden würde. Bereits Anfang Juni brachte ein Journalist diese Entwicklung beim »Pressetee« in Bonn zur Sprache: »Herr Bundeskanzler, sind Sie nicht eigentlich, wenn man daran denkt, wie man das vorher beurteilt hat, relativ zufrieden mit dem Verlauf des Eichmann-Prozesses? Es ist doch besser gegangen, als man befürchtet hatte.« Bundespressechef von Eckardt sah es auch so. Namentlich in den USA, wo das »jüdische Element« eine große Rolle spiele, werde ausführlich über Jerusalem berichtet, »aber die Kommentare und Leitartikel zum Eichmann-Prozess hatten noch keine ernsthafte Spitze gegen die Bundesrepublik; das ist, so möchte ich sagen, noch besser gegangen, als es hätte gehen können«. Adenauer: »Das ist alles richtig.«[666]

Diese erfreuliche Entwicklung veranlasste die BND-Spitze, noch einmal genauer über die Handhabung der Hinwendung Eichmanns zum Sowjetkommunismus nachzudenken. CIA-Chef Dulles hatte es ja unklug gefunden, damit politisch punkten zu wollen. Denn wie würde diese »Weltsensation« von der Welt denn aufgenommen werden? War der in striktem Gewahrsam befindliche Massenmörder den Israelis nicht vollständig ausgeliefert? Hatten sie ihn vielleicht bearbeitet, womöglich sogar auf Veranlassung des Westens, speziell der Amerikaner oder gar der Bundesrepublik, um so die Ostblock-Propaganda zu neutralisieren? Einem Angeklagten, der mit dem Todesurteil rechnen musste, konnte man allerhand abverlangen und versprechen, um ihn zu einer passenden Erklärung zu bewegen.

Kurt Weiß klang daher bereits etwas anders, als er Anfang Juni die CIA über den Fortgang der Angelegenheit informierte.[667] Servatius erlaube eine Veröffentlichung des Bekenntnisses während des Prozesses nicht, teilte er mit. Eichmann könne seine Bekehrung zum Kommunismus jedoch vielleicht aus eigener Initiative während der Verhandlungen publik machen; offenbar liege ihm daran. Der BND könne zwar eine Veröffentlichung des »Bekenntnisses« arrangieren, zögere aber damit, weil das kontraproduktiv wäre: »Uphill [BND] feels trial has been very fair as regards German interests. Uphill also has info indicating Israelis pleased manner Servatius has conducted defense to date. There fear, deliberate leak story without Servatius approval might prejudice trial and irritate Israelis. Unless Headquarters feels there overriding propaganda advantages if story deliberately leaked, Uphill prefers let nature take its course.«

Jetzt meldete sich auch Hans Rechenberg, V-7396, zu Wort.[668] Servatius habe ihm den Brief Eichmanns an seinen Bruder vor einiger Zeit übergeben, und man sei sich einig gewesen, »dass die Parteinahme Eichmanns für den Osten ein Politikum ersten Ranges« darstelle, die Entscheidung über deren Veröffentlichung aber auf keinen Fall »den provinziellen Familienmitgliedern« überlassen werden dürfe. Man habe zunächst vereinbart, diese Erklärung auf irgendeine Weise groß herauszubringen, doch Eichmanns Verteidiger habe seine Meinung im Laufe des April geändert: Er könne einer »Veröffentlichung vor Abschluss des Verfahrens auf keinen Fall zustimmen«. Dennoch übergab Rechenberg dem britischen Verleger O’Connor, mit dem er und Servatius seit einigen Monaten im Geschäft bei der Verwertung der Eichmann-Erinnerungen waren, das Schriftstück.[669] O’Connor vermochte den Brief der amerikanischen Presse aber nicht schmackhaft zu machen. Daraufhin habe er, Rechenberg, dem Assistenten Wechtenbruch ein Schreiben an Servatius mitgegeben, in dem er dringend für eine Veröffentlichung der »Erklärung ›ex oriente lux‹« warb. Getrieben von überbordendem Geschäftsinteresse schickte Rechenberg obendrein einen »Express-Luftpostbrief« nach Jerusalem, in dem er dringlich um ein Zusammentreffen bat: »Ich beabsichtige, Dr. Servatius zu erklären: Die Veröffentlichung der Erklärung ›ex oriente lux‹ ist nützlich und notwendig. Diese kann entweder erfolgen, wenn Adolf Eichmann am 19. Juni in den Zeugenstand gerufen wird, oder im Rahmen einer Veröffentlichung, möglicherweise als Indiskretion aufgemacht, für die

ich ein Angebot in Höhe von 10 000 DM Honorar von einer Sensationszeitung habe.«

Das Geschäftsinteresse des Tandems Servatius-Rechenberg begann sich mit den anwaltlichen Interessen des Strafverteidigers und auch mit dem Interesse der Bundesrepublik zu beißen. Robert Servatius antwortete dilatorisch und bemerkte nur: »Der Klient bezeichnet in den Sassen-Memoiren Kommunismus und Nationalsozialismus als Geschwister, und sagt, dass er seinem früheren Chef [Heinrich] Müller es gar nicht übelnehmen würde, wenn er heute, wie gerüchteweise verlautete, im Dienst der Russen stände. Den Fragekomplex werde ich mit dem Klienten noch besprechen.«[670] Das war nicht das, was Rechenberg erhoffte. Kurt Weiß war auch nicht erbaut: »Eigentlich sehr enttäuschend für uns!«, notierte er: »Wie kommen wir mit ›ex oriente…‹ weiter?«[671]

Schließlich fand er sich mit der Übereinkunft zwischen Servatius und Rechenberg ab, die dieser in seiner Eigenschaft als V-Mann 7396 dem BND übermittelte: »Die Veröffentlichung des Bekenntnisses ist inzwischen soweit abgeklärt, dass Dr. Servatius es zwar ablehnt, dass dasselbe vor Abschluss der Beweisaufnahme veröffentlicht wird, aber mit der Veröffentlichung danach einverstanden ist, wenn sichergestellt ist, dass er selbst nicht in seiner Position als Verteidiger in Mitleidenschaft gezogen wird.« An dieser Stelle machte Kurt Weiß eine der massivsten Anstreichungen, die von ihm in den Akten zu finden ist. Obendrein notierte er: »Sehr wichtig! Am besten Ende August / Anfang September! (Nach Rückkehr Wi[nterstein] vom Urlaub)«.[672] Dann würde das erstinstanzliche Verfahren abgeschlossen, eine Beeinträchtigung durch die Bekanntgabe von Eichmanns Konversion nicht mehr zu befürchten, er aber trotzdem als Kommunist und Bewunderer Chruschtschews bloßzustellen sein.

Das geschäftliche Interesse kam ebenfalls nicht zu kurz, zumal der BND hier sogar selbst eine hübsche Summe eingesetzt hatte. Servatius, der sich, da ihm eine staatliche Erstattung seiner Aufwendungen verweigert worden war, in beständiger Notlage befand, habe, wie Rechenberg weiter mitteilte, »inzwischen zu verstehen gegeben, wie sehr es ihm daran liegt, finanziell soviel als möglich aus dem Prozess für sich herauszuholen«. Pullach werde deshalb gebeten mitzuteilen, »ob auch zu dem nunmehr späteren Zeitpunkt der Veröffentlichung des kommunistischen Bekenntnisses die seinerzeit von 181 [Weiß] zugesagten 5000 DM zur Verfügung stehen, da diese bei der

Einstellung von Dr. Servatius eine entscheidende Rolle bei dessen Beeinflussung spielen werden, umso mehr als V-7396 bereits in seinem Schriftwechsel mit Dr. Servatius diesen davon in Kenntnis gesetzt hat, dass eine solche Veröffentlichung nach Abzug des Verlegeranteils für Dr. Servatius einen Betrag von 5000 DM bringen könnte.« Um dem Coup noch mehr Publizität zu verschaffen, plante Rechenberg nicht nur ein groß aufgemachtes Interview mit Eichmanns Verteidiger, er hatte auch schon eine entsprechende Presseerklärung dazu in der Schublade.

V-Mann Hans Rechenberg, als Görings früherer Pressemann geübt, überschrieb die dreiseitige Erklärung, in die er auch die übrigen noch zu erwartenden autobiographischen Einlassungen einbezog, mit »Bekenntnisse und Erkenntnisse Adolf Eichmanns«.[673] Der des millionenfachen Mordes angeklagte ehemalige SS-Obersturmbannführer arbeite also an einem Manuskript, das »alles in den Schatten stellen dürfte«, was bisher von diesem bekannt geworden sei. An manchen Tagen verfertige er mehr als 100 handschriftliche Seiten. Er komme dabei auch auf den »im deutschen Volk auf Grund der Erlebnisse zweier Weltkriege gezüchteten Antisemitismus« zu sprechen: »Eichmann warnt aus den ihm gewordenen Erkenntnissen die lebenden und kommenden Generationen eindringlich davor, jemals irgendwelchen Ideen des Rassen- und Klassenhasses oder der Völkervernichtung anzuhängen. Der ehemalige SS-Obersturmbannführer beschuldigt das wirtschaftliche und soziale Unrecht einer von überalterten ökonomischen und nationalistischen Ideengängen beherrschten Welt als Ursache der Kriege, des Rassenhasses und des Völkermords.« Seine Erkenntnisse gipfelten in der Feststellung »Ex oriente lux«. Es folgten die einschlägigen Passagen zur Überlegenheit des östlichen Systems und der »marxistisch-leninistischen Doktrinen« aus dem Februar-Brief an seinen Linzer Bruder Robert.[674]

Alles war bestens vorbereitet, und Rechenberg teilte dem BND Anfang August mit, die Veröffentlichung des Kommunismus-Bekenntnisses solle nun im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Vorgehen gegen *Life* wegen deren unautorisierter Publikation der Sassen-Papiere erfolgen.[675] Dabei vertrete ein amerikanischer Anwalt die Interessen der klagenden Vera Eichmann. Diesem gegenüber solle »die sensationelle Bedeutung des Bekenntnisses« in der Erwartung herausgestellt werden, dass er damit einen maßgeblichen Publizisten in den USA für eine Veröffentlichung in der

ersten Septemberwoche gewinnen werde. Auch die Gelddinge stimmten: »An Dr. Servatius sind seitens V-7396 inzwischen 5000 DM über dessen Konto bei der Dresdner Bank, Köln, übermittelt worden. V-7396 sieht dadurch sichergestellt, dass Dr. Servatius gegen die Veröffentlichung des Bekenntnisses keine Einwendung erheben [wird], sondern zusätzlich bereit ist, dafür zu sorgen, dass auch sein Mandant weder gegen die Veröffentlichung noch gegen die Tatsache des Bekenntnisses selbst in Jerusalem protestiert.«

Obgleich Servatius Rechenberg inzwischen unter der Bedingung freie Hand gegeben hatte, dass er dabei nicht in Erscheinung treten dürfe (Weiß: »Ja – unbedingt«),[676] verlor die Kommunismus-Operation mehr und mehr an Schwung, politisch-publizistisch ebenso wie geschäftlich. Gewiss nicht ohne Rücksprache mit dem Kanzleramtschef wurde der schal gewordene Coup erst einmal bis nach der Bundestagswahl am 17. September 1961 zurückgestellt. Die Berlin-Krise, die mit der Abschnürung des Westteils der Stadt ihren Höhepunkt erreichte, war auch keine ideale Projektionsfläche für Eichmanns Kommunismus-Outing. Inzwischen forderte außerdem die Diensteinheit 521, von der Rechenberg geführt wurde, zu ihrem Haushaltsausgleich die Rückerstattung des von Kurt Weiß für Servatius bewilligten Betrags in Höhe von 5000 DM, den der V-Mann dem Anwalt aus Dienstgeldern bereits überwiesen hatte.[677]

Obgleich »Winterstein« nach Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens, man wartete jetzt auf den Urteilsspruch, die Augen vor dem galoppierenden Wertverlust seiner Weltsensation nicht verschließen konnte, gab er die mit ihr verbundenen Hoffnungen noch nicht auf. Also versuchte der Strategische Dienst es bei den längst skeptisch gewordenen amerikanischen Freunden.[678] Er übersandte dem Verbindungsbüro der CIA Eichmanns Schriftsatz »Ex oriente lux«, legte die Überlieferungsgeschichte dar und erläuterte, dass Servatius das Dokument zurückgehalten habe, weil er befürchtete, »ein solches ›Bekenntnis‹ könne die Stellung Eichmanns im Prozess schädigen. Zu einer solchen Rücksichtnahme besteht heute keine Veranlassung mehr. Gamma [BND] würde es begrüßen, wenn Eos [CIA] eine Möglichkeit fände, ›Ex oriente lux‹ publizistisch auszuwerten.« Das amerikanische Verbindungsbüro informierte sogleich CIA-Direktor Dulles. Angeblich werde die Eichmann-Einlassung über seine Hinwendung zum Kommunismus bald in einem französischen Magazin veröffentlicht, aber

auch Kurt Weiß trage sich mit der Absicht, sie zur Presse durchsickern zu lassen. Nach Abschluss des Verfahrens sei das nun möglich.[679] Die Amerikaner, die hierüber solange im Unklaren gelassen worden waren, fanden allerdings keinen Geschmack an der Rolle des Nothelfers in einer Angelegenheit, von der sie schon Monate zuvor nicht recht überzeugt gewesen waren.

Etwa zur selben Zeit wurde Kurt Weiß von einem Zusammentreffen unterrichtet, das Robert Servatius in München jüngst mit der Familie Eichmanns gehabt hatte.[680] Er gab ihnen Auskunft über den Stand des Prozesses, doch hauptsächlich drehte sich die Unterhaltung darum, wie die enormen Kosten ausgeglichen werden könnten, die ihm inzwischen entstanden waren. Dabei fiel auch die desillusionierte Bemerkung des Anwalts, dass der Markt für Eichmann-Bekenntnisse leider »abgegrast« sei. Das bewog Karl-Eberhard Henke (»Herder«) sogleich dazu, einen seiner konzisen handschriftlichen Vermerke zu Papier zu bringen.[681] Als Mitarbeiter, der seit längerem in die meisten Eichmann betreffenden Dinge eingeschaltet war, richtete er sein kleines Memo direkt an Kurt Weiß: »Die Sache ist ja nun in die Pilze gegangen«, begann er lapidar. »Der Misserfolg Rechenbergs steht in keinem günstigen Verhältnis zu seinem vorher zur Schau getragenen Optimismus, doch verspreche ich mir von der Erörterung der Schuldfrage wenig Nutzen. Ich meine, man sollte nun die Sache sich selbst überlassen und Rechenberg lediglich verpflichten, 521 [Ungermann] schnellstens zu unterrichten, wenn er ›Ex oriente …‹ wider Erwarten doch noch losbringt, damit man dann eventuell in Deutschland noch etwas nachhilft. Auch der Streit um die Gelder bietet für uns, soweit ich sehen kann, in Zukunft wenig Interessantes. Bitte um gelegentliche Rücksprache.« Als Ruhmesblatt konnte sich »Winterstein« diese mit seinen eiligen handschriftlichen Anmerkungen verzierte Notiz Henkes nicht hinter den Spiegel stecken.

Der amerikanische Anwalt, der die Kommunismus-Erklärung in den USA hätte an den Mann bringen sollen, vervollständigte das Desaster der Weltsensation. Hans Rechenberg, der daraus unbedingt ein Geschäft hatte machen wollen, berichtete nämlich, jener Jurist, auf dem die letzten Hoffnungen ruhten, habe ihn aufgesucht und von seiner Mission berichtet.[682] Danach habe er bei der *New York Times*, bei der *Herald Tribune* und auch beim Vertreter des *New York Mirror* in Bonn vorgesprochen: »Das

Ergebnis war die Feststellung der amerikanischen Journalisten: ›It has no news worth.‹ Nach Meinung der Amerikaner ist die Erklärung für den Kommunismus viel zu verklausuliert. ›News worth‹ würde nur eine Erklärung Eichmanns haben: ›Ich habe mich entschlossen, der kommunistischen Partei beizutreten.‹ Der ganze Eichmann-Fall interessiert zur Zeit weder die englische noch die amerikanische Presse.« Das würde sich allenfalls bei der Urteilsverkündung im Dezember ändern. Ernüchtert hielt die Diensteinheit 521 fest: »Es scheint danach nur noch möglich und zweckmäßig zu sein, dass die Erklärung zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung in Jerusalem veröffentlicht wird«, und zwar entweder durch Eichmann, seinen Verteidiger oder »durch die vorbereitete, 3000 Worte umfassenden Story über die Reaktion Eichmanns auf das Urteil, die von ›The People‹ in der auf den Urteilsspruch folgenden Ausgabe veröffentlicht werden soll«.[683]

Kurt Weiß, der sich so viel erwartet und obendrein 5000 DM erst einmal in den Sand gesetzt hatte, wehrte sich noch eine Weile gegen die Pleite mit dem kommunistischen Eichmann.[684] Nach einer Besprechung mit Ungermann und Henke forderte der stellvertretende Leiter des Strategischen Dienstes seine beiden Mitarbeiter noch einmal schriftlich dazu auf, »nachdrücklich festzustellen, welche Möglichkeiten gegenwärtig noch zu der – weiterhin höchst erwünschten – Veröffentlichung in der Angelegenheit Eichmann bestehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass seitens der BND-Führung die Zahlung des hohen Betrages von 5000 DM *für* die Veröffentlichung nicht verantwortet werden kann, wenn nicht in allernächster Zeit dazu geeignete Möglichkeiten doch noch geschaffen werden. Andernfalls muss sofort versucht werden, den *zweckgebundenen* Betrag unverzüglich, d. h. noch im Laufe dieses Rechnungsjahres zurückzufordern und für andere Aufgaben bereitzustellen.« Bei ihm bestehe der Eindruck, fuhr er fort, dass »die Beteiligten in einer Art Hinhaltetaktik versuchen, die ganze Angelegenheit so lange hinzuschleppen, bis die Zahlung selbst in Vergessenheit geraten und die Urteilsverkündung herangekommen ist. Im Hinblick auf den möglichen und höchstwahrscheinlichen propagandistischen Effekt kann ein solches Verhalten nicht hingenommen werden.« Daher schlage er nunmehr vor, »dass mit eigenen Möglichkeiten und auf eigenen Wegen eine sensationell aufgemachte Veröffentlichung« auf den Weg gebracht werde. Henke und

Ungermann sollten noch einmal Auswirkungen und Folgen eines eigenen Vorgehens überdenken: »Um baldmöglichste Erledigung wird gebeten!« Da Kurt Weiß und Reinhard Gehlen intern immer enormes Aufhebens von dem Eichmann’schen Bekenntnis gemacht, Globke und am Ende auch die CIA eingeweiht hatten, durfte die Operation einfach nicht versanden.

Ihr Ende erlebte »Wintersteins« Weltsensation eine Woche vor der Urteilsverkündung als Exklusivbericht auf der Titelseite der Münchener *Abendzeitung:* »Eichmann jetzt Kommunist. Politisches Testament aus der Gefängniszelle.«[685] Die CIA war indigniert, weil sie von Kurt Weiß nicht wie vereinbart vorgewarnt worden war. Die Münchener Verbindungsstelle konnte aber nach Washington berichten, der Artikel sei mehr oder weniger verpufft.[686] Zwar habe Associated Press die Story auf den Ticker genommen, über eine Verwertung in ausländischen Zeitungen sei aber nichts bekannt. Man hielte es dennoch für untunlich, diese Sache als ein Beispiel für die minimalen Fähigkeiten des BND bei verdeckten Operationen (»minimal Cadory prowess«) zu thematisieren. Selbstverständlich bekam Weiß dieses geheime Telegramm nicht zu Gesicht. Er wird selbst gewusst haben, dass von allen Eichmann-Operationen des BND der Umgang mit dem Licht aus dem Osten die dürftigste war.

Eichmann vs. Globke

Alles andere als dürftig waren, wie die Amerikaner allenfalls ahnten, die ausgeklügelten Operationen des BND bei der Begleitung des Strafverfahrens gegen Adolf Eichmann. Sie zogen sich über gut zwei Jahre hin und kulminierten, wie gesehen, in der totalen Durchleuchtung aller relevanten Vorhaben der Verteidigung, bezogen sie sich nun auf die Prozessstrategie oder auf die Geschäftspraktiken des Anwalts bei der Vermarktung seines prominenten Klienten. Ende 1961, als das erstinstanzliche Gericht die Todesstrafe für den Dispatcher der Vernichtungstransporte verkündet hatte, sank der Marktwert des ehemaligen SS-Obersturmbannführers freilich erheblich. Es stand außer Frage, dass das Berufungsgericht, das vom 22. bis zum 29. März 1962 tagte, diesen Urteilsspruch bestätigen würde. Unklar war jedoch, wie der Angeklagte und die Verteidigung das halbe Jahr zwischen dem erstinstanzlichen Urteil am 15. Dezember 1961 und der Hinrichtung Eichmanns am 1. Juni 1962 nutzen würden, insbesondere auch, ob nach der gut überstandenen ersten nun auch die zweite Phase des Jerusalemer Prozessgeschehens so eingehegt werden konnte, dass davon weiterhin keine Gefahr für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland ausging – vereinfacht gesagt, ob ihr Spitzenbeamter, der engste Mitarbeiter von Bundeskanzler Konrad Adenauer, im Berufungsverfahren nicht doch noch in die Schusslinie und die Schlagzeilen der Weltpresse geriet.



[redacted] Der versierte Strafverteidiger, der sich mit der Bundesregierung seit Monaten in einem Rechtsstreit wegen der verweigerten Übernahme der Prozesskosten befand,[689] wusste um diese

Achillesferse, doch war er bisher nie so weit gegangen, hier einen Hebel anzusetzen. Er hatte sogar seinen Mandanten dazu bewogen, hier zurückhaltend zu bleiben. [redacted] »Das Schlusswort von Eichmann, von dem ebenfalls eine Abschrift beiliegt, enthielt ursprünglich neben Lösener und anderen Namen auch Dr. Globke. Auf Veranlassung von Dr. Servatius wurden diese Namen dann herausgestrichen und von ihm im Schlusswort nicht mehr erwähnt; 5 Anlagen.«[690]

Der nächste beim BND einlaufende Bericht las sich dann allerdings alarmierend. Er befasste sich mit den Ergebnissen der Israelreise, die Robert Servatius über den Jahreswechsel unternommen hatte.[691] Eichmanns Anwalt [redacted] habe seinen Mandanten noch vor Silvester sprechen können und mehrmals mit ihm konferiert: »Eichmann macht nach der Darstellung von Dr. Servatius einen unverändert ruhigen und gefassten Eindruck«, begann die Schilderung. »Er trägt keine Gefängniskleidung, auch keine rote Jacke und ist jedenfalls während der Besprechungen nicht gefesselt. Eichmann hat ausreichend Zeit zu lesen und zu schreiben; er darf als einziger Insasse des Gefängnisses auch nach 10 Uhr noch Licht haben und arbeiten. Über sein Schicksal ist Eichmann sich völlig im Klaren. Er betont wiederholt, dass es ihm am liebsten wäre, so schnell wie möglich aufgehängt zu werden. Vorher will er allerdings noch im Berufungsverfahren eifrig mitarbeiten, um die nach seiner Meinung in dem Urteil enthaltenen Irrtümer richtigzustellen; die Verantwortlichen, die mit ihm gleichrangig bzw. in höheren Dienstgraden in anderen Ressorts an der Endlösung der Judenfrage mitgearbeitet haben, in ihrer Verantwortung, ihren Handlungen usw. darzustellen. Dabei ist er besonders über die im Verfahren gegen ihn gemachten Aussagen ([Alfred] Six, [Edmund] Veesenmeyer, [Eberhard von] Thadden, [Otto] Winkelmann u. a.) empört. Noch während der Anwesenheit von Dr. Servatius hat Eichmann die Urteilsbegründung durchgearbeitet. Er hat während dieser Zeit für sich in seiner Zelle in einer 140-seitigen handschriftlichen Niederschrift zu den einzelnen Punkten in der Urteilsbegründung Stellung genommen.«

Dann kam der Paukenschlag: »*Zu der Lektüre von Eichmann gehört u. a. außer Schillers Werken auch das im Verlag Rütten & Loening erschienene Buch über Dr. Globke*. Nach Schilderung von Dr. Servatius hat Eichmann

das Buch mit großem Interesse durchgelesen und, mit Randbemerkungen versehen, dem Verteidiger übergeben wollen. Die Sicherheitsbehörden haben die Übergabe hinausgezögert. (Dr. Servatius vermutet, um Fotokopien zu machen.) Der Verteidiger erwartet die Übersendung bzw. Übergabe des Buches bei seinem nächsten Besuch« – vehemente Anstreichung des BND-Mitarbeiters am Rand dieses Absatzes. Den Ersuchen bundesdeutscher Staatsanwälte, ihn über Mitschuldige zu vernehmen, wolle Eichmann, »wohl unter dem Einfluss von Dr. Servatius«, nicht entsprechen, weil er die Zuständigkeit israelischer Behörden, die hier eingeschaltet sein müssten, nicht anerkenne. »Eichmann ist dagegen bereit, bei etwaigen Vernehmungen in der Bundesrepublik jederzeit Rede und Antwort zu stehen.«[692] Kurt Weiß alarmierte sofort nach Beschaffung der erwähnten Strecker-Globke-Notate den BND-Präsidenten.[693]

Adolf Eichmanns Kommentar von 40 Schreibmaschinenseiten Länge war auf den 16. Januar 1962 datiert und für seinen Verteidiger bestimmt, mit dem er am Neujahrstag darüber gesprochen hatte. Servatius erhielt das Papier Mitte Februar von den israelischen Behörden ausgehändigt.[694] Dem noch nicht rechtskräftig zum Tode Verurteilten ging es in dieser Schrift ebenso wie bei seinen Einlassungen im ganzen Verfahren darum zu belegen, dass viele andere bei der Verfolgung und Ermordung der Juden mitgewirkt, eine ungleich wichtigere Rolle gespielt hatten als er und daher auch eine größere Verantwortung trügen als gerade er, ein Offizier, der schlicht Befehle befolgt habe: »Mein Wille war nicht, Menschen umzubringen […] Meine Schuld ist mein Gehorsam, meine Unterwerfung unter Dienstpflicht und Kriegsverpflichtung, unter Fahneneid und Diensteid.« Auch er sei ein Opfer der Politik und der für das Mordgeschehen verantwortlichen politischen Führung, hatte er im Dezember in seinem Schlusswort gesagt.[695]

Er beeile sich, Servatius seine Stellungnahme zu dem Strecker-Buch über Globke zukommen zu lassen, und hoffe, dass sie bis zum Antrag auf Berufung noch rechtzeitig in seine Hände gelange, begann Adolf Eichmann seine Globke-Niederschrift: »Ich bedauere, dass ich nicht *früher* in den Besitz dieses Buches gelangte, denn es hätte zweifelsohne als Beweisstück der Verteidigung dienlich sein können.« Die Dokumentation beweise genau das, was er sage: »›Die Polizei erkennt gar nichts von sich aus.‹ Jedenfalls in der Dienststellung wie ich sie innehatte. Dies geschieht seitens der höheren Instanzen. Dieses Buch zeigt, dokumentarisch, wie seitens des

Reichsministeriums des Innern alles genauest vorbereitet wurde und wie die gesetzliche Basis geschaffen wurde, an die auch die Polizei gekettet war. Nehmen Sie dazu die Maßnahmen des Auswärtigen Amtes, des Justizministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und der Kanzlei des Stellvertreters des Führers (Parteikanzlei) samt der Reichskanzlei, *dann* haben Sie das fertige ›Joch‹, von dem ich sprach, in welches auch ich eingespannt war und unter welchem auch ich gemäß den Befehlen meines unmittelbaren Chefs (Müller) zu arbeiten hatte. Selbst wenn *kein* Fahnen- und Diensteid geleistet worden wäre – ich setze einmal diesen praktisch gar nicht möglichen Fall –, dann möge doch wenigstens ein Mensch aufstehen und mir sagen, *wie* ich an meiner Stelle auch nur im Geringsten hätte anders handeln können. Sie sehen bei all den büromäßigen Angelegenheiten des MdI war ich nicht *einmal* dabei. Sie sehen die initiative Federführung des MdI. Und nehmen Sie dazu die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums, des Justizministeriums, der Parteizentrale u. a., und dann frage man, *was blieb denn jetzt noch für den Eichmann übrig?* Dann werden Sie sehen, gar nichts.«

Dann näherte sich Eichmann dem Kernthema: »Sehen Sie sich die Geschäftsverteilungspläne an und vergleichen Sie einmal den des RSHA (Reichssicherheitshauptamtes) – IV B 4, und den des MdI – Dr. Globke. Ja, wenn den Richtern bei ihren Zweifeln bezüglich meiner Aussage ›Ich habe nie selbst entschieden oder Weisungen erteilt‹ solch eine Referentenstellung à la Globke vorgeschwebt hat, dann versteh' ich diese Zweifel, aber dann muss man sich auch der Mühe unterziehen, den gewaltigen Unterschied der dienstlichen Befugnisse des *Referenten* Dr. Globke und des *Referenten* Eichmann einmal unter die Lupe zu nehmen. Ich bin von Haus aus nicht gehässig noch neidisch veranlagt, auch habe ich gottlob eine Portion Schicksalsergebenheit in mir, aber: Auch nach dem Lesen dieses Buches muss ich – wie in meinem Schlusswort – feststellen, dass ich das Urteil gegen mich nicht nur nicht anerkennen kann, sondern einfach nicht verstehe. Der Globke mag meinetwegen sein oder werden, was immer ihm das Schicksal an Positionen bietet, aber auch das Buch Globke zeigt mir, dass ich Recht habe, wenn ich nicht verstehen kann: *›Hier Staatssekretär einer Regierung; da, zum Tode verurteilt!*«

Danach ging Eichmann auf verschiedene Einzelfälle ein, die er Reinhard Streckers Dokumentation entnommen hatte, stellte fest, dass dieser und

jener noch lebe und als Zeuge zur Widerlegung von im Urteil behaupteten Sachverhalten befragt werden solle.

»Und *auch Dr. Globke* muss jetzt als Zeuge gehört werden. Denn in dem Buch sind ja immerhin einige Dokumente, von denen die Verteidigung ausgehen kann. Auch wird Dr. Globke aufgrund seiner ehemaligen Stellung als Referent und Generalreferent usf. (Siehe S. 178), dem ein ganzer Rattenschwanz von Beamten unterstand, in der Lage sein, als Zeuge *darüber eine verbindliche Erklärung abzugeben, ob andere Dienststellenleiter des Reiches damals, gemäß den vom MdI aufgestellten Gesetzen, Durchführungsverordnungen, Verordnungen, Erlassen pp. haben handeln müssen oder nicht* und *ob ein Referent im Geheimen Staatspolizeiamt, wenn er von seinem Amtschef Weisung erhielt, so handeln musste oder nicht*. Es ergeben sich allein aus diesem Komplex Dutzende von Fragen, die aufzustellen meine Verteidigung ganz anders in der Lage ist, als ich es sein kann. Besonders jetzt, wo ich keinerlei Unterlagen mehr habe.«

Dann ging der eifrige Leser auf zahlreiche Einzelheiten in dem Strecker-Buch ein und stellte dabei mit Vorliebe heraus, wo und wie sich der heutige Kanzleramtschef vor 1945 bewegt, mit wem er zusammengearbeitet hatte und an welchen Maßnahmen der Judenverfolgung er beteiligt gewesen sei. Das war selbstverständlich alles andere als eine valide zeithistorische Nachprüfung, sondern ein Defilee zur Illustration der Bedeutung, die der Ministerialbeamte Dr. Hans Globke im Unterschied zu ihm selbst im Dritten Reich gehabt hatte. Er stellte dessen dienstliche Zuständigkeiten in der »Judenfrage« ebenso heraus wie seine damaligen dienstliche Beurteilungen und fragte dann: »Was besagt diese Aufzählung? Dr. Globke kann auf Befragen seitens der Verteidigung nicht auf den Gedanken verfallen, er könne darüber mangels Wissens keine Auskünfte geben. Denn außer den von mir hier angeführten Daten hatte Globke noch zahlreiche anderen Agenden (siehe Buch), von denen ich mir nicht sicher war, ob darin auch Judenangelegenheiten vorkommen konnten. Mit anderen Worten: Dr. Globke hatte wirklich eine große Amtsfülle und daher auch Einblick.«

Dann immer derselbe Refrain: »Natürlich haben die Staatssekretäre und SS-Hauptamtchefs zusammengesessen. Aber *ich* habe damit nichts zu tun. Keine MdI-Akte nennt mich. Sie wäre gewiss in diesem Buche mit erfasst worden. Man wird eines Tages ganz genau drauf kommen, dass die

Beschuldigungen und das Urteil meine Person betreffend den Tatsachen nicht gerecht wird.« Eichmann ging die Entstehung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen durch, erwähnte auch den Stuckart-Globke-Kommentar zu den Rassegesetzen und hielt wieder und wieder fest, dass es ihm in den damaligen Strukturen und Hierarchien unmöglich gewesen sei, »anders zu handeln als die Befehle es besagten«. Man könne »doch nicht, nun ich einmal bei Nacht und Nebel gewissermaßen aus Argentinien herausgeholt wurde, mich mit Tod und Teufel belasten wofür ich gar nicht zuständig war, was ich nicht getan habe. Zu all diesen Belastungen und damit zum Urteil komme ich mit Respekt zu sagen ›wie die Jungfer zum Kinde‹«. Seine besondere Wut richtete sich gegen seine Belastungszeugen, die wie SS-Obergruppenführer Karl Wolff erst nach 1945 vom »Los der Juden« erfahren haben wollten; die Feigheit solcher Generäle stinke zum Himmel: »Ihre Niederträchtigkeit gehört angeprangert. Und nicht, weil sie sich aus der Affaire zu ziehen versuchen – dies mag jeder halten wie er will, es ist nicht meine Aufgabe den Leuten Wahrheit missionierend einzutrichtern –, sondern weil sie sich auf Kosten ihrer ehemaligen *Untergebenen* aus der Affäre zu ziehen versuchen.«

In unerschütterlicher Redundanz versuchte Eichmann ab Seite 37 seines Notats sich in einem Fazit und verwies Servatius darauf, dass noch sieben weitere Zeugen gehört werden sollten, darunter auch Staatssekretär Dr. Globke. Ansonsten sei er froh über die Zusage, dass Servatius seine Dokumente eines Tages einer Universität übergeben wolle, »ich sehe gar nicht ein, warum ich all diese Unwahrheiten auf mir sitzen lassen soll«. Globke solle man anhören, »und nicht auf die lange Bank schieben. Der Mann ist immerhin schon 64 Jahre alt […] Sehen Sie einmal: es ist doch merkwürdig, hier haben wir nun Globkes Unterschrift unter so und soviel grundsätzlichen Sachen (oder Signum)«; auch andere hätten vieles mit ihrer Unterschrift besiegelt. »Von mir heißt es stets ›Eichmann hat gesagt‹.« Die Aussagen von nach 1945 interessierten ihn nicht. Er habe alles getan, um die Dinge aufzuklären, »und wenn man mich trotzdem aufhängen will, bueno, ich kann dagegen sowieso nichts machen, aber das Bewusstsein, dass mich die nächste Generation bereits auf *alle* Fälle freisprechen wird, befriedigt mich. Sehen Sie, Herr Dr. Servatius, das Buch zeigt es wieder: Die Großen laufen frei und der Kleine wird eingesperrt und verurteilt. (Ich meine jetzt nicht Globke – wiewohl er laut Seite 178, von Stuckart am

28.III.40 unterzeichnet, *Generalreferent* war; es sind in dem Buch einige ehemalige Größen genannt.) […] Befehls*geber* sind frei. An die geht keiner ran. Anstatt dass man endlich einmal einen ›Feldzug‹ gegen die *Ursache* des Übels, gegen den Antisemitismus, vom Stapel lässt, gegen das Übel, dem wir dienen mussten, dem wir zum Opfer fielen. Nein, *das* tut man *nicht;* da verurteilt man lieber ehemalige Befehls*empfänger*, die man durch Fahnen- und Diensteid *band*« – unterzeichnet, Adolf Eichmann, Bitte um postwendende Erhaltsbestätigung.

Die CIA berichtete im Telegrammstil nach Washington, dass Servatius seinem Klienten die Strecker-Dokumentation ins Gefängnis mitgebracht hatte: »Eichmann talked extensively to Servatius about Globke's role in World War II and part of his comments in form 40 handwritten pages. Rechenberg now has original which must be returned to Servatius. Eichmann also wrote comments specifically on book ›Akten Globke‹ which Servatius had troubles getting Israelis to release.« Es sei dem Anwalt dann aber doch gelungen. »Rechenberg remarks it possible Bonn also has if they have good connections Israelis.«[696]

Juristisch waren die Beteuerungen Eichmanns für den weiteren Prozessverlauf wertlos, denn sie bekräftigten nur, was er bereits in der ersten Instanz stereotyp wiederholt hatte, nämlich dass er als kleines Rädchen im Gesamtgetriebe des Mordsystems nur Befehle ausgeführt habe, die höheren Orts vorbereitet und ausgearbeitet worden seien. Sein wütender Schriftsatz gegen den Staatssekretär des Bundeskanzlers enthielt freilich insofern einen wahren Kern, als dass er durch das Verfahren zur Symbolfigur des Judenmords schlechthin gemacht wurde, dessen monströse Täterschaft die Verantwortung und Mitverantwortung Tausender weiterer Personen wenn nicht verdeckte, so doch relativierte. Dass Hans Globke ebenfalls an der Entrechtung und Verfolgung der Juden mitgewirkt hatte, konnte ernstlich nur bestreiten, wer bereit war, sich um der politischen Brisanz dieser Tatsache willen historisch taub zu stellen. Da diese Art der Vergangenheitsabwehr Auftrag des BND war, erreichten seine Aktivitäten in den Tagen vor Eröffnung der Berufungsverhandlung noch einmal einen letzten Höhepunkt. Kernfrage dabei war natürlich, erstens, ob die 40 Seiten Eichmanns in die Öffentlichkeit gelangten, zweitens, ob der Chef des Bundeskanzleramts – nachdem es in der ersten Instanz verhindert werden

konnte – nun doch noch als Zeuge der Verteidigung einvernommen werden würde.

Die erste Frage wurde sofort bedrohlich. Kurt Weiß erfuhr nämlich aus seinen bewährten Kanälen, dass der Chefredakteur der Illustrierten *Revue* Kontakt zum Büro von Servatius aufgenommen und sich bestens informiert gezeigt habe.[697] Ein Mitarbeiter des Münchener Magazins »sammle Material zu einer Veröffentlichung über die Mitverantwortlichen an der Endlösung der Judenfrage«. Die Redaktion habe aus einer Quelle, die der Chefredakteur nicht nennen wolle, Informationen darüber, dass Eichmann in seiner »Lebensbeichte« und »in den Besprechungen mit Dr. Servatius Ende Dezember / Anfang Januar sowie in schriftlichen Aufzeichnungen für Dr. Servatius die heute noch lebenden Mitverantwortlichen nenne, unter ihnen Six, Veesenmeyer, Rademacher und Dr. Globke, die alle nicht weniger als er Befehle ausgeführt hätten«; für einen Einblick in diese Unterlagen biete die Illustrierte ein »hohes Honorar«.

Hans Rechenberg [redacted] habe daraufhin geantwortet, »dass es der Verteidigung in der gegenwärtigen Lage unmöglich sei, der Presse Material zur Verfügung zu stellen. Dies gefährde die Stellung der Verteidigung, da nach dem israelischen Gesetz Dr. Servatius jederzeit wegen Missachtung des Gerichts als Verteidiger abgesetzt werden könne. Außerdem erwarte Dr. Servatius noch einen Betrag von 10 000 Dollar Unkostenbeitrag seitens der Israelis, dessen Zahlung gefährdet sei.« Der Chefredakteur der *Revue*, auf den diese Argumente wenig Eindruck machten, erklärte daraufhin, das sei doch »kein Hinderungsgrund, da die Verteidigung durch die Veröffentlichung hinreichend entschädigt werde, und, wie er wisse, auch die ausländische Presse (englische und amerikanische) großes Interesse habe und wahrscheinlich entsprechende Honorare bezahlen werde«. Der recherchierende Redakteur habe »bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet und nach allen Seiten Recherchen eingezogen«, François Genoud bereits Kontakt zu Schweizer Verlagen aufgenommen. Servatius hatte dem israelischen Generalstaatsanwalt allerdings bereits versichert, dass er während der Berufungsverhandlungen der Presse gegenüber nicht von seinen Besprechungen mit dem Verurteilten Gebrauch machen werde.[698]

Der Journalist bei der *Revue*, der sich um die Sache Eichmann vs. Globke kümmerte, war Jochen Willke (»Würmelen«), ehemals Chefredakteur der *Münchner Illustrierten* und eine der herausgehobenen Sonderverbindungen von Kurt Weiß zur Presse.[699] Nach anfänglichen Differenzen hatte sich der prominente Publizist und Kolumnist nach »Wintersteins« Feststellung in einem Gespräch mit Gehlen in den letzten Jahren gut entwickelt. Ebenso wie etwa der Chefredakteur der Münchener *Abendzeitung* müsse er »durch sorgfältig abgeschirmte Wahrnehmung der Verbindungen gegenüber gefährlichen Elementen in der eigenen Redaktion geschützt werden«.[700] Das war eine gute Voraussetzung, um auf das politisch bedenkliche Vorhaben des Blattes Einfluss zu nehmen.

Robert Servatius seinerseits hatte jetzt noch das mögliche Leck Genoud abzudichten, der die Aufzeichnungen zu dem Strecker-Buch in Händen hatte, die der Anwalt ihm und Eichmanns Familie zugänglich gemacht hatte. Der Brief des Eichmann-Verteidigers an François Genoud, Lausanne, datiert vom 11. März 1962 [redacted].[701] Generalstaatsanwalt Gideon Hausner, so hob Servatius hervor, habe ihm eine »unmissverständliche Warnung« zukommen lassen, wonach Informationen seines Mandanten nicht publiziert werden dürften. Daher müsse er sich »gegen Veröffentlichungen wenden, die auch nur den leisesten Verdacht aufkommen lassen können, als habe ich als Verteidiger dazu beigetragen, durch vorzeitige Veröffentlichungen in ein schwebendes Verfahren einzugreifen«. Die frühere Übung, aus der Veröffentlichung einiger Aufzeichnungen seines Mandanten Geld zu machen, sei zur Deckung seiner Aufwendungen zwar richtig und notwendig gewesen. »So unsicher allerdings die Finanzierung der weiteren Prozesskosten und die Deckung meiner Auslagen (von einem angemessenen Honorar ganz abgesehen!) ist, so wenig kann ich meine Hand dazu bieten, Anordnungen der israelischen Behörden zu durchkreuzen […] Auch wenn es sich um wörtliche Wiedergaben von mündlichen oder schriftlichen Äußerungen meines Mandanten handelt, deren Authentizität belegt ist, kann meines Erachtens im gegenwärtigen Zeitpunkt *vor* der Berufungsverhandlung eine Veröffentlichung der von mir der Familie überlassenen Niederschriften nicht erfolgen. Ich muss mir, in loyalem Einvernehmen mit den israelischen

Behörden, den Zeitpunkt der Veröffentlichung vorbehalten. Dies gilt vor allem für die letzten Memoiren Eichmanns, die sich im verschlossenen Umschlag in seiner Zelle befinden« – mit anderen Worten, wenn Genoud seine dringende Bitte jetzt ignoriere, dann werde er später von dem viel größeren Kuchen kein Stück abbekommen. Daraus wurde dann nichts, denn Eichmanns »Memoiren« erschienen erst 1980 in einem rechtsradikalen Verlag.[702]

Neben den gefährlichen Absichten der Illustrierten *Revue* galt die Hauptsorge des Bundesnachrichtendienstes und des Bundeskanzleramts – die Verhandlungen zweiter Instanz standen unmittelbar bevor – der Aussicht, dass Staatssekretär Globke doch noch ganz offiziell in den Prozess gegen Adolf Eichmann hineingezogen würde. Am 14. März traf in Pullach die Nachricht ein, Rechtsanwalt Servatius sei soeben »von München nach Jerusalem abgeflogen mit dem Vorsatz, Dr. Globke als Zeugen der Berufungsverhandlung zu benennen, obwohl er in der schriftlichen Berufungsbegründung diesen Antrag bisher nicht gestellt hat«. Diese Absicht gehe auf eine Besprechung mit seinem Mandanten und dessen Aufzeichnungen zu der Globke-Dokumentation von Reinhard Strecker zurück. Die *Revue* sei weiterhin allem dicht auf den Fersen. Der Chefredakteur zeige sich unnachgiebig und wolle nicht auf die Veröffentlichung verzichten. Das zwischen ihm und Genoud vereinbarte »Honorar von 5000 Pfund entspricht nach Kenntnis von V-7396 in keiner Weise dem publizistischen Marktwert der Veröffentlichung«. Und dann: »Dr. Servatius ist der Überzeugung, dass, selbst wenn er Dr. Globke nicht als Zeugen benennen würde, Adolf Eichmann bei der ersten sich bietenden Gelegenheit im Gericht auf dessen Vernehmung drängen würde. Die Brüder Eichmann in Linz drängen bereits seit längerer Zeit darauf, dass Dr. Globke als Zeuge in das Verfahren mit hineingezogen wird.«[703]

Es schien Spitz auf Knopf zu stehen. Eiligste Informationen überschlugen sich: Zuerst setzte der stellvertretende Leiter des Strategischen Dienstes seinen Präsidenten über die jüngste Entwicklung ins Bild.[704] Kurt Weiß wies dabei insbesondere auf diejenigen Seiten in Eichmanns Globke-Manuskript hin, die »den Tenor des Beweisantrages enthalten, wie ihn A. Eichmann von seiner Verteidigung erwartet«. Er empfahl Gehlen, den Staatssekretär »sofort« zu unterrichten. Es komme jetzt »entscheidend darauf an, dass die israelische Verhandlungsleitung in

der bisherigen Weise verfährt und eine Ausweitung zu verhindern trachtet«. Außerdem sei es von größter Bedeutung, ob die Presse vorzeitig Einzelheiten aus den Aufzeichnungen und Kommentaren des Angeklagten zu der Dokumentation von Reinhard Strecker erfahre. Bei der *Revue* sehe er »vorerst« keine Möglichkeit, deren Abdruck »mit den zum Teil höchst unerwünschten Einzelangeben« zu verhindern. Der BND-Präsident reagierte sofort, arbeitete die Meldung »Wintersteins« geringfügig um und sandte sie als eigenes Schreiben an den Staatssekretär. Es enthielt allerdings den bedeutsamen Zusatz: *»Entsprechende Maßnahmen sind eingeleitet.«*[705]

Tatsächlich gelang es, die Veröffentlichung der Eichmann-Aufzeichnungen zu dem Strecker-Buch über Globke zu verhindern. Obgleich es aus den überlieferten Unterlagen nicht zu ersehen ist, könnte es Teil der vom Präsidenten angekündigten Maßnahmen des BND gewesen sein, über seine Sonderverbindung Jochen Willke[706] auf den Chefredakteur der *Revue* einzuwirken. Jedenfalls machte die Illustrierte ihre Ankündigung nicht wahr, das Dokument sofort nach dem Urteil der zweiten Instanz zu veröffentlichen; sie brachte es überhaupt nie. Genoud, Rechenberg und Servatius mussten sich damit abfinden, dass aus Eichmanns 40 Seiten Globke-Notate nicht das erwartete Geschäft wurde. Das geht recht anschaulich aus den Mitschriften einer Telefonüberwachung hervor, die von der CIA an sich wegen der fragwürdigen Geschäfte der Münchener »Arabo-Afrika Gesellschaft für Wirtschaftsforschung mbH« eingeleitet worden war, an denen Genoud und Rechenberg maßgeblich mitwirkten. Die Abhörmaßnahme fand just in den März-Wochen 1962 statt, in denen das Geschäft mit der *Revue* eingefädelt wurde, dann aber doch platzte.[707] Die mitgeschnittenen Telefongespräche zeigen außerdem, auf welchem vertrauten Fuße das Trio Genoud-Rechenberg-Servatius mittlerweile stand.

Anfang März gab der Chefredakteur der *Revue* Rechenberg (mit »Hänschen« bezeichnete Servatius ihn gegenüber seiner Frau übrigens) also die Zusage: »Wir machen es«. Einige Tage später berichtete Rechenberg seinem Freund François Genoud, Servatius logiere im King David Hotel in Jerusalem. »Genoud kommentiert, der wohne in einem schönen Hotel«, so das Protokoll. Rechenberg: »Ja ja, natürlich. Für Ihr Geld, wenn Sie ihm so viel Geld beschaffen. Er wird Ihr Geld gar nicht nehmen können, nicht – wird schon nehmen.« Ende des Monats sprach Rechenberg dann mit seiner Führungsstelle im BND. Der »Chef« fragt ihn nach seinem Befinden und V-

7396 antwortet ihm: »Völlig am Boden zerstört durch die Stürme, die auf mich einwirken, aber sonst ganz gefasst.« Chef: »Ja warum, was stürmt denn auf Sie ein?« Rechenberg: »Mein armer Freund François (lacht) – der ist böse.« »Ja?« »Na ja, er wird sich schon wieder beruhigen.« »Wegen der Veröffentlichung? Wegen der Revue?« Rechenberg: »Ja, wegen der Nichtveröffentlichung (lacht erneut). Er kam und wollte kassieren. Und siehe da, es war nichts.« Chef: »Ich denke, der hat es an die Firma (oder: ›nur intern‹ – nicht zu verstehen) abgegeben.« Rechenberg: »Ja, ja, aber die wollen nicht mehr […] Ja, die wollten es in der 4. Nummer vom 1. April, nicht, weil sie bis dahin nicht hatten die Erklärung bringen sie es nicht. Aus. Zu Ende. Das ist ja sicher auch nicht aktuell für die. Nicht mehr. Also, das ist schon – « Chef: »Harte Verluste, nicht?« Rechenberg: »Harte Verluste. Ja.« Einige Tage später meldete sich dann noch Dr. Dieter Wechtenbruch am Telefon, da er gerne bei den Rechenbergs zu Hause in Bad Tölz vorbeischauen wollte.

Die »Maßnahme« gegen die Veröffentlichung in der *Revue* glückte. Die andere schlug fehl [redacted]: Der Verteidiger von Adolf Eichmann stellte tatsächlich einen Antrag, Hans Globke als Zeugen einzuvernehmen.[708] Doch auch diese Bedrohung ließ sich abwenden: Sofort nach Eröffnung der Berufungsverhandlung suchte nämlich der dem BND wohlvertraute Abgesandte des Bundeskanzlers, Rolf Vogel, den Chefankläger Gideon Hausner auf und besprach die delikate Angelegenheit mit ihm persönlich. Noch am selben Tag, man schrieb den 23. März 1962, lehnte es das Oberste Gericht Israels ab, die graue Eminenz im Palais Schaumburg als Zeugen der Verteidigung zuzulassen – falls sie es überhaupt je erwogen haben sollte, sich ernstlich mit dem Antrag auseinanderzusetzen, der nicht zuletzt den Zweck zu haben schien, die Bundesregierung in dem noch immer anhängigen Rechtsstreit über die Erstattung seiner Prozesskosten unter Druck zu setzen.[709]

Generalstaatsanwalt Gideon Hausners Stellvertreter habe ihm soeben erklärt, teilte Vogel dem Kanzleramt in dem entsprechenden Fernschreiben sogleich mit, dass »er sehr deutlich und klar ablehnen werde, Dr. Globke laden zu lassen […] Bei den Staatsanwälten herrscht eindeutig die Auffassung vor, dass hier Servatius nur seiner eigenen Regierung

Schwierigkeiten bereiten wollte, wobei die Frage des Zusammenhanges mit der Ablehnung seiner Honorarzahlung angeschnitten wurde.«[710] Eine knappe Woche später endete die Berufungsverhandlung. Die Urteilsbestätigung erfolgte am 29. Mai, in der Nacht zum 1. Juni 1962 wurde Adolf Eichmann gehängt. Wie gesagt, ein akutes politisches Problem verwandelte sich in eine historische Frage.

Die Bundesregierung und der Bundeskanzler persönlich waren mit dem israelischen Management des großen Prozesses sehr zufrieden. Sie dankten es Ben Gurion und seinem Kabinett in Wort und Tat.[711] An der Eingrenzung des Jerusalemer Verfahrens auf »Eichmann und die Juden« und der Vermeidung einer Thematisierung der von Deutschland in breiter Arbeitsteiligkeit durchgeführten Ermordung der europäischen Juden hatten viele mitgewirkt: Israel, die Bundesrepublik und ihre Verbündeten, deren Diplomaten wie ihre Nachrichtendienste, zum Teil aus Überzeugung oder Unkenntnis, vor allem jedoch aus Solidarität mit einem Verbündeten im Kalten Krieg, der tatsächlich ein Vergangenheitsproblem hatte und sich obendrein maßloser östlicher Agitation erwehren musste.

Für den Bundeskanzler und seinen Staatssekretär wurde der BND in den Monaten von Mai 1960 bis Mai 1962 zur herausragenden Informationsquelle im Eichmann-Komplex. Über seine »Lena«-Meldungen zu den Verleumdungskampagnen der DDR[712] und dank seiner erfolgreichen Operation »Gleisdreieck« gewannen Adenauer und Globke einen denkbar tiefen Einblick in das Umfeld des Prozesses und in das Verfahren selbst, ganz besonders in die Pläne und in das Verhalten des Angeklagten und seines Anwalts. [redacted] Hans Globke, den seit einem Jahrzehnt ein symbiotisches Verhältnis mit Reinhard Gehlen verband, profitierte [redacted] unmittelbar.

Als vergangenheitspolitischer Schutzschild bewährte sich der Auslandsnachrichtendienst aber auch im Innern, sei es durch seine verdeckte Intervention gegen den Aufklärer Reinhard Strecker und die Eichmann-Ausstellung in München,[713] oder sei es durch seine Versuche, Unterstützer für Globke zu mobilisieren und Publizisten zur Zurückhaltung zu bewegen. Alles das trug wesentlich zur Behinderung einer breiteren Debatte der historischen Verantwortung des ehemaligen Ministerialrats im

Reichsinnenministerium bei. Sieht man von der jahrelangen Ausforschung der sozialdemokratischen Parteiführung ab,[714] so zählte diese Art der Vergangenheitsabwehr vor und während des Jerusalemer Verfahrens aus der Perspektive des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramts zu den erfolgreichsten Operationen des BND überhaupt.

Freilich, die jahrelange machtmissbräuchliche Instrumentalisierung seines BND gegen die SPD-Opposition war vom Präsidenten mit der »Kanzlerdämmerung« und nach dem Felfe-Desaster bereits stark reduziert worden.[715] Die Lorbeeren aus der Eichmann-Operation welkten ebenfalls rasch. Reinhard Gehlen erfuhr das bald nach Adolf Eichmanns Hinrichtung, als er in der Spiegel-Affäre binnen weniger Monate das Vertrauen des Bundeskanzlers, dem er mit seinen geheimen Diensten über ein Jahrzehnt so nützlich zur Hand gegangen war, endgültig verspielte. Grob beschuldigt, persönlich gedemütigt und beargwöhnt, glitt dem einst so geschätzte »Doktor« die von ihm und »Globus« etablierte, so überaus ertragreich gestaltete politische Inlandsspionage schon aus den Händen, ehe die Ära Adenauer im Herbst 1963 zu Ende ging.

1 Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 611.
2 So Bundeskanzler Adenauer in der Bundestagsdebatte am 22.10.1952; Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Stenographische Protokolle, S. 10736.
3 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 37 ff.
4 Müller, Gehlen, II, S. 1318.
5 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 31 ff. und 46 ff.
6 Memorandum Gehlens, 30.8.1946, abgedruckt bei Critchfield, Pullach, S. 51. Hervorhebung von mir.
7 Leide, NS-Verbrecher, S. 74.
8 Daily Express, 17.3.1952 (»Hitler's General Spies now for Dollars«).
9 Le Figaro, 11./12.4.1953 (»Enthüllung über die Nazi-Verschwörung in Deutschland«).
10 NWDR-Sendung über die Welt der Geheimdienste, 28.6.1953.
11 Siehe Fricke/Engelmann, Konzentrierte Schläge.
12 Detailliert dazu Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg; Zitate ebd., S. 11 und 270.
13 Berliner Zeitung, 10.11.1953 (»Ende des Spionagenests X/9592 in Schöneberg«); zit. nach Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 272; auch zum Folgenden, insbes. S. 338 ff.
14 Vgl. die Charakterisierung Nordens bei Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 203 ff.
15 Gerhard Sälter: Informationen aus dem Zwischenraum. Die DDR-Kampagne gegen Adolf Heusinger, der BND und die Doppelagenten Heinz Felfe und Günter Hofé, in: Welche »Wirklichkeit« und wessen »Wahrheit«? Das Geheimdienstarchiv als Quelle und Medium der Wissensproduktion. Hrsg. von Thomas Großbölting und Sabine Kittel, Göttingen 2019, S. 195–206, hier S. 197.
16 Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 338.
17 Hierzu Sälter, NS-Kontinuitäten; Sälter, Rote Kapelle; Nowack, Sicherheitsrisiko; Christoph Rass: Das Sozialprofil des Bundesnachrichtendienstes. Von den Anfängen bis 1968, Berlin 2016.
18 Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 337; das folgende Zitat ebd., S. 342.
19 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung mit Globke am 29.9.1954, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 499.
20 Siehe Engelmann/Fricke, Konzentrierte Schläge, S. 131.
21 Siehe oben, S. 375 ff.
22 Siehe Heidenreich/Münkel/Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg, S. 355 ff.
23 Notiz zu der Besprechung Gehlens mit Globke und Gumbel am 8.10.1954, in: BND-Archiv, 1418, Bl. 120 ff. Ein halbes Jahr zuvor war der *Spiegel* mit einer kritischen Titelgeschichte gegen Oberländer herausgekommen; Der Spiegel, 21.4.1954 (»Oberländer. Baustein oder Dynamit«).
24 Zur SED-Kampagne gegen Oberländer siehe unten, S. 1004 ff.
25 So etwa am 11.5.1955. Hinweis in Gehlens »Besprechungstagebuch«, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 517.
26 Neue Kampagne gegen angebliche Nazis in führenden Stellungen der Bundesrepublik, 30.4.1956, in: BND-Archiv, 1197, Bd. 1, Bl. 339, sowie in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (5), Bl. 1 (auch in BArch, B 136/50403).
27 Aktionen des »Ausschusses für Deutsche Einheit«, 23.4.1956, in: BND-Archiv, 1197, Bl. 331.

28 Vorbereitung neuer Angriffe gegen Staatssekretär Dr. Globke, 6.7.1956, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (4), Bl. 3 f. (auch in BArch, B 136/50402).
29 Zit. nach Der Spiegel, 4.4.1956 (»Globke. Böse Erinnerungen«).
30 Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 665; das folgende Zitat ebd., S. 667.
31 Siehe oben, S. 102.
32 V-13910 an 11/III, Geplante Herausgabe eines Buches »Der deutsche Nachrichtendienst unter dem Nationalsozialismus«, 30.1.1957, in: BND-Archiv, 121919, Bl. 1827.
33 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 408 f.
34 Gehlen an Globke, 6.3.1957, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (8), Bl. 1 ff. (auch in BArch, B 136/50405).
35 Ebd., Bl. 4 ff.
36 Worgitzky an Globke, Vorbereitung neuer Angriffe gegen General Speidel, 19.3.1957, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (8), Bl. 11 ff. (auch in BArch, B 136/50405).
37 Ostgesteuerte Kampagne gegen Generalleutnant Speidel, 1.8.1957, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (8), Bl. 17 ff. (auch in BArch, B 136/50405); dort, Bl. 13 ff., auch die Stellungnahme des für den BND zuständigen Referats 5 im Kanzleramt vom 30.7.1957.
38 Vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 76.
39 Der Spiegel, 4.9.1963 (»Fall Speidel«).
40 Christian Dirks: »Die Verbrechen der anderen«. Auschwitz und der Auschwitzprozess der DDR: Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer, Paderborn 2006, S. 53.
41 Klaus Bästlein: »Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes«. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktion der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte »Selbstreinigung« 1957–1968, in: Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. Hrsg. von Klaus Bästlein, Annette Rosskopf, Falco Werkentin, Berlin 2009, S. 53–93.
42 Siehe Leide, NS-Verbrecher, S. 75 f., Dirks, Verbrechen, S. 59 ff., sowie generell Marc von Miquel: Juristen: Richter in eigener Sache, in: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945. Hrsg. von Norbert Frei, Frankfurt/Main 2001, S. 181 ff.
43 Siehe Brochhagen, Nürnberg, S. 264.
44 So der sprichwörtlich gewordene Titel des Buches von Ingo Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987.
45 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 637. Zur internen Handhabung der Hofé-Berichte über die DDR-Kampagnen siehe die Aufzeichnungen und Vermerk von Herbst 1959, in: BND-Archiv, 122444, Bl. 1217 ff. Vgl. insbesondere die Analyse von Karl-Eberhard Henke: »Stellungnahme Dr. Herder an Präsident Gerhard Wessel über das 1971 herausgegebene Buch ›Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des BND von Hermann Zolling und Heinz Höhne‹«, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 61, Bl. 6–116, insbes. Bl. 87.
46 Weiß (27 VK) an Gehlen (106/II), Stellungnahme zum Fall »Lena« (V-18268/»Cicero«) aus der Sicht der Führung der außenpolitischen Nachrichtenbeschaffung und Sichtung, 1.2.1963, in: BND-Archiv, 121101, Bl. 2 ff. Hervorhebung im Original.
47 I/Pol, Veröffentlichungen der »DDR« über »Nazirichter und Staatsanwälte im westdeutschen Justizapparat« und Äußerungen westdeutscher Politiker zur Bonner Politik gegenüber Polen, in: BND-Archiv, 35476, Bl. 284 ff. Siehe auch I/Pol, Dokumentation des Ausschusses für Deutsche Einheit mit dem Titel »Gestern Hitlers Blutrichter, heute Bonner Justizelite«, 23.12.1957, in: BND-Archiv, 35476, Bl. 323 f.
48 Siehe Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 769 ff.; das Zitat ebd., S. 769.
49 Vgl. im Einzelnen Brochhagen, Nürnberg, S. 290 ff.
50 Siehe ebd., S. 318 ff.

51 Yeshayahu A. Jelinek: Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, S. 313.
52 Vgl. Amos, Westpolitik, S. 291 ff.; die folgenden Zitate ebd., S. 264. Zur Rolle des Staatssicherheitsdienstes, der bei den Diffamierungskampagnen nicht in Erscheinung treten sollte, siehe Leide, NS-Verbrecher, S. 73 ff.
53 Michael Lemke: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die Westpropaganda der SED 1960–1963, in: VfZ 41 (1993), S. 153–174; Zitat, S. 157.
54 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 627.
55 CIA-Verbindungsstab an Gehlen, Blackmailing of Nazis and War Criminals by Hostile Services, 21.11.1958, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 219 ff.
56 Gehlen an Globke, 30.11.1958, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 215. Vgl. auch Brochhagen, Nürnberg, S. 261 f.
57 Globke (i. A. Mercker) an Gehlen, Erpressung ehemaliger Nazis und Kriegsverbrecher durch sowjetische bzw. Satelliten-Nachrichtendienste, 29.1.1959, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, Bl. 32 ff.
58 Zur skeptischen Haltung Adenauers gegenüber der Verwendung ehemaliger Gestapo-Beamter im BND siehe Dülffer, Krise, S. 248 f.
59 Notiz von Kurt Weiß über die Besprechung am 24.3.1959, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 6, Bl. 16 ff.
60 Vgl. Meyer, Heusinger, S. 635. Siehe auch die Ausarbeitung des BND, Die sowjetzonale Aktion zur Diskriminierung der BRD bei den Natopartnern vom 26.3.1959, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (293), Bl. 6 ff. (auch in BArch, B 136/50087).
61 Siehe dazu die Berichterstattung des BND 1958/59 an das Kanzleramt, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (292), Bd. 1, Bl. 1 ff.
62 Siehe Sälter, Zwischenraum, S. 197 ff.
63 Zu den Anti-Globke-Kampagnen siehe unten, S. 1009 ff.
64 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Defa plant Dokumentarfilm »Ein Tagebuch für Anne Frank«, 30.9.1958, in: BND-Archiv, 35480, Bl. 521 ff.
65 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Dokumentarfilm und Buch »Ein Tagebuch für Anne Frank«, 19.12.1958, in: BND-Archiv, 35480, Bl. 726 ff. Umgesetzt unter demselben Betreff in die Meldung E 340578 von I/Pol vom 22.12.1958, in: BND-Archiv, 121487, Bl. 1979 ff.
66 I/Pol, Internationale Pressekonferenz des Ausschusses für Deutsche Einheit am 22.2.1959 in Ost-Berlin, 4.3.1959, in: BND-Archiv, 35476, Bl. 615 f.
67 Siehe etwa den Vermerk des Leiters der BND-Verbindungsstelle in Bonn für das Kanzleramt, Dokumentarfilme, 26.2.1959, das Schreiben des BND an das Kanzleramt, Dokumentarfilm, hier: »Ein Tagebuch für Anne Frank«, 23.6.1959, oder das Schreiben Dürrwangers (552) an Globke persönlich, Defa-Film »Ein Tagebuch für Anne Frank«, 13.11.1959, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (289), Bl. 1 ff., Bl. 6 ff. und Bl. 9 ff. (auch in BArch, B 136/50086). Hier auch der hds. Vermerk eines Ministerialrats: »Die Berichterstattung beruht auf einer Weisung des Herrn Staatssekretärs.«
68 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Defa-Dokumentarfilme und entsprechende Bücher, 11.12.1959, in: BND-Archiv, 35481, Bl. 610 ff.
69 I/Pol, Film über Felix von Eckardt, 14.12.1959, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 177 f.
70 I/Pol, Film gegen Felix von Eckardt, 22.1.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 245 ff.
71 I/Pol, Diffamierungskampagne, 29.4.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 285 f.
72 Gehlen an Globke, Fortsetzung der Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik, 12.4.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (293), Bl. 66 (auch in BArch B

136/50087).

73 Siehe etwa den Vermerk von Günter Bachmann, Verleumdungsfeldzug der SED/KP gegen Mitglieder der Bundesregierung und führende Persönlichkeiten in der Bundesrepublik, 30.7.1957, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (8), Bl. 13 (auch in BArch, B 136/50405).

74 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Dokumentarfilme der Defa und entsprechende Bücher, 30.4.1959, in: BND-Archiv, 35481, Bl. 216. Siehe auch die Mitteilung vom 23.4.1959; ebd., Bl. 200.

75 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Defa-Dokumentarfilme, 8.6.1959, in: BND-Archiv, 35481, Bl. 299 ff.

76 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Defa-Dokumentarfilme und entsprechende Bücher, 8.7.1959, in: BND-Archiv, 35481, Bl. 351 ff.

77 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Defa-Dokumentarfilme und entsprechende Bücher, 11.12.1959, in: BND-Archiv, 35481, Bl. 610 f.

78 I/Pol, Film über Strauß und entsprechendes Buch, 23.12.1959, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 211 ff.

79 Meldung an das Bundeskanzleramt, Diffamierungskampagne gegen die BRD, 4.5.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (293), Bl. 75 (auch in BArch B 136/50087).

80 Gehlen an Globke, Fortsetzung der Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik, 12.4.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (293), Bl. 58 ff. (auch in BArch B 136/50087).

81 Auszug aus dem Aktenvermerk über eine interne Besprechung mit »Winterstein« am 11.2.1960, in: BND-Archiv, 122444, Bl. 1209.

82 Notiz von Kurt Weiß, 10.3.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 112.

83 I/Pol, Film und Buch über Strauß, 22.1.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 241 ff.

84 I/Pol, »DDR« verstärkt Hetze gegen die Bundesregierung, 23.6.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 419 ff.

85 I/Pol, Diffamierungskampagne, 3.8.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 478 f.

86 I/Pol, Diffamierungskampagne, 7.4.1961, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 852 ff.

87 Gehlen an Globke, Herstellung von Belastungsmaterial in der Ostzone gegen Diplomaten der Bundesrepublik, 4.9.1959, in: BND-Archiv, 1206, Bd. 2, Bl. 206 ff.

88 I/Pol, Broschüre des Ausschusses für Deutsche Einheit »Schwerbelastete Hitler-Diplomaten im Dienst der Außenpolitik des deutschen Militarismus«, 23.5.1959, in: BND-Archiv, 25476, Bl. 685.

89 Gehlen an Globke, Beabsichtigte sowjetzonale Aktion gegen Bundesminister Lemmer, 23.11.1959, in: BND-Archiv, 1206, Bd. 2, Bl. 260 ff.

90 Siehe etwa die Berichterstattung des BND 1958/59 an das Kanzleramt, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (292), Bd. 1, Bl. 1 ff. Siehe Adenauers Kürzel auf einer Meldung vom 28.2.1958, desgleichen auf einem Schreiben von Gehlen an Globke, SBZ-Vorbereitung einer Hetzkampagne gegen Bundespräsident Dr. Lübke und Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, 2.3.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (293), Bl. 52 (auch in BArch B 136/50087).

91 Notiz von Kurt Weiß, 4.1.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 3 f.

92 Vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 77.

93 Siehe etwa Schwarz, Adenauer, II, S. 529.

94 Vgl. Brochhagen, Nürnberg, S. 323 f.

95 Siehe Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, und Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 320.

96 Siehe den Kommentar von Kurt Weiß zur Eintragung in seinem Diensttagebuch am 22.4.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 190.
97 Notiz von Kurt Weiß über sein Gespräch mit Fritz Hesse am 11.1.1960, in: NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 12 f.
98 Brochhagen, Nürnberg, S. 330.
99 Hodenberg, Journalisten, S. 297.
100 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 208 und 209. Siehe auch Brochhagen, Nürnberg, S. 258 ff.
101 Erschöpfend dazu Philipp-Christian Wachs: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt am Main 2000. Das folgende Zitat ebd., S. 12.
102 Vgl. Wolf, Entstehung, S. 62 ff.
103 Gehlen, Dienst, S. 101.
104 Gehlen, Notiz über eine Besprechung mit Globke und Gumbel am 8.10.1954, in: BND-Archiv, 1418, Bl. 118 ff.
105 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 489 ff.
106 Repenning (552), Besuch Leiter 88 [Gehlen] in Bonn vom 22.–24.2.1956, 27.2.1956, in: BND-Archiv, 4320, Bl. 95.
107 Der Spiegel, 21.4.1954 (»Oberländer. Baustein oder Dynamit«).
108 Hierzu und zum Folgenden Wachs, Oberländer, S. 206 ff.
109 Fernschreiben von Hofés V-Mann-Führer an Felfe, Verbot der VVN, 17.11.1959, in: BND-Archiv, 35481, Bl. 571.
110 Sitzung am 29.1.1960, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 639.
111 Der Spiegel, 6.1.1960 (»Oberländer. Wahrheit über Lemberg«).
112 Wachs, Oberländer, S. 510.
113 Der Spiegel, 20.4.1960 (»Oberländer. Tod im Ausschuss«).
114 Zit. nach Der Spiegel, 3.7.2000 (»Der seltsame Professor«).
115 Sitzung am 26.4.1960, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 660 und 658.
116 Siehe Wachs, Oberländer, S. 400 ff., 446 ff. und 465 ff.
117 I/Pol, Broschüre »Die Wahrheit über Oberländer«, 18.2.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 264.
118 Vermerk Gehlens für das Kanzleramt, Fortsetzung der Diffamierungskampagne gegen die BRD, 7.3.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (293), Bl. 55 (auch in BArch, B 136/50087). Gehlen unterrichtete Globke laufend über die Attacken gegen Oberländer, so u. a. auch noch in einer Meldung vom 9.5.1960; siehe seine Aktennotiz über die Besprechung mit dem Staatssekretär am 19.5.1960, in: BND-Archiv, 1227, Bl. 4.
119 I/Pol, Diffamierungskampagne, 29.4.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 379 ff.
120 Gehlen an Globke, 22.4.1960, Meldung »Weltkommunismus – Bundesrepublik: FIR [Internationale Föderation der Widerstandskämpfer] plant Propagandakampagne gegen Bundesminister Seebohm« als Anlage, in: BND-Archiv, Bd. 1, 1163, Bl. 414 f.
121 Siehe unten, S. 1049 ff.
122 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 218 ff.
123 Siehe ebd.
124 Siehe unten, S. 1027.
125 Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 73. Sitzung am 12.7.1950, Stenografische Protokolle, S. 2633–2643, hier S. 2634.
126 Siehe oben, S. 989.
127 Vgl. Gottfried Oy, Christoph Schneider: Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiographie, Münster 2013, und Miquel, Juristen, S. 210 ff.

128 Umfassend zu den Auseinandersetzungen mit der Justizgeschichte zwischen 1933 und 1945 Manfred Görtemaker, Christoph Safferling: Die Akte Rosenburg: Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.

129 Siehe Kristina Meyer: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990, Göttingen 2015, S. 217 ff.

130 Siehe Stephan A. Glienke: Die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« (1959–1962): Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen, Baden-Baden 2008, sowie Görtemaker/Safferling, Rosenburg, S. 202 ff.

131 Vgl. Meyer, SPD, S. 217. Die beteiligten SDS-Studenten wurden von der SPD, die sich gerade zur bürgerlichen Wählerschaft öffnete, aus der Partei ausgeschlossen.

132 Miquel, Juristen, S. 211.

133 Der Spiegel, 13.1.1960 (»NS-Richter. Auf Fotokopien«); siehe auch Theo Sommer in: Die Zeit, 12.2.1960 (»Die Nazis in unserer Justiz. Pankows Listen und was daran wahr ist«).

134 Im Einzelnen siehe unten, S. 1128 ff.

135 Siehe etwa die Personenauskunft des BfV von 1961, in: BND-Archiv, 22758, o. Bl. Darin heißt es u. a.: »Sehr gute evangelische Familie, lebt zurückgezogen. Hervorstechend ist hervorragender Familiensinn«, Strecker habe »großes Sprachtalent, fast Kosmopolit«; »Kinnbart nach Schwabinger Manier, ist auch in dortigen Kreisen der Existenzialisten bekannt«, bei der Ausstellungseröffnung in München allerdings »glatt rasiert«; »meist abwesender Blick«; »sehr intellektuell und weit über Mittelmaß belesen. Liebte schon früh die rot-tendierende Literatur und drückte seine Meinung offen aus«; »enragierter Anti-Militarist und Anti-Faschist«, »mehr Salon-Kommunist als Bolschewist, d. h. also ›Rosaroter Intellektueller‹ wie Rowohlt und solche, jedoch fanatisch«.

136 Interne Notiz Bachmanns für Globke, Vorbereitung einer neuen Ausstellung zur Judenfrage durch den Studenten Reinhard Strecker, 20.6.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 5 f. (auch in BArch, B 136/50139).

137 Siehe unten, S. 1039 ff.

138 Dazu die Schilderung Streckers in: Oy/Schneider, Konkretion, S. 73 f.

139 Weiß (181) an Gehlen, Kriegsverbrecherliste Nr. 101, 27.4.1959, in: BND-Archiv, 1206, Bd. 2, Bl. 129 (Hds.: »Globus hatte angefragt«); Dürrwanger (363/VI) an Weiß (181), Anfrage Globus, 17.8.1959, in: BND-Archiv, 1230, Bl. 131 f.

140 Siehe oben, S. 109 ff.

141 VFF, Dezember 1959, »Bericht über die ›Aktion ungesühnte Nazijustiz‹, deren Gründung am 27. und 28.11.1959 in Karlsruhe stattfand«, in: BArch, B 136/1744, Bl. 534 ff.

142 Hds. Notiz Globkes vom 16.6.1961 auf einer Information des BfV vom 30.4.1961, mit der das Amt darauf hinwies, Strecker bereite eine »neue Ausstellung zur Judenfrage vor, die sich insbesondere mit der Judengesetzgebung des Dritten Reiches befassen wird«; allem Anschein nach richte sie sich gegen Staatssekretär Globke. In: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 3 (auch in BArch, B 136/50139).

143 Interne Notiz Bachmanns für Globke, Vorbereitung einer neuen Ausstellung zur Judenfrage durch den Studenten Reinhard Strecker, 20.6.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 5 f. (auch in BArch, B 136/50139). Strecker selbst bezeichnete sich als einen Mann von »sozialanarchistischer Prägung«. Siehe Oy/Schneider, Konkretion, S. 32.

144 BND, Fernschreiben an das Kanzleramt, Globke-Buch, 15.9.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 7 ff. (auch in BArch, B 136/50139).

145 Zum Binnenverhältnis Adenauer-Globke siehe insbesondere Bösch, Adenauer-CDU, S. 250 ff.

146 Siehe Erik Lommatzsch: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt am Main 2009, S. 316 f.; vgl. auch Ulrich von Hehl: Hans

Globke (1898–1973), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 3. Hrsg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher, Mainz 1979, S. 247–259.

147 Fernschreiben Gehlens an seine Bonner Verbindungsstelle »zur sofortigen Weitergabe nur an Herrn Staatssekretär Dr. Globke«, 5.9.1955, in: BND-Archiv, 1224, Bl. 200 f., sowie »Presse-Kampagne gegen Staatssekretär Dr. Globke«, 5.9.1955, in: BK, VS-Registratur, 14202 (4), Bl. 1 f. (auch in BArch, B 136/50402).

148 BND, Vorbereitung neuer Angriffe gegen Staatssekretär Dr. Globke, 6.7.1956, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (4), Bl. 3 f. (auch in BArch, B 136/50402).

149 Globke an Adenauer, 22.2.1957, in: ACDP, 01-007-051/3. Siehe das Schreiben Globkes an den deutschen Botschafter in Washington vom 27.2.1957, ebd.

150 Zur Absage des Besuchs auch Jürgen Bevers: Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik, Berlin 2009, S. 165 ff.

151 Zit. nach Lommatzsch, Globke, S. 311.

152 New York Post, 22.2.1957.

153 Gehlen an Globke, 6.3.1957, in: BND-Archiv, 1206, Bl. 62 ff.

154 Dürrwanger (552) an Globke, Fortsetzung der Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik, 12.4.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 120201 (293), Bl. 58 ff. (auch in BArch, B 136/50087); dort auch weitere BND-Hinweise. Zu Oberländer siehe den Tagesordnungspunkt »Politische Lage« in der Kabinettssitzung am 13.4.1960.

155 Zum »MfS als Aktensammler« und dem »systematischen Ausbau der Bestände seit den sechziger Jahren« vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 156 ff.

156 Siehe oben, S. 997 f.

157 BND, Geplante Pressekonferenz des sowjetzonalen »Ausschusses für Deutsche Einheit« über Staatssekretär Dr. Globke, 21.7.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (293), Bl. 85 (auch in BArch B 136/50087).

158 I/Pol, Diffamierungskampagne, 17.8.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 494 f.

159 I/Pol, Diffamierungskampagne, 24.10.1961, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 602 ff.

160 I/Pol, Diffamierungskampagne, 18.11.1960, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 640 f.

161 Vermerk Baden, 23.1.1961, zit. nach Lommatzsch, Globke, S. 321. Dort auch Hinweise zu Globkes Unterstützern.

162 I/Pol, Diffamierungskampagne gegen Globke, 30.3.1961, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 845 f.

163 I/Pol, Film ›Aktion J‹ gegen Globke, 28.4.1961, in: BND-Archiv, 35477, Bl. 913 ff.

164 Siehe Wolfgang Breyer: Dr. Max Merten – ein Militärbeamter der deutschen Wehrmacht im Spannungsfeld zwischen Legende und Wahrheit, Mannheim 2003; Bevers, Globke, S. 167 ff., sowie das Kapitel »Der Skandal um Max Merten«, in: Görtemaker/Safferling, Rosenburg, S. 313 ff. Ein Untersuchungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Globke wurde im Frühjahr 1961 eingestellt, da sich keinerlei Anhaltspunkte für die Triftigkeit von Mertens Behauptungen ergeben hatten.

165 Oy/Schneider, Konkretion, S. 46 ff.

166 Zit. nach Bevers, Globke, S. 176.

167 Oy/Schneider, Konkretion, S. 65 ff.

168 O. V. o. D., Vermerk, »Rütten & Loening-Verlag, Hamburg«, vorgelegt von Selbach, in: ACDP, 01-070-101/2, o. Bl.

169 Oy/Schneider, Konkretion, S. 62, 64, 72. Ähnlich in einem persönlichen Gespräch mit dem Autor.

170 Alle biografischen Angaben in: BND-Archiv, V-41001. Heinze verstarb am 26.5.1979.

171 Hierzu auch Conze, Amt, S. 471 ff.; das folgende Zitat ebd., S. 473.

172 Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Sitzung am 22.10.1952, Stenographische Protokolle, S. 10736.
173 Karteieintrag, 21.9.1951, in: BND-Archiv, V-41001, Heinze, Michael, Bl. 3.
174 Karteiauskunft für das Leitungsbüro, 23.11.1956, in: BND-Archiv, V-41001, 1. Fortsetzung, Bl. 34 f.
175 Siehe oben, S. 143 ff.
176 Karteieintrag, 9.11.1953, in: BND-Archiv, V-41001, Heinze, Michael, Bl. 4.
177 Angriffe auf den Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn, Bericht einer unbezeichneten Quelle unter Berufung auf eine »dem Bundeskanzler politisch nahestehende Persönlichkeit«, 30.6.1953, in: BND-Archiv, V-41001, Heinze, Michael, Bl. 16 ff.
178 Langkau an Gehlen, Heinz Mansfeld, 30.12.1953, in: BND-Archiv, V-41001, Heinze, Michael, Bl. 20 ff.
179 Wolf, Entstehung, S. 135 f.
180 Weiß (122/A) an Gehlen, Journalist Heinze-Mansfeld, 18.3.1955, in: BND-Archiv, V-41001, Heinze, Michael, Bl. 24 ff.
181 O. D. [1960], Personalbogen der Dienststelle 521, in: BND-Archiv, V-41001, Bl. 204.
182 Ungermann (521) an Weiß (181), Bericht über eine Unterredung mit Mansfeld in München am 27.4.1960, in: BND-Archiv V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 648 ff.
183 Ungermann (521) an Weiß (181), Beförderung eines Briefes an Michael Mansfeld, Berlin-Charlottenburg, 2.5.1960, in: BND-Archiv V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 671.
184 Rekrutierungsvorschlag Michael Mansfeld, 24.5.1960, in: BND-Archiv V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 642; ebenso die dringende Anfrage (Personenauskunft) von 521 an 502, 25.5.1960 (»Verwendung als Mitarbeiter nach Weisung 181«), in: BND-Archiv, V-41001, Bl. 71; Karteiüberprüfung am 27.5.1960, in: BND-Archiv, V-41001, Heinze, Michael, Bl. 8.
185 Ungermann (521) an Weiß (181), Mansfeld (DN Frauendorfer), 23.6.1960, in: BND-Archiv, V-41001, Bl. 187 ff.
186 Ungermann (521) an Weiß (181), [Titel wie zitiert], 9.12.1960, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 555.
187 Vermerk der Abteilung 1 von 521, Strecker, 7.12.1960, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 556.
188 O. V. [521], Schreiben an »Frauendorfer«, 16.12.1960, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 553 ff.
189 Ungermann (521) an Weiß (181), Bemühungen Thomas Harlan (Sohn Veit Harlans), Personalien von Deutschen zusammenzustellen, die während des Krieges in Polen an der Judenverfolgung beteiligt waren, 29.12.1960, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 542 ff.
190 Ungermann (521) an Weiß (181), Bemühungen eines gewissen Strecker, Berlin-Dahlem, Material über die an der Judenverfolgung beteiligten Deutschen zusammenzustellen, 29.12.1960, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 545 ff. Hervorhebung im Original.
191 521, Abteilung 1, Notiz: Petrinelli etc., 25.1.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 535 f.
192 Weiß (181) an Ungermann (521), Angeblich bevorstehende Aktion gegen Staatssekretär Thedieck, 31.1.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 518.
193 O. V. [521], Diktat Frauendorfers, 15.2.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 507 ff.
194 Foertsch an Rohleder (»Röhrich«), hds., 7.2.1961, in: BND-Archiv, V-41001, 1. Fortsetzung, Bl. 52.

195 O. V. [521], Diktat Frauendorfers [über sein Gespräch mit Strecker am 15.2.], 16.2.1961, 9 Seiten, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 498 ff.
196 Zum Anti-Globke-Film siehe oben, S. 1019 f.
197 Trotz der intensiven Befassung des BND mit dem Fall Eichmann sind in dessen überlieferten Unterlagen bei Befragung der Aktensuchsysteme bisher keine Hinweise auf das maßgebliche Engagement von Fritz Bauer bei dessen Ergreifung oder im Zusammenhang mit dem Prozess in Jerusalem gefunden worden. Allgemein siehe Irmtrud Wojak: Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie, München 2009, insbes. S. 284 ff., sowie Bettina Stangneth: Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders, Reinbek bei Hamburg 2014, S. 404 ff. Siehe jedoch: Bettina Stangneth und Willi Winkler: Der Mann, der Adolf Eichmann enttarnte, in: Süddeutsche Zeitung, 21./22.8.2021.
198 Siehe unten, S. 1105 ff.
199 O. V. [521], Diktat Frauendorfers, 15.2.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 507 ff.
200 Ungermann (521) an Weiß (181), Angeblich bevorstehende Aktionen gegen Staatssekretär Thedieck, hier: Einzelheiten über die Gruppe Harlan, Strecker usw., 23.2.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 489 ff.
201 Hds. Notiz von Weiß (180) für Foertsch (363/III), 27.6.1961, in: BND-Archiv, 22758, o. Bl.
202 Fernschreiben Ungermanns (521) an Weiß (181), Frauendorfer, 6.7.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 466.
203 Mansfeld an Ungermann (521), 9.7.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 456 f.
204 Ungermann (521) an Weiß (181), Frauendorfer, 11.7.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 458 ff.
205 Ungermann (521) an Weiß (181), Frauendorfer, 12.7.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 455.
206 Siehe unten, S. 1119 ff.
207 Schreiben Mansfelds an Ungermann (521), 2.6.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 286 f.
208 Fernschreiben Ungermanns (521) an Weiß (181), Frauendorfer, hier: Veröffentlichung eines Taschenbuches gegen Staatssekretär Globke, 7.8.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 288 f.
209 Weiß (181) an Ungermann (521), Veröffentlichung eines Taschenbuches über Staatssekretär Globke, 11.8.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 282.
210 Ungermann (521) an Weiß (181), Veröffentlichung eines Taschenbuches über Staatssekretär Globke, 17.8.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 279.
211 Aktennotiz 521, Abteilung 1, über eine Besprechung mit Mansfeld am 23.8.1961, 29.8.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 269 f.
212 Ungermann (521) an Weiß (181), Veröffentlichung eines Taschenbuches über Staatssekretär Globke, 29.8.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 268.
213 Fernschreiben Mansfelds, 31.6.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 267.
214 Ungermann (521) an Weiß (181), Veröffentlichung eines Taschenbuches über Staatssekretär Globke, 1.9.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 266 f.
215 Siehe unten, S. 1192 ff.
216 BND, Fernschreiben an das Kanzleramt, Globke-Buch, 15.9.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 7 ff. (auch in BArch, B 136/50139).

217 Bachmann an den BND, Buch über Staatssekretär Dr. Globke, 16.9.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 10 (auch in BArch, B 136/50139).
218 BND, Buch über Staatssekretär Dr. Globke, 18.9.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 11 f. (auch in BArch, B 136/50139).
219 O. V., o. D., Aufzeichnung zur Broschüre »Dr. Hans Globke«, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 10201 (311), Bl. 13 ff. (auch in BArch, B 136/50139).
220 Siehe unten, S. 1192 ff.
221 Siehe Creuzberger, Kampf, S. 167 ff., und Dülffer, Krise, S. 461 ff.
222 Hermann Foertsch (316) an Gehlen (363), Bericht über die Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt am 14.9.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 589 ff.
223 Hermann Foertsch (316) an Gehlen (363), Bericht über die Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt am 28.9.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 608 ff.
224 Der Tagesspiegel, 26.10.1961. Die Einstweilige Verfügung des Bonner Landgerichts erging am 29.11.1961.
225 Dringendes Fernschreiben von Ungermann (521) an Weiß (181), Taschenbuch über Staatssekretär Dr. Globke, 27.10.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 217 f.
226 O. V., [Ungermann] an Mansfeld, 30.10.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 216.
227 Ungermann (521) an Weiß (181), Taschenbuch über Staatssekretär Dr. Globke, 7.11.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 207.
228 O. V. [Ungermann], Schreiben an Mansfeld, 20.11.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 203.
229 Siehe oben, S. 1012.
230 Vgl. Bevers, Globke, S. 177, und Oy/Schneider, Konkretion, S. 70 und 73 f. Der Vergleich wurde am 28.3.1962 vereinbart.
231 Ungermann (521) an Weiß (181), Prozess Dr. Globke, 14.12.1961, in: BND-Archiv, 22750, o. Bl.
232 Weiß an Gehlen, Reinhard M. Strecker, 16.12.1964, in: BND-Archiv, 22750, o. Bl. Strecker legte der Dokumentation später eine mit Schreibmaschine abgefasste Erläuterung bei, in der er die Probleme bei der Drucklegung benannte. So musste das ursprüngliche Manuskript stark gekürzt werden, »zwei Drittel der Dokumente konnten nicht erscheinen«, außerdem waren es meist nicht Fotokopien, sondern sie »mussten nun gesetzt werden, wodurch zahlreiche kleine Fehler entstanden«. Er benennt auch die »zwei tatsächlichen Fehler«, nämlich die Einordnung der oben erwähnten »Kriegsverbrecherliste« sowie die Datierung einer handschriftlichen Randbemerkung Globkes. Die Erläuterungen auf dem losen Blatt enden mit dem Fazit: »Dass das Buch seinerzeit gegen alle Widerstände herausgebracht werden konnte, war der Erfolg einer List, die Globkes Anträge auf ›Erlass einer einstweiligen Anordnung, sofort, ohne mündliche Verhandlung‹ gegen das Buch so verzögerten, dass das Buch in der Zwischenzeit fertiggedruckt und -gebunden, quer über die ganze Bundesrepublik verteilt war, bevor das Gericht seinen Antrag genau prüfen konnte.« Privatbesitz.
233 O. V. [Ungermann], Aufzeichnung über einen Bericht Mansfelds am 3.12.1961, 4.12.1961, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 192 ff.
234 Siehe unten, S. 1192 ff.
235 O. V., o. D., Notiz der Dienststelle 521, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 1.
236 Verbindungsstelle Madrid (AK 12), Personenauskunft Heinze, Michael, 11.2.1964, in: BND-Archiv, V-41001, Bl. 22.

237 Vgl. die Mitteilung Mansfelds an die Dienststelle 521, wonach Strecker bereit sei, »eine Finnlandreise zu unternehmen«, sowie die interne Bemerkung, wer ihn »übernehmen kann, wenn 41001 aus Berlin weg ist«, in: BND-Archiv, V-41001, Dienststellen-Unterlagen, Bl. 184.
238 Weiß an Gehlen, Reinhard Strecker, 10.11.1965, in: BND-Archiv, 22758, o. Bl.
239 Siehe unten, S. 908 ff.
240 Buttlar (UAL IV D) an Wessel, Reinhard Strecker, 22.2.1971, in: BND-Archiv, 22758, o. Bl.
241 Wiechers an Globke, 4.2.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (4), Bl. 6 (auch in BArch, B 136/50402).
242 Personenauskunft zur Anfrage des BK vom 8.2. und 24.3.1960, 1.4.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (4), Bl. 8 ff. (auch in BArch, B 136/50402).
243 Personenauskunft zur Anfrage des BK vom 8.2. und 24.3.1960, 5.4.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (4), Bl. 10 (auch in BArch, B 136/50402).
244 Mercker, Vermerk nach Vortrag bei Herrn Staatssekretär, 3.6.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 14202 (4), Bl. 12. (auch in BArch, B 136/50402).
245 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), Erwin Hohmann, Sozialgerichtsrat, Dortmund-Hörde, Salzbrunnerstr. 7, 21.11.1961 in: BND-Archiv, 120611, Bl. 23 ff. Dort auch die Schreiben an Heinrich Lübke und Eugen Gerstenmaier vom 3.11.1961.
246 Bevers, Globke, S. 164.
247 Interne Notiz von Kurt Weiß, 5.6.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 774.
248 Siehe oben, S. 465 ff., sowie Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 76 f. und 243.
249 Lemke, Kampagnen, S. 168; die folgenden Zitate ebd.
250 Siehe oben, S. 1005 ff.
251 Siehe Brochhagen, Nürnberg, S. 402.
252 Vgl. auch das Kapitel »Die SED-Begleitkampagne zum Jerusalemer Eichmann-Prozess«, in: Annette Weinke: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002, S. 151–157.
253 Siehe den Hinweis Wintersteins für Gehlen auf das bevorstehende Verfahren, Diffamierungskampagne gegen Staatssekretär Globke und Staatssekretär Vialon, 23.4.1963, in: BND-Archiv, 1228, o. Bl.
254 So Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 265.
255 Zit. nach Lommatzsch, Globke, S. 320.
256 Schreiben des Autors an den BND-Präsidenten Dr. Bruno Kahl, 2.6.2021; das Antwortschreiben datiert vom 21.6.2021. Die schriftliche und mündliche Befassung des Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Roderich Kiesewetter (CDU), erfolgte ebenfalls im Juni 2021.
257 Siehe etwa BVerfG, Beschluss vom 13.6.2017-2 BvE 1/15, BVerfGE 146; BVerwG, Beschlüsse vom 24.10.2018-20 F 15.16-BVerwGE 163; BVerwG, Beschluss des Großen Senats vom 13.4.2021, 30 GS 1.20.
258 Erklärung des BND v. 30.8.2021.
259 Stangneth, Eichmann. Eine umfassende Auswahl-Bibliographie ebd., S. 636 ff.
260 Vgl. etwa die »Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Ekin Deligöz, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen«; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/13563, 13.5.2013. Die Quellensammlung zum Eichmann-Prozess und den Unterlagen seines Verteidigers Dr. Robert Servatius in: BArch, All. Proz. 6.

261 Stangneth, Eichmann, S. 530.
262 Siehe oben, S. 981 ff.
263 Siehe die Personenauskunft des BND, Dr. Robert Servatius, 17.11.1960, in: ACDP, 01-070-085/3. Darin hieß es, im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit habe er »verschiedentlich Kontakte zu Behörden der SBZ gehabt«, es lägen jedoch »keine Hinweise dafür vor, dass Dr. S. über den damit gegebenen Rahmen hinaus Beziehungen zum Ostblock unterhält«.
264 Schreiben von V-22146 (»Mantel«), 27.5.1960; hds. Notiz: »Original an Herrn Klinger zurück, 1.6.1960«, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1787. Siehe auch die beiliegende Karteikarte zu Eberhard Fritsch, auf der hds. notiert ist: »Hat Material v. Eichmann angeboten«; ebd., Bl. 1786.
265 Alle Angaben zu Hans Menzel in: BND-Archiv, V-22146. Kurt Weiß notierte am 18.2.1960 in seiner Kladde, Menzel habe sich als »Presse-Verbindung (Forscher, Tipper, Unterstützung in Salzburg) besonders bewährt«; BND-Archiv, NL 10, Bd. 7-1, Bl. 74.
266 Stangneth, Eichmann, S. 307.
267 Ebd., S. 17.
268 Ebd., S. 535; dort auch das folgende Zitat und die Angabe zum Umfang der überlieferten Quelle.
269 Siehe Holger M. Meding: Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst in Lateinamerika, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke. Hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding, Berlin 2021, S. 538–813.
270 ADN, Deutscher Freiheitssender enthüllt: Gehlen-Organisation soll Prozess gegen Eichmann verhindern, 27.5.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 38 ff.
271 Der Spiegel, 1.6.1960 (»Völkermord. Eichmann. Der Endlöser«).
272 Siehe oben, S. 982 ff.
273 Hds. Vermerk von Kurt Weiß auf dem an ihn gerichteten Fernschreiben der Dienststelle 519 (Wicht), Eichmann, 1.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1668.
274 Weiß (181) an Gehlen (363), A. Eichmann, 2.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1694 ff.
275 Ungermann (521) an Weiß (181), Adolf Eichmann, 3.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1662.
276 Weiß (181) an Gehlen (363), Angebliche Enthüllungen Eichmanns, 8.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1751 f.
277 Siehe oben, S. 958.
278 Interne Mitteilung für Weiß (181), Fmdl. Anruf von 12619 in Sachen Eichmann am 7.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1661.
279 Hds. Notiz Weiß (181) für 181/IVb, 8.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1664. Siehe Gaby Weber: Eichmann wurde noch gebraucht. Der Massenmörder und der Kalte Krieg, Berlin 2012.
280 Alle Zitate aus dem internen Pressespiegel vom 8.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1673 ff. Eine Übersicht für Globke führte allein für die Jahre 1960/61 ungefähr 170 einschlägige Presseberichte auf; ACDP, 01-070-101/3, o. Bl.
281 Weiß (181) über Gehlen (363) an die Vertretung des BND in Bonn (363/VI), Fall Eichmann, 20.6.1960, weitergeleitet an das Bundeskanzleramt am 22.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1718 ff., sowie in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2., Bl. 3 ff. (auch in BArch, B 136/50275); siehe auch Worm (522) an Weiß (181), Fall Eichmann, 13.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1709 f.
282 Stangneth, Eichmann, S. 476.
283 Worm (522) an Weiß (181), Fall Eichmann, 29.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1732 f.
284 Stangneth, Eichmann, S. 474; auch zum Folgenden.

285 Vgl. die Vereinbarung von Eichmanns Ehefrau mit *Life*, 5.6.1960, in: BArch, All. Proz. 6/253, Bl. 18.
286 Siehe die Personenauskunft von Wicht (519) an Langkau (502), 3.6.1959, sowie den Bericht von Heysing (V-12619), Wim Sassen, Buenos Aires, 19.7.1959 (der sich auf den Informanten V-17350, Wilfred van Oven, stützte), in: BND-Archiv, 100470, Bl. 26 f. und 30 f.
287 Siehe Willi Winkler: Der Schattenmann. Von Goebbels zu Carlos: Das mysteriöse Leben des François Genoud, Berlin 2011, S. 125.
288 Stern, (»Eichmanns letzte Spur entdeckt«), Start am 25.6.1960; vgl. Stangneth, Eichmann, S. 479.
289 Meldung von Heysing (V-12619), Zeitschrift »Der Stern«, Eichmann-Serie, 10.6.1960 [tatsächlich wohl 18.6.], in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1714.
290 181/IVb an Heysing (V-12619), Zeitschrift »Stern« – Eichmann-Serie, 24.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1713.
291 O. V., Stichworte zur Koordinationsbesprechung, 18.6.1960, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 35. Siehe auch die Meldung von 487/II, »SBZ-Propaganda zum Fall Eichmann«, 29.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1722. Siehe hierzu auch den Artikel von Klaus Wiegrefe in: Der Spiegel, 11.4.2011 (»Der Fluch der bösen Tat«).
292 Neues Deutschland, 29.7.1960.
293 CIA, DDR accuses Hans Globke of Nazi Crimes (Presseübersicht), 9.8.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_0138.
294 Siehe oben, S. 1005 ff.
295 Seebohm an Globke, 13.8.1960, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 62 ff. (auch in BArch, B 136/50275).
296 Aktennotiz Worgitzkys (363/W) über die Besprechung am 8.7.1960, 11.7.1960, in: BND-Archiv, 1230, Bl. 195 ff.
297 143. Kabinettssitzung, 22.3.1961.
298 Hds. Marginalie eines Mitarbeiters der Dienststelle 181, 10.8.1960, über einen Anruf der Dienststelle von Worm (522) am 5.8.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1732 f.
299 Meldung Heysings (V-12619), Eichmann-Serie im Stern, 17.7.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1744.
300 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess – hier: Sluis, alias Vim Sassen, 31.8.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 122.
301 Vgl. Langkau (502) an Ungermann (521), Eichmann-Prozess – hier: Sluis, alias Vim Sassen, 14.9.1960, in: BND-Archiv, 100470. Bl. 18.
302 Stangneth, Eichmann, S. 482.
303 Dürrwanger (363/VI) an Globke, 11.8.1960, in: BND-Archiv, 12432, Bl. 130. Kurt Weiß notierte Ende August in seiner Kladde: »Hinweise auf von der Ost-Propaganda beabsichtigte Ausdehnung des ›Falles Eichmann‹ auf ›Schreibtischtäter‹ wie Globke«; BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 2, Bl. 38.
304 Aufzeichnung von Kurt Weiß über ein Gespräch mit dem CIA-Verbindungsstab, 13.9.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 2, Bl. 47.
305 CIA, Munich, to Director, 13.9.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_153.
306 Aufzeichnung von Kurt Weiß über sein Gespräch mit Worgitzky, 16.9.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 2, Bl. 50.
307 Winterstein (181) an Gehlen (363), Eichmann-»Memoiren«, 13.9.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 125 ff. Hervorhebungen im Original.
308 CIA, Munich, to Director, 13.9.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_153.
309 CIA, Director, to Munich, 15.9.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_154.

310 Aufzeichnung von Kurt Weiß über sein Gespräch mit dem CIA-Verbindungsstab am 16.9.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 2, Bl. 51.

311 CIA, Director, to Munich, 17.9.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_156.

312 CIA, Director, to Munich, 20.9.1960, zit. nach Timothy Naftali: New Information on Cold War Stay-Behind Operations in Germany and on the Adolf Eichmann Case, in: https://fas.org/sgp/eprint/naftali.pdf; Zugriff am 30.8.2020.

313 Notiz von Volker Foertsch, Eichmann-Memoiren, 26.9.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 130.

314 Stangneth, Eichmann, S. 483: »Es gab nichts, das Dulles bei *Life* mit Nachdruck verhindern musste«.

315 Siehe jedoch: Naftali, New Information, S. 6: »At the request of the West German Government, the CIA persuaded LIFE magazine to delete any reference to Hans Globke from excerpts of Adolf Eichmann's memoir that the magazine had purchased and was preparing for publication«, in: https://fas.org/sgp/eprint/naftali.pdf; Zugriff am 30.8.2020.

316 381/IV an Weiß, Eichmann, 22.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 287 f. Hervorhebung im Original.

317 So der Propagandaminister 1941 in seinem Tagebuch; zit. nach Winkler, Schattenmann, S. 67. Ausführlich zu Rechenberg ebd., S. 66 ff., sowie Sälter, Kontinuitäten.

318 Siegfried Ungermann, V-12052, Jahrgang 1918, war von 1946 bis 1965 leitender Mitarbeiter der Organisation Gehlen und des BND. Kurt Weiß stellte ihm mehrfach glänzende Beurteilungen aus. Seit 1955 fungierte er als Chef der großen Führungsstelle Beschaffung des Strategischen Dienstes in München (»Büro Bavaria«, GV C, 521 bzw. 929); siehe BND-Archiv, P1/0240/I. Ungermann spielte bereits bei der Beobachtung von Reinhard Strecker eine Hauptrolle; vgl. oben, S. 1009 ff.

319 Ungermann (521), Anmeldung Rechenberg, 29.2.1960, in: BND-Archiv, 24055, Bl. 142 ff.

320 Stangneth, Eichmann, S. 480.

321 Winkler, Schattenmann, S. 9, 10 und 16. Siehe auch »Pro-Nazi Swiss Banker François Genoud«, 12.1.1984, in: CIA, ERR, Genoud, François_0094.

322 Vgl. Willi Winkler: Adolf Eichmann und seine Unterstützer, in: Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaften. Hrsg. von Werner Renz, Frankfurt/Main 2012, S. 289–318, hier S. 309.

323 Bericht Ungermanns (521) an Weiß (181) über die Informationen Rechenbergs (»Ägyptische Interesse an Verteidigung von Eichmann«), 29.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1761 ff. Hervorhebung von mir.

324 Mitteilung der CIA, 14.1.1953, in: BND-Archiv, 24057, Bl. 497 ff.

325 Aktennotiz Gehlens über eine Besprechung mit Staatssekretär Globke am 27.9.1960, in: BND-Archiv, 1227, o. Bl. Auf Bitte des Auswärtigen Amts ließ das Bundesjustizministerium Servatius vom Verfassungsschutz überprüfen. Vizepräsident Radke konnte mitteilen, es lägen bei ihm »keinerlei Anhaltspunkte für irgendwelche Ostkontakte« vor, hatte jedoch erfolgreich darum gebeten, von einem schriftlichen Bericht absehen zu dürfen. Siehe die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Erster Klasse Marmann, Fall Eichmann, hier: Verteidigung durch Rechtsanwalt Dr. Servatius, Bezug: Mündliche Weisung von Herrn Staatssekretär II, 19.12.1960, in: PA AA, B 130/5680A, o. Bl.

326 Ungermann (521) an die Dienststelle 502/S 2, Dr. Robert Servatius, 3.8.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 100.

327 [redacted]

328 [redacted]

329 [redacted]
330 [redacted]
331 [redacted]
332 Siehe oben, S. 1066.
333 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 21.7.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1757 ff. Hinter dem Decknamen »Dr. Gotting« verbarg sich V-11643,1 bzw. V-7386, Dr. Gotthard Eberlein; vgl. dazu Heidenreich, DDR-Spionage, S. 562 ff.
334 [redacted]
335 Ungermann (521) an Weiß (181), [redacted], München, 19.8.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1755 f. [redacted]
336 Stangneth, Eichmann, S. 500 ff. Das Zitat ebd., S. 501.
337 Siehe oben, S. 982 ff.
338 Herf, Erinnerung, S. 219. Das folgende Zitat aus einer Einlassung Nordens am 28.7.1960, ebd., S. 220.
339 Siehe Peter Krause: Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse, Frankfurt/Main 2002, S. 208 ff., S. 317 und 321 f.
340 Der Spiegel, 1.6.1960 (»Völkermord. Eichmann. Der Endlöser«).
341 Stern, 26.6.–16.7.1960 (»Eichmanns letzte Spur entdeckt«). Siehe Stangneth, Eichmann, S. 479 f. und 538.
342 Im Einzelnen Stangneth, Eichmann, S. 488 ff. Die Zitate ebd., S. 479 und 458.
343 Life, 15.11.–29.11.1960; siehe Stangneth, Eichmann, S. 619, sowie ebd., S. 485 f.; auch zum Folgenden.
344 Siehe oben, S. 1061 ff.
345 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 21.7.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1757 ff. Siehe auch Worm (522) an Weiß (181), Fall Eichmann, 29.7.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1732; hds. Notiz vom 10.8.1960.
346 Siehe Winkler, Unterstützer, S. 307 ff.
347 Vgl. Stangneth, Eichmann, S. 474 f.
348 Siehe oben, S. 1062.
349 Worm (522), Aktenvermerk über die Besprechung mit Eberhard Fritsch, Salzburg, am Dienstag, den 11. Oktober, 11–13 Uhr, im Direktionsbüro des *Salzburger Volksblattes*, 14.10.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1790 ff. Worm wurde von V-21503 (Ernst-Christoph Scherpky/»Pavel«) begleitet, einem altgedienten Journalisten, der über ausgedehnte Beziehungen in der Presselandschaft verfügte.
350 Stangneth, Eichmann, S. 481.
351 Der Spiegel, 19.10.1960 (»Kriegsverbrechen. Eichmann. Wer zahlt?«).
352 CIA, Munich, to Director, 18.10.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_0165.
353 CIA, Director, to Munich, 19.10.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_0166.
354 Siehe unten, S. 1113.

355 Gehlen an Globke, Vertrauliche Erklärungen Eichmanns, 25.10.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 143 f.
356 Aktennotiz Gehlens über die Besprechung bei Globke am 26.10.1960, 28.10.1960, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, o. Bl. Einen Monat zuvor hatte der Staatssekretär Gehlen gegenüber bereits sein »sehr positives Urteil« zu Servatius erkennen lassen; vgl. die Aktennotiz Gehlens über eine Besprechung mit Staatssekretär Globke am 27.9.1960, in: BND-Archiv, 1227, o. Bl.
357 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), Oberregierungsrat zur Wiederverwendung Rechenberg, 28.10.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1818 f.
358 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), ORR zur Wiederverwendung Rechenberg, 3.11.1960, in: BND-Archiv, 24056, Bl. 23 ff. Hervorhebung von mir. [redacted]
359 Gehlen, Vortrag bei Staatssekretär Dr. Globke am 17.11.1960, in: BND-Archiv, 1227, Bl. 16 ff.
360 Siehe Conze u. a., Amt, S. 600 ff.; die Zitate ebd., S. 601 und 608, Vgl. auch Winkler, Schattenmann, S. 128.
361 Zit. nach Christina Große, Der Eichmann-Prozess zwischen Recht und Politik, Frankfurt am Main 1995, S. 59.
362 CIA, Director, to Munich, Frankfurt, Hamburg, 22.11.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0006.
363 Ausführlich zur Präsenz des BND in Buenos Aires: Holger Meding, Lateinamerika.
364 Wicht (519) an Winterstein (181), Eichmann, 23.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1852 ff.
365 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 21.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1846 ff.
366 Mitte Dezember 1960 machte Rechenberg im Auftrag von Genoud bei einem Vertreter der ägyptischen Regierung offenbar den Versuch, das Eichmann-Material für 100 000 Schweizer Franken zu verkaufen, »zahlbar an den Verteidiger Eichmanns, Dr. Servatius«. Siehe Wicht (522) an Weiß (181), Eichmann-Niederschriften werden der ägyptischen Regierung angeboten, 9.1.1961 (Quelle: V-21503, Ernst-Christoph Schepky) in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1886 f.
367 Worm (522) an Weiß (181), Eichmann, 17.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1834 ff.
368 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 21.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1846 ff.
369 Siehe Stangneth, Eichmann, S. 484; das Zitat ebd.
370 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 28.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1859 ff.; siehe dazu den Brief von Robert Eichmann an Servatius, 23.11.1960, sowie den Bericht von Servatius an Robert Eichmann, 5.12.1960, in: BArch, All. Proz. 6/253, Bl. 48 und 30 f.
371 Worm (522) an Weiß (181), Eichmann, 17.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1834 ff.
372 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 13.12.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1876 ff.
373 Siehe oben, S. 1072.
374 »Personenverzeichnis (Bandaufnahmen Eichmann)«, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 242–279.
375 Aktenvermerk, Memoiren Eichmann, Anlage 1 zu: Weiß (181) an Gehlen (363), Memoiren Eichmann, 13.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 222; siehe auch die BND-Meldung vom 13.12.1960, »Angelegenheit Eichmann, hier: Gründung einer ›Interessengemeinschaft Linz‹, Zeit der Feststellung 9.12.1960, in: ACDP, 01-070-085/3.
376 Weiß (181) an Gehlen (363), Fall Eichmann, 13.12.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1881 ff. (identisch mit BND-Archiv, 100470, Bl. 217 ff.). Zur selben Zeit erörterte ein CIA-Mann mit

einem israelischen Kollegen die Publikation der Eichmann-Papiere in dem Magazin *Life*. CIA-Information, Adolf Eichmann Case, 14.12.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0012.

377 Siehe dazu Weiß (181) an Gehlen (363), Memoiren Eichmann, 13.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 221 ff. Der Vermerk wurde von Gehlen zur Unterrichtung des Kanzleramts hds. redigiert. Er präsentierte »die abgekürzte, zusammenfassende Sichtung des beschafften Materials und der Eichmann-Memoiren (Ca. 900 Seiten)« und ging, einschließlich Personenregister, über 37 Schreibmaschinenseiten; siehe den Vermerk »Memoiren Eichmann«, 14.12.1960, in: ACDP, 01-070-085/3. Wie die CIA-Dienststelle in Hamburg am 21.12.1960 Washington mitteilte, verfügte sie ebenfalls über ein Exemplar der Eichmann-Unterlagen und setzte hinzu: »There are obviously several copies of the memoires in existence and there is no reason why Kubark [CIA] should not have obtained a copy somewhere. But under no circumstances should it be revealed that we obtained a copy in Hamburg.« CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0013.

378 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess – Zweite Israel-Reise Dr. Servatius, 17.12.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1902 ff. Zur intensiven Kooperation zwischen BND und CIA bei Klärung der Authentizität der Argentinien-Papiere Eichmanns siehe: CIA and Nazi War Criminals, Draft Working Paper, Chapter XIV, S. 13, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf [S. 26].

379 Stangneth, Eichmann, S. 489.

380 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess; zweite Israel-Reise Dr. Servatius, 27.12.1960, in: BND-Archiv, 121099, 1902 ff.

381 Servatius an den israelischen Justizminister Rosen, Fall Eichmann, 22.12.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1885. Siehe die diversen Schreiben von Servatius im Zusammenhang mit seiner Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Übernahme der Verteidigungskosten, so beispielsweise Servatius an die Zentrale Rechtsschutzstelle, 6.1.1961; Servatius an das Landesverwaltungsgericht Köln, 28.1.1961, oder etwa Servatius an den Bundesminister des Auswärtigen, 6.11.1961, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 312 f.; BND-Archiv, 121099, Bl. 1916 ff. und 2322 f.

382 Rosen an Servatius, 2.1.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1896.

383 Servatius an Rosen, 6.1.1961, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 313 f. In dem Bericht von Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, vom 23.8.1961 heißt es: »Dr. Servatius hat seinerzeit bei den schriftlichen Absprachen über die Zahlung eines Verteidiger-Honorars seitens der Israelis auf Veranlassung von 181 über 7396 die Klausel aufgenommen, dass das Honorar zurückgezahlt werden würde, wenn die Verteidigungskosten von der Bundesrepublik übernommen werden.« In: BND-Archiv, 121099, Bl. 2221 ff. [redacted]

384 Im Einzelnen dazu Große, Eichmann-Prozess, S. 51 ff. Erst Monate nach Eichmanns Hinrichtung Anfang Juni 1962 nahm Servatius seinen Revisionsantrag an das Bundesverwaltungsgericht zurück.

385 Weiß (181) an Gehlen (363), Angelegenheit Eichmann, 13.1.1961, 6. Ausfertigung, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1888 f. Hervorhebung von mir.

386 [redacted]

387 Notiz von Kurt Weiß über seine Besprechung mit Gehlen, o. D. [wohl 14.2.1961], in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 43.

388 Vgl. Stangneth, Eichmann, S. 486 f.

389 [redacted]

390 Siehe oben, S. 1009 ff.
391 Vgl. Winkler, Schattenmann, S. 126.
392 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 27.1.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1899 ff.
393 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 2.2.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1915 ff.
394 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 27.2.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2014; die Kopierung erfolgte in drei Exemplaren. Die umfangreiche Niederschrift bezog sich auf 76 Tonbänder aus dem Verhör.
395 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 2.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2016 ff.
396 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 23.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2008 ff. Weiß notierte auf dem Schriftstück: »Vorgetragen beim Bundeskanzleramt (Staatssekretär) am 24.3.363, [Gehlen] ist unterrichtet«; eine weitere Marginalie verweist darauf, Eichmanns Notizen befänden sich »im Panzerschrank (Eisschrank).« Dazu auch Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 27.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2005.
397 Siehe zu O'Connor oben, S. 1082.
398 Siehe Winkler, Unterstützer, S. 312. Das folgende Zitat aus dem Rechenberg-Schreiben vom 31.3.1961, ebd., S. 312 f.; vgl. Servatius an Genoud, 27.3.1961, und Rechenberg an Servatius, 31.3.1961, in: BArch, All. Proz. 6/253, Bl. 67 und 60 ff.
399 Vgl. Stangneth, Eichmann, S. 619; die fünfteilige Serie (»Meine Flucht«) begann am 30.4. und endete am 28.5.1961.
400 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 24.4.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2137 ff.
401 O. V. [wohl Rechenberg] an O'Connor, 4.5.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2242 f.
402 [redacted]
403 [redacted]
404 Siehe auch CIA, Munich, to Director, 5.6.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0065.
405 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 17.5.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2163 f.
406 Zu Hofé siehe oben, S. 215 ff.
407 Meldung III-GS, Hofé, Vorausmeldung, 16.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2184 f.
408 Stangneth, Eichmann, S. 494.
409 Vollmachten Eichmanns für Servatius, 11.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2198 f. Die Abtretung erfolgte »gegen sofortige Zahlung oder Überweisung von Zehntausend westdeutscher Mark« an seine Ehefrau Vera Eichmann.
410 Servatius an Rechenberg, 11.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2200 ff. Hervorhebung im Original.
411 Große, Eichmann-Prozess, S. 50 f.
412 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 266.
413 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 20.7.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2214 ff.
414 Siehe unten, S. 1178 ff.

415 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 4.8.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2227 f.
416 [redacted]
417 Der Hinweis bezieht sich auf die Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß. Eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat, Stuttgart 1958.
418 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 24.10.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2251 f.
419 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 24.10.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2250.
420 Siehe dazu die acht Anlagen zu Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2310 ff.
421 Servatius an Robert Eichmann, 30.11.1960, in: BArch, All. Proz. 6/253, Bl. 34 ff.
422 Servatius an den Generalstaatsanwalt, 23.11.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2253 ff.
423 Siehe Große, Eichmann-Prozess, S. 43 ff.
424 Stangneth, Eichmann, S. 123.
425 Friedmann an Servatius, 12.12.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2298. Zur Rolle Friedmanns im Fall Eichmann siehe auch Wojak, Bauer, S. 293 ff.
426 Servatius an Friedmann, 13.12.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2296 f.
427 Ungermann (jetzt: 929) an Weiß (jetzt: 27 VK), Operation »Gleisdreieck«, 16.1.1962, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2291 ff.
428 Servatius an Hausner, 1.3.1962, in: BND-Archiv, 100471, Bl. 144; von Gehlen an Globke weitergeleitet am 16.3.1962, in: ACDP, 01-070-085/3.
429 Siehe unten, S. 1196 ff.
430 Vgl. die Hinweise bei Stangneth, Eichmann, S. 619, oder etwa die Exklusiv-Serie der *Revue* »Das Bekenntnis des Adolf Eichmann in der Todeszelle. Morgen bin ich in der Hölle«, gestartet am 14.1.1962. Siehe auch die Rekonstruktion bei Winkler, Unterstützer, S. 302 ff.
431 Albert Wucher: Eichmanns gab es viele. Ein Dokumentarbericht über die Endlösung der Judenfrage, München 1961, S. 10.
432 Siehe unten, S. 1132.
433 Weinke, Krisenmanagement, S. 207.
434 Jelinek, Israel, S. 440.
435 Siehe Rainer A. Blasius: Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63, in: Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. Hrsg. von Rainer Blasius, München 1994, S. 155–210.
436 Siebenmorgen, Strauß, S. 162 ff. Siehe auch Jelinek, Israel, S. 401 ff.
437 Blasius, Geschäftsfreundschaft, S. 159.
438 Siehe S. 493 und 1172.
439 Rolf Vogel, »Versuch einer Analyse zu den Isolierungsversuchen der Bundesrepublik Deutschland und damit parallel laufender Fragen deutsch-jüdischer, deutsch-israelischer Beziehungen«, 29.3.1967, in: BND-Archiv, 23461, Bl. 421 ff., hier Bl. 424.
440 Zit. nach Jelinek, Israel, S. 350.
441 Zit. nach Winkler, Unterstützer, S. 318.
442 Welt am Sonntag, 21.2.1965; zit. nach Winkler, Unterstützer, S. 303.
443 Jelinek, Israel, S. 350. Siehe auch Weber, Eichmann, S. 181 ff.
444 Der Spiegel, 1.6.1960 (»Völkermord. Eichmann. Der Endlöser«).

445 Interne Mitteilung für Weiß (181), Fmdl. Anruf von 12619 in Sachen Eichmann am 7.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1661.
446 Weiß (181) über Gehlen (363) an die Vertretung des BND in Bonn (363/VI), Fall Eichmann, 20.6.1960, weitergeleitet an das Bundeskanzleramt am 22.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1718 ff., sowie in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2., Bl. 3 ff. (auch in BArch, B 136/50275).
447 Die israelische Rechtsposition kurz bei Große, Eichmann-Prozess, S. 43 ff.
448 Siehe Creuzberger, Kampf, S. 167 ff., und Dülffer, Krise, S. 461 ff.
449 O. V., Stichworte zur Koordinationsbesprechung, 18.6.1960, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 35. Siehe auch die Meldung von 487/II »SBZ-Propaganda zum Fall Eichmann«, 29.6.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1722, sowie oben, S. 982 ff.
450 Aktennotiz Worgitzkys (363/W) über die Besprechung am 8.7.1960, 11.7.1960, in: BND-Archiv, 1230, Bl. 195 ff.
451 Görtemaker/Safferling, Rosenburg, S. 236.
452 Die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten durch Staatsanwaltschaften und Gerichte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, unter Mitwirkung der Landesjustizverwaltungen zusammengestellt im Bundesjustizministerium; zit. nach Görtemaker/Safferling, Rosenburg, S. 238. Siehe auch Werner Renz, NS-Verbrechen und Justiz, S. 38. Vgl. auch die Aufstellung des BMJ vom 29.3.1961: Übersicht über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland, in: BArch, B 136/50275, Bl. 15 ff.
453 CIA, Current Intelligence Weekly Summary, 7.7.1960, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 2_123.
454 [redacted]
455 
[redacted]
456 Siehe oben, S. 1049 ff.
457 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 19.10.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1816 ff. Hervorhebung von mir. Die erste Begegnung von Eichmann und Servatius fand nicht am 10.10., sondern tags zuvor statt.
458 Siehe oben, S. 1092 ff.
459 Weiß (181) an Gehlen (363), Besprechung Dr. Servatius / Eichmann in Israel, 20.10.1960, Anlage: Vertrauliche Erklärung Eichmanns, Zeit der Feststellung: 10.10.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1815.
460 Weiß (181) an Gehlen (363), Besprechung Dr. Servatius / Eichmann in Israel, 20.10.1960, in: BND-Archiv, 1208, Bl. 173 f. Hervorhebung im Original.
461 Ebd., 1. Ausfertigung, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 120.
462 Gehlen an Globke, Vertrauliche Erklärungen Eichmanns, 25.10.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 143 f.
463 Aktennotiz Gehlens über die Besprechung bei Globke am 26.10.1960, 28.10.1960, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 1, o. Bl. Einen Monat zuvor hatte der Staatssekretär Gehlen gegenüber bereits ein »sehr positives Urteil« zu Servatius erkennen lassen; vgl. die Aktennotiz Gehlens über eine Besprechung mit Staatssekretär Globke am 27.9.1960, in: BND-Archiv, 1227, o. Bl.

Vgl. Weber, Eichmann, S. 171 f., zu einem Gespräch, das Vogel mit Ben Gurion hatte und in dem davon die Rede war, dass Eichmann Globke nicht kenne.

464 Weiß (181) an Gehlen (363), Vorbereitungen für den Eichmann-Prozess, 17.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1845; vgl. auch die BND-Meldung vom 13.12.1960, »Vorbereitungen für den Eichmann-Prozess in Israel«, in: ACDP, 01-070-085/3. Zu der frühen Intervention des bekannten Ost-Berliner Rechtsanwalts Friedrich Kaul siehe Ungermann (521) an Weiß (363), Eichmann-Prozess, 21.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1846 ff.

465 Siehe auch S. 1112 f.

466 Siehe Ungermann (121) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 27.2.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2014.

467 Weiß (181) an Gehlen (363), Aussagen Eichmanns, 18.11.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 172. Hervorhebung im Original. Das Schiff wurde höchstwahrscheinlich von einem sowjetischen U-Boot im Schwarzen Meer versenkt.

468 Anlage, datiert auf den 21.11.1960, zu Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 24.11.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1805 ff.

469 Siehe oben, S. 1084 ff.

470 Fernschreiben Grewes an das AA, »auch dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen«, 23.11.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 173 ff.

471 FAZ, 24.11.1960 (»Servatius darf Eichmann verteidigen. Ein israelisches Gesetz. Eine amerikanische Zeitschrift veröffentlicht ›Eichmanns Memoiren‹«).

472 Aktenvermerk 381/IV, »Die Presse«, Wien vom 1.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 180.

473 Weiß (181) an Gehlen (363), Eichmann-Prozess am 6. März 1961, 6.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 178 f. Hds. Marginalie Gehlens: »Für Bonn (Globus persönlich) zurechtmachen.«

474 Strategischer Dienst (502), Meldung 707731, »Israel. Regierung will propagandistische Auswertung des Eichmann-Prozesses durch Sowjetblock verhindern«, 12.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 214 f.

475 Siehe oben, S. 1094.

476 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess – Zweite Israel-Reise Dr. Servatius, 27.12.1960, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1902 ff.

477 CIA, Information Report, Soviet Plans to Use Eichmann Trial for Attack on Globke, 27.12.1960, in: CIA, ERR, Globke, Hans_0173. »The Soviets anticipate that the Eichmann trial will reawaken anti-German feelings throughout the world and that an ›exposure‹ of Globke's role will add drama and force to the Soviet claim that the present West German Government is riddled with ex-Nazi officials bent on revenge for Germany, a revival of militarism and a return to Naziism.« Siehe auch den BND-Bericht »Eichmann-Prozess. Einzelmeldungen über Maßnahmen im Sowjetblock mit dem Ziel einer Einflussnahme«, 30.11.1960, in: ACDP, 01-070-085/3.

478 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), 15.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 299.

479 Siehe oben, S. 1010 ff.

480 Süddeutsche Zeitung, 20.2.1961 (»Blick in eine düstere Vergangenheit«).

481 Unterlagen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, nachträglich beschafft vom Strategischen Dienst (181/IVb), 20.6.1961, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 253 ff., insbes. Bl. 275.

482 Einführung zur Ausstellung von Rolf Seeliger, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 200. Hervorhebung im Original.

483 Siehe die Fotografien der Ausstellungstafeln, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 588 ff.

484 Beschluss des Amtsgerichts München, 18.2.1961, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 201 f.

485 O. V., o. D., in: BND-Archiv, 121082, Bl. 171 f.

486 Zu Martini vgl. Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 90 f. und 243 f.; siehe auch oben, S. 478 ff.
487 Wanke (505), »Eichmann-Ausstellung« in München, 18.2.1961, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 180.
488 Wanke (505) an Weiß (181), Eichmann-Ausstellung in München, 28.2.1961, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 214.
489 O. V. [505], Eichmann-Ausstellung in München, 28.2.1961, Anlage zu Wanke (505) an Weiß (181), Eichmann-Ausstellung in München, 28.2.1961, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 211 ff. Siehe auch die Erstfassung in: BND-Archiv, 121082, Bl. 207 ff.
490 Siehe oben, S. 1058 f.
491 Hermann Foertsch (316) an Gehlen (363), Bericht über die Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt am 6.4.1961, 10.4.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 358 ff. Siehe auch die Information des BND an das Bundeskanzleramt, die Zentrale Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amts, das Bundespresseamt und das BfV vom 13.4.1961, in: BArch, B 136/50275, Bl. 125 f.
492 LfV, Eichmann-Komitee, München, 15.5.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2158 f. Das Schreiben des BMI an das Auswärtige Amt und das Bundespresseamt vom 26.5.1961 in: PA AA, B 130/5571C, o. Bl.
493 Große, Eichmann-Prozess, S. 26 ff. Der Leiter der Rechtsschutzstelle im Auswärtigen Amt, Gawlik, übersandte dem Bundeskanzleramt am 15.4.1961 »eine von mir gefertige rechtliche und politische Würdigung« der Anklageschrift, in: BArch, B 136/50275, Bl. 88 ff.
494 Ungermann (521) an Weiß (181), Eichmann-Prozess, 10.1.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1891 ff.
495 [redacted]
496 [redacted]
497 Notiz von Kurt Weiß über seine Besprechung mit Gehlen, o. D. [wohl 14.2.1961], in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 43.
498 Hds. Marginalie von Volker Foertsch auf: Weiß (181) an Gehlen (363), Angelegenheit Eichmann, 13.1.1961, 1. Ausfertigung, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 311.
499 [redacted]
500 [redacted]
501 [redacted]
502 [redacted]
503 Fernschreiben Dürrwangers (363/VI) an Gehlen, nachrichtlich an Weiß, Eilanfrage Persönlicher Referent Globus nach Dieter Wechtenbruch, 8.2.1961, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 358 f.
504 Weiß (181) an Dürrwanger (363/VI), Wechtenbruch, Dieter, 8.2.1961, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 360.
505 Siehe Sälter, NS-Kontinuitäten.

506 Notiz von Kurt Weiß über seine Besprechung mit Gehlen, o. D. [wohl 14.2.1961], in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 43.
507 Der Spiegel, 15.2.1961 (»Globke. Ein unbedeutender Mann«).
508 Notiz von Kurt Weiß über seine Besprechung mit Gehlen, 17.2.1961, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 46.
509 Siehe oben, S. 1113.
510 »Die Ausnutzung des Eichmann-Prozesses zur Diffamierung der BRD durch die östliche Propaganda und Agitation. Eine dokumentarische Zusammenstellung, abgeschlossen am 22. Februar 1961«, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2045 ff. Die Endfassung einschließlich der beigelegten DDR-Broschüren findet sich in: BND-Archiv, 153043. Die englische Version »Eichmann Trial exploited for Defamation Campaign against the Federal Republic by Eastern Propaganda and Agitation. Documentary Report« in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0029.
511 Siehe oben, S. 981 ff.
512 Dringendes Fernschreiben Gehlens (363) an Kühlein (750), 22.2.1961, in: BND-Archiv, 1262, Bl. 127. Zu Oxenius siehe Sälter, Rote Kapelle, S. 418 ff.
513 Sofort-Fernschreiben Gehlens (363) an Kühlein (750), 23.2.1961, in: BND-Archiv, 1262, Bl. 128.
514 CIA Munich, an Director, 22.2.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0028.
515 CIA Munich, an Director, 23.2.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0033; allgemein der Überblick »The Eichmann Trial«, in: CIA, Current Intelligence Weekly Summary, 6.4.1961, S. 20.
516 Kühlein (750) an Gehlen (363), 27.2.1961, in: BND-Archiv, 1262, Bl. 129 f.
517 Gehlen (363) an Kühlein (750), 28.2.1961, in: BND-Archiv, 1262, Bl. 132.
518 Gehlen an Globke, Studie »Ausnutzung des Eichmann-Prozesses«, 27.2.1961, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 2, Bl. 28.
519 Siehe Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 210 f. Zu Klein vermerkte Kurt Weiß im Kommentar zu seinem Eintrag in seiner Kladde am 20.3.1961, er habe sich in der Anfangszeit sehr für die Organisation Gehlen eingesetzt. »Jude mit erheblichem Einfluss und vielen sehr guten Verbindungen. Hat zeitweise PR-Tätigkeit für Bundeskanzler Adenauer in den USA mit Hilfe eines eigenen PR-Büros in den USA durchgeführt«; BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 84.
520 Lommatzsch, Globke, S. 184. Siehe auch Weinke, Krisenmanagement, S. 210: »Seit Ende der vierziger Jahre war der mit Adenauer und Ben Gurion gleichermaßen gut bekannte PR-Experte zu einer Schlüsselfigur in den westdeutsch-amerikanisch-jüdischen Netzwerken aufgestiegen.«
521 Julius Klein, o. D. [Ende Februar 1961], Vertrauliches Memorandum für Adenauer, Brentano und Globke, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 112 ff. (auch in BArch, B 136/50275).
522 Weiß (181) an Gehlen (363) und Dürrwanger (363/VI), »Die Ausnutzung des Eichmann-Prozesses zur Diffamierung der BRD durch die östliche Propaganda und Agitation« (Zusammenstellung durch 181), 10.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2065 f. Siehe auch die Notiz von Kurt Weiß in seiner Kladde am 20.3.1961, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 83.
523 Von Hassel an Adenauer, 27.2.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 117 f. (auch in BArch, B 136/50275). Hervorhebung im Original.
524 Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Sitzung am 8.3.1961, Stenographische Protokolle, S. 8308 ff. Siehe auch die Notiz von Ministerialdirektor Mercker für Globke, der ihm auf die Anregung, man solle wegen der »zu erwartenden Verschlechterung des Ansehens Deutschlands in der Welt« etwas unternehmen, antwortete, der Kanzler werde »zum Beginn des Eichmann-

Prozesses eine Erklärung abgeben«; in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bl. 119a (auch in BArch B 136/50275).

525 Pressekonferenz des Bundeskanzlers am 14.3.1961, zit. nach Renz, NS-Verbrechen, S. 36 f. Außenminister Heinrich von Brentano gab eine ganz ähnliche historische Interpretationslinie zur Lage der Deutschen in der NS-Zeit aus; siehe Jelinek, Israel, S. 346.

526 Arendt, Eichmann, S. 43 f. Zu Globke ebd., S. 165 f.

527 Kühlein (750) an Gehlen (363), Übersendung des Vortrags von Grewe in Boston am 12.3.1961, 28.3.1961, in: BND-Archiv, 1262, Bl. 142 ff.

528 Siehe oben, S. 1102 ff.

529 Siehe oben, S. 663.

530 Schnellbrief des Chefs des Bundeskanzleramts an die Mitglieder des Staatssekretärsausschusses (einschließlich BfV- und BND-Präsident), Prozess gegen Eichmann, hier: Errichtung einer Arbeitsgruppe, 23.3.1961, in: PA AA, B 130/5571C, o. Bl.

531 Vermerk Bachmanns für Globke, Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess, 23.3.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 132 (auch in BArch, B 136/50275).

532 Hermann Foertsch (316) an Gehlen (363), Bericht über die Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt am 23.3.1961, 24.3.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 319 ff.

533 Siehe Magnus Brechtken: Nürnberger Gesetze, Nachgeschichte und Historiografie: Der Fall Globke, in: Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen. Hrsg. von Magnus Brechtken, Hans-Christian Jasch und Niels Weise, Göttingen 2017, S. 249–266, hier S. 257 f.

534 Wilhelm Dallinger an Globke, Bundesrepublik und der Eichmann-Prozess, 27.3.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 1, Bl. 4 (auch in BArch, B 136/50274).

535 Görtemaker/Safferling, Rosenburg, S. 237; die folgenden Zitate ebd.

536 Hermann Foertsch (316) an Gehlen (363), Bericht über die Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt am 6.4.1961, 10.4.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 358 ff.

537 Siehe oben, S. 1123.

538 Worgitzky (363/W), Bericht über die Sitzung des Koordinierungs-Ausschusses am 13.4.1961, 20.4.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 373 ff.

539 Fernschreiben Dürrwangers (363/VI) an Gehlen (363), Prozess Eichmann in Israel, 20.1.1961, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 321.

540 Fernschreiben Gehlens an Dürrwanger (363/VI), Prozess Eichmann in Israel, 20.1.1961, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 322.

541 Aktennotiz Merckers für Globke, Deutscher Beobachter beim Eichmann-Prozess, 26.1.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 108 (auch BArch, B 136/50275).

542 Siehe oben, S. 1132 ff.

543 Marginalie des Kanzleramtschefs auf dem Schreiben des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein an den Bundeskanzler vom 27.3.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 117 (auch BArch, B 136/50275).

544 Siehe die Marginalie Merckers auf seiner Notiz für Globke, 2.3.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 119 (auch BArch, B 136/50275).

545 Gehlen, Vermerk über Besprechung mit Staatssekretär Globke am 10.3.1961, in: BND-Archiv, 1163, Bl. 129 f. Der ebenfalls als Prozessbeobachter in Aussicht genommene Tübinger Professor Theodor Eschenburg lehnte ab, »weil er im nächsten Semester Rektor wird«; Notiz Merckers für Globke, 18.3.1961, ebd., Bl. 131.

546 Aufzeichnung von Kurt Weiß, 20.3.1961, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 83.

547 Protokoll der 143. Kabinettssitzung am 22.3.1961.

548 Aktennotiz Gehlens über Vortrag bei Staatssekretär Dr. Globke, 24.3.1961, in: BND-Archiv, 1162, Teil 2, Bl. 34.
549 Frankfurt Consulate to State Department, Biographic Brief on Dr. Gerhard Freiherr von Preuschen, 10.4.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0049.
550 Siehe Jürgen Matthäus: Der Eichmann-Prozess und seine Folgen. Strafverfolgung von NS-Verbrechen und Geschichtsschreibung in Deutschland, in: Renz, Interessen, S. 217–240, hier S. 230. Vgl. auch den Bericht von Wolfgang Scheffler an das Bundeskanzleramt vom 19.11.1961 (»Vertraulicher Bericht für Herrn Ministerialdirektor Dr. Mercker über den Aufenthalt der deutschen Beobachtergruppe anlässlich des Eichmann-Prozesses in Jerusalem«), in: BArch, B 136/50275, Bl. 170 ff.
551 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 30.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2188.
552 Siehe Matthäus, Eichmann-Prozess, S. 231 ff.; siehe auch Jelinek, Israel, S. 344 f.
553 Siehe oben, S. 1020.
554 Frankfurt Consulate to State Department, The Eichmann Trial and the Allegations Against State Secretary Dr. Globke. A Conversation with Hessian Attorney General Fritz Bauer, 7.2.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3.
555 Servatius an das Auswärtige Amt, 5.2.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 1956 f.
556 Gehlen, Aktennotiz über die Besprechung mit Staatssekretär Dr. Globke am 15.2.1961, 17.2.1961, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 2, Bl. 17 f.
557 Notiz von Kurt Weiß über seine Besprechung mit Gehlen, 17.2.1961, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 46.
558 Siehe oben, S. 1113 und 1128.
559 Siehe oben, S. 1114.
560 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 27.2.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2014. Zu Zwecken der internen Tarnung wurde in diesem Geheimschreiben mit nur zwei Ausfertigungen [redacted]
561 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 2.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2016 ff.
562 Weiß (181) an Gehlen (181), Fall Eichmann, 9.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2067 ff.
563 Fernschreiben Ungermanns (521) an Weiß (181), Operation Gleisdreieck, 21.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2073 f.
564 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 23.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2008 ff. Hds. Marginalie von Weiß: »Vorgetragen bei Bundeskanzleramt (Staatssekretär) am 24.3.« Als Titel von Léon Poliakov notierte Weiß am Rande u. a. »Bréviaire de la haine« (1951); womöglich lag Eichmann »Das Dritte Reich und die Juden: Dokumente und Aufsätze« (1955) ebenfalls vor.
565 Siehe oben, S. 1095.
566 Ausführlich dazu unten, S. 1193.
567 Fernschreiben Ungermanns (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 30.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2188. [redacted]
568 Gehlen, Aktennotiz über seinen Vortrag bei Staatssekretär Globke am 24.3.1961, in: BND-Archiv, 1162, Bd. 2, Bl. 34 f.

569 Gehlen an Globke, Eichmann, 3.3.1961, in: ACDP, 01-070-085/3.
570 Notiz, Dr. Simon Wiesenthal (*nicht* Weisenthal), 1.3.1961, in: ebd. (Anlage zu Gehlen an Globke, Eichmann, 3.3.1961, ebd.), Hervorhebung im Original.
571 Stephani (181/IV) an Weiß (181), »Gleisdreieck«, 29.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2097 ff., sowie in: ACDP, 01-070-085/3. Siehe auch Ungermann (121) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 4.4.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2414 ff., sowie die Eintragung von Kurt Weiß in seine Kladde am 21.3.1961, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 85 f.
572 In der Presse tauchte auch die falsche Beschuldigung auf, Globke sei für die Einstempelung eines roten »J« in die Pässe deutscher Juden verantwortlich. Der BND konnte das nach Befragen »eines ehemaligen hohen SS-Führers (eigene Sonderverbindung)« jedoch umgehend widerlegen. Siehe Weiß (181) an Gehlen (363), Veröffentlichung im »Hamburger Echo« vom 3.3.61, »Neue Vorwürfe gegen Globke«, 15.3.1961, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 2, Bl. 32 f. Vgl. auch Lommatzsch, Globke, S. 77 f.
573 Gerald Reitlinger: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1919–1945, Berlin 1956.
574 Siehe oben, S. 982 ff.
575 Müller, Gehlen, II, S. 1010.
576 [redacted]
577 Zit. nach der Zusammenstellung von Hesse (535), Eichmann-Prozess, 7.4.1961, in: BND-Archiv, 121082, Bl. 224 ff.
578 Fernsehansprache des Bundeskanzlers am 10.4.1961, zit. nach Krause, Eichmann-Prozess, S. 109 f.; auch zum Folgenden. Der mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundespresseamt abgestimmte Entwurf in: BArch, B 136/50275, Bl. 81 ff.
579 Jelinek, Israel, S. 339.
580 Süddeutsche Zeitung, 11.4.1961 (»Eichmann und wir«).
581 Zusammenstellung von Hesse (535), Beginn des Eichmann-Prozesses, 11.4.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 378 ff.
582 Gehlen, Vermerk über Besprechung mit Staatssekretär Dr. Globke am 10.3.1961, 13.3.1961, in: BND-Archiv, 1163, 2, Bl. 29 f.
583 Jelinek, Israel, S. 348 f. Der Autor berichtet von der Aufzeichnung über eine Unterredung in Zürich am 2.11.1960, in welcher der israelische Geschäftsträger in Bonn und offenbar Vertreter des BND über Globke, Eichmann und Servatius sprachen; ebd., S. 349. In den BND-Unterlagen konnte das Dokument bislang nicht aufgefunden werden. Dort auch Anmerkungen zu der von der Illustrierten *Stern* im Frühjahr 1965 aufgestellten Behauptung, »der Staat Israel habe sich dazu verpflichtet, nichts zu unternehmen, was dem Ansehen der Bundesrepublik schaden könne und daher darauf verzichtet, im Verfahren gegen Eichmann eine Aussage Globkes zu erzwingen. Dies seien die Bedingungen für das Rüstungsgeschäft gewesen.«
584 Neue Zürcher Zeitung, 25.2.1961 (»Der ›Fall Globke‹. Die Kampagne gegen den Staatssekretär Adenauers«).
585 Siehe oben, S. 982 ff.
586 Renz, NS-Verbrechen, S. 41.
587 Die Zeit, 17.2.1961 (»Globke und die Judengesetze«). Zur Unterstützung Gehlens durch Marion Gräfin Dönhoff siehe Müller, Gehlen, II, S. 1055 ff., 1066 und 1173 ff., sowie Heidenreich, DDR-Spionage, S. 568.
588 Brechtken, Nürnberger Gesetze, S. 259.

589 Lommatzsch, Globke, S. 321. Die Zeit, 10.3.1961, (»Globke im Sturm der Zeiten«). Zu dieser Intervention und zur Veröffentlichung des Lösener-Berichts siehe Hans Woller, Jürgen Zarusky: Der »Fall Theodor Eschenburg« und das Institut für Zeitgeschichte. Offene Fragen und neue Perspektiven, in: VfZ 61 (2013), S. 551–565, hier S. 558 f. Vgl. auch Brechtken, Nürnberger Gesetze, S. 258 ff.
590 Bevers, Globke, S. 29 f.
591 Zit. nach Brechtken, Nürnberger Gesetze, S. 259.
592 Siehe oben, S. 1128.
593 Siehe unten, S. 1190 ff.
594 CIA, Office of National Estimates, Memorandum for the Director of Central Intelligence, The Eichmann Case, 28.3.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0044.
595 William L. Shirer: The Rise and Fall of the Third Reich: A History of Nazi Germany, New York 1960; deutsch: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln 1961.
596 Weiß (181) an Gehlen (363), Eichmann-Prozess, 27.4.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2143 ff.; Auslassungspunkte im Original. Weitergeleitet an Globke am 29.4.1961, ACDP, 01-070-085/3.
597 [redacted]
598 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), Personenanfragen von Erdball [Globke] 24.3.1961, in: BND-Archiv, 1232, Bl. 296; zu Dietrich Zeugs Mission in Israel siehe Matthäus, Eichmann-Prozess, S. 231 ff.
599 Weiß (181/VI E) an Dürrwanger (363/VI), Personenanfrage von Erdball, 18.4.1961, in: BND-Archiv, 1232, Bl. 294.
600 Weiß (181/VI E) an Dürrwanger (363/VI), Personenanfrage von Erdball, 28.4.1961, in: BND-Archiv, 1232, Bl. 292.
601 Servatius an das Distrikt-Gericht Jerusalem, »Betr.: Beweisantrag 1, Zeuge Dr. Globke«, 30.4.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2165 ff.
602 I/Pol, Broschüre »Eichmann. Henker-Handlanger-Hintermänner«, 10.5.1961, in: BND-Archiv, 35478, Bl. 6.
603 [redacted]
604 [redacted]
605 Weiß (181) an Gehlen (363), Entlastungszeugen für Eichmann, 17.5.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2160 ff.
606 Weiß (181) an Gehlen (363), Entlastungszeugen im Eichmann-Prozess, 18.5.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2172 f. Hervorhebung im Original.
607 Dürrwanger (363/VI) an Gehlen (363), Eichmann, 31.5.1961, in: BND-Archiv, 100471, Bl. 43; dort auch Gehlens hds. Bemerkung. Die hds. Notiz von Weiß auf demselben Schriftstück in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2174. Auszüge aus den Argentinien-Papieren erschienen in der polnischen Wochenzeitschrift *Polityka*, die am 20.5.1961 eine fünfteilige Serie startete; siehe Stangneth, Eichmann, S. 494. »Lena« meldete Mitte Juni 1961, der polnische Nachrichtendienst habe »in Argentinien ein Band aufgetrieben, das Eichmann vor seiner Verhaftung besprochen hat, und zwar im Beisein eines niederländischen und spanischen Faschisten«; es sei höchst aufschlussreich; III-GS, Intarsia – Vorausmeldung, 16.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2184 f.
608 Stephani (181/IV) an Dürrwanger (363/VI über 363/I), Eichmann, 8.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2175 f.
609 Siehe oben, S. 1064 ff.
610 Servatius an Rechenberg, 11.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2200 ff.

611 Fernschreiben an das Auswärtige Amt, 22.6.1961, in: PA AA, B 12/1039, o. Bl.

612 In den Bemühungen, den Namen Globkes unbedingt aus dem Eichmann-Komplex herauszuhalten, taten sich auf den entsprechenden Erlass hin auch Auslandsvertretungen hervor. Die deutsche Botschaft in Kairo etwa wurde beim dortigen Kultusministerium gegen den DDR-Propagandafilm »Eichmann und das Dritte Reich« vorstellig. Sie berichtete anschließend nach Bonn, falls der Film in Ägypten tatsächlich gezeigt werde, habe der verantwortliche Staatssekretär auf ihr Ersuchen hin inzwischen zugesagt, auf dem Streifen »die Einblendung (Titelblatt von Kommentar Stuckart/Globke zu den Nürnberger Rassegesetzen) zu entfernen«; Fernschreiben, 28.6.1961, in: PA AA, B 12/1039, o. Bl. Siehe auch die Aufzeichnungen Gawliks vom 1.3. und 5.3.1961, wonach das Kanzleramt sich an den NDR-Rundfunkrat wenden wolle, um die Aufführung des Films »Auf den Spuren des Henkers« in Israel zu verhindern, weil er eine Einblendung enthalte, »durch die der Eindruck erweckt wird, dass Staatssekretär Dr. Globke an den Judenverfolgungen beteiligt gewesen sei«; PA AA, B 130/5571C, o. Bl.

613 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 20.7.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2214 ff.

614 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 23.8.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2221 ff.

615 Siehe oben, S. 1049 ff.

616 American Embassy to the Department of State, The Eichmann Trial: A Midway Assessment, 20.6.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0070.

617 Sitzung am 11.12.1961, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, S. 75.

618 Siehe oben, S. 1049 ff.

619 Siehe oben, S. 982 ff.

620 Annette Rosskopf: »Den Klassenkampf auf der justiziellen Ebene führen …!« Zum Leben und Wirken des Rechtsanwalts Friedrich Karl Kaul (1906–1981), in: Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. Hrsg. von Klaus Bästlein, Annette Rosskopf, Falco Werkentin, Berlin 2009, S. 4–32; die Zitate ebd., S. 17. Siehe auch Annette Rosskopf: Friedrich Karl Kaul. Anwalt im geteilten Deutschland (1906–1981), Berlin 2002.

621 Jelinek, Israel, S. 416.

622 Vermerk von Foertsch, 13.12.1960, hds. Zusatz 20.12.1960, in: BND-Archiv, 100470, Bl. 216.

623 Weiß (181) an Gehlen (363), Angelegenheit Eichmann, hier: Teilnahme des Ostberliner Rechtsanwalts Dr. Kaul, 2.2.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2191 f.

624 Siehe Friedrich Karl Kaul: Der Fall Eichmann, Berlin 1963.

625 Jelinek, Israel, S. 353.

626 Julius Klein, o. D. [Ende Februar 1961], Vertrauliches Memorandum für Adenauer, Brentano und Globke, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 112 ff. (auch BArch, B 136/50275).

627 Hermann Foertsch (316) an Gehlen (363), Bericht über die Koordinierungsbesprechung im Bundeskanzleramt am 23.3.1961, 24.3.1961, in: BND-Archiv, 120090, Bl. 319 ff.

628 Winterstein (181) an Dürrwanger (363/VI) über Gehlen (363/I), Eichmann-Prozess, hier: Scheitern der Diffamierungskampagne gegen Erdball [Globke], 4.7.1961, in: BND-Archiv, 100471, Bl. 55 ff.

629 Siehe Weber, Eichmann, S. 173 f., sowie Klaus-Wiegrefe: »Kalter Krieg beim Eichmann-Prozess. Aktenklau für die Adenauer-Republik«; Spiegel Online, 2.9.2010. Jelinek, Israel, S. 351, berichtet von einer ähnlichen Operation des BND gegenüber dem ungarisch-jüdischen Historiker Jenoe Levai.

630 Siehe Winkler, Unterstützer, S. 299; Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 255 f.; Müller, Gehlen, II, S. 1047, sowie Weber, Eichmann, S. 170 ff.

631 Siehe auch Müller, Gehlen, II, S. 1047.

632 Vogel an Mercker, 4.7.1961, zit. nach Winkler, Unterstützer, S. 299; auch zum Folgenden. Das Kanzleramt hatte das Auswärtige Amt gebeten, Vogel dessen Fernschreibleitung nutzen zu lassen, und zwar unabhängig von Preuschen. Wie Gawlik notierte, werde der Empfängerkreis der eingehenden Kabel eng beschränkt, die sachbearbeitenden Referate würden allenfalls »auszugsweise unterrichtet, ohne dass die Berichterstattung durch Herrn Vogel als solche in Erscheinung tritt«. Aufzeichnung Gawliks, Verfahren gegen Adolf Eichmann, 14.4.1961, in: PA AA, B 130/5571C, o. Bl. Siehe die ausführliche Berichterstattung Vogels, die meist umgehend an den Persönlichen Referenten des Kanzleramtschefs weitergeleitet wurde, u. a. in: PA AA, B 130/5571A; die Sammlung seiner Berichte in den Unterlagen von Staatssekretär Globke in: ACDP, 01-070-088/1.

633 Siehe unten, S. 1201.

634 Aktennotiz Merckers für Globke, 2.3.1961, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 19006 (19), Bd. 2, Bl. 119a.

635 Siehe oben, S. 1155.

636 Winkler, Unterstützer, S. 299. Ende April 1961 teilte Vogel dem Persönlichen Referenten Globkes beispielsweise mit, Frau Deutschkron habe »wieder einen ganz giftigen Artikel geschrieben«; PA AA, B 130/5571A, o. Bl. Der Vertraute des Kanzleramts trat wiederholt als Aufpasser in Erscheinung, etwa als im BND eine eilige Personenauskunft ausgelöst wurde, weil die prominenten Journalisten Rüdiger Proske und Gert von Pascensky in einer »Panorama«-Sendung zur Fibag-Affäre »als Redakteure bzw. Drehbuchschreiber mit negativen Tendenzen Vogel aufgefallen« waren; Fernschreiben Dürrwanger (106/XXc) an Weiß (27 VK), 20.7.1962, in: BND-Archiv, 122718, Bl. 375.

637 Weber, Eichmann, S. 178. Siehe auch Bevers, Globke, S. 191.

638 Notiz von Kurt Weiß über interne Besprechungen, 30.6.–6.7.1961, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 8, Bl. 158.

639 Kommentar von Kurt Weiß zu dem Eintrag in seiner Kladde am 28.11.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 201.

640 Notiz von Kurt Weiß über eine Besprechung im Bundesverteidigungsministerium, 7.6.1963, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 10, Bl. 130.

641 Worm (930), Abschaltmeldung wegen beabsichtigter Übergabe an das Pressereferat, 1.7.1971, in: BND-Archiv, 23463, Bl. 7 f.

642 Preuschen an Carstens, 29.6.1961, in: PA AA, B 130/5571A, o. Bl.; siehe auch den Artikel von Klaus Wiegrefe »Kalter Krieg beim Eichmann-Prozess. Aktenklau für die Adenauer-Republik«, in: Der Spiegel, 2.9.2010.

643 Carstens an Preuschen, 29.6.1961, in: PA AA, B 130/5571A, o. Bl.

644 Abschrift des Kaul-Briefes in dem Bericht Vogels mit dem Titel »Versuch einer Analyse zu den Isolierungsversuchen der Bundesrepublik Deutschland und damit parallel laufender Fragen deutsch-jüdischer, deutsch-israelischer Beziehungen«, 29.3.1967, in: BND-Archiv, 23461, Bl. 421 ff., hier Bl. 422.

645 Siehe Meding, Lateinamerika, S. 810.

646 Langkau (180) an Strategische Aufklärung Westliche Welt (415/E), Akten über den Eichmann-Prozess, 21.7.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2194.

647 Langkau (180) an Gehlen (363), Blaustern, hier: Akten über Eichmann, 10.8.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2193.

648 »Wickert« an Kaul, 17.7.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2196.

649 Ungermann (521) an Weiß (181/IV E), Brief an Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul, 18.7.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2195; siehe auch die hds. Notiz von Kurt Weiß, 21.7.1961.
650 CIA (829) an den BND (LL), 11.8.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2235.
651 Weiß (181/IV E) an Ungermann (521), Wickert-Brief an Kaul, 29.8.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2233 f.
652 Ungermann (521) an Weiß (181/IV E), Wickert-Brief an Kaul, 12.9.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2236.
653 Fernschreiben Ungermanns (521) an Weiß (181), Rechtsanwalt Kaul, 27.9.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2229.
654 Weiß (181/IV E) an Ungermann (521), Angelegenheit Hippodrom, 28.9.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2231 f.
655 Siehe oben, S. 1105 ff.; anonymisiert.
656 Siehe oben, S. 1049 ff.
657 Weiß (181) an Gehlen (363), Laufende Berichterstattung, hier: Vorlage der Erklärung Eichmanns (abgegeben gegenüber der Verteidigung) über sein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, 9.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2064. Siehe auch: CIA, Munich Station, to Director of Intelligence, 13.3.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0039. Weiß sprach am 10.3. mit dem Vertreter der CIA.
658 Strategischer Dienst (LL) an CIA (831), Bekenntnis des Adolf Eichmann zum Kommunismus, 10.10.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2238 ff., Abschrift des Briefes. Der letzte Absatz des eigentlichen Schreibens lautet: »Ich habe Rechtsanwalt Wechtenbruch gebeten, die Richtigkeit dieser meiner Äußerungen durch Unterschrift zu bestätigen, da ich, durch eine Glaswand getrennt, die Unterschrift nicht persönlich leisten kann. Gegeben in einem Gefängnis des Staates Israel am 22. Februar 1961.« In der Originalkopie ist zu sehen, dass Eichmann zunächst »radikal-nationalsozialistisch« anstatt »radikalnationalistisch« getippt hatte, das dann aber korrigiert hat; BND-Archiv, 100470, Bl. 448 ff. Vgl. auch das Memorandum Rechenbergs (V-7396), Erklärung Eichmanns für den Osten, 9.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2177 ff.
659 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 2.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2016 ff.
660 Weiß (181) an Gehlen (363), Eichmann-Prozess, hier: Erklärungen Eichmanns, Bezug: Vortrag 181 bei 363 am 6.3.61, 7.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2015.
661 Weiß (181) an Gehlen (363), Laufende Berichterstattung, hier: Vorlage der Erklärung Eichmanns (abgegeben gegenüber der Verteidigung) über sein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, 9.3.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2064.
662 Gehlen, Vermerk über die Besprechung mit Staatssekretär Dr. Globke am 10.3.1961, 13.3.1961, in: BND-Archiv, 1163, Bd. 2, Bl. 29. Hervorhebung im Original.
663 Fernschreiben CIA, Munich Station, to Director of Intelligence, 13.3.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0039. Weiß sprach am 10.3. mit dem Vertreter der CIA.
664 Gordon M. Stewart, Chief Eastern Europe Division, to Director of Intelligence, Allegations that Eichmann Is Now a Communist, o. D., in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 1_0011.
665 Memorandum, Allen W. Dulles to Director, United States Information Agency, Allegation That Eichmann is Now a Communist, o. D. [Ende April 1961], in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0051.
666 Pressetee-Gespräch, 2.6.1961, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988, S. 500.
667 CIA, Munich Station, to Director of Intelligence, 5.6.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0065.

668 Memorandum Rechenbergs (V-7396), Erklärung Eichmanns für den Osten, 9.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2177 ff.
669 Siehe unten, S. 1186.
670 Servatius an Rechenberg, 11.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2200 ff.
671 Hds. Notiz von Weiß auf Ungermann (521) an Weiß (181/IV E), Operation »Gleisdreieck«, 19.6.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2197 f.
672 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 20.7.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2214 ff.
673 Erklärungsentwurf Rechenbergs, 18.7.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2217 ff.
674 Siehe oben, S. 1179 ff.
675 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 4.8.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2227 f.
676 Ungermann (521) an Weiß (181), Operation »Gleisdreieck«, 23.8.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2221 ff.
677 Ungermann (521) an Weiß (181), »Ex oriente lux«–Veröffentlichung, 18.9.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2220.
678 LL an CIA (831), Bekenntnis Adolf Eichmanns zum Kommunismus, 10.10.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2238.
679 CIA, Munich Station, to Director of Intelligence, 17.10.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0076.
680 Ungermann (521) an Weiß (181/IV E), 24.10.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2251 f.
681 Hds. Vermerk Henkes für Weiß, o. D., von diesem abgezeichnet am 26.10.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2249.
682 Ungermann (521) an Weiß (181/IV E), 27.10.1961, BND-Archiv, 121099, Bl. 2246 f.
683 Siehe oben, S. 1095.
684 Weiß (181) an Ungermann (521), Veröffentlichung »Ex oriente lux«, 17.11.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2244 f. Hervorhebung im Original.
685 Abendzeitung, 7.12.1961.
686 CIA, Munich Station, to Chief, EE, Adolf Eichmann, 28.12.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0077.
687 [redacted]
688 [redacted]
689 Siehe oben, S. 1078 f., 1081 f. und 1086.
690 Ungermann (jetzt: 929) an Weiß (jetzt: 27 VK), Operation »Gleisdreieck«, 29.12.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2295 ff. Zu den Anlagen zählen u. a. das Schreiben Wechtenbruchs an Servatius vom 17.12.1961 über die Einreichung der »Berufungsmitteilung«, die erste Seite von Wechtenbruchs »Besprechungsniederschrift für Herrn Doktor Servatius über Besuche beim Klienten am 15. Dezember, 18. Dezember und 21. Dezember 1961« und das »Schlusswort von Adolf Eichmann« vom 13.12.1961.
691 Ungermann (929) an Weiß (27 VK/IV E), Operation »Gleisdreieck«, 16.1.1962, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2291 ff. Hervorhebung von mir.
692 Zur Dokumentation Streckers siehe oben, S. 1009 ff.
693 Weiß (27 VK) an Gehlen (jetzt: 106), Beabsichtigte Namhaftmachung »Erdballs« [Globkes] als Zeuge in der Berufungsverhandlung gegen A. Eichmann, 15.3.1962, in: BND-Archiv, 100471, Bl. 71.
694 Ungermann (929) an Weiß (27 VK/IV E), Operation »Gleisdreieck«, 5.3.1962, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2356 ff. Eichmanns Aufzeichnung ebd., Bl. 2357–2395, sowie 100471, Bl. 72–110. Hervorhebungen im Original. Siehe hierzu auch Bevers, Globke, S. 195 ff.

695 Schlusswort von Adolf Eichmann, 13.12.1961, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2303 ff.
696 CIA, Munich Station, to Director of Intelligence, 28.2.1961, in: CIA, ERR, Eichmann, Adolf, vol. 3_0081.
697 Ungermann (929) an Weiß (27 VK), »Revue«-Recherchen über Mitverantwortliche an der Endlösung der Judenfrage, 9.3.1962, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2324 f.
698 Servatius an Hausner, in: BND-Archiv, 100471, Bl. 144.
699 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 497 f., und Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 122.
700 Interne Notiz von Kurt Weiß über eine Besprechung mit Gehlen, 16.5.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 1, Bl. 228.
701 Servatius an Genoud, 11.3.1962, in: BND-Archiv, 100471, Bl. 142 f. Hervorhebung im Original.
702 Große, Eichmann-Prozess, S. 54.
703 Ungermann (929) an Weiß (27 VK/IV E), Operation »Gleisdreieck«, hier: Einführung Dr. Globke als Zeuge in der Berufungsverhandlung, 13.3.1962, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2326 f.
704 Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Beabsichtigte Namhaftmachung »Erdballs« [Globkes] als Zeuge in der Berufungsverhandlung gegen A. Eichmann, 14.3.1962, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2397 f. Siehe auch Weiß (27 VK) an Gehlen (106), Beabsichtigte Namhaftmachung »Erdballs« [Globkes] als Zeuge in der Berufungsverhandlung gegen A. Eichmann, 15.3.1962, in: BND-Archiv, 121099, Bl. 2396.
705 Gehlen an Globke, Beabsichtigte Namhaftmachung Staatssekretär Globkes als Zeuge in der Berufungsverhandlung gegen A. Eichmann, 16.3.1962, in: BND-Archiv, 100471, Bl. 140 f. Hervorhebung von mir. Siehe auch Winkler, Schattenmann, S. 139 f.
706 Siehe oben, S. 517 ff.
707 Die Protokolle der Telefonüberwachung zwischen dem 8. und 30.3.1962, in: CIA, ERR, Rechenberg, Hans, vol. 2_0001.
708 Siehe Weber, Eichmann, S. 180 f.
709 Zu den einzelnen Stadien des Rechtsstreits siehe Große, Eichmann-Prozess, S. 50 ff.
710 Fernschreiben Vogels an das Bundeskanzleramt, 23.3.1962; zit. nach Winkler, Unterstützer, S. 302.
711 Siehe oben, S. 1107.
712 Siehe oben, S. 982 ff.
713 Siehe oben, S. 1009 ff. und 1118 ff.
714 Siehe oben, S. 545 ff.
715 Siehe oben, S. 843 ff.

IX. Liaisons mit Unionspolitikern: Dienstvergehen und Geheimnisverrat in Permanenz

1. Das »Winterstein«-Unwesen lebt fort

Da Reinhard Gehlen niemals auf den Gedanken gekommen war, die politische Inlandsspionage zugunsten seines eigentlichen Auftrags, der Auslandsaufklärung, hintanzustellen, war seine gesamte Amtszeit von Machtmissbrauch, Geheimnisverrat und Dienstvergehen gekennzeichnet. Dieser Befund bezieht sich ausdrücklich nicht darauf, dass zur Erledigung von Beschaffungsaufträgen häufig genug unkonventionelle Maßnahmen und Methoden gewählt werden müssen, zu denen alle Nachrichtendienste greifen, sondern auf den von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Kanzleramtschef Hans Globke erwarteten und geförderten Machtmissbrauch des BND zu innen- und parteipolitischen Zwecken. Diese Machenschaften gehörten zum Wesenskern des Gehlen-Dienstes, seit er 1946 seine Tätigkeit aufnahm.

Im ersten Band und in den vorausgegangenen Kapiteln haben wir gesehen, wie es »Dr. Schneider« von Anfang an darauf anlegte, politisch, weltanschaulich oder gesellschaftlich unwillkommene Personen und Milieus, die nicht in das autoritär-konservative, aggressiv-antiliberale Weltbild der Pullacher Führung passten, systematisch auszuforschen und nicht selten maßlos zu verleumden. Dass zu den Zielobjekten des BND auch eingefleischte Kommunisten zählten, großenteils Feinde der im Aufbau befindlichen zweiten deutschen Demokratie, lag im Zug der Zeit, wenn man einmal von der alarmistischen Rhetorik und davon absieht, dass dafür – nach der Konsolidierung des 1950 gegründeten Bundesamts für Verfassungsschutz – keine rechtliche oder tatsächliche Zuständigkeit gegeben war. Von wirklichen Verfassungsfeinden ist in unserer Studie zur Inlandsspionage des BND so gut wie gar keine Rede, von der antikommunistischen Abstempelung Missliebiger als »kommunistisch«, »ostverdächtig«, »unzuverlässig« usw. dagegen häufig. Im Grunde ging es bei dieser Praxis um die willkürliche Markierung von Positionen und Haltungen, die nicht nur dem Weltbild des BND-Präsidenten und seiner engeren Umgebung, sondern zu einem Gutteil auch den Überzeugungen jener Politiker und Beamten zuwiderliefen, die sich solche geheimen Dienste gerne gefallen ließen: Fast immer waren das neben dem Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer und seinem

Staatssekretär Hans Globke Angehörige der beiden Unionsparteien. Wir haben das bereits im Bayern der späten vierziger Jahre und seit Anfang der Fünfziger auf Bundesebene beobachten können.[1] Einen Höhepunkt dieses Machtmissbrauchs bildete gewiss die jahrelange Ausforschung der SPD-Führung.[2]

Kurt Weiß, der just in dem Moment, als diese Praktiken bundesweit aufzublühen begannen, von Reinhard Gehlen persönlich rekrutiert wurde, entwickelte sich bei den Liaisons des BND mit Unionspolitikern rasch zu einer so wichtigen Schlüsselfigur, dass wir auch hier von einem »›Winterstein‹-Unwesen« sprechen können.[3] Das umso mehr, als Weiß seine geheimen Parteidienste über die Pensionierung von Gehlen 1968 hinaus und sogar noch nach seinem eigenen Ausscheiden dreizehn Jahre später unbeirrt weiterführte. Gehlens »Winterstein«-Unwesen lebte ungehindert fort: Die Indienstnahme des Pullacher Apparats für die innen- und parteipolitischen Ziele führender Unionspolitiker kristallisierte sich in keiner anderen Führungsfigur so massiv und charakteristisch wie in dem vom neuen Präsidenten Gerhard Wessel zum Leiter der Abteilung I (Beschaffung) und Ersten Direktor im BND Berufenen – in den Jahren der Unionsregierungen (1949–1969), während der Großen Koalition (1966–1969) ebenso wie in den Oppositionsjahren (1969–1982) und auch noch danach. Alles andere als ein Einzelgänger, verkörperte »Winterstein« nicht nur den Geist der BND-Aufbaugeneration, er verstand es auch, diese Kollegen mit großer Virtuosität zu motivieren und mobilisieren.

Anfangs ganz im Sinne, später neben und zunehmend gegen das ausgesprochene und unausgesprochene Behördeninteresse zeigt sich in dem jovialen Überzeugungstäter Kurt Weiß die beharrliche Resistenz maßgeblicher BND-Mitarbeiter gegenüber den Tendenzen politischer und gesellschaftlicher Liberalisierung, die ausgangs der fünfziger Jahre wirksam zu werden begannen. Man könnte in dieser Beharrung eine allmählich behördliche Verwahrlosung sehen, für die nicht nur die akzeptierten Standards des politischen Lebens, sondern auch gesetzliche Vorgaben bis hin zu den Normen des Grundgesetzes unmaßgeblich waren. Das würde, wie oben schon betont, jedoch in die Irre führen, denn Reinhard Gehlen und sein effektivster Helfer Kurt Weiß bezogen sich von Anfang an nicht auf Recht und Gesetz oder eine verantwortungsvolle Gemeinwohlorientierung. Unkontrolliert und unkontrollierbar wie sie waren, blieben BND-

Hauptverantwortliche wie Reinhard Gehlen, Wolfgang Langkau und Kurt Weiß ihre gesamte Amtszeit (und darüber hinaus) unempfindlich gegenüber den Pflichten korrekter Amtsführung, und trotz ihres Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer unerreichbar von dem allmählichen Wandel des Demokratie-, Staats-, Gesellschafts- und Rechtsverständnisses seit Ende der fünfziger Jahre. Dieser von Reinhard Gehlen persönlich verantworteten und beförderten Prägung bedenklichsten Ausmaßes konnte von seinen Nachfolgern erst nach und nach Einhalt geboten werden. Bis zu »Wintersteins« schändlichem Ende in fortlaufenden Skandalen und dienstlichen Maßregelungen – wäre er Anfang 1994 nicht verstorben, hätte der Generalbundesanwalt ihn angeklagt – war der »Intimus«[4] des ersten BND-Präsidenten geradezu die Verkörperung des Gehlen'schen Geistes machtgestützter und machtgeschützter Unbedenklichkeit.

Selbstverständlich erfolgten die Anbahnung und Aufrechterhaltung der vom Strategischen Dienst eingefädelten Liaisons mit führenden Politikern von CDU und CSU im Geheimen. Vieles fand keinen schriftlichen Niederschlag. Was dennoch fixiert wurde, ist beim ersten Präsidentenwechsel großenteils beseitigt worden: »Die Vernichtung der Mehrzahl der Akten der politischen Aufklärung wie auch der ehemaligen ›Strategischen Aufklärung‹ erfolgte, da bei der Auflösung dieser Dienststellen 1968/69 keine andere Organisationseinheit ein Interesse an der Übernahme des Schriftguts hatte«, notierte der Archiv-Beauftragte des BND später einmal treuherzig.[5] Innerhalb und außerhalb des Bundesnachrichtendienstes haben sich gleichwohl genügend Unterlagen erhalten, um die Konturen dieser parteipolitischen Machenschaft klar zu erkennen. Ironischerweise ist es die 1989/90 gerettete Überlieferung der kommunistischen Geheimpolizei der DDR, die uns einen besonders tiefen Einblick gewährt. Kurt Weiß hätte die Dokumentation dieses Teils seines Schaffens ebenso wie der sächsische Schriftsteller Erich Loest unter das Motto »Die Stasi war mein Eckermann«[6] stellen können, dem leicht abgewandelten Titel der Ballade von Wolf Biermann.

Neben Reinhard Gehlen selbst und den von ihm bestellten Vertretern in Bonn hielten anfangs Hans-Ludwig von Lossow und namentlich Wolfgang Langkau Kontakt zum Bundeskanzleramt und zu maßgeblichen Unionspolitikern. Ab 1956 wurde der Gehlen-Dienst als BND dem

Kanzleramt angegliedert, regulärer Nachrichtenlieferant und weit über seinen Kompetenzrahmen hinaus geschätzter Akteur der politischen Inlandsspionage. Bei dieser Ausforschung entfaltete sich zwischen BND-Mitarbeitern und maßgebenden Unionspolitikern ein belastbares Kontaktnetz. Gehlen und namentlich Kurt Weiß (sein nomineller Chef Wolfgang Langkau ließ ihm »völlig freie Hand«[7]) verstanden es, diese Beziehungen so zu festigen und abzuschirmen, dass sie umstandslos zu innen- und parteipolitischen Diensten genutzt werden konnten. Gehlen, Langkau und Weiß wussten immer, dass dieses Sonderverhältnis jenseits der geltenden Normen nur unter Inkaufnahme schwerster Dienstpflichtverletzungen funktionierte. Das Entdeckungsrisiko erschien der »staatsbejahenden« Führungsclique jedoch ebenso vernachlässigenswert wie der Unionsführung. Zwar würde vom MfS die eine oder andere »Enthüllung« zu gewärtigen sein, doch ließe sich die leicht als Ostpropaganda abtun.

2. Geheime Parteidienste nach Adenauer und Globke

Verstärkung der Kontaktlinien

Kurt Weiß war bereits kurz nach seinem Eintritt in die Organisation Gehlen für die politische Beschaffung zuständig geworden. Bald nach den Bundestagswahlen von 1953 stand er an der Spitze der eigens dafür eingerichteten Abteilung 133.[8] Dort machte er nicht allein bei der Gewinnung, Bedienung und Ausnutzung von Presse-Sonderverbindungen kräftig von sich reden,[9] mindestens so nachdrücklich setzte er seinen Ehrgeiz daran, stabile Kontakt zu Politikern und hohen Beamten des konservativen Lagers herzustellen. Das zielte anfangs nicht ausschließlich auf Angehörige der Unionsparteien,[10] doch fand er bei ihnen rasch politische Übereinstimmung und unkomplizierte Anknüpfungspunkte, soweit es sich nicht um Persönlichkeiten wie Josef Müller von der CSU oder Jakob Kaiser und Otto Lenz von der CDU handelte, die durch ihre Opposition in den NS-Jahren als nicht recht verlässlich galten. Ein Ausschlussgrund war eine solche Vergangenheit freilich nicht, sofern Langkau und Weiß zu einem politischen Gleichklang mit ihnen fanden oder beide Partner von der Zweckmäßigkeit ihrer Zusammenarbeit überzeugt waren.

Dabei ist eines zu bedenken: Die Notwendigkeit, auf konspirative Weise geheime Parteidienste zu leisten, war so lange nicht vordringlich, als die BND-Spitze über Staatssekretär Hans Globke, den »heimlichen Generalsekretär der CDU«,[11] unmittelbaren Zugang zum Machtzentrum hatte und Konrad Adenauer fest im Sattel saß. Als um die Wende zu den sechziger Jahren die »Kanzlerdämmerung«[12] einsetzte, das Palais Schaumburg womöglich nicht in der Pacht der Union bleiben würde, Bundeskanzler Ludwig Erhard dann so gar kein Verständnis für nachrichtendienstliche Belange aufbrachte (geschweige denn den BND weiterhin für innen- und parteipolitische Zwecke zu missbrauchen gedachte) und Ende 1966 eine Große Koalition unter Einbeziehung der SPD zur Macht gelangte, da änderte sich die Arbeitsgrundlage in den Augen von Gehlen, Langkau und Weiß so dramatisch, dass sie zu der Überzeugung gelangten, besondere Zeiten erforderten besondere Maßnahmen.

Es war inzwischen nicht mehr der Schrecken einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung, sondern die Gefährdung verfestigter konservativer Positionen in der Deutschland-, Ost- und Entspannungspolitik, die sich unter der Regierung Kiesinger/Brandt abzuzeichnen begann und von der sich die in ihrem Antiliberalismus verharrende BND-Führung herausgefordert fühlte. Da sie mit dieser Gegnerschaft alles andere als alleine stand, fand man in den christlichen Parteien im Handumdrehen Gleichgesinnte. Nach Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel im Herbst 1969 wurde aus Gegnerschaft Feindschaft: Die Veteranen Reinhard Gehlen und Wolfgang Langkau kämpften außerhalb des BND, Kurt Weiß und Vizepräsident Paul Münstermann mit starken Verbündeten aus dem Dienst heraus. Bei der »Aufdeckung« und anschließenden politisch-medialen Vermarktung der erwähnten SPD/KPI-Gespräche 1967/68 zeigte diese Phalanx ihre Kraft.[13]

Die politischen Liaisons der Spitzenbeamten des BND mit Unionspolitikern begannen sich freilich schon vor dem Ausscheiden Adenauers und Globkes herauszubilden. Früh erlangten die Kontakte zu Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg Gewicht. Der CSU-Parlamentarier war für eine enge Partnerschaft an sich nicht recht prädestiniert. Aus einer vom NS-Regime bedrohten und beschädigten Familie stammend, geriet der 23-jährige Ordonnanzoffizier im Herbst 1944 in westliche Kriegsgefangenschaft und machte bald bei einer von Waldemar von Knoeringen (dem späteren bayerischen SPD-Vorsitzenden) verantworteten Kriegsgefangenensendung der BBC und beim Soldatensender Calais mit, einem Symbolnamen, der in Pullach nur mit Verachtung in den Mund genommen wurde. Der katholisch-konservative Guttenberg war durchaus ein »Sozialistenfresser«,[14] nach seinen britischen Erfahrungen jedoch so sehr davon überzeugt, ein Zweiparteiensystem sei für die zweite deutsche Demokratie eine Überlebensnotwendigkeit, dass er sich ungeachtet massiver Kritik an der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik geradezu zu einem »Lotsen der SPD« in die Große Koalition entwickelte. Seine Freundschaft mit dem Ex-Kommunisten Herbert Wehner, mit dem der oberfränkische Edelmann bereits Jahre zuvor ein schwarz-rotes Bündnis erwogen hatte, tat ein Übriges. Der CSU-Vorsitzende Strauß, den der Baron von diesem »Verrat« nicht pflichtgemäß in Kenntnis gesetzt hatte, machte ihm daraufhin mit einem

Parteiordnungsverfahren die Hölle heiß und den politischen Aufstieg so schwer, dass seine Berufung zum Parlamentarischen Staatssekretär an der Seite von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger im Frühjahr 1967 beinahe gescheitert wäre.

Andererseits waren Wolfgang Langkau, ein überzeugter Adept der Abendland-Bewegung,[15] und Guttenberg insofern Brüder im Geiste, als dieser Mitglied des päpstlichen Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem war. Es ist nicht mehr genau zu bestimmen, wann die besonderen Beziehungen zwischen dem Freiherrn und dem Auslandsnachrichtendienst begannen. Überliefert ist jedoch, dass er sich als Abgeordneter, der 1957 in den Bundestag eingezogen war, drei Jahre später mit der Beschwerde an Kanzleramtschef Globke wandte, er habe – merkwürdig genug – bei einem Mitarbeiter des BND ein umfangreiches Dossier über einen Fraktionskollegen bemerkt; er sehe darin den Beweis, dass sich Pullach trotz gegenteiliger Beteuerungen mit unzulässiger Personenaufklärung befasse. »Globke erklärte scheinheilig, er halte das für ausgeschlossen«.[16] Der Baron, der im Parlament wegen seiner fulminanten Kritik an den Deutschland-Plänen der SPD aufhorchen ließ, mag das da noch geglaubt haben, obwohl er bereits spezielle Beziehungen nach Pullach unterhielt. Weiß vertraute seiner Kladde jedenfalls an, »Kontakt zu Freiherr von Guttenberg über 363 [Gehlen] und 180 [Langkau] persönlich. Andere Verbindungsmöglichkeiten sollen nicht intensiviert werden«.[17] Einige Monate später wandte sich Gehlen persönlich an den CSU-Politiker und schrieb ihm, er würde sich freuen, ihn gelegentlich in München begrüßen zu können. Er möge mit dem Überbringer der Einladung telefonisch Näheres vereinbaren; »Bonn 25092 / Dr. Dürrwanger«, notierte Guttenberg auf dem Schreiben.[18]

Zu dieser Zeit, als der Freiherr auf Veranlassung von Strauß, sein Widersacher in der CSU, selbst Gegenstand einer Personenklärung durch den BND wurde, dürfte Guttenberg mit den Gepflogenheiten des Dienstes längst vertraut gewesen sein. Der Verteidigungsminister hatte sich nämlich mit der Bitte an Gehlen gewandt, er möge herausfinden, wer im Krieg alles beim Soldatensender Calais der britischen Rundfunkpropaganda gearbeitet habe.[19] Der CSU-Chef, der auf diesem Wege seinen Munitionsvorrat für die innerparteiliche Auseinandersetzung mit ihm aufstockte, wusste natürlich, dass der Freiherr zu diesem Kreis Vaterlandsloser zählte. Die Schwierigkeit

für den BND bestand darin, sich bei solchen Kabalen nicht in die Fäden des eigenen Netzes zu verwickeln und zwischen die Fronten zu geraten. Die Abwehr dieser Gefahr scheint Wolfgang Langkaus Hauptzuständigkeit für den Freiherrn ursprünglich begründet zu haben; jedenfalls hat sich dieser Strang in der Überlieferung am deutlichsten niedergeschlagen. Seit der Verwicklung Pullachs in die *Spiegel*-Krise betrachtete der verwundete und gedemütigte Franz Josef Strauß die Gehlen-Clique ja als eine Art feindlicher Zusammenrottung.

Nach dem Übergang der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer auf Ludwig Erhard, als in der Union die Sorge über die Schwäche des neuen Regierungschefs zunahm, Kurt Weiß seinen nominellen Vorgesetzten in der Leitung der sogenannten Strategischen Aufklärung de facto längst abgelöst hatte und »Langendorf« daher mehr Freiraum für Gehlen'sche Spezialmissionen blieb, verdichtete sich das Zusammenspiel zwischen Langkau und Guttenberg. Der Tonfall der Briefe wurde freundschaftlicher, ja familiär.[20] Vor allem aber legte sich der hohe BND-Beamte bei der vorschriftswidrigen Weitergabe von eingestuften Unterlagen keine Schranken mehr auf. Der prominente CSU-Parlamentarier erhielt beispielsweise nicht nur einen vertraulichen Hinweis, dass Ost-Berlin eine Pressekampagne gegen ihn plane,[21] Langkau ließ sich gegenüber dem »lieben Baron« auch recht vertraut über Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier aus, der wegen seines persönlichen Verhaltens immer wieder in die Kritik geriet.[22] Beigefügt war außerdem eine geheime Ausarbeitung über den augenblicklichen Stand des »Verhältnisses BRD/Israel«.[23] Postwendend bezog sich der stellvertretende CDU-Vorsitzende, der sich ebenfalls im Kampf gegen Hitler hervorgetan hatte, seinem adligen Parlamentskollegen gegenüber auf »die Analyse, die Ihnen der BND in einer unser Verhältnis zu Israel berührenden wichtigen Frage gegeben hat«;[24] als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses kannte er das Papier offenbar noch nicht.

Kurt Weiß, der in der Knüpfung und Pflege politischer Verbindungen gewiss so begabt war wie Reinhard Gehlens einziger Duz-Freund Langkau, wusste über den Draht zwischen Guttenberg und seinem – freilich nur formellen – Vorgesetzten im BND genau Bescheid, hielt sich operativ aber zurück. Zum einen gehörte der Baron zum Beritt Gehlens, zum anderen, wichtiger noch, durfte »Winterstein« es keinesfalls riskieren, neuerlich auf

Seiten eines Kontrahenten von Franz Josef Strauß ausgemacht zu werden. Der gestürzte Verteidigungsminister verdächtigte Weiß ja – zu Recht[25] –, im Herbst 1962 maßgeblich an der Warnung des *Spiegels* vor den Untersuchungen des Generalbundesanwalts beteiligt gewesen zu sein.

In Pullach war man gut darüber informiert, wie Strauß über die Rolle Gehlens bei seinem Sturz dachte. Guttenberg hatte dem Chef des Strategischen Dienstes früh gesteckt, der CSU-Chef habe ihm drei Tage nach seinem Rücktritt in einiger »Hemmungslosigkeit« beschrieben, wie der BND bei der *Spiegel*-Affäre seine Hand im Spiel gehabt habe.[26] Dem Direktor der Katholischen Akademie in München legte er nämlich auseinander, wie es zu seinem Sturz gekommen sei. »Franz Josef Strauß«, schrieb Langkau eilig an Gehlen, »erklärte sein Verhalten (dessen Fragwürdigkeit er sich heute bewusst sei) aus der Enttäuschung über die Tatsache, dass der Präsident des BND den ›Spiegel‹ gewarnt und ihn daher gezwungen habe, noch rechtzeitig in der ›bekannten‹ Form einzugreifen. Leider sei dieses – insbesondere die Beschlagnahme eines entscheidenden Dokumentes – nicht mehr gelungen (Ahlers), weil die Warnung des BND dem zuvorkam.«[27] Langkau war im Übrigen davon überzeugt, Strauß habe »die Spannungen« zwischen Gehlen und Adenauer in der *Spiegel*-Affäre aus dem Hintergrund geschürt.[28]

Die Leitung des BND bemühte sich, angesichts der erheblichen Unstimmigkeiten nicht nur mit dem scheidenden Adenauer, sondern namentlich auch wegen der Spannungen mit dem politischen Schwergewicht aus Bayern, den Draht nach Bonn noch mehr zu stärken. Die Jahre des selbstverständlichen innen- und parteipolitischen Zusammenwirkens mit dem Bundeskanzler und Kanzleramtschef Hans Globke waren vorbei. Gehlen beauftragte Langkau daher im Herbst 1963, um eine noch »effektivere Führung« des Hauptstadtbüros besorgt zu sein. Sein Auftrag lautete: »Verbindungsaufnahme zu allen wichtigen Persönlichkeiten in Bonn, die entweder als dem BND wohlwollend oder ablehnend bekannt waren; kurzum alles zu tun, was unauffällig dem BND bei passender Gelegenheit nutzen konnte«.[29] Doch waren die Scherben des *Spiegel*-Eklats mit BND-Beteiligung jemals wieder zu kitten? Da der politische Wiederaufstieg des Bundesministers a. D. (den die bayerischen Parlamentarier bereits acht Wochen nach seinem Fall zum CSU-Landesgruppenvorsitzenden im Deutschen Bundestag wählten) nur eine

Frage der Zeit sein würde, kam die in tiefste Ungnade gefallene Spitze des Dienstes nicht um den Versuch herum, sich diesem Kraftzentrum irgendwie wieder anzunähern. Die Zeiten, wo der Präsident dem Palais Schaumburg in Sachen Strauß mit dem umfangreichsten seiner streng gehüteten Personaldossiers (es wurde Anfang der Siebziger von Wessel vernichtet[30]) dienlich sein konnte, waren jedenfalls passé.

Außer »Langendorf« und »Winterstein« wurde bei diesem Wiederannäherungsbemühen auch ein Kollege mit dem Dienstnamen »Dr. Lückrath« aktiv. Mit Epitheta wie »schillernd«, »bizarr« oder »verrückt« ist Hans Langemann, der dem BND zu Beginn der achtziger Jahre einen gewaltigen Skandal bescherte, im Nachhinein recht einseitig charakterisiert worden. Tatsächlich ist er ein Jahrzehnt lang ein versierter Operateur und Mitarbeiter von bemerkenswerten nachrichtendienstlichen Qualitäten gewesen. Er verstand sie auch bei seinen geheimen Parteidiensten glänzend zur Geltung zu bringen.[31]

Dr. Hans Langemann, Jahrgang 1925, stammte aus einer gutbürgerlichen Familie, trat 1943 in die NSDAP ein, kam zur Wehrmacht, wurde mit einem Gesichtsdurchschuss schwer verwundet, kämpfte sich ins Leben zurück, studierte Rechtswissenschaft und trat als Dr. jur. 1957 in den BND ein. Zunächst in verschiedener Verwendung (vorübergehend in der Sicherheitsberatung der SPD-Führung)[32] kam »Lückrath« just zu der Zeit zum Strategischen Dienst, als Langkau und Weiß sich anschickten, die Heilung der Beziehungen zur CSU auf die Agenda zu setzen. 1965 führte der Newcomer ungeachtet seiner gesundheitlichen Beeinträchtigung bereits knifflige Auslandsoperationen. Weitere zwei Jahre danach war der stets hervorragend beurteilte Leitende Regierungsdirektor schon Operationschef und einer der engsten Mitarbeiter von Langkau und Weiß. »Dr. Lückrath« dirigierte bald ein verästeltes und enorm kostspieliges Auslandsnetz von weit über hundert Informanten in aller Welt, das man sich nicht bunt und exotisch genug, bis zur Lächerlichkeit verstiegen vorzustellen hat; Aufwand und Ertrag standen in einem dramatischen Missverhältnis zueinander. 1968, nach dem Wechsel von Gehlen zu Wessel und dem Ausscheiden Langkaus, fiel dieses vermeintlich weltumspannende Monstrum ebenso wie der Strategische Dienst den Reformanstrengungen des neuen BND-Präsidenten zum Opfer.

Wessel zeigte sich nach einem guten Jahr im Amt noch immer erschüttert über die groteske Verselbständigung dieser Art Auslandsaufklärung. Seinem Tagebuch vertraute er an, nach dem Studium einschlägiger Akten sei er »erschüttert über diese Verflechtung und Verfilzung dienstlicher und privater Dinge, Gelder, Anordnungen, Firmengründungen, Haus- und Wohnungsvermietungen usw. Ich glaube, oder ich fürchte, nicht fehlzugehen in dem Eindruck, dass hier im Laufe der Jahre Millionenwerte verschleudert wurden, ohne auch nur einen leidlich vergleichbaren Gegenwert dafür zu erhalten.« Ob die Schuld daran außer den unmittelbar Verantwortlichen nicht auch Langkau und Gehlen zuzuschreiben sei, fragte sich Wessel. »Das wird nie geklärt werden können«, gestand er sich ein, »denn es wäre sinnlos, Holten [Langkau] und den Dr. [Gehlen] hierzu noch zu hören – ich glaube, es ist nicht zu krass gesagt, wenn ich der Annahme Ausdruck verleihe, dass sie lügen würden.«[33]

Als Herr über die Paradiesvögel, Aufschneider und Freizeitspione hatte sich der im Gesicht so sehr entstellte Lebemann mit Nachholbedarf das ideale Milieu von Langstreckenflügen, hochgestellten Audienzen, Grand Hotels, exotischen Cocktails, feinen Damen und überfeinerten Diners geschaffen.[34] Doch das war nur die eine Seite. Er war jetzt auch jemand, der über alles, was man in der Yellow Press lesen oder auch nicht lesen konnte, ebenso fundiert Auskunft geben konnte wie über all die gefährlichen Machinationen, Transaktionen und Revolutionen in der weiten westlichen Welt. Mit anderen Worten: Der für den Steuerzahler sündteure Dr. Hans Langemann war, sofern er entsprechend spurte, sogar für einen Weltpolitiker wie Franz Josef Strauß eine Figur von gewissem Interesse. Jahrelang bediente sich der CSU-Chef, vorwiegend über seine Frau Gemahlin, denn auch dieses cleveren Felix Krull. Als »Lückrath« 1982 aufflog, war er für den bayerischen Ministerpräsidenten und gescheiterten Kanzlerkandidaten der Unionsparteien dann nur noch »der Mann mit dem Kopfschuss«.[35]

Die tastende Wiederannäherung des BND an Franz Josef Strauß begann kurz nach dessen Wahl zum CSU-Landesgruppenvorsitzenden im Bundestag. Marianne Strauß, die den Kontakt zum BND in den folgenden Jahren vor allem pflegte, rief Mitte Juni 1963 in Pullach an.[36] Sie bitte um Hilfe in einem Fall, der ihren Ehemann sehr interessiere, sagte sie. Bei ihr zu Hause in Rott am Inn hatte sich nämlich ein Informant am Telefon

gemeldet, »der eine dringende Zusammenkunft wünsche, da er Aussagen zu Kontakten zwischen dem ›Spiegel‹ und östlichen Stellen machen könne, die zum Teil dazu dienen würden, ihrem Mann nachhaltig zu schaden«. Der Dienst arrangierte sofort ein Treffen zwischen einem seiner V-Leute und dem vermeintlichen Wissensträger, einem Bankkaufmann aus dem Odenwald, der (zugleich IM des MfS) allerdings seinerseits in einer Gegenspionage-Operation des CIA steckte. Der BND-Mann gab sich als ein Beauftragter von Frau Strauß aus.

Der in Bedrängnis geratene Familienvater, der zu plaudern begann, wollte, wie er sagte, sehr gerne aus seinen Verstrickungen herausfinden, aber erst, wenn er die Ost-Verbindungen des Hamburger Magazins endgültig geklärt habe. Um dunkle Geschichten war der Mann aus dem Odenwald nicht verlegen. In Ost-Berlin, erzählte er, habe ihm sein Führungsoffizier schon früh gesagt, »man habe den Plan, F. J. Strauß gewaltsam zu beseitigen, fallen gelassen, da man mit Hilfe des ›Spiegel‹ ihn besser ›fertigmachen‹ könne«; es existiere wohl auch ein Code für den »ständigen lebhaften Kontakt« zwischen östlichen Stellen und dem Bonner Büro des *Spiegels*. Er verehre Strauß als Menschen und Politiker, offenbarte der Mann noch, und deswegen wolle er »alles tun, um dazu beizutragen, das Spiel des ›Spiegels‹ mit dem Osten gegen F. J. Strauß aufzudecken«, also »mit einer guten Tat« den Weg aus der nachrichtendienstlichen Tätigkeit zurück in ein bürgerliches Leben finden.

Der BND unterrichtete Frau Strauß umgehend über dieses Treffen, versprach Aufklärung und empfahl, »es sei das Beste, wenn sowohl sie selbst als auch ihr Mann kein aktives Interesse mehr am Vorgang zeigen und keine Telefongespräche mehr annehmen würden«. Für den Gehlen-Dienst war klar, dass er einen so prominenten Fall »unter allen Umständen mit sorgfältiger Abschirmung nach allen Seiten« zügig und in Abstimmung mit den amerikanischen Freunden zu klären hatte. Das funktionierte allerdings nicht so rasch, wie der CSU-Vorsitzende es in seiner »trübseligen Rotter Exil-Zeit« eigentlich erwartete. Kurt Weiß war daher ziemlich aufgeregt, wie Langemann in seinem Tagebuch notierte: »Wi[nterstein]: Strauß schießt! Muss offenbar Strauß vortragen.«[37] Zwei Tage später besprach »Lückrath« den Fall mit Gehlen. Er hielt fest, »Strauß fühlt sich nicht genügend informiert«, und erhielt vom BND-Präsidenten daher den Auftrag, sich dieser wichtigen Angelegenheit anzunehmen: Sie stellte sich

als Schwindel heraus.[38] Auch wenn die Wiederannäherung eleganter hätte ausfallen können, der erste Schritt war getan, der Hilferuf von Marianne Strauß nicht ungehört verhallt.

Die Bemühungen, die Beziehung zu einem Franz Josef Strauß zu reparieren, der seine Vorbehalte gegenüber der BND-Führung nie abstreifen konnte, das in Pullach schwelende schlechte Gewissen aber für sich nutzen wollte, wurden forciert. Gehlen, Weiß, Langkau und Langemann (inzwischen ein Duz-Freund von Heinz Felfe[39]) tasteten sich voran und vermieden – »proaktiv«, wie manche gern sagen – alles, was den verletzten, aber ungebrochenen CSU-Vorsitzenden neuerlich gegen sie aufbringen mochte. Das Antichambrieren, das sich die Familie Strauß gerne gefallen ließ, wurde heftiger, je mehr die Bundestagswahlen 1965 mit dem in seiner Partei ungeliebten Bundeskanzler Ludwig Erhard näher rückten. Es tobte der außenpolitische Streit zwischen »Atlantikern« mit der Galionsfigur Gerhard Schröder, dem Außenminister, und Strauß als Wortführer der »Gaullisten«. In ihrer Auseinandersetzung mit Erhard hielten Adenauer und der überaus einflussreiche Heinrich Krone, Vertrauter von Hans Globke, Bundesminister und Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates, sogar bereits ein persönliches Treffen mit dem CSU-Vorsitzenden für erforderlich. Alle erkannten: Das »Comeback« des Verstoßenen,[40] der laut *Spiegel* mit Adenauer in einer »Kampffront gegen Kanzler Erhard und Vizekanzler Mende« stand,[41] war unabwendbar.

Die Kontakte des BND zu prominenten CSU-Politikern wie zum Freiherrn Guttenberg oder zu Richard Jaeger waren trotz der Vertrauenskrise nach der *Spiegel*-Affäre nicht abgerissen; Staatsminister Franz Heubl, den Strauß nicht leiden konnte, klopfte bei Kurt Weiß freundlich auf den Busch;[42] Marianne Strauß telefonierte immer wieder einmal. Langemann hielt in seinem Tagebuch bereits fest: »Reise zu Marianne«.[43] Nach solchen heftigen Präliminarien war es an der Zeit, endlich die Verständigung auf höchster Ebene herbeizuführen. Nachdem Gehlen und Strauß im Mai bereits im Vertrauensmännergremium aufeinandergetroffen waren und der Bundesverteidigungsminister a. D. sich zwar mit einigen peinigenden Fragen an den BND-Präsidenten hervorgetan, dann aber recht versöhnlich beigedreht hatte,[44] der »Doktor« ihm kurz darauf schon wieder »Meldungsmaterial der letzten Wochen« zuschickte,[45] konnte die eigentliche Versöhnungsoffensive starten. Sie begann kurz vor

den Bundestagswahlen, bei der vermutlich nicht nur die Union gut abschneiden, sondern die auch den CSU-Vorsitzenden wieder in voller Größe auf die politische Bühne zurückbringen würden. Hans Langemann erhielt dafür von Langkau und Weiß die Rolle des Postillon d'amour zugeteilt.

Zunächst wurde mit »Lückrath« ein weiterer Verbindungsmann bemüht, der in Rott anrief und danach festhielt: »Frau Strauß sehr interessiert«; sie habe versprochen, zunächst ein Gespräch zwischen ihrem Mann und Langkau zu arrangieren. Langemann meinte noch, es müsse nicht gar zu schnell gehen, »nach der Wahl, aus der Strauß gestärkt hervorgehen werde, sei er für den BND ansprechbar«.[46] Soviel Zurückhaltung erwies sich jedoch als unangebracht, da Frau Strauß sofort bei Familie Langkau zurückrief und dessen Gattin ausrichtete, der Chef des Strategischen Dienstes möge sich bitte zwei Tage später, 11 Uhr, bei den Straußens in Rott am Inn einfinden: »Besprechung, wie zu taktieren ist«, notierte Langemann: »Meines Erachtens – 273 [Langkau] stimmt dem zu – muss sie die Gewissheit erhalten, dass wir hinter ihm stehen. Ich soll dann Verbindungsmann sein, wenn es klappt.«[47] Er beriet mit Langkau, welche Materialien nach Rott mitgenommen werden sollten. Man entschied sich für »NPD, USA-Rassenunruhen, USA-Militärpotential, de Gaulle-Politik, SPD-Wahlkampftaktik (Innenpolitik), Vietnam usw.«[48]

Gleich nach seiner Rückkehr berichtete ein begeisterter Langkau Langemann von dem Rotter Treffen: »Ein außergewöhnlich positives Gespräch. Material gut angekommen«, so die Tagebuch-Notiz. »Strauß soll nun fortlaufend ihn interessierendes Material erhalten. Absprache: Material bleibt in Rott in Obhut von Frau Strauß. Am nächsten Samstag mit Gehlen nach Rott. Gehlen hatte über Winterstein versucht, an Strauß heranzukommen. Langkau hat das abgefangen […] Ich soll demnächst ›Briefträger‹ spielen.«[49] Diese Vereinbarung stand in der bewährten, wie selbstverständlich beherzigten Gehlen-Tradition: Unbefugte im konservativen Lager erhalten von dazu ebenfalls Unbefugten im BND eingestufte Unterlagen des Auslandsnachrichtendienstes zur Innen- und Parteipolitik.

Zum Auftakt des Oktoberfests, einen Tag vor der Bundestagswahl, konnte die hochgeheime Operation abgeschlossen werden. Der BND-Präsident und der CSU-Vorsitzende trafen persönlich zusammen. Wieder ist

es Hans Langemann, der von Langkau berichtet und einen farbigen Einblick gewährt: »11: 30 Uhr, Ohmstraße 11. Telefonnummer offenbar gesperrt. Gehlen habe sein Missfallen über diese ›Treffwohnung‹ geäußert, ›weil Strauß dort Mikrofone eingebaut habe‹. Typisches Gehlen-Denken, was auch Langkau zugibt. Er ist sich offenbar nicht ganz sicher, ob Gehlen der ›richtige‹ Gesprächspartner für Strauß ist […] Hoffentlich macht Gehlen nicht alles kaputt.«[50] Das passierte nicht, denn Langkau, der mit von der Partie gewesen war, meldete ein »gutes Resultat. Strauß will u. a. [Kanzleramtschef, Bundesminister Ludger] Westrick, Schröder und Mende abschießen. Höcherl ins Kanzleramt?«[51] Am nächsten Tag, 19. September 1965, waren die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag: »Wähle *CSU*, natürlich.«[52]

Die Dinge schienen geregelt, die Kontaktlinien gestärkt. Gehlen und Langkau begaben sich eigens zu Heinrich Krone und meldeten, das Verhältnis von Franz Josef Strauß zum BND sei inzwischen in Ordnung gebracht.[53] Das war, was Gehlen persönlich betrifft, allerdings derselbe Zweckoptimismus, den der BND-Präsident auch ein Jahr später gegenüber dem Stationsleiter der CIA in München an den Tag legte. Sein Verhältnis zu Strauß sei inzwischen entspannt, behauptete er etwas gönnerhaft gegenüber dem amerikanischen Stationsleiter in München und überspielte damit seine Befangenheit gegenüber dem CSU-Vorsitzenden, der ihn, wie er vielleicht spürte, für einen »Schauspieler« hielt. Ein großer Freund des Bayern sei er zwar nicht, bekannte Gehlen, doch habe sich dieser in den letzten Jahren ja erheblich weiterentwickelt.[54]

Als Dritter in der Spitze des Strategischen Dienstes gewann »Dr. Lückrath« guten Einblick, wie Wolfgang Langkau und Kurt Weiß mit großer Zielstrebigkeit ihre Liaisons mit Unionspolitikern festigten, sich dabei aber durchaus als Konkurrenten empfanden. Es war absehbar, dass »Winterstein«, der mit Rückendeckung des Präsidenten bereits nach eigenem Gutdünken agierte, mit dem absehbaren Ausscheiden von Gehlen und Langkau das Heft vollständig in die Hand nehmen würde. Noch nicht absehbar war, welche Rolle Hans Langemann dann bei den innenpolitischen Machenschaften des BND zufallen würde. Für die eigene Karriere, so viel war jedenfalls klar, war seine Rolle als Kontaktpfleger und höherer Briefträger, die sich bald nicht mehr nur auf Frau Strauß beschränkte,

höchst förderlich und prädestinierte den Mann erst mittleren Alters für höhere Aufgaben im Freistaat; womöglich in Bonn.

Obwohl, vielleicht sogar weil Langemann inzwischen das Geld mit vollen Händen für größenwahnsinnige Auslandsoperationen hinauswerfen durfte, scheint er sich in diesem Abschnitt seiner Laufbahn schon nicht mehr recht wohlgefühlt zu haben. Der smarte und lebenslustige, in seiner äußeren Erscheinung aber schwer lädierte Geheimagent wusste, in was für einer Behörde er arbeitete. Am Tag, als Franz Josef Strauß, Reinhard Gehlen und Wolfgang Langkau in München-Schwabing zu ihrer Aussprache zusammentrafen, vertraute er nämlich ebenso treffend wie unkritisch gegenüber dem eigenen Chef seinem Tagebuch an: »Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, dass der jetzige BND überreif ist, demontiert zu werden. Sein nahezu wahlloses, heilloses Chaos, das das gute Geld der Bürger für läppischen Tinnef vergeudet, weniges (Langkau) ausgenommen.«[55] Die »Mercker«-Kommission fällte bald ganz ein ähnliches Urteil.[56]

Doch jetzt begann erst einmal ein neues Kapitel der Beziehungen Pullachs (oder besser: des stark gerupften Gehlen) zu Franz Josef Strauß. Es zeigt auch – im Nachhinein –, dass es nicht nur die CSU und ihr Vorsitzender, nicht allein Adenauer und Globke es verstanden, den BND für parteipolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Diesmal war es niemand anderes als der Bundespräsident persönlich. Heinrich Lübke (CDU) stand gemeinsam mit Adenauer, Gerstenmaier, Guttenberg und Strauß in einer Front gegen Bundesaußenminister Gerhard Schröder (CDU), der mit allen Mitteln an der Fortführung seines Amtes im Kabinett von Bundeskanzler Erhard gehindert werden sollte.[57] Man warf ihm vor, »das deutsch-französische Bündnis zerstört zu haben und den Amerikanern untertan zu sein«. Lübke, der schon vor den Wahlen über Schröder gesagt hatte, er habe »die ganze Atmosphäre zwischen Bonn und Paris verdorben«,[58] stand nicht nur unter massivem Druck der Parteivorsitzenden Adenauer und Strauß, er war auch bereit, in dieser Sache mit den schäbigsten Mitteln vorzugehen. Als Schildknappe diente ihm Baron Guttenberg mit seinen exzellenten Kontakten zum BND.[59]

»Nach einem Besuch des Bundestagsabgeordneten Freiherrn zu Guttenberg beim Bundespräsidenten«, notierte der Leiter des Bundespräsidialamts, habe Lübke ihn beauftragt, »beim BND festzustellen,

ob Dr. Schröder entgegen seiner Behauptung die Denkschrift der EKD [Evangelischen Kirche Deutschlands] zu den Ostgebieten vorgelegen habe, bevor sie veröffentlicht worden sei«. Sollte der Minister das berühmte Dokument, in dem sich die Kirche für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und damit gegen ein Kernelement der bundesdeutschen Außenpolitik aussprach, vor seiner Publikation gekannt haben, würde Bundeskanzler Erhard ihn nicht neuerlich ins Auswärtige Amt entsenden können.

Bereits am folgenden Tag fand sich Wolfgang Langkau, der in seiner diskret-unprätentiösen Art von Strauß geschätzt wurde, in der Villa Hammerschmidt ein und stellte eine umfassende Recherche in Aussicht; käme sie zu dem gewünschten Ergebnis, würde Schröder von seinen innerparteilichen Feinden endlich zur Strecke gebracht sein. Auch hier arbeitete Langemann seinem Chef zu: »273 [Langkau] bereitet sich auf Gespräch mit Staatssekretär [Hans] Berger vom Bundespräsidialamt wegen Denkschrift der EKD vor. Offenbar zielt Bergers Initiative (im Auftrag Lübkes?) in allerletzter Minute gegen Schröder (Vorsitzender Evangelischer Arbeitskreis CDU – Hatte er Kenntnis?). Fahre zum CSU-Landesverband und hole ein Exemplar der Denkschrift für 273 zur Information ab. Lerne Herrn [Marcel] Hepp (Pressechef?) kennen.«[60] Der BND konnte jedoch nicht mit dem erhofften Resultat dienen. Langkau teilte Lübkes Staatssekretär am 25. Oktober 1965 fernmündlich mit: »Nach den bisherigen Feststellungen sei die Denkschrift der EKD dem Auswärtigen Amt vor der Veröffentlichung nicht bekannt gewesen.« Einen Tag später wurde das zweite Kabinett Erhard mit Schröder und ohne Strauß vereidigt. Während der Regierungsbildung 1965 arbeitete der BND den hochstehenden Frondeuren der Anti-Schröder-Fraktion nicht nur einmal zu. Ganz gewiss wird Strauß auch von einer weiteren illegalen Personenüberprüfung erfahren haben, die Langemann in seinem Tagebuch mit wenigen Worten benennt: »Info über Dr. [Gerhard] Stoltenberg, MdB, CDU, für Holten [Langkau] zusammengestellt. Gilt als Parteigänger Schröders.«[61]

Dem CSU-Vorsitzenden wurde ein Ministeramt im neuen Kabinett Erhard verwehrt. Trotzdem war klar, dass Franz Josef Strauß in Kürze wieder ein bestimmender Faktor in der Bundeshauptstadt sein würde. Seine Verbindung nach Pullach dynamisierte sich 1966 entsprechend. Ein breiter Strom unterschiedlichster BND-Materialien ergoss sich unter Missachtung

sämtlicher Verschlusssachenbestimmungen in den kommenden Jahren nach Bonn und Rott am Inn: Expertisen und Meldungen zu jedwedem Gegenstand vermuteten Interesses, sei es zur internationalen, sei es zur innenpolitischen Lage. Noch als Strauß bereits wieder Minister war, gingen ihm Unterlagen auf diesem illegalen Weg zu. Nach der Pensionierung von Wolfgang Langkau und Reinhard Gehlen entwickelte »Winterstein« dieses parteipolitische Sonderzuteilungssystem bis in die neunziger Jahre hinein zur Perfektion.[62]

Der CSU-Vorsitzende war in seiner Partei zwar der wichtigste, aber nicht der einzige Politiker, der früh aus geheimer Quelle gefüttert wurde. Die Liaison mit Baron Guttenberg haben wir schon ein wenig beleuchtet,[63] auf den stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Ludwig Huber kommen wir noch zu sprechen.[64] Der kurze Draht zwischen Gehlen, Hans Ehard und Kultusminister Alois Hundhammer reichte, wie gezeigt, in die vierziger Jahre zurück.[65] Zur alten Kundschaft zählte – um einen kurzen Blick auf ihn zu werfen – ebenfalls Richard Jaeger, seit den Fünfzigern mit Sicherheitsfragen befasst, Justizminister im kurzlebigen zweiten Kabinett Erhard, später Mitglied im Parlamentarischen Vertrauensmännergremium des Deutschen Bundestags.[66]

Als Jaeger, schon Ende 1956, beispielsweise der briefliche Gesprächswunsch eines wehrgeografisch tätigen CDU-Mitglieds erreichte, wandte er sich direkt an Gehlen, den er, wie er schrieb, »wieder einmal« mit der Bitte um eine Personenauskunft »belästigen« müsse.[67] Der BND-Präsident versprach sogleich, die Dinge zu klären, und meldete sich dann mit einem ausführlichen Schreiben. Darin teilte er mit, der fragliche Mann spiele in den von ihm behaupteten Zusammenhängen keine besondere Rolle, »wie er auch heute in Hamburg verhältnismäßig unbekannt ist«.[68] Kaum waren Jaegers Ministermonate beim abgelösten Bundeskanzler Erhard Ende 1966 vorüber, meldete sich Wolfgang Langkau in einem seiner formvollendeten Briefe bei ihm, bestätigte den Wunsch, dass die »bisherigen Unterrichtungen« bitte fortgesetzt würden, und avisierte auch gleich einen persönlichen Besuch in Bonn.[69] Als der CSU-Politiker kurz darauf in seine Funktion als Vizepräsident des Deutschen Bundestags zurückkehrte, meldete er sich bei Langkau, um die Nachfolgeregelung für einen Ministerialdirektor mit ihm zu besprechen.[70] Der Chef des Strategischen Dienstes kündigte an, »mit der gewohnten Unterrichtung über

besondere politische Einzelheiten fortzufahren«, legte auch gleich die ersten »Steuerungshinweise« bei und fügte hinzu, die weitere Übermittlung übernehme der »stets zuverlässige Kurier«;[71] darüber freute sich Jaeger.[72] Das waren allerdings nur Präliminarien vor der Einschaltung Richard Jaegers in den wüsten Kampf, den »Winterstein« nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition aus seiner Position im BND heraus anführte.[73]

Hauptverbündeter in der CSU war und blieb zunächst Franz Josef Strauß, der sich den Pullacher Service gerne gefallen ließ. Da es die Spatzen von den Dächern pfiffen, dass das Regierungsbündnis aus CDU/CSU und FDP kein langes Leben mehr haben würde, verdoppelten der Strategische Dienst und insbesondere Hans Langemann 1966, im »Jahr seiner völligen politischen Wiederherstellung«,[74] die Anstrengungen, ihre Loyalität zu Strauß unter Beweis zu stellen. Ludwig Huber, der ebenfalls an BND-Berichten interessiert war, wie »Lückrath« in sein Tagebuch eintrug, sich aber »kritisch zu Strauß (unbeherrscht)« äußerte, riet ihm, der CSU beizutreten.[75] Der von Frau Strauß immer so liebenswürdig behandelte Telefonpartner ging diesen Schritt denn auch, doch nicht ohne das Bestreben, mit diesem politischen Bekenntnis ihren Ehemann zu beeindrucken. Außerdem besprach er mit Langkau sogleich die Kontaktanbahnung zu Ludwig Huber und die delikate Frage »nimmt Strauß das übel?«[76]

Der CSU-Chef nahm nicht übel, war von dem Schritt Langemanns aber auch nicht so begeistert, wie der sich das ausgemalt hatte. Der mittlerweile an sich so gefragte und einflussreiche BND-Mann machte aus seiner Enttäuschung keinen Hehl, als er notierte: »Erhalte ziemlich formloses CSU-Schreiben der Wahlkreisgeschäftsstelle, plus Formular. Diese Behandlung gefällt mir nicht, zumal ich unter Einschreiben an den Vorsitzenden persönlich geschrieben hatte.«[77] Also wandte er sich an Strauß, um ihn daran zu erinnern, dass er nun auch zu seiner Partei gehöre.[78] Vier Wochen später klappte es endlich. Der Vorsitzende antwortete mit einem »netten Schreiben«, einem Einzeiler: Er hoffe »auf ›gute Zusammenarbeit‹«.[79] Wer Hans Langemann war, wusste Strauß durchaus. Er sprach über ihn sogar mit seiner (und Willy Brandts) Gelegenheitsgeliebten, der flamboyanten Skandalnudel, Schaumschlägerin und BND-Agentin Susanne Sievers (manchmal geht sie als »begabte

Agentenführerin« durch),[80] die »Lückrath«, ihrem Führungsoffizier bei der »Operation Eva«[81] (ebenfalls einer ihrer Liebhaber), diese Einlassungen sogleich hintertrug. Danach habe es Strauß »sehr bedauert«, dass Langemann nicht ins Kanzleramt nach Bonn gewechselt sei – so hoch schien er bereits im Kurs zu stehen. Man habe Strauß »Dr. Lückrath« als einen »loyalen Mann« genannt. Im Übrigen, so Sievers, sei die Haltung ihres gemeinsamen Bekannten im Ministerrang »noch immer kritisch gegen Gehlen. Gut über Langkau, nur ihm noch ›zu vorsichtig‹«.[82]

Solche Nebengeräusche ließen den instabilen und kontaktbedürftigen Langemann nie unbeeindruckt, beflügelten ihn vielmehr, sich gemeinsam mit Langkau zu seinem ureigenen und des Dienstes Frommen den Liaisons mit der CSU zu widmen. Der Chef des Strategischen Dienstes übersandte dem Parteivorsitzenden nach einem Besuch bei ihm unter dem Briefkopf als Generalmajor der Reserve für dessen »eilige Unterrichtung« ein von ihm aus BND-Unterlagen selbst zusammengestelltes Memorandum über das Verhältnis Frankreichs zur Nato. »Ich glaube feststellen zu dürfen«, schrieb er, »dass die Informationen sehr genau mit ihren Gedanken übereinstimmen.« Er habe das erst nachträglich entdeckt »und war, sozusagen, beruhigt«. Langkau legte noch eine weitere Ausarbeitung aus dem Vorjahr dazu, »weil sich eigentlich alles erfüllt hat, was an schwierigen Problemen zu der damaligen Zeit zu berichten war«. Es sei ihm daher nicht recht verständlich, weshalb man sich jetzt über die scharfen Schritte des französischen Präsidenten gegenüber der Nato wundere. Vielleicht, setzte er hinzu, könne Strauß die ebenfalls beiliegenden Materialien für seine bevorstehende Afrika-Reise gebrauchen, die er, General »Langendorf«, unter Zeitdruck habe zusammenstellen lassen; als sein stets Ergebener übersende er ihm und seiner Familie die besten Osterwünsche.[83] Strauß hatte keine Verwendung für das Afrika-Dossier. Immerhin schrieb er zurück, er habe ebenfalls »festgestellt, dass unsere Überlegungen auf der gleichen Linie liegen«.[84]

Hans Langemann wollte bei diesem Wettlauf um die Gunst des CSU-Vorsitzenden nicht zurückstehen. Auf dessen erwähnten Kurzbrief von März, der sich eigentlich nicht als Anknüpfungspunkt für eine Fortsetzung des Briefwechsels eignete, antwortete er, »es ist selbstverständlich und steht außer Frage, dass ich Ihnen zu jedem gewünschten Dienst gern zur Verfügung stehen werde«; vielleicht könne er ihm einmal »mündlich

vortragen«, was er darunter verstehe.[85] Das dauerte.[86] Im Herbst wäre es beinahe so weit gewesen, doch gestaltete sich der Kontakt noch immer nicht völlig befriedigend. Im Auftrag Langkaus brachte er »F. J. Strauß noch Unterlagen (Steuerungshinweise) zum Flughafen (LH 600, 15:16 Teheran)«, wie der unruhige Langemann minutiös festhielt. »Strauß (und Frau) sehr liebenswürdig und verspricht, mich bald nach seiner Rückkehr zwecks eingehender Aussprache zu benachrichtigen. Kommt auf Staatssekretär im Bundeskanzleramt zu sprechen und meint, diese ›rein wirtschaftlich ausgerichteten Leute wie Westrick und Hohmann‹ seien rechts; meint, es sei schade, dass ich nicht nach Bonn gegangen sei. Aber lächelnd! Sehr schöner und guter Kontakt.«[87]

In den Kiesinger-Jahren

Franz Josef Strauß beschäftigte die Phantasie der Spitze des BND und des Strategischen Dienstes in Gestalt von Wolfgang Langkau, Hans Langemann und Kurt Weiß ganz außerordentlich. Umgekehrt lässt sich das nicht behaupten, zumal der CSU-Vorsitzende in München und Bonn seit Herbst 1966 wieder die allererste Geige spielte. In der Bundestagsfraktion spricht er von »Ungewissheit, Unsicherheit, Unbehagen, Unruhe und potentieller Unsicherheit« im Lande.[88] Ende Oktober bricht die Regierung Erhard auseinander, die FDP zieht ihre Minister zurück. Bei den Landtagswahlen im November erzielt die CSU ihr bestes Ergebnis seit 1946. Noch vor den Bayern-Wahlen hatte Langemann, von beamtenmäßiger Zurückhaltung unberührt, in einem Brief an seinen neuen Vertrauten und stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Ludwig Huber wie ein Parteifunktionär die Parole ausgegeben: »Macht Bayern stark für Deutschland!« – und freute sich in seinem Tagebuch dann herzlich darüber, dass der *Bayernkurier* kurz darauf mit dieser »Balkenüberschrift« aufgemacht habe.[89] Am 1. Dezember 1966 trat die von einer Großen Koalition aus Union und SPD getragene Regierung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zusammen. Trotz einiger verzweifelter Kassandrarufe: Strauß ist wieder da, auch noch als Bundesminister der Finanzen. Das steigerte seinen Wert für den immer tiefer in die Kritik geratenen BND noch, denn ausgeschlossen war es nicht, dass diese Kritik mit Mittelkürzungen oder unwillkommenen Mittelumschichtungen einhergehen würde.

Die Schar der Gratulanten beim CSU-Vorsitzenden war unüberschaubar. Wolfgang Langkau und Hans Langemann reihten sich ebenfalls ein, Letzterer allerdings auch deswegen, um nun endlich den seit Monaten angestrebten Gesprächstermin zu bekommen. Also schrieb er dem hochverehrten Herrn Bundesminister neuerlich einen Brief.[90] Er melde sich von langen Reisen (lang waren sie keineswegs gewesen) wieder zurück, begann er, und beglückwünsche Strauß zu dem »überzeugenden Sieg in Bayern und zu Ihrer – gottlob nun endlich vollzogenen – Wiederberufung ins Bundeskabinett.« Wiewohl ihm bewusst sei, fuhr er fort, »dass Sie von ihrer neuen und schweren Aufgabe vollkommen in Anspruch genommen sind, möchte ich Ihnen doch wiederum einiges, speziell für Sie von mir für

Sie zusammengestelltes Informationsmaterial, sozusagen als Probe, zuleiten. Ich glaube, dass authentische Zitate dieserart zur Abrundung des Bildes beitragen könnten, das Ihnen nun seit einiger Zeit durch meinen Chef vorgelegt wird.«

Solche Privatschreiben erfüllten – wie beim BND über Jahrzehnte gang und gäbe – die vorgeschriebenen Kriterien eines korrekten Meldegangs keineswegs. Für die Mitglieder und Anhänger der Unionsparteien in Pullach ließ sich diese Methode jedoch bestens dafür nutzen, tätige Loyalität zu zeigen, eigene Anliegen zu fördern und sich selbst ins rechte Licht zu rücken. Darin hatte es die Spitze des Gehlen-Dienstes inzwischen zur Meisterschaft gebracht. »Ich möchte damit nur einen kleinen Beitrag der Hilfe leisten«, setzte Langemann sein Schreiben fort, »die ich auch gegen Ende 1965 im Auge hatte, als ich die Wiederbelebung des Informationskontaktes maßgeblich initiierte.« Auch für ihn sollte das kein vergebliches Bemühen gewesen sein. »Bitte lassen Sie mich gelegentlich wissen, wie weiter verfahren werden soll«, schloss der Mann mit dem Kopfschuss, der er für seinen Adressaten Jahre später nur noch sein sollte, mit einer kleinen Unverschämtheit: »Dabei darf ich vorsorglich auf die besondere Vertraulichkeit dieser Dinge ergebenst hinweisen.« Strauß vermerkte am Rand des Schreibens: »Gelegentlich«.

Anfang 1967 war nach einer neuerlichen Verschiebung die Gelegenheit endlich da, am Samstag, dem 7. Januar, bei den Straußens zu Hause. Für den aufstrebenden Beamten auf Lebenszeit war es ein Erlebnis, der Staatsspitze nun so nahe zu sein.[91] »Bei starkem Schneefall nach Rott am Inn«, beginnt seine Aufzeichnung über diesen Besuch. »14 Uhr bestellt, muss aber eine Stunde warten, weil Präsident Rhodesische Staatsbank zum Mittag in Rott ist. F. J. Strauß sehr aufgekratzt vom Mittagessen. Gehlen bis März ’68 verlängert (aber nicht gesagt, dass er vielleicht früher gegangen wird). Wer Nachfolger? Votiere, falls General, für [Horst] Wendland, was Strauß verwundert. Ist Wendland der Mann der Reformen durchsetzt? Ich hätte einen einflussreichen Freund im BND, der meinen Namen Strauß seinerzeit wegen Verwendung Bonn genannt habe (Frank? [Personalchef Karl Heinz von Franz]). Der Vorschlag sei von ihm (FJ.) gekommen, und zwar als Ministerialrat. Fragt, ob ich jetzt wollte. Stimme unter A 16-Zusagebedingung und der Beibehaltung der Fra[nkreich]-Op-Gruppe grundsätzlich zu, erwähne aber, dass mir Verbleiben in der Zentrale besser

erscheine. Strauß traut Winnie [Weiß] nicht, der ihm gesagt habe, er (W.) bekämpfe nach Kräften den ›Spiegel‹, was er (FJ.) aber nicht glaube. Er sei überzeugt, dass BND mit ›Spiegel‹ gegen ihn gemeinsame Sache gemacht habe. Marianne Strauß: Winnie von schablonenhafter Intelligenz […] Leichte Trunkenheit, da fortlaufend Wein; fragt mich, ob ich Vizepräsident werden wolle. Verneine. Er sagte, dann soll ich der 2. Vizepräsident werden, definitiv!!«

Dieser beschwingte Nachmittag war gewiss angetan, die Bande zwischen der CSU und dem BND noch fester zu knüpfen, auch wenn Dr. Langemann nicht jedes Wort des gut gelaunten Vorsitzenden auf die Goldwaage gelegt haben dürfte. Er nahm aus dem Inntal aber mit, dass die Wunde der *Spiegel*-Affäre noch immer nicht ganz verheilt war und weder Gehlen, der bald keine Rolle mehr spielen würde, noch auch der in Pullach stark im Vordergrund stehende »Winterstein« – anders als er selbst – auf die persönliche Gunst des Ministers hoffen konnten. Zwei Hinweise von Strauß waren allerdings noch bedeutsamer: Zum einen hatte der Bundesfinanzminister zu erkennen gegeben, dass er den aufgestauten Reformbedarf des Dienstes genau kannte und abgestellt wissen wollte, zum anderen – und das war die allerbeste Nachricht dieses verschneiten Tages: *»Strauß: Keine Etatkürzung für den BND«*. Von dieser essentiellen Zusage machte Langemann sofort seinem für den Haushalt zuständigen Kollegen Altmann (»Arnheim«) Mitteilung, CSU-Mitglied, Freund »Wintersteins« und einige Jahre später mit ihm gemeinsam Hauptinitiator des Freundeskreises der CSU im BND.[92]

Es war gewiss nicht das ununterbrochene Antichambrieren, Belagern und Beliefern mit Wissenswertem allein, mit dem diese goldene Finanzmitteilung herausgelockt worden war, doch mitgeholfen hatte die Bevorzugung der CSU vielleicht doch; Langkau und Langemann konnten das gegenüber Gehlen und Weiß jedenfalls guten Gewissens geltend machen, sollte es notwendig werden. Anders als sein »Stabschef«, als der Langemann sich mit gutem Grund fühlen konnte,[93] gingen die guten Jahre für den Generalmajor der Reserve Wolfgang Langkau nun allmählich zu Ende. Kurt Weiß würde hinter einem neuen Präsidenten dann endgültig der starke Mann in Pullach sein. »Winterstein« rechnete fest damit, und er wusste auch, dass er »Lückrath« dann am besten noch enger an seiner Seite hatte. Also machte er ihm rechtzeitig entsprechende Avancen. Als das

aufregende Jahr 1966 zu Ende ging, schrieb Hans Langemann in sein Tagebuch: »Schönes Gespräch mit Winnie: ›Nur eine Frage der Zeit‹, dann zusammen.‹«[94]

Dann würde vielleicht auch Kurt Weiß von den Vorarbeiten Langemanns profitieren und dem Zentrum der Macht in Bayern eventuell wieder etwas näher rücken können. Tatsächlich unterließ »Lückrath« denn auch keinen Liebesdienst und ließ keinen Brief ungeschrieben, mit dem er den alten und neuen Bundesminister zu beeindrucken hoffte. So erdrechselte er beispielsweise einmal ein Schreiben, in dem er sagte, »wegen zwingender Dienstgeschäfte hatte ich zu meinem Bedauern gestern keine Gelegenheit zum Überbringen einiger Unterlagen, wie das zwischen Ihrer verehrten Frau Gemahlin und mir vereinbart worden war«. Er werde das nach seinem Urlaub in Südfrankreich sofort nachholen. Es folgte die barocke Schlussformel: »Mit der Bitte um Empfehlung an Ihre sehr verehrte Frau Gemahlin bin ich mit dem erneuten Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung Ihr aufrichtiger und treu ergebener …«[95]

Die Bäume wuchsen trotzdem nicht in den Himmel. Alte Verbindungen zur Union waren zu pflegen, jüngere Erwerbungen zu festigen und neue anzubahnen. Als bedeutendste Neuerwerbung für den BND durfte Hans Langemann den schon erwähnten Ludwig Huber verbuchen, den stellvertretenden CSU-Vorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden im bayerischen Landtag und Staatsminister für Unterricht und Kultus. Die beiden hatten um die Jahreswende 1965/66 beim Skifahren zueinander und bald solchen Gefallen aneinander gefunden,[96] dass sich über die Männerfreundschaft hinaus eine regelrechte Familienfreundschaft zwischen den Hubers und Langemanns entwickelte. Der nur drei Jahre jüngere Kultusminister galt als Zukunftshoffnung seiner Partei und »aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten«.[97] Der CSU-Vorsitzende verfolgte die Ambitionen des »eingeschworenen Strauß-Feindes«[98] mit Argwohn.

Hans Langemann begann bereits im letzten Erhard-Jahr eine regelrechte, durchaus heikle Offensive zu entfalten, um diesen prominenten CSU-Mann für den Dienst und mehr noch für sich zu gewinnen. Es begann mit sogenannten »Sendungen«, also unbefugt kompilierten Zusammenstellungen von BND-Materialien. Im Januar 1966 vermerkte Langemann im Tagebuch bereits seine »3. Sendung an Nero«.[99] Das war der Tarnname Hubers (von Haar- und Augenfarbe dunkel), der im selben Monat

gleich mehrere Lieferungen in Empfang nehmen durfte. Das Mädchen für alles bei Langkau und Weiß war allerdings schnell gekränkt, wenn die erhoffte Resonanz ausblieb: »Ich finde es nachgerade merkwürdig, dass Nero letztens überhaupt nichts mehr von sich hören lässt. Komische Leute!«[100] Eine Sendung folgte der nächsten. Während einer Landesdelegiertenkonferenz schickte »Lückrath« eigens einen Mitarbeiter zur Landesleitung der CSU, um Materialien dorthin zu bringen, die er in seinem Tagebuch mit dem in Anführungszeichen gesetzten Begriff »Unterlagen« bezeichnet. Ebenso wie bei Franz Josef Strauß erstreckte sich diese in jeder Hinsicht pflichtwidrige Übung auch bei Ludwig Huber über Jahre.

Da diese geheimen Parteidienste dem stellvertretenden CSU-Vorsitzenden nützliche zusätzliche Informationen zur Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik, aber genauso zu Einzelpersonen erschlossen, erwärmte sich der Staatsminister rasch für Langemann; womöglich hatten die beiden einen wirklichen Faible füreinander. Jedenfalls traf man sich nun immer häufiger en famille, im Skiurlaub, zu Hause in München, beim Cocktail-Empfang. Der bayerische Kultusminister zeigte sich durchweg erkenntlich. Nach dem Jahreswechsel nahm er den BND-Mann vom Skiurlaub in den österreichischen Alpen im Dienstwagen mit nach München zurück. »Interessantes Gespräch«, hielt Langemann fest.[101] »Huber will mit Bundeskanzler Kiesinger wegen mir sprechen. Soll bevorzugt AL 6 [Leiter der für die Nachrichtendienste zuständigen Abteilung im Bundeskanzleramt] werden. Interessiert sich für Zusammenhänge im Dienst. Schlechte Meinung über Gehlen. Erzählt von der Verpflichtung des neuen Intendanten und der 2. Medizinischen Fakultät [der TU München] unter Professor [und CSU-Stadtrat Georg] Maurer.« Das waren große Momente; und wenige Tage später schon das erwähnte große Gespräch mit Franz Josef Strauß,[102] der freilich besser nichts von dieser enger werdenden Männerfreundschaft erfuhr.

Aus der Perspektive des Dienstes und speziell Langemanns war es eine richtige taktische Erwägung, nun, wo Strauß wieder in Bonn wirkte, die politische Basis der Unterstützer in München zu verbreitern. »Lückrath« blieb (mit dem BND-Verbündeten Baron zu Guttenberg als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt) tatsächlich eine Zeit lang für die nachrichtendienstliche Schlüsselfunktion dort im

Gespräch. Daraus wurde zwar nichts, doch immerhin konnte der neue Freund des Kultusministers einen Kompensationsanspruch daraus ableiten; erfolgreich, wie man sehen wird. Schranken der Geheimhaltung legte sich Hans Langemann bei seinen zahlreichen »Sendungen« und »großen Sendungen«[103] weiterhin nicht auf. Es lässt sich nicht belegen, es wäre aber erstaunlich gewesen, hätte er nicht auch seinem hochgestellten Freund von der in Pullach eingegangenen Meldung Kenntnis gegeben, »dass Willy Brandt Verhältnis mit einer Frau habe, die jetzt das zweite Kind von ihm erwarte«.[104] Zur selben Zeit feilte Langemann an einem neuen Organisationstableau für den BND und versah Huber und Strauß weiter kontinuierlich mit seinen »Sendungen«.

Pannen blieben nicht aus. Der *Bayernkurier*, die Parteizeitung der CSU, hatte ein Fernschreiben geschickt (»Material gegen Carlo [Schmid] + Brandt erbeten, usw.«), das Kurt Weiß mit einer offenbar missverständlichen Meldung beantwortet hatte, die Strauß zugespielt worden war. Anscheinend hatte man der Sache im BND keine größere Bedeutung beigemessen oder schlicht vergessen, den Bundesminister zu informieren. Die Notiz Langemanns gibt einen guten Einblick in die Machtbeziehungen und Kommunikationsformen, welche die Liaison mit dem CSU-Chef kennzeichneten: »Holten [Langkau] ruft ziemlich verstört an, weil F. J. ihn am Telefon ›furchtbar‹ auf die Hörner genommen habe, d. h. Gehlen, Winnie und den BND, den F. J. als nach wie vor verlogen bezeichnet habe«, so die Aufzeichnungen Langemanns. »Er habe vergeblich auf Benachrichtigung des BND gehofft.« Langkau suchte den Minister sofort nach dieser Kopfwäsche auf. Als er zurückkam, hatte sich das Gewitter wieder verzogen: »Strauß außerordentlich liebenswürdig gewesen. Problem mit Telegramm ausgeräumt.«[105] Außerdem brachte »Langendorf« noch die Nachricht mit, Strauß meine, Langemann solle lieber doch nicht nach Bonn gehen und in München bleiben.

Hans Langemann blieb ein weiterer Pfeiler des von Gehlen getragenen »Winterstein«-Unwesens, das bis zu dessen Pensionierung im Sommer 1968 auch Wolfgang Langkaus Unwesen gewesen ist. »Lückrath« verstand allerdings zu differenzieren, denn er stand der politischen Inlandsspionage – nicht den geheimen Parteidiensten! – kritischer gegenüber als Kurt Weiß, der in dieser Disziplin auch noch im Ruhestand (eigentlich bis zu seinem Tod 1994) völlig bedenkenlos exzellierte; Langemann sah die damit

verbundenen Risiken klarer. Nachdenklich notierte er nach dem *Bayernkurier*-Zwischenfall: »Ich habe immer die Meinung vertreten, man solle auf die ›innenpolitische‹ Berichterstattung verzichten. Das führt zu nichts. Winni legte allein in letzten Tagen Protokoll über Sitzung CDU-Präsidium vom November 1966 [vor]; Bericht des Beitz-Spitzels H. (Bonn) über Strauß–Schiller (an Beitz); Beitz SPD beigetreten; Barzel kritisch über Kiesinger (Primadonna) usw. Beziehungen Guttenberg – [Sicherheitsberater Walt W.] Rostow. *Ich ahne Unheil!*«[106]

Neben Wolfgang Langkau hatte sich Hans Langemann inzwischen zum wichtigsten Verbindungsmann zwischen dem BND und der CSU-Führung entwickelt. Mit dem mutmaßlichen künftigen Spitzenmann Ludwig Huber verband ihn ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Der Staatsminister sprach beim Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, völlig unzuständig, genauso über die »Reorganisation des BND« (für die ihm »Lückrath« einen neuen Geschäftsverteilungsplan ausgearbeitete hatte)[107] wie über Langemanns weitere Karriereschritte (»netter Brief von Huber«).[108] Einige Wochen später trafen sich Guttenberg, Huber und Langemann während des Parteitags der CSU – ganz so als gehöre der Nachrichtenmann bereits zur Partei-Spitze – im Münchener Hotel Vierjahreszeiten und vertieften sich in ein »langes, sehr interessantes Gespräch« über den BND (»sehr nett, Guttenberg außerordentlich freundlich«).[109] Kein Zweifel, Langemann sonnte sich nicht nur in der politischen Prominenz und in seiner vermeintlichen Bedeutung. Es labte seine labile Seele, wenn wieder einmal ein großes Tier nett zu ihm war. »Sehr herzlich: Minister Huber bedankt sich persönlich am Telefon für meine Hilfe«;[110] »netter Brief von Huber«;[111] »Frau Huber schreibt nette Karte«;[112] so oder so ähnlich lauteten die begierig aufgesogenen und stets sorgfältig notierten Zeichen der Selbstbestätigung durch andere. Eine starke Bindung in der Männerfreundschaft zwischen Langemann und Huber – aber auch ein starkes gegenseitiges Erpressungspotential – entstand ganz gewiss auch aus den gemeinsamen Reisen ins Ausland, welche die beiden, »gelegentlich mit weiblicher Begleitung, absolvierten und bei verschiedenen staatlichen Kassen abrechneten«.[113]

Für den agilen »Dr. Lückrath« hatte es lange so ausgesehen, als würden sich seine Parteidienste unmittelbar in die entsprechenden Karriereschritte innerhalb des BND ummünzen lassen; Hoffnungen waren ihm ja reichlich

gemacht worden. 1968 jedoch, als in Pullach mit der Ablösung Reinhard Gehlens durch Gerhard Wessel im April und dem Ausscheiden von Wolfgang Langkau kurz darauf die Zeitenwende begann, musste Hans Langemann erkennen, dass man ihm in Pullach gerne verschiedene Wege öffnen wollte, nur nicht den nach oben. Nach seinen Notaten zu urteilen, machte er vor allem seinen Kollegen »Winterstein« dafür verantwortlich, obgleich sein dunkles Geschäfts- und Abrechnungsgebaren dafür viel stärker ins Gewicht fiel.

Da der Strategische Dienst den Großteil seiner Akten bei seiner Auflösung nach dem Präsidentenwechsel 1968 vernichtet hat, ist bei der Beschreibung von Langemanns Hilfsdiensten zur Knüpfung von tragfähigen Liaisons mit Unionspolitikern stark auf seine erhalten gebliebenen Aufzeichnungen und vertraulichen Interviews zurückzugreifen. Die Konturen seiner geheimen Parteidienste sind trotzdem erkennbar. Nachdem der BND Hans Langemann – um ein wenig vorzugreifen – zunächst kurz als Residenturleiter nach Rom geschickt hatte,[114] vermittelte ihn Staatsminister Huber zum Organisationskomitee der Olympischen Spiele 1972 in München (dessen Vizepräsident er war). Dort fiel ihm die Aufgabe zu, »Angriffe auf die Spiele frühzeitig zu erkennen, zum Beispiel von fremden Geheimdiensten oder Extremisten«.[115] Dabei versagte Langemann bekanntlich völlig. Trotzdem kam er dank Ludwig Hubers massiver Unterstützung anschließend in der bayerischen Staatsverwaltung unter; als Leiter der Staatsschutzabteilung im Innenministerium sogar. Die spätere Vermutung, er habe diese Position »mit Hilfe seiner Beziehungen zu führenden Leuten der Regierungspartei CSU«[116] ergattert, ging nicht fehl. Offenbar aber blieben die Wut und die Enttäuschung darüber, dass seine Verdienste als BND-Agent und politischer Zwischengänger nie die ihm angemessen scheinende Würdigung fanden, so brennend, dass Hans Langemann wenige Jahre später alle Hemmungen abstreifte und sich in einem literarisch-exhibitionistischen Amoklauf die Geltung zu verschaffen suchte, die er für angezeigt hielt.

Hans Langemanns Freundschaft mit dem ungeliebten Stellvertreter Huber tat seinen geheimen Parteidiensten für Franz Josef Strauß während der drei Regierungsjahre der Großen Koalition keinen Abbruch. Ebenso wie dem bayerischen Staatsminister hatte er dem Bundesfinanzminister (der sich nun wieder des regulären Zugangs zur Pullacher Berichterstattung

erfreute) ebenfalls seine Überlegungen zur Reorganisation des BND zugeschickt,[117] da über die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform des Auslandsnachrichtendienstes nach Gehlens Abgang bei allen Kennern der Materie Übereinstimmung bestand. Langemann ließ seine Schreiben weiterhin an die Privatadresse von Strauß hinausgehen,[118] dazwischen telefonierte er immer wieder mit seiner Ehefrau, die sich dabei, wie beispielsweise im Februar 1967, keineswegs rezeptiv verhielt: »Anruf ›Hier ist Marianne‹«, notierte Langemann: »Erbittet neues Material. Ihr Mann sehr interessiert«.[119]

Es lässt sich nicht mehr rekonstruieren, wie viele BND-Unterlagen welchen Inhalts Strauß insgesamt auf illegalen Wegen erhalten hat. Die Mehrzahl davon behandelte außen- und militärpolitische Fragen, bei Bedarf enthielten diese Sendungen jedoch genauso Auskünfte ad personam, innen- oder parteipolitische Hinweise. Es wäre jedenfalls verwunderlich, wenn Langemann dem CSU-Chef nicht auch die »Winterstein«-Meldung zu Gesicht gegeben hätte, wonach seit Bildung der Kiesinger-Regierung »2000–3000 Bundesbedienstete in [die] SPD eingetreten« seien.[120] Kurz darauf wandte sich Wolfgang Langkau mit dem Hinweis an Strauß, dass eine seiner Äußerungen »im Élysée« ungünstig aufgenommen worden war: »Wenn Sie wünschen«, bot er an, »dass wir im ›Hintergrund‹ auf unseren Wegen etwas klarstellen sollen, wäre ich um Ihre Weisung dankbar«.[121] Ob der Minister, der mit unbefugten Weisungen ja schlechte Erfahrungen gemacht hatte, der Bitte Langkaus gefolgt ist, wissen wir nicht. Sogenannte Gelegenheitsinformationen gingen ebenfalls an ihn hinaus, beispielsweise die, dass der SPD-Parteivorstand beschlossen habe, sein Ostbüro als »Referat für gesamtdeutsche Fragen« unter der Leitung von Helmut Bärwald weiterbestehen zu lassen.[122] Eine weitere solcher »Gelegenheitsinformationen« setzte Strauß davon in Kenntnis, dass der frühere Ghostwriter von Außenminister Schröder, Erwin Wickert (später deutscher Botschafter in China), »nunmehr auch die Reden für Außenminister Brandt entwerfe«, der diese wortwörtlich übernehme und ihm »sehr dankbar« sei.[123]

Themen der hohen (oder halbhohen) Politik – die Forderung der Sozialdemokraten nach mehr Mitsprache in Pullach etwa – besprach »Dr. Lückrath« gerne mit »Marianne« am Telefon. Nachdem er am Rande des CSU-Parteitags im Sommer 1967 (auf dem Strauß mit großer Mehrheit zum

Parteivorsitzenden wiedergewählt wurde) mit Minister Huber und Staatssekretär Guttenberg das erwähnte »lange interessante Gespräch« über den BND geführt hatte,[124] erörterte er die Lage wiederholt fernmündlich mit Frau Strauß.[125] Womöglich streiften die beiden Gesprächspartner dabei auch das große Thema der Stunde, von dem die Gemüter im Auslandsnachrichtendienst so bewegt wurden. Kurt Weiß habe den Stand der Dinge so beschrieben, hielt Langemann fest: »SPD drängt, im Präsidium des BND demnächst vertreten zu sein. Offenbar meint SPD es ernst«; es folgten die Namen von zwei Kandidaten, die aber nicht reüssierten.[126] Baron Guttenberg wolle helfen, »den SPD-Plan zu Fall zu bringen«, berichtete Langkau bald darauf.[127] Unerhörte Priorität legte der bei Bekämpfung der leichten Rezession gemeinsam mit Wirtschaftsminister Karl Schiller recht erfolgreiche Bundesminister der Finanzen seinem geheimen Draht in diesen Tagen offenbar nicht bei. Er ließ den Chef des Strategischen Dienstes bei einem Termin am Starnberger See »einfach sitzen!«, so Langemann. »273 [Langkau] sehr verärgert. Marianne sei ›sehr verlegen gewesen‹«. Der Versetzte machte sich bei »Lückrath« weiter Luft und verriet, Strauß »sei am Vortage auf der Wies'n ›verunglückt‹ und habe alles vergessen. Aber das sei doch kein Benehmen.«[128]

Wichtig wurde der BND für Franz Josef Strauß immer dann, wenn er selbst von vermeintlichen oder tatsächlichen Affären bedroht wurde, wie im Herbst 1967 wieder einmal. Nach Veröffentlichung einer einschlägigen *Spiegel*-Geschichte[129] – der Bundestag richtete einen Untersuchungsausschuss zur HS-30-Affäre ein – rief der CSU-Chef »Winterstein« an und bat ihn »um Hilfe in der Schützenpanzersache (ein Buch soll geschrieben werden)«. Er sei am Telefon »äußerst freundlich gewesen und habe Mittagessen in Bonn angeboten. 27 VK [Weiß] habe nach diesem Gespräch 106 [Gehlen] geraten, sich doch alsbald mit Strauß auszusprechen«. Ein Termin wurde vereinbart, dann jedoch aufgeschoben. Gehlen war »gekränkt«.[130] Strauß brauchte ihn nun doch nicht. Ohnehin neigte sich die von manchen als Ära bezeichnete Amtszeit des »Doktors« jetzt ihrem Ende zu.

Doch kehren wir noch einmal zu dem Tandem Wolfgang Langkau – Karl Theodor von und zu Guttenberg während der kurzen Amtszeit von Bundeskanzler Kiesinger zurück. Der Regierungschef wollte den Baron trotz des hinhaltenden Widerstands von Strauß zum Parlamentarischen

Staatssekretär im Bundeskanzleramt berufen. So nah am westdeutschen Machtzentrum würde die Pullacher Führung seit dem Rückzug Adenauers nicht mehr gewesen sein, wenn das klappte. Das Bestreben beider Seiten, den jeweils anderen für die eigene politische Sicht oder die Durchsetzung eigener Interessen zu gewinnen, hatte sich bereits verstärkt, als Guttenberg immer noch des Plazets des CSU-Vorsitzenden harrte. Der mit Kiesinger befreundete Baron, dem vor allem die Beziehungen zu Frankreich am Herzen lagen, beehrte Wolfgang Langkau bereits vor seiner endgültigen Ernennung mit der Denkschrift »Möglichkeiten einer Neuordnung des deutsch-französischen Verhältnisses«, die ein gemeinsamer Freund erarbeitet hatte.[131]

Der von seinem neuen Draht ins Kanzleramt begeisterte Langkau seinerseits hatte sich zu Beginn des neuen Jahres gegenüber dem designierten Staatssekretärs-Kollegen von Karl Carstens erst einmal über den Niedergang der Vietnam-Berichterstattung des Fernsehens ausgelassen: »Lieber Baron«, klagte er über eine Sendung von Peter Scholl-Latour, die »wirklich das Letzte an Reportage gewesen ist, was ich in den letzten Monaten gehört habe«.[132] Er könne in dem Beitrag nichts anderes sehen als »›Verrat an unserem amerikanischen Verbündeten‹. Es gab überhaupt keinen Punkt in dem Bericht, der geeignet sein könnte, dem Zuhörer ein etwas objektives Bild zu vermitteln. Alles war tendenziös oder völlig falsch. Die Öffentlichkeit – soweit sie zugesehen hat – musste den Eindruck erhalten, dass die Amerikaner hier einen völlig ungerechtfertigten Abwehrkampf führen mit Mitteln, die grundsätzlich ›zu verdammen‹ sind.« Das Unterfangen sei nach Ansicht Scholl-Latours hoffnungslos und müsse schnellstmöglich liquidiert werden. »Ich könnte mir denken«, fuhr der empörte Langkau fort, »dass Sie, lieber Baron, vielleicht in der Lage sind, sich das Manuskript zu verschaffen. Wenn dieses die Amerikaner zu Gesicht bekommen, haben sie wirklich Grund anzunehmen, dass wir nun eine antiamerikanische Kampagne starten. Unter den Umständen, die heute in Washington schon ein gewisses Misstrauen hervorrufen (Freund Klaus [Dohrn] wird Ihnen ja berichtet haben), finde ich das im höchsten Grade schädlich. Ob man etwas dagegen tun kann, bleibt eine offene Frage. Man müsste es aber.«

Einmal in Rage über die Freiheiten, die sich die Presse herausnahm, prangerte Gehlens Vertrauter weitere Missstände an. Bei »den ständigen

Magazinsendungen« müsse er ähnliche Beobachtungen machen, schrieb Langkau: »In letzter Zeit war eine gewisse Hoffnung vorhanden, dass diese Sendungen eingestellt werden. Heute lese ich im ›Münchner Merkur‹, dass die politischen Magazinsendungen ›Panorama‹, ›Report‹ und ›Monitor‹ bis Ende 1967 unverändert bleiben werden. Das ist ein Beschluss der Chefredakteure und Direktoren des ersten Fernsehens auf einer Konferenz in München. Die Sendungen sollen eventuell auf den späten Abend verlegt werden. Auch hier wird eine Massenverdummung betrieben, die eigentlich nicht zu überbieten ist.« Was man dagegen unternehmen könne, sei schwer zu sagen, doch zu seiner großen Freude habe sich der *Rheinische Merkur* schon seit längerem dieser ärgerlichen Dinge angenommen. Leider habe der keine »übermäßig große Verbreitung«. Außerdem dürfe man annehmen, »dass die Leser sowieso der ähnlichen Auffassung sind«.[133] Das ZDF sei zwar »etwas besser in der Tendenz«, doch als Gegengewicht reiche das nicht aus. Langkau schloss seine Medienschelte mit dem persönlichen Bemerken, »dass meine Frau und ich vor Weihnachten die große Freude hatten, bei Ihrer Frau Tochter und Ihrem Herrn Schwiegersohn in Oberpframmern zu sein. Es war ein besonders reizender Abend.« Der dichte Schriftwechsel zwischen dem Staatssekretär in spe und dem Spitzenmann des BND zeigt nicht nur, dass die beiden mittlerweile gute Freunde geworden waren, sondern er verweist auch auf die enge Kooperation des konservativen Außenpolitikers der CSU mit den beiden langjährigen Top-Quellen des Strategischen Dienstes, Klaus Dohrn (»Duttweiler«) und Johannes Schauff (»Spaten«, »Schauffel«).[134]

Wie bei einigen Presse-Sonderverbindungen waren auch bei der Guttenberg-Verbindung die Vorschriften des Dienstes außer Kraft gesetzt, nach denen eingestufte Dokumente – alle BND-Dokumente sind per se eingestuft – nur über verbindlich festgelegte Verteiler ausschließlich an befugte Empfänger gegeben werden durften.[135] Gemäß einer Übung, die Kurt Weiß zur Perfektion führte, erhielt Freiherr von Guttenberg die übergebenen Unterlagen ja nicht als Mitglied eines Bundestagsausschusses, auch nicht als Staatssekretär im Kanzleramt, sondern privat. Mitunter waren die Gegenstände gegenseitiger Information und Beratung durchaus weniger bedeutend wie etwa der Bericht des Barons über die Unruhen im Donez-Becken, von denen ihm ein DDR-Funktionär im Flugzeug erzählt habe.[136]

Minder Bedeutsames wechselte mit Hochpolitischem. So lancierte Wolfgang Langkau im Nachklang seiner Empörung über Peter Scholl-Latour beispielsweise kurz vor der Ernennung Guttenbergs zum Staatssekretär über ihn den Vorschlag, eine Stelle »zur Überprüfung und gegebenenfalls Anprangerung sachlich falscher Fernseh-, etc.-Informationen« einzurichten. Der CSU-Politiker antwortete, er habe den stellvertretenden Pressesprecher Conrad Ahlers inzwischen mit der Sache befasst, der dem Bundeskanzler nächstens den Vorschlag machen werde, gegebenenfalls im oder durch das Presseamt etwas Ähnliches einzurichten; angeblich sah Ahlers »das bisher sozusagen ungebremste Treiben unserer ›Freunde‹ in der Publizistik« ebenfalls kritisch.[137] In dieselbe hochpolitische Kategorie versuchter Einflussnahme fielen auch Langkaus Überlegungen zur »Neuorganisation« des Bundesverteidigungsrats, dem bis zum Ende der Erhard-Regierung Bundesminister Heinrich Krone vorgesessen hatte.[138]

Wolfgang Langkau, der wiederholt seiner »intensiven Hoffnung« auf einen Einzug Guttenbergs in das Bundeskanzleramt Ausdruck verliehen hatte,[139] konnte ihm kurz darauf Glückwünsche zu seiner Ernennung am 17. April 1967 übermitteln. Er ging dabei auch auf die bisherige, eklatant vorschriftswidrige Belieferung des Barons mit BND-Material ein und stellte freimütig klar: »Fast alle Unterlagen, die Sie von mir erhalten haben, sind in gewisser Weise Originale gewesen, d. h. Informationen, die in ihrer ursprünglichen Form von mir in unserer Zentrale an die Auswertung liefen. Dort wurden sie in vielen Fällen zu Sammelmeldungen verarbeitet und dem Bundeskanzleramt – gleichzeitig dem Auswärtigen Amt – vorgelegt. Es können also Akzentverschiebungen eintreten, ohne dass deshalb grundsätzliche Unterschiede aufzuweisen sind. Ich schreibe deshalb, weil Ihnen diese geringen Abweichungen bei den formellen Eingängen vom BND – die sicher nunmehr über Ihren Schreibtisch laufen – auffallen könnten. Ich bin der Meinung, dass Sie in wichtigen Dingen das Original weiterhin ›zur persönlichen Eigenunterrichtung‹ interessieren könnte.«[140] Zweifellos hatten Reinhard Gehlen und Wolfgang Langkau die Fortsetzung dieser traditionellen Durchstechereien miteinander abgesprochen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt dankte in einem Privatschreiben und versicherte sich noch einmal des Modus operandi: »Dies würde also bedeuten, dass ich in wichtigen Dingen auch *weiterhin* Originale auf den Tisch bekäme.«[141] Das war korrekt, und so geschah es.

Die Sonderbedienung des Freiherrn von und zu Guttenberg durch Wolfgang Langkau, die, wäre der Falsche in ihren Genuss gekommen oder wäre sie anderswie aufgeflogen, bei jedem anderen BND-Mitarbeiter als schwere Dienstpflichtverletzung geahndet worden wäre, wurde nach dem Aufstieg des fränkischen CSU-Politikers in die exekutive Spitze noch großzügiger. So übersandte Langkau dem Staatssekretär, der sein »dringendes Interesse« signalisiert hatte, zum Beispiel eine »am Wochenende entstandene« Zusammenstellung zu der Ende März 1967 ergangenen päpstlichen Enzyklika »Populorum Progressio«, die, wie er schrieb, sicherlich auch »als Vorlage des BND an den Herrn Bundeskanzler geeignet wäre«. Er setzte hinzu: »Verabredungsgemäß dürfen wir diesen Weg wählen«. Dann übermittelte er noch den Wunsch seines Präsidenten nach einem Treffen mit Guttenberg; er habe »einige Sorgen«. Es lag nämlich eine BND-Meldung aus Washington bei, wonach Polen zu verstehen gegeben hatte, die Oder-Neiße-Linie als endgültig anzusehen.[142]

Der frisch gebackene Staatssekretär im Bundeskanzleramt dankte dem »hochverehrten, lieben General«, mit dem er sich außen- wie innenpolitisch auf einer Wellenlänge wusste, und bat ihn, weiterhin über die Reaktionen auf das Lehrschreiben Pauls VI. informiert zu werden, »da Ihre Nachrichten für mich von besonderem Wert sind«.[143] Der Baron gedachte sich explizit nicht mit den Berichten zu begnügen, die er vom BND ohnehin auf dem Dienstweg erhielt. Er trat damit in die Fußstapfen von Kanzleramtschef Hans Globke, der, anders als er, immerhin für den Auslandsnachrichtendienst zuständig gewesen war. Der Parlamentarische Staatssekretär hätte sich seine Vorzugsbehandlung nicht gefallen lassen müssen. Dann hätte er allerdings nicht nur auf exklusive Hinweise zu Themen verzichten müssen, die im am Herzen lagen, sondern auch auf die Früchte der politischen Inlandsspionage des BND, die bald vermehrt anfielen.

Dank der eingespielten Sonderbeziehung zwischen Kiesingers Staatssekretär und dem BND war der Boden für den 1967/68 erfolgenden Schlag gegen die mit wachsendem Misstrauen verfolgten entspannungspolitischen Initiativen von Außenminister Willy Brandt und Sonderbotschafter Egon Bahr bestens bereitet. Wie gesehen, war es denn auch niemand anderes als der exklusiv bediente Guttenberg, einer der schärfsten Gegner der Neuen Ostpolitik, der die von Kurt Weiß und

Wolfgang Langkau beschafften BND-Informationen über die Sondierungsgespräche zwischen der SPD und den italienischen Kommunisten eilends aufgriff, an die große Glocke hängte, einen ersten dramatischen Akzent gegen den außenpolitischen Kurs des späteren Bundeskanzlers setzte und die Große Koalition damit an den Rand des Scheiterns brachte. Wir haben diese aufsehenerregende Aktion, an welcher der Publizist Fried Wesemann, Presse-Sonderverbindung »Wintersteins« und Informationsdirektor der SPD in einer Person, maßgeblich beteiligt war, weiter oben betrachtet.[144]

Da die Basler *National-Zeitung* während des entspannungspolitischen Durchbruchs der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt noch einmal auf diesen vermeintlichen SPD-Skandal zurückgekommen war, strich Wolfgang Langkau, mittlerweile Pensionär, seine Schlüsselrolle gegenüber Baron Guttenberg noch einmal eigens heraus: »Die Unterlagen, die in diesem Artikel (Nationalzeitung Basel 1970) verwendet wurden, habe ich im Januar 1968 vorgelegt. Es kam seinerzeit zu einer persönlichen Unterredung zwischen Ihnen, Dr. Carstens und mir im Bundeskanzleramt. Auf alte Vorgänge kann ich nicht zurückgreifen, erinnere mich aber genau an die Vorgänge: Durch einen Besuch von [Marcel] Hepp (Bayern-Kurier) im November 1967 bei der DC in Rom erschien in einem Kirchenblatt in Rom eine Notiz. Sie befasste sich mit den vermuteten Kontakten zwischen der KPI und der SPD. Ich veranlasste Nachforschungen, die zu einem Bericht aus der DC etwa im Dezember 1967 führten, der dem Bundeskanzler vorgelegt wurde. Durch einen Hinweis (von welcher Seite fehlt mir die Erinnerung) bekam ich heraus, dass im Oktober oder November 1967 schon bei Winterstein ein Bericht von dem SPD-Informationschef Wesemann lag, der nicht weiterging und mir unbekannt war. Nach Rücksprache mit Gehlen habe ich diesen Bericht dann sofort nachgereicht. Ich habe diese Rückerinnerung nur deswegen aufgezeichnet, dass die Vermutungen der Basler Nationalzeitung schon damals im Januar 1968 als Urteil über die ganze Angelegenheit von Ihnen und Prof. Carstens feststand.«[145] Als Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg diese Zeilen in Empfang nahm, war er nicht mehr Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler, General Wolfgang Langkau bereits im Ruhestand; »armer alter Holten!«, rief Langemann seinem Förderer im Tagebuch hinterher.[146]

Für die leitenden Mitarbeiter in Pullach stand inzwischen alles im Banne der Frage, wer dem Gründungspräsidenten nachfolgen werde, der im April 1968 in den Ruhestand gehen würde, und wie energisch die Sozialdemokraten ihre Forderung nach einer Mitsprache bei der Besetzung von Spitzenpositionen im BND verfolgten, auch natürlich, welche Konsequenzen die unausweichlichen organisatorischen und personellen Korrekturen im Auslandsnachrichtendienst wohl mit sich brächten. Die CSU-Riege sah der Ankunft von General Gerhard Wessel mit gemischten Gefühlen entgegen, immerhin aber konnte ihr Vormann Kurt Weiß die Nachfolge des pensionierten »Langendorf/Holten« an der Spitze des Strategischen Dienstes antreten. Da dieser völlig verselbständigte Graubereich im Zuge des Umbaus des BND aber kurz danach aufgelöst wurde, brauchte man für »Winterstein« eine neue Verwendung.

Es mag an dieser Stelle festgehalten werden, dass die unbefugte Belieferung von unbefugten Parteifreunden mit eingestuften Unterlagen durch leitende Mitarbeiter des BND mehr als vier Jahrzehnte lang nicht ohne optische Bearbeitung der weitergereichten Materialien abging. Das war von den fünfziger Jahren bis in die neunziger Jahre nicht nur Routine von Wolfgang Langkau, Hans Langemann und Kurt Weiß, sondern später auch stehende Übung des Vizepräsidenten Dr. Paul Münstermann (»Dr. Heidegger«), den wir noch kennenlernen werden. In den Akten des Strategischen Dienstes findet sich unter der Oberzeile »Bemerkungen« eine Art Gebrauchsanweisung für dieses Dienstvergehen: »›Geheim‹- und ›Vertraulich‹-Stempel auf den Informationen müssen weggeschnitten werden, dafür Stempel ›Meldedienstliche Verschlusssache‹. Grundsätzlich ohne Vorblätter, lediglich mit Datum versehen.«[147] Der BND-Vize führte diese Technik zur Reife.[148]

3. Opposition, Gegnerschaft und Feindschaft in der sozialliberalen Ära

Die geheimen Parteidienste der BND-Spitze in ihren Liaisons mit Politikern von CDU und CSU veränderten ihren gewissermaßen kollegialen Charakter schlagartig, als eintrat, was Gehlen, Langkau und Weiß immer als eine Bedrohung der Integrität ihres Dienstes und der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne angesehen hatten: die Machtübernahme durch die SPD. Die Besorgnis vor der Umkrempelung des BND und die Befürchtung eines nationalen Ausverkaufs nach Osten durch die vom früheren Außenminister angebahnte und vom nunmehrigen Bundeskanzler Brandt in halsbrecherischem Tempo vorangetriebene Entspannungs- und Ostpolitik durchdrangen einander.[149]

Aus Pullacher Perspektive bedeutete die Zäsur des Präsidenten- und Kanzlerwechsels von 1968/69 den denkbar tiefsten Einschnitt. Zusammen mit (beinahe nur nominell aus der Politik ausgeschiedenen) Schwergewichten wie Hans Globke oder Heinrich Krone und einflussreichen Spitzenpolitikern wie Freiherr von und zu Guttenberg, Werner Marx oder Franz Josef Strauß entfachten die beiden pensionierten BND-Größen Reinhard Gehlen (der »keinen Anschluss an wesentliche Elemente der Opposition wie die Liberalen und die Sozialdemokraten« gefunden hatte und finden wollte) und Wolfgang Langkau von außen, Kurt Weiß von innen aus dem BND heraus ihren Kampf gegen die Neuordnung des Auslandsnachrichtendienstes wie gegen die Neuorientierung der Außenpolitik.[150]

»Winterstein« und seine Freunde waren kompromisslos entschlossen, gegen die angebliche »Sozialdemokratisierung« des Dienstes Front zu machen. Das führte bekanntlich zur hier nicht neuerlich zu behandelnden Schmutzkampagne, die sich gegen die bereits von Staatssekretär Karl Carstens, Kiesingers Kanzleramtschef, eingeleiteten Reformbestrebungen richtete, auch gegen den damit ganz einverstandenen Gehlen-Nachfolger Wessel, im Kern jedoch gegen jedweden Versuch, die rechtskonservative Dominanz in Pullach aufzubrechen und, wie Jost Dülffer es formuliert, am Isarufer den »Augiasstall auszumisten«;[151] ein langjähriger leitender Mitarbeiter, Oberst Rudolf Graeber (»Petersen«), sprach gegenüber der CIA

von einem »Schweinestall«.[152] Uns interessiert hier die Fortführung der geheimen Parteidienste des BND für Unionspolitiker, die mit dieser kämpferischen Opposition noch ausgeweitet wurden. Dabei gehen wir weit über die Ära Adenauer hinaus. Das ist unabdingbar, verdeutlicht diese Perspektive doch, zu welch verheerenden Abirrungen – will man Dienstvergehen, Geheimnisverrat und Machtmissbrauch einmal so zurückhaltend bezeichnen – die Gewohnheiten des »Winterstein«-Unwesens noch führten.

Kurt Weiß, seit Kurzem Erster Direktor im BND, erlitt durch den Wechsel von Gehlen zu Wessel im Frühjahr 1968 zunächst keinen Karriereknick. Im Gegenteil, der neue Präsident, der sich an die Neuorganisation des Dienstes machte, zeigte sich von »Winterstein« zunächst beeindruckt.[153] Im Sommer 1969 stieg Weiß sogar zum Leiter der neu formierten, für die Beschaffung zuständigen Abteilung I auf.[154]

Zur selben Zeit, kurz vor der Bundestagswahl, machte sich Gerhard Wessel Gedanken zur innenpolitischen Lage. »Ich glaube«, notierte er in seinen Tagebuchaufzeichnungen, »dass mich meine strikte parteipolitische Neutralität davor bewahrt hat, einseitige oder voreingenommene Urteile zu fällen und Beurteilungen zu geben. Aber so, wie sich mir die Lage heute darstellt, halte ich eine Fortsetzung der Großen Koalition nach dem 28. September für eine volle neue Wahlperiode für gerechtfertigt und richtig. Alle anderen Kombinationen werden mit großer Wahrscheinlichkeit mit nicht unerheblichen Nachteilen für unsere innen- und außenpolitische Lage verbunden sein. Gewinnt die CDU/CSU allein, so wächst die Gefahr, dass diese schon überalterte und geradezu grotesk unorganisierte Partei sich erneut auf ihren Lorbeeren ausruht und den notwendigen Verjüngungs- und Straffungsprozess dann vielleicht endgültig verpasst. Gewinnt die SPD, so besteht die Gefahr, dass sie mit einer brutalen Rücksichtslosigkeit die nun gewonnene Macht benutzen wird, um alle, aber auch wirklich alle Schlüsselstellungen in diesem Staat mit ihrer Mannschaft zu besetzen […] Es kommt hinzu, dass ich die außenpolitische Linie der SPD, so wie sie sich in der Öffentlichkeit wie in der Nicht-Öffentlichkeit darstellt, für schädlich halte. Die Auffassung, dass man sich durch ständige Vorleistungen das Wohlwollen Moskaus oder auch nur Pankows einhandeln könne, ist seit Jahren als falsch bewiesen – immer wieder aber scheinen die Illusionisten oder die den Kommunisten zuneigenden Leute in der SPD diesen Weg und

seine Fortsetzung für richtig zu halten; das aber wird uns mit Sicherheit in den Sozialismus Ulbricht’scher Prägung führen. Hierin liegt mein Hauptbedenken […] Noch immer scheinen führende Persönlichkeiten in unserem Lande dem Traume zu unterliegen, dass wir noch 25 Jahre nach Ende des Krieges ›wiedergutzumachen‹ hätten, indem wir Vorleistungen aller Art zahlen.«[155]

Die Wünsche des BND-Präsidenten erfüllten sich nicht. Das sozialliberale Kabinett Brandt/Scheel nahm Ende Oktober 1969 seine Arbeit auf. Alle Kenner der Materie, namentlich auch Unionspolitiker wie Carstens und Strauß, waren sich einig, dass die von Gerhard Wessel begonnenen Umbauten stringent fortgesetzt werden mussten. Mit dem Wahlsieg der Sozialdemokraten geriet die BND-Reform jedoch sofort in einen überaus heftigen, jahrelang anhaltenden parteipolitischen Streit. Neue Leute zogen in der Führungsspitze des Dienstes ein, darunter Beamte mit sozialdemokratischem Parteibuch. Der neue Chef im Bundeskanzleramt, Horst Ehmke, sagte namentlich »der Inlandsaufklärung und den von Wessel immer noch gelittenen Seilschaften in Pullach und mit ihnen den Unionspolitikern den Kampf an«.[156]

Kurt Weiß verlor die Leitung der Abteilung I und wurde mit Ablauf des Jahres 1970 auf den allzu kommoden Posten eines Leiters der Schulen des BND abgeschoben – eine nie verwundene Degradierung, die von »Winterstein« und seinen Kollegen auch so aufgefasst wurde. Dieser Schlag, den der rechtskonservative Überzeugungstäter als Teil einer Strategie zur Lahmlegung des BND per Sozialdemokratisierung begriff, bestätigte ihn in seinem Kampf gegen die sozialliberale Koalition und ihre Entspannungspolitik. Ebenso wie Wolfgang Langkau verstärkte er jetzt den Schulterschluss mit Gehlen, der »Kassandra vom Starnberger See«,[157] und prominenten Unionspolitikern aus dem Dienst heraus noch mehr. Hans Langemann, der eine gewisse Distanz zu Weiß zu halten pflegte und mittlerweile nicht mehr in Pullach war, schrieb schon Monate vor dem Absturz der grauen Eminenz in sein Tagebuch: »Winnie schwer bedrückt. Geht es ihm an den Kragen?«, um später an derselben Stelle nachzutragen: »Ja, natürlich«.[158]

Gerhard Wessel notierte zu der Ablösung von Kurt Weiß in seinem Tagebuch, die Abteilung I sei das »Sorgenkind. Hier hat sich Winterstein bisher nicht durchsetzen können, teilweise vielleicht auch gar nicht

durchsetzen wollen. Neben seinen ausgesprochen hohen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Kontakte usw. liegt eine starke Schwäche: die Organisation. Und schließlich ist er auch einer derer, die zwanzig Jahre im Dienst und damit mit so vielen Mitarbeitern verbunden und verfilzt sind, dass er wohl teilweise wider besseres sachliches Wissen nicht die richtigen Personen an den richtigen Platz in seinem Bereich gestellt hat.«[159]

Wie Reinhard Gehlen im Jahr der Absetzung seines Ziehsohns Kurt Weiß gestimmt war, geht aus einem Brief an den seit vielen Jahren von seiner Behörde gut bedienten Richard Jaeger von der CSU hervor, inzwischen Vizepräsident des Deutschen Bundestags. Er schickte ihm ein Exemplar seiner Memoiren und schrieb, er habe darin versucht, »die ›Feindlage‹ darzustellen, und nur zum Schluss Folgerung für die Politik des Westens insgesamt gezogen«. Er sei ja kein Politiker, setzte er hinzu, »ich sehe aber die politische Entwicklung doch für so gefährlich an, dass ich der Überzeugung bin, dass 1973 unbedingt ein Regierungswechsel erreicht werden muss; andernfalls – glaube ich – ist das Schicksal Deutschlands besiegelt«[160] – ein aufstachelndes Fanal und eine Parole wie das widerhallende Finis Germaniae des Wahlkämpfers Konrad Adenauer.

Kurze Wege zwischen Pullach, München, Rott am Inn und Bonn

Der Machtwechsel von der Mitte-Rechts-Regierung Kurt Georg Kiesingers zur Mitte-Links-Koalition Willy Brandts löste in Teilen des konservativen Lagers eine Art Untergangsstimmung und sogar Widerstandsmentalität aus. Noch lange erweckte die Union den Eindruck, »als sei ihr durch die Bildung der sozialliberalen Koalition Unrecht geschehen«.[161] Einer der Kristallisationspunkte dieses zu legitimem Widerstand stilisierten Denkens, aus dem heraus einige ihrer führenden Vertreter die ungesetzliche Fortführung ihrer Liaisons mit Gewährsleuten im BND noch besser rechtfertigen zu können glaubten, war der »Stauffenberg-Dienst«, ein geheimer Nachrichtendienst von CDU und CSU, dessen Tätigkeit von Stefanie Waske gründlich untersucht worden ist.[162]

Engagierte Förderer dieses Dienstes waren Baron zu Guttenberg und – nach dessen Tod – der CDU-Parlamentarier Werner Marx. An seine Spitze trat (da Hans Langemann nicht zur Verfügung stand) Hans Christoph von Stauffenberg, in Pullach vordem eine geschätzte Schlüsselkraft bei der Auswertung in der Strategischen Aufklärung von Langkau und Weiß. Es muss hier nicht neuerlich gezeigt werden, wie sich dieser Partei-Nachrichtendienst zwischen 1970 und 1982 zu einem namentlich von der bayerischen Staatsregierung finanzierten »politischen Instrument« der Unionsparteien entwickelte. Erwähnenswert ist hingegen, dass sich Stauffenberg, zehn Jahre älter als Guttenberg, beim Regierungsantritt von Bundeskanzler Brandt in einer zwar nicht vergleichbaren, aber doch irgendwie ähnlichen Situation wie der vier Jahre ältere Attentäter von 1944, sein Vetter zweiten Grades, wähnte. Der Pensionär Langkau beteiligte sich maßgeblich an der Entstehung des Partei-Dienstes. Reinhard Gehlen, Hitler bis beinahe fünf nach zwölf ergeben, gefiel sich gleichfalls in der Widerstandsrolle.

Eindringlich beschrieb Hans Christoph von Stauffenberg seinem Duzfreund Guttenberg seinen Hier-Stehe-Ich-Moment im Büro des BND-Präsidenten am 29. Juli 1970.[163] Zuvor hatte er bereits ein Schreiben an Wessel gerichtet, in dem er konstatierte: »Die derzeitige Außenpolitik, namentlich die Ostpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung erscheinen mir aus Gründen, wie sie im Bundestag besonders auch vom Abgeordneten

Guttenberg vorgetragen wurden, außerordentlich bedenklich. Selbst an bescheidener Stelle möchte ich mich aber nicht zum Handlanger einer Politik machen, die ich für unser ganzes deutsches Volk für abträglich, zumindest für sehr gefährlich halte. Die Erfahrung von 1933–1945, wenn auch nur teilweise oder übertragen anwendbar, schreckt mich.«

Im Gespräch mit Wessel behauptete Stauffenberg, sein Vorgesetzter Kurt Weiß habe ihn dazu bringen wollen, in seinen BND-Analysen keinen Bezug auf die Verhandlungen der Bundesregierung in Moskau, Warschau und Ost-Berlin zu nehmen. Eine sofortige telefonische Rückfrage des Präsidenten bei »Winterstein« ergab jedoch, dass er seinen Chef »total missverstanden« haben müsse, wie Wessel nachsichtig vermutete, da offenbar lediglich eigene Kommentare zur neuen Außenpolitik untersagt worden waren. Stauffenberg blieb bei seiner Darstellung, wandte sich überdies gegen die jüngsten Personal- und Organisationsentscheidungen und erklärte, er kenne das Argument, dass man auf dem Posten bleiben müsse, »um Schlimmeres zu verhüten«, zur Genüge. Er nahm seinen Abschied. Dem Nachfolger des soeben als Leiter der Abteilung I abgelösten Kurt Weiß bekannte er zuvor noch, dass er (dem eine Parteikarriere in der Deutschen Union und der Deutschen Partei versagt geblieben war) im Jahre 1957 schließlich deswegen in den BND eingetreten sei, weil er dort »die Möglichkeit einer wirkungsvollen Tätigkeit im Rahmen meiner dezidiert antikommunistischen Grundauffassung gesehen habe«.

Die gewachsene Verbindung zwischen Guttenberg und Langkau, der die Idee zur Gründung des Privatgeheimdienstes – verstanden als ein »Beitrag für das europäische Überleben« – an den Baron herangetragen hatte,[164] wurde zum tragenden Pfeiler des Stauffenberg-Unternehmens. Der fränkische Freiherr und Bundestagsabgeordnete der CSU, der »tief im Pullacher Sumpf steckte« (Peter Siebenmorgen),[165] war sofort mit von der Partie und setzte sich mit Adenauer, Kiesinger, Strauß und vor allem Hans Globke in Verbindung, der die bewährten Finanzierungskanäle der Union kannte wie kein Zweiter. Stauffenberg bekam ein Plätzchen in der bayerischen Staatskanzlei zugewiesen, das ihm ein Auskommen und genügend Freiraum für seine neue Tätigkeit sicherte. Bewährte Sonderverbindungen des BND, deren große Zeit nach dem Ausscheiden Gehlens vorbei war, bildeten das Rückgrat des neuen nachrichtendienstlichen Informationsbüros der Union. Nach Beratungen mit

Globke fand sich MdB Karl Theodor von und zu Guttenberg bereit, die »politische Führung des Informationsdienstes« zu übernehmen und dessen Analysen an Gleichgesinnte zu verschicken.

Im Nachlass des CSU-Parlamentariers finden sich zahllose, im Stil der BND-Meldungen gehaltene Berichte und Expertisen des Stauffenberg-Dienstes, die »handverlesenen Mitarbeitern der beiden christlichen Parteien und konservativen Journalisten« zugesandt wurden.[166] Guttenbergs Hinterlassenschaft enthält auch den Briefwechsel, den er mit Wolfgang Langkau zur Steuerung des geheimen Informationsdienstes unterhielt – ein Gedankenaustauch in persönlichem und politischem Gleichklang. Der General a. D. ließ den Freiherrn, der sich in seiner radikalen Gegnerschaft gegen eine Ratifizierung der Ostverträge von niemandem übertreffen ließ, mitunter an seinen (recht flachen) Gedanken zum nachrichtendienstlichen Metier teilhaben,[167] und beide ereiferten sich gemeinsam außerdem immer wieder über die Berichterstattung des Fernsehens. Guttenberg: »Sie haben recht: Herr Schwarze ist ein ganz schräger linker Vogel, der seit Jahr und Tag unterschwellig Propaganda für die ›DDR‹ macht […] Ich treffe immer wieder mit [Gerhard] Löwenthal zusammen, der ja jeden Mittwoch eine wahre Labsal ist.«[168]

Noch als Guttenberg schon mit einer unheilbaren Krankheit geschlagen war, führte er seinen »Kreuzzug gegen die Entspannungspolitik«[169] mit aller Energie fort. Der entschiedene Widersacher von Nationalsozialismus und Staatssozialismus verdammte und bekämpfte die Ostverträge buchstäblich bis zum letzten Atemzug. Im konservativen Lager erwarb er sich so die Aura eines Unbeugsamen, den historischen Rang einer über die Zeiten hinweg gesinnungsfesten Symbolfigur: »Wir sind nicht bereit, sogenannte Realitäten anzuerkennen oder gar zu achten, die den Namen Unrecht tragen«, schleuderte der Abgeordnete Baron Guttenberg seinen Kontrahenten einmal entgegen. Doch das Ende der Entente Cordiale der beiden erzkonservativen Kampfgefährten gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Genscher war absehbar.

Drei Monate vor dem Tod seines Mitstreiters wandte sich Wolfgang Langkau an den »lieben Baron«. Er wolle versichern, schrieb er, wie sehr ihm daran liege, »Ihre Arbeit mit unseren möglichen Mitteln zu unterstützen. Was Sie selbst in den langen Jahren Ihrer politischen Tätigkeit für unsere Bundesrepublik getan haben, gehört sicher der Zeitgeschichte an.

Nach den offiziellen Ehrungen möchte ich mir erlauben, meinen eigenen persönlichen Dank für die vielen Jahre vertrauensvoller Zusammenarbeit auszudrücken. Ihre Absicht, Bonn nicht zu verlassen, finde ich ebenso bewundernswert wie beruhigend. Ich darf hoffen, Sie bei einer sich ergebenden Gelegenheit besuchen zu dürfen. Möge es Ihre Gesundheit erlauben, weiterhin für Deutschland und Europa wirken zu können.«[170] Der Freiherr verstarb am 4. Oktober 1972. Der geheime Nachrichtendienst der Union überlebte seinen frühesten und energischsten Förderer um ein Jahrzehnt. 1982 ging er in dem spektakulären BND-Skandal um den einstigen »Winterstein«-Mitarbeiter Hans Langemann unter. Mit der politischen »Wende« und der Bildung der Regierung Kohl/Genscher hatte der Stauffenberg-Dienst seine Existenzberechtigung verloren.[171]

An die Spitze des erbitterte Formen annehmenden Kampfes aus dem Auslandsnachrichtendienst heraus stellte sich der entmachtete »Winterstein«, den er erst aufgab, als der Tod ihm Anfang 1994 die Augen schloss. Weiß verwandelte nicht nur seine rechtskonservative Grundüberzeugung und seine energiegeladene Umtriebigkeit, sondern auch die ihm angetane degradierende Demütigung in einen kontrollierten, doch immer maßstabsloser werdenden Amoklauf, der sich bruchlos in das »Winterstein«-Unwesen fügte, das sich vom Tage seiner Anwerbung durch Reinhard Gehlen an entfaltet hatte.

Anders als sein abgewanderter Kollege Hans Langemann, der im bayerischen Staatsdienst zum wichtigen Förderer und Finanzier Stauffenbergs wurde,[172] vermied es der noch im aktiven Dienst stehende Weiß, sich in das von ihm skeptisch gesehene, doch bald zu erheblicher Blüte gelangte geheime Vorhaben einzumischen.[173] Beide verstärkten in der vermeintlichen Not des Vaterlands und des Nachrichtendienstes ihre Bande mit Unionspolitikern jetzt jedoch, auch wenn Langemann inzwischen einen viel kritischeren Blick auf den BND hatte als Kurt Weiß. Sogar gegenüber Gerhard Wessel, mit dem er ein »nichtssagendes« Abschiedsgespräch führte, scheint er mit kritischen Anmerkungen nicht hinter dem Berg gehalten zu haben. Jedenfalls hielt er in seinem Tagebuch fest: »Sage ihm die Wahrheit, was ich heute vom BND halte.«[174]

Der frühere »Dr. Lückrath«, der sich nun auf seinen Karriereweg im bayerischen Staatsministerium des Innern machte, insgeheim allerdings darauf hoffte, er werde eines Tages nach Pullach in eine herausgehobene

Stellung zurückkehren, beobachtete weiterhin, was dort vor sich ging. Das personelle Revirement an der BND-Spitze, das einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des Dienstes und das eigentliche Ende der Gehlen-Jahre markierte, machte ihm einen einigen Eindruck: »Ehmke führt neuen Vize [Dieter Blötz] und [Herbert] Rieck [Leiter der Verwaltungsabteilung] und [Richard] Meier [Leiter der Beschaffungsabteilung und Nachfolger von Kurt Weiß] ein. Eiskalte Show!«[175] Insbesondere entging ihm nicht, wie elendiglich sein früherer Chef unter den neuen Verhältnissen und seinem persönlichen Los litt: »Winterstein, zufällig: schwer verbittert. Hofft demnächst auf Linderung des fürchterlichen Zustands im BND. Bittet mich um Aussprache in der Stadt. (Ich denke nicht daran!).«[176]

Hans Langemann hielt sich nicht länger an den Dienst, obgleich ihm von dort wiederholt verlockende Karriereversprechungen gemacht wurden. Nachdem Staatsminister Huber seinen alten Freund auf dem Umweg über den bayerischen Innenminister Bruno Merk im Sommer 1972 von dem Wunsch des CSU-Vorsitzenden Strauß informierte, ihn »nach etwaig gewonnener Bundestagswahl in Spitzenposition BND zu drücken«,[177] wiederholte Wessel dieses Angebot. Zwar kam der zunächst auf die Stellung eines Präsidenten des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz zu sprechen, »die mir sicherlich liegen würde«, wie Langemann festhielt, »aber er stehe mir selbstverständlich jederzeit zur Verfügung, wenn ich mich in Richtung BND entscheiden sollte. Ich bemerkte, dass in einem solchen Fall doch Verwendung in Abteilung I in Frage stehe. Wessel darauf zögernd, es stünden nun die Neuwahlen ins Haus und danach würden sich in der Spitze ja sicherlich Veränderungen ergeben; es war offenkundig, dass er damit den Vizepräsidenten meinte«.[178] Freilich, die Unionsparteien verloren die Bundestagswahl von 1972.

Das CSU-Mitglied Langemann, der treue Freund und Helfer seiner Partei, mag bereits vor dieser Ernüchterung zu ahnen begonnen haben, dass ihm die erstrebte, mit seiner Dienstfertigkeit untermauerte große Karriere im BND versagt bleiben könnte. In seinem neuen Betätigungsfeld nicht recht ausgelastet, widmete er sich daher zunehmend den schönen Künsten, neben der Malerei auch der Schriftstellerei. Ihr hielt er die Treue, obgleich er sie bald als »eine elendig anstrengende Sache«[179] erkannte. Immerhin scheint er zunehmend weniger in der Lage gewesen zu sein, sein eigenes Metier, speziell dessen geheime Riten und Eigenheiten, ganz ernst zu

nehmen. Zur literarischen Verarbeitung seiner Geheimdiensterfahrungen stehe, so räsonierte er,[180] »bei der Vielfalt des nachrichtendienstlichen Blödsinns eine ungeahnte Stofffülle zur Verfügung. Vielleicht glaubt's hinterher mir keiner. Wer hält denn schon dieses Ausmaß an grandioser systematischer Dummheit für möglich? Und dabei kann man's noch spannend machen, wenn man einmal hinter die Schliche gekommen ist. Was wird da nicht alles gemeldet! Am meisten natürlich hinterher! Oder, wenn das politische Thema ein vages Variieren gestattet – natürlich auch vorher!« Allerlei Tricks, wie »Winterstein« sie beherrsche, »barer Unfug« und »wortschöpferische Schreibaggression«, erwiesen sich immer als nützlich, meinte er.

In seiner Mischung aus Hochnäsigkeit, Verbitterung und Klarsicht fiel dem ehemaligen »Dr. Lückrath« manche Einsicht zu. Langemann, als er sich noch nicht ins Licht der Öffentlichkeit katapultiert hatte, dachte über einige Mechanismen seines Metiers nach: »Grober Unfug gewinnt an Wert quer durch die Ministerbüros, wenn er mit furchterregenden Stempeln (wenn's eben geht, nie unter ›geheim‹, das wäre verkaufspsychologisch falsch!) schön verziert ist. Erfahrungsgemäß erhöht der Stempel ›Quellenschutz‹ den Ehrfurchtsschauer des zumeist quasi-verantwortungsbeladenen Lesers. Da kann man manch schönes Spielchen spielen, zur überzeugenden Existenzberechtigung.«[181]

Auf den ersten Gründungspräsidenten des BND kam der bayerische Staatsdiener ebenfalls zu sprechen. Der Status eines hauptamtlichen ND-Mannes sei oft ja bereits an seinem Dienstwagen abzulesen. Spannend werde die Sache dann durch die Verwendung von Dienstnamen gemacht, »oder auch durch Sonnenbrillen. Der alte Gehlen trug mit Leidenschaft eine solche, war überhaupt ein Meister der Verschleierung. Der hatte seinen Verein so organisiert, dass er sich selber nicht mehr auskannte. Brauchte er auch nicht. Denn in Wirklichkeit war es nur eine Handvoll Leute, die [alles tun, alles machen mussten?] – und von denen der ganze Laden lebte. Alles andere war reines Brimborium. Jetzt ist dieses Brimborium militärisch exakt organisiert. Das nennt man Transparenz und militärisches Denken.«[182]

Langemann konnte in seinem aus Frustration und Überlegenheitsphantasien geborenen Zynismus zu Beginn der Siebziger durchaus noch zwischen Dichtung, wie er sie auffasste, und Realität unterscheiden. Seine Beziehungen zur Familie Strauß blieben zwar eng,

doch je länger die politische Wende in Bonn auf sich warten ließ, kehrte auch hier nach und nach Ernüchterung ein. Nach dem misslungenen Versuch der Unionsparteien, Bundeskanzler Willy Brandt zu stürzen, empfing Strauß ihn zu einem persönlichen Gespräch und zog dabei in ungenierter Offenheit zu durchaus delikaten Interna seiner Partei vom Leder: »Absolute Freundschaftsbekundungen für Huber; ›das war nicht immer so‹; soll Ministerpräsident werden! Goppel: ›Na, ja – Sie kennen ihn ja!‹ Heubl: ›Ein kompletter, aber gefährlicher Idiot, der ›weggeschafft‹ gehöre.«[183] Viele Telefonate mit der überaus aktiven Ehefrau des CSU-Chefs folgten. In dem traurigen Herbst 1972, als die Sozialdemokraten die Christdemokraten mit ihrem historisch besten Wahlergebnis geschlagen hatten, häuften sich die Anrufe und persönlichen Begegnungen mit ihr: »Frau Strauß«, hielt Langemann fest; »Langes Kaffeegespräch über BND und wieder aufkommende Anti-FJ-Tendenz. Will sofort mit F. J. sprechen.«[184] Bald darauf meldete Frau Strauß irgendwelche »Sicherheitsbedenken«[185] bei ihm an, eine Woche später dann wieder eine eineinhalbstündige Unterredung (»sehr nett; Sherry«),[186] zwei Wochen darauf wieder »Marianne«.[187]

Zu Jahresbeginn 1973 machte Mariannes Ehemann dem zu einer Art informellen Berater der Familie in BND-Dingen avancierten, als Sicherheitsbeauftragter für die Olympischen Spiele allerdings gescheiterten Langemann (den Minister Huber soeben gleichwohl als Leiter der Staatsschutzabteilung angeworben hatte) große Komplimente. Er bedankte sich bei ihm für »beste Arbeit« und sagte, er solle »*sofort* B 6 werden«, also Ministerialdirigent; »will mit [Ministerpräsident Alfons] Goppel reden«.[188] Damit war der Gipfelpunkt von Hans Langemanns Höhenflug erreicht. Es begann der Sinkflug vor dem selbst verschuldeten Absturz.

Franz Josef Strauß und seine Parteifreunde hatten in dem zurückliegenden Jahrzehnt von den ungesetzlichen und wenig beamtenmäßigen Parteidiensten des Nachrichtenmannes »Dr. Lückrath« profitiert. Langemann profitierte von diesem Arrangement genauso, ohne jedoch darüber hinaus politischen Einfluss zu gewinnen. Das war auch nie das Ziel des ehemaligen Weiß-Mitarbeiters gewesen. Denn ganz anders als »Winterstein« sah er die Missstände im BND, die sich während der Gehlen-Zeit angehäuft hatten, durchaus kritisch, und war auch bereit, der Politik einigermaßen ungeschminkte Auskunft zu geben. Ebenfalls ganz anders als

sein früherer Vorgesetzter, der mit Hilfe von Unionspolitikern längst einen wüsten Untergrundkampf gegen die eigene Leitung und die BND-Politik des Kanzleramts führte, beschränkte Hans Langemann sich darauf, den Stauffenberg-Dienst nach Kräften aus Steuermitteln zu unterstützen, ansonsten aber sein höchst persönliches dienstliches und schriftstellerisches Privatinteresse zu fördern.

Auf beiden Feldern begann sich allerdings das Ende anzubahnen. Die Rückkehr zu einer unionsgeführten Bundesregierung ließ auf sich warten, die Vizepräsidentschaft im BND rückte für ihn in unerreichbare Ferne. Gravierender war, dass sich die Huld des CSU-Chefs ebenfalls zu verflüchtigen begann, nicht zuletzt auch deswegen, weil Langemann trotz seiner Tee- und Plauderstunden mit Marianne Strauß parteiintern nicht auf der richtigen Seite stand. Seine enge Liaison mit Staatsminister Ludwig Huber schlug bald gegen ihn aus. Franz Josef Strauß begann giftig zu werden. Langemanns Klagen über diesen von dem einen oder anderen Wechselbad nur unzureichend abgemilderten Temperatursturz durchziehen nun für mehrere Jahre seine Aufzeichnungen. Bereits Anfang 1974 hört er von Huber, »Strauß verleumdet mich nach wie vor: ›Honorar- und Spesenabrechnungen im BND nicht korrekt!‹ Unverschämtheit sondergleichen«;[189] kurz darauf: »FJS-Beschuldigungen«.[190] Zwei Jahre später dann das Ende aller Illusionen, als ihm jemand hintertrug, Strauß habe gesagt, »er habe persönlich gegen mich gar nichts, ich sei aber meinem Posten nicht gewachsen! Unerhört!«[191] Nicht mehr lange, und der Ministerpräsident entledigte sich Ludwig Hubers mit der Beförderung an die Spitze der Bayerischen Landesbank.

Die Leidenschaft Hans Langemanns gehörte mittlerweile der Schriftstellerei, einer peinvoll unvollkommenen allerdings. Mit einem Schlüsselroman über das nachrichtendienstliche Milieu im Allgemeinen und den BND im Besonderen (»Katzenschlosser«) würde er, so dachte der Mann, der in der weiten Welt so viel bewegt, dem man so viel zugetraut, der sich selbst intellektuell immer über seinen Kollegen eingeordnet und der nun so arg an seinen Größenphantasien wie an seinem unbefriedigenden Dasein zu knabbern hatte, die zwielichtigen Ebenen, auf denen er sich seit zwei Jahrzehnten tummelte, jetzt verlassen und in einem großen Wurf unter sich entschwinden lassen.

Als sich keiner für sein schiefes Kunstwerk erwärmen wollte, verfing sich Langemann so sehr in seinen geplatzten Träumen und seiner existenziellen Enttäuschung, dass er, der ebenso wie »Winterstein« und andere leitende BND-Mitarbeiter die permanente Dienstpflichtverletzung zu seinen Alltagsroutinen zählte, sämtliche Restriktionen abstreifte und sich in leichtsinnigster Weise in die Hände von Nachrichtenhändlern und Publizisten begab. Diese mussten dem auf Luxus bedachten Herrn mit der entstellten Gesichtshälfte delikateste Dienstgeheimnisse nicht einmal raffiniert entlocken: Er präsentierte sie ihnen in geschwätzigster Bonhomie und Sorglosigkeit.

Wie erstaunt und erschüttert ist der gescheiterte Schriftsteller dann gewesen, als er seine Erzählungen – ab März 1982 über mehrere Monate – zunächst in der linken Zeitschrift *konkret* und bald in einem rasch verfertigten Bändchen zur nun so genannten »Affäre Langemann« wiederfinden musste: Suspendierung vom Dienst, Untersuchungsausschüsse, Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, ein Gerichtsverfahren wegen Offenbarung von Staatsgeheimnissen, ein glimpfliches Urteil (acht Monate auf Bewährung wegen verminderter Schuldfähigkeit infolge einer sich verschlimmernden Kriegsverletzung) – eine »zerfallene«[192] Persönlichkeit, für den bayerischen Ministerpräsident Franz Josef Strauß nun nur noch der Mann mit dem Kopfschuss.

Der Schaden dieses Verrats für den BND war beträchtlich, wenn auch die internen Ermittler des Dienstes wegen der Vernichtungen eines Großteils der Akten des Strategischen Dienstes bei ihren Untersuchungen oft selbst im Dunkeln tappten. Die Dimension des Informationsabflusses konnte immerhin in etwa ermittelt werden. Aus den beschlagnahmten Papieren Langemanns und aus dem Transkript der Tonbandkassetten, auf denen der Interviewer seine stundenlangen Gespräche mit ihm aufgezeichnet hatte (zu seiner Gedächtnisauffrischung bediente Langemann sich abgezweigter BND-Originaldokumente), war zu ersehen, dass der einstige »Dr. Lückrath« insgesamt 66 hauptamtliche BND-Mitarbeiter und 45 nachrichtendienstliche Verbindungen (NDVs) mit Klar- oder Decknamen genannt hatte. Darüber hinaus offenbarte er die Personal- und Dienststellenstruktur seiner vermeintlich weltumspannenden, bis zur Albernheit hypertrophen und kostspieligen »Operation Eva«.[193] Die erwähnte gleichnamige Publikation von Frank P. Heigl und Jürgen Saupe

enthielt mehrere aufschlussreiche, decouvrierende Akten-Faksimiles, die vom Dienst nachträglich zwar nicht mehr alle verifiziert werden konnten, die er jedoch als höchstwahrscheinlich echt anerkennen musste.[194]

Die nachrichtendienstliche Unterstützung, die Franz Josef Strauß und der CSU aus dem BND heraus durch Hans Langemann zuteilwurde, war nicht die einzige Hilfestellung, die der starke Mann in der Union aus Pullach erfuhr; sie ist in diesem Fall nur besonders gut dokumentiert. Strauß konnte auf eine breite politische Anhängerschaft im BND zählen. Zu seinen Parteigängern gehörte beispielsweise der rechtskonservative Hans Maetschke (ein langgedienter BND-Mann, der zunächst im Präsidialstab gearbeitet hatte und dann mit Gegenspionage befasst war[195]) oder etwa Oberst Joachim Philipp, der dem CSU-Chef und seiner Partei besonders verbunden war.[196] Spuren verdeckter Parteidienste haben sich bei ihnen freilich nicht in den Akten niedergeschlagen.

Ein wenig besser sind wir über Siegfried Nickel (»Kortmann«) und Wolfgang Steinbichl (»Dr. Sill«) orientiert, die beide in derselben, ebenfalls zum »Winterstein«-Imperium gehörenden Bonner BND-Dienststelle für politische Nachrichtenbeschaffung arbeiteten – Nickel als Leiter, Steinbichl als sein Stellvertreter. Die beiden seien nachrichtendienstlichen »Selbstanbietern« gleichzustellen, die Strauß, vermerkt sein Biograf, seit der *Spiegel*-Krise im Bilde gehalten hätten. »Sill« habe sogar geglaubt, aus den Wäschestücken, die im Garten des Oppositionsführers Helmut Kohl und Strauß-Rivalen um die Kanzlerkandidatur 1980 hingen, »berichtenswerte Rückschlüsse über die persönliche Lebensführung des CDU-Vorsitzenden ziehen zu müssen«.[197] Ein handschriftlicher Vermerk von Anfang 1970, in dem es um den Stauffenberg-Dienst[198] ging, gibt einen Anhaltspunkt: »Die Ehefrauen von Bundesminister a. D. Strauß und Mitarbeiter DN Sill sind befreundet«, heißt es dort. »Diesen Weg hat Strauß bisher nicht genutzt«, doch nun habe er Sill mitgeteilt, dass Stauffenberg Baron Guttenberg gegen eine erhebliche Geldsumme ein nachrichtendienstliches Netz, »das Netz von Klaus Dohrn«, anbiete. »Strauß fragt über Sill, was er machen solle«, heißt es in der Aufzeichnung weiter. »Winterstein und Sill antworten, er [sic!] könne nur abraten«.[199] Zweifellos hat es in dieser familiären Bekanntschaft einen langjährigen Austausch über nachrichtendienstliche Belange gegeben.

»Dr. Sill« (V-92) war drei Jahre älter als Strauß. Der promovierte Jurist mit früher nationalsozialistischer Neigung – seit 1931 Mitglied der DNSAP in der Tschechoslowakei – stammte aus Teplitz-Schönau, arbeitete als Journalist und engagierte sich in den dreißiger Jahren so stark in der sudetendeutschen Volkstumspolitik, dass er es in Konrad Henleins SdP bis zum Auslandspresseamtsleiter brachte. Als persönlicher Referent des Chefs der Presseabteilung im Auswärtigen Amt gehörte der spätere Legationssekretär zur Delegation bei Ribbentrops Moskau-Reise. Im Krieg bewährte sich das NSDAP-Mitglied im Range eines SS-Obersturmführers als Führer eines Nachrichtensonderkommandos in der SS-Standarte »Kurt Eggers«; dem OKW/Amt Ausland/Abwehr hielt er sich obendrein zur Verfügung. Die Spruchkammer stufte den bis Sommer 1947 Internierten (der imponierende Stapel von Persil-Scheinen beibrachte) 1948 als »Mitläufer« ein.[200]

Auch wenn seine anfangs nur sehr zurückhaltend geschilderte Vergangenheit im BND immer wieder einmal zu Nachfragen führte, behinderte sie das Fortkommen des bald verbeamteten und regelmäßig beförderten Wolfgang Steinbichl nicht. Die nachrichtendienstliche Karriere des Chefredakteurs eines Flüchtlings-Magazins begann 1952 als nebenamtlicher, doch offenbar erfolgreicher »Forscher« der Organisation Gehlen. Fünf Jahre später wechselte er als hauptamtlicher Mitarbeiter in die erwähnte Bonner Außenstelle. Die dienstlichen Beurteilungen des Freundes der Familie Strauß (der sich gegenüber »Winterstein« gewaltig empörte, wenn Nachfragen zu seiner Vergangenheit kamen[201]) fielen durchweg bestens aus: »Intuitiver, phantasiebegabter Individualist. Bei besonders hohem Intelligenz- und Bildungsniveau – dies insbesondere auf politischem Gebiet – verbunden mit Zielstrebigkeit zeigt sich eine sehr betonte Eignung und Neigung für Kontakte und Gesprächsführung auf sehr anspruchsvollem Niveau« (1960); »dem Dienst steht in ihm ein überdurchschnittlicher Mitarbeiter zur Verfügung, der eine besondere Eignung in schwierigen Beschaffungsvorgängen der politischen Aufklärung immer wieder beweist«; Kurt Weiß setzte hinzu: »Der Beurteilte gehört zu den Spitzenkräften der politischen Nachrichtenbeschaffung« (1964); »Natürliche Begabung, persönliche Neigung und ein die Mitarbeit in einem Nachrichtendienst fördernder Lebensweg geben dem Mitarbeiter die

Voraussetzungen zu hohen Leistungen in schwierigsten Aufgaben« (1969).[202]

Leider hat die persönliche Informationsgebung Steinbichls für Franz Josef Strauß bis zu seinem Ausscheiden 1977 in den Unterlagen des BND kaum Spuren hinterlassen. Sie ist zweifellos umfassend gewesen, denn gleich nach seiner Pensionierung ging der ehemalige »Dr. Sill« dem CSU-Vorsitzenden als eine Art privater Auswerter zur Hand, nun allerdings weitgehend beschränkt auf die deutsche und internationale Presse. Die Schreiben Steinbichls an Strauß spiegeln die Intensität seiner Bemühungen. Neben der akribischen Lektüre und Annotierung namentlich auch britischer und amerikanischer Beiträge gab er immer noch dies oder jenes Hörensagen aus dem BND an den CSU-Chef weiter. Ostern 1978 schrieb er etwa, er übersende die »in den fünf Wochen seit unserer letzten Begegnung angefallenen Ausschnitte zu außenpolitischen Problemen«; Kommentare zu Rhodesien und Südafrika sende er in einer eigenen Mappe. Die im vergangenen Monat angefallenen »Inlandsinformationen« rufe Strauß bitte direkt bei ihm ab, sobald er wieder in Bonn sei.[203]

Einige Monate später[204] bedankte sich der engagierte Helfer für die »so aufmerksame Bestätigung meiner letzten Sendungen«. Diesmal übergab Steinbichl seine Materialien dem persönlichen Referenten von Strauß zur Weiterleitung, eine Auslandspresse-Übersicht, »Hintergrundinformationen« aus Bonn, darunter Botschaftsberichte aus China (»über den Fall des Botschafters sollten wir uns demnächst einmal unterhalten«), sowie die Hinterlassenschaft seines BND-Kollegen Kortmann, die »besonders vorsichtig« behandelt werden müsse.

Als letztes illustratives Beispiel für den Austausch zwischen Strauß und Steinbichl noch ein Blick auf das Jahr 1979, als Karl Carstens zum Bundespräsidenten gewählt wurde, die Union wieder politische Hoffnung zu schöpfen begann und der CSU-Vorsitzende, im Juli, zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien ausgerufen wurde. Sein »stets getreuer« Steinbichl schrieb und schickte ihm dies und das, legte ein fröhliches Urlaubsfoto von sich und seiner Frau vor einem »königl. Bayerischen Kramladen« bei, kommentierte eine beigefügte Expertise über Veränderungen in der sowjetischen Deutschlandpolitik und befand, es wäre ja alles »gar nicht so schlimm, wenn die Russen einen ebenbürtigen Partner

als deutschen Regierungschef hätten. Das haben sie aber leider (noch) nicht!«[205]

Neben einer Krimi-Empfehlung versorgte der ehemalige »Dr. Sill« Strauß bald darauf mit Neuigkeiten aus dem BND. Der Vizepräsident Blötz von der SPD sei nämlich nicht nur wegen einer Liebesaffäre mit seiner Sekretärin und der damit verbundenen Sicherheitsgefährdung beim Bundesdisziplinargericht angezeigt worden (BND-Mitarbeiter hatten das publik gemacht), sondern auch wegen »anderer gravierender Punkte wie unberechtigten Bezug von Trennungsentschädigung, private Benutzung von Dienstmaschinen etc. […] Zwischen ihm und DN Winterstein scheint hinter den Kulissen ein erbitterter Kampf entbrannt zu sein, der für die Position der Opposition nicht gerade förderlich ist. Vermutlich ist Ihnen die Sache nicht wichtig genug, wie ja überhaupt die Dienste immer mehr zu einer Art ›Subkultur‹ entarten, aus der man sich am besten heraushält, bis Sie selber zu bestimmen haben.« Wolle Strauß Näheres über den Vizepräsidenten erfahren, setzte Wolfgang Steinbichl hinzu, werde er sich »genauer ›umhören‹«.[206]

Die Beziehung von Siegfried Nickel – seinem Vorgesetzten in der Bonner Dienststelle – zum CSU-Vorsitzenden ist weniger deutlich zu erkennen. Sicher ist, dass der Mann mit dem Decknamen »Kortmann« (auch »Kalkun«, »Keller«, Neubert«) und der V-Nummer 7048 eine dunkle Vergangenheit hatte.[207] 1913 geboren, war er hauptamtlicher HJ-Führer, nahm in der Leibstandarte Adolf Hitler am Russlandfeldzug teil und leitete dann im Reichministerium für die besetzten Ostgebiete die berüchtigte »Heu-Aktion«, die Deportation von weißrussischen Kindern und Jugendlichen als Zwangsarbeiter ins Reich, dann auch die Zwangsverschleppung aus anderen besetzten Ländern. Seit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess war das aktenkundig. Interne Ermittlungen des Dienstes führten 1964 zu dem Ergebnis, dass der seit zwölf Jahren beschäftigte »Kortmann« zwar politisch belastet, aber tragbar sei; immerhin lehnte das Bundeskanzleramt den Antrag auf Abkürzung der Probezeit als Beamter ab. Wegen seiner Enttarnung durch Heinz Felfe wurde er sogar als erhöhtes Sicherheitsrisiko eingestuft. Kurt Weiß löste den Leiter einer operative Ostaufklärung betreibenden Stelle zunächst nicht ab, versetzte den belasteten Nickel, der sich selbst als »geläuterten Nazi« einstufte,[208] nach Rücksprache mit Gehlen dann aber doch in die »West-Aufklärung«

des Strategischen Dienstes, also zur politischen Nachrichtenbeschaffung in der Bundeshauptstadt.[209]

»Winterstein« hielt Nickel für einen seiner besten Dienststellenleiter und schickte ihm wiederholt herzliche Handschreiben.[210] Weihnachten 1965 wandte sich Langkau an ihn: »Unsere Aufgabe, hinter die Kulissen dieser meist nur vordergründig friedlichen Welt zu sehen, wurde durch Sie und die Mitarbeiter Ihrer Dienststelle in besonders anzuerkennender Weise gelöst. In ständiger Bereitschaft, pflichtbewusst und der Aufgabe hingegeben, haben Sie und Ihre Mitarbeiter, jeder an seiner Stelle, mit Aufmerksamkeit und Findigkeit, oft improvisierend, aber erfolgreich, Ihren Auftrag erfüllt. Mit Sicherheit haben Sie zu manchen Entschlüssen der Führung unserer Bundesrepublik Deutschland beigetragen«;[211] auch Langemann hatte ab und an mit dem als nationalkonservativ eingestuften, Ende der siebziger Jahre verstorbenen »Kortmann« zu tun.[212]

Siegfried Nickel und Wolfgang Steinbichl arbeiteten beide in derselben Außenstelle und pflegten engsten Umgang. Es mag sein, dass der Kontakt zu Franz Josef Strauß hierüber entstand. Jedenfalls ist es bemerkenswert, dass sich der Bundesminister 1962 persönlich bei Nickel meldete. Einem befreundeten Arzt erzählte der BND-Mann nämlich, »im Verlauf der Kuba-Krise habe er für den Verteidigungsminister Strauß eine Studie angefertigt; auf dieser Studie habe wesentlich die Beurteilung des Bundesverteidigungsministeriums beruht. Nach der erfolgreichen Beendigung der Krise durch die Amerikaner habe der Verteidigungsminister ihn, DN Kortmann, angerufen und etwa erklärt: ›Er (Strauß) wolle ihn, Kortmann, als ersten anrufen und unterrichten und ihm für die Unterstützung in der Erstellung des Lagebildes danken. Die von ihm, Kortmann, erstellte Prognose sei im Wesentlichen richtig gewesen‹.«[213] Ein solcher Anruf anlässlich eines amtlichen Lageberichts ist nur denkbar, wenn der Empfänger wusste, wer der (normalerweise ungenannte) Autor der Studie war und wie er ihn ans Telefon bekommen konnte.

Solange sein früherer Kollege und Parteifreund Hans Langemann, der sich 1982 derart spektakulär in die Öffentlichkeit katapultiert gesehen hatte, seine enge Beziehung zur Spitze der mit satten absoluten Mehrheiten regierenden CSU pflegte, hielt sich Kurt Weiß auf dieser »Linie« zurück. Da ihn der CSU-Vorsitzende, wie gesagt, seit der *Spiegel*-Affäre im

Verdacht hatte, für seinen Sturz mitverantwortlich gewesen zu sein, genoss »Winterstein« zu seinem Leidwesen auch nur reduzierten Zugang zu ihm. Das hemmte ihn jedoch in keiner Weise bei seinem Kampf gegen die Behördenleitung in Pullach und gegen die Politik der sozialliberalen Koalition, den er längst mit der ihm eigenen Bedenkenlosigkeit aufgenommen hatte. Er und seine nachrichtendienstlichen Mitstreiter, noch aktiv oder bereits pensioniert, waren für die Union in der Tat zu »parteipolitisch Aktiven« (Stefanie Waske) geworden.[214] Kurt Weiß war nicht eigentlich der Erfinder von Reinhard Gehlens »Winterstein«-Unwesen: Es funktionierte bereits vor seinem Eintreten in den BND nach den Regeln und Methoden, die wir in unserer Untersuchung kenngelernt haben. Weiß machte sie mit seinem Eintritt in die Organisation Gehlen zu Beginn der fünfziger Jahre aber zu seinen eigenen und baute sowohl die politische Inlandsspionage als auch die Bündnispolitik mit CDU- und CSU-Politikern systematisch aus.

Weiß und Marx: Hoffnung auf die Wende

Franz Josef Strauß war nicht *die* Union und die CSU war nicht Strauß allein. Der BND unterhielt über vier Jahrzehnte ein viel breiteres Kontaktnetz zu führenden Unionspolitikern. Zu diesen Liaisons zählte insbesondere Werner Marx von der CDU, der kurz nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition in der Bundestagsfraktion warnte, dass im BND von Horst Ehmke und Gerhard Wessel »die parteipolitische Manipulation dort wohl bald so weit getrieben sein wird, dass ein solcher Dienst nur noch diejenigen Berichte und Aufklärungsberichte vorlegt, die in die jeweilige politische Lage dieser Regierung passen«.[215] Das war der Grundton der Unionskampagne in den folgenden Jahren. BND-Präsident Wessel vertraute zur selben Zeit seinem Tagebuch an, wie sehr die beiden von den Personalentscheidungen des Kanzleramts betroffenen Spitzenbeamten Eberhard Blum und Kurt Weiß »in der Psychose der Zentrale leben, dass jeder Eingriff von außen ein nicht wieder gut zu machendes Verbrechen sei«; dabei habe Minister Ehmke auf seine Bitte hin »fairer Weise« auf die ursprünglich beabsichtigte vorzeitige Zurruhesetzung des notorischen »Winterstein« verzichtet;[216] BND-Präsident Wessel zählte den Kanzleramtschef zu den »vernünftigen Elementen« in der SPD.[217]

Werner Marx, wie Kurt Weiß ursprünglich Journalist, war kurze Zeit persönlicher Referent des CDU-Bundestagsabgeordneten und früheren Kanzleramtschefs Otto Lenz gewesen, profilierte sich als Experte für psychologische Kriegsführung, arbeitete im Führungsstab der Bundeswehr und zog 1965 als Abgeordneter in den Bundestag ein, dem er bis zu seinem Tod zwanzig Jahre später angehörte. Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses seit dem Machtwechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl zählte er zu den einflussreichsten Außen- und Verteidigungspolitikern der Republik. Spätestens zu Beginn der sechziger Jahre war er mit dem BND in Berührung gekommen, als der Dienst sich bemühte, die »geistig-politische Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus«[218] zu verstärken und auf Regierungsebene zu verankern.

Kurt Weiß legte einem Vertreter des Verteidigungsministeriums im Juni 1960 jedenfalls nahe, den Dr. Marx »stärker in Fragen der psychologischen

Kriegsführung einzuschalten (gute Verbindungen zu Staatssekretär Dr. Globke)«.[219] Der junge Abgeordnete war kein unkritischer Fan des Gehlen-Dienstes, als Kanzleramtschef Carstens den BND von der »Mercker-Kommission« unter die Lupe nehmen ließ. In einem Brandbrief an Bundeskanzler Kiesinger etwa drängte Marx Monate vor dem Ausscheiden Gehlens auf eine rasche Nachfolgeregelung, da ihm alarmierende Nachrichten aus dem BND zugegangen seien, die sich schnell zu einem öffentlichen Skandal ausweiten könnten. Das müsse die CDU, »deren Bundesvorsitzende seit fast zwölf Jahren die parlamentarische Verantwortung für den BND getragen haben und tragen, mit voller Wucht treffen«. Reinhard Gehlens Amtszeit dürfe keinesfalls verlängert werden, wenn »jene Persönlichkeiten, welche die notwendige Reform des Dienstes seit Jahren mit Recht anstreben«, jetzt nicht die Flucht nach vorn antreten sollten; es gehe auch um die Autorität des Kanzlers.[220] Kurt Weiß erwähnte einmal, »aus anfänglich nur beruflich bedingten Beziehungen sei eine enge Bekanntschaft« mit dem Abgeordneten entstanden.[221]

Nach dem überraschenden Machtverlust 1969 wandelte sich freilich auch für Werner Marx die Perspektive. Bei ihm verquickte sich ebenfalls die Opposition gegen die sozialliberale Politik mit der Gegnerschaft gegen die von Karl Carstens angestoßenen und von Wessel eingeleiteten BND-Reformen; jedenfalls in der durchgreifenden Art, wie sie das Bundeskanzleramt im Einverständnis mit dem Präsidenten jetzt weiterführte. Auch Marx fand nun Gefallen an der Erzählung von der Lähmung des Auslandsnachrichtendienstes qua Sozialdemokratisierung. Bald nach dem Tod von Baron Guttenberg übernahm er zudem dessen politische Rolle bei der Förderung des Stauffenberg-Dienstes und dessen Netz aus ehemaligen BND-Informanten.[222] Die ganzen siebziger Jahre hindurch, bis zu dessen Auflösung nach dem Übergang der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt auf Helmut Kohl 1982, übernahm Marx das »inoffizielle Protektorat« über den Parteidienst, wie Wolfgang Langkau es ausdrückte.[223]

Kurt Weiß hatte Marx bereits 1967 geschrieben, sie beide sollten für die Zukunft sicherstellen, dass »die zwischen uns bestehende Verbindung nicht durch bürokratische und sonstige Hemmnisse behindert wird«,[224] eine elegante Umschreibung seiner Gepflogenheit, im Umgang mit Gleichgesinnten die Geheimschutzbestimmungen seines Dienstes zu

ignorieren. Als der Guillaume-Ausschuss einige Jahre später die Wogen hoch gehen ließ – auch weil er die Rolle des BND in der Innenpolitik breit thematisierte und führende Persönlichkeiten wie Gehlen, Wessel oder Weiß dazu aussagen mussten –, wandte sich der besorgte »Winterstein« energisch an den außen- und sicherheitspolitischen Sprecher der Unionsfraktion.[225] Weiß gab ihm unverlangt einen detaillierten Einblick in die parteipolitischen Präferenzen im BND, wie er sie trotz der Veränderungen in der Leitungs-, Organisations- und Personalstruktur Mitte 1974 einschätzte. Er schrieb Marx, dass »sich höchstens 5 % der Mitarbeiter zur SPD bekennen, etwa 25 % als Sympathisanten, Opportunisten und potentielle FDP-Wähler gelten können, während mindestens 70 %, insbesondere auch fast alle Neueinstellungen der CDU/CSU zugeordnet werden müssen«.[226] Mit anderen Worten: Was in Pullach und im Guillaume-Ausschuss passierte, konnte nicht mit der Billigung durch die BND-Mitarbeiter rechnen.

Ohne dass ihn das zu bekümmern schien, widersprach sich Kurt Weiß einige Monate später selbst, als er seinen Verbündeten in er CDU »nur zur persönlichen vertraulichen Unterrichtung« ein, wie er betonte, mit Gesinnungsfreunden abgestimmtes Memorandum von sieben Schreibmaschinenseiten Länge zuschickte: »Die Situation des BND zu Beginn des Jahres 1975«.[227] In seinem, wie üblich, handschriftlichen Begleitbrief zu dieser »kurzen Aufzeichnung« verriet er, ein Exemplar habe er bereits »auf anderen Wegen an FJS geleitet«; im Hinblick auf die aufgeheizte Atmosphäre bitte er um besonders vertrauliche Behandlung. »Ich könnte mir vorstellen«, fuhr er fort, »dass die Zusammenfassung für die bevorstehenden Auseinandersetzungen, zumindest teilweise, als Argumentationsunterlage geeignet ist«; er habe nichts dagegen, wenn das Papier an den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Carstens und den Vorsitzenden des Guillaume-Ausschusses, Walter Wallmann (CDU), weitergeleitet würde. Marx, meinte er noch, sei in Bonn ja überaus eingespannt, weshalb es sicherlich richtig sei, »wenn wir Sie nur in besonders wichtigen Fällen ›belämmern‹, im Übrigen aber Herrn [stellvertretenden Vorsitzenden der CSU in München und MdB Erich] Riedl ruhig ›einspannen‹ (oder dies zumindest versuchen)«. Mit herzlichen Grüßen, auch von seiner Frau Gemahlin, empfahl sich der Leiter der BND-Schulen.[228]

Schon bei den Vorbemerkungen stieg »Winterstein«, der flott zu formulieren, aber sich nie kurz zu fassen verstand, mit bemerkenswerter Heftigkeit ein. Mit der angekündigten Veröffentlichung von Teilen des Berichts der noch von Karl Carstens eingesetzten »Mercker-Kommission«, konstatierte er, setzten »Bundesregierung und Bundeskanzleramt ihre Maßnahmen zur Verunsicherung, Beeinflussung und Politisierung des BND planmäßig fort«; es handele sich um nichts anderes als eine Kampagne gegen den Auslandsnachrichtendienst. Diese ziele wohl darauf, die von sämtlichen im Guillaume-Ausschuss vernommenen Zeugen aus dem BND bestrittenen auftragswidrigen Tätigkeiten wie etwa der »innenpolitischen Aufklärung« glaubwürdiger erscheinen zu lassen.[229] In den zurückliegenden Monaten hätten die Verlautbarungen über den BND »innerdienstlich über die bereits erwähnten Verunsicherungen hinaus zu massiven Einschüchterungsmaßnahmen und unverhüllten Drohungen der Leitung des BND gegenüber zahlreichen alten Mitarbeitern des Dienstes geführt. Die Folge ist ein verbreitetes Misstrauen, das nicht nur von den (wenigen) Parteigängern der SPD, sondern vor allem von deren Sympathisanten und Opportunisten zu Positionsverbesserungen ausgenutzt wird. Gleichzeitig wird die systematische Ausschaltung konservativ eingestellter, der CDU/CSU nahestehender Persönlichkeiten durch Versetzung, Verringerung der Einflussmöglichkeiten und andere, häufig mit Diskreditierung verbundene Leitungsentscheidungen betrieben.«

Zwei weitere Vorbemerkungen wiesen darauf hin, wie sehr diese Machenschaften dem Osten in die Hände spielten, wo man all dies »mit spürbarer Befriedigung als ›Beweis‹ für die Richtigkeit eigener Angriffe auf den BND« anführe. Außerdem gebe es nicht den geringsten Zweifel daran, dass die Bundesregierung und das Bundeskanzleramt beabsichtigten, die Guillaume-Debatte im Bundestag »zur Grundlage breitgefächerter und entsprechend umfangreicher Beschuldigungen gegen den ›alten BND‹ (›zu Gehlens Zeit‹) zu machen, um damit organisatorische und vor allem personelle ›Konsequenzen‹ zur Weiterführung der Politisierung des Dienstes begründen und erreichen zu können«. Das war die apologetische Haupterzählung der zum Teil entmachteten Crème der alten Tage, für die eine innenpolitische Indienstnahme durch den Kanzler und die Unionsspitze – mithin ihre massive Parteipolitisierung – zur selbstverständlichen Alltagsroutine gehört hatte. »Winterstein«, der in hoher Stellung im BND

Dienst tat, wusste natürlich, dass seine Ausführungen die Verpflichtung zu beamtenmäßiger Zurückhaltung fulminant missachteten, hatte sich um solch hinderliche Normen nie geschert.

Nach den Prolegomena ging Kurt Weiß ins Einzelne. Die Befunde der »Eschenburg-Kommission« (»Kommission vorbeugender Geheimschutz«) ebenso wie die der »Mercker-Kommission« würden vom Kanzleramt dazu benutzt, um die Dienstaufsicht über den BND »in einer Weise zu verstärken, die nur als Versuch vollständiger Einflussnahme auf dieses Instrument – verbunden mit der Möglichkeit jedweder Manipulation – gedeutet werden kann«. Gegen den Willen des amtierenden Präsidenten hätten sich zwei neu berufene Abteilungsleiter mit SPD-Zugehörigkeit zu »parteipolitisch motivierten ›ausführenden Organen‹ machen lassen«. Was die beanstandeten Mängel des Dienstes angehe, so gingen diese auf die amerikanischen Anfänge und die »schwierige Umstellung auf die Verhältnisse und Belange einer Bundesbehörde« zurück. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall. Sowohl der Einstrom NS-belasteter Mitarbeiter, die Verselbständigung des Strategischen Dienstes oder etwa die Forcierung der politischen Inlandsspionage waren Entwicklungen, die sich ab 1956 beschleunigten. Auch die Legende von Heinz Felfe, der dank des »Schottensystems« nur überschaubaren Schaden angerichtet habe, tischte er neuerlich auf.[230]

Ein eigenes Kapitel widmete die Weiß-Denkschrift der Zurückweisung der nicht verstummenden Vorwürfe, der BND habe politische Inlandsspionage betrieben. Dabei bewegte er sich auf derselben Linie wie Gehlen in seinen drei Jahre zuvor erschienenen Memoiren. Hier reihte er eine Lüge an die andere. Zusammenfassend sei festzustellen, hob »Winterstein« hervor, dass alle Zeugen des BND im Guillaume-Ausschuss bestritten hätten, »jemals einen Auftrag zu innenpolitischer Aufklärung erhalten bzw. gegeben zu haben«. Wenn »fälschlich von den damit befassten Vertretern der Regierungsparteien immer wieder (und trotz der gegenteiligen Aussagen: immer noch) von innenpolitischer ›Schnüffelei‹ bzw. ›Bespitzelung‹ gesprochen wird, dann beweist dies einerseits die Unkenntnis von Nichtfachleuten, andererseits – was schwerer wiegt – jedoch das durchsichtige Bemühen, Randbeobachtungen und entsprechende Erkenntnisse, wie sie selbstverständlich bei allen Nachrichtendiensten anfallen und registriert werden, in *›auftragswidrige Inlandsarbeit‹*

umzumünzen«.[231] Der Nachweis auch nur eines einzigen entsprechenden Ansatzes sei niemals gelungen. Das traf zwar nicht zu, doch die jahrelange systematische Ausforschung von FDP und vor allem der SPD sollte tatsächlich mehr als ein halbes Jahrhundert lang unentdeckt bleiben.[232]

Es folgten »Vorschläge und Empfehlungen für das weitere Vorgehen der CDU/CSU«. Zunächst legte Kurt Weiß in unbekümmerter Offenheit dar, welche Anstrengungen hier bereits unternommen worden seien: »Abgestützt auf die bisherigen Abstimmungsgespräche mit mehreren Abgeordneten der CDU/CSU haben sich die im BND vertretenen Mitglieder und Anhänger der CDU/CSU bemüht, die ihnen verbliebenen Positionen zu halten, Kristallisationspunkte zu bilden und vornehmlich auch die Nachwuchskräfte des höheren Dienstes zu beeinflussen«, meldete Weiß im Stile eines Berichts aus dem Untergrundkampf. »Dies ist – trotz starker Gegenwirkung – in so beachtlichem Maße gelungen, dass die einleitend erwähnte Feststellung, ›die SPD habe den Dienst nicht in den Griff bekommen‹«, darauf zurückzuführen sei. Obwohl die Sabotage der beamteten Partisanen also erfolgreich gewesen sei, stehe es schlimm um den BND, hieß das – ein Widerspruch, den die graue Eminenz nicht zu bemerken schien. »Es kommt darauf an, diesen Zustand zu erhalten und die – als Konsequenz angekündigte – Ausschaltung bestimmter leitender Mitarbeiter zu verhindern. Nur auf diese Weise kann ein Fortbestand und Zusammenhalt dieser Kräfte bis zur Bundestagswahl im Jahre 1976 gewährleistet werden.«

Aus der Beurteilung der Gesamtsituation ergebe sich für die Unionsparteien nun »die Notwendigkeit, ihre seit den Wahlerfolgen in Bayern und Hessen erheblich gestärkte Position zur Mit- und Einwirkung bei allen einschneidenden Maßnahmen, die den BND betreffen, auszunutzen«. Hinweise aus dem Kanzleramt und dienstinterne Informationen ließen zweifelsfrei erkennen, dass die Unionsparteien bei geschicktem Vorgehen große Chancen hätten, partei- und personalpolitische Manipulationen »unmöglich zu machen«. Die Sprecher von CDU/CSU sollten damit drohen, andernfalls die Zusammenarbeit auf dem Feld der inneren und äußeren Sicherheit aufzukündigen. Es gebe auch schon Anzeichen, dass sich die Bundesregierung entsprechenden Forderungen umso weniger verschließen werde, »als offenbar nunmehr allen Parteien an einem gewissen Arrangement (unter Ausschaltung ausgesprochener

Scharfmacher wie Ehmke) gelegen ist. Es besteht die Überzeugung, dass durch eine klar formulierte Warnung der CDU/CSU vor weiterer Politisierung des BND Eingriffe und Maßnahmen, die im Einzelnen vorbereitet sind, verhindert werden können«.

Werner Marx, der in diesem Befund die Obertöne von Alarmismus und Naivität herausgehört und bemerkt haben wird, dass Kurt Weiß sich mit seinem Papier auch als unerschrockener politischer Anführer zu profilieren gedachte, hat auf das erstaunliche Memorandum des hohen Bundesbeamten offenbar nicht geantwortet. Sonst hätte sich »Winterstein« nicht sechs Wochen später bei ihm melden und klagen müssen, er und seine Freunde hätten leider lange nichts von ihm gehört.[233] Man fühle sich »sehr ›verlassen‹«, versuche sich aber einigermaßen zu behaupten, »doch ohne Rückhalt ist dies schwer«. Gewiss, Marx sei durch Wahlkämpfe gebunden, vielleicht könne er wenigstens einen Ansprechpartner benennen.

Im Sommer 1975, als sich Weiß neuerlich an den CDU-Abgeordneten Werner Marx wandte,[234] berichtete er, in Pullach habe sich nichts verändert, »es sei denn zum Nachteil der Basis und Mannschaft, die meine Freunde und ich weiterhin zusammenhalten, so gut es geht. Einerseits ist die Leitung unseres Hauses mit äußerster Konsequenz bestrebt, alle ihr wichtig erscheinenden Positionen mit ›genehmen Leuten‹ zu besetzen und unsere Anhänger auszuschalten, andererseits gibt es offenbar noch viele führende Politiker der CDU/CSU, die – aus welchen Gründen auch immer – den Ernst der Lage hier nicht erkennen. Soweit ich es beurteilen kann, spielt natürlich auch ein gewisses Unbehagen eine Rolle – die ständige Diskriminierung der ›Alten‹ (unter meiner Führung) und die Kampagne gegen die ›Seilschaft‹ haben also ihre Wirkung nicht verfehlt. Geradezu unverständlich für uns ist jedoch, dass es unseren ›Oberen‹, die doch ganz eindeutig und gezielt gegen die Interessen der CDU/CSU wirken, bis heute gelingt, bei einigen ihrer hochgestellten Parteifreunde ›anzukommen‹. Es gibt genug Beispiele – wir stehen dem fassungslos gegenüber –, weil es ja schließlich Informationsmöglichkeiten gibt. Offenbar ist es in unserem Falle genauso wie in der großen Politik: Die geschickte Taktik der Gegenseite führt zu Täuschungen über den wahren Sachverhalt und dementsprechenden Rückschlägen. Was soll noch geschehen? Meine Freunde und ich haben keine Illusionen und auch keine Ambitionen mehr –

aber wir wollen der CDU/CSU die Möglichkeit erhalten, mit dem Apparat zu arbeiten.«

Der im Range eines Ministerialdirigenten eingestufte BND-Beamte, der seit einigen Jahren die Aufgabe hatte, den nachrichtendienstlichen Nachwuchs auf seine Tätigkeit im Dienste des Staates vorzubereiten, begab sich sodann ins Nähkästchen Pullacher Interna. Wessel (»Nr. 1«) schließe »sowieso nur« Kompromisse, um auf seinem Stuhl zu bleiben. Vizepräsident Blötz (»Nr. 2«) gehe so zielbewusst vor, dass ihn inzwischen sogar schon Marxens Parteifreunde »halb so schlimm« und »ganz akzeptabel« fänden. Bei wichtigen Personalentscheidungen ziehe man den Kürzeren, weil nichts »der anderen Seite« überlassen werde solle. Hinter diesen wichtigen Entscheidungen vollzögen sich ständig neue Verschiebungen, über die CDU-Vertreter an sich informiert seien, die aber kein rechtes Ohr mehr dafür zu haben schienen. BND-Präsident Wessel rühme sich »unterdessen weiterhin seiner guten Beziehungen zu den Spitzen der CDU/CSU, für uns mehr als ärgerlich, wenn ›man‹ ihn auch heute noch für eine Art ›Gewährsmann‹ hält. Kürzlich soll er ein Gespräch mit Ihrem Fraktionschef geführt haben – ist es denn nicht möglich, ihm mal klarzumachen, was von einer so schwachen ›Haltung‹ zu halten ist??«

Dieser Ton streifte die Grenze zur Unverschämtheit, da Marx natürlich wusste, dass es der gegenwärtige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Carstens gewesen war, der sich nach dem Ausscheiden Gehlens am nachdrücklichsten für eine Remedur im BND eingesetzt hatte. Es dürfte ihm auch klar gewesen sein, dass hier eine alte Garde mit ihrem Sprachrohr Weiß gegen ihren Einflussverlust kämpfte. Trotzdem widersprach er nicht nur nicht, er vermied es auch, den hohen Bundesbeamten auf seinen Beamteneid und seine Dienst- und Geheimhaltungspflichten hinzuweisen. Zu verlockend war für Werner Marx und seine Parteifreunde der auf diesem kurzen Wege gegebene Einblick in das Pullacher Innenleben und die Direktbedienung mit nachrichtendienstlichen Informationen, als dass er »Winterstein« die Tür gewiesen hätte.

Kurt Weiß bedauerte gegen Ende seines langen Handschreibens denn auch, dass Marx so viele andere Aufgaben habe, und setzte hinzu: »Sie erinnern sich gewiss an Ihre – sehr wahren – Worte vor Jahren: Erst müssen wir die Wahlen gewinnen, dann sehen wir weiter … das ist sicher richtig. Andererseits kann es sich die CDU/CSU einfach nicht leisten, dass Zug um

Zug Positionen bei uns verloren werden. Und das Wichtigste: Warum glaubt man nicht uns – sondern (unbegreiflich!) offenbar fast eher der Gegenseite? Wir leben eben in einer tristen Welt – ein Glück, dass es dann und wann noch Lichtblicke gibt (ich sehe sie z. B. in unserem Zusammenhalt).« Mit sehr herzlichen Grüßen von Mann zu Mann und Ehefrau zu Ehefrau schloss »Wintersteins« reichlich larmoyanter Appell. Werner Marx mag sich gefragt haben, weshalb Kurt Weiß nicht einsah, dass sich die Unionsspitze in Fragen des BND weniger gern an ihn und seinen Anhang als an seinen unzweifelhaft konservativen Präsidenten Wessel halten wollte, und warum er offenbar nicht ausreichend mit der Tatsache vertraut war, dass der Einfluss auf das Bundeskanzleramt für eine Oppositionspartei begrenzt war.

»Winterstein« aber war nicht zu bremsen. Keine zwei Tage waren seit seiner Suada vergangen, da meldete er sich mit einem »Nachtrag«.[235] Soeben habe er von gut unterrichteter Seite gehört, »dass unsere Nr. 1 (W.)« – man kehrte eben wo es ging heraus, dass man ein mit allen Wassern gewaschener Nachrichtenmann sei – »eine Zusage von Prof. C[arstens] haben will, auch nach einem Wahlsieg der CDU/CSU im Amt zu bleiben. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob eine solche Bemerkung wirklich gefallen ist. Tatsache ist und bleibt, dass *niemand* aus unserem großen Kreis der Mitglieder und Anhänger der CDU/CSU eine derart krasse Fehleinschätzung verstehen würde. Was muss hier eigentlich noch passieren, damit die ›Richtung‹ klar wird?« Der Frondeur verblieb »wie immer herzlich (aber auch sehr enttäuscht)«. Die Enttäuschung, ja Verzweiflung über den Machtverlust von 1969, den man zunächst als einen rasch zu heilenden Ausrutscher angesehen hatte, saß bei Kurt Weiß ähnlich tief wie im Establishment der Unionsparteien. 1972 war das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt gescheitert, die anschließende Bundestagswahl ging deutlich verloren. Alle blickten jetzt auf die nächste Chance, wenn der neue Parteivorsitzende Helmut Kohl gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt antrat. So lange würde man ausharren müssen.

Zum Jahreswechsel 1975/76, einige Monate vor den Bundestagswahlen, meldete sich der Leiter der BND-Schulen wieder einmal und wie immer handschriftlich bei dem außen- und sicherheitspolitischen Experten der CDU-Fraktion. Seine Freunde und er dächten in »dankbarer Verbundenheit« an ihn, schrieb er.[236] Glück und Erfolg sei in diesem

entscheidenden Jahr aller Ziel. »Wir werden im Dienst weiterhin unser Bestes tun«, so diesmal etwas nüchterner. »Es ist das Los der Opposition, nicht über die Mittel und das Management der Regierung – bei uns der Leitung! – verfügen zu können. So werden Sie verstehen, wie froh und dankbar wir sind, dass Sie sich unserer Sache angenommen haben. Hoffentlich lässt sich diese Abstützung in der vorgesehenen Form erweitern.« Die »Sache« war diesmal nicht der BND, sondern die Stabilisierung des Stauffenberg-Dienstes.[237] Bessere Zeiten für die Opposition in Bonn und in Pullach würden vor dem 3. Oktober 1976 nicht mehr kommen. Doch obwohl die Unionsparteien bei den Bundestagswahlen ein hervorragendes Ergebnis erzielten – die Sozialliberalen blieben an der Regierung.

Die neuerliche Verstärkung des Kontakts von »Winterstein« zu dem Abgeordneten Werner Marx ging mit auf die Tatsache zurück, dass dieser für den Fall eines Wahlsiegs der Union als BND-Präsident vorgesehen war und womöglich sogar als Koordinator für die Geheimdienste ins Bundeskanzleramt einziehen würde. Jetzt war Kurt Weiß, das Haupt der Unionsfreunde im BND, wieder der wichtigste Verbindungsmann zur CDU/CSU; das war ungefähr um die Zeit, als sich die Beziehungen von Hans Langemann zu Marianne und Franz Josef Strauß abzukühlen begannen.[238] In Pullach war »Winterstein« nach wie vor der höchstrangige, wenn auch nicht einzige BND-Mann, der über Zugang zu begehrten Materialien und gewiss die gründlichste Kenntnis der dortigen Interna hatte. Bekanntlich kam es nach dem wiederum vergeblichen Versuch der Union, die Macht zurückzuerobern, zu schwersten innerparteilichen Zerwürfnissen zwischen den Schwesterparteien. Der CSU-Chef kündigte sogar die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU auf, überzog den Vorsitzenden Helmut Kohl intern mit den übelsten Schmähungen, ließ sich 1978 zum Ministerpräsidenten in Bayern küren und war als Kanzlerkandidat der Unionsparteien hauptverantwortlich dafür, dass zwei Jahre später auch die vierte Bundestagswahl in Folge verlorenging.

Verschärfter Kampf nach 1976 – Mitspieler MfS

Da die politische Großwetterlage auch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre für die Pullacher Unionsmitglieder und Unionssympathisanten um Kurt Weiß keinen Lichtblick bereithielt, verstärkte sich ihre Frustration ebenso wie ihre Agitation gegen die eigene Behördenleitung. Geradeso, als habe er sich den Stil der berüchtigten »Wienerwald-Rede« von Strauß zwei Jahre zuvor[239] zu eigen gemacht, verfasste der Erste Direktor im BND im November 1978 ein Pamphlet, das in der deutschen Behördengeschichte seinesgleichen sucht. In galligem Extremismus offenbarte er hier in nuce seine politische Weltsicht, seine Ressentiments und seine Zügellosigkeit schlagender als in allen seinen – durchaus sprechenden – Vermerken, Schreiben und Memoranden seit dem Eintritt in die Organisation Gehlen 1952.[240] Niemand heizte die Skandalisierung einer angeblich zerstörerischen Sozialdemokratisierung des BND jetzt entfesselter an als der Chef des Ausbildungssektors.

Weiß verfasste seine Anklageschrift für die CSU-Spitze aus Anlass des Präsidentenwechsels vom ungeliebten und verächtlich gemachten Gerhard Wessel zu Klaus Kinkel (FDP). Sie findet sich in den Akten der Landesleitung in der Münchener Lazarettstraße. Der *Spiegel* veröffentlichte den Text eineinhalb Jahre nach der Entstehung in Auszügen, vermochte ihn jedoch keinem Autor zuzuordnen.[241] Wer die Allianzen »Wintersteins« mit Politikern von CDU und CSU kennt und mit seiner Diktion vertraut ist, wird sogleich auf ihn als Verfasser tippen. Zweifelsfrei belegen kann man das erst jetzt. Kurt Weiß hatte bei der maschinenschriftlichen Abfassung seiner Schmähschrift nämlich das kleine nachrichtendienstliche Einmaleins aus den Augen verloren und an einer Stelle seiner Philippika ein fehlendes Wort handschriftlich eingefügt – unverkennbar sein markanter Schriftzug.[242]

Das hier in voller Länge wiederzugebende Pamphlet entstand im Zusammenhang mit der Kritik der Opposition an der Berufung Kinkels. Der Stauffenberg-Dienst der Union gab dazu für seine konservativen Empfänger einen bemerkenswerten Kommentar ab: »Der ursprünglich dem Bundeskanzler unmittelbar unterstellte BND«, hieß es da, »war eine von Parteieinflüssen und Behördenhierarchien unabhängige Erkenntnisquelle für den die Richtlinien der Politik bestimmenden Regierungschef«; auch die

Opposition sei seinerzeit unterrichtet worden. »Das Bundeskanzleramt«, so rhetorisch weiter, »scheint von den damit gegebenen Möglichkeiten im Laufe der Zeit immer weniger Gebrauch gemacht zu haben. Es kann nicht beurteilt werden, ob die in der Ära Brandt-Bahr-Ehmke begonnenen strukturellen Änderungen, eine veränderte Personalpolitik und mehrfache organisatorische Reformen zu einer verminderten Effektivität geführt haben, wie man gelegentlich aus Bonner Ministerien hören kann.«[243] Öffentlich meldete CSU-Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann jetzt neuerlich »Ansprüche auf Führungsposten beim BND« an.[244]

»Der Präsidentenwechsel im BND«, begann die Ausarbeitung von Kurt Weiß, »muss von verschiedenen Blickpunkten aus betrachtet werden. Nachfolgend erst nur die Skizzierung einiger Aspekte, weitere Hinweise werden nachgeschoben werden müssen, wenn sich der bisher nur kurz durch die Neubesetzungsmeldung aufgewirbelte Staub etwas gesetzt hat und die Sicht frei wird. – Dessen sollte man sich aber vorweg bewusst sein: Der Kinkel-Coup des Regimes, bei dem die Opposition nur die Rolle des begossenen Pudels spielte (wieder einmal!), bedeutet nicht eine routinemäßige Auswechselung in Staatssekretärs-Positionen. Vielmehr wurden Weichen so gestellt, dass lebenswichtige Auswirkungen auf Volk, Staat, Nato, Europa, ja die ganze freie Welt erfolgen können. Die Institution BND ist nämlich eine der wesentlichen Entscheidungshilfen der Bundesregierung. Der CDU ist das nie bewusst geworden, da Adenauer/Globke sich des Instruments diskret bedienten, ihre Nachfolger aber kaum Verständnis für Aufgabe und Chancen des BND besaßen. Diese Feststellung gilt auch für das Gespann Kohl/[CDU-Generalsekretär Heiner]Geißler. – Nachfolgend wird versucht, diese Behauptungen zu beweisen. Aufrüttelnde Mahnung kann vielleicht jetzt noch bewirken, dass in einer knappen Zeitspanne bis zur endgültigen Placierung der neuen BND-Spitze die Anbahnung schlimmer Schäden wenigstens abzumildern ist.

Die breite Öffentlichkeit wird, wenn die Opposition weiterhin verblüfft und betroffen stillhält, nur en passant mit einigen Meldungen und wohltemperierten Hofberichten über den gesamten Komplex Nachrichtendienst und Sicherheit informiert. Proteste von CSU-Zimmermann dürften in der Wüste verhallen wie das Bellen der Wachhunde, wenn die Karawane hinter der Düne verschwand. Dass der

nicht behinderte Convoi entscheidend wichtige Sender, Geld, Führungspersonal in die Depot-Ablage, wenn nicht gar zu den Partisanen schleppte, werden erst die Historiker beschreiben. Der Vergleich ist schief, trifft aber in etwa zu.

Zunächst einmal werden ablenkende Nachrufe auf Wessel zu lesen und zu hören sein, garniert mit Bla-bla über Leben und Treiben, Aufgabenstellung und Erledigung in Pullach, gewürzt mit einigen nachträglichen Diskreditierungen zur Gehlen-Periode. Dabei bleibt vermutlich ungesagt: Wessel führte sich in den Dienst ein, indem er überaus unpassende, ja flegelhafte Auslassungen über Führungskunst, Organisationsvermögen und Personalauswahl seines Ziehvaters und Vorgängers im Amt abgab oder sie zumindest nicht energisch richtigstellte, sondern sich als reformatorischer ›Saubermann‹ mit eitler Attitüde blähte. Nach diesem überaus schäbigen Start war man nun gespannt, was der Newcomer vorantreibend verbessern würde und erwartete nach der arroganten Philippika enorme Leistungen. Noch ahnte niemand, dass diese ›Niete ohne Mutter‹, erstmals in seiner Laufbahn alleinentscheidend in eine Spitzengruppe gehoben, nur eine Kette von Pannen fabrizieren würde. – Das erste erschütternde Spektakel war der Freitod eines hohen BND-Offiziers, [Horst] Wendland. Ob Wessel Schuld an dessen Selbstmord trug, blieb ungeklärt.

Man muss Wessel gewiss mildernde Umstände für seine Amtsführung zubilligen, erhielt er doch damals als Vizepräsident und dazu als Leiter der vier Hauptabteilungen sehr bald zwei SPD-Apparatschiks aufgedrückt. Als völlige Laien im ND-Geschäft spielten sie zwar zunächst keine Rolle. Wessel meinte optimistisch, sie umerziehen zu können, wenn sie erst einmal mit dem Sachzwang der in Pullach einlaufenden und aufgearbeiteten Realitäten konfrontiert würden. Diese Erwartung zerstob aber schlagartig nach der Machtübernahme der Viererbande Brandt, Ehmke, Bahr und Wehner, zu deren Mitspielern damals noch [Karl] Wienand und Leo Bauer gehörten. Bei den nun erfolgenden Eingriffen in den BND-Betrieb, die radikalster Art waren, hätte Wessel beweisen können und müssen, dass mehr in ihm an Charakter und Zielstrebigkeit im Interesse seiner Aufgabe steckte als er zeigte. Aber er kapitulierte vor der Horde roter Proleten, die nun seine Vorgesetzten waren, in der schwächlichen Selbsttäuschung, dass

er durchhalten und Loyalität zeigen müsse, um so noch mehr Schaden zu verhüten.

Irgendjemand anderem hätte man derartige naive Vorstellungen verzeihen können, aber nicht einem BND-Chef, dem doch Schicksal und Missbrauch deutscher Generale in sowjetischer Gefangenschaft hinreichend bekannt waren. Genau nach gleicher Methode wie Paulus/Seydlitz wurde Wessel nun als Galionsfigur benutzt. Seine Strohmann-Kontakte zu Hassel, Carstens und anderen CDU-Matadoren erbrachten der SPD einmal Erkenntnisse über die Taktik der Opposition, zum zweiten dämpfte seine Beschwichtigung etwaige massive Vorstöße von CDU/CSU.

Wessel vertraute wahrscheinlich zu sehr auf frühere Erfahrungen, als es ihm gelang, als Generalstabsoffizier unter Himmler in der Heeresgruppe Weichsel 1944/45 über die Runden zu kommen. Doch waren die Gegebenheiten anders. Damals galt es, nur kurze Zeit im turbulenten Kriegsende persönlich durchzuhalten, und Himmler war hilflos in der Position eines Oberbefehlshabers auf den Vortrags-Perfektionismus eines Feindlagebearbeiters angewiesen. Außerdem trug dieser Mann mit dem Erscheinungsbild ›rassisch eins‹ auch noch den Namen Wessel, war ebenfalls Pastorensohn wie der NS-Nationalheld. Da lief ein Überleben einfach. – Die persönliche Chancenbeurteilung im Blick zurück, die der neue Präsident für seine Eigenbehauptung und die Unversehrtheit des ›Dienstes‹ anstellte, war jedoch grundverkehrt. So unterlag er sofort den Zumutungen Ehmkes und dessen Kamarilla-Assistenten Bahr und Bauer, sowie dem schmierigen Charme der sich zunächst devot gebärdenden Infiltranten, die man ihm aus St. Pauli nach Pullach ins innerste Gefüge eingeschoben hatte.

Stand bei Wessels Dienstbeginn der gesamte BND voller Disziplin und Dienstbereitschaft bis zur Selbstaufopferung hinter ihm, so zerbröckelte nun diese Ergebenheit zusehends, je mehr sich der neue Präsident zum windelweichen Anpasser eines neuen Systems des ›Transparenten ND‹ mauserte. In törichter und bequemer Eigenhypnose bewahrte er ›diesen Dienst besonderer Qualifikation‹ nicht vor der Einstufung in eine seelenlose Behörde, wie hundert andere Bundesstellen. Da blieb nichts mehr vom Intelligence Service oder gar vom Geist einer kämpfenden Truppe mit Spitzen mitten im Feind.

Wie oft, wenn Funktionäre ohne eigene kreative Begabung mit technischen Wunderwerken konfrontiert werden und phantasielos-materialistisch allein in diesen das neue Heil – die endgültige Lösung vieler Probleme – sehen, kreierte Wessel den Computer als das non plus ultra des modernen ND. Aber Datenfütterung und -abrufung, Spähen und Horchen allein durch Elektronik in einer Phase, die bereits als Beginn eines III. Weltkrieges identifiziert ist, erinnert an die Wehrreformer, die jeweils nur mit Artillerie, Panzern, Stukas, U-Booten, Logistik, Innerer Führung, Blasmusik oder Feldgottesdienst einen vielseitig operierenden Feind abwehren wollen, dabei aber vergessen, dass vor allem die Basis, die Infanterie, außerdem Korpsgeist und Kameradschaft nicht missachtet und vergessen werden dürfen. Doch war es zu viel verlangt, derartige Kenntnisse vorauszusetzen. Die Elektronik lieferte ihm ja ausreichend Materialien, um Fähnchen und Knöpfe stecken zu können, Linien, Pfeile, Blasen und Kästchen einzuzeichnen, Waggons, Geschützrohre, Abschussrampen und Schiffseinheiten abzuzählen. – Wenn man jetzt im Wessel-›Nachruf‹ in einer Erfolgsbilanz viel Lob dafür spendet, dass der BND unter Wessels Führung den 6-Tage-Krieg Israels und den Sowjeteinmarsch in die ˇ CSSR auf den Tag genau nach Bonn vorausmeldete, dann können Insider nur müde lächeln. Das BND-Management mit seinem großartigen Computer-Management hatte an diesen genau eintreffenden Prognosen überhaupt keinen Anteil. Die Erkundungsergebnisse kamen nämlich auf die angeblich so antiquierte Gehlen-Art von Informationsbeschaffung und Auswertung zustande. – Nach diesen beiden, immer wieder vorgezeigten Pluspunkten herrschte beim BND große Pause. Man verlor den weiteren Schlagabtausch gegen die Ostblock-ND trotz aller Hochleistungs-Elektronik genauso wie die modernst gerüsteten USA gegen die Halbwilden in Vietnam.

Zweifellos unterlag Wessel nicht nur seinem Wahn, die ND-Beschaffung allein auf Elektronik zu stützen und seinen insgesamt grundfalschen Analysen. Hinzu kam nun auch eine anschwellende innerbetriebliche Behinderung, die sich in unablässigen Personalquerelen äußerte. Sie erwuchsen automatisch daraus, dass die realistischen ND-Erkenntnisse nicht ins Lagebild blinder politischer Einseitigkeit der Auftraggeber passten. Wie einst Hitler den Fremde-Heere-Ost-Chef Gehlen als Schwarzseher und Defaitisten herunterputzte, so reagierte man nun im

Kanzler- und Auswärtigen Amt. Der ›Dienst‹ hatte gefälligst Bestätigungen für die Wunschbild-Visionen von Brandt/Bahr/Scheel zu liefern. Auch sollten da nicht Fakten präsentiert werden, durch die Wehners taktische Manipulationen ausgeleuchtet und vielleicht sogar die schlafmützige Opposition aufgeweckt wurde. Speziell gegenüber einer noch nicht gebändigten Kapazität der Springer-Presse wurden die Schotten dicht gemacht. Sickerte doch etwas durch, wurden Repressalien gegen Journalisten und ihre mutmaßlichen Informanten eingeleitet. Maulkorb, Peitsche und Diffamierung wurden zu Instrumenten des Brandt-Regimes, dessen Unmutswellen selbstverständlich auch den BND nicht verschonten.

In Flankierung zu diesen Machenschaften kamen nun die weltweite Hetze und Diffamierung, die, von den USA ausgehend, unter überdimensionalem Hochspielen des Watergate-Vorfalles reihum alle ND der freien Welt in Mitleidenschaft zog. Die im Nato-Bereich in jeweils innenpolitischer Absicht, in skrupelloser Geschäftemacherei und Profil-Hascherei von den Medien betriebene Hexenjagd war dann für KGB-Desinformazia das gefundene Fressen, um vor allem CIA, BND und fast alle anderen West-ND zu diskreditieren. Wessels Auftraggeber Brandt/Ehmke mischten eifrig mit. Es wurden Verschwörungen ›faschistischer ND-Angehöriger‹ erfunden, Unregelmäßigkeiten weit über Gebühr aufgebauscht. Das Offensiv-Instrument BND verzehrte sich in Dementis und einem Dschungel von Untersuchungsausschüssen.

In dieser für Wessel sicherlich prekären ND-Gesamtsituation zeigte er keine Spur von Gegenwehr, als der aus Fehlinformationen zusammengeschusterte Mercker-Bericht über BND-Zustände zur Gehlenzeit herumgereicht wurde. Angebliche Missstände wurden kolportiert, und den Höhepunkt seines Versagens zeigte Wessel, als er im Zuge der Guillaume-Affäre zuließ, dass seine beiden SPD-Politruks [Dieter] Blötz und [Herbert] Rieck die alten Aktenbestände durchfiltern ließen und willkürliche Abschnitte aus Geheimpapieren, einschließlich der Klarnamen von Mitarbeitern, zur Ablenkung von der Blamage der Regierungspartei *veröffentlichten* [hds. Korrektur]. Gegen Gehlen und einige von dessen Mitarbeitern begann eine wilde Hetze. Diese ›Enthüllungen‹ brachen dem BND moralisch endgültig das Kreuz, nachdem dessen Präsident bereits hinreichend bewiesen hatte, dass er kein Rückgrat besaß. Prestige und Image des Dienstes verwehten wie Rauch im Wind. Das

Personal wurde zutiefst verunsichert. Die Effektivität näherte sich dem absoluten Nullpunkt.

Und nun geht dieser Unglücksrabe (für den BND!), nachdem er sich noch großartig auf Weltreisen mit Ehefrau Rosemarie bei seinen Amtskollegen im Ausland verabschiedete, mit Ruhegehalt ins wohlgepolsterte Altenteil. Vermutlich an den Tegernsee, da wäre er dann nicht weit vom Ex-BfV-Präsidentenkollegen Nollau, von dem sich Wessel allerdings immer noch vorteilhaft abhebt. Es ist eben alles relativ. Sicher bekommt er noch einen hohen Bundesorden, was allerdings seine ehemaligen Kameraden und Untergebenen auch nicht anreizen wird, sich seiner mit Wertschätzung zu erinnern. Bestenfalls werden ihm noch einige wenige Mitleid spendieren, denn auf dem Band seines Ordens steht – mit G-Tinte geschrieben – für alle Zeit: Schuldig wegen Vertrauensbruch und Geheimnisverrat! Auch wenn er sich diese Qualifikation nicht durch Taten, sondern durch Unterlassungen verdiente: ›Gewogen und zu leicht befunden!‹ Im äußeren Erscheinungsbild wie ältester Adel, im Auftreten ein Kavalier, im Herzen ein Hase, in der Haltung zwielichtig.

Man wird vielleicht fragen, wie Wessel sich nach Lage und jetzigem Stand der ihn vergewaltigenden Gegenseite hätte verhalten sollen. Er hätte immer wieder die Chance besessen, die übelsten und verderblichsten Entwicklungen mit der Drohung seines Rücktritts abzuwehren. Es gab viele Gelegenheiten zu derartigem Gegendruck, und dieser hätte vermutlich ausgereicht, der Opposition die wenigen fehlenden Stimmen zur Machtübernahme einzutragen. Letzte Gelegenheit wäre ein entsprechendes Spektakel zur Hessenwahl [1970] gewesen. Aber nicht nur Wessel dürfte diese Chance nicht gesehen haben, auch seine zahlreichen Freunde im CDU-Management nicht. – Seinen vermutlich größten Fehler machte Wessel, als er zwei wichtige Dienstbereiche den SPD-Politruks Blötz und Rieck überließ: die Verbindung zu den Medien und die Personalführung. Damit begab er sich der Möglichkeit, die 4. Macht für den BND einzuspannen und innerhalb für Stabilität zu sorgen.

Auf die Nachrufe aus dem Hause [von Regierungssprecher Klaus] Bölling darf man gespannt sein. Für eine Laudation müsste man schon die geriebensten Regime-Schaumschläger mobilisieren. Möglicherweise begnügt man sich aber mit einer Kurzmeldung unter der faulen Ausrede: Der beste ND ist derjenige, über den man nicht spricht, hängt noch ein paar

Abwertungen für Gehlen ein, um mit einigen Vorschusslorbeeren für die bevorstehende Kinkelei abzuschließen.

Zwei Blickrichtungen zum BND-Präsidentenwechsel werden unbeachtet bleiben, obwohl sie sich anbieten. Die Einsetzung eines ›Zivilisten‹ in die Position, für die bisher Angehörige der Streitkräfte Verwendung fanden, ist eine Herabstufung der ›Bürger in Uniform‹. Eine Institution, in der mehr als die Hälfte der Fachleute und der qualifizierte Nachwuchs aus der Bundeswehr bzw. noch aus der Wehrmacht stammen, vielfältig geschult und durchgesiebt, hat nunmehr in Kinkel, Blötz und Rieck drei ungediente Oberhirten mit völlig anderem Denk- und Empfindungsmechanismus als ihre Untergebenen. Beim Vortrag im Kanzleramt zur militärischen Lage kann der neue Präsident nur noch von seinen Experten vorgekautes Zeug deklamieren. Zur geringsten Rückfrage weiß er keine Antwort. Der zweite Komplex liegt in einem Vergleich der BND-Leistungen mit den Erfolgen seiner Konkurrenz in Moskau, Prag, Warschau pp. oder auch in Ostberlin. Wenn da Bilanz gezogen wird, dann muss den Betrachter das helle Entsetzen packen. Dieser Punkt braucht hier nicht weiter erörtert werden. –

Und nun zu Kinkel. Außer persönlicher Cleverness und dem Wohlwollen Genschers, der Duldung Schmidt/[Manfred]Schülers bringt er nichts mit außer Fachunkenntnis. Angeblich bezog er gewisse Einführungen in die Materie im Innenministerium und im Auswärtigen Amt. Da können seine Richtfiguren doch nur Nollau und Wessel/Blötz gewesen sein. Außerdem hatte er als Stabsbürokrat mit Menschen keinen Umgang, sondern nur mit Papier. Seine Begegnungen mit ausländischen Diplomaten als Genscherbegleiter kann man wohl weder als Führungserfahrung noch als Erkenntnisanreicherung rechnen. Sollte es zutreffen, dass er für Genscher die Tendenzen für dessen Verhandlungen programmierte, dann lässt sich viel Schlimmes befürchten. Verschenk-Agent ist noch die mildeste Qualifikation – und mit Blick auf die Haltung des deutschen Außenministers in Südafrika ergeben sich grausige Ausblicke für Kinkels künftige Beratungen als Entscheidungshelfer der Bundesregierung.

Jetzt übernimmt er also erst einmal den Laden in Pullach. Ein im inneren Gefüge zutiefst verunsichertes Geschäft. Mehr noch als bisher schon, wird die Masse der Experten routinemäßig Behördendienst nach Vorschrift machen. Das Betriebsklima ist dabei wie in der Ostzone. So wie dort die Bevölkerung, sind in Pullach Beamte, Offiziere bis zur letzten Sekretärin

gegen die Leitung eingestellt. Da man aber wehrlos ausgeliefert ist, passt man sich an. Motto: ›Was immer wir tun, ist sinnlos, aber es ist nun mal unsere Existenzgrundlage, und wenn wir durchhalten, bekommen wir Pension. Widerspruch wird auch zu vollendetem Blödsinn nicht geäußert, denn das wäre hinderlich für die Karriere.‹

In dieser immer mehr abstumpfenden Masse perlen nun Aufsteiger mit Parteibuch hoch. Zu den SPD-Genossen gesellen sich jetzt die Judos. Der neue Präsident, wie schon vorher der Vize, sind Beweis genug, wie hoch man ohne Sachverstand klettern kann. Da die Opposition nichts unternahm, um das Dreigestirn Kinkel-Blötz-Rieck wenigstens durch Einschiebung einer Proporz-Figur zu sprengen, ist die allgemeine Resignation inzwischen perfekt.

Für die bevorstehenden Wahlen, besonders für Europa und zum Bundestag, wird nun auch Pullach die Propagandamunition nach SPD/FDP-Geschmack liefern. Die Wahlen werden starke außen- und wirtschaftspolitische Schwerpunkte haben. Vielleicht werden Tito und Breshnew bis dahin ausfallen. Die Entwicklungen im Iran, in Nahost, in den USA sind unberechenbar. Was aber auch immer geschieht, Pullach wird dazu Lagebilder liefern, die stets die Wunschbild-Visionen von Brandt-Genscher-Schmidt flankieren. Das Presseamt wird assistieren und die durch News-Filterung und KGB-Desinformazia beeinflussten Medien den Wählermassen ein solches Lagebild offerieren, dass zumindest die CDU mit den ihr verbliebenen kleinkarierten Protesten zur Innen- und Sozialpolitik hoffnungslos abgeschlagen wird. In der Außen-, Verteidigungs- und großen Wirtschaftspolitik wird die Opposition nun endgültig blind und taub gemacht, hoffnungslos von angeblich realistischen Fakten, über die die Koalition verfügt, überrollt. CDU/CSU können bestenfalls auf Umwegen einige Informationen von ausländischen Freunden erhalten, die allerdings nicht den repräsentativen Aussagewert haben wie die Lagebeurteilungen von Kinkel. Er wird wissen, wie er dosieren und formulieren muss, denn ihm werden bestes Einfühlungsvermögen und gut geschmierte Kontakte zu Multiplikatoren nachgesagt.

Abgedeckt wird dieser zukünftige faule Zauber durch den Parlamentarischen Kontrollausschuss für die ND, in dem die Koalition gleichfalls mit erdrückender Mehrheit sitzt. Eine Überprüfung der realen Nachrichten, die in Pullach noch immer automatisch einlaufen und im

Vergleich dazu der weitergeleiteten Extrakte, wäre erstrebenswert, um regulieren zu können. Dazu müssten aber Repräsentanten der Opposition die Berechtigung erhalten, bis in die mittlere BND-Ebene nachprüfen zu können. Dazu bedarf es des Einsatzes eines CSU-nahen versierten Spitzenmannes in der BND-Leitung oder der Aufstockung des parlamentarischen Ausschusses für die ND durch einen Vertreter der Länder und der dort stärksten Partei, so dass wieder ein angemessenes Kräfteverhältnis erreicht wird. Da im Ausschuss auch indirekt die Landesämter für Verfassungsschutz mit beachtet werden, ist solch ein Ansinnen vertretbar. Sicherheit und Vorausschau von Gefährdungen sind Angelegenheiten des ganzen Volkes. Man wird zwar mit entsprechenden Anträgen nicht durchkommen, aber die Begründungen werden sehr deutlich illuminieren, wie einseitig dieser gesamte Bereich von SPD/FDP mit ihren abstrusen Vorstellungen von Sicherheit, Aufklärung und Abwehr beherrscht wird.«

So endeten, man kann es nicht anders sagen, die geifernden Auswürfe des hasserfüllten Spitzenbeamten Kurt Weiß. Sein Gedanke, einen der CSU zuzurechnenden Experten in die Leitung des BND hineinzubringen, ließ sich dank der Bemühungen seines Pullacher Gesinnungskreises mit seinem Ziehsohn Dr. Paul Münstermann (»Dr. Heidegger«) erst nach der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Helmut Kohl umsetzen, als Gehlens langjähriger Vertrauter Eberhard Blum an die Spitze des BND berufen wurde.[245] Es ist nicht bekannt, wer im Establishment der Unionsparteien das wüste Machwerk von Kurt Weiß – plumpe Geschichtsklitterung, reaktionäres Manifest, innenpolitische Feinderklärung und Operette des Selbstmitleids in einem – in die Hände bekam und las, doch wird es wohl niemand als den Versuch einer politischen Analyse aufgefasst haben. Was das Pamphlet aber zeigte, war, dass man mit dem immer noch einflussreichen »Winterstein« über einen Parteisoldaten im Dienst verfügte, von dem man beinahe alles erwarten und dem man zu beinahe allem würde bewegen können. Sollte Franz Josef Strauß dieses in seiner Parteizentrale eingegangene Papier studiert haben, wird er sich in seiner Skepsis gegenüber Weiß, der sich wie ein Volkstribun aufführte, bestätigt gesehen haben. Sofern der pensionierte Gerhard Wessel den im *Spiegel* abgedruckten Auszug seinem ehemaligen Ersten Direktor zugeschrieben hat, dürfte er darin eine späte Bestätigung der Entscheidung

von 1970 gesehen haben, »Winterstein« aus dem engsten Führungskreis zu entfernen. Klaus Kinkel wird die Autorschaft beim Leiter der BND-Schulen vermutet haben. Jedenfalls bot sich ihm bald ein Anlass, den für die Ausbildung des nachrichtendienstlichen Nachwuchses maximal ungeeigneten Pamphletisten zu suspendieren.[246] Es war der Staatssicherheitsdienst der DDR, der den BND-Präsidenten dabei indirekt unterstützte.

Man schrieb den 10. März 1979, als nach zehn treuen Dienstjahren, eine 38-jährige Frau namens Inge Goliath, CDU-Mitglied, nicht zur Arbeit erschien. Sie kam überhaupt nicht mehr an ihren Dienstort im Vorzimmer des CDU-Abgeordneten Dr. Werner Marx zurück, denn das Ministerium für Staatssicherheit hatte seine Inoffizielle Mitarbeiterin (»Herta«) und ihren Ehemann Wolfgang nach Ost-Berlin beordert.[247] Eine Woche später berichtete der *Spiegel* über eine kleine »Serie« ähnlicher Vorfälle aus Bonn.[248] Das Magazin kannte die Hintergründe des Falles noch nicht, berichtete aber, der »Goliath-Geschädigte« habe sich bereits zu dem Vorwurf verstiegen, »am Verfall der Landestreue seien die Sozialliberalen mit ihrer Abschaffung der Regelanfrage im öffentlichen Dienst schuld«. Die enge Beziehung zwischen dem Vorsitzenden des außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und »Winterstein« kam jedoch rasch ans Licht, da die SED ihren Spionagecoup zwei Monate nach dem Übertritt des Ehepaars in einer Pressekonferenz mit den beiden propagandistisch nutzbar machte. Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin setzte das Bundeskanzleramt über die Erklärung von Inge Goliath in Kenntnis.[249]

Sie wolle darlegen, sagte die Agentin, dass ihr »Einblick in die Tätigkeit von Dr. Marx tiefer war, als manche Leute glauben machen wollen und einige Zeitungen geschrieben haben«. Goliath hatte ein einschlägiges Dokument zu dem Pressegespräch mitgebracht, eine Aufzeichnung über die Gespräche ihres ehemaligen Chefs und des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger mit dem chinesischen Außenminister zwei Jahre zuvor. Daran sei ihr aufgegangen, »welch schwerwiegende Folgen es für Europa und die ganze Welt haben kann, wenn es diesen Politikern gelingt, in die Regierungsverantwortung zu kommen«. Sie habe erkennen müssen, dass diese beiden die »CSU-freundlichen Kräfte in der CDU« koordinierten und deren Zusammenspiel

mit der Partei von Franz Josef Strauß organisierten – es ging in diesen Wochen um die Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten, der neuerlich damit drohte, die CSU zu einer vierten Bundespartei auszubauen. Die MfS-Spionin, die sich als westdeutsche Asylsuchende ausgab, berichtete von den Aktivitäten des Abgeordneten und seiner politischen Freunde Strauß, Wessel, Kinkel, Löwenthal, die ihr im Laufe der Zeit klargemacht hätten, dass unter Ausnutzung von CDU-Mitgliedern und -Sympathisanten in der Ministerialbürokratie gegen die Bundesregierung gearbeitet werde: »Besonders innige Beziehungen pflegen sie zum Bundesnachrichtendienst, um ihn nach wie vor als ein wichtiges Werkzeug der Unionsparteien zu nutzen«.

Diese und die folgenden Passagen mussten den neuen BND-Präsidenten Klaus Kinkel, der von der SED-Propaganda umstandslos der antisozialliberalen Kamarilla zugeschlagen wurde, besonders interessieren. Ihr Chef, so berichtete Goliath weiter, habe laufend interne Informationen zu allen möglichen Themen aus dem BND erhalten: »Eine meiner Aufgaben bestand darin, Material, das Dr. Marx vom BND zur Verfügung gestellt wurde, in Empfang zu nehmen und auch Mitarbeitern des BND auszuhändigen. Durch meine Hände ging der interne Briefwechsel mit den CDU-Vertrauensleuten im BND. Auf dem Schreibtisch von Dr. Marx landeten Situationsberichte und Analysen, die von Mitarbeitern des BND und des MAD stammten und sich unter anderem mit inneren und personalpolitischen Querelen sowie Aktivitäten dieser Kreise gegen die Bundesregierung beschäftigten.«

Goliath erwähnte auch den »internen Informationsdienst der CDU/CSU« unter der Leitung von Baron Stauffenberg, der »von ehemaligen BND-Mitarbeitern gestaltet und herausgegeben« werde, und sagte noch: »Neben dem BND erhielt auch der CSU-Vorsitzende Strauß regelmäßig ein Exemplar wichtiger Gesprächsnotizen von Dr. Marx«, darunter auch Lageanalysen zur »Innenpolitik aus der Seilschaft der CDU/CSU im BND«. Das war die Wahrheit, doch da sie auf einer Propagandaveranstaltung der SED unter die Leute gebracht wurde, rief sie mehr Skepsis als Besorgnis hervor. Es war zu offensichtlich, dass hier eine Seilschaft aus konservativen CDU/CSU-Politikern und Geheimdienstmitarbeitern gegeißelt werden sollte, welche die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition zu Fall bringen, den gemäßigten Teil der Union schwächen und so die – Anfang

Juli erfolgende – Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß befördern wollte.

Das von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS gefertigte Protokoll gibt Einblick in das anschließende Frage- und Antwort-Spiel der Presse mit Frau Goliath. Da war die Rede von einem »Geheimarchiv« des Herrn Marx, das die Mechanismen enthülle, »wie Spannungen geschürt und Aggressionen verbreitet werden«; nichts weniger als ein Komplott gegen den Frieden sei enttarnt. Dann fiel der Name des Leiters der BND-Schulen: »Herr Weiß alias ›Winterstein‹«, erläuterte die Agentin, sei »eine Hauptperson in der Seilschaft der CDU/CSU im BND. Von ihm kamen häufig Berichte und Lageanalysen zu Herrn Dr. Marx.« Überhaupt sei ihr früherer Chef der Urheber allerlei Indiskretionen und Kampagnen gegen die sozialliberale Ostpolitik in der Springer-Presse gewesen, in der Illustrierten *Quick* und in Löwenthals *ZDF-Magazin;* er habe viele Zuträger.[250] Wie häufig während der Teilungszeit, auch Ende der siebziger Jahre noch, fielen solche Hinweise zunächst unter den Tisch. »Die Sache verlief ohne Resonanz im Sande«, hielt die *Stuttgarter Zeitung* fest.[251] SED und MfS starteten daher im folgenden Sommer, kurz vor den Bundestagswahlen 1980 einen neuen, breiter angelegten Versuch.

Gut zwei Wochen nach der Umsiedlung des Ehepaars Goliath in die DDR überließ das Bundeskriminalamt dem BND eine erste »Kurzdarstellung zur Sachlage« in dem angelaufenen Ermittlungsverfahren.[252] Durch ADN-Meldung sei bekannt geworden, hieß es darin, dass Inge Goliath und ihr Ehemann in der DDR »um politisches Asyl nachgesucht« hätten. Die Sekretärin habe ab Sommer 1967 zunächst in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, seit 1. September 1968 als »persönliche Sekretärin« bei Marx gearbeitet; der Ehemann sei ziemlich sicher ein eingeschleuster Agent des MfS. Über den Verratsumfang seiner Frau könnten noch »keine genauen Angaben gemacht werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Frau Goliath, die als Sekretärin zu allen das Büro von Dr. Marx betreffenden dienstlichen und privaten Dingen Zugang hatte«. So weit die Routine.

Bemerkenswert ist, dass der Abgeordnete Marx bereits vor der Goliath-Affäre einen Brief – Diktatzeichen »go« wie Goliath – an den sechs Wochen zuvor zum BND-Präsidenten ernannten Klaus Kinkel geschrieben hatte, in dem er sich bei diesem »für die Gelegenheit des sehr ausführlichen

und sehr offenen Gespräches an jenem Samstagvormittag in Deinem Dienstzimmer« bedankte.[253] Zunächst erwähnte er zwei, drei Einzelheiten der Auslandsaufklärung, danach Kinkels prominenten Mitarbeiter: »Ich wollte noch einmal gerne daran erinnern«, rief er ins Gedächtnis, »dass wir uns bei dem genannten Gespräch über Herrn Weiß unterhalten hatten: Von irgendwoher ist in den letzten Tagen eine Information (was immer sie wert sein mag) an mein Ohr geschlagen, dass man versuche, ihn noch weiter zu isolieren. Ich würde wünschen, dass dies nicht der Fall ist, sondern dass es bald ein Gespräch zwischen Dir und ihm gibt«.

Da der Name von Kurt Weiß in der Goliath-Pressekonferenz gefallen war, hätte es für Präsident Kinkel schon länger einen handfesteren Grund für ein Gespräch mit »Winterstein« gegeben als nur die Bitte seines Duzfreundes aus gemeinsamen Studentenzeiten. Da diese Erwähnung aber keine Resonanz gefunden hatte oder nicht ernst genommen worden war, geschah erst einmal nichts. Den Weiß-Kontakten wurde nicht nachgegangen, weil (wie es in einem Vermerk heißt) nach einer Mitteilung des BND-Präsidenten nur er selbst und sein Vorgänger Kontakte zu dem Abgeordneten gehabt hätten.[254] Werner Marx seinerseits versuchte in Briefen und Erklärungen umgehend die Deutungshoheit über die Affäre zu erlangen. Als erstes bagatellisierte der Abgeordnete in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* die Tätigkeit seiner Sekretärin, die in seinem Büro wohl dies oder das beobachtet habe, keinesfalls aber Einblick in Geheimpapiere gehabt habe; man wisse doch, wie gut der Staatssicherheitsdienst Unterlagen fälsche.[255] *Dpa* meldete, die Einlassungen Goliaths seien von der »CDU/CSU in Bonn als ein Gemisch von Fälschungen, Propagandaformeln und Selbstverständlichkeiten« bezeichnet worden.[256]

An die Kollegen der Bundestagsfraktion ließ Werner Marx ein Schreiben hinausgehen, in dem er sich zunächst auf die Einschätzung ihres Vorsitzenden Carstens bezog, der von einer Inszenierung gesprochen hatte. Dann verwies er darauf, dass die DDR trotz aller Zusicherung gutnachbarlicher Zusammenarbeit nie aufgehört habe, schwere Angriffe gegen CDU/CSU zu richten. Bei der Goliath-Broschüre, die den Kollegen jüngst zugeschickt worden sei, handele es sich »um eine Mischung von richtigem und teils geschickt, teils plump gefälschtem Material«. Niemand solle nun bitte durch irgendeine eigene Reaktion der anderen Seite weiteren

Anlass zu öffentlicher Polemik geben. Bei dieser wie bei vielen vorausgegangenen Kampagnen solle man doch nicht vergessen, dass »sie aus einem Teil Deutschlands kommt, von dem der kommunistische Schriftsteller Stefan Heym vor kurzem sagte, sie sei die Heimat von ›Willkür und Verleumdung‹«.[257]

Bei seinem Bundesbruder Klaus Kinkel meldete sich Werner Marx mit einem diesmal offiziell gehaltenen Schreiben.[258] Seine nach Ost-Berlin abberufene ehemalige Sekretärin habe ja nun behauptet, »dass sie über subtile Kenntnisse hinsichtlich der Botmäßigkeit des BND gegenüber der CDU verfüge«, stellte er zunächst fest. »Natürlich handelt es sich um eine vom Staatssicherheitsdienst der anderen Seite konstruierte Formulierung.« Die Goliath wisse nur von den Kontakten zu ihm, Kinkel, und Wessel. »Material des BND gibt es bei mir nicht.« Die eine oder andere gelegentlich erbetene Information etwa zur Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses, sei nicht durch ihre Hände gegangen. Dass sie diese oder jene Information »aufgeschnappt« habe, wolle er freilich nicht ausschließen. »Der daraus erwachsene Umfang an Verrat, der den BND betreffen könnte, ist verschwindend gering.« Sicherlich werde noch weiteres Material veröffentlicht werden. Vom gemeinsamen, in der Pressekonferenz genannten Bekannten »Winterstein«, für den er sich einige Monate zuvor noch eingesetzt hatte, war nicht die Rede.

Mit dem Generalbundesanwalt durfte nicht so leger umgegangen werden wie mit dem BND-Präsidenten. Er erhielt eine umfangreiche Stellungnahme, in der Werner Marx zunächst ebenfalls von einer Kampagne sprach, und zwar »gegen mich persönlich, gegen meine Aufgabe und Stellung in der hiesigen Fraktion«.[259] Gewisse Formulierungen in der massenhaft versandten Broschüre, »die versuchen, in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU hineinzugreifen, geben der Sache einen zwar mühsam konstruierten, aber doch erkennbaren aktuellen Bezug«, stellte der Abgeordnete fest. Richtiges und Unrichtiges seien miteinander vermengt, um »mir gewisse dämonische Kräfte zuzuschreiben und insbesondere die Behauptung zu fördern, ich hätte nicht nur enge Beziehungen zum BND unterhalten, sondern diesen geradezu meiner Partei hörig« gemacht. Alle Behauptungen, »dass Inge Goliath Material des BND in Empfang zu nehmen hatte oder Mitarbeitern des BND Unterlagen auszuhändigen«, seien »falsch«. Sein Verkehr mit dem Dienst habe sich

lediglich auf einige Briefe an den Präsidenten beschränkt, in denen er um die Möglichkeit einer Einsichtnahme in Studien mit außenpolitischem Bezug gebeten habe. Im letzten Jahr sei er dreimal im Pullach gewesen und habe Gelegenheit erhalten, mit kundigen Sachbearbeitern über Kuba, Afrika usw. zu sprechen. Lageanalysen aus dem BND besitze er nicht, ein interner Informationsdienst der Union existiere nicht. Es sei ihm nicht möglich, »die Fülle der Fehler, Unrichtigkeiten, Verdrehungen und handfesten Lügen« in Goliaths Pressekonferenz zu entwirren und richtigzustellen: »Es ist nahezu jeder Satz falsch und lässt die Absicht der ganzen Veranstaltung erkennen. Besonders gerne wird auch hier wieder eine besondere Affinität zum eigenen oder zu fremden Nachrichtendiensten unterschoben.« Mit diesen Einlassungen schien die lästige Sache ausgestanden.

Zwei *Stern*-Journalisten, Gerd Heidemann und Thomas Walde (später die beiden Schlüsselfiguren im Skandal um die »Hitler-Tagebücher«), ließen diesen Spionagefall jedoch nicht auf sich beruhen. Namentlich Walde, ein exzellenter Kenner der westdeutschen Nachrichtendienste,[260] stürzte sich in intensive Recherchen.[261] Wie schon früher häufig, traf er sich mit Kurt Weiß, der ihm in seiner eitlen Redseligkeit Einblick noch in die letzte Verästelung des Pullacher Kosmos' gab.[262] Er erörterte mit dem *Stern*-Redakteur auch gleich noch die Hindernisse bei der Berufung eines neuen Vizepräsidenten; sprach mit ihm über eine Spitzenquelle für Berlin-Meldungen (und dessen »uneheliches Kind«); half Decknamen zu entschlüsseln; erläuterte Operationen und streifte die eine oder andere Auslandsresidentur; hechelte führendes Personal durch; wandte sich dem Leiter seiner ehemaligen Abteilung I zu, der eine »Pfeife« und »keine Führungsfigur« sei; Langkau habe »in Gehlens Auftrag seine Abteilung Strategische Aufklärung mit Parteiaufträgen beschäftigt« – wovon er allerdings nichts gewusst habe. Apropos Wolfgang Langkau: Der ehemalige BND-Mitarbeiter Stauffenberg sei »mit seinem Info-Dienst quasi der Nachfolger von Langkau, der in Lenggries ein Haus hat und jetzt kränkelt. Stauffenberg wird heute von der Industrie finanziert (Prinz Wittgenstein?), kein ND-Mann, aber guter Analytiker.«

Zwei Jahre später (wir hören noch ausführlich davon) erläutere Kurt Weiß seinem Gesinnungsfreund Gerhard Baumann von der CSU, was es mit dem Stauffenberg-Dienst für eine Bewandtnis hatte.[263] »Es gibt einen Vetter des Grafen Stauffenberg«, steckte er ihm, »das ist Christoph

Stauffenberg. Der ist auch einmal im BND gewesen und hat später ein Internat in Neubeuern geleitet. Er ist ein sehr kluger Mann. Ein sehr gescheiter Mann. Er hat von der bayerischen Staatskanzlei aus einen Informationsdienst gemacht. Dieser ist zum Teil finanziert worden von der bayerischen Staatskanzlei. Weiter hat er für seinen Informationsdienst Geld von der Konrad-Adenauer-Stiftung und von der Hanns-Seidel-Stiftung erhalten. Er hat sich auch mit Nachrichten von Langemann füttern lassen. Dieser Stauffenberg hat dafür Geld an Langemann gegeben. Es handelt sich insgesamt um etwa 350 000 DM. Dieses Geld ist bei Langemann auf dubiose Konten überwiesen worden über die der Langemann allein verfügt hat.«

Als die Journalisten Walde und Heidemann ihre Geschichte ausrecherchiert hatten, überreichten sie eine Woche vor der Veröffentlichung der aufsehenerregenden Reportage im *Stern* dem Bundeskanzleramt Kopien ihrer Goliath-Materialien.[264] Die DDR legte etwa zur selben Zeit mit weiteren Broschüren nach und versandte sie neuerlich an Politiker und Journalisten. Darin wurde das Zusammenspiel zwischen Marx und Weiß detailliert beschrieben und mit Faksimiles von »Winterstein«-Briefen und BND-Dokumenten angereichert.[265] Erst jetzt setzte sich die Untersuchungsmaschinerie in Pullach in Bewegung. Henri Nannen erhielt am Abend vor Erscheinen des *Stern*-Artikels ein ungemütliches Schreiben des BND-Präsidenten, wonach er, Kinkel, Teile der Heidemann/Walde-Materialien inzwischen dem Generalbundesanwalt übergeben habe. Mit diesem sei er der Auffassung, es sei nicht ausgeschlossen, »dass durch eine Veröffentlichung ein Straftatbestand erfüllt sein könnte«.[266]

Der *Stern*-Artikel mit dem an John Le Carré angelehnten Titel »Ein Maulwurf wird gesucht« machte Furore.[267] Die Affäre um die Marx-Sekretärin weite sich aus, schrieb die Hamburger Illustrierte wenige Wochen vor den Bundestagswahlen: »Hat das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit durch ihr Material einen tiefen Einblick in die streng geheime Struktur des Bundesnachrichtendienstes? Wird die Zentrale in Pullach von einem Verräter untergraben?« Erst jetzt geriet Kurt Weiß groß ins Visier; Erinnerungen an die Welle von Indiskretionen in den Medien während der Verhandlungen über die Ostverträge zu Beginn der siebziger Jahre wurden geweckt. Angesichts der vorliegenden Faksimiles und

Dokumente könne sich niemand mehr mit dem Argument herausreden, erklärte das Blatt, es handele sich »wieder einmal nur um geschickte Desinformationen aus der Giftküche des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit«.

Im Mittelpunkt des Spionagefalls stünden nun der nach vielen Affären wieder einigermaßen zur Ruhe gekommene BND, so der *Stern*, sein Präsident und »dessen Leitender Direktor und Ausbildungschef Kurt Weiß, Deckname ›Winterstein‹ oder ›Weitz‹«; außerdem Werner Marx, »ein erbitterter Gegner der Ostpolitik der Bundesregierung und seine rechten Gesinnungsfreunde im BND, in der CDU/CSU-Fraktion und in Presse und Fernsehen«. Weiß, ein »Ex-Generalstäbler und Geheimdienst-Routinier«, habe »als Anführer der sogenannten CDU/CSU-Seilschaft im BND unter Umgehung des Dienstweges den Abgeordneten Marx mit handschriftlichen Berichten und Situationsanalysen über den Pullacher Dienst beliefert«. Inge Goliath hatte in ihrem sogenannten Interview gesagt: »Es geht nämlich darum, dass Kurt Weiß jahrelang mit Marx erfolgreich darum kämpfte, die Vorherrschaft der CDU/CSU im Bundesnachrichtendienst zu erhalten und jede Art einer Kontrolle durch SPD/FDP-Mitglieder zu verhindern, was auch wohl gelang.«

Dann zitierte das bestens informierte Blatt umfänglich aus den Materialien, die wir oben vorgestellt haben, und aus einem im Ausriss präsentierten handschriftlichen Brief »Wintersteins« an Marx,[268] den Goliath vor ihrem Wechsel nach Ost-Berlin kopiert hatte. Werner Marx stritt gegenüber Heidemann und Walde ab, solche Schriftstücke erhalten zu haben: »Quatsch! Das hat irgendjemand da drüben hingebaut«, sagte er. »Inhaltlich habe ich davon jetzt zum ersten Mal gehört.« Bekannt sei ihm Kurt Weiß schon, doch über alle ihre »Zusammenkünfte« sei die BND-Leitung informiert gewesen. In Briefen habe dieser Beamte immer wieder »Ärger abgeblasen, weil sich in der einen oder anderen Sache in der verehrten CDU niemand gerührt hat«. Am delikatesten war nach Ansicht der beiden Journalisten allerdings, dass bei dem Abgeordneten und Sicherheitsexperten eine 28-seitige, streng geheime Personal- und Gehaltsstruktur-Liste des BND »herumgelegen habe«. Marx: »Ich habe so etwas nie präzise gesehen … Aber es ist natürlich klar, dass da im BND Leute sitzen und für die andere Seite arbeiten und ihnen das Material geben.« Also: MfS oder Weiß? Für den *Stern* stand fest: Der Maulwurf sitzt

in Pullach! Die Frage sei nur noch, für wen er arbeitete. Weder der BND-Präsident noch der Generalbundesanwalt seien zu einer Stellungnahme bereit gewesen, teilten Heidemann und Walde ihren Lesern mit; sogar den von Goliath getippten Brief, in dem sich Marx bei seinem Duzfreund Kinkel für »Winterstein eingesetzt« hatte, erwähnten sie.[269]

Das Presse-Echo nach diesem gründlich recherchierten Scoop der beiden *Stern*-Stars hallte lange nach. Die *Süddeutsche Zeitung* titelte »DDR bringt CDU-Politiker in Bedrängnis«,[270] und berichtete, durch die Aussagen von Goliath seien die »engen Verbindungen zwischen Teilen des Bundesnachrichtendienstes und dem CDU-Außenpolitiker Werner Marx« deutlich geworden. Die Bundesanwaltschaft habe Ermittlungen eingeleitet. Die ostdeutsche Publikation habe das Ziel, die jahrelangen intensiven Kontakte von Marx »mit dem früheren Chefbeschaffer des BND und jetzigen Leiter der BND-Schule, Kurt Weiß,« zu belegen. Brisant sei insbesondere eine Reihe von Geheimdokumenten, die im Abgeordnetenbüro durch die Hände der MfS-Agentin gegangen seien. Die CDU/CSU-Fraktion bezeichne die Broschüre bereits als ein »Machwerk«, mit dem die Union im Wahlkampf diskreditiert werden solle. Der *Spiegel* sah Weiß ebenfalls »bloßgestellt« und zitierte aus einigen besonders decouvrierenden Briefen und Memoranden »Wintersteins«.[271] Der habe in einer dienstlichen Erklärung bereits eingeräumt, »zumindest jene Briefpassagen verfasst zu haben, die Inge Goliath in Kopie veröffentlichte«; die ebenfalls an Marx gelangte streng geheime Gehalts- und Organisationsstruktur des BND stamme jedoch nicht von ihm. Das Magazin berichtete auch von scharfer Kritik innerhalb des Dienstes, es sei jedoch sehr fraglich, ob Kurt Weiß zur Rechenschaft gezogen werde: »›Wir können doch schlecht einen unserer Leute‹«, habe ein Bonner Kabinettsmitglied gesagt, »›mit Material zur Schnecke machen, das uns das MfS geliefert hat‹.« Seit vielen Jahren immer dasselbe: Was aus der DDR kam, wurde per se als unwahr abgestempelt oder ignoriert.

Zur Speerspitze der Verteidigung des BND warf sich, ebenfalls wie immer, die mit engsten Beziehungen zu »Winterstein« gesegnete, soeben von der Deutschen Bischofskonferenz erworbene Zeitung *Rheinischer Merkur / Christ und Welt* auf.[272] Sie sprach von einer »Agenten-Story« wie aus einem Thriller von John le Carré, die sogar den Chef des Bundeskanzleramts aufgeschreckt habe. Bei näherem Hinsehen sei

namentlich die streng geheime Liste nichts als eine ostdeutsche Mischung von Dichtung und Wahrheit, jedenfalls Schnee von gestern. Die Fragen müssten eigentlich an den *Stern* gehen, weshalb der eine so windige Sache so groß herausgebracht habe. Es gebe eben »Lecks« in der sozialliberalen Bundesregierung, und nun solle die Opposition, speziell Dr. Werner Marx, zum Mitverantwortlichen gestempelt werden. Ost-Berlin versuche, »alles und jedes der Opposition in die Schuhe zu schieben und vor allem Unruhe durch den Eindruck vertraulicher ›Kumpanei‹ zwischen dem Dienst und der Union zu erregen«. In Bonn werde freilich nicht bestritten, dass Mitarbeiter des BND immer wieder Kontakte zu Abgeordneten aller Fraktionen suchten; in dem politisierten Klima von Anfang der Siebziger habe sich das Rollenverständnis beider Seiten sicherlich »gelegentlich verwischt«.

Wenn sich Mitglieder der Exekutive wegen Reibungen in ihren Behörden hilfesuchend an Parlamentarier wendeten, so der Artikel weiter, dann dürfe man das doch nicht »schlankweg verbieten«. Der neue BND-Präsident Klaus Kinkel habe es offenbar bereits geschafft, »diese Spannungen zu entkrampfen und neue Loyalitäten aufzubauen«. Diese erfreuliche innerbehördliche Entspannung versuche die DDR nun massiv zu stören. »Der Hinweis auf einen ›Maulwurf‹ ist deshalb nur Spielmaterial. Ost-Berlin will die Konsolidierung des bundesdeutschen Nachrichtendienstes verhindern, und man darf gespannt sein, wer sich vor diesen Karren spannen lässt«. Auch die *Stuttgarter Nachrichten* sprachen inzwischen von einem »Rohrkrepierer« und mutmaßten, dass »die Goliath-Aktion in Wirklichkeit gar nicht auf Werner Marx, sondern auf den BND zielte«.[273]

Klaus Kinkel und Werner Marx nahmen die Affäre allerdings ganz und gar nicht mehr auf die leichte Schulter. In seiner ersten Stellungnahme für das Bundeskanzleramt zu den vom *Stern* übergebenen Materialien kündigte der BND-Präsident eine gründliche Prüfung an.[274] Der CDU-Abgeordnete versicherte dem Chef des Bundeskanzleramts, die Behauptung, eine streng geheime Stellen- und Besetzungsliste des Dienstes von 1975 sei »bei ihm herumgelegen, gefunden worden oder abgelichtet worden«, entspreche nicht den Tatsachen.[275] Der BND unterzog dieses Dokument einer Prüfung und kam in seinem Bericht an das Kanzleramt zu dem Ergebnis, die »›Gehaltsliste‹ des BND« enthalte Daten und Namen von Mitte der siebziger Jahre mit Nachträgen bis 1978. Vergleichbare Operationsdaten seien bisher noch nie öffentlich geworden. Bisher lägen keine Hinweise

darauf vor, »dass ein hochkarätiger Verräter, der die Bezeichnung ›Maulwurf‹ im Sinne der Romanliteratur verdient, im BND tätig ist«. Mit der Bundesanwaltschaft sei man der Meinung, dass es sich bei der Preisgabe des umfangreichen Dokuments um eine Straftat handeln könne; die erforderlichen Abwehrmaßnahmen im operativen Bereich seien getroffen worden. Die Angelegenheit der Goliath-Listen war also keine Petitesse, die in gewohnter Weise abgetan werden konnte; Entwürfe zu diesem Schreiben sprachen von »eingetretenem Schaden«. Kurt Weiß und Werner Marx versicherten weiter standhaft, diese »Liste« nicht zu kennen. Tatsächlich muss offenbleiben, wer die darauf verzeichneten Informationen im BND beschaffte und ob Inge Goliath sie tatsächlich im Büro des Bundestagsabgeordneten ablichtete.[276]

Ende November 1980 legte der BND dem Kanzleramt dann seinen 24-seitigen Untersuchungsbericht vor. Er bezog sich zum einen auf die durchgeführten Sicherheitsuntersuchungen zu den DDR-Broschüren und die dort abgedruckten Dokumente, zum anderen auf »die zur Prüfung des Verhaltens des 1. Direktors beim BND, Kurt Weiß, eingeleiteten Verwaltungsermittlungen«. Das Faksimile eines »Winterstein«-Schreibens in einem ostdeutschen Pamphlet wird für den BND-Präsidenten kaum der einzige Grund gewesen sein, dem bekannt umtriebigen Kollegen nun doch einmal näher auf den Zahn zu fühlen.[277] Es stellte sich heraus, dass von den in den »Listen« – eine wesentliche Arbeits- und Entscheidungsgrundlage – enthaltenen 176 Organisationsbezeichnungen 54 noch immer gültig waren. 71 der 110 aufgeführten Mitarbeiter taten aktuell noch Dienst, kurz: Es handele sich hier um »nachrichtendienstliche Geheimnisse, deren Erkenntnisgehalt für einen fremden Nachrichtendienst von hohem Wert ist«, um Staatsgeheimnisse, deren Verrat die »Gefahr eines schweren Nachteils für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland« heraufbeschwören würde. Die weiteren vom *Stern* übergebenen oder in den Goliath-Broschüren abgedruckten Dokumente wurden ebenfalls genau untersucht.

Kinkel ging sodann auf die disziplinarrechtliche Prüfung des Verhaltens von Kurt Weiß ein, der unter seinem Vorgänger Wessel nicht von ungefähr seine Position als Leiter der Beschaffungsabteilung verloren hatte. Der Brief »Wintersteins« an den Abgeordneten Marx in der Goliath-Publikation sei zweifellos authentisch, befand das Gutachten. Daher sei eine

Dienstpflichtverletzung anzunehmen, der Fall allerdings bereits verjährt. Sollten sich allerdings die ihm zugeschriebenen ellenlangen Analysen von 1974/75 als echt herausstellen, dann liege ein so gravierender Verstoß gegen die Dienstpflichten vor, dass eine nachträgliche Sanktionierung gerechtfertigt sein könne. Man habe allerdings keine disziplinarrechtlichen Vorermittlungen, sondern zunächst eben nur Verwaltungsermittlungen vorgenommen.

Der BND rechtfertigte sein zurückhaltendes Vorgehen damit, dass alle geprüften Unterlagen aus dem kommunistischen Machtbereich und somit aus Quellen stammten, »deren Bemühen um wahrheitsgemäße Berichterstattung vor dem bekannten politischen und nachrichtendienstlichen Hintergrund stärksten Zweifeln begegnen muss«; außerdem lägen keine Originale vor, sondern lediglich »angebliche Abschriften bzw. Fotokopien«. Sie könnten daher nicht als »Tatsachen« im Sinne der Bundesdisziplinarordnung gelten. Also habe man von Herrn Weiß eine dienstliche Erklärung[278] erbeten. Darin räume der ein, der fragliche Brief in seiner Handschrift stamme tatsächlich von ihm, sei aber lediglich »eine persönliche Unterrichtung für Herrn Dr. Marx über die damalige Stimmungslage bei meinen Freunden und mir« gewesen. Die streng geheime Liste habe er nicht weitergegeben. Was die Analysen von 1975/74 angehe, so könne er sich »nach so langer Zeit nicht mehr erinnern, er hielte die Texte jedoch für manipuliert und glaube, bezüglich einzelner Personen ›mit Sicherheit zu wissen‹, dass er sie so nicht geschrieben habe«. Wiederholt hatte »Winterstein« schon erklärt, »die Veröffentlichungen der Goliath sehe er als Racheaktionen gegen seine Person und gleichzeitig als Angriffe gegen Dr. Marx und den BND an.«[279]

Der Dienst gab sich mit der dürftigen ersten dienstlichen Erklärung des Ersten Direktors nicht zufrieden und stellte sechs Nachfragen an ihn.[280] Das signalisierte dem Bundeskanzleramt immerhin, dass man, was dessen Wahrheitsliebe anbelangte, Vorbehalte gegen den noch immer recht unbekümmert auftretenden Leiter der BND-Schulen hegte. Kurt Weiß verstand es, sämtliche Antworten in seiner zweiten dienstlichen Erklärung so im Vagen anzusiedeln, dass sie keinen Erkenntnisfortschritt brachten. Breiten Raum nahm darin die Rechtfertigung ein, weshalb er ein so vertrautes Verhältnis mit dem Abgeordneten pflege. Dieser habe sich, so referierte Kinkel den Mitarbeiter Weiß in seinem Schreiben an das

Kanzleramt,[281] an Marx »als einen ihm seit langem bekannten Abgeordneten seines Vertrauens ›in einer Art übergesetzlichen Notstandes‹ mit vertraulichen Mitteilungen gewandt. Er habe dies getan, weil er darin zu dieser Zeit die einzige Möglichkeit gesehen habe, die ihn bedrückenden und belastenden Sorgen um die zukünftige Entwicklung des Dienstes anzubringen«. Kurt Weiß schließe selbst nicht aus, dass er »persönlich auf bestimmte Maßnahmen, insbesondere parteipolitisch ausgerichtete personelle Entscheidungen ›möglicherweise subjektiv reagiert‹ haben könnte«. Da nicht mehr zu klären sei, welches Gewicht und welche disziplinarrechtliche Relevanz die seinerzeitigen Mitteilungen von Weiß an Marx gehabt hätten, habe man auch keine belastbare disziplinarrechtliche Handhabe. Falls lediglich eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht vorliege, so sei sie inzwischen ohnehin verjährt.

Nicht einmal die geifernden »Analysen« von 1974/75 fielen ins Gewicht. Ein Dienstvergehen liege nicht vor, hieß es in der Stellungnahme des BND für das Kanzleramt, da Kurt Weiß sich nicht mehr recht erinnern und eine zweifelsfreie Authentizität daher nicht mehr nachgewiesen werden könne. Eine Erläuterung seiner damaligen Motive gab Winterstein dennoch. Er nehme schon an (erläuterte er in seiner dienstlichen Erklärung), »dass er seine ›Besorgnisse sinngemäß zum Ausdruck gebracht‹ habe, und in diesem Zusammenhang könne er auch, nachdem dies mit seinen Freunden wiederholt Gegenstand von Erörterungen gewesen sei, ›darauf hingewiesen haben, dass die CDU/CSU ihre Mitglieder und Anhänger gegenüber permanenten politischen Anfeindungen nicht schutzlos lassen dürfe‹«. Den ihm unterstellten Aufruf zum Boykott des BND durch die unionsregierten Bundesländer halte er für konstruiert und weise daher alle »Verdächtigungen« in dieser Richtung entschieden zurück. Damit war auch der gefährlichste Punkt erledigt. Blieb noch zu klären, ob der BND der Empfehlung des Kanzleramts beizutreten gedenke, disziplinarrechtliche Vorermittlung gegen »Winterstein« einzuleiten oder nicht. Der Dienst verneinte das, da sich die Tatbestände, die geeignet wären, die Verjährung zu durchbrechen, nicht mehr verlässlich aufklären ließen. Der Bundesdisziplinaranwalt schloss sich dieser Meinung an.

An Generalbundesanwalt Rebmann schickte Klaus Kinkel einen Bericht, der die Authentizität der bekannt gewordenen BND-Unterlagen teilweise bestätigte, zugleich aber die Schwierigkeiten beschrieb, die entsprechenden

Originale in Pullach ausfindig zu machen. Herr Weiß jedenfalls habe »jeden Zusammenhang seiner Person mit angeblich im Büro des Herrn Dr. Marx vorhanden gewesenen Listen« bestritten: »Es gibt keine Anhaltspunkte, dass diese Erklärungen unrichtig sein könnten.«[282] Trotz der Skepsis, die in dem Memorandum des BND-Präsidenten hinsichtlich der parteipolitischen Machenschaften von Kurt Weiß anklang, die – wie er und seine Vorgesetzten genau wussten – seinem Beamteneid ebenso zuwiderliefen wie seinen Dienstpflichten, blieb »Winterstein« diesmal dienstrechtlich und justiziell noch ungeschoren. Das Fazit der Verwaltungsermittlungen entsprach dem reduzierten Aufklärungswillen.

Blieben die »sicherheitlichen Konsequenzen«, die aus den für den BND offensichtlichen Durchstechereien von Kurt Weiß gezogen wurden. Man warnte alle in der »Liste« mit Klar- oder Decknamen genannten Mitarbeiter, dass sie nun dem Gegner bekannt seien und sich womöglich bald in der Presse wiederfinden würden. Sämtliche bekannt gewordenen Deckpapiere wurden aus dem Verkehr gezogen. Die Decknamen durften im operativen Verkehr nicht mehr verwendet werden. Als längerfristige Maßnahmen waren bessere Kontrollen und eine Verschärfung der Verschlusssachenvorschriften vorgesehen. Bei »Winterstein«, dem Leiter der BND-Schulen, hätte dieser letzte Passus von Kinkels langem Schreiben an Staatssekretär Schüler, hätte er es denn zu Gesicht bekommen, womöglich Schmunzeln ausgelöst. Dort hieß es nämlich: »Stärkung des Sicherheitsbewusstseins der Bediensteten sowohl durch Appelle der Leitung in einem grundsätzlichen Rundschreiben als auch durch eine Intensivierung der Vortragstätigkeit auf dem Sicherheitsgebiet im schulischen Bereich und bei anderen Veranstaltungen.«

An sich wäre die Authentizität der in den DDR-Broschüren abgedruckten oder zitierten Schriftstücke, namentlich die der »Analysen« von 1974/75, leicht zu belegen gewesen: Der BND hätte sie nur mit den von Dr. Marx verwahrten Originalen vergleichen müssen. Das geschah aber nicht, da sich der CDU-Parlamentarier vollständig intransigent verhielt. Das geht aus seiner Befragung als Zeuge durch den Generalbundesanwalt im Rahmen des Goliath-Ermittlungsverfahrens hervor.[283] Die Angaben seiner früheren Sekretärin und MfS-Agentin über seine Beziehungen zu Kurt Weiß seien »weitgehend erfunden«, stellte Marx zunächst fest. Zwar habe er mit dem BND-Direktor seit 1958 zusammengearbeitet, als er noch Referent für

psychologische Kampfführung im Verteidigungsministerium gewesen sei, seinen Klarnamen habe er aber erst bei Einsetzung des Guillaume-Ausschusses erfahren. Weiß sei »eine Art Vertrauensmann der alten Mitarbeiter aus der Gehlen-Zeit gewesen. Er habe sich bei ihm, Dr. Marx, ›ausgeweint‹ und ihm in der Folgezeit oft vorgeworfen, er tue nichts für die der CDU/CSU nahestehenden Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes«. Von einer laufenden Korrespondenz mit »Winterstein« könne keine Rede sein, »er habe auch nie Berichte oder Analysen von Weiß bekommen«. Sei das aber doch der Fall gewesen, dann müsse seine Sekretärin »das entsprechende Schreiben aus der Post genommen haben, ohne es ihm vorzulegen«; dem Inhalt nach entsprächen die in den Goliath-Broschüren abgedruckten Memoranden wohl schon dem Stil des Herrn Weiß. Die inkriminierten Formulierungen traue er ihm allerdings nicht zu: »Er gehe davon aus, dass das MfS diese ›Analysen‹ aufgrund anderer vorhandener Unterlagen gefertigt habe.«

Werner Marx, der spürte, dass ihm die Spionage-Affäre zu schaden begann, sagte ferner aus, mit derartigen Schriftstücken hätte er nichts anfangen können, da er den entsprechenden BND-Kontrollgremien gar nicht angehört habe. Dann kamen allerlei Details der Büroführung und Postverwaltung zur Sprache, die alle darauf hinausliefen, dass der Abgeordnete so gut wie keine Kenntnis der Schreiben, Dokumente und Analysen »Wintersteins« gehabt habe, namentlich keine Kenntnis der gefährlichen »Gehaltsliste«. Sein von der Agentin Goliath offenbarter Brief an BND-Präsident Kinkel, in dem er um einen schonenden Umgang mit Kurt Weiß gebeten hatte,[284] sei allerdings echt. Es existiere auch ein Stauffenberg-Dienst, aber kein »Geheimdienst der Union«, wie die Agentin behaupte. In einer Besprechung mit dem BND fasste die Bundesanwaltschaft das Ergebnis dieser Anhörung in drei Sätzen zusammen: »Bestreitet ›Gehaltslisten‹ vom BND erhalten zu haben; bestreitet weiter die von Herrn Weiß in gewissem Umfang zugestandene Berichterstattung; weiß nichts von einem Nachrichtendienst der CSU.«[285] Die Angelegenheit Goliath war für Marx und Weiß mit nur ganz leichten Blessuren ausgestanden.

In Pullach gab sich nach den entsprechenden Befragungen freilich niemand mehr der Illusion hin, Kurt Weiß habe umfassend Auskunft gegeben und dabei nichts als die Wahrheit gesagt. Jeder, der ein wenig mit

dem BND vertraut war, wusste um die Liaisons des Ersten Direktors mit maßgeblichen Unionspolitikern. Viele seiner früheren und aktuellen Mitarbeiter und Freunde kannten seine Kontaktpolitik, seine ungezügelte Auskunftsfreude, auch seinen Kampf gegen unliebsame Veränderungen im BND und gegen den politischen Kurs der sozialliberalen Koalition. Einige von ihnen wirkten bei diesen Kämpfen aktiv mit. War »Winterstein« 1970 bereits von Präsident Wessel als Leiter der Abteilung I abgelöst und in den Ausbildungssektor abgeschoben worden, so war sich Klaus Kinkel natürlich darüber im Klaren, dass der langgediente Kollege seinen Leidenschaften keineswegs entsagt hatte, sein ruhiger Posten ihm wahrscheinlich sogar die Möglichkeit bot, seinen pflichtwidrigen Neigungen noch intensiver zu frönen. So wie die Dinge lagen, gab der Fall Goliath/Marx Klaus Kinkel noch keine Handhabe, um das notorische »Winterstein«-Unwesen endgültig zu beenden. Der BND-Präsident musste jedoch nicht lange auf einen Anlass warten, um an Kurt Weiß ein Exempel zu statuieren.

Es war eine vergleichsweise geringfügige Begebenheit, aus der sich die Chance ergab, gegen »Winterstein« vorzugehen. Es ging um Klaus-Dieter Rauschenbach, einen DDR-Oberstleutnant, der Anfang Juni 1981 in die Bundesrepublik geflüchtet und kurz darauf wieder hinter die innerdeutsche Grenze zurückgekehrt war – ein Fall mit kräftigem parlamentarischem Nachspiel, bei dem es der Opposition vor allem um die Klärung möglicher deutschlandpolitischer Merkwürdigkeiten ging.[286] Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, der im Herbst seine Arbeit aufnahm, war der CSU-Abgeordnete Friedrich Voss, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission und enger Vertrauter von Franz Josef Strauß. Bereits im Vorfeld richtete die Presse in wohlinformierten Berichten allerlei Angriffe gegen den BND-Präsidenten mit FDP-Parteibuch.

Kinkel ließ sich allerdings nicht irritieren und griff noch vor der Konstituierung des Untersuchungsausschusses zu: Er forderte von Kurt Weiß – wieder einmal – eine dienstliche Erklärung.[287] Die Umstände des Falles Rauschenbach seien intern diskutiert, Einzelheiten darüber aber leider »aus dem BND herausgetragen und in der Presse veröffentlicht worden«, schrieb er ihm. Ob, wann und mit wem der Leiter der BND-Schulen über diese Angelegenheit gesprochen habe? »Winterstein«, der mittlerweile als »Weitz« firmierte und die Goliath-Affäre eben erst glimpflich überstanden hatte, antwortete am selben Tag. Ja, er habe vor

mehreren Wochen mit dem Abgeordneten Voss, einem alten Bekannten, über die Rauschenbach-Sache gesprochen: »Ich hielt es für unmöglich, gegenüber Herrn Dr. Voss jede eigene Äußerung zu unterlassen.«[288] Das war der Fehler, der ihm endgültig zum Verhängnis wurde.

Ebenfalls noch an demselben Tag berief der BND-Präsident eine Abteilungsleiterbesprechung ein. Man war sich rasch darin einig, dass der Erste Direktor Einzelheiten aus einer innerdienstlichen Veranstaltung »in mindestens zwei Gesprächen dem MdB Dr. Voss mitgeteilt oder diesem gegenüber bereits von Dritten übermittelte Informationen hierüber bestätigt hat«.[289] Das sei eine gröbliche Verletzung seiner Verschwiegenheitspflicht, die den Verdacht eines Dienstvergehens begründe; freilich, der Beamte trete mit Ablauf des Monats ohnehin in den Ruhestand. Andererseits habe er durch die Verletzung seiner Amtsverschwiegenheit das Vertrauensverhältnis zerstört, das zwischen ihm als politischem Beamten und der Bundesregierung gegeben sein müsse: »Bei der Beurteilung dieses Vorwurfs ist mit in Betracht zu ziehen, dass der Beamte bereits anlässlich der Untersuchung im Verratsfall Inge Goliath im Sommer 1980 zugeben musste, innerdienstliche Angelegenheiten dem MdB Dr. Marx mitgeteilt zu haben«; damals sei schon einmal ein Auge zugedrückt worden. Zum Mindesten dürfe Kurt Weiß nach dem neuerlichen Zwischenfall »ein in jeder Hinsicht so bedeutendes Amt wie das des Leiters der Schulen des BND« nicht weiter ausüben. Zuständig für weitere Schritte war das Bundeskanzleramt.

Also wandte sich der erboste BND-Präsident in einem vierseitigen Brief umgehend an Staatssekretär Manfred Lahnstein, den Chef des Bundeskanzleramts.[290] Das Verhalten des Ersten Direktors könne »nicht mehr ohne für alle Mitarbeiter deutliche Konsequenzen hingenommen werden«, erklärte Kinkel. Es handele sich um einen groben Verstoß gegen das vom Bundesbeamtengesetz geforderte besonders vertrauensvolle Verhalten politischer Beamter. Bereits wegen seiner Verfehlungen in der Angelegenheit Goliath/Marx habe der BND eigentlich handeln wollen. Es sei davon nur deswegen Abstand genommen worden, weil die Durchstechereien an den CDU-Abgeordneten schon einige Jahre zurückgelegen hätten und man die »Fragwürdigkeit der Quelle der Verdächtigungen (MfS)« in Rechnung gestellt habe. Aus den damaligen Geschehnissen habe »der Beamte jedoch, wie sein neuerliches, jedes

vertretbare Maß überschreitendes Verhalten zeigt, nicht die notwendigen Folgerungen gezogen«. Es sei daher »unverzichtbar«, dem nur wenige Tage vor der Pensionierung stehenden Leiter der Schulen des BND »die Führung seiner Dienstgeschäfte zu verbieten«; die Sanktionierung seines pflichtwidrigen Verhaltens sei zugleich ein Signal an alle anderen Mitarbeiter des Dienstes. Der Chef des Bundeskanzleramts war einverstanden: Der altgediente Kurt Weiß musste seinen Schreibtisch zwei Wochen vor Eintritt in den Ruhestand ausräumen und die Zentrale in Pullach verlassen – und zwar obendrein mit einer scharfen förmlichen Missbilligung.[291]

Ein kleines Nachspiel nahm mit einer allgemeinen innerdienstlichen Belehrung über die Pflicht zur Verschwiegenheit nach Eintritt des Beamten in den Ruhestand seinen Anfang[292] und endete mit einer Anfrage des CSU-Abgeordneten Carl-Dieter Spranger. Er wollte wissen, ob und wieso Präsident Kinkel eine Maßregelung wegen Mitarbeiterkontakten zu Mitgliedern des Deutschen Bundestags ausgesprochen habe?[293] Solche Kontakte seien zu keiner Zeit untersagt worden, lautete die Antwort des BND, es seien jedoch ohne die notwendige vorherige Unterrichtung des Vorgesetzten dienstliche Sachverhalte mit Außenstehenden erörtert worden. »Dieses Verhalten war unzulässig«, so weiter, »und ist von dem Präsidenten des BND als Zerstörung des Vertrauensverhältnisses« angesehen und behandelt worden, das zwischen dem politischen Beamten, dem Bundeskanzleramt und der Leitung des Dienstes bestehen müsse. Der *Stern*, der nicht erst seit der Goliath/Marx-Affäre guten Einblick in Pullacher Interna hatte, verkündete »Methusalems Ende«.[294]

Das *Deutschland-Magazin* dagegen, das der Ära Weiß einige Sonderinformationen verdankte, sah die Sache ganz anders. Es bemühte sich, die Hintergründe von »Wintersteins« Entlassung so gut es ging zu verdrehen.[295] Das MfS habe den immer als besonders gefährlich angesehenen Weiß mit seiner Goliath-Aktion »zum Abschuss ausgesetzt«, fabulierte es. Kinkel und das Kanzleramt hätten seinerzeit aber vorsichtig reagiert, da der Erste Direktor unangenehme Dinge über führende Sozialdemokraten in der Hinterhand gehabt hätte. Markus Wolf, der Chef der ostdeutschen Auslandsspionage, habe nach diesem Misserfolg den BND-Präsidenten dann selbst ins Visier genommen; das sei der eigentliche Hintergrund des Falles Rauschenbach. Durch Nachfragen der Opposition in

Bedrängnis gebracht, habe Kinkel Maulkörbe gegen seine Mitarbeiter verhängt und den »Spitzenbeamten Weiß« kurz vor seiner Pensionierung suspendiert: »Markus Johannes Wolf konnte aufatmen. Sein Spiel über die Bande war erfolgreich. Beim BND enthebt man neuerdings von sich aus diejenigen des Dienstes, die das MfS nicht mehr als lästige und gefährliche Konkurrenz sehen mochte« – die Jeremiade des »Winterstein« vom entmannten Auslandsnachrichtendienst und dem Osten willfährige sozialliberale Bundesregierung eben.

Hans Langemann, der ebenfalls vor dem Absturz stand, zeigte sich über den Fall »Winterstein« gut informiert. Der Leiter des von ihm unterstützten Stauffenberg-Dienstes habe ihm gesagt, so notierte er sich: »Winni, der 31.10. pensioniert wird, teilt mit: Er komme wieder in die ›bekannten‹ Verstrickungen –, und das zum Ende meiner Dienstzeit!«[296] Als ob das öffentliche Aufsehen der Marx/Goliath- und der Rauschenbach-Affäre nicht genügt hätte, geriet der BND wenige Monate später auch noch in den Strudel des schon wiederholt erwähnten Langemann-Skandals.[297] Wiederum war der geschasste Kurt Weiß mit von der Partie, da ihm der redselige »Dr. Lückrath« mit seiner exorbitanten, ab Frühjahr 1982 von der linken Zeitschrift *konkret* enthüllten »Operation Eva« seinerzeit unterstanden hatte.[298] Dabei kamen auch die an mafiose Strukturen erinnernden Verquickungen von Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung bzw. führenden CSU-Politikern mit leitenden Beamten des BND ans Licht. Der sogleich eingesetzte Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags interessierte sich jedoch weniger für die Amtsführung von Langemann und Weiß als für das Fehlverhalten von Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung.[299]

Doch selbst wenn die Mitglieder des Ausschusses, der ganz im Banne der Interessen einer mit absoluter Mehrheit regierenden CSU stand, stärkere Neigung gezeigt hätten, sich in das Dickicht dieser Sonderbeziehungen zu begeben, hätten sie wohl schnell passen müssen. Die Einvernahme von Zeugen aus dem BND war von vornherein durch restriktive Aussagegenehmigungen limitiert. Die Einsichtnahme in die Aufzeichnungen Langemanns, die wir ausführlich wiedergegeben haben, blieb den Abgeordneten ebenso verwehrt wie die Beiziehung der einschlägigen Unterlagen des Auslandsnachrichtendienstes und des literarisch verunglückten, aber lebensweltlich erhellenden

Romanmanuskripts »Katzenschlosser« aus Langemanns Feder. Der Generalbundesanwalt und die Staatsanwaltschaft München I, die gegen den ehemaligen »Dr. Lückrath« ermittelten, gewährten auch keine Einsicht in die beschlagnahmten Materialien. Immerhin kam das Minderheitsvotum zu der Erkenntnis, dass ein enges freundschaftliches Verhältnis zwischen Staatsminister Ludwig Huber und Hans Langemann bestanden haben müsse: »Die Ausschussminderheit erachtet es zumindest als nicht üblich, dass der Kultusminister eines Bundeslandes rege Kontakte zu Auslandsagenten des BND unterhält […] Dr. Ludwig Huber hat sich auch mit Nachdruck für die außergewöhnlich schnelle Beförderung Dr. Langemanns von A 16 nach B 6 eingesetzt.«[300]

Während der durchaus merkwürdige Hans Langemann nun bloßgestellt, beruflich ruiniert, krank und persönlich vollends zerrüttet war, bald vom Bayerischen Obersten Landesgericht wegen der Verletzung von Dienstgeheimnissen auch noch zu – milden – acht Monaten Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt wurde, blieb sein ehemaliger Vorgesetzter Kurt Weiß von dieser Affäre unberührt. Der Untersuchungsausschuss hörte den Ruhestandsbeamten als Zeugen mit eingeschränkter Aussagegenehmigung an. Politische, juristische oder dienstliche Weiterungen hatte er nicht zu gewärtigen, irgendwelche Analogien zu seinen Liaisons mit Unionspolitikern blieben aus, obgleich sein eigener Absturz im Gefolge der Marx/Goliath-Affäre erst einige Monate zurücklag und durchaus zu einer Betrachtung der geheimen Parteidienste von BND-Mitarbeitern hätte einladen können.

Kurt Weiß kam gegenüber dem schon erwähnten Inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes Dr. Gerhard Baumann, mit dem ihn bald ein enges Verhältnis verband, in einiger Ausführlichkeit auf den Fall zu sprechen: »Was der Langemann an negativen Sachen über Strauß in seinen Tagebüchern aufgezeichnet hat, das sind alles alte Affären (z. B. Onkel Aloys, Grundstücksspekulationen, Flugzeugkauf usw.). Aber, Langemann dürfte strafrechtlich verfolgt werden, weil er Geheimdokumente fotokopiert und mitgenommen hat. Der Langemann wird belangt, weil er die Klarnamen von Informanten und Angestellten des BND verraten hat. Dafür wird ihn der Bundesanwalt sehr an den Kragen kriegen.« In der Pullacher Zentrale habe es inzwischen einige Korrekturen gegeben, verriet er dann seinerseits: »Bisher standen im BND die Fotokopiergeräte überall auf den

Gängen. Da konnte jeder ran. Jetzt wurde das geändert. Jetzt stehen sämtliche Kopiergeräte im BND unter Verschluss.«[301]

Das MfS erfuhr noch mehr, und zwar aus einer der zahlreichen Unterredungen, die Gerhard Baumann – sein IM »Schwarz« – mit Herbert Kukuk gehabt hatte (einem früheren SS-Sturmbannführer und Gauinspekteur der NSDAP, der 1947 zum Gehlen-Dienst gestoßen war).[302] Kukuk hatte »Schwarz« Folgendes anvertraut: »Langemann hat vor 15–20 Jahren in Frankfurt mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet und sich dabei der ermordeten Nitribitt bedient. Die hat von Langemann erforderliche technische Ausrüstung erhalten. Und über die Nitribitt hat Langemann Erkenntnisse bis hin zu pornographischen Aufnahmen von mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten.« Sehr hochgestellte Politiker hätten sich daraufhin mit dem Argument für ihn eingesetzt, »dass in den BND auch Juristen gehörten aus den freien Berufen, die man dann als sogenannte Seiteneinsteiger mit aufnehmen könne […] Als Langemann dann zum BND gekommen ist, hat ihn der Weiß unter seine Fittiche genommen. Der hat den Langemann auch gefördert. Wenn es zum Prozess gegen Langemann kommen sollte, dann wird auch der Mord an der Nitribitt wieder aufgerollt und dann werden prominente Namen fallen.«[303]

Es war dann wieder Kurt Weiß, der seinen CSU-Gesinnungsfreund Gerhard Baumann über den Langemann-Prozess ins Bild setzte.[304] »Das Gutachten des Psychiaters zu Langemann ist richtig«, meinte er. »Langemann hat aus dem Krieg einen Kopfschuss mitgebracht. Langemann hat allerdings sehr weitreichende Beziehungen gehabt, bis hin zu dem damaligen Staatssekretär Carstens, über den Langemann zum BND gekommen ist. Im BND ist Langemann oft durch gute Einfälle, aber auch durch verrückte Ideen aufgefallen.« Der Dienst stufe das Verhalten von »Dr. Lückrath« als Verrat ein und fordere in dem Prozess gegen ihn »eine entsprechende Verurteilung. Die Anwälte von Langemann fordern Freispruch mit der Begründung, dass Langemann einen Dachschaden hat, und dass der BND schlampig gearbeitet habe, indem er es dem Langemann leicht gemacht habe, an die Dokumente heranzukommen.« Vielleicht werde er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Gefährlicher sei für ihn jedoch ein Disziplinarverfahren, da er dabei seine kompletten Bezüge verlieren könne: »Das würde allerdings konkret nicht viel ausmachen, denn Langemann besitzt eine Villa in Grünwald und ist durch seine Frau sehr vermögend.«

»Winterstein« wäre nicht »Winterstein« gewesen, wenn ihn die Presseberichte, Untersuchungsausschüsse und Ermittlungsverfahren im Fall Langemann oder auch die Maßregelung, die ihm selbst widerfahren war, etwa dazu bewogen hätten, seine Rolle und seine Verfehlungen als herausgehobener Staatsbeamter und Nachrichtenmann zu überdenken. Im Gegenteil: Als im Herbst 1982 nach zwölf Jahren Regierungszeit die sozialliberale Koalition zerbrach, witterte der Erste Direktor im BND a. D. Morgenluft. Vielleicht, so mochte Kurt Weiß sich sagen, hatten seine geheimen Parteidienste für Unionspolitiker und sein aus der BND-Zentrale in Pullach heraus geführter Kampf gegen links sein Scherflein dazu beigetragen, dass für ihn nun wieder zustimmungsfähige Verhältnisse herrschten. Jedenfalls war der Kampf des bald 70-Jährigen noch lange nicht zu Ende.

4. Neuerlicher Aufgalopp und Niedergang in den Kohl-Jahren

Weiß und »Schwarz« – Die Stasi war ihr Eckermann

Kurt Weiß hatte schon lange vor seiner demütigenden Verabschiedung aus dem BND alle Maßstäbe für das verantwortungsbewusste Handeln eines hohen Bundesbeamten verloren, vielmehr: Er hatte sie nie entwickelt. Wenn der Zweck die Mittel heiligte, wovon sein Mentor Reinhard Gehlen zeitlebens überzeugt war, dann erforderte es das Gebot des Tages auch nach seinem selbstverständlichen Dafürhalten eben, korrekte Haltung (wie er sie den einfachen Mitarbeitern predigte) abzustreifen und denjenigen Politikern und Milieus, die im Kampf gegen die Bedrohung von außen und die »Aufweichung« im Innern standen, unkompliziert alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie benötigten. In der Ära Adenauer hatten Gehlen und sein engerer Führungskreis mit Kanzleramtschef Hans Globke einen machtpolitisch versierten Abnehmer und Förderer gefunden. Ihm kam eine solche Prioritätensetzung entgegen, ja er erwartete sie ausdrücklich und verstand es obendrein, die Erträge der politischen Inlandsspionage des BND für sich, für seine christlich demokratische Partei und für den Bundeskanzler zu nutzen.

Auch und gerade weil in den sechziger Jahren die Zeiten für den in die Kritik geratenen Auslandsnachrichtendienst unbequemer wurden, hatten Gehlen, Langkau und Weiß – um es noch einmal zu sagen – an ihrem einflusspolitischen Erfolgsrezept festgehalten, dem sie die glückliche Verankerung des BND im bundesdeutschen Behördensystem nicht zuletzt zu verdanken glaubten. Dies umso mehr, als mit der Regierungsbeteiligung der SPD ein früheres Ziel- und Feindobjekt politischen Einfluss auf Bundesebene bekommen hatte, sich in der Mitarbeiterschaft des Dienstes erhebliche Unzufriedenheit bemerkbar machte und Ende der sechziger Jahre sogar ein ausgewiesener Konservativer wie der Kanzleramtschef Karl Carstens Pullach ein Reformprogramm verordnete, das diesen Namen verdiente. Den Machtwechsel zur sozialliberalen Koalition im Herbst 1969, den der »Doktor« und seine Mitstreiter als gefährliche Zeitenwende ansahen, nahmen sie dann als Legitimation, um ihre Liaisons mit den nunmehr oppositionellen Unionsparteien massiv zu verstärken. Diese Veteranen des Dienstes waren davon überzeugt, es gehe nun um das Schicksal Deutschlands und die Rettung des BND vor seiner

Sozialdemokratisierung. Das war erst recht keine Konstellation, die sich für eine Beherzigung des Beamteneides und anderer hinderlicher Normen eignete. Wir haben es in den voraufgegangenen Kapiteln beobachten können.

Doch nach all den Durchstechereien und Dienstpflichtverletzungen des seit zehn Jahren auf den Posten eines Leiters der BND-Schulen abgeschobenen »Winterstein«, nach seiner unausgesetzten Preisgabe von Dienstgeheimnissen an beinahe jeden, der ihm dafür empfänglich schien, hatte Kurt Weiß, wie gesehen, den Bogen endgültig überspannt. BND-Präsident Klaus Kinkel entschloss sich, ihn unehrenhaft zu suspendieren. Doch anders als der *Stern* in dem erwähnten Artikel »Methusalems Ende«[305] vermutete, war – um Konrad Adenauers lockere Selbstbezichtigung im kleinen Kreis zu bemühen[306] – der »krumme Weg« des Ersten Direktors im BND a. D. noch nicht zu Ende. Reinhard Gehlens einstiger Mann für alle Vorhaben praeter und extra legem blieb nicht lange in Acht und Bann.

Mit der Ablösung von Bundeskanzler Helmut Schmidt durch den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl, dem Wechsel von BND-Präsident Klaus Kinkel ins Justizministerium und der Berufung von Eberhard Blum (»Hartwig«) zu dessen Nachfolger hellten sich die Perspektiven für den unruhigen Ruheständler stark auf. Der Berufsoffizier Blum war seit den Anfängen der Organisation Gehlen einer der engsten Mitarbeiter des »Doktors« und daher mit Kurt Weiß in ständiger Berührung gewesen. Da schon »Wintersteins« Entlassung als Leiter der Abteilung I 1970 von der alten Garde als sehr weitgehend empfunden und seine Verwicklung in die Fälle Goliath und Rauschenbach in erster Linie als DDR-Propaganda abgetan worden war, fand sich für ihn in den Blum-Jahren (1982–1985) eine erfreuliche Kompensation. Mehr als das: Der BND bot dem Ruheständler Kurt Weiß eine Plattform, von der aus er seine politischen Geschäfte mit den Unionsparteien mehrere Jahre lang zu neuer Blüte treiben konnte.

»Winterstein« schrieb sich selbst eine maßgebliche Rolle bei der Berufung Blums zu.[307] Das MfS notierte seine von dem IM »Schwarz« wiedergegebenen Einlassungen laut Tonbandmitschnitt folgendermaßen: »Ich bin wegen der Nachfolge für Kinkel von dem Kanzleramtsminister [Philipp] Jenninger [CDU] und auch von dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium [Carl-Dieter] Spranger [CSU] befragt worden. Beide haben mich gefragt, was man personell machen kann und

wie es im BND weiterlaufen soll. Nach der Befragung und meiner Unterrichtung haben sich beide nachdrücklich für Blum eingesetzt. Blum hat jetzt das Große Bundesverdienstkreuz bekommen […] Er genießt in Washington hohes Ansehen. Blum hat sehr enge Verbindungen zum amerikanischen Verteidigungsministerium, zum CIA und zu den Senatoren beider Parteien.« Kurt Weiß dürfte seinem alten Bekannten Eberhard Blum diese Vorgeschichte nicht vorenthalten haben.

Ein gutes halbes Jahr nach Blums Amtsantritt brachte Weiß den ihm persönlich verbundenen Archiv-Beauftragten des BND dazu, sich an den Präsidenten zu wenden und ihm die Verwendung des verdienstvollen Pensionärs als eine Art Geschichtsschreiber vorzuschlagen. Er sollte eine Studie über die deutschen Nachrichtendienste vom Ende der Weimarer Republik bis zur BND-Gründung verfassen und dafür Zugang zu den Unterlagen des Archivs erhalten. Da »Winterstein« aber noch von den jüngsten Skandalen her im Visier der Presse stand und die Journalisten seine Anstellung womöglich »bösartig« ausschlachten würden, kam nur ein Werkvertrag in Betracht.[308] Mit attraktiven finanziellen Konditionen ausgestattet, installierte die Vereinbarung den Pensionär als Hauptmitarbeiter eines ebenso umfangreichen und ehrgeizigen wie – das zeigte sich bald – ergebnisarmen »Forschungsprojekts«. Der wohlinformierte Weiß (der von sich sagte, er sei noch »ganz gut ›am Ball‹«) riet dem Archiv-Beauftragten in einem familiär gehaltenen Handschreiben mit vielsagenden Pünktchen, man solle besser noch einige anstehende Personalveränderungen im Dienst abwarten: »Erst dann wird es mein Freund Eberhard Blum leichter haben …« Er sei »so froh«, setzte er hinzu, »dass sich etwas rührt, d. h. andere (außerhalb des Dienstes) sich meiner Hilfe bedienen. Ein gutes Gefühl, nicht ›abgeschrieben‹ zu sein.«[309]

Es ging eine Weile hin und her, das Bundeskanzleramt wurde eingeschaltet, doch schlussendlich stimmte der BND-Präsident der Präsenz von Kurt Weiß in der Zentrale zu. Aus dem angepeilten Zusatzhonorar von monatlich 2000 DM,[310] an das ursprünglich gedacht war, wurde aber nichts. Schnell schmolz auch der ohnedies unterentwickelte zeitgeschichtswissenschaftliche Ehrgeiz dahin, da »Winterstein« sich ungehindert dafür entschied, seine Beschäftigung in Pullach vor allem auf die Teiltranskription und Kommentierung seiner zahlreichen handschriftlichen Diensttagebücher zu beschränken. Noch ohne endgültig

fixierte Vereinbarung begann er im Mai 1984 damit. Sein Dreijahresvertrag sah ein in regelmäßigen Tranchen zu zahlendes Gesamthonorar in Höhe von 15 000 DM vor.[311]

Neben ein paar denkbar schlichten Erinnerungsberichten diktierte Kurt Weiß (er trug jetzt den Dienstnamen »Weitz«) vor allem Ex-post-Kommentare zu seinen Tagebüchern,[312] doch kam er selbst mit dieser anspruchslosen Tätigkeit in dem vereinbarten Zeitraum nicht zu Rande; das Vorhaben musste mehrmals verlängert werden. Im Sommer 1990 hatte BND-Präsident Hans-Georg Wieck dann genug, lehnte eine neuerliche Prolongierung ab, genehmigte Kurt Weiß jedoch weiterhin den Zugang zur Zentrale in Pullach.[313] Ein Jahr später, als sich in dem spektakulären Spionagefall des Journalisten Gerhard Baumann alias »IM Schwarz« erste Verdachtsmomente gegen den Teilzeit-Historiker Weiß ergaben, erlosch dann auch dieses Privileg.

»Winterstein/Weitz«, der für sein entspanntes Wirken insgesamt 29 160 DM erhalten hat,[314] verstarb Ende Januar 1994. Nach und nach kam der eigentliche Sinn und Zweck seiner geschlagenen 14 Forschungssemester ans Licht: Es war in Wirklichkeit weniger um historischen als um aktuellen Erkenntnisgewinn gegangen. Mit dem Geschichtsprojekt besaßen Kurt Weiß und seine Entourage innerhalb und außerhalb des Dienstes nämlich einen Brückenkopf in der BND-Zentrale, von dem aus der frühere Kopf des Strategischen Dienstes dank seiner weiterhin intakten Verbindungen zu Kollegen und Vertrauten aktuelle Geheimdienstinformationen erlangen und an Interessierte in CDU und CSU weiterleiten konnte. Dieses Projektdesign erwies sich bald als besonders ergiebig, weil »Wintersteins« Protektionskind Dr. Paul Münstermann im März 1986 zum Vizepräsidenten des BND aufstieg.

Münstermann (»Dr. Heidegger«)[315] war es auch, der seinen langjährigen Vorgesetzten und Freund Kurt Weiß mit einem internen Nachruf würdigte: »Als politisch besonders interessierter Mensch«, hob er nach dessen Ableben hervor, »hat er sich nach Eintritt in den Ruhestand dem Dienst zur Verfügung gestellt, um zu verschiedenen politischen Ereignissen der Vergangenheit in Studien und Dokumentationen die Aufklärungs- und Analysearbeit des Bundesnachrichtendienstes darzustellen.«[316] Das war, wie die Trauernden noch nicht ahnten, nicht einmal die halbe Wahrheit. Sie wussten auch nicht, dass gegen den BND-Vizepräsidenten Münstermann

zum Zeitpunkt des Totengedenkens bereits eine Untersuchung seiner eigenen Sicherheitsabteilung im Gange war;[317] das Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts lag noch vor ihm. In seiner Pressemappe hatte »Dr. Heidegger« allerdings bereits einen Artikel des *Focus* vorgefunden, der soeben erschienen war und von einem schlimmen Skandal des BND berichtete, in den auch ein »Beamter aus der Leitungsebene« verwickelt sei.[318]

Die unerhörten Vorgänge, von denen bei der Darstellung des »Winterstein«-Unwesens nun abschließend zu berichten ist,[319] reichten weit in die Jahre des Kampfes von Reinhard Gehlen, Wolfgang Langkau, Hans Langemann, Kurt Weiß und ihrer Kollegen gegen die Ostpolitik und die Behördenpolitik der sozialliberalen Regierung zurück. Sie zeigten noch immer dasselbe, von den Gehlen-Jahren geprägte Muster – um das Mindeste zu sagen – normativer Sorglosigkeit im Umgang mit Recht und Gesetz, mit den eigenen Dienstvorschriften, dem Verhaltenskodex eines treuen Beamtentums und den Bestimmungen des Bundesbeamtengesetzes. Auch diesmal kamen wieder das Ministerium für Staatssicherheit und einer seiner Inoffiziellen Mitarbeiter ins Spiel. Neben Kurt Weiß und Paul Münstermann – die beiden verband ein »seit Jahrzehnten bestehendes Vertrauensverhältnis«[320] – spielt dieser IM eine tragende Rolle in der folgenden traurigen Geschichte.

Wir sprechen von dem wiederholt erwähnten Dr. habil. Gerhard Folkert Baumann, geboren am 19. September 1912 in Upgant bei Aurich im Ostfriesischen.[321] Er hatte in München Geschichte, Germanistik und Zeitungswissenschaft studiert und bereits vor 1933 der NSDAP angehört. Baumann wurde HJ-Führer, arbeitete ab 1935 als Amtsleiter Presse der Gaustudentenführung München und 1939 – bereits mit antisemitischen Publikationen hervorgetreten – als Presschef des NS-Reichsdozentenbunds. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft in der Sowjetunion betätigte Baumann sich als Verlagsleiter des *Christlichen Nachrichtendienstes* und als Landesgeschäftsführer der Deutschen Partei in Bayern, strebte 1953 aber vergeblich ein Bundestagsmandat an. Der gewandte Redner und Schreiber hielt enge Verbindung zum »Verband Deutscher Soldaten« wie zum »Verband der Heimkehrer« (dem er als Geschäftsführer diente) und leitete in den sechziger Jahren als Chefredakteur die verbreitete Zeitschrift *Soldat im Volk*, dem Organ des Verbandes deutscher Soldaten e. V.

Der »für seine äußerst rechte, national-politische Einstellung bekannte« Baumann – so der Generalbundesanwalt Ende 1994 in seiner Anklageschrift – ließ sich früh auf nachrichtendienstliche Tätigkeiten ein. Bereits Ende der vierziger Jahre war er Presse-Sonderverbindung der Organisation Gehlen gewesen, wurde wegen »unerheblichem Meldungsaufkommen« aber bald wieder abgeschaltet. Eine Ende der fünfziger Jahre erwogene Reaktivierung kam nicht zustande, weil Baumann seit 1955 (bis 1991) beim bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als Informant im rechtsextremistischen Milieu gebunden war; diese Zusammenarbeit gestaltete sich »komplikationslos«. Der Verfassungsschutzbericht von 1981 führte den habilitierten Pressehistoriker als »rechtsextremistischen Schriftsteller« auf.[322] Das MfS beurteilte in als »hochintelligent«.[323]

Gerhard Baumann, und darauf kommt es in unserem Zusammenhang an, war auch Mitglied und elanvoller Mitstreiter der CSU. Dank seiner reichen militärpolitischen Publikationstätigkeit und seiner zahlreichen Artikel im *Rheinischen Merkur*, im *Deutschland-Magazin* oder in den *Politischen Studien* der Hanns-Seidel-Stiftung galt er als ernst zu nehmender Experte und wirkte viele Jahre im Wehrpolitischen Arbeitskreis der Partei mit. Das Bundesverteidigungsministerium vergab an den rührigen Fachjournalisten seit Ende der fünfziger Jahre gut honorierte Gutachten.[324] Niemand anderes als der Referatsleiter für Psychologische Kampfführung und spätere CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Werner Marx war hier sein Gegenüber. Wie viele andere »abwehrbereite Journalisten« arbeitete auch Baumann an dem pointiert antikommunistischen, scheinbar aus privater Initiative entstandenen Informationsdienst *Der Rote Brief* mit, der längere Zeit vom BND mitfinanziert wurde.[325]

Der enorm umtriebige, in München ansässige Baumann stand mit vielen Politikern und Publizisten des konservativen Spektrums über vier Jahrzehnte mindestens brieflich in Verbindung. In seiner Korrespondenz finden sich unter anderem Schreiben an und von Winfried Martini,[326] Armin Mohler,[327] Vertriebenenminister Oberländer,[328] Giselher Wirsing,[329] Kurt Ziesel[330] oder an seinen Duzfreund Franz Handlos,[331] den Bundestagsabgeordneten, Vorsitzenden des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU, späteren Renegaten und ersten Vorsitzenden der Partei »Die Republikaner«. Gern gesehener Referent in der »Arbeitsgemeinschaft

Demokratischer Kreise«, dem verdeckten Vorfeld-Verein der Union, war Baumann auch.[332]

Der zwei Jahre nach Kurt Weiß, 1996, verstorbene Gerhard Baumann wäre gewiss niemand, dem bei der Betrachtung des BND in der Innenpolitik besondere Beachtung geschenkt werden müsste, böte sein Fall nicht einen besonders tiefen Einblick in das »Winterstein«-Unwesen. Als Gesinnungsfreund von Kurt Weiß und bestens eingeführter Experte im konservativen politischen Milieu der Bundesrepublik wurde Baumann nämlich über Jahre hinweg ebenfalls zu einem Adressaten von Unterlagen und Informationen, die aus dem BND abflossen. Wäre der Staatssicherheitsdienst der SED im Zuge von Revolution und Vereinigung 1989/90 nicht untergegangen und sein Archiv nicht zugänglich geworden, so wäre diese weitere politische Bindung »Wintersteins« nach rechts unbemerkt geblieben und Kurt Weiß zwar nicht in Ehren, aber doch als verdienter Mitarbeiter des BND in die Annalen eingegangen; für Vizepräsident Dr. Paul Münstermann gilt dasselbe.

Das Geheimnis des Dr. Gerhard Baumann, das sich für Weiß und Münstermann so schmerzlich enthüllen sollte, ist bis zur Skurrilität befremdlich, weshalb der Münchener Sicherheitsexperte in der historischen Galerie der Informanten und Geheimagenten denn auch den Platz eines besonders ulkigen Exemplars einnimmt. Neben seiner Tätigkeit für den Verfassungsschutz hatte Baumann sich 1956 nämlich zugleich auch bei einem französischen Interessenten verdingt. Das glaubte er jedenfalls. Ein Ehepaar war auf ihn zugekommen und hatte ihm bedeutet, es arbeite für einen Informationsdienst, der unmittelbar dem französischen Ministerpräsidenten unterstehe.[333] In Wirklichkeit waren die beiden Agenten des Staatssicherheitsdienstes der DDR, die Gerhard Baumann, wie man so sagt, unter falscher Flagge anwarben.

Dieses Pariser »Deuxième Bureau«, so machte man Baumann weis, befasse sich mit Informationen, »die von Freund und Feind gern verborgen gehalten werden. Hier fließen auch Ergebnisse und Erkenntnisse offizieller Geheimdienste Frankreichs ein. Das Büro ist nicht Organ aktiver Politik, sondern Organ der politischen Analyse.« Man sprach sodann über die Grundinteressen französischer Politik und erörterte auch das gemeinsame europäische Erbe Frankreichs und der Bundesrepublik. Der rechtskonservative Sicherheitsexperte sagte seine Mitarbeit gegen Entgelt

zu und unterzeichnete einen entsprechenden Vertrag. Etwa 100 000 DM strich er allein zwischen 1956 und 1974 ein,[334] mindestens dieselbe Summe dürfte es einschließlich vielfältiger Sonderzuwendungen und Spesengelder in den Jahren bis zum Untergang der DDR noch einmal gewesen sein. Bis Ende 1987 hatte das MfS bereits 300 000 DM in diese wirklich bedeutsame Operation investiert.[335] Seitenlang könnte man über die Verrenkungen und Verkleidungen berichten, mit denen die Stasi die französische Camouflage intakt zu halten versuchte – bis hin zur konspirativen Verleihung eines hohen französischen Ordens im Grand Hotel Dolder in Zürich und einer nicht weniger feierlichen Zusammenkunft zum 75. Geburtstag des IM »Schwarz« im Blauen Salon des Schlosshotels von Igls bei Innsbruck – alles gut nachlesbar in den erhalten gebliebenen Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung, von deren Leipziger Außendienststelle Gerhard Baumann geführt wurde.[336]

Das alles dürfen wir überspringen, da uns nicht das Verhalten von »Schwarz«, sondern das von Weiß interessiert. »Winterstein«, der von der französischen Liaison seines Vertrauten nichts ahnte, lebte bis zu dem Moment, als in Pullach ein erster Verdacht aufkam – das war im Dezember 1990 nach der Befragung eines HVA-Mitarbeiters[337] –, in gutem Glauben. Für den ehemaligen Ersten Direktor im BND war Gerhard Baumann freilich nur eine unter den zahlreichen einflussreichen Persönlichkeiten im Orbit der Unionsparteien, die er gewissermaßen aus bündnispolitischer Raison über Interna des BND sowie dessen Lageeinschätzungen zu unterrichten pflegte. Da Baumann im Bekanntenkreis von Kurt Weiß eines der kleineren Lichter war, darf man getrost annehmen, dass er sich gegenüber gewichtigeren Persönlichkeiten in CDU und CSU mindestens so offenherzig geäußert hat wie ihm gegenüber. »Wintersteins« andere ununterbrochenen Dienstpflichtverletzungen sind nur nicht so detailliert überliefert wie seine Unterredungen mit dem IM »Schwarz«.

Die Verantwortlichen der HVA-Diensteinheit XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig konnten es anfangs gar nicht glauben, dass ihre Operation am Herzen des BND so phantastisch funktionierte. Einer ihrer Offiziere gab nach der Wiedervereinigung jedenfalls zu Protokoll: »Nachdem die Gesprächsabschöpfung bis in die Leitungsebene so gut und prompt geklappt habe, sei man zunächst von einer Provokation ausgegangen, da man der Auffassung gewesen sei, dass vor dem

Hintergrund des vom MfS zielgerichtet ausgearbeiteten jeweiligen Fragenkatalogs alle Beteiligten davon hätten ausgehen müssen, dass hier ein östlicher Nachrichtendienst am Werk sein müsse.«[338]

Die HVA erteilte ihrem Inoffiziellen Mitarbeiter »Schwarz« immer detaillierteste Anweisungen, was er im Gespräch mit Kurt Weiß in Erfahrung bringen sollte und wie er sich gegenüber dem Leiter der BND-Schulen zu verhalten hatte. Auf seiner 106. Reise ins »Operationsgebiet« im November 1981 etwa rief der MfS-Führungsoffizier seinem Top-Informanten die »Aufgabenstellung« im Fall Weiß noch einmal ins Gedächtnis: Lebenslauf; Stellung im BND; politische Haltung, besonders zur CDU/CSU und zu Frankreich; welche operativen Möglichkeiten ergeben sich?[339]

Zu diesem Zeitpunkt bestanden bereits Kontakte zwischen Kurt Weiß – die Staatssicherheit führte ihn unter dem Tarnnamen »Berater« in ihren Akten – und Gerhard Baumann, der den BND-Granden um Mitarbeit an seinem *Roten Brief* gebeten hatte. Im März 1981 erhielt der »sehr geehrte Herr Baumann« eines von »Wintersteins« zahllosen Handschreiben an Gott und die Welt, in dem er ihn in seinem typischen Überschwang zu einem Sonderdruck beglückwünschte. Es waren seine letzten Monate in Diensten des BND, und er signalisierte dem Adressaten sogleich, er »stehe allmählich als der einzige ›Verbliebene‹ aus dem engsten Kreis um unseren alten legendären Chef gegenüber einem ›neuen Umfeld‹ auf verlorenem Posten. Aber das wird leider von den Politikern nicht so recht erkannt …« Hoffentlich ergebe sich bald einmal die Gelegenheit zu einem persönlichen Gedankenaustausch.[340] Mit dem CSU-Politiker Handlos, der von Werner Marx reichlich interessantes Material aus dem Verteidigungsausschuss erhielt und den er ebenfalls ausforschte, stand Gerhard Baumann schon länger auf vertrautem Fuß.

Rasch entstand ein Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Männern, die in ihren politischen Ansichten und Bindungen in etwa kongruent waren. Ausspähungsziel durch Gesprächsabschöpfung via »Winterstein« wurde im kommenden Jahrzehnt vor allem die bundesdeutsche Sicherheitspolitik, der BND, die CSU sowie die Unionsparteien insgesamt. Soweit sein Überblick reichte – und Kurt Weiß gehörte, mindestens was den BND anging, gewiss zu den am besten Informierten –, gab »Winterstein« ohne Bedenken so gut wie alles preis, was er wusste. Gerhard Baumann seinerseits war in der

Union seit langem hervorragend verankert, und auch er legte sich in seiner Auskunftsfreude keinerlei Zurückhaltung auf. Die beiden vermeinten, ganz unter sich zu sein, und so entfaltete sich ein beglückender Gleichklang der Anschauungen. Neben ihren häufigen persönlichen Treffen entwickelte sich zwischen Weiß und »Schwarz«, die beide in München lebten, eine kontinuierliche Korrespondenz.[341]

Anfang 1982 kam es zu einer ersten persönlichen Begegnung bei Familie Weiß zu Hause, die Baumann seinem Führungsoffizier in allen Details schilderte, wo sich die Küche, die beiden Schlafzimmer, das Besprechungszimmer, die Sitzecke, das Telefon usw. befanden. »Die Wohnungsausstattung ist konservativ mit insgesamt schweren Sitzmöbeln. Es besteht jedenfalls keinesfalls ein protziger Eindruck. Reichtum ist offensichtlich. Die Frau von Weiß beschäftigt sich als Kunstmalerin«, berichtete der IM.[342] Nach dem Ausscheiden »Wintersteins« aus dem BND intensivierte sich der Kontakt, der bereits im Frühsommer 1982 tatsächlich »absolut fest«[343] war, als der Nachrichtenmann an Baumann schrieb, er stehe »gern zur Verfügung, gestützt auf viele befreundete Informanten«.[344] Man könne jederzeit einen Termin vereinbaren.

IM »Schwarz« berichtete seinem vermeintlich französischen Instrukteur in unerhörter Ausführlichkeit über seine Gespräche mit Kurt Weiß. Der Führungsoffizier des MfS zeichnete alles in allen Einzelheiten auf und konnte sich dabei meist auf Tonbandmitschnitte stützen, die in seiner Leipziger Dienststelle dann Wort für Wort transkribiert wurden. Die freimütigen Ausführungen »Wintersteins« sind so – wenn auch durch den Mund Baumanns – in bemerkenswerter Authentizität auf uns gekommen. 1982 gab es ja auch manches Aktuelle zu besprechen und zu kommentieren, den Fall Langemann, der eben aufplatzte, beispielsweise;[345] wichtiger noch: die Nachfolge von Präsident Klaus Kinkel an der Spitze des BND im Zuge des Machtwechsels zu Union und FDP in Bonn.

Zunächst berichtete »Winterstein« seinem Gesinnungsgenossen ausführlich von den Umständen seiner Abstrafung durch Kinkel.[346] »Weiß wirke nach seiner Pensionierung überhaupt nicht deprimiert«, erzählte Baumann von seinem Besuch bei dem Ruheständler, der sich ihm gegenüber ausgesprochen vertrauensvoll verhalten und betont habe, »wenn er etwas von ihm haben oder wissen wolle, dann könne er jederzeit zu ihm kommen. Wörtlich: ›Ich bin gern bereit, Ihnen zu helfen.‹ W. sei mit

Riesenabstand eine Person, die vom BND das allermeiste weiß.« Es folgte eine Schilderung des Falles Rauschenbach, der »Winterstein« zum Verhängnis geworden war.[347] Dessen Parteifreund Erich Riedl »– dieses Miststück ist dann zum Kinkel gelaufen und hat dem auch gesagt, von wem die CSU die Information zum Fall Rauschenbach habe«.

Dann äußerte sich Kurt Weiß zur Lage des BND: »Alle Kenner der Materie im BND sind fast überhaupt nicht mehr vorhanden«, sagte er. »Alles, was im BND läuft, wird parteipolitisch beeinflusst. Bei politischen Entscheidungen wird der BND fast überhaupt nicht mehr gefragt. Der BND würde immer bedeutungsloser.« Dann folgten interessante Details. Wenn Helmut Schmidt behaupte, er sei über die Lage in Polen nicht informiert gewesen, dann habe der BND, der über die Entwicklung ganz genau informiert gewesen sei, das Material offenbar nicht an den Bundeskanzler weitergeleitet. Der Besuch Schmidts bei Ronald Reagan sei »ganz anders verlaufen, als es in der Presse und im Kommuniqué gestanden hat. Es hat einen handfesten Krach mit Reagan und auch mit [Außenminister Alexander] Haig gegeben, weil beide mit der Reaktion Helmut Schmidts auf Polen nicht einverstanden gewesen seien.« Seitenweise gab die HVA dann noch die auf BND-Informationen beruhenden Auffassungen »Wintersteins« zu Frankreich und dem Nahen Osten wieder.[348] Baumann schöpfte aus der Quelle Kurt Weiß in den zehn Jahren ihrer Kooperation zahllose Informationen ähnlicher Natur. Die Auslandsspionage von Markus Wolf machte Aberhunderte von Meldungen daraus.

Die innen- und parteipolitische Redseligkeit von Kurt Weiß war mindestens so ausgeprägt wie die Baumanns. Im Sommer ließ er sich umfassend zur politischen Lage und »zur inneren Lage im BND« ein.[349] »Der [Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag Friedrich] Zimmermann ist ein rein parteipolitischer Taktiker«, sagte Weiß zu Baumann, nachdem er ihm zuvor nebenbei noch schnell verraten hatte, dass sich das Verhältnis des BND zum südafrikanischen Nachrichtendienst stark eingetrübt habe. »Zimmermann hat von Kohl die Zusage erhalten, dass er bei Regierungswechsel Verteidigungsminister wird […] Der Zimmermann hat eine sehr schnelle Auffassungsgabe. Probleme kann er sehr knapp und konzentriert darstellen.« Da Manfred Wörner nun ausgebootet scheine und viele in der CDU-Fraktion ihn auch nicht als Fraktionsvorsitzenden haben wollten, »besteht die Möglichkeit, dass der Wörner unter Umständen ganz

kaltgestellt wird«. Weitere Posten und Kandidaten wurden durchgehechelt, bis Weiß seine kleine Umschau schließlich mit der Information beendete: »Im BND weiß man, dass von den elf Grünen in Hamburg sechs Kommunisten sind.«

Bewegte sich manche Information in diesen Dialogen im Rahmen informierten Zeitungswissens, flossen immer auch Hinweise ein, zu deren Preisgabe »Winterstein« nicht befugt war. Das gilt gewiss für seine Auskünfte aus erster Hand. »Vom BND aus will der Kinkel Staatssekretär werden«, dozierte Weiß: »Im BND hält der Kinkel sich *nicht* so sehr an die Abteilungsleiter bzw. Abteilungschefs, sondern eine Stufe und noch weiter darunter an die kleinen Leute – Sekretärinnen und sowas ähnliches. Die höheren Ränge im BND sind dem Kinkel immer überlegen. Das ist eine ausgeprägte Politik von Kinkel. Er will gern Leute um sich haben, die ihm unterlegen sind. Kinkel will gleichzeitig alles alleine machen und er kümmert sich viel zu sehr um die Details, als dass er – wie das früher war und ich (Weiß) es auch selbst gemacht habe – Aufgaben delegiert an Mitarbeiter […] Der Kinkel ist im Übrigen ein Super-Opportunist und ein Super-Genschermann.« Beim Besuch seines südafrikanischen Kollegen habe sich der BND-Präsident schwer blamiert, als er diesem einen Vortrag darüber hielt, »wie Südafrika seine Politik zu gestalten habe«, nämlich die Apartheid abzuschaffen und »die Schwarzen an der Regierung teilnehmen lassen«; alle anwesenden BND-Mitarbeiter seien »ausgesprochen konsterniert« gewesen. Kinkels von Ferne angereister Kollege, ein Professor, habe den Präsidenten dann allerdings »ganz toll« und »knallhart« auseinandergenommen. Der Ruheständler Kurt Weiß schloss mit dem Angebot, sein Freund Baumann möge ihm etwaige Fragen zu Afrika gerne aufschreiben: »Ich setze mich dann mit dem Afrika-Referenten in Verbindung« – der Erste Direktor im BND a. D. als Privatauskunftei.

Baumann und Weiß trafen sich mittlerweile regelmäßig. »Winterstein« ging dabei immer mehr aus sich heraus. IM »Schwarz« wusste die hochwertige Sonderbeziehung gegenüber seinem Instrukteur mitunter lustig auszuschmücken, wie der Tonbandmitschnitt zeigt: »Der Weiß hat ja einen sagenhaften Papagei«, erzählte er. »Der pfeift schöne Lieder. Und Weiß erzählte mir, da kam einmal ein hoher Geistlicher zu ihm zu Besuch. Den hat der Papagei gleich begrüßt. Zu dem hat der Papagei gesagt: ›Grüß Gott‹. Der Geistliche schloss daraus wörtlich, dass er wohl in ein sehr frommes

Haus käme.« Der IM habe sich über dieses Hobby von Weiß köstlich amüsiert, hielt sein Führungsoffizier fest.

Danach referierte Baumann ausführlich die Weiß’schen Auskünfte aus dem BND. Die Kinkel-Nachfolge sei noch völlig offen, berichtete er, verschiedene Namen seien im Gespräch. »Alle Alten, die zu meiner Generation gehören, sind ja weg«, auch Eberhard Blum, ehemals Resident in London und den USA. »Einer von der unteren Kategorie ist der [Rainer] Kesselring. Der Kesselring ist ein Stiefsohn von Feldmarschall Kesselring. Der Mann ist gut. Er ist jetzt zwei Jahre im BND. Auf der Ebene der Unterabteilungsleiter sind wie Kesselring drei bis vier gute Leute. Aber die lässt der Kinkel selbstverständlich nicht hochkommen. Die bleiben immer auf der unteren Ebene hängen. Da sind schon ein paar Leute, mit denen man im BND etwas machen könnte. Wenn es zu einem Regierungswechsel kommt, dann werden CDU/CSU auf jeden Fall daran gehen, aus diesem Kreis guter Leute einige höher zu schießen.« Die Tour d’Horizon verlagerte sich auf die krisenhafte Situation der Regierung Schmidt und die Chancen dieses oder jenes Unionspolitikers, ehe Weiß in seinem Referat über die Weltlage mehr als einen Geheimnisverrat einbaute, so etwa die aktuelle Mitteilung, dass der BND sehr unter dem verhärteten Verhältnis Deutschland – USA zu leiden habe. Die Amerikaner gäben überhaupt keine Informationen über die Aufklärung im Falkland-Krieg weiter: »Wir haben von denen nichts bekommen.« Das sei eine verdammt kitzlige Lage.[350]

Die Freundschaft zwischen dem MfS-Agenten aus München-Fürstenried und dem BND-Granden in München-Untermenzing blühte auf. Zu seinem 70. erhielt Baumann einen reizenden Geburtstagsgruß, der auf die unerhörte Vitalität und Schaffenskraft des Jubilars abhob: »Selbst durch und durch Aktivist, verfolge ich mit wachsender Bewunderung Ihren vielseitigen Einsatz, der allerhöchste Würdigung verdient«, stand da geschrieben. Er sei ein Vorbild für alle, denn aus eigener Erfahrung wisse er, Kurt Weiß, »nur zu gut, dass es immer wenige sein werden, die auch in schwierigsten Situationen und schweren Zeiten Haltung und Mut bewahren. Dass Sie zu dieser kleinen Gruppe in unserem Lande gehören, sollte Sie mit Genugtuung und auch Stolz erfüllen.« Er freue sich über ihre Zusammenarbeit: »Sie können immer mit mir, dem Gleichgesinnten, rechnen!«[351]

Freund Baumann machte aus seinem Heißhunger auf Informationen, die er von einer Koryphäe wie »Winterstein« zu erlangen hoffte, keinen Hehl. Er sitze gerade an seinem militärpolitischen Jahresbericht, ließ er wissen, und nähere sich entlegeneren Regionen, »über die ich Ihre Kenntnisse benötige«. Er werde Weiß, der dazu vielleicht noch Informationen einholen müsse, demnächst in seinem Haus in München-Allach, Nähe Dyroffstraße, aufsuchen, ihm dabei einiges Interessante aus dem Verteidigungsministerium berichten und dann seine Sicht der Dinge in Empfang nehmen. Es folgte eine groteske Checkliste: »Wie steht es mit Honduras (ich erinnere mich einiger Ihrer Bemerkungen über das Land), El Salvador, Nicaragua einschließlich der Karibik (machtpolitische Einflüsse der USA und der UdSSR)? Wie ist die Lage im Südatlantik (Argentinien, Brasilien, Südafrika) zu beurteilen? Die gleiche Frage stellt sich für den Nahen Osten. Für Afrika sollte ich etwas wissen über Tschad (Einfluss Libyens), Ägypten (Zusammenarbeit mit Somalia, gespanntes Verhältnis zu Israel), Angola (gewinnen die USA dort – übrigens auch in Mocambique – an Einfluss?), Äthiopien (was ist mit dem Kampf um Eritrea? Was steht dort an Truppen bzw. Militärberatern aus den UdSSR, Kuba, DDR?). Zum Fernen Osten möchte ich mit Ihnen sprechen über China, Japan, Vietnam, Kambodscha.«[352] Zweifellos, zwei Kenner, aber mehr noch zwei von ihrer vermeintlichen Bedeutung berauschte alte Männer.

Kurt Weiß pries ihre inzwischen so positiv entfaltete Zusammenarbeit – »bei der so eindeutigen Übereinstimmung in *allem* eigentlich kein Wunder!« Er werde sich bald »mit einigen Beiträgen« bei ihm melden. Der an sich sehr erfreulichen Entwicklung nach dem Sturz von Bundeskanzler Helmut Schmidt wollte »Winterstein« noch nicht recht trauen. Die bevorstehenden Bundestagswahlen, die den politischen Wechsel bestätigen sollten, bereiteten ihm Sorge. Er erwarte harte Zeiten, setzte Weiß in seinem Handschreiben noch hinzu: »Schon beginnen, man darf es gar nicht laut sagen, die wichtigsten Amerikaner ernstlich zu zweifeln, dass es am 6.3. [1983] klappt. Sie rechnen (vor allem auch [der US-Diplomat R. Nicholas] Burns) mit der Möglichkeit einer Minderheitenregierung der SPD, toleriert von den ›Grünen‹ – CDU/CSU knapp stärkste Partei, FDP nicht im Bundestag. Genau das erhoffen auch die Sowjets! Nun muss der CDU/CSU-Propaganda wirklich mehr einfallen …«[353] Doch es ging alles gut. Die FDP kam auf 7 % der Stimmen, Helmut Kohl blieb Bundeskanzler.

Ihr Mitstreiter Franz Handlos, mit dem die beiden bereits an einem Programm für die Partei »Die Republikaner« feilten, erhielt in seinem niederbayerischen Wahlkreis mit 73,6 % noch einmal das beste Erststimmenergebnis der CSU.[354]

Auf dem Umweg über Baumann und Weiß erfuhr das MfS in ganz kurzen Abständen viel Wissenswertes.[355] »Ich kann bei Weiß nicht immer alles so schnell mitschreiben«, klagte IM »Schwarz« seinem Instrukteur sein Leid. »Und vor allem kann ich nicht immer unbedingt etwas mitschreiben, was so mehr oder weniger intime Dinge sind.« Er behielt trotzdem das Wesentliche im Gedächtnis und konnte es seinem Auftraggeber weitergeben. Zwischen Baumann und seinem Führungsoffizier entwickelte sich der folgende auf Tonband mitgeschnittene Dialog. MfS: »Bleiben wir noch bei Weiß. Wir haben schon einmal darüber gesprochen, Doktor [Baumann]. Das [fiktive französische] Büro schätzt ein – durch die ganze Organisation im BND wie Kameradschaften, Gewerkschaftsgruppen, Personalrat usw. – eine nach Meinung des Büros schädliche Verdemokratisierung des BND. Daraus folgende Frage: Welche Ziele, Umfang und Wirksamkeit haben diese Gruppen? Wie schätzt Weiß das ein?« Baumann: »Jawohl!« MfS: »Die ganzen strategischen Überlegungen im BND bei Regierungswechsel. Welche Kräfte haben bestimmenden Einfluss? Sie sagten ja z. B. letztens, dass ein großer Teil der Abteilungsleiter der FDP angehöre.« Baumann: »Ja, aber Einfluss hat nur Kinkel.« MfS: »D. h. alle die bestehenden Gruppen und Grüppchen haben keinen Einfluss im BND?« Baumann: »Nein! Nein! Weiß sagt nein.« MfS: »Was sollen dann die Gruppen? Demokratische Spielereien?« Baumann: »Ja, das ist wahrscheinlich so ein Aushängeschild. Aber ich werde mit Weiß darüber sprechen.« MfS: »Auch die politischen Gruppierungen. Welche Stärke haben die politischen Gruppen im BND? Welche Personen stehen dahinter? Sprechen Sie bitte darüber mit Weiß und fragen Sie ihn!« Baumann: »Ja, mach ich.«

Diesen Auftrag konnte IM »Schwarz« zunächst nicht erfüllen, denn sofort nach der Bestätigung von Helmut Kohl als Bundeskanzler erreichte ihn ein Handschreiben »Wintersteins«. Man werde sich an diesem Wochenende leider nicht sehen können, schrieb ihm Kurt Weiß.[356] »›Bei uns‹ überschlagen sich die Ereignisse, da muss ich als Berater und Steuermann der Jüngeren im Dienst ›dran‹ bleiben und ständig präsent

sein.« Pullachs graue Eminenz witterte Morgenluft. Die Herrschaft der Sozialdemokratie war zu Ende. Der Präsident, der ihn so demonstrativ gedemütigt hatte, war nur noch Präsident auf Abruf. Es winkte eine Restauration.

Entsprechend elanvoll und mitteilungsfreudig gestimmt war Kurt Weiß. Am 9. November des lang ersehnten Wendejahres 1982 gab er seinem Gesinnungsfreund einen umfassenden Überblick, wie der Führungsoffizier festhielt.[357] »Vorbemerkung der Quelle: Aus zahlreichen Bemerkungen und aus Aufzeichnungen, die Weiß vorliegen hatte, war zu erkennen, dass Weiß umfangreiche Kontakte zu Mitarbeitern des BND hat. Weiß hob mehrfach hervor, dass zu allen Informationen und Analysen seinerseits laufend Gespräche mit Experten des BND stattgefunden haben und stattfinden. Insofern sind die über die Quelle von Weiß erhaltenen Informationen in einem hohen Maße und zum Teil absolut Standpunkte und Einschätzungen des BND. Der subjektive Faktor ist minimiert. Weiß hat nach dem Regierungswechsel noch engere Kontakte zum und innerhalb des BND. Nach seinen eigenen wiederholten Äußerungen sind eine ganze Reihe von Mitarbeitern und Abteilungsleitern im BND jetzt Weiß gegenüber offener als vorher. So wird Weiß jetzt auch bei hochkarätigen Gesprächen einbezogen ohne allerdings Entscheidungen mitzutreffen. Daher weiß Weiß auch, dass der Blum eben ernsthaft als Nachfolger von Kinkel im Gespräch ist.« Obgleich »Winterstein« bei seinen Gesprächspartnern sein Licht ohnehin nie unter den Scheffel stellte und selten eine Gelegenheit verstreichen ließ, seine Bedeutung für den Dienst zu betonen, lagen diese Vorbemerkungen recht nahe an den Realitäten.

Es folgte ein Privatissimum des früheren Ersten Direktors über die »Situation des BND nach dem Regierungswechsel«. Es sei im Augenblick für den Dienst etwas schwierig, »hier in Bayern mit der CDU/CSU zusammenzuarbeiten«, begann er. »Es gibt zur Zeit einen handfesten Streit zwischen der Landesleitung der CSU und der Landesgruppe des CSU in Bonn«, bei dem es um die Besetzung von Regierungsposten gehe. »In der Situation gegenüber dem BND liegen die Dinge jetzt so, dass der Professor [Waldemar] Schreckenberger Leiter des Kanzleramtes ist«, ein ausgesprochen anständiger Mann, »genau wie alle anderen, die da oben sitzen. Aber er ist viel zu weich, um im BND aktiv werden zu können«. Der Dienst sei derzeit völlig verwaist, da man noch keinen neuen Präsidenten

bestimmt habe. »Es wird daran gedacht, einen Herrn Blum als Nachfolger für Kinkel zu nehmen. Blum ist seit 16 Jahren Resident in New York. Er ist 62/63 Jahre alt. Der könnte das also nur noch zwei oder drei Jahre machen. Dann geht er in Pension.« Ein Teil der Abteilungsleiter wäre mit ihm ganz einverstanden, er verstehe das Geschäft und gebe außerdem »Luft und Zeit, einen neuen Chef zu suchen«.

Anfangs sei bei der Präsidenten-Suche auch über den Politiker Werner Marx gesprochen worden, der sei aber »praktisch kaputt seit der Affäre Goliath«, er sei »sehr stark angeknackt«.[358] Man habe ihm trotzdem »die Leitung des BND angeboten. Das hat er aber abgelehnt, weil er, wenn er dort tätig ist, 10 000 Mark weniger im Monat verdienen würde. Marx hat sechs Kinder, die alle noch in der Ausbildung sind. Das könne er dann finanziell nicht verkraften.« Noch weitere Kandidaten würden erwogen, darunter Graf Stauffenberg, der frühere Mitarbeiter des BND. Ein Abgeordneter, was vielleicht »nett« aussehen würde, komme jedenfalls nicht in Frage. Die verstünden »alle miteinander nichts vom Nachrichtendienst und seiner Administration. Es gibt im BND immerhin 6000 hauptamtliche Angestellte. Das alles zu verkraften, dazu sind Abgeordnete nie geeignet.« Dann gab der aufblühende »Winterstein« noch Lagebeurteilung zu Lateinamerika, Honduras, Angola, Nah-Ost, Iran und Irak und zur Rolle der Sowjetunion im Nahen Osten ab – nach der Einschätzung Baumanns alles »absolute BND-Meinung«.

Dann kam Weihnachten. Das MfS bereitete seinem Informanten ein Geldgeschenk außer der Reihe in Höhe von 2000 DM, wobei der Führungsoffizier eigens betonte, das französische »Büro« habe ihn gebeten zu sagen, es würdige insbesondere den zu Herrn Weiß hergestellten Kontakt auf der »BND-Strecke«.[359] Zugleich verbinde Paris damit die »Erwartung, dass Sie erstens weiterhin recht gesund bleiben, dass wir beide weiterhin recht gut zusammenarbeiten und dass besonders aus dem Kontakt mit Herrn Weiß unsere Zielstellung eine Realisierung findet.« Baumann: »Jawohl!« Für die Frau Gemahlin gab es eine kleine Aufmerksamkeit. Baumann: »Jesses …« Er öffnete das Päckchen mit besonderer Sorgfalt, »sonst schimpft meine Frau. Die knüpft ja jeden Strick auf. Nix mit Messer und Schere.« MfS: »Ja, ich mach das auch mitunter gerne. Aber das macht ja jeder anders. Manche sind auch sehr ungeduldig. Die reißen das auf mit

Messer und Schere.« Baumann: »›Jaaa. Ja!‹ (IM packt mit pedantischer Mühe aus und legt das Geschenkpapier sorgfältig zusammen).«

Nach diesen Prozeduralien erzählte Baumann ohne Punkt und Komma, wie er jüngst mit Kurt Weiß und dem CSU-Abgeordneten Handlos im vornehmen Hotel Bayerischer Hof am Münchener Promenadeplatz zusammengesessen sei. Dabei habe man Pläne für die Zeit nach den bevorstehenden Bundestagswahlen geschmiedet und auch über den neuen BND-Präsidenten Eberhard Blum gesprochen: »Ich vermute, dass es dem Weiß darum geht«, berichtete IM »Schwarz« dann, »weitere Informationen zu erhalten und dann dem Blum diejenigen vorzustellen, die diese Informationen verarbeiten. Das vermute ich. Dass der Weiß dem Blum sagen wird, hier, das sind die Zwei. Der Handlos macht die Arbeit, der Baumann zeichnet dafür verantwortlich, die machen das mit dem Roten Brief. Damit der Blum genau weiß, wo das hingeht, was von ihm kommt.«

»Winterstein« funktionierte mittlerweile wie eine Auskunftei. Baumann stellte ihm Fragen, Weiß beantwortete sie oder wandte sich, wenn er nicht ganz sattelfest war, an die Kollegen in Pullach. Seine Auskünfte über die Entwicklung im BND wurden dank der neuen politischen Perspektiven immer detaillierter – ganz unwahrscheinlich, dass Weiß sich lediglich gegenüber Baumann und nicht auch gegenüber anderen Vertrauten aus dem Unionsmilieu in dieser Weise geöffnet hat. Kurz vor den März-Wahlen 1983 hatte er seinem Partei- und Gesinnungsfreund übrigens einige unschöne Details – oder Verleumdungen? – zum Verhältnis von Bundeskanzler Kohl zu seiner Büroleiterin Juliane Weber gesteckt, außerdem kommentierte er kenntnisreich Presseberichte über BND-Waffengeschäfte. Ausführlich ging Weiß auf die Lage an der Spitze des BND ein: »Blum ist weitgehend von Sozialdemokraten eingemauert«, beklagte er. »Dadurch ist er in seiner Bewegungsfreiheit beschränkt. Ich komme sehr oft mit Blum zusammen und berate ihn. Mehrmals wöchentlich telefoniere ich mit Blum. Mindestens einmal je Woche ist Blum bei mir zu Besuch.« Ein anderer BND-Mitarbeiter ergänzte gegenüber dem IM: »Blum ist über die Beeinflussung von Weiß in erster Linie durch Strauß in sein Amt gekommen, der unbedingt diesen Posten mit einem seiner Vertrauten besetzen wollte. Weiß hat dabei wesentlich mitgeholfen.« Es folgten noch einige Details von »Winterstein« über die Kommunikationswege zwischen Moskau und der sowjetischen Botschaft in Bonn sowie der Hinweis, in

Norwegen und Dänemark unterhalte der BND keine Vertretungen, in Schweden und Finnland dagegen schon.[360]

Nach den für die Unionsparteien erfolgreichen Bundestagswahlen schärfte das MfS ihrem Inoffiziellen Mitarbeiter in München noch einmal ein, welch hohe Priorität die Abschöpfung von Kurt Weiß hatte (»Wende, Lage, Situation, Strategie usw.«), und der war wahrlich ein lohnendes Zielobjekt. Als Baumann von seinem Führungsoffizier eingehend über die persönlichen Lebensverhältnisse von »Winterstein« ausgefragt wurde, wo der Pensionär denn sonst noch engagiert sei, gab er zur Antwort, nirgendwo, »er kümmert sich nur um den BND und dessen Reorganisation«. Bei diesem Treff tauchte auch schon der Name von Paul Münstermann auf, der nach der Überzeugung seines Mentors Kurt Weiß »als Vice für den Blum gut« wäre. Der BND-Präsident habe dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei Edmund Stoiber bereits einen Besuch abgestattet: »Nach dem Besuch hat Blum mir gesagt, gegenüber Strauß ist der Stoiber der wesentlich härtere Scharfmacher.« Im Vergleich zu ihm sei der Ministerpräsident »ein harmloser Knabe. Stoiber sei ungeheuer aggressiv und mache keine Kompromisse«. Für die unbedingt notwendigen Veränderungen im BND in die konservative Richtung setzte man auf Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann von der CSU.[361]

Einen Geheimnisverrat besonderer Qualität leistete sich »Winterstein«, als er die Blaupause für die Neuordnung der BND-Führungsspitze dem CSU-Renegaten Franz Handlos und späteren Vorsitzenden der Partei »Die Republikaner« überließ und dieser das Papier dann an Baumann weitergab. »So, nun kommt das Beste!«, freute sich der IM, als er seinem Instrukteur das Schema in die Hand drückte, »ich weiß nur nicht, ob Sie das lesen können. Das ist der ganze Abteilungsaufbau des BND«.[362] Baumann: »Ja, das ist wohl das Dickste, waaaas?« MfS: »Ja, Doktor, das ist gut. Ausgezeichnet! Und wann sollen diese Vorstellungen nun verwirklicht werden?« Baumann: »Ja, das mag der Teufel wissen. Die tun ja alle nix.« MfS: »Zeichnet sich noch nichts ab?« Baumann: »Oooch, da komme ich noch darauf zurück.« Die Liste führte die einschlägigen Kandidaten einschließlich ihrer Herkunft und politischen Bindung auf. Es waren »die Umsetzungsvorstellungen des BND-Präsidenten Blum in Abstimmung mit Weiß. Wer weg soll und wer neu herein.«

Neben zahllosen Informationen über die Haltung des BND zu allen möglichen Krisenherden der Welt (und zur Aufstellung sowjetischer SS 20-Raketen) sprudelte Weiß seinem Gesinnungs- und Parteifreund Baumann ausdauernd seine Stimmungsbilder aus dem Dienst entgegen, so am 28. September 1983: »Im BND herrscht eine ausgesprochen unerfreuliche Stimmung, weil sich noch immer nichts verändert hat«, begann er: »Zu mir kommen häufig vor allem jüngere Angestellte, Regierungsräte und Oberregierungsräte, die ihrem Unmut bei mir freien Lauf lassen. Ich kann aber auch nichts anderes tun, als diese jungen Leute aufzufordern durchzuhalten. Aber die sagen mir, das haben wir nun schon seit 13 Jahren exerziert und wann ändert sich nun denn was? Inzwischen hat sich herausgestellt, dass CDU und CSU gegeneinander arbeiten. Der Dr. Münstermann sollte ja Vicepräsident werden. Aber das blockt die CDU deshalb ab, weil er zur CSU gehört. Jetzt zeigt sich eben auch, dass das Eintreten von Waigel für den Blum bei Kohl – zustande gekommen durch Handlos – sich negativ ausgewirkt hat. Weil die von der CDU nach Möglichkeit niemand haben wollen aus der CSU. Denn der BND sitzt hier in Bayern in Pullach und da hat die CDU langsam Angst, dass die CSU den ganzen BND mehr oder weniger in die Hand bekommt. Für uns sind jetzt alle Mittel ausgeschöpft, mit denen man Blum helfen könnte.«[363] Fraglos wird Weiß seine Rolle und Bedeutung gegenüber seinem Partner in bestem Licht dargestellt haben, doch dass »Winterstein« jetzt wieder im Geschäft war, das litt keinen Zweifel. Nebenher erfuhr Ost-Berlin, dass Kurt Weiß am Programmentwurf für die »Republikaner« mitarbeite, auch weil er »schon ewig« gegen Strauß sei.[364]

Bei demselben Treff in Dr. Baumanns Kellerbüro ließ der IM während der Übergabe und Übernahme dokumentarischer Materialien gegenüber seinem Führungsoffizier Bemerkungen fallen, die alle aufgezeichnet wurden: »Sortieren wir mal so – erst all' das was Sie behalten können. Das ist wieder so ein Aufsatz von Weiß; hier ist noch etwas von Weiß«. MfS: »Doktor, vielleicht gleich als erstes, Sie wollten sich gestern noch eine Notiz machen zu den beiden Artikeln über den BND für das nächste Gespräch mit Weiß!« Baumann: »Ja! Gleich mal notieren.« Außerdem solle er sich beim nächsten Mal nicht nur über Stand und Tendenz eines Buchvorhabens von Kurt Weiß erkundigen, sondern auch darüber, was den früheren Ersten Direktor des BND eigentlich dazu bewöge, dem

Abgeordneten Handlos bei der Abfassung des Parteiprogramms der Republikaner unter die Arme zu greifen. Baumann: »Weiß gehört hier einem CSU-Ortsverband an, in dem sehr viele Leute drin sind, die gar nicht in dem Ort wohnen […] Das ist so eine Art Honoratiorenverband, die auch alle gegen den Strauß sind. Das [sind] viele, die der Parteigründung von Handlos positiv gegenüberstünden.« MfS: »Das heißt, dass Weiß zu Strauß auch eine gewisse Contra-Stellung hat?« Baumann: »Ja, ja! Zumindest Distanz. Zumindest eine heftige Distanz.«

Die Auslandsaufklärung der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig erntete für ihre Arbeit großes und verdientes Lob. Der stellvertretende Leiter der Hauptverwaltung A, Generalmajor Heinz Geyer, sprach seinem Genossen an der Pleiße in einem Schreiben seine Anerkennung aus: »Der IM ›Schwarz‹ gewann in den letzten Monaten einige bedeutende Erkenntnisse insbesondere zur inneren Lage im BND durch Abschöpfung jetziger und pensionierter leitender Mitarbeiter des BND. An weiteren derartigen Informationen besteht dringender Bedarf.«[365] Dieser Wunsch konnte erfüllt werden, denn Baumann (der zum Jahreswechsel 1983/84 ein weiteres Sonderhonorar von 1000 DM kassierte[366]) und Weiß ließen in ihrer Mitteilungsfreude nicht nach. Sie steigerten sie sogar noch, da es in den folgenden Jahren aus Pullach, insbesondere über die Aufwertung des Ruheständlers »Winterstein«, viel zu berichten gab.

Die kameradschaftliche Kollaboration von Weiß und »Schwarz« erlebte einen signifikanten Aufschwung, als Kurt Weiß von BND-Präsident Blum 1984 seinen Werkvertrag und damit freien Zutritt zu seiner alten Wirkungsstätte erhielt.[367] Einen noch wuchtigeren Durchbruch für die unstillbaren Ambitionen des BND-Pensionärs und damit für die Sache des Dr. habil. Gerhard Baumann brachte zwei Jahre später die Berufung von Paul Münstermann zum Vizepräsidenten (dem nach dem Regierungswechsel 1982 bereits die Leitung der Abteilung Sicherheit übertragen worden war).[368] Daran hatten neuerlich Franz Josef Strauß, Kurt Weiß und die medienbekannte CSU-Seilschaft im Dienst kräftig mitgewirkt. Auf diesem Wege verschaffte »Winterstein« sich faktisch ungehinderten Zugang zu BND-Informationen, die er in seinen politischen Kreisen großzügig zum Besten gab. Wir müssen hier freilich davon absehen, die bedeutsame MfS-Quelle im Weiteren vergleichbar breit auszuwerten – es regnete förmlich detaillierteste Informationen aus Pullach

–, sondern konzentrieren uns auf solche Berichte, die geeignet sind, unser Bild vom ehemaligen Ersten Direktor im BND zu vertiefen.

Kurt Weiß hatte Baumann also gemeldet, dass der von ihm protegierte Münstermann inzwischen zum Leiter der Abteilung V (Sicherheit) aufgestiegen sei und Blum wohl noch einige Zeit BND-Präsident bleiben würde; er suche mit ihm demnächst Minister Zimmermann auf, damit jemand von innen als Nachfolger aufgebaut werden könne.[369] Dann war wieder ein anderer Kandidat im Gespräch, der ehemalige Polizeipräsident von München, Manfred Schreiber. Dagegen wehre sich laut Weiß jedoch das Bundeskanzleramt; »das vor allem deswegen, weil Schreiber ein ganz enger Freund von Strauß ist und man dessen Position nicht stärken will«.[370] Im Jahr danach wurde klar, dass die Wahl auf Hans-Georg Wieck fallen würde. Weiß erläuterte, die Nominierung gehe auf Staatssekretär Schreckenberger im Bundeskanzleramt zurück. »Wieck ist persönlich schwierig«, fügte er hinzu. »Er ist wenig kontaktfreudig. Wieck scheint nach allgemeiner Auffassung nur mit seinem Amt verheiratet zu sein.« Der neue Präsident habe »zwar mit Nachrichtendiensten bisher nichts zu tun gehabt, aber durch seine früheren Verwendungen bzw. Tätigkeiten verfügt Wieck über ein umfangreiches internationales Wissen. Man setzt auf Erwartungen, wobei diese Erwartungen jedoch geteilt sind.«[371]

Beim nächsten Treff gab Baumann noch weitere solche Qualifizierungen an seinen Führungsoffizier weiter.[372] »Wieck ist ein irrsinniger Arbeiter«, habe Weiß ihm erzählt. »So fährt er z. B. nach Brüssel und nachts von dort mit dem Auto wieder zurück, damit er am nächsten Tag morgens um 7.30 Uhr in Pullach wieder an seinem Platz ist. Dann arbeitet Wieck in Pullach bis nachts 22.00 Uhr ohne Unterbrechung.« Dieses Tempo habe zu erheblichen internen Schwierigkeiten geführt. »Auf höherer Ebene gibt es ebenfalls Missstimmungen, denn Wieck ist sehr kleinlich. Er korrigiert Vorlagen bis auf die Satzzeichen. Wieck spricht überhaupt kein Lob aus. Er lässt auch die Mitarbeiter nicht wissen, ob er mit ihren Leistungen zufrieden ist oder nicht. Wieck lässt seine Mitarbeiter fühlen, dass er ihnen intellektuell weit überlegen ist. Aus alledem besteht zur Zeit eine angespannte Atmosphäre.« Das gelte vor allem für die Auswertung, weil der Präsident selbst so ein exzellenter Kenner der Materie sei. Bei Kinkel und Blum sei eben »alles ein bisschen großzügiger und teils auch

kumpelhaft« zugegangen; ein Gespräch mit ihm, Weiß, habe der Präsident telefonisch abgelehnt, da er noch nicht eingearbeitet sei.

»Inzwischen arbeitet Weiß weiter an der Geschichte des BND«, berichtete Baumann sodann. »Er will damit auch dem Wieck zeigen, wie der BND gearbeitet hat und was vom BND geleistet wurde.« Über diesen guten Vorsatz gelangte der frühere Erste Direktor freilich nicht hinaus, ganz abgesehen davon, dass er für eine halbwegs objektive Analyse kaum der richtige Bearbeiter gewesen wäre. Seine Präsenz in der Zentrale hatte vor allem den Zweck, »am Ball zu bleiben«, wie er gerne sagte, und Informationen einzuziehen, mit denen er dann seine Freunde in den Unionsparteien beeindrucken konnte. Dem Wieck-Porträt folgte ein kleines Kolleg über die Beziehungen des BND zum israelischen Nachrichtendienst. Beim nächsten Treff informierte der Führungsoffizier seinen IM darüber, er werde sich wohl einer Hüftoperation unterziehen müssen, woraufhin Baumann meinte, »es wäre ihm nicht angenehm, wenn für eine bestimmte Zeit dann ein Neuer käme. Wir würden ja nun schon viele Jahre zusammenarbeiten.«[373]

Bald drehte sich alles um die Besetzung der Position des BND-Vizepräsidenten. Kurt Weiß berichtete neuerlich, darauf werde auch Strauß Einfluss nehmen und sicherlich »Münstermann favorisieren, der zur CSU gehört. Allerdings wird die Chance, dass Strauß sich hier durchsetzt, als gering eingeschätzt, weil die CSU schon den Präsidenten des Bundesverfassungsschutzamtes stellt.«[374] Es kam anders. Bei der Ernennung des Vizepräsidenten sei »es erst im letzten Augenblick zu einer Wende für Münstermann gekommen«, erfuhr das MfS.[375] »Lange Zeit hat ein Verhältnis von 9:1 zu Ungunsten von Münstermann bestanden. Dann ist auf einmal das Verhältnis umgeschlagen. Sicher ist, dass [Horst] Teltschik sich für Münstermann eingesetzt hat«; auch Strauß. »Wieck hat als Präsident eine andere Lösung haben wollen. Wieck hat sich allerdings selber nicht konkret geäußert, wen er hätte haben wollen. Reaktionen von Wieck auf die Ernennung Münstermanns zum Vicepräsidenten des BND sind noch nicht erkennbar. Es hat sich wieder gezeigt, dass trotz eines starken Präsidenten die sogenannte Seilschaft im BND doch außerordentlich stark ist. Die kann sich letztens doch schon durchsetzen.«

Für »Winterstein« war das eine überaus erfreuliche Entwicklung, wie er Baumann gegenüber etwas zurückhaltend anvertraute. Er sei nun der

Einzige »von den aus dem BND ausgeschiedenen Leuten, der einen Dauerausweis für Pullach hat. ›Berater‹ [Weiß] hofft, den auch weiter behalten zu können und setzt dabei auf Münstermann, der früher unter ›Berater‹ das Pressereferat geleitet hat«.[376] Das alles gefiel »Winterstein« außerordentlich, wie er seinem Freund Baumann sogleich erzählte. Sein Verhältnis zu Münstermann sei »sehr gut«, hob er hervor, er werde ihn zum Kaffee einladen.[377] Der IM beschrieb den Beförderten als einen temperamentvollen und aktiven Gesprächspartner mit hohem Intelligenzgrad.[378]

Außerdem gab Baumann eine Einschätzung von Kurt Weiß zur »gegenwärtigen politischen Struktur« des Dienstes weiter: »Etwa 70 % der Mitarbeiter im BND gehören der CDU/CSU an oder sind Sympathisanten dieser Partei. Ein ganz winziger Teil sind SPD-Mitglieder. Ein kleiner Rest gehört zur FDP.« Die HVA verarbeitete diese Information zu einer regulären Meldung, in die sie gleich noch das ausgespähte Kennzeichen der Limousine des BND-Präsidenten und ein kleines Porträt aufnahm. Danach mache Wieck »den Eindruck eines sehr selbstsicheren und unabhängigen Denkers. Er trat souverän auf, spielte aber nicht sein überlegenes Wissen im Sinne von Überheblichkeit aus.« Er sei in seinen Äußerungen »klar als ein Gegner von Genscher« erkennbar gewesen.[379]

Immer wieder kam aufs Tapet, wie wichtig der BND-Vizepräsident für die Arbeit der beiden Senioren Baumann und Weiß war.[380] Es wäre schade, wenn Paul Münstermann an die Spitze des Bundesamts für Verfassungsschutz wechsle, meinte der IM »Schwarz« zu seinem Führungsoffizier: »Münstermann ist ein strammer CSU-Mann.« MfS: »Ja, das wird auch geschrieben, dass der Zimmermann sehr an Münstermann interessiert sei.« Baumann: »Ja, ja! … Das wäre nicht gut, wenn der Münstermann vom BND wegginge. Denn die entscheidende Verbindung von ›Berater‹ [Weiß] da in den BND, die läuft über Münstermann.« MfS: »Sie haben ja schon einmal angedeutet, dass Münstermann möglicherweise der Nachfolger für Wieck wird.« Baumann: »Ja, ja! Ja!«

Daraus wurde dann aber nichts. Der von Kurt Weiß und dem Vizepräsidenten konspirativ organisierte Informationsabfluss aus dem BND jedoch gedieh prächtig.[381] Allerdings litt die Arbeit, für die »Winterstein« Werkvertrag und freien Zutritt erhalten hatte, unter seinen systematisierten Dienstvergehen ein wenig, wie IM »Schwarz« seinem Führungsoffizier

erzählte: »Mit der Geschichte des BND ist ›Berater‹ noch nicht weitergekommen. Er arbeitet derzeit an der Krise um Gehlen in den fünfziger Jahren, die Gehlen dann endgültig gestürzt haben. Es ist nicht sicher, ob ich diesen Abschnitt bekomme, denn ›Berater‹ meinte, darin sei nichts enthalten, was ich für meine Arbeit brauchen könnte. Aber da frage ich ihn dann nach weiteren Abschnitten.« Immerhin, Gerhard Baumann besorgte seinem Instrukteur zu einigen Führungskräften des BND Hochglanzbilder, die ein Foto-Meisterbetrieb angefertigt und in feinem Bütten gerahmt hatte.[382]

Baumann leitete immer wieder BND-Materialien an seinen Instrukteur weiter, die ihm Kurt Weiß überlassen hatte, so etwa Ende September 1987.[383] MfS: »Was ist das?« Baumann: »›Das sind Analysen aus dem BND, die ich von ›Berater‹ bekommen habe.‹ (Siehe Fotokopien).« MfS: »Ich will einmal kurz durchsehen (Durchsicht). Also das sind drei Analysen aus dem BND, die Sie von ›Berater‹ bekommen haben.« Baumann: »Ja!« MfS: »Wer diese Analysen im BND gemacht hat, wissen Sie nicht?« Baumann: »Nein! Das weiß ich nicht! […] Und hier habe ich dann noch vier SWP-Studien [Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen].« Es blieb nicht dabei. Welche Einschätzung Pullach eigentlich zum Honecker-Besuch habe? MfS: »Und dann natürlich auch bei ›Berater‹ wie immer zur Lage im BND. Stimmungen und besonders die Lage um Wieck.« Baumann: »Ja, ja!« MfS: »Und wie Sie mehrmals angekündigt hatten, die Kaffeerunde bei ›Berater‹ mit Münstermann?« Baumann: »Ist immer noch nicht.«

Zwei Tage später erfolgte der nächste Treff. Am Vortag hatte IM »Schwarz« Kurt Weiß besucht und einige Ausbeute mit nach Hause gebracht. Denn »Winterstein« gab ihm überreiche Auskunft über die »Einschätzung des BND« zum Besuch Honeckers in der Bundesrepublik (»von vornherein absolut gegen den Besuch«), zu Gorbatschow (habe »eindeutig Widerstände zu überwinden«), zum möglichen Nachfolger von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (»Schäuble«?), zum Verhältnis der Bundesregierung zu den arabischen Staaten (»keine Waffengeschäfte«), zu einem deutsch-französischen Verteidigungsrat (»recht vage«), zum deutsch-französischen Militärmanöver »Kecker Spatz« in Süddeutschland (»Wieck mit dabei«) und zu den Grünen (Otto Schily »zur SPD«?). Ein anderer Gesprächskontakt des MfS im BND (»Zange«), der letztlich aber nicht als IM zu gewinnen war[384] – blaue Augen, immer

leger gekleidet, »nicht so fett wie Kohl«, im Zeichen der Jungfrau geboren – bestätigte, Kurt Weiß »habe im BND nach wie vor großen Einfluss. Würde bei seinen regelmäßigen Besuchen im BND fast immer mit dem Präsidenten Wieck konferieren. Bei diesen Gesprächen sei in der Regel auch Münstermann immer dabei.«

Bei einem dieser Treffen besprachen sich Weiß und Wieck unter vier Augen über Angelegenheiten des Dienstes. Anlass war ein kritischer Bericht des *Spiegels* über den BND-Präsidenten, der anscheinend »mit Egozentrik und forschem Gehabe das Arbeitsklima des Dienstes gefährde«.[385] Die HVA verfertigte nach Konsultation mit Dr. Baumann eine vierseitige Meldung dazu.[386] Da »Winterstein« Pensionär sei, vertraue Wieck ihm »ganz rückhaltlos«. Wieck sei davon überzeugt, dass der böse Artikel (von dem der BND schon zwei Wochen vorher Kenntnis erhalten habe) aus der Regierungszentrale inspiriert worden sei. Er fühle sich »wegen der persönlichen Verunglimpfungen tief getroffen«, habe sogar an Rücktritt gedacht. Staatssekretär Schreckenberger sei jedoch eingeschritten, da die Regierung sich an vielen Fronten in Schwierigkeiten befinde und einen Rücktritt »derzeit nicht verkraften« könne. Weiß habe für manches unbedachte, ja herrische Gebaren Wiecks wenig Verständnis. Als überragender Intellektueller übersehe er schlicht Dinge, »die für ihn zu weit unten liegen«. Daraus entstünden »Missstimmungen, die sich dann mit den Missstimmungen im Kanzleramt verbinden und so zu einem ›dienstinternen Feindclub‹ werden«. (Wer zu dem angeblichen »Club« gehörte, konnte Weiß nicht sagen.[387]) Es folgten zahlreiche Beispiele für die an sich gute Aufklärungsarbeit, aber auch für die damit provozierten Differenzen mit einigen Mitgliedern der Bundesregierung, namentlich mit Außenminister Genscher. Die Leichtsinnigkeit, Geschwätzigkeit und Renommiersucht »Wintersteins« sogar einer nicht eben überragenden Figur wie Gerhard Baumann gegenüber bescherte dem Staatssicherheitsdienst der DDR ein Feedback aus dem BND bis zur Spitze hinauf, wie er es sich nicht besser wünschen konnte.

IM »Schwarz« hatte seinem Führungsoffizier nicht ohne Grund eröffnet, dass Kurt Weiß »ihm alles sagt und er mit ihm über alles sprechen kann«.[388] Bei einem der Treffs wurde er beinahe sentimental.[389] Baumann: »Das hier ist ein lieber Brief von ›Berater‹ (siehe Fotokopie).« MfS: »Was schreibt er denn Schönes?« Baumann: »Jaaa, der schreibt sehr nett.« MfS: »(Lesend)

Sehr gut! Ist ja wirklich nett, wie er schreibt.« Baumann: »Jaaa, ja! Können Sie sehen daran, was ich für eine gute Zusammenarbeit mit ›Berater‹ habe.« MfS: »Ja! Aha! Er schätzt auch Ihre Informationen an ihn recht gut ein!« Baumann: »Jaaa!« MfS: »(Weiterlesend) Das hier finde ich gut: … ein unverzichtbarer Vertrauensmann des Dienstes … Finde ich ja hervorragend.« Baumann: »Ja! Jaaaaa! Das ist doch was!« MfS: »Kann ich diesen Brief mit ablichten, Doktor?« Baumann: »Ja, ja! Dürfen Sie auch!« In diesem Schreiben hatte Kurt Weiß resümierend festgehalten, dass er BND-Informationen Baumann des Öfteren »›weitergeben‹ konnte. So sind Sie bis heute ein ›stiller‹, nicht registrierter, aber unverzichtbarer Vertrauensmann des Dienstes geblieben.«

Einige Wochen später setzte der IM noch eins drauf. Er habe eine »ganz gute Sache gemacht«, »etwas ganz Schnuckeliges«, brüstete er sich, das sogar den Chef des »Deuxième Bureau« interessieren werde.[390] MfS: »Ja? Ich lasse mich überraschen, Doktor!« Baumann: »So sieht das aus! (IMS zeigt) Da oben ist die Geheimnummer rausgeschnitten. Hat ›Berater‹ in meinem Beisein gemacht. Das also habe ich von ›Berater‹.« MfS: »Aha! (ansehend) Das heißt …« Baumann: »Das hat der Vizepräsident des BND Münstermann für Strauß gemacht (siehe Fotokopie).« MfS: »(Überlegend) Scheint ein interessantes Papier zu sein!« Baumann: »Jaaaaa! Das ist doch wohl was??!! Na??? Dann hier, die offizielle Analyse und Stellungnahme des BND zu einer Pressemeldung (siehe Fotokopie).« MfS: »Ja! Ich sehe! Auch gut, Doktor, mein erster Eindruck.« Baumann: »Und hier ist wieder ein Teil aus der Arbeit des ›Berater‹ zur Geschichte des BND (siehe Fotokopie). Das ist der Geschichtsteil zu den Anfängen unter Gehlen. ›Berater‹ macht ja immer einzelne Abschnitte.« MfS: »Gut, Doktor! Kann ich das so behalten?« Baumann: »Nein! Das müssen Sie auch ablichten.« MfS: »Gut! Dann gebe ich Ihnen das dann auch morgen wieder zurück.«

Inzwischen machten sich die ersten Krisenerscheinungen im Heimatland des Führungsoffiziers von IM »Schwarz« bemerkbar. Kurt Weiß erläuterte seinem vertrauten Gesprächspartner die Sicht des BND dazu: »Die Lage in der DDR sei stabil. Es gäbe in der DDR keine wirksame Opposition. Bei allen im Westen, insbesondere in der BRD, herausgestellten Aktionen handele es sich jeweils nur um einige hundert Personen. Eine Bedrängnis des Regimes gäbe es in der DDR nicht. Der Staatssicherheitsdienst unter

Mielke habe die Lage in der DDR voll im Griff.« Wie es in der Sowjetunion weitergehe, sei allerdings noch nicht entschieden.[391]

Anfang Oktober 1988, am Todestag von Franz Josef Strauß, saßen Gerd Baumann und Kurt Weiß wieder einmal zusammen und besprachen Themen gemeinsamen Interesses, als BND-Vizepräsident Münstermann anrief, der eigentlich mit dem Ministerpräsidenten verabredet gewesen sei.[392] Der MfS-Führungsoffizier ermunterte seinen IM, gerade jetzt weiter enge Fühlung mit »Winterstein« zu halten. Der sagte, nun werde wohl die Vaterfigur Max Streibl bayerischer Ministerpräsident werden, Gerold Tandler und Edmund Stoiber hätten »zu wenig Freunde in der CSU«; Theo Waigel sei in Bayern nicht bekannt genug. Seine inzwischen vorliegende Geschichte des BND werde wohl nicht veröffentlicht werden, sagte Weiß noch, weil Präsident Wieck, selbst Historiker, dagegen sei, denn darin müssten doch Fälle und Namen genannt werden. »Das aber sei aus sehr vielen Gründen einfach unmöglich.« Dann erzählte er Baumann, wie schwierig es für den Dienst sei, in die DDR einzudringen, die Führungsgremien seien »total abgeschirmt. Auch eine elektronische Aufklärung sei nicht mehr möglich«. Ganz gegen seine eigene Praxis machte Kurt Weiß seinem Freund auch gleich noch weis, das »Hinaustragen von Dokumenten« werde vom BND inzwischen durch entsprechende Kontrollen verhindert. Dann der besonders dankenswerte Hinweis zur Lage in der DDR: »Eine Unterstützung der Opposition in der DDR gäbe es nicht«, versicherte Weiß, »weder materiell noch ideell, weil dabei nichts herauskomme. Auch eine spezielle Kontaktpflege zu den Kirchen gäbe es nicht. Die Kirchen würden für den BND ebenso wenig genutzt wie andere Oppositionsgruppen, weil sich das als wenig ergiebig herausgestellt habe.«

Das Jahr 1988 endete, das Jahr 1989 begann für Gerhard Baumann wie für Kurt Weiß in der üblichen Verratsroutine. »Winterstein« übergab noch vor dem Jahreswechsel Material aus dem BND an den IM und der reichte es seinem Instrukteur weiter; ein letztes Mal gab es ein Weihnachtspräsent, das diesmal aber erst an Heiligabend geöffnet werden durfte (plus 500 DM), ein letztes Mal auch herzliche Dankesgrüße vom Chef in Paris;[393] der IM »machte einen gesunden und agilen Eindruck«. Weiß hatte gesagt, Honecker »habe die Ordnung fest in der Hand«, die Situation in der CSU sei »sehr positiv«, Waigel mache eine gute Figur als neuer Vorsitzender. Zu Jahresbeginn überließ »Winterstein« dann wieder Unterlagen, die insofern

interessant waren, »als da eben«, wie Baumann sagte, »die Verbindung zwischen dem BND und dem bayerischen Ministerpräsidenten deutlich wird«. MfS: »Sehr gut, Doktor. Dann lichte ich das ab und gebe es Ihnen morgen zurück.«[394]

Kurt Weiß übergab seinem Partei- und Gesinnungsfreund von der CSU auch ein Manuskript. Es war eine Auftragsarbeit des BND an Hans Wagner, den früheren Chefredakteur der Illustrierten *Quick*, mit dem »Augstein diskreditiert und möglichst vernichtet werden« sollte. »Das ganze Hintergrundmaterial stamme aus dem BND«, erläuterte Weiß, »der an der Beseitigung Augsteins aus der Publizistik interessiert sei, weil er dem Dienst oft schweren Schaden zugefügt habe«. Der Verlag Hase & Koehler (wo die Gehlen-Memoiren erschienen waren) habe ihm das Manuskript Wagners zugeschickt, weil er es im Auftrag des Dienstes prüfen solle. Er befürworte es aber nicht, weil diese »Arbeit den Augstein nicht aus dem Sattel hebe«; Baumann solle bitte ebenfalls einen Blick hineinwerfen. Das habe er getan und sei zum gleichen Ergebnis gekommen wie Weiß: »Erstens mal stehen da sehr viele Sachen drin, bei denen man wissen kann, dass das der Autor nicht selber eruiert hat. Also muss er irgendwo Quellen gehabt haben, und die stammen aus dem BND.« Es wäre sehr bedenklich, wenn Pullach sich mit dem zum Teil sehr schnoddrig geschriebenen Pamphlet identifiziere; »das Material selbst ist hochinteressant«. Der Führungsoffizier nahm eine Kopie nach Ost-Berlin mit.

BND-Präsident Wieck liege weiterhin im Konflikt mit Staatssekretär Schreckenberger, so weiter, den »er nicht anerkenne und deshalb gerne übergehe«; die zuständige Abteilung VI ignoriere er ganz. Inzwischen habe sich bereits Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble als Krisenmanager einschalten müssen. Wie lange das noch gut gehe, sei unklar, zumal sich »nirgends ein Staatssekretärsposten für Wieck« abzeichne. (Er wurde dann Botschafter in Indien.) Paul Münstermann, fügte dessen persönlicher Lobbyist »Winterstein« noch an, sei als Nachfolger prädestiniert; auch »der Dienst« hoffe das. Abträgliche Presseberichte gegen ihn seien »reine Verleumdung«. Er habe zusammen mit ihm einen Artikel erarbeitet, der im März in der *Welt* erschienen sei und die Sachlage richtig wiedergebe.[395]

Beim nächsten Zusammentreffen erfuhr das MfS von seinem IM, dass »Wintersteins« Hund seinem Papagei so in den Kopf gebissen habe, dass nun der Schnabel kaputt sei und der phantastische Vogel kaum noch

sprechen könne. »Ja, und der Papagei wird nun künstlich ernährt.«[396] Dem kleinen Enkel von Kurt Weiß gehe es auch schlecht; zu allem Überfluss noch die gemeine Kampagne gegen den BND-Vizepräsidenten. Er habe seinen Partner also leider nicht zu ihrem regelmäßigen Gedankenaustausch treffen können, bedauerte Baumann. Auch er, im 77. Lebensjahr, kränkelte. Sein Führungsoffizier redete sogleich auf ihn ein. Eine Altersgrenze kenne man nicht, versicherte er, erst recht nicht wenn man so lange so gut zusammengearbeitet habe; der IM habe das dankbar angenommen, notierte er für Leipzig. Leider funktioniere es momentan aber »gar nicht so recht mit ›Berater‹«, musste Baumann melden.[397]

Es sammelte sich dann aber doch wieder einiges an. Wieck werde wohl gehen, erzählte Kurt Weiß. Münstermann, der stets als Nachfolger gehandelt worden sei, stehe leider wegen der Angriffe in der Presse unter Druck. Er befürchte, »dass wegen der Schmutzkampagne gegen Münstermann jetzt Bedenken gegen Münstermann geäußert werden und die Politiker wieder jemand von außen heranholen«. Obwohl er den BND-Vize berate und für ihn eine »Ablenkungskampagne entworfen« habe, werde es immer schwieriger, etwas für seinen Freund zu erreichen.

Im Sommer 1989 lebte der Kontakt Baumann-Weiß noch einmal kurz auf. »Winterstein« übergab Unterlagen aus dem BND und versprach, IM »Schwarz« bei einer Ausarbeitung über Gorbatschow zu unterstützen: »›Berater‹ hat mir gesagt, dass er mir helfen will und mich eventuell auch mit dem Chef der Auswertung im BND in Verbindung bringen will.«[398] Außerdem habe er sich wieder einmal sehr ausführlich mit Kurt Weiß unterhalten, der von der Affäre Münstermann sehr mitgenommen sei. (»Die sind eng befreundet! Die verkehren auch familiär untereinander.«)[399] Er gebe ihm für eine Nachfolge Wiecks keine sonderliche Chance mehr. Der Materialaustausch litt darunter jedoch nicht. Er habe mit »Winterstein« telefoniert, berichtete Baumann seinem Führungsoffizier: »Ich bin am Montag wieder bei ihm. Betreffs meiner Studie hat ›Berater‹ meine Fragen zusammengestellt und dem Münstermann gegeben. Münstermann gibt nun meine Fragen von sich aus dem zuständigen Abteilungsleiter. Der soll dann meine Fragen beantworten. Das kriegt dann der Münstermann, der gibt das dem ›Berater‹ und ›Berater‹ gibt es dann mir« – ganz einfach. Allerdings dränge die Ehefrau den BND-Vizepräsidenten, der den verstorbenen CSU-Chef Franz Josef Strauß häufig »schriftlich und in persönlichen

Gesprächen« informiert habe, »den ganzen Krempel hinzuschmeißen. Finanziell habe es Münstermann nicht nötig. Seine Frau habe ein großes Anwesen, mehrere Häuser in München, sie sei nach Meinung von ›Berater‹ sehr reich«. Dann nannte Weiß noch einige leitende Mitarbeiter in Pullach mit Klar- und Decknamen. Bald darauf erkrankte IM »Schwarz« erneut.

In der zweiten Septemberhälfte, in der DDR brodelte es bereits ordentlich, machte der MfS-Führungsoffizier seine 169. Reise zu Dr. Gerhard Baumann im »Operationsgebiet«. Sie schlug beim Staatssicherheitsdienst mit etwa 5000 DM zu Buche. Im Hinblick auf den BND lohnten sich die »traditionsgemäß in einer lockeren und aufgeschlossenen Atmosphäre« verlaufenden Treffs nicht mehr recht, da der Kontakt von »Schwarz« zu »Berater« ein wenig lahmte.[400] Einige von Weiß kolportierte Einschätzungen Pullachs zu Israel, zu Gorbatschow (»nicht mehr so konkret kämpferisch wie bisher«), zur ČSSR (»von unten her immer mehr aufgeweicht«) und zur Lage in der DDR konnte der MfS-Offizier gleichwohl mit nach Leipzig nehmen: die Einschätzung etwa, Honecker sei »perfekt abgesichert. Die Partei sei homogen. Auch die Kirche arrangiere sich letzten Endes mit Honecker. Echte Flüchtlinge gäbe es nicht, nur solche, die persönliche Probleme hätten.«

Die friedliche Revolution begann allerdings über das »Deuxième Bureau« und seinen treuen Agenten Gerhard Baumann hinwegzugehen. Ende Oktober 1989 lag die SED zwar schon in Agonie, doch man traf sich noch in gewohnter Form.[401] Der einstige Verbündete von »Schwarz« und Weiß, Franz Handlos, war mittlerweile vollends abgedriftet und befasste sich vor allem mit seiner Zweimonatsschrift »Mein schönes Tirol«. Das interessierte das MfS nicht, eine Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung zu einem Symposium, wo der IM wieder Fotos der Teilnehmer schießen sollte, schon eher. Die Staatssicherheit erfuhr über Baumann auch von einem Besuch des CIC in Pullach. Im Oktober seien Vertreter des Abschirmdienstes der U. S. Army zu einem Gespräch dagewesen, an dem der BND-Präsident, sein Stellvertreter und er selbst teilgenommen hätten, berichtete Kurt Weiß: »Die wollten Auskünfte über die Geschichte des BND haben.« Sie hätten »den Vorwurf erhoben, dass Gehlen die Amerikaner in eine antisowjetische Haltung gedrängt hätte, dass deswegen Gehlen für den Kalten Krieg verantwortlich sei. Die Amerikaner würden dem BND vorhalten, dass Gehlen damals Nazis eingestellt habe. Aber das

hätten die Amerikaner ja damals auch gewusst.«[402] Offenbar lebte der traditionelle Unmut über die Organisation Gehlen bei einigen in den oberen Rängen des CIC fort.[403]

Gerhard Baumann wartete bei diesem Treff mit einem nur schwach verklausulierten Offenbarungseid auf. Gesprochen habe er leider mit niemandem, bekannte der IM. Nach einer Herz-Untersuchung sei er »ausgesprochen müde, schwach«. Zu Kurt Weiß, so sein Instrukteur, habe man dieselben Fragen (»Innere Lage und Stimmung im BND«) wie immer, dazu, ganz wichtig, die Einschätzung zur Entwicklung im Ostblock und zu Überläufern aus der DDR: »Soll ich Ihnen diese Fragen noch einmal wiederholen?« Ja, vielleicht besser. Einen wichtigen Termin habe er auch verschusselt: »Zwei Tage vorher fiel mir dann ein, dass meine Frau ja da gerade Geburtstag hat. Mein lieber Mann!« (Anhaltendes Lachen).

In den Unterlagen der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung XV, findet sich auch noch eine Meldung, die auf einem persönlichen Gespräch zwischen Baumann und Weiß Ende November basierte.[404] »Winterstein« berichtete von seinen Eindrücken und Unterredungen in Pullach: »Aufgrund der hohen Zahl der Übersiedler aus der DDR hätte der BND jetzt genügend zu tun und würde sich einen umfassenden Überblick über die Lage in der DDR verschaffen bzw. erarbeiten. Über die Entwicklung in der DDR sei der BND nicht überrascht gewesen. Wohl aber über die Schnelligkeit und den Umfang der Veränderungen. Der BND habe gewusst, dass Gorbatschow der SED-Führung bei seinem Besuch in Ostberlin eine Standpauke gehalten habe und dass daraus dann Konsequenzen gezogen würden. Vor allem sei nicht bekannt gewesen, dass das Politbüro beschlossen hatte, Honecker zu stürzen. Das sei ganz kurzfristig erfolgt.« Am Tage dieser HVA-Meldung, 4. Dezember 1989, begannen Oppositionelle die Bezirksverwaltungen des Staatssicherheitsdienstes unter ihre Kontrolle zu bringen. Seit dem frühen Abend drangen Demonstranten in die »Runde Ecke« in Leipzig ein.

Zum Jahreswechsel 1989/90 antwortete der stets charmante Kurt Weiß seinem Partner im Verrat, mit dem ihn nun schon seit zehn Jahren ein fruchtbares Arbeitsverhältnis verband, auf seine guten Wünsche hin. Auch für ihn, so schrieb er, seien »die vertrauensvollen Gespräche und Ihre große Erfahrung von großem Wert. So soll es 1990 weitergehen!«[405] Das erfüllte sich dann nicht recht, denn mit der Gesundheit seines Vertrauten ging es

weiter bergab[406] – bis zu dem Knall, der »Winterstein« in den Ohren dröhnte, als er erfuhr, wem er seine exklusiven Informationen und die geheimen Dokumente aus dem BND anvertraut hatte!

»Wintersteins« Ende und der Sturz des BND-Vizepräsidenten

Wir sind den Dingen ein wenig vorausgeeilt, um die Liaison dangereuse von Gerhard Baumann und Kurt Weiß im Zusammenhang darzustellen. Wir kehren zunächst noch einmal kurz in die Siebziger zurück, als Paul Münstermann noch nicht Vizepräsident war und die Freunde der Union im BND – speziell Kurt Weiß – viel zu leiden hatten. Nun, das enge Verhältnis Reinhard Gehlens zum CDU-Vorsitzenden Adenauer und zu dem in der Partei ebenfalls einflussreichen Hans Globke[407] gehörte während der fünfziger Jahre in informierten Kreisen zum Basiswissen. Auch über die Existenz einer »CSU-Seilschaft«[408] im BND erging sich die Presse gelegentlich, Konkretes vermochte sie jedoch selten mitzuteilen. Pullachs Liaisons mit den Unionsparteien werden tatsächlich nie mehr vollständig aufzuklären sein, doch haben wir im Falle von Globke oder Marx auf Seiten der CDU, auf Seiten der CSU bei Guttenberg oder Strauß dank der geheimdienstlichen Überlieferung klare Konturen erkennen können; am deutlichsten im Verratsfall Baumann. Interne Nachforschungen der Sicherheitsabteilung des BND in den neunziger Jahren ergaben nämlich, dass sich an diesen parteipolitischen Liaisons bis in die Achtziger hinein nichts geändert hatte.

Bei diesen Untersuchungen kam heraus, dass 1974 etwa ein Dutzend leitende Mitarbeiter in Pullach einen »Freundeskreis der CSU im BND« gebildet hatten, zu dem auch Kurt Weiß und Paul Münstermann gehörten.[409] Die Präsidenten Kinkel, Blum und Wieck seien diesem Zirkel wohlwollend gegenübergestanden, hieß es weiter. Mit Billigung Kinkels und »Wissen der CSU-Führungsspitze habe man an der Meinungsbildung zur Personalpolitik im BND teilhaben wollen«, gab ein Zeuge aus diesem Kreis zu Protokoll. Dafür habe man sich eine »›Geschäftsordnung‹ gegeben, insbesondere um die notwendige Informationsbeschaffung und Einbringung der Einzelbeiträge durch die Mitglieder des Kreises in geordneten Bahnen zu halten.« Eines der »Trefflokale« sei die Traditionsgaststätte »Hundskugel« in der Münchener Altstadt gewesen. »Herr Weiß nahm die Beiträge und Wünsche der Mitglieder entgegen, sichtete und stellte sie zu Ergebnissen zusammen, um sie sodann Dr. Münstermann als ›Sprecher‹ der Gruppe auszuhändigen.« Die CSU-Gruppe hatte sich auf ihn »als führenden

Kandidaten für eine spätere Spitzenfunktion« festgelegt.[410] Anfangs war der Vizepräsident in spe einigen Gruppenmitgliedern als zu schwach erschienen, »um die Interessen der CSU in Bonn durchzusetzen. Daher kam Ärger und Unzufriedenheit auf.« Weiß konnte diesen Unmut jedoch durch intensiven Lobbyismus auffangen und besänftigen.

Bei einigen Christsozialen im Freundeskreis löste die Beobachtung, mit welch ungenierten Methoden »Winterstein« sich sogar noch als Pensionär Zugang zu BND-Informationen verschaffte, »großen Ärger« aus, da dies »nicht mehr von der Geschäftsordnung gedeckt« sei. Die Bedenklichkeiten verflogen aber dann doch, weil nach der überwiegenden Meinung in der CSU-Gruppe »›Paule‹ dem ›Winni‹ sowieso beschaffe, was er brauche«. In dem Bericht der Sicherheit war dann noch »von der Übermittlung großer Kuverts mit der Aufschrift ›KW‹ (für Kurt Weiß) die Rede. Die Formulierung ›Paule an Winni‹ oder ›Senior an Paule‹ habe die Runde gemacht. Herr Weiß sei ›ohne Hemmungen‹ in diverse Bereiche des BND gegangen, um Informationen zu erhalten nach dem Motto: ›Wenn ich es nicht von dem bekomme, gehe ich zu Paule, von dem ich sowieso alles bekomme.«

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsabteilung sei den Gesinnungsfreunden außerdem bekannt gewesen, dass »Winterstein« in seinem Privathaus in Untermenzing »ein Archiv angelegt habe. Auf entsprechende Frage habe er einmal auf die diebstahlsichere Verwahrung aller Unterlagen hingewiesen.«[411] Andere BND-Mitarbeiter bestätigten das Untersuchungsergebnis zu der Seilschaft im Nachrichtendienst, die sich ab und an auch in einem populären Ausflugslokal in Hinterbrühl nahe Pullach traf.[412] 1986, als Paul Münstermann dann tatsächlich zum Vizepräsidenten des BND aufstieg, fiel der Freundeskreis auseinander. Er hatte sich selbst überflüssig gemacht, denn die Unterstützer des Vizes wie die CSU wussten jetzt ein engagiertes Parteimitglied in der Führungsspitze des Nachrichtendienstes.

Ein Mitglied des CSU-Freundeskreises, der über die »konservative Liste« in den BND-Personalrat eingezogen war und sich mit Kurt Weiß des Öfteren privat getroffen hatte, klagte, der vom seinerzeitigen sozialdemokratischen Vizepräsidenten Blötz auf ihn ausgeübte persönliche Druck habe ihn dazu bewogen, »sich Schutz bei einer Partei (CSU) zu suchen«. Das sei der eigentliche Auslöser für die Bildung des

»Freundeskreises der Union« gewesen; die Parlamentarische Kontrollkommission habe Kenntnis davon gehabt. Nach der politischen »Wende« 1982 habe man einmal auch den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Carl-Dieter Spranger (CSU), in der Runde willkommen heißen können. Gesprächsthema an solchen Abenden seien meist »anstehende Personalentscheidungen bei Spitzenbesetzungen im BND« gewesen.[413]

Die eingehenden dienstinternen Nachforschungen des BND brachten weitere Einzelheiten ans Licht. So sagte ein Mitglied des CSU-Kreises aus, die Bildung des Zirkels (der mitunter auch in einer Anwaltskanzlei in der vornehmen Briennerstraße getagt habe) sei mit dem früheren CSU-Generalsekretär und Strauß-Vertrauten Friedrich Zimmermann abgesprochen gewesen, der allerdings eine gewisse Animosität gegen Weiß habe durchblicken lassen; womöglich wegen unguter Erinnerungen an die *Spiegel*-Affäre. »Winterstein« sei auf Drängen Münstermanns einbezogen worden, weil man, wie der Befragte aussagte, auf dessen Verbindungen und analytische Fähigkeiten nicht verzichten könne. Dieser Zeuge erklärte zudem, er halte die These, dass die Seilschaft der Christsozialen Münstermann zum Vizepräsidenten »›gemacht‹ hätte, keinesfalls für übertrieben«.[414] Der Führungsoffizier von Gerhard Baumann hielt aus einem Treff-Gespräch mit »Schwarz« fest, sein IM habe in der Hanns-Seidel-Stiftung gehört, bei der Entscheidung über die Vizepräsidentschaft sei es »erst im letzten Augenblick zu einer Wende für Münstermann gekommen«. Horst Teltschick, Ministerialdirektor und stellvertretender Leiter des Bundeskanzleramts, habe sich, wie oben schon erwähnt, für ihn ausgesprochen; »von Anfang an hat sich Strauß für Münstermann eingesetzt, weil Münstermann zur CSU gehört. Wieck hat als Präsident des BND eine andere Lösung haben wollen […] Es hat sich wieder gezeigt, dass trotz eines starken Präsidenten die sogenannte Seilschaft im BND doch außerordentlich stark ist. Die kann sich letzten Endes doch schon durchsetzen …«[415]

Paul Münstermanns Berufung war insbesondere aus der Perspektive von Kurt Weiß ein Volltreffer. Sie erleichterte »Winterstein« in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Fütterung von CDU und CSU (und MfS) mit eingestuften Materialien und Informationen wesentlich und nahm nun die Form einer wohldurchdachten nachrichtendienstlichen Operation an.

Voraussetzung für »Wintersteins« Geheimnisverrat in Permanenz waren auch seine Präsenz in der Zentrale und dort die ausgedehnten Gespräche mit seinen ehemaligen Kollegen, vor allem aber seine symbiotische Beziehung zum neuen Vizepräsidenten, seinem Ziehkind Münstermann alias »Dr. Heidegger«. Dieser kannte Baumann nur ganz flüchtig. Bei einem »Strategie-Symposium« der Hanns-Seidel-Stiftung im Münchener Luxushotel Vier Jahreszeiten war er ihm von Weiß in einer Kaffeepause kurz vorgestellt worden. Unter vier Augen habe »Winterstein« hinterher gesagt, Baumann sei ein »staatstragender politischer Publizist mit den besten Beziehungen zum Bundesministerium der Verteidigung, zur CDU/CSU und zu anderen staatstragenden Institutionen«.[416]

Anfang der neunziger Jahre drehten die Bundesanwaltschaft und die BND-Sicherheitsabteilung in der im Folgenden zu untersuchenden Münstermann/Weiß-Affäre jeden Stein um. Die Zeugenaussagen von Mitarbeitern im Stab des Vizepräsidenten und die (noch vor der Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes beigezogenen) MfS-Akten zu IM »Schwarz« fügten sich zu einem eindeutigen Bild. Als Kronzeugen entpuppten sich der Persönliche Referent und die Vorzimmerdame des Vizepräsidenten.[417] Andere Behördenmitarbeiter berichteten, der frühere Erste Direktor des BND habe sich auf dem Pullacher Gelände frei bewegt und beinahe jeden Mitarbeiter, von dem er Interessantes zu erfahren hoffte, ins Gespräch gezogen.

Dabei habe »Winterstein« nicht immer seinen verbindlichen Charme gezeigt, Korpsgeist, d. h. Kumpanei jedoch wie immer über Dienstpflicht und beamtenmäßige Haltung gestellt. Ein ehemaliger Kollege, ebenfalls Mitglied im CSU-Freundeskreis des BND, den er um Material aus seinem Arbeitsgebiet angegangen hatte, wusste zu erzählen, was ihm widerfahren war, als er dieses Ansinnen zurückwies: »Daraufhin sei es zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen«, vermerkt das Befragungsprotokoll, »in deren Verlauf Herr Weiß ihm Illoyalität gegenüber ihm und Dr. Münstermann vorgeworfen habe. Dabei habe Herr Weiß auch geäußert, im Gegensatz zu Herrn ›Frundsberg‹ unterstützten ihn, Herrn Weiß, viele Mitarbeiter.« Mit Blick auf den Vizepräsidenten schimpfte »Winterstein« weiter, dass der Persönliche Referent Münstermann sogar »unter Gefährdung seiner beruflichen und persönlichen Karriere vor Schaden bewahrt« habe; dabei handelte es sich um den sogenannten Indonesien-

Vorgang, eine ganz und gar nicht jugendfreie Sause des Vizes.[418] »Frundsberg« gab dann noch an, er selbst habe für Weiß keine Botendienste erledigt, allerdings in dessen Privatwohnung »auf dessen Schreibtisch ein Streng-Geheim klassifiziertes Schreiben gesehen«.[419]

Die Darlegungen aus der unmittelbaren Umgebung des Vizepräsidenten sind ähnlich detailliert, aber noch farbiger. Münstermanns Persönlicher Referent gab an, gleich nach seinem Dienstantritt sei für ihn erkennbar gewesen, dass zwischen seinem Chef und Kurt Weiß »intensive Kontakte bestanden. Diese fanden in der Dienstunterkunft des Vizepräsidenten und in Form von Mittagessen in Restaurants in der näheren Umgebung der Zentrale statt. Grundsätzlich fanden die Besprechungen Vizepräsident/Weiß unter ›vier Augen‹ statt; ich war meist nur anfangs kurzfristig anwesend. Meine Aufgabe bestand vornehmlich in der Bereitstellung von Unterlagen, die Weiß benötigte. Hierzu hatte mich Herr Dr. Münstermann zu Beginn meiner Tätigkeit als ›Persönlicher Referent‹ angewiesen, Herrn Weiß ›die Unterlagen auszuhändigen, die dieser benötige‹. Dies geschehe im Einvernehmen mit Präsident Wieck, der über diesen Weg die bekannt guten Pressekontakte von Weiß zu einer für den Bundesnachrichtendienst positiven Berichterstattung nutzen wollte. Herr Präsident Wieck hat mir eine entsprechende Weisung nie persönlich erteilt; allerdings hatte ich auch nie Anlass zu Zweifeln an deren Richtigkeit.«

Kurt Weiß habe Meldungen, Aufzeichnungen, Tagesunterrichtungen sowie die sogenannte Leitungsberichterstattung erhalten, gab sein Referent weiter zu Protokoll. Die Unterlagen seien ihm »in Form von Fotokopien zur Verfügung gestellt worden. Ich hatte mir zu meiner persönlichen Kontrolle eine Liste angelegt, in der ich die Unterlagen anhand der Stückzahl erfasste. Das Material verblieb regelmäßig etwa eine Woche bei Weiß; es wurde persönlich bei den Vorsprachen ausgehändigt bzw. vom Fahrer des Vizepräsidenten in verschlossenem Umschlag an Weiß übergeben (Adressierung ›K. W.‹). Weiß hat nach meiner Kenntnis aus den vorstehenden Unterlagen Zusammenfassungen gefertigt, die z. B. an [Otto] Wiesheu (noch als Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung), an [Theo] Waigel sowie an den damaligen Staatssekretär Spranger gingen. An Letzteren, mit dienstlichem Wohnsitz Bonn, sind die Unterlagen per Einschreiben verschickt worden, meist aufgegeben vom Fahrer des Vizepräsidenten und vom Umschlag her ohne direkten BND-Bezug mit ›Münstermann‹

versehen. Das Porto hat meines Wissens der Vizepräsident aus eigener Tasche bezahlt.«

Frau »Goldoni«, Münstermanns Vorzimmerdame, steuerte eine nicht weniger anschauliche Beschreibung der Zustände im Geschäftsbereich des BND-Vizepräsidenten bei. Der ihr bestens bekannte Kurt Weiß habe »häufig« bei Dr. Münstermann vorgesprochen, berichtete sie, meist seien es Vieraugengespräche gewesen. Wie das Befragungsprotokoll festhält, war ihr bekannt, »dass Weiß regelmäßig dienstliche Unterlagen erhielt«. Sie seien meist vom Fahrer in dessen Privatwohnung gebracht worden, ihm manchmal auch bereits im BND direkt übergeben worden. »In diesen Fällen seien die Papiere von Frau Goldoni fotokopiert und an den Vizepräsidenten ausgehändigt worden«, notierte der Befrager. »Sofern es die Zeit zuließ, habe Frau Goldoni eventuell vorhandene Verschlusssachenkennungen entfernt. Allen Beteiligten sei im Grunde der Pflichtenverstoß klar gewesen, andererseits war diese Praxis vom Vizepräsidenten angeordnet. Bei den Unterlagen habe es sich um ›3er-Material‹ sowie um die Tagesunterrichtungen gehandelt. Frau Goldoni habe für von ihr kopiertes Material keine Kontrolle geführt. Ihr sei auch nicht bekannt, ob Weiß erhaltene Unterlagen jemals zurückgegeben habe.«

»Frau Goldoni war allerdings bekannt, dass gelegentlich dienstliche Unterlagen an Personen außerhalb des BND versandt wurden«, fährt das Befragungsprotokoll der Sicherheitsbeamten fort. »Hierbei habe es sich um Personen des öffentlichen Lebens gehandelt, z. B. die Politiker Spranger, Wiesheu und [Wolfgang] Bötsch [CSU]. Denen seien die Unterlagen per Einschreiben zugesandt worden, die vom Fahrer des Vizepräsidenten postalisch aufgegeben worden seien. Die Aufgabe sei nicht am nächstgelegenen Postamt in Pullach erfolgt, vielmehr habe der Fahrer Postämter in der Stadt aufgesucht, z. B. am Harras. Als Absender sei die Privatanschrift des Vizepräsidenten benutzt worden. Das Porto habe Frau Goldoni dem Fahrer erstattet. Hierzu hatte sie vom Vizepräsidenten aus dessen Privatmitteln eine Art Portokasse, aus der Auslagen dieser Art beglichen wurden.«

In einer Nachbefragung schilderte Münstermanns Vorzimmerdame die Dinge noch ein wenig lebendiger. »Laufend« habe sie auf Anordnung ihres Chefs und seines Persönlichen Referenten »interessante Informationen« herausgeben müssen, erklärte sie: »Die Kopien musste ich – wenn

genügend Zeit war – durch entsprechendes Abdecken so fertigen, dass der Ursprung nicht mehr ersichtlich war, bei Verschlusssachen wurde der VS-Stempelabdruck vor dem Kopieren ebenfalls abgedeckt.« Die Schriftstücke seien oft auch verpackt und an »Herrn Weiß und/oder an bayerische Spitzenpolitiker« hinausgegangen. »Die Verfremdung der Kopien (Unkenntlichmachung von Herausgeber und VS-Einstufung) dachte ich mir, diene dazu, bei Pannen im Versand keine unangenehmen Rückschlüsse entstehen zu lassen.«[420] Das eine Mal seien die Kopien per Post abgegangen, ein andermal zu Weiß nach Hause gebracht worden, wieder ein anderes Mal ihm im Archiv des BND einfach in die Hand gedrückt worden; ein viertes Mal habe »Winterstein« sie selbst im Leitungsbüro abgeholt: »Herr Weiß hat auch Informationen zu interessanten Themen direkt bei Vizepräsident Dr. Münstermann angefordert, manchmal wurden die Informationen auch per Telefon ausgetauscht; mir ist das deshalb erinnerlich, weil ich Dr. Münstermann auf die Mithörgefahr bei Erörtern von Verschlusssachen am Telefon aufmerksam machte und mir dadurch seinen Unmut zuzog.« Nach dem Auslaufen seines Werkvertrages zur Erstellung einer BND-Historie im Sommer 1991 sei Kurt Weiß dann nur noch selten ins Büro des Vizes gekommen, die Zulieferungen für ihn hätten aber bis zu seinem Schlaganfall ein Jahr später angehalten.

Schließlich der Chauffeur Münstermanns, zehn Jahre lang in seinen Diensten, der die Machenschaften aus seiner Perspektive schilderte. Die beiden leitenden Herren hätten sich »regelmäßig circa ein- bis zweimal wöchentlich« zum gemeinsamen Mittagessen verabredet, gab er zu Protokoll. (Rechnet man diese Angabe unter Einbeziehung von Urlaub, Krankheit und sonstiger Abwesenheiten hoch, so dürften sich »Winterstein« und »Dr. Heidegger« während der Amtszeit des BND-Vizepräsidenten an die 300 Mal persönlich getroffen haben.) Der Fahrer holte Weiß dazu vom Archiv (Haus 104) ab und fuhr ihn zum Büro des Vizes in Haus 37. Dann ging es in eine der Gaststätten in der Nähe. Nach dem Essen, bei dem manchmal ein weiterer Vertrauter der beiden – ebenfalls Mitglied des CSU-Freundeskreises – zugegen war, holte er sie wieder ab. Wahrscheinlich nach einer Ermahnung durch den Präsidenten sei »Winterstein« später mit dem eigenen Wagen zum Lokal gekommen. Auch der Chauffeur bestätigte die Übergabe von großen Kuverts oder deren Versand von verschiedenen Postämtern aus: »Sendungen an CSU-Politiker in München habe ich mit

dem Dienst-Kfz zur Bayerischen Staatskanzlei zu Händen für die Herren Strauß, Wiesheu und Streibl bzw. zum Innenministerium für Herrn Stoiber gefahren und in den jeweiligen Vorzimmern abgegeben.«[421]

Der für die Weiterleitung an das Bundeskanzleramt bestimmte Untersuchungsbericht des BND erweiterte den illustren Adressatenkreis dann noch um den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Friedrich Voss (CSU), sowie die CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn, Mitglied des Deutschen Ordens und stellvertretender Vorsitzender der Deutschland-Stiftung, und Rudolf Kraus, seit 1989 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.[422] Ein Schreiben des Kanzleramtschefs bei Gerhard Schröder, Bodo Hombach, mit dem der Fall Weiß/Münstermann dann seinen Abschluss fand, führte als Adressaten einschlägiger Berichte, die der ehemalige Vizepräsident über seinen eigenen Verteiler direkt versorgt hatte, neben den Genannten noch weitere Persönlichkeiten auf, etwa Peter Gauweiler (CSU), Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern bzw. Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, oder MdB Friedrich Vogel (CDU), nach dem Machtwechsel 1982 einige Jahre Staatsminister bei Bundeskanzler Helmut Kohl.[423]

Der Geheimschutzbeauftragte des BND informierte den Generalbundesanwalt, der eine Anklage gegen Gerhard Baumann, IM »Schwarz«, vorbereite, im Einzelnen über den Informationsabfluss seit Februar 1982, wie er sich ihm nach Einsichtnahme in dessen Stasi-Akte darstellte.[424] Er ließ seinem Bericht eine Erläuterung zu Kurt Weiß vorausgehen: »Während seiner nebenamtlichen Tätigkeit im Archiv des BND galt er vielen BND-Bediensteten noch als ›Elder Statesman‹ und Ansprechpartner mit der Folge, dass er über qualifizierte Zugänge zu geschützten BND-Erkenntnissen verfügte.« Die umfangreichen Fragenkataloge, die IM »Schwarz« von seinem Instrukteur erhalten habe, zeigten die Schwerpunkte der Abschöpfung: »Einschätzungen, Analysen, Einzelhinweise des Bundesnachrichtendienstes zu außenpolitischen Themen; strategische Zielsetzungen des Bundesnachrichtendienstes u. a. auch im operativen Bereich; der Residenturbereich; Personalinterna/Planungen/Charakterisierungen auf Leitungsebene; innere Situation des Bundesnachrichtendienstes; Verhältnis Bundesnachrichtendienst zum Bundeskanzleramt.«

Ein Schwerpunkt des Weiß’schen Geheimnisbruchs, so weiter, seien namentlich auch die zahlreichen von ihm verfassten »Aktuellen Informationen«, die auf eingestuften BND-Informationen beruhten, aber meist nicht wortwörtlich übernommen worden seien. »Es muss deshalb – auch bei der Vielzahl der übrigen BND-Meldungen und -Aufzeichnungen – davon ausgegangen werden, dass deren Inhalte umformuliert wurden, um Rückschlüsse auf BND-Originale zu erschweren.« Auch für den »Originalabfluss von BND-Arbeitsergebnissen« wurden in dem mehrseitigen Anhang zum Schreiben an die Staatsanwaltschaft zur Illustration Beispiele und Belege aufgeführt, alle als »VS-Vertraulich« oder »Geheim« eingestuft. Zu dem besonders heiklen Punkt »Informationen zur personellen Lage im BND« bemerkte der Geheimschutzbeauftragte, er habe in Baumanns IM-Akte »40 BND-Bedienstete namentlich, zum Teil mit ihrer Funktion und Charakteristik« gefunden. Solche Informationen waren selbstverständlich per se geheimhaltungspflichtig, woran sich ein Erster Direktor im BND mit Blick auf die Verschlusssachenanweisung für Bundesbehörden selbst im Pensionsalter gewiss noch erinnere. Der Generalbundesanwalt verweist in seiner Anklageschrift gegen Baumann denn auch lapidar darauf, der Nachrichtendienst selbst konstatiere aufgrund eigener Nachforschungen einen »›Originalabfluss von BND-Arbeitsunterlagen‹ in erheblichem Umfang, die zur aktuellen Zeit ›VS-Vertraulich‹, nicht selten ›VS-Geheim‹ eingestuft waren«.[425]

Man kann verstehen, dass sich die Aufräumarbeiten nach einem so monströsen, von zwei BND-Beamten aus der Führungsetage verursachten Skandal schwierig gestalteten, zumal die Nutznießer dieses Dienstvergehens in Permanenz allesamt den regierenden Unionsparteien angehörten. Den ersten Hinweis auf Dr. Gerhard Baumann erhielt der Dienst im August 1990 vom bayerischen Verfassungsschutzamt, der MfS-Mitarbeiter befragt hatte.[426] Noch vor der Wiedervereinigung fand der BND dann mit Hilfe eines auskunftswilligen Überläufers heraus, dass sich hinter dem Abschöpfkontakt »Berater« niemand anderes als Kurt Weiß verbarg.[427] Anfang Januar 1991 wurde »Winterstein/Weitz« von der Sicherheitsabteilung des BND erstmals befragt. Er beschrieb seinen langjährigen Gesprächspartner Baumann dabei als einen sehr bekannten und »sehr konservativen Journalisten«, der »auch heute noch überaus aktiv ist und viele Politiker sowie Offiziere in Bonn kennt und vermutlich

abschöpft«. Baumann schicke ihm »gelegentlich Konzepte zur Korrektur und inhaltlichen Prüfung«. Der IM habe ihn ab und an auch besucht, ihn jedoch nie zu sich eingeladen, auch »nie nach BND-Interna oder Personalien gefragt«, log der Erste Direktor. Seine ehemaligen Kollegen baten Weiß, »zunächst die Verbindung noch nicht abrupt und augenfällig abzubrechen«; man werde ihn über den Fortgang der Untersuchungen unterrichten.[428] Fragen blieben natürlich, insbesondere die, ob der Pensionär Kurt Weiß korrekt und erschöpfend Auskunft gegeben hatte.

Zum »Zielgruppenpotential« der HVA, fanden die Ermittler nach und nach heraus, habe neben dem »CSU-Renegaten Handlos« der Strauß-Vertraute Friedrich Zimmermann gehört, »zu dem Baumann vor dessen Weggang nach Bonn enge Beziehungen unterhielt«. Aus dem Bereich des BND konnte der befragte MfS-Offizier mehrere Bedienstete nennen, darunter Kurt Weiß.[429] Dem LfV teilte der BND danach auf Arbeitsebene mit, dem Dienst sei durch den untersuchten MfS-Operativvorgang »kein messbarer Schaden entstanden«, man habe die Angelegenheit daher durch interne Maßnahmen abgeschlossen.[430] Alles schien in bester Ordnung, der Fall erledigt zu sein. Udo Ritgen, den Weiß noch zu Zeiten der Org für die DDR-Spionage zuständig gemacht hatte (der allerdings »weder über Erfahrungen im Nachrichtendienstgeschäft verfügte noch als DDR-Kenner ausgewiesen war«[431]), präsentierte an einem von ihm arrangierten »Preußenabend« im Künstlerhaus am Lenbachplatz den geladenen Kollegen und Gästen eine besondere Attraktion: »Angesichts der außerordentlichen Dynamik in der Weltpolitik spricht Herr Ministerialdirigent a. D. Kurt Weiß, vormals Leiter der Strategischen Aufklärung im Bundesnachrichtendienst und jetzt außenpolitischer Berater des Springer-Vorstands sowie Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema: ›Die Position des Vereinten Deutschland in der Weltpolitik‹.«[432]

Im Sommer 1991 begann die Sache unangenehm zu werden. Edmund Stoiber, der bayerische Staatsminister des Innern, wies nämlich das Verfassungsschutzamt an, die merkwürdige Angelegenheit der Justiz zu übergeben – ganz dickes Ausrufungszeichen auf dem internen Vermerk der BND-Sicherheitsabteilung. »Winterstein«, der noch immer Zugang zur Zentrale hatte und seine ablehnende Haltung gegenüber seinem Vertrauten Gerhard Baumann intern noch einmal stark herausstrich, wurde sogleich über den ungemütlichen Fortgang der Angelegenheit unterrichtet.[433] Es

drohte ein Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, welcher der Beziehung »Schwarz«-Weiß vermutlich etwas gründlicher nachgehen würde als die Kollegen in Pullach.

Kurz darauf überreichte das bayerische Verfassungsschutzamt dem BND einen ausführlichen Sachstandsbericht »mit der Bitte um Kenntnisnahme im Hinblick auf die dortigen Interessen«.[434] Es zeigte sich, dass eine auskunftsfreudige Sekretärin der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, die zehn Jahre lang die Reinschrift der (von uns ausgiebig zitierten) Berichte von »Schwarz/Berater« erledigt hatte, den Verfassungsschutz auf die Spur dieser »wohl wertigsten Operation« der BV Leipzig gebracht hatte. Das Verfassungsschutzamt berichtete von einer Einschleusung in den BND, die dank der Fürsprache von Kurt Weiß zustande gekommen, aber unergiebig geblieben sei (»Zange«). Das BfV wies die Kollegen in Pullach zugleich darauf hin, dass Gerhard Baumann sich im Rahmen dieser Operation an keine Namen aus dem BND mehr erinnere: »Bei dem Namen Weiß wollte er dies aber nicht in Abrede stellen, zumal dieser sich seiner guten Kontakte zum französischen Nachrichtendienst gerühmt hatte.« Widersprüchlich und »auffallend« war nach Meinung des LfV »das schlechte Erinnerungsvermögen Dr. Baumanns bezüglich seiner Kontakte zu den BND-Mitarbeitern«. Im Übrigen sei der Langzeitagent aus allen Wolken gefallen (»tief betroffen«), als man ihm klargemacht habe, dass seine französischen Freunde in Wahrheit Sachsen seien.

Kurt Weiß hatte inzwischen erfahren, wem er aufgesessen war und was sich nun zusammenbraute. Am Tag, als sein langwieriges Geschichtsprojekt endete und er die Zugangsberechtigung zur Zentrale endgültig verlor, erbaten (wie es in dem Vermerk heißt) die Kollegen von der Sicherheit ein Gespräch mit ihm.[435] Er müsse in dem Verfahren des Generalbundesanwalts wohl mit seiner Einvernahme rechnen, für die er auch als Pensionär eine Aussagegenehmigung des BND benötige. Außerdem erkundigte man sich über den Verlauf des »Konfrontationsgesprächs«, das Weiß einige Wochen zuvor mit dem früheren IM »Schwarz« gehabt hatte, und erfuhr, er habe einen zehnseitigen, kommentarlosen Rechenschaftsbericht Baumanns in seinem Briefkasten vorgefunden. Zu seiner eigenen Haltung erklärte er, dass »Gesprächswünsche stets von Dr. Baumann ausgegangen seien; seine Hauptthemen Außenpolitik, UdSSR und DDR waren; er sich stets scharf antikommunistisch dargestellt hat und immer aufs Geld aus war. DN

›Weitz‹ befürchtet, dass seine persönlichen Meinungen zu den politischen Fragen des Dr. Baumann von diesem unter Umständen als die Ansichten und Auswertungsergebnisse des BND verkauft worden sind. In Gesprächen zu unfreundlichen Kommentaren über den BND in den Medien habe er, DN ›Weitz‹, den BND stets in Schutz genommen, auch wenn Personen der Leitungsebene angegriffen worden seien«. Diese distanzierenden Einlassungen glaubten einige Fallbearbeiter ihrem früheren Ersten Direktor entschieden nicht (wie ins Sarkastische spielende Marginalien auf dem Vorgang zeigen).

Eine konsolidierte Meinung, wie die Rolle des großen »Winterstein« zu bewerten sei, gab es freilich nicht, Widersprüche und Diskrepanzen dagegen reichlich. Ein BND-Mitarbeiter grub sogleich die Einlassung von Generalmajor Harry Schütt aus, Chef der Gegenspionage bei der HVA: Schwerpunkt der Baumann-Operation sei »die zielstrebige Abschöpfung« von Kurt Weiß gewesen. Dieser, so weiter, »informierte unvoreingenommen über verschiedene wichtige Erkenntnisse aus dem BND, u. a. strategische Überlegungen und Konzeptionen der BND-Führung, Lageeinschätzungen und ständig viele interessante Detailinformationen aus BND-Kreisen«.[436] Das war die Wahrheit. Die Frage war nur, wie man mit dieser unwillkommenen Wahrheit umgehen sollte. Die Leitung des Dienstes ahnte da noch immer nicht, was sich auf Arbeitsebene zusammenbraute, denn innerhalb der Abteilung Sicherheit war man sich nicht darüber einig, wie der nun zum »Fall« gewordene Kollege Weiß behandelt werden sollte.

Im Herbst 1991 war bereits von »Dokumenten« die Rede, die an die Stasi gegangen seien.[437] Kurz darauf überstellte der Geheimschutzbeauftragte des Bundesamts für Verfassungsschutz den Sicherheitskollegen des BND den kopierten Auszug aus einem bereits Wochen zuvor erschienenen Buch über die MfS-Spionage,[438] das in Pullach keiner kannte.[439] Es handelte sich um den Abdruck eines Einsatzplans der Stasi aus dem Jahr 1987, aus dem nicht nur allerlei Operationen des IM »Schwarz« gegen den BND ersichtlich waren, sondern in dem dieser auch entsprechend gewürdigt war für seine »jahrzehntelange gedeihliche Zusammenarbeit, insbesondere für die in den letzten Jahren entwickelten Aktivitäten zur Erlangung von Informationen aus dem BND«. Nun gehe es um die »Abstimmung der inhaltlichen Schwerpunkte des weiteren Vorgehens bei der Abschöpfung von ›Berater‹, ehemaliger leitender Mitarbeiter des BND.« Mehr als ein Jahr nach den

ersten Hinweisen auf die Rolle von Kurt Weiß begannen bei einigen in Pullach die Alarmglocken nun doch zu läuten. Man müsse in Sachen »Berater« noch mehr Klarheit erlangen, meinten in der Sicherheit die einen, die anderen schimpften darüber, dass man derart brisante Informationen einer Buchpublikation entnehmen müsse. Der Mitarbeiter »Tomberg« – ein couragierter Beamter, der uns noch häufiger begegnen wird – befand, der Fall »Schwarz«/»Berater« müsse nunmehr aber doch einer »soliden, sachdienlichen Bewertung« zugeführt werden.[440] Dieser Referatsleiter »Besondere Sicherheitsangelegenheiten«, 48 Jahre alt, seit 1978 beim BND und daher vom »Winterstein'schen« Geiste unberührt, sollte der eher quietistischen Fraktion in seiner Abteilung noch einiges Unbehagen bereiten.

Diese Diensteinheit der Abteilung Sicherheit forcierte jetzt die interne Untersuchung in Form erneuter Befragungen von ehemaligen Stasi-Offizieren der Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung XV. Dabei erfuhr sie, dass die Behörde des Generalbundesanwalts in Gestalt von Bundesanwalt Joachim Lampe bereits ermittle und »offensichtlich besonderen Wert« auf den Fall Dr. Baumann lege.[441] Neuigkeiten erfuhr der BND aus den wiederholten Befragungen nicht, vor allem aber fiel nun bis auf weiteres der Hauptzeuge aus: Kurt Weiß erlitt Mitte Juni 1992 einen Schlaganfall.[442] Es mag sein, dass diese Attacke in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner bedrohlich werdenden Lage stand. Das Aufplatzen seines geschätzten Gesinnungsfreunds und Gesprächspartners Baumann hatte ihn schwer getroffen, vielleicht auch deswegen, weil jetzt schon zum zweiten Mal – nun allerdings unbestreitbar – ans Licht kam, dass die graue Eminenz des BND mit seinem ungezügelten Gebaren und seiner selbstbezogenen Wichtigtuerei dem Erzfeind MfS über Jahre hinweg glänzend in die Karten gespielt hatte.

Das persönliche Verhältnis von Baumann und Weiß hatte auch gelitten. Das ist an ihrem zwischen Larmoyanz, Zerknirschung und gediegener Unaufrichtigkeit changierenden Briefwechsel gut abzulesen. Es begann mit dem erwähnten, noch recht nüchtern abgefassten zehnseitigen »Protokoll« der Selbsterklärung, das Baumann im Juli 1991 unaufgefordert im Briefkasten von Kurt Weiß hinterlassen hatte.[443] Darin schilderte der aufgeflogene Stasi-IM seine nachrichtendienstliche Kontakte recht genau, vor allem aber jenen Moment im Frühjahr, als ihm der Verfassungsschutz

offenbart hatte, er habe gar nicht für die Franzosen, sondern für die Kommunisten spioniert: »Gelingen konnte es«, klagte der Ertappte, »weil ich gutgläubig bin, nicht zu Zweifeln neige, wenn mir etwas gesagt wird, nicht davon ausgehe, dass ich angelogen werde, daher auch nicht nachfrage.« Er habe nie Kontakt zum BND unterhalten, »es sei denn, meine Bekanntschaft mit Herrn Weiß wird als solche gewertet«; die Verbindungen zum bayerischen Verfassungsschutz hingegen »liefen über 38 Jahre«.

Es folgte ein Bekenntnis zu seiner »national-konservativen« Haltung, zum Grundgesetz, zu einem Europa der Vaterländer im Sinne General de Gaulles sowie ein endloses Lamento über die »Täuschungsmanöver« und Skrupellosigkeiten, welche sich die »verbrecherische Organisation« Staatssicherheit ihm gegenüber geleistet habe. Statt des MfS werde nun er vor Gericht gezogen, er komme sich vor wie ein »Aussätziger unter Quarantäne«. Von Geld sprach »Schwarz« nicht, auch nicht von all den Indizien, die ihn bei den zahllosen konspirativen Treffs mit dem Instrukteur in seinem Kellerbüro hätten stutzig machen können – stutzig machen müssen, wie die Bundesanwaltschaft meinte. Die Frage, wer es ihm abnehmen würde, dass er »nicht bewusst Verrat« begangen habe, legte er sich nach seiner Enttarnung womöglich wirklich nicht vor, obwohl ihm natürlich geläufig war, dass nachrichtendienstliche Agententätigkeit für jedwede fremde Macht, auch für eine befreundete, ein Straftatbestand ist.

IM »Schwarz« konnte in einem ersten persönlichen Brief an Weiß mit seiner Empörung kaum an sich halten, von den vermeintlichen Franzosen derart geleimt, von der Stasi so »ausgenutzt« worden zu sein. Er erging sich über die eigene, wie er stereotyp herausstrich, »Gutmütigkeit« und seine tiefe Bekümmernis: »Ich bin in die Isolation eines Aussätzigen geraten«, klagte der nachrichtendienstliche Großverdiener.[444] Kurt Weiß beschied den sehr geehrten Herrn Dr. Baumann mit einer Briefkarte: »Nachdem Sie in beispiellos perfider Weise unsere persönlichen Gespräche, um die Sie gebeten hatten, fortgesetzt missbraucht haben (dies trifft auch auf angeblich ›westliche Auftraggeber‹ zu!), sehe ich mich gezwungen, jede Verbindung zu Ihnen endgültig abzubrechen.« Die 50 DM, die Baumann ihm vom seinerzeitigen »Preußenabend« her noch schulde, solle er auf sein Konto bei der Stadtsparkasse überweisen.[445]

Kurt Weiß war allerdings klug genug, seinen endgültigen Beschluss nicht wahr zu machen. Schließlich wusste »Winterstein« ja nicht, wie sich der

Beschuldigte Baumann in einem Ermittlungsverfahren einlassen würde, wenn er ihm jetzt alle Sympathien entzog oder ihn zu sehr quälte – zumal »Schwarz« sich sogleich noch einmal brieflich bei ihm meldete.[446] »Es geht nicht mehr, ich bin psychisch fertig«, hob er an, er schlafe nicht mehr, wache (gleichwohl) schweißgebadet auf usw. Der harte Schritt von Weiß habe seinen »Lebensnerv zutiefst erschüttert. Nicht wegen der Affäre, in die meine Naivität und Unbedarftheit mich in die Machenschaften des Mielcke[sic!]-Gesindels verstrickte, sondern ausschließlich wegen der menschlichen Dimension«. Dann häuften sich die Peinlichkeiten: »Seit der ersten Stunde unserer Bekanntschaft hat sich meine Wertschätzung für Sie ständig vertieft, Sie gelten mir in allen Gaben, die ich nicht besitze, als Vorbild.« Er wolle sich nicht etwa anbiedern, sondern schlicht offen sein, »damit Sie den Ursprung meines Zusammenbruchs zumindest erahnen, der ausschließlich auf dem menschlichen Aspekt beruht«. Die Vorwürfe der Treulosigkeit und Perfidie bedeuteten ein »gesellschaftliches Todesurteil«, und er werde sich nun von allem zurückziehen, was ihn 79 Jahre lang geistig rege erhalten habe. Seine innere Bindung an Weiß bleibe trotz allem bestehen, schloss er: »Ihr Brief bedeutet einen so tiefen Einschnitt in meinem Dasein, dass ich glaubte, Anspruch auf ein Schlusswort zu haben, wie es jedem Delinquenten zusteht.« Auch Dr. Baumann konnte es nicht gleichgültig sein, wie sein Idol eines Tages vor Gericht aussagte.

Zwei Monate später schob »Schwarz« bei abgekühlter Temperatur ein zweites Schreiben nach.[447] Zunächst die alte persönliche Leier, dann ein Angriff auf die Aussagen der MfS-Offiziere über ihn (»Mielke-Kloake, aus der ja auch der Strolch stammt, der mich hereingelegt hat«), denen Weiß augenscheinlich mehr glaube als ihm. Das sei doch alles nur »Gesindel, das – wie in meinem Fall – mit kriminellen Methoden gearbeitet und keine Skrupel empfunden hat, wenn dabei ein Mensch in seiner Persönlichkeit zerstört wurde«, diese Leute wollten mit ihren Lügen doch nur ihre Haut retten. Dem geschätzten CSU-Sicherheitsexperten schwamm nun auch der letzte Strohhalm davon. Kurt Weiß, der wusste, dass sich der BND zunehmend Gedanken über seinen Part in dieser Partnerschaft machte, ließ sich herbei, Baumann sogleich etwas vorsichtiger als zuvor zu antworten.[448] »Sie – von mir gleichfalls über viele Jahre sehr verehrt – sollten doch wissen«, schrieb er, »in welche Schwierigkeiten Sie mich gestürzt haben. Dass Sie über mich nur Gutes gesagt haben, bezweifle ich nicht. So war ich

sicher ein ›guter Informant‹. Oder wollen Sie bestreiten, aus den persönlichen Gesprächen mit mir ›berichtet‹ und auch Geschriebenes weitergeleitet zu haben? Das meinte ich mit ›perfide‹ … So wenig ich Interesse daran habe, gegen Sie vorzugehen (Sie ersehen dies auch daraus, dass wir [sic!] die Hanns-Seidel-Stiftung nicht informiert haben), so sehr sollten Sie verstehen, dass ich mich nach dem Vorgefallenen nicht anders verhalten kann. Mit freundlichen Grüßen, Kurt Weiß«.

Gerhard Baumann war nun ein wenig versöhnt, doch weiterhin schwer geknickt. In seinem »letzten Brief« an ihn, bedankte er sich bei Weiß, da er nun die Ursache des Zerwürfnisses verstanden habe. Es treffe ja alles zu, was man ihm vorwerfe, man müsse ihm aber bitte abnehmen, »dass ich nicht aus bösem Willen gehandelt habe, am wenigstens gegen Sie«. Baumann führte dann eine Selbstcharakterisierung von CSU-Generalsekretär Erwin Huber an, der »Arglosigkeit« als seine größte Schwäche bezeichnet habe; »so hätte auch ich antworten können«. Er sei »ungewollt schuldig geworden«, kein Zweifel, bekannte er noch, doch am meisten bedrücke ihn, einen Freund verloren zu haben: »Gutmachen kann ich nicht, was ich tat, nur um Vergebung bitten.« Die Aufarbeitung der persönlichen Beziehungsgeschichte der beiden Nachrichtenmänner war damit beendet, die Aufklärung des Spionagefalls »Schwarz« und der Rolle von Weiß dabei noch längst nicht; sie musste allerdings ohne den Schwerkranken weitergehen.

Und BND-Vizepräsident Paul Münstermann, »Wintersteins« Kompagnon bei dem Verrat? Welches Bild machten sich der Dienst und das vorgesetzte Bundeskanzleramt eigentlich von dessen Tatbeteiligung?

So naheliegend es eigentlich gewesen wäre: Der Weiß-Vertraute Münstermann wurde nach den ersten Hinweisen auf »Schwarz« und »Berater« mehr als zweieinhalb Jahre lang nicht mit diesem Verratsfall behelligt. Ein Bericht, der den Sachstand zusammenfasste und den die Sicherheitsabteilung auf dem Dienstweg über den Vizepräsidenten an den Präsidenten leitete, hielt fest, Dr. Gerhard Baumann habe nicht nur Kontakt zu führenden CSU-Politikern gehabt, sondern auch »zu BND-Bediensteten, so z. B. zu dem ehemaligen Präsidenten Blum und zu Kurt Weiß, u. a. ehemaliger Leiter der Schulen des BND«. Letzterer sei ohne sein Wissen in die MfS-Operation einbezogen gewesen. Die Abschöpfungserkenntnisse, so der Befund, »sind nach den bisher vorliegenden Ermittlungen als qualitativ

nicht überragend einzuschätzen«. Der Stasi sei es nicht gelungen, »tiefer in den BND einzudringen«. Über die Wege und die Art des Informationsabflusses schwieg sich der Bericht aus. Die Bundesanwaltschaft werde sich der Sache annehmen, mit der Vernehmung von BND-Mitarbeitern sei zu rechnen. Eine Unterrichtung des Kanzleramts sei wohl erst dann erforderlich, wenn das Ermittlungsverfahren gegen Baumann eröffnet werde.[449]

Das funktionierte nicht recht, denn kurz darauf, Mitte Februar 1992, kam die *Süddeutsche Zeitung* mit einem bestens informierten und leicht süffisanten Bericht über den »Spion, der sich im Arbeitgeber irrte«, heraus.[450] Man wisse bisher nur, dass IM »Schwarz« Informationen aus der CSU wie aus dem BND verraten habe und, »wenn er noch am Leben ist«, im September seinen 80. Geburtstag feiern werde. Ansonsten drehte sich der Artikel um eine Quelle im Umfeld des verstorbenen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. An demselben Tag unterrichtete Rainer Kesselring, Leiter der Verwaltungsabteilung (und späterer Vizepräsident), in Vertretung des BND-Präsidenten MdB Bernd Schmidbauer (CDU), den Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragten für die Nachrichtendienste, erstmals über die Hintergründe der Affäre, soweit sie den Dienst betrafen.[451]

Kesselring wiederholte, was die Sicherheitsabteilung kürzlich aufgeschrieben hatte und teilte Schmidbauer mit, die von Gerhard Baumann beschafften Erkenntnisse seien nicht von besonderem Wert gewesen und »insbesondere im Vergleich der BND-Spionagefälle Alfred Spuhler und Frau Dr. [Gabriele] Gast insgesamt als qualitativ nicht besonders bedeutsam einzuschätzen«; es handele sich im Wesentlichen um »öffentlich zugängliche Informationen«. Der Bericht der SZ dürfte hinsichtlich der operativen Sachverhalte zutreffend sein, schloss er. Auf die keineswegs nebensächliche Frage, was genau aus dem BND über beinahe zehn Jahre hinweg abgeflossen war und welche aktuellen oder ehemaligen Mitarbeiter sich wissentlich oder unwissentlich daran beteiligt hatten, ging der Abteilungsleiter nicht ein. Immerhin hatte sich der Verfassungsschutz bereits über die vom Sonderbeauftragten bzw. Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über die Materialien der HVA-Abteilung in Leipzig informieren können. Auch einige Mitarbeiter der BND-Sicherheitsabteilung wussten längst mehr, als Schmidbauer nun aus Pullach erfuhr.

Der schon erwähnte Mitarbeiter »Tomberg« hatte bereits beinahe ein Jahr zuvor darauf hingewiesen, dass der Fall Baumann für den BND nicht so harmlos sei, wie er behandelt werde. Also stieß er jetzt mit einem Vermerk von bis dato unbekannter Deutlichkeit nach. Der ehemalige Abteilungsleiter Weiß habe »unwissentlich Erkenntnisse aus dem BND über die Quelle ›Schwarz‹ an die HVA geliefert«, hielt er fest und rief einen anderen prominenten Fall ins Gedächtnis: »Konkret war erinnerlich, dass über Weiß BND-internes Wissen über den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dr. Werner Marx und der dort placierten MfS-Quelle Inge Goliath an das MfS geflossen ist. Die über Schwarz/Weiß abgeflossenen Erkenntnisse aus dem BND waren größtenteils ›strategische‹ Erkenntnisse, wie z. B. das ›Umstellen operativer Methoden auf technische Realisierbarkeit‹ o. ä. Diese so gewonnenen Erkenntnisse konnten zum Teil erst viel später in ihrer Auswirkung über den Verrat von Spuhler und Dr. Gast bestätigt werden.« Er legte dem Vermerk sein zehn Monate altes Papier bei, wo er auf die »erhebliche Bedeutung« der Verbindung Baumann-Weiß hingewiesen und hinzugefügt hatte: »Dies widerspricht der bisherigen Lageeinschätzung«.[452]

Vizepräsident Paul Münstermann (CSU), der besser als alle anderen wusste, wie Kurt Weiß (CSU) an die Unterlagen und Informationen aus dem BND gelangt war, geriet nun höchstpersönlich in die Schusslinie seiner Sicherheitsabteilung. »Tomberg« fertigte nämlich eine »Unterrichtung« für Präsident Konrad Porzner (SPD) an, die sich deutlich von Kesselrings Bericht an das Bundeskanzleramt unterschied und den »Schwerpunkt auf den zu vermutenden persönlichen ›Tatbeitrag‹« von Kurt Weiß legte.[453] Er war entsprechend vorsichtig, wiederholte auch die Formel von dem begrenzten Wert der Abschöpfungen, zitierte aber breit die Einlassung von MfS-General Schütt, wonach Weiß »unvoreingenommen« über »wichtige Erkenntnisse« aus dem BND informiert habe; ein MfS-Major habe diese Aussage jüngst bestätigt. Die *Süddeutsche Zeitung* sei nicht auf Weiß zu sprechen gekommen, der intern allerdings eingeräumt habe, sich mit Baumann über einschlägige Themen unterhalten zu haben. Erstmals sprach ein internes Schriftstück nun sogar von »Disziplinarmaßnahmen«, die zu prüfen wären, obzwar »Tomberg« vorsichtshalber sogleich einschränkte, »konkrete Hinweise auf schuldhafte Verletzungen der Verschwiegenheitspflicht durch ehemalige Bedienstete« lägen »derzeit« nicht vor.

Keine drei Wochen nach Kesselrings Bericht an Schmidbauer legte der Verfasser dieses Memorandums dem Präsidenten den Entwurf für einen weiteren, freilich wesentlich substanzielleren und heikleren Bericht an das Bundeskanzleramt vor. Präsident Porzner schickte ihn am selben Tag nach Bonn; Durchdruck an Münstermann.[454] Spätestens jetzt wurde offenkundig, dass im BND – um Mao Zedong zu bemühen – ein Kampf der zwei Linien bei der Aufarbeitung der Baumann/Weiß/Münstermann-Affäre schwelte. Er wogte geschlagene zweieinhalb Jahre hin und her und endete mit dem Sturz des Vizepräsidenten, der sich in den frühen Tagen seiner Karriere unter Kurt Weiß als »Dr. Heidegger« um dessen Presse-Sonderverbindungen gekümmert hatte.[455]

Nun kam es darauf an, wieviel Mut zur Klarheit in der Sicherheitsabteilung und in der Führung des BND vorhanden war. Der Generalbundesanwalt hatte noch keine Ermittlungen gegen den Spion Baumann eingeleitet, als der Unterabteilungsleiter und Geheimschutzbeauftragte »Osterloh« (Jahrgang 1930 und mit dem Kollegen »Winterstein« gut bekannt) seinem Abteilungsleiter und dem Präsidenten eine Einschätzung vorlegte, die der Frage nachging, »ob *alle* evtl. ›Tatbeiträge‹ aktiver und ehemaliger Führungspersonen des BND geklärt« seien;[456] einen Monat zuvor hatte Kurt Weiß den Schlaganfall erlitten.

Ex-Präsident Blum und Vizepräsident Münstermann hätten keinen Kontakt zu Baumann gehabt, wurde in »Osterlohs« Aufzeichnung als Erstes festgehalten. Weiß dagegen habe seit 1980 »engere Kontakte« zu dem IM gehabt und sei von diesem zuweilen als Korrektor außenpolitischer Ausarbeitungen »benutzt« worden. Es müsse angenommen werden, dass bei Gesprächen zwischen beiden »auch allgemeine persönliche Lageeinschätzungen oder sonstige Informationen – auch über BND-Interna – dem Dr. Baumann zur Kenntnis gelangt sind. ›Dr. Weitz‹ hat keine Unterlagen geliefert«. Ebenso wie Weiß sei auch dessen Vertrauter »Arnheim« (CSU), Mitglied des CSU-Freundeskreises und ehemaliger Unterabteilungsleiter Sicherheit, von dem IM »unbewusst abgeschöpft« worden. Fazit: »Mit BND-Mitteln allein erscheint eine weitere Aufhellung des Sachverhalts nicht weiter möglich«, allenfalls Ermittlungen des Generalbundesanwalts könnten weitere Erkenntnisse erbringen. Das war ein wenig einseitig, denn vielen Bediensteten war das in dem Vermerk mit

keinem Wort erwähnte enge Verhältnis zwischen Weiß (CSU) und Münstermann (CSU) gut bekannt, einigen auch deren pflichtwidrige Praktiken der Informationsweitergabe. Die Sicherheitsabteilung hätte nicht auf die Staatsanwaltschaft warten müssen, um die Kolleginnen und Kollegen einzuvernehmen.

Erst als das Bundeskriminalamt im Zuge des kurz darauf eröffneten Ermittlungsverfahrens seine Untersuchungen aufnahm, verspürten im BND mutige Beamte wie »Tomberg« ersten Rückenwind; er hatte bereits Monate zuvor eine gründlichere Bewertung der Affäre gefordert.[457] Stets auf dem Dienstweg, also auch über Vizepräsident Münstermann, trat er nun mit einer Reihe von Sachdarstellungen für den Präsidenten hervor. Die erste befasste sich mit den absehbaren Auswirkungen des Ermittlungsverfahrens auf den Dienst.[458] Man stehe in engem Kontakt mit den Kollegen des BKA, hielt er fest, deren bisherige Untersuchungsergebnisse »neben den bereits bekannten Sachverhalten keine zusätzlichen Maßnahmen gegen den BND ergeben« hätten. Wäre man in der Lage, einer Unterstreichung die Erleichterung des Lesers zweifelsfrei anzusehen, so wäre das bei der kräftigen Markierung dieses Satzes durch Vizepräsident Münstermann gewiss der Fall. »Tomberg« machte jedoch Einschränkungen: Er verwendete das Adverb »derzeit« und meinte, es sei absehbar, »dass ehemalige und noch tätige Bedienstete mit einer zeugenschaftlichen Einvernahme über Art und Intensität ihrer jeweiligen Beziehung zu Dr. Baumann zu rechnen« hätten; diese würden in Absprache mit seinem Referat erfolgen. BND-Präsident Porzner ordnete an, ihn von bevorstehenden Zeugenvernehmungen zu unterrichten.[459]

Die Zusammenarbeit zwischen dem BKA und dem BND im Fall des Stasi-Informanten Dr. Gerhard Baumann ließ sich recht gut an. Anfang 1993 ging in Meckenheim ein längeres Schreiben aus Pullach ein, in dem der Dienst (nach einigem internen Hin und Her) seine bisherigen Erkenntnisse mitteilte.[460] Sie widersprächen dem von dem Hauptbeteiligten auf Seiten des MfS, Horst Findeisen, »vermittelten Eindruck der Belanglosigkeit der MfS-Operationen«. Der Schwerpunkt des Baumann-Auftrags habe im Gegenteil darin bestanden, »den ehemaligen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes Dr. Weiß ›zielstrebig abzuschöpfen‹«. Die Erkenntnisse des BND liefen darauf hinaus, dass dieser ständig bedeutsame Informationen zu und aus der Behörde »sorglos« weitergegeben habe. Über

die MfS-Innenquellen Gast und Spuhler habe der Staatssicherheitsdienst dann »jeweils feststellen können, inwieweit der Bundesnachrichtendienst vorherige Planungen auch realisiert hatte«, etwa bei der Schwerpunktverlagerung zur Technischen Aufklärung. Es seien auch langfristig angelegte, letztlich aber gescheiterte Einschleusungsversuche vorgekommen. Einige Aktionen müssten »in Einzelfällen ihren Ursprung in Hinweisen aus einem CSU-Freundeskreis« gehabt haben. Das war auch keine Feststellung, die der BND-Vizepräsident, Sprecher des Kreises, begrüßt haben dürfte.

Im Sommer 1993 fuhr dann der Blitz auf Dr. Paul Münstermann alias »Dr. Heidegger« herab. Wieder waren es die Mitarbeiter des Sicherheitsreferats um »Tomberg«, die Unfrieden stifteten. Er und sein Unterabteilungsleiter besprachen mit Kanzleramtsminister Schmidbauer verschiedene MfS-Verdachtsfälle und kamen dabei auch auf den IM »Schwarz«, in Sonderheit auf dessen »Beziehungen zu CSU-Mitgliedern im BND und entsprechende Abschöpfvorgänge«. Sie wurden mit Schmidbauer erörtert, ihm aber nicht gesagt, dass die Sicherheitsabteilung eine Woche zuvor Gewissheit über die tiefe Verstrickung des Vizepräsidenten erlangt hatte.[461] Der nächste – zunächst allerdings nur abteilungsinterne – Vermerk nannte einige Tage später Ross und Reiter.[462] »Schwarz« sei eine ausgesprochen hochrangige Abschöpfungsquelle gewesen, hieß es darin nach der neuerlichen Befragung eines MfS-Offiziers: Dr. Baumann habe auftragsgemäß mit Kurt Weiß gesprochen und der »hat sodann seinen Freund, den Vizepräsidenten Dr. Münstermann konsultiert, der ihm dann jedenfalls sehr oft mit gutem Rat und Informationen behilflich war. Weiß nahm dann wieder Rücksprache mit Baumann, der uns dann darüber berichtete. So erfuhren wir u. a. Dinge, die uns Gast und Spuhler zeitverzögert zum Teil dokumentarisch belegten.«

Das war zwar nur die Einlassung eines MfS-Mannes, bei dem bereits bestehenden Verdacht gegen Münstermann jedoch ein stark qualmender Colt – vor allem, da das an sich Offensichtliche nunmehr schwarz auf weiß fixiert war. Ein Feuerwerk von widerstreitenden Marginalien auf dem kurzen Vermerk illustriert das anschaulich. »Tomberg« machte den Anfang mit der handschriftlichen Notiz: »Die Aussage passt in die bereits vorliegenden Angaben. Der Sachverhalt ist insgesamt schlüssig dargestellt.« Unterabteilungsleiter »Osterloh« informierte auf Weisung

seines Abteilungsleiters den Vizepräsidenten über diese Ungeheuerlichkeit; der Präsident jedoch erfuhr noch immer nichts.[463] »Tomberg« bekam den brisanten Vermerk erst Monate später, Anfang 1994, wieder zu Gesicht und hielt, da inzwischen ein schwerer Konflikt mit dem Vizepräsidenten tobte, aus dokumentarischen Gründen fest, die interne Behandlung des Falles Münstermann belege, »dass Verteidigungslinien aufgebaut sind«. Und er fügte an: »Die weitere Bearbeitung wird abhängig sein vom Gespräch mit Bundesanwalt [Joachim] Lampe, das ich im Auftrag des Präsidenten auf ganz besondere Art zu führen habe«.[464] Paul Münstermann erkannte jetzt die Gefährlichkeit der Baumann/Weiß-Affäre in ihrer ganzen Tragweite und zog alle Register, um seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Im Herbst hatte der BND Schmidbauer noch immer nicht über die Verwicklung seines Vizepräsidenten in den Fall »Schwarz« informiert. Erst als der Dienst ganz zu Ende des Jahres von einem Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz darauf aufmerksam gemacht wurde, »Journalistenkreise« hätten beim Generalbundesanwalt angefragt, ob Weiß und Münstermann in die Spionageaffäre verwickelt seien, drang die Affäre zu BND-Präsident Porzner durch. Drei Tage vor dem Jahreswechsel erhielt er die Mitteilung, »auf der Arbeitsebene GBA – BfV gebe es Hinweise, dass in dieser Angelegenheit auch der Vizepräsident des BND genannt werde, die Spitze des Verfassungsschutzes darüber jedoch nicht unterrichtet sei«. Porzner ließ das Bundeskanzleramt tags darauf davon benachrichtigen, dass in Journalistenkreisen die Frage ventiliert werde, inwieweit in den Verratsfall Baumann auch »W[eiß] und M[ünstermann] involviert sind«.[465] Mitte Januar 1994 hatte der BND-Präsident dann ein Vieraugengespräch mit Staatsminister Schmidbauer, der ihn dringend bat, »zur weiteren Aufklärung des Vorgangs engen Kontakt zum GBA, Staatsanwalt Lampe, zu halten«.[466] Mehr als drei Jahre waren seit den ersten Hinweisen auf die große Operation des Staatssicherheitsdienstes der DDR gegen den BND inzwischen verstrichen.[467]

Die Neugier und Hartnäckigkeit der Presse beschleunigte die Aufklärung der Affäre Münstermann/Weiß entscheidend. Es ist wahrscheinlich, dass Journalisten, die inzwischen gute Kontakte zu ehemaligen Stasi-Offizieren pflogen, entsprechende Hinweise von der Arbeitsebene der beteiligten Behörden bekamen, wo der schonende Umgang mit dem BND-Vizepräsidenten manchem schon länger ein Dorn im Auge war. Der

Persönliche Referent von »Dr. Heidegger« schrieb seinem Chef einen Vermerk dazu. Der wohlbekannte *Focus*-Redakteur Josef Hufelschulte (der, wie sich später herausstellte, als »Jerez« selbst dem BND zu Diensten war) habe angerufen und mitgeteilt, er recherchiere seit Wochen zum Fall Baumann. Aus dem Bereich von Bundesanwalt Lampe habe er erfahren, dass Kurt Weiß hier mit von der Partie sei, sodann von »hoher und kompetenter Seite« im Bundeskanzleramt, »dass der Vizepräsident des BND, Dr. Münstermann, in diese Sache verwickelt sei. Das liefe ›dort alles unter Geheimnisverrat‹. Gegen Münstermann werde, so habe man ihn im Bundeskanzleramt unterrichtet, aus diesem Grunde intern eine Untersuchung durchgeführt. Münstermann habe nämlich Informationen an Herrn Weiß/Winterstein gegeben. Zudem habe er, Hufelschulte, erfahren, dass Münstermann ja bald ›in Pension gehe‹.«[468]

Zwei Tage später konnte der Persönliche Referent des BND-Vizepräsidenten dem *Focus*-Redakteur mitteilen, Dr. Münstermann habe ihn nach einem Telefonat mit Staatsminister Schmidbauer zu der Mitteilung ermächtigt, im Bundeskanzleramt sei im Zusammenhang mit dem Fall Baumann kein Untersuchungsverfahren gegen den Vizepräsidenten anhängig. Er gab Hufelschulte auch gleich noch die Erklärung Lampes zur Kenntnis, wonach der GBA sich »überhaupt nicht« mit dem Vize befasse; »dieser sei nicht Gegenstand der Ermittlungen. Im Übrigen gebe es auch gegen den in diesem Zusammenhang genannten ehemaligen BND-Mitarbeiter Weiß kein Ermittlungsverfahren«; Hufelschulte habe daraufhin gesagt, »er wolle hinsichtlich Dr. Münstermann in der Angelegenheit nichts mehr unternehmen«.[469]

Das stimmte nicht ganz: Eine Woche später kam der *Focus* nämlich mit der groß aufgemachten Geschichte »Maulwurf gesucht« heraus, die vom ersten Satz an kräftig auf die Pauke schlug: »Ein Beamter der Leitungsebene, so plauderten Pullacher Untergebene, soll jahrelang Geheimmaterial aus dem Amt geschafft haben, das – ohne sein Wissen – über abenteuerliche Wege letztlich beim DDR-Ministerium für Staatssicherheit landete. Ein ›Super-GAU‹ für den BND«. Es folgten die Dementis und Abwiegelungen von Lampe und Schmidbauer. Der Rest der Geschichte schilderte ebenso ausführlich wie genüsslich den ganzen Fall des »Gerhard B.« und seines Partners »Kurt W.«[470] Wie die geheime Beschaffung in Pullach genau erfolgte, sei noch offen, es werde jedoch

gemunkelt: »Kurt W. soll Papiere und mündliche Informationen an Gerhard B. alias ›Schwarz‹ weitervermittelt haben […] Ex-BND-Direktor Kurt W. kann zu diesen Vorfällen nicht mehr befragt werden. Nach einem schweren Schlaganfall gilt er als nicht vernehmungsfähig«. Tatsächlich war Kurt Weiß alias »Winterstein« drei Tage vor der Veröffentlichung des *Focus* verstorben.[471]

Der lange geschonte Paul Münstermann war nun gezwungen, in die Offensive zu gehen. Umgehend rief er Bundesanwalt Lampe an, der ihm am Telefon einen vermeintlichen Persilschein ausstellte: »Im Hinblick auf die Vorgänge der vergangenen Woche und vor dem Hintergrund bestimmter Recherchen des Herrn Hufelschulte«, so legte der Vizepräsident es in einem Vermerk für den Präsidenten und die Mitarbeiter der Sicherheitsabteilung dar, »fügte Herr Bundesanwalt Lampe hinzu, dass sich für mich persönlich nach Durchsicht der MfS-Akten *keinerlei Konsequenzen* ergeben. Ich sei *nicht einmal als Abschöpfungsziel* in Betracht gezogen worden.«[472]

Den BND-Präsidenten überzeugte das nicht, denn dass ein Bundesanwalt in den durchgesehenen MfS-Akten keine Belastung des BND-Vizes erkannt hatte, war schließlich kein Beleg dafür, dass der »Dr. Heidegger« nach den Kriterien der Verschlusssachenanweisung für die Bundesbehörden und des Strafgesetzbuches unbelastet war. Ein Mitarbeiter stattete der Bundesanwaltschaft daraufhin sogleich einen Besuch ab. Die Abteilung Sicherheit, dessen Leiter seit wenigen Tagen durch den ebenso fähigen wie umstrittenen Volker Foertsch ersetzt worden war, sagte Porzner zu, »eine dienstinterne Schadensfeststellung« vorzunehmen.[473]

Da Kurt Weiß nun verschieden war, gedachte der Leiter des BND-Archivs pflichtgemäß seines Amtes zu walten. Vier Wochen nach dem spektakulären *Focus*-Bericht wandte er sich an Vizepräsident Münstermann und bat ihn, sich bei Familie Weiß nach den Unterlagen zu erkundigen, die der hochstehende Kollege dem Archiv zugesagt hatte.[474] »Dr. Heidegger« gab dem Archiv jedoch die überraschende Auskunft, »die Arbeitsunterlagen habe Frau Weiß aus Verärgerung über den unter anderem Kurt Weiß betreffenden Focus-Artikel v. 31. Januar 1994 verbrannt«. Anderntags telefonierte eine Archiv-Mitarbeiterin mit der Witwe.[475] Daraus entwickelte sich laut ihrer Notiz »ein Gespräch von einer halben Stunde, in der mir Frau Weiß unter Tränen erklärte, dass die Unterlagen Ihres Mannes im ›Keller‹ von einem Rechtsanwalt im Beisein ihres Sohnes und ihrer Tochter

abgeholt und in der Kanzlei vernichtet worden sind. Grund war nach der Beerdigung ihres Mannes ein Anruf eines Journalisten, der scheinbar etwas von ihr wollte und die ›Warnung‹ eines guten Freundes ihres Mannes, der ihr riet, die Unterlagen wegzuschaffen«, damit sie nicht in falsche Hände gerieten: »Sie habe einfach Angst gehabt und wollte vor allen Dingen ihrem verstorbenen Mann keinen Schaden zufügen.«

Es bedurfte eines Besuchs bei »Wintersteins« Witwe, um die vermeintliche Wahrheit herauszufinden,[476] denn nach deren Darstellung hatte sich Folgendes abgespielt: »Ein Bekannter von Kurt Weiß, Herr Baumann von der CSU aus Kreuth, wurde von einem Journalisten der Zeitschrift Focus aufgesucht. Dabei wurde auch über Kurt Weiß gesprochen. Herr Baumann warnte die Familie Weiß. Frau Weiß hat sich daraufhin mit einem alten Freund des Hauses, Herrn Altmann (DN Arnheim), ihrem Sohn und ihrer Tochter beraten, was am besten zu tun sei. Um sie zu schützen, haben Sohn und Tochter die Unterlagen erst einmal in große Umschläge gelegt und in der Garage für kurze Zeit gelagert«, doch bald darauf seien sie einem Rechtsanwalt übergeben und vernichtet worden: »Frau Weiß war über diese hektische Aktion nicht glücklich«, habe aber eben nur diesen einen Berater, BND-Pensionär Altmann, gehabt und die Materialien ihres Mannes daher nicht wie versprochen ans Archiv abgegeben. Die untergeordnete Mitarbeiterin bemerkte durchaus, dass bei dieser Darstellung irgendetwas nicht stimmte, denn sie setzte hinzu: »So ging der zweite Teil des Nachlasses von Kurt Weiß für das BND-Archiv verloren. Herr Altmann und Herr Dr. Münstermann wussten aber, dass es ein BND-Archiv gibt, denn Kurt Weiß arbeitete als Personal außerhalb des Stellenplans ca. zehn Jahre im BND-Archiv.«

Tatsächlich war die Version von der Vernichtung der nachgelassenen Papiere frei erfunden, wie sich, um ein wenig vorzugreifen, bald herausstellte: Es war ein Ablenkungsmanöver von dem keineswegs zerstörten Nachlass, von dem die mit »Winterstein« seit Jahr und Tag engstens verbundenen Vertrauten Altmann und Münstermann eine Belastung für sich selbst befürchteten.[477] Monatelang weigerte sich der Anwalt der Witwe daher, dem BND Zugang zu den offenbar doch nicht »verbrannten« Unterlagen zu gewähren. Der Generalbundesanwalt seinerseits verzichtete auf die angebotene Einsichtnahme, da er sich davon in seinem Untersuchungsverfahren gegen Baumann, wie gesehen, »keinen

weiterreichenden Beweiswert« erwartete;[478] es stehe im Rahmen dieser Ermittlungen gar nicht in seinem Ermessen, das Verhalten der Kontaktpersonen des IM aufzuklären.[479]

Bei dem Tauziehen um das sogenannte Weiß-Archiv wies »Tomberg« früh unverschnörkelt darauf hin, dass der ehemalige BND-Geheimschutzbeauftrage Altmann die Hauptverantwortung für das »Beiseiteschaffen« der Papiere trage. Nach der Warnung der Witwe durch den inzwischen – am 21. Dezember 1994 – angeklagten Dr. Gerhard Baumann zu Beginn des Jahres habe dieser gemeinsam mit der Familie gezielt mögliche Beweismittel entzogen. Man dürfe hier nicht untätig bleiben, da die neugierig gewordene Presse den BND andernfalls »sofort in die Enge treiben würde«. Mit seinem Plädoyer für ein scharfes Vorgehen (»Beweissicherungsverfahren«, »Strafvereitelung«) vermochte sich der unnachgiebige Referatsleiter jedoch einmal mehr nicht durchzusetzen.[480]

Als der BND und das Bundeskanzleramt sich dann dazu entschlossen, ein »Verwaltungsverfahren« gegen Münstermann anzustrengen,[481] verstärkten sie das Bemühen, doch noch Einblick in das Weiß-Archiv zu erlangen. Da das Kanzleramt keine rechtliche Handhabe dafür sah, empfahl es Präsident Porzner, neuerlich auf die Witwe zuzugehen: Der BND benötige »Klarheit über das ›Archiv‹ Weiß« und müsse »aus Gründen der Eigensicherung abschätzen können, ob und ggf. welche Staats- oder Dienstgeheimnisse an Herrn Weiß und damit womöglich auch an Dritte gelangt sind«.[482] Über die Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft München gegen Vizepräsident Münstermann glückte das schließlich, wie die Abteilung 6 des Kanzleramts Staatsminister Schmidbauer mitteilte.[483] Man müsse sich allerdings scheuen, von einem »Archiv« zu sprechen, hielt die Vorlage fest. Es handele sich vielmehr »um zwei alte Reisekoffer, die nahezu ausschließlich mit Zeitungsausschnitten gefüllt waren. Außer alten Zeitungen enthielten die Koffer etwa zwei Dutzend Schreibmaschinenmanuskripte«. Gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft prüfe der Dienst nun, ob es sich dabei um Exposés für die von Münstermann an Unionspolitiker verschickten Manuskripte handele und in welchem Umfang »originäres BND-Material« in sie eingeflossen sei. Das war erwartungsgemäß der Fall.[484] Original-Dokumente fanden sich jedoch nicht, da Weiß solche Materialien ja nach einigen Tagen wieder von zu Hause nach Pullach zurückgebracht hatte (wie

der Persönliche Referent des Vizepräsidenten anhand seiner privaten Kontrollliste bestätigen konnte).[485]

Von Anfang an und immer wieder – um zum Hauptstrang der Entwicklung zurückzukehren – war es der Referatsleiter »Tomberg« gewesen, der mit seinen Interventionen und Vermerken darauf insistierte, dass der Fall Münstermann nicht unter den Teppich gekehrt wurde.[486] Er kommentierte kurz nach »Wintersteins« Tod intern auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen, in der es um die angebliche Vernichtung von Unterlagen der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig ging, die den IM »Schwarz« geführt hatte: »Dieser Sachkomplex könnte noch Sprengstoff werden«, warnte er. »In Anbetracht der Tatsache, dass ein Teil der Akten der Autorin Sélitrenny zur Verfügung gestanden haben muss und die CSU eine gewisse Rolle in zumindest einem der Fälle spielt, wird man wohl auf diese Thematik zurückkommen.«[487] Tatsächlich kamen die Untersuchungen des BND zur Rolle von Vizepräsident Münstermann in dem Fall Baumann/Weiß jetzt allmählich auf Touren.

Ein Besuch beim Bundesanwalt mit Akteneinsicht verdichtete den Verdacht gegen Dr. Münstermann weiter. »Tomberg« hielt dazu fest,[488] man sei in Karlsruhe der Ansicht, angesichts seiner detaillierten Instruktionen durch das MfS müsse sich bei Baumann »irgendwann einmal die Frage nach den wahren Auftraggebern gestellt haben«; die Anklageschrift ging dann auch davon aus, einem Fachmann wie IM »Schwarz« sei klar gewesen, »dass es sich bei seinen nachrichtendienstlichen Kontakten nur um einen zum Ostblock gehörenden Geheimdienst handeln konnte«.[489]

Bei der Beurteilung des soeben verstorbenen Kurt Weiß bestand Übereinstimmung zwischen Pullach und Karlsruhe: »Hinsichtlich seiner zentralen Kontaktperson Weiß«, so die Aufzeichnung, die »auftragsgemäß alles in kürzester Zeit, meist über Dr. Münstermann oder Altmann aus dem BND habe *erfragen* können, stellt sich beim GBA aber doch die Frage, ob Weiß nicht als Verräter gesehen werden müsse. Allenfalls sei eine gehörige Portion Naivität im Spiele gewesen.« Der Unterabteilungsleiter, der mit in Karlsruhe gewesen war, bemerkte hier am Rande: »Habe das so nicht verstanden.« Der Bundesanwalt werde Anklage erheben, so der Vermerk weiter. Es gehe Lampe nicht darum »nachzukarten oder Häme gegenüber dem BND auszulösen. Es gehe aber darum, und insofern müssten wir beipflichten, die Methodik dieser Abschöpfung offenzulegen, damit man

präventive Maßnahmen im BND berate. Aus der Sicht des GBA tragen Abschöpfungsquellen dieser Dimension bestimmte kriminologische Schlechtpunkte mit sich, sodass sie durch vorbeugende Maßnahmen erkannt werden könnten.« Das war bittere Lektüre, zumal »Tomberg« noch anfügte, Gerhard Baumann sei für das MfS eine »Idealperson« bei der »Bearbeitung des sogenannten ›ersten Freundeskreises‹ gewesen«. Vizepräsident »Dr. Heidegger«, der ehemalige Sprecher des CSU-Freundeskreises, zeigte allerdings nach wie vor keinerlei Neigung, Konsequenzen zu ziehen. Im Gegenteil, im Vollgefühl seiner Amtsgewalt ging er zum Gegenangriff über.

Paul Münstermann, dem die Aufzeichnung natürlich vorgelegen hatte, nahm sie zum Anlass, um über den Abteilungsleiter Sicherheit zu intervenieren. Dieser wiederum ließ »Tomberg« über den Unterabteilungsleiter ausrichten, »Dr. Heidegger« habe »beanstandet, dass im Vermerk v. 7.2.94 steht, Vizepräsident und Altmann seien von Weiß abgeschöpft worden«. Das stehe »im Gegensatz zu einer Auskunft Lampes bzw. dem späteren Befund«, und auch im Gegensatz zu einer handschriftlichen Anmerkung des Unterabteilungsleiters Sicherheit. »Wir sollten diesen Punkt – soweit nötig – richtigstellen«, meinte Foertsch.[490] Damit trat er auf die Seite der Fraktion, die den BND-Vizepräsidenten weiterhin aus der Schusslinie halten wollte. »Tomberg« wurde verpflichtet, sich zu seinem belasteten Vermerk zu erklären, der Münstermann sogleich zugeleitet wurde.[491]

Der nun selbst ins Feuer geratende unnachgiebige »Tomberg« stellte zunächst klar, dass es sich bei seiner inkriminierten Aufzeichnung über den Besuch beim GBA um einen abteilungsinternen Vermerk handele, »ohne jeden Zwang zu diplomatischen Formulierungen. Einer sachlichen Richtigstellung bedarf es indes nicht« (Fragezeichen und dicke Unterstreichung Münstermanns). Die Akteneinsicht bei der Bundesanwaltschaft zeige, dass Dr. Baumann und seine Führungsoffiziere beim MfS »genaue Vorstellungen von den Zugangsmöglichkeiten des Herrn Weiß im BND hatten« (neuerliches Fragezeichen). Entsprechend zielgerichtet sei IM »Schwarz« vorgegangen. Das sei so präzise, so kontrolliert und in einem solchen Umfang erfolgt, dass Bundesanwalt Lampe »die Gutgläubigkeit des Herrn Weiß in Frage stellt« und dem Bundeskanzleramt davon Mitteilung machen wolle. Würde »Winterstein« noch leben, hätte der GBA eine Anklage ernsthaft prüfen müssen.

Für »Dr. Heidegger«, der noch lebte und das lesen musste, verschärfte dieser Hinweis die Bedrohung. Voller Erleichterung kommentierte er mit einem »Allerdings!« den Satz, »zum konkreten Handlungsablauf zwischen Herrn Weiß, A.[ltmann] und Dr. Münstermann geben die MfS-Akten nichts her« – ganz so, als kennten auf dem Pullacher Gelände halbwegs Eingeweihte den konkreten Handlungsablauf ebenfalls nicht. »Tomberg« setzte noch hinzu, er habe sich bei der nun so heftigen inkriminierten Passage seines Februar-Vermerks ganz bewusst einer »Bewertung im rechtlichen oder nachrichtendienstlichen Sinne« enthalten: »Ich habe daher von ›erfragen‹ geschrieben und auf Begriffe wie ›Kontakt nehmen‹ oder ›abschöpfen‹ verzichtet.« Er wusste, wie man sich in der Hierarchie einer Behörde bewegen muss und wie gefährlich es werden kann, wenn man sich entschlossen hat, gegenüber einem hohen Vorgesetzten Rückgrat zu zeigen.

Das Drama bewegte sich auf die Klimax zu, denn Münstermann sah sich auf das Papier des Referatsleiters hin zu einer schriftlichen »Stellungnahme Vizepräsident« veranlasst.[492] Es gehe nicht um diplomatische Formulierungen, schrieb er scharf, sondern um Tatsachen, denn es sei »falsch«, dass Baumanns »angebliche« Kontaktperson Weiß seine Informationen aus dem BND über ihn habe »erfragen« können. Aus den Stasi-Akten gehe »keinesfalls« hervor, dass Baumann über Weiß von ihm und dem ehemaligen Unterabteilungsleiter Sicherheit Altmann »irgendetwas« über den BND beschafft habe. Er sei, wiederholte er, von der Stasi »nicht einmal als Abschöpfungsziel in Betracht gezogen worden«, wie Bundesanwalt Lampe ihm bestätigt habe. »Tomberg« möge eine »Richtigstellung« vorlegen, er selbst behalte sich vor, die Angelegenheit in Abstimmung mit Abteilungsleiter Foertsch im Bundeskanzleramt anzusprechen. Das war nicht nur eine dienstliche Anweisung, sondern zugleich eine gewaltige Drohung. Der pensionierte Altmann, »Wintersteins« Kollege und Mitstreiter im CSU-Freundeskreis, hatte Volker Foertsch inzwischen telefonisch daran erinnert, ihm das Protokoll ihres Gesprächs über Kurt Weiß vereinbarungsgemäß »zum Mitzeichnen bzw. -lesen zu geben«.[493] Darin hatte er gesagt, er könne sich nicht vorstellen, dass »Winterstein« Material aus dem BND an Baumann weitergegeben habe.[494]

Für »Tomberg«, Referatsleiter 52DA in der Abteilung Sicherheit, ging es um alles. Er entschied sich dafür, dem Vizepräsidenten offen

entgegenzutreten und sich – gleichzeitig – unter den Schutz des Präsidenten zu stellen. In einem direkt an Münstermann gerichteten Memorandum,[495] das er nachrichtlich auch dem BND-Präsidenten zuleitete, verweigerte er die geforderte »Richtigstellung«. Seine Beweisführung war erdrückend, wie »Dr. Heidegger« wohl wusste, aber noch immer nicht einräumen wollte: 1. Kurt Weiß hatte bei seiner Befragung durch den früheren Unterabteilungsleiter 52 »Osterloh« am 8.1.1991 bestritten, von Baumann jemals nach Informationen aus dem BND gefragt worden zu sein; längst widerlegt. 2. Die Befragung eines damit befassten MfS-Offiziers, zuletzt am 17.5.1993, hat das Gegenteil und auch die Beziehung Weiß – Vizepräsident offengelegt; Münstermann habe den Sachverhalt gegenüber »Osterloh« seinerzeit vollinhaltlich bestätigt. 3. Auch die Befragung anderer HVA-Mitarbeiter hat schon früher die Informationsgewinnung auf der Linie Baumann-Weiß-Altmann »und Ihnen« erkennen lassen. 4. Der MfS-Offizier Horst Findeisen hat am 19.2.1992 eingeräumt, wesentliches operatives Element seien »Herr Weiß und dessen Einfluss beim BND« gewesen. 5. Die Stasi-Akten lassen erkennen, dass dem MfS »die Zugangsmöglichkeiten des Herrn Weiß über Sie, Herrn Blum und Herrn Arnheim [Altmann] bekannt waren«, entsprechend erfolgte seine Auftragserteilung; drei Aktenfundstellen von 1984, 1987 und 1988 zum Beleg.

»Tomberg« zog daraus unmissverständliche Schlussfolgerungen: »Ich gebe zu bedenken, dass wir solche Fundstellen nicht gezielt gesucht haben, da es nicht um die Erhebung persönlicher Vorgänge ging. Wenn es aber jetzt schon um Personen geht, dann ist auf die Jahreszahlen zu achten. In Ansehung der dem MfS gelieferten Themen und Zugangsmöglichkeiten der großenteils schon im Ruhestand befindlichen Personen, bzw. Herr Weiß mit Beschäftigungsverhältnis im Archiv, müsste dieser sich in der Hauptsache an Sie persönlich gewandt haben. All dies fügt sich nahtlos zu dem von mir in meinem fraglichen Vermerk beschriebenen Szenario zusammen. Die darin ausgedrückte persönliche Gewissheit bleibt bestehen.«

Abschließend kam der Bedrängte auf seine persönliche Lage zu sprechen: »Wenn Sie als Vizepräsident den Fall in der mir übermittelten Intention mit Herrn Abteilungsleiter 5 Foertsch im Bundeskanzleramt erörtern wollen, muss ich mich rein vorsorglich unter den Schutz des Herrn Präsidenten des BND stellen; er erhält mit gleicher Post einen Abdruck meines Schreibens. Ich für meinen Teil bevorzugte allerdings – auch wegen

der zwischenzeitlich eingetretenen Ereignisse – eine Untersuchung mit rechtlichem Gehör und justiziabler Entscheidung. Hierzu müssen die Akten der Gauck-Behörde, die Ermittlungsakten des GBA und die Fallakten 52DA beigezogen werden. Den disziplinarrechtlichen Selbstreinigungsantrag behalte ich mit vor.«

Am selben Tag erhielt der BND-Präsident das Memorandum, und zwar mit dem Bemerken, es gehe dabei auch um »eine Personalsache«.[496] In seinem Begleitschreiben ließ »Tomberg« seine einigermaßen verzweifelte Lage anklingen: »Die Reaktion Vizepräsident wurde mir von Referatsleiter 52D auf dem Gang in die Hand gedrückt mit der beiläufigen Bemerkung, da ›stecke eine Bombe drin‹. Es fehlen die Handzeichen aller meiner Vorgesetzten, von hilfreicher Kommentierung oder Weisung ganz zu schweigen. Die Ankündigung einer Erörterung des Falles durch Vizepräsident und Abteilungsleiter 5 im Bundeskanzleramt besorgt mich sehr. Keiner von beiden wird ein gutes Haar an mir lassen. Beide werden glauben, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, und ich bin in jedem Fall der Verlierer. Die weiteren Umstände der Veröffentlichung in der ›Berliner Morgenpost‹ komplizieren meine Situation noch mehr, insbesondere die letzte Stellungnahme der Abteilung, die hiesigen Akten gäben zum Anteil Vizepräsident zum Fall Dr. Baumann nichts her, was mich und meine Ausführungen gegenüber Vizepräsident der Lüge zu strafen scheint. Ich habe in der Tat den ersten Eindruck, dass meine Position zerrüttet werden soll.«

Die außerordentlich gut informierte Presseveröffentlichung (die nicht in der *Berliner Morgenpost*, sondern in der *Berliner Zeitung* erschien) platzte mitten in die scharfe Auseinandersetzung innerhalb der Abteilung Sicherheit und zwischen dem Präsidenten und seinem Vizepräsidenten.[497] Im Wahljahr 1994 kam die Schlagzeile »Wie die Stasi über Rechtsaußen beim BND eindrang« ausgesprochen ungelegen. Gewiss nicht ohne Mithilfe aus den beteiligten Behörden heraus (womöglich des bedrängten »Tomberg« selbst) berichtete der profilierte Investigativjournalist Andreas Förster von üblen Zuständen: »30 Jahre lang profitierte die Stasi von einer rechten Allianz aus Bundesnachrichtendienstlern, Bundeswehr-Oberen und Journalisten«, schrieb er: »Der BND vertuschte die peinliche Spionage-Affäre.« Es folgte eine Schilderung der Beziehungen zwischen Gerhard Baumann und Kurt Weiß, »einer der Führer der CSU-Fraktion in Pullach«,

der bei seinem Ziehsohn, Vizepräsident Paul Münstermann, auch nach seiner Pensionierung ein- und ausgegangen sei. Der Spitzenbeamte sei es wohl auch gewesen, »der Weiß mit allerlei dienstinternen Schriften und Informationen versorgte«. Der Fall sei so gravierend, dass die Bundesanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet habe. »Die anstehende Pensionierung von Münstermann, der praktisch von der Stasi abgeschöpft wurde, könnte durch eine Prüfung in Gefahr geraten«, mutmaßte Förster; Kurt Weiß sei inzwischen verstorben, Baumann werde wohl aus Altersgründen einem Verfahren entgehen. Und Münstermann? Diese Frage blieb über dem Artikel schweben.

Jetzt, im Juli oder August 1994, musste die Entscheidung fallen, wer den Kürzeren ziehen würde: BND-Vizepräsident Münstermann und seine Unterstützer oder der BND-Mitarbeiter »Tomberg«, der sich trotz größten Drucks nicht einschüchtern ließ. Am Tag nach der Explosion der Bombe in der *Berliner Zeitung* entwarf die Abteilung Sicherheit ein Schreiben des Präsidenten an Staatsminister Schmidbauer, das sofort hinausging.[498] Der Beitrag unterstelle »tendenziös«, der BND habe eine Spionageaffäre vertuscht, hieß es darin, der Artikel enthalte auch andere Unrichtigkeiten. »Erstmals wurde nun in der Presse der Vizepräsident des BND sozusagen als ›Unterquelle‹ des ehemaligen Direktors beim BND Kurt Weiß namentlich erwähnt. Hierzu ist festzustellen, dass diese Aussage aufgrund der hier vorliegenden Unterlagen nicht nachzuvollziehen ist.« Das war nur insofern korrekt, als die Machenschaften Münstermanns sich in dienstlichen »Unterlagen« naturgemäß tatsächlich nicht niedergeschlagen hatten. Der Wissensstand »Tombergs« fand gegenüber dem Bundeskanzleramt keine Erwähnung. Anders als Abteilungsleiter Foertsch und der Geheimschutzbeauftragte »Wilhelm« (UAL52) hatte er dieses exkulpierende Schreiben nicht mitgezeichnet.

Doch nun begannen die Mühlen in Pullach schneller und gründlicher zu mahlen. In der Abteilung Sicherheit griff die Vermutung Raum, Münstermann werde vielleicht doch nicht zu halten sein. Der Geheimschutzbeauftragte beeilte sich daher, zu einer neuen Auffassung über den Fall Münstermann zu gelangen und dabei auch übergeordnete politische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. In Stasi-Kreisen, vermerkte er zwar, sei man der Auffassung, die abträglichen Zeitungsberichte über den BND und die CSU-Konnexion würden durch »interessierte Kreise

hochgespielt«, und zwar vor dem Hintergrund, »dass bislang nur Fälle, die die Opposition betrafen, in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt wurden«. Andererseits räumte »Wilhelm« jedoch so deutlich wie außer »Tomberg« im BND bisher noch niemand ein, »dass die Operation Baumann bezogen auf den BND auch vor dem Hintergrund angelegt war, dass die Abschöpfungsquelle des BND-Mitarbeiters Weiß ausgezeichneten Zugang zu Dr. Münstermann« hatte. Und, siehe da: Jetzt begann man sich auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Geschäftsbereich des Vizepräsidenten über die seinerzeitigen Vorgänge zu erkundigen, eine Möglichkeit, die seit Jahren bestanden hatte, aber nicht genutzt worden war. Engste Mitarbeiter, so lautete die Erkenntnis, hätten bezeugt, »dass es einen intensiven Informationsfluss mit Weitergabe von Unterlagen, insbesondere aus dem Lagebereich von Dr. Münstermann an Herrn Weiß bzw. an hochrangige Politiker, gegeben hat«.[499] Ein ganz neuer Ton mit Crescendo. Alles wies nun auf einen: auf den Doktor »Heidegger«.

Der Streit um Münstermann, der nun auch das Bundeskanzleramt erreichte, war aber noch nicht ausgestanden. Da man inzwischen den Persönlichen Referenten des Vizepräsidenten über die variationsreichen Praktiken seines Chefs bei der Weitergabe von Informationen und Materialien an Kurt Weiß befragt hatte und das Ergebnis dieser Einvernahme[500] bei einigen in Pullach – bei anderen noch immer nicht[501] – die bis dahin nicht bemerkten Schuppen von ihren Augen fallen ließ, suchte Sicherheitschef Volker Foertsch am 7. Juli Geheimdienstkoordinator Schmidbauer auf. Konrad Porzner, der sich inzwischen intensiv mit seinem Vize befasste, ging am selben Tag zu Kanzleramtschef Bohl.[502] Er trug ihm vor, was er inzwischen über das »vertrauensvolle Verhältnis von Herrn Dr. Münstermann zu Weiß« erfahren hatte, und hielt fest, dass sein Stellvertreter »keine Ahnung davon hatte, dass Herr Weiß möglichweise Abschöpfquelle des MfS gewesen war. Präsident BND stellte weiter die Informationsabflüsse von Herrn Dr. Münstermann an prominente Politiker der CSU dar. Präsident sei daran gelegen, nach Möglichkeit eine öffentliche Diskussion über diese Vorgänge zu vermeiden«. Porzner machte den Vorschlag, den Fall noch einmal gründlich zu untersuchen und dazu nun auch Mitarbeiter des Vizepräsidenten – das erfolgte bereits[503] – zu befragen. Der Chef des Bundeskanzleramts war einverstanden.

Bereits anderntags informierte der BND-Präsident Foertsch und den Geheimschutzbeauftragten über sein nur viertelstündiges Gespräch im Bundeskanzleramt: Bundesminister Bohl habe angeordnet, »den vagen Hinweisen zu dem in dem Artikel der ›Berliner Zeitung‹ vom 21.6.94 behaupteten Informationsfluss zwischen Herrn Dr. Münstermann und dem früheren BND-Mitarbeiter Kurt Weiß« nachzugehen.[504] Also wurde – diesmal allerdings mit allerhöchstem politischem Segen – die nochmalige, geradezu blitzartige Prüfung der in den letzten dreieinhalb Jahren angefallenen Akten forciert. Sehr schnell kam alles an den Tag. Der Damm war gebrochen, Vermerke, Aufzeichnungen und Memoranden fluteten die Schreibtische in Pullach. Obwohl die Würfel gegen Vizepräsident Paul Münstermann damit gefallen waren, kämpfte er noch und bezog dazu eine neue Verteidigungslinie. Er beschied den Präsidenten, der ihn auffordern musste, doch bitte präziser zu werden,[505] mit einem Memorandum des Betreffs: »Versuch der Diskreditierung meiner Person in der Presse (BZ vom 21.6.94)«.[506] Das war der gewohnte Jargon, mit dem über Jahrzehnte selbst zutreffende Sachverhalte abgewimmelt wurden, sofern sie aus dem Osten kamen.

»Dr. Heidegger« schilderte in seinem die Grenzen zum Hochmut nach wie vor überschreitenden Selbstbewusstsein zunächst seine Beziehungen zu »Winterstein«. Ja, zu dem habe er »langjährige kollegiale bis freundschaftliche Kontakte« unterhalten; im Entwurf war es ihm noch ratsam erschienen zu unterstreichen, auf seine Beförderungen habe Weiß »keinen Einfluss nehmen können«. Sein Freund, fuhr er fort, »gehörte als Leiter der Operativen Abteilung und als Leiter des Schul- und Ausbildungswesens zu den herausragenden Persönlichkeiten des BND. Aufgrund seiner Stellung im Dienst und außerhalb des Dienstes war seine Integrität über jeden Zweifel erhaben. Die Mitgliedschaft in der Union sowie gemeinsame Kontakte zu führenden Politikern der Union gaben meinem Verhältnis zu Herrn Weiß einen besonders vertrauensvollen Akzent. Zu diesen Politikern gehörten u. a. Franz Josef Strauß, Alfred Dregger, Manfred Wörner, Friedrich Zimmermann, Philipp Jenninger, Werner Marx, Friedrich Vogel und Karl Miltner.«

»Winterstein« habe dann, fuhr Münstermann nach dem Namedropping fort, die bekannte werkvertragliche Anstellung beim BND gehabt und der Leitung darüber in unregelmäßigen Abständen vorgetragen. Weiß habe ihn

dabei auch »regelmäßig über seine Kontakte und Gespräche mit Politikern der CDU/CSU« unterrichtet; er sei von diesen als kompetenter Analytiker des außenpolitischen Geschehens ja »sehr geschätzt« worden. Da die Information von Spitzenpolitikern auch außerhalb der normalen Berichterstattung zu seinen, Münstermanns, Aufgaben gehöre, habe er seinen Freund beauftragt, außen- und pressepolitische Vorgänge zusammenfassend zu analysieren. Dafür seien dem sicherheitsverpflichteten Kollegen »in verschiedenen Fällen auch Stellungnahmen der Auswertung des BND zugänglich gemacht« worden; in der Regel Fassungen ohne nachrichtendienstlichen Hintergrund, die er an Strauß, Streibl, Stoiber, Waigel, Spranger und den CSU-Mann Wolfgang Bötsch gegeben habe. Soweit ihm heute noch erinnerlich, habe »Winterstein« darüber hinaus keine dienstinternen Schriften und Informationen erhalten.

Interna, log der Vize weiter, habe Herr Weiß von allen möglichen Leuten erfahren können, da er in der Zentrale über »zahlreiche Gesprächskontakte in alle Bereiche verfügte und diese auch in Eigenschaften als angesehener ehemaliger Erster Direktor und Mitarbeiter des Archivs laufend wahrnahm«. Es könne durchaus sein, dass Weiß Gerhard Baumann über den Kontakt zu ihm informiert habe und dieser dann »bei seinen Auftraggebern auf mich vereinzelt fälschlich Bezug nahm, um sich und seine Berichte aufzuwerten«. Laut GBA sei er – »Heideggers« Mantra – nicht einmal »Abschöpfungsziel« des MfS gewesen. Fazit: »Meines Erachtens ist die BZ-Veröffentlichung insgesamt als Diffamierungsversuch gegenüber dem BND und der Union zu werten. Weitere Versuche in dieser Richtung unter Zuhilfenahme einer Verfälschung der genannten Sachverhalte sind nicht auszuschließen.« Doch was in der Goliath/Marx/Weiß-Affäre 15 Jahre zuvor noch notdürftig als plausibel anerkannt werden konnte,[507] funktionierte nun nicht mehr. Die *Berliner Zeitung* war zwar das Blatt der SED-Bezirksleitung gewesen, der Staatssicherheitsdienst aber kürzlich zusammen mit der DDR untergegangen. »Dr. Heideggers« traurige Argumentation dürfte seinen mittlerweile unabwendbaren Sturz noch beschleunigt haben.

Die Beweislast gegen den BND-Vizepräsidenten, die sich nach der Befragung seiner Vorzimmerdame »Goldoni« noch einmal massiv erhöhte,[508] konnte zehn Wochen vor der Bundestagswahl weder vom Präsidenten noch vom Kanzleramtschef auf die leichte Schulter genommen

werden. Porzner und Bohl kamen daher am 3. August 1994 überein, dass sich Dr. Paul Münstermann zurückzuziehen habe.[509] Das tat er einen Tag später gegenüber Bohl mit dem Einzeiler: »Ich bitte, mich gemäß § 42 Abs. 4 Nr. 2 BBG mit Ablauf des Monats August 1994 in den Ruhestand zu versetzen.« Als Beamter auf Lebenszeit erfülle er die Wartezeit gemäß § 4 Beamtenversorgungsgesetz. Für den Abschied von dem sehr geehrten Herrn Bundesminister wählte er in seiner riesigen Kinderschrift die Formel: »Mit freundlichen Grüßen, Ihr Paul Münstermann«.[510]

Diese Vorgänge waren derart delikat, dass Konrad Porzner sich während der Abfassung seines Münstermann-Berichts für Bonn veranlasst fühlte, den an sich zuständigen Staatsminister Schmidbauer dabei auszuschalten, der Pullach just in diesen Tagen einen Besuch abstattete. Da er dabei nicht zugegen sein könne, verfügte der BND-Präsident: »Auf eventuelle Fragen Staatsminister Schmidbauers nach dem Bericht ist darauf hinzuweisen, dass dieser termingerecht Minister Bohl zugehe. AL 5 [Foertsch] bzw. UAL52 [»Wilhelm«] sind nicht autorisiert, vor Genehmigung durch den Präsidenten auf den Inhalt im Einzelnen einzugehen.«[511]

Das Schreiben an den Chef des Bundeskanzleramts, in dem der BND-Präsident den Sturz des Vizepräsidenten begründete, umfasste neun Schreibmaschinenseiten. Es schilderte den Vorgang Baumann/Weiß/Münstermann noch einmal, ging auf seine Hintergründe ein, legte das Verhalten des Vizepräsidenten dar und gab eine abschließende Wertung.[512] Nach Mitteilung der bekannten Sachverhalte erwähnte Porzner das fortbestehende gute Verhältnis des als »Elder Statesman« geltenden Weiß zu seinen Vorgängern und verwies auf dessen langjähriges freundschaftliches Verhältnis zu Dr. Münstermann. »Beide gehörten auch einem Mitte der siebziger Jahre gegründeten Freundeskreis mit konservativer Ausrichtung an; Herr Weiß als ›Vorsitzender‹.« Bei dem Fall Baumann/Weiß habe es sich um »einen für den Bundesnachrichtendienst schwerwiegenden Abschöpfungsvorgang« gehandelt, freilich gäben die Stasi-Akten nur ganz wenige Hinweise auf den Informationsfluss aus dem BND an Weiß (was nicht zutraf). Es sei jedoch »die Schlussfolgerung möglich, dass bestimmte Fragestellungen nur durch die Abschöpfung der Leitungsebene des Bundesnachrichtendienstes zu beantworten waren.« Unterlegt wurde das durch Aussagen ehemaliger MfS-Offiziere, vor allem aber mit den ausführlich wiedergegebenen Einlassungen der beiden engsten

Mitarbeiter im Büro des BND-Vizepräsidenten, seiner früheren Vorzimmerdame und seines ehemaligen Persönlichen Referenten.[513]

Konrad Porzners abschließende Bewertung war eindeutig: »Es kann als gesichert gelten, dass vor dem Hintergrund der engen Beziehungen zwischen Herrn Weiß und Dr. Münstermann sowie der stattgefundenen Materialübergabe an Herrn Weiß auch aus dem Leitungsbereich des Bundesnachrichtendienstes Informationen über Weiß an Baumann und damit an das MfS geflossen sind.« Freilich könne man nicht der Auffassung folgen, den Beteiligten hätte klar sein müssen, »dass hier ein Ostblock-Nachrichtendienst am Werk sein müsste«. Für Baumann werde dies in dem erwarteten Gerichtsverfahren zu klären sein. »Bezogen auf Herrn Weiß ist die Wahrheit nicht mehr feststellbar, da er verstorben ist […] Bezogen auf Herrn Münstermann stelle ich fest, dass es nach derzeitigem Erkenntnisstand keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, dass er gewusst hat, dass an den Inhalten der mit Herrn Weiß geführten Gespräche unbefugte Dritte partizipieren, geschweige das MfS über Baumann […] Herr Weiß hat offensichtlich das in ihn gesetzte Vertrauen für eigene Zwecke ausgenutzt und zum Schaden des Bundesnachrichtendienstes, seiner Mitarbeiter und der Leitung des Bundesnachrichtendienstes missbraucht.« Das war deutlich, für den in die Wüste geschickten »Dr. Heidegger« aber gewiss die pfleglichste Darlegung der Vorgänge. Die disziplinarrechtlichen oder gar strafrechtlichen Konsequenzen für den Kollegen, der dem BND 27 Jahre lang gedient hatte, waren dennoch nicht absehbar.

»Dr. Heidegger«, der damit begonnen hatte, sein Büro aufzuräumen, nahm umgehend zu den Befunden Stellung, die der Präsident dem Bundeskanzleramt übermittelt hatte.[514] Er wusste, dass er alles versuchen musste, um ein möglicherweise sogar finanziell einschneidendes Disziplinarverfahren zu vermeiden, unbedingt aber einer Anklage durch den Generalbundesanwalt zu entgehen. Er ging daher mit keinem Wort auf die Vorwürfe ein, die gegen ihn erhoben wurden, und beschränkte sich darauf, die Darlegungen seines »Diskreditierungs«-Memorandums vom Vormonat noch einmal zu wiederholen – allerdings mit dem Zusatz: »Meine Maßnahmen zur Unterrichtung von Spitzenpolitikern der Union fallen in meine Kompetenzen als Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes.« Womöglich glaubte der gestürzte Vizepräsident das inzwischen selbst, bei dem sich normative Gleichgültigkeit, parteipolitische Kumpanei und

Selbstüberhebung ebenso unglücklich paarten wie bei seinem Mentor »Winterstein«.

Kennern der Verhältnisse war nicht verborgen geblieben, dass es seit langem Spannungen zwischen Pullach und Bonn gab. Einer der Informationsdienste in der Hauptstadt versuchte den Rückzug des BND-Vizepräsidenten sogleich in diesen Zusammenhang einzuordnen.[515] Paul Münstermann habe den ungewöhnlichen Schritt seines Rückzuges »ohne Absprache mit den führenden Persönlichkeiten ›seiner‹ Partei, der CSU, getan, nachdem vom Kanzleramt Druck auf ihn ausgeübt wurde«. Dieser spektakuläre Rücktritt zu Wahlkampfzeiten sei Ausdruck einer seit längerem schwelenden Krise zwischen der Führung des Bundesnachrichtendienstes und dem Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer: »Das Verhältnis zwischen dem BND-Präsidenten, dem von Bundeskanzler Helmut Kohl selbst geholten Sozialdemokraten Konrad Porzner, und Schmidbauer ist absolut am Tiefpunkt. Die Absicht von Schmidbauer, Porzner abzulösen, ist bislang an Helmut Kohl gescheitert. Er möchte jetzt seine Ruhe haben.« Schmidbauer halte den Präsidenten für unfähig und warte nur auf die Zeit nach den Bundestagswahlen; der BND-Präsident solle dann wieder von der Union gestellt werden.

»Der neueste Konflikt zwischen Pullach und Bonn« habe sich an sich an dem BND-Abteilungsleiter Foertsch entzündet, fuhr der Bericht fort. »Porzner wollte Foertsch wegen Illoyalität entlassen. Das hat Schmidbauer verhindert«. Foertsch sei stattdessen als Leiter der Abteilung 1 (Beschaffung) abgelöst und an die Spitze der Abteilung Sicherheit versetzt worden. »Foertsch, von Schmidbauer gestützt, ist *der* Informant des Staatsministers über interne Vorgänge. Der Abteilungsleiter ruft Schmidbauer direkt an. Umgekehrt gilt dies auch.« Der Staatsminister habe wegen des Falles Baumann/Weiß erheblich Druck auf die BND-Spitze ausgeübt, als der Verdacht aufgekommen sei, die Informationen aus dem BND seien über den Vizepräsidenten an die Staatssicherheit abgeflossen. Dafür gebe es keinerlei Beweise, konstatierte das vermutlich von Geheimdienstkoordinator Schmidbauer, Foertsch oder Münstermann selbst instruierte Blättchen: »Münstermann ist absolut kein Vorwurf zu machen. Porzner hat dies auch dem Bundeskanzler nach Bonn gemeldet. Aber das ganze Drumherum reichte wohl dazu, dass der langjährige und verdiente BND-Vizepräsident seinen Rücktrittsbrief geschrieben hat.

Kanzleramtsminister Friedrich Bohl, letztendlich für Personalfragen auch des BND zuständig, hat hier tatenlos zugesehen.«

»Dem ganzen Volk, nicht einer Partei dienen«

Kurt Weiß war tot, Paul Münstermann gestürzt, die Anklage gegen Gerhard Baumann stand bevor. Die innerbehördliche Aufarbeitung des Skandals dagegen währte noch fünf weitere Jahre. Es würde zu weit führen, dieses politisch-bürokratische Auf und Ab ähnlich detailliert vor Augen zu stellen wie den Kampf um Selbstreinigung in Pullach. Schon dieses Lehrstück, das die anhaltende Fortwirkung des Geistes der Gehlen-Zeit zeigt, fiel ja weit außerhalb unseres Untersuchungszeitraums. Wir beschränken uns daher abschließend auf die Betrachtung einiger Muster der Selbstvergewisserung über die eigene Arbeit, die sich beim weiteren Umgang mit dem Fall Münstermann zeigten. Diese Auseinandersetzung mit den an sich geltenden Normen mag als Versuch einer inneren Korrektur des »Winterstein«-Unwesens, dem dunklen Erbe der Gehlen/Globke-Jahre, gelesen werden.

Der Auslandsnachrichtendienst hatte sich bei seiner politischen Inlandsspionage und der damit einhergehenden parteipolitischen Indienstnahme durch den Kanzler und den Kanzleramtschef während der Ära Adenauer wie selbstverständlich außerhalb seiner Zuständigkeit, seiner selbstgesetzten Normen und der geltenden rechtlichen Bestimmungen bewegt; von dem, was als Common Sense des demokratischen Rechtsstaats gelten konnte, nicht zu reden. Die Beleuchtung des »Winterstein«-Unwesens hat gezeigt, dass diesem Verhalten bei Kurt Weiß und der tonangebenden autoritär-rechtskonservativen Gruppe in der Spitze des Dienstes eine nicht hinterfragte, internalisierte Haltung zugrunde lag. Nach dem Regierungswechsel 1969 führte das im Schulterschluss mit führenden Unionspolitikern zu einer regelrechten Widerstandsmentalität, gegen die Reinhard Gehlens Nachfolger – bei Gerhard Wessel angefangen und bei Konrad Porzner nicht endend – anzukämpfen hatten.

Dienstpflichtverletzungen und Geheimnisverrat, wie sie von »Winterstein« und seinen Freunden in Permanenz kultiviert wurden, widersprachen selbstverständlich den beamtenrechtlichen Bestimmungen und dienstlichen Vorschriften. Helmut Kohls kurzzeitiger Kanzleramtschef, aber noch einige Jahre länger als Geheimdienstkoordinator tätige Staatssekretär Waldemar Schreckenberger etwa wandte sich noch in den achtziger Jahren in einem harschen Schreiben an BND-Präsident Hans-

Georg Wieck, um der Informationsabflüsse aus dem Dienst Herr zu werden. Sein Entwurf schärferer Richtlinien für den Auslandsnachrichtendienst rief zunächst ins Gedächtnis, dass reguläre Adressaten für Erkenntnisse des BND das Bundeskanzleramt und die Bundesministerien seien: »Die Weitergabe von Erkenntnissen an Personen und Stellen außerhalb der Bundesregierung bedarf der vorherigen Zustimmung des Staatssekretärs beim Bundeskanzler.« Bei einer Unterrichtung von Bundestagsabgeordneten sei ebenso zu verfahren. Überhaupt müsse jedwede Informationstätigkeit vorab mit dem Kanzleramt abgestimmt werden;[516] innenpolitische Berichterstattung, die per se untersagt war, musste in dieser Anweisung gar nicht erst berührt werden. Der BND-Präsident fühlte sich von Schreckenberger auf die Füße getreten und erklärte, die in Geltung stehende Dienstanweisung erfülle ihren Kontrollzweck durchaus. Man möge eine Neuregelung (die auch er für nötig hielt) doch besser erst in der nächsten Legislaturperiode ins Auge fassen, um die immer wieder festgestellten Dienstvergehen effektiver zu unterbinden.[517]

Das war keine unbillige Forderung, denn die Ende 1968 von Kanzleramtschef Karl Carstens erlassene Allgemeine Dienstanweisung hatte ja versucht, die ständigen Durchstechereien von BND-Mitarbeitern an gleichgesinnte Politiker oder befreundete Journalisten zu unterbinden. Sie wiederholte in ihrem § 1 (2) nicht nur den bereits 1954 von Hans Globke geprägten Normsatz »Auf innenpolitischem Gebiet wird der BND nicht tätig«,[518] sondern bestimmte auch, Art und Bedeutung der Aufgaben des BND geböten es, »dass alle Bediensteten innerhalb und außerhalb des Dienstes hierauf Rücksicht nehmen, Zurückhaltung üben und die sich durch ihre Tätigkeit für ihren persönlichen Bereich ergebenden Beschränkungen beachten«. Und: »Die Schweigepflicht der Bediensteten erstreckt sich auf alle Kenntnisse, die sie durch ihre Tätigkeit im BND erworben haben.«[519] Auch Ruheständler wie Kurt Weiß hatten die Kenntnisnahme dieses Hinweises in einem entsprechenden Revers zu bestätigen. Der Carstens-Erlass ließ keinerlei Spielraum für eine Informationsgebung nach Gutdünken, wie sie in der Gehlen-Zeit und noch zwei Jahrzehnte danach gang und gäbe war. § 15 bestimmte nämlich: »Auskünfte werden nur zu dienstlichen Zwecken erteilt. Auskünfte an private Stellen darf nur der Präsident in besonderen Ausnahmefällen zulassen, wenn sie im öffentlichen

Interesse geboten sind […] Auskünfte über Angelegenheiten von besonderer politischer Bedeutung dürfen nur mit Zustimmung des Chefs des Bundeskanzleramtes erteilt werden.« So weit die Theorie.

Der Erlass von Karl Carstens hatte mit der Praxis der Gehlen-Jahre nichts, mit den Gepflogenheiten der Nach-Gehlen-Zeit wenig zu tun. Das wurde in mehreren Affären der achtziger Jahre öffentlich sichtbar. Die Machenschaften der Langemann, Münstermann und Weiß rückten die Missstände im Apparat grell ins Blickfeld. Wir haben gesehen, wie die beiden BND-Spitzenbeamten »Winterstein« und »Heidegger« sich in den Anfängen des Baumann-Skandals aus der Affäre zu ziehen versuchten. Noch ehe die Beziehungen von Kurt Weiß zu IM »Schwarz« ruchbar wurden, gab es im BND wiederholt interne Erörterungen über die Weitergabe von Informationen. So ließ etwa der Leiter der Zentralabteilung und spätere Vizepräsident Rainer Kesselring auf der Basis des BND-Gesetzes von 1990 die Weitergabe von Informationen rechtlich prüfen. Dabei ging es nicht um Gesprächspartner, wie Dr. habil. Baumann einer war, sondern um Landesregierungen und den Bundestag.

Der Unterrichtung der Ministerpräsidenten stehe nichts entgegen, befand das Gutachten, »nicht so einfach verhält es sich dagegen mit der Weitergabe von Informationen aller Art an den parlamentarischen Raum«.[520] Diese habe zur Voraussetzung, dass sie »zur Wahrung außen- und sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland erforderlich« sei und die Zustimmung des Chefs des Bundeskanzleramts habe. Erfolge eine solche Information durch die Arbeitsebene, so sei eine »den/die Empfänger bezeichnende und aktenkundige Weisung der Leitung [des BND] erforderlich«. Beabsichtige sie, politisch Verantwortliche des Bundestags (etwa Fraktionsvorsitzende) einzubeziehen, dürfe es allein um die Wahrung außen- und sicherheitspolitischer Belange gehen: »Problematisch wird es, sobald es sich um Informationen ›über inländische Personen und Zusammenhänge‹ handelt«. Das waren die Normen gewesen, die hätten beherzigt werden sollen, in Pullach jedoch beinahe ein halbes Jahrhundert lang keine Kraft entfalten konnten.

Nach den ersten Hinweisen auf die Praxis des Vizepräsidenten Münstermann im Frühjahr 1993, spätestens aber seit dem *Focus*-Bericht drei Tage nach dem Ableben »Wintersteins« Anfang 1994[521] erhob sich die Frage, wie sich der BND-Präsident zum Verhalten seines Stellvertreters

stellen sollte. Wie gesehen, wurde sie im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt mit dessen Versetzung in den Ruhestand beantwortet. Doch konnte es nach einer derart unverschämten und systematischen Hintergehung des Dienstherrn damit sein Bewenden haben? Die Prüfung einer Straftat nach § 99 StGB (Geheimdienstliche Agententätigkeit) hatte Bundesanwalt Lampe immerhin sogar bei dem verstorbenen Kurt Weiß auf den Weg gebracht, schloss bei diesem Abschöpfkontakt des MfS dann aber aus, dass »wichtige öffentliche Interessen *vorsätzlich* gefährdet« worden seien. Fahrlässige Vergehen nach § 353b StGB (Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht) verjähren nach drei Jahren. Im Tatkomplex IM »Schwarz« war diese Verfolgungsverjährung schon eingetreten, als die Staatsanwaltschaft die Stasi-Akten erstmals auswertete.[522] Telefonisch signalisierte Lampe dem Geheimschutzbeauftragten des BND, die Anklageschrift gegen Baumann sei inzwischen hinausgegangen. »Der ehemalige Vizepräsident, Herr Dr. Münstermann, werde als Zeuge geladen werden. Man habe in der Anklageschrift versucht, den BND weitgehend ›zu schonen‹. Inwieweit das in Bezug auf das zu erwartende Presseecho von Erfolg gekrönt sei, müsse abgewartet werden«.[523]

Das Presseecho wartete die Eröffnung der Hauptverhandlung gegen Baumann nicht erst ab, sondern ließ sich schon auf die Anklageschrift hin deutlich vernehmen. Der *Spiegel* breitete die »deutsch-deutsche Groteske« um den düpierten Stasi-Agenten in einem gut informierten Artikel aus und vermerkte, deren erstes Opfer sei Vizepräsident Münstermann gewesen, der »aus ›privaten Gründen‹ seinen Abschied nahm«.[524] Der BND und das Kanzleramt würden nachforschen, »ob Münstermann angeklagt werden muss. Nach derzeitigem Stand kommt er in einem Prozess gegen Baumann als Zeuge davon.« Es folgte eine kenntnisreiche Beschreibung, wie der rechtskonservative Wehrexperte Baumann bei »CSU-Größen« ein- und ausgegangen war: »Geheimes Material in Hülle und Fülle besorgte BND-Direktor Kurt Weiß alias Winterstein. Das war der Anführer der einflussreichen CSU-Seilschaft im BND, die ihre Parteizentrale mit Berichten über den politischen Gegner spickte. Der Baumann-Helfer gab sich dabei als letzte Bastion vor dem Weltuntergang.« Es folgte die Aufklärung darüber, wie »der Eiferer Weiß« von Kinkel kalt-, von Blum dann mittels Werkvertrag aber wieder eingestellt worden war und wie die

Unterlagen zwischen »Winterstein« und »Dr. Heidegger« (»Intimus von Strauß«, »keine Begabung, aber das richtige Parteibuch«) zirkulierten. Dieser Fall könne wegen mangelnder Dienstaufsicht nun auch für Konrad Porzner zum Problem werden.

Der BND-Präsident musste damit selbst fertigwerden, denn Bundesanwalt Joachim Lampe hatte in der zitierten Aufzeichnung festgehalten, »die Erforderlichkeit von Maßnahmen der Dienstaufsicht in anderen Behörden hat die Bundesanwaltschaft nicht zu prüfen«. Die angeklagte Tat sei nur die des Beschuldigten Dr. Baumann: »Das Verhältnis des Beschuldigten zu seinen Kontaktpersonen und deren Personen wurde nur so weit ermittelt, wie es für die strafrechtliche Beurteilung der angeklagten Beziehung des Beschuldigten zu seiner nachrichtendienstlichen Führungsstelle bedeutsam ist […] Daher wurden keine weiteren Ermittlungen beim Bundesnachrichtendienst angestellt.« Der aufmerksame »Tomberg« schrieb an den Rand des Schriftstücks, der Vermerk des Staatsanwalts »zwinge zu ernsthaften Überlegungen und Entscheidungen«.

Der Referatsleiter erläuterte seine Bemerkung sogleich in einem längeren Schriftsatz. »Der Aktenbestand des GBA, insbesondere seine ungewöhnlichen Vermerke mit juristischen Hinweisen zwischen den Zeilen an die Adresse des BND, bedürfen besonderer Aufmerksamkeit«, hielt der mittlerweile stark profilierte Mitarbeiter für seinen Abteilungsleiter Foertsch fest.[525] Er sehe sich verpflichtet, »auf die mögliche Weiterung des Falles aufmerksam zu machen; jedenfalls ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass die anstehende Hauptverhandlung ohne Seitenhiebe auf den BND ablaufen und man sich diesen interessanten Nebenkriegsschauplätzen nicht zuwenden wird.« Der Tatbeitrag des verstorbenen Kurt Weiß könne nicht mehr berücksichtigt werden, bei Münstermann sei die Verfolgungsverjährung eingetreten, weil der BND zwar seit 1991 ermittelt, seinen Vizepräsidenten »aber nicht angezeigt« habe. Aufgrund der internen Ermittlungen hätte man spätestens im Sommer 1993 »disziplinarrechtliche Schritte oder eine Strafanzeige ernsthaft erwägen können.« Der BND werde alsbald in Erklärungsnot geraten, ob seine damaligen Aufklärungsaktivitäten »überhaupt sachdienlich waren oder nicht eher einer Verzögerungstaktik entsprachen. Immerhin könnte dem BND der Versuch einer Strafvereitelung unterstellt werden«; das gelte verschärft für das »Beiseiteschaffen« der Weiß’schen Archiv-Unterlagen.[526] Der Leitung

müsse das alles jetzt nicht nur deutlich gemacht, sondern es müsse auch entschieden werden, »ob der BND oder das Bundeskanzleramt hier mit welcher Zielrichtung tätig werden sollte«.

Es muss dahingestellt bleiben, ob dieses Drängen »Tombergs«, der nun schon zwei Jahre bergauf kämpfte, hingereicht hätte, um Pullach und Bonn in Bewegung zu setzen. Im Lichte des *Spiegel*-Artikels musste jedoch irgendetwas Vorzeigbares geschehen. Sicherheitschef Volker Foertsch listete dem Präsidenten eine Reihe von Punkten auf, wie sich die Affäre durch neue Aktenfunde, gesprächige Stasi-Offiziere oder die Öffnung des Weiß-Archivs womöglich sogar noch ausweiten könne. Sogar Münstermanns Presseverbindungen würden diesen womöglich »bloßstellen mit dem Wissen aus dem BND, das sie von ihm erhielten«.[527]

Die anschließenden Befragungen des kaltgestellten »Dr. Heidegger« durch Foertsch und den Geheimschutzbeauftragten erbrachten nichts außer der Bestätigung der persönlichen und intellektuellen Armseligkeit des ehemaligen stellvertretenden BND-Chefs. Im Grunde sei ihm von der ganzen Sache nur wenig bekannt, schrieb er; früher einmal, so meine er sich erinnern zu können, sei der Presseverbindungsdienst (den er maßgeblich mitgeprägt hatte)[528] wohl in den Verantwortungsbereich von Weiß gefallen; die Unkenntlichmachung der Kopien von BND-Meldungen für Weiß sei erfolgt, damit sie »für einen Unbefugten im Archiv« unidentifizierbar würden; die »Produkte« von Weiß seien im Wesentlichen aus Pressematerialien entstanden, lediglich »ergänzt und angereichert« durch überlassene Unterlagen; »mir ist unbekannt, dass Herr Weiß seine ›Produkte‹ an Dritte weitergegeben hat«; ansonsten hätten sich bürokratische »Umständlichkeiten« wegen ihres seit Jahrzehnten bestehenden Vertrauensverhältnisses erübrigt.[529]

Den Geheimschutzbeauftragten speiste »Dr. Heidegger« ausgesucht hochnäsig ab. Er erinnerte ihn nämlich an das historische Faktum, dass sich das MfS im Dezember 1989 aufgelöst und sich inzwischen eine Wiedervereinigung begeben habe.[530] Nachforschungen zu der Zeit danach seien für den Fall Baumann/Weiß daher irrelevant. Die Frage, ob er BND-Unterlagen an Politiker oder sonstige Personen gegeben habe, falle überhaupt nicht in die Kompetenz des Anfragenden, der im Übrigen besser auf die Formulierung »Material für die schwarze Schiene« hätte verzichten sollen, weil ein solcher Begriff ihn, Münstermann, äußerst brüskiere und

befremde, da er doch lediglich Spitzenpolitiker der Regierungsparteien informiert habe – seine selbstverständliche Führungsaufgabe, wie er wieder einmal hinzusetzte. Er sei überhaupt verwundert, dass MfS-Unterlagen zur Beweisführung herangezogen würden: »Auf die Fragwürdigkeit von Stasi-Akten brauche ich doch nicht eigens hinzuweisen. Fast jede Woche lese ich in der Presse von Manipulationen und Fälschungen in MfS-Akten.« Die Befragung seiner ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei, notabene, eine Ermittlungspraxis, gegen die er anstelle des Geheimschutzbeauftragten »rechtliche bzw. rechtsstaatliche Bedenken« haben würde. Er wolle das jedoch nicht vertiefen, da er davon ausgehe, »dass die Angelegenheit jetzt ein Ende findet«.

Das war ein Irrtum. BND-Präsident Konrad Porzner, der bereits gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremien den Bericht des *Spiegels* bestätigt hatte,[531] zeichnete die provokative Unverschämtheit seines ehemaligen Vizes ab, war seit einige Tagen allerdings im Besitz der bisher gründlichsten Expertise zum Fall Münstermann.[532] Der Mitarbeiter »Tomberg« hatte sie auf Weisung des Präsidenten bereits Anfang März 1995 erstellt. Bei der schriftlichen Befragung sollte dem Pensionär offenbar nur noch einmal demonstrativ rechtliches Gehör gegeben werden. Dass der sich bei dieser Gelegenheit so verstockt zeigte und sich noch weiter ins Unrecht setzte, war mit Blick auf das Bundeskanzleramt, wo die Entscheidung über das weitere Vorgehen fallen musste, ein willkommener Nebeneffekt.

Das Memorandum für den Präsidenten umfasste 15 Schreibmaschinenseiten. Es ließ sämtliche Erkenntnisse der internen »Verwaltungsermittlungen wegen der Suche nach Informanten des Dr. Baumann im BND und des Verdachts des Geheimnisverrats, der Begünstigung und der Strafvereitelung« Revue passieren und diskutierte die Handlungsmöglichkeiten, die sich daraus ergaben. Drei Optionen lägen auf dem Tisch, begann »Tomberg« seine Gesamtschau: erstens, eine Strafanzeige gegen Münstermann wegen fahrlässigen Geheimnisverrats; bei Absehen davon zweitens die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens; drittens, stillhalten und gar nichts zu unternehmen. Er rekapitulierte dann noch einmal die Vorgeschichte, die ihren Ausgangspunkt in den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen Gerhard Baumann gehabt habe. Nach dem Tod von Kurt Weiß sei Karlsruhe seinen Kontakten zum

BND nicht weiter nachgegangen, weil man die mögliche Tatbeteiligung Dritter für irrelevant und verjährt gehalten hatte. Der Dienst habe freilich schon früh viel mehr gewusst, was »zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Fallführung und dem sich zu Unrecht verdächtigt fühlenden Dr. Münstermann« geführt habe; also seien »Verwaltungsermittlungen« in Gang gesetzt worden, die klären sollten, wieso der 1981 in den Ruhestand geschickte Kurt Weiß in Pullach weiterhin aktuelle Informationen habe erhalten können. Sollten dabei Strafvorschriften nicht verletzt worden sein, so seien die zweifelsfrei erkannten dienstrechtlichen Pflichtverletzungen unübersehbar.

Es folgten Beweiswürdigung und rechtliche Würdigung: Alle beteiligten Personen wussten um den »Geheimnischarakter des fraglichen Materials«; Kurt Weiß, der 1981 »wegen des Vorwurfs der Indiskretion« habe in den Ruhestand treten müssen, war zur Entgegennahme der Unterlagen nicht befugt; Paul Münstermanns subjektives Unrechtsbewusstsein sei nachgewiesen, vorsätzlicher Geheimnisverrat dem ehemaligen Vizepräsidenten aber nicht vorzuwerfen. Belastend sei jedoch, »dass Dr. Münstermann den Sachverstand eines Außenstehenden genutzt hat, um sich eigennützig selbst im BND und beim Bundeskanzleramt im besten Licht darzustellen«. Man könne den Sachverhalt aber noch einfacher sehen: Die Allgemeine Dienstanweisung von 1968 statuiere »eine grundsätzliche Schweigepflicht bezüglich aller im BND erworbenen Kenntnisse«; eingestufte Materialien dürften schlicht nicht an ehemalige Mitarbeiter weitergegeben werden. Sogar »Dr. Heidegger« werde wohl kaum die rechtfertigende Vorstellung gehabt haben, die diskrete Unterrichtung von Politikern der CDU/CSU sei »zur Erfüllung der Aufgaben des BND notwendig gewesen«. Falls doch, habe er immer noch die verpflichtende Unterrichtung des Präsidenten und des Bundeskanzleramts unterlassen.

Diesen Schriftsatz nahm BND-Präsident Porzner zur Grundlage seines Schreibens, mit dem er Kanzleramtschef Bohl über die Ergebnisse der internen Ermittlungen unterrichtete.[533] Der Generalbundesanwalt habe am 21. Dezember 1994 vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht gegen Gerhard Baumann Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhoben, die auch die Abschöpfung von Kurt Weiß umfasse, hielt er fest. Die MfS-Operation »Schwarz« sei dem BND bereits Wochen vor der Wiedervereinigung bekannt geworden, sogar der Hinweis auf »Berater«,

Kurt Weiß. Schon im Dezember 1990 habe man herausgefunden, dass es sich dabei um »Winterstein« handele, der von Präsident Kinkel kurz vor der Pensionierung vom Dienst freigestellt, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre jedoch auf Werkvertragsbasis wieder im Archiv angestellt worden sei. Im Februar 1992 habe man von »zunächst nicht konkretisierbaren Informationsflüssen« aus dem BND an »Winterstein/Weitz« erfahren. Im Mai des folgenden Jahres sei dann erstmals der Name Münstermann gefallen. Darüber habe der Leiter der Sicherheitsabteilung zwar den Vizepräsidenten, nicht aber den Präsidenten des BND unterrichtet. Erst Ende 1993, als bereits Journalisten dazu recherchierten, habe er, Porzner, davon Kenntnis erhalten und dem Bundeskanzleramt sogleich (unmittelbar vor Erscheinen des schmerzhaften *Focus*-Artikels[534]) Mitteilung gemacht. Mit anderen Worten: Der Dienst war über die Machenschaften von Münstermann und Weiß recht genau im Bilde gewesen, hatte sich aber nicht zu irgendwelchen Schritten durchringen können, bevor sich die Presse der Sache annahm.

Eine wesentliche Beschleunigung der Anfang Juli 1994 aufgenommenen genaueren Untersuchungen der Baumann-Weiß-Münstermann-Connection erfolgte durch den Artikel von Andreas Förster in der *Berliner Zeitung* Ende des Monats.[535] Über erste Ergebnisse habe er Bohl schon wenige Wochen danach informiert, fuhr Porzner in seiner Bilanz fort, jetzt – ein Dreivierteljahr später – lege er ihm als Anlage das Ergebnis der entsprechenden Verwaltungsermittlungen vor. Er vergaß nicht zu erwähnen, Einleitungsbehörde für etwaige Disziplinarmaßnahmen gegen den ehemaligen BND-Vizepräsidenten sei das Bundeskanzleramt. Wegen der Erfüllung möglicher Straftatbestände durch »Dr. Heidegger« beabsichtige er die zuständige Staatsanwaltschaft einzuschalten; sein eigenes Rechtsreferat halte Geheimnisverrat gemäß § 353b StGB für nicht nachweisbar. Der beigefügte Bericht zu den »Verwaltungsermittlungen« des BND für den Chef des Bundeskanzleramts stammte, wie gesagt, von dem unnachgiebigen Untersuchungsführer »Tomberg«, der von dem gestürzten Vizepräsidenten wenige Monate zuvor so massiv zur »Berichtigung«, d. h. zur Aufgabe seiner Untersuchungen gedrängt worden war.

Friedrich Bohl konnte sich jetzt ausgiebig in die verästelte Anatomie des BND-Skandals vertiefen. Die Frage war nur, wie das Kanzleramt diese Machenschaften in der Spitze des Auslandsnachrichtendienstes zu

behandeln gedachte. Der für die Nachrichtendienste zuständige Abteilungsleiter Dolzer bestätigte dem BND-Präsidenten zunächst, er teile dessen Auffassung, dass im Fall Münstermann »keine Verhaltensweisen nachgewiesen werden können, die strafrechtlich zu verfolgen wären«.[536] Selbst wenn es Verdachtsmomente dafür gebe, sei die Tat seit Ende 1992 verjährt. Dennoch wolle er noch einmal darauf hinweisen, dass der Informationsabfluss an Kurt Weiß die »Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland« bzw. »eine Gefährdung wichtiger öffentlicher Interessen« (§§ 97 und 353b StGB) heraufbeschworen habe. Dem Vizepräsidenten hätte bei seinen Handlungen klar sein müssen, dass Weiß »als ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des BND, der auch nach seiner Pensionierung ständigen Zugang zum BND und dessen führenden Mitarbeitern hatte, vorrangiges Objekt für die Spionagetätigkeit östlicher Geheimdienste sein konnte. Zudem bot auch die Art und Weise, wie Informationen an Weiß weitergegeben wurden (am Telefon, durch Kurier; die Privatwohnung von Herrn Weiß genügte VS-Anforderungen nicht), einer nachrichtendienstlichen Ausspähung leichten Zugriff.«

Allerdings, selbst Disziplinarmaßnahmen gegen Münstermann kämen wegen der Verjährungsfrist von drei Jahren nicht Betracht, selbst wenn sie noch am Tage dieses Schreibens (17.5.1995) eingeleitet würden, da es nicht nachweisbar sein werde, dass der BND-Vizepräsident auch noch nach dem 17. Mai 1992 »Winterstein« wesentliche Materialien verschafft habe – denn bereits vier Wochen später habe ihn ein Schlaganfall ereilt. Außerdem sei Münstermann Ruhestandsbeamter, gegen den »wenigstens eine Kürzung des Ruhegehalts« verhängt werden müsste, die aber »*erhebliche* Verfehlungen« voraussetzten. Die Haltung des Kanzleramts lief darauf hinaus, dass sein Verhalten für Münstermann keine weiteren Folgen über die vorzeitige Pensionierung hinaus haben solle. Mit anderen Worten: Wegen der Verjährungsfristen und der merkwürdigen Versäumnisse des BND könne nicht mehr gegen ihn vorgegangen werden.

Dolzer stellte jedoch einige kritische Fragen an den BND: Wieso hätten die Befragungen von BND-Bediensteten im zweiten Halbjahr 1994, also sofort nach »Heideggers« Ablösung, geruht? Hätte man das Verfahren rasch abgeschlossen, wäre die Verjährung erst bis August 1991 fortgeschritten gewesen. Für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens erforderliche

Hinweise auf ein Dienstvergehen hätten doch schon damals vorgelegen! Der Abteilungsleiter im Kanzleramt fragte auch, »ob der Bundesnachrichtendienst alles ihm Mögliche unternommen« hatte, um Zugang zum Weiß-Archiv zu erhalten. Klarheit darüber benötige der BND auf jeden Fall, denn er müsse in der Lage sein abzuschätzen, »ob und ggf. welche Staatsgeheimnisse an Herrn Weiß und damit womöglich auch an Dritte gelangt sind«; am besten wäre es wohl, der BND-Präsident führe ein Gespräch mit der Witwe. Dolzer rechnete mit kritischen Nachfragen der Parlamentarischen Kontrollkommission, wieso sich die Verwaltungsermittlungen in Pullach so lange hingezogen hätten.

Doch da mittlerweile schon zu viele Gerüchte über die Behandlung des Falles Münstermann kursierten, kam das Kanzleramt mit seiner Strategie im Parlamentarischen Kontrollgremium nicht durch. Nach eingehender Beratung forderten die Abgeordneten den BND auf, Strafanzeige gegen Münstermann zu stellen.[537] Diese Empfehlung hatte Porzner in seinem Schreiben an den Chef des Bundeskanzleramts bereits einige Wochen zuvor gegeben. Geschehen war nichts. Doch nun, am 19. Juni 1995, übermittelte der BND-Präsident der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I das Ergebnis der internen Verwaltungsermittlungen.[538]

Das war der Tag, an dem im *Spiegel* ein kurzer, aber inhaltsreicher Artikel erschien. Die Recherchen des Magazins trugen ebenso wie der erwähnte *Focus*-Artikel entscheidend dazu bei, dass der Münstermann/Weiß-Skandal nicht gänzlich folgenlos blieb. Sehr wahrscheinlich haben Bedienstete des BND durch gezielte Hinweise an die Presse mit dafür gesorgt. Münstermanns und »Wintersteins« alter Freund, der ehemalige Geheimschutzbeauftragte Altmann, bei dem die *Spiegel*-Redakteure Hans Leyendecker und Georg Mascolo recherchierten, hielt »Heidegger« über die drohende Gefahr auf dem Laufenden. Von Altmann hörte er gar, Leyendecker habe wörtlich aus dem Ermittlungsbericht des BND zitiert. Dr. Münstermann war empört: Unter solchen Umständen könne der BND keine weiteren Stellungnahmen mehr von ihm erwarten.[539]

Aus dem Artikel »Der Mann mit der Schere«[540] erfuhr der Leser von dem »Ergebnis einer Untersuchung der für den Geheimschutz zuständigen Abteilung 5 des BND«. Danach seien vertrauliche Unterlagen überarbeitet »bei der CSU gelandet.« Das Magazin machte anschaulich, wie die Papiere mit der Schere von ihrem Geheimhaltungsvermerk befreit und danach neu

»zusammengeklebt« worden waren. Es spießte obendrein die skandalösesten der skandalösen Machenschaften auf (»Parteifreunde«, »verschiedene Postämter«), bei denen der ehemalige BND-Vize, wie er selbst gesagt habe, nach wie vor »allenfalls einen Formalienverstoß« zu erkennen vermochte; er habe Freund Weiß doch nur »keine Umständlichkeiten mit Geheimsachen machen wollen«. Das brisante Material sei schließlich bei dem Stasi-IM Gerhard Baumann gelandet, gegen den nun der Prozess beginne: »Münstermann kommt ohne Verfahren davon«, hieß es in dem Artikel noch, weil Pullach, alles sehr lange, sehr gründlich geprüft habe (»Tricks der Geheimen«) und erst jetzt den entsprechenden Bericht vorgelegt habe: »Leider kam das Resultat der Untersuchung zu spät. Ein Disziplinarverfahren wird es nicht geben. Der Fall Münstermann ist verjährt.« In einem anschließenden *dpa*-Gespräch ritt sich »Dr. Heidegger« noch tiefer ins Unglück.[541]

Spätestens jetzt wurde allen Beteiligten klar, dass endlich irgendetwas Ernsthaftes zu geschehen hatte. Es war allerdings nicht das Bundeskanzleramt, die vorgesetzte Behörde des BND, die aktiv wurde, sondern der Bundesdisziplinaranwalt. Er forderte die Regierungszentrale auf, »umgehend« ein Verfahren gegen Dr. Paul Münstermann einzuleiten: »Auf Grund der Presseverlautbarung des ehemaligen Vizepräsidenten läge eine neue Qualität hinsichtlich der disziplinaren Beurteilung vor«, teilte er mit. »Die Schwere des Vorwurfs rechtfertige den Entzug des gesamten Ruhegehaltes. Dies hat zur Folge, dass keine Verjährung greift.«[542] Bei den Untersuchungen sollten auch die internen Befragungsprotokolle einiger Mitarbeiter Münstermanns Verwendung finden. Der redliche »Tomberg« wollte da aber nicht mitmachen, weil er den Befragten die Zusicherung gegeben hatte, ihre Aussagen würden keinesfalls gegen sie verwendet (einige hatten sich ja ebenfalls zu Dienstvergehen verleiten lassen); das könne zu erheblicher Unruhe und schwerem Vertrauensverlust führen. Es drohe »ein Skandal im Dienst«, notierte er auf einem Aktenstück: »Dr. Münstermann kommt davon und die ›Kleinen‹ will man mit voller Härte überziehen. Mit diesem Argument wird sich der allgemeine Zorn entladen.« In der »kritischen Phase der Selbstfindung des Dienstes« und bei der »allgemeinen Dünnhäutigkeit scheint mir das der reine Übermut zu sein«.[543]

Eine Woche nach Erscheinen des *Spiegel*-Artikels tagte die Parlamentarische Kontrollkommission, für die Konrad Porzner sich mit

einem 33 Seiten langen Sprechzettel gewappnet hatte.[544] Er rekapitulierte die ganze Affäre noch einmal ab ovo, verwies auf die inzwischen eingetretenen Verjährungen und bemerkte, ob die Machenschaften Münstermanns durch die von der Presse zitierten Einlassungen jetzt zu einer anderen Bewertung führten, »bleibt der Beurteilung des Bundesdisziplinaranwalts und des Bundeskanzleramts überlassen«; arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen Mitarbeiter, die in den Untersuchungen ausgesagt und dabei ebenfalls fragwürdige Handlungen offenbart hätten, erwäge er nicht. Das würde »das Vertrauensverhältnis zwischen der Abteilung Sicherheit und nicht nur diesen Mitarbeitern, sondern auch der gesamten Belegschaft des BND nachhaltig gefährden und künftige Sicherheitsermittlungen auch in anderen Fällen erheblich erschweren«.

Abschließend erwähnte der Präsident noch, bei der Prüfung der reichhaltigen Stasi-Akten des IM »Schwarz« habe man »Äußerungen des Herrn Weiß gegenüber Baumann zu innenpolitischen Themen festgestellt. Der BND beschafft weder, noch wertet er innenpolitische Informationen aus. Der BND betreibt keine Inlandsaufklärung.« Dass Porzner, der inzwischen wegen der ungleich brisanteren »Plutonium-Affäre«[545] unter Druck stand, im Hinblick auf mögliche Konsequenzen für Münstermann so defensiv auftrat, stand im Gegensatz zu seiner eigenen rechtlichen Einordung der Vorfälle, von denen er keineswegs eben erst aus der Presse erfahren hatte. Der Präsident referierte zunächst die Rechtsauffassung des für die Geheimdienste zuständigen Abteilungsleiters im Bundeskanzleramt, wonach die Voraussetzung für eine Strafverfolgung nicht gegeben sei,[546] ein Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Vizepräsidenten, dessen Verhalten durch nichts gedeckt gewesen sei, liege dagegen in der Schwebe.

Im Lichte der Presseberichte und angesichts der Unzufriedenheit der Abgeordneten der Kontrollkommission mit der bisherigen Handhabung des Falles Münstermann – der sozialdemokratische Abgeordnete Norbert Gansel bohrte weiter[547] – war die Lage unhaltbar geworden. Dem Petitum des Bundesdisziplinaranwalts musste entsprochen werden. Kanzleramtschef Bohl hatte nach den Bestimmungen der Bundesdisziplinarordnung keine rechtliche Möglichkeit, die Einleitung eines Verfahrens zu blockieren. Also leitete er auf Antrag des Disziplinaranwalts ein förmliches Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen BND-Vizepräsidenten ein, der zu seiner eigenen Parteienfamilie gehörte. Ein Ministerialrat seines Hauses

wurde (im Status richterlicher Unabhängigkeit) zum Untersuchungsführer bestellt. Der BND musste alle einschlägigen Unterlagen zur Verfügung stellen, die bei ihm in den letzten Jahren angefallen waren.[548] Ansprechpartner im Dienst waren der Geheimschutzbeauftragte und der Mitarbeiter »Tomberg«, der die Aufklärung bisher beinahe im Alleingang betrieben hatte.[549] Die neue Gangart mag auch damit zusammengehangen haben, dass das Bayerische Oberste Landesgericht den Prozess gegen den erkrankten Baumann ausgesetzt und es plötzlich den Anschein hatte, alle drei unmittelbar in die Affäre verstrickten Männer könnten ungeschoren davonkommen.

In der mit dem Bundesdisziplinaranwalt abgestimmten Begründung für die Eröffnung des Disziplinarverfahrens benannte Friedrich Bohl den Skandal in einer Deutlichkeit, zu der weder er noch der BND bisher gefunden hatten. Der Chef des Bundeskanzleramts kontrastierte zunächst die geltenden Normen und das tatsächliche Verhalten des Vizepräsidenten a. D. in schmerzlicher Klarheit. Münstermann habe Kurt Weiß Unterlagen zur Verfügung gestellt, die zum Teil bis »Streng geheim« eingestuft gewesen seien, stellte Bohl in seinem Schreiben an den Angeschuldigten fest: »Diese Unterlagen wurden zuvor ›neutralisiert‹, d. h. durch Sie oder Ihre Mitarbeiter wurden die Einstufungsvermerke von den Schriftstücken entfernt.« Aus diesen geheimhaltungsbedürftigen Informationen habe Weiß (der seit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Ende 1981 über keine Geheimermächtigung mehr verfügte[550]) Analysen für – der CDU-Mann vermied an dieser Stelle die Nennung ihrer Parteizugehörigkeit – Politiker »einer im Bundestag vertretenen Partei« gemacht. »Die Ausarbeitungen übermittelten Sie ohne offizielle Anschreiben an die betreffenden Politiker.« Der Bundesdisziplinaranwalt sehe es »als feststehend an, dass fortgesetzt über einen langen Zeitraum geheimhaltungsbedürftige Unterlagen an Unbefugte herausgegeben wurden«.

Unabhängig von der möglichen Erfüllung des Straftatbestands der Verletzung eines Dienstgeheimnisses bestehe »der dringende Verdacht, dass Sie durch ihr Verhalten ein schwerwiegendes Dienstvergehen begangen haben. Die gemäß § 61 Bundesbeamtengesetz bestehende Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit wird für Verschlusssachen konkretisiert und verschärft. Danach dürfen Verschlusssachen nur den Personen zugänglich gemacht werden, die aufgrund ihrer Dienstpflichten davon Kenntnis haben

müssen.« Als BND-Vizepräsident sei ihm das bekannt gewesen. »Hinzu kommt der Verdacht, dass Sie die sich aus § 52 Bundesbeamtengesetz ergebende Kernpflicht, wonach der Beamte dem ganzen Volk, nicht einer Partei zu dienen hat, missachtet haben. Bestätigt sich der Verdacht dieser Kernpflichtverletzungen, liegt ein schweres Dienstvergehen vor, das geeignet ist, dem Ansehen des Berufsbeamtentums in der Öffentlichkeit großen Schaden zuzufügen. Der Bundesdisziplinaranwalt rechnet daher mit der Verhängung der disziplinaren Höchstmaßnahme« – der Aberkennung des Ruhegehalts.

Nun begannen die Mühlen im BND von neuem zu mahlen, jetzt unter genauerer Beobachtung durch das Kanzleramt. Die Staatsanwaltschaft München signalisierte zunächst, dass »das Fehlen eines Nachteils für wichtige öffentliche Interessen« möglicherweise gegen die Verfolgung Münstermanns wegen des Bruchs von Amtsgeheimnissen spreche,[551] leitete Anfang November 1995 dann aber doch ein Ermittlungsverfahren ein, das erst im Februar 1998 eingestellt wurde.[552] Der SPD-Abgeordnete Gansel warf in der Kontrollkommission immer neue Fragen auf, die Presse blieb interessiert. Inzwischen überlagerte allerdings die erwähnte »Plutonium-Affäre« (in die Staatsminister Schmidbauer und BND-Präsident Porzner unmittelbar verwickelt waren und die zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestags führte) die seit langem schwelende Baumann/Münstermann/Weiß-Affäre. Zwar ließ die Presse nicht locker, doch aufgrund des Ermittlungsverfahrens in München wurde das Disziplinarverfahren gegen Münstermann zweieinhalb Jahre lang ausgesetzt.[553]

Anfang 1996 berichtete der *Spiegel*, Paul Münstermann, der »aus den eigenen Reihen massiv belastet« werde, müsse mit einer Anklage rechnen, auch wenn die gerichtliche Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei.[554] Es folgten die bekannten Tatsachen. »Münstermanns Aussichten, in einem Prozess glimpflich davonzukommen, stehen günstig«, vermutete das Magazin. Kurt Weiß sei verstorben, der Prozess gegen Baumann im letzten Sommer bereits am ersten Verhandlungstag ausgesetzt worden. »Zur Zeit prüft der 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts, ob der 80-jährige und an Lungenkrebs erkrankte Baumann jemals wieder verhandlungsfähig sein wird. Die Wahrscheinlichkeit, heißt es bei Gericht,

›ist nicht sehr groß‹«. IM »Schwarz« verstarb kurz darauf. Das Verfahren wurde eingestellt.

Solange nicht über die Eröffnung eines Verfahrens gegen ihn entschieden war, blieb der Fall Paul Münstermann in der Schwebe, sodass die Medien in dem ausgesprochen gereizten Klima der drei Jahre währenden parlamentarischen Untersuchung der »Plutonium-Affäre« des BND wiederholt darauf zurückkamen. Erhebliche Magenschmerzen provozierte in Pullach ein weiterer *Spiegel*-Bericht aus Anlass einer Haussuchung der Staatsanwaltschaft in »Dr. Heideggers« Villa in Berg am Starnberger: »Fleurop für Amigos: Der ehemalige Vizepräsident des BND, Paul Münstermann, hat CSU-Minister jahrelang mit Geheimdossiers versorgt«.[555] Der noch kein Jahr amtierende BND-Präsident Hansjörg Geiger, Nachfolger des Mitte 1996 zurückgetretenen Konrad Porzner, war alarmiert und forderte umgehend (»Eilt!«) den seinerzeitigen Bericht »Tombergs« an.[556]

Der von allen Seiten gut gefütterte Georg Mascolo schrieb mit einiger Presseresonanz,[557] offenbar mache die bayerische Justiz wegen der Verletzung von Dienstgeheimnissen nun Ernst, genauso wie der Bundesdisziplinaranwalt – dann zitierte er wörtlich aus dem Schreiben Bohls an Münstermann.[558] Das Fazit des geheimen BND-Untersuchungsberichts konnte der Redakteur ebenfalls im Wortlaut wiedergeben, wonach »alle Beteiligten die Vorschriftenlage nicht sonderlich beachtet haben, dass alle davon wussten und dass es in Ansehung des Amtes des Vizepräsidenten auch von Vorgesetzten geduldet wurde«. Dann beschrieb Mascolo die Ergebnisse der internen Befragungen ausführlich und völlig zutreffend: »Fast hätte es der Dienst geschafft, die hässliche Geschichte geräuschlos zu beerdigen«, da die beteiligten Juristen die Sache für verjährt erklärt hätten, lautete sein Befund, doch Kanzleramtsminister Friedrich Bohl habe dabei nicht »mitmachen« wollen. Die Sicherheitsabteilung des BND räumte gegenüber Präsident Geiger ein, »abgesehen von tendenziösen Folgerungen und Unterstellungen des Autors ist die Schilderung der Weitergabe von dienstlichem Material durch den ehemaligen Vizepräsidenten Dr. Münstermann kongruent zu den hier vorliegenden Erkenntnissen«; eine Suche nach den oder dem Informanten des *Spiegels* sei nicht erfolgversprechend.[559]

Die Ermittlungen der Münchener Staatsanwaltschaft zogen sich hin. Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) bat das Kanzleramt bereits

darum, eine formelle Anfrage zum Sachstand an das bayerische Justizministerium zu richten,[560] da wandte sich Anfang Februar 1998 der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft München I vertraulich an den BND-Präsidenten und überließ ihm den Entwurf einer Einstellungsverfügung »mit der Gelegenheit zur Äußerung«.[561] Der Beschlussentwurf sah vor, das Ermittlungsverfahren einzustellen und den Beschuldigten mit einer Geldzahlung in Höhe von 15 000 DM zu belegen. Die Begründung führte noch einmal die ermittelten Vergehen auf und stellte durchaus fest, dass Münstermann wichtige öffentliche Interessen und die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit gefährdet habe.

Die Schwere seiner Schuld stehe einer Einstellung der Ermittlung allerdings trotzdem nicht entgegen, argumentierte die Staatsanwaltschaft: »Der zu leistende Geldbetrag ist geeignet, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen. In diesem Zusammenhang ist sicher auch von Bedeutung, dass sich die Ermittlungen über einen erheblichen Zeitraum erstreckten und der Beschuldigte durch vielfältige Berichterstattung in den Medien belastet wurde.« Überdies konnte der Nachweis der Verletzung eines Dienstgeheimnisses nicht erbracht werden. Da bei den belieferten Politikern, die den Erhalt von entsprechenden Schriftstücken »nicht in Abrede gestellt« hätten, keine »konkreten Unterlagen« sichergestellt werden konnten, habe man auch nicht ermitteln können, wie diese eingestuft gewesen seien. »Der Nachweis einer strafbaren Handlung war deshalb insoweit nicht möglich.« Auch die Weitergabe von Informationen sei letztlich keine Straftat, da die von Weiß verfassten Texte keine Passagen aufwiesen, die den Ausarbeitungen des BND entsprächen. »Damit lässt sich aus diesen Unterlagen nicht belegen, dass dem Verfasser die Ausgangsberichterstattung des Bundesnachrichtendienstes bekannt war.« Der Dienst widersprach dieser an den Tatsachen vorbeigehenden Begründung nicht.[562] Der ehemalige Untersuchungsführer »Tomberg« war mit der Argumentation der Staatsanwaltschaft, die den Erkenntnissen seiner jahrelangen Untersuchungen zuwiderliefen, nicht einverstanden. Er schrieb an den Rand des obigen Satzes: »Also Zeitungsmeldungen?« Die Ermittlungen der Justiz waren abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft reduzierte die Geldbuße auf 10 000 DM. Dr. Paul Münstermann alias »Dr. Heidegger« beglich sie im Sommer 1998 anstandslos.[563]

Die staatsanwaltliche Ermittlung war eine Sache, das nun wieder aufgenommene Disziplinarverfahren eine andere. Doch auch das wurde schließlich eingestellt, und zwar gewissermaßen fünf nach zwölf durch eine Entscheidung von Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Nach der Einstellung des Justizverfahrens wandten sich Paul Münstermanns Rechtsanwälte (Peter Gauweiler, CSU, und Friedrich Zimmermann, CSU, standen ihm zur Seite, welche von ihm und »Winterstein« jahrelang selbst mit BND-Informationen beliefert worden waren) nämlich am 24. August 1998 – vier Wochen vor der Bundestagswahl – mit der Bitte an das Kanzleramt, »das Disziplinarverfahren möge den Maßstab erfahren wie das Ermittlungsverfahren«.[564] Am 1. Oktober 1998 – drei Tage *nach* der Bundestagswahl – teilte Friedrich Bohl dem Bundesdisziplinaranwalt seine Absicht mit, das Verfahren gegen Dr. Paul Münstermann einzustellen. Es war nun an Bodo Hombach, nach Regierungsübernahme der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder Chef des Bundeskanzleramts, dem BND-Vizepräsidenten a. D. diese Entscheidung mitzuteilen.[565] »Der Bundesdisziplinaranwalt«, schrieb er, »hat der Einstellung am 5. November 1998 zugestimmt, allerdings zugleich geäußert, dass er bei einem aktiven Beamten auf der Durchführung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziel einer Degradierung bestanden hätte.«

Kanzleramtschef Hombach ging zunächst auf die Genese und die Gründe des Verfahrens ein. Sein Amtsvorgänger Friedrich Bohl habe es eingeleitet, da Verdachtsmomente bestanden hätten, »die bei einer Bestätigung zur disziplinaren Höchstmaßnahme, der Aberkennung des Ruhegehalts, hätten führen können«, hielt er fest und rief Münstermann außerdem ins Gedächtnis, dass er Kurt Weiß eingestufte BND-Unterlagen zur Verfügung gestellt und dieser daraus dann eine »Art privaten Informationsbrief« gemacht habe, den Münstermann regelmäßig an Politiker der Unionsparteien verschickt hatte. Bohl habe seinerzeit zudem den Vorwurf erhoben, dass »Sie dadurch, dass Sie die ›Aktuellen Informationen‹ an Politiker der CDU und der CSU versandt hätten, fortgesetzt geheimhaltungsbedürftiges Wissen an Unbefugte weitergegeben [hätten]. Dabei hätten Sie durch die Auswahl der Empfänger Ihre Beamtenpflicht verletzt, dem ganzen Volk, nicht einer Partei zu dienen.«

Der neue Kanzleramtschef rekonstruierte die Vergehen Münstermanns sodann in einiger Ausführlichkeit. Er konnte sich dabei auf die Befunde der

Staatsanwaltschaft, aber nicht auf das gesamte seit 1990 im BND angefallene Untersuchungsmaterial beziehen. Hombach begann mit einer keineswegs vollständigen Aufzählung von Unionspolitikern, die von »April 1986 bis (äußerstenfalls) Mai 1993« die Weiß-Ausarbeitungen erhalten hatten: Wolfgang Bötsch (CSU), Peter Gauweiler (CSU), Hans Graf Huyn (CSU), Rudolf Kraus (CSU, zeitweiliger Vorsitzender der Parlamentarischen Kontrollkommission), Karl Miltner (CDU, Vorsitzender der G 10-Kommission), Carl-Dieter Spranger (CSU), Edmund Stoiber (CSU), Franz Josef Strauß (CSU), Max Streibl (CSU), Friedrich Vogel (CDU), Friedrich Voss (CSU), Theo Waigel (CSU), Otto Wiesheu (CSU), Manfred Wörner (CDU) und Friedrich Zimmermann (CSU). Der Minister beschrieb den engen Kontakt zu »Winterstein«, die Machenschaften zur Abzweigung, zur Unkenntlichmachung und zum Versand der einschlägigen Materialien, die überdies nicht in amtlichen Quittungsbüchern, sondern durch private Notizen des Persönlichen Referenten kontrolliert worden seien. Nach dem Tod von Kurt Weiß habe man in dessen Nachlass 29 Ausarbeitungen gefunden, je eine davon auch in der bayerischen Staatskanzlei und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern. Bei diesen Materialien seien auch BND-Berichte gewesen. »Neben den von Weiß verfassten ›Aktuellen Informationen‹«, fuhr der Chef des Bundeskanzleramts fort, »gab es andere, die Sie *selbst* zusammenstellten«; das lasse sich anhand von elf kopierten BND-Berichten beweisen, die sich im Innenministerium in München angefunden hätten.

Bodo Hombach setzte sich dann mit der Verteidigungslinie des Vizepräsidenten a. D. auseinander, der geltend mache, er sei »*berechtigt* gewesen, Politiker der Regierungsparteien über die Erkenntnisse des BND zu unterrichten und dabei auch die VS-Einstufungen zu ändern«. Das gehe schon deswegen ins Leere, weil er dazu keine Genehmigung der Präsidenten Wieck und Porzner gehabt habe. »Ferner entsprach die Art und Weise, *wie* die Politiker unterrichtet wurden, nicht dem beim BND üblichen Verfahren. Denn ohne dass die Bundesregierung zumindest Kenntnis hat, berichtet der BND weder an Landesbehörden noch an einzelne Mitglieder des Bundestages. Überdies handelte es sich bei den BND-Papieren, die Gegenstand ›Aktueller Informationen‹ wurden, um interne Meldungen; solche sind *nie* für die Unterrichtung Außenstehender bestimmt«; für die

Änderung von VS-Einstufungen, die keinesfalls freihändig vorgenommen werden dürfe, gebe es feststehende Verfahren.

»Dr. Heideggers« scheinheilige Ausflüchte überzeugten den Bundesminister ebenfalls nicht: »Sie können auch subjektiv nicht das Gefühl gehabt haben, befugt zu handeln. Dazu sind Sie viel zu heimlich vorgegangen. Sie legten nämlich Wert darauf, dass im BND weder Kurierfahrten Ihres Fahrers zu Weiß, noch die Versendung der ›Aktuellen Informationen‹ bekannt wurden. Der Fahrer musste zum Transport eine schwarze Tasche benutzen, deren Inhalt niemand sehen sollte. Ferner wurden die ›Aktuellen Informationen‹ unter Ihrer privaten Adresse abgesandt, damit sie bei einem etwaigen Rücklauf nicht an den BND, sondern an ihr Privathaus gelangten. Als Dr. Bötsch Bundesminister wurde und sein Abgeordnetenbüro aufräumte, sandte er diverse Informationen an Ihre dienstliche Adresse zurück; Sie waren erheblich verärgert darüber, dass diese Post in den gewöhnlichen Geschäftsgang des BND geriet.«

Aus diesen Tatsachen ergaben sich eindeutige Dienstpflichtverletzungen Münstermanns. »Es war ein Verstoß gegen die Dienstpflichten«, heißt es in der Einstellungsverfügung, »dass Sie Weiß in erheblichem Maße BND-Materialien überließen, darunter bis VS-geheim eingestufte interne Berichte«, auch wenn dieser sieben Jahre lang einen Werkvertrag mit dem Dienst hatte, dessen Zweck jedoch ein historischer und nicht die Verarbeitung aktueller nachrichtendienstlicher Informationen gewesen sei: »Erschwerend ist Ihnen anzulasten, dass Sie Weiß ermöglichten, das BND-Material zu Hause zu lesen. Eine derartige Mitnahme wäre nicht einmal einem aktiven Mitarbeiter des BND gestattet. Es ist nicht anzunehmen, dass die Wohnung von Weiß über die für Verschlusssachen notwendigen Sicherungen verfügte.« Immerhin sei mildernd anzunehmen, dass keine Originalunterlagen über Baumann an das MfS gelangt seien.

Zweitens, so weiter, habe Münstermann gegen seine Dienstpflichten verstoßen, weil mit den »Aktuellen Informationen« der Inhalt eingestufter Papiere an Empfänger gelangt sei, »die keine Mitglieder der Bundesregierung waren und daher nicht zu den befugten Empfängern der BND-Berichterstattung gehörten […] Sie waren nicht befugt, BND-interne Informationen in dieser Weise weiterzugeben. Dessen waren Sie sich auch bewusst, wie Ihr gegenüber dem jeweiligen BND-Präsidenten heimliches Vorgehen zeigt.« Gemildert würden die Verstöße insoweit, als den

ausgewählten Empfängern »nicht zu unterstellen war, dass sie das erlangte Wissen gegen den BND oder gegen die (damalige) Bundesregierung einsetzen würden«.

In summa und verglichen mit dem Anfangsverdacht, lautete die Schlussfolgerung des Kanzleramtsministers, vermöchten die nachweisbaren Verstöße nicht mehr die ursprünglich erwogene Höchstmaßnahme, die Aberkennung des Ruhegehalts, zu rechtfertigen. Es bleibe allerdings die Tatsache, dass der ehemalige BND-Vizepräsident die Adressaten seiner Unterrichtung einseitig ausgewählt habe: »Mich als Angehörigen jener Partei, der Sie die ›Aktuellen Informationen‹ vorenthielten, befremdet Ihr Verhalten erheblich«, obgleich der dadurch erlangte Wissensvorsprung den Unionspolitikern wohl keinen nennenswerten, den Meinungskampf mit dem politischen Gegner beeinflussenden Wissensvorsprung ermöglicht habe. Zu erwägen gewesen sei dennoch, dem Beschuldigten die Kürzung seines Ruhegehalts aufzuerlegen, also über eine bloße Geldbuße hinauszugehen. Das ließen die Verjährungsvorschriften der Bundesdisziplinarordnung jedoch nicht zu. Wegen dieses »Verfahrenshindernisses« müsse das Disziplinarverfahren – obgleich Münstermanns Dienstpflichtverletzungen die Kürzung seines Ruhegehalts eigentlich rechtfertigen würden – nunmehr endgültig eingestellt werden.

Dr. Paul Münstermanns Weg und die über Jahrzehnte geknüpften Liaisons führender BND-Beamter mit maßgebenden Politikern von CDU und CSU standen in der Tradition Reinhard Gehlens, der neben seinem aggressiven Antiliberalismus keiner Maxime lebhafter gehuldigt hatte als seinem in den Jahren vor 1945 internalisierten Grundsatz, der Zweck heilige die Mittel. Das war in seiner Generation zweifellos eine vorherrschende Einstellung, die von vielen nicht so leicht aus den Kleidern geschüttelt werden konnte, nur weil in Westdeutschland nun der Versuch gemacht wurde, einen demokratischen Rechtsstaat mit geregelten Verfahren zu errichten. Adenauer und Globke, die parteipolitisch massiv von den zur Gewohnheit gewordenen Dienstvergehen ihres Auslandsnachrichtendienstes profitierten, waren von solcher Überzeugung ja selbst nicht frei.

Wolfgang Langkau, Hans Langemann, Paul Münstermann und Kurt Weiß – um nur diese Spitzenkräfte zu nennen – setzten diese verinnerlichte Haltung ebenso wie ihr tiefverehrter Gründungspräsident in konsequenter

Missachtung jeglicher professionellen, rechtlichen, politischen und ethischen Normen in ihrer ausgedehnten Inlandsspionage und parteipolitischen Dienstfertigkeit um. Die BND-Liaisons mit führenden Politikern der Unionsparteien waren die Kehrseite der Medaille, die ihre Prägung durch die auftrags- und gesetzwidrige Ausforschung der langjährigen Oppositionspartei SPD und der unbequemen FDP erhielt. Alle unbefugt mit geheimen Informationen und eingestuften Unterlagen belieferten Politiker von CDU und CSU ließen sich diese, wie sie genau wussten, Dienstpflichtverletzungen in Permanenz gerne gefallen – zuallererst Konrad Adenauer und Hans Globke.

Gewiss, diese gewohnheitsmäßigen Vergehen der führenden Beamten des bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienstes entsprangen ebenso deren ungebrochenem autoritärem Staats- und Gesellschaftsverständnis wie ihren rechtskonservativen Überzeugungen. Mindestens so sehr rührten sie jedoch auch davon her, dass sie als notwendigerweise im Verborgenen arbeitende Fachleute niemals die öffentliche Anerkennung erhoffen konnten, die ihnen nach ihrer eigenen Überzeugung für ihre diffizile Arbeit an der Konfrontationsfront der Systeme und Weltanschauungen wie des als befremdlich erlebten Gesellschaftswandels gebührte, der Ende der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik einsetzte. Außerdem drangen Impulse von außen ungleich schwerer in den abgeschirmten nachrichtendienstlichen Apparat als in andere Institutionen und Milieus der Nachkriegsjahre.

Gewiss, ein Kurt Weiß, der das lange nachwirkende System Gehlen wie kein Zweiter inspirierte und repräsentierte, versprach sich von seiner exorbitanten Kontakt- und Einflusspolitik eine Stärkung des konservativen Lagers und seines Bundesnachrichtendienstes, für den er sich tatsächlich aufrieb. Das im Einverständnis mit Gehlen kreierte und perfektionierte »Winterstein«-Unwesen hatte jedoch ebenso einen ganz persönlichen Kern. Jeder an diesen Machenschaften Beteiligte konnte in dieser Mission die eigene Position im Dienst zusätzlich stärken, sich die verwehrte allgemeine Anerkennung auf verdecktem Wege beschaffen, sich bei Entscheidungsträgern in den Vordergrund spielen, wohl auch Allmachtsphantasien ausleben, die eigene Selbstherrlichkeit befeuern, Wichtigkeit und Selbstwirksamkeit erfahren.

Ebenso wie sein Protektionskind Münstermann (in ähnlicher Weise Hans Langemann) wurde auch Kurt Weiß durch diese Manie, ja Sucht wie von

einer Droge nach und nach nicht nur immer weiter aus der ihn umgebenden Realität hinausgeführt, sie deformierte ihn und seine Mitstreiter obendrein in einer Weise, dass sie Geheimnisverrat und Dienstvergehen als unvermeidliche Begleiterscheinungen eines höheren Zwecks erlebten. So fügten diese Schattenkämpfer nicht nur ihrem eigenen, sondern auch dem Ansehen des BND schweren Schaden zu. Mehr noch: Sie förderten in ihrem Drange eine Kultur der Selbstüberschätzung und Selbstüberhebung, für die das geheime Milieu der Nachrichtendienste ohnehin anfälliger ist als andere Bereiche der demokratischen Lebenswelt, die sich einer wirksamen Kontrolle viel schwerer entziehen können. Pullach zog aus Gehlens »Winterstein«-Unwesen lange beträchtlichen Nutzen, doch am Ende, in den siebziger und achtziger Jahren, wirkte es zunehmend zerstörerisch – politisch *und* persönlich.

1 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 86 ff. und 139 ff.
2 Siehe oben, S. 545 ff.
3 Siehe Kapitel VI, S. 373 ff.
4 So sogar der DDR-Staatssicherheitsdienst; siehe den Karteieintrag, o. D., in: BStU, HA IX/11-AK1.
5 Aufzeichnung 41 E für UAL 41, Mitarbeiter Weitz, 18.3.1987, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 29, o. Bl.
6 Erich Loest: Die Stasi war mein Eckermann, Göttingen 1991.
7 So Langemann im Interview mit Frank P. Heigl, festgehalten in der »Abschrift der fünf Tonbandkassetten, die der Beschuldigte Bissinger am 13.5.1982 dem GBA zur Verfügung gestellt hat«, 9.6.1982, in: BND-Archiv, 220035, Bl. 104.
8 Siehe oben, S. 375 ff.
9 Siehe oben, S. 449 ff.
10 Mit Wolfgang Döring, FDP, etwa verband ihn eine enge Beziehung; siehe oben, S. 309 ff.
11 Siehe Bösch, Adenauer-CDU, S. 361.
12 Schwarz, Ära Adenauer, II, S. 225.
13 Siehe oben, S. 532 ff.
14 Ulrich Wirz: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition, Grub am Forst 1997, S. 95 und 469; siehe auch die Biographie von Paul Pucher: Freiherr zu Guttenberg. Ein politisches Porträt, Freudenstadt 1971.
15 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 533 ff.
16 Müller, Gehlen, II, S. 991.
17 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 19./20.7.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 2, Bl. 21.
18 Gehlen an Guttenberg, 24.11.1961, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 246, Bl. 257.
19 Siehe Müller, Gehlen, II, S. 1024 f.
20 So etwa Langkau an Guttenberg, 15.4.1965, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 186, Bl. 212.
21 Meldung, SBZ-Pressekampagne gegen Frhr. Von Guttenberg, »Anfang April 1965«, in: ebd., Bl. 219.
22 Vgl. auch Der Spiegel, 26.1.1969 (»Bonn/Gerstenmaier. Der Fall«).
23 Langkau an Guttenberg, 7.4.1965, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 186, Bl. 220 ff. »Über den augenblicklichen Stand des Verhältnisses BRD/Israel möchte ich eine kleine Anlage beifügen.«
24 Gerstenmaier an Guttenberg, 12.3.1965, in: ebd., Bl. 186.
25 Siehe oben, S. 431 ff.
26 Langkau an Gehlen, 3.12.1962, zit. nach Siebenmorgen, Strauß, S. 271.
27 Langkau (273) an Gehlen (106), Franz Josef, Quelle: Du[ttweiler], Zeit: 24.7.63, 25.7.1963, zit. nach dem Faksimile in Peter F. Müller und Michael Mueller mit Erich Schmidt-Eenboom: Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 366.
28 Langkau, Memorandum, Sonderverbindungen bzw. Kontakte in Bonn, 18.6.1968, in: BND-Archiv, 220031, Teil 2, Bl. 85.
29 Langkau, Memorandum, Sonderverbindungen bzw. Kontakte in Bonn, 18.6.1968, in: BND-Archiv, 220031, Teil 2, Bl. 86.
30 Hechelhammer, Dossiers, S. 86.
31 Siehe insbesondere Frank P. Heigl, Jürgen Saupe: Operation Eva. Die Affäre Langemann. Eine Dokumentation, Hamburg 1982; Erich Schmidt-Eenboom: Schnüffler ohne Nase. Der BND.

Die unheimliche Macht im Staate, Düsseldorf 1995, S. 187 ff.; Müller/Mueller, BND, S. 315 ff.; Waske, Nachrichtendienst, S. 223 ff.; Krieger, Langemann. Angaben zur Person bei Müller/Müller, BND, S. 319 ff., sowie Krieger, Langemann, S. 869 ff.

32 Siehe oben, S. 847.

33 Wessel, Tagebuchaufzeichnungen, 25. August bis 14. September 1969, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 30, Bl. 127.

34 Siehe insbesondere die schwungvolle Charakterisierung bei Müller/Mueller, BND, S. 320 ff.

35 Zit. nach Müller/Mueller, BND, S. 319.

36 O. V. [Strategischer Dienst], Operation »Kleeblatt«, 20.6.1963, in: ACSP, NL Strauß, Familie, 1092.

37 Langemann-Tagebuch, 6.7.1963, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 282.

38 Langemann-Tagebuch, 8.7.1963, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 283.

39 Krieger, Langemann, S. 871.

40 Siehe Siebenmorgen, Strauß, S. 296 ff.

41 Der Spiegel, 28.9.1965 (»Bonn/Regierungsbildung. Formierte Gesellschaft«).

42 Zit. nach Müller, Gehlen, II, S. 1091 f.

43 Langemann-Tagebuch, 23.4.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 329.

44 Siehe oben, S. 448 f.

45 Gehlen an Strauß, 1.7.1965, in: ACSP, NL Strauß, PV, 5677, o. Bl.

46 Langemann-Tagebuch, 31.8.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 335.

47 Langemann-Tagebuch, 1.9.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 336.

48 Langemann-Tagebuch, 3.9.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 337.

49 Langemann-Tagebuch, 4.9.1965, in: ebd.

50 Langemann-Tagebuch, 17.9.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 339.

51 Langemann-Tagebuch, 18.9.1965, in: ebd.

52 Langemann-Tagebuch, 19.9.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 340. Hervorhebung im Original.

53 Vgl. Müller, Gehlen, II, S. 1100.

54 Zit. nach ebd., S. 1130 f.; das Zitat ebd., S. 1304.

55 Langemann-Tagebuch, 18.9.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 340.

56 Eingehend Dülffer, Krise, S. 103 ff.

57 Das Folgende bereits bei Siebenmorgen, Strauß, S. 314 ff.; die folgenden Zitate ebd.

58 Der Spiegel, 5.10.1965 (»Bonn/Schröder. Sein Kampf«).

59 Siehe oben, S. 1207 ff.

60 Langemann-Tagebuch, 22.10.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 343.

61 Langemann-Tagebuch, 27.9.1965, in: BND-Archiv, 220044, Bl. 342.

62 Siehe unten, S. 1294 ff.

63 Siehe oben, S. 1207 ff.

64 Siehe unten, S. 1225 ff.

65 Henke, Geheime Dienste, I, S. 87 ff. und 143 ff.

66 Siehe auch Dülffer, Krise, S. 282 ff.

67 Jaeger an Gehlen, 15.12.1956, in: ACSP, NL Jaeger, S 325, o. Bl.

68 Gehlen an Jaeger, 10.1. und 18.2.1957, in: ACSP, NL Jaeger, S 325, o. Bl.

69 Langkau an Jaeger, 20.12.1966, in: ACSP, NL Jaeger, A 28, o. Bl.

70 Jaeger an Langkau, 9.1.1967, in: ebd.

71 Langkau an Jaeger, 24.5.1967, in: ebd.

72 Jaeger an Langkau, 19.6.1967, in: ebd.

73 Siehe unten, S. 1238 ff.

74 Siebenmorgen, Strauß, S. 317.
75 Langemann-Tagebuch, 7.1.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 362.
76 Langemann-Tagebuch, 10.1.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 363.
77 Langemann-Tagebuch, 27.1.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 372.
78 Langemann an Strauß, privat, 12.3.1966, in: ACSP, NL Strauß, PV, 5249, o. Bl., sowie Langemann-Tagebuch, 13.3.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 382.
79 Langemann-Tagebuch, 17.4.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 387.
80 Siehe Der Spiegel, 19.5.1974 (»Affären. Gelbes Mützchen«), Heigl/Saupe, Operation Eva, S. 125 f.; das Zitat bei Krieger, Langemann, S. 883.
81 Vgl. Heigl/Saupe, Operation Eva, sowie Krieger, Langemann.
82 Langemann-Tagebuch, 15.5.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 391; siehe die positive Qualifizierung Langkaus durch Strauß ein halbes Jahr zuvor; Dülffer, Krise, S. 630.
83 Langkau an Strauß, 6.4.1966, in: ACSP, NL Strauß, PV, 5383, o. Bl.
84 Strauß an Langkau, privat, 14.4.1966, in: ebd.
85 Langemann, privat, an Strauß, 3.5.1966, in: ACSP, NL Strauß, PV, 5249, o. Bl.
86 Siehe den Briefwechsel zwischen Langemann und Marcel Hepp, dem Persönlichen Referenten von Strauß, am 17.5., 23.5., 22.7., 23.7. und 3.9.1966, in: ebd.
87 Langemann-Tagebuch, 22.9.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 414.
88 Zit. nach Siebenmorgen, Strauß, S. 322.
89 Langemann-Tagebuch, 6.11.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 424.
90 Langemann, privat, an Strauß, 9.12.1966, in: ACSP, NL Strauß, PV, 5249, o. Bl.
91 Langemann-Tagebuch, 7.1.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 437. Hervorhebung im Original.
92 Siehe unten, S. 1227 ff.
93 Selbstcharakterisierung Langemanns während seines Interviews mit Frank P. Heigl in der Verschriftlichung des Bundeskriminalamts, »Abschrift der fünf Tonbandkassetten, die der Beschuldigte Bissinger am 13.5.1982 dem GBA zur Verfügung gestellt hat«, 9.6.1982, in: BND-Archiv, 220035, Bl. 80.
94 Langemann-Tagebuch, 27.12.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 433.
95 Langemann an Strauß, 22.7.1967, in: ACSP, NL Strauß, Familie, 169, o. Bl.
96 Die bislang gründlichste Analyse der Sonderbeziehungen zwischen Langemann und Huber, namentlich für die Zeit nach dem Ausscheiden von »Lückrath« aus dem BND, bietet die Drucksache 9/13012, Minderheitenbericht des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags »zur Prüfung der landespolitisch bedeutsamen Gesichtspunkte von in der Presse behaupteten Veröffentlichungen, Kenntnissen und Verhaltensweisen des Leiters der Abteilung Staatsschutz im Bayerischen Staatsministerium des Innern«, 10.9.1982.
97 Der Spiegel, 18.9.1966 (»Ludwig Huber«).
98 Siebenmorgen, Strauß, S. 368.
99 Langemann-Tagebuch, 25.1.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 371. Nach Auskunft des Bayerischen Hauptstaatsarchivs vom 15.9.2021 finden sich im Nachlass Hubers nur noch vereinzelte Spuren dieser Korrespondenz.
100 Langemann-Tagebuch, 28.1.1966, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 373.
101 Langemann-Tagebuch, 3.1.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 436.
102 Siehe oben, S. 1223 f.
103 Langemann-Tagebuch, 13.1.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 440.
104 Langemann-Tagebuch, 12.1.1967, in: ebd.
105 Langemann-Tagebuch, 29.1. und 1.2.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 448 und 452.
106 Langemann-Tagebuch, 28.1.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 448. Hervorhebung im Original.

107 Langemann-Tagebuch, 15.1. und 22.1.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 441 und 445.
108 Langemann-Tagebuch, 7.4.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 458.
109 Langemann-Tagebuch, 1.7.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 468.
110 Langemann-Tagebuch, 20.8.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 480.
111 Langemann-Tagebuch, 23.12.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 495.
112 Langemann-Tagebuch, 3.1.1968, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 496.
113 Krieger, Langemann, S. 881.
114 Siehe Wessel, Tagebuchaufzeichnungen, 10.–16. März 1969, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 30, Bl. 30, sowie allgemein ebd., Bd. 63.
115 Waske, Nachrichtendienst, S. 51.
116 Krieger, Langemann, S. 863.
117 Langemann-Tagebuch, 15.1. und 22.1.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 441 und 445.
118 Langemann-Tagebuch, 3.2.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 453.
119 Langemann-Tagebuch, 23.2.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 457.
120 Langemann-Tagebuch, 14.3.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 459.
121 Langkau, privat, an Strauß, 29.6.1967, in: ACSP, NL Strauß, Familie, 1148, o. Bl.
122 Meldungsausschnitt, o. D. [Mai 1967], in: ebd.; vgl. oben, S. 966 ff.
123 Meldungsausschnitt, o. D. [1967], in: ACSP, NL Strauß, Familie, 1148, o. Bl.
124 Langemann-Tagebuch, 1.7.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 468.
125 Langemann-Tagebuch, 5.7. und 20.7.1967, in: BND-Archiv, 200045, Bl. 469 und 473.
126 Langemann-Tagebuch, 17.7. und 18.7.1967, in: BND-Archiv, 200045, Bl. 471.
127 Langemann-Tagebuch, 12.9.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 479.
128 Langemann-Tagebuch, 19.9.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 480.
129 Der Spiegel, 12.11.1967 (»Affären/HS 30. Die Unvollendete«).
130 Langemann-Tagebuch, 13.11.1967, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 486.
131 Guttenberg an Langkau, 22.12.1966, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 37, Bl. 219 ff. Anlage: Denkschrift, 8 Seiten, 1.12.1966.
132 Langkau an Guttenberg, 12.1.1967, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 37, Bl. 216 ff.
133 Zu den Beziehungen zwischen BND und *Rheinischem Merkur* siehe oben u. a. S. 388 f.
134 Zu Dohrn und Schauff siehe Dülffer, Krise, passim. Siehe insbesondere den Schriftwechsel Guttenberg–Schauff in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 42.
135 Siehe unten, S. 1365 ff.
136 Guttenberg an Langkau, 30.1.1967, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 37, Bl. 215.
137 Guttenberg an Langkau, 20.2.1967, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 37, Bl. 202. Guttenberg bezog sich auf ein entsprechendes Memorandum zur Errichtung eines »›Anti-Dokumentations‹-Büros«, das »ein nicht unbekannter Publizist« verfasst und das Langkau ihm vier Wochen zuvor übersandt hatte; StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 37, Bl. 203.
138 Langkau an Guttenberg, 25.1.1967, in: ebd., Bl. 208 f.
139 Langkau an Guttenberg, 18.1.1967, in: ebd., Bl. 203.
140 Langkau an Guttenberg, 14.4.1967, in: ebd., Bl. 200 f.
141 Guttenberg an Langkau, 4.5.1967, in: ebd., Bl. 199. Hervorhebung von mir.
142 Langkau an Guttenberg, 2.5.1967, in: ebd., Bl. 197.
143 Guttenberg an Langkau, 5.5.1967, in: ebd., Bl. 196.
144 Siehe oben, S. 532 f.
145 Langkau an Guttenberg, o. D., in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 99, Bl. 10; zu Fried Wesemann siehe oben, S. 523 ff.
146 Langemann-Tagebuch, 31.7.1968, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 525.

147 O. D., »Verteiler von Ausarbeitungen zum Kirchlichen Bereich«, in: BND-Archiv, 220030, Bl. 368; siehe auch Heigl/Saupe, Operation Eva, S. 87 f.
148 Siehe unten, S. 1326 ff.
149 Siehe oben, S. 1238 ff.
150 Eingehend Müller, Gehlen, II, S. 1200 ff.; das Zitat ebd., S. 1323.
151 Dülffer, Krise, S. 642.
152 Zit. nach Müller, Gehlen, II, S. 1142.
153 Siehe etwa Wessel, Tagebuchaufzeichnungen, 14.–20. April 1969, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 30, Bl. 56.
154 Vgl. das Organigramm der Abteilung I mit sechs Unterabteilungen und 33 Referaten als Anlage zu Wessel, Tagebuchaufzeichnungen, 2. Juni bis 6. Juli 1969, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 30, Bl. 100.
155 Wessel, Tagebuchaufzeichnungen, 25. August bis 14. September 1969, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 30, Bl. 124 f.
156 Müller/Mueller, BND, S. 385; siehe auch oben, S. 918 ff.
157 Müller, Gehlen, II, S. 1211.
158 Langemann-Tagebuch, 6.3.1970, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 602.
159 Wessel, Jahresbilanz 1969, 30.12.1969, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 77, Bl. 364 ff.
160 Gehlen an Jaeger, 20.11.1971, in: ACSP, NL Jaeger, S 325, o. Bl.
161 Zitate bei Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 865.
162 Waske, Nachrichtendienst; das folgende Zitat ebd., S. 12.
163 Stauffenberg an Guttenberg, 4.8.1970, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 99, Bl. 11 ff.; Anlagen: Gedächtnisprotokoll über seine Unterredung mit BND-Präsident Wessel sowie sein Brief an Wessel vom 12.7.1970; siehe auch Waske, Nachrichtendienst, S. 86 f.
164 Waske, Nachrichtendienst, S. 46 ff.; Zitate ebd., S. 46, 53 und 92.
165 Siebenmorgen, Strauß, S. 452.
166 Siehe etwa die Bände 99, 103, 104 oder 169 des Guttenberg-Nachlasses im Staatsarchiv Bamberg.
167 Langkau an Guttenberg, 14.4.1970, in: StA Bamberg, Nachlass Guttenberg, Bd. 99, Bl. 35 ff.
168 Guttenberg an Langkau, 18.10.1971, in: StA Bamberg, Nachlass Guttenberg, Bd. 103, Bl. 184.
169 Der Spiegel, 8.10.1972 (»Baron Guttenberg«); das folgende Zitat ebd.
170 Langkau an Guttenberg, 12.7.1972, in: StA Bamberg, NL Guttenberg, Bd. 169, Bl. 91 ff.
171 Siehe Waske, Nachrichtendienst, S. 223 ff.
172 Ebd., S. 186 ff.
173 Vgl. den Vermerk des Strategischen Dienstes, o. V., o. D. [März 1970], in: BND-Archiv, 23507, o. Bl.
174 Langemann-Tagebuch, 14.3. und 9.8.1969, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 563 und 586.
175 Langemann-Ringbuch, 5.5.1970, in: BND-Archiv, 220045, Bl. 607.
176 Langemann-Ringbuch, 16.11.1971, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 607.
177 Notiz über ein Gespräch mit Staatsminister Bruno Merck am 31.7.1972; Langemann-Ringbuch, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 766.
178 Notiz über ein Gespräch mit BND-Präsident Wessel am 24.8.1972; Langemann-Ringbuch, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 770.
179 Langemann, Gedanken [1972], in: BND-Archiv, 220046, Bl. 782 ff.
180 Ebd., Bl. 783 f.
181 Ebd., Bl. 785 f.
182 Ebd., Bl. 797 ff.

183 Notiz Langemanns über seine Unterredung mit Strauß am 30.5.1972, in: Langemann-Ringbuch, 8.6.1972, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 751.
184 Langemann-Terminkalender, 17.10.1972, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 848.
185 Langemann-Terminkalender, 14.11.1972, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 854.
186 Langemann-Terminkalender, 21.11.1972, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 855.
187 Langemann-Terminkalender, 6.12.1972, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 856.
188 Langemann-Terminkalender, 10.1.1973, in: BND-Archiv, 220046, Bl. 862. Hervorhebung im Original.
189 Langemann-Terminkalender, 21.2.1974, in: BND-Archiv, 220047, Bl. 930.
190 Langemann-Terminkalender, 28.3.1974, in: BND-Archiv, 220047, Bl. 937.
191 Langemann-Terminkalender, 18.5.1976, in: BND-Archiv, 220047, Bl. 1003.
192 Heigl/Saupe, Operation Eva, S. 9.
193 Krieger, Langemann, S. 872 ff.
194 Siehe die Unterlagen der Untersuchung zum Fall Langemann, in: BND-Archiv, 220030 und 220035.
195 Zu Maetschke und seinen kritischen Eingaben siehe Dülffer, Krise, S. 103 ff.; vgl. auch Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 63 f. und 406 f., sowie Müller/Mueller, BND, S. 367.
196 Müller/Mueller, BND, S. 388.
197 Siebenmorgen, Strauß, S. 290.
198 Siehe oben, S. 1241 ff.
199 Hds. Vermerk vom 2.3.1970 in den Unterlagen des Vorgangs »Lunar«, in: BND-Archiv, Operativ 23507.
200 Alle Angaben aus Steinbichls Personalakte, in: BND-Archiv, P-4526, Teil 1.
201 Siehe etwa Steinbichl an Weiß, 19.3.1963, in: BND-Archiv, P-4526, Teil 1, Bl. 181a ff.
202 BND-Archiv, P-4526, Teil 3, Befähigungsberichte, Bl. 1 ff., 6 ff. und 17 ff.
203 Steinbichl an Strauß, »Karfreitag 1978«, in: ACSP, NL Strauß, Familie, 1252, o. Bl.
204 Steinbichl an Strauß, 11.9.1978, in: ACSP, NL Strauß, Familie, 1266, o. Bl.
205 Steinbichl an Strauß, 6.4.1979, in: ACSP, NL Strauß, Familie, 1271, o. Bl.
206 Steinbichl an Strauß, o. D. [Sommer 1979], in: ACSP, NL Strauß, Familie, 1275, o. Bl.
207 Vgl. Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 182 ff. und 468, sowie im Detail Sälter, NS-Kontinuitäten.
208 Foertsch (85), an BND-Personalchef (734), Protokoll über die Besprechung am 22.4.1964 betreffend V-7084, 24.4.1964, in: BND-Archiv, 220225, Bl. 48.
209 Crome (106/II) an Weiß (27 VK), V-7048, 23.6.1966, in: BND-Archiv, 220223, Bl. 190.
210 Vgl. etwa BND-Archiv, 220224, Bl. 238 f., 246 f., 247 f. und 264.
211 Langkau an Nickel, »Weihnachten 1965«, in: BND-Archiv, 220224, Bl. 332.
212 Siehe Langemann (273/B) an Krüger (106/II), 18.6.1965, in: BND-Archiv, 220225, Bl. 53.
213 273/Horth, Notiz, DN Kortmann, 3.5.1963, in: BND-Archiv, 220223, Bl. 177.
214 Waske, Nachrichtendienst, S. 80.
215 Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 14.4.1970, zit. nach Dülffer, Krise, S. 281.
216 Wessel, Tagebuchaufzeichnungen, 23. Februar – 15. März 1970, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 32, Bl. 62.
217 Wessel, Tagebuchaufzeichnungen, 28. April – 4. Mai 1969, in: BND-Archiv, NL 1, Bd. 30, Bl. 69.
218 So der Titel eines von Hermann Foertsch verfassten, von Gehlen Anfang 1961 der entsprechenden Arbeitsgruppe (»Donnerstagskränzchen«) vorgelegten Aktionsplans; siehe Dülffer, Krise, S. 473 ff.; das Zitat ebd., S. 486.
219 Kommentar von Kurt Weiß zum Eintrag in seiner Kladde, 20.6.1960, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 7, Teil 2, Bl. 3.

220 Marx an Kiesinger, 27.12.1967; zit. nach Müller, Gehlen, II, S. 1161.
221 Bericht des Bundeskriminalamts im Rahmen des Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts gegen das Ehepaar Goliath, 19.10.1981, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 446 ff., hier Bl. 461.
222 Vgl. Stauffenberg an Marx, 8.12.1972, sowie Marx an Stauffenberg, 29.12.1979, in: ACDP, 01-356-A015.
223 Zit. nach Waske, Nachrichtendienst, S. 128; siehe auch ebd., S. 154 ff.
224 Zit. nach ebd., S. 170.
225 Ausführlich im Folgenden.
226 Zit. nach Erich Schmidt-Eenboom: Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995, S. 271.
227 Hds. Weiß an Marx, 28.1.1975, in: ACDP, 01-356-A290. Die zahlreichen Hervorhebungen in dem Memorandum bleiben unberücksichtigt, soweit es der Kontext gestattet. Dieses Dokument wurde in Kopie auch in den DDR-Propagandamaterialien zum Fall Inge Goliath abgedruckt.
228 In den Goliath-Broschüren ist auch eine ähnliche, frühere »Analyse« abgedruckt (»›Situation im BND‹, angefertigt von Weiß für Marx Mitte 1974«), die hier, da nicht aus dem Nachlass Marx, unberücksichtigt bleibt. Auch sie spricht von der harten innenpolitischen Konfrontation und der »verschärften internen Situation im BND«; vgl. IV D (»Mank«), Vermerk, Unterrichtung PKK aus Anlass von Presseveröffentlichungen, 25.7.1980, sowie das Schreiben des Bundeskanzleramts an den BND-Präsidenten vom 11.7.1981, in: BND-Archiv, 5055, Bl. 943 ff., bzw. BND-Archiv, 5060, Bl. 2384 ff.
229 Siehe oben, S. 938 ff.
230 Zu Felfe siehe oben, S. 215 ff.
231 Hervorhebung von mir.
232 Zur Ausforschung von FDP und SPD siehe oben, S. 309 ff.
233 Hds. Weiß an Marx, 13.3.1975, in: ACDP, 01-356-A290.
234 Hds. Weiß an Marx, 15.8.1975, in: ebd.
235 Hds. Weiß an Marx, 17.8.1975, in: ebd. Hervorhebung im Original.
236 Hds. Weiß an Marx, 28.12.1975, in: ebd.
237 Siehe oben, S. 1241 ff.
238 Siehe oben, S. 1248 ff.
239 Vgl. Siebenmorgen, Strauß, S. 516.
240 O. V. [Kurt Weiß], »Der Präsidentenwechsel im BND«, 22.11.1978, in: ACSP, NL Strauß, PV, 11550, o. Bl. Zum erwähnten Selbstmord von Horst Wendland siehe Müller, Gehlen, II, S. 1194 f.
241 Der Spiegel, 2.3.1980 (»›Kapitulation vor der Horde roter Proleten‹. Auszug aus der anonymen BND-Studie in der CSU-Zentrale«).
242 Die Korrektur befindet sich auf Seite 6, 8. Zeile von unten; »veröffentlichten«, lautet das handschriftlich eingefügte Wort.
243 Stauffenberg-Dienst, »Berufung Dr. Kinkels zum Präsident BND«, 20.11.1978, in: ACSP, NL Strauß, PV, 11550, o. Bl.
244 Süddeutsche Zeitung, 18./19.11.1978 (»CSU meldet Ansprüche auf Führungsposten beim BND an«).
245 Siehe unten, S. 1294 ff.
246 Siehe unten, S. 1288 ff.
247 Vgl. Schmidt-Eenboom, BND, S. 226 ff., und Waske, Nachrichtendienst, S. 203 ff.
248 Der Spiegel, 18.3.1979 (»Spionage: Meist handelten sie aus Liebe«).

249 Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland an das Bundeskanzleramt, das Presse- und Informationsamt, das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen und das Auswärtige Amt, Internationale Pressekonferenz mit Inge Goliath [am 17.5.], 22.5.1979, in: BND-Archiv, 5054, Bl. 755 ff.
250 Zitate bei Waske, Nachrichtendienst, S. 205.
251 Stuttgarter Nachrichten, 14.8.1980 (»Eine schludrige Kampagne aus Ostberlin«).
252 Bericht des BKA vom 18.3.1979, BND-intern weitergeleitet am 4.4.1979, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 146 ff.
253 Marx an Kinkel, 14.2.1979, in: BND-Archiv, 5060, Bl. 2391 f.
254 IV D, Vermerk, Ehemalige Sekretärin des MdB Dr. Marx, Inge Goliath, 23.5.1979, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 240.
255 Deutschlandfunk, Interview mit Werner Marx über die »Aussagen seiner ehemaligen Sekretärin nach ihrer Flucht in die DDR«, 18.5.1979.
256 Dpa, 18.5.1979 (»Spionage. CDU: Ehemalige Sekretärin von Marx wurde ›präpariert‹«).
257 Marx an Wilhelm Rawe, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, 27.6.1979, in: ACDP, 01-356-A352.
258 Marx an Kinkel, 5.6.1979, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 251 f.
259 Marx an die Bundesanwaltschaft, 28.6.1979, in: ACDP, 01-356-A352.
260 Vgl. Thomas Walde: ND-Report. Die Rolle der geheimen Nachrichtendienste im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, München 1971.
261 Zur Klärung der Recherchen der *Stern*-Mitarbeiter durch das Bundeskriminalamt im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen das Ehepaar Goliath siehe dessen »Bericht« vom 19.10.1981, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 446 ff.
262 Siehe die umfangreichen Notizen Waldes zu seinen Gesprächen mit Weiß 1979, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim. Ich danke Herrn Dr. Erich Schmidt-Eenboom für die Möglichkeit zur Einsichtnahme.
263 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 114, 5.11.–12.11.1982, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 6. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 23 ff. Zu den Beziehungen zwischen Baumann und Weiß siehe unten, S. 1294 ff.
264 BND, IV D, an Bundeskanzleramt, Verratsfall Inge Goliath, hier: Kopien einer dem »Stern« übergebenen Liste (28 Blatt) sowie Kopien von »Dokumenten und Beweisen«, die in dem Gespräch von Staatssekretär Schüler mit den Herren Walde und Heidemann »von der Zeitschrift Stern« am 11.7.1980 übergeben worden waren, 12.9.1980, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 74 ff.
265 Als Sammelanmerkung: Das Interview. Inge Goliath enthüllt Geheimnisse des Dr. Werner Marx, o. O., o. J. [Ost-Berlin, 1980]. Siehe auch die Publikationen: Das Interview. Inge Goliath enthüllt weitere Geheimnisse des Dr. Werner Marx, o. O., o. J. [Ost-Berlin, 1980]; Inge Goliath: Ein verhängnisvolles Bündnis gegen Frieden und Entspannung, o. O. o. J. [Ost-Berlin, 1979].
266 Kinkel an Nannen, 16.7.1980; Durchschlag Bundeskanzleramt und Generalbundesanwalt, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 257 f. Siehe auch das Rundschreiben Kinkels an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom 16.7.1980, in dem er ihnen die sofortige Untersuchung der vom *Stern* anderntags erhobenen Vorwürfe zusicherte; BND-Archiv, 5055, Bl. 1000.
267 Stern, 17.7.1980 (»Ein Maulwurf wird gesucht«).
268 Es handelt sich um einen Brief vom 15. August 1975; siehe oben, S. 1273 ff.
269 Das Schreiben vom 14.2.1979; siehe oben, S. 1275 f.
270 Süddeutsche Zeitung, 18.7.1980 (»DDR bringt CDU-Politiker ins Zwielicht«).
271 Der Spiegel, 21.7.1980 (»Post von Goliath«).

272 Rheinischer Merkur / Christ und Welt, 1.8.1980 (»Die ›Enthüllungen‹ der Inge Goliath«). Zu den Presse-Sonderverbindungen des BND siehe oben, S. 449 ff.
273 Stuttgarter Nachrichten, 14.8.1980 (»Die ›Enthüllungen‹ der Ex-Sekretärin Goliath kommen in Bonn nicht an. Eine schludrige Kampagne aus Ostberlin«).
274 Kinkel an das Bundeskanzleramt, 14.7.1980, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 70 f.
275 Marx an Schüler, 21.7.1980, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 72 f.
276 Vgl. Waske, Nachrichtendienst, S. 207 f.
277 Kinkel an Schüler, Verratsfall Inge Goliath, 25.11.1980, in: BND-Archiv, 5060, Bl. 2361 ff.
278 Weiß (»Weitz«) an Kinkel, Fall Inge Goliath, 26.6.1980, in: BND-Archiv, 5056, Bl. 1256 ff.
279 Bericht des Bundeskriminalamts im Rahmen des Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts gegen das Ehepaar Goliath, 19.10.1981, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 446 ff., hier Bl. 461.
280 Kinkel an Weiß, Ergänzende Fragen zu Ihrer dienstlichen Erklärung vom 26. Juni 1980, 28.7.1980, sowie dessen Antwort vom 1. August in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
281 Kinkel an Schüler, Verratsfall Inge Goliath, 25.11.1980, in: BND-Archiv, 5060, Bl. 2361 ff.
282 Kinkel an Rebmann, Ermittlungsverfahren gegen Wolfgang und Inge Goliath wegen Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit, 11.12.1980, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 296 ff.
283 Vermerk des Generalbundesanwalts im Ermittlungsverfahren 4 BJs 42/79 am 5.1.1981. Anlage zum Schreiben Rebmanns an das Bundesministerium der Justiz, 16.1.1981, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 335 ff.
284 Siehe oben, S. 1275 f.
285 44 (»Mank«), Vermerk, Besprechung bei der Bundesanwaltschaft am 15.1.1981, in: BND-Archiv, 5053, Bl. 319 ff.
286 Schmidt-Eenboom, Schattenkrieger, S. 241 ff.; siehe auch Der Spiegel, 11.10.1981 (»Affären. Im Film, auf Band«).
287 Kinkel an Weiß, 7.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
288 Weiß an Kinkel, 7.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
289 UAL 42 (»Maydorn«), Erster Direktor Kurt Weiß, hier: Konsequenzen aus Anlass der Mitteilung innerdienstlicher Vorgänge an MdB Dr. Voss, 8.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
290 Kinkel an Lahnstein, Erster Direktor Kurt Weiß, hier: Konsequenzen aus seinem Verhalten in der Angelegenheit Rauschenbach, 12.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
291 Kinkel an Weiß, 14.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
292 UAL 42 (»Maydorn«), Die Pflicht zur Verschwiegenheit nach Eintritt des Beamten in den Ruhestand, 22.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
293 Mündliche Anfrage des MdB Carl-Dieter Spranger, 22.10.1981, sowie der Antwortentwurf für den BND-Präsidenten, 23.10.1981, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 32, o. Bl.
294 Stern, 5.11.1981 (»Methusalems Ende«).
295 Deutschland-Magazin, 12/1981, (»Wer nicht pariert, den frisst der Wolf«).
296 Langemann-Terminkalender, 15.10.1981, in: BND-Archiv, 220047, Bl. 1246.
297 Siehe oben, S. 1249.
298 Siehe den knappen Überblick bei Waske, Nachrichtendienst, S. 223; zur Genese der Affäre immer noch Heigl/Saupe, Operation Eva.
299 Bayerischer Landtag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/12951, Bericht des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags »zur Prüfung der landespolitisch bedeutsamen Gesichtspunkte von in der Presse behaupteten Veröffentlichungen, Kenntnissen und Verhaltensweisen des Leiters der Abteilung Staatsschutz im Bayerischen Staatsministerium des Innern«, 16.7.1982.

300 Bayerischer Landtag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/13012, Minderheitenbericht des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags »zur Prüfung der landespolitisch bedeutsamen Gesichtspunkte von in der Presse behaupteten Veröffentlichungen, Kenntnissen und Verhaltensweisen des Leiters der Abteilung Staatsschutz im Bayerischen Staatsministerium des Innern«, 10.9.1982, S. 5 und 30.
301 Unterredung am 16.9.1982, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 1. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 13.
302 Siehe Nowack, Sicherheitsrisiko, S. 460 f.
303 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 120, 22.9.–30.9.1983, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 7. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 163 ff.
304 BV Leipzig, Abteilung XV, Meldung, Schwarz, 30.10.1984, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 9. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 206.
305 Stern, 5.11.1981 (»Methusalems Ende«).
306 Siehe oben, S. 548 f.
307 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 115, 11.12.–17.12.1982, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 6. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 113 ff.
308 Archiv-Beauftragter an Blum, Verwendung von Herrn Weiß, 30.8.1983, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 29, o. Bl.
309 Weiß hds. an Archiv-Beauftragten, 20.10.1983, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 29, o. Bl.
310 Undatierter Vertragsentwurf des Archiv-Beauftragten [März 1984], in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 29, o. Bl.
311 Vertrag BND – Weiß, 22.12.1984, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 29, o. Bl.
312 Siehe oben, S. 407.
313 Weiß an Wieck, hds., 7.6.1990, in: BND-Archiv, 2135, o. Bl., sowie Vermerk Wieck, Gespräch mit Herrn Weitz am 18. Juli 1990, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 29, o. Bl.
314 Porzner an Bohl, Verwaltungsermittlungen, hier: Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Mitarbeiter Kurt Weiß im Zusammenhang mit der Anklage des GBA gegen den Journalisten Dr. Gerhard Baumann, 29.3.1995, in: BND-Archiv, 104931, o. Bl.
315 Siehe unten, S. 454, zu seiner früheren Tätigkeit.
316 Nachruf, Februar 1994, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 29, o. Bl.
317 Siehe unten, S. 1343 ff.
318 Focus, 31.1.1994 (»Spionage. Maulwurf gesucht. Intrigen oder schwerer Verrat? Die Nerven im Bundesnachrichtendienst liegen blank«).
319 Eine erste Darstellung bei Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 351 ff.
320 So Münstermann in seinem Schreiben an Foertsch, Baumann – Weiß, 10.1.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
321 Siehe seine Vita, die von der Sicherheitsabteilung des BND am 2.8.1994 dem Präsidenten vorgelegt wurde, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl., sowie die Anklageschrift des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 21.12.1994, in: Unterlagen des Generalbundesanwalts, Az.: 3 BJs 820/91-4; die folgenden Zitate in diesen Dokumenten.
322 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 369.
323 BV für Staatssicherheit Leipzig, Abteilung XV (Hauptmann Horst Findeisen), Einsatzvorschlag für IM »Schwarz« vom 8.3.1983, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 6. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 245.
324 Siehe etwa die Schreiben des Verteidigungsministeriums an Baumann vom 26.9., 15.11.1958; 28.2., 15.3., 26.10.1959, Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des

Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim. Ich danke Herrn Dr. Erich Schmidt-Eenboom für die gewährte Einsichtnahme.

325 Siehe Dülffer, Krise, S. 556 f.

326 An Martini, 30.1.1957, 9.4.1958, 9.5.1977, Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim.

327 An Mohler, 10.4.1967, in: ebd.

328 An Oberländer, 15.10., 15.11.1957, in: ebd.

329 An Wirsing, 16.6.1950, 9.8.1957, 6.12.1957, 25.4.1958, in: ebd.

330 An Ziesel, 7.10.1986, in: ebd.

331 An Handlos, 7.12.1989, in: ebd.

332 Siehe etwa das Schreiben des Vereins an Baumann vom 10.8.1962, in: ebd.

333 Einzelheiten in der Anklageschrift des Generalbundesanwalts vom 21.12.1994; dort auch die folgenden Zitate. Siehe auch den Einsatzvorschlag für IM »Schwarz« vom 8.3.1983, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 6. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 245 ff.

334 Anklageschrift des Generalbundesanwalts vom 21.12.1994, S. 27.

335 12BK, Vermerk, Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse zum Vorgang »Berater/Schwarz« der ehemaligen BV XV Leipzig, 6.12.1990, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 69.

336 Siehe den Bericht des IM »Motor« und des IM »Trautmann« zum Treffen mit der Quelle »Schwarz« am 4.6.1985 in Zürich, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 11. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 89 ff. Vgl. Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 355 ff.

337 Zusammenfassung des Befragungsergebnisses zu »Vorgang Schwarz der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung Leipzig« am 13./14.12.1990, 17.12.1990, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.

338 UAL52, Vermerk, Vorgang Berater/Baumann, hier: Informationsabfluss aus dem BND an Berater, 28.7.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 280 ff.

339 BVfS Leipzig, Abteilung XV (Hauptmann Horst Findeisen), Reiseplan des Führungsoffiziers für die 106. Reise in das Operationsgebiet, 2.11.1981, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 5. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 7.

340 Weiß an Baumann, 15.3.1981, Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim; einige Briefe finden sich auch in der MfS-Akte des IM »Schwarz«.

341 Siehe u. a. die Schreiben in dem Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim.

342 Treffbericht des MfS-Führungsoffiziers, o. D., in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 1. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 12. Die nur zum Teil erhalten gebliebenen Stasi-Unterlagen zu Dr. Gerhard Baumann (MfS, Leipzig, AIM, 1027/91), die sich gemäß § 25 StUG in besonderer Verwahrung des Bundesinnenministeriums befinden, umfassen 20 Bände.

343 So Baumann gegenüber dem MfS-Instrukteur am Treff 11./12.11.1981 in seinem Münchener »Kellerbüro« (wo die meisten Treffs stattfanden), in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 5. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 10.

344 Hds. Weiß an Baumann, 7.7.1982, in: ebd., Bl. 50 ff.

345 Siehe oben, S. 1249 ff.

346 Siehe oben, S. 1288 ff.

347 Siehe ebd.

348 BVfS Leipzig, Abt. XV, Treffbericht, Reise Nr. 108 vom 22.–31. Januar 1982 ins Operationsgebiet, BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 4. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 50 ff.

349 BVfS Leipzig, Abt. XV, Treff des IMS [Baumann] mit Weiß in dessen Wohnung am 24.6.1982, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 5. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 263 ff. Hervorhebung im Original.

350 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 112, 15.–23.7.1982, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 5. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 278 ff.

351 Weiß an Baumann, 17.9.1982, Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim.

352 Baumann an Weiß, 3.11.1982, in: ebd.

353 Weiß an Baumann, 28.12.1982, in: ebd. Hervorhebung im Original.

354 Am 28.1.1986 schrieb Weiß dann allerdings an Baumann, »allmählich verliere ich die Lust an weiterer Zusammenarbeit mit diesem Traumtänzer im Gefilde der Parteien«, in: ebd.

355 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 113, 21.–30.9.1982, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 5. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 368 ff.

356 Hds. Weiß an Baumann, 7.10.1982, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 1. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 18 f.

357 BVfS Leipzig, Gespräch der Quelle mit Weiß am 9.11.1982 in dessen Wohnung, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 6. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 45 ff.

358 Siehe oben, S. 1273 ff.

359 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 115, 11.12.–17.12.1982, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 6. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 112 ff.

360 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 116, 11.2.–18.2.1983, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 162 ff.

361 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 118, 22.5.–3.6.1983, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 7. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 5 ff.

362 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 118, 22.5.–3.6.1983, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 97 ff.

363 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 120, 22.9.–30.9.1983, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 160 ff.

364 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 121, 4.11.–11.11.1983, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 7. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 268 ff.

365 Geyer an Brüning, IM »Schwarz«, Reg.-Nr. MfS/12399/60, 19.9.1983, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 8. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 9.

366 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 122, 9.12.–16.12.1983, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 51 ff.

367 Siehe oben, S. 1296 ff.

368 Siehe unten, S. 1327 f.

369 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 123, 27.1.–3.2.1984, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 8. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 143 ff.

370 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 127, 19.7.–26.7.1984, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 9. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 125 ff. Siehe auch die ausführliche Erörterung der Nachfolgefrage und anderer Personalien in BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 131, 8.2.–

17.2.1985, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 10. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 14 ff.

371 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 136, 12.9.–21.9.1985, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 11. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 178 ff.

372 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 136, 25.10.–1.11.1985, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 223 ff.

373 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 138, 28.11.–6.12.1985, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 223 ff.

374 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 140, 14.3.–23.3.1986, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 12. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 87 ff.

375 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 141, 31.3.–12.4.1986, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 144 ff.

376 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 142, 27.5.–4.6.1986, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 208 ff. Diesem Bericht lag, mit freundlicher handschriftlicher Notiz für Baumann vom 3.6.1986, eine der zahlreichen von Kurt Weiß verfassten Analysen »Aktuelle Informationen« bei. Siehe auch die zum Teil mit handschriftlichen Grüßen versehenen Exemplare von 1984/85, in: BStU, Archiv der Außenstelle Leipzig, AIM 1027/91, Bd. 14, Bl. 2 ff., Bl. 8 ff., 14 ff., 20 ff. und 129 ff.

377 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 143, 18.9.–29.9.1986, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 12. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 284 ff.

378 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 146, 22.1.–30.1.1987, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 210 ff.

379 Meldung, BV Leipzig, Abteilung XV, Zum BND, 25.5.1987, in: ebd., Bl. 174 f.

380 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 147, 12.3.–20.3.1987, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 87 ff.

381 Das Folgende bietet lediglich signifikante Beispiele.

382 Siehe BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 2. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 96 ff.

383 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 151, 14.9.–2.10.1987, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 13. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 183 ff.

384 Vgl. Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 373 ff.

385 Der Spiegel, 18.10.1987 (»BND. Farbe bekennen. Mit feudalem Gehabe und politischen Vorurteilen gerät BND-Chef Wieck ins Zwielicht«).

386 HVA, Einschätzungen von »Berater« und »Zange« zum Spiegel-Artikel vom 19.10.1987 über den BND-Präsidenten, o. D., in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 15. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 296 ff.; siehe auch BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 153, 12.12.–18.12.1987, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 17. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 167 ff.

387 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 156, 19.4.–2.5.1988, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 15. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 345 ff.

388 Auszug aus dem Reisebericht »Veit«, 7.4.–10.4.1987, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 2. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 37 ff.

389 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 154, 23.1.–31.1.1988, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 17. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 222 ff. Siehe den hds. Brief von Weiß an Baumann, 26.12.1987, Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim; auch in: BStU, Archiv der Außenstelle Leipzig, AIM 1027/91, Bl. 127 f.
390 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 155, 9.3.–20.3.1988, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 17. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 269 ff.
391 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 157, 4.6.–10.6.1988, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 16. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 15 ff.
392 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 160, 10.10.–21.10.1988, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 94 ff.
393 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 162, 17.12.–23.12.1988, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 18. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 15.
394 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 163, 27.1.–3.2.1989, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 48 ff.
395 BVfS Leipzig, Abt. XV, Meldung, Kampagne gegen Münstermann – BND, 21.3.1989, in: ebd., Bl. 130.
396 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 164, 9.3.–17.3.1989, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 18. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 142 ff.
397 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 166, 17.4.–28.4.1989, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 202 ff. Auch zum Folgenden.
398 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 167, 26.5.–8.6.1989, in das Operationsgebiet, in: BStU, BVfS Leipzig, AIM 1027/91, 19. Anlage zu Tgb.-Nr. BStU 01-53/21 VS-Vertr., Bl. 8 ff.
399 Siehe unten, S. 1340 f.
400 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 169, 16.9.–22.9.1989, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 161 ff.
401 BVfS Leipzig, Abt. XV, IM »Trautmann«, Reisebericht Nr. 170, 14.10.–20.10.1989, in das Operationsgebiet, in: ebd., Bl. 243 ff.
402 BStU, BVfS Leipzig, Meldung, Auskünfte des CIC über den BND, 1.11.1989, in: ebd., Bl. 238 f.
403 Siehe oben, S. 143 ff.
404 BStU, BVfS Leipzig, Meldung, Informationen über und zum BND, 4.12.1989, in: ebd., Bl. 264 f.
405 Weiß an Baumann, 21.12.1989, Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim.
406 Baumann an Weiß, 25.4., 21.5. und 20.5.1990, in: ebd.
407 Vgl. Bösch, Adenauer-CDU, S. 361.
408 Müller, Gehlen, II, S. 757.
409 52DA, Vermerk, Op Papier, U-591, hier: Abschöpfungsvorgang Dr. Baumann und BND [Befragung »Bessel«], 14.7.1994, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
410 UAL52, Vermerk, Vorgang Berater/Baumann, hier: Informationsabfluss aus dem BND an »Berater« [Befragung »Bessel«], 29.7.1994, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.

411 52DA, Vermerk, Op Papier, U-591, hier: Abschöpfungsvorgang Dr. Baumann und BND [Befragung »Bessel«], 14.7.1994, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
412 UAL52, Vermerk, Vorgang Berater/Baumann, hier: Informationsabfluss aus dem BND an »Berater« [Befragung »Bessel«], 29.7.1994, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
413 52DX, Weiterer Vermerk, Befragung von Herrn »Frundsberg«, 2.1.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
414 52DX, Vermerk, Befragung von Herrn »Frundsberg«, 2.1.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
415 Hds. Notizen über ein Treffgespräch »April 1986«, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 10 f.
416 Münstermann an Foertsch, Baumann – Weiß, 10.1.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
417 Die folgenden Zitate aus: 52DX, Vermerk, Verwaltungsermittlungen zum Fall U-591, Operation Papier, hier: Befragung von Herrn »Hasselblad«, 28.7.1994; 52 DX, Vermerk, Operation Papier, hier: Befragung Frau »Goldoni«, 26.7.1994, sowie 52DA, Vermerk, Operation Papier, hier Befragung der Frau »Goldoni«, 20.12.1994; 52DA, Vermerk, Operation Papier, hier: Befragung des Herrn »Schweeb«, 10.1.1995, alle in: BND-Archiv, 104921, o. Bl. Der BND führte 1994/95 insgesamt 40 dienstinterne Zeugenbefragungen durch; siehe die Unterlagen in: BND-Archiv, 104924.
418 Siehe Bild-Zeitung, 9.3.1989 (»Münchner Spionage-Chef mit Callgirls auf Bali«), Der Spiegel, 9.4.1989 (»Festnahme auf dem Klo«), sowie 16.4.1989 (»Heißes Pflaster Jakarta«).
419 UAL52, Vermerk, Vorgang Berater/Baumann, hier: Informationsfluss aus dem BND an »Berater« [Befragung »Frundsberg«], 19.7.1994, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
420 Münstermann hat diese Praxis später selbst bestätigt. Siehe Münstermann an Foertsch, Baumann – Weiß, 10.1.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
421 UAL52, Vermerk, Vorgang Berater/Baumann, hier: Informationsabfluss aus dem BND an »Berater« [Befragung »Frundsberg«], 29.7.1994, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
422 52D an Präsident für ChefBK, Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Ersten Direktor beim BND Kurt Weiß nach dessen Versetzung in den Ruhestand, 29.3.1995; siehe auch Porzner an Bohl, Verwaltungsermittlungen, hier: Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Mitarbeiter Kurt Weiß im Zusammenhang mit der Anklage des GBA gegen den Journalisten Dr. Gerhard Baumann, 29.3.1995, beide in: BND-Archiv, 104931, o. Bl.
423 Hombach an Münstermann, Einstellung des förmlichen Disziplinarverfahrens, 26.1.1999, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.
424 BND, Geheimschutzbeauftragter, an die Generalbundesanwaltschaft, Ermittlungsverfahren, Az.: 3 BJs 820/91-4, gegen Dr. Gerhard Baumann wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit, 25.11.1994, in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.
425 Anklageschrift des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 21.12.1994, S. 33 f.; Unterlagen des Generalbundesanwalts, Az.: 3 BJs 820/91-4, in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.
426 52DA, Chronik, Operation Papier, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
427 12BK, Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse zum Vorgang »Berater/Schwarz« der ehemaligen BV Leipzig, 6.12.1990, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 68 ff., sowie Porzner an Bohl, Verwaltungsermittlungen, hier: Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Mitarbeiter Kurt Weiß im Zusammenhang mit der Anklage des GBA gegen den Journalisten Dr. Gerhard Baumann, 29.3.1995, in: BND-Archiv, 104931, o. Bl.
428 52, Vermerk, Vorgang Schwarz/Berater der ehemaligen BV Leipzig, hier: Befragung DN »Weitz«, 9.1.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 78 f.
429 12BC, Vermerk, Vorgang »Schwarz« der ehemaligen MfS-BV Leipzig, hier: Zweitbefragung von DN »Sauro« am 15.1.1991, 17.1.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 86 ff.
430 52D/52DA an das bayerische LfV, Vorgang Schwarz der ehemaligen MfS-BV Leipzig, hier: Abgabe des Vorganges, 15.2.1991, sowie 52D, Vermerk, Vorgang »Berater« / Dr. Baumann,

28.3.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 89 f. bzw. Bl. 100.
431 Heidenreich, DDR-Spionage, S. 500.
432 Siehe die Einladung, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 93.
433 52, Vermerk, Vorgang »Berater« / Dr. Baumann, 26.6.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 102.
434 LfV an BND, AC60, Verdacht der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Dr. Gerhard Baumann, 17.7.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 104 ff.
435 53, Vermerk, MfS-Abschöpfungsquelle Dr. Baumann, hier: Kontakt zu DN »Weitz«, 30.8.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 122 ff.
436 Protokollauszug zur Befragung von Schütt, o. D., in: BND-Archiv, 104917, Bl. 127.
437 52D, Vermerk, MfS-Quelle der BV Leipzig 12399/62 DN »Schwarz«, 2.9.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 138.
438 Rita Sélitrenny, Thilo Weichert: Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991, hier S. 266 f.
439 BfV an BND, UAL52, Abteilung XV der ehemaligen BV Leipzig, 15.11.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 142.
440 Hds. Marginalien zum Vorgang; die hds. Notiz »Tombergs« vom 22.11.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 142.
441 52DA, Vermerk, U-591, Operation Papier, hier: Befragung ehemaliger Angehöriger der Abteilung XV der BV Leipzig des MfS, 10.8.1992, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 156 ff.
442 »Chronologie Weiß«, o. D., in: BND-Archiv, 104921, o. Bl., bzw. 52DX, Vermerk, U-591, Operation Papier, hier: Ablauf der Erkrankung des Herrn Weiß, 28.2.1995, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 397.
443 O. V. [Gerhard Baumann], Protokoll für Herrn Kurt Weiß, o. D. [Juli 1991], in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.
444 Baumann an Weiß, 8.7.1991, Korrespondenz-Ordner »Baumann II«, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim.
445 Hds. Weiß an Baumann, 18.8.1991, ebd.
446 Baumann an Weiß, 28.8.1991, ebd.
447 Baumann an Weiß, 29.10.1991, ebd.
448 Hds. Weiß an Baumann, 4.11.1991, ebd.
449 52D/52AD, Unterrichtung, Dr. Gerhard Baumann, hier: nachrichtendienstliche Tätigkeit für das ehemalige MfS, 16.1.1992, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
450 Süddeutsche Zeitung, 14.2.1992 (»CSU: Stasi-Zuträger im Kreis der Eingeweihten. Der Spion, der sich im Arbeitgeber irrte. Wie es der DDR gelungen ist, einen Informanten im Glauben zu wiegen, sein Geheimnisverrat diene der deutsch-französischen Freundschaft«).
451 Kesselring an Schmidbauer, Nachrichtendienstliche Tätigkeit für das MfS der ehemaligen DDR, hier: Dr. Gerhard Baumann, 14.2.1992, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
452 52DA, Vermerk, U-610, Operation Malz, Thema: MfS-Quelle DN »Schwarz« und Umfeld, 26.2.1992; Anlage vom 9.4.1991, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 153 ff.
453 52D/52DA an Porzner, Dr. Gerhard Baumann, hier: Nachrichtendienstliche Tätigkeit für das ehemalige MfS – Auswirkungen auf den BND, 5.3.1992, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
454 Porzner an Schmidbauer, Nachrichtendienstliche Tätigkeit für das MfS der ehemaligen DDR, hier: Dr. Gerhard Baumann, 5.3.1992, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
455 Siehe oben, S. 449 f.
456 52 (»Osterloh«) an Abteilungsleiter 5 und den Präsidenten, 21.7.1992, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl. Hervorhebung im Original.
457 Siehe oben, S. 1343 f.

458 52D/52DA (»Tomberg«) an Porzner über Münstermann, U-591, Operation Papier, hier: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Gerhard Baumann – Sachstand, 5.10.1992, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
459 90AB (»Wilson«) an Leiter Abteilung 5, Operation Papier, hier: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Baumann, 22.10.1992, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
460 52D/52DA (»Tomberg«) an Bundeskriminalamt, Ermittlungsverfahren gegen Dr. Baumann, hier: Erkenntnisse des BND, 25.1.1993, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
461 52D (»Tomberg«) an Porzner, Vermerk, Operation Nissan, hier: Gespräch im Bundeskanzleramt am 25.5.1993, Teilnehmer: Schmidbauer, »Osterloh«, »Tomberg«, 1.6.1993, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
462 52DA (»Bessel«) an AL 5, Vermerk, Ergänzende Angaben zu Baumann und Weiß, 1.7.1993, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl. Die Decknamen im Dokument sind im Zitat aufgelöst.
463 Siehe Porzner an Bohl, Verwaltungsermittlungen, hier: Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Mitarbeiter Kurt Weiß im Zusammenhang mit der Anklage des GBA gegen den Journalisten Dr. Gerhard Baumann, 29.3.1995, in: BND-Archiv, 104931, o. Bl.
464 »Tomberg«, hds. Notizen, ebd.
465 UAL 52 (»Wilhelm«) an Schmidbauer, Nachrichtendienstliche Tätigkeit für das MfS der ehemaligen DDR, 30.12.1993, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 28 f.; siehe auch Porzner an Bohl, Verwaltungsermittlungen, hier: Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Mitarbeiter Kurt Weiß im Zusammenhang mit der Anklage des GBA gegen den Journalisten Dr. Gerhard Baumann, 29.3.1995, in: BND-Archiv, 104931, o. Bl.
466 90A (»Devens«), Vermerk für Porzner, Sicherheitsvorgang »Berater«, hier: Nachlese des Vieraugengesprächs Präsident – Staatsminister im Bundeskanzleramt am 18.1.1994, 9:00–10:00 Uhr, 21.1.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
467 Hds. Notiz des Vorzimmers des BND-Präsidenten, Angelegenheit Baumann, 29.12.1993, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl., sowie O. V., o. D., »Chronologie Münstermann«, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
468 90AE (»Devens«), Vermerk für den Vizepräsidenten, Anruf Herr Hufelschulte von »Focus« am 24.1.1994, 24.1.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
469 90AE (»Devens«), Vermerk für den Vizepräsidenten, Stellungnahme an Herrn Hufelschulte/»Focus« am 26.1.1994, 26.1.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
470 Focus, 21.1.1994 (»Spionage. Maulwurf gesucht. Intrigen oder schwerer Verrat? Die Nerven im Bundesnachrichtendienst liegen blank«).
471 Siehe oben, S. 1297.
472 Münstermann, Vermerk für Porzner, Telefongespräch mit Herrn Bundesanwalt Lampe beim GBA am 2.2.94 im Ermittlungsverfahren gegen Dr. Baumann, 2.2.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl. Hervorhebung im Original.
473 90AB (»Wilson«), Vermerk, Jour Fixe mit Abteilung 5 am 14.2.94, Teilnehmer, Präsident, Abteilungsleiter 5, Unterabteilungsleiter 52, 90AB, 17.2.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
474 »Gabor«, Vermerk, Unterlagen Kurt Weiß, verstorben am 28. Januar 1994, 22.3.1994, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 30, o. Bl.
475 Archivmitarbeiterin bei 41 E, Vermerk, 23.3.1994, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 30, o. Bl.
476 Archivmitarbeiterin bei 41 E, Vermerk, 20.4.1994, in: BND-Archiv, NL 10, Bd. 30, o. Bl.
477 Der gesamte Sachverhalt in 52D/52DX (»Cabras«) an 43C, Fall Dr. Baumann – Kurt Weiß, 6.6.1995, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 445 ff.
478 Bundesanwalt Lampe, Vermerk, Strafverfahren gegen Dr. Gerhard Baumann wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, hier: Arbeitsunterlagen des BND im Nachlass des verstorbenen BND-Mitarbeiters Dr. Weiß, 9.12.1994, in: BND-Archiv, 2135, o. Bl.

479 Bundesanwalt Lampe, Vermerk, Ermittlungsverfahren gegen Dr. Gerhard Baumann wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit, 5.12.1994, in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.

480 52DA (»Tomberg«), Operation »Papier«, 9.2.1995, in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.

481 Siehe unten, S. 1359.

482 BK, AL 6, Dolzer, an Porzner, Verwaltungsermittlungen zum Fall Baumann/Weiß, 17.5.1995, in: BND-Archiv, 2135, o. Bl.

483 BK, Abteilung 6, an Schmidbauer, Ermittlungen gegen Herrn Dr. Münstermann, hier: PKK-Sitzung am 20. September 1995, Unterrichtung über den Sachstand, 15.9.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.

484 52/52D (»Wilhelm«) an Porzner, Sprechzettel für die PKK-Sitzung am 29.11.1995, 27.11.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.

485 Siehe oben, S. 1330 f.

486 Siehe etwa seinen Vermerk auf dem Schreiben an Staatsminister Schmidbauer vom 30.12.1993, man müsse klären, »ob damit unser vollständiges Wissen weitergegeben ist; ggf. nachberichten«, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 228.

487 Vermerk »Tombergs« vom 9.3.1994 auf: Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/6486, 22.12.1993, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Köppe und der Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 237.

488 52DA (»Tomberg«), Operation »Papier«, Besuch beim GBA [Bundesanwalt Lampe] am 3.2.1994, 7.2.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 239 ff. Hervorhebung von mir.

489 Anklageschrift des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 21.12.1994, S. 49, in: Unterlagen des Generalbundesanwalts, Az.: 3 BJs 820/91-4. Siehe auch Baumanns »Bemerkungen zur Anklageschrift des Generalbundesanwalts vom 21.12.1994«, Fassung von Januar 1995, in: Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim.

490 AL 5 (Foertsch), hds. Notiz, betr. Baumann, 16.5.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 244.

491 52DA (»Tomberg«) an AL 5 (Foertsch), 31.5.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 245 f.

492 Stellungnahme Vizepräsident, 8.6.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 247.

493 52DX (»Leensen«), Vermerk für AL 5/UAL52/52DY/52DA, 18.5.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 255.

494 UAL52 (»Wilhelm«) an Altmann/»Arnheim«, Vermerk über das Gespräch am 10.5.1994, 13.7.1994, in: BND-Archiv, 104931, o. Bl.

495 52DA (»Tomberg«) an Münstermann, nachrichtlich an Porzner, Ermittlungsverfahren GBA gegen Dr. Baumann u. a., hier: Meine bisherige Berichterstattung, Ihre Stellungnahme vom 8.6.94, 4.7.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 259 ff.

496 52DA (»Tomberg«) an Porzner über 90A (»Wilson«), Ermittlungsverfahren gegen Dr. Baumann, hier: Reaktionen Vizepräsident, 4.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.

497 Berliner Zeitung, 21.6.1994 (»Wie die Stasi über Rechtsaußen beim BND eindrang. Eine peinliche Spionage-Affäre, die auf die politischen Kräfteverhältnisse im Bundesnachrichtendienst schließen lässt, wurde erfolgreich vertuscht«). Nach einer ersten vagen Stellungnahme Münstermanns zu dem Zeitungsartikel am 5.7.1994 forderte ihn der BND-Präsident am 6.7.1994 auf, »ausführlicher Stellung zu nehmen« (hds. Marginalie Porzners). Die zweite, nicht wesentlich aussagekräftigere Fassung stammt vom 7.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.

498 Porzner an Schmidbauer, Ermittlungsverfahren gegen Dr. Gerhard Baumann, hier: Artikel der »Berliner Zeitung« vom 21.6.1994, 22.6.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.

499 UAL52 (»Wilhelm«), Vermerk, Möglicher Abfluss aus dem BND an Dr. Baumann, hier: Dr. Münstermann, Weiß, 29.7.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 287 f.

500 52DX (»Leensen«), Vermerk, Operation Papier, hier: Gespräch mit »Hasselblad« über Verbindung Vizepräsident-Weiß am 4.7.1994, 5.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
501 Siehe die kontroversen Marginalien auf: 52DX (»Leensen«), Vermerk, Operation Papier, hier: Gespräch mit »Hasselblad« über Verbindung Vizepräsident-Weiß am 4.7.1994, 5.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
502 90AB (»Wilson«), Vermerk für den Präsidenten über das Gespräch mit ChefBK, Bundesminister Bohl, am 7.7.1994, 13:30–13:45 Uhr, 8.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl. Zu den Aussagen der Münstermann-Mitarbeiter siehe oben, S. 1331 ff.
503 52DX (»Leensen«), Vermerk, Operation Papier, hier: Gespräch mit »Hasselblad« über Verbindung Vizepräsident – Weiß am 4.7.1994, 5.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
504 90AB an Porzner, Vermerk, Möglicher Informationsabfluss aus dem Bundesnachrichtendienst an Dr. Baumann, Gespräch Präsident mit AL 5 und UAL52 am 8.7.94, 12.7.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 265.
505 Münstermann an Porzner, Artikel der BZ vom 21.6.94, 5.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl. Marginalie Porzners: »Herrn Dr. Münstermann gebeten, ausführlicher Stellung zu nehmen«, 6.7.[1994].
506 Münstermann an Porzner, Versuch der Diskreditierung meiner Person in der Presse (BZ vom 21.6.94), 7.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
507 Siehe oben, S. 1273 ff.
508 52DX (»Leensen«), Operation Papier, hier: Befragung Frau »Goldoni«, 26.7.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
509 Siehe den eiligen Informationsaustausch zwischen Porzner und dem Leiter der für die Nachrichtendienste zuständigen Abteilung 6 im Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer, 3.8.1994, BND-Archiv, 2138, o. Bl. Siehe den zusammenfassenden Bericht des Geheimschutzbeauftragten vom 3.8.1994, der den »intensiven Informationsabfluss« über Münstermann bestätigte: UAL52 (»Wilhelm«), Vermerk, Möglicher Informationsabfluss aus dem BND an Dr. Baumann, hier: Dr. Münstermann, Weiß, 3.8.1994, ebd.
510 Münstermann an Bohl, 4.8.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
511 UAL52 (»Wilhelm«), Vermerk, Möglicher Informationsabfluss aus dem BND an Dr. Baumann, hier: Dr. Münstermann, Weiß, 9.8.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
512 Porzner an Bohl, Möglicher Informationsabfluss aus dem Bundesnachrichtendienst über den Journalisten Dr. Baumann an das ehemalige MfS, 11.8.1994, BND-Archiv, 2138, o. Bl.
513 Siehe oben, S. 1331 ff.
514 Münstermann, Vermerk, Möglicher Informationsfluss aus dem Bundesnachrichtendienst über den Journalisten Dr. Baumann an das MfS, 12.8.1994, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 301 ff.
515 Bonn info. Vertrauliches aus Politik und Wirtschaft, 33. Kalenderwoche 1994 (»Turbulenzen beim BND: Vize-Geheimdienstchef zieht sich zurück. Paul F. Münstermann beantragt vorzeitigen Ruhestand / Konflikt mit Schmidbauer«), in: BND-Archiv, 2138, o. Bl. Hervorhebung im Original.
516 Schreckenberger an Wieck, 24.7.1986, dabei auch die »Richtlinien für die Berichterstattung und Informationstätigkeit des Bundesnachrichtendienstes«, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
517 Wieck an Schreckenberger, 8.10.1986, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
518 Rundschreiben des Staatssekretärs des Bundeskanzleramts, 23.11.1954, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), 2, Bl. 130.
519 Der Chef des Bundeskanzleramts, Allgemeine Dienstanweisung für den Bundesnachrichtendienst, 4.12.1968, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.; siehe auch Dülffer, Krise, S. 93 ff.

520 43 C (»Hieger«), Vermerk, Weitergabe von Informationen des BND an Landesregierungen und den parlamentarischen Bereich des Bundes, 26.1.1993, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 185 ff.
521 Siehe oben, S. 1349.
522 Lampe, Vermerk, Ermittlungsverfahren gegen Dr. Gerhard Baumann wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit, 5.12.1994, in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.; eingegangen beim BND am 6.2.1995. Hervorhebung im Original.
523 UAL52 (»Wilhelm«), Vermerk, Anklage gegen den Journalisten Baumann, 5.12.1994, in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.
524 Der Spiegel, 12.12.1994 (»Geheimdienste. Für Strauß persönlich«).
525 52DA (»Tomberg«) an Foertsch, Vermerk, Fall/Operation »Papier«, 9.2.1995, BND-Archiv, 104926, o. Bl.
526 Siehe oben, S. 1350 ff.
527 Foertsch an Porzner, Baumann-Weiß-Münstermann, hier: Mögliche kritische Punkte, 5.1.1995, BND-Archiv, 2611, o. Bl.
528 Siehe oben, S. 449 ff.
529 Münstermann an Foertsch, Baumann-Weiß, 10.1.1995, in: BND-Archiv, 2135, o. Bl.
530 Münstermann an »Wilhelm«, Vorgang Baumann/Weiß, 31.3.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
531 Siehe den Sprechzettel für die Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums am 15.12.1994, betr. Spiegelartikel ›Für Strauß persönlich‹ vom 12. Dezember 1994, 12.12.1994, in: BND-Archiv, 2138, o. Bl.
532 52DA (»Tomberg«) auf dem Dienstweg an den Präsidenten, Memorandum, Operation »Papier«, 3.3.1995, in: BND-Archiv, 104926, o. Bl.
533 Porzner an Bohl, Verwaltungsermittlungen, hier: Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Mitarbeiter Kurt Weiß im Zusammenhang mit der Anklage des GBA gegen den Journalisten Dr. Gerhard Baumann, 29.3.1995; Anlage: 52D (»Tomberg«) an Porzner, Informationsfluss aus dem BND an den ehemaligen Ersten Direktor beim BND Kurt Weiß nach dessen Versetzung in den Ruhestand, 29.3.1995 in: BND-Archiv, 104931, o. Bl.
534 Siehe oben, S. 1349.
535 Siehe oben, S. 1359 ff.
536 Dolzer an Porzner, Verwaltungsermittlungen zum Fall Baumann/Weiß, 17.5.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl. Hervorhebung im Original.
537 Siehe 42C (»Bogart«) an BND-Präsident Geiger, Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission am 11.12.1996, hier: Stand des Ermittlungsverfahrens gegen Dr. Münstermann, 4.12.1996, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl. Die PKK-Sitzung fand am 31.5.1995 statt, die Aufforderung erging am 17.6.1995.
538 52/52D, Sprechzettel für die PKK am 28. Juni 1995, hier: 1. Beantwortung von Fragen aus der PKK-Sitzung vom 31. Mai 1995 zum Fall Baumann/Weiß, 2. Spiegel-Artikel ›Der Mann mit der Schere‹ vom 19.6.95 sowie dpa-Meldung vom 19.6.95, 26.6.1995, S. 20, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.
539 Münstermann an Foertsch, Vorgang Baumann/Weiß, 27.6.1995, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
540 Der Spiegel, 19.6.1995 (»Geheimdienst. Der Mann mit der Schere«).
541 Dpa-Meldung, 19.6.1995 (»Münstermann bestätigt: BND-Geheimberichte weitergegeben«).
542 90AB (»Zausinger«) an Porzner, Vermerk, Baumann/Weiß, hier: Disziplinarverfahren gegen Dr. Münstermann, 23.6.1995, in: BND-Archiv, 2135, o. Bl.
543 52DA (»Tomberg«), hds. Vermerk, 13.6.1995, in: BND-Archiv, 104917, Bl. 451 ff.
544 52/52D, Sprechzettel für die PKK am 28. Juni 1995, hier: 1. Beantwortung von Fragen aus der PKK-Sitzung vom 31. Mai 1995 zum Fall Baumann/Weiß, 2. Spiegel-Artikel ›Der Mann mit

der Schere‹ vom 19.6.95 sowie dpa-Meldung vom 19.6.95, 26.6.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.

545 Der Spiegel, 30.4.1995 (»Plutonium-Affäre. ›Die haben uns heiß gemacht‹«); 17.12.1995 (»Plutonium-Affäre. Lizenz zum Lügen«).

546 Siehe oben, S. 1373.

547 Bundeskanzleramt an Porzner, Fall Baumann/Weiß, 21.7.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.

548 Bohl an Münstermann, Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens, 14.7.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.

549 Foertsch an den Untersuchungsführer, Förmliches Disziplinarverfahren gegen Vizepräsident a. D. Dr. Paul Münstermann, 25.7.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.

550 UAL52 (»Wilhelm«) an das Bundeskanzleramt, Förmliches Disziplinarverfahren gegen Herrn Vizepräsidenten a. D. Paul Münstermann, 28.8.1995, in: BND-Archiv, 2135, o. Bl.

551 Foertsch, Vermerk, Gespräch im Bundeskanzleramt am 7.9.1995, 11.9.1995, BND-Archiv, 2220, o. Bl.

552 Siehe 42C (»Bogart«) an BND-Präsident Geiger, Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission am 11.12.1996, hier: Stand des Ermittlungsverfahrens gegen Dr. Münstermann, 4.12.1996, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl. Das am 6.11.1995 eröffnete, am 2.2.1998 eingestellte Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen nach § 353 b BGB lief unter dem Aktenzeichen 115 Js 4965/95.

553 52D (»Olgauer«) an Geiger, Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I gegen den ehemaligen Vizepräsidenten des BND, Dr. Münstermann, sowie gegen dessen ehemaligen Persönlichen Referenten, 22.4.1997, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

554 Der Spiegel, 19.2.1996 (»BND. Schlapphut mit Schere«).

555 Der Spiegel, 20.4.1997 (»Geheimdienste. Fleurop für Amigos«).

556 Hds. Marginalie Geigers auf einem Vorab-Text, 19.4.1997, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

557 Bild-Zeitung, 21.4.1997 (»Hausdurchsuchung beim Spitzen-Spion der CSU«); tz, 21.4.1997 (»Neuer BND-Skandal: Ex-Chef als Verräter«, »Er spionierte für die CSU – Ex-BND-Vize im Polizei-Griff«); Frankfurter Rundschau, 28.4.1997 (»Dickes Ende einer Seilschaft«).

558 Siehe oben, S. 1377.

559 52D (»Olgauer«) an Geiger, Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I gegen den ehemaligen Vizepräsidenten des BND, Dr. Münstermann, sowie gegen dessen ehemaligen Persönlichen Referenten, 22.4.1997, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

560 Bundeskanzleramt, Abteilung 6, Vermerk, PK-Sitzung am 29. Oktober 1997, hier: Berichtswünsche, 5.11.1997, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

561 Der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft München I an den BND-Präsidenten, Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesnachrichtendienstes Dr. Paul Münstermann, hier: Verletzung des Dienstgeheimnisses, 2.2.1998, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

562 Abteilungsleiter Verwaltung, Recht und Zentrale Dienste, Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesnachrichtendienstes Dr. Paul Münstermann wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses, 25.2.1998, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

563 52D (»Bakin«), Vermerk, Operation Papier, Vizepräsident Dr. Münstermann, 30.7.1998, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

564 Zit. nach dem Schreiben Hombachs an Münstermann, Einstellung des förmlichen Disziplinarverfahrens, 26.1.1999, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl.

565 Hombach an Münstermann, Einstellung des förmlichen Disziplinarverfahrens, 26.1.1999, in: BND-Archiv, 2221, o. Bl. Hervorhebung im Original.

Nachbetrachtung

Nun, da das dauerhaft Geheime kein Geheimnis mehr ist, weil es in einiger Ausführlichkeit ans Licht gezogen werden durfte, erwartet der Leser, der bis hierher gelangt ist, vom Autor womöglich eine Bemerkung zur Quintessenz seiner Erkenntnisse. Diese Erwartung ließe sich mit der Herbeirufung eines Historikers wie Thomas Nipperdey gut enttäuschen, der unter sein Monumentalwerk zur deutschen Geschichte den Schlusspunkt setzte, er habe schlicht keine Formel oder These, auf die sich alles bringen lasse: »Das kann ich dem Leser nicht ersparen, die Wahrheit ist das Ganze.«[1] Da die Beschreibung der geheimen Dienste des BND in den Gründungsjahren der Bundesrepublik nur einen kleinen Ausschnitt deutscher Geschichte in den Blick nimmt, noch dazu auf schwer zugänglichem Terrain, bietet so eine Formel keine rechte Ausflucht. Als letzte Erkenntnis darf in unserer Nachbetrachtung daher gleich eingangs festgehalten werden: Die Präsenz des BND in der Innenpolitik der Ära Adenauer hatte eine viel größere historische Bedeutung als seine Auslandsaufklärung.

1. Diese erstaunliche Tatsache rührt nicht etwa daher, dass die bescheidenen und für ein Land mit geringem außenpolitischem Bewegungsspielraum obendrein nur begrenzt praxisrelevanten Aufklärungsergebnisse über die kommunistische Welt eine Profilierung des Auslandsnachrichtendienstes auf seinem ureigenen Feld per se unmöglich gemacht hätten. Die politische Inlandsspionage des BND gewann ihre Bedeutung deshalb, weil General a. D. Reinhard Gehlen der von ihm zeitlebens abgestrittenen innenpolitischen Ausforschung größte Aufmerksamkeit schenkte und sie zu einer Serviceleistung ausbaute, die vom Gründungskanzler Konrad Adenauer nicht nur erwartet und gefördert, sondern auch genutzt wurde. In seiner symbiotische Züge tragenden Partnerschaft mit Kanzleramtschef Hans Globke diente Gehlen dem Bundeskanzler nach der Beobachtung von Hans-Peter Schwarz als »langjährige, wenn auch unsichtbare Säule seiner Herrschaft«.[2]

Das war richtig gesehen und treffend gesagt, doch an keiner Stelle seines umfassenden Œuvres zu Leben und Werk Konrad Adenauers vermochte der Kanzler-Biograf sein Urteil zu vertiefen. Offenbar wusste oder ahnte er mehr, als er aus den Akten hätte belegen können, wollte seine Erkenntnis aber nicht unausgesprochen lassen. Hätte es denn auch denkbar sein sollen, dass der Auslandsnachrichtendienst seine wirksamsten Operationen im Inland vollführte? Wäre die Vorstellung nicht zu abwegig erschienen, der Pullacher Apparat habe sich nach freiem Gutdünken über Recht und Gesetz, ja die einfachsten Verhaltensregeln in einem demokratischen Staatswesen hinweggesetzt? Konnte man denn annehmen, dass die geheimen Dienste des Gehlen-BND dem Bundeskanzler und seinem Staatssekretär tatsächlich dabei halfen, ihre innen- und parteipolitische Machtgrundlage zu festigen? Das konnte man trotz mancherlei Anhaltspunkten nicht annehmen. Gleichwohl war all das historische Realität.

Unsere beiden Bände sind der Versuch, einen Schattenbezirk der nachnationalsozialistischen Bundesrepublik auszuleuchten: die Gegenwart des Auslandsnachrichtendienstes in der Innenpolitik. Allein schon begrifflich ein Paradox, wollte diese klandestine Präsenz umfassend veranschaulicht und breit erläutert sein, denn »im Hintergrund der Bonner Republik«[3] entwickelte sich das System Gehlen zu einem überwiegend retardierenden Faktor bei der westdeutschen Demokratiewerdung. Dies zu erkennen und zu beschreiben, beanspruchte einige Zeit und einigen Raum, da Machtanmaßung und Machtmissbrauch sämtlich hinter dem Paravent des Hochgeheimen stattfanden. Während zehn Jahren Forschungsarbeit war mir durchaus bewusst, dass ich wohl der einzige Historiker bleiben würde, der sämtliche klassifizierten Materialien in ihrem inneren thematischen Zusammenhang ungehindert beiziehen und auswerten konnte.

Die innenpolitische Präsenz und die Inlandsspionage des BND erreichten während der Ära Adenauer ihren Höhepunkt. Die endgültige Abkehr von seiner innen- und parteipolitischen Instrumentalisierung erfolgte erst in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl, da einige einflussreiche Führungskräfte die auftrags- und gesetzwidrigen Machenschaften des Dienstes noch lange über die Gehlen-Zeit hinaus fortsetzten. Das Ende kam am 14. Juli 1995, als Kanzleramtsminister Friedrich Bohl (CDU) ein halbes Jahrhundert nach Gründung der Organisation Gehlen ein förmliches Disziplinarverfahren gegen BND-Vizepräsident Paul Münstermann alias

»Dr. Heidegger« einleitete, der führende Unionspolitiker in permanenter Dienstpflichtverletzung mit klassifiziertem Material versorgt hatte. Der Minister machte den Spitzenbeamten dabei auf die im Bundesbeamtengesetz niedergelegte Kernpflicht aufmerksam, wonach ein Staatsdiener »dem ganzen Volk, nicht einer Partei«[4] zu dienen habe; der Hinweis schien ihm auch damals offenbar noch erforderlich.

Als Adenauer und Globke im Herbst 1963 das Palais Schaumburg verließen, war es mit der Sonderrolle und der intimen Regierungsnähe des BND vorbei. Noch nicht überlebt hatte sich im Pullacher Milieu dagegen die Neigung, rechtsstaatliche Grundnormen gewohnheitsmäßig zu ignorieren. Noch drei Jahrzehnte lang hielt sich bei einigen Führungspersönlichkeiten in machtorientierter Selbstbestimmung die eingefleischte Idee, wonach der BND heimliche Ordnungsmacht und Verbündeter derjenigen »staatstragenden« Kräfte zu sein habe, die sich gegen die vermeintlichen gesellschaftlichen und politischen Aufweichungserscheinungen stemmten: der CDU und der CSU eben. Eine Clique Altgedienter und Nachgezogener versuchte mit beinahe allen Mitteln, die allmählich erodierende Parteinähe des Dienstes auf individuellen Wegen zu retten. Der kurz vor der Jahrhundertwende aus dem Dienst entfernte Vizepräsident war der letzte Proselyt Gehlen’scher Tradition.

Betrachten wir die innenpolitische Rolle des BND, so erkennen wir auf der einen Seite der Medaille die bereits in den vierziger Jahren einsetzende innenpolitische Gegnerbekämpfung im Sinne und Auftrag der Regierungspartei, die sich gegen alles irgendwie »Linke«, namentlich die Sozialdemokratie, anderswie Missliebige oder institutionelle Konkurrenten richtete. Auf der anderen Seite der Medaille stehen, auf der Basis gemeinsamer Überzeugungen und gemeinschaftlicher Dienstpflichtverletzung, Pullachs Liaisons mit führenden Politikern von CDU und CSU. Quer dazu liegt die eigenständig verfolgte Strategie, den BND verdeckt und möglichst breit in Staat und Gesellschaft zu verankern, um den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess im Organisationsinteresse und im Sinne des eigenen antipluralistischen, konservativ-autoritären Weltbilds zu beeinflussen.

Wäre die Geschichte des frühen BND eine Tragödie – sie war es nicht, sondern nur der Widerstreit in ihrem Weltanschauungshorizont gebundener

Personen und Institutionen –, dann böte die späte Austreibung des Gehlen-Geists das Satyrspiel. Die Ironie der Geschichte wollte es nämlich, dass die überfällige, durch investigative Pressekritik beschleunigte Reinigung von einem Bundesminister der Unionsparteien vorgenommen wurde, die Jahrzehnte von den innenpolitischen Machenschaften des Dienstes profitiert hatten. Friedrich Bohl ging diesen Schritt im Einvernehmen mit einem BND-Präsidenten, der jener SPD angehörte, deren Führungsspitze während der Adenauer-Jahre systematisch ausgeforscht worden war. Die Mechanismen des konsolidierten Rechtsstaats griffen nun, der BND, der länger als andere staatliche Behörden und viel länger als die allermeisten Milieus der Bundesrepublik eher der Epoche vor 1945 als der westlich-liberalen Welt anzugehören schien, wurde endgültig in die zweite deutsche Demokratie eingeschmolzen. Mit dem Abstand einer Generation reizt es, notabene, zum Schmunzeln, dass das Bundeskanzleramt nur deshalb in die Lage versetzt wurde, diesen Schnitt zu machen, weil der Staatssicherheitsdienst der DDR die Praktiken im BND säuberlich protokolliert hatte und damit seinem Rivalen im Kalten Krieg noch nach dem eigenen Untergang eine Schlappe bereitete – oder soll man sagen: auf die Sprünge half.

2. Im ersten Band unserer Untersuchung hatten wir die Entwicklung des BND-Vorläufers zu einer verdeckten Instanz der Innenpolitik vom Kriegsende bis zum eigentlichen Beginn der Ära Adenauer im Jahre 1953 beschrieben. Dabei wurde deutlich, dass sich die von der Organisation Gehlen und seiner Führungsmannschaft betriebene Institutionalisierung des Illegalen in Anlehnung an die tonangebenden katholisch-konservativen Kräfte in Bayern und bald darauf in Bonn vollzog. Bei Gründung der Bundesrepublik war der als »Dr. Schneider« auftretende Geheimdienstchef dort bereits ein wohleingeführter Name mit guten Kontakten. Bundeskanzler Konrad Adenauer genehmigte bis zur Arbeitsfähigkeit des neu geschaffenen Bundesamts für Verfassungsschutz kurzzeitig Gehlens Hilfsdienste bei der »Aufklärungsarbeit gegen den Kommunismus«.[5] Doch weder der Kanzler noch der formell in Diensten der CIA stehende ehemalige Chef der Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost nahmen diese strikte Begrenzung ernst. Ebenso wie spätere stereotype Dienstanweisungen (»Auf innenpolitischem Gebiet wird der BND nicht tätig«[6]) dienten sie

weniger der Eingrenzung als der Verschleierung seiner tatsächlichen Tätigkeit.

Die politische Inlandsspionage der Achse Gehlen-Globke gewann bereits während der ersten Legislaturperiode erhebliche Dynamik. Voll entfaltet haben sich der systematische Machtmissbrauch zu Nutzen des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden, die geheimen Parteidienste zum Schaden der demokratischen Opposition und die innenpolitische Durchdringung zur Flankierung des eigenen Organisationsinteresses jedoch erst nach den triumphalen »Adenauer-Wahlen« zum zweiten Deutschen Bundestag. Die Inlandsspionage des Gehlen-Dienstes wurde zu einem Herrschaftselement der entfalteten Kanzlerdemokratie.

Die Studien der Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des Bundesnachrichtendienstes unter der Ägide Gehlens zeigen, dass der Pullacher Apparat von einer recht homogenen Führungsgruppe gelenkt wurde.[7] Im Unterschied zu den meisten nachnationalsozialistischen Überlebens- und Wertegemeinschaften war die sogenannte Organisation Gehlen (in Wahrheit fehlten ihr alle Merkmale einer regelhaft-rationalen Organisation) eine männerbündlerische Kampfgemeinschaft. Das von Kameradschaftsbeziehungen ehemaliger Generalstabsoffiziere, Angehöriger der Abwehr und Veteranen des nationalsozialistischen Verfolgungsapparats zusammengehaltene »Netzwerk von persönlichen Loyalitäten«[8] kann als Überrest jener Gemeinschaft verstanden werden, die (bei allen im Nachhinein dramatisierten Reibereien in den Machtbeziehungen des NS-Staats) angetreten war, um gemeinsam die sprichwörtliche Welt von Feinden zu erobern. Hatten die in neuem Auftrag vereinten Kampfgefährten in sechs Jahren Krieg eines verinnerlicht, so gewiss den im Nationalsozialismus ohnehin selbstverständlichen Handlungsgrundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel. Während diese vorrechtsstaatliche Maxime ansonsten nicht ganz so einfach in die behördlichen Strukturen der Nachkriegsjahre hinübergerettet werden konnte, diente sie bei der politischen Inlandsspionage lange als selbstverständliche Leitlinie.

Anders als dem Gros der Staatsdiener, die ihre professionelle Prägung im Kaiserreich und der Weimarer Republik erfahren hatten und nach 1945 in den Behörden den Ton angaben, war den meisten Angehörigen des Gehlen-Korps regelhaftes bürokratisch-rechtsstaatliches Handeln fremd, spätestens im Krieg fremd geworden. Obendrein und ebenfalls anders als in den

übrigen Institutionen des Staates unterlagen die Mitarbeiter des frühen BND zwei Jahrzehnte lang keinerlei internem oder externem Kontrolldruck, der sie zu einem Umdenken oder einer allmählichen Anpassung an sich verändernde gesellschaftliche und kulturelle Gegebenheiten hätte bewegen können. Grundgesetzorientierung, Gesetzestreue und ein pluralistisches Gesellschaftsverständnis wären mit der innenpolitischen Stoßrichtung des frühen BND geradezu unvereinbar gewesen. Denn hätten sich Gehlens Männer aus ihrem Erfahrungshorizont der Kriegs- und Vorkriegszeit gelöst, hätten sie den Auslandsnachrichtendienst nicht zu einem Instrument der Innen- und Parteipolitik formen können – ohne die Billigung und Ermunterung durch Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Globke allerdings auch nicht. Da die angewandten Mittel für die gewünschten Zwecke von höchster Stelle zwar nicht geheiligt, aber gebilligt wurden, musste man sich in Pullach weder mit Erwägungen zur Rechtsstaatlichkeit noch auch mit Gedanken über die Zweckbestimmung oder die ethischen Grenzen staatlichen Handelns beschweren.

Die starke erlebnisgemeinschaftliche Prägung der Pullacher Führungspersönlichkeiten – Gehlens Nachfolger Gerhard Wessel sprach von »20 Jahren Freikorps«[9] – ging mit einem kompakten Selbstverständnis einher. Da sie sich ebenso wie die leitenden Mitarbeiter der Außendienststellen in einem militärisch geprägten autoritär-konservativen Horizont bewegten, blieben die meisten Männer um Gehlen in ihrer vor 1945 erworbenen Ablehnung oder Skepsis gegenüber dem westlichen Staats- und Gesellschaftsmodell befangen, die sie mit manchem Staatsbediensteten teilten. Doch auch diese Haltung fand im BND der beiden ersten Jahrzehnte günstigere Wachstumsbedingungen und ließ sich im geschlossenen nachrichtendienstlichen Milieu überdies bequemer kultivieren und konservieren als anderswo. Die Pullacher Ingroup blieb daher unter der Käseglocke des Hochgeheimen vom Wandel des Demokratie-, Staats-, Gesellschafts- und Rechtsverständnisses in der Bundesrepublik sehr viel schwerer erreichbar als das Führungs- und Funktionspersonal in anderen Behörden und Ämtern.[10] Auch dort dominierte ein »Denken vom Staat her«[11], im westdeutschen Auslandsnachrichtendienst hielt sich die als »Staatsbejahung« ausgegebene Staatsfixierung jedoch besonders hartnäckig. Das unterschied die Führungskräfte im BND nachgerade kategorisch von dem Personal in den

mittlerweile gut erforschten Bundesbehörden, das denn doch etwas zügiger zu lernen hatte, »eine grundgesetzlich normierte, individualrechtlich orientierte und demokratisch-pluralistische staatliche Ordnung zu gestalten und zu bewahren«[12]. Erst die Regierung der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger machte den Versuch, das Eigenleben des Auslandsnachrichtendienstes zu beenden und seine anachronistischen mentalen und organisatorischen Strukturen aufzubrechen. Der vernichtend kritische Bericht der von Kanzleramtschef Karl Carstens berufenen »Mercker-Kommission« bot 1969 eine erste Grundlage für Reformen an Haupt und Gliedern.

Seinem wohlwollenden Aufseher von der CIA hatte Reinhard Gehlen wenige Monate nach Verabschiedung des Grundgesetzes bekannt, es sei die Überzeugung der Deutschen, dass »die amerikanische Demokratie, ihre Auffassungen und Einrichtungen auf Deutschland nicht passen«[13]. Nach ihrem behänden Frontwechsel 1945 standen die nunmehr nachrichtendienstlich tätigen Veteranen des Weltanschauungskrieges zwar zehn Jahre in amerikanischem Sold, sie hielten sich auch an die neue Weltmacht, doch deren Demokratisierungspostulate, die sich gleichermaßen auf Staat und Gesellschaft bezogen, blieben den meisten im Gehlen-Dienst lange fremd. Wenn überhaupt, so wandelten sich diese Vernunft-Amerikaner allenfalls zu Vernunft-Demokraten. Die amerikanischen »Freunde« wussten, dass sie es bei ihren Hilfswilligen mit besonders reaktionären Zeitgenossen zu tun hatten, sahen letztlich aber darüber hinweg und überließen das weitere Schicksal des BND in spe dem deutschen Regierungschef.

Selbst wer sich in der Führungsgruppe des Dienstes dem gängigen Rechtfertigungsmuster der ehemaligen Funktionseliten des Dritten Reichs anschloss, sie hätten vor 1945 stets sachlich-unpolitisch gehandelt, lediglich ihre Pflicht getan und einen als überzeitliches Abstraktum verstandenen Staat funktionsfähig erhalten, wer sich privatim sogar eingestanden haben mochte, dass diese Art obrigkeitsstaatlichen Denkens wesentlich dazu beigetragen hatte, den Staat Hitlers bis zuletzt handlungsfähig zu erhalten, der vermied es gewöhnlich trotzdem, solche Einsicht einer Besatzungsmacht zu erkennen zu geben, deren Vorhaltungen, Vormundschaft und »Umerziehung« man sich keinen Tag länger als unvermeidbar ausgesetzt sehen wollte. Viel klüger und zielführender war

es, die alten Dinge ruhen zu lassen und neue Kampfziele mit der Siegermacht zu teilen.

Für die pragmatischen Kollaborateure der U. S. Army und der CIA war der neue Feind denn auch ihr altbekannter Gegner. Reinhard Gehlen bezeichnete es bei seinem rasanten Comeback denn auch sogleich als »entscheidend, dass wir den Kampf gegen den Kommunismus *fortführen*«.[14] Diese eng mit ihrer gemeinsamen Erfahrung verknüpfte gemeinsame Überzeugung der Gehlen-Truppe war keine Frucht des Kalten Krieges. Die Wurzeln der entschiedenen Gegnerschaft gegen einen weltrevolutionären Bolschewismus mit seinen scheinbar überall wühlenden fünften Kolonnen reichten in die Weimarer Republik zurück. So gewann der vertraute Topos einer kommunistischen Bedrohung von außen *und* innen, der nie eine Beeinträchtigung erfahren hatte, bei der politischen Inlandsspionage axiomatischen Rang.

Der Antikommunismus im Gehlen-BND war grobschlächtig und alarmistisch. Deswegen ging er im Hinblick auf die innere Bedrohungslage der Bundesrepublik mit einer massiven Beeinträchtigung der eigenen Urteilsfähigkeit einher. Alles und jedes vor der Folie des Antikommunismus zu sehen, trübte nicht nur den Blick für Differenzierungen und Wandlungen innerhalb des feindlichen Lagers. Das starre Feindbild verleitete auch dazu, Gegner in diesem Lager zu verorten, die sich gar nicht dort befanden. Die eigentliche Stoßrichtung der Inlandsspionage der Ära Adenauer war ohnehin eine andere. Sie zielte weniger auf die reale oder imaginierte »kommunistische Gefahr« als auf die Ausforschung der demokratischen Oppositionsparteien, von Vereinen, Verbänden und Milieus, kurz: auf die verdeckte »Aufklärung« unbescholtener Bürger, die manches gewesen sein mögen, doch keine Verfassungsfeinde. Auf den 2300 Seiten unserer Untersuchung werden Leserinnen und Leser echte kommunistische Staatsfeinde mit der Lupe suchen müssen. Sie werden keine finden.

Reinhard Gehlen und seine Mitarbeiter, Zuträger, Einflussagenten und V-Leute richteten ihre Inlandsspionage gegen alles und jedes, was nicht in ihr antiliberales Weltbild passte. Im vorangegangenen Band haben wir gezeigt, dass die Organisation Gehlen die innenpolitische Scheidelinie nicht zwischen demokratisch und nichtdemokratisch, zwischen verfassungstreu und verfassungsfeindlich zog, sondern zwischen »rechts« und »links« – und

»links« reichte für den Gehlen-Dienst, der von Anfang an den Schulterschluss mit dem katholisch-konservativen Lager gesucht hatte, in obrigkeitsstaatlicher Tradition bis weit in den Liberalismus, den christlichen und in den demokratischen Sozialismus hinein.

In seiner Informationsgebung stigmatisierte der frühe BND die ganzen fünfziger Jahre hindurch ein breites Spektrum an Unbequemen, Unangepassten und Oppositionellen. Sie bekamen das Etikett kommunistischer Denkungsart angeheftet und waren im Klima des Kalten Krieges leicht zu diskreditieren und zu verleumden: Persönlichkeiten, die den politischen Kurs des Kanzlers und seiner Partei ablehnten; Menschen, die ihm Rahmen ihrer staatsbürgerlichen Rechte gegen die bestehenden Verhältnisse angingen; Bürger, die mit Kultur- und Gesellschaftskritik nicht sparten oder einen unorthodoxen, die bürgerliche Wohlanständigkeit herausfordernden Lebensstil pflegten; anfangs auch Männer und Frauen, die sich außerhalb der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gestellt oder Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hatten. Gerhard Sälter hat von der Selbstermächtigung gesprochen, sich »für politische Sauberkeit zuständig zu machen«.[15]

Der »Antikommunismus« des BND war das Feigenblatt seines Antiliberalismus. Das fügte sich in die politische Landschaft der fünfziger Jahre und entsprach durchaus Kalkül und Stil des Bundeskanzlers. Nicht nur Adenauers »Furcht vor dem Kommunismus«,[16] eine Konstante seines Weltbilds, ihre Instrumentalisierung gehörte genauso zu den Spezifika der Kanzlerdemokratie. Sie diente der politischen Integration und Mobilisierung der jungen Demokratie in einem geteilten Deutschland. Wachsamkeit sollte nicht nur gegen deren inneren Feinde auf der extremen Linken, sondern auch gegen unbequeme Elemente jeglicher Couleur geschärft werden. So war der antiliberale Antikommunismus des BND in diesen Jahren der Strategie Konrad Adenauers nicht nur kongenial, er entsprach ihr auch funktional. Der Regierungschef benötigte selbstverständlich keine Nachhilfe in Antikommunismus, Helfer, die ihm hier »entgegenarbeiteten«,[17] aber schon. Der Apparat Gehlens, der vollständig vom Wohlwollen Adenauers abhing, um die erstrebte Legalisierung als Bundesnachrichtendienst zu erreichen, machte nach Gründung der Bundesrepublik 1949 dort weiter, wo er drei Jahre zuvor begonnen hatte.

Dem ersten Band ist zu entnehmen, wie sich der Kampf gegen »links« früh insbesondere gegen die SPD zu wenden begann, die sich als stärkste Oppositionspartei Chancen auf das Kanzleramt ausrechnen durfte. In gezielter Missverständlichkeit richtete er sich gegen den »Marxismus« (wie schon Hitler gerne gesagt hatte). Da spielte es weder für Adenauer noch für Gehlen eine Rolle, dass der früheste Widerspruch gegen die Bolschewiki von Sozialdemokraten kam und ihre Genossen in Ostdeutschland erst kürzlich unter sowjetischem Druck in die SED gezwungen worden waren. Der Bundeskanzler behauptete stets aufs Neue, die SPD sei eine marxistische Partei, was keine grundverkehrte Feststellung gewesen ist. Dabei ging es dem CDU-Vorsitzenden jedoch nicht um akademische Programmanalyse, sondern um die Popularisierung einer denunziatorischen Assoziationskette: Sozialdemokraten sind Sozialisten, also Marxisten, also Kommunisten und damit Helfershelfer der Sowjetunion. Auch die Führungsgruppe um Reinhard Gehlen war dafür empfänglich, doch um ihrem Dienstherrn parteipolitische Hilfestellung zu geben, bedurfte es nicht erst solcher Rhetorik.

3. Der Begriff der politischen Inlandsspionage dürfte die illegalen Machenschaften des BND im Inland und ihre missbräuchliche Nutzung durch das Bundeskanzleramt am besten fassen und plastisch machen. Da die Inlandsspionage ein politisch-operatives Kernelement im Selbstverständnis und in der Strategie des Gehlen-BND gewesen ist, mussten auch benachbarte, eng damit verknüpfte Handlungsbereiche mit in die Untersuchung einbezogen werden. Es kommen drei größere, meist nicht säuberlich voneinander zu scheidende Felder in den Blick: Auf dem *ersten Feld* ging es um die Sicherung des unmittelbaren Organisationsinteresses. Sie zeigt sich in der direkten Auseinandersetzung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Konkurrenten und in indirekten Maßnahmen zur Kritikabwehr durch die Gewinnung von Sympathisanten und Verbündeten in Vereinen, Verbänden oder meinungsbildenden Medien, in den Versuchen, maßgebliche Persönlichkeiten in Parteien, Parlamenten und Regierungsbehörden auf die Seite des Dienstes zu ziehen oder wenigstens zu neutralisieren. Dazu ließen sich in den überlieferten BND-Unterlagen allerdings nicht mehr allzu viele, aber doch genügend aussagekräftige Spuren finden.

Besser zu erhellen war das *zweite Feld*: die mit größter Energie und Geheimhaltung betriebene Ausspähung der beiden wichtigsten demokratischen Parteien neben der Union, der FDP und der SPD. Diese Art »Aufklärung« im Innern hatte für den Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden unmittelbare tagespolitische Bedeutung. Die zerstrittenen und entsprechend unberechenbaren Liberalen waren für Adenauer immer unsichere Kantonisten, die Sozialdemokraten dagegen nicht nur die schärfsten Widersacher seiner bürgerlich-konservativen Regierungsmehrheit, sondern schlicht politische Feinde. Die nachrichtendienstliche Ausforschung der beiden demokratischen Parteien – es ging also nicht nur gegen »links«, sondern auch gegen Unbequeme im bürgerlichen Lager – hat sich in den verfügbaren Quellen deutlich niedergeschlagen. In Kapitel VII, einem Schwerpunkt des zweiten Bandes, ist in allen Einzelheiten beschrieben, welch unerhörte Intensität die Ausforschung der SPD-Spitze in der Bonner »Baracke« erreichte. Die von Reinhard Gehlen persönlich eingefädelte hochriskante Operation, mit der er dem Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden jahrelang zuarbeitete, ist eine der effektivsten Unternehmungen des BND überhaupt gewesen. Dieses zwei Generationen lang verborgen gebliebene »Watergate« eigener Dimension gehört gewiss zu den dunkelsten Seiten der Ära Adenauer.

Machte man sich die Pullacher Optik zu eigen, so würde man diesem gewissermaßen negativen Tätigkeitsbereich der Ausspähung die positive Agenda der Liaisons mit führenden Politikern und Parlamentariern der Unionsparteien gegenüberstellen – das *dritte Handlungsfeld* des BND im Inland. Mit dem unmittelbaren Dienstvorgesetzten Hans Globke im Kanzleramt und Rückenwind von ganz oben ergab sich diese Art Bündnispolitik beinahe von selbst. Nach dem Ausscheiden Adenauers und seiner grauen Eminenz aus ihren Regierungsämtern verloren Gehlen und solche Topmanager der Inlandsspionage wie Kurt Weiß (dem in diesem Buch bis zum Überdruss über die Schultern gesehen werden musste) ihre gewohnte Nähe zur Macht. Sie bemühten sich daher in permanenter Verletzung ihrer Dienstpflichten intensiv darum, diesen Verlust mit illegalen Sonderdiensten für Politiker und Parlamentarier der Union zu kompensieren. Während der Regierungsjahre von Willy Brandt und Helmut Schmidt schlugen die Machenschaften von Veteranen und Proselyten der Gehlen-Zeit in ein regelrechtes Kombattantenverhältnis beim Kampf gegen

die SPD-geführten Bundesregierungen um, insbesondere gegen deren Maßnahmen zur Neuordnung des BND.

4. Beim *ersten Handlungsfeld* war schon aus Band 1 zu ersehen, wieviel Energien und Ressourcen der Gehlen-Dienst mobilisierte, um Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Die oftmals von Ressentiment getriebene, manchmal zu blankem Hass eskalierende Gegnerbekämpfung bediente sich des gesamten geheimdienstlichen Instrumentariums. Es begann mit Ausspähungen und Verdächtigungen, steigerte sich häufig zu Verleumdungen, die weit über das in der Behördenkonkurrenz übliche Maß hinausgingen, und endete nicht selten in wohlplatziertem Rufmord. Erste Opfer des Pullacher »Freikorps« wurden seine institutionellen Rivalen Gerhard Graf von Schwerin, den Adenauer zu seinem Sicherheitsberater gemacht hatte, und der mit allen Wassern gewaschene Haudegen Friedrich Wilhelm Heinz, der im Amt Blank einer tatsächlich als »Bundesnachrichtendienst« firmierenden Aufklärungsstelle vorstand; »deadly rival«, vermerkte die CIA.[18] Beide Konkurrenten konnte Reinhard Gehlen auch aus Gründen, die in deren Person lagen, relativ rasch beiseiteschieben.[19]

Seinem Hauptrivalen konnte der Gehlen-Dienst nicht mit den gewohnten Waffen beikommen, denn das 1950 errichtete Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) war im Unterschied zu dem amerikanisch-deutschen Zwitter eine ordentliche Bundesbehörde. »Dr. Schneider« strebte ja einen integrierten In- und Auslandsnachrichtendienst in seiner Hand an, am liebsten mit exekutiver Befugnis; »RSHA footsteps«.[20] Sein von Adenauer unterstützter Versuch, an die Spitze des Bundesamts zu gelangen und so einen großen Schritt in Richtung des favorisierten Ziels zu machen, scheiterte an den westlichen Aufsichtsmächten. Selbst als sich der von Reinhard Gehlen nicht zuletzt wegen seiner Widerstands-Vita entschlossen gemobbte BfV-Chef Otto John 1954 nach Ost-Berlin absetzte, reichte das politische Nachbeben des Eklats nicht hin, um die erstrebte Fusion doch noch zu erreichen. Als BND-Präsident schrieb der »Doktor« dann die schier unendliche Konfliktgeschichte mit dem Kölner Amt fort. Der Kampf, bei dem es um den Primat in der westdeutschen Sicherheitsarchitektur ging, verwandelte sich nun in einen Streit um die Zuständigkeit für die Spionageabwehr, die der BND auch deshalb so massiv anstrebte, weil sie ihm als Deckmantel für seine politische Inlandsspionage diente. Obwohl

Gehlen die Kraftprobe mit dem Innenministerium verlor, ergab sich daraus keine Beeinträchtigung seiner immer umfassender werdenden geheimen Dienste für das Bundeskanzleramt. Eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz dagegen kam bis zum Ausscheiden des Gründungspräsidenten nicht zustande.

Die gebotene Kooperation war vor allem deswegen nicht zu erreichen, weil der BND, wie das BfV genüsslich zu demonstrieren pflegte, bei der Gegenspionage ebenso wie bei der Spionage gegen die DDR und die UdSSR eine beklagenswert schwache Vorstellung gab.[21] Überhaupt wird der Leser, so er die übrigen Studien der Unabhängigen Historikerkommission mit heranzieht, immer wieder verblüfft sein, wie weit die Leistungen des Gehlen-Dienstes während der Ära Adenauer bei der Erfüllung seines eigentlichen Organisationszwecks – der Auslandsaufklärung – hinter seinem innenpolitischen Engagement zurückblieben. Das wirkte sich politisch zunächst nicht aus, weil diese Kluft zwischen Anspruch und Realität von außen nicht erkennbar war, mehr noch aber deshalb, weil die Wertschätzung des Gehlen-BND im Bundeskanzleramt weniger auf seiner Auslandsspionage als auf seiner unmittelbaren Nutzbarkeit im Innern beruhte, zu einem Gutteil auch auf seinem geschickt inszenierten Kompetenznimbus.

Mit einer zentralen Operation, die seiner Verankerung in der Regierungsspitze einen starken Schub gab, baute der BND Mitte der fünfziger Jahre seinen Ruf im Kanzleramt zu einem an Bewunderung grenzenden Ansehen aus. Wir haben diese außerordentlich verwickelte, aberwitzige Unternehmung, die von Reinhard Gehlen und dem später als KGB-Agent enttarnten Heinz Felfe im Alleingang betrieben wurde, umfassend rekonstruiert, um den politischen Kern dieser Operation zum Vorschein zu bringen: »Dr. Schneider« signalisierte Adenauer und Globke mit ihr, dass allein er und sein Apparat in der Lage seien, die Regierungszentrale vor gegenwärtigen sowjetischen Angriffen zu schützen und damit nicht weniger als die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu garantieren – bei Licht betrachtet nichts anderes als die Konstruktion einer staatsgefährdenden Bedrohung. Auf dem Höhepunkt der Blockkonfrontation, der innerdeutschen Systemkonkurrenz und des Geheimdienstkriegs in Deutschland war ein glaubhaft begründeter Anspruch dieses Kalibers ein schwer überbietbarer politischer Trumpf. Mit

der Instrumentalisierung seines nachrichtendienstlichen Arkanwissens und der, wie es aussah, erfolgreichen Abwehr der sowjetischen Attacken auf die Regierungszentrale erreichte Reinhard Gehlen neben der Steigerung seiner Wertschätzung zugleich einen beträchtlichen Abbau des Machtgefälles zwischen ihm und dem Chef des Bundeskanzleramts.

Das große Spiel des BND-Präsidenten, das auf dem Einsatz eines mit abenteuerlicher Leichtfertigkeit angeworbenen vermeintlichen Spitzenagenten der Gegenspionage (»Lena«) beruhte, ist in Wirklichkeit das Spiel des KGB gewesen. Unersetzlich wie Felfe für das politische Kalkül des in Dingen der Gegenspionage bis zur Einfältigkeit unerfahrenen Gehlen war, konnte der Top-Spion des Gegners als sein persönlicher Fallführer sämtliche Sicherheitsbestimmungen in Pullach und Bonn unterlaufen. Das eröffnete dem KGB-Mann umfassenden Einblick in die westdeutsche Sicherheitstektur – das eigentliche Ziel des sowjetischen Nachrichtendienstes. Wenig trug zu dem lange »sehr hohen Kredit«[22] des BND-Chefs im Bundeskanzleramt mehr bei als diese von ihm persönlich gesteuerte Operation. In der Pullacher Zentrale ging die stille Begeisterung darüber so hoch, dass mahnende Stimmen nicht durchdringen konnten. Bei der Handvoll Eingeweihter bestand ebenso wie bei dem wie ein Selbstherrscher agierenden Gehlen keinerlei Bereitschaft, an dem gewaltigen Szenarium herumdeuteln zu lassen.

In den Unterlagen fehlen alle Hinweise, dass der »Doktor« bei einem der größten Fälle seiner Nachkriegskarriere irgendwann etwa Zweifel genährt hätte. Hans Globke seinerseits konnte Seriosität und Validität der komplexen Operation selbstverständlich nicht aus eigenem Urteil einschätzen, sondern musste darauf bauen, der Gehlen-Dienst werde schon mit der nötigen Sorgfalt vorgehen. Obwohl nach den Einbrüchen des Staatssicherheitsdienstes in die Netze der DDR-Spionage Zweifel an den Fähigkeiten Pullachs aufgekommen waren, schenkte der Chef des Bundeskanzleramts dem designierten BND-Präsidenten Vertrauen, der ihm bei der zur selben Zeit entscheidend ausgeweiteten Inlandsspionage so nützliche Dienste leistete.

Hinterher ist man klüger. Das trifft bei nachrichtendienstlichen Operationen in besonderem Maße zu. Dennoch wird auch ein Leser, der mit dem Metier wenig vertraut ist, mit innerem Kopfschütteln dabei zugesehen haben, wie euphorisiert die Getäuschten in die aufgestellten Fallen liefen.

Von Anfang an waren im Dienst und von den amerikanischen Freunden dringliche Warnungen laut geworden. Wegen der eminenten innenpolitischen Bedeutung des Felfe-Coups wurden sie jedoch alle in den Wind geschlagen. Die grandios konzipierte, letztlich aber schwach durchgeführte Operation des KGB habe überhaupt nur wegen der »Naivität«[23] der Kollegen im BND funktionieren können, befand die CIA. Interne Untersuchungen gelangten zu einem ähnlichen Ergebnis. Erst später dämmerte die Erkenntnis, dass die Ursachen der Katastrophe zwar auch in der hermetisch-unkommunikativen Führungsstruktur des Dienstes lagen, diese sich aber nur deswegen so katastrophal auswirken konnten, weil Reinhard Gehlen seinen politischen und institutionellen Ehrgeiz über alle, wie es im Jargon heißt, »sicherheitlichen« Erwägungen gestellt hatte. Die Kollateralschäden, die Gehlen in seiner unbedingten Fixierung auf sein Standing im Kanzleramt in Kauf nahm, waren erheblich. Zur Sicherung der Unantastbarkeit seines Operateurs Heinz Felfe zog er mit dem KGB, der den früh aufgekommenen Spionageverdacht von seinem Spitzenagenten ablenken wollte, im Ergebnis an einem Strick. Einer der versiertesten Mitarbeiter des Dienstes, der seinem Argwohn gegen Felfe früh und freimütig Ausdruck gegeben hatte, wurde so in den Tod getrieben – ebenfalls eine Konsequenz der durch nichts zu beeindruckenden Unbeirrbarkeit und Härte Gehlens auf seinem ersten Handlungsfeld, der Sicherung des Organisationsinteresses.

Wir haben gesehen, wie die gemeinsame Operation von KGB und MfS gegen den hellsichtigen Felfe-Kritiker Ludwig Albert von Ungereimtheiten und Unwahrscheinlichkeiten nur so strotzte und die Leitung des Dienstes trotzdem keinen Finger rührte, als ihr loyaler Mitarbeiter unter dem Verdacht der Spionage für die DDR verhaftet wurde. Im Gegenteil, seine Ausschaltung kam Gehlen gelegen, weil er seine Operation zur vermeintlichen Verteidigung des Kanzleramts ohne Heinz Felfe nicht hätte fortführen können; der Adlatus durfte deshalb unter keinen Umständen beschädigt werden. In den Tagen vor Alberts Selbstmord in der Untersuchungshaft ließ sich der »Doktor« weder zu einem klärenden Gespräch noch zu einer noch so kleinen Geste kameradschaftlicher Anteilnahme herbei; der verzweifelten Ehefrau versuchte man einzureden, dass ihr Gatte und nicht der von ihm so entschieden beargwöhnte Felfe ein feindlicher Agent sei. Der Zweck heiligte auch hier die Mittel. Ähnlich

kaltschnäuzige, im schroffen Gegensatz zur gepflogenen Freikorps-Aura stehende Verletzungen der Fürsorgepflicht, die selbstdenkende Mitarbeiter gewärtigen mussten, waren kein Einzelfall, sobald das behördliche Eigeninteresse des Dienstes ins Spiel kam. Sie zeigten sich Anfang der sechziger Jahre in der *Spiegel*-Affäre bei Frontbegradigungen zur Abschirmung der BND-Spitze ebenso wie bei deren – erfolgreichem – Bemühen, die Ausforschung des SPD-Parteivorstands im Nachhinein zu vertuschen.

Natürlich setzte der BND sein organisatorisches Eigeninteresse nicht nur in Rivalitätskämpfen und unverantwortlichen Operationen durch. Zur Festigung seiner Stellung trugen ebenso die vielfältigen Verbindungen bei, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben mit Bundes- und Landesbehörden schon vor seiner Erhebung zum westdeutschen Auslandsnachrichtendienst im April 1956 unterhielt. Viele dieser Kontakte waren legal, andere aber nicht. Wir haben das am Beispiel einiger V-Leute, eines Gewerkschaftsfunktionärs und eines Vereinsvorsitzenden, eines Polizeibeamten oder eines Verfassungsschützers gezeigt. Formelle Verpflichtungen sind hier jedoch kein Massenphänomen gewesen. Unbegründet wäre jedenfalls die Annahme, Pullach habe mit verdeckten Methoden mehr als nur einen geringfügigen Einfluss auf institutionelles Handeln gewinnen können. Daher wurde in der Untersuchung davon abgesehen, ausführlicher auf die üblichen Routinen auslandsnachrichtendienstlicher Präsenz im Inland einzugehen. Die Verbindung zu Parlamentariern, die für die Budgetierung und Kontrolle des Dienstes zuständig sind, gehört in demokratischen Staaten genauso zum Business as usual wie etwa der Informationsaustausch mit autorisierten Behördenvertretern oder Hintergrundgespräche mit Journalisten. Für eine Analyse der Präsenz des BND in der Innenpolitik und seiner politischen Inlandsspionage, die wenig mit klassischen Studien über die Arbeit von Auslandsnachrichtendiensten gemein hat, die sich vielmehr einem spektakulären Sonderfall in den Jahren der bundesdeutschen Demokratiewerdung widmete, sind diese üblichen Gepflogenheiten von untergeordnetem Interesse.

Die Entschiedenheit, dem eigenen Organisationsinteresse alle greifbaren Mittel verfügbar und sich dem Bundeskanzleramt unentbehrlich zu machen, zeitigten den gewünschten Erfolg. Ausschlaggebend für die Übernahme des

Gehlen-Dienstes in den Behördenaufbau der Bundesrepublik waren dessen Sondertouren dennoch nicht. Da Bundeskanzler Adenauer in den Verhandlungen mit den Westmächten über die Rückkehr Westdeutschlands in die Staatengemeinschaft einen eigenen Auslandsnachrichtendienst als »Insignie der außenpolitischen Souveränität«[24] betrachtete, hatte er sich schon früh für eine Übernahme entschieden. Ein zweiter Beweggrund für seine Festlegung auf den Gehlen-Apparat war sein Beitrag zum Aufbau der Bundeswehr und seine steuernde Überwachung der zahlreichen Soldatenvereinigungen, die nicht in eine Fundamentalopposition gegen Wiederbewaffnung und Westintegration abgleiten durften. Bei der Zähmung der antiamerikanisch-rechtsnationalen und neonationalsozialistischen Neigungen der sehr lebendigen überlebenden Wehrmachtssoldaten kam dem frühen BND tatsächlich signifikante Bedeutung zu.

Ein weiterer, dritter Beweggrund für das Festhalten an Gehlen war mehr praktischer Natur, denn Kanzleramtschef Hans Globke nutzte den Auslandsnachrichtendienst wie eine Auskunftei, wenn er sich mit einem Bewerber für den Bundesdienst oder einer anderswie in sein Blickfeld geratenen Person befassen wollte; Tausende solcher Anfragen liefen beim Gehlen-Dienst ein und wurden von ihm beantwortet. Dieser kurze Weg war um einiges bequemer und geräuschloser als eine Klärung durch das Verfassungsschutzamt, bei der meist das Innenministerium mitwirkte. Zum Vierten, wir kommen noch darauf zu sprechen, hatte sich die Ausforschung des Koalitionspartners FDP und des SPD-Parteivorstands durch den BND zu einem wertvollen innenpolitischen Instrument entwickelt, auf das der CDU-Vorsitzende bei einem Neuaufbau des Auslandsnachrichtendienstes hätte verzichten müssen.

Fünftens sonnte sich der geheimnisvolle Reinhard Gehlen mittlerweile in einem Nimbus, den er nach anfänglicher Kritik einer zunehmend freundlicheren, in heroenarmer Zeit an Heldenverehrung grenzenden Berichterstattung verdankte. Keineswegs nur Blätter des konservativen Spektrums und der politischen Mitte, auch Medien weiter links überschlugen sich immer wieder bei Würdigungen der überragenden Fähigkeiten des geheimnisvollen Generals und seines angeblich weltweit agierenden Geheimdienstes. Eine Entscheidung gegen den zum Superspion hochgeschriebenen Mann mit der »sprungbereiten, erdrückenden Energie, die aus seinem Gesicht spricht« *(Spiegel)*,[25] wäre zwar möglich, politisch

jedoch sehr viel erklärungsbedürftiger gewesen als die Umfirmierung der Organisation Gehlen in »Bundesnachrichtendienst« und ihr Einbau in die Behördenlandschaft der jungen Bundesrepublik.

Die Imagepolitik und die Inlandsspionage des Gehlen-Dienstes flossen ineinander und bedienten sich derselben Instrumente. Verschiedentlich haben wir hervorgehoben, dass die normierten nachrichtendienstlichen Werkzeuge ihren scheinbar verbindlichen Definitionen und Zweckbestimmungen in der Realität selten entsprachen. Das eine Mal waren unterschiedliche Aufgaben mit identischen Mitteln, das nächste Mal identische Aufgaben mit unterschiedlichen Instrumenten zu erfüllen. Bei der verdeckten Medienpolitik des BND verhielt es sich ebenso. Wir sehen hier den registrierten V-Mann neben der »Presse-Sonderverbindung«, die Gelegenheitsquelle neben nur »abgeschöpften« Gesprächspartnern. Im bürokratischen Labyrinth des Systems Gehlen präsentieren sich dem Betrachter viele Kartei-Leichen, die weder auf den ersten noch den zweiten Blick zu identifizieren sind. Die dienstinterne Bilanzierung der Imagepolitik ist jedenfalls unzuverlässig: Wirkungsvolle Konfidenten in Presse, Funk und Fernsehen tauchen darin manchmal gar nicht auf, tatsächlich sprudelnde Quellen erscheinen wie tote.

Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass die bekannt gewordenen internen Personallisten zur Medienpolitik im Hinblick auf die tatsächliche Tätigkeit der dort unisono mit Decknamen und V-Nummern aufgeführten Journalisten »nicht den geringsten Beweiswert«[26] haben. Der Präsenz des BND in den Medien – es dürfte sechzig, siebzig aktivierbare Verbindungen gegeben haben – und deren Bedeutung für die Meinungsbildung über ihn war daher nicht über eine schlichte Extrapolation von erfolgsverpflichteten Statistiken näherzukommen, sondern, sofern nach Jahrzehnten überhaupt noch rekonstruierbar, nur über die Analyse einzelner Fallbeispiele zu Pullachs ganz unterschiedlich gelagerter Zusammenarbeit mit etwa einem Dutzend namhafter Publizisten.

Als Champion der verdeckten Imagepolitik in engstem Einvernehmen mit dem BND-Präsidenten wirkte Kurt Weiß alias »Winterstein«. Ohne jede nachrichtendienstliche Expertise war er Anfang der fünfziger Jahre von Gehlen persönlich angeworben worden und, typischerweise, binnen Kurzem zu einer Art Generalmanager bei fast allen innenpolitischen Machenschaften aufgestiegen. Weiß beeinflusste in seinem bedenkenlosen

Machertum eine ganze Generation von Mitarbeitern, brachte es bis zum Ersten Direktor im BND, ehe er in den siebziger Jahren entmachtet und schließlich wenige Tage vor seiner Pensionierung zum Ausscheiden gezwungen wurde. Ganz gewiss ein schier unbegrenzt belastbarer und gewandter Gefolgsmann mit grenzenloser Indifferenz gegenüber den Pflichten eines Spitzenbeamten und dem Regelwerk der Demokratie, wurde Reinhard Gehlens Intimus zum Dreh- und Angelpunkt der Pullacher Pressepolitik und zum entschiedensten Vormann bei der Sicherung des Einflusses von CDU und CSU im BND. Nicht erst dabei wurden ihm, wenn die selbstdefinierten Zwecke es erforderten, Dienstpflichtverletzungen und Geheimnisverrat zur selbstverständlichen Gewohnheit; davon war im Schlusskapitel ausführlich die Rede.

Während sich die Organisation Gehlen bei ihrer Presse- und Rundfunkpolitik in den vierziger Jahren mehr oder weniger mit der Markierung missliebiger Journalisten erschöpfte, knüpfte sie nach Gründung der Bundesrepublik vielfältige Beziehungen zu den Medien. Es sind keineswegs nur renommierte Publizisten des konservativen Lagers gewesen, die in ihren Kommentaren in weltanschaulichem Gleichklang viel Verständnis für den BND zeigten und dessen unüberprüfbare Eigenpropaganda bereitwillig unter die Leute brachten. Auch ein vielgehörter Rundfunkkommentator etwa, die Chefredakteure der *Welt*, der evangelischen Wochenzeitung *Christ und Welt* oder des katholischen *Rheinischen Merkur* ließen sich häufig im gewünschten Sinne ein. Zu den aktiven »Presse-Sonderverbindungen« zählten ebenso einige prominente Rundfunk- und Zeitungsleute der Mitte und, für den Dienst besonders wertvoll, Meinungsführer, die sich eher dem linken Lager zuordneten wie der Chefredakteur der Münchener *Abendzeitung* bzw. der *Kölnischen Rundschau*, der einflussreiche Kommentator »Voluntas« oder der Chefredakteur der *Hannoverschen Presse*, der 1967/68 bis in die Position eines Informationsdirektors beim Parteivorstand der SPD aufgestiegen war. Man entließ ihn jedoch schnell wieder, weil er den BND über die umstrittenen sozialdemokratischen Geheimgespräche mit italienischen Kommunisten im Vorfeld der Neuen Ostpolitik informiert hatte.

Entsprechend unterschiedliche Motive führten zur innenpolitischen Kollaboration zwischen Journalisten und BND. Für ihn stand bei der verdeckten Medienpolitik neben dem Interesse an einer freundlichen

Berichterstattung immer auch das Bestreben, einen möglichst umfassenden Einblick in die politischen, geschäftlichen und personellen Konstellationen in Verlagen, Zeitungen und Sendern zu erlangen. Solche Lagebilder machten Reinhard Gehlen im Bundeskanzleramt jederzeit auskunftsfähig, wenn Globke wieder einmal die vielgestaltige Medienlandschaft zur Sprache brachte. Der stellvertretende WDR-Chefredakteur beispielsweise wurde so zu einem langjährigen Einflussagenten konservativer Rundfunkpolitik. Überhaupt war es erstaunlich zu beobachten, welche Redseligkeit und Bösartigkeit publizistische Spitzenkräfte wie etwa der ehemalige Hauptsturmführer im Reichssicherheitshauptamt, *Spiegel*-Redakteur, Springer-Intimus und spätere Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger oder auch der Leiter des Bonner Büros von *Christ und Welt* im vertraulichen Gespräch mit ihren BND-Partnern entfalten konnten.

Einige der Herren in den Medien – nur die Gehlen-Adorantin Marion Gräfin Dönhoff war eine Dame – verstanden ihre geheimen Dienste als eine Art vaterländische Pflicht. Andere versuchten den BND bei irgendeinem dienstlichen oder privaten Konflikt als Helfer zu gewinnen, wieder anderen bereitete es schlicht Genugtuung, wenn ihnen ein mutmaßlich einflussreicher Geheimdienstbeamter bei üblen Nachreden sein Ohr lieh. Die Gegenleistung waren neben Klatsch und Tratsch Einblicke in die Lage der Zunft, die der Betreuer vom BND in seinen Treffberichten verwerten konnte. Die gängigste Währung blieben auch bei der Imagepolitik Information und Geld. Die meisten inoffiziellen Mitarbeiter des Dienstes nutzten die Gelegenheit, sich für Artikel oder Sendungen über Sicherheitspolitik inhaltlich Rückversicherung zu verschaffen, die ihnen unter Umgehung der Verschlusssachenvorschriften in der Regel auch gewährt wurde. Ein starker Trumpf der Imagepolitik des BND bestand in seiner Herrschaft über exklusive Informationen, die nach Gunst und Verdienst an die Konfidenten verteilt wurden. Bei der vertraulichen Zusammenarbeit herrschte auf beiden Seiten die Vorstellung, sich gegenseitig Gutes zu tun. Für die Arbeit einiger ihrer Vertrauensjournalisten gaben Gehlen und Weiß erhebliche Summen aus, auch wenn das nur noch in wenigen Fällen belegbar ist. Einige erhielten monatlich 500, 1000, 1500 oder mehr DM Agentenlohn. Spitzenreiter dürfte der erwähnte

Informationsdirektor der SPD mit ungefähr 350 000 DM heimlicher Zuwendung in 20 Jahren gewesen sein.

Gleichwohl wird man den Effekt der diversifizierten Imagepolitik des BND nicht übertrieben hoch veranschlagen dürfen. Unsere Einzelfallanalyse relativiert jedenfalls die gelegentlich anzutreffende Vorstellung, der Dienst habe in der Gehlen-Zeit mit einer Art Medien-Holding die öffentliche Meinungsbildung oder den politischen Entscheidungsprozess nachhaltig beeinflussen können. Keine Frage, auf diesem innenpolitischen Handlungsfeld agierte der Nachrichtendienst wie gewohnt ohne die Anerkennung irgendwelcher normativer Restriktionen, doch das kritische Crescendo der zunehmend weniger staatsfrommen Medien ließ sich seit den sechziger Jahren mit Exklusivinformationen, Geld und guten Worten immer weniger dämpfen. Es wurde schwieriger, die bescheidene Leistungsfähigkeit des Dienstes mit ausgefeilten innen- und imagepolitischen Anstrengungen zu kompensieren oder auch nur zu übertünchen.

Nicht von ungefähr setzte sich BND-Präsident a. D. Reinhard Gehlen sogleich Hohnlachen aus, als er sich im Ruhestand mit seinen Memoiren, weiteren Schriften und Interviews unverdeckt in den öffentlichen Diskurs einzuschalten versuchte. Seine aus der Zeit gefallenen Einlassungen erregten selbst bei denen Spott und Mitleid, die ihn früher unterstützt und bewundert hatten. Die lange überaus freundliche *Zeit* befand, ein Denkmal stürze sich selbst.[27] Der Direktor des *Spiegel*-Verlags, ehemals ein eingeschworener Verehrer, sprach von den »Omnipotenzphantasien eines berittenen Artilleristen«, dem »die Turmuhr stehengeblieben« sei.[28] Erst unter Gerhard Wessel begann sich die nachrichtendienstliche Imagepolitik nach und nach zu einer Pressepolitik zu wandeln, wie sie alle Institutionen in einer pluralistischen Gesellschaft betreiben.

5. Verlassen wir nun das erste der drei eng ineinander verwobenen innenpolitischen Handlungsfelder des Gehlen-BND, die Sicherung des eigenen Organisationsinteresses, und wenden wir uns seinem *zweiten Tätigkeitsfeld* zu: der Ausforschung von SPD und FDP mit Billigung und zu Nutzen von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Kanzleramtschef Hans Globke. In dieser systematischen Inlandsspionage verdichtete sich die Präsenz des Auslandsnachrichtendienstes im Innern am massivsten. Sie diente zwar auch der Sicherung seines Eigeninteresses, doch griff sie viel

unmittelbarer und sehr viel gravierender in die Innenpolitik ein als alle anderen Operationen der Selbstsicherung.

Reinhard Gehlen und die meisten Mitarbeiter seines Dienstes kamen aus einer Zeit der Parteienverachtung. Umso höher thronte der Staat wie ein überzeitliches Abstraktum über den sogenannten Niederungen der Parteipolitik. Das NS-Regime hatte dem »Gezänk« der Parteien dann ein Ende bereitet und das Konstrukt einer überparteilichen Volksgemeinschaft zum Staats- und Gesellschaftsideal erhoben. Auch wenn das Grundgesetz von 1949 den Parteien Verfassungsrang einräumte, war die frühe Bundesrepublik für viele Bürger noch weit davon entfernt, ein positiv oder wenigstens neutral konnotierter »Parteienstaat« zu sein – mehr als eine Parteiendemokratie galt sie als Kanzlerdemokratie. Die Unterstützung des Regierungschefs gegen Parteien, die ihm das Leben schwer machten, war daher nichts, was den in seinem Selbstverständnis als Generalstäbler (dem klassischen »Führungsgehilfen«) befangenen Gehlen zu vertieftem Nachdenken über Legalität und Legitimität hätte bewegen können. Wünschte und billigte die Obrigkeit eine derartige Hilfestellung, dann konnte und durfte darüber keine Diskussion aufkommen.

Spätestens als die Organisation Gehlen Fuß gefasst, ihr Hauptquartier Ende 1947 nach Pullach bei München verlegt und besondere Beziehungen zur Bayerischen Staatsregierung angeknüpft hatte, begann sie mit der parteipolitischen Ausspähung. Das schloss sogar einige Unionspolitiker mit ein, den CSU-Vorsitzenden Josef Müller oder Otto Lenz von der CDU etwa, die beide im Widerstand gegen den Nationalsozialismus hervorgetreten waren. Im ersten Band haben wir die Anfänge der Parteienausforschung während der ersten Legislaturperiode des Bundestags beschrieben. Aus der Sicht des Bundeskanzlers mussten FDP und SPD nicht nur wegen ihrer Beteiligung an den Landesregierungen im Auge behalten werden, das Kanzleramt war nach Bildung der Bundesregierung im Herbst 1949 in besonderem Maße an dem Innenleben der FDP interessiert, da die schier unüberbrückbaren inneren Spannungen im Lager der Freien Demokraten die Regierung jederzeit in eine Krise stürzen konnten. Die Sozialdemokraten schienen während der anfänglichen Krisenjahre sogar Chancen zu haben, in der zweiten Legislaturperiode die Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP abzulösen. Freilich blieb die Bespitzelung von

FDP und SPD im Vergleich zu ihrer Entfesselung nach dem triumphalen Wahlsieg der Unionsparteien 1953 noch ein wenig unsystematisch.

Bei den Liberalen hatte Gehlen bereits Ende der vierziger Jahre einige Topinformanten verpflichten können, darunter den späteren Bundesbauminister Victor-Emanuel Preusker oder August Hoppe, Gründungsmitglied der nordrhein-westfälischen FDP und leitender NWDR/WDR-Redakteur, der dem BND lebenslang treulich zu Diensten blieb. Die Zuträger der FDP rekrutierten sich in den fünfziger Jahren, als ihrem Verrat die größte politische Bedeutung zukam, aus einigen hoffnungslos miteinander zerstrittenen Landes- und Bundespolitikern, die auch auf diesem Wege versuchten, Boden gegeneinander gutzumachen; zu ihnen zählte der beim Bundeskanzler regelrecht verhasste, höchst wandlungsfähige und bald zu den Parteireformern zählende Wolfgang Döring.

Hauptnutznießer des liberalen Bruderkriegs waren Adenauer und Globke. Der stete Informationszufluss aus der FDP in das Bundeskanzleramt erleichterte dem CDU-Vorsitzenden sein überlegenes parteitaktisches Manövrieren in der schweren Koalitionskrise während der zweiten Legislaturperiode und noch einige Jahre danach.

Die zahlreichen geheimen Kanzler-Informationen des Auslandsnachrichtendienstes bezogen sich genauso auf Personalia und sonstige Interna wie auf koalitionspolitische Winkelzüge oder programmatische Weichenstellungen in den sozialliberalen und liberalkonservativen Lagern der Freien Demokraten. Bereits der von Adenauer früh ausgebootete Parteivorsitzende und Justizminister Thomas Dehler hatte sich darüber gewundert, dass ihm sein großer Widersacher in Parteidingen so »glänzend informiert«[29] gegenübertrat. Der spätere FDP-Chef Erich Mende, der seinen Parteifreund Hoppe häufig ins Vertrauen zog, gab in einer Sitzung des Bundesvorstands zu Protokoll: »Der Bundeskanzler habe wiederholt in seiner Gegenwart erklärt, dass er über alle Sitzungen der FDP bald darauf genaue Kenntnis erhalte.«[30] Es blieb bei solchen Andeutungen und Verdachtsmomenten. Niemand kam hinter das Geheimnis des zielsicher agierenden Partei- und Regierungschefs, der auch während des Wahlkampfes 1957 darüber unterrichtet blieb, wie die Karten bei seinem dezimierten Koalitionspartner lagen.

Nach dem größten Wahlsieg in der Geschichte der Unionsparteien 1957, der die Liberalen auf die Oppositionsbank verwies, verloren die Informationen des BND über die inneren Kämpfe der Bundes-FDP ein wenig von ihrer unmittelbaren politischen Bedeutung, nicht jedoch Berichte über die Gärungen in den Ländern mit ihren Rückwirkungen auf die dortigen Regierungskonstellationen und die Stimmenverteilung im Bundesrat. Neben der Vivisektion vor allem der nordrhein-westfälischen Freien Demokraten – jedenfalls solange Großinformator Hoppe noch nicht zur CDU übergetreten war – bestimmten die hochumstrittenen Deutschland-Initiativen der FDP die Pullacher Ausspähungen.

Ende der fünfziger Jahre konnte selbst der bedenkenlose Zuarbeiter Reinhard Gehlen nicht mehr übersehen, dass die Kanzlerdämmerung heraufzuziehen begann. Es war kein abwegiger Gedanke mehr, die Bundestagswahlen von 1961 könnten womöglich zu einer Beteiligung der Sozialdemokraten an der Macht führen. Die demokratiefeindliche innenpolitische Ausforschung ungeschmälert weiterzuführen, wäre daher nicht nur eine fortgesetzte Gesetzwidrigkeit, sondern ein Fehler gewesen, unnütz auch, selbst wenn es Reinhard Gehlen gelang – und es gelang ihm –, dieses Staatsgeheimnis mit ins Grab zu nehmen. Also zog sich der BND-Präsident aus diesem Geschäft zurück, noch ehe er im Zuge der Felfe- und *Spiegel*-Krisen 1961/62 abrupt und unwiderruflich aus der Gnade des abtretenden Kanzlers fiel. Wir haben in extenso dargelegt, dass Gehlen sich gegen Ende der viel intensiver betriebenen Ausspähung der SPD-Spitze nicht anders verhielt als beim Abbruch der FDP-Bespitzelung.

Die langjährige systematische Ausforschung des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bildete den Kern der BND-Inlandsspionage. Sie war die erfolgreichste innenpolitische Operation des Gehlen-Dienstes und eine seiner bedeutendsten Unternehmungen überhaupt. Von Mitte der fünfziger Jahre bis Anfang der sechziger Jahre verwandelte Pullach die SPD-Parteizentrale – die »Baracke« in Bonn – für den Bundeskanzler und seinen Staatssekretär Hans Globke, den »heimlichen Generalsekretär der CDU«,[31] in ein bequem einsehbares offenes Haus. Dieses »Watergate« von ungleich größerer Dimension als der Versuch, im Washingtoner Wahlkampfbüro der Demokratischen Partei Abhörtechnik zu installieren, konnte von dem kleinen Kreis der Beteiligten im Bundeskanzleramt und im BND obendrein geheim gehalten, erst zwei

Generationen später entdeckt und in diesem Buch erstmals beschrieben werden.

Dieser für die Geschichte des Gehlen-BND und die Sicht auf die formativen Jahre der Bundesrepublik nicht gerade nebensächliche Tatbestand war minutiös zu analysieren und so umfassend vor Augen zu führen, wie es die überkommenen Quellen zuließen; auch deswegen, weil es manchem Leser unserer Tage andernfalls wohl schwerfiele, das Dargelegte als tatsächlich Geschehenes anzuerkennen. Diese geheimen innenpolitischen Dienste des Auslandsnachrichtendienstes akribisch zu entschlüsseln und aus tausend Puzzleteilen ein Bild zu machen, wäre ohne den von der Bundesregierung uneingeschränkt gewährten Zugang zu der reichen historischen Überlieferung des BND in seiner neuen Zentrale in der Berliner Chausseestraße nicht möglich gewesen.

Unter den Befürchtungen des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland rangierte die Vorstellung, die Sozialdemokraten könnten die Regierungsmacht in Bonn erobern, bekanntlich sehr weit oben. Seit seinem Eintritt in die Nachkriegspolitik sah Adenauer in der größten Oppositionspartei weniger einen Mitbewerber oder politischen Gegner als einen Feind. In den Tagen der Übernahme der Organisation Gehlen erklärte er beispielsweise im CDU-Parteivorstand: »Wenn die nächste Wahl verlorengehen und die Sozialdemokratie an die Führung kommen sollte, dann werden nach meiner festen Überzeugung der wirtschaftliche Wohlstand und die außenpolitischen Errungenschaften, die wir haben, in kürzester Zeit verspielt werden. Dann wird das Wort von Finis Germaniae Wahrheit, weil wir dann in kurzer Zeit ein sowjetrussischer Satellitenstaat irgendeiner Art werden würden.«[32] Keineswegs nur in wahlkämpferischer Zuspitzung prophezeite er 1957 bei einem Wahlsieg der SPD den »Untergang Deutschlands«[33]. Vier Jahre später, als er zum letzten Mal für den Bundestag kandidierte, klang es nicht anders: »Dass die SPD unser Feind ist, sehen wir doch immer wieder«, rief er seinen Parteifreunden zu. »Sagen wir doch ruhig: Unser Feind. Was würden die mit uns Schlitten fahren. Wir wollen sie nicht totschlagen, wir wollen nur dafür sorgen, dass sie keinen Unsinn machen.«[34] Mitunter nahm er auch das Wort »Todfeind« in den Mund.[35]

Hans Globke, der die geheimen Kanzler-Orientierungen aus dem SPD-Vorstand über Jahre hinweg vom BND in Empfang nahm, dachte ebenso.

Allen W. Dulles, der Direktor der CIA, hatte schon bald den lapidaren Hinweis bekommen, für den Chef des Bundeskanzleramts sei die Opposition schlicht der Feind: »In view of the fact, that to him the Opposition is the enemy, you can be sure that he uses his power in a strictly partisan manner.«[36] Reinhard Gehlens Feindanalyse war dies seit jeher. Zur Republikgründung im Frühjahr 1949 hatte er erklärt, die Sozialdemokratie sei eine »klare Gefahr« für Deutschland.[37] Ähnliche Einlassungen seiner Mitarbeiter finden sich wiederholt in den Unterlagen. Selbst wenn man solche Urteile als Rhetorik abtun wollte, die kämpferische Praxis des Duos Gehlen-Globke und ihrer Zuarbeiter stützte diese These nicht.

Im ersten Band haben wir die Anfänge der SPD-Ausforschung skizziert, die sich bis 1953 im Vergleich zu dem, was danach folgte, noch in vergleichsweise bescheidenem Rahmen bewegte, jedenfalls reduzierter ausfiel als die frühe Aufklärung gegen die FDP. Die Tatsache, dass der Gehlen-Dienst neben der SPD auch die FDP ins Visier nahm, die seinerzeit alles nur nicht linksorientiert war, belegt übrigens, dass die Ausforschung der Sozialdemokratie nicht allein dem im Kalten Krieg wie selbstverständlich gegen alles als »links« Etikettierte geführten Kampf entsprang, sondern schlicht Adenauers Regierungsstil entsprach.

Nachdem die Bundesbürger im Herbst 1953 nach einem streckenweise wilden Wahlkampf, in dem der Bundeskanzler die Sozialdemokratie nicht weit hinter dem Feindbild des Kommunismus rangieren ließ, den Unionsparteien ein starkes Mandat für die zweite Legislaturperiode erteilt hatten, erlahmte bei Adenauer und Globke das Interesse an der gedemütigten Opposition keineswegs. Im Gegenteil, sie bedienten sich Gehlens geheimer Dienste jetzt viel intensiver als zuvor. Ermöglicht wurde dieser Service durch die 1953/54 gestartete und beinahe zehn Jahre währende geheime Großoperation des »Doktors«, die im siebten Kapitel behandelt ist. Der designierte BND-Präsident Reinhard Gehlen verfolgte dabei eine ungewöhnlich erfolgreiche Doppelstrategie: Parallel zu der mit einiger nachrichtendienstlichen Finesse vollführten Bespitzelung der SPD-Führung verstand er es unter Mobilisierung seiner ihm durchaus zu Gebote stehenden gentlemanliken Courtoisie, führende Genossen wie den Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer, den braven Wilhelm Mellies und sogar den brillanten Fritz Erler für sich und seinen Dienst einzunehmen. Jedenfalls legte die SPD, die ihre Ausspähung nicht bemerkte, dem BND

und seinem Präsidenten, wie Jost Dülffer gezeigt hat,[38] zwei Jahrzehnte lang keine Steine in den Weg.

Es braucht hier nicht neuerlich dargetan zu werden, wie Reinhard Gehlen seine größte innenpolitische Operation höchstpersönlich einfädelte und dafür mit Siegfried Ziegler einen seiner äußerst raren Mitarbeiter einspannte, die der SPD angehörten – weiße Raben am Hochufer der Isar – und sich obendrein bester Verbindungen in die sozialdemokratischen Parteizentralen in München und Bonn erfreuten. Dem Leser wird deutlich geworden sein, dass dieses Musterexemplar eines ebenso weltgewandten wie bedenkenlosen Agenten, den sein Verrat in die Position, ausgerechnet, eines Leiters der BND-Schulen brachte, eine Figur gewesen ist, die sich bestens in die Romane von John le Carré eingefügt hätte. Selbst als der BND-Präsident ihn im Zuge der Vertuschung der SPD-Operation mit den übelsten Methoden in die Defensive drängte, zog Ziegler den Kopf aus der Schlinge und brachte es fertig, seine Kaltstellung auf einem üppig dotierten, nachrichtendienstlich freilich irrelevanten Traumposten im warmen Mexiko zu genießen.

Schwerer zu greifen und zu begreifen ist Siegfried Ortloff. Aus sozialdemokratischem Hause kommend, mutig im Kampf gegen Hitler und von gewisser Prominenz in der skandinavischen Emigration, wurde er zu Siegfried Zieglers Partner im Verrat. Sofort nach Kriegsende hatte Ollenhauer seinen langjährigen Vertrauten zur Mitarbeit in der Parteizentrale in Hannover bewogen und ihm als festangestelltem Funktionär neben der Redaktion des *Sozialdemokratischen Jahrbuchs* zentrale Verantwortungsbereiche anvertraut. Ortloff stieg in der Parteizentrale nicht nur zum Sicherheits- und Personalchef und zu dem Sekretär auf, der die Sitzungen der SPD-Spitzengremien vorbereitete und an ihnen teilnahm. Dem Hamburger Remigranten wurde auch die inhaltliche Zuständigkeit für sicherheitspolitische Fragen übertragen, die ihm den besten Einblick in alle Angelegenheiten etwa der Kriminalämter, des Verfassungsschutzes und eben der Organisation Gehlen bzw. des BND verschaffte. Hier kam er mit seinem Genossen Siegfried Ziegler in Kontakt, mit dem ihn bald eine enge, bis ins Familiäre reichende Freundschaft verband.

Wir konnten beobachten, wie unmissverständlich Siegfried Ortloff dem Mann mit dem Dienstnamen »Dr. König« – Ziegler – im Vorfeld der

Bundestagswahlen 1953 sein Insiderwissen offeriert und wie umstandslos Pullach zugegriffen hat. Warum verriet Ortloff seine Partei an Gehlen und damit, wie er wusste, an die CDU-Führung? Viel weniger bedeutende Informanten der politischen Inlandsspionage als dieser SPD-Genosse erhielten als Quellen des Auslandsnachrichtendienstes über die Jahre Zehntausende DM, die übliche Währung des Verrats. Bei Ortloff finden sich in den Unterlagen des BND jedoch keine Belege für eine Honorierung seiner geheimen Dienste. Überraschend ist das nicht, da die SPD-Operation überhaupt nur noch deswegen nachgezeichnet werden konnte, weil sowohl Siegfried Ortloff als auch Siegfried Ziegler *nach* der großen Unternehmung gegen die »Baracke« mit »sicherheitlichen« bzw. fürsorgerischen Maßnahmen des BND überzogen worden sind, die sich in den aufbewahrten Akten niedergeschlagen haben. Die unmittelbaren operativen Unterlagen sind wie meist und so auch hier nicht mehr überliefert. Eher führt bei der Motivforschung die Vermutung weiter, die Zentralfigur bei der Ausforschung der SPD-Spitze habe parteipolitische Beweggründe gehabt. Wie häufig bei dem Gegeneinander von sozialdemokratischer Westemigration und Ostemigration könnte seine dezidierte Gegnerschaft zu Herbert Wehner, dessen rasanter Bedeutungszuwachs in der Partei nicht nur ihn beunruhigte, Siegfried Ortloff zu seinem Zusammenspiel mit dem Nachrichtendienst bewogen haben (von dem sich Informanten immer auch eine Förderung der eigenen Sache versprechen). Möglicherweise geht sein Verrat auch auf die Bedrohung des Partei-Establishments durch die sogenannten Parteireformer zurück, die als frei gewählte Abgeordnete zumeist der Bundestagsfraktion angehörten. Sie betrieben die Entmachtung des fest besoldeten Parteivorstands mit großer Entschiedenheit und setzten sie gegen Ende der fünfziger Jahre auch durch. Ortloff gehörte zum Kern des verdrängten Establishments.

Während die Frage nach den Motiven des SPD-Verrats an der SPD kaum noch erschöpfend beantwortet werden kann, liegt über seinem Hergang, den Beteiligten und seinen Inhalten kein Geheimnis. Wir dürfen die etwa zwanzig weniger bedeutsamen Zuträger bei der Beobachtung der Sozialdemokratie hier beiseitelassen und festhalten, dass Bundeskanzler Adenauer über seinen für den BND zuständigen Kanzleramtschef insgesamt etwa 500 schriftliche Berichte des Dienstes über Interna der SPD zugegangen sind; auf mündlichem Wege womöglich sehr viel mehr, da

BND-Mitarbeiter unter dem Dach des Palais Schaumburg logierten. Die Schriftstücke haben eine neutrale äußere Form. Neben dem Betreff weisen sie lediglich das Datum ihrer Abfassung aus, haben einen Umfang von wenigen Zeilen bis zu mehreren Schreibmaschinenseiten und finden sich (neben zahlreichen Originalmaterialien aus der SPD-Zentrale) sämtlich in den Unterlagen des Bundeskanzlers bzw. des Chefs des Bundeskanzleramts. Mitunter gingen mehrere Hinweise täglich ein, gelegentlich ein ganzes Dutzend. Mancher Benutzer des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin, darunter der Adenauer-Biograf Hans-Peter Schwarz, hatte Zugang zu diesen Dokumenten, doch eine Bestimmung ihrer Herkunft war ihnen ohne Kenntnis der bis 2011 verschlossenen BND-Akten unmöglich.

Klar erkennbar war an den SPD-Berichten des BND dagegen schon immer, dass Adenauer und Globke diese keineswegs in den Papierkorb geworfen, sondern sich ausweislich der Bearbeitungsspuren gründlich mit ihnen befasst haben. Der Bundeskanzler behielt sein Geheimwissen für sich, doch konnte er sich anders als Globke nicht immer zügeln anzudeuten, wie gut er – ebenso wie bei der FDP – über das Innenleben der SPD-Führung Bescheid wusste. Anfang 1954 etwa gab er seinen Parteifreunden im CDU-Vorstand einen vorsichtigen Wink dazu, nicht ohne sie eigens daran zu erinnern, dass man zu einer vertraulichen Sitzung zusammengekommen sei: »Wir können uns in dieser Beziehung wirklich ein Beispiel nehmen an der Disziplin der Sozialdemokratischen Partei, über deren Parteivorstandssitzungen nur mit größter Mühe auf allen möglichen krummen Wegen etwas zu erfahren ist«, sagte er laut Wortprotokoll. »Bei uns ist das gewöhnlich anders. Ich gehe die krummen Wege nicht. Ich höre nachher, was bei den krummen Wegen herausgekommen ist. Das ist doch die Hauptsache!«[39]

Noch unvorsichtiger verhielt sich Adenauer im Wahljahr 1957. Vor der CDU-Spitze sagte er: »Ich habe hier einige Notizen aus SPD-Kreisen«, und zitierte dann wörtlich Passagen aus einer vertraulichen BND-Mitteilung – nicht ohne die Selbstermahnung: »Ich muss das mit Vorsicht verlesen, damit nicht die Quelle verraten wird. Das werden Sie verstehen.«[40] Kurz darauf konnte der Parteivorsitzende der CDU vor demselben Gremium noch weniger an sich halten: »Darf ich zunächst feststellen, ob wir wirklich ganz unter uns sind und keine Fotografen und niemand uns hören kann«,

eröffnete er die Aussprache: »Denn nur dann kann man ruhig und offen miteinander sprechen. Aus den Sitzungen des Parteivorstands der SPD bekommen wir ja die entsprechenden Mitteilungen (Heiterkeit). Ich sähe es wirklich nicht gern, wenn das vice versa ebenso geschähe.«[41]

Siegfried Ortloff schrieb mit seiner Berichterstattung aus den Vorstands- und Präsidiumssitzungen eine ganz eigene Geschichte der SPD in den entscheidenden Jahren ihrer politischen Häutung. Der Abgleich mit den authentischen Parteiprotokollen zeigt, dass zahlreiche Sachverhalte, manche Kontroversen und viele Nuancen, die sonst verloren wären, auf diesem Wege auf uns gekommen sind. Die unmittelbare politische Bedeutung des gewaltigen Informationsabflusses an den CDU-Vorsitzenden ist mit Händen zu greifen und an seinen mitunter vehementen Anstreichungen, Kommentaren und Rücksprachewünschen abzulesen. Nichts fehlte: nicht die Finanzlage der Oppositionspartei; nicht die Planung ihrer Wahlkämpfe nebst akribischer Aufschlüsselung der Anzahl von Plakaten, Broschüren und Anzeigen; nicht die Beratungen über den besten Angriffsmodus gegen den Kanzler; nicht die Nachzeichnung der internen Konfliktlinien; nicht die anschauliche Erläuterung der Spannungen zwischen Parteiführung und Bundestagsfraktion; nicht die Taxierung der internen Hackordnung; nicht die Nachlese zu Bundestagsdebatten; nicht die Beratungen über die Positionierung der SPD angesichts der »Wiederbewaffnung«, über ihre Kampagnen gegen die »Atombewaffnung« der Bundeswehr; nicht die Ausformung des Godesberger Programms und auch nicht die nachrichtendienstliche Begleitung der Kehrtwendung in der Deutschland-Politik 1960. Von den oftmals sehr freimütigen Bulletins zur gesundheitlichen und mentalen Verfassung einzelner Genossen, den Winkelzügen, den Machtambitionen und den Machtchancen ihrer Freunde und Gegner – Brandt, Erler, Heine, Ollenhauer, Schmid, Wehner und andere weniger Prominente – konnten Adenauer und Globke sich ebenfalls beinahe Tag für Tag ein frisches Bild machen.

Einen nützlicheren Informationsservice aus dem Arkanum des politischen Gegners als denjenigen, den ihnen der Präsident des Auslandsnachrichtendienstes bot, hätten sich der Bundeskanzler und der Chef des Bundeskanzleramts nicht wünschen können. Der BND-Präsident wusste selbstverständlich genau, dass seine geheimen Dienste von keinem Gesetz und keinem Erlass, sondern allein vom Willen des Regierungschefs

und seines engsten Mitarbeiters gedeckt waren. In Gehlens Staats- und Rechtsverständnis reichte es völlig aus, wenn er seinem obersten Dienstherrn zuarbeiten konnte und der Kanzler seine politische Inlandsspionage schätzte; Adenauer musste sie nicht nachdrücklich einfordern oder gar befehlen. Dass Macht in manchen Zeiten und in mancher Situation vor Recht gehen musste, entsprach der Erfahrung des Generals a. D. Wieso sollte das in einer ungefestigten, von außen und vermeintlich auch von innen bedrohten Demokratie anders sein? Das war vor 1945 so gewesen. Nach 1945 konnte Gehlen diese Art von Dienst am Staat umso eher rechtfertigen – falls er überhaupt so weit dachte –, da der Spitzenmann der Exekutive seine Legitimation nun doch sogar aus demokratischen Wahlen bezog. Siegfried Ortloff holte der BND-Präsident nach Abbruch der SPD-Ausforschung 1961/62 als hauptamtlichen Mitarbeiter in den Dienst und verschaffte ihm mit Hilfe Globkes eine ungerechtfertigte Einstufung in die höchste Gehaltsgruppe des Angestellten-Tarifs.

Man weiß, dass Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit nie zur Deckung gelangen und es auch in der Bundesrepublik lange währte, ehe sich das Grundgesetz von 1949 als Leitnorm durchsetzen konnte. Man weiß auch, dass ihr Gründungskanzler, wie er in einer den Zitatenschatz bereichernden Bemerkung gesagt hatte, in Machtdingen »nicht pingelig«[42] war. Hans-Peter Schwarz konzediert seinem Helden Konrad Adenauer, er habe sich zwar an die Grundregeln der Verfassung gehalten, »aber er hat sie gedehnt und oft hart am Rande des Zulässigen operiert«.[43] Der Einsatz des BND gegen die SPD und die FDP schoss freilich weit darüber hinaus. Was Adenauer und Globke mit der Ermunterung und der Entgegennahme der Gehlen'schen Dienste taten, ist viel mehr als eine »beträchtliche institutionelle Nonchalance« gewesen. Weil sie ebenso wie der BND-Präsident vom Staat und weniger vom Rechtsstaat her dachten und alle drei außerdem nicht daran zweifelten, dass der politische Zweck mitunter die Mittel heilige, brachen sie aus dem Verfassungsrahmen aus und traten die allereinfachsten Regeln des politischen Wettbewerbs in einer Demokratie mit Füßen, einer rechtsstaatlichen Demokratie, die erst noch zu sich selbst finden musste.

Unzweifelhafte Kausalitäten lassen sich in der Geschichte selten herstellen, so auch nicht zwischen den geheimen Kanzler-Orientierungen

des BND und unmittelbaren Kanzler-Entscheidungen. Es liegt jedoch nahe, vielleicht unterliegt es nicht einmal einem Zweifel, dass Hans Globke und Reinhard Gehlen durch die Instrumentalisierung des Auslandsnachrichtendienstes für innen- und parteipolitische Zwecke die staunenswerte politische Trittsicherheit von Bundeskanzler Konrad Adenauer festigen halfen. Wäre die Jahrzehnte verborgen gebliebene Ausforschung der SPD-Spitze durch den BND damals aufgeflogen, so hätten die Zeitgenossen darin gewiss einen Abgrund von Machtmissbrauch erkannt.

6. »Vergangenheitsabwehr nach außen und innen« haben wir das vorletzte Kapitel etwas pointiert überschrieben. Damit ist die Rolle des Auslandsnachrichtendienstes in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus benannt, die im letzten Drittel der Ära Adenauer an Dynamik gewann. Der BND, selbst von Anhängern, Funktionseliten, Funktionären und Verbrechern des NS-Regimes durchsetzt,[44] profilierte sich hier als Frühwarnsystem vor den Bestrebungen im In- und Ausland, an der zeitweilig beinahe totgeschwiegenen deutschen Vergangenheit der jüngsten Zeit zu rühren. Die Bundesregierung maß diesen Warnmeldungen erhebliche Bedeutung bei, ganz besonders Hans Globke persönlich. Als einer, der im Dritten Reich der justiziellen Verbrämung und Plausibilisierung der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Judenheit erheblichen Vorschub geleistet hatte, stand er von seinem ersten Tag in der Regierungszentrale an in scharfer Kritik – und mit ihm der Bundeskanzler, der bis zu beider Ausscheiden aus dem Amt im Herbst 1963 an Globke festhielt.

Die schärfsten vergangenheitspolitischen Angriffe auf die Bundesrepublik und ihre personelle Erblast – neben dem Chef des Bundeskanzleramts, Ministern, Richtern, Politikern, Ärzten, Managern auch Gehlen selbst – startete die DDR bald nach ihrer Gründung. An sich war es nur natürlich, dass die europäischen Kommunisten ihren politischen Führungsanspruch nach 1945 auch aus ihrer entschiedenen Gegnerschaft gegen Nationalsozialismus und Faschismus ableiteten. Die großen Opfer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Kampf gegen Hitler und ihr Versprechen, ein besseres und gegen jeden Rückfall in sein welthistorisches Barbarentum gefeites Deutschland zu schaffen, verliehen ihr anfangs Glaubwürdigkeit über die »Arbeiterklasse« hinaus. Es wäre

verwunderlich gewesen, wenn das Ulbricht-Regime nicht jede Anstrengung unternommen hätte, diesen Wesensunterschied zwischen den beiden deutschen Staaten herauszustreichen und politisch nutzbar zu machen. Da jedoch bald erkennbar wurde, dass der Antifaschismus in der Lesart der SED kein offenes Politikangebot, sondern die Bemäntelung ihres absoluten Machtanspruchs war, verlor diese Art der Abkehr vom Nationalsozialismus dort, wo sie sich nicht auf die sowjetische Siegermacht stützen konnte, rasch an Überzeugungskraft.

In Westdeutschland avancierte dieser »Antifaschismus« früh zu einer hochverdächtigen Politformel. Die von der DDR so nachdrücklich eingeforderte Auseinandersetzung mit der NS-Zeit galt bereits bei Gründung der Bundesrepublik als eine von mehreren kommunistischen Varianten, den zweiten deutschen Demokratieversuch zu unterminieren. Die Ablehnung dieses antidemokratischen Antifaschismus erleichterte es der nachnationalsozialistischen westdeutschen Gesellschaft, ihre eigene Anstrengung zur »Vergangenheitsbewältigung« auf der Tagesordnung nach unten rutschen zu lassen. Obgleich die Hinweise und Enthüllungen Ost-Berlins viele Sachverhalte richtig wiedergaben, waren namentlich ihre Angriffe propagandistisch häufig derart übertourt, dass sie beim Bundeskanzler, den Parteien und Teilen der Öffentlichkeit das Gegenteil des beabsichtigten Effekts erreichten. Wir haben ausführlich beschrieben, wie vorzüglich der BND meist vorab darüber informieren konnte, welche Kampagne und welchen Schauprozess das Ulbricht-Regime als nächstes lancieren würde. Das verschaffte der Bundesregierung und ihren Ministerien einen erheblichen Informationsvorlauf und genügend Zeit, eine entsprechende Reaktion vorzubereiten. Gerade Hans Globke erfreute sich denkbar dichter Briefings durch den Gehlen-Dienst, der mit dieser Spezialkompetenz auch die CIA zu beeindrucken wusste.

Seine bedeutendste Leistung auf vergangenheitspolitischem Terrain erbrachte der BND während des Strafverfahrens gegen Adolf Eichmann in Israel. Für die Bundesregierung war es von allerhöchstem Interesse, wie der weltweit beachtete Prozess gegen den ehemaligen Leiter des Referats für Judenangelegenheiten im Reichssicherheitshauptamt ablief, welche Strategie Eichmanns Verteidiger Robert Servatius verfolgte und welche politischen Gefahren der Bundesrepublik von dem epochalen Justiz- und Medienereignis in Jerusalem drohten. Bundeskanzler Adenauer und sein

Kanzleramtschef hatten sofort alle Hebel in Bewegung und manchen offiziellen und inoffiziellen Beobachter in Marsch gesetzt, um zu verhindern, dass sich der Prozess etwa zu einem Tribunal ausweitete, in dem der westdeutsche Staat in Rechtsnachfolge des Dritten Reichs als ein Land der Judenmörder auf die Anklagebank geriet. Um jeden Preis sollte vermieden werden, dass westdeutsche Persönlichkeiten, die im NS-Staat verantwortliche Positionen bekleidet hatten und neuerlich zu Einfluss gekommen waren, in den gewaltigen vergangenheitspolitischen Strudel gerieten. Am meisten gefährdet schien Hans Globke. Seine Stellung an der Seite des Kanzlers war international ebenso geläufig wie seine Mitwirkung an der Entrechtung der Juden. Also machte der BND im Einvernehmen mit dem Kanzleramtschef die Beobachtung, Bespitzelung und Beeinflussung des Prozessgeschehens zu einer Operation allererster Priorität.

Der Nachrichtendienst beobachtete mit seinen V-Leuten nicht nur Eichmanns Familie und das argentinische Milieu, in dem er gelebt hatte, sondern auch die Netzwerke, die sich zu seiner Unterstützung und zur Vermarktung seiner Schriften bildeten. Der eigentliche historische Coup des Gehlen-Dienstes ist allerdings die unmittelbare Ausspähung seines Verteidigers gewesen. Es war vor allem der Strom von BND-Meldungen, die ihren Ursprung direkt bei Eichmann und Servatius hatten, der dem Kanzleramt einen tagfrischen Einblick in das Prozesskalkül Adolf Eichmanns und die Strategie seines Rechtsbeistands verschaffte. Hans Globke erfuhr so früh, dass er von den Einlassungen des Angeklagten nichts zu befürchten haben würde, der keine Erinnerung an einen Dienstverkehr mit dem Referenten im Reichsinnenministerium hatte. Solche Neuigkeiten waren für ihn von »allergrößtem Interesse«,[45] wie die BND-Spitze richtig vermutete.

Historikerinnen und Historikern, die sich mit diesen Vorgängen befassen, ist die Identität der damaligen NDV (Nachrichtendienstlichen Verbindung) inzwischen nicht mehr unbekannt, ihre Berichterstattung für den BND aber schon. Diese bemerkenswerten Unterlagen sind mir ordnungsgemäß zugänglich gemacht worden, ich habe sie in meinem Manuskript ausgewertet und ausführlich mitgeteilt. Nach Einschaltung des Bundeskanzleramts und des Kontrollgremiums für die Geheimdienste musste ich jedoch erkennen, dass die gesetzlichen Bestimmungen und ihre Bestätigung in höchstrichterlichen Urteilen derzeit keinen Spielraum lassen,

die vom BND vorgenommene Schwärzung der entsprechenden Passagen im Druck zu verhindern. Immerhin liegt die schriftliche Genehmigung des BND zur unverzüglichen Veröffentlichung dieser Eichmann-Dokumente nach dem – gerne würde ich mich weniger apokryph ausdrücken – Wegfall der rechtlichen Hinderungsgründe vor.[46]

Bei der Ausspähung der Eichmann-Verteidigung verschränkten sich Vergangenheitsabwehr nach außen und nach innen. Beide Stoßrichtungen lassen sich nicht voneinander trennen, doch bei der vergangenheitspolitischen Inlandsspionage des BND wird noch um einiges deutlicher, wie massiv der Chef des Bundeskanzleramts die ihm zugeordnete Behörde für seine eigene Selbstverteidigung instrumentalisierte. Ein Hauptproblem des Falles Eichmann war es ja gewesen, dass die Angriffe gegen Westdeutschland und Hans Globke persönlich in der Vergangenheitskrise, die sich gegen Ende der fünfziger Jahre nach einer Welle antisemitischer Attacken zu schürzen begann, nicht etwa nur von Kommunisten, sondern zunehmend auch von untadeligen Demokraten ausgingen. Mancher Kritiker fand sich nicht mit der Windstille der frühen Adenauer-Jahre ab und stellte hartnäckig Nachfragen, unter ihnen der West-Berliner Student Reinhard Strecker, Jahrzehnte später eine mit dem Bundesverdienstkreuz geehrte Vorbildfigur für den unbeirrten Aufklärungswillen eines Einzelnen.

Pars pro Toto sind wir im vorletzten Kapitel dieser Studie der Ausspähung und nachrichtendienstlichen Bedrängung Streckers durch Globke und den BND ausführlich nachgegangen. Der Berliner Sprachwissenschaftler hatte sich bereits vor dem Jerusalemer Prozess mit dem Fortwirken NS-belasteter Juristen befasst und 1959 mit der Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« erhebliches Aufsehen erregt. Die Ausstellungsmacher wurden zuvörderst Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.[47] Doch zugleich schaltete der Chef des Bundeskanzleramts den ihm näherstehenden Auslandsnachrichtendienst in die Aufklärung dieser als dreiste Provokation empfundenen Initiative junger Leute ein. Erschwert wurde die Handhabung des Falles dadurch, dass beide Dienste den Unbequemen zwar als politisch links, aber nicht als orthodox kommunistisch oder Sympathisanten des Ulbricht-Regimes einstufen konnten.

Da Reinhard Strecker auf der Basis von Dokumenten aus der DDR und Osteuropa begann, sich für die Tätigkeit von Hans Globke im Reichsministerium des Innern zu interessieren und entsprechende Aktenstücke für eine Dokumentation zusammenstellte, wuchs sich sein Fall während des Eichmann-Prozesses für den ehemaligen Ministerialrat im Reichsinnenministerium zu einer persönlichen Bedrohung aus – Anfang der sechziger Jahre bedurfte es erheblicher Zivilcourage von Autor und Verlag, ein gegen die rechte Hand des Bundeskanzlers gerichtetes Buchprojekt zu betreiben. Ebenso wie bei der inkriminierten Ausstellung ging Pullach dem Staatssekretär auch diesmal zur Hand: zum einen dabei, den lästigen Aufklärer nach Strich und Faden auszuforschen, zum anderen mit dem Versuch, die geplante Veröffentlichung der Dokumentation zu unterbinden oder wenigstens so rasch wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen.

Wir haben gesehen, dass beide Ziele dank eines beträchtlichen nachrichtendienstlichen Aufwands erreicht wurden. Wieder konnten wir beobachten, wie kaltschnäuzig und geradezu lustvoll der Betroffene auch hier von einem Freund (einem als Pazifist und Antimilitarist bekannten Publizisten und Drehbuchautor) an den BND verraten wurde. Mit seinen Informationen trug er entscheidend dazu bei, dass die Globke-Broschüre im Herbst 1961 zwar gerade noch gedruckt, nach einer juristischen Konfrontation zwischen David und Goliath von Globke aber um ihre Verbreitung gebracht werden konnte; Adolf Eichmann studierte Streckers 288 Druckseiten in der Zelle, Einfluss auf das Prozessgeschehen gewannen sie aber nicht. Pullach ermöglichte es dem Staatssekretär, der sich in einer regelrechten Rundumverteidigung befand, seine Verteidigungsstrategie frühzeitig zu planen und auch diesen vergangenheitspolitischen Angriff effektiv zu parieren. Neuerlich konnte er sich bei der Vergangenheitsabwehr auf die Unterstützung, man möchte fast sagen, *seines* Auslandsnachrichtendienstes verlassen. Noch drei Jahre nach dem Erscheinen der Anti-Globke-Dokumentation erinnerte Kurt Weiß den BND-Präsidenten mit Genugtuung an den erfolgreichen Versuch, den unbequemen Reinhard Strecker zu »neutralisieren«.[48]

7. Kurt Weiß alias »Winterstein«, der Intimus von Reinhard Gehlen und sogar noch nach seinem erzwungenen Ausscheiden bis Anfang der neunziger Jahre eine maßgebliche Eminenz des BND, brachte es in unserer Untersuchung zu einiger Prominenz. Da sein Anteil an der ausgedehnten

politischen Inlandsspionage und an dem weit über alle Dienstpflichten hinausgehenden Zusammenspiel mit den Unionsparteien kaum überschätzt werden kann, habe ich es für sinnvoll gehalten, Pullachs Liaisons mit CDU und CSU über drei Jahrzehnte hinweg etwas näher zu betrachten. Es ist das *dritte Betätigungsfeld* des Dienstes. Selbstverständlich verbietet sich eine Personalisierung der Inlandsspionage in der Person des hochrangigen Beamten Weiß, doch hätte Reinhard Gehlen ohne diesen ebenso intelligenten wie bedenkenlosen Manager seine Behörde kaum auf das hohe Niveau nachrichtendienstlicher Zweckentfremdung treiben können.

Man darf diesen Ersten Direktor im BND getrost als üble Figur bezeichnen. Wie kein zweiter verkörperte er das in den Gehlen-Jahren durch nichts zu verunsichernde Unverständnis gegenüber den Pflichten eines hohen Beamten, dem Regelwerk der Demokratie und den Normen des Rechtsstaats. Kurz: Er war die Inkarnation des im BND verbreiteten Unvermögens, gesetzestreu zu handeln und politischen Anstand zu wahren. Man wäre sogar geneigt, von einer Verwahrlosung des Dienstes zu sprechen, weckte der Begriff nicht die Vorstellung progressiven Verfalls. Davon kann jedoch nicht die Rede sein, denn Gehlen und sein engster Kreis bezogen sich wie dargetan von Anfang an nicht auf Recht und Gesetz oder eine verantwortungsvolle Gemeinwohlorientierung. Eine Konsequenz dieser Mentalität war das weit über seine dienstlichen Aufgaben hinausgehende illegale Zusammenspiel mit den Unionsparteien. Auch dies sicherte dem Auslandsnachrichtendienst lange das geheime Einverständnis von Bundeskanzler Adenauer und Kanzleramtschef Globke und garantierte ihm sein politisch-institutionelles Standing an höchster Stelle.

Kurt Weiß gehörte zu dem intimen Kreis der leitenden Mitarbeiter um Gehlen, die vom Staat her dachten und sich an der als »Staatsbejahung« verstandenen Maxime orientierten, wonach der Zweck die Mittel heilige. Darin durften sie sich durch den Bundeskanzler und seinen Kanzleramtschef bestärkt sehen. Beides förderte ihre selbstverständliche Bereitschaft, das im Beamtenrecht kodifizierte Gebot der innen- und parteipolitischen Zurückhaltung durchweg zu missachten. Weiß war der wohl bedenkenloseste Parteigänger und Proselyt des bewunderten »Doktors«.

In Kapitel IX unserer Untersuchung mussten wir weit über die Ära Adenauer hinausgehen, bis in die ersten Tage der rot-grünen

Regierungskoalition 1998, um zu zeigen, wie die Machenschaften des Gehlen-BND dem Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland noch drei Jahrzehnte nach der Adenauer-Zeit Skandale und Peinlichkeiten erstaunlicher Dimension bescherten. Auszubaden hatten sie »Dr. Schneiders« Nachfolger Gerhard Wessel, Klaus Kinkel und Konrad Porzner.

Wie wir gezeigt haben, kristallisierte sich die Indienstnahme des Pullacher Apparats für die innen- und parteipolitischen Ziele führender Unionspolitiker in keiner anderen Führungsfigur so massiv und charakteristisch wie in »Winterstein« während der Jahre der Unionsregierungen bis 1969, während der Opposition der Unionsparteien bis 1982 und auch noch während der ersten zehn Jahre der Regierung Helmut Kohl. Wohlgemerkt, wir sprechen nicht von den besonderen, die Grenzen des Erlaubten streifenden und auch überschreitenden Handlungsbedingungen im nachrichtendienstlichen Geschäft, sondern von der selbstherrlichen Grundauffassung der Spitzen des Systems Gehlen, selbst bestimmen zu können, was als handlungsleitend, als noch tolerabel oder indiskutabel, als unverantwortlich, gesetzwidrig oder demokratieschädlich gelten könne. Unkontrolliert und unkontrollierbar, wie sie waren, blieben sie nicht nur unempfindlich gegenüber den Pflichten korrekter Amtsführung, sondern, wie gesagt, auch unerreichbar von dem allmählichen Wandel des Demokratie-, Staats-, Gesellschafts- und Rechtsverständnisses in der Bundesrepublik. In Kurt Weiß sowie in Gestalt und Handeln seines Ziehkindes, des BND-Vizepräsidenten Paul Münstermann, überdauerte dieses Erbe im BND. Bis zu »Wintersteins« und »Heideggers« schändlichem Ende in fortlaufenden Skandalen und dienstlichen Maßregelungen sind die beiden geradezu die Verkörperung machtgestützter und machtgeschützter Unbedenklichkeit gewesen.

Selbstverständlich erfolgten die ausführlich vor Augen gestellte Anbahnung und Aufrechterhaltung der engen Verbindung mit führenden Politikern von CDU und CSU im Geheimen. Vieles fand keinen schriftlichen Niederschlag. Was dennoch fixiert wurde, ist beim ersten Präsidentenwechsel großenteils beseitigt worden. Innerhalb und außerhalb des BND haben sich gleichwohl genügend Unterlagen erhalten, um die Konturen der parteipolitischen Machenschaft klar zu erkennen. Ironischerweise ist es die 1989/90 gerettete Überlieferung der

kommunistischen Geheimpolizei der DDR, die uns diesen tiefen Einblick gewährt. Kurt Weiß und Paul Münstermann hätten die Dokumentation dieses Teils ihres Schaffens ebenso wie der sächsische Schriftsteller Erich Loest unter das Motto »Die Stasi war mein Eckermann«[49] stellen können, dem leicht abgewandelten Titel der Ballade von Wolf Biermann.

Die Notwendigkeit, auf konspirative Weise geheime Bande zu knüpfen, war für die BND-Spitze so lange nicht vordringlich gewesen, als sie über Staatssekretär Globke unmittelbaren Zugang zum Machtzentrum hatte und Konrad Adenauer fest im Sattel saß. Als um die Wende zu den sechziger Jahren jedoch sein Machtverfall einsetzte, das Palais Schaumburg womöglich nicht in der Pacht der Union bleiben würde, Bundeskanzler Ludwig Erhard dann so gar kein Verständnis für nachrichtendienstliche Belange aufbrachte (geschweige denn den BND weiterhin für innen- und parteipolitische Zwecke zu missbrauchen gedachte) und Ende 1966 eine Große Koalition unter Einbeziehung der SPD in Bonn zur Regierung gelangte, da änderte sich die Arbeitsgrundlage in den Augen Gehlens und seiner Getreuen so dramatisch, dass sie zu der Überzeugung kamen, besondere Zeiten erforderten besondere Maßnahmen.

Es war nun nicht mehr der Schrecken einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung, sondern die Gefährdung verfestigter konservativer Positionen in der Deutschland-, Ost- und Entspannungspolitik, die sich unter der Regierung Kiesinger/Brandt abzuzeichnen begann und von der sich die in ihren antiliberalen und antikommunistischen Überzeugungen verharrende BND-Führung herausgefordert fühlte. Da sie mit dieser Gegnerschaft gegen die neuen Tendenzen und gegen den Zeitgeist alles andere als alleine stand, konnte sie in den christlichen Parteien im Handumdrehen Gleichgesinnte mobilisieren und die Zusammenarbeit mit ihnen problemlos fortführen. Wir haben darüber berichtet, wie sich in Pullach ein wohlorganisierter, mit sehr konkreten Empfehlungen hervortretender Unterstützerkreis der Partei von Franz Josef Strauß formierte und wie die verschiedenen Pullacher Hauptakteure die politische Prominenz in CDU und CSU illegal bedienten. Nach Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel im Herbst 1969 wurde aus Gegnerschaft Feindschaft: Der Ex-Präsident kämpfte mit einigen Vertrauten außerhalb des BND, Kurt Weiß und Vizepräsident Paul Münstermann mit starken Verbündeten aus dem Dienst heraus.

Dr. Paul Münstermanns Weg und die über Jahrzehnte geknüpften Verbindungen führender BND-Beamter zu maßgebenden Politikern von CDU und CSU standen in der Tradition Reinhard Gehlens, die viele Mitarbeiter nicht so leicht aus den Kleidern schütteln konnten und auch gar nicht wollten. Die sehr engen BND-Kontakte zu mehr als einem Dutzend führender Politiker der Unionsparteien waren die Kehrseite der Medaille, die ihre Prägung durch die auftrags- und gesetzwidrige Ausforschung der langjährigen Oppositionspartei SPD und der unbequemen FDP erhielt. Alle entgegen sämtlichen Geheimhaltungsvorschriften mit geheimen Informationen und eingestuften Unterlagen belieferten Politiker von CDU und CSU ließen sich diese offensichtlichen Dienstpflichtverletzungen genauso gerne gefallen wie vordem Adenauer und Globke.

Wir haben ausmalen müssen, in welche kaum glaubliche menschliche Niederungen und zu welchen Praktiken albernsten Versteckspiels dieser systematische Unterschleif über Jahre hinweg führte. Kanzleramtschef Friedrich Bohl (CDU), gewiss kein progressiver Eiferer, kam, wie eingangs zitiert, schließlich nicht umhin, den Gehlen- und Weiß-Eleven vom Dienst zu suspendieren und ihm dabei die Hauptnorm und Kernpflicht des Berufsbeamtentums in Erinnerung zu rufen, wonach ein Beamter dem ganzen Volk, nicht einer Partei zu dienen habe.

Gewiss, diese gewohnheitsmäßigen Vergehen der führenden Beamten des bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienstes entsprangen ebenso deren ungebrochenem autoritärem Staats- und Gesellschaftsverständnis wie ihren rechtskonservativen Überzeugungen. Sie rührten jedoch auch daher, dass sie als notwendigerweise im Verborgenen arbeitende Fachleute niemals die öffentliche Anerkennung erhoffen konnten, die ihnen der eigenen Überzeugung nach für ihre »aktive Auseinandersetzung«[50] an der Front der Systeme und Weltanschauungen wie des als befremdlich erlebten Gesellschaftswandels gebührte. Gewiss, ein Kurt Weiß, der das lange nachwirkende System Gehlen wie kein Zweiter inspirierte und repräsentierte, versprach sich von seiner exorbitanten Kontakt- und Einflusspolitik eine Stärkung des konservativen Lagers und seines Bundesnachrichtendienstes, für den er sich tatsächlich aufrieb. Das im Einverständnis mit Gehlen kreierte und perfektionierte »Winterstein«-Unwesen hatte jedoch ebenso einen ganz persönlichen Kern. Jeder an diesen Machenschaften Beteiligte konnte in dieser Mission die eigene

Position im Dienst zusätzlich stärken, sich die verwehrte allgemeine Anerkennung auf verdecktem Wege beschaffen, sich bei Entscheidungsträgern in den Vordergrund spielen, wohl auch Allmachtsphantasien ausleben, die eigene Selbstherrlichkeit befeuern, Wichtigkeit und Selbstwirksamkeit erfahren.

Ebenso wie sein Protegé Münstermann wurde auch Weiß durch diese Manie, ja Sucht wie von einer Droge nach und nach nicht nur immer weiter aus der ihn umgebenden Realität hinausgeführt, sie deformierte ihn und seine Mitstreiter obendrein in einer Weise, dass sie Geheimnisverrat und Dienstvergehen als unvermeidliche Begleiterscheinungen eines höheren Zwecks empfanden. So fügten diese Schattenkämpfer nicht nur ihrem eigenen, sondern auch dem Ansehen des BND schweren Schaden zu. Mehr noch: Sie förderten in ihrem Drange eine Kultur der Selbstüberschätzung und Selbstüberhebung, für die das geheime Milieu der Nachrichtendienste ohnehin anfälliger ist als Bereiche der demokratischen Lebenswelt, die sich wirksamer Kontrolle viel schwerer entziehen können. Pullach zog aus Gehlens »Winterstein«-Unwesen lange beträchtlichen Nutzen, doch am Ende, in den siebziger und achtziger Jahren, wirkte es zunehmend zerstörerisch – politisch *und* persönlich.

Nach eingehender Befassung mit der Präsenz des BND in der Innenpolitik und seiner politischen Inlandsspionage wird man sagen dürfen, dass die heute kaum glaublich erscheinende Geschichte des bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienstes in der Ära Adenauer und in den Jahren danach auch ein Lehrstück darüber ist, dass einer verlässlichen Einhegung der Nachrichtendienste Grenzen gezogen sind. Gewiss, der Gehlen-BND und die in ihm herausgebildeten und lange nachwirkenden Traditionen waren zeitbedingt und von den Zeitumständen geprägt. Doch ebenso gewiss ist, dass es selbst einer gefestigten rechtsstaatlichen Demokratie niemals möglich sein wird, sich vollständigen Einblick in das Tun ihrer nachrichtendienstlich arbeitenden Behörden zu verschaffen. Das liegt in der Natur ihres Auftrags und ihrer Methoden.

In den zurückliegenden Jahren sind demokratische Kontroll- und Überwachungsinstanzen für die Nachrichtendienste geschaffen worden. Am wirkungsvollsten ist ihre Kontrolle allerdings von außen *und* innen, durch Mitarbeiter nämlich, die über ein waches rechtsstaatliches Bewusstsein und eine kräftige Portion Zivilcourage verfügen. In diesem, nur in diesem Punkt

können sie von Konrad Adenauer lernen, der sich der geheimen Dienste des BND für seine innen- und parteipolitischen Zwecke so bedenkenlos bediente: »Das wichtigste ist der Mut.«[51]

Unsere Kommission hat die Geschichte des Gehlen-BND neu geschrieben und dazu beigetragen, den Blick auf die formativen Jahre der nachnationalsozialistischen Bundesrepublik zu schärfen. Die Geschichte der Ära Adenauer muss deshalb nicht umgeschrieben werden, doch eine deutlichere Konturierung hat das Bild des Gründungskanzlers gewiss erfahren.

1 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie, München 1995, S. 877.
2 Schwarz, Adenauer, II, S. 790.
3 So der Untertitel von Müller, Gehlen.
4 Friedrich Bohl an Paul Münstermann, Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens, 14.7.1995, in: BND-Archiv, 2220, o. Bl.
5 Aktennotiz Gehlens über seine Besprechung mit Hans Globke am 29. Juni 1950, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 43.
6 Rundschreiben des Staatssekretärs des Bundeskanzleramts, 23.11.1954, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), 2, Bl. 130; Allgemeine Dienstanweisung des Chefs des Bundeskanzleramts für den Bundesnachrichtendienst, 4.12.1968, in: BND-Archiv, 104921, o. Bl.
7 Müller, Gehlen; Nowack, Sicherheitsrisiko; Rass, Sozialprofil; Sälter, Rote Kapelle bzw. NS-Kontinuitäten (im Erscheinen); Wolf, Entstehung.
8 Müller, Gehlen, II, S. 1307.
9 Sprechzettel für eine Sitzung mit Unterabteilungsleitern am 4.2.1970, in: BND-Archiv, 1188, Bl. 388. Siehe auch Dülffer, Krise, S. 92 f.
10 Siehe das Resümee von Rolf-Dieter Müller, in: ders., Gehlen, II, S. 1301 ff.
11 Frieder Günther: Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration 1949–1970, München 2004.
12 Bösch/Wirsching, Innenministerien, S. 749.
13 Denkschrift Gehlens für James H. Critchfield, Considerations on Future Developments, 13.5.1950, in: BND-Archiv, 1112, Bl. 315 ff., hier Bl. 321.
14 Memorandum Gehlens vom 30. August 1946, zit. nach Critchfield, Auftrag Pullach, S. 51. Hervorhebung von mir.
15 Sälter, Rote Kapelle, S. 61.
16 Hans-Peter Schwarz: Der Stabilisierer Europas: Konrad Adenauer, in: ders.: Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S. 510–529, hier S. 525.
17 So der von Ian Kershaw in seiner großen Hitler-Biografie popularisierte Begriff.
18 Memorandum von Richard Helms, German Leadership of Zipper, 27.3.1951, in: Forging an Intelligence Partnership, 1949–1956, S. 397.
19 Henke, Geheime Dienste, I, S. 307 ff.
20 CIA Deutschland an die Zentrale in Washington, Offspring–Review of Record and Problems, 25.6.1950, in: Forging an Intelligence Partnership, 1949–1956, Bd. 2, S. 351.
21 Heidenreich, DDR-Spionage; Hilger, Sowjet-Kommunismus.
22 So der Leiter des Bonner Verbindungsbüros in einer Meldung für Gehlen, 5.7.1955, in: BND-Archiv, 35447, Bl. 203 f.
23 CIA, KGB Exploitation of Heinz Felfe, S. 12, in: https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/FELFE%2C (Zugriff 12.1.2019).
24 Wolf, Entstehung, S. 513.
25 Der Spiegel, 22.9.1954 (»Des Kanzlers lieber General«).
26 Schmidt-Eenboom, Undercover, S. 32.
27 Die Zeit, 8.10.1971 (»Ein Denkmal stürzt sich selbst«).
28 Der Spiegel, 3.11.1980 (»H. D. Becker über Reinhard Gehlen: ›Verschlusssache‹. Nachrede aus dem Grab«).
29 Wengst, Dehler, S. 271.
30 V. M., Bericht über die Sitzung des Bundesvorstandes der FDP in Stuttgart am 25.2.1956, 27.2.1956, in: ACDP, 01-070-16/2.

31 Siehe Bösch, Adenauer-CDU, S. 361.
32 Sitzung am 13.1.1956, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 732 f.; vgl. auch die Sitzungen am 3.6.1955 und am 10.3.1956, in: ebd., S. 511 und 849 f.
33 Siehe Repgen, Finis Germaniae.
34 Sitzung am 11.7.1961, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 987.
35 Schwarz, Anmerkungen zu Adenauer, S. 171.
36 Memorandum for DCI, Hans Globke, 12.4.1956, in: NA, RG 263, CIA Name Files, Second Release, Box 42, Globke, Hans, Bl. 86806 ff.
37 Denkschrift »Die Erhaltung des amerikanischen politischen Einflusses in Europa«, 16.5.1949, in: BND-Archiv, 1112, Bl. 27 ff., hier Bl. 34.
38 Dülffer, Krise, S. 243 ff.
39 Sitzung am 19.1.1954, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, S. 74 f.
40 Sitzung am 7.2.1957, in: ebd., S. 1192 f.
41 Sitzung am 11.5.1957, in: ebd., S. 1223.
42 Walter Henkels: »… gar nicht so pingelig, m. D. u. H.« Neue Adenauer-Anekdoten, Berlin 1966.
43 Schwarz, Anmerkungen zu Adenauer, S. 201; das folgende Zitat ebd., S. 202.
44 Siehe Sälter, NS-Kontinuitäten.
45 Weiß (181) an Gehlen (363), Besprechung Dr. Servatius / Eichmann in Israel, 20.10.1960, in: BND-Archiv, 1208, Bl. 173 f.
46 Schreiben des Autors an den BND-Präsidenten Dr. Bruno Kahl, 2.6.2021; das Antwortschreiben datiert vom 21.6.2021.
47 Siehe etwa die Personenauskunft des BfV von 1961, in: BND-Archiv, 22758, o. Bl.
48 Weiß an Gehlen, Reinhard M. Strecker, 16.12.1964, in: BND-Archiv, 22750, o. Bl.
49 Erich Loest: Die Stasi war mein Eckermann, Göttingen 1991.
50 Denkschrift Gehlens an das Kanzleramt vom 3.12.1963, zit. nach Dülffer, Krise, S. 56.
51 Anneliese Poppinga: »Das Wichtigste ist der Mut«. Konrad Adenauer – die letzten fünf Lebensjahre, Bergisch Gladbach 1994.

Anhang

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ADL	Archiv des Liberalismus
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AFP	Agence France Press
AG	Adjutant General
AG/TS	Adjutant General/Top Secret
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AIM	Archivierter IM-Vorgang
AIS	American Intelligence Service
AL	Abteilungsleiter
AZ	Abendzeitung
Az.	Aktenzeichen
BArch	Bundesarchiv
BA/MA	Bundesarchiv/Militärarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BDC	Berlin Document Center
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDJ	Bund deutscher Jugend
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BK	Bundeskanzleramt
BKA	Bundeskriminalamt
Bl.	Blatt
BMI	Bundesministerium des Innern
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BND	Bundesnachrichtendienst
BOB	Berlin Operation Base
BP	Bayernpartei

BR	Bayerischer Rundfunk
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
BVP	Bayerische Volkspartei
CE	Counter Espionage
CI	Counter Intelligence
CIA	Central Intelligence Agency
CDU	Christlich Demokratische Union
COB	Chief of Operation Base
COMINT	Communication Intelligence
COS	Chief of Station
CSU	Christlich-Soziale Union
CV	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
CVJM	Christlicher Verein Junger Menschen
DCI	Director of Central Intelligence
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DM	Deutsche Mark
DN	Deckname, Dienstname
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DPA	Deutsche Presseagentur
DRP	Deutsche Reichspartei
DSZ	Deutsche Soldatenzeitung
DVP	Deutsche Volkspartei
EE	Eastern Europe
E-Fall	Emergency-Fall
EEI	Essential Elements of Information

EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ELINT	Electronic Intelligence
ERR	Electronic Reading Room
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FD	Foreign Division
FDM	Foreign Division M
FDP	Freie Demokratische Partei
FHO	Fremde Heere Ost
FRUS	Foreign Relations of the United States
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GBA	Generalbundesanwalt
GDP	Gesamtdeutsche Partei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
G-2	Military Intelligence
GM	Geheimer Mitarbeiter
GV	Generalvertretung
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
HA	Hauptabteiliung
HIAG	Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit
HICOG	High Commissioner for Germany
HICOM	High Commission for Germany
HJ	Hitlerjugend
HVA	Hauptverwaltung A des MfS
HUMINT	Human Intelligence
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
i. G.	Im Generalstabsdienst
IM	Inoffizieller Mitarbeiter

ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
KAB	Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
KGB	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der Sowjetunion
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KN	Klarname
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
L	Leiter
LdA	Leiter der Außenstelle(n)
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
LV	Landesverband
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MI	Military Intelligence
MOB	Munich Operation Base
Mob	Mobilmachung
NARA	National Archives and Records Administration
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Nachrichtendienst
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NIA	National Intelligence Authority
NL	Nachlass
NKWD	Volkskommissariat des Innern der Sowjetunion
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSA	National Security Agency
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk

NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o. Bl.	ohne Blattangabe
o. D.	ohne Datum
OMGUS	Office of Military Government for Germany (U. S.)
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OPC	Office of Political Coordination
Org	Organisation Gehlen
OSINT	Open Source Intelligence
OStA	Oberstaatsanwalt
OSO	Office of Special Operations
o. V.	ohne Verfasser
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PCI	Partito Communista Italiano
Pg	Parteigenosse
POB	Pullach Operation Base
PRO	Public Record Office
PV	Parteivorstand
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RG	Record Group
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SDA	Sozialdemokratische Aktion
SdP	Sudetendeutsche Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SIGINT	Signal Intelligence
Sipo	Sicherheitspolizei
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit

SMAD	Sowjetische Militäradministration
SOE	Special Operations Executive
SOP	Standard Operating Procedure
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
SU	Sowjetunion
SV	Sonderverbindung
SZ	Süddeutsche Zeitung
TS	Top Secret
UAL	Unterabteilungsleiter
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UHK	Unabhängige Historikerkommission
U. K.	United Kingdom
UN	United Nations
UNO	United Nations Treaty Organization
U. S.	United States
USA	United States of America
USAREUR	United States Army, Europe
UV	Untervertretung
VdS	Verband deutscher Soldaten
VFF	Volksbund für Frieden und Freiheit
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
V. M.	Vertrauliche Mitteilung
VMF	V-Mann-Führer
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VS	Verschlusssache, Verfassungsschutz
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WTB	Wessel-Tagebuch

ZK	Zentralkomitee
ZRS	Zentrale Rechtsschutz-Stelle

Quellen und Literatur

Zitierte Archivquellen

BND-Archiv

Sachakten

1088, 1110, 1112, 1131, 1162, 1163, 1172, 1173, 1190, 1193, 1197, 1202, 1204, 1206, 1207, 1208, 1216, 1219, 1224, 1227, 1228, 1230, 1231, 1232, 1262, 1418, 1419, 1454, 1460, 1600, 1731, 1954, 2135, 2138, 2220, 2221, 2611, 2768, 2780, 2785, 2925, 3196, 3211, 3285,4320, 4317, 4318, 4320, 5053, 5054, 5055, 5056, 5060, 5259, 5278, 5393, 14202, 19849, 21469, 21687, 21688, 21689, 21690, 22631, 22750, 22758, 23376, 23380, 23381, 23383, 23461, 23463, 23485, 23507, 23526, 24055, 24056, 24057, 24854, 24856, 24869, 24870, 24962, 24964, 24965, 24966, 24967, 24968, 35426, 35432, 35443, 35447, 35448, 35451, 35472, 35473, 35475, 35476, 35477, 35478, 35480, 35481, 42068, 100470, 100471, 101786, 101842, 101845, 101848, 102293, 102848, 104123, 104223, 104275, 104288, 104290, 104363, 104364, 104917, 104921, 104924, 104926, 104931, 120017, 120090, 120201, 120205, 120282, 120293, 120294, 120299, 120323, 120603, 120607, 120610, 120611, 120616, 120623, 120949, 120950, 120951, 120953, 120958, 121078, 121080, 121081 121082, 121099, 121101, 121453, 121487, 121919, 122015, 122034, 122280, 122281, 122390, 122391, 122394, 122426, 122444, 122716, 122718, 122733, 122734, 122746, 123063, 123067, 123071, 151557, 153043, 220030, 220031, 220035, 220044, 220045, 220046, 220047, 220091, 220123, 220163, 220208, 220223, 220224, 220225, 220270, 220271, 220630, 220632, 220633, 220634, 220635, 220636, 220638, 220639, 220640, 220641, 220837

Personenbezogene Akten

V-92, V-1101, V-1401, V-1897, V-2600, V-7369, V-7416, V-7461, V-7611, V-7626, V-7880, V-11463, V-11536, V-11643, V-12670, V-13889, V-19849, V-22146, V-23360, V-23667, V-24140, V-34810, V-41112, V-46838, V-47504, V-56200, V-56237, V-62056, P133/I, P133/II, P133/III, P1/0240/I, P1/391, P1/2305, P1/2434, P1/3455, P-4526, P1/5020, P1/5130

Nachlässe

NL 1 (Gerhard Wessel), Bd. 6, 7, 30, 32, 77

NL 10 (Kurt Weiß), Bd. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 27, 29, 30, 32

NL 13 (Reinhard Gehlen)

NL 22 (Adolf Wicht), Bd. 1
NL 28 (Udo Ritgen), Bd. 7

Archiv des Deutschen Bundestages
Protokoll über die 18. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses, 9.10.1974

Bundeskanzleramt, VS-Registratur (BK-Amt)
00030 (92), 10200 (8), 10201 (311), 10218 (42), 10218 (44), 10218 (105), 10218 (175), 10220 (2), 11114 (8), 11300 (12), 11300 (13), 14202 (4), 14202 (5), 14202 (8), 14203 (1), 15100 (34), 15100 (44), 15100 (59), 15100 (64), 15100 (136), 15100 (138), 15100 (187), 15100 (193), 15100 (199), 15100 (231), 15100 (375), 15102 (107), 15121 (7), 15121 (22), 15205 (1), 19006 (19), 120201 (289), 120201 (292), 120201 (293), 5-14202-282/55 (alt)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA)
B 11/1280, B 12/1039, B 14/9, B 130/4888, 5680A, 5571A, 5571C

Bundesanwaltschaft
BJs 470/62; 3 BJs 820/91-4

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)
NL Günter Bachmann 01-798-004/1
NL Hans Globke, 01-070-13/1, 01-070-15/1, 01-070-15/2, 01-070-16/2, 01-070-021/03, 01-070-058/2, 01-070-060/3, 01-070-61/1, 01-070-085/3, 01-070-101/2, 01-070-101/3, 01-070-102/3, 01-070-103/2, 01-070-123/2
NL Hans Kilb, 01-454-005/3
NL Heinrich Krone, 01-028-055/2
NL Otto Lenz, 01-172-093/2
NL Werner Marx, 01-356-A015, 01-356-A290, 01-356-A352
CDU-Bundespartei, 07-001-3187, 07-001-3287, 07-001-5019, 07-001-10084, 07-001-10086, 07-001-12068, 07-001-12087

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH)
I 12.23, I 12.24, I, 12.25, I 12.28, I 12.33,

Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)

NL Jaeger, A 28, S 325

NL Strauß, Familie, 169, 1092, 1148, 1252, 1266, 1271, 1275; PV, 5249, 5383, 5677, 11550

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
Willy-Brandt-Archiv, A 6 Berlin 1947–1966, 161
Willy-Brandt-Archiv, Abgeordnetentätigkeit – Deutscher Bundestag: Büroleiter Klaus Lindenberg (1990–1992), 6
Willy-Brandt-Archiv, A 11.2 SPD (Parteiführung) 1964–1987 – Persönliche Korrespondenz A–Z 1981–1986, 162
Willy-Brandt-Archiv, A 11.4 SPD (Parteiführung) 1964–1987 – Erich-Ollenhauer-Haus, zentrale Arbeitsgemeinschaften und Verbände, 20, 35
Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA005191
NL Fritz Erler, 1/FEAB000066 B; 1/FEAB000066 C; 1/FEAB000189 B
NL Fritz Heine, 1/FHAB000146
NL Werner Jacobi, 1/WJAA000065
NL Siegfried Ortloff, 1/SOAA000001
NL Erich Wollenberg, 1/EWAF000002; 1/EWAF000056; 1/EWAF000095
Sammlung Personalia, Fried Wesemann, 6/SAMP010702
SPD-Bundestagsfraktion II. Wahlperiode, 2/BTFB000046
SPD-Bundestagsfraktion III. Wahlperiode, 2/BTFC000274
SPD-Bundestagsfraktion IV. Wahlperiode, 2/BTFD000870; 2/BTFD000871; 2/BTFD000872
SPD-Bundestagsfraktion VII. Wahlperiode, 2/BTFG000086; 2/BTFG003035; 2/BTFG003052
SPD-Parteivorstand/Büro Kurt Schumacher, 2/KSAA000067; 2/KSAA000080
SPD-Parteivorstand/Büro Erich Ollenhauer, 2/EOAA000196; 2/EOAA000205; 2/EOAA 000292; 2/EOAA000341; 2/EOAA000393; 2/EOAA000394
SPD-Parteivorstand, Sekretariat Fritz Heine, 2/PVAJ000210
SPD-Parteivorstand, Abteilung Organisation, Abteilungsleitung, 2/PVBJ000085
Bundestagsfraktion, Protokolle 1958
Parteivorstand, Protokolle 1953, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961
Präsidium, Protokolle 1968

Archiv des Liberalismus (ADL)
Bestand FDP-Bundespartei, 60
NL Thomas Dehler, N1-2451
NL Erich Mende, A31-9
NL Carl-Hubert Schwennicke, N54-152
NL Wolfgang Döring, N77-27, 43

Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Bestand 11-0 02.Ortloff

Archiv des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., Weilheim
Notizen Thomas Walde
Korrespondenz-Ordner Baumann II

DGB-Archiv
Bestand DGB-Bundesvorstand, Abteilung Vorsitzender, 5/DGAI000005

Bundesarchiv (BArch)
B 106/202278
B 136/50086, 50087, 50139, 50255, 50274, 50275, 50402, 50403, 50405, 50424, 51795, 51797
B 138/1744, 1765
B 162/2554
B 206/1977
B 443/773
N 1337/680
All. Proz. 6/253

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)
MfS, AIM 6958/57; MfS, AOP 141/54; MfS, HA II, 13127; MfS, HA IX/11-AK1; BVfS Leipzig, AIM 1027/91 (zahlreiche Anlage-Bände)

Staatsarchiv Bamberg
NL Guttenberg, Bd. 37, 42, 99, 103, 104, 169, 186, 246

CIA, Electronic Reading Room
Albert, Ludwig; Eichmann, Adolf; Gehlen Org; Genoud, François; Globke, Hans; Rechenberg, Hans; Felfe, Heinz: Damage Assessment Report

Institut für Zeitgeschichte, Archiv
ED 100-68-37, 100-68-154, 100-68-190, 100-69-251

National Archives Washington
RG 263, Entry ZZ-18, CIA Name Files, Box 1, Albert, Ludwig; Second Release, Box 42, Globke, Hans, 85165, 85167, 86806
RG 319, Entry 134A, Gehlen, Reinhard, vol. 1-7

Privatbesitz
Unterlagen der Familie Ortloff

Zeitungen

Abendzeitung
Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland
Die Andere Zeitung
Berliner Zeitung
Bild-Zeitung
Bonner Generalanzeiger
Bonner Rundschau
Chicago Sun-Times
Chiemgau-Zeitung
Christ und Welt
Dagens Nyheter
Deutsche Zeitung
Deutschland-Magazin
Focus
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Hamburger Anzeiger
Hamburger Echo
JS – Zeitschrift junger Sozialdemokraten
Kölner Rundschau
konkret
Kristall
Life
Münchner Illustrierte
National-Zeitung, Basel
Neue Revue
Neue Rhein-Zeitung
Neue Zürcher Zeitung
Neues Deutschland
New York Herald Tribune
New York Post
New York Times
Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
Passauer Neue Presse

Politiken
Polityka
Quick
Revue
Rheinischer Merkur
Schwäbische Zeitung
Spiegel
Stern
Stuttgarter Nachrichten
Süddeutsche Zeitung
Sunday Times
Tagesspiegel
Die Tat
Vorwärts
Welt am Sonntag
Die Zeit

Interviews
Herbert Rieck, 18.12.2012
Volker Foertsch, 8.1.2013
Helmut Ortloff, 18.3.2013
Alexander Ortloff, 20.4.2013

Zitierte Memoiren und Quellensammlungen

Adenauer. Teegespräche 1955–1958, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986.

Adenauer. Teegespräche 1959–1961, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988.

Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«: die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990.

Adenauer: »… um den Frieden zu gewinnen«: die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1993.

Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998.

Adenauer und die FDP, bearbeitet von Holger Löttel, Paderborn 2013.

Bärwald, Helmut: Das Ostbüro der SPD 1946–1971. Kampf und Niedergang, Krefeld 1991.

Deutscher Bundestag, Verhandlungen, Stenographische Protokolle, 1. Wahlperiode (1949–1953), 2. Wahlperiode (1953–1957), 3. Wahlperiode (1957–1961), 6. Wahlperiode (1969–1972), 7. Wahlperiode (1972–1976), Bonn 1950 ff.

Ehmke, Horst: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994.

Felfe, Heinz: Im Dienst des Gegners. 10 Jahre Moskaus Mann im BND, Hamburg 1986.

Foreign Relations of the United States (FRUS), 1952–54, Vol. VII: Germany and Austria, Part 1, Washington 1986.

Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND, 1949–1956, Bd. 2, hrsg. von Kevin C. Ruffner, Washington 2006.

Gehlen, Reinhard: Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971, Mainz 1971.

Gehlen, Reinhard: Verschlußsache, Mainz 1980.

Heizler, Rudolf: Die Exekution und andere Beobachtungen eines Zeitzeugen, München 1989.

Hochstetter, Dorothee und Dieter K. Kollmer (Hrsg.): Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit/Ausschuss für Verteidigung. Juli 1955 bis Januar 1956, Düsseldorf 2017.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 6: 1953, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989.

Kaul, Friedrich Karl: Der Fall Eichmann, Berlin 1963.

Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß. Eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat, Stuttgart 1958.

Loest, Erich: Die Stasi war mein Eckermann, Göttingen 1991.

Nollau, Günther: Das Amt. 50 Jahre Zeuge der Geschichte, München 1978.

Sänger, Fritz: Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978.

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1949–1957, 1. Halbband: 1949–1953, 2. Halbband: 1953–1957, bearbeitet von Petra Weber, Düsseldorf 1993.

Zitierte Literatur

Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

Appelius, Stefan: Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999.

Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964.

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 3, Mainz 1979.

Bästlein, Klaus: »Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes.« Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktion der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte »Selbstreinigung« 1957–1968, in: Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR, hrsg. von Klaus Bästlein, Annette Rosskopf und Falco Werkentin, Berlin 2009, S. 53–93.

Bästlein, Klaus, Annette Rosskopf und Falco Werkentin (Hrsg.): Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR, Berlin 2009.

Bamberg, Hans-Dieter: Die Deutschland-Stiftung e. V. Studien über Kräfte der »demokratischen Mitte« und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim am Glan 1978.

Baumann, Imanuel: Theo Saevecke (1911–2000): Belastung – Anpassung – Selbstvergewisserung, in: Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründergeneration in der frühen Bundesrepublik, hrsg. von Imanuel Baumann, Herbert Reinke, Andrej Stephan und Patrick Wagner, Köln 2011, S. 219–240.

Baumann, Imanuel, Herbert Reinke, Andrej Stephan und Patrick Wagner (Hrsg.): Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründergeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011.

Bevers, Jürgen: Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik, Berlin 2009.

Blasius, Rainer A.: Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63, in: Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, hrsg. von Rainer A. Blasius, München 1994, S. 155–210.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994.

Blumenwitz, Dieter, Klaus Gotto, Hans Maier, Konrad Repgen und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Band II: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976.

Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, München 2001.

Bösch, Frank und Andreas Wirsching (Hrsg.): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin, Göttingen 2018.

Bouvier, Beatrix W.: Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990.

Braun, Jutta: Hans Georg Schulz. Einflussagent in der »Frontstadt Berlin«, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke, hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding, Berlin 2021, S. 812–859.

Brechtken, Magnus: Nürnberger Gesetze, Nachgeschichte und Historiografie: Der Fall Globke, in: Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen, hrsg. von Magnus Brechtken, Hans-Christian Jasch und Niels Weise, Göttingen 2017, S. 249–266.

Brechtken, Magnus, Hans-Christian Jasch und Niels Weise (Hrsg.): Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen, Göttingen 2017.

Breyer, Wolfgang: Dr. Max Merten – ein Militärbeamter der deutschen Wehrmacht im Spannungsfeld zwischen Legende und Wahrheit, Mannheim 2003.

Brochhagen, Ulrich: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Berlin 1999.

Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg: Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.

Conze, Eckart, Frei Norbert, Peter Hayes und Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009.

Cookridge, E. H.: Gehlen. Spy of the Century, London 1971.

Coppi, Hans und Stefan Heinz (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzkisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, Berlin 2012.

Creuzberger, Stefan: Ewert von Dellingshausen (1909–1996). Ein baltendeutscher Antikommunist im Dienste der »Psychologischen Kriegsführung«, in: Spione und Nachrichtenhändler. Geheimdienst-Karrieren in Deutschland 1939–1989, hrsg. von Helmut Müller-Enbergs und Armin Wagner, Berlin 2016, S. 208–228.

Creuzberger, Stefan: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969, Düsseldorf 2008.

Critchfield, James H.: Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948–1956, Hamburg 2005.

Dirks, Christian: »Die Verbrechen der anderen«. Auschwitz und der Auschwitzprozess der DDR: Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer, Paderborn 2006.

Doerry, Martin und Hauke Janssen (Hrsg.): Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, München 2012.

Dorn, Wolfgang und Wolfgang Wiedner: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring. Eine politische Biographie, Bonn 1974.

Dülffer, Jost: Der Bundesnachrichtendienst in der Spiegel-Affäre, in: Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, hrsg. von Martin Doerry und Hauke Janssen, München 2012, S. 112–129.

Dülffer, Jost, Klaus-Dietmar Henke, Wolfgang Krieger und Rolf-Dieter Müller (Hrsg.): Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umrisse und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013, Berlin 2014.

Dülffer, Jost: Pullach intern. Innenpolitischer Umbruch, Geschichtspolitik des BND und der »Spiegel«, 1969–1972, Marburg 2015.

Dülffer, Jost: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er-Jahren, Berlin 2018.

Engelmann, Roger: Zur »Westarbeit« der Staatssicherheit in den fünfziger Jahren, in: Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs, Bremen 2003.

Engelmann, Roger und Paul Erker: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969, München 1993.

Franceschini, Christoph, Thomas Wegener Friis und Erich Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Frei, Norbert (Hrsg.): Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001.

Fricke, Karl Wilhelm und Roger Engelmann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998.

Friedel, Mathias: Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus, St. Augustin 2001.

Gassert, Philipp: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.

Glienke, Stephan A.: Die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« (1959–1962): Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen, Baden-Baden 2008.

Görtemaker, Manfred und Christoph Safferling: Die Akte Rosenburg: Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.

Goschler, Constantin und Michael Wala: »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015.

Großbölting, Thomas und Sabine Kittel (Hrsg.): Welche »Wirklichkeit« und wessen »Wahrheit«? Das Geheimdienstarchiv als Quelle und Medium der Wissensproduktion, Göttingen 2019.

Große, Christina: Der Eichmann-Prozess zwischen Recht und Politik, Frankfurt am Main 1995.
Günther, Frieder: Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration 1949–1970, München 2004.
Hechelhammer, Bodo V.: Die »Dossiers«. Reinhard Gehlens geheime Sonderkartei, in: Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umrisse und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013, hrsg. von Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke, Wolfgang Krieger und Rolf-Dieter Müller, Berlin 2014, S. 81–90.
Hechelhammer, Bodo V. und Susanne Meinl: Geheimobjekt Pullach. Von der NS-Mustersiedlung zur Zentrale des BND, Berlin 2014.
Hechelhammer, Bodo V.: Spion ohne Grenzen. Heinz Felfe – Agent in sieben Geheimdiensten, München 2019.
Hehl, Ulrich von: Hans Globke (1898–1973), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher, Band 3, Mainz 1979, S. 247–259.
Heidenreich, Ronny, Daniela Münkel und Elke Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, Berlin 2016.
Heidenreich, Ronny: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau, Berlin 2019.
Heigl, Frank P. und Jürgen Saupe: Operation Eva. Die Affäre Langemann. Eine Dokumentation, Hamburg 1982.
Henke, Klaus-Dietmar: Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, in: Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, hrsg. von Norbert Lammert, München 2020, S. 277–298.
Henke, Klaus-Dietmar: Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage der Organisation Gehlen 1946–1953, Berlin 2018.
Henkels, Walter: »… gar nicht so pingelig, m. D. u. H.« Neue Adenauer-Anekdoten, Berlin 1966.
Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
Herbstritt, Georg und Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003.
Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.
Hett, Benjamin Carter und Michael Wala: Otto John. Patriot oder Verräter: Eine deutsche Biographie, Hamburg 2019.
Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984.
Hilger, Andreas: Blick durch den Eisernen Vorhang. Der westdeutsche Nachrichtendienst und der »Sowjet-Kommunismus« 1946–1968, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke, hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding, Berlin 2021, S. 47–262.
Hodenberg, Christina von: Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, hrsg. von Ulrich Herbert, Göttingen 2002, S. 278–311.
Jelinek, Yeshayahu A.: Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004.
Jürgs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie, München 1995.
Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.
Kießling, Friedrich und Christoph Safferling: Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, *Spiegel*-Krise und RAF, München 2021.
Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1996.
Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994.
Köpf, Peter: Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse, Berlin 1995.

Krause, Peter: Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse, Frankfurt am Main 2002.
Krieger, Wolfgang in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding (Hrsg.): Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke, Berlin 2021.
Krieger, Wolfgang: Der Fall Langemann und der Strategische Dienst – eine Fallstudie, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke, hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding, Berlin 2021, S. 862–912.
Lammert, Norbert (Hrsg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, München 2020.
Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005.
Lemke, Michael: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die Westpropaganda der SED 1960–1963, in: VfZ 41 (1993), S. 153–174.
Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln 2006.
Lösche, Peter und Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
Lommatzsch, Erik: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt am Main 2009.
Longerich, Peter: Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987.
Lüdke, Tilman: Die Aktivitäten von Organisation Gehlen und BND im Nahen Osten 1946–1968, in: Krieger, Wolfgang in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding (Hrsg.): Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke, Berlin 2021, S. 396–502.
Matthäus, Jürgen: Der Eichmann-Prozess und seine Folgen. Strafverfolgung von NS-Verbrechen und Geschichtsschreibung in Deutschland, in: Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaften, hrsg. von Werner Renz, Frankfurt am Main 2012, S. 217–240.
Meding, Holger M.: Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst in Lateinamerika, in: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen,

Analysen, Netzwerke, hrsg. von Wolfgang Krieger in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger Meding, Berlin 2021, S. 538–813.
Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, München 2013.
Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie, München 2006.
Meyer, Georg: Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1945, Hamburg 2001.
Meyer, Kristina: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990, Göttingen 2015.
Miquel, Marc von: Juristen: Richter in eigener Sache, in: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, hrsg. von Norbert Frei, Frankfurt am Main 2001.
Müller, Armin: Wellenkrieg. Agentenfunk und Funkaufklärung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, Berlin 2017.
Müller, Ingo: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987.
Müller, Peter F. und Michael Mueller mit Erich Schmidt-Eenboom: Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Reinbek bei Hamburg 2002.
Müller, Rolf-Dieter: Reinhard Gehlen. Geheimdienstchef im Hintergrund der Bonner Republik. Die Biografie, Teil 2: 1950–1979, Berlin 2017.
Müller-Enbergs, Helmut und Armin Wagner (Hrsg.): Spione und Nachrichtenhändler. Geheimdienst-Karrieren in Deutschland 1939–1989, Berlin 2016.
Münkel, Daniela: Als »deutscher Kennedy« zum Sieg? Willy Brandt, die USA und die Medien, in: Zeithistorische Forschungen, 2004, Heft 2, S. 173–194.
Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie, München 1995.
Nowack, Sabrina: Sicherheitsrisiko NS-Belastung. Personalüberprüfungen im Bundesnachrichtendienst in den 1960er-Jahren, Berlin 2016.
Osterheld, Horst: Konrad Adenauer, Bergisch-Gladbach 1977.
Oy, Gottfried und Christoph Schneider: Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiographie, Münster 2013.

Payk, Marcus M.: Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlamm, Winfried Martini und der »Kalte Bürgerkrieg« in der westdeutschen Publizistik der 1950er Jahre, in: Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, hrsg. von Thomas Lindenberger, Köln 2006, S. 111–137.

Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der SPD 1945 bis 1964, München 1965.

Poppinga, Anneliese: »Das Wichtigste ist der Mut«. Konrad Adenauer – die letzten fünf Lebensjahre, Bergisch Gladbach 1994.

Priemel, Kim Christian: Im Sande verlaufen? Das Ludwigsburger Ermittlungsverfahren gegen das Einsatzkommando 3 und die justizielle Täterforschung nach 1945, in: Die SS nach 1945. Entschuldigungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse, hrsg. von Jan Erik Schulte und Michael Wildt, Göttingen 2018, S. 119–144.

Pucher, Paul: Freiherr zu Guttenberg. Ein politisches Porträt, Freudenstadt 1971.

Rass, Christoph: Das Sozialprofil des Bundesnachrichtendienstes. Von den Anfängen bis 1968, Berlin 2016.

Reese, Mary Ellen: Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992.

Reitlinger, Gerhard: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1919–1945, Berlin 1956.

Renz, Werner: NS-Verbrechen und Justiz, in: Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaften, hrsg. von Werner Renz, Frankfurt am Main 2012, S. 13–49.

Renz, Werner (Hrsg.): Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaften, Frankfurt am Main 2012.

Repgen, Konrad: Finis Germaniae: Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg?, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Band II: Beiträge der Wissenschaft, hrsg. von Dieter Blumenwitz, Klaus Gotto, Hans Maier, Konrad Repgen und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976, S. 294–315.

Rosskopf, Annette: »Den Klassenkampf auf der justiziellen Ebene führen …!« Zum Leben und Wirken des Rechtsanwalts Friedrich Karl Kaul (1906–1981), in: Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR, hrsg.

von Klaus Bästlein, Annette Rosskopf und Falco Werkentin, Berlin 2009, S. 4–32.

Sälter, Gerhard: Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«, Berlin 2016.

Sälter, Gerhard: Informationen aus dem Zwischenraum. Die DDR-Kampagne gegen Adolf Heusinger, der BND und die Doppelagenten Heinz Felfe und Günter Hofé, in: Welche »Wirklichkeit« und wessen »Wahrheit«? Das Geheimdienstarchiv als Quelle und Medium der Wissensproduktion, hrsg. von Thomas Großbölting und Sabine Kittel, Göttingen 2019, S. 195–206.

Sälter, Gerhard: NS-Kontinuitäten im BND. Rekrutierung, Diskurse, Vernetzung, Berlin 2022.

Schildt, Axel: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried, Göttingen 2020.

Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Baden-Baden 1999.

Schmidt-Eenboom, Erich: Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995.

Schmidt-Eenboom, Erich: Schnüffler ohne Nase. Der BND. Die unheimliche Macht im Staate, Düsseldorf 1995.

Schmidt-Eenboom, Erich: Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten, Köln 1998.

Schneider, Dieter Marc: Johannes Schauff (1902–1990). Migration und »Stabilitas« im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001.

Schneider, Sven: Widerstand oppositioneller Kommunisten. Erich Wollenberg – verfolgt von Hitler und Stalin, in: Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzkisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, hrsg. von Hans Coppi und Stefan Heinz, Berlin 2012, S. 199–228.

Schoenbaum, David: »Ein Abgrund von Landesverrat«. Die Affäre um den »Spiegel«, Wien 1968.

Schulte, Jan Erik und Michael Wildt (Hrsg.): Die SS nach 1945. Entschuldigungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse, Göttingen 2018.

Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer, Band 1: Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981.
Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer, Band 2: Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart 1983.
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986.
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991.
Schwarz, Hans-Peter: Der Stabilisierer Europas: Konrad Adenauer, in: ders., Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S. 510–529.
Schwarz, Hans-Peter: Anmerkungen zu Adenauer, München 2004.
Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009.
Sélitrenny, Rita und Thilo Weichert: Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991.
Shirer, William L.: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln 1961.
Siebenmorgen, Peter: Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015.
Soell, Hartmut: Fritz Erler – eine politische Biographie, Berlin 1976.
Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, hrsg. von Martin Doerry und Hauke Janssen, München 2012.
Stangneth, Bettina: Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders, Zürich 2011.
Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln 2002.
Suckut, Siegfried: Die Gespräche zwischen FDP und LDPD im Jahre 1956. Vorgeschichte, Verlauf, DDR-interne Erwartungen und Reaktionen, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 4 (1992), S. 85–141.
Thorwald, Jürgen: Wen sie verderben wollen: Bericht des großen Verrats, Stuttgart 1952.
Timmermann, Heinz: Im Vorfeld der neuen Ostpolitik. Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68, in: Osteuropa (21), Nr. 6, S. 388–399.
Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt am Main 2000.
Walde, Thomas: ND-Report. Die Rolle der geheimen Nachrichtendienste im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, München 1971.

Waske, Stefanie: Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955–1978, Wiesbaden 2009.

Waske, Stefanie: Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg, München 2013.

Weber, Gaby: Eichmann wurde noch gebraucht. Der Massenmörder und der Kalte Krieg, Berlin 2012.

Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002.

Weinke, Annette: »Waning Confidence in Germany's Rehabilitation«. Das gespaltene Krisenmanagement der bundesdeutschen Außenpolitik zum Eichmann-Prozess, in: Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaften, hrsg. von Werner Renz, Frankfurt am Main 2012, S. 201–216.

Wengst, Udo: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie, München 1997.

Wesemann, Fried: Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland, Frankfurt am Main 1952.

Wilhelm, Hans-Heinrich: Die Prognosen der Abteilung Fremde Heere Ost 1942–1945, in: Hans-Heinrich Wilhelm und Louis de Jong: Zwei Legenden aus dem Dritten Reich, Stuttgart 1974, S. 7–75.

Wilhelm, Hans-Heinrich und Louis de Jong: Zwei Legenden aus dem Dritten Reich, Stuttgart 1974.

Wilke, Manfred: Das Moskauer Exil 1937: Herbert Wehner und andere, in: Die politische Meinung 395 (Oktober 2002), S. 78–82.

Winkler, Willi: Adolf Eichmann und seine Unterstützer. Ein kleiner Nachtrag zu einem bekannten Rechtsfall, in: Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaften, hrsg. von Werner Renz, Frankfurt am Main 2012, S. 289–318.

Winkler, Willi: Der Schattenmann. Von Goebbels zu Carlos: Das mysteriöse Leben des François Genoud, Berlin 2011.

Wirz, Ulrich: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition, Grub am Forst 1997.

Wojak, Irmtrud: Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie, München 2009.

Wolf, Thomas: Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle, Berlin 2018.

Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

Woller, Hans und Jürgen Zarusky: Der »Fall Theodor Eschenburg« und das Institut für Zeitgeschichte. Offene Fragen und neue Perspektiven, in: VfZ 61 (2013), S. 551–565.

Wucher, Albert: Eichmanns gab es viele. Ein Dokumentarbericht über die Endlösung der Judenfrage, München 1961.

Zolling, Hermann und Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971.

Personenregister

Konrad Adenauer, Reinhard Gehlen und Hans Globke wurden wegen häufiger Nennung nicht ins Register aufgenommen.

Dank

Wenn es ein Geschenk ist, im vorgeschrittenen Alter noch einmal ein größeres Vorhaben zu beginnen, dann ist es jedenfalls kein Geschenk, das jeden Tag Freude macht. Zu unsicher sind die Auspizien, ob es einen bis zum Ende begleitet. Es ging aber gut. Das Manuskript geht zum Verlag, und ich werde zum letzten Mal zu der riesigen Berliner BND-Zentrale am früheren Todesstreifen gehen, um meine Arbeitszelle zu räumen. Der geheime Kosmos liegt hinter mir und mit ihm der Kokon absoluter Abgeschiedenheit.

Abgeschiedenheit war allerdings nicht die einzige Voraussetzung für die Fertigstellung dieses Buches. Das glückte nur, weil ich nicht auf mich allein gestellt war. Die Damen und Herren aus dem Bundeskanzleramt und dem BND, die mich unverwandt unterstützt haben, führe ich hier mit großem Dank nicht durchweg mit ihrem tatsächlichen Namen und obendrein, wenig beamtenmäßig, nicht ihrem Range, sondern dem Alphabet nach auf: Katharina Boß, Armin Doenhoff, Sabine Eckart, Bodo Hechelhammer, Katinka Hoyer, Bruno Kahl, Udo Krone, Carsten Maas, Reidin Samland, Gerhard Schindler, Ernst Uhrlau und Hans Vorbeck. Ich vermute, sie sind dankbar, dass es vorbei ist.

Zuvorkommend war auch die Betreuung in den vorne aufgeführten Archiven. Ich bedanke mich herzlich bei Andreas Bitterhoff, Michael Borchard, Ewald Grothe, Sven Haarmann, Michael Hansmann, Renate Höpfinger, Michael Hollmann, Anja Kruke, Holger Löttel, Thomas Paringer, Knud Piening, Johannes Staudenmeier, Fabian Theurer und Angelika Weiss.

Der Austausch in unserer Kommission war intensiv. Jost Dülffer, Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller und ich sind uns dabei gelegentlich in die Haare geraten, wir haben unser Forschungsprojekt zum BND im nachnationalsozialistischen Deutschland dennoch zu einem guten Ende geführt. Der stoische Rolf-Dieter Müller mit seiner enormen Forschungserfahrung blieb ruhender Pol. Jost Dülffer brachte seine profunde Kenntnis der Forschungslandschaft ein und half mir mit Ratschlägen und kritischer Lektüre. Erich Schmidt-Eenboom, der

enzyklopädische BND-Kenner aus Weilheim, half uns stets rasch und unkompliziert.

Wertvoll waren die Gespräche mit meinen Doktoranden, mit Thomas Wolf, der mich schon an meinem Dresdner Lehrstuhl unterstützte und auf Anhieb ein Standardwerk zur BND-Geschichte vorlegte, mit Ronny Heidenreich, der Pullachs dürftige DDR-Spionage beschrieben hat. Ihn und Gerhard Sälter, der zwei Bücher von erheblichem Belang beisteuerte, kannte ich von unserer gemeinsamen Arbeit an der Gedenkstätte Berliner Mauer. Hansjörg Geiger, Anfang der neunziger Jahre mein Chef in der Gauck-Behörde, später BND-Präsident und Justiz-Staatssekretär, lieh sein Ohr, wann immer vertrackte politisch-justizielle Fragen zu klären waren. Die Bekanntschaft mit Katja Klee schließlich reicht in die achtziger Jahre zurück, als wir beide im Institut für Zeitgeschichte des fulminanten Martin Broszat gearbeitet haben. Sie lektorierte diesen Band sorgfältig und geduldig, wenn auch mit staunendem Kopfschütteln, wie es hinter den Kulissen der frühen Bundesrepublik ausgesehen hat.

Das späte Geschenk schaut nun freundlich aus dem Regal heraus. Trotzdem ist es für mich vorbei mit Geschichte – Zeit für Neues.

Berlin-Weißensee, mit Hella und Lutz am 4. Februar 2022

Der Autor



Klaus-Dietmar Henke, Jahrgang 1947, Zeithistoriker; 1979–1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, ab 1986 stv. Chefredakteur der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte;* 1992–1996 Abteilungsleiter Bildung und Forschung der Gauck-Behörde in Berlin; 1997–2012 Univ.-Prof. für Zeitgeschichte in Dresden, bis 2002 zugleich Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung; 2007–2021 Beiratsvorsitzender der Stiftung Berliner Mauer; 2011–2022 Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND 1945–1968; zahlreiche Publikationen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

In der Forschungsreihe zur Geschichte des BND sind bisher erschienen:

BAND 1	Christoph Rass: Das Sozialprofil des Bundesnachrichtendienstes. Von den Anfängen bis 1968
BAND 2	Gerhard Sälter: Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«
BAND 3	Ronny Heidenreich, Daniela Münkel, Elke Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953
BAND 4	Sabrina Nowack: Sicherheitsrisiko NS-Belastung. Personalüberprüfungen im Bundesnachrichtendienst in den 1960er-Jahren
BAND 5	Armin Müller: Wellenkrieg. Agentenfunk und Funkaufklärung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968
BAND 6	Agilolf Keßelring: Die Organisation Gehlen und die Neuformierung des Militärs in der Bundesrepublik
BAND 7	Rolf-Dieter Müller: Reinhard Gehlen. Die Biografie. Band 1: 1902–1950, Band 2: 1950–1979
BAND 8	Jost Dülffer: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er-Jahren
BAND 9	Thomas Wolf: Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle
BAND 10	Klaus-Dietmar Henke: Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage der Organisation Gehlen 1946–1953
BAND 11	Ronny Heidenreich: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau

BAND 12 Wolfgang Krieger: Partnerdienste.
Die Beziehungen des BND zu den westlichen Geheimdiensten 1946–1968

BAND 13 Wolfgang Krieger (Hrsg.) in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger M. Meding: Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analysen, Netzwerke